

Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe



Die Ortschaften und Territorien
im heutigen Regierungsbezirk Arnsberg

**E-Book
Münster 2021**

HISTORISCHES HANDBUCH DER JÜDISCHEN GEMEINSCHAFTEN IN WESTFALEN UND LIPPE

Die Ortschaften und Territorien
im heutigen Regierungsbezirk Arnsberg

Herausgegeben von
Frank Göttmann

Redaktion
Burkhard Beyer, Wilfried Reininghaus,
und Rita Schlautmann-Overmeyer

E-Book
Münster 2021

Die Druckfassung ist erschienen im
Ardey-Verlag
Münster 2016



Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

Impressum zur Open-Access E-Book-Ausgabe

Die vorliegende Ausgabe ist ab Seite 1 text- und seitengleich
mit der 2016 im Verlag Ardey erschienenen gedruckten Ausgabe.

© Landschaftsverband Westfalen-Lippe,
Historische Kommission für Westfalen

2021

Die Datei darf zu privaten Zwecken heruntergeladen und gespeichert werden. Bibliotheken, Archive und öffentliche Forschungseinrichtungen dürfen die Datei auf Servern speichern und zu wissenschaftlichen Zwecken zur Verfügung stellen. Darüber hinaus gehende sowie jede Form der gewerblichen Nutzung bedarf der Genehmigung der Historischen Kommission. Jede Änderungen der Datei ist untersagt.

Lizenz: Creative Commons BY-SA-NC-ND 3.0 DE
(Weiterverwendung nur mit Namensnennung, unter gleichen Bedingungen,
nicht kommerziell, ohne Berarbeitung)

Vorwort der Herausgeber zur Online-Ausgabe

Das „Historische Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe“ wird fünf Jahre nach Erscheinen des letzten Teilbandes in einer digitalen Fassung online zugänglich gemacht. Nachdem die vier Teilbände in Bibliotheken der ganzen Welt, von Jerusalem über London und Washington, verfügbar sind, erhoffen sich die Herausgeber des Gesamtwerks von der Online-Stellung weitere Impulse für die Erforschung der jüdischen Geschichte in Westfalen. Sie sind dankbar dafür, dass alle Autorinnen und Autoren – beziehungsweise deren Erben – der einzelnen Artikel ihre Zustimmung zu einer elektronischen Veröffentlichung erteilt haben. Dazu gibt auch die positive Resonanz auf das Handbuch Anlass. Die Rezensentinnen und Rezensenten würdigten einhellig die Absicht der Historischen Kommission für Westfalen, den Wissenstand zu Beginn des 21. Jahrhunderts durch Ortsartikel und flankierende Überblicksartikel zu dokumentieren.

Damit sind aber die Arbeiten an der jüdischen Geschichte in Westfalen keineswegs abgeschlossen. Allein durch die Digitalisierung von Archivbeständen werden neue Informationen bereitgestellt, die weitere Forschungen initiieren werden. Wie lebendig die regionale Aufarbeitung der jüdischen Geschichte ist, zeigt die NRW-Bibliographie. Allein für 2019/2020 wurden knapp 60 Beiträge zu Orten in Westfalen in Printmedien nachgewiesen. Die Historische Kommission für Westfalen wird deshalb allen an jüdischer Geschichte Interessierten in Westfalen und darüber hinaus auch künftig ein Forum bieten, um sich in unregelmäßigen Abständen über Quellen, Projekte und Arbeitsfortschritte auszutauschen. 2019 hat bereits ein erstes Treffen stattgefunden. Die Kommission wird auf dem Wege der Online-Publikation die erschienene neue Literatur vorstellen und ihre Internetseiten für weitere Grundlagenwerke öffnen. In gleicher Form sind bereits die Orts- und Personenregister zum Handbuch erschienen.

Fundierte Kenntnisse zur jüdischen Geschichte in unserer Region sind vor dem Hintergrund der antisemitischen Proteste – nicht erst im Mai 2021, u. a. in Gelsenkirchen und Münster – nötiger denn je. Die Herausgeber fühlen sich unverändert diesem Ziel verpflichtet, das schon die vieljährige Arbeit am Gesamtwerk so lohnend machte.

Münster und Paderborn, im Sommer 2021

Frank Göttmann

Karl Hengst (†)

Peter JohANEK

Franz-Josef Jakobi

Wilfried Reininghaus

Die gedruckt verfügbaren Bände

Alle Bände sind auch weiterhin im Buchhandel oder beim Verlag erhältlich.

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Münster. Hrsg. von Susanne FREUND, Franz-Josef JAKOBI und Peter JOHANEK, Redaktion Anna-Therese GRABKOWSKY, Franz-Josef JAKOBI und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER, Münster 2008, Unveränderter Nachdruck Münster 2017, 780 Seiten, 1 Falkarte (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XLV, Quellen und Forschungen zur jüdischen Geschichte in Westfalen, Band 2) Ardey, ISBN 978-3-87023-282-5, Preis: 69,00 Euro.

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Detmold. Hrsg. von Karl HENGST in Zusammenarbeit mit Ursula OLSCHESKI, Redaktion Anna-Therese GRABKOWSKY, Franz-Josef JAKOBI und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER in Kooperation mit Bernd-Wilhelm LINNEMEIER. Münster 2013, 832 Seiten, Festeinband, 2 Karten und Gliederungsschema in Tasche (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 10). Ardey, ISBN 978-3-87023-283-2, Preis: 79,00 Euro.

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Arnsberg. Hrsg. von Frank GÖTTMANN, Redaktion Burkhard BEYER, Wilfried REININGHAUS und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER. Münster 2016, 860 Seiten, Festeinband, Gliederung und Karte in Tasche (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 12). Ardey, ISBN 978-3-87023-284-9, Preis: 79,00 Euro.

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Grundlagen – Erträge – Perspektiven. Hrsg. von Susanne FREUND, Redaktion Anna-Therese GRABKOWSKY, Franz-Josef JAKOBI und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER. Münster 2013, 415 Seiten, Festeinband, 2 Karten in Tasche (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 11). Ardey, ISBN 978-3-87023-285-6, Preis: 66,00 Euro.

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Drei Regionalbände und ein Grundlagenwerk im Schubert. Ardey, 978-3-87023-394-5, Preis 274,00 Euro.

Der Schubert ist auf Anfrage auch einzeln in der Geschäftsstelle der Historischen Kommission erhältlich.

Die online verfügbaren Bände

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Münster. Hg. von Susanne FREUND, Franz-Josef JAKOBI und Peter JOHANEK, Redaktion Anna-Therese GRABKOWSKY, Franz-Josef JAKOBI und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XLV, Band 2).

Online-Ausgabe Münster 2021 verfügbar unter:

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_XLV_2_\(2021\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_XLV_2_(2021).pdf)

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Detmold. Hg. von Karl HENGST in Zusammenarbeit mit Ursula OLSCHESKI, Redaktion Anna-Therese GRABKOWSKY, Franz-Josef JAKOBI und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER in Kooperation mit Bernd-Wilhelm LINNEMEIER. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 10) **Online-Ausgabe Münster 2021 verfügbar unter:**

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_Neue_Folge_010_\(2021\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_Neue_Folge_010_(2021).pdf)

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Arnsberg. Hg. von Frank GÖTTMANN, Redaktion Burkhard BEYER, Wilfried REININGHAUS und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 12) **Online-Ausgabe Münster 2021 verfügbar unter:**

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_Neue_Folge_012_\(2021\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_Neue_Folge_012_(2021).pdf)

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Grundlagen – Erträge – Perspektiven. Hg. von Susanne FREUND, Redaktion Anna-Therese GRABKOWSKY, Franz-Josef JAKOBI und Rita SCHLAUTMANN-OVERMEYER. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 11)

Online-Ausgabe Münster 2021 verfügbar unter:

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_Neue_Folge_011_\(2021\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo_Neue_Folge_011_(2021).pdf)

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Register der Orte und Territorien. Bearb. von Florian STEINFALS. Online-Publikation Münster 2016 (Materialien der Historischen Kommission für Westfalen, Band 12).

Verfügbar unter:

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_012_\(2016\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_012_(2016).pdf)

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Register der jüdischen und christlichen Namen. Bearbeitet von Burkhard BEYER und Florian STEINFALS. Online-Publikation Münster 2018 (Materialien der Historischen Kommission für Westfalen, Band 14). **Verfügbar unter:**

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_014_\(2018\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_014_(2018).pdf)

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Nachträge, neue Forschungen und regionale Erinnerungskultur. Bearbeitet von Burkhard BEYER und Anna STRUNK. Online-Publikation Münster 2021 (Materialien der Historischen Kommission für Westfalen, Band 20). **Verfügbar unter:**

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_020_\(2021\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_020_(2021).pdf)

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe

Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen
Neue Folge 12

Historisches Handbuch
der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe
unter der Schirmherrschaft
der Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland

Paul Spiegel sel. A., Charlotte Knobloch,
Dieter Graumann und Josef Schuster

herausgegeben von der
Historischen Kommission für Westfalen
und dem
Institut für vergleichende Städtegeschichte
an der Universität Münster

Verantwortlich
Frank Göttmann, Karl Hengst, Franz-Josef Jakobi,
Peter Johanek und Wilfried Reininghaus

Organisation und Koordination
Susanne Freund, Anna-Therese Grabkowsky, Burkhard Beyer,
Ursula Olschewski und Rita Schlautmann-Overmeyer

HISTORISCHES HANDBUCH
DER JÜDISCHEN GEMEINSCHAFTEN
IN WESTFALEN UND LIPPE

Die Ortschaften und Territorien
im heutigen Regierungsbezirk Arnsberg

Herausgegeben von
Frank Göttmann

Redaktion
Burkhard Beyer, Wilfried Reininghaus,
und Rita Schlautmann-Overmeyer

Ardey-Verlag
Münster 2016

FÖRDERER DES GESAMTPROJEKTES



Eugen-Gutmann-Gesellschaft e. V. Frankfurt/M.
LVM Landwirtschaftlicher Versicherungsverein a. G. Münster
Stiftung Westfalen-Initiative Münster
Westdeutsche Lotterie GmbH & Co. OHG Münster
Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband Münster
WestLB AG Düsseldorf

FÖRDERER DES TEILBANDES ARNSBERG

Industrie- und Handelskammer für das südöstliche Westfalen, Arnsberg
RWE Net AG, Dortmund
Sauerland Initiative, Halver
Sparkasse Iserlohn
Stadtsparkasse Witten
Südwestfälische Industrie- und Handelskammer zu Hagen

Abbildungen des Umschlags:

Links: Synagoge Dortmund, Hiltropwall (eingeweiht 1910, gesprengt Oktober 1938;
Foto: LWL-Medienzentrum für Westfalen, Münster, o1_2869)
Mitte: Rabbiner Joseph Abraham Friedländer (1753–1852);
(Abb.: Jacob Rader Marcus Center of the American Jewish Archives,
Cincinnati/Ohio, Photo Collection)
Rechts: Gedenkstein für den ehemaligen jüdischen Friedhof
in Finnentrop-Lenhausen, Lehmbergstraße (Foto: Matthias Schlautmann)

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet unter
<http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISSN der Schriftenreihe: 2509-2839
ISBN dieses Bandes: 978-3-87023-284-9
ISBN des Gesamtwerkes: 978-3-87023-394-5

© 2016 Ardey-Verlag GmbH Münster
Satz: Historische Kommission für Westfalen, Münster
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier ∞

Inhalt

Vorwort	7
Einführung	11
ÜBERBLICKSARTIKEL	
Die Juden in der Grafschaft Limburg von Arno Herzig	17
Die Juden in der Grafschaft Mark (1648–1806) von Wilfried Reininghaus	27
Die Juden im Herzogtum Westfalen bis um 1700 von Nathanja Hüttenmeister	44
Die Juden im Herzogtum Westfalen im 18. Jahrhundert von Wilfried Reininghaus	60
Die Juden in den Grafschaften Wittgenstein von Johannes Burkardt und Wilfried Reininghaus	79
Die Juden im Fürstentum Siegen von Ulrich Friedrich Opfermann und Klaus Dietermann	99
Liste der Ortsartikel	105
Gliederungsschema der Ortsartikel	109
ORTSARTIKEL	
Glossar	837
Quellen und Literatur	841
Abkürzungen	849
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	851
Erläuterung der Karte	855
Verzeichnis der Ortsartikel des Gesamtwerks	857
Die Bände des Gesamtwerks	861

Vorwort

Überlegungen zur Erarbeitung einer umfassenden Dokumentation und Darstellung der Geschichte der Juden in Westfalen und Lippe – in Form einer Quellenedition sowie der Erforschung und Darstellung der Geschichte der jüdischen Gemeinden in der Region – sind in den Gremien der Historischen Kommission für Westfalen schon seit 1994/95 angestellt worden. Nachdem beide Vorhaben nur schleppend voran und schließlich ganz zum Stillstand gekommen waren, griff im Jahre 2001 der Ausschuss für Kirchen- und Religionsgeschichte das Anliegen erneut auf. Er regte an – nach einem einheitlichen Schema wie beim „Westfälischen Klosterbuch“ –, ein „Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe“ zu konzipieren, für das nach einer vorgegebenen Gliederung jeweils mit der jüdischen Lokal- und Regionalgeschichte vertraute Autorinnen und Autoren die Geschichte aller nachweisbaren jüdischen Gemeinschaften und Gemeinden vom Mittelalter bis in die Gegenwart erarbeiten sollten. Die Konzeption für dieses Handbuch wurde zunächst unter Federführung des Ausschusses und seines Vorsitzenden Karl Hengst, vom Frühjahr 2003 an in direkter Anbindung an den Vorstand der Historischen Kommission und deren Vorsitzenden Wilfried Reininghaus entwickelt.

Durch eine Kooperation mit dem Institut für vergleichende Städtegeschichte und die dort eingerichtete Redaktionsstelle konnten die Arbeiten auf eine zuverlässige Grundlage gestellt werden. Geplant wurden insgesamt vier Bände: je einer für die drei heutigen Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster mit Ortsartikeln (vom ersten Nachweis jüdischen Lebens an, geordnet nach Sachbereichen) sowie Überblicksartikeln zu den jeweiligen Territorien bis zur Säkularisation 1802/03 bzw. bis zum Ende des Alten Reiches 1806. Zentrale Fragen der westfälisch-jüdischen Geschichte und ihre Einordnung in allgemeine historische Entwicklungen wurden einem eigenständigen Grundlagen-Band vorbehalten.

Ziel des Handbuchs ist es, allen an der Geschichte und Gesellschaft ihres Wohnortes oder der Region bzw. an der Thematik Interessierten in überschaubarer Form einen Überblick über die Geschichte und das Wirken der Juden in Westfalen und Lippe zu bieten. Auf diese Weise soll die Möglichkeit eröffnet werden, das Wissen über die historische Leistung und Bedeutung der Juden und ihrer Gemeinschaften dauerhaft in das kulturelle Gedächtnis zu integrieren und so durch die Einsicht in die gesellschaftliche Komplexität der Vergangenheit Offenheit und Toleranz in der Gesellschaft von heute zu fördern.

Unter Würdigung dieser Bedeutung des Vorhabens für die Erinnerungskultur hat der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, im Jahr 2003 die Schirmherrschaft über das Gesamtprojekt übernommen. Seit seinem Tod im Jahr 2006 führten sie seine Nachfolgerin Charlotte Knobloch und ihr folgend Dieter Graumann und Josef Schuster fort.

Das Projekt ist insgesamt von einer Fachgruppe aus dem Kreis der Historischen Kommission für Westfalen unter Leitung von Wilfried Reininghaus betreut worden. Die spezielle Herausgeberverantwortung übernahmen für den Band Regierungsbezirk Arnsberg Frank Göttmann (Paderborn), für den Band Regierungsbezirk Detmold Karl Hengst und Ursula Olschewski (beide Paderborn), für den Band Regierungsbezirk Münster Susanne Freund (Potsdam), Franz-Josef Jakobi und Peter Johanek (beide Münster) sowie für den Grundlagenband Susanne Freund.

Im Jahr 2003 trat das Institut für vergleichende Städtegeschichte an der Universität Münster als Kooperationspartner in das Projekt ein. Dort haben sich Herr Ers-

ter Landesrat a. D. Josef Sudbrock und später sein Nachfolger Matthias Löb jeweils als Verwaltungsvorstand des Instituts persönlich die Förderung des Projektes zu eigen gemacht. Das Institut betreute die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen Susanne Freund bzw. Rita Schlautmann-Overmeyer und stellte einen Arbeitsplatz sowie die Sachausstattung zur Verfügung. Angelika Lampen übernahm, unterstützt von Ursula Bolling, die Verwaltung der eingeworbenen Mittel und betreute das Projekt organisatorisch. Der Kartograph der Historischen Kommission für Westfalen, Thomas Kaling, erstellte die begleitenden Karten.

Bei der Erarbeitung der Artikel für den Regierungs-Bezirk Arnsberg zeigte sich, dass in nicht wenigen Städten und Gemeinden Publikationen zur Geschichte der Juden noch fehlen. Daraus resultierend gibt es zwei verschiedene Ansätze bei der Erarbeitung der Ortsartikel. Bei gut aufgearbeiteten Orten konnte der hier vorgelegte Text weitgehend aus den bisherigen Publikationen schöpfen. Für viele der kleinen jüdischen Landgemeinden lagen solche Vorarbeiten dagegen nicht vor. Die hier gegebenen Informationen mussten deswegen zum größeren Teil erst aus den Quellen in den Archiven eruiert werden, sie bringen daher vielfach bisher unbekannte personen- und wirtschaftsgeschichtliche Nachrichten sowie Hinweise zur Entwicklung der jüdischen Gemeinden. Informationen zu einzelnen Themen des Gliederungsschemas bleiben bisweilen mager, weil die Quellen dazu häufig dürtig sind. Da die Monographien zur Geschichte der Juden in den einzelnen Orten oft allgemeine Erörterungen zum jüdischen Alltagsleben und zu historischen Entwicklungen enthalten, sind den Ortsartikeln wie in den Bänden zu den Regierungsbezirken Münster und Detmold Überblicksartikel vorangestellt worden, in denen die Entwicklung des jüdischen Lebens in den einzelnen Territorien zusammengefasst ist.

Wie schon bei den Bänden zu den Regierungsbezirken Münster und Detmold hat sich – vor allem wegen der uneinheitlichen Situation der Erforschung der jüdischen Geschichte für die einzelne Orte und der fehlenden Gesamterschließung der einschlägigen Überlieferung – die Notwendigkeit ergeben, alle Orts- und Überblicksartikel redaktionell zu überarbeiten und miteinander zu verzahnen. Dabei galt es zunächst, im vergleichenden Durchgang in allen Ortsartikeln sachliche Korrekturen, Textergänzungen und Kürzungen vorzunehmen, um so einen möglichst einheitlichen Bearbeitungsstand herzustellen, der durch die einzelnen unabhängig voneinander arbeitenden Autorinnen und Autoren nicht gewährleistet werden konnte. Erst beim anschließenden Abgleich mit den jeweiligen Überblicksartikeln konnten darüber hinaus Uneinheitlichkeiten ausgeglichen, Redundanzen vermieden und offene Fragen präziser gefasst werden.

So hat der über zehn Jahre währende Überarbeitungsprozess gegenüber der von den Autoren gelieferten Urfassung der Artikel in Form und Inhalt teilweise zu deutlichen Veränderungen und Ergänzungen geführt. Aufgabe der wegen der Finanzbedingungen in zehn Jahren mehrfach wechselnden Redaktionsmitarbeiter war es, die sehr heterogenen Artikel systematisch, inhaltlich und sprachlich anzugleichen und zu vereinheitlichen, wie es dem Zweck eines lexikalischen Handbuchs entspricht. Ein Problem dabei war zum Beispiel die Überprüfung der gebrauchten Begrifflichkeit, ein für die jüdische Geschichte besonders delikates Thema. Ein weiteres Problem bestand darin, dass die den Autoren ursprünglich vorgegebene Systematik sich nur bedingt bewährt hatte und im Laufe des skizzierten Redaktionsprozesses neu justiert werden musste, was inhaltliche Umstellungen und Umformulierungen erforderlich machte, um etwa chronologische, logische und grammatikalische Zusammenhänge zu wahren oder allererst herzustellen. Ein drittes Problem zeigte sich in Form inhaltlicher Heterogenitäten. Zum Beispiel enthielten die einen Artikel demographische Daten über die jüdische Bevölkerung, die anderen nicht. Sie wurden redaktionell aus entsprechenden Werken ergänzt, ähnlich Hinweise auf Archivalien und Quellen, Abbildungen,

verborgene oder neu erschienene Literatur, die den Autoren nicht zugänglich gewesen waren oder die sie noch nicht kennen konnten. Um die einzelnen Ortsartikel zu entlasten und möglichst Redundanzen zu vermeiden, wurden Informationen allgemeiner Art herausgenommen und in Übersichtsartikeln zur jüdischen Geschichte in den vom heutigen Regierungsbezirk Arnsberg abgedeckten Territorien des Alten Reiches zusammengefasst. Schließlich mussten von der Redaktion vielfach noch Struktur und geographische Zusammensetzung der zur Mitte des 19. Jahrhunderts eingerichteten Synagogenbezirke geklärt werden. Diese Informationen fanden zum einen Eingang in die einzelnen Ortsartikel, zum andern werden sie umgesetzt in eine erstmalig erarbeitete Karte, die dem Band beigegeben wird.

Um den Charakter als Handbuch zu wahren und seinen Umfang im notwendigen Rahmen zu halten, musste auf Aussagen verzichtet werden, die lediglich auf Schlussfolgerungen und Vermutungen beruhten und nicht durch Quellen oder Forschungen belegt werden konnten. Die interpretierende und deutende Auseinandersetzung mit gesicherten Sachverhalten muss der künftigen Forschung vorbehalten bleiben.

Diesen sich über einen Zeitraum von mehreren Jahren hinziehenden Arbeitsgängen hat sich in Abstimmung mit dem Herausgeber und seiner Arbeitsgruppe in Paderborn die Zentralredaktion in Münster unterzogen. Federführend daran beteiligt war die Geschäftsführung der Historischen Kommission für Westfalen, anfangs Anna-Therese Grabkowsky, sodann ab Ende 2012 ihr Nachfolger Burkhard Beyer, ferner gehörten dazu Rita Schlautmann-Overmeyer sowie aus dem Kreis der Herausgeber bis 2013 Franz-Josef Jakobi, seither Wilfried Reininghaus.

Tobias Schenk stellte für Orte in der Grafschaft Mark, Bernd-Wilhelm Linnemeier für Marsberg Forschungsbefunde und teilweise unveröffentlichte Quellenrecherchen uneigennützig zur Verfügung. Ihre Tatkraft und ihr Wissen stellten dem Projekt und der Redaktion für diesen Band weiterhin zur Verfügung die Volontärinnen Eleonora Duplica (verh. Sikora) und Dörthe Gruttmann. Wichtige Lektoratsarbeiten versah Christa Wilbrand. Gisela Möllenhoffs Auswertung zentraler Zeitschriften ist den Ortsartikeln zugutegekommen.

Bevor die Zentralredaktion in Münster tätig werden konnte, mussten langwierige vorbereitende Aufgaben der Planung, Organisation, Kommunikation, Sicherung von Informationen und die strukturierende Bearbeitung der Urfassungen bewältigt werden. Sie wurden von einer Arbeitsgruppe an der Universität Paderborn geleistet. Zuerst ist hier Ursula Olschewski zu nennen, die selbst eine ganze Reihe von Ortsartikeln grundlegend recherchiert und verfasst hat, wie auch Joachim Rüffer, der sich ebenfalls als Autor und Koautor in etlichen Fällen verdient gemacht hat. Sarah Kemper hat mit kritischem Blick aufwendige und diffizile Erstkorrekturen in lesbare Texte übertragen; darüber hinaus waren zeitweise auch Mareike Menne und Andreas Müller mit grundlegenden Arbeiten befasst. Auf aller Sachverstand und Motivation war stets zu zählen.

Ein besonderes Wort der Anerkennung und des Dankes gilt allen Autorinnen und Autoren dieses Buches für ihren selbstlosen Einsatz und ihre Identifikation mit dem Anliegen des Projektes. Sie haben nicht nur den Stand der Forschung zusammengetragen, sondern in fast allen Fällen auch die bisher nicht ausgewertete und oft schwer erreichbare Literatur und die nur mit Mühe zugänglichen Quellenbestände in den Orts-, Kreis-, Stadt- und Landesarchiven durchforstet, sie eingearbeitet und die gefundenen Informationen auch anderen Autoren zur weiteren Ausarbeitung der Artikel zur Verfügung gestellt. Besonders dankbar bin ich den hier ungenannten Helferinnen und Helfern in den Archiven, die bei Nachfragen stets unkompliziert Auskunft gaben.

Allen, die auf so unterschiedliche Art und Weise unverzichtbaren Anteil am Zustandekommen des Handbuchs haben, an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich zu danken, ist dem Herausgeber ein nachdrückliches Anliegen. Zu besonderem Dank ver-

pflichtet sind die Verantwortlichen dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) und seiner Kulturstiftung in Münster, namentlich dem inzwischen verstorbenen Kulturdezernenten Karl Teppe und seiner Nachfolgerin im Amt Barbara Rüschhoff-Thale, sowie der Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege (Düsseldorf) als Hauptförderern; ebenso der Fritz-Thyssen-Stiftung (Köln) als Förderer des Grundlagen-Bandes sowie vielen weiteren Förderern und Sponsoren, die durch ihre Zuwendungen zur Finanzierung einzelner Bände – sie sind jeweils aufgeführt – oder des Gesamtwerks das Unternehmen überhaupt erst möglich gemacht haben.

Endlich aber ist es mir ein großes persönliches Anliegen, die Rolle von Wilfried Reininghaus gerade für das Zustandekommen dieses nun endlich vorliegenden Bandes zu würdigen. Er hat nicht nur mehrere Beiträge darin übernommen, sondern es verstanden, die Kräfte auch des Gesamtunternehmens zu bündeln und sie in Richtung des gemeinsamen Erfolgs zu führen.

Paderborn, im Herbst 2016

Frank Göttmann

Einführung

Mit dem Teilband ‚Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Arnsberg‘ des ‚Historischen Handbuchs der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe‘ liegt erstmals ein lexikalisches Nachschlagewerk vor, das alle Bereiche jüdischen Lebens in dieser Region umfasst.¹ Für die Bearbeitung der 101 Ortsartikel konnten 57 Autorinnen und Autoren, vor allem aus Archiven und Museen sowie sonstigen Kultur- und Bildungseinrichtungen, gewonnen werden – vier von ihnen sind seit Abfassung ihrer Beiträge leider bereits verstorben. Einführend greifen sechs Überblicksartikel – damit generelle Sachverhalte nur an einer zentralen Stelle erörtert werden müssen – gesamtgeschichtliche Entwicklungen in den einzelnen Territorien bis zur Auflösung des Alten Reiches auf. Sie beschreiben die jeweils eigenständige territoriale Judenpolitik im Herzogtum Westfalen (aufgeteilt in zwei Beiträge), im Fürstentum Siegen sowie in den Grafschaften Mark, Limburg und Wittgenstein. Informationen zur Geschichte der Reichsstadt Dortmund finden sich im Ortsartikel Dortmund. Der bereits erschienene vierte Band des Gesamtwerkes setzt die Darstellung der Geschichte seit dem 19. Jahrhundert fort. Eine detaillierte Karte zeigt die im Band erwähnten jüdischen Gemeinden und Gemeinschaften. Darauf eingetragen sind auch die von den preußischen Behörden – auf der Grundlage des Gesetzes ‚Über die Verhältnisse der Juden‘ vom 23. Juli 1847² – festgesetzten Synagogenbezirke, die in der Literatur bisher noch nicht systematisch erfasst und kartographisch dargestellt wurden. Veranschaulicht werden damit die meist in den 1850er Jahren umgesetzten behördlichen Vorgaben, nicht jedoch die bis dahin bestehenden Formen jüdischer Selbstorganisation. Nähere Erläuterungen dazu sind der Karte beigegeben.

Ausgehend von dem landesgeschichtlichen Arbeitsauftrag der Historischen Kommission für Westfalen, liegt dem Handbuch ein historischer, kein judaistischer Ansatz zugrunde, wobei zudem die innerjüdische Sicht der Dinge schon wegen fehlender Erschließung und Auswertung der entsprechenden Überlieferung weitgehend unberücksichtigt bleiben musste.

1 Prinzipien der Darstellung

Absicht des Handbuchs ist es, die Geschichte aller jüdischen Gemeinden und Gemeinschaften – gemeint sind damit informelle Zusammenschlüsse von Juden – darzustellen, wobei die Gleichgewichtigkeit sozialer, politischer, gesellschaftlicher, ökonomischer oder demographischer Aspekte sowie aller Perioden vom Mittelalter bis zum

1 Zum Handbuchprojekt siehe: FREUND Susanne/REININGHAUS Wilfried, ‚Das Handbuch der jüdischen Gemeinden und Gemeinschaften in Westfalen und Lippe‘ – ein neues Projekt der Historischen Kommission für Westfalen. In: WF 53 <2003> 411–417; FREUND Susanne/JAKOBI Franz-Josef, Stadt und jüdisches Leben. In: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 2 <2005> 5–13; JAKOBI Franz-Josef/REININGHAUS Wilfried, Das Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe – ein Projektbericht. In: KELLER Manfred/MURKEN Jens (Hg.), Jüdische Vielfalt zwischen Ruhr und Weser. Erträge der dritten Biennale Musik & Kultur der Synagoge 2012/2013 <Berlin 2014> 93–112.

2 Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten 1847 Nr. 30 <Berlin 1847> 263–278. Zu den 1846/47 in den Amtsblättern veröffentlichten Namenslisten: DUPLICA Eleonora (Hg.), Die Annahme fester Familiennamen der Juden in Westfalen. Die 1846/47 publizierten Verzeichnisse der preußischen Amtsblätter (= Materialien der Historischen Kommission für Westfalen 5) <Münster 2013>, [http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_005_\(2013\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_005_(2013).pdf).

Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und zur gegenwärtigen Situation angestrebt wurde. Das Projekt trägt damit auf lokal- und regionalgeschichtlicher Ebene Tendenzen der Forschung zur jüdischen Geschichte Rechnung, Juden als aktiven und gestaltenden Teil der Gesellschaft³ und nicht vorwiegend unter den Prämissen des im ausgehenden 19. Jahrhundert aufkommenden rassistischen Antisemitismus und der Verfolgung im Nationalsozialismus wahrzunehmen. Ziel ist es, vergleichbare Ergebnisse – wie sie vielfältige überregionale Forschungen präsentieren – auf lokaler und regionaler Ebene zu erreichen und somit eine ergänzende, gebündelte und aktualisierte Gesamtdokumentation unseres heutigen Wissens über das jüdische Leben in Westfalen und Lippe vorzulegen.⁴ Das Handbuch mit seinem umfassenden chronologischen und thematischen Überblick zur westfälisch-jüdischen Geschichte soll so als Grundlage für weiterführende wissenschaftliche Untersuchungen dienen.

2 Auswahlkriterien

Erfasst sind alle Orte des Regierungsbezirks Arnsberg, für die ein eigenständiges jüdisches Leben, d. h. zumindest die Existenz eines Friedhofs bzw. einer Betstube, nachgewiesen ist. Dieses Verfahren stellte nicht nur methodisch, sondern auch inhaltlich ein Problem dar, denn die Kriterien ließen sich nicht immer strikt einhalten. Kleine jüdische Ansiedlungen, die entweder einer Nachbargemeinde angeschlossen waren oder nur für einen kurzen Zeitraum bestanden haben, erhielten keinen eigenen Beitrag, sondern finden Erwähnung in anderen Ortsartikeln. Ihre Erschließung ist über ein abschließendes, separates Register vorgesehen;⁵ ferner sind sie in der beiliegenden Karte verzeichnet. Diesbezüglich kann auch kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden, da erfahrungsgemäß immer noch weitere, bisher unbekannte jüdische Wohnorte bekannt werden können. Von Gemeinde wird dabei nur gesprochen, wenn in einem Ort regelmäßig Gottesdienste stattfinden konnten und Hinweise auf Gemeindeleben vorliegen. Eine jüdische Gemeinschaft hingegen geht lediglich von der Ansiedlung weniger Juden in kleinen Orten aus. Von einer Synagogengemeinde ist die Rede, wenn diese nach der Umsetzung des ‚Gesetzes über die Verhältnisse der Juden‘ vom 23. Juli 1847 in den 1850er Jahren diesen Status erhielt; die Bezeichnungen ‚Synagogen-Gemeinde‘ und ‚Synagogen-Bezirk‘ wurden dabei synonym verwandt.⁶

Inhaltlich reicht das Spektrum der Darstellung vom ersten vorliegenden Nachweis⁷ bis zur heutigen Erinnerungskultur bzw. zur Entwicklung der wenigen nach dem Zweiten Weltkrieg wiedererstandenen jüdischen Gemeinden. Für die heutige politische Gliederung der Orte wurde die 1975 abgeschlossene kommunale Gebietsreform zugrunde gelegt. Den Mitgliedern des Herausbergremiums und der Redaktion war

3 Vgl. hierzu z. B. Lässig Simone, Jüdische Wege ins Bürgertum. Kulturelles Kapital und sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert (= Bürgertum, NF 1) <Göttingen 2004>.

4 Die forschungsgeschichtliche Einordnung und die Erläuterung der methodischen Grundsätze für das Handbuch insgesamt wurden in der Einführung des Generaliabandes vorgenommen: Freund Susanne (Hg.), Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Grundlagen – Erträge – Perspektiven (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen NF 11) <Münster 2013> 11–20.

5 Das Register wird in der digitalen Schriftenreihe der Historischen Kommission für Westfalen erscheinen (‚Materialien der Historischen Kommission für Westfalen‘), abrufbar über die Homepage der Historischen Kommission (<http://www.lwl.org/LWL/Kultur/Historische-Kommission>), Gliederungspunkt ‚Publikationen‘.

6 Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1847 Nr. 30 <Berlin 1847> 270 (Titel II §§ 35, 36); Jahrbuch für die jüdischen Gemeinden Preußens auf das Jahr 5617 [1856] 78.

7 Sowohl die Erstnennungen jüdischer Einwohner als auch die Angaben für die spätere Zeit geben nur erste Hinweise. Die Beschäftigung mit den Archivalien zeigt, dass jederzeit neue Informationen gefunden werden können.

von Anfang an das methodische Grundsatzproblem bewusst, das sich aus der Strukturierung des Handbuchs nach den gegenwärtigen Verwaltungseinheiten und Ortschaften ergibt. Jüdisches Leben – sei es in kleineren Gemeinschaften und Familienverbänden, in Gemeinden oder Synagogenbezirken – lässt sich so nicht lückenlos erfassen. Die spezielle Mobilität und der weitreichende Aktionsradius einzelner Personen und Verwandtenkreise über Grenzen hinweg sowie deren gleichzeitige Präsenz an mehreren Orten – bis hin zum Haus- und Grundbesitz – kommen auf diese Weise in ihrer ganzen Komplexität nicht in den Blick. Ein weiteres Problem ergab sich aus der unterschiedlichen Überlieferungs- und Forschungsgeschichte: Kleinere Orte mögen übergewichtet erscheinen, während größere aufgrund des beschränkten Gesamtumfangs des Bandes vergleichsweise konzentriert dargestellt werden mussten.

Viele Einzelfragen hätten sich je nach Quellenlage in sehr unterschiedlichem Umfang beantworten lassen. Um ein überschaubares Handbuch vorzulegen, musste der Seitenumfang der einzelnen Ortsartikel jedoch limitiert werden. Soweit vertretbar setzen die Beiträge dennoch eigene Akzente und Schwerpunkte. Solche Unterschiede erklären sich aus regionalen Besonderheiten, aus dem unterschiedlichen Forschungsstand der Lokalgeschichte und der ungleichmäßigen Überlieferung.

3 Gliederungsprinzip

Den Ortsartikeln liegt in erster Linie ein chronologisches Gliederungsprinzip zugrunde, wobei soziale, kulturelle, gesellschaftliche und politische Aspekte ebenso berücksichtigt werden wie demographische und ökonomische Entwicklungen. Alle Ortsartikel folgen einem einheitlichen Schema, so dass Vergleiche gezogen, Parallelen und Divergenzen sichtbar werden. Der allgemeine Aufbau eines Ortsartikels orientiert sich aber auch an der Sachthematik. Details wie etwa die Beteiligung der Juden am politischen und gesellschaftlichen Leben oder die Angabe der Bevölkerungszahlen (Gliederungspunkt 2.2.1) in den Zeitschnitten 1843, 1858, 1871, 1895 und 1925 lassen die Vergleichbarkeit der Situation in den behandelten Orten – soweit sie in der ehemaligen preußischen Provinz⁸ lagen – zu.

Am Anfang stehen kurze Informationen über wechselnde Zugehörigkeiten zu Territorien und Verwaltungsbezirken (Gliederungspunkt 1), wobei die Zeit zwischen den Anfall an Preußen 1815 (Zugehörigkeit bis 1946) und der kommunalen Gebietsreform 1975 aufgrund der einheitlichen gesetzlichen und strukturellen Rahmenbedingungen nicht dargelegt werden musste. Die anschließend aufgeführte erste amtliche Zuordnung einzelner jüdischer Gemeinschaften zu Synagogenbezirken schwankte in der Folgezeit zum Teil erheblich und entsprach häufig nicht der heute gültigen politischen Gemeindegliederung, die gleichwohl die Ordnung der Ortsartikel bestimmt. Diese Differenz ist bei der Suche nach bestimmten jüdischen Wohnorten zu bedenken.

Es folgen Ausführungen zur Geschichte der jüdischen Gemeinschaft des jeweiligen Ortes in zeitlichen Abschnitten (Gliederungspunkt 2). Berücksichtigung finden darin auch die innere Gemeindestruktur und -verfassung sowie die Betätigung einzelner Mitglieder in der eigenen Gemeinschaft wie auch in Kultur und Wissenschaft und im politischen Umfeld. Die Beschreibung von Gemeindeeigentum (insbesondere Synagogen und Friedhöfe) sowie von privaten Gebäuden in jüdischem Besitz erfolgt unter Gliederungspunkt 3. Dabei wird nur Grundsätzliches referiert und gegebenenfalls auf

8 Fehlende Angaben in den Referenzjahren bedeuten, dass keine statistischen Angaben vorliegen, d. h. es wohnten in dem Ort zu dem Zeitpunkt keine Juden. In der gedruckten Preußischen Statistik für 1925 stimmt die aufgeführte Summe nicht immer mit der Addition der zuvor genannten einzelnen Zahlen überein, dies ist mit einem Ausrufezeichen in Klammern [!] kenntlich gemacht. Listen aus der Vormoderne, auch wenn sie zeitgleich erstellt wurden, enthalten manchmal unterschiedliche Angaben, hierauf wurde nicht gesondert verwiesen.

das einschlägige Werk von Elfi Pracht-Jörns verwiesen.⁹ Abschließend finden sich unter Gliederungspunkt 4 Quellen und Literatur.

4 Benutzungshinweise

Weitere Hinweise zu einzelnen Gliederungspunkten:

- Da die Gesetzgebung und deren praktische Umsetzung bei Änderungen der territorialen Zugehörigkeit¹⁰ (Gliederungspunkt 1.2) zeitlich nicht immer übereinstimmen oder durch militärische Besetzungen vorweggenommen wurden, werden teilweise zwei Jahreszahlen angegeben, z. B. 1806/07.

- Für Stadt und Land galten bis in das 19. Jahrhundert hinein u. a. unterschiedliche Gesetze, aus diesem Grund werden Stadt- bzw. Wigboldrecht genannt.

- Bei der Auflistung der Archivalien (4.1) sind nicht nur die benutzten Bestände der einzelnen Archive erwähnt, sondern – anders als im Münster-Band – nach Möglichkeit auch die Aktennummern.

- In 4.2 werden nicht alle vorhandenen Abbildungen aufgeführt.

- In Gliederungspunkt 4.3 (gedruckte Quellen) werden die für die Beiträge ausgewerteten Einzelartikel der Zeitungen – z. B. ‚Israelitisches Familienblatt‘ – mit konkretem Datum nachgewiesen. Wurden mehr als drei Artikel für einen Beitrag ausgewertet, erfolgt nur die Angabe der Jahrgänge, um die Quellenangaben nicht zu überfrachten.

- Gliederungspunkte entfielen, wenn keine Informationen dazu vorlagen.

- Auf einen Anmerkungsapparat wurde bei den Ortsartikeln verzichtet und stattdessen die benutzte Literatur summarisch zusammengefasst.

- Auf die grundlegende und einschlägige ortsübergreifende Literatur erfolgt in den Ortsartikeln des Bandes Arnsberg – wie schon im Band Detmold, aber anders als im Band Münster – kein gesonderter Hinweis, dieses Vorgehen war aufgrund des erheblichen Umfangs des Bandes notwendig. Der Gliederungspunkt 4.4 führt deshalb nur ortsbezogene Literatur speziell zur jüdischen Geschichte auf. Die in den Ortsartikeln nur abgekürzt zitierten Werke sowie die einschlägige Überblicks-Literatur finden sich im zusammenfassenden Literaturverzeichnis am Ende des Bandes.

- In den Texten entfällt der Zusatz ‚jüdisch‘, wenn der Bezug sich aus dem Kontext ergibt. Ebenso wird nicht bei jeder Erwähnung des Haindorfschen Vereins, seit 1866 Marks-Haindorf-Stiftung, auf dessen Standort Münster verwiesen.

- Bei den Daten in Klammern hinter den Herrschernamen handelt es sich um Regierungs-, nicht um Lebensdaten.

- Alle Ortsnamen erscheinen grundsätzlich in der heute üblichen Form. Im Ortsregister, das alle vier Bände erschließen wird, werden gegebenenfalls auch die landessprachlichen Namen aufgeführt.

- Die in den Quellen unterschiedliche Schreibweise von Personennamen wird in den einzelnen Ortsartikeln weitgehend übernommen.

- Quellenzitate sind mit „doppelten Anführungszeichen“ gekennzeichnet, NS-Begriffe und Eigennamen von Firmen, Vereinen usw. mit ‚einfachen Anführungszeichen‘.

- In das Glossar wurden ausgewählte Begriffe mit jüdischen Betreffen – sowohl Religion und Kultus als auch jüdische Institutionen und rechtliche Sachverhalte, u. a.

9 PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen, Bd. V: Regierungsbezirk Arnsberg <Köln 2005>. Abweichungen von den Angaben bei Pracht-Jörns wurden nicht gekennzeichnet.

10 Die genauen Daten der Zugehörigkeit zum Großherzogtum Berg und zum Großherzogtum Hessen (-Darmstadt) werden ebenso wenig angeführt wie die der Übergangszeit 1813–1815 (preußisches Zivil-/Militärgouvernement zwischen Weser und Rhein).

aus der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft – aufgenommen. Die Schreibweise hebräischer Begriffe orientiert sich dabei am „Philo-Lexikon“¹¹.

- Am Ende des Bandes erleichtert ein alphabetisch geordnetes Verzeichnis aller in den Teilbänden für die drei Regierungsbezirke behandelten jüdischen Gemeinden und Gemeinschaften deren Auffinden, da sie sowohl die frühere Bezeichnung als auch die heutige politische Zugehörigkeit des Ortes aufführt.

Herausgeber und Redaktion

11 Philo-Lexikon. Handbuch des jüdischen Wissens <ND der 3. Auflage von 1936, Frankfurt 1992>.

Die Juden in der Grafschaft Limburg

von Arno Herzig

Mit 118 Quadratkilometern Fläche und 6614 Einwohnern am Ende des Alten Reiches zählte die Grafschaft Limburg zu den kleinen Territorien Westfalens. Sie wurde im Norden, Westen und Süden von der Grafschaft Mark, im Osten durch das kurkölnische Territorium begrenzt. Sieben Kirchspiele lagen im Zeitraum 1611 bis 1807 in der Grafschaft Limburg: Berchum, Elsey, Ergste, Hennen, Letmathe, Limburg und Oestrich. Seit 1626 regierte in der Grafschaft Limburg nach mehreren komplizierten Erbfällen die Linie Bentheim-Tecklenburg-Rheda. 1808 erfolgte die Auflösung der Grafschaft.¹

1 Die Judenpolitik der Limburger Grafen

Erste Vergeleitungen von Juden in der Grafschaft Limburg² erfolgten gegen Ende des 17. Jahrhunderts unter dem bis 1710 regierenden Grafen Friedrich Moritz von Bentheim-Tecklenburg. 1683 erhielt Samuel Levi für vier Rtlr. Tribut jährlich die Erlaubnis, sich im Kirchspiel Elsey niederzulassen. In den 1690er Jahren siedelte sich Isaac Jacobs aus Hörde im Kirchspiel Oestrich an; sein Geleitbrief galt für acht Jahre. Eine jüdische Gemeinde in Oestrich bildete sich erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Seit 1696 sind Nachrichten über die Anwesenheit von Juden in Hennen überliefert; dreizehn Jahre später (1709) waren dort sechs jüdische Familien tributpflichtig. 1704 nahm der Jude Abraham Hertzog seinen Wohnsitz in der Grafschaft Limburg. 1710 kam Abraham Salomon aus Wattenscheid in die Freiheit Limburg;³ er erhielt für vier Jahre ein Geleit. In Ergste sind Abraham Levi und Jacob Simons seit 1717 nachzuweisen. Typisch für die Situation zahlreicher unvergeleiteter Juden des 18. Jahrhunderts, die einen festen Wohnsitz und eine Heimat suchten, mag eine Bemerkung aus Baruch Isaacs (Berchum) Antrag von 1784 sein: „Die Pflicht für mein und meiner Kinder Wohl zu sorgen, zwingt mich, endlich einen festen und gewissen Aufenthalt mir zu suchen, damit ich nicht stets von einem orte zum anderen zu wandern genöthiget bin“.⁴

War ein Schutzjude in der glücklichen Lage, ein Geleit zu besitzen und weitergeben zu können, tat er alles, um nicht als straffällig befunden zu werden, was den Verlust

1 KLUETING Harm, „Daß sie ein Abspliß von der Grafschaft Mark ist, daran ist kein Zweifel“. Die Grafschaft Limburg vom 13. bis zum 19. Jahrhundert mit einem Exkurs über die Anfänge der Freiheit Limburg. In: Jahrbuch des Vereins für Orts- und Heimatkunde in der Grafschaft Mark 93/94 <1995> 63–126. – DERS., Ständewesen und Ständevertretung in der westfälischen Grafschaft Limburg im 17. und 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur territorialen Verfassungsgeschichte Deutschlands in der Frühneuzeit. In: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 70 <1976> 109–201.

2 Die folgenden Ausführungen basieren z. T. auf HERZIG Arno, Berührungspunkte und Konfliktzonen von jüdischer Minderheit und christlicher Gesellschaft im 18. Jahrhundert am Beispiel der beiden Westfälischen Kleinstaaten Paderborn und Limburg. In: FREIMARK Peter/ RICHTERING Helmut (Hg.), Gedenkschrift für Bernhard Brilling <Hamburg 1988> 150–189.

3 ESSER Hermann, Die Limburger Juden. In: Hohenlimburger Heimatblätter 4,11 <1930> 161–176, hier 164–166.

4 Fürstlich zu Bentheim-Tecklenburgisches Archiv Rheda (im Folgenden: FA Rheda), Bestand Limburg, Lit L Nr. 305, fol. 23.

zur Folge gehabt hätte. Für einige jüdische Familien in der Grafschaft Limburg lässt sich eine lange Reihe an Vergeleitungen nachweisen. Manche Formulierungen in den vererbten Geleitbriefen dokumentieren ein Bewusstsein für die lange Zeitspanne, die sie unter dem Schutz des Fürsten leben durften. Als 1736 Graf Moritz Casimir I. ein vererbbares Geleit auf Beline und ihren Mann Josef Abraham übertrug, hob er in der Urkunde hervor, dass ihre „Eltern lange Jahre unter unser Vorfahren Schutz gewohnt“ hätten.⁵ Ihr Vater Abraham, Sohn des märkischen Schutzjuden Nathan Simon, war im Juni 1713 vergeleitet worden. Abraham konnte ein Attest des Iserlohner Magistrats über sein „ehrlisches Betragen“ vorlegen.⁶ Von den acht Kindern hatte 1797 Salomon Joseph das Geleit statt seiner noch lebenden Mutter inne; Beline ist auch noch 1801/1802 als „vidua Joseph Abraham“ bezeugt.⁷ Beim letzten Herrscherwechsel in der Grafschaft, als 1806 Emil Friedrich die Regierungsgeschäfte übernahm, zahlte Salomon Joseph für eine Erneuerung des Geleits auf zwölf Jahre mit 3 Rtlr. und 45 Stübern in Gold „den üblichen jährlichen Tribut“. Die Familie war also fast hundert Jahre in der Grafschaft Limburg vergeleitet worden,⁸ wobei die Vergeleitungsdauer jeweils variabel war.⁹

Obwohl die Einnahmen aus der Ansiedlung von Juden nicht unerheblich waren, bemühte sich die gräfliche Regierung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, die Zahl der jüdischen Familien in der Freiheit Limburg¹⁰ „zum wohle dero christlichen Untertanen in der Grafschaft Limburg“ zu verringern, daher wurden Ersuchen um eine Niederlassung abschlägig beschieden. Auch das Gesuch des Schwiegersohns von Samuel Levi für Limburg, Samuel Marcus aus Hachenburg, wurde 1775 abgelehnt.¹¹

Die Schutzgelder stellten für das Grafenhaus eine wertvolle Einnahmequelle dar. Abraham Salomon aus Wattenscheid hatte 1710 an die Freiheit Limburg in den ersten beiden Jahren nach der Geleiterteilung je acht Rtlr. Schutzgeld zu zahlen, in den beiden folgenden je zehn Reichstaler. 1753/54 betrug das Schutzgeld für die 20 in der Grafschaft Limburg lebenden und abgabepflichtigen jüdischen Familienvorstände 247 Rtlr. und 25 Stüber. Mit jährlich 34 Rtlr. und 26 Stüber leistete der in Limburg ansässige Löser Itzig den höchsten Betrag. Die Einnahmen aus den Schutzgeldern waren in den 1750er Jahren in der Grafschaft Limburg höher als in der ebenfalls zum Grafenhaus Bentheim-Tecklenburg gehörenden Herrschaft Rheda. Von der jüdischen Bevölkerung in diesem flächenmäßig größeren Territorium (180 Quadratkilometer) mit den Städten Rheda und Wiedenbrück sowie dem Kirchspiel Gütersloh wurden 85 Rtlr. Schutzgeld eingenommen, 1759 waren es in der Grafschaft Limburg 121 Reichstaler. Beim Regierungswechsel nach dem Tod von Graf Moritz Casimir I. (1768) mussten die Juden für die Erneuerung ihres Schutzes (für zwölf Jahre) den „halben Tribut“ zahlen.¹² Bis 1797, unter der Regentschaft von Graf Moritz Casimir II. (reg. 1768–1805), wurden die Einnahmen aus Schutzgeldern auf 273 Rtlr. und 30 Stüber veranschlagt.

Zu den Schutz- und Renovationsgeldern kamen für die Juden weitere Abgaben an das Grafenhaus wie etwa Weinkaufgelder hinzu. Samuel Levi, der 1683 einen Schutz-

5 Ebd., Lit J Nr. 64, fol. 19f.

6 Ebd., Lit L Nr. 305, fol. 4ff.

7 Ebd., Lit J Nr. 63, fol. 70.

8 Ebd.

9 Ebd., Lit J Nr. 66, fol. 29.

10 In der Grafschaft Limburg lebten 1759 23 jüdische Familien. 1775 wohnten von den 31 jüdischen Familien zwölf in Limburg, acht in Oestrich, fünf in Hennen, vier in Ergste und zwei in Letmathe; in Berchum und Elsey waren zum genannten Zeitpunkt keine Juden ansässig. Vgl. HONSELMANN Wilhelm, Die Juden der Grafschaft Limburg 1775/1776. In: Heimatblätter für Hohenlimburg und Umgebung 24,1 <1963> 127–128.

11 ESSER, Limburger Juden (wie Anm. 3) 166.

12 Ebd., 166f.

brief für das Kirchspiel Elsey erhielt, hatte bei Geburt, Tod oder Heirat eines seiner ‚Hausgenossen‘ einen Goldgulden an den Rentmeister in Limburg zu zahlen. Bei Auswanderung und Verheiratung ins ‚Ausland‘, wie in die benachbarten Territorien der Grafschaft Mark oder Kurköln, war ein sogenanntes Abschoss fällig, eine zehnprozentige Steuer auf das Vermögen des Zahlungspflichtigen. Das betraf beispielsweise 1790 Ruben Jacob aus Hennen, dessen Sohn und Tochter ins ‚Ausland‘ geheiratet hatten. Zusammen mit dem Judenschaftsvorsteher Joseph Meier forderte Ruben Jacob in der Kanzlei die Befreiung der Juden von jeglichem Abschoss auch in Limburg, wie das bereits in der Herrschaft Rheda der Fall sei. Die Kanzlei argumentierte gegenüber dem Grafen, Rheda stelle eine Ausnahme „in den gesamten königlichen Landen [Brandenburg-Preußen]“ dar. Da Juden ihren Schutz nur einem Kind weitergeben könnten, sei die Verheiratung ihrer anderen Kinder ins ‚Ausland‘ eine Notwendigkeit. Darum sei es angebracht, wenn sie nur für die halbe Erbschaft Abschoss zahlten. Im Übrigen, hieß es, lebe „die hiesige Judenschaft ... in sehr ärmlichen Vermögensverhältnissen“. Die Juden seien bereit, für die Befreiung vom Abschoss einen Dukaten zu zahlen. Seit 1791 waren die Juden in der Grafschaft schließlich gegen Zahlung einer jährlichen Summe von dieser Abgabe befreit.¹³

Eine regelmäßige Einnahmequelle bildete der in der Grafschaft Limburg erhobene ‚Juden Zoll‘, der u. a. den sogenannten Leibzoll umfasste. Graf Moritz Casimir II. verordnete 1774, dass er vom ‚Christenzoll‘ zu trennen sei. Die Juden hatten pauschal jährlich mindestens fünf Rtlr. zu zahlen und sich in dieser Angelegenheit mit den außerhalb der Grafschaft lebenden Juden zu verständigen. 1777 zahlte die Limburger Judenschaft – wie die Märkische – sechs Rtlr. Leibzoll und war so beim Übergang von einem Territorium zum anderen von den Zollgebühren befreit.¹⁴ Ein weiterer Bestandteil des ‚Juden zolls‘ war nach einer überlieferten Zollrolle von 1716, die bis zum Ende des Alten Reiches in der Grafschaft Gültigkeit hatte, die Lieferung eines seidenen Beutels sowie eines Paares Spielwürfel an die gräfliche Verwaltung. Nach der Verpachtung des Zolls 1776 an einen Ergster Gutsbesitzer kamen Klagen der Juden auf, sie seien dadurch so belastet, dass sie „zuweilen einen halben Taler dafür bezahlen müßten“. ¹⁵ Dies führte dazu, dass der ‚Leibzoll‘ auf fünf Jahre direkt an Joseph Meier, Vorsteher der Judenschaft in der Grafschaft Limburg, für jährlich 13 Rtlr. verpachtet wurde. 1789 umfasste der ‚Juden zoll‘: „a) der Juden Leibzoll, b) was dieselben auf dem Rücken, an der Hand oder sonst bei sich tragen, c) die Ware, die sie auf Pferden oder Eseln ohne Beihülfe eines Christen bei sich führen“. ¹⁶

Über den Leibzoll wurde auch diskutiert, als die Grafschaft an den Postverkehr angeschlossen wurde. 1779 verlangte die Limburger Herrschaft das Recht, nach Belieben den Postwagen anhalten zu können, um von eventuell durchreisenden Juden den Leibzoll erheben zu können. Die preußische Behörde verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass die Juden in den benachbarten Territorien durch Zahlung einer Pauschalsumme vom Leibzoll befreit seien und es daher nur selten zu einer Forderung kommen werde. „Die allgemeine Freiheit auf der Post“ möge in Limburg doch „auch den Juden zugestanden“ werden, hieß es weiter.¹⁷

13 Ebd. 170f.

14 Ebd. 168.

15 Ebd. 169.

16 Ebd. 168.

17 Ebd. 172.

2 Rechtliche Situation der Juden

Eine eigene Judenordnung erließen Graf Friedrich Moritz und seine Nachfolger nicht. Die ‚Handtierung‘ der Vergeleitungen sollte gemäß den Vorschriften der Frankfurter Polizeiordnung von 1577 und der vom Grafen „jährigst publicirten Polizeyordnung“ erfolgen. Der Geleitbrief des Grafen Friedrich Moritz von 1683 galt als Grundformular für weitere Vergeleitungen während seiner Regierungszeit und darüber hinaus (1744). Die Formulierungen im Geleitbrief für Samuel Levi im Kirchspiel Elsey vom 7./17. November 1683¹⁸ orientierten sich an dem Muster eines Schutzbriefes, den Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg 1671 für den Juden Simeon David in der benachbarten Grafschaft Mark ausgestellt hatte.¹⁹ Dem Samuel Levi war erlaubt, sich häuslich „mit seinem Weibe, Kindern und Gesinde“ für „drei nacheinander folgende Jahre“ in der Grafschaft aufzuhalten sowie sein Gewerbe „nach jüdischer Ordnung und Gewohnheit wie in anderen Landen“ zu treiben. Gestattet wurde ihm im Hinblick auf Geldgeschäfte, bei einer Summe von 20 Rtlr. einen Zins von zwölf Prozent pro Jahr zu nehmen. Verboten war ihm, Gestohlenes und Geraubtes oder ‚Kirchengüter‘ zu beleihen. Die Verträge sollten „in bekander teutscher Sprache“ abgefasst werden. Näher präzisiert wurde in den folgenden Geleitbriefen, so 1699 für Levi Moses, die ‚Handtierung‘ mit „Schechten, Kauffen und Verkauffen“.²⁰

Hielten sich Juden aus dem ‚Ausland‘ mehr als 24 Stunden in der Grafschaft auf, mussten nach einer gräflichen Bestimmung von 1767 Männer 15 und Frauen zehn Stüber täglich zahlen.²¹ Verfügungen des gräflichen Hauses zur Abwehr von ‚Pack- und Betteljuden‘ blieben trotz Unterstützung der eingesessenen Judenschaft (so etwa 1739) wenig erfolgreich. Obwohl nur vergeleiteten Juden der Aufenthalt in der Grafschaft gestattet war, beschäftigten einige von ihnen Knechte, manchmal mehr als für ihr Geschäft erforderlich waren. Daher erließ Graf Moritz Casimir II. 1770 eine detaillierte Verordnung:

- Juden, die weniger als 8 Rtlr. an Repartition jährlich zahlten, durften keine Knechte anstellen, es sei denn, sie waren aufgrund einer Krankheit unfähig, selbst Handel zu treiben und hatten auch keinen Sohn, der das übernehmen konnte.
- Kranke, die weniger als 3 Rtlr. Tribut zahlten, durften ebenfalls keine Knechte beschäftigen.
- Wenn eigene Kinder oder ein Bruder des Haushaltsvorstands bei der Familie lebten, war ebenfalls die Anstellung eines Knechtes nicht erlaubt.
- Es durfte jeweils nur ein Sohn oder ein Bruder im Geschäft tätig sein.
- Einer Witwe, die 5 Rtlr. zahlte, war die Anstellung eines Knechtes „in Gnaden gestattet“.
- Die Beteiligung von Gehilfen am Handel war verboten. Bei einer erstmaligen Übertretung dieser Anordnung waren eine Geldstrafe und ein Gefängnisaufenthalt fällig, bei wiederholtem Vergehen drohte der Verlust des Geleits.
- ‚Ausländische‘ Knechte mussten vor ihrer Anstellung ihre ‚Redlichkeit‘ beweisen; verheiratete Knechte durften nicht aufgenommen werden.

Um eine Übersicht zu erlangen, hatte der ‚Judenrezeptor‘ eine Liste, aus der die Höhe des Tributs eines Jeden zu ersehen war, einzureichen. Die Kanzlei stellte dann dem Sohn, Bruder bzw. Knecht einen Pass aus. Jede Änderung, die in dieser Beziehung eintrat, war der Kanzlei anzuzeigen.²²

18 FA Rheda Bestand Limburg, Lit J Nr. 66, fol. 4–12.

19 Ebd., fol. 1–3.

20 Ebd., fol. 29.

21 ESSER, Limburger Juden (wie Anm. 3) 172.

22 Ebd. 172f.

Versuche der Limburger Ortsverwaltung, die jüdischen Einwohner an den Steuer- und Abgabepflichten der Bürgerschaft zu beteiligen²³, scheiterten am Widerstand der jüdischen Gemeinde. Ihre Vertreter betonten beispielsweise 1792 in ihrer Ablehnung gegenüber den Limburger Ortsvorstehern, dass sie keine bürgerlichen Rechte besäßen, an den Bürgermeisterwahlen nicht beteiligt seien „und überhaupt genießen wir wenige oder gar keine Vorteile, wie die eigentlichen Bürger zu Limburg“.²⁴ Der Magistrat sei, da sie das Schutzgeld pünktlich an die gräfliche Rentei abführten, nicht berechtigt, ihnen neben den Gebühren für das Geleit zusätzliche Lasten aufzubürden. Aufgrund des Schutzgeldes seien sie von allen Abgaben befreit. Es wurde schließlich ein Kompromiss geschlossen.²⁵

Juden waren am Ende des 18. Jahrhunderts – anders als in anderen Territorien – in der Freiheit Limburg mit gräflicher Erlaubnis zum Erwerb von Hauseigentum gegen Zahlung der auch für Christen üblichen Abgaben legitimiert; seit 1782 ist jüdisches Haus- und Grundstückseigentum in Limburg nachzuweisen.

3 Christen und Juden

Das Verhältnis zwischen Juden und Christen in der Grafschaft lässt sich an einem Beispiel aufzeigen: 1696 beschwerte sich der christliche Kaufmann Dietrich Daniel Eichelberg beim Limburger Landesherrn wegen angeblicher Benachteiligung. Die lutherische Mehrheit Hennens bevorzuge den jüdischen Detailhändler Wulf Levi und boykottiere Eichelbergs Geschäft. Levis Ansiedlung und die anderer Juden wurde offenbar durch den Gegensatz zwischen calvinistischem Landesherrn und lutherischer Dorfbevölkerung begünstigt. Daraufhin untersagte der Landesherr Wulf Levi zwar nicht generell die Handelstätigkeit, sondern lediglich diejenige zuungunsten von Christen. Im Laufe des 18. Jahrhunderts gab es keine weiteren Beschwerden christlicher Einwohner über den Handel jüdischer Kaufleute.²⁶

Für das in der Grafschaft Limburg gelegene Dorf Berchum ist die Unterstützung des Ansiedlungsgesuches eines Juden durch die christliche Bevölkerung belegt. Als 1772 Baruch Isaac die Limburger Kanzlei um ein Geleit im Kirchspiel Berchum bat, wurde sein Antrag zunächst „zur Vermeidung einer vermehrung“ der Juden abgelehnt. Doch nach jahrelanger Unterstützung durch die ‚Eingesessenen‘ erhielt er 1780 von der Regierung gegen fünf Louis d’or eine „gnädige Concession“, eine Aufenthaltserlaubnis für zwei Jahre. Nach Ablauf dieser Zeit versuchten die Beamten, ihn ins ‚Ausland‘ abzuschicken. Baruch Isaac konnte sich und seine Familie jedoch mit Hilfe der Einwohner von Berchum verstecken. Dazu stellte die Regierung fest: „Wann man seinen Aufenthalt in Erfahrung brachte, ergingen zwar die gehörigen ordres, ihn außer Landes zu bringen, da aber die mehrsten Eingesessenen auf seiner Seite sind, so konnte man ihn niemals treffen“. Gegen Baruchs „Aufführung und Handel“ sei nichts einzuwenden, „weilen in allen denen Jahren niemals die geringste Klage über ihn entstanden ist“. 1784 konnte er schließlich das Geleit eines verarmten Juden gegen Übernahme von dessen ausstehenden und künftig zu zahlenden Tributgeldern und Zahlung seines eigenen Tributs übernehmen.²⁷ Inwieweit das Verhalten der Berchumer gegenüber Baruch Isaac typisch für das Zusammenleben von Christen und Juden in der Grafschaft während des ausgehenden Ancien Régime war, muss offen bleiben.

23 Vgl. ebd. 171: Das ist für 1783 belegt, als die Stadtverwaltung auch von den Juden die Zahlung eines sogenannten Rauchhuhns verlangte.

24 Ebd.

25 Ebd. 171f.

26 FA Rheda, Bestand Limburg, Lit J Nr. 66, fol. 19f.; siehe HERZIG, Berührungspunkte (wie Anm. 2) 187f.

27 Ebd., Nr. 63, fol. 31ff.

Die Tätigkeit der Pfandleihe brachte auch in der Grafschaft Limburg die Juden in den Verdacht, an Diebstählen beteiligt zu sein. Zumindest behauptete 1777 die Kanzlei, dass „alle hiesigen Juden ... ins Gespräch gekommen“ seien, dass sie „mit stehlen helfen“.²⁸ Die kriminellen Vergehen von Limburger Juden, die überliefert sind, rechtfertigen einen solchen pauschalen Verdacht jedoch keineswegs. Im Zusammenhang mit dem erwähnten Diebstahl wurde lediglich ein Jude als „diebstahlsverdächtig“ arretiert, nachgewiesen werden konnte ihm allerdings nichts.²⁹

Während im katholischen Paderborn die Missgunst gegenüber Juden religiös verbrämt wurde, in der lutherischen Grafschaft Mark diese Minderheit 1700 sogar zum Opfer einer Auseinandersetzung zwischen lutherischen Untertanen und ihrer calvinistischen Obrigkeit wurde, fehlen für Limburg Belege für religiös motivierte Auseinandersetzungen zwischen Juden und Christen. Die Herrschaft dort beschränkte offenbar die jüdische Religionsausübung nicht.

Die restriktive Politik der gräflichen Kanzlei gegenüber der jüdischen Minderheit basierte auf zahlreichen Vorurteilen. So kritisierte die Kanzlei 1786 in einer Beschwerde an den Grafen den uneingeschränkten Handel und den angeblich rücksichtslosen Hauserwerb der Juden. Sie unterstellte ihnen vor allem betrügerische Konkurse, bei denen ihre „gläubiger auf alle nur mögliche art bey Nachsuchung ihrer befriedigung herum chicaniret“ und denen mit Prozessen hart zugesetzt werde. Im Falle eines Konkurses würden „zuforderst die besten beweglichen Sachen und wahren, auf die seite gebracht; und mit beyhülfe anderer Juden und Christen verheimlicht“. An diese Behauptung knüpfte die Kanzlei den ‚unterthänigen‘ Vorschlag, dass in Zukunft „ein ieder fallirender Jude, ipso facto, seinen Schutz verwürken mithin ohne weitere Rücksicht im lande nicht geduldet, sondern herausgeschafft werden möge“.³⁰

Während die Limburger Kanzlei noch 1786 diese Vorurteile als Beweis für die Notwendigkeit ihrer Forderungen anführte, merkt man der Argumentation der Rhedaer Kanzlei an, dass Christian Wilhelm Dohms Analyse von 1781 nicht ohne Folgen geblieben war. In ihrer Antwort auf die Limburger Verdächtigungen plädierten die Rhedaer Räte Aschoff, Gerstein und Krieger dafür, zwischen christlichen und jüdischen Bankrotteuren keinen Unterschied zu machen, denn der „christliche Kaufmann, der einen muthwilligen Banquerott macht, ist so gut ein Betrüger als ein jüdischer“. Doch dem jüdischen Bankrotteur sei im Gegensatz zu dem christlichen zugute zu halten, dass „jener ... bekanntlich ein gedrücktes und verachtetes Geschöpf [ist], der nach Verhältnis seines Nahrungsstandes ungleich mehrer Lasten trägt als ein Christ“. Dem Juden werde nicht gestattet, ohne die größten Einschränkungen sein Brot zu verdienen. Dennoch müsse er „seine Abgaben zur bestimmten Zeit baar entrichten“, dürfe dabei kein Betrüger sein „und müsse doch auch noch leben“. Die Rhedaer Räte hielten es demnach „für hart, lediglich in Ansehung der Juden etwas zu verordnen, was doch mit gleichem Rechte auch in Ansehung der Christen billig statuiert werden könnte und sollte“. Der Grundsatz einer gleichen Behandlung für Juden und Christen, das heißt die Durchführung des Gleichheitsgrundsatzes, war nach Ansicht der Rhedaer Räte umso dringender, da „durch Herausschaffung aus dem Lande ... die Zahl der Bettler und unsicheren Personen“ vermehrt würde.³¹ Zum ersten Mal wird hier der soziale Aspekt hervorgehoben, den die Landesverweisungen zur Folge hatten, da diese nur neue soziale Probleme schufen, die alten aber nicht beseitigten. Versuchten die Beamten anderer Territorien, wie etwa in Paderborn, zumindest in der Theorie eine moralische Überlegenheit der Christen gegenüber den Juden zu behaupten, so schluss-

28 Ebd., Lit J Nr. 305, fol. 64f.

29 Ebd., Lit L Nr. 307, fol. 56, 75, 78.

30 Ebd., Lit L Nr. 299, fol. 2–4.

31 Ebd., fol. 6–13.

folgerten die Rhedaer Räte gemäß dem von ihnen geforderten Gleichheitsgrundsatz: „Vorsätzlichen Concurs macht ein Jude ohnehin nie, und wenn er kann, so bleibt er eben so gern ein ehrlicher Mann als der Christ“.³² Der Landesherr schloss sich der aufgeklärten Argumentation der Rhedaer Räte an und wollte im geschilderten Fall nur zwischen vorsätzlichem und nicht vorsätzlichem Bankrott, nicht aber zwischen Juden und Christen unterschieden wissen.

4 Ökonomische Situation der Juden

Für das wichtige Protoindustriegewerbe, das in der Grafschaft vorherrschte, stellten die Juden keine Konkurrenz dar, da sie für das Verlagsgeschäft offenkundig zu arm waren. Der jüdische Handel scheint deshalb nicht zu größeren Konflikten geführt zu haben. Neben der Viehschlachtung blieben den meisten Juden die ‚Crämerey‘ und die Geldleihe. Vereinzelt sind auch Handwerker wie etwa der Glaser Josef Jacob (1742 vergelegt) bezeugt, dessen Enkel Herz Jacob noch 1834 in Iserlohn in diesem Gewerbe tätig war.³³ Dass Juden und Christen außerhalb der Grafschaft im Pferdehandel als Kompagnons auftraten wie 1777 Arend Weissel mit dem Christen Vieler, gehört wohl eher zu den Ausnahmen.³⁴

Die Handelsmöglichkeiten der Limburger Juden außerhalb der Grafschaft waren begrenzt, da sie in der preußischen Nachbarprovinz vielfach unterbunden wurden. Wenn die Limburger Juden Handel über die Grenze hinweg betrieben, mussten sie mit Schikanen von Seiten der preußischen Behörden rechnen. Ihre Gewinne blieben deshalb bescheiden. Selbst der jüdische Pferdehändler Arend Weissel verfügte 1777 trotz seines Handels ins ‚Ausland‘ nur über 50 Louis d’or bares Vermögen und über Außenstände im Wert von 350 Reichstalern.³⁵ Sogar im Vergleich mit den sicher nicht sehr reichen Paderborner Juden waren die Limburger erheblich ärmer. Zahlte in Paderborn 1802 jeder Schutzjude im Durchschnitt jährlich ca. 27 Rtlr. Tribut, so lag der vergleichbare Satz 1794 in Limburg bei etwa sieben Reichstalern.³⁶

Eine Ausnahme bildeten die Geschäfte des Ruben Jacob aus Hennen. In den 1780er Jahren unternahm er Einkaufsreisen nach Amsterdam und tätigte dort Einkäufe für seinen nichtjüdischen Geschäftskollegen auf der Wocklumer Eisenhütte bei Balve. Zu den von ihm bezogenen Produkten gehörten auch Stabeisen für Schmiede und Wagenbauer. Deren Absatzgebiet lag hauptsächlich in der Grafschaft Mark. Ruben Jacob handelte auch mit unbehandelten Häuten und Fellen. Es ist belegt, dass er diese zu einem Lohgerber nach Balve brachte.³⁷

Als auch in Limburg nach dem Siebenjährigen Krieg immer mehr jüdische Familien verarmten³⁸, war die Judenschaft verpflichtet, fürs Erste für deren ausstehende Tributzahlung aufzukommen. Der verarmte Schutzjude blieb der Judenschaft diese Summe schuldig und musste sich bemühen, entweder mit den Forderungen nachzukommen oder aber jemanden zu finden, der mit seinem Geleit auch seine Zahlungen übernahm.

32 Ebd.

33 Ebd., Lit J Nr. 64, fol. 88; siehe HERZIG, Berührungspunkte (wie Anm. 2) 188.

34 FA Rheda, Bestand Limburg, Lit L Nr. 305, fol. 51f.

35 Ebd.

36 Ebd., Lit J Nr. 64, fol. 35ff.

37 LAV NRW Abt. W (Münster), GesamtA Landsberg-Velen, Akten 10707, 12048, 13066 u. 23141 (für die Jahre 1780–1782). Vgl. hierzu LINNEMEIER Bernd-Wilhelm, Die Juden im wirtschaftlichen Gefüge Westfalens bis zum Ende des Alten Reiches – ein Überblick. In: FREUND Susanne (Hg.), Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Grundlagen – Erträge – Perspektiven (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen NF 11) <Münster 2013> 59–111, hier 86 u. 94.

38 Belegt ist das z. B. für die jüdischen Einwohner Oestrichs, die vom ‚Kaufhandel‘ lebten. Vgl. den Ortsartikel Iserlohn-Oestrich in diesem Band.

So war 1784 der unvergeleitete Baruch Isaac mit dem verarmten Schutzjuden Samuel Moses aus Letmathe übereingekommen, dass er ihm „zeit lebens Nahrungsunterhalt gebe“, seinen ausstehenden Tribut zahle, „auch die ihm vor 12 Jahren abgepfändeten Sachen einlösen wolle“, unter der Bedingung, dass Samuel Moses ihm im Gegenzug seinen Geleitbrief überließ.³⁹ Der Drost stimmte dem zu, damit die Judenschaft die ausstehenden und noch zu zahlenden Tributgelder auf diese Weise zusammen bekäme.

Ähnliche Fälle häuften sich in den 1790er Jahren, so dass weitere Geleite erteilt wurden, um Zahler für die ausstehenden Tributgelder zu finden und somit die Gesamtjudenschaft zu entlasten. Kritisch wurde dieses im Fall des Feidel Abraham, der für den verarmten Juden Jacob Moses die Zahlungen übernommen hatte, sie aber schließlich selbst nicht mehr aufbringen konnte.⁴⁰ Um für die Armen aufzukommen, mussten die einzelnen Schutzjuden nach einer Angabe aus dem Jahr 1777 neben dem Tributgeld „zur Erleichterung der Armen“ eine weitere (nicht näher umrissene) Summe abführen. Aus dieser Kasse wurden u. a. die Witwe des Jacob Moses und ihre Kinder unterstützt, die „fast ganz von Allmosen Leben“ mussten.⁴¹

Wie auch in anderen westfälischen Territorien, so sprachen sich in der Grafschaft Limburg aufgrund der steigenden Armut und der befürchteten Konkurrenz die ansässigen vergeleiteten Juden in den 1780er/1790er Jahren entschieden gegen neue Vergeleitungen aus. War sonst die Judenschaft nie als Gesamtheit aufgetreten, so führte die Abwehr gegen neue Ansetzungen zu einem Zusammenschluss.⁴² Nicht der Rezeptor, sondern vier eher ärmere Juden verstanden sich 1784 als Vertreter der „übrigen Judenschaft“ in der Grafschaft. In einer Bittschrift sprachen sie sich mit der Begründung gegen weitere Vergeleitungen aus, die Judenschaft würde ansonsten „allzu merklich vermehrt und hingegen der ordentliche Nahrungsfond zu viel geschwächt“. Darin stimmten sie durchaus mit den politischen Vorstellungen des Limburger Drostens und seiner Kanzlei überein, die ebenfalls keine weiteren Vergeleitungen durch den Landesherrn ausgesprochen wissen wollten, weil „der juden im lande sowohl als auch besonders in Limburg ohnehin zu viele sind“.⁴³ Vorhaltungen des preußischen Nachbarn mochten mitbestimmend für eine restriktive Politik der Limburger Kanzlei sein, denn die Kriegs- und Domänenkammer in Hamm hatte gefordert, dass „den limburgischen juden der handel in der Grafschaft Mark gänzlich geleet werde“.⁴⁴ Doch zwangen weitere Ausfälle bei den Tributzahlungen zu immer neuen Vergeleitungen.

5 Innerjüdische Organisation

Bis in die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts ist keine Herausbildung einer jüdischen Gemeinde in der Grafschaft nachweisbar. 1759 lebten dort 23 Familien, einen Rabbiner gab es nicht, was mit der Armut seiner Glaubensgenossen zusammenhängen mochte. Stattdessen bestimmte der Graf jeweils für drei Jahre einen Rezeptor, der aufgrund dieses Postens nur einen ermäßigten Tribut zahlen musste.⁴⁵ Wie in anderen Territorien, bildete er auch hier das Bindeglied zwischen Landesherrn/Kanzlei und Judenschaft. Zu seinen Aufgaben gehörte es, im Namen des Landesherrn die Tributgelder einzusammeln, die Geleite zur Verlängerung an die Kanzlei abzuliefern, Verordnungen weiterzuleiten und die Kanzlei über die Situation der einzelnen Schutzjuden zu unterrichten. Jacob Simon, der erste 1759 in den Quellen genannte

39 FA Rheda, Bestand Limburg, Lit L Nr. 305, fol. 25.

40 Ebd., fol. 28ff.

41 Ebd., Lit J Nr. 63, fol. 71.

42 Ebd., Lit L Nr. 305, fol. 6ff.

43 Ebd., fol. 17ff.

44 Ebd.

45 Ebd., Lit J Nr. 60, fol. 2ff. Vgl. auch ESSER, Limburger Juden (wie Anm. 3) 167.

Rezeptor, stellte mit den Beamten der Limburger Kanzlei die Liste der in den Geleiten festgesetzten Tributgelder der einzelnen Schutzjuden zusammen. Er hatte durchgesetzt, dass, falls ein Schutzjude verarmt oder zahlungsunfähig geworden war, „ihme ... freystehen müße den Abgang sothanen tributs denen andern nach gut befinden aufzusetzen, jedoch die Repartition der Obrigkeit ad confirmandum zu praesentiren“. So hatte der Rezeptor 1759 eine Herabsetzung des Gesamttributs von 148 Rtlr. auf 121 Rtlr. erreicht.⁴⁶ Mit der wachsenden Anzahl von Juden waren diese Aufgaben von einer Person allein nicht mehr zu leisten. 1777 werden neben dem Rezeptor noch Zugewordene als Funktionsträger aufgeführt. Einen jüdischen Landtag gab es in Limburg offensichtlich nicht.⁴⁷ Als Vorsteher der Judenschaft in der Grafschaft Limburg wird 1776 Joseph Meier und 1782 Meier Isaak erwähnt.

Die (vermutlich) erste eigenständige Synagoge in der Grafschaft Limburg befand sich seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert in Limburg, nachdem man sich zuvor mit Stubensynagogen beholfen hatte.⁴⁸ 1782 erteilte Graf Moritz Casimir II. der Judenschaft die Genehmigung, ein Fachwerkhaus unterhalb des Schlosses, das der Limburger Jude Jacob Weissel in Limburg erworben hatte, „zu einer ordentlichen Schule oder Synagoge auszubauen“. Auch in Oestrich, wo seit 1699 Juden lebten, existierte offensichtlich mindestens seit Ende des 18. Jahrhunderts ein Betsaal in einem Fachwerkhaus, da es 1840 hieß, dieser sei seit mehr als fünf Jahrzehnten genutzt worden.⁴⁹ In dem Limburger Fachwerkbau befand sich eventuell eine der beiden Mikwen des 18. Jahrhunderts in der Grafschaft. Ein weiteres Ritualbad ist nachgewiesen im Haus des Simon Hirsch, der schon 1775 für Oestrich erwähnt wird.⁵¹

Die Friedhöfe in der Grafschaft aus dem 18. Jahrhundert sind die ältesten jüdischen Kulturdenkmäler, die erhalten sind. Um 1700 ließen die Landjuden aus Hennen, Ergste, Dellwig und Altendorf den jüdischen Friedhof in Hennen anlegen.⁵² Dem Abraham Hertzog wurde 1704 in seinem Geleitbrief zugesichert, „einen ohrt zum begräbniß auszuweisen“. Vermutlich schon im 18. Jahrhundert war der im Urkataster von 1821 für Elsey verzeichnete „Kirchhof der Judenschaft zu Limburg“ genutzt worden.⁵⁴

Was das jüdische Schulwesen in der Grafschaft betraf, wird für Oestrich 1797 ein „Judenschulmeister“ erwähnt. Nach eigener Auskunft befand er sich 1807 in den „armeligsten Vermögensverhältnissen“, da ihn „die Östrichschen Juden durch Abdankung in Armuth gesetzt“ hätten, die sieben armen Oestricher Familien konnten ihn also nicht mehr bezahlen.⁵⁵

Als im Februar 1806, zwei Jahre vor Ende der Grafschaft Limburg, der letzte Graf an die Regierung kam, verfügte er die Renovation des Judenschutzes, wie sie auch beim vorherigen Regierungswechsel veranlasst worden war. Doch hielt er es „der Menschlichkeit gemäß“, dass den armen Juden die „außerordentliche Besteuerung ... ganz oder zum Theil nachgelassen werde“. Dass das Tributgeld ganz aufgehoben und

46 FA Rheda, Bestand Limburg, Lit J Nr. 60, fol. 2ff.

47 Ebd., Lit L Nr. 300, fol. 5; siehe HERZIG, Berührungspunkte (wie Anm. 2) 187.

48 FA Rheda, Bestand Limburg, Lit L Nr. 303, fol. 1ff.

49 ESSER, Limburger Juden (wie Anm. 3) 175. Vgl. den Ortsartikel Hagen-Hohenlimburg in diesem Band.

50 Vgl. den Ortsartikel Iserlohn-Oestrich in diesem Band.

51 Vgl. PRACHT-JÖRNS Elfi, Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen, Bd. V: Regierungsbezirk Arnsberg <Köln 2005> 420.

52 Vgl. den Ortsartikel Iserlohn-Hennen in diesem Band.

53 FA Rheda, Bestand Limburg, Lit J Nr. 305, fol. 1f. Vgl. auch ESSER, Limburger Juden (wie Anm. 3) 164.

54 Vgl. den Ortsartikel Hagen-Hohenlimburg in diesem Band.

55 FA Rheda, Bestand Limburg, Lit L Nr. 305, fol. 113ff.

56 Ebd., Lit J Nr. 64, fol. 86.

die Juden den anderen Untertanen gleichgestellt würden, lag nicht im Vorstellungsbereich dieses Fürsten. Die Gleichstellung erfolgte dann zwei Jahre später am 22. Juli 1808 durch ein Edikt des Innenministers von Nesselrode für das Herzogtum Berg, das vorsah, „die Juden allmählig in die nämlichen Rechte und Freiheiten zu setzen, deren die übrigen Bewohner des Großherzogthums genießen“.⁵⁷

57 HERZIG Arno (Bearb.), „Schutzjuden – Bürger – Verfolgte.“ Die Geschichte der jüdischen Minderheit in Iserlohn (= Quellen und Dokumente zur Stadtgeschichte. Ein Arbeitsbuch, H. 2) <Iserlohn 1984> 21–34, hier 35.

Die Juden in der Grafschaft Mark

von Wilfried Reininghaus

Die Grafen von Altena, die sich seit etwa 1200 nach der Burg Mark bei Hamm ‚von der Mark‘ nannten, fügten zwischen dem 12. und dem 14. Jahrhundert ein Territorium zusammen, das sich zwischen Lippe, Ruhr und nördlichem Sauerland erstreckte. Sie bündelten ihre Rechte zu einer Landesherrschaft, die seit der Wende zum 14. Jahrhundert ein wichtiger Faktor unter den Mächten in Westfalen wurde. In das zusammenhängende Gebiet zwischen Hellweg und Sauerland blieben bis zum Ende des Ancien Régime die Reichsstadt Dortmund, das zum Stift Essen gehörende Huckarde (heute Dortmund) sowie die Grafschaft Limburg eingebettet. Durch Heiratspolitik gewannen die Grafen von der Mark die Landesherrschaft in Kleve, das 1417 zum Herzogtum erhoben wurde. Während des Zwistes unter den Brüdern Graf Adolf II./IV.) und Gerhard war die Grafschaft Mark zwischen 1418 und 1461 faktisch von Kleve getrennt. Erst nach Gerhards Tod 1461 vereinigte Herzog Johann I. endgültig Kleve und Mark zu einem Territorium. Soest und Lippstadt spielten bis in das 18. Jahrhundert im Territorium eine besondere Rolle. 1444 schloss sich Soest mit seiner Börde freiwillig Kleve-Mark an. Lippstadt bildete seit 1445 eine Samtstadt, in der sich die Grafschaft Mark und die Edelherrschaft, die spätere Grafschaft Lippe, die Rechte teilten; Grundlage der märkischen Herrschaft waren Pfandrechte. Soest und Lippstadt waren im Landtag der Grafschaft Mark nicht vertreten. Ihn konstituierten die sechs landtagsfähigen Städte Hamm, Unna, Kamen, Iserlohn, Schwerte und Lünen sowie die Ritterschaft.

Nachdem schon vor 1400 auf lokaler Ebene eine Amtsverfassung eingeführt worden war, wurden im 15. Jahrhundert die Klever Räte für zentrale Verwaltungsfragen des Gesamtterritoriums zuständig. Die Vereinigung von Kleve-Mark mit Jülich-Berg 1511 eröffnete Spielräume unter Einflussnahme der Landstände auf die Geschäfte der Regierung. Nach dem Aussterben des klevischen Hauses 1609 fiel Kleve-Mark 1614 bzw. endgültig 1666 an Brandenburg. Friedrich Wilhelm (der Große Kurfürst) trug einen politischen Kampf mit den Landständen aus, der 1660/61 mit einem Kompromiss endete. Die maßgeblich vom Adel beeinflusste Regierung wurde für die innere Landesverwaltung zuständig, von ihr löste sich das Oberkommissariat ab, das u. a. für die Steuersachen zuständig war. Die seit etwa 1680 beginnende Nachordnung der Provinz- unter die preußischen Zentralbehörden in Berlin mündete in die große Verwaltungsreform von 1723. Dem neu gegründeten Generaldirektorium unterstand die Kriegs- und Domänenkammer zu Kleve mit Zuständigkeit für die innere sowie die Finanz- und Domänenverwaltung. Mit Gründung der Kriegs- und Domänenkammern wechselte die Zuständigkeit für jüdische Angelegenheiten 1723 von der Regierung Kleve – nicht ohne Abgrenzungsstreitigkeiten – an sie über.¹ Bei der fortbestehenden Kleve-Märkischen Regierung ressortierten u. a. Justiz- und Kirchensachen. Für die Grafschaft Mark wurde 1766 in Hamm eine Kammerdeputation eingerichtet, die 1787 zur Kriegs- und Domänenkammer aufgewertet wurde. Das Gebiet der Grafschaft Mark ging 1806/08 im Großherzogtum Berg und 1813/15 in der neuen preußischen Provinz Westfalen auf.

1 STERN Selma, Der preußische Staat und die Juden. Teilbd. II/1: Die Zeit Friedrich Wilhelms I., Darstellung <Tübingen 1962> 22.

1 Jüdische Siedlungs- und Bevölkerungsgeschichte

Die Grafschaft Mark zählte vor 1806 hinsichtlich der jüdischen Bevölkerung nicht zu den Zentren jüdischen Lebens in Westfalen.²

Tabelle: Jüdische Bevölkerung in der Grafschaft Mark 1661–1804³

Jahr	Jüd. Individuen in Mark (ohne Soest und Lippstadt)	Jüd. Familien in Mark (ohne Soest und Lippstadt)	Jüd. Individuen in den Städten (*)	Jüd. Familien in den Städten	Juden auf dem Land	Jüd. Familien auf dem Land	Jüd. Individuen in Soest	Jüd. Familien in Soest	Jüd. Individuen in Lippstadt	Jüd. Familien in Lippstadt
1661		43		39		4		3		
1711		69		57		12		3		2
1722		78		66		12		2		1
1728		72		66		6 (**)		3		2
1731		73		63		10		3		1
1737	386	82	346	73	40	9 (***)	12	2		
1748		86		73		13		2		2
1752	426	71	390	63	36	8	12	2		
1765	353	69	334	64	19	5	12	2	17	2
1786	440 (****)									
1796	445	?	445	?	0	?	17	3	9	2
1804 (*****)	430	?	430	?	?	?	24	?	15	?

2 Die statistischen Unsicherheiten bezogen auf die jüdische Bevölkerungsgeschichte der Grafschaft Mark können an dieser Stelle nicht ausführlich erörtert werden. Die nachfolgenden Zahlen stehen unter dem Vorbehalt einer schwierigen Quellenlage und verstehen sich sämtlich als Schätzungen. Bis 1737 hat es nur Zählungen jüdischer Familien, nicht jüdischer Einzelpersonen gegeben.

3 Zahlen 1660–1798 (ohne 1731) nach MASER Karl, Die Juden der Frei- und Reichsstadt Dortmund und der Grafschaft Mark <Witten 1912> 96–103; 1731: LAV NRW Abt. W (Münster), Kleve-Märkische Regierung, Landessachen 1638, fol. 107–117; 1804: REININGHAUS Wilfried/KLOOSTERHUIS Jürgen (Bearb.), Das „Taschenbuch Romberg“. Die Grafschaft Mark in der preußischen Statistik des Jahres 1804 <Münster 2001> 65 (keine Aussage zu Juden auf dem Land).

Anmerkungen in der Tabelle: (*) Zahlen inkl. Hagen, das erst 1748 Stadtrechte erhielt. (**) Ohne Asseln, Fröndenberg und Herbede. (***) Ohne Herbede und Fröndenberg. (****) Einschließlich Soest. (*****) Zahlen nach: REININGHAUS Wilfried, Juden in den geistlichen und kleineren weltlichen Territorien Westfalens. In: FREUND Susanne (Hg.), Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Grundlagen – Erträge – Perspektiven <Münster 2013> 113–141, hier 133. Die ebd. genannte Zahl 469 schließt Soest und Lippstadt ein.

Im Jahr 1796 erreichte die jüdische Bevölkerung in der Grafschaft Mark mit 445 Personen (nicht ganz ein halbes Prozent der Gesamtbevölkerung) ihren Höchststand. Sie wohnten fast ausschließlich in den Städten, wo damals etwas mehr als ein Prozent aller Einwohner Juden waren. 1804 war die Zahl der in den Städten ansässigen märkischen Juden auf 430 (jeweils ohne Soest und Lippstadt) gesunken. Damit hatte sich zwischen 1661 und der Wende des 18. zum 19. Jahrhundert die Zahl der in der Grafschaft Mark ansässigen jüdischen Familien mehr als verdoppelt: Waren es 1661 noch 39 jüdische Familien in den Städten außerhalb von Soest, so waren es 1798 schon 89.⁴ Das Wachstum erfolgte offenbar in mehreren Schüben, am raschesten zwischen 1661 und 1711, als 69 Familien gezählt wurden. Bis 1722 hatte sich die Zahl der jüdischen Familien auf 78 und bis 1748 auf 86 Familien erhöht. Bedingt durch den Siebenjährigen Krieg ging sie bis 1765 auf 69 (alle Zahlen ohne Soest und Lippstadt) zurück, und stieg dann auf den Höchstwert im Jahr 1796/98 an. Der Anteil der jüdischen Bevölkerung an der Gesamteinwohnerzahl der Städte lag mit 1,2 Prozent für die Zeit um 1730 nur geringfügig über dem später erreichten Stand von 1796/98. Wegen des Wachstums der Bevölkerung auf dem Land, wo wenig Juden sich angesiedelt hatten, aber die Mehrheit der Gesamtbevölkerung lebte, sank im Laufe des 18. Jahrhunderts der Anteil der Juden leicht.⁵

1661 lebten vier von 44 jüdischen Familien auf dem Land, etwa ein Zehntel der in den Städten ansässigen Juden; bis 1722 stieg ihre Zahl auf zwölf gegenüber 78 in den Städten (jeweils ohne Soest und Lippstadt). Vor allem in den adligen Gerichtsbezirken der Hellwegzone hatte es Möglichkeiten zur Niederlassung gegeben. Später zwang sie jedoch die preußische Steuerpolitik, aus dem ländlichen Raum abzuwandern,⁶ so dass 1804 nur noch zwei jüdische Familien auf dem Land bei Herbede und bei Hemer in der Nähe von Adelssitzen nachzuweisen sind. Zudem ist ein deutlicher Unterschied des Anteils der in den Städten nördlich und südlich der Ruhr lebenden Juden zu erkennen. Die Zahl der im sogenannten Süderland lebenden Juden war zwischen dem Ende des Dreißigjährigen Krieges und 1806/08 immer geringer als in den nördlich gelegenen Städten der Grafschaft Mark. Die Städte Iserlohn, Hagen, Schwelm, Lüdenscheid, Neuenrade und Altena beherbergten (bei einem Anteil an der städtischen Gesamtbevölkerung von fast 45 Prozent) zwischen 1711 und 1804 jeweils etwa ein Drittel der jüdischen Familien bzw. der jüdischen Gesamtbevölkerung der Grafschaft Mark. In kleineren Städten wie Meinerzhagen und Breckerfeld waren in diesem Zeitraum keine Juden ansässig. In Schwelm und Altena lebten um 1800 – bezogen auf die anderen Städte der Grafschaft Mark – die meisten jüdischen Familien (1796 sieben bzw. fünf), während im merkantilen Zentrum der südlichen Mark, der Stadt Iserlohn, nur zwei oder drei jüdische Familien ansässig waren. Dies geht auf einen Konflikt um 1700 – Tuchhändler hatten Juden daran gehindert, in ihr Metier einzudringen – zurück, der zu Ungunsten der Juden ausging.

Obwohl die an der Ruhr gelegenen Städte Herdecke und Schwerte im Laufe des 18. Jahrhunderts zu Kornhandelsplätzen aufgestiegen waren, siedelten sich dort nur wenige Juden an. Umso wichtiger waren Bochum und Wattenscheid: Zehn jüdische Familien in Wattenscheid bedeuteten 1728 – bezogen auf die Gesamteinwohnerzahl von rund 400 – vermutlich einen Anteil von zehn oder mehr Prozent, für die Grafschaft

4 Für 1796 liegt die Zahl der Familien nicht vor, 1798 nach MASER, Juden (wie Anm. 3) 97.

5 Die demographischen Prozesse, die hinter diesen Veränderungen stehen, sind künftiger Forschung vorbehalten.

6 Vgl. REININGHAUS Wilfried, Die Wirkung der Steuern auf Wirtschaft und Gesellschaft in der Grafschaft Mark im 18. Jahrhundert. In: SCHREMMER Eckart (Hg.), Steuern, Abgaben und Dienste vom Mittelalter bis zur Gegenwart (= Referate der 15. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte; Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte: Beihefte 114) <Stuttgart 1994> 147–170.

Mark der relativ höchste Anteil jüdischer Bewohner. Bochum hatte im 18. Jahrhundert mit ca. 1600 Einwohnern viermal so viele Einwohner wie Wattenscheid und wies mit sechs bis elf jüdischen Familien ebenfalls durchgängig einen überdurchschnittlich großen Anteil jüdischer Bevölkerung auf. Vermutlich hatten sich jüdische Familien nach der Ausweisung aus der Reichsstadt Dortmund nach 1596 in den Städten Bochum und Wattenscheid angesiedelt, die dadurch zu den Zentren jüdischen Lebens im Hellwegbereich wurden.⁷ Gleiches gilt für die märkische Stadt Hörde, wo die Zahl der jüdischen Familien 1796 bis auf neun angestiegen war. Wie in Bochum gab es in Hamm mit fünf bis zwölf jüdischen Familien im 18. Jahrhundert durchgehend relativ viele Juden, während Unna und Kamen im Durchschnitt weniger jüdische Einwohner aufwiesen. Wegen der Nähe zur preußischen Provinzialverwaltung stellte die jüdische Gemeinde in Hamm seit 1750 ausnahmslos einen oder mehrere Vorsteher der Landjudenschaft. Hamm besaß als Verwaltungsnebensitz jedoch nicht die gleiche Ausstrahlung wie Kleve oder Berlin. In der residenzfernen Grafschaft Mark fehlten Hofjuden.

2 Der Landesherr und die märkische Judenschaft⁸

Dieser Beitrag konzentriert sich auf die Zeit zwischen dem Ende des Dreißigjährigen Krieges und dem Ende des Alten Reiches, in der Brandenburg-Preußen die Herrschaft über die Grafschaft Mark⁹ ausübte. Wegen der langfristigen Auswirkungen des spätmittelalterlichen Umgangs des Landesherrn mit der jüdischen Minderheit ist es notwendig, den Blick zurück bis in das 14. Jahrhundert zu werfen. Die brandenburgische Herrschaft traf in Fragen der Behandlung der jüdischen Minderheit nach 1609/14 auf Rechtszustände, die sich im 15. Jahrhundert ausgebildet hatten. Der Landesherr hatte in Kleve-Mark das Judenregal weitgehend an die Städte abgetreten.¹⁰ Ursache für die Aufgabe seiner Rechte war sowohl die zeitweilige Teilung des Landes als auch die Finanznot der klevischen Herzöge, die von der Bewilligung von Steuern und Krediten durch die Landstände abhängig waren und ihnen dafür Konzessionen einräumen mussten. Der Übergang zur vorwiegend städtisch bestimmten ‚Judenpolitik‘ bedeutete einen Bruch. Denn die Grafen von der Mark waren wohl schon seit dem frühen 14. Jahrhundert mit einer offensiven Handhabung der Geleitvergabe sowohl dem Kölner Erzbischof wie der Reichsstadt Dortmund entgegengetreten. 1332 setzte sich Graf Adolf für von der Stadt Dortmund gefangen genommene Juden ein. 1336 gewährte er dem Juden Samuel das Recht auf Niederlassung in der Grafschaft. Zwölf Jahre später wurde diese Erlaubnis ausdrücklich auf alle Städte und Gebiete seiner Herrschaft („civitatis et districtibus nostri domini“) ausgedehnt. Graf Engelbert III. profitierte 1350 von der Ermordung der Juden in Dortmund: Die Insellage der Reichsstadt inmitten der Grafschaft Mark erzwang 1372 eine vertragliche Regelung, er sicherte den Dortmunder Juden für 1300 Goldgulden Bewegungsfreiheit in seinem Territorium zu. Der Name Graf Engelberts III. blieb bis in das 18. Jahrhundert, also in Zeiten

7 Zur jüdischen Geschichte in Bochum während der frühen Neuzeit vgl. WILBERTZ Gisela, Jüdische Friedhöfe im heutigen Bochumer Stadtgebiet (Bochum, Wattenscheid, Stiepel). In: Der Märker 36 <1987> 3–20, vor allem 4f., 17; KELLER Manfred/WILBERTZ Gisela (Hg.), Spuren im Stein. Ein Bochumer Friedhof als Spiegel jüdischer Geschichte <Bochum 1997>.

8 MASER, Juden (wie Anm. 3) ist die einzige Monographie zum Thema und trotz einiger Mängel grundlegend.

9 Zur Territorialgeschichte vgl. den Überblick von KLOOSTERHUIS Jürgen, Fürsten, Räte, Untertanen. Die Grafschaft Mark, ihre lokalen Verwaltungsorgane und ihre Regierung zu Kleve. In: Der Märker 35 <1986> 3–25, 76–87, 104–117 u. 147–164; VAHRENHOLD-HULAND Uta, Grundlagen und Entstehung des Territoriums der Grafschaft Mark <Dortmund 1968>.

10 Für das Folgende vgl. ASCHOFF Diethard, Geschichte der Juden in Westfalen im Mittelalter (= Geschichte und Leben der Juden in Westfalen 5) <Münster 2006>.

brandenburgisch-preußischer Herrschaft, mit der Übernahme des Judenregals verbunden.¹¹ Nach 1411 vergaben seine Nachfolger auch Schutzbriefe an aus Dortmund stammende Juden. Graf Adolf II./IV. behauptete mehrfach, ihm seien alle Juden in Westfalen verpfändet.

1417 versprach Graf Adolfs feindlich gesinnter Bruder Gerhard der Stadt Hamm, dass sie keine Juden als Einwohner zulassen müsse. Zwar hatte dieses Versprechen vor allem das Ziel, die Stadt Hamm im Streit um die Herrschaft auf Gerhards Seite zu ziehen, doch galt das ‚privilegium de non tolerando‘ bald im gesamten klevischen Herrschaftsbereich.¹² In der Folgezeit verliehen die Herzöge weiterhin individuelle Geleitbriefe, ließen jedoch gleichzeitig zu, dass die Entscheidung über die Niederlassung von Juden auf die Städte überging. Ein obrigkeitlicher Schutzbrief allein reichte gegen Ende des 15. Jahrhunderts nicht mehr zur Ansiedlung aus.¹³

Die klevische Politik war im 16. Jahrhundert weitgehend jüdenfeindlich bestimmt. Sie mündete 1558 in einer Polizeordnung, die im Einflussbereich des Gesamtterritoriums Juden den Aufenthalt untersagte. Konsequenterweise wurde diese Vorschrift nicht, wenngleich die Zahl der niedergelassenen Juden gering blieb, abhängig vom Willen der Städte. So gewährte Hamm mehreren jüdischen Familien seit 1560 Geleit, während Soest seit 1564 das Geleit aufkündigte und Lippstadt 1561 für zwölf Jahre Seligmann Gans aufnahm, das Geleit aber nicht verlängerte.¹⁴

Schon 1631 intervenierte Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg in Wesel gegen den städtischen Rat zugunsten eines jüdischen Arztes. Sein Sohn und Nachfolger Friedrich Wilhelm favorisierte seit der Beendigung des Dreißigjährigen Krieges die Niederlassung jüdischer Familien. Unter ihm begann insofern „eine völlige Neuorientierung gegenüber den Juden“ in Kleve-Mark,¹⁵ als nun nach mehr als 200 Jahren der Landesherr wieder ausgiebig von seinen Rechten Gebrauch machte. Die Zahl der bald nach 1647 ausgestellten Schutzbriefe nahm zu, Friedrich Wilhelm war bereit, sich mit den Städten wegen ihrer abweisenden Haltung anzulegen, und setzte sich durch. Er zielte mit der Ansiedlung von Juden auf die wirtschaftliche Erholung seiner Provinzen und damit auch auf höhere Einnahmen für den Fiskus. Dem am 7. Februar 1650 zum Befehlshaber und Vorgänger aller Juden in den westlichen Provinzen eingesetzten Berend Levi aus Bonn war der Kurfürst verpflichtet. Berend Levi sollte u. a. die Geleite kontrollieren und die Schutzgelder einziehen.¹⁶ Deshalb wurde im August 1650 den Städten Soest und Hamm untersagt, ihrerseits Juden zu verleiten.¹⁷ Nicht zu Unrecht sahen die Juden in Kleve-Mark in ihm einen Vertreter der zentralistischen

11 Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA Rep. 34 Nr. 64 g 2 Fasc. 46, fol. 10v (1751).

12 KOSCHE Rosemarie, Studien zur Geschichte der Juden zwischen Rhein und Weser im Mittelalter (= Forschungen zur Geschichte der Juden: Abt. A, Abhandlungen 15) <Hannover 2002> 218–224.

13 Ebd. 225.

14 ASCHOFF Diethard, Quellen und Regesten zur Geschichte der Juden in der Stadt Hamm 1287–1664 (= Westfalia Judaica 3,2) <Münster 2005> 47ff.; RIES Rotraud, Ein ambivalentes Verhältnis – Soest und seine Juden in der frühen Neuzeit. In: WIDDER Ellen (Hg.), Soest. Geschichte der Stadt, Bd. 3 <Soest 1995> 549–636, 556; MÜHLE Eduard, Zur Geschichte der jüdischen Minderheit. In: EHBRECHT Wilfried (Hg.), Lippstadt. Beiträge zur Stadtgeschichte (= Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Lippstadt 2), T. 2 <Lippstadt 1985> 519–574, 520ff.

15 STERN Selma, Der preußische Staat und die Juden. Teilbd. I/1: Die Zeit des Großen Kurfürsten und Friedrichs I., Darstellung <Tübingen 1962> 9.

16 BAER Fritz, Das Protokollbuch der Landjudenschaft des Herzogtums Kleve. Erster Teil: Die Geschichte der Landjudenschaft des Herzogtums Kleve <Berlin 1922> 131f. Weitere Bde. der Reihe sind nicht erschienen.

17 STERN Selma, Der preußische Staat und die Juden. Teilbd. I/2: Die Zeit des Großen Kurfürsten und Friedrichs I., Akten <Tübingen 1962> 60 Nr. 57.

Berliner Politik. Mit Hilfe hoher Beamter in Kleve gelang es, Berend Levi aus seiner Funktion in Kleve-Mark zu verdrängen. Hierfür mussten die Juden in Kleve und Mark 1200 Rtlr. aufbringen. Die Juden in der Grafschaft Mark schlossen sich dem Vorgehen der klevischen Juden an und erklärten sich bereit, ihren proportionalen Anteil an der Abstandssumme zu übernehmen. Die Bochumer Erklärung vom 14. Oktober 1652 ist die erste gemeinsame Willenserklärung der märkischen Juden, die erhalten geblieben ist.¹⁸ Die Aufsicht über die Juden wurde 1654 zunächst Oberst Jacob von Spaen, dann seinem Bruder Alexander, einem General, übertragen.

Das Geleitpatent vom 22. Februar 1656 sah für die 40 jüdischen Familien in Kleve-Mark eine Erhöhung des Jahrestributs auf 400 Rtlr. vor.¹⁹ Es sollte für 17 Jahre gelten, wurde aber schon 1661 und danach nochmal für jeweils 15 Jahre erneuert. Die Einziehung der Geleitgelder oblag dem Rezeptor Elias Gompertz (Gumpertz) aus Wesel, einem Mitglied der bekannten und weitverbreiteten Hofjuden-Familie.²⁰ Die vergleichsweise moderaten Bedingungen ließen nicht nur die Zahl der Juden in Kleve-Mark steigen (1661 lebten allein in der Grafschaft Mark und in Soest 46 Familien), sondern riefen auch den Protest der Landstände hervor. Ritterschaft und Städte sahen sich 1666 durch jüdischen ‚Wucher‘ „graviret, hart getrücket und verdorben“. ²¹ 1684 beklagten die Stände, die Zahl der Juden wachse stark, so dass allen Gewerben „in ihren Nahrungen großen Eingriff und Abbruch“ geschehe.²² Der Kurfürst erwiderte auf diese Beschwerde, er wolle sich „wegen der Zahl derer zu verleitenden Juden ... kein Maß noch Ziel setzen lassen“. ²³ Trotz des erklärten Willens des Kurfürsten, die Macht der Stände zu brechen und das alleinige Recht auf Vergeleitung durchzusetzen, fehlte es nicht an Widerstand. In den Städten setzten sich weiterhin Räte und Zünfte gegen die Neuansiedlung von Juden zur Wehr, so in Soest zwischen 1661 und 1670 gegen den mit einem landesherrlichen Schutzbrief ausgestatteten Rezeptor Elias Gumpertz. 1694 konnte die Stadt Hamm die Ansiedlung des Caspar Hertz jedoch nicht verhindern.²⁴

Noch zu Lebzeiten des Großen Kurfürsten sollte 1685/86 der Jahrestribut der Juden in Kleve-Mark – wo inzwischen 150 jüdische Familien zugelassen waren – beträchtlich erhöht werden, zunächst von 400 auf 1000 Reichstaler. Proteste gegen diese Erhöhung kamen vor allem aus der Grafschaft Mark mit Philipp Salomon aus Unna als Sprecher.²⁵ Sie bewirkten eine Reduzierung auf 600 Reichstaler. Das hierzu am 14. Februar 1687 verabschiedete Generalgeleit sollte 20 Jahre gelten. Die darin enthaltene vergleichsweise milde Belastung durch Abgaben wurde fortwährend unterlaufen durch Sondersteuern, die seitdem immer wieder auf Juden zukamen. Bereits 1658 hatte die kleve-märkische Judenschaft einen Anteil von 1500 Rtlr. an den Kosten der Berliner Befestigung aufzubringen.²⁶ 1688 musste sie 400 Rtlr. an die Marinekasse zahlen. 1689 verfügte der Geheime Rat wegen der damals aktuellen Kriegsgefahr eine einmalige Steuer in Höhe von 20 000 Rtlr., die die Juden aller Provinzen aufzubringen hatten. Kleve-Mark war daran mit 5000 Rtlr. beteiligt. Gegen die Zahlung des gleichen Betrags als Ersatz für eine einprozentige Steuer auf das Vermögen wehrten sich die kleve-märkischen Juden 1701 mit Erfolg, denn der Betrag wurde halbiert und musste

18 BAER, Protokollbuch (wie Anm. 16) 142f.

19 Die Ursprungssumme ist nicht bekannt.

20 Vgl. KAUFMANN David/FREUDENTHAL Max, Die Familie Gompertz <Frankfurt 1907>.

21 BAER, Protokollbuch (wie Anm. 16) 26.

22 STERN, Der preußische Staat, Teilbd. I/2 (wie Anm. 17) 66 Nr. 68.

23 Ebd. Nr. 69.

24 Ebd. 314f. Nr. 335.

25 BAER, Protokollbuch (wie Anm. 16) 144–147 Nr. 11–14; STERN, Der preußische Staat, Teilbd. I/2 (wie Anm. 17) 67 Nr. 70; MASER, Juden (wie Anm. 3) 60f.

26 STERN, Der preußische Staat, Teilbd. I/2 (wie Anm. 17) 61f. Nr. 59/60.

erst bis 1711 entrichtet werden.²⁷ Anlass zur Beschwerde gab die im Vergleich zu den anderen Provinzen als ungerecht empfundene Verteilung der Abgaben, weil man sich in Kleve und Mark erheblich ärmer als in anderen Provinzen einschätzte.²⁸ Infolge der Münzturbulenzen am Ende des 17. Jahrhunderts hatte die märkische Judenschaft 1699 einen Betrag von 7000 Rtlr. aufzubringen, den zum größten Teil Jordan Simon und Elias Marcks aus Hamm übernahmen.²⁹ Weitere kleinere Abgaben und Steuern wie die Beiträge zur Chargenkasse oder zum Mons Pietatis kamen seit 1714 hinzu.

Nachdem noch 1696 ein Reglement für Kleve-Mark die Verhältnisse für die Juden in den beiden Westprovinzen geregelt hatte,³⁰ richtete sich schon unter Kurfürst/König Friedrich III./I. die Judenpolitik auf den gesamten brandenburgisch-preußischen Staat aus; provinzielle Besonderheiten und Abweichungen blieben freilich bis 1806 bestehen. Diese Entwicklung kam in den 1720er Jahren zum Abschluss, wobei der fiskalische Aspekt immer mehr in den Vordergrund rückte. Zwar bestätigte König Friedrich Wilhelm I. 1713 für Kleve-Mark noch einmal das Privileg von 1687, doch gerieten hier wie in den übrigen Provinzen die Juden unter eine immer engmaschigere Aufsicht. Erhebungen der Regierung Kleve ergaben, dass eine größere Zahl von Familien nicht vergeleitet war oder sich auf dem Land der städtischen Akzise entzogen hatte. Leitbild der preußischen Wirtschaftspolitik waren die Verhältnisse in den mittleren und östlichen Provinzen, die sich allerdings nicht im Detail auf Kleve-Mark übertragen ließen. Was gegenüber dem ländlichen Gewerbe nicht gelang, ließ sich aber gegenüber den Landjuden in der Grafschaft Mark, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung seit 1737 nach Ausweis der amtlichen Statistiken deutlich zurückgegangen war, durchsetzen.

Die 1728 begonnene Neuordnung des jüdischen Steuerwesens stieß auch in Kleve-Mark auf erheblichen Widerstand. Anlass war die „völlige Verwirrung“, wer nach welchem Recht Schutzbriefe erhalten hatte.³¹ Die Juden in der gesamten Monarchie wurden im April 1728 auf 15 000 Rtlr. veranschlagt, davon entfielen auf Kleve-Mark mit 175 Familien 2450 Reichstaler. Schon im Vorfeld hatte die kleve-märkische Judenschaft erklärt, die Erhöhung gegenüber den 600 Rtlr. von 1687 nicht leisten zu können. Ihr Vorsteher Salomon Simon aus Hamm beschwerte sich darüber, dass sie nun für andere mitzahlen sollten, obwohl „sie seit 100 Jahren keine Gemeinschaft mit anderen Provinzjuden gehabt“ hätten.³² Die kleve-märkische Judenschaft geriet gegenüber derjenigen aus den anderen Provinzen in eine Außenseiterposition und forcht die Verteilung der Steuergelder lange an. Nach einem Schiedsspruch des Berliner Landrabbiners wurde schließlich der Anteil der kleve-märkischen Juden um 250 Rtlr. gesenkt. Er betrug 1733 noch 2078 Rtlr., war damit aber immer noch dreimal so hoch wie 1687.

Nach der Festlegung des neuen Steuersatzes wurde 1730 ein für alle preußischen Provinzen verbindliches Judenreglement eingeführt. Es schränkte die für Juden zugelassenen Handelsarten drastisch ein und schrieb für die Niederlassung eines Sohnes ein Vermögen von 1000 Rtlr. vor. Ein zweites Kind erhielt dieses Recht bei einem nachzuweisenden Vermögen von 2000 Reichstalern. Allerdings wurde dieses Judenreglement durch eine Kabinettsordre 1747 wieder abgeschafft, 1750 erneuert und 1763 mit der zusätzlichen Auflage, durch Sonderabgaben wirtschaftlichen Nutzen zu stiften, erneut in Kraft gesetzt.³³ Den Regierungen entzog das Reglement von 1730 die Berech-

27 Ebd. 309–312 Nr. 331–333.

28 Ebd. 318–322 Nr. 338f.

29 Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA Rep. 34 Nr. 64 g 2 Fasc. 21, fol. 3.

30 MASER, Juden (wie Anm. 3) 72f.

31 STERN, Der preußische Staat, Teilband II/1 (wie Anm. 1) 43ff., Zitat 43.

32 Ebd. 47. DIES., Der preußische Staat und die Juden, Teilbd. II/2: Die Zeit Friedrich Wilhelms I., Akten <Tübingen 1962> 495ff. Nr. 360ff.

33 Ich danke Dr. Tobias Schenk, Wien, für diesen und andere Hinweise, die Auswirkungen der preußischen Abgabenpolitik auf jüdische Niederlassungen betreffend.

tigung zur Ausstellung von Schutzpatenten, die direkt beim Berliner Hof erworben werden mussten. Der Regierung verblieben nur einige Reste des alten Geleitrechts, alle übrigen ‚Judensachen‘ wurden den Kriegs- und Domänenkammern unterstellt.

Das Generalprivileg von 1750 löste unter den kleve-märkischen Juden keine Protestwelle wie das von 1730 aus.³⁴ Seine Bestimmungen wurden dennoch als einschneidend und schikanös angesehen. Die Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Schutzjuden erschwerte de facto eine Niederlassung, denn außerordentliche Schutzjuden genossen allein ein Recht auf Niederlassung, nicht aber ihre Erben. Für das Schutzgeld war nunmehr die Gesamtjudenschaft aller Provinzen haftbar. Die Höhe wurde auf General-Judenversammlungen in Brandenburg oder Spandau festgelegt. 1768 sollte es trotz der schweren Wirtschaftskrise nach dem Siebenjährigen Krieg auf 25 000 Rtlr. für alle Provinzen erhöht werden. Diese Leistungen zu erbringen, fiel in den westlichen Provinzen den Juden schwer („sauer und bitter“).³⁵ Deshalb verwehrte sich die märkische Judenschaft in einer Eingabe vom 14. Januar 1768 scharf gegen die Berliner Judenschaft. Diese unterrichtete die Provinzialjudenschaft nicht, sondern schweige „bis auf die letzte Stunde, da es dann den letzteren nicht mehr möglich ist, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, und sich zu ihrem größten Ruin alles gefallen lassen muss, was über sie verhängt wird“.³⁶

Ein Jahr später sorgte eine weitere Abgabe für neue Unruhe. 1744/45 waren die märkischen Juden bereits zwangsweise zur Lieferung von Silber für die Münze herangezogen worden. 1763 wurde diese Abgabe für die gesamte Monarchie wieder eingeführt. Auf die Grafschaft Mark entfiel zunächst die Lieferung von 328 Mark Silber, die 1765 auf 764 Mark erhöht wurde. Die Intervention des märkischen Judenvorstehers Ansel Hertz bewirkte, dass es bei dem ursprünglichen Betrag blieb. Dennoch war die Abgabenlast nach dem Siebenjährigen Krieg deutlich gestiegen. Als zur Eintreibung der Steuern und Abgaben jeder Jude sein Vermögen der Kriegs- und Domänenkammer Hamm offenlegen und dies durch Eid beglaubigen sollte, waren für Ansel Hertz die Grenzen des Zumutbaren erreicht. Notgedrungen trieb er auch die Abgaben für die Silberlieferung ein.³⁷ Für die Wiedereinführung des Rechts der Niederlassung eines zweiten Kindes wurden die Juden in Kleve-Mark mit 6325 von 70 000 Rtlr. beteiligt. Beide Landjudenschaften wehrten sich gegen diese Zahlung.³⁸ Ob sie Erfolg hatten, ist nicht bekannt. Neue Niederlassungen wurden nach dem Siebenjährigen Krieg mit Sonderabgaben belastet, vor allem durch Zwangsimport von Manufakturwaren aus den mittleren Provinzen. Als letzte größere Abgabenart wurde 1769 eine Zwangsabnahme von Porzellan aus der Berliner Manufaktur eingeführt. Wer sich neu niederlassen wollte, musste für 100 Dukaten Porzellan kaufen.³⁹ 1779 stellte König Friedrich II. fest, dass seine Beamten – wohl wegen der schwammigen Ausführungsbestimmungen – über ein Jahrzehnt zu geringe Abgaben erhoben hatten und verlangte binnen weniger Wochen von der Judenschaft in der gesamten Monarchie, nachträg-

34 BAER, Protokollbuch (wie Anm. 16) 45f.

35 STERN Selma, *Der preußische Staat und die Juden*, Teilbd. III/1: Die Zeit Friedrichs des Großen, Darstellung <Tübingen 1971> 50.

36 STERN Selma, *Der preußische Staat und die Juden*, Teilbd. III/2: Die Zeit Friedrichs des Großen, Akten <Tübingen 1971> 736f. Nr. 603, Zitat 737.

37 LAV NRW Abt. W (Münster), KDK Hamm 1084, fol. 41, 46.

38 Hinweis von Dr. Tobias Schenk, Wien.

39 MASER, *Juden* (wie Anm. 3) 83; HELBECK Gerd, *Juden in Schwelm. Geschichte einer Minderheit von den Anfängen im 17. Jahrhundert bis zum Nationalsozialismus* <Schwelm 1988> 28 (an einem Schwelmer Beispiel). Vgl. SCHENK Tobias, *Wegbereiter der Emanzipation? Studien zur Judenpolitik des „Aufgeklärten Absolutismus“ in Preußen (1763–1812)* (= Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 39) <Berlin 2010>. Schenk lieferte auch die folgenden Hinweise.

lich mehr als 200 000 Rtlr. aufzubringen. Wem dies nicht gelang und wer deshalb als ‚Porcellainrestant‘ galt, der musste damit rechnen, vertrieben zu werden. In der Grafschaft Mark mussten Juden zwischen 1770 und 1786 für 8063 Rtlr. Porzellan abnehmen.⁴⁰ Von den Monita des Jahres 1779 waren 24 Haushaltsvorstände betroffen, die insgesamt 6105 Rtlr. aufbringen sollten.⁴¹ 1788 wurde auf Initiative des preußischen Ministers Friedrich Anton von Heynitz der verordnete Porzellanabsatz gegen eine Abstandszahlung von 40 000 Rtlr. wieder aufgehoben. Die Juden in der Grafschaft Mark trugen dazu 743 Rtlr. bei,⁴² die sie neu niedergelassenen Juden aufbürdeten.

Die nach 1763 eingeführten Abgaben hatten erhebliche Folgen. Sie verschlechterten zusätzlich die wirtschaftliche Lage der einzelnen, meist armen jüdischen Haushalte und schränkten die Möglichkeiten der nachgeborenen Kinder ein, eigene Haushalte zu gründen. Das erklärt das geringe Wachstum der jüdischen Bevölkerung im 18. Jahrhundert trotz einer häufig großen Zahl von Familienmitgliedern.⁴³

3 Organisation der märkischen Landjudenschaft⁴⁴

Wie die Landjudenschaft im Herzogtum Kleve bildeten – nach einer Definition von Fritz Baer – die Juden in der Grafschaft Mark „eine aus dem freien Willen der Mitglieder entstandene, vom Staat anerkannte, geschlossene und einheitliche Gemeinde, welche durch die Fiktion eines Vertrages mit dem Staate ihren Mitgliedern das Aufenthaltsrecht im Lande erwirbt und darüber zugunsten oder zuungunsten fremder jüdischer Bewerber verfügt“.⁴⁵ Die märkische Provinzialjudenschaft bildete wohl nie eine Einheit mit der klevischen Judenschaft. Auch die Landstände in Kleve und Mark blieben bis zum Ende des Alten Reiches getrennt. Zwar veranlagte Brandenburg-Preußen die Judenschaft beider Provinzen in der Regel zu einer gemeinsamen Steuerleistung, doch musste diese dann zwischen Kleve und Mark aufgeteilt werden. Für die weitere Aufteilung der Steuern auf die Mitglieder ihrer Gemeinde war jede Provinz selbst verantwortlich.

Die märkische Landjudenschaft bildete eine das gesamte Territorium erfassende Gemeinde. In den meisten Städten lebten über weite Strecken des 17./18. Jahrhunderts zu wenige jüdische Familien, um lokale Gemeinden bilden zu können. Allerdings kam es dort, wo mehrere Familien an einem Ort wohnten, durch Einrichtungen wie Synagogen, Friedhöfe und Schulen zu Ansätzen einer Ortsgemeinde unterhalb der Landjudenschaft.⁴⁶ Nimmt man allein die Existenz einer jüdischen Schule als Maßstab, dann war 1756 die Bildung von Ortsgemeinden in Hamm, Hörde, Hagen und Bochum am weitesten fortgeschritten.⁴⁷ In Iserlohn, Altena und Unna hielten die Gemeinden 1751

⁴⁰ Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, II. HA GD Tit. LVII Nr. 10, Bd. 2, fol. 19–36.

⁴¹ Ebd., Bd. 1, fol. 103.

⁴² Ebd., Bd. 2, fol. 44.

⁴³ Die dadurch beeinflussten demographischen Prozesse können hier nicht untersucht werden und bedürfen weiterer Forschung; vgl. BATTENBERG Friedrich, *Die Juden in Deutschland vom 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts* (= Enzyklopädie Deutscher Geschichte 60) <München 2001> 76–79.

⁴⁴ Zum Folgenden vgl. MASER, *Juden* (wie Anm. 3) 68–79 und BAER, *Protokollbuch* (wie Anm. 16) 79–128.

⁴⁵ BAER, *Protokollbuch* (wie Anm. 16) 81.

⁴⁶ Vgl. die Belege zu Synagogen bzw. Friedhöfen vor 1806 bei PRACHT-JÖRNS Elfi, *Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen*, Bd. V: Regierungsbezirk Arnsberg <Köln 2005> 45–47 (Bochum), 108, 111 (Dortmund-Hörde), 139 (Hagen), 161 (Hamm), 220, 224 (Schwelm), 403 (Altena), 434 (Neuenrade), 557, 559 (Lippstadt), 577 (Soest). 628, 632 (Kamen), 639 (Lünen), 646f. (Schwerte), 659, 665 (Unna), 16 (Wattenscheid).

⁴⁷ Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, II. HA GD Cleve Tit. CLXVI Sect. I Nr. 7, Bd. 3, fol. 73, 76, 83, 85.

Vorsänger. Hertz Liefmann aus Unna, der dieses Amt ausübte, musste jedoch „mit Kleinigkeiten“ handeln, „weil er von dem Amte nicht leben kann, auch weder Vermögen noch ein Haus besitzt“, ⁴⁸ Elemente jüdischer Sozialfürsorge werden in den Generaltabellen erkennbar, wenn es über Einzelne heißt, sie würden „von den Mitgenossen unterhalten“. ⁴⁹

Ob die im Zusammenhang mit der Frankfurter ‚Rabbinerverschwörung‘ 1603 genannten Juden aus der Grafschaft Mark auch Teil einer territorialen Organisation waren, lässt sich nicht belegen. ⁵⁰ Um 1650 behauptete sich jedenfalls die territoriale Organisationsform. Nach dem gescheiterten Versuch, im genannten Jahr Berend Levi als Vorsteher der Judenschaften in den westlichen Provinzen zu oktroyieren, unternahm Brandenburg-Preußen nie wieder einen solchen gravierenden Eingriff in die relative Autonomie der jüdischen Gemeinden. Allerdings hatte in Konfliktfällen eher der Staat als die Landjudenschaft Einfluss auf die Niederlassung einzelner Familien. Zwar enthielt das Reglement von 1696 einen Aufgabenkatalog für die Vorsteher der Landjudenschaft, um das Geleitwesen zu überwachen, ⁵¹ doch die Zulassung einzelner Familien blieb letzten Endes staatlichen Instanzen vorbehalten. 1731 musste beispielsweise David Jacob aus Lüdenscheid wegziehen, weil ihm die Kriegs- und Domänenkammer Kleve wegen nicht gezahlter Schutzgelder das Geleit aufgekündigt hatte; Isaak Philipp aus Unna wurde wegen angeblich übermäßigen ‚Wuchers‘ des Geleits für verlustig erklärt. ⁵² 1711 musste die märkische Judenschaft bekennen, dass sich mehrere Familien auf dem Land in adligen Gerichtsherrschaften „ohne Bewust“ ihrer Vorsteher angesiedelt hatten. ⁵³ Auch in diesem Punkt zeigt sich, wie wenig die Landjudenschaft regulierend einwirken konnte.

Um die Erhebung der Steuern kümmerte sich der Staat im Einzelnen nicht, wie die Akten zeigen. ⁵⁴ Nur bei Streitfällen, die die Steuerzahlung beeinträchtigten, griffen die Provinzialbehörden ein. Auch blieben die Versammlungen der Juden ohne deren direkte Kontrolle. Sie veranlassten lediglich die Einberufung des Judenlandtags und mussten die dort abgehaltenen Wahlen bestätigen. Der Landtag wurde, abgesehen von Ausnahmen, nur in jedem dritten Jahr oder noch seltener einberufen. Als zweckmäßig erwies sich nach 1750, dass der märkische Landtag zusammentraf, nachdem Preußen auf der Versammlung der Provinzialdeputierten die Steuerquoten der einzelnen Provinzen festgelegt hatte. Die Verteilung der Steuern auf die einzelnen Familien war neben den Wahlen der wichtigste Tagesordnungspunkt. Die Landtage fanden möglichst im Sommer statt, weil man die längere Tagesdauer nutzen wollte. In der Regel dauerten sie höchstens eine Woche. Die 1802 vom märkischen Vorsteher Heynemann Spanier geforderte mehrwöchige Dauer bildete eine Ausnahme, weil das von ihm verursachte Chaos in den Kassen eine längere Revision der Rechnungen erforderte. ⁵⁵ Allerdings hatte damals seit 1793 auch kein Landtag mehr stattgefunden. Der Ort des Treffens war zunächst nicht festgelegt. 1751 traf man sich in Kamen, ab 1765 nur noch in Hamm.

Die Leitungsstruktur der märkischen Judenschaft zwischen 1648 und 1806 ist nicht immer eindeutig zu erkennen. Zeitweilig überschchnitt sich die Funktion des Steuereinkommers für Kleve und Mark mit der des ‚Schtadlans‘ für Kleve. Im 17. Jahrhundert

48 Ebd., Bd. 2, fol. 167, 167v, 168, Bd. 3, fol. 78 zu Hertz Liefmann.

49 Ebd. Bd. 1, fol. 123 zu Philipp Herde in Hamm, ebd., fol. 131 zu Bernhard Mathias aus Kamen.

50 ASCHOFF Diethard, Hamm als Vorort der westfälischen Juden und die Frankfurter „Rabbinerverschwörung“ von 1603. In: Märkisches Jahrbuch für Geschichte 102 <2002> 41–80, 55f.

51 MASER, Juden (wie Anm. 3) 72f.

52 LAV NRW Abt. W (Münster), Kleve-Mark Regierung LS 1638, fol. 109, 112v.

53 Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA Rep. 34 Nr. 64 g 2 Fasc. 19, fol. 53.

54 LAV NRW Abt. W (Münster), KDK Hamm 1083–1089.

55 Ebd. 1085, fol. 105–107.

gewann der ‚Schatdlan‘ in vielen deutschen Territorien „den ehrenamtlichen und patriarchalischen Charakter eines fast souverän schaltenden Gemeindevaters, der vermöge seines Reichtums der gegebene Vertrauensmann der Regierung sowohl wie der Gemeinde“ war.⁵⁶ Von 1653 bis 1731 hatten Mitglieder der Familie Gumpertz dieses Amt im Herzogtum Kleve inne, zugleich fungierten sie als Steuereinnahmer für die beiden verbundenen Provinzen und als Fürsprecher der jüdischen Belange in Berlin.⁵⁷ 1690 wurde Salomon Gumpertz „die Inspection über die gesamte Judenschaft aufgetragen“.⁵⁸ Als Hofjuden und Heereslieferanten war die Familie Gumpertz bestens geeignet, zwischen Brandenburg-Preußen und der kleve-märkischen Judenschaft zu vermitteln. Da sie auch in Soest, Lippstadt und Lünen vertreten war, darf ihre Autorität auch im Märkischen als gesichert gelten.

In der Grafschaft Mark ersetzte oder verdrängte der Steuerrezeptor jedoch nicht die Vorsteher der Judenschaft. Vielmehr konnte es zwischen Rezeptor und der Judenschaft, vertreten durch ihre Vorsteher, sogar zu Spannungen kommen. 1686 beschwerten sich die kleve-märkischen Juden über den Rezeptor Elias Gumpertz, dem sie vorwarfen, die Steuern ungerecht zu veranschlagen.⁵⁹ 1721 wurde Jacob Gumpertz verdächtigt, „viel mehr Geld“ von der Judenschaft einzuziehen als sie „an die preußischen Kassen“ abzuführen hatte.⁶⁰ Vorsteherschaft und Rezeptorenamt fielen bis 1731 offenbar nicht zusammen. 1728 berieten die drei Vorsteher Jacob Jordan aus Unna, Salomon Simon aus Hamm und Bernd Levi aus Castrop mit Jacob Gumpertz über die Verteilung der Steuern auf die einzelnen Mitglieder.⁶¹ Im selben Jahr fuhr Salomon Simon als Deputierter der Juden in Kleve-Mark nach Berlin.⁶²

Ob der 1652 für die Juden in der Grafschaft Mark sprechende Berndt Isaac aus Bochum als Vorsteher gelten darf, ist nicht sicher.⁶³ 1661 wurden Simon Nathan aus Hamm und Jonas Isaac (aus Wattenscheid?) namentlich als Vorsteher aufgeführt.⁶⁴ Sie sollten für den Rezeptor Elias Gumpertz Schutzgelder einziehen. 1731 fungierte Jacob Jordan aus Unna zugleich als erster Vorsteher und Rezeptor, Bernd Levi als zweiter Vorsteher.⁶⁵ Mindestens zwischen 1745 und 1748 waren Vorsteher- und Rezeptorenamt wiederum getrennt, denn Elias Marcus aus Hamm stand als Rezepturverwalter neben den Vorstehern Gumpertz Hertz aus Lünen und Jacob Simon aus Schwerte.⁶⁶ Letzterer blieb bis in die 1760er Jahre im Amt. 1761 wurde neben ihm Anschel Hertz aus Hamm gewählt, der bald so viel Autorität innerhalb der Judenschaft sowie bei den Hammer Behörden gewann, dass er als ‚Schatdlan‘ der Grafschaft Mark gelten darf.⁶⁷ Sein exzellenter Ruf resultierte aus der Fähigkeit, die Interessen der märkischen Judenschaft gegenüber den Berliner Steuerforderungen wirkungsvoll wahrzunehmen. Gleichzeitig attestierten ihm die Hammer Beamten „patriotisches Verhalten“, weil er im Siebenjährigen Krieg Getreide aus Holland besorgt und „viele gute Dienste in

56 BAER, Protokollbuch (wie Anm. 16) 90.

57 Vgl. KAUFMANN/FREUDENTHAL, Familie Gomperz (wie Anm. 20) passim.

58 BAER, Protokollbuch (wie Anm. 16) 148f. Nr. 16 (im Text bleibt unklar, ob nur für Kleve oder für Kleve und Mark).

59 Ebd. 146–149 Nr. 13–16.

60 STERN, Der preußische Staat, Teilbd. II/2 (wie Anm. 32) 490 Nr. 355.

61 Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, II. HA GD Cleve Tit. CLXVI Sect. I Nr. 2, Bd. 1, fol. 52vf.

62 Ebd. fol. 12.

63 BAER, Protokollbuch (wie Anm. 16) 142 Nr. 8.

64 MASER, Juden (wie Anm. 3) 72.

65 LAV NRW Abt. W (Münster), Kleve-Mark Regierung, Landessachen Nr. 1638, fol. 109.

66 Ebd. KDK Hamm 1083, fol. 1–3.

67 Zu Anschel Hertz vgl. MASER, Juden (wie Anm. 3) 74f.; LAV NRW Abt. W (Münster), KDK Hamm 1083, 1084.

Kontributionssachen“ geleistet habe.⁶⁸ Bereits 1763 wurde ihm der Titel Obervorsteher zugebilligt, neben dem zwei weitere Vorsteher amtierten. Im Laufe der Zeit ließ sich eine Amtsmüdigkeit bei Anschel Hertz nicht übersehen. Im Juni 1792 bat er, von seinem Amt dispensiert zu werden. Dagegen intervenierten die beiden jüngeren Vorsteher Heinemann Spanier und Levi Elias. Sie selbst seien wegen ihrer großen Familien und der täglichen Nahrungssorgen außer Stande, sich „der Geschäfte so anzunehmen, wie es bey der unruhigen Zeit und in Absicht der Zahlung immer saumseliger werden den Judenschaft“ notwendig wäre.⁶⁹ Anschel Hertz zog sich zwar von den Geschäften der Judenschaft zurück, wurde aber 1803 immer noch als Obervorsteher bezeichnet⁷⁰ und übernahm 1806 noch einmal das Amt des Vorstehers.⁷¹

Dies geschah unter dem Druck eines Skandals, der mit der Person des Vorstehers Heinemann Spanier verbunden war.⁷² Die Berliner Generaldirektion forderte am 1. April 1803 die Kammer in Hamm auf, die rückständigen Silberlieferungen der märkischen Juden einzutreiben. Deren 1784 gewählter Vorsteher Heinemann Spanier begründete mehrfach die Rückstände mit der Armut der Mitglieder seiner Gemeinde während der Kriegszeiten und der großen Teuerung. Selbst gewöhnliche Schutzgelder müssten durch ‚Execution‘ eingetrieben werden. Spanier verband die Klagen mit der Begründung, „unserer Nation“ stünden nur wenige Erwerbsmöglichkeiten offen.⁷³ Ihm gelang es offenbar, die Kammer bis 1805 hinzuhalten. Noch im April 1805 versprach er, über eine zwangsweise eingetriebene Sondersteuer in der märkischen Judenschaft die auf 1345 Rtlr. aufgelaufenen Rückstände aufzubringen. Spanier legte der Kammer eine 39 Familien aufführende Steuerliste vor, an deren Spitze die Hammer Juden Anschel Hertz und Elias Hertz mit 60 bzw. 50 Rtlr. standen. Als die Kammer die Beträge über die städtischen Verwaltungen eintreiben lassen wollte, erhob Elias Hertz Widerspruch und deckte damit einen Schwindel auf, den Heinemann Spanier jahrelang betrieben hatte. Elias Hertz legte der Kammer dar, dass er stets prompt und pflichtgemäß seine Kontributionen so gezahlt habe, wie es auf den Landtagen ‚quotiert‘ worden sei. Es sei nicht Aufgabe des Vorstehers, sondern des Judenlandtags, die Steuereinschätzung vorzunehmen. „Hätten wir das Unglück, daß auf Anzeigen des Spaniers Geld beygetrieben werden könnte, so wäre keiner der Judenschaft einen Augenblick bei seinem Eigenthum sicher“.⁷⁴ Die Beamten der Kammer erkannten nun, dass Spanier offenbar Steuern und Abgaben seiner Gemeinde unterschlagen und nicht weitergeleitet, sondern in die eigene Tasche gewirtschaftet hatte. Dabei hatte er sich offenbar des Kassenverwalters Joseph Gerson aus Hamm als Mitwisser und Mittäter bedient. Im Sommer 1805 erforschte eine Kommission, wie hoch die Rückstände tatsächlich waren. Schließlich wurde Anfang 1806 ein Rückstand von 1006 Mark Silber festgelegt. Ein neuer Vorstand der märkischen Judenschaft vereinbarte mit der Kammer Modalitäten der Rückzahlung bis 1810. Dass das Amt des Rezeptors nicht mehr einem Gemeindemitglied, sondern dem Kreiskalkulator Siemens übertragen wurde, darf als Folge des Skandals gewertet werden.⁷⁵

Teil des Vorstandes der Landjudenschaft waren die sogenannten Gemeinssmänner oder Assessoren, die auf den Landtagen gewählt wurden. Während nach 1748 viele Vorsteher aus Hamm oder aus anderen Orten der östlichen Grafschaft Mark kamen,

68 Ebd. 1083, Zitate fol. 72v, 73.

69 Ebd. 1083, fol. 105v.

70 LAV NRW Abt. W (Münster), KDK Hamm 1084, fol. 130.

71 Ebd., fol. 174–175.

72 Ebd. 1083, 1084, 1089; MASER, Juden (wie Anm. 3) 74.

73 Zitat nach LAV NRW Abt. W (Münster), KDK Hamm 1084, fol. 91, seine Berichte 1803/04 ebd., fol. 76–77, 82–85, 87–88, 91–92.

74 Ebd., fol. 134vf.

75 MASER, Juden (wie Anm. 3) 78.

weil sie schnell auf die Anforderungen der Kammer reagieren konnten, stammten die Assessoren oft aus den westlichen oder südlichen Teilen der Provinz, um diese zu repräsentieren. So wurden 1751 Daniel von Castrop, 1754 Aaron Marcus aus Bochum und Leifmann Lazarus aus Lüdenscheid, 1772 Leifmann Jordan aus Unna, Joseph Meyer aus Schwelm und Marcus Jacob aus Altena zu Assessoren gewählt.⁷⁶ Der Rezeptor hatte, wie auch der Skandal um Heinemann Spanier zeigte, eine wichtige Funktion als Bindeglied zwischen Staat und Landjudenschaft inne. Er musste Buch führen und Abgaben einziehen. Dem Rezeptor – auf Marcus Elias folgte 1748 Gumpertz Hertz aus Lünen, 1761 Isaak Nathan aus Kamen – standen deshalb Boten (Rezeptur- oder Landboten) zur Verfügung. Namentlich bekannt sind Mannes (oder Marcus) Isaak und Seligmann Samuel aus Gelsenkirchen (1754) und Moses Gottschalk aus Kamen (1772).⁷⁷

Zu den öffentlichen Bediensteten der Landjudenschaft gehörten auch die sogenannten Coller, die das rituelle Schlachten überwachten. 1772 wurden sie für Schwerte, Hörde, Hagen, Kamen, Unna und Hamm gewählt. Samuel Wolff in Hamm diente dort daneben als Schulmeister.⁷⁸

Bei Betrachtung der anderthalb Jahrhunderte vor 1806 ist festzustellen, dass die märkische Judenschaft nur selten ein ungestörtes Verhältnis zu ihren Landrabbinern hatte. Der Landrabbiner hätte theoretisch alle drei Jahre vom Landtag neu bestimmt werden müssen, faktisch besaß die Grafschaft Mark aber über längere Zeiträume keinen eigenen Rabbiner. Als erster kleve-märkischer Landrabbiner wurde Philipp Salomon 1693 aktenkundig.⁷⁹ 1701 erhielt Meyer Abraham als Rabbiner für Kleve und Mark einen Geleitbrief, der ihn unter den Schutz des Staates und des Rezeptors Ruben Elias Gumpertz stellte.⁸⁰ Ob eine solche enge Verbundenheit des Rabbiners mit der Obrigkeit Aversionen in der Landjudenschaft auslöste? Zwischen 1720 und 1748 hatten die märkischen Juden jedenfalls einen auswärtigen Rabbiner. 1720 berichtete die klevische Regierung nach Berlin: „In der Grafschaft Mark bedienen sich die Juden aber des Rabiners, so im Cölnischen Lande bei Arnsberg und jetzo in Bonn wohnhaftig“.⁸¹ Es scheint jener Rabbiner Juda Mähler/Mehler aus Bonn gewesen zu sein, der 1748 starb.⁸²

Sein Nachfolger Levi Salomon Haes fand lange nicht die Anerkennung der märkischen Landjudenschaft. 1751 war er auf dem Landtag gewählt und bald darauf von der Kriegs- und Domänenkammer Kleve bestätigt worden.⁸³ 1754 war ihm immer noch nicht das Gehalt, bestehend aus einem Fixum und Gebühren, gezahlt worden. Er schaltete die Kammer ein und forderte sie auf, der märkischen Landjudenschaft Strafen anzudrohen. Damit förderte er aber nur den Dissens mit seiner Gemeinde, denn diese erkannte ihn nun nicht mehr an. Sie zahlte ihm weder Gehalt noch griff sie auf ihn bei Hochzeiten zurück. Eine Erhebung der Hammer Kammerdeputation ergab 1759 einen regelrechten Boykott. Denn nicht Rabbiner Haes, sondern Rabbiner aus Nachbarterritorien waren bei Hochzeiten anwesend.⁸⁴ Rabbiner Haes warnte die Kammer Kleve davor, einen neuen Landrabbiner einzusetzen, weil dies gegen

76 LAV NRW Abt. W (Münster), KDK Hamm 1085, fol. 49.

77 LAV NRW Abt. W (Münster), KDK Hamm 1083, fol. 24, 1085, fol. 49.

78 Ebd. 1085, fol. 50.

79 Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin I. HA Rep. 34 Nr. 64 g 2 Fasz. 13; MASER, Juden (wie Anm. 3) 75.

80 BAER, Protokollbuch (wie Anm. 16) 151–153 Nr. 19.

81 STERN, Der preußische Staat, Teilbd. II/2 (wie Anm. 32) 486 ad § 14.

82 LAV NRW Abt. W (Münster), KDK Hamm 1083, fol. 14.

83 Ebd. 1083, danach STERN, Der preußische Staat, Teilbd. III/1 (wie Anm. 35) 299f.; Ebd., Teilbd. III/2 (wie Anm. 36) 719–723.

84 LAV NRW Abt. W (Münster), KDK 1083, fol. 45v.

§ 31 des Judenreglements von 1750 verstoße. Zwar zahlte ihm nun endlich die märkische Landjudenschaft mit 60 Rtlr. einen Teil dessen, was er seit 1748 beanspruchte. Das Verhältnis zu seiner Gemeinde blieb aber nachhaltig gestört. Als er die jüdischen Schächter nach Kamen zusammenrufen wollte, um sie „nach der jüdischen Ceremonie examiniren zu lassen“, ⁸⁵ wehrten dies die Vorsteher ab. Sie bedeuteten ihm, ein solches Treffen würde nur den Handel mit den Bauern stören, zumal die Schächter in den Zeremonien sehr erfahren seien. Dadurch entgingen dem Rabbiner Einnahmen in Höhe von 1 Rtlr. 30 Stüber pro Schächter. Der Siebenjährige Krieg und die daraus resultierenden finanziellen Belastungen trugen nicht zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Rabbiner und Landjudenschaft bei. 1761, als der Landtag entgegen der Vorschrift ohne Rabbiner abgehalten wurde, mobilisierte Haes erneut die Kammer, um seines Amtes walten zu können. Und erneut hielten ihm die Vorsteher vor, dass er zu hohe Heiratsgebühren verlange und die Unterrichtung der Schächter überflüssig sei. Möglicherweise konnte Rabbiner Haes in der Grafschaft Mark nicht reüssieren, weil dort zur gleichen Zeit mit Jacob Jordan in Unna ein gelehrter Jude mit großem Renommee lebte. Über ihn, der um 1730 Vorsteher der märkischen Judenschaft gewesen war, verlautete 1748 in den Generaltabellen, er „treibe nunmehr kein Gewerbe mehr, sondern habe studiret“. ⁸⁶ 1750 registrierte man ihn als ‚Rabbi‘. ⁸⁷ 1756 hieß es über ihn, er übe keinen Beruf mehr aus, sondern gebe „andern Juden in allerhand Sachen Rath, weil er ein in denen jüdischen Gesetzen erfahrener Mann“ sei. ⁸⁸

Als der alte Rabbiner (Salomon Abraham aus Hamm?) ⁸⁹ 1779 starb, tat die Landjudenschaft alles, um die Wiederbesetzung zu verzögern oder zu verhindern. Ansel Hertz argumentierte zunächst, es habe sich niemand gemeldet, später, wegen des ‚Porzellandebits‘ fehle es der Gemeinde an Geld für einen Rabbiner. ⁹⁰ Offenbar gelang es den Vorstehern immer wieder, eine Nachbesetzung zu verhindern. 1794 argumentierte Heinemann Spanier, während der damaligen Kriegszeit habe niemand das Rabbinat übernehmen wollen. Er konnte mit den Schulden bei der Generalkasse argumentieren, bevor schließlich 1800 Lehmann Gumpertz als Interimsrabbiner gefunden wurde. ⁹¹

4 Wirtschaftliche Betätigungsfelder der märkischen Juden

Wie in anderen Territorien boten sich den Juden in der Grafschaft Mark nur begrenzte Möglichkeiten in Handel und Gewerbe. Von vornherein stand ihre Berufswahl unter dem Vorbehalt, dass sie die christlichen Kaufleute und Gewerbetreibenden in ihrer Umgebung nicht beeinträchtigen durften, so war es auch im Patent vom 14. Februar 1687 festgelegt. Dieses erlaubte ihnen, zu „schlachten, kauffen und verkauffen, es sey en gros oder mit der ehlen, wie ein jeder sich gedenkt zu ernehren, handel und wandel zu treiben“. ⁹² In den Städten wurde dieses großzügige Angebot bald erheblich eingeschränkt. In Iserlohn, schon um 1700 ein kommerzielles Zentrum der Mark, verweherten die Drahthändler Nathan Salomon 1698 die Produktion und den Vertrieb von Kratzendraht. Bald darauf ließen es die Tuchhändler nicht zu, dass Juden in ihr Metier

85 STERN, Der preußische Staat, Teilbd. III/2 (wie Anm. 36) 720.

86 Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, II. HA GD Cleve CLXVI Sect. I Nr. 7, Bd. 1, fol. 125.

87 Ebd., Bd. 2, fol. 7.

88 Ebd., fol. 77.

89 1765 und 1772 wurde Salomon Abraham als Landrabbiner erwähnt, Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, II. HA GD Cleve Tit. CLXVI Sect. I Nr. 7, Bd. 3, fol. 128v (1765); LAV NRW Abt. W (Münster), KDK Hamm 1085, fol. 49 (1772).

90 LAV NRW Abt. W (Münster), KDK Hamm 1083, fol. 88, 91–92.

91 Ebd., fol. 113, 116, 123.

92 Zitat nach MASER, Juden (wie Anm. 3) 80.

eindringen. Dies mögen auch die Hintergründe für Ausschreitungen gegen Iserlohner Juden im Jahr 1700 gewesen sein.⁹³ Aufgrund dieser Erfahrungen befahl der Geheime Rat der klevischen Regierung 1704, „der Juden zu Iserlohn und in anderen Clev- und Märckischen Städten Patente so zu interpretiren, daß den gantzen Corporibus der christlichen Unterthanen verliehene jura, privilegia und concessiones ungeschmälert bleiben“. In Lippstadt ließ das Krameramt 1707 Juden den Einzelhandel mit den ihm vorbehaltenen Waren ausdrücklich verbieten.⁹⁴ Die Einschränkungen der Generalprivilegien von 1730 und 1750, die für die gesamte Monarchie galten, wurden in der Provinz also schon früh vorweggenommen. Das geschäftliche Spektrum der Juden in der Grafschaft Mark war trotzdem nicht klein. Es umfasste Berufe in Nischen, die andere nicht besetzten. An dieser Stelle kann nur ein knapper Überblick über die ausgeübten Berufe gegeben werden, denn die Forschungslage ist dürftig. Unterstellt werden darf, dass die meisten Juden in mehreren Berufen zugleich tätig waren, um dadurch ihre Existenzgrundlage zu sichern.

1) Die Geld- und Kreditgeschäfte der märkischen Juden erreichten nicht solche Dimensionen wie in Berlin, Frankfurt oder Wien. Die Generaltabellen verwandten meistens die Bezeichnung ‚Pfandleihe‘ für diese Art von Kleinkredit. Dieser wurde vor allem in Kleinstädten und auf dem Land gewährt. Wenige Wechselhändler, vor allem aus Hamm, waren in das Netz des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zwischen den Finanzplätzen Mitteleuropas eingeschaltet. Die märkischen Juden fehlten in der Regel auf den großen mitteleuropäischen Messeplätzen, so auf der Messe in Frankfurt an der Oder⁹⁵, und kamen deshalb mehrfach nicht zur Generalkonferenz der Deputierten der Juden aus den preußischen Provinzen.

2) Auch der jüdische Warenhandel war regional begrenzt. Er bewegte sich zwischen den Niederlanden, dem Münsterland und dem kölnischen Sauerland. Die Juden aus den Städten am Hellweg übten eine Vermittlerfunktion nach Norden und Süden aus. Einkauf und Verkauf galt eher agrarischen als gewerblichen Produkten. Als Kornhändler ist 1737 Jacob Jordan aus Unna nachzuweisen, der als Vorsteher einer der wohlhabendsten märkischen Juden war.⁹⁶ Die Generaltabellen vermerkten vor allem den Vieh- und seltener den Pferdehandel als Berufssparte. Mehrfach gaben jüdische Händler auch das ‚Viehweiden‘ an. Jacob Simon aus Schwerte, Gumpert Hertz aus Lünen und Levi Isaak aus Castrop nutzten dabei die Weiden an Ruhr, Lippe bzw. Emser, die Stationen des Ochsentransports von Norddeutschland nach Köln waren.⁹⁷ Selten schalteten sich Juden in den Absatz der Erzeugnisse des märkischen Gewerbes ein. 1750 vertrieb Jacob Moses aus Bochum inländische Wollwaren, die Witwe des Isaak Samuel aus Wattenscheid Eisen.⁹⁸ Isaak Melchior aus Kamen am Rande der münsterländischen Leinenregion handelte 1756 mit Flachs.⁹⁹ Der Handlungsgehilfe Marcus Juda begründete seine Niederlassung in Schwelm u. a. mit dem Absatz der örtlichen Textilprodukte im kölnischen Sauerland.¹⁰⁰ Ein weiterer Berufszweig war der Altkleiderhandel, der zunächst nicht gewinnträchtig erscheint, jedoch – neben an-

93 HERZIG Arno, Die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Iserlohn. In: Beiträge zur Geschichte Iserlohns <Iserlohn 1970> 14–19; Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA Rep. 34 Nr. 64 g 2 Fasc. 18 zu 1704.

94 REININGHAUS Wilfried, Zünfte, Städte und Staat in der Grafschaft Mark (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen 22A, 7) <Münster 1989> 171f. §§ 20, 42.

95 David und Gumpertz Hertz aus Lippstadt bildeten eine Ausnahme; MÜHLE, Geschichte (wie Anm. 14) 530.

96 Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA Rep 34 Nr. 64 g 2 Fasc. 32.

97 Ebd., II. HA GD Cleve Tit. CLXVI Sect. I Nr. 7, Bd. 1, fol. 127, 131; ebd., Bd. 2, fol. 26.

98 Ebd., II. HA GD Cleve Tit. CLXVI Sect. I Nr. 7, Bd. 2, fol. 22, 26.

99 Ebd., Bd. 3, fol. 79.

100 HELBECK, Juden in Schwelm (wie Anm. 39) 27.

derem Handel – dem Lippstädter Gumpert Hertz so viel einbrachte, dass er in den 1760er Jahren zu den zwölf vermögendsten Einwohnern der Stadt gehörte.¹⁰¹ Dort, wo die Konkurrenz der Kramerzünfte nicht auftrat, konnten sich offenbar auch jüdische Einzelhandelsgeschäfte (Kramläden) etablieren. 1750 verkauften die Gebrüder Levi in Herbede unter dem Schutz der Herren von Elverfeldt Zitz (Stoff), Kattun (Baumwolle), Tee und Zucker.¹⁰²

In Lippstadt betätigten sich Hertz Feidel und Vorsteher Anschel Hertz aus Hamm während des Siebenjährigen Krieges als Heereslieferanten und verbanden dabei Kredit- und Warengeschäfte. Ersterer übernahm anstelle der dazu verpflichteten umliegenden Paderborner, Kurkölnener und münsterischen Ämter die Versorgung der Lippstädter Garnison und beschaffte Fleisch und Gemüse, hatte aber nach dem Krieg große finanzielle Schwierigkeiten, weil seine Schuldner seinen Forderungen in Höhe von mehr als 10 000 Rtlr. nicht nachkamen.¹⁰³ Hertz Feidels Beinahe-Bankrott zeigt die geschäftlichen Risiken der jüdischen Kaufleute.

3) Im produzierenden Gewerbe dominierte das Schlachten. In fast jeder Stadt der Grafschaft Mark saß 1737 ein jüdischer Schlachter, vor allem im Süderland. Die wenigen Landjuden waren in jenem Jahr allesamt Schlachter.¹⁰⁴ Damit verbunden war in den meisten Fällen der Handel mit Vieh und/oder Fellen. Bereits im 17. Jahrhundert betrachteten die Fleischerzünfte in Lippstadt die jüdischen Schlachter als Konkurrenz, ohne deren weitere Ausbreitung verhindern zu können.¹⁰⁵ In Folge der hohen Zahl jüdischer Schlachter war dieser Beruf unter den christlichen Einwohnern in den märkischen Städten wenig verbreitet. Wie in Schwerte erloschen Fleischhauerzünfte aus Mangel an Mitgliedern. Aus der 1789 für Hamm ausgesprochenen Untersagung von Schneiderarbeit für Juden ist abzuleiten, dass nicht immer das Verbot zünftiger Arbeit eingehalten wurde.¹⁰⁶

Einen weiteren Beruf übten Juden in größerer Zahl aus: die Glasmacherei. Zwischen 1737 und 1748 ließen sich jüdische Glasmacher, die bis 1777 in der Mark nicht zünftig gebunden waren,¹⁰⁷ in Wattenscheid, Unna, Hagen, Bochum, Neuenrade, Schwerte, Hemer und Fröndenberg nachweisen.¹⁰⁸ Samuel Levi aus Neuenrade belieferte 1748 nicht nur Kunden in seiner Stadt, sondern auch im kölnischen Sauerland. Die Tabakspinnerei, die ebenfalls nicht zünftigen Regeln unterlag, wurde nur von wenigen Juden aufgegriffen, 1750 in Castrop und vor 1804 in Hamm.¹⁰⁹ Im Gegensatz zu Kleve, Minden und Berlin gründeten Juden in der Grafschaft Mark kaum Manufakturen. Die seit 1804 bestehende Seifen- und Lichterfabrik der Gebrüder Bacharach in Lippstadt¹¹⁰ war ebenso eine Ausnahme wie die ‚Strumpf- und Mützenfabrique‘, die Salo-

101 Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, HA GD Cleve Tit. CLXVI Sect. I Nr. 7, Bd. 1, 131, ebd., Bd. 2, fol. 30. Zu Letzterem vgl. MÜHLE, Geschichte (wie Anm. 14) 531. Altkleiderhändler war auch Salomon Isaak aus Herbede.

102 Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA Rep. 34 Nr. 46 g 2, Fasc. 46, fol. 2.

103 MÜHLE, Geschichte (wie Anm. 14) 531; SCHNEE Heinrich, Die Hofffinanz und der moderne Staat, 6 Bde. <Berlin 1953/67> Bd. 3, 15, 62, 74.

104 Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA Rep. 34 Nr. 64 g 2 Fasc. 32.

105 REININGHAUS, Zünfte (wie Anm. 94) 166 (Lippstadt 1604), 223 (Soest 1668/75), 258 (Unna 1734); vgl. ebd. 231, 243 zum Fellhandel der Juden 1668/75.

106 Ebd. 106 § 8.

107 Ebd. 274.

108 Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA Rep. 34 Nr. 64 g 2 Fasc. 32, fol. 17v–26v (1737); ebd., II. HA GD Cleve Tit. CLXVI Sect. I Nr. 7, Bd. 1, fol. 121–146 (1748).

109 Ebd., I. HA Rep. 34 Nr. 100 Hamm d (1804); ebd., II. HA GD Cleve Tit. CLXVI Sect. I Nr. 7, Bd. 2, fol. 26 (Bernd Levi aus Castrop).

110 MÜHLE, Geschichte (wie Anm. 14) 532.

mon Samuel in Lünen nach seiner Ansetzung als Extraordinarius 1774 betrieb.¹¹¹ Auch die angestrebte Beteiligung des Berend Levi am Schwelmer Alaunbergwerk um 1650 blieb eine Ausnahme,¹¹² die wohl den Sonderrechten dieses vom Großen Kurfürsten eingesetzten Vorgängers der kleve-märkischen Juden geschuldet war. An märkischen Bergwerken waren Juden bis 1806 nicht beteiligt.

Eine Sonderstellung dürfte Dr. med. Copillia Pictor aus Bochum eingenommen haben. Er ließ sich 1741 als Arzt in Bochum nieder und wurde ein Jahr später als öffentlicher Bedienter der Bochumer Judenschaft anerkannt.¹¹³ Vor dem Siebenjährigen Krieg zählte er zu den wohlhabendsten Mitgliedern der märkischen Judenschaft, er übte als einziger Jude in der Mark diesen Beruf aus. Auf Pictor dürfte auch die Tätigkeit der Witwen Sanders und Cosmann als Hebammen und Krankenwärterinnen in Bochum zurückgehen.¹¹⁴

Erwähnenswert sind andere weibliche Gewerbetätige. Neben Witwen, die das Geschäft ihres verstorbenen Mannes weiterführten, wird von Ehefrauen und Töchtern berichtet, die mit Spinnen, Nähen und Stricken zum Lebensunterhalt der Familie beitrugen.¹¹⁵ In allen Fällen handelte es sich wohl um arme Juden. So hieß es 1756 von der Witwe des Anschel Hertz aus Schwelm, die Baumwolle und Sayetten (leichte Wolle) verspann, sie habe kein Vermögen.¹¹⁶

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Juden in der Grafschaft Mark wegen der Begrenzung ihrer Berufsausübung nicht direkt teilhatten an dem wirtschaftlichen Aufschwung dieser Region, in deren Süden sich im 18. Jahrhundert der Übergang zur Industrialisierung schon abzeichnete.¹¹⁷ Mittelbar kam allerdings die allgemeine gewerbliche Verdichtung in der Mark auch den Juden zugute. Sie beteiligten sich an der Versorgung des gewerbereichen Südens mit Agrarprodukten (Fleisch, Korn), ohne jedoch zu den Protagonisten oder Vorreitern des wirtschaftlichen Wachstums zu werden.

111 Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA Rep. 104 IV C Nr. 236c, fol. 136 (Hinweis von Tobias Schenk); vgl. zu ihm auch MASER, Juden (wie Anm. 3) 102.

112 BAER, Protokollbuch (wie Anm. 16) 20.

113 Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA Rep. 34 Nr. 46 g 2 Fasz. 37, 38.

114 Ebd., II. HA GD Cleve Tit. CLXVI Sect. I Nr. 7, Bd. 2, fol. 167.

115 Ebd., II. HA GD Cleve Tit. CLXVI Sect. I Nr. 7, Bd. 1, fol. 142: Cosmans Witwe in Bochum, Levi Isaaks Töchter in Hörde, Frau des Pingas Isaak in Gelsenkirchen.

116 Ebd., Bd. 3, fol. 88.

117 Vgl. hierzu REININGHAUS Wilfried, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der alten Grafschaft Mark. In: TROX Eckhard (Hg.), Preußen im südlichen Westfalen. Wirtschaft, Gesellschaft und Staat insbesondere im Gebiet der Grafschaft Mark bis 1870/71 (= Forschungen zur Geschichte Preußens im südlichen Westfalen 1) <Lüdenscheid 1993> 11–41.

Die Juden im Herzogtum Westfalen bis um 1700

von Nathanja Hüttenmeister

Das einstige Herzogtum Westfalen¹ im heutigen Regierungsbezirk Arnsberg umfasste die Altkreise Arnsberg, Meschede, Brilon, Olpe, Lippstadt (mit Ausnahme von etwa zwei Dritteln des Stadtkreises Lippstadt) sowie Teile der Kreise Iserlohn und Soest.² Nachdem um die Mitte des 15. Jahrhunderts die Stadt Soest mit ihrem Umland an das Herzogtum Kleve gefallen war, blieb der territoriale Bestand des Herzogtums Westfalen bis Anfang des 19. Jahrhunderts im Wesentlichen unverändert. Auf einer Fläche von etwa 2090 km² erstreckte es sich zwischen der Lippe und dem Fürstentum Münster im Norden, dem Fürstentum Paderborn im Nordosten, der Grafschaft Waldeck und der Landgrafschaft Hessen-Marburg im Südosten, der Grafschaft Wittgenstein und den Nassau-Siegenschen Ländern im Süden und der Grafschaft Mark im Westen, mit einer kleinen Exklave um die Stadt Volkmarsen. Während der Norden in die flache Soester Börde auslief, erhob sich der Süden zum Lenne- und Rothaargebirge.

Im Herzogtum lagen 25 Städte, neun Freiheiten³ und zwei Bergfreiheiten.⁴ Nach einem deutlichen Rückgang des auswärtigen Handels und einem damit verbundenen Niedergang der Bedeutung der Zünfte schieden die Städte und Freiheiten im Herzogtum Anfang des 17. Jahrhunderts aus der Hanse aus und sanken meist zu kleinen und kleinsten Ackerbürgerstädten ohne große Bedeutung herab; nur wenige hatten über 2000 Einwohner. Die größten Städte waren Brilon, Rüthen, Geseke, Werl, Arnsberg und Attendorn.⁵

Die wichtigste Verkehrsstraße war der Hellweg, der von Westen kommend über Unna, Werl, Soest, Erwitte und Geseke über Paderborn nach Osten führte. Der Ruhweg kam von Neuss über Essen nach Werl und verlief über Neheim, Arnsberg und Meschede das Ruhrtal hinauf über Brilon und Marsberg nach Paderborn bzw. über

1 Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um einen stark gekürzten Auszug aus dem Artikel ‚Herzogtum Westfalen‘, der im Rahmen des noch nicht publizierten vierten Bandes des deutsch-israelischen Gemeinschaftsprojekts ‚Germania Judaica‘ zur Geschichte der Juden im Alten Reich (1520–1650) in den Jahren 1998 bis 2002 an der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg und später an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf unter Leitung von Professor Dr. Stefan Rohrbacher entstanden ist und im Tübinger Mohr Siebeck Verlag erscheinen soll.

2 Zum Folgenden siehe z. B. SCHUMACHER Elisabeth, Das kölnische Westfalen im Zeitalter der Aufklärung unter besonderer Berücksichtigung der Reformen des letzten Kurfürsten von Köln, Max Franz von Österreich (= Landeskundliche Schriftenreihe für das kurkölnische Sauerland 2) <Olpe 1967>.

3 Eine Freiheit war ein Ort mit eingeschränktem Stadtrecht.

4 Als zu Beginn des 16. Jahrhunderts der Bergbau einen großen Aufschwung nahm, wurden die Orte Silbach und Endorf zu Bergfreiheiten erhoben und mit besonderen Rechten und Vergünstigungen ausgestattet, um Gewerke (Unternehmer) und Bauleute anzulocken; siehe CRAMER Hugo, Geschichte der Bergfreiheit Silbach <Bigge 1960>.

5 HÖMBERG Albert K., Siedlungsgeschichte des oberen Sauerlandes (= Geschichtliche Arbeiten zur westfälischen Landesforschung 3; Veröffentlichungen der Historischen Kommission des Provinzialinstituts für Westfälische Landes- und Volkskunde 22,3) <Münster 1938> 13 und 23, geht für das Jahr 1536 (nach den Schatzungsregistern) von ca. 2200 bewohnten Häusern mit ca. 12 000 bis 14 000 Einwohnern im oberen Sauerland aus, für das Jahr 1618 von ungefähr 2750 Häusern und 17 500 Einwohnern, und infolge des Dreißigjährigen Krieges und mehrerer Pestwellen für das Jahr 1648 von einem Rückgang der Bevölkerungszahl um ca. 4000.

Volkmarsen nach Kassel. Über die Höhenzüge des Arnsberger Waldes verlief der Plackweg nach Brilon. Von Köln nach Osten führte eine Straße über Arnsberg, eine weitere über Attendorn und Medebach nach Korbach und Kassel. Von Köln nordwärts ging u.a. eine Straße über Neheim und Werl nach Hamm und Münster. Die wichtigsten Kreuzungen lagen in Arnsberg und Werl.⁶

Das Herzogtum Westfalen war zusammen mit dem Vest Recklinghausen Teil des Erzstiftes Köln und stand unter der Oberherrlichkeit von Domkapitel und Erzbischof, der den Großteil dieser Gebiete seit 1180 in Personalunion regierte. Es hatte jedoch eine eigene Regierung, eigene Gesetze und eine landständische Verfassung. Es umfasste insgesamt 15 Ämter oder Drosteien, die in vier Verwaltungsdistrikte, sogenannte Quartale, eingeteilt waren: Erwitte, Geseke, Rüthen, Warstein und Oestinghausen im Quartal Rüthen, Brilon, Medebach und Marsberg im Quartal Brilon, Bilstein, Fredeburg, Waldenburg und Eslohe im Quartal Bilstein sowie Balve, Menden und Werl im Quartal Werl. Die Ämter unterstanden den vom Kurfürsten eingesetzten Amtsdrossten, die für das Verwaltungs- und Gerichtswesen ihres Gebietes verantwortlich waren. Zu jeder Amtsdrostei gehörte ein kurfürstliches Gericht, dem ein unabhängiger, juristisch vorgebildeter Richter vorstand. Der Landesherr wurde durch einen Landdrossten vertreten. Dieser hatte seinen Sitz in der Residenzstadt Arnsberg und hatte den Auftrag, unter Zuziehung der adligen und westfälischen Räte alle Angelegenheiten des Herzogtums in Abwesenheit des Kurfürsten zu erledigen. Dem Landesherrn standen die beiden Landstände aus Ritterschaft und Städten gegenüber, die mit dem Recht der Steuerbewilligung ein machtvolles Instrument gegenüber dem Kurfürsten besaßen, der in vielen Entscheidungen von ihrer Zustimmung abhängig war.

Erste Reformationsversuche im Herzogtum Westfalen erfolgten unter Kurfürst Hermann V. von Wied (reg. 1515–1546) und gipfelten unter Gebhard Truchsess von Waldburg (reg. 1577–1583) in den ‚Truchsessischen Wirren‘. Nach seinem Übertritt zur Augsburger Konfession und seiner Heirat zog sich Gebhard ins kurkölnische Westfalen zurück und versuchte von Arnsberg aus, den neuen Glauben mit Gewalt einzuführen. Auf der Seite Gebhards standen vor allem die Städte im Nordosten und Südosten des Herzogtums, die von den protestantischen Nachbarterritorien beeinflusst waren.⁷ Währenddessen nahm jedoch der inzwischen im Rheinland entfesselte sogenannte Kölnische Krieg einen für Gebhard zunehmend ungünstigen Verlauf und war nach der Eroberung von Bonn und Godesberg durch Herzog Ferdinand von Bayern für ihn verloren. Truchsess floh in die Niederlande; das Herzogtum wurde innerhalb kurzer Zeit von den bayerischen Truppen unterworfen und vom neuen Kurfürsten Ernst von Bayern (reg. 1583–1612) befriedet.⁸ Unter dessen Neffen, Koadjutor und späterem Nachfolger, Ferdinand von Bayern (reg. 1612–1650), wurde das Gebiet endgültig wieder dem Katholizismus zugeführt.

Der Dreißigjährige Krieg brachte große Not durch Einquartierungen, Kontributionen und Pest mit sich. Das Herzogtum wurde dreimal von feindlichen Truppen

6 Siehe SEIBERTZ Johann Suibert, Die Straßen des Herzogtums Westfalen sonst und jetzt. In: WZ 5 <1842> 92–121 und auch BECKER Hans, Wege und Straßen in alter Zeit. In: GOSMANN Michael (Red.), 750 Jahre Arnsberg. Zur Geschichte der Stadt und ihrer Bürger <Arnsberg 1989> 265–267.

7 So Brilon, Geseke, Volkmarsen, Medebach, Marsberg, Winterberg und Hallenberg.

8 Siehe hierzu und zum Folgenden u.a. LAHRKAMP Helmut, Phasen der Landesgeschichte: 1585–1650. In: BERGHAUS Peter/KESSEMEIER Siegfried (Hg.), Köln – Westfalen 1180–1980. Landesgeschichte zwischen Rhein und Weser (Ausstellung), Bd. 1: Beiträge <Münster 1980> 73–81 sowie KLUETING Harm (Hg.), Das Herzogtum Westfalen, Bd. 1: Das kurkölnische Herzogtum Westfalen von den Anfängen der kölnischen Herrschaft im südlichen Westfalen bis zur Säkularisation 1803 <Münster 2009>, darin: ASCHOFF Diethard, Die Juden im kurkölnischen Herzogtum Westfalen, 669–703.

heimgesucht, zuerst (1621–1623) durch den Administrator des säkularisierten Hochstiftes Halberstadt, Herzog Christian dem ‚Tollen‘ von Braunschweig, dann nach der Schlacht bei Lützen (1632) durch die Schweden und die mit ihnen verbündeten Hessen und Mitte der 1640er Jahre durch den schwedischen General Wrangel. Auch zwischen den Schlachten wurde das kölnische Westfalen von Truppendurchzügen und Plünderungen vagabundierender Banden am Rande des Spanisch-Niederländischen Krieges nicht verschont, und die zu seinem Schutz gedachten Einquartierungen kaiserlicher Truppen brachten für die Einwohner oft mehr Bedrängnis mit sich, als dass sie eine Hilfe waren.

1 Jüdische Siedlungsgeschichte

Die frühesten Quellen über die Anwesenheit von Juden nach 1520⁹ deuten nicht unbedingt auf eine Ansiedlung hin: 1559 verbot Kurfürst Johann Gebhard von Mansfeld (reg. 1558–1562) in seiner Bergwerksordnung Juden bei hoher Strafe, in den Bergwerksorten zu übernachten und dort zu handeln.¹⁰ Hinweise auf eine Niederlassung von Juden im Herzogtum finden sich nicht vor den 1560er Jahren.¹¹

In Bezug auf die jüdische Siedlungsgeschichte lässt sich das Herzogtum Westfalen deutlich in zwei Regionen unterteilen. Für den bergigen und dünnbesiedelten Süden gibt es ab den 1560er Jahren nur wenige verstreute Hinweise auf einzelne Juden, die alle spätestens um 1600 nicht mehr belegbar sind. Im Norden lässt sich die Ansiedlung von Juden ebenfalls seit den 1560er Jahren nachweisen; hier entstanden erste Siedlungsschwerpunkte in den Städten, vor allem entlang des Hellwegs. Ab den 1590er Jahren verbessert sich die Überlieferungslage. Bis 1600 sind insgesamt zehn Orte mit jüdischen Einwohnern bekannt: Attendorn, Hallenberg und Medebach im Süden, Arnsberg, Brilon, Geseke, Oestinghausen, Rüthen und Werl im Norden. In diesen lebten um 1599 insgesamt etwa elf bis 16 jüdische Familien,¹² d. h. selten mehr als eine Familie an einem Ort. Zwischen 1600 und 1650 schwankte die Zahl der Orte, in den

9 Für die Zeit vor 1520 ist nur ein einziger, sehr unsicherer Hinweis auf Juden im Gebiet des Herzogtums Westfalen bekannt: 1279 wurde in Köln Jutta, Tochter des Kölner Judenbischofs ‚Salomo von Ruda‘ genannt; siehe dazu AVNERI Zvi (Hg.), *Germania Judaica*, Bd. II/2: Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts <Tübingen 1968> 725 (Artikel ‚Rüthen‘). Die Gleichsetzung von ‚Ruda‘ mit Rüthen wird von der neueren Literatur bestritten, vermutlich ist Düren gemeint.

10 Bereits 1552 wurden u. a. auch die „Juden zu Westfalen“ genannt, die die kaiserlichen Truppen in Frankfurt im Fürstenkrieg mit 2000 fl. unterstützen sollten; siehe LÖWENSTEIN Uta (Bearb.), *Quellen zur Geschichte der Juden im Hessischen Staatsarchiv Marburg 1267–1600* (= *Quellen zur Geschichte der Juden in hessischen Archiven* 1) <Wiesbaden 1989> Bd. I, 422, Nr. 1409. Fraglich ist jedoch, ob hier mit Westfalen das Herzogtum Westfalen im engeren Sinne gemeint ist.

11 Dies ist zumindest teilweise mit der Quellenlage in Zusammenhang zu sehen. Vielerorts beginnt die örtliche Überlieferung erst Ende des 16. Jahrhunderts oder später. Manchmal finden sich Hinweise auf Juden gleich in den ältesten erhaltenen seriellen Quellen. Oft ist eine bereits seit Längerem bestehende Anwesenheit von Juden am Ort nicht auszuschließen bzw. sogar wahrscheinlich.

12 Die Diskrepanz zwischen den Zahlen beruht auf der unsicheren Datierung eines Eintrags im Rentenbuch der Stadt Brilon (StadtA Brilon, A Akten 65, fol. 90a). Dieses ist 1595 angelegt worden, später jedoch verloren gegangen und 1694 erneuert worden, wobei der Inhalt weitgehend auf dem verloren gegangenen Rentenbuch basieren soll. Der fragliche Eintrag nennt unter der Überschrift ‚Von den Juden‘ fünf Namen mit entsprechenden Zahlungen, an dritter Stelle ‚Salomon Jude‘, der – laut Schutzbrief des Salomon von Plettenberg von 1596 – auf Martini 5 Rtlr. zu entrichten hatte. Demnach ist zu vermuten, dass der fragliche Eintrag wirklich vom Ende des 16. Jahrhunderts stammt, sicher ist er jedoch vor 1623 entstanden, dem Jahr, auf das eine folgende Ergänzung datiert ist.

jüdische Familien ansässig waren, und belief sich auf höchstens sieben (Brilon, Geseke, Marsberg, Neheim, Rüthen, Volkmarsen und Werl) mit insgesamt ca. 22 Familien. Erst danach stieg die Zahl der in den jeweiligen Orten lebenden Juden an. Zwischen 1650 und 1672 werden ca. 37 Familien in 14 Orten genannt, erstmals nun auch wieder im Süden des Landes. Eine erste Aufstellung für das gesamte Herzogtum stammt aus dem Jahr 1672: In einer „Spezifikation derjenigen Juden, die das kurfürstliche Geleit im Herzogtum Westfalen begehrt haben“, werden insgesamt 59 ‚Pflichtige‘ genannt, die in 18 verschiedenen Orten lebten und zusammen 1041 Rtlr. an Abgaben aufzubringen hatten.¹³

Hinweise auf in Dörfern lebende Juden finden sich nur indirekt und auch nur sehr spärlich (z. B. als Herkunftsnamen). Auch in den Freiheiten im Herzogtum Westfalen haben anscheinend keine Juden gelebt, erst ab 1672 gibt es Belege für eine selbständige Inschutznahme von Juden durch einzelne Adlige in ihren Herrschaften, wie z. B. in der Herrschaft Padberg.¹⁴

2 Politisch-rechtliche Stellung

Der Erwerb eines Schutzbriefes sowie die Erfüllung der darin festgehaltenen finanziellen Verpflichtungen war die Voraussetzung für einen gesicherten Aufenthalt eines Juden im jeweiligen Territorium. Schutz konnte der Landesherr erteilen, aber auch einzelne Städte oder Adlige. Da das Interesse am Judenschutz meist den damit verbundenen finanziellen Vorteilen entsprang, kam es auch im Herzogtum Westfalen zum Konflikt zwischen den verschiedenen Parteien, die jeweils das Recht auf Gewährung von Judenschutz für sich in Anspruch nahmen. In dieser Auseinandersetzung vermochte sich der Landesherr, der Kölner Erzbischof, seit Ende des 16. Jahrhunderts nach und nach durchzusetzen.

In der ältesten Judenordnung von 1592 wird das Recht der Adligen auf eine eigenständige Inschutznahme von Juden ausdrücklich genannt,¹⁵ dieser Passus aber fehlt bereits in der zweiten Judenordnung von 1599. 1612 verbot Kurfürst Ernst schließlich den adligen Unterherren ausdrücklich die Aufnahme und Duldung von fremden Juden ohne kurfürstlichen Schutz, da die Inschutznahme nach der Goldenen Bulle nur den Kurfürsten und den mit den Regalien Beliehenen und anderen vom Reich Privilegierten zustehe.¹⁶ Ganz konnte sich der Kurfürst mit dieser Forderung jedoch nicht durchsetzen. Zwar heißt es in der Judenordnung von 1614 klar, dass kein Amtmann, Vogt, Schultheiß oder anderer Befehlshaber, d. h. ein Vertreter des Kurfürsten, Juden selbständig in Schutz nehmen dürfe, doch diejenigen Unterherren, die bisher das Recht des Judenschutzes ausgeübt hätten und dazu ausgewiesenermaßen besonders privilegiert seien, dürften es weiterhin für sich in Anspruch nehmen. Es sollten jedoch solchermaßen aufgenommene Juden nirgends, d. h. außerhalb der jeweiligen

13 LAV NRW Abt. W (Münster), Dep. Landsberg-Velen 25933 (alt: A 17d), fol. 138–139.

14 Siehe BRILLING Bernhard, Chronik der jüdischen Gemeinde in der Herrschaft Padberg. In: Padberg im Wandel der Zeiten <Paderborn 1963> Sonderdruck 1.

15 Siehe DINSTÜHLER Horst, Die erste kurkölnische Judenordnung von 1592. Zur Situation der Juden in Kurköln am Ende des 16. Jahrhunderts. In: Geschichte der Juden im Kreis Viersen (= Schriftenreihe des Kreises Viersen 38) <Viersen 1991> 25–38, hier 34–38. Diese Judenordnung trat 1594 in Kraft. Vgl. LandeshauptA Koblenz, Best. 35, 2805, 529f.; Landtagsabschied 1594 IV 16.

16 SCOTTI Johann Josef, Sammlung der Gesetze und Verordnungen, welche in dem vormaligen Churfürstentum Cöln, im Herzogthum Westphalen und im Veste Recklinghausen ... ergangen sind vom Jahr 1463 bis zum Eintritt der Königl. Preußischen Regierungen im Jahre 1816, 4 Bde. <Düsseldorf 1830> Abt. 1, T. 1: Vom Jahre 1463 bis zum Jahre 1730 ..., Nr. 50.

Unterherrschaft, Schutz genießen.¹⁷ Erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts gibt es für die kleinen Unterherrschaften des Herzogtums Westfalen Hinweise auf jüdische Ansiedlungen, die auf eine selbständige Inschutznahme von Juden durch Adlige in ihren Herrschaften auf dem Gebiet des Herzogtums hindeuten. So lebten z. B. seit spätestens 1672 Juden in der Herrschaft Padberg (ein Jude mit seinem Sohn), die Schutzgeld allerdings auch an den westfälischen Landesherrn zahlten.¹⁸

Im letzten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts kam es in Bezug auf den Judenschutz wiederholt zu Konflikten zwischen dem Landesherrn und einzelnen Städten. Offensichtlich hatte sich auch die Stadt Werl das Recht herauszunehmen versucht, Juden eigenständig Schutz zu erteilen, denn 1597 erachtete es Kurfürst Ernst für nötig, diese zu bescheiden, dass der Judenschutz allein ihm zustehe.¹⁹ Er gestand der Stadt jedoch zu, von landesherrlich in Schutz genommenen Juden „altem Gebrauch nach“ ein einmaliges Einzugs- bzw. Aufnahmegeld zu erheben. Ähnlich lautete ein Rezess, der ein Jahr später an die Stadt Attendorn erging.²⁰ Anstelle der Erhebung eines einmaligen Einzugsgeldes gestattete der Kurfürst ihr jedoch, eine jährliche Beiwohnsteuer von den Juden zu erheben. Dieser Rezess konnte aber offensichtlich nicht sofort durchgesetzt werden, denn zwei Jahre später, im Jahr 1600, wurde er noch einmal wiederholt.²¹

Den vom Kurfürsten in Schutz genommenen Juden wurde bei der Aufnahme in eine Stadt im Herzogtum auch von dieser ein Schutzbrief ausgestellt, in dem das Verhältnis zwischen Jude und Stadt festgelegt war. Dieser schrieb zum einen Pflichten – vor allem finanzieller Art – des Juden fest wie die genannten Einzugs- und Beiwohnergelder, andererseits formulierte er aber auch die jeweiligen Rechte. Diese städtischen Schutzbriefe konnten die den Juden in den kurfürstlichen Schutzbriefen oder nach der Judenordnung erteilten Rechte konkretisieren und erweitern, aber auch einschränken.²² Nicht nur die Aufnahme in ein Territorium war von der Zustimmung des Landesherrn und der Zahlung der geforderten Schutzgelder abhängig, sondern – zur Wahrung insbesondere der finanziellen Interessen des Landesherrn – auch eine etwaige Abwanderung.²³ Dem scheint zu widersprechen, dass es durchaus nicht ungewöhnlich für einen Juden war, Schutzbriefe für mehrere Gebiete gleichzeitig zu besitzen.²⁴ Eine solche Praxis konnte zwar einerseits den persönlichen Schutz und die eigene Flexibilität und Mobilität erhöhen, war aber andererseits mit hohen finanziellen Belastungen verbunden und so im Herzogtum Westfalen nur für die wenigsten Juden erschwinglich. Zudem verbot die Judenordnung von 1614 den in Kurköln (und im Herzogtum Westfalen) unter Schutz stehenden Juden, bei einer ‚ausländischen‘ Obrigkeit um „Schutz, Unterschlupf oder handtpietung“ zum Nachteil des Erzstifts nachzuziehen.²⁵

17 Judenordnung von 1614, Paragraphen I,4–5, siehe BRUNS Alfred (Bearb.), Die Juden im Herzogtum Westfalen. Dokumentation der zentralen Quellen (= Schriftenreihe des Hochsauerlandkreises 2) <Fredeburg 1994> 43–47.

18 BRILLING, Chronik (wie Anm. 14) 1.

19 SEIBERTZ Johann Suibert, Urkundenbuch zur Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogtums Westfalen <Arnsberg 1839–1864> Bd. III, Nr. 1036, 288ff., Urkunde 432a.

20 Ebd. Nr. 1037, 291–298, hier 293f.

21 Ebd. 294, Anm. 264.

22 So hatte z. B. Salomon von Plettenberg in seinem kurfürstlichen Schutzbrief von 1596 für die Aufkündigung von versetzten Pfändern eine Frist von einem Jahr vorgeschrieben bekommen, die durch den städtischen Schutzbrief der Stadt Brilon auf ein halbes Jahr beschränkt wurde; LÖWENSTEIN, Quellen (wie Anm. 10), Bd. III, 64f., Nr. 3387.

23 DINSTÜHLER, Judenordnung (wie Anm. 15) 34–38.

24 So z. B. Salomon von Plettenberg, der neben seinem Schutzbrief für Brilon auch einen für Plettenberg in der Grafschaft Mark besaß, von wo aus er im Jahr 1600 um Schutz für die Grafschaft Hanau nachsuchte; LÖWENSTEIN, Quellen (wie Anm. 10), Bd. III, 64f., Nr. 3387.

25 Judenordnung von 1614, Paragraph I, 6, siehe BRUNS, Juden (wie Anm. 17) 43–47.

Der Judenschutz war jeweils zeitlich begrenzt. Der Schutzbrief für Salomon von Plettenberg von 1596 z. B. war für einen Zeitraum von fünfzehn Jahren ausgestellt und sollte nach seinem Tod auf seine Witwe und seine Kinder übergehen. Im Herzogtum Westfalen lässt sich – zumindest im 17. Jahrhundert – eine Kontinuität nachweisen: Einige Familien lassen sich über mehrere Generationen zurückverfolgen, in denen der Schutz – gegen entsprechende Zahlungen – offensichtlich jeweils vom Vater auf den Sohn oder Schwiegersohn überging. Die Juden unterstanden der Gerichtsbarkeit des Schutzherrn. Schon im Schutzbrief für Salomon von Plettenberg wurde festgehalten, dass er den Schutz bei einer eventuellen Straffälligkeit nicht verwerke, die Bestrafung jedoch ausschließlich dem Kurfürsten obliege.²⁶

Die älteste bekannte Verordnung, die Juden nennt, ist die Bergwerksordnung, die Kurfürst Johann Gebhard von Mansfeld 1559 erließ. Diese verbot den Untertanen, Juden, die Erz und Silber aufkauften und außer Landes brachten, in einer Bergstadt zu beherbergen und mit ihnen zu handeln. Bei Zuwiderhandlung sollte die Hälfte dessen, was der Jude bei sich hatte, an den Kurfürsten, die andere Hälfte an den Anzeigenden fallen, im Wiederholungsfall sollte der Jude „an Leib und Gut“ gestraft werden.²⁷

Die 1594 in Kraft getretene kurkölnische Judenordnung²⁸ erlaubte den Juden, Christen Geld auf bewegliche Güter, auf Schuldverschreibungen und auf Treu und Glauben zu leihen, solange sie nicht gegen die Bestimmungen der neuen Verordnung verstießen (§ 1). Der Aufenthalt im Erzstift war nur mit zuvor erlangtem Schutz erlaubt und von der Zahlung von Einzugsgeld und jährlichem Tribut abhängig. Geleit konnten neben dem Kurfürsten diejenigen Unterherren gewähren, die dieses Recht aufgrund von ‚Sonderprivilegien‘ und alter Gewohnheit auch bisher ausgeübt hatten (§ 2). Um vor Überfällen sicher zu sein, sollten Juden und Jüdinnen als deutliches Kennzeichen vorne auf ihrer Kleidung einen gut sichtbaren gelben Ring tragen (§ 3). Vor einem Wegzug aus dem Erzstift musste ein Jude seinen Schutz rechtzeitig aufkündigen und sich eine Erlaubnis besorgen (§ 4). Juden durften nicht in der Nähe von Kirchen wohnen und an hohen christlichen Feiertagen das Haus nicht verlassen (§ 5). In Kriegszeiten sollten sie sich gemäß den Anweisungen von Beamten und Bürgermeistern verhalten (§ 6). Juden wurde erlaubt, auf bewegliche Güter, die man ihnen ins Haus brachte, zu leihen, nicht jedoch auf Immobilien, die sie auch weder kaufen noch erben durften (§ 7). Jeglicher Handel sowie Handwerk sollte ihnen verboten sein, jedoch durften sie als Bezahlung angenommene Naturalien wie Wein oder (Feld-)Früchte zu einem angemessenen Preis an Christen verkaufen (§ 8). Bereits erworbene Immobilien sollten innerhalb von zwei bis drei Jahren nach Inkrafttreten der Judenordnung wieder veräußert werden (§ 9). Den Juden wurde erlaubt, einen Zinssatz von zwei Hellern pro Tag in zehn Tagen oder jährlich 25 Gulden kurrent, das heißt knapp zwölf Prozent Zins zu nehmen (§ 10).²⁹ Das wissentliche Leihen auf Kirchengüter und Schmuck, gestohlene Güter oder Güter Dritter sowie auf Waffen und landwirtschaftliche Geräte war bei

26 LÖWENSTEIN, Quellen (wie Anm. 10) Bd. III, 64f., Nr. 3387.

27 SCOTTI, Sammlung (wie Anm. 16), Abt. 1, T. 1, Nr. 23, Art. 80 (1559 VI 24).

28 LandeshauptA Koblenz, Best. 35, 2805, 529f.; Landtagsabschied 1594 IV 16: die Stände beantragten, dass die bewilligte und revidierte Judenordnung publiziert werde; siehe dazu sowie zur Vorgeschichte den im Rahmen des Projekts *Germania Judaica* (vgl. Projektdetails in Anm. 1) entstandenen, aber bisher nicht publizierten Artikel ‚Kurfürstentum Köln‘ von Birgit KLEIN. Auch wenn dies in den kurkölnischen Judenordnungen nicht eindeutig erwähnt wird, so ist doch davon auszugehen, dass diese auch für das Herzogtum Westfalen Gültigkeit hatten. In einigen Fällen lässt sich dies anhand von Quellen belegen.

29 Über die Festsetzung des erlaubten Zinssatzes muss es längere Verhandlungen zwischen dem Kurfürsten und den Landständen gegeben haben, denn die gegen den Willen der Landstände durchgesetzte Erhöhung des Zinssatzes über die üblichen fünf Prozent hinaus wurde in der Judenordnung ausführlich begründet.

Strafe der Verwirkung des geliehenen Geldes (§ 11) verboten. Untersagt waren auch Geldgeschäfte mit Minderjährigen unter 25 Jahren ohne Wissen und Einwilligung der Eltern (§ 12). Juden hatten die Hauptsumme vollständig auszuzahlen und hierin keinen Zins einzurechnen, auch durften Verschreibungen und Handschriften nicht höher ausgestellt werden, als tatsächlich Geld ausgegeben wurde. Schuldscheine sollten von der Obrigkeit eines jeden Ortes unentgeltlich geprüft werden (§ 13). Zinseszins zu nehmen war verboten (§ 14). Schulden sollten nicht länger als zwei Jahre ungemahnt stehen bleiben (§ 15). Nicht eingelöste Pfänder mussten vor Gericht gebracht, öffentlich geschätzt und dann meistbietend verkauft werden. Ein über die geforderte Schuldschuld hinausgehender Erlös fiel an den Schuldner zurück. War die geliehene Summe höher als die durch den Verkauf erzielte Einnahme, sollte sich der Jude seinen Teil von anderen Gütern des Schuldners holen (§ 16). Juden und Jüdinnen war es verboten, in den Städten des Erzstifts Fleisch zu verkaufen; in den Flecken und Dörfern blieb dies jedoch ausdrücklich erlaubt (§ 17).

Diese Bestimmungen der ersten Judenordnung wurden in der zweiten Judenordnung von 1599³⁰ weitgehend übernommen, einige revidiert oder ergänzt. Ganz gestrichen wurde die Kennzeichnungspflicht der Juden (§ 3). Wesentliche Änderungen gab es in folgenden Punkten: Ein Hinweis auf eine Vergeleitung durch Unterherren fehlte nun (zu § 2). Juden durften weiterhin nicht in der Nähe von Kirchen und Prozessionswegen wohnen, die verunglimpfende Begründung war jedoch gestrichen worden (zu § 5). Neu war die Erhebung des Zehnten Pfennigs, der zehnprozentigen Vermögenssteuer, bei Wegzug aus dem Erzstift sowie auf die Mitgift von Kindern, die außerhalb des Territoriums heirateten (§ 4). Neu waren auch die Bestimmungen, dass Juden nicht mit Christen unter einem Dach wohnen durften, an Sonn- und Feiertagen ihre Läden geschlossen zu halten hatten, keine Schulden eintreiben durften und sich des Scheuerns und Waschens außerhalb ihrer Häuser enthalten mussten (§ 6). Als einziges Handwerk war ihnen nunmehr die Ausübung des Glaserhandwerks gestattet, dagegen fehlte jetzt die Erlaubnis, als Bezahlung angenommenen Wein oder Feldfrüchte wieder an Christen verkaufen zu dürfen (§ 8). Ausführlicher waren die Bestimmungen in Bezug auf den Fleischverkauf: Juden wurde der Einkauf von Vieh und die Schlachtung nur für den Eigenbedarf gestattet. Die ihnen aus religiösen Gründen zum Verzehr verbotenen Teile durften sie verkaufen, jedoch ebenso wie ‚Ausländer‘ erst nach der „gewöhnlichen Zeit“ und nicht zu christlichen Fastenzeiten. Keinesfalls durften sie Schuldner Fleisch aufdrängen (§ 11). Der erlaubte Zinssatz wurde von zwei Hellern vom Taler in zehn Tagen auf drei Heller wöchentlich, das heißt 25 Prozent jährlich, angehoben und damit mehr als verdoppelt (§ 14). Bei unwissentlicher Beleihung von Fehlerware bekam der Beraubte nun drei Monate Zeit, sein ihm entwendetes Gut vom Juden ohne Ausgleich einzufordern (§ 15). Neu war auch, dass die Juden Rechenbücher in deutscher Sprache führen mussten, in denen alle Leih- und Pfandgeschäfte mit Datum zu verzeichnen waren (§ 21). Diese Judenordnung von 1599 erfuhr vor ihrer Veröffentlichung im Juli 1602 noch einige Veränderungen.³¹ Bereits im Juli 1600

30 Judenordnung von 1599; siehe BRUNS, Juden (wie Anm. 17) 38–42.

31 Dass der Text der vorgestellten Judenordnung von 1599 noch nicht fixiert war, zeigt auch ein zeitgenössischer Druck der Ordnung vom 1. Oktober 1600, der als Vorlage für den (unvollendet gebliebenen) Entwurf einer Judenordnung für das Bistum Hildesheim diente, dessen Fürstbischof ebenfalls Kurfürst Ernst war (HauptstaatsA Hannover, Hild. Br. 1, Nr. 9684, fol. 1b und 2b). Er unterscheidet sich in folgenden Punkten von der revidierten Judenordnung von 1602: 1) Juden ohne Geleit durften sich nicht länger als einen Monat im Erzstift aufhalten und hatten am Zoll und danach durch ihre Gastgeber bei den Beamten anzuzeigen, wie lange sie im Erzstift zu bleiben gedachten. 2) Nach wiederholten Klagen seitens der Juden, ihrer Kinder und ‚Brodtesind‘, dass ihnen unterwegs „mit werffen und schlagen allerhand ungütlichkeit zugefügt werde“, wurden Ausschreitungen gegen Juden streng ver-

war den kurkölnischen Juden die Zahlung einer zehnprozentigen Vermögenssteuer erlassen worden, die zuvor bei der Verheiratung der Kinder außerhalb des Territoriums auf die Mitgift erhoben werden sollte (§ 4). Ihnen, ihren Familien und ihren Dienstboten wurde gegen eine Zahlung von 40 Rtlr. jährlich Zollfreiheit an den erzstiftischen Zollstätten gewährt.³²

Nach Veröffentlichung der Judenordnung setzten sich die kurkölnischen Juden beim Kurfürsten für einige Änderungen ein, die meist wortwörtlich übernommen wurden: Verwandte, die sich zu Besuch aufhielten, sowie unverheiratete Dienstboten wurden von der Geleitpflicht ausgenommen, durften jedoch keinen Handel oder Geldhandel treiben. Das Verbot, an hohen christlichen Feiertagen das Haus zu verlassen, wurde an jüdischen Feiertagen oder bei dringender Notwendigkeit (wie z. B. Wasserholen) ausgesetzt. Das Leihen auf Immobilien wurde erlaubt, wenn der Schuldner keine Mobilien besaß. Bei nicht fristgerechter Rückzahlung der Schuld sollten die Immobilien gerichtlich verkauft und der Gläubiger bezahlt werden, ein etwaiger Überschuss fiel an den Schuldner. Vom Verbot des Handels wurden wiederum – wie bereits 1592 – Wein und Feldfrüchte ausgenommen, die ein Jude zur Bezahlung eines Kredits annehmen musste. Schuldscheine waren nur dann von der Obrigkeit zu überprüfen, wenn der Schuldner Analphabet war. Falls ein Jude eine über zwei Jahre bestehende Schuld nachweislich angemahnt hatte, blieb sie bis zu ihrer Begleichung stehen. Mit Pfändern, die Juden vor der Publikation der Judenordnung von 1599 versetzt worden waren, sollte unverändert verfahren werden. Der Brüchtenmeister durfte Strafen gegen Juden erst nach ihrem Gegenbericht verhängen. Juden sollten ohne besonderen Befehl des Kurfürsten nicht von Untertanen zu Kontributionen herangezogen werden. Sie hatten Wache zu leisten, durften dabei aber nicht mehr als andere Bürger belastet werden.³³

Am 4. Februar 1614 erließ Kurfürst Ferdinand eine dritte kurkölnische Judenordnung,³⁴ die gegenüber den bisherigen in vielen Punkten erweitert und spezifiziert worden war. Sie war in zwei Teile gegliedert, der erste den Judenschutz, der zweite die ‚Handtierung‘ der Juden betreffend. Weiterhin durfte sich kein Jude ohne Schutz im Erzstift Köln niederlassen und aufhalten (§ I,1). Der Schutz war in ein besonderes Register einzutragen (§ I,2). Zur Gewährung des Schutzes hatten die Juden ihr Vermögen anzuzeigen und zu spezifizieren (§ I,3). Die Schutz genießenden Juden durften weiterhin nicht in der Nähe von Kirchen und Prozessionswegen wohnen, mussten in der Karwoche sowie an den vier hohen und an anderen christlichen Feiertagen ihre Häuser und Läden verschließen und durften sich nicht auf der Straße zeigen, es sei denn, ihr ‚Osterfest‘ fiel in dieselbe Zeit oder es sei unbedingt erforderlich. Weiterhin sollten sie in dieser Zeit keine Schulden anmahnen und eintreiben (§ I,6). Bestehen blieb das Verbot, mit Christen unter einem Dach zu wohnen. Juden durften nun keine

boten. 3) Ein vergeleiteter Rabbiner wurde zugelassen, ebenso Hochzeiten, Beschneidungen sowie „ire Jüdische Synagog und Ceremonien“. Allerdings musste bei der Obrigkeit angezeigt werden, wie viele Juden zu Hochzeiten geladen waren. ‚Ausländische‘ Juden bedurften einer kurfürstlichen Erlaubnis. 4) Juden durften neben Fleisch auch Fisch, Butter und Eier in Städten und Flecken auf Wochenmärkten „für gewöhnlicher Zeit“ verkaufen, solange sie keinen Vorkauf betrieben. 5) Vor dem Erlass der Judenordnung („von Dato“) ausgefertigte, gerichtlich anerkannte Schuldscheine sollten ihnen ohne Zurückrechnung (Ermittlung des Ausgangsbetrags durch Abzug des Zinses von der Gesamtsumme) beglichen werden. 6) Pfänder durften erst nach zwei Jahren verkauft werden, nur die Deutzer Juden durften nach altem Brauch Pfänder schon nach einem Jahr und sechs Wochen verkaufen. Siehe dazu auch den Artikel ‚Kurfürstentum Köln‘ von KLEIN (wie Anm. 28).

32 LAV NRW Abt. R (Duisburg), Reichskammergericht, Nr. 2996, I/J 284/1367, Q 34, Nr. 8, F, fol. 222a–224a, hier fol. 223 (1600 VII 4).

33 Ebd. Nr. 8, HH, fol. 235a–238b.

34 Judenordnung von 1614; siehe BRUNS, Juden (wie Anm. 17) 43–47.

christlichen Ammen oder Gesinde mehr beschäftigen (§ I,7); dagegen erhob jedoch 1619 die Judenschaft des Erzstifts beim Hofrat erfolgreich Einspruch.³⁵ In Kriegzeiten sollten sie sich in Bezug auf „Wachen und andere Sachen“ weiterhin den Anordnungen der Beamten und Bürgermeister gemäß verhalten (§ I,8). Wenn ein Jude das Erzstift verlassen wollte, hatte er seinen Schutzbrief bei der Kanzlei einzureichen, seine Gläubiger zu bezahlen, seine Schuldner aufzufordern, mit ihm abzurechnen, die bei ihm hinterlegten Pfänder zurückzulassen und an einem sicheren Ort zu deponieren und sein Auszugsgeld zu zahlen (§ I,9). Juden, die im Erzstift sesshaft waren und unter Schutz standen, mussten, wenn sie auf Reisen waren, an den Zollstätten ihren Original-Schutzbrief vorzeigen und eine Abschrift hinterlassen (§ I,11). „Ausländische“ Juden auf der Durchreise mussten ihr Zoll- und Geleitgeld bezahlen, sich an jedem Ort bei der Obrigkeit anmelden, pro Person für 24 Stunden zwei Rader Albus an den verordneten Zollstätten zahlen und durften sich ohne besondere Erlaubnis nicht länger als acht Tage an einem Ort aufhalten (§ I,10). Außerdem waren ihnen jeglicher Handel sowie Geldgeschäfte verboten (§ I,12).

Die Bestimmungen in Bezug auf Handel und Geldhandel wurden gegenüber den vorherigen Judenordnungen deutlich erweitert. War bisher jeglicher Handel verboten gewesen, durften unter Schutz stehende Juden nun mit Edelmetallen, mit Pferden und besonders mit solchen Waren handeln, die sie im Rahmen des Pfandhandels in Zahlung genommen oder anderweitig in kleiner Menge erworben hatten, ebenso mit „zimblischer handtarbeit“, solange sie jeweils am Ort Akzise zahlten (§ II,1). Dieser Paragraph wurde kurz nach Veröffentlichung der Judenordnung um die Erlaubnis des Handels mit Lederwerk erweitert.³⁶ In Bezug auf den Geldhandel wurde der bisher bei 25 Prozent liegende Zinssatz auf zwölf Prozent jährlich reduziert (§ II,2). Nicht im Erzstift unter Schutz stehenden Juden wurde der Geldhandel dagegen verboten, auch wenn sie in den Unterherrschaften ansässig waren (§ II,3), zudem sollten verleitetete Juden nicht mit unverleiteteten zu deren Nutzen und Vorteil Geldgeschäfte tätigen und Handel treiben (§ II,4). Auf Immobilien, Waffen, landwirtschaftliche Geräte, Kirchengüter und Hehlerware durfte weiterhin nicht geliehen werden, ebenso wenig wie auch auf von Dienstboten oder bei Nacht gebrachte Gegenstände, es sei denn, die Besitzerschaft stand außer Frage. Wenn wegen gestohlener Gegenstände der ‚Schulbann‘ verhängt wurde, d. h. solche Gegenstände auf Antrag des Bestohlenen öffentlich als gestohlen deklariert wurden, hatte jeder wahrheitsgemäß Auskunft zu geben (§ II,5). Geldgeschäfte mit Minderjährigen ohne Wissen und Willen der Eltern und nun auch der Vögte und Schultheißen waren verboten (§ II,6). Verschreibungen und ‚Handschriften‘ durften weiterhin nicht höher ausgestellt werden, als tatsächlich Geld ausgegeben wurde (§ II,7), Obligationen und ‚Handschriften‘ mussten, wenn sie sich auf mehr als 50 Rtlr. beliefen und der Schuldner des Schreibens unkundig war, im Beisein von zwei Schöffen oder Gerichtspersonen ausgestellt werden; wenn sie auf weniger ausgestellt waren, durch den Gerichtsschreiber oder einen bei der kurfürstlich-kölnischen Kanzlei immatrikulierten Notar geschrieben und unterschrieben werden (§ II,8). Rechenbücher mussten weiterhin geführt werden (§ II,9). Neu waren Verbote, Schuldforderungen an Christen abzugeben (§ II,13), mit Münzen zu handeln, grobe und gute Sorten aufzuwechseln, zu beschneiden, zu brechen, zu verschmelzen, in geringere Sorten einzutauschen, anderswo hinschicken oder sonstwie unrechtmäßig damit zu handeln (§ II,14). Bezüglich des Schlachtens und des Handels mit Fleisch änderte sich nichts gegenüber 1599 (§ II,15). Juden durften auf Jahr- und Wochenmärkten „keinen Vorkauf treiben“ (§ II,16); jeder, der gegen diese Ordnung ver-

35 LAV NRW Abt. R (Duisburg), Kurköln III, Nr. 18 (1619), fol. 251b (1619 X 11).

36 StadtA Linz, J 1a, 15f. (1614 VIII 23), siehe KLEIN, Artikel ‚Kurfürstentum Köln‘ (wie Anm. 28).

stieß, war der Obrigkeit anzuzeigen. Die Bestimmungen des gemeinen Rechts und der Reichspolizeiordnung sollten solange gelten, wie es die Judenordnung nicht anders vorsah, die bei Bedarf erweitert oder eingeschränkt werden konnte (§ II,17).

Erst im Jahr 1650 äußerte sich Kurfürst Ferdinand von Köln ausdrücklich zur rechtlichen Lage der Juden: In Streitfällen zwischen Juden und Christen erklärte er das jeweilige örtliche Gericht für zuständig, für Appellationsverfahren das Bonner Hofgericht.³⁷ In die Zuständigkeit der städtischen Gerichte fielen vor allem Vergehen wie Beleidigung, Körperverletzung, Sachbeschädigung oder Diebstahl. Ankläger konnten sowohl Juden als auch Nichtjuden sein, Männer und Frauen. Das kurkölnische Hofgericht wurde in Appellationsverfahren angerufen sowie bei Konflikten zwischen Juden und der Obrigkeit. Die höchste richterliche Instanz war das kaiserliche Reichskammergericht. Bei der frühesten Erwähnung von Juden im Zusammenhang mit dem Herzogtum Westfalen handelte es sich um den Versuch eines Medebacher Richters, im Jahr 1523 zwei Frankfurter Juden vor sein Gericht zu laden; Bürgermeister und Rat zu Frankfurt beschwerten sich darüber beim Reichskammergericht.³⁸

3 Steuern und Abgaben

In den Judenordnungen wurde festgeschrieben, dass die Juden für die Erlangung des Schutzes Einzugsgeld und einen jährlichen Tribut zahlen mussten.³⁹ 1634 ist in den Abrechnungen der kurkölnischen Landrentei erstmals die Summe von 413 Rthl. 39 Albus an ‚Juden Gefäll‘ verzeichnet.⁴⁰ Ein Einzugsgeld durften auch die jeweiligen Städte erheben, in denen Juden lebten, ebenso wie ein jährliches Beiwohnergeld. Allerdings scheint es hinsichtlich dieser Zahlungen Probleme gegeben zu haben, denn 1639 forderten die Städte auf dem westfälischen Landtag, „die Juden wegen inhabender Wohnungen zu Abtragung städtischer Lasten anzuweisen und sie desfalls der magistralischen Jurisdiction zu unterwerfen“. ⁴¹ Im selben Jahr hatte der Rat der Stadt Werl beschlossen, dass alle Juden der Stadt „laut Rezeß wegen dem Eingang der Stadt ... bei der Kämmerlei Abfindung zahlen“ sollten,⁴² ein Beschluss, der kurz darauf noch einmal genauer formuliert wurde: „Für den Eingang in die Stadt soll jeder Jude 16 Rthlr im Monat ... zahlen“, ⁴³ eine auffallend hohe Summe, mit der die Stadt vielleicht die infolge des Krieges leere Stadtkasse wieder auffüllen wollte.

Nicht nur für den Einzug ins Herzogtum und für Schutz und Aufenthalt dort musste ein Jude zahlen, auch wenn er das Territorium verlassen wollte, wurde ein Auszugsgeld fällig. So war schon in der Judenordnung von 1592 (in Kraft getreten 1594) festgehalten, dass kein Jude das Erzstift ohne rechtzeitige Aufkündigung seines Schutzes und der Erlangung eines entsprechenden Scheins verlassen durfte. Die Judenordnung von 1599 fügte hinzu, dass die Ausreise erst dann gestattet sei, wenn ein Jude all seine

37 Grund für diese Entscheidung war der Umstand, dass die höheren Gerichte in Köln ihren Sitz hatten, der Kölner Stadtrat aber keine Juden in die Stadt ließ, StadtA Rüthen, Urkunde 1111 (1650 IV 20).

38 LAV NRW Abt. R (Duisburg), Reichskammergericht, Nr. 1523, Nr. 2043, F 130/420. Juden aus dem Herzogtum Westfalen finden sich bis 1650 nicht vor diesem Gericht.

39 Zur ersten kurkölnischen Judenordnung von 1592 siehe DINSTÜHLER, Judenordnung (wie Anm. 15) 25–38. Siehe auch die Judenordnung von 1599, BRUNS, Juden (wie Anm. 17) 38–42: Bezahlung von „inzugs und jährlichen tributs“.

40 LAV NRW Abt. R (Duisburg), Kurköln IV, 2722, fol. 6b. Diese Summe wurde wohl von den Juden des Herzogtums und des Erzstifts zusammen geleistet, wie nach 1650 auch; HOLT-HAUSEN Maria, Die Juden im kurkölnischen Herzogtum Westfalen. In: WZ 96 <1940> 77 u. Anm. 4 sowie 79 u. Anm. 18.

41 BRUNS, Juden (wie Anm. 17) 47.

42 StadtA Werl, Akten C I, Nr. 3, fol. 198b (JUD 29) (1639 I 24).

43 Ebd., fol. 201a (JUD 30) (1639 III 4).

Besitztümer unter Eid angezeigt und darauf den zehnten Pfennig, eine zehnprozentige Vermögensabgabe, geleistet habe. Auch Kinder, Söhne wie Töchter, durften nicht ohne Wissen des Kurfürsten außerhalb des Erzstifts verheiratet werden, ohne zuvor den zehnten Pfennig auf ihre Mitgift zu leisten, eine Bestimmung, die jedoch 1600 zurückgenommen wurde. Und in der Judenordnung von 1614 steht, dass sich ein Jude „wegen seines Auszugs vergleichen“ müsse.

Neben den genannten Abgaben gab es eine Reihe von weiteren Gebühren. Zu den wichtigsten gehörte die Akzise, eine Steuer, die von Juden wie Christen gleichermaßen auf den Verbrauch von bzw. den Handel mit bestimmten Produkten erhoben und (zumindest teilweise) an den Landesherren abgeführt wurde. 1639 hatte der Landdrost von Westfalen gegenüber dem Rat der Stadt Werl ausdrücklich hervorgehoben, dass diese Steuer u. a. auf Brantwein, Wein, Bier und geschlachtetes Vieh für Geistliche wie Weltliche, Christen wie Juden gelte.⁴⁴

Zu weiteren Abgaben, die zur Hälfte an den Landesherren abzuführen waren, gehörten die Brüchten, Strafgelder, die für kleinere, vor der städtischen Gerichtsbarkeit verhandelte Vergehen zu zahlen waren. Begräbnisgebühren sind im Herzogtum Westfalen nur in Werl bezeugt.⁴⁵ Zu den größten Lasten gehörten die Kontributionen, die während des Dreißigjährigen Krieges den verschiedenen Kriegsparteien zu leisten waren. In der Revision der Judenordnung von 1599 war jedoch festgehalten worden, dass Juden dazu ohne besonderen Befehl des Kurfürsten nicht herangezogen werden durften.

1631 mussten die Stände des Herzogtums Westfalen zur Deckung der Kriegskosten der Katholischen Liga eine außerordentliche Steuer ausschreiben, zu der auch die Juden herangezogen wurden.⁴⁶ 1635 beabsichtigten die mit den Schweden verbündeten Hessen, auch die in ihren Kontributionsorten ansässigen Juden in die Kriegssteuerpflicht einzubeziehen, und erließen eine Anordnung an die Stadt Rüthen, über das Vermögen der dortigen Juden und ihre jeweiligen Steuerabgaben schriftlich Auskunft zu erteilen. Die Juden hatten dazu ihre städtischen Abgaben mit dem Judeid zu bestätigen, und die Vertreter der Stadt diese in verschlossener Form als Nachweis dem Generalkommissar bzw. dem Stadtkommandanten nach Lippstadt zu bringen.⁴⁷ Auch in Brilon⁴⁸ und in Werl⁴⁹ wurden die Juden zur Kontribution herangezogen. 1643 wurde in Werl in Bezug auf die Schatzung der Juden festgestellt, dass die Judenschaft sich an der wöchentlichen und monatlichen hessischen Kontribution zu beteiligen habe, u. a., da sie wie die anderen Einwohner unter der hessischen Kontribution ‚gesichert‘ sei. Diese Kontribution wurde nicht nach den beweglichen Gütern der Juden, sondern entsprechend ihrem Handelsvolumen veranschlagt.⁵⁰

Die Verpflichtung zur Abgabe von Kontributionen wurde mit Ende des Dreißigjährigen Krieges nicht aufgehoben. Aus einem Schreiben des Kölner Kurfürsten Ferdin-

44 StadtA Werl, Akten B 44, Nr. 6, Bl. 48–49 (1639 VI 28).

45 Ebd., Akten C II, I, Bd. II, fol. 259a (1565 II 18), fol. 275b (1566), fol. 276b (1567 II 9).

46 Bei dieser Kopfschatzung wurde jeder Jude zu vier Rtlr., die Frau zu einem Goldgulden, der Sohn zu einem Rtlr., die Tochter zu drei Ort, ein Knecht zu anderthalb Kopfstüber und eine Magd zu einem Kopfstüber veranschlagt; vgl. StadtA Arnsberg, Landständisches Archiv IV, B 1–2, Bl. 1–4, hier Bl. 3 (Abschrift Bl. 12–13).

47 StadtA Rüthen, A R 4 k, 249–251.

48 StadtA Brilon, A Akten 243 laut freundlichem Hinweis von Gerhard Brökel.

49 StadtA Werl, Akten C I, Nr. 3, fol. 198b (JUD 29), fol. 201a [JUD 30] (1639) sowie Akten B 1, fol. 227a (1642).

50 Ebd., Akten C I, Nr. 4, fol. 138a (JUD 42 u. 43) (1643 X 17). Im selben Jahr sind in den Registern fünf Juden verzeichnet, die zusammen etwa vier Rtlr. zahlten; PREISING Rudolf, Zur Geschichte der Juden in Werl (= Nachrichten aus dem Werler Stadtarchiv 1) <Werl 1971> 43 (1643).

and von Bayern an den Landdrosten und die Räte in Arnsberg von 1648 geht hervor, dass für die schwedischen und hessischen ‚Satisfactionsgelder‘ die Judenschaft mit herangezogen werden sollte. Die beiden Judenvorgänger mussten innerhalb von sechs Tagen die Gelder von ihren Glaubensbrüdern einsammeln.⁵¹ Zwei Jahre später legte Kurfürst Ferdinand erneut fest, dass die westfälischen Juden die Personenschätzung für die schwedischen und hessischen Kontributionen wie die Christen zu entrichten hatten.⁵²

Eine weitere außerordentliche Steuer war die Viehschätzung, die 1639 landesweit erhoben wurde. Über diese heißt es in einem Schreiben des Landdrosten Friedrich von Fürstenberg an Bürgermeister und Rat der Stadt Werl, dass sich daran, entsprechend ihrem Vermögen, alle zu beteiligen hätten, ob verheiratet oder ledig, adlig oder unadlig, Christ oder Jude, sogar diejenigen, die kein Vieh hielten.⁵³

Unsicherheit entstand in Bezug auf den sogenannten (Goldenen) Opferpfennig, den Kaiser Matthias 1617 erheben wollte. In einer diesbezüglichen Korrespondenz zwischen dem Kölner und dem Mainzer Kurfürsten ließ der Kölner seinen Kollegen wissen, sich nicht zu erinnern, dass solches Opfergeld jemals gezahlt worden sei. Seiner Meinung nach sei durch die Belehnung mit dem Regal des Judenschutzes dieses Recht auf den jeweiligen Inhaber des Regals übergegangen und durch die Erhebung eines jährlichen Tributs abgelöst.⁵⁴

4 Beziehungen zur Obrigkeit

Die Juden des Herzogtums Westfalen wurden gegenüber der Obrigkeit durch einen Glaubensgenossen vertreten, den der Kurfürst als ‚Judenvorgänger‘ berief. Zu Beginn des Jahres 1581 setzte sich Samuel aus dem im südlichen Herzogtum gelegenen Attendorn als ‚legatus Judaeorum‘ „im Namen der gemeinen Juden in Westfalen“ bei den Regierungsräten in Münster für die Juden ein, die am 11. Januar 1581 nach einer Hochzeitsfeier in Dülmen unter dem Vorwurf des Geleitbruchs und der „Verachtung der christlichen Religion“ gefangen genommen worden waren.⁵⁵ Unter den teils von weither angereisten Gästen der Hochzeitsfeier waren auch Isaac zu Oestinghausen und seine Tochter sowie einige Juden aus Dortmund, in deren Namen an Joist zu Werl geschrieben werden sollte.⁵⁶ Die gefangen genommenen Juden kamen erst nach langwierigen Verhandlungen, die offensichtlich mit Unterstützung des von der westfälischen Judenschaft gestellten Vertreters Samuel von Attendorn geführt wurden, monatelanger Haft, der Zahlung von Lösegeld und Schwören der Urfehde wieder frei.

Anfang des 17. Jahrhunderts ist Schmoll von Werl als Vorgänger der westfälischen Juden belegt. Dieser gab 1607 anlässlich seiner Befragung in Bezug auf die angebliche Frankfurter Rabbinerverschwörung (1603) zu Protokoll, er sei vom Kölner Kurfürsten „vor einen Vorgang“ gesetzt worden.⁵⁷ 1640 findet sich ein Beleg für einen weiteren Judenvorgänger des Herzogtums Westfalen. Ein Jude namens Josell wollte

51 StadtA Arnsberg, Landständisches Archiv IV, B 1–2, Bl. 132–134 (Bonn, 1648 XII 15).

52 StadtA Rüthen, Urkunde 1111 (1650 IV 20).

53 StadtA Werl, Akten B 44, Nr. 6, Bl. 48–49 (1639 VI 28).

54 LAV NRW Abt. R (Duisburg), Kurköln III, Nr. 16 (1617), fol. 478b (alt: 423b) (1617 XII 16). Siehe auch ebd., Nr. 22 (1625 u. 1626), fol. 47b (alt: 3b) (1625 IV 1).

55 ASCHOFF Diethard, Eine jüdische Hochzeit in Dülmen im Jahre 1580 und ihre Folgen. In: Geschichtsblätter des Kreises Coesfeld 28 <2003> 31–103. Vgl. auch den Überblicksartikel ‚Die Juden im Fürstbistum Münster‘ von Diethard ASCHOFF im Teilband Münster, bes. 68 und 71 sowie den Ortsartikel Dülmen im Teilband Münster.

56 LAV NRW Abt. W (Münster), FM LA 39, Nr. 1a, fol. 14v, hier nach ASCHOFF, Hochzeit (wie Anm. 55) 84.

57 StadtA Frankfurt, Ugb E48 K I, Fragen: fol. 2b–10a, Articuli Additionales: fol. 67b–69a; ‚Schmoll von Werll‘: fol. 97b–99b (Bonn, 1607 II 19). Fragen auch gedruckt in: CRESCENTIUS

heiraten und sich vermutlich außerhalb des Herzogtums niederlassen. Daher nannte er seinem Schwager Wulf in Geseke „als der Judenschaft im kölnischen Land Vorgesetzter, Vorgänger oder ‚receptor‘“ seinen Bruder Leester als Bürgen.⁵⁸ Aus der Bezeichnung des Vorgängers als ‚Receptor‘ ist zu ersehen, dass es u. a. dessen Aufgabe war, die Steuern der Juden einzuziehen und an den Kurfürsten weiterzuleiten. Wegen dieser Funktion kam es einige Jahre später in Geseke zu einem Streit. 1648 erschien vor dem Geseker Gericht der Jude Bernd und weigerte sich, den von ihm eingeforderten Tribut zu zahlen, u. a. mit der Begründung, er habe bereits vier Tribute an Saloman und einen Tribut an David zum Stadtberge (Obermarsberg) geliefert. Ein anderes Mal habe er an andere Vorgänger zahlen wollen, die das Geld aber nicht angenommen hätten. Der Vorgänger Wulf sagte dagegen aus, er habe von Bernd niemals Tributgeld erhalten.⁵⁹ Aufgrund der Aussage von Bernd könnte man vermuten, dass die genannten Saloman und David zum Stadtberge vor Wulf jeweils das Amt des Vorgängers bzw. Steuereinkommens innehatten.⁶⁰ Im Rahmen des Prozesses wurde Bernd auch wegen ausstehender Brüchtengelder belangt, die er auf Befehl des Lazarus Wallich von Bonn, der als Obervorgänger Hoheit auch über die westfälischen Vorgänger beanspruchte, gegen Quittung an Leiffmann in Geseke hätte liefern sollen.⁶¹ Lazarus Wallich war vermutlich wie sein Amtsvorgänger, Salomon zu Bonn, auch für die Eintreibung der Tribute der Juden im Herzogtum Westfalen zuständig.⁶² Zumindest zeitweise hat es mehr als einen Vorgänger gleichzeitig gegeben. Neben Wulf zu Geseke wird 1648 Isak zu Werl als weiterer Vorgänger für das Herzogtum Westfalen genannt.⁶³

J. B., Rechtliches Bedencken ob die Juden und ... ihr Wucher ... zgedulden <Darmstadt 1612> 55–63.

⁵⁸ StadtA Geseke, Akten A XXVIII, 11, Bd. 11, fol. 28b–29a (1640 XII 4).

⁵⁹ Ebd., Bd. 12, fol. 348b–349a (1648 VIII 29).

⁶⁰ David (auch David Bacharach) ist erstmals 1647 in Marsberg belegt; LAV NRW Abt. W (Münster), Herzogtum Westfalen, Ämter und Gerichte, Akten, Gerichtsprotokolle Marsberg 1647/48, fol. 1b [1647 VII 13]; unklar bleibt dagegen die Identität von Saloman.

⁶¹ StadtA Geseke, Akten A XXVIII, 11, Bd. 12, fol. 361a–362a (1648 XII 11). Die Brüchtengelder waren wohl für den Kurfürsten bestimmt. Zum Obervorgänger Lazarus Wallich siehe KLEIN Birgit, Wohltat und Hochverrat. Kurfürst Ernst von Köln, Juda bar Chajjim und die Juden im Alten Reich <Hildesheim u. a. 2003>. Der Pferdehändler Leiffmann, seit 1647 in Geseke belegt, lebte damals offensichtlich im Haus des Vorgängers Wulf und war vermutlich dessen Schwiegersohn.

⁶² 1623 klagte Salomon zu Bonn wegen rückständiger Tributgelder beim Bonner Hofrat, woraufhin ihm die beantragten ‚befurderungsschreiben‘ u. a. auch für das Herzogtum Westfalen genehmigt wurden; siehe LAV NRW Abt. R (Duisburg), Kurköln III, Nr. 21, Teil 1, fol 74b (1623 II 8).

⁶³ StadtA Arnsberg, Landständisches Archiv IV, B 1–2, Bl. 132–134 (Bonn, 1648 XII 15). Isak wird in Werl erstmals in den 1630er oder Anfang der 1640er Jahre genannt; DEISTING Heinrich Josef/KOHN Werner, Brüchtenregister der Stadt Werl 1597–1671. In: Beiträge zur westfälischen Familienforschung 50 <1992> 99–324, hier 204. Er erscheint auch später noch als Vorgänger der Juden im Herzogtum, wiederum gemeinsam mit einem Geseker Juden: So fertigte er z. B. 1672 im Auftrag des Kurfürsten eine Aufstellung aller Juden für das kurfürstliche Geleit im Herzogtum Westfalen an, zusammen mit dem Juden Bernd aus Geseke; LAV NRW Abt. W (Münster), Dep. Landsberg-Velen 25933 (alt: A 17d), fol. 138–139. Dieser Aufstellung ist auch zu entnehmen, dass die beiden Vorgänger 1672 zu den wohlhabendsten Juden im Herzogtum gehörten: Bernd steht mit 55 Rtlr. an zweiter, Isak mit 35 Rtlr. an siebter Stelle auf der 59 Namen umfassenden Liste, die Zahlungen zwischen null und 71 Rtlr. nennt.

5 Innerjüdische Organisation

Jüdische Gerichte gab es im Herzogtum Westfalen nicht. Die Quellen zeigen, dass Streitfälle zwischen Juden häufig vor den städtischen und landesherrlichen Gerichten verhandelt wurden. Allerdings wurde schon auf der Frankfurter Rabbinerversammlung 1603 der Versuch unternommen, der wachsenden Tendenz, das jüdische Recht nicht mehr zu akzeptieren, entgegenzuwirken. Bei der damaligen Regelung des Rechtswesens wurde – unter Androhung des Ausschlusses aus der jüdischen Gemeinde – beschlossen, bei innerjüdischen Auseinandersetzungen Urteile nichtjüdischer Gerichte nicht mehr anzuerkennen. Zur Sicherung einer geordneten Rechtsprechung sollten fünf jüdische Gerichtshöfe festgelegt werden: Frankfurt, Worms, Friedberg, Fulda und Günzburg.⁶⁴ Gegen diesen Versuch, auf der später als ‚Rabbinerverschwörung‘ bekannt gewordenen Frankfurter Versammlung eine eigene jüdische Rechtsprechung zu organisieren, ging insbesondere der Kölner Erzbischof Ernst mit aller Entschiedenheit vor. Den Juden wurde vorgeworfen, dass sie sich der kaiserlichen bzw. christlichen Jurisdiktion und dem Gerichtszwang entziehen und ein eigenes Judenrecht aufstellen wollten. Dies sollte nicht nur das Verbot für Juden beinhalten, sich an nichtjüdische Gerichte zu wenden, sondern auch jegliche Appellation an höhere christliche Instanzen ausschließen. Ergangene Urteile christlicher Instanzen sollten die Rabbiner, so der Vorwurf, verwerfen. Als im Jahr 1607 Schmoll von Werl als Vorgänger der Juden im Herzogtum Westfalen zu den Ereignissen auf der Frankfurter Versammlung (1603) befragt wurde, machte er einige Aussagen, die Rückschlüsse auf die Verhältnisse im Herzogtum zulassen.⁶⁵ Auf alle Fragen zu den in Frankfurt beschlossenen Verordnungen, die ihm hätten gefährlich werden können, antwortete Schmoll, er habe nichts davon gehört. Auf die Frage nach seiner Gehorsamspflicht gegenüber vorgesetzten Rabbinern räumte er ein, dass er den Frankfurter Rabbinern nur in Geldsachen folge, nicht jedoch entgegen seiner Obrigkeit. Außerdem sei es schon immer üblich gewesen, Streitigkeiten untereinander auszutragen, abgesehen von ‚Criminalsachen‘. Schmoll versuchte bei seinen Antworten zu beschwichtigen, dass die Frankfurter Verordnungen – soweit sie ihm überhaupt bekannt seien – keinerlei wesentliche Neuerungen beinhalteten und dass die Anerkennung der Obrigkeit nicht gefährdet sei. Aber er sagte auch, dass er den Frankfurter Rabbinern unterstehe.⁶⁶

Anlässlich des Vorwurfs der Rabbinerverschwörung sagte Schmoll von Werl aus, dass er nicht nur selbst kein Rabbiner sei, sondern die Juden in Westfalen keine Rabbiner hätten. Die erste Erwähnung eines Rabbiners für das Herzogtum Westfalen stammt aus dem Jahr 1647. Im genannten Jahr wurde einem Rabbiner in Rüthen Aufenthalt für ein halbes Jahr gewährt.⁶⁷ Ein weiterer Rabbiner ist 1651 für Werl genannt. Bei einem Streit zwischen den Kapuzinern und der Stadt um ein Haus wird dessen Bewohner Isaak als „gentis non sanctae rabbino“, „Rabbiner des unheiligen Volkes“ bezeichnet, der in dem fraglichen Haus, der ‚Synagoga Judaeorum‘, seine „Wucher-

64 Siehe PRESS Volker, Kaiser Rudolf II. und der Zusammenschluß der deutschen Judenheit. Die sogenannte Frankfurter Rabbinerverschwörung von 1603 und ihre Folgen. In: HAVERKAMP Alfred (Hg.), Zur Geschichte der Juden im Deutschland des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit (= Monographien zur Geschichte des Mittelalters 24) <Stuttgart 1981> 243–293, hier 247f.

65 StadtA Frankfurt, Ugb E48 K I, Schmoll von Werl: fol. 97b–99b (Bonn, 1607 II 19).

66 Levi von Salzkotten sagte dagegen als Vertreter der Juden im Stift Paderborn aus, dass die Paderborner Juden den Frankfurter oder den Friedberger Rabbinern unterständen, je nachdem, wohin man sie rufe; viele Jahre ist Levi in Geseke nachzuweisen. Ebd., Levi von Salzkotten: fol. 75b–76b.

67 StadtA Rüthen, A S 8 KR 1647–48, fol. 10. Im selben Jahr sind in Rüthen neben dem genannten Rabbiner fünf unter Schutz stehende Familien und ein Jude ohne Schutz belegt, ebd.

geschäfte und den jüdischen Irrglauben“ betreibe.⁶⁸ Da jedoch mit eben diesem Argument der Jude schließlich das von den Kapuzinern beanspruchte Haus verlassen musste, sind die Annalen der Kapuziner als tendenziöse Überlieferung nicht unbedingt als verlässliche Quelle für die Existenz eines Rabbiners in Werl anzusehen. Isaak erscheint in späteren Werler Quellen als Sprecher der Juden und als ihr Vorgänger.⁶⁹

Über eine innere Organisation der Juden innerhalb des Herzogtums Westfalen ist nichts bekannt. Doch offensichtlich hatten sich die Juden des Herzogtums mit denjenigen in anderen Teilen Westfalens zusammengeschlossen, wie aus der 1607 erfolgten Befragung von Juden anlässlich des Vorwurfs der Rabbinerverschwörung nach der Frankfurter Rabbinerversammlung von 1603 hervorgeht. Als einziger Jude aus dem Herzogtum wurde damals ihr Vorgänger, Schmoll von Werl, vernommen. Auf die Frage, ob er die Juden, die von anderen bevollmächtigt und in Frankfurt persönlich erschienen waren, nennen könne, sagte er aus, dass Rabbi Magnus, damals in Hamm und „nunmehr“ in Hanau wohnhaft, und Rabbi Mosche zu Hamm durch ein Schreiben der Frankfurter Juden dorthin gerufen worden seien.⁷⁰ Moyses von Hamm bestätigte dies in seiner Aussage, gab aber an, der Brief der Frankfurter Rabbiner sei nicht an ihn, sondern an den nun in Hanau lebenden Mannes (= Magnus) gegangen, der damals in Hamm gelebt und Obrist im Westfälischen Kreis gewesen sei.⁷¹ Die Frankfurter Verordnungen tragen beider Unterschriften in Hebräisch, beide unterschrieben „im Namen der Länder Westfalen“.⁷² Moyses gab bei seiner Vernehmung weiter an, der Brief von Frankfurt sei an ihn und an Mannes gegangen „als die Vornehmsten, die für die anderen erscheinen sollten“. Das Schreiben hätten sie im Haus des Hirz in Kamen in der Grafschaft Mark, wo man sich versammelt habe, den anderen Juden gezeigt. Daraufhin seien er und Mannes von der westfälischen Judenschaft „abgefertigt“ worden, und zwar von dem verstorbenen Maier, von Levi und Isaac aus Unna sowie von einem Juden aus Kamen, vielleicht der genannte Hirz. Außerdem hätten auch der „erzliche Cölnische Manneß zur Werle und Jacob zur Rüden“ ihre Stimmen gegeben. Sie seien nach Frankfurt geschickt worden „mit Gewalt und Befehl, in Beschlüsse der gemeinen Judenschaft mit einzuwilligen“.⁷³ Da das Schreiben aus Frankfurt an Mannes in seiner Funktion als Obrist im Westfälischen Kreis gerichtet gewesen war, ist mit dieser Bezeichnung hier offensichtlich ein innerjüdisches Amt gemeint. Gemeinsam mit Moses zu Hamm wurde Mannes dann auf einer Zusammenkunft, die in Kamen stattfand, zum Vertreter der westfälischen Juden auf der Frankfurter Rabbinerversammlung bestimmt. Die beteiligten Juden stammten aus den Städten Hamm, Unna und Kamen in der Grafschaft Mark sowie aus Werl und Rüthen im Herzogtum Westfalen.⁷⁴ Weitere Juden aus der Grafschaft Mark bestätigten in ihren Aussagen zwar, dass Moses und

68 Annalen des Werler Kapuzinerklosters, hier nach PREISING, Geschichte (wie Anm. 50) 16–18; DEISTING Heinrich Josef/KARSTEN Annegret, Zur Geschichte der Juden vom 16. Jahrhundert bis um 1850. In: ROHRER Amalie/ZACHER Hans-Jürgen (Hg.), Werl – Geschichte einer westfälischen Stadt, 2 Bde. <Paderborn/Werl 1994> Bd. 1, 346.

69 PREISING, Geschichte (wie Anm. 50) 16. Siehe auch SCHULTE Klaus H. S., Familienbuch der Deutzer Juden (= Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln 67) <Köln u. a. 1992> 185, Anm. 2.

70 StadtA Frankfurt, Ugb E48 K I, Schmoll von Werl: fol. 97b–99b (Bonn, 1607 II 19).

71 Ebd., Moyses zur Hamme: fol. 78a–81a (Bonn, 1607 II 19).

72 „Der Kleine, Menachem, Sohn des Meisters, Herrn Jaakow Hakohen, sein Andenken zum Segen, und der Kleine, Mosche, Sohn des Josef, sein Andenken zum Segen“, siehe HOROVITZ Marcus, Die Frankfurter Rabbinerversammlung vom Jahre 1603 (= Beilage zur Einladungsschrift der Israelitischen Religionsschule) <Frankfurt a. M. 1897> 3–30, hier 30.

73 StadtA Frankfurt, Ugb E48 K I, Moyses zur Hamme: fol. 78a–81a (Bonn, 1607 II 19).

74 Man(nes) ist in Werl seit 1584 belegt; StadtA Werl, Akten B 44, Nr. 9, fol. 78a–81b (1584 XI 10), Jacob in Rüthen zwischen 1587 und 1611; StadtA Rüthen, A S 8 KR 1587 und 1611 (laut Auskunft StadtA Rüthen).

Mannes aus Hamm nach Frankfurt gereist seien,⁷⁵ stritten aber jede Beteiligung ihrerseits ab, vielleicht aus Angst vor Konsequenzen.⁷⁶ Dennoch ist anzunehmen, dass zumindest diese beiden Gebiete, die Grafschaft Mark und das Herzogtum Westfalen, zu den Ländern Westfalens bzw. zum Westfälischen Kreis gehörten, wie er von den Juden damals verstanden wurde. Die Juden des Stiftes Paderborn sandten einen eigenen Vertreter namens Aaron⁷⁷ nach Frankfurt, und Moyses oder Mosche von Dülmen aus dem Hochstift Münster gab an, sie hätten ihrerseits niemanden nach Frankfurt geschickt.⁷⁸ Die Juden dieser Gebiete sahen sich demnach – zumindest in diesem konkreten Fall und gegenüber der Obrigkeit – nicht als ein Teil der westfälischen Judenschaft, obwohl z. B. das Hochstift Münster seit 1585 ebenfalls in Personalunion dem Kölner Kurfürsten unterstand, während die Grafschaft Mark zu den sogenannten Vierlanden gehörte, einem Zusammenschluss der Herzogtümer Jülich-Berg mit Kleve und Mark. Die innere Organisation der westfälischen Juden war also unabhängig von Landes- und Herrschaftsgrenzen.

75 Der inzwischen in Windecken lebende Mannes selbst wurde nicht befragt, da ihm sein Schutzherr, Graf Philipp Ludwig II. von Hanau-Münzenberg, ausdrücklich untersagt hatte, auf die Vorladung der Bonner Untersuchungskommission zu reagieren, und sich derselben gegenüber gegen jede Belästigung seiner Schutzjuden verwahrte; siehe BURNETT Stephen G., *Hebrew Censorship in Hanau. A Mirror of Jewish-Christian Coexistence in Seventeenth-Century Germany*. In: WADDINGTON Raymond B., *The Expulsion of the Jews, 1492 and after* (New York/London 1994) 199–222, hier 200.

76 Levi aus Schwelm im Amt Wetter in der Grafschaft Mark sagte aus, dass Moyses zu Hamm auf ‚gemeine‘ Kosten nach Frankfurt geschickt worden sei, wenn auch er selbst nichts dazu gegeben habe; StadtA Frankfurt, Ugb E48 K I, Levi zu Schwelm: fol. 77a–b (Bonn, 1607 II 19). Isaac aus Unna gab ebenfalls an, dass die beiden nach Frankfurt gezogen seien, jedoch ohne Auftrag von ihm selbst; ebd., Isaac Judt zu Unna: fol. 93b–94b (Bonn, 1607 II 19). Hirtz aus Kamen, in dessen Haus offensichtlich die erwähnte Zusammenkunft der westfälischen Juden stattgefunden hatte, sagte aus, dass die beiden nach Frankfurt gereist seien, jedoch „nicht auf sein Begehren“; ebd., Hirtz Judt zur Camen in dero grafschaft Marck: fol. 95a–96a (Bonn, 1607 II 19).

77 Ebd., Jacob Wallich vonn Paderborn Jüdt: fol. 103a–104a (Bonn, 1607 II 19).

78 Ebd., Moyses oder Mosche von Dülmen auß dem Stift Münster: fol. 96a–97a (Bonn, 1607 II 19).

Die Juden im Herzogtum Westfalen im 18. Jahrhundert

von Wilfried Reininghaus

1 Ansiedlung der Juden

Für die Zeit um 1700 lässt sich die Zahl der im Herzogtum Westfalen lebenden Juden nur grob schätzen. Bei 111 gezählten Haushalten und einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von sieben Personen lag die Gesamtzahl der Juden im Territorium zu dieser Zeit bei ca. 800 Personen. 1808 lebten im damals unter hessen-darmstädtischer Herrschaft stehenden Herzogtum Westfalen 1809 Juden,¹ das waren 1,3 Prozent der Gesamtbevölkerung des Herzogtums. Innerhalb eines Jahrhunderts hat sich die jüdische Bevölkerung im Herzogtum also mehr als verdoppelt. Ihr Wachstum war vermutlich höher als das der Gesamtbevölkerung, genaue Zahlen fehlen aber. Wie kann es erklärt werden und aus welchen Quellen speiste es sich?

Eine Erklärung dieses Phänomens fällt je nach Standort der jüdischen Siedlung unterschiedlich aus. Die Mehrzahl der jüdischen Familien, nämlich 82 von 111, lebte zu Beginn des 18. Jahrhunderts in Städten, nur fünf Familien lebten in Freiheiten und 17 in Dörfern. Hundert Jahre später hatte sich das Verhältnis von jüdischer Stadt- bzw. Landbevölkerung umgekehrt. Nur noch 114 von 249 gezählten jüdischen Familien lebten in den Städten, elf in Freiheiten, 75 in Dörfern und 49 Unterherrschaften.

Tabelle 1: Jüdische Bevölkerung im Herzogtum Westfalen 1703 und 1800/01²

	Anzahl der jüdischen Familien 1703	Anzahl der jüdischen Familien 1800/01
Städte	82	114
Freiheiten	5	11
Dörfer (ohne Unterherrschaften)	17	75
Unterherrschaften	7	49
Summe	111	249

Es fällt auf, dass in einigen Städten keine Juden lebten. Unter anderem hatte die Stadt Arnsberg 1671 das Privileg erhalten, keine Juden aufnehmen zu müssen. Obwohl die bevölkerungsreichere Stadt Olpe kein solches Privileg besaß, lebten dort vor

1 SCHÖNE Manfred, Das Herzogtum Westfalen unter hessen-darmstädtischer Herrschaft 1802–1816 <Olpe 1966> 173. Vgl. ASCHOFF Diethard, Die Juden im kurkölnischen Herzogtum Westfalen. In: KLUETING Harm (Hg.), Das Herzogtum Westfalen, Bd. 1: Das kurkölnische Herzogtum Westfalen von den Anfängen der kölnischen Herrschaft im südlichen Westfalen bis zur Säkularisation 1803 <Münster 2009> 669–703. Die nachfolgenden Zahlen stehen unter dem Vorbehalt einer schwierigen Quellenlage und verstehen sich sämtlich als Schätzungen, aus denen sich dennoch Trends ableiten lassen.

2 Quelle für 1703: BRUNS Alfred (Bearb.), Die Juden im Herzogtum Westfalen. Dokumentation der zentralen Quellen <Fredeburg 1994> 104–110. Aufgrund der (formenkundlich gelegentlich ungenauen) Dokumentation von Bruns konnte im Folgenden weitgehend auf eine Durchsicht der Akten verzichtet werden. Quelle für 1800/01: Ebd. 330–356.

1802 ebenfalls keine jüdischen Familien. Wahrscheinlich haben die einflussreichen und erfolgreichen Eisenhändler und Gerber in Olpe die jüdische Konkurrenz mit Erfolg ferngehalten. Allerdings ließen sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts in zwei Dörfern bei Olpe, in Neuenkleusheim und in Rhode, drei jüdische Familien nieder.³ Von den insgesamt 25 Städten im Territorium hatten weitere sechs – zumeist sehr kleine – vor 1802 ebenfalls keine Juden aufgenommen.

Die Ansiedlung jüdischer Familien konzentrierte sich sowohl um 1700 als auch um 1800 auf einzelne Städte. In Nieder- und Obermarsberg gab es mit insgesamt 15 (1700) und 21 Familien (1800) die größten jüdischen Siedlungen, gefolgt von Ansiedlungen in Geseke (zwölf bzw. 17), Volkmarsen (zehn bzw. zwölf) und Brilon (acht bzw. zwölf). Die Ursachen für diese Konzentration liegen auf der Hand. Marsberg mit der Berg- und der Talsiedlung lag im Schnittpunkt mehrerer Territorien. Es konnten Kunden in einem weiten Radius erreicht werden. Zudem lagen von dort aus die Messen in Kassel, Frankfurt a. M. oder Leipzig am nächsten. Die Marsberger Judenschaft übte bis weit nach Ostwestfalen, nach Lippe und Paderborn, Einfluss aus. Dass Joseph Abraham aus Stadtberge (Obermarsberg) zwischen 1684 und 1708 Landrabbiner nicht nur im Herzogtum Westfalen, sondern auch im Hochstift Paderborn, der Fürstabtei bzw. dem Fürstbistum Corvey und der Grafschaft Lippe war, ist kein Zufall. Während des gesamten 18. Jahrhunderts war die Zahl der in Niedermarsberg ansässigen Juden höher als in Obermarsberg.⁴ Während in Obermarsberg strenge Zunftregeln herrschten, die sich auch gegen Juden wandten, war Niedermarsberg der Ort von Handel und Gewerbe. Aber auch dort lehnten sich 1732 Dekan und Rottmeister, Vertreter der bürgerchaftlichen Selbstvertretung, gegen die Ansiedlung einer zu hohen Zahl von Juden auf.⁵

Die Stadt Volkmarsen war, als kölnische Exklave in Waldeck und nahe an der Grenze zu Paderborn gelegen, ein beliebter Standort jüdischer Händler. Der Magistrat der Stadt war offenbar – trotz offiziell ablehnender Haltung – jüdischen Zuwanderern gegenüber nicht abgeneigt. Die Akten über den Konflikt um das Geleit für Zander Abraham und Meyer Moses 1764 zeigen, dass Letzterer dafür 280 Rtlr. zu zahlen hatte. Dieses Geld kam Bürgermeister und Rat zugute.⁶ In Brilon lebte bereits um 1700 eine vergleichsweise große jüdische Gemeinde, die bis 1800 weiter wuchs. Dort hatten Juden – wie Christen – jährlich feste städtische Steuern, u. a. Beiwohnergeld, Schlachtakzise, Abgaben für Höker und Krämer, zu entrichten sowie Einquartierungen hinzunehmen. Die zehn jüdischen Familien mussten seit 1764 zusätzlich jährlich zu Martini zusammen 60 Rtlr. an die Stadtkasse abführen.⁷

Außergewöhnlich war der Vertrag, den die Stadt Geseke 1716 mit ihrer Judenschaft schloss. Die damals in der Stadt anwesenden Juden verpflichteten sich, „daß sie auf ihre eigene Kosten, so hoch solche sich auch ertragen mögten, verhindern sollen und wollen, daß künftig keine mehrere juden als 13 hausgesindere alhie glyde erschleichen mögen“.⁸ Bis 1765 wurde diese Zahl eingehalten. Als sich dann ein vierzehnter jüdischer Haushalt in Geseke ansiedeln wollte, intervenierte der Vorsteher der westfälischen Judenschaft und legte Widerspruch gegen das Geleit ein, zumal bereits weitere Juden unerlaubt in Geseke lebten.⁹ 1790 war die Zahl auf 19 jüdische Haushaltungen gestiegen, die nach Meinung des Rates den zwanzigsten Teil der Stadtbevölkerung

3 Ebd. 347.

4 Vgl. BLANKE Gudrun, Auf den Spuren der Marsberger Juden. Ein Erinnerungsbuch <Marsberg 2007> 11–17.

5 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 182.

6 Ebd. 252–255, Zitat 254.

7 Ebd. 272.

8 Ebd. 134.

9 Ebd. 259–264.

ausmachten. „Diese leute sind nun zwarn von jeher in hiesiger stadt zahlreich und gerne gewesen, nie aber auf solche anzahl wie dermalen erwachsen“.¹⁰

Eine vergleichbare städtische Judenpolitik wie in Geseke gab es im übrigen Herzogtum Westfalen nicht. Die Mehrzahl der anderen Städte hielt die Zahl jüdischer Haushaltungen bewusst niedrig: für längere Zeit auf dem Stand von 1700. In Attenborn, Balve, Belecke, Hallenberg, Medebach, Rüthen, Warstein und Schmallenberg stagnierte lange die Zahl jüdischer Haushaltungen. Dennoch wuchs hier die Zahl der Juden an, weil in den Haushalten Verwandte, Diensthofen und Handelsgehilfen (Judenknechte) lebten. Um die rechtliche Behandlung der ‚Judenknechte‘ wurde heftig zwischen der Administration des Herzogtums und der Jüdenchaft gerungen; hierauf wird zurückzukommen sein.

Sechs sogenannte Freiheiten, nämlich Affeln, Hachen, Hagen, Langscheid, Bilstein und Freienohl, beherbergten zwischen 1700 und 1800 keine Juden.¹¹ Das 1695 verliehene Interimsgeleit für Isaak Aaron in Sundern wurde nach 1703 nicht mehr erneuert. Die Freiheit Hüsten wehrte sich vergeblich gegen das Wachstum der jüdischen Bevölkerung. In ihren Mauern lebten 1700 zwei und 1801 vier Familien mit 37 Personen. Schon 1737 war ihre Zahl auf 27 Personen angewachsen. Eine eigene Synagoge wollte ihnen die Freiheit nicht zugestehen, vielmehr sollten sie „sich nacher Nehemb [Nehem] zur dortigen jüdenversammlung begeben“.¹² 1801 führte der Magistrat die wirtschaftliche Notlage der bettelnden Einwohner in der Freiheit auf die übergroße Zahl der Juden zurück, deren ‚Schleichhandel‘ die christlichen Einwohner ruiniere.¹³ Die Freiheit Meschede wehrte sich 1750 auf dem Landtag dagegen, „daß ihnen ein dritter Jude, wo sie doch nur immer mit zweien belastet wären, aufgehalsset werden sollte“.¹⁴ De facto wuchs die Zahl der Familien bis 1801 auf fünf.

Der wichtigste Faktor für die wachsende Zahl der jüdischen Familien im Territorium binnen eines Jahrhunderts war deren Zunahme auf dem Land, vor allem in den sogenannten adligen Unterherrschaften.¹⁵ 1703 gab es nur je eine jüdische Familie in Hovestadt und Udorf (Herrschaften Canstein), in Alme zwei und in Padberg drei Familien. Ungefähr in dieser Zeit muss die erste Niederlassung im Plettenberger Gerichtsbezirk Lenhausen erfolgt sein. Hundert Jahre später waren in Ober- und Niederalme 18, in der Herrschaft Canstein 15, in Hovestadt zehn und in Lenhausen sieben jüdische Familien registriert. In diesen Dörfern war der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich hoch, er lag in Alme bei sechs Prozent.¹⁶ Das Wachstum blieb zwar nicht unbemerkt, wurde aber von den Landständen kaum wahrgenommen. „Man hat sich von keiner Seite dieser Juden halber bekümmert“, hieß es 1800.¹⁷ Die ältesten Nachweise belegen, dass die Ansiedlung in den Unterherrschaften Juden, die nach dem Chmelnicki-Aufstand (1648) aus Polen vertrieben worden waren, anzog. Sowohl in Hovestadt als auch in Alme hieß es 1703, je ein Jude sei „aus Polen burtig“.¹⁸ Für die adligen Gerichtsherrschaften war die Aufnahme von Vorteil, weil sie

10 Ebd. 286.

11 Vgl. LAUX Stephan, Gravamen und Geleit. Grundlagen und Tendenzen und Konsequenzen ständischer Einflußnahme auf die Judenpolitik im Herzogtum Westfalen (ca. 1650–1850). In: WF 53 <2003> 131–158, hier 146.

12 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 195f.

13 Ebd. 341f.

14 Ebd. 242.

15 LAUX, Gravamen (wie Anm. 11) 148–150.

16 HESSE Ursula, Jüdisches Leben in Alme, Altenbüren, Brilon, Madfeld, Messinghausen, Rösenbeck, Thülen. Von den Anfängen bis zur Gegenwart <Brilon 1991> 16.

17 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 328.

18 Ebd. 109, 117. Weitere polnische Juden sind auch in Städten nachzuweisen, z. B. Hirtz in Volkmarsen 1803, vgl. ebd. 98f.

Steuern, Zölle und weitere Gebühren von den Juden erheben konnten. 1802 erkannte der Landesherr dieses Verfahren sogar ausdrücklich an.

Nicht so spektakulär wie in den Unterherrschaften, aber doch signifikant und unübersehbar war die Ansiedlung von Juden „in den übrigen Dörfern“, wo sie sich städtischem Zugriff entzogen. Die meisten Dörfer, in denen um 1800 Juden nachzuweisen sind, hatten seit 1700 jüdische Familien neu aufgenommen. Nirgendwo fiel der Zuwachs so groß aus wie in Madfeld. Gab es 1703 erst einen aus Alme zugewanderten Juden, so lebten in diesem Dorf 1714 zwei, 1738 fünf und schließlich 1800 neun Familien sowie weitere neun Individuen. In Madfeld wirkte sich der Einfluss der adligen Familie von Padberg positiv auf die Ansiedlung jüdischer Familien aus. Anscheinend war dort auch die christliche Bevölkerung bereit, Juden aufzunehmen. Die Aufnahme des aus Thülen zugereisten Mendel Jacob kommentierte die Gemeinde 1738 mit den Worten „aus treuen Herzen“ und „ohne einrede“, „weilen er seinen handel hierher gehabt hat und sich ehrlich aufgeführt hat“. ¹⁹ Unter anderem in Madfeld gab es aber auch Bewohner, die der Aufnahme von Juden reserviert gegenüber standen. Um 1755 beschwerten sich dort einige Einwohner darüber, dass „durch die alzu große Nachsicht, mit welcher die Juden im Herzogthum Westphalen fast durchgehens verwöhnt worden, denen Juden zu Madfeld der muth gewachsen und der frevele so hochgestiegen“, dass sie es wagten, eine Synagoge am Prozessionsweg zu planen. ²⁰

Die Ansiedlung von Juden in den Dörfern war aber auch in einigen anderen Orten umstritten. Zum Beispiel wurde 1717 die Aufnahme des Mathias Alexander in Assinghausen zum Streitfall. Eine Minderheit der Dorfbewohner stellte ihm ein gutes Zeugnis aus und attestierte ihm, dass er „sich woll, ehrbar und aufrichtig“ verhalte, „wie einem rechtschaffenen juden woll anstehet“ und „umb seiner aufrichtigkeit halber billig gelobt werden muß“, während die Mehrheit ihn einen „schädlichen, den einwohnern ihre nahrung abschneidenden lügenhaften juden“ nannte, der sich das Geleit erschlichen habe und entfernt gehöre. ²¹ Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurden bereits zwei jüdische Familien in Assinghausen als Bewohner eines ‚Judenhauses‘, die Beilieger-Gelder an die Gemeinde zahlten, registriert. ²²

Die Niederlassung der Landjuden erfolgte nicht einheitlich, es gab deutliche regionale Unterschiede. In den Dörfern der Hellwegzone zwischen Werl, Geseke und Rüthen hatten sich seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts besonders viele jüdische Familien angesiedelt. Bereits 1700 lebten in Anröchte drei jüdische Familien, 1800 waren es vier. Vergleichsweise große Niederlassungen finden sich in Altenrüthen (1800: drei), Erwitte (1800: acht), Horn (1800: fünf), Störmede (1800: vier) und Westernkotten (1800: drei Familien). Die Vermögensverhältnisse dieser Familien waren meistens bescheiden, doch finden sich vereinzelt auch begüterte Juden. Die Witwe des Moyses Heimann aus Scheidingen war 1776 laut Schatzungsliste die am zweithöchsten besteuerte jüdische Person im Herzogtum Westfalen. ²³ Wahrscheinlich hatten die Gemeinden am Hellweg ein besonderes Interesse an der Niederlassung von Juden. Zum Beispiel nahm Heddinghausen (heute Stadt Rüthen) 1800 Nathan Aron „gegen eine gewisse summe geldes“ auf. ²⁴ Zu den in den jeweiligen Dörfern erwünschten Juden gehörte auch Israel Schmaul in Thülen, wo nach seiner Aussage „sogar ein oder andere deren eingesessenen“ ihm eine „ohndisputirliche wohnung und feuers zu

19 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 218.

20 HESSE, Jüdisches Leben (wie Anm. 16) 160.

21 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 138, 147.

22 DEIMEL Elfriede, Assinghausen im freien Grund. Geschichte und Geschichten <Olsberg-Assinghausen 2000> 233f.

23 HOLTHAUSEN Maria, Die Juden im kurkölnischen Herzogtum Westfalen. In: WZ 96 <1940> 48–152, hier 145.

24 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 349.

aptiren sich frey- und gutwillig“ erklärt habe.²⁵ Dennoch sollte er 1717 wieder ausgewiesen werden. In Velmede setzten sich im selben Jahr die Vorsteher des Dorfes für die Ansiedlung des Bendit Levi ein, der sich „gegen uns und übrige eingessene hiesiges kirspels in allem seinen handel, wandel und ubrigen auffahren jederzeit sich richtig und from ... bezeigt und gehalten“ habe.²⁶ In anderen Dörfern war die Niederlassung von Juden dagegen unerwünscht. 1738 besaß beispielsweise Joseph Herz aus Attendorn ein Geleit für Elspe, auf das er verzichten musste, weil ihm dort keine Wohnung zur Verfügung gestellt wurde.²⁷ 1790 berichtete der Mescheder Richter Pape über einen Juden namens Mayer, der von Wenholthausen „wegen vielen ihm angetanen gewalttaten“ geflohen und nach Stockhausen gezogen sei.²⁸ Viele Landjuden lebten in ärmlichen Verhältnissen, wie u. a. die Beispiele aus einer Erhebung von 1801/02 zeigen. Darin sind jüdische Familien genannt, die wegen des fehlenden Geleits oft schutzlos waren und aus Geldmangel keine Knechte beschäftigen konnten. Aus dieser Erhebung geht zum Beispiel hervor, dass sich in den 1790er Jahren je eine arme jüdische Familie in Frielinghausen (Amt Balve) und in Voßwinkel niedergelassen hatte.²⁹ Während jüdische Familien in einigen Dörfern des Herzogtums Westfalen über lange Zeiträume ansässig waren, haben sie sich in anderen Dörfern nur kurzzeitig aufgehalten. Für Hultrop (1714), Mönninghausen (1719) und Stockum (1731) ist anhand der Einwohnerzählungen des 18. Jahrhunderts die Niederlassung je einer jüdischen Familie nachzuweisen.³⁰ Auch für das Dorf Reiste (heute Eslohe) findet sich ein Vermerk von 1790 über den temporären Aufenthalt eines Juden: „Ansonst[en] soll ein jud zu Reiste gewesen seyn, der anhero bei dem verglaideten juden zu Rarbach als knecht gestanden, der aber dermalen weder in Reiste noch sonst in hiesigem gerichtszwang mehr anzutreffen ist“. ³¹ In den rund um Winterberg und Medebach gelegenen zehn Dörfern, die vom (christlichen) Wanderhandel geprägt waren, lebten – abgesehen von Assinghausen und kurzzeitig in Grönebach³² (1703) – im 18. Jahrhundert keine Juden.³³ Dies lässt einen Rückschluss auf die Bedingungen für deren Ansiedlung in anderen Orten zu. Anscheinend ließen sie sich dort bevorzugt nieder, wo sie wenig Konkurrenz durch andere Händler zu befürchten hatten.

2 Die Judenpolitik des Landesherrn, der Landstände und der Bonner Zentralbehörden

Die am 28. Juli 1700 durch Kurfürst Joseph Clemens (reg. 1688–1723) verkündete Judenordnung für die erzstiftischen Lande behielt während des gesamten 18. Jahrhunderts ihre Gültigkeit.³⁴ Eine 1790 von Kurfürst Maximilian Franz (reg. 1784–1801) geplante Neufassung kam nicht zustande. Die Judenordnung von 1700 trug einen Kompromisscharakter und vermittelte zwischen „der christlichen freiheit“ und der „jüdischen dienstbarkeit“. Einerseits sah sich der Kurfürst von den Landständen ge-

25 Ebd. 140.

26 Ebd. 39f.

27 Ebd. 225.

28 Ebd. 284f.

29 Ebd. 344.

30 Ebd. 128, 198.

31 Ebd. 289.

32 Ebd. 117.

33 Vgl. hierzu: REININGHAUS Wilfried, Westfälische Wanderhändler im 17. bis 19. Jahrhundert: Die ‚Tödden‘ und die ‚Winterberger‘. In: DENZEL Markus A./ASCHE Matthias/STICKLER Matthias (Hg.), Religiöse und konfessionelle Minderheiten als wirtschaftliche und geistliche Eliten (16. bis frühes 20. Jahrhundert) (= Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 2006 und 2007) <St. Katharinen 2009> 229–242.

34 Text: BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 86–95; ASCHOFF, Juden (wie Anm. 1) 69of.

drängt, alle Juden auszuweisen. Andererseits gab es von der „judenschaft ausgewirkte rescripta“. Wahrscheinlich waren damit deren Monita gegen die 1686 von Kurfürst Maximilian Henrich verabschiedete Judenordnung gemeint:³⁵ Gegen diese hatte die Judenschaft Einspruch erhoben³⁶ und die Verschiebung der Einführung bis zum Ablauf des Generalgeleits 1690 gefordert. Der Widerstand richtete sich u. a. gegen die Wiedereinführung der Kennzeichnung durch den gelben Ring auf der Brust, wie es die Reichspolizeiordnung von 1530 vorgesehen hatte, sowie gegen das Verbot der Ausübung des Kramhandels auf Märkten, der Schlachtereien und des Viehhandels. Nach dem Tod von Maximilian Henrich 1688 versuchte sein Nachfolger Joseph Clemens nicht, die Judenordnung von 1686 wieder einzuführen, sondern bestätigte 1690 der Judenschaft die Privilegien ausdrücklich mit dem Bemerkung, dass zwar eine „Judenordnung oder reglement, warnach die juden sich hinfuran ... beständig zu richten, abgefasst werden sollte“, dies aber noch nicht geschehen sei. Der Kurfürst ließ sich von der Maxime leiten, „nachtheil und schmalierung des churfurstlichen cameralinteresse“ möglichst zu vermeiden.³⁷

Die im Jahr 1700 erlassene Judenordnung wies wenig Änderungen gegenüber der nicht in Kraft gesetzten Ordnung von 1686 auf; es fehlte die Vorschrift, einen gelben Ring als Kennzeichnung zu tragen. Das für eine Niederlassung erforderliche Vermögen wurde auf 1000 Rtlr. (vorher 800 Rtlr.) in Städten und auf 600 Rtlr. (vorher 400 Rtlr.) in Dörfern heraufgesetzt. Während des 18. Jahrhunderts sollte die Zahl der jüdischen Familien im Herzogtum Westfalen auf 107 begrenzt sein, diese Festlegung findet sich jedoch in keiner der genannten Judenordnungen.³⁸

Als Kurfürst Joseph Clemens 1702 wegen seiner Parteinahme für Ludwig XIV. aus Bonn fliehen musste und das Domkapitel während der Sedisvakanz bis 1714 die Landesherrschaft übernahm, wendete sich die unter dem Kurfürsten tendenziell projüdische Politik. Das Domkapitel beauftragte den Arnsberger Rat Dr. Berg, wider „die in hiesigem herzogthumb Westfalen sich hauslich niedergelassene[n] und allerhandt ohnzuverlässige kaufmanschaft treibende[n] juden eine genaue inquisition vorzunehmen“. Ziel war es, alle Juden, die kein gültiges Geleit besaßen bzw. die nach 1700 über die Zahl von 107 hinaus vergeleitet worden waren, auszuweisen. Seit dieser Zeit wurden die Namen der im Herzogtum Westfalen ansässigen Juden mehrfach aufgelistet, ab 1704 unterschied man in diesen Listen zwischen den Juden ohne gültiges Geleit und denen mit Armengeleit.³⁹ Im Laufe des 18. Jahrhunderts haben weitere 25 jüdische Familien das Armengeleit erworben, das den Aufenthalt im Herzogtum ermöglichte, so dass ab einem nicht näher bestimmbar Zeitpunkt 132 jüdische Familien im genannten Territorium lebten.⁴¹ 1735 hatte Kurfürst Clemens August (reg. 1723–1761) dies in einem Edikt amtlich bekannt gemacht. 1737 behauptete die Judenschaft, bereits 1718 sei an Landdrost und Räte der kurfürstliche Befehl ergangen, „die armen auf ihres lebens lang“ zu dulden. Tatsächlich waren bereits 1716 ‚bemittelte‘ Juden direkt ausgewiesen worden, während die ‚unbemittelten‘ vorläufig bleiben durften.⁴² Das Fehlen von Nachweisen über die Ausstellung von Geleiten verzögerte jedoch eine schnelle Umsetzung der Ausweisungen. Weiterhin erschwerten es die vielen Juden in

35 Text: BRUNS, Juden (wie Anm. 2), 62–73.

36 Der Widerspruch ist indirekt abzulesen aus den Erläuterungen zur Judenordnung, gedruckt: Ebd. 73–75.

37 Ebd. 77.

38 LAUX, Gravamen (wie Anm. 11) 145f.

39 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 103.

40 Ebd. 120f.

41 LAUX, Gravamen (wie Anm. 11) 147 Anm. 104; anders als HOLTHAUSEN, Juden (wie Anm. 23) 65.

42 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 131 (1716), 195 (1737/1718).

den Unterherrschaften der Hofkammer in Bonn, den Überblick auf der Ebene des gesamten Herzogtums Westfalen zu bewahren. Welche Auswirkungen die Judenpolitik des Domkapitels während der Sedisvakanz gehabt hat, bleibt ungewiss.

Nach der Rückkehr des Kurfürsten aus dem Exil in Frankreich 1715 wurde festgestellt, dass der Befehl, die „überzähligen Juden“ aus den Städten zu verweisen, nur dazu geführt habe, dass diese sich „auf das platte land und in die dorfschaften ... niedergeschlagen“ hätten.⁴³ Die Judenschaft im Herzogtum Westfalen beanspruchte nunmehr selbst, die Ausweisungen zu organisieren. Sie bat im Januar 1716 „zu erlauben, daß wir jedes orts uber die zahl befindliche und ausweisende juden denen richteren oder burgermeistern anweisen mögen und diese dieselbe ausweisen sollen“. Die Hofkammer stimmte im April 1716 diesem Vorschlag zu.⁴⁴ Ob und in welchem Ausmaß daraufhin Ausweisungen erfolgt sind, ist nicht bekannt. Regelmäßige Beschwerden der Landstände lassen den Schluss zu, dass wenig oder nichts passierte. In der Folgezeit klagten sie häufig über die zu hohe Zahl der im Herzogtum ansässigen Juden. 1725 gab der kurfürstliche Vertreter im Landtag zu, nicht zu wissen, ob die Hofkammer auf die Klagen der Landstände reagiert habe. Nach Ablauf des Generalgeleits 1733 forderten die Landstände erneut die Ausweisung der „überzähligen“ Juden, doch im nachfolgenden von Kurfürst Clemens August erlassenen Geleitbrief waren an Veränderungen lediglich die Erhöhung des Vermögensnachweises auf 1000 Rtlr. für die Niederlassung in den Städten bzw. auf 600 Rtlr. in den Dörfern und eine Aufforderung zur Kontrolle der Individualgeleite enthalten.⁴⁵ Bis zum Ende des Alten Reichs blieb der Nachweis dieser geforderten Vermögenssumme gültig. Sie konnte im Zweifelsfall verwendet werden, um – wie im Fall des Moises Samuel zu Volkmarsen 1789 – „Betteljuden“ fernzuhalten.⁴⁶

1737 sollte eine Kommission, bestehend aus Landdrost und Räten, in Arnsberg die Beschwerden der Landstände prüfen, indem unter Mithilfe der Judenschaft eine neue Erhebung über die Zahl der in den einzelnen Orten lebenden Juden vorgenommen werden sollte. Aus dem Schlussbericht der Kommission geht hervor, dass zum genannten Zeitpunkt mindestens 146 jüdische Familien statt der zugelassenen 107 im Herzogtum lebten. Vor allem wegen der angestellten Knechte und ihrer Familien war die Zahl der Juden angewachsen. Die Kommission riet deswegen, keine verheirateten Knechte zuzulassen, ihnen den Handel mit eigenem Geld oder gegen Gewinnbeteiligung sowie den Geldverleih auf Wucher zu verbieten.⁴⁷ 1745 erging ein Edikt, dass kein Jude mehr als einen Knecht beschäftigen dürfe.⁴⁸

Clemens August betrieb eine changierende Judenpolitik. Konnte dieses letztgenannte Edikt als eine gezielte landesherrliche Intervention gegen das Anwachsen der jüdischen Bevölkerung und der damit verbundenen Konkurrenz für christliche Händler gelten, so nahm er andererseits Juden gegenüber den Landständen in Schutz. Nachdem die Landstände 1747 gegen die 25 armen jüdischen Familien angeführt hatten, diese seien „nur Schelme, Diebe, Betrieger etc., dem Lande zur größten Gefahr und Last“,⁴⁹ setzte sich der Kurfürst im selben Jahr für die Judenschaft ein. Er intervenierte bei den Städten, die den Juden Handel und Wandel untersagten, eigenmächtig Strafen aussprachen und sogenannte Eingangsgelder erpressten, die Wohnungsbeschaffung boykottierten und so das erteilte „gleyd ohnfruchtbar“ machten.⁵⁰ Eine Erklärung für

43 Ebd. 131.

44 Ebd. 131f., Zitat 131.

45 Ebd. 182, 184f.

46 Ebd. 282.

47 Ebd. 226.

48 Ebd. 233f.

49 Ebd. 234.

50 Ebd. 236.

dieses Changieren ist in der Politik der Hofkammer in Bonn zu suchen.⁵¹ Sie hatte Geleitbriefe ohne Rücksicht auf die landständischen Interessen ausgestellt, um die landesherrlichen Einnahmen zu erhöhen. Die Landstände beschwerten sich mehrfach darüber und bezichtigten die Hofkammer, offen Partei für die Juden zu ergreifen.⁵² Die Judenschaft im Herzogtum wurde zusätzlich durch die Folgen des Siebenjährigen Krieges belastet, sie hatte 1759 5000 Rtlr., 1760 und 1761 je 8000 Rtlr. zu zahlen und wurde 1759 zudem zur Kopfsteuer herangezogen. Von 1793 bis 1799 hatte sie einen Betrag von 1000 Gulden zu den Kosten des Reichskrieges gegen Frankreich beizutragen.⁵³ Im Jahr 1800 wurde die Summe gegen den Protest der Judenschaft auf 3500 Gulden angehoben.

Bewegung kam in die landesherrliche Judenpolitik in den letzten beiden Jahrzehnten des Alten Reiches. Bereits als Arnsberger Landdrost hatte Franz Wilhelm von Spiegel, der in seiner Unterherrschaft Canstein bis zu fünfzehn jüdische Familien aufgenommen hatte und mit einigen von ihnen wirtschaftlich verbunden war,⁵⁴ 1781 mit der Städtebank im Landtag Streit geführt, weil er den jüdischen Händlern erlaubt hatte, auf den Wochenmärkten Waren auszustellen.⁵⁵ Dagegen paktierten die Stände mit dem Bonner Hofrat. Unter dem Einfluss seines Ministers Belderbusch erwog Kurfürst Maximilian Friedrich (reg. 1761–1784), die Partei Spiegels und damit der Juden zu ergreifen, denn er wollte mit ihrer Hilfe das Monopol der in einer Zunft organisierten Kramer brechen. Erst sein Nachfolger, Kurfürst Maximilian Franz (reg. 1784–1801), der Spiegel 1786 zum Präsidenten der Hofkammer in Bonn berief, setzte Spiegels Initiative 1791/92 in die Tat um.⁵⁶ Gemeinsam beabsichtigten der Kurfürst und Spiegel, 1790 eine neue, 'bessere' Judenordnung für das Erzstift einzuführen.⁵⁷ Das entsprach dem Wunsch der Judenschaft, die Judenordnung von 1700 zu revidieren, die noch „zu einer Zeit errichtet worden, wo noch unbegründeter religionshaß, vorurteile und besonders eine verachtung wider die juden herrschte“.⁵⁸ So formulierte es David Wolff zu Bonn namens aller Vorsteher in Kurköln, wohl auch der des Herzogtums Westfalen.⁵⁹ Die Judenschaft berief sich auf die Reformen von Kaiser Joseph II., dem Bruder des Kurfürsten. Hofkammer und Hofrat befürworteten 1790/91 eine weitgehende

51 Vgl. hierzu KULICK Robert, Die kurkölnische Hofkammer von 1692 bis zur Flucht der kurkölnischen Behörden im Jahre 1794 (= Veröffentlichungen des Kölnischen Geschichtsvereins e. V. 14) <Köln 1936> 82; HOLTHAUSEN, Juden (wie Anm. 23) 58. Vgl. SIMON Thomas, Hofrat und Hofkammer in Kurköln. Funktionsprofil und Verwaltungsverständnis der Spitzenbehörden eines geistlichen Territoriums. In: ZEHNDER Frank Günter (Hg.), Im Wechselspiel der Kräfte. Politische Entwicklungen des 17. und 18. Jahrhunderts in Kurköln <Köln 1999> 236–266.

52 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 241f., 280.

53 LAV NRW Abt. W (Münster), Herzogtum Westfalen Landesarchiv 1723; BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 327f.

54 LAV NRW Abt. W (Münster), Nachlass Franz Wilhelm von Spiegel zum Desenberg Nr. 456. Eine Neubewertung der Rolle von Spiegels in der Judenpolitik nach 1780 ist ein Desiderat; vgl. immer noch, aber ohne Aussage hierzu: BRAUBACH Max, Die Lebenschronik des Freiherrn Franz Wilhelm von Spiegels zum Desenberg. Zugleich ein Beitrag zur Aufklärung in Rheinland-Westfalen <Münster 1952>; KÖHLER Wolfram, Franz Wilhelm von Spiegel zu Desenburg als kurkölnischer Hofkammerpräsident (1786–1802) <Bonn 1953>.

55 SCHUMACHER Elisabeth, Das kölnische Westfalen im Zeitalter der Aufklärung unter besonderer Berücksichtigung des letzten Kurfürsten von Köln, Max Franz von Österreich <Olpe 1967> 187, auch für das Folgende.

56 REININGHAUS Wilfried, Die Zünfte im Herzogtum Westfalen. In: WZ 157 <2007> 233–285, hier 240f., 247, 284.

57 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 291

58 Ebd. 292.

59 Zur Identifizierung der Person: LAV NRW Abt. W (Münster), Herzogtum Westfalen 1721, fol. 14v.

Veränderung der Judenordnung, wollten aber die für Juden geltenden Beschränkungen nicht völlig aufgeben. Selbst bei der vom Hofrat befürworteten Aufnahme von Handwerksbetrieben durch Juden hieß es, überlagert von Vorurteilen: „Ihr natürlicher hang zum müßiggange, die quellen des sichtbaren verderbens, würde dadurch abnehmen, sie würden von dem kleinhandel, der am meisten zum betruge reizt, ... allmählich abgezogen“. ⁶⁰ Der anhaltende Widerstand der Landstände ⁶¹ sowie die Ungunst der Zeitläufte während der Koalitionskriege gegen Frankreich verhinderten den Erlass einer neuen Judenordnung, die laut der Erklärung des Vertreters des Landesherrn auf dem Landtag 1801 keine unbeschränkte Niederlassungserlaubnis der Juden vorsah, denn die neue Judenordnung hätte „deren ungebührlicher Vermehrung schon Ziel und Maß“ gesetzt. ⁶²

3 Innere Organisation der Judenschaft

Die kaum erforschte innere Organisation der Juden im Herzogtum Westfalen kann hier nur in Grundzügen dargestellt werden. ⁶³ Gemäß der allgemeinen Landesverfassung blieb sie im Regelfall auf das Herzogtum Westfalen beschränkt, doch schlossen sich die rheinische und die westfälische Judenschaft des Herzogtums zusammen, um in Bonn bei der Hofkammer zu intervenieren. So verwendeten sie sich 1735 gemeinsam für die verarmten Juden, mit dem Ziel, die bisherigen Zugeständnisse zu erhalten. ⁶⁴

1797 beschrieb die Hofkammer zu Bonn in einem Gutachten die Organisation wie folgt: „Es ist bekannt, daß die judenschaft gewissermaßen einen statum in statu, jedoch unter der oberaufsicht der kurff[ürstlichen] hofkammer formirt. Sie hält ihre eigenen landtage, wählt selbst ihre vorsteher und regulirt ihre steuern. Die hofkammer hat sich nie um das detail dieser angelegenheiten bekümmert, sie folgte stetshin den berichten der judenschaftsvorsteher als gesezmäßiger obrigkeit der juden, hielt sich jedoch immer die befugnis vor, im falle beschwerde zu führen sey, darüber zu erkennen und denselben abzuhefeln“. ⁶⁵ Am ausführlichsten unterrichtet das Protokoll des Briloner Judenlandtags von 1803 über die interne Organisation. ⁶⁶

Versammlungsorte in Brilon waren 1803 das Wirtshaus Lex sowie die Synagoge. Während der zwölfzügigen Beratungen vom 27. Juni bis 8. Juli wechselten die Teilnehmer. So gaben einmal 137 Personen ihre Stimme ab, jedoch wurden in einer (fortlaufend) korrigierten Teilnehmerliste nur 119 Personen erfasst. Nicht vertreten auf dem Landtag waren vor allem die in den Dörfern des Herzogtums Westfalen ansässigen Juden; auch aus der entfernt gelegenen Stadt Menden war kein Jude anwesend. Am Ende des Landtags 1803 war die Versammlung nicht mehr beschlussfähig, weil schon zu viele Teilnehmer abgereist waren. ⁶⁷ Stimmberechtigt waren jeweils die Haushaltsvorstände der im Herzogtum Westfalen lebenden Juden unabhängig von der Art ihres Geleits, wobei die Witwen sich jeweils durch ihre Söhne vertreten ließen. Knechte waren nicht zur Teilnahme am Landtag zugelassen.

60 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 316f. Die Stellungnahmen des Hofkammeradvokaten Hörster: Ebd. 301–308, die des Hofrats: Ebd. 310–326.

61 LAUX, Gravamen (wie Anm. 11) 152f.

62 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 329.

63 Zum Forschungsstand: LAUX, Gravamen (wie Anm. 11) 152f. mit Anm. 145; vgl. HOLTSHAUSEN, Juden (wie Anm. 23) 115–122 (mit antisemitischen Tendenzen); ASCHOFF, Juden (wie Anm. 1) 696–698.

64 LAV NRW Abt. W (Münster), Herzogtum Westfalen Landesarchiv 1712, fol. 2–5v.

65 Ebd., Herzogtum Westfalen Landesarchiv 1723, fol. 71.

66 Ebd., Großherzogtum Hessen II A Nr. 201 (Protokoll), 202 (Anlagen).

67 Ebd., fol. 116.

Einberufen wurde die Sitzung durch den von der Regierung bestellten Kommissar Arndts, der die Protokollführer aus Arnsberg mit nach Brilon brachte. Die große Präsenz der neuen hessen-darmstädtischen Behörden auf dem Landtag hing zum einen mit der territorialen Umbruchsituation nach dem Reichsdeputationshauptschluss zusammen, zum anderen mit dem Ende der Ära des Isaak Feidel, unter dessen Vorsteerschaft der Landtag 13 Jahre nicht getagt und die Judenschaft des Herzogtums große Schulden angehäuft hatte. Im Jahr 1800 war ein verbindlicher Tagungsrhythmus im Abstand von drei Jahren vereinbart worden.

Wichtigste Themen, die während des Landtags beraten und entschieden wurden, waren die Wahlen der Vorsteher und der sonstigen Funktionsträger, die Aufteilung der Steuerzahlungen auf die einzelnen Haushalte, die Finanzen und das Rechnungswesen sowie die Schlichtung innerjüdischer Streitigkeiten. Auf dem Landtag 1803 wurden elf Teilnehmer als Wahlmänner für alle anstehenden Wahlen ausgelost. Sie durften nicht miteinander verwandt sein und wurden vom Rabbiner per Eid zur Unparteilichkeit verpflichtet.⁶⁸

Bereits seit dem frühen 18. Jahrhundert war die Judenschaft des Herzogtums Westfalen jeweils durch drei Vorsteher (vgl. das Verzeichnis im Anhang dieses Beitrags) vertreten worden. Nicht alle sind namentlich bekannt. Sie kamen aus drei verschiedenen Städten des Territoriums und konnten wiedergewählt werden. Auch kleinere Gemeinden wie Erwitte oder Störmede stellten Vorsteher. Aufgrund seiner langjährigen Amtszeit besonders hervorzuheben ist Jo[b]st Leyser (Lasar) aus Erwitte, der zwei Jahrzehnte bis etwa 1720 in einer Phase wirkte, in der die Judenordnungen von 1686 bzw. 1700 diskutiert bzw. umgesetzt wurden. Von 1748 bis 1766 amtierte Feidel Herzog aus Stadtberge (Obermarsberg), dessen Sohn Isaak Feidel 1766/67 anstelle seines erkrankten Vaters Verhandlungen mit der Hofkammer führte.⁶⁹ Offiziell stand Isaak Feidel von 1772 bis 1800 der Judenschaft vor. Er war zugleich Generalkollektor und verwaltete die Finanzen. Auf dem Erwitter Landtag von 1796 kamen erste Verdachtsmomente über finanzielle Unregelmäßigkeiten auf. Auf dem Landtag in Bigge 1800 hieß es, es „entdeckten sich mehrere spuren, daß der Isaac Feidel in seinen annotationen nicht getreu und ordentlich zu werke gegangen war“. ⁷⁰ Daraufhin wurde Isaac Feidel abgewählt; eine Untersuchungskommission unter Leitung von Vizerabbiner Hirsch Cohen prüfte die Finanzen und ermittelte einen Schuldenstand von fast 44 000 Reichstaler.⁷¹ Isaak Feidel wurde beim Offizialat in Werl angeklagt.⁷² Mit der Aufklärung dieser Affäre war vor allem Bendix Meyer aus Rüthen befasst, der seit 1797 neben Isaak Feidel amtierte. Er hatte leitende Funktionen auf den Landtagen von 1800 und 1803 inne und führte den Titel ‚Obervorsteher‘.⁷³ Wegen der hohen Schulden gab es 1803 unter den Teilnehmern des Landtages wenig Bereitschaft, das Amt des Vorstehers zu übernehmen. Der 1800 gewählte Calman Emanuel war nur zur Wiederwahl bereit, wenn er die Begleichung der Schulden nicht als Vorschuss übernehmen musste.⁷⁴

Neben den Vorstehern wählte der Landtag zwei weitere Deputierte und vier Nebendeputierte. Deren Funktion geht aus den zeitgenössischen Dokumenten nicht genau hervor. Wahrscheinlich deckten sie das Territorium mit seinen vier Quartalen (Verwaltungsdistrikte) ab. Gleiches gilt vermutlich für die Oberkollektoren; diese

68 HOLTHAUSEN, Juden (wie Anm. 23) 117.

69 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 268.

70 LAV NRW Abt. W (Münster), Herzogtum Westfalen Landesarchiv 1723, fol. 184f.

71 Ebd., fol. 163.

72 1801 schrieb er noch an Franz Wilhelm von Spiegel, LAV NRW Abt. W (Münster), Nachlass Franz Wilhelm von Spiegel zum Desenberg Nr. 456; für die Zeit danach liegen keine weiteren Nachrichten über ihn vor.

73 LAV NRW Abt. W (Münster), Herzogtum Westfalen Landesarchiv Nr. 1723, fol. 148.

74 Ebd., Großherzogtum Hessen II A Nr. 201, fol. 16.

Funktion wurde ebenfalls von vier Juden ausgeübt. Ihre Aufgabe war es, Abgaben und Steuern von der Judenschaft zu erheben, wahrscheinlich mit Hilfe von lokalen Kollektoren. Auch im Hinblick auf die Übernahme dieser Funktion kam es auf dem Judenlandtag 1803 zu Schwierigkeiten, denn Meyer Salomon aus Brilon beanspruchte eine Vergütung von einem Prozent der zu erhebenden Gelder, die ihm schließlich gewährt wurde.⁷⁵

Für den Schriftverkehr der Judenschaft war ein so genannter Landschreiber oder ‚Actuarius‘ zuständig. 1803 übte der aus Böhmen gebürtige – spätere Landrabbiner – Joseph Abraham Friedländer⁷⁶, damals in Padberg ansässig, dieses Amt aus. Zu seinen Aufgaben gehörte es, das ‚judenschaftliche Lagerbuch‘ zu führen, das mindestens bis 1722 zurückgereicht hat, aber als verloren gelten muss.⁷⁷ Er beklagte die geringe Besoldung von nur 18 Rtlr. jährlich und beantragte deshalb 1803, selbst Handel treiben zu dürfen. Wirtschaftliche Probleme plagten auch seinen Vorgänger im Amt des Landrabbiners, Hirsch Cohen aus Geseke. Er war 1790 als Landrabbiner eingesetzt worden und hatte von 1796 bis 1806 dieses Amt auch im Fürstentum Corvey inne.⁷⁸ Als Vater von sieben Kindern beantragte er auf dem Landtag 1803 für zwei seiner drei Söhne die Genehmigung zum Handel, während der dritte Sohn studieren sollte.⁷⁹ Hirsch Cohen war 1803 im Übrigen sowohl Land- wie Vizerabbiner; letztere Bezeichnung rekurrierte auf die formale Unterordnung unter den in Bonn ansässigen Landrabbiner für das gesamte Erzstift Köln. Mit dessen Säkularisation 1802/03 endete offenbar diese Zuordnung.

Insgesamt fünf sogenannte Taxatoren entschieden über die Höhe der Abgaben einzelner Haushaltsvorstände. Grundlage für diese Berechnungen war die jeweilige Vermögenssituation. Der Rechnungsbericht der Kollektoren wurde vom gesamten Landtag geprüft. Nach dem Landtag in Bigge im Jahr 1800 beschäftigte die Judenschaft die Frage, wie die Schuldenhöhe zustande gekommen war. Wahrscheinlich kamen mehrere Faktoren zusammen. In den 1790er Jahren hatte sich vor allem bedingt durch die Koalitionskriege die wirtschaftliche Lage der ländlichen Bevölkerung und somit auch der Judenschaft im Territorium verschlechtert. „Die judenschaft ist also zu sehr erschöpft, ihre hilfssquällen sind auch durch den algemeinen geldmangel des landtmanns verstopft und ihr selbst eigener credit zu sehr versunken“, berichtete damals Obervorsteher Bendix Meyer. Die Koalitionskriege hatten nicht nur die wirtschaftliche Konjunktur beeinträchtigt, sondern auch durch die Erhebung von Sondersteuern die Kaufkraft der Kunden der jüdischen Händler gemindert. 1803 galten viele der im Herzogtum Westfalen ansässigen Juden als verschuldet und konnten somit keinen Beitrag zu den Sondersteuern leisten, die auch von ihnen erhoben wurden. In dieser Situation erweiterte die Judenschaft den Kreis ihrer Steuerzahler, indem sie auch die Knechte heranzog. Deren Einbeziehung war aber nicht unumstritten. In den 1760er Jahren hatte sich die Judenschaft noch für ihre Knechte verwendet, deren Handel bei

75 Ebd., fol. 83v.

76 Friedländer (1753–1852) wurde 1833 im Alter von fast 80 Jahren Landrabbiner des Herzogtums Westfalen. Zu ihm vgl. Biographisches Handbuch der Rabbiner, T. 1: Rabbiner der Emanzipationszeit in den deutschen, böhmischen und großpolnischen Ländern 1781–1871, 2 Bde., bearb. v. WILKE Carsten <München 2004>, hier Bd. 1, 343f.

77 LAV NRW Abt. W (Münster), Großherzogtum Hessen II A Nr. 201, fol. 82; vgl. auch Nr. 202, fol. 24; ‚Lagerbuch‘ Nr. 201, fol. 44v.

78 HERZIG Arno (Hg.), Jüdische Quellen zur Reform und Akkulturation der Juden in Westfalen (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen 45,1) <Münster 2005> 19. Zu Hirsch Cohen vgl. auch PRACHT-JÖRNS Elfi, Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen. Bd. V: Regierungsbezirk Arnsberg <Köln 2005> 543f. und Biographisches Handbuch der Rabbiner (wie Anm. 76), T. 1, Bd. 2, 732f.

79 LAV NRW Abt. W (Münster), Großherzogtum Hessen II A Nr. 201, fol. 86f.

den Landständen auf heftige Kritik stieß. 1794/95 sollten die Knechte zwecks Entlastung der vergeleiteten Juden zur Sondersteuer, die der Kriegsfinanzierung diente, beitragen. Die Bonner Hofkammer stimmte den jüdischen Vorstehern zu, dass deren Kontribution „ganz billig“ sei.⁸⁰ Wenn dennoch Zahlungsrückstände auftraten, so hat offenbar Isaak Feidel zunächst selbst die Zahlungen an den Landesherrn vorfinanziert. Er tat dies, indem er kurzfristig Wechsel ausstellte, u. a. auf den Messeplätzen Kassel oder Frankfurt, oder Obligationen aufnahm, die ihm bzw. der Landjudenschaft Freiherr von Fürstenberg und Franz Wilhelm von Spiegel als Kredite gewährten. Zudem hatte Isaak Feidel anscheinend bei der Einsammlung seiner Kontributionen von den jüdischen Haushalten aufgehört, zwischen privater und amtlicher Rechnung zu unterscheiden.⁸¹ Bedingt durch die Handelskrisen 1794/95 und 1799 brach diese Form der Finanzierung zusammen.⁸²

Neben den Finanzangelegenheiten kamen auf den Landtagen innerjüdische Angelegenheiten zur Sprache. Unter anderem entschied der Rabbiner über die Zugehörigkeit seiner Glaubensgenossen zu den einzelnen jüdischen Gemeinden, zum Beispiel über die Beschwerde des Meyer Isaak aus Velmede, dem fremde kranke Juden von den jüdischen Gemeinden Bigge und Meschede zugeschickt wurden, obwohl ihm die finanziellen Ressourcen fehlten.⁸³ Der Rabbiner intervenierte auch selbst, wenn ihm Hochzeitsgebühren verweigert wurden. Ferner musste er eine Entscheidung treffen, falls sich eine Gemeinde weigerte, eine jüdische Familie aufzunehmen, wie im Fall der Familie des Falk Jakob zu Antfeld in Bigge, der nächstgelegenen Gemeinde.⁸⁴ Anhand dieses Vorgangs wird deutlich, wo sich einzelne jüdische Ortsgemeinden (in der Quellsprache ‚Gemeinheiten‘ oder ‚Gemeinden‘) gebildet hatten, die unterhalb der territorialen Judenschaften bestanden.⁸⁵ So trat 1803 Bendix Meyer bei einem Prozess vor dem Offizialat in Werl als Vertreter der Ortsjudenschaft, nicht der Landjudenschaft auf.⁸⁶ Aufgabe der einzelnen jüdischen Ortsgemeinden war ansonsten der Unterhalt von Synagogen bzw. Schulen sowie die Einstellung eines Lehrers (‚Vorsängers‘) oder Pedells.⁸⁷

4 Wirtschaftliche Betätigungsfelder und soziale Differenzierung

Die Judenordnungen von 1686 und 1700 zeigen zwar ein Spektrum der möglichen wirtschaftlichen Betätigungsfelder von Juden, bilden aber nicht deren Alltag ab.⁸⁸ Eine gute Vorstellung von der Vielfalt vermittelt die 1737/38 durchgeführte Enquete über die Lage der Juden im Herzogtum Westfalen.⁸⁹ Sie protokollierte ausführlich die einzelnen Geschäftsfelder aufgrund der Aussagen der Juden selbst. Sie soll hier exemplarisch ausgewertet werden, ergänzt durch weitere Informationen.

80 Ebd., Herzogtum Westfalen Landesarchiv 1723, fol. 36–37v.

81 Beispiele: LAV NRW Abt. W (Münster), Großherzogtum Hessen II A Nr. 201, fol. 49vf., 69–70.

82 Zu den Handelskrisen der 1790er Jahre aus regionaler Perspektive vgl. REININGHAUS Wilfried, *Die Stadt Iserlohn und ihre Kaufleute (1700–1815)* (= Untersuchungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte 13) <Dortmund 1995> 386–388.

83 LAV NRW Abt. W (Münster), Großherzogtum Hessen II A Nr. 201, fol. 49.

84 Ebd., fol. 71v, 106v.

85 Weitere Beispiele: Ebd., fol. 49, 95v.

86 Ebd., fol. 75v.

87 Beispiel: Jacob Pinnes, Stadtberge, ebd., fol. 105.

88 So zu Recht LINNEMEIER Bernd-Wilhelm, *Die Juden im kleinstädtisch-ländlichen Wirtschaftsgefüge der frühneuzeitlichen Region Westfalen*. In: *Rheinisch-Westfälische Zeitschrift für Volkskunde* 52 <2007> 33–70, hier 35, Anm. 8.

89 LAV NRW Abt. W (Münster), Herzogtum Westfalen Landesarchiv 1718; auszugsweise ediert bei BRUNS, *Juden* (wie Anm. 2) Nr. 147–174.

Kein jüdischer Haushalt war auf nur einen Bereich fixiert. Es bestand ein Zusammenhang zwischen der Größe des einzelnen Haushalts und der Menge der Geschäftsfelder. Ein kleiner Haushalt, beispielsweise einer Witwe, die mit ihrem Sohn und ohne Knechte lebte, vertrieb nur ‚Kleinigkeiten‘ und schlachtete gelegentlich.⁹⁰ Ein großer Haushalt mit bis zu zehn Personen und mehr deckte häufig die meisten der unten benannten Handelsgüter ab. Nicht die große Bandbreite selbst unterschied jüdische von christlichen Händlern im 18. Jahrhundert. In der Stadt waren aber christliche Händler an Gebietsmonopole gebunden, die den Handwerkszünften und Kramerämtern verliehen worden waren und die sie gegen jede Konkurrenz verteidigten. Im Herzogtum Westfalen beanspruchten insbesondere die Städte Werl, Brilon und Attendorn in der Frühen Neuzeit solche Monopole, die sie mit ihrem Hanse- oder Hänserecht verbanden.⁹¹ Der jüdische Handel mit „kramwaren, so mit ehlen maëß und gewicht“, also vor allem Textilien, galt aus Sicht städtischer Kaufleute als angemaßt und konnte im Laufe des 18. Jahrhunderts allen landständischen Protesten zum Trotz nicht mehr verhindert werden. Die Aufhebung von Privilegien für die Kramerämter in Attendorn, Brilon und Werl zwischen 1792 und 1798 bedeutete indirekt die Anerkennung des jüdischen Kramhandels,⁹² nachdem Franz Wilhelm von Spiegel 1781 schon vergeblich versucht hatte, jüdischen Händlern den uneingeschränkten Zugang zu den öffentlichen Märkten zu ebnet.⁹³ Auf dem Land mussten sich – jüdische wie christliche – Kramer und Höker nicht an solche Vorschriften halten, waren freier in ihrem Geschäftsgebaren und agierten in Mischbetrieben, die aus heutiger Sicht oft nur schwer zu fassen sind.⁹⁴

Der geschäftliche Radius der jüdischen Kaufleute im Herzogtum Westfalen erstreckte sich im 18. Jahrhundert für den Einkauf auf den Raum zwischen Amsterdam und Frankfurt.⁹⁵ Die Messen in der Stadt am Main sowie die Jahrmärkte, später die Messen von Kassel, boten vor allem Gelegenheit zum Einkauf von Textilien und anderen gewerblichen Produkten. Aus den Niederlanden kamen Tabak und Kolonialwaren. Der Absatzmarkt der jüdischen Kaufleute erstreckte sich auf die Landbezirke des eigenen Territoriums, überschritt dieses aber auch. Weite Strecken des Fürstbistums Paderborn bis zur Weser standen beispielsweise den Juden in Marsberg oder Brilon offen. In der Grafschaft Waldeck gerieten die westfälischen Juden, womit wahrscheinlich die des kurkölnischen Sauerlandes gemeint waren, seit den 1720er Jahren in den Blick einer zunehmend merkantilistisch ausgerichteten Obrigkeit. Sie besuchten sowohl die Kram- und Viehmärkte als auch Käufer in deren Häusern, was 1784 zu einer gegen sie gerichteten Hausierordnung führte.⁹⁶

Unter den Handelsgütern standen – jedenfalls nach Nennungen in der Enquete 1737/38 – Textilrohstoffe und -fertigwaren an erster Stelle. Der Haarstrang und das nördliche Sauerland war ein Gebiet, in dem große Schafherden weideten. Deshalb fin-

90 Der Begriff ‚Kleinigkeit‘ wurde vor allem von den Juden im Amt Erwitte verwendet, vgl. BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 207. Quellenkritisch ist allerdings festzuhalten, dass die Minimierung des eigenen Handels auch der Herabsetzung der Abgabenlast dienen konnte.

91 Vgl. REININGHAUS Wilfried, Werl und die Hansen in Westfalen. In: WZ 159 <2009> 263–279.

92 REININGHAUS, Zünfte (wie Anm. 56) 241, 247, 278; HOSENFELD Hartmut, Jüdisch in Attendorn. Nachsuche: Die Geschichte der ehemaligen jüdischen Gemeinde in Attendorn <Attendorn 2006> 41f.

93 SCHUMACHER, Westfalen (wie Anm. 55) 187.

94 Fallstudie hierzu: REININGHAUS Wilfried, Ein Kötter, Landkramer und Leinenhändler aus Nottuln-Stevern: Bernd Wilhelm Növer (1726–1779). In: Geschichtsblätter für den Kreis Coesfeld 32 <2007> 59–90.

95 LINNEMEIER, Juden (wie Anm. 88) 39–44, auch für das Folgende. Frankfurt und Amsterdam werden ausdrücklich in der Eingabe der Judenschaft von 1768 genannt, BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 271.

96 BERBÜSSE Volker, Geschichte der Juden in Waldeck. Emanzipation und Antisemitismus vor 1900 <Wiesbaden 1990> 47f., 106ff., 127.

den wir immer wieder Wolle unter den Handelsprodukten jüdischer Händler. 1703 handelte zum Beispiel David Sostman aus Geseke nicht nur mit Wolle und Leinwand, sondern auch mit Schafen.⁹⁷ Dies dürfte aber eher eine Ausnahme gewesen sein, weil in der Regel die Schafe herdenweise von rheinischen Zwischenhändlern aufgekauft wurden.⁹⁸ Wolle war als Handelsgut verbreiteter, was dazu führte, dass zwischenzeitlich Marsberger Juden eine ‚Wollwaage‘ betrieben, die 1727 von der Obrigkeit abgeschafft wurde.⁹⁹ Das Schwergewicht lag aber auf Fertigwaren aus Stoffen. Die jüdischen Händler im Herzogtum Westfalen führten alle damals modischen Sorten, vor allem Kattun (Baumwolle), das nicht im Land selbst hergestellt wurde, sondern von einer der Messen, wahrscheinlich Frankfurt, oder anderen Zwischenhandelsplätzen eingeführt werden musste. Die Textilwaren tauchten vereinzelt als ‚Franckfurter ehlenwar‘ auf.¹⁰⁰ Darin waren dann weitere Sorten wie Sarge, Taffet oder Zeyen enthalten, die ebenfalls nicht aus Westfalen stammten. Die verbreitete pauschale Bezeichnung ‚Wolltuch‘ lässt den Produktionsort offen. 1729 beschwerte sich das Rüthener Wollweber- und Krameramt, dass die dortigen Juden sowohl mit „dahier fabricirten tuch“ als auch mit „fremden, mit großen kisten hieher bringender frischer guter wollener war“ handelten.¹⁰¹ Umschlagplätze waren mit Sicherheit auch Jahrmärkte, darunter der Markt in Küstelberg, wo Ruben Jacob aus Medebach um 1800 Tuch einkaufte.¹⁰² Mochten die Weber und Textilhändler in der Stadt den Vertrieb einheimischer Produkte noch billigen, so sahen sie sich durch den Import auswärtiger Tuche existentiell bedroht. Denn die jüdischen Händler beließen es nicht dabei, sondern setzten das Tuch direkt bei den Konsumenten ab. 1737/38 beschwerte sich die Freiheit Hachen über die Juden aus Hüsten, die zum Schaden der Wollweber mit importiertem Tuch „von haus zu haus laufen und den leuten aufreden“. Ähnlich die Argumentation der Belecker Zunft, die dagegen protestierte, dass „leyder am ganzen Harstrang ... die juden sich nicht befriedigen, den wandhandel in ihren häusern zu treiben, sondern auch sogar eigene knechte darauf halten, die täglich und das ganze jahr hindurch mit den wandpacken aufm land herumlaufen und solches verhausiren“.¹⁰³ Leintuch aus Bielefeld (‚Bilefeldisch linnen‘) findet sich bei einzelnen Händlern spezifiziert, könnte sich aber auch hinter dem allgemein häufig aufgeführten ‚Linnen‘ verbergen.¹⁰⁴ ‚Flessentuch‘, ‚Bettzeug‘ und ‚Nessel‘, in Menden mehrfach genannt,¹⁰⁵ verweist eher auf lokale Fertigung, Bänder dagegen auf den Raum Barmen-Schwelm. Als Sonderform ist die Mützen- und Strumpfherstellung in ärmeren Haushalten anzuführen. In Anröchte und Menden sind Witwen nachzuweisen, die strickten.¹⁰⁶ Vereinzelt werden Juden als Glas- bzw. Fenstermacher genannt, so 1704 und 1737 in Horn.¹⁰⁷

97 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 106.

98 REININGHAUS Wilfried, Die Soester Wolltuchmacherei im Rahmen der Textilgeschichte Westfalens und Nordwesteuropas vom 13. bis zum 18. Jahrhundert. In: Soester Zeitschrift 120 <2008> 13–38.

99 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 172. Weitere Belege zum Wollhandel ebd. 218, 219 (Bigge, Altenrühren, Rühren).

100 Ebd. 211 für Isaac Abraham, Brilon.

101 Ebd. 174f.

102 PADBERG Carl-Friedrich, Küstelberg. Geschichte eines hochsauerländischen Dorfes <Medebach 1975> 91–97.

103 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 203.

104 Ebd. 212; vgl. LINNEMEIER, Juden (wie Anm. 88) 46 mit Anm. 68.

105 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 214.

106 Ebd. 210, 214.

107 Ebd. 111, 207. Vgl. das Beispiel des Büdlicher Juden, der 1690 ein Glasfenster in St. Kuni- bert einsetzte, DEISTING Heinrich Josef/KASTEN Annegret, Zur Geschichte der Juden bis um 1850. In: ROHRER Amalie/ZACHER Hans-Jürgen (Hg.), Werl. Geschichte einer westfälischen Stadt, Bd. 1 <Paderborn/Werl 1994> 341–350, hier 345.

Die zweite große Warengruppe bildeten die ‚Kram- und Fettwaren‘, wie sie häufig gebündelt erwähnt werden. Dahinter verbarg sich ein breites Warenangebot, das eingeführt werden musste, weil es im Land selbst nicht hergestellt wurde, aber zum Leben notwendig war. Die Warenpalette erweiterte sich im 17./18. Jahrhundert ständig. Zu Öl, Teer und Tran kamen Gewürze, Zucker, Tee, Kaffee und Früchte hinzu. Die von der Forschung betonte wichtige Funktion jüdischer Händler, Konsumgüter auf dem platten Land zu verbreiten, lässt sich am Beispiel des Herzogtums Westfalen bestätigen. Es war Meyer Levi aus Horn, der „mit sucker, tee, öl, tär, tran, pfeiffen und tabak“ Handel trieb und damit exotische Waren in seinem Dorf verfügbar hielt. Der Rohstoff Tabak wurde nicht nur vertrieben und konsumiert, sondern vereinzelt auch weiterverarbeitet. Der wahrscheinlich aus Amsterdam importierte Tabak des Juden Leiser hatte angeblich zwei Hallenberger Tabakspinner 1737 in den Ruin getrieben.¹⁰⁸ In Hallenberg wurde der sonntägliche Wein- und Brantweinausschank durch Juden als Störung des christlichen Gottesdienstes empfunden.¹⁰⁹ Levi Moyses Katz aus Medebach importierte „kauscheren wein“.¹¹⁰ Zu den Fettwaren, die Höker vertrieben, gehörten auch Seile, deren Anfertigung in Hallenberg zum Konflikt mit dem örtlichen Seilspinner führte.¹¹¹

Ein weiteres Betätigungsfeld der Juden war der Handel mit Vieh und Leder sowie das Schlachten.¹¹² Dessen inneren Zusammenhang verdeutlichen die Protokolle von 1737/38. Über Arend Aron und Abraham Jacob aus Attendorn hieß es, dass sie neben anderem Handel „auch viehschlachten, fleisch verkaufen, damit sowohl in- als außer der statt herumblauen, anbey auch mit bereiteten und unbereiteten kühe-, schaf- und pferdefellen handeln“.¹¹³ Neben dem Zwischenhandel mit Vieh ist vor allem der Ankauf von Schlachtvieh zur Verwertung im eigenen Haushalt hervorzuheben. Aus der laut Judenordnung erlaubten Schlachtung für den eigenen Bedarf erwuchs ein Dienstleistungsangebot an Bewohner auf dem Land und in der Stadt. In den Städten der Hellwegzone lösten sich die meisten Metzgerzünfte unter dieser Prämisse während des 17./18. Jahrhunderts auf, nur in Olpe und Attendorn blieben sie bis zum Ende des Ancien Régime bestehen.¹¹⁴ Aus den Quellen lässt sich sowohl eine Professionalisierung einzelner Juden („schlachtet stark“) als auch eine Gelegenheitstätigkeit beim Schlachten („schlachtete bisweilen eine kuhe“) nachweisen.¹¹⁵ Meyer Katz aus Medebach beispielsweise gab zu Protokoll: „habe keinen kram, sonderen schlachte nur allein“.¹¹⁶ Häufig übernahmen Knechte das Schlachten. Die beiden Schmollenberger Juden beschäftigten zum Beispiel ausdrücklich je einen ‚metzgerjungen‘ bzw. ‚metzgerknecht‘.¹¹⁷ Der Lederhandel war nicht zwangsläufig an die Verwertung geschlachteten Viehs gebunden. Schon die häufige Unterscheidung zwischen gelohtem bzw. garem und ungarem Leder macht dies deutlich. In Hallenberg wurde gares (also gegerbtes) Leder importiert, das ungare (ungegerbte) Fell exportiert, wie die örtliche Zunft beklagte.¹¹⁸ Feidel Hertzog aus Marsberg kaufte 1727 Sohlleder in Kassel ein.¹¹⁹ Der Pferdehandel war dagegen auf die Jahrmärkte wie in Küstelberg konzentriert.

108 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 200.

109 Ebd. 200, 206, 215.

110 Ebd. 209.

111 Ebd. 201.

112 Vgl. LINNEMEIER, Juden (wie Anm. 88) 56–69.

113 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 198f.

114 Vgl. REININGHAUS, Zünfte (wie Anm. 56) 242, 264f.; LINNEMEIER, Juden (wie Anm. 88) 60.

115 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 205, 207.

116 Ebd. 209.

117 Ebd. 213.

118 Ebd. 172, 174 (‚geloht‘), 201 (‚gar‘/‚ungar‘, Hallenberg 1737); ähnlich Marsberg 1748, ebd. 237.

119 Ebd. 173.

Der Handel mit Metallwaren und -rohstoffen geriet im Herzogtum Westfalen mehrfach zu einem Zankapfel mit lokalen und regionalen Behörden.¹²⁰ Der Landesherr wollte seit der Bergordnung von 1559 Juden vom Aufkauf der Metalle fernhalten. Die gleiche Politik verfolgten die städtischen Räte, initiiert von den Kramer- und Schmiedezünften. 1668 in Marsberg und 1790 in Geseke entzündeten sich daran heftige Konflikte. In beiden Städten wurden typische Produkte genannt, mit denen Juden Handel trieben: Ketten, Stabeisen, Öfen, Stahl und Nägel. Das offizielle Verbot, mit Eisen, Kupfer und anderen Metallen zu handeln, musste mehrfach wiederholt werden, was zeigt, wie realitätsfern es war. Wie sollte sich ein solches Verbot auch durchhalten lassen, wenn eines der bedeutendsten Adelshäuser, Haus Canstein, 1740 Kupfer in größeren Mengen an Hanauer Juden verkaufte. Es wundert daher nicht, dass die Spiegels zu Canstein 1782 Kuxe ihrer Zeche ‚Trapweg‘ bei Padberg an drei Briloner Juden verkauften und 1782 der Briloner Galmeizehnt an Baruch Simon verpachtet wurde. Auf dem Judenlandtag 1803 tauchte die Vermutung auf, am Eisenhandel seien nicht mehr als zehn Juden im Herzogtum beteiligt. Angesichts der Größe der Gemeinden in Marsberg und Brilon, die mitten in Bergwerkrevieren lagen, erscheint diese Vermutung nicht plausibel zu sein.¹²¹

Zu den gewerblichen Rohstoffen, die im Sauerland wichtige Handelswaren darstellten, gehörten Holzwaren, Pottasche und Lumpen.¹²² Vereinzelt schalteten sich Juden in den Handel mit Asche ein, noch seltener in den mit Holz oder Holzwaren. Die Konzentration Mendener Juden auf den Lumpenhandel ist durch die Nähe zu den Papiermühlen bei Hemer zu erklären, die auf den Rohstoff Lumpen angewiesen waren.

Alle Handelszweige, die Juden betrieben, konnten mit Kreditgeschäften verbunden sein. Dies hielten regelmäßig die christlichen Kaufleute den jüdischen vor, so etwa in Geseke 1703 David Soistmann, der „großen wucher und handel treiben thut“.¹²³ In Brilon machte 1718 der Rat den Wucher und „allzu groses judeninteresse“ in Stadt und Land für das Verschwinden von mehr als sieben Handelshäusern verantwortlich.¹²⁴ Die Wollweber in Belecke warfen den Hüstener Juden vor, den Bauern Tuch auf Kredit zu verkaufen und sie damit in Verschuldung zu stürzen.¹²⁵ Gegen solche Stereotypen ist festzuhalten, dass die Juden im Gegensatz zu christlichen Händlern den ländlichen Markt mit überwiegend kleinen Natural- und Barkrediten bedienten und dabei reüssierten. Spezialisiert auf Geldverleih waren offenbar nur wenige jüdische Haushalte; 1738 hieß es über die Tochter des Meyer Hertz in Geseke, dass sie ausschließlich „handlung mit geld ausleihen“ treibe.¹²⁶ Verpfändungen, auch von Häusern und Grundstücken, und anschließende Weitervermietung kamen vor, zum Beispiel 1737 in Attendorn, dürften insgesamt aber relativ selten gewesen sein.¹²⁷ Der Regelfall waren vermutlich Kreditgeschäfte, die auf Warenhandel aller Art beruhten.¹²⁸ Die wiederkehrenden Auseinandersetzungen zwischen Judenschaft, Bonner Hofkam-

120 Zum Folgenden mit Belegen vgl. REININGHAUS Wilfried/KÖHNE Reinhard, Berg-, Hütten- und Hammerwerke im Herzogtum Westfalen im Mittelalter und in der frühen Neuzeit (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XXII A, 18) <Münster 2008> 144, 179; LINNEMEIER, Juden (wie Anm. 88) 47f.

121 LAV NRW Abt. W (Münster), Großherzogtum Hessen II A Nr. 201, fol. 93v.

122 Belege: BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 214, 218.

123 Ebd. 106.

124 Ebd. 149f.

125 Ebd. 203.

126 Ebd. 205.

127 Ebd. 199 sowie 243.

128 Vgl. allgemein LINNEMEIER, Juden (wie Anm. 88) 49–55.

mer und Landständen über die Höhe des Zinssatzes führten mehrfach zu dessen Veränderung; sie signalisieren, dass hier ein hoher Regelungsbedarf entstand.¹²⁹

Der Erfolg der jüdischen Kaufleute im Herzogtum Westfalen hing aus Sicht ihrer christlichen Konkurrenten nicht zuletzt von der inneren Struktur ihrer Betriebe ab, genauer von der „Annahme so vieler Knechte“.¹³⁰ So hieß es 1722 während des Landtags, als die Stände die Zunahme der im Territorium ansässigen Juden beklagten. Die Beobachtung der Landstände traf zweifellos zu. Die einzelnen jüdischen Haushalte nahmen Handlungsgehilfen auf, zeitgenössisch ‚Knechte‘ genannt, und umgingen so formal das Gebot der begrenzten Niederlassung. Sie übertrugen den ‚Knechten‘ und zum Teil auch ‚Mägden‘ mehr oder minder separate Geschäftszweige, wie die Enquete 1737/38 zeigt. Diese war ausdrücklich darauf angelegt nachzuweisen, „wieviel knechte jeder bey sich halte“ und „worzu selbige gebrauchte“.¹³¹ In rund zwei Dritteln aller Haushalte waren damals neben den eigenen Söhnen und Töchtern Knechte in unterschiedlichen Rechtsverhältnissen beschäftigt. Ob die ‚Judenknechte‘ eigene Geschäfte betrieben oder nicht, diese Einschätzung war über 1737/38 hinaus umstritten. Die Enquete beschrieb Verhältnisse, wobei offen blieb, ob sie „an platz des lohns auf einen aparten gewinn“ arbeiteten oder „einen separaten handel“ trieben, „dessen profit die knechte allein zu gewinnen haben“.¹³² Wahrscheinlich gab es von Betrieb zu Betrieb unterschiedliche Verhältnisse. Es konnte sein, dass der mit einem Geleit ausgestattete Haushaltsvorstand mit dem Knecht ‚in compagnie‘ handelte¹³³ oder dass der vergeleitete Jude Knechte als von ihm beschäftigte ‚Packenträger‘ quasi als Angestellte über Land schickte. Nach einer Eingabe der Vorsteher der Judenschaft an die Hofkammer von 1795 wurden zur Kontribution nur diejenigen Knechte herangezogen, die auf halben Profit oder auf eigene Rechnung gegen Zahlung eines Kostgeldes handelten, nicht aber solche, die nur auf Lohnbasis arbeiteten.¹³⁴ Die innere Struktur der jüdischen Handelsbetriebe scheint – vorbehaltlich weiterer Forschungen – derjenigen anderer in Westfalen ähnlich gewesen zu sein. Die Tödden aus der Grafschaft Lingen und aus Hopsten wie die ‚Winterberger‘ aus dem Hochsauerland organisierten ihren Handel in gleicher Weise. Ein Unterschied ist allerdings festzuhalten:¹³⁵ Während die christlichen Hausierer gemeinsam in die Ferne zogen und mehrere Monate ihren Familienwohnsitz verließen, kehrten die Juden aus dem Herzogtum Westfalen in kürzeren Zyklen an den Wohnort zurück. Die Enquete von 1737/38 war alles andere als dazu angetan, die Vorwürfe der Landstände zu entkräften. 1741 wurde deshalb den vergeleiteten Juden durch Edikt verboten, verheiratete Knechte zu halten und die ledigen am Gewinn zu beteiligen.¹³⁶ Bereits 1768 musste es erneuert werden. In ihrem Protest dagegen verdeutlichte die Judenschaft aber, wie sehr sie die Knechte zur Organisation ihres Handels benötigte und sie dafür „von dem profit participiren“ lasse.¹³⁷ Zur einer Lockerung der Arbeitsbedingungen für die Juden im Territorium gehörte 1781 deshalb die Erlaubnis für Kinder und Knechte, „privativen handel ... treiben [zu] können“.¹³⁸

Die Enquete von 1737/38 zeigt nicht nur die Bandbreite des jüdischen Handels, sondern auch die daraus resultierenden sozialen Unterschiede. Die Erwerbsmöglich-

129 Vgl. die Belege bei BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 59f., 159, 238f., 243, 273f., 292, 317–322.

130 Ebd. 156f.

131 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 191.

132 So in Werl, ebd. 197.

133 So in Büderich, ebd. 198.

134 LAV NRW Abt. W (Münster), Herzogtum Westfalen Landesarchiv 1723, fol. 34–35v.

135 Vgl. zusammenfassend (mit weiterer Literatur), REININGHAUS, Wanderhändler (wie Anm. 33).

136 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 231.

137 Ebd. 271.

138 Ebd. 281.

keiten hingen vor allem von der Größe der Haushalte ab. Entsprechend groß fielen die Unterschiede in deren Besteuerung aus. Die 1776 flächendeckend erhobene Kopfsteuer lässt die soziale Schichtung erkennen. Demnach zahlten 57 Haushalte eine Steuer von maximal 1 Rtlr., 45 Haushalte zahlten zwischen 1 und maximal 2 Rtlr., 17 Haushalte 2 bis 3 Rtlr., neun Haushalte 3 bis 4 Rtlr., acht Haushalte 4 bis 5 Rtlr., vier Haushalte zahlten 6 Rtlr. und ebenfalls vier zwischen 7 und 10 Reichstalern.¹³⁹ Demnach zahlten also 70 Prozent der Haushalte einen Kopfschatz von 2 Rtlr. oder weniger. Viele wurden schon in der Schatzliste selbst als arm bezeichnet. Bei den hochbesteuerten Haushalten lässt sich ein Zusammenhang zwischen Knechten bzw. Verwandten und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit vermuten, ist aber nicht nachweisbar. Hier seien drei Beispiele mit der höchsten Steuerleistung vorgestellt: Im Haushalt von Lehmann Herz aus Werl¹⁴⁰ wohnten und arbeiteten zwei Kinder, eine Magd und ein weiterer Verwandter. Bei der Witwe des Moses Heymann in Scheidingen (7 Rtlr. 33 Gr.) lebten drei Kinder, zwei Knechte und zwei Mägde, bei Feidel Levi in Bödefeld (7 Rtlr. 18 Gr.) ein Knecht und eine Magd. Hier kann nicht der Platz sein, weitere notwendige Untersuchungen zur sozialen Lage der Juden im Territorium anzustellen. Sie sind aber nötig, um das während des gesamten 18. Jahrhunderts auftretende Problem der Armut von Juden angemessen beurteilen zu können. Die Frage des Armengeleits spielte, wie aufgezeigt wurde, eine wichtige Rolle bei der Ansiedlung, wobei der Einsatz der Landjudenschaft für ärmere Glaubensgenossen auch ein Instrument der Sozialfürsorge war. Aus Sicht der Obrigkeit galten arme Juden oft als „allerhandt boes und untuchtiges gesindel von pack- und betteljuden“, deren „Einschleichen“ es zu verhindern galt, so 1703 das Domkapitel.¹⁴¹ Fast ein Jahrhundert später thematisierte der Hofrat erneut die Betteljuden und stellte in seinem Gutachten 1791 den Zusammenhang her zwischen jüdischer Sozialfürsorge und Einwanderung: „Nach der besondern, bei den juden bestehenden einrichtung ist die judenschaft gehalten, dergleichen armen mitbrüdern herberg und verpflegung die zeit ihres aufenthalts im lande hindurch zu geben. Es entstehen daraus die übeln folgen, daß immer eine menge bettler ist, die zum teil der inländischen judenschaft zur last liegt und manchmal verhindert, daß die vergleetete[n], in armut geratende[n] eigene[n] juden die erforderliche unterstützung finden können.“¹⁴²

139 Quelle: HOLTHAUSEN, Juden (wie Anm. 23) 145–148.

140 Zu ihm vgl. PREISING Rudolf, Zur Geschichte der Juden in Werl <Werl 1971> 19f.; PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V (wie Anm. 78) 585; DEISTING/KASTEN, Zur Geschichte der Juden (wie Anm. 107) 347.

141 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 98.

142 Ebd. 313.

Anhang: Bisher nachgewiesene Vorsteher, Deputierte und Kollektoren der Judentum im Herzogtum Westfalen 1700–1803

- 1703 Vorsteher: Jo[b]st Leyser, Erwitte¹⁴³
- 1713 Vorsteher: Jo[b]st Leyser, Erwitte; Mannes Jacob, Hallenberg; Michael Cohn¹⁴⁴
- 1717 Vorsteher: Jo[b]st Leyser (Lasar), Erwitte; Mannes Jakob, Hallenberg; Haymann Nathan, Werl¹⁴⁵
- 1731 Vorsteher: Samuel Meyer, Geseke¹⁴⁶
- 1738 Vorsteher: Hey[ne]mann Nathan, Werl; Samuel Meyer, Geseke¹⁴⁷
- 1748 Vorsteher: Emanuel Katz, Störmede; Feidel Herzog, Stadtberge (Obermarsberg)¹⁴⁸
- 1766 Vorsteher: Feidel Herzog, Stadtberge, vertreten durch seinen Sohn Isaak Feidel¹⁴⁹
- 1767 Vorsteher: Schmucl Israel, Brilon; Isaak Feidel, Stadtberge¹⁵⁰
- 1772 Vorsteher: Isaak Feidel, Stadtberge (bis 1800)
- 1783 Vorsteher: Lehman Herz, Werl¹⁵¹
- 1788 Deputierter: Lesser Salomon, Geseke¹⁵²
- 1796 Deputierter: Leyser Salomon, Geseke¹⁵³
- 1796 Vorsteher: Heinemann Kohn, Volkmarsen (bis 1800); Deputierter: Aron Lazarus (bis 1800)¹⁵⁴
- 1797 Vorsteher: Bendix Meyer, Rüthen¹⁵⁵
- 1799 Vorsteher: Bendix Meyer, Rüthen; Isaak Feidel, Stadtberge; David [Moyses], Menden¹⁵⁶; Kollektor Jacob Nathan, Geseke
- 1800 Vorsteher: Bendix Meyer, Rüthen; Calman Emanuel, Geseke; Heinemann Samuel, Volkmarsen¹⁵⁷
- 1801 Vorsteher: Bendix Meyer, Rüthen; Calman Emanuel, Geseke; Heinemann Kohn, Volkmarsen; Deputierter: Aron Lazarus¹⁵⁸
- 1803 Vorsteher: Bendix Meyer, Rüthen; Heinemann Samuel, Volkmarsen; Calman Emanuel, Geseke; Deputierte: Leeb Alexander, Brilon; Jacob Nathan, Geseke; Nebendeputierte: Isaak David, Brilon; Markus Ruben, Medebach; Benjamin Heinemann, Störmede; Oberkollektoren: Meyer Salomon, Brilon; Leser Nathan, Stadtberge; Isaak Goldschmidt, Geseke; Abraham Katz, Medebach

143 Ebd. 114.

144 Ebd. 129.

145 Ebd. 136f.

146 Ebd. 180.

147 Ebd. 193, 205, zu Samuel Meyer, ebd., 259.

148 Ebd. 238.

149 Ebd. 261.

150 Ebd. 268.

151 Ebd. 289.

152 LAV NRW Abt. W (Münster), Nachlass Franz Wilhelm von Spiegel zum Desenberg 456.

153 LAV NRW Abt. W (Münster), Herzogtum Westfalen Landesarchiv 1723, fol. 54.

154 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 331 (Heinemann Kohn), 347 (Aron Lazarus).

155 LAV NRW Abt. W (Münster), Herzogtum Westfalen Landesarchiv 1723, fol. 67.

156 Ebd. fol. 117, 118v.

157 BRUNS, Juden (wie Anm. 2) 328, 331.

158 LAV NRW Abt. W (Münster), Herzogtum Westfalen Landesarchiv 1723, fol. 179.

Die Juden in den Grafschaften Wittgenstein

von Johannes Burkardt und Wilfried Reininghaus

Kulturell und historisch ist das kleine Territorium der Grafschaften Wittgenstein dem benachbarten Hessen enger verbunden als Westfalen. Am Südhang des Rothaargebirges gelegen, öffnet es sich mit den beiden Flusstälern von Eder und Lahn in südlicher Richtung, während die hohe Gebirgskette eine natürliche Grenze gegen das Herzogtum Westfalen im Norden bildet. Noch heute ist das zu spüren, zum Beispiel am hessischen Dialekt der Wittgensteiner und an ihrer evangelisch-reformierten Konfessionszugehörigkeit. Die politische Kraft in dieser abgeschotteten Gegend waren die Grafen, seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert Fürsten zu Sayn-Wittgenstein. Sie verdrängten im Spätmittelalter kleine lokale Herrschaften und verstanden es, sich gegen die größeren Mächte in der Nachbarschaft durchzusetzen. Als Bündnispartner und Lehnsherren traten in wechselnden Kombinationen die Erzbischöfe von Mainz und Köln, die Grafen von Nassau-Dillenburg sowie die Landgrafen von Hessen auf. Seit etwa 1400 kann von einer geschlossenen Herrschaft des Grafenhauses gesprochen werden.

Wesentliche Impulse verdankt Wittgenstein dem Grafen Ludwig d. Ä. (reg. 1558–1605), der nach dem Studium der Rechte und der Theologie zweimal als Großhofmeister am Heidelberger Hof tätig war.¹ Politisch bedeutend wurden seine Aktivitäten im Kontext des Wetterauer Grafenvereins. Für die Grafschaft Wittgenstein waren das von ihm erlassene Wittgensteiner Landrecht sowie sein um 1570 vollzogener Wechsel zur calvinistischen Lehre zentrale geschichtliche Marksteine.² Nach dem Rücktritt von Ludwig d. Ä. wurde die Grafschaft 1605 zwischen seinen Söhnen aufgeteilt. Es entstanden zwei Teilgraftchaften, die Nordgraftchaft Wittgenstein-Berleburg mit der Residenz in Berleburg und die Südgraftchaft Wittgenstein-Wittgenstein, zu der die Orte Beddelhausen, Elsoff, Erndtebrück, Laasphe, Puderbach und Schwarzenau gehörten, mit Schloss Wittgenstein bei Laasphe als Regierungssitz. Die in den Teilgraftchaften regierenden Familienzweige trugen fortan die Bezeichnung ‚zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg‘ und ‚zu Sayn-Wittgenstein-Wittgenstein‘ (seit dem 17. Jahrhundert auch ‚zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein‘).

Im Inneren gliederte sich die Graftchaft in vier Ämter, die in Schulzereien aufgeteilt waren. Ausnahme ist die zwischen Hessen und Wittgenstein umstrittene und erst 1665 endgültig erworbene Vogtei Elsoff. Nach der Teilung wurde dieser Verwaltungsaufbau weitgehend übernommen. In Wittgenstein-Wittgenstein traten allerdings im Laufe des 18. Jahrhunderts neben die Ämter noch vier sogenannte ‚Viertel‘ als Verwaltungseinheiten hinzu. Die Nordgraftchaft Berleburg umfasste das gesamte gleichnamige ehemalige Amt. Angesichts einer wesentlich stärkeren Zentralisierung von Verwaltung und Jurisdiktion gab es bis 1806 keinerlei Änderungen.

Die Wittgensteiner Graftchaften wurden 1806 dem Großherzogtum Hessen einverleibt und fielen infolge des Wiener Kongresses 1816 an das Königreich Preußen.

1 Vgl. BURKARDT Johannes, Sayn-Wittgenstein, Ludwig der Ältere Graf zu (Art.). In: Biographisch-bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 19 <2001> Sp. 1190–1196.

2 MENK Gerhard, Die politische Kultur in den Wetterauer Graftchaften. In: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 34 <1984> 67–100. Zum Landrecht vgl. HARTNACK Wilhelm (Hg.), Das Wittgensteiner Landrecht nach dem Original-Codex von 1579 (= Wittgenstein. Blätter des Wittgensteiner Heimatvereins. Beiheft 1) <Laasphe 1960>.

Hier bildeten sie den Landkreis Wittgenstein, der 1975 im Kreis Siegen (später Kreis Siegen-Wittgenstein) aufging.³

1 Pietisten und Juden⁴

Wittgenstein ist, zumindest was die ersten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts betrifft, als Oase religiöser Toleranz bekannt. Vor allem radikal pietistische Gruppierungen verschiedenster Schattierungen fanden Obdach in beiden Teilgraftchaften. Grund genug, nach dem Verhältnis dieser religiös-ethisch hoch ambitionierten Gruppen zu den im Land lebenden Juden zu fragen. Antworten liegen erst ansatzweise vor. Der pietistische Grundtenor war seinerzeit philosemitisch, was auch für die Wittgensteiner Pietisten gilt. Erklärlich ist dies angesichts der damals in Bälde erwarteten Wiederkehr des Heilands und der biblischen Verheißungen für das Volk Israel am Ende aller Zeiten (so etwa Röm. 11, 25ff). Für die Wittgensteiner Pietisten gilt dies auch. So wird in der großen Berleburger Bibelübersetzung die Überzeugung vermittelt, dass nur durch die Integration und Mitregentschaft des jüdischen Volkes „das Zufallen der Völker noch erst recht angehen ... wird“.⁵ Eine Geistesverwandtschaft findet sich auch zu mystisch-theosophischen Spekulationen, beispielsweise zur Kabbala. Auffallend ist ferner der in pietistischen Kreisen übliche exzessive Gebrauch biblisch-jüdischer Lexik.

Ebenso differenziert wie die radikalpietistische Bewegung war, dürfte auch ihre Einstellung zur Judenmission gewesen sein. Da waren Protagonisten wie der philadelphisch motivierte – also die Amtskirche ablehnende und die Eigenständigkeit jedes Gläubigen betonende – Nikolaus Ludwig Graf von Zinzendorf (1700–1760), der 1731 in Berleburg mit ‚Judenpredigten‘ hervortrat⁶. Besonders unter den Separatisten, die orthodox-theologische Dogmen scharf angriffen und mit den Amtskirchen gebrochen hatten, war die Meinung verbreitet, Mission und Taufe seien nicht nötig. Die Bekehrung der Juden sei ausschließlich abhängig von der reinen Pflege ihrer eigenen Riten und Traditionen. Die endgültige Akzeptanz von Christus als Weltheiland finde erst bei dessen tatsächlicher Wiederkehr statt. Unter den Wittgensteiner Radikalpietisten vertrat z. B. der Wanderprediger Hochmann von Hohenau diese Ansicht, Verfasser eines 1699 erschienenen ‚Sendbriefs an die Juden‘⁷. Der zeitweise in Berleburg ansässige Marquis de Marsay betonte 1738 gar, die Juden seien den Christen übergeordnet.

3 Grundlegend nach wie vor: WREDE Günther, Territorialgeschichte der Grafschaft Wittgenstein (= Marburger Studien zur älteren deutschen Geschichte I.3) <Marburg 1927>. Diverse Einzelbeiträge in KRÄMER Fritz (Hg.), Wittgenstein, Bd. 1 <Balve 1965> 113–319. Weitere Aufsätze in: Wittgensteiner Heimatverein (Hg.), 150 Jahre Landkreis Wittgenstein 1816–1966 <Laasphe 1966>. SPIES Hans-Bernd, Wirtschaft und Verwaltung der Grafschaft Wittgenstein-Wittgenstein <Bonn 1975>.

4 Allgemein zum Thema WALLMANN Johannes, Der alte und der neue Bund. Zur Haltung des Pietismus gegenüber den Juden. In: LEHMANN Hartmut (Hg.), Glaubenswelten und Lebenswelten (= Geschichte des Pietismus 4) <Göttingen 2004> 143–165; SCHRADER Hans-Jürgen, Sulamiths verheißene Wiederkehr. Hinweise zu Programm und Praxis der pietistischen Begegnung mit dem Judentum. In: HORCH Hans Otto/DENKLER Horst (Hg.), Conditio Judaica. Judentum, Antisemitismus und deutschsprachige Literatur vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, T. 1 <Tübingen 1988> 71–107.

5 Die Heilige Schrift Altes und Neues Testaments/Nach dem Grund-Text aufs neue übersehen und übersetzt ..., Bd. 1 <Berleburg 1726> 1. Mose, Kap. 69, 270.

6 PHILIPP Franz Heinrich, Graf Nikolaus von Zinzendorf als Wegbereiter eines deutschen Philosemitismus. In: Emuna. Horizonte zur Diskussion über Israel und Judentum 7,1 <1972> 15–25, hier 18.

7 SCHNEIDER Hans, Ein ‚Schreiben an die Juden‘ (Freiwillige Nachlese III, 4). Hochmann, Zinzendorf und Israel. In: Unitas Fratrum. Zeitschrift für Geschichte und Gegenwartsfragen der Brüdergemeine 17 <1985> 68–77.

Er kehrte auch das oft gebrauchte Argument der jüdischen Schuld am Tod Christi in sein Gegenteil. Man sei doch dem Volk, dem Christus entstamme, zu Dankbarkeit verpflichtet: Gott werde „nicht vergessen, auch seine Hand der Barmherzigkeit vor allen Völkern über sie aufzuheben.“ Und warum sollten Christen „solches angenehme Loos ihnen nicht gönnen, da wir der Juden Schuldner sind, von welchen uns die gantze heilige Schrift alten und neuen Testaments hinterlassen ist?“ Man solle sich aller Juden Seligkeit „angelegen seyn lassen“.⁸

Lautstarken Ausdruck fanden diese Meinungen in umfangreichem Schrifttum. Berleburg mit seiner radikalpietistischen Offizin war ein literarisches Zentrum des Pietismus mit überregionaler Bedeutung.⁹ Doch bleibt letzten Endes die Feststellung, dass nur die Produkte einer ‚societas literaria‘ auf hohem intellektuellem Niveau greifbar sind. Wie sich das Zusammensein von Pietisten und Juden, zweier nur geduldeter Außenseitergruppen, im Alltag und vor Ort gestaltete, ist offen. Solange keine neuen Forschungserkenntnisse vorliegen, müssen einzelne Hinweise genügen. Bekannt ist etwa, dass das im radikalpietistischen Umfeld Berleburgs einzuordnende Waisenhaus im 18. Jahrhundert sein Fleisch vom ortsansässigen jüdischen Fleischer Mayer bezog.¹⁰

2 Jüdische Siedlungs- und Bevölkerungsgeschichte

Am Ende des Alten Reiches lebten in den beiden Wittgensteiner Grafschaften rund 230 Juden. Dies entsprach einem Anteil von etwas mehr als einem Prozent der Gesamtbevölkerung, der damit höher war als in den größeren Territorien Westfalens. Nur im Hochstift Paderborn lebten zu diesem Zeitpunkt – bezogen auf die Gesamtbevölkerung – mit zwei Prozent mehr Juden.¹¹ Die jüdischen Familien verteilten sich vor allem auf die beiden Residenzstädte Berleburg und Laasphe sowie auf Elsoff. Spätestens im Laufe des Dreißigjährigen Kriegs war man von der restriktiven Position abgerückt, die 1579 im Wittgensteiner Landrecht formuliert worden war. Danach sollten Heiden, Zigeuner und Juden „in unserem Landt kein Gleidt noch Freyheit haben“. Selbst Tätlichkeiten gegen sie sollten nicht strafbar sein („Wo auch jemandt mit der Thatt gegen sie handeln würde, soll darann nicht gefrevelt haben“).¹² Nur unter der Bedingung, sich taufen zu lassen, konnten Juden damals in Wittgenstein sesshaft werden: „Es sein die Juden, welcher Hende noch schier von vergossenen Blut Christi nass waren, zu gnaden aufgenommen werden, als sie reuendt den Weg der Seligkeit von den Aposteln zu lernen begerten“.¹³ Die Zuwanderung von Juden nach Berleburg und Laasphe nach 1635 war mittelbar eine Folge des Dreißigjährigen Krieges, denn das Wittgensteiner Land blieb im Gegensatz zu Hessen weitgehend von den Auswirkungen des Krieges verschont. Der Jude Feist aus Fronhausen südlich von Marburg berief sich bei einem Aufnahmegesuch in Berleburg 1640 ausdrücklich darauf („daß es bei diesen Leufften

8 Bekehrung der Juden. In: Geistliche Fama ... 24. Stück <O. O. [Berleburg?] 1738> 4. Zur Autorenschaft Marsays vgl. SCHRADER, Sulamiths Wiederkehr (wie Anm. 4) 103, Anm. 97.

9 SCHRADER Hans-Jürgen, Literaturproduktion und Büchermarkt des radikalen Pietismus. Johann Henrich Reitz' „Historie der Wiedergebohrnen“ und ihr geschichtlicher Kontext (= Palaestra 283) <Göttingen 1989>.

10 HINSBERG Johann Georg, Berleburger Bilderbuch, 2. Aufl. <Siegen 1929> 168.

11 Vgl. hierzu REININGHAUS Wilfried, Juden in den geistlichen und kleineren weltlichen Territorien Westfalens. In: FREUND Susanne (Hg.), Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Grundlagen – Erträge – Perspektiven (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, NF 11) <Münster 2013> 113–141.

12 HARTNACK, Wittgensteiner Landrecht (wie Anm. 2) 21; danach RIEDESEL Karl-Ernst, Berleburger Schutzjuden im 17. und 18. Jahrhundert. In: Wittgenstein 68 <2004> 122–129, hier 123.

13 HARTNACK, Wittgensteiner Landrecht (wie Anm. 2) 51 unter der Überschrift „Von der Ver-sönung“.

sehr unsicher im Landt zu Hessen ist, also da sich die underthanen bey ihren hüttgen und dem Ihrigen nicht zu pleiben getrawen, viell weniger wir, die nur mitt solcher protection gleich den underthanen nitt versehen)“.¹⁴ In Laasphe musste der seit 1635 ansässige Nathan 1641 den Unmut von Bürgermeister Johann Wehn ertragen, der „solche ungleubigen Hebräer nicht in unserer Gesellschaft“ dulden wollte.¹⁵ Nathan hingegen beschwerte sich wenige Jahre später über die Anwesenheit weiterer Juden in Laasphe, die ihm Konkurrenz machten. In Feudingen ließ sich 1685 ein Jude im Umfeld der Feudinger Hütte nieder.¹⁶ In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts wuchs die Zahl jüdischer Familien in beiden Residenzstädten langsam, im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts dagegen stieg sie sprunghaft an. 1730 kann für Berleburg und Laasphe von der Existenz jüdischer Gemeinden gesprochen werden.

Die Ansiedlung von Juden in Elsoff geschah unter ortsspezifischen Bedingungen. Wegen ihres Widerstands gegen die repressive Politik des Grafen August zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein (reg. 1723–1735), der 1725 einen regelrechten Krieg gegen die Vogtei Elsoff führte, wanderten Bauern von dort nach Amerika aus.¹⁷ Statt ihrer rückten in zwei Schüben 1725 und 1733 jüdische Familien von der nahen Grenze aus Hessen-Darmstadt nach. 1760 betrug die Zahl der Schutzjuden in Elsoff bereits zehn. Um 1800 gehörten knapp 20 Prozent der 350 Einwohner Elsoffs der jüdischen Religion an, damit bildeten sie die zweitgrößte jüdische Gemeinde in Westfalen. Auch in den beiden anderen Orten der Vogtei Elsoff, Beddelhausen und Alertshausen, siedelten sich zu dieser Zeit weitere Juden an, allerdings nur wenige.

Hatte die Zahl der jüdischen Haushalte in Berleburg in den 1720er Jahren noch bei sechs gelegen, so stieg sie bis 1760 auf 20. 1752 lehnten die gräflichen Beamten allerdings eine Bitte um Niederlassung mit folgender Begründung ab: „da bereits so viel Juden sich hier befinden, daß die meisten wegen Mangel an Nahrung verderben“.¹⁸ Zwischen 1760 und 1770 lag die Zahl der jüdischen Haushalte in Berleburg bei 18, 1778/79 ging sie auf 16 und 1786/87 auf 13 zurück. 1766 betrug der Anteil der jüdischen Bevölkerung mit 112 Personen bei 1404 Einwohnern acht Prozent der Bevölkerung.¹⁹ In Laasphe lebten 1789 13 jüdische Familien; das entsprach etwa sieben Prozent der Stadtbevölkerung. Im Vergleich zu den anderen Städten in Westfalen hatten beide Residenzstädte einen vergleichsweise hohen jüdischen Bevölkerungsanteil. Nur für die Paderborner Landstädte waren die Zahlen gemessen an der Gesamtbevölkerung ähnlich hoch, in Warburg waren es fast zehn Prozent, in Beverungen neun, in Lichtenau mehr als sieben und in Borgholz sieben Prozent.²⁰

14 Fürstlich Sayn-Wittgenstein-Berleburgisches Archiv, Berleburg (im Folgenden: FA Berleburg) J 17; hier nach RIEDESEL, Berleburger Schutzjuden (wie Anm. 12) 122.

15 SCHMIDT Reinhard, Aus der Geschichte von Juden und Christen in Laasphe <Bad Laasphe 1991> 9.

16 BAUER Eberhard, Der Betrieb der Feudinger Hütte 1685–1689. In: Wittgenstein 32 <1968> 119–131, hier 127, 131.

17 Vgl. KRÄMER Fritz, Der Elsoffer Bauernkrieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Dörfer Alertshausen, Beddelhausen und Elsoff (1721–1729). In: Wittgenstein 32 <1968> 45–56, 58–80, 145–163; TROSSBACH Werner, Widerstand als Normalfall. Bauernunruhen in der Grafschaft Sayn-Wittgenstein-Sayn 1696–1806. In: WZ 135 <1985> 25–111 sowie Ortsartikel Bad Berleburg-Elsoff in diesem Band.

18 FA Berleburg J 17; die Schutzgeld zahlenden Juden sind zu ermitteln über die Renterechnungen; R 13 (1722), 14 (1727), R 26 (1760), F 182 (1770) sowie über das Beisassengeld an die Stadt Berleburg in FA Berleburg B 37 (1766, 1768), 38 (1786).

19 HARTNACK Wilhelm/BAUER Eberhard/WIED Werner (Hg.), Die Berleburger Chroniken des Georg Cornelius, Antonius Crawlus und Johann Daniel Scheffer (= Wittgenstein, Beiheft 2) <Laasphe 1964> 235.

20 REININGHAUS, Juden in den geistlichen und kleineren weltlichen Territorien Westfalens (wie Anm. 11).

Die in den beiden Grafschaften ansässigen Juden stammten u. a. aus den benachbarten hessischen und nassauischen Territorien.²¹ In der Nordgrafschaft reichte der Zuwanderungsbereich bis nach Huckarde bei Dorstfeld; die Juden waren aber vor allem aus dem Herzogtum Westfalen (Schmallenberg, Eslohe) und der Grafschaft Mark (Neuenrade, Plettenberg) ins Wittgensteiner Land gezogen. Regional noch weiter reichten die Heiratskreise der Wittgensteiner Juden, deren Schwiegersöhne beispielsweise Handelsknechte waren, die aus Halberstadt oder dem Bistum Bamberg kamen.²² Die Verlobte des Laasphe Juden Samuel Wolff kam beispielsweise 1764 aus Amsterdam.²³

3 Die Judenpolitik in beiden Grafschaften

Im Zeitraum zwischen dem Dreißigjährigen Krieg und 1800 trafen zuwanderungswillige Juden in beiden Grafschaften vergleichsweise vorteilhafte Bedingungen an. Sie mussten sich in der Regel nicht mit den Städten und den Zünften auseinandersetzen, sondern verhandelten mit den Grafen und deren Verwaltungen. Bei Erteilung eines Schutzbriefs zahlten sie ein jährliches Schutzgeld sowie ein Vielfaches dessen an Aufnahme. Das Schutzgeld war nach Vermögenslage zu zahlen. Es schwankte 1744 in der Südgrafschaft zwischen 2 Rtlr. 20 Albus und 12 Reichstaler. In jenem Jahr mussten 25 Schutzjuden zusammen 156 Rtlr. (234 fl.) zahlen. 1778 und 1794 wurden in Berleburg Herz Abraham und Abraham Moses jeweils 12 Rtlr. abverlangt.²⁴ 1803 weisen die Einnahmen der Südgrafschaft aus den Schutzgeldern von 30 jüdischen Familien 229 fl. aus. Die Summe war damit faktisch konstant geblieben.²⁵

Die Aufnahmegebühren bei Erstniederlassung betrugen 48 oder 60 Reichstaler. Voraussetzung für die Ausstellung eines Schutzbriefes war ein Mindestvermögen von 600 Gulden (400 Rtlr.).²⁶ Als 1742 Samuel Weyl darum bat, dass sein Bruder sich in Schwarzenau niederlassen dürfe, wurde ihm das verweigert, obwohl dessen Braut ein Vermögen von 400 Gulden nachweisen konnte. Bei der Aufnahme eines Glaubensgenossen musste die gesamte Judenschaft der Grafschaft für die Zahlung des Schutzgeldes bürgen. Eine Judenordnung gab es für die Wittgensteiner Territorien im Gegensatz zu den benachbarten hessischen Territorien nicht.²⁷ Allerdings enthielt die

21 Nach den neu ausgestellten Schutzbriefen im Fürstlich Sayn-Wittgenstein-Hohensteinischen Archiv, Laasphe (im Folgenden: FA Laasphe) J 86 sowie in FA Berleburg J 17.

22 RIEDESEL Karl-Ernst, Frauen in der jüdischen Gemeinde Berleburgs im 18. Jahrhundert. In: Wittgenstein 55 <1991> 126, 133.

23 FA Laasphe J 85.

24 HINSBERG Georg, Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Bd. 5: Geschichte der Grafschaft Wittgenstein-Berleburg unter der Regierung von Christian Heinrich, Graf, seit 1792 Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg (1773–1800) <Berleburg 1920> 110; RIEDESEL Karl-Ernst, Die Anfänge einer jüdischen Gemeinde in Berleburg während des 18. Jahrhunderts. In: Wittgenstein 58 <1994> 125–139; KLEIN Eitel, Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Grafschaft Sayn-Wittgenstein-Hohenstein vom 16. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts <Marburg 1936> 117 Anm. 323; WOMELSDORF Horst, Jüdisches Leben im Siegerland und Wittgenstein <Muldenhammer 2010> 179; SPIES, Wirtschaft und Verwaltung (wie Anm. 3) 27.

25 SPIES, Wirtschaft und Verwaltung (wie Anm. 3) 127 nach FA Laasphe R 125.

26 SCHMIDT, Geschichte (wie Anm. 15) 18 nach HARTNACK Wilhelm, Die Stellung der Juden in der Grafschaft Wittgenstein im 18. Jahrhundert. In: Das schöne Wittgenstein 2 <1930>.

27 Vgl. BATTENBERG Friedrich, Judenordnungen der frühen Neuzeit in Hessen. In: Heinemann Christiane (Red.), Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen. Beiträge zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben (= Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen 6) <Wiesbaden 1983> 83–122; MARZI Werner, Judentoleranz im Territorialstaat der Frühen Neuzeit. Judenschutz und Judenordnung in der Grafschaft Nassau-Wiesbaden-Idstein und im Fürstentum Nassau-Usingen (= Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen 16) <Wiesbaden 1999> 236ff., 286ff.

Polizeiordnung von 1776 fünf die Juden betreffende Paragraphen, wonach sie u. a. bei Hehlerei ihren Schutz verlieren und des Landes verwiesen werden sollten.²⁸ Seit 1776 übte in der Südgrafschaft die Polizeikommission die allgemeine Aufsicht über die Juden aus.²⁹ In religiösen Angelegenheiten war das Konsistorium für sie zuständig.³⁰

Angesichts der grundsätzlichen Bereitschaft, vermögende Juden aufzunehmen, überrascht die Anordnung an die Laasphe Hofkammer von 1741, innerhalb eines halben Jahres alle Schutzjuden aus der Südgrafschaft auszuweisen. Sie hätten sich nicht gemäß den Bestimmungen ihrer Schutzbriefe verhalten, sondern „den Landesuntertanen ihr Gewerbe geschwächt“.³¹ 1740 hatte das Wittgensteiner Land eine schwere Hungerkrise erlitten, die durch schlechte Ernten aufgrund extrem kalter Witterung hervorgerufen worden war.³² Möglicherweise fürchteten die Mitglieder der Laasphe Zünfte, vor allem die Metzger und Bäcker, um ihre wirtschaftliche Existenz und hofften sich zu retten, indem sie sich der Juden entledigten. Pfarrer Johann Justus Koch aus Erndtebrück stellte am 5. Januar 1742 den Juden, diesem „unschuldig blamirte[n] Volck“, ein positives Gutachten aus.³³ Die Frage, ob man sich damit versündige oder ob „deren Feind seeliges Gemüth gegen Christen“ als Begründung ausreiche, wenn „man die Juden alle aus dem Land“ jage, verneinte Koch. Zwar sei den Juden „der Haß gegen Jesum mit der Muttermilch“ eingeflößt worden, und, obwohl sie „in ihren Büchern Jesum lästern“, riet er – unter Verweis auf das Lukasevangelium – zur Toleranz. Man müsse ihnen vergeben, „denn sie wissen nicht, was sie thun“. Weiter heißt es bei Koch: „Endlich verbindet uns mit zu ihrer Dultung und Vergünstigung des Auffenthaltis die allgemeine Leutseeligkeit, nach der wir alle Menschen lieben sollen und ihnen guts thun.“ Die Judenschaft legte ihrer Petition vom 6. April 1742 Kochs Gutachten bei. Ihre geplante Ausweisung wurde nicht umgesetzt.

Juden, die aus auswärtigen Territorien nach Wittgenstein kamen, hatten, wenn sie Märkte besuchen wollten, einen Leibzoll zu entrichten. Eine 1745 erlassene Verordnung sah vor, dass fremde Juden, sobald sie in das Land kamen, an der ersten Zollstätte den Zoll zu zahlen hatten. Kamen sie in die Stadt, mussten sie dort ein Zollzeichen lösen.³⁴ Die Höhe des Zolls richtete sich nach der Ausstattung der Juden. Die 1738 erneuerte Zolltaxe unterschied zwischen Juden, die zu Fuß, mit einem ‚Pack‘ oder auf einem Pferd reisten. Sie hatten einen gestaffelten Tarif in Höhe von 2 Albus 4 Pf., 3 Albus oder 3 Albus 3 Pf. zu zahlen. Die Zolltaxe von 1778 sah einen täglichen Leibzoll von 5 Albus vor. Für jedes Koppelpferd waren vier, für das Reitpferd 2 Albus zu entrichten.³⁵ Hinzu kam als Standgebühr ein Marktzoll. Der Konflikt des Berleburger Schutzjuden Israel mit der Laasphe Marktaufsicht 1734 resultierte aus der nur schwer zu treffenden Unterscheidung zwischen Markt- und Leibzoll. Israel weigerte sich we-

28 SPIES, Wirtschaft und Verwaltung (wie Anm. 3) 27.

29 Ebd. 20.

30 Nach FA Laasphe P 87.

31 WOMELSDORF, Jüdisches Leben (wie Anm. 24) 60; FA Laasphe J 83/84.

32 LÜCKEL Ulf, Ein wieder entdecktes Edikt des Grafen Casimir zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg (1687–1741) aus dem Jahr 1740. In: BURKARDT Johannes/LÜCKEL Ulf (Hg.), Aufsätze zu Geschichte und Naturkunde Wittgensteins. Eberhard Bauer zum 75. Geburtstag <Kreuztal 2004> 147–162.

33 FA Laasphe J 84; WOMELSDORF, Jüdisches Leben (wie Anm. 24) 60; das Gutachten ist ebd. 174–197 abgedruckt. Koch (1706–1781) war Sohn eines Gymnasialdirektors in Hanau, wo er in jungen Jahren eine größere jüdische Gemeinde kennengelernt haben dürfte. Er wurde noch 1742 zum ersten Pfarrer in Laasphe gewählt; BAUKS Friedrich Wilhelm, Die evangelischen Pfarrer in Westfalen von der Reformationszeit bis 1945 <Bielefeld 1980> 263 Nr. 3322.

34 HINSBERG, Sayn-Wittgenstein-Berleburg (wie Anm. 24), Bd. 5, 108.

35 KLEIN, Studien (wie Anm. 24) 128–130 nach FA Laasphe Z 46; SPIES, Wirtschaft und Verwaltung (wie Anm. 3) 43, 48.

gen des schon gezahlten Leibzolls, weiteren Marktzoll zu entrichten, wurde für eine Nacht inhaftiert und musste sich für 20 Gulden freikaufen.³⁶

Ebenfalls konfliktträchtig war die Erhebung des Schlagschatzes, des sogenannten Loh-Licent.³⁷ Unter dieser Bezeichnung waren in der Südgrafschaft auf ein- bzw. ausgeführte Ochsen-, Kälber- und Rinderhäute Abgaben zu entrichten. Bis 1727 kassierte die Zunft der Schuhmacher, Sattler und Gerber in Laasphe den Schlagschatz. Danach erhob ihn der Laasphe Bürgermeister für den Landesherrn. Diese Gebühr war sowohl von einheimischen als auch von auswärtigen Lederhändlern zu entrichten, unabhängig davon, ob sie Juden oder Christen waren. Allerdings galten für Juden besondere Bestimmungen. Wenn die Laasphe Juden Häute auf dem Lande einkauften, entrichteten sie den Schlagschatz erst nach der Rückkehr in die Stadt und nicht an dem Ort, an dem sie die Häute gekauft hatten. Außerhalb Laasphe wohnende Juden sollten entweder an Ort und Stelle oder an der nächsten Zollstätte zahlen. Auswärtige Juden hatten den Schlagschatz bei der Ausfuhr, abhängig vom Transportmittel, zu entrichten. Die Erhebung dieser Steuer führte nach 1772 zu einem lang andauernden Streit zwischen Moses Mayer³⁸, der von Laasphe nach Korbach gezogen war, und dem Laasphe Rügemeister Fischer, der schließlich vor dem Reichskammergericht verhandelt wurde.³⁹

Für gute Beziehungen zwischen den Schutzjuden und ihren Wittgensteiner Landesherren spricht die Tatsache, dass Laasphe Juden am Ende des Siebenjährigen Krieges 1763 ihre geschäftlichen Beziehungen einsetzten, um die englische Regierung zu einem Verzicht auf die aus den Grafschaften noch ausstehenden Cordongelder zu bewegen.⁴⁰

Die Aufhebung des ‚Leibzolls‘ für Juden in den hessischen Nachbarterritorien wirkte sich 1803/04 auch auf die Grafschaft Sayn-Wittgenstein-Berleburg aus.⁴¹ Die Berleburger Judenschaft machte in einer Eingabe vom 9. November 1803 darauf aufmerksam, dass der Handel mit den Nachbarn gestört werde, wenn es in Berleburg beim Leibzoll bliebe. Die Rentkammer hielt im Januar 1804 fest: „Der Leibzoll der Juden ist eine traurige Wirkung des Hasses jener barbarischen und finsternen Zeit der Vorurtheile und des Aberglaubens, dem Geist der jetzigen aber so zuwider, daß man sich compromittirt, wenn man dem Beispiel anderer Reichsstände, welche diese Religion des Unsinnns aufgehoben haben, nicht folgen wollte“. In Wittgenstein sei der Leibzoll wegen der vielen Zollabgaben für die Juden „doppelt drückend“. Infolge dieses Berichts entfiel seit Februar 1804 die Entrichtung des Leibzolls für Juden in der Südgrafschaft; die Verpflichtungen zu Zollabgaben blieben allerdings bestehen. Ob mit dem Begriff ‚Leibzoll‘ die Aufnahmegebühr bei Neuansiedlung oder das jährliche Geleit gemeint ist, lässt sich nicht abschließend klären.

36 VITT Fr., Schutzjud Israel wird arretiert und beschwert sich (Nach einer wahren Begebenheit). In: WOMELSDORF, Jüdisches Leben (wie Anm. 24) 213–215.

37 KLEIN, Studien (wie Anm. 24) 131f. nach FA Laasphe K 39; SPIES, Wirtschaft und Verwaltung (wie Anm. 3) 44.

38 Moses Mayer nannte sich ab etwa 1808 nach seiner Herkunft Moses Mayer Wittgenstein. Er war Urgroßvater des Philosophen Ludwig Wittgenstein (1889–1951).

39 FA Laasphe J 493; LAV NRW Abt. W (Münster), Reichskammergericht J 427.

40 HINSBERG Georg, Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Bd. 4: Kulturgeschichte im Rahmen eines Zwergstaates oder die Grafschaft Wittgenstein-Berleburg unter der Regierung des Grafen Ludwig Ferdinand (1741–1773) <Berleburg 1920> 139; HINSBERG, Sayn-Wittgenstein-Berleburg (wie Anm. 24), Bd. 5, 108.

41 FA Berleburg J 18.

4 Wirtschaftliche Tätigkeiten der Wittgensteiner Juden

Aus Sicht der Obrigkeit lagen die beruflichen Schwerpunkte der Wittgensteiner Juden offen zutage. Johann Daniel Scheffers Chronik hielt für Berleburg 1741 fest: „An Juden halten sich in Schutz hier in der Stadt auff zehen Familien, welche mit Allerhand handeln, die meisten sind aber Metzger oder Schlechter dabey“.⁴² Eine ähnliche Kombination der Berufe von Kaufleuten und Schlachtern gab es in Laasphe. 1786 trieben alle dort lebenden Juden Handel, zwei waren zugleich als Händler und Schlachter tätig, einer betrieb Eisenhandel.⁴³ Die Wittgensteiner Juden handelten intensiv mit Häuten und Fellen. Der Schwerpunkt der Landwirtschaft in Wittgenstein lag auf der Viehzucht, das Fleisch der Rinder wurde allerdings nicht am Ort konsumiert, sondern exportiert.⁴⁴ Die Juden konkurrierten beim Handel mit Häuten und Fellen mit den Schuhmachern. 1692 klagte ein Laaspheer Schuhmacher über den Fellhandel der Juden und erreichte, dass alle, die nicht der Schuhmacherzunft angehörten, jährlich 10 Gulden zahlen mussten. Dieser Betrag kam halb der Zunft und halb dem Grafen zugute. Die häufige Bekanntmachung dieser Vorschrift spricht dafür, dass sie kaum durchgängig eingehalten wurde.⁴⁵ Eine Triebfeder des Häutehandels war der große Bedarf des Gerbereigewerbes, das im Umfeld der Montanwirtschaft des Siegerlandes entstand. Dort waren Häute als Rohstoff knapp und mussten importiert werden.⁴⁶ Wie die Schuhmacher und die Gerber klagten auch die Metzger über die jüdische Konkurrenz. 1748 denunzierten sie die beiden Fleischschätzer aus Laasphe.⁴⁷ Sie hatten angeblich in Erfahrung gebracht, dass Juden krankes und schadhafte Vieh, das eigentlich dem Wasenmeister zu übergeben war, aufkauften, in die Stadt brächten und dort heimlich verkauften. Moses Simon und sein Sohn Meyer sowie Simon Raphael hätten kranke Kühe aufgekauft, der genannte Meyer und Mannus Raphael hielten eine verdächtige Kuh im Stall, hätten das Fleisch eingesalzen und es verkauft. Das ‚Gewänst‘ (Gedärme) hätten sie hinter die Scheune geworfen, nicht einmal die Hunde würden es fressen. Ob der Landesherr der Denunziation folgte und die Juden zur Rechenschaft zog, ist nicht überliefert. Er stand nicht zwangsläufig auf Seiten der Zunfthandwerker seiner Residenzstadt, wie eine spektakuläre Entscheidung gegen sie zeigt. 1768 entschied er gegen die Zunftmetzger, die sich weigerten, die Preise für Fleisch zu senken; den Juden gestattete er das Schlachten. Allerdings mussten sie dafür gestaffelte Gebühren zahlen: 2 Kreuzer für ein Kalb, einen Hammel oder ein Schaf, 10 Kreuzer für ein Rind, 20 Kreuzer für eine Kuh und 45 Kreuzer für einen Ochsen. Den vier in Laasphe

42 HARTNACK/BAUER/WIED, Berleburger Chroniken (wie Anm. 19) 163. Eine ähnliche Ausrichtung auf Vieh- und Häutehandel ist in den nassauischen Territorien und Hessen-Darmstadt festzustellen: MARZI, Judentoleranz (wie Anm. 27) 357–371; CASPARY Eugen, Viehhandel zur Zeit des Herzogtums Nassau im Golden Grund. In: Nassauische Annalen 101 <1990> 119–135, hier 122; BATTENBERG Friedrich, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt. Das Judenrecht eines Reichsfürstentums bis zum Ende des Alten Reichs (= Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen 8) <Wiesbaden 1987> 174 Nr. 150, 218f. Nr. 209, 245f. Nr. 245, 244f. Nr. 258, 257 Nr. 260.

43 BAUER Eberhard, Die Berufe der Bürger von Laasphe und Berleburg im 18. Jahrhundert. In: Wittgenstein 35 <1971> 70–76; SPIES, Wirtschaft und Verwaltung (wie Anm. 3) 28 zur Zeit um 1800.

44 SPIES, Wirtschaft und Verwaltung (wie Anm. 3) 66f.

45 KLEIN, Studien (wie Anm. 24) 101.

46 HAMBLOCH Sybille, Das Siegerländer Gerbereigewerbe 1815–1923 <St. Katharinen 1997> 55.

47 LANGE August, Ein Beschwerdebericht aus dem Jahre 1748 von den Fleischschätzern in Laasphe. In: Wittgenstein 45 <1981> 73f. Zu Fleischbeschauern vgl. SPIES, Wirtschaft und Verwaltung (wie Anm. 3) 53.

schlachtenden Juden, darunter Schulmeister und Vorsänger Elieser Baruch, wurde dagegen untersagt, das Fleisch beim Hausieren anzubieten.⁴⁸

Die Regelung bei der Zahlung des Schlagschatzes von 1728 belegt, dass die Wittgensteiner Juden der Südgrafschaft wie ihre christlichen Konkurrenten behandelt wurden. Sie mussten keine höheren Abgaben für Felle und Häute entrichten, die sie über die Grenze brachten. Nur auswärtige Juden hatten höhere Sätze zu zahlen. Auch das Verbot aus dem Jahr 1762, kein Vieh aus Hessen einzuführen, wo eine Hornviehseuche herrschte, galt für Christen und Juden gleichermaßen.⁴⁹ Es konnten Konflikte zwischen städtischen Mandatsträgern und jüdischen Viehhändlern ausbrechen. Einer wurde in den 1770er Jahren vor dem Reichskammergericht in Wetzlar verhandelt.⁵⁰ 1774 hatte der Laasphe Rügemeister Fischer den Meyer Moses bei der Hofkammer angezeigt, weil er 1773 den Schlagschatz nicht richtig abgeführt habe. Der Jude wurde bezichtigt, für 23 Ochsenhäute, die er aus dem Marstall erworben habe, und für 13 Kalbfelle keine Abgaben gezahlt zu haben. Die Kalbfelle habe er im Kölnischen gekauft und über Erndtebrück nach Biedenkopf gebracht. Meyer Moses schilderte den Sachverhalt aus seiner Sicht anders; er habe dem Schutzjuden Loeser in Erndtebrück 33 Rinds- und Rosshäute verkauft und die restlichen Häute nach Friedberg gebracht. Aus der Auflistung seiner Schlagschatz-Zahlungen zwischen 1772 und 1774 wird deutlich, dass er vor allem die herrschaftliche Küche beliefert hatte, allein 1772 mit 72, ein Jahr später mit 35 Ochsen. Die anfallenden Häute hatte er außerhalb des Landes verkauft, meistens in Friedberg oder Frankfurt. Ähnlich hatte der in der Akte erwähnte Aaron Meyer gehandelt, der dem Friedberger Schutzjuden Samuel Garde Ochsenhäute geliefert hatte. Meyer Moses beugte sich den Forderungen des Rügemeisters nicht und betrachtete dessen Anzeige als Schikane, weil er sich entschlossen hatte, nach Korbach umzuziehen und von dort auch 1777 seine Klage in Wetzlar einzureichen. Beim Wegzug nach Korbach hatte er eine Kautions für den angeblich nicht gezahlten Schlagschatz hinterlegen müssen, deren Rückgabe er einforderte. Aus einem weiteren Prozess, den Meyer Moses führte, wird ersichtlich, dass sein Wegzug als Vorwand diente, ihn finanziell zu übervorteilen.⁵¹ Seine Wechselforderungen an Graf Johann Ludwig (reg. 1756–1796) und dessen Bruder Carl über zusammen 981 fl. zuzüglich Zinsen sollten offenbar niedergeschlagen werden, um ihm den Umzug zu gestatten.

Die Messe in Frankfurt am Main spielte für die Laasphe Juden eine zentrale Rolle. Zwei von ihnen führten deswegen 1768 einen Prozess vor dem Reichskammergericht.⁵² Meyer Moses klagte gegen Baar Isaak auf die Einlösung von Schulden in Höhe von 676 Gulden. Sie stammten aus nicht eingelösten Wechseln und unbezahlten Warenlieferungen. Baar Isaak hatte 1766 bei Gumpel Emmerich in Frankfurt englische Textilien gekauft und dafür Wechsel auf den Namen Meyer Moses ausgestellt. Die in Frankfurt aufgelaufenen Forderungen wollte Baar Isaak mit einem Wechsel begleichen, den Graf August ihm ausgestellt hatte. Meyer Moses akzeptierte jedoch diese Form der Bezahlung nicht und ließ Baar Isaak in Beugehaft nehmen. Er war mehrere Wochen in Laasphe inhaftiert und führte von dort den Rechtsstreit mit Hilfe seiner Frau Bella weiter. Beide befürchteten den Ruin ihres Geschäfts, weil in Siegen Ware abholbereit lag. Hintergrund für die Hartnäckigkeit seines Kontrahenten dürfte ein Gerücht gewesen sein, das Baar Isaak verbreitet hatte: Meyer Moses soll im Crottorfer

48 FA Laasphe J 87; SPIES, Wirtschaft und Verwaltung (wie Anm. 3) 53; KLEIN, Studien (wie Anm. 24) 105.

49 KLEIN, Studien (wie Anm. 24) 68.

50 LAV NRW Abt. W (Münster), Reichskammergericht J 427.

51 Ebd. J 425.

52 Ebd. J 420, Bd. I – III.

Wald ein Rind gestohlen haben. Nach seiner Freilassung betrieb Baar Isaak sein Geschäft noch lange Zeit weiter. Als Matthias Langer 1797 für die Siamosen-Manufaktur von A. A. Dresler als Faktor nach Feudingen kam, deckte er sich bei Baar Isaak mit Bargeld ein.⁵³

Laasphe, Frankfurt a.M. und Berleburg verband ein Rechtsstreit aus den 1780er Jahren:⁵⁴ Raphael Zaddock aus Laasphe hatte Tuch für die Livreen der Bediensteten des Berleburger Schlosses geliefert, seinen Lieferanten, Noe du Fay aus Frankfurt, aber nicht bezahlt. Du Fay wandte sich daraufhin an seinen Korrespondenzpartner Johann Daniel Scheffer in Berleburg, der das Guthaben des Laaspheer Juden bei der Berleburger Kammer sperren ließ und du Fays Ansprüche anmeldete. Es zeigte sich, dass Raphael Zaddock insolvent war und seinen Gläubigern unterschiedliche Quoten als Entschädigung angeboten hatte. Scheffer erreichte die Gleichbehandlung aller Gläubiger bei einer öffentlichen Versteigerung von Raphael Zaddocks Gütern auf Schloss Wittgenstein, denn du Fay hätte nur 25 Prozent des ausstehenden Geldes erhalten sollen, während für einen Siegerländer 50 Prozent vorgesehen waren. 1783 war das Vermögen Raphael Zaddocks mit 2000 fl. veranschlagt worden, 1789 nur noch mit 200 Gulden.⁵⁵

Das Verhältnis der Juden in Berleburg zur christlichen Mehrheitsbevölkerung scheint im Vergleich zu Laasphe weniger spannungsgeladen gewesen zu sein.⁵⁶ Als 1755 Joel Levi in Berleburg das Gerücht verbreitete, auf der Rentkammer sei „geredet worden, man sollte alle Juden an Galgen hängen lassen“, schritt der Vorsteher der jüdischen Gemeinde, Feist Michael Beyfuß, dagegen ein. Er habe lediglich gehört, alle Juden, die ihr Schutzgeld nicht zahlen könnten, sollten des Landes verwiesen werden; er vermutete, Joel Levi sei betrunken gewesen.⁵⁷ Eine Ursache für das bessere Verhältnis zwischen Juden und Christen in Berleburg könnte gewesen sein, dass die Juden dort in einem geringeren Maße als in Laasphe in den Handel mit Vieh, Fellen und Häuten involviert waren und ein breiteres Angebot abdeckten. 1730 erhielt beispielsweise Isaak Lazarus die Genehmigung zur Niederlassung, um insbesondere holländische Ware, Tee, Kaffee und Nesselutuch, zu importieren. Im selben Jahr vertrieb Liebmann Joel Messer, Stecknadeln, Knöpfe, Schuhschnallen und Leinenband im Handel.⁵⁸

1724 pachtete Salomon Liebmann für 25 Rtlr. das Berleburger Branntweinhaus, ohne zunächst das Monopol für den Branntweinabsatz in der gesamten Südgraftchaft zu besitzen.⁵⁹ Mehrere Konzessionen an christliche Brenner waren bis 1733 erteilt worden. 1727 war der aus Elsoff nach Berghausen zugewanderte Isaak (auch Itzig) Melchior bei der Rentkammer vorstellig geworden und hatte ebenfalls eine Konzession zur Herstellung von Branntwein in einer eigenen Blase erhalten. Isaak war zuvor als Glaser tätig gewesen, hatte damit aber ebenso wie mit dem Schlachten zu wenig Geld für seinen Lebensunterhalt verdient. In den folgenden Jahren wurden Liebmann und Isaak Konkurrenten, die sich jedoch gemeinsam über eingeschmuggelten Branntwein beschwerten. 1733 war es Liebmann gelungen, allein das Recht zur Branntweinherstellung zu erlangen. Isaak gab sich aber nicht geschlagen, sondern brannte weiter,

53 LANGER Matthias, Leben in Wittgenstein 1797–1803. In: Wittgenstein 24 <1960> 58–68, 112–119, hier 63.

54 HINSBERG, Sayn-Wittgenstein-Berleburg (wie Anm. 24), Bd. 5, 109f. nach dem Korrespondenzbuch von J. D. [Johann Daniel] Scheffer; HARTNACK, Stellung der Juden (wie Anm. 26) 55f.; SCHMIDT, Geschichte (wie Anm. 15) 19.

55 FA Laasphe J 87.

56 Vgl. das „nicht judenfeindliche“ Gedicht von 1775 aus Berleburg anlässlich der Hochzeit von Graf Christian Heinrich: HARTNACK, Stellung der Juden (wie Anm. 26) 56f.

57 RIEDESEL, Anfänge (wie Anm. 24) 134.

58 FA Berleburg J 17.

59 Die Darstellung beruht auf FA Berleburg B 46.

und bot der Rentkammer 100 Rtlr. für das Monopol der Branntweinherstellung. Die Rentkammer schlug beiden Juden eine Zusammenarbeit vor, worauf sie sich einließen und 1736 das Monopol für 250 Rtlr. für drei Jahre pachteten, allerdings Garantien zur Bekämpfung des Schmuggels forderten. Nach nur einem Jahr hatten sich die beiden jedoch wieder entzweit. Isaak bezichtigte Liebmann, ihn zu übervorteilen. 1742 übernahm Liebmann wieder allein das Monopol und zahlte inzwischen 500 Rtlr. dafür. In jenem Jahr hatte er den späteren Berleburger Bürgermeister Johann Gärte überboten, der nur 310 Rtlr. geboten hatte. 1751 ersteigerte Feist Michael Beyfuß das Branntweinmonopol für 480 Rtlr., das er aber schon 1758 wieder verlor, denn die Rentkammer übertrug es dem Hofmeister Hans Wilhelm von Waldschmidt. Als sich dieser aus Gründen fehlender Rentabilität 1764 zurückzog, trat Isaak Wolff als Pächter mit 400 Rtlr. jährlich ein. 1776 stieg er aus diesem Geschäft aus, weil die Abnahme von Branntwein wegen der Verbreitung von Kaffee stark zurückgegangen war. Das Monopol wurde eingezogen und die Branntweinherstellung freigegeben.

Auch die Tabakpacht hatte die Berleburger Rentkammer zwischenzeitlich an Juden vergeben. 1733 hatte Liebmann Joel von einem Konsortium der Berleburger Kramer das Monopol übernommen, die Nordgrafschaft mit Tabak zu versorgen. Er galt als ‚Tobaksjude‘. Allerdings litt sein Absatz darunter, dass Tabak von jenseits der Grenzen eingeschmuggelt wurde. 1739 gründete Liebmann Joel mit Abraham Marx ein Kompagniegeschäft, um Tabakhandel zu betreiben. Als sich nur drei Jahre später die beiden zerstritten hatten, pachtete Abraham Marx das Monopol allein, wegen des schlechten Absatzes allerdings für eine um 10 Rtlr. reduzierte Pacht in Höhe von 30 Rtlr.; 1746 übernahm der Berleburger Ratsherr Schneider das Monopol. An seine Stelle wollte 1752 der Jude Feist Michael Beyfuß treten (der schon 1751 auch das Branntweinmonopol ersteigert hatte) und bot dafür 75 Reichstaler. Der Nachfolger wurde jedoch Bürgermeister Johann Daniel Scheffer. Er beschuldigte 1755 jüdische Händler, fremden Tabak ins Land gebracht zu haben.

1795 kooperierte Feist Michael Beyfuß mit dem christlichen Berleburger Kaufmann Ludwig Marburger und dem Schmallenberger Schutzjuden Samuel Isaak bei der Getreidelieferung an kaiserliche Truppen.⁶⁰ Beyfuß nutzte seine Informationen über die unterschiedlichen Getreidepreise in Meschede und Lippstadt und schrieb seinem „lieben Freund“ Marburger: „Es steckt ein großer Nutzen in diesem Geschäft“. Marburger verpflichtete sich, Beyfuß’ Handelsknecht Abraham mit 2000 Rtlr. auszustatten, um das Geschäft abzuschließen. Die hier erwähnten Orte zeigen, dass sich die Berleburger Juden nicht nur auf Frankfurt orientierten, sondern auch nach Norden. Drei eher zufällig erhaltene Nachrichten unterstützen diese Vermutung. 1755 befand sich Moses Israel nach Auskunft seiner Frau Bela auf Geschäftsreise „in daß Brandenburgische Land“.⁶¹ In Akten aus Lippe wird 1757 der Berleburger Jude Mendel Abraham erwähnt, der dort Lose der Dortmunder Lotterie verkaufte.⁶² Abraham Lazarus wirkte in der Berleburger Hofkapelle als Bassist und erhielt dafür einen Lohn von 14 Rtlr.⁶³

5 Innerjüdische Organisation

Anhand mehrerer Präzedenzfälle hat sich bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts eine Art Gemeindeordnung für die Berleburger Juden herauskristalliert.⁶⁴ Anlässlich der Be-

60 HINSBERG, Sayn-Wittgenstein-Berleburg (wie Anm. 24), Bd. 5, 108f.

61 RIEDESEL, Frauen (wie Anm. 22) 132.

62 SCHNEE Heinrich, Die Hofffinanz und der moderne Staat, Bd. 3: Die Institution des Hoffakorentums in den geistlichen Staaten Norddeutschlands, an kleinen norddeutschen Fürstentümern, im System des absoluten Fürstentums <Berlin 1955> 99.

63 FA Berleburg F 181 zu 1762/63.

64 FA Berleburg J 17; RIEDESEL, Anfänge (wie Anm. 24) 128 (folgende Zitate ebd.).

stallung von Feist Michael Beyfuß zum Vorsteher der Berleburger Juden wurde 1749 eine solche schriftlich fixiert. Der Vorsteher war verpflichtet, wenn „jüdischen Gesetzen und Ceremonien entgegengehandelt“ werde, Strafen auszusprechen, die zur Hälfte an die gräfliche Rentkammer bzw. an den Armenkasten der jüdischen Gemeinde fielen. Zwei Aspekte wurden direkt angesprochen: die Synagoge und die Unterstützung der durchreisenden armen Juden („Betteljuden“), denen längstens für zwei Tage in Berleburg Unterkunft gewährt werden durfte. In Streitfällen war der Rat des Rabbiners in Friedberg einzuholen. 1729 hatte sich der dortige Rabbiner an Graf Casimir gewandt, um die bei der Wittgensteiner Judenschaft „eingerissenen ärgerlichen Unordnungen“ abzustellen. Der Vorsteher der Berleburger Judenschaft war Ansprechpartner für die gräfliche Kammer und hatte nicht nur die Einhaltung der jüdischen Gesetze zu garantieren, sondern auch Berichte über die Judenschaft abzugeben. Äußerten Juden Interesse an einer Niederlassung, gab er eine Stellungnahme ab. Sowohl Feist Michael Beyfuß als auch sein Nachfolger Wolff Isaak argumentierten 1760 gegen die Aufnahme weiterer Schutzjuden, weil „das Land mit mehreren Juden angefüllt sei und kein großer Nutzen oder Vorteil dadurch geschaffen werde, wann einer dem anderen das Brod aus dem Munde ziehet“. ⁶⁵ Der Vorsteher konnte sich im Zweifel der Unterstützung durch die Rentkammer sicher sein. Als Feist Michael Beyfuß 1769 heftige Kritik innerhalb der Gemeinde auf sich zog, weil er seinen Schwiegersohn bei der Lesung aus der Thora bevorzugt hatte, bestätigte die Rentkammer die vom Vorsteher ausgesprochenen Strafen. Bald danach löste ihn Wolff Isaak im Amt ab. ⁶⁶

In Laasphe kam es wie in Berleburg in den 1720er Jahren zu Streitigkeiten innerhalb der jüdischen Gemeinde. ⁶⁷ Auch hier wurde der Friedberger Rabbiner Michael Bär Oppenheim zur Schlichtung eingeschaltet. ⁶⁸ Erster Streitpunkt war 1721 die Fürsorge für durchreisende Arme, die nicht den Status eines Schutzjuden besaßen. Sie konnten eine Übernachtung in Laasphe in Anspruch nehmen und erhielten ein Almosen aus dem Armenkasten. Mit Hilfe des aus Friedberg eingeschalteten Vermittlers aus Schmallenberg fand man folgende Lösung: Je nach Vermögensstand wurde die Zahlung an durchreisende „Betteljuden“ durch Los entschieden. Dies geschah durch „Billets“, die im Lostopf lagen. Der zweite Streitpunkt war die Pflicht, am Sabbat die Synagoge zu besuchen bzw. die angedrohte Strafe bei Nichtbesuch. 1752 wurde auch für die Laaspheer Juden eine Gemeindeordnung erlassen, die allerdings um einiges ausführlicher ausfiel. ⁶⁹ In ihr nahmen die Vorschriften zur Gestaltung des Gottesdienstes am Sabbat und an anderen Feiertagen größeren Raum ein, Erwähnung fand auch der Armenkasten, den zwei Kastenmeister verwalten sollten. Aktueller Anlass für die Abfassung der Gemeindeordnung war ein Streit über die Verteilung der Almosengelder. Die 1752 bestimmte Finanzierungsform des Armenkastens über einen pauschalen Satz von 20 Pfennigen, die monatlich zu zahlen waren, sollte jedoch keinen Bestand haben. Dieser Betrag erwies sich als zu hoch und war den Unterschieden innerhalb der Laaspheer Judenschaft nicht angemessen und deshalb nicht praktikabel. Denn wer nicht zahlte, sollte „keine jüdische Ceremoniale genießen“ und „kein Vieh zu schlachten“ befugt sein. 1783 kam es, nachdem wegen dieser Bestimmung Streit in der Synagoge ausgebrochen war, zu einer Revision dieser sogenannten „Judensteuer“, wie in einem Schreiben der Hofkammer zu lesen ist. ⁷⁰ Ab diesem Zeitpunkt wurden die Beiträge aufgeteilt. Jeder in Laasphe ansässige Schutzjude, ob arm oder reich, hatte nur noch

65 Ebd. 132.

66 Ebd. 137f.

67 FA Laasphe J 87; SCHMIDT, Geschichte (wie Anm. 15) 10–12.

68 Zu ihm vgl. ARNSBERG Paul, Die jüdischen Gemeinden in Hessen. Anfang, Untergang, Neubeginn <Frankfurt a. M. 1971> Bd. 1, 200.

69 Text: SCHMIDT, Geschichte (wie Anm. 15) 14f.

70 FA Laasphe J 87.

pauschal fünf Kreuzer zu zahlen. Zwei Prozent der zu verteilenden Summe wurden vom Kapital des Armenkastens genommen, das bei dieser Gelegenheit neu geschätzt wurde. Zur Verpflegung der durchreisenden armen Juden wurden wie 1721 ‚Billets‘ ausgestellt. Die Regelung, Verzeichnisse rückständiger Zahler bei der gräflichen Verwaltung abzuliefern, blieb bestehen. Alle Beteiligten wurden verpflichtet, ihren Gottesdienst ohne Streit zu verrichten. Es dauerte allerdings sechs Jahre, bis man sich 1789 auf die Höhe des einzuzahlenden Kapitals aller Beteiligten einigen konnte. Dies lag am Widerstand des vermögendsten Schutzjuden in Laasphe, Simon Abraham. Er akzeptierte die Einstufung mit 2000 fl. lange nicht und musste erst durch die Obrigkeit dazu gezwungen werden. Er zahlte damit weit mehr als Manus Keyser (600 fl.) und Baar Isaak (400 fl.). Am unteren Ende der Vermögensskala standen gleich fünf Juden, die nur mit 50 fl. eingestuft wurden. Es ist zweifelhaft, ob diese Werte das tatsächliche Vermögen belegten. Fakt ist allerdings, dass es zwischen armen und reichen Juden in Laasphe (und wohl auch in Berleburg) erhebliche Vermögensunterschiede gab. Einer der offenbar ärmeren Juden, Joseph Stieglitz, beklagte im Februar 1730 seine Notlage gegenüber dem Grafen. Er bat dringend darum, ihm die 21 Rtlr. für die im halben Jahr zuvor erfolgten Lieferungen an den Küchenmeister auszuzahlen. Er besitze keinerlei Kredit mehr in Stadt und Land und könne seine Familie und sich wegen Brotmangels nur „mit aufgesottenen Kartoffeln“ über den Winter bringen. Der Brief ist im Übrigen eines der ältesten Zeugnisse für den Verzehr von Kartoffeln in Westfalen.⁷¹

6 Die wirtschaftlichen Beziehungen der Landesherrn zu auswärtigen Juden

Neben dauernd ansässigen Schutzjuden, durchreisenden ‚Betteljuden‘ und jüdischen Händlern, die von außerhalb der Wittgensteiner Grafschaft die Jahrmärkte besuchten, gab es eine vierte Gruppe von Juden. Es sind die Juden, bei denen die Grafen selbst Kredite aufnahmen oder zu denen sie in Geschäftsbeziehungen standen. Zu nennen sind erstens die sogenannten Münzjuden, zweitens der jüdische Bergwerksverwalter Marx Moses, der aus Sicht der Laasphe Hofkammer ein finanzielles Desaster verursachte, und drittens die ‚Wechseljuden‘, die den Grafen und ihren Familien Kredite einräumten.

6.1 Die Beteiligung von Juden an der Wittgensteiner Münzproduktion

Die Wittgensteiner Grafschaften haben in der deutschen Münzgeschichte keinen guten Ruf. Das liegt vor allem an Graf Gustav zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein (reg. 1678–1698), der den Beinamen ‚Vater der Heckenmünzen‘ trug.⁷² Ihm und seiner Familie reichten für ein standesgemäßes Leben die Einkünfte aus dem Territorium nicht. Durch Münzmanipulationen versuchte er, sie aufzustocken, indem er den Gehalt an Edelmetallen in den Münzen reduzierte. Von der Differenz zwischen Nennwert und Herstellungskosten hoffte er zu profitieren. Diese Vorhaben scheiterten jedoch, sie führten zu zahllosen Münzverrufen, 1687 zur Stilllegung der Münze auf Schloss Wittgenstein und schließlich zum Entzug des Münzregals durch Kaiser Leopold I. im Jahr 1692. In welcher Weise Juden Graf Gustav und anderen Wittgensteiner Grafen halfen, das Münzgeschäft zu betreiben, soll im Folgenden erläutert werden.

71 HARTNACK Wilhelm, Einführung der Kartoffeln in Wittgenstein. In: Wittgenstein 23 <1959> 62f. Die Familie Stieglitz ließ sich später in Arolsen als Hoffaktoren der Waldecker Grafen nieder; vgl. SCHNEE, Hofffinanz (wie Anm. 62), Bd. 3, 90f.; BERBÜSSE Volker, Geschichte der Juden in Waldeck. Emanzipation und Antisemitismus vor 1900 <Wiesbaden 1990> 37 Anm. 53.

72 MÜLLER-JAHNCKE Wolf-Dieter/VOLZ Franz Eugen, Die Münzen und Medaillen der gräflichen Häuser Sayn <Frankfurt a. M. 1975> 105.

Graf Johann VIII. (reg. 1634–1657) unterhielt bereits als brandenburgischer Statthalter von Minden 1653 Geschäftsbeziehungen zu Berend Levi, Vorsteher der Judenten in den westlichen Provinzen Brandenburgs, wegen der Mindener Münze.⁷³ In Berleburg schloss Graf Georg Wilhelm (reg. 1643–1684) 1665 mit dem Schutzjuden Haymon einen Vertrag über die Lieferung von Silber und Kupfer für die Münzprägung ab.⁷⁴ Graf Georg übertrug das Münzregal 1674 seinem Vetter Gustav. Dieser hatte in Ellrich in der von ihm verwalteten Grafschaft Hohenstein erste Erfahrungen mit dem Münzgeschäft gemacht.⁷⁵ Nur eine Woche, nachdem der Vertrag zwischen den beiden Vettern geschlossen worden war, vereinbarte Graf Gustav am 10. November 1674 mit den beiden Frankfurter Juden Isaak Goldschmidt und Jakob Hertz die wöchentliche Lieferung von Silber im Wert von 2000 Rtlr. nach Marburg, von wo es nach Berleburg geholt werden sollte.⁷⁶ Bereits am 12. Juli 1674 hatte Graf Gustav mit dem Juden Nessel aus Schönstatt in seiner Herrschaft Vallendar vereinbart, gelieferte Münzen nicht in seinen Territorien oder in deren Nachbarschaft abzusetzen.⁷⁷ Das und die Verpflichtung der beiden Frankfurter Juden zum Stillschweigen belegen die unlauteren Absichten von Graf Gustav. Da die Frankfurter Juden nicht genug Silber nach Marburg bzw. Berleburg liefern konnten, traten an ihre Stelle im Juli 1675 die Halberstädter Juden Nathan David, Calmon Salomon und Isaak Frankel, deren Lieferungsoll auf 5000 Rtlr. erhöht wurde. Graf Gustav hatte mit ihnen bereits bei der Hohensteiner Münzprägung zusammengearbeitet. Aber auch ihnen gelang es nicht, die ehrgeizigen Pläne des Wittgensteiner Grafen zu erfüllen. Die Münzprägung in Berleburg wurde daraufhin eingestellt, ruhte bis 1680 und wurde 1681/82 unter anderen Vorzeichen wieder aufgenommen. Graf Gustav, der inzwischen auf Schloss Wittgenstein seinem abgedankten Bruder Ludwig Christian (reg. 1657–1678) gefolgt war, legte innerhalb seines Territoriums eine Schmelzhütte in Schwarzenau an. Dort sollten silberhaltige Erze eingeschmolzen und zu Münzen geprägt werden. Als Lieferant für das Münzsilber gewann Graf Gustav den Frankfurter Juden „Elkan Moses zum Vogelgesang“.⁷⁸ Dieser verpflichtete sich am 16. April 1682, wöchentlich 100 Zentner Pagament (aus alten Münzen geschmolzenes Silber) nach Frankenberger, Siegen oder Marburg zu liefern und sich dafür mit in Frankfurt üblichen Weißpfennigen

73 Ebd. 94–96. Die Erfahrungen von Graf Johann VIII. waren 1687 auf Schloss Wittgenstein noch gegenwärtig, wenngleich falsch datiert; GROSSMANN Karl, Die Wittgensteiner Münzprägungen des Grafen Gustav zu Sayn-Wittgenstein in den Jahren 1680–1691. In: Zeitschrift für Numismatik 35 <1925> 84–106, hier 101. Zu Berend Levi vgl. LINNEMEIER Bernd-Wilhelm, Jüdisches Leben im Alten Reich. Stadt und Fürstentum Minden in der Frühen Neuzeit (= Studien zur Regionalgeschichte 15) <Bielefeld 2002> passim.

74 MÜLLER-JAHNCKE/VOLZ, Münzen (wie Anm. 72) 82f. nach FA Berleburg M 119.

75 GROSSMANN Karl, Die Münzprägung des Grafen Gustav zu Sayn-Wittgenstein in der Münze zu Berleburg im Jahre 1675. In: Zeitschrift für Numismatik 33 <1922> 250–259 nach FA Laasphe M 176 I.

76 Zu den beiden genannten Juden vgl. DIETZ Alexander, Stammbuch der Frankfurter Juden. Geschichtliche Nachrichten über die Frankfurter jüdischen Familien von 1349 bis 1849 <Frankfurt a. M. 1907> 122f. (Löb Isaak Goldschmidt-Hamel?), 296 (Firma Herz Stern im weißen Schwan).

77 FA Laasphe M 176 I, fol. 148. Es ist zu vermuten, dass es sich um den Ort Schönstatt (Herrschaft Vallendar) und nicht Schönstadt bei Marburg handelt.

78 GROSSMANN, Wittgensteiner Münzprägungen (wie Anm. 73); MÜLLER-JAHNCKE/VOLZ, Münzen (wie Anm. 72) 112–116; KLEIN, Studien (wie Anm. 24) 121f. Elkan Moses (Metz) besaß weitläufige Geschäftsbeziehungen, u. a. nach Amsterdam, dem Einkaufsort für ostindisches Silber, und fungierte zugleich als Finanzier mehrerer deutscher Fürsten; vgl. DIETZ, Stammbuch (wie Anm. 76) 200f.; KALTWASSER Inge (Bearb.), Inventar der Akten des Reichskammergerichts. Frankfurter Bestand <Frankfurt a. M. 2000> 514 Nr. 681, 523 Nr. 698, 530 Nr. 708/709, 603 Nr. 825.

bezahlen zu lassen.⁷⁹ Nachdem der Vertrag zweimal, zuletzt am 15. November 1684, verlängert worden war, sollte Elkan Moses im Sommer für 6000 Rtlr., im Winter für 5000 Rtlr. Pagament liefern. 1686/87 wurde Elkan Moses abgelöst. Ihm folgten eine Vielzahl von Lieferanten; von ihnen war nur noch einer Jude: Isaak, mit unbekannter Herkunft.⁸⁰ Die in Schwarzenau geprägten Münzen nahm der Jude Moses Oppenheimer aus Frankfurt ab.⁸¹ 1684 war die Münzprägwerkstatt nach Schloss Wittgenstein umgezogen, wo sie 1687 stillgelegt wurde. Nachdem das Verbot der Münzprägung 1692 wieder aufgehoben worden war, nahm Graf Gustav umgehend die Prägung minderwertiger Münzen erneut auf. 1695 wurde er wegen Falschmünzerei angeklagt, noch im gleichen Jahr musste er 10 000 Gulden zahlen, um das Münzregal zurückzu-erhalten. Zwischenzeitlich hatten Philippi Jakob und Juda Isaak aus Halberstadt Silber für die Wittgensteiner Grafschaften geliefert. Ein 1700 in Kassel erstelltes Gutachten machte Elkan Moses für ein weitreichendes Komplott verantwortlich. Gemeinsam mit mehreren Komplizen aus Trier, Frankfurt und Würzburg habe er mit Falschmünzerei mindestens 280 000 Rtlr. verdient.⁸²

6.2 Der Wittgensteiner Bergwerksverwalter Marx Moses und die Bergwerke im oberbergischen Amt Windeck

Über Graf Gustavs Tod im Jahr 1700 hinaus dauerte ein Prozess vor dem Reichskammergericht an, den der ehemalige Wittgensteiner Bergwerksverwalter Marx (Marcus) Moses Ende 1694 gegen ihn angestrengt hatte und der schließlich 1715 mit einem Vergleich endete.⁸³ Die Vorgeschichte dieses Prozesses beginnt im späten 15. Jahrhundert, als die Erträge aus dem Bergbau in der Herrschaft Homburg sowohl von den Grafen von Sayn-Wittgenstein als Inhaber dieser Herrschaft als auch von den Herzögen von Berg beansprucht wurden.⁸⁴ Noch zu Lebzeiten von Graf Ludwig d. Ä. kam es 1604 im Siegburger Vergleich zu der Entscheidung, dass Graf Ludwig die Erträge aus den Kirchspielen Nümbrecht und Wiehl als Orte der Herrschaft Homburg erhalten sollte, während die Erträge aus den Kirchspielen Morsbach und Waldbröl an das Herzogtum Berg als Teile des Amtes Windeck fielen.

Als nach dem Dreißigjährigen Krieg der Bergbau in dieser Gegend allmählich wieder aufgenommen wurde, waren die Grafen weiterhin interessiert am Erwerb von Erzen, um die Hütten- und Hammerwerke in den eigenen Territorien betreiben zu können; denn die Erzvorkommen in Wittgenstein selbst reichten nicht aus, um den Bedarf zu decken.⁸⁵ In den 1680er Jahren setzte auch der Erzabbau in den Bergwerken Wildberg und Heideberg bei Eckenhagen im Amt Windeck wieder ein.⁸⁶ Möglicherweise handelt es sich bei Letzteren um die „auf einer Reise nach Amsterdam neu entdeckten

79 FA Laasphe M 176 I, fol. 265–279.

80 GROSSMANN, Wittgensteiner Münzprägungen (wie Anm. 73) 95.

81 BAUER, Betrieb der Feudinger Hütte (wie Anm. 16) 129. Moses Oppenheimer gehörte wahrscheinlich zur Linie „in der weißen Gans“, vgl. DIETZ, Stammbuch (wie Anm. 76) 220.

82 Das Gutachten von 1700 in FA Laasphe M 177 Bd. I, fol. 286–288. Eine ausführliche Darstellung der Vorgänge um 1700 nach FA Laasphe M 177 steht noch aus. Knapp hierzu: KLEIN, Studien (wie Anm. 24) 122; KRÄMER Fritz, Von Guten Groschen und Heckenmünzen. Ein Beitrag zur Geschichte des Wittgensteiner Geldes. In: DERS., (Hg.), Wittgenstein, Bd. 2 <Balve 1965> 247–258.

83 LAV NRW Abt. W (Münster), Reichskammergericht J 322; FA Laasphe B 97, 98.

84 NEHLS Alfred, Aller Reichtum lag in der Erde. Die Geschichte des Bergbaus im Oberbergischen Kreis <Gummersbach 1993> 113–123.

85 KRÄMER Fritz, Industrielle Versuche und Unternehmungen in Wittgenstein bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. In: DERS. (Hg.), Wittgenstein, Bd. 1 (wie Anm. 3), 451–497, hier 458ff.

86 Vgl. NEHLS, Reichtum (wie Anm. 84) 169–171; LAV NRW Abt. R (Duisburg), Jülich-Berg III 2182.

silberhaltigen Erzen“, die Elkan Moses Graf Gustav laut Vertrag vom 15. November 1682 nicht vorenthalten wollte.⁸⁷ 1690 wurden die genannten Gruben von einem Konsortium, dem auch die kurpfälzischen Militärprovisoren Lion Gumbert und Geschäftspartner angehörten, betrieben.⁸⁸ Ob Marx Moses schon diesem Konsortium angehörte, bleibt unklar, jedenfalls firmierte er als kurpfälzischer Schutzjude, doch 1691 betrieb er beide Bergwerke. Seit jenem Jahr stand er in Kontakt zu Graf Gustav und diente ihm die Bergwerke Wildberg und Heidberg an. Die späteren Zeugenaussagen belegen die großen Versprechungen, die Marx Moses gemacht haben muss. Bezeugt ist seine Aussage, die Bergwerke würden einen größeren Schatz als der Harz bergen.⁸⁹ Am 28. November 1692 schloss Graf Gustav mit ihm einen Vertrag ab.⁹⁰ Einleitend teilte der Graf mit, dass er von den Militärprovisoren beide Bergwerke für elf Jahre gepachtet habe. Marx Moses, zu diesem Zeitpunkt schon als sein Bergverwalter bestellt, wurde mit dem Betrieb der Bergwerke Wildberg und Heidberg beauftragt und durfte „sechs pro cento von allen außer der gruben gewonnen ertzen haben und genießen“. Der Graf erwartete, dass Marx Moses den gesamten Ertrag der Bergwerke an ihn lieferte, und wollte ihm dafür 3 Rtlr. pro Zentner vergüten. Sieben Monate später, am 30. Juni 1693, wurde der erste Vertrag modifiziert. Das sollte im späteren Prozess eine entscheidende Rolle spielen, denn Marx Moses wurde unterstellt, „er hätte den Graffen beim Öhrgen gekriegt“.⁹¹ In der Tat handelte er sehr günstige Konditionen für sich aus, denn er sollte fünf Jahre lang pro Woche 18 Rtlr. erhalten und dafür 600 Zentner Erz liefern. Die als Zeugen befragten Bergleute bestätigten später, dass es unmöglich sei, eine solche Menge zu liefern; bestenfalls 400 Zentner könnten erreicht werden.⁹² Der Bericht des bergischen Bergvogtes Matthäus Gerhard Recklinghausen lässt vermuten, dass Marx Moses die Grube Wildberg im Raubbau betreiben ließ. Ein Stollen sei wegen unsachgemäßer Abbautechnik eingebrochen, die Grube könne erst nach kostenträchtigen Arbeiten wieder in Gang gebracht werden.⁹³ Graf Gustav ließ sich blenden, zumal die Hütten in Feudingen und Schwarzenau über Römershagen beliefert wurden. Dort saß ein vom Grafen beauftragter Faktor, Matthias Schmidt, der die Erze aus Wildberg in Empfang nahm und weiter transportierte.⁹⁴ Im März 1694 schien das Verhältnis zwischen Graf Gustav und Marx Moses noch gut zu sein, denn ergänzend zum Vertrag vom 30. Juni 1693 sollte Marx Moses 3300 Rtlr. in vier Raten erhalten.⁹⁵ Offenbar ohne Sorge über die Erträge der Bergwerke schloss Graf Gustav mit dem Fürstentum Pfalz-Neuburg am 1. April 1694 einen Kontrakt über die Nutzung ab.⁹⁶ Als die vereinbarten Zahlungen des Grafen ausblieben, geriet Marx Moses unter Druck.⁹⁷ Er konnte die Bergleute nicht mehr bezahlen und wurde zudem von bergischen Bergbeamten wegen des Stollenbruchs bedrängt. Noch von Wildberg aus beschuldigte er die Administration auf Schloss Wittgenstein, vor allem die dortigen Bergoffizianten, Betrüger zu sein und ihm die Bezahlung vorzuenthalten. Der Einsturz des Stollens sei durch sie verursacht worden. Diese Vorwürfe brachten die Beamten jedoch gegen ihn auf. Unter dem Vorwand, ihn bezahlen zu wollen, lockte

87 GROSSMANN, Wittgensteiner Münzprägungen (wie Anm. 73) 88.

88 LAV NRW Abt. W (Münster), Reichskammergericht J 322, fol. 176.

89 Ebd. fol. 58.

90 Ebd. fol. 23–24v.

91 Ebd. fol. 43.

92 Ebd. fol. 52v–53.

93 LAV NRW Abt. R (Duisburg), Jülich-Berg III 2182, fol. 6–7.

94 LAV NRW Abt. W (Münster), Reichskammergericht J 322, fol. 139, 165–166.

95 Ebd. fol. 94–95.

96 Ebd. fol. 91–29v, 101–102v.

97 Für die Ereignisse im Juni und Juli 1694 auf Schloss Wittgenstein ist die beste Überlieferung in FA Laasphe B 97 zu finden.

man ihn zum Schloss Wittgenstein und setzte ihn dort am 25. Juni 1694 gefangen. Zunächst wurde er in der Torstube festgesetzt. Der Graf und seine Beamten warfen dem Juden nicht nur Treuebruch wegen ausbleibender Erzlieferungen vor, sondern auch, dass er einige Jahre zuvor einen gehängten Juden bei Laasphe vom Galgen genommen habe, ferner habe er vorgeschlagen, Falschmünzen zu produzieren. Die Laaspheer Judenschaft musste ihn während seiner Haft verpflegen. Als er von dort gegen den Grafen und seine Beamten antichambrierte und angeblich auch schon einen Prozess vorbereitete, verschärfte man die Haftbedingungen, legte ihm Hand- und Beinfesseln an und inhaftierte ihn im Schlossturm. Der Gefangene befreite sich mit Hilfe seiner Frau unter Einsatz des Lebens und floh nach Düsseldorf, wo er von den Ketten, die nach Aussagen von Marx Moses angeblich 33 Pfund wogen, befreit wurde. Marx Moses empfand seine Haft als tiefe Schmach, denn statt „gütlicher Zahlung“ sei er „ganz ohnerhört in schimpflichen Arrest genommen, in Ketten und Banden geschlossen“ worden und habe sich dreißig Tage lang „täglich durch drei Musquetiere mit brennenden Luntten mit bloßen Degen bewachen lassen“ müssen. Von Düsseldorf aus reichte er beim Reichskammergericht in Wetzlar eine Klage gegen Graf Gustav ein. Sie wurde am 13. Dezember 1694 auf Schloss Wittgenstein zugestellt. Marx Moses bestätigte im Laufe des Prozesses, bei Laasphe einen erhängten Juden vom Galgen abgenommen zu haben.⁹⁸ Er bejahte auch den Vorwurf, dem Grafen die Prägung von holländischen Schillingen vorgeschlagen zu haben. Marx Moses, der später nach Amsterdam zog und mit Gewürzen handelte, stritt sich bis 1715 mit dem Grafen und dessen Erben wegen eines Vergleichs, bei dem er 1000 Rtlr. erhalten sollte.⁹⁹

Mit den Regressforderungen des Herzogtums Berg mussten sich Graf Gustavs Nachfolger noch bis 1718 auseinandersetzen, bevor eine ‚Gewerkschaft‘ mit kapitalstarken rheinischen Großbürgern das Bergwerk Wildberg wegen erhoffter Silberausbeute übernahm.¹⁰⁰ Auf Schloss Wittgenstein galt der Jude Marx Moses als Betrüger und eigentlicher Verursacher des Debakels. In gleicher Weise muss jedoch das unglückliche Agieren der Grafen in Rechnung gestellt werden, die keine Expertise in Bergwerkssachen besaßen und „bei ihren eigenen Prägungen keine großen Finanzmänner waren“.¹⁰¹

6.3 Kreditaufnahme bei Wechseljuden

Die Akten des Reichskammergerichts und ihre Gegenüberlieferung in den Wittgensteiner Archiven als Parteiakten sowie die dort lagernden Dokumente zur Aufnahme von Passivkapital belegen, dass die Wittgensteiner Grafen und ihre Familien intensive Geschäftsbeziehungen zu Juden außerhalb ihrer Territorien unterhielten, um Kredite zu erhalten. Vor allem, wenn Wechsel nicht eingelöst wurden, sahen sich die Grafen zu Sayn-Wittgenstein Klagen ihrer jüdischen Gläubiger beim Reichskammergericht in Wetzlar ausgesetzt.¹⁰²

Im Vergleich fällt auf, dass die Berleburger Linie erheblich seltener Klagen auf sich gezogen hat als die Wittgensteiner. Es waren vor allem die Grafen August und Friedrich zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, die zwischen 1723 und 1756 wegen ih-

98 LAV NRW Abt. W (Münster), Reichskammergericht J 322, fol. 58v–59v.

99 FA Laasphe B 97, fol. 265.

100 LAV NRW Abt. R (Duisburg), Jülich-Berg III 2759; FA Laasphe B 99, Bd. 1 und 2; NEHLS, Reichtum (wie Anm. 84) 178.

101 KLEIN, Studien (wie Anm. 24) 124.

102 AMEND-TRAUT Anja, Wechselverbindlichkeiten vor dem Reichskammergericht. Praktiziertes Zivilrecht in der Frühen Neuzeit (= Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich 54) <Köln u. a. 2009>; ebd. 163–166, 244–247 u. a. zu (Frankfurter) Juden als Beteiligten in Prozessen.

rer Schulden in Wetzlar verklagt wurden. Unter den Klägern, die gegen sie auftraten, waren es vor allem Juden aus Wetzlar, darunter Marx Joseph als eine Art Hoffaktor der Grafen.¹⁰³ Dieser fungierte 1737 und 1754 als Sprecher der jüdischen Gemeinde in Wetzlar. Neben Wetzlarer spielten Frankfurter Juden in den Wittgensteiner Grafschaften eine wichtige Rolle. Auch die anderen jüdischen Gläubiger der Grafen und ihrer Familien waren im Raum zwischen dem Rhein und Kassel ansässig.

In chronologischer Reihenfolge steht die Klage von Löw Ochs aus Frankfurt gegen Graf Heinrich Albrecht (reg. 1798–1723) am Anfang.¹⁰⁴ Der Frankfurter Jude hatte eine Forderung über 7000 fl., die auf ältere Schulden des Majors von Buchenau zurückging, für den der Graf gebürgt hatte. Auch der zweite Prozess, in den Graf Heinrich Albrecht 1722 verwickelt war, ging auf Schulden zurück, die andere gemacht hatten. Zwei junge Grafen aus Vallendar hatten je 200 fl. aufgenommen, um sich „Kleider und andere unnütze Dinge“ während ihrer Kavalierstour zu kaufen. Der regierende Graf übernahm ihre Schulden nicht, sondern legte Protest ein. Er tat dies 1722 in einem Brief, der Vertrautheit mit dem Schuldner dokumentiert. Er schrieb an den „lieben Jud Löw“ und schloss als sein „affectionirter Henrich Graf“. ¹⁰⁵ Die beiden Söhne der Gräfin Vallendar beschäftigten mit ihren Schulden auch Graf August, ihren Vormund. Dieser trat 1723 die Nachfolge seines im genannten Jahr verstorbenen Bruders an, nachdem er schon vier Jahre dessen Mitregent gewesen war. 1729 kam es zu einer Klage wegen der zwei Wechsel über insgesamt 3850 fl., die die beiden jungen Grafen auf Salomon Liebmann in Wetzlar gezogen hatten.¹⁰⁶ Zwischengeschaltet war in diesem Fall bereits Marx Joseph, bei dem offenbar Salomon Liebmann wegen seiner Nähe zum Wittgensteiner Grafen auf eine Begleichung der Schulden gehofft hatte. Marx Joseph ist mehrfach in den Prozessakten des Reichskammergerichts gegen die Wittgensteiner Grafen genannt, wenngleich er selbst nur ein einziges Mal direkt als Kläger auftrat. Es ging um eine goldene Uhr mit Kette, die er für Graf Friedrich im April 1756 beschafft hatte. Als der Graf überraschend wenig später starb, musste Marx Joseph wegen des geringfügigen Betrags von 116 fl. prozessieren. Bei dieser Gelegenheit erwähnte er, dass er den Regenten in Wittgenstein „etliche 30 Jahre ... in mannigfaltigsten Handlungsarten gedient“ habe.¹⁰⁷ Nie habe es dabei „Unterschleif“ gegeben. So hatte er auch die Trauerkleider für die Beerdigung des Grafen beschafft. Während des Siebenjährigen Krieges übernahm er die Fouragelieferungen für die in der Grafschaft einquartierten Truppen. Marx Joseph zeigte sich enttäuscht über die Weigerung auf Schloss Wittgenstein, ihm zu glauben und ihn für die Erledigung des gräflichen Wunsches zu entschädigen. Es sei alles „Privatpassion“ der Herren Räte. Für Marx Josephs Behauptung, den Wittgensteiner Grafen gedient zu haben, sprechen viele Belege. 1726/27 hatte er Graf August, als dieser „in äußerster Not“ war, mehrfach kurzfristig Beträge zwischen 320 und 1230 fl. ausgelegt.¹⁰⁸ In der Regel waren es Wechsel, die auf der nächsten Messe fällig waren. Im Dezember 1727 sandte Marx Josephs Frau Bräunchen 1000 Gulden Bargeld ‚express‘ an den Grafen. 1730 summierten sich die Schulden des Grafen bei Marx Joseph auf 7785 Gulden. Er klagte deswegen aber nicht in Wetzlar. Nur dann, wenn die Wechsel bei Frankfurter Wechseljuden landeten und

103 Zu Marx Joseph siehe: WATZ Karl, Geschichte der jüdischen Gemeinde in Wetzlar von ihren Anfängen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts (1200–1850) (= Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins 22) <Wetzlar 1966> 177–216, hier 195–197.

104 LAV NRW Abt. W (Münster), Reichskammergericht Anhang J 5; FA Laasphe P 24. Zu Löw Ochs zum Engel vgl. DIETZ, Stammbuch (wie Anm. 76) 208–210.

105 LAV NRW Abt. W (Münster), Reichskammergericht J 356.

106 Ebd. J 376, 380; FA Laasphe P 87.

107 LAV NRW Abt. W (Münster), Reichskammergericht J 411, fol. 31, folgendes Zitat ebd. fol. 120v.

108 FA Laasphe P 71; weiterhin ebd. P 97 I–III zur Kapitalaufnahme bei Marx Joseph.

Graf August nicht zahlte, kam es zu Prozessen, so als 1736 Jakob Ochs gegen Graf August klagte.¹⁰⁹ 1750 hatten die Junggrafen Carl Wilhelm Gustav und Alexander Ludwig den mit ihren Schwestern gemeinsam geführten Prozess wegen der Schmälerung ihrer Alimente durch Marx Joseph finanzieren lassen. Sie nahmen bei ihm Kapital in Höhe von 2444 fl. zu sechs Prozent Zinsen auf. Marx Joseph trat diese Forderung an seinen Bruder Beyfuß Joseph in Gießen ab, dessen Witwe 1778 auf Begleichung der Schulden klagte.¹¹⁰ Mit seinem Bruder Beyfuß gewährte Marx Joseph auch der Berleburger Linie einen Kredit.¹¹¹ Zur Unterstützung von Graf Ludwig Ernst, der einem württembergischen Kreisinfanterieregiment vorstand, gewährten ihm 1752 die beiden Juden 6400 fl. Kredit und erhielten dafür Obligationen in Höhe von 4000 fl. und 9000 Gulden. Die Rückzahlung gegen fünf Prozent Zinsen war gedeckt durch die Einnahmen aus der Herrschaft Neuheimsbach bei Kaiserslauten, die 1685 von den Wittgensteinern gekauft worden war. Sie wurden 1753/54 an die jüdischen Gläubiger verpfändet. Als weitere Zahlungen ausblieben, klagten sie in Wetzlar. Warenlieferungen an Graf Alexander Ludwig zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Generalfeldmarschall des württembergischen Reichskreises, finanzierte der Neuwiedische Schutzjude Samuel Abraham aus Heddesdorf vor. 1758 forderte er eine seit 1736 offene Rechnung über 260 Rtlr. über das Reichskammergericht ein. Der Graf hatte die Zahlung verweigert, weil der jüdische Gläubiger die ihm ausgehändigten Pfänder nicht zurückgegeben hatte.¹¹²

Der Kredit des Juden Isaak Hertz aus St. Goar an die verwitwete Gräfin Wilhelmine Elisabeth nach dem Tod ihres Gemahls Graf Karl Friedrich zu Sayn-Wittgenstein-Homburg (1723) ging auf einen Wechsel über 185 fl., der in Schlangenbad ausgestellt worden war.¹¹³ In Wetzlar stand neben Marx Joseph und Salomon Liebmann Simon Höchster als Geldgeber für Graf August zur Verfügung. In den 1730er Jahren präsentierte er drei Wechselbriefe in Höhe von 120, 309 und 650 Rtlr. auf Schloss Wittgenstein.¹¹⁴ Sie kamen nicht zur Auszahlung, weil die Hofkammer argumentierte, der minderjährige Graf Friedrich sei 1729 noch nicht geschäftsfähig gewesen. Wie während des Prozesses von 1736 erwähnt wurde, sollten die verfallenen Wechsel zur Kapitalschuld des Grafen bei Simon Höchster geschlagen werden.

Im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts kam es nur noch zu zwei Klagen von Juden gegen das Haus Sayn-Wittgenstein-Hohenstein vor dem Reichskammergericht. Amschel Moses Beyfuß und Moses Braunschweig aus Frankfurt streckten 1780 Hofrat von Metting für Graf Christian Heinrich 1500 fl. über einen Wechsel vor.¹¹⁵ 7000 fl. von der Witwe Ruben Hesse Goldschmidt aus Kassel flossen 1801 direkt in die Finanzverwaltung von Graf Friedrich Carl (reg. 1796–1806).¹¹⁶

Hier können die Kredite jüdischer Gläubiger an die Wittgensteiner Grafen nicht zusammenfassend beurteilt werden. Sie wären in eine ausführliche Analyse der Finanzgeschichte beider Grafschaften zu integrieren. Bisher liegen hierzu erst in Ansätzen Arbeiten vor.¹¹⁷ Sicher ist jedoch, dass die Grafen und ihre Familien bei Juden ihrer näheren und weiteren Umgebung wie selbstverständlich ihre Finanzlücken

109 LAV NRW Abt. W (Münster), Reichskammergericht J 387. Zu Jakob Ochs vgl. DIETZ, Stammbuch (wie Anm. 76) 209.

110 LAV NRW Abt. W (Münster), Reichskammergericht J 430.

111 Ebd. J 406.

112 Ebd. J 410.

113 Ebd. J 374.

114 Ebd. J 382, 390.

115 Ebd. J 432; FA Laasphe P 110 I/II. Zu Amschel Moses Beyfuß vgl. DIETZ, Stammbuch (wie Anm. 76) 29, zu Moses Braunschweig ebd. 41.

116 LAV NRW Abt. W (Münster), Reichskammergericht J 410.

117 KLEIN, Studien (wie Anm. 24) 124–127; SPIES, Wirtschaft und Verwaltung (wie Anm. 3) 35–55, 102–108.

schlossen. Diese Tendenz setzte nicht erst im späten 17. Jahrhundert ein. Bereits der berühmte jüdische Finanzmann des 16. Jahrhunderts, Joseph zum Goldenen Schwan aus Frankfurt, gewährte 1564 dem Regenten in Hachenburg, Adolf von Sayn-Wittgenstein (reg. 1560–1568), einen Kredit in Form einer Obligation über 19 805 Gulden. Bei Josephs Tod 1572 schlugen die Schulden des Grafen Adolf und seiner Erben mit insgesamt 31 688 fl. zu Buche.¹¹⁸ Für die folgenden hundert Jahre liegen bisher keine weiteren Informationen vor. Sicher ist, dass der Wetzlarer Jude Joseph Marx zwischen 1720 und 1760 die Funktion eines Hofbankiers für die Südgrafschaft übernahm. In einem Fall gewährten die Wittgensteiner selbst einen Kredit an einen jüdischen Hoffaktor. Löw Heymann war Hoffaktor der Fürstin Amalie von Nassau-Oranien.¹¹⁹ Das Verzeichnis seiner Aktiva und Passiva aus dem Jahr 1732 wies einen kleinen älteren Kredit aus, den Graf August in Höhe von 375 Rtlr. gewährt hatte.¹²⁰ Der Wittgensteiner Schutzjude Beyfuß Lövi zählte zu den weitaus bedeutenderen Gläubigern von Löw Heymann (4600 Rtlr.). Wegen der erheblich größeren Aktivschulden im Wert von 173 441 Rtlr., darunter eine Forderung über 95 733 Rtlr. an Nassau-Dillenburg, hätte sich Löw Heymann geschäftlich keine Sorgen machen müssen. Dennoch wurde er mit dem Vorwand, insolvent zu sein, nach 1718 vier Jahre auf Burg Spangenberg in der Landgrafschaft Hessen gefangen gehalten. Seine Frau schaltete Graf August ein, der sich mehrfach für Löw Heymann in Kassel verwendete und seiner Frau und Tochter Geld vorstreckte, damit sie Prozesse führen und Löw befreien konnten. Im Gegenzug sicherte Löw nach seiner Freilassung zu, das Haus Wittgenstein vor allen Gläubigern zu bedienen. Löw Heymann dankte Graf August später für seine Hilfe und ließ ihm 1731 die Summe von 14 500 Gulden.

118 LAV NRW Abt. W (Münster), Gesamtarchiv Romberg Akten 9066, 9483; DIETZ, Stammbuch (wie Anm. 76) 113. Wegen der Kautio der Gebrüder von Viernund ist dieser Kredit in den Viernundschen Familienpapieren dicht überliefert. Zu Joseph zum goldenen Schwan vgl. ebd. 111–113.

119 ARNSBERG, Gemeinden (wie Anm. 68) 140. Die hessische Archivdatenbank HADIS (<http://www.hadis.hessen.de>, letzter Zugriff 25.5.2016) weist zahlreiche Belege zu Löw Heymann aus, auch zu seiner Gefangensetzung in Hessen-Kassel 1718–1722.

120 FA Laasphe P 64.

Die Juden im Fürstentum Siegen

von Ulrich Friedrich Opfermann und Klaus Dietermann

Das Siegerland grenzt im Süden an den Westerwald, im Norden an das Sauerland sowie im Nordosten an das Wittgensteiner und im Westen an das Bergische Land.¹ Mit dem Verwaltungs- und Wirtschaftszentrum Siegen (1303 Soester Stadtrecht) war es Teil der im 12. Jahrhundert entstandenen Grafschaft Nassau, die 1255 in eine südlich der Lahn sitzende walramische und eine nördliche ottonische Linie geteilt wurde. Die Herrschaft über die Stadt übten seit 1224 bis zum Beginn des 15. Jahrhunderts das Erzbistum Köln und die Grafschaft Nassau bzw. – ab 1255 – Nassau (ottonisch) gemeinsam aus.

Seit Beginn des 14. Jahrhunderts formierte sich aus beiden Linien in wechselnden Konstellationen eine Reihe selbständiger nassauischer Kleinterritorien. 1303 verzweigte sich die ottonische Linie in Nassau-Dillenburg, Nassau-Hadamar und Nassau-Siegen. 1328 fiel Nassau-Dillenburg an Nassau-Siegen, das sich fortan Nassau-Dillenburg nannte. 1607 entstand durch Teilung erneut ein Territorium namens Nassau-Siegen. Dieses wurde 1623 gedrittelt in einen evangelisch-reformierten Teil, einen katholischen und die gemeinsam verwaltete, zweifache Residenzstadt Siegen. 1742/43 fiel Nassau-Siegen als Fürstentum Siegen an Nassau-Diez bzw. Oranien-Nassau, das nun alle Gebiete der vormals ottonischen Linie vereinigte.² Seit dem Ende des Alten Reiches gehörte das heutige Siegerland (mit Ausnahme des Freien Grundes) von 1806 bis 1813 als Unterpräfektur im Fürstentum Siegen zum Großherzogtum Berg. 1815/16 wurde es nach kurzer erneuter Zugehörigkeit zu Oranien-Nassau dem Königreich Preußen (Provinz Westfalen) zugeordnet.

1 Spuren jüdischer Präsenz in den nassauischen Territorien

Der früheste Beleg für Juden in den nassauischen Territorien findet sich in der Grafschaft Nassau, wo sie sich im 13. Jahrhundert in der Stadt Siegen erstmals nachweisen lassen. Im 14. Jahrhundert werden Juden in Nassau-Weilburg³, Nassau-Diez⁴ und Nassau-Dillenburg zum ersten Mal erwähnt. In Herborn, Nassau-Dillenburg, gab es 1377 eine jüdische Gemeinde, wie das Vorhandensein einer Synagoge im genannten Jahr und die Existenz einer jüdischen Schule im Jahr 1396 nahelegen.⁵ Juden aus Herborn finden sich in den folgenden anderthalb Jahrhunderten als Handelsreisende im

1 Textteile aus diesem Aufsatz sind veröffentlicht in: OPFERMANN Ulrich Friedrich, „Mit Scheibenklirren und Johlen“. Juden und Volksgemeinschaft im Siegerland und in Wittgenstein im 19. und 20. Jahrhundert (= Siegerner Beiträge. Jahrbuch für regionale Geschichte, Sonderband 2009) <Siegen 2009> 13–17.

2 ACHENBACH Heinrich von, Geschichte der Stadt Siegen <Siegen 1894; ND Kreuztal 1978>; DERS., Aus des Siegerlandes Vergangenheit <Siegen 1895; ND Kreuztal 1981> (<http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/hd/content/titleinfo/273342>, letzter Zugriff 25.5.2016); KÖBLER Gerhard, Historisches Lexikon der deutschen Länder. Die deutschen Territorien vom Mittelalter bis zur Gegenwart, 7. Aufl. <München 2007>.

3 ARNSBERG Paul, Die jüdischen Gemeinden in Hessen, Anfang – Untergang – Neubeginn, 2 Bde. <Frankfurt a. M. 1971>, Bd. 2, 352.

4 ARNSBERG, Gemeinden (wie Anm. 3), Bd. 1, 139. Eine Synagoge ist in Diez für ca. 1760 belegt.

5 Ebd. 352f. Weitere Hinweise auf in Herborn ansässige Juden finden sich für die Jahre 1618 bis 1620.

Raum Siegen. Aus Nassau-Usingen wurden die dort ansässigen Juden im 16. Jahrhundert vertrieben. Neue jüdische Gemeinden entstanden seit dem Ende des 17. Jahrhunderts in Usingen, Idstein, Kirberg und Wiesbaden.⁶ Für Nassau-Hadamar werden in einer Urkunde erstmals 1635/36 Juden in Ellar erwähnt.⁷

In der Grafschaft Nassau übertrug per Vertrag vom 22. März 1253 der Kölner Erzbischof Konrad den Grafen Walram und Otto von Nassau statt eines Geldlehens seine Einkünfte von 500 kölnischen Mark u.a. aus dem Siegener Judenschutzgeld. Der Einschub „... wenn der Zuwachs an Juden anhält ...“ lässt vermuten, dass sich schon zuvor Juden in der Stadt befanden. Eine weitere Nachricht über den Aufenthalt von Juden in Siegen findet sich in einer Quelle aus dem Jahr 1278. Darin heißt es, Jutta, die Tochter des verstorbenen Kölner ‚Judenbischofs‘ Samuel aus Rüthen und seiner Frau Genanna, verkaufe ihren Anteil an einem erbten Haus in der Engergasse in Köln an Sara, die Witwe des Rabbiners Salomon Hakohen aus Siegen.⁸ Es wird allerdings nicht deutlich, ob die Witwe oder der Rabbiner aus Siegen stammten. Für die folgenden drei Jahrhunderte finden sich keine Belege über die Ansiedlung von Juden in Siegen, einzige Ausnahme bildet eine Quelle aus dem Jahr 1568, die besagt, dass die beiden Juden Mosius und Benedictus aus Attendorn in Siegen übernachtet haben. Erst für das 17. Jahrhundert kann der erneute Zuzug von Juden und die Entstehung jüdischer Gemeinden in den nassauischen Territorien nachgewiesen werden.

Die restriktive Judenpolitik im Fürstentum Nassau-Siegen, die eine dauerhafte Ansiedlung von Juden nur in den Städten erlaubte, konnte die Niederlassung von Juden nicht gänzlich verhindern. Freiherr Leopold von Fürstenberg zu Herdringen erteilte jüdischen Familien Ende des 18. Jahrhunderts die Erlaubnis, sich in dem nahe der Grenze zum Sauerland gelegenen Gut Burgholdinghausen niederzulassen. Dieses Gut, zu dem die Dörfer Burgholdinghausen, Littfeld und Krombach gehörten, bildete eine Unterherrschaft innerhalb des oranien-nassauischen Territoriums im Gericht und Amt Ferndorf. Seit 1786 befand sich die Unterherrschaft im Besitz der Familie von Fürstenberg zu Herdringen.⁹ Der Geheime Rat von Preuschen teilte am 31. August 1797 in einer Nachschrift zu einem Schreiben an die Behörden in Dillenburg mit: „Gestern wurde mir ... von dem Vorsteher zu Littfeld die Anzeige gethan, daß sich zu Burgholdinghausen ein Jud mit Erlaubnis des Herrn von Fürstenberg niedergelassen, und ein Haus bauen wolle. Da in dem Fürstenthum Siegen keine Juden geduldet werden und über das Gut Burgholdinghausen bis daher ein Hoheits Streit vorgewaltet hat, so habe ich nicht verhehlen wollen Euer Hochwohlgebohrn davon Nachricht zu erteilen.“ In dem genannten Jahr verkaufte Freiherr von Fürstenberg zu Herdringen dem Handelsjuden Benjamin Moyses für 60 Kronentl. ein Grundstück in Burgholdinghausen, worauf Letzterer ein Fachwerkhaus errichtete. Zu dem Haus gehörten ungefähr 400 m² Land des Haubergs ‚Am Burberg‘, auf dem Benjamin Moyses die

6 Vgl. MARZI Werner, Judentoleranz im Territorialstaat der Frühen Neuzeit. Judenschutz und Judenordnung in der Grafschaft Nassau-Wiesbaden-Idstein und im Fürstentum Nassau-Usingen (= Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen XVI) <Wiesbaden 1999>.

7 ARNSBERG, Gemeinden (wie Anm. 3), Bd. 1, 155.

8 BRILLING Bernhard/RICHTER Helmut, Westfalia Judaica. Quellen und Regesten zur Geschichte der Juden in Westfalen und Lippe 1005–1350 (= Studia Delitzschiana 11) <Münster 1992>; 2. Aufl. mit Nachträgen von Diethard Aschoff (= Westfalia Judaica I) <Stuttgart 1992> 50f.

9 THIEMANN Walter, Von den Juden im Siegerland <Siegen 1968> 8–10. 1797 verzeichnet die Statistik für (Burg)Holdinghausen 74 Einwohner, davon 41 Protestanten, 25 Katholiken und acht Juden.

Anlage eines Begräbnisplatzes gestattet wurde; das Eigentumsrecht daran verblieb jedoch beim Freiherrn von Fürstenberg zu Herdingen.¹⁰

2 Rechtliche Situation der Juden in den verschiedenen nassauischen Territorien

Die Juden betreffenden Rechtsvorschriften für Nassau-Hadamar stammen aus den Jahren 1646, 1655, 1662, 1667 und 1671. Sie beinhalten vor allem Handels- und andere Tätigkeitsbeschränkungen für die in der Region ansässigen Juden.¹¹ Aus dem Jahr 1682 kommt eine ‚Judenordnung‘ für Nassau-Diez, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen der jüdischen Minderheit regulieren sollte.¹² Eine Judenordnung für Nassau-Usingen wurde 1732 erstellt, sie schränkte das Leben der Schutzjuden durch zahlreiche Verbote ein.¹³ In Nassau-Dillenburg trat zugunsten der „inländischen Handelsleute und Juden“ 1764 eine gegen „fremde Juden“ gerichtete Vorschrift in Kraft.¹⁴ Eine erste Rechtsvorschrift aus Nassau-Katzenelnbogen aus dem Jahr 1515 sah ein striktes Handelsverbot vor: „Niemand soll mit Juden handeln oder Gemeinschaft haben, bey hoher Straf“.¹⁵ Die nassau-katzenelnbogische Policeyordnung von 1616 enthielt u.a. einen Passus zur Durchreise der „verfluchten Juden“. Diese war Juden zwar grundsätzlich erlaubt, aber mit einer Genehmigungs- und Zahlungspflicht versehen. Es sollten so „die Juden desto weniger die Unterthanen bestriicken“.¹⁶

Ein einziger, mutmaßlich missglückter Versuch eines Juden (Haunen Davids), in den landesherrlichen Schutz für den von Sayn-Hachenburg und Oranien-Nassau gemeinsam verwalteten sogenannten ‚Freien Grund‘ aufgenommen zu werden, ist für 1754 bezeugt.¹⁷

10 AdelsA Freiherr v. Fürstenberg-Herdringen, Arnsberg, Akten 2000, 2029 u. 11388.

11 Nassau-Hadamar, 2.4.1647. In: Dillenburgerische Intelligenz-Nachrichten (DIN), <http://gdz.sub.uni-goettingen.de/dms/load/toc/?PPN=PPN670983926&IDDOC=769420> [letzter Zugriff 11.11.2014] <20.2.1779>, Sp. 113–114; 10.12.1655 in: Weisthum der Gesetze, Ordnungen und Vorschriften, welche in die nassauische teutsche Länder ottonischer Linie von den ältesten Zeiten bis hierhin ergangen sein. ... <Hadamar 1802 u. 1803> 3 Bde., http://books.google.de/books?id=NhFGAAAAcAAJ&printsec=frontcover&hl=de&source=gbs_ge_summary_r&cad=0#v=onepage&q&cf=false [letzter Zugriff 11.11.2014], hier Bd. 2, 231; 30.1.1662. In: ebd. 231f.; 1671, ebd. 232.

12 Nassau-Diez, 21.8.1682. In: Corpus Constitutionum Nassovicarum (CCN) <Dillenburg 1796> 4 Bde., hier Bd. 2, Sp. 181–188. Diese Judenordnung unterschied zwischen der „in unseren Landen seßhaftten Judenschafft“ und fremden nicht verleiteten Juden. Die ersten ansässigen Juden hätten im Gegensatz zu den später zugezogenen Juden unbegrenzt Handel treiben dürfen, deswegen jedoch Klagen von Untertanen wegen „Abgang ihrer Nahrung“ hervorgerufen. Die Berufsausübung war an eine fallweise zu erteilende landesherrliche Genehmigung gebunden und jüdischer Handel grundsätzlich auf die Jahrmärkte reduziert. Als Handelsgüter waren Schmuck, Geld, Silbergeschirr, Wein, Früchte, Pferde, Rinder, Schafe, Wolle, Häute, Felle und Kramwaren zugelassen. Der Geldverleih wurde nur eingeschränkt erlaubt.

13 SPIELMANN C[hristian], Die nassau-usingische Judenordnung von 1732. In: Nassovia. Zeitschrift für nassauische Geschichte und Heimatkunde 2 <1901>, Nr. 10, 127–130. Voraussetzung für die jüdische Niederlassung war ein Vermögen von mindestens 300 Gulden. Auch hier gab es die üblichen Erwerbsrestriktionen zugunsten der Zünfte und einschränkende Vorschriften für ein Leben unter Christen, zu denen das mit der Todesstrafe bewehrte Verbot des sexuellen Kontakts gehörte.

14 Nassau-Dillenburg, 19.7.1764. In: DIN (wie Anm. 11) <26.8.1775> Sp. 611.

15 Nassau-Dillenburg, 20.8.1515. In: Weisthum (wie Anm. 11), Bd. 2, 230.

16 Ebd. 231.

17 LAV NRW Abt. W (Münster), Fürstentum Siegen, Freier Grund Sel- und Burbach, A 195.

Laut der 1616 in der Grafschaft Nassau gedruckten Polizei-Ordnung sollten sich Juden nicht „ohne ausdrücklich Geleit“ im Nassauischen Land aufhalten und ferner „keine Aktion oder Forderung gegen einen Christen abhandeln“. ‚Judenwucher‘ war bei Strafe „gänzlich verboten“. Für Siegen, die Residenzstadt der Grafschaft Nassau, beschloss der Rat 1674, dass auswärtige Juden, die nur zu den Märkten zugelassen waren, etwa beim Hausieren nicht mehr Freiheiten als Christen haben sollten.¹⁸ Aus der Zeit vor 1695 stammt das der Stadt Siegen von Fürst Wilhelm Moritz erteilte Privileg, das Juden die Niederlassung und die Gründung von Geschäften untersagte; es ging beim Stadtbrand 1695 verloren. 1706 erneuerte sein Sohn, der (evangelische) Fürst Friedrich Wilhelm Adolf, Fürst zu Nassau-Siegen (gest. 1722), dieses Privileg, das zudem Juden das Hausieren in der Stadt und „auf den herumliegenden Hütten“ verbot. Der katholische Fürst Wilhelm Hyazinth ordnete 1701 für seinen Teil des Fürstentums an, dass u. a. Juden in den Gemeinden nur während der Jahrmärkte geduldet und beherbergt werden durften; auch er bekräftigte 1706 dieses Verbot.¹⁹ Die oranien-nassauische Judenordnung von 1770 von Wilhelm IV., „nach welcher sich die in den Fürstlich-Oranien-Nassauischen Landen befindlichen Schutzjuden zu verhalten“ hatten, in der auf die Nassau-Katzenelnbogische Polizey-Ordnung Bezug genommen wurde, beinhaltete zwar ein Duldungsverbot gegenüber Juden, ließ aber gleichwohl Ausnahmen zu.²⁰ Unter Berufung auf die genannten Privilegien des 17. und 18. Jahrhunderts weigerte sich die Stadt Siegen in den folgenden Jahrhunderten, Juden in der Stadt das Niederlassungsrecht zu gewähren.

3 Sonderrechte für landesfremde Juden

Obwohl die nassauischen Fürsten mit ihrer Gesetzgebung Juden die Niederlassung untersagten, nahmen sie deren Dienste in Anspruch. So arbeitete der reformierte Fürst Johann Moritz (geb. 1604, in den Reichsfürstenstand erhoben 1652, gest. 1679) etwa mit jüdischen Geldverleihern aus Amsterdam zusammen.²¹ Der gleichfalls reformierte Fürst Friedrich Wilhelm Adolf unterhielt Geschäftsbeziehungen zu dem jüdischen Kaufmann David Joseph, einem in Herborn lebenden Schutzjuden, der regelmäßig das fürstliche Haus belieferte.²² David Joseph durfte bis 1735 mit der Erlaubnis der letzten beiden reformierten Fürsten „im ganzen Land handeln und wandeln“. Laut Kirchenbuch der reformierten Gemeinde Siegen ließ sich David Joseph mit seiner Familie später taufen.

Auch Bürgerliche nahmen die Dienste von Juden in Anspruch. So schloss eine Wetzlarer Witwe 1662 mit dem jüdischen Kaufmann Gumbel in Hanau einen Vertrag über ein hohes Darlehen, das ihr in Jahresraten auszuzahlen war. Abgesichert war es durch eine Hypothek auf Grundeigentum in Hilchenbach und auf den daraus hervorgehenden Zehnten. Nachdem die Witwe wenige Jahre später verstorben war, versuchten zunächst Gumbel, dann seine Erben Samuel Beyfus und Liebmann David von

18 StadtA Siegen, Bürgerbuch, unpag. [Bl. 450].

19 So Nassau-Siegen (kath.), 26.11.1701, erneuert am 23.3.1706. In: MENK Friedhelm, Die nachmittelalterlichen Pergamenturkunden im Stadtarchiv Siegen <Siegen 1968> 191. Nassau-Siegen (ev.), 22.3.1706. In: ebd. 190.

20 Oranien-Nassau, 17.1.1770. In: DIN (wie Anm. 11). Abgedruckt (mit den Änderungen von 1784) in: Weisthum (wie Anm. 11) 232–241. Vgl. auch HOLLY Eva Maria/POGGEL Markus, Vagabunden, Juden und „Zigeuner“. Minderheiten in Nassau-Siegen. In: BARTOLOSCHE Thomas A. (Hg.), Müßiggang und Bettelei, Arbeitseifer und Gewerbefleiß. Mit studentischen Beiträgen eines Projektseminars des Faches Geschichte der Universität Siegen <Siegen 2008> 151–159.

21 THIEMANN, Juden im Siegerland (wie Anm. 9) 8.

22 ACHENBACH, Geschichte (wie Anm. 2) 98.

den Rechtsnachfolgern der Witwe, der fürstlichen Rentkammer in Dillenburg bzw. den Fürsten von Nassau-Siegen, ihr Geld zurückzubekommen. Das Ergebnis dieses Rechtsstreites ist nicht bekannt, denn das letzte vorliegende Schriftstück in dieser Sache in einer Akte aus dem Jahr 1771 vermerkt, der Fall habe keine Eile.²³

Jüdischen Marktbeschickern, die von auswärts kamen, war in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts der kurzzeitige Aufenthalt in der Residenzstadt Siegen erlaubt. Die Interessen der Einheimischen berücksichtigend, regulierten landesherrliche Vorschriften und ein Ratsbeschluss ihre Zulassung. Am 20. November 1674 beschloss der Rat, dass Juden „auf einkommende Märckte, ... wan die zwey Marckttäge passiret, den dritten daß Haußiren nit mehr gestattet, vielmehr hiesiger Policeyordnung gemäß tractiret werden“.²⁴ Dieser Ratsbeschluss lässt vermuten, dass eine wachsende Zahl jüdischer Händler versuchte, in der Stadt und auf dem Land ihre Waren anzubieten. Vorteile versprachen sich nicht nur Käufer und Händler, sondern auch die Stadt, denn sie kassierte, wie Imposten-Rechnungen von 1672 bis 1692 belegen, für die Aufenthaltsgenehmigung Gebühren. Für den Markt in Siegen sind folgende Juden – in zeitlicher Reihenfolge ihrer ersten Erwähnung – belegt: Seckel von Herborn 1673, Daniel von Breidenbach 1677, Seckels Sohn von Herborn 1677, ein Jude von Burbach 1689, ein Jude von Marburg 1689, Feist von Caub 1690, zwei Juden von Westerbürg 1691, ein Jude aus Liebenscheid 1691.

Gegen die Konkurrenz durch auswärtige jüdische Handelsleute sprachen sich Siegener Kaufleute immer wieder aus. Der Erfolg ihrer Bestrebungen war das vor 1695 erlassene Privileg, das Juden die Niederlassung am Ort und die Gründung von Geschäften untersagte. Vielleicht war es die Zunahme der jüdischen Händler oder die Überziehung der gesetzlich festgelegten zwei Handelstage, die die Fürsten Anfang des 18. Jahrhunderts versuchen ließen, mit erneuten Verordnungen Schaden von der „allhiesige[n] Krämerschaft“ abzuwenden. Der katholische Fürst Wilhelm Hyazinth bestimmte für seinen Teil des Fürstentums mit einem Kanzlei-Befehl am 26. November 1701 – und erneut am 23. März 1706 –, dass „außerhalb der ordentlichen Jahrmärkte keine Hausierer, Gängeler, Juden, Quacksalber, Landstreicher und Stockträger in den Gemeinden“ mehr geduldet und beherbergt werden durften. Am 22. März 1706 wiederholte der (evangelische) Fürst Friedrich Wilhelm Adolf zu Nassau das von seinem Vater Wilhelm Moritz der Stadt erteilte Privileg.²⁵

Die Vorschriften gegen „Hausierer, Juden, Quacksalber, Gaukler und Stockträger“ (1701, 1706), „Hausierer, Juden, Thüringer, Brabanter, Leinwandkrämer und andere ausländische Krämer“ (1706) oder „fremde Krämer, Hausierer, Juden und Landfahrer“ (1776) zeigen, dass Juden innerhalb der nichtgeduldeten Ausländer eine Gruppe unter anderen bildeten. Die Beschränkungen wurden sicherheits- und ordnungspolizeilich (1760, 1773),²⁶ seuchenpräventiv (1778, 1779)²⁷ sowie wirtschaftspolitisch mit der Konkurrenz für inländische Kleinhändler und -handwerker (1706, 1764,

23 LAV NRW Abt. R (Duisburg), Niederrheinisch-westfälisches Kreisarchiv, Nr. 332 (für die Jahre 1662–1771).

24 StadtA Siegen, Bürgerbuch, unpag. [Bl. 450].

25 MENK, Pergamenturkunden (wie Anm. 19) 190f.

26 Oranien-Nassau, 26.8.1760. In: CCN (wie Anm. 12), Bd. 6, Sp. 187–188; Oranien-Nassau, 28.10.1773. In: DIN <20.9.1783> (wie Anm. 11), Sp. 593. Vgl. auch HOLLY/POGGEL, Vagabunden (wie Anm. 20): In der Verordnung vom 28. Oktober 1773 heißt es, wie schon in vorherigen Verordnungen dargelegt, sei es inländischen Schutzjuden ausdrücklich verboten, „bey 20 Rthl. oder bey Ermangelung eigenen Vermögens, bey 14tägiger unnachlässiger Schubkarnnstrafe“, fremde „verdächtige“ Juden aufzunehmen.

27 Oranien-Nassau, 20.1.1778. In: DIN <7.2.1778> (wie Anm. 11), Sp. 94; Oranien-Nassau, 9.1.1779. In: DIN <23.1.1779> Sp. 734.

1776)²⁸ begründet. Die Vorschrift der reformierten Kanzlei von 1706 legte im Sinne der Interessen der ansässigen Händler – und zugleich zum eigenen Nutzen – fest, dass bei Verstößen gegen die Bestimmungen die Ware zu konfiszieren und hälftig unter der Landesherrschaft und den einheimischen Händlern aufzuteilen sei. 1776 wich man davon insofern ab, als nun die Ware insgesamt „pro fisco“ einzuziehen sei und die handelswilligen Untertanen eine Strafe von 50 Gulden zu zahlen hätten.²⁹ Unter den jährlich von den Zünften beim Siegener Magistrat eingereichten Beschwerden findet sich 1784 als ‚Hauptbeschwerung‘ eine solche über einen jüdischen fremden Armen, der sich bisweilen in der Stadt aufhielt. Er wurde von den Zunftangehörigen als ein „Land und Leute verderbender Jud“ bezeichnet.³⁰

Da Juden im Siegener Territorium keine dauerhafte Ansiedlungserlaubnis erhielten, wurde bei eventuellen religiösen Streitfragen im 18. Jahrhundert vermutlich der Rabbiner aus Nassau-Dillenburg herangezogen. Die Anlegung des ersten Begräbnisplatzes im Fürstentum Siegen erlaubte Freiherr von Fürstenberg zu Herdringen 1797 für Burgholdinghausen. Dort begruben seit dem 19. Jahrhundert auch die Juden aus Hilchenbach, Littfeld und Siegen ihre Toten.

In Folge der Französischen Revolution änderte sich die Situation der jüdischen Minderheit in Oranien-Nassau. So entfiel ab 1801 für die Juden die Entrichtung des Leibzolls.³¹ Mit der Auflösung des Fürstentums Siegen und dessen Einbeziehung in das Großherzogtum Berg im Jahr 1806 wurden für die Region Nassau-Siegen neue Verordnungen erlassen. 1808 schaffte die ‚Bergische Ordinanz‘ im Großherzogtum die Verpflichtung zur Entrichtung von Sonderabgaben durch die jüdische Minderheit ersatzlos ab, nachdem sie, wie es hieß, „sowohl der Militair-Pflicht als den öffentlichen Abgaben unterworfen“ worden sei.³² Für die kurze Periode französischen Einflusses bis 1813 galt die staatsbürgerliche Gleichstellung in allen „Rechten und Freiheiten“, die ab 1810 mit der Einführung des Code Napoléon umfassend geregelt wurde. Nachdem die nassauisch-oranischen Judengesetze ihre Gültigkeit verloren hatten, war es Juden nun erlaubt, sich in der Stadt niederzulassen. Daraufhin beantragten einzelne jüdische Familien Handelskonzessionen.

Die Niederlage Napoleons und die Zuweisung der Region zu Preußen (Regierungsbezirk Arnsberg) 1815 bedeutete einen Rückschritt für die Emanzipation der Juden. Die vor der französischen Fremdherrschaft gültigen Gesetze, u.a. die 1770 von Wilhelm von Oranien für die nassauisch-oranischen Lande erlassene Juden-Ordnung, wurden wieder in Kraft gesetzt. Danach konnten zum Beispiel Juden in Siegen kein Bürgerrecht erlangen, sie durften keinen Haus- oder Grundbesitz erwerben. Sie galten als Fremde, denen nur der Aufenthalt in dazu konzessionierten Herbergen erlaubt war oder das Mieten (nicht das Kaufen) von Räumlichkeiten. Bis auf eine jüdische Familie verließen die Zugezogenen in der Folgezeit das Siegerland. Endgültig aufgehoben wurden die Beschränkungen für Juden im Siegerland mit der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845.

28 Nassau-Siegen, 22.3.1706. In: MENK, Pergamenturkunden (wie Anm. 19) 342; Oranien-Nassau, 19.6.1764. In: DIN <26.8.1775> (wie Anm. 11), Sp. 536–537.

29 Oranien-Nassau, 7.1.1776. In: DIN <24.2.1776> (wie Anm. 11), Sp. 113–116.

30 THIEMANN, Juden im Siegerland (wie Anm. 9) 8.

31 Oranien-nassauische Landesregierung in Dillenburg, 27.1., 2.5., 13.6., 1.8., 8.9.1801. In: DIN <7.2.1801> (wie Anm. 11), Sp. 79, 16.5.1801, Sp. 273, 27.6.1801, Sp. 359, 5.9.1801, Sp. 497, 3.10.1801, Sp. 553.

32 FLEERMANN Bastian, Marginalisierung und Emanzipation. Jüdische Alltagskultur im Herzogtum Berg 1779–1847 (= Bergische Forschungen 30) <Neustadt a. d. Aisch 2007> 108.

Liste der Ortsartikel

Alme → BRILON-Alme
ALTENA
Annen → WITTEN-Annen
ANRÖCHTE
Aplerbeck → DORTMUND-Aplerbeck
ARNSBERG
ARNSBERG-Hüsten
ARNSBERG-Neheim
ATTENDORN
BAD BERLEBURG
BAD BERLEBURG-Elsoff
BAD BERLEBURG-Schwarzenau
BAD LAASPHE
BAD SASSENDORF-Ostinghausen
Bad Westernkotten → ERWITTE-Bad Westernkotten
BALVE
Belecke → WARSTEIN-Belecke
Beringhausen → MARSBERG-Beringhausen
Berleburg → BAD BERLEBURG
Bigge → OLSBERG-Bigge
Blankenstein → HATTINGEN-Blankenstein
BOCHUM
BOCHUM-Wattenscheid
Bödefeld → SCHMALLENBERG-Bödefeld
Bork → SELM-Bork
Brambauer → LÜNEN-Brambauer
BRILON
BRILON-Alme
BRILON-Madfeld
Büderich → WERL-Büderich
Burgholdinghausen → KREUZTAL-Burgholdinghausen
Dorstfeld → DORTMUND-Dorstfeld
DORTMUND
DORTMUND-Aplerbeck
DORTMUND-Dorstfeld
DORTMUND-Hörde
DORTMUND-Mengede
DORTMUND-Wickede
Eickelborn → LIPPSTADT-Eickelborn
Elsoff → BAD BERLEBURG-Elsoff
Ergste → SCHWERTE-Ergste
ERWITTE
ERWITTE-Bad Westernkotten
ERWITTE-Horn
ESLOHE
ESLOHE-Wenholthausen
Essentho → MARSBERG-Essentho

FINNENTROP-Lenhausen
FRÖNDENBERG
GESEKE
GEVELSBERG
Giershagen → MARSBERG-Giershagen
HAGEN
HAGEN-Hohenlimburg
HALLENBERG
HAMM
HATTINGEN
HATTINGEN-Blankenstein
Heddinghausen → MARSBERG-Heddinghausen
HEMER
Hennen → ISERLOHN-Hennen
Herbede → WITTEN-Herbede
HERDECKE
HERNE
HERNE-Wanne-Eickel
Herzfeld → LIPPETAL-Herzfeld
HILCHENBACH
Hohenlimburg → HAGEN-Hohenlimburg
Hörde → DORTMUND-Hörde
Horn → ERWITTE-Horn
Hovestadt → LIPPETAL-Hovestadt
Hüsten → ARNSBERG-Hüsten
ISERLOHN
ISERLOHN-Hennen
ISERLOHN-Oestrich
KAMEN
Körbecke → MÖHNESEE-Körbecke
KREUZTAL-Burgholdinghausen
KREUZTAL-Littfeld
Laasphe → BAD LAASPHE
Langenei → LENNESTADT-Langenei
Lenhausen → FINNENTROP-Lenhausen
LENNESTADT-Langenei
LENNESTADT-Oedingen
Lipperode → LIPPSTADT-Lipperode
LIPPETAL-Herzfeld
LIPPETAL-Hovestadt
LIPPETAL-Oestinghausen
LIPPSTADT
LIPPSTADT-Eickelborn
LIPPSTADT-Lipperode
Littfeld → KREUZTAL-Littfeld
LÜDENSCHIED
LÜNEN
LÜNEN-Brambauer
Madfeld → BRILON-Madfeld
MARSBERG-Beringhausen
MARSBERG-Essentho

MARSBERG-Giershagen
MARSBERG-Heddinghausen
MARSBERG-Niedermarsberg
MARSBERG-Obermarsberg
MARSBERG-Padberg
MARSBERG-Udorf
MEDEBACH
MEINERZHAGEN
MENDEN
Menede → DORTMUND-Menede
MESCHEDE
MÖHNESEE-Körbecke
Neheim → ARNSBERG-Neheim
Neuenkleusheim → OLPE-Neuenkleusheim
NEUENRADE
Niedermarsberg → MARSBERG-Niedermarsberg
Obermarsberg → MARSBERG-Obermarsberg
Oedingen → LENNESTADT-Oedingen
Oestereiden → RÜTHEN-Oestereiden
Oestinghausen → LIPPETAL-Oestinghausen
Oestrich → ISERLOHN-Oestrich
OLPE
OLPE-Neuenkleusheim
OLPE-Rhode
OLSBERG-Bigge
Ostinghausen → BAD SASSENDORF-Ostinghausen
Padberg → MARSBERG-Padberg
PLETTENBERG
Rhode → OLPE-Rhode
RÜTHEN
RÜTHEN-Oestereiden
Scheidingen → WELVER-Scheidingen
SCHMALLENBERG
SCHMALLENBERG-Bödefeld
Schwarzenau → BAD BERLEBURG-Schwarzenau
SCHWELM
SCHWERTE
SCHWERTE-Ergste
SELM-Bork
SIEGEN
SOEST
Stockum → SUNDERN-Stockum
SUNDERN-Stockum
Udorf → MARSBERG-Udorf
UNNA
Wanne-Eickel → HERNE-Wanne-Eickel
WARSTEIN
WARSTEIN-Belecke
Wattenscheid → BOCHUM-Wattenscheid
WELVER-Scheidingen
Wenholthausen → ESLOHE-Wenholthausen

WERL

WERL-Büderich

WERNE

Wickede → DORTMUND-Wickede

WINTERBERG

WITTEN

WITTEN-Annen

WITTEN-Herbede

Gliederungsschema der Ortsartikel

- 1 KURZINFORMATION
 - 1.1 Ort, Kreiszugehörigkeit
 - 1.2 Staatliche und kultische Zugehörigkeit
- 2 GESCHICHTE, ORGANISATION UND TÄTIGKEITSFELDER DER JÜDISCHEN GEMEINSCHAFT
 - 2.1 Geschichte der Gemeinschaft
 - 2.1.1 Jüdisches Leben bis zum Ende des Alten Reiches
 - 2.1.2 Jüdisches Leben im 19. Jahrhundert und in der Weimarer Republik
 - 2.1.3 Jüdisches Leben in der Zeit des Nationalsozialismus
 - 2.1.4 Neuanfänge in der Nachkriegszeit und Erinnerungskultur
 - 2.2 Verfassung, Organisation und Tätigkeitsfelder der Gemeinschaft
 - 2.2.1 Innere und äußere Organisation
 - 2.2.2 Kultus und Kultusort
 - 2.2.3 Schul- und Religionsunterricht
 - 2.2.4 Soziale Betätigung
 - 2.3 Tätigkeitsfelder einzelner Gemeindemitglieder
 - 2.3.1 Amts- und Funktionsträger
 - 2.3.2 Herausragende Persönlichkeiten
 - 2.3.3 Beteiligung an politischen und sonstigen Vereinigungen
- 3 BAU- UND KUNSTDENKMÄLER
 - 3.1 Gemeindeimmobilien
 - 3.2 Wohnhäuser, gewerbliche und industrielle Anlagen
 - 3.3 Friedhöfe
- 4 QUELLEN UND LITERATUR
 - 4.1 Archivalien
 - 4.2 Fotos, Gemälde, Ansichten, Grundrisse und Lagepläne
 - 4.3 Gedruckte Quellen, Quellensammlungen, Findbücher, Regesten- und Nachschlagewerke
 - 4.4 Ortsbezogene Literatur

ALTENA

1.1 Stadt Altena, Märkischer Kreis

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – Seit 1367 als Freiheit privilegiert; 1794 mit dem Titel Stadt versehen.

1853/54 wurde der Kreissynagogen-Verband für den Kreis Altena gegründet. Die bis zu diesem Zeitpunkt selbständigen Gemeinden in Altena, Neuenrade (mit Werdohl), Plettenberg, Meinerzhagen und Lüdenscheid gehörten ihm als Untergemeinden an. Der heutige Altenaer Ortsteil Evingsen gehörte zum Synagogenbezirk Menden.

2.1.1 1586 wird in einer Altenaer Schatzungsliste der Jude Urias aufgeführt, der einen halben Rtlr. zu zahlen hatte. 1692 erhielt Hertz Isaac (gest. 1743) von der brandenburgischen Regierung in Kleve einen Geleitbrief für Altena; 1738 wurde er als Krämer in Altena bezeichnet und hatte mindestens fünf Kinder (Meyer, Sara, Marcus, Bele, Salomon). Der älteste Sohn Meyer Hertz, ebenfalls Krämer, übernahm vor 1735 den frei gewordenen Schutzbrief von Salomon Meyer Calmers, 1738 lebten in seinem Haushalt ein Knecht und eine Magd. Neben der Großfamilie des Hertz Isaac (Haus Nr. 93) – dazu gehörte auch sein Sohn Meyer Hertz mit fünf Personen (Haus Nr. 182) – lebte 1738 in Altena der jüd. Krämer Simon Israel (auch Israel Simon, in Altena seit 1703, gest. zwischen 1757 und 1760) mit seiner Frau, einer bzw. einem Verwandten, einem Sohn und drei Töchtern (Haus Nr. 145). Von seinem bei ihm lebenden Bruder Jakob Israel (gest. 1744) heißt es, dieser „genieße keinen eigenständigen Schutz“. Ferner lebte 1738 im Ort der als „arm und unvermögend“ bezeichnete jüd. Schlachter Samson Levi mit acht Personen (Haus Nr. 266); 1740 zog der Krämer und Schlachter Jacob Marcus (Haus Nr. 234) nach Altena. Zwei der Söhne von Meyer Hertz (Herz Meyer und Samuel Meyer) blieben nach seinem Tod 1756 mit dessen Konzession bei der Mutter (gest. 1789) wohnen. Herz Meyer heiratete 1799 seine ehemalige Magd Frommet David, der unverheiratete Samuel lebte weiterhin mit ihnen zusammen; im selben Jahr wurden alle drei durch eine Konzession aus Berlin als ‚Extraordinarii‘ in Altena geduldet. 1777 konnte Isaac Hertz, ebenfalls ein Sohn des Meyer Hertz, ein Geleit erlangen. Ein weiterer Sohn, der um 1741 geborene Metzger Salomon Meyer, beantragte 1779 vergeblich, auf den Schutzbrief seines Großvaters Herz Isaac angesetzt zu werden; 1781 erhielt er aus Berlin seine Konzession als Extraordinarius, 1783 die Genehmigung zur Heirat mit Hendel Jacob. Da für die Erteilung der Eheerlaubnis ein Porzellanexport gefordert wurde, kam die Braut vermutlich aus einem nichtpreuß. Staat. Salomon Meyer hatte Schwierigkeiten, seine neun Kinder mit dem Schlachten von Kälbern und Hammeln zu ernähren und das Schutzgeld zu zahlen. Levi Joseph, zweites Kind von Salomon Meyer, wurde auf den Schutzbrief seines verstorbenen Schwiegervaters Meyer Hertz angesetzt.

1771 fand in Altena die Taufe eines Juden statt: Der aus Bauerbach bei Meiningen gebürtige Löser Itzig, des „freiherrlich wolzogischen Schutzjuden Sohn“, legte im Alter von 18 Jahren vor der luth. Gemeinde das christl. Glaubensbekenntnis ab und erhielt den Namen Christian Bleibtreu. Unter den Taufzeugen befanden sich Landrichter Johannes Melchior Goecke und Oberbürgermeister Heinrich Wilhelm Overbeck. 1775 lebten fünf jüd. Familien in Altena: Marcus Hertz, Falck Simon, Jacob Levi (er musste Altena 1776 auf Druck der preuß. Behörden verlassen), die Witwe Meyer Hertz sowie Marcus Jacob; letzterer hatte 1749 den Knecht Joseph Salomon angestellt, wegen dessen Misshandlung kam es zu einem Streit zwischen den Richtern in Altena und Balve. 1780 wollte Marcus Jakob seinen Geleitbrief auf seinen ältesten Sohn

Jacob Markus übertragen lassen, weil dieser plante, ein eigenes Geschäft zu gründen und Güthel Jacob aus Hohenlimburg zu heiraten. Die Kriegs- und Domänenkammer in Hamm stimmte der Übertragung und der Heirat unter der Bedingung zu, dass er sich verpflichtete, ein größeres Porzellankontingent aus der Berliner Manufaktur zum Preis von 300 Rtlr. abzunehmen, das zum Wiederverkauf im Ausland bestimmt war. Das Geleit des Marcus Jacob ging dann aber 1785 auf seinen Schwiegersohn über, Abraham Salomon aus Hemer. Ende des 18. Jh. lebten etwa 25 bis 30 Juden in Altena. Levi Herz musste sich vor seiner Übersiedlung nach Neuenrade, wo er 1804 genannt wird, „auf das Schlachten und den Handel mit den für die Altenasche Nähnadel und Fingerhut fabriq erforderlichen utensilien und materialien bei verlust seines privilegs einschränken“. Es hieß, er habe „gute Dienste“ geleistet.

2.1.2 Die zwischen 1800 und 1808 geborenen Kinder des Herz Meyer erhielten 1806 den Nachnamen Hertz. Herz Meyer starb 1810, seine Witwe Frommet heiratete im selben Jahr Isaac Meyer junior. 1806 nahmen die Kinder des 1802 gestorbenen Salomon Meyer den Familiennamen Salomon an, der 1791 geborene Sohn Isaac Salomon nannte sich später Rosenbaum. Er hatte sieben Kinder und verdiente seinen Unterhalt wie sein Vater mit Schlachten, da der Handel mit Ellenwaren nicht ertragreich genug war. Die Familie lebte 1840 im Haus Nr. 155 und war bis etwa 1860 in Altena ansässig. 1809 zog Michel Isaac aus dem benachbarten Mühlendorf nach Altena, er hatte dort ‚Cöllnische Spitzen‘, Haken und Ösen hergestellt und verkauft. 1803 kam Meyer Joel (gest. 1856) aus Langstadt bei Hanau (Kurfürstentum Hessen-Kassel) nach Altena. Er hatte sechs Jahre als Knecht in Soest gearbeitet, bevor er 1805 in Limburg ohne Heiratsurlaubnis die Witwe Hinte Meyer (Tochter von Meyer Hertz) heiratete. Nach der Eheschließung erhielt er die Konzession ihres verstorbenen Ehemanns Levi Joseph und wurde damit ‚ordinärer Schutzjude‘ in Altena. Er trieb einen kleinen Handel mit Waren und Fleisch und hatte wenig Vermögen, 1828 stellte die Regierung Arnberg ihm einen Gewerbeschein als Kaufmann aus. 1847 gab er sein Gewerbe als Metzger auf, 1851 wird er als Händler mit Ellenwaren aufgeführt, 1853 als 76-Jähriger ohne Beruf. Die Familie nahm 1846 den Namen Goldberg an. Erstmals 1821 für Altena erwähnt wird der aus Klein-Gerau bei Darmstadt stammende Metzger Israel Hirsch. Er behauptete, als Knecht für Moses Koppel zu arbeiten. Da er aber ohne Erlaubnis einen eigenen Handel betrieb, beschwerten sich die übrigen Juden über ihn. 1828 befürwortete der Altenaer Bürgermeister seine Niederlassung als Schlachter, Israel Hirsch habe sich das Wohlwollen der Bürgerschaft erworben und sich „immer gut und brav“ betragen; im selben Jahr gestatteten die Berliner Behörden ihm den Aufenthalt in Altena. 1863 führte Israel Hirsch eine Fleischerei mit mittlerem Geschäftsbetrieb. In den 1830er Jahren werden die Gebrüder Feidel mit einem Eisenwarenhandel und Isaak Meyer jun. mit einem Manufakturwarenhandel aufgeführt; mit Ellenwaren handelten Abraham Hanf und Herz Levy, Nathan Eisenberg, die Witwe Abraham Falk, Salomon Isaac, Herz Salomon und Isaac Salomon. Außer mit Ellenwaren handelten Nehemias Joel, Meier Joel und Herz Levy auch noch mit Häuten. Ebenfalls nach Altena zog Herz Miltenberg aus (Senden-)Bösensell, der die aus Altena stammende Bertha Salomon heiratete (das erste Kind wurde 1838 geboren), ferner lebte dort der Metzger Abraham Miltenberg aus (Münster-)Amelsbüren, der seit 1842 mit Täubchen Salomon verheiratet war.

1846 nahmen folgende selbständig tätige jüd. Handelsleute aus Altena erstmals feste Familiennamen an: Jacob Feidel, Moses Feidel (beide Feidelberg), Isaac Nehemias, Meyer Joel, Nehemias Joel (alle drei Goldberg), Joel Isaac (Langstadt) und Meier Isaac (Maiberg), ferner die Kaufleute Isaac Meier (Grünberg) und Meier Herz (Herzberg), der Händler Josua Meier (Grünberg), der Metzger Salomon Isaac (Maiberg, seit 1806 hatte er den Familiennamen Isaac geführt), ferner Isaac Salomon (Rosenbaum), Salomon Moses und Seelig Salomon (beide Steinberg), außerdem die Witwe des Moses

Koppel (Rosengarten) und der Glaser Heimann Abraham (Löwenberg). Weiteren jüd. Personen wurde das Führen der schon zuvor angenommenen Familiennamen offiziell genehmigt: dem Handlungsgehilfen Moses Bamberger, dem Lehrer Koppel Dessauer, dem Uhrmacher Gerson Falk, dem Kaufmann Abraham Hanf sowie den Metzgern Israel Hirsch, Nathan Eisenberg und Jacob Moses Löwenstein. 1845 zahlte der aus Kirchheim in Bayern gebürtige Abraham Hanf, der einen Handel mit Manufakturwaren und Fellen betrieb, mit 22 Tlr. den höchsten Steuersatz aller in Altena gewerbetreibenden Juden. Salomon Isaac (Maiberg, 1785–1873), Haus Nr. 51, galt 1846 als arm, er lebte vom Schlachten und einem unbedeutenden Handel mit Ellenwaren. Von seinen neun Kindern blieb der 1818 geborene Mayer, der Metzger wurde, ebenso in Altena wie der 1819 geborene Selig. Der Uhrmacher Gerson Georg Falk verließ 1847 als letztes Mitglied seiner Familie die Stadt. Moses Steinberg (1825–1885), Sohn des Metzgers Salomon Moses Steinberg, war ab 1840 Lehrling bzw. Geselle bei seinem Vater, 1856 legte er die Meisterprüfung ab. 1857 wohnte er am Markt im Haus Nr. 120. Im Jahr 1876 handelte er als Wanderhändler mit Viehhäuten, Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft sowie Manufakturwaren. Später zog er in den Stadtteil Nette (Nettenscheid), 1880 war er dort im Haus Nr. 483 gemeldet. Seine ledige Schwester Sara Steinberg (1813–1905) war 1871 in der Gewerbesteuerrolle eingetragen, ihr gehörte ein Fleischereigeschäft im Haus 266 (Lennestr. 46), das 1894 ihr Neffe Julius Steinberg übernahm. Samuel Steinberg (1861–1925), Sohn von Moses Steinberg, wuchs im Ortsteil Nette auf; er betrieb eine Fell- und Häutehandlung in der Bachstraße.

Der erste militärpflichtige Angehörige der jüd. Gemeinde Altena war 1836 der Handlungsgehilfe Weymann Levy, der – trotz seiner „kränklichen und gebrechlichen“ Eltern sowie einer Reihe unversorgter Geschwister – dem 16. Infanterie-Regiment zugewiesen wurde. Zwischen 1820 und 1870 absolvierten mehrere Juden eine Handwerker-Lehre, vor allem im Metzgerhandwerk und einer als Lithograph. Isaac Salomon wurde Buchbinder (ab 1845), Robert Elbthal – auf Kosten des Haindorfischen Vereins – Schuster (1868). 1847 bat der Schlachtergehilfe Moses Löwenstein um Zulassung zur Meisterprüfung, die er 1854 ablegte. Ihre Ausbildung als Lehrer im Haindorfischen Seminar beendeten 1852 Michel Rosengarten und 1854 Joel Goldberg, anschließend waren sie in Lüdinghausen bzw. Berleburg tätig. In den 1850/1860er Jahren sind als selbstständig tätige Juden in Altena erfasst: Moses Bamberger bzw. seine Witwe, Levie Elbthal, Natan Eisenberg, Jacob Feidelberg, Moses Feidelberg, Ferdinand Feidelberg, Isaac Friedenberg, Meier Goldberg, Isaak Grün(en)berg bzw. seine Witwe, Josua Grün(en)berg, Abraham Hanf, Meier Herzberg bzw. seine Witwe, Israel Hirsch, Joseph Hirsch, Josua Langstaedt, Joel Langstadt, Jacob Löwenstein, Feidel Löwenstein, Moses Löwenstein, Abraham Löwenstein, Salomon Meiberg, Selig Mayberg, Meier Meiberg, Isaak Meiberg, Meier Jh. Meiberg, August Meier, Isaak Rosenbaum, Koppel Rosengarten, Selig Steinberg, Moses Steinberg, Salomon Steinberg, Moses Weinmann, Leser Weinmann sowie Abraham Weinmann und Bernhard Wolff. Im letzten Drittel des 19. Jh. lebten in Altena ferner die jüd. Familien Friesen/Friesem, Sternberg, Wolff, Seeliger/Seelinger, Rosenbaum und Schnitzler.

Zu den wohlhabendsten Mitgliedern der jüd. Gemeinde zählte 1876 der Manufakturwarenhändler Abraham Hanf mit einem jährlichen Gewerbesteueraufkommen von 48 Goldmark. 1865 wurde der aus Salzkotten stammende Kaufmann Hermann Heinemann (1843–1897) in Altena ansässig. Er errichtete an der Lennestraße ein Weiß- und Kurzwarengeschäft, das sein Sohn Siegmund (1858–1951) zu einem namhaften, von der Altenaer Bevölkerung geschätzten Textilkaufhaus (Neubau 1904) mit mehr als 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Jahr 1928 ausbaute. 1898 übernahm Nathan Wolff (1857–1919) in der Nettestr. 14 die Metzgerei von Ricka Neuhaus, sein ältester Sohn Jacob führte das Geschäft ab 1902. Der aus Schwanenberg stammende Bernhard Wolff (1832–1920) zog 1856 nach Altena, wo er die Metzgerei der Witwe Eisenberg

führte, 1857 legte er die Meisterprüfung ab. Zuletzt lebte er mit seiner vierten Frau in der Linscheidstr. 24a. Isidor Herzberg, der mit seiner Familie am Markt im elterlichen Haus Nr. 139 gewohnt hatte, zog 1891 nach Köln; er gehörte zu den letzten Angehörigen der alteingesessenen Familie, die seit Ende des 17. Jh. in Altena gelebt hatte.

1911 nannte das ‚Israelitische Familienblatt‘ in der Rubrik ‚Austritte aus dem Judentum‘ unter Iserlohn den Kaufmann Heinemann aus Altena. Max Friesem, 1887 in Altena geborener Sohn von Simon Friesem, nahm als Ersatzreservist am Ersten Weltkrieg teil, er starb noch während der Ausbildung. Mit Friedrich (Fritz) Heinemann und Hugo Steinberg hatte die jüd. Gemeinde zwei weitere Gefallene zu beklagen. Das EK II erhielten Paul Steinberg, Willy Wolff und Julius Schnitzler, das ‚Verdienstkreuz für Kriegshilfe‘ die Ehefrau von Adolf Feidelberg. 1925 fand in Altena eine Versammlung der RjF-Ortsgruppe Lüdenscheid mit ihren Unterguppen Altena (gegründet 1925, Vorsitzender W. Steinberg), Meinerzhagen und Plettenberg statt. Nach 1920 war Altena eine Hochburg des antisemitischen ‚Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes‘, der Hauptsitz für den Gau Westfalen befand sich in Hattingen. Sehr aktiv in diesem Verein war der renommierte Altenaer Unternehmer Diedrich Hermann Rump.

In Evingsen lebte 1818 – nach eigener Aussage seit 1770 – der Metzger Susmann Wolff Oppenheimer, seit 1825 in Evingsen ansässig, führte dort von 1827 bis 1840 eine Metzgerei und einen Kramladen. Als er 1830 ausgewiesen werden sollte, verwandte sich u. a. der Evingser Gemeinderat für ihn. In den 1840er Jahren wohnte er in Sundwig, später in Westig bzw. Iserlohn. In Halver lebte 1862 die Familie Aronstein.

2.1.3 Anfang der 1930er Jahre war Adolf Feidelberg Inhaber einer Eisenwarenhandlung (Bachstr. 21), Siegmund Heinemann eines Kaufhauses (Lennestr. 74/78) und Leo Friesem einer Metallgroßhandlung (Bahnhofstr. 51). Josef Friedenbergs (Freiheitsstr. 62) war Metzger, Salomon Steinberg (Rahmedestr. 26) Rentner. Lehmann Meier vertrieb Manufaktur-, Putz- und Modewaren (Lennestr. 45), Leopold und Julius Schnitzler hatten ein Konfektionsgeschäft, Kirchstr. 29 u. 34. Eine Darmhandlung betrieb Rudolf Wolff (Nettestr. 24), eine Häutehandlung Samuel Steinberg (Bachstr. 97), die sein Sohn Walter Steinberg fortführte; 1936 handelte er zudem mit Gewürzen. 1933 kam es zu einem ersten Zusammenstoß zwischen dem Kaufhausinhaber Siegmund Heinemann und SA-Leuten, die die Einholung einer von Heinemann gehissten schwarz-rot-goldenen Flagge forderten. 1934 beschloss die jüd. Gemeinde, 3000 RM und ein ihr gehörendes Grundstück in der Nähe der Burg Altena zum Bau einer „Wanderherberge für die jüdische Jugend“ zur Verfügung zu stellen, es sollte die „erste deutschjüdische Herberge“ werden, wie die RjF-Zeitschrift ‚Der Schild‘ schrieb. Man erwartete die Unterstützung aller jüd. Gemeinden des Rhein- und Ruhrgebiets, „damit eine jüdische Jugendherberge – ein Gebot der Stunde – in dieser landschaftlich reizvollen Gegend bald“ entstehe. Die Koordination der Vorarbeiten hatte man dem RjF-Mitglied Walter Steinberg in Altena übertragen.

Während des Novemberpogroms 1938 wurde die Synagoge verwüstet, die Thora-rollen wurden verbrannt. SA-Angehörige beschlagnahmten Kultusgegenstände und Akten der jüd. Gemeinde und brachten sie zur Polizeiwache, von wo aus sie 1939 ins Staatsarchiv Münster gelangten. SA-Männer drangen auch in das Kaufhaus Heinemann ein, zerstörten die Inneneinrichtung und einen großen Teil des Warenbestandes. Mit einem Auto wurden alle Schaufensterscheiben zerstört; Bürger aus Altena und Nachrodt sollen sich an den Plünderungen beteiligt haben. Wegen fortgesetzter Repressalien bemühte sich Heinemann seit Mitte 1938 notgedrungen um den Verkauf seines Geschäfts, involviert waren u. a. der Gauwirtschaftsberater und die IHK Hagen. Auch am Konfektionshaus von Jacob Schnitzler, Kirchstr. 34, der elf kaufmännische Angestellte sowie zwei Aushilfen beschäftigte, wurden im Nov. 1938 die Schaufensterscheiben zertrümmert. Das Geschäft wurde kurz vor Weihnachten von

einem nichtjüd. Kaufmann übernommen und an Heiligabend 1938 unter neuem Namen wieder eröffnet. Jacob und Leo Schnitzler, Siegmund Heinemann, Josef Friedenber, Lehmann Meier und Fritz Grünewald wurden am 10. Nov. 1938 im Polizeigefängnis Altena inhaftiert, einige von ihnen am Tag darauf wieder entlassen. Im KZ Sachsenhausen inhaftiert waren Siegmund Heinemann, Jacob Schnitzler und Leopold Schnitzler sowie der Fleischer und Viehhändler Rudolf Wolff; drei Monate nach seiner Entlassung aus dem KZ beging Wolff 1939 Selbstmord. Zwischen 1937 und 1941 verließen 17 Juden die Stadt, als neue Wohnorte werden Köln-Lindenthal, Neheim, Essen sowie Arnheim und Rotterdam genannt. Anfang 1938 zog Walter Steinberg mit Frau und Töchtern nach Rotterdam; das Ehepaar wurde 1943 von dort aus deportiert, den Töchtern gelang die Flucht in die USA. Max Herzberg und Paula Steinberg, beide gebürtig aus Altena, wurden aus dem Deutschen Reich ausgebürgert. Dr. Feideler gelangte nach Tel Aviv, von wo aus er 1939 beim Reichswirtschaftsministerium gegen die Enteignung des Grundstückes (Bachstr. 21/23) protestierte. Man teilte ihm jedoch mit, die ‚Zwangsentjudung‘ sei endgültig; Interessentin für das Grundstück war die Stadt Altena. Siegmund Heinemann veräußerte seinen gesamten Besitz an die Otto Böhler KG und zog Anfang 1939 mit seiner Familie zunächst nach Köln und von dort nach Belgien, wo sie ab 1942 im Untergrund lebten. Im Nov. 1943 wurde das Ehepaar Heinemann verhaftet und in ein Gestapo-Lager eingeliefert, aus dem es im Sept. 1944 durch die Alliierten befreit wurde; die Töchter wurden ins KZ Auschwitz deportiert.

Ende 1939 wurden die aus ihren Häusern und Wohnungen vertriebenen Juden im ehem. Synagogengebäude (Thomé-Str.) untergebracht. Nach deren Deportation war geplant, dort Juden aus Plettenberg und Meinerzhagen unterzubringen, dagegen wehrte sich jedoch die Stadt Altena, die die Räumlichkeiten für Schulzwecke nutzen wollte. Zum Transport am 30. April 1942 ins Ghetto Zamość gehörten aus Altena Irma Grünewald, Else Neuhaus, Jacob Schnitzler und Hedwig Lennhoff, zum Transport am 30. Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt das Ehepaar Bertha und Lehmann Meier, Leopold Schnitzler und die Witwe Franziska Lennhoff, die dort wenige Tage später starb. Julie Friedenber wurde 1942 ins KZ Auschwitz deportiert, weitere Altenaer Juden wurden aus ihren Zufluchtsländern Niederlande und Belgien deportiert. Opfer der Euthanasie wurde aus Altena Alfred Wolff, der 1936 im Polizeigefängnis Altena inhaftiert wurde, im Juli/Aug. 1941 über die Pflege- und Heilanstalten Lippstadt-Eickelborn und Erbach-Eichberg nach Hadamar gelangte und dort umgebracht wurde. Der in Halver geborene 80-jährige Philipp Aronstein wurde im Sept. 1942 von seinem Wohnsitz Berlin nach Theresienstadt verschleppt, wo er wenige Wochen später starb.

2.1.4 Nach der NS-Zeit kehrte keiner der überlebenden oder geflüchteten Juden dauerhaft nach Altena zurück. Siegmund Heinemann erhielt in einem Vergleich vor dem Landgericht Hagen sein Eigentum zurück und verpachtete es für die Dauer von zehn Jahren an die Otto Böhler KG. In einem Wiedergutmachungsverfahren wurde ihm für den zwischen 1939 und 1949 erlittenen Verdienstausschlag eine Entschädigung zugesprochen, er starb 1951. Seine Witwe Helene geb. Lenneberg und die Tochter Hannelore ließen sich 1954 in New York nieder, wo bereits mehrere Verwandte wohnten.

2.2.1 1737 lebten in Altena 21 Juden, 40 im Jahr 1796 und 38 im Jahr 1798. Gegen Ende des 18. Jh. waren unter den etwa 3000 Einwohnern vier bis sechs jüd. Familien. 1815 registrierte man 13 jüd. Familien mit 60 Angehörigen, 1829 waren es 90 Personen. 1839 lebten im Mühlendorf 50 und in der Freiheit Altena 46 Juden, damit hatten die Juden einen Anteil von mehr als zwei Prozent an der Bevölkerung des engeren Stadtbezirkes (3935 Personen). 1843 lebten in Altena 94 Juden, 1858 waren es 105. 1871 waren von 7122 Einwohnern 844 kath., 6145 ev., 100 jüd. Glaubens, 33 gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 12 108 Einwohnern 1933 kath.,

9960 ev., 102 jüd. Glaubens, 111 gehörten anderen christl. Gemeinden an, zwei einer anderen oder keiner Religion; 1925 waren von 16 167 (!) Einwohnern 3011 kath., 12 256 ev., 41 jüd. Glaubens und 258 bekenntnislos. 1932/33 lebten in Altena 23 Juden.

Juden lebten außerdem in den folgenden im Synagogenunterbezirk Altena gelegenen Orten: In Halver waren 1895 von 8360 Einwohnern 358 kath., 7922 ev. und zwei jüd. Glaubens, 78 gehörten anderen christl. Gemeinden an. In dem heute zu Altena gehörenden Ortsteil Evingsen lebten 1839 fünf Juden. In (Nachrodt-) Wiblingwerde war 1858 und 1925 jeweils ein Jude ansässig, die beiden Gemeinden wurden 1907 vereint.

1842/43 erwog die Regierung Arnsberg für das Gebiet des Kr. Altena die Einrichtung von Synagogenbezirken in Altena, Neuenrade, Plettenberg, Lüdenscheid und Meinerzhagen. 1853 wurde dann aber beschlossen, einen Synagogenbezirk für den gesamten Kreis mit Sitz in Altena zu gründen, dem die bisher eigenständigen Gemeinden als Untergemeinden angehören sollten. Jede der künftigen Untergemeinden – Altena, Neuenrade (mit Werdohl), Plettenberg, Meinerzhagen und Lüdenscheid – sollte eine separate Schule einrichten, ihr Vermögen eigenständig verwalten und die Kosten für Synagoge und Schule selbst tragen. Der Kreis Altena befürwortete diesen Plan wegen der großen Entfernungen; 1854 stimmte die Regierung Arnsberg zu. Die Untergemeinden wählten eigene Vorsteher und entsandten Vertreter in den Kreissynagogen-Verband, dessen Vorsteher kam offenbar immer aus Altena. Der Kreissynagogenverband fungierte vor allem in Schul- und Etatfragen als Zwischeninstanz, er vermittelte zwischen der Kreisverwaltung und den Untergemeinden. Die erste Repräsentantenwahl zum Kreissynagogen-Verband 1854 fochten Lüdenscheider Vertreter an, weil Altena fünf, die übrigen Gemeinden nur vier Sitze erhielten. Bei einer Wiederholung der Wahl nach einer Intervention der Regierung Arnsberg wurde die Sitzverteilung geändert. Meyer Herzberg aus Altena wurde zum Vorsitzenden des Kreissynagogenverbandes gewählt. 1856 wurde das ‚Statut für die Synagogen-Gemeinde des Kreises Altena‘ erarbeitet, 1858 wurde es genehmigt. Anfang des 20. Jh. war Altena Mitgliedsgemeinde im DIGB. Die kreisweite Organisationsform galt noch 1938. Der heutige Altenaer Ortsteil Evingsen war dem Synagogenbezirk Menden zugeordnet, Mitte des 19. Jh. wohnten dort aber schon keine Juden mehr.

Über die religiöse Ausrichtung der Altenaer jüd. Gemeinde berichtete 1864 das Publikationsorgan der deutsch-jüd. Orthodoxie ‚Der Israelit‘, die etwa 17 jüd. Familien umfassende Gemeinde versuche, „alle unsere religiösen Institutionen in ihrer vererbten, alten ehrwürdigen Form mit aller Kraft aufrecht zu erhalten“. Das „rein jüdische Element“ wurzele „noch auf festem Fuße, denn die Neuerungssucht der benachbarten Städte hat bei uns noch keine Nachahmung gefunden“.

2.2.2 1778 verfügten die Juden in Altena über einen Betraum in einem nicht mehr lokalisierbaren Gebäude, das die jüd. Gemeinde 1808 kaufte. 1809 sollte der aus Mülendorf zugezogene Michel Isaac 450 Rtlr. als Anteil an der Synagogenpacht der letzten 25 Jahre sowie an den Thorarollen und Möbeln zahlen, wogegen er protestierte. Als das Gebäude zu klein wurde, erwarb die Gemeinde 1828/29 für 1850 Tlr. das von Heedesche Haus (Kirchstr. 36). Darin wurden Betraum, Schulzimmer und eine Wohnstube für den Lehrer eingerichtet. 1898 spendete Kommerzienrat Gustav Selve der jüd. Gemeinde – mit Hinweis darauf, dass auch deren wohlhabende Mitglieder „bisher nicht auf den Unterschied der Konfession gesehen haben, wenn es galt, die Noth unter den Altenaer Mitbürgern zu lindern“ – 500 M „zum Bau einer Synagoge“. Nachdem das Heedesche Haus baufällig geworden war, kaufte die Gemeinde 1914 für 22 000 M das aus dem Jahr 1879 stammende Museumsgebäude des ‚Vereins für Orts- und Heimatkunde im Süderland‘ (Schloßstr. 17, heute Fritz-Thomé-Str. 17) und richtete darin eine Synagoge und ein Schulzimmer ein. Simon Friesem, Samuel Steinberg und Siegmund Heinemann trugen erheblich zur Verwirklichung dieses Vorhabens bei. Der frühere Altenaer Lehrer Wolff, nun in Lüneburg tätig, weihte die neue Synagoge

1914 ein. Da das Gebäude im Ersten Weltkrieg als Lazarett diente, nutzte die Gemeinde während dieser Zeit wieder das Heedesche Haus, das sie 1918 verkaufte. Das Synagogengebäude Fritz-Thomé-Straße war seit 1935 im Besitz der RV und wurde vom Altenaer Finanzamt treuhänderisch verwaltet. Während des Novemberpogroms 1938 wurde das Innere verwüstet. Das Gebäude blieb erhalten und diente später als ‚Judenhaus‘. Mitte 1942 gab es Überlegungen, es für den Erweiterungsbau der benachbarten Mädchenoberschule anzukaufen, zu der Zeit wohnten dort aber noch drei Juden, deshalb konnte der Plan nicht umgesetzt werden. Nach deren Deportation wurden die Räumlichkeiten an Nichtjuden vermietet.

2.2.3 Die Anstellung des Lehrers Loew Wolf aus Meisenheim, den die Kriegs- und Domänenkammer in Hamm empfohlen hatte, scheiterte 1806, weil die Gemeinde das Gehalt nicht aufbringen konnte. Ähnliche Probleme gab es bei den deshalb nur kurzzeitig tätigen Lehrern H. Moses (1815), Mosbach (1822), Jacob Friedländer aus Berlin (1828) und Levi Wolfsohn aus Hundsbach (1828–1830); Letzterer hatte zudem keine Lehrprüfung abgelegt und durfte deshalb nicht unterrichten. Der erste ‚concessionierte‘ jüd. Volksschullehrer in Altena war der aus Wellstein (Posen) stammende Levy Hammel, bis dahin konzessionierter Privatlehrer in Hagen, mit dem die Gemeinde 1831 einen Vertrag schloss. Die Gemeinde zahlte ihm 130 Tlr. Gehalt und stellte zwei Zimmer zur Verfügung, eines als Schulzimmer, das andere als Wohnung. Hammel musste auch das Amt des Schächters übernehmen, das Geflügel wurde ihm zum Schlachten in die Wohnung gebracht. Den Elementarunterricht von Hammel besuchten 13 Kinder, er blieb bis 1834. Der Nachfolger Neuberger unterrichtete 1834 nur Religion und die hebr. Sprache. 1836 war der ‚Schulamts-Candidat‘ Gabriel Wiener, 1838 Salomonsohn Kuttner – wie sein Vorgänger aus Wittkow/Posen – als Lehrer in Altena tätig. In den Zeiten der Vakanz mussten die Kinder in christl. Schulen geschickt werden. Um 1840 sah der Lehrplan der jüd. Elementarschule täglich eine Stunde Hebräischunterricht vor, was nach Meinung der christl. Schulaufsicht „vollkommen hinreichend“ war, „um nach einer Reihe von Jahren die leichtesten Bücher des alten Testaments lesen zu können“. 1842 wurde nach seiner Elementarlehrerprüfung in der Haindorschen Anstalt Koppel Dessauer aus Limburg nach Altena beordert, er ist dort noch 1847 bezeugt. Als Lehrer in der Folgezeit werden erwähnt 1848 Lazarus Cohn, 1850 bis 1853 der im Haindorschen Seminar ausgebildete August Meyer aus Unna, 1854 David Bondy aus Doberzisch und 1857 Abraham Ackermann (ohne Ausübung des Kantorenamtes). Nathan Schnitzler (1836–1907) aus Kenten im Kr. Bergheim war seit 1859 Lehrer und Kantor in Altena. Die jüd. Gemeinde überwarf sich mit ihm und kündigte 1870 seinen Vertrag, Schnitzler eröffnete daraufhin noch im selben Jahr einen Handel mit Kleidung. 1870 bis 1873 war Levi Speier aus Guxhagen/Kr. Melsungen als Lehrer tätig, 1874/75 Gerson Pels aus Emden (1875 war er Lehrer in Limburg). Der 1878 in Altena beschäftigte Maximilian Stern aus Reichensachsen (geb. 1855) wanderte nach Amerika aus. Seine Nachfolger waren Salomon Katten aus Halsdorf (1879), Seligmann Rothschild aus Condorf/GHtm. Hessen (1882–1884) und Leo Fröhlich (1884). In der zweiten Hälfte der 1880er Jahre unterrichtete David Würzburger aus Rhina elf Kinder in der jüd. Volksschule. Als weitere jüd. Lehrer in Altena werden genannt: Ferdinand Naumann aus Bisses, Kr. Nidda (Anfang 1890er Jahre), Meier Zucker (1893/94) sowie 1894 Louis Seelig (?), 1895 bis 1899 Sigmund Vogel aus Breidenbach bei Wiesbaden, 1899/1900 Siegfried Plaut (Beringhausen bei Bredelar) und 1900 bis 1902 Levi Kallmann aus Hattenbach. Nachdem 1902 bis 1904 David Heumann das Lehramt versehen hatte, suchte die jüd. Gemeinde Anfang 1905 ‚baldigst‘ einen neuen Lehrer und Kantor; im selben Jahr und noch 1907 versah Josef Wolff aus Aurich diese Tätigkeit. Nach Aussage des Bürgermeisters wurde die private jüd. Volksschule von weniger als zwölf Kindern besucht, zum Unterhalt erhielt die jüd. Gemeinde einen jährlichen Zuschuss aus der Stadtkasse. 1910 suchte sie erneut

einen Lehrer, Vorbeter und Schächter zum Gehalt von 1500 M und Nebeneinkünften. 1908/09 unterrichtete Hermann Hartog aus Hannover sieben Kinder, 1910/11 war Siegmund Münz aus Neuenahr sein Nachfolger. Lehrer Kaufmann wurde Ende 1919 vertretungsweise für sechs Monate in den öffentlichen Schuldienst eingeteilt. Im ‚Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung‘ wird für 1932 eine jüd. Schule in Altena erwähnt. Das Schullokal befand sich bis 1938 in dem 1914 als Synagoge eingerichteten Haus Fritz-Thomé-Str. 17.

1843 waren 23 Kinder schulpflichtig, 1851 waren es 17 (drei davon besuchten die christl. Schule), 1855 gab es 21 Schüler, 1890/91 dann 17 Schüler, von denen drei das städtische Realgymnasiums besuchten, für 1895/96 wurden 19 Schüler registriert. 1902 waren unter den Vätern der Schulkinder aus den Familien Friesem, Steinberg, Wolff, Heinemann und Feidelberg sieben Kaufleute und acht Metzger.

2.2.4 Die Führung der Armenkasse übernahm 1821 Meyer Joel (später Goldberg), der 1817 als Bezirksvorsteher der jüd. Gemeinde erwähnt wird. Juden aus Altena spendeten 1828 bis 1909 regelmäßig für die Haindorfsche Stiftung. 1864 erwähnt das Publikationsorgan der deutsch-jüd. Orthodoxie ‚Der Israelit‘ drei Wohltätigkeitsvereine für Altena: je eine Chewra Kaddischa für Frauen und Männer sowie eine religiös ausgerichtete Gruppierung. Jeder Verein habe „seine besonderen religiösen und wohlthätigen Zwecke“. Im ersten Jahrzehnt des 20. Jh. wird eine Chewra Kaddischa genannt, der 1907 N. Schnitzler vorstand und 1909 und 1911 A. Feidelberg. Der ‚Chewra Gemilus Chadossim‘ stand mindestens von 1907 bis 1911 Samuel Steinberg vor. Den Vorsitz des ‚Israelitischen Frauenvereins‘ hatte 1907 die Ehefrau von L. Lennhoff inne, 1909 und 1911 Frau Feidelberg. 1920 sammelten Leo Friesen und Walter Steinberg für die ‚Abwehrspende‘ des CV. Eine weitere Sammlung war zur Unterstützung verarmter jüd. Waisenkinder aus Österreich gedacht.

2.3.1 Aus Altena waren im Vorstand des Kreissynagogenverbandes Altena vertreten: Meyer Herzberg (1854–1862), Moses Feidelberg (1862–1887), Nathan Schnitzler (1872–1890), Isaac Isidor Herzberg (1881–1891), Adolf Feidelberg (1887 bis ca. 1911), Robert Hirsch (1881–1897), der Metzger Mayer Mayberg (1890–1894) und Simon Friesem (1896–1902). Vertreter der Gemeinde Altena im Repräsentantenkollegium des Kreissynagogenverbandes waren zwischen 1854 und 1862 Salomon Meyberg, Koppel Rosengarten und Isaak Rosenbaum, zwischen 1862 und 1868 Selig Steinberg (bis 1892), Isaak Langstädt und Joseph Hirsch, zwischen 1868 und 1872 Bernhard Wolff (auch 1890–1902), Ferdinand Feidelberg (bis 1879), Israel Hirsch, Leser Hanf (bis 1892) und Isaak Mayberg (auch 1890–1902). Vertreter in den 1870er und 1880er Jahren waren Selig Ruben Mayberg, Leeser Hanf, Nathan Schnitzler (bis 1902), Moses Löwenstein, ferner Robert Hirsch und Hermann Heinemann (beide bis 1897).

Dem Vorstand der Untergemeinde Altena gehörten an: Abraham Hanf (1851–1863), Salomon Mayberg (1858–1862), Israel Hirsch (1863–1869), Selig Steinberg (1863–1869 und ab 1882), Ferdinand Feidelberg (1869–1882), Levi Elbthal (1869–1874), Leeser Hanf (1882–1892), Nathan Schnitzler (1876–1888 und 1903), Robert Hirsch (seit 1894) sowie Simon Friesem (seit 1897). Gemeindevorsteher war 1892–1894 und ab 1897 Adolf Feidelberg (gest. 1933). 1924/25 bildeten Samuel Steinberg, Simon Friesen und Siegmund Heinemann den Vorstand, 1932 Siegmund Heinemann und Josef Friedenberg.

1776 stellte die jüd. Gemeinde Falck Simon als ‚Koller‘ (Schächter) in ihre Dienste, zudem war er Vorsänger und Totengräber. Da er von seinem Lohn nicht leben konnte, arbeitete er zusätzlich als Tagelöhner. 1794 beschwerten sich einige Glaubensgenossen bei der Obrigkeit über ihn, weil er ohne Lizenz nebenher auch schlachtete. Mehrere Jahre war Falk Simon nicht in der Lage, sein Schutzgeld zu zahlen, 1806 zog er zu seiner Tochter und deren Mann nach Neuenrade. Sein jüngster Sohn Jacob wanderte

um 1810 nach England aus, ein Brief von ihm aus dem Jahr 1820 hat sich erhalten. Der 1831 als Lehrer angestellte Levy Hammel versah zugleich die Ämter des Vorsängers und des Schächters. Er erhielt für diese Tätigkeiten ein Jahresgehalt in Höhe von 130 Tlr. nebst einer kleinen Aufwandsentschädigung. Weitere ihm nachfolgende Lehrer versahen ebenfalls die Kantorentätigkeit. Bernhard Wolff, zwischen 1868 und 1902 mehrmals Repräsentant für Altena im Kreissynagogenverband, übte bis an sein Lebensende 1920 die Tätigkeit als Schächter aus.

2.3.3 1869 berichtete die Zeitschrift ‚Der Israelit‘, dass Juden in verschiedenen Städten bürgerliche Ehrenämter übernommen hätten und nun auch in Altena ein Jude als Stadtrat Sitz und Stimme im Magistrat habe. Julia Steinberg berichtete nach 1945, dass ihr Vater Samuel Steinberg (gest. 1925) und zwei seiner Brüder in der Artillerie gedient hätten und Mitbegründer des Altenaer Artillerie-Vereins gewesen seien. Nach ihrer Angabe wollte man ihren Vater zum Stadtverordneten wählen: „Wählt Samuel Steinberg, der weiß, wo den Bürger der Schuh drückt“, das waren Plakate, die plötzlich auftauchten.“ Steinberg verweigerte jedoch den Posten, weil er kein öffentliches Amt wollte. Der Kaufmann Simon Friesem (1854–1925) gehörte dem Landwehr-Verein an. Ein Foto aus dem Jahr 1890 zeigt ihn mit seinem Bruder Moses Friesem als Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr im Löschzug Freiheit. Moses Feidelberg (1807–1890) war gemeinsam mit Leser Hanf 1877 Mitglied der Casinogesellschaft Altena. 1833 hatten mehrere Bürger die Friedrich-Wilhelms-Gesellschaft darum ersucht, Abraham Hanf als ersten Juden in den Schützenverein aufzunehmen. Die Gesellschaft scheint dieses befürwortet zu haben. 1848 wurde Hanf zu einem der Zugführer der Abteilung Mühlendorf gewählt.

3.1 Bei dem 1778 bis 1828 genutzten Betraum handelte es sich um eine „ordinaire Kammer, worauf kaum sämtliche Juden Platz haben“, wie es 1829 heißt. Das 1828/29 als Synagoge, Schule und Wohnung für den Lehrer dienende sogenannte Heedesche Haus, Kirchstr. 36, war ein giebelständiger, schlichter Massivbau, der 1918 für 25 000 M an einen Bäckermeister verkauft und 1929 abgebrochen wurde. Das 1914 für 22 000 M erworbene ehemalige Museumsgebäude des ‚Vereins für Orts- und Heimatkunde im Süderland‘, zur Synagoge umgebaut und mit Schulzimmer ausgestattet, bestand aus zwei Gebäudeteilen, war doppelgeschossig und besaß zwei gotisierende Treppengiebel. Unter dem Hauptgesims war ein hebr. Spruch angebracht. Der Betsaal befand sich im hinteren Teil des Erdgeschosses und besaß eine als Firmament gestaltete Deckenmalerei. Nach dem Ende der NS-Zeit stand noch immer die Synagogengemeinde Altena als Eigentümerin im Grundbuch. 1951 wurde das Eigentum an die JTC übertragen, die Grundstück und Gebäude 1954 verkaufte.

3.2 Siegmund Heinemann kaufte 1889 den 1825/26 erbauten und als Rathaus bzw. Gerichtsgebäude genutzten Gebäudeteil des Hauses Lennestr. 74/78. 1939 war Adolf Feidelberg Eigentümer eines land- und forstwirtschaftlich genutzten Gartenlandes (2669 m²).

3.3 Der älteste erhaltene Grabstein auf dem jüd. Friedhof Altena an der Straße ‚Am Grünen Wege‘ im Stadtteil Mühlendorf stammt aus dem Jahr 1718 und wurde gesetzt für Mosche Schimschon, Sohn des Jokew Mosche. 1829 ist das Areal im Urkataster nachgewiesen. Eine Grabstele ist dem Andenken eines im Ersten Weltkrieg gefallenen Gemeindemitglieds gewidmet. Für 1887 ist eine ‚Friedhofsordnung für die israelitische Gemeinde zu Altena‘ überliefert. Während der NS-Zeit erlitt der Begräbnisplatz, auf dem 1939 letztmalig eine Bestattung vorgenommen wurde, erhebliche Schäden; 1943 entfernten Angehörige der ‚Technischen Nothilfe‘ im Rahmen einer Altmetallsammlung für Kriegszwecke die eisernen Grabeinfassungen und das eiserne Eingangstor. Seit 1946 und auch in 1950er Jahren sorgte die Stadt für Instandsetzungsarbeiten,

nachdem sich mehrere Juden über den Zustand beschwert hatten. 1948 wurden zwölf Grabsteine umgeworfen. 1986/87 wurde der Friedhof zweimal geschändet, dabei wurden nach Zeitzeugenaussagen größere Schäden angerichtet als in der NS-Zeit. Das 2399 m² große Friedhofsgrundstück besteht aus einem alten und einem neuen Teil mit insgesamt 56 Grabsteinen, die teils deutsche, teils hebr. Inschriften tragen. Die Stadt Altena pflegt den Friedhof, in ihrem Auftrag wurde er 2012 vom Salomon Ludwig Steinheim-Institut (Essen) dokumentiert.

4.1 Archiv der Königlichen Porzellanmanufaktur Berlin, Land Berlin, Abt. I: Etablierung und Einrichtung der Manufaktur. – KreisA u. Landeskundliche Bibliothek des Märkischen Kr., Altena, Landratsamt Altena, A 322–325, 348, 349. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), PersonenstandsA: P 5, Nr. 267, 268, 289, 290–292. – StadtA Altena A 21, 85–91, 436, 488, 495, 525–527, 584, 585, 588–591, 595–597, 631, 638, 715, 730, 735, 735a, 735m, 735o, 735t, 737, 740, 742, 747, 749c, 751, 763, 772–778, 780–787, 803, 805, 825; B 82, 170, 428, 430, 434, 436, 439, 518, 591, 798–803, 808, 811, 813–816, 819, 820, 875, 879, 1361–1364, 1366–1368, 1371, 1374, 1377, 1379; C 77, 304, 307, 780, 917; D 10/105, 10/115, 10/137, 10/191, 10/664, 32/1066, 32/1068, 32/1085, 32/1086, 40/1242, 60/2689; G 46; Kc 3; Quellensammlung (Fotokopien von Archivalien) zur Geschichte der Juden in Altena, zusammengestellt von Monika Biroth.

4.2 Foto des als Synagoge genutzten ‚Heedeschen Hauses‘, Kirchstr. 36, und des 1914–1938 als Synagoge dienenden Hauses Fritz-Thomeé-Str. 17 (auch in: BROCKE, Feuer an Dein Heiligtum gelegt 11 u. 600), des ehem. Textilkaufhauses Heinemann und des jüd. Friedhofs in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 438–441. Fotos des 1943 durch Angehörige der Technischen Nothilfe entfernten eisernen Eingangstores und der eisernen Grabeinfassungen im StadtA Altena, gedruckt in: HESSE Klaus/SPRINGER Philipp/RÜRUP Reinhard (Hg.), Vor aller Augen. Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz <Essen 2002> 181. Grabsteininschriften in: PAHL Helmut, Märkische Grabmalinschriften aus fünf Jahrhunderten <Iserlohn 1977> 56 f., 77, 80f., 111.

4.3 AZJ <13.5.1898>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 2–44 <1828–1907/09>. – FLEBBE Hermann (Bearb.), Quellen und Urkunden zur Geschichte der Stadt Altena (Westf.), Bd. 1: Von den Anfängen bis 1609 ... <Altena 1967> 336 (Nr. 377, Nennung eines Juden in Schatzungsliste 1586). – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 65, <1909> 70, <1911> 79, <1924/25> 60. – Der Israelit <6.1.1864>. – Israelitisches Familienblatt <1905, 1907, 1910, 1914–1916, 1918–1920, 1933–1934>. – Jüdischer Friedhof Altena, <http://www.steinheim-institut.de/cgi-bin/epidat?id=alt-o> [letzter Zugriff 3.8.2015]. – Der Schild <10.5.1925, 2.3.1934>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung <1932/33> 157. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 51.

4.4 BÖNING Adalbert, Ein Brief des Jakob Falk, eines um 1810 von Altena nach England ausgewanderten Juden, an seine Geschwister in der alten Heimat (9. Januar 1820). In: Der Märker 47 <1998> 71–76. – HÖTTLER Kurt, Erinnerungen an jüdische Mitbürger – auch ein Kapitel Stadtgeschichte. In: STÖRING Heinz (Red.), Altena. Beiträge zur Heimat- und Landeskunde <Altena 1988> 66–70. – PETRASCH Friedrich, Siegmund Heinemann (1878–1951). Ein jüdischer Kaufmann in Altena. In: Der Märker 40 <1991> 202–208. – REUTER Karl, Auch ein Kapitel Stadtgeschichte. 16-teilige Artikelserie zur Geschichte der Altenaer Juden. In: Westfälische Rundschau <3. April 1976 bis 21. August 1976>.

Rolf Dieter Kohl

ANRÖCHTE

1.1 Gemeinde Anröchte, Kr. Soest

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen.

Zum 1854 gebildeten Synagogenbezirk Rüthen-Anröchte gehörten die Stadt Rüthen, die Gemeinden des Amtes Altenrüthen (u.a. Altenrüthen, Effeln, Heddinghausen, Hoinkhausen, Kneblinghausen, Langenstraße und Oestereiden) und des Amtes Anröchte (u.a. Anröchte, Altengeseke und Mellrich), jedoch ohne das Kirchspiel Horn.

2.1.1 Aus der Zeit um 1600 stammen Erwähnungen jüd. Einwohner. Für 1614 gibt es die Nachricht von der Taufe eines Juden in Anröchte, die aber nicht sicher nachzuweisen ist. 1667 zog Abraham Joseph mit seiner Familie, seiner Schwiegermutter und einem Knecht nach Anröchte. Er hatte sich im selben Jahr um die Genehmigung der Niederlassung in Erwitte bemüht, die nach Beschwerden der dortigen Bewohner – da dort bereits die von den Behörden zugelassene Zahl jüd. Familien wohnte – aber nicht genehmigt wurde. Der Antrag wurde von Neheim aus gestellt, möglicherweise wohnte er aber zuvor schon in Anröchte. Abraham Joseph handelte mit Hökerwaren, Samt und Seide, Leinwand und Früchten, zudem betätigte er sich als Pferdeschlächter.

Wegen der steigenden Anzahl von Juden im Hztm. Westfalen im letzten Drittel des 17. Jh. forderte das Kölner Domkapitel 1704 die Ausweisung von armen Juden, darunter sechs aus Anröchte. Dabei wurde auch festgestellt, dass „ein frömbder armer jude mit weib und 4 kinder“, der aus Plettenberg vertrieben worden sei, in Anröchte im Haus eines Christen wohne. Die Anweisung zur Ausweisung hatte aber wohl keine Folgen, denn sowohl 1697 als auch 1706 lebten drei jüd. Familien im Dorf, deren Familienvorstände sind als Gottschalk, Joseph und Jakob verzeichnet. In der Osternacht 1717 wurde das Haus von Joseph Emanuel Katz verwüstet. 1738 waren fünf jüd. Familienvorstände als Schlachter und Pferdehändler tätig. 1744/49 lebten Bendix Jakob, Schmucl Joseph, Joseph Emanuel Katz, Simon Gottschalk und eine arme Familie im Ort. 1775/76 waren es 24 Juden der Familien von Bendix Pinnes, Abraham Moses, Bernd Moses und Joseph Katz, 1784/85 insgesamt 29 Personen in den Familien von Bendix, Simon, Katz und Abraham Katz. 1791 werden Simon Säckel, Herz Bendix, Joseph Katz und Abraham Joseph erwähnt.

2.1.2 Bis 1800 wurden Vergeleitungen und Zuzugsgenehmigungen durch die kurfürstlich-kölnischen Behörden in Arnsberg erteilt. 1846 waren in Anröchte folgende selbständig tätige Juden (Familienvorstände) verzeichnet: Friederike Bendix, Lefmann Berliner (Kantor), Meier Fritzlar, Lazarus Goldenberg, Heinemann Hoffmann, David Lengsfeld, Emanuel Oppenheimer, David Rapp, Heinemann Rapp, Witwe Hanna Rapp, Isaac Rapp, Salomon Rapp, Samuel Rapp, Abraham Rosenthal, Heinemann Rosenthal, Joseph Rosenthal, Levi Schiffenberg, Aron Schreiber, Abraham Spanier, Moses Spanier, Isaac Stern und Levi Zimmermann. Die genannten erblichen Familiennamen wurden 1808/09 angenommen bzw. bereits zuvor geführt. Ausschreitungen gegen jüd. Einwohner gab es nach einer antisemitischen Welle 1843; 1875 kam es zu „Krawallen der Schuljugend“ vor dem Haus des Meyer Spanier in Anröchte.

Das Handwerksverbot in den Judenordnungen seit dem 17. Jh. und die Festlegung auf den Handel mit Früchten, Vieh und Fleisch sowie den Geldverleih bestimmte auch im 19. Jh. die Berufsstruktur der Juden. 1838 ist ein Blaufärber für Anröchte belegbar. Josef Rosenberg gründete 1876 das Kornhaus und besaß eine führende Position im Landhandel. 1897 bestritten von den 14 jüd. Familienvorständen je zwei als Rentner

und Kaufleute ihren Lebensunterhalt, sieben als Handelsleute sowie je einer als Pferde- und Holzhändler. Viehhandel war bei den meisten der Händler und Kaufleute das Hauptgeschäft. 1900 wohnten in Anröchte zwei jüd. Kaufleute, je ein Pferde- und Holzhändler, drei Rentner und acht Handelsleute. Der Vieh- und Pferdehandel lag fast ganz in den Händen der Familien Fritzler, Rapp und Aronstein. Manufakturwarenhandel war die wirtschaftliche Grundlage der Familien Schreiber, Stern und Eichengrün. In den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. lebten in Anröchte sieben Vieh- bzw. Pferdehändler: Bernhard Fritzler (Jägerstr. 3), Max Fritzler (Hauptstr. 100), Paul Fritzler (Hauptstr. 104), ein weiterer Max Fritzler (Hauptstr. 122), ferner die Viehhändler Elias Rapp (Obere Kirchstr. 3), Simon Rapp (Obere Kirchstr.) und Hermann Aronstein (Hauptstr. 94). Getreidehändler waren Bernhard (Steinstr. 7) und Julius Rosenberg (Hauptstr. 45), Manufakturwarengeschäfte betrieben Sally Eichengrün (Hauptstr. 51), Adolf (Hauptstr. 91) und Hermann Schreiber (Beckergasse 1). Emil Rosenberg führte mit seinen Brüdern das Kornhaus (Kunstdünger- und Landhandel, Hauptstr. 15); Julius Buchthal (Hauptstr. 39) betrieb neben dem Handel mit Ölen, Fetten und Fellen eine Tankstelle.

Am Ersten Weltkrieg nahmen elf Juden aus Anröchte teil, drei davon fielen. Egon Fritzler und Sally Eichengrün erhielten das EK II. 1929 wurde in der 1925 renovierten Anröchter Synagoge eine Gedenktafel für die Gefallenen enthüllt.

In Mellrich wurden bis 1826 Schutz- und Antrittsgelder sowie sonstige Gebühren der jüd. Familien von der Familie von Fürstenberg als Inhaber der Herrschaft Mellrich eingezogen. 1846 waren dort als selbständige Familienvorstände Feidel, Herz und Raphael Stern registriert, in Effeln Emanuel Löwenstein, 1854 zusätzlich noch Abraham Heinemann. In Altengeseke war für 1846 Suser Neukamp verzeichnet, er hatte 1829 (als Susmann Neukamp) ein Geleit für den Ort erhalten, jedoch ohne Handelsgenehmigung.

2.1.3 Der Boykott jüd. Geschäfte am 1. April 1933 wurde auch in Anröchte durchgesetzt – nach vorangegangenen SA-Aufmärschen waren daran vorwiegend auswärtige Personen beteiligt. Am 11. Mai 1933 forderte der Landrat alle Verwaltungsbediensteten auf, „nicht bei jüdischen Geschäftsleuten zu kaufen“. Im Sommer 1933 wurden Walter und Julius Buchthal verhaftet. Treibende Kraft bei der Durchsetzung der einschränkenden Gesetze gegen jüd. Bürger war der neue Amtsbürgermeister Reckhard, der im Febr. 1934 mit dem Ziel angetreten war, „die Hochburg der Juden zu zertrümmern“. 1934/35 bemängelte er, dass die jüd. Manufakturwarengeschäfte Eichengrün und Schreiber ebenso wie das Kornhandelsgeschäft Emil Rosenberg in ihrer Branche noch immer führend seien. Außerdem könnten Anröchter Juden nach wie vor wöchentlich mehrere Waggons Vieh auf dem Bahnhof verladen. Seine Berichte an den Landrat zeigen, dass es durchaus Bürger gab, die weiterhin mit Juden verkehrten: In der Wirtschaft Röper-Bolte würden „ohne Unterschied ob Jud oder Christ“ Karten gespielt und der Austausch politischer Meinungen gepflegt. Ende 1934 fanden sich Plakate im Ort, die den Rektor Großmann, den der Jude Schreiber zu sich eingeladen hatte, als ‚Volksverräter‘ denunzierten. Schon 1934 schloss der Kriegerverein seine jüd. Mitglieder aus. 1935 wurde ein Rückgang des jüd. Viehhandels um 75 Prozent vermerkt; im selben Jahr erfolgte die Aufforderung an die Gastwirte, Juden das Betreten der Lokale zu verbieten. Anfang 1936 untersagte der Getreidewirtschaftsverband Westfalen in Unna-Königsborn dem ‚Kornhaus‘ in Anröchte den Ankauf von Getreide, wogegen Rosenberg Einspruch einlegte. Der Bürgermeister merkte an, dass die Juden ihre Geschäftsmethoden geändert hätten und nun ambulanten Handel trieben. Im März 1936 urteilte er: „Nach wie vor ist die Gemeinde Anröchte die Hochburg der Juden unter den Landorten des Kreises. Erleiden sie durch den Nationalsozialismus auch manche Schlappe, so ist trotzdem ihr Handel noch sehr einträglich.“ 1938 mussten die Viehhändler Fritzler, Rapp und Rosenberg ihre Konzessionen zurückgeben.

1937 und 1938 beklagte der Amtsbürgermeister, in Anröchte sei der Getreide- und Futtermittelhandel der Juden „noch nicht zum Erliegen gekommen“. Seit dem 15. Nov. 1938 durften die zehn jüd. Kinder nicht mehr am Unterricht in der Volksschule teilnehmen. 1937 wurden die Fenster der Häuser Aronstein, Buchthal, Schreiber und Fritzler eingeworfen. Im Sept. 1938 wurde Julius Buchthal wegen Äußerungen gegen Hitler in Anröchte inhaftiert. Die Synagoge, schon zuvor einmal demoliert, wurde in der Pogromnacht erneut verwüstet, jedoch wegen Brandgefahr für die umstehenden Häuser nicht angezündet – stattdessen wurden Teile der Inneneinrichtung auf dem Hof verbrannt. Hermann Aronstein sowie Emil und Julius Rosenberg wurden ins KZ Sachsenhausen, Isfried Buchthal ins KZ Buchenwald verbracht. 1939 mussten die verbliebenen Juden in folgende ‚Judenhäuser‘ ziehen: Hauptstr. 222 (Fritzler), Kirchstr. 42 (Rapp), Hauptstr. 359 (Rosenberg), Hauptstr. 155 (Buchthal) und Beckergasse 424 (Schreiber); einige leisteten Zwangsarbeit in einem Betrieb sowie im Straßenbau.

Schon vor 1938 war der Familie Eichengrün und Erika Buchthal die Auswanderung gelungen, 1938 bis 1940 emigrierten die Familien Walter Buchthal, Paul, Max, Julius und Bernhard Fritzler sowie Simon Levi und Moritz Rapp. Emigrationsziele waren Süd- bzw. Nordamerika und England. 26 jüd. Bewohner Anröchtes konnten sich durch Auswanderung retten, vier starben vor 1942 in Anröchte, zwei zogen nach Siegen. 39 weitere Bewohner, unter ihnen sieben Kinder, wurden am 28. April 1942 über Dortmund ins Ghetto Zamość deportiert, weitere Einzelpersonen wurden im Juli 1942 (Henni Rapp, Helene u. Julius Salberg, Hermann und Gertrud Moos) und im Mai 1943 ins Ghetto Theresienstadt überstellt. Zum letzten Transport gehörte Synagogenvorsteher Adolf Schreiber aus Anröchte, der Vertreter der ‚Reichsvereinigung‘ für den Kreis Lippstadt. Anfang 1943 wurde das Inventar der jüd. Hausbesitzer in Anröchte für 17 360 M durch das Finanzamt Lippstadt versteigert. Zwei Anröchter Familien gelang es, jüd. Frauen zu verstecken und auf diese Weise zu retten. Eine von ihnen war die mit einem Christen verheiratete Elsa Dauk aus Elberfeld. Von Juli 1943 bis Aug. 1944 war sie bei Arnold Stratmann, Betreiber einer Bäckerei und einer Gastwirtschaft in Anröchte, untergebracht; sie zahlte für Unterkunft und Essen.

In Altengeseke fand sich im Nov. 1934 am Ortseingang eine Tafel mit der Aufschrift „Juden betreten den Ort auf eigene Gefahr“. Im Febr. 1935 wurden antisemitische Plakate im Ort zerrissen und die NS-Politik kritisiert. In Altenmellrich musste 1938 der Bürgermeister zurücktreten, weil er mit Juden Geschäfte gemacht hatte. Aus Effeln wurde Rosa (Rica) Heinemann geb. Meier über Dortmund am 29. Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert.

2.1.4 Nur Selma Schönewald geb. Buchthal und Adolf Schreiber überlebten die Lagerhaft und kehrten 1945 nach Anröchte zurück. Ebenfalls wieder nach Anröchte zog 1951 Walter Buchthal aus Kolumbien, er wurde 1981 auf dem jüd. Friedhof bestattet. Eine der vier Anröchter Thorarollen, die bei der Synagogenschändung im April 1938 entweicht worden war und sich danach im Besitz des Vorstehers Adolf Schreiber befand, wurde nach dem Krieg auf dem Dortmunder Friedhof bestattet. Eine Reihe von Emigranten stattete in den 1970er und 1980er Jahren der Heimatgemeinde einen Besuch ab. 1985 ließ die Gemeinde Anröchte am Platz der ehem. Synagoge einen Gedenkstein errichten. Ein Mahnmal für die Opfer der NS-Herrschaft wurde 1988 auf dem jüd. Friedhof errichtet.

2.2.1 Im Jahr 1843 lebten in Anröchte 44 Juden, im Jahr 1858 waren es 74. Von den 1339 Einwohnern des Jahres 1871 waren 1263 kath., neun ev. und 67 jüd. Glaubens; 1895 von 1770 Einwohnern 1696 kath., zwölf ev. und 62 jüd. Glaubens; 1925 waren von 2388 Einwohnern 2310 kath., 30 ev. und 48 jüd. Glaubens; 1932 waren es 53.

Im heutigen Ortsteil Altengeseke lebten 1843 sechs und 1858 vier Juden; 1925 waren von 662 Einwohnern 650 kath., elf ev. und einer jüd. Glaubens. In Mellrich lebten acht

Juden im Jahr 1819, sechs im Jahr 1843 und elf im Jahr 1858. 1871 waren von 363 Einwohnern 351 kath., einer ev. und elf jüd. Glaubens; 1895 waren von 374 Einwohnern 371 kath., einer ev. und zwei jüd. Glaubens. Im Ortsteil Effeln lebten 1819 acht, 1843 fünf und 1858 sieben Juden; 1871 waren von 380 Einwohnern 376 kath. und vier jüd. Glaubens; 1895 waren von 378 Einwohnern 373 kath. und fünf jüd. Glaubens; 1925 waren von 489 Einwohnern 480 kath., vier ev. und fünf jüd. Glaubens.

1842 plante die Regierung in Arnberg die Einrichtung eines Synagogenbezirks Anröchte, zu dem auch die Juden aus Effeln, Oestereiden und Mellrich gehören sollten; die Juden aus Altengeseke sollten dem geplanten Synagogenbezirk Horn zugeordnet werden, wo sie 1843 auch ihren Gottesdienst abhielten. 1854 entschied die Regierung jedoch, den Kreis Lippstadt mit seinen 133 jüd. Familien in vier Synagogenbezirke einzuteilen: Lippstadt mit dem Kirchspiel Horn, Geseke, Erwitte und Rüthen-Anröchte. Zum Synagogenbezirk Rüthen-Anröchte gehörten die Stadt Rüthen, die Gemeinden des Amtes Altenrüthen (u. a. Altenrüthen, Effeln, Heddinghausen, Hoinkhausen, Kneblinghausen, Langenstraße und Oestereiden) und des Amtes Anröchte (u. a. Anröchte, Altengeseke und Mellrich), ohne Kirchspiel Horn. Nach Bildung des Synagogenbezirks Rüthen-Anröchte kam es zwischen den beiden Gemeinden zu Streitigkeiten. Der 1858 vom Lippstädter Landrat erzwungene und von der Regierung Arnberg genehmigte Satzungs-Kompromiss sah vor, dass zwei Drittel der neun Repräsentanten der Gemeinde Rüthen-Anröchte sowie zwei Stellvertreter aus Rüthen und Altenrüthen und ein Drittel aus Anröchte (mit Effeln, Mellrich und Altengeseke) stammen sollten. Die Anröchter wählten als Teilgemeinde neben Vorstand und Repräsentanten für die Gesamtgemeinde einen eigenen Vorsteher, mussten aber ihre allgemeinen Kosten und die für Kantor, Gemeindediener und Lehrer allein tragen. Nach langjährigen Schwierigkeiten bei den Gemeindewahlen beruhigte sich die Situation in den 1860er Jahren. Die von Anröchter Seite betriebene Bildung einer selbständigen Gemeinde mit den Juden in Altengeseke, Mellrich und Effeln scheiterte 1861 am Widerspruch des Rühthener Vorstehers. Ein Nachtrag zum Gemeindestatut von 1871 bestimmte, dass jeweils die Hälfte von Vorstand und Repräsentanten nach drei Jahren ausscheiden sollte. In den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jh. wurde die führende Rolle Anröchtes immer deutlicher. 1897 lebten in Rüthen noch sieben, in Anröchte dagegen 14 der Wahlberechtigten. 1904 wurde in einem Nachtrag zur Satzung bestimmt, dass nicht mehr als sechs der Repräsentanten der Gesamtgemeinde aus Anröchte kommen sollten. 1901 traten einige Gemeindemitglieder offenbar aufgrund religiöser Streitigkeiten aus. Da der Lehrer nun aber nicht mehr zu bezahlen war, traten sie 1903 wieder bei, worauf die Anröchter Repräsentanten Elias, Jakob und Simon Rapp, Julius Buchthal, Sally und Moses Fritzler und Joseph Sternberg ihre Ämter niederlegten, was 1905 Neuwahlen ermöglichte.

Die jüd. Gemeinde Anröchte galt im 20. Jh. in der Selbsteinschätzung als gemäßigt liberal mit Bindungen an die Tradition, wie der aus Anröchte stammende, 1939 nach Argentinien ausgewanderte Lehrer Max Fritzler (1888–1963), der um die Jahrhundertwende seine Ausbildung am Haindorfschen Lehrerseminar begonnen hatte und bis 1939 in Olsberg-Bigge, Meckenheim, Werl und Wanne-Eickel tätig war, 1962 im Rückblick urteilte. Die kath. Bevölkerung habe die religiöse Betätigung der Juden, die überall geachtet worden seien und am Dorfleben teilgenommen hätten, respektiert. Dass Juden Plattdeutsch sprachen, sei selbstverständlich gewesen.

Die Sonderlasten der Teilgemeinde Anröchte führten schon Ende der 1850er Jahre zum Antrag eines Repräsentanten, die Kultuskosten nicht nur nach Maßgabe der Klassensteuer zu erheben, sondern auch nach der Grundsteuer. In den 1920er Jahren waren von den einzelnen Steuerzahlern als Synagogen- bzw. Kultussteuer bis zu 100 Prozent als Zuschlag zur staatlichen Einkommensteuer zu zahlen. 1930 betrug der

Steuersatz 50 Prozent der Reichseinkommensteuer – das ergab einen Gemeindeetat von 1000 Reichsmark.

2.2.2 Die Synagoge in der Teichstraße (Haus Nr. 165) übertrug die Familie Schreiber um 1800 an die Gemeinschaft der Juden. Sie wurde am 21. März, am 4. April und erneut am 11. April 1938 verwüstet, die Inneneinrichtung zerschlagen, die Fenster wurden zertrümmert. Nach einer notdürftigen Reparatur konnten im Sommer 1938 wieder Gottesdienste abgehalten werden. In der Pogromnacht wurde die Synagoge durch vorwiegend auswärtige SA-Leute erneut verwüstet und ein Teil der Einrichtung auf dem Hof verbrannt. Vier Thorarollen konnten gerettet werden.

2.2.3 Wenn keine ausgebildeten Lehrer zur Verfügung standen oder nicht bezahlt werden konnten – ein examinierter Lehrer kostete die Gemeinde Mitte des 19. Jh. 300, ein nicht examinierter 50 Tlr. jährlich –, besuchten die jüd. Kinder die allgemeinen Volksschulen, so 1828 zehn Anröchter Kinder, vier aus Effeln und eines aus Mellrich. 1822 war in Anröchte Abraham Pollack als Privatlehrer tätig, auch für Mellrich wird 1827 ein jüd. Privatlehrer genannt. Dem Lehrer Seligmann Berliner aus Hovestadt untersagte die Regierung 1828 den Unterricht in Anröchte, weil er sich nicht der Prüfung im Soester Seminar gestellt hatte und weil er kein Deutsch konnte. 1849 wurde der Religionsunterricht für zehn Kinder aus Anröchte und je zwei aus Mellrich und Altengeseke von den Eltern oder von Lehrern der Nachbarorte erteilt. Auch Josef Lichtenfels aus Beckum durfte trotz eines Antrages der zwölf jüd. Familien 1852, weil er die Lehrerprüfung nicht abgelegt hatte, nur Religionsunterricht erteilen. 1855 wurde in Anröchte eine jüd. Privatschule für 17 Kinder unter Lehrer Markus Mosenthal aus Neviges eingerichtet, sie erhielt 1860 einen Raum im erneuerten Synagogengebäude. 1863 bis 1868 unterrichtete der Schulamtskandidat Jakob Carsch alle Elementarfächer, dann Kandidat Jakob Westheimer aus Windecken bei Hanau, der erst nach abgelegter Lehrerprüfung 1870 angestellt wurde. 1874 übernahm Isaias Meier aus Schötmar den Unterricht für die acht Kinder. Seinen Unterricht – in den Fächern Biblische Geschichte, Rechnen, Raumlehre, Geographie, Naturgeschichte, Geschichte, Zeichnen und Gesang – beurteilte der Kreisschulinspektor 1875 bei einer Revision als gut. 1876 wurde er jedoch entlassen, weil den Eltern der Beitrag zu hoch war. 1886 wurde die Schule infolge eines Antrages der Gemeinde mit Meier Lilienfeld aus Neuenkirchen (bei Rietberg) als Lehrer für elf Schüler wieder eröffnet. Der Schulinspektor bescheinigte 1888, die Kinder seien in der Unterklasse gut gefördert worden. Lilienfeld kündigte 1889, Nachfolger Sally Goldschmidt aus Wehrheim im Taunus blieb nur einige Monate. Es folgten Sally Stern aus Lütter bei Fulda (1889–1891) und Hermann Heinemann aus Ottweiler (1891–1895). 1895/96 besuchten die 15 jüd. Schüler die kath. Volksschule. Lehrer Josef Rosenbaum aus Baumbach, seit 1896 im Amt, verlor 1902 die Konzession wegen eines angeblichen Verhältnisses mit Meta Fritzler; seine zwölf Schüler mussten wiederum für einige Monate in die Anröchter Volksschule gehen. Nathan Levi aus Vollmerz bei Schlüchtern vom Seminar in Kassel unterrichtete 1905 in der privaten jüd. Volksschule sieben Kinder. 1905 wurde ihm der Besuch eines Schächturses ermöglicht, 1907 ging er nach Bentheim; die jüd. Schüler besuchten erneut bis Juni 1907 die Volksschule. Der neue Lehrer Max Heymann, der Anfang des 20. Jh. seine Prüfung im Haindorfischen Lehrerseminar bestanden hatte, verließ 1909 die Schule und verzog nach Arnsberg. Im selben Jahr stellte der Kreisschulinspektor aus Lippstadt fest, dass die jüd. Privatschule zu Anröchte mit Beginn des Winterhalbjahres wegen zu geringer Schülerzahlen aufgegeben worden sei, die drei jüd. Kinder wurden der kath. Volksschule zugewiesen. 1907 und 1910 suchte die Gemeinde einen Lehrer und Kantor, geboten wurden 1000 M Gehalt bei freier Wohnung und ca. 300 M Nebeneinkommen. Dieselbe Anzeige schaltete die Gemeinde 1911, jetzt allerdings mit einem höheren Gehalt (1200 bzw. 1300 M) – offenbar ohne Erfolg; von etwa 1912 bis

1937 besuchten die jüd. Kinder die öffentlichen Schulen. 1913 erhielten fünf Kinder Unterricht durch die ‚Wanderlehrerin‘ Else Mergentheim(er) aus Erwitte, Anfang der 1930er Jahre nahmen sieben Kinder am Religionsunterricht teil.

2.2.4 Von 1828 bis kurz nach 1900 unterstützten Juden aus Anröchte die Haindorsche Stiftung. In seinem Testament von 1908 stiftete der Kaufmann Benjamin Goldenberg fünfmal 150 M für die Armen der Gemeinde, die jeweils an seinem Todestag durch den örtlichen Pfarrer ausgezahlt werden sollten. Der Textilkaufmann Adolf Schreiber kleidete noch zu Beginn der NS-Zeit die Kinder armer Leute zum Weißen Sonntag ein.

2.3.1 Zu den Gemeindegremien gehörten in der zweiten Hälfte des 19. Jh. aus Anröchte Mitglieder der Familien Fischbein, Fritzler, Goldenberg, Lengsfeld, Oppenheim, Rapp, Rosenthal, Schreiber, Spanier und Stern. Die Vorsteher der Synagogengemeinde Rüthen-Anröchte stammten bis 1900 vorwiegend aus Rüthen; Vorsteher der Gesamtgemeinde war aus Anröchte u. a. Abraham Spanier (1857). Aus Mellich zählte Gustav Stern zu den Repräsentanten. Folgende Anröchter waren im Vorstand der Gemeinde Rüthen-Anröchte: Elias Rapp 1902 und auch noch 1911, seit 1906 Julius Buchthal, seit 1912 Adolf Schreiber, der seit 1920 und noch 1938 auch Vorsteher der Teilgemeinde Anröchte war.

Lefmann Beruner (Berliner) war 1846 Kantor. Etwa in den 1890er Jahren fungierte Salomon Fritzler als Schächter, 1896 bis 1901 Lehrer Josef Rosenbaum. Nathan Levi war von etwa 1902 bis 1907 Vorbeter. 1907 und 1910 ist E. Rapp als Kantor und Schächter erwähnt.

2.3.3 Der Anröchter Krieger- und Landwehrverein von 1869 nahm – anders als die Schützenvereine – auch jüd. Mitglieder auf. Emil Rosenberg war 1907–1933 Schriftführer und Adjutant, Julius Fritzler 1920–1922 Adjutant, Julius Buchthal 1927 und 1928 Festordner. Juden gehörten auch dem Männergesangsverein ‚Liedertafel‘ an, Emil Rosenberg war Gründungsmitglied. Emil Rosenberg, Adolf Schreiber und Julius Buchthal waren Mitgründer der Freiwilligen Feuerwehr.

3.1 Die Synagoge im Lehmfachwerkhaus Teichstraße 165 wurde 1860 renoviert und mit einem Anbau in Ziegelfachwerk (11 mal 6 Meter) versehen. 1925 war eine erneute Instandsetzung erforderlich. Nach einer Beschreibung aus diesem Jahr befanden sich im Erdgeschoss ein Betraum für Männer und zwei kleine Zimmer als Lehrerwohnung, im Obergeschoss ein Betraum für Frauen und ein Raum für Unterrichtszwecke mit 20 Plätzen. Wegen des schlechten baulichen Zustandes des Gebäudes wurden ein Neubau und der Erwerb eines Nachbargrundstückes für eine neue Schule erwogen, aber nicht umgesetzt. Den Wert der Inneneinrichtung der Synagoge gab der Vorsteher in den 1930er Jahren mit 64 000 M an. Die 1938 verwüstete Synagoge wurde 1941 vom Amtsbürgermeister widerrechtlich verschenkt und abgerissen, das Grundstück übernahm die zivile Gemeinde Anröchte. Später wurde an dieser Stelle ein Wohnhaus errichtet.

3.2 Die Wohnhäuser der jüd. Familien waren über den Ort verteilt. Zu erwähnen sind die Häuser Beckergasse 1 (Schreiber), Hauptst. 15 (Rosenberg), 39 (Buchthal), 45 (Rosenberg), 51 (Eichengrün), 91 (Schreiber), 94 (Aronstein), 100 (Fritzler), 104 (Fritzler) und 122 (Fritzler), Jägerstr. 3 (Fritzler), Kirchstr. 3 (Rapp, abgerissen), Obere Kirchstr. (Rapp, abgerissen) und Steinstr. 7 (Rosenberg). Gewerbliche Ställe und Speicher sind z. T. noch vorhanden.

3.3 Der Friedhof an der Pohlgartenstraße wurde vor 1800 eröffnet und 1890 um ein angrenzendes Grundstück des Kaufmanns Simon Rapp erheblich vergrößert. Während der NS-Zeit wurde er geschändet, 1948 abermals. Nach dem Zweiten Weltkrieg richtete man ihn wieder her, seit Ende der 1940er Jahre wird die Anlage von der zivilen

Gemeinde Anröchte gepflegt. Das Areal umfasst 2168 m² mit 62 erhaltenen, teilweise stark verwitterten Grabsteinen und fünf Kissensteinen mit hebr. und deutschen Inschriften, der älteste Grabstein ist von 1848. 1942 wurde der Lippstädter Viehhändler Julius Steinberg in Anröchte bestattet, da seit Nov. 1940 auf dem dortigen jüd. Friedhof keine Beerdigungen mehr erlaubt waren. Zudem befinden sich auf dem Friedhof zwei Grabsteine für slowakische und ungarische Zwangsarbeiterinnen. Es handelte sich dabei um jüd. Frauen, die 1944/45 im Außenlager Lippstadt des KZ Buchenwald gestorben waren. Die Beisetzungen von Walter Buchthal 1981 und seiner (christl.) Frau 1997 waren bislang die letzten Bestattungen. Seit 1986 steht der Friedhof unter Denkmalschutz, 1988 wurde ein Mahnmal für die Opfer der NS-Herrschaft errichtet.

4.1 KreisA Soest, A 639 u. 1904 (Landratsamt Lippstadt). – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), P 10, Nr. 24, 25. – LAV NRW Abt. W (Münster), Hztm. Westfalen, Landstände; Hztm. Westfalen, Landesarchiv Nr. 406; GHztm. Hessen; Oberpräsidium z. B. Nr. 2627; Regierung Arnsberg z. B. Nr. II H 2670; Amt Anröchte, Nr. 599 u. 131, Amtsgericht Erwitte (Testamente); Politische Polizei im Dritten Reich; Landesamt für Agrarordnung; Amt für gesperrte Vermögen Kreis Lippstadt; Dep. Kreis Lippstadt, Amt Anröchte z. B. Nr. 120, 247, 261 u. 771; Dep. v. Landsberg-Velen, Akten Nr. 9421, 25154. – PfarrA St. Pankratius Anröchte.

4.2 Die älteste der drei Thorarollen mit Thoraschild von 1775 (gestiftet von Moyses Abraham) befindet sich in der Middlesex New Harrow Synagoge in London (gerettet durch Käthe Stern und Simon Levi bei ihrer Auswanderung 1939), die zweite in Moisés Ville/Argentinien und die dritte in Las Palmeras/Argentinien (gerettet durch Paul und Max Fritzler). Bildmaterial in der Sammlung des Heimatvereins Anröchte und in BLANKE, Juden in Anröchte. Foto der Synagoge und des jüd. Friedhofs in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 592. Foto der Synagoge auch in: BIRKMANN/STRATMANN, Bedenke vor wem du stehst 112 und BROCKE, Feuer an Dein Heiligtum gelegt 16.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 2–46 <1828–1911/13>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1911> 81, <1913> 92, <1924/25> 62. – Israelitisches Familienblatt <1903, 1907, 1910, 1911, 1915, 1917, 1929>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 158. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 51.

4.4 BEYER Burkhard, Zum Arbeitseinsatz nach Lippstadt. Die jüdischen Frauen in den KZ-Außenkommandos Lippstadt 1944 und 1945 (= Lippstädter Spuren 9) <Lippstadt 1993>. – BLANKE Franz, Juden in Anröchte. Eine Zusammenfassung unseres heutigen Wissens. Seit 1614: 377 Jahre Juden in Anröchte <Anröchte 1991>. – FRITZLER Max, Erinnerungen an Anröchte und Wanne-Eickel. In: MEYER (Hg.), Aus Geschichte und Leben der Juden in Westfalen 111–113. – KNACKSTEDT Wolfgang, Anröchte im 19. und 20. Jahrhundert <Anröchte 2003>. – MÜLLER Helmut, Anröchte. Geschichte seiner Ortschaften von den Anfängen bis um 1800 <Anröchte 1993> 262–266.

Wolfgang Knackstedt

ARNSBERG

1.1 Stadt Arnsberg, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – 1238 als civitas bezeichnet; bis 1802/03 kurkölnische Hauptstadt und Wechselresidenz.

1855 wurde ein Synagogenbezirk für die im Kr. Arnsberg lebenden Juden eingerichtet. Dazu gehörten die Städte Arnsberg (mit Rumbeck und Dinschede bzw. Oeventrop) und Neheim (mit Voßwinkel) sowie die Ämter Balve (u. a. mit Affeln, Balve, Garbeck und Frühlinghausen), Freienohl (mit Grevenstein, beide heute Stadt Meschede), Hüsten (mit Hachen), Allendorf bzw. Sundern (mit Allendorf, Endorf, Enkhäusen, Hagen, Hellefeld, Stockum, Sundern) und Warstein (mit Belecke, Hirschberg, Sichtigvor, Allagen). Der Hauptgemeinde Arnsberg waren Neheim, Hüsten, und Warstein als Untergemeinden zugeordnet. Auch Balve und Stockum gehörten zur Hauptgemeinde Arnsberg.

2.1.1 In zwei Urkunden aus dem Archiv des Klosters Wedinghausen wird 1463 und 1484 ein Arnsberger Haus im ‚Jaden Holle‘ bzw. ‚Joeden Hoel‘ erwähnt; ob in dieser Gasse Juden wohnten, ist nicht erwiesen. Der aus dem Fürstbistum Münster stammende, lange in Bielefeld und Warendorf ansässige jüd. Arzt Hertz verlor durch den Arnsberger Stadtbrand im Jahr 1600 sein gesamtes Hab und Gut. 1626 und 1629 wird eine ‚Judengasse‘ in Arnsberg erwähnt. In den 1650er Jahren war Juden das Hausieren und der kurzzeitige Aufenthalt in der Stadt gegen 18 Schillinge ‚Schlafgeld‘ gestattet. 1667 bat Jakob (Sohn des Juden Isaak zu Werl) den Landdrosten, sich in Arnsberg niederlassen und als Schlachter einen „geringen Handel bis zu 100 Reichstaler“ treiben zu dürfen. Obwohl der Landdrost zwischen 1649 und ca. 1660 den Zuzug eines Juden aus Geseke verhindert hatte, befürwortete er das Anliegen, denn mehr Konkurrenz sei zum Nutzen von Stadt und Bürgerschaft, als dass „etwan zwey oder drey ... der kramertzunft sich alleine bereichen sollen“. Bürgermeister und Rat sprachen sich jedoch gegen den Zuzug aus; Jakob erhielt schließlich einen Geleitbrief für Werl, wo er sich von 1667 bis mindestens 1698 nachweisen lässt. 1670 versuchten sich die Werler Brüder Hertzogh und Matthießen Lazarus in Arnsberg als ‚Beiwohner‘ in einem Bürgerhaus niederzulassen. Im selben Jahr wurde ein Bürger vor den Arnsberger Rat zitiert, weil er – obwohl das Zusammenwohnen von Juden und Nichtjuden verboten war – für 12 Rtlr. Mietzins pro Jahr Juden aufgenommen hatte. 1671 erreichte die Stadt auf Betreiben der Krämer und Schlachter von der Landesherrschaft gegen Zahlung von 200 Rtlr. sowie weiterer Gebühren und Abgaben die Erlaubnis zur dauerhaften Ausweisung von Juden und das Verbot jüd. Ansiedlung (Ius de non tolerandis Judaeis), dieses Verbot galt bis zum Ende der kurkölnischen Zeit. 1682 wurde ein Jude eid von dem Landschreiber Michael Gerling in Arnsberg aufgezeichnet. Nach wiederholten Erlassen der landesherrlichen Kanzlei (u. a. 1786 und 1791) musste die Stadt Juden zum Warenverkauf an zwei Tagen in der Woche zulassen. Im 18. Jh. sind in Arnsberg jüd. Konvertiten erwähnt. So führte „Clemens Aaron, getaufter Jude zu Arnsberg“ 1743/44 einen Prozess gegen Matthäus Schäffer aus Balve. Der aus dem Hessischen stammende Clemens Gabriel hatte sich 1756 in Winterberg kath. taufen lassen und zog 1777 mit Frau und Kindern nach Arnsberg, zuvor hatte er in Siedlinghausen gewohnt. Auch der 1756 zu Schwarzenau geborene Joseph Weil durfte als Jude nicht in Arnsberg wohnen und begab sich in den Schutz des Klosters Wedinghausen, 1780 wurde er auf den Namen Caspar Georg Joseph getauft.

2.1.2 Die neue Landesherrschaft Hessen-Darmstadt ließ 1803 vergeleitete Juden zu den Jahrmärkten zu. 1810 zog Abraham Levi Grüneberg aus Hüsten nach Arnsberg

und erwarb ein Haus. 1811 ist Grüneberg als Bürger registriert, weitere jüd. Familien folgten noch in hessischer Zeit. Eine förmliche Aufhebung des städtischen Judenprivilegs von 1671 erfolgte nicht. Dennoch konnte die Stadt von der preuß. Herrschaft die Rückzahlung der einst für das Privileg gezahlten 200 Rtlr. einschließlich eines Teils der seit 1810 aufgelaufenen Zinsen erreichen. 1815 zog Levi Moses Nordwald nach Arnsberg. Der Arnsberger Bürgermeister Hüser berichtete im Jahr darauf über die neuen Bürger: „Die Juden hausieren mit ihren Knechten unaufhörlich in den Häusern, treiben im eigenen Hause allerhand Handel und untergraben den Wohlstand anderer solider Bürger.“ Unter den 733 Steuerpflichtigen war 1834 der Kaufmann Meier Grüneberg (Tuch-, Seiden- und Manufakturwarenhandlung) in der 3. Klasse (Einkommen 1400 Tlr.), die Handelsmänner Isaak Bellerstein und Abraham Grüneberg (Spezereiwarenhandlung) in der 14. Klasse (Einkommen 300 Tlr.) sowie der Handelsmann Levi Nordwald (Ellenwarenhandlung) in der 16. Klasse (Einkommen 200 Tlr.). Samuel Amberg betrieb 1834 eine Spezereiwarenhandlung. Nach dem hessen-darmstädtischen Gesetz von 1808 und der Kabinetts-Ordre des preuß. Königs von 1845 hatten die Juden feste, erbliche Familiennamen anzunehmen. Die Arnsberger Familien führten ihre Namen schon seit langem: die Handelsleute Philipp und Samuel Amberg, Isaac Bellerstein, Abraham Grüneberg und die Witwe Levi Nordwald, ferner die Kaufleute Abraham Goldberg, Levi und Meier Grüneberg, Albert Ostwald, der Galanteriewarenhändler Heinemann Neuwahl und Nathan Jacob Schiff. 1849 heißt es, von den etwa 100 Mitgliedern der jüd. Gemeinde seien 20 großjährig. Von diesen trugen 16 zu den Kultuskosten bei, einer galt als wohlhabend, sieben hätten ein mäßiges Auskommen und der Rest lebe dürftig. Benjamin Nordwald aus Arnsberg richtete 1853 ein Herrengarderobegeschäft in Brilon ein. Nathan Schiff begann 1837 eine Ausbildung als Elementarlehrer in Münster, widmete sich wegen eines Augenleidens dann jedoch dem Kaufmannsberuf. 1842 bestand ein Mitglied der Familie Schiff sein Elementarlehrer-Examen und wurde in Herstelle tätig. Ruben Nordwald trat 1845 seine erste Lehrerstelle in Blatzheim bei Kerpen an, Jonas Schiff begann 1845 eine Lohgerber-Ausbildung. Gegen die Bestrebungen des Abgeordneten Hermann Wagener, den Gleichstellungsartikel aus der preuß. Verfassung streichen zu lassen, protestierte 1857 neben weiteren westfälischen jüd. Gemeinden auch die Arnsberger Gemeinde. Sie sah darin eine Verletzung der „Ehre und Rechte“ der preuß. Juden. In den 1860er Jahren sind der Kaufmann Samuel Amberg und der Metzgermeister Philipp Amberg belegt. Der jüd. Arzt Albert Amberg ließ sich 1863 in Arnsberg nieder. Der Gerichtsassessor Dr. Georg Rosenthal (ausgezeichnet mit dem EK II) und sein jüngerer Bruder fielen 1917 im Ersten Weltkrieg innerhalb von zwei Wochen. Eine Zeitzeugin berichtete von einem Schild, das in den 1920er Jahren an einem jüd. Haus in der Arnsberger Altstadt angebracht war, wenn die Prozession zum Schlossberg führte: „Auch wir Judenkinder – lieben den Christengott nicht minder.“ Der später als NS-Gegner hervorgetretene Arnsberger Propst und Zentrumsvorsitzende Josef Bömer bedankte sich 1931 mit einem persönlichen Schreiben bei der jüd. Gemeinde für die Glückwünsche zu seinem Priesterjubiläum und wertete sie „als treues Zeichen der Zusammenarbeit auf religiösem Gebiete“.

Folgende jüd. Gewerbetreibende sind für Arnsberg in den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. belegt: Lebensmittelgroßhandel Paul Falk, Mehl- und Getreidehandlung Salomon Grüneberg (fortgeführt durch seinen Sohn Louis und seinen Enkel Rudolf), mehrere Textil- bzw. Konfektionsgeschäfte: Hugo Goldberg (dort bekam Jacob Apt nach 1919 eine Anstellung), Levi Funke (von seinem Sohn Max erweitert), Alexander Emmerich (auch Eisen-Baumaterialhandel, fortgeführt von Sohn Alfred) sowie Josef, Hugo und Moses (Moritz) Rosenthal, Nathan Schwarz, Salomon Stern, Louis Levi Grüneberg und Aaron Meyer (fortgeführt von Tochter Helene und Schwiegersohn Moses (Max) Theisebach). Emil Neuwahl betrieb ein Porzellan- und Kristallfach-

geschäft; Meyer und Emanuel Ransenberg waren Händler, Louis Amberg und Karl Jacob Viehhändler sowie Moritz Bachenheimer Fellhändler. Einen Handel mit technischen Ölen und Fetten führte Simon Steinmann. Seit Ende des 19. Jh. verließen viele Juden die Stadt, zwischen 1895 und 1925 verringerte sich die Zahl der jüd. Einwohner von über 110 auf weniger als 50 Personen.

Bis 1933 sind keine größeren antisemitischen Anfeindungen belegt. Allerdings brachen 1929 fünf angetrunkene junge Männer in die jüd. Schule ein, nachdem einige von ihnen tags zuvor die antisemitischen Hetzreden des ehem. ev. Pfarrers und NS-Partei-genossen Ludwig Münchmeyer in der Arnsberger Schützenhalle angehört hatten. Sie verwüsteten und beschmutzten den Klassenraum. Der Versuch, in den Betsaal zu gelangen, schlug fehl. Die geständigen Täter wurden zu Geldstrafen wegen Hausfriedensbruchs verurteilt. Das Gericht sah antisemitische Motive nicht als erwiesen an.

In Rumbeck erwarb 1839 der dort lebende Handelsmann und Metzger Gottfried Nordwald ein etwa zehn Morgen großes Anwesen, das bis 1805 zum Prämonstratenserinnenkloster Rumbeck gehört hatte. Nordwald zahlte in den 1850er Jahren den höchsten Steuerbetrag in Rumbeck. Nach seinem Tod 1857 führte seine Witwe das Geschäft fort und war mit ihrem Schwiegersohn Jakob Frankenthal als Eigentümerin des Anwesens eingetragen. Gottfried Nordwalds Sohn Julius fiel 1870 im Deutsch-Französischen Krieg, sein Name ist am Kreiskriegerdenkmal von 1875 auf dem Arnsberger Eichholzfriedhof vermerkt.

Von den 1855 in Dinschede (seit 1905 Oeventrop) aufgeführten 18 Gemeindemitgliedern waren zwölf Kaufleute, darunter zwei Metzger und je ein Pferdehändler, Lehrer, Kürschner bzw. Handlungsführer. In den 1870/80er Jahren sind für Dinschede die Familien Edmund Simon (Textilgeschäft) und Daniel Jakob aus Freienohl (Metzgerei und Viehhandel) nachgewiesen. Im Haus Nr. 53 (heute Kirchstr. 37) lebte der Kaufmann Louis Rosenthal aus Langschede (gest. 1915) mit Ehefrau und sieben Kindern. Seit etwa 1885 in Oeventrop ansässig, hatte er ein Lebensmittel- und Haushaltswarengeschäft, später ein Textilgeschäft. Um 1905 (zu dieser Zeit lebten 21 Juden im Ort) betrieb Berthold Jakob eine Metzgerei mit Wurstfabrik (Kirchstr. 104), Meyer und Joseph Jakob unterhielten einen Viehhandel (Kirchstr. 49). In der Kirchstr. 12 wohnte der Vieh- und Pferdehändler Jacob Ransenberg (gest. 1897) aus Freienohl mit seiner Familie. Albert Ransenberg war Vizefeldwebel im Ersten Weltkrieg. Die Familien von Meyer Jakob, Berthold Jakob und Joseph Jakob waren die wohlhabendsten in Oeventrop; 1932 wohnten dort fünf jüd. Familien.

2.1.3 In Arnsberg, wohin keine Zuwanderung von Ostjuden stattgefunden hatte, waren etwa 80 Prozent der Juden selbständig. Von diesen waren rund 85 Prozent im Handelsbereich tätig, die Hälfte davon in der Textil- und Konfektionsbranche, die übrigen betrieben Vieh-, Fell-, Getreide-, Eisen- oder Manufakturwarenhandel. Den zwölf im Jahr 1933 in Arnsberg lebenden jüd. Familien wurde ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage – beginnend mit dem Boykott am 29. März 1933 – zunehmend entzogen. Gerade Beamte trauten sich nicht mehr, in jüd. Geschäften einzukaufen. Aufgrund des ‚Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‘ wurde die Leiterin des ev. Lyzeums wegen eines ‚nichtarischen‘ Großelternteils 1933 entlassen. Wegen ihrer Verdienste hatte der Schulvorstand die Entlassung zwar abgelehnt, der NS-Lehrerbund setzte jedoch einen eigenen Kandidaten durch. Ein Studienrat am Arnsberger Gymnasium wurde 1937 zwangsweise in den Ruhestand versetzt, da er nicht in die Scheidung von seiner zum Protestantismus konvertierten jüd. Ehefrau (Martha Grote geb. Alexander) eingewilligt hatte. Nachdem die Familie Grüneberg den Getreidehandel in der Weltwirtschaftskrise einstellen musste, richtete die Ehefrau von Rudolf Grüneberg, Gesangslehrerin Lilli Grüneberg geb. Rotal, im Haus Alter Markt 36 eine Pension vornehmlich für jüd. Gäste ein. Im Jan. 1935 beschwerte sich der jüd. Inhaber eines Manufakturwarengeschäfts bei der Regierung über Behinde-

rungen seiner Kunden durch einen Verkäufer des ‚Stürmers‘ vor seinem Laden. Die Behörde griff nicht ein, da sie die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht verletzt sah; der Regierungspräsident unterband das Vorgehen dann aber aus außenpolitischen Gründen.

Da verarmte Juden immer weniger Unterstützung von der Volkswohlfahrt und der kommunalen Fürsorge erfuhren, entstand Mitte der 1930er Jahre ein jüd. Unterstützungsverein, ferner fanden Beitragssammlungen für einen Hilfsfonds statt. Nachdem Juden aus den Kriegervereinen ausgeschlossen worden waren, wurde im Febr. 1935 eine RjF-Ortsgruppe ‚Neheim-Hüsten-Arnsberg‘ in der Neheimer Synagoge gegründet; der Arnsberger Max Theisebach gehörte zum Vorstand. Im März 1937 ging die Gestapo gegen kulturelle Veranstaltungen der Juden vor, da diese „derart zahlreich geworden“ seien. In diesem Zusammenhang schritt sie auch gegen Veranstaltungen jüd. Sportvereine ein. Eine Abordnung führender Juden aus Arnsberg erklärte daraufhin, sie wolle sich „beschwerdeführend an den Reichssportführer“ wenden.

Vor dem Novemberpogrom 1938 wurden sechs jüd. Firmen aufgelöst, vier Firmen und acht Immobilien ‚arisiert‘; nach dem Pogrom folgten acht Firmenaufösungen sowie die ‚Arisierung‘ von drei weiteren Firmen und mindestens 15 Immobilien. Auch die Stadt Arnsberg nahm Grundstücke für „kommunale Zwecke“ weit unter Preis oder unentgeltlich in Besitz. Den Beginn der ‚Aktion‘ am 10. Nov. 1938 hatte Bürgermeister Ispording mit der SA-Führung für 9 Uhr vereinbart, verschob ihn dann aber auf 11 Uhr. In der Zwischenzeit durchsuchten Polizeibeamte und Stadtbedienstete die Wohnungen von jüd. Bürgern, um Geschäftsbücher, Wertsachen und vorgeblich belastendes Material sicherzustellen. Ispording persönlich erzwang von Frau Falk (Grafenstr.) die Herausgabe des Safeschlüssels und beschlagnahmte mehrere tausend Mark (die Angaben schwanken zwischen 7000 und 15 000 RM). Diese Summe hatte Paul Falk, bis April 1938 Gebietsvertreter im gesamten sauerländischen Bezirk für einen reichsweit agierenden Margarine-Konzern, als Abfindung erhalten, als die IHK Arnsberg im Feb. 1938 seine Entlassung erwirkt hatte; sein Versuch, danach einen Großhandel mit Süßwaren aufzubauen, scheiterte an antijüd. Boykotten. Um 11 Uhr drangen zwischen 20 und 40 Schläger von SA und SS in das Haus ein, demolierten die Wohnung und misshandelten Falk, der sich auf dem Dachboden verborgen hielt. Er wurde in ‚Schutzhaft‘ genommen, musste jedoch aufgrund seiner schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden, was in der Zeitschrift ‚Rote Erde‘ mit Häme kommentiert wurde. Bis zur Mittagszeit wurden weitere jüd. Wohnungen am Alten Markt, am Steinweg und in der damaligen Bahnhofstr. demoliert. Im Geschäft von Max Theisebach wurden die Einrichtung verwüstet, die Schaufensterscheiben eingeschlagen und Stoffballen auf die Straße geworfen. Bei Grüneberg wurden Möbel aus der Wohnung geworfen und der Flügel abtransportiert. Die Einrichtung der Wohnung von Hugo Goldberg über seinem Damenkonfektionsgeschäft wurde mit der Spitzhacke zerschlagen, Goldberg selbst die Treppe heruntergeworfen. Auch die Wohnung der Fellhändlerfamilie Bachenheimer wurde demoliert, der 16-jährige Sohn Horst über Nacht inhaftiert. Im Haus Emmerich demolierte ein Schlägertrupp die Einrichtung und warf sie auf die Straße, ein Familienmitglied wurde wegen angeblichen Waffenbesitzes verhaftet. In einem Textilgeschäft wurde gezielt die Schuldnerkartei vernichtet. Der jüd. Friedhof wurde verwüstet. In der Synagoge wurde die Inneneinrichtung zerstört, Mobiliar zerschlagen und die Empore heruntergerissen, Kultusgegenstände wurden demoliert. Schließlich legte man im Betsaal Feuer, das nach Protest der Anwohner jedoch wieder gelöscht werden musste. Schüler verschiedener Schulen – u. a. vom Gymnasium – wurden zur Synagoge geführt. Die im Rathaus einsitzenden männlichen Juden wurden nach Dortmund und von dort in das KZ Sachsenhausen gebracht; ihre Entlassung erfolgte kurz vor Weihnachten 1938. Die Ehefrau eines inhaftierten Besitzers von zwei Hausgrundstücken in der Altstadt zwang man zum Ver-

kauf, den Eigentümer nach seiner Entlassung zur nachträglichen Bevollmächtigung. In den Wochen nach dem Pogrom erschien in der Presse eine Serie antisemitischer Hetzartikel. Am 6. Jan. 1939 meldete das NS-Parteiorgan ‚Westfälische Landeszeitung Rote Erde‘: „Arnsbergs Handel judenrein.“ Ein Teil der Juden Arnsbergs konnte nach Südamerika, Palästina, England und in die Niederlande emigrieren. Etwa 20 in den 1870er/1880er Jahren in Arnsberg geborene Juden aus den Familien Amberg, Goldberg, Grüneberg, Grüneberg-Schüler, Meyer und Rosenthal wurden 1939 gezwungen, ‚jüdische Vornamen‘ in ihre Pässe eintragen lassen. Bei der ‚Aktion Haase‘ Anfang Okt. 1944 kam es zur Verhaftung von ‚Mischlingen 1. Grades‘ und von ‚jüdisch Versippten‘; ihr Besitz wurde beschlagnahmt oder verteilt. Als letzte in Arnsberg lebende Jüdin wurde Marta Grote Ende 1944 von der Gestapo verhaftet und deportiert.

In Oeventrop lebten 1933 die jüd. Familien Jakob, Ransenberg, Rosenthal und Simon. Nach dem Boykott von 1933 ging der Umsatz der Metzgerei von Erich Jakob immer weiter zurück. 1936 erhielt er so geringe Viehzuteilungen, dass er seine Angestellten entlassen musste. Nach der Heirat mit Helene Stern aus Allendorf wanderte er nach Argentinien aus. Henriette Simon beging 1934 Selbstmord. In Oeventrop wohnte zeitweise der Enkel von Edmund und Berta Simon, Günther Rosenthal, er besuchte 1934/35 die dortige Volksschule. Adele Stern zog, nachdem die Metzgerei Stern in Allendorf 1938 nach Androhung des Entzugs des Fleischkontingents aufgegeben worden war, zu ihrer Tochter Helene nach Oeventrop. Während des Pogroms 1938 wurden Wohnungen und Häuser (z. B. der Familien Jakob in der Kirchstraße) verwüstet und geplündert, jüd. Geschäfte wurden demoliert. Der kath. Pfarrer äußerte sich abfällig über die Täter. Berthold Jakob, sein Sohn Erich sowie weitere Familienmitglieder wurden zwei Tage in Oeventrop inhaftiert, dann ins KZ Sachsenhausen überstellt, wo sie Ende 1938 bzw. Anfang 1939 entlassen wurden. Mehrere Mitglieder der Familie Jakob wanderten nach Argentinien aus, einige nach Palästina. Drei Kinder von Louis Rosenthal konnten nach England entkommen, Heinz Rosenthal (Sohn von Georg und Hedwig) gelangte 1939 über ein Kinderheim in Köln in die USA. Ein weiteres Zufluchtsland war Südafrika. Von Oeventrop aus deportiert wurden am 30. April 1942 Bertha Ransenberg und Clara Rosenthal ins Ghetto Zamość, am 29. Juli 1942 Emmi Rosenthal, Emma Erna Rosenthal geb. Ransenberg und Sara Jakob geb. Katz ins Ghetto Theresienstadt. 1942 bzw. 1943 wurden Hedwig und Georg Rosenthal sowie Mathilde Ransenberg ins KZ Auschwitz deportiert. Die in Dinschede geborene und in Oeventrop wohnende Selma Klipstein geb. Simon war in die Niederlande ausgewandert und wurde von dort verschleppt.

2.1.4 Nach dem Ende der NS-Zeit bestanden private Kontakte zu Arnsberger Juden im Exil. Viele Emigranten erkundigten sich nach den Gräbern ihrer Verwandten. 1958 kehrte der Arnsberger Ewald Steinmann (gest. 1996) mit seiner in Posen geborenen Frau Alice (gest. 2008), die er 1945 in Palästina geheiratet hatte, aus Israel zurück. In Arnsberg wurden sie von zahlreichen ehemaligen jüd. Arnsbergern kontaktiert, die zur Klärung ihrer Wiedergutmachungsansprüche kamen. Zwischen 1945 und 1954 wurden Rückerstattungsansprüche (überwiegend Immobilien) von in Nord- und Südamerika sowie in Israel lebenden ehem. Arnsbergern geltend gemacht; 1950 bis 1953 wurde die Mehrheit der Individualverfahren abgeschlossen. Seit 1946 – in diesem Jahr lebten 21 Menschen jüd. Abstammung im Kr. Arnsberg – gehörten die Arnsberger Juden zur jüd. Gemeinde Hagen. Die Anordnung des westfälischen Oberpräsidenten von 1945 zur Instandsetzung der jüd. Friedhöfe wurde in Arnsberg sofort umgesetzt. 1950 fand ein Prozess gegen die Täter des Pogroms von 1938 statt, auch Beteiligte an den Vorgängen in Oeventrop mussten sich vor Gericht verantworten. 1965 versandte die Stadt Arnsberg an alle ehem. jüd. Bürger eine kleine Dokumentation der Entwicklung Arnsbergs nach 1945. Das Echo war positiv, der Bitte um Zusendung von Schilderungen der eigenen Schicksale zwecks Abfassung einer Stadtgeschichte kam jedoch

niemand nach. 1971/72 fand vor dem Arnsberger Landgericht ein Prozess wegen der Ermordung von ca. 4000 Juden im Raum Jaslo in Süd-Polen während der deutschen Besatzung statt; dieses Verfahren scheint dazu beigetragen zu haben, dass Bürger, Rat und Verwaltung mit dem Schicksal der jüd. Mitmenschen stärker vertraut wurden. Daraufhin wurde 1973 auf dem jüd. Friedhof aus Anlass seines 125-jähriges Bestehens ein Gedenkstein enthüllt. Bei einem ökumenischen Gottesdienst während der ‚Woche der Brüderlichkeit‘ 1973 in der kath. Propsteikirche wirkten Amtsträger der kath. und ev. Kirche sowie der jüd. Glaubensgemeinschaft (Landesrabbiner Nathan Peter Levinson aus Heidelberg) mit. Zum 40. Jahrestag der Pogromnacht 1978 fand für die Gesamtstadt Arnsberg im Sauerlandtheater eine Sühnefeier statt, auf allen jüd. Friedhöfen legten Stadtvertreter Kränze nieder. Auf Anregung der 1987 eingerichteten Geschichtswerkstatt ‚Juden in Arnsberg‘ wurden 1988 alle ehem. jüd. Bürger zu einem einwöchigen Besuch Arnsbergs im 750. Jubiläumsjahr eingeladen, es kamen 21 Personen. 1991 erschien die von der Geschichtswerkstatt erarbeitete Dokumentation ‚Juden in Arnsberg‘. Im selben Jahr erfolgte die Anbringung einer Gedenktafel an der dem ehem. Synagogengebäude gegenüberliegenden Mauer. 1992 fand man bei Erdarbeiten das Ruhrkieselpflaster der alten Judengasse wieder, der Arnsberger Heimatbund ließ ein entsprechendes Hinweisschild anfertigen. 1993 wurde der jüd. Friedhof in die Arnsberger Denkmalliste aufgenommen. Zum Gedenken an die Familien von Jakob Apt (Arnsberg) und Hermann Apt (Hüsten), die bis auf einen Überlebenden im Holocaust ausgelöscht wurden, hat die Stadt Arnsberg 1994 den Platz vor dem Sauerland-Theater ‚Gebrüder-Apt-Platz‘ benannt. Auch ein Weg in der Nähe des Wohnhauses der Familie Falk an der Grafenstraße wurde 2001 in Erinnerung an den im Novemberpogrom Misshandelten in ‚Paul-Falk-Weg‘ umbenannt. Seit 2010 beteiligt sich Arnsberg an der Aktion ‚Stolpersteine‘, die auch in den Ortsteilen Neheim und Hüsten verlegt wurden. In Ergänzung der Stolpersteine wurden 2011 in der Stadt Arnsberg drei Gedenktafeln für die Opfer der NS-Gewaltherrschaft aufgestellt. In Arnsberg befindet sie sich am Lindenberg zwischen den ehemaligen Häusern der jüd. Familien Goldberg und Grüneberg. Unterteilt nach den drei Synagogengemeinden Arnsberg, Hüsten und Neheim werden die 154 ermordeten Juden der Stadt Arnsberg namentlich aufgelistet. Eine von dem Oeventroper Künstler Erhard Jaekel gestaltete Gedenktafel neben dem ehem. Haus von Berthold Jakob (Kirchstr.) erinnert seit 2002 an das Schicksal der Juden in Oeventrop.

2.2.1 1816 lebten zwölf Juden in Arnsberg, 1843 waren es 59, 1856 bereits 92, das entsprach etwas mehr als zwei Prozent der Gesamtbevölkerung. Für 1858 sind 88 Juden verzeichnet. 1871 waren von 4784 Einwohnern 3832 kath., 861 ev., 86 jüd. Glaubens, fünf gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1895 waren von 7786 Einwohnern 6296 kath., 1379 ev. und 111 jüd. Glaubens; 1925 waren von 11 791 [!] Einwohnern 9613 kath., 2055 ev., 43 jüd. Glaubens und elf bekenntnislos. 1932/33 lebten in Arnsberg 39 Juden.

In der Gemeinde Dinschede (1905 in Oeventrop umbenannt) waren 1895 von 1684 Einwohnern 1570 kath., 93 ev. und 21 jüd. Glaubens. 1925 waren in der Gemeinde Oeventrop von 2920 Einwohnern 2717 kath., 178 ev. und 23 jüd. Glaubens; 1932/33 lebten dort fünf jüd. Familien. In Rumbeck lebten 1843 fünf und 1858 sechs Juden.

Die seit 1810 in Arnsberg ansässig gewordenen Juden orientierten sich zunächst nach Hüsten. Spätestens 1824 trafen die vier jüd. Familien in Arnsberg dann aber Regelungen für ein eigenes Gemeindeleben, 1836 entstand eine formelle Synagogenordnung. Zur Gemeinde gehörten seit 1839 auch die Familie Nordwald in Rumbeck und ein 1843 in Freienohl ansässiger Jude. 1843 erhielt die Synagogenordnung einen Nachtrag mit der Bestimmung, dass Gemeindemitglieder einen aus der Gemeinschaft ausgeschlossen weder besuchen noch mit ihm oder seiner Familie verkehren dürften.

Diesen Passus bewertete die Arnsberger Regierung 1846 als ungesetzlich und bestand auf seiner Streichung.

Bei der Planung der einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnsberg 1842 die Bildung eines Arnsberger Bezirks, zu dem lediglich die Juden aus Arnsberg und Rumbeck gehören sollten. Vorsteher Heinemann Neuwahl schrieb 1846, die Gemeinde habe ein von Oberrabbiner Joseph Abraham Friedländer entworfenes Statut verfasst. Die Kultuskosten trügen die Mitglieder, erhoben würden sie von denjenigen, die der ‚Kirchengesellschaft‘ beigetreten seien und das Statut durch Unterschrift vollzogen hätten. Levi und Meier Grüneberg (Sohn und Vater, beide verleitet) waren dem Statut nicht beigetreten und deshalb nicht berechtigt, unentgeltlich am religiösen Gemeindeleben teilzunehmen. Der Zahlungsaufforderung hätten sie keine Folge geleistet, weshalb ihnen der Zutritt zum Gottesdienst in der Synagoge verwehrt wurde. Als beide dennoch kamen, bat der Vorsteher die Polizei um Hilfe. Die Ordnungshüter drohten eine Räumung der Synagoge an, sollten die beiden gewaltsam einzudringen versuchen.

1855 wurde ein Synagogenbezirk auf Kreisebene (Altkreis Arnsberg) eingerichtet und das ‚Statut für die Synagogengemeinde Arnsberg‘ erlassen. Zur Hauptgemeinde in Arnsberg gehörten auch die Juden in den Orten Rumbeck und Dinschede bzw. Oeventrop. Eigenständige Untergemeinden bestanden in Neheim (mit Voßwinkel), Hüsten (mit Hachen) und Warstein (mit Belecke, Hirschberg, Sichtgvor und Allagen). Balve und Stockum gehörten ebenfalls zur Hauptgemeinde Arnsberg, besaßen aber eigene Betstuben. 1871 erfolgte ein Nachtrag zum Statut, 1883 wurde es gedruckt. 1885 hatte die Arnsberger jüd. Gemeinde mit 134 Mitgliedern ihre Höchstzahl erreicht. Die Untergemeinde Neheim (Stadtbezirk Neheim) löste sich 1931 aus dem Synagogenbezirk Arnsberg, 1932 übernahm die Arnsberger Synagogengemeinde das ‚Normalstatut für Kleingemeinden‘.

Auch in Arnsberg rangen konservative Kräfte mit reformerisch gesinnten Strömungen, wobei die reformorientierten Mitglieder deutlich überwogen. „Einige Juden gehören zu den Altgläubigen“, heißt es in einem amtlichen Schreiben, „die Mehrheit sind Neologen. Ein Unterschied in sittlicher Beziehung hat sich nicht herausgestellt.“ Der Vorsteher in Arnsberg klagte 1825, dass seit einiger Zeit in der Synagoge „solche Unruhe“ herrsche, dass der Gottesdienst gestört werde. Derjenige, der für Ordnung sorgen sollte, wurde beschimpft. Die Strafe betrug 2 Tlr. für die Armenkasse. Der Arnsberger Bürgermeister berichtete 1843, dass auf deutsche Gesänge beim Gottesdienst wieder verzichtet werde, da der derzeitige Lehrer „den Gesang nicht zu leiten verstünde“. Predigten würden jedoch in deutscher Sprache gehalten, auch ‚Konfirmationen‘ fänden statt.

Die Kosten der Gemeinde brachten die Mitglieder anteilmäßig auf. Der Vorsteher klagte 1843, die Gemeinde habe kein Vermögen und die meisten Mitglieder – außer einem – seien unvermögend. 1849 betrugen die Beiträge für Kultus und Schule 250 Tlr. jährlich. Der Gemeindeetat hatte 1926 einen Umfang von 1952 Reichsmark. Zusätzliche 560 RM wurden vom ‚Preussischen Landesverband jüdischer Gemeinden‘ überwiesen und zur Erneuerung des Synagogendaches verwendet.

2.2.2 Die seit 1810 in Arnsberg ansässig gewordenen Juden gingen zunächst zum Gottesdienst nach Hüsten. Erstmals 1825 wird von einer Synagoge in Arnsberg berichtet, vermutlich ein angemietetes Lokal. Die Vorsteher Abraham Levy Grüneberg, Meyer Levy Grüneberg und Levy Moses Nordwald baten 1826 den Landrat um die Erlaubnis zur Errichtung eines eigenen Synagogengebäudes mit Schulzimmer und um die Anweisung eines geeigneten Platzes. Die Hoffnung, der Obervorsteher Hellwitz werde wegen ihrer geringen Finanzmittel dafür eine Sammlung im Regierungsbezirk Arnsberg durchführen, erfüllte sich nicht. Hellwitz forderte, die Gemeinde möge zuerst einen angemessen besoldeten Lehrer anstellen. Noch 1835 war ein Betsaal ange-

mietet. Vor oder Anfang 1839 kaufte die jüd. Gemeinde das Hüstersche Haus in der Schlossstr., in dem auch Schule und Lehrerwohnung eingerichtet wurden. Es wurde durch den Stadtbrand 1847, bei dem vom gesamten Inventar nur vier Thorarollen gerettet werden konnten, zerstört. Der jüd. Gemeinde wurden bis zum Wiederaufbau Räumlichkeiten in der Bürgerschule für Gottesdienst und Schulunterricht zur Verfügung gestellt. 1851 genehmigte die Regierung eine Kollekte unter den Juden in der Provinz Westfalen „zum Wiederaufbau ihres eingäscherten Schul- und Bethauses“. Die Gemeinde nahm einen Kredit von 1000 Tlr. bei der Arnsberger Sparkasse auf. 1852 wurde ein Neubau (mit Schule und Lehrerwohnung) auf dem alten, nun vergrößerten Synagogengrundstück (heute Schlossstraße 15) begonnen, die Einweihung fand 1853 statt. Die Synagoge und der Gottesdienst in Arnsberg wurden auch von Juden aus Freienohl, Oeventrop und Rumbeck besucht. In der Pogromnacht 1938 wurde die Synagoge vollständig demoliert, das im Betsaal bereits entfachte Feuer jedoch wegen der dichten Bebauung der Altstadt wieder gelöscht. Im Jan. 1939 beschloss der Stadtrat, die Synagoge zu kaufen. Am 18. Aug. 1939 bot der Gemeindevorsteher Hugo Goldberg Grundstück und Gebäude dann aber dem Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK) Dortmund für 3000 RM zum Kauf an, die Umschreibung erfolgte 1940.

2.2.3 Über den 17-jährigen Bendix Heimberg aus (Marsberg-) Padberg, der 1825 bis 1827 Lehrer in Arnsberg war, heißt es 1825 in einem Bericht, er sei „als Vorsänger und -leser unbrauchbar“. Ihm folgten im Amt Meier Wolf Mimitz (1827), Lehrer Mühlenfeld (1828–1829), S. Wolf, Drucker aus Flatow, Reg. Bez. Marienwerder, (1829–1830) und Herz Joseph Friede aus Iserlohn-Oestrich (1830–1832), der das Haindorfsche Seminar absolviert hatte. Nach seinem Ausscheiden war zunächst kein Lehrer am Ort. Für die Zeit nach 1835 wird Cosmann Jonas aus Recklinghausen erwähnt, der kurz zuvor seine Ausbildung am Haindorfschen Lehrerseminar beendet hatte. Von 1840 bis 1843 war erneut Herz Joseph Friede tätig, der zuvor Lehrer in Brilon war. Seit 1839 befanden sich die Schulräume im neu erworbenen Haus, das als Synagoge und Schule diente. Die Stadt stellte zeitweise das Brennholz (Deputatholz aus den städtischen Waldungen), seit 1906 zahlte sie einen Zuschuss. Die Anzahl der schulpflichtigen jüd. Kinder betrug 1825 bis 1842 zwischen sechs und zwölf, mit 24 Kindern wurde 1847/48 die höchste Anzahl erreicht.

Als weitere Lehrer, die zumeist auch als Prediger bzw. Vorbeter tätig waren, sind bekannt: Elias Gans aus Bleicherode (1844–1845), der 1837 am Seminar in Soest seine Prüfung abgelegt hatte und ab 1846 in Hamm eine jüd. Privatschule übernahm, Salomon Eichhol(t)z aus Willebadessen (1846–1850), Caspar Merfeld aus Bielefeld (1850–1851), Simon Dammann aus Bielefeld (1851) und Moses Steinweg aus Unna (1852–1854). Nachfolger wurde der in Arnsberg aufgewachsene Jakob Schiff, der bis 1854 Lehrer in Weisweiler und Wesel gewesen war, 1858 ging er nach Höxter. Wenige Monate später gestattete die Regierung Arnsberg dem Schulamtsaspiranten Elias Sander aus Gogolin (Reg. Bez. Oppeln), „unter den obwaltenden Umständen“ sechs Monate den Unterricht in der jüd. Privatschule Arnsberg weiterzuführen, für eine dauerhafte Anstellung habe er aber eine entsprechende Qualifikation vorzuweisen und „sich über sein moralisches Verhalten genügend auszuweisen“, andernfalls müssten die Eltern ihre Kinder anderweitig unterrichten lassen. Julius Wolff aus Greifenhagen in Pommern (geb. 1824) wurde 1858 Lehrer in Arnsberg, er starb dort 1865/66 an ‚Abzehrung‘. 1865 erhielt der Schulamtskandidat Nathan Schwarz aus Rogow (Provinz Posen, geb. 1845, gest. 1927) eine Konzession auf Widerruf zur Weiterführung der jüd. Privatschule; seit 1875 widmete er sich in Arnsberg dem Kaufmannsberuf und erwarb das Haus Königstr. 35 (heute Nr. 5). Nach 16 zwischen 1825 und 1875 kurzzeitig tätigen Lehrern war Aron Ikenberg aus Nieheim (Kr. Höxter) der erste, der längere Zeit blieb. Der zuvor in Lemgo tätige Ikenberg trat seinen Dienst 1875 an und

blieb 25 Jahre. Als er 1900 in seiner Heimatstadt Nieheim starb, kamen aus Arnsberg Gemeindevorsteher, Gemeindeglieder und eine Abordnung der kath. Lehrerein-spektion aus Freienohl zur Beerdigung. Nachfolger wurden Max Meyer aus Brilon (1901–1903) und A. J. Buchdahl aus Alme (1903, vorher in Friedrichsfeld bei Wesel). Für Ende 1903 suchte die jüd. Gemeinde einen Lehrer und Kantor für 1200 M Gehalt und freier möblierter Wohnung. Joseph Rosenbaum aus Petershagen a. W. war von 1905 bis 1909 als Lehrer der privaten jüd. Volksschule angestellt, danach versahen Max Heymann aus Anröchte (1909/1910), der zuvor in Neheim tätige Sally Katzenstein (1910/11) und Arthur Sternberg aus Soest (1911–1913) das Lehramt. Nachdem nach der Jahrhundertwende die Schülerzahl auf acht gesunken war, blieben 1913 noch drei bis vier Kinder, so dass die jüd. Schule in dem Jahr aufgelöst wurde; die Lehrerwohnung wurde vermietet. Die Kinder gingen in christl. Schulen, erhielten aber weiter im Klassenraum vier Stunden Religionsunterricht pro Woche, 1923 nahmen zehn Kinder daran teil. 1929 wurde der Klassenraum von Betrunknen verwüstet und verschmutzt. Anfang 1925 schlossen die Gemeinden Arnsberg, Neheim und Hüsten einen Vertrag zur Anstellung von Siegfried Steinberg als Religionslehrer und Vorbeter für 2000 M Gehalt, jedoch kündigten die Repräsentanten den Vertrag nach zehn Monaten wieder. Leonhard Spier, der bis zur Schließung der dortigen Schule 1925 in Rheda tätig gewesen war, wurde 1926 und 1931 – auch als Kantor – in Arnsberg erwähnt, danach bis etwa 1935 Osias Bernstein aus Meschede und bis ca. 1937 Leopold Hesse aus Elberfeld.

Ende 1936 war der 14-jährige Sohn eines jüd. Kaufhausinhabers Übergriffen am Arnsberger Gymnasium ausgesetzt, so dass er auf ein niederländisches Internat geschickt wurde. 1937 – noch vor Erlass der entsprechenden gesetzlichen Bestimmung – verließ der letzte jüd. Schüler das Gymnasium. Das Arnsberger Lyzeum verweigerte 1935 Margot Jacob aus Oeventrop die Aufnahme, dagegen nahm das Mädchengymnasium der Armen Schulschwestern noch bis 1937 jüd. Schülerinnen auf. Tätlichkeiten mussten jüd. Schüler auch an den Volksschulen, etwa der Norbertusschule oder der Adolf-Sauer-Volksschule, erleiden. Nach dem Pogrom 1938 erfolgte der Verweis aller jüd. Schüler von den öffentlichen Schulen.

Jüd. Kinder aus Freienohl, Grevenstein und Dinschede gingen in die entsprechenden kath. Ortsschulen, jüd. Religionsunterricht erteilten bis zum zwölften Lebensjahr die Eltern. Danach erhielten sie wöchentlich Religionsunterricht bei dem jüd. Lehrer in Arnsberg.

2.2.4 Arnsberger Juden unterstützten mit ihren Spenden durchgehend von 1830 bis 1913 die Haindorfsche Stiftung. Abraham Goldberg war 1832 Gebietsgeschäftsführer der Stiftung und hatte in dieser Funktion Beiträge einzusammeln. Der Landrat des Kr. Arnsberg schrieb 1849 an den Regierungspräsidenten, die Arnsberger Judenschaft habe „bei jeder Gelegenheit, wo zu irgend einem wohlthätigen Zweck öffentlich Beiträge eingesammelt worden sind, sich stets freigebig erwiesen“. Um 1900 überwies die Gemeinde feste Beträge an verschiedene überörtliche Einrichtungen, so an den Unterstützungsverein der jüd. Lehrer in Westfalen und Rheinland, das jüd. Altenheim in Unna und das jüd. Waisenhaus in Paderborn. Auch das jüd. Winterhilfswerk oder das Palästina- und Keren-Hajessod wurden unterstützt. 1907 und 1909 wird für Arnsberg eine ‚Casse gegen Wanderbettelei‘ erwähnt.

2.3.1 Im Vorstand der jüd. Gemeinde Arnsberg waren 1825–1827 Abraham Levy Grüneberg, Meyer Levy Grüneberg (auch 1833–1835) und Levy Moses Nordwald (auch 1835), ferner Abraham Goldberg (1836–40, 1843/44, 1850), Isaak Bellerstein (1841), Heinemann Neuwahl (1846) und L. Grüneberg (1850). Als Vorsteher des Arnsberger Synagogenbezirks fungierte von 1854 bis 1900 Noa Wolff aus Neheim. Aus Arnsberg gehörten in der zweiten Jahrhunderthälfte Heinemann Neuwahl, Ab-

raham Goldberg, Levi Grüneberg-Schüler, Isaak Bellerstein, Heinrich Grüneberg, Benjamin Levy Nordwald, Dr. Albert Amberg, Albert Grüneberg, Bendix Leeser und Julius Goldberg zum Vorstand. 1903 bis 1912 war Josef Rosenthal Vorsteher der Arnsberger Gemeinde, 1913–1918 Robert Stern, 1919–1924 Rudolf Grüneberg sowie 1925–1937 Hugo Goldberg. Aus Freienohl gehörte 1931 Alex Emmerich zum Arnsberger Vorstand. Aus Oeventrop waren zwischen 1907 und 1925 Louis Rosenthal, Edmund Simon und in den 1930er Jahren Berthold Jakob und Robert Simon Mitglieder der Arnsberger Repräsentantenversammlung. Die Untergemeinden wählten eigene Gemeindegremien. Das Kantorenamt in Arnsberg versahen die jeweiligen Lehrer.

2.3.2 Salomon Grüneberg (1821–1900) betrieb einen erfolgreichen Mehl- und Getreidegroßhandel. Die Firma besaß eigene Frachtschiffe im Schwarzen Meer, auf den Kanälen bis in die Niederlande und handelte mit Getreide von der Krim. Ein großer Lagerschuppen mit eigenem Gleisanschluss am Arnsberger Bahnhof zeugte vom regen Handel. Infolge der erschwerten Handelsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg ging der Umsatz immer mehr zurück. Dr. jur. Dr. phil. Ernst Schwarz (1884–1957) studierte Jura und Chemie. Er wurde Chemiker bei der BASF und erhielt später einen Direktorenposten bei der IG Farben AG. Im Ersten Weltkrieg war er Fachoffizier im Großen Generalstab. Er sollte als Delegierter an den Friedensverhandlungen mitwirken, wurde jedoch krank und kam ins Krankenhaus in Versailles. Reichskanzler Friedrich Ebert soll ihm einen Ministerposten angeboten haben. Schwarz blieb aber Direktor der IG Farben, siedelte 1933/34 nach New York über und zog sich 1941 ins Privatleben zurück. Zuletzt widmete er sich dem Roten Kreuz sowie seinen bedeutenden Sammlungen von Gemälden alter Meister und Porzellan.

2.3.3 Kurz nach Wiederbegründung der Bürgerschützengesellschaft 1820 lassen sich 1825 zwei jüd. Mitglieder (Abraham Grüneberg und ein Meyer) nachweisen. Ihre Zahl stieg zwischen 1885 und 1903 von 13 auf 22, sank dann aber stetig. 1911 wurde Assessor Dr. Georg Rosenthal Schützenkönig. 1934 wurden sechs jüd. Mitglieder (Jakob Apt, Max Funke, Hugo Goldberg, Rudolf Grüneberg, Norbert Grüneberg und Hugo Rosenthal) aufgeführt, die im Folgejahr zum Austritt genötigt wurden. Juden fanden sich auch im Arnsberger Kriegerverein. Louis Rosenthal aus Oeventrop war vor dem Ersten Weltkrieg Vorsitzender des Turnvereins ‚Germania‘.

3.1 Die 1826 geplante, aber nicht errichtete Synagoge sollte einstöckig sein, eine Grundfläche von etwa 9,4 x 9,4 m einnehmen und ein Schulzimmer enthalten. 1849 wurde das Grundstück an der Schlossstraße auf den Namen von fünf Gemeindegliedern eingetragen, 1886 der Gemeinde übertragen. Der Betsaal der 1853 eingeweihten neuen Synagoge lag parallel zur Schlossstraße in Nord-Süd-Richtung. Im Nordteil muss eine Holzempore für etwa 25 Frauen vorhanden gewesen sein. Die 1879 beschlossene Erweiterung des Betsaals um eine Fensterachse nach Süden hin wurde 1885 umgesetzt. Der Eingang zum Saal befand sich in der Ostwand unter der Empore. Beschreibung bei BROCKE, Feuer an Dein Heiligtum 18 und PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 275f. Viele Kultusgegenstände hatten Gemeindeglieder gestiftet, so z. B. um 1900 Louis Grüneberg ein Thoraschild. Auf der Empore stand ein Harmonium, das Lili Grüneberg geb. Rotal der Gemeinde in den 1930er Jahren leihweise überlassen hatte. Für die jüd. Schule war an der Nordhälfte des Synagogegebäudes nach Osten zur Schlossstraße ein Anbau rechtwinklig angefügt. Das ca. 23 m² große Klassenzimmer im Erdgeschoss war mit Schulbänken, Tafel, Lehrerpult und einem Holzofen ausgestattet. Darüber befand sich die Wohnung für den Lehrer und Kantor. Nach Auflösung der Schule 1913 wurde die Wohnung vermietet, das Klassenzimmer jedoch weiterhin für den Religionsunterricht genutzt. Ende der 1920er Jahre galt die Synagoge als reparaturbedürftig. In der Pogromnacht 1938 wurde der Betsaal vollständig verwüstet. 1940 wurde er durch eine Zwischendecke geteilt, im unteren Ge-

schoß ein Werkstatttraum und darüber eine Wohnung eingerichtet. 1954 gelangte die Immobilie über die JTC in Privatbesitz und wurde für Wohnzwecke umgebaut.

3.2 Als erster Jude nach der Wiederzulassung 1803 kaufte Abraham Levi Grüneberg aus Hüsten 1810 ein Haus in Arnsberg. Fast alle jüd. Familien besaßen eigene Wohn- und Geschäftsgrundstücke, zumeist in der Altstadt in bester Lage, darunter 17 Wohn- und Geschäftshäuser sowie weitere Garten- und Wiesengrundstücke. Ein detailliertes Verzeichnis findet sich bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 278–280. Eine ‚Judengasse‘ wird möglicherweise schon 1463 bzw. 1484, sicher 1626 und 1629 sowie 1847 erwähnt. Sie verlief im 19. Jh. vom Alten Markt zur Hallenstraße. Bei Bauarbeiten kam 1992 deren Originalpflaster zum Vorschein.

In Oeventrop in der Kirchstraße ließen die fünf jüd. Familien Ransenberg (Haus-Nr. 12), Rosenthal (Nr. 37) und Simon (Nr. 41) sowie Berthold Jakob (Nr. 49) und Meyer Jakob (Nr. 53) bis ca. 1910 Häuser errichten. In Rumbeck erwarb der Handelsmann und Metzger Gottfried Nordwald 1839 ein etwa zehn Morgen großes Anwesen, das einst zum 1805 säkularisierten Prämonstratenserinnenkloster Rumbeck gehört hatte.

3.3 Bis 1847 wurden in Arnsberg verstorbene Juden auf dem Friedhof in Hüsten beerdigt. Nachdem es dort 1824 bei der Beerdigung der Mutter von Meyer und Abraham Grüneberg zum Eklat gekommen war, hielt die Regierung die Arnsberger Juden zur Anlegung eines eigenen Begräbnisplatzes an. 1825 erklärten sich A. Grüneberg, M. Grüneberg und L. Nordwald bereit, ein 50 Ruthen großes Gelände vor dem Eichholz bei Prangen Wiese (am unteren Ende der Eichholzstr.) vom Schankwirt Höynck zu kaufen, der Plan wurde jedoch nicht umgesetzt. Erst nach dem Tod von Caroline Neuwahl geb. Eichwald 1847 kam es zur Anlage eines jüd. Friedhofs auf einem M. L. Grüneberg gehörenden Grundstück am Alten Kuhweg/Seltersberg auf dem Weg nach Wennigloh. Auf Ersuchen von M. L. Grüneberg und Abraham Goldberg erteilte die Arnsberger Regierung innerhalb eines Tages die Genehmigung, so dass die erste Beisetzung auf dem neuen, 1507 m² großen Areal stattfinden konnte. Darüber schrieb „ein christlicher Bruder“ im „Arnsberger Wochenblatt“ u.a.: „Der von der jüdischen Gemeinde lang gehegte Wunsch, einen eigenen Todtenhof hier zu besitzen, ist in Erfüllung gegangen.“ Christl. und jüd. Trauergäste nahmen an der ersten Beisetzung teil, Kantor Eichholz hielt eine Rede. Der Grabstein der Caroline Neuwahl ist als ältester noch vorhanden. Im Grundbuch wurden 1849 die jüd. Kaufleute Goldberg, Grüneberg, Bellerstein, Neuwahl und Amberg als Eigentümer des „Ackerlandes in der Köthmecke“ eingetragen, das Grundstück wurde 1886 der Synagogengemeinde Arnsberg übertragen. Von 1901 stammt eine von der Synagogengemeinde entworfene Begräbnisordnung, danach wurden auch Juden aus Oeventrop und Freienohl dort beigesetzt. Das letzte Begräbnis fand Ende 1938 statt. Während der NS-Zeit wurden Gräber verwüstet, Grabsteine umgeworfen und zerschlagen, Einfriedungsketten abgerissen und Bronz Buchstaben gestohlen. Bis 1943 war die Synagogengemeinde Arnsberg als Eigentümerin des Friedhofes eingetragen, dann die RV. Ein Kauf der Parzelle durch die Stadt – Ende 1942 hatte sie Interesse am Erwerb gezeigt – wurde nicht aktenkundig. 1944 setzte man verstorbene sowjetische Zwangsarbeiter dort bei, selbst auf bereits belegten Grabstellen; 1950 wurden sie exhumiert und auf einem separaten Gräberfeld des neuen Waldfriedhofs beigesetzt. Nach dem Zweiten Weltkrieg ließ die Stadt Arnsberg die Schäden am Friedhof beseitigen. 1951 wurde die JTC als Eigentümerin eingetragen, seit 1959 der ‚Landesverband der Jüdischen Gemeinden Westfalen-Lippe‘. 1973 wurde ein Gedenkstein gesetzt, 1993 der Friedhof in die Denkmal-liste der Stadt Arnsberg eingetragen. 1996 wurde Ewald Steinmann dort beigesetzt, 2008 auch seine Ehefrau Alice Steinmann, die letzte jüd. Bürgerin Arnsbergs aus der

Verfolgten-Generation. 89 Grabsteine sind erhalten geblieben. Eine Erinnerungstafel an fünf aus Oeventrop deportierte Familienmitglieder befindet sich auf der Grabstätte des 1915 gest. Louis Rosenthal.

4.1 Archiv des Hochsauerlandkreises, Meschede, bes. Wiedergutmachungsakten. – CAHJP, Jerusalem, NWD 286 (Mikrofilme oder Kopien im StadtA Arnsberg). – Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz, Berlin-Dahlem, Rep. 76-III, Sekt. 1, Abt. XIIIa, Bd. 1h bzw. Rep. 77-XXX, Gen. 117, Bd. 2. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), PersonenstandsA. – LAV NRW Abt. W (Münster), Oberpräsidium, Reg. Arnsberg, Oberlandesgericht Arnsberg, Justizamt Arnsberg bzw. Land- und Stadt-/Kreis-/Amtsgericht Arnsberg; Kr. Arnsberg, Unterrichtsverwaltung; Dienstregistratur; Dep. Archiv Landsberg-Velen, Wocklum. – StadtA Arnsberg, Landständisches Archiv des Herzogtums Westfalen, z. B. IV. B 1–2; Zeitungssammlung; Themensammlung „Juden in Arnsberg“ (u. a. Tonbandaufnahmen, Videos, Fotos). – StadtA Meschede, Amt Freiehoheit. – StadtA Münster, A II Nr. 20, A VI Nr. 8.

4.2 Fotos und Rekonstruktionszeichnungen der Synagoge, des jüd. Friedhofs und von Geschäftshäusern in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 356–360.

4.3 Amtsblatt der königlichen Regierung Arnsberg <Arnsberg 1816ff.>. – Arnsberger Wochenblatt <25.9.1847>. – AZJ <1.1.1848, 12.10.1900>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 4–46 <1830–1911/13>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 65, <1909> 70, <1911> 79, <1913> 89, <1924/25> 60. – Israelitisches Familienblatt <18.6.1903, 30.8.1917>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung <1932/33> 157. – SEIBERTZ (Hg.), Urkundenbuch zur Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogtums Westfalen. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 51.

4.4 BRÜSCHKE/FÖCKELER (Red.), Jüdisches Leben im Hochsauerland. – BRUHN Heike u. a., Juden in Arnsberg. Prämierter Beitrag der Klasse 10 des Arnsberger Mariengymnasiums zum Wettbewerb: Alltag im Nationalsozialismus (1981) um den Preis des Bundespräsidenten <Arnsberg 1981> (im StadtA Arnsberg). – BRUNS Alfred/SENGER Michael (Red.), Das Hakenkreuz im Sauerland (= Veröffentlichungen des Schieferbergbaumuseums Schmallenberg-Holthausen 9) <Fredeburg 1988>. – Dokumentation über den Besuch ehemaliger jüdischer Mitbürger aus Anlaß des 750jährigen Bestehens ihrer Heimatstadt Arnsberg vom 18. bis 25. Aug. 1988, hg. von der Geschichtswerkstatt der VHS der Stadt Arnsberg <Arnsberg 1989>. – FÖRSTER Karl, Zur Geschichte und zum Schicksal der ehemaligen Jüdischen Gemeinde in Arnsberg. In: 750 Jahre Arnsberg <Arnsberg 1989> 369–379. – GOSMANN Michael, Die „Reichskristallnacht“ in Arnsberg. In: ARNOLDS Wolfgang (Hg.), Die „Kristallnacht“ im Sauerland <Brilon 1988> 23–26. – GOSMANN Michael (Hg.), Juden in Arnsberg. Eine Dokumentation (= Städtekundliche Schriftenreihe über die Stadt Arnsberg 18) <Arnsberg 1991>. – GRÜNEBERG Hans, The Grüneberg Family of Hachen <London 1977> (Ms. im StadtA Arnsberg). – GRÜTZMANN Gerda, Das Schicksal der Juden der Synagogengemeinde Arnsberg im Dritten Reich (Hausarbeit zur Ersten Staatsprüfung f. d. Lehramt an Grund- und Hauptschulen an der Gesamthochschule Paderborn) <Hachen 1976> (im StadtA Arnsberg). – HERBOLD Hermann, Arnsberg nach 1945. Gruß für ehemalige jüdische Mitbürger <Arnsberg 1965> (im StadtA Arnsberg). – HÖCH Otto, Der Städtische Friedhof in Arnsberg. Ein Beitrag zur Heimatkunde des Kreises Arnsberg (Hausarbeit an der PH Dortmund) <Arnsberg 1956> (im StadtA Arnsberg). – KESSEMEIER Siegfried, Jüdische Familien in Oeventrop. Eine erste Übersicht <Arnsberg 2002>. – KLATT Marlene, Ein „Bubenstreich“? – Eine antisemitische Vorfälle in Arnsberg im Jahr 1929. In: SüdWestfalenArchiv 8 <2008> 281–293. – LIEBELT Katrin,

Die Sozialstruktur der Residenzstadt Arnsberg im 17. Jahrhundert (= Untersuchungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte 14) <Dortmund 1996> 103–106. – RADE Hans Jürgen, Die jüdischen Wurzeln der Arnsbergerin Christina Gabriel (1766–1835). In: Südwestfalen Archiv 5 <2005> 143–159. – SAURE Werner, Leben und Sterben israelitischer Bürger(-innen) in Neheim und Hüsten in drei Jahrhunderten (= An Möhne, Röhr und Ruhr 59) <Arnsberg 2015>. – SCHRÖDER Renate, Zur Geschichte der Juden in Arnsberg und seiner Umgebung (Examensarbeit) <Sundern ca. 1960> (im StadtA Arnsberg). – SCHUMACHER Fritz, Kirchliches Leben – Die jüdische Gemeinde. In: Manuskripte zu einer Arnsberger Stadtgeschichte <Arnsberg ca. 1965> (im StadtA Arnsberg). – SOMMER Alicia, Archivorientierte Nachforschungen zur Geschichte der jüdischen Familie Goldberg aus Neheim im 19./20. Jahrhundert. Facharbeit LK Geschichte, St. Ursula-Gymnasium Neheim <Arnsberg 2014> (im StadtA Arnsberg). – STEINMANN Alice, Vom Vorzug der Unberühmtheit – ein jüdisches Frauenleben 1908–2008, hg. v. Michael Gosmann <Arnsberg> 2009. – TEIPEL Heinrich, Die Juden im Sauerland. In: Ruhrwellen. Arnsberger Heimatblatt für das Land und Volk der Ruhr (Beilage zu Tremonia-Central-Volksblatt) 14,7 <1938>.

Michael Gosmann

ARNSBERG-Hüsten

1.1 Stadt Arnsberg, Ortsteil Hüsten, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – 1360 zur Freiheit erhoben; 1941 mit Neheim zur Stadt Neheim-Hüsten vereint; infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Stadt Arnsberg.

Laut Statut der Synagogengemeinde Arnsberg von 1855 bildete Hüsten eine eigene Untergemeinde, zu der auch Hachen (heute Stadt Sundern) gehörte.

2.1.1 1675 wohnten zwei jüd. Familien in Hüsten: Moyses und Moyses Meyer. 1717 waren es fünf Haushalte: Jacob Moyses, Moyses Abraham (lebte bei seiner Mutter), Meyer Moyses, Levmann Abraham und Moyses Jacob. Zusätzlich lebten im Ort die unvergeleiteten Brüder des Moyses Abraham (Jacob Abraham und Meyer Abraham) sowie die Brüder des Moyses Jacob (Lev Jacob und Meyer Jacob). Nach dem ‚Hüstener Freiheitsbuch‘ haben Juden zwischen 1754 und 1788 in Hüstener Bürgerhäusern gewohnt oder Kotten von der Freiheit gepachtet, gegen besondere Zahlungen konnten sie Nutzungsrechte an der Mark wahrnehmen. 1766 heißt es, ein Hüstener Bürger sei durch die jüd. Konkurrenz zur Auswanderung nach Ungarn gezwungen worden. Ein ‚Levi zu Hüsten‘ wird 1768/69 als Geschäftspartner der Familie von Spiegel zu Desenberg genannt. In Kommissionsprotokollen des Arnsberger Richters (1772–1779) findet sich die Streitsache des Magistrats der Freiheit Hüsten gegen Levi und Moses Abraham wegen Verletzung des Judengeleits und des von der Bonner Hofkammer dem Moses Abraham zu Hüsten gewährten Geleits. Demnach hatte die Witwe des Abraham für sich und ihren Sohn Leffmann ein kurfürstliches Geleit für zwölf Jahre erhalten, dieses habe Leffmann jedoch „verborgen gehalten“, als er 1774 einen Mietvertrag mit dem Bürger Robbert schloss. Da das Geleit für Mutter und Sohn ge-

meinsam galt, konnte der Sohn nach Ansicht des Arnsberger Richters keine separate Wohnung nehmen; der Mietvertrag sei deshalb ungültig, Leffmann wurde verboten, dort einzuziehen. Dagegen erkannte der Kölner Erzbischof den Mietvertrag an. Der Magistrat wandte ein, dass sich zwischen 1727 und 1774 die Zahl der jüd. Familien von zwei auf vier verdoppelt habe. 1786 reichte ein Bürger beim Schützenfest einem Juden durch den Zaun ein Bier, als Strafe musste er einen „Eimer Bier“ aufbringen. Moses Abraham wurde erlaubt, einen Anteil am gemeinschaftlichen Grundbesitz der Freiheit zu pachten, obwohl dieses Privileg nur Bürgern zustand. 1801 nannte der Hüstener Bürgermeister vier in der Freiheit wohnende jüd. Familien: Moises Abraham, Levi Abraham, Mayer Moises sowie Esther, die alle ihren Lebensunterhalt durch Handlungsgeschäfte bestritten. Mit Familienangehörigen, Knechten und Mägden lebten insgesamt 37 Juden im Ort.

2.1.2 Auch nach 1802/03 war der Hüstener Magistrat darauf bedacht, die Anzahl der Juden in der Freiheit zu beschränken. 1807 wehrte er sich gegen die Entscheidung des großherzoglichen Richters Gronarz in Arnsberg, dem Juden Pinnes die Ansiedlung in Hüsten und den Bau eines Wohnhauses zu erlauben; Hüsten sei mit vier jüd. Familien, die den Handel völlig an sich zögen, bereits überbesetzt. Da das Arnsberger Judenprivileg von 1671 (demzufolge keine Juden in der Stadt wohnen durften) in hessendarmstädtischer Zeit nicht mehr beachtet wurde, kam es zur Abwanderung von Hüstener Juden in die benachbarte Regierungsstadt. Zu ihnen zählte z. B. Abraham Levi Grüneberg, der 1810 in Arnsberg ein Haus erwarb und dort 1811 als Bürger registriert wurde. In Hüsten waren 1819 von 607 Einwohnern 24 Juden. Sie gehörten zu den Familien des Viehhändlers Abraham Nordwald, des Händlers und Metzgers Bendix Jordan, des Händlers bzw. Trödlers Amschel Mastbaum und des Trödlers Levi Reifenberg. Die Familie Fritzler soll kurz danach über Breslau aus Polen nach Hüsten gekommen sein, sie kaufte in der Rönkhauser Str. (heute Heinrich-Lübke-Str. 4) ein Kötterhaus, in dem sie vier Generationen lang ein Weißwarengeschäft betrieb. Von den 1832 in Hüsten lebenden 33 Juden wird Moses Kempenich als Winkelier in Spezerei- und Ellenwaren bezeichnet. 1846 waren Isaac Fritzler, Simon Grüneberg, Herz Mansbach (Kantor), Ansel Mastbaum, Samuel Reifenberg und Abraham Rosenthal als selbständige Juden verzeichnet; die genannten erblichen Familiennamen haben sie bereits zuvor geführt. 1858 finden sich in Hüsten die Familien Isaac Fritzler, Samuel Reifenberg, Salomon Mastbaum und Bernhard Jordan.

Zwei Juden aus Hüsten waren Soldaten im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71. Im Ersten Weltkrieg fiel Fritz Stern aus Hüsten, das EK II erhielten u. a. Walter Stern und Julius Grüneberg. Eine Episode blieb die antisemitische Agitation des kath. Vikars Dr. Lorenz Pieper (1875–1951, seit 1922 NSDAP-Mitglied), der während seiner Tätigkeit in Hüsten (1917–1923) eine Ortsgruppe des ‚Jungdeutschen Ordens‘ aufbaute. Nachdem mehrfach Vertreter der jüd. Gemeinde unter Führung des Kaufmanns Jordan den Schutz der Ortsbehörden erbeten hatten, wandte sich der Hüstener Amtmann Dr. Rudolf Gunst an den Arnsberger Landrat und beschwerte sich über Piepers antisemitische Kampagne: Der Kaplan habe Hetzschriften gegen Juden verteilt, Hetzplakate geklebt und betreibe eine „antirepublikanische Agitation“. Beschwerden beim Paderborner Generalvikariat wurden verharmlosend beantwortet. 1923 verließ Pieper Hüsten ohne Genehmigung seiner Vorgesetzten und begab sich nach München zu Adolf Hitler. Einige Monate später kehrte er als Pfarrvikar ins Sauerland (nach Menden-Halingen) zurück.

In den ersten Jahren nach 1900 lassen sich folgende Juden in Hüsten nachweisen: die Kaufleute Salomon Faber, Louis Jordan, Bernhard Stern, Louis Grüneberg, Hugo Stern, Ulrich Heymann, Simon Stoffkooper, Levy Klein und Moritz Fritzler, die Viehhändler Moses und Josef Grüneberg, der Reisende Julius Stern, die Verkäuferin Hanni Levy, der Rentner David Mastbaum und der „Sortierer auf der Gewerkschaft“ Abra-

ham Stoffkooper. 1931 betrieb Louis Jordan ein Kaufhaus und Hermann Apt ein Hutgeschäft. Moses und Josef Grüneberg waren Viehhändler, Leopold Klein und Walter Steinberg Kaufleute sowie Levi und Sally Grüneberg Metzger.

Die Juden im heutigen Arnsberger Stadtteil Bruchhausen waren der Synagoge in Hüsten zugeordnet. Dort lebte in den 1880er Jahren die Familie Grüneberg. Bernhard Grüneberg fiel im Ersten Weltkrieg; sein Name wird auf der Erinnerungstafel an der Kapelle Rodentelgen genannt. Auch Adolf Behr aus Bruchhausen gehörte zu den Gefallenen des Ersten Weltkriegs.

2.1.3 Julius Grüneberg stand dem ‚Reichsbanner‘ nahe und kandidierte bei den Gemeindewahlen im März 1933 in Hüsten für die SPD. Mit dem Boykott jüd. Geschäfte im April 1933 begann auch in Hüsten die Ausgrenzung der Juden. Im Febr. 1935 fand in Neheim die Gründungsveranstaltung der RjF-Ortsgruppe ‚Neheim-Hüsten-Arnsberg‘ statt. Die letzten Mitglieder der Familie Jordan – seit über 100 Jahren in Hüsten ansässig – wanderten 1936 nach Südamerika aus; im selben Jahr emigrierte die Familie des Julius Grüneberg in die Niederlande. Bis Ende 1938 wurden fast alle jüd. Geschäfte aufgelöst oder gingen an ‚Arier‘ über. Im Nov. und Dez. 1938 veröffentlichte die Lokalpresse Hetzartikel über angebliche jüd. Verbrechen. So titelte die ‚Westfälische Landeszeitung Rote Erde‘ am 9. Dez. 1938: „Skrupellose jüdische Parasiten“ und verunglimpfte in dem Artikel alle jüd. Familien Hüstens. Am 9. Nov. 1938 wurde das letzte verbliebene jüd. Geschäft in Hüsten, das Hut- und Textilgeschäft von Hermann Apt in der Rönkhauser Straße (heute Heinrich-Lübke-Str. 7), demoliert; Apt war zugleich Vorsteher der jüd. Gemeinde. Dazu schrieb am 11. Nov. 1938 die ‚Rote Erde‘: „Das einzige noch am Ort vorhandene jüdische Geschäft Apt erlitt von der wütenden Menge ebenfalls viele Schäden.“ Mit seiner Frau Tessi und der Tochter Gertrud verzog Apt daraufhin nach Köln. In Wohnungen von Juden richteten hauptsächlich einheimische SA-Männer große Schäden an. Josef Grüneberg, Königstr. (heute Adenauerstr. 19), wurde von SA-Schlägern so schwer verletzt, dass er von seinem Nachbarn (Dr. Frieling) ärztlich versorgt werden musste; der 69-Jährige starb drei Wochen später. Die Söhne wurden gezwungen, den zerstörten Hausrat wegzuschaffen; den dafür genutzten Wagen fuhren Nazis in die Röhr. Laut ‚Westfälischer Landeszeitung Rote Erde‘ vom 11. Nov. 1938 wurden fünf Juden in Hüsten von der Polizei verhaftet. Der zum Katholizismus konvertierte und mit einer christl. Frau verheiratete Max Bachenheimer wurde in der Presse ebenso diffamiert wie die Familien Jordan, Reifensberg und Apt.

Seit Dez. 1938 wurden Juden aus Hüsten zur Zwangsarbeit herangezogen, sie waren in einem Barackenlager auf dem Gelände einer ehemaligen Ziegelei in Laer (Kr. Steinfurt) untergebracht. Im Frühjahr 1939 konnten die Kinder von Josef Grüneberg nach England ausreisen, Walter Steinberg wanderte mit Familie nach Argentinien aus. Nach dem Zusammenschluss der Freiheit Hüsten mit der Stadt Neheim zur Stadt Neheim-Hüsten am 1. April 1941 beschloss der Stadtrat am 7. Aug. 1941, die verbliebenen Hüstener Juden in Behelfswohnungen am Neheimer Stadtrand (Im Ohl 79) umzusiedeln, die im Volksmund ‚Judenbaracken‘ genannt wurden. Die meisten aus Hüsten deportierten Juden wurden ins KZ Auschwitz verschleppt. Zum Transport vom 1. März 1943 gehörten mehrere Mitglieder der Familie Grüneberg sowie Mitglieder der Familie Klein. Im Okt. 1944 wurde die mit einem Nichtjuden verheiratete Erna Bange geb. Bonem (Geschäftsführerin des bekannten Konfektionsgeschäfts Josef Müller & Co.) zum Arbeitseinsatz ins Lager Bettenhausen bei Kassel verbracht.

In Bruchhausen betrieb die Familie Grüneberg 1933 ein Geschäft in der Arnsberger Str. 14. Im Sept. 1935 wurde der Beschluss gefasst, Juden den Zuzug in die Gemeinde Bruchhausen sowie den Erwerb von Grundstücken zu verbieten, „da verlautbart wurde, daß eine sittlich nicht einwandfreie jüdische Person ihren Einzug in die Gemeinde Bruchhausen halten wollte“. Im selben Jahr wurden Juden aus den örtlichen Vereinen

ausgeschlossen. Isidor Grüneberg wurde Anfang Sept. 1940 ins KZ Sachsenhausen und weiter ins KZ Dachau verbracht, wo er 1941 starb. Seine in Dortmund wohnenden Geschwister, die gebürtigen Bruchhauser Paula und Max Grüneberg wurden am 27. Jan. 1942 ins Ghetto Riga bzw. am 30. April 1942 ins Ghetto Zamość deportiert.

2.1.4 Ewald Herz (1910–1983) aus Essen zog nach seiner Befreiung nach Neheim-Hüsten. Seine erste Frau Cäcilia (geb. Fiebelmann) stammte aus Hüsten, sie war 1941 bei einer Fehlgeburt gestorben. Seine zweite Frau Rosa und sein zweieinhalbjähriger Sohn Gerd waren in Auschwitz ermordet worden. Von der Familie Klein blieb nur Max Klein übrig, der vor dem Krieg nach Köln gegangen und dort untergetaucht war. Er kehrte 1945 nach Hüsten zurück, wo er im elterlichen Haus (Heinrich-Lübke-Str. 7) Wohnrecht hatte; später verkaufte er den Besitz und zog wieder nach Köln. Von der Familie Levi Grüneberg aus Bruchhausen überlebten nur die Töchter Amanda und Frederike gen. Rosalie, da sie nichtjüd. Männer geheiratet hatten.

Auch nach dem Krieg hielten Freunde und Nachbarn Kontakt zu aus Hüsten emigrierten Juden. Auf dem Hüstener Friedhof wurden Gräber erneuert, jüd. Familien brachten Gedenktafeln an. Zum 40. Jahrestag der Pogromnacht fand 1978 für die Gesamtstadt Arnsberg im Sauerlandtheater eine ‚Sühnefeier‘ statt. 1988 wurde auf dem jüd. Friedhof in Hüsten von der Stadt Arnsberg ein Gedenkstein eingeweiht, seitdem finden dort zu den Jahrestagen der Pogromnacht Gedenkfeiern statt. Ehem. jüd. Bürger oder ihre Verwandten werden bei Besuchen in Hüsten oft vom Bürgermeister oder von Stadtvertretern im Rathaus offiziell begrüßt. In der im Jahr 2000 eingerichteten ‚Geschichtswerkstatt Unterhüsten‘ erarbeiteten Senioren und Schüler der Hüstener Ruhrschule unter der Leitung ihres Rektors Reiner Ahlborn ein ‚Gedenkbuch für Werner Grünwald‘, den letzten jüd. Schüler. Ebenso entstand eine Dokumentation des jüd. Friedhofs. Seit 2010 beteiligt Arnsberg sich an der Aktion ‚Stolpersteine‘, sie wurden auch in Hüsten verlegt. In Ergänzung der Stolpersteine wurden 2011 in der Stadt Arnsberg drei Gedenktafeln für die Opfer der NS-Gewaltherrschaft aufgestellt. In Hüsten befindet sie sich vor dem jüd. Friedhof an der Straße Alt-Hüsten. Unterteilt nach den drei Synagogengemeinden Arnsberg, Hüsten und Neheim werden die 154 ermordeten Juden der Stadt Arnsberg namentlich aufgelistet.

2.2.1 1801 gab es in Hüsten 37 Juden, das waren zehn Prozent der Einwohnerschaft. 49 Juden lebten 1816 in Hüsten, 37 im Jahr 1829, 31 im Jahr 1843, 29 im Jahr 1858. 1871 waren von 1578 Einwohnern 1508 kath., 42 ev. und 28 jüd. Glaubens, 1895 von 3875 Einwohnern 3617 kath., 210 ev. und 48 jüd. Glaubens. 1905 lebten in Hüsten 69 Juden, 1925 waren von 7459 (!) Einwohnern 6470 kath., 859 ev., 43 jüd. Glaubens und neun bekenntnislos. 1932 lebten in Hüsten 50 Juden. In Bruchhausen waren 1895 von 782 Einwohnern 738 kath., 36 ev. und acht jüd. Glaubens; 1925 waren von 1355 Einwohnern 1266 kath., 59 ev. und zehn jüd. Glaubens.

In Hachen (heute Sundern) lebten 1843 zehn Juden, 1858 waren es 24. Im Jahr 1871 waren von 662 Einwohnern 633 kath. und 29 jüd. Glaubens, 1895 von 648 Einwohnern 632 kath., einer ev. und 15 jüd. Glaubens. 1925 waren von 965 Einwohnern 927 kath., 30 ev. und acht jüd. Glaubens.

Zur jüd. Gemeinde in Hüsten orientierten sich zunächst die seit 1810 in Arnsberg ansässig gewordenen Juden. Auch die Juden aus Hachen (heute Stadt Sundern) gingen in der Regel zum Gottesdienst nach Hüsten, zu hohen Festtagen besuchten sie aber auch die Synagoge in Balve; auch die Betstube in Stockum wurde von Hachener Juden aufgesucht. 1847 schlug der Obervorsteher Hellwitz eine Synagogengemeinde für Stockum (mit Allendorf) und Hachen (mit Enkhausen) vor, der Vorschlag wurde nicht umgesetzt. Im 1855 eingerichteten Synagogenbezirk Arnsberg bildete die jüd. Gemeinde Hüsten (mit Hachen) eine Untergemeinde. In der zweiten Hälfte des

19. Jh. gehörte auch Bruchhausen zum Synagogenbezirk Arnsberg, die dortigen Juden besuchten die Synagoge in Hüsten.

Der Etat 1903 bis 1909 für die Synagogenuntergemeinde Hüsten hatte einen Umfang von 1582,70 Mark. Jedes steuerpflichtige Gemeindemitglied – 1906 waren es in Hüsten, Bruchhausen und Hachen 23 Personen – musste 220 Prozent seiner Einkommensteuer aufwenden. 1930 betrug der Etat für Hüsten, Hachen und Bruchhausen 1020 RM; 1932 wurde der Etat von nur noch sechs Steuerzahlern aufgebracht.

2.2.2 Mitte des 19. Jh. diente ein Anbau am Wohn- und Geschäftshaus der Familie Jordan (heute Marktstr. 7) als Synagoge. 1843 befand sich diese Betstube, die auch Juden aus Hachen und später aus Bruchhausen besuchten, im Besitz der jüd. Gemeinde. 1861 war eine Reparatur der Synagoge (5 Tlr.) fällig, ihre Beleuchtung kostete in diesem Jahr 6 und die Reinigung 2 Taler. Als sie 1903 wegen anderer Baumaßnahmen abgebrochen werden musste, bat der von Louis Jordan beauftragte Bauunternehmer Kiwit erfolgreich um die Baugenehmigung für einen Synagogenneubau. Die neue Synagoge entstand 1903 im Garten von Louis Jordan.

2.2.3 1801 wird ein ‚Schulmeister‘ als Einlieger bei Moises Abraham erwähnt. Im 19. Jh. besuchten die jüd. Kinder die kath. bzw. ev. Schule; Religionsunterricht erteilte der jeweilige jüd. Lehrer aus Neheim. 1829 waren in Hüsten elf jüd. Kinder schulpflichtig, 1843 waren es vier. Folgende Lehrer in Hüsten sind für das 19. Jh. bekannt: Herz Mansbach (1829, 1834 und 1846, er war auch Kantor), der seminaristisch ausgebildete Leopold Felsenthal aus Münster (ab 1854), Lehrer Katzenstein aus Kurhesen (ohne Konzession), Jakob Ostwald aus Lichtenau (1859–1861), vorübergehend ein Rothschild aus Hirschberg, ferner Michael Rosengarten (1863–1866), Abraham Bienemann aus Schwerte (1866–1868), Leeser aus Eickel (1868) und Louis Rosenstein (ab 1869). Nachdem in Hüsten vier Jahrzehnte lang keine jüd. Schule existiert hatte und die Kinder christl. Schulen besucht hatten, beschloss die Gemeinde 1902, die jüd. Volksschule zu reaktivieren, weil sich die Schülerzahl wieder vermehrt hatte. Sie mietete Räumlichkeiten (Lehrerwohnung im Erdgeschoss, Schulzimmer im ersten Stock) im Haus des Metzgermeisters Mastbaum (heute Freiheitsstr. 12) in Hüsten an, lange Zeit ‚Judenschule‘ genannt. Engagiert wurde 1902 der soeben in Kassel examinierte Hermann Dillhoff, der jedoch schon wenige Wochen später an einem Herzschlag starb. Die Schüler kamen auch aus den Nachbarorten Bruchhausen, Hachen, Sundern und Allendorf. Die Zivilgemeinde Hüsten zahlte 1904 je Schulkind einen Zuschuss von 30 M im Jahr, 75 M im Jahr 1919. Laut Inventar von 1914 waren fünf Schulbänke vorhanden. Daneben gab es einen Schrank, ein Tafelgestell, ein Pult mit Stuhl, vier Wandkarten, einen Globus, eine Rechenmaschine, ein Bild des Kaisers und der Kaiserin, 20 Anschauungsbilder, drei Schlachtenpläne des Krieges von 1870/71, eine Schmetterlings- und Käfersammlung sowie eine Bibliothek mit 91 Büchern. Die Anzahl der schulpflichtigen jüd. Kinder betrug 1902 bis 1920 zumeist zwischen zehn und 17, 1921 bis 1923 waren es acht bis neun, elf im Jahr 1926.

Dillhoffs Nachfolger in der jüd. Volksschule wurde 1902 David Stern, der 1910 nach Schwerte wechselte. Stern war gleichzeitig Kantor, 1902 erhielt er für beide Tätigkeiten 1000 M pro Jahr nebst freier Wohnung, Heizung und Licht, 1907 erhielt er 1200 Mark. Sein Nachfolger Arno Goldschmidt blieb von 1910 bis 1913 und gab dann den Lehrberuf auf, Arthur Sternberg aus Arnsberg übernahm im Sept. 1913 die Vertretung. Im Okt. 1913 suchte die Hüstener Gemeinde per Annonce einen jüngeren Lehrer für ein Anfangsgehalt von 1200 M bei ‚freier Station‘. Theresia Beule, Schwester des Hüstener Vikars Beule, ist 1913/14 als Lehrerin belegt. Emil Nachum aus Beuthen (Oberschlesien) war vom Apr. 1914 bis zu seiner Einberufung im Okt. 1915 an der Hüstener Schule tätig und erteilte auch den Religionsunterricht. Kurzzeitig übernahm Emil Goldschmidt aus Neheim den Religionsunterricht, aber auch er wurde noch im Okt. 1915 eingezogen. So fand bis Mai 1916, als der ‚Invalide‘ Jacob Kaufmann aus

Neheim ihn übernahm, kein Religionsunterricht statt. Nachum kehrte nach dem Krieg nach Hüsten zurück. Die Schule konnte am 15. Jan. 1919 ihren Betrieb wieder aufnehmen, Nachums Gehalt betrug 2100 M. Im selben Jahr gründete er den ‚Jüdischen Jugendbund Sauerland‘ und wurde dessen erster Vorsitzender. Ende 1919 wurde er versetzt. 1920 führte Lehrer Gottfried Israel den Unterricht weiter. Nach seinem Weggang 1925 wurde die jüd. Schule geschlossen, da es keinen Lehrer mehr gab. Anfang 1925 schlossen die jüd. Gemeinden in Arnsberg, Neheim und Hüsten einen Vertrag zur Anstellung des Siegfried Steinberg als Religionslehrer, der jedoch im Okt. 1925 bereits wieder aufgelöst wurde. Religionsunterricht erteilte nun ein ‚Wanderlehrer‘ aus Rheda, vermutlich der in Arnsberg tätige Leonhard Spier. 1934/35 gingen Kinder aus Hüsten und Bruchhausen zum Religionsunterricht nach Neheim. Nach dem Pogrom 1938 wurde der nur acht Monate zuvor in der Ruhrscheule in Unterhüsten eingeschulte letzte jüd. Schüler Werner Grünewald der Schule verwiesen.

2.2.4 Juden aus Hüsten unterstützten seit 1834 bis Anfang der 1880er Jahre regelmäßig die Haindorfsche Stiftung.

2.3.1 Die Hüstener Juden entsandten Vertreter in die Verwaltung der 1855 gebildeten Arnsberger Hauptgemeinde. Zu deren Vorstand gehörten Simon Eisenstein (1860/63), Samuel Reifenberg (1861), J. Fritzler (1861), Moritz Fritzler (1891, 1903, 1907–12), Bernhard Stern, (1913–18 u. 1919–24) und Moses Grüneberg (1925–1930).

Vorsitzende der Hüstener Gemeinde waren: 1847/1859 Paul Fritzler; um 1900 Levi gen. Louis Jordan, 1903 Moritz Fritzler, 1910 und 1919 Bernhard Stern sen. 1932 bildeten Moses Grüneberg, Walter Steinberg und Hermann Apt den Vorstand; bis 1936 war Louis Jordan Vorsteher, 1936–1938 Hermann Apt. Aus Bruchhausen gehörte 1931 Levi Grüneberg zum Repräsentantenkollegium.

2.3.3 1829 eröffnete ein Jude namens Jordan das erste Modehaus in Hüsten. Einer der Gründer der Hüstener Spar- und Darlehnskasse (Volksbank Neheim-Hüsten) war 1931 Josef Grüneberg (1870–1938). Leontine Jordan (gest. 1926) wurde 1906 in den Vorstand des neu gegründeten Vaterländischen Frauenvereins gewählt. Julius Grüneberg (1897–1967) war Kompaniechef in der Hüstener Schützenbruderschaft.

3.1 1861 wird eine Synagoge in Hüsten erwähnt, ein Anbau an das Wohn- und Geschäftshaus der Familie Jordan (heute Marktstr. 7). Sie wurde 1903 im Rahmen von Baumaßnahmen abgebrochen. Der Bauunternehmer Kiwit plante ersatzweise in unmittelbarer Nähe einen Neubau. Der neue Betraum hatte eine Größe von knapp 30 m². Über ein vorgebautes Treppenhaus gelangte man auf die Empore. Die Bauzeichnung vermerkt einen Kamin in der fensterlosen Nordostwand, der Betsaal war also heizbar. 1905 mussten für die Einrichtung des Neubaus 700 M bei der Sparkasse Neheim geliehen werden, Reparaturen schlugen 1908 mit 200 M zu Buche. Eine steinerne Gedenktafel erinnerte später an die im Ersten Weltkrieg gefallenen Gemeindemitglieder. Das unscheinbare Gebäude lag etwa 25 m von der Straße entfernt im Privatgarten der Familie Jordan. Bei deren Emigration 1936 wurde das Wohn- und Geschäftshaus mit der Synagoge an den Kaufmann Albers verkauft – dennoch wurde das Bethaus in der Pogromnacht erheblich beschädigt. Die zivile Ortsgemeinde Hüsten mietete es anschließend für zwei Jahre von Albers und überließ die Räumlichkeiten dem Deutschen Roten Kreuz. Innenraum, Türen und Fenster wurden instand gesetzt, und der Holzfußboden durch einen Betonboden ersetzt, das Dach neu gedeert. 1941 kündigte Albers das Mietverhältnis. Heute ist aufgrund verschiedener An-, Um- und Einbauten vom ehem. Synagogengebäude nichts mehr erkennbar.

Die jüd. Schule (heute Freiheitsstr. 12) war kein Eigentum der jüd. Gemeinde Hüsten, sondern seit 1902 von dem jüd. Metzgermeister Mastbaum angemietet. Das Gebäude dient heute als Wohnhaus.

3.2 Details zu Wohn- und Geschäftshäusern jüd. Familien im 20. Jh. bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 284.

3.3 Auf dem 1649 m² großen jüd. Friedhof an der Straße ‚Alt Hüsten‘ (zwischen Freiheitstraße und Am Freigericht) wurden Juden aus Hüsten, Hachen und später auch Bruchhausen bestattet, bis 1847 auch diejenigen aus Arnsberg. 1824 war es zwischen Arnsberger und Hüstener Gemeindemitgliedern bei einer Beerdigung in Hüsten zum Eklat gekommen. Die Arnsberger Regierung drängte daraufhin die Arnsberger Juden zur Anlegung eines eigenen Begräbnisplatzes, der aber erst 1847 realisiert wurde. Das Hüstener Areal war in kirchlichem Besitz, der Pastor erhielt 1 ½ Tlr. für „eine große Leiche“ und 22 ½ Sgr. für die Beisetzung einer kleinen Person. Die jüd. Gemeinde bemühte sich 1847, den Friedhof durch Zukauf zu vergrößern. Das gelang 1860, als für 500 Tlr. ein „für die Pfarrei nutzloser Hügel“ erworben werden konnte, so dass der Friedhof seine heutige Größe erlangte. Den Eingang von der Straße her verschließt ein zweiflügeliges Tor zwischen zwei Sandsteinpfeilern, auf denen Inschriften zu lesen sind. Darauf ist u. a. vermerkt, dass ein Pylon 1844 aus Anlass des Todes von Moses Neuwald (Levi) aus Arnsberg errichtet wurde. Der noch entzifferbare älteste Grabstein wurde 1857 für Regina Stern gesetzt. Die letzte Bestattung in der NS-Zeit war 1940 die von Sally Grüneberg, der Stein scheint jedoch nach 1945 aufgestellt worden zu sein. Während der NS-Zeit wurde der Begräbnisplatz verwüstet. Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden noch zwei Beerdigungen statt, die letzte 1971 (Ruth Eberle). Es sind 45 Gräber und 23 Grabsteine vorhanden. Am Eingang steht seit 1988 ein Gedenkstein, aufgestellt von der Stadt Arnsberg. 1993 wurde der jüd. Friedhof Hüsten in die Denkmalliste der Stadt Arnsberg eingetragen.

4.1 Archiv des Heimatbundes Neheim-Hüsten e. V., Fresekenhof. – Archiv der Schützenbruderschaft zum Heiligen Geist, Hüsten, Hüstener Schützenbuch von 1657. – Archiv des Hochsauerlandkreises, Meschede, bes. Wiedergutmachungsakten. – LAV NRW Abt. W (Münster), Oberpräsidium, Reg. Arnsberg, Oberlandesgericht Arnsberg, Justizamt Arnsberg bzw. Land- und Stadt-/Kreis-/Amtsgericht Arnsberg; Kr. Arnsberg, Unterrichtsverwaltung. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), Personenstandsarchiv. – StadtA Arnsberg, Hüstener Freiheitsbuch (1566–1830); Stadt Neheim-Hüsten III L 5, III G 22; Amt Hüsten 5/167; Zeitungs- und Themensammlung ‚Juden in Arnsberg‘ (Dokumente, Tonbandaufnahmen, Videos, Fotos, Fotodokumentation, Kopien aus anderen Archiven).

4.2 Eine in den 1950er Jahren beim Abbruch des Hauses Heinrich-Lübke-Str. 4 (früher Familie Fritzler) gefundene Mesusa wird in Privatbesitz verwahrt. Rekonstruktionszeichnungen der Synagoge und Fotos des jüd. Friedhofs in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 361–363.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 7–30 <1834–1882>. – Israelitisches Familienblatt <1906, 1913, 1915, 1917, 1918>. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 51.

4.4 AHLBORN Reiner, Gedenkbuch für Werner Grünewald <Arnsberg 2001> (Erarbeitet von der Geschichtswerkstatt Unterhüsten, im StadtA Arnsberg). – DERS., Schicksale jüdischer Mitbürger zwischen 1930 und 1945. In: SAURE Werner (Red.), Hüsten – 1200 Jahre. Beiträge zu Vergangenheit und Gegenwart (= An Möhne, Röhr und Ruhr 23) <Arnsberg 2002> 263–270. – REUTHER (RATH) Hermann/BRÜSCHKE Rudolf (Hg.), Bruchhausen/Ruhr. Ein Dorfbuch über den Stadtteil der Stadt Arnsberg aus dem Dunkel der Geschichte bis zur Gegenwart <Arnsberg 1984> 83ff., 90. – SAURE Werner, Religionsgemeinschaften. Juden in Neheim und Hüsten. In: 625 Jahre

Neheim und Hüsten <Arnsberg 1983> 124–167. – DERS., Geschichte und Schicksale jüdischer Mitbürger aus Neheim und Hüsten <Balve 1988>; 2. ergänzte Aufl. (= An Möhne, Röhr und Ruhr 36) <Balve 2005>. – DERS., Kurfürst Maximilian Friedrich (1761–1784) entscheidet Streit zwischen dem Rat der Freiheit Hüsten und dem Juden Levi Abraham. In: An Möhne, Röhr und Ruhr 54 <2013> 81–84. – DERS., Leben und Sterben israelitischer Bürger(-innen) in Neheim und Hüsten in drei Jahrhunderten (= An Möhne, Röhr und Ruhr 59) <Arnsberg 2015>.

Michael Gosmann

ARNSBERG-Neheim

1.1 Stadt Arnsberg, Ortsteil Neheim, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – 1358 Stadtrechtsverleihung; 1941 mit Hüsten zur Stadt Neheim-Hüsten vereint; infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Stadt Arnsberg.

Laut Statut der Synagogengemeinde Arnsberg von 1855 bildete Neheim eine eigene Untergemeinde, zu der auch Voßwinkel gehörte.

2.1.1 Etwa 1599 musste ein Levi von Neheim dem Werler Brüchtenregister zufolge die hohe Strafe von 90 Mark zahlen, weil er den Juden Lazarus verletzt hatte. 1651, nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges, werden Juden in Neheim erwähnt, eine Anzahl oder Namen sind nicht überliefert. 1667 bat Abraham Joseph um die Umschreibung seines Geleits von Neheim nach Erwitte. Da in Erwitte aber schon die zulässige Zahl jüd. Familien wohnte, hob der Kurfürst die Umschreibung nach einer Beschwerde der dortigen Einwohner wieder auf; Abraham Joseph ließ sich daraufhin in Anröchte nieder, wo er möglicherweise auch vorher schon gewohnt hatte. Eine Liste der im Hztm. Westfalen vergeleiteten Juden von 1672 nennt für Neheim drei Familien: Meyer, die Witwe Sarah mit Sohn Levi und Jacob. Im Jahr 1675, für das Jacob, Nathan und Heymann erwähnt werden, kam es zum Konflikt zwischen den Neheimer Schuhmachern und den mit gegerbten Fellen handelnden Juden. Die Schuhmacher, die ihre Ware wegen des wertvollen Rohstoffs teuer verkaufen mussten, vereinbarten mit den Weiß- und Rotgerbern die Ausschaltung des jüd. Zwischenhandels. Auch im Jahr 1700 waren drei jüd. Familien in der Stadt ansässig. Jacob Meyer zog 1717 mit seiner Familie von Neheim nach Balve, kehrte nach Beschwerden der Balver Bürgerschaft aber bereits 1718 wieder zurück und erhielt ein Geleit für Neheim. 1722 besaßen außer ihm noch Heymann Meyer, Nathan und Meyer Jacob Schutzbriefe. Als Isaak Moyses 1778 einer christl. Witwe in Neheim ihr Haus abkaufen wollte, widersprach die Geistlichkeit, weil das Haus „zu nahe bey der kirchen“ liege; laut Judenordnung von 1700 musste eine ‚Judenwohnung‘ mindestens vier Häuser von einer Kirche entfernt sein. Isaak Moyses bezeichnete gegenüber dem Kurfürsten den Einwand als „missgönning der geistlichkeit“. 1801 stellte der Neheimer Stadtsekretär fest, dass der Ort lediglich vier vergeleitete Juden aufnehmen müsse. Da tatsächlich jedoch mehr männliche jüd. Einwohner vorhanden waren, wurden alle Geleitbriefe überprüft. Über gültige Geleite verfügten Amschell Heimen, Sußmann Jacob sowie Simon Moyses Katz aus Menden, der seit 1798 ein Geleit für Neheim besaß. Dagegen waren die Geleitbriefe

von Jacob Moises und Sußmann abgelaufen. David Jacob und ‚der alte Meier‘ lebten ohne Geleit in der Stadt.

2.1.2 Aus dem Jahr 1805 ist ein ‚Geburtsbrief‘ des Elias Haymann aus Neheim überliefert, 1808 beantragte er von Neheim aus ein Geleit für Rhede im Münsterland. 1819 waren von insgesamt 1315 Einwohnern 31 Juden. Für 1821 werden genannt: der Metzger Susmann Steinberg, die Ellenwarenhändler Moses Kempenich und Reifenberg, der Lehrer Moses Fischel, der beschäftigungslose Emanuel Nordhaus und der Händler Amschel Ostberg. Letzterer wird 1832 als Winkelier in Spezerei- und Ellenwaren aufgeführt. 1838 sind für Neheim Joseph Reifenberg und Friedericke Sternfeld belegt. Für 1846 sind 19 Juden verzeichnet: die Kaufleute Salomon Elias, Moses Kempenich, Hirsch Ostberg, Abraham Reifenberg, Salomon Reifenberg, Hermann Wolff und Noah Wolff sowie Bella (Witwe von Abraham), die Witwe Johanne Reifenberg, ferner Julius Eichwald (Lehrer), David Kohn, Emmanuel Nordhaus (Tagelöhner), Abraham Steinberg sen., Abraham Steinberg jun. (Metzger), die Metzgergehilfen Josef Steinberg und Meyer Steinberg sowie Isaac Steinberg (Ackersmann), Levi Steinberg (Schneider) und Susmann Steinberg (Krämer). Die genannten erblichen Familiennamen haben sie alle bereits zuvor geführt.

Bei den Wahlen zur Neheimer Stadtvertretung 1835 hielten sich die grundbesitzenden jüd. Einwohner Wolff, Elias, Ostberg und Kempenich für wahlberechtigt. Die Arnsberger Regierung teilte ihnen jedoch mit, dass im Bereich des Hztm. Westfalen die noch aus kurkölnischer Zeit stammenden Vorschriften bzgl. der Juden Anwendung fänden; danach könnten sie sich nur als geduldet betrachten. Voraussetzung für das Stadtbürgerrecht (und Wahlrecht) sei dagegen das preuß. Staatsbürgerrecht. Erst das ‚Gesetz über die Verhältnisse der Juden‘ 1847 hob die Sonderbestimmungen auf. Noch im selben Jahr beantragten die Neheimer Juden die Aufnahme in die Bürgerrolle. Nach anfänglichem Zögern stimmten Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zu. Sechs Juden – Moses Kempenich, Salomon Elias, Amschel Ostberg, Noa Wolff, Abraham Reifenberg und Susmann Steinberg – leisteten den Bürgereid und verpflichteten sich, das Bürgergeld zu zahlen. An der Wahl zur Stadtvertretung in Neheim am 30. Nov. 1847 konnten die neuen Bürger bereits teilnehmen. 1855/56 zog Markus Schnellenberg mit seiner Familie von Stockum nach Neheim. Für 1858 werden folgende Personen bzw. Haushaltsvorstände aufgelistet: Moses, Meier und Heinrich Kempenich; Meier, Joseph und Abraham jun. Steinberg; Isaac Kohn, Nathan Hecht, Abraham Bruchtal, Wwe. Heinrich Ostberg, David Levi, Salomon Reifenberg, Alca Dreifuß, Hermann und Noah Wolff, Hermann Ilfeld, Siegmund Simon, Wwe. Ern. Nordhaus, Wwe. M. Schnellenberg sowie Isaac Langstadt. 1877 wird der Kaufmann Julius Goldberg erwähnt. 1910 lebten in Neheim die Kaufleute Louis Eber, Hugo Namm, Louis Rosenthal, Louis Sternheim, Jacob Schnellenberg, Isaak Rosenthal, David Kadden, M. Kempenich, Robert Kleimenhagen sowie Siegmund und Fritz Gobas, ferner der Metzger Isaak Schnellenberg aus Messinghausen, der 1872 die Neheimerin Lea Steinberg geheiratet hatte und 1876 mit ihr nach Neheim gezogen war, wo sieben der neun Kinder zur Welt kamen. Zusätzlich werden für 1910 genannt: der Kaufmann Adolf Grüneberg, die Viehhändler Louis und Joel Langstadt, der Handelsmann Eisis Binstock, die Händler Salomon Eichholz, Henri Groenheim, Julius Grünwald und Isaak Sanders, die Verkäuferin Laura Oppenheimer und der Rentner Michel Rosengarten, der Lehrer Moritz Goldwein, der Agent Salomon Stern und Emilie Wolf. Zwei Juden aus Neheim waren Soldaten im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71. Am Ende des Ersten Weltkriegs hatten die Neheimer drei jüd. Gefallene zu beklagen: Kurt Jonassohn, Herbert Meth und Edmund Rosenthal. Das EK II erhielten Walter Kleimenhagen und Adolf Grüneberg. 1913 wird erstmals ein ‚Verein für jüdische Geschichte und Literatur‘ in Neheim erwähnt.

Für Voßwinkel ist 1845 Seligmann Joel nachgewiesen. 1846 waren dort Isaac Kohn, Isaac Langstadt und Nathan Langstadt als selbständige Juden verzeichnet. Die genannten erblichen Familiennamen haben sie bereits zuvor geführt.

2.1.3 Für die Jahre nach 1933 sind für Neheim folgende Betriebe belegt: Modewaren Rosenthal (Inh. Max David), Textil(kauf)häuser Mühlfelder (Inh. Max Heilbronn), Otto Rosenthal und Walter Kleimenhagen, Schuh- u. Konfektionsgeschäft Louis Sternheim, Porzellan- u. Spielwarengeschäft Jacob Schnellenberg, Lebensmittelgeschäft Josef Jakobi, ambulanter Handel mit Lebensmitteln David Kadden, Pferdemetzgerei und -handel Julius Grünewald, die Metzger Adolf Grüneberg und Sally Schnellenberg, Rohproduktenhandel Israel Sanders und die Viehhändler Adolf und Louis Langstadt. Auch in Neheim kam es im April 1933 zum Boykott jüd. Geschäfte, SA-Männer stellten sich u. a. neben den Eingang des Textilgeschäfts von Otto Rosenthal (Hauptstr.) und hielten Kunden vom Einkauf ab. Das Lebensmittelgeschäft Jacob (Lange Wende 18b) wurde 1936 unter dem Vorwand der Unsauberkeit geschlossen. Viele jüd. Kaufleute lösten notgedrungen ihre Geschäfte auf oder übergaben sie zwangsweise in ‚arische‘ Hände, wie z. B. das große jüd. Textilgeschäft ‚Mühlfelder & Co.‘ (Inh. Max Heilbronn). Die Aufgabe des Textilwarengeschäfts Louis Rosenthal vermeldete die NS-Zeitung ‚Rote Erde‘ am 4. Nov. 1938. Damit waren die Juden noch vor der Pogromnacht aus dem Neheimer Geschäftsleben verdrängt. Am 6. Jan. 1939 meldete die Zeitung: „Keine jüdischen Einzelhandelsgeschäfte mehr im Kreis Arnsberg“. Namentlich genannt wurden dabei aus Neheim neben Rosenthal und Mühlfelder das Geschäft ‚David & Co.‘ sowie die liquidierte Pferdemetzgerei von Julius Grünewald.

In der Pogromnacht wurden fast alle Wohnungen der Neheimer Juden demoliert. Adolf Grüneberg und seine Frau hatten ihre Metzgerei in der Burgstr. bereits abgegeben und waren in den Gransauer Hof gezogen. Als SA-Männer die Familie dort bedrohten, wies der Eigentümer, Adolf Cosack, die Randalierer vom Hof, so dass sie unbehelligt blieb. Louis Langstadt und seine Frau Johanna trafen bei ihrer Rückkehr aus Duisburg SS- und SA-Männer an, die bei Einbruch der Dunkelheit die Einrichtung in ihrem Haus (Werler Str. 12) demolierten. Da sie von Nachbarn gewarnt worden waren, konnten sie sich verbergen. Im Haus Werler Straße 21, wo seit 1938 Adolf Langstadt mit Familie beim Metzger Rößler zur Miete wohnte, stellte sich der Metzger den Schlägern entgegen und verhinderte so Langstadts Gefangennahme. Einige Tage später wurden die Brüder Louis und Adolf Langstadt sowie Otto Rosenthal, Sally Schnellenberg und Jacob Schnellenberg verhaftet, Ende 1938 kehrten sie aus dem KZ Sachsenhausen zurück. In die USA auswandern konnten u. a. die Witwe des 1922 gest. Robert Kleimenhagen mit den Söhnen Hans und Paul (1937), Max Heilbronn mit Familie und Werner Schnellenberg (1938); Louis und Johanna Langstadt emigrierten 1939 nach Kolumbien.

Der Rat der am 1. Apr. 1941 neugebildeten Stadt Neheim-Hüsten beschloss am 7. Aug. 1941, die Juden der Stadt in Behelfswohnungen auf dem Grundstück Im Ohl 79 unterzubringen. Die Behausungen wurden im Volksmund ‚Judenbaracken‘ genannt. In den bisherigen Wohnungen der Juden sollten angesichts der Wohnungsnot „wertvolle Volksgenossen“ untergebracht werden. Betroffen waren die Familien Levistein (Adolf-Hitler-Str. 1), Schnellenberg (Adolf-Hitler-Str. 30) und Rosenthal (Adolf-Hitler-Str. 20); Otto Rosenthal wurde am 30. Okt. 1941 als erster Jude in den Baracken einquartiert. Zum Transport am 30. April 1942 ins Ghetto Zamość gehörten Julie und Sophie Hirschbaum sowie Frieda Ransenberg, zum Transport am 29. Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt Regina Grünewald, Minna und Adolf Langstadt, Helene und Hilde sowie Julius und Kurt Levistein, ferner Jakob und Frieda Schnellenberg, Rosalie und Sally Schnellenberg, zum Transport am 1. März 1943 ins KZ Auschwitz Erna

Grünewald, Lieselotte Jakobi sowie Ernst und Otto Rosenthal. Nach den Deportationen wurden in den Baracken ausgebombte und evakuierte Personen untergebracht.

Karl Langstadt, 1868 in Voßwinkel geboren, war von seinem Wohnort Dinslaken aus 1939 in die Niederlande geflüchtet und wurde von dort aus 1942 ins Vernichtungslager Sobibor gebracht.

2.1.4 Nur wenige überlebende Neheimer Juden kamen dauerhaft in ihre Heimatstadt zurück – als erster 1945 Kurt Sanders, der als Kaufmann arbeitete. Er starb 1976 und wurde auf dem Waldfriedhof Rumbecker Holz begraben. Ebenfalls 1945 kehrten seine Schwester Hanni Reichert sowie Adolf Langstadt zurück, der zwei Jahre später zu seinen Kindern nach England zog. Auch Jettchen Grüneberg geb. Klein, die ihren Mann Adolf, ihren Adoptivsohn Arthur und die Hausangestellte Frieda Kausenberg verloren hatte, kam wieder nach Neheim. Sie starb dort 1951 und wurde auf dem jüd. Friedhof in Hagen begraben. Mehrere ehem. jüd. Bürger besuchten Neheim nach dem Krieg, z. B. Überlebende der Familie David. Werner Schnellenberg war 1968 stellvertretend für die ehem. jüd. Familien offizieller Gast der Stadt Neheim-Hüsten bei der Einweihung des neuen Rathauses. Ein Fraktionssaal erhielt die Bezeichnung ‚Schnellenberg-Saal‘. Im Zusammenhang mit der kommunalen Neugliederung und der Bildung der Stadt Arnsberg mussten 1975 Straßennamen geändert werden, um Doppelungen zu vermeiden. In diesem Zusammenhang wurde der Antoniusweg nach dem Neheimer Ehrenbürger in „Noa-Wolff-Weg“ umbenannt. Zum 40. Jahrestag der Pogromnacht fanden 1978 für die Gesamtstadt Arnsberg im Sauerlandtheater eine ‚Sühnefeier‘ und in der Neheimer St. Johannes-Kirche ein ökumenischer Gottesdienst statt. Ein Schweigemarsch von Jugendlichen führte zur ehem. Synagoge an der Mendener Straße und zum jüd. Friedhof am Möhneufer. Über das Schicksal der Familie Schnellenberg drehte 1989 eine neuseeländische Filmproduktionsfirma den Film ‚Star of David‘. Um den Spuren seines 1938 nach Neuseeland emigrierten Großvaters Rudolf Schnellenberg (1903–1973) und seiner Familie nachzugehen, kam David Schnellenberg nach Neheim. Der an den Originalschauplätzen in Neheim, Israel und Neuseeland gedrehte Film wurde in Neuseeland ausgestrahlt. Bei ihren Besuchen wurden ehem. Neheimer und Hüstener Juden oder ihre Nachfahren – wenn gewünscht – vom Bürgermeister oder von Stadtvertretern im Rathaus offiziell begrüßt; ihre Betreuung übernahm Anfang der 1980er Jahre Werner Saure. Seit 2010 beteiligt sich Arnsberg an der Aktion ‚Stolpersteine‘. In Neheim wird damit u. a. an die Familien Rosenthal und Schnellenberg erinnert. In Ergänzung der Stolpersteine wurden 2011 in der Stadt Arnsberg drei Gedenktafeln für die Opfer der NS-Gewaltherrschaft aufgestellt. In Neheim befindet sie sich vor der Synagoge an der Mendener Straße. Unterteilt nach den drei Synagogengemeinden Arnsberg, Hüsten und Neheim, werden die 154 ermordeten Juden der Stadt Arnsberg namentlich aufgelistet.

2.2.1 Um 1800 betrug der Anteil der jüd. Bevölkerung in Neheim etwa fünf Prozent der Einwohnerschaft. 1816 lebten in Neheim 30 Juden, 42 im Jahr 1832, 57 im Jahr 1843 und 55 im Jahr 1858. 1871 waren von 2938 Einwohnern 2606 kath., 253 ev. und 79 jüd. Glaubens; 1895 waren von 7454 Einwohnern 6599 kath., 789 ev. und 66 jüd. Glaubens; 1925 waren von 12 309 [!] Einwohnern 10 827 kath., 1355 ev., 62 jüd. Glaubens und zehn bekenntnislos. 1932 waren für Neheim 62 Juden verzeichnet.

In Voßwinkel lebten 21 Juden im Jahr 1843, 1858 waren es zwölf Juden. 1871 waren von 636 Einwohnern 630 kath. und sechs jüd. Glaubens; 1895 waren von 797 Einwohnern 792 kath., einer ev. und vier jüd. Glaubens.

Bei der Planung der einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnsberg 1842 die Bildung eines Neheimer Bezirks, zu dem auch die Juden aus Hüsten, (Sundern-)Enkhausen, (Sundern-)Hachen und Voßwinkel gehören sollten. 1853 heißt es, es existiere hier seit mehr als 50 Jahren eine jüd. Gemeinde. Obwohl die

Neheimer ihre Stadt als Sitz des Synagogenbezirks vorgeschlagen hatten, wurde Arnsberg 1855 dazu bestimmt. Neheim bildete eine in vieler Hinsicht eigenständige Untergemeinde der Synagogengemeinde Arnsberg. 1931 konnten die Neheimer Juden ihr Ziel doch noch erreichen und bildeten eine eigene, unabhängige Synagogengemeinde. An den 1934 stattfindenden ‚Gemeinde-Nachmittagen‘ nahmen Juden aus Neheim, Hüsten, Arnsberg und Meschede teil.

1853 verfügte die Gemeinde – die aus elf selbständigen Mitgliedern bestand – über ein Kapital von 82 Talern. Die Kosten für Kultus und Schule wurden durch Umlage auf die Gemeindemitglieder finanziert, die Ausgaben für die gemieteten Räumlichkeiten durch Verpachtung der Plätze in der Synagoge. Der Etat der Synagogengemeinde Arnsberg belief sich 1903 für Neheim auf 1638 Mark. 1906 wurden 32 von 79 Neheimer Juden steuerlich veranlagt. Jeder musste 92,5 Prozent seiner Einkommensteuer einzahlen, so dass sich der Etat auf 2551 M summierte. In den Jahren 1932/33 umfasste der Etat 3076 RM, 24 von 62 Neheimer Juden waren Steuerzahler.

2.2.2 Vor 1831 nutzte die jüd. Gemeinde einen Betraum im Haus des Susmann Steinberg. Den Antrag zum Bau einer neuen Synagoge lehnte der Arnsberger Landrat 1831 ab, da nur fünf jüd. Familien in Neheim ansässig waren, von denen nicht einmal alle den Wunsch unterstützten. Da der Betraum im Haus Steinberg nur bedingt geeignet war, kaufte die Gemeinde im selben Jahr von der Witwe Cosack eine Scheune (Mendener Str. 33) und baute sie zu Synagoge, Lehrerwohnung und Schulzimmer um. Beim Umzug hielt Steinberg die der Gemeinschaft gehörenden Kultusgegenstände und Betbücher jedoch zurück, so dass es zu Auseinandersetzungen kam. Auf Bitten des Gemeindevorstehers Josef Reifenberg erließ der Bürgermeister 1831 Regeln zum „Verhalten in der Synagoge zu Neheim“. Auch Juden aus Voßwinkel kamen zum Gottesdienst nach Neheim. In den 1850er Jahren wurden erneut Pläne für einen Synagogenneubau diskutiert, die Gemeindemitglieder wollten den Bau durch freiwillige Spenden finanzieren. Der Neheimer Fabrikant Noah Wolff, inzwischen Gemeindevorsteher in Neheim und auch im Vorstand der neu eingerichteten Synagogengemeinde Arnsberg, unterstützte wegen der wachsenden Zahl der Gemeindemitglieder diesen Plan. 1862 mietete die Gemeinde einen Betsaal in der Burgstr., wo bis zur Einweihung der geplanten neuen Synagoge Gottesdienste abgehalten wurden. 1863 erwarb die jüd. Gemeinde für 1910 Tlr. das bis dahin dem Ferdinandinen-Krankenverein gehörende Gebäude Mendener Str. 33. 1865 wurde eine Bauerlaubnis für das folgende Jahr erteilt und eine Hauskollekte unter den Juden der Provinz Westfalen genehmigt, die allerdings wegen des Krieges 1866 nicht stattfinden konnte. 1875 beantragte die Gemeinde eine Lotterie zur Aufbringung der Baukosten und begann mit dem Neubau hinter dem Haus Mendener Str. 33 (Hausnr. 35). 1876 wurde das neue Synagogengebäude (mit Schulräumen im Obergeschoss) durch den Kölner Rabbiner Dr. Abraham Frank eingeweiht. In der Nacht zum 10. Nov. 1938 wurde der Betsaal demoliert, die Inneneinrichtung zerschlagen, der Thoraschrank mit Thorarollen und Gebetbüchern zerstört, die Kronleuchten von der Decke gerissen und Kultusgegenstände gestohlen.

2.2.3 Lehrer in Neheim war von 1819 bis 1828 Moses (auch A.) Fischel aus (Marsberg-) Padberg, der 1818 beim Pädagogen F. A. Sauer in Arnsberg einen ‚Normalkursus‘ besucht und dem der Rabbiner Hirsch Cohen in Geseke seine Befähigung als jüd. Elementarlehrer bescheinigt hatte. Zu dieser Zeit waren etwa neun jüd. Kinder schulpflichtig. Nach mehreren Jahren ohne Lehrer wurde 1833 Isaac Braunschweig aus Elsoff, der das Haindorfsche Seminar absolviert hatte, als Elementarlehrer nach Neheim geschickt; er leitete bis 1838 die private jüd. Volksschule. David Lehmann war 1839 vorübergehend angestellt, 1839/40 Jacob Kaufmann, der seine Prüfung im Lehrerseminar Soest abgelegt hatte. Weitere Lehrer waren der zuvor in Schwerte tätige Heinrich Friedländer (1841/42), danach Jonas Cramer (1843, in diesem Jahr waren in Neheim fünf jüd. Kinder schulpflichtig und in Voßwinkel sechs), Julius Eichwald

(1844–1847), Isaac Zimmermann (1848), Moses Schneidacher (1853/54), Leopold Felsenthal aus Münster (1854), Marcus Winstein (1855) und Heinemann Meisler aus Ossendorf im Kr. Warburg (1858). Für 1860 ist ein Wolfsdorf als Lehrer nachgewiesen, der 230 Tlr. Jahresgehalt erhielt. Ihm folgten Hermann Caspary (1866), Hermann Levy (1869) und Lay Laser (1874). Nach langer Pause ist erst für 1897 wieder ein Lehrer namens Ebert bekannt, der bis 1908 in Neheim blieb. Zwischen 1897 und 1929 lag die Zahl der jüd. Schüler zwischen vier und 14. Die Schule erhielt von der Stadt Neheim Zuschüsse, 1907 waren das 75 M, im Jahr darauf 27,46 M pro Kind.

1904 suchte die Gemeinde einen unverheirateten, seminaristisch gebildeten Lehrer und Vorbeter für ein Anfangsgehalt von 1200 Mark. 1905 unterrichtete Moritz Goldwein vier Kinder in der jüd. ‚Religionsschule‘, 1907 bis 1912 wird er auch als Kantor erwähnt. 1910 wurde Sally Katzenstein aus Neheim abgeworben und in Arnsberg eingestellt. In den Jahren 1911, 1912 und 1913 suchte die Neheimer Gemeinde per Annonce einen Lehrer für 1350 M Gehalt (plus Nebeneinnahmen) bzw. für 1500 Mark. 1912/13 unterrichtete Jacob Kaufmann, den das ‚Israelitische Familienblatt‘ im März 1915 in der Rubrik „unsere Kollegen unter Waffen“ aufführte. 1913 ist Emil Goldschmidt als Lehrer für Neheim erwähnt, der auch in Hüsten Religionsunterricht erteilte und im Okt. 1915 eingezogen wurde, für 1918 Leo Sonnenberg und für 1919 bis 1921 Daniel Mansbach. 1921 wurde die Schule geschlossen, die Kinder wurden auf die Neheimer Volksschulen verteilt. Jüd. Religionsunterricht, an dem auch Kinder aus Hüsten teilnahmen, fand weiterhin statt – bis 1924 durch einen Lehrer aus Meschede, danach zwei Wochenstunden durch den früheren Lehrer Ebert. Anfang 1925 schlossen die jüd. Gemeinden Arnsberg, Neheim und Hüsten einen Anstellungsvertrag mit dem Religionslehrer Siegfried Steinberg, der jedoch im Okt. desselben Jahres schon wieder aufgelöst wurde. 1921 bis 1929 waren vier bis sechs Kinder schulpflichtig. 1932/33 erteilte Kantor Manfred Höxter aus Lünen Religionsunterricht. 1934/35 unterrichtete Bernhard Rosenbaum aus Wuppertal auch Kinder aus Neheim, Hüsten, Voßwinkel und Bruchhausen. Im Nov. 1934 führten jüd. Schulkinder aus Neheim, Hüsten, Voßwinkel und Bruchhausen in der jüd. Schule das Theaterstück ‚Hänsel und Gretel‘ auf.

In der ersten Hälfte des 19. Jh. fand der Unterricht im Haus Mendener Str. 33 statt, seit 1876 im Obergeschoss des neuen Synagogengebäudes (Mendener Str. 35). Zur Ausstattung der Schule gehörte eine Schülerbibliothek.

2.2.4 Juden aus Neheim unterstützten seit 1828 bis ins 20. Jh. die Haindorfsche Stiftung. 1842 war Wolf aus Neheim Bezirksgeschäftsführer der Stiftung. 1835 beendete der Neheimer Jakob Nordhaus seine Ausbildung im Lehrerseminar in Münster, seine erste Stelle trat er in Höxter an.

1911 wird ein ‚Israelitischer Frauenverein‘ für Neheim erwähnt, dem die Ehefrau des Gemeindevorsitzenden Isaak Rosenthal sowie die Frau von Jacob Schnellenberg (1913 die Frau von D. Kadden) vorsäßen. 1931 war die Ehefrau des Gustav Neuhaus Vorsitzende, der Verein umfasste 18 Mitglieder.

2.3.1 Vorsteher der jüd. Gemeinde Neheim waren 1819 bis 1830 Amschel Ostberg, 1830/31 Josef Reifenberg, 1835 Moses Kempenich(?), 1853 bis 1900 Noa Wolff, 1903 bis 1912(?) Isaak Langstadt, 1913 bis 1918 Isaak Rosenthal und 1919 bis 1930 Louis Rosenthal. Nach Bildung der selbständigen Synagogengemeinde Neheim 1931 wurde – nach Ausscheiden des hochbetagten und zum Ehrenvorsitzenden ernannten Louis Rosenthal – Jakob Schnellenberg Vorsitzender, er versah das Amt bis 1942.

Der Repräsentantenversammlung in Neheim gehörten in den 1930er Jahren Max David (gest. 1934), Julius Levistein und Gustav Neuhaus an. Auch im Vorstand der Arnsberger Synagogengemeinde waren Neheimer Juden aktiv, Noa Wolff (gleichzeitig Vorsteher in Neheim) fungierte von 1854 bis 1900 als deren Vorsteher. Bis zur Trennung der Gemeinden 1931 finden sich weitere Vertreter aus Neheim im Vorstand

der Arnsberger Synagogengemeinde, so in der zweiten Hälfte des 19. Jh. Hermann Wolff, um 1900 Jakob Schwarz und nach 1900 Isaak Langstadt.

2.3.2 Noa Wolff, 1809 in Berleburg geboren und 1907 in Neheim gestorben, war Mitbegründer der Neheimer Industrie. Seine Firma in der Burgstr. stellte seit 1832 sogenannte Panzerwaren (Stecknadeln, Spangennadeln, Schirmstangen) her. 1834 wurde sie in die Hauptstr. verlegt. 1835 errichtete er zusammen mit Salomon Elias eine Drahtzieherei und Nagelfabrik am Mühlengraben, wo auch eine Schleifmühle entstand (Schleifmühlenweg). Die Firma ‚Wolff & Elias‘ beschäftigte 1836 bereits 48 Arbeiter. Als der Teilhaber Elias in den 1840er Jahren ausschied, nahm Noa Wolff seinen jüngeren Bruder Hermann (1815–1907) in die Firma auf, die seitdem unter ‚Gebrüder Wolff‘ firmierte. Noa Wolff engagierte sich im kulturellen und religiösen Leben der Stadt Neheim, installierte in seinem Betrieb eine Arbeiterkranken- und Unterstützungskasse und wurde daher in Neheim ‚Vatter‘ oder ‚Väterken Noa‘ genannt. Zum 60. Firmenjubiläum erhielt er wegen seiner Verdienste den preuß. Roten Adlerorden IV. Klasse, 1896 wurde er zum Neheimer Ehrenbürger ernannt. 1975 wurde der Antoniusweg am Neheimer Totenberg in ‚Noa-Wolff-Weg‘ umbenannt.

2.3.3 1834 gehörte Noa Wolff zu den Gründungsmitgliedern des Neheimer Jägervereins. Lothar Schnellenberg (gest. 1935) war aktives Mitglied des Fußballclubs ‚F. C. Neheim 1908‘. Ende 1936 wird eine Tischtennisgruppe des ‚Schild Neheim‘ erwähnt. Der Weltkriegsteilnehmer Jakob Schnellenberg wurde Ende 1933 nach 36-jähriger Mitgliedschaft gedrängt, aus dem Landwehr-Kriegerverein Neheim auszutreten; einen freiwilligen Austritt hatte er zuvor kategorisch abgelehnt. Im Febr. 1935 fand in der Neheimer Synagoge die Gründungsveranstaltung einer RjF-Ortsgruppe ‚Neheim-Hüsten-Arnsberg‘ statt. Als dessen Vorstand wurden aus Neheim Otto Rosenthal, Levistein und Sanders gewählt sowie Max Theisebach aus Arnsberg. Der Neheimer Gemeindevorsitzende Jakob Schnellenberg betonte, nur der RjF könne Juden zusammenführen, „damit sie weiterstreben für Ehre und Heimatrecht“. Den religiösen Weiheakt vollzog Prediger Rosenbaum aus Wuppertal-Barmen.

3.1. Die 1876 eingeweihte zweistöckige Synagoge (Mendener Str. 35) hatte eine Grundfläche von ca. 93 m². An der Nordfassade führte eine Steintreppe zur Doppelflügeltür. Über der Eingangstür befand sich ein Okulus-Fenster, im zweiten Stock ein Versammlungs- bzw. Schulraum. Acht große Rundbogenfenster erhellten den Betsaal. Details aus dem Bericht von Max Heilbronn (1958) in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 287f. 1901 stattete der Neheimer Maler Sauerland den Betsaal mit floralen Schablonenmalereien und deutschen und hebr. Versen aus; diese Farbfassung wurde bei der Restaurierung 1984/85 wiederhergestellt. Dabei wurde auch festgestellt, dass eine Frauenempore offenbar nie vorhanden war.

Ende der 1930er Jahre wurde das während des Pogroms demolierte Gebäude an den Schrotthändler Kurt Sanders (gest. 1976) verkauft, der den Holocaust überlebte und in seine Heimatstadt zurückkehrte. Von März 1940 bis März 1942 waren Erdgeschoss und erster Stock an ein nichtjüd. Ehepaar vermietet. Die Stadt Neheim-Hüsten erwarb die Grundstücke Mendener Str. 33 und 35 sowie das Wohngebäude Mendener Str. 33 zum 1. Mai 1942. Drei Monate später kaufte Sattlermeister Josef Busemann das Anwesen. In der Synagoge war offenbar ein HJ-Schulungslager geplant, sie soll dann aber als Zwangsarbeiterunterkunft gedient haben. August Keller kaufte die Synagoge 1959 und nutzte sie als Lagerraum. 1982 wurde das Gebäude – gegen den Einspruch des Eigentümers – in die Denkmalliste der Stadt Arnsberg eingetragen, 1983 an Alexander Desch und Gerhard Kloppsteck verkauft. Unter Aufsicht des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege, das die Synagoge als besterhaltene Westfalens einschätzte, wurde 1984/85 eine vom Land NRW geförderte Restaurierung der Synagoge vorgenommen. Die Wiederherstellung der Innenausmalung finanzierte die Stadt Arnsberg. Das Syn-

agogengebäude diente anschließend als Ausstellungsraum eines Antiquitätengeschäftes. 2001 erwarb der Jägerverein Neheim 1834 e. V. das Gebäude und nutzt es seither für Versammlungen und Kulturveranstaltungen. Der Veranstaltungsraum wurde nach dem Neheimer Industriepionier, Ehrenbürger und Mitbegründer des Jägervereins ‚Noah-Wolff-Saal‘ genannt. 1987 ließ der Heimatbund Neheim-Hüsten am Tor zur Synagoge eine Gedenktafel anbringen.

Die jüd. Schule befand sich ursprünglich im Gebäude Mendener Str. 33. Nach Fertigstellung der neuen Synagoge 1876 (Mendener Str. 35) wurde sie im dortigen Obergeschoss eingerichtet.

3.2 Wohn- und Geschäftshäuser jüd. Familien im 20. Jh. bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 291.

3.3 1835 kaufte Moses Kempenich von der Stadt Neheim ein etwa 1000 m² großes Gelände am linken Möhneufer an der früheren Stadtmauer (Möhnepforte, hinter der heutigen Graf-Gottfried-Schule) für 232 Tlr. und einen jährlichen Grundzins von 8 Talern. Kempenich überließ die Parzellen kurze Zeit später der jüd. Gemeinde, die das Gelände 1841 an Heinrich Frieling weiterverkaufte, sich aber das Recht vorbehielt, hier weiterhin Bestattungen vorzunehmen. Als der jüd. Lehrer Moses Schneidacher 1854 „zweimal eine jüdische Leiche in der Amtstracht eines evangelischen Geistlichen“ zum Friedhof begleitet und eine Grabrede gehalten hatte, beschwerte sich der ev. Pfarrer Ernst Fincke bei der Regierung in Arnsberg über die seiner Meinung nach einem christl. Geistlichen vorbehaltene Tracht. Daraufhin wurde Schneidacher das Tragen eines Talars untersagt.

1879 bot die Stadt Neheim der jüd. Gemeinde eine Abfindung von 300 M für den Verzicht der Mitbenutzung des Kommunalfriedhofs; falls keine Einigung zustande kommen sollte, wurde die Schließung des jüd. Friedhofes angekündigt. Die jüd. Gemeinde forderte von der Stadt 1200 M für den Verzicht, mit der Summe sollte der alte Friedhof verschönert werden. Der alte Friedhof blieb erhalten. Allerdings beharrte der Kaufmann Julius Goldberg auf seinem Recht, ein Erbbegräbnis auf dem städtischen Friedhof zu erhalten, was ihm die Regierung in Arnsberg und der Oberpräsident in Münster auch zugestanden. Aufgrund einer Regierungsanweisung von 1887 erließen – im Rahmen der einheitlichen Regelung des Begräbniswesens – der jüd. Gemeindevorstand und sein Vorsteher Noa Wolff 1890 eine ‚Begräbnisplatz- und Begräbnisordnung‘. Ein Plan aus diesem Jahr zeigt die Lage der Begräbnisstätten am südwestlichen Parzellenrand zur Stadtmauer hin. Eine staatliche Genehmigung für den Friedhof lag bis dahin nicht vor, aber in einem Gutachten empfahl der Kreisphysikus Dr. Röper 1891 die Weiternutzung. 1908 klagte die jüd. Gemeinde darüber, dass Abwässer aus dem Haus eines Schreiners den Friedhof schädigten. Das Hochwasser der Möhne nach der Bombardierung der Möhnetalsperre im Mai 1943 zerstörte auch den Friedhof, fast alle Grabsteine wurden weggespült, einige später wieder aufgestellt. Der Stein für Rosalie Schild geb. Rosenthal (1922) fand sich erst nach 1945 wieder. Nach der Beisetzung von Netty David geb. Rosenbaum im März 1939 sollen noch zwei weitere Beerdigungen stattgefunden haben. Ein später errichteter Stein erinnert an Max, Netty und Lore David. 1988 ließ die Stadt Arnsberg einen Findling mit Gedenktafel aufstellen. 1993 wurde der Friedhof in die Denkmalliste der Stadt Arnsberg aufgenommen, elf Grabsteine waren zu dieser Zeit erhalten. Im Zuge der Ruhrrenaturierung kamen im Bereich der Möhнемündung im Okt. 2012 vier weitere Grabsteine wieder zum Vorschein. Es handelt sich um die Gedenksteine für Noa und Betty Wolff (gest. 1875 und 1907), Julius und Bertha Goldberg (beide gest. 1906), Isaak Ostberg (gest. 1860) und Geschwister Schwarz (beide gest. 1908). Sie wurden im Frühjahr 2013 auf dem jüd. Friedhof nach einem alten Lageplan wieder aufgestellt.

4.1 Archiv des Heimatbundes Neheim-Hüsten e. V., Fresekenhof. – Archiv des Hochsauerlandkreises, Meschede, Unterlagen zur Geschichte der Juden; Wiedergutmachungsakten. – StadtA Arnsberg, Stadt Neheim-Hüsten I 5/4, I 6/5, I 29/28, I 35/34, I 64/44, I 74/51, I 98/74, I 131/105, I 925/914ff., I 930/919, I 931/920; II 283, II 1302; Zeitungssammlung und Themensammlung ‚Juden in Arnsberg‘ (Dokumente, Tonbandaufnahmen, Videos, Fotos, Fotodokumentation u. Kopien von Quellen aus anderen Archiven).

4.2 Das Buch ‚Ausgewählte Märchen‘ von Hans Christian Andersen aus der Bibliothek der jüd. Schule in Neheim befindet sich im StadtA Arnsberg. Auf der Umschlaginnenseite sind mit Datum 1. Jan. 1912 die Ausleihvorschriften handschriftlich eingetragen. Fotos der Synagoge und des jüd. Friedhofs in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 363–366.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 2–32 <1828–1883/84>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1909> 72, <1911> 81, <1913> 92, <1924/25> 62. – Israelitisches Familienblatt <1904, 1911, 1912, 1913, 1915, 1917, 1918, 1931, 1934, 1936>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 166. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 51.

4.4 CARLS Dieter, Nationalsozialismus in Neheim-Hüsten im Spiegel der örtlichen Presse <Sundern ca. 1983> (im StadtA Arnsberg). – KELLER Karl-Heinz, Erinnerungen an düstere Vergangenheit. Jüdische Familien besuchen Neheim. In: An Möhne, Röhr und Ruhr 31 <2004> 39. – SAURE Werner, Religionsgemeinschaften, Juden in Neheim und Hüsten. In: 625 Jahre Neheim und Hüsten <Arnsberg 1983> 124–167. – DERS., Geschichte und Schicksale jüdischer Mitbürger aus Neheim und Hüsten <Balve 1988>; 2. ergänzte Aufl. (= An Möhne, Röhr und Ruhr 36) <Balve 2005>. – DERS., Neheimer Ratssaal nach jüdischen Mitbürgern benannt. Erinnerungen an die Familie Schnellenberg. In: Jahrbuch Hochsauerlandkreis <2006> 68–72. – DERS., Leben und Sterben israelitischer Bürger(-innen) in Neheim und Hüsten in drei Jahrhunderten (= An Möhne, Röhr und Ruhr 59) <Arnsberg 2015>. – SCHÄFER Gerd, Die alten Neheimer Friedhöfe (= An Möhne, Röhr und Ruhr 39) <Arnsberg 2007> 147–155. – SOMMER Alicia, Archivorientierte Nachforschungen zur Geschichte der jüdischen Familie Goldberg aus Neheim im 19./20. Jahrhundert. Facharbeit LK Geschichte, St. Ursula-Gymnasium Neheim <Arnsberg 2014> (im StadtA Arnsberg).

Michael Gosmann

ATTENDORN

1.1 Stadt Attendorf, Kr. Olpe

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – 1222 Stadtrechtsverleihung.

Die jüd. Einwohner des Kreises Olpe (u. a. in Attendorf, Dünschede und Helden) wurden 1855 dem Synagogenbezirk Lenhausen (heute Finnentrop) zugeordnet; Attendorf bildete eine organisatorisch selbständige Untergemeinde.

2.1.1 Einen Hinweis auf Juden findet man in einem Brief des Kölner Bürgermeisters an den Rat der Stadt Attendorn vom 13. Nov. 1451. Darin wurden die Attendorner gebeten, eine Jüdin namens Cathrin so lange in der Stadt festzuhalten, bis die in Köln wohnende Lysabeth Trysche (Trijsche) diese wegen ihr verweigerter Eigentumsrechte zur Rede gestellt habe. Im Jahr 1568 werden Benedictus aus Attendorn und Moisius aus Attendorn als Logiergäste in Gasthöfen in Siegen erwähnt. Aus der zweiten Hälfte des 16. Jh. liegen mehrere Nachweise über einen Juden namens Samuel vor, der als Geldverleiher oder Pfandleiher nicht nur in Attendorn, sondern auch in der näheren Umgebung tätig war. 1574 hat der Stallmeister des Drostens von Bilstein dem Samuel 25 Rtlr. vorgestreckt; 1577 schuldete Henrich von Heigen zu Ewich ihm 231 Rtlr. und 30 Rtlr. an Zinsen. 1578 beklagte sich Samuel über Jurgen Kremer, den Verwalter des Schlosses Waterlappe. Dieser habe ihn überfallen, bedroht, misshandelt und ihm zwei Schuldscheine über insgesamt 300 Rtlr. abgepresst. Er bat um Rückgabe der Schuldscheine, Bestrafung des Schuldigen und Schadenersatz, da er rechtmäßig vergeleiteter Jude sei und unter kurfürstlichem Schutz stehe. Der Burggraf, der die Vorwürfe bestritt, musste die Schuldscheine herausgeben und wurde in Arnsberg einige Wochen in Haft genommen. 1581 verklagte Samuel einen Fronen des Rates (Amts- und Gerichtsdieners) vor einem Dülmener Gericht – möglicherweise hatte Samuel im Jahr zuvor bei der Schlichtung eines Hochzeitsstreites unter Juden in Dülmen mitgewirkt. 1593 ist Samuel letztmalig für Attendorn bezeugt, er verklagte in dem Jahr den Attendorner Gerichtsschreiber wegen einer Geldrückzahlung. 1598 wurde der Streit zwischen dem Landesherrn und der Stadt wegen der von den Juden zu zahlenden Steuern durch einen Kompromiss beigelegt. Seitdem durfte die Stadt – was ihr bis dahin verwehrt war – von den Attendorner Geleitjuden eine ‚Verehrung‘ nehmen.

Als 1698 die Stadt den Landesherrn bat, ihre Juden ausweisen zu dürfen, wurde sie auf das Auslaufen des Generalgeleits vertröstet. 1699 wurde ein Attendorner Bürger, der Schmied Andreas Witte, vom Rat verurteilt, weil er unerlaubterweise den Juden Jacob als Knecht in sein Haus aufgenommen hatte. Für die Zeit um 1700 sind in Attendorn die jüd. Familienvorstände Heymann und Jacob genannt, 1726 Heymann und ein Jeremias; 1703 ist von dem in Attendorn lebenden vergeleiteten Juden Heineman die Rede. 1724 wurde der Schutzjude Jeremias Levi aus Attendorn wegen übermäßigen Wuchers zu 20 Goldgulden Brüchtenstrafe verurteilt; eine Schuldforderung seiner Witwe gegen den Gerichtsdieners Christian Kebekken zu Obereschede war 1736 beim Gericht anhängig. 1738 lebten zwei vergeleitete Juden in Attendorn: Arend Aron (er beschäftigte fünf Knechte, drei davon waren seine Brüder) und Abraham Jacob (zwei Knechte). Beide betrieben Handel, Ersterer verkaufte zusätzlich Vieh, Letzterer schlachtete. Beide hatten „negst am kirchhoff liggende bürgerliche häuser ... so hoch mit geld belegt, daß kein bürger geben kann“. Eine Übernahme der verschuldeten Häuser kam aber nicht in Frage, da die Juden „vermög der Judenordnung drey oder vier hauser vom kirchhoff abbleiben müssen“. Die Mutter des Aron führte einen Eisenhandel, seine Brüder Hertzgen, Leysar und Joseph gingen auf dem Land u. a. mit Fellen hausieren und handelten mit Vieh. 1747 heißt es in einer Erklärung des Erzbischofs Clemens August von Köln (nach Beschwerden der westfälischen Judenschaft), in einigen Städten, u. a. in Attendorn, würden den Juden „erlaubte Waren abgenommen“, weshalb es zu Prozessen gekommen sei. Für die Jahre 1744 und 1749 sind Abraham Jacob und Aaron Heimann nachgewiesen, für 1752 Arndt Heymann, Abraham Jacob und dessen Stiefsohn Jeremias. 1759 waren im Attendorner Schatzregister aufgeführt: Abraham (Jacob) mit Frau, Tochter, zwei Knechten und einer Magd. Beim ebenfalls dort erwähnten Krämer Clemens Salomon spricht der Vorname gegen die jüd. Religionszugehörigkeit. 1764 sind im Schatzungsregister die Witwe des Abraham Jacob und Jeremias Meyer erwähnt. Nach dem Kopfschatzregister von 1766 hatte Aaron Lazarus mit vier Knechten eine Steuer von 4 Rtlr. 19 Gr. aufzubringen (für ihn

handelte seit 1768 u. a. Meyer Katz in ‚Commission‘); Jeremias Meyer wurde als arm bezeichnet. In der Steuerliste des Jahres 1779 war Aaron Lazarus mit mittlerem Einkommen verzeichnet; zu seiner Familie gehörten seine Frau und fünf Kinder, ferner zwei Knechte (darunter der später in Neuenkleusheim ansässige Moses Abraham), ein Schulmeister, eine Magd und ein Kindermädchen. Jeremias Meyer und seine Frau galten weiterhin als verarmt; sie hatten drei Kinder. Bei dem großen Stadtbrand 1783 wurden die Häuser von Aaron Lazarus und Jeremias Meyer zerstört. Aaron Lazarus erklärte sich bereit, seinen Glaubensgenossen beim Wiederaufbau zu unterstützen, er bot ihm eine Schuldverschreibung von 500 Rtlr. an. 1784 zeigten Jeremias Meyer und der Attendorner Bürger Johann Eberhard Hundt dem Rat an, dass die Lenhausener Juden Beer und dessen Knecht Joseph zum Schaden der einheimischen Metzgerzunft verbotenerweise Fleisch in die Stadt gebracht und verkauft hätten. 1786 heißt es erneut in einem Beschwerdeschreiben der Attendorner Krämerzunft an den Kurfürsten in Bonn, mehrere Juden aus Lenhausen trieben Handel außerhalb der Unterherrlichkeit, und da sie dafür keine Steuern zu zahlen hätten, fänden christl. Händler kein Auskommen mehr; es müsse daher Abhilfe entsprechend der (1700 erneuerten) Judenordnung für Kurköln geschaffen werden. Im selben Jahr kündigten die Attendorner Zünfte Beschwerde gegen einen Aufnahme in der Stadt begehrenden „dritten Juden“ an. 1789 untersagte der kurkölnische Hofrat den jüd. Knechten in Attendorn „für die Zukunft“ jeglichen Handel, nachdem sich die Krämerzunft wegen der Knechte der beiden Juden Aaron Lazarus und Jeremias Meyer beschwert hatte, die „auf halben profit“ arbeiteten. Als jüd. Einwohner von Attendorn werden 1789 Heymann Moyses, 1793 Josef Salomon und von 1804 bis 1814 Abraham Aaron erwähnt. In den Kriegsjahren 1797/99 war Attendorn mehrmals Garnisonsstadt der französischen Armee. In dieser Zeit trat Aaron Lazarus mehrmals als Geldgeber oder Geldverleiher gegenüber der Stadt Attendorn auf. Geldgeschäfte sind belegt für Aron Lazarus zwischen 1788 und 1800, für Josef Salomon zwischen 1793 und 1808 sowie für Abraham Aron zwischen 1804 und 1814. Christl. Einwohner sowohl aus Attendorn als auch von außerhalb tätigten um 1800 Geldgeschäfte mit Juden aus Attendorn, aber auch mit auswärtigen Juden.

2.1.2 Das hessen-darmstädtische Gesetz vom 15. Dez. 1808 schrieb den Juden in diesem Herrschaftsbereich vor, feste vererbare Familiennamen anzunehmen. Abraham Aaron Lazarus wählte (abgeleitet von seiner Heimatstadt Oberursel) den Namen Ursell, Jeremias Meyer den Namen May (auch Mai). 1812 lebten in Attendorn sechs erwachsene Juden. 1816 ist die Rede von zwei Familien mit drei männlichen und drei weiblichen erwachsenen Personen. Es waren dies die Familie des Schaft May mit Frau und fünf Kindern sowie die Familie des Abraham Aaron Ursell mit fünf Personen. Sie handelten mit Ellenwaren, betrieben Ackerbau in geringem Umfang und verliehen kleinere Geldbeträge; sie besaßen Gärten, Wiesen, Äcker und nach einer Auskunft des Bürgermeisters von 1824 auch eigene Häuser; an Steuern brachten sie 335 Tlr. auf. In den 1830er Jahren verzog Jakob Emanuel, der seit dem 14. Lebensjahr bei Abraham Aaron Ursell als ‚Handelsknecht‘ gearbeitet hatte, nach Neuenkleusheim. Dort heiratete er und konnte sich selbständig machen. 1832 sind im Adressbuch der Provinz Westfalen die Attendorner Juden Aaron Ursell als Metzger und Abraham Ursell als Kleinsthändler („Winkelier in Wollentuch und Ellenwaren“) aufgeführt. In der 1834 erschienenen Adress-Sammlung wird zudem Joseph Klein als Ellenwarenhändler für Dünschede aufgeführt. 1841 versuchte der Lenhauser Jude Isaak Böheimer sich als vierter Metzger in Attendorn niederzulassen. Auf Anfrage der Regierung Arnsberg antwortete der Attendorner Bürgermeister, dass von den drei Metzgern zwei Juden seien, welche schon jetzt allein von der Metzgerei nicht leben könnten; außerdem verfüge Böheimer nicht über ein Vermögen von 1500 Tlr., um den Geleitbrief für Attendorn zu erwerben. Erst 1858 gelang es Böheimer, sich als Krämer und Metzger in At-

tendorn niederzulassen. 1846 wohnten in der Stadt Attendorn die jüd. Familien Ursell mit acht Mitgliedern und einem Knecht sowie May mit sechs Mitgliedern und dem Bruder des verstorbenen Schaft May, Simon May. Nach einer späteren Aufstellung des genannten Jahres waren in Attendorn Simon Jacob, Simon Mai, Eva Mai (Witwe von Schaft Mai mit ihren Kindern Sotig, Jeremias, Bernhardine, Esther und Hannchen), der Kaufmann Abraham Aron Ursell und Aron Ursell als selbständig tätige Juden ansässig, in Dünschede Joseph Klein und in Helden Raphael Lenneberg. 1851 kam es nach der Fronleichnamsprozession zu einem Eklat. Der zuletzt aufgenommene Schützenbruder – im genannten Jahr der Jude Sotig May – führte traditionsgemäß die Fronleichnamsprozession an, wobei er einen der ‚Iserköppe‘ (von den Schweden erbeutete Eisenhelme und Brustpanzer) zu tragen hatte. Daraufhin verbot das Kölner Generalvikariat der Schützengesellschaft die Begleitung der Fronleichnamsprozession sowie jede Betätigung mit kirchlichem Charakter – das Verbot wurde erst 1926 aufgehoben. Für Dez. 1858 sind drei jüd. Familien im Einwohner- und Häuserverzeichnis aufgeführt: Isaak Böheimer mit Ehefrau, drei Kindern und zwei Mägden; Abraham Aaron Ursell mit Ehefrau, sieben Kindern, einem Knecht und einer Magd; Sotig May mit einem Bruder, drei Schwestern und einem Onkel. Zwischen 1853 und 1860 heirateten Johanna May und Joseph Cohn, der sich 1860 als Kaufmann in Attendorn selbstständig machte. Der in Helden wohnende jüd. Kaufmann Raphael Lenneberg ist auch für 1864 als dort ansässig nachgewiesen. 1875 verlegte Theodor Lenneberg das von ihm übernommene Tuch-, Mode- und Manufakturwarengeschäft ‚Raphael Lenneberg‘ von Helden nach Attendorn. In die Familie Lenneberg heiratete später der Jude Hermann Stern ein. Mehrere Attendorner Juden nahmen an den Einigungskriegen und am Ersten Weltkrieg teil, der Medizinstudent Wolfgang Böheimer, Assistenzarzt Dr. Siegfried Ursell und Max Lenneberg erhielten das EK II. Edmund Cohn zeichnete eine Kriegsanleihe in Höhe von 100 000 Mark.

In der zweiten Hälfte des 19. Jh. entwickelten sich die sogenannten offenen Läden der jüd. Familien zu Kaufhäusern und Industriebetrieben. Im Besitz der Familien Lenneberg/Stern befand sich das damals wohl größte Kaufhaus im südlichen Sauerland, das Kaufhaus ‚Raphael Lenneberg‘ (Wasserstr. 8). Ferner gab es das Kaufhaus Joseph bzw. Edmund Cohn, das Kaufhaus Isaak bzw. Ari Böheimer sowie das Textilwarengeschäft Karl Ursell, ferner die Blechwarenfabrik und Verzinkerei A. A. Ursell (gegründet 1764 von Abraham Aron Ursell, spätere Inhaber: Julius und Albert Ursell). 1892 pachtete Joseph Ursell die ehemalige Blechwarenfabrik Borgmann und richtete 1896 dort eine Verzinkerei ein. Die Fa. A. A. Ursell blieb bis zum Zwangsverkauf der größte Arbeitgeber in Attendorn, schon frühzeitig hatte das Unternehmen eine Betriebskrankenkasse eingerichtet. Nur Albert Guthmann blieb beim althergebrachten Metzgereigewerbe.

Am 27. Okt. 1919 beklagte sich der Vorsitzende der jüd. Gemeinde Attendorn, Edmund Cohn, bei der Stadt über sich häufende Hetzereien und die Verteilung von Flugblättern, mit denen zu Gewalttätigkeiten gegen Juden aufgefordert werde.

2.1.3 Am 1. April 1933 errichteten SA und SS vor den jüd. Geschäften Sperren und Barrikaden und verwehrten mit antisemitischen Plakaten Kunden den Zugang. Besonders betroffen waren in Attendorn die Kaufhäuser Raphael Lenneberg und Edmund Cohn, Namen der Käufer wurden im ‚Stürmerkasten‘ ausgehängt. Am 2. April wurde eine Scheibe des Kaufhauses Lenneberg eingeworfen. Das ‚Attendorner Volksblatt‘ beklagte daraufhin, dass diese versichert gewesen sei und deshalb von der Versicherung ersetzt würde: „Damit wird nicht dem Juden, sondern dem deutschen Volk Schaden zugefügt.“ Die Versicherung setzte eine Belohnung von 150 RM zur Ergreifung der Täter aus. Im Sept. 1933 beschwerte sich Alfred Cohn bei der Stadt wegen des gegen sein Geschäft gerichteten ‚stillen Boykotts‘. Cohn verwies auf die mehr als 250-jährige Ansiedlung seiner Vorfahren in Attendorn bzw. Westfalen. Die Maßnahmen deutete

er als eine „unerklärliche Härte“ schon deswegen, da seine „Familie und auch ich nur immer deutsch gefühlt haben und jederzeit zu vaterländischen Opfern bereit waren.“ Er bat darum, u. a. Beamten und Arbeitern den Einkauf bei ihm zu erlauben, ferner Bedarfsdeckungsscheine für Arbeitslose und Ehestandsdarlehen einlösen zu dürfen. Der Ortsgruppenleiter äußerte in einer Stellungnahme, es sei „nicht das geringste Entgegenkommen“ angebracht.

Im Jan. 1935 wurde Hermann Stern wegen der Verbreitung einer Postwurfsendung denunziert; es wurde gefragt, ob er diese ordnungsgemäß bezahlt oder dafür Volksvermögen und Dienstkraft verschwendet habe. Nachdem 1935 erneut eine Scheibe des Kaufhauses Lenneberg eingeworfen worden war, wurde ein langjähriges Mitglied der NSDAP als Täter gefasst. Dann wurde Lenneberg wegen falscher Preisausschilderung von der ‚Deutschen Arbeitsfront‘ angezeigt, weil statt „blaugrau gefärbter Füchse“ auf dem Preisschild „Blaufüchse“ stand. Im Febr. 1937 fanden sich am Ortseingang Schilder mit der Aufschrift: „Juden betreten Ort auf eigene Gefahr“. Nachts montierten Unbekannte diese wieder ab, weshalb ‚Der Stürmer‘ Attendorn als einen „judenfreundlichen Ort“ bezeichnete. Im April 1937 wurden Schaufenster der Geschäfte Lenneberg und Cohn mit dem Schriftzug „Achtung Juden“ beschmiert. Im Dez. 1937 verteilten die HJ und rund 30 weitere NSDAP-Anhänger vor dem Geschäft Lenneberg kleine Schilder mit antisemitischem Inhalt an Passanten, um sie vom Einkauf abzuhalten. Im Frühjahr 1938 heißt es in einem Bericht des Gauwirtschaftsberaters, einige jüd. Firmen würden florieren, als Beispiel wurden die Eisenwalz- und Blechwerke in Attendorn ausdrücklich genannt.

Die Pogromnacht fand in Attendorn unter Mitwirkung fremder SA- und SS-Trupps mit eintägiger Verspätung statt. Der Betraum wurde verwüstet, das Mobiliar zertrümmert, das Archivmaterial und die Kultusgegenstände durch die Polizei beschlagnahmt und der Staatspolizeistelle bzw. dem SD Dortmund übergeben; seitdem fehlt von ihnen jede Spur. Auch Häuser und Wohnungen wurden verwüstet, beim Kaufhaus Cohn Schaufensterscheiben, Inneneinrichtung und Außenreklame zerstört. Das ehemalige Kaufhaus Raphael Lenneberg blieb verschont, es war wenige Tage zuvor in ‚arischen Besitz‘ übergegangen und öffnete am 23. Nov. unter neuem Namen. Mit Spitzhacken verwüstet wurde die Villa der Familie Stern, Plünderungen und Diebstähle gab es bei Emilie Lenneberg, Betty Stern und in der Familie Albert Ursell. Im Polizeigefängnis inhaftiert wurden die Kaufleute Alfred Cohn, Hermann und Kurt Stern sowie der Angestellte Emil Stern (er unternahm dort einen Selbstmordversuch), am Folgetag (11. Nov.) auch noch der Angestellte Kurt Winter. Kurt und Hermann Stern sowie Alfred Cohn wurden zeitweise in das KZ Sachsenhausen eingeliefert. Die Firmen A. A. Ursell und Edmund Cohn wurden 1938 bzw. 1939 ‚arisiert‘.

Zehn Juden aus Attendorn konnten sich rechtzeitig ins Ausland retten. Von den nach dem Pogrom verbliebenen Personen zogen vier in andere Städte und wurden von dort deportiert. Aus Attendorn deportiert wurden am 21. Juli 1942 über Düsseldorf Emilie und Hermann Stern, die nicht überlebten. Emil Stern und seine Schwester Betty versuchten sich wenige Tage später das Leben zu nehmen. Emil starb sofort, Betty im Gestapo-Gefängnis Steinwache in Dortmund.

2.1.4 Auf dem jüd. Friedhof wurde 1982 eine Gedenktafel enthüllt. Bei der Feier sprachen Rabbiner Emil Davidovic aus Dortmund und Gerhard Gabriel Stern aus Jerusalem, der sich auf Einladung des Auswärtigen Amtes auf einer Vortragsreise in Deutschland befand. Eine zweite, an den 10. Nov. 1938 erinnernde Gedenkplatte befindet sich seit 1988 am Standort des 1986 abgebrochenen ehem. Bethauses in der Straße Breite Techt, das nach 1945 an seinen Vorbesitzer, die Familie Cohn in London, zurückgegeben worden war. Seit 1995 gab es Bemühungen, eine Straße in Attendorn nach Gerhard Gabriel Stern zu benennen, die Umsetzung folgte 2006. Zugleich wurde begonnen, Stolpersteine zu verlegen.

2.2.1 Während des gesamten 18. Jh. lebten in Attendorn zwei jüd. Haushaltsvorstände, lediglich für die Jahre 1704 und 1796 ist jeweils nur eine Familie registriert. 1817 lebten in Attendorn zwölf Juden, 1843 waren es 17 und 1858 dann 22 Juden. 1871 waren von 1843 Einwohnern 1718 kath., 94 ev. und 31 jüd. Glaubens; 1895 waren von 3008 Einwohnern 2752 kath., 210 ev., 45 jüd. Glaubens, eine Person gehörte einer anderen christl. Gemeinde an; 1925 waren von 5333 Einwohnern 4628 kath., 612 ev., 36 jüd. Glaubens und 25 bekenntnislos. 1928 lebten in Attendorn 39 Juden.

Im heutigen Attendorner Ortsteil Helden ist 1846 ein Jude nachgewiesen, im Ortsteil Dünschede lebten 1839 acht und 1843 vier Juden, 1858 lebten in der Gemeinde Helden (zu der auch Dünschede und Oberveischede zählten) acht Juden; 1871 waren von 1794 Einwohnern 1741 kath., 42 ev., neun jüd. Glaubens und zwei gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1925 waren von 2391 Einwohnern 2305 kath., 78 ev. und einer jüd. Glaubens.

1827 entrichteten die Attendorner Juden folgende Beiträge in die Kasse der Landjudenschaft Westfalens: Schaft May 6 Tlr. 24 Sgr., Abraham Ursell 17 Tlr., Simon Ursell 4 Tlr. 24 Silbergroschen.

1842 wurde die Einrichtung eines Synagogenbezirks Attendorn erwogen, zu dem auch die Juden aus Dünschede und Langenei (heute Lennestadt) gehören sollten. Die jüd. Einwohner des Kreises Olpe (u.a. mit den Orten Attendorn, Dünschede und Helden) wurden 1855 dann jedoch dem Synagogenbezirk Lenhausen zugeordnet, wobei Attendorn eine organisatorisch selbständige Untergemeinde bildete. Mitte der 1920er Jahre befanden sich die Geschäftsstelle sowie die Einrichtungen (Betsaal und Friedhof) der ‚Synagogengemeinde Lenhausen-Attendorn – Schmallenberg-Olpe‘ (zu der fünf Mitglieder aus Lenhausen gehörten, 31 aus Attendorn, zwölf aus Olpe und 39 aus Schmallenberg) in Attendorn, die Synagoge in Lenhausen war zuvor aufgegeben worden. Die 39 Juden zählende Untergemeinde Attendorn regelte die Kultusangelegenheiten und die Aufstellung des Gemeindeetats für jeweils sechs Jahre im gegenseitigen Einvernehmen ihrer Mitglieder.

2.2.2 Der Betraum der in Attendorn ansässigen jüd. Familien befand sich stets in einem der Privathäuser. 1732 klagte die Stadt Attendorn erfolgreich gegen den geplanten Bau einer Synagoge. 1779 verlegte Aaron Lazarus den Betraum aus dem Haus des verarmten Jeremias Meyer in sein eigenes Haus, das in der unmittelbaren Nähe der Pfarrkirche und Vikarie lag. Darüber beschwerte sich der Vikar Eberhard Zeppenfeld unter Verweis auf die kurkölnische Judenordnung beim Generalvikariat in Köln, „daß der Jud Aaron Lazarus dahier ... aus seinem Fenster auf den kirchhof und alle processionen sehen könne sodan in dieser wohnung bereits zwei oder drei jahr zur größten verstoßung unseres Gottesdienstes die Synagoge gehabt und gewöhnliche geschrey daselbst ausgeübt; und was das ärgste ist, mir jüngster tagen eine Laubenhütte an dem fenster meiner Vicarie wohnzimmers aufschlagen lassen“. Beim Stadtbrand von 1783 brannte das Haus mit dem Betraum nieder. Von 1824 bis 1876 befand sich im Haus von Abraham Aaron Ursell ein kleiner Betraum. Danach kam es zum Streit in der Gemeinde: Ursell wollte den Raum für zehn weitere Jahre zur Verfügung stellen, die Gemeinde sollte dafür 50 Tlr. jährlich bezahlen. Dieser Betrag sollte bei der Sparkasse angelegt werden und als Grundstock für einen Synagogenbau dienen. Die Mehrzahl der Gemeindemitglieder lehnte den Vorschlag ab, weil sie die unentgeltliche Nutzung des Betraumes als Gewohnheitsrecht betrachtete. Als Ursell daraufhin den Raum sperrte, stellte Joseph Cohn der Gemeinde ersatzweise einen Raum im Erdgeschoss seines Hauses (Straße Breite Techt) zur Verfügung. Hier befand sich der Betraum bis 1938. In der Pogromnacht wurde das Mobiliar demoliert, die Kultusgegenstände wurden ‚sichergestellt‘ und kamen zur Gestapo bzw. zum SD in Dortmund.

2.2.3 Ende der 1770er Jahre lebte im Haushalt des Attendorner Juden Aaron Lazarus ein Schulmeister. 1824 besuchten die jüd. Kinder nachweislich die städtischen

Schulen. Die beiden jüd. schulpflichtigen Kinder nahmen 1843 am christl. Unterricht teil, wofür die Eltern Schulgeld zahlten. Den Religions- und Hebräischunterricht erteilten die Eltern selbst oder engagierten einen Privatlehrer – die Familie Ursell beschäftigte 1846 Lazarus Cohn für ein Jahr als Privatlehrer. In Dünschede war 1843 ein jüd. Kind schulpflichtig. 1879 wandte sich Isaac Böheimer an das Kgl. Provinzial-Schulkollegium in Münster mit der Bitte, am Attendorner Gymnasium jüd. Religionsunterricht einzurichten; Böheimer benannte mehrere mögliche Religionslehrer. Wegen der geringen Zahl von nur fünf Schülern wurde der Antrag von Schule und Schulaufsicht abgelehnt, die Eltern blieben für die religiöse Bildung zuständig. Nach 1900 besuchten die Kinder der Familie Ursell die ev. Schule in Attendorrn, die der Familie Stern die kath. Schule; vom Religionsunterricht waren sie befreit. Im Haus von Karl Ursell erhielten sie Religionsunterricht vom Lehrer der jüd. Volksschule in Iserlohn, Leopold Hartmann, der von 1922 bis 1932 auch jüd. Religionsunterricht am Attendorner Gymnasium erteilte. 1913 erhielten vier Kinder in Lenhausen, Eslohe und Attendorrn ‚Wanderunterricht‘ durch den Lehrer und Kantor Simon Kann aus Hohenlimburg.

2.2.4 Soziales Engagement zeigten die Familien Ursell, Lenneberg/Stern, Cohn und Böheimer, die arme Kommunionkinder und Konfirmanden einkleideten, zudem unterstützten sie die Arbeit der Attendorner kath. Schwestern. 1871 verfügte Aaron Ursell testamentarisch, dass an von ihm zu bestimmende jüd. Arme 15 Tlr., an kath. Arme der Stadt Attendorrn, an kath. Arme der Landgemeinde und an ev. Arme der Gemeinde Attendorrn jeweils 10 Tlr. zu zahlen seien. Die Summe wurde mit Zinsen 1912 bei der städtischen Armenkasse eingezahlt. Juden aus Attendorrn unterstützten im 19. Jh. mehr als sechs Jahrzehnte die Haindorfsche Stiftung, Ende der 1880er Jahre gehörten A. A. Ursell, Raphael Lenneberg, Josef Cohn, A. Böheimer und Moses Gutmann zu den Spendern. 1918 vermachten die Brüder Albert, Karl und Julius Ursell der städtischen Armenverwaltung 5000 M mit der Verfügung, daraus die ‚Minna-Ursell-Stiftung‘ zum Wohl von Hinterbliebenen des Ersten Weltkrieges zu gründen. Im Okt. 1918 erhöhten sie die Stiftungssumme auf 10000 Mark. Im April 1920 bezahlten sie dem Krankenhaus ein neues Röntgengerät und eine Höhen Sonne.

2.3.1 1836 wird Abraham Ursell als Vorsteher der jüd. Gemeinde Attendorns erwähnt. Im Vorstand und unter den Repräsentanten der Synagogengemeinde Lenhausen waren immer Attendorner Juden vertreten. Zwischen 1900 und 1925 gehörte Theodor Lenneberg aus Attendorrn zum Vorstand der Synagogengemeinde Lenhausen. Für 1919 ist Edmund Cohn als Vorsitzender der jüd. Gemeinde Attendorns bezeugt, Mitte der 1920er Jahre bildeten er und Julius Ursell den Vorstand der Synagogengemeinde Lenhausen-Attendorrn. Zum fünfköpfigen Repräsentantenkollegium gehörten drei Attendorner: Albert Ursell, Albert Gutmann und Alfred Cohn. Die letzte Repräsentantenwahl der Gesamtgemeinde fand 1928 statt. Nach dem Tod des letzten Vorstehers Edmund Cohn wurde kein neuer Vorstand mehr gebildet.

2.3.2 Gerhard Gabriel Stern (1914–1983), Sohn von Henriette und Hermann Stern aus Attendorrn, der nach dem Abitur am Gymnasium in Attendorrn 1933 zunächst in die Niederlande gegangen war und dort landwirtschaftliche Tätigkeiten erlernt hatte, wanderte 1936 nach Palästina aus. In Jerusalem studierte er (ohne Abschluss) Judentum, Arabisch und Islamkunde, in den 1940er und 1950er Jahren war er Redakteur bzw. Korrespondent. Stern setzte sich für die Verständigung zwischen Juden, Christen und Moslems ein und erhielt dafür zahlreiche Auszeichnungen, so 1973 den Pressepreis, 1981 den Ehrenpreis der ‚Association of Civil Rights‘ und 1981 als Erster den ‚Emil-Grünzweig-Menschenrechtspreis‘.

2.3.3 Eine von Abraham Aaron Ursell gestiftete Silberplakette für die historische Königskette des zweiten Schützenzuges trägt die Jahreszahl 1809. Für 1851 ist Sotig May

als Mitglied des Schützenvereins bezeugt, am 30. Juli d. J. spendete er der Kompanie einen Silberpfennig. Ein Bild aus dem Jahr 1914 zeigt Ari Böheimer als Schützenbruder.

1885 trafen sich Attendornener Bürger, um eine Freiwillige Feuerwehr in Attendorn ins Leben zu rufen. Unter den 27 Teilnehmern war auch der Kaufmann Theodor Lenneberg, dessen Unterschrift auf der Gründungsurkunde später geschwärzt wurde. Karl Ursell war jahrelang Schriftführer und Kassierer der Freiwilligen Feuerwehr. Im Verein der Ladenbesitzer waren Karl Ursell und Hermann Stern Vorstandsmitglieder. Vom Beginn des 20. Jh. bis in die NS-Zeit waren jüd. Bürger Attendorns sowohl Mitglieder im Sauerländischen Gebirgsverein (SGV), im Turnverein, im Krieger- und Landwehrverein und im Theaterverein. Dem Heimatverein gehörten 1898 Ari Böheimer, Raphael Lenneberg und Karl Ursell an. Im Mitgliederverzeichnis der ‚Geschlossenen Gesellschaft Olymp‘ finden sich Karl und Albert Ursell sowie Theodor Lenneberg. In diesem Club trafen sich städtische Honoratioren wie Amtsrichter, Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker, Fabrikanten und Geschäftsleute zum Früh- bzw. Dämmerstreffen. Der 1928 gestorbene Edmund Cohn war über 40 Jahre Mitglied des Krieger- und Landwehrvereins. Karl Ursell war von 1919 bis 1930 Stadtverordneter und in dieser Eigenschaft Mitglied des Schulausschusses der kaufmännischen Berufsschule, der Finanzkommission und des Steuerausschusses sowie der Preisprüfungsstelle. 1919 bis 1933 war er ehrenamtlicher Geschäftsführer der Gemeinnützigen Baugesellschaft. Albert Ursell war Mitglied der DDP (Ortsgruppe Attendorn) und seit 1915 Mitglied des Magistrats der Stadt Attendorn. 1924 wurde er zum Beigeordneten gewählt; Notgeldaussgaben aus dem Jahr 1923 sind vom ihm unterschrieben.

3.1 Der im Erdgeschoss eines Hauses in der Straße Breite Techt seit etwa 1876 eingerichtete Betraum war nach dem Bericht von Walter Stern „ein einfacher rechteckiger Raum, an der kürzeren Seite im Süden war die Tür in der Mitte und je ein Fenster links und rechts. An der Ostwand waren die Bundeslade mit den Thorarollen und davor ein Pult, von dem der Vorbeter den Gottesdienst leitete. Im Rest des Raumes standen Bänke für die Gemeinde, für ca. 30 Leute.“ Männer und Frauen saßen getrennt. Nach den Erinnerung eines Attendornener Handwerkers war die Decke als blau-gelber Sternenhimmel ausgemalt. Nach dem Pogrom musste die Familie Cohn das Haus mit dem Betraum zwangsweise verkaufen, die Familie erwarb es in den 1950er Jahren (vermutlich im Rahmen der ‚Wiedergutmachung‘) erneut; 1986 wurde es abgerissen. Möglicherweise befand sich im Keller des Gebäudes eine Mikwe.

3.2 1738 besaßen Arend Aron und Abraham Jacob „negst am kirchhoff“ gelegene Häuser. Anlässlich des Stadtbrandes von 1783 werden als jüd. Häuser erwähnt: Haus Nr. 260 (Sackhof 11) und Haus Nr. 247 (mit Betstube). Josef Salomon hatte vor 1808 ein Haus (Niederste Str.) gekauft, Abraham Ursel verfügte 1814 über ein Wohnhaus. Julius Ursell war Eigentümer der Villa Waldenburger Weg 11, der Familie Alfred Cohn gehörten die Häuser Breite Techt 89/90 (abgerissen). Das Haus Sackhof 11 gehörte zunächst Jeremias Meyer, ab 1800 Schaft May. Weitere Gebäude in jüd. Besitz befanden sich in der Straße Breite Techt, Kölner Str., Wasserstr. und am Ostwall sowie am Südwall (Geschäftshäuser Cohn und Lenneberg). Die Gebäude sind überwiegend erhalten.

3.3 Die jüd. Familien aus Attendorn und Helden begruben ihre Verstorbenen rechts und links eines Weges, der den ‚Himmelsberg‘ Richtung Ennest durchschneidet; die ersten nachweisbaren Beisetzungen haben 1830 stattgefunden (Hendel Klein, Schaft Mai). Nach einer 30-jährigen Auseinandersetzung mit der Stadt und dem Kreis stellte der Vorstand der Synagogengemeinde Lenhausen 1864 den Antrag an die kgl. Regierung Arnsberg, ein von A. Ursell, Isaac Böheimer und Zadic Mai aus Attendorn zusammen mit Raphael Lenneberg aus Helden erworbenes Grundstück in der Nachbarschaft des

bestehenden Friedhofs als Begräbnisplatz nutzen zu dürfen, was unter Auflagen und gegen den Widerstand des Attendorner Bürgermeisters genehmigt wurde. Heute befinden sich auf dem Friedhof ‚Am Himmelsberg‘ (am Hang über der Waldemay), der seit 1870 belegt wurde und seit den 1880er Jahren auch von der jüd. Gemeinde Olpe genutzt wurde, noch 33 Grabstätten, davon zwei ohne Stelen. In den 1920er Jahren wurde der Friedhof von der Synagogengemeinde ‚Lenhausen-Attendorn-Schmalenberg-Olpe‘ genutzt. 1928 wurde Edmund Cohn unter Mitwirkung der Veteranen der ‚Geschlossenen Gesellschaft Olymp‘ bestattet. 1942 waren Emil und Betty Stern sowie Hermann Stern in Wuppertal als Eigentümer des Friedhofs eingetragen. Die letzten Beisetzungen fanden im Juli 1942 statt (Betty und Emil Stern). Die Inschriften der älteren Grabsteine sind in hebr. Sprache, die neueren zweisprachig und die letzten nur in deutscher Sprache gehalten. Ein Interessent, der das Areal 1942 zur „gartenbaulichen Bewirtschaftung“ erwerben wollte, erhielt lediglich einen Pachtvertrag. 1985 wurde der Friedhof in die Denkmalliste der Stadt Attendorn aufgenommen und ist heute im Besitz des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe. Die Stadt Attendorn, die zur Pflege des Friedhofs verpflichtet ist, hat diese in die Hände Attendorner Schulen gelegt.

4.1 LAV NRW Abt. W (Münster), vor allem Hztm. Westfalen Landesarchiv Nr. 1707. – KreisA Olpe. – StadtA Attendorn. – Verein für Orts- und Heimatkunde Attendorn e. V., Zeitungsarchiv. – Protokollbücher der Freiwilligen Feuerwehr Attendorn und der Attendorner Schützengesellschaft.

4.2 Fotos des Bethauses (1986), der Gedenktafel und des ehem. Bethauses, Aufnahmen des jüd. Friedhofs, Foto des ehem. Kaufhauses R. Lenneberg in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 473–475. Foto des Hauses, in dem sich der ehem. Betraum befand in: BROCKE, Feuer an Dein Heiligtum gelegt 19. Aufnahmen des jüd. Friedhofs in der Sammlung der LWL-Denkmalpflege, Münster. Lagepläne des jüd. Friedhofes und des ehem. Bethauses beim städtischen Friedhofsamt bzw. bei der Stadtverwaltung Attendorn. 1995 wurde eine Schützenplakette aus dem Jahr 1809 wiederentdeckt, die dem Andenken von Abraham Aaron (späterer Familienname Ursell) und seiner Ehefrau Gudel geb. Joseph gewidmet war, Abb. in HÖFFER u. a.: Versilberte Stadtgeschichte. Das Attendorner Schützensilber seit der Barockzeit <Attendorn 1997> 24f.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 7–36 <1834–1892>. – Israelitisches Familienblatt <27.5.1915, 12.11.1916, 22.3.1917>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1909> 71, <1911> 81, <1913> 92, <1924/25> 62. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53.

4.4 ASCHOFF Diethard, Der 9. Januar 1578. Ein schlimmer Tag im Leben des Juden Samuel von Attendorn. In: Heimatstimmen aus dem Kreis Olpe 146 <1987> 2–15. – DERS., Die Attendorner Juden im Rahmen der mittelalterlichen Geschichte der Juden des Sauerlandes. In: Heimatstimmen aus dem Kreis Olpe 145 <1986> 202–219. – BOOS K., Auszüge aus den Akten des ehemaligen Gografenamtes zu Attendorn von 1661–1817. In: Heimatstimmen aus dem Kreise Olpe 22 <1956> 1212–1219, 24 <1956> 1304–1311, 25 <1956> 1353–1366. – CORDES Werner F., Die Entstehung des jüdischen Friedhofs in Attendorn. In: Sauerland. Zeitschrift des Sauerländer Heimatbundes <2006> 136–137. – GOEBEL Uli/HUNDT Hermann, Synagoge in Attendorn abgerissen. In: Attendorn – Gestern und heute. Mitteilungsblatt des Vereins für Orts- und Heimatkunde Attendorn e. V. für Geschichte und Heimatpflege 11 <1987> 40–46. – HOSENFELD Hartmut, Jüdisch in Attendorn. Nachsuche – die Geschichte der ehemaligen jüdischen Gemeinde in Attendorn (= Jüdisches Leben im Kreis Olpe 4) <Attendorn 2006>. – DERS., Gabriel, ein unbekannter Stern aus Attendorn. Gerhard

Gabriel Stern (1913–1983) (= Jüdisches Leben im Kreis Olpe 5) <Attendorner 2013>. – HUNDT Hermann, Der Attendorner Judenfriedhof. In: Attendorf – Gestern und heute. Mitteilungsblatt des Vereins für Orts- und Heimatkunde Attendorf e. V. für Geschichte und Heimatpflege 4 <1980> 39–48. – SCHEELE Norbert, Geschichte der Juden im Kreis Olpe. In: Heimatstimmen aus dem Kreis Olpe 92 <1972> 132–135. – TRÖPS Dieter, Das Schicksal der Juden im Kreis Olpe. In: Heimatstimmen aus dem Kreis Olpe 153 <1988> 227–270.

Hartmut Hosenfeld

BAD BERLEBURG

1.1 Stadt Bad Berleburg, Kr. Siegen-Wittgenstein

1.2 Bis 1605 Gft. Sayn-Wittgenstein; bis 1806 Gft. Sayn-Wittgenstein-Berleburg; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – 1258 als ‚civitas‘ gegründet; 1531–1806 Residenz der Wittgensteiner Grafen; seit 1971 mit dem Zusatz ‚Bad‘.

Laut Statut von 1855/57 bildeten die Juden in Berleburg eine eigenständige Synagogengemeinde, der die Untergemeinde Schwarzenau zugeordnet war.

2.1.1 Graf Ludwig Casimir befürwortete 1640 das Gesuch des Juden Feist aus Frohnhausen (heute Battenberg) zur Niederlassung in Berleburg. Drei Jahre später untersagte er der Stadt Berleburg, städtische Abgaben von Juden zu verlangen, da sie allein der gräflichen Regierung unterstünden. 1662 erteilte Graf Georg Wilhelm einen Schutzbrief an Isaac, einen „noch ledigen Gesellen“; er erhielt zunächst für zwei Jahre Wohnrecht in Berleburg und musste jährlich 8 Rtlr. Schutzgeld zahlen. Mitte der 1660er Jahre ist außer ihm noch ein Heimann nachzuweisen. 1668 beantragte der Rat der Stadt Berleburg – offenbar erfolglos – die Neuregelung des ‚Judengeldes‘. Anfang des 18. Jh. wehrten sich vier Juden in Berleburg gegen die Aufnahme weiterer Glaubensgenossen in der Grafschaft. Bereits vor 1720 zog der etwa 1670 in Schmallenberg geborene Michael Beifuß (Beyfuß) nach Berleburg. 1721 erhielt Meyer Sußmann einen Schutzbrief. In seinem Antrag betonte er, dass sowohl sein Vater als auch dessen Vorfahren Schutzjuden in Berleburg gewesen seien. 1722 ließ sich Levi Marcus (geb. etwa 1690) in Berleburg nieder; er hatte zuvor Götte geheiratet, die Tochter des Juden Jacob Israel aus Plettenberg. Als der Berleburger Schutzjude Israel 1734 auf den Markt in Laasphe wollte, hatte er bereits Leibzoll gezahlt und weigerte sich, auch noch den Marktzoll zu entrichten. Daraufhin wurde er verhaftet und musste sich für 20 Gulden freikaufen. 1736 pachtete der in Berleburg wohnende Salomon Liebmann zusammen mit dem Juden Isaak Melchior aus Berghausen das Branntweinmonopol für die gesamte Nordgrafschaft. Zwei Jahre später heiratete Feist Michel Beyfuß, Sohn des Michel Beyfuß aus Schmallenberg, in die Familie Salomon Liebmann ein. Das Gesuch um einen Schutzbrief, das sein Vater zusammen mit dem Schwiegervater stellte, befürwortete der Graf umgehend. 1737 bat Nathan Moses darum, seinem Schwiegersohn Jacov Katz, der ihn und seine Frau im Alter versorgen wolle, einen Schutzbrief zu erteilen; ferner ist in den 1730er Jahren Moses Israel für Berleburg belegt. Von 1741 bis 1751 arbeitete Herz Moses als Knecht bei Sander Leser in Eslohe, anschließend ließ er sich in Berleburg nieder. Nach 1745 kam Abraham Levi nach Berleburg, er

hatte zuvor als Knecht bei Moyses Sander in Dorstfeld gearbeitet. Seit 1749 lebte der aus Hessen-Darmstadt stammende Wolff Isaac als Knecht beim Schutzjuden Meyer Samuel in Berleburg.

Die Berleburger Juden betätigten sich vor allem als Klein- und Viehhändler sowie als Schlachter. Während des Siebenjährigen Krieges organisierten Berleburger und Schmallenberger Juden Getreidelieferungen für die Kaiserliche Verpflegungskommission im Hztm. Westfalen. Zahlreiche Petitionen belegen, dass die Mehrzahl der Juden es schwer hatte, in der armen Gft. ihren Lebensunterhalt zu verdienen. 1760 kritisierte der spätere Vorsteher der Judenschaft, Wolff Isaac, die hohe Zahl der Schutzjuden in der Stadt, was weder im Interesse des Grafen noch der Juden selbst sein könne. Die Konkurrenzsituation führe zu häufigen Bitten um Schutzgelderlass oder -stundung, zu schlechter Kapitalausstattung der geschäftstreibenden Juden sowie zu mangelnder Geschäftsmoral. 1770 sind neben 37 christl. auch 16 jüd. ‚Beisitzer‘ (Einwohner ohne Bürgerrecht) für Berleburg nachgewiesen: Moyses Meier, Joel Levi, Hirsch Levi, Süß Israel, Levi Israel, David Meier, David Jacob, Mendel Abraham, Feist Michel Beyfus, J. Isaac, Abraham Levi, Wolff Isaac, Hertz Nathan, Isaac Meier, Meier Levi und Leyser Abraham. Aus dem Jahr 1787 hat sich der Ehevertrag der Bela, Tochter des Berleburger Schutzjuden Mendel Abraham erhalten, die den Abraham Moses aus Halberstadt heiratete. 1794 stellte Fürst Christian Heinrich einen Schutzbrief für Abraham Moses aus, der die Tochter des verstorbenen Berleburger Schutzjuden Moses Meyer heiraten wollte, er hatte 12 Rtlr. Schutzgeld zu zahlen.

2.1.2 Einen Spezereiwaren- und/oder Ellenwarenhandel führten in den 1830er Jahren Gottlieb Beifuß, Jacob Beifuß, Abraham Blumenthal, Joseph Heinemann, Emanuel Homberger, Raphael Rosenthal und Isaac Wolff, Letzterer war zudem Gastwirt. Moses Stern betrieb eine Seifensiederei. 1846 waren in Berleburg mehr als 30 Angehörige der Familien Beifuß, Berg, Blumenthal, Dehrner, Goldschmidt, Gumpertz, Heinemann, Homberger, Jacob, Krebs, Leser, Neustadt, Rosenberg, Rosenthal, Samson, Stern und Wolff als selbständige Juden verzeichnet. Die genannten erblichen Familiennamen haben sie – mit Ausnahme von Selig Levi (künftig ‚Dehrner‘) – 1808/09 aufgrund einer hessisch-darmstädtischen Anordnung angenommen oder bereits zuvor geführt. 1847 wurden mehrere Juden in die Bürgerschaft aufgenommen: Levi Berg und seine Frau Sara geb. Marburger, S. Rosenthal, Joseph Rosenthal, Moses Stern, Isaac Wolff, Marcus Wolff sowie die drei Witwer Joseph Heinemann, Moses Blumenthal und Meier Blumenthal, Letzterer zahlte rund 9 Tlr. Bürgergeld sowie ein ‚Receptionsgehalt‘. 1851 lebten in Berleburg u. a. Wolf Wolf, Emanuel Homberger, Joseph Heinemann, Jacob Beifuß, Levi Rosenthal, Gottlieb Beifuß, Markus und Emil Wolff. Haupterwerbszweig der Berleburger Juden blieb der Handel, vor allem der Vieh- und der Gemischtwarenhandel. Auf den Synoden des ev. Kirchenkreises wurden wiederholt Beschwerden über den Handel der Juden an Sonn- und Feiertagen geäußert. Der mittelständische Unternehmer Noa Wolff, 1808 in Berleburg geboren, erhielt anlässlich seines 60. Firmenjubiläums Ende des 19. Jh. vom preuß. König für seine Verdienste um die Neheimer Metallwarenindustrie den Roten Adlerorden zuerkannt. Drei Juden aus Berleburg nahmen am Krieg 1870/71 teil. Für das späte 19. Jh. fehlen Angaben zu Juden in Berleburg. Anfang der 1930er Jahre lebten in Berleburg die jüd. Familien Adolf Beifuß (Manufaktur-, Kurzwaren- und Konfektionsgeschäft), Willi Blumenthal, Julius Goldschmidt (Metzger), die Viehhändler Moritz Gonsenhäuser, Siegfried Stern und Adolf Krebs, ferner Julius Krebs, Auguste Rosenthal, Albert Stern und Erich Wolf (Inhaber der Fa. I. Wolff; Nähmaschinen, Kohlenhandlung u. Konfektion), zu den Familien gehörten etwa 40 Personen.

2.1.3 Unmittelbar nach der Machtübernahme wurde zum Boykott jüd. Geschäfte aufgerufen. In der ‚Nationalzeitung‘ wurde angekündigt, einen ‚Schandpfahl‘ zur Publikation der Namen von Berleburgern, die bei Juden kauften, aufzustellen. Nachdem

Herbert Goldschmidt 1935 einen kleinen Verkehrsunfall verursacht hatte, schrieb eine Lokalzeitung: „Nach unserem Dafürhalten kann es hier keinerlei Rücksichten geben.“ Kurze Zeit später wurden ihm der Führerschein entzogen und sein Motorrad beschlagnahmt. 1935 wurde gegenüber dem Bahnhof ein Spruchband „Juden sind hier unerwünscht“ angebracht. Im selben Jahr untersagte der Bürgermeister kommunalen Beamten, in jüd. Geschäften einzukaufen. Akten des Landratsamts belegen Schikanen gegenüber jungen Frauen, die bei Juden angestellt waren. 1937 verpachtete Julius Goldschmidt seine Metzgerei mit Wohnräumen und Garten an einen Nichtjuden; dieser erzwang wenig später die Reduzierung der Pacht um 25 Prozent. Selma und Julius Goldschmidt lebten mit ihrer Tochter fortan in einem Zimmer, sie mussten sich verpflichten, dieses „mit möglichster Beschleunigung“ zu räumen. Im Okt. 1939 musste Goldschmidt das Haus an den Pächter verkaufen. Im Jan. 1939 hatte die Stadtverwaltung Kaufinteresse an mehreren landwirtschaftlichen Grundstücken der Goldschmidts gezeigt. Ein nichtjüd. Landwirt kam der Stadt teilweise zuvor, weitere Grundstücke gingen 1942 in den Besitz der Stadt über. Julius Goldschmidt musste zwangsweise in einer örtlichen Brauerei arbeiten.

Nachdem am 9. Nov. 1938 NS-Gruppierungen in Berleburg eine Feier zur Erinnerung an den Hitler-Ludendorff-Putsch (1923) und einen Umtrunk abgehalten hatten, kam die Anweisung der Gauleitung zu anti-jüd. Maßnahmen. Auf Befehl eines Obersturmbannführers der SA-Reserve besorgte ein Kaufmann Benzin für Brandstiftungen. Das Synagogegebäude sollte wegen der Brandgefahr für die Nachbarhäuser und wegen eines befürchteten Imageverlustes für die Partei in dem an akuter Wohnungsnot leidenden Kr. Wittgenstein eigentlich verschont werden. Dennoch kam es zu einer Brandstiftung, das Feuer konnte aber von Nachbarn gelöscht werden. Im Rahmen von ‚Arisierungsmaßnahmen‘ stritten sich Privatleute und Stadt um jüd. Grundbesitz, so im Nov. 1938 um das Kolonial- und Manufakturwarengeschäft sowie das Wohnhaus von Erich Wolff. Insgesamt gelangten bis 1942 Nichtjuden bzw. die Stadt Berleburg in den Besitz von 83 Grundstücken, sieben davon mit Wohnhäusern bzw. Gewerberäumen. Levi und Adolf Krebs wurden anlässlich des Pogroms inhaftiert. Levi Krebs wurde wegen seines Alters am nächsten Tag entlassen, Adolf Krebs kam für drei Monate ins KZ Sachsenhausen. Er konnte 1939 nach England flüchten, von wo aus er nach Kriegsausbruch als ‚feindlicher Ausländer‘ nach Australien verbracht wurde. Seine in Berleburg verbliebene Frau Betty zog mit der Tochter Ruth 1940 zu ihren Eltern nach Frankfurt a. M., von dort wurden beide 1942 ins KZ Sobibor deportiert. Seit 1940 wurden die noch in Berleburg lebenden Juden in den ‚Judenhäusern‘ Marburger Str. (Haus Krebs) und Hochstr. 17 zusammengefasst. Im Haus von Adolf Krebs waren die Frau und die Tochter des emigrierten Erich Wolff untergebracht, ferner die unverheiratete, im Rollstuhl sitzende Adele Krebs sowie der Metzger Julius Goldschmidt mit Frau Selma und Tochter Gertrude. Über Dortmund wurden im April 1942 Arthur und Paula Goldschmidt sowie Auguste Rosenthal ins Ghetto Zamość, im Juli 1942 ebenfalls über Dortmund u.a. Julius, Gertrud und Selma Goldschmidt, Adele Krebs, Albert, Flora, Johanna und Siegfried Stern sowie Irma Wolff ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Julius Goldschmidt hatte zuvor einen ‚Heimeinkaufsvertrag‘ unterzeichnen müssen. Der Bürgermeister ließ Hab und Gut sowohl der deportierten Juden wie auch der ‚Zigeuner‘ öffentlich versteigern.

2.1.4 Von den Berleburger Juden kehrte nur Julius Goldschmidt (im Juli 1945 aus Theresienstadt) dauerhaft zurück. Er versuchte seinen ‚arisierten‘ Besitz zurückzuerlangen und handelte mit der Stadt wegen eines Grundstücks schließlich einen Vergleich aus. In einem Schwurgerichtsverfahren vor dem Landgericht Siegen wurden drei Männer wegen Beteiligung am Pogrom in Berleburg zu einigen Monaten Haft verurteilt, die Strafen im Revisionsverfahren allerdings aufgehoben. Seit 1990 erforschte Karl-Ernst Riedesel die Geschichte der Berleburger Judenschaft, publizierte

darüber und behandelte das Thema im Geschichtsunterricht am Berleburger Johannes-Althusius-Gymnasium. Ein von Georg Lauber entworfenes Denkmal mit den Namen der in Berleburg geborenen und deportierten Juden wurde 2000 am alten jüd. Friedhof im Berlebach eingeweiht. Der 1918 in den USA verstorbene Emil Wolff, der 1914 in Berleburg eine Stiftung gegründet hatte, wurde im Nov. 1945 durch die Benennung einer Straße geehrt. Seit 2008 werden in Bad Berleburg ‚Stolpersteine‘ verlegt.

2.2.1 Um 1700 lebten in Berleburg vier Schutzjuden. Ihren höchsten Anteil an der örtlichen Bevölkerung erreichte die Berleburger Gemeinde um 1765 mit 112 Personen. 1819 lebten in Berleburg 102 Juden, 1843 waren es 119, 1858 dann 92 Juden. Im Jahr 1871 waren von 1858 Einwohnern 151 kath., 1611 ev. und 96 jüd. Glaubens, 1895 von 2051 Einwohnern 153 kath., 1810 ev., 87 jüd. Glaubens, einer gehörte einer anderen christl. Gemeinde an; 1925 waren von 3036 [!] Einwohnern 358 kath., 2609 ev., 55 jüd. Glaubens und vier bekenntnislos. 1939 lebten in Berleburg 23 Juden.

1729 kritisierte Rabbiner Bärmann Limburg aus Friedberg im Namen des Oberrabbiners Michael Bär in einem Schreiben an Graf Casimir zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg die Verhältnisse der Berleburger Juden „sowohl in Ansehung des Gottesdienstes als übrigen Lebensführung“. Ein 1730 erwähntes Statut über die ‚Schulhaltung‘ der Berleburger Juden ist nicht überliefert. Im selben Jahr ernannte Graf Casimir zwei Aufseher, die auf die Einhaltung der jüd. Gebräuche achten sollten. Der Graf verfügte 1749 in seiner Bestallungsurkunde, dass der Synogogenvorsteher Michael Feist Beyfuß auf das „Thun und Laßen, wie auch Betrag“ der Wittgensteiner Juden zu achten habe, bei Zuwiderhandlungen gegen jüd. Gesetze und ‚Ceremonien‘ durfte er Strafen verhängen. Er sollte auch darauf achten, dass ‚Betteljuden‘ nicht länger als zwei Tage im Ort blieben.

Das Statut der 1835 gegründeten ‚Synagogengesellschaft‘ Berleburg regelte die Eigentumsverhältnisse am neuen Synagogengebäude und die Modalitäten bei Zu- oder Fortzug von Gesellschaftsmitgliedern. 1842 wurde seitens der Regierung Arnsberg die Einrichtung des Synagogenbezirks Berleburg erwogen, zu dem nur die 120 Juden aus Berleburg gehören sollten. Das Statut der Synagogengemeinde Berleburg von 1855/57 sah dann eine Hauptgemeinde in der Stadt Berleburg und eine Untergemeinde mit Sitz in Schwarzenau vor, zu der auch die Ämter Arfeld (u. a. mit den Orten Alertshausen, Arfeld, Beddelhausen, Elsoff, Richstein und Schwarzenau), Berghausen und Girkhausen (u. a. mit den Orten Girkhausen und Wunderthausen) gehörten. Vorstandsmitglieder konnten nur Angehörige der Hauptgemeinde werden, die Untergemeinde hatte einen eigenen Vorsteher zu wählen. Die Statuten wurden ergänzt durch eine nicht datierte Synagogenordnung, die in einer Abschrift von 1857 überliefert ist.

Zu Auseinandersetzungen kam es 1769 wegen der Berechtigung zum Sprechen des Segens in der Synagoge, die der Vorsteher seinem Schwiegersohn verkauft hatte, der jedoch gar kein Gemeindeglied war. Der Vorsteher belegte die Protestierenden mit einer Strafe, gegen die diese beim Landesherrn klagten. Der Graf gab dem Vorsteher Recht, der allerdings seines Amtes enthoben wurde. 1850 beklagte der Kaufmann Joel Rosenthal, dass der Gottesdienst seit längerem „nicht mehr nach Vorschrift gefeiert“ werde, vor einiger Zeit habe es in der Synagoge während des Gottesdienstes eine Schlägerei gegeben. Zur Synagogengemeinde Berleburg, die Mitglied im DIGB war, gehörten zu Beginn des 20. Jh. auch 13 Juden aus Beddelhausen, 21 aus Elsoff und 16 aus Schwarzenau. Mitte der 1920er Jahre hatte die Gemeinde insgesamt 40 Mitglieder aus Berleburg, Elsoff, Schwarzenau, Beddelhausen und Arfeld, 1932/33 waren es je acht aus Schwarzenau und Beddelhausen sowie zwölf aus Elsoff. Die laufenden Kosten der Gemeinde wurden seit dem 18. Jh. durch Mitgliedsbeiträge und durch vom Aufseher bzw. Vorsteher auferlegte Strafgeelder gedeckt. 1760 ist ein Kastenmeister belegt. Haupt- und Untergemeinde verwalteten ihre eigenen Kassen. Zehn der 44 Ber-

leburger Juden waren 1932/33 Steuerzahler. 1930 betrug der Gemeindeetat 1012, der Unterrichtsetat 600 Mark.

2.2.2 Für 1730 wird ein Statut über die ‚Schulhaltung‘ der Berleburger Juden erwähnt, das nicht überliefert ist. 1769 heißt es, die Erlöse aus dem Verkauf der zur Thora Aufgerufenen würden zur Unterhaltung der Betstube verwandt. Um 1800 ließ die jüd. Gemeinde mit Genehmigung des Grafen einen ca. 74 m² großen Anbau an das Haus Rosenthal-Wolff (Ederstr.) als Synagoge errichten, in dem auch Lehrerwohnung und Schulzimmer untergebracht waren. Das Gebäude fiel 1825 einem Stadtbrand zum Opfer. Zwei Grundstücksvorschläge der Brandentschädigungskommission für einen Synagogenneubau lehnte die jüd. Gemeinde ab – ein Platz wurde als zu abgelegen angesehen, beim anderen erschien die Anlage einer Mikwe als zu kostspielig.

1831 kaufte die jüd. Gemeinde für 50 Tlr. ein Grundstück in der Unterstadt (Mittelstr. 22, heute Jacob-Nolde-Straße), auf dem 1834/35 eine neue Synagoge errichtet wurde. Der Landrat hatte als Auflage formuliert, dass die Synagoge „als solche äußerlich nicht bezeichnet werde“. Die 1835 zum Bau und Unterhalt des neuen Gotteshauses gebildete ‚Synagogengesellschaft‘ mit eigenem Statut war seit 1838 ein notariell bestätigter Verein, dem 17 Personen – offenbar die jüd. Familienvorstände Berleburgs – angehörten. Die Synagoge war unteilbares Eigentum des Vereins, alle Mitglieder hafteten solidarisch für die bestehenden Verbindlichkeiten. Bei der Eintragung von Hypotheken konnte der Vorstand allerdings nicht für seine Mitglieder handeln, da in diesem Fall auch die Ehefrauen – obwohl nicht Gemeindemitglieder – Rechte und Pflichten übernehmen mussten. Das Abtragen der Schulden – die Gemeinde hatte Kredite in Höhe von 1330 Tlr. aufgenommen – führte in den folgenden Jahrzehnten wiederholt zu Streitigkeiten, da einige Gemeindemitglieder, die den Vertrag unterzeichnet hatten, fortzogen oder die Erben der Unterzeichner sich weigerten, die Schulden weiter abzutragen; Neumitglieder mussten Beiträge leisten. 1899 fand der Streit dank einer Geldspende des in den USA lebenden Berleburgers Emil Wolff ein Ende. Zu Beginn des 20. Jh. kam ein Minjan nur an hohen Feiertagen zustande, auch dann nur unter Hinzuziehung von Männern aus den Nachbarorten. Im Nov. 1938 wurde das Synagogengebäude geplündert und verwüstet, das Inventar auf dem Marktplatz verbrannt, die hebr. Inschrift über der Tür abgeschlagen. 1939 verkaufte der letzte Gemeindevorsteher Erich Wolff das Gebäude an die Stadt, die es an einen örtlichen Kaufmann weiterveräußerte.

2.2.3 1733 wird Israel Levi als ehemaliger Schulmeister bezeichnet, auch 1750 und 1766 ist er nachgewiesen. Er bestritt den Lebensunterhalt seiner großen Familie mit geringem Handel, gelegentlichem Schlachten und von Almosen seiner Nachbarn. 1750 wird David Homburger als Lehrer genannt. Die Schulaufsicht stellte dem seit 1823 in Berleburg tätigen Lehrer Elias Birkenstein, der mit einem Memorandum für die Regierung über den Stand des jüd. Religionsunterrichts in Deutschland hervortrat, ein hervorragendes Zeugnis aus. 1839 sah sich der Landrat gezwungen, Aron Gumpertz die Abhaltung des jüd. Religionsunterrichts zu verbieten. Die Gemeinde beantragte daraufhin die Erlaubnis zur Gründung einer jüd. Elementarschule, das Vorhaben scheiterte aber an der mangelnden Qualifikation des neu eingestellten Lehrers Landauer. Bei Vakanzen der Lehrerstelle besuchten die Kinder jeweils die ev. Elementarschule. Immer wieder argumentierten Mitglieder der jüd. Gemeinde, sie seien finanziell zu stark belastet, um zum Lehrergehalt beitragen zu können. Die jüd. Schule in Berleburg wurde im 19. Jh. zeitweise auch von Kindern aus Littfeld und Burgholdingshausen besucht.

1842 gründete die jüd. Schulgemeinde mit Hilfe des Landrats eine Privatschule, die staatlicherseits nicht als öffentliche Schule anerkannt war. 1843 waren in Berleburg 22 jüd. Kinder schulpflichtig. Mitte des 19. Jh. besuchten auch Kinder aus Burgholdingshausen und Littfeld die jüd. Schule in Berleburg. Falk Goldberg war 1842 bis 1848 Lehrer in Berleburg, Moses Steinweg 1848. 1850 beklagte der Kaufmann Joel Rosen-

thal, dass die 30 Schulkinder ohne Lehrer und ohne Unterweisung seien. 1852 stellte die Gemeinde Joel Goldberg aus Altena ein, der seine Ausbildung im Haindorfschen Lehrerseminar erhalten hatte; er blieb bis 1855. Ihm wurden staatlicherseits und vom örtlichen Pfarrer, dem die Schulaufsicht oblag, gute Zeugnisse ausgestellt. Der Unterricht fand in einem „kleinen, gemietheten Locale“ statt. 1857 berieten Regierung und Landrat, ob eine Reaktivierung des zwischenzeitlich aufgelösten jüd. Schulverbandes zweckmäßig sei, es kam aber zu keinem positiven Ergebnis. Gesuche auf Einrichtung einer öffentlichen Schule wurden um 1860 unter Hinweis auf die geringe Finanzkraft der Gemeinde abgelehnt, dafür wurde die Judenschaft 1861 von den bis dahin zu leistenden Beitragszahlungen für die ev. Schule befreit.

Weitere Lehrer in Berleburg waren Elias Braunschweig (1856–1858), Jakob Meyerson (1860–1862), Gerson Löwe (1863–1866), Isaac Steinweg (vielleicht 1866, sicher 1868–1870), Naphtali Herz Katz (1870–1872), Moritz Bock (1872–1873) und Gumpel Werthan (1872–1893). Als 1876 in Berleburg eine Simultanschule eingerichtet wurde, wurde Werthan übernommen und war bis 1891 dort tätig. Nach seiner Pensionierung 1891 beschloss der Schulvorstand der jüd. Gemeinde gegen den Widerstand der Repräsentanten, Werthan weiterhin Religionsunterricht erteilen zu lassen. Die Regierung erklärte, in diesem Fall sei der Staat nicht mehr verpflichtet, für den jüd. Unterricht zu sorgen. Von 1900 bis 1942 war Albert Stern Kantor und Lehrer. Seinen Religionsunterricht besuchten im Jahr 1900 acht Kinder, 1913 waren es elf, 1924/25 sechs und 1932 vier. Ab 1939 betreute Stern die jüd. Kinder in Schmallenberg, zum Unterricht nahm er den einzigen in Berleburg verbliebenen ‚halbjüdischen‘ Jungen mit, außerdem unterrichtete er drei Kinder aus Berleburg, die bei jüd. Familien in Schmallenberg lebten. Neben Religion lehrte er dort auch andere Fächer.

Die Berleburger Realschule besuchten zwischen 1917 und 1939 fünf jüd. Jungen und drei Mädchen, allen gelang die Emigration. Nach dem Pogrom 1938 wurde Lucie Krebs der Schule verwiesen; ihr gelang mit ihren Eltern und Geschwistern die Flucht in die USA. Lore Blumenthal dagegen konnte aufgrund der Teilnahme ihres Vaters am Ersten Weltkrieg und seiner Auszeichnung ihre Schulausbildung mit Sondergenehmigung abschließen.

2.2.4 1769 wurden Strafen, die der Vorsteher beispielsweise wegen Fehlverhaltens in der Synagoge verhängte, zur Hälfte für die Armenfürsorge verwandt, die andere Hälfte floss in die gräfliche Kasse. Von den 1860er Jahren bis zu Beginn des 20. Jh. unterstützten Berleburger Juden regelmäßig die Haindorfsche Stiftung. 1914 etablierte der aus Berleburg nach New York ausgewanderte Emil Wolff eine Stiftung. Für die Armenkasse stiftete er 5000, für das Krankenhaus 10 000 Dollar, 1917 stockte er die Summen um jeweils 5000 Dollar auf. Die Stiftung sollte von einem Komitee, bestehend aus einem Magistratsmitglied, dem Landrat und dem Testamentsvollstrecker Erich Wolff, verwaltet werden. Emil Wolffs 1920 verst. Schwester Johanna vermachte der Stadt zwei Häuser, eine Reihe von Grundstücken und einen namhaften Geldbetrag mit der Auflage, eine nach ihrem Vater Marcus Wolff zu benennende Stiftung zu gründen. Stiftungszweck war der Unterhalt der Familiengräber und die Einrichtung von Wohnheimen vornehmlich für bedürftige Juden. Beide Stiftungen wurden 1933 gleichgeschaltet, die Verwaltung Erich Wolff entzogen. 1937 vergab der Bürgermeister Stiftungsgelder an bedürftige Berleburger Bürger, ein Teil des Kapitals wurde zum Ausgleich des Haushalts verwendet. In beiden Gebäuden wurden Parteioorganisationen (Volkswohlfahrt, BdM und Arbeitsfront) einquartiert. 1941 plante man aus Mitteln der Stiftung den Bau einer städtischen Wasserleitung. Nach 1945 leistete die Stadt aus noch verbliebenen Geldern Wiedergutmachungszahlungen.

2.3.1 In geistlichen Angelegenheiten wandte sich die Gemeinde im 18. Jh. an hesische Rabbiner. Der Graf übertrug 1729 nach einem entsprechenden Antrag dem im

hessischen Friedberg ansässigen Rabbiner Bärman Limburg die Oberaufsicht über alle in Wittgenstein lebenden Juden in geistlichen und kulturellen Dingen. In der Bestallung des Michel Feist Beyfuß zum Synagogenvorsteher 1749 wurde erneut festgelegt, dass sich die Juden in Ritualangelegenheiten an den Rabbiner in Friedberg halten sollten. Noch 1817 wurde ein hessischer Rabbiner um Rat in geistlichen Belangen gefragt. Seit der Amtseinführung des auch für Wittgenstein zuständigen Landrabbiners Joseph Abraham Friedländer 1833 in Brilon wurde dieser konsultiert.

Vor 1730 wurden Sußmann und Nathan zu Vorstehern in Berleburg ernannt, 1730 dann Moses Israel. Weitere Vorsteher waren Michel Feist Beyfuß (1749–1769) und Wolff Isaac (um 1780). 1826 war Salomon Wolf Gemeindevorsteher, 1830 Blumenthal. In den 1850er Jahren zählten Markus Wolff, Levi Stern, Wolf Lieber, Joel Rosenthal, Levie Stern, Zadok Löwenstein und Feist Beifus jun. zum Vorstand, Letzterer ist auch 1876 genannt. Bis 1900 folgten Levy Weinberg, Gottlieb Beifus und Herz Berg, 1913 Erich Wolff und Adolf Beifus. In den 1930er Jahren gehörten Levy Weinberg, E. Wolff sowie Levy und Julius Krebs zum Vorstand. Den Gemeindegremien gehörten in den 1920er Jahren auch Jacob Wolf aus Arfeld und Julius Kamp aus Elsoff an.

3.1 Das um 1800 in der Ederstr. errichtete Synagogengebäude mit Schulraum und Lehrerwohnung wurde beim Stadtbrand von 1825 zerstört, einige Kultusgegenstände konnten gerettet werden. 1834/35 wurde in der Mittelstr. 22 (heute Jacob-Nolde-Str.) nach Plänen des Siegener Architekten Küster ein Neubau errichtet. Es handelte sich um ein verschiefertes Fachwerkhaus mit 90 m² Grundfläche, das im Gegensatz zu den zweistöckigen Nachbargebäuden über drei Etagen verfügte. Der Synagogenraum erstreckte sich über zwei Geschosse und hatte an der Westseite eine Frauenempore, an die das Schulzimmer angrenzte. Der geplante Bau einer Mikwe kam nicht zur Ausführung. Im dritten Geschoss war die Kantor- bzw. Lehrerwohnung. 1860 erneuerte man die Außenwände. Nach der Schuldentilgung mit Hilfe der Stiftung des in die USA ausgewanderten Berleburgers Emil Wolff wurde die Gemeinde 1900 offiziell Eigentümerin des Gebäudes, im selben Jahr erfolgte eine Renovierung. 1939 verkaufte die Gemeinde das beschädigte Gebäude, 1940 wurde es zum Wohnhaus umgestaltet.

3.2 1730 besaßen in Berleburg zwei von sieben jüd. Familien ein Haus, um 1770 waren es vier von 18. Im frühen 20. Jh. lebten jüd. Familien in folgenden Häusern (heutige Straßennamen): Hochstr. 7 und 17, Schloßstr. 8, Tiergartenstr. 2, Ederstr. 10, 18 und 19, Mittelstr. 17 und 24, Emil-Wolf-Str. 18 und 27. 1933 lebten die Berleburger Juden in den Häusern Marburger Str. 5, 9 und 15, Hochstr. 1, 6 und 7, Jacob-Nolde-Str. 5, Ederstr. 5, 15, 19 und 20.

3.3 Der ältere jüd. Friedhof befindet sich nördlich des Schlosses am Berlebach, in einem kleinen Taleinschnitt westlich der Altstadt. Das zweigeteilte Areal war 1851 im Urkaster auf die ‚Judenschaft‘ eingetragen, die umliegenden Grundstücke auf die ‚Ständesherrschaft‘. 1868 wurde der Friedhof im Südosten erweitert, die Judenschaft hatte das dafür nötige Grundstück von der zweiten Pfarrei im Tausch gegen einen ‚Garten in der Aue‘ erhalten. Auf dem Friedhof finden sich noch 44 Grabsteine aus der Zeit zwischen 1764 und 1905, von der einfachen Schieferstele bis zur Marmorsäule. Insgesamt fanden dort etwa 300 Beerdigungen statt, eine systematische Anordnung der Gräber ist nicht erkennbar. 1905 wurde der vollständig belegte Friedhof geschlossen.

1906 erhielten die Juden ein eigenes, mit einem separaten Eingang versehenes Gräberfeld in der Südwestecke des städtischen Friedhofs am ‚Sengelsberg‘; dort sind auch Juden aus Arfeld begraben. Neben 39 Gräbern aus den Jahren 1906 bis 1971 finden sich dort auch drei Gräber polnischer und 14 Gräber russischer Zwangsarbeiter aus dem Jahr 1945. Die Stadtgemeinde kaufte 1940 den Friedhof, 1942 wurden der alte und der neue Begräbnisplatz an die Eigentümer der Nachbargrundstücke veräußert.

1952 beantragte die JTC die Rückerstattung, seit 1958 ist der ‚Landesverband der Jüdischen Kultusgemeinden von Westfalen-Lippe‘ Eigentümer. 1962 wurde auf dem neuen Friedhof der aus Theresienstadt nach Berleburg zurückgekehrte Julius Goldschmidt, 1971 der nach Südafrika emigrierte und auf einer Europareise verstorbene Ludwig Gonsenhäuser beigesetzt. 2008 wurden die beiden Friedhöfe in die Denkmalliste der Stadt aufgenommen.

4.1 Archiv des Ev. Kirchenkreises Wittgenstein, Bad Berleburg (Schulsachen). – Fürstlich Sayn-Wittgensteinsches Archiv, Bad Berleburg, B 46, J 17. – Fürstliches Archiv zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Bad Laasphe, Unterlagen betr. die Edertalgemeinden. – LAV NRW Abt. W (Münster), Kreis Wittgenstein, Landratsamt Nr. 293, 422, 572–574, 576, 582–584, 586–589. – StadtA Bad Berleburg, Altbestand A 18, A 135, B 10; Nachlass Karl-Ernst Riedesel (umfangreiche Material- und Exzerptesammlung, Interviews mit Zeitzeugen).

4.2 Fotos der Synagoge, des Mahnmals, der jüd. Friedhöfe sowie des Wohn- und Geschäftshauses von Markus Wolff (Emil-Wolff-Str. 27) in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 512–514. Aufnahmen des Friedhofs in der Sammlung der LWL-Denkmalpflege, Münster.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 23–43 <1862–1905/07>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1909> 70, <1913> 89, <1924/25> 60. – Israelitisches Familienblatt <3.1.1935, 10.9.1936, 1.9.1938>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 158. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 51.

4.4 BURKARDT Johannes, Die Berleburger Juden. In: RIEDESEL Rikarde/BURKARDT Johannes/LÜCKEL Ulf, Bad Berleburg – Die Stadtgeschichte <Bad Berleburg 2009> 142–144. – HÖPKEN Jürgen, Ein Abriss der Geschichte des Johannes-Althusius-Gymnasiums. In: ALTHAUS Heinrich u. a. (Hg.), Zukunft braucht Geschichte. Johannes-Althusius-Gymnasium Bad Berleburg 1925–2000. Festschrift zum 75-jährigen Bestehen <Bad Berleburg 2000> 42f. – MORGENSTERN Johanna, Jüdische Friedhöfe in Wittgenstein. In: Vom Kirchhof zum Friedhof. Wandlungsprozesse zwischen 1750 und 1850 (= Kasseler Studien zur Sepulkralkultur 2) <Kassel 1984> 58–62. – MORGENSTERN-WULFF Johanna, Jüdische Begräbnisplätze und Grabmale in Wittgenstein. In: Wittgenstein. Blätter des Wittgensteiner Heimatvereins 52,4 <1988> 117–160. Zugleich in: DIES./RÖCHER Ruth/DIETERMANN Klaus, Die jüdischen Friedhöfe im Kreis Siegen-Wittgenstein <Siegen 1991> 9–38. – OPFERMANN Ulrich Friedrich, Die Ausschreitungen vom 9. und 10. November 1938 in einer ländlichen Kleinstadt und ihre Wahrnehmung und Rezeption nach 1945. Das Beispiel Laasphe. In: Siegerner Beiträge 8 <2003> 175–216. – DERS., „Es kann hier keinerlei Rücksichten geben.“ Enteignung und Deportation am Beispiel einer kleinstädtischen Familie. In: Gewalt in der Region. Der Novemberpogrom 1938 in Rheinland und Westfalen, hg. vom Arbeitskreis NS-Gedenkstätten NRW <Düsseldorf u. a. 2008> 93–97. – DERS., „Mit Scheibenklirren und Johlen“. Juden und Volksgemeinschaft im Siegerland und in Wittgenstein im 19. und 20. Jahrhundert (= Siegerner Beiträge. Jahrbuch für regionale Geschichte, Sonderband 2009) <Siegen 2009>. – PRANGE Hartmut, Ideen des Reformjudentums des 19. Jahrhunderts in Wittgenstein. In: Wittgenstein 77 <2013> H. 3, 121–130. – RIEDESEL Karl-Ernst, Frauen in der jüdischen Gemeinde Berleburgs im 18. Jahrhundert. In: Wittgenstein. Blätter des Wittgensteiner Heimatvereins 55,4 <1991> 125–136. Zugleich in: WOMELSDORF, Jüdisches Leben 113–133. – RIEDESEL Karl-Ernst, Die Anfänge einer jüdischen Gemeinde in Berleburg während des 18. Jahrhunderts. In: Wittgenstein. Blätter des Wittgensteiner Heimatvereins 58,4 <1994> 126–139. – DERS., Die

Synagoge in Berleburg. In: Wittgenstein. Blätter des Wittgensteiner Heimatvereins 59,1 <1995> 130–151. Zugleich in: WOMELSDORF, Jüdisches Leben 80–113. – RIEDESEL Karl-Ernst (†), Berleburger Schutzjuden im 17. und 18. Jahrhundert. In: Wittgenstein. Blätter des Wittgensteiner Heimatvereins 68,4 <2004> 122–129. – RIEDESEL Rikarde, Ruth Krebs. Jüdische Kindheit in Berleburg (1931–1939). In: BURKARDT Johannes/LÜCKEL Ulf (Hg.), Aufsätze zu Geschichte und Naturkunde Wittgensteins, Eberhard Bauer zum 75. Geburtstag <Kreuztal 2004> 252–259. Zugleich in: WOMELSDORF, Jüdisches Leben 69–76. – STRICKHAUSEN Heinz, Berleburg. Eine Kleinstadt am Rande des Krieges <Bad Berleburg 1999> 83–103. – WEINSTEIN Lucie, Erinnerungen an meine Kindheit in Berleburg. In: ALTHAUS u. a. (Hg.), Zukunft braucht Geschichte 89–101. – WOMELSDORF Horst, Jüdisches Leben im Siegerland und Wittgenstein. Gottesverheißung für sein Volk Israel <Muldenhammer 2010>.

Johannes Burkardt

BAD BERLEBURG-Elsoff

1.1 Stadt Bad Berleburg, Ortsteil Elsoff, Kr. Siegen-Wittgenstein

1.2 Bis 1605 Gft. Sayn-Wittgenstein; bis 1806 Gft. Sayn-Wittgenstein-Wittgenstein; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Stadt Bad Berleburg.

Elsoff gehörte laut Statut von 1855/57 zur Untergemeinde Schwarzenau im Synagogenbezirk Berleburg.

2.1.1 Elsoff war der einzige Ort in der Gft. Wittgenstein, in dem sich – außerhalb der Städte Berleburg und Laasphe – seit dem frühen 18. Jh. Juden dauerhaft ansiedelten. 1723 werden im Zusammenhang mit dem ‚Elsoffer Bauernkrieg‘ der Schutzjude Hertz (auch Hirths), sein Sohn Abraham, der Lehrer Läser Jacob und ein Meyer als jüd. Einwohner Elsoffs genannt. 1725 erhielt Salomon Moses, Sohn des Moses zu Elsoff, einen Schutzbrief. 1728 warf man dem Ehemann der Händel Samuel aus Elsoff vor, in einen Diebstahl in Frankenberg verwickelt gewesen zu sein; Händel verwandte sich beim Grafen für ihn. 1744 lebten in Elsoff die acht Schutzjuden Mose Seckel, Salomon Moser, Wolff, Cusell, Mayer, Abraham Hertz, Hertz und Lößer Samuel, sie zahlten im Jahr zwischen 4 und 6 Rtlr. Schutzgeld. 1765 lebten in Elsoff elf jüd. Familien, die etwa ein Fünftel der Dorfbevölkerung ausmachten. Die Familienvorstände waren Abraham Hertz, Salomon Aaron, Wolf Abraham Bürgel, Jakob Sußmann, Löser Meyer, Moses Salomon, Löb Amsel, Samuel Wolff, Wolf Abraham, Salomon Moses und Meyer jun.

2.1.2 In den 1820er Jahren wohnten die Familien Salomon Braunschweig und Wolf Elsoffer im Ort. 1832 ist Wolf Lieber als Winkelier in Ellen-, Spezerei- und Eisenwaren, 1834 als Inhaber eines Spezereiladens nachgewiesen. Aus Elsoff absolvierten in den 1830er bzw. 1850er Jahren Isaac und Elias Braunschweig eine Ausbildung am Haindorfischen Lehrerseminar; Ersterer nahm nach dem Examen eine Stelle in Neheim an. 1846 waren in Elsoff Levi Braunschweig, die Witwe von Levi Elsoffer, Michel Gerson, Moses Gunzenhäuser, Joseph sowie Moses Holländer, Wolf Lieber, Isaac Stern und Sußmann Wohlgemuth als selbständige Juden verzeichnet. Die genannten erblichen Familiennamen haben sie ohne Ausnahme 1808/09 angenommen oder be-

reits zuvor geführt. Abraham Stern nahm am Krieg 1870/71 teil. In den 1870er und 1880er Jahren lebten in Elsoff die jüd. Familien Elsoffer, Hony und Holländer. Um 1880 zogen vier Familien fort. 1890 werden für Elsoff der Kaufmann Josua Lieber, der Handelsmann Samuel Elsoffer, der Gastwirt Samuel Hony und der Handelsmann Abraham Stern als „großjährige, unbescholtene und selbständige“ Juden verzeichnet. Nach dem Ersten Weltkrieg sind für Elsoff zwei jüd. Familien nachgewiesen, für die 1920er Jahre nur noch die Familie Löwenstein. Julius Kamp nahm als Unteroffizier am Ersten Weltkrieg teil.

Wolf Lieber baute im Laufe des 19. Jh. die Firma ‚W. Lieber Söhne‘ (Haus Nr. 76) auf, die über Elsoff hinaus Bedeutung erlangte. Verkauft wurden u. a. Lebensmittel, Eisenwaren, Kleidung und Bedarf für die Landwirtschaft. In einem eigenen Verlag erschienen Ansichtskarten und Drucke. Man stellte den likörartigen Schnaps ‚Wittgensteiner Waldperle‘ her, die Lagerkapazität betrug 3000 Liter. Mit mehreren Fuhrwerken wurden Wittgensteiner Holzwaren bis in die Niederlande vertrieben. Ein weiterer Erwerbszweig war der Geldhandel. Ende des 19. Jh. war Josua Lieber Firmeninhaber. Er vererbte das Geschäft seiner Nichte Laura, die den Kaufmann Kamp heiratete. In den Inflationsjahren nach dem Ersten Weltkrieg kamen die meisten Geschäftszweige zum Erliegen.

2.1.3 Renate Löwenstein lebte (wie ihr Anfang der 1930er Jahre verst. Vater Nathan Elsoffer) vom Schlachten und Fleischverkauf; ihre Tochter Edith besuchte seit ca. 1936 eine jüd. Schule im Rheinland. 1935 versammelten sich rund einhundert RAD-Angehörige vor den Häusern der beiden jüd. Familien und skandierten antisemitische Parolen. Laura Kamp, Erbin des Unternehmens ‚W. Lieber Söhne‘ verkaufte 1938 Geschäft und Grundeigentum, anschließend emigrierte sie mit ihren Söhnen in die USA. Ihr Ehemann Julius Kamp war 1937 gestorben. Renate und Edith Löwenstein zogen 1938 nach Unna, im ‚Israelitischen Altenheim‘ fanden sie Arbeit und wurden von dort ins Ghetto Theresienstadt deportiert. 1938 starb die unverh. Sophie Stern, Tochter von Abraham Stern, die Ackerbau betrieben und Handkäse hergestellt hatte; seit 1925 war sie auf Unterstützung der Gemeinde angewiesen. Im Haus Vetter wohnten ferner die geistig und körperlich behinderten Geschwister Berta und Nathan Elsoffer, die ebenfalls von städtischer Beihilfe lebten und später nach Bethel verlegt wurden. Die Schwestern Bertha (gen. Rosa) und Ida Hony betrieben einen Kolonialwarenladen und eine Gastwirtschaft, die sie an ihre christl. Haushälterin verkaufen mussten; nach der Zwangsumsiedlung nach Schwarzenau wurden sie im Juli 1942 über Dortmund ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Von den zwölf Juden, die 1933 in Elsoff gelebt hatten, konnten drei 1938 in die USA emigrieren, drei weitere starben bis 1939.

2.1.4 Am jüd. Friedhof in Elsoff wurde 2002 eine Tafel zum Gedenken an die aus Elsoff stammenden Juden angebracht, die in der NS-Zeit ermordet worden waren; 2010 wurde ein Gedenkstein eingeweiht. Die 2011 in Battenberg gezeigte Ausstellung über jüd. Schicksale der Region hatte auch Elsoffer Juden zum Gegenstand.

2.2.1 In Elsoff lebten 1734 acht Schutzjuden. 1765 lebten im Ort elf jüd. Familien, etwa ein Fünftel der Bevölkerung. 1819 lebten in Elsoff 30 Juden, 1843 waren es 49 und 1858 dann 33 Juden. Im Jahr 1871 waren von 739 Einwohnern 706 ev., drei kath. und 30 jüd. Glaubens, 1895 von 699 Einwohnern 678 ev. und 21 jüd. Glaubens, 1925 von 783 Einwohnern 768 ev., zwei kath. und 13 jüd. Glaubens. 1933 lebten im Ort zwölf Juden.

1842 wurde seitens der Regierung Arnsberg die Einrichtung eines Synagogenbezirks Elsoff erwogen, zu dem auch die Juden aus Schwarzenau und Beddelhausen gehören sollten. 1855/57 wurde dann der Synagogenbezirk Berleburg eingerichtet, dem Schwarzenau als Untergemeinde angehörte; die Juden in Elsoff wurden der Untergemeinde Schwarzenau zugeordnet. Mitte der 1920er und Anfang der 1930er Jahre

wurden die Juden aus Elsoff im ‚Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung‘ als Teil der Synagogengemeinde Berleburg aufgeführt.

2.2.2 Für 1843 ist belegt, dass die jüd. Gemeinschaft Elsoff einen Betraum gemietet hatte. Zeitweise befand sich der Betraum im Anbau des Hauses Nr. 41 an der Brückenstraße, das Berta und Nathan Elsoffer 1867 erworben hatten. In den 1880er Jahren wurde die Betstube in Elsoff auch von Juden aus Schwarzenau aufgesucht. 1888 befand sich der Gottesdienstraum im Haus des Färbers Karl Mengel.

2.2.3 1723 wird Läser Jacob als Schulmeister beim Juden Hirths in Elsoff erwähnt. Von 1842 bis 1846 war Callmann, genannt Salomon Blumenau, Lehrer in Elsoff; 1843 waren in Elsoff 15 jüd. Kinder schulpflichtig. 1847 unterrichtete der 19-jährige Daniel Meyer aus Hamburg, der 1846 in Soest seine Prüfung abgelegt hatte, zehn Kinder in der jüd. Schule, die sich neben Veters Haus (Nr. 41) befand. Er unterrichtete Lesen, Schön- und Rechtschreiben, Kopf- und Tafelrechnen, die deutsche, französische und hebr. Sprache, Religion und biblische Geschichte, Welt- und Naturgeschichte, Geographie, Singen sowie Zeichnen. Für 1848 werden Moses Steinweg und Joseph Levy als Lehrer erwähnt, wobei unsicher ist, ob Ersterer sein Amt angetreten hat. Friedrich Wilhelm Cahn war 1852 Lehrer in Elsoff, Elias Braunschweig 1856 und Immanuel Weinzwieg 1859.

2.2.4 Die Familie Lieber leistete nach dem Krieg 1870/71 finanzielle Hilfe bei der Anlage des Festplatzes auf dem Helm, wo sie bis 1933 einen Ehrenplatz hatte. Mitte des 19. Jh. flossen sporadisch Spenden aus Elsoff an die Haindorfsche Stiftung. 1931 spendete die Familie Lieber der ‚Winterhilfe‘ mehrere Kisten mit Kleidungsstücken für Bedürftige im Ruhrgebiet.

2.3.1 Den Berleburger Gemeindegremien gehörte in den 1920er Jahren Julius Kamp aus Elsoff an.

2.3.3 Im letzten Drittel des 19. Jh. waren acht Elsoffer Juden Mitglied im Kriegerverein: Levi Elsoffer, Nathan Elsoffer, Eli Elsoffer, Josua Lieber, Gustav Lieber, Levi Holländer, Samuel Hony und Abraham Stern.

3.1 Eine Betstube in Elsoff ist für das 19. Jh. belegt.

3.2 1762 gehörten elf von 57 Häusern in Elsoff jüd. Familien. 1810 ist für Elsoff ein Haus in jüd. Besitz nachgewiesen, 1848 nennt das Häuserverzeichnis von Elsoff sieben Juden als Hauseigentümer. Zum jüd. Hauserwerb im 19. Jh. siehe BRAUN, Schutzjuden – Mitbürger – Verfolgte, 25–40. In den 1930er Jahren wohnten Juden in den Häusern Nr. 32, 41, 76, 80 und Nr. 84.

3.3 Ein jüd. ‚Todtenacker‘ wird 1721 erwähnt, Moses und andere mussten dafür 27 Albus und 2 Heller an den Grafen zahlen. Ob es sich dabei um den heute noch vorhandenen Friedhof handelte, ist unklar. Wann der aus zwei Teilgrundstücken bestehende Friedhof am Heiligenberg (2362 m²) angelegt wurde, ist nicht bekannt. Grund und Boden gehörte einer Elsoffer Bauernfamilie, die den Juden um 1800 erlaubte, hier ihre Toten zu begraben; das ansteigende und landwirtschaftlich nur bedingt nutzbare Gelände wurde auch später nicht käuflich erworben. Aus den Jahren 1822 bis 1942 sind 93 Bestattungen von Juden aus Elsoff und den Nachbargemeinden belegt. Von den 56 namentlich bekannten Personen stammten 27 aus Elsoff, zwölf aus Beddelhausen, 17 aus Arfeld, Schwarzenau und Richstein, 25 Grabstellen sind erhalten. 1938 wurde der Friedhof geschändet. Vom zerbrochenen Grabstein der Veronika Hony fehlte danach ein Teil, 2012 wurde die fehlende Grabsteinhälfte anonym an ihrem Grab abgelegt. 1974 kaufte der ‚Landesverband Jüdischer Kultusgemeinden‘ von einem Elsoffer Bauern das Gelände, das heute mit Unterstützung der Dorfbewohner gepflegt wird. 2008 wurde der jüd. Friedhof ‚Unterm Heiligenberg‘ in die Liste der Baudenkmäler der Stadt Bad Berleburg aufgenommen.

- 4.1 Fürstlich Sayn-Wittgensteinsches Archiv, Bad Berleburg, J 17. – Fürstliches Archiv zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Bad Laasphe, J 70–91. – LAV NRW Abt. W (Münster), Kreis Wittgenstein, Landratsamt Nr. 573, 587; Rückerstattungen Nr. 15978, 15997 u. 16182. – StadtA Bad Berleburg, Amt Arfeld Nr. 2713, Gewannkarte 08-12.
- 4.2 Fotos des Friedhofs in BRAUN, „Schutzjuden – Mitbürger – Verfolgte“, 8–12, des Kriegervereins Elsoff 1900 (ebd. 15), des im Besitz der Familien Elsoffer/Löwenstein befindlichen Hauses Nordstraße 1 (ebd. 17), der Firma W. Lieber Söhne (ebd. 25ff). Foto eines Grabsteins auf dem jüd. Friedhof in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 515. Aufnahmen des Friedhofs in der Sammlung der LWL-Denkmalpflege, Münster.
- 4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 7–23 <1834–1862>. – Einige statistische und geographische Nachrichten von der Grafschaft Wittgenstein-Wittgenstein. In: Der Rheinische Bund 14 <1810> 40.–42. Heft, 125–134, 131.
- 4.4 BRAUN Georg Ludwig, „Schutzjuden – Mitbürger – Verfolgte“ in einer Wittgensteiner Landgemeinde. Ein Beitrag zur Geschichte der jüdischen Einwohner in Elsoff/Westfalen, Kreis Siegen-Wittgenstein, <http://www.elsoff-wittgenstein.de/dokumente/Zur%20Geschichte%20der%20Elsoffer%20Juden.pdf> [letzter Zugriff 20.1.2016]. – DERS., „Was haben wir denn getan?“. Die Elsoffer Juden, ein Beitrag zur Geschichte des Landjudentums in Elsoff – Kreis Siegen-Wittgenstein, 3. Überarbeitung 2014, http://www.elsoff-online.de/images/PDF/Elsaphu_Judaica%20%5BDeadline%5D%20HQ.pdf [letzter Zugriff 20.1.2016] – DIETERMANN Klaus/MORGENSTERN-WULFF Johanna/RÖCHER Ruth, Die jüdischen Friedhöfe im Kreis Siegen-Wittgenstein (= Dokumentation 8) <Siegen 1991>. – HÜSTER Kurt, Christen und Juden in Elsoff. In: Wittgenstein. Blätter des Wittgensteiner Heimatvereins 61,3 <1997> 109–114. Zugleich in: WOMELSDORF Horst, Jüdisches Leben im Siegerland und Wittgenstein. Gottesverheißung für sein Volk Israel <Muldenhammer 2010> 145–152. – MORGENSTERN-WULFF Johanna, Jüdische Begräbnisplätze und Grabmale in Wittgenstein, in: Wittgenstein. Blätter des Wittgensteiner Heimatvereins 52 <1988> 117–160.

Johannes Burkardt

BAD BERLEBURG-Schwarzenau

- 1.1 Stadt Bad Berleburg, Ortsteil Schwarzenau, Kr. Siegen-Wittgenstein
- 1.2 Bis 1605 Gft. Sayn-Wittgenstein; bis 1806 Gft. Sayn-Wittgenstein-Wittgenstein; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Im 18. Jh. zeitweise gräfl. Wittgenstein-Hohensteinische Residenz; infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Stadt Bad Berleburg.
- Die Untergemeinde Schwarzenau – u. a. mit den Orten Alertshausen, Arfeld, Beddelhausen, Berghausen, Elsoff, Girkhausen, Richstein, Schwarzenau und Wundertshausen – gehörte laut Statut von 1855/57 zur Synagogengemeinde Berleburg.
- 2.1.1 In Schwarzenau war 1744 der Schutzjude Mayer jun. 2 Rtlr. 30 Albus an Schutzgeld schuldig geblieben. 1759 lehnte Fürstin Elisabeth Hedwig von Nassau

(Witwe des Grafen Karl Friedrich Wilhelm zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein) zweimal das Gesuch des Samuel Weyl aus Schwarzenau ab, seinem Bruder Wolf Josef Weyl die Niederlassung zu erlauben, da die Anzahl der im Land befindlichen Schutzjuden „bereits sehr groß“ sei. Auch der Hinweis auf ein Vermögen der Braut des Bruders in Höhe von ca. 400 fl. konnte die Fürstin nicht umstimmen, da sie das Attest über den Betrag nicht anerkannte.

In Beddelhausen lebten 1744 die Schutzjuden Simon Lösser, Joseph Moyser und Abraham Samuel, jeder von ihnen war zu dem Zeitpunkt 5 Rtlr. Schutzgeld schuldig geblieben. Auch in Arfeld und Alertshausen lebten im 18. Jh. Juden, für 1700 ist in Alertshausen ein Veidt Mannus nachgewiesen.

In Berghausen ließ sich 1726 Isaak Melchior aus Elsoff nieder, 1728 protestierte die Gemeinde gegen den von ihm errichteten Neubau. Er war ursprünglich Glaser und Schlachter, seit 1727 betrieb er einen Branntweinbrennerei. 1736 pachtete er zusammen Salomon Liebmann aus Berleburg das Branntweinmonopol für die Nordgrafschaft. 1733 beherbergte er den ‚Judenpursch‘ Meyer, der auf halben Profit handelte.

2.1.2 Während des 19. Jh. lebten durchgehend zwischen 15 und 18 Juden in Schwarzenau, u. a. die Familien Elsoffer und Buchheim. 1810 waren drei Häuser in jüd. Besitz. 1832/34 führte Herz Berg einen Spezialeintrag. 1839 lebten in Schwarzenau 25 Juden, das entsprach einem Bevölkerungsanteil von etwa viereinhalb Prozent. 1846 waren als selbständige Juden Jacob Berg, Wolf Elsoffer und Samuel Homburger verzeichnet, die Familiennamen hatten sie 1808/09 angenommen oder schon zuvor geführt. 1890 werden als volljährige, unbescholtene Juden für Schwarzenau aufgeführt die Handeltmänner Herz Stern, Jacob Jacob und Jacob Buchheim sowie der Schankwirt Moses Steinweg.

In Beddelhausen war 1810 ein Haus in jüd. Besitz. 1839 lebten dort 19 Juden, was einem Bevölkerungsanteil von etwas mehr als sieben Prozent entsprach. 1846 waren als selbständige Juden Jacob, Levi und Sußmann Stern verzeichnet, den Familiennamen hatten sie 1808/09 angenommen oder schon zuvor geführt. 1890 wird der Schenkwirt Abraham Stern als einziger jüd. Familienvorstand für Beddelhausen aufgeführt.

In Arfeld lebten 14 Juden im Jahr 1839, das waren fast vier Prozent der Bevölkerung. 1846 war als selbständiger Jude in Arfeld Zadock Löwenstein verzeichnet, den Namen hat die Familie 1808/09 angenommen oder schon zuvor geführt. In den 1870er Jahren lebte die Familie Löwenstein noch im Ort. 1890 wird der Handelsmann David Löwenstein als einziger volljähriger Jude aufgeführt.

In Richstein lebten 1839 zehn Juden, was einem Bevölkerungsanteil von zweieinhalb Prozent entsprach. 1846 waren Moses Gunzenhäuser und die Witwe Hele Marburger als selbständige Juden in Richstein verzeichnet, die Familiennamen hatten sie 1808/09 angenommen oder schon zuvor geführt.

2.1.3 In Schwarzenau lebten in den 1930er Jahren der Metzger Gustav Jakob (wohnhaft Am Mühlgraben 2), die Witwe Emma Buchheim (Kolonialwarenladen, Haus Nr. 51) sowie der Metzger Leopold Elsoffer mit Frau Rosalie und fünf Kindern (Haus Nr. 49). In der Nacht des 9./10. Nov. 1938 warfen NSDAP-Mitglieder und SA-Männer mit Steinen die Fenster der Wohnungen von Emma Buchheim, ihres behinderten Bruders Max, des Metzgers Leopold Elsoffer und des Gastwirts Ernst Kassel ein, dessen Frau Jüdin war. Sie brachen Türen auf und demolierten Geschäfte. Max Buchheim und Leopold Elsoffer wurden ins Spritzenhaus gesperrt, Elsoffer blieb bis zum 29. Nov. 1938 im KZ Sachsenhausen. Die Familie Kassel musste wegen ausbleibender Gäste ihre Gastwirtschaft schließen, Grundstücke jüd. Besitzer mussten an Nichtjuden verkauft werden. Im Frühjahr 1942 wurden aus Elsoff die Schwestern Bertha und Ida Hony zwangsweise in das Haus des Metzgers Elsoffer in Schwarzenau umgesiedelt. 1942 wurden die Familie Elsoffer und die Geschwister Hony ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Meta Kassel und ihre Tochter Ilse mussten als ‚Mischehenpartner‘

bzw. ‚Mischlinge‘ Zwangsarbeit leisten, Meta Kassel war in Berlin im einstigen jüd. Krankenhaus untergebracht.

In Arfeld lebten in den 1930er Jahren Henriette und Jacob Wolff, die im Haus Nr. 32 eine Metzgerei betrieben. Nach Schmierereien an ihrem Haus und Anprangerungen in der Öffentlichkeit verkauften sie 1936 ihr Haus und verließen den Ort, ihr Sohn Richard konnte in die USA emigrieren.

In Beddelhausen betrieb der Handelsmann Josef Stern 1933 im Haus Nr. 41 (später Beddelhäuser Str. 26) einen Kolonialwarenhandel mit Gastwirtschaft. 1936 gab er das Geschäft auf und zog zu seiner Tochter Selma Frankenthal nach Schmallenberg. Ferner lebte 1933 der Metzger Gustav Max Stern mit seiner Familie im Ort; zu ihrem Haus (Nr. 25) gehörten Stallung, Scheune und Schlachthaus. An den Ausschreitungen während des Pogroms beteiligten sich fünf Beddelhäuser „sehr aktiv“, Gustav Stern wurde bis zum 28. Nov. 1938 im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Im April 1942 wurden Julchen und Gustav Stern über Dortmund ins Ghetto Zamość deportiert. In Girkhausen wurde 1926 Heinz Hirsch geboren, der 1941 in Berlin lebte und von dort nach Riga deportiert wurde.

2.1.4 Meta und Ilse Kassel kehrten nach Kriegsende nach Schwarzenau zurück, ebenso Gustav Jakob. 1948 wurden Ermittlungen gegen sechs Partei- und SA-Mitglieder wegen ihrer Beteiligung am Pogromgeschehen in Schwarzenau aufgenommen, das Verfahren wurde wenig später eingestellt. Dagegen legte der ‚Landesverband der jüdischen Gemeinden in Westfalen‘ Widerspruch ein. Schließlich kam es doch zur Anklage gegen einen der Beschuldigten, den das Schwurgericht Siegen zu drei Monaten Gefängnis verurteilte. 1949 hob der Oberste Gerichtshof der Britischen Zone dieses Urteil „wegen einseitiger Urteilsfindung zugunsten des Angeklagten“ auf. Nach einer Neuverhandlung sprach das Schwurgericht Siegen ihm eine Strafe von sechs Monaten Gefängnis zu, die der Angeklagte aber nicht antreten musste; 1950 wurde das Verfahren eingestellt.

2.2.1 In Schwarzenau lebten 1734 zwei Schutzjuden, 1751 zwei Juden, 18 im Jahr 1819, 25 im Jahr 1843, wiederum 18 im Jahr 1858. 1871 waren von 639 Einwohnern 612 ev., einer kath., 14 jüd. Glaubens, zwölf gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 568 Einwohnern 552 ev. und 16 jüd. Glaubens, 1925 von 660 (!) Einwohnern 631 ev., vier kath., elf jüd. Glaubens und ebenfalls elf bekenntnislos. 1932 lebten in Schwarzenau acht Juden.

Juden lebten ferner in folgenden heutigen Ortsteilen von Bad Berleburg, die 1855/57 dem Synagogenunterbezirk Schwarzenau zugeordnet waren. In Alertshausen lebten 1751 drei Juden. In Arfeld lebten 1726 zwei Schutzjuden, 1751 ein Jude, 1819 sechs, 1843 neun und 1858 dann 14 Juden; 1871 waren von 401 Einwohnern 393 ev., drei kath. und fünf jüd. Glaubens, 1895 von 469 Einwohnern 460 ev., fünf kath. und vier jüd. Glaubens, 1925 von 637 Einwohnern 618 ev., je vier kath. und jüd. Glaubens. In Beddelhausen lebte 1726 ein Schutzjude. 1734 lebten dort drei, 1751 fünf, 1819 zehn und 1843 dann 26 Juden; 1871 waren von 309 Einwohnern 293 ev. und 16 jüd. Glaubens, 1895 von 315 Einwohnern 302 ev. und 13 jüd. Glaubens, 1925 von 332 Einwohnern 318 ev., fünf kath. und neun jüd. Glaubens; 1932 lebten dort acht Juden. Für Girkhausen ist 1926 die Geburt eines jüd. Knaben nachgewiesen. In Richstein lebten 1819 sieben, 1843 acht und 1858 neun Juden. In Wunderthausen lebten 1858 sechs Juden, 1871 waren von 447 Einwohnern 440 ev. einer kath. und sechs jüd. Glaubens.

1842 wurde seitens der Regierung Arnsberg im Kreis Wittgenstein die Einrichtung der Synagogenbezirke Berleburg, Laasphe, Kirchspiel Elsoff (einschl. der Juden aus Schwarzenau und Beddelhausen) sowie Erndtebrück (einschl. Arfeld und Richstein) erwogen. Der vom Obervorsteher Hellwitz 1847 eingereichte Vorschlag sah hingegen vor, die Juden aus Arfeld und Richstein in den Synagogenbezirk Berleburg einzu-

gliedern. Mitte der 1850er Jahre wurden schließlich nur zwei Synagogenbezirke für den gesamten Kreis Wittgenstein – Laasphe und Berleburg – gebildet. Laut Statut von 1855/57 gehörten zur Untergemeinde Schwarzenau im Synagogenbezirk Berleburg die Juden aus den Ämtern Arfeld (u. a. mit den Orten Alertshausen, Arfeld, Beddelhausen, Elsoff, Richstein und Schwarzenau), Berghausen und Girkhausen (u. a. mit den Orten Girkhausen und Wunderthausen). 1905 wurden die 16 Juden aus Schwarzenau (1932/33 waren es acht) als Mitglieder der Synagogengemeinde Berleburg aufgeführt. 1909 umfasste der Gemeindeetat 362 Mark.

2.2.2 Für 1843 und 1847 ist eine Betstube belegt. Der Raum für den Gottesdienst war angemietet und wurde auch von Juden aus Beddelhausen, Arfeld und Richstein besucht. Für die 1850er und 1860er Jahre ist ebenfalls ein Betraum nachgewiesen. In den 1880er Jahren gingen die Schwarzenauer Juden zum Gottesdienst nach Elsoff.

2.2.3 1843 waren in Schwarzenau neun jüd. Kinder schulpflichtig, in Beddelhausen fünf Kinder sowie in Arfeld und Richstein jeweils ein Kind. Um 1900 gab es in Schwarzenau sechs bis acht schulpflichtige Kinder, für deren Unterricht die Untergemeinde nicht aufkommen konnte. Nach wiederholter Aufforderung, für eine gesetz- und statutenmäßige Unterweisung der Kinder zu sorgen, drohte die Regierung 1901, die Untergemeinde aufzulösen und in die Hauptgemeinde einzugliedern. Die sieben bzw. sechs jüd. Kinder erhielten 1909 und 1913 Wanderunterricht von Lehrer Albert Stern aus Berleburg.

2.2.4 Seit den 1860er Jahren bis zu Beginn des 20. Jh. unterstützten Schwarzenauer Juden die Haindorfsche Stiftung.

2.3.1 Den Vorstand der Untergemeinde Schwarzenau stellten 1909 Jakob, H. Stern und H. Steinweg, 1913 A. Stern aus Beddelhausen und Eli Elsoffer. In den 1920er Jahren gehörte Jacob Wolf aus Arfeld den Gemeindegremien in Berleburg an. 1926–1938 war Gustav Stern Vorsteher in Schwarzenau.

3.1 Belege für einen Betraum finden sich für die 1840er bis 1860er Jahre.

3.3 Die Juden aus Schwarzenau bestatteten ihre Verstorbenen auf dem jüd. Friedhof in Elsoff. Bestattungen in Elsoff sind ferner belegt für Juden aus Arfeld, Beddelhausen und Richstein. Auf dem 1906 in Berleburg eingerichteten neuen Friedhof sind ebenfalls Juden aus Arfeld begraben.

4.1 Fürstliches Archiv zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Bad Laasphe, Unterlagen betr. die Edertalgemeinden. – LAV NRW Abt. W (Münster), Rückerstattungen, Nr. 16005. – StadtA Bad Berleburg, Amt Arfeld Nr. 2710–2712; Amt Girkhausen Nr. 4344 u. 4488.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 20–40 <1854–1899/1901>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1909> 70, <1913> 89. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 158. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 51.

4.4 ACHINGER Gerda, Erst Mitbürger – dann Verstoßene. Das Schicksal der jüdischen Familie Wolff aus Arfeld. In: Wittgenstein. Blätter des Wittgensteiner Heimatvereins 78 <2014> 5–19. – OPFERMANN Ulrich Friedrich, „Mit Scheibenklirren und Johlen“. Juden und Volksgemeinschaft im Siegerland und in Wittgenstein im 19. und 20. Jahrhundert (= Siegerner Beiträge. Jahrbuch für regionale Geschichte, Sonderband 2009) <Siegen 2009>. – WOMELSDORF Horst, Jüdisches Leben im Siegerland und Wittgenstein. Gottesverheißung für sein Volk Israel <Muldenhammer 2010>.

BAD LAASPHE

1.1 Stadt Bad Laasphe, Kr. Siegen-Wittgenstein

1.2 Bis 1605 Gft. Sayn-Wittgenstein, bis 1806 Gft. Sayn-Wittgenstein-Wittgenstein; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – 1277 als ‚civitas‘ bezeichnet; Residenz der Grafen von Wittgenstein (seit 17. Jh. Sayn-Wittgenstein-Hohenstein); seit 1984 mit dem Zusatz ‚Bad‘.

Laut Statut von 1855 umfasste der Synagogenbezirk Laasphe die gleichnamige Stadt sowie die Ämter Banfe (u. a. mit den Orten Banfe, Ditzrod, Fischelbach, Niederlaasphe, Puderbach und Saßmannshausen) und Erndtebrück (u. a. mit Amtshausen, Erndtebrück und Feudingén).

2.1.1 Als in Laasphe ansässiger und Schutzgeld zahlender Jude wird 1635 Nathan genannt. Der Bürgermeister äußerte gegenüber dem Grafen, man wolle nicht „solche ungleubigen Hebräer in unserer Gesellschaft“. Nathan beklagte sich 1641 beim Grafen, dass er im Ort nicht geduldet werde, und berief sich auf den ihm zustehenden Schutz. Als bayerische Reiter 1645 in Laasphe plünderten, waren davon auch die Ehefrauen von Nathan und Mannus betroffen. 1647 kritisierte Nathan die Niederlassungserlaubnis für Liebmann, der ihm „gleichsam das Brod vor dem Munde“ abschneide. Für 1680 werden die Familien bzw. Einzelpersonen Heime, Liebmann, Marx, Meyer und Seligmann erwähnt, für 1683 sind 19 jüd. Personen in Laasphe belegt. 1691 zahlte jeder Haushalt 10 Rtlr. Schutzgeld, der zugezogene Salomon 5 Reichstaler. 1720 waren sieben jüd. Haushalte verzeichnet: Raphael, Hirsch, Liebmann, Affrom, Abraham, Moses und Markus. 1734 wurde auf dem Markt von Laasphe der Berleburger Schutzjude Israel verhaftet, weil er sich geweigert hatte, Marktzoll zu entrichten, er musste sich für 20 Gulden freikaufen. Seine diesbezügliche Beschwerde wies die gräfl. Kammer zurück. 1744 sind für Laasphe in der Liste säumiger Schutzgeldzahler aufgezählt: Abraham Raphael, Gabriel Marx, Rabbi Moses Juda, Zadock Mayer, Mannus Raphael, Mausche Gumbel, Arndt Lösser, Levi Jost, „Liebmanns frau“, Affron Mendel und Löb Stieglitz; sie waren zwischen 4 und 12 Rtlr. schuldig. Viele der genannten Juden lebten vom Metzgergewerbe. 1748 warfen die vom Grafen eingesetzten Fleischschätzer dem Laaspheer Juden Moses Simon, dessen Sohn Meyer sowie Simon Raphael, Mannus Raphael und weiteren nicht namentlich genannten Juden vor, „krankes und schadhaftes Vieh“ in die Stadt gebracht und deren Fleisch zum Preis einwandfreier Ware verkauft zu haben. Ab 1750 kam es wegen eines Kredits, den die Juden abzahlen mussten, zu Unruhen in der Judenschaft, die Graf Friedrich 1753 beenden konnte. 1752 werden zwölf Schutzjuden für Laasphe erwähnt: Abraham Raphael, Zadock Meyer, Mannus Raphael, Abraham Mencke, Moses Simon, Moses Gumbel, Gabriel Marx, Löb Stieglitz, Aaron Lösser, Candels Witwe sowie Liebmann und Nachmann Storch. Als Meier Moses aus Laasphe 1759 während des Siebenjährigen Krieges für den Aufenthalt franz. Truppen in Laasphe Fleisch im Wert von 250 Rtlr. geliefert hatte, dauerte es acht Jahre, bis die Stadt ihm – auf Betreiben des Grafen – die Kosten dafür ersetzte. 1786 lebten in Laasphe zwölf jüd. Familien, die Ehefrauen stammten zumeist aus Hessen. In den 1780er Jahren hatte Raphael Zadock Schulden in Höhe von 8000 Rtlr., der Hauptgläubiger war Noe du Fay in Frankfurt am Main. Durch einen Mittelsmann aus Berleburg versuchte der Gläubiger die Livreen, die Zadock an das Berleburger Schloss lieferte, beschlagnahmen zu lassen. Zadock klagte dagegen erfolgreich bei der Wittgensteiner Regierung.

In Erndtebrück lebte seit 1768 der 1743 geborene Lösser Mayer, der von Laasphe dorthin gezogen war; 1774 stritt er sich mit der jüd. Gemeinde in Laasphe wegen seines Beitrags zum ‚Juden Schul-Bau Capital‘. Mayer gab an, seit seinem Fortzug die

Dienste der Laasphe Gemeinde nicht mehr in Anspruch genommen zu haben; bei Bedarf zahle er den Schächter aus Berleburg. Schließlich willigte er in weitere Zahlungen (250 Rtlr.) ein und erhielt dafür u. a. das Begräbnisrecht auf dem jüd. Friedhof in Laasphe. 1779 erwarb der bereits seit längerer Zeit in Erndtebrück wohnende Schutzjude und Handelsmann Gottlieb Levi (geboren 1746, Stammvater der Familie Levi/Simon) an der Bergstr. für 60 Rtlr. ein auffälliges Haus, das er durch einen Neubau ersetzen wollte. Levi erhielt die Auflage, wegen der Feuergefahr einen Abstand von 10 Fuß zur dahinter liegenden Scheune einzuhalten, die der Verkäufer für sich zur Wohnung umbauen wollte. Der Lehnsherr erteilte die Erlaubnis, da er von Levi außer dem Schutzgeld auch Wolfsgeld, Holzbußen-, Laub- und Spatzenkopfgeld sowie ‚Küh-Weydegeld‘ zu erwarten hatte. 1786 lebten die Juden Löffler Mayer und Gottlieb Levi mit ihren Familien in Erndtebrück.

Für weitere heutige Ortsteile von Bad Laasphe ist die Anwesenheit von Juden im 18. Jh. belegt. In Fischelbach lebten im Jahr 1700 Simon Kahn und die Witwe des Levi. 1726 war dort ein Schutzjude ansässig, 1734 waren es zwei. Für 1744 ist die Witwe des Juda Marx genannt, 1751 lebte dort ein Jude. In den 1760er Jahren war Marcus Juda aus Fischelbach Handlungsgehilfe des Schwelmer Schutzjuden Joseph Meyer und später bei dessen Schwiegersonn. In Niederlaasphe waren 1700 Salomon Levi und Jacob Levi ansässig, 1751 lebten dort zwei Juden. In Puderbach ist für 1744 der Schutzjude Abraham Stroh nachgewiesen. Aus Feudingen sollen schon in den 1720er Jahren Juden zur Synagoge in Laasphe gekommen sein. Für 1751 ist ein Jude in Feudingen nachgewiesen.

2.1.2 1808 zog Aaron Marcus von Laasphe nach Kirchhellen (heute Stadt Bottrop), zehn Jahre später nach Recklinghausen. 1824 waren von den in Laasphe ansässigen Juden 14 als Händler tätig, vier als Schlachter, einer arbeitete als Arzt (Herz Herzberg), einer als Schuhmacher und einer als Krämer. Für 1832 sind in Laasphe Levi Blumenthal als Winkelier in Spezereiwaren, Vieh- und Pferdehändler sowie Abraham Scheuer als Winkelier in Ellenwaren nachgewiesen. 1834 handelten Abraham und Levy Scheuer mit Ellen- und Spezereiwaren, Liebmann Beifuss vertrieb Ellenwaren, Levy Blumenthal handelte mit Vieh, David Levy mit Spezereiwaren, zudem betrieb er eine Seifensiederei. 1846 waren in Laasphe als selbständig tätige Juden (weitgehend ohne Berufsangabe) verzeichnet Liebmann Beifuß, Giedchen und Jacob Bettelhäuser, Levi Blumenthal, Jacob Groos, Raphael Herzberg, Coppel und Moses Heß, der Schlachter Abraham Hony, ein weiterer Abraham Hony, Raphael Hony, David Levi, Salomon Marburger, Michael Rain, Jacob, Raphael und Röschen Rosenberg, weiterhin Abraham, Blume, Herz, Levi und Simon Scheuer, Levi Schlefinger, Janne und Nachmann Storch, Abraham Windecker, die Witwe Windecker sowie die Witwen von Liebmann Hony, Aron Präger und Herz Scheuer. Die genannten erblichen Familiennamen hatten sie ohne Ausnahme 1808/09 angenommen oder bereits zuvor geführt. Mit Unterstützung des Haindorfischen Vereins wurden Mitte des 19. Jh. Hirsch Groos zum Schuhmacher und Simon Schlesinger zum Buchbinder ausgebildet.

1867 merkte der Bürgermeister an, dass von 26 „israelitischen Hausvätern“ in Laasphe 16 wohlhabend seien, zehn verfügten über kein Kapital; 1883 stufte er zwei Drittel als gutsituiert ein, ein Drittel lebe „zum größten Teil in sehr ärmlichen Verhältnissen“. Aus Laasphe erhielten 1870 fünf Personen (aus Fischelbach drei und aus Feudingen eine Person) Unterstützung aus der Rothschildschen ‚Stiftung für arme Israeliten‘ in Frankfurt. Auch in der zweiten Hälfte des 19. Jh. waren die meisten Laasphe Juden als Händler (vor allem Vieh- oder Wanderhändler) und Metzger tätig; am Ende des 19. Jh. werden zudem ein Seifensieder, ein Kappenmacher und eine Kleidermacherin genannt. In den 1880er Jahren waren von 14 Schlachtern in Laasphe elf Juden, 1891 gab es ausschließlich jüd. Metzger in Laasphe (Salomon Heß, Levy und Meier Hony, Michael Präger, Simon Rosenberg und Joel Simon). Anlässlich einer Viehverladung

kam es 1897 am Bahnhof zu einer Schlägerei zwischen jüd. Händlern. Der Handel und die Viehverladung an Sonntagen führten immer wieder zu Kritik, gelegentlich auch zu Geldstrafen. Eine Ausbildung an der Haindorfschen Lehrerbildungsanstalt absolvierten Salomon Rosenbaum und Simon Scheuer Anfang der 1880er Jahre, Albert Rosenbaum Ende der 1890er Jahre, zu Beginn des 20. Jh. Julius Rosenberg. Bei der Beantragung von Wandergewerbescheinen gaben 1912 von den 25 jüd. Antragstellern 17 an, Viehhandel zu betreiben (zumeist in Verbindung mit Metzgerei), vier waren im Textilwarenhandel tätig, einer im Altwarenhandel, zwei im Gemischtwarenhandel und einer war Krämer.

Salomon Hony aus Laasphe war Soldat im Deutsch-Dänischen Krieg 1864, zusammen mit Joel Rosenberg nahm er auch am Preußisch-Österreichischen Krieg 1866 teil. Zwei Laaspheer Juden waren 1870/71 Soldaten im Krieg gegen Frankreich. 1878 lobte das ‚Wittgensteiner Wochenblatt‘ den selbstlosen Einsatz des Simon Hony nach einer Brandkatastrophe: „Was hier der Israelit gethan, kann wahrlich jedem Christen ein leuchtendes Beispiel sein!“ Für ihren Einsatz im Ersten Weltkrieg erhielten Max Präger, Rudolph Hony und Siegfried Hony das EK II. Seit Ende des 19. Jh. sind in der Lokalpresse vermehrt antisemitische Äußerungen festzustellen. 1892 wurde in Laasphe ein antisemitischer Reformverein gegründet.

In Erndtebrück lebten in der ersten Hälfte des 19. Jh. u. a. die Juden Michel Levi, Israel Abraham und Raphael Hony mit ihren Familien. Für 1834 ist Michel Levy (Sohn des Gottlieb Levi) als Ellen-, Spezereiwaren- und Viehhändler verzeichnet. 1846 waren als selbständig tätige Juden in Erndtebrück Raphael Honi (auch Hony, die Familie zog 1869 nach Hilchenbach), Gottlieb Levi (Sohn des Michel Levi, Enkel des Gottlieb Levi), die Witwe des Michel Levi, Gillel Mond sowie die Witwe von Zadack Sternberg verzeichnet. Die drei Brüder Gottlieb, Herz und Liebmann (Söhne von Michel Levi) gründeten in Erndtebrück Familien; Gottlieb Levi kaufte das Soestsche Gasthaus an der Hauptstraße und betrieb dort einen Kramladen.

Gottliebs Sohn Abraham-Michael Levi (1854–1931) hatte zwei Kinder. Der Sohn zog fort, während die Tochter Bella den Kaufmann James Simon heiratete und mit ihren Kindern im Ort blieb. Auch Nachkommen des Israel Abraham lebten in Erndtebrück: Seine Enkelin Frommet (Fanny, gest. 1920) heiratete den Viehhändler Moses Stern, nach dessen Tod ehelichte sie Moritz Moses. Letzterer heiratete nach Frommets Tod erneut, er betrieb in der Hauptstr. 43 in Erndtebrück eine Metzgerei. Nathan Stern aus Erndtebrück war Soldat im Ersten Weltkrieg.

In Feudingen ist für 1832 Abraham Löwenstein als Winkelier in Manufaktur- und Spezereiwaren sowie als Betreiber einer Schenkwirtschaft nachgewiesen. 1846 waren Gabriel Braunschweig und Abraham Löwenstein als selbständig tätige Juden verzeichnet; die genannten erblichen Familiennamen hatten sie 1808/09 angenommen oder bereits zuvor geführt. In den 1870er Jahren wohnte in Feudingen die jüd. Familie Braunschweig, während des Ersten Weltkriegs die Familie Löwenstein.

In Fischelbach waren 1846 die selbständig tätigen Juden Benedict Burg, Jacob Gros, die Witwe von Abraham Gros, Jacob Löwenstein sowie ferner Hanna, Joel, Juda und Samuel Stern verzeichnet; auch sie hatten ihre Familiennamen 1808/09 angenommen oder bereits zuvor geführt. In der zweiten Hälfte des 19. Jh. sind für Fischelbach die jüd. Familien Brill, Burg und Löwenstein nachgewiesen. In den 1920er Jahren zog Moritz Löwenstein mit seiner Familie fort. In Puderbach lebte in den 1920er Jahren die jüd. Familie Wolff, in Banfe lebte in den 1880er Jahren die Familie Burg.

2.1.3 Bald nach der Machtübernahme begannen in Laasphe Hetzkampagnen gegen Juden. Nachdem er mit einem SA-Mann aneinandergeraten war, wurde Max Hony im Aug. 1933 mit einem Schild „Ich bin ein Jude“ durch die Straßen geführt. Im April 1934 wurden jüd. Schüler aus der Mittelschule und dem Gymnasium ausgeschlossen. Die kommunalen Behörden bemühten sich, die Laaspheer Juden aus dem Viehhandel

zu verdrängen. Unmittelbar nach Erlass der ‚Nürnberger Gesetze‘, wurde 1935 eine ‚Judenkartei‘ angelegt als Vorbereitung für eine 1936 vom Innenministerium verlangte ‚Liste rassisch Unerwünschter‘, darin wurden 89 Juden und 13 Zigeuner aufgeführt. Max Präger, Sally Gunzenhäuser und Meier Scheuer mussten 1935 ihre christl. Dienstmägde entlassen. 1936 wurde Heinz Hesse mit dem Schild ‚Rassenschänder‘ durch die Stadt getrieben. Als Folge der Erniedrigungen ertränkte sich Mathilde Oster 1936 in der Lahn. Anfang 1935 wurde eine zionistische Arbeitsgemeinschaft gegründet. Nach einem Bericht des ‚Israelitischen Familienblatts‘ unterrichtete Lehrer Mansbach jeden Samstag in der jüd. Volksschule Hebräisch, 22 Personen nahmen daran teil. 1936 organisierte die Arbeitsgemeinschaft in der Synagoge in Berleburg die Vorführung eines Films über das Leben in Palästina. Aufgrund des ‚Gesetzes über die Anmeldung des Vermögens von Juden‘ vom 26. April 1938 erstellte die Stadtverwaltung eine Liste mit 16 Personen, die „schätzungsweise ein Vermögen von über 5000 Mark haben“. Als im Herbst 1938 eine jüd. Frau beigesetzt werden sollte, verweigerte man die Benutzung des Leichenwagens. Zwischen 1935 und 1941 wanderten 28 Laasphe Juden aus – 17 gingen in die USA, sechs nach England, drei in die Niederlande und je eine nach Palästina und Panama.

Während des Novemberpogroms 1938 wartete man in Laasphe – vermutlich beeinflusst durch Vorgänge im benachbarten Hessen – nicht auf Anweisungen aus München; Mitglieder von SA, SS und NSDAP versammelten sich schon vor Mitternacht mit Werkzeugen auf dem Appellplatz. Zunächst wurden bei Meier Scheuer Fenster und Tür eingeschlagen, dann zog man zur Synagoge. Innenraum und Inventar wurden komplett zerstört, die Wasserleitung aufgeschlagen, Kultusgegenstände im Hof verbrannt. Verwüstet wurden auch die Häuser von Heli und Max Gunzenhäuser, Leopold Marburger, Jakob Moses, Hermann und Max Präger sowie Emma Rosenberg, die Wohnung von Sally Hahn (der zudem zusammengeschlagen wurde) sowie die Geschäfte von Meier Scheuer und Moritz Rosenbaum, dabei kam es auch zu Plünderungen. Auffallend viele Laasphe Lehrer waren am Pogromgeschehen beteiligt, so dass deren Schüler am darauffolgenden Tag die Plünderungen fortsetzten. Während die Nachbarn des Ehepaars Scheuer Hilfe verweigerten, fanden die Familien Gunzenhäuser und Präger Unterschlupf bei Nachbarn oder Bekannten. 24 Männer aus der Stadt und dem Amt Laasphe wurden verhaftet, eine Nacht im Laasphe Polizeigefängnis festgehalten und über Siegen ins KZ Sachsenhausen gebracht. Einer von ihnen wurde dort erschlagen, die übrigen bis Anfang 1939 wieder entlassen. Gegen sieben am Pogrom beteiligte Plünderer – sechs davon aus Laasphe, unter ihnen keine Parteimitglieder – wurde Ende 1938 Anklage erhoben, das Verfahren wurde 1939 jedoch aufgrund eines Führererlasses eingestellt. Als 1941 auf Befehl der Gestapo Dortmund jüd. Haushalte in Laasphe auf „nicht unbedingt notwendige“ Gegenstände wie Rundfunkgeräte, Kleidung und Lebensmittel durchsucht wurden, stahlen zwei Kontrollleure Kleidungsstücke; eine Anzeige verlief im Sande.

Im April 1942 wurden mehr als 40 Laasphe Juden – Angehörige der Familien Beifus, Bettelheiser, Brill, Hahn, Hess, Hirsch, Hony, Marburger, Moses, Rosenbaum, Scheuer und Wagner; ferner vier Personen aus Banfe und zwei aus Erndtebrück – über Dortmund ins Ghetto Zamość deportiert. Im Juli 1942 wurden 19 vorwiegend ältere Personen aus Laasphe über Dortmund nach Theresienstadt verbracht. Einige Tage nach den Deportationen veranlasste der Landrat die Verteilung des Mobiliars der Verschleppten, die Verwaltung der Häuser bzw. Wohnungen übernahm das Finanzamt Siegen. Nach den beiden großen Deportationen verblieb in Laasphe die jüd. Familie Max Präger. Der Sohn Herbert versuchte vergeblich, nach Palästina zu gelangen. Ab Anfang 1940 musste er in einem Wald in Jüterborg-Luckenwalde arbeiten, bis Mitte 1941 war er im Arbeitslager ‚Grüner Weg‘ in Paderborn, dann in Laasphe auf der Friedrichshütte bei der Holzfabrik ‚Bang und Co.‘ eingesetzt. Am 1. März 1943 wurde

er mit 1500 weiteren Juden ins KZ Auschwitz deportiert, wo er im Buna-Werk für die IG Farben arbeiten musste. Nach seiner Befreiung gelangte er 1947 über Umwege nach Palästina. Seine Eltern und seine Geschwister wurden im Mai 1943 zunächst nach Theresienstadt deportiert und von dort im Okt. 1944 ins KZ Auschwitz, seine Schwester Hanna überlebte. In Laasphe verblieben drei Jüdinnen, die mit Christen verheiratet waren, sie wurden kurz vor Kriegsende in Arbeitslager verbracht.

In Erndtebrück lebten 1933 drei jüd. Familien, die hauptsächlich von Kramläden und vom Metzgereigewerbe lebten. Im Ort wurde ein Verzeichnis der ‚Volksgenossen‘ ausgehängt, die bei Juden kauften; Bella Simon-Levi musste daraufhin ihr Geschäft aufgeben. James Simon geriet mit Nationalsozialisten in Streit, im Rahmen des Novemberpogroms wurde er in ‚Schutzhaft‘ genommen. Während er nach England entkommen konnte, wurden seine Frau und die Kinder 1942 von Köln aus nach Minsk deportiert, von dort nach Maly Trostinec, wo sie umkamen. Der Metzger Moritz Moses, der in der Hauptstr. 43 eine Metzgerei betrieb, übergab sie seiner Nichte Luise Else, die mit Arthur Winter verheiratet war. Moritz Moses wurde im Nov. 1938 inhaftiert, sein Sohn aus zweiter Ehe (Herbert) gelangte 1939 nach Palästina. Moritz Moses musste zeitweise in Laasphe im Tiefbau arbeiten, gemeinsam mit seiner Frau Betty wurde er im April 1942 über Dortmund nach Zamość deportiert. Auch Arthur Winter wurde 1938 verhaftet und musste anschließend im Tiefbau Zwangsarbeit leisten. Mit seiner Frau und zwei Kindern zog er 1939 nach Siegen, 1943 wurde die Familie ins KZ Auschwitz verbracht. In Erndtebrück wohnhaft blieb die in Berleburg geborene Friederike Dickhaut geb. Goldschmidt, die mit einem Nichtjuden verheiratet war. Mitte 1944 wurde sie im Polizeigefängnis Dortmund inhaftiert und dann ins KZ Auschwitz deportiert, wo sie ermordet wurde. Von den 1933 in Erndtebrück gemeldeten 13 Juden überlebten drei die NS-Zeit.

Auch in Fischelbach wurde der jüd. Haus- und Grundbesitz ‚arisiert‘. Abraham Groos und seine Frau wanderten 1939 zu ihrem Sohn Max in die USA aus. In Banfe lebten Berta und Benjamin Burg (Letzterer war 1938/39 im KZ Sachsenhausen inhaftiert) mit ihren Söhnen. Der 14-jährige Simon Burg konnte mit einem Kindertransport nach England entkommen. Seine Eltern wurden im April 1942 über Dortmund ins Ghetto Zamość deportiert, zum Transport gehörten auch die Geschwister Joseph und Berta Burg.

2.1.4 Die Staatsanwaltschaft Siegen nahm 1948 Vorermittlungen zur ‚Judenaktion‘ von 1938 in Laasphe gegen 26 Personen auf, gegen 15 wurde Anklage erhoben. Arnold Reuter (Einzelhandelskaufmann in Laasphe, NSDAP-Mitglied, Leiter der NS-Hago, NS-Stadtverordneter und Presbyter) wurde als Hauptangeklagter zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, zehn weitere Beteiligte zu drei Monaten Gefängnis. 1983 besuchten einzelne Emigranten die Stadt, 1988 kam eine größere Gruppe zu Besuch. Zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms legte die Stadt Laasphe 1988 ein Gedenkbuch an, in dem Namen und biographische Daten der jüd. Opfer vermerkt wurden. Auf Initiative von Bürgermeister Otto Düsberg wurde 1991 ein ‚Freundeskreis für jüdisch-christliche Zusammenarbeit‘ gegründet. 1992 erfolgte die Benennung einer Straße nach dem in Auschwitz umgekommenen Max Präger, 1998 wurde eine Gedenktafel am jüd. Friedhof angebracht, jährlich findet am 9. Nov. eine Gedenkveranstaltung statt. Seit 2006 beteiligt sich Bad Laasphe an der Aktion ‚Stolpersteine‘.

In Erndtebrück wurde 2003 eine Gedenktafel für die jüd. Opfer unterhalb der ev. Kirche an der Bergstraße angebracht, vor der jährlich am 9. Nov. Gedenkveranstaltungen stattfinden. 2004 besuchte Herbert Moses, der als 15-Jähriger aus Erndtebrück floh, seine Heimat. 2013 wurden in Erndtebrück zehn ‚Stolpersteine‘ verlegt; aus diesem Anlass reiste Ingo Moses, ein Enkel des Ehepaars Moritz und Betty Moses, mit seinem Sohn nach Erndtebrück. Seinen Geburtsort Banfe besuchte in den 1980er Jahren der Emigrant Simon Burg aus Israel.

2.2.1 In Laasphe lebten 1726 fünf, 1734 zwölf Schutzjuden, 1751 lebten 14 erwachsene Juden im Ort. 1819 waren in Laasphe 80 Juden ansässig, 1843 waren es 107, 1858 dann 111 Juden. Im Jahr 1871 waren von 2032 Einwohnern 1868 ev., 18 kath., 134 jüd. Glaubens, zwölf gehörten anderen christl. Gemeinden an, 1895 von 2192 Einwohnern 2032 ev., 13 kath., 145 jüd. Glaubens, zwei gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1925 waren von 2799 (!) Einwohnern 2603 ev., 63 kath., 124 jüd. Glaubens und drei bekenntnislos. 1932 lebten in Laasphe 125 Juden, 1938 waren es 92.

In folgenden heutigen Stadtteilen von Bad Laasphe haben zumindest zeitweise Juden gelebt: In Amtshausen waren 1925 von 137 Einwohnern 131 ev. und sechs jüd. Glaubens. In Banfe waren 1895 von 726 Einwohnern 711 ev., sechs jüd. Glaubens, neun gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1925 waren von 955 Einwohnern 921 ev., vier kath., fünf jüd. Glaubens und einer war bekenntnislos; 1932 lebten dort sechs Juden. In Feudingen lebte 1751 ein erwachsener Jude, 1819 waren es neun. 1843 lebten dort 18 Juden, 1858 dann 16. Im Jahr 1871 waren in Feudingen von 1056 Einwohnern 1037 ev., zwei kath. und 17 jüd. Glaubens; 1895 waren von 1314 Einwohnern 1205 ev., elf kath., sechs jüd. Glaubens, 92 gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1925 waren von 1588 (!) Einwohnern 1529 ev., 21 kath., zwei jüd. Glaubens und sieben bekenntnislos. In Fischelbach war 1726 ein Schutzjude ansässig, 1734 waren es zwei. 1751 lebte dort ein erwachsener Jude, 1819 waren es 28, 1843 dann 31 und 1858 noch 25. Im Jahr 1871 waren von 577 Einwohnern 519 ev., 32 kath. und 26 jüd. Glaubens; 1895 waren von 446 Einwohnern 407 ev., 22 kath., elf jüd. Glaubens, sechs gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1925 waren von 584 Einwohnern 552 ev., 20 kath., und zwölf jüd. Glaubens. In Niederlaasphe sind um 1700 und 1751 zwei Juden nachgewiesen. In Puderbach lebte 1744 ein Schutzjude, eine weitere Familie ist in den 1920er Jahren verzeichnet. In den Bauerschaften Ditzrod und Saßmannshausen sollen in den 1720er Jahren zeitweise Juden gewohnt haben.

In der eigenständigen Gemeinde Erndtebrück lebte 1768 ein Schutzjude, 1819 waren 15 Juden verzeichnet, 27 im Jahr 1843 und 30 im Jahr 1858. 1871 waren von 1084 Einwohnern 1040 ev., sechs kath., 28 jüd. Glaubens, zehn gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1895 waren von 1583 Einwohnern 1531 ev., 37 kath., elf jüd. Glaubens, vier gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1925 waren von 2426 (!) Einwohnern 2375 ev., 34 kath., neun jüd. Glaubens und zwei bekenntnislos; 1932 lebten dort neun Juden.

Auf Initiative des Friedberger Rabbiners Michel (Michael) Bär Oppenheim verfasste 1721 der Vorsteher der Judenschaft des Hztm. Westfalen, Michael Can aus Schmalenberg, wegen „der obschwebenden Streittigkeiten der jüdischen ceremonien und der Armen bilietten“ in Laasphe eine „ordnung nach Jüdischer Ceremoni“. Darin waren u. a. die Armenfürsorge und der Gottesdienstbesuch geregelt, männliche Gemeindeangehörige sollten die Synagoge montags und donnerstags besuchen, am Sabbat und an hohen Feiertagen (unter Strafandrohung) morgens und abends. Auch in den Folgejahren wurden hessische Rabbiner bei Problemen in der Gemeinde bemüht. Eine neue Laasphe Ordnung aus dem Jahr 1752 regelte die bei Fernbleiben von Gebet und Gottesdienst von den Gemeindegliedern zu zahlenden Strafen sowie die Aufgaben des Synagogendieners und der Kastenmeister, ferner das Aufbringen der Almosengelder.

1842 wurde seitens der Regierung Arnsberg die Einrichtung zweier Synagogenbezirke Laasphe und Erndtebrück (mit den Kirchspielen Arfeld, Fischelbach, Feudingen und Erndtebrück) erwogen. Der vom Obervorsteher der Juden im Hzt. Westfalen und in der Gft. Wittgenstein, Hellwitz, 1847 eingereichte ‚Vorschlag über die Bildung von Synagogen-Gemeinden‘ sah hingegen vor, Laasphe mit Fischelbach zu einem Synagogenbezirk zusammenzuschließen, ebenso Erndtebrück und Feudingen. Stattdessen wurden 1855 die Stadt Laasphe sowie die Ämter Banfe (u. a. mit Banfe, Fischelbach, Niederlaasphe und Puderbach) und Erndtebrück (u. a. mit Amtshausen, Erndtebrück

und Feudingen) zum Synagogenbezirk Laasphe vereinigt, während die Arfelder Juden dem Bezirk Berleburg zugeschlagen wurden. 1855 traten Statuten in Kraft, obwohl sie nur von zwei der neun Gemeinderepräsentanten gebilligt und unterzeichnet worden waren. Ebenfalls 1855 wurde eine neue Synagogenordnung erstellt. Seit etwa 1869 war ein Schulvorstand für die Angelegenheiten der öffentlichen jüd. Schule verantwortlich. Zu Beginn des 20. Jh. gehörten zur Synagogengemeinde Laasphe auch elf Juden in Erndtebrück, elf in Fischelbach, sechs in Banfe sowie eine unbekannte Anzahl aus Feudingen. 1930 betrug der Gemeindeetat 2000 Mark.

2.2.2 1722 wird eine ‚Schul‘ erwähnt, gegen die betrunkene Soldaten Steine geworfen hatten. Wo sie sich befand, ist nicht überliefert. Aus dem Jahr 1724 liegt eine Sitzordnung der ‚Judenschul‘ vor. Um bei Gottesdiensten den Minjan zusammenzubringen, sollen in den 1720er Jahren jüd. Einwohner von Ditzrod, Niederlaasphe, Saßmannshausen und Feudingen nach Laasphe gekommen sein – dies ist der einzige Beleg für Juden in Ditzrod und Saßmannshausen. 1726 heißt es, nach dem Wegzug eines Juden kämen keine zehn Männer mehr zum „Osterfest in unserer Schul“ zusammen. 1731 ist eine Schlägerei im Bethaus belegt, die Beteiligten mussten Strafe zahlen. 1750 wird die Feier des Laubhüttenfestes erwähnt. In diesem Jahr hat der Landesherr der Gft. Sayn-Wittgenstein-Wittgenstein den Juden in Laasphe einen Raum als Synagoge überlassen. 1764 erwarb die jüd. Gemeinde ein Gebäude in der heutigen Mauerstr. 44, das sie „zur Juden Schul aptiren“ wollte. In einem erhaltenen Hypothekenbrief ist für den Erwerb des Gebäudes eine Belastung von 500 Rtlr. eingetragen, für die vier Jahre jährlich fünf Prozent Zinsen zu zahlen waren, erst 1774 war die Schuld abgetragen. In diesem Jahr stritt sich Löffler Mayer, der 1768 von Laasphe nach Erndtebrück gezogen war, mit der jüd. Gemeinde in Laasphe wegen seines Beitrags zum ‚Juden Schul-Bau Capital‘. 1774 wird in den Akten ein ‚Schulhaus-Neubau‘ erwähnt, es ist jedoch unklar, ob darunter ein Um- oder Neubau zu verstehen ist. In der Mauerstr. 44 befand sich die Synagoge bis 1938.

Die Juden aus Fischelbach verrichteten 1843 ihren Gottesdienst in einem gemieteten Betsaal. Auch in Erndtebrück und Feudingen bestanden zeitweise Beträume.

2.2.3 Moses Lazarus war 1730 Lehrer in Laasphe. 1731 beschwerte sich der Schulmeister und Kantor Moses Simson über seine geringe Entlohnung. 1733 monierte der Friedberger Rabbiner das Fehlen jeglichen Schulunterrichts; er bat den Grafen, dafür zu sorgen. Ferner forderte er, dass sich auch Haushaltsvorstände, die keine schulpflichtigen Kinder hatten, an der Besoldung und Verköstigung des Lehrers beteiligen sollten. 1744 wird für Laasphe ‚Rabbi‘ Moses Juda erwähnt, vermutlich ein Lehrer. Regelmäßiger Unterricht fand aufgrund des häufigen Lehrerwechsels und der zahlreichen Vakanzen nicht statt. So besuchten in den 1830er Jahren 23 jüd. Kinder die christl. Schule am Ort, den Religionsunterricht erteilten die Eltern. 1843 waren in Laasphe 20, in Fischelbach sieben, in Feudingen und Erndtebrück je fünf jüd. Kinder schulpflichtig. Als weitere Lehrer sind belegt: Moses Abraham (Name unsicher, 1823), Moses Solmsohn (1828–1830), Levi Schlesinger (1835/36) und Jakob Meyer (1840/41). Nach dem Weggang von Jakob Meyer gingen die Kinder bis 1848 wieder zur christl. Schule. 1851–1855 war Friedrich Wilhelm Kahn als Lehrer tätig, 1856/57 Simon Sutro (Sohn des Landrabbiners, Prüfung in Soest 1840) als Privatlehrer in Laasphe. Sutro beklagte, dass Raphael Rosenberg seine Kinder in die christl. Schule schicke, wo sie keinen jüd. Religionsunterricht erhielten. Sutros Nachfolger war 1858 bis 1861 Lehrer Weinzeig. Weitere Lehrer waren – auf Vermittlung durch die Marks-Haindorf-Stiftung – Michaelis Goldberg (1864–1865) und Victor Simon (1866–1869). Die AZJ berichtete 1866, der Superintendent habe den jüd. Lehrer und Kantor Simon in Laasphe angezeigt, weil dieser bei einer Beerdigung eine Amtstracht (Talar und Barrett) getragen habe, die nur ev. Geistlichen zustehe. Simon weigerte sich, die Kleidung abzulegen, solange kein „Verbot höheren Orts“ ergehe. Vor Gericht legte Si-

mon das Gutachten eines Rabbiners vor, „dass diese Amtstracht eine altjüdische sei“. Ein Schreiben des Gemeindevorstands bestätigte weiterhin, dass es keine willkürliche Handlung Simons, sondern seine Pflicht sei; Simon wurde freigesprochen. Als weitere jüd. Lehrer in Laasphe sind Moritz Bock (1869–1872) und Jesaias Mayer (1872/73) belegt. Es folgten zwei langjährige, für das Gemeindeleben prägende Lehrer: Simon Rosenbaum von 1874 bis 1883 und Samuel Steinweg von 1883 bis 1920. 1869 wurde die jüd. Schule, deren Räumlichkeiten weiterhin im Synagogengebäude blieben, als öffentlich-rechtlich anerkannt. Als 1871 die Synagoge umgebaut wurde, wurde auch der Schulraum den neuen Gegebenheiten angepasst. In den 1870er Jahren stieg die Schülerzahl von 25 auf 36, so dass man einen neuen Unterrichtsraum anmieten musste. 1875 schlug der Landrat vor, die jüd. Schule aufzulösen und mit der ev. zusammenzulegen – die jüd. Gemeinde lehnte den Vorschlag aber ab, da sie fürchtete, dass dann der Religionsunterricht und der Kantorendienst nicht dauerhaft sichergestellt seien. Stattdessen wurde der Lehrer Rosenbaum in staatliche Dienste übernommen und ihm die Leitung einer christl. Schule (gemeinschaftlich von drei Dörfern der Region betrieben) übertragen, in die nun auch die jüd. Kinder gingen. Die AJZ betonte, dass Rosenbaum der erste Jude in Preußen in solch einer Position sei. 1884, nach Rosenbaums Ausscheiden, wurde wieder im Synagogengebäude ein Schulraum eingerichtet, der allerdings wiederholt Anlass zur Kritik bot. 1899 beschloss die Gemeinde einen Schulneubau, der jedoch nicht erfolgte. Die Schulräume befanden sich in der Folgezeit im alten und neuen Rathaus, in der ehem. ev. ‚Kirchschule‘ oder in der aufgelösten Präparandenanstalt, ab 1926 wieder im alten Rathaus, 1933 zunächst im Sitzungssaal der Stadtverordneten, dann wieder im Synagogengebäude. Ende des 19. Jh. war Lehrer Steinweg auch in der landwirtschaftlichen Winterschule tätig. Er demonstrierte Kaiserstreue, indem er in der Schule den Sedanstag feierte, die von ihm angeschaffte Schulfahne war derjenigen der ev. Schule nachempfunden. Hintergrund seiner Bemühungen war möglicherweise auch, einem aufkommenden Antisemitismus entgegenzuwirken. Überliefert sind aus dieser Zeit antisemitische Verse auf Wittgensteiner Platt, in denen auch Steinweg erwähnt wurde. 1905 besuchten 26 Kinder die jüd. Volksschule, 1911 waren es 17, 1913 dann 23. Während des Ersten Weltkrieges wurden die jüd. und die ev. Schule aufgrund von Lehrermangel in der ev. Schule zusammengeschlossen; Lehrer Steinweg wurde in das ev. Schulkollegium aufgenommen und unterrichtete Geschichte und Religion.

1926 nahmen vier bis fünf Kinder am jüd. Religionsunterricht teil. Anfang der 1930er Jahre unterrichtete Lehrer Juda Mansbach 13 Kinder, er starb 1935 nach längerer Krankheit. Lehrer Hugo Herrmann wurde Mitte 1938 pensioniert und zog nach Köln, die Gemeinde stellte ersatzweise den Junglehrer Ludwig Hirsch aus Wiedenbrück an. Im Dez. 1938 berichtete der Laaspheer Bürgermeister an die Bezirksregierung, die jüd. Schule sei geschlossen, ein Schulraum nicht mehr vorhanden, der Lehrer verhaftet, die Auswanderung der letzten jüd. Kinder stehe bevor. Offiziell aufgehoben wurde die Schule per Erlass zum 1. April 1940.

In Erndtebrück hatte Lößer Mayer 1774 einen eigenen Schulmeister für seine Kinder angestellt. Als Lehrer in Feudingen (und Erndtebrück) werden 1836 Koppel Salomon Dessauer und 1838 David Stern genannt, dabei ist aber ungewiss, ob sie ihr Amt auch antraten.

2.2.4 Mit der Gemeindeordnung von 1721 verpflichteten sich die Gemeindemitglieder, am Sabbat oder an Feiertagen durchreisende Arme aufzunehmen. Die wohlhabendsten Juden Raphael und Abraham beherbergten im selben Jahr 22 bzw. 23 Personen, Liebmann und Hirsch je 17, Markus 15 und Moses zehn Personen. In den Armenkasten hatte jeder Haushaltsvorstand monatlich 3 Albus 6 Pf. einzuzahlen. In der Gemeindeordnung von 1752 wird eine Armenkasse erwähnt. Der Wohltätigkeitsverein der jüd. Gemeinde Laasphe wurde 1912 aufgelöst, weil die Zahl seiner Mit-

glieder auf weniger als fünf gesunken war und er schon seit zehn Jahren nicht mehr aktiv war. Die jüd. Gemeinde Laasphe unterstützte die Haindorfsche Stiftung von den 1870er Jahren bis zum Ersten Weltkrieg regelmäßig.

2.3.1 1717 erhielt der Rabbiner Michel (Michael) Bär Oppenheim aus Friedberg (gest. 1750) vom regierenden Grafen die Konzession zur Betreuung der Juden in der Gft. Sayn-Wittgenstein-Wittgenstein. Auch in der Folgezeit wandten sich die Laasphe Juden an hessische Rabbiner, z. B. aus Wetzlar und aus Kesselbach bei Gießen.

Vorsteher in Laasphe waren 1828 L. Blumenthal und 1836 David Levi. Ab 1855 bildeten Nachmann Storck, H. Beifus und Michael Präger den Vorstand, ab 1867 Salomon Marburger, Nachmann Storch, J. Rosenberg bzw. Salomon Präger (1869), 1899 Josef Burg und Simon Hony. Anfang des 20. Jh. gehörten Aron Präger (1902, 1908–1914), Heli Marburger, Salomon Heß und Salomon Brill zum Vorstand, in den 1920er Jahren Herz Präger, Salomon Heß, Moritz Rosenbaum und Julius Kamp, in den 1930er Jahren Adolf Heß, Herz Präger, Hermann Präger und Max Gunzenheimer. Vorsänger und Schächter in Laasphe waren zumeist die Lehrer. 1876 empfahl H. Rhein aus Laasphe sein Können als approbierter Mohel in einer Wittgensteiner Zeitung. Mitte der 1920er Jahre war Lehrer Juda Mansbach zugleich Schächter und Kantor, 1932 ist er als Prediger und Kantor aufgeführt.

2.3.3 1857 bzw. 1863 gehörten die Metzger Raphael Hony und Moses Heß der Meisterprüfungskommission für das Metzgerhandwerk an. Im Gründungsjahr des Schützenvereins 1867 werden Gottlieb, Herz und Liebmann Levi als Mitglieder geführt. Koppel Hony wurde erster Fahnenträger, 1879 gehörte sein Bruder Joseph dem Vorstand des Vereins an. Ebenfalls 1879 wurde eine Tochter des Herz Levi Schützenkönigin. Gründungsmitglieder des Kriegervereins waren Salomon Hony und Salomon Heß; Letzterer war seit 1924 Ehrenmitglied. Für 25-jährige Vereinstreue wurden 1928 Jakob Moses sowie Albert und Abraham Heß ausgezeichnet. Dem 1919 gegründeten Fußballverein gehörten Sally Gunzenhäuser und Max Grünebaum an, dem Gesangsverein Hermann Heß, auch im Turnverein fanden sich Juden. Nach dem Ersten Weltkrieg schlossen sich Moritz Rosenbaum und Hermann Heß der SPD an. Lehrer Samuel Steinweg, Mitglied des Kreislehrervereins Wittgenstein, erwarb sich Anerkennung durch seine Tätigkeit als Stadtverordneter 1919/20. In Erndtebrück war Moritz Moses Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr.

3.1 Die 1739 angelegte Entwurfskarte zum Wittgensteinischen Forstatlas zeigt östlich des nordwestlichen Stadtturms ein traufseitig zur Gasse stehendes Gebäude, in dem sich der jüd. Betraum befunden haben dürfte. 1764 wurde ein Grundstück in der Mauerstr. (heute Nr. 44) erworben, auf dem ein Gebäude für einen neuen Betraum errichtet wurde. Im Erdgeschoss befanden sich der Betsaal und der Schulraum, in der ersten Etage die Frauenempore und ein Holzlager, im zweiten Stock die Lehrerwohnung. 1871 wurde der Betsaal vergrößert und für Frauen ein separater Eingang angelegt; der möglicherweise geplante Einbau einer Mikwe kam nicht zur Ausführung. 1904 wurde die Frauenempore vergrößert, nach einem nochmaligen Umbau 1931 führte sie rings um den Betsaal herum. 1938 wurde das Gebäude verwüstet, das Inventar restlos vernichtet. Die jüd. Gemeinde verkaufte den Bau an einen Schlossermeister, der darin eine Werkstatt einrichtete. Nur das Kellergeschoß der Synagoge ist erhalten, die Reste wurden 2004 unter Denkmalschutz gestellt.

3.2 In den 1730er Jahren gab es in Laasphe sechs jüd. Hausbesitzer: Mannus, Liebmann, Moses, Aron, Arend und Zadock, 1786 waren es elf: Liebmann Abraham (Nr. 14), Wolf Mannus (Nr. 16), der gest. Nachmann (Nr. 31), Raphael Zadock (Nr. 34), Isaac Bär (Nr. 32), Gabriel Marx (Nr. 81), Aaron Marx (Nr. 116), Abraham Simon (Nr. 124), Kain Honi (Nr. 136), Herz Raphael (Nr. 32) und Zadock Meyer (Nr. 137). In

Erndtebrück war 1837 Michael, Sohn des Gottfried Levi, Eigentümer eines Hauses an der Bergstraße. In Feudingens ist für 1810 ein Haus in jüd. Besitz nachgewiesen.

3.3 Im Jahr 1734, als zwölf jüd. Familien in der Stadt lebten, bat die jüd. Gemeinde um Zuteilung eines Begräbnisplatzes am ‚Dörmelchen‘ (Türmchen) gegen eine jährlich zu entrichtende Gebühr. 1750 kaufte der Schutzjude Moses Gumbel zwei Laaspheer Bürgern eine im Kalteborn gelegene Grasfläche ab, die Kaufsumme wurde von Graf Friedrich geliehen. Bis dahin waren die Toten in Breidenbach (Hessen-Darmstadt) beerdigt worden. In Laasphe befand sich nun die zentrale Begräbnisstätte aller Juden in der Südgf. Wittgenstein, die auch von Juden aus Banfe, Erndtebrück, Feudingens und Fischelbach genutzt wurde; zwischen 1822 und 1846 wurden dort 21 Juden aus Erndtebrück, Fischelbach und Feudingens beerdigt. Der Friedhof lag ursprünglich außerhalb der Stadt, heute befindet er sich im Winkel zwischen den Straßen ‚Puderbacher Weg‘ und ‚Zum Lehrberg‘. 1768 musste ein Auswärtiger 8 Rtlr. für einen „Grabplatz für sich und seine Frau“ zahlen, 1774 erlangte ein Erndtebrücker Jude das Anrecht auf ein Grab. 1838 war ‚die Judenschaft‘ als Besitzer des ‚Judenkirchhofs‘ eingetragen. 1905 bis 1907 konnte der Friedhof vergrößert werden, dieses Areal wurde jedoch nur teilweise belegt. 1905 wurde der städtische Friedhof in die unmittelbare Nachbarschaft verlegt. 1909 nahm die jüd. Gemeinde eine Anleihe über 400 RM auf, um den Friedhof mit einer Hecke umgeben zu können. Als Anfang 1918 die Holzpreise anzogen, ließ der Vorsteher der jüd. Gemeinde eigenmächtig „eine große Zahl prächtiger Fichten“ auf dem Friedhof fällen und verkaufte sie an ein Sägewerk; die Gemeinde erstattete Anzeige gegen ihn. In der Pogromnacht 1938 wurde der Friedhof verwüstet. Noch 1943 war die ‚Israelitische Gemeinde zu Laasphe‘ als Eigentümerin eingetragen. 1945 mussten ehemalige Parteimitglieder das Gelände wieder herrichten, dabei wurde die Anordnung der Grabdenkmäler vermutlich verändert. 1953 ging der Friedhof an die JTC und Ende der 1950er Jahre an den ‚Landesverband der Jüdischen Kultusgemeinden von Westfalen-Lippe‘ über. Das 1907 hinzugekaufte, aber nicht genutzte Areal wurde 1947 wieder veräußert. 1974 erwarb die Stadt Laasphe einen 123 m² großen Bereich zur Verbreiterung der Straße Am Lehrberg. Auf dem Friedhof haben sich 73 Gräber aus der Zeit zwischen 1775 und etwa 1938 erhalten, der älteste Grabstein stammt von 1869. Mindestens fünf Grabsteine wurden für Juden aus Erndtebrück und vier für Juden aus Feudingens aufgestellt. 2004 wurde der jüd. Begräbnisplatz in die Denkmalschutzliste der Stadt aufgenommen.

4.1 Archiv des Ev. Kirchenkreises Wittgenstein, Schulwesen. – Fürstlich Sayn-Wittgenstein-Hohensteinisches Archiv, Bad Laasphe, J 87, J 88 II, W 63 III. – LAV NRW Abt. W (Münster), Kreis Wittgenstein, Landratsamt, 300, 302, 470, 583, 585, 588; Regierung Arnsberg, Schulregistratur II B 1120. – StadtA Bad Laasphe.

4.2 Zeichnung und Fotos der Synagoge u.a. in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 515 und BIRKMANN/STRATMANN, Bedenke vor wem du stehst 108. Fotos des Friedhofs bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 516 sowie bei RÖCHER/MORGENSTERN-WULFF/DIETERMANN, Die jüdischen Friedhöfe im Kreis Siegen-Wittgenstein 26ff. Aufnahmen des Friedhofs in der Sammlung der LWL-Denkmalpflege, Münster.

4.3 AZJ <18.12.1866, 1.6.1875>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 13/14-46 <1842-1911/1913>. – Einige statistische und geographische Nachrichten von der Grafschaft Wittgenstein-Wittgenstein. In: Der Rheinische Bund 14 <1810> 40.-42. Heft, 125-134, 128. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1911> 81, <1913> 92, <1924/25> 62. – Israelitisches Familienblatt <1916, 1918, 1935, 1938>. – Der Israelitische Lehrer <13.12.1866> 205 u. <21.11.1867> 191. –

SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 164. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53.

4.4 HARTNACK Karl, Die Juden in der Grafschaft Wittgenstein-Wittgenstein bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts. In: Das schöne Wittgenstein 10 <1940> 59–60 u. 11 <1940> 68. – W. H. [vermutlich Wilhelm HARTNACK], Die Stellung der Juden in der Grafschaft Wittgenstein im 18. Jahrhundert. In: Das schöne Wittgenstein <1930> H. 2, 55–58. – MORGENSTERN Johanna, Jüdische Friedhöfe in Wittgenstein. In: Vom Kirchhof zum Friedhof. Wandlungsprozesse zwischen 1750 und 1850 (= Kasseler Studien zur Sepulkralkultur 2) <Kassel 1984> 58–62. – MORGENSTERN-WULFF Johanna, Jüdische Begräbnisplätze und Grabmale in Wittgenstein. In: Wittgenstein. Blätter des Wittgensteiner Heimatvereins 76 <1988> 117–160. Zugleich in: RÖCHER Ruth/MORGENSTERN-WULFF Johanna/DIETERMANN Klaus, Die jüdischen Friedhöfe im Kreis Siegen-Wittgenstein <Siegen 1991> 9–38. – OPFERMANN Ulrich Friedrich, Die Ausschreitungen vom 9. und 10. November 1938 in einer ländlichen Kleinstadt und ihre Wahrnehmung und Rezeption nach 1945. Das Beispiel Laasphe. In: Sieger Beiträge 8 <2003> 175–216. – DERS., „Mit Scheibenklirren und Johlen“. Juden und Volksgemeinschaft im Siegerland und in Wittgenstein im 19. und 20. Jahrhundert (= Sieger Beiträge. Jahrbuch für regionale Geschichte, Sonderband 2009) <Siegen 2009>. – SCHMIDT Reinhard, Aus der Geschichte von Christen und Juden in Laasphe <Bad Laasphe 1991>. – SCHMIDT Siegfried, In memoriam an einen, der überlebte. In: Wittgenstein. Blätter des Wittgensteiner Heimatvereins 42,3 <1978> 98–101. – SCHUPPENER Wolfgang, Unbekannt verzogen. In: SCHMIDT Werner/LINKE Eckhard (Hg.), Heimatbuch Banfetal <Bad Laasphe-Banfe 1987> 319–320. – SCHUPPENER Wolfgang/WARRATZ Günter, Schatten über Laasphe. Das andere Laasphe – ein Stadtrundgang <Bad Laasphe 1991>. – STIEGLITZ Olga, Die Stieglitz aus Arolsen. Texte, Bilder, Dokumente (= Museumshefte Waldeck-Frankenberg 22) <Bad Arolsen 2003>. – VÖLKE Wilhelm, Von den Juden in Erndtebrück. In: Wittgenstein. Blätter des Wittgensteiner Heimatvereins 62 <1974> 9–21. Zugleich in: WOMELSDORF Horst, Jüdisches Leben im Siegerland und Wittgenstein. Gottesverheißung für sein Volk Israel <Muldenhammer 2010> 136–143.

Johannes Burkardt

BAD SASSENDORF-Ostinghausen

1.1 Gemeinde Bad Sassendorf, Ortsteil Ostinghausen, Kr. Soest

1.2 Ostinghausen gehörte bis 1802/03 zum Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1815 Kgr. Preußen. – Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform wurde Ostinghausen Teil der Gemeinde Bad Sassendorf. – Sassendorf (seit 1906 mit Zusatz ‚Bad‘) gehörte bis 1806/07 zur Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach mehrfachem Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHztm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen.

Ostinghausen gehörte – wie u. a. Bettinghausen, Eickelborn, Hultrop, Hovestadt, Lohe und Oestinghausen – zum Amt Oestinghausen. Der überwiegende Teil des Amtes – außer Hovestadt – bildete seit 1855/56 eine Untergemeinde des Synagogenbe-

zirks Hovestadt. Die in Sassendorf und Lohne wohnenden Juden gehörten zum Synagogenbezirk Soest, die Juden in Weslarn zum Synagogenbezirk Hovestadt.

2.1.1 In den Soester Kämmererechnungen findet sich für 1507 der Hinweis auf einen Juden in Sassendorf, eine jüd. Gemeinde konnte sich im heutigen Hauptort der politischen Gemeinde Bad Sassendorf nicht etablieren.

1773 siedelte Freiherr von Ledebur die Familie des Simon Anschill (Ansil, Seckel) aus Hovestadt im heutigen Ortsteil Ostinghausen an. Dieser hatte dem Freiherrn 48 Rtlr. geliehen, diese Schulden wurden offenbar durch das Geleit weitgehend getilgt. Ledebur als Erbherr auf Gut Ostinghausen, der Gemeindevorsteher und die Eingesessenen des Dorfes schlossen einen Kontrakt mit Simon Anschill, in dem festgelegt wurde, dass er keinen Handel mit gestohlenen Waren treiben dürfe; falls ihm solche angeboten würden, habe er dies anzuzeigen. Ferner dürfe er keine fremden oder einheimischen Juden „logiren oder beherbergen“, Besuch von Verwandten sei der Herrschaft anzukündigen. Von seinen Einkünften musste er jährlich 5 Rtlr. abführen. 1783 wurde er erneut vergeleitet, gab jedoch später an, den Geleitbrief beim Vorsteher Lehman Herz in Werl bezahlt, aber nicht erhalten zu haben. 1790 zählten zu Anschills Familie seine Frau und sieben Kinder. Einige Jahre später konnte ein weiterer Jude namens Aron zum Zuzug bewegt werden. Ihm wurden Schutz und die Ansiedlung auf dem adligen Grund der Herrlichkeit zugestanden. Aron betrieb Pfandleihe und Pferdehandel, ihm wurde auferlegt, keinem Bauern mehr als 20 Rtlr. und keinem Kötter mehr als 10 Rtlr. zu leihen. Der Verkauf von Pferden auf Kredit war ihm nur nach Rücksprache erlaubt, bei Zahlungsverzug durfte die Rückzahlung der verliehenen Gelder nicht durch Gerichte außerhalb der Herrlichkeit veranlasst werden. Aron verzog oder starb um 1796/97.

Ende des 18. Jh. lebten drei jüd. Familien in Ostinghausen: Ansel/Anschel Simon, Arend Moyses und Seligman. Der Erwitter Amtmann vermutete, dass Letzterer unter dem Schutz des Herrn von Ledebur stehe, weil er „im sogenannten neuen kampf“ auf dessen Grund wohne und auf seine Vorladung hin nicht erschienen sei. Die anderen beiden Juden wiesen ein Armengeleit vor. Der Amtmann äußerte sich besorgt über Jacob Simon (auch Anschel), einen Sohn von Simon Anschel: „... noch grösser würde mein Vergnügen seyn, wenn ich dem Juden sein erlegtes geld zurückgeben könnte, da ich überzeugt bin, daß es vor selben hart ist“. 1799 konnte Jacob für eingeführte Waren seine Steuern beim ‚Westfälischen Landzollamt‘ nicht begleichen, so dass ihm Strafzölle auferlegt wurden. Jacob, der keinen eigenen Haushalt besaß und bei seinem Vater wohnte, trug durch Botengänge sowie durch Einkäufe in Lippstadt für die freiherrliche Familie und den Pastor zum Unterhalt bei.

2.1.2 Im 19. Jh. wohnten in Ostinghausen die Familien Levi Stern, Isaak Sommer und Anschel Sommer, alle lebten von Handelsgeschäften. Levi Stern betrieb ein Kolonialwarengeschäft im Dorf. Die Familie Neukamp wohnte in der Flur Neuenkamp bei Ostinghausen. Susmann Neukamp erhielt 1829 unter der Bedingung, dort keine Handelsgeschäfte zu betreiben, einen Geleitbrief für Altengeseke. 1846 sind für Ostinghausen keine ansässigen Juden aufgeführt, diese wurden irrtümlich unter Oestinghausen verzeichnet. Ihren Wohnsitz besaßen zumindest Levi Stern und Abraham Neukamp in Ostinghausen. Neukamp, der zeitweise in Bettinghausen wohnte, hatte 1861 mit seiner Frau sechs Kinder. Für die 1860er/70er Jahre werden für Ostinghausen außerdem Meyer Stern und Philipp Stern erwähnt. Ende des 19. Jh. verließ die letzte jüd. Familie Ostinghausen in Richtung Soest. Für Bettinghausen wird Anfang der 1830er Jahre Jacob Sommer genannt; 1846 wurde als selbständiger Jude der Handelsmann Seligmann Sommer verzeichnet. In Weslarn lebte in den 1850er Jahren Meyer Spiegel.

Im Mai 1813 zog das jüd. Ehepaar Anschel Jacob (Schubach) und Esther geb. Mendel aus Lohe (heute Stadt Lippstadt) nach Sassendorf. Der Handelsmann Anschel

Schubach erwarb das Haus Staas (Nr. 85) mit den zugehörigen Kirchenbänken und dem Begräbnisplatz auf dem Kirchhof. 1816 tauschte er seinen Platz auf der Frauenbank gegen einen anderen. 1832 handelte er als Metzger auch mit Spezereiwaren. 1846 wurden als selbständige Juden in Sassendorf die Handelsmänner Levi Meier, Simon Schnurmann und Simon Sommer verzeichnet. Die genannten erblichen Familiennamen hatten sie – mit Ausnahme von Levi Meier – bereits zuvor geführt. Für die zweite Hälfte des 19. Jh. werden für Sassendorf erwähnt: Salomon Grüenberg, Kaufmann Levi Meyer sowie die Witwen des Seligmann Sommer und des Kaufmanns Anschel Schutz. 1891 wurde der aus Sassendorf stammende Emil Schürmann in die Lehrerbildungsanstalt der Haindorfschen Stiftung aufgenommen; 1895 legte er die Prüfung in den Religionsfächern ab. Im Verzeichnis der wahlberechtigten Mitglieder der Synagogengemeinde Soest von 1914 sind vier Personen aus Bad Sassendorf aufgeführt, davon drei Kaufleute und ein Reisender. Zur Einweihung des Kriegerdenkmales in Bad Sassendorf 1922 hielt neben den kath. und ev. Geistlichen auch der Prediger der Synagogengemeinde Soest-Bad Sassendorf, Ratzenstein, eine Weiherede. Von 1925 – in diesem Jahr war u. a. Heinrich Janoschowitz dort ansässig – bis 1932 reduzierte sich die Zahl der in Sassendorf lebenden Juden von 23 auf neun.

2.1.3 Für 1937 ist Heinrich Janoschowitz in Bad Sassendorf erwähnt. Clara de Vries geb. Rosenbaum, 1864 in Sassendorf geboren, emigrierte während der NS-Zeit in die Niederlande, sie wurde 1943 über Westerbork nach Sobibor deportiert. Ein ähnliches Schicksal erlitt der 1924 in Bad Sassendorf geborene Gerd Weinberg, der ebenfalls im Vernichtungslager Sobibor umkam.

2.2.1 1843 lebten in Ostinghausen 25 Juden, 1858 waren es zwölf. Von den 324 Einwohnern im Jahr 1871 waren 318 kath., einer ev. und fünf jüd. Glaubens. 1895 sind keine Juden mehr im Ort verzeichnet. In Bettinghausen lebten 1839 elf, 1843 drei und 1858 fünf Juden. Für Weslarn (Niederbörde, Amt Borgeln-Schwefe, heute Bad Sassendorf) ist in den 1850er Jahren jüd. Leben nachgewiesen. In (Bad) Sassendorf lebten 1843 insgesamt 14 Juden, 1858 waren es 29. Von den 1137 Einwohnern 1871 waren 169 kath., 942 ev. und 26 jüd. Glaubens; 1895 waren von 1335 Einwohnern 234 kath., 1094 ev. und sieben jüd. Glaubens; 1925 waren von 1788 [!] Einwohnern 466 kath., 1294 ev., 23 jüd. Glaubens und vier bekenntnislos. 1932/33 lebten neun Juden im Ort. In Lohne (Oberbörde, Amt Lohne, heute Bad Sassendorf) lebten 1858 drei Juden; 1871 waren von 839 Einwohnern 34 kath., 792 ev., fünf jüd. Glaubens, acht gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 794 Einwohnern 94 kath., 695 ev., zwei jüd. und drei anderen Glaubens. In Lohe lebten 1813 zwei Juden.

Zum 1855/56 eingerichteten Synagogenbezirk Hovestadt gehörte u. a. Weslarn (heute Bad Sassendorf). Die heute ebenfalls zu Bad Sassendorf zählenden Orte Bettinghausen und Ostinghausen gehörten zur Untergemeinde Oestinghausen, die dem Synagogenbezirk Hovestadt zugeordnet war. Der Synagogenbezirk Hovestadt wurde 1871 aufgelöst und als Untergemeinde Soest angegliedert, Oestinghausen blieb als eigene Untergemeinde von Soest erhalten. Die Orte Lohne und Sassendorf zählten laut Statut von 1855 zum Synagogenbezirk Soest. Die Sassendorfer Juden waren bereits zuvor zum Gottesdienst nach Soest gegangen.

2.2.2 Der Kaufmann Levi Stern unterhielt in den 1840er Jahren eine Betstube in seinem Haus in Ostinghausen. Sie war 1843 an die örtliche Gemeinschaft vermietet, auch die Juden aus Bettinghausen und Eickelborn kamen zu den Gottesdiensten. Zu hohen Festen gingen die Juden in die Synagoge nach Hovestadt. In den 1850er Jahren wurde die Betstube aufgrund der wenigen jüd. Einwohner aufgegeben.

2.2.3 In Ostinghausen wurden die Kinder vornehmlich von den Eltern unterrichtet. Seit 1835 engagierte die Familie Stern für ihre Kinder einen privaten Lehrer, an dessen Unterricht konnten auch andere jüd. Kinder aus Ostinghausen, Bettinghausen

und Eickelborn teilnehmen. 1838 übte Jordan Lehmann die Lehrtätigkeit aus, die ihm im darauf folgenden Jahr von der Schulbehörde so lange untersagt wurde, bis er sein Examen abgelegt hätte. Deshalb bat 1839 Dr. Haindorf den Bürgermeister des Amtes Oestinghausen, Levi Stern selbst vorübergehend die Unterrichtung der Kinder zu erlauben. 1841/42 unterrichtete Moses (?) Rintels, 1842 ein Lehrer Cramer. Ende 1842 bat Levi Stern, Abraham Löwenstein als Lehrer zuzulassen; dieser werde im folgenden August sein Examen ablegen. 1846 erteilte Salomon Sänger den Unterricht, der auch Kantor in Hovestadt war.

2.2.4 Ostinghausener Juden förderten bis Anfang der 1870er Jahre die Marks-Haindorf-Stiftung, so 1833 Levi Stern, Ansel und Isaac Sommer. Aus Bettinghausen brachten Abraham Neukamp und Jacob Sommer Beiträge auf.

Ansel Jacob Schubach und seine Frau Esther geb. Mendel verfügten 1838 in einem Zusatz zu ihrem Testament, dass die ev. Kirche von Sassendorf nach ihrem Tod 100 Tlr. erhalten solle; die Zinsen aus diesem Legat sollte der Armenversorgung der Kirchengemeinde dienen.

1908 beschloss der ‚Verband der Synagogen-Gemeinden Westfalens‘ den Bau eines Kinderheims in Bad Sassendorf. 1909 wurde an der Gartenstr. das ‚Israelitische Kinderheim für Westfalen‘, dessen Träger der in Dortmund ansässige ‚Verein Israelitisches Kinderheim für Westfalen und angrenzende Bezirke‘ war, durch Rabbiner Dr. Coblenz aus Bielefeld eingeweiht. Die ärztliche Aufsicht oblag Dr. med. Felix Sommer aus Soest (1863–1926), Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Trägervereins. Zum Vorstand des Vereins gehörten in der Gründerzeit u. a. die Ehefrauen von drei Rabbinern: Ida Coblenz (Bielefeld), Anna Samuel (Essen) und Ida Wedell (Düsseldorf). Die 114 Gästebetten standen Kindern aller Konfessionen offen. 1909 stammten die Kinder etwa zur Hälfte aus Westfalen und aus dem Rheinland. Kurz nach Kriegsbeginn 1914 wurde das Heim mit 60 Kindern aus Soest belegt, deren Väter an der Front waren. 1925 waren 70 Kinder im Haus untergebracht. Das Kinderheim bestand bis 1933.

2.3.1 Repräsentanten bzw. Vorstandsmitglieder der Synagogengemeinde Hovestadt waren Meyer Spiegel aus Weslarn (1854–1857) sowie die Ostinghausener Levi Stern (1855), Abraham Neukamp (1854–1861 und 1866–1872), Meyer Stern (1866–1872) und Philipp Stern (1871/72). Mitte der 1920er Jahre und erneut 1937 wurde Heinrich Janoschowitz aus Bad Sassendorf ins Repräsentantenkollegium der jüd. Gemeindevertretung in Soest gewählt. Der seit 1921 im Dienst der Synagogengemeinde Soest stehende Lehrer Sally Katzenstein betätigte sich u. a. als Seelsorger in Bad Sassendorf.

3.2 Das 1908/09 in Bad Sassendorf erbaute ‚Israelitisches Kinderheim‘ an der Gartenstr. 220/Ecke Zur Hepper Höhe war ein großes, repräsentatives Gebäude im Landhausstil. Es verfügte u. a. über eine Solbadeanlage sowie über Spiel- und Liegewiesen. Im Okt. 1933 wurde das Kinderheim von der kath. Kirchengemeinde Bad Sassendorf erworben, die darin das Kinderkurhaus ‚St. Agnes‘ einrichtete. Im Rahmen von Rückerstattungsverhandlungen nach 1945 einigte man sich auf eine Nachzahlung durch die kath. Kirche in Höhe von 10 000 DM. 1993 wurde das Gebäude abgerissen.

3.3 Der jüd. Friedhof in Ostinghausen wurde auf den Ländereien der Freiherren von Ledebur oder auf einem angrenzenden Gelände angelegt. Er befindet sich in einer kleinen Waldfläche abseits der Schoneberger Straße am Ortsausgang in Richtung Schoneberg. Dort wurden im 19. Jh. auch die Toten aus Bettinghausen beigesetzt. Die beiden umgestürzten Grabsteine der Frau von Ansel Sommer (gest. 1837) und des Ansel Simcha Sommer (gest. 1832 oder 1833) haben sich erhalten. Die letzte Bestattung fand 1872 statt. 1932 berichtete das ‚Israelitisches Familienblatt‘, dass Bürger Ostinghausens „den alten, vereinsamten jüdischen Waldfriedhof“, wieder in Ordnung gebracht hätten, es seien Wege angelegt und Grabsteine wieder aufgerichtet worden.

4.1 AdelsA Hovestadt (von Plettenberg-Lenhausen), DQ 176. – Archiv der ev. Kirchengemeinde Bad Sassendorf, Akten 96, 195, 246, 285a. – ErzbistumsA Paderborn, Nachlass Schelhasse, Paket 25. – LAV NRW Abt. W (Münster), Hztm. Westfalen, Landesarchiv Nr. 1723; Hztm. Westfalen, Landstände Nr. 2434; Regierung Arnsberg, Schulregistratur II B Nr. 1119, II D Nr. 384; Kreis Brilon, Landratsamt Nr. 1651; Kreisgericht Soest II, Nr. 642; Dep. Kreis Lippstadt, Amt Anröchte 137; Dep. v. Landsberg-Velen, Akten, Nr. 25154; Haus Ostinghausen, Akten, Nr. 731. – PfarrA Erwitte-Horn St. Cyriakus, Status Familiarum Parochiae Hornensis, Bd. B: Accolae et Illegitimi, 209. – StadtA Soest, A 4539; B XXi 70 Nr. 4, B 336, 1–15.

4.2 Abb. der Grabsteine in: HAMANN/SCHRÖER, Friedhöfe der Synagogengemeinde Hovestadt 32; Abb. des ‚Israelitischen Kinderheims‘ in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 593. Im United States Holocaust Memorial Museum in Washington befindet sich ein Foto einer Kindergruppe im Kinderheim Bad Sassendorf Ende der 1920er Jahre.

4.3 Israelitisches Familienblatt <3.3.1932>. – MÜLLER Helmut, Das Territorialarchiv des Herzogtums Westfalen, Bd. 1 <Münster 2006> 415–424.

4.4 HAMANN Julian/SCHRÖER Daniel, Friedhöfe der Synagogengemeinde Hovestadt, hg. von Felix BIERHAUS und Markus HUNECKE <O. O. 2007> 32.

Joachim Rüffer

BALVE

1.1 Stadt Balve, Märkischer Kreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – 1430 Stadtrechtsverleihung.

Seit 1855 gehörte das Amt Balve (u. a. mit den Orten Affeln, Balve, Garbeck und der Bauerschaft Frühlinghausen) zum Synagogenbezirk Arnsberg. Balve besaß eine eigene Synagoge, bildete aber keinen eigenen Synagogenunterbezirk.

2.1.1 In einer Aufstellung jüd. Einwohner des Hztm. Westfalen aus dem Jahr 1700 findet sich der in Balve ansässige Isaak Arndts. Dieser wird – als ‚Isaak Aronsjude‘ – in der Folgezeit wiederholt in den städtischen Schatzungsregistern genannt, 1714 entrichtete er 4 Schilling 6 Pf. Schatzgeld. Isaak starb um 1740 und hinterließ neben seiner Frau Sara sieben Kinder. Für 1727–1749 wird Printz Aarons, „begleitete Jüdin zu Balve“ erwähnt. Nach der Niederlassung des aus Neheim stammenden Jakob Meyer in Balve kam es 1717/18 zum Streit zwischen der städtischen Obrigkeit und der wirtschaftliche Einbußen befürchtenden Bürgerschaft. Moniert wurde dabei auch, dass Meyer „der Ordnung zuwider“ bei einem Christen wohne. 1718 musste Jacob Meyer zunächst nach Neheim zurückkehren, konnte später aber wieder nach Balve ziehen. Für 1719 ist in Balve Moyses Meyer nachgewiesen, 1723 trieben dort der erwähnte Jacob Meyer und sein Sohn Abraham Handel. 1760 ist der Schutzjude Samuel Abraham als Fleischlieferant des adligen Hauses Wocklum nachzuweisen, dessen Familie bis in die Zeit der Hessen-Darmstädtischen Herrschaft in Balve wohnhaft war.

Samuel Abraham verfügte über Hausbesitz, er betätigte sich als Metzger, Viehhändler und Geldverleiher. 1770 geriet er wegen eines Kalbfell-Handels mit Salomon Levi aus Neuenkirchen (Grafschaft Rietberg) in Streit. In seinem Testament bestimmte Samuel Abraham 1786 seinen ältesten Sohn, Abraham Samuel, zum Haupterben, dem auch der väterliche Geleitbrief zufallen sollte; die übrigen Geschwister – u.a. Lazarus Samuel und Isaak Samuel – erhielten (zahlbar innerhalb von fünf Jahren) einen Betrag von jeweils 200 Reichstalern. 1791 legten die Witwe und Kinder des Samuel Abraham (offenbar erfolglos) Beschwerde gegen die Erteilung eines Toleranzscheines an Abraham Joseph aus Berchum in der Gft. Limburg ein. 1794 und 1797 wird von Irritationen um die Festsetzung der Fleischpreise in Balve berichtet. 1794 führte Abraham Samuel die Geschäfte des inzwischen verstorbenen Vaters fort. Aus dem Jahr 1797 ist eine Korrespondenz mit Landdrost und Räten überliefert, in der es um sein Gesuch „zwecks Vorrückens seines Schlachthauses“ geht. 1801 lebte Abraham Samuel mit vier Geschwistern in einem Haushalt. Im selben Jahr wird für Balve auch der ebenfalls vergeleitete Abraham Joseph genannt.

In der Bauerschaft Fröhlinghausen hielt sich in den ersten Jahren des 19. Jh. eine unvergeleitete, arme jüd. Familie auf. 1803 attestierte der Magistrat dem in Fröhlinghausen ansässigen Jonas Abraham, dass er in den zwölf Jahren zuvor, die er in Balve gewohnt habe, einen „rechtschaffenen Lebenswandel“ geführt habe.

2.1.2 Seit 1805/06 lebte Isaac Mastbaum aus Laubuschbach im Amt Runkel (Hztm. Nassau) in Balve, zunächst als Knecht des Isaak Zimmermann, dann als Knecht des Lessmann Schüler; erst 1831 erhielt er einen Geleitbrief. 1809 wurde der nicht vergeleitete Bernhard Seligmann durch das Hessische Justizamt aus Balve verwiesen, weil er sich unerlaubterweise in den Besitz des Geleitbriefes von Josef Abraham (wohl identisch mit dem genannten Abraham Joseph) gebracht hatte. Etwa 1807 wurde der aus dem Böhmischem stammende Salomon Bondy als Handelsknecht des Balver Schutzjuden Abraham Zimmermann sesshaft. Später betätigte er sich als Glaser, weshalb er auch ‚Fensterjude‘ genannt wurde, zudem betrieb er einen Handel mit Spezereien und Textilien. Erst 1822 erhielt Bondy eine ständige Aufenthaltserlaubnis. Zuvor hatte er sich einem aufwändigen Prüfungsverfahren unterziehen müssen. Dazu gehörte die Zahlung eines ‚Antrittsgeldes‘ von 50 Rtlr. sowie die Befragung sämtlicher Bürger, die sich mehrheitlich für Bondys Niederlassung aussprachen, weil er sich bisher als „immer nützlich“ erwiesen habe. 1825 konnte Bondy ein eigenes Haus errichten. 1823 lebten in Balve die vier Kinder des Samuel Abraham, die den Nachnamen ‚Zimmermann‘ trugen: Abraham, Isaak, Lazarus/Leser (gest. 1837) und Prinz; ferner sind Salomon Bondy, Joseph Feist (der mit der Tochter des Rabbiners Hirsch Cohen aus Geseke verheiratet war), Isaak Mastbaum sowie Lessmann Schüler nachgewiesen. Während Abraham und Isaak Zimmermann ältere Geleitbriefe besaßen, hatten Feist, Schüler und Mastbaum erst nach jahrelangen Bemühungen die Genehmigung zur dauerhaften Niederlassung erhalten. Obwohl auch Abraham Bergheim über ein Geleit für Balve verfügte, hielt er sich vorwiegend in Menden auf. Zu den selbständigen Juden in Balve zählten 1846 neben Salomon Bondy, inzwischen Handelsmann bzw. Metzger, noch Isaac Mastbaum und der Kaufmann Lessmann Schüler. Salomon Bondy war – was Reputation und sozialen Status betraf – der Mittelpunkt der jüd. Gemeinde. Nach dessen Tod 1868 übernahm – nicht minder erfolgreich – sein ältester Sohn Moses die Geschäfte. Lessmann Schüler (gest. 1862), der 1837 seinen Geleitbrief erhalten hatte, vertrat – nach Salomon Bondy – viele Jahre die Interessen der Juden Balves und der umliegenden Orte. Schüler kam aus Geseke, war Eisenwarenkauflmann und hatte die Witwe des Joseph Feist geheiratet. Sein Sohn Hermann verließ nach dem Tod seiner Eltern um 1870 den Ort, er ließ sich in Bochum nieder und etablierte dort ein Bankhaus. Auch in späteren Jahren unterhielt Schüler enge Beziehungen zu seinem Geburtsort und gründete dort Stiftungen. Seine Verdienste würdigte die Stadt mit der Verleihung des Ehrenbürgerrechts.

Für Garbeck wird 1825 der Glaser Jacob Wallerstein „aus dem Bairischen“ erwähnt. Er starb dort 1837 im Alter von 49 Jahren, wurde als Kesselmacher bezeichnet und hinterließ seine Frau und vier minderjährige Kinder. 1841 erhielt der Metzgergeselle David Benjamin aus Burgholdinghausen die Erlaubnis, sich in Garbeck – ausdrücklich nicht in Balve – niederzulassen und dort die Witwe des Jacob Wallerstein zu heiraten. Im Rahmen der vorgeschriebenen Annahme fester Familiennamen 1846 hätte David Benjamin gern den Namen ‚Stern‘ angenommen, gab dann aber gegenüber seinem in Littfeld (Siegerland) wohnenden Bruder Moses Benjamin nach und nahm den von diesem favorisierten Familiennamen ‚Rosenhelm‘ an. 1847 starb in Garbeck der Handelsmann Abraham Wallerstein, 1849 starb David Benjamin (Rosenhelm). Für 1880 ist Jonas Wallerstein belegt. Im selben Jahr wollte sich Elise, die Tochter des David Benjamin in ihrem Wohnort Affeln taufen lassen. Dies wurde den Geistlichen wegen ihrer (angeblichen) Geisteskrankheit jedoch untersagt.

In Affeln war 1846 der Handelsmann und Metzger Isaac Lenneberg als selbständiger Jude verzeichnet. Den genannten erblichen Familiennamen hat er bereits zuvor geführt.

2.1.3 Als letzter jüd. Einwohner war 1933 nur noch der kinderlose Witwer David Bondy (geb. 1868) in Balve ansässig. Am 10. Nov. 1938 verwüsteten SA-Männer aus Neheim sein Haus, warfen das Mobiliar auf die Straße und misshandelten ihn. Wenig später zog Bondy in das jüd. Altersheim in Unna. Mit dessen Bewohnern wurde er Ende Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Von seiner bevorstehenden Deportation hatte er den Käufer seines Hauses, Franz-Josef Allhoff, benachrichtigt.

2.1.4 Nach David Bondy wurde 1999 eine im Neubaugebiet ‚Gehringers Schlade‘ gelegene Straße benannt. Seit Ende 2011 beteiligt sich Balve an der Aktion ‚Stolpersteine‘.

2.2.1 1823 waren zehn jüd. Einwohner in Balve registriert, 17 im Jahr 1839, 16 im Jahr 1843 und elf im Jahr 1858. 1871 waren von 1169 Einwohnern 1143 kath., 15 ev. und elf jüd. Glaubens; 1895 waren von 1124 Einwohnern 1093 kath., 26 ev. und fünf jüd. Glaubens. 1925 waren von 1535 [!] Einwohnern 1398 kath., 121 ev., drei jüd. Glaubens und zwei bekenntnislos. In folgenden heutigen Ortsteilen von Balve waren Juden ansässig: In Garbeck lebten 1843 sechs und 1858 vier Juden. 1871 waren von 963 Einwohnern 896 kath., 64 ev. und drei jüd. Glaubens, 1895 von 938 Einwohnern 890 kath., 45 ev. und drei jüd. Glaubens. In Affeln lebte 1843 ein Jude, 1858 waren es drei Juden. 1871 waren von 454 Einwohnern 437 kath., 14 ev. und drei jüd. Glaubens. In Fröhlinghausen lebte um die Wende vom 18. zum 19. Jh. eine unvergeleitete jüd. Familie.

Nach Balve orientierten sich in der ersten Hälfte des 19. Jh. auch die Juden aus Garbeck, Affeln und teilweise auch aus Hachen. Bei der Planung der künftig einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnsberg 1842 die Bildung eines Balver Bezirks, zu dem auch die Juden aus Garbeck gehören sollten. Seit 1855 gehörte das Amt Balve (u. a. mit den Orten Affeln, Balve, Garbeck und Fröhlinghausen) zum Synagogenbezirk Arnsberg, in dem es (anders als Neheim, Hüsten und Warstein) keine eigene Untergemeinde bildete. Die Juden aus Balve und Umgebung nutzten weiterhin die eigene Betstube in Balve.

2.2.2 Ein Betraum wird für Balve um 1770 anlässlich der Störung des jüd. Gottesdienstes durch Nichtjuden erwähnt; Samuel Abraham legte deshalb Beschwerde ein. 1843 war die Betstube angemietet; dorthin kamen auch Juden aus Garbeck und Affeln. Bis 1848 befand sie sich in der zweiten Etage des Wohnhauses von Abraham und Isaac Zimmermann (Hauptstr. 27). Seit 1850 wurde im Haus Koch in der Hofstraße Gottesdienst abgehalten, später erfolgte die Anmietung eines größeren Raumes im Haus des Schmiedes Franz Schäfer, 1870 wurden dort Gottesdienste gefeiert. Viele Jahre feierten die Balver Juden – gemeinsam mit ihren Glaubensgenossen aus Neuenrade, Hachen,

Garbeck und Affeln – das Laubhüttenfest in der Sukka im Anbau des Wohnhauses von Salomon Bondy. Nach Bondys Tod 1868 fand diese Tradition ein Ende.

2.2.3 1839 musste der Religionslehrer Levi Wolfsohn, der zuvor in Lenhausen tätig gewesen war, die Unterrichtung der beiden Kinder des Salomon Bondy beenden, da sich seine Qualifikation als unzureichend erwies. 1841 bot Jacob Schatz aus Bialystok/Russland den Balver Juden seine Dienste als Lehrer, Vorsänger und Schächter an. Auch seine Anstellung scheiterte, da er nicht bereit war, sich einer Eignungsprüfung durch einen christl. Schulinspektor zu unterziehen. 1843 gab es in Balve und in Garbeck je zwei schulpflichtige jüd. Kinder. Für 1847 ist Leser Cohn als Lehrer bezeugt. Ihm folgte 1849 Samuel Merzbach aus Offenbach/Baden, der den Kindern der Familien Bondy und Schüler in Balve ebenso Privatunterricht in Lesen, Schreiben und Religion erteilte wie denjenigen der Familie Benjamin in Garbeck. Ungeachtet guter Zeugnisse wurde ihm 1851 die Ausübung des Unterrichts untersagt, da er sich als ‚Ausländer‘ einem behördlicherseits geforderten Einbürgerungsverfahren widersetzte. Mitte des 19. Jh. wurde der Religionsunterricht im Haus Koch (Hofstr.) erteilt, wo sich auch der Betraum befand. Ansonsten besuchten die Kinder die örtliche Schule.

2.2.4 Juden aus Balve unterstützten über Jahrzehnte sporadisch, in den 1890er Jahren regelmäßig, die Marks-Haindorfsche Stiftung. Isaac Mastbaum hinterließ nach seinem Tod 1865 eine kleine Stiftung zugunsten der Balver Armen. Hermann Schüler, 1870 von Balve nach Bochum verzogen, etablierte mehrere namhafte Stiftungen zugunsten der Balver Bürgerschaft, darunter 1921 die erhalten gebliebene Turmuhr der Pfarrkirche St. Blasius.

2.3.1 Als Vorsteher der Balver Juden in der zweiten Hälfte des 19. Jh. werden Salomon Bondy und Lessmann Schüler (gest. 1862) genannt.

3.1 Im letzten Drittel des 18. Jh. und auch im 19. Jh. ist ein Betraum für Balve belegt. Dieser wurde in wechselnden Häusern angemietet.

3.2 Samuel Abraham besaß ein Haus in der Altstadt, das beim Stadtbrand 1789 abbrannte, außerdem zahlreiche Grundstücke in der Balver Feldmark. 1825 ließ Salomon Bondy – trotz einer Beschwerde des Kirchenvorstands wegen der Nähe zur Kirche – ein zweigeschossiges Fachwerktraufenhaus bergischen Typs mit Freitreppe in der Hauptstr. 37 errichten, das zu den Bürgerhäusern der Stadt gehört und seit 1984 unter Denkmalschutz steht. Im holzgeschnitzten Türoberlicht des Hauses sind die Initialen ‚SB/HB‘ (Samuel Bondy/Helena Bondy) zu sehen. Bis 1930 befand sich das Gebäude im Besitz der Familie. Abraham und Isaak Zimmermann lebten im 19. Jh. im Haus Hauptstr. 27, Joseph Feist in der Hauptstr. 13 und Lessmann Schüler in der Gerichtsstr. 1.

3.3 Ein jüd. Friedhof in Balve wird 1718 erwähnt. In dem Jahr wurde der Sohn von Jakob Meyer beerdigt; eine Gebühr von einem Rtlr. wird in diesem Zusammenhang genannt. Ob schon damals der bis heute erhaltene Friedhof genutzt wurde, ist ungewiss. Der 394 m² große Begräbnisplatz auf der städtischen Waldemei liegt am Dechant-Amecke-Weg hinter dem Krankenhaus. Dieser weist sechs Grabsteine mit deutschen und hebr. Inschriften auf. Der älteste erinnert an den 1868 gest. Salomon Bondy, die letzte Bestattung fand 1935 statt. 1972 verkaufte die Stadt das Grundstück an die kath. Kirchengemeinde.

4.1 LAV NRW Abt. W (Münster), Gft. Rietberg, Akten, 390; Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Dep.), Wocklum A 450 Wo. – StadtA Balve, Best. A 102, 156, 170; Best. B 439, 441, 442, 1467, 1468.

4.2 In der südl. Seitenapsis der Balver Kirche St. Nikolaus befindet sich eine Freskendarstellung, die auf der Grundlage einer Konversion eines Juden zum Christentum

entstanden ist. Plan und Fotos des jüd. Friedhofs in: BRÜSCHKE/FÖCKELER, Jüdisches Leben im Hochsauerland 300, 362, 364. Fotos des Hauses Bondy in: STÖRING Heinz (Red.), Kunst- und Geschichtsdenkmäler im Märkischen Kreis mit amtlichen Denkmallisten. Beschreibungen und Bilder (= Veröffentlichungen des Heimatbundes Märkischer Kreis 3) 3. Aufl. <Balve 1993> 118, 800.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 5–39 <1831–1899>. – BETTGE Götz/KIRSTE Reinhard, Quellen zur Geschichte der Juden im Raum Iserlohn <Iserlohn 1989> 25f.

4.4 BRÜSCHKE/FÖCKELER (Red.), Jüdisches Leben im Hochsauerland 52f., 290–300, 309f., 362–364. – KOHL Rolf Dieter, Das Testament des Balver Juden Samuel Abraham aus dem Jahre 1786. In: Der Märker 50 <2001> 195–197. – PÜTTER Josef, Sauerländisches Grenzland im Wandel der Zeit. Beiträge zur Geschichte der Kreise Arnsberg, Iserlohn und Altena, unter besonderer Berücksichtigung der Gerichts- und Verwaltungsverhältnisse im Amtsbezirk Balve und seiner Nachbargebiete, 2. überarb. Aufl. <Balve 2005> 174–177.

Rolf Dieter Kohl

BOCHUM

1.1 Stadt Bochum, kreisfrei

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 14./15. Jh. Stadtwerdung, 1876 kreisfreie Stadt, 1904, 1926 und 1929 Eingemeindungen, 1975 Vereinigung mit Wattenscheid.

Auf dem Gebiet des Kreises Bochum (ab 1876 Landkreis Bochum) wurden 1854/55 die drei Synagogenbezirke Bochum, Witten und Hattingen eingerichtet. Zum Synagogenbezirk Bochum gehörten laut Statut von 1858 die Juden aus der Stadt Bochum, aus dem Amt Bochum (u. a. mit den Gemeinden Hamme, Gerthe, Harpen, Laer, Weitmar und Wiemelhausen) und dem Amt Herne (u. a. mit den Gemeinden Herne, Bickern bzw. Wanne, Eickel und Röhlinghausen). Die heute zu Bochum gehörenden Stadtteile Langendreer, Stiepel und Werne gehörten zum Synagogenbezirk Witten (dessen Hauptort bis 1869 Ostherbede war), die heute ebenfalls zu Bochum zählenden Stadtteile Linden, Dahlhausen und Wattenscheid zum Synagogenbezirk Hattingen.

2.1.1 Aus der Zeit um 1175 findet sich eine Darstellung des Joseph mit Judenhut in der Bochumer Propsteikirche St. Peter und Paul in einem Relief am romanischen Taufstein. 1349 wies ein im Zuge des Territorialstreites zwischen dem Grafen von der Mark und dem Erzbischof von Köln entstandener Schiedsspruch den beiden Kontrahenten die Einnahmen aus dem Hochgericht und der Freigrafschaft Bochum für die nächsten zehn Jahre je zur Hälfte zu, gleich, ob sie von Christen oder von Juden stammten; eine Ansiedlung von Juden in Bochum ist damit jedoch nicht hinreichend belegt. In der ältesten Stadtrechnung von 1616 werden zwei in Bochum ansässige Juden genannt: Isaac und Jacob, beide mit dem Zusatz ‚Judde‘. Mitte des 17. Jh. war die Zahl der in Bochum lebenden Schutzjuden auf sechs beschränkt. Um 1634 wurde in Bochum Leffmann Behrens geboren, der sich 1669 in Hannover niederließ und einer der bedeutendsten Hofjuden in Deutschland wurde. Bis zu seinem Tod 1714 hielt er Kontakt mit seiner

Familie in Bochum. Aus dem Jahr 1650 stammt der erste Beleg für jüd. Gottesdienste in Bochum. 1661 verlängerte der Kurfürst von Brandenburg die Schutzbriefe der sechs jüd. Familien in Bochum um 15 Jahre, sie galten für Berndt Isaak, Jacob Simon, Arndt Berndt, Levi Raphael, Salomon Harm und die Witwe Jacob. Die Familienoberhäupter erscheinen regelmäßig als Steuerzahler in den Stadtrechnungen. Zusätzlich zu dem an den Kurfürsten zu entrichtenden Tribut mussten sie zu Martini ein ‚Jahrgeld‘ an die Stadtkasse zahlen, das sich je nach Vermögen zwischen 1 und 5 Rtlr. bewegte. Zu Gunsten des Marcus Joseph stellte 1703 der Erbherr zu Overdyk, Vinzenz von Loe, einen Wechsel aus. 1731 wird Marcus Joseph (späterer Schwiegervater des Arztes Dr. Copilius Pictor) als wohlhabender Kaufmann erwähnt, der für seine Kinder den Lehrer Meyer Nathan engagiert hatte. Zwischen 1737 und 1748 sind jüd. Glasmacher, die bis 1777 in der Grafschaft Mark nicht zünftig gebunden waren, u. a. in Bochum nachgewiesen. 1750 ist Jacob Moses aus Bochum belegt, der inländische Wollwaren vertrieb. 1766 etablierte sich Heimann Aaron als Ordinarius in Bochum, 1779 starb seine Ehefrau. Nachgewiesen sind im Zusammenhang mit einer Ansetzung als Extraordinarius bzw. Ordinarius oder mit der Beantragung einer Konzession zum Hausbesitz für das 18. Jh. ferner Emanuel Marcus (1770, wird bereits 1766 als Pfandleiher mit einem Vermögen von 1500 Rtlr. erwähnt), Salomon Isaac (1770, 1781, 1783 und 1784), Hertz Seeligmann (1777, 1778, 1781 und 1783) sowie Salomon Moses (1783). 1741 ließ sich Copilius Pictor in Bochum nieder, der erste wissenschaftlich ausgebildete Arzt in der Stadt. Er hatte in Duisburg studiert und war dort zum Dr. med. promoviert worden. 1742 wird er als öffentlicher Bedienter der Bochumer Judenschaft genannt, vor dem Siebenjährigen Krieg zählte er zu den wohlhabendsten Mitgliedern der märkischen Judenschaft. In den 1730er Jahren wohnte er als Mieter im Haus der nichtjüd. „Juffer Bodden“ in der Nähe des Marktplatzes (Haus Nr. 179), Mitte der 1740er Jahre zog er in ein nahe gelegenes Haus an der Schützenbahn (Nr. 174). 1756 bezog er zusammen mit Frau und Tochter, einem Knecht und drei Mägden das Haus Nr. 208 in der damaligen Hertzstr., um nur ein Jahr später in das Haus an der Schützenbahn zurückzukehren. Für das letzte Drittel des Jh. ist belegt, dass er sich mehrere Jahre „kümmerlich“ habe ernähren müssen. Mit zehn bis zwölf ansässigen jüd. Familien zählt Bochum im 18. Jh. zu den fünf bedeutendsten jüd. Gemeinden der Grafschaft Mark. Gegen Ende des Jh. waren neben dem Schlachten und Handeln auch Wechselgeschäfte eine wichtige Erwerbsquelle der Juden; einige verdienten ihren Lebensunterhalt als Knechte und Mägde. Als Bochums Wirtschaftskraft im letzten Viertel des 18. Jh. nachließ, führte dies zur Abwanderung jüd. Familien. Wohnten 1774 noch 62 Juden in Bochum, so waren es 1789/90 noch 49 jüd. Personen in elf Familien, 1796 dann nur noch 36 Juden.

2.1.2 Das bis zur Mitte des 19. Jh. ländlich strukturierte Bochum wurde ab der Mitte des 19. Jh. zu einem Hauptort der Industrialisierung. Diese rasante Entwicklung hatte auch eine verstärkte jüd. Zuwanderung zur Folge. Stammväter von später einflussreichen Familien in Bochum waren Michel Moses (später Würzburger), der seit 1805 in der Stadt ansässig war, sein jüngerer Bruder Wolf Moses (Stammvater der Familie Wolff), ferner die Brüder Joseph Meyer (seit 1823 in Bochum), Levi Meyer (seit 1825) und Aaron Meyer (seit 1840) sowie Meyer Isaak (seit Anfang des 19. Jh.) und Herz Simon (seit 1819/22, er nannte sich später Heilbronn). 1832 ist Aaron Herz als Metzger und Ellenwarenhändler verzeichnet, Meier Joseph als Metzger. 1834 werden zusätzlich Isaac Meyer mit einem Viehhandel und Moses Würzburger mit einem Ellenwarenhandel aufgeführt. 1843 waren die Bochumer Juden nach wie vor überwiegend im kaufmännischen Bereich tätig; erwähnt werden Händler und Krämer mit Geschäften, die „im Umherziehen“ betrieben wurden (14), Kaufleute mit Ladengeschäften (4), Kramhändler und Trödler (5), Viktualienhändler oder Höker (1), Handeltreibende, deren Betrieb mit einem Handwerk verbunden war (2), Akademiker (3), Pferdehänd-

ler (3) und gewerbliche Gehilfen (17). 18 Bochumer Juden verdienten ihren Lebensunterhalt im Gesindedienst, zwei werden als Bettler bezeichnet. Insgesamt 265 Personen (knapp sieben Prozent der Bevölkerung) wurden 1843 in Bochum zur Gewerbesteuer herangezogen – darunter befanden sich 35 Juden, was mehr als 13 Prozent der jüd. Einwohner entsprach. Bei den angemeldeten Gewerben beschränkten sich die jüd. Steuerzahler auf die Steuerklassen A (Kaufleute mit kaufmännischen Rechten, vier Personen), B (Kaufleute ohne kaufmännische Rechte, acht Personen), E (Metzger, 13 Personen), H (steuerpflichtige Handwerker, eine Person) und L (Gewerbe, die im Umherziehen betrieben wurden, neun Personen). 1871 hatte sich die absolute Zahl der gewerbesteuerpflichtigen Juden auf 52 Personen erhöht. Die Zahl der nichtjüd. Metzger in Bochum war von einem (1843) auf zehn (1871) angewachsen, die der jüd. Metzger von 13 auf 16 Personen. Jüd. Handwerker sind seit Mitte des 19. Jh. nachweisbar, vereinzelt sind Nagelschmiede und Lichterzieher, Anstreicher und Tapezierer, Gerber und Färber, Mützen-, Kamm- und Zigarrenmacher, Schreiner, Schneider und Klempner in den Statistiken genannt. Seit Mitte des 19. Jh. finden sich in Bochum zudem mehrere Juden in akademischen Berufen. Dr. Abraham Würzburger, der 1829 promoviert worden war und seitdem als Arzt in Bochum praktizierte, wurde später zum Sanitätsrat ernannt und erwarb große Verdienste um die Stadt; bei seinem 50-jährigen Doktorjubiläum empfing er Gratulanten aus allen Bevölkerungsschichten. Den Antrag des Magistrats, ihm die Ehrenbürgerwürde der Stadt Bochum zu verleihen, lehnte die Stadtverordnetenversammlung 1879 in geheimer Abstimmung jedoch ab.

In den 1880er Jahren wird mit Feodor Meyer ein jüd. Ingenieur und mit Semajo Sutro (1831–1923) ein jüd. Justizrat erwähnt; Letzterer war der Sohn des Landrabbiners Abraham Sutro in Münster. Nach seiner Zulassung als Rechtsanwalt für das Kreisgericht 1870 zog er mit seiner Familie nach Bochum; er war der erste jüd. Rechtsanwalt und Notar in der Stadt. Später war Sutro viele Jahre Vorsitzender der jüd. Gemeinde Bochum. Die Zahl der jüd. Akademiker nahm im Laufe der folgenden Jahrzehnte zu.

Die 1842 gegründete Gusstahlfabrik Mayer und Kühne wurde als ‚Bochumer Verein für Gusstahlfabrikation‘ der wichtigste und die Stadt prägende Industriebetrieb. Verschiedene Bochumer Juden beteiligten sich an Unternehmensgründungen. Philipp Würzburger erwarb – gemeinsam mit Eduard Kühne, dem Mitgründer der Gusstahlfabrik – die ‚Zeche Vollmond‘ und betrieb Ende der 1850er Jahre, wiederum zusammen mit Kühne, deren Umwandlung in eine Aktiengesellschaft. Dabei scheinen ihnen Fehler unterlaufen zu sein, die zu heftiger Kritik der Aktionäre führten; im Verwaltungsrat der späteren Steinkohlen-Bergbau-AG ‚Vollmond‘ waren Würzburger und Kühne 1859 nicht mehr vertreten. Erfolgreicher war Würzburgers Bruder Levi, der 1873 zusammen mit dem nichtjüd. Apotheker Joseph Hartmann die ‚Fahrendeller Hütte‘ aufbaute, ebenso Aron Meyer, der Gründer der Bochumer Schürzenfabrik. Unter Arons Sohn, Bernhard Meyer, und dessen Teilhaber Otto Weinberg entwickelte sich der Betrieb zum Branchenfürer; 1931 beschäftigte er 2000 Arbeiter und Angestellte und unterhielt neben dem Bochumer Hauptbetrieb weitere Filialen in Bochum und Essen. Jakob Goldstaub, ein Sozialdemokrat, übernahm um 1910 die ‚Tonhalle‘ an der Bongardstr., eine Gaststätte mit Theatersaal, und richtete dort ein Kino ein. Goldstaubs ‚Tonhallen-Theater Bochum‘ warb damit, das größte ‚Kinomatographentheater‘ Westdeutschlands zu sein. Hermann Schüler (gest. 1926) gründete und leitete ab 1872 eine erfolgreiche, im In- und Ausland bekannte und auch auf dem Aktienmarkt agierende Privatbank, die etwa 30 Bankbeamte beschäftigte; sein Sohn Paul wurde 1912 Mitinhaber. Ferdinand Koppel übernahm das Manufaktur- und Konfektionsgeschäft von Aron Herz und erweiterte es zu einem großen Kaufhaus. Der 1911 eröffnete Neubau des Geschäftshauses an der Hellwegstr. 2 setzte auch städtebauliche Akzente und wurde von der Bochumer Lokalpresse als „Prachtbau“ gefeiert, der Bochum „zur Zierde“ gereiche. Ein weiteres modernes Kaufhaus war das der Gebrüder

Alsberg, die seit 1885 an der Kortum-/Ecke Bongardstr. ein Geschäft als Filialgeschäft ihres Kölner Betriebes führten. Das neue Warenhaus konnte im Rohbau 1915 fertiggestellt, kriegsbedingt aber erst 1921 eröffnet werden. Moritz Liebenfeld produzierte Näh-, Wasch- und Strickmaschinen. Bendix Block eröffnete eine erste Werbeagentur.

Ende des 19. Jh. sind vereinzelt Juden als Tagelöhner nachgewiesen, auch ein jüd. Bahnarbeiter und ein jüd. Bergmann. Unter den Arbeitern aus Osteuropa, die im Zuge der Industrialisierung in großer Zahl nach Bochum kamen, befanden sich nur wenige Juden. Erst im Ersten Weltkrieg gelangten zahlreiche ostjüd. Arbeitskräfte als Zwangsarbeiter für den Bergbau ins Ruhrgebiet. Zwischen Aug. und Nov. 1920 waren in Bochum 300 Ostjuden gemeldet, darunter 200 Arbeiter. Letztere kehrten zum Teil in ihre Herkunftsländer zurück, andere wandten sich kaufmännischen Berufen zu. 1925 stammte etwa ein Viertel der Bochumer Juden aus dem Ausland. Aufgrund der unterschiedlichen Lebensweisen kam es zu innerjüd. Kontroversen und zur Gründung zionistischer Vereine.

Bis zum Auftreten des modernen Antisemitismus (und auch noch danach) scheinen die jüd. und die nichtjüd. Bochumer gut miteinander harmoniert zu haben. Dies wurde evident, als sich die jüd. Gemeinde Mitte des 19. Jh. zum Neubau einer Synagoge entschloss. Bei ihrem Vorhaben konnte sie auf die Unterstützung der Behörden und der nichtjüd. Bevölkerung zählen. Als Mitglieder des ‚Krieger- und Landwehrvereins‘ und als begeisterte Teilnehmer an den jährlichen Sedanfeiern ließen die Bochumer Juden zudem keinen Zweifel an ihrer patriotischen Haltung aufkommen.

Seit Mitte des 19. Jh. waren durchgehend jüd. Abgeordnete in den Stadtverordnetenversammlungen vertreten. Der Kaufmann Aron Herz gehörte 1842 als Stellvertreter bereits der ersten gewählten Stadtverordnetenversammlung nach Einführung der revidierten preuß. Städteordnung in Bochum an, fünf Jahre bevor das ‚Gesetz betreffend die Verhältnisse der Juden in den Königlich Preussischen Staaten‘ die Wahl jüd. Bürger zu Stadtverordneten oder Stellvertretern für zulässig erklärte. 1845 schied er wieder aus dem Gremium aus. Der nächste jüd. Parlamentarier war Philipp Würzburger. Seit den 1860er Jahren war auch Hermann Herz Stadtverordneter in Bochum und blieb es über mehrere Jahrzehnte hinweg. Nach damaligem preuß. Wahlrecht waren die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung eine exklusive Angelegenheit und abhängig von den Eigentums- (Grundbesitz) und Einkommensverhältnissen. Nur ein geringer Teil der Bevölkerung durfte wählen und noch weniger waren wählbar. So hatten 1847 in Bochum nur 194 der etwa 4500 Einwohner (etwas mehr als vier Prozent) das passive Wahlrecht, darunter zwölf Juden. Das ‚Gesetz über die Verhältnisse der Juden‘ von 1847 wies den jüd. Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung eine Sonderrolle zu. An den Beratungen über die „ihrer Mitwirkung entzogenen Gegenstände“ durften sie nicht teilnehmen. Die Bochumer Stadtverordnetenversammlung nahm diesen Passus auf Anweisung der preuß. Behörden ausdrücklich zur Kenntnis und bestätigte ihn. Die jüd. Parlamentarier wurden in Bochum aber nicht in Funktionen ohne Einfluss und Verantwortung abgedrängt. Ganz im Gegenteil wurden sie in Kommissionen gewählt, die für die Stadtentwicklung wichtig waren, nahmen Vertrauensstellungen ein und bestimmten die Geschicke der Stadt Bochum entscheidend mit.

Seit den 1880er Jahren machten sich auch in Bochum jüdenfeindliche Tendenzen breit. Die Versammlungen eines ‚patriotischen Vereins‘, die vorwiegend mit dem bekannten Antisemiten Max Liebermann von Sonnenberg als Hauptredner warben, füllten die Bochumer Gasthaussäle. Schmähartikel in der in Dortmund erscheinenden Antisemitenzeitung ‚Westfälische Reform‘ griffen 1883 die jüd. Mitglieder der Bochumer Feuerwehr und des Turnvereins von 1848 an. 1889 organisierten Antisemiten in Bochum den ‚Ersten deutschen Antisemitentag‘, der gleichzeitig der Gründungspartertag der antisemitischen ‚Deutschsozialen Partei‘ war. Gegen diese Bestrebungen protestierten bekannte Bochumer Bürger 1884 in einer öffentlichen Erklärung, in der

sie „Patriotismus, Opferfreudigkeit und Bürgersinn“ der „israelitischen Mitbürger“ hervorhoben und die Bevölkerung dazu aufriefen, antisemitischen Veranstaltungen fern zu bleiben. Zu den 62 Unterzeichnern gehörten Industrielle, leitende kaufmännische Angestellte, Angehörige des Mittelstandes und hohe städtische Beamte. An ihrer Spitze stand Louis Baare, Generaldirektor des ‚Bochumer Vereins‘, der 1891 auch zu den Gründern eines ‚Vereins zur Abwehr des Antisemitismus‘ zählte. Auch Oberbürgermeister Carl Bollmann verwahrte sich gegen Anfeindungen gegenüber Juden, als er die 1886 in Bochum stattfindende Jahreshauptversammlung jüd. Lehrer aus Westfalen dazu nutzte, sich im Namen der Stadt von allen antisemitischen Bestrebungen zu distanzieren. Nicht nur die Honoratioren der Stadt, auch sozialdemokratische Funktionäre agierten gegen die Antisemiten. Die Bochumer Juden selbst setzten – u. a. mit ihrem Literaturverein – in erster Linie auf Information und Aufklärung. Jakob Goldstaub übernahm die ‚Tonhalle‘, in der die Antisemiten getagt hatten, und ließ sie zum ‚Kinomatographentheater‘ umbauen; für antisemitische Versammlungen stand sie fortan nicht mehr zur Verfügung. Als jüd. Freiwilliger hatte am Befreiungskrieg 1813/14 der Bochumer Handelsmann Wolf Moses teilgenommen. Neun Bochumer Juden waren Soldaten im Krieg 1866, 21 im Krieg 1870/71. Während des Ersten Weltkriegs zogen zahlreiche Bochumer Juden ins Feld, viele von ihnen wurden mit dem EK ausgezeichnet. Sowohl der Israelitische Frauen- als auch der Israelitische Männerverein überwiesen zu Kriegsbeginn Spenden an das Rote Kreuz; jüd. Frauen betätigten sich karitativ. Martha Herz wurde als Kriegskrankenschwester mehrfach ausgezeichnet.

Natürlich betätigten sich die Bochumer Juden nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb ihrer Gemeinde. Sie gründeten jüd. Vereine und Organisationen oder richteten Ortsgruppen überregionaler jüd. Vereinigungen ein. Dazu gehörten der CV und der RjF, dessen Bochumer Ortsgruppe 1924 entstand. Der Synagogenchor war der älteste jüd. Verein in Bochum. Seine Gründung geht auf das Jahr 1863 zurück, das Einweihungsjahr der an der Wilhelmstr. neu erbauten Synagoge. Seit 1873 bestand in Bochum eine Chewra, der Israelitische Männer-Wohltätigkeitsverein, und seit 1875 der Israelitische Frauenverein. In Bochum gab es einen Armen-Unterstützungsverein, einen ‚Verein für jüdische Krankenpflegerinnen‘, seit 1926 eine Ortsgruppe des ‚Jüdischen Frauenbundes‘, eine jüd. Loge, die ‚Ruhrlandloge Zur Gerechtigkeit‘ (Kreuzstr. 10), deren Vizepräsident der 1928 verstorbene Arthur Kronheim war. 1932 gab die Gemeinde ein überregional bedeutendes jüd. Gemeindeblatt heraus, das E. Mendel betreute. Eine jüd. Jugendgruppe existierte in Bochum zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Sie nannte sich ‚Verein jüdischer junger Leute‘ oder ‚Laubheim-Verein‘, nach dem 1900 gestorbenen jüd. Lehrer und Seelsorger Hirsch Laubheim. In den 1920er Jahren war in Bochum auch eine Ortsgruppe des jüd. Jugend-Wanderbundes ‚Kameraden‘ aktiv, und in der Endphase der Weimarer Republik entstand eine Jugend- und Sportgruppe des RjF. Neben den nationaldeutsch ausgerichteten gab es auch zionistische Gruppierungen. So existierte vor 1914 in Bochum eine Ortsgruppe der ‚Zionistischen Vereinigung für Deutschland‘. Daneben bestand eine zionistische Jugendgruppe. 1925 wurde der ‚Jüdische Turn- und Sportverein‘ Bochum (JTUS, später TuS Hakoah) gegründet. Wichtigste Sportart war Fußball, aber es gab auch Turn-, Leichtathletik-, Tischtennis- und Fechtabteilungen. Von besonderer Bedeutung unter den jüd. Vereinen in Bochum war der 1884 auf eine Anregung Hirsch Laubheims gegründete Literaturverein. Als dieser 1909 sein 25-jähriges Bestehen feierte, konnte stolz verkündet werden, abgesehen von akademischen Vereinen, sei er der älteste jüd. Verein für Literatur in Deutschland. Zunächst unter dem Namen ‚Talmud Thora‘ noch nicht öffentlich in Erscheinung getreten, benannte sich der Verein im zweiten Jahr seines Bestehens um in ‚Verein für jüdische Literatur‘. Das Vereinsziel bestand darin, durch öffentliche Vorträge über jüd. Geschichte und Literatur zu belehren und „die Liebe

zum Judentum“ zu stärken. In den Statuten hieß es etwas nüchterner, der Zweck des Vereins sei es, „die Mitglieder mit den Resultaten der jüdischen Geschichtsforschung und Litteratur vertraut zu machen“. Wie Rabbiner Dr. Moritz David in der Festschrift zum Vereinsjubiläum ausführte, wollten die Vereinsgründer mit ihrer Initiative auch der Mitte der 1880er Jahre in Bochum sehr umtriebigen antisemitischen Bewegung einen „wirksamen Damm“ entgegen setzen. Langjähriger Vorsitzender des Bochumer ‚Vereins für jüdische Literatur‘ war der Kaufmann Moritz Hähnlein. Dank seiner Initiative bildeten die mittlerweile auch in Dortmund, Hörde, Witten und Elberfeld entstandenen jüd. Literaturvereine Ende 1894 zusammen mit dem Bochumer Verein einen Provinzialverband und schlossen sich dem Zentralverband der Literaturvereine Deutschlands an. Erster Vorsitzender des Provinzialverbandes wurde Moritz Hähnlein. Der amtierende Verbandsvorsitzende, Rabbiner Dr. Samuel aus Essen, gehörte zu den Gratulanten, als der Bochumer jüd. Literaturverein im Okt. 1909 im ‚Stadttheater‘ an der Rottstr. sein Jubiläum feierte. Zwischen 1884 und 1909 bot der Literaturverein etwa 140 Vorträge an und veranstaltete zahlreiche Diskussionsabende. Er bildete einen geselligen Mittelpunkt der Gemeinde und richtete auch die jährlichen Chanukkafeiern aus. Zur 25-Jahr-Feier stiftete die Synagogengemeinde ein Lesezimmer, das außer den Mitgliedern des Literaturvereins auch dem Jugend-Verein zur Verfügung stehen sollte. Die Veranstaltungen des ‚Vereins für jüdische Literatur‘ wandten sich an ein überkonfessionelles Publikum. Die Berichte in der Bochumer Lokalpresse belegen, dass seine Angebote von zahlreichen Nichtjuden angenommen wurden. Das Interesse des Publikums bezog sich aber auch auf andere in der jüd. Gemeinde entwickelte Programme und Veranstaltungen. So kamen Bochumer Musikliebhaber offenbar gern in die Synagoge und lauschten den dort veranstalteten weltlichen Konzerten. Ein Teil der Synagogenkonzerte stand unter der Leitung des städtischen Musikdirektors Heinrich Krüger. Auch das Programm der Synagogenchöre Bochum, Dortmund, Duisburg und Essen, die sich zur gemeinsamen Pflege klassischer und moderner Kirchenmusik zusammengeschlossen hatten, stieß auf Interesse. Im Nov. 1878 berichtete der ‚Märkische Sprecher‘ über ein Konzert der vier Chöre, bei dem kein Platz in der Synagoge unbesetzt geblieben sei und man sich „eines in seiner Art seltenen musicalischen Genusses“ habe erfreuen können.

Am Ende des Ersten Weltkriegs hatte die jüd. Gemeinde 30 Gefallene zu beklagen. Als der Bochumer ev. Pfarrer Johannes Zauleck 1919 gegen die jüd. Bevölkerung polemisierte, wehrte sich Rabbiner Dr. Moritz David mit einem offenen Brief. Ihren Gefallenen des Ersten Weltkriegs setzte die jüd. Gemeinde im März 1921 ein Denkmal. Im Vorraum der Synagoge ließ sie eine aus drei Bronzeplatten bestehende Tafel mit den Namen der gefallenen jüd. Soldaten aus Bochum anbringen. Rabbiner David hielt die Gedenkrede.

In mehreren heutigen Bochumer Ortsteilen haben sich im 19. Jh. Juden angesiedelt. In Langendreer wohnte seit 1803 der Metzger Abraham Abraham (späterer Familienname: Hirsch), der in Grenzhausen bei Koblenz geboren war. Bei ihm lebten seine Frau Hitzel Marcus und sechs Kinder, 1829 wurde er als Lumpensammler mit dem Zusatz ‚arm‘ geführt; bald darauf zog die Familie nach Witten. 1819 suchte der zuvor in Castrop ansässige Händler Hei(ne)männ Klein um eine Niederlassungserlaubnis für Langendreer nach, 1829 wurde er mit Frau und zwei Kindern als ‚ganz arm‘ eingeschätzt. 1839 wohnten bei ihm seine Frau und fünf Kinder; Anfang der 1840er Jahre zog auch diese Familie nach Witten. 1855 und 1861 ist eine jüd. Familie für Langendreer aufgeführt, die mit Trödel handelte. 1860 kam der jüd. Metzger Joseph Weidenbaum dorthin. In den 1870er und 1880er Jahren wohnten Josef Weidenbaum (1889 nach Lütgendortmund verzogen) und Moritz Block mit ihren Familien in Langendreer, sie gehörten zur Wittener Synagogengemeinde. Im Zuge der Entwicklung des Bauerndorfes zur Industriegemeinde erhöhte sich die Zahl der ansässigen Juden.

Sie betrieben vor allem Textilhandel, Putzmachereien und Warenhäuser. Ihre Geschäfte lagen im Ortsteil ‚Alter Bahnhof‘ oder im Dorf in der Kaiserstr., wo ein Fünftel der Geschäfte von Juden geführt wurde. Folgende Kaufleute lassen sich nachweisen: David Harff (Manufakturwarengeschäft, Hauptstr. 55), Hermann Lewinnek (Kaiserstr. 4, Geschäftsnachfolger Isidor Todtenkopf) und Alfred Harff (Lebensmittelvertretung, Kaiserstr. 6). 1911 betrieb Mathilde Adler (später ihr Ehemann Sally Cussel) im Haus Hauptstr. 45 ein Putzgeschäft. Um 1900 gründeten Arthur Kronheim und Siegmund Samson in der Kaiserstr. 206 das Manufaktur- und Konfektionsgeschäft ‚Kronheim & Samson‘, Joseph Markus ein Herrengarderobe- und Schuhgeschäft (Kaiserstr. 187, Inhaber seit 1911 Philipp Harff). Hermann Cohen führte im Haus Kaiserstr. 193 einen Schuhhandel, Louis Löwenthal in Nr. 186 ein Geschäft für Küchengeräte und Spielwaren. Im Haus Kaiserstr. 186 befand sich das Herrenkonfektions- und Manufakturwarengeschäft ‚Keil & Comp.‘ (von den Gebr. Alsberg weitergeführt, Inh. Siegfried Eichengrün). Hermann Klein eröffnete in der Kaiserstr. 200 ein Bekleidungs- und Schuhgeschäft, später nutzte Berthold Rothschild einen Teil der Ladenfläche für den Verkauf von Herren- und Knabenbekleidung. Das Geschäft ‚Damenputz‘ führten die Geschwister Rosenstein in der Kaiserstr. 204, wo der Kaufmann Adolf, die Putzmacherin Hedwig, der Buchhalter Joseph und die Modistin Adele Rosenstein wohnten. Bertha Stern, Kaiserstr. 176a, betrieb ein Damen- und Kinderhutgeschäft; Julius Hess, ihr Ehemann, firmierte 1924 als Inhaber. Baruch Tewel, Kaiserstr. 181, und Isaak Rotenstroch (später Jetty und Heinrich Rotenstroch) sind als Händler aufgeführt. 1916 wird Leo Bachrich mit einem Möbelgeschäft (1930 aufgegeben) erwähnt. In der Kaiserstr. 6 wohnten die Handelsvertreter Siegmund Elkan und Ernst Heimann, die für Albert Simmenauer aus Horst an der Emscher arbeiteten, später auch Max Heimann. Während des Ersten Weltkriegs zogen die Ostjuden Simon Herschberg und Juda Kleinfeld nach Langendreer, die als Arbeiter u. a. im Bergbau tätig waren. Der Händler und Kaufmann Alfred Harff war Mitglied der SPD und des 1918 gebildeten Arbeiter- und Soldatenrates von Langendreer. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden am ‚Alten Bahnhof‘ Geschäfte von Juden gegründet, verkauft, übernommen und verlegt. Auch die Kaufhauskette Alsberg war seither in Langendreer vertreten. Die Zahl der Juden in der Gemeinde stieg auf 91 und erreichte damit ihren höchsten Stand. Der Name des im Krieg gefallenen Gemeindemitglieds Berthold Harff aus Langendreer ist 1920 auf der Gedenktafel aufgeführt, die für die „auf dem Felde der Ehre gefallenen Gemeindemitglieder“ in der Wittener Synagoge angebracht wurde. 1932/33 waren Josef Lindenbaum und Siegmund Samson aus Langendreer Repräsentanten der Synagogengemeinde Witten.

Für den heutigen Bochumer Ortsteil Stiepel sind seit etwa 1825 Juden nachgewiesen. In diesem Jahr bat Israel Abraham aus dem Nassauischen den Bürgermeister von Blankenstein um eine Niederlassungserlaubnis für Stiepel. Er habe erfahren, dass dort ein Metzger benötigt werde, da die Bewohner ihr Fleisch „von entfernten Orten“ bezögen. Noch bevor die Genehmigung vorlag, zog er von Lütgendortmund nach Stiepel, 1826 folgte sein Bruder Joseph Abraham. Nach dem Tod von Israels Ehefrau 1840 wurde sie auf dem „Gemeinheitsplatz oberhalb Nettelbeck“ (identisch mit dem Grundstück ‚Am Brunnen‘) beigesetzt. 1846 nahm Israel Abraham den Familiennamen ‚Friedenberg‘ an, der Metzger war zu dieser Zeit der einzige für Stiepel verzeichnete selbstständig tätige Jude. In den Jahren 1848, 1853 und 1861 sind für den Ort keine Juden nachgewiesen. 1865 wird der Kaufmann Gustav Kaiser genannt, dessen Witwe noch 1885 dort wohnte. Stiepel war der Synagogengemeinde Witten zugeordnet.

Im heutigen Stadtteil Linden war 1846 der Metzger Salomon Düsenberg als selbstständig tätiger Jude verzeichnet, den erblichen Familiennamen hatte er bereits zuvor geführt. Zu Beginn des 20. Jh. lebten in Linden zwischen 29 und 38 Juden. Für 1929 sind die alteingesessenen jüd. Familien Adler, Lipper und Röttgen nachgewiesen. Der

Kaufmann Louis Lipper vertrat die Interessen der Lindener Juden im Vorstand der Synagogengemeinde Hattingen. In Dahlhausen (1921 mit Linden vereint, heute eigenständiger Ortsteil von Bochum) wohnten 1911 fünf Juden, die ebenfalls zur Synagogengemeinde Hattingen gehörten.

Im 1929 nach Bochum eingemeindeten Werne führte der Schneidermeister Alfred Rosenberg seit 1923 einen Manufaktur- und Kurzwarenhandel, 1927 zog er mit seiner Familie dorthin. Mitte der 1920er Jahre lebten in Werne die Kaufleute Felix Adler (geboren 1871 in Witten), Levy Passmann, Leon Salomons, Sally Feiner und Siegfried Kahn, ferner der Metzgermeister Max Bender, der Fruchthändler Adolf Rosenberg und die kaufmännischen Angestellten Leopold Reis, Siegfried Mayer und Max Abraham. Die Juden in Werne besuchten die Synagoge in Witten.

2.1.3 Zu Beginn der 1930er Jahre waren Juden in Bochum Groß- und Kleinhändler, Ladenbesitzer und unselbstständige Kaufleute, Prokuristen und Büroangestellte, Makler und ‚Agenten‘, Metzger und Wirte, Selbständige und Handlungsreisende, Schauspieler und Musiker, Ärzte und Juristen, Lehrer und Drogisten, Arbeiter und Handwerker. Auch ein Gewerkschaftssekretär wird genannt. Als der Kaufmann Moritz Hähnlein im Febr. 1933 starb, erschien im ‚Bochumer Anzeiger‘ noch ein Nachruf, der sein Lebenswerk würdigte. Eines der ersten Opfer des NS-Regimes in Bochum war der seit 1924 amtierende jüd. Oberbürgermeister Dr. Otto Ruer. Am 6. März 1933 startete die NSDAP-Zeitung für den Gau Westfalen-Süd, ‚Rote Erde‘, eine Pressekampagne gegen ihn. Täglich erschienen Artikel, die Ruer beleidigten, ihm persönliche Bereicherung, verschwenderischen Umgang mit städtischen Haushaltsmitteln usw. unterstellten. Am 11. März stürmten SA-Leute sein Dienstzimmer, zwangen ihn zur Niederlegung seiner Amtsgeschäfte und hissten die Hakenkreuzfahne auf dem Rathausdach. Vorstandsmitglieder des Bochumer Offiziersvereins distanzieren sich in einem Brief an Göring von diesem Vorgehen. Ruer zog sich nach Berlin zurück und verteidigte sich gegenüber dem Regierungspräsidenten in Arnsberg gegen die Vorwürfe der NSDAP. Am 13. April 1933 wurde er in Berlin verhaftet, unter demütigenden Umständen nach Bochum zurückgebracht und in Untersuchungshaft genommen. Weil die Anschuldigungen sich als haltlos erwiesen, wurde er am 11. Mai aus der Haft entlassen; am 29. Juli 1933 nahm er sich in Berlin das Leben.

Der Boykott gegen jüd. Geschäfte, Arztpraxen und Kanzleien wurde akribisch vorbereitet und durch ‚Gaubefehl‘ vom 31. März 1933 für den Gau Westfalen-Süd, dessen Hauptstadt Bochum war, in Gang gesetzt. In den Tagen vor dem Boykott erschienen in den Bochumer Tageszeitungen zahlreiche Anzeigen, in denen sich ihre Urheber von den jüd. Geschäftsleuten distanzieren: Um „Irrtümern“ vorzubeugen und „unliebsame Verwechselungen zu vermeiden“, machten sie bekannt, sie seien „weder Jude noch jüdischer Abstammung“. Am 1. April 1933 postierten sich auch vor den Bochumer jüd. Geschäften SA-Leute mit den bekannten Schildern „Kauft nicht bei Juden!“. Die Zeitung ‚Rote Erde‘ vermeldete am 3. April den Erfolg der ‚Aktion‘ in Bochum, die zudem dazu geführt habe, dass nun auch diejenigen Geschäfte bekannt geworden seien, „die sich immer noch unter einem deutsch-christlichen Namen verborgen“ hätten. Zu den frühen Maßnahmen der NS-Regierung zählte das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, das neben Kommunisten vor allem die jüd. Beamten treffen sollte. Oberbürgermeister Piclum wies am 7. Juli 1933 alle städtischen Behörden an, das Gesetz nicht nur auf die Beamten, sondern auch auf die städtischen Angestellten und Arbeiter anzuwenden. Die Stadtverwaltung versandte Fragebögen an ihre Beschäftigten, um den betroffenen Personenkreis zu ermitteln und zu entlassen. Schonung erfuhren vorerst noch ehemalige Frontsoldaten und deren Kinder. Dieses Gesetz betraf auch jüd. Juristen. In Bochum waren dies zunächst die vier am Bochumer Land- und Amtsgericht tätigen jüd. Richter, unter ihnen Landgerichtsdirektor Dr. Leo Nachmann. Noch im April 1933 wurden alle vier ‚beurlaubt‘.

Von 22 am Bochumer Land- und Amtsgericht zugelassenen jüd. Anwälten verloren zehn sofort ihre Zulassungen. Einer der ins Visier der neuen Machthaber geratenen Anwälte war Dr. Siegmund Schoenewald, der amtierende Vorsitzende der Synagogengemeinde und Ehemann der Ottilie Schoenewald. Da er sein Amt schon vor 1914 angetreten hatte, galt er als ‚Altanwalt‘ und erhielt seine Zulassung bis auf weiteres zurück; das Notariat wurde ihm aberkannt. Die Herausdrängung aus dem Berufs- und Wirtschaftsleben traf nach und nach die gesamte jüd. Bevölkerung. Drastische Propagandamaßnahmen begleiteten die Zerstörung der wirtschaftlichen Existenz auch der Bochumer Juden. Nichtjüd. Konkurrenten verdrängten die jüd. Handel- und Gewerbetreibenden vom Markt. Neben den Berufsverboten waren es besonders die Zwangsverkäufe jüd. Eigentums, die zu einer gewaltigen Umschichtung von Vermögen und Grundbesitz führten. Bis Ende 1936 gingen von 111 jüd. Einzelhandelsgeschäften, die noch Mitte 1933 in Bochum existiert hatten, etwa die Hälfte in ‚arisches‘ Eigentum über. Die ‚Arisierungen‘ fanden unter Beteiligung des Gauwirtschaftsberaters statt. Zwischen Nov. 1936 und Aug. 1939 wurden im Gau Westfalen-Süd 327 ‚Arisierungen‘ jüd. Geschäfte und Betriebe dokumentiert. Einige waren schon vorher in den wirtschaftlichen Ruin getrieben worden und wurden ‚liquidiert‘. In Bochum waren es 21 Firmen und Geschäfte jüd. Besitzer, die in dieser Phase ‚arisiert‘ und zwei, die ‚liquidiert‘ wurden: das Modehaus Gabali, das Bettenhaus Friede, das Geschäft von Leo Seidemann (Knabenbekleidung), Hermanns & Froitzheim (Geschäft für Damen- und Herrenmode), die Bochumer Schürzenfabrik A. Meyer, der Lederwarenhandel J. Michels, die Metzgerei Jakob Meyer, die Kurzwarenhandlung Gebr. Flachmann, die Gastwirtschaft Zimmermann, die Kurz- und Bürstenwaren-Großhandlung Capell & Davids, die Hosenfabrik M. Fromm, das Hutgeschäft J. Willstaedt, die Firma Alligator-Lederwaren, die Schneiderei Fritz Schünke, die Drogerie Stallberg, das Kaufhaus Lipper (in Bochum-Linden), das Stoffgeschäft von Salomon Segal, die Hosenfabrikation Jakob, das Herrenmaßgeschäft Kaminsky, das Werbeunternehmen A. Blumenthal & Co., der Großmarktstand Nemrow, die Schuhmacherei Weissglas und das Reklameartikelgeschäft Gottschalk & Co. Besonders spektakulär war der Fall des Kaufhauses der Gebrüder Alsberg AG, das auf Druck der NSDAP-Gauleitung in die Kortum-AG umgewandelt wurde. Der ‚Arisierungsvorgang‘ erstreckte sich über mehrere Jahre und erst am 22. Nov. 1938 wurde festgehalten, das Kaufhaus sei „frei von jüdischem Einfluss“.

Die ‚Arisierungen‘ waren damit nicht abgeschlossen, sie gingen nun von der Phase der ‚freiwilligen‘ Verkäufe in die durch Gesetz erzwungene Übertragung über. Viele jüd. Bochumer verloren durch die ‚Arisierung‘ auch privaten Haus- und Grundbesitz. Davon profitierte nicht zuletzt auch die Stadt Bochum, die zwischen 1933 und 1943 – weit unter Wert – mindestens 30 Grundstücke von jüd. Vorbesitzern erwarb. Die Stadt sah darin eine Gelegenheit zur Realisierung schon länger geplanter städtebaulicher Maßnahmen. Sie bedachte aber auch die Städtische Sparkasse, der sie ein bebautes Grundstück an der Luisenstr. 2 überließ. Es hatte zuvor der Synagogengemeinde gehört und den Betsaal der ostjüd. Gemeinde beherbergt. Der Verkauf kam auf Drängen der Stadt zustande und wurde Ende 1937 vertraglich besiegelt. Im Gegenzug und als Ausgleich für die verlorenen Räumlichkeiten erwarb die jüd. Gemeinde – durch Vermittlung der Stadt – von der Deutschen Bank und der Diskontogesellschaft ein Gebäude an der Düppelstr. 1a (Ecke Wittener Straße). Dort entstand neben den für die kulturellen Zwecke der Gemeinde benötigten Räumlichkeiten auch eine Schankwirtschaft, das ‚Jüdische Casino‘. In der Nacht vom 9. auf den 10. Nov. 1938 zerstörten SA-Männer die Synagoge an der Wilhelmstr. und brannten sie nieder. Die Feuerwehr war ausgerückt, löschte aber nicht. Eine große Menge Schaulustiger wohnte dem Ereignis bei, darunter der amtierende Bochumer Oberbürgermeister. Die prachtvolle Synagoge war den Nationalsozialisten schon lange ein Dorn im Auge gewesen, nicht

zuletzt auch deshalb, weil sich die Gauleitung der NSDAP in einem Gebäude direkt gegenüber niedergelassen und die Synagoge damit quasi immer im Blick hatte. In derselben Nacht wurden die jüd. Volksschule, das Gebäude an der Düppelstr. 1a, das Kaufhaus Fröhlich in Bochum-Gerthe, weitere jüd. Geschäfte sowie zahlreiche Privatwohnungen demoliert und ausgeplündert. Juden wurden schikaniert und misshandelt, jüd. Männer verhaftet. Sie gelangten auf offenen Lastwagen zunächst ins Bochumer Polizeigefängnis und danach mit einem Sammeltransport von Dortmund aus ins KZ Sachsenhausen. Nach einigen Wochen kamen die meisten von ihnen wieder frei. Im KZ waren sie massiv unter Druck gesetzt worden, damit sie Deutschland verließen und die ‚Arisierung‘ sich beschleunigte. Die zerstörte Synagoge wurde nach dem Novemberpogrom abgebrochen. Die Stadt übernahm das Grundstück einschließlich des angrenzenden Schulgrundstücks. Im Juli 1939 ging es in das Eigentum der Städtischen Sparkasse über, wurde „reguliert, eingeebnet und eingefriedet“.

Im Juli 1937 berichtete die CV-Zeitung, die Bochumer Gemeinde sei von etwa 1200 Mitgliedern auf die Hälfte zurückgegangen. Nur noch ein jüd. Arzt sei in Bochum sowie drei von 13 Anwälten, die jüd. Winterhilfe unterstütze 170 Personen. Das umfangreiche jüd. Vereinswesen wurde nach 1933 zunächst weitergeführt, einige neue Vereine kamen hinzu. Ein Kinderchor der jüd. Volksschule, den Hauptlehrer Mendel leitete, wird 1936 erwähnt. Bochumer Juden gehörten dem ‚Kulturbund Westfalen-Ost‘ an, der noch im Sept. 1938 aktiv war. Für die 1930er Jahre ist eine aktive CV-Ortsgruppe Bochum belegt. Die seit 1926 bestehende Ortsgruppe des ‚Jüdischen Frauenbundes‘ konnte 1936 ihr zehnjähriges Bestehen feiern, Anfang 1937 wird sie letztmalig erwähnt. Die zionistische Ortsgruppe (ZOG) veranstaltete nach 1933 Zusammenkünfte und Vorträge, Vorsitzender war bis zu seiner Auswanderung nach Palästina Isaak Klausner. Mitglieder der Jugendgruppe Habonim trafen sich regelmäßig, gründeten einen Chor, der bei Veranstaltungen der ZOG auftrat, eine Makkabifeier der ZOG wird 1937 erwähnt. 1934 gab es eine Ortsgruppe Bochum des Hechaluz. Der 1925 gegründete, zionistisch orientierte TuS Hakoah Bochum schloss sich – anders als viele Nachbarvereine – nach 1933 nicht dem zionistischen Makkabi, sondern der kurz zuvor entstandenen Sportgruppe des RjF, ‚Schild‘ (Landesverband Westdeutschland) an und firmierte fortan als ‚Schild Bochum‘, finanziell gefördert vom Zahnarzt Dr. Julius Goldschmidt. Im Mai 1934 wurde ein Sport- und Jugendheim eingeweiht, 1936 und noch 1938 befand sich das RjF-Heim in der Castroper Straße. Der Fußballverein Schild Bochum wurde bei den Schild-Verbandsmeisterschaften mehrmals westdeutscher Fußballmeister und 1938 deutscher Meister.

Im Okt. 1938 lebten in Bochum etwa 640 Juden, ihre Zahl hatte sich seit 1930 fast halbiert. Die Pogromnacht am 9./10. Nov. 1938 und die Schikanen der folgenden Tage zerstörten die letzten Hoffnungen, und bis Febr. 1941 sank die Zahl der jüd. Einwohner Bochums auf 253 ab. Ihre letzte Adresse waren die ‚Judenhäuser‘ in der Innenstadt: an der Franzstr. 11 (wo 1940 u.a. Paul Schüler wohnte), Horst-Wessel-Str. 56 (heute Nordring), Rottstr. 9 und 11, Goethestr. 9 (das Haus der Familie Schoenewald), Vidumestr. 11, Wilhelmstr. 16 (das Gebäude der jüd. Schule) und Rheinische Str. 28.

Im Jan. 1942 begann die Deportation der Bochumer Juden. Sammelpunkt für den Gau Westfalen-Süd war Dortmund. Von dort aus fuhren die Züge vor allem nach Riga, Theresienstadt, Auschwitz und Zamość. Ein 2000 erschienenes Gedenkbuch ‚Opfer der Shoa aus Bochum und Wattenscheid‘ enthält die Namen von etwa 500 Bochumer Juden, die in den Vernichtungslagern starben. Das Gedenkbuch benennt auch die jüd. NS-Opfer, die in Bochum geboren wurden, zum Zeitpunkt ihrer Deportation aber nicht mehr hier lebten.

Im Ortsteil Langendreer lebten 1933 mehr als 30 Juden. Der letzte Amtsbürgermeister des aufgelösten Amtes Langendreer, Wilhelm Jacobi, der mit einer Jüdin verheiratet war und mit einem jüd. Rechtsanwalt zusammenarbeitete, wurde 1933 in der

Polizeiwache verhört, von einem SA-Mann verletzt und im SA-Heim an der Ziegelei Niederwestermann verprügelt; er flüchtete aus Langendreer. Auch Alfred Harff, der mit einer Christin verheiratet war, wurde im SA-Heim misshandelt, zuvor war er öffentlich schikaniert worden. In der Nacht zum 29. März 1933 wurden Schau-fensterscheiben jüd. Geschäfte zertrümmert. Vom Boykott betroffen waren das Kaufhaus Alsberg, Kaiserstr. 103 (Inh. Siegfried Eichengrün) sowie Geschäfte von Louis Löwenthal (Haushaltswaren, Tonnenbergstr. 1), Ernst & Max Heimann (Textilwaren, Kaiserstr. 67), Alfred Harff (Lebensmittel, Wittewie 16), Hermann Klein (Schuhwaren, Kaiserstr. 200), der Sackhändler Simon Herschberg (Kaiserstr. 143) und der jüd. Arzt Ludwig Feldmann. Im Ortsteil ‚Alter Bahnhof‘ standen SA-Patrouillen vor Geschäften, warnten Kunden vor dem Betreten und fotografierten sie. Diese Fotos erschienen dann in NS-Zeitungen, für die Identifizierung der Abgebildeten wurden Belohnungen ausgesetzt. In der Folgezeit wurden fast alle jüd. Kaufhäuser und Geschäfte in Langendreer geschlossen oder ‚arisiert‘. Während der zweiten Boykottwelle im Aug. 1935 bestand nur noch ein Drittel der 1933 betriebenen Geschäfte. Anfang 1938 waren nur noch Max Heimann und Siegfried Eichengrün (mit seinen beiden Alsberg-Geschäften in der Kaiserstr. 186 und 203/205) verblieben; ihre Geschäfte wurden im Aug. 1938 ‚arisiert‘. Max und Meta Heimann verloren ihre Gewerbescheine Ende 1938. Von der ‚Polenaktion‘ waren in Langendreer Simon Herschberg und seine Frau Frieda betroffen. Obwohl das Kaufhaus Simmenauer bereits geschlossen war, wurden die Scheiben während des Pogroms eingeworfen. Max Heimann und sein Sohn Otto wurden für einige Wochen ins KZ Sachsenhausen eingeliefert. Siegfried Eichengrün konnte nach Palästina flüchten, sein Mitgesellschafter beim Kaufhaus Alsberg, Dr. Arthur Eichengrün, nahm sich im Aug. 1939 das Leben. 1939 wurde eine Sicherungsanordnung gegen Max Heimann erlassen. Um die ‚Judenvermögensabgabe‘ zu zahlen, musste die Familie ihr Haus Kaiserstr. 6 verkaufen. Im Okt. 1940 ordnete der Bochumer Oberbürgermeister die Zwangsversteigerung an, Erwerber war ein Nachbar. Das Ehepaar Heimann zog nach Bochum und wurde vom ‚Judenhaus‘ Wilhelmstr. 16 aus 1942 nach Theresienstadt deportiert. Andere Langendreerer Juden emigrierten nach Palästina, England, Brasilien und in die Niederlande.

Im Ortsteil Linden lebten im Aug. 1937 noch 13 Juden. In Werne lebte bis 1938/39 der Schneidermeister Alfred Rosenberg mit seiner Familie, er betrieb ein Kurzwarengeschäft (Am Hellweg 158). Leon Salomons und Sally Feiner wurden im Zusammenhang mit dem Novemberpogrom bis Ende 1938 im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Leon Salomons wurde im Jan. 1942 über Gelsenkirchen ins Ghetto Riga gebracht, Sally Feiner emigrierte nach Luxemburg und wurde von dort deportiert, Levy Passmann wurde aus den Niederlanden nach Auschwitz gebracht. Felix Adler wurde im Juli 1942 über Düsseldorf nach Theresienstadt verschleppt

2.1.4 Nach Bochum zurückgekehrte Juden gründeten im Dez. 1945 die ‚Jüdische Religionsgemeinschaft Bochum‘, den Vorsitz übernahm Siegbert Vollmann (1882–1954), der verschiedene Lager überlebt hatte. Vollmann kümmerte sich um Wiedergutmachungsangelegenheiten, hielt den Kontakt zu überlebenden Bochumer Juden in aller Welt, übernahm Behördengänge in ihrem Auftrag und verhandelte über Nachlasspflegschaften. Im Febr. 1946 lebten 33 Juden in der Stadt, Ende 1946 waren es 55. Aus Linden kehrte lediglich Else Adler zurück, sie lebte später in England. (Ihre Urne wurde 1981 auf dem jüd. Friedhof Hattingen beigesetzt.) Im Jan. 1946 gehörte die Gemeinde Bochum zu den 15 Gründern des ‚Landesverbandes der jüdischen Gemeinden von Westfalen‘. 1947 fand erstmals wieder ein jüd. Gottesdienst statt, für den die Stadt Bochum in der Brückstr. 33b einen Betsaal zur Verfügung gestellt hatte, die offizielle Einweihung erfolgte 1948. In den folgenden Jahren führten weitere Auswanderungen und Todesfälle zum Rückgang der Mitgliederzahl. 1953 wurde deshalb die ‚Jüdische Kultusgemeinde Bochum-Herne-Recklinghausen‘ gegründet, in der die Bochumer

Gemeinde aufging. Da in Bochum keine Aussicht auf eine neue Synagoge bestand, verlagerte sich das Gemeindeleben nach Recklinghausen, wo 1955 eine kleine Synagoge eingerichtet wurde. Die Mitgliederzahl verringerte sich weiter, 1962 hatte die ‚Jüdische Kultusgemeinde Bochum-Herne-Recklinghausen‘ noch 76 Mitglieder. Erst mit dem Zuzug jüd. Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion in den 1990er Jahren wuchs die Gemeinde wieder an, 1995 hatte sie 587 Mitglieder. Als Folge des Mitgliederzuwachses trennte sich 1999 Recklinghausen vom Gemeindeverbund, die ‚Jüdische Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen‘ entstand. Nach einem jahrelangen Provisorium konnte 2007 eine neue Synagoge eingeweiht werden. 2011 war die Mitgliederzahl auf 1122 angewachsen. Die Jüd. Wohlfahrtsorganisation Bochum-Herne-Hattingen richtete 2007 die Begegnungsstätte RAMBAM in Bochum ein, die sich an alle russischsprachigen Zuwanderer richtet.

1949 wurden im Rahmen eines Prozesses 17 Beschuldigte, die sich am Pogrom beteiligt hatten, vernommen. Mehrere Verfahren wurden vor dem Bochumer Landgericht verhandelt. 1959 wurde ein durch die Folgen des Zweiten Weltkriegs neu geschaffener Platz in der Innenstadt nach Dr. Otto Ruer benannt, dem 1933 von den Nationalsozialisten in den Tod getriebenen Oberbürgermeister, auf dem Platz befindet sich auch eine Gedenktafel. Zum Gedenken an die zerstörte Synagoge wurde 1968 eine Bronzetafel an einem Gebäude angebracht, das in der Nachkriegszeit am Rande des Synagogengrundstücks errichtet worden war. Gedenkveranstaltungen organisieren seit 1978 der Stadtjugendring, seit 1999 der ‚Arbeitskreis 9. November‘, dem neben dem Stadtjugendring die jüd. Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen, der Verein ‚Erinnern für die Zukunft‘, die ev. Stadtakademie, die VVN, das Stadtarchiv, die VHS und andere Einrichtungen angehören. 2004 wurde eine zweite Tafel zur Erinnerung an die Synagoge an der Harmoniestr./Ecke Dr.-Ruer-Platz installiert. 1998 wurden drei Straßen nach jüd. Persönlichkeiten aus Bochum benannt: nach der Lehrerin Else Hirsch, dem Rabbiner Dr. Moritz David und dem Lehrer und Kantor Erich Mendel. Nach Otilie Schoenewald ist ein 2005 eingeweihtes Weiterbildungskolleg benannt, ebenso eine Straße im Stadtteil Wiemelhausen. Seit 2004 beteiligt sich die Stadt Bochum am Projekt ‚Stolpersteine‘, 2006 wurde auf dem Rathausvorplatz ein Stolperstein zum Gedenken an Ruer verlegt, 2007 auch im Ortsteil Langendreer.

2.2.1 Für 1812 sind in der Stadt Bochum 71 Juden verzeichnet, 1839 lebten 115 Juden in der Stadt, 1843 bereits 131 und 1858 dann 220. Im Jahr 1871 waren von 21 192 Einwohnern 13 013 kath., 7784 ev., 370 jüd. Glaubens, 25 gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1895 waren von 53 842 Einwohnern 29 270 kath., 23 549 ev., 803 jüd. Glaubens und 214 andere Christen. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 waren im Stadtkreis Bochum (beim Gebietsstand des Jahres 1926) von 211 249 (!) Einwohnern 98 117 kath., 104 951 ev., 1122 Juden und 321 sonstige Christen. Im Landkreis Bochum waren zur gleichen Zeit von 83 206 (!) Einwohnern 22 904 kath., 56 681 ev., 156 Juden und 190 sonstige Christen. Nach dem Gebietsstand des Jahres 1931 lebten im Landkreis (nach der Volkszählung von 1925) 313 554 Einwohner, von denen 128 429 kath., 168 061 ev., 1297 jüd. Glaubens waren, hinzu kamen 5226 sonstige Christen und 10 541 ohne oder mit anderem Bekenntnis. 1930 erreichte die Zahl der in Bochum ansässigen Juden mit 1244 ihren Höchststand; Bochum war damit – nach Dortmund und Gelsenkirchen – die drittgrößte jüd. Gemeinde in Westfalen. 1932 lebten 1134 Juden in der Stadt, 1938 waren es 644 und 1941 noch 253.

Im heutigen Stadtteil Langendreer lebten 1839 neun und 1858 vier Juden; 1871 waren von 4850 Einwohnern 691 kath., 4151 ev. und acht jüd. Glaubens, 1895 von 15 056 (!) Einwohnern 3008 kath., 12 001 ev., 27 jüd. Glaubens, 18 gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1905 lebten 27 Juden im Ort, 1911 waren es 65 und 1913 dann 40 jüd. Personen. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 waren in Langendreer (Gebiets-

stand des Jahres 1926) von 27 566 [!] Einwohnern 7593 kath., 18 517 ev. Glaubens, 82 Juden und 88 sonstige Christen. 1929 wurde der Ort teilweise in die Stadt Bochum eingemeindet. In Linden lebten 1843 sechs und 1858 dann 14 Juden; 1871 waren von 2624 Einwohnern 924 kath., 1668 ev., 14 jüd. Glaubens, 17 gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 5484 Einwohnern 2084 kath., 3353 ev., 29 jüd. Glaubens und 18 andere Christen. Im benachbarten Dahlhausen wohnten 1911 fünf Juden. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 waren in der (1921 zusammengeschlossenen) Gemeinde Linden-Dahlhausen (Gebietsstand 1926) von 21 695 [!] Einwohnern 9203 kath., 11 721 ev., 31 Juden und vier sonstige Christen. 1929 wurden Linden und Dahlhausen Teile der Stadt Bochum.

In Hamme lebte 1858 ein Jude, 1895 waren von 8048 Einwohnern 4086 kath., 3920 ev., sechs jüd. Glaubens und 36 andere Christen. 1904 wurde Hamme nach Bochum eingemeindet. In Gerthe waren nach der Volkszählung 1925 (beim Gebietsstand des Jahres 1926) von 20 956 [!] Einwohnern 5910 kath., 14 184 ev., 28 Juden und 46 sonstige Christen. 1929 wurde Gerthe zum größten Teil nach Bochum eingemeindet. Im benachbarten Harpen lebten 1858 drei Juden; 1895 waren von 3245 Einwohnern 213 kath., 3025 ev., fünf jüd. Glaubens und zwei andere Christen. 1926 erfolgte die Eingemeindung nach Gerthe. In Riemke waren 1895 von 2677 Einwohnern 1729 kath., 946 ev. und zwei jüd. Glaubens, 1926 kam der Ort zu Bochum.

In Mittelstiepel lebten 1839 sechs Juden. In Stiepel waren 1843 sieben Juden verzeichnet; 1871 waren von 3182 Einwohnern 215 kath., 2963 ev. und vier Juden. 1929 wurde Stiepel nach Bochum eingemeindet. In Wiemelhausen waren 1871 von 2273 Einwohnern 1044 kath., 1225 ev. und vier jüd. Glaubens, 1895 von 8731 Einwohnern 4558 kath., 4084 ev., 14 jüd. Glaubens und 75 andere Christen; 1904 wurde Wiemelhausen in die Stadt Bochum eingemeindet. Im benachbarten Weitmar waren 1871 von 3473 Einwohnern 1604 kath., 1857 ev., drei jüd. Glaubens und neun andere Christen, 1895 von 10 284 [!] Einwohnern 4706 kath., 5484 ev., sieben jüd. Glaubens, 85 gehörten anderen christl. Gemeinden an und zwei waren ohne Bekenntnis. 1905 lebten in Weitmar ebenfalls sieben Juden, 1926 kam die Gemeinde zu Bochum. In Laer waren 1895 von 5144 Einwohnern 1165 kath., 3972 ev., vier jüd. Glaubens und drei andere Christen. 1929 wurde Laer nach Bochum eingemeindet. In Werne waren 1871 von 2605 Einwohnern 546 kath., 1045 ev. und 14 jüd. Glaubens, 1895 von 8430 Einwohnern 2069 kath., 6346 ev., 14 jüd. Glaubens und ein anderer Christ. 1905 lebten in Werne 36 Juden, 1911 waren es 23. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 waren in Werne (Gebietsstand 1926) von 18 883 [!] Einwohnern 5567 kath., 12 530 ev., 38 Juden und 49 sonstige Christen. 1929 wurde der Ort in die Stadt Bochum eingemeindet.

Grundlage für die Mitgliedschaft in der jüd. Gemeinde in Bochum war in der ersten Hälfte des 19. Jh. ein ‚Einkaufsgeld‘ in Höhe von 50 Tlr. pro Familie. Für einheimische Juden, die eine Familie gründeten oder Auswärtige, die eine Bochumer Jüdin heirateten, reduzierte sich dieser Betrag auf 10 Taler; hinzu kamen regelmäßige Jahresbeiträge. Aus finanziellen Gründen hatten fünf in Bochum lebende jüd. Familien sich nicht ‚eingekauft‘. Sie gehörten der jüd. Gemeinde damit nicht an, waren aber dennoch zu den Gottesdiensten zugelassen. 1851 legte die Bochumer jüd. Gemeinde ihr Gemeindestatut vor. Als Gemeindezweck nannte sie die Erhaltung und Pflege der israelitischen Religion und die ‚zeitgemäße‘ Ausübung ihrer Rituale. Ein ‚Einkaufsgeld‘ sollte nicht mehr erhoben werden.

Organe der Gemeinde waren nach dem Statut von 1851 ein dreiköpfiger Vorstand (Vorsteher oder Präses, stellvertretender Vorsteher und Rendant) und ein fünfköpfiger Gemeinderat sowie die aus allen stimmberechtigten Mitgliedern bestehende Generalversammlung. Stimmberechtigt war, wer zu den Gemeindelasten beitrug. Die Gemeinde sollte vom Vorstand geführt und nach außen vertreten werden. Den Vorstand wiederum – sowie den Gemeinderat – wählte und kontrollierte die Generalversamm-

lung. Dieses laut Gesetz nicht vorgesehene Gremium hatte noch weitere Kompetenzen: die Genehmigung von Grundstücksgeschäften, die Entscheidung bei Konflikten zwischen Vorstand und Gemeinderat, die Wertung der Entschuldigungsgründe bei der Ablehnung von Ehrenämtern und die Entlastung bzw. Entlassung von unbesoldeten Gemeindebeamten im Falle statutenwidriger Handlungen. Besoldete Gemeinde-Beamte waren der Lehrer, der zugleich Kantor sein musste, und ein Gemeindediener. Letzterer sollte dafür qualifiziert sein, das rituelle Schlachten zu übernehmen. Die Stelle war zum Zeitpunkt der Erstellung des Statuts vakant und sollte besetzt werden, sobald die Finanzverhältnisse der Gemeinde es gestatteten.

Das Statut war 1851 von 22 führenden Gemeindemitgliedern unterschrieben und von Gemeindevorsteher Moritz Würzburger an Oberbürgermeister Greve mit der Bitte um Weiterleitung an die königliche Regierung gesandt worden. Die erbetene Genehmigung blieb aber aus. Erst zwei Jahre später, im April 1853, meldete sich ein landrätlicher Kommissar beim Magistrat der Stadt Bochum und teilte mit, „höheren Orts“ sei die Wiederaufnahme der seit 1848 ruhenden Maßnahmen zur Ausführung des Gesetzes von 1847 angeordnet worden. 1854/55 wurden im Kreis Bochum drei Synagogenbezirke eingerichtet. Zum Synagogenbezirk Bochum gehörten die Juden aus der Stadt Bochum, aus dem Amt Bochum (u. a. mit den Gemeinden Hamme, Gerthe, Harpen, Weitmar und Wiemelhausen) und aus dem Amt Herne (u. a. mit den Gemeinden Herne, Bickern bzw. Wanne, Eickel und Röhlinghausen). Dem Synagogenbezirk Hattingen wurden die Stadt Hattingen sowie die Ämter Hattingen und Wattenscheid zugeordnet, dem Synagogenbezirk Witten neben der Stadt Witten die Ämter Blankenstein und Langendreer. Teile des heutigen Bochumer Stadtgebietes gehörten damit zu den Synagogenbezirken Hattingen und Witten. Das neue Statut von 1858 entsprach stärker als der Entwurf von 1851 der Intention des Gesetzes. Die in der Version von 1851 noch enthaltenen ‚basisdemokratischen‘ Elemente, die vor allem in der starken Stellung der Generalversammlung aller stimmberechtigten Gemeindemitglieder ihren Ausdruck fanden, traten nun zurück. Organe der Gemeinde waren der Vorstand (drei Mitglieder und entsprechend viele Stellvertreter) und die aus neun Personen bestehende Repräsentantenversammlung. Die Gesamtheit der Gemeindemitglieder kam nur noch zusammen, um die Repräsentanten zu wählen. Die Generalversammlung mit ihren weitreichenden Funktionen war nicht mehr vorgesehen. Das 1858 genehmigte Statut wurde 1871 durch einen Nachtrag zum Wahlverfahren ergänzt und 1886 durch eine gedruckte Version ersetzt.

Die wachsende jüd. Bevölkerung und die Ausdehnung des Gemeindegebietes führten zur Abtrennung zweier Gemeindeteile. 1889 schieden die Juden in Herne aus der Gemeinde aus und bildeten eine eigene Gemeinde. Die ebenfalls zum Amt Herne gehörenden Juden aus Eickel schlossen sich mit denen aus Wanne zusammen und bildeten 1907 die rechtlich eigenständige Synagogengemeinde Wanne-Eickel, zu der auch die Juden aus Röhlinghausen gehörten. Die heutigen Bochumer Stadtteile Langendreer, Stockum und Werne gehörten zur Synagogengemeinde Witten, Linden und Dahlhausen zur Gemeinde Hattingen. Gelsenkirchen und Wattenscheid gehörten zunächst zum Synagogenbezirk Hattingen, 1874/75 trennten sie sich und bildeten eigene Gemeinden. 1913 gehörten Juden aus Gerthe, Riemke und Harpen zur Synagogengemeinde Bochum. 1912 wurde ein Zusatzparagraph im Statut verankert, der die deutsche Staatsangehörigkeit zur Bedingung des Wahlrechts in der Gemeinde machte.

Nach dem Ersten Weltkrieg trat die Bochumer Synagogengemeinde dem ‚Preussischen Landesverband jüdischer Gemeinden‘ bei, dort vertrat Ottilie Schoenewald die Bochumer Interessen. Die Gemeinde gehörte weiterhin dem liberalen ‚Verband der Synagogengemeinden Westfalens‘ an, in dem Moritz Liebenfeld stellvertretender Vorsitzender und später erster Vorsitzender wurde, außerdem war die Gemeinde Mitglied des DIGB. Das 1936 eingerichtete Bezirksrabbinat Bochum-Herne unter Leitung des

liberalen Rabbiners Dr. Joseph Kliersfeld umfasste neben Bochum auch Wattenscheid, Witten, Herne und Wanne-Eickel.

Im Dez. 1945 wurde die ‚Jüdische Religionsgemeinschaft Bochum‘ neu gegründet, 1953 schloss sie sich mit den Nachbargemeinden zur ‚Jüdischen Kultusgemeinde Bochum-Herne-Recklinghausen‘ zusammen. Ab 1999 bildete Recklinghausen eine eigene Gemeinde. Zur neu gebildeten jüd. Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen gehören auch die Bochumer Stadtteile Linden-Dahlhausen, Langendreer und Wattenscheid.

Bochum war eine Reformgemeinde. Bereits in der Mitte des 19. Jh. heißt es, einige Gemeindemitglieder huldigten einer „modernerer Auffassungsweise“ ihrer Religion, in der Synagoge würden ‚Religionsvorträge‘ oder Predigten gehalten. Die ‚Bestimmungen für die Ordnung beim Gottesdienst in der Synagoge zu Bochum‘ lagen gedruckt vor. In der 1861 bis 1863 neu erbauten Synagoge stand eine Orgel, zudem sang dort ein gemischter Chor. An den 1917 von Rabbiner Moritz David eingeführten Mädchenkonfirmationen nahmen zwischen 1917 und 1932 in Bochum mehr als 100 jüd. Mädchen teil.

Der Haushalt speiste sich laut Statut von 1851 aus der Vermietung der Synagogenplätze, den freiwilligen Spenden beim Gottesdienst, dem Schulgeld (ein Taler, zehn Sgr. pro Kind und Jahr) und den gleichmäßigen Beiträgen aller Gemeindemitglieder zur Besoldung des mit dem Lehramt verbundenen Kantorats (ein Taler jährlich). Das nach Abzug dieser Einnahmen noch bestehende Defizit zu dem für den Lehrer und die Schule benötigten Betrag sollte durch eine nach der Klassensteuer zu regulierende Umlage gedeckt werden. 1930 betrug der Gemeindeetat 52 052 RM, 1931 waren es 45 094 RM.

2.2.2 Jüd. Gottesdienste soll es in Bochum bereits im ausgehenden 16. Jh. gegeben haben. Im Bericht des Schultheißen heißt es 1650, die in Bochum lebenden Juden hielten ihren Gottesdienst „mit Judischem geschrey oder gesängen undt anderen ihren Ceremonien“, was zu Beschwerden benachbarter Christen geführt habe. Die Gottesdienste fanden zunächst in wechselnden, als Betraum hergerichteten Zimmern in Privathäusern statt. Etwa seit Mitte des 18. Jh. diente ein kleines Gebäude an der Schützenbahn den Bochumer Juden über hundert Jahre als Gotteshaus. 1843 befand sich die Synagoge im Eigentum der jüd. Gemeinde. Im selben Jahr wird von einer 1790 ins Hypothekenbuch der Stadt Bochum eingetragenen Geldschuld berichtet; als Sicherheiten seien die Synagoge, der Friedhof und diverse Kultusgeräte aufgeführt, darunter 14 Thorarollen.

Der Anstieg der jüd. Bevölkerung Bochums im 19. Jh. und der mehrfach zum Streit führende unbequeme Zugang weiblicher Gemeindemitglieder zu ihren Plätzen auf der Empore förderten Neubaupläne. 1853 initiierte der Bochumer Bürgermeister Maximilian Greve das Bauprojekt. 1860 konnte der Bauplatz an der Wilhelmstr. 18 gekauft werden, 1861 war Baubeginn. Spendengelder kamen aus Bochum und aus ganz Westfalen, die Aktionäre des ‚Bochumer Vereins‘ spendeten einen Teil ihrer Jahresdividende. Zur Einweihung 1863 kamen auch viele nichtjüd. Bochumer. Die Predigt hielt Rabbiner Dr. Ludwig Philippson aus Bonn, Redakteur der AZJ, Vertreter des liberalen Judentums und Vorkämpfer der Judenemanzipation. Der Bürgermeister hatte die ganze Stadt dazu aufgefordert, an „einem solchen seltenen Feste eine allgemeine Teilnahme zu zeigen“ und diese „durch Bekränzung und Beflaggung“ kenntlich zu machen, viele Bochumer folgten seinem Aufruf und schmückten Häuser und Straßen. Der Autor eines Berichtes in der AZJ lobte die „außerordentliche Teilnahme der christlichen Bevölkerung“ und deren große Spendenbereitschaft. Dies sei überaus wohlthuend und mache „der christlichen wie der jüdischen Bevölkerung höchste Ehre“. Die Synagoge zählte der Bürgermeister ihrer Architektur und Ausstattung wegen zu den „Zierden der Stadt“. 1895 wurde beschlossen, den Bau zu vergrößern und bessere Zugänge zu den Treppen und Emporen zu schaffen. Während der Bauarbeiten

entschied die Gemeinde, „die Synagoge sowohl nach innen wie nach außen reicher auszustatten“. Nach dem Umbau im maurischen Stil wurde sie 1896 in neuer Form eingeweiht. 1925/26 entschloss man sich zu einem erneuten Umbau, ein Teil der aufwendigen Verzierungen wurde wieder zurückgebaut. In der Nacht vom 9. auf den 10. Nov. 1938 wurde das Gebäude zerstört und niedergebrannt. Die Gemeindegemeindeführerin Erna Philipp hatte die Thorarollen und Kultusgegenstände aus der Synagoge entfernen können, bevor diese in Flammen aufging; die geretteten Thorarollen dienten dann anderen Gemeinden, die ihre verloren hatten, als Ersatz.

Die in Bochum wohnenden Ostjuden bauten eigene Strukturen auf und feierten ihre Gottesdienste separat. Seit den 1920er Jahren nutzten sie einen Betsaal im ersten Obergeschoss des jüd. Schulhauses (Wilhelmstr. 16), später einen im Gebäude Luisenstr. 2, das der Synagogengemeinde gehörte und in dem sich auch der jüd. Kinderhort befand. Nachdem die Stadt das Gebäude 1937 der Sparkasse übertragen hatte, erhielt die Gemeinde ersatzweise ein Gebäude an der Düppelstr. 1a (Ecke Wittener Straße). Während des Pogroms erlitt es schwere Schäden, 1940 war die jüd. Gemeinde gezwungen, es wieder zu verkaufen.

1947 stellte die Stadt Bochum der jüd. Gemeinde einen Betsaal im ersten Stock des ehemaligen Amtshauses Bochum-Nord (Brückstr. 33b) zur Verfügung, der bis 1957 genutzt wurde. Im Zuge des Wiedergutmachungsverfahrens bemühte sich der Gemeindevorsitzende Vollmann um ein Ersatzgrundstück für das 1938/39 in das Eigentum der Stadt bzw. der Stadtparkasse übergegangene Synagogengrundstück; zur Diskussion stand ein Grundstück an der Kortumstraße. 1955 erhielt die JTC von der Stadt Bochum eine finanzielle Entschädigung in Höhe von 210 000 DM, auf einen Neubau wurde verzichtet. Die Bochumer Juden hatten sich 1953 mit den Gemeinden Recklinghausen und Herne zusammengeschlossen und feierten ab 1955 ihren Gottesdienst in Recklinghausen.

Mit dem Zuzug von Juden aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion in den 1990er Jahren stieg der Raumbedarf der Gemeinde. Ein in städtischem Besitz befindliches Haus (Alte Wittener Str. 13) konnte als Gemeindezentrum genutzt werden. Für die notwendig gewordene Sozialarbeit und für Zusammenkünfte stellten die ev. Kirche und die Stadt Räume im Bodelschwingh-Haus (Düppelstr. 25) und im Alten Amtshaus (Harpener Weg 77) zur Verfügung. Seit 2003 gab es Pläne für einen Synagogenneubau. Die Stadt Bochum schenkte der jüd. Gemeinde ein 4300 m² großes Grundstück an der Castroper Straße, 2005 wurde dort der Grundstein für eine neue Synagoge mit Gemeindezentrum gelegt. Die Finanzierung trugen je zu einem Drittel das Land NRW, die Stadt Bochum und die Jüdische Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen. Ein ‚Freundeskreis Bochumer Synagoge‘ unterstützte die jüd. Gemeinde. Das Gebäudeensemble am Erich-Mendel-Platz wurde 2007 eingeweiht.

2.2.3 Meyer Nathan ist für 1731 als Lehrer genannt, er wohnte im Haus des wohlhabenden Kaufmanns Marcus Joseph und unterrichtete dessen Kinder. 1737/38 wird ein ‚Juden-Schulmeister‘ erwähnt, 1756 eine jüd. Schule in Bochum. 1812 besuchten zehn jüd. Kinder die ev.-reformierte Schule in Bochum, nur der Religionsunterricht wurde durch einen Lehrer der jüd. Gemeinde erteilt. 1822 erließ die Regierung in Arnsberg verbindliche Regelungen über die „Beaufsichtigung des Jugend-Unterrichts unter den Juden“, verpflichtete die jüd. Kinder zum Besuch einer Elementarschule und verlangte von den Lehrenden einen Befähigungsnachweis. Die Obrigkeit forderte die Einrichtung einer eigenen jüd. Elementarschule und die Vermittlung von Kenntnissen in den Elementarfächern. Seit 1828 unterhielt die jüd. Gemeinde eine Privatschule, die 1843 von 22 Kindern besucht wurde; der Unterricht fand zunächst in der Wohnung des Lehrers statt, auch ein Kind aus Stiepel nahm teil.

Die Stadt Bochum trug zum Unterhalt der Schule nicht bei, umgekehrt bestand aber auch keine Beitragspflicht der Juden zu den christl. Schulen. Ab 1853 war das

Klassenzimmer in einem Fachwerkgebäude zwischen Oberer Marktstr. (später Massenbergerstr.) und Schützenbahn untergebracht; 1936 wurde das Gebäude abgerissen. Mit den Angelegenheiten der Schule befasste sich innerhalb der jüd. Gemeinde ein Schulvorstand; der Oberbürgermeister bzw. sein Stellvertreter übernahm darin den Vorsitz. Zusammen mit der neuen Synagoge wurde an der Wilhelmstr. 16 ein neues Schulgebäude errichtet und 1863 eingeweiht. Das Klassenzimmer befand sich im Erdgeschoss, die Lehrerwohnung im oberen Stockwerk. Das wegen der wachsenden Mitgliederzahl notwendig werdende zweite Klassenzimmer entstand in einem rückwärtigen Anbau der Schule. 1883 beschloss die Bochumer Stadtverordnetenversammlung, das Defizit der jüd. Volksschule auf den Kommunaletat zu übernehmen, die jüd. Schule galt fortan als öffentliche Schule. Um Platz für einen dritten Klassenraum – die Schülerzahl war auf über 100 angestiegen – zu schaffen, wurde 1887 das Schulgebäude umgebaut. Die Gemeinde nutzte die Gelegenheit und ließ im ersten Stockwerk des Vordergebäudes Büroräume für die Gemeindeverwaltung herrichten. Im Rahmen der Ruhrbesetzung erhob der Bochumer Magistrat im März 1923 beim franz. Zivilkommandeur Einspruch gegen die geplante Beschlagnahme eines der beiden Klassenzimmer und des Vorhofs der Synagoge, Schulbetrieb und Gottesdienste würden dadurch beeinträchtigt.

Als Lehrer bis 1822 ist Nathan Löbensohn nachgewiesen, 1822/23 folgte Herz Bamberger, von 1823 bis 1825 Levi Michel aus Lippstadt, 1825–1828 Lehrer Wachsmann. 1828 wurde mit Marcus Moses aus Neviges erstmals ein examinierter Lehrer eingestellt; er blieb bis 1832, dann folgte für zehn Jahre Abraham Emanuel aus Hamburg. 1833 vereinbarte die Gemeinde Bochum mit ihm, dass er ohne Einwilligung des Vorstands nicht mehr als zwei Kinder in Pension nehmen dürfe. 1845 kam ein Lehrer nach Bochum, der seine Ausbildung am Haindorfischen Seminar erhalten hatte: Moses Steinweg aus Unna, der zuvor in Telgte unterrichtet hatte, er blieb bis 1847. Als weitere jüd. Lehrer waren in Bochum tätig: Philipp Anschel aus Bünde (1847–1854, Grabmal auf dem jüd. Friedhof Wasserstr. erhalten), Philipp Freudenberg aus Steinfurt (1854–1857), Abraham Laser (1857/58), Isaak Edelstein aus Limburg (1858–1866) und Moritz Lewinger aus Steinau in Schlesien (1866–1872). Für 1861, lange bevor Frauen an der jüd. Schule in Bochum als Lehrende tätig wurden, ist eine Privatlehrerin nachgewiesen: Helene Lisser unterrichtete die Töchter des Philipp Würzburger. Mit Hirsch Laubheim aus Singhofen im Unterlahnkreis blieb erstmals ein Lehrer über mehrere Jahrzehnte (1872 bis 1900) in Bochum. Mit der Zunahme der jüd. Bevölkerung stieg auch die Zahl der schulpflichtigen Kinder, so dass 1882 ein zweiter Lehrer eingestellt wurde: Moritz Ostermann aus Meddersheim in der Pfalz, der bis 1926 in Bochum unterrichtete (gest. 1929). Als Ende der 1880er Jahre die Schülerzahl auf über 100 Kinder angestiegen war, wurde für die dritte Klasse eine weitere Lehrerstelle geschaffen. Die Position wurde 1887 mit Jenny Meyer besetzt, der Tochter des Bochumer Kaufmanns Isaak Meyer. Sie war die erste Lehrerin an einer jüd. Volksschule in Westfalen und blieb bis 1890, ihre Nachfolgerin wurde (bis 1925) Bertha Sachs aus Bielefeld. 1892 wurde Lehrer Laubheim zum Hauptlehrer ernannt. Nach seinem Tod im Jahr 1900 wurde die Schule wieder zweiklassig, in der Lehrerwohnung wohnte von nun an der jeweilige Synagogendiener. Die Zahl der Schüler betrug 41 im Jahr 1863, 94 (1905), 72 (1909), 109 (1929) und 125 (1932). Religionsunterricht erhielten 65 Kinder (1909), 70 (1911), 125 (1932) und 67 (1937). Die Hebräische Sprachschule leitete 1924/25 (und auch 1932) der Rabbiner Dr. David. Deren Vorstand gehörten zu diesem Zeitpunkt ferner Dr. Siegmund Schoenewald, Moritz Liebenfeld und Moritz Hähnlein an; 1932 wurde diese Schule von 100 Kindern besucht. Den von Lehrer Scherf geleiteten Cheder besuchten im selben Jahr 20 Kinder.

Erich Mendel (1902–1988) aus Gronau/Westf. wurde 1932 Hauptlehrer in Bochum. Nachdem er mehrfach Vertretungen an der jüd. Schule übernommen und 1927 seine

zweite Lehrerprüfung abgelegt hatte, erhielt er 1928 eine Anstellung in Bochum. In den 1920er Jahren gehörten ferner Else Hirsch aus Bützow in Mecklenburg-Schwerin (tätig von 1927 bis 1941), die nebenamtlich Mädchen Hebräischunterricht erteilte, und Margarete Timmermann (1928–1930) zum Lehrpersonal der jüd. Volksschule, in den 1930er Jahren Manfred Höxter (1930/31), Simon Grünewald (1931/32), Arnold Schulz (1932) und Hugo Hermann (1932). Ende 1934 wurde die Anzahl der Klassen erneut von drei auf zwei reduziert, die dritte Lehrerstelle entfiel. Im Juni 1936 musste Erich Mendel auf die Position des Hauptlehrers verzichten. Zuschüsse für bedürftige Schüler wurden nicht mehr gezahlt. 1938 endete die Verpflichtung des Schulträgers, jüd. Kindern freie Lehrmittel zu gewähren. Nach der Pogromnacht wurde Erich Mendel verhaftet, nach der Entlassung aus der ‚Schutzhaft‘ war er nicht mehr dienstfähig, er emigrierte 1939 über England in die USA. Er nannte sich fortan Eric Mandell, wurde 1941 Dozent für synagogale Musik am Gratz-College in Philadelphia und begründete dort eine der weltgrößten Sammlungen jüd. Musik.

Wegen der Verwüstung der Klassenräume im Nov. 1938 konnte die zweite Lehrkraft, Else Hirsch, zunächst nicht weiter unterrichten, sie richtete die Räume jedoch zusammen mit den Schülern wieder her. Die von den weiterführenden Schulen vertriebenen jüd. Schüler mussten an die jüd. Volksschule zurückkehren. Im Juli 1939 wurde der Unterricht mit 24 Schülern wieder aufgenommen. Zeitgleich erfolgte die Aufhebung der jüd. Schule als öffentliche Schule und die Versetzung der beiden Lehrer in den Ruhestand, die Schule ging in die Trägerschaft der RV über und wurde bis zur endgültigen Auflösung im Sept. 1941 als private Volksschule weitergeführt. 21 Schüler besuchten die Einrichtung, als das Schulgebäude im Juni 1941 in ein ‚Judenhaus‘ umgewandelt und mit 13 jüd. Familien belegt wurde. Die Lehrerin Else Hirsch organisierte gemeinsam mit der Gemeindesekretärin Erna Philipp zwischen Dez. 1938 und Aug. 1939 zehn Kindertransporte über die Niederlande nach England. Während Erna Philipp den elften Transport zur Flucht nutzte, blieb Else Hirsch in Bochum. Ende Jan. 1942 wurde sie zusammen mit einigen ihrer Schülerinnen und Schüler ins Ghetto Riga deportiert – einer ihrer Schüler erinnerte sich, dass sie auch dort noch unterrichtete.

Seit der Mitte des 19. Jh. besuchten jüd. Kinder in Bochum höhere Schulen. Spätestens ab den 1870er Jahren erteilte ein Lehrer der jüd. Schule den Religionsunterricht in der jeweiligen Schule. Zunächst übernahm Lehrer Hirsch Laubheim die Aufgabe, er unterrichtete am Gymnasium Bochum seit 1878, an der Städtischen Höheren Töcherschule seit 1882 und an der Oberrealschule seit 1887. Mitte der 1920er Jahre unterrichtete Rabbiner Dr. David 70 Kinder an höheren Schulen. 1922 besuchten sieben jüd. Schüler das Gymnasium, 33 die beiden Oberrealschulen, vier das Hildegardis-Lyzeum, 43 das Lyzeum I und zwei das Lyzeum II. Im Jahr 1932 erhielten 175 Kinder Religionsunterricht.

In Langendreer gab es 1832 ein schulpflichtiges jüd. Kind, 1835 waren es zwei. Die Kinder der Familie Klein besuchten die Langendreerer Kirchschule, Religionsunterricht erteilten die Eltern. Ab 1906 wurde der jüd. Religionsunterricht in einem Klassenzimmer der Blücherschule am Alten Bahnhof erteilt, für den Unterhalt kam David Harff auf. 1911 erhielten Kinder aus Langendreer und Werne von Lehrer Mayer aus Witten ‚Wanderunterricht‘.

2.2.4 Juden aus Bochum (anfangs auch Christen) spendeten seit den 1830er Jahren acht Jahrzehnte lang für die Haindorfsche Stiftung. Mit Unterstützung der Stiftung wurden Jugendliche zu Handwerkern (z. B. in den 1820er/1830er Jahren Mayer Löwenstein und Gumpel Leuser) bzw. zum Lehrer (Ende des 19. Jh. Max Levisohn) ausgebildet. Dem Kuratorium der Stiftung gehörte vor dem Ersten Weltkrieg der Bochumer Kaufmann M. Liebenfeld an. Die wohlhabenden Mitglieder der jüd. Gemeinde bedachten neben den eigenen Glaubensangehörigen auch Arme anderer Konfessio-

nen. Die älteste jüd. Stiftung in Bochum geht auf Aron Herz und seine Frau Bertha zurück. Anlässlich ihrer Goldenen Hochzeit 1864 schenkten sie der Stadt 500 Tlr. zur Gründung einer Armenstiftung, deren Erträge Bedürftigen aus Bochum zugute kommen sollten. Der Bankier Hermann Schüler unterstützte gemeinsam mit seiner Frau Emma geb. Würzburger arme Wöchnerinnen, gründete eine Stiftung für bedürftige Schüler der kaufmännischen Schule und richtete eine Pensionskasse für seine Bankbeamten ein. Dem Wunsch seiner 1907 verstorbenen Frau folgend, schenkte Hermann Schüler der Stadt Bochum 20 000 M für eine ‚Säuglingsbewahranstalt‘, die erste Bochumer Kinderkrippe. Es dauerte drei Jahre, bis die – inzwischen auf 50 000 M aufgestockte – Stiftung dem beabsichtigten Zweck zugeführt werden konnte; 1910 wurde die Einrichtung in der Roonstr. 22 als ‚Säuglingsheim‘ in Betrieb genommen, im selben Gebäude war auch die städtische Säuglingsmilchküche untergebracht. Da die Räume bald zu klein waren, wurde das Heim in ein städtisches Gebäude an der Amtsstr. 10 verlegt. Seine Verwaltung übernahm zunächst das Fürsorgeamt (später Wohlfahrtsamt), dann das Jugendamt. Eine weitere Stiftung gründete Ferdinand Koppel 1909 anlässlich des Todes seiner Frau. Die Zinsen sollten – im Wechsel – den dienstältesten Geistlichen der kath., ev. und jüd. Gemeinde sowie erholungsbedürftigen Kindern zufließen. 1913 gab es die B.-Ising-Stiftung. Anlässlich des 70. Geburtstages ihres langjährigen Vorstehers richtete die Synagogengemeinde 1915 eine ‚Moses und Regine Liebenfeld-Stiftung‘ ein. Die Erträge aus der ‚Rabbiner Dr. David-Stiftung‘ (1924 gegründet) sollten der Ausstattung armer Bräute dienen. Jüd. Bürger übernahmen auch soziale Ehrenämter in der Stadt, wie z. B. Moritz Nathan Felsenthal, der bis zu seinem Tod 1885 als stellvertretender Armenbezirksvorsteher tätig war; Julius Würzburger versah diese Funktion bis 1924 ebenfalls über 40 Jahre.

Seit 1873 bestand in Bochum der Israelitische Männer-Wohltätigkeitsverein ‚Chewra gemilus chassodim‘. 1875 wurde der Israelitische Frauenverein in Bochum gegründet, dessen langjährige Vorsitzende Regine Liebenfeld war; 1932 war Lotte David Vorsitzende, zu dieser Zeit hatte der Verein 200 Mitglieder. Seit dem ausgehenden 19. Jh. richteten Bochumer Frauenvereine aller Konfessionen viele Jahre lang gemeinsam den Weihnachtsbasar aus, dessen Einnahmen den Armen der Stadt zugute kamen. Die Ortsgruppe des ‚Jüdischen Frauenbundes‘, 1932 unter der Leitung von Otilie Schoenewald, widmete sich ebenfalls der „allgemeinen Wohlfahrtspflege“. Der 1905 gegründete Verein ‚Ferienkolonie für jüdische Kinder‘ hatte 1932 unter der Leitung von Erich Lewkonja 120 Mitglieder und wird noch im Sept. 1938 erwähnt. Ferner gab es den 1920 gegründeten ‚Verein für jüdische Krankenpflegerinnen Bikur Chaulim‘, 1932 unter dem Vorsitz von Simon Cohn, gleichzeitig Vorsitzender des ‚Israelitischen Männervereins‘. Auch die Zinsen des seit Beginn der 1880er Jahre bestehenden und mit 10 000 M ausgestatteten Wohltätigkeitsfonds ‚Israelitische Friedhofsstiftung‘ – das Kapital stammte aus dem Verkaufserlös des alten jüd. Friedhofs 1879 – flossen gemeinnützigen Projekten und wohltätigen Zwecken zu. Damit unterstützte die Synagogengemeinde u. a. die Haindorfische Stiftung in Münster, die Unterstützungskasse des ‚Vereins Israelitischer Lehrer in Rheinland-Westfalen‘, den DIGB, die Alliance Israelite Universelle, die jüd. Waisenhäuser in Paderborn und Dinslaken sowie den ‚Verein zur Verbreitung und Förderung der Handwerke unter den Juden‘ in Düsseldorf.

Der Vorstand der Synagogengemeinde Bochum initiierte die Gründung eines ‚Armen-Unterstützungsvereins‘, der 1868 seine Tätigkeit aufnahm; den Vorsitz übernahm mit Hermann Herz ein Vorstandsmitglied. Ein Armenpfleger verwaltete die Vereinskasse, als Erster der Kaufmann – und ehemalige Lehrer – Philipp Anschel. Der Verein versorgte ‚wandernde‘ und auf der Durchreise befindliche Juden und leistete sachbezogene Hilfe im Einzelfall. 1879 erhielten 661 Personen (294 deutsche Staatsbürger und 367 Ausländer) insgesamt 908 M an Unterstützungsgeldern.

Das ‚Bochumer Modell‘ der Armen- und Wanderfürsorge war auch für die Nachbarstädte interessant. So folgten im Okt. 1880 Vertreter der Synagogengemeinden Essen, Dortmund, Hagen, Witten, Hörde, Gelsenkirchen und Steele der Einladung des Vorstandes der Bochumer Gemeinde und bildeten gemeinsam mit dieser einen Zentralarmenverband (ZAV). Der Zusammenschluss wurde mit der Zunahme durchreisender Bettler begründet und dem Wunsch der Gemeinden, „das tief eingewurzelte Übel des handwerksmäßigen Bettelns“ zu steuern. Gemeinsam strebten sie eine einfachere und bequemere Unterstützung durchreisender Armer an. So waren sie relativ gut gerüstet, als die ostjüdische Ein- und Durchwanderungswelle zu Beginn der 1880er Jahre einen ersten Höhepunkt erreichte. Sie war bekanntlich durch die Pogrome nach der Ermordung Zar Alexanders II. (1881) ausgelöst worden und blieb bis zum Ersten Weltkrieg auf hohem Niveau. Als ‚Vorort‘ des Zentralarmenverbandes wählten die Mitgliedsgemeinden Bochum und betrauten den Vorstand der Synagogengemeinde Bochum mit der Leitung des Verbandes. Dies sollte bis zum Schluss so bleiben. Die Auszahlung der Unterstützungsgelder oblag einem Armenpfleger, der auch ein Gehalt bezog. Die anderen Funktionsträger arbeiteten ehrenamtlich. Die Strukturen des Verbandes ähnelten denen des 1868 gegründeten Bochumer Armen-Unterstützungsvereins, der nun überflüssig geworden war. Im ersten Jahr seines Bestehens unterstützte der ZAV 825 Personen (698 männliche und 127 weibliche) mit insgesamt 1754 Mark. Die Männer hatten als Beruf angegeben: Händler/Hausierer (312), Handwerker (270), Kaufleute und Commis (66), Lehrer (41) und sonstige Berufe (9). Die regionale Herkunft der Unterstützungsempfänger war wie folgt: Westfalen (63), Rheinprovinz (90), Hannover (46), Ost- und Westpreußen (86), sonstige norddeutsche Provinzen (116), süddeutsche Provinzen (80), Holland (39), Österreich, Polen, Russland, Ungarn (300), außereuropäische Staaten (5). Im Laufe der Jahre traten weitere Synagogengemeinden dem Zentralarmenverband bei. 1902 gehörten ihm neben den Gründungsgemeinden auch Duisburg, Iserlohn, Mülheim an der Ruhr, Ruhrort und Wattenscheid an. Die Zahl der Unterstützungsempfänger betrug in diesem Jahr 1810, die ausgezahlte Summe 4288 Mark. Als 1910 auf Reichsebene die Zentralstelle für jüd. Wanderarmenfürsorge entstand, schloss der Zentralarmenverband für Westfalen und „angrenzende Bezirke“ sich ihr an. Er setzte die eigene Arbeit aber fort und war zunächst nicht in der Lage, das laut Statut der Zentralstelle geforderte Fünftel aller Verbandseinnahmen an die Berliner Zentralkasse abzuführen. Die verfügbaren Mittel flossen jetzt vor allem in die von der Rückwandererzentrale in Köln organisierte ‚Rückbeförderung‘ jüd. Auswanderer in ihre Herkunftsländer. Deren Hoffnungen auf eine neue Existenz im Ausland hatten sich nicht erfüllt. 1911 zum Beispiel trug der von Bochum aus geführte Zentralarmenverband mehr als die Hälfte der Reise- und Unterstützungskosten, die die Kölner Rückwandererzentrale an insgesamt 1103 Personen auszahlte. 1912 passierten 1172 rückkehrwillige Auswanderer die Strecke Köln-Bochum-Hannover, „darunter 1029 Russen“. Dem Zentralarmenverband gehörten damals 40 Gemeinden an.

Nach dem Ersten Weltkrieg verschoben sich die Gewichte. Die Unterstützung ostjüd. Einwanderer trat neben die Wanderfürsorge. In Bochum entstand die jüd. Arbeiterfürsorgestelle, zunächst mit Sitz in der Luisenstr. 12, die sich um die in Bochum ansässigen jüd. Arbeiter ebenso kümmerte wie um Durchreisende. Ihre Geschäftsführerin Erna Philipp leitete gleichzeitig die Geschäftsstelle der ‚Jüdischen Wanderfürsorge Rheinland-Westfalen‘. Die wachsende Arbeitslosigkeit gegen Ende der Weimarer Republik führte erneut zu verstärkter West-Ost- und zur Binnenwanderung und bestimmte die Arbeitsschwerpunkte. 1931 wurden von der Bochumer Wanderfürsorgestelle 1441 Fälle bearbeitet und 10 896 RM ausgezahlt. An der Hauptversammlung des Verbandes 1932 nahm noch einmal „eine stattliche Anzahl“ von Vertretern der angeschlossenen Gemeinden teil. Der Beitrag sollte für das Jahr 1932 – wie im Vorjahr – 80 Pf. pro Kopf der angeschlossenen Gemeinde betragen und bei Bedarf erhöht werden.

Die Bedeutung der jüd. Gemeinde Bochum und ihre Vorreiterrolle im Bereich der sozialen Betätigung wurde noch einmal offenkundig, als 1937 in der CV-Zeitung der Artikel von Eva Reichmann-Jungmann über die jüd. Gemeinden an Ruhr und Rhein erschien, der auch einen Bericht über Bochum enthielt. Der Vorsitzende der Synagogengemeinde, Rechtsanwalt Dr. Schoenewald, habe die Entwicklung ruhig und ohne Sentimentalität geschildert. „Nur wenn davon die Rede ist, dass Bochum einmal Vorort des westfälischen Judentums war“, schrieb Reichmann-Jungmann, „wenn man sich daran erinnert, dass hier der erste jüdische Literaturverein gegründet wurde und dass die jüdische Durchwanderer-Betreuung von hier ihren Ausgang nahm, dann dämmt auch die strengste Sachlichkeit der Erzählung nicht mehr die Trauer darüber zurück, dass ehemals blühendes Leben so schnell geschwunden ist.“

Die Geschäftsstelle der jüd. Wanderfürsorge Rheinland-Westfalen in Bochum bestand während der NS-Zeit zunächst weiter fort. Die Geschäftsführerin Erna Philipp verfasste nach ihrer Emigration einen Kurzbericht über die Wohlfahrtsarbeit in Bochum „unter Überwachung der Gestapo“. Sie, Erna Philipp, habe auf Anweisung der Gestapo vorerst nicht auswandern dürfen, weil ihre Hilfe für die Gefängnisfürsorge („meist Fälle von Rassenschande“) und für die Durchführung der ‚Kinder auswanderung‘ benötigt worden sei.

Die Bochumer Synagogengemeinde war Mitträgerin des 1901 gegründeten ‚Hilfsvereins der deutschen Juden‘, dem Lokalkomitee mit 47 Mitgliedern standen 1909 B. Archenhold, Rabbiner David und Moritz Liebenfeld vor. Ebenfalls Mitträger war die Gemeinde beim 1905 eröffneten Israelitischen Altersheim in Unna und beim Israelitischen Kinderheim in Bad Sassendorf. Träger des 1926 gegründeten Kinderhorts waren die Ortsgruppe des ‚Jüdischen Frauenbundes‘ und das städtische Jugendamt; 1933 war Martha Sabel, Tochter von Moritz Hähnlein, Leiterin des jüd. Kinderhorts. Für Langendreer berichteten Zeitzeugen, dass Siegfried Eichengrün, Inhaber der Alsborg-Kaufhäuser, „jährlich eine Reihe Kinder aus bedürftigen Familien der beiden christlichen Gemeinden am Alten Bahnhof zur Erstkommunion bzw. Konfirmation auf Geschäftskosten eingekleidet“ habe.

2.3.1 Juden aus Bochum übernahmen frühzeitig Funktionen in der märkischen Judenschaft. 1655 bekleidete Berndt Isaaks, Vater des Leffmann Behrens, das Amt eines Judenschaftsvorstehers in der Grafschaft Mark. Lehmann Abraham, seit 1730 in Bochum, wurde 1751, 1754 und 1763 zum Vorsteher gewählt, sein Schwager Aaron Marcus 1751 zum Rezeptor und 1754 zum ‚Gemeinsmann‘. 1766 heißt es, er sei der „wohlhabendste Jude in denen Städten südwärts der Ruhr“. 1741 wird der ein Jahr zuvor nach Bochum gezogene Arzt Copilius Pictor als öffentlicher Bedienter der Bochumer Judenschaft genannt. Nach dem Tod des Lehrers Hirsch Laubheim im Jahr 1900, der auch Seelsorger und Prediger der Synagogengemeinde gewesen war, schrieb der Vorstand erstmals die Stelle eines Rabbiners aus. Dr. Moritz David (1875–1956) aus dem pfälzischen Gimsheim trat das Amt 1901 an. Er schuf das erste liberale Rabbinat im Ruhrgebiet – der erste 1906 nach Dortmund berufene Rabbiner war traditionell orientiert, erst der 1929 berufene Nachfolger galt als liberal. David hatte Philosophie und orientalische Philologie an den Universitäten Breslau, Erlangen und Berlin studiert, zudem Theologie am jüd.-theol. Seminar in Breslau und an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin. Er initiierte 1920 den ‚Schwesternverein‘ für jüd. Krankenpflegerinnen, war im Vorstand des ‚Israelitischen Altenheims in Westfalen‘ (und dort 1905 bis 1939 als Anstaltsgeistlicher), im Rheinischen Rabbinerverband, im CV sowie im ‚Verein für jüdische Geschichte und Literatur‘; ferner gehörte er der ‚Ruhrland-Loge‘ in Bochum an. Am 1. April 1934 trat er auf eigenen Wunsch in den Ruhestand, versah das Amt bis zur Wahl eines Nachfolgers aber weiter. Im Juli 1938 übernahm er das Rabbineramt in Dortmund, wurde nach der Pogromnacht verhaftet

und kam ins KZ Sachsenhausen; 1939 emigrierte er zusammen mit seiner Frau nach England. Sein Nachfolger in Bochum wurde 1936 Dr. Josef Kliersfeld aus Duisburg. Auch er war nach der Pogromnacht im KZ Sachsenhausen inhaftiert, im Frühjahr 1939 gelang ihm die Ausreise nach Palästina.

Das Amt des Vorstandsvorsitzenden der Synagogengemeinde Bochum hatten in der Regel wirtschaftlich besonders erfolgreiche Mitglieder für lange Jahre inne. Die erste Repräsentantenversammlung 1854 wählte den Kaufmann Philipp Würzburger zum Vorsitzenden des Synagogenvorstandes, zu weiteren Vorstandsmitgliedern die Kaufleute Levy Würzburger und Hermann Herz; hinzu kamen drei Stellvertreter. Das Trio Würzburger-Herz-Würzburger wurde nach Ablauf der einzelnen Wahlperioden jeweils wiedergewählt und amtierte über zwei Jahrzehnte. Erst der Tod der Brüder Würzburger 1876 und 1877 führte zu personellen Veränderungen. Durch Neuwahl kam 1877 Hermann Schüler als Nachfolger des verstorbenen Philipp Würzburger in den Synagogenvorstand, während A. S. Herz für Levy Würzburger nachrückte. Vorstandsvorsitzenden war 1877 bis 1882 der Hermann Herz, 1882 bis 1894 der Justizrat, Rechtsanwalt und Notar Semajo Sutro, anschließend der Bankier und Kommerzienrat Hermann Schüler. Zu dessen 80. Geburtstag 1920, als er dem Vorstand bereits 42 Jahre lang angehörte, verlieh Rabbiner David ihm den Chower-Titel. Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Siegmund Schoenewald war 1926 bis 1938 Vorsteher. Er wurde 1938 ins KZ Sachsenhausen verschleppt. 1939 emigrierte er mit seiner Frau Ottilie über die Niederlande nach England, wo er 1943 starb.

Der ersten Repräsentantenversammlung 1854 gehörten aus Bochumer an die Kaufleute Moritz Würzburger, Eduard Herz und Salomon Wolf, der Lehrer Philipp Anschel sowie die Metzger Isaac Joseph Meier, Salomon Goldschmidt und Aron Buschhof. Aus Eickel kam als weiterer Repräsentant Herz Leser hinzu. 1932 war Moritz Hähnlein erster Vorsitzender der Repräsentantenversammlung und Victor Capell zweiter Vorsitzender. Die Lehrer der Synagogengemeinde versahen in der Regel gleichzeitig den Kantorendienst, so u. a. Isaak Edelstein (1858–1866), Hirsch Laubheim (1872–1882), Moritz Ostermann (1882–1910), Samuel Rosenthal (1910–1923) und Erich Mendel. 1742 wird Copilius Pictor als öffentlicher Bedienter der Bochumer Juden erwähnt. E. Hermann war 1913, Jacob Wolf 1924/25 Schochet und Synagogendiener.

1914 wehrten sich die Bochumer Juden Gustav Langstadt, M. Liebenfeld, Rechtsanwalt Dr. Schoenewald und Kommerzienrat Hermann Schüler gegen „zionistische Agitationen“ und unterzeichneten eine im ‚Israelitischen Familienblatt‘ veröffentlichte Erklärung. Dort heißt es, die Zionisten würden versuchen, innerhalb des Judentums „einen national-jüdischen Chauvinismus zu entfachen“, der „uns in schroffen Gegensatz zu unseren christlichen deutschen Mitbürgern bringen müßte“. Die in den 1920er Jahren gegründete ‚Ostjüdische Vereinigung Agudas Achim‘ (1932 mit Sitz in der Wiemelhauser Str. 17) reichte 1928 bei der Gemeindevertretung eine Resolution ein, das Verhältnis- und Frauenwahlrecht in der Bochumer Gemeinde einzuführen. Die Repräsentantenversammlung lehnte 1929 die auch vom Frauenbund geforderte Einführung des Frauenwahlrechts in Bochum ab, daraufhin wurde der Antrag auf Einführung des Verhältniswahlrechts zurückgezogen. 1932 empfahl die ‚Agudas achim‘ ihren Mitgliedern, der Repräsentantenwahl fernzubleiben, weil die Repräsentantenversammlung bis dahin alle Anträge auf Einführung des Verhältniswahlrechts abgelehnt habe.

Juden aus Langendreer waren in den Gremien der Wittener Synagogengemeinde vertreten. So war Joseph Markus 1902 Mitglied der Repräsentantenversammlung, David Harff seit 1904; Letzterer gehörte von 1925 bis zu seinem Tod 1934 dem dortigen Vorstand an, ebenso wie Siegmund Samson seit 1910 bis zu seinem Tod 1934. 1928 wurde Louis Löwenthal stellv. Vorsteher und 1934 im Amt bestätigt. Siegfried Eichengrün gehörte seit 1931 zu den Repräsentanten, 1935 wurde er wiedergewählt.

2.3.2 Der herausragende Vertreter der Bochumer Juden während der zweiten Hälfte des 19. Jh. war der 1812 geborene Gerber und Kaufmann Philipp Würzburger. Er entstammte einer alteingesessenen Bochumer Familie und gehörte zu den Gewerbesteuerpflichtigen in der Stadt. Er wurde erstmals 1847 in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Philipp Würzburger war Vorsitzender der Synagogengemeinde und bekleidete zahlreiche Ämter und Funktionen in Bochum. Auch an der Gründung der Handelskammer des Kreises Bochum war er maßgeblich beteiligt. Seit 1870 fungierte er als unbesoldeter Beigeordneter und war damit nach Bürgermeister Greve der zweite Mann im Magistrat. Als Maximilian Greve 1873 plötzlich starb, führte Würzburger etwa ein halbes Jahr lang die Geschäfte der Stadtverwaltung. Für seine Verdienste erhielt er den Kronenorden (4. Klasse) des preuß. Staates. 1874 stellte die Stadt Bochum einen besoldeten Beigeordneten ein. Würzburger trat vom Amt des Beigeordneten zurück, um den Weg dafür freizumachen. Da man in der Stadtverwaltung aber nicht auf seine Dienste und seine „bewährte Kraft“ verzichten wollte, wurde eigens für ihn ein weiteres unbesoldetes Amt im Magistrat geschaffen. Während seiner langen Amtszeit gehörte Würzburger vielen städtischen Kommissionen an und nahm so auf die Geschicke der Stadt und ihrer Einrichtungen Einfluss. 1871 übernahm er den Vorsitz der ebenfalls neu gegründeten Kommission für den städtischen Park. In dieser Funktion war Philipp Würzburger entscheidend an der Entstehung des – im Jahr seines Todes – 1877 fertiggestellten Bochumer Stadtparks beteiligt. Auch Semajo Sutro, der Sohn des Landrabbiners, der seit 1870 als Jurist in Bochum lebte und arbeitete, und der Bankier Hermann Schüler gehörten dem Stadtverordnetenkollegium an. Semajo Sutro war von 1875 bis zu seinem Tod 1901 Stadtverordneter und wirkte in verschiedenen Kommissionen der kommunalen Verwaltung mit; von 1887 bis 1894 war er Magistratsmitglied. Hermann Schüler war seit 1902 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung.

Ottile Schoenewald, 1883 als siebtes Kind der Kaufmannsfamilie Mendel in Bochum geboren, besuchte die höhere Mädchenschule und anschließend ein Pensionat. Zunächst war sie Mitglied der Bochumer Ortsgruppe des ‚Bundes deutscher Frauenvereine‘, seit 1926 Vorsitzende der Bochumer Ortsgruppe des von Bertha Pappenheim gegründeten ‚Jüdischen Frauenbundes‘, dessen Hauptvorstand in Berlin sie seit 1929 angehörte. Sie war zudem in leitender Funktion in der Bochumer Frauenrechtsschutzstelle tätig, die gemeinsam vom ‚Bund deutscher Frauenvereine‘ und dem kath. Frauenbund getragen wurde. Während des Ersten Weltkriegs war sie Schriftführerin des Hausfrauenausschusses der vereinigten Bochumer Frauenvereine, gehörte dem Nationalen Frauendienst in Bochum an und wurde zur Vorsitzenden gewählt. 1919, nach der Einführung des Frauenwahlrechts, zog sie als eine von acht Frauen in die Bochumer Stadtverordnetenversammlung ein, der sie bis 1926 angehörte; zeitweise gehörte sie 14 Ausschüssen an. Sie war Mitglied im örtlichen Parteivorstand der DDP und wurde in den Reichsparteiausschuss in Berlin kooptiert. Als die Stadtverordnetenversammlung 1926 nach den Eingemeindungen neu gewählt werden musste, wurde sie von ihrer Partei nicht wieder aufgestellt; sie konzentrierte sich fortan auf die Arbeit in der jüd. Frauenbewegung. 1934 wurde sie zur letzten Vorsitzenden des ‚Jüdischen Frauenbundes‘ auf Reichsebene gewählt. 1939 ging sie in die Niederlande und setzte zunächst die Arbeit für den inzwischen aufgelösten jüd. Frauenbund fort. Im selben Jahr zog sie zusammen mit ihrem Ehemann nach England und 1946 – drei Jahre nach dem Tod ihres Mannes – in die USA, wo sie 1961 starb.

Dr. Otto Ruer wurde 1879 als Sohn eines Arztes aus Meschede in Münster geboren. Nach Jurastudium, Promotion und Referendariat, Arbeit als Rechtsanwalt und Stadtrat in Kiel, Kriegsteilnahme und – seit 1921 – Tätigkeit als Ministerialrat im Reichsinnenministerium in Berlin wählten die Bochumer Stadtverordneten ihn 1924 in das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Bochum. Er hatte drei Mitbewerber und setzte sich im letzten Wahlgang gegen den Kandidaten des Zentrums durch. Der parteilose

neue Oberbürgermeister stand der DDP nahe. Anfang 1925 trat er sein Amt an, in der jüd. Gemeinde betätigte er sich nicht. In seine Zeit als Bochumer Oberbürgermeister fielen die Gebietsreformen der Jahre 1926 und 1929, die zur Eingemeindung zahlreicher benachbarter Landgemeinden nach Bochum führten. Ruer wurde zum Motor der Entwicklung. Er vertrat die Bochumer Interessen mit Vehemenz und nutzte dabei seine guten Kontakte zu den Ministerialbehörden in Berlin. Sein Ziel, ein ‚Groß-Bochum‘ unter Einbeziehung der umliegenden Mittelstädte zu schaffen, konnte er nicht ganz erreichen. Doch gewann die Großstadt Bochum während seiner Amtszeit deutlich an Kontur. Die Einwohnerzahl stieg von 157 330 (1925) auf 322 514 (1929). Die Vergrößerung des Stadtgebietes von nur 27 km² (1925) auf 121 km² (1929) verschaffte der Stadt Entwicklungschancen und Zukunftsperspektiven. Ruer genoss Respekt und Anerkennung weit über Bochum hinaus. Mehrere deutsche Städte, die nach dem ersten Weltkrieg Anleihen in der Schweiz aufgenommen hatten und nun drastisch überschuldet waren, machten ihn zu ihrem Bevollmächtigten, als über eine Verlängerung der Laufzeiten und eine finanzielle Beteiligung des Reichs zu verhandeln war. Otto Ruer konnte eine für die Städte günstige Gesamtregelung erreichen. Neben Bochum profitierten davon Dortmund, Nürnberg, Krefeld, Flensburg, Heidelberg, Karlsruhe und Freiburg. Eng mit seinem Namen verbunden ist auch die Gründung der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Bochum und besonders der Bau eines neuen, repräsentativen Rathauses (1927–1931). Die Verdienste, die Otto Ruer sich um die Stadt erwarb, schützten ihn nicht vor Angriffen. Die rechtsextreme Zeitschrift ‚Die neue Front‘ machte ihn zur Zielscheibe ihrer Diffamierungen und nahm den Rathausbau – die angeblich übertriebene Ausstattung, die hohen Kosten und die Auftragsvergabe an einen jüd. Unternehmer – zum Anlass. 1930 verklagte Otto Ruer den Redakteur des Blattes wegen übler Nachrede und Verleumdung. Er konnte dessen Verurteilung erreichen, hatte auf Dauer aber keine Chance gegen seine Gegner. Im März 1933 wurde Ruer als Oberbürgermeister abgesetzt und für mehrere Wochen inhaftiert. Im Juli 1933 nahm er sich in Berlin das Leben, der Bochumer Stadtrat rehabilitierte Ruer noch im selben Monat.

Der 1936 bis 1938 in Bochum tätige Bezirksrabbiner Dr. Joseph Kliersfeld (geboren 1908 in Stettin, gest. 1998 in den USA) hatte Wirtschaftsgeschichte, Neuere Geschichte, Philosophie und Semiotik in Berlin und Würzburg studiert. 1935 legte er sein Rabbinerexamen an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin ab. Nach seiner Emigration nach Palästina 1939 war er als Lehrer und Schriftsteller tätig und nannte sich seit 1949 Kalir. 1955 wurde er Rabbiner in Göteborg, 1958 Dozent am Hebräischen Lehrerseminar in Boston, 1965 Rabbiner und Religionslehrer in Kalifornien, 1970 Professor für Religionswissenschaften an einer dortigen Universität. Er war Mitglied der ‚Central Conference of American Rabbis‘ und veröffentlichte zahlreiche Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften.

Die Politikerin und Juristin Nora (Eleonore) Platiel (Pseudonym Nora Kolb) wurde 1896 als Tochter des Kaufmanns Bendix Block (Bekleidungsgeschäft für Bergarbeiter) in Bochum geboren, verließ ihre Geburtsstadt während des Ersten Weltkriegs, um sich im Rahmen des internationalen Kriegshilfsdienstes in Rumänien zu engagieren. Nach einem Jura- und Rechtsphilosophie-Studium geriet sie Ende der 1920er Jahre in politischen Prozessen – sie stand dem ‚Internationalen Sozialistischen Kampfbund‘ nahe – mit Roland Freisler aneinander. 1931 eröffnete sie in Bochum eine Kanzlei, musste aber 1933 fliehen. Sie ging zunächst nach Frankreich, wurde im Camp de Gurs inhaftiert, 1943 gelangte sie in die Schweiz. Nach 1945 war sie Landgerichtsrätin in Kassel (ihr Hauptaugenmerk galt der ‚Wiedergutmachung‘ von NS-Verbrechen), Landgerichtsdirektorin am Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. und Mitglied des hessischen Staatsgerichtshofs. Als SPD-Mitglied saß sie im hessischen Landtag, 1979 starb sie.

2.3.3 Jüd. Bochumer schlossen sich nichtkonfessionellen Vereinen und Verbänden an, wie dem Schützenverein, der bereits 1829 zehn jüd. Mitglieder zählte. Sein späterer

langjähriger Hauptmann war Moses Nathan Felsenthal. Als er 1889 starb, wurden seine Verdienste um den Verein und besonders das traditionsreiche Bochumer Maiabendfest ausgiebig gewürdigt. Auch der Turnverein von 1848, der spätere VfL Bochum, hatte von Beginn an jüd. Mitglieder. So gehörte Philipp Anschel, der Lehrer der jüd. Schule, 1850 zum ersten namentlich bekannten Vorstand des Turnvereins und war vermutlich Gründungsmitglied. 1883 waren ca. 25 Bochumer Juden Vereinsmitglieder. Einige von ihnen übernahmen Funktionen im Verein. Hirsch Laubheim, ebenfalls Lehrer an der jüd. Schule, gehörte zum Festausschuss, als der Turnverein 1883 sein Stiftungsfest feierte und aus diesem Anlass im Stadtpark ein Jahn-Denkmal enthüllt wurde. Alex Würzburger war Mitglied des Turnrates. Er war ein in Bochum beliebter Radsportler und erregte großes öffentliches Interesse, als er 1897 mit dem Fahrrad die Bestzeit auf der Strecke von Bochum nach Wesel unterbieten wollte, dabei aber am starken Gegenwind scheiterte. Die Bochumer Lokalzeitung feierte den „unermüdlichen zähen Sportsmann“. Siegfried Cletsoway war vor 1933 etwa sieben Jahre lang Vorsitzender des Bochumer ‚Box-Sport-Clubs Astoria‘. Bochumer Juden traten dem Kraftsportverein ‚Deutsche Eiche‘ oder der Freiwilligen Feuerwehr bei und engagierten sich – wie Moritz Hähnlein – im ‚Kaufmännischen Verein‘. Auf Hähnleins Anregung entstand auch die ‚Vereinigte Kaufmannschaft‘, deren Vorsitz er viele Jahre lang übernahm. Der Kaufmann Hermann Baruch, mehr als fünf Jahrzehnte Mitglied der interkonfessionellen Wohltätigkeitsgesellschaft ‚Huckevoll‘, wurde anlässlich seines 70. Geburtstages 1930 zum Ehrenmitglied des ‚Kaufmännischen Vereins‘ und zum Ehrenvorsitzenden der ‚Textilgruppe der Vereinigten Kaufmannschaft‘ ernannt. Jüd. Bochumer waren Mitglieder im ‚Verein der Bochumer Immobilien- und Hypothekenmakler‘, dem ‚Haus- und Grundbesitzerverein‘, dem ‚Handwerker-Hilfsverein‘, dem ‚Bochumer Anwaltsverein‘ und dem ‚Verein der Ärzte von Bochum und Umgebung‘. Sie betätigten sich im ‚Instrumental-Verein‘ und dem ‚Kegelclub Geselligkeit‘. Dr. Felix Mosbacher, Arzt und Sanitätsrat, gründete 1902 mit anderen den Bochumer Schachclub (heute: Bochumer Schachverein 02) und war viele Jahre lang Vorsitzender. Der Bankier Hermann Schüler, königlicher Kommerzienrat, Ritter des Roten Adlerordens und Inhaber des Verdienstkreuzes für Kriegshilfe, war Schriftführer des Bochumer Flottenvereins, Vorstandsmitglied des deutschen Flottenvereins und im Vorstand der Essener Börse.

3.1 Das seit Mitte des 18. Jh. mehr als 100 Jahre als Gotteshaus genutzte kleine Gebäude an der Schützenbahn verzeichnete der Bochumer Arzt und Universalgelehrte Karl Arnold Kortum 1790 in seinem Grundriss der Stadt Bochum als ein separat gelegenes Hinterhaus mit hohen schmalen Fenstern. Etwa 1744 verkaufte der nichtjüd. Besitzer das hinter dem Haus Nr. 135 (heute Schützenbahn 1) gelegene Gebäude an die Witwe von Aaron Jacob, von ihr erbte es ihr Sohn Heimann Aaron. Nach Fertigstellung der neuen Synagoge 1863 wurde das alte Synagogengebäude verpachtet und 1907 abgerissen.

1862 wurde die neue Synagoge in der Wilhelmstr. 18 eingeweiht. Es handelte sich um einen Zentralbau mit niedriger Kuppel, einem Achteckturm und kleinen Ecktürmchen. Sie verfügte im Erdgeschoß über 220 Sitzplätze sowie weitere 100 Sitzplätze auf der Empore. Architekt und Baumeister war der Königliche Kreisbaumeister zu Bochum, Theodor Haarmann. Seine Pläne hatte er nach dem Vorbild der 1840 eingeweihten Dresdener Synagoge erstellt, deren Architekt Gottfried Semper war. Die Bochumer Synagoge gehörte (wie die danach errichteten Gotteshäuser in Minden, Gelsenkirchen und Hörde) zu den Bauwerken mit einer ausgesprochen orientalischen Note; Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 47–52. 1895/96 wurde die Synagoge vergrößert und umgestaltet. Der Bau erhielt Ausdehnungen nach Osten und Westen, die ursprünglich quadratische Form wurde aufgegeben. Im mittleren Teil

führten zwei breite Steintreppen zur Empore sowie zur Sänger- bzw. Orgelbühne. Im Innenraum ließ der Architekt die Empore anheben, die Holzdecken beseitigen, Kuppelgewölbe anbringen und das Innere vom Kölner Maler S. Cohn nach dem Vorbild der Kölner Synagoge in der Glockengasse „im maurischen Stile“ ausmalen. Die Fenster wurden mit einer Bleiverglasung versehen. Über dem neuen, aus Marmor gearbeiteten, Thorarollenschrank erhob sich eine von vier Marmorsäulen getragene, baldachinartige, vergoldete Kuppel. Die Synagoge hatte nun 300 Sitzplätze im unteren Teil und 200 auf der Empore. Die Gemeinde ließ eine Zentralheizung und eine elektrische Beleuchtungsanlage einbauen. Die Leitung der Umbaumaßnahmen lag beim Kölner Architekten Joseph Seché. Bei einem weiteren Umbau 1925 wurde ein Teil der aufwendigen Verzierungen wieder entfernt. Nach dem Brand der Synagoge im Nov. 1938 wurde die Ruine bis 1939 abgetragen, das Grundstück erhielt 1939 die Stadtparkasse Bochum.

In dem 1863 erbauten Schulhaus (Wilhelmstr. 16) mit Anbau befand sich der Schulraum im Erdgeschoss und die Lehrerwohnung im Obergeschoss. 1882 wurde der Anbau als zweites Klassenzimmer hergerichtet, 1887 im Rahmen einer Umbau- und Erweiterungsmaßnahme ein dritter Klassenraum eingerichtet. Im Gebäude befanden sich fortan neben den Büroräumen der Gemeindeverwaltung auch eine Wohnung für den Synagogendiener, die Gemeindebibliothek, der Kinderhort sowie die 1920 gegrr. Wanderfürsorgestelle für aus Osteuropa zugewanderte Juden, die im Obergeschoss über eine Betstube verfügte. Während des Pogroms 1938 wurden auch dort die Räumlichkeiten verwüstet. 1941 wurde das Gebäude zum ‚Judenhaus‘ erklärt.

Die nach Entwürfen des Stadtbaumeisters Sohm errichtete und 1928 eingeweihte Trauerhalle auf dem jüd. Friedhof blieb erhalten; Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 57. Die Einweihung der unter Leitung des Kölner Architekturbüros Peter Schmitz errichteten Synagoge am Erich-Mendel-Platz fand 2007 statt.

3.2 Ungeachtet eines königlichen Edikts von 1718, nach dem es Juden nicht gestattet war, „in unsern Städten Häuser kaufflich zu erhandeln, wen sie gleich mehr als andere zu geben sich offeriren“, waren sie in Bochum frühzeitig auch Hauseigentümer. Andere wohnten zur Miete, und zwar sowohl in Häusern jüd. als auch christl. Eigentümer.

Anfang der 1920er Jahre ließ der Fabrikant Otto Weinberg die Villa Bergstr. 105 als repräsentatives Wohnhaus mit deutlichen Stiltendenzen der Bauzeit errichten, 1995 wurde sie unter Denkmalschutz gestellt. Heinrich Köhler, Generaldirektor der Westfälischen Stahlwerke, ließ Ende des 19. Jh. für seine jüd. Ehefrau Amelie (Nora) Würzburger ein pompöses Wohnhaus in der Kortumstr. erbauen. Von 1926 bis zum Zweiten Weltkrieg war in der ‚Villa Nora‘ die Städtische Gemäldegalerie untergebracht. Im Zweiten Weltkrieg wurde sie beschädigt, aber wieder hergerichtet; die Aufnahme in die Denkmalliste erfolgte 1989. Das Kaufhaus der Gebr. Alsberg (später Kaufhaus Kortum, Kortumstr. 72), entstand ab 1913/14 nach Plänen der Architekten Walter Klose und Georg Schäfer. Kriegsbedingt konnte es erst 1921 fertig gestellt und eröffnet werden; 1926 wurde es erweitert. Nach der teilweisen Zerstörung im Zweiten Weltkrieg, Wiederaufbau und Rekonstruktion der Fassade wurden in den 1950er Jahren Umbaumaßnahmen durchgeführt, 1996 wurde es in die Denkmalliste aufgenommen. 1997/98 wurde das Gebäude durch Umbauten so sehr verändert, dass der Denkmalumfang reduziert werden musste. Details und weitere Beschreibungen von Häusern jüd. Besitzer bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 59f.

3.3 Der älteste jüd. Friedhof in Bochum befand sich an der Buddenbergstr. (heute Massenbergsstr.), unmittelbar vor dem Buddenbergtor. Er ist seit dem 17. Jh. nachweisbar und auch in einem Stadtplan von 1790 eingezeichnet. Das Gelände war Teil

der alten Bochumer Befestigungsanlage. Als die Stadt 1750/51 den alten Stadtgraben stückweise verkaufte, erwarb der Krämer und Schlächter Lehmann Abraham den ‚Judenkirchhof‘ und schenkte ihn der jüd. Gemeinde. Eine Erweiterung scheiterte 1820/21 an gesetzlichen Bestimmungen, danach wurde der Friedhof nicht mehr belegt. Die jüd. Gemeinde veräußerte ihn 1879 an den Verleger Wilhelm Stumpf und stiftete mit dem Verkaufserlös einen Wohltätigkeitsfonds. Die Grabsteine wurden auf den neuen Begräbnisplatz versetzt, der alte Friedhof überbaut.

Anfang der 1820er Jahre kaufte die Gemeinde einen neuen Begräbnisplatz am Fuße des ‚Lohbergs‘ an der späteren Friedhofstraße. 1884 war auch der Platz auf diesem Friedhof erschöpft, lediglich für Erbbegräbnisse konnte er bis 1926 noch genutzt werden. Da die Synagogengemeinde mittlerweile zum Unterhalt des ganz in der Nähe gelegenen kommunalen Begräbnisplatzes an der Wittener Str. beitragen musste, entschloss sie sich, diesen auch zu nutzen. Sie verkaufte deshalb das zur Erweiterung ihres eigenen Friedhofs bereits erworbene Grundstück an die Stadt, die es dem kommunalen Friedhof hinzufügte und einen Teil davon – das dem bisherigen jüd. Friedhof gegenüberliegende Gelände, im nördlichen Bereich des heutigen Kortum-Parks – der Synagogengemeinde als Begräbnisplatz zuwies. Die erste Bestattung auf diesem neuen, dritten Friedhof (der zweite an der Friedhofstr.) fand 1884 statt, für Erbbegräbnisse wurde das Areal bis 1934 genutzt. 1913 beschädigten Arbeiter mehrere Grabsteine, der Friedhofswärter ertappte sie dabei und überstellte sie der Polizei. Während der Pogromnacht 1938 wurden die beiden Grabfelder an der Friedhofstr. verwüstet, später im Bombenkrieg weiter geschädigt. Im Zuge der Neuordnung der Bochumer Innenstadt nach dem Zweiten Weltkrieg verschwanden beide Friedhöfe. Die Überreste der Toten wurden 1954 umgebettet, die noch vorhandenen Grabsteine auf den neuen, vierten Friedhof umgesetzt. Darunter befanden sich auch zwei Grabsteine, die noch vom ersten Friedhof an der Buddenbergstr. stammten.

1916 hatte die Bochumer Stadtverordnetenversammlung beschlossen, die künftige zentrale Begräbnisstätte der Synagogengemeinde auf dem Kommunalfriedhof an der Wasserstr. im (1904 eingemeindeten) Stadtteil Wiemelhausen unterzubringen. 1917 wurde die Anlage hergerichtet, seit 1918 genutzt. Die Synagogengemeinde sorgte für den Bau einer Brunnenanlage und einer Trauerhalle, die nach Entwürfen des Stadtbaumeisters Sohm erbaut und 1928 von Rabbiner Dr. Moritz David eingeweiht wurde (Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 57). Dieser Friedhof wurde in der NS-Zeit nicht verwüstet, was vermutlich der Friedhofsverwalter Bernhard Haltorn verhinderte. 1944/45 wurden dort 52 jüd. Häftlinge eines Bochumer Außenlagers des KZ Buchenwald beigesetzt, 1965 wurden für diese Grabsteine gesetzt. 2001 wurden die Gräberfelder U, V, X und Y einschließlich der Trauerhalle und ein 1989 nach historischem Vorbild errichteter Brunnen in die Denkmalliste der Stadt Bochum eingetragen. Über der Eingangstür der Trauerhalle befindet sich eine Gedenktafel für Rabbiner Dr. David; überlebende Mitglieder seiner Gemeinde haben sie 1959 gestiftet. 1987 und 1994 wurden Teile des Friedhofs geschändet. 1991 waren auf dem Friedhof 503 Grabsteine sichtbar.

In Stiepel bestand in der Straße ‚Am Brunnen‘ ein jüd. Friedhof, der stets im Besitz der politischen Gemeinde blieb. 1840 erfolgte die erste Beerdigung, in den 1880er Jahre weitere vier. Um die Wende zum 20. Jh. waren die Gräber noch sichtbar, in einer Karte von 1925 ist das Areal noch als ‚Israelitischer Begräbnisplatz‘ gekennzeichnet. Suchgrabungen brachten 1959 kein Ergebnis, deshalb erfolgte eine symbolische Umbettung zum jüd. Friedhof an der Wasserstr. in Bochum. Die Parzelle in Stiepel ist teilweise bebaut worden.

4.1 CAHJP, Jerusalem, GA Bochum 3; T D/1. – CJA Berlin, 1, 75A (Jüdische Gemeinden), Bo 2. – LAV NRW Abt. R (Duisburg), Bestand Kleve-Mark, Akten 616.

– LAV NRW Abt. W (Münster), Kleve-Märkische Regierung, Landessachen 489; Gau-
leitung Westfalen-Süd, Gauwirtschaftsberater 424, 545, 702, 705; Amtsgericht Bochum
(Handelsregisterakten jüd. Firmen); Landratsamt Bochum; Reg. Arnsberg Präsidialre-
gistratur; Reg. Arnsberg Schulregistratur; Provinzialschulkollegium 2513. – LBI New
York, Memories of Ottilie Schoenewald, ME 574. – StadtA Bochum, Bericht des Ma-
gistrats der Stadt Bochum 1873/74; Verwaltungsberichte 1910–1932; B 62; 113; 139;
210/1; 210/2; 211; 212; 284; 500/278; 989; 1799; 1807; 1810; 1811; 1813; 1857; 1892;
1968; 2060; 2093; 2135; 2207; B LA 1524; Bo 11/772; 23/26; 23/50; 60/36; D St 58; KrA
712; MUSA 1 XVII b 2a,b; OB R 1; Sammlung o1 Nr. 448/1–2. – Wiener Library, Lon-
don, P. III. No. 338 (Bericht Ottilie Schoenewald); F.II.d. Nr. 98 (Bericht Erna Philipp).

4.2 Porträts im ‚Israelitischen Familienblatt‘ von Ottilie Schoenewald <1.4.1925>, Hermann Schüler <1.1.1903>, M. Hähnlein <11.11.1909 u. 5.1.1928>, M. Liebenfeld <23.4.1925>, Rabbiner Dr. David <28.1.1926>, Hermann Schüler <8.7.1926> und Le-
hrer Moritz Ostermann <21.2.1929>. Abb. der Friedhofshalle und Skizze der Synago-
ge in: Israelitisches Familienblatt <1.12.1928 u. 1.1.1903>. Entwurfszeichnungen der
Trauerhalle in: Knufinke Ulrich, Bauwerke jüd. Friedhöfe in Deutschland (= Schriften
der Bet-Tfila-Forschungsstelle für jüd. Architektur in Europa 3) <Petersberg 2007>
267–269. Ein Bierseidel mit Inschrift, den Louis Löwenthal aus Langendreer 1914 dem
Fuhrmannsverein stiftete, befindet sich im StadtA Witten. Zeichnungen, Faksimiles
und Fotos der Synagoge, Fotos der Friedhöfe Friedhofstr. und Wasserstr., von jüd.
Wohn- und Geschäftshäusern in Pracht-Jörns, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 65–78.

4.3 Adressbücher der Stadt Bochum 1912; 1930–1941. – ASCHOFF Diethard, Quel-
len und Regesten zur Geschichte der Juden in der Stadt Hamm 1297–1664 <Mün-
ster 2005> 354f. – AZJ <1863, 1880, 1895–1897, 1900, 1903, 1924, 1937>. – Berichte
über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 3–46 <1829–1911/1913>. – Bochumer An-
zeiger <27.1.1926, 20.1.1929, 27.2.1933>. – Bochumer Kreisblatt <1.2.1868>. – Bo-
chumer Zeitung <6.1.1886>. – BRILLING/RICHTER, Westfalia Judaica, I. Band 175.
– CV-Zeitung <8.7.1937>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907>
66, <1909> 70, <1911> 79, <1913> 89, <1924/25> 60. – Israelitisches Familienblatt
<1902–1903, 1909, 1911–1918, 1920, 1922–1925, 1928–1934, 1936–1938>. – Jüdische
Allgemeine <20.12.2007>. – Kölnische Zeitung <2.8.1933>. – KORTUM Carl Arnold,
Nachricht vom ehemaligen und jetzigen Zustande der Stadt Bochum <Bochum 1790,
ND 1990>. – Märkischer Sprecher <1852, 1864–65, 1868–1871, 1874, 1877–1879,
1883–1885, 1887, 1889, 1891–1894, 1896–1897, 1899–1901, 1903, 1905–1908, 1910,
1921, 1924. – Rote Erde, Zeitung der NSDAP für den Gau Westfalen-Süd <13.3.1933,
31.3.1933, 3.4.1944>. – Der Schild <26.11.1933>. – Stadt Bochum, Denkmalliste A 018,
352, 379, 529. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 51.

4.4 Bochumer Anwalt- und Notarverein e. V. (Hg.), „Zeit ohne Recht“. Justiz in
Bochum nach 1933. Dokumentation einer Ausstellung <Recklinghausen 2002>. – DA-
VID Moritz, Festschrift anlässlich des 25jährigen Bestehens des Vereins für jüdische
Literatur in Bochum <Bochum 1909>. – Freundeskreis der Bochumer Synagoge e. V.
(Hg.), Literatur zur Geschichte der Jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen,
hg. aus Anlass der Grundsteinlegung der neuen Synagoge <Bochum 2005>. – GLEI-
SING Günter, Langendreer und Werne unterm Hakenkreuz. Naziterror, Widerstand,
Verfolgung und Krieg 1933–1945 (= Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte
Bochums 11) <Bochum 2012>. – HEID Ludger, Jüdische Arbeiterfürsorgeämter im
rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1919–1927. In: Duisburger Forschungen 43
<1997> 287–310. – HINZ Alfred, Die „Arisierung“ jüdischen Haus- und Grundbe-
sitzes durch die Stadtgemeinde Bochum unter der NS-Herrschaft und die Restitution
nach Kriegsende <Hausarbeit Bochum 2002> [StA Bochum vorhanden]. – KAPLAN

Marion, Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des jüdischen Frauenbundes 1904–1938 (= Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden 7) <Hamburg 1981> bes. 145–148. – KELLER Manfred/SCHNEIDER Hubert/WAGNER Johannes Volker (Hg.), Gedenkbuch. Opfer der Shoa aus Bochum und Wattenscheid <Bochum 2000>. – KELLER Manfred/WILBERTZ Gisela (Hg.), Spuren im Stein. Ein Bochumer Friedhof als Spiegel jüdischer Geschichte <Essen 1997>. – KELLER Manfred, Die Bochumer Rabbiner Moritz David und Josef Kliersfeld. In: KELLER/WILBERTZ (Hg.), Spuren im Stein 316–322. – DERS., Orte der Erinnerung. Stationenweg zur jüdischen Geschichte Bochums. In: Forum. Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur <2004> 59–60. – DERS. (Hg.) mit einer Studie von HONIGMAN Ronna, Erich Mendel – Eric Mandell. Zwei Leben für die Musik der Synagoge <Essen 2006>. – KREUZER Clemens, Davidstern in Langendreer – Anfang und Untergang. Jüdische Menschen in der Langendreer, Geschichte von 1815 bis 1943 <Bochum-Langendreer 2011>. – LINNEMEIER Bernd-Wilhelm, Eines Rätsels Lösung. Zur westfälischen Herkunft des hannoverschen Hof- und Kammeragenten Leffmann Behrens. In: Westfalen 90 <2012> 75–92. – Löw Andrea, „Dem Juden der jüdische Konsulent“. Die vollständige Ausgrenzung jüdischer Rechtsanwälte – „Konsulenten“ in Bochum. In: Bochumer Anwalts- u. Notarverein (Hg.), „Zeit ohne Recht“ 35–42. – PLIEG Ernst Albrecht, Dr. Otto Ruer. Oberbürgermeister von Bochum 1925–1933 <Berlin 2013>. – REICHMANN Hans/WILDT Michael (Bearb.), Deutscher Bürger und verfolgter Jude. Novemberpogrom und KZ Sachsenhausen. 1937 bis 1939 (= Biographische Quellen zur Zeitgeschichte 21) <München 1998> 154. – RICHARZ Monika (Hg.), Jüdisches Leben in Deutschland, Bd. 3. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945 <Stuttgart 1983> 212–216. – SCHNEIDER Hubert, Siegbert Vollmann. Die Anfänge der jüdischen Gemeinde Bochum nach 1945. In: KELLER/WILBERTZ (Hg.), Spuren im Stein 357–367. – DERS., Anfänge jüdischen Lebens in Bochum nach 1945. In: KWIATKOWSKI Iris/OBERWEIS Michael (Hg.), Recht, Religion, Gesellschaft und Kultur im Wandel der Geschichte. Ferculum de cibis spiritualibus. Festschrift für Dieter Scheler <Hamburg 2008> 465–482. – DERS., Otilie Schoenewald. Kämpferin für Frauenrechte, soziale Rechte, Menschenrechte. In: Erinnern für die Zukunft. Mitteilungsblatt des Bochumer Bürgervereins 9 <2005>, online: <http://www.erinnern-fuer-die-zukunft.de/Mitteilungen/Titelseite9/Inhalt9/Schoenewald/schoenewald.html> [letzter Zugriff 20.05.2016]. – DERS., Die Entjudung des Wohnraums – Judenhäuser in Bochum. Die Geschichte der Gebäude und ihrer Bewohner (= Schriften des Bochumer Zentrums für Stadtgeschichte 4) <Münster 2010>. – DERS., Schicksale der Richter jüdischer Herkunft am Amts- und Landgericht Bochum. In: Bochumer Anwalts- u. Notarverein (Hg.), „Zeit ohne Recht“ 43–68. – DERS., Schicksale jüdischer Rechtsanwälte in Bochum. Ebd. 23–34. – DERS. (Hg.), „Es lebe das Leben ...“. Die Freimarks aus Bochum – Eine deutsch-jüdische Familie – Briefe 1938–1946 (= Veröffentlichungen des Institutes für soziale Bewegungen. Schriftenreihe B 6) <Essen 2005>. – DERS., Ungarische Juden als KZ-Zwangsarbeiter in Bochum. Das Schicksal von John Chillag. In: SCHULTE Jan Erik (Hg.), Konzentrationslager im Rheinland und in Westfalen 1933–1945. Zentrale Steuerung und regionale Initiative <Paderborn 2005> 227–244. – DERS., Leben nach dem Überleben. Juden in Bochum nach 1945 <Berlin 2014>. – Stadtarchiv Bochum (Hg.), Vom Boykott bis zur Vernichtung. Leben, Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der Juden in Bochum und Wattenscheid 1933–1945 <Essen 2002>. – Stadtarchiv Bochum, Leidens-Wege in Bochum. Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945. Eine Internet-Präsentation <Bochum 2003>, <http://www.bochum.de/C125708500379A31/vwContentByKey/W272ZH7Y181BOLDDE> [letzter Zugriff 20.5.2016]. – Stadtarchiv Bochum, Stolpersteine in Bochum. Eine Internet-Präsentation, <http://www.bochum.de/Stolpersteine>. – Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum (Hg.), Die Verfolgung der

Juden in Bochum und Wattenscheid. Die Jahre 1933–1945 in Berichten, Bildern und Dokumenten <Bochum 1993>. – WAGNER Johannes Volker, Hakenkreuz über Bochum. Machtergreifung und nationalsozialistischer Alltag in einer Revierstadt <Bochum 1983>. – WAHLIG Henry, Einwurf. Hakoah Bochum, die vergessenen Meister von der Castroper Straße. In: DERS. u. a., „Anne Castroper“. Ein Jahrhundert Fussball mitten in Bochum. 100 Jahre Fussball an der Castroper Straße <Göttingen 2011> 41–43. – DERS., Die vergessenen Meister, Die jüdische Sportgruppe Bochum 1925–1938. In: Centrum Judaicum Berlin (Hg.), Kicker. Kämpfer. Legenden. Juden im deutschen Fußball. Stadionmagazin zur Ausstellung der Stiftung Neue Synagoge – Centrum Judaicum <Berlin 2006> 30–39. Zugleich in: SportZeiten 8,2 <2008> 61–80. – DERS., „Wunden aller Art“. Die jüdische Gemeinde Bochum 1945/46 im Spiegel weiterer Gemeindegründungen der unmittelbaren Nachkriegszeit. In: Bochumer Zeitpunkte 1 <2007> 23–40. – WEBER Britta, Das Schicksal jüdischer Bürger in und aus Bochum – eine exemplarische Regionalstudie <Magisterarbeit Bochum 1996> [im StA Bochum]. – WILBERTZ Gisela, Synagogen und jüdische Volksschulen in Bochum und Wattenscheid. Ein Quellen- und Lesebuch <Bochum 1988>. – DIES., Synagoge und jüdische Volksschule in Bochum. In: Der Märker 38 <1989> 16–28 u. 58–70. – DIES., Geschichte der jüdischen Friedhöfe in Bochum. In: KELLER/WILBERTZ (Hg.), Spuren im Stein 43–50. – DIES., Jüdische Friedhöfe im heutigen Bochumer Stadtgebiet (Bochum, Wattenscheid, Stiepel) <Bochum 1988, ND aus: Der Märker 36 <1987> 3–20. – WÖLK Ingrid, Antisemitismus, Rassismus und Propaganda. In: Stadtarchiv Bochum (Hg.), Vom Boykott bis zur Vernichtung 37–61. – DIES., Jüdisches Selbstverständnis und Gegenwehr. Ebd. 61–86. – DIES., Jüdische Jugend in Bochum. Ebd. 159–198. – DIES., Alfred Salomon, ein Bochumer Auschwitz-Überlebender berichtet. Ebd. 229–254. – DIES., Philipp Würzburger und die Gründung des Stadtparks in Bochum. In: WAGNER Johannes Volker (Hg.), Das Stadtarchiv – Schatzkammer, Forschungsstätte, Erlebnisort <Essen 2004> 157–163. – DIES., Erinnern tut Not. Zum Gedenken an Else Hirsch und andere Opfer der Shoa. Ebd. 210–214. – DIES., „Die Synagoge brannte schon lichterloh ...“. Ebd. 203–209. – DIES., Das Außenkommando „Bochumer Verein“ des Konzentrationslagers Buchenwald. In: SCHULTE (Hg.), Konzentrationslager im Rheinland und in Westfalen 245–258. – DIES., Leo Baer. 100 Jahre deutsch-jüdische Geschichte. Mit den „Erinnerungssplintern eines deutschen Juden an zwei Weltkriege“ von Leo Baer und einem Vorwort von Gerd Krumeich <Essen 2016>.

Ingrid Wölk

BOCHUM-Wattenscheid

1.1 Stadt Bochum, Ortsteil Wattenscheid

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHztm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – Vor 1417 stadttähnliche Rechte einer Freiheit, 1876 Stadtrechtsverleihung, 1926 kreisfreie Stadt, infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Stadt Bochum.

Laut Statut von 1856 bildeten die Juden aus Wattenscheid und aus den zum Amt Wattenscheid gehörenden Gemeinden (u. a. Königssteele, Freisenbruch, Gelsenkirchen, Schalke, Braubauerschaft, Bulmke und Ückendorf) eine Untergemeinde der Synagogengemeinde Hattingen.

2.1.1 Bereits vor 1481 lebten Juden in Wattenscheid. 1511 verlängerte Herzog Johann II. von Kleve-Mark das Geleit des Seligmann und seiner Familie, „woenhafflich tot Wattenschede“ um zwei Jahre – das Geleit hatte noch sein 1481 gestorbener Vater (Johann I.) ausgestellt. Seligmann erhielt die Auflage, keinen Geldhandel zu treiben. Auch um 1500 sind Juden für Wattenscheid belegt, 1511 werden jüd. Bedienstete in Geleitbriefen genannt. 1551 erteilte der Herzog von Cleve einem Juden in Wattenscheid einen Schutzbrief. Weitere jüd. Präsenz ist für das 17. Jh. belegt, so für 1612 Meyer, für 1642 Hertz und Abraham. 1652 kauften Juden ein Grundstück zur Anlage eines Friedhofes. 1661 wurden Gumpert Levi, Joost Isaac, Abraham Selichman, Jacob Knopf, Isaac Davidt, Abraham Lazarus für Wattenscheid vergeleitet. Die Feuerstättenliste nennt für 1664 Aaron, Abraham, Jakob, Abraham Salomon, Gumpel und Jost. 1668 ist der Metzger Jakob erwähnt.

Geschäftliche Kontakte mit kirchlichen Stellen in Wattenscheid sind für das 17. und das 18. Jh. belegt. In den 1680er Jahren reparierte der Jude Bernd die Fenster der kath. Kirche in Wattenscheid. 1689 lieh der kath. Kirchmeister 5 Rtlr. vom Juden Samuel für die Reparatur der Kirchhofsmauer, 1691 kauften David und Samuel Gegenstände aus dem Nachlass des Vikars. 1695 lieh sich das kath. Kirchspiel 46 Rtlr. von David Jakobs für die neue Eindeckung des Kirchturms, 1702 tilgte man die Schuld. 1742 lieh der Schutzjude Isaak Samuel dem luth. Konsistorium 50 Rtlr. zu acht Prozent Zinsen zur Bezahlung der Orgel. 1763 engagierten sich u. a. die Juden Isaak, Moses, Samuel und Simon zu Gunsten der luth. Kirche.

Namentlich genannt werden für das 18. Jh. folgende in Wattenscheid ansässige Juden: 1712 Davidt, 1721 Itzig, 1722 bis 1724 Isaac Samuel, 1730 Jakob Meier und 1735 Philip Jordan; 1737 lebten im Ort insgesamt 34 Juden. 1740 wird Arnd Bernd erwähnt, 1747 Samuel Hertz und dessen Enkel Arnd Hertz sowie 1755 Samuel Isaak. 1766 waren alle Wattenscheider Juden als Pfandleiher, Schlachter oder in beiden Berufen tätig. Ihr Vermögen wurde angegeben für Isaak Mannes mit 1000 Rtlr., für Bernd Joseph mit 200 Rtlr., für Herz Seligmann und Aaron Herz mit 150 Rtlr. sowie für Samuel Isaak mit 100 Reichstaler. Als Isaak Mannes 1768 um eine Niederlassungserlaubnis als Extraordinarius in Wattenscheid bat, äußerte die Kriegs- und Domänenkammer in Kleve Bedenken, da auch sein Vater nur den Status eines außerordentlichen Schutzjuden hatte. In den 1770er Jahren finden sich in Wattenscheid Simon Manns und Meier, 1780 Samuel Isaak, in den 1790er Jahren Abraham Samuel, Abraham Coppel, Philip Herz und Isaak Lazarus. Von den acht Familienvorständen des Jahres 1737 verdienten zwei ihren Lebensunterhalt als Händler bzw. Trödler, drei als Schlachter und drei als Glaser; für 1766 sind ein Pfandleiher sowie je zwei Schlachter und Händler vermerkt. 1796 lebten ein ordentlicher und drei außerordentliche Schutzjuden mit ihren Familien in Wattenscheid. Vor 1800 gab es nur jüd. Schlachter im Ort.

2.1.2 In einem Bericht des Wattenscheider Bürgermeisters von 1818 heißt es, die 14 Juden betrieben Handel und Viehhandel, sie seien ‚schädlich‘ für die christl. Händler, da sie die Landbevölkerung mit überkauften Waren täuschten. Skeptisch fügte er hinzu: „Die durch die Fremdherrschaft den Juden gewordene vollkommene bürgerliche Freyheit scheint wohl wenig Einfluß auf deren bürgerliche Verbesserung um Bildungsanstalten gehabt zu haben“. 1827 lebten in Wattenscheid acht jüd. Familien: Philipp Moses Würzburger, Pferdehändler Philipp Herz (später Weinberg), Handelsmann Philipp Herz (später Weinberg), Abraham Coppel, Israel Salomon, Joel Salomon, Raphael Salomon (später Ostwald) und Nathan Herz (später Röttgen). 1846 waren in Wattenscheid als selbständig tätige Juden verzeichnet die Handelsmänner Abraham Moses Jacobi, Salomon Raphael Ostwald, Herz Nathan sen. Röttgen, Herz Nathan jun. Röttgen, Aron Nathan Röttgen, Emmanuel Joel Stern, Jacob Joel Stern, Israel Salomon Stern, Salomon Joel Stern, Schönchen Joel Stern, Philipp Herz Weinberg, Samuel Philipp Weinberg, die Kauffrau Witwe Philipp Moses Würzburger, die

Händlerin Rosa Jacobi, der Lumpensammler Joseph Gumperz Rosendahl, der Tagelöhner Philipp Israel Spiero, der Tabakfabrikant Michael Nathan Röttgen, der Privatlehrer Isaac Steinweg sowie ohne Berufsangabe Friederica Moses Jacobi, Julie Jacobi, Witwe Herz Philipp Weinberg, Sophie Philipp Weinberg, Abraham Coppel Wolf, Regina Würzburger und Rosa Würzburger. Die erblichen Familiennamen hat die Mehrzahl der Genannten zuvor nicht geführt.

Am Ende des 19. Jh. gab es in Wattenscheid einen ‚antisemitischen Verein‘. Aus Zeitungsberichten geht hervor, dass mehrmals die Scheiben der Synagoge und der Schule eingeworfen wurden. Es gab aber auch Unterstützung, so beteiligten sich etwa an der Synagogentombola auch Nichtjuden. In der lokalen Tageszeitung wurde regelmäßig auf jüd. Veranstaltungen hingewiesen, jüd. Metzger annoncierten darin. In einer Liste der Wahlberechtigten für die Repräsentantenwahl 1901 werden folgende Berufe genannt: 22 Kaufleute, sieben Händler, drei Metzger, drei Arbeiter, zwei Verkäufer, zwei Klempner, je ein Arzt, Lehrer, Commis und Hausierer, außerdem sieben Privatiers bzw. Rentner. In den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jh. waren zahlreiche Firmen mit jüd. Inhabern im Handelsregister des Amtsgerichts Wattenscheid eingetragen: Die Konfektions- und Manufakturwarengeschäfte, Kurzwaren- und Modehändler Gebr. Alsberg, Philipp Flatow, Sally Hess & Co., Gebr. Kaufmann, Leopold Lewin, M. Samuelsdorff, Levy Spiero, Raphael Spiero und J. Winter, die beiden Kaufhäuser Joseph Rosenthal und Rosenthal & Co., das Bankgeschäft Moritz Samuelsdorff, die Möbelhandlungen Alfred Kraus (Inh. Julius Stern) und David Röttgen, ferner die Betriebe von Salomon Fryda (Eisen- u. Holzwaren), S. Habermann (Beleuchtungskörperfabrik), Abraham Kaufmann (Altwaren), Lina Löwenstein (Haushaltswaren), L. Röttgen & Co. (Inh. Nathan Leeser Röttgen), Moritz Röttgen (Nähartikel), Karl Salomon (Lebens- und Futtermittel), ferner die Viehhandlungen von Nathan und Meier Röttgen sowie Israel Spiero jun., schließlich die Metzgerei von Isaak Sondheimer. In den 1920er Jahren finden sich im Handelsregister zudem die Witwe D. Levy & Sohn (Konfektionshaus), ferner die Fa. Künstler & Löwy (Textilwaren) sowie Robert Samuelsdorff & Pöhler (Bürstenfabrik), in den 1930er Jahren Arthur Heymann („Record Schuh“) und Abraham Kaufmann (Altwaren).

Mindestens von 1898 bis 1920 bestand die Abteilung Gelsenkirchen-Wattenscheid des ‚Vereins für jüdische Geschichte und Literatur‘ mit etwa 100 Mitgliedern. Dem Vorstand gehörte Dr. Bonnin an, Schriftführer war Lehrer Oppenheim. In der Rubrik ‚Wattenscheider Feldpostbriefe‘ veröffentlichte die Tageszeitung auch solche von Juden. 1921 wurde auf dem jüd. Friedhof ein Denkmal für die Gefallenen der jüd. Gemeinde eingeweiht, zu ihnen gehörten Dr. Robert Bonnin, Rudolf Spiero, Walter Spiero, Siegfried Stern und Adolf Winter.

2.1.3 1933 musste Samuel Oppenheim sein Amt als Lehrer und Konrektor der Freien Schule niederlegen. Rechtsanwalt Dr. Felix Röttgen wurde verhaftet, wegen Unhaltbarkeit der gegen ihn erhobenen Vorwürfe jedoch später wieder freigelassen. Im April 1933 wurden jüd. Geschäfte in Wattenscheid boykottiert, jüd. Kaufleute im Laufe des Jahres aus dem Wattenscheider Gewerbeverein gedrängt. Die Tageszeitung druckte keine Anzeigen jüd. Geschäfte mehr, Mitte 1933 verschwanden auch die Hinweise auf den Synagogengottesdienst. Mitte 1936 heißt es in einem Bericht über jüd. Verbände, Juden aus Wattenscheid seien Mitglieder der Ortsgruppe Gelsenkirchen der ‚Zionistischen Vereinigung für Deutschland‘. Es existierte außerdem eine eigene Ortsgruppe des ‚Verbandes polnischer Juden‘ (früher Verband ostjüdischer Organisationen). Im Juli 1935 erließ der Oberbürgermeister von Wattenscheid ein Einkaufsverbot für Beamte, Angestellte und Lehrer in jüd. Geschäften. Im Aug. 1936 pachtete die Helmut Horten GmbH das Kaufhaus von Salli Hess in Wattenscheid, ein Kauf scheiterte an einer Denunziation. Nach einer Gerichtsverhandlung ging das Kaufhaus – nach einer Intervention des Gauamtes – zu einem erheblich reduzierten Miet- und Kaufpreis im

Sept. 1936 an die Fa. Horten über; ein jüd. Lehrling durfte seine Lehrzeit fortsetzen. Die Vereinigten Elektrizitätswerke in Bochum übermittelten dem Gauwirtschaftsberater eine Liste mit 35 Namen von Nichtjuden, die in einem jüd. Installationsgeschäft in Wattenscheid eingekauft hatten, „zur zweckmäßigen Verwendung“. 1936 schloss sich die jüd. Gemeinde Wattenscheid dem neu eingerichteten Bezirksrabbinat Bochum-Herne unter dem liberalen Rabbiner Dr. Joseph Kliersfeld an, zu dem auch Witten und Wanne-Eickel gehörten. Die letzten Repräsentantenwahlen wurden in der jüd. Gemeinde 1937 durchgeführt.

Im Rahmen der reichsweiten ‚Polenaktion‘ von Okt. 1938 wurden aus Wattenscheid neben Markiel Emer auch die Familien Spiegel (drei Personen) und Wassermann (vier Personen) an die polnische Grenze abgeschoben. Am Morgen des 10. Nov. 1938 brannte die Synagoge in der Oststr. bis auf die Umfassungsmauern nieder, die Feuerwehr verhinderte lediglich ein Übergreifen des Feuers auf die Nachbarhäuser. Schaufenster jüd. Geschäfte wurden zertrümmert, die Besitzer mussten im Laufe des Tages die Schäden hinter Bretterverschlägen verbergen. Mindestens drei jüd. Männer aus Wattenscheid wurden mehrere Wochen im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Etliche Wattenscheider Juden emigrierten in die Niederlande, wurden von dort aber nach der Besetzung durch die deutsche Armee deportiert. Lehrer Samuel Oppenheim konnte 1939 nach Südafrika flüchten. Auf der Grundlage des ‚Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden‘ vom 30. April 1939 wurde die ehemalige jüd. Schule (Voedestr. 19) zum ‚Judenhaus‘ erklärt. Von dort aus wurden die letzten Wattenscheider Juden deportiert. Sie gehörten zu den Transporten im Jan. 1942 ins Ghetto Riga, im April 1942 ins Ghetto Zamość (etwa acht Personen u. a. aus den Familien Fryda und Groß), im Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt sowie 1942 und 1943 ins KZ Auschwitz.

2.1.4 Einzelne Juden – u. a. Albert Ullmann – kehrten nach Ende der NS-Herrschaft nach Wattenscheid zurück. Auf dem jüd. Friedhof wurde 1972 ein Gedenkstein für die Opfer der Shoa aufgestellt. Seit 1990 befindet sich eine Gedenktafel an der Stelle, wo die Synagoge gestanden hatte; die Tafel wurde im Nov. 2010 mit Hakenkreuzen beschmiert. Seit 2005 beteiligt sich Wattenscheid an der Aktion ‚Stolpersteine‘.

2.2.1 Die Anzahl jüd. Familien in Wattenscheid betrug 1642 zwei, 1664 sechs, 1711 drei, 1728 zehn und 1737 acht. 1766 gab es fünf Familien, 1796 waren es vier Familien mit 13 Personen. 1803 lebten 40 Juden im Ort, 1843 waren es 69 und 1858 dann 67. Im Jahr 1871 waren von 5074 Einwohnern 3521 kath., 1423 ev. und 130 jüd. Glaubens, 1895 von 15353 Einwohnern 9047 kath., 6091 ev., 203 jüd. Glaubens, zwölf waren andere Christen. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 waren im Stadtkreis Wattenscheid beim Gebietsstand des Jahres 1926 von 60823 [!] Einwohnern 31101 kath., 28051 ev., 192 Juden und 103 sonstige Christen; beim Gebietsstand des Jahres 1931 waren 1925 von 62870 Einwohnern 32086 kath., 28160 ev., 202 Juden, 966 andere Christen, 1456 bekenntnislos oder Bekenner anderer Religionen. 1932 gab es 160 Juden in Wattenscheid. In der Gemeinde Königssteele (heute Stadt Essen) lebten 1858 sechs Juden; 1871 waren von 2712 Einwohnern 1643 kath., 1043 ev., 24 jüd. Glaubens und zwei gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 3525 Einwohnern 2026 kath., 1465 ev. und 34 jüd. Glaubens. In Freisenbruch (heute ebenfalls Essen) waren 1895 von 4260 Einwohnern, 2845 kath., 1405 ev. und zehn jüd. Glaubens. Zur Untergemeinde Wattenscheid gehörten bis 1874 auch Gelsenkirchen und heutige Ortsteile. In Gelsenkirchen lebten 1843 und 1858 jeweils 31 Juden; 1871 waren von 7825 Einwohnern 5389 kath., 2329 ev., 96 jüd. Glaubens und elf gehörten anderen christl. Gemeinden an. In Schalke (1903 nach Gelsenkirchen eingemeindet) waren 1871 von 3763 Einwohnern 2364 kath., 1393 ev. und sechs jüd. Glaubens.

Laut Statut von 1856 gehörten Wattenscheid und die zum Amt Wattenscheid gehörenden Gemeinden (u. a. die heute zu Essen zählenden Gemeinden Königsstee-

le und Freisenbruch, ferner Gelsenkirchen mit seinen heutigen Stadtteilen Schalke, Braubauerschaft bzw. Bismarck, Bulmke und Ückendorf) als Untergemeinde zum Synagogenbezirk Hattingen. Jedoch lebten zu diesem Zeitpunkt nur in Wattenscheid, Gelsenkirchen und Königsstele Juden. Im Statut war festgelegt: „Die Mitglieder der Untergemeinde zu Wattenscheid tragen ihre Cultuskosten und sonstigen speziellen Bedürfnisse allein und ohne Concurrenz der Hauptgemeinde.“ Dennoch stimmte Herz Röttgen aus Wattenscheid als drittes Vorstandsmitglied dem Statutenentwurf der beiden Hattinger Vorsteher nicht zu. Da die Mehrheit der Mitglieder der geplanten Synagogengemeinde Hattingen Juden aus Wattenscheid und Gelsenkirchen bildeten, die ihre Belange nicht genügend berücksichtigt sahen, strebten sie ihre Selbständigkeit an. 1874 erreichten sie ihr Ziel: Gelsenkirchen und die Orte des 1868 gebildeten Amtes Gelsenkirchen (u. a. Schalke, Braubauerschaft bzw. Bismarck und Bulmke) trennten sich von der Untergemeinde Wattenscheid und bildeten eine eigene Gemeinde. 1875 löste sich dann auch Wattenscheid von Hattingen und gründete eine eigenständige Synagogengemeinde, zu der auch die Juden in den Gemeinden des Amtes Wattenscheid (u. a. Freisenbruch, Günnigfeld, Höntrop, Königsstele, Leithe und Westenfeld gehörten). Die Juden aus Freisenbruch und Königsstele schlossen sich 1890 der Synagogengemeinde Steele (heute Essen) an. 1907 gehörten 30 Juden aus Ückendorf, acht aus Günnigfeld sowie einzelne Juden aus Westenfeld, Höntrop und Leithe zur Synagogengemeinde Wattenscheid. Die Juden in Ückendorf (seit 1876 Amt Ückendorf) schlossen sich 1908 Gelsenkirchen an. 1930 betrug der Wattenscheider Gemeindeetat 6000 M, 1932 gab es 50 Steuerzahler. Die Gemeinde war Mitglied des DIGB.

2.2.2 Im 17. und 18. Jh. fanden die Gottesdienste vermutlich in Privaträumen statt. 1818 versammelten sich die Juden im Haus des Gemeindemitglieds Philipp Herz (später Weinberg) in der heutigen Oststr. 12. Mit dem verstärkten Zuzug von Juden plante die Gemeinde, einen Neubau auf einem von ihr erworbenen Grundstück direkt an der Oststr. zu errichten, wurde von den Behörden jedoch angewiesen, den Bau im rückwärtigen Bereich zu realisieren. Zudem durfte das Gebäude laut einer Kabinettsorder von 1827 äußerlich nicht als Synagoge erkennbar sein, sondern sollte „nur als ein Haus errichtet werden“. 1829 erfolgte die Einweihung der kleinen Synagoge. Um die Kosten von 945 Rtlr. aufzubringen, nahmen die Wattenscheider Juden bei der Oberhofmeisterin von Asbeck in Essen eine Anleihe auf. Zur deren Abzahlung erstellten die Gemeindemitglieder eine detaillierte Liste für freiwillige Abgaben, die fällig wurden beim Verkauf von Tieren, bei Zuspätkommen zum Gottesdienst oder für Kultushandlungen. Als sich die Gelsenkirchener Juden, die sich an den Baukosten der Wattenscheider Synagoge beteiligt hatten, 1874 von der Wattenscheider Synagogengemeinde trennten, übernahmen sie einen Teil der Schulden. Pläne für einen Neubau der Synagoge am Ende des 19. Jh. scheiterten an fehlenden Finanzmitteln. Anfang des 20. Jh. wird ein Synagogenbauverein erwähnt, dem D. Röttgen vorstand. 1929 war eine neue Innenbemalung geplant. Im Nov. 1938 wurde die Synagoge weitgehend zerstört. Die Reste wurden noch während des Krieges überdacht und als Lagerraum genutzt. Nach dem Abbruch zu Beginn der 1980er Jahre entstand auf dem Grundstück ein Neubau. Die Juden in Gelsenkirchen feierten seit 1863 ihren eigenen Gottesdienst zunächst in angemieteten Räumen, seit 1885 in der neu erbauten Synagoge in Gelsenkirchen.

2.2.3 1731 wohnte ein jüd. Schulmeister bei Samuel Katz in Wattenscheid. 1818 lobte der Bürgermeister, dass die wenigen Wattenscheider jüd. Familien 1818 „nicht allein ihren jüdischen Lehrer anständig besolden, sondern auch die Kinder männlichen Geschlechts täglichen Privatunterricht in der deutschen Sprache, Rechnen und Deutsch-Schreiben durch die christlichen Lehrer ertheilen lassen“. Philipp Israel ist 1823 und 1825 als Lehrer genannt. Erster ausgebildeter Elementarlehrer war 1839 Aaron Moses Barasch, 1843 versah Julius Heinrich Friedländer das Amt. Der christl. Schulinspektor zeigte sich 1863 sehr zufrieden mit der jüd. Elementar-Privatschule,

die von 25 Kindern aus Gelsenkirchen, Wattenscheid und Umgebung besucht wurde, und besonders vom Unterricht des Lehrers Mandel. Er hielt es für wünschenswert, die Einrichtung als öffentliche Schule anzuerkennen. Im 19. Jh. belief sich die Schülerzahl auf jeweils etwa 20 Kinder. 1843 waren 14 jüd. Kinder in Wattenscheid schulpflichtig und sieben in Gelsenkirchen. Simon Rosenbaum war 1866 Lehrer in Wattenscheid (1868 in Borgholz tätig), Meyer Katzenstein 1870 und Emanuel Mendel bis 1879. Ihm folgte für 15 Jahre Baruch Plaut, der 1895 starb. Der Unterricht fand zunächst in Privaträumen statt, in der Hoch-, Voede-, Ost- und Freiheitstr. sowie in einem alten Haus auf dem Synagogengrundstück und seit 1866 in einem Anbau des Ostwaldschen Hauses. 1897 wurde in der Voedestr. ein Neubau eingeweiht, der als Gemeindehaus und als Schule diente. Ende 1897 wurde dort eingebrochen, Kartenmaterial und Ofen zerstört und die Wände beschmiert. 1897 lehnte die Arnsberger Regierung den Antrag des Gemeindevorstandes ab, die jüd. Schule als öffentliche anzuerkennen, sie forderte zunächst die Übernahme der Schule in den Etat der politischen Gemeinde. Die Stadt erklärte sich dazu unter der Bedingung bereit, dass die jüd. Gemeinde einen Teil ihres Friedhofs zur Verbreiterung der Straße abtrat. 1899 wurde die private jüd. Elementarschule schließlich in den Kommunaletat übernommen, Lehrer Max Rothschild in Anwesenheit eines städtischen Vertreters und des jüd. Schulvorstandes vereidigt und in sein Amt eingeführt. Um die Jahrhundertwende wurde jüd. Religionsunterricht auch am Städtischen Gymnasium Marcanum erteilt. 1902 starb Lehrer und Prediger Max Rothschild im Alter von nur 29 Jahren, Samuel Oppenheim aus Hessen wurde noch im selben Jahr sein Nachfolger. 1909 besuchten 32 Kinder die Schule, 1911 waren es 27 und 1913 dann 21. Bis 1921 war die Schülerzahl auf sechs gesunken, so dass die Schule 1922 geschlossen wurde. Oppenheim, der das Amt des Kantors und des Religionslehrers der jüd. Gemeinde weiterhin versah, wechselte zur städtischen Lessingschule, wo er eine der neu gegründeten, konfessionslosen Sammelklassen übernahm. 1924/25 unterrichtete er drei jüd. Kinder im Fach Religion. 1933 musste Oppenheim sein Amt als Lehrer und Konrektor niederlegen. Das Gebäude der jüd. Schule wurde 1939 zum ‚Judenhaus‘ erklärt.

2.2.4 Juden aus Wattenscheid spendeten seit Mitte der 1830er Jahre mehr als sieben Jahrzehnte lang für die Haindorfsche Stiftung. Um 1870 wurde in Wattenscheid der ‚Israelitische Männerverein‘ gegründet, in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jh. leitete ihn B. Röttgen und zu Beginn der 1930er Jahre Samuel Oppenheim. Dem 1874 gegründeten ‚Israelitischen Frauenverein‘ stand 1907 die Ehefrau von Israel Spiero sen. vor, 1909 bis 1913 die Frau von N. L. Röttgen und in der Zeit der Weimarer Republik die Frau des Lehrers Oppenheim. Durch Zusammenschluss des Männervereins mit dem Frauenverein entstand der ‚Jüdische Gemeindeverein‘, dem in den 1920er Jahren sämtliche Familien der Synagogengemeinde Wattenscheid angehörten. Zu dessen Aufgaben gehörten Wohltätigkeit, Hilfe bei Krankheits- und Sterbefällen, Pflege des Synagogengesanges sowie Vermittlung von Kenntnissen in jüd. Religion, Geschichte und Literatur. Der ‚Verein gegen Wanderbettelei‘ war dem 1880 in Bochum gegründeten ‚Zentralarmenverband von Westfalen und Rheinprovinz‘ angeschlossen. Von der Stiftung des Juden Siegmund Perl in Wattenscheid wird anlässlich ihrer Auflösung 1939 berichtet.

2.3.1 Isaak Mannes aus Wattenscheid war 1766 Landbote der Märkischen Judentenschaft. Eines von drei Vorstandsmitgliedern der Gemeinde Hattingen war 1856 Herz Röttgen aus Wattenscheid. Als langjähriger Vorsitzender der jüd. Gemeinde wird 1871 Robert Dalberg genannt. Dr. Leopold Bonnin war seit etwa 1880 Vorstandsmitglied, in den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. gemeinsam mit Moritz Röttgen. Mitte der 1920er Jahre bildeten Nathan Röttgen, Carl Kaufmann und Sally Habermann den Gemeindevorstand; das war auch noch 1932 der Fall.

2.3.3 Robert Dalberg wurde 1871 zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt, er war – wie die AZJ betonte – neben einem Juden in Posen der einzige in Preußen. Wattenscheider Juden waren seit der Stadtwerdung im Stadtrat vertreten, 1876 waren es zwei von insgesamt 24 Ratsmitgliedern. In der Folgezeit gehörten Robert Dalberg, Meier Röttgen, Herz Ostwald, Abraham Kaufmann, Dr. Leopold Bonnin (seit 1884), David Röttgen und Levy Spiero diesem Gremium an. In der Weimarer Zeit saß 1926 bis 1929 Robert Samuelsdorff als einziger jüd. Abgeordneter für die ‚Kommunalwirtschaftliche Vereinigung‘ im Rat. Walter Fryda war Ende 1918 Mitglied des Wattenscheider Arbeiter- und Soldatenrates. Das Mitgliederverzeichnis des Wattenscheider Schützenvereins ‚All-Bü-Schü‘ enthält in den 1920er Jahren ebenfalls jüd. Namen. Vorstandsmitglied des ‚Vaterländischen Frauenvereins‘ war lange Zeit Jenny Bonnin, Ehefrau eines Arztes.

3.1 Der Betsaal befand sich 1818 in der oberen Etage des Hauses von Philipp Herz (später Weinberg) in der heutigen Oststr. 12. Zwischen 1827 und 1829 wurde vom Bochumer Bauunternehmer Tönshoff ein schlichter Synagogenneubau mit Platz für 65 Männer und 40 Frauen errichtet. Er lag ebenfalls an der Oststr. am Ende einer Sackgasse; das Gebäude lag eingeklemt zwischen anderen Häusern im Hinterhof; Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 62. Eine Mikwe sollte in einem Anbau untergebracht werden.

1897 wurde in der Voedestr. 19 unter Leitung von Stadtbaumeister Wallraven durch Bauunternehmer Schalke ein Gemeindehaus mit Schule errichtet; Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 63. Das Gebäude wurde nach Schließung der Schule 1922 weiter als Gemeindehaus genutzt und in der NS-Zeit zum ‚Judenhaus‘ bestimmt. 1963 wurde es im Zuge eines Straßenausbaus abgerissen.

3.3 1652 kauften Juden in Wattenscheid ein Stück Land auf der ‚Heide‘ außerhalb der damaligen Freiheit (heute Bochumer Straße 15–19), um einen Friedhof anzulegen. Bei der Teilung des Gemeinheitsbesitzes ‚Wattenscheider Heide‘ im Jahr 1775 konnten die Wattenscheider Juden einen Vertrag von 1652 vorlegen, der ihnen Rechte am Friedhof zusprach. Danach kostete die Beerdigung eines Erwachsenen 1 Rtlr., die eines Kindes 30 Stüber. Im Rahmen der Heideteilung 1860 bis 1865 konnte die jüd. Gemeinde das Areal 1862/63 für 350 Tlr., die durch Spenden aufgebracht wurden, erwerben. Abtretungen und Grundstückstausch führten mehrfach zu Veränderungen an dem etwa 1600 m² großen Grundstück. Bis 1874 wurden dort auch die Toten aus Gelsenkirchen beigesetzt. 1887 wurde eine ‚Friedhofs- und Begräbnisordnung für die Synagogengemeinde Wattenscheid‘ beschlossen. 1899 musste die jüd. Gemeinde als Vorbedingung für die Übernahme der Schule durch die Stadt einen Teil des Friedhofs für die Verbreiterung der Straße abgeben, wegen der erforderlichen Exhumierungen kam es darüber in der jüd. Gemeinde zu Kontroversen. 1921 ließ die jüd. Gemeinde auf dem Friedhof ein Denkmal für ihre gefallenen Mitglieder errichten, gestiftet vom Ehepaar Bonnin. Der Plan, eine Leichenhalle zu bauen, konnte wegen fehlender finanzieller Mittel – die Stadt lehnte 1929 einen Zuschuss ab – nicht umgesetzt werden. Die Nationalsozialisten schlossen den Friedhof und überließen die Grabdenkmäler einem Steinmetz, der die Exemplare aus Basalt und Granit weiterverarbeitete. Während des Krieges wurde Trümmerschutt auf dem Areal gelagert. Nach Kriegsende wurde der Begräbnisplatz wieder hergerichtet, die noch vorhandenen Grabsteine wurden wieder aufgestellt. 1929 war nach der Festschrift zum 100-jährigen Bestehen der Synagoge noch ein Grabstein aus dem Jahr 1748 vorhanden. Bis heute erhalten sind auf dem Friedhof an der Bochumer Straße 25 Grabsteine, die aus dem 20. Jh. stammen. Seit 1972 befindet sich auf dem Friedhof ein Denkmal für die ermordeten Wattenscheider Juden, seit 2000 steht der Begräbnisplatz unter Denkmalschutz. 2010 wurden zahl-

reiche Grabsteine umgeworfen bzw. mit antisemitischen Parolen und Hakenkreuzen beschmiert.

4.1 LAV NRW Abt. W (Münster), Amtsgericht Wattenscheid; Reg. Arnsberg Schulregistratur; Reg. Arnsberg I Sta. – StadtA Bochum, Bestände Landratsamt Bochum, Amt Wattenscheid und Stadt Wattenscheid.

4.2 Karten der Stadt Wattenscheid, in denen Synagoge, Friedhof und jüd. Schule eingezeichnet sind, sowie Fotos im StadtA Bochum. Fotos und Zeichnung der Synagoge und des Schulhauses bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 79f.

4.3 Allgemeine Wattenscheider Zeitung <29.9.1875, 2.10.1875>. – AZJ <1871, 1895, 1897–1899, 1902>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 9–46 <1836–1911/13>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 68, <1909> 72, <1911> 82, <1913> 92, <1924/25> 63. – Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur <1905> 8. – Jüdische Allgemeine <23.12.2010>. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 54. – Namen der deportierten Juden unter: <http://wiki-de.genealogy.net/Wattenscheid/Stolpersteine> [letzter Zugriff 23.05.2016].

4.4 ARNOLDI Udo/HALWER Andreas/SCHNEIDER Hubert (Bearb.), Gedenkliste Bochumer Opfer der Shoa <Bochum 1998>. – HALWER Andreas, Juden in Wattenscheid: Die Familie Fryda. In: WAGNER Johannes Volker (Hg.), Das Stadtarchiv. Schatzkammer, Forschungsstätte, Erlebnisort <Essen 2004> 214–217. – DERS., Die Wattenscheider Juden vor 1933. In: Stadtarchiv Bochum (Hg.), Vom Boykott bis zur Vernichtung. Leben, Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der Juden in Bochum und Wattenscheid 1933–1945 <Essen 2002> 21–30. – HEUPEL Eberhard, 9. November 1938: Pogromnacht in Bochum und Wattenscheid. Ebd. 199–218. – KELLER Manfred/SCHNEIDER Hubert/WAGNER Johannes Volker (Hg.), Gedenkbuch. Opfer der Shoa aus Bochum und Wattenscheid <Bochum 2000>. – SCHULTE Eduard, Geschichte der Freiheit Wattenscheid. Festschrift der Stadt Wattenscheid zu ihrer 500-Jahrfeier <Wattenscheid 1925>. – Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum (Hg.), Die Verfolgung der Juden in Bochum und Wattenscheid. Die Jahre 1933–1945 in Berichten, Bildern und Dokumenten <Bochum 1993>. – WILBERTZ Gisela, Synagogen und jüdische Volksschulen in Bochum und Wattenscheid. Ein Quellen- und Lesebuch <Bochum 1988>. – DIES., Jüdische Friedhöfe im heutigen Bochumer Stadtgebiet (Bochum, Wattenscheid, Stiepel) <Bochum 1988; ND aus: Der Märker 36 (1987) 3–20>.

Andreas Halwer

BRILON

1.1 Stadt Brilon, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – 1220 Stadtrechtsverleihung.

Zum 1854/56 eingerichteten Synagogenbezirk Brilon gehörten die Städte Brilon, Hallenberg und Winterberg, die Ämter Bigge, Medebach, Liesen und Niedersfeld sowie ein Teil des Amtes Thülen. Bigge bildete eine Untergemeinde. Hallenberg, Mede-

bach und Winterberg waren Brilon formell zugeordnet, nahmen am dortigen Gemeindeleben aber nicht teil.

2.1.1 In einem Schatzungsregister aus dem Jahr 1578 werden für Brilon die Juden Moses und Moises erwähnt. 1596 bestätigte die Stadt Brilon im Schutzbrief des Salomon aus Plettenberg, dass er dieselben Pflichten habe wie die Juden in Geseke und Rüthen; die drei Städte hatten die rechtliche Behandlung der Juden offenbar untereinander abgestimmt. Während des Dreißigjährigen Krieges versuchten Juden in Brilon, sich von Einquartierungen von Soldaten freizukaufen, wie das Briloner Kämmererbuch vermerkt. 1631 und 1638 werden Schlom, Israell, Simon und Salomon als Steuerzahler genannt. 1672 zahlten Lazar, Abraham, Jordan, die Witwe Bela und deren Sohn Heiman, ferner Melchior und sein Vater Schlauman bzw. Schaun sowie Jacob Geleitabgaben an die Stadt. Schlachtabgaben entrichteten 1693 Leiffman, Meyer, Sabel, Judas, Marcus, Jacob und Leiffman Judas. Im 18. Jh. lebten durchschnittlich zehn jüd. Familien in Brilon. Ohne Geleit wohnten 1700 David, Abraham Judas, die Witwe Pinnes und Leiffman Marcus in Brilon. 1726 sollten diese Juden die Stadt verlassen; die Betroffenen beriefen sich aber darauf, dass nicht Bürgermeister und Rat, sondern die kurfürstliche Regierung dafür zuständig sei. 1712 führte die Stadt Brilon einen Prozess gegen die Judenschaft, weil „eine Christenmagd ein Judenkind mit ihrer christlichen Milch gestillt“ habe. 1722 und 1749 wurden Moyses Meyer und Jacob Seligmann in Brilon kath. getauft. 1738 lebten insgesamt 66 Juden in Brilon. Familienvorstände waren Israel Schmaul, Simon Gottschalck, Wolff Hertzig, Isac Abraham, Salomon Abraham, Isac Meyer, Calmen Mannes und Falck Hertzig, ferner die Witwen von Mannes Meyer, von Joseph Gottschalck und Leifmann Alexander. Von Pferdehandel und Schlachten lebten Israel Schmaul (außerdem Handel mit Früchten, Kram- und Hökerwaren), Wolff Hertzig, Calmen Mannes und Isac Meyer. Einige der Händler schickten Knechte auf das Land, um Schulden einzutreiben, Waren zu verkaufen oder Vieh anzukaufen. Die Auftraggeber sorgten für Unterkunft und Verpflegung, statt Lohn bekamen die Knechte einen Anteil von „dem einbringenden profit“. Knecht bei Simon Gottschalck war Meyer Moses, ein 13-jähriger Verwandter seiner Frau. David Meyer war Knecht bei Isaac Abraham, Israel Judas bei Salomon Abraham, ein Knecht Meyer und eine Magd Schöne waren für Falck Hertzig tätig. Die Witwe von Joseph Gottschalck, Sara Itzig, stand einem Haushalt mit elf Personen vor; ihre Knechte Jacob Meyer und Isaac Leiff unterstützten sie beim Handel mit Kramwaren und Pferden. 1741 sollten fünf jüd. Familien innerhalb von sechs Wochen die Stadt verlassen: Die unvergeleiteten Juden Leifman Marcus und David Meyer sowie die Witwen des Pinnes, des Abraham Judas und des Alexander Leiffmans. Alle wurden im Rathaus verhört. Leifman Marcus gab an, er habe von „der Jungfer Anna Elisabeth Wichartz“ für 6 Rtlr. im Jahr einen Speicher als Wohnung gemietet. Er ernähre sich als Fenstermacher; sein Sohn schlachte ab und zu ein Kalb. Früher habe er ein Geleit besessen, doch sei dieses wegen Armut dem Matthias Alexander übertragen worden. David Meyer sagte aus, er wohne mit seiner Frau und vier Kindern im Speicher des Adolph Laers, den er für 4 Rtlr. 17 Gr. gepachtet habe. Ehemals habe auch er ein Geleit für Brilon besessen, doch sei ihm dieses wegen Armut entzogen und dem Falck Hertzig erteilt worden. Witwe Pinnes erklärte, sie und ihre beiden Söhne lebten im Speicher des Adolph Laers und zahlten 5 Rtlr. dafür; sie hoffte, u. a. wegen ihres hohen Alters und ihrer gelähmten Tochter nicht aus der Stadt gewiesen zu werden. Die betagte Witwe des Abraham Judas und ihr kranker Sohn wohnten kostenlos bei der Witwe Pinnes; wegen ihrer Armut würden die anderen Juden sie versorgen. Die Witwe des Alexander Leiffmans, aufgeführt im Geleit ihres Schwiegersohnes Simon Gottschalk, wohnte bei Wolff Hertzig. Ob die Ausweisung durchgeführt wurde, ist nicht überliefert.

Nach einem Verzeichnis von 1770 sollten die Juden die folgenden städtischen Abgaben und Leistungen erbringen: erstens einen Goldgulden ‚Beiwohnergeld‘ pro Familie, zweitens die ‚schlachtaccise‘ zuzüglich Schätz- und Inspektionsgebühren, drittens pro Familie eine proportionale ‚höcker- und kramabgaben-accise‘, viertens die Ableistung von Scharwerken, Botengängen und Wachdiensten sowie fünftens einen jährlichen proportionalen Beitrag für Truppeneinquartierungen und ähnliche Lasten. Doch bereits 1764 hatten sich Bürgermeister und Rat mit den jüd. Familien geeinigt, die jährliche Gesamtlast an den städtischen Abgaben für alle Familien auf 60 Rtlr. festzusetzen, um „die beschwerliche und ungleiche exactionum taxam zu erleichtern“. Der an Martini zu zahlende Betrag sollte durch Umlage von allen jüd. Familien aufgebracht werden. Ausgenommen von der Pauschale wurden die weiterhin zu entrichtende Fleischgebühr (pro Schlachtstück), die ‚gemeine landpraestationes‘ sowie die Realschatzungen auf Gärten. Darüber hinaus gehende Belastungen sollten den Juden „nicht zugemutet oder abgedrungen werden“. 1771 zahlten zwölf Juden Kopfsteuer: Samuel Israel, Alexander Matthias, Abraham Matthias, Issac Abraham Katz, Simon Gottschalk, Nathan Gans, Seeligman Samuel, Calmen Mannes, Jacob Speyer, David Meyer, Meyer Salomon sowie Gottschalk Joseph. 1776 sprach sich die Stadt Brilon dagegen aus, einen Juden „über die gewöhnliche Zahl“ hinaus aufzunehmen. Bereits vor 1782 teilten sich die Briloner Juden Alexander Mathias, Vogel Israel und Leifmann Alexander einen Besitzanteil von einem Achtel an der bei (Marsberg-) Padberg gelegenen Zeche ‚Trapweg‘, in den 1780er Jahren verkauften sie ihre Anteile an die Familie v. Spiegel-Desenberg. Die einschlägigen Bestimmungen gegen einen durch Juden betriebenen Eisenhandel schlossen ein jüd. Eigentum an Zechen offenbar nicht mehr aus. 1782 wurde der Galmei-Zehnt in Brilon an Baruch Simon verpachtet. 1791 sind Lieffman Alexander, Joseph Meyer, Meyer Salomon, Isaac David, Hertz Jacob, Mathias Alexander, Abraham Mathias und Leiffman David erwähnt; über ein Armengeleit verfügten Gottschalk Katz und Selig Samuel. 1796 hatten zehn Familien ein Geleit, von den mindestens sieben Knechten wurden Löb Leiffman und Geschell/Geskell Leiffman als „sehr bemittelt“ bezeichnet. Um 1800 lebten zwölf jüd. Familien in Brilon.

1783 gingen Gymnasiasten gegen Juden vor: So schlugen sie bei Schmul S. einen Birnbaum ab und schafften ihn zur Schule; Stadtrat und Lehrer schritten ein. An einem Markttag zerstörten die Gymnasiasten Stände von Juden, denen die Arnberger Regierung 1783 erlaubt hatte, wie die Christen ihre Waren auszustellen, was die christl. Kaufleute als geschäftsschädigend ansahen.

Im heutigen Briloner Ortsteil Thülen wohnte Abraham Judas 1703 „beym christen im haus“, er hatte 1701 ein Interimsgeleit vom Landdrosten erhalten. Seine Habseligkeiten hatten einen Wert von 40 Reichstalern. 1704 wurde für Thülen ein Jude ohne Geleit aufgeführt, der ausgewiesen werden sollte. 1713 erhielt Israel Schmaul ein Geleit für Thülen; er war wohl der Ehemann der Tochter des Leyser Joseph aus Marsberg. 1717 beschwerte sich Israel Schmaul über seine Ausweisung durch den Drosten von Weichs, dessen Anordnung auf kurfürstliches Geheiß hin zurückgenommen werden musste; Israel Schmaul ist auch 1718 und 1719 in Thülen genannt. 1736 beschwerten sich Dietrich Adam von Meschede zu Alme und die Witwe von Schorlemer zu Heringhausen, dass ihr Kolon Johan Humpert zu Thülen ohne ihre Einwilligung einen – namentlich nicht genannten – Juden in sein Pachthaus aufgenommen und zudem im Haus eine Mauer gezogen habe, so dass zwei Feuerstätten vorhanden seien.

2.1.2 1808 nahmen in Brilon folgende Juden feste Familiennamen an: Alexander Leiffman und Leifmann Alexander (künftig Strauß), Salomon Meier und Meyer Salomon (Rosenthal), Samuel Selig (Goldschmidt), Israel David (Rothschild), Samuel Salomon (Oppenheim), Pinnes Alexander (wohl Bendix Grünwald), Leifmann David (wohl Löwenstein), Isac/Israel David (Dannenbaum) und Herz Jacob (Speyer).

1815 erhielt der in Padberg wohnende Joseph Abraham Friedländer, seit 32 Jahren jüd. Landschreiber, für seinen Sohn Abraham ein Geleit für Brilon. 1819 wandte sich Friedländer wegen der von der Arnsberger Regierung abgelehnten Vergeleitung des Salomon Neuwahl – mit der Begründung, im Hzt. Westfalen sei kein Geleit frei und die Vermehrung der Juden bedeute einen Nachteil für die gewerbetreibenden christl. Einwohner – an Staatskanzler Hardenberg. Weitere Juden bemühten sich in der Folgezeit um Geleite für Brilon, die der Magistrat der Stadt aber nach Möglichkeit ablehnte, um die Zahl der Juden nicht zu erhöhen. Jahrzehntelang stritten sich die Juden mit der Stadt Brilon um die Zahlung von Abgaben. Der 1764 mit der Stadt geschlossene Vertrag wurde 1801 aufgehoben; der folgende Streit über eine Neuregelung zog sich bis 1835 hin. Nathan Schwerin, Sohn eines wohlhabenden Schutzjuden in Mengershausen/Waldeck, der beim Waldeckschen Hofgoldschmied ausgebildet worden war, erwarb 1818 nach Zahlung von 60 Rtlr. das Bürgerrecht in Brilon. Ende der 1820er Jahre stellte der Bürgermeister dessen Wohnrecht in Frage, da seine Ansiedlung ungesetzlich gewesen sei; die Regierung ging darauf aber nicht ein. 1840 stellte sie ihm einen Toleranzschein aus, so dass die seitens der Stadt geforderte Ausweisung hinfällig wurde. An der Huldigung Friedrich Wilhelms IV. beteiligten sich 1840 neben christl. auch die jüd. Gemeinde. Christen fanden sich in der Synagoge ein, um den Landrabbiner Joseph Abraham Friedländer zu hören und den Chor, der ein vom Jurastudenten Alexander Friedländer (Enkel des Landrabbiners) gedichtetes Lied vortrug, das Lazarus Strauß vertont hatte.

Zu Beginn der 1820er Jahre gaben die jüd. Familienvorstände Auskunft über ihr Vermögen: Alexander Strauß verfügte über 3000 Rtlr., Witwe Dannenbaum und Alexander Schönthal jeweils über 2000 Rtlr. und Abraham Friedländer über 1000 Rtlr., ein Vermögen zwischen 300 und 1000 Rtlr. hatten Salomon Rosenthal, Leifmann Frank, Samuel Selig Goldschmidt und Herz Oppenheim. Als arm eingestuft wurden Simon Grünwald, Israel Rothschild, Israel Rosenthal und Salomon Meyer Rosenthal; das Vermögen von Nathan Schwerin musste noch taxiert werden. Im ‚Einwohneradreßbuch‘ 1832–1835 sind die Ellen- und Spezereiwarenhandlungen David Dannenbaum, David Frank und Alexander Strauss aufgeführt. 1840 lebten elf vergeleitete und zwei tolerierte jüd. Familien in Brilon. 1846 waren in Brilon als selbständige Juden verzeichnet: Die Kaufleute David Dannenbaum, Abraham Friedländer und Alexander Strauß, die Handelsleute David Frank, Selig Goldschmidt, David Löwenstein und Alexander Schönthal, die beiden Metzger Levi Schöndorff und Joseph Schwerin, weiterhin der Silberarbeiter Nathan Schwerin, der Landrabbiner Joseph Friedländer und ohne Berufsangabe Hannchen Heimbach. Ferner wohnten in der Stadt Jenni Oppenheim (Witwe des Herz Oppenheim) und ihre fünf Kinder, Hitzel und Hirsch Rosenthal (Kinder des verst. Salomon Meier Rosenthal), Samuel Rosenthal, Jacob Rothschild sowie Sara Rothschild (Witwe des Joseph Rothschild) mit drei Kindern. 1847 erfolgte die Aufnahme der Handelsleute David Frank, Selig Goldschmidt, David Löwenstein, Jacob Rothschild, Levi Schöndorff und Alex Schönthal, der Kaufleute Ruben Dalberg, David Dannenbaum, Aron Elsbach und Abraham Strauß sowie des Buchdruckers Meier Friedländer und des Metzgers Michel Schwerin in die Bürgerrolle. 1853 eröffnete Benjamin Nordwald aus Arnsberg ein Geschäft für Herrengarderobe am Markt in Brilon.

Für 1858 liegt ein Verzeichnis der Wohnorte vor. Demnach wohnten in der Nordstr. die Handelsleute David Löwenstein (Haus-Nr. 51) und Salomon Oppenheim (63), in der Keffelkerstr. der Kaufmann und Kappenmacher Emanuel Grüneberg (92), Lehrer Gabriel Landauer (94), Kaufmann Ruben Dalberg (97) und Handelsmann Aron Elsbach (99). In der Königstr. wohnten der Handelsmann Selig Goldschmidt (103) sowie die vom Handel lebenden Schwestern Fanni, Rica und Bertha Strauß (121); in der Niederen Str. 139 Goldarbeiter Nathan Schwerin, in der Schulstr. 252 Hökerin Rica

Bellerstein, in der Kirchstr. 272B Handelsmann Moses Stern, in der Oberen Str. Krämerin Witwe Oppenheim (287) sowie Buchhändler und Buchdrucker Moritz Friedländer (291); am Rathaus bzw. am Kirchhof der Metzgermeister Levi Schöndorf (310), in der Strackestr. der Kaufmann David Dannenbaum (296), Am Markte Dr. med. Abraham Strauß (306, 1859 Stabsarzt des Mescheder Bataillons, 1864 nach Halle/Westf. gezogen), in der Marktstr. Handelsmann Alexander Schönthal (317), Metzger Michael Schwerin (322) sowie der Kaufmann und Metzger Jacob Rothschild (325), in der Springstr. Lehrer Leopold Hope (338), im Steinweg Lumpensammler Hirsch/Heinrich Rosenthal (381), Kaufmann David Franck (386), Berta Friedländer, Ehefrau Dr. Herzberg und die Putzmacherin Julie Stern (460), außerdem Kaufmann Abraham Friedländer (46). Folgende Geschäftseröffnungen sind belegt: Manufaktur-Warengeschäft L. Löwenstein (1860), Schuhgeschäft sowie Woll- und Galanteriewaren Wittmers & Elsbach (1862), Manufaktur- und Modewaren Schönthal & Siebert (1864), Modewarengeschäft Rothschild & Ruhstadt (1869, aufgegeben 1872) sowie Kolonial-, Porzellan- und Kurzwaren G. Kahlenberg (1870).

1857 kam der Briloner Kaufmann Lazarus Strauß in Lünen gewaltsam zu Tode. Er hatte ein Vermögen von 60000 Tlr. besessen, das aus Bergwerks-Unternehmungen (u. a. Anteile an Eisensteingruben) stammte, war Eigentümer von vier Häusern, mehreren Grundstücken und hatte den höchsten Satz an Gewerbesteuern gezahlt. Der Tod von Strauß brachte den Bürgermeister in Bedrängnis, weil er ihm Rentenbriefe der Stadt übergeben hatte, um diese zu Geld zu machen und mit dem Erlös städtische Schulden zu begleichen; dazu war es aber nicht mehr gekommen. Überfallen und misshandelt wurde 1868 der Briloner Lehrer N. H. Katz. 1880 kam es zu einem Überfall auf den Handelsmann Löwenstein in offener Kutsche durch drei Arbeiter aus Olsberg, die Täter wurden verhaftet. 1887 beschwerte sich ein Mitglied des Turnvereins Brilon darüber, „daß an den Vergnügensabenden des Vereins u. a. auch Lieder vorgetragen werden, die anstoßend für die jüdischen Mitglieder desselben sind“. Julius Neuwahl und Abraham Neugarten waren Soldaten im Feldzug von 1866, am Krieg von 1870/71 nahmen drei Briloner Juden teil. 1916/17 erhielten aus Brilon der Unteroffizier Max Löwenstein, Sanitäts-Unteroffizier David und Eduard Dannenbaum sowie Max Willon das EK II.

Für 1901 sind 18 Familienvorstände genannt: die Kaufleute Jacob Aronstein, Isaak und Ruben Dannenbaum, J. Elsbach, J. Friedländer, Israel und Meier Goldschmidt, Albert Grüneberg (Bankgeschäft), Levi Löwenstein und Moses Rothschild, ferner Moritz Friedländer (Inhaber einer Buchhandlung und Buchdruckerei sowie Herausgeber des ‚Sauerländischen Anzeigers und Amtlichen Kreisblatts‘), der Metzger Meier Kahlenberg, der Metzgermeister Raphael Löwenstein, die Handelsleute Carl Eichwald, Levi Löwenstein und Julius Neuwahl, ferner Salomon Oppenheim und die Witwe von Michael Schwerin. 1929/30 lebten in Brilon 27 jüd. Familienvorstände: die Kaufleute Aron Buchdahl, Siegfried Fränkel, Sally Goldberg (aus Madfeld stammend, Zementgroßhandel), Siegfried und Siegmund Goldschmidt, Albert Grüneberg, Salomon Neuwahl, Julius Rothschild, Max Willon und Nikolaus Löwenstein, der Handelsmann Israel Goldschmidt, die Händler Max Grünewald und Salo Kahlenberg, die Viehhändler Simon Eichengrün und Gustav Neuwahl, der Handlungsgehilfe Isidor Hesse, die Metzgermeister Jacob Katz und Theodor Löwenstein, der Holzhändler Wilhelm Kohlberg, die Modistin Sofia Löwenstein, der Schneider Albert Neuwahl sowie die sechs Witwen Minna Aronstein, Friederike Friedländer, Julia und Sara Kahlenberg, Rosa Neuwahl und Sofie Willon. Anfang der 1930er Jahre zahlten Julius Rothschild und Aron Buchdahl bei weitem die höchsten Einkommensteuern. In der ersten Hälfte der 1930er Jahre bestanden in Brilon eine RjF-Ortsgruppe (Vorsitzender 1935 Max Willon) und ein Ortsverein des CV (Vorsitzender 1932/33 Gemeindevorsteher S. Goldschmidt).

Im heute zur Stadt Brilon gehörenden Altenbüren (westlich von Brilon) war 1846 der Handelsmann Jacob Stern (1787–1852, Sohn des Abraham Stern aus Bigge) als selbständiger Jude verzeichnet, den erblichen Familiennamen hat er bereits zuvor geführt. Jacob Stern erwarb 1817 das Haus Nr. 50 (das ‚Altepastorath‘) in Altenbüren, er heiratete 1823 Esther Ruhestädt aus Oberalme, mit der er sieben Kinder hatte. 1834 führte er einen Spezereiladen und handelte mit Vieh. Sein Sohn Meier Stern (1824–1910) übernahm 1848 die väterlichen Grundstücke samt Haus, veräußerte sie aber 1870 bei seinem Umzug nach Olsberg, wo er als Metzger tätig war.

Im heute ebenfalls zur Stadt Brilon gehörenden Ortsteil Thülen (nordöstlich von Brilon) war 1846 der Krämer Seligmann Stahl (1800–1875) als selbständiger Jude verzeichnet, auch er trug den erblichen Namen bereits zuvor. Stahl stammte aus Oberalme und erhielt 1839 das Geleit für Thülen, zog aber erst 1843 – nach Aufforderung der Regierung – mit seiner Familie dorthin. 1842 erwarb er ein Grundstück samt Haus (Nr. 95; Bruchhausenstr. 11), bis 1848 weitere Grundstücke und Äcker. 1845 kaufte ihm seine Frau Jette (geb. Eichengrün aus Beringhausen) Haus und Garten ab, wohl um die finanziellen Belastungen der Familie besser zu verteilen. 1855 bestritt Seligmann Stahl seinen Lebensunterhalt als Viktualienhändler und Höker, 1867 zog die Familie nach Medebach. 1849 zog Herz Herzstein, Sohn des Moses Herzstein aus Willebadessen, mit seiner Frau Sara (geb. Löwenthal) aus Padberg nach Thülen. Sie erwarben im selben Jahr ein Wohnhaus (Nr. 26; Bachstr. 5), in dem die kinderreiche Familie bis zur Zwangsversteigerung 1887 lebte. Herz war wie sein ältester Sohn Nachmann Pferdehändler. Sara zog nach dem Tod ihres Mannes mehrfach um, bevor sie 1894 mit ihrer jüngsten Tochter Rosalie nach Amerika auswanderte. 1907 kam der 1869 in Thülen geborene Moses Herzstein zu Besuch in seinen Geburtsort. Er war 1883 als 14-Jähriger in die USA ausgewandert und hatte es dort zu Wohlstand gebracht. Er lud alle Familienväter „zu einem gemütlichen Schoppen Freibier“ ein, zahlreiche Einwohner folgten dem Angebot.

2.1.3 Zwischen 1934 und 1941 emigrierten aus Brilon etwa 40 Personen aus den Familien Buchdahl, de Jonge, Eichengrün, Fränkel, Freudenstein, Goldbach, Katz, Löwenstein und Pollack. Sie zogen überwiegend nach Nord-, Mittel- und Südamerika, einzelne gingen auch nach England, Palästina und in die Niederlande. Im ‚Lagebericht‘ für Okt. bzw. Nov. 1934 heißt es, dass in Brilon bei Juden Fensterscheiben durch Steinwürfe zertrümmert und während des Viehmarktes ein Mann, der bei einem jüd. Geschäftsinhaber angeblich eine Bestellung aufgegeben hatte, vor dessen Haus von SA-Leuten belästigt worden seien. Im Juli 1935 durchsuchte die ‚Arbeitsfront‘ im Haus des Eichengrün u. a. das Schlafzimmer der nichtjüd. Hausangestellten, später warf „eine große Volksmenge“ dort Fensterscheiben ein. Der Jude Marburger wurde 1935 vorübergehend in ‚Schutzhaft‘ genommen, weil er angeblich einen Parteigenossen angerempelt hatte; in diesem Zusammenhang hetzte ‚Der Stürmer‘ gegen ihn. Für Nov. 1935 wird im ‚Lagebericht‘ berichtet, dass infolge des starken Geschäftsrückgangs bereits „eins der größten jüdischen Geschäfte in der Manufakturwarenbranche“ in ‚arischen‘ Besitz übergegangen sei. Im Dez. 1935 wird konstatiert, dass an den Verkaufssonntagen vor Weihnachten in jüd. Geschäften vielfach Publikum aus den Dörfern angetroffen worden war. Noch im Nov. 1936 heißt es, in Brilon liege 80 Prozent des Handels mit Zucht- und Nutzvieh „in jüdischen Händen“. 1937 erhielt der Viehhändler Hugo Marburger Berufsverbot, ebenso 1938 die Fellhändler Salo Kahlenberg und Israel Goldschmidt sowie der Viehhändler Simon Eichengrün. Im selben Jahr kam es zur Zwangsversteigerung des Eigentums des Handelsmanns Gustav Neuwahl, die Metzgerei Löwenstein wurde ‚arisiert‘. Im Rahmen der ‚Polenaktion‘ wurde der Lehrer Philipp Goldmann mit Frau und Tochter (beide in Brilon geboren) am 28. Okt. 1938 nach Bentschen/Zbąszyń abgeschoben. Nach dem Pogrom im Nov. 1938 wurden elf jüd. Männer (Paul Fränkel, Siegfried Goldschmidt, Max Grünewald, Isidor

Hesse, Salo Kahlenberg, Jacob und Salomon Katz, Karl Lorig, Paul Mansberg, Hugo Marburger und Max Willon) mit einem Sammeltransport über Dortmund ins KZ Sachsenhausen gebracht, bis Ende des Jahres aber wieder freigelassen. Weitere Juden waren verhaftet worden, wurden aber aus unterschiedlichen Gründen (jugendliches Alter, ‚Arisierung‘, Haftunfähigkeit) nicht ins KZ überführt. Am 9. Nov. 1938 drangen SS- und SA-Leute in die Synagoge ein und zündeten sie an. SA-Leute besetzten in derselben Nacht das villenartige Haus des Zementgroßhändlers Sally Goldberg (Gartenstr. 13). Neue Eigentümerin wurde am 11. Nov. 1938 die Stadt Brilon, die sogleich eine Wache im Haus stationierte, um Zerstörungen zu verhindern. Bis 1945 wohnte der Bürgermeister Robert Groß dort. Das Haus der Familie Goldschmidt (Königstr. 28) wurde zum ‚Judenhaus‘ deklariert, zeitweise waren dort mindestens 13 Personen untergebracht. Mehr als 30 Juden aus Brilon wurden deportiert, u. a. aus den Familien Goldschmidt, Hesse, Kahlenberg, Mansberg, Marburger, Neuwahl und Willon. Sie wurden 1942/43 über Dortmund in die Ghettos von Zamość und Theresienstadt gebracht, einige auch 1943 direkt ins KZ Auschwitz.

2.1.4 Wegen „Brandstiftung und Freiheitsberaubung“ während des Pogroms wurden nach 1945 mindestens 29 Strafanzeigen gegen Briloner erstattet, aber nicht weiter verfolgt. Seit 1983 erinnert ein Gedenkstein an die Synagoge und ihre Zerstörung.

2.2.1 Der Kreis Brilon verzeichnete 1836 neben 32 237 Katholiken 678 Juden und 621 Protestanten. 1839 zählte man in den Briloner Stadtvierteln insgesamt 84 Juden, davon 41 im Ober-Quartal, 17 im Nieder-Quartal, 14 im Derker-Quartal und zwölf im Kreutziger-Quartal. 1843 lebten in der Stadt Brilon 87 Juden, 1858 waren es 126. Im Jahr 1871 waren von 4519 Einwohnern 4000 kath., 411 ev. und 108 jüd. Glaubens; 1895 von 4614 Einwohnern 4306 kath., 239 ev., 68 jüd. Glaubens, einer gehörte einer anderen christl. Gemeinschaft an; 1925 waren von 5853 (!) Einwohnern 5363 kath., 339 ev., 89 jüd. Glaubens und einer bekenntnislos. 1933 lebten 75 Juden in der Stadt, 1940 waren es noch 25.

Im heutigen Ortsteil Altenbüren waren 1823 fünf, 1843 sieben und 1858 zehn Juden wohnhaft; 1871 waren von 486 Einwohnern 480 kath., vier ev. und zwei jüd. Glaubens, 1895 von 547 Einwohnern 540 kath., sechs ev. und einer jüd. Glaubens. In Thülen lebten 1843 sieben Juden, 1858 waren es 15. Im Jahr 1871 waren von 486 Einwohnern 470 kath., neun ev. und sieben jüd. Glaubens. In Scharfenberg waren 1871 von 524 Einwohnern 523 kath. und einer jüd. Glaubens.

1803 fand in Brilon der Judenlandtag für das Hztm. Westfalen statt. Im Zuge der geplanten ‚Regulierung der Verhältnisse der Juden‘ war 1842 die Einrichtung des Synagogenbezirks Brilon vorgesehen, zu dem lediglich die Juden der Stadt gehören sollten. 1854 wurde der Synagogenbezirk Brilon mit erheblich erweitertem Umfang realisiert, er umfasste den Großteil des Kreises Brilon. Dazu gehörten die Städte Brilon, Hallenberg und Winterberg sowie die Ämter Bigge (unter anderem mit Altenbüren), Medebach, Liesen, Niedersfeld und ein Teil des Amtes Thülen (Nieder- und Oberalme, Scharfenberg und Thülen, aber ohne Bontkirchen, Madfeld, Messinghausen und Rösenbeck, die Padberg zugeordnet wurden). 1856 wurde das Statut des Synagogenbezirks genehmigt, darin waren Bigge, Hallenberg und Medebach als Untergemeinden vorgesehen. Hallenberg und Medebach nahmen am Briloner Gemeindeleben aber nicht teil, sie bildeten informell weiterhin eigene Gemeinden. Auch die Untergemeinde Bigge stellte mehrfach den Antrag auf Bildung eines eigenen Synagogenbezirks. Im Mai 1905 genehmigte die Regierung Arnsberg die Verselbständigung, der neue Synagogenbezirk umfasste das Amt Bigge mit den Juden aus Antfeld, Altenbüren, Assinghausen, Bigge, Brunsckappel, Olsberg und Wiemeringhausen. Die Synagogengemeinde Brilon war 1905 Mitglied des DIGB. 1931 beantragte Sally Stahl aus Medebach die Loslösung der Stadt Winterberg und der Ämter Hallenberg, Medebach und Nieders-

feld (wo allerdings keine Juden wohnten) von der Synagogengemeinde Brilon; dem Antrag wurde nicht stattgegeben. 1932/33 war Medebach der Synagogengemeinde Brilon angeschlossen.

Seit der Ernennung Joseph Abraham Friedländers zum Landrabbiner für das Hztm. Westfalen und das Fstm. Wittgenstein im Jahr 1833 kam es zu Streitigkeiten innerhalb der jüd. Gemeinde Brilon. Ausgangspunkt waren die von Friedländer eingeführten Kultusreformen, darunter die Einführung deutschen Choralgesangs und wöchentlicher Vorträge in deutscher Sprache. Es kam zu Störungen des Gottesdienstes und zu einer Festnahme in der Synagoge. Gegen die Reformen, „die, als von dem alten, hergebrachten gottesdienstlichen Ritus der Israeliten abweichend, in der Synagoge zu Brilon eingeführt sind“, klagten 1839 einige Juden bei der Regierung Arnsberg, darunter Alexander Schönthal. Unterstützung erhielten sie von einem Gegner Friedländers, dem orthodoxen Landrabbiner Abraham Sutro aus Münster. Friedländer verwies darauf, dass auch in Iserlohn, Oelde und Lengerich der Gottesdienst in der Briloner Form stattfinde. 1840 bat ein Gemeindemitglied wegen eines vom Briloner Vorsteher gegen ihn verhängten Banns das Innenministerium in Berlin um ‚Staatschutz‘, den das Ministerium aber verweigerte. Daraufhin trafen sich einzelne Gemeindemitglieder unter der Leitung von Samuel Rosenthal zum Gottesdienst in einem Privathaus, dieses Vorgehen wurde von Friedländer als ‚Anarchie‘ bezeichnet. 1846 schlossen sich Juden aus Brilon der ‚Berliner Reformgenossenschaft‘ an. 1899 traten mehrere Personen aus der Synagogengemeinde aus und gründeten den ‚Jüdischen religiösen Verein zu Brilon‘, dem sie eigene Statuten gaben. 1907 konnte der Paderborner Prediger Weiler im Auftrag des ‚Verbandes der Synagogengemeinden Westfalens‘ die Ausgetretenen zur Rückkehr in die Briloner Gemeinde bewegen.

Zu Beginn des 20. Jh. ging das Steueraufkommen der jüd. Gemeinde zurück, so dass sie keinen eigenen Lehrer und Vorbeter mehr bezahlen konnte. 1928 verschlechterte sich die Situation deutlich, nachdem Dagobert Goldberg verzogen war, der fast so viel an Einkommensteuer (Bemessungsgrundlage für den Beitrag zur jüd. Gemeinde) gezahlt hatte wie die restlichen Gemeindemitglieder zusammen. Der ‚Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden‘ erklärte sich bereit, den Fehlbetrag zu übernehmen. 1929 musste die Gemeinde Grundstücke verkaufen, um den Synagogenneubau zu finanzieren.

2.2.2 Um 1700 ist eine Betstube belegt, deren Lage nicht bekannt ist; namentlich als Synagoge genannt wird sie 1741. Nach 1808 wurde ein Anbau am Wohnhaus auf dem hinteren Teil des Grundstücks von Israel Rothschild in der Judengasse, heute Marktstr. 16, als Bethaus errichtet. 1821 erwarb Israel Rothschild das Haus von der jüd. Gemeinde. Die Juden aus Thülen kamen nicht zur Synagoge nach Brilon, ihnen war es in den 1840er Jahren freigestellt, ob sie den Gottesdienst in Niederalme oder in Madfeld besuchen wollten. 1850 erhielten die Mitglieder der jüd. Gemeinde das Recht, „durch das Wohnhaus auf Flur 22, Nr. 127 (Vorderhaus) zur Synagoge zu gehen, auch sich in der Wohnstube des Hauses wärmen zu dürfen“. 1891 wurde die Synagogengemeinde als Eigentümerin des Gebäudes ins Grundbuch eingetragen, bis 1931 fanden dort Gottesdienste statt. 1938 kaufte Klara Fränkel geb. Aronstein, Nachfahrin des Israel Rothschild und Hauseigentümerin, der jüd. Gemeinde den Anbau ab; 1940 erwarb ein Nichtjude das Wohn- und Bethaus. 1951 wurde das Gebäude komplett umgebaut und als Stall bzw. Lager genutzt.

1925 begann die jüd. Gemeinde Geld für eine neue Synagoge zu sammeln und stellte dafür den Erlös aus dem Verkauf eines wertvollen Kunstwerks aus Gemeindebesitz zur Verfügung. 1926 stellte sie den Antrag auf unentgeltliche Überlassung eines Bauplatzes, 1929 erhielt sie das 333 m² große Grundstück Hubertusstr. 16 von der Stadt geschenkt. Für die Baukosten mussten gemeindeeigene Grundstücke verkauft und ein Darlehen aufgenommen werden. 1931 fand die Einweihung der neuen Synagoge – es

war der letzte Neubau dieser Art in Westfalen vor der NS-Zeit – unter Beteiligung des Lehrers Meyerhoff aus Niedermarsberg und des Rabbiners Dr. Fritz Steinthal (Münster) als Vertreter des ‚Preußischen Landesverbandes‘ statt. 1933 warfen Kinder Fenster ein, die daraufhin durch Drahtnetze geschützt wurden. 1937/38 kam es zu Störungen des Gottesdienstes. Am 9. Nov. 1938 drangen SS- und SA-Leute in die Synagoge ein und zündeten sie an; Inneneinrichtung und Dachstuhl verbrannten. Die Stadt Brilon übernahm das Grundstück zwei Tage später ohne Gegenleistung. Die Ruine wurde 1939 beseitigt und der Platz eingeebnet. Im Rahmen der Rückerstattung erhielt die JTC nach dem Zweiten Weltkrieg 1000 DM.

2.2.3 Eine ‚Judenschule‘ wird für Brilon erstmals 1712 genannt. Als jüd. Schulmeister werden 1759 Moyses Joseph aus Niederalme, 1769 Moyses Levi und 1777 Moyses Simon erwähnt. Ab 1817 unterrichteten jüd. Privatlehrer die Kinder in Privathäusern. Lehrer waren von 1817 bis 1831 der jüd. Landschreiber und spätere Landrabbiner Joseph Abraham Friedländer, 1832 Calmen Katzenstein aus Holzminden. Heinemann/Heimann Leeser aus Dülmen kam 1834 als nicht konzessionierter Lehrer, er wechselte 1837 nach Lübbecke. Zwischen 1827 und 1834 besuchten zwölf bis 21 Schüler die Privatschule. Als Lehrer folgten 1836 Herz Löwenstein, 1837 David Lehmann aus Haltern. Lehmann schloss mit neun Mitgliedern der Gemeinde einen gemeinsamen Vertrag, mit vier weiteren separate Verträge; das führte zu Auseinandersetzungen, als die separaten Verträge 1838 gekündigt wurden. 1843 waren in Brilon elf jüd. Kinder schulpflichtig. Als weitere Lehrer in Brilon sind belegt: Herz Josef Friede aus Iserlohn-Oestrich (1839), Baruch Cohen aus Geseke (1840–1842), Jonas Cosmann aus Recklinghausen (1846), Salomon Säger aus Peckelsheim bei Willebadessen (1848), ein nicht näher bekannter Merländer (1849) sowie Marcus Weinheim aus Warstein (1850–1854). Die meisten waren Absolventen des Haindorfischen Seminars. Wenn Brilon im zweiten Viertel des 19. Jh. über einen jüd. Lehrer verfügte, besuchten zwischen zehn und 20 Kinder dessen Unterricht, nur einzelne die christl. Schule. Wenn kein jüd. Lehrer vorhanden war, wurden sie von den Eltern in jüd. Religion unterwiesen. Kinder aus den Familien Friedländer und Strauß gingen 1837 bzw. 1842 zum Briloner Gymnasium, Regine Dannenbaum 1842 zur Mädchenschule.

Als weitere Lehrer sind erwähnt: 1858 Dr. Gabriel Josua Landauer aus Kassel (Lehrer und Vorbeter, zuvor in Vlotho tätig), im selben Jahr besaß Lefmann/Leopold Hope, Schulamtskandidat aus Oelde mit Seminarzeugnis aus Petershagen, die Konzession zur Fortsetzung der Privat- und Elementarschule. Noch 1858 kündigte die jüd. Gemeinde dem auf ein Jahr eingestellten Landauer (der ab 1860 Rabbiner in Korbach wurde) und engagierte Philip Freudenberg aus Burgsteinfurt, der zuvor Lehrer in Rütten und Bochum gewesen war. Dieser hatte jedoch in Bochum ein christl. Mädchen geschwängert, weshalb er seine Stelle in Brilon nicht antreten konnte. 1860 besuchten die jüd. Kinder vorübergehend die ev. Volksschule. 1861 findet ein Lehrer namens Herzfeld Erwähnung. Ab 1868 war N. H. Katz Lehrer in Brilon, er gab im selben Jahr das Buch „Die traditionellen Synagogen-Gesänge“ heraus. 1870 erhielt der Lehrer Marcus aus Hofgeismar die Konzession zur Wiedereröffnung der privaten Elementarschule in Brilon. Ludwig August Rosenthal (1855–1928), später Rabbiner u. a. in Berlin, war nach Besuch des Lehrerseminars Ende der 1870er Jahre für vier Jahre in Brilon tätig, bevor er an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin studierte. Als weitere Namen von Lehrpersonen sind überliefert: Spier (1884), Goldschmidt (1887–1888), Levi und Max Meyer (1895). Als die Gemeinde 1899 plante, einen neuen Lehrer einzustellen, traten acht – teilweise wohlhabende – Mitglieder aus der jüd. Gemeinde aus, weil sie aus Kostengründen dagegen waren. 1907 klagten Max und Meier Kahlenberg, Nicolaus Löwenstein und Israel Goldschmidt beim Landrat, dass ihre Kinder keinen Religionsunterricht erhielten; der Landrat möge sich für die Anstellung eines Lehrers einsetzen. Im Herbst 1907 wurden einem per Anzeige im ‚Is-

raelitischen Familienblatt' gesuchten Elementarlehrer und Kantor ein Gehalt in Höhe von 1200 M und Nebeneinkommen geboten. Daraufhin erhielt Samuel Schaumberg aus Schweinsberg/Kr. Kirchhain die Stelle, die seit 1901 vakant gewesen war. 1909 besuchten zehn Kinder die jüd. Privatschule in Brilon. Anfang 1910 meldete das 'Sauerländer Tageblatt', dass die jüd. Gemeinde zum 1. März ihre Schule wieder eröffne, bis dahin hätten die Kinder die kath. Schule besucht. Fritz Kaiser wird 1910 als Lehrer erwähnt, 1911 besuchten sieben Kinder seine Privatschule. 1912 suchte die Gemeinde erneut einen Lehrer und bot 1500 M und 300 M Nebeneinnahmen. 1912–1915 war Isaak Lilienfeld im Amt, 1913 unterrichtete er neun Kinder. Lilienfeld fiel 1916 im Ersten Weltkrieg; sein Name ist auf dem Gedenkstein vermerkt, der 1926 für die gefallenen Lehrer des Kreises Brilon im Drübel errichtet wurde. Von 1915 bis 1919 war Iwan Goldschmidt als Lehrer in Brilon tätig, Religionsunterricht erteilte 1916 Prediger Weiler aus Paderborn. 1920 war Joseph Dannenberg Lehrer in Brilon, 1924/25 erteilte er auch Religionsunterricht an der höheren Schule; zehn Kinder gingen zu dem Zeitpunkt zur privaten jüd. Volksschule. 1928/29 war Manfred Höxter aus Jesberg als Lehrer tätig, er wechselte zur jüd. Volksschule in Dortmund. Danach stellte die Briloner jüd. Gemeinde keinen Lehrer mehr ein. Der Schulraum im neu erbauten Synagogengebäude (als Ersatz für den im Haus von Löwenstein, Friedrichstr. 7, angemieteten Raum) wurde nicht mehr genutzt. 1932/33 erhielten neun Kinder Religionsunterricht. Der dafür engagierte Lehrer Philipp Goldmann wurde 1938 im Rahmen der 'Polenaktion' mit seiner Familie abgeschoben. Zwischen 1914 und 1936 besuchten etwa 20 jüd. Mädchen aus Brilon die Höhere Mädchenschule in der Stadt, etwa 35 Jungen zwischen 1859 und den 1930er Jahren das Gymnasium.

1862 beantragte die jüd. Gemeinde bei der Stadt eine Unterstützung für die Besoldung des Lehrers, wie dies auch bei den Protestanten der Fall sei. Das wurde mit der Begründung abgelehnt, dass die jüd. Schule nicht öffentlich sei. Bei einer Wiederholung des Antrags 1867 gestand die Stadt einen Teil der erbetenen Summe zu. 1910 beantragte die jüd. Gemeinde, die jüd. Schule mit 14 Kindern und jährlichen Aufwendungen von etwa 2000 M in den städt. Etat zu übernehmen. 1914 entschieden die Stadtverordneten, es bei einem gleich hohen Zuschuss wie für die ev. Kinder bewenden zu lassen. Weitere Anträge auf Umwandlung in eine öffentliche Schule 1920 und 1925 lehnten Magistrat und Regierung ab.

2.2.4 Juden aus Brilon spendeten von 1830 bis 1880 regelmäßig für die Haindorfsche Stiftung. Alexander Schöndorff aus Brilon absolvierte dort Anfang der 1850er Jahre seine Ausbildung als Elementarlehrer, seine erste Stelle trat er in Borgentreich an. An der Finanzierung von Wasserleitungen in einzelnen Straßen Brilons beteiligten sich 1842 auch Juden, so David Dannenbaum, Samuel Rosenthal und Samuel Rothschild. Im ersten Viertel des 20. Jh. ist ein Wohltätigkeitsverein belegt, 1909 eine 'Casse gegen Wanderbettelei'. 1911 und 1913 stand R. Löwenstein der Männer-Chewra vor, 1932/33 S. Goldschmidt. Vorsitzende der Frauen-Chewra waren 1911 die Ehefrau von A. Löwenstein sowie Frau Rothschild, 1913 die Frau von E. Grüneberg.

2.3.1 1765 war Pines Hertz Vizerabbiner der Judenschaft im Hztm. Westfalen. 1803 amtierte Meyer Salomon als Oberkollektor für das Hztm. Westfalen, der die Abgaben und Steuern der Judenschaft erhob, Deputierte waren Leeb Alexander und Isaak David, alle drei wohnten in Brilon. Joseph Abraham Friedländer versah seit 1783 das Amt des Sekretärs (Landschreiber) der Landjudenschaft. 1815 zog er nach Brilon und wurde dort 1817 als Lehrer angestellt. Nach dem Tod des Landrabbiners Hirsch Cohen (Geseke) wurde er zu dessen Nachfolger gewählt. Rabbinats-Adjunkt und Prediger in Brilon war 1846/47 sein Enkel Dr. Salomon Friedländer.

1765 war Samuel Israel Vorsteher der Briloner Gemeinde. Weitere Vorsteher waren Alexander Strauß (1814–1823) und Abraham Friedländer (1823–1865), der Sohn des

Landrabbiners. 1871 bildeten Ruben Dalberg, David Löwenstein und Emanuel Grüneberg den Vorstand, 1887 Meier Goldschmidt, Levi Löwenstein und Ruben Dannenbaum. Herz Herzstein aus Thülen war von 1854–1881 stellvertretender Repräsentant der Gemeinde. 1905 und 1907 war L. Löwenstein Gemeindevorsteher. 1908 bildeten Ruben Dannenbaum, Julius Neuwahl und Moses Rothschild (gest. 1908) den Vorstand, 1909 und 1911 Ruben Dannenbaum, Julius Neuwahl und Albert Grüneberg, 1913 R. Dannenbaum, E. Grüneberg und S. Neuwahl, in der ersten Hälfte der 1920er Jahre Bernhard Willon (gest. 1928), Sally Goldberg und Theodor Löwenstein. Bei den letzten Wahlen der Briloner Synagogengemeinde 1929 wurden Sigmund Goldschmidt, Theodor Löwenstein und Albert Neuwahl in den Gemeindevorstand gewählt. Löwenstein führte die Geschäfte der Gemeinde bis zum Pogrom fort.

1741 wird ein Sohn der Witwe Pinnes als ‚Judenbote‘ erwähnt, der die Juden zur Synagoge rief. Von 1817 bis 1831 war Joseph Abraham Friedländer Vorsänger und Mohel. Das Kantorenamt versahen zumeist die Lehrer, z. B. 1932/33 Isidor Hesse.

2.3.2 Joseph Abraham Friedländer, geboren 1752/53 in Kolin/Collin in Böhmen, kam mit 14 Jahren zu seinem Onkel, dem Stadtrat Dr. David Friedländer nach Berlin. Er absolvierte ein Talmudstudium bei Ezechiel Landau in Prag, später in Preßburg. Als Hauslehrer kam er zunächst nach Stadtberge (Obermarsberg), später ließ er sich als Schächter und Lehrer in Padberg nieder. Ab 1783 war Friedländer Sekretär (Land-schreiber) der Landjudenschaft. 1815 zog er nach Brilon und wurde dort 1817 nach vorheriger Prüfung als Lehrer angestellt. Nach dem Tod des Landrabbiners Hirsch Cohen (Geseke) wurde er zum Nachfolger gewählt und 1833 vom Prediger Hellwitz aus Soest sowie den Rabbinern Dr. Levi aus Gießen und Gosen aus Marburg ins Amt eingeführt; er war für das Gebiet des ehem. Hztm. Westfalen und für das ehem. Fstm. Wittgenstein zuständig. Friedländer war ein engagierter Anhänger des Reformjudentums, in orthodoxen Kreisen wurde er als ‚Briloner Morenu‘ verspottet. Zusammen mit dem Soester Prediger Hellwitz setzte er sich sowohl für weitgehende Reformen im Gottesdienst als auch für die Emanzipation der Juden ein. Die von Julius Fürst herausgegebene jüd. Zeitschrift ‚Orient‘ karikierte das Duo 1843 als den „etwas michelhaften Don Quichote“ (gemeint war Hellwitz) und seinen „Schildknappen Sancho Pansa ...“, der wie ein abgerichteter Pudel aufs Kommandowort des Erznarren rapportiert“. Als Friedländer im 70. Jahr seiner Amtsführung 1852 in Brilon gestorben war, veranstaltete Rabbiner Dr. Stein in der Hauptsynagoge zu Frankfurt a.M. eine Gedächtnisfeier, wo er den damals ältesten Rabbiner in Deutschland als „Streiter für Licht und Wahrheit“ bezeichnete, der einer der „gesinnungstreuesten Mit- und Vorkämpfer auf dem heiligen Gebiete der Reform des Judenthums“ gewesen sei.

Drei von Friedländers Enkeln traten durch ihr demokratisches Engagement hervor: Alexander Friedländer (1819–1858), der 1837–1839 Jura in Bonn studiert hatte und 1841 in Heidelberg promoviert worden war, arbeitete ein Jahr am Stadtgericht Brilon und wurde 1842 Privatdozent an der Universität Heidelberg. 1848 organisierte er als Mitglied des Heidelberger ‚Demokratischen Vereins‘ Protestaktionen gegen die Erschießung Robert Blums. 1850 wurde er der Teilnahme am Aufstand „durch Schrift und Rede“ beschuldigt und zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Unter der Bedingung, nach Amerika auszuwandern, wurde er nach acht Wochen begnadigt, dafür hatten sich u. a. Eltern, Großvater, Bürgermeister und der Magistrat von Brilon eingesetzt. Die Familie musste 1000 Gulden Entschädigung und 500 Gulden Kautions zahlen. Auf der Reise in die USA kam er 1858 mit seiner gerade Angetrauten beim Brand des Dampfers ‚Austria‘ ums Leben. Emil Friedländer (1830–1914) wurde wegen ‚Aufstachelung zum Hochverrat‘ angeklagt, das Verfahren jedoch 1850 eingestellt. 1851 war er am Kreisgericht Brilon tätig, 1857 wurde er Gerichtsassessor, 1861 Rechtsanwalt und Notar, 1883 Justizrat, 1909 Geheimer Justizrat. 1911 war er Senior der Rechtsanwälte in Bielefeld. Salomon Friedländer (1824–1860) studierte in Bonn und Heidelberg, wo er 1845 zum

Dr. phil. promoviert wurde. 1846 gehörte er als Rabbinats-Adjunkt seines Großvaters und Prediger in Brilon zu den Teilnehmern einer Konferenz in Münster, wozu der Oberpräsident bedeutende Vertreter der westfälischen Juden zur Vorbereitung des späteren Gesetzes von 1847 eingeladen hatte. Nachdem er wegen Plagiatsvorwürfen des Prediger-Amtes der Reform-Gemeinde in Berlin enthoben worden war, berief ihn Haindorf an das jüd. Lehrerseminar nach Münster. Hier übernahm er außerdem die Predigerstelle der Reformgemeinde, zu deren Abspaltung von der Hauptgemeinde er beigetragen hatte. Seine Predigten in Münster provozierten den orthodoxen Landrabbiner Sutro und veranlassten dessen Anhänger zu Störungen. 1848 stellte die Regierung Friedländer als Zuchthausgeistlichen an. Nach Querelen musste er 1851 Münster verlassen, er studierte Medizin und wanderte in die USA aus. Dort war er zunächst als Mediziner in New York tätig, kehrte dann aber zu seinem Lehrberuf zurück und wurde Lehrer und Prediger in Chicago. Er verfasste mehrere Abhandlungen, darunter das Werk ‚Geschichte des Israelitischen Volkes‘ und eine ‚Denkschrift‘ anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Haindorfschen Verein 1850, zudem veröffentlichte er einige seiner Predigten. Meyer (Moritz) Friedländer (1822–1911) betrieb von 1842 bis 1904 in Brilon eine Druckerei und einen Verlag. Er gab das ‚Wochenblatt für den Kreis Brilon‘ heraus, das seit 1851 den Namen ‚Sauerländischer Anzeiger‘ trug, zudem das Amtliche Kreisblatt. Als einzige westfälische Druckerei konnte sie auch hebr. Schrift verarbeiten, in Friedländers Verlag erschien das mehrbändige jüd. (orthodoxe) Gebetbuch, das bis 1868 sieben Auflagen erreichte.

2.3.3 Der Briloner ‚Feuerlösch-Gesellschaft‘ gehörten 1841 die Kaufleute Alexander Schöenthal, Alexander Strauß und David Dannenbaum sowie die Krämer Samuel Rosenthal und Selig Goldschmidt an. 1851 war der Kaufmann A. Friedländer Mitglied der Handelskammer zu Arnsberg. Lehrer N. H. Katz gehörte 1868 der ‚Liedertafel‘ an. 1887 hatte auch der Briloner Turnverein jüd. Mitglieder. Der langjährige Gemeindevorsitzende Bernhard Willon (gest. 1928) war im Kriegerverein aktiv.

3.1 Die 1808 errichtete Synagoge war ein Anbau an das Haus von Israel Rothschild in der Judengasse (heute Marktstraße 16), der Zugang erfolgte durch das Vorderhaus. Für den beabsichtigten Synagogenneubau erhielt die jüd. Gemeinde 1929 von der Stadt das Grundstück Hubertusstr. 16. Eine erste Bauzeichnung zeigte einen achteckigen, 16 m hohen Turm, auf den in der ausgeführten Fassung verzichtet wurde. Die Pläne der 1930/31 errichteten Synagoge stammten von Architekt Sitte. Außer dem Betsaal mit Empore enthielt das Gebäude einen Schulraum, der aber nicht als solcher genutzt wurde, sowie ein Konferenzzimmer. Am 9. Nov. 1938 wurde die Synagoge in Brand gesteckt. Die Ruine wurde 1939 beseitigt und der Platz eingeebnet. Auf der Rasenfläche befindet sich heute ein Gedenkstein.

3.2 Häuser in jüd. Besitz waren zumeist seit dem 19. Jh. (heutige Adressen): Friedrichstr. 7; Bahnhofstr. 5, 7, 11, 19, 21, 26; Keffelkerstr. 3; Königstr. 3, 6, 11, 28; Südstr. 10; Gartenstr. 13; Schulstr. 10; Kirchenstr. 7, 22; Petrusstr. 2; Derkere Str. 1; Strackestr. 4, 9, 14; Markstr. 2, 12, 16; Steinweg 7, 8; Mariengasse 1 und Jagdhaus 2. Das repräsentative Wohnhaus des Zementgroßhändlers Sally Goldberg (Gartenstr. 13, mit Doppelgarage und Wohnraum für den Chauffeur) war 1921 erbaut worden. Nachdem es 1938 bis 1945 als Wohnsitz des Bürgermeister gedient hatte, wurde es im 21. Jh. zum ‚Haus des Gastes‘ und Ofenmuseum umgebaut.

In Altenbüren erwarb Jacob Stern 1817 das ‚Altepastorath‘ (Haus Nr. 50). In Thülen erwarb Seligmann Stahl 1842 ein Grundstück samt Haus (Nr. 95; Bruchhausenstr. 11), bis 1848 weitere Grundstücke und Äcker. Herz Herzstein kaufte 1849 in Thülen das Haus Nr. 26 (Bachstr. 5).

3.3 Ab 1696 wird in der Stadtrechnung erwähnt, dass Einwohner vom Stadtgraben für ihre Gärten „bei der Judengrafft“ Abgaben zu leisten hatten. Das lässt darauf schließen, dass der jüd. Begräbnisplatz vor der Stadtmauer des südwestlichen Derker-Viertels vermutlich schon vor 1700 bestand. Auch der Stadtplan von 1829 verzeichnet an dieser Stelle den ‚Judenkirchhof‘. 1857 erwarb die jüd. Gemeinde dieses Areal von einem Nichtjuden. Der jüd. Friedhof befindet sich nördlich der heutigen Straße Derkerborn, westlich der Engelbert-Grundschule und südlich des Hallenbades. 1884 wurden Grabsteine zerstört bzw. umgeworfen, der Vorstand der jüd. Gemeinde setzte für die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 100 M aus. 1887 erließ der Gemeindevorstand eine ‚Begräbnisplatz und Begräbnisordnung für den jüdischen Todtenhof in Brilon‘. Ein erhaltenes ‚Kirchhofsregister‘ dokumentiert 75 Beerdigungen zwischen 1889 und 1941. Auch Juden aus Bigge, Assinghausen und Altenbüren wurden dort zeitweise beerdigt. 1917 kaufte die jüd. Gemeinde ein Grundstück auf der gegenüberliegenden Straßenseite (Ecke Ulrichstraße/Derkerborn) zur Erweiterung des Friedhofs, das allerdings nicht belegt und 1930 wieder veräußert wurde. Nach 1945 erhielt die JTC das Gelände und verkaufte 1955 einen Teil der Parzellen, darunter versehentlich die ältesten Friedhofsteile, auf denen keine Grabsteine mehr standen; bei Neubauten in den 1950er Jahren wurden deshalb Knochenreste gefunden. Nicht veräußert wurde der südöstliche Teil des Friedhofs. Auf diesem heute 755 m² großen Begräbnisplatz sind 23 Grabsteine aus den Jahren 1908 bis 1943 erhalten. Seit 1949 pflegt die Stadt das Gelände, 1991 wurde es in die Denkmalliste eingetragen.

4.1 CAHJP, Jerusalem, Brilon G 5/490 (Friedhofsregister 1889–1941). – CJA Berlin, 1,75 E, Nr. 808 (hebr. Vertrag mit Meir ben Shlomo/Meyer Salomon, Brilon 1794). – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), Personenstandsarchiv P 10, Nr. 26. – LAV NRW Abt. W (Münster), Reg. Arnsberg, Schulregistratur II H 237; Kreis Brilon LRA Nr. 1899, 2059.

4.2 Foto des Gemeindevorsitzenden Bernhard Willon (gest. 1928) in: Israelitisches Familienblatt <20.9.1928>. Fotos der alten und neuen Synagoge, des Friedhofs und von Wohnhäusern in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 367–370. Zeichnung zum Neubau der Synagoge 1931 in: BROCKE, Feuer an Dein Heiligtum gelegt 82 und in: BIRKMANN/STRATMANN, Bedenke vor wem Du stehst 82. Abb. von Grabsteinen in: HESSE, Jüdisches Leben in Alme, Altenbüren, Brilon, Madfeld, Messinghausen, Rösenbeck, Thülen 319–335.

4.3 AZJ <13.3.1841, 13.12.1852>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 4–29 <1830–1880>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 66, <1909> 70, <1911> 79, <1913> 90, <1924/25> 60. – Israelitisches Familienblatt <11.4.1907, 31.8.1916, 26.10.1916, 17.5.1916, 28.12.1917, 21.5.1931>. – Der Israelit des 19. Jahrhunderts <1.3.1846>. – MÜLLER (Bearb.), Das Territorialarchiv des Herzogtums Westfalen, Bd. I, 418, 422f. – REININGHAUS Wilfried (Hg.), Quellen zur Geschichte der Stadt Brilon 1482–1578 (= Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen C 49) <Münster 2003> 160, 163. – Sauerländ. Anzeiger <10.1.1884>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 159. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 51.

4.4 BLÖMEKE Sigrid/BRACHT Hans-Günther/KEMPER Gisela (Red.), Juden in Brilon zur Zeit des Nationalsozialismus <Brilon 1988>. – BRUNS Alfred, Brilon 1816–1918 <Brilon 1988>. – HERZIG Arno (Bearb.), Jüdische Quellen zur Reform und Akkulturation der Juden in Westfalen (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, XLV, 1) <Münster 2005> [mit zahlreichen Texten Friedländers]. – HES-

SE Ursula, Jüdisches Leben in Alme, Altenbüren, Brilon, Madfeld, Messinghausen, Rösenbeck, Thülen. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Zur Erinnerung <Brilon 1991>. – RICHTER Erika, Die Friedländers. Eine bedeutende Judenfamilie im Sauerland. In: Jahrbuch Hochsauerlandkreis <2008> 101–109.

Alfred Bruns

BRILON-Alme

1.1 Stadt Brilon, Ortsteil Alme, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – 1928 Zusammenschluss von Ober- und Niederalme sowie der Gutsgemeinde Alme zur Gemeinde Alme, infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Stadt Brilon.

Alme wurde dem 1854 eingerichteten Synagogenbezirk Brilon zugeordnet.

2.1.1 In der zum Hztm. Westfalen gehörenden Herrschaft Alme (seit 1589 unter den Herren von Meschede in Nieder- und Oberalme geteilt, ab 1769 unter den Herren von Bocholtz wieder zusammengeführt) beanspruchten die örtlichen Herren das Recht der Judenvergeleitung. 1703/04 wohnten in der Herrschaft zwei Juden ohne Geleit: Leiser, „ein ganz armer jud“, und Salomon bzw. Samson. Leyser sollte 1704 als unvergeleiteter Jude ausgewiesen werden. Salomon/Samson, aus Polen gebürtig, war bei seiner Befragung 1703 etwa fünf Jahre dort ansässig. Er gab an, das Geleit „von des orts gerichtsherren, weylandt dem ritterlichen deputirten von Meschede zu Allm“ erhalten zu haben. Diesem habe er – wie auch der zuvor ebenfalls in Alme wohnende Simon Jacobs, jetzt in Madfeld – neben der ‚hausheur‘ jährlich 2 Rtlr. Schutzgeld zahlen müssen. Sein Vermögen betrage 40 Reichstaler. Der Betrag wurde angezweifelt, man vermutete ein Vermögen von „etzliche hundert reichstaler“. Als Salomon/Samson das weiterhin dementierte, wurde er bei einer weiteren Befragung in Brilon in Arrest genommen, dann aber, „als keine mehrere mittelen manifestiren wollen“, freigelassen. Franz Gottfried von Meschede als Herr von Alme beklagte umgehend die Einmischung der kurfürstlichen Regierung, „weil dieser jude wie von alters hergebracht ... von seinem brudern seligen in die herrschaft Allme verglaydet worden“. Salomon/Samson ließ verlauten, er wolle „lieber 1000 reichstaler daran setzen, als seine wohnung zu Allme“ aufzugeben. Im 18. Jh. gab es immer wieder Auseinandersetzungen zwischen der Unterherrschaft Alme und der kurfürstlichen Regierung über das Judenregal, so belegt für 1704, 1725, 1764, 1767, 1778 und 1800.

Für Niederalme erhielt 1724 Moses Levi für 8 Rtlr. ein Geleit der Herrschaft Alme, 1739 Isac Levi aus Brilon und 1745 Salomon Levi. 1732 wird Moses Abraham in Zusammenhang mit einem Fleischdiebstahl genannt. 1759 lebten in Niederalme 32 Juden in zehn Familien: Schulmeister Isac Moyses (verheiratet), Salomon Isac, Salomon Levi, Levi Salomon, Kumpel Salomon, Moyses Levi, Isac Levi, Moyses Joseph (Schulmeister zu Brilon), Witwe Wulff Sara und Israel Levi. 1764 wohnten in Niederalme der Witwer Salomon Isac, Simon Wulf, dessen Bruder Meyer Wulf, Salomon Levi, Isac Levi, David Natan (hatte 1763 ein Geleit der Herrschaft Alme für 10 Rtlr. jährlich erhalten), Moyses Salomon, Meyer Moyses, Moyses Joseph sowie die Witwen von Moyses Levi und Meyer Simons. Die ökonomische Situation von Salomon Isac

wurde in ‚mittlerer Kondition‘ eingestuft, die anderen galten als arm bzw. waren in ‚schlechter Kondition‘. 1765 übernahm Simon Wulff, der die Witwe des Moyses Levi geheiratet hatte, das Geleit für Niederalme von ihrem verstorbenen Mann. 1766 erhielten Jeremias Wolff und Judas Pinnes Geleite. 1769 baten Salomon Isaac und Jeremias Wulf den Freiherrn von Bocholtz als neuen Inhaber der Herrschaft Niederalme um Abgabenminderung, da sie nur über eine kleine Stube und eine Feuerstätte verfügten. In den Kopfschatzlisten von 1776 sind für Niederalme Meyer Wulf (1 Rtlr., 12 Gr.) und Gabriel Wahl (2 Rtlr., 3 Gr., mit Knecht und Magd) verzeichnet, ihre Steuerlast war unterdurchschnittlich; als verarmt wurde zudem Jeremias Wulf (18 Gr.) aufgeführt. Für keinen der genannten Juden sind Frau oder Kinder verzeichnet. In den 1780er Jahren wurden für Niederalme vergeleitet: Meyer Salomon, Leifman Calmen, Alexander Seligman, Joseph Salomon, in den 1790er Jahren Simon Wolff und Leifman Moyses. Ebenfalls noch vor 1800 hatten die Witwen von Jacob Moyses (1766) und von Moyses Jacob Geleite erhalten. Anfang der 1790er Jahre mussten Joseph Salomon und Salomon Katz Konkurs anmelden.

Für Oberalme liegen Nachweise ab 1759 vor. Damals lebten hier 20 Juden in den sechs Familien von Leiffman Benjamin, Meyer Simon, Meyer Moses, Hertz Abraham, Hertz David und Moyses Salomon. 1764 erhielten die beiden zuvor in Oberalme lebenden Juden Meyer Moses, der gegen Pacht im Haus des Freiherrn von Meschede wohnte, und Moyses Salomon ein Geleit für jeweils 10 Rtlr. im Jahr. Drei jüd. Familien verzogen nach Niederalme; in Oberalme verblieben 1764 Hertz Abraham, Moises Abraham, Leiffmann Benjamin, Jacob Simon und Hirsch David; alle fünf waren in ‚schlechter Kondition‘ bzw. arm. Für 1768 sind genannt: Hertz David, Hertz Abraham, Moises Abraham sowie Leiffman Benjamin. 1776 ist Abraham Hertz belegt, für 1779 Moyses Abraham (1 Rtlr. 12 Gr. Steuerlast). Hertz David wohnte 1766–1770/71 in einem eigenen Haus. In den 1780er Jahren wurden für Oberalme vergeleitet: Hertz Abraham, Aron Moyses, Abraham Moyses, Aron Lieber und Witwe Moyses Simon, in den 1790er Jahren Jacob Moyses, Raphael Levi, Meyer Moyses und Seckel Seligman. 1789 kam es im Ringelsteiner Wald wegen eines „mit vielen Wunden tot aufgefundenen Judenburschen“ zu einer behördlichen Untersuchung.

2.1.2 1803 sind für Niederalme acht jüd. Haushaltsvorstände verzeichnet: Witwe Moises Jacob, Witwe Jacob Hertz, Meyer Salomon, Leifman Calmen, Joseph Salomon, Sander Seligman, Wulf Simon und Leifman Moises. Im selben Jahr sind für Oberalme zehn Haushalte genannt: Hertz Abraham, Abraham Moises, Witwe Hirsch David, Aron Moises, Raphael Levi/Leffman, Aron Lieber, Jacob Moises, Isak Seligman, Meyer Moises und Witwe Moises Simon. 1804 erging eine landgräfllich-hessische Verordnung, nicht vergeleitete Juden aus den Unterherrschaften auszuweisen, über die Umsetzung liegen keine Angaben vor. 1808/12 nahmen in Niederalme folgende Juden feste Familiennamen an: Leifmann Moses (künftiger Nachname: Wahl), Joseph Salomon (Steinberg), Joseph und Moses Jeremias, Kinder des Jeremias Wolf (Eisenstein), Joseph Salomon (Gernheim) und Moses Leifman (Schild). In Oberalme: Jacob Moises (Ruhstädt), Aaron Lieber (Neuwahl) und Meier Moises (Eichbaum). 1812 wohnte außerdem Abraham Freibaum in Oberalme, Joseph Eisenstein zog von Nieder- nach Oberalme. Um eine Christin zu heiraten, die ein Kind von ihm erwartete, konvertierte der Witwer Wolf Berg aus Niederalme 1821 gemeinsam mit seinem Sohn aus erster Ehe, Simon, zum Christentum. 1842 wurde Wolff Eisenstein der Umzug nach Weiberg untersagt, da die Juden im ehem. Fürstbistum Paderborn bereits Staatsbürgerrechte genossen, im ehem. Hztm. Westfalen aber nicht. Bis ins 19. Jh. hatten auch die Juden Abgaben an den Pfarrer zu leisten: jährlich ein Pfund Zucker (nur Juden), jeder Inhaber einer Sohlstätte ein Scheffel Hafer und „1 guten Groschen“ jährlich, zudem bei Geburten, Heiraten und Todesfällen Geldzahlungen an den Pfarrer und den

Küster; in den ersten beiden Jahrzehnten des 19. Jh. wehrten sich die Juden mehrmals gegen diese Abgaben.

1834 lebten in Oberalme 36 Juden in sieben Haushalten: Joseph Eisenstein, Seligmann Stahl, Meier Schönwald, Jacob Ruhstädt, Nathan Neugarten, Levi Dahlheim und Mendel Stein, in Niederalme 31 Juden in ebenfalls sieben Haushalten: Joseph Steinberg, Selig Ruhstädt, Moses Schild, Joseph Gernheim, Lefmann Wahl, Moses Eisenstein und Salomon Steinberg. Für die Jahre 1809 bis 1873 sind in Niederalme 23, in Oberalme 63 Geburten belegt, für 1874 bis 1910 in Niederalme zehn und in Oberalme zwei Geburten. In den 1830er Jahren betrieben Jakob Ruhstädt in Oberalme sowie Abraham Schild in Niederalme einen Ellen-, Manufaktur-, Spezereiwaren- und Pferdehandel. Mehrere Juden verdienten ihren Lebensunterhalt mit Blau- bzw. Schönfärben, so in Niederalme seit 1834 Moses Schild. Selig Ruhstädt, der dieses Gewerbe zunächst im Namen seines Vaters Jacob in Oberalme betrieben hatte, machte sich 1837 in Niederalme selbständig. Nachdem er ein Geleit und die Heiraterlaubnis erhalten hatte, erwarb er ein für seinen Bedarf ideales Haus, der Bach Renne floss über sein Gelände. Auch sein 1840 in Niederalme geborener Sohn Jacob erlernte das Färberhandwerk, später betrieb er jedoch mit seiner Frau einen Kramladen.

Für 1846 werden in Oberalme folgende Berufe der Juden angegeben: Als Lumpensammler waren Levi Dahlheim, Josef Eisenstein, Nathan Neugarten und Meier Schönwald tätig (letzterer zusätzlich als Tagelöhner); als Handelsleute Jacob Eisenstein, Meier Ruhstädt, Heinemann Salmen, Mendel/Emanuel Stein und Seligmann Stahl, der Händler Jacob Ruhstädt war zusätzlich als Blaufärber tätig; als Krämer Emanuel Stein, Isak Stein wird als ‚Handelsjude‘ erwähnt. Bei Herz Ruhstädt fehlen Angaben zum Beruf. Für Niederalme sind 1846 verzeichnet: die Tagelöhner Wolf Eisenstein, Moses Eisenstein und Witwe Salomon Steinberg, die Krämer und Blaufärber Josef Gernheim und Selig Ruhstädt, der Geselle Süskind Ruhstädt, die Gehilfen Abraham und Benjamin Schild, der Handelsmann Moses Schild, der Lumpensammler und Schacherer Joseph Steinberg und der ‚Handelsjude‘ Leifmann Levi Wahl. Levi und Abraham Schild, Söhne von Moses Schild, zogen 1864 von Alme nach Geseke, wo die Familie einen erfolgreichen Getreidegroßhandel aufbaute.

1883 übernahm J. Ruhstädt jun. die Bekleidungs- und Stofffirma ‚J. & L. Ruhstädt‘. 1893 lebten in Niederalme die Familien Salomon Stahl, Bernhard Willon, Jacob Ruhstädt und Salomon Buchdahl, in Oberalme nur noch die Familie von Abraham Neugarten. 1907 sind für Niederalme folgende gewerbetreibende Juden erwähnt: Händler Salomon Buchdahl und Salomon Stahl sowie die Manufaktur- und Spezereihandlung Bernhard Willon und die Spezereihandlung Jacob Ruhstädt. Nach dem Tod des Letzteren (1915) führte seine Witwe Miriam Ruhstädt gemeinsam mit ihrer unverh. Tochter Sophie das Lebensmittelgeschäft in Niederalme weiter.

2.1.3 In der Pogromnacht 1938 wurden im Haus der Witwe Miriam Ruhstädt und ihrer Tochter Sophie (Nr. 92), den einzigen Juden im Ort, die Fensterscheiben eingeworfen; Parteigenossen aus Alme und Umgebung plünderten das Geschäft. Nach dem Verkauf ihrer Grundstücke und ihrer beiden Häuser an Nichtjuden wurde Miriam Ruhstädt das Wohnrecht bis zur Emigration zugesichert, sie starb jedoch Anfang 1939. Parteimitglieder wollten verhindern, dass die Verstorbene mit dem Leichenwagen der kath. Kirchengemeinde zum jüd. Friedhof gebracht wurde, erst nach Intervention des Bürgermeisters erklärte sich ein Christ zum Fahren des Pferdegespanns bereit. Der Fahrer und die einzige Beerdigungsteilnehmerin, eine Nichtjüdin, wurden anschließend deswegen von den Behörden vorgeladen. Zu Sophie Ruhstädt ins Haus zog ihr Bruder Emil, der 1941 mit seiner Frau in die USA emigrieren konnte. Danach ging Sophie Ruhstädt zu Verwandten ihrer Schwägerin nach Ehringshausen bei Wetzlar, 1942 wurde sie über Frankfurt a. M. nach Sobibor deportiert.

2.1.4 1986 wurde auf dem jüd. Friedhof Niederalme eine Gedenktafel angebracht.

2.2.1 1803 lebten im gesamten Patrimonialgerichtsbezirk Alme 18 vergeleitete jüd. Familien (davon acht in Nieder- und zehn in Oberalme) mit 74 Personen, das waren etwas mehr als sechs Prozent der Bevölkerung. In Oberalme lebten 30 Juden 1843, 1858 waren es 27. Im Jahr 1871 waren von 331 Einwohnern 310 kath., einer ev. und 20 jüd. Glaubens; 1895 waren von 312 Einwohnern 308 kath., einer ev. und drei jüd. Glaubens. In Niederalme lebten 38 Juden im Jahr 1843, 1858 waren es 24. Im Jahr 1871 waren von 645 Einwohnern 618 kath., einer ev. und 26 jüd. Glaubens; 1895 waren von 653 Einwohnern 634 kath. und 19 jüd. Glaubens und 1905 waren von 653 Einwohnern 19 Juden. Auf dem Gebiet der 1928 zur Gemeinde Alme vereinigten Ortschaften waren 1925 von 1128 Einwohnern 1079 kath., 46 ev., zwei jüd. Glaubens und einer bekenntnislos.

Eine ‚Instruction für den Vorsteher der Israelitischen Gemeinde zu Almen‘ von 1825 ist überliefert. Für 1834 wird eine Synagogenordnung erwähnt. Streitigkeiten innerhalb der Gemeinde ergaben sich aus der zeitweiligen Dominanz der Mitglieder aus Niederalme, die zunächst den Vorsteher stellten. 1828 wählten die Juden aus Oberalme mit Jacob Ruhstädt (der über mehr Besitz verfügte als die Hälfte der anderen Mitglieder zusammen) einen eigenen Vorsteher, obwohl die Niederalmer Moses Schild für dieses Amt bestimmt hatten. Das angerufene Gericht akzeptierte beide Wahlergebnisse und ordnete Ruhstädt Schild als Mitvorsteher zu. 1833 ging der Vorsteher Leifmann Wahl aus Niederalme gegen Nathan Neugarten aus Oberalme vor, weil dieser den Gottesdienst gestört hatte. Abraham Ruhstädt protestierte 1834 gegen die Vorsteher Steinberg und Mendel Stein, weil diese ihn nicht zur Thora gerufen hätten. 1838 hielt Abraham Ruhstädt, Sohn des verstorbenen Jacob, eigenmächtig am Neujahrs- und Versöhnungstag einen Gottesdienst in der Synagoge ab. 1854/56 wurden Nieder- und Oberalme dem Synagogenbezirk Brilon zugewiesen.

2.2.2 Im Lageplan der zivilen Gemeinde Niederalme von 1775 ist eine Synagoge an der Judengasse verzeichnet; Eigentümer des Gebäudes war Graf von Bocholtz (vorder Meschede). Die jüd. Gemeinde zahlte für die Nutzung jährlich 13 Reichstaler. 1821 kaufte die Judenschaft von Ober- und Niederalme das Gebäude für 200 Rtlr., zahlbar in vier Raten. 1823 hatte der Vorsteher der Judenschaft allerdings Probleme, die entsprechenden Beträge von den Mitgliedern einzutreiben. Offensichtlich blieben die Zahlungsschwierigkeiten bestehen, denn der Graf ließ 1825 Pfändungen bei Gemeindemitgliedern vornehmen: bei Vorsteher Moses Schild und Moses Eisenstein je eine Kuh, bei Jacob Ruhstädt zwei Kühe, bei Joseph Steinberg und Moses Schild den ‚Stubenofen‘. Als die Synagoge 1826 abbezahlt war, wurden wegen des schlechten Gebäudezustandes sogleich Überlegungen zu einer grundlegenden Renovierung oder einem Neubau angestellt. Die Mitglieder aus Oberalme stimmten für eine Renovierung, während alle Niederalmer für den Neubau stimmten. Auch der aus Niederalme stammende Vorsteher Moses Schild plädierte für den Neubau, da Joseph Steinberg in seinem Garten einen Bauplatz zur Verfügung stellen wollte (heute Ecke Schlossstraße/Untere Bahnhofstraße, Haus Nr. 99). Das Patrimonialgericht, das sich wegen des katastrophalen Zustandes der alten Synagoge eingeschaltet hatte, plädierte für einen Neubau, der 1827 fertiggestellt werden konnte. Das Grundstück blieb vermutlich im Besitz des Joseph Steinberg. Um die Kosten in Höhe von 445 Tlr. zu decken, wurden u. a. die Synagogenplätze versteigert. 1836 mussten an der Empore erste Reparaturen vorgenommen werden. 1835 richtete Jacob Ruhstädt in seinem Haus in Oberalme eine eigene Betstube ein, damit die Oberalmer nicht zur Synagoge nach Niederalme gehen mussten, das wurde ihm jedoch von Amts wegen verboten. 1843 wurde es den Juden aus Oberalme, Rösenbeck, Messinghausen und Thülen freigestellt, ob sie den

Gottesdienst in Niederalme oder in Madfeld besuchen wollten. 1860 war die Synagoge in Niederalme erneut reparaturbedürftig. 1913 wurde der Verkauf des Gebäudes an den Nachbarn, Salomon Stahl, genehmigt, da nur noch die beiden Familien Stahl und Ruhstädt in Niederalme lebten; Stahl ließ es 1915 abreißen.

2.2.3 1759 lebte in Niederalme der verheiratete Schulmeister Isac Moyses, 1768 Schulmeister Jacob Levi mit seiner Ehefrau. 1775 hatten Moises Abraham (später Ruhstädt) in Oberalme und Meyer Wulff in Niederalme jeweils einen Privatlehrer für ihre Kinder engagiert. Abraham Meyer wird 1779 als Lehrer genannt. 1807 verweigerten Leifman Moses (Wahl) und Wulf Simon (Berg) dem Gemeindelehrer die Beköstigung. 1808 bis 1815 kam es wiederholt zum Streit zwischen dem jeweiligen Lehrer in Niederalme und der jüd. Gemeinde: So forderte 1808 ‚Rabbi‘ Joseph Katz sein ausstehendes Gehalt, ebenso 1807 bis 1809 Wulf Simon Berg und Moyses Jeremias Eisenstein. Wegen ausstehender Zahlungen an Emmanuel Samuel (Edelstein), der Gegenstände für den Unterricht angeschafft hatte, wurden 1815 bei Abraham Freibaum der Garten und bei Aron Dahlheim eine Ziege gepfändet; bei Meier Eichbaum fand sich nichts Pfändbares. 1818 wird für Niederalme der Padberger Lehrer Lorrich genannt, 1823 der nicht approbierte Moises Halling. 1827 bestand Joseph Friedenberg aus Weiberg (heute Ortsteil von Büren) darauf, seine Kinder zu Lehrer Bonnheim in die jüd. Schule nach Niederalme zu schicken; die Familie war damals die einzige jüd. in Weiberg. Die jüd. Gemeinde Niederalme verweigerte den Schulbesuch auswärtiger Kinder, musste ihn auf Anordnung des Gerichtes aber gestatten. 1827 unterwies ein jüd. Lehrer die Kinder abwechselnd in den Häusern der Gemeindemitglieder. 1830 heißt es, die Juden in Alme seien finanziell nicht in der Lage, einen jüd. Lehrer zu besolden; im selben Jahr stritt Lehrer Aron Hirsch Bank mit Vorsteher Moses Schild wegen Gehalt und Kündigung. 1831/32 ist Lehrer Nathan Elsasser für Niederalme erwähnt. Bis 1853 besuchten jeweils neun bis 16 und um die Wende zum 20. Jh. ein bis zwei jüd. Kinder die christl. Schule; Religionsunterricht erhielten sie von ihren Eltern. Julius und Max Willon, Söhne von Bernhard Willon, besuchten 1897–1902 bzw. 1905–1910 das Gymnasium Petrinum in Brilon.

2.2.4 In der ‚Instruction für den Vorsteher der Israelitischen Gemeinde zu Almen‘ von 1825 wird eine Armenkasse erwähnt.

2.3.1 Vorsteher der jüd. Gemeinde war 1809 Aron Neuwahl. 1814 werden Wolf Berg als ‚älterer‘ und Moses Eisenstein als ‚jüngerer‘ Vorsteher genannt. Ferner sind in Niederalme als Vorsteher belegt: Meyer Steinberg (1815), Leifmann Wahl (1819), Moses Eisenstein (1823 und 1826), Moses Schild (1830/31 und 1860), Leifmann Wahl (1833), Mendel Stein (1834), Nathan Neugarten (1838) sowie Salomon Stahl (1899). Die Namen folgender Vorsänger sind überliefert: Gabriel Siemon (1828/29), Nathan Elsasser (1831/32), Emanuel Lilienfeld (1833/34), Moses Wertheimer (1834) sowie Samuel Goldberg (1835–1837).

2.3.3 Dem 1891 gegründeten geselligen Verein ‚Euphonia‘ in Niederalme gehörten Bernhard Willon als Kassierer (seit 1891) und 1905 Jacob Ruhstädt als Schriftführer an. 1912 war Bernhard Willon (inzwischen nach Brilon verzogen) Vorsitzender und Salomon Stahl Kassierer.

3.1 Die seit dem 18. Jh. genutzte Synagoge in der Judengasse nahe dem Anwesen des Grafen von Bochholtz hatte eine Grundfläche von 5 mal 5 Metern und eine Höhe von 3,50 Metern. Die Synagoge von 1827 auf einem von Joseph Steinberg zur Verfügung gestellten Grundstück (64 m², heute Ecke Schlosstraße/Untere Bahnhofstraße) hatte eine Grundfläche von 8,50 mal 8,50 Metern und eine Höhe von 6,30 Metern, ein symmetrisches Gewölbe und ein Ziegeldach. Zwei Eingänge und eine Frauenempore waren eingerichtet. Nach dem Abriss 1915 wurde das Gelände dem Nachbarhaus

(Nr. 116) als Garten zugeschlagen, die Einfriedungsmauer blieb bis in die 1960er Jahre erhalten. Heute befindet sich hier eine Grünfläche.

3.2 Hertz David lebte 1770 in Niederalme als ‚Einwohner‘ mit eigenem Haus. 1780 wohnten vier jüd. Familien ‚auf der Freiheit‘ in Niederalme an der Judengasse bei der Synagoge: Gabriel Wahl, Meyer Wulf, Moyses Jacob und die Witwe des Jeremias Wulf; alle zahlten Hauspacht. Jacob Moyses Ruhstädt (Oberalme) wird 1811–1815 in Zusammenhang mit der Erbauung eines neuen Hauses erwähnt. Als einer von sechs ‚Beiliegern mit Häusern‘ wird für Oberalme 1831 Joseph Eisenstein aufgeführt. Zwischen 1840 und 1845 erhielten die Juden eine landesherrliche Konzession zum Erwerb von Immobilien. In ‚schatzbaren Häusern‘ lebten 1871 in Niederalme Salomon Levi und Simon Wolf; in Oberalme waren es Herz Abraham, Jacob Philip, Moises Aron, Heinemann Marcus und Samuel Michel. Zu weiterm Hausbesitz in Ober- und Niederalme im 19. Jh. vgl. HESSE, Jüdisches Leben 48–53 und PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 304.

3.3 Der jüd. Friedhof in Niederalme in der Flur ‚Vorm Buchenberg‘ ist seit 1824 belegt, wurde den jüd. Einwohnern in Alme aber wohl schon vor 1750 vom Freiherrn von Meschede zur Verfügung gestellt. Das auch ‚Judenknapp‘ genannte Gelände liegt südlich von Niederalme, von der Straße nach Nehden ist es über die Moosspringstraße zu erreichen. Die Vermessung 1988 ergab eine Fläche von etwa 1500 m². Zwischen 1881 und 1883 führte Wilhelm Graf von Bocholtz einen Rechtsstreit mit dem Kaufmann Hermann Schild wegen der Aufstellung von drei Grabsteinen auf diesem Areal, die dessen Nutzung als Ziegenweide behindern würden. Das Landgericht Arnsberg untersagte die Aufstellung der Grabsteine, da das Begräbnisrecht „erst nach der im Jahre 1825 erfolgten Einführung des Preußischen Landrechts für das Herzogtum Westfalen erworben worden sei“. Daraufhin wurden die Steine ausgegraben und auf das Grundstück des Schild in Alme gebracht. 1939 wurde Miriam Ruhstädt als Letzte bestattet, die Aufstellung eines Grabsteins wurde nicht gestattet. Eigentümer des Areals ist die Gräflich von Spee'sche Verwaltung. Es sind etwa 50 Grabstätten vorhanden, zwei Grabsteine sind erhalten. 1986 ließ die Stadt Brilon einen Gedenkstein setzen.

4.1 Archiv Graf von Spee, Alme. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), P 5.

4.2 Foto des Synagogengrundstücks in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 374.

4.3 BRUNS, Juden im Herzogtum Westfalen. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 51.

4.4 BRUNS Alfred, Amt Thülen. Geschichte und Überlieferung <Brilon 1974> 108–112. – HESSE Ursula, Jüdisches Leben in Alme, Altenbüren, Brilon, Madfeld, Mes-singhausen, Rösenbeck, Thülen. Von den Anfängen bis zur Gegenwart <Brilon 1991> 13–65. – KOCH Dorothea/KOCH Gangulf, Synagoge und jüdischer Friedhof in Alme. In: Alme. Grenzort zwischen Kurköln und dem Hochstift Paderborn. Beiträge zur Geschichte <Brilon 2002> 142–146. – KRAFT Wolfgang, Unsere Nachbarn waren Juden. Franz und Heinz Planken erinnern sich. Ebd., 139–141.

Alfred Bruns

BRILON-Madfeld

1.1 Stadt Brilon, Ortsteil Madfeld, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Stadt Brilon.

Madfeld sowie die benachbarten Dörfer Messinghausen und Rösenbeck wurden 1854 dem Synagogenbezirk Padberg zugeordnet und bildeten die Untergemeinde Madfeld.

2.1.1 1703 lebte in Madfeld ohne Geleit der aus dem Fürstbistum Paderborn stammende Simon Jacobs. Dieser hatte zuvor bereits fünf Jahre in der Herrschaft Alme gewohnt. Ein in Madfeld ansässiger Jude, dessen Habseligkeiten „an die 30 reichstaler“ betragen haben sollen, befand sich 1704 im Verzeichnis der auszuweisenden unvergeleiteten Juden. 1710 erhielt Mayer Jacob ein kurkölnisches Geleit für Madfeld auf zwölf Jahre, ebenso 1712 Meyer und Nathan (Katzenstein) für jeweils zehn Jahre; Mayer/Meyer galt 1719 als verarmt. 1736 hieß es, in Madfeld sei durch einen zur Miete wohnenden Juden ein Feuer entstanden. 1738 lebten in Madfeld 28 Juden in fünf Familien, die sich von Handel und Schlachten ernährten. Es handelte sich um Nathan Katzenstein, seinen Schwiegersohn Meyer Joseph, dessen Knecht, der „im haus aufzuwarten oder auch einige schuld dan und wan einzufordern“ hatte, ferner Mendel Jacob mit einem Schulmeister, der dessen sechs Kinder unterrichtete, Isaac Leyser sowie die Witwe Hanna Leysar. 1749 lebten noch vier der 1738 genannten Familien im Ort (Nathan Katzenstein, Meyer Joseph, Mendel Jacob und Isaac Leyser); hinzugekommen waren Abraham Haymann und Moses Nathan, so dass insgesamt sechs Familien dort lebten. Seit 1749/50 mussten die Madfelder Juden der Herrschaft Padberg – zu der Madfeld zwar nicht gehörte, die dort aber gewisse Rechte beanspruchte – die Zungen von geschlachtetem Hornvieh abliefern. Einem Vertrag zufolge schuldete der Freiherr von Padberg 1752 dem Isaak 90 Reichstaler. 1759 wurden auf dem jüd. Friedhof in Madfeld Mendel Matfeld und die Mutter des Chaim Korbach beerdigt.

Für 1776 sind sieben jüd. Familien belegt: Wulff Isaac, Leyser Meyer, David Meyer, Leiffmann Salomon (der sich später Löwenbach nannte), Lieber Mendel, Joel Simon und Leiser Abraham. An Kopfschatz zahlten Wulf Isaac und Leyser Meyer je 4 Rtlr. 27 Gr., Leiffmann Salomon 2 Rtlr. 27 Gr., die als arm bezeichneten Lieber Mendel und Joel Simon je 27 Groschen. Meyer Katz (Mansberg) ist seit 1777 in Madfeld nachweisbar. 1790 waren Wulff Isaac, David Levi, David Meyer Joseph, Leiser Abraham, Leiser Meyer Nathan, Leiffman Salomon, Joseph Isaac und Leiser Meyer Joseph in Madfeld vergeleitet; die beiden Witwen des Meyer Katz und des Judas verfügten über ein Armengeleit. Joel Simon und Lieber Mendel hatten kein Geleit beigebracht; Letzterer habe „aber auch keine beständige wohnung in hiesigem amt“. 1801 lebten zehn Familien in Madfeld. Davon hatten ein ‚Stehendes Geleit‘: Wolf Isac, Leiser Meyer Joseph, Leiser Meyer Nathan (auch: Leiser Meyer Aron) und Löb Katz/Kohen, ein Attestatgeleit: David Katz, Joseph Isac, Jacob Leifmann, Jacob Meyer, Simon Raffel und Leiser Abraham. 1804 erlangte Moses Levi Jacob aus Peckelsheim die behördliche Genehmigung zur Eheschließung mit Ranchen, der Tochter des Levi Salomon Katz aus Madfeld.

In Rösenbeck lebte 1798 der aus Beringhausen stammende Jude Moses, der sich im selben Jahr taufen ließ.

2.1.2 1808 nahmen folgende Juden aus Madfeld feste Familiennamen an: Selig (künftig Lilienthal), Feist (Rosenthal), Simon (Reinsberg), Judas (Meyerhoff), Leiser Wolf (Wolfsdorf), Jacob Leiser (Schönwald), Meyer Joseph (Goldberg), Jacob Leifmann

(Silberberg) und Salomon Leifmann (Löwenbach). Anlässlich der Diskussion um die Beitragspflicht der ‚begüterten Juden‘ zum Kirchenbau zu Madfeld 1812 forderten diese die rechtliche Gleichstellung innerhalb der politischen Gemeinde. Die großherzoglich-hessische Regierung gestand ihnen schließlich zu, dass sie „mehr nicht als die herkömmliche Quote“ an Pfarrer und Küster zu zahlen hätten. 1854 wehrten sich die Juden erneut gegen ihre Heranziehung zu den Kosten für den Bau des Pfarrhauses; die Regierung ordnete die Rückzahlung der bereits geleisteten Beiträge in Höhe von 531 Tlr. an. Bis 1866 war diese noch nicht erfolgt, womit sich die politische Gemeinde Madfeld über die Anordnung der Regierung hinwegsetzte.

Als Emanuel Mansberg 1827 bei der Regierung Arnsberg um Erlaubnis zur Niederlassung als Blaufärber bat – zu diesem Zeitpunkt betrieb er bereits eine Färberei im Ort –, forderte diese die Vorlage eines Geleits, wofür Mansberg aber nicht genügend Mittel hatte. Ersatzweise erhielt er einen befristeten Toleranzschein. 1833 wollte die Regierung diesen nicht mehr verlängern und forderte Mansberg zum Verlassen von Madfeld auf. Erst auf Intervention des Bürgermeisters, der auf Mansbergs gelähmte Frau und sein Kind verwies, ihm Fleiß und gutes ‚moralisches Betragen‘ attestierte, wurde der Schein erneut verlängert; 1841 erhielt er einen Geleitbrief für Madfeld. Auch Raphael Heimberg gelang es 1838 erst nach sechs Jahren, einen Geleitbrief zu bekommen. Levi Gumpel war bereits 16 Jahre in Madfeld geduldet worden, als die Regierung ihm 1834 einen Toleranzschein für drei Jahre ausstellte.

1834 lebten in Madfeld in 13 Familien 57 Juden, in der Summe sind zwei Mägde und drei Lehrlinge enthalten. Die Familienvorstände waren Selig Löwenbach, Leser Wolfsdorf, Jacob Goldschmidt, Jacob Silberberg, Simon Löwenthal, Simon Nordwald, Meier Goldberg (verst. 1845), Levi Löwenstein, Simon Reinsberg, Levi Gumpel, Abraham Rosenthal, Emanuel Mansberg und Heinemann Rosenthal. Von den 1846 als selbständig verzeichneten Juden verfügten 1844 Selig Löwenbach, Simon Löwenthal, Calmen Reinsberg, Jacob Silberberg und Emanuel Mansberg (alle Krämer, Mansberg zudem Fleischer und Färber) über Geleitscheine. Lediglich Toleranzscheine besaßen Jacob Goldschmidt (Krämer), Selig Goldschmidt (Musiker), Levi Gumpel (Schreiner), Raphael Heimberg (Kammerjäger), Levi Löwenstein (Tagelöhner), Abraham Rosenthal (Färber), Hirsch Schönwald (Krämer) und die Witwe des Jacob Wolfsdorf (Tagelöhnerin). 1846 wandte sich der Amtmann gegen die Niederlassung des Wolf Heimberg in Madfeld, da in dem 930 Einwohner zählenden, bekanntlich sehr armen und lediglich „vom Ertrage des geringen und wenig ergiebigem Ackerbau“ lebenden Dorf, das „auf eine besorgniserregende Weise mit Beiliegern und unbemittelten Menschen überfüllt“ sei, bereits 77 Juden lebten. Die Juden würden mit wenigen Ausnahmen ihren Lebensunterhalt „größtentheils aus der Dürftigkeit der übrigen Einwohner“ verdienen. Durch die Vergeleitung von Heimberg, der bisher vom ‚Schacherhandel‘ gelebt habe, würde Madfeld um eine „voraussichtlich dem Gemeinwohl nachtheilige Familie“ vermehrt. Die Regierung erteilte Heimberg trotzdem das Geleit, da er im Hztm. Westfalen geboren war und über ein Vermögen von 850 Tlr. verfügte. Neben den genannten Personen sind in Madfeld für die 1840er Jahre außerdem belegt: der Vorsänger und Schlachter Moses Cahn, der Hausierer Baer Mansberg, Samuel Levi, Levi Löwenthal, David Silberberg, der Buchbinder Michael Löwenstein, Moses Prager sowie die Witwe von Leiser Wolfsdorf. Der aus Madfeld stammende Meyer Rosenthal war ab 1847 als Lehrer und u.a. in Wünnenberg tätig. 1855/58 gab es im Ort acht jüd. Viktualienhändler bzw. Höker, einen Schankwirt und zwei Handwerker, 1861 sechs Viktualienhändler bzw. Höker und fünf Wanderhändler. 1861 meldete der ‚Sauerländische Anzeiger‘, die Juden in Madfeld lebten, „mit einigen lobenswerten Ausnahmen, schon seit längerer Zeit in größter Zwietracht“; Prozesse und Anklagen seien „zur großen und meist wohl ganz unnötigen Beschäftigung der Gerichte und anderer Behörden an der Tagesordnung“.

Am Seminar der Marks-Haindorf-Stiftung wurden aus Madfeld in den 1840er Jahren zu Lehrern ausgebildet: Ruben Wolfsdorf (er erhielt seine erste Stelle in Neuss), Meier Rosenthal und Salomon Wolfsdorf (erste Stelle in Niedermarsberg). Ende der 1870er Jahre folgten noch Bendix Heimberg, Felix Goldberg und Simon/Gustav Eichengrün. Am Krieg von 1866 nahmen Salomon Schönewald und Philipp Rosenthal teil, am Feldzug von 1870/71 sechs Juden aus Madfeld, von denen einer fiel.

1890/91 sind für Madfeld genannt: die Handelsleute Moses und Abraham Eichengrün, Levi Goldberg, Isaak Silberberg, Josef Goldschmidt und Josef Lebach, ferner die Wirte Wolf Heimberg und David Rosenthal (zusätzlich Krämer), der Kaufmann Salomon Löwenbach sowie der Commis Leser Heimberg, 1900 zudem die Handelsleute Simon Eichengrün und Salli Goldberg, der Gastwirt und Krämer Heinemann Heimberg sowie die Witwen von Salomon Mansberg und Jacob Schönewald. Salomon Löwenbach zahlte zu dieser Zeit mit 108 M mit Abstand die höchsten Steuern; es folgte Levi Goldberg mit 18 M, alle anderen zahlten 6 M und weniger. Bereits 1885 hatte der Schulinspektor angemerkt, dass die Judenschaft in Madfeld „mit Ausnahme von Salomon Löwenbach und etwa von Goldberg und Silberberg aus unbemittelten, ja geradezu armen Familien“ bestehe; Löwenbachs Grund- und Kapitalvermögen schätzte er auf 40 000 bis 50 000 Taler. Als Salomon Löwenbach 1895 nach Paderborn zog, bedeutete das für die jüd. Gemeinde Madfeld einen erheblichen finanziellen Verlust. Zu Beginn des 20. Jh. lebten im Ort die Familien des Handelsmanns Isaak Silberberg, des Viehhändlers Simon Eichengrün, des Gastwirts Heinemann Heimberg, des Hausierers Salomon Goldschmidt, des Gastwirts und Kolonialwarenhändlers David Rosenthal, des Hausierers Hermann Goldschmidt sowie Netta Goldberg. 1911 zählten außer den Genannten der Hausierer Joseph Goldschmidt sowie der Reisende Jakob Rosenthal und der Handlungsgehilfe Joseph Rosenthal zu den stimmberechtigten Mitgliedern der Untergemeinde Madfeld.

Salomon/Sally Goldberg handelte zunächst in Madfeld mit Zement; nach seinem Umzug nach Brilon 1906 baute er dort eine Zementgroßhandlung auf, die über die Stadtgrenze hinaus bekannt wurde. Der 1911 als Hausierer genannte Hermann Goldschmidt schlachtete Vieh bei den Bauern und behandelte Tiere, ohne jedoch eine entsprechende Ausbildung zu besitzen. Siegfried Goldschmidt war als Metzger tätig, Salomon Goldschmidt fuhr mit Pferd und Wagen über Land und verkaufte Kleidungsstücke. Nach dem Tod von David Rosenthal 1913 übernahm sein Sohn Josef die Gastwirtschaft (Haus Nr. 66, heute Tiefer Weg 11) und das Kolonialwarengeschäft, zu dem auch eine Filiale in Bleiwäsche gehörte. 1922 brannte das Gebäude ab, nach dem Wiederaufbau wurde nur das Geschäft weiter betrieben. 1929/30 verließen die Familien J. Silberberg, S. Eichengrün und H. Heimberg Madfeld.

Für Messinghausen erhielt 1837 der Blaufärber Herz Stein aus Oberalme einen Toleranzschein auf vier Jahre. Bereits zuvor war dort sein Sohn Abraham zur Welt gekommen, nach 1842 verzog die Familie ins benachbarte Beringhausen. 1838 wohnte der Handelsjude David Schnellenberg (1805–1871) aus Padberg mit seiner Familie in Messinghausen, 1846 war er als Lumpensammler im Verzeichnis der selbständigen Juden eingetragen. Schnellenberg erwarb 1842 in Messinghausen ein Wohnhaus (Nr. 32, heute Diemelseestr. 4), das er 1871 seinem Sohn Isaac überschrieb; Isaac verkaufte es 1876 und zog nach Neheim. Sein Bruder Bendix heiratete 1873 die in Schwaney geborene Emma Back aus Lichtenau, zwei Jahre nach dem Tod seiner Frau heiratete er 1876 deren Schwester Dina. 1887 erwarben der Krämer Aron Mansberg aus Madfeld und seine Ehefrau Emilie (geb. Weiler) in Messinghausen das Haus „Unter der Burg 3“, zuvor hatte die Familie kurzzeitig in Rösenbeck gewohnt. Aron Mansberg zog nach dem Tod seiner Frau 1905 in das von ihm erworbene Haus Diemelseestr. 4 und heiratete später erneut. Seine Söhne Hermann (geb. 1897) und Paul (geb. 1908) blieben in

Messinghausen, während seine anderen Kinder fortzogen. 1929/30 betätigte sich Aron Mansberg als Krämer mit eigenem Laden, Hermann Mansberg als Handelsmann.

In Rösenbeck war 1846 der Krämer Jacob Eichelgrün als selbständiger Jude verzeichnet. Er stammte aus Beringhausen und bekam 1835 als erster Jude einen Toleranzschein für Rösenbeck, zudem die Genehmigung zur Hochzeit mit Malchen Auerbach. Seinen Einzug in das Haus von Wilhelm Bunse wollten die Deputierten des Ortes unter Hinweis auf die Judenordnung von 1700 verhindern, er konnte 1836 nur unter „Assistenz der Gendarmerie“ erfolgen. Sein 1837 erworbenes Haus musste er 1853 wegen finanzieller Schwierigkeiten verkaufen. Das jüngste seiner sechs Kinder, Mathilde, wurde 1854 in Rösenbeck geboren, verstarb aber nach wenigen Monaten. Nachdem die Söhne Abraham (1838–1902) und Moses (1840–1907) nach Madfeld gezogen waren, folgten ihnen ihre Eltern.

2.1.3 1933 lebten in Madfeld 23 Juden in den Familien des Handelsmanns Goldschmidt sowie der Kaufleute Rosenthal, Netta Goldberg und Hilde Gradnauer. Obwohl die Synagoge nicht mehr als solche genutzt wurde, wurde sie in der Pogromnacht 1938 niedergebrannt. Das Haus von Salomon Goldschmidt wurde demoliert, Netta Goldberg erlitt Kopfverletzungen. Im Rahmen des Pogroms wurden Ludwig Goldschmidt, sein Bruder Siegfried sowie Josef Rosenthal und seine drei Söhne verhaftet und im Feuerwehrgerätehaus in Madfeld festgehalten. Josef Rosenthal und Salomon Goldschmidt wurden alters- bzw. krankheitsbedingt freigelassen, die übrigen Männer ins KZ Sachsenhausen verbracht. Josef Rosenthal emigrierte 1939 mit seiner Frau, seinen drei Söhnen und einer seiner drei Töchter nach Argentinien; eine weitere Tochter konnte 1942 nachfolgen. Die beiden anderen Töchter, 1935 bzw. 1937 in die Niederlande geflohen, kamen um. 1939 wohnte die Hausangestellte Hilde Gradnauer bei der Modistin Netta Goldberg im Haus Nr. 43. Von Madfeld aus wurden Netta Goldberg, Hilde Gradnauer sowie Fanny, Rosa und Salomon Goldschmidt mit dem Kutschwagen zum Bahnhof Bredelar gebracht und von dort über Dortmund am 29. Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Herta und Selma Rosenthal, Else Goldschmidt verh. Weinberg und Ludwig Goldschmidt wurden 1942 bzw. 1943 nach Auschwitz gebracht. Etwa 20 Juden, in Madfeld geboren und in deutsche Großstädte verzogen, wurden ebenfalls ermordet.

Ein gegen die in Messinghausen wohnende Familie Mansberg gerichteter Artikel erschien 1935 im Hetzblatt „Der Stürmer“, es wurde aufgefordert, nicht mehr „bei den Juden Mansberg“ einzukaufen. 1937 wurde gegen den Metzger Hermann Mansberg polemisiert, weil ein „Arier“ mit ihm Geschäfte gemacht habe. Im Nov. 1938 wurde das Haus Mansberg demoliert, 1939 zog die Familie nach Brilon. Aron Mansberg zog in ein jüd. Altersheim in Bielefeld und wurde von dort 1942 nach Theresienstadt deportiert. Hermann Mansberg wurde 1943 nach Polen verbracht, Paul und Frida Mansberg wurden mit den Töchtern Ursula und Zilla 1943 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

2.1.4 Die Stadt Brilon beauftragte Ende der 1980er Jahre die Arbeitsgruppe „Jüdische Friedhöfe“ des Steinheim-Instituts (Essen) mit der Dokumentation des jüd. Friedhofs in Madfeld.

2.2.1 1843 lebten 75 Juden in Madfeld, 1858 waren es 87. Im Jahr 1871 waren von 1056 Einwohnern 973 kath., acht ev. und 75 jüd. Glaubens; 1895 von 1003 Einwohnern 951 kath., einer ev. und 51 jüd. Glaubens; 1925 von 1000 Einwohnern 972 kath., vier ev., 23 jüd. Glaubens und einer bekenntnislos. 1932/33 lebten in Madfeld 21 Juden. In Messinghausen lebten 1843 vier und 1858 fünf Juden; 1871 waren von 650 Einwohnern 606 kath., 41 ev. und drei jüd. Glaubens; 1895 von 622 Einwohnern 609 kath., sieben ev. und sechs jüd. Glaubens; 1925 von 792 Einwohnern 766 kath., 24 ev.

und zwei jüd. Glaubens. 1932/33 lebten dort vier Juden. In Rösenbeck lebten 1839 drei und 1843 fünf Juden.

Bei der Planung der einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnsberg 1842 die Bildung eines Synagogenbezirks Madfeld, zu dem auch die Juden aus Messinghausen, Rösenbeck sowie Nieder- und Oberalme gehören sollten. Bei der Bildung der Synagogenbezirke 1854/56 wurde das Amt Thülen geteilt: Nieder- und Oberalme, Scharfenberg und Thülen wurden dem Synagogenbezirk Brilon zugeordnet, Bontkirchen (dort wohnten keine Juden), Madfeld, Messinghausen und Rösenbeck dagegen dem Synagogenbezirk Padberg. In den 1880er Jahren existierte ein Synagogenchor. Die Ehefrau von Wolf Heimberg wurde 1882 wegen ungebührlichen Betragens während des Gottesdienstes von der Strafkammer Arnsberg mit einem Tag Gefängnis bestraft. Zu Beginn des 20. Jh. war Madfeld Mitgliedsgemeinde des DIGB. 1931 wurde der Synagogenbezirk Padberg aufgelöst, die verbliebenen Mitglieder in Padberg und Messinghausen schlossen sich Niedermarsberg an. Bereits 1924 hatten die im Ort verbliebenen Juden einen ‚Synagogenverein‘ gegründet, der auch nach Auflösung des Synagogenbezirks Padberg Bestand hatte und bis 1940 fortgeführt wurde.

Die Mitglieder der Untergemeinde Madfeld brachten ihre Kultuskosten allein auf und mussten nicht zum Unterhalt der Hauptgemeinde beitragen, allerdings mussten sie sich an den Verwaltungskosten der Gesamtgemeinde beteiligen. Im Etat der Hauptgemeinde bildete der Etat der Untergemeinde eine besondere Abteilung. 1886 bis 1891 betrugen die jährlichen Einnahmen der Untergemeinde aus freiwilligen Beiträgen und Schulgeld 908 M, davon war insbesondere das Gehalt des Lehrers zu bestreiten. Auch 1913 finanzierte sich die Gemeinde durch freiwillige Beiträge.

2.2.2 In den 1750er Jahren gab es Pläne zum Bau einer Synagoge. Dagegen wandten christl. Einwohner und der Pfarrer in Madfeld gegenüber den Herren von Padberg ein, diese sei entgegen der Judenordnung von 1700 in der Nähe der Kirche bzw. am Prozessionsweg geplant. Um 1800 befand sich der Betraum vermutlich im Wohnhaus des Jacob Schönewald bzw. in einem benachbarten Gebäude, 1818 wird er erstmals in den Akten erwähnt. 1843 war es den Juden aus Oberalme, Rösenbeck, Messinghausen und Thülen freigestellt, ob sie den Gottesdienst in Niederalme oder in Madfeld besuchen wollten. 1845 besuchten die Juden aus Bleiwäsche den Gottesdienst in Madfeld. Nach der Zerstörung der Madfelder Synagoge durch ein Feuer 1855 konnte 1858 ein neues Bethaus eingeweiht werden, das aus Versicherungsgeldern, einer Anleihe, einer Kollekte und Umlagen bei Gemeindemitgliedern finanziert wurde. Die Zivilgemeinde steuerte Bauholz aus dem Gemeindewald bei, das Grundstück stellte vermutlich die in unmittelbarer Nähe wohnende Familie Schönewald zur Verfügung. 1886 mussten Reparaturen durchgeführt werden. Als Eigentümer von ‚Hofraum mit Synagoge‘ (heute Schützenstr. 6) wurden 1889 die Erben des Hirsch Schönewald eingetragen. In den 1920er Jahren konnten nach Fortzug vieler Familien die Mittel für eine notwendige Instandsetzung nicht mehr aufgebracht werden, die Gemeinde Madfeld lehnte 1923 einen von Netta Goldschmidt beantragten Zuschuss ab. 1924 wurde das Gebäude dem Synagogenverein Madfeld überschrieben, jedoch nicht wieder in Betrieb genommen und in den 1930er Jahren als Lagerraum genutzt. In der Pogromnacht 1938 wurde es – vermutlich von Pflegern der ‚Provinzialirrenanstalt‘ Marsberg und Parteimitgliedern aus Madfeld – angezündet. Wenige Tage später meldete der Bürgermeister, die vom Briloner Amtsbürgermeister geforderte Beseitigung der Synagogenruinen sei abgeschlossen. Die zivile Gemeinde Madfeld brachte 1939 das 372 m² große Grundstück in ihren Besitz, später wurde es mit einem Wohnhaus bebaut.

2.2.3 1737 wird für Madfeld ein jüd. Schulmeister genannt. 1819 bat Feist Rosenthal im Auftrag ‚seiner Genossen‘ die Regierung um die Anstellung eines Gemeindegemeindelehrers, da sich nur wenige Familien Privatlehrer leisten könnten. Die Regierung riet, die Kinder vorerst in die christl. Schule zu schicken. 1823 konnte mit Emanuel

Judas ein Religionslehrer für Madfeld gewonnen werden, der allerdings nicht approbiert war. 1825 verlängerte die Gemeinde den Vertrag des Lehrers Wertheimer nicht. Anschließend sollte Abraham Hecht aus Lichtenau angestellt werden, der aber die erforderliche Prüfung nicht bestand. Von 1827 bis etwa 1829 erteilte der ‚gemietete‘ jüd. Lehrer Moises Hall in Privathäusern Religionsunterricht, für die Elementarbildung besuchten die Kinder die christl. Schule im Ort. 1830 wird ein Lehrer Heilbron erwähnt, 1838 Lehrer Samuel Lilienfeld. Bis Mitte des 19. Jh. erteilten die Eltern dann den Religionsunterricht selbst. 1851 war als Religionslehrer Philipp Eber tätig, der aus Neuenkirchen stammte und zuvor in Padberg tätig gewesen war. 1854 wollte die Gemeinde M. Katzenstein als Lehrer anstellen, doch versagte die Regierung ihre Zustimmung, solange er keine Prüfung für das Elementarschulamt nachweisen konnte. Ab 1857 gab es zunächst keinen jüd. Lehrer in Madfeld. 1883 schloss die jüd. Gemeinde für fünf Jahre einen Vertrag mit Bärmann Steeg aus Warburg, dem ein Jahresgehalt von 500 M zugesagt wurde. Steeg erhielt die Konzession der Regierung, in Madfeld eine Privatschule zu eröffnen. Bei der ersten Revision dieser einklassigen Elementarschule 1884 wurde sie von 21 Kindern besucht. Der Schulinspektor wies Steeg bei dieser Gelegenheit darauf hin, dass er sich zur Maßregelung lediglich „eines kleinen Stöckchens oder einer Ruthe“ bedienen dürfe, nicht jedoch eines Lineals. Zuvor hatte die Ehefrau von Levi Goldberg den Antrag gestellt, ihren Sohn in die christl. Schule schicken zu dürfen, weil Steeg ihn in „ungebührlicher Weise“ behandelt habe. Der Kreisschulinspektor bemängelte die geringe Größe des Schulzimmers im Synagogengebäude und forderte einen Ausbau, der auch umgesetzt wurde. Ende 1884 ging Steeg aus Madfeld fort, sein Nachfolger wurde 1885/86 Philipp Dilloff aus Frankenberg. 1885 beschwerte sich Heinemann Heimberg über die Modalitäten bei der Aufbringung des Lehrergehältes. Der Pfarrer verwies bei einer Inspektion 1886 darauf, dass die jüd. Privatschule nur existenzfähig sei, solange das vermögendste Gemeindemitglied, Salomon Löwenbach, seine fünf zwischen 1873 und 1888 geborenen Kinder dorthin schicke. 26 Schüler nahmen 1886 am Unterricht teil, der Lehrer sei gut vorbereitet. Turn- und Handarbeitsunterricht erhielten die jüd. Kinder in der kath. Volksschule. 1887 beantragte Salomon Löwenbach bei der Regierung, die Madfelder Juden von den Beiträgen zur kath. Schule zu entlasten und stattdessen die jüd. Schule mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Der Antrag wurde ebenso abgelehnt wie derjenige der jüd. Gemeinde auf Umwandlung der privaten in eine öffentliche Schule. Der Landrat schloss sich der Meinung des Pfarrers an, wonach die Schule ohnehin geschlossen werde, sobald die Kinder des Kaufmanns Löwenbach die Schule verlassen hätten, Staatszuschüsse seien deshalb nicht gerechtfertigt. David Linz unterrichtete 1887/88 in Madfeld 27 Kinder, Mitte 1889 gab er wegen Krankheit seine Stelle auf. Hermann Emanuel, gebürtig aus Gemünden im Hunsrück, trat 1889 die Nachfolge an; er wechselte Anfang 1893 nach Burgsteinfurt. Schulamtsbewerber Max Mayer aus Mayen erhielt 1893 die Konzession, zu dieser Zeit waren 16 Schüler zu unterrichten. Als Salomon Löwenbach 1895 nach Paderborn zog, musste die jüd. Privatschule – wie vorausgesagt – „aus Mangel an Mitteln“ aufgelöst werden, die Kinder wurden wieder in die kath. Schule geschickt. Der Antrag von Isaac Silberberg 1896 an die Regierung, den jüd. Religionsunterricht zu bezuschussen, wurde negativ beschieden. Wenige Wochen später erhielt der zuvor in Warburg-Rimbeck tätige Isaak Heiser aus dem nordhessischen Nidenstein die Genehmigung, die jüd. Privatschule fortzuführen, 1897 zog er fort. 1899 bat Heinemann Heimberg aus Madfeld um einen jährlichen Zuschuss von 150 Mark, um seine Kinder in jüd. Religion unterrichten zu lassen. Die Regierung legte ihm nahe, seine Kinder in die jüd. Privatschule nach Beringhausen zu schicken. Die Synagogengemeinde Padberg erklärte jedoch, das Schullokal sei zu klein, um noch drei fremde Kinder aufzunehmen, Lehrer Stiebel sei aber bereit, an zwei Tagen pro Woche für je 3 M von Beringhausen für den Religionsunterricht nach Madfeld zu kommen. 1909 besuchten

acht Kinder den Religionsunterricht, 1911 erhielten zwölf Kinder ‚Wanderunterricht‘ von Lehrer Weinberg aus Bigge. 1910 beantragte der Vorsteher Isaac Silberberg erneut bei der Regierung einen Zuschuss für einen Religionslehrer für die zwölf schulpflichtigen Kinder. Landrat und Regierung rieten, auf den Lehrer aus Brilon zurückzugreifen. 1911 suchte die jüd. Gemeinde einen Elementarlehrer und Vorsänger „bei gänzlich freier Station“ für 500 M Gehalt. Im Nov. 1911 bat der Gemeindevorsteher Silberberg um Erlaubnis zur Errichtung einer Elementarschule für die 13 Kinder, deren Zahl sich im folgenden Jahr noch um zwei erhöhen werde. Seit Jahresbeginn 1911 hatte Georg Löwinsohn aus Berlin die Stelle inne, Anfang 1912 erhielt er die Genehmigung zur Fortführung der Privatschule; Ende des Jahres kehrte er nach Berlin zurück. Sein Gehalt war mit Unterstützung von DIGB in Berlin und VSGW in Bielefeld sowie durch begüterte Verwandte der Gemeindeglieder aufgebracht worden. Jeweils für sechs Monate hatten zwei jüd. Familien, die etwas besser gestellt waren, den Lehrer verköstigt. Ab Ende 1912 gewährte die politische Gemeinde Madfeld einen Zuschuss von jährlich 50 Mark. 1913 erteilte der Lehrer aus Bigge den 15 Kindern Religionsunterricht. Im selben Jahr beantragte der Vorsteher erneut staatliche Zuschüsse, was abermals abgelehnt wurde. 1932/33 erhielten vier Kinder Religionsunterricht.

2.2.4 Mitte des 19. Jh. spendeten Juden aus Madfeld sporadisch für die Haindorfische Stiftung.

2.3.1 Als Gemeindevorsteher lässt sich 1812 Leyser Wulf/Wolfsdorf belegen, 1819 Feist Rosenthal. 1856 war Calmon Reinsberg ‚Judenvorsteher‘, 1858 Levi Löwenthal, 1883–1892 Salomon Löwenbach, 1892–1898 Isaac Silberberg, 1898–1904 Heinemann Heimberg und 1904 bis zu seinem Tod 1914 wieder Isaak Silberberg. 1924/25 bildeten Josef Rosenthal und Hermann Goldschmidt den Vorstand, 1932 war Josef Rosenthal Vorsitzender. Als Schächter wird 1846 Moses Cahn erwähnt, Vorsänger waren wohl die jeweiligen Lehrer.

2.3.2 Siegfried Heimberg, 1898 als Sohn von Heinemann Heimberg in Madfeld geboren, absolvierte eine kaufmännische Lehre in Marburg und Köln. Die Tätigkeit als selbständiger Kaufmann in Köln musste er in der NS-Zeit aufgeben, 1937 zog er nach Dortmund. Zunächst wurde er zur Zwangsarbeit im Tiefbau verpflichtet, 1944 kam er in ein Arbeitslager in Weißenfels, dann nach Halle (Saale) und schließlich ins Ghetto Theresienstadt. Nach der Befreiung kehrte er 1945 nach Dortmund zurück, wo er Vorsitzender und Geschäftsführer der Dortmunder Kultusgemeinde und des Landesverbandes jüdischer Gemeinden in Westfalen wurde. Heimberg starb 1965.

2.3.3 Hermann Mansberg war 1920 zweiter Vorsitzender des Sportvereins ‚20 Messinghausen‘, 1928 gehörte er zum Vorstand des neugegründeten Sportvereins Fortuna.

3.1 Der 1818 erstmals erwähnte Betraum, vermutlich im Wohnhaus des Jacob Schönewald, wurde 1855 durch ein Feuer zerstört. Der 1858 eingeweihte Neubau (heute Schützenstr. 6) war ein schlichtes, eingeschossiges Gebäude, etwa 6 Meter lang und 4 bis 5 Meter breit. Die Synagoge befand sich im Eigentum der jüd. Gemeinde, während das Grundstück in Privatbesitz verblieb.

3.2 Selig Löwenbach erbte 1809 das Haus seines Vaters, Leifmann Salomon (Parzelle 183/184). Sophie Löwenthal erbte von ihrem Mann 1853 das Haus Parzelle 206 (heute Schützenstr. 1). Das Haus Nr. 43 (Schützenstr. 11) befand sich bereits 1832 im Besitz der Familie Goldberg. 1832 kaufte Emanuel Mansberg von Simon Löwenthal das Haus Parzelle 319. Simon Reinsberg schenkte Calmen Reinsberg das ihm bereits 1821 gehörende Wohnhaus Parzelle 44 sowie die Parzelle 316. Im Jahr 1845 kaufte Wolf Heimberg für 372 Tlr. vom jüd. Lehrer aus Wünnenberg, Levi Löwenstein, ein Haus in Madfeld. Über Hausbesitz verfügte auch Kalmen Reinsberg, der 1844 in öffentlicher Versteigerung das Haus eines fortgezogenen Nichtjuden erworben hatte.

Levi Gumpel besaß 1846 ein Wohnhaus und 30 Morgen Land. 1849 errichtete Selig Goldschmidt auf dem Grundstück Nr. 134 (heute Bruchstr. 3) ein Wohnhaus. Moses Eichengrün erwarb 1871 das Haus Nr. 26 (Margaretenhöhe 2), Henriette Eichengrün 1882 das Haus Nr. 15 (Hinterkamp 14). Joseph Goldschmidt kaufte 1869 das Haus Nr. 166 (Hauptstr. 10), David Rosenthal 1874 Nr. 66 (Tiefer Weg 11) und Hermann Goldschmidt 1902 Nr. 106 (Kaiserstr. 10). Die Familie Schönewald war Eigentümerin des Hauses neben dem Synagogengrundstück (Schützenstr. 6). Leifmann Isaac (gest. vor 1788) hatte im Haus Nr. 18 (heute Margaretenhöhe 12) gewohnt, das 1838 schon mehr als drei Jahrzehnte in Familienbesitz war.

In Messinghausen erwarb David Schnellenberg 1842 ein Wohnhaus (Nr. 32, heute Diemelseestr. 4), das sein Sohn bis 1876 besaß. Ebenfalls in Messinghausen kaufte 1887 Aron Mansberg aus Madfeld das Haus ‚Unter der Burg 3‘, 1905 dann das Haus Diemelseestr. 4. In Rösenbeck erwarb Jacob Eichelgrün 1837 eine Scheune, die er zum Wohnhaus umbaute (heute Altenfilsstr. 40), 1853 musste er seinen Besitz verkaufen.

3.3 Der jüd. Begräbnisplatz in Madfeld ‚Vor der Egge‘ (heute: Eggestr.) wurde Mitte des 18. Jh. angelegt, der älteste erhaltene Grabstein (Mendel Madfeld) stammt von 1759. In den Jahren 1847 und 1869 erwarb die jüd. Gemeinde benachbarte Grundstücke. Bis 1856 war die Judenschaft von Madfeld als Besitzerin eingetragen, dann bis 1939 die Untergemeinde Madfeld der Synagogengemeinde Padberg, obwohl diese 1931 aufgelöst worden war. Mit einer Fläche von mehr als 2000 m² ist der jüd. Friedhof in Madfeld der größte im Altkreis Brilon. In der NS-Zeit wurden zahlreiche Monumente umgeworfen oder entfernt, soweit möglich nach Kriegsende aber wieder aufgestellt. Erhalten sind rund 40 Grabsteine, die ältesten befinden sich im vorderen Bereich des Areals. Die meisten Grabsteine stammen von der Wende zum 20. Jh., der jüngste von 1918; die Mehrzahl trägt hebr. Inschriften. 1953 wurde dem JTC der Friedhof zugesprochen, seit 1960 ist der Landesverband der Synagogengemeinden von Westfalen und Lippe im Grundbuch eingetragen. 1991 wurde er unter Denkmalschutz gestellt.

4.1 Amtsgericht Brilon. – CJA Berlin, 1,75 C Ge 1, Nr. 376. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), Personenstandsarchiv. – LAV NRW Abt. W (Münster), Reg. Arnsberg Schulregistratur; Rentamt Meschede. – StadtA Brilon, Amt Thülen A Nr. 506.

4.2 Fotos des jüd. Friedhofs in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 370f. Dokumentation des Friedhofs: <http://www.steinheim-institut.de/cgi-bin/epidat?function=Ins&sel=mad> [letzter Zugriff 7.9.2016].

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf-Stiftung 13/14–30 <1842–1882>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1909> 72, <1911> 81, <1913> 92. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 165. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53.

4.4 BRUNS Alfred, Amt Thülen. Geschichte und Überlieferung <Thülen 1974> 107–120. – HESSE Ursula, Jüdisches Leben in Alme, Altenbüren, Brilon, Madfeld, Messinghausen, Rösenbeck, Thülen. Von den Anfängen bis zur Gegenwart <Brilon 1991>.

Alfred Bruns

DORTMUND

1.1 Stadt Dortmund, kreisfrei

1.2 Bis 1802 Freie Reichsstadt; nach mehrfachem Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den Jahren des Umbruchs (Fstm. Oranien-Nassau, GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – Stadtrechtsbestätigung 1220; Pfalz bis zum Stadtbrand 1232; erstmalige Erwähnung als Reichsstadt 1232.

Der 1858 eingerichtete Synagogenbezirk Dortmund umfasste zunächst die Stadt und deren Feldmark, als Untergemeinden angeschlossen waren u. a. die Gemeinden Lütgendortmund, Annen-Wullen, Dorstfeld, Huckarde, Kirchlinde, Marten und Oespel. Die heutigen Stadtteile Asseln und Wickede gehörten ab 1854/55 zum Synagogenbezirk Unna, die Stadtteile Mengede, Deusen und Bodelschwingh zum Synagogenbezirk Castrop. Die heute ebenfalls zu Dortmund gehörenden Stadtteile Hörde, Aplerbeck, Barop und Kirchhörde gehörten ab 1856 zum Synagogenbezirk Hörde. Die heute zu Dortmund gehörenden Stadtteile Eving, Lindenhorst, Hostedde und Derne wurden 1874 dem Synagogenbezirk Lünen zugeordnet, Husen dem Synagogenbezirk Kamen.

2.1.1 Für 1074 sind jüd. Handelskontakte nach Dortmund belegt: König Heinrich IV. räumte sowohl den Wormser Juden als auch den anderen Bürgern von Worms Zollfreiheit u. a. für Dortmund ein. Als während des Ersten Kreuzzuges 1096 die Kölner Juden fliehen mussten, kam Mar Schemarja mit seiner Frau und drei Söhnen nach Dortmund. Um der Zwangstaufe zu entgehen, tötete er seine Familie und versuchte sich umzubringen, die Dortmunder begruben ihn bei lebendigem Leibe. Seit dem ersten Drittel des 13. Jh. ist der Besitz von Immobilien Dortmunder Juden in Köln belegt. Das älteste Steuerverzeichnis des Reichs von 1241 erfasst nicht nur die Zahlung der Reichsstadt Dortmund in Höhe von 100 M und der dortigen Reichshöfe von 15 M, sondern auch die der Dortmunder Juden von 15 M, weitere Zahlungen jüd. Einwohner aus Westfalen sind nicht verzeichnet. Diese im Vergleich zu anderen Judenschaften des Reiches hohen Steuerzahlungen setzen eine größere jüd. Gemeinschaft in Dortmund voraus. Nachdem 1248 König Wilhelm v. Holland die Reichsstadt Dortmund an den Kölner Erzbischof verpfändet hatte, stellte dieser 1250 auf Wunsch der Stadt den Juden und ihren Familien einen Schutzbrief aus, der von der Stadt mitbesiegelt wurde; für diesen Schutz hatten die Juden jährlich 25 M Kölner Währung zu entrichten. Der Erzbischof sicherte ihnen freies Geleit zu, wenn sie die Stadt verlassen wollten, die Ansiedlung weiterer Glaubensgenossen wurde gegen entsprechende Erhöhung der Steuerleistungen gestattet. Dieser 1250 ausgesprochene Judenschutz des Kölner Erzbischof in einer Phase reichspolitischer Wirren durchbrach – erstmals im Gebiet des heutigen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen – den tradierten Judenschutz des Königtums; es handelt sich um den ersten bekannten Judenschutzbrief aus Westfalen. Die Verpfändung der Stadt und des Judenregals durch den König wiederholte sich später, manchmal erfolgte sie zugleich an mehrere Herren. Für die Mitte des 13. Jh. sind für Dortmunder Juden Schuldverschreibungen überliefert, es sind die ersten bekannten für Westfalen. Für diese Zeit wird auch ein Rabbiner der Dortmunder Juden erwähnt.

In den ältesten städtischen Statuten, zwischen 1252 und 1256 entstanden, ist der Dortmunder Judeneid als rückseitiger Nachtrag überliefert; er gilt als der älteste in Westfalen und wurde prägend für die Region. Der Judeneid nennt eine Synagoge in Dortmund als Ort der Eidesleistung. Die Statuten enthalten zudem ein eingeschränktes Marktschutzprivileg: Sobald ein Jude ein bei ihm versetztes Pfand auf dem Markt verkaufte, endete das ihn begünstigende Privileg, er wurde dem allgemeinen Recht

unterworfen. Dem jüd. Gläubiger – anders als dem christl. – war es aber gestattet, seinen Anspruch auf Zins durch Eid zu erhärten, sofern er ein Pfand des Schuldners in Händen hatte. An der Spitze der Kreditgeber der Stadt Dortmund für den Erwerb von Grafschaftsrechten stand in den 1320er Jahren Johel. Eine hebr. Urkunde bezeichnet ihn als den angesehenen Rabbiner Joel ben Uri Halewi, er war auch Verwalter des jüd. Friedhofs. Er und seine Frau Nenneke sind mehrfach als Immobilienbesitzer in Köln erwähnt. Johel wurde 1349 Opfer des Kölner Pogroms; auf dem Gelände eines von ihm erworbenen Grundstücks in Köln wurde 1953 ein Schatz mit rund 290 Münzen aus der Zeit bis 1349 gefunden, der auf ihn zurückgehen dürfte. Er unterhielt enge Beziehungen zum Dortmunder Patriziat und ging Geschäftsverbindungen mit Dortmunder Fernkaufleuten ein. Außer als Kreditgeber der Stadt sind Juden als Beteiligte an Wacht- und Grabendiensten bezeugt. Für 1334 ist ein städtischer Einzelschutzbrief überliefert, für 1338 ein Einzelschutzbrief des Grafen v. d. Mark mit Niederlassungsrecht in Dortmund. 1346 bestätigte die Stadt der jüd. Gemeinde den Besitz ihres Grundstücks am Westenhellweg mit Synagoge, Mikwe und einem weiteren Haus. Für Synagoge und Mikwe musste die Gemeinde der Stadt jährlich 26 Schilling zahlen, darüber hinaus den städtischen ‚Schoß‘ entrichten. Die Urkunde enthält die Bestimmung, dass für den Fall, dass die Juden nicht mehr in der Stadt bleiben könnten, der Komplex in den Besitz der Stadt übergehen sollte; nach einer Rückkehr sei er ihnen erneut zur Nutzung zu überlassen.

1350 kam es in Folge der Pestepidemie auch in Dortmund zu einem Pogrom. Bereits am 11. März d. J. hatten sich Nathan, Lefmann und Vivus mit ihren Kindern vorbeugend in den Schutz des Grafen Dietrich IV. von Limburg und seines Sohnes Cracht begeben, die ihnen – soweit dies in ihrer Macht stünde – für fünf Jahre freies Geleit inner- und außerhalb der Reichsstadt zusicherten. Schon im Vorfeld des Dortmunder Pogroms, im Mai 1350, hatte Graf Engelbert III. v. d. Mark bestimmt, dass die Schulden des Ritters Johann Morrien bei den Dortmunder Juden als getilgt gälten. Am 28. Juni schloss er dann einen Vertrag mit der Stadt, demzufolge die Stadt die Juden gefangen setzen sollte, damit diese die Christen nicht vergiften könnten. Die Habe der Juden, die rechtmäßig an den Rat falle, sollte zwischen dem Grafen und der Stadt geteilt werden, ebenso das einzuziehende Gut der Dortmunder Juden in Köln. Dafür gelobte der Graf v. d. Mark, die Stadt zu verteidigen und zu unterstützen, falls sie vom Reich oder vom Kölner Erzbischof wegen der Verfolgung der Juden angeklagt werden sollte. Der Dortmunder Rat nahm die Juden demgemäß zunächst in Haft, alle Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Juden wurden für verfallen erklärt. Während die Dortmunder Chronik des Dietrich Westhoff (entstanden um 1550, basierend auf der Chronik des Dortmunder Dominikaners Johann Nederhoff, um 1450) berichtet, die Juden seien lediglich vertrieben worden, verzeichnen jüd. Memorbücher auch für Dortmund Todesfälle.

1372 erwarb die Stadt von dem Grafen v. d. Mark für die Summe von 1300 fl. das Recht, wieder Juden in Dortmund aufnehmen zu dürfen. Offensichtlich war der Rat bestrebt, die Kompetenzstreitigkeiten mit dem Grafen wegen Aufnahme und Schutz der Juden grundlegend zu lösen. Demnach sollten die Juden auch an den Grafen eine besondere Steuer entrichten: Ein jüd. Ehepaar, das mit Geld handelte, jährlich 4 M, ein lediger Geldhändler 2 Mark. Der Rat erhielt jedoch allein das Recht, über die Wiederansiedlung von Juden zu entscheiden. Nach Kölner Vorbild wurden im Dez. 1373 wieder Juden in Dortmund aufgenommen: Der Rat gewährte Vyssche mit Frau, Kindern und Gesinde ein Geleit auf sechs Jahre. Für ihren Geldverleih waren in der Geleitsurkunde Obergrenzen für die Zinsen festgelegt: Von Dortmundern durften sie in der Woche 2 Pf. auf die M nehmen, von Auswärtigen 3 Pfennig. Vyssche sollte nicht zum ‚Schoß‘ veranlagt werden, jedoch wie die Bürger Wacht-, Graben- und We-

gedienste leisten. Nur mit Zustimmung des Rates durften Juden in der Stadt und in der Gft. Dortmund Grundbesitz erwerben. An den Rat hatten sie jährlich 8 M, an die Grafen v. d. Mark 4 M zu zahlen. Bis 1380 sind weitere zehn Geleiturkunden bekannt, darunter 1374 für Vivus de Lemego. Wie vor 1350 war auch die wieder gegründete Dortmunder Gemeinde mit der 1372 reorganisierten jüd. Gemeinde in Köln eng vernetzt. Zu den elf aufgenommenen jüd. Familien der 1370er Jahre gehörten etwa 100 Personen, die vor allem aus dem Rheinland kamen. Damit war die Dortmunder Judenschaft – die als Unterzentrum Kölns im Gefüge des jüd. Siedlungsnetzes angesehen werden kann – die personenreichste in Westfalen. Zumindest in Teilen Westfalens hatte die Dortmunder Judenschaft wieder eine zentrale Stellung inne.

Über die inneren Angelegenheiten der Dortmunder ‚Kahal‘ ist aus dem Jahr 1382 bekannt, dass es zeitweise einen Rabbiner und einen Schächter bzw. Vorsänger gab. 1396 kam es zu Tötlichkeiten unter den Juden wegen der Taufe eines Gemeindeglieds. Der Vorfall wurde gerichtlich verfolgt, die Schuldigen bestraft. Vivus zahlte als Gemeindevertreter ein Strafgeld von 150 Goldgulden an die Stadt.

Mit der finanziellen und politischen Krise der Reichsstadt als Folge der Großen Fehde 1388/89 stagnierte offensichtlich auch die Entwicklung der jüd. Gemeinde. In dieser Zeit traten Juden als Kreditgeber des Rates auf; niedrige Zinssätze – zum Teil lediglich drei Prozent – sollten eine Verlängerung des Aufenthaltsrechts oder sonstige persönliche Privilegierungen bewirken. Nach eingeschränkten Geleiten 1403 und 1406 setzte 1411 mit dem Schutzbrief für Salomon (Sohn des Vivus) und dessen drei Schwiegersöhne eine neue Phase von Geleiterteilungen ein, größtenteils für Nachkommen der Gründergemeinde aus den 1370er und 1380er Jahren. Sinkende Abgaben an die Reichsstadt lassen darauf schließen, dass der Geschäftsumfang und die Zahl der Juden abnahmen. Dennoch war Dortmund in der ersten Hälfte des 15. Jh. das Zentrum der märkischen Judenschaft und übernahm zentralörtliche Funktionen auch für die Essener Juden. Jakob, Sohn des Vivus, war der Einzige, der 1433 für Dortmund einen Schutzbrief auf Lebenszeit erhielt.

Vom Niedergang der Kölner Gemeinde im zweiten Drittel des 15. Jh. war aufgrund enger familiärer Bindungen auch die Dortmunder Judenschaft betroffen. In den 1440er Jahren lassen sich noch zwei Familien fassen, die des Vorstehers Jakob und die der Brüder Meyer (von Eltvile) und Joseph. 1444, zur Zeit der Soester Fehde, gewährten Meyer und Joseph der Stadt einen Kredit über 70 Mark. Meyer dürfte (wie Joseph) der Sohn des Kölner Juden Meyer gewesen sein, der 1403 einen Schutzbrief – der Geldgeschäfte verbot – für Dortmund erhalten und 1417 der Stadt einen Kredit von 312 Goldgulden gewährte hatte. Meyer besaß auch einen Schutzbrief der Grafen v. d. Mark, später einen weiteren der Herzöge von Jülich-Berg, bewegte sich also in einem weitgeknüpften Netzwerk. In den 1450er Jahren wird in Dortmund nur noch Meyer, Sohn des Joseph von Eltvile, genannt. Für 1457 ist der vorerst letzte Schutzbrief für Dortmund überliefert. Der Chronist Dietrich Westhoff berichtet für 1486 von der Hinrichtung des Juden Michael wegen Diebstahls; er wurde – besonders diskriminierend – mit dem Kopf nach unten zwischen zwei lebenden Hunden gehängt.

Nachdem Westhoff zufolge viele Jahre keine Juden in Dortmund gelebt hatten, setzte 1543 eine Wiederansiedlung ein. Gegen eine jährliche Abgabe von 18 Rtlr. bekamen nun „etliche“ Juden für zehn Jahre ein Schutzprivileg. Sie erhielten die Erlaubnis, in ihren Häusern koscher zu schlachten, Geschlachtetes zu verkaufen und Kredite zu vergeben, wobei sie von einem Taler pro Woche nicht mehr als 3 Pf. Zinsen nehmen durften. 1596 erfolgte auf Beschluss des Rates abermals eine Vertreibung der Juden aus der Stadt. Gegen Entrichtung eines Leibzolls erhielten sie lediglich ein eintägiges Aufenthaltsrecht für die Stadt, Übernachtungen waren nicht gestattet; die Dortmunder Juden siedelten sich offenbar in den umliegenden Territorien an. Für rund 200 Jahre konnten Juden nicht dauerhaft in der Reichsstadt leben. Noch im ausgehenden 18. Jh.

war die Handelstätigkeit eines Juden dazu geeignet, schwere soziale Spannungen in der Stadt hervorzurufen – das zeigt die Klage, die die Schmiede- und Krämergilde gemeinsam mit der Gold- und Silberarbeiter-Innung 1795 gegen den Dortmunder Bürgermeister Schäffer vor dem Kaiserlichen Reichshofrat in Wien einreichte. Schäffer wurde darin vorgeworfen, dem aus Hennen in der Gft. Limburg stammenden Juden Josephssohn erlaubt zu haben, in der Brügstraße „wider alle Dortmundische Gewohnheiten und Observanz“ einen festen Laden zu eröffnen. Den Prozessakten ist zu entnehmen, dass Josephssohn sein Geschäft, für das er mit gedruckten Prospekten in der Stadt und dem Umland warb, nur unter dem bewaffneten Schutz von drei durch den Bürgermeister gestellten Wachen zu betreiben vermochte.

2.1.2 Der Formierungsprozess der Dortmunder Judenschaft im 19. Jh. begann mit der 1808 verkündeten Aufhebung des Niederlassungsverbots. Die ersten Juden, die sich in napoleonischer Zeit wieder in Dortmund ansiedeln durften, waren 1809 die Fleischer Jacob Salomon und Marcus Leeser, die aus Dorstfeld zuzogen. Um 1811 ließen sich der Metzger Herz Nathan, die beiden Metzger und Pferdehändler Jacob Wolf und Wolf Jacob (wahrscheinlich Vater und Sohn) sowie der Hausierer mit Ellenwaren Joseph Herz in der Stadt nieder. Etwa 1815 kamen Baruch Salomon und Herz Simon hinzu, die 1818 angaben, als Metzger und Hausierer mit Textilien tätig zu sein. Abraham Heymann, der etwa zur selben Zeit nach Dortmund zog, betrieb schon bald darauf eine „Handlung nebst Laden“, während der gleichfalls um 1815 in die Stadt gekommene Nathan Jordan als Hausierer tätig war. Schließlich konnte der 1817 zugewanderte Israel Vogelsang bereits ein Jahr später sagen, über „Handlung und Laden“ zu verfügen. Innerhalb von acht Jahren waren damit elf jüd. Haushaltsvorstände in die Stadt gekommen; fast alle bestritten ihren Lebensunterhalt durch Tätigkeiten, wie sie als typisch für das jüd. Leben der Vormoderne gelten können.

1846 waren in Dortmund als selbständig tätige Juden verzeichnet: Levi Baruch, Baruch Blankenstein, Moses David Davids, Abraham Moses Feldheim, Levi Moses Feldheim, Herz Simon Grüneberg, Witwe Henriette Herz, Henriette Herz, Moses Herz Herzfeld, Abraham Heymann, Abraham Heymann, Meier Heymann, Samuel Heymann, Jacob Hindfeld, Baruch Salomo Höchster, Levi Horn, Moses Jacob Jacobi, Salomon Jacob Jacobi, Meier Jonas, Markus Jordan, Alexander Kahn, David Lehmann, Levi Gabriel Levy, Bendix Löwenstein, Levi Löwenthal, Simon Mansbacher, Meier Meyer, Levi Isaac Rosenbaum, Witwe Marianne Rosenthal, Julius Samson, Herz Moses Spiegel, Carl Salomon Steinberg, Wida Stern, Israel Vogelfang, Jacob Wolf, Jonas Jacob Wolf, Moses Jacob Wolf und Nathan Wolf. Die genannten erblichen Familiennamen haben sie überwiegend bereits zuvor geführt. Bis 1853 erhöhte sich nicht nur die Zahl der jüd. Haushalte, es werden auch erste Ansätze geschäftlicher Differenzierung erkennbar. Von den damals in der Stadt nachgewiesenen 40 selbständig tätigen, volljährigen und männlichen jüd. Einwohnern waren 13 Metzger, einer Metzgergehilfe, zwei zugleich als Händler tätige Metzger, ein Kaufmann, der zusätzlich eine Metzgerei betrieb, zudem je ein Vieh- und Pferdehändler. Als Handelsmann bezeichneten sich sieben ortsansässige Haushaltsvorstände, ein „Winkelier“ dürfte sich als Kleinhändler betätigt haben, sechs Mitglieder der jüd. Gemeinde betrieben als Kaufleute größere Handelsgeschäfte. Nicht mehr in den traditionellen Berufszweigen tätig waren je ein Schirm- bzw. Kerzenfabrikant, ein Goldschmied, ein Arbeiter und ein Eisendreher-Geselle, zwei jüd. Einwohner der Stadt machten keine Angaben zu ihrer beruflichen Tätigkeit. Die Zusammensetzung des Dortmunder Gemeindevorstandes 1860 spiegelt die jüd. Erwerbsstruktur der Stadt: Je ein „Lichterfabrikant“ und Kaufmann fungierten als Vorsitzende; unter den Repräsentanten fanden sich zwei Kaufleute, ein Pferdehändler, ein Metzger, ein Handelsmann sowie ein weiteres Gemeindemitglied, das beide Tätigkeiten ausübte. Im Gemeindevorstand von 1860 finden sich auch die wenigen jüd. Geschäftsleute, die sich seit den späten 1850er Jahren

mit – insgesamt überschaubaren – Summen an den aufblühenden lokalen Aktiengesellschaften aus den Bereichen Finanzwirtschaft, Bergbau und Technologie beteiligten. Moses Heymann, Kaufmann und Vorsitzender der jüd. Gemeinde, hielt 1857 Aktien im Wert von 1000 Tlr. an der Bergbau-Aktiengesellschaft Marck, war mit 500 Tlr. an der Dortmunder Privatbank und mit 200 Tlr. an der Dortmunder Aktiengesellschaft für Gasbeleuchtung beteiligt. Levi Baruch, Handelsmann und Mitglied des Repräsentantenkollegiums, besaß ebenso wie der Lichterfabrikant und stellvertretende Gemeindevorsitzende Moses Herzfeld Aktien der Gesellschaft Paulinenhütte im Wert von 1000 Taler. Dr. Baruch Blankenstein (möglicherweise der für 1871 benannte Angehörige der Repräsentantenversammlung) war 1858 mit 1000 Tlr. ebenfalls an der AG Paulinenhütte beteiligt. Insgesamt hielten sich die Kapitaleinlagen jüd. Aktionäre aus Dortmund jedoch in überschaubaren Grenzen, wenn man sie mit jenen Summen vergleicht, die Angehörige des westfälischen Adels, der Beamtenschaft und des alteingesessenen städtischen Bürgertums in Aktien investierten. Auch ein direktes Miteigentum jüd. Geschäftsleute an den Steinkohlezechen um Dortmund ist um die Mitte des 19. Jh. nicht nachweisbar; hier dominierten wie bei den Aktiengesellschaften der Adel und ein kapitalkräftiges Bürgertum. Die Vermögensverhältnisse der jüd. Einwohner Dortmunds ließen solche Beteiligungen in der Regel nicht zu. Zu den wohlhabendsten Mitgliedern der jüd. Gemeinde gehörten 1859 zwei Angehörige der Familie Heymann (Abraham und Meier) sowie Jacob Spiegel, sie zahlten 72, 96 und 36 Tlr. Einkommensteuer – ein kommissarischer Landrat wurde bei einem Jahreseinkommen von 1435 Tlr. mit 42 Tlr. besteuert. Das Vermögen der meisten Juden dürfte deutlich geringer gewesen sein. Von einer breiten Partizipation der Dortmunder Judenschaft am industriellen Aufschwung kann demnach für die Zeit bis etwa 1860 noch keine Rede sein.

Im Zuge der fortschreitenden Industrialisierung und des damit verbundenen Bevölkerungswachstums seit den 1880er Jahren stieg die Mitgliederzahl der jüd. Gemeinde in Dortmund – insbesondere durch Zuwanderung – enorm an. Ein erheblicher Teil davon gehörte um die Jahrhundertwende der bürgerlichen Mittel- und Oberschicht an. Zu den bedeutenden Unternehmen mit jüd. Eigentümern gehörte die vermutlich von Meyer Heymann gegründete und von seinen Söhnen Moritz und Louis weitergeführte Bettenfedernfabrik und Dampfreinigung am Westenhellweg 52. 1902 galt das Geschäft des Kaufmanns Jacob Rose als das bedeutendste in ganz Rheinland-Westfalen, wie die AZJ in ihrem Nachruf betonte. Am Ende der Weimarer Zeit wurde die Berufsstruktur von Unternehmern, Ärzten und Rechtsanwälten dominiert; darüber hinaus gab es aber auch eine Reihe von jüd. Handwerkern und Gewerbetreibenden.

Im Befreiungskrieg von 1813/14 meldete sich der Dortmunder Josef Herz als Freiwilliger. Am Preuß.-Österreichischen Krieg 1866 nahmen sechs Dortmunder Juden teil: Jacob und Levi Baum, Joseph Feldheim, Meier Weinberg, Wolf Heimann und Isaak Lindebaum; am Krieg von 1870/71 waren 26 Gemeindeglieder beteiligt, von denen einer zum Unteroffizier und acht zu Gefreiten befördert wurden. Von den 544 jüd. Frontkämpfern aus Dortmund im Ersten Weltkrieg sind 92 gefallen, 83 wurden zu Gefreiten, 78 zu Unteroffizieren, 41 zu Vizefeldwebeln und Offiziers-Stellvertretern und zehn zu Offizieren befördert. 253 erhielten das EK II und 15 das EK I.

Die antisemitische Agitation des Max Liebermann von Sonnenberg bzw. dessen Antisemitenpetition fanden in Dortmund keinen großen Widerhall; 1884 wurden seine Hetzreden verurteilt und eine Ortsgruppe des ‚Vereins zur Abwehr des Antisemitismus‘ gegründet. 1918 protestierten in Dortmund etwa 500 Personen gegen antijüd. Pogrome in Galizien und Kongresspolen; die Redner Eichengrün und Cohen forderten ein Einschreiten der Regierungen. Der antisemitische Vorwurf, die Juden trügen die Schuld an der Niederlage im Ersten Weltkrieg und an der Novemberrevolution, wurde aber auch hier erhoben. Bei einer Versammlung des Dortmunder Bürgerschusses war der angebliche Einfluss der Juden unter den Revolutionären missbilligt

worden; ein Leitartikel der ‚Dortmunder Zeitung‘ griff dies am 20. Nov. 1918 auf. Der überregional anerkannte Dortmunder Rabbiner Benno Jacob sah sich genötigt, diesem Vorwurf entgegenzutreten, am 7. Dez. veröffentlichte er in der ‚Westfälischen Allgemeinen Volks-Zeitung‘ seine Erwiderung ‚Revolution und Juden‘, die mit den Worten schloss: „Wir alle sind das Vaterland“. Seine Argumente führte er 1919 in seiner Broschüre ‚Krieg, Revolution und Judentum‘ noch einmal aus. 1920 sah der Vorsitzende des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Franz Klupsch, im Antisemitismus eine „schwere Gefahr für den staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands“. In seiner Broschüre ‚Die Judenhetze‘ erklärte er den „blinden Judenhaß“ unter der Arbeiterschaft als eine Erfindung der ‚Ausbeuterkreise‘ zur Ablenkung. Um das „antisemitische Märchen von der ‚jüdischen Drückebergerei‘“ zu widerlegen, veröffentlichte die Ortsgruppe des RjF 1921 eine Statistik über die Teilnahme jüd. Soldaten aus Dortmund und Hörde am Weltkrieg. Während der Ruhrbesetzung 1923 bis 1925 tauchte wiederholt die Behauptung auf, Juden hätten im besetzten Gebiet nicht in vollem Maße ihre ‚vaterländische Pflicht‘ erfüllt. Dem geforderten ‚passiven Widerstand‘ kam jedoch z. B. der 74-jährige Rosenbaum nach: Wegen der Weigerung, die Franzosen zu beliefern, wurde er 1923 von der Besatzungsmacht verhaftet, sein Geschäft geschlossen.

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jh. verfügte die jüd. Gemeinde in Dortmund über ein vielfältiges Vereinsleben. So gründeten 14 jüd. Männer 1866 die ‚Gesellschaft Harmonia‘, die 1926 ihr 60. Stiftungsfest beging. 1893 hatte sich in Dortmund ein ‚Verein für jüdische Geschichte und Literatur‘ konstituiert, dem 160 Mitglieder angehörten. Die erste Vereinssitzung wurde durch den nur aus jüd. Mitgliedern bestehenden Männergesangsverein ‚Liederkranz‘ eröffnet. 1895 schlossen sich mehrere jüd. ‚Literaturvereine‘ der Region, u. a. aus Dortmund und Hörde, zu einem Provinzialverband zusammen; 1911 hatte er 125 ordentliche und 15 außerordentliche Mitglieder. Die jüd. Gemeinde Dortmund verfügte über eine eigene Bibliothek und über ein Orchester. 1902 gehörten dem Synagogenchor 80 Personen an; daneben existierte ein 120-köpfiger Kinderchor.

Während des Ersten Weltkrieges verstärkte sich die Zuwanderung von Juden aus Russland und Polen, die in der Montanindustrie oder als Handwerker und Gewerbetreibende tätig waren. 1915 stellte die Stadtverwaltung eine Anzahl russischer Juden als Straßenbahnschaffner ein. Von allen Ruhrgebietsstädten hatten Duisburg und Dortmund mit 700 bzw. 500 Personen die höchste Zahl ostjüd. Arbeiter. Mitte der 1920er Jahre war ein Drittel der Dortmunder Juden Ostjuden. Ihr bevorzugtes Wohngebiet war die nördliche Innenstadt, während sich die Bevölkerung westjüd. Herkunft über die bürgerlichen Wohnquartiere der Innenstadt und der Vororte verteilte. Die Auseinandersetzung mit den Westjuden, die durch die Ostjuden den patriotisch-deutschen Charakter der jüd. Gemeinde gefährdet sahen, wurde auch in der Presse thematisiert. Der Richtungsstreit in der Gemeinde entsprach der Vielfalt jüd. Lebens und führte zur Entwicklung eines breiten Spektrums religiöser und kultureller Vereine. Aus ihren Reihen kamen die Förderer der Orthodoxie und des Zionismus, 1919 wanderten 30 Tiefbauarbeiter und Handwerker unter Leitung eines Schachtmeisters von Dortmund nach Palästina aus.

Tonangebend blieben im Gemeindevorstand und im Rabbinat jedoch die Reformer. 1919 konstituierte sich in Dortmund ein ostjüd. Arbeiterkulturverein; 1921 fand hier die Kreiskonferenz der marxistisch ausgerichteten Poale-Zion-Gruppen aus dem Rheinland und Westfalen statt. Die ‚Ostjüdische Vereinigung‘ (15 Mitglieder) wählte 1929 einen neuen Vorstand; Max Stettner, langjähriges Vorstandsmitglied, wurde Ehrenmitglied. Die ‚Zionistische Vereinigung für Deutschland‘ hatte ihre erste westfälische Niederlassung seit 1899 in Dortmund, 1932 war Dr. Berl ihr Vorsitzender. Für die Weimarer Zeit sind in Dortmund weitere zionistisch orientierte Ortsgruppen be-

kannt: Misrachi, Hapoel-Hazair und eine Ortsgruppe Brith Haolim (ehemals Jungjüdischer Wanderbund), ein sozialistisch-zionistischer Jugendbund, der seine Mitglieder durch Arbeit in ‚Erez Israel‘ zur persönlichen Verwirklichung des sozialistischen Zionismus erziehen wollte; Leiter der Dortmunder Ortsgruppe war Willy Deutscher, der zugleich Leiter des Gaus Rheinland war. Die Gruppe ‚Zeire Hechalutz Wehapoel Hamisrachi‘, die Nachwuchsbewegung des ‚Hapoel Hamisrachi in Erez Jisrael‘, machte sich den Aufbau Israels unter der Devise ‚Thora Waawodah‘ (Thora und Arbeit) zu eigen. Als sich 1925 die jüd. neutralen Sportverbände Westdeutschlands – also ohne Unterschied der politischen und religiösen Tendenz – zum ‚Verband jüdischer neutraler Turn- und Sportvereine Westdeutschlands‘, kurz ‚Vintus‘ zusammenschlossen, gehörten auch jüd. Sportvereine aus Dortmund dazu: der Neutrale Jugendverein (1932 war Dr. Wilhelm Vorsitzender), der Jungjüdische Wanderbund und die Zionistische Vereinigung. 1931 kam es zur Neugründung des ‚Nationaljüdischen Jugendvereins‘, dessen Ziel u. a. die Vermittlung der hebr. Sprache war. Anfang der 1930er Jahre gab es in Dortmund eine zum Rhein-Ruhr-Gau gehörende Gruppe der ‚Werkleute Bund deutsch-jüdischer Jugend‘ (früher ‚Kameraden‘ deutsch-jüd. Wanderbund), die Organisation trat für die Verbundenheit von Deutsch- und Judentum ein.

Seit etwa 1903 existierte eine Ortsgruppe des CV in Dortmund, 1913 war der Gemeindevorsitzende David Leeser Vorsitzender. Westfälische Vorstandsmitglieder des CV-Hauptvereins waren 1924/25 der Dortmunder Rabbiner Jacob, außer ihm noch der Fabrikdirektor Isidor Baruch aus Herford. 1928 feierte die Ortsgruppe ihr 25-jähriges Bestehen; 1932 war ein Mann namens Koppel Vorsitzender. Anfang 1920 wurde in Dortmund eine Ortsgruppe des RjF gegründet. Sie ließ Ende 1922 für die Gefallenen der Gemeinde ‚Ehrengrabtafeln‘ am Haupteingang der Synagoge anbringen, der Entwurf stammte von dem aus Dortmund gebürtigen Künstler Benno Elkan. 1930 stiftete sie einen ‚Kameradenhilfsfonds‘, 1932 hatte S. Schön den Vorsitz inne. Der RjF sah als eine seiner Aufgaben die Förderung von Leibesübungen für Juden an. Deshalb hatte der Obmann des RjF, Lehrer Siegmund Nussbaum, in den 1920er Jahren mehrere Turn- und Sportverbände in Dortmund ins Leben gerufen: eine Box-, eine Handball-, eine Fußball-, eine Turn- und Leichtathletik- sowie eine Damenturngruppe. 1928 wurden eine Fechtgruppe des Turnvereins Eintracht und eine Bar Kochba-Fußballmannschaft erwähnt.

1926 wurde in Dortmund der ‚Verein selbständiger jüdischer Handwerker‘ gegründet, der sich dem ‚Zentralverband jüdischer Handwerker Deutschlands‘ anschloss. In den Vorstand wurden der Uhrmacher und Goldschmied Martin Pander, der Ingenieur Alfred Kirchner, die Metzgermeister Gustav Vogelsang und Sally Sternheim, der Elektrotechniker Albert Baehr und der Schneider Albert Rosenberg gewählt; 1932 übte J. Silberberg den Vorsitz aus. Ende Juni 1933 wurde der Verein vom Polizeipräsidenten verboten. Dem ‚Verein der jüdischen Jugend‘ mit einem Etat von 500 M stand 1913 Rabbiner Dr. Benno Jacob vor, 1924/25 Lehrer Siegmund Nussbaum. Jüd. Frauen in Dortmund organisierten sich u. a. in der Ortsgruppe des ‚Jüdischen Frauenbundes‘, dem in den 1920er Jahren C. Heinemann und die Ehefrau von Rabbiner Dr. Kurt Wilhelm, Ende der 1920er Jahre Hedwig Ostwald vorstanden. 1932 hatte die Frau von Dr. Wilhelm den Vorsitz inne. Zudem gab es den Verein ‚Agudath‘, dessen Vorsitzender Chaim Bronner war, sowie eine Ortsgruppe der Märkischen Loge UOBB (Unabhängiger Orden Bne Briss).

2.1.3 Nach Etablierung der NS-Herrschaft wurden die Ostjuden die ersten jüd. Opfer körperlicher Gewalt, da sie durch ihre Kleidung und durch ihre Konzentration in bestimmten Wohnvierteln auffielen. So wurde Mitte März 1933 der Großschlachter Walter Fromm in einer Zelle der Dortmunder ‚Steinwache‘ bewusstlos geschlagen. Am 20. März 1933 führten SA- und SS-Männer den Schlachter Julius Rosenfeld und seinen Sohn durch Dortmunds Straßen; Letzteren zwangen sie, in einer Ziegelei den Bart

seines Vaters anzuzünden und dabei das ‚Horst-Wessel-Lied‘ zu singen. Nach seiner Entlassung musste der Vater als ‚Lösegeld‘ für den Sohn innerhalb von zwei Stunden einen geschlachteten Ochsen herbeischaffen. Der vom preuß. Innenministerium am 24. März 1933 als Staatskommissar eingesetzte Nationalsozialist Bruno Schüler untersagte per Erlass den städtischen Dienststellen sowie der Beamtenschaft das Einkaufen in Geschäften und Warenhäusern jüd. Eigentümer. Marxistischen und jüd. Jugendorganisationen sollten keine städtischen Gebäude oder Plätze für ihre Veranstaltungen mehr zur Verfügung gestellt werden. Am 28. März 1933 gegen 4 Uhr gaben Unbekannte mehrere Schüsse auf das Geschäftslokal eines jüd. Kaufmanns in Dortmund ab. Am Vormittag rief die NSDAP vor jüd. Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften und Spezialkaufhäusern zum Boykott auf. Am Nachmittag desselben Tages nahm die SA rund 100 Juden in Dortmund in Schutzhaft; aus diesem Anlass sollen sich etwa 2000 Personen auf dem Steinplatz versammelt und protestiert haben. Der Steinplatz musste daraufhin „unter Anwendung des Polizeiknüppels“ dreimal geräumt werden. Unter den Verhafteten waren Kaufleute, Rechtsanwälte und Ärzte; Letztere wurden auf der Ladefläche eines Lkw durch die Stadt gefahren. In der folgenden Nacht wurden auf dem Westenhellweg die Schaufensterscheiben jüd. Geschäfte eingeschlagen. Von der angeordneten Entlassung sämtlicher ‚nichtarischer‘ Ärzte aus dem städtischen Dienst betroffen war auch Professor Stefan Engel, Begründer der deutschen Sozialpädiatrie und seit 1927 Leiter des Städtischen Kinderkrankenhauses, das nach seinem Namen im Volksmund ‚Engelsburg‘ genannt wurde. Ihre Stellung verloren auch sein Oberarzt Kurt Samson, sein Assistent Otto Zeichner sowie die Assistenzärzte Alfred Altmann, Fritz Buchsbaum, Otto Hirsch, Kurt Lepehne und Anna J. Reinauer. Auch im Kulturbereich verfügte der Staatskommissar schon im März 1933 Entlassungen. Neben dem Kapellmeister bzw. Dirigenten der Städtischen Bühnen, Felix Wolfes, mussten Martin Piestreich, die Opernsängerin Ruth Wolffreim sowie der Opernsänger Ludolf Bodman, ferner Bruno Ucko und Armin Weltner ihre Tätigkeit aufgeben. Am 1. April 1933, dem offiziellen Boykotttag, zertraten SA-Männer zwei orthodoxe Juden in Mülltonnen auf einem Karren durch die Hauptgeschäftsstraße Westenhellweg und brannten ihnen die Bärte ab. In ‚Schutzhaft‘ genommen wurde an diesem Tag auch der bekannte Rechtsanwalt und Strafverteidiger Dr. Max Frank, der in den 1920er Jahren Stadtverordneter und Reichstagsabgeordneter der SPD gewesen war. Frank wurde zunächst wieder entlassen, einige Tage später aber erneut verhaftet. Aufgrund seiner SPD-Vergangenheit wurde er während der Haftzeit besonders brutal behandelt, am 10. Mai 1933 soll er Selbstmord begangen haben. Gegen seinen Kollegen Dr. Otto Elias erging ebenfalls am 1. April Haftbefehl. Nach dem Versuch zu fliehen, wurde er am 10. April verhaftet und in das Polizeigefängnis Dortmund (Steinwache) eingewiesen. Er wurde in die Untersuchungshaftanstalt Dortmund (Lübecker Hof) überstellt, dort ist er am 13. April 1933 unter mysteriösen Umständen – angeblich durch Selbstmord – verstorben.

Auf dem Dortmunder Hauptviehmarkt waren seit dem 24. April 1933 keine jüd. Händler mehr zugelassen. Zusätzlich wandte Staatskommissar Schüler finanzpolitische Druckmittel an: So nahm er jüd. Firmen vom Fiskus gewährte Stundungen zurück, so etwa der Fa. Karstadt die Stundung eines Grunderwerbssteuerbetrags von 72 500 Reichsmark. Trotz vielfältiger antisemitischer Maßnahmen kaufte die Bevölkerung nach einem Lagebericht der Stapostelle Arnsberg noch Mitte 1934 aber vielfach in Geschäften in jüd. Eigentum, darunter waren nach wie vor auch ‚Parteigenossen‘. Zur Enthüllung des Kriegerehrenmals im Mai 1934, das an die 8000 Weltkriegsgefallenen der Stadt erinnerte, waren auch die Angehörigen der 61 namentlich auf der Gedenktafel aufgeführten Dortmunder Juden eingeladen.

Das jüd. Vereinswesen war auch in den 1930er Jahren noch vielfältig: Der ‚Jüdische Jugendbund Esra‘ in Dortmund – der Verein unterhielt in Westfalen nur noch in Gel-

senkirchen eine weitere Ortsgruppe – versuchte, seine Mitglieder zu bewussten Juden zu erziehen, die „mit Leidenschaft das Judentum der Thora“ lebten. Mitte der 1930er Jahre konnten der RjF Sportclub Dortmund und die Ortsgruppe ‚SC Hakoah Dortmund‘, Anfang 1934 mit 80 Mitgliedern gegründet, eine eigene Sporthalle im Zentrum der Stadt einweihen. Als Gauobmann (Gau Ruhr) organisierte Rolf Bischofswerder die erste RjF-Box-Großveranstaltung in Dortmund in der Sportschule Weberstraße. Mit Herbert Gollubier stellte Dortmund auch den Leichtathletik-Obmann des Landesverbandes Westdeutschland, der Trainings- und Kampfrichterkurse ausrichtete. 1936 wird für Dortmund eine jüd. Fußballmannschaft, 1937 eine jüd. Tischtennis-mannschaft erwähnt. Das Verhältnis der unterschiedlich ausgerichteten jüd. Organisationen untereinander bezeichnete der NS-Lagebericht für April und Mai 1936 als „allgemein kein gutes“. Nur vereinzelt komme es zu Einigungsbestrebungen, größtenteils würden solche Vorsätze jedoch von zionistischer Seite sabotiert. Die zionistische Ortsgruppe Dortmund habe den Turnern nahegelegt, unter allen Umständen eine gemeinsame Betätigung mit dem RjF zu unterlassen. 1937 stand den Juden in Dortmund kein Sportplatz mehr zur Verfügung.

Die jüd. Gemeinde versuchte, das innerjüd. Leben auch in kultureller Hinsicht zu intensivieren. Laut Lagebericht der Stapostelle Arnsberg für Juli 1934 scheiterte die geplante Gründung einer Dortmunder Ortsgruppe des ‚Jüdischen Kulturbundes Rhein Ruhr‘ (Sitz in Köln) zunächst, da fast alle Saalbesitzer sich weigerten, Räume zur Verfügung zu stellen. Die etwa 250 Mitglieder aus Dortmund und Umgebung fanden mit dem ‚Kölnischen Hof‘ schließlich ein Haus, das den Verband beherbergen wollte. Nach der ersten Veranstaltung wurde dieser Vertrag im Okt. 1934 jedoch rückgängig gemacht, der Kulturbund plante daraufhin die Verlegung der Veranstaltungen in die Synagoge. 1935 wurde die Abteilung Dortmund des ‚Jüdischen Kulturbundes‘ schließlich genehmigt; sie veranstaltete Konzerte, bot Vorträge zu jüd. Themen an und produzierte Theaterstücke. Das ‚Palästina-Amt‘ eröffnete eine Dependence in Dortmund und organisierte die Auswanderung. Die zionistische Jugendgruppe ‚Hechaluz‘ bereitete bereits 1934 ihre Mitglieder für die Auswanderung nach Palästina vor. Die jüd. Gemeinde bot in ihrem Gemeindehaus Auswanderungsberatungen an. Auch im ‚Jüdischen Gemeindeblatt‘ für Dortmund und Umgebung erschienen regelmäßig Hinweise auf Möglichkeiten und Probleme einer Auswanderung; im Herbst 1938 musste die Zeitung ihr Erscheinen einstellen.

Den Töchtern des Dortmunder Rabbiners Dr. Ernst Appel, die das Goethe-Oberlyzeum besuchten, verbot die Musiklehrerin 1934 die Mitwirkung im Schulchor. Im Frühjahr und Sommer 1935 kam es bei einer gauweiten Kampagne durch die NS-Hago (Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation) zu Aktionen auch in Dortmund, so zum Boykott des Kaufhauses der jüd. Firma Gebrüder Kaufmann AG. Seit dem 29. Juli 1935 fand eine planmäßige Einschüchterung der Kunden statt, indem Personen beim Verlassen des Kaufhauses fotografiert und diese Aufnahmen im NS-Organ ‚Westfälische Landeszeitung Rote Erde‘ veröffentlicht wurden. Außerdem legten Posten vor dem Eingangsbereich des Kaufhauses den Geschäftsverkehr lahm. Nach den Boykotttagen vom 29. und 30. Juli 1935 musste die Kaufmann AG 70 Aushilfskräfte entlassen. Die Westfälische Landeszeitung berichtete am 13. Aug. 1935 über ahnungslose Passanten auf dem Westenhellweg und in der Rheinischen Straße, die auf ihrem Rücken Zettel mit der Aufschrift: „Ich bin ein Volksverräter, habe soeben bei Juden gekauft“ trugen. 1935 wurde Juden der Besuch sämtlicher Frei- und Hallenbäder verboten.

Die Hauptgemeinde Dortmund hatte 1936/37 in Folge der Auswanderung nur noch etwa 3500 Mitglieder, 1933 waren es noch 4100 gewesen. Während es im Aug. 1938 noch etwa 500 jüd. Gewerbetreibende in Dortmund gab, waren es zwei Monate später rund 350. Das Steueraufkommen war wegen der ‚Arisierung‘ aller größeren kaufmännischen Betriebe stark gesunken.

nischen Betriebe stark zurückgegangen, der Gemeindeetat trotz mehrfacher Erhöhung der Abgaben „kaum noch zu balancieren“. Die Ansprüche an das jüd. Wohlfahrtsamt wuchsen ständig; 803 Bedürftige wurden betreut. Trotz der Notlage beschloss man die Errichtung eines neuen Gemeindehauses für kulturelle Darbietungen. Noch vor der Pogromnacht verlor die Dortmunder Gemeinde ihre Synagoge: Am 1. Okt. 1938 musste die jüd. Gemeinde der Stadt Dortmund die entsprechenden Grundstücke zum Kauf anbieten.

Bei der ‚Polenaktion‘ Ende Okt. 1938 wurden mehrere hundert Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit, darunter 120 Kinder, mit einem Sonderzug vom Dortmunder Hauptbahnhof zur polnischen Grenze deportiert. In der Pogromnacht vom 9./10. Nov. 1938 kam es in Dortmund zu Ausschreitungen in der Brückstraße, auf dem Osten- und dem Westenhellweg sowie in der Münster-, der Stein- und der Heiligegartenstraße. Fensterscheiben von Wohnungen und Geschäften wurden eingeschlagen, Einrichtungen geplündert, zahlreiche Juden misshandelt. Einige Juden wurden gezwungen, ihre Möbel und Habseligkeiten selbst aus dem Fenster zu werfen und anschließend wieder zurückzubringen. Betroffen von den Zerstörungen war auch die Familie der bekannten SPD-Politikerin Jeanette Wolff, die seit 1935 im Haus Münsterstr. 40½ lebte; in der Pogromnacht zerstörten SA-Männer die Wohnung der Familie und verhafteten alle Gäste. Auch Hermann Wolff, Ehemann der angeblichen ‚Staatsfeindin‘, der seit April 1938 im Tiefbau arbeiten musste, wurde verhaftet. Einen bewegendes Eindruck der Pogromnacht vermitteln die Tagebuchaufzeichnungen des Direktors der Israelitischen Schule Dortmund, Wilhelm Buchheim, der in den frühen Morgenstunden des 10. November von SA- und SS-Angehörigen in seiner Wohnung Lübecker Str. 15 überfallen und gedemütigt wurde. NS-Aktivistenszenen symbolische Zerstörung der bereits teilweise abgetragenen Synagoge. Im Umfeld der Pogromnacht wurden etwa 300 volljährige männliche Juden aus Dortmund sowie eine unbekannte Anzahl von männlichen Juden aus Nachbarorten in ‚Schutzhaft‘ genommen und in das Gefängnis ‚Steinwache‘ gebracht. Mehr als 200 der Festgenommenen wurden in den folgenden Tagen ins KZ Sachsenhausen verschleppt, wo bereits in den Abendstunden des 10. Nov. der erste von ihnen zu Tode kam; insgesamt starben dort 17 Dortmunder Juden.

An der nach den Novemberpogromen forcierten systematischen Ausplünderung der jüd. Bevölkerung beteiligten sich städtische Behörden und weite Bevölkerungskreise. So wurde die Großhandelsfirma Auerbach in Dortmund im Wert von mindestens 100 000 M durch Vermittlung des Gauwirtschaftsberaters und unter Drohungen der Gestapo für 400 M an zwei „bewährte Parteigenossen“ verkauft. Die Arbeitergarderobenfabrik Kemper, Inhaber Julius Kaufmann (Kronprinzenstr. 42), wurde Ende Nov. 1938 geschlossen, das Bankhaus Stern, Inhaber Louis und Dr. Hans Jacoby (Kaiserstr. 1) Anfang Aug. 1939. Die Stadt Dortmund stellte 1939 die Wohlfahrtshilfe für jüd. Arme ein. Die Häuser Ostenhellweg 41, Schwanenstr. 64, Herbert-Norkus-Str. 6 und Prinzenstraße 9/11 wurden zu ‚Judenhäusern‘.

Für die Deportationen der Jahre 1942 und 1943 war Dortmund regionaler Sammelpunkt. Zusammengezogen wurden die Menschen in der nahe dem Hauptbahnhof gelegenen Gaststätte ‚Zur Börse‘, am Platz der Halle des Turn- und Sportvereins ‚Eintracht‘ und in Brackel im Saal der Gastsätze ‚Zum Deutschen Haus‘ (später Haus Gerold, Brackeler Hellweg 115). 1942 verließen drei Sammeltransporte mit jeweils etwa 1000 Juden die Stadt: am 27. Jan. vom Hauptbahnhof bzw. dessen Güterbahnhof ausgehend in das Ghetto von Riga, am 30. April nach Zamość und am 29. Juli nach Theresienstadt, beide vom Südbahnhof ausgehend. Am 1. März 1943 war Dortmund (Südbahnhof) Zwischenstation für den Transport von insgesamt 1500 Juden aus Stuttgart, Trier, Düsseldorf und Dortmund nach Auschwitz. Danach folgten bis Febr. 1945 weitere neun Deportationen ins Ghetto Theresienstadt – die ersten beiden mit 96 bzw.

36, die weiteren mit weniger als zehn Personen. 1944 lebten in Dortmund noch 334 Juden, die meisten von ihnen in ‚Mischehe‘. Etwa 150 Juden, vor allem aus Dortmund und Umgebung, mussten sich in einer Schule an der Luisenstr. einfinden und wurden am 29. Sept. 1944 deportiert; die Männer und Kinder wurden über verschiedene Arbeitslager schließlich am 10. Febr. 1945 nach Theresienstadt verschleppt, die Frauen in das Arbeitslager nach Kassel-Bettenhausen oder in das ‚Klönne-Lager‘ in Hagen. Insgesamt fielen etwa 2200 Juden aus Dortmund dem Massenmord zum Opfer. Von ihnen wurden etwa zwei Drittel von Dortmund aus deportiert, ein Drittel waren gebürtige Dortmunder, die aus anderen deutschen Städten verschleppt wurden.

2.1.4 Im Sommer 1945 kehrten die ersten Überlebenden des Holocaust nach Dortmund zurück. Zur ersten Gruppe gehörte der aus dem sauerländischen Madfeld (heute Marsberg) stammende Siegfried Heimberg, der seit 1937 in Dortmund gewohnt und im Ghetto Theresienstadt überlebt hatte. Die Stadt organisierte einen Bus, um alle noch in Theresienstadt verbliebenen Dortmunder, meist ‚Mischehenpartner‘, zurück-zuholen. Im Aug. 1945 gründeten etwa 40 bis 50 Heimkehrer die ‚Jüdische Kultusgemeinde‘ und wählten Heimberg zu ihrem Vorsitzenden, der das Amt bis zu seinem Tod 1965 ausübte. Es war die erste Gemeinde, die sich in Westfalen erneut nach dem Krieg etablierte, zu ihren Mitgliedern gehörten auch Juden aus Hamm, Witten und Siegen, ferner aus Unna, Kamen, Herdecke, Schwerte und Lünen. Ein erster Gottesdienst wurde zu Rosch ha-Schana Anfang Sept. 1945 in der Wohnung von Max Israel am Westfalendamm 241 abgehalten. Im Jan. 1946 beschlossen Vertreter von 15 westfälischen Gemeinden in Dortmund die Bildung des ‚Landesverbandes der jüdischen Gemeinden von Westfalen‘, zu dessen Vorsitzenden Heimberg gewählt wurde. Der neuen Gemeinde stellte die Stadt zunächst Räume im Gebäude Thomasstr. 18 zur Verfügung. Ab Dez. 1946 wurde auf einem von der Stadt überlassenen Trümmergrundstück am Schwanenwall 29 ein Gemeindehaus eingerichtet, in dem auch Gottesdienste stattfanden, im Febr. 1947 erfolgte die Einweihung. Seit 1948 beschäftigte die Kultusgemeinde in Dortmund einen Kantor, zu dessen Aufgaben auch die Erteilung des Religionsunterrichtes zählte. 1952/53 schlossen sich die jüd. Gemeinden Hamm, Siegen und Witten der Gemeinde Dortmund an, die aufgrund des vergrößerten Einzugsbereichs ihren Namen in ‚Jüdische Kultusgemeinde Groß-Dortmund‘ änderte. Wegen des wachsenden Raumbedarfs wurde 1956 an der Prinz-Friedrich-Karl-Str. 9 das neue Gemeindezentrum mit Synagoge durch Landesrabbiner Dr. Paul Holzer in Anwesenheit von Ministerpräsident Fritz Steinhoff und Dortmunds Oberstadtdirektor Wilhelm Hansmann eingeweiht.

Aus dem Exil kehrten u.a. nach Dortmund zurück: Cäsar Erdensohn aus Shanghai, Paul Walter Jacob aus Südamerika, der die Intendanz der Städtischen Bühnen Dortmund übernahm, Hans Sober, der nach dem Ersten Weltkrieg Direktor der Dortmunder Straßenbahn AG gewesen war, ferner aus Israel der Arzt Dr. Fritz Klestadt, der 1965 Nachfolger Heimbergs als Vorsitzender der ‚Jüdischen Kultusgemeinde Groß-Dortmund‘ wurde. Deren Mitgliederzahl stieg von 160 (1949) auf 364 (1958) und 420 (1962). Seit Ende der 1980er Jahre zogen zahlreiche Juden aus der ehemaligen Sowjetunion zu, so dass es zu einer erheblichen Vergrößerung der Gemeinde kam. Die Anzahl der Mitglieder stieg von 800 (1991) über 1673 (1995) auf 2854 Gemeindemitglieder im Jahr 2000 an. 2010 gehörten der Gemeinde rund 3200 Personen an, 2014 waren es 2946. Die Gemeinde entwickelte erneut ein breites religiöses, kulturelles und soziales Angebot. So entstand in Dortmund eine Chewra Kaddischa (Beerdigungsbruderschaft), ein Makkabi-Sportverein, eine Altenbegegnungsstätte, ein Frauenverein, eine Religionsschule, ein Kindergarten und ein Jugendzentrum.

In der jüd. Abteilung des Ostfriedhofs, seit 1946 von der jüd. Gemeinde projektiert und 1949 von der Stadt umgesetzt, und auf dem jüd. Teil des Hauptfriedhofes in Dortmund-Wambel (Rennweg) erinnern Gedenksteine an die Opfer des Holocaust

und der Pogromnacht. In der Mahn- und Gedenkstätte ‚Steinwache‘ (Steinstr. 48) wird in der Ausstellung des Stadtarchivs Dortmund ‚Widerstand und Verfolgung in Dortmund von 1933 bis 1945‘ auch die Geschichte der Juden während der NS-Zeit dokumentiert. In einem begleitenden ‚Gedenkbuchprojekt‘ fanden alle Juden Aufnahme, die wenigstens zeitweilig ihren Wohnsitz in Dortmund hatten. Auf der Grundlage dieses Projektes wurde 2015 in Kooperation mit dem Stadtarchiv Dortmund/Mahn- und Gedenkstätte Steinwache von dem Historiker Rolf Fischer ein Gedenkbuch unter dem Titel ‚Verfolgung und Vernichtung – Die Dortmunder Opfer der Shoa‘ publiziert. Nahe der ehemaligen Synagoge (an der Mauer HansasträÙe/Hiltropwall in der Nähe des Operneinganges) wurde 1966 eine Gedenktafel angebracht. Ende der 1980er Jahre sind zur Erinnerung an die Deportation und die Ermordung der Dortmunder Juden vier Gedenktafeln an den Orten ihrer zwangsweisen Sammlung und Deportation installiert worden: am Haupteingang der Musikschule (Steinstr. 35, ehemals Gaststätte ‚Zur Börse‘), in Dortmund-Brackel (Brackeler Hellweg 113a, Standort der ehemaligen Gastwirtschaft Gerhold), am Eingangsbereich der alten Eintrachtturnhalle (Eintrachtstr. 56) und in der Nähe des ehemaligen Dortmunder Südbahnhofs (Gebäude Heiliger Weg 60). Am vormaligen Standort der Synagoge, dem Opernvorplatz (Ecke HansasträÙe/Hiltropwall), steht seit 1990 ein Granitblock, in den ein Abbild der früheren Synagoge eingemeißelt ist. Bei der Neueröffnung der Kinderklinik an der Beurhausstr. wurde 1970 zu Ehren des ehemaligen Leiters der Städtischen Kinderklinik und international anerkannten Mediziners Prof. Dr. Stefan Engel eine vom Londoner Bildhauer Fred Kormis geschaffene Bronzeplakette mit Engels Porträt im Eingangsbereich angebracht. Seit 2000 trägt der Platz vor der Klinik seinen Namen. Seit 2005 beteiligt sich Dortmund an der Aktion ‚Stolpersteine‘.

2.2.1 1815 lebten in Dortmund 30 Juden, 1843 waren es 131, 1858 bereits 318. 1871 waren von 44 420 Einwohnern 24 857 ev., 18 824 kath., 677 jüd. Glaubens, 62 gehörten anderen oder keiner Religion an; 1895 waren von 111 232 Einwohnern 58 913 ev., 50 371 kath., 1566 jüd. Glaubens, 368 gehörten anderen christl. Gemeinden an, 14 waren bekenntnislos oder Bekenner anderer Religionen. Nach den Zahlen der Volkszählung 1925 lebten im Stadtkreis Dortmund (Gebietsstand 1926) 3820 Juden (von den 321 743 Einwohnern waren zudem 140 900 kath., 163 278 ev. Glaubens und 630 sonstige Christen), im Landkreis Dortmund waren es 595 Juden (von 217 233 Einwohnern, davon 97 216 kath., 110 402 ev. Glaubens, 329 sonstige Christen). Der Landkreis Dortmund wurde 1928 aufgelöst und teilweise in den Stadtkreis Dortmund eingemeindet. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 lebten im Stadtkreis Dortmund nach dem Gebietsstand von 1931 insgesamt 4424 Juden (von 525 837 Einwohnern, zudem 212 288 kath., 280 439 ev. Glaubens, 6060 gehörten anderen christl. Gemeinden an, 22 626 waren bekenntnislos oder Bekenner andere Religionen). 1933 lebten bei einer Gesamt Einwohnerzahl von 540 875 Personen 4108 Juden in Dortmund; 1937 waren es 3000, 1939 dann 1444, 1941 noch 1222 und 1944 lediglich 334.

In Eving waren 1895 von 4128 Einwohnern 1449 kath., 2670 ev. und sieben jüd. Glaubens, zwei gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1914 wurde der Ort in den Stadtkreis Dortmund eingemeindet. In Lindenhorst waren 1871 von 118 Einwohnern elf kath., 104 ev. und drei jüd. Glaubens; 1895 von 1187 Einwohnern 505 kath., 671 ev. und elf jüd. Glaubens. 1914 wurde auch dieser Ort in den Stadtkreis Dortmund eingemeindet. In Hostedde waren 1895 von 988 Einwohnern 411 kath., 570 ev., vier jüd. Glaubens, drei gehörten anderen christl. Gemeinden an; der Ort wurde 1922 nach Altenderne-Oberbecker (Derne) eingemeindet. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 lebten in Derne (beim Gebietsstand des Jahres 1926) 36 Juden, von den 13 009 Einwohnern waren zudem 5158 kath., 7191 ev. Glaubens und neun sonstige Christen; 1928 wurde der Ort in den Stadtkreis Dortmund eingemeindet. In Asseln lebten

1858 sieben Juden. 1871 waren von 1620 Einwohnern 293 kath., 1314 ev. und 13 jüd. Glaubens; 1895 von 3414 Einwohnern 808 kath., 2585 ev. und 21 jüd. Glaubens. 1928 wurde auch Asseln in den Stadtkreis Dortmund eingemeindet.

Der Synagogenbezirk Dortmund umfasste nach den ersten, 1858 genehmigten Statuten als Hauptgemeinde die Stadt Dortmund und deren Feldmark. Als Untergemeinde angeschlossen waren die Juden des Amtes Lütgendortmund, dazu gehörten u. a. die Orte Lütgendortmund, Dorstfeld, Huckarde, Marten, Annen-Wullen (heute Witten), Kirchlinde und Oespel. Seit 1866 bildeten die Juden des Amtes Lütgendortmund eine eigene Synagogengemeinde, deren Sitz Dorstfeld wurde; die Synagogengemeinde Dortmund beschränkte sich nun auf die Stadt und die Feldmark. 1931 schlug die Bezirksregierung Arnsberg den Zusammenschluss der seit der Eingemeindung 1914 bzw. 1928/29 zur Stadt Dortmund gehörenden ehemaligen Vorstadtgemeinden zu einer neuen Großgemeinde Dortmund vor. 1931 wurde die ‚Jüdische Religionsgemeinschaft Dortmund‘ gegründet, in die 1932/33 die Vorstadtgemeinden überführt wurden. Davon betroffen waren die bis dahin selbständigen Synagogengemeinden Aplerbeck, Mengede und Dorstfeld, die Synagogengemeinde in der ebenfalls eingemeinden Stadt Hörde blieb dagegen eigenständig. Nach der 10. Verordnung zum ‚Reichsbürgergesetz‘ vom 4. Juli 1939 wurde die ‚Jüdische Religionsgemeinschaft Dortmund‘ in das Vereinsregister eingetragen, in die RV eingegliedert und trug den Namen ‚Jüdische Kultusvereinigung – Jüdische Religionsgemeinde Dortmund‘. Sie war für alle Juden des Regierungsbezirks Arnsberg zuständig, die Geschäftsstelle lag in der Saarbrücker Str. 3. Im Sommer 1945 wurde die ‚Jüdische Kultusgemeinde Dortmund‘ neu gegründet. 1952/53 schlossen sich die Gemeinden Hamm, Siegen und Witten der Gemeinde Dortmund an, die seit 1953 ‚Jüdische Kultusgemeinde Groß-Dortmund‘ heißt. Bis 1974 gehörten auch die Juden aus Castrop-Rauxel zur Kultusgemeinde Groß-Dortmund.

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jh. waren viele Juden aus Osteuropa nach Dortmund gekommen. Nachdem sich 1891 mehrere Reformgemeinden zum ‚Verband der Synagogengemeinden Westfalens‘ zusammengeschlossen hatten, kam es 1896 in Dortmund als Reaktion zur Gründung des überregionalen ‚Vereins zur Wahrung der religiösen Interessen des Judentums in der Provinz Westfalen‘ mit Rabbinatssitz zunächst in Warburg und später in Recklinghausen. Dessen Mitglieder rekrutierten sich u. a. aus der orthodoxen Gemeinschaft ‚Adas Jisroel‘ in Dortmund. Die unterschiedlichen Ansichten führten in der Dortmunder Gemeinde u. a. zum Streit um die Vergabe einzelner Ämter. So endeten 1924 die Repräsentantenwahlen mit einem Kompromiss; den Ostjuden wurden von den neun Repräsentantenstellen eine und von den fünf Stellvertretersitzen zwei angeboten, die sie nach einigem Zögern schließlich akzeptierten. Die Mehrheit stimmte bei der Wahl für die ‚Einheitsliste‘. 1927 wurde bei einer Tagung der ‚Jüdisch-Konservativen Vereinigung‘ in Dortmund eine Ortsgruppe gegründet. Als Redner aus Dortmund traten Chaim Jakob Laufer und Rabbiner Dr. Ernst Appel auf. 1929 gab es in Dortmund eine Ortsgruppe der ‚Vereinigung für das liberale Judentum‘. 1931 legte sie Richtlinien zur Politik der jüd. Gemeinde in Dortmund vor und löste mit ihrer Befürwortung einer Einheitsgemeinde eine breite Debatte aus. Repräsentanz und Vorstand diskutierten über den Wahlmodus (Mehrheits- oder Verhältniswahlrecht). Der Vorstandsvorsitzende Konsul Louis Jacoby plädierte vor allem dafür, eine „deutsche Mehrheit gegen den Zionismus zu erhalten“. Als Ende 1931 die Bezirksregierung die Zusammenlegung aller inzwischen zur Stadt gehörenden Vorstadtgemeinden mit der Hauptgemeinde zur ‚Jüdischen Religionsgemeinschaft Dortmund‘ forderte, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen um eine neue Satzung. Als Grundlage der Wählbarkeit wurde eine fünfjährige Zugehörigkeit zu einer deutschen Gemeinde, davon mindestens ein Jahr zu der in Dortmund, vereinbart; die Kandidaten mussten zudem 30 Jahre alt sein und ihren Wohnsitz in Dortmund haben – dieser neue Modus

war gegen die ostjüd. Zuwanderer gerichtet. Die Repräsentanten beschlossen auch die Mitgliedschaft einer Frau im fünfköpfigen Vorstand, nahmen diese Regelung jedoch im Mai 1932 wieder zurück. Die neue Satzung wurde Ende 1932 gegen die Stimmen der ostjüd.-zionistischen Gemeindemitglieder beschlossen, die etwa 45 Prozent der Gemeinde ausmachten; heftige Auseinandersetzungen waren die Folge. Durch eine Eingabe bei der Regierung versuchten Zionisten und Ostjuden eine Satzungsänderung zu erreichen. Die liberal-reformorientierten Mitglieder beharrten jedoch darauf, dass Dortmund immer eine ‚deutsche‘ Gemeinde gewesen sei; die ostjüd.-zionistische Gruppe spalte die Gemeinde und beanspruche Geld für ihre Zwecke, was aber auch zum Schaden der Ostjuden hinsichtlich der Unterstützung ihrer Hilfsbedürftigen sei. Die zionistisch ausgerichteten Mitglieder führten eine Unterschriftenaktion durch und reichten bei der Bezirksregierung Widerspruch gegen die Satzung ein. Ohne die ostjüd.-zionistischen Vertreter fand im Jan. 1933 eine Sitzung der Repräsentanten statt, bei der schließlich die einstimmige Annahme der vom Oberpräsidenten am 16. Dez. 1932 genehmigten Satzung erfolgte. Im Laufe des Jahres 1932 kam es vermehrt zu Gemeindeaustritten, deren Grund auch in einer neuen Steuerveranlagung gesehen wurde. Zu Beginn des 20. Jh. gehörte die Dortmunder Gemeinde dem DIGB an.

1930 betrug der Gemeindeetat 130 145 M, 1931 waren es 133 730 Mark. Der Wohlfahrtsetat belief sich 1930 auf etwa 40 000 M, 1931 waren es noch 22 762 Mark. Im Jahr 1932 waren von den 3820 Gemeindemitgliedern etwa 1400 Steuerzahler.

2.2.2 Für die Jahre 1252/56 ist in Dortmund eine Synagoge nachgewiesen. 1346 bestätigte der Dortmunder Rat den Juden den rechtmäßigen Erwerb eines Grundstücks im Zentrum der Stadt am nördlichen Westenhellweg (heute Lühringhof) mit Synagoge, Gemeindehaus und Mikwe. Nach den Pestpogromen ist für 1435 wieder ein Betraum bezeugt, der sich wahrscheinlich in einem Privathaus befand. Im Zuge der Wiederansiedlung von Juden zu Beginn des 19. Jh. wurde eine kleine Betstube im Haus des Jacob Salomon in der Weberstr. (heute im Bereich Hansasträße und Freistuhl) eingerichtet; seit 1818 sind dort Gottesdienste bezeugt. 1852 befanden sich Betraum und Schulzimmer im Haus des Gastwirts Bremcke am Ostenhellweg. 1853 erwarb die jüd. Gemeinde am Wüstenhof 7–9 (heute zwischen Hansasträße, Bissenkamp und Hohe Luft gelegen) ein 329 m² großes Grundstück, auf dem seit 1854 eine bescheidene Synagoge stand. Seit 1870 ist der Einsatz einer Orgel im Gottesdienst überliefert. 1904 erwarb die Stadt das Grundstück Wüstenhof 7–9 mit der alten Synagoge, Schul- und Wohnhaus. Das ‚Israelitische Familienblatt‘ erwähnte 1925, dass die „alte kleine Synagoge“ dem Durchbruch der Hansasträße habe weichen müssen.

Da das Gotteshaus von 1854 den Bedürfnissen der wachsenden Gemeinde bald nicht mehr genügte, wurde seit 1890 ein Synagogenneubau geplant. Zwischen 1892 und 1895 erwarb die Gemeinde im Zentrum der Stadt am Hiltropwall 3 (zwischen Wißstr. und Taubenstr.) ein 3711 m² großes Grundstück zum Preis von 135 000 Mark. Nach der Grundsteinlegung 1898 wurde der Neubau nach Plänen des Regierungsbaumeisters Eduard Fürstenau aus Charlottenburg errichtet; an der Einweihung 1900 nahmen auch die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden teil; Oberrabbiner Dr. Frank (Köln) hielt die Festansprache. 1921 brachen Diebe in die Dortmunder Synagoge ein, warfen die Gesetzesrollen auf den Boden und rissen die Goldverbrämung von den Gebetmänteln; Gegenstände im Wert von 75 000 M wurden geraubt. Anlässlich des 25. Jahrestages der Synagogeneinweihung am Hiltropwall verzichtete die Gemeinde 1925 „dem Ernste der Zeit entsprechend“ auf eine Feier. 1934 erfolgte die Instandsetzung der Synagogenfenster, eventuell nach mutwilliger Zerstörung. Noch vor der Pogromnacht planten die städtischen Behörden auf dem Areal der Synagoge eine Straßenerweiterung sowie den Bau einer Konzerthalle bzw. eines Luftschutzbunkers. Kreisleiter Friedrich Hesseldieck gab an, im Sept. 1938 auf dem Nürnberger Reichsparteitag „die ausdrückliche Ermächtigung vom Stellvertreter des Führers“ zum Ab-

riss eingeholt zu haben. Die Stadt bot dem Vorstandsvorsitzenden Leo Jonas und dem Vorsitzenden des Repräsentantenkollegiums Dr. Louis Koppel als Entschädigung für den erzwungenen Verkauf – der Abriss des Gebäudes war bereits beschlossen – ein Ersatzgrundstück an. Der letzte Gottesdienst in der Synagoge am Hiltropwall fand am jüd. Neujahrsfest, dem 26. Sept. 1938, statt. Zuvor war bereits die goldene Kugel mit dem Davidstern von der Kuppel geholt worden; die HJ verursachte erste Verwüstungen im Gebäude. Im Okt. 1938 wurde die Stadt für die Summe von 170 000 RM Eigentümerin des Synagogengebäudes mit Grundstück (Einheitswert etwa 1 Mio RM) sowie der beiden angrenzenden Häuser Taubenstr. 2 und 4; vom Kaufpreis erhielt die jüd. Gemeinde nur einen Bruchteil. Kurze Zeit später begann die Sprengung; der Abbruch war Ende Dez. 1938 beendet. Bis 1942 fanden die Gottesdienste im Büro der Gemeinde (Saarbrücker Str. 3) statt.

Die während der Kaiserzeit und der Zeit der Weimarer Republik zugewanderten galizischen Juden, zumeist polnische Staatsangehörige und religiös orthodox orientiert, besuchten nicht den Gottesdienst in der liberalen, reformorientierten Hauptsynagoge, sondern richteten eigene Betstuben in der Nordstadt ein, so in der Leopoldstraße, wo sich in Haus Nr. 31 auch eine Mikwe befand, ferner in der Heiligegartenstraße, der Münsterstraße, der Steinstraße, der Zimmerstraße sowie in der Krautstraße. Als Folge der Eingemeindungen lagen außer der im Zentrum gelegenen Synagoge seit 1914 auch die Bethäuser in Dorstfeld und seit 1928 die große Hörder Synagoge im Dortmunder Stadtgebiet.

Der erste Gottesdienst nach dem Ende der NS-Zeit fand zum jüd. Neujahrsfest 1945 in einer Privatwohnung statt, seit Ende 1946 wurden die Gottesdienste im Gemeindehaus abgehalten, das auf einem Trümmergrundstück am Schwanenwall 29 errichtet worden war. Im Wiedergutmachungsverfahren wurden der jüd. Gemeinde 1952 für die Synagoge 800 000 DM zugesprochen; das Grundstück, auf dem später das Stadttheater errichtet wurde, blieb jedoch im Eigentum der Stadt. 1956 wurde die neue Dortmunder Synagoge als Teil eines Gemeindezentrums (Prinz-Friedrich-Karl-Str. 9) eröffnet, es war der erste Neubau nach 1945 in Westfalen. Nach Zuzug zahlreicher Juden aus der ehemaligen Sowjetunion fand 1997 die Einweihung eines im Garten des Gemeindezentrums errichteten Neubaus statt.

2.2.3 1818 wurde in Dortmund eine private jüd. Elementarschule eingerichtet. Gegen Ende der 1830er Jahre erteilte ein ev. Lehrer den Elementarunterricht, lediglich den Religionsunterricht übernahm der Vorsänger Philipp Selig. Seit etwa 1840 bestand erneut eine private jüd. Elementarschule. Die Arnberger Regierung erkannte die von etwa 20 Kindern besuchte Schule an, nachdem der von der Gemeinde gewählte Lehrer David Lehmann aus Werne sein Lehrerexamen bestanden und damit seine Unterrichtsbefähigung nachgewiesen hatte. 1843 waren 24 jüd. Kinder im schulpflichtigen Alter. 1858 wurde die Schule in eine öffentliche jüd. Elementarschule umgewandelt, die von 1904 bis zur Übernahme durch den RV 1939 von der Stadt getragen wurde. Als ‚Hauptlehrer‘ unterrichtete an der jüd. Elementarschule von 1874 bis 1910 Max Rothschild (gest. 1916), anlässlich seiner Pensionierung wurde ihm der ‚Königliche Adlerorden‘ verliehen. Mit der neu geschaffenen Stelle des Direktors an der städtischen jüd. Volksschule – offiziell ‚Israelitische Schule zu Dortmund‘, mit 220 Kindern und fünf Lehrern die drittgrößte jüd. Schule Preußens – wurde 1914 der zuvor in Breslau tätige Adolf Heymann betraut, der Mitglied des ‚Vereins israelitischer Lehrer der Rheinprovinz und Westfalens‘ war; er starb 1931. Anfang 1933 wurde Wilhelm Buchheim (1887–1957) Rektor, er hatte zuvor die jüd. Schule in Essen geleitet; zwischen 1933 und 1939 erteilte er auch jüd. Kindern in Rheda Ersatzunterricht. Einschüchterungsmaßnahmen veranlassten Buchheim 1939 zur Emigration nach London und New York; über den Schulalltag in Dortmund und die Situation der jüd. Schüler hat er im Exil tagebuchähnliche Aufzeichnungen verfasst. Nachfolger Buchheims im März

1939 wurde der 1883 in Niederaula geborene Siegmund Nussbaum, der seit 1904 das Amt des Predigers und Lehrers in verschiedenen Gemeinden Westfalens (u. a. in Castrop) ausgeübt hatte und seit Mitte der 1920er Jahre als Lehrer der jüd. Volksschule in Dortmund angestellt war. Nussbaum war Gründungsmitglied der Märkischen Loge Dortmund, lange Jahre Mitglied der Zionistischen Ortsgruppe und außerdem mehr als zwei Jahrzehnte Vertrauensmann des ‚Dortmunder Jüdischen Hilfsvereins‘. Im Zuge des Novemberpogroms 1938 brachte man ihn zusammen mit einem Lehrerkollegen auf die ‚Steinwache‘, bis zum 22. Dez. 1938 war er im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Nach Dortmund zurückgekehrt, setzte er seine Lehrtätigkeit zunächst fort. Seine Bemühungen um Emigration in die USA scheiterten; Ende April 1942 wurde er zusammen mit seiner Frau Johanna nach Zamość deportiert und ermordet. Ihre Töchter Ilse und Lore haben die Shoa überlebt.

Konrektor der Schule war Mitte der 1920er Jahre Lehrer Emanuel Goldschmidt und seit mindestens 1929 Meier Andorn. Letzterer war im Kasseler Seminar ausgebildet worden und 1926 nach Auflösung der jüd. Volksschule in Hattingen, wo er lange tätig gewesen war, als Lehrer nach Dortmund gekommen. Er war Vorsitzender der ‚Vereinigung für das religiös-liberale Judentum‘; 1934 trat er in den Ruhestand. Lehrer an der jüd. Volksschule war weiterhin von ca. 1881 bis zu seiner Pensionierung 1916 Carl Steinweg. Seit etwa 1900 war Emanuel Goldschmidt, der 1925 sein 25-jähriges Amtsjubiläum beging und im selben Jahr für die Gruppe der Liberalen zum Abgeordneten des ‚Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden‘ gewählt wurde, in Dortmund tätig. Ferner sind für die Zeit zwischen 1909 und 1913 die Lehrer S. Gumpert, Dr. Brader, S. Grünwald und Grete Elsbach nachgewiesen. Wegen des Lehrermangels zu Kriegsbeginn 1914 wurde S. Grünwald an die ev. Schule versetzt und übernahm die Klassenlehrerstelle der Oberklasse. Mitte der 1920er Jahre unterrichteten außer Lehrer Grünwald an der jüd. Volksschule die Lehrerinnen Elfriede Strauß und Helma Schanzer; Letztere war bereits 1913 dort tätig gewesen. 1905 wurde die jüd. Volksschule und Religionsschule von 160 Kindern, Mitte der 1920er Jahre von 195 Kindern besucht. Da 1930 an der jüd. Volksschule 80 Erstklässler angemeldet wurden, war die Einrichtung einer zusätzlichen Klasse und die Einstellung einer neuen Lehrkraft erforderlich. Sparmaßnahmen der Schulbehörde führten Mitte 1931 zur Zusammenlegung der vier oberen Klassen der jüd. Volksschule. Die jüd. Gemeinde wollte einen zusätzlichen Junglehrer einstellen und bezahlen, was die Stadt ablehnte. Zu Beginn des neuen Schuljahres 1934 lagen wie in den Jahren zuvor 50 Anmeldungen für die erste Klasse vor, damit stieg die Schülerzahl auf mehr als 360. Nach Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde wurde auch Englischunterricht angeboten, den u. a. Rektor Buchheim erteilte. Nach 1933 unterrichteten fünf Lehrer und drei Lehrerinnen die 320 Schüler und Schülerinnen der Städtischen Israelitischen Schule von Dortmund, es handelte sich um Meier Andorn, Samuel Friedmann, Simon Grünwald, Siegmund Nussbaum, Wilhelm Buchheim, Judith Lacks sowie Helma und Alice Schanzer. Durch Verfügung des Regierungspräsidenten in Arnsberg wurden jüd. Kinder, die christl. Schulen besuchten, nach den Weihnachtsferien 1935/36 der städtischen jüd. Volksschule zugewiesen. 1937 richtete die Schule ein 9. Schuljahr für schulentlassene Jungen ein, daneben Fortbildungskurse in Sprachen, Handelskunde und Wirtschaftsgeographie. Besonderer Wert wurde auf biologisch-naturwissenschaftliche Fächer gelegt. Ende Okt. 1938 sank die Zahl der Schüler, nachdem im Rahmen der ‚Polenaktion‘ 120 Kinder polnischer Nationalität abgeschoben worden waren. Ab 1938 unterrichtete auch Lehrer Adolf Tint, dessen Schule in Ahlen nach dem Pogrom geschlossen worden war, vormittags in Dortmund. 1941 besuchten noch 55 Kinder die Schule, im selben Jahr wurde sie geschlossen.

Der Vorstand der Synagogengemeinde Dortmund, Joseph Isaac, bat 1875 das Kuratorium des städtischen Gymnasiums, auch jüd. Schülern obligatorisch Religionsun-

terricht zu erteilen, der benotet werden sollte. Der Kultusminister nahm die Anregung wohlwollend auf. Da es noch keinen Präzedenzfall in Preußen gab, wurde sie dem Schuldirektor und den Eltern zur Diskussion gestellt; auch die Frage der Lehrerbesehung war zu bedenken. 1887/88 entschied sich die jüd. Gemeinde für zusätzlichen Religionsunterricht an Sonntagsvormittagen, da ihr der Unterricht in den städtischen Schulen nicht ausreichend erschien. Auf Antrag des Vorstandes der Synagogengemeinde beauftragte die Regierung von Arnsberg 1910 den Rabbiner Dr. Benno Jacob mit der Aufsicht über den Religionsunterricht. 1919 beschlossen Vertreter der ev., kath. und jüd. Religionsgemeinschaften die Beibehaltung des Religionsunterrichtes als verbindliches Unterrichtsfach. Den jüd. Religionsunterricht an höheren Schulen erteilten Mitte der 1920er Jahre der Rabbiner Dr. Jacob und Rektor Heymann; er wurde von etwa 200 Kindern besucht. 1932 erhielten 171 jüd. Kinder Religionsunterricht. Ab 1933 stellte die Stadt für den jüd. Religionsunterricht in Mittel- und Oberschulen kein Geld mehr zur Verfügung.

Wegen der zu geringen Zahl an Lehrstellen für jüd. Jungen eröffnete die Synagogengemeinde Mitte Juni 1937 eine jüd. Handwerkerschule für Schlosser und Schreiner. Anfang 1938 bereiteten sich darin zwölf Schüler auf die Auswanderung vor; je zur Hälfte in den Abteilungen Metallbearbeitung (Kampstr. 83) und Holzbearbeitung (Osterlandwehr 35). Ende 1940 nahmen 25 Schüler an den Kursen der Handwerkerschule teil. Im Mai 1941 musste der Lehrbetrieb eingestellt werden, alle Kursteilnehmer sowie die Meister der Werkstätten wurden auf Anordnung des Arbeitsamtes zum ‚Arbeitseinsatz‘ herangezogen.

Neben der jüd. Volksschule bestand in Dortmund seit 1925 noch eine Talmud-Thora-Schule. 1932 besuchten etwa 80 Schüler der jüd. Volksschule vorwiegend aus ostjüd. Familien diesen zusätzlichen nachmittäglichen Religionsunterricht, 1933 waren es etwa 90. Es handelte sich um die erste größere Gründung des deutschen Verbandes ‚Keren Hatorah‘, Vorsitzender der Regionalgruppe Dortmund war Josef Wolf; Mitinitiatoren der Schule waren die Dortmunder Richard Neufeld, Stern und Jakob Locker. Ziel der Schule war es, die Kinder „zu frommen Jehudim, zu Trägern neuen, echt jüdischen Lebens in Westfalen“ zu erziehen. Als Direktor konnte Dr. med. Max Meyer aus Gelsenkirchen gewonnen werden, die Stadt stellte Räumlichkeiten in der Schule Lindenstr. 51a zur Verfügung. Die Repräsentantenversammlung der jüd. Gemeinde lehnte 1931 im Zusammenhang mit den gemeindeinternen Streitigkeiten zwischen West- und Ostjuden eine Unterstützung der Religionsschule mit knappem Ergebnis ab und versprach lediglich eine Beihilfe. Von Juli 1936 bis 1940 stand die Talmud-Thora-Schule unter der Leitung des zuvor schon an der Schule tätigen Morda Knoblowicz.

Mit Unterstützung der Ortsgruppe der ‚Zionistischen Vereinigung für Deutschland‘ wurde versucht, eine hebr. Sprachschule einzurichten, der Antrag auf Unterstützung wurde 1930 vertagt. 1932 bestand eine Hebräisch-Schule – wohl auch für Erwachsene – in der Zimmerstraße im Norden der Stadt. 1932 wurde sie von Dr. Rettig geleitet und von 50 Schülern besucht.

2.2.4 Juden aus Dortmund – in den beiden ersten Jahrzehnten auch Christen – unterstützten zwischen 1829 und 1913 regelmäßig die Marks-Haindorf-Stiftung. Von 1888 bis 1913 waren Dortmunder im Kuratorium der Stiftung vertreten, zunächst der Bankier Josef Isaac, nach dessen Tod seit etwa 1897 die Gemeindevorsitzenden Adolf Elias und von 1903 bis 1913 David Leiser. Eine Chewra Kaddischa, der ‚Israelitische Wohltätigkeitsverein‘ zur Unterstützung bei Krankheits- und Sterbefällen wurde 1875 gegründet, 1899 wurden die Statuten revidiert. Mitbegründer und Vorsitzender war Jacob Nathan Wolff (1901 wiedergewählt), 1924/25 war Josef Eppinghausen Vorsitzender, 1931 Louis Landau. 1901 hatte der Verein (auch ‚Große Chewra‘ genannt), 244 Mitglieder, während der Weimarer Republik rund 500 Mitglieder. 1924 gründete Rabbiner Dr. Jacob auf Initiative der ‚Agudat Israel‘ (Bund Israels, Vorsitzender

1932/33 Chaim Bronner) einen Zweigverein der allgemeinen Chewra Kaddischa, den (ostjüd.) Verein ‚Secher Owaus‘ (etwa: Erinnerung an die Vorväter). Zeitgleich mit der Verabschiedung von Rabbiner Dr. Jacob in den Ruhestand feierte die Gemeinde 1929 das fünfjährige Bestehen dieser ‚kleinen Chewrah‘, die in diesem Jahr 350 Mitglieder verschiedener religiöser Richtungen hatte. Eine dritte Chewra Kaddischa war 1926 entstanden, 52 Mitglieder gehörten ihr 1932 an. 1863 wurde der ‚Israelitische Frauenverein‘ gegründet, Statuten von 1912 sind überliefert. Zu seinen Aufgaben gehörte 1932 die Wöchnerinnenfürsorge, die Beschaffung von Mietzuschüssen, die Erholungsfürsorge und die Verteilung von Kartoffeln und Kohlen. 1924/25 hatte der Frauenverein 400 Mitglieder, 1931 waren es 460. Zu den Vorsitzenden gehörten Julie Alsbach (gest. 1913), Emmy Heymann (drei Jahrzehnte Vorsitzende, später Ehrenmitglied, gest. 1932) und Johanna Cohen geb. Rosenfeld (gest. 1928). Beim 65. Stiftungsfest 1928 fungierte Elise Steinberg als Vorsitzende; 1937 starb sie – inzwischen zur Ehrenvorsitzenden ernannt – in Palästina. 1932 war Johanna Stern Vorsitzende.

Dortmunder Juden unterstützten auch überörtliche Hilfsorganisationen, so zu Beginn des 20. Jh. die ‚Alliance Israélite Universelle‘; der Dortmunder Sally Flörsheim (gest. 1911) war Vorstandsmitglied von deren ‚Deutscher Konferenz-Gemeinschaft‘. Dortmunder Juden spendeten 1909 für den ‚Hilfsverein der Deutschen Juden‘, dessen vorrangiges Ziel es war, Juden vor allem in Osteuropa wirtschaftliche und kulturelle Hilfe angedeihen zu lassen; Vertrauensmann in Dortmund war Isidor Goldschmidt. 150 Mitglieder – ein Viertel der Mitglieder in Westfalen – kamen aus Dortmund und Hörde, sie brachten ein Drittel der Finanzmittel auf. 1900 wurde von 31 westfälischen und rheinischen Gemeinden – initiiert vom ‚Verband der Synagogengemeinden Westfalens‘ – der Trägerverein für das ‚Israelitische Altersheim für Westfalen‘ gegründet, der seinen Sitz in Dortmund hatte. Im Juli 1905 konnte in Unna das vom Verein betriebene Heim „zur Verpflegung altersschwacher und erwerbsunfähiger Glaubensgenossen, vornehmlich aus Westfalen und angrenzenden Bezirken der Rheinprovinz“ eröffnet werden. Kurator des Vereins war der Dortmunder Rechtsanwalt Justizrat Dr. Heinrich Kempenich (gest. 1932). Im Rahmen des von der Großloge initiierten Aufbaus einer eigenständigen jüd. Krankenpflege rief 1903 in Dortmund die Märkische Loge UOBB (Loge Unabhängiger Orden Bne Briss) das ‚Kuratorium für jüdische Krankenpflegerinnen‘ ins Leben. Mitbegründer war Sally Flörsheim, der dem ‚Aus-schuss zur Heranbildung jüdischer Krankenpflegerinnen in Deutschland‘ (Berlin) angehörte. Zwei jüd. Krankenschwestern pflegten kostenfrei Kranke, ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses, eine von ihnen wurde 1905 dauerhaft am städtischen Krankenhaus angestellt. 1907 gab es 24 ambulant arbeitende Pflegerinnen, etwa 25 Ärzte nahmen deren Dienste in Anspruch; 1912 wurde das Schwesternheim des ‚Kuratoriums für jüdische Krankenpflegerinnen‘ eingeweiht. Träger des 1906 gegründeten ‚Vereins für jüdische Krankenpflege in Westfalen‘ waren die Märkische Loge und die jüd. Gemeinde Dortmund. Der Verein hatte die „Krankenpflege in unbegüterten Familien“ zum Ziel, Vorsitzender war 1932 Leo Jonas. 1914 war der Verein einer von 27 seiner Art im Deutschen Reich und der einzige in Westfalen. Lange Jahre war Erika Karoline Dreifuß Oberschwester und Gemeindegewesener des Vereins, 1928 feierte sie ihr 25. Schwesternjubiläum. 1933 ging sie in den Ruhestand.

1908 beschloss der ‚Verband der Synagogen-Gemeinden Westfalens‘ den Bau eines ‚Israelitischen Kinderheims für Westfalen und angrenzende Gebiete‘. Der daraufhin gegründete ‚Verein Israelitisches Kinderheim‘ hatte seinen Sitz ebenfalls in Dortmund. Vorsitzender war zunächst der Dortmunder Sally Flörsheim, nach dessen Tod seine Witwe Selma. Das Kinderheim wurde 1909 in Bad Sassendorf eröffnet. Bei der Organisation von Erholungsaufenthalten von Großstadtkindern galt das Rabbinat in Dortmund als Vorreiter und Vorbild. 1917 wurden rund 160 Kinder, aufgeteilt in 18 Gruppen, teils für mehrere Monate auf das Land geschickt, meistens begleitet von Rabbiner

Dr. Jacob. Für die Einkleidung bedürftiger Kinder sorgte der ‚Israelitische Frauenverein‘, Hin- und Rücktransporte übernahmen großenteils Frauen aus der Gemeinde. 1931 war Elise Steinberg Vorsitzende der ‚Erholungsfürsorge‘, die alljährlich jüd. Kindern aus der Gemeinde eine Erholungsreise ermöglichte. 1922 gründete die Märkische Loge UOBB in Dortmund eine Vereinigung für Schwestern. Anfang der 1930er Jahre betrieb diese Schwesternvereinigung eine Krankenstation sowie einen Kinderhort für Schulkinder, in dem viermal pro Woche eine Betreuung angeboten wurde.

1907 gab es eine ‚Casse gegen Wanderbettelei‘ mit einem Etat von 800 Mark. In den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. existierten die Elias-Stiftung zur Erziehung armer Kinder, zum Wohle der Armen die Vogelsang-Stiftung (später Elias-Vogelsang-Stiftung) sowie die Katzenstein-Stiftung; alle drei Stiftungen wurden vom Gemeindevorstand verwaltet. Der Schüchtermann-Schiller-Stiftung für die Ferienpflege armer Kinder stand Rabbiner Dr. Jacob vor. 1916 errichteten der Rentner Nathan Heimann und seine Frau Bertha eine Stiftung mit einem Kapital von 20 000 M, deren Zinsen an Bedürftige verteilt werden sollten; sie bestand noch Anfang der 1930er Jahre. Anlässlich seines 25. Amtsjubiläums als Gemeindevorsitzender in Dortmund wurde 1928 die ‚David-Leezer-Stiftung‘ gegründet. 1932 riefen der Vorstand der Synagogengemeinde und der ‚Israelitische Frauen-Verein‘ die ‚Elise Steinberg-Stiftung‘ mit einem Stiftungskapital von 5000 RM ins Leben. Konrektor a. D. Emanuel Goldschmidt, Ehrenmitglied im ‚Verein israelitischer Lehrer der Rheinprovinz und Westfalen‘, gründete 1937 anlässlich seines 70. Geburtstages den ‚Emanuel-Goldschmidt-Fonds‘, mit dessen Ertrag ein Unbemittelter im Israelitischen Altersheim Unna gepflegt werden sollte.

In der Dortmunder ‚Zentrale für jüdische Wohlfahrtspflege‘ waren 1928 die Chewra Kaddischa, der Israelitische Frauenverein, die Märkische Loge UOBB und der ‚Verein für jüdische Krankenpflege‘ zusammengeschlossen. Angebunden waren die Schwesternheime des ‚Vereins für jüdische Krankenpflege‘ und die Offene Fürsorge des israelitischen Kinderhorts. Anfang der 1930er Jahre gehörten zur Zentrale für jüd. Wohlfahrtspflege außer diesen vier Vereinen auch die Fürsorgestelle der Synagogengemeinde Dortmund (Arbeitsnachweis und Berufsberatung) und die von Ostjuden gebildete „kleine Chewra Kaddischa“. Um die Armut während der Weltwirtschaftskrise zu bekämpfen, ergriff die Dortmunder Gemeinde verschiedene Maßnahmen: Ende 1930 wurde eine jüd. Darlehenskasse gegründet, die dem Not leidenden jüd. Mittelstand Darlehen zur Sicherung der weiteren Erwerbstätigkeit gewährte. Zum Wohlfahrtsprogramm der jüd. Gemeinde zählte auch eine Suppenküche; ab Okt. 1931 wurden täglich koschere warme Mahlzeiten an Arme ausgegeben. Anlässlich des Firmenjubiläums der Gebr. Kaufmann stiftete der Hauptinhaber Leo Jonas Ende 1931 für sechs Monate Mittagessen an 100 unterernährte Kinder der städtischen Volksschulen und ein Milchfrühstück für 50 jüd. Volksschulkinder. Im Mai 1933 wurde eine Stelle für jüd. Wirtschaftshilfe neu eingerichtet, sieben Männer und zwei Frauen standen für Beratungen zur Verfügung. Mitte 1934 schuf der ‚Jüdische Frauenbund‘ eine Reisesteuerkasse für einen Erholungsaufenthalt mittelloser Frauen und Mädchen. Zugunsten kranker und erholungsbedürftiger Kinder wurde im Aug. 1934 ein Wohltätigkeitskonzert veranstaltet, an dem sich auch der Kinderchor der jüd. Volksschule beteiligte. Mitte 1937 erhielten 800 Personen – das waren etwa 23 Prozent aller Gemeindeglieder – Unterstützung durch die ‚Jüdische Winterhilfe‘. Zur Neugründung eines ‚Erholungswerkes für das jüdische Kind‘ wurde eine Haussammlung durchgeführt. 1937 wurde die Dortmunder Loge UOBB von der Gestapo aufgelöst, das Vermögen konfisziert. Nach dem Novemberpogrom fielen auch in Dortmund die Spenden für die ‚Jüdische Winterhilfe‘ spärlich aus, während die Zahl der Unterstützungsempfänger weiter anstieg. Wegen fehlender Mittel konnten im Sommer 1938 nur 40 Kinder zur Erholung aufs Land geschickt werden; 50 weitere erhielten in den Ferien unentgeltlich eine warme Mahlzeit.

2.3.1 Für die Mitte des 13. Jh. wird für Dortmund ein Rabbiner erwähnt. Vor dem Pestpogrom von 1350 war Joel (Johel) ben Uri Halewi Rabbiner und Vorsteher der Dortmunder Judenschaft. Für 1382 ist zeitweise ein Rabbiner bezeugt. Seit 1815 gehörte Dortmund zum Amtsbezirk des Landrabbiners Abraham Sutro. Mit Dr. phil. Benno Jacob (1862–1945) erhielt die aufstrebende Dortmunder Gemeinde 1906 ihren ersten Rabbiner. Er war als Lehrer und Seelsorger tätig, gründete das ‚Kriegshilfskomitee‘ (‚Liebesgaben‘ für die Front) und den religiös traditionell ausgerichteten Wohltätigkeitsverein ‚Secher Owau‘. Bei seinem Dienstantritt in Dortmund habe er – schrieb das ‚Israelitische Familienblatt‘ 1932 anlässlich seines 70. Geburtstages – „ein vom Feuer der falschen Assimilation verzehrtes westfälisches Judentum“ vorgefunden, das er „re-judaisiert“ habe. Jacob war ein bedeutender jüd. Bibelkommentator, der mehr als 100 Aufsätze und Einzelstudien veröffentlichte, darunter einen international beachteten Genesis-Kommentar. 1924 nahm er als „Vertreter des westfälischen Judentums“ an einem Empfang des Reichspräsidenten in Münster teil, zu dem anlässlich der ‚Verfassungsfeier‘ die „Spitzen der westfälischen Geistlichkeit“ eingeladen waren. Als er 1929 aus dem Amt schied, dankte ihm der Dortmunder Oberbürgermeister für seine ehrenamtliche Mitwirkung in der Schuldeputation und in der städtischen Jugendfürsorge. Nach seiner Pensionierung zog Jacob 1929 nach Hamburg, 1938 floh er nach London, wo er 1945 starb.

Als Nachfolger kam Ende 1929 der liberal eingestellte Rabbiner Dr. Kurt Wilhelm (1900–1965) nach Dortmund. Er hatte von 1919 bis 1923 am jüd.-theol. Seminar in Breslau studiert und war 1923 in Würzburg zum Dr. phil. promoviert worden. Er war Mitglied des ‚Allgemeinen Rabbinerverbandes in Deutschland‘ sowie der ‚Vereinigung der liberalen Rabbiner Deutschlands‘. Die Gemeinde beurlaubte Wilhelm 1933 für sechs Monate, in denen er mit seiner Familie nach Palästina ging. Im Okt. 1934 kehrte er nach Dortmund zurück, siedelte kurze Zeit später aber endgültig nach Palästina über. Bis 1948 war er dort Rabbiner einer liberalen Gemeinde, 1948 bis 1965 Oberrabbiner in Stockholm, seit 1959 zudem Honorarprofessor für die Wissenschaft des Judentums an der Universität Frankfurt am Main.

Auf Wunsch von Rabbiner Dr. Jacob wählte die Gemeinde 1926 einen zweiten Rabbiner: Dr. Ernst Appel (1884–1973) aus Bingen, der in erster Linie den Religionsunterricht übernahm. Anfang der 1930er Jahre ist er als Mitglied der ‚Vereinigung der liberalen Rabbiner Deutschlands‘ nachgewiesen. Nach Wilhelms Übersiedlung nach Palästina war er alleiniger Rabbiner der jüd. Gemeinde Dortmund. Seit 1933 wurde seine Familie fortwährend von der Gestapo überwacht. Als diese 1937 die Dortmunder Bne-Briss-Loge auflöste und das Logenvermögen konfiszierte, wurden Appel und seine Frau als deren Vorsitzende verhaftet. Nach der Freilassung floh das Ehepaar mit den beiden Töchtern im Mai 1937 in die Niederlande und später in die USA. Marta Appel hat über ihre Zeit in Dortmund, insbesondere über die Diskriminierung ihrer Familie in der NS-Zeit, Erinnerungen hinterlassen. Ernst Appel amtierte bis 1969 als Rabbiner in Jackson (Tennessee). Nach Appels Flucht blieb das Amt des Rabbiners ein Jahr vakant. Mitte 1938 wurde Dr. Moritz David (1875–1956) Rabbiner in Dortmund, er war zuvor zu seiner Pensionierung 1936 als Rabbiner in Bochum tätig gewesen. Im Zuge des Novemberpogroms wurde er misshandelt und im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Nach der Entlassung gelang ihm die Emigration nach England, wo er 1940 als ‚feindlicher Ausländer‘ interniert wurde. Er meldete sich freiwillig zur Ausreise nach Australien, zwei Jahre später konnte er nach London zurückkehren. Nach der Auswanderung Davids übernahm 1939 der Lehrer und Prediger Siegmund Nussbaum die seelsorgerische Betreuung der Dortmunder Gemeinde.

Vorsteher der Dortmunder Judenschaft war vor dem Pestpogrom von 1350 der Rabbiner Joel (Johel) ben Uri Halewi. Aus der Zeit nach der Wiederansiedlung sind Vivus und seine Nachkommen als Vorsteher bezeugt, so 1434 und in den 1440er Jah-

ren sein Sohn Jakob. Dem Gemeindevorstand gehörte seit 1850 für mehr als 25 Jahre Moses Heymann an. Nathan Heimann, Gründer der Firma N. Heimann & Co, war ab etwa 1885 für mehr als drei Jahrzehnte Vorstandsmitglied, er erwarb sich besondere Verdienste um die musikalische Gestaltung des Gottesdienstes. Unter der Ägide des Vorstandsvorsitzenden Adolf Elias ist 1900 die neue Synagoge erbaut worden. In einem Nachruf aus dem Jahr 1903 wurde sein gemeinnütziges Wirken für die allgemeinen Bedürfnisse der Juden in Westfalen besonders hervorgehoben, u. a. für die Marks-Haindorf-Stiftung in Münster und das ‚Israelitische Altersheim‘ in Unna, zudem gehörte er dem Zentralkomitee der ‚Alliance Israélite Universelle‘ an. Sein Nachfolger als Gemeindevorsitzender wurde der aus Dülmen stammende David Leeser. Auch er war vielfältig engagiert, so etwa als Mitglied des ‚Landesverbands preußischer Synagogengemeinden‘, als stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsausschusses des ‚Verbandes der Synagogengemeinden Westfalens‘ und als Vorstandsmitglied des ‚Israelitischen Altersheims in Westfalen‘. Anlässlich seines 25. Amtsjubiläums 1928 wurde ihm der Titel ‚Chower‘ verliehen. 1933 wurde Leeser Ehrenmitglied des Vorstandes, er starb 1935. Zu Beginn der 1930er Jahre war Konsul Louis Jacoby Vorsitzender des Gemeindevorstandes und Schatzmeister; Mitte 1933 legte er sein Amt nieder. Ende 1933 wurden Leo Jonas und Dr. Hoffmann als neuer Gemeindevorstand gewählt. Vorsitzender des Repräsentantenkollegiums war 1916 der 80-jährige Jakob Wolff, der im Verein ‚Israelitisches Altersheim‘ und im Lokalausschuss des CV aktiv war; wenige Jahre zuvor war er mit dem ‚Roten Adlerorden‘ 4. Klasse ausgezeichnet worden. 1929 war Sally Schild (gest. 1934) seit fast 50 Jahren Repräsentant; als Kriegsveteran von 1870/71 gratulierte ihm Reichspräsident v. Hindenburg 1929 zu seinem 80. Geburtstag. Anfang 1930 wurden für sechs Jahre Sally Schild, Albert Heinemann, Dr. Louis Koppel, Isaak Stern, Max Dornberger und Chaim Jakob Laufer zu Repräsentanten gewählt; von den 1100 Wahlberechtigten hatten 386 ihre Stimme abgegeben. 1932 bestand die Repräsentanz aus 13 Mitgliedern, ihr Vorsitzender war Dr. jur. Louis Koppel.

Prediger in der Dortmunder Gemeinde war von 1877 bis 1910 der Hauptlehrer Max Rothschild. Als Kantoren sind für das erste Viertel des 20. Jh. die Lehrer Emanuel Goldschmidt, Dr. Brader, S. Gumpert und Carl Steinweg genannt. Seit der Jahrhundertwende fungierte Adolf Heymann, Rektor der Israelitischen Schule, 25 Jahre lang als Kantor, nach dessen Tod wurde 1932 Kantor Kober aus Köln zu einem Nachfolger gewählt. Als Schächter werden in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jh. Albert Lorch und H. Mainzer genannt, Anfang der 1930er Jahre Philipp Weiser, als Synagogendiener B. Cahnstein, Mitte der 1920er Jahre M. Mainzer als Kastellanin.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zur Eröffnung der neuen Synagoge 1956 war Jacob Likier Vorbeter. Nach 1945 wurde Dortmund Sitz des ‚Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe‘. Landesrabbiner mit Wohnsitz in Dortmund war zunächst Dr. Paul Holzer (1951–1958), der für die gesamte frühere britische Besatzungszone zuständig war. Landesrabbiner für Westfalen und Lippe waren danach Dr. Hans Chanoch Meyer (1958–1963), Emil Davidovic (1963–1986), Dov-Levy Barsilay (1987–1993), der zuvor Kantor und Religionslehrer in Dortmund war, sowie Henry G. Brandt (1995–2004), seither ist das Amt vakant. Die Betreuung der Gemeinde Dortmund lag von 2005 bis 2016 ausschließlich in den Händen des orthodoxen Rabbiners Avichai Apel.

2.3.2 Bekannt über Dortmund hinaus waren bis zu ihrem Berufsverbot 1933 die Kapellmeister und Dirigenten der Oper Felix Wolfes (1892–1971) und Martin Piestreich (1905–2000), Letzterer war nach seiner Emigration unter dem Namen Martin Rich u. a. an der Metropolitan Opera in New York erfolgreich. Zu erwähnen sind ferner der Opernsänger Armin Weltner (1894–1992) sowie die Opernsängerin Ruth Wolffreim (geb. 1899, Lebensweg ab 1936 unbekannt). Der bekannte Schauspieler Paul Walter Ja-

cob (1905–1977) kehrte 1949 aus dem südamerikanischen Exil zurück und übernahm 1950 die Intendanz der Städtischen Bühnen Dortmund, die er bis 1962 leitete.

In Dortmund geboren wurde Julius Johann (Isaac) Philipp (1875–1962). Er ging 1895 nach Berlin, wo er 1901 mit seinem Bruder die literarischen Monatsblätter ‚Arkadien‘ ins Leben rief. In der Hauptstadt arbeitete er unter dem Pseudonym Julius Philipp-Hergesell als Journalist, Theaterkritiker und Romanschriftsteller. 1933 floh er nach England, 1934 nach Jugoslawien, 1936 nach Italien und 1938 erneut nach England. Ebenfalls in Dortmund geboren wurde der national und international anerkannte Bildhauer Benno Elkan (1877–1960). Er besuchte das Gymnasium seiner Heimatstadt, bevor er eine Ausbildung an den Kunstakademien München und Karlsruhe absolvierte. Nach dem Studium ging er nach Paris und Rom, 1933 ins Exil nach England. Im Auftrag des britischen Parlaments schuf er 1956 die große Menorah für die Knesset in Jerusalem. Der aus Dortmund stammende Jurist und Rechtsanwalt Ernst Frankenstein (1881–1959) war Anhänger des Zionismus und trat in seinem Werk für die Gründung eines Staates Israel ein. Er leistete wesentliche Beiträge zum Internationalen Privatrecht, u. a. mit einer Vorlesungsreihe 1930 an der Haager ‚Akademie für Internationales Recht‘. 1933 emigrierte er zunächst nach Frankreich, 1936 nach England. Martin Ostwald (1922–2010) besuchte zunächst das Dortmunder Stadtgymnasium. In der Pogromnacht wurde er mit seinem jüngeren Bruder und seinem Vater ins Gestapo-Gefängnis ‚Steinwache‘ gebracht. Mit einem Kindertransport entkam er über die Niederlande und England nach Kanada, wo er nach dem Studium der Klassischen Philologie promoviert wurde. Sein Wirken als international anerkannter Professor der Alten Geschichte würdigte die Fakultät Kulturwissenschaften der Universität Dortmund 2001 mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde.

Die sozialdemokratische Politikerin Jeanette Wolff (1888–1976), geboren in Bocholt als Tochter des Lehrers Isaac Cohen, wurde 1905 in der sozialistischen Jugendbewegung politisch aktiv. Von 1919 bis 1932 war sie Stadtverordnete in Bocholt, bevor sie nach Dinslaken zog. 1933 wurde sie wegen ihres Wahlkampfengagements für die SPD verhaftet und bis 1935 in ‚Schutzhaft‘ festgehalten. Nach ihrer Entlassung unterhielt Jeanette Wolff bis 1938 in Dortmund einen Mittags- und Abendtisch für jüd. Angestellte, die in der Dortmunder Innenstadt keine öffentlichen Restaurants mehr besuchen durften. 1940/41 wurde die Familie in ein ‚Judenhaus‘ in Dortmund-Mengede eingewiesen, von wo sie 1942 nach Riga deportiert wurde. Sie überlebte zahlreiche Ghettos und Lager. Von 1946 bis 1951 war sie in Berlin Stadtverordnete, von 1952 bis 1962 gehörte sie dem Deutschen Bundestag an. Seit 1946 war sie Vorsteherin der Repräsentanz der jüd. Gemeinde Berlin, später stellvertretende Vorsitzende des ‚Zentralrats der Juden in Deutschland‘ (1965–1975), Vorsitzende des ‚Jüdischen Frauenbundes‘ und der ‚Liga für Menschenrechte‘. 1949 war sie Mitbegründerin der ‚Gesellschaft für Christliche-Jüdische Zusammenarbeit‘ in Berlin, bis 1970 Jüdische Stellvertretende Vorsitzende, bis 1976 Jüdische Vorsitzende. 1967 wurde sie mit dem Ehrentitel ‚Stadtälteste von Berlin‘ ausgezeichnet, 1968 zum Ehrenmitglied der ‚Internationalen Liga für Menschenrechte‘ ernannt.

2.3.3 Zu den Stadtverordneten von Dortmund gehörten Moses Heymann, seit 1850 langjähriger Vorsteher der jüd. Gemeinde, ferner Dr. Blankenstein, der 1893 zum Kgl. Sanitätsrat ernannt wurde. 1905 wurde bei den Stadtverordneten-Wahlen in der zweiten Abteilung Louis Sternau gewählt. 1910 wählte die Stadtverordnetenversammlung anstelle des ausscheidenden Zentrumsführers den jüd. Stadtverordneten Albert Heinemann in die Schuldeputation, was Kritiker als „Schlag in das Gesicht der katholischen Bevölkerung“ bezeichneten. Die 1874 geborene Rosa Buchthal, Mitglied der DDP und Mitbegründerin des Vereins der liberalen Frauen Dortmunds, war das erste weibliche Mitglied des Dortmunder Magistrats; von 1923 bis 1927 war sie als Stadträtin für den Kulturbereich (u. a. Bibliotheken und Stadtarchiv) zuständig. Auch der

aus Hameln stammende und seit etwa 1900 in Dortmund ansässige Rechtsanwalt und Notar Dr. Max Frank (1870–1933) war seit 1919 Stadtverordneter und bis 1925 unbesoldetes Magistratsmitglied, 1921 zudem kurzzeitig Mitglied des Reichstags.

Der aus Prenzlau in der Uckermark stammende SPD-Politiker Dr. Paul Hirsch (1868–1940) war von 1918 bis 1920 preuß. Ministerpräsident und wurde 1925 zum Bürgermeister von Dortmund gewählt. Aus gesundheitlichen Gründen und wegen zunehmender antisemitischer Anfeindungen reichte er Ende 1932 sein Pensionsgesuch ein und kehrte nach Berlin zurück. 1933 trat er demonstrativ wieder in die jüd. Gemeinde ein, aus der er ausgetreten war. Seine Pension als Bürgermeister von Dortmund und sein Bankkonto wurden gesperrt, es wurden ihm lediglich geringfügige Bezüge belassen. Paul Hirsch starb 1940 in Berlin an Altersschwäche und Unterernährung, seine Urne wurde auf dem jüd. Friedhof Berlin-Weißensee beigesetzt. Etwa ein Jahr nach seinem Tod nahm sich seine Frau Lucie das Leben und entging so der Deportation.

Aron Mansbacher, Maler und Anstreichermeister in Dortmund, gehörte seit etwa 1886 dem Vorstand der Maler-Innung an und wurde 1906 zum Obermeister gewählt. Die Handwerkskammer ernannte ihn zum Vorsitzenden des Gesellenprüfungsausschusses für das Maler- und Anstreichergewerbe für den Stadt- und Landkreis Dortmund. Der Großkaufmann und Mitinhaber eines Agenturgeschäfts für Landprodukte Isidor Goldschmidt (gest. 1919) war Gründer und Vorsitzender der Dortmunder Getreidebörse. Seine Nichte Betty Goldschmidt (1881–1941) heiratete 1910 den bedeutenden Kunsthändler und -sammler Alfred Flechtheim (1878–1937). Abraham Baum gehörte 1932 seit 30 Jahren der städtischen Viehhof- und Schlachthausdeputation an. Für die Schwurgerichtsperiode 1926 wurde „als einzige Dame“ Alice Jacob, Ehefrau des Kaufmanns Richard Jacob, als Hauptgeschworene beim Dortmunder Schwurgericht ausgelost. Seit ca. 1879 stand Samuel Neugarten 40 Jahre lang dem Kriegerverein in Dortmund vor.

3.1 Den Architektenwettbewerb für die 1900 erbaute Synagoge gewann der preuß. Regierungsbaumeister Eduard Fürstenau (1862–1938). Unter den um die Jahrhundertwende errichteten Großstadt-Synagogen stellte die Dortmunder eine Ausnahme dar, denn bereits in der Ausschreibung wurde die Berücksichtigung der in direkter Nachbarschaft liegenden neugotischen Oberpostdirektion gefordert, die ihre Form nach dem ausdrücklichen Wunsch Kaiser Wilhelms II. erhalten hatte. Der Synagogenbau direkt neben dem Theater entstand „in Anklängen an die Renaissance mit starken spätgotischen Elementen“ unter Verwendung „heimatlich-westfälischer Stilelemente“ (HAMMER-SCHENK). Das Bethaus bot Platz für 1270 Personen, davon für 450 Frauen auf den Emporen. Ausführliche Beschreibung bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 85–88. Eingebaut war eine elektrisch betriebene Orgel „von 41 Stimmen“. Ein Nebenraum, der 30 Menschen fasste, wurde als Wochentagssynagoge genutzt. 1938 wurde die Gemeinde zum Verkauf gezwungen, das Gebäude wurde umgehend abgerissen.

Nach Neugründung der jüd. Gemeinde wurde 1956 auf dem Gelände des neuen Gemeindezentrums (Prinz-Friedrich-Karl-Str. 9) eine Synagoge eingeweiht. Konzipiert von dem Architekten Helmut Goldschmidt, wies sie 112 Plätze für Männer und auf einer Empore 70 für Frauen auf. Als Reaktion auf das Wachstum der Gemeinde wurde 1997 im Garten des Gemeindezentrums ein Synagogenneubau errichtet. Dazu gehört auch ein Mehrzweckraum für 500 Gläubige.

Den Plan, ein eigenes Gemeindehaus zu bauen bzw. ein entsprechendes Gebäude zu kaufen, gab die jüd. Gemeinde in den 1920er Jahren wegen zu hoher finanzieller Belastungen auf. Stattdessen mietete sie 1929 in der Stadtmitte das Wiskottsche Patrierhaus (Märkische Str. 11), baute es um und richtete es als Gemeindehaus mit Büros,

Jugendräumen und Wohnungen für Gemeindebeamte bzw. für die Gemeindegewertern ein. Im Jan. 1933 konnte Rabbiner Dr. Appel das umgebaute Haus einweihen. Von 1937 bis 1941 befand sich das Gemeindehaus in der Saarbrücker Str. 3, zuletzt in der jüd. Volksschule (II. Kampstr. 14.) Im 1956 eingeweihten Gemeindehaus wurden Büroräume, eine koschere Küche, ein Gemeindesaal, Schulräume und eine Mikwe eingerichtet; Näheres bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 93f. Bis 1978 war auch ein Altersheim für 22 Personen angegliedert.

Die beim Pestpogrom 1350 enteignete Mikwe erhielten die Juden nach ihrer Wiederzulassung 1373 zurück; 1411 ist sie noch nachgewiesen. 1390 bis 1396 zahlten die Juden für die Mikwe jährlich 2 Gulden Pacht an die Stadt. 1929 wurde das Haus Leopoldstr. 31 angekauft, in dessen Anbau ein Ritualbad eingerichtet wurde. 1931 wurde die Mikwe mit Männer- und Frauenabteilung in Betrieb genommen, die Bauleitung hatte in den Händen der Dortmunder Architekten Pinno und Grund gelegen. Die Kosten trug laut Vertrag mit der ‚Ostjüdischen Vereinigung‘ die Synagogen-Gemeinde Dortmund. 1934 erfolgten Instandsetzungsarbeiten, eventuell nach antisemitischen Ausschreitungen.

3.2 1320 wird als Wohnort des Juden Samuel die Brückstraße angegeben. Erstmals 1374 wurde eine zur Kampstraße führende Gasse (heute Lühringshof) wegen der dort liegenden Synagoge und der Mikwe als ‚Judengasse‘ bezeichnet, ohne dass dort aber eine Wohnkonzentration oder gar ein Ghetto anzunehmen ist. Im Rahmen eines Gedenkbuchprojektes wurden die Wohnsitze und Geschäftshäuser der Dortmunder Juden während der NS-Zeit zusammen mit biographischen Daten in einer vom Stadtarchiv angelegten Datenbank gesammelt.

3.3 In den 1320er Jahren wird Joel ben Uri Halewi als Verwalter eines Friedhofs in Dortmund genannt. 1336 kauften die Juden von der Stadt Dortmund das Grundstück des – offensichtlich bereits bestehenden – jüd. Friedhofs vor dem Westentor, dessen Grabsteine noch im 18. Jh. am Stadtgraben standen. Es handelte sich um den einzigen mittelalterlichen jüd. Friedhof im heutigen Ruhrgebiet, so dass dort vermutlich auch Juden aus der Grafschaft Mark sowie aus Essen und Werden begraben wurden. Das Ehepaar Johel und Nenneke wurde beim Kauf dazu bestimmt, die Beerdigungsgelder einzunehmen und die Begräbnisplätze zuzuweisen. 1346 wurde den Juden der Besitz des Friedhofs bestätigt, 1350 war er im Besitz der Stadt. Zwei Jahre nach der Wiederaufnahme von Juden in die Stadt nahmen sie 1375 auch den Friedhof vor dem Westentor wieder in Besitz. Weiterhin wurden dort auch Juden bestattet, die nicht aus Dortmund stammten; 1411 verlangte die Dortmunder Judenschaft für deren Bestattung 1 Mark.

Auf dem 1811 angelegten ‚Westentotenhof‘ (Westenfriedhof, später Westenspark) erwarb die jüd. Gemeinde 1845 ein Grundstück in Erbpacht, das 1850 in ihr Eigentum überging; jüd. Beisetzungen fanden dort offenbar schon seit 1815 statt. 1885 war der jüd. Friedhof vollständig belegt. Der älteste, 568 m² große Teil (Flur 19, Nr. 135) wurde 1885 der Stadt zurückgegeben unter der Bedingung, dass er weder bebaut noch zu profanen Zwecken genutzt werden dürfe. 1943 wurde der jüd. Teil des Friedhofes beim Bau eines Luftschutzbunkers zugeschüttet. Beim Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Schulgebäude an der Möllerstraße/Ecke Lange Straße (ehem. Wilhelm-Schule) wurde ab 1955 auch die Fläche des ehem. jüd. Friedhofs – entgegen der Vereinbarungen von 1885 – durch die Stadt Dortmund überbaut (heute Hauptschule Innenstadt West). Seit 2011 erinnert ein Gedenkstein mit hebr. Inschrift an den Begräbnisplatz.

1885 wies die Stadt Dortmund der Synagogengemeinde den südöstlichen Teil des 1876 eröffneten Ostentorfriedhofs (Ostenfriedhof, Robert-Koch-Straße) zu, wo bis in die 1940er Jahre Beisetzungen stattfanden. 1911 trat die jüd. Gemeinde die unbelegte

Fläche dieses Begräbnisplatzes an die Stadt ab. Auf dem verbliebenen Areal sind zahlreiche kunstvolle Grabdenkmäler erhalten, aber auch Grabsteine für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges. Ins Auge fallen die von dem Dortmunder Künstler Benno Elkan gestalteten Grabdenkmale für Alex Mendelsohn und die Familie Melchers. 1920 informierte Rabbiner Dr. Jacob die Presse über Hakenkreuzschmierereien. Durch Kriegseinwirkungen und Willkürakte während der NS-Zeit weitgehend zerstört, wurde der Friedhof nach 1945 wiederhergestellt. Ein 1949 eingeweihtes Mahnmal erinnert an die Toten der jüd. Gemeinde in den Jahren 1933 bis 1945.

Ein weiterer jüd. Begräbnisplatz wurde auf dem Gelände des 1921 eingeweihten neuen städtischen Hauptfriedhofs im Ortsteil Wambel (Am Rennweg) geschaffen. Auf dem 3,5 ha großen jüd. Friedhof wurden in der NS-Zeit zahlreiche Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Massengräbern beigesetzt. Nachdem bereits 1934 zwei Bronzeplatten von einem Grab gestohlen worden waren, wurden 1948 zweimal sowie 1950 und 1965 Grabsteine umgeworfen. 1961 errichtete die Stadt Dortmund auf dem weiterhin genutzten Teil des jüd. Friedhofes eine Trauerhalle für die jüd. Gemeinde. In den 1990er Jahren wurde der Begräbnisplatz wiederholt geschändet. Auf dem Friedhof befinden sich auch Gedenksteine für die Opfer des 9. Nov. 1938 aus Dortmund und Lünen.

4.1 CJA Berlin, Gesamtarchiv der deutschen Juden, 1,75 A Jüdische Gemeinden, Do 2. – Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, RHR, Obere Registratur, K 222; Resolutionsprotokolle, Bd. 229, fol. 103. – Historisches Staatsarchiv Lettlands (Riga), P 132-28-18, Revier- und Ordnungsbuch der ‚Dortmunder Gruppe‘ im Rigaer Ghetto. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), P 5 Nr. 245, P 10 Nr. 28. – LAV NRW Abt. W (Münster), Kreis Dortmund, Landratsamt 1271, 1265, 1267, 1272, 1275, 1328, 1329; Rückerstattungen 04415. – StadtA Dortmund, 122/141-168 u. 215, 182/8. – LBI New York, ME 1168, Marta Appel Memoirs, auszugsweise abgedr. in: RICHARZ Monika (Hg.), Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918-1945 <Stuttgart 1982> Bd. 3, 231-243; AR 2078 u. ME 1535, Tagebuch Wilhelm Buchheim 1933-1943 u. Wilhelm Buchheim-Collection. – Yad Vashem Archives, Teilnachlass Siegmund Nussbaum (übergeben 2002 vom StadtA Dortmund auf Bitte der Jüd. Kultusgemeinde Dortmund und der in Israel lebenden Tochter von S. Nussbaum, Frau Lore Cudish).

4.2 Personenfotos in der Wilhelm Buchheim-Collection im LBI New York: Lehrkräfte der jüd. Volksschule Dortmund sowie Schulklassen mit Lehrkräften in der Schule und im Schulgarten. Personen- und Gruppenfotos in der Bildsammlung des StadtA Dortmund, Best. 502/WuV, teilweise abgedr. in: Stadtarchiv Dortmund (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945. Ständige Ausstellung und Dokumentation <Dortmund 1981>, im ‚Israelitischen Familienblatt‘: Sally Flörsheim <2.3.1911>, neun Brüder Löwenhardt „im Felde“ <15.6.1916>, Lehrer Emanuel Goldschmidt <1.4.1925>, Oberschwester Erika Dreifuß <2.2.1928>, Gemeindevorsitzender David Leeser <29.11.1928 u. 3.1.1935>, Boxgruppe des Hakoah im RjF Dortmund <1.5.1926>, Rabbiner Dr. Benno Jacob <1.9.1932>, Foto der Synagoge <14.8.1902>. Gebäudeakten und Fotos der Synagoge im StadtA Dortmund; weitere Bilder und Dokumente im Nachlass des Architekten Eduard Fürstenau in der Berlinischen Galerie. Fotos der Synagoge und des jüd. Friedhofs in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 116-127; BIRKMANN/STRATMANN, Bedenke vor wem du stehst 48-51; BROCKE, Feuer an dein Heiligtum 108-110 u. 611; HAMMER-SCHENK, Synagogen in Deutschland, Bd. II, Nr. 342f. Details zur Synagoge von 1900 in: TU Darmstadt, Fachgebiet CAD in der Architektur (Hg.), Synagogen in Deutschland. Eine virtuelle Rekonstruktion <Basel 2004>; <http://www.cad.architektur.tu-darmstadt.de/synagogen/>

inter/menu.html [letzter Zugriff 12.07.2016]. Fotos der Dortmunder Deportationen in: HESSE Klaus/SPRINGER Philipp, Vor aller Augen. Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz <Essen 2002>. Personenfotos, Details der Dortmunder Synagoge und deren Zerstörung sowie von Deportationen aus Dortmund, StadtA Dortmund Best. 502/WuV und 502, abgedruckt in: HÖGL (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Dortmund; PIORR (Hg.), Ohne Rückkehr; FISCHER, Verfolgung und Vernichtung.

4.3 AZJ <1870, 1875, 1879, 1881, 1884, 1888, 1893, 1895, 1899, 1901–1905, 1907, 1909–1910, 1912, 1916, 1918, 1921>. – Israelitisches Familienblatt <1902–1907, 1910–1917, 1919, 1921, 1923–1938>. – Nachrichtenblatt für die Jüdische Religionsgemeinde Dortmund <1933–1937>. – Gemeindeblatt für die Jüdische Religionsgemeinde Dortmund <1933/34–1937>. – Jüdisches Gemeindeblatt für Dortmund und Umgebung <1931–1938>. – BRILLING/RICHTERING (Hg.), Westfalia Judaica, Bd. 1. – HANSEN J. (Hg.), Chronik des Dietrich Westhoff von 750–1500. In: Die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert, Bd. 20: Die Chroniken der westfälischen und niederrheinischen Städte 1: Dortmund <Leipzig 1887>. – ROESE Eduard (Hg.), Des Dominicaners Jo. Nederhoff Cronica Tremoniensium (= Dortmund Chroniken 1) <Dortmund 1880>. – RÜBEL Karl, Dortmunder Urkundenbuch, Bd. 1–3 u. Ergänzungsbd. <Dortmund 1881–1910>. – SCHWALM Jakob (Hg.), Monumenta Germaniae Historica, Constitutiones et acta publica imperatorum et regum inde ab a. MCCLXXIII usque ad a. MCCXCVIII (1273–1298) <ND Hannover 1980> Bd. 3, Teil 3, 1–5.

4.4 BAUSCH Hermann-Josef, „Soviel aber ist mir in unauslöschlicher Erinnerung ...“ Die Erpressung des Verkaufs der Synagoge 1938. Ein Augenzeugenbericht von Dr. Louis Koppel. In: Heimat Dortmund <2000> H. 2, 28–33. – DERS., Der Friedhof vor dem Westentor oder Westenfriedhof. Dortmunds erster kommunaler Friedhof (1811–1931) und der alte jüdische Friedhof (1815–1885). In: Heimat Dortmund <2011> H. 3, 16–24. – BARBIAN Jan-Pieter/BROCKE Michael/HEID Ludger J. (Hg.), Juden im Ruhrgebiet. Vom Zeitalter der Aufklärung bis zur Gegenwart <Essen 1999>. – BIRKMANN Günter, Benno Jacob. Ein liberaler Rabbiner in Dortmund. In: Heimat Dortmund <2000> H. 2, 9. – BITZEL Uwe, Damit kein Gras darüber wächst. Ereignisse um die Pogromnacht 1938 in Dortmund <Dortmund 1988>. – BOHRISCH Hans-Wilhelm, Jüdische Friedhöfe, Denkmale und Gedenktafeln. In: Heimat Dortmund <1996> H. 1, 32–36. – BRILLING Bernhard, Zur Geschichte der Juden in Dortmund und der Grafschaft Mark im Mittelalter. In: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 55 <1958> 45–64. – DASCHER Ottfried, Louis Jacoby. In: Biographien bedeutender Dortmunder Bd. 1 <Dortmund 1994>. – Das Schicksal der jüdischen Rechtsanwälte und Notare während der Zeit des Nationalsozialismus, hg. v. Anwalt- und Notarverein Dortmund <Dortmund o. J.>. – FISCHER Rolf, Ohne Rückkehr. Die Deportation der Juden aus dem Regierungsbezirk Arnsberg nach Zamość im April 1942. In: PIORR (Hg.), Ohne Rückkehr 17–48. – FISCHER Rolf, Erzwungener Abschied. Dortmunder Bahnhöfe als Orte der Deportation. In: Heimat Dortmund <2011> H. 1, 30–35. – DERS./KEMPER Katrin, „Als Deutscher unter Deutschen“. Biografien nach Zamość deportierter Dortmunder Juden. In: PIORR (Hg.), Ohne Rückkehr 141–150. – FISCHER Rolf, Verfolgung und Vernichtung. Die Dortmunder Opfer der Shoa. Gedenkbuch (= Schriftenreihe der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund 2) <Essen 2015>. – FREMER Torsten/RUNDE Ingo, Die Juden der mittelalterlichen Stadt Dortmund von den Anfängen bis zu den Pogromen des 14. Jahrhunderts. In: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 83/84 <1992/1993> 57–84. – FÜRSTENAU Eduard, Die neue Synagoge in Dortmund. In: Zen-

tralblatt der Bauverwaltung 84 <1904> 521. – FÜRSTENAU Gesche, Die Synagoge in Dortmund, Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 80 <1989> 65f. – GÜNNIEWIG Markus, Das KZ-Außenlager Buchenwald in Dortmund. In: Heimat Dortmund <2011> H. 1, 61. – HABEL Werner, Die Zerstörung der Dortmunder Synagoge im Jahr 1938. Didaktische Überlegungen zur deutschjüdischen Geschichte. In: Historie heute, Bd. 2 <Königstein 1982>. – HEID Ludger, Ostjüdische Arbeiter in Dortmund (1915–1920). In: Heimat Dortmund <1996> H. 1, 17–20. – HEIMBERG Siegfried, Von 1945 bis 1961. Ein kurzer Rückblick. In: MEYER (Hg.), Aus Geschichte und Leben der Juden in Westfalen 137–144. – HÖGL Günther, Erinnerungsorte und gemeinsame Gedenkorte in Dortmund und Riga. Die Deportation Dortmunder Juden vom 27. Januar 1942 nach Riga. In: Heimat Dortmund <2011> H. 1, 36–45. – DERS., Das Dortmunder Theater während der NS-Zeit. Gleichschaltung und totalitärer Vollzug am Dortmunder Stadttheater. In: 100 Jahre Theater Dortmund <Dortmund 2004> 119–128. – DERS., Benno Elkan. In: Biographien bedeutender Dortmunder, Bd. 3 <Dortmund 2001> 61–63. – DERS. (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945 <Dortmund 2002>. – DERS., Dortmund – KZ-Außenlager Buchenwald. In: MEGARGEE Geoffrey P. (Hg.), The United States Holocaust Memorial Museum, Encyclopedia of Camps and Ghettos 1933–1945, Vol. I, 328 <Bloomington and Indianapolis 2009>. – DERS./KOHLPOTT Thomas, Die Deportationen aus Dortmund am 27. Januar 1942. In: SCHEFFLER Wolfgang/SCHULLE Diana, Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden Bd. II <München 2003> 833ff. – HOFMANN Fritz/SCHMIEDER Peter, Benno Elkan. Ein jüdischer Künstler aus Dortmund <Essen 1997>. – HOFMANN Fritz, Jüdisches Schulwesen in Westfalen. In: BARBIAN/BROCKE/HEID, Juden im Ruhrgebiet 555–574. – DERS., Jüdisches Lernen in Dortmund. In: Heimat Dortmund <1996> H. 1, 13–16. – DERS., Synagogen und Betstuben in Dortmunder Stadtteilen. In: Heimat Dortmund <2002> H. 2, 39–41. – Jahrhundertbericht religiösen Lebens in Dortmund. In: 100 Jahre Dortmunder Zeitung <Dortmund 1928>. – JACOB Ernest, Benno Jacob als Rabbiner in Dortmund. In: MEYER (Hg.), Aus Geschichte und Leben der Juden in Westfalen 89–109. – JÜRGENSEN Almut, Die Thora lehren und lernen. Rabbiner Benno Jacob in Dortmund (1906–1929). In: BARBIAN/BROCKE/HEID, Juden im Ruhrgebiet 67–104. – KARNOWSKY Renate, Paul Hirsch. In: Biographien bedeutender Dortmunder, Bd. 1 <Dortmund 1994> 41–43. – KERSTING Bernd, Die Dortmunder Synagoge. Ein Modell zum Nachbauen <Dortmund 1990>. – KLOTZBACH Kurt, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945 <Hannover 1969>. – KNIPPING Ulrich, Die Geschichte der Juden in Dortmund während der Zeit des Dritten Reiches <Dortmund 1977>. – KNIPPSCHILD Dieter, Von den Städtischen Bühnen zur Metropolitan Opera in New York. Das Leben der jüdischen Dirigenten Felix Wolfes und Martin Piestreich/Rich. In: Heimat Dortmund <1994> H. 4. – DERS., Das Schicksal der jüdischen Klinikärzte. In: Heimat Dortmund <1996> H. 1, 24–28. – DERS., Stefan Engel. In: Biographien bedeutender Dortmunder, Bd. 3 <Dortmund 2001> 64–66. – DERS., Felix Wolfes. Ebd., Bd. 2 <Dortmund 1998> 151–152. – KOHLPOTT Thomas, Die Synagoge am Hiltropwall. Von der Betstube zur Einweihung der Synagoge am 8./9. Juni 1900. In: Heimat Dortmund <2000> H. 2, 12–27. – LAUSCHKE Karl, Paul Walter Jacob. In: Biographien bedeutender Dortmunder, Bd. 2 <Dortmund 1998> 70–72. – MASER Karl, Die Juden in der Frei- und Reichsstadt Dortmund und der Grafschaft Mark <Phil. Diss. Münster 1912>. – MENZEL-SEVERING Hans, Der Bildhauer Benno Elkan (= Monografie zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 7) <Dortmund 1980>. – DERS., Benno Elkan. Ein künstlerischer Kosmopolit aus dem Ruhrgebiet. In: BARBIAN/BROCKE/HEID, Juden im Ruhrgebiet 133–153. – MICHALAK Tim, Endstation Belzec, Das Schicksal des Dortmunder Lehrers und Predigers Siegmund Nußbaum. In: Heimat Dortmund <1996> H. 1, 21–23. – MÜLLER

Hans, „Wir haben verziehen, aber nicht vergessen ...“. Das KZ-Außenlager Buchenwald in Dortmund <Dortmund 1994>. – NAUMANN Uwe (Hg.), Ein Theatermann im Exil. P. Walter Jacob <Hamburg 1985>. – PFEIFFER Ernst, Die Juden in Dortmund, Das Buch zur Kabelfunk-Serie <Dortmund 1986>. – PIORR Ralf (Hg.), Ohne Rückkehr (= Schriftenreihe der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund 1) <Essen 2012>. – SCHÄFER Sigrid, Rosch Haschana 1945. Neubeginn jüdischen Gemeindelebens in Dortmund. In: Heimat Dortmund <1996> H. 1, 37–40. – DIES., „Gehen oder bleiben?“ Die Anfänge des jüdischen Gemeindelebens in Dortmund nach Kriegsende. In: Heimat Dortmund <2000> H. 2, 42–44. – SCHILP Thomas, Juden im mittelalterlichen Westfalen. In: MENNEKEN/ZUPANCIC (Hg.), Jüdisches Leben in Westfalen 13–22. – SCHMALHAUSEN Bernd, Dr. Rolf Bischofswerder. Leben und Sterben eines jüdischen Arztes aus Dortmund <Essen 1998>. – DERS., Dr. Rolf Bischofswerder. Ein Arzt aus Dortmund im „Dritten Reich“. In: BARBIAN/BROCKE/HEID, Juden im Ruhrgebiet 211–223. – TIEMANN Katharina, Jüdisches Leben im 19. Jahrhundert: Ein Jahrhundert geprägt von Emanzipation und beginnendem Antisemitismus. Mit Briefzeugnissen des Dortmunder jüdischen Kaufmanns Moritz Heymann (1833–1899). In: Heimat Dortmund <1996> H. 1, 13–16. – WILZ Annemarie, „Reisst ab den Judentempel ...“. Der Abriss der Dortmunder Synagoge im Spätsommer 1938. In: Gewalt in der Region. Der Novemberpogrom 1938 in Rheinland und Westfalen, <Düsseldorf u. a. 2008> 21–27. – WOLFF Jeanette, Sadismus oder Wahnsinn. Erlebnisse in den deutschen Konzentrationslagern im Osten <Greiz in Thüringen o. J. > [1947]. – ZIEHER Jürgen, Von der „Liquidationsgemeinde“ zur Aufbaugemeinde? Jüdisches Leben in Dortmund und Düsseldorf in den 1950er Jahren. In: GRÜBEL Monika/MÖLICH Georg (Hg.), Jüdisches Leben im Rheinland. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart <Köln u. a. 2005> 263–185. – ZIEHER Jürgen, Im Schatten von Antisemitismus und Wiedergutmachung. Kommunen und jüdische Gemeinden in Dortmund, Düsseldorf und Köln 1945–1960 (= Dokumente – Texte – Materialien 55) <Berlin 2005>. – DERS., „Wer ein Haus baut, will bleiben.“ Synagogenbau in Dortmund, Düsseldorf und Köln in den fünfziger Jahren. In: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 91 <2000> 203–243.

Günther Högl und Thomas Schilp

DORTMUND-Aplerbeck

1.1 Stadt Dortmund, Ortsteil Aplerbeck

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1929 Eingemeindung nach Dortmund.

Laut dem 1856 genehmigten Statut gehörte Aplerbeck zum Synagogenbezirk Hörde. Seit 1911 bildeten Aplerbeck, Schüren, Berghofen und Sölde die eigenständige Synagogengemeinde Aplerbeck.

2.1.2 Zu Beginn des 19. Jh. siedelten sich Juden in Aplerbeck an, Herz Koppel ließ sich 1815 in der Köln-Berliner-Str. 54 nieder. Für 1832 ist er mit einem Spezerei- und Manufakturwarenladen sowie mit einer Schankwirtschaft verzeichnet. 1846 waren in Aplerbeck der Krämer und Wirt Koppel Herz Herzberg (vermutlich der Sohn von Herz Koppel), der Metzger Löwenstein, der Metzger und Krämer Levy Rosendahl

sowie Isaac Levi Sternheim als selbständig tätige Juden verzeichnet. Ersterer und Letzterer hatten ihre Nachnamen neu angenommen, die beiden anderen führten ihre erblichen Familiennamen schon zuvor. Der in Aplerbeck ansässige Simon Rosenberg (geb. 1855) baute 1903 an der Chausseestr. (Köln-Berliner-Str. 54/56) ein Kaufhaus und betrieb darin ein Anschlusskaufhaus der Rudolph Karstadt AG; zudem war er Betreiber einer Schankwirtschaft in Aplerbeck. Für ihre Teilnahme am Ersten Weltkrieg erhielten Hermann Jonas, Sohn des Kaufmanns A. Jonas, und Walter Herzberg, Sohn des Kaufmanns Moritz Herzberg, das EK II. Jonas wurde 1915 zum Leutnant der Reserve befördert. 1920 wurde ein jüd. Jugendverein gegründet.

In der Gemeinde Berghofen (Amt Aplerbeck) waren 1846 die Witwe des Meier Michels Rosendahl sowie die Handelsmänner David Samuel Schönenberg und Jacob Schönenberg als selbständig tätige Juden verzeichnet; nur Jacob Schönenberg hatte bereits zuvor einen erblichen Familiennamen geführt.

2.1.3 Ende März 1933 wurden die jüd. Bürger Wilhelm Kahn (Köln-Berliner-Str. 7) und Julius Steinweg wegen angeblicher Kontakte zur KPD verhaftet und in das Dortmunder Gefängnis ‚Steinwache‘ gebracht. In der Nacht vom 9./10. Juli 1935 wurden in Aplerbeck an von Juden bewohnten Häusern Türen und Fenster mit antisemitischen Aufschriften beschmiert. Ebenfalls 1935 gaben unbekannte Täter Schüsse auf die Fenster der Wohnung und des Geschäftes des jüd. Ehepaares Schönfeld ab, auch die Scheiben des Geschäfts von Moritz Herzberg wurden eingeschlagen. Zur selben Zeit wurde ein NS-Flugblatt mit der Überschrift „Jüdische Geschäfte und Gewerbetreibende“ verteilt, auf dem die folgenden jüd. Gewerbebetriebe Aplerbecks aufgelistet waren: Max Schönfeld (Möbel und Zigarren), Max Fortunski (Polsterer), Leopold Kratzer (Bettengeschäft), Otto Lenneberg (Haushaltsartikel), Walter Herzberg (Konfektion), Kahn (Konfektion), Josef Andres (Schneidermeister), Strauß & Co. (Inhaber Sally Wißbrun, Schuhwaren), Siegfried Arensberg (Gemüsehandel), ferner die Viehhändler Moritz und Louis Rosenthal sowie Max Sternheim, die Metzger Alex Rosenthal und Walter Löwenstein, schließlich der Kaufmann Bernhard Königsbuch. In der Pogromnacht vom 9./10. Nov. 1938 wurde der jüd. Friedhof an der Schweizer Allee beschädigt, bei Ausschreitungen gegen die jüd. Metzgerei Löwenstein in der Märtnannstr. gingen Angehörige der SS tätlich gegen den Ladenbesitzer vor. Demoliert wurde auch die Wohnung des jüd. Viehhändlers Moritz Rosenthal, ihm gelang es 1939, gemeinsam mit seiner Tochter nach Großbritannien zu emigrieren. Seit 1940 wurden auch Aplerbecker Juden in Sammelunterkünfte in Dortmund-Deusen eingewiesen; 1941 wurden die letzten noch in Aplerbeck wohnenden Juden aus dem ‚Judenhaus‘ Ecke Sölder Kirchweg/Gabelstr. unter Mitwirkung von Mitgliedern der SA und der Hitlerjugend ebenfalls dorthin abtransportiert. Etwa 30 in Aplerbeck geborene oder dort wohnende Juden konnten emigrieren; mindestens 40 wurden in den Konzentrations- und Vernichtungslagern umgebracht. Mehrere Personen aus der ‚Provinzial-Heilanstalt Aplerbeck‘ wurden Opfer der Euthanasie-Morde.

2.1.4 Seit 2005 beteiligt sich Dortmund an der Aktion ‚Stolpersteine‘. Auch in den Stadtteilen Aplerbeck, Sölde und Schüren wurden Erinnerungssteine verlegt.

2.2.1 In Aplerbeck waren 1818 von 562 Einwohnern 495 ev., 40 kath., 21 ref. und sechs jüd. Glaubens; 1843 lebten dort 28 Juden, 1858 waren es 31. 1871 waren von 4173 Einwohnern 3121 ev., 973 kath. und 79 jüd., 1895 von 7028 Einwohnern 5103 ev., 1830 kath., 93 jüd. Glaubens und zwei andere Christen. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 waren in der Landgemeinde Aplerbeck (Gebietsstand 1926) von 10 938 (!) Einwohnern 2684 kath., 7626 ev., 95 Juden und neun sonstige Christen. 1929 wurde Aplerbeck in den Stadtkreis Dortmund eingemeindet.

In Berghofen (Amt Aplerbeck im Landkreis Dortmund, ab 1887 Landkreis Hörde) lebten 13 Juden im Jahr 1843, 1858 waren es zwölf. 1871 waren von 2820 Einwohnern

1827 ev., 973 kath. und 20 jüd., 1895 von 4509 Einwohnern 3121 ev., 1382 kath. und sechs jüd. Glaubens. In Schüren (Amt Aplerbeck) lebten 1858 zwölf Juden; 1871 waren von 2240 Einwohnern 1553 kath., 676 ev. und elf jüd., 1895 von 3347 Einwohnern 2368 ev., 959 kath. und 20 jüd. Glaubens. In Sölde (ebenfalls Amt Aplerbeck) lebten 1858 sieben Juden; 1895 waren von 3658 Einwohnern 2647 ev., 1008 kath. und drei jüd. Glaubens. Berghofen, Schüren und der größte Teil von Sölde wurden 1929 mit dem Amt Aplerbeck nach Dortmund eingemeindet, Teile Söldes kamen nach Holzwickede (Kreis Unna).

Bei der Planung der einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnsberg 1842, die Juden aus Aplerbeck, Berghofen und Wickede zu einem Synagogenbezirk Aplerbeck zusammenzufassen. Der vom Obervorsteher Hellwitz 1847 eingereichte Vorschlag sah eine jüd. Gemeinde Aplerbeck vor, zu der auch Berghofen gehören sollte. Bei Einrichtung der Bezirke wurde Aplerbeck 1856 jedoch zusammen mit Berghofen, Schüren und Sölde der Synagogengemeinde Hörde zugeordnet. Schon für 1877 sind Bestrebungen Aplerbecker Juden erkennbar, eine eigene Synagogengemeinde einzurichten; Grund dafür waren die überdurchschnittlich hohen Kultusbeiträge der Synagogengemeinde Hörde. 1911 kam es zur Gründung einer eigenen Synagogengemeinde unter Einbeziehung von Schüren, Sölde und Berghofen. 1931 wurde die ‚Jüdische Religionsgemeinschaft Dortmund‘ gegründet, in die 1932/33 die jüd. Gemeinde Aplerbeck eingegliedert wurde. Innerhalb des 1896 gegründeten ‚Vereins zur Wahrung des überlieferten Judentums in der Provinz Westfalen‘ gehörte Aplerbeck zum orthodoxen Bezirksrabinat.

2.2.2 Die ersten in Aplerbeck wohnenden Juden besuchten die Synagoge in Hörde. Ende des 19. Jh. mietete die jüd. Gemeinschaft Aplerbeck einen eigenen Betsaal im Haus Weststr. 9 (heute Marsbruchstr. 9) an, der sich in einem Anbau der damaligen Gastwirtschaft ‚Zur Mühle‘ befand. Vermutlich 1927 wurde ein größerer Betsaal über dem Gasthof ‚Zum deutschen Kaiser‘ in der Chausseestr. (heute Köln-Berliner-Str. 44) angemietet. Auch die ältere Betstube wurde beibehalten, noch 1938 waren zwei Andachtsräume vorhanden, die vermutlich von verschiedenen Teilen der Gemeinde genutzt wurden. Bei den Ausschreitungen im Nov. 1938 wurden die Beträume nicht beschädigt.

2.2.3 1843 wurden in Aplerbeck sieben schulpflichtige Kinder gezählt. 1908 beantragten Juden aus Aplerbeck eine staatliche Beihilfe zum Religionsunterricht. Der Antrag wurde u. a. mit Hinweis auf die geringe Zahl an Schulkindern abgelehnt – statt der für eine Unterstützung notwendigen zwölf Kinder konnten nur acht ermittelt werden, die die Volksschule in Aplerbeck besuchten. Weitere fünf Schüler gingen in die höhere Schule, wo sie auch Religionsunterricht erhielten.

2.2.4 Juden aus Aplerbeck unterstützten sporadisch die Haindorfische Stiftung, so in den 1830er Jahren und wieder zwischen 1899 und 1907. Für 1912 ist in Aplerbeck ein ‚Israelitischer Frauenverein‘ bezeugt.

2.3.1 Den Vorstand der neu gegründeten Synagogengemeinde bildeten 1911 der Agent Hermann David, der Schneider Josef Andres, der Kaufmann Simon Rosenberg sowie als Stellvertreter der Kaufmann Moritz Herzberg und der Schuhmacher Leopold Kratzer. 1932/33 gehörten M. Rosenstein, Joseph Andres und D. Judenberg zum Vorstand.

2.3.3 Koppel Herz wurde 1854 Bürgervertreter in der Bürgermeisterei Aplerbeck.

3.1 Die Betstuben der jüd. Gemeinschaft (ab 1911 jüd. Gemeinde) Aplerbeck befanden sich in angemieteten Räumlichkeiten.

3.2 Eine Übersicht der Wohn- und Geschäftshäuser jüd. Familien in Aplerbeck im 20. Jh. in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 102f.

3.3 Der erste jüd. Friedhof in Aplerbeck entstand an der Schweizer Allee, nahe der Einmündung der heutigen Canarisstraße. 1887 wurde er erstmals in behördlichen Akten erwähnt, er ist aber wesentlich älter. Bereits 1831 wurde dort Sara, eine Tochter von Salomon Löwenstein und Mina geb. Meyer, beigesetzt. 1926 wurde der Friedhof geschlossen, 2006 wurde das Areal mit 26 erhaltenen Grabsteinen in die Denkmalschutzliste eingetragen. Seit 1894 war für die Aplerbecker Juden ein Teil des kommunalen Friedhofs an der Köln-Berliner Straße reserviert, die letzte jüd. Beisetzung erfolgte dort 1939. Die beiden Begräbnisplätze wurden in der NS-Zeit beschädigt.

4.1 LAV NRW Abt. W (Münster), Kr. Dortmund, Landratsamt 1279; Landgericht Dortmund/Rückerstattungen 7271; Regierung Arnsberg I G Nr. 574.

4.2 Abb. einer um 1900 entstandenen Postkarte mit dem Gebäude, in der sich der Betsaal befand in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 130; HOFMANN, Synagogen 41. Foto des jüd. Friedhofs in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 130. Zahlreiche Fotos in: NOCZYNSKI, Die jüdische Gemeinde im Amt Aplerbeck.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 8, 10, 33, 40–43 <1835, 1837, 1887, 1899–1907>. – Israelitisches Familienblatt <1912, 1915, 1917, 1920, 1927, 1935>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 159.

4.4 EGGENSTEIN Georg (Hg.), Stolpersteine im Stadtbezirk Dortmund-Aplerbeck. Erinnerung, Respekt, Mahnung <Bönen 2012>. – HÖGL Günther (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945. Katalog zur ständigen Ausstellung des Stadtarchivs Dortmund in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, 2. Aufl. <Dortmund 2002>. – KIRCHHOFF Hans Georg, Die jüdische Gemeinde Aplerbeck. In: DERS./LIESENBERG Siegfried (Hg.), 1100 Jahre Aplerbeck 899–1999 <Essen 1998> 171–174. – KNIPPING Ulrich, Die Geschichte der Juden in Dortmund während der Zeit des Dritten Reiches <Dortmund 1977>. – NOCZYNSKI Wolfgang, Die jüdische Gemeinde im Amt Aplerbeck bzw. Stadtbezirk Dortmund-Aplerbeck 1855–1945. Dokumentation <Dortmund 1986>. – DERS., Die jüdische Gemeinde im Amt Aplerbeck 1815–1945 <Dortmund 1995>.

Günther Högl

DORTMUND-Dorstfeld

1.1 Stadt Dortmund, Ortsteil Dorstfeld

1.2 Bis 1802/03 mit Huckarde Teil der Fürstabtei Essen; nach mehrfachem Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (Kgr. Preußen, GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1914 Eingemeindung nach Dortmund.

Laut Statut von 1858 gehörte Dorstfeld zusammen mit weiteren Gemeinden des Amtes Lütgendortmund (u. a. Lütgendortmund, Annen-Wullen, Huckarde, Kirchlinde, Marten und Oespel) zur Untergemeinde Lütgendortmund im Synagogenbezirk Dortmund. Nach dem 1866 genehmigten Statut bildeten die Juden im Amt Lütgendortmund eine eigene Synagogengemeinde, die ihren Sitz in Dorstfeld hatte.

2.1.1 Nach der Vertreibung aus Dortmund 1596 siedelten sich Juden auch in Dorstfeld und Huckarde an. Für 1727 ist das Geleit der Essener Fürstäbtissin Franziska

Christine v. Pfalz-Sulzbach für die Juden in der Herrlichkeit Huckarde und Dorstfeld überliefert. 1731 wurden Moyses Sander, seine Familie und Bediensteten für zehn Jahre für Huckarde und Dorstfeld vergeleitet; der Erwerb des Geleits kostete die Familie 20 Rtlr., die jährliche Abgabe betrug 4 Reichstaler. 1745 bescheinigte der Actuarius Schürmann in Huckarde dem nach Berleburg ziehenden Abraham Levi, ungefähr zehn Jahre in Dorstfeld gewohnt und als Knecht beim vergeleiteten Juden Moyses Sander gearbeitet zu haben. In den Geleiten des 18. Jh. werden für Dorstfeld genannt: Abraham Levi (1775 und 1793, Schwiegersohn des verstorbenen Dorstfelder Schutzjuden Manus Meyer), Bernd Arndt (1748, 1762 und 1769), Cosmann David (1784 und 1793), David Jacob (1759 und 1767), David Leffmann (1753, 1761 und 1767, Sohn des Hörder Leffmann David), Heimann Abraham (1789 und 1793), Heimann Moses (1782 und 1793), Honas Samuel (1789 und 1793), Jacob David (1755 und 1762), Jacob Salomon (1789 und 1793, kam aus Hessen-Darmstadt und ist ab 1809 in Dortmund nachweisbar), Joseph Abraham (1790, aus Hörde), Joseph Moyses (1788 und 1793), Joseph Seligmann (1763, aus dem Erzbistum Mainz), Leeser Gerstel (auch Gerson, 1755, 1762, 1769, 1780 und 1793), Leiser Moses (1791 und 1793, aus Vallendar bei Koblenz, seit 1788 in Dorstfeld), Marcus Meyer (1746, 1761 und 1767), Marcus Leeser (1779 und 1793, verheiratet mit der Nichte des kinderlos verstorbenen Dorstfelder Schutzjuden Berndt Arend, dessen Schutzrecht ihm übertragen wurde, 1809 Schlachter in Dortmund), Mathias Judas (1780), Meyer Jacob (1778), Moyses Isaac (1781 und 1793), Moyses Joseph (1742, 1756, 1764, 1770 und 1779), Moyes Marcus (1791 und 1793), Moyses Sander (1731, 1741, 1752 und 1765), Philipp Moyses (1788 und 1793), Raphael Cosmas (1746, 1761 und 1767), Salomon Joel (1765, 1772, 1779 und 1793, aus Buttenheim in Oberfranken), Samuel Wolff (1743 und 1744) sowie Sander Moises (1772, 1780 und 1793, der Sohn des 1731 in Dorstfeld vergeleiteten Moyses Sander, dessen Schutzrecht ihm übertragen wurde). Für Huckarde wurden zwischen 1731 und 1803 vergeleitet: Abraham Gerson (1784 und 1793), Berndt/Bendix Levi (1734 und 1749), Herz Isaak (1799), Isaac Levi (1791 und 1793), Jacob Wulff (1792, aus Bochum, ab 1809 Schlachter und Pferdehändler in Dortmund), Leeser Herz (1774 und 1793), Levi Berndt (1762, 1769, 1780 und 1793, Sohn des Bernd/Bendix Levi, in dessen Schutzrecht er eintrat), Marcus Samuel (1749, 1753, 1764 und 1770), Nathan Herz (1780 und 1793, nur als Tabakhändler zugelassen), Salomon Zacharias (1734), Samuel Levi (1766 und 1768), Samuel Marcus (1774, 1777 und 1793, erhielt das Geleit „anstatt seines alten unvermögenden Vaters“), Samuel Wolff (1778, erhielt das Geleit anstelle seines verstorbenen Stiefvaters Samuel Levi) sowie Wolff Philipp (1788 und 1793, aus Castrop).

Die Geleitpolitik der Fürstabtei Essen war vergleichsweise tolerant. Seit 1741 wurde mit den Geleiten die Abhaltung des jüd. Gottesdienstes genehmigt, der Bau einer Synagoge nicht verboten. Unverheiratete Geleitsempfänger mussten im Fall einer Eheschließung kein neues Geleit erwerben. Der Handel wurde nur in zwei Fällen eingeschränkt, in einem Fall auf den Tabak-, im anderen Fall auf den Pferdehandel. Vor Gericht sollten Juden wie andere Einwohner behandelt werden, verhängte Strafen führten nicht sogleich zum Verlust des Geleits. Erstmals 1793 erhielt die gesamte Judenschaft aus Dorstfeld und Huckarde ein auf 14 Jahre befristetes Generalgeleit, das rückwirkend ab Jahresbeginn 1792 gültig war. Die Judenschaft hatte dieses Geleit und den Erlass rückständiger Geleitgelder für sieben namentlich genannte Juden erbeten. Für das Generalgeleit musste die jüd. Gemeinde 450 Rtlr. sowie eine Schreibgebühr von 80 Rtlr. – zahlbar in zwei Raten – entrichten, hinzu kam eine jährliche Abgabe von 75 Reichstalern. Die Gemeinde war damit faktisch zu einer solidarisch haftenden Korporation geworden, die sich nicht nur um die religiösen und kultischen Angelegenheiten kümmerte. Während der ersten Zugehörigkeit zu Preußen (1802/03–1806) änderte sich die Rechtslage für die Juden nicht. So erteilte der preuß. König 1805 einen

erneuten Geleitbrief auf 14 Jahre. Um 1800 lebten in Dorstfeld und Huckarde 28 jüd. Familien, von denen die meisten in Dorstfeld lebten.

2.1.2 Da in der franz. Zeit die Juden Niederlassungsfreiheit erhielten, nutzten viele die Möglichkeit, in wirtschaftlich bedeutendere Orte – wie etwa nach Dortmund – zu ziehen; hierzu gehörten 1809 die Fleischer Jacob Salomon und Marcus Leaser. Als Familienvorstände sind 1818 für Dorstfeld genannt: Philipp Moyses, Gerson Leser, Kosmann Alexander, Mayer Samuel, Jacob Moses, Joseph Raphael, Nathan Simon und Moises Israel (alle in Dorstfeld geboren) sowie die um 1789/90 zugezogenen Henig Samuel, Wolff und Isaac Levi. Herz Levy aus Dorstfeld erlernte Ende der 1820er Jahre mit Unterstützung des Haindorfschen Vereins das Drechslerhandwerk. 1834 werden Bendix Nathan und Raphael David Stern jeweils mit einer Ellenwarenhandlung genannt. 1846 waren in Dorstfeld als selbständig tätige Juden verzeichnet die Lumpensammler Bendix Nathan Neuwald und Levi Levi Neuwald, die Trödler Simon Nathan Neuwald, Benjamin Rosenbaum, Joseph Rosenberg, Levi Isaac Rosenberg, Samuel Rosenberg, Jacob Rosenthal und die Witwe Aron Steinweg, der Krämer Levi Moses Spiegel, der Fleischer Philipp Rosenberg, der Krämer und Fleischer Raphael David Stern, ferner der Knecht Gottschalk Stern und ohne Berufsangabe Meier Samuel Rosenbaum. Die meisten von ihnen hatten schon seit der französischen Zeit feste Familiennamen geführt, neu angenommen wurden die Nachnamen von Bendix Nathan Neuwald, Levi Levi Neuwald, Simon Nathan Neuwald, Meier Samuel Rosenbaum und Levi Moses Spiegel. 1911 lebten jüd. Familien bzw. Geschäftsinhaber in Dorstfeld insbesondere in der Kaiserstraße, beispielsweise die Kaufleute Moritz Rosenberg, Louis Rosenberg, Felix Kahn, Hugo Oppenheimer, David Stern, Leser Rosenberg sowie die Metzger Wolf und Sally Rosenbaum. Jüd. Kriegsteilnehmer aus Dorstfeld waren Heinrich Haas (1866) und Ludwig Rosenthal (1914 gefallen); am Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 nahmen zehn jüd. Soldaten teil.

In Huckarde waren 1818 der im Ort geborene Kosmann Samuel sowie die um 1790 bzw. um 1802 zugezogenen Leser Moses und Levi Samuel verzeichnet. 1846 waren als selbständig tätig genannt der Lumpensammler Jacob Cosmann Lindenbaum, die Trödler Levi Samuel Neugarten und Moses Baruch Weinberg, die Fleischer Herz Baum und Moses Leser Sternfeld sowie der Lehrer Baruch Nachem Weinberg. Nur Herz Baum führte zuvor bereits einen festen Familiennamen, die übrigen wurden neu angenommen. Der Lehrer Weinberg hatte sich 1833/34 für seine siebenköpfige Familie vergeblich um eine Aufenthaltsgenehmigung in Windheim bemüht. In Marten war 1846 der Fleischer Leser Gerson Eisenstein als selbständig tätiger Jude verzeichnet, den erblichen Familiennamen hat er neu angenommen. In Lütgendortmund war 1834 Joseph Moses mit einem Ellen- und Spezereiwarenhandel verzeichnet, 1846 war dort der Schlachter Herz Cahn als selbständig tätiger Jude verzeichnet, den erblichen Familiennamen hatte er bereits zuvor geführt.

2.1.3 Im Sept. 1934, unmittelbar nach Aufhebung des Verbots sportlicher Betätigung für jüd. Sportvereinigungen, fand in Dorstfeld auf dem Sportplatz der DJK vor etwa 50 Zuschauern ein Fußballspiel der Sportgruppe des RjF aus Dortmund statt; nach Beendigung des Wettkampfes verließen die Spieler umgehend den Sportplatz. Im Mai 1938 beschmierten Unbekannte die Synagoge mit der Aufschrift „Wann verschwindet dieser Judentempel?!“ In der Pogromnacht wurde die Synagoge mit Rücksicht auf die angrenzenden Nachbarhäuser nicht angezündet, sondern verwüstet. Die jüd. Gemeinde wurde zum Abriss auf eigene Kosten gezwungen, das Grundstück 1940 zwangsweise an eine Privatperson veräußert. Da Dorstfeld seit 1914 Teil der Stadt Dortmund war, wurden die Dorstfelder Juden von Dortmund aus erfasst und deportiert.

2.1.4 Das Synagogengrundstück wurde nach dem Krieg restituiert und 1954 durch die JTC verkauft. 1989 wurde im Auftrag der Stadt Dortmund als Mahnmahl für die ehemalige Synagoge am Dorstfelder Hellweg/Ecke Arminiusstraße – mit dem Zuweg

„Synagogengasse“ – ein sechseckiger schwarzer Granitstein mit hebr. und deutschen Inschriften aufgestellt; der Architekt und Künstler Israel Lanzmann hatte ihn entworfen. Seit 2005 beteiligt sich Dortmund an der Aktion „Stolpersteine“, die auch in den Stadtteilen Dorstfeld, Huckarde, Lütgendortmund und Kirchlinde verlegt wurden.

2.2.1 1812 lebten in Dorstfeld 46 Juden, 1843 waren es 72, 1858 dann 59. Im Jahr 1871 waren von 2548 Einwohnern 1677 ev., 793 kath. und 78 jüd. Glaubens, 1895 von 6407 Einwohnern 3863 ev., 2446 kath., 79 jüd. Glaubens und 19 andere Christen. In Huckarde lebten 16 Juden im Jahr 1812, 1843 waren es 21, 1858 dann 23 jüd. Personen. 1871 waren von 1549 Einwohnern 1074 kath., 458 ev. und 17 jüd. Glaubens, 1895 von 3598 Einwohnern 2679 kath., 880 ev., 27 jüd. Glaubens und zwölf andere Christen. Dorstfeld und Huckarde gehörten seit 1845 zum Amt Lütgendortmund im (Land-) Kreis Dortmund, ab 1886 Amt Dorstfeld, 1914 wurden die Gemeinden in die kreisfreie Stadt Dortmund eingemeindet.

In Lütgendortmund lebten 1843 zehn Juden; 1871 waren von 1781 Einwohnern 1192 ev., 579 kath. und zehn jüd. Glaubens, 1895 von 8837 Einwohnern 5994 ev., 2779 kath., 44 jüd. Glaubens und 20 andere Christen. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 waren in Lütgendortmund (Gebietsstand 1926) von 15 311 Einwohnern 4410 kath., 10 130 ev., 48 Juden und neun sonstige Christen). In Kirchlinde lebten 1839 sieben und 1858 sechs Juden; 1895 waren von 3003 Einwohnern 2108 kath., 887 ev., fünf jüd. Glaubens und drei andere Christen. In Oespel lebten 1858 drei Juden. Lütgendortmund, Kirchlinde und Oespel gehörten seit 1845 zum Amt Lütgendortmund im (Land-) Kreis Dortmund, 1928 wurden die Gemeinden in die kreisfreie Stadt Dortmund eingemeindet.

In Marten lebten 1839 fünf und 1858 neun Juden; 1871 waren von 2053 Einwohnern 1586 ev., 453 kath. und 14 jüd. Glaubens. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 (Gebietsstand 1926) waren von 12 298 [!] Einwohnern 4227 kath., 7101 ev., 13 sonstige Christen und einer war Jude. Marten (1845 Amt Lütgendortmund, 1886 Amt Dorstfeld) bildete ab 1914 ein eigenes Amt, 1928 wurde der Ort in den Stadtkreis Dortmund eingemeindet.

Für 1793 ist die „Huckard- und Dorstfeldische Judenschaft“ bezeugt, 1818 bildet Dorstfeld die Hauptgemeinde im Dortmunder Raum. Nach dem 1858 genehmigten Statut gehörte Dorstfeld mit weiteren Gemeinden des Amtes Lütgendortmund (u. a. Lütgendortmund, Annen-Wullen, Huckarde, Kirchlinde, Marten und Oespel) zur Untergemeinde Lütgendortmund im Synagogenbezirk Dortmund. Mit einem neuen, 1866 genehmigten Statut trennten sich die Juden im Amt Lütgendortmund von der Synagogengemeinde Dortmund und bildeten eine eigene Gemeinde. Benannt wurde sie nicht mehr nach dem Amtssitz Lütgendortmund, sondern nach Dorstfeld, dem Wohnort der meisten Juden im Amtsgebiet. In den 1880er Jahren erklärten die jüd. Familien in Annen-Wullen (seit 1874 eigenes Amt) ihren Austritt aus der Untergemeinde Dorstfeld und schlossen sich Witten an, 1898 wurde dieser Anschluss vom Regierungspräsidenten genehmigt. Nach der Satzung von 1900 umfasste der Synagogenbezirk Dorstfeld die Ämter Dorstfeld (1886 von Lütgendortmund abgespalten) und Lütgendortmund sowie einige Gemeinden des früheren Amtes Lütgendortmund, die inzwischen zum Amt Barop im Landkreis Hörde gehörten (u. a. Eichlinghofen, Menglinghausen und Rüdinghausen). 1905 umfasste die Synagogengemeinde Dorstfeld neben Dorstfeld die Orte Huckarde (27 Juden), Kirchlinde (7), Lütgendortmund (44) und Rüdinghausen (5 Juden). 1908 scheiterte der Versuch der Juden im Amt Lütgendortmund, aus der Synagogengemeinde Dorstfeld (seit 1886 eigenes Amt) auszutreten, am Einspruch des Regierungspräsidenten von Arnsberg. 1932/33 schloss sich die Synagogengemeinde Dorstfeld der 1931 gegründeten „Jüdischen Religionsgemeinschaft Dortmund“ an. Zu Beginn des 20. Jh. war Dorstfeld Mitglied des DIGB.

2.2.2 Der Gottesdienst wurde zunächst wohl bis 1818 in einem Privathaus abgehalten. Zwischen 1818 und 1843 wurde das Synagogengrundstück in Dorstfeld erworben und die Synagoge als Fachwerkbau errichtet, ein Umbau erfolgte 1860. 1869 wurde sie im Grundbuch auf die Synagogengemeinde eingetragen (Horststraße). Nach der Zerstörung 1938 musste das Bauwerk bis 1940 auf Kosten der jüd. Gemeinde abgerissen werden.

2.2.3 Für 1818 ist ein jüd. Gemeindelehrer nachgewiesen, der von der Gemeinde jährlich 80 Rtlr. nebst Kost und freier Wohnung erhielt. Um 1830 wurde der Lehrer, der zugleich Gemeindebediensteter war, entlassen. 1836 lebten 40 schulpflichtige jüd. Kinder in Dorstfeld, sechs in Huckarde. Zwischen 1837 und 1839 wurden sie von christl. Lehrern auch in den Fächern ‚Altes Testament‘ und ‚Biblische Geschichte‘ unterrichtet. Ab 1840 entfiel dieser Unterricht, einige Kinder wurden zum jüd. Religionsunterricht nach Dortmund geschickt. 1843 gab es in Dorstfeld 21 jüd. Kinder im schulpflichtigen Alter, in Huckarde waren es drei und in Lütgendortmund zwei Kinder. 1870 arbeiteten in Dorstfeld Gustav Bendix und 1884 Felix Goldberg als jüd. Lehrer. 1884 beschloss die Gemeinde den Um- bzw. Neubau einer jüd. Schule; 1885 genehmigte der Regierungspräsident von Arnsberg den Ankauf eines Grundstücks. Das nach Plänen des Dortmunder Architekten Wienholt errichtete Schulgebäude an der Huckarder Str. 22 (Bandelstr. 15) wurde 1886 fertiggestellt und 1900 um eine Lehrerwohnung erweitert. 1888 beantragte die Synagogengemeinde die Erhebung der privaten jüd. Schule zu einer öffentlichen Schule; 1889 wurde der Antrag abgelehnt, da sowohl die Kinderzahl als auch das Steueraufkommen der Gemeinde zu gering seien. Als weitere Lehrer werden genannt: Abraham Nußbaum (1890), Benjamin Schömann (1892), Aron Hofmann (1893), David Adler (1894), H. Michael (1905–1907), der sechs Kinder unterrichtete und zugleich das Amt des Kantors und Predigers versah. 1907 suchte die Dorstfelder Gemeinde einen Kantor und Lehrer für ihre private Volksschule, sie bot ein Gehalt von 1200 M und Nebeneinkommen. 1909 wurde A. Last als Lehrer beschäftigt, er unterrichtete sechs Kinder. 1912 besuchten zwölf Kinder den Unterricht von Dr. Friedmann, 1913 waren es acht Kinder. Die acht Kinder aus Huckarde, Kirchlinde und Lütgendortmund erhielten 1913 Wanderunterricht durch Lehrer Nussbaum aus Castrop. 1922 wurde das Grundstück des Schulgebäudes an eine Bergwerksgesellschaft verkauft.

2.2.4 Die Juden aus Dorstfeld unterstützten die Marks-Haindorf-Stiftung seit den 1830er Jahren sporadisch, von 1868 bis 1913 kontinuierlich. 1880 wurde ein jüd. Wohltätigkeitsverein gegründet. 1905 gab es eine Chewra Kaddischa, deren Vorsitzender Philipp Rosenthal war. 1907 und 1909 bildeten Ph. Rosenthal, G. Glaß und F. Cahn deren Vorstand, 1913 S. Neugarten und F. Cahn.

2.3.1 Vorsteher der jüd. Gemeinde in Dorstfeld war 1814 Cosmann Alexander, Enkel des 1731 in Dorstfeld nachweisbaren Moyses Sander. Der Vorstand der 1866 neu gegründeten Synagogengemeinde bestand aus Herz Baum, Moses Neugarten und David Stern. 1887 bis 1893 gehörten dem Vorstand der Kaufmann Philipp Rosenthal aus Dorstfeld, der Händler Samuel Baum aus Huckarde und der Handelsmann Seligmann Rosenberg an. 1905 fungierten als Vorsteher S. Baum, Ph. Rosenthal und S. Rosenberg; 1940 war Hermann Baum Gemeindevorsteher in Dorstfeld.

2.3.2 Ludwig Bendix wurde 1877 in Dorstfeld geboren und ging 1892 mit seiner Familie nach Berlin. Dort arbeitete er ab 1907 als Rechtsanwalt, später auch als Notar und als nebenamtlicher Vorsitzender beim dortigen Arbeitsgericht, zudem verfasste er zahlreiche juristische Abhandlungen. 1919 trat er aus der jüd. Gemeinde aus. Zwischen 1933 und 1937 wurde er mehrfach verhaftet und in Konzentrationslager eingewiesen, 1937 unter der Bedingung entlassen, innerhalb von zwei Wochen Europa zu verlassen. Mit seiner Frau ging er zunächst nach Palästina, 1947 in die USA. Seine Memoiren ‚Konzentrationslager Deutschland und andere Schutzhafterinnerungen

1933–1937⁶ sind nicht veröffentlicht. Sein Sohn, der bedeutende amerikanische Soziologe Reinhard Bendix (1916–1991), zitiert daraus in der von ihm verfassten Biographie seines Vaters.

3.1 Die in der ersten Hälfte des 19. Jh. errichtete Synagoge in der Horststr. wurde bis 1938 genutzt.

3.2 Aufstellung der Wohn- und Geschäftshäuser jüd. Familien des Jahres 1911 in Dorstfeld und in Huckarde in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 106.

3.3 Ein erster jüd. Friedhof wurde in Dorstfeld vermutlich Ende des 18. Jh. angelegt. Für 1822 ist die Bestattung des Herz Levi aus Huckarde in Dorstfeld überliefert – der Ort der Grabstelle ist unbekannt. 1843 bestand der Friedhof „auf'm Bachum“ (1400 m²; heute der Nordteil des Dorstfelder Friedhofs). Dieser Friedhof an der Twerskuhle 14 (zwischen Twerskuhle und Wittener Str.) ist nach 1945 dem JTC übertragen worden. Bis heute erhalten sind 54 Grabsteine bzw. -stelen. 2006 wurde der Friedhof in die Denkmalliste aufgenommen.

1861 wurde ein 394 m² großes Grundstück an der Wittener Straße zur Anlage eines neuen Friedhofs erworben, 1905 wurde es auf den Namen der Synagogengemeinde Dorstfeld eingetragen, als Letzter wurde dort 1932 Jacob Baum bestattet. Der Friedhof wurde in der NS-Zeit aufgehoben, die etwa 50 Grabsteine wurden zum jüd. Friedhof an der Twerskuhle gebracht. 1950 wurde das Areal auf den „Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe“ übertragen, heute ist die ev. Kirche Eigentümer. Für 1887 und 1911 sind „Begräbnisordnungen für die Friedhöfe der israelitischen Gemeinde Dorstfeld“ überliefert.

Nach 1908 legten die Juden in Lütgendortmund einen eigenen Begräbnisplatz an der Dellwiger Str. (neben Nr. 238) an. Dort stehen im hinteren Teil zehn Grabsteine in zwei Reihen. Der älteste, ein Obelisk für Levi Dannenbaum, stammt aus dem Jahr 1909. Der Friedhof wurde 2006 in die Denkmalliste aufgenommen.

4.1 Bundesarchiv Koblenz, Nachlass Ludwig Bendix. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), P 5 Nr. 245. – LAV NRW Abt. W (Münster), Kr. Dortmund/Landratsamt 1267, 1279, 1282. – StadtA Dortmund, Best. 21, Nr. 3.

4.2 Zeichnerische Rekonstruktion des Innenraums der Synagoge durch Günter Baum 1986 und Foto der antisemitischen Schmiererei 1938 in StadtA Dortmund, Best. 502, abgedruckt in: HÖGL, Widerstand und Verfolgung 391; PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 131; BROCKE, Feuer an Dein Heiligtum gelegt 113. Fotos des jüd. Friedhofs Dorstfeld in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 131f. und in der Sammlung der LWL-Denkmalpflege in Münster, dort auch Liste der Grabsteine.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 3–46 <1829–1911/1913>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 66, <1909> 70, <1913> 90. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 51, 167.

4.4 BENDIX Reinhard, Von Berlin nach Berkeley. Deutsch-jüdische Identitäten. Übers. aus dem Amerikanischen v. Holger FLIESSBACH <Frankfurt a. M. 1985>. – BRILLING Bernhard, Geschichte der Juden in Dorstfeld und Huckarde (1731–1942). In: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 57 <1960> 129–168. – HOFMANN Fritz, Synagogen und Betstuben in Dortmunder Stadtteilen. In: Heimat Dortmund <2000> H. 2, 39–41. – REIMANN Norbert, Kleine Geschichte des Amtes Lütgendortmund sowie der Ämter Dorstfeld und Marten <Dortmund 1993>.

DORTMUND-Hörde

1.1 Stadt Dortmund, Ortsteil Hörde

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. 1340 Stadtrechtsverleihung; 1928 Eingemeindung nach Dortmund.

Nach dem 1856 genehmigtem Statut bildeten Hörde, Brackel, Aplerbeck, Schüren, Berghofen, Kirchhörde, Sölde, Barop und Holzwickede den Synagogenbezirk Hörde und gehörten zur Synagogengemeinde Hörde.

2.1.1 1511 verzeigte Herzog Johann III. von Kleve-Mark den Juden Jakob mit Familie und Hausgesinde in Hörde, dabei handelte es sich um die Verlängerung eines 1505 für seinen Vater ausgestellten Privilegs. Um 1600 prozessierten die Hörder Juden Magnus und Meyer als Erben ihres Vaters Nathan vor dem Reichskammergericht gegen die Klage der Margarethe von Sevenar auf Ersatz von Schäden, die durch Nachlässigkeit des verstorbenen Nathan entstanden seien. Vermutlich war im 17. Jh. jeweils nur eine jüd. Familie in Hörde ansässig, allenfalls kurzzeitig waren es zwei. 1654 erhielt der aus Wattenscheid stammende Joseph Isak mit Familie und Gesinde für sechs Jahre ein Aufenthaltsrecht in Hörde, verbunden mit der Erlaubnis zur Gründung eines Handelsgeschäftes, zum Schlachten und der Konzession für Kreditgeschäfte. 1661 wurde Jakob Heymanß für Hörde privilegiert. 1694 stellte der Limburger Graf Friedrich Mauritz dem Juden Isaac Jacob aus Hörde ein Geleit für das Kirchspiel Oestrich aus. 1731 lebten in Hörde eine jüd. Familie mit Geleit und zwei ohne Geleit, zu den drei Familien gehörten 17 Personen. Nach der Generaljudentabelle der Grafschaft Mark von 1748 bestand die Hörder Gemeinde aus fünf Haushalten, deren Vorstände sich vornehmlich als Schlachter und Kleinhändler betätigten. Der 1705 etablierte Levi Isaac war auf Almosen angewiesen, während seine unverheirateten Töchter als Spinnerinnen tätig waren. Über Hausbesitz verfügte nach der Tabelle nur Abraham Levi (Wert 250 Rtlr.), zur Erziehung seiner Kinder beschäftigte er einen privaten Schulmeister namens Levi Isaac. Als außerordentliche Schutzjuden sind nachgewiesen für 1773 Levi Abraham, für 1774 Levin Salomon und für 1777 Cusel Abraham. Deren Nachkommen sahen sich vielfach zur Abwanderung oder zur Tätigkeit als Knecht bzw. Magd in einem anderen Schutzjudenhaushalt gezwungen. 1790 heiratete Levi Abrahams Tochter Brendel den aus Hessen-Darmstadt stammenden Jacob Salomon und zog mit diesem nach Dorstfeld, das zur Fürstabtei Essen gehörte. Gewisse Beziehungen müssen auch zur jüd. Gemeinde in Borgholzhausen (Grafschaft Ravensberg) bestanden haben. Von dort stammten die Jüdinnen Bräunchen Berend, die 1783 Cusel Abraham heiratete, und Jüdel Berend, die zweite Ehefrau Levin Salomons (1785). 1801 heiratete Benjamin Heymann eine Bonner Jüdin und zog mit dieser ins Rheinland. Im Rahmen des zwangsweisen Exports von Berliner Porzellan hatten Hörder Juden zwischen 1773 und 1786 insgesamt 1200 Rtlr. aufzubringen. Juda Bernd, ein aus nichtpreußischen Gebieten nach Hörde gezogener Jude, arbeitete zunächst als Knecht in einem der Schutzjudenhaushalte. 1787 stellte er den Antrag, in Westhofen als Schlachter arbeiten und sich als außerordentlicher Schutzjude niederlassen zu dürfen. Heinemann Leffmann aus Hörde erscheint im 18. Jh. als Kunde der Wocklumer Eisenhütte, er bezog Spezialanfertigungen wie Achsschienen, Mühlenspindeln oder Mühlenkreuze von der Hütte. Bis 1789 wuchs die Zahl der jüd. Familien in Hörde auf sieben mit insgesamt 54 Personen. Bei damals 872 Einwohnern waren das etwas mehr als sechs Prozent der Bevölkerung.

2.1.2 Im Jahr 1806 lebten acht jüd. Familien in Hörde. Von den Familienvorständen waren drei ordentliche und fünf außerordentliche Schutzjuden. Als Beruf gaben sieben Schlachter an, zwei von ihnen waren zusätzlich Pferde- und Viehhändler, ein wei-

terer handelte zudem mit Viehfellen, einer mit „allerhand Waren“. Zu den acht Haushalten gehörten 51 Personen, davon waren 13 Knechte und Mägde sowie 22 Kinder. Für 1832 sind verzeichnet die Ellenwarenhändler Aaron Abraham, Moses Abraham, Bernhard Levy und Simon Aron, Letzterer handelte darüber hinaus mit Spezereiwaren. 1846 waren für Hörde als selbständig tätig angegeben die jüd. Kaufleute Leser Bamberger, Bernhard Levi Berens, Aren Abraham Burghaus und M. A. Schönebaum, die Handelsmänner bzw. Händler Leser Adler, Heimann Leifmann Löwenberg, Abraham Stern und Abraham Levi Aronheim, die Kleinhändler Heymann Blumenrath und Philipp Löwenberg, die Metzger Jacob Berend Biermann, Moses Levi Feldheim, Mendel Moses Nußbaum, Philipp Raphael Rosenberg und die Witwe Silberberg, der Lehrer Michael Rothschild, die Lehrerin Ad. Löwenthal, ohne Berufsangabe Blümchen Polly und die Witwen von Joseph Levi Blumenrath und Salomon Cahen. Ein Teil der Genannten hatte die erblichen Familiennamen schon zuvor geführt. Bis 1852 wuchs die Gemeinde auf 91 Mitglieder in 14 Haushalten an. Anfang der 1850er Jahre beendete Joseph Nußbaum aus Hörde seine Ausbildung zum Elementarlehrer im Lehrerseminar der Marks-Haindorf-Stiftung in Münster, er trat eine Stelle in (Finnentrop-) Lenhausen an. Zu Beginn der 1890er Jahre begann Gustav Mosbach aus Hörde seine Ausbildung am Lehrerseminar.

Am Ende des 19. Jh. bestand in Hörde ein ‚Verein für jüdische Geschichte und Literatur‘, dem 1894 bis mindestens 1907 der Lehrer Stern vorstand. 1895 bildeten die Literaturvereine in Bochum, Dortmund, Elberfeld, Hörde und Witten einen Provinzialverband und schlossen sich dem ‚Centralverband der Literaturvereine Deutschlands‘ an. 1905 hatte der Hörder Verein 36 Mitglieder. Zum Vorstand gehörten neben Lehrer Isaak Stern noch Jakob Gans, Levy Strauß, Max Rosenthal und Felix Heimann. Ferner gab es eine Ortsgruppe Hörde des CV, dessen langjähriger Vertrauensmann der Kaufmann Levi Strauß (1839–1926) war. Mitte der 1920er Jahre wird für Hörde eine Ortsgruppe der ‚Zionistischen Vereinigung für Deutschland‘ erwähnt, der Dr. Koppel vorstand – in Westfalen gab es insgesamt 13 Ortsgruppen. Vor dem Ersten Weltkrieg existierten in Hörde zahlreiche Geschäfte mit jüd. Inhabern. Als das „bedeutendste am Platze“, das „aus bescheidenen Anfängen hervorgegangen“ sei, galt 1913 das Geschäftsunternehmen des Kaufmanns Julius Blank, wie die AZJ in einem Nachruf auf den Gründer betonte. Im Jahr 1928, als Hörde nach Dortmund eingemeindet wurde, hatte die Synagogengemeinde Hörde mit 400 Personen – in Hörde und den benachbarten Gemeinden – ihren größten Mitgliederbestand erreicht.

Aus Hörde nahm Jacob Grünberg an den Kriegen 1866 und 1870/71 teil. 1900 meldete sich Hugo Herzberg aus Schüren freiwillig als Soldat, um bei der Niederschlagung des ‚Boxeraufstandes‘ in China mitzuwirken. Am Ersten Weltkrieg nahmen insgesamt 76 Gemeindemitglieder als Soldaten teil, von denen sieben fielen; Kurt Feldheim erhielt das EK II. Zu Ehren der jüd. Kriegsheimkehrer fand 1919 in der Hörder Synagoge ein Festgottesdienst statt, den der vom städtischen Kapellmeister Chr. Klöppel geleitete Synagogenchor und Prediger Rosenthal gestalteten.

Im heutigen Dortmunder Ortsteil Brackel, dessen jüd. Einwohner 1856 der Synagogengemeinde Hörde unterstellt wurden, waren 1846 als selbständig tätig aufgeführt die Handelsmänner Moses Isaac Blumenthal, Michel Koppel Goldbach und Samuel Isaac Rosenbaum, die Händlerin Witwe Isaac Grünwald und der Kaufmann Jacob Spiegel, ohne Berufsangabe Abraham Victor Sieger sowie Nathan und Carolina Grünwald. Die genannten erblichen Familiennamen haben sie – mit Ausnahme von Jacob Spiegel – zuvor nicht geführt.

2.1.3 Das ‚Hörder Volksblatt‘ berichtete am 29. März 1933 über die Zertrümmerung von Schaufensterscheiben der in jüd. Besitz befindlichen Geschäfte Wopela, Weltmode und Rosenthal in der Alfred-Trappen-Straße. Anfang Aug. 1935 fotografierten Zivildpersonen vor den Geschäften der jüd. Inhaber Back und Rosenthal, um die Kunden

einzuschüchtern. Bereits am 5. Nov. 1938 wurde die Synagoge aufgebrochen. In der Pogromnacht begannen gegen ein Uhr nachts Angehörige der SS mit der Zerstörung und Plünderung jüd. Geschäfte, Juden wurden misshandelt, festgenommen und zum Keller des Lokals ‚Stiftshof‘ geführt. Anschließend trafen sich verschiedene NS-Abteilungen an der Synagoge. Unter der Führung des stellvertretenden NSDAP-Ortsgruppenleiters von Hörde brachen sie die Eingangstür auf, zerstörten die Inneneinrichtung und setzten das Gebäude in Brand. Die von einem Polizeibeamten alarmierte Feuerwehr wurde an den Löscharbeiten gehindert. Die ausgebrannten Gebäudereste ließ die Stadt Dortmund abbrechen; 1939 erwarb sie das Synagogengrundstück im Rahmen einer Zwangsversteigerung. Nach dem Pogrom lebten noch 69 Juden in Hörde. Da Hörde seit 1928 Teil der Stadt Dortmund war, wurden die Hörder Juden von Dortmund aus erfasst und deportiert. Gebürtige Hörder Juden wurden zudem aus anderen deutschen Städten und aus den Niederlanden in die KZ abtransportiert.

2.1.4 Auf dem ehemaligen Synagogengrundstück (Rathausstr./Ecke Friedrich-Ebert-Str.) wurde 1982 eine von Jürgen Steinfeld geschaffene bronzene Gedenktafel aufgestellt, die eine Teilansicht der ehemaligen Synagoge zeigt. Eine kleine Straße innerhalb der benachbarten Wohnanlage wurde in ‚Synagogengasse‘ umbenannt. 1988 weihte Landesrabbiner Dov Levi Barsilay auf dem heutigen Friedrich-Ebert-Platz ein von dem Architekten und Künstler Israel Lanzmann geschaffenes Mahnmal ein. In der vom Stadtarchiv Dortmund betriebenen Mahn- und Gedenkstätte ‚Steinwache‘ wird auch die Verfolgung und Ermordung der Hörder Juden dokumentiert. Seit 2005 nimmt Dortmund an der Aktion ‚Stolpersteine‘ teil. Stolpersteine wurden auch in den Stadtteilen Hörde, Brackel, Hombruch und Husen verlegt.

2.2.1 In Hörde lebten 1806 bereits 51 Juden, 73 waren es 1843, 175 im Jahr 1858. 1871 waren von 12 262 Einwohnern 6282 ev., 5660 kath., 319 jüd. Glaubens, einer gehörte einer anderen christlichen Gemeinschaft an, 1895 waren von 18 638 Einwohnern 9884 ev., 8446 kath., 277 jüd. Glaubens und 31 andere Christen. Nach der Volkszählung von 1925 lebten in der Stadt Hörde (Gebietsstand 1926) 34 694 [!] Einwohner, von denen 15 659 kath., 17 308 ev. und 238 jüd. Glaubens waren, hinzu kamen 41 sonstige Christen. 1928 wurde die Stadt Hörde in den Stadtkreis Dortmund eingemeindet.

In mehreren heutigen Dortmunder Ortsteilen, die ab 1856 zur Synagogengemeinde Hörde gehörten, waren Juden ansässig. In der östlich von Dortmund gelegenen Gemeinde Brackel (1845 Amt Hörde im Landkreis Dortmund, ab 1874 Amt Brackel) lebten 1843 insgesamt 25 Juden, 1858 waren es 49. Im Jahr 1871 waren von 2126 Einwohnern 1830 ev., 253 kath. und 43 jüd. Glaubens, 1895 von 3821 Einwohnern 3158 ev., 636 kath., 23 jüd. Glaubens, drei andere Christen und einer war bekenntnislos. Im benachbarten Wambel waren 1871 von 1020 Einwohnern 257 kath., 757 ev. und sechs jüd. Glaubens. Ebenfalls zum Amt Brackel gehörte Husen. 1871 waren dort von 302 Einwohnern 180 kath., 118 ev. und vier jüd. Glaubens, 1895 von 640 Einwohnern 367 kath., 250 ev., 21 jüd. und zwei sonstige Christen. Brackel, Wambel und Husen wurden 1928 in die Stadt Dortmund eingemeindet. In Husen lebten 1932/33 vier Juden. Im Südwesten Dortmunds lebten in Barop (Großbarop) 1839 fünf Juden, 1858 wohnte dort ein Jude, 1871 waren von 1767 Einwohnern 1472 ev., 292 kath. und drei jüd. Glaubens, 1895 von 3200 Einwohnern 2547 ev., 648 kath. und fünf jüd. Glaubens. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 (Gebietsstand 1926) waren von 11 331 [!] Einwohnern 2780 kath., 7871 ev., zwei Juden und sechs sonstige Christen. 1929 wurde Barop (seit 1817 Landkreis Dortmund, ab 1887 Landkreis Hörde) in den Stadtkreis Dortmund eingemeindet. In Kirchhörde (ebenfalls Amt Barop im Landkreis Hörde) lebten 1858 drei Juden; 1871 waren von 5005 Einwohnern 3500 ev., 1482 kath., 14 jüd. Glaubens, neun gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 9246 Einwohnern 5811 ev., 3417 kath., 17 jüd. und einer ein anderer Christ. Laut der Volks-

zählung von 1925 waren in der Landgemeinde Kirchhörde (Gebietsstand 1926) von 14 661 [!] Einwohnern 5868 kath., 8166 ev., 54 jüd. Glaubens und fünf sonstige Christen. 1929 wurde die Gemeinde Kirchhörde in den Stadtkreis Dortmund eingemeindet. Für den Ort Hombruch (ebenfalls Amt Barop) sind für das erste Drittel des 20. Jh. jüd. Einwohner nachgewiesen. In Menglinghausen (Amt Barop) waren 1871 von 919 Einwohnern 342 kath., 556 ev. und 21 jüd. Glaubens; 1895 von 1584 Einwohnern, 558 kath., 1012 ev., und 14 jüd. Glaubens. In Holzwickede (Synagogenbezirk und Landkreis Hörde, seit 1930 selbständige Gemeinde im Kreis Unna) waren 1871 von 1501 Einwohnern 345 kath., 1152 ev. und vier jüd. Glaubens, 1895 von 3513 Einwohnern 1118 kath., 2380 ev., und 15 jüd. Glaubens; 1925 von 7676 [!] Einwohnern 2949 kath., 4539 ev., fünf jüd. Glaubens und 24 bekenntnislos.

Bei der Planung der künftig einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnsberg 1842 die Bildung eines Bezirkes Hörde, zu dem auch die Juden aus Brackel, Groß-Barop sowie Annen gehören sollten. Nach dem Statut von 1855/56 gehörten zum Synagogenbezirk Hörde neben der Stadt Hörde die Gemeinden Brackel, Wambel und Husen (Amt Brackel im Landkreis Dortmund), ferner Aplerbeck, Berghofen, Holzwickede, Schüren und Sölde (Amt Aplerbeck im Landkreis Hörde) sowie Kirchhörde, Barop und Hombruch (Amt Barop im Landkreis Hörde). Annen (Landkreis Hörde, heute Stadt Witten) wurde laut Statut von 1858 der Untergemeinde Lütgendortmund des Synagogenbezirks Dortmund angeschlossen. 1882 äußerte J. Nussbaum aus Hörde den Wunsch nach einem neuen Landrabbiner – Abraham Sutro war 1869 gestorben –, um dem „religiösen Indifferentismus unserer Gegend“ entgegenzuwirken. Nussbaum forderte „einen wahrhaft religiösen, zeitgemäß gebildeten Rabbiner“, der den Kindern Religionsunterricht erteile, „der neben Toleranz positives Wissen zum Zwecke haben muß“. 1911 schieden Aplerbeck, Schüren, Berghofen und Sölde aus dem Synagogenverband aus und bildeten eine eigene Synagogengemeinde. Während Aplerbeck sich 1932/33 der 1931 gegründeten ‚Jüdischen Religionsgemeinschaft Dortmund‘ anschloss, blieb Hörde eigenständig. Zu Beginn des 20. Jh. war die Hörder Gemeinde Mitglied des DIGB. Der Etat der Hörder Synagogengemeinde betrug 1905 insgesamt 7500 M, davon entfielen 180 M auf die Armenunterstützung. 1930 betrug der Etat 10 335 Mark. 1932 waren von den 242 Juden in Hörde 101 Steuerzahler.

2.2.2 Für Hörde ist ein Betraum erstmals 1777 im Haus des Kusel Abraham, später im Haus der Witwe A. Schönebaum belegt. 1818 erwarb die jüd. Gemeinschaft ein Haus an der Ecke Langestr./Goldstr. (heute Alfred-Trappen-Str./Brauerstr.), das als Synagoge genutzt wurde. In den 1890er Jahren reichte das Gebäude für die wachsende Gemeinde nicht mehr aus. 1894 beschlossen Vorstand und Repräsentanten-Kollegium den Neubau einer Synagoge in der Victoriast. (heute Semerteichstr.) in unmittelbarer Nähe der Lutherkirche, die Grundsteinlegung erfolgte 1898 in Anwesenheit von Bürgermeister Evers und Honoratioren der Stadt. Der Kölner Rabbiner Dr. Abraham Frank weihte 1900 den Neubau ein, der über eine Orgel verfügte. Die alte Synagoge erwarb der jüd. Kaufmann Udewald und ließ sie abreißen, um auf dem Grundstück ein Geschäftshaus zu errichten. Das 25-jährige Jubiläum des Neubaus wurde 1925 mit 300 geladenen Gästen im ‚Stiftshof‘ gefeiert. Nach Renovierung und aufwendiger Ausmalung der Innenräume wurde die Synagoge 1929 wieder eingeweiht, die Entwurfszeichnung zur Neugestaltung des Innenraums hatte Prof. Wilhelm Jöker angefertigt. Bereits vor der Pogromnacht war sie Ziel von Gewalttaten – es wurde eingebrochen, ein anderes Mal Einrichtungsgegenstände auf Hof und Straße geworfen, dann die Eingangstüren ausgehoben. In der Pogromnacht wurde das Gebäude in Brand gesteckt und brannte völlig aus. Die Ruine ließ die Stadt Dortmund kurze Zeit später abreißen.

2.2.3 Abraham Levi in Hörde beschäftigte Mitte des 18. Jh. Levi Isaac als privaten Lehrer für seine Kinder. In den 1780er Jahren wirkte in Hörde der jüd. Schulmeister

Salomon Hirsch. Um sein Aufenthaltsrecht gab es lange Auseinandersetzungen, 1789 wurde er auf Weisung des Berliner Generalfiskals ausgewiesen. 1794 wird Gerson Salomon als Schulmeister genannt. Lehrer Michael Rothschild gründete 1842 eine private jüd. Elementarschule, der Unterrichtsraum befand sich in der Synagoge. 1843 waren zwölf jüd. Kinder in Hörde schulpflichtig, in Brackel waren es vier Kinder. Lehrer Rothschild war 1846 noch in Hörde tätig. Ebenfalls für 1846 wird mit Ad. Löwenthal eine weibliche, vermutlich private Lehrkraft in Hörde erwähnt, eine für diese Zeit in Westfalen singuläre Angabe. Von 1862 bis 1872 diente die zum Wohnhaus umgebaute Schulte-Kohlleppelsche Scheune (Alte Str. 6) als jüd. Schule. 1872/73 ließ die Gemeinde ein eigenes Schulgebäude am Penningskamp erbauen, etwa 40 Kinder besuchten diese Schule. Zum Wochenplan gehörten fünf Stunden jüd. Religionsunterricht, der einmal jährlich vom Schulinspektor überprüft wurde. 1875 beschlossen die städtischen Behörden, die konfessionellen Volksschulen in kommunale (Simultan)-Schulen ohne konfessionellen Charakter umzuwandeln, auch die jüd. Schule wurde in den städtischen Etat übernommen. Drei Jahre später schlossen sich die ev. und die jüd. Gemeindeschule zur paritätischen städtischen Gemeindeschule im Gebäude der 1866 erbauten Victoriaschule (später Semerteichschule, Frenzelschule) zusammen. Als 1892 die Regierung die Stadt Hörde anwies, die 28 jüd. Kinder aus der simultanen Kommunal-Volksschule auszuweisen und eine eigene jüd. Schule einzurichten, lehnten die Stadtverordneten das ab. Auf den beim Schulneubau tätigen jüd. Lehrer Joseph Heimann folgte 1877 Isaak Stern, der fast 40 Jahre lang an der Gemeindeschule lehrte, zudem war er Religionslehrer an der Höheren Töchterschule und am 1900 gegründeten Progymnasium in Hörde. Ende 1902 beging Stern, der 1896 die Bezirkskonferenz der jüd. Lehrer des westlichen Teils Westfalens nach Hörde einberufen hatte, sein 25. Amtsjubiläum. 1905 ist eine jüd. Religionsschule für Hörde verzeichnet, 1913 wurde sie von 35 Kindern besucht. 1922 legte der in Hörde tätige Lehrer Karl Rosenthal den Vorsitz im ‚Rheinisch-Westfälischen Bezirksverband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands‘ nieder, weil er zu Studienzwecken für ein Jahr nach Berlin gehen wollte. 1924/25 war er wieder in Hörde als Lehrer und Prediger tätig, wo er auch Religionsunterricht an der Volksschule und an der höheren Schule erteilte. 1932 erhielten 32 Kinder Religionsunterricht, Lehrer war in den 1930er Jahren David Stern.

2.2.4 Juden aus Hörde unterstützten von 1836 bis 1913 die Marks-Haindorf-Stiftung. 34 Mitglieder der Hörder Gemeinde spendeten 1909 für den ‚Hilfsverein der Deutschen Juden‘, der „die wirtschaftliche und kulturelle Hebung der Glaubensgenossen im Ausland“, vor allem in Osteuropa, anstrebte; Vertrauensmann in Hörde war Levy Strauß. 1888 war die Gemeinde Hörde Gründungsmitglied des ‚Zentralarmenverbandes von Westfalen und Rheinland‘, dem sie auch 1911 noch angehörte. 1907 unterhielt die Hörder Gemeinde eine ‚Kasse gegen Wanderbettelei‘.

Seit 1860 bestand in Hörde ein jüd. Frauenverein, der Anfang 1901 sein 40-jähriges und Ende 1909 sein 50-jähriges Bestehen feierte. Zum 40. Jahrestag erschien eine Festschrift, der zufolge Levy Strauß seit der Gründung als Schriftführer fungierte, Kassiererin war Frau Möllerich, weitere Gründungsmitglieder waren Frau Gans und Frau Behrens. 1911 bildeten Frau S. Koppel, Frau Möllerich, Witwe Hertog und Frau Strauß den Vorstand, 1924/25 Frau Hertog, Frau Bamberger, Frau Gans und Frau Fischbein. 1932 hatte der Frauenverein unter dem Vorsitz von Johanna Gans 61 Mitglieder. Vorsitzender des ‚Israelitischen Männervereins‘ war 1905 F. Heimann, 1907 Lehrer Isaak Stern, 1911 waren es zudem Levy Strauß und J. Gans, 1932/33 war es Hugo Grüneberg.

2.3.1 Levy Strauß (1839–1926) wurde 1868 zum Repräsentanten und 1892 in den Vorstand der jüd. Gemeinde Hörde gewählt, von 1914 bis zu seinem Tod war er erster Vorsitzender. Seit 1868 gehörte er auch der Friedhofskommission an. Von etwa

1894 bis zum Tod 1914 war Julius Udewald Vorstandsmitglied. In seinem Nachruf werden besonders sein Einsatz für die neue Synagoge und die Anlage eines neuen Friedhofs gewürdigt. Seit mindestens 1905 bis Mitte der 1920er Jahre war Jakob Gans Vorstandsmitglied; ferner gehörten in dieser Zeit Ph. Vosen, I. oder J. Löwenthal und Albert Back dem Vorstand an. 1932/33 waren Carl Schönebaum erster und Albert Back zweiter Gemeindevorsitzender. Repräsentanten waren Mitte der 1920er Jahre Friedrich Zürndorfer, Ph. Stern, Bernhard Stern, Josef Feldheim, Julius Feldheim, A. Steinberg, H. Grünberg, Carl Schönebaum und Rechtsanwalt Dr. Koppel, Repräsentantenvorsteher war 1932/33 Hugo Grüneberg.

Als Vorsänger und Schächter wirkte in den 1780er Jahren Schulmeister Salomon Hirsch. Lehrer Joseph Heymann war 25 Jahre lang Prediger und Kantor, seit 1877 Lehrer Isaak Stern, der 1914 nach 36 Jahren aus dem Amt schied. Sein Nachfolger wurde der bis dahin in Detmold tätige Lehrer Rosenthal, der auch 1919 noch amtierte. 1937 wird für Hörde der Lehrer David Stern als Prediger genannt, der schon 1932 als Kantor und Lehrer tätig war. Als Schächter fungierten Anfang des 20. Jh. der Synagogendiener M. Mosbach, 1913 der Lehrer und Kantor Isaak Stern.

2.3.2 Moritz Nussbaum (1850–1915) aus Hörde war seit 1907 Ordinarius für Biologie an der Universität Bonn. Der ebenfalls in Hörde geborene Jehuda Louis Weinberg (1876/77–1960) arbeitete 1908 bis 1912 als Rechtsanwalt in Dortmund, anschließend im Palästinaamt in Jaffa. Nach dem Ersten Weltkrieg leitete er das neu gegründete Palästinaamt in Berlin, ging in den 1920er Jahren nach Palästina zurück und wurde Justitiar des Deutschen Generalkonsulats in Jerusalem, später der Anglo-Palästina-Bank, bevor er sich als Rechtsanwalt in Tel Aviv niederließ. Ab 1907 war er mehrfach Delegierter auf Zionisten-Kongressen und veröffentlichte Artikel über den Zionismus, in den 1940er und 1950er Jahren eine Heinrich-Loewe-Biographie, ferner Sonette und Epigramme.

2.3.3 Gegen Zahlung von 1 Tlr. wurde Juden 1834 das Recht eingeräumt, an den Feierlichkeiten anlässlich der Schützenfeste der Bürgerschützengilde Hörde teilzunehmen, nicht aber am Vogelschießen; auch die Ehrenstellen durften sie nicht besetzen. 1851 beschlossen die Hörder Schützen, Juden zu den gleichen Bedingungen wie Christen als Mitglieder in die Schützengilde aufzunehmen. Erster jüd. Stadtverordneter in Hörde war 1868 bis 1879 Nathan Nussbaum, der zugleich auch das erste jüd. Mitglied der Schuldeputation war. Der Vorsitzende der jüd. Gemeinde, Levy Strauß, war 1861 in Hörde Gründungsmitglied des Turnvereins sowie des Vereins liberaler Bürger. Er gehörte seit 1868 der Bürgerschützengilde an, zudem war er Mitglied zahlreicher städtischer Kommissionen und Deputationen, u. a. wirkte er von 1885 bis 1920 in der Schuldeputation mit. In der CV-Zeitung erhielt er 1926 einen ehrenden Nachruf. Julius Udewald war Präsident der Märkischen Loge in Dortmund.

3.1 Die 1900 eingeweihte und 1938 zerstörte Synagoge war ein massiver, zweistöckiger Zentralbau auf quadratischem Grundriss. Der Innenraum wurde 1929 im Rahmen einer grundlegenden Renovierung nach Entwürfen von Wilhelm Jöker, Professor an der Dortmunder Kunstgewerbeschule, und Joseph Wigger, Kirchenmaler aus Hörde, neu gestaltet. Beschreibung der Synagoge bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 108–110. 1932/33 werden an Gemeindeeinrichtungen Synagoge, Friedhof und Schechitah genannt.

3.2 1748 gehörte Abraham Levi zu den Hausbesitzern in Hörde.

3.3 Vermutlich schon vor 1732 wurde der jüd. Friedhof am Mühlentor eingerichtet. 1741/1742 zahlten die Hörder Juden für den Friedhof eine Gebühr von 1 Rtlr. an die Stadt. 1814 wurde der Friedhof um das ‚Schützenplätzchen‘ erweitert und wahrscheinlich um 1870 aufgegeben. In den folgenden etwa 30 Jahren beerdigten die Juden

ihre Toten auf dem ‚Israelischen Totenhof‘, der südlich des ev. Friedhofs am Ende der Emscherstr. nördlich der Zeche Bickfeld lag. Dieser Begräbnisplatz wurde bis etwa 1906 belegt. Beide Friedhöfe mussten im Rahmen der Erweiterung der Hörder Hermannshütte bzw. des Phoenix-Werkes aufgegeben werden, sie wurden überbaut.

Für den Vorstand der Synagogengemeinde Hörde beantragte Julius Udewald die Zuweisung eines neuen Friedhofs, 1911 erhielt die Gemeinde ein Grundstück am heutigen Hörder Kampweg. Die Gebeine von 59 Erwachsenen und 14 Kindern wurden auf dem zuletzt genutzten Begräbnisplatz exhumiert und auf dem neuen Friedhof beigesetzt. 1942 sind dort 16 Männer und Frauen in einem Massengrab beigesetzt worden, die von Kriegsgefangenen auf dem jüd. Friedhof Lüdinghausen exhumiert werden mussten; nach 1945 wurde für sie ein Gedenkstein gesetzt. Die jüd. Gemeinde errichtete zu einem unbekannten Zeitpunkt eine Trauerhalle, die während des Zweiten Weltkriegs als Luftschutzraum genutzt wurde, sie wurde nach Kriegsende nicht wieder aufgebaut. Der Friedhof wurde während der NS-Zeit weitgehend zerstört, die Inschriften auf den Grabsteinen wurden unkenntlich gemacht. Nach 1945 wurde der Friedhof wieder hergerichtet, die Grabmäler wurden restauriert. Auf dem etwa 4300 m² großen Areal am Hörder Kampweg sind 72 Grabsteine vorhanden, der älteste von 1892. Der 1967 geschlossene Friedhof wurde 2006 in die Denkmalschutzliste aufgenommen.

Im Ortsteil Brackel bestand im 19. Jh. ein eigener jüd. Friedhof (Am Breierspfad/Ecke Brackeler Hellweg). Bis 1891 wurde er auch von den Juden aus (Dortmund-) Wickedede genutzt.

4.1 Archiv der Königlichen Porzellanmanufaktur Berlin, Abt. I: Etablierung und Einrichtung der Manufaktur I, Nr. 4. – CAHJP Jerusalem, P 255 (Persönliche Sammlung der Familie Levi Strauß aus Hörde). – Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz, I. HA, Rep. 104 Generalfiskalat; II. HA Generaldirektorium; MA, I Etablierung und Einrichtung der Manufaktur. – LAV NRW Abt. W (Münster), Msc. VII 6011; Reichkammergericht J 285; Sammlung Fot 57n; Kleve-märkische Regierung, Landessachen; Regierung Arnsberg, I G Nr. 574 u. I Nr. 331. – StadtA Dortmund, Best. 15; Best. 28, Nr. 172; Best. 495 (Nachlass Levi Strauß).

4.2 Zeichnung der Synagoge, Entwurfszeichnung zur Neugestaltung des Innenraums 1929, Fotos der Zerstörung im StadtA Dortmund, 502 WuV, 502, 502/02 und 487; teilweise abgedruckt in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 133f.; BROCKE, Feuer an dein Heiligtum 114–116 u. 612; BAUSCH, Die Synagoge in Hörde. Entwurf zur Neugestaltung der Synagoge in: BIRKMANN/STRATMANN, Bedenke vor wem du stehst 58. Fotos des jüd. Friedhofs in der Sammlung der LWL-Denkmalpflege, Münster.

4.3 AZJ <1880, 1882, 1892, 1894–1896, 1900–1902, 1910, 1913–1915, 1917, 1919, 1926>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 9–46 <1836–1911/1913>. – CV-Zeitung <27.8.1926>. – Geschäftsbericht des Hilfsvereins der Deutschen Juden 8 <1909> 74. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1924/25> 61. – Israelitisches Familienblatt <4.5.1922, 1.5.1935>. – Der Schild <23.3.1933>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 163. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 52, 168.

4.4 BAUSCH Hermann Josef, Die Synagoge in Hörde. In: Heimat Dortmund <2000> H. 2, 34–38. – DERS., Levi Strauß. In: Biographien bedeutender Dortmunder, Bd. 3 <Dortmund 2001> 180–184. – BITZEL Uwe, Damit kein Gras darüber wächst. Ereignisse um die Pogromnacht 1938 in Dortmund <Dortmund 1988>. – FELDMEYER Dirk (Hg.), Juden in Hörde. Eine Ausstellung der Bezirksvertretung Hörde, erstellt von den Hörder

Jungsozialisten. Begleitheft <Dortmund 1999>. – HÖGL Günther (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945 <Dortmund 2002>. – HOFMANN Fritz, Jüdisches Lernen in Dortmund. In: Heimat Dortmund <1996> H. 1, 9–12. – KNIPPING Ulrich, Die Geschichte der Juden in Dortmund während der Zeit des Dritten Reiches, <Dortmund 1977>. – KOHLPOTT Thomas, Die Synagoge am Hiltropwall. Von der Betstube zur Einweihung der Synagoge am 8./9. Juni 1900. In: Heimat Dortmund <2000> H. 2, 12–27. – SCHILP Thomas, Geleit – Emanzipation – Verfolgung. Zur Geschichte der Juden in Hörde. In: HÖGL Günther/SCHILP Thomas (Hg.), Hörde. Beiträge zur Stadtgeschichte. 650 Jahre Hörde (1340–1990) <Dortmund 1990> 68–75.

Günther Högl und Thomas Schilp

DORTMUND-Mengede

1.1 Dortmund, Ortsteil Mengede

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – Als Freiheit stadtähnliche Rechte; 1928 Eingemeindung nach Dortmund.

Mengede gehörte laut Statut von 1856/57, ebenso wie Ickern, Bodelschwingh und Deusen, zur Synagogengemeinde Castrop.

2.1.1 Bereits 1341 waren in Mengede Juden ansässig, die unter dem Schutz der Kölner Erzbischöfe standen. Ebenfalls für diese Zeit ist der Jude Saul aus Mengede mit Hausbesitz in Köln nachgewiesen. Aus den folgenden Jh. liegen keine Hinweise vor.

2.1.2 1811 ließen sich in Mengede die beiden jüd. Familien Meier und Leser nieder. Für 1830 ist die Anwesenheit von drei jüd. Familien nachgewiesen. 1846 waren in Mengede der Fleischer Salomon Baum, die als Handelsfrau tätige Witwe des Samuel Israel Neugarten, der Metzger Samuel Leser Rosenberg sowie der Handelsmann David Meyer Rosenthal als selbständig tätige Juden verzeichnet. Nur Salomon Baum hat seinen erblichen Familiennamen bereits zuvor geführt, die anderen Namen wurden neu angenommen. Mitte der 1840er Jahre wurde Herz Samuel aus Mengede mit Unterstützung der Marks-Haindorf-Stiftung in Schöppingen zum Klempner ausgebildet.

In der zweiten Hälfte des 19. und im frühen 20. Jh. waren in Mengede wohnhaft die jüd. Familien Meier, Kohn, Neugarten, Kaufmann, Steinberg, Woudstra, Leser, Rosenberg, Bachmann, Heimberg, Rosenthal, Baum, Rothschild, Mendel, Lindenbaum, Kiwy, Mandel, Löwenstein, Herzberg, Kahn und Adler. Angehörige der genannten Familien waren als Geschäftsleute sehr erfolgreich. So gründete 1876 die Familie Baum das älteste und größte Kaufhaus in Mengede (Bahnhofstr. 20/21, heute Mengeder Str. 705/708).

2.1.3 In der Pogromnacht 1938 drangen zwei SS-Männer in die Wohnung des Kaufmanns Salomon Heimberg in der Williburgstr. 6 ein und verletzten ihn schwer. Unbekannte Täter zerstörten kurz darauf die Fensterscheiben sowohl des Wohnhauses als auch des Geschäftes von Heimberg. SA-Angehörige belästigten und bedrohten während der Pogromnacht die jüd. Ehefrau eines Nichtjuden, auch dort wurden die Fenster des Wohnhauses zertrümmert. 1941 wurden die in Mengede verbliebenen jüd. Familien Löwenstein, Heimberg (Hauseigentümer) und Rosenberg zwangsweise im

„Judenhaus“ in der Williburgstr. 6 untergebracht. In dieses Haus musste auch die 1888 in Bocholt geborene, 1935 nach Dortmund gezogene spätere Bundestagsabgeordnete Jeanette Wolff mit ihrer vierköpfigen Familie ziehen. Im Juni 1941 lebten in Mengede 14 Juden, alle im Haus Williburgstr. 6. Die meisten von ihnen wurden später von Dortmund aus in Ghettos oder Konzentrationslager deportiert, darunter die Familien Heimberg und Wolff, die Ende Jan. 1942 nach Riga deportiert wurden. Aus Mengede überlebten nur Jeanette Wolff und ihre Tochter Edith. Die in Mengede geborenen Josefine Frank (verh. Kain) und Lina Baum (verh. Weber) wurden von Köln bzw. Düsseldorf aus in Vernichtungslager verschleppt.

2.1.4 Seit 2005 nimmt Dortmund an der Aktion „Stolpersteine“ teil, die auch im Stadtteil Mengede verlegt wurden.

2.2.1 1840 lebten 17 Juden in Mengede, 1843 waren es 21, 1858 bereits 40. 1871 waren von 1029 Einwohnern 539 ev., 452 kath., 37 jüd. Glaubens, einer gehörte einer anderen christl. Gemeinschaft an; 1895 waren von 2190 Einwohnern 1112 ev., 1033 kath. und 45 jüd. Glaubens. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 waren (nach dem Gebietsstand des Jahres 1926) von 13 794 (!) Einwohnern 5832 kath., 7307 ev., 39 jüd. und 14 sonstige Christen. In Bodelschwingh lebte 1858 ein Jude; 1895 waren von 1086 Einwohnern 931 ev., 148 kath., fünf jüd. und zwei andere Christen. 1928 wurden Mengede und Bodelschwingh in die kreisfreie Stadt Dortmund eingemeindet. In Deusen lebten 1858 vier Juden. 1871 waren von 371 Einwohnern 292 ev., 75 kath. und vier jüd. Glaubens, 1895 von 717 Einwohnern 504 ev., 206 kath. und sieben jüd. Glaubens. Deusen wurde bereits 1914 nach Dortmund eingemeindet.

Mengede gehörte nach dem Statut von 1856/57, ebenso wie Bodelschwingh und Deusen, zur Synagogengemeinde Castrop. Versuche, sich von der Castroper Synagogengemeinde zu trennen, scheiterten zunächst. Von den jüd. Familien, die nach Mengede zuzogen, verlangte die Castroper Synagogengemeinde deshalb auch weiterhin alle Kultusabgaben. Der 1867 gegründete der „Israelitische Wohltätigkeitsverein Mengede“ diente neben sozialen Aufgaben auch der Förderung der Eigenständigkeit. Die Loslösung von Castrop gelang 1905, der Vorstand des weiter existierenden „Wohltätigkeitsvereins“ war identisch mit dem ersten Vorstand der neuen „Israelitischen Religionsgesellschaft“. 1932/33 schloss die Synagogengemeinde Mengede sich der 1931 gegründeten „Jüdischen Religionsgemeinschaft Dortmund“ an. Der Gemeindeetat belief sich 1905 auf 700 Mark. 1905 war Mengede Mitglied im DIGB.

2.2.2 In der ersten Etage des Hauses von Friedrich Hagemann am Siegenweg 7 (heute Siegenstr. 8) richteten die Mengeder Juden in der zweiten Hälfte des 19. Jh. eine Betstube ein. Für den Raum entrichteten sie jährlich 108 M Miete.

2.2.3 1843 gab es in Mengede zwei schulpflichtige jüd. Kinder, sie besuchten die ev. Volksschule. Die jüd. Familienvorstände beantragten Ende des 19. Jh. beim ev. Schulvorstand, den Kindern einen geregelten Religionsunterricht zu ermöglichen. Dem wurde auch stattgegeben, so dass ein Teil der Besoldung des dafür engagierten jüd. Lehrers vom ev. Schulvorstand mitgetragen wurde, zudem wurde ein Klassenzimmer in der ev. Schule für den jüd. Religionsunterricht zur Verfügung gestellt. 1905 wurden elf jüd. Kinder von einem Wanderlehrer aus Castrop unterrichtet, 1907 erteilte Lehrer Siegfried Steinberg fünf Kindern, 1909 und 1913 der Lehrer Siegmund Nussbaum, beide aus Castrop, vier Kindern Unterricht.

2.2.4 Juden aus Mengede unterstützten zunächst sporadisch 1835 bis 1842, kontinuierlich von den 1880er Jahren bis 1913 die Haindorfsche Stiftung. 1867 wurde der „Israelitische Wohlfahrtsverein Mengede“ gegründet, der nach Verselbständigung der Gemeinde (1905 oder kurz zuvor) als „Israelitischer Wohltätigkeitsverein zur Förderung von Gottesdienst und Religionsunterricht“ weiter existierte und dessen Vorstand auch noch 1913 mit dem Vorstand der Gemeinde identisch war. Ab 1905 wird der

„Israelitische Frauenverein“ unter dem Vorsitz der Ehefrau von Philipp Rosenberg erwähnt, 1913 stand ihm Frau Baum vor.

2.3.1 1905 bekleidete S. Baum das Amt des Gemeindevorstehers. Zwischen 1907 und 1924 ist Levi Baum als Vorsitzender nachgewiesen.

3.1 Der Betsaal befand sich stets in angemieteten Räumen.

3.3 Levi Leser aus Mengede soll 1822 auf einem jüd. Friedhof in Mengede beigesetzt worden sein, der bis heute nicht lokalisiert werden konnte. 1845 erwarben die Mengeder Juden ein Grundstück an der Landstraße von Mengede nach Nette, in der Nähe der früheren Ziegelei Schröder und Holthaus. Die Regierung in Arnberg erteilte 1846 die Genehmigung, dort einen Begräbnisplatz anzulegen. Dieser Friedhof ist bis zum Ende des 19. Jh. genutzt worden. 1959 wurde er im Rahmen von Baumaßnahmen eingeebnet, die noch erhaltenen sterblichen Überreste der Beigesetzten und sieben Grabsteine wurden auf den neuen Friedhof überführt.

1885 erwarb die „Israelitische Religionsgemeinschaft Mengede“ ein Grundstück in der Mengeder Heide (Ecke Siegenstr./Groppenbrucher Str.), 1886 wurde die Genehmigung zur Anlage eines Friedhofes erteilt. Zuletzt wurde dort 1945 Frieda Stern beigesetzt, die mit einem Christen verheiratet gewesen war. Auf dem Friedhof sind 16 Grabstätten mit Grabsteinen erhalten, der älteste von 1911 für Amalie Rosenberg. Ferner befinden sich hier sieben Steine des älteren Friedhofs, an den ein Gedenkstein erinnert. Der jüd. Friedhof in Mengede gehört heute dem „Landesverband der jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe“, 2006 wurde er in die Denkmalliste aufgenommen.

4.1 LAV NRW Abt. W (Münster), Landratsamt Dortmund. – StadtA Dortmund, Best. 182 Nr.8.

4.2 Foto des Hauses Siegenstr. 8, in dem sich der Betsaal befand, in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 136; auch in: HUBERT, Zur Zeit 118, dort auch Foto des „Judenhauses“ Williburgstr. 6 und des Gedenksteins auf dem Friedhof.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 3–46 <1829–1911/1913>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1905> 53, 168. – WOLFF Jeanette, Autobiographische Skizzen (1888–1945). In: DIES., Mit Bibel und Bebel. Ein Gedenkbuch. Hg. von LAMM Hans, 2. Aufl. <Bonn 1981> 11–67.

4.4 GAUSEPOHL Paul, Der jüdische Friedhof in der Mengeder Heide. In: Heimatblätter. Beiträge und Geschichten aus dem Stadtbezirk Mengede 6, Nr. 19 <2007> 3f. – HUBERT Jost, „Zur Zeit besteht in Mengede keine jüdische Gemeinde mehr.“ In: KNIPPSCHILD Dieter/KREMER Peter (Red.), Mengede mit weißen/braunen Flecken. Ein Beitrag zur Stadtgeschichte <Dortmund 1994> 117–130.

Günther Högl

DORTMUND-Wickede

1.1 Stadt Dortmund, Ortsteil Wickede

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm.

Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. 1928 Eingemeindung von Wickede, Asseln und Husen nach Dortmund.

Wickede war nach dem 1855 genehmigten Statut Teil des Synagogenbezirks Unna. In Asseln lebten zeitweise Juden, die sich ebenfalls nach Unna orientierten. Die in Husen ansässigen Juden besuchten die Synagoge in Kamen.

2.1.1 1703 verleitet die Regierung in Kleve den Juden David Isaak nach Asseln im Amt Unna.

2.1.2 In Wickede sind für 1835 der Metzger Moses Steinweg und der Händler Marcus Steinweg als jüd. Grundbesitzer nachgewiesen. 1836 lebte in Wickede die Witwe des Seelig Steinweg mit sechs Kindern in ärmlichen Verhältnissen. 1846 waren in Wickede der Handelsmann Michel Selig und die Witwe Steinweg als selbständig tätige Juden verzeichnet; die erblichen Familiennamen hatten sie bereits zuvor geführt. Ende der 1840er Jahre wurde Abraham Steinweg im Lehrerseminar der Marks-Haindorf-Stiftung ausgebildet, er war anschließend u. a. in Oelde tätig; Karl Steinweg aus Wickede war von 1870 bis 1874 Lehrer in Lengerich. In der zweiten Hälfte des 19. Jh. sind folgende Juden in Wickede bezeugt: Levi Steinweg (geb. um 1828, Anstreichermeister, zog 1880 mit seiner Familie nach Münster), Karl Steinweg (geb. 1861, Viehhändler), Moses Steinweg (geb. 1866, Metzger) sowie Louis Steinweg (geb. 1889, Metzger) und Marcus Steinweg (Handelsmann). 1904 ist der Schuster Siegmund Gottschalk nachgewiesen, in den 1920er Jahren der Zahnarzt Dr. Eisenstett, der auch als Schulzahnarzt tätig war. Zu Beginn des 20. Jh. betrieb Levi Cohen ein Textilgeschäft, die Familie Stern-Rosenbaum eine Schuhwarenhandlung. Otto Steinweg unterhielt ein Import- und Exportgeschäft für Öl, zugleich war er Betreiber der ersten Tankstelle in Wickede. Steinweg war Soldat im Ersten Weltkrieg und erhielt das EK I und II.

In Asseln wohnte in den 1880/90er Jahren Selig Steinweg mit seiner Familie.

2.1.3 Das Textilgeschäft des Levi Cohen am Wickeder Hellweg 91 übernahm 1932 seine Tochter Johanna verheiratete Oppenheimer. Nach der ‚Arisierung‘ wurde es 1941 von der Stadt Dortmund zur Verbreiterung der Straße abgebrochen. Die Eigentümer der Schuhwarenhandlung Stern-Rosenbaum mussten 1933/34 ihr Haus am Wickeder Hellweg verlassen, das Geschäft wurde 1941 von einem Christen erworben. Im Nov. 1938 wurde die Familie von Otto Steinweg misshandelt; er selbst erlitt Verletzungen, denen er später erlag. Seine Witwe und seine Tochter konnten über die Niederlande in die USA entkommen, das Lebensmittelgeschäft am Wickeder Hellweg 130 wurde 1941 ‚arisiert‘. In Wickede geborene Angehörige der Familie Steinweg wurden aus anderen deutschen Städten – darunter Münster – deportiert.

Aus Husen (Stadt Dortmund, Synagogenbezirk Kamen) wurden im Dez. 1941 Ella, Norbert und Siegmund/Siegfried Reinhold ins Ghetto Riga deportiert.

2.1.4 1946 wurde am Standort des ehemaligen jüd. Friedhofs ein Gedenkstein aufgestellt. Das Grundstück und das Haus der Familie Steinweg am Wickeder Hellweg 130 wurde 1951 den in New York lebenden Erben zurück erstattet, die es 1952 verkauften. Die Steinbrink-Grundschule hat sich in mehreren Projektarbeiten mit der Geschichte der Juden beschäftigt und ist dafür wiederholt ausgezeichnet worden, u. a. 2001 mit der Buber-Rosenzweig-Medaille. Die Schule pflegt auch den jüd. Friedhof. Ebenfalls von der Schule initiiert wurde ein 2002 aufgestelltes Denkmal zur Erinnerung an die jüd. Geschichte in Wickede, das vom Künstler Marcus Kiel geschaffen wurde. 2005 wurden unter Beteiligung der Schule drei ‚Stolpersteine‘ für die Familie Cohen am Wickeder Hellweg verlegt.

2.2.1 In Wickede lebten 1840 sieben Juden, 1843 neun, 1858 waren es 19. Im Jahr 1871 waren von 1603 Einwohnern 1355 ev., 228 kath. und 20 jüd., 1895 von 2958 Einwohnern 2360 ev., 568 kath., 28 jüd. Glaubens und zwei andere Christen. 1928 wurde

die Gemeinde Wickede nach Dortmund eingemeindet, 1932/33 lebten im Dortmund der Stadtteil Wickede 20 Juden. In Asseln lebten 1905 insgesamt 21 Juden, 1924/25 waren es 15 und 1932 dann 16. In Husen waren 1871 von 302 Einwohnern 180 kath., 118 ev. und vier jüd. Glaubens, 1895 von 640 Einwohnern 367 kath., 250 ev., 21 jüd. Glaubens und zwei gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1932/33 lebten dort vier Juden.

Bei der Planung der künftig einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnsberg 1842 die Bildung eines Synagogenbezirks Aplerbeck, zu dem auch die Juden aus Wickede und Asseln (beide Amt Aplerbeck im Landkreis Dortmund) gehören sollten. Bei der Einrichtung der Bezirke 1854/55 wurden Wickede und Asseln dann jedoch dem Synagogenbezirk Unna zugewiesen. Auch 1905 wird Wickede als Untergemeinde von Unna genannt; sie hatte damals 28 Mitglieder. Zwischen 1907 und 1913 wird sie als Untergemeinde Wickede-Asseln, danach bis in die 1920er Jahre nur als Untergemeinde Wickede bezeichnet; 1924/25 wiederum als Wickede-Asseln mit 16 Mitgliedern.

Die Gemeinde Husen gehörte im 19. Jh. politisch zum Amt Aplerbeck, 1928 wurde sie nach Dortmund eingemeindet. Ihre religiöse Zugehörigkeit im 19. Jh. ist unklar, 1932 gehörte sie zum Synagogenbezirk Kamen.

2.2.2 In Wickede wurde 1878 im Haus des Anstreichermeisters Levi Steinweg in der Wickeder Str. 13 (früher Husener Straße) eine Betstube für die in Wickede und Asseln lebenden Juden eingerichtet. Ob sie nach dem Verkauf des Anwesens 1880 weiterbestand, ist unklar.

2.2.3 1843 lebten in Wickede zwei schulpflichtige jüd. Kinder. Ab 1888 war Emanuel Mendel Leiter der jüd. Schule in Unna, die auch von Schülern aus Wickede besucht wurde. Der in Asseln lebende Selig Steinweg beantragte 1891 die Befreiung von Zahlungen an die jüd. Schule in Unna, da er sein Kind in die Schule in Asseln schickte; das Gesuch blieb unberücksichtigt.

2.3.3 Otto und Louis Steinweg sowie Sigmund Gottschalk waren Mitglieder im ‚Krieger- und Landwehrverein‘, Louis Steinweg Förderer des ‚BV Westfalia‘.

3.1 Eine Betstube befand sich Ende der 1870er Jahre im Haus des Levi Steinberg.

3.2 1835 war der Metzger Moses Steinweg Eigentümer des heutigen Grundstücks Eulenstr. 2, der Händler Marcus Steinweg besaß des Haus Wickeder Hellweg 130. Übersicht über weitere Wohn- und Geschäftshäuser von Juden in Dortmund-Wickede bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 114f.

3.3 Für 1835 ist die Beisetzung des jüd. Kaufmanns Grünebaum in Wickede überliefert, der Ort der Bestattung ist unbekannt. Bis 1891 bestatteten Wickeder Juden ihre Toten dann auf dem jüd. Friedhof in Brackel im Synagogenbezirk Hörde (Am Breierspfad/Ecke Brackeler Hellweg). 1891 erwarben die Juden in Wickede in Erbpacht ein 325 m² großes Grundstück am Bockumweg (zwischen dem ev. Friedhof und dem Gut Schorlemer), um einen eigenen Begräbnisplatz anzulegen. Als erster Verstorbener wurde Levi Steinweg dort beigesetzt. Im Sept. 1931 wurden zwei Kindergrabsteine umgestürzt, einer davon auf die Straße geworfen; die Ortsgruppe Dortmund des CV setzte zur Ergreifung der Täter eine Belohnung aus. 1938 wurde das Gelände abgetragen, um die Zufahrt für den Gutshof Schorlemer zu vergrößern. Die Grabsteine wurden hinter der Mauer des Gutshofes gelagert; die Gebeine im Sommer 1940 umgebettet. In diesem Zusammenhang hielt Siegmund Nussbaum, Prediger und seit 1939 Leiter der jüd. Volksschule Dortmund, am 29. August 1940 eine Gedenkrede. Im erhaltenen Manuskript der Rede ist von der Umbettung von 34 Toten aus den Jahren 1871 bis 1936 vom Wickeder Friedhof zum Friedhof der jüd. Gemeinde Dortmund

die Rede. 1946 wurde am Bockumweg, südlich des ev. Friedhofs, eine Anlage geschaffen, auf der sieben zum Teil nachgebildete Grabtafeln und ein Gedenkstein stehen. 2006 wurde diese Anlage in die Denkmalschutzliste eingetragen.

4.1 LAV NRW Abt. OWL (Detmold), P 5, 171–173, B 115–117. – LAV NRW Abt. W (Münster), Kr. Dortmund/Landratsamt 1279; Kr. Unna/Landratsamt 1358. – Yad Vashem Archives Jerusalem, Teilnachlass Siegmund Nussbaum (2002 vom StA Dortmund übergeben).

4.2 Lageplan des jüd. Friedhofs am Bockumweg in: ALEWELT, Wickede – der israelitische Friedhof, 231.

4.3 CV-ZEITUNG <25.9.1931>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 68, <1909> 72, <1911> 82, <1913> 92, <1924/25> 63. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 167. – Statistisches Handbuch deutscher Juden <1905> 54.

4.4 ALEWELT Erich, Die Geschichte der jüdischen Familien. In: Chronik Wickede. Gekürzte Aufl. <Dortmund-Wickede 1993> 209–228. – DERS., Wickede – der israelitische Friedhof. Ebd. 229–236. – SPRINGER Erika/KLOPPERT Karin, Gegen das Vergessen. Dokumentation zur Geschichte und zum Schicksal der jüdischen Gemeinden in Dortmund-Wickede. Ein Projekt der Schüler und Schülerinnen der Steinbrink-Grundschule in Dortmund-Wickede <Dortmund 2003> [im StA Dortmund].

Günther Högl

ERWITTE

1.1 Stadt Erwitte, Kr. Soest

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – 1936 Verleihung der Stadtrechte.

Zum Synagogenbezirk Erwitte gehörten laut Statut von 1857 u. a. die Juden aus Erwitte, Westernkotten und Völlinghausen.

2.1.1 1660 erhielten die Juden David und Moyses vom Kölner Erzbischof ein landesherrliches Geleit für das Dorf Erwitte, das zehn Jahre Gültigkeit besaß. Ein weiterer, ebenfalls auf zehn Jahre befristeter Geleitbrief wurde 1667 für den Juden Joseph (Josell, Jost) ausgestellt. Noch im selben Jahr erfolgte die Umschreibung des Geleits der Familie von Abraham Joseph aus Neheim auf Erwitte. Diese wurde allerdings bald vom Landesherrn wieder aufgehoben, weil nur drei jüd. Familien im Ort wohnen durften; Abraham Joseph zog daraufhin von Erwitte nach Anröchte. Die Anzahl der jüd. Familien blieb bis ins 18. Jh. auf drei beschränkt. Ende der 1660er Jahre wohnte David mit Frau und sieben Kindern im Spieker des Johann Loeper, Moyses (mit Frau und sechs Kindern) lebte im Spieker des Engelbert Berg, Josell wohnte mit Frau und einer jüd. Magd im Haus des Simon Arnus; er pachtete später (vor 1683) eine paderbornische Hofstätte, für die er eine Abgabe an die Kapelle in Westernkotten abführen musste. Ihren Lebensunterhalt bestritten die Familien durch das Brennen

von Anis, durch Schlachten und den Handel mit Hökerwaren. Josell, der sich mit dem im Jahr 1712 in Erwitte lebenden Jost Lazarus (auch Leyser, gest. zwischen 1722 und 1727) identifizieren lässt, fungierte als Vorsteher (Vorgänger) der Judenschaft im Hztm. Westfalen. Anfang des 18. Jh. erwarben in Erwitte ferner Jacob (Jacob David, 1705) und Isaac (Isaac Jacob, ein Schwiegersohn des Josell, 1708) jeweils ein Geleit. Der zu Josells Haushalt gehörende volljährige Sohn Levi zog nach Westernkotten. Der besitzlose Jude Meyer konnte 1700 kein Geleit vorweisen, wurde aber noch 1715 mit seiner Familie in Erwitte geduldet. Der ebenfalls nur geduldete Salomon Moyses betrieb mit seinen vier Söhnen offenbar einträgliche Handelsgeschäfte in Erwitte. 1722 sollte er wegen Betrugs mit seinen Söhnen des Ortes verwiesen werden; auf Betreiben der ortsansässigen, vergeleiteten Juden (Isaac, Jacob und Josell) wurden schließlich nur drei seiner Söhne ausgewiesen. Josell lebte 1722 bei seinem Enkel Laiser, dem er bereits 1720 seine Hofstätte vererbt hatte; unter der Bedingung, dass Josell keinen Handel mehr treibe, hatte die kurfürstliche Hofkammer der Überschreibung des Geleits zugestimmt. Genannter Laiser lässt sich 1738 unter dem Namen Leyser Leiffmann mit seiner Familie (Frau und fünf Kinder) in Erwitte nachweisen, er beschäftigte einen Knecht, eine Magd und für seine Kinder den Schulmeister Philip. Ferner lebten 1738 im Dorf die Familien von Isaac Jacob (wohl Leysers Schwager, mit Frau, drei Kindern und einem Waisenkind, Knecht und Magd) und Jacob David (mit Frau, zwei Kindern und Schwiegertochter). Gottschalk, Sohn des Jacob David, verdingte sich als Knecht beim Vorsteher der Judenschaft des Hztm. Westfalen in Werl. Von seinen Töchtern war Feihle mit dem Juden Leiffmann in Salzkotten verheiratet, Lea mit Isaac in Dülmen und Bolige mit Isaac in Wulfen. Beide Familien sowie der Knecht Moyses waren als Schlachter tätig, ferner handelten sie mit Kleinwaren (Kattun, Leinen) und Pferden; Isaac Jacob hatte zudem noch Ländereien von der kath. Pfarrei St. Laurentius in Erwitte gepachtet. 1730 beschwerten sich die Repräsentanten des Bonner Landrabbiners beim Kurfürsten anlässlich einer jüd. Hochzeit in Erwitte, ihnen werde von der ‚Judenjugend‘ nicht der nötige Respekt entgegengebracht; er möge den Landrabbiner mit einer Untersuchung beauftragen.

1768 konvertierte Abraham Leiser (geb. um 1740 in Erwitte, wahrscheinlich ein Sohn des Leyser Leiffmann) zum kath. Glauben und erhielt bei seiner Taufe den Namen Joannes Baptista Leisring; die Patenschaft übernahm der Erwitter Vikar Benseler. 1769 wurde Hendel, die Tochter des Jacob Isaac, kath. getauft und erhielt den Namen Maria Francisca Thecla Wilhelmina Kirchner. Ihre Paten stammten aus dem ortsansässigen Adel und aus der Geistlichkeit; im folgenden Monat ließ sie ein uneheliches Kind taufen.

Auch wenn die Zahl der in Erwitte ansässigen jüd. Familien in den 1770er Jahren zeitweise auf sechs anstieg, war die Anzahl der jüd. Einwohner rückläufig. 1749 erwarb Jacob Isaac (Sohn des 1738 genannten Isaac Jacob) einen Geleitbrief, 1766 pachtete er für zehn Jahre von Arnold Mellage einen Anteil an der ‚Kamheurischen Behausung‘ in Erwitte. Später galt seine Familie als verarmt, 1790 besaß er keine Wohnung mehr und musste sich von Almosen ernähren. Jossel Leisar, wohl der älteste Sohn von Leyser Leiffmann, hatte 1761 noch einen Geleitbrief für seine Familie erwerben können, 1790 war seine Witwe verarmt. Auch die Familie von Meyer Joseph (mit Frau und fünf Kindern) zählte zu den verarmten Juden des Dorfes. Wirtschaftlich besser gestellt waren die Familien von Herz Isaac (zum Haushalt gehörten seine Frau, vier Kinder, ein Knecht, eine Magd und der Schulmeister), Veis (auch Feist, Beyfuß, mit Frau, Vater, Bruder, Knecht und Magd) Abraham und Herz Feidel (mit Frau, Sohn, Schwiegertochter, zwei Enkelkindern und Knecht). Als Heereslieferant hatte der aus Obermarsberg stammende, zunächst in Lippstadt wohnende Herz Feidel während des Siebenjährigen Krieges die dortige Garnison versorgt, war wegen ausbleibender Zahlungen aber in Not geraten und hatte in Erwitte ein neues Geschäft begonnen.

2.1.2 Anfang des 19. Jh. lebten in Erwitte fünf jüd. Familien. 1846 wurden als selbstständig tätige Juden in Erwitte verzeichnet die Witwe Margoli Cohn, Philipp Eber, Jacob Elsbach, Isaac Elsbach, Leser Fischbein, Louis Lilienfeld, Bendix Ratheim, Markus Rosenberg, Isaac Schreiber, Emanuel Schüler, Emanuel Stern, Herz Stern, Isaac Stern, Leeser Stern, Nathan Stern und Witwe Hannchen Sternberg. Die genannten erblichen Familiennamen hatten sie 1808/09 angenommen oder bereits zuvor geführt. Ihren Lebensunterhalt verdienten sie fast ausschließlich als Händler und Kaufleute. Eine Ausbildung als Lehrer absolvierten im Haindorfschen Seminar in den 1830er bzw. 1840er Jahren die Erwitter Abraham Fischbein und Marcus Rosenberg, Heimann Michaelis erlernte das Sattlerhandwerk. In den 1890er Jahren gab es lediglich einen jüd. Handwerker in Erwitte, er war Sattler. Die seit Anfang des 19. Jh. wachsende jüd. Bevölkerung erreichte in den 1860er Jahren mit 108 Personen ihre höchste Zahl, verringerte sich bis zur Jahrhundertwende aber bereits wieder auf weniger als ein Drittel. Am Krieg von 1870/71 nahmen vier Juden aus Erwitte teil. 1875 wurden nach einer Karnevalsfeier an fünf Häusern jüd. Bürger die Fensterscheiben zerstört, Steine, Holz und Eisenteile wurden in die Zimmer geworfen; zuvor war es bereits zu Übergriffen gekommen. Zu Beginn des 20. Jh. schmückten die Erwitter Juden während der kath. Prozessionen die Häuser wie ihre Nachbarn. Bei einem Besuch des Paderborner Weihbischofs (ca. 1912/13) errichteten sie einen Bogen am Hellweg mit dem Spruch: „Wir, Israels Kinder, lieben dich nicht minder“. Belegt ist auch die freundschaftliche Verbundenheit zwischen Josef Fischel und dem Vikar Jakobi, die sich mit Friedrich Kessing wöchentlich zum Kartenspielen trafen.

2.1.3 Anfang der 1930er Jahre lebten in Erwitte Angehörige der jüd. Familien Eichenwald, Elsbach, Fischel, Hanauer, Ratheim, Schreiber, Stern und Sternberg. Während Siegfried Schreiber den Sabbat achtete, sollen Julius Sternberg und später sein Sohn Otto ihr Geschäft auch am Samstag geöffnet haben. 1935 kam es zu ersten Übergriffen, als die Fensterscheiben der Familie Eichenwald von Jugendlichen mit Pflastersteinen eingeworfen wurden. 1937 gab es einen Streit zwischen einigen Jungen des Jungvolks und dem Sohn von Walter Eichenwald, der daraufhin den Sohn des SS-Manes König mit einem Stock geschlagen haben soll; der Ausgang des gegen Eichenwald angestrebten Verfahrens ist nicht bekannt. Während der Pogromnacht im Nov. 1938 wurde die Synagoge verwüstet. Eigens zu diesem Zweck nach Erwitte gefahrene SA- und SS-Trupps zerstörten und plünderten jüd. Geschäfte und Ladenlokale; betroffen waren vor allem die Familien Eichenwald, Fischel, Schreiber und Sternberg. Helene Eichenwald fand mit ihren beiden Kindern im Haus Kessing Unterschlupf. Otto Sternberg, Walter Eichenwald, Fritz Hanauer und Siegfried Schreiber wurden verhaftet und mehr als einen Monat im KZ Sachsenhausen festgehalten; Sternberg emigrierte daraufhin 1939 über England nach Kanada. Rudolf Fischel und Willi Ratheim gelang 1938/39 die Ausreise in die USA, andere flüchteten in die Niederlande, nach Belgien oder zogen in größere Städte. Einige Erwitter Bürger kauften heimlich Reste aus den noch vorhandenen Lagerbeständen der Juden. Schließlich wurden die verbliebenen Erwitter Juden in den Häusern der Familien Schreiber und Sternberg einquartiert, einige von ihnen mussten zwangsweise bei der Firma Ed. Cremer arbeiten. Fritz und Trude Hanauer sowie Mathilde Goldschmidt mussten in einer kriegswichtigen Rohrgewebefabrik in Anröchte Matten flechten. Am 28. Apr. 1942 mussten sich Walter, Helene und Werner Eichenwald, Fritz, Trude und Ursel Hanauer, Johanna Ratheim, Siegfried, Klara und Regina Schreiber sowie Mathilde Goldschmidt auf dem Erwitter Marktplatz versammeln. Sie wurden nach Wertsachen durchsucht, bevor ein Polizist sie zum Bahnhof führte; über Dortmund wurden sie ins Ghetto Zamość transportiert. Die letzten Erwitter Juden wurden im Juli 1942 deportiert: Helene Ratheim sowie Helene und Regine Sternberg mussten sich ebenfalls auf dem Markt einfinden und wurden mit einem Sonderzug zur Sammelstelle nach Dortmund gebracht, um Ende

Juli ins Ghetto Theresienstadt gebracht zu werden. Helene Sternbergs Erwitter Besitz wurde versteigert und verkauft.

2.1.4 Auf dem Platz des ehemaligen jüd. Friedhofs wurde 1988 ein Mahnmal zur Erinnerung an die Verfolgung errichtet, das von Israel Lanzmann gestaltet wurde. Ehemalige jüd. Einwohner oder ihre Nachkommen – so etwa die Nachfahren des Metzgers Leser Fischbein 2008 – besuchten mehrmals die Stadt.

2.2.1 Ende der 1660er Jahre lebten in Erwitte rund 20 Juden, 1784 war die Zahl mit 19 fast unverändert. Anfang des 19. Jh. waren in Erwitte fünf jüd. Familien verzeichnet. Für 1812 sind 52 Juden belegt, für 1843 sind es 68, für 1858 insgesamt 94. In den 1860er Jahren erreichte die jüd. Bevölkerung mit 108 Personen ihre höchste Zahl. 1871 waren von 1745 Einwohnern 1588 kath., 64 ev. und 93 jüd. Glaubens; 1895 waren von 1649 Einwohnern 1557 kath., 60 ev., 30 jüd. Glaubens, zwei gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1925 waren von 1889 Einwohnern 1774 kath., 97 ev. und 18 jüd. Glaubens. 1933 lebten 24 Juden in Erwitte. Im heutigen Ortsteil Völlinghausen waren 1925 von 476 Einwohnern 454 kath., 21 ev. und einer war jüd. Glaubens.

1842 wurde von der Regierung Arnsberg die Einrichtung des Synagogenbezirks Erwitte erwogen, zu dem auch die Juden aus Westernkotten gehören sollten. 1847 war die Eingliederung von Erwitte und Horn in den Synagogenbezirk Lippstadt vorgesehen, mit der die betroffenen Juden aber nicht einverstanden waren. Die Erwitter und Westernkottener Juden forderten einen eigenen Bezirk, dessen Hauptort Erwitte sein sollte. Nach langem Streit innerhalb der Gemeinden wurde 1854 von der Arnsberger Regierung die Genehmigung zur Bildung eines eigenständigen Erwitter Synagogenbezirks erteilt. Im selben Jahr folgte die Wahl der Repräsentantenversammlung und des Synagogenvorstandes. 1857 wurden die Statuten der Gemeinde genehmigt. Demzufolge gehörten die Orte Erwitte, Westernkotten, Eikeloh, Stirpe, Völlinghausen, Weckinghamen und Bökenförde zum Bezirk der Synagogengemeinde, nachzuweisen sind Juden aber nur in Erwitte, Westernkotten und Völlinghausen. Im Vorstand waren nur Juden aus Erwitte zugelassen. Als die Gemeinde nach 1900 immer weniger Mitglieder verzeichnete, verzögerten sich die Neuwahlen, so dass statt drei bis zu sieben Jahre zwischen den Wahlen lagen; 1932 wurde die Wahl schließlich ausgesetzt.

Der Gemeindeetat hatte in den 1850/60er Jahren einen Umfang von etwa 300 Talern jährlich, in den 1880er Jahren von 1240 M; 1930 betrug er 250 Mark.

2.2.2 Die seit dem 19. Jh. nachweisbare Synagoge befand sich in einem Anbau am Haus Fischbein (Kletterstr., heute Hellweg 50, auf der Seite zur heutigen Bundesstr.). 1843 befand sie sich im Eigentum der Erwitter Judenschaft. Nach 1900 wurde die Synagoge kaum noch für Gottesdienste genutzt, weil die erforderliche Mindestzahl (Minjan) nicht mehr zusammenkam. Bis in die 1930er Jahre sollen in der Synagoge zehn Thorarollen aufbewahrt worden sein. Die einzige erhaltene Rolle hatte Herz Sternberg 1856 der Gemeinde aus Anlass seiner Hochzeit geschenkt; als sein Enkel Robert Sternberg 1939 nach Rhodesien auswanderte, erhielt er sie als Geschenk. Die Thorarolle dient seitdem der jüd. Gemeinde in Gatooma (Zimbabwe) für Gottesdienste. Während der Pogromnacht im Nov. 1938 wurde die Einrichtung der Synagoge zerstört, das Gebäude wurde danach beschlagnahmt.

2.2.3 Leyser Leiffmann ließ seine Kinder 1738 vom Schulmeister Philipp unterrichten. 1790 beschäftigte Herz Isaac ebenfalls einen – namentlich nicht bekannten – Schulmeister. In den 1820er Jahren besuchten die jüd. Kinder die örtliche kath. Schule, die Kinder von Joseph Rosenberg, Abraham Sternberg sowie die Brüder Levi und Leiser Stern wurden von Privatlehrern in Religion und hebr. Sprache unterrichtet. Als Lehrer dieser Zeit sind bekannt: Meier Wolff (Wulff) Mimitz (geb. in Fürth bei Nürnberg, in Erwitte 1823 bis etwa 1827), Moses Westheimer (in Erwitte 1827/28) und Heinemann Daniel (1828–1830). Unter seiner Leitung wurde 1829 eine private

Elementarschule eröffnet, 1830 erhielt Heinemann eine staatliche Konzession für die Erteilung des Unterrichts. Der erfolgte wahrscheinlich zunächst in der Synagoge, da kein eigenes Schulzimmer zur Verfügung stand, auch an Lehrmitteln fehlte es. Weitere Lehrer waren Abraham Emanuel (geb. 1800 in Hamburg, in Erwitte 1830–1832), Moses Solmssohn (1832–1834), Moses Rothschild (1834–1836, anschließend in Rüthen), Philipp Eber (1837–1847), Joseph Kaufmann (Cofmann, 1847–1850), Salomon Sängner (1850/51), Jacob Isaak Wertheim (1851–1855) und Leffmann Hoppe (1855–1858). Um 1850 wurde der Unterricht in die alte Post (später Gewerbebank, Hellweg 3) verlegt. Auch einige jüd. Schüler aus Oestereiden und Störmede besuchten die Erwitter Schule. 1857 (und erneut 1875) wurde die Erhebung der Einrichtung zu einer öffentlichen Schule beantragt, aber nicht genehmigt. Die Erwitter Juden mussten weiterhin ihren Beitrag zur öffentlichen kath. Schule leisten, da ihre Kinder lediglich eine Privatschule besuchten. War die Lehrerstelle vakant, erfolgte der Unterricht in der kath. Schule oder durch die Eltern. Ab 1858 wurde Samuel Kronenberg als Lehrer beschäftigt (bis 1860), kurzzeitig gefolgt von Eli Liepmannsohn (oder Leifmannsohn, Sohn des Horner Lehrers Louis Liepmannsohn, Religionsunterricht 1860). Ab 1860 konnte mit der Einstellung von Ruben Wolfsdorf (geb. 1824, in Erwitte bis zu seinem Tod 1878) für viele Jahre ein anerkannt guter Unterricht angeboten werden. Sonntags bis freitags unterrichtete er wöchentlich 26 Stunden die Elementarfächer Schreiben, Rechnen, Lesen, Geographie, Gesang, Religion und biblische Geschichte, ferner das Schreiben von Aufsätzen und das Vortragen von Gedichten und Erzählungen. Weitere vier Stunden waren dem Lesen von hebr. Bibelstellen und Gebeten vorbehalten. 1877 nahm Wolfsdorf an der in Erwitte stattfindenden Kreislehrerkonferenz teil. Dem Kreisschulinspektor bescheinigte er, sein Verhalten gegenüber den Lehrern sei „ohne Rücksicht auf die Confession ein gerechtes und wohlwollendes“. Im Nachruf von 1878 heißt es, Wolfsdorf habe auch außerhalb seiner Elementarschule den Schülern Wissen vermittelt. Den Schulvorstand bildeten in den 1870er Jahren die Kaufleute Stern, Schüler, Elzbacher und der Amtmann Schlünder. Als neuer Lehrer konnte 1882 Gustav Eichengrün gewonnen werden (bis 1888), es folgten I. Stern (1888/89) und Selig Nagel (geb. in Niedenstein, Kr. Fritzlar, in Erwitte 1889–1891, später in Oelde). Als die Schule 1891 endgültig geschlossen wurde, fiel der Religions- und Hebräischunterricht wieder den Eltern zu. Von 1910 bis 1920 unterrichtete die Hauslehrerin Else Mergentheimer die Kinder von Julius Sternberg, tageweise war sie auch in Anröchte tätig. Folgende Schülerzahlen lassen sich belegen: 1830 acht bis neun, 1843 waren es 14, 1857 zwischen 23 und 25, 1875 bis 1877 zwischen zwölf und 17, 1879 bis 1889 zwischen fünf und acht, 1890 zwei, 1891 drei und 1916/17 zwei (in der kath. Schule).

2.2.4 Erwitter Juden unterstützten von 1835 bis zu Beginn des 20. Jh. die Haindorf-sche Stiftung. Josef Fischel leistete 1924 nach dem Brand des Krankenhauses eine großzügige Spende für den Wiederaufbau; die ebenfalls betroffene Nähsschule brachte er zeitweise in seinem Haus unter.

2.3.1 Als Vorsteher der jüd. Gemeinschaft ist 1720 Josell Lazarus (Leyser) genannt. Er fungierte auch als Vorsteher (Vorgänger) der Judenschaft des Hztm. Westfalen, in dieser Position ist er zwischen 1696 und 1720 (seit 1717 zusammen mit Haymann Nathan aus Werl) nachweisbar. 1752 konnte – wie schon 1711 und vermutlich auch 1718 – der Landtag der Judenschaft des Hztm. Westfalen in Erwitte als Hauptort des Gogerichts ausgerichtet werden.

Auf den ersten beiden Repräsentantenversammlungen des neuen Synagogenbezirks Erwitte wurden 1854 und 1857 Emanuel Schüler, Isaak Elsbach und Abraham Stern in den Vorstand gewählt, sie blieben offenbar bis zur nächsten überlieferten Wahl im Jahre 1870 in ihren Ämtern. Weitere Vorstandsmitglieder waren Kaufmann Emanuel Schüler (1870–1881), Handelsmann Isaak Elsbach sen. (1870–1888), Kaufmann Benja-

min Stern sen. (1870–1888), Kaufmann Simon Sostheim (1882–1896), Kaufmann Herz Sternberg (1888–1905), Metzger Abraham Ratheim (1891–1894), Metzger Bernard Fischbein (1894–1905), Handelsmann Josef Halle aus Westernkotten (1897–1905), Metzger Moses Ratheim (1905–1925, zeitweise Vorsitzender), Kaufmann Julius Sternberg (1905–1919), Josef Fischel (1907–1932, zeitweise Vorsitzender), Kaufmann Richard Schüler (1919–1926), Hermann Stern (1926–1932) und Otto Sternberg (1926–1932, Schriftführer und Schatzmeister).

In der Synagogengemeinde besaßen der Kaufmann Julius Sternberg und der Schlachter Moses Ratheim (gest. 1925) die Erlaubnis, koscher zu schlachten. Die Funktion eines Vorbeters während der Gottesdienste übernahmen in der Regel die Lehrer der Gemeinde. Für das 20. Jh. lassen sich Herz Sternberg, Moses Ratheim, Robert Sternberg (zunächst im Wechsel mit Moses Ratheim, nach dessen Tod 1925 allein bis 1928) und Siegfried Schreiber (seit 1928) nachweisen.

2.3.3 Im Handwerkerschützenverein traten Otto und Robert Sternberg sowie Willi und Paul Ratheim als Hauptmann hervor. Otto Sternberg war Gründungsmitglied des Roten Kreuzes in Erwitte, zudem mit Paul Ratheim im 1919 gegründeten Sportverein aktiv, 1929 war er im Sportverein zweiter Geschäftsführer. Andere – wie Richard Schüler – engagierten sich in Kegelvereinen und in der Casinogesellschaft. Zu den Mitgliedern des Kriegervereins Erwitte zählte 1910 Moses Ratheim (geb. ca. 1850).

3.1 Die Synagoge (Kletterstr.) war im 19. Jh. ein schlichter, giebelständiger Anbau am Wohnhaus der Familie Fischbein. Die Inneneinrichtung war sehr einfach gestaltet. Nach der Enteignung der Eigentümer wurde der Anbau umgebaut, 1982 wurde das Haus abgebrochen.

3.2 Für die ersten drei Jahrzehnte des 20. Jh. lassen sich folgende Wohn- und Geschäftshäuser jüd. Einwohner Erwittes ermitteln: Kolonialwarengeschäft und Holzhandel der Familie Hartwig Eichenwald (von der Familie Elsbach übernommen, Hellweg, Ecke Bergerstr.); Textilgeschäft der Familie Josef Fischel (Bachstr.); Haushaltswaren- und Textilgeschäft der Familie Fritz Hanauer und Textilgeschäft des Hermann Stern (beide im Haus Hellweg 13); Metzgerei des Moses Ratheim (König-Heinrich-Str. 16); Eisen- und Haushaltwarengeschäft der Familie Julius Sternberg (Hellweg 2); Getreidehandel des Richard Schüler (Lippstädter Str. 6); Wohn- und Geschäftshaus des Eisen- und Kleinwarenhändlers Siegfried Schreiber (Markt 7); Wohnhaus des Metzgers Bernhard Fischbein (Hellweg 50, Hausschlachtungen).

3.3 Ein Erwitter Jude namens Isaac (Jacob Isaac oder Isaac Jacob) kaufte 1763 vom Grafen von Landsberg ein Grundstück zwischen der Gografenstraße und dem Brockbach in der Nähe des Erwitter Schlosses (Flur 6, Nr. 7), das möglicherweise zuvor schon als Begräbnisstätte genutzt worden war. Spätestens seit Ende des 18. Jh. diente das Gelände als jüd. Friedhof. 1829 wurde der Bereich im Urhandriss als ‚Totenhof‘ ausgewiesen, er befand sich nun im Eigentum der Judenschaft. Einer der ältesten noch vorhandenen Grabsteine stammt aus dem Jahr 1810 (Familie Elsbach), der jüngste ist von 1885. Neben dem kath. Friedhof (an der heutigen Bundesstr. 1) wurde 1881 ein Areal für einen neuen jüd. Friedhof bestimmt; als Letzter wurde dort 1940 Josef Fischel begraben. Sowohl auf dem alten als auch auf dem neuen Friedhof wurden auch verstorbene Juden aus Westernkotten bestattet. Ein unbelegter Teil (2000 m²) nördlich des neuen Friedhofsbereichs wurde 1938 für 1236 RM von der kath. Kirchengemeinde Erwitte erworben, um den eigenen Friedhof erweitern zu können. Der Vertrag wurde von Otto Sternberg und Siegfried Schreiber unterzeichnet. Das Geld wurde auf ein Sperrkonto eingezahlt; 1953 zahlte die kath. Gemeinde deshalb eine Entschädigung von 1000 DM an die JTC. Die beiden jüd. Friedhöfe wurden nach dem Zweiten Weltkrieg auf Betreiben ehemaliger jüd. Einwohner wieder in Stand gesetzt. Anfang der

1950er Jahre waren noch ca. 40 Grabsteine erhalten, die Stadtverwaltung übernahm die Pflege des Friedhofs. Mitte der 1950er Jahre versuchte die Stadt Erwitte, die Umsetzung der Grabsteine des alten Friedhofs durchzusetzen, da sie das Ortsbild angeblich verunstalteten und in der Nähe ein Schulgebäude errichtet werden sollte. 1958 kam es zu einem Vertrag mit der jüd. Kultusgemeinde Paderborn, daraufhin wurden 23 Grabsteine (ohne die verwitterten und zerstörten) in die nördliche Ecke des neuen Friedhofs umgesetzt. Eine Umbettung unterblieb allerdings, so dass der alte Begräbnisplatz als solcher bestehen blieb. Das Gelände wurde später von der Stadt angekauft und bildet heute einen Teil des Schlossparks; ein Protest des Landesverbands der jüd. Gemeinden von Westfalen und Lippe blieb 1974 erfolglos. 1988 wurde ein Mahnmal des Künstlers Israel Lanzmann auf dem Gelände errichtet.

4.1 ErzbistumsA Paderborn, Nachlass Schelhasse, Paket 25. – KreisA Soest, A (Landratsamt Lippstadt) 633, 634a, 634b, 636, 640, 641, 645, 731, 1601, 1602, 1603. – LAV NRW Abt. W (Münster), Hztm. Westfalen, Landesarchiv 1723; Hztm. Westfalen, Landstände 440–441, 1978, 2388, 2434, 2784; Regierung Arnsberg, Schulregistratur II B 1019, II D 384; Dep. Kreis Lippstadt, Amt Anröchte 132; Politische Polizei „Drittes Reich“ 255; Dep. von Landsberg-Velen, Akten 4005, 10679, 25154 (Q 16, 17, 18), 25933; Nachlass Franz Wilhelm von Spiegel 457. – PfarrA St. Laurentius, Erwitte, Aktenbd. A 2, A 18.

4.2 Abb. der Synagoge in: BROCKE, Feuer an Dein Heiligtum gelegt 157. Fotos der Synagoge, des Friedhofs, des Wohnhauses der Familie Schreiber (Markt 7) und von Robert Sternberg mit der einzigen erhaltenen Thorarolle in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 593–595.

4.3 AZJ <23.2.1875, 9.1.1877, 26.3.1878>. – Beiblatt zum 41. Stück des Amtsblattes der Königl. Regierung <Arnsberg 1846> 35f. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 8–43 <1835–1905/1907>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1913> 90, <1924/25> 61. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 161. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 52. – WAHLE Walter, Die Juden im Kreise Lippstadt 1846. Verfügung durch königliche Kabinettsordre – Beibehaltene oder neue Namen. In: Geseker Heimatblätter 45 <1964> 36.

4.4 BÖCKMANN Clemens, Die jüdische Gemeinde in Erwitte. Die Aufarbeitung von fast 300 Jahren jüdischer Geschichte in einer kleinen Stadt <Soest 1986>. – HERBERHOLD Franz, Die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse der Gemeinde Erwitte bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. In: 1100 Jahre Erwitte <Münster 1936> 31–266, bes. 70, 128, 131, 216. – MARCUS Wolfgang/BUSCH Hans Peter, Erwitte. Historischer Rundgang (= Westfälische Kunststätten 96) <Münster 2003> 16f., 23. – MESCHÉDE Margarete, Juden in Erwitte 1815–1871. Schriftliche Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für die Lehramter der Sekundarstufe II und I <Ms. Köln 1994>. – MÜHLE Eduard, Bildung der Synagogenbezirke im Kreis Lippstadt (1847–1855). Zur Geschichte der Juden unter preußischer Gesetzgebung. In: Lippstädter Heimatblätter 64 <1984> 119–124. – DERS., Zur Geschichte der jüdischen Minderheit. In: EHBRECHT Wilfried (Hg.), Lippstadt. Beiträge zur Stadtgeschichte, Teil II <Lippstadt 1985> 519–574, bes. 521, 531f. – RADE Hans Jürgen, Konversionen von Jüdinnen und Juden zur katholischen Kirche im ehemaligen Kreis Lippstadt vom 17. bis 19. Jahrhundert. In: Südwestfalen Archiv 3 <2003> 79–112, hier 81–83, 90, 101f. – WAHLE Walter, Ein Beitrag zur Geschichte der Juden in Erwitte. In: Lippstädter Heimatblätter 67 <1987> 17–19. – WALTER Friedrich, Die Siedlung Erwitte und ihre Bauernhöfe. In: 1100 Jahre Erwitte <Münster 1936> 524–579.

Joachim Rüffer

ERWITTE-Bad Westernkotten

1.1 Stadt Erwitte, Ortsteil Bad Westernkotten, Kr. Soest

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Seit 1958 mit dem Zusatz ‚Bad‘; infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Stadt Erwitte.

Die Juden aus Westernkotten gehörten dem 1857 gebildeten Synagogenbezirk Erwitte an.

2.1.1 Leifmann Joisten beantragte 1697 seine Vergeleitung nach Westernkotten. Der Vorgänger der Juden im Hztm. Westfalen wurde daraufhin beauftragt, über Leifmann und einige andere Bericht zu erstatten, vor allem über deren Handel und Vermögen. 1700 ist die erste dauerhafte Niederlassung eines Juden in Westernkotten nachzuweisen, in diesem Jahr hatte sich Levi (eventuell identisch mit Leifmann) aus Erwitte erfolgreich um das Geleit beworben, er ist auch 1712 in Westernkotten aufgeführt. 1738 lebten in Westernkotten zwei jüd. Familien. Jösel Leiffmann (vielleicht der Sohn des Leifmann Joisten) war mit Frau, zwei Söhnen und einem Knecht ansässig, er bestritt seinen Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Kramwaren und Schlachten. Isaac Leiffmann lebte mit Frau, einer Tochter und einem Knecht im Ort, er handelte mit Kramwaren und Pferden, außerdem betätigte er sich als Schlachter; sein Knecht ging hausieren. 1745 bemühte sich ein Isaak Israel aus Westernkotten vergeblich um ein Geleit in der Herrschaft Rheda. Im Viehschatzungsregister von 1760 wurden die Juden Heimann mit einem Stück Hornvieh und einer Ziege (Abgabe 12 Gr.) und Isaac mit einem Stück Hornvieh und einem Esel (33 Gr.) veranschlagt; im Register von 1773 ist Isaac mit einem Pferd, 14 Kühen und 255 Schafen vermerkt (Abgabe 10 Rtlr. 33 Gr.), Heimann mit einer Kuh. Rechnungsbelege für gelieferte Waren aus den Jahren 1771/72 mit der hebr. Unterschrift des Isaac aus Westernkotten weisen auch auf Handelsgeschäfte mit dem Freiherrn von Landsberg zu Erwitte hin. 1775 wurde ein auswärtiger Metzger zu einer Strafe verurteilt, weil er dem Judenknecht Salomon Levi aus Westernkotten eine Ohrfeige gegeben hatte. Nach der Kopfschatzsteuer des Jahres 1776 musste der als arm eingestufte Heymann 18 Gr. entrichten, Isaac mit einem Knecht und einer Magd 3 Rtlr., Leeser ebenfalls mit einem Knecht und einer Magd 1 Rtlr. 24 Groschen.

2.1.2 Aus einer Bilanz über Tribute und Rückstände 1817 gehen u. a. folgende Zahlungsverpflichtungen hervor: Abraham Weinberg 47 Rtlr. und rückständige 15 Rtlr.; Löb Forstmann 64 Rtlr., außerdem 40 Stüber für die Generalvergeleitung 1815; Isaac Eichwald 36 Rtlr. und rückständige 5 Rtlr., für die Befreiung vom Militär und der Ersten Landwehrscheule 6 Rtlr., ferner 4 Rtlr. für die Generalvergeleitung 1814/15; die Witwe Blott 8 Rtlr. sowie an rückständigen Tributen 47 Rtlr., die in Raten zu zahlen waren. Hannchen, die Tochter des Levi (Löb) Forstmann, heiratete den in Störmede geborenen Abraham Halle. 1814 erhielt Isaac Eichenwald ein Geleit für Westernkotten, er lebte vom Pferdehandel und starb 1860. Aus der Ehe des Leiser Stein (gest. um 1800) mit Sara Blott (Boldt) stammten die beiden Söhne Joseph und Levi (Leiser). In zweiter Ehe heiratete die Witwe Blott Abraham Weinberg aus Werther; aus dieser Ehe gingen die drei Söhne Leser, Aron und Bendix-Abraham hervor. Abraham Weinberg betrieb mit seinem Stiefsohn Levi Stein einen Pferdehandel, zudem war er als Schlachter und Beschneider tätig. 1833 beantragte Levi Stein ein Geleit; aus diesem Anlass teilte der Westernkottener Gemeindevorsteher dem Erwitter Amtmann mit, dass im Ort bereits drei vergeleitete Juden ansässig seien. Noch 1843 und 1844 erhielten seine Stiefbrüder, Leser und Aron Weinberg, Geleitbriefe zur Niederlassung als Metzger und Händler und die Erlaubnis zur Heirat, für die sie 75 bzw. 40 Tlr. entrichten muss-

ten. Ihr Bruder Bendix-Abraham wanderte um 1830 in die USA aus; dorthin gingen drei bzw. vier Jahrzehnte später auch zwei Söhne des Aron Weinberg.

Mitte des 19. Jh. lebten in Westernkotten die Familien von Joseph und Levi Stein, Leser und Aron Weinberg, Abraham Halle sowie die ledigen Isaac Eichenwald (Eichwaldt). Der Amtmann bescheinigte Levi Stein einen „bedeutenden Kornhandel und eine starke Bäckerei“. Der Handelsmann und Metzger Abraham Halle wurde 1859 mit einem Klassensteuersatz von 6 Tlr. veranschlagt. Nach dem Tod der Witwe des Levi Stein und ihres Schwagers Joseph Ende der 1870er Jahre sowie des Aron Weinberg 1882 verblieb in Westernkotten nur die Witwe des Leser Weinberg. Als 1883 ein Großbrand ausbrach, fiel diesem auch ihr Haus zum Opfer, die Witwe verließ den Ort. Um 1900 zog mit Abraham-Albert Neugarten aus Oberalme wieder eine jüd. Familie nach Westernkotten. Die Familie Neugarten betrieb an der Weringhauser Str. 20 ein Rohproduktengeschäft (Handel mit Lumpen, Fellen und Zuchtziegen), 1910 zog sie nach Lippstadt.

Am Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 nahm Isaac Stein, am Ersten Weltkrieg der Kaufmann Siegmund Plaut teil. Letzterer war verheiratet mit Johanna Halle, der Tochter des Händlers Joseph Halle, und starb 1924 an den Spätfolgen einer Kriegsverletzung; sein Name ist im ‚Heldenbuch von Westernkotten‘ genannt und am Kriegerdenkmal unter den Opfern des Ersten Weltkrieges aufgeführt. Beerdigt wurde Plaut auf dem jüd. Friedhof in Erwitte.

2.1.3 Zu Beginn der NS-Herrschaft wohnten in Westernkotten Julie Halle (geb. Bloch, Witwe des Joseph Halle), ihre Tochter Johanna (verwitwete Plaut, verh. Ostheimer), deren Ehemann Fritz Ostheimer, die gemeinsame Tochter Lieselotte Ostheimer sowie Hugo Plaut, der Sohn aus erster Ehe. Die angesehene und geachtete Familie Halle-Ostheimer betrieb im Ort ein Textilgeschäft. Nachdem Hugo Plaut das Ostendorf-Gymnasium in Lippstadt hatte verlassen müssen, zog er 1937 nach Berlin. Er besuchte die ORT-Schule in Berlin-Siemensstadt (Gesellschaft zur Förderung des Handwerks und der Landwirtschaft unter den Juden), bevor er im Aug. 1939 nach England auswandern konnte. 1938 verließen auch Fritz, Johanna und Lieselotte Ostheimer sowie die 78-jährige Julie Halle Westernkotten und zogen nach Köln. Später flüchtete die Familie Ostheimer in die Niederlande, wurde von dort aus deportiert und kam in Auschwitz um. Julie Halle wurde von Köln 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert, sie kam in Treblinka um.

2.1.4 Eine Gedenktafel, veranlasst von einer ökumenischen Initiative, erinnert seit 1996 am früheren Wohnhaus der Familie Halle-Ostheimer an das jüd. Leben in Westernkotten.

2.2.1 Am Ende des 18. Jh. werden in Westernkotten drei jüd. Haushaltsvorstände genannt. 1843 lebten in Westernkotten 22 Juden, 1858 waren es 27. Im Jahr 1871 waren von 1237 Einwohnern 1185 kath., 31 ev. und 21 jüd. Glaubens; 1895 von 1116 Einwohnern 1073 kath., 32 ev. und elf jüd. Glaubens; 1925 von 1199 Einwohnern 1160 kath., 36 ev. und drei jüd. Glaubens.

Im Zuge der geplanten ‚Regulierung der Verhältnisse der Juden‘ war 1842 seitens der Regierung Arnberg die Einrichtung eines Synagogenbezirks Erwitte vorgesehen, zu dem auch Westernkotten gehören sollten. Ab 1847 war dann aber ein großer Synagogenbezirk Lippstadt geplant, zu dem auch Erwitte und Horn gehören sollten. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen wurde 1854 von der Arnberger Regierung schließlich die Genehmigung zur Bildung eines eigenen Erwitter Synagogenbezirkes erteilt. Da die Westernkottener Juden in die Synagogengemeinde Erwitte integriert wurden, galten die dortigen, 1857 genehmigten Gemeindestatuten auch für Westernkotten. Es bestand ein gemeinsamer Etat mit der Erwitter Synagogengemeinde.

2.2.2 Die Gottesdienste fanden bei Bedarf im Haus eines jüd. Gemeindemitglieds statt, ein eigenes Synagogegebäude war nicht vorhanden. An hohen Festtagen besuchten die Westernkottener Juden die Erwitter Synagoge.

2.2.3 Im 19. Jh. besuchten die jüd. Kinder aus Westernkotten überwiegend die kath. Elementarschule im Ort. Für den Religionsunterricht waren zeitweise jüd. Lehrer vorhanden. 1828 ist A. Löwenthal als Religionslehrer verzeichnet. 1830 gingen zwei Mädchen in eine jüd. Schule, wahrscheinlich in Erwitte. In den 1840er Jahren ist der Besuch einzelner Kinder in der jüd. Schule in Geseke belegt. 1848 gestattete die Regierung Arnsberg dem Lehrer Jacob Meyerson aus Halle/Westf. die Eröffnung einer privaten Elementarschule in Westernkotten. Die Regierung betonte aber, dass sich daraus nicht das Recht auf eine dauerhafte Niederlassung ableiten lasse. Der Unterricht sollte wöchentlich 26 Stunden umfassen und durfte nicht in hebr. Sprache erteilt werden. 1849/50 unterrichtete Meyerson die drei schulpflichtigen Kinder des Ortes, die Schulaufsicht oblag dem Erwitter Pfarrer. Meyerson blieb nicht lange, 1853 gab es in Westernkotten keinen jüd. Lehrer mehr. 1854 gingen von acht schulpflichtigen Kindern zwei zur jüd. Schule in Lippstadt. Aufgrund seiner Beschwerde teilte die Regierung in Arnsberg dem Leser Weinberg mit, dass seit 1860 in Erwitte wieder ein jüd. Lehrer angestellt sei. Die dortige jüd. Schule stand bis zu ihrer Schließung 1891 auch Kindern aus Westernkotten offen. Den Religionsunterricht erteilte ebenfalls ein Lehrer aus Erwitte, 1860 war dies Eli Liepmannsohn. Seit Beginn des 20. Jh. besuchten die jüd. Kinder aus Westernkotten wieder die kath. Volksschule im Ort; Hugo Plaut ging später auf das Ostendorf-Gymnasium in Lippstadt.

2.2.4 1861 zahlten die Juden in Westernkotten Beiträge zum Hebammenunterstützungs-Fond.

2.3.1 Die in Westernkotten ansässigen Aron Weinberg und Leser Weinberg wurden 1854 zu Repräsentanten der Synagogengemeinde Erwitte gewählt. 1857 wurden Leser Weinberg und Joseph Stein gewählt, in den Jahren 1870, 1888 und 1894 fiel die Wahl auf Benjamin Halle. Zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Synagogengemeinde Erwitte wurde 1870 Isaac Halle aus Westernkotten gewählt, 1894 Josef Halle; Letzterer gehörte 1897 bis 1905 dem Vorstand an. In der Mitte des 19. Jh. wird Abraham Weinberg als Beschneider erwähnt.

2.3.3 1854 waren Leser Weinberg und Levi Stein Mitglieder des Schützenvereins. 1906 wurde Abraham Albert Neugarten als Mitglied im Krieger- und Landwehrverein aufgeführt. Fritz Ostheimer fungierte 1928/29 als zweiter Vorsitzender des Sportvereins, beim Sportfest 1928 trat er als ‚Feuerwerksstifter‘ auf.

3.1 Einen gemeindeeigenen Gebetsraum gab es in Westernkotten nicht.

3.2 Im Kopfschatzregister von 1785 finden sich drei Hausstättenbezeichnungen mit dem Zusatz ‚Zur Judenschaft‘. In den Jahren 1780 und 1825 werden für das Haus Nr. 168 Isaac, für Haus Nr. 171 Leiser und für Haus Nr. 187 Heimann als Eigentümer genannt. 1829 befanden sich folgende Wohnhäuser im jüd. Besitz: Nr. 168 Abraham Weinberg, Nr. 171 Witwe Sara Blott (Boldt), Nr. 187 Levi (Löb) Forstmann. 1859 besaß Abraham Halle ein Haus und vier Morgen Grundbesitz. 1864 lebte im Haus Nr. 168 der Händler Leser Weinberg mit seiner Familie, der verwitwete Händler Aron Weinberg wohnte mit seinen Kindern im Haus Nr. 171. Im Haus Nr. 187 wohnte die Händlerin Witwe Abraham Halle mit ihren Kindern. Mitbewohner im Haus des Ackerers Johannes Schäfermeyer (Nr. 34) war die Witwe des Levi Stein mit ihrem Sohn Leser, Schäfermeyer hatte ihr Anwesen 1864 erworben.

3.3 Die Westernkottener Juden wurden zunächst auf dem jüd. Friedhof in der Nähe des Landsbergischen Schlosses in Erwitte beigesetzt, ab 1881 auf dem neuen Friedhof der jüd. Gemeinde in Erwitte. Die letzte Bestattung fand 1924 statt.

4.1 Katasteramt Kreis Soest, Urhandriß Westernkotten 1829. – KreisA Soest, A (Landratsamt Lippstadt) 633, 645, 1598, 1602. – LAV NRW Abt. W (Münster), Regierung Arnsberg 277, II B 1018; Dep. v. Landberg-Velen, Akte 10649. – StadtA Bielefeld, Ms. ‚The Descendants of Aron Heinemann Levi in Werther bei Bielefeld‘ von Robert A. Weinberg <1974> 87; Aufzeichnungen des Spiel- und Sportvereins Westernkotten 1928/29. – StadtA Erwitte, A 1, Nr. 534, 594, 658, 696, 705–707, 711–714, C 1, Nr. 769; Dep. Heinrich Eickmann (Urliste der Civileinwohner von Westernkotten, Dez. 1864); Dep. Adolf Schreiber, Anröchte (Abtransport der Juden aus dem Amt Erwitte); Geschäftsanzeige des Textilgeschäftes Fritz Ostheimer 1928; Briefwechsel Robert A. Weinberg (Cambridge, MA.) mit dem StadtA Erwitte 2002.

4.4 BÖCKMANN Clemens, Die jüdische Gemeinde in Erwitte. Die Aufarbeitung von fast 300 Jahren jüdischer Geschichte in einer kleinen Stadt <Soest 1986>. – MARCUS Wolfgang, Krieger- und Landwehrverein. In: Lippstädter Heimatblätter 77 <1997> 1–5. – DERS., Zur Geschichte der jüdischen Minderheit in Westernkotten. In: DERS u. a. (Hg.), Bad Westernkotten. Altes Sälzeldorf am Hellweg <Lippstadt 1987> 230–235. – MESCHÉDE Margarete, Juden in Erwitte 1815–1871. Schriftliche Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für die Lehramter der Sekundarstufe II und Sekundarstufe I <Ms. Köln 1994>. – MÜHLE Eduard, Bildung der Synagogenbezirke im Kreis Lippstadt (1847–1855). Zur Geschichte der Juden unter preußischer Gesetzgebung. In: Lippstädter Heimatblätter 64 <1984> 119–124. – DERS., Zur Geschichte der jüdischen Minderheit. In: EHBRECHT Wilfried (Hg.), Lippstadt. Beiträge zur Stadtgeschichte, Teil II <Lippstadt 1985> 519–574. – PETERS Maria, Die Familie Halle – eine jüdische Familie in Westernkotten. In: Heimatkalender des Kreises Soest <2003> 72. – DIES., Unsere jüdischen Mitbürger in den Jahren 1902–1938. In: 1902–2002 – 100 Jahre Katholische Pfarrgemeinde St. Johannes Evangelist Bad Westernkotten <Anröchte 2002> 125–134. – DIES., Hugo Plaut. Rückbesinnung auf einen jüdischen Mitschüler. In: Lippstädter Heimatblätter 89 <2009> 97–102. – WAHLE Walter, Ein Beitrag zur Geschichte der Juden in Erwitte. In: Lippstädter Heimatblätter 67 <1987> 17–19.

Maria Peters

ERWITTE-Horn

1.1 Stadt Erwitte, Ortsteil Horn-Millinghausen, Kr. Soest

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Um 1900 Umbenennung des Dorfes Horn in Horn-Mielinghausen, 1954 in Horn-Millinghausen; infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Stadt Erwitte.

Die Mehrzahl der Juden des Kirchspiels Horn bildete eine Untergemeinde des 1854 eingerichteten Synagogenbezirks Lippstadt. Zur Untergemeinde zählten u. a. die Orte Horn, Berenbrock, Schmerlecke und Millinghausen.

2.1.1 In den 1660er Jahren lässt sich der Jude Salomon im Kirchdorf Horn nachweisen, er wohnte mit Frau und einem Kind in einem Speicher des Meisters Albert Hatzhofel (Hatzhövel). Seinen Lebensunterhalt bestritt er durch Schlachten und den Handel mit Gewürzen und Leinen. Obwohl die Horner Juden der Herrschaft und dem Gericht des Horner Hofes unterstanden (im 17. Jh. im Besitz der Familie von der Berswordt zu Lohe, Anfang des 18. Jh. an die Familie von Plettenberg-Lenhausen zu Hovestadt übergegangen), waren sie dem kurfürstlichen Judenregal des Hztm. Westfalen unterworfen und benötigten zum Aufenthalt ein Geleit. 1672 versuchte der genannte Salomon ein Geleit für 12 Rtlr. zu erlangen. Dem Hofherrn waren ferner die ‚Zungengelder‘ zu entrichten. Ursprünglich war von jeder geschlachteten Kuh die abgetrennte Zunge abzuliefern, später wurde die Naturalabgabe in eine Zahlung umgewandelt. Über diese Verpflichtung kam es immer wieder zu Differenzen: 1698 wurde der Horner Jude Itzig vom Gericht des Hofes Horn angehalten, wie seine Vorfahren die Zungen abzuliefern. 1776 stellte das Hofgericht fest, dass die Horner Judenschaft bereits 24 Jahre keine Zungengelder mehr gezahlt habe. Als vergeleiteter Jude lässt sich in Horn seit dem Ende der 1690er Jahre Isaac (Itzig) Moises nachweisen; wahrscheinlich hatte er eine Tochter Salomons geheiratet. Die Familie wohnte in einem Haus, das sie von der Familie Lilien gemietet hatte. Seinen Lebensunterhalt bestritt Isaac durch Schlachten und den Ausschank von Branntwein. Weil er seinen Geschäften auch an Sonn- und Feiertagen während der Gottesdienste nachging und an den christl. Hochfesten dem Pastor nicht die von jedem Einwohner des Kirchspiels aufzubringenden Stolgebühren entrichtete, wurde er durch den Soester Archidiakon wiederholt ermahnt. Hierauf versprach Isaac 1698, zukünftig die kath. Riten und Gebräuche zu achten. Eine weitere Einnahmequelle der Familie war der Geldverleih. Wegen der Tilgung eines Kredites, den er seinem Vermieter gewährt hatte, kam es zum Rechtsstreit und zur Mietkündigung, die Familie blieb aber in Horn ansässig. 1703 siedelte sich Wolf, ein Bruder Isaacs, mit seiner Frau im Ort an. Wolf (oder Wulff) besaß im Gegensatz zu Isaac kein Geleit, so dass sein Besitz zunächst als Sicherheit gepfändet wurde. Wolf besaß zu diesem Zeitpunkt rund 20 Rtlr. an Bargeld, vier silberne Löffel, Wolle im Wert von 30 Rtlr., drei Paar gegerbte Bockfelle, schlechtes ‚Bettwerk‘ und Hausgerät. 1704 wurde er des Landes verwiesen. Isaac wohnte noch 1722 mit seinem Vater oder Vetter Moyses in Horn, 1738 lebte er offenbar im Haushalt seines Schwiegersohnes Meyer Levi. Als in diesem Jahr die Geleitbriefe der Juden des Amtes Erwitte geprüft wurden, zählten in Horn zur Familie des Meyer Levi neben seiner Ehefrau (gest. nach 1781) und seinen drei Kindern auch sein etwa 90-jähriger Schwiegervater und ein Lehrer. Meyer Levi (gest. um 1770) war wie Isaac Metzger, zudem betrieb er eine Glaserei und handelte mit Zucker, Tee, Öl, Teer, Tran, Pfeifen und Tabak. 1708 gestand die Ehefrau von Isaac, ihr Fleisch zu teuer verkauft zu haben; sie wurde zu drei Goldgulden Strafe verurteilt. 1754 wurden die Gewichte des Horner Juden Meyer für zu schwer befunden. Der Beklagte erklärte, dass er den Gewichten etwas Blei hinzugefügt habe, weil sie für Fleisch etwas zu leicht gewesen seien. Die Strafe wurde ihm aufgrund dieser Aussage erlassen, er musste jedoch die Gerichtsgebühren tragen und zuverlässige Gewichte nach lippischem Maß anschaffen.

In der zweiten Hälfte des 18. Jh. stieg die Anzahl der in Horn ansässigen Juden. Zunächst erhielt Isaac Moyses 1764 einen Geleitbrief, die Familie wurde 1775 als arm bezeichnet. Ende der 1760er Jahre erlangten auch David Meyer und Salomon Meyer Aufenthaltsgenehmigungen, Söhne des Meyer Levi (Mayer Layser). David (gest. vor 1783) betrieb hauptsächlich Fleischhandel, daneben betätigte er sich wie sein Vater im Geldverleih. Zu seinem Haushalt gehörten 1775 seine Frau, zwei Kinder, ein Knecht und eine Magd. Zum Haushalt von Salomon Meyer (gest. ca. 1779/80) gehörten 1775 seine Frau Sara Salomon aus Brilon (gest. 1810), vier Kinder, zwei Knechte und eine Magd. Nach seinem Tod heiratete seine Witwe Leiffmann Jacob (Steinberg) aus Be-

ringhausen (gest. 1815), mit dem sie zwei Kinder hatte. In den 1770er Jahren zog Jacob Calmen (auch Calmon, wohl identisch mit Jacob Levi) nach Horn. Calmen, der aus Böhmen zugewandert war, heiratete 1774 in Horn Schaena Raphael aus Oestereiden, mit der er sechs Kinder hatte; die Familie galt als arm. Ebenfalls in den 1770er Jahren zog der aus Coesfeld stammende Jacob Hertz (gest. 1828) nach Horn. Mit seiner Ehefrau Sara Abraham aus Hüsten (gest. 1820) hatte er sechs Kinder, zu seinem Haushalt gehörten 1784 zwei Knechte und eine Magd. Die Familie wohnte in Horn im Haus Jochel (Nr. 20). Ende der 1780er Jahre zogen Herz Anschel aus Kempenich (gest. 1808) und seine Ehefrau Magdalena Meyer aus Neheim (gest. 1824) nach Horn; sie hatten etwa 1786 in Neheim geheiratet und bekamen fünf Kinder.

In den Jahren 1732 und 1782 wurden auswärtige Juden in Horn kath. getauft und nahmen den Namen des Taufortes als Nachnamen an. 1732 wurde Henricus von Horn getauft, seine Herkunft ist unsicher. 1782 ließ sich der Jude Michael Israel aus Lichtenau (ca. 1744–1794) auf den Namen Franciscus Wilhelmus Adolphus Horn taufen; er wurde aber auch weiterhin mit dem Namen Israel bezeichnet. In beiden Fällen übernahmen zwei Provisoren der Horner Kirche St. Cyriacus das Patenamnt. Franz Wilhelm Horn wohnte anschließend im nahe gelegenen Millinghausen, 1783 heiratete er Christina Gertrudis Bucker aus Schmerlecke. Den Juden Herz nahm die Familie als Knecht auf, er wurde auch nach Horns Tod von seiner Witwe weiterbeschäftigt.

2.1.2 Anfang des 19. Jh. lebten in Horn die Familien von Calmon Jacob (er nahm den Nachnamen Ostwald an), der sein Geleit dem Kolonen Craes in Schmerlecke versetzt hatte, Jacob Herz (Sternberg), Herz Jacob (Eisenberg), ferner zogen nach Horn Salomon Koppel, dessen Witwe 1808 Raphael Jacob (Ostwald) heiratete, Benjamin Emel (Emanuel) aus Kreuznach, dessen Witwe seit 1808 mit Nihem Catz (Wilmers) verheiratet war, sowie Salomon Joseph (Reifenberg); sie besaßen vermutlich alle nur Armengeleite. Um 1807 zog der jüd. Handelsmann und spätere Polizeidiener Selig Bendix (1773–1853) aus Padberg nach Horn; er ließ sich 1807 in Horn nach seinen Paten auf den Namen Franz Victor Hermann Joseph Maria Creutzberg taufen. Bis zur Aufhebung der für das Dorf Horn zugelassenen Höchstgrenze von sieben jüd. Familien in den 1830er Jahren blieb die Gründung einer eigenen Familie für die Kinder der jüd. Familien schwierig. Meyer Sternberg musste sich in den 1820er Jahren im Nachbardorf Schmerlecke ansiedeln, bevor er schließlich wieder nach Horn umziehen konnte.

In den 1840er Jahren wohnten in Horn die jüd. Familienvorstände Salomon Benjamin (mit Ehefrau Dora Bendix), Seligmann Benjamin (mit Julie Ries aus Nieheim), Jacob Eisenberg (mit Adelheid Rheinberg aus Kamen), Koppel Cohn (mit Sara Ostwald und seiner Mutter Magdalena Cohn), Salomon Reifenberg (mit Jette/Judith Kempenich), Moses Sternberg (mit Mina/Helena Peier oder Stern aus Lipperode), Herz Sternberg gen. Jochel (mit Hanna Rustadt aus Alme), Heinemann Strauß aus Obermarsberg (mit Sara Wilms sowie deren Eltern Neumin/Niemen Wilms und Simchen Benjamin) sowie die ledigen bzw. verwitweten Herz Reinberg und Meyer Sternberg. 1846 wurden in Schmerlecke Wolf Sondheim sowie seine Schwestern Jette und Sara Sondheim sowie seine Brüder Leiser und Simon Sondheim als selbständig tätige Juden verzeichnet. Ihren Lebensunterhalt bestritten die Horner Familien durch Handelsgeschäfte; sie waren Kaufleute mit offenen Läden, Viktualienhändler und Pferdehändler. In der zweiten Hälfte des 19. Jh. betätigte sich Abraham Sternberg in Horn als Lohgerber, als Landwirt arbeitete Paul Stern, der sich im zum Kirchspiel gehörenden Dorf Berenbrock niedergelassen hatte. 1855/56 zog Abraham Hergeshausen mit seiner Familie von Eickelborn nach Horn. Ende der 1860er Jahre erwarb Marcus Benjamin im Haindorfschen Seminar das Reifezeugnis, Anfang der 1870er Jahre Joseph Liepmannsohn. Am Feldzug von 1870/71 nahm ein Jude aus Horn teil. Um 1900 lebten in Horn die jüd. Familien Eisenberg, Examus, Reifenberg, Sondermann, Spanier

und Sternberg. Gustav Spanier gründete vor 1914 eine Zigarrenfabrik, die er bis 1936 betrieb. Die Zahl der Familien sank in der zweiten Hälfte des 19. Jh. seit den 1860er Jahren suchten die jüd. Einwohner ihr Auskommen zunehmend außerhalb des Kirchspiels. In den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. lebten noch zwei jüd. Familien in Horn.

2.1.3 In den 1930er Jahren wohnten in Horn die jüd. Familien der Kaufleute Lippmann und Sternberg. Zum Haushalt des Textilkaufmanns Paul Lippmann (auch Liepmann) gehörten seine Ehefrau Agnes, die Tochter Ruth sowie die Schwiegereltern Jakob und Johanna Sternberg; im Haus lebte zudem Jakobs unverheiratete Schwester Emilie. Jakob Sternberg betrieb wie sein Schwiegersohn ein Geschäft mit Textilwaren. Der Gerber und Lederwarenhändler Abraham Sternberg (Bruder von Jacob Sternberg) war 1922 verstorben, in Horn lebten in den 1930er Jahren seine Witwe Elise geb. Spanier (Schwester von Johanna Sternberg) sowie die Kinder Grete und Max, ferner der zur Familie gehörende Gustav Spanier. In der Pogromnacht 1938 wurden im Geschäft Sternberg Schaufensterscheiben eingeschlagen, aber auch die Fenster der bereits verkauften Synagoge wurden von SA-Männern zerstört; der neue Besitzer Josef Reddeker konnte eine Brandstiftung noch verhindern. Gustav Spanier wurde verhaftet und bis Dez. 1938 im KZ Sachsenhausen festgehalten. Nach der Pogromnacht unterstützten vor allem ältere Einwohner Horns die verbliebenen jüd. Einwohner durch heimliche Einkäufe. Im Dez. 1938 musste die Familie Sternberg ihr Wohnhaus verkaufen, es wurde ihr Wohnrecht bis zur Auswanderungsgenehmigung zugesichert, die aber nicht erteilt wurde. 1939 mussten Paul Lippmann (Manufakturwarenhandlung, Horn Nr. 18) und Gustav Spanier Geschäfte und Grundbesitz verkaufen. Gegen beide sowie gegen Jacob Sternberg wurden im selben Jahr Sicherungsanordnungen erlassen. Für Lippmanns zehnjährige Tochter Ruth zahlte die Reichsvereinigung 1939 monatlich 50 RM für Unterbringung und Schulbesuch in Paderborn, auch in ihrem Fall kam die geplante Auswanderung nach Palästina nicht zustande. Gustav Spanier wurde im April 1942 ins Ghetto Zamość deportiert. Ende Juli 1942 wurden die letzten in Horn wohnenden Familienmitglieder der Familien Lippmann und Sternberg über Dortmund ins Ghetto Theresienstadt gebracht, alle kamen ums Leben.

2.2.1 1738 lebten in Horn sieben Juden, 53 waren es 1843, 71 im Jahr 1858. 1871 waren von 605 Einwohnern 543 kath., einer ev. und 61 jüd. Glaubens; 1895 waren von 597 Einwohnern 565 kath. und 32 jüd. Glaubens; 1925 waren von 657 Einwohnern 648 kath., zwei ev. und sieben jüd. Glaubens. In Schmerlecke (heute Ortsteil von Erwitte) lebten 1816 vier Juden, 1829 waren es sechs, 1843 vier und 1858 acht; 1871 waren von 519 Einwohnern 501 kath., elf ev. und sieben jüd. Glaubens; 1880 lebte dort eine Person jüd. Glaubens. In Berenbrock (heute ebenfalls Stadt Erwitte) waren 1895 von 220 Einwohnern 209 kath., zehn ev. und eine Person jüd. Glaubens.

1842 wurde seitens der Regierung Arnsberg die Einrichtung eines Synagogenbezirks Horn erwogen, zu dem auch die Juden aus Schmerlecke, Altengeseke (heute Anröchte) und Overhagen (heute Lippstadt) gehören sollten. Die Juden aus Horn favorisierten die Zuordnung zur geplanten Synagogengemeinde Anröchte, wurden mit Schmerlecke und Overhagen aber schließlich dem Synagogenbezirk Lippstadt zugewiesen, Altengeseke dem Synagogenbezirk Rütten-Anröchte. Nach dem Statut der Synagogengemeinde Lippstadt von 1855 bildete Horn eine eigenständige Untergemeinde des Synagogenbezirks Lippstadt. Zur Untergemeinde gehörte die Mehrzahl der Juden im Kirchspiel Horn (u. a. aus Horn, Berenbrock, Schmerlecke und Millinghausen). Die ebenfalls zum Kirchspiel Horn, aber zum Amt Oestinghausen zählenden Orte Lohe und Eickelborn wurden dagegen dem Synagogenbezirk Hovestadt (Untergemeinde Oestinghausen) zugeordnet. Die Wahl des Vorstandes für die Untergemeinde Horn erfolgte ausschließlich durch die Familienvorstände der im Kirchspiel Horn lebenden Juden.

Der Etat der Synagogengemeinde Lippstadt wurde zusammen mit der Untergemeinde Horn aufgestellt. Mitte der 1850er Jahre umfasste er 570 Tlr., von denen 170 Tlr. der Untergemeinde zur Verfügung standen; dieses Verhältnis blieb in den folgenden Jahrzehnten bestehen.

2.2.2 Die Juden in Horn besaßen spätestens seit den 1820er Jahren eine eigene Betstube. In den 1840er Jahren befand sie sich in einem von einem Christen angemieteten Haus, dessen jüd. Mieter den Raum unentgeltlich zur Verfügung stellten. Als die Nutzung des Gebäudes wegen Baufälligkeit polizeilich untersagt wurde, entschlossen sich die Juden des Ortes 1856, eine Synagoge zu errichten. Zu diesem Zweck erwarben sie ein 20 Ruten großes Grundstück am Kamp (Flur II, Nr. 380/88a der Steuergemeinde Horn, heute Lünweg 6) von Jakob Eisenberg und Herz Reifenberg. Da die Untergemeinde Horn keine anerkannte Korporation bildete, musste die Hauptgemeinde Lippstadt den Kauf vollziehen; die Kaufsumme hatte die Untergemeinde aufzubringen. 1856 stellte Heinemann Strauß den Bauantrag bei der Regierung in Arnberg, der 1857 genehmigt wurde. Für die Errichtung des Synagogegebäudes musste die Gemeinde einen Kredit aufnehmen, der 1875 noch nicht getilgt war. Die Synagoge blieb bis in die 1930er Jahre im Besitz der Horner Untergemeinde, im Nov. 1938 war sie bereits an Josef Reddeker verkauft, sie wurde während des Pogroms aber dennoch verwüstet.

2.2.3 In den 1730er Jahren erhielten die drei Kinder von Meyer Levi Unterricht von einem jüd. Schulmeister. Im weiteren Verlauf des Jh. unterrichteten die Eltern ihre Kinder in der Regel selbst in Religion und hebr. Sprache. Anfang der 1820er Jahre scheint ein Lehrer den Religionsunterricht übernommen zu haben. Ihn löste vermutlich 1823 der qualifizierte Lehrer Salomon Reifenberg ab. 1827 wurde Abraham Gonsenhäuser die Unterrichtserlaubnis entzogen, weil er keine Konzession besaß. Anschließend führte der Vorsänger Seligmann Benjamin (Benjamin Levi) den Unterricht bis 1836 fort; da er aber ebenfalls kein staatliches Examen vorweisen konnte, wurde auch ihm die weitere Unterrichtung der Kinder untersagt. Für den allgemeinen Unterricht besuchten die Kinder die örtliche christl. Schule. 1858 wurde in Horn eine private jüd. Elementarschule gegründet. Als Lehrer konnte Selig Louis Liepmannssohn (1800–1888) gewonnen werden, der sich mit reformorientierten pädagogischen Schriften einen Ruf erworben hatte. Sein Unterricht wurde bei den staatlichen Visitationen in der Regel als gut bis befriedigend bewertet. Nach seiner Pensionierung 1880 wurde die Schule wegen zu geringer Schülerzahlen geschlossen; die Pension in Höhe von jährlich 300 M sowie Stellung einer mietfreien Wohnung übernahm die jüd. Gemeinde. Nachdem die Schulkinder einige Jahre die kath. Schule in Horn besucht hatten, betrieben Selig Sternberg und Herz Eisenberg 1887 die Wiedereröffnung der Schule. Die Gemeindemitglieder ohne schulpflichtige Kinder stellten sich gegen das Vorhaben, um sich nicht am Gehalt des Lehrers und Kantors (750 M) beteiligen zu müssen. Trotzdem erreichten die Befürworter in der Repräsentantenversammlung des Synagogenbezirks Lippstadt einen positiven Beschluss. Nach schwierigen Verhandlungen übernahmen der Pferdehändler Herz Eisenberg und sein Bruder Ising Eisenberg schließlich das auf den Unterricht entfallende Gehalt, während die Gemeinde die Kantorentätigkeit entlohnte. Als Lehrer waren tätig: Louis Meyer (1887–1890), Abraham Löb (1891–1895), Felix Buchdahl (1895–1898, wechselte nach Nieheim), Gustav Mosbach aus Castrop (1899) und Levi Heilbrunn aus Spangenberg (1899–1903). Nachdem Heilbrunn die Schule verlassen hatte, wurde diese wegen der geringen Schülerzahlen zum Ende des Schuljahrs 1903/04 geschlossen. Das einzige Schulkind des Kaufmanns Sternberg erhielt nun Religionsunterricht von einer Hauslehrerin, den Elementarunterricht in der kath. Volksschule Horn. 1825 wurden zwölf Kinder unterrichtet, zwei davon aus Schmerlecke, 1843 waren es sieben. Zwischen 1857 und 1872 besuchten 13 bis 17 Kinder die Schule, 1875 bis 1902

zwischen zwei und sieben, 1903 noch eines. 1913 erhielten zwei jüd. Kinder in Horn Religionsunterricht.

2.2.4 Juden aus Horn unterstützten die Marks-Haindorf-Stiftung lediglich bis zu Beginn der 1840er Jahre.

2.3.1 Zum Vorsteher der Synagogenuntergemeinde Horn wurde 1855 Heinemann Strauß gewählt, Coppel Cohn zu seinem Stellvertreter. Spätestens ab 1894 bis zu seinem Fortzug 1907 war Moses Strauß Vorsteher, 1911 hatte das Amt Jacob Sternberg inne. In der Hauptgemeinde Lippstadt wurden regelmäßig Horner Juden zu stellvertretenden Vorsitzenden sowie zu Mitgliedern der Repräsentantenversammlung gewählt.

2.3.3 Hilde Sternberg, eine Tochter von Jakob Sternberg, wurde 1924 auf dem Schützenfest von August Lause zur Schützenkönigin gewählt. Zu den Mitgliedern des Krieger- und Landwehrvereins Horn zählten die Kriegsveteranen Aaron Eisenberg (geb. 1839) und Abraham Sternberg. Aaron Eisenberg war Gründungsmitglied und gehörte dem Vereinsvorstand 1907 als Beisitzer an.

3.1 Die 1857 errichtete Synagoge am Kamp (heute Lünweg 6) bestand aus einem Betraum und einem kleineren Vorraum, über dem sich eine Empore befand. Die Räume lagen im Untergeschoss und maßen etwa acht mal zehn Meter. Insgesamt bot der Betraum rund 20 Personen Platz. Nach dem Verkauf des Hauses in den 1930er Jahren wurde das Gebäude umgebaut.

3.2 In den 1930er Jahren bestanden am Kamp das Geschäft für Textilien, Stoffe und Kurzwaren von Paul Lippmann (Ecke Lange Straße/Lünweg) und die Gerberei mit Lederwarenhandel der Witwe des Abraham Sternberg (Lünweg).

3.3 Der jüd. Friedhof wurde spätestens im ersten Drittel des 19. Jh. etwa 300 Meter südwestlich von Horn angelegt. Er liegt an einem Weg, der von der Schmerlecker Straße nach Westen abzweigt (Verlängerung der Straße ‚Am Michelskamp‘). Das schmale, langgestreckte Areal wird von einer Hecke eingegrenzt. Insgesamt haben sich 22 Grabsteine erhalten, von denen die ältesten in die 1820/30er Jahre zu datieren sind. Sie erinnern an die Familien Benjamin, Eisenberg, Cohen, Sternberg und Strauß. Als letzte fanden dort Max Sternberg 1937 und Jakob Sternberg 1940 ihre Ruhestätte. Die Pflege des Friedhofs wird heute von der Stadt Erwitte gewährleistet.

4.1 AdelsA Hovestadt (von Plettenberg-Lenhausen), K 231, K 263, 297–298. – ErzbistumsA Paderborn, Hs. XVIII b 3, S. 140, 243; Nachlass Schelhasse, Paket 25. – KreisA Soest, A (Landratsamt Lippstadt) 633, 634a, 635, 636, 637, 641, 729, 1601, 1602, 1603. – LAV NRW Abt. W (Münster), Hztm. Westfalen, Landesarchiv 1723; Hztm. Westfalen, Landstände 440–441, 1978, 2388, 2434, 2784; Regierung Arnsberg, Schulregistratur II D 384, II H 1502, II H 2316; OFD Devisenstelle Münster, Devisenakten Nr. 5388, 8781, 9905, 9906, 9925; Dep. Kreis Lippstadt, Amt Anröchte 132, 137, 247, 261, 263, 599, 771, 1270; Dep. v. Landsberg-Velen, Akten 10679, 25154 (Q 16 u. 17), 25933. – StadtA Lippstadt, E 437, F 449 u. 450. – PfarrA Erwitte-Horn St. Cyriakus, Status Familiarum Parochiae Hornensis, Bd. A: Incolae, 58–59, 65, 103, 117 und Bd. B: Accolae et Illegitimi, 15–19, 353.

4.2 Abb. der Synagoge am Lünweg in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 596 sowie in: BROCKE, Feuer an Dein Heiligtum gelegt 158 und auf einer Fotografie in: MUES, Zur Geschichte der Juden im Kirchspiel Horn 61; Fotografien der Familien Lippmann und Sternberg ebd. 60–63.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 2–10, 24–26 <1828–1837, 1868–1873>.

4.4 FENNENKÖTTER Hans Christoph, Von der Emanzipation bis zur Vernichtung – Auf der Suche nach den Spuren jüdischen Lebens in Lippstadt. In: Leben und Leiden der jüdischen Minderheit. Dokumentation zur Ausstellung der Stadt Lippstadt (= Lippstädter Spuren, Sonderbd.) <Lippstadt 1991> 59–174, hier 125, 142f. – KÖHN Gerhard, Wiedergutmachung für Verfolgte des Nationalsozialismus, aufgezeigt an einigen Beispielen aus Soest. In: MAAS-STEINHOFF Ilse (Hg.), Nachkriegszeit in Soest (= Soester Beiträge 60) <Soest 2011> 227–267, hier 230–237. – MARCUS Wolfgang, Die Dörfer der Stadt Erwitte (= Westfälische Kunststätten 89) <Münster 2000> 23. – MÜHLE Eduard, Bildung der Synagogenbezirke im Kreis Lippstadt (1847–1855). Zur Geschichte der Juden unter preußischer Gesetzgebung. In: Lippstädter Heimatblätter 64 <1984> 119–124. – MUES Willi, Zur Geschichte der Juden im Kirchspiel Horn. Fragmente und Impressionen aus einer ehemals blühenden jüdischen Gemeinde. In: Lippstädter Heimatblätter 77 <1997> 57–64. – RADE Hans Jürgen, Konversionen von Jüdinnen und Juden zur katholischen Kirche im ehemaligen Kreis Lippstadt vom 17. bis 19. Jahrhundert. In: Südwestfalen Archiv 3 <2003> 79–112, hier 85f., 90, 103f.

Joachim Rüffer

ESLOHE

1.1 Gemeinde Eslohe, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen.

Die jüd. Einwohner des Amtes Eslohe (u. a. mit den Orten Eslohe, Cobbenrode, Nieder- und Obersalwey, Hengsbeck und Reiste, alle heute Teil der Gemeinde Eslohe) wurden laut Statut von 1855 dem Synagogenbezirk Lenhausen (heute Finnentrop) zugeordnet, wobei Eslohe organisatorisch eine selbständige Untergemeinde bildete.

2.1.1 Entgegen einer kurköln. Verordnung von 1684 nahm Wilhelm Engelhard in Eslohe 1700 einen Juden aus Mainz in sein Haus auf, das dicht bei der Kirche lag. Nach einer Eingabe des Pastors ordnete der Generalvikar unter Androhung eines Strafgeldes von je 20 Gulden für Engelhard und den Juden an, dass der Jude das Haus innerhalb eines Tages zu verlassen habe. Ab 1741 war Herz Moses in Eslohe als Knecht bei Sander Leser tätig, er handelte mit Kramwaren im Gericht Oedingen. Als Herz Moses 1751 nach Berleburg zog, um in das Geschäft seines Schwiegervaters Israel Levi einzusteigen, wurde sein Vermögen auf 400 Rtlr. geschätzt. 1759 zahlte ein Jude in Eslohe 6 Stüber an Herd- und Kamingeld. 1790 hielt sich im Ort ohne Schutzbrief der Jude Jeckel Zander auf, Sohn des ehemals dort vergeleiteten Sander Laiser (Leser). Um die Jahrhundertwende konnte Jacob (Jokel Sander) ein Attestatgeleit vorlegen. An ihn wandte sich 1800 Simon ben Eljakum im Auftrag von Joseph Friedländer zu Padberg (der spätere Landrabbiner) wegen der Anlegung einer Mikwe in Eslohe.

Für den westlich von Eslohe gelegenen Ort Obersalwey wird 1703/04 berichtet, dass dort seit vier Jahren ein aus der Pfalz stammender Jude ohne Geleit lebe. Zu seinem Haushalt gehörten seine Frau und zwei Söhne, die wie er Handel trieben. 1796 bis 1801 ist für das benachbarte Niedersalwey Marcus Levi Gumpert (Gumpel) mit Attestatgeleit belegt. In Reiste wird 1790 von einem Juden berichtet, der als Knecht

bei einem vergeleiteten Juden in Rarbach (Kirchrarbach) in Dienst gestanden habe, im gesamten Gerichtsbezirk aber nicht mehr anzutreffen sei.

2.1.2 Für 1814 wird in Eslohe Jacob Goldschmidt (gest. 1827) erwähnt, er verfügte über ein Vermögen von 615 Reichstalern. Wahrscheinlich ist er identisch mit dem in den 1790er Jahren genannten Jacob (Jokel/Jeckel) Zander/Sander, den Familiennamen hatte er 1808/09 angenommen. Goldschmidt galt als nicht begütert und ernährte sich vom Handel. 1819 besaß er ein Wohnhaus, das er mit seiner Familie, zwei Knechten und einer Magd bewohnte, auch ein Betsaal und ein Schulraum befanden sich darin. Für 1832/35 ist der Ellen- und Spezereiwarenhandel der Witwe Goldschmidt sowie als Winkelier in Ellenwaren Mayer Schreiber im Adressbuch aufgeführt. 1838 heiratete der Handelsmann Alexander Goldschmidt und gründete eine Familie (gest. 1869); 1843 betrieb er einen offenen Laden, handelte mit Ellen- und Spezereiwaren und betrieb zugleich das Fleischergewerbe; in seinem Haushalt lebten neben Frau und zwei Kindern seine verwitwete Mutter und ein Knecht. Der Handelsmann Isaac Goldschmidt hatte 1840 geheiratet, er betrieb 1843 ebenfalls einen offenen Laden und handelte mit Ellen- und Spezereiwaren, in seinem Haushalt lebten neben Frau und zwei Kindern die verwitwete Schwiegermutter und deren Schwägerin. Ferner lebte im Ort der Handelsmann Meyer Schreiber (mit Frau und vier Kindern), er hatte einen offenen Laden und handelte mit Ellenwaren. 1846 waren in Eslohe Alexander und Isaac Goldschmidt sowie Meier Schreiber als selbständige Juden verzeichnet. 1858 begründete der Handelsmann Levi Bechhoff (gest. 1888) einen eigenen Hausstand, 1874 der Kaufmann Jonas Goldschmidt (gest. 1918, begraben in Meschede). Um 1870 wanderten der Metzger Jacob Goldschmidt und Benjamin Schreiber nach Detroit aus. 1874 trat Isaak Goldschmidt jun. (Bruder des Jonas Goldschmidt) aus dem Betrieb seiner Eltern aus und errichtete ein eigenes Geschäft für Manufaktur- und Porzellanwaren. 1877 erweiterte Jonas Goldschmidt sein Manufaktur- und Kolonialwarengeschäft um eine Salz-Niederlassung der Saline Werl. Für 1883 verzeichnet das Adressbuch die drei Manufakturwarenhandlungen von Isaak Goldschmidt, Jonas Goldschmidt und der Witwe Levy Bechhoff, die beiden Letzteren betrieben zudem eine Metzgerei. 1891 beklagte sich ein Nichtjude in Eslohe, dass ein jüd. Händler, „gerade als es zum Hochamte läutete“, eine Herde mit 40 Kühen und Rindern über die mit Kirchgängern gefüllte Hauptstraße getrieben habe. Wegen Umzugs plante Bernhard Bechhoff 1892/96 die Aufgabe seines Manufakturwarengeschäfts. 1900 übernahm Jonas Goldschmidt das Textiliengeschäft des Anton Grünebaum und zog von der Kupferstr. an die Ecke von Haupt- und Papestraße. Für 1927 verzeichnet das Adressbuch die Manufaktur-, Konfektions- und Modewarengeschäfte von Isaak und Jonas Goldschmidt, ferner die Kaufleute Max Goldschmidt und Robert Goldschmidt, für 1930 die Manufakturwarenhandlungen der Witwe Isaak Goldschmidt, des Robert und des Jonas Goldschmidt, ferner die Witwe Mathilde Goldschmidt und den Kaufmann Max Goldschmidt. 1932 wurde das Haus des in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen Max Goldschmidt, Sohn des Isaac Goldschmidt, zwangsversteigert. Die Geschwister Max und Jenni Goldschmidt, Frieda (Rieka), Witwe des Markus Simon, und ihre Tochter Hanna wohnten fortan in Schneiders Haus. Im Ersten Weltkrieg kämpften drei Söhne des Jonas Goldschmidt; die Namen der beiden Gefallenen, Hermann und Hugo Goldschmidt, wurden auf dem Esloher Kriegerdenkmal verzeichnet. Bei kath. Prozessionen hängten auch die jüd. Familien in Eslohe Fahnen heraus und schmückten ihre Straßenabschnitte mit Prozessionsbäumchen. Im Geschäft von Isaak, später Max Goldschmidt erhielten Kirchgänger sonntags nach der Messe beim Einkauf einen Kaffee.

In Reiste erwarb der Handelsmann Baruch Steinberg, Sohn des Alexander Steinberg aus Kirchrarbach, 1845 ein Wohnhaus zwischen Kirche und Schule. Der Kirchenvorstand bat die Behörde ohne Erfolg, Steinberg die Niederlassungserlaubnis zu verweigern, da „noch nie ein Israelit in unserer Gemeinde seinen Wohnsitz gehabt“ habe;

zudem sei nicht ersichtlich, wie sich ein solcher dort „nähren“ könne. 1846 war Baruch Steinberg in Reiste als selbständiger Jude verzeichnet, 1857 kaufte er ein Haus in Meschede und zog mit seiner Familie dorthin. 1860 baten Einwohner von Reiste den Bürgermeister, den auf einen Freitag fallenden Jahrmarkt vorzuverlegen, da dieser von vielen auswärtigen jüd. Handelsleuten besucht werde. Wenn der Sabbat „am Abend zu nahe kommt“, wäre zu befürchten, dass diese von einem Besuch absähen.

Für Cobbenrode ist 1814/15 Bernhard Würzburger verzeichnet, der über ein Vermögen von 350 Rtlr. verfügte. Für 1832 wird Behr (Bernard) Wirzburger (Wirtzburger) als Winkelier in Cobbenrode genannt, er starb 1843. In den 1830er Jahren betrieb der Handelsmann Baruch Würzburger – offenbar der Sohn von Behr – einen offenen Laden mit Ellen- u. Spezereienwaren; für 1846 war Baruch Würzburger als einziger selbständiger Jude im Ort verzeichnet. In den 1820er Jahren kam der Handelsmann Samuel Beckhoff (Bechhoff) nach Cobbenrode, 1825 heiratete er Hindgen (Hanna) Wirtzburger, die Tochter von Behr Wirzburger. Nach dem Tod ihres Mannes 1827 heiratete Hindgen 1829 den Handelsmann Meyer Schreiber (gest. 1846). 1869 wanderte der Metzger Bernard (Baruch) Würzburger nach Detroit (USA) aus. 1883 und 1896 führte Heinemann Goldschmidt, Sohn des Issak Goldschmidt aus Eslohe, in Cobbenrode eine Schlachtereier, zog dann aber nach Schmallenberg.

Für Niedersalwey wird 1808 der ‚Geleitsjude‘ Marcus Levi erwähnt. Kumperich Fritzler aus Niedersalwey half 1821 beim Pferdehandel, er war alt und ohne Verdienst. 2.1.3 Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten fanden sich in Eslohe antisemitische Parolen an Hauswänden. Beim Textilgeschäft von Robert Goldschmidt wurden die Fensterscheiben mit Schmierereien versehen, vor dem Eingang standen SS-Männer mit Schildern „Kauft nicht bei Juden“. Der Firmeninhaber nahm sich 1934/35 das Leben und wurde in Meschede bestattet. Seine Vereinskameraden des ‚Ballspiel Clubs Eslohe‘ legten einen ‚Riesenkranz‘ auf sein Grab und wurden vom ‚Stürmer‘ deshalb als „artvergessener Sportverein“ titulierte. Ein vom NSDAP-Ortsgruppenleiter ausgesprochenes ‚Judenverbot‘ machte den Besuchen von Max Goldschmidt in der Gaststätte ‚Keggenhoff‘ ein Ende, der dort Stammgast gewesen war. 1937 heißt es in einem Bericht der IHK Arnsberg, der Ertrag des Manufakturgeschäftes der Witwe Goldschmidt sei von 250000 auf 40000 RM gesunken. Die Inhaberin besitze aber noch Ersparnisse aus der Zeit vor 1933, außerdem ein Haus und 100 Morgen Land. Für 1938 sind die Geschäfte der Witwe Anneliese Goldschmidt und des Jonas Goldschmidt (Manufakturwaren, Modewaren) genannt. Am 10. Nov. 1938 wurde die Einrichtung des Hauses von Anneliese Goldschmidt sowie das Automobil zerstört. Noch im selben Jahr erfolgte der zwangsweise Verkauf des Textilgeschäftes Goldschmidt, die Grundstücke übernahm die Gemeinde Eslohe; die Familie wanderte 1939 über England in die USA aus. Max Goldschmidt, seine beiden Schwestern und seine Nichte Hanna mussten in die ‚Niederlesloher Mietskaserne‘ ziehen. Max Goldschmidt starb 1941, seine Verwandten wurden 1942 deportiert.

2.1.4 Nach Kriegsende schickten in die USA emigrierte Personen der Familie Goldschmidt Lebensmittel und Kleidung an ihre ehemaligen Nachbarn in Eslohe.

2.2.1 In Eslohe lebte 1780 und 1801 je eine jüd. Familie; 1818 waren dort sechs Juden ansässig, 1826 waren es 22 und 1843 dann 18. 1858 lebten 25 Juden in der Gemeinde Eslohe (einschl. Nieder- und Obersalwey); 1871 waren dort von 2018 Einwohnern 1967 kath., 34 ev. und 17 jüd. Glaubens, 1895 von 2090 Einwohnern 2060 kath., zwölf ev. und 18 jüd. Glaubens, 1925 von 2481 Einwohnern 2422 kath., 53 ev. und sechs jüd. Glaubens. 1931 lebten in Eslohe neun Juden.

In einer Reihe von heutigen Ortsteilen sind Juden nachgewiesen. In Cobbenrode lebten 1818 sieben Juden, 1843 waren dort sechs und 1858 sieben Juden ansässig. 1871 waren von 558 Einwohnern 551 kath., zwei ev. und fünf jüd. Glaubens, 1895 von 1405

Einwohnern 1242 kath., 160 ev. und drei jüd. Glaubens. 1899 lebten in Cobbenrode acht Juden. In Niedersalwey sind für das erste Viertel des 19. Jh. jüd. Einwohner nachgewiesen; in Obersalwey lebte 1801 eine jüd. Familie, 1818 waren es acht Juden. In Hengsbeck lebten 1818 drei Juden. In Reiste lebten 1858 neun Juden; 1871 waren von 1022 Einwohnern 1013 kath., einer ev. und acht jüd. Glaubens, 1925 von 1077 [!] Einwohnern 1069 kath., fünf ev. und einer jüd. Glaubens.

1842 wurde seitens der Regierung Arnsberg die Einrichtung des Synagogenbezirks Eslohe erwogen, zu dem auch die Juden aus Wenholthausen, Mathmecke und Cobbenrode gehören sollten. Laut Statut von 1855 wurden stattdessen die jüd. Einwohner des Amtes Eslohe (u. a. mit den Orten Eslohe, Cobbenrode, Nieder- und Obersalwey, Hengsbeck, Reiste, Wenholthausen und Mathmecke) dem Synagogenbezirk Lenhausen (heute Finnentrop) zugeordnet, wobei Eslohe und die Gemeinden des Amtes Eslohe eine organisatorisch selbständige Untergemeinde bildeten. 1905/06 bewilligte das Repräsentantengremium in Meschede den Beitritt der Esloher Jonas und Isaak Goldschmidt zur Synagogengemeinde Meschede. Zu Beginn der 1930er Jahre waren Eslohe und Wenholthausen der Synagogengemeinde Meschede angeschlossen.

2.2.2 Im Haus von Jacob Goldschmidt in Eslohe (Kupferstr. 3/Ecke St. Rochusweg) befand sich 1819 ein Betraum, der auch von Juden der umliegenden Orte aufgesucht wurde. Für 1821 wird berichtet, dass die Juden aus Cobbenrode den Betraum in Oedingen (heute Lennestadt) besuchten. Auch 1843 befand sich die Betstube in einem Privathaus und wurde der Gemeinde unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

2.2.3 In den Jahren 1819 und 1821 wird eine Privatschule im Haus von Jacob Goldschmidt erwähnt, die auch von einem Kind aus Niedersalwey besucht wurde. 1843 waren in Eslohe zwei jüd. Kinder schulpflichtig, in Cobbenrode eines. 1913 erhielten in den Untergemeinden von Lenhausen (Eslohe und Attendorn) vier Kinder ‚Wanderunterricht‘ durch Lehrer Kann aus Hohenlimburg (heute Hagen).

2.2.4 Juden aus Eslohe unterstützten mit Spenden von 1835 bis zu Beginn der 1870er Jahre die Haindorfsche Stiftung.

2.3.1 Vor dem Ersten Weltkrieg gehörte Isaak Goldschmidt aus Eslohe zum Vorstand der Synagogengemeinde Lenhausen.

2.3.3 Die ‚Schützenbruderschaft St. Peter und Paul‘ beschloss 1920 die Aufnahme von Juden. Der Kaufmann Robert Goldschmidt gehörte 1931 der Planungskommission für eine Badeanstalt an. Er und sein Bruder, der Zahnarzt Dr. Julius Goldschmidt, waren 1918 Mitbegründer und aktive Mitglieder des Ballspielclubs Eslohe (BSC), den sie auch finanziell unterstützten. Robert Goldschmidt gehörte zu den acht Stiftern des Sportplatzes und war 1926 bis 1928 erster Vorsitzender. Julius Goldschmidt wurde 1932 zum Ehrenvorsitzenden gewählt; nach 1933 trat er aus dem Verein aus und engagierte sich von seinem Wohnsitz Castrop aus für den jüd. Fußball im Ruhrgebiet, um den er große Verdienste erwarb.

3.1 Das Haus der Familie Goldschmidt (Kupferstr. 3/Ecke Rochusweg), in dem sich zu Beginn des 19. Jh. der Betsaal befand, ist bis heute erhalten. Im Keller des Hauses befand sich eventuell eine Mikwe.

3.2 Jacob Goldschmidt besaß 1819 ein Wohnhaus in Eslohe. Alexander Goldschmidt besaß seit etwa 1854 Haus Nr. 15 (Kupferstr./Ecke St. Rochusweg), und Isaak Goldschmidt seit 1844 Haus Nr. 39 (Hauptstr. 78). Jacob Goldschmidt bewohnte Haus Nr. 14, Robert Goldschmidt zunächst Nr. 15, seit 1900 das Haus Hauptstr./Ecke Papestr., Levi Bechhoff Haus Nr. 30 (Hauptstr. 60) und Meyer Schreiber Haus Nr. 29 (Hauptstr. 62). In Cobbenrode bewohnte die Familie Würzburger das Haus Nr. 31. Im Ortsteil Reiste erwarb der Handelsmann Baruch Steinberg 1845 das Wohnhaus des Blaufärbers Anton Brandenburg (Nr. 14, Mescheder Str. 40).

3.3 Juden aus Eslohe, Niedersalwey und Coppenrode wurden im 19. Jh. auf dem jüd. Friedhof bei Wenholthausen bestattet, im 20. Jh. in Meschede.

4.2 Fotos des Häuser Kupferstr. 3 (Familie Goldschmidt) und 38 („Mietskaserne“) in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 371f. Im kath. Pfarrarchiv Eslohe befindet sich eine Liedhandschrift von 1796, die der Esloher Jacob Zander 1800 als Geschenk erhalten hatte.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 8–25 <1835–1871>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1913> 92. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 165. – Statistik deutscher Juden <1905> 53.

4.4 BRUNS Alfred, Der jüdische Kultus. In: DERS., Kirche und Kultus im Esloher Raum (= Esloher Forschungen 1) <Schmallenberg-Fredeburg 1993> 209–215. – DERS., Im sogenannten „Dritten Reich“. In: FRANZEN Rudolf (Hg.), Politik und Verwaltung im Esloher Raum (= Esloher Forschungen 3) <Eslohe 2002> 59–185, 77. – BÜRGER Peter, „Sind wir auch Israels Kinder ...“ Nachträge zur Geschichte der Esloher Juden. In: Esloher Museumsnachrichten <1995> 5–14. Zugleich in: OERTEL Wilfried (Hg.), Jüdisches Leben im Synagogenbezirk Meschede. Orte, Familien, Einrichtungen <Meschede 2004> 39–49. – PEIFFER LORENZ/WAHLIG Henry, Die Geschichte des jüdischen Sports in Westfalen vor und während der NS-Zeit. In: Westfälische Forschungen 63 <2013> 77–102, 89. – SENER Michael, Spurensuche II. Bei den jüdischen Familien zwischen Balve und Meschede. In: BRÜSCHKE/FÖCKELER (Red.), Jüdisches Leben im Hochsauerland 308–354. – STOETZEL Dierk W., Ein eBay-Kauf aus Israel und was dahintersteckt. Auf den Spuren der Juden im Amt Eslohe. In: Esloher Museumsnachrichten <2009> 13–27.

Alfred Bruns

ESLOHE-Wenholthausen

1.1 Gemeinde Eslohe, Ortsteil Wenholthausen, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Gemeinde Eslohe.

Die jüd. Einwohner des Amtes Eslohe (u.a. mit dem Dorf Wenholthausen und der Bauerschaft Mathmecke, beide heute Teil der Gemeinde Eslohe) bildeten laut Statut von 1855 die Untergemeinde Eslohe des Synagogenbezirks Lenhausen (heute Finnentrop).

2.1.1 Vor 1790 wird der Jude Mayer genannt, der „wegen vielen ihm angetanen gewalttaten“ nach Stockhausen (heute Stadt Meschede) verzogen sei. 1796 wird Leiser Israel mit Attestatgeleit in Holdhausen (Wenholthausen) aufgeführt. Herz David zu „Mattike bey Holth“ (Mathmecke bei Wenholthausen) verfügte ebenfalls über ein Attestatgeleit. 1801 lebten in Wenholthausen insgesamt drei jüd. Familien, von denen zwei vergeleitet waren.

2.1.2 1808 wandte sich der Pfarrer an den Amtmann in Eslohe, weil ein Nichtjude einer jüd. Familie im nahe der Kirche gelegenen Backhaus eine Wohnung vermieten

wollte. In diesem habe „vor nicht vergessenen Jahren“ bereits ein Jude gewohnt, was zu „den Gottesdienst verstörende Unordnungen“ geführt habe. 1814/15 wohnten in Wenholthausen Nathan Goldstein (mit einem Vermögen von 200 Rtlr.) und Leyser Ilsberg (150 Rtlr.), der 1835 in Wenholthausen starb. In der ersten Hälfte des 19. Jh. lebten in Wenholthausen bzw. in der unmittelbar angrenzenden Bauerschaft Mathmecke die beiden jüd. Familien Funke und Ilsberg, Letztere war schon seit den 1790er Jahren in Wenholthausen ansässig. Die erblichen Familiennamen haben sie 1808/09 angenommen. Der Handelsmann und Schlachter Jonas Funke (Funcke) wohnte 1821 bereits seit einigen Jahren in Wenholthausen, er besaß ein Haus und ein wenig Grundvermögen. Von seinen drei Söhnen gründeten zwei (Abraham und Samuel) in Wenholthausen eigene Familien. Zander (auch Alexander oder Zandel) Ilsberg (Sohn des Leiser Ilsberg) lebte mit seiner Familie und seinen Brüdern Israel und Heinemann in Mathmecke. Er besaß Haus und Garten, mit seinen Brüdern lebte er vom Handel. Seine Tochter Minna heiratete Joseph Funke (einen weiteren Sohn des Jonas Funke) und hatte mit ihm zehn Kinder. Die älteste Tochter Sara übernahm später das Anwesen der Eltern und heiratete den Metzger Jakob Ransenberg (Ransenberg) aus Calle (heute Meschede). 1843 betrieb der Handelsmann Jonas Funke einen offenen Laden mit Ellen- und Spezereiwaren. 1846 waren in Wenholthausen Jonas Funke und Alexander Ilsberg als selbständige Juden verzeichnet. Zander (Alexander) Ilsberg betrieb in Mathmecke einen offenen Laden mit Ellen- und Spezereiwaren, zugleich war er Fleischer. Für die Jahre 1826 bis 1874 sind in den Personenstandsunterlagen für Wenholthausen 18 Geburten, drei Trauungen und 17 Todesfälle verzeichnet. Als Haushaltsvorstände werden genannt Jonas Funke (gest. 1849), Leiser Ilsberg (gest. 1835), Heinemann Ilsberg (gest. 1846), Zander Ilsberg (gest. 1851), Sophia Barrach (Witwe des Alexander Ilsberg, gest. 1855), Abraham Funke (gest. 1863) und Israel Ilsberg (gest. 1870). Vor 1882 wanderte Meier Funke nach Detroit aus. 1883 betrieb Samuel Funke eine Metzgerei und eine Manufaktur- und Materialwarenhandlung. 1902 musste sich ein nichtjüd. Konkurrent beim Metzger Jacob Ransenberg wegen einer Verleumdung öffentlich entschuldigen. 1907 plante Ransenberg, auf seinem Grundstück eine Schlachtereie zu errichten.

2.1.3 Als 1935 Juden als Badegäste den Kurort Wenholthausen besuchen wollten, veranlassten Ortsgruppenleiter und Gemeindevorsteher ihre Ausweisung. Daraufhin wurden Schilder „Für Juden ist hier kein Aufenthalt“ und „Juden werden hier nicht geduldet“ aufgehängt. 1941 sind im Adressbuch unter Habbecker Str. 2 (Mathmecke) Jakob und Julius Ransenberg verzeichnet. Im Juli 1942 wurde der 82-jährige Jakob Ransenberg aus Wenholthausen über Dortmund ins Ghetto Theresienstadt deportiert, wo er wenige Tage später starb.

2.2.1 1801 sind für Wenholthausen drei jüd. Familien genannt. 1839 lebten in Wenholthausen sechs und in Mathmecke fünf Juden, 1843 in beiden Orten elf Juden. 1858 lebten in der Gemeinde Wenholthausen (einschl. Mathmecke) zwölf Juden. 1871 waren von 736 Einwohnern 722 kath., vier ev. und zehn jüd. Glaubens, 1895 von 788 Einwohnern 783 kath., einer ev. und vier jüd. Glaubens, 1925 von 986 Einwohnern 947 kath., 35 ev. und vier jüd. Glaubens. 1931 lebten in der Gemeinde drei Juden.

1842 wurde seitens der Regierung Arnsberg die Einrichtung eines Synagogenbezirks Eslohe erwogen, zu dem u. a. auch die Juden aus Wenholthausen und Mathmecke gehören sollten. Stattdessen wurden die jüd. Einwohner des Amtes Eslohe (u. a. mit den Orten Wenholthausen und Mathmecke) laut Statut von 1855 als Untergemeinde Eslohe dem Synagogenbezirk Lenhausen (heute Finnentrop) zugeordnet. Seit 1932 gehörte Wenholthausen zum Synagogenbezirk Meschede.

3.1 Eine Betstube ist für Wenholthausen nicht nachgewiesen.

3.2 In Wenholthausen besaß im 19. Jh. Jonas Funke das Haus Nr. 23 (Hauptstr. 18). Das Wohnhaus der Familie Abraham Funke befand sich Hauptstr. 39, das der Familie Samuel Funke in der Hauptstr. 23. In Mathmecke besaß Zander Ilsberg das Haus Nr. 24. Um 1847 ging es an die Familie Joseph Funke über, 1883 an die Familie Ransenberg.

3.3 Der jüd. Friedhof Wenholthausen liegt östlich des Ortes und ist im Urkataster seit 1829 belegt. Zu finden ist er zwischen den Bauerschaften Oesterberge und Büinfeld, abseits größerer Wege im Wald am Jaitstein (Jütchen/Jütstein), in etwa in Verlängerung der Straße ‚In der Jaipke‘. Genutzt wurde der kleine Friedhof auch von Juden aus Cobbenrode (seit 1829) und Eslohe (seit 1846). Die letzte Bestattung (Sara Ranzenberg geb. Funke) erfolgte 1926. 1958 heißt es in einer Aktennotiz, der Begräbnisplatz sei „seit etwa 30 Jahren verwahrlost“. Fünf Grabsteine sind erhalten, darunter der für Rosette Würzburger aus Cobbenrode.

4.2 Fotos des Friedhofs bei BRUNS, Der jüdische Kultus 209; SENER, Spurensuche 378 und STOETZEL, Ein eBay-Kauf 16.

4.3 SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 165.

4.4 BRUNS Alfred, Der jüdische Kultus. In: DERS., Kirche und Kultus im Esloher Raum (= Esloher Forschungen 1) <Schmallenberg-Fredenburg 1993> 209–215. – SENER Michael, Spurensuche II. Bei den jüdischen Familien zwischen Balve und Meschede. In: BRÜSCHKE/FÖCKELER (Red.), Jüdisches Leben im Hochsauerland 308–354. – STOETZEL Dierk W., Ein eBay-Kauf aus Israel und was dahintersteckt. Auf den Spuren der Juden im Amt Eslohe. In: Esloher Museumsnachrichten <2009> 13–27.

Alfred Bruns

FINNENTROP-Lenhausen

1.1 Gemeinde Finnentrop, Ortsteil Lenhausen, Kr. Olpe

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Seit 1843 Teil der Landgemeinde Schönholthausen, infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Gemeinde Finnentrop.

Laut Statut von 1855 war Lenhausen Hauptort des gleichnamigen Synagogenbezirks, der große Teile des Kreises Meschede und den Kreis Olpe umfasste. Attendorn, Eslohe, Schmallenberg und Olpe bildeten eigenständige Untergemeinden.

2.1.1 Die Grafen von Plettenberg-Lenhausen mit Sitz in Hovestadt, Gerichtsherren der Unterherrschaft Lenhausen, ermöglichten seit Mitte des 18. Jh. mehreren Juden die Ansiedlung in Lenhausen. Ihnen wurde ein ‚gerichtsherrschaftliches‘ Geleit erteilt, das von den kurfürstlichen Instanzen unabhängig war. Zu den ersten Juden, die sich in Lenhausen niederließen, gehörte Salomon Itzig. Dessen Witwe, Guthrath Levi, erhielt vom Grafen die Genehmigung zur Eheschließung mit Zander Abraham, der 1764 das Geleit des Salomon Itzig übernahm. Aus Zanders zweiter Ehe mit Vogel Horn aus Hamm stammte der 1782 geborene Zwi ben Nessanel, der unter dem Namen Alexander Haindorf bekannt wurde. 1745 erhielten der aus Attendorn stammende Herz

Heyman und seine Frau Esther Salomon ein Geleit für zwölf Jahre. Nach dem Tod ihres Sohnes, Heyman Herz, beantragte dessen Witwe 1773 die Übertragung des Geleits auf ihren Sohn, also den Enkel von Herz Heyman. 1752 erhielten Abraham Herz und seine Frau Eva Bendix eine Aufenthaltserlaubnis für Lenhausen. 1764 waren Abraham Levi sowie Zander Abraham – jeweils mit Ehefrau – für Lenhausen vergeleitet. Dem Schatzungsregister zufolge waren sie mit 1 bzw. 2 Rtlr. veranlagt. Außerdem lebten ein jüd. Knecht und eine jüd. Magd im Ort. 1774 erhielt Moises Levi eine Niederlassungserlaubnis für Lenhausen. 1776 sind für das Gericht Lenhausen fünf steuerpflichtige Familien erfasst: Zander (er zahlte mit Knecht und Magd 2 Rtlr. 27 Gr.), Aaron (mit Knecht und Magd 1 Rtlr. 18 Gr.), Moyses (mit Magd 1 Rtlr.) sowie Abraham und Heymann, die jeweils 27 Gr. zahlen mussten. 1784 beklagten ein Jude und ein Nichtjude aus Attendorn, dass Beer Salomon (seit 1783 vergeleitet) und dessen Knecht Joseph aus Lenhausen „zum Schaden der einheimischen Metzgerzunft“ verbotenerweise in Attendorn Fleisch verkauft hätten. 1786 sind Alexander Abraham, Aaron Heyman, Heiman Hirz, Moses Levi, Beer Salomon und Löb/Lefmann Hirz (seit 1784 in Lenhausen ansässig) belegt. Die Attendorner Krämerzunft beschwerte sich 1786 beim Kurfürsten in Bonn, dass eine große Anzahl von Juden aus Lenhausen Handel außerhalb der Unterherrschaft treibe, christl. Händler fänden deshalb kein Auskommen mehr; Steuern würden die Juden jedoch ausschließlich in der Unterherrschaft zahlen. Entsprechend der Kurkölnener Judenordnung von 1700 müsse Abhilfe geschaffen werden. 1799 bat der 13 Jahre zuvor zugezogene Meier Katz den Grafen Plettenberg, keine weiteren Juden in der Herrlichkeit Lenhausen zuzulassen; die bereits ansässigen acht jüd. Familien würden dadurch „außerstand gesetzt“, sich „durch erlaubte Mittel zu erhalten und ihre gebührenden Abgaben zu entrichten“. Sie müssten ihren Handel auf Lenhausen beschränken, da ihnen der Handel im benachbarten Hztm. Westfalen „durchaus und bei Konfiskationsstrafe der bei sich führenden Waren verboten“ sei. Die Juden in Lenhausen lebten vorwiegend vom Handel mit Textilien, Kurzwaren und von der Schlachtereier. Berichte über regelmäßige antijüd. Ausschreitungen und Synagogenschändungen zur Osterzeit gegen Ende des 18. Jh., wie sie der jüd. Aufklärer Salomon Ludwig Steinheim von seinem Jugendfreund Alexander Haindorf gehört haben wollte, ließen sich nicht verifizieren. 1800 strengte der Schutzjude Meyer Kaz einen Prozess gegen einen nichtjüd. Knecht an. Dieser habe in den zwei Jahren zuvor gegen die Judenschaft in Lenhausen „verschiedene Exzesse ausgeübt“; von dessen tätlichen Angriffen und Bedrohungen betroffen waren außer Meyer Kaz noch Beer Salomon und Heyman Herz. Der Knecht wurde verurteilt. Außer den genannten drei jüd. Familienvätern finden sich 1801/02 noch vier weitere: Aron Heyman, Moyses Levi, Selig Abraham und Zander Abraham, von denen drei schon länger ansässig waren.

2.1.2 1816 zog die Familie des Joseph Löwenstein von Lenhausen ins münsterländische Wadersloh; Mitglieder der Familie werden aber auch später noch für Lenhausen erwähnt. 1814 kam es zu „drastischem Unfug den Juden gegenüber“, die Ursachen seien „Trunk, Spielen und andere Laster“ gewesen. 1818 waren von 356 Dorfbewohnern 66 Juden, das war mit mehr als 18 Prozent die prozentual stärkste Konzentration im Sauerland und eine der höchsten in Westfalen. 1821 waren in Lenhausen neun jüd. Haushaltsvorstände ansässig: Hermann Lenneberg, Salomon Neheimer, Levy Kleine, Witwe Stirstatt, Isaak Lenneberg, Jacob Meyer, Meyer Löwenthal, Aron Böheimer und Selig Frank. Diese Familien, die auch in den 1840er Jahren noch nachweisbar sind, verfügten jeweils über ein Haus und lebten vom Handel. In Zusammenhang mit einer Eheschließung kam es 1828 zu einer Untersuchung gegen den in Lenhausen tätigen Lehrer Levi Wolfsohn wegen einer „unbefugterweise vorgenommenen Trauung des ausländischen Juden Seligmann Meyer“. Da in Lenhausen so viele Juden kaum Auskommen finden konnten, versuchten einige sich außerhalb eine neue Existenz aufzubauen. Der Antrag des Levi Klein auf „Anlegung eines Handels Etablissements

zu Allendorf“ lehnte der Landrat 1828 mit der Begründung ab, er müsse zuvor in Allendorf das Bürgerrecht erwerben; seit 1840 ist er mit seiner Familie in Allendorf nachweisbar. Dem Handelsmann Liebmann Frank wurde 1835 anlässlich seines beabsichtigten Umzugs nach Siegen in einem ‚Verziehungs-Attest‘ bestätigt, dass er bis dahin ohne Unterstützung aus öffentlichen Mitteln ausgekommen sei. 1837 bat Joseph Klein um ein Geleit für Attendorf. Er argumentierte, in Lenhausen gebe es viele Juden, die sich zumeist vom Handel ernährten und denen das Hausieren verboten sei. 1841 versuchte Isaak Böheimer aus Lenhausen, sich als Metzger in Attendorf niederzulassen. Da dort aber bereits zwei von drei Metzgern Juden waren und Böheimer nicht über ein Vermögen von 1500 Tlr. verfügte, wurde sein Gesuch abgelehnt; erst 1858 erhielt er eine Niederlassungserlaubnis. Der Handelsmann Leser Neheimer zog um 1840 von Lenhausen nach Stockum. 1846 waren in Lenhausen Salomon Böheimer, Abraham Frank, Herz Frank, Levi Klein, Moses Lenneberg, Noah Lenneberg, Moses Löwenthal, Heinemann Neheimer und Salomon Neheimer als selbständige Juden verzeichnet, 1847 werden zudem die Handelsgehilfen Abraham Böheimer, Isaac Böheimer, Wolf Böheimer, Heinemann Klein, der Handelsmann Samuel Frank (der bald darauf nach Allendorf verzog), der Knecht Isaac Klein sowie Jacob Meier (ohne Gewerbe) genannt. Die erblichen Familiennamen haben sie bereits zuvor geführt. Die Familie Lenneberg verzog vor 1854; David Neheimer und der Lehrer Jacob Nußbaum kamen hinzu. In der zweiten Hälfte des 19. Jh. verließen nach und nach alle jüd. Familien den Ort und zogen in größere Städte. Nachdem ein Jahrzehnt lang keine Juden in Lenhausen gewohnt hatten, zog 1910 der Metzger Meier Max Jacob mit seiner Frau, zwei Söhnen und drei Töchtern zu.

In Finnentrop lebte seit 1929 der Ingenieur Gustav Rieser mit Ehefrau und zwei Kindern. Nach Fretter (heute Ortsteil von Finnentrop) kam 1932 der Viehhändler Ludwig Heldenmuth mit seiner Ehefrau Frieda.

2.1.3 In Lenhausen lebten 1933 die Familie des Metzgers Max (Meier) Jacob im Haus Dorfstr. 23 sowie die Witwe Theresia Hermanns (Provinzialstr. 60). 1937 verklagte die Kreisbauernschaft Jacob wegen angeblicher ‚Frischfleischverschiebung‘, der ‚Viehwirtschaftsverband Westfalen‘ versuchte, sein Kontingent zu kürzen. 1938 gab Max Jacob den Betrieb gezwungenermaßen auf. Mit seinem Sohn Werner Jacob – der bis 1934 die Volksschule in Lenhausen besucht hatte, bei seinem Vater in die Lehre gegangen war und 1937 die Gesellenprüfung abgelegt hatte – arbeitete er fortan im Sägewerk bzw. an der Schuttablade- stelle einer Firma in Rönkhausen. Während des Pogroms 1938 beschlagnahmten Polizeibeamte bei der Familie Jacob Patronen aus dem Ersten Weltkrieg. Am Abend des 11. Nov. wurden Max und Werner Jacob verhaftet und im Amtsgericht Grevenbrück für drei bzw. sechs Wochen inhaftiert. Der zweite Sohn des Metzgers, Erich Jacob, arbeitete in einer Fleisch- und Wurstfabrik in Meschede. Im Juni 1937 wurde er wegen angeblicher ‚Rassenschande‘ verhaftet, 1938 ins KZ Buchenwald verfrachtet und dort 1939 „auf der Flucht erschossen“. Max und Werner Jacob leisteten ab 1939 Zwangsarbeit im Hoch- und Tiefbau. Im April 1942 wurde Max Jacob mit seiner Frau Jenny ins Ghetto Zamość deportiert, Werner Jacob 1943 von seinem Wohnort Menden mit seiner Frau ins KZ Auschwitz.

Im Frühjahr 1938 florierte noch das Walzwerk der Fa. Wolf Netter & Jacobi. Die jüd. Besitzer, ursprünglich aus Straßburg, hatten dieses leistungsstarke Feinblechwalzwerk um 1890 erworben und mußten es 1938 an die Mannesmann-Röhren-Werke verkaufen. Gustav Rieser wurde von Mannesmann als Angestellter übernommen. Er lebte in der Bamenohler Straße mit seiner Frau Bettina und den Kindern Paul und Grete. Letztere emigrierte 1935 in die USA, ihre Eltern und ihr Bruder zogen 1938 nach Freiburg im Breisgau. In Fretter demolirte die SA 1936 die Wohnung des Viehhändlers Ludwig Heldenmuth und seiner Frau Frieda. Im selben Jahr flüchtete die Familie nach Wetzlar, dem Geburtsort von Ludwig Heldenmuth, von dort 1937 nach Südafrika.

2.1.4 Werner Jacob, der mehrere KZ überlebte und während eines Transports von Buchenwald nach Dachau flüchten konnte, kehrte im April 1945 nach Lenhausen zurück, wo er zunächst wieder als Metzger tätig war. Im Namen seiner Familienangehörigen beantragte er die Rückerstattung seines Eigentums und Wiedergutmachung für seine KZ-Haft. Er starb 1992 in Lenhausen und wurde auf dem jüd. Friedhof in Hagen-Eilpe begraben. Auf dem jüd. Friedhof in Lenhausen, auf dem keine Grabstellen mehr erkennbar sind, wurde 1971 ein Gedenkstein errichtet. Seit 2014 nimmt die Gemeinde Finnentrop an der Aktion ‚Stolpersteine‘ teil; die auch im heutigen Stadtteil Lenhausen verlegt wurden.

2.2.1 1819 lebten in Lenhausen 58 Juden, 1831 waren es 57 und 1843 dann 47. 1858 lebten in der Landgemeinde Schönholthausen, zu der Lenhausen seit 1843 gehörte, 36 Juden. 1871 waren in Schönholthausen von 2989 Einwohnern 2808 kath., 160 ev. und 21 jüd. Glaubens, 1895 von 3450 Einwohnern 3264 kath., 176 ev. und zehn jüd. Glaubens, 1925 von 6022 (!) Einwohnern 5588 kath., 366 ev., acht jüd. Glaubens und einer bekenntnislos; 1931 lebten dort zehn Juden.

Vor Errichtung der Synagogenbezirke 1854 hatten Vertreter der jüd. Gemeinschaft vorgeschlagen, die Juden aus Neuenrade, Werdohl, Plettenberg, Lenhausen, Allendorf, Stockum, Hellefeld, Sundern und Hachen zu einer Synagogengemeinde zusammenzufassen. Laut Statut von 1855 vereinigte der Synagogenbezirk Lenhausen dann jedoch die Juden der Ämter Serkenrode, Schmallenberg, Eslohe und Fredeburg (ohne Rarbach und Bödefeld) im damaligen Kr. Meschede sowie den gesamten Kr. Olpe. Attendorn, Eslohe, Schmallenberg und Olpe bildeten eigenständige Untergemeinden. Mitte der 1920er Jahre firmierte die Synagogengemeinde unter dem Namen ‚Lenhausen-Attendorn-Schmallenberg-Olpe‘, Geschäftsstelle und Betsaal befanden sich in Attendorn. In Lenhausen lebten zu diesem Zeitpunkt fünf Mitglieder, in Attendorn 31, in Olpe zwölf und in Schmallenberg 39.

2.2.2. Mitte des 18. Jh. unterstützte Graf von Plettenberg die jüd. Gemeinde in Lenhausen vermutlich bei der Errichtung einer Synagoge in der Nähe seines Schlosses. Die Synagoge auf dem Gelände des 1732 abgebrannten unteren Schlosses (heute Alte Schloßstraße, zwischen Nr. 14 und 18) könnte wie die umliegenden Gebäude zwischen 1732 und 1749 errichtet worden sein. Im Zusammenhang mit der Niederlassung des Lefman Hirz in Lenhausen 1784 wird eine Synagoge erwähnt. Der jüd. Aufklärer Salomon Ludwig Steinheim berichtete Jahrzehnte später, Alexander Haendorf habe ihm mitgeteilt, dass die Synagoge Ende des 18. Jh. unter Anleitung des kath. Ortspfarrers häufiger Opfer von Zerstörungen geworden sei; diese Angabe konnte nicht bestätigt werden. 1843 befand sich die Synagoge in jüd. Eigentum. Zu dieser Zeit sollen auch die Juden aus Oberveischede bei Olpe am Gottesdienst in Lenhausen teilgenommen haben. Auch Juden aus Lennestadt-Langenei besuchten im 19. Jh. zeitweise die Betstube in Lenhausen. Spätestens seit 1900 fanden in Lenhausen keine Gottesdienste mehr statt. Die wenigen Juden aus Lenhausen gingen nach Abbruch der Synagoge 1906 oder 1915 zum Gottesdienst nach Attendorn.

2.2.3 Schulinspektor Kayser zu Elspe attestierte 1825 Laiser Neheimer aus Lenhausen, dass dieser „im Schreiben, in den vier Rechnungsarten und im Lesen ziemlich erfahren“ sei. Die jüd. Kinder im Alter von fünf bis 14 Jahren würden ausnahmslos zur Schule geschickt; für die sechs- bis 13-jährigen werde Schulgeld gezahlt. 1830 waren elf Kinder im schulpflichtigen Alter, 1843 sechs. 1827 erfolgte die Prüfung des jüd. Lehrers Levi Wolfsohn in Lenhausen. 1828 verpflichtete sich der Vorsänger und Schlachter der Judenschaft zu Lenhausen, Salomon Heiman Schwarz aus Schneidach in Bayern, die jüd. Kinder zu unterrichten. Er verfügte über ein Attest der Prüfung im Hebräischen wie im Deutschen von 1825; auch 1830 wird er erwähnt. Im münsterischen Lehrerseminar war zu Beginn der 1840er Jahre Isaac Hochfeld (aus Höxter) aus-

gebildet worden; seine erste Stelle trat er in Lenhausen an. 1841 wurde der Vorsänger Wolf Wolfsohn als Lehrer konzessioniert, ihm folgte als Lehrer und Kantor Bendix Gumpert(z) aus Lünen. Gumpert(z) wurden freie Beköstigung, Wohnung, Heizung, Licht und ein Gehalt von 70 Tlr. zugesagt; er starb 1847 und wurde in Lenhausen am Elsenberg begraben. Jacob Nußbaum aus Hörde, der Anfang der 1850er Jahre sein Examen im Haindorfschen Lehrerseminar bestanden hatte, wird 1853 als Elementarlehrer in Lenhausen erwähnt. Der Unterricht wurde im 19. Jh. zeitweise im Wohnhaus der Familie Neheimer (Fretterbachstr. 14) abgehalten. In den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. erhielten Kinder aus Lenhausen, Eslohe und Attendorn (1905 sieben, 1913 vier) ‚Wanderunterricht‘ in Religionslehre, 1913 durch Lehrer Simon Kann aus Hohenlimburg. Mitte der 1920er Jahre war Leopold Hartmann aus Iserlohn Religionslehrer der Synagogengemeinde ‚Lenhausen-Attendorn-Schmallenberg-Olpe‘. Werner Jacob hatte Anfang der 1930er Jahre Religionsunterricht bei Lehrer Heß, der in Lüdenscheid angestellt war.

2.2.4 Juden aus Lenhausen unterstützten von den 1840er bis in die 1860er Jahre die Haindorfsche Stiftung. Durch deren Vermittlung erlernte Ende der 1840er Jahre Isaac Neheimer aus Lenhausen in Bonn das Buchbinderhandwerk.

2.3.1 1887 war Salomon Böheimer Vorsteher der Synagogengemeinde Lenhausen, zwischen 1900 und 1925 wurde sie von dem Attendorner Theodor Lenneberg geleitet. Zum Vorstand gehörten 1913 außer Isaak Frank aus Lenhausen noch Heinemann Funke aus Schmallenberg, Isaac Goldschmidt aus Eslohe und Isaac Lenneberg aus Olpe. Mitte der 1920er Jahre, als sich das Gemeindeleben auf Attendorn konzentriert hatte, war kein Jude aus Lenhausen Mitglied des Gemeindevorstands, Max Jacob gehörte jedoch zum Repräsentantenkollegium.

2.3.2 Dr. Alexander Haindorf (Zwi ben Nessanel) wurde als Sohn des Zander Abraham und der Vogel Horn 1784 in Lenhausen geboren. Von seinen orthodoxen Großeltern in Hamm erzogen, legte er dort das Abitur ab. Nach einem Medizinstudium wurde er 1810 promoviert und habilitierte sich 1811. Danach war er Privatdozent an den Universitäten Heidelberg und Göttingen, wegen seiner Religionszugehörigkeit blieb ihm eine Professur verwehrt. In Münster, wo er als praktischer Arzt tätig war und gleichzeitig an der Medizinisch-chirurgischen Lehranstalt Vorlesungen hielt, gründete er 1825 die spätere Marks-Haindorf-Stiftung. Diese vermittelte junge Juden in Handwerksberufe und bildete in einem Seminar Lehrer aus, die die Praxis in der angeschlossenen jüd. Volksschule erlernten. Haindorf starb 1862, er war als liberal-religiöser Reformator sowie als Pädagoge und Kunstsammler überregional bekannt.

2.3.3 Juden aus Lenhausen waren Mitglieder in der Schützenbruderschaft, Max Jacob war etwa 1928/30 Fahnenoffizier, sein Sohn Erich 1931 Schützenkönig. Erich Jacob spielte Fußball in der Schülermannschaft Lenhausen-Unterdorf, um 1930 spielten er und sein Bruder Werner im kath. DJK-Verein. Nach seiner Rückkehr aus dem KZ spielte Werner Jacob 1947 beim TuS Lenhausen.

3.1 Die Synagoge (heute Alte Schloßstraße, zwischen Nr. 14 und 18) war ein schlichter Fachwerkbau auf einem 64 m² großen Grundstück (Flur 8 Nr. 548/31). Er wurde um 1906 (lt. Katasterplänen) oder um 1915 wegen Baufälligkeit abgebrochen. Als sich eine ortsansässige Firma 1940 bemühte, das Areal zu erwerben, war die Judenschaft formal noch Besitzerin des Grundstücks.

3.2 Die neun in der ersten Hälfte des 19. Jh. in Lenhausen ansässigen Familien verfügten jeweils über ein eigenes Haus. In den 1920er und 1930er Jahren wohnte Max Jacob in der Dorfstr. 23, die Witwe Theresia Hermanns in der Provinzialstr. 60. Wohnhäuser, in denen vormals Juden lebten, sind sowohl im ursprünglichen Siedlungsbereich (Alte Schloßstraße, Fretterbachstraße) wie auch im übrigen Dorf teilwei-

se noch vorhanden. Einen Weg durch die Letmecke nutzten wandernde jüd. Händler aus Lenhausen im 19. Jh., um Textilien und Kurzwaren zu vertreiben. So entstand die Bezeichnung ‚Judenpfad‘.

3.3 Von den 1820er bis in die 1840er Jahre wurde eine Reihe Verstorbener auf einem Begräbnisplatz am Elsenberg (jenseits der Lenne) beigesetzt; auch Juden aus Oedingen fanden hier ihre letzte Ruhe. Die genaue Lage dieses Friedhofs ist nicht bekannt. In den 1840er Jahren – möglicherweise aber erst in den 1860er Jahren – wurde ein jüd. Begräbnisplatz am Lehmberg (heute Lehmbergstraße) angelegt, 1887 wurde der Friedhof als Eigentum der Gemeinde im Grundbuch eingetragen. Zwischen 1887 und 1931 sind dort 19 Beisetzungen belegt. Im Juni 1940 bemühte sich eine ortsansässige Firma, sowohl das Synagogengrundstück als auch den Friedhof über die Amtsverwaltung von der jüd. Gemeinde zu erwerben; die 1941 beim Regierungspräsidenten beantragte Aufhebung des Friedhofs wurde aber abgelehnt. Gusseiserne Grabeinfassungen sollen im Rahmen einer Metallsammelaktion der HJ entfernt worden sein, in den 1940er Jahren wurde der Friedhof verwüstet. Der Begräbnisplatz (heute 786 m²) ist seit 1954 im Eigentum des ‚Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe‘ und wird von der Gemeinde Finnentrop gepflegt. Grabsteine sind nicht erhalten, seit 1971 befindet sich dort ein Gedenkstein.

4.1 AdelsA Freiherr v. Fürstenberg-Herdringen, Arnsberg. – AdelsA Grafen von Plettenberg-Lenhausen, Hovestadt. – GemeindeA Finnentrop, Bestand A (Amt Serkenrode) 101, 770, 781, 810, 811, 862, 1026, 1080, 1979, 2047, 2204, 2211, 2217; Bestand B (Gemeinde Schönholthausen) 1018, 1024; Altregistratur; Zwischenarchiv Z 142. – LAV NRW Abt. W (Münster), u. a. Landratsamt Kr. Meschede. – Stadt- u. LandständeA Arnsberg, Regesten des Klosters Oelinghausen.

4.2 Fotos der Synagoge, des Gedenksteins und Grundstücksplan des jüd. Friedhofs in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 475f.

4.3 AZJ <7.10.1850, 4.11.1862, 18.11.1862>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 9, 13/14–28 <1836, 1842–1878>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1909> 71, <1913> 92, <1924/25> 62. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53.

4.4 ASCHOFF Diethard, Die „alljährlichen Karfreitagspogrome“ in Lenhausen – eine Legende. In: Jahrbuch für westfälische Kirchengeschichte 104 <2008> 175–196. – DERS., Antijüdische Exzesse im Hochsauerland am Ende des Alten Reiches und ihre Sühne. In: Sauerland. Zeitschrift des Sauerländischen Heimatbundes 1 <März 2009> 47–53. – BRILLING Bernhard, Alexander Haindorf. Seine Bemühungen um Anstellung als Universitätsprofessor (1812–1815) und seine Tätigkeit als Dozent in Münster (1816–1818). In: WZ 131/132 <1981/82> 69–120. – BRUNS Alfred, Die Juden im Alt-kreis Meschede 1814–1874 <Brilon 1987>. – BRÜSCHKE/FÖCKELER (Bearb.), Jüdisches Leben im Hochsauerland. – DIETERMANN Klaus, Familie Frank aus Weidenau. Zur Geschichte einer jüdischen Familie <Siegen 1990>. – FREUND Susanne, Jüdische Bildungsgeschichte zwischen Emanzipation und Ausgrenzung. Das Beispiel der Marks-Haindorf-Stiftung in Münster (1825–1942) (= Forschungen zur Regionalgeschichte 23) <Paderborn 1997> bes. 13–35. – HERZIG Arno, Alexander Haindorfs Bedeutung für die Pädagogik in Westfalen. In: WF 23 <1971> 57–74. – JACOB Werner, Ich trage die Nummer 104953. Ein letztes Zeugnis. Werner Jacob, Lenhausen im Gespräch mit Norbert Otto. Mit einer Einführung zur Geschichte der Juden im Kreis Olpe von Christiane MIRGEL und Dieter TRÖPS (= Jüdisches Leben im Kreis Olpe 1) <Olpe 1997>. – RINSCHEN FRANZ, Lenhausen und seine Juden. In: An Bigge, Lenne und Fret-

ter 28 <2008> 47–50. – SCHEELE Norbert, Geschichte der Juden im Kreis Olpe. In: Heimatstimmen aus dem Kreis Olpe 92,3 <1973> 168–179. – SCHOEPS Hans-Joachim u. a. (Hg.), Salomon Ludwig Steinheim zum Gedenken <Leiden 1966> 187f. – DERS., Alexander Haindorf. In: Westfälische Lebensbilder 11 <1975> 97–111. – TIGGES Paul, Flucht nach Ägypten. Ein Beitrag zur Geschichte der Juden im Kreis Olpe, insbesondere über die Juden, die während der NS-Zeit im Lenneraum zwischen Altenhundem und Lenhausen lebten <Lennestadt 1994> 143–200. – TRÖPS Dieter, Das Schicksal der Juden im Kreis Olpe. In: Heimatstimmen aus dem Kreis Olpe 153 <Olpe 1988> 227–270. – WESSEL Horst A., Netter (Kaufmanns- und Industriellenfamilie). In: Neue Deutsche Biographie, Bd. 19 <Berlin 1999> 86f.

Wolf-Dieter Grün

FRÖNDENBERG

1.1 Stadt Fröndenberg, Kr. Unna

1.1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHztm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1902 Zusammenschluss der Gemeinden Dorf Fröndenberg, Stift Fröndenberg und Westick zur Gemeinde Fröndenberg, 1952 Stadtrechtsverleihung. Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil des Kreises Unna.

Die in Dorf und Stift Fröndenberg ansässigen Juden gehörten laut Statut von 1856 zur Synagogengemeinde Menden. Die heute zu Fröndenberg gehörenden Orte Dellwig und Langschede waren der jüd. Gemeinde Unna angeschlossen; die Juden im heutigen Ortsteil Bausenhagen nach Menden orientiert.

2.1.1 1753 ist der Glasmacher Philipp Kusel mit zwei Töchtern und einem Knecht in Fröndenberg nachgewiesen; er soll seit 1743 ein Geleit besessen haben. 1776 wird Kusel (Casser) Philipp mit drei Kindern für Fröndenberg erwähnt, der wegen fehlenden Geleits ausgewiesen werden sollte, 1777 hatte er den Ort (vorübergehend) verlassen. 1778 lieferte Philipp Israel (Kusel) aus Fröndenberg Fenster für das Pfarrhaus der kath. Kirche zu Menden. 1793 beantragte Philipp Kusel eine Befreiung von den Landzollabgaben bei Besuchen der Synagoge in Menden mit der Begründung, schon seine Eltern hätten dafür keinen Zoll entrichten müssen. Der Antrag wurde positiv beschieden unter der Bedingung, dass er an diesen Tagen in Menden keinen Handel treibe. Zu den Nachfahren von Philipp Israel gehörten Kusel David (geb. 1795) und sein Bruder Simon (1797–1880).

2.1.2 Die Familie Neufeld ist seit den 1820er Jahren in Fröndenberg nachgewiesen. Für 1832 wird Kusel David Bernstein (Kirchplatz 1) als Winkelier in Manufakturwaren erwähnt. 1846 sind für Fröndenberg als selbständige Juden verzeichnet Kusel David Bernstein, Feist Nathan Neufeld (mit Sohn Moses Neufeld), Bernhard Salomon Rosenbaum und die Witwe des Israel Silberberg. Nur die Witwe Silberberg, Tochter des Kusel David Bernstein, hat den genannten erblichen Familiennamen zuvor schon geführt. Zur Erlernung des Buchbinderhandwerks wurde 1854 Marcus/Moses Silberberg nach Bonn in die Lehre gegeben. Seit Anfang der 1850er Jahre ist Nathan Mildeberg in Fröndenberg nachweisbar, er wohnte im Haus Neufeld und zog später mit seiner Familie nach Witten. Der 1822 geborene Isaac Muskat, nach 1846 in Fröndenberg nachweisbar, wurde 1869 auf dem jüd. Friedhof beerdigt, die 96-jährige Hanni Muskat

1898. Friedrich Bernstein, Sohn von Jeanette und Josef Bernstein, fiel als Soldat im Ersten Weltkrieg; ihm war ebenso wie Hugo Neufeld das EK II verliehen worden.

Zu Beginn der 1930er Jahre lebten folgende Juden im Ort. Im Haus Kirchplatz 1 wohnte die Witwe und Kauffrau Jeanette Bernstein mit ihren Töchtern Rosa, Martha, Else, Johanna (mit Ehemann Max Himmelstern) und Helene (mit Ehemann Jacob Simons); zum Haushalt gehörte die Hausangestellte Ruth Gans. Im Haus Stift 10 wohnten Herz und Berta Neufeld geb. Steeg mit ihren neun Kindern. Sohn Hugo – er leitete das Textilgeschäft der Familie – und seine Frau Johanna geb. Heine hatten zwei Kinder. In der Graf-Adolf-Str. 25 wohnte Max Richheimer, Direktor des Rheinisch-Westfälischen Isolierrohrwerks. Der in Baden geborene Moritz Richheimer, 1907 nach Fröndenberg gezogen, war mit einer Nichtjüdin verheiratet, der Sohn Walter wurde 1928 geboren; Richheimer betrieb in der Feuerhake-Str. ein Geschäft. Das Haus Kirchplatz 3 bewohnten die Familie des Viehhändlers Isaak Eichengrün und sein Onkel Jacob Eichengrün. Isaak Eichengrün hatte aus seiner Ehe mit Meta geb. Sommer drei Kinder sowie aus seiner zweiten Ehe mit Martha geb. Silberberg eine Tochter. Zu den jüd. Bewohnern Fröndenbergs zählten ferner Hermann und Berta Neufeld geb. Vyth, Emma Levy geb. Mildenberg sowie der Anstreicher Paul Neufeld und seine Frau Johanna.

In Dellwig ist für 1846 Isaac Liebreich als selbständiger Jude verzeichnet; den erblichen Familiennamen hatte er bereits zuvor geführt. In den 1880er Jahren lebte dort die Familie Rosenthal, spätestens seit Anfang des 20. Jh. die Familie Cohen. In Bausenhagen war 1846 Hohna Löhnberg als selbständig tätiger Jude verzeichnet, der ebenfalls den erblichen Familiennamen schon zuvor geführt hatte.

2.1.3 Im April 1933 versuchte der aus den Niederlanden stammende und in Menden lebende Benjamin Kaijzer eine Filiale seines Schuhgeschäfts in Fröndenberg zu eröffnen, dafür hatte er bereits Geschäftsräume am Markt angemietet. Auf Druck der Partei kündigte der Vermieter den Vertrag. Als er seine Filiale trotzdem eröffnete, verhinderte die ortsansässige NSDAP sein Vorhaben gewaltsam, wogegen Kaijzer bei den zuständigen Behörden ohne Erfolg Einspruch erhob. Der Anstreichermeister Herz Neufeld bat 1934 die Gemeindeverwaltung vergeblich, ihn bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten zu berücksichtigen, da der Boykott sein Geschäft stark beeinträchtigt hatte. Als 1935 die Urne des in Washington verstorbenen Josef Silberberg seinem Wunsch gemäß in seinem Geburtsort Fröndenberg beigesetzt wurde, denunzierten zwei Fröndenberger den Dortmunder Rabbiner Dr. Ernst Appel, weil er angeblich in seiner Grabrede ‚staatsfeindliche Äußerungen‘ getan habe; das Verfahren wurde eingestellt. Das Geschäft des Moritz Richheimer musste 1936 unter Druck an die Firma Union verkauft werden, die Familie verließ Fröndenberg. Richheimer wurde 1940 in Karlsruhe verhaftet und kam 1943 im KZ Mauthausen um. Zu den Emigranten aus Fröndenberg gehörten zwei Töchter des Viehhändlers Isaak Eichengrün, die nach Palästina flohen.

Am 10. Nov. 1938 wurden die Wohnung und das Geschäft der Familie Neufeld verwüstet und geplündert, ebenso die Häuser der Familien Bernstein und Eichengrün. Auf dem jüd. Friedhof wurden Grabsteine umgeworfen und teilweise zertrümmert. Verhaftet wurden der Viehhändler Isaak Eichengrün, der Kaufmann Hugo Neufeld und der Anstreicher Paul Neufeld. Sie wurden zunächst im Fröndenberger Polizeigefängnis festgehalten, dann in Dortmund. Nach dem Pogrom leisteten Frauen aus der Bernstein-Familie Zwangsarbeit bei der Fa. Casack, Männer aus der Familie Neufeld beim Bauunternehmen Richter. Von der ‚Arisierung‘ betroffen war u.a. Hugo Neufeld, der im Dez. 1938 Haus und Grundstück an die Gemeinde Fröndenberg verkaufen musste. Der Plan zur Einrichtung eines Parteiheims scheiterte, stattdessen wurden arme Familien eingewiesen. Die Witwe Jeanette Bernstein konnte den Verkauf ihres Hauses hinausögern, es wurde erst nach ihrer Deportation ‚arisiert‘. Als ‚Judenhaus‘

diente das Gebäude des Viehhändlers Isaak Eichengrün (Kirchplatz 3). Mitte 1941 wurde Johanna Neufeld wegen der „Entwendung von Fleischmarken“ verhaftet.

Aus Fröndenberg wurden im April 1942 Else und Rosa Bernstein sowie Johanna, Nathalie und Paul Neufeld ins Ghetto Zamość deportiert. Zum Transport am 29. Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt gehörten Jeanette Bernstein sowie Alfred, Bertha, Dorit, Herz, Hugo und Johanna Neufeld.

In Langschede betrieb die in Berlin ansässige Firma Wolf Netter & Jacobi ein Walzwerk und eine Verzinkerei (seit 1923 fusioniert mit der Langscheder Walzwerk und Verzinkerei AG) mit mehreren hundert Beschäftigten. Ende 1933 begann der Langscheder Ortsgruppenleiter und Gemeindevorsteher mit Angriffen gegen die Firma, diese stellte Strafanzeige wegen Erpressung und Beleidigung, wandte sich an das Reichswirtschaftsministerium und das Präsidium der Reichsbank. 1938 wurde die Firma ‚arisiert‘ und gehörte fortan der Mannesmann Röhren-Werke AG.

Im Ortsteil Dellwig wohnten die Familien Cohen, Grüneberg und Rosenthal, von 1934 bis zu seiner Emigration nach Argentinien 1936 auch der aus Unna stammende Fritz Eichenwald. 1938 konnte der Metzgermeister Grüneberg seinen Betrieb an den bisherigen Pächter verkaufen und seinen beiden Söhnen in die USA nachfolgen. Meyer Rosenthal und Regina betrieben an der Hauptstr. einen Kolonialwarenladen, beide wurden deportiert. Tochter Hulda (verh. Stein) wurde im Jan. 1942 über Gelsenkirchen und Dortmund ins Ghetto Riga verbracht, Sohn Hugo kam ebenfalls um. Tochter Helene hatte in Dellwig einen Nichtjuden geheiratet und wurde 1944 als ‚Mischehenpartner‘ in ein Arbeitslager eingewiesen. Die 1875 in Berleburg geborene Henriette Jettchen Cohen geb. Blumenthal, deren Mann Philipp gestorben war, musste aus Dellwig ins ‚Judenhaus‘ in Fröndenberg ziehen; über Dortmund wurde sie im Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert und in Treblinka ermordet. Für ihren Besitz – ein Wohnhaus mit Garten und Ackerland – interessierte sich nach ihrer Deportation die Gemeinde Dellwig. Ihr Sohn, der Schneider Arthur Cohen, 1938 im KZ Dachau inhaftiert, wurde im Okt. 1941 von Düsseldorf ins Ghetto Litzmannstadt deportiert, später weiter ins Vernichtungslager Chelmno; auch seine Schwester Erna-Rosa wurde ermordet. Ilse Cohen emigrierte nach Schweden, auch ihre Geschwister Hedwig und Georg überlebten.

2.1.4 Die in Dellwig mit einem Nichtjuden verheiratete Helene Rosenthal überlebte das Arbeitslager und kehrte nach dem Krieg zurück. Am Aufgang zur Fröndenberger Stiftstreppe ist seit 1995 eine Gedenktafel für die Opfer der Shoa angebracht. Dort findet seit 2005 eine von der Arbeitsgemeinschaft „Spuren jüdischen Lebens“ organisierte alljährliche öffentliche Gedenkveranstaltung statt. Seit 2007 beteiligt sich Fröndenberg an der Aktion ‚Stolpersteine‘.

2.2.1 Im Gebiet des Stifts Fröndenberg lebten 25 Juden im Jahr 1843, 1858 waren es 24. Im Jahr 1871 waren von 700 Einwohnern 392 kath., 290 ev. und 18 jüd. Glaubens, 1895 von 1029 Einwohnern 568 kath., 425 ev., 23 jüd. Glaubens, 13 gehörten anderen christl. Gemeinden an. Im Dorf Fröndenberg waren 1871 und 1895 keine Juden verzeichnet. In der Gemeinde Fröndenberg waren 1925 von 5033 [!] Einwohnern 2741 kath., 2254 ev., 17 jüd. Glaubens und acht bekenntnislos. 1932/33 lebten in Fröndenberg 23 Juden, 1934 waren es 21. In folgenden heutigen Ortsteilen sind Juden nachgewiesen: In Frömern lebten 1839 fünf und Ende 1840 vier jüd. Einwohner. In Langschede lebten 1858 fünf Juden; 1895 waren von 352 Einwohnern 86 kath., 261 ev., einer jüd. Glaubens, vier gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1925 waren von 610 [!] Einwohnern 146 kath., 445 ev., einer jüd. Glaubens und elf bekenntnislos. In Dellwig lebten 1858 sieben Juden; 1871 waren von 392 Einwohnern 43 kath., 345 ev. und vier jüd. Glaubens, 1895 von 511 Einwohnern 37 kath., 460 ev. und 14 jüd. Glaubens, 1925 waren von 674 [!] Einwohnern 35 kath., 619 ev., 15 jüd. Glaubens und einer

bekanntnislos; 1932/33 lebten dort acht Juden. In Bausenhagen lebten 1843 zwölf und 1858 vier Juden; 1871 waren von 258 Einwohnern 181 kath., 71 ev. und sechs jüd. Glaubens.

Bei der Planung der einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnsberg 1842, die Juden aus Fröndenberg, Bausenhagen und Frömern zu einem Synagogenbezirk Fröndenberg zusammenzufassen. Die in Dorf und Stiftsbezirk Fröndenberg ansässigen Juden wurden laut Statut von 1856 dann aber der Synagogengemeinde Menden zugeordnet, Anfang des 20. Jh. bildete Fröndenberg eine Filialgemeinde. Die Juden aus Dellwig und Langschede (heute Stadt Fröndenberg) gehörten zum Synagogenbezirk Unna, die aus Bausenhagen (heute ebenfalls Fröndenberg) zum Synagogenbezirk Menden. In Frömern lebten bei Einrichtung der Synagogenbezirke keine Juden mehr.

2.2.2 1793 erbat der Fröndener Philipp Cusel für den Besuch der Mendener Betstube die Befreiung von den Landzollabgaben. Sowohl seine ‚Voreltern‘ als auch er hätten „von jeher zu Menden der synagoge beigewohnt“; seiner Bitte wurde entsprochen. Auch im 19. und 20. Jh. besuchten die Fröndener Juden die Mendener Synagoge.

2.2.3 1840 lebten in Fröndenberg neun schulpflichtige jüd. Kinder, die am Unterricht in der örtlichen Schule teilnahmen; für den Religionsunterricht waren die Eltern zuständig. 1843 lebten in Bausenhagen vier schulpflichtige jüd. Kinder. 1905 erhielten fünf Fröndener Kinder ‚Wanderunterricht‘. 1916 gab es ein schulpflichtiges Kind, zusammen mit den Kindern aus Menden und Hemer besuchte es den Religionsunterricht, der sonntags (vier Stunden) in Menden und mittwochs (zwei Stunden) in Hemer abgehalten wurde.

2.2.4 Fröndener Juden unterstützten seit 1830 kontinuierlich mehr als acht Jahrzehnte die Haindorfsche Stiftung.

2.3.1 1905 war J. Bernstein Vorsitzender der Filialgemeinde Fröndenberg, zugleich war er Stellvertreter des Vorstandes im Hauptort Menden. Im Mendener Repräsentantenkollegium waren aus Fröndenberg Kusel Bernstein (1863), Joseph Rosenbaum, Herz Neufeld (1887) sowie Moses Neufeld und Hugo Neufeld (1932) vertreten.

2.3.3 Moses Neufeld war nach seiner Militärdienstzeit (1851–1853) Mitglied des Fröndener Kriegervereins. 1878 war der Metzgermeister Josef Bernstein Schützenkönig, 1910 seine Tochter Johanna Königin des Bürgerschützenvereins; sie war auch Abteilungsleiterin der Turnerinnen des TV Jahn.

3.1 Eine Betstube ist für Fröndenberg nicht nachgewiesen.

3.2 1827 erwarb der Metzger und Handelsmann Kusel (David) Bernstein für 350 Rtlr. das 1607 im Auftrag der Äbtissin Jodoca von der Recke erbaute Abteigebäude, das bis dahin der reformierte Pastor bewohnt hatte (Am Kirchplatz 1). Dort errichtete er eine Schlachtereie, später in einem Anbau einen Manufakturenladen; um 1910 erfolgte ein Umbau. In der NS-Zeit wohnte dort bis zur Deportation die Kauffrau Jeanette Bernstein, Witwe von Josef Bernstein. Es ist das einzige erhaltene Wohn- und Geschäftshaus einer jüd. Fröndener Familie und gilt zudem als das älteste erhaltene Profangebäude der Stadt; Beschreibung bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 624f. Im Besitz der Witwe Jeanette Bernstein befand sich auch das Haus Im Stift 4 u. 5. Auch die Familie Neufeld wohnte in ehemals stiftischem Besitz: Für 1850 ist Moses Neufeld als Besitzer der Häuser Im Stift 10, 11 u. 12 nachgewiesen. Der Anstreicher Rosenbaum ist 1850 als Hausbesitzer bzw. -bewohner für das Gebäude Stift 8 verzeichnet. 1925 war Isaak Eichengrün Eigentümer des Hauses Am Kirchplatz 3, die Familie des Malermeisters Herz Neufeld des Hauses Im Stift 12. In Dellwig besaß die Witwe Henriette Cohn ein Wohnhaus und Ackerland.

3.3 Wann der jüd. Friedhof in Fröndenberg angelegt wurde, ist nicht bekannt. Den Ankauf eines Grundstücks finanzierten die Familien Bernstein und Neufeld. Das 369 m² große Friedhofsareal liegt an der Springstr. am nördlichen Stadtrand. 1935 fand die Beisetzung einer Urne mit den Überresten des in Washington verstorbenen Josef Silberberg statt. Der Begräbnisplatz wurde im Rahmen des Pogroms 1938 verwüstet, Grabsteine aus den Verankerungen gerissen. Im Zweiten Weltkrieg wurde auf dem Friedhof ein Massengrab für etwa 50 russische Zwangsarbeiter angelegt. 26 Personen, die 1946 als Pogromtäter ermittelt werden konnten, wurden zu Aufräumarbeiten eingesetzt. 1949 hieß es in einem Schreiben: „Die restlosen Spuren der Beschädigung an den Grabsteinen sollen beseitigt werden.“ 1991 nahm sich die Stadtverwaltung auf Initiative der Fröndenberger Geschichtswerkstatt des verwahrlosten Friedhofes an. Sie rückte von dem Plan ab, das Gelände in eine Parkanlage umzuwandeln, ließ die umgestürzten und zerschlagenen Grabsteine sowie die Anlage insgesamt instand setzen. Heute finden sich dort 15 Gräber und elf Grabsteine aus der Zeit von etwa 1844 bis 1945, von vier Gräbern nur die Einfassung. Juden aus Dellwig und Altendorf nutzten den Friedhof in Hennen.

4.1 Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA, Rep. 104, IV C, Nr. 236 c. – LAV NRW Abt. W (Münster), Hztm. Westfalen 1711; Klevisch-Märkische Regierung, Landessache 1638; Regierung Arnsberg II D 724; Regierung Arnsberg Polizei I Pa 679; Kr. Unna Landratsamt 1345 u. 1349; Kreisgericht Unna II 76, 102 u. 1292. – StadtA Fröndenberg, Nr. 6523.

4.2 Eine in einem Türpfosten des Hauses Am Kirchplatz 1 gefundene Mesusa sowie die Eingangstür des 1963 abgerissenen Hauses ‚Am Kirchplatz 3‘ werden im Fröndenberger Heimathaus im Stiftsgebäude aufbewahrt. Fotos ehem. jüd. Wohn- und Geschäftshäuser, des Mesusa-Textes aus dem Bernsteinschen Haus und des Friedhofs in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 671. Aufnahmen der Grabsteine und eine Dokumentation der Inschriften in der Sammlung der LWL-Denkmalpflege, Münster.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 4–46 <1830–1911/1913>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 165. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53.

4.4 KLEMP Stefan, Judenverfolgung in Fröndenberg, aktualisierte und überarb. Aufl. <Fröndenberg 1998>. – DERS., „Richtige Nazis hat es hier nicht gegeben“. Nationalsozialismus in einer Kleinstadt am Rande des Ruhrgebiets <Münster 1997> 435–457. – KLUTE Fritz, Fröndenberg einst und jetzt <Fröndenberg 1981, ND der Ausg. Fröndenberg 1925> 264–268. – NATHUSIUS Jochen von, Blick ins 19. Jahrhundert. Spuren jüdischen Lebens im Raum Fröndenberg. In: Jahrbuch des Kreises Unna 27 <2006> 167–174.

Ursula Olschewski

GESEKE

1.1 Stadt Geseke, Kr. Soest

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – 1217 Stadtrechtsverleihung.

Seit 1854 war Geseke Hauptort des gleichnamigen Synagogenbezirks, zu dem u. a. Mönninghausen, Störmede und Verlar gehörten.

2.1.1 Bereits 1596 müssen Juden in Geseke ansässig gewesen sein, denn in diesem Jahr hielt die Stadt Brilon in der Bestätigung des Schutzbriefes für Salomon aus Plettenberg fest, dass er dieselben Pflichten habe wie die Juden in Geseke und Rüthen. Für 1598 ist der Jude Hertz in den Geseker Ratsprotokollen belegt. Im selben Jahr war ein Jude namens Levi im Besitz eines Geleitbriefes des Kölner Kurfürsten für Geseke. 1604 gab er an, ihm sei zugesichert worden, es würden keine weiteren Juden in Geseke vergeleitet; Levi verzog vermutlich 1608 nach Werl. Seit 1600 war der Jude Nathan in Geseke niedergelassen, der dort um 1638 starb. Als Einwohner Gesekes sind auch seine Schwiegersöhne Wulff/Wolf (ebenso dessen Sohn Sostmann und der Schwiegersohn Leiffmann Salomon) und Bernd/Baruch sowie seine Söhne Josell und Leiser erwähnt. Für 1636 sind in den Abgabenlisten drei jüd. Familien aufgeführt, davon zahlten Nathan und Wulff je 6, Bernd 5 Rtlr. Beiwohnersteuer an die Stadt. 1644 sind vier jüd. Familien nachgewiesen: Wulff, Bernd, Leiser und Sostmann. In den 1650er Jahren setzte der Köthen-Anhaltinische Hoffaktor David Jacob in Zusammenhang mit der Eintreibung einer Forderung gegen die Stadt Marsberg Levi (Lips) Salomon zu Geseke (auch erwähnt als Levi Salomon von Bonn, wohnhaft zu Geseke) als Bevollmächtigten ein; 1662 bescheinigte der Rat von Marsberg ihm, die restliche Summe bald zahlen zu wollen. 1661 verkaufte Eleazar Wallich, vergeleiteter Jude zu Geseke, vor dem Gogericht Geseke ein sechs Morgen großes Lehen in Bökenförde an den dort wohnenden Gördt Becker. 1656 lebten fünf jüd. Familienvorstände in der Stadt, 1662 waren es acht. Für 1672 sind elf Familienvorstände genannt: Leyser Aron, Amsel Soistmann, David Soestmann, Salomon Soistmann, Levi Hertz, Max Hertz, Meyer Hertz, Manchen, Samuel Meyer, Nathan und Kalmann Moses. 1670 setzte sich der Rat der Stadt vehement gegen die Vergabe weiterer Geleite und weitere jüd. Gewerbe-tätigkeit ein. Nach Auseinandersetzungen mit der Kramerzunft, die von der Bonner Hofkammer zugunsten der Juden entschieden wurden, schloss der Rat der Stadt 1692 einen Vertrag mit den Geseker Juden. Gegen eine Zahlung von jährlich 28 Rtlr. wurden die Juden von speziellen bürgerschaftlichen Lasten wie Beiwohner-, Schlacht-, Wacht- und Einquartierungsgeldern befreit. Gleichzeitig sagten sie zu, darauf zu achten, dass sich kein Glaubensgenosse ohne Geleit in Geseke niederlasse. 1696 bestimmte die Regierung in Bonn, dass acht Juden in Geseke geduldet werden sollten, zu dieser Zeit lebten jedoch bereits neun jüd. Familien im Ort. Als das Generalreglement für das Hztm. Westfalen die Zahl der jüd. Familien in Geseke auf 13 festlegte, waren tatsächlich bereits 15 im Ort. 1716 wurde der Vertrag mit der Stadt erneuert: Gegen eine jährliche Summe von 63 Rtlr. wurde die Zahl der zugelassenen jüd. Familienvorstände erneut auf 13 festgeschrieben, die seit 1700 tatsächlich in Geseke lebten. Die Geseker Judenschaft versprach, den Zuzug weiterer Familien zu verhindern.

Die Zahl der in Geseke ansässigen Juden betrug 1723 insgesamt 82 Personen. 1738 lebten, wie der Rat festhielt, „zur großen beschwer“ der Geseker „armen Gemeinheit“ folgende jüd. Familien dort, die überwiegend Handel u. a. mit Pferden, Korn oder Kattun trieben: Samuel Meyer, Schnull Manchen, Jacob Seligman, Katz Meyer, Wolff Ambsel, die Söhne des David Soistman, Abraham Leysar, Heyman Leysar, Joseph Aaron, Moyses Katz, die Witwe des Calman Nathan sowie die Witwe des Aaron, bei der ihr Enkel Mandel Leiffman lebte. Die Tochter des verst. Meyer Hertz wohnte bei Katz Meyer und bestritt ihren Lebensunterhalt mit Geldverleih. Sie fiel auf, als sie das Erbe ihrer verschuldeten Mutter nicht antrat, sich aber dennoch „deren glaydt anmaßet.“ Bürgermeister und Rat beschwerten sich ferner über den Handel der Knechte und Mäde sowie über die „unter der hand“ verliehenen Gelder mit „unverträgliche[n] zinsen und wucher“. 1744 wohnten in Geseke weiterhin 13 jüd. Familien. 1764 entzo-

gen die jüd. Vorsteher der verarmten Witwe des Moyses Katz das Geleit und gaben es Salomon Nathan. Als sich 1765 ein vierzehnter jüd. Haushalt etablieren wollte, legte der Vorsteher der westfälischen Judenschaft Widerspruch ein, da sich bereits weitere Juden unerlaubt in Geseke aufhielten. 1768 wurde der vergeleitete Levi Wolff/Leifmann Wulff, dessen Vater und Großvater bereits in Geseke ansässig gewesen waren, in der Geseker Stiftskirche St. Cyriakus getauft.

Seit 1678 war es Juden verboten, mit Eisen, Kupfer und anderen Metallen zu handeln. 1703 handelte David Sostman in Geseke mit Wolle und Leinwand sowie mit Schafen. Zu den Lieferanten von Hafer, Heu, Holz und vor allem Frischfleisch für kaiserliche und franz. Truppen, als diese 1757 ins Amt Erwitte einrückten, gehörten u. a. Juden aus Geseke. Seit 1759 wurden Juden im Hztm. Westfalen in einer eigenen Klasse zur Kopfschatzsteuer veranlagt. 1779 wurden drei Haushalte mit einem überdurchschnittlich hohen Betrag von mehr als 5 Rtlr. veranschlagt (David Jacob, Samuel Nathan und Leifmann Emmanuel), fünf zahlten 4 bzw. 5 Rtlr.; fünf weitere galten als arm und mussten zwischen 18 Groschen und 1 Rtlr. 18 Groschen zahlen. Der Haushalt des Vorsängers war wegen Armut ganz vom Kopfschatz befreit. 1790 – in Geseke gab es inzwischen 19 jüd. Haushalte mit insgesamt 110 Personen – versuchte der Rat mit Unterstützung des Landesherrn den jüd. Handel mit Halb- und Fertigfabrikaten aus Metall zu unterdrücken. Eine Aufstellung des Rates von 1801 nennt folgende vergeleitete Juden: Calmen Emanuel (Vorsteher der Judenschaft, mit Frau, drei Kindern, Knecht, zwei Mägden und einem Lehrer), Jacob Nathan (mit Frau, Neffe, Knecht und Magd), Jacob Abraham (mit Frau, zwei Kindern, Onkel und Schwester), Arnd Leib/ Aron Levi (mit Frau und drei Kindern, Schwiegervater, zwei Schwägerinnen und einem Schwager), Salomon Nathan (mit Frau und sechs Kindern), Isaac Goldschmidt (mit Frau, Sohn und Magd), Jacob Abraham (mit Frau, zwei Kindern und Schwiegervater), Meyer Abraham (mit drei Kindern, Knecht und Schwager), Isaac Samuel (mit Frau, drei Kindern, Magd und Vorsinger der Gemeinde), Moyses Abraham (mit Frau, sieben Kindern, Schwiegereltern und Lehrer), Salomon Nahmann/Nachmann (mit Frau, vier Kindern, Knecht, Magd und einem Burschen), Calmen Leib/Calman Löb/Löw (mit Frau, Kind und Magd), Samson Leib/Levi/Löw (mit Frau, Kind, Mutter und Magd), Leiffman Emanuel (mit Frau und vier Kindern), Abraham Nathan (mit Frau, zwei Kindern, Knecht, Magd und Lehrer), Samuel Emmanuel (mit Frau und sieben Kindern) und Hirsch Cohn (Vizerabbiner, mit Frau, sieben Kindern, Magd und Schulmeister). 1804 sind Samson Levi, Isak Goldschmidt und Calman Emanuel genannt, weil sie Pferde und Rinder als Pfand nahmen.

In Störmede waren 1738 zwei jüd. Familien sowie die älteste Tochter des Schmul Manchen aus Geseke ansässig. 1757 sind für Störmede ein Nathan und Abraham Katz belegt, die beide auch in der Kopfschatzsteuerliste des Jahres 1779 erwähnt werden. 1785 wurde in Störmede der Jude Abraham (später in Halle ansässig) geboren, der eine Frau aus Westernkotten heiratete.

2.1.2 Für 1812/16 sind in Geseke 22 jüd. Haushaltsvorstände nachgewiesen, die alle ein eigenes Haus besaßen und inzwischen feste Namen angenommen hatten: Hirsch Cohen, Isac Goldschmidt, Samson Stern, Calm Löwenstein, Levi Rosenthal, Salmon Kronenberg, Jacob Abel, Isac Grünebaum, Witwe Salmon Blume, Jacob Steinberg, Aron Löwenberg, Calm Goldenberg, Moses Schüler, Witwe Oppenheimer, Isac Rosenberg, Emanuel Löwenbach, Meyer Nußbaum, Süßer Cohen, Jacob Schiff, Mannes Fredewald, Daniel Kleestadt und Witwe Laib Schüler.

1843 konvertierte der 14-jährige Abraham (später Bernhard) Löwenbach zum Katholizismus. Er hatte bis kurz nach seiner Bar Mitzwa 1842 die jüd. Schule in Geseke besucht; in der höheren Bürgerschule nahm er dann am Religionsunterricht teil und beschloss, zum kath. Glauben überzutreten. Die Eltern schickten ihn daraufhin in eine benachbarte Stadt zur Schule und brachten ihn bei Verwandten unter. Der Ge-

seker Pfarrer wandte sich an den dortigen Kollegen, der den Jungen dazu brachte, von seinen Verwandten fortzulaufen. Obwohl der Paderborner Bischof Einspruch erhob, taufte der Pfarrer den Jungen ohne Wissen der Eltern in Werl, anschließend besuchte er mit finanzieller Unterstützung einiger Geistlicher das Gymnasium in Paderborn. Die Eltern, Emanuel und Louis Löwenbach (sie zogen 1845 nach Gütersloh), wandten sich an die Regierung, die anordnete, den Jungen in die elterliche Gewalt zurückzugeben. Sie schickten ihn zum Prediger Gotthold Salomon nach Hamburg, der ihn zum Judentum zurückführen sollte. Die staatliche Anordnung sorgte in Geseke für Unruhe. Zeitgleich wurden Hetzschriften über eine angeblich von Juden begangene Hostienschändung bekannt (ausgehend 1844 von Minden), die vielerorts zu Ausschreitungen führten. Nachdem der Geseker Pfarrer einen anonymen Schmähbrief mit Beleidigungen gegen ihn und die kath. Kirche im Wirtshaus vorgelesen hatte, entstand das Gerücht, der Brief stamme von dem jüd. Lehrer Kaufmann, der daraufhin aus Geseke floh. Im Mai 1844 wurden nahezu alle Wohnungen von Juden in Geseke demoliert und Drohungen – darunter Schmährufe von rund 50 Schulkindern – gegen sie ausgestoßen. Zwei Tage später folgten Ausschreitungen gegen die Juden in Störmede. Die Regierung in Berlin rügte die Untätigkeit des Magistrats und erteilte im Juni die Weisung, „über die bedauerliche Judenhetze hier die strengste Untersuchung zu veranstalten“. Neun Anstifter wurden zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt, dennoch hielten die Übergriffe und Sachbeschädigungen in den folgenden Monaten an. Da die Ausschreitungen während des Schützenfestes stattgefunden hatten, verbot die Arnberger Regierung die Ausrichtung des Festes für das darauffolgende Jahr, revidierte diese Anordnung aber später.

Aus Geseke stammten mehrere jüd. Lehrer, die ihre Ausbildung im Haindorfschen Seminar absolvierten: Simon Schüler (Ende der 1820er Jahre), Samuel Löwenberg, der nach 1830 Lehrer an der Vereinsschule in Münster wurde, ferner Baruch Cohen (ab 1836), der Anfang der 1840er Jahre in Brilon und ab 1847 in seiner Heimatstadt tätig war. Aus der Familie Kle(e)stadt wurden drei Söhne Lehrer: 1868 bis 1870 war Daniel Klestadt in Sendenhorst tätig, 1881 Levy Klestadt in Rüthen, 1883 bestand Carl Klestadt in Münster sein Examen.

Die jüd. Kaufleute in Geseke betätigten sich überwiegend im lokalen Getreide-, Vieh- u. Textilhandel. In den 1830er Jahren betrieben Abraham Abel, Isaac Goldschmidt und Nathan Rosenthal sowie Levi Oppenheimer, Emanuel Löwenbach, ferner Abraham und Levi Rosenthal Spezerei- bzw. Ellenwarenhandlungen. Kalman Löwenstein konzentrierte sich auf den Leinwandhandel. Moses Schüler handelte en gros mit Ellenwaren. Für Samson Stern sen. ist eine Fruchthandlung nachgewiesen. Zudem handelten Isaak Grünenbaum sowie Samson Stern jun. und sen. mit Korn. Es gelang den jüd. Kornhändlern aus Geseke, den Kornhandel von Lippstadt nach Geseke zu verlagern, so dass 1840 dort der erste Kornmarkt stattfand. Die Geschäftsbeziehungen des bedeutendsten Geseker Unternehmens, der Getreide-, Futter- u. Düngemittelhandlung Schild, reichten bis nach Osteuropa. Julius Schild (gest. 1932), der zur Schiedskommission der Getreidebörse in Dortmund gehörte, hatte den Kornhandel seines Vaters, Levi Schild (gest. 1890), der 1864 gemeinsam mit seinem Bruder Abraham von Alme nach Geseke gekommen war, zu einer Getreidegroßhandlung ausgebaut. Die Lagerbestände unterlagen im Ersten Weltkrieg – wegen ihrer Bedeutung für die Versorgung – militärischer Überwachung. Bernhard Kronenberg (1873–1934) führte das Geschäft für Kolonialwaren und Textilien, das aus dem Handel seines Vaters Salomon Nachmann (später Kronenberg, 1840–1909) hervorgegangen war. Moses Goldenberg (geb. 1801) zählte zu den ärmsten Juden in Geseke. Die Söhne des 1875 verst. Getreide- und Pferdehändlers Samson Stern (jun.), Levy (gest. 1906) und Nathan (gest. 1929), waren Lohgerber und Kaufmann bzw. Manufaktur- und Modewarenhändler. Levi Löwenberg (gest. 1876) aus Niederntudorf, 1871 nach Geseke zu-

gezogen, war Hausierer und gründete einen bescheidenen Getreide- und Viehhandel; sein Sohn Jakob wurde in Geseke Lehrer.

1846 waren in Geseke als selbständige Juden verzeichnet: Abraham Abel, Bendix, Heinemann, Mina, Moses und Nathan Blume, Süßer Cohn, Moses und Salomon Goldenberg, Isaac Goldschmidt, Isaac Grünebaum, David Klestadt, Bernhard Kronenberg, David Löwenberg, Calmen Löwenstein, Meier Nusbaum, Levi, Mannes, Moses und Wolf Oppenheimer, Abraham Rosenthal (ließ sich 1850 als Kornhändler in Paderborn nieder), Emanuel Rosenthal, die Witwe des Levi Rosenthal, und Simon Rosenthal, Jacob Schiff, Moses Schüler, Abraham, Aron, Calmon, David und Samson Stern sowie Levi Weinberg. Die genannten erblichen Familiennamen haben sie ohne Ausnahme bereits zuvor geführt. 1845 war David Löwenberg Töpfer in Geseke, unterstützt von seinem Sohn Louis (gest. 1906). Hermann Rosenthal war Landwirt auf dem von seinem Vater ererbten Grundbesitz, Tobias Abel war erfolgreicher Pferdehändler. Alexander Steinberg richtete nach seiner Heirat 1883 im Elternhaus seiner Frau Paula Löwenberg ein Haushaltswarengeschäft ein, das sein Sohn Arthur später weiterführte. Gustav van der Reis aus Neuenhaus bei Bentheim absolvierte eine kaufmännische Ausbildung im Manufakturwarenhandel von Levy Grünebaum; später übernahm er das Geschäft. Als Kürschner und Kappenmacher war Bernhard Rosenthal in Geseke tätig. Samuel Oppenheimer, Sohn des Gemeindevorstehers Levi Oppenheimer, betrieb zusammen mit seiner Schwester Sophia im elterlichen Haus einen Lumpen- und Fellhandel. Die Witwe des Gemeindevorsitzenden Bernhard Müller führte nach dem Tod ihres Mannes 1931 zunächst den Getreidegroßhandel weiter, verkaufte ihn aber schließlich.

Zu Beginn des 20. Jh. sind für Geseke drei Händler belegt, zwei Hausierer, fünf Kaufleute, je drei Pferde- und Viehhändler, drei Getreide- bzw. Pferdehändler, zwei Getreidehändler, zwei Textil- bzw. Kolonialwarengeschäfte, drei Altwarenhändler, zwei Textilkauflleute, zwei Manufaktur- und Modewarengeschäfte, zwei Haushaltswarengeschäfte, zwei Lumpen- und Fellhändler, ein Kürschner bzw. Kappenmacher, ein Lohgerber und Kaufmann, ein Gerbereibesitzer, ein Töpfer sowie ein Inhaber einer Destillations- und Essigspritfabrik (J. Goldschmidt). Spätestens seit 1913 hatte in Geseke eine Ortsgruppe des CV (1923 ‚Ortsgruppe Geseke-Salz-kotten-Büren‘ genannt) ihren Sitz. Dem Vorstand gehörten Otto Schönbeck und Dr. med. B. Klestadt (gest. 1923) an. Im Ersten Weltkrieg fielen Siegmund Abel, Oskar Cohn und Ernst Grünberg. Paul und Emil van der Reis erhielten 1917 das EK II. Für 1932 sind in Geseke als jüd. Gewerbetreibende die zwölf Kaufleute Max Abel, Fritz Cohn, Otto Grünberg, Bruno Herz, Bernhard und Werner Kronenberg, Gustav van der Reis, Otto und Fritz Schönbeck, Leo Spanier, Artur Steinberg und Leo Stern nachgewiesen, ferner der Kutscher Otto Leykin, der Händler Moritz Bacharach und der Diplomingenieur Fritz Schild.

In Störmede kam es im Mai 1844 in Zusammenhang mit den Unruhen wegen der Konversion des Abraham Löwenbach in Geseke zu Ausschreitungen gegen die dortigen drei jüd. Familien: „Ein Trommelschläger aus Geseke ging voran, allarmierte die Bauern, und nun wurde mißhandelt, zerschlagen und geplündert“.

Ihre Lehrerausbildung im Haindorfschen Seminar absolvierten aus Störmede Salomon Kronenberg, der 1854–1856 in Lippetal-Oestinghausen und bis 1867 in Geseke wirkte, ferner Aron Kronenberg (bis ca. 1848), der seine erste Stelle in Preußisch Oldendorf antrat, und Nachmann Kronenberg (ab Ende der 1850er Jahre). 1846 waren als selbständige Juden für Störmede Heinemann, Joseph und Nachmann Halle, Meier Kronenberg, Abraham, Bendix, Isaac und Wolf Müller sowie der Händler Henoch Zunsheim (gest. 1879) verzeichnet. 1861 wurde der zwölfjährige Sohn des Störmeder Handelsmannes – später Textil- und Lebensmittelhändler – Bendix Müller (gest. 1887), ältester Sohn von Calmon Müller, ermordet und in Geseke beige-setzt; der Mörder wurde zum Tode verurteilt.

In Mönninghausen lebte 1846 Abraham Weinberg.

2.1.3 Mit Beginn der NS-Herrschaft schränkten auch in Geseke Boykott, Denunziationen und ‚Arisierungen‘ die Existenzgrundlage der jüd. Bevölkerung ein. Gegen Bruno Herz ermittelten die Nationalsozialisten 1934/35 wegen ‚Vergehens gegen das Heimtückegesetz‘ und gegen Heinz Schönbeck u. a. wegen abfälliger Äußerungen über den Nationalsozialismus. Im Sept. 1935 beklagte der Bürener Landrat, dass der Viehhandel „leider zum größten Teil noch in jüdischen Händen“ liege. Obwohl Kraftfutter vom Reichsnährstand kontingentiert werde – Bauern, die mit Juden handelten, seien bei der Verteilung des Kraftfutters nicht zu berücksichtigen –, verfüge z. B. der jüd. Händler Schild in Geseke über genügend Kraftfutter.

Während des Pogroms 1938 wurden die Scheiben der Synagoge eingeworfen und das Inventar zerstört. Zerstörungen fanden auch bei Arthur Steinberg (Bachstr.) und beim Viehhändler Max Abel (Kuhstr.) statt. Der Vorsteher der jüd. Gemeinde, Arthur Steinberg, wurde öffentlich gedemütigt. Der örtliche Polizeiwachtmeister zwang ihn, am Rathaus ‚Turnübungen‘ zu absolvieren und zwecks ‚Fußwaschung‘ durch einen Ententeich zu waten. Anschließend wurde er bis Dez. 1938 im KZ Sachsenhausen inhaftiert.

Die Söhne von Ida und Ferdinand Kronenberg (Werner, Gerhard und Norbert) konnten Deutschland verlassen. Otto Schönbeck, der in Geseke ein Textilgeschäft geführt hatte, gelang mit Frau und vier Kindern 1936 die Auswanderung auf die Philippinen. Ferner emigrierten Mitglieder der Familie Abel nach England, Marokko, Palästina, Südamerika und in die USA, Mitglieder der Familie Cohn nach England, Palästina und in die USA. Otto Grünberg zog mit Frau und Töchtern nach Chile, Fritz und Hugo Schild in die USA, Frieda Johanna Spanier mit ihren Töchtern nach Kolumbien sowie Bruno Herz mit Frau und Sohn in die USA.

Ferdinand Kronenberg (1907–1936 selbständiger Kaufmann) und Arthur Steinberg, dessen Auswanderung nach Südamerika gescheitert war, mussten von 1940 bis 1942 für die Stadt Geseke Zwangsarbeit im Straßenbau leisten. Arthur Steinberg, letzter Vorsteher der Synagogengemeinde, war Vertrauensmann der RV. Aus seinem Briefwechsel mit Verwandten in Südamerika geht hervor, dass sich die Gemeinde wegen sinkender Mitgliederzahlen 1938 aufgelöst und er eine Thorarolle als Geschenk erhalten hatte. Steinberg, seit 1941 Witwer, wurde mit seinen drei Kindern im April 1942 über Dortmund ins Ghetto Zamość deportiert. Als letzte Geseker Juden wurden 1942 Ferdinand und Ida Kronenberg im Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert, nachdem sie zuvor mit einem Sonderzug nach Dortmund gebracht worden waren; sie wurden in Auschwitz ermordet. Fünf zwischen 1876 und 1892 in Störmede geborene Mitglieder der Familien Müller und Klestadt wurden aus anderen deutschen Städten deportiert und ermordet.

2.1.4 Seit 1988 erinnert ein Gedenkstein an den Standort der ehem. Synagoge am Steinweg 18. Der ‚Arbeitskreis zur Erforschung der Geschichte der jüd. Familien in Geseke‘ ließ auf dem jüd. Friedhof an der Ehringhauser Straße eine Tafel errichten mit den Namen von mehr als 40 Mitgliedern der Geseker jüd. Gemeinde, die in der NS-Zeit umkamen. Zudem stellte der Arbeitskreis den Kontakt zu Nachfahren von Geseker Juden her.

2.2.1 1738 lebten in Geseke 66 Juden. Um 1800 waren von 2741 Einwohnern in Geseke 2593 kath., 14 ev. und 134 jüd. Glaubens. Fast im ganzen 19. Jh. lag der Anteil der jüd. Bevölkerung mit vier bis fünf Prozent deutlich über dem preuß. Durchschnitt von unter einem Prozent. 1843 lebten 146 Juden in Geseke, 1858 waren es 174. 1871 waren von 3742 Einwohnern 3456 kath., 128 ev. und 158 jüd. Glaubens; 1895 von 4167 Einwohnern 3788 kath., 272 ev. und 107 jüd. Glaubens; 1925 von 6332 (!) Einwohnern 5828 kath., 433 ev., 50 jüd. Glaubens und zwei bekenntnislos. 1932 lebten 54 Juden in Geseke. In Störmede lebten 25 Juden im Jahr 1843, 37 im Jahr 1858. 1871 waren

von 1081 Einwohnern 1047 kath., zwölf ev. und 22 jüd. Glaubens. In Mönninghausen lebten 1839 zehn, 1843 sieben und 1858 drei Juden.

Laut Statut von 1855 gehörten zur Synagogengemeinde Geseke auch Störmede, Mönninghausen und Verlar, zudem die Orte Langeneicke, Ehringhausen, Ermsinghausen und Bönninghausen, in denen aber keine Juden wohnten. Die Juden aus Verlar (Regierungsbezirk Minden) besuchten noch 1845 die Synagoge in Salzkotten. 1854 waren in der Synagogengemeinde 36 Personen wahlberechtigt, davon stammten 27 aus Geseke, sieben aus Störmede und je einer aus Mönninghausen und Verlar. Das Verhalten in der Synagoge regelte die Gebets- und Synagogenordnung von 1890.

1851 berichtete die AZJ, in Geseke finde seit Anstellung des Lehrers und Kantors David Rothschild der Gottesdienst in einer „zeitgemäßen Form“ statt. Seit Jahren gebe es Chorgesang und Rothschild verstehe es, durch die Vereinigung alter und neuer Synagogalgesänge allen religiösen Richtungen „zu genügen“.

2.2.2 In den Geseker ‚Willküren‘ von 1667 wurden 100 Rtlr. für die Errichtung der ‚Synagoge‘ sowie zusätzlich eine jährliche Nutzungsabgabe von 5 Rtlr. von den Juden gefordert. 1723 und 1791 wurden städtische Bekanntmachungen für Juden an die Tür der Synagoge geheftet, der Standort ist nicht angegeben. Etwa 1744 übernahm der ‚Juden-Vorstand‘ das Haus eines Christen als Nutzungspfand für 50 Jahre. Abraham Samuel, Sohn des Vorstehers der westfälischen Judenschaft, gab 1766 an, der Gottesdienst habe in seinem Elternhaus stattgefunden. Um 1774 verfügte die Gemeinde über ein Haus, das sie „nach Art des antichretischen Vertrags“ seit etwa 30 Jahren nutzte. 1801 befand sich der Betsaal im Haus der Witwe Ludowici, Nr. 110 (später Steinweg 18). Weil das Gebäude verfallen war, bat die jüd. Gemeinschaft den Landesherrn, Landgraf von Hessen-Darmstadt, um die Genehmigung zum Erwerb eines Grundstücks, um darauf eine Synagoge zu errichten. 1804 wurde die Genehmigung erteilt, anschließend errichtete die Gemeinde auf dem Areal Steinweg 18 einen Neubau. 1877 war wegen Einsturzgefahr eine Renovierung notwendig, zeitgleich war eine Erweiterung der Frauenplätze vorgesehen. Die Synagoge wurde in der Pogromnacht 1938 nicht angezündet, da man ein Übergreifen der Flammen auf das Nachbargebäude befürchtete. Es blieb bei Verwüstungen, die Scheiben wurden eingeworfen, Inventar zerstört und die Thorarollen zerrissen. Anschließend kaufte die Stadt Geseke das Gebäude für 162 RM und ließ es 1957, nachdem es zwischenzeitlich als Gefangenenlager und als Ankerwerkelei gedient hatte, abreißen und an der Stelle ein Polizeigebäude errichten. An dem später als Wohnheim des Landeskrankenhauses genutzten Gebäude erinnert seit 1988 ein Gedenkstein an die ehem. Synagoge.

Die Störmeder Juden besaßen 1843 eine eigene Betstube, die von einem Glaubensgenossen unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurde.

2.2.3 1719 wird ein jüd. Schulmeister für Geseke erwähnt. 1801 unterhielten drei jüd. Familien jeweils einen Privatlehrer. 1819 bis 1844 war Süßer Cohen, Sohn des Landrabbiners Hirsch Cohen, Religionslehrer, er unterrichtete zeitweise auch Kinder aus Westernkotten. Seit seinem Amtsantritt hatten die jüd. Kinder solange die jüd. Schule besucht, bis er sie für ‚religionsreif‘ hielt, dann waren sie zur christl. Schule gewechselt. Diese Praxis endete nach der Konversion Abraham Löwenbachs 1843, der in der christl. Schule dem Katholizismus näher gekommen war. Auf Antrag von Kronenberg und anderen erhielt Aron Kaufmann Mitte 1843 die Genehmigung der Regierung, auf Widerruf einigen Kindern Elementarunterricht zu erteilen; die Rechte des Lehrers Süßer Cohen sollten dadurch nicht beeinträchtigt werden. Zu dieser Zeit gab es in Geseke 26 und in Störmede zwei schulpflichtige Kinder. Kaufmann verließ Geseke schon bald, nachdem er in Zusammenhang mit der Konversion des Abraham Löwenbach beschuldigt worden war, Verfasser eines anonymen Schmähbriefs gegen den örtlichen Pfarrer gewesen zu sein. 1846 stellte die jüd. Gemeinde den im Haindorfischen Lehrerseminar ausgebildeten David Rothschild (1813–1866) aus Len-

gerich ein, der 20 Jahre in Geseke blieb. Er sollte „nach seinem besten Wissen“ den 6- bis 14-jährigen Kindern „gehörigen Unterricht“ u. a. in Englisch und Französisch erteilen. Rothschild setzte sich für eine Reform des jüd. Schulwesens ein und engagierte sich u. a. 1848 auf der Konferenz der Lehrer des Regierungsbezirks Minden und der angrenzenden Kreise in Hovestadt. Die folgende Lehrerkonferenz sollte in Geseke stattfinden, wurde jedoch abgesagt, weil man wegen der gegensätzlichen Ansichten des reformorientierten Rothschild und des Lehrers und Kantors Baruch Cohen einen Aufruhr befürchtete. „Eine Lehrernetzelei als den zweiten Akt zum Geseker blutigen Drama“ wollte der Geseker Magistrat vermeiden. 1851 bescheinigte die AZJ dem Lehrer Rothschild, aus seinem Unterricht sei „aller geistlose Mechanismus“ entfernt und stattdessen die für die „intellektuelle Bildung bei Weitem ersprißlichere, entwickelnde Methode getreten“. Nach Rothschilds Tod 1866 engagierten die Familien Grünebaum und Meyerhoff für einige Monate den Privatlehrer Ising, der im Haus Grünebaum sechs bis sieben Kinder unterrichtete, bis 1867 Salomon Kronenberg eingestellt wurde, der auch 1871 und 1873 erwähnt wird. Von 1876 bis 1881 war Jacob Löwenberg aus Niederntudorf, auch er am Lehrerseminar der Marks-Haindorf-Stiftung ausgebildet und später als Schriftsteller bekannt, Lehrer der jüd. Privatschule in Geseke; während dieser Zeit legte er u. a. die Rektoratsprüfung ab. Seine Nachfolger waren Selig Lucas (seit 1881), Wolf Bacharach (seit 1888), Leopold Wolf (seit 1897), Siegmund Süßkind (seit 1898) und Willi Abt (seit 1899). Seit etwa 1903 war Raphael Hanau in Geseke tätig, dem 1909 Hugo Hermann (im Haindorfschen Seminar ausgebildet) folgte. Als Herrmann zur ev. Volksschule nach Kamen wechselte, kam 1912 Albert Levy. In den 1920er Jahren hießen die Lehrer Vogel (seit 1921), J. Raphael (seit 1923), R. Demant und Scheuer (seit 1924). Nach Abschluss der jüd. Schule – der Unterricht fand im Synagogengebäude statt – besuchten viele Kinder weiterführende Schulen in Geseke. Die Stadt Geseke gewährte zeitweise einen Zuschuss für die private jüd. Volksschule, 1910 betrug er 100 Mark. 1905 besuchten zehn Kinder die Schule, Mitte der 1920er Jahre zwischen drei und sechs.

2.2.4 Die jüd. Gemeinde Geseke unterhielt keinen speziellen Armenfonds, die Unterstützung bedürftiger Mitglieder wurde aus der Gemeindekasse bestritten. Einzelne Mitglieder leisteten Beiträge durch Stiftungen, insbesondere für die Bildung der Kinder, so u. a. Nathan Jordan. Nach dem Tod seiner Frau Bertha 1923 richtete Julius Schild die ‚Frau-Bertha-Schild-Stiftung‘ mit einem Kapital von 10 Millionen Mark für Waisen aller Bekenntnisse ein. Eine Chewra Kaddischa wird für Geseke 1909 und 1911 erwähnt, vermutlich hat auch zuvor schon eine bestanden. Juden aus Geseke – bis in die 1870er Jahre auch Christen – unterstützten von 1829 bis 1913 die Marks-Haindorf-Stiftung.

2.3.1 Hirsch Cohen (geb. 1765), auch Hirsch Rappert genannt, stammte aus der renommierten Rabbinerfamilie Rappaport und war der Urgroßvater der Dichterin Else Lasker-Schüler. Von 1790 bis zu seinem Tod 1832 war er Landrabbiner des (ehem.) Hztm. Westfalen und der Gft. Wittgenstein sowie von 1796 bis 1806 auch von Corvey. Zeitweise war er in Stadtberge (heute Obermarsberg) Vizerabbiner und dem paderbornischen Oberrabbiner in Warburg unterstellt. 1824 bewarb sich Cohen, dessen Sprengel unter franz. Herrschaft verkleinert worden war und der deshalb mit finanziellen Einbußen zu kämpfen hatte, vergeblich um das freigewordene Paderborner Rabbinat. Cohen nahm die Aufgabe von Geseke an wahr. Gemeinsam mit dem Obervorsteher Levi Lazar Hellwitz appellierte Cohen 1821 an Staatskanzler von Hardenberg, die Juden im Hztm. Westfalen mit denjenigen in den übrigen preuß. Provinzen gleichzustellen: Kein „eingeborener oder fremder Israelit“ dürfe sich ohne Geleitbrief im Hztm. Westfalen bzw. kein Jude aus dem Hztm. Westfalen in anderen preuß. Provinzen mit abweichender Judenverfassung niederlassen. Die Judenordnung von 1700 untersage

jedes Gewerbe außer dem Handel, Juden sei ohne Einwilligung der Regierung nicht erlaubt, „liegende Gründe“ oder Häuser zu kaufen. Bekannt wurde Cohens „Reinigungsordnung zum Gebrauche der israelitischen Weiber“ von 1824. Darin plädierte er für das Aufwärmen des Wassers in der Mikwe. Während die Orthodoxen, allen voran Abraham Sutro, die Vorschriftsmäßigkeit von Cohens Schrift bezweifelten, rühmte die jüd. Zeitschrift ‚Sulamith‘ 1825 das Werk. Die erklärenden Zeichnungen halfen, „so manchen für die Gesundheit der jüd. Frauen nachteiligen Missbrauch“ abzuschaffen. Die Arnsberger Regierung, Initiatorin der Schrift, ließ die Kreisbehörden mehrere hundert Exemplare an die in ihrem Verwaltungsbezirk wohnenden jüd. Familien verteilen. 1831 veröffentlichte Cohen in Geseke noch Psalmen und Gebete „zum Bremsen der Krankheit Cholera in Ländern nah und fern“. Bei seinem Tod 1832 ließ sein Kontrahent Sutro aus Münster verlauten, es sei gut, dass ihn „der Teufel geholt“ habe. Die Witwe Bela Cohen verklagte Sutro daraufhin, was ihm eine Verurteilung wegen Beleidigung einbrachte. Cohen hinterließ sechs Töchter und vier Söhne, von denen Süßer Cohen (1790–1847) Lehrer und Vorsänger in Geseke war.

In den 1640er Jahren war Wulff aus Geseke ‚Judenvorgänger‘ im Hztm. Westfalen, Nachfolger des David von Stadtberge. 1648 war er beauftragt, mit Isaak von Werl die Juden in Klassen einzuteilen, um schwedische und hessische Satisfaktionsgelder mit Hilfe der Ortsbeamten einzutreiben. 1672 waren Bernd von Geseke und Isaak von Werl Vorsteher im Hztm. Westfalen; sie gehörten zu den wohlhabendsten Juden im Herzogtum. Aufgaben für die Judenschaft im Hztm. Westfalen übernahmen aus Geseke ferner Samuel Meyer (Vorsteher 1723, 1731 und 1738), Lesser/Leyser Salomon (Deputierter 1788 und 1796), Jacob Nathan (Kollektor 1799, Deputierter 1803), Calman Emanuel (Vorsteher 1800–1803) sowie Isaak Goldschmidt (1803 Oberkollektor).

Zum Gemeindevorstand in Geseke gehörten 1820 Isaac Grünebaum und Jacob Steinberg. 1890 bildeten Nathan Stern, L. Schild und Siegmund Stern den Vorstand der Synagogengemeinde. Weitere Gemeindevorsteher waren Levi Oppenheimer (gest. 1878) und Nachmann Kronenberg (1840–1909). Zum Vorstand gehörten mindestens zwischen 1905 und 1913 der Manufaktur- und Modewarenhändler Nathan Stern (gest. 1929) und G. van der Reis. 1924/25 war Bernhard Müller Vorsitzender, der schon zuvor dem Gremium angehört hatte und 1931 starb. Den Grundstückskaufvertrag für die beiden jüd. Friedhöfe unterschrieben 1937 für die Synagogengemeinde Arthur Steinberg, Fritz Schild und Walter Cohn.

Als Vorsänger lassen sich für das 18. Jh. Heymann Nathan (1765) und Hertz Ley-sar (1778) nachweisen. Süßer Cohen war 1819 bis 1847 Kantor. Als nach seinem Tod dessen Sohn, Baruch Cohen, als Lehrer und Kantor angestellt wurde, traten Vorbehalte einiger Geseker Juden gegen die Familie offen zutage. Noch immer gab man dem Verstorbenen die Schuld an der folgenreichen Konversion des Abraham Löwenbach. Synagogendiener war 1911 und 1913 der Altwarenhändler Heinrich Pollack.

2.3.2 Die Dichterin Else Lasker-Schüler (1869–1945) hat väterlicherseits ihre Wurzeln in Geseke, ihr Urgroßvater war der Landrabbiner Hirsch Cohen. Diesen Teil ihrer Herkunft hat sie insbesondere in ihrem Stück ‚Arthur Aronymus und seine Väter‘ verarbeitet, in dem sich Elemente ihrer Familiengeschichte mit historischen Ereignissen wie den antisemitischen Ausschreitungen in Geseke 1844 anlässlich der Konversion des Abraham Löwenbach mischen. Jener Bernhard Franz Mathias (vorher Abraham) Löwenbach (1829–1884) zog nach dem Besuch des Gymnasiums und einer Druckerlehre 1851 in die USA, wo er eine Zigarrenmanufaktur aufbaute und 1870 eine Druckerei mit Verlag gründete.

Ernst Grünebaum, 1861 als Sohn von Levi/Louis Grünebaum in Geseke geboren, studierte Rechtswissenschaften und war Amtsrichter in Gelsenkirchen und anderen rheinisch-westfälischen Städten. Er heiratete in die Familie des Bankiers Moses Hirschland in Essen ein; seine beiden Söhne wurden Teilhaber des bedeutenden Bank-

geschäftes Simon Hirschland in Essen. 1938 wanderte er nach England aus, wo er 1944 starb. In seinen Memoiren (1934/35 verfasst, 1960 von seinem Sohn publiziert) schildert Grünebaum das dörfliche und religiöse Leben der Juden in Geseke Ende der 1860er und Anfang der 1870er Jahre.

Richard Schild (1871–1919), Sohn von Abraham Schild, wurde Landgerichtsrat im Kreis Minden; begraben ist er auf dem städtischen Friedhof in Geseke. Die aus Geseke stammenden Brüder Moritz und Julius Wallach (Söhne des Heinemann Wallach), die sich um 1900 in München niederließen, machten mit Stoffdrucken eigener Fabrikation die bayerische Volkstracht weltbekannt. Ihre Sammlung europäischer Volkskunst präsentierte sie in dem von ihnen gegründeten ‚Volkskunsthause‘ in München.

2.3.3 Bei der Neugründung des Geseker Schützenvereins 1831 wurde festgelegt, dass Juden, da sie kein Bürgerrecht besaßen, nur als Festgenossen, nicht aber als Schützen zugelassen seien. In den 1859 modifizierten Statuten des Vereins wurde der christl. Charakter des Festes herausgestellt und das aktive Wahlrecht für den Vorstand auf Christen begrenzt. Gegen diese Bestimmung protestierten die Juden; die Regierung in Arnsberg gab ihnen 1879 Recht.

Stadtverordneter in Geseke war der Kaufmann und Vorsitzende der jüd. Gemeinde Gustav van der Reis (1857–1936), er zählte auch zum Vorstand des Vereins selbständiger Kaufleute und Gewerbetreibender e. V. Geseke. Jüd. Mitglieder finden sich unter den Gründungsmitgliedern des Fußballvereins. Der Verein selbständiger Kaufleute, der sich laut Statuten von 1894 auf christl. Kaufleute beschränkte, hatte nach einer späteren Änderung 1908 einen jüd. Vorsitzenden. Auch in Kegelclubs, Karnevalsgesellschaften oder Raucherklubs beteiligten sich Juden. Hermann Rosenthal war Vorstandsmitglied des Landwirtschaftlichen Ortsvereins. Julius Schild gehörte u. a. zur Schiedskommission der Getreidebörse in Dortmund.

3.1 Von der nach 1804 errichteten Synagoge am Steinweg 18 fertigte Tony Kemper Zeichnungen an. Nach der Beschreibung des ehem. Nachbarn Bernhard Wiegand, dessen Mutter das Gebäude einst gereinigt hatte, lag das etwa 15 Meter lange und 7 Meter breite Fachwerkgebäude mit Krüppelwalmdach auf einem etwa 750 m² großen Grundstück. Zum Steinweg hin befanden sich ein Schulraum (ca. 6 mal 5 m) und ein Lehrmittelraum (ca. 6 mal 2 m). Den Synagogenraum (ca. 9 mal 7 m), worin sich ein Harmonium befand, betrat man durch den im Garten gelegenen rückwärtigen Eingang. Bänke für Männer und Frauen waren getrennt. Im Zweiten Weltkrieg diente das Synagogengebäude als Gefangenenerlager; 1952 wurde es abgerissen.

3.2 Für 1661 ist der Verkauf eines Gutes zu Böckenförde an den Juden Wallich zu Geseke belegt. 1812/16 besaßen alle 22 jüd. Familien eigene Häuser; Salomon Stern besaß darüber hinaus 14 Morgen Land und sechs Gärten. 1825 waren 24 Häuser in jüd. Besitz. Das Eckhaus Hellweg/Othmerstr. („Schlottmannhaus“), in dem der Großvater von Else Lasker-Schüler, Moses Schüler, gewohnt hat, ist durch einen Brand zerstört worden. In den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. lebten Juden in folgenden Wohn- und Geschäftshäusern: Bachstr. 27 (Kronenberg), 28 (Löwenberg, Steinberg), 40 (Goldenberg, Grünberg, Leykin), Bäckstr. 5 (Abel), 6 (Stern, van der Reis), Bürener Str. 41 (Abel), Halle 3 (Cohen), Hellweg 2 (Schüler), 4 (Rosenthal, Oppenheimer), 10 und 11 (Goldschmidt), 14 (Oppenheimer), 16/18 (Kronenberg), 17 (Aronstein), 21 (Abel), 29 (Meyerhoff), 37 (Rosenthal, Spanier), 46 (Schild), Hölterweg 16 (Bacharach), Kaltenhof 10 (Grünwald), Kleiner Hellweg 4 (Oppenheimer), 9 (Aronstein), Kuhstr. 20 (Abel), 42 (Schiff, Cohn), Lüdische Str. 5 (Abel), 6 (Schönbeck, Stern), 23 (Stern, Pollack), Markstr. 22 (Stern), Mühlenstr. 10 (Pollack), 40 (Rosenthal), Neustr. 6 (Zunsheim), Othmarstr. 7 (Schild), Rosenstr. 18 (Abel, Herz), Steinweg 2 (Schüler) und Trippelgasse (Klestadt). Im Hellwegmuseum wird ein Torbalken mit der Inschrift

vom Haus Hellweg 37 verwahrt. In Störmede wohnten in den Häusern 113 und 122 sowie in der Kirchstr. die jüd. Familien Zunsheim, Müller u. Halle. Auf einem Torbalken des Hauses Kirchstr. 3 in Störmede ist das Datum der Errichtung durch Nachmann und Sara Halle (1850) erhalten.

3.3 Für Geseke lassen sich zwei jüd. Friedhöfe nachweisen. Der ältere, der sogenannte Judenhagen, lag im Wallgraben entlang des Südwalles am Steintor im Flurstück A 1322 (später Flur 1, Parzelle 1404), er hatte eine Größe von 2833 m². 1715 gaben die Juden in Geseke an, diesen Friedhof schon „vor etlichen hundert Jahren“ erworben zu haben, was aber sicher übertrieben war. Aus dem Jahr 1760 stammt eine Übereinkunft zwischen Stadt und jüd. Gemeinde über Entschädigungszahlungen für einen Begräbnisplatz. Nachdem die Stadt etwa 1810 das Grundstück ohne Wissen der Judenschaft verkauft hatte, plante in den 1820er Jahren einer der neuen Eigentümer, der bereits Gräber eingeebnet und Grabsteine zerstört hatte, das Areal zu bepflanzen. Rabbiner Hirsch Cohen gab an, der Besitzer wolle die Gebeine entfernen, sollte ein Grab im Weg sein. Cohen zufolge sei der Platz den Juden bereits zugesichert worden, als noch gar keine Juden in der Stadt lebten – das wäre zu Beginn des 17. Jh. gewesen. Für Begräbnisse sei ein nach dem Alter der Verstorbenen gestaffeltes ‚gemein Geld‘ an die Stadt gezahlt worden. In den folgenden Jahrzehnten kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen um die Eigentums- und Nutzungsrechte. Als 1828 wegen Bau-fälligkeit des Rathauses der Schützenfestanz auf den Schützenhagen vor dem Steintor verlegt werden sollte, protestierten Isaac Goldschmidt, Vorsteher der jüd. Gemeinde, und Rabbiner Cohen gegen die Entweihung des unmittelbar angrenzenden Friedhofs. Der Landrat verbot Schießen und Tanzen, jedoch fand wegen der bereits getroffenen Vorbereitungen das Scheibenschießen auf dem Schützenhagen statt. Das Spielen des ‚Judenwalzers‘ veranlasste den Rabbiner, beim Landrat Einspruch zu erheben. Im Zusammenhang mit den Ausschreitungen nach der Konversion des Abraham Löwenbach hatte man 1844 auf dem jüd. Friedhof eine Stroh-puppe an einen Galgen gehängt, die den Vater darstellen sollte, und Hepp-hepp-Rufe skandiert. Die Stadt versuchte, den Begräbnisplatz zu schließen, jedoch gelang es der jüd. Gemeinde, ihr Eigentumsrecht 1858 vor Gericht zu sichern. Der alte Friedhof, auf den die JTC nach 1945 vergeblich Anspruch erhob, wurde bei der Verlegung der B 1 aus dem Ortskern eingeebnet. Mehrere Grabmale befinden sich auf dem neuen jüd. Friedhof.

1874 setzte die Stadt schließlich die Schließung des Begräbnisplatzes am Steintor aus sanitätspolizeilichen Vorschriften durch, Beerdigungen fanden jedoch noch bis 1880 statt. Die Stadt stellte der jüd. Gemeinde ein Ersatzgrundstück vor dem Viehtor (Ehringhauser Straße, Flur 4, Parzelle 119, Größe 1277 m²) zur Verfügung, das sich in städtischem Besitz befand. 1889 wurde die ‚Begräbnisplatz- und Begräbnis-Ordnung für den Begräbnisplatz der Synagogen-Gemeinde zu Geseke‘ erlassen. 1903 warf ein auswärtiger Arbeiter vier Grabdenkmäler um und demolierte sie; er wurde im Gerichtsgefängnis inhaftiert. 1937 handelte die Stadt mit Vertretern der jüd. Gemeinden einen Tauschvertrag für die beiden jüd. Friedhöfe aus, der alte Friedhof gelangte damit in das Eigentum der Stadt. Die zugesagten Exhumierungen von Leichenresten und Versetzungen von Grabsteinen vom alten zum neuen Friedhof wurden nur teilweise vollzogen. Ein Jahr später wurde der neue Friedhof unentgeltlich an die Stadt zurückübertragen, 1952 wurde der Vertrag durch die Rückerstattung an die JTC aufgehoben. Die letzte Beerdigung (Hedwig geb. Katz, zweite Frau des Gemeindevorstehers Artur Steinberg) fand 1941 statt. Auf dem Friedhof Ehringhauser Straße sind etliche Grabsteine vom alten Friedhof erhalten geblieben, der älteste stammt aus dem Jahr 1770. Weitere Steine konnte der ‚Arbeitskreis zur Erforschung der Geschichte jüdischer Familien in Geseke‘ bei Ausgrabungen sicherstellen. Anfang des 21. Jh. dokumentierte das Salomon Ludwig Steinheim-Institut, Essen, sämtliche Grabsteine.

4.1 KreisA Soest, A (Landratsamt Lippstadt) Nr. 633, 634a, 635. – Leo Baeck Institute, New York, Memoirs of Ernst Grünebaum (1861–1944) <Scarsdale/N. Y. 1960>. – LAV NRW Abt. W (Münster), Hztm. Westfalen, Landesarchiv Nr. 1718; Hztm. Westfalen, Landstände Nr. 259, 720, Nr. 2029, 2514, 2822, 3003, 3024, 3043; Hztm. Westfalen Ämter und Gerichte, Geseke Damenstift V Nr. 28; Fbmt. Paderborn, Hofkammer Nr. 2752; GHztm. Hessen II B Nr. 227; Oberpräsidium Nr. 122 b, 2627 1–3; Reichskammergericht, Nr. M 481; Reg. Arnsberg, Präsidialregistratur I Nr. 330–331, Handel u. Gewerbe 48 Nr. 678–679; Dep. v. Landsberg-Velen Nr. 13483, 13687, 14642, 14821; Stift Geseke Nr. 1142, 1251, 1948; Kreisgericht Lippstadt II Nr. 41, 56, 62, 247–248, 281, 342, 398, 437, 450; Amtsgericht Werl II Nr. 85; Amtsgericht Geseke Nr. 8, 12, 24, 26, 29, 34, 91, 125, 133, 179, 314, 497; Grundakten Geseke Nr. 12, 38, 53, 81, 84, 461, 817, 1741, 2337–2338; Politische Polizei III. Reich Nr. 60, 96, 179, 199, 350. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold): P5 Nr. 5–7, 30–35, 262, 279, B 37–40. – PropsteiA St. Walburga, Werl, Akte 30. – StadtA Geseke, B, Nr. 1151–1161, 1164–1169; C, Nr. 612–616. – Detailliertes Quellenverzeichnis in: Juden in Geseke <1997> 276–283. – In den CAHJP, Jerusalem, befindet sich der Bestand Geseke S 346. – Digitale Edition jüd. Friedhof Geseke: www.steinheim-institut.de/cgi-bin/epidat?function=Inf&sel=gsk [letzter Zugriff 8.8.2014].

4.2 Im Hellwegmuseum Geseke befinden sich ein gläserner Ehrenpokal zur Erinnerung an die Goldene Hochzeit von Samson u. Lea Stern 1872 (Abb. bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 598) sowie ein Torbalken mit Inschrift vom Haus Hellweg 37 (Rosenthal). Eine Fotosammlung (u.a. Familienbilder, Wohnhäuser) sowie eine Bestandsaufnahme der Grabsteininschriften verwahrt der ‚Arbeitskreis jüdische Familien in Geseke‘. Dokumentation der Grabsteine und Übersetzung ihrer Inschriften in: Juden in Geseke <1997>. Fotos von Synagoge, Friedhof, Wohn- und Geschäftshäusern u. einer Schulklasse in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 596–598.

4.3 AZJ <27.5.1844, 3.6.1844>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 3–46 <1829–1911/1913>. – CV-Zeitung <15.3.1923, 23.8.1923>. – Der Orient <28.5.1844, 11.6.1844, 23.7.1844>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 66, <1909> 71, <1911> 80, <1913> 91, <1924/25> 61. – Israelitisches Familienblatt <25.6.1903, 11.1.1917, 27.1.1921>. – Der Israelitische Lehrer <9.8.1866, 7.7.1869>. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 52.

4.4 BRUNS Alfred, Juden im Herzogtum Westfalen und die Verhältnisse in Geseke (Vortrag vom 22. März 1991). In: Geseker Heimatblätter 354/355 <1992> 82–92. – DEISTING Heinrich Josef, Die Bekehrungsgeschichte des Bernhard Franz Mathias Löwenbach (1829–1884). In: Südwestfalenarchiv 10 <2010> 169–225. – HANF NOREN Catharine, The Camera of My Family <New York 1976>. – HESSING Jakob, Else Lasker-Schüler. Biographie einer deutsch-jüdischen Dichterin <Karlsruhe 1985> 27–55. – HÜTTENMEISTER Nathania, Zur Geschichte der Juden in Geseke. Von den Anfängen bis zum Ende des Dreissigjährigen Krieges. In: Geseker Heimatblätter 446 <Mai 2003> 113–116, 131–134, 139–143; 447 <Juni 2003> 121–124. – Juden in Geseke. Beiträge zur Geschichte einer Minderheit, zusammengestellt aus Anlaß des 50. Jahrestages der „Reichskristallnacht“ am 9. November 1988 von Hans Peter BUSCH <Geseke 1988>. – Juden in Geseke. Dokumentation der Friedhöfe und Geschichte der Familien, hg. vom Arbeitskreis ‚Jüdische Familien in Geseke‘ <Geseke 1997>. – MARX Reinhard, Gebrüder Wallach aus Geseke verhelfen der Trachtenmode zum Durchbruch. In: Geseker Heimatblätter 497 <2008> 105–108. – NAARMANN Margit, Eine „vernünftige“ Auswanderung. Geseke, Paderborn, Amerika: Aufstieg, Verfolgung und Emigration der Familie Grünebaum <Paderborn 2002> 9–70. – DIES., „Daß Jude und Christ ihr Brot

gemeinsam in Eintracht brechen ...“. Die antijüdischen Ausschreitungen in Geseke und Störmede im Jahre 1844 als historischer Hintergrund für Else Lasker-Schülers Drama Arthur Aronymus und seine Väter. In: Menora, Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte <1991> 339–370. – RADE Hans Jürgen, „Wir sind nicht jene feigen Memmen“. Die Abstimmung der Geseker Juden 1815 über die Ableistung des Militärdienstes. In: Geseker Heimatblätter 73 <2015> Nr. 566, 177–188 u. Nr. 567, 188f. – DERS., Die Auseinandersetzung Abraham Samuels aus Geseke mit den Vorstehern der westfälischen Judenschaft von 1765 bis 1766. In: SüdWestfalenArchiv 15 <2016> 117–133. – REININGHAUS Wilfried, Die Geseker Kramer, ihre Zunftordnung von 1684 und die Konkurrenz der jüdischen Händler. In: Geseker Heimatblätter 72 <2014> 145–148, 153–157, 73 <2015> 165–168. – DERS., Geseke 1779. Das Kopfschatzregister als Quelle der städtischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. In: DERS./STUMPF Marcus (Hg.), Schatzungs- und Steuerlisten als Quellen der landesgeschichtlichen Forschung <Münster 2014> 119–143. – WAHLE Walter, Aufnahme von Juden in Geseke 1629–1723. In: Geseker Heimatblätter 49 <1991> 36–40, 46–48, 49–52.

Reinhard Marx

GEVELSBERG

1.1 Stadt Gevelsberg, Ennepe-Ruhr-Kreis

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHztm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – Die Landgemeinde Mylinghausen (Landkreis Hagen) wurde 1867 in Gevelsberg umbenannt; 1886 Stadtrechtsverleihung, ab 1887 amtsfreie Gemeinde im Kreis Schwelm, ab 1929 Ennepe-Ruhr-Kreis.

Die Juden in Gevelsberg gehörten seit den 1890er Jahren zur Synagogengemeinde Schwelm, die als Untergemeinde dem Synagogenbezirk Hagen angegliedert war.

2.1.2 Zu den ersten Juden in Gevelsberg zählte der Arzt Dr. Salomon (Sally) Aronheim aus Kamen, der sich als zweiter Mediziner im Ort niederließ. Seit 1885 war er als Armenarzt zugelassen, seit 1890 als Schularzt. „Hoch zu Roß“ machte er seine Krankenbesuche und stellte seine Kraft „in besonders uneigennütziger Weise“ in den Dienst „der vaterländischen Fürsorge“, heißt es 1925 im Nachruf auf den 65-jährig verstorbenen Sanitätsrat in der ‚Gevelsberger Zeitung‘. 1893 zog der ledige Joseph Rosenthal von Witten-Annen nach Gevelsberg, ebenfalls in den 1890er Jahren wurde hier die Familie Rosenbaum aus Herbede ansässig. Der Schwelmer Bankier David Meyer eröffnete in Gevelsberg eine Filiale der ‚Schwelmer Bank‘, deren Leiter Otto Franckenstein war; mit dem Ende des Ersten Weltkriegs musste das Bankhaus schließen. In der ‚Liste der stimmfähigen Bürger‘ findet sich 1901 ein Jude unter insgesamt 49 Bürgern in der 1. Abt., in der 2. Abt. finden sich zwei von 260, in der 3. Abt. ist kein Jude verzeichnet. 1905 waren zwei Juden (von 64) in der 1. Abt., drei (von 315) in der 2. Abt. und zwei (von 2138) in der 3. Abteilung. Zu Beginn des 20. Jh. waren die praktischen Ärzte Dr. Salomon Aronheim, sein Sohn Dr. Oscar Arnheim (der seinen Nachnamen verändert hatte) und der Zahnarzt Dr. Ignaz Rosenthal in der Stadt niedergelassen. Der 1903 zugezogene Fedor Rosenthal leitete zusammen mit seinem Bruder, Joseph Rosenthal, das Textilkaufhaus Gebr. Rosenthal, es galt 1910 als das „erste Haus am Platz“. In der Wirtschaftskrise räumte das Unternehmen 1931 der fast

bankrotten Stadt Gevelsberg einen größeren Kredit ein. 1907 zahlte Joseph Rosenthal mit 360 M den höchsten Einkommensteuerbetrag, gefolgt vom Kaufmann Sally Rosenbaum (160 M). Albert Abraham Abt, Inhaber des Textilgeschäfts ‚Gebrüder Kaufmann‘, musste Ende der 1920er Jahre ebenso Konkurs anmelden wie das Manufaktur- und Konfektionsgeschäft von Leopold Laser. Julius Rath aus Iserlohn eröffnete 1914 in Gevelsberg ein Herrenkonfektionsgeschäft, das von Julius (Isidor) Steinweg geführt wurde. Seit 1899 betrieb Sally Rosenbaum in dem von ihm erbauten Haus Mittelstr. 35 ein Schuhgeschäft, später übernahm es Karl Albert Steuer. Kombinierte Schuh- und Konfektionsgeschäfte hatten Alex Bouscher (Buscher, seit 1903) und Albert Rosen (‚Silbermann und Rosen‘, zusammen mit Max Silbermann). Frank Heisler betrieb ein Schuh- und Möbelhaus. Isaak Landau hatte ein Haushalts- und Spielwarengeschäft, Siegfried Salomon war seit 1922 dessen Inhaber. Karl Landau führte das Schneiderbedarfsartikelgeschäft ‚Karl Landau & Co.‘, Sally Heymann war Buchdrucker. Ferner werden Max Heilbron, Isidor Robert Wendriner und der Handelsvertreter Ernst Fugmann genannt.

Der Viehhändler Marcus Bouscher fiel 1917 im Ersten Weltkrieg, seine Witwe führte das Schuhgeschäft (Mittelstr. 46) weiter. Im ‚Gevelsberger Heldenbuch‘ sind drei im Ersten Weltkrieg gefallene Juden verzeichnet: Landsturmmann Marcus Bouscher, Oberarzt der Reserve Alfred Aronheim (mit dem ‚Bayerischen Militärverdienstorden‘ ausgezeichnet) und Ersatzreservist Sally Heymann. Soldaten waren ferner Albert Abt, Julius Steinweg, Fedor Rosenthal, Hugo Steuer, Oscar Arnheim, Bernhard Fischhammer, Alex Landau, Max Landau, Otto Frankenstein und Martin Rosenbaum.

2.1.3 Nach dem Boykott mussten 1933/34 Bouscher und Rath ihre Geschäfte aufgeben, andere florierten weiterhin, wie etwa das Textilkaufhaus Rosenthal und das Schuhgeschäft Rosenbaum/Steuer sowie der Möbel-Schuhladen Heisler. Heislers Schaufenster wurden immer wieder mit antisemitischen Parolen beschmiert. Der jüd. Schüler Hans-Walter Rosenthal bemühte sich 1933 vergeblich um Aufnahme in die NS-Organisation ‚Jungvolk‘. Mitte 1935 schrieb der Bürgermeister an mehrere Angestellte der Gevelsberger Stadtverwaltung, die sich selbst oder ihre Familie von Dr. Oscar Arnheim behandeln ließen. Trotz der mehrfachen Hinweise, dass „Juden unser Unglück“ seien, würden sie sich als Angestellte bzw. Arbeiter der Stadt weiterhin „eines Juden bedienen“; die Stadtverwaltung drohte mit Entlassung. Bis 1937 wurde Arnheim, der ev. getauft und mit einer nichtjüd. Frau verheiratet war, mehrfach verhaftet, die Zahl seiner Patienten nahm ab. Mit seiner Familie entkam er nach England, später nach Südafrika.

Die NSDAP-Kreisleitung bestätigte 1938, dass das Kaufhaus Gebr. Rosenthal kaufmännisch gut geführt sei und Rosenthal „nie die plumpen jüdischen Geschäftsmethoden“ angewandt, sondern stets „den sogenannten anständigen Juden gemimt“ habe. Ende 1938 wurde das Kaufhaus ‚arisiert‘. Sachverständige setzten den Wert des Inventars entsprechend der Höhe des zuletzt ausgewiesenen Bilanzwertes fest; gleichwohl wurde der Kaufpreis von veranschlagten 42 000 auf 13 500 RM gesenkt. Julius Nachmann verkaufte sein Haus (Milsper Str. 40) im Jahr 1938. Im Rahmen des Pogroms 1938 wurden Fedor Rosenthal, Julius Steinweg und Dr. Oscar Arnheim verhaftet, für zwei Tage ins Gevelsberger Polizeigefängnis gesperrt, dann ins Gefängnis Steinwache nach Dortmund und schließlich ins KZ Sachsenhausen gebracht. In einer Zeitung hieß es dazu: „In Gevelsberg hat man die Juden wie andernwärts auch in Schutzhaft genommen.“ Fedor Rosenthal wurde Anfang Dez. 1938 im KZ Sachsenhausen erschlagen; die Teilnahme an dessen Beerdigung kreierte Nationalsozialisten einem nichtjüd. Friseur an. Der Sohn des Umgekommenen, Hans-Walter Rosenthal, gelangte mit einem Kindertransport nach England. Frank Heisler konnte mit seiner Familie nach Kanada entkommen. Alex Bouscher überlebte mit seiner Familie in einem Versteck in den Niederlanden.

Die in Gevelsberg verbliebenen Juden wurden zwangsweise gemeinsam untergebracht, wahrscheinlich in den ‚Lungenhäusern‘ in der Lerchenstr. 40. Die fünf Personen – Johanna Rosenthal, Julius Steinweg und Toni geb. Steinberg sowie die Jugendlichen Hans und Paul Steinweg – wurden am 29. Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert, das Wohnhaus von Johanna Rosenthal gelangte anschließend in den Besitz der Stadt Gevelsberg. Das Ehepaar Steuer wurde 1942 von Hemer aus ins Ghetto Theresienstadt deportiert.

2.1.4 Das enteignete Vermögen der Familie Rosenthal wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zurückerstattet.

2.2.1 In den ehem. Ämtern Ennepe und Ennepestraße, welche ungefähr das Gebiet der späteren Stadt Gevelsberg umfassten, wohnten Ende des Jahres 1852 insgesamt sieben Juden. 1871 waren in Gevelsberg keine Juden verzeichnet. 1895 waren von 10 709 Einwohnern 962 kath., 9600 ev., 15 jüd. Glaubens, 132 gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1925 waren von 20 704 (!) Einwohnern 2622 kath., 16 089 ev., 36 jüd. Glaubens, 830 hatten ein anderes oder kein Bekenntnis. 1932 lebten in der Stadt 39 Juden, 1935 waren es 19.

Die Juden in Gevelsberg gehörten seit 1892 zur Untergemeinde Schwelm, die seit 1855 dem Synagogenbezirk Hagen angegliedert war. Als Sally Rosenbaum 1892 den Aufnahmeantrag für die jüd. Gemeinde Schwelm gestellt hatte, wurde ihm beschieden zu warten, bis es zur „allgemeinen Vereinigung aller Israeliten des Kreises Schwelm zu einer Synagogengemeinde“ gekommen sei, im selben Jahr wurde die Zuständigkeit der Gemeinde Schwelm auf den ganzen Landkreis ausgedehnt.

2.2.2 Juden aus Gevelsberg besuchten die Synagoge in Schwelm, zu besonderen Festen auch die Synagoge in Hagen.

2.2.3 Die schulpflichtigen Gevelsberger jüd. Kinder besuchten in der Regel die örtliche ev. Schule oder die jüd. Volksschule in Hagen (so etwa 1917). Den Religionsunterricht und die Unterweisung in der hebr. Sprache übernahmen die Eltern; später gingen die Kinder zum Religionsunterricht nach Schwelm. Hans-Walter Rosenthal wechselte 1937, nachdem er auf dem Schulhof des Realgymnasiums in Gevelsberg zusammengeschlagen worden war, auf Anregung des Rektors zur jüd. Schule in Köln. Die zehnjährige Schülerin des Realgymnasiums, Johanna Arnheim, emigrierte nach England. Nachdem Ende 1938 Juden nur noch jüd. Schulen besuchen durften, gingen die letzten beiden jüd. Schulkinder aus Gevelsberg, Paul und Hans Steinweg, zur jüd. Schule nach Hagen.

2.2.4 Spenden von Juden aus Gevelsberg für die Haindorfsche Stiftung sind lediglich einige Male in den 1840er und 1850er Jahre nachgewiesen.

2.3.3 Albert Abt war 1913 Wahlmann für die ‚Vereinigten Liberalen Parteien‘. Josef und Fedor Rosenthal unterstützten den Kriegerverein, dem Sally Rosenbaum angehörte. Albert Abt war aktives Mitglied des Kriegervereins ‚Deutsche Wacht‘ und Vorstandsmitglied des Gevelsberger Verkehrsvereins. Joseph Rosenthal war 1932 Ehrenvorsitzender des ‚MGV Concordia Gevelsberg‘, Dr. Oscar Arnheim war Mitglied. Dr. Sally Aronheim war Mitbegründer des ‚Vereins der Ärzte des Kreises Schwelm‘.

3.1 Die jüd. Gemeinde Schwelm hat in Gevelsberg keinen Betraum unterhalten.

3.2 Die vom Schwelmer Bankier David Meyer in Gevelsberg eröffnete Bankfiliale befand sich zunächst im Haus Hagener Str. 16, seit 1898 im Neubau Brüderstr. 13/15. Sally Rosenbaum erbaute 1899 das Haus Mittelstr. 35, in dem er ein Schuhgeschäft betrieb. 1902 errichtete Dr. med. Aronheim Arztpraxis und Wohnhaus in der Neustr. 9. Wohn- und Geschäftshäuser jüd. Familien in Gevelsberg befanden sich in der Brüderstr., Goethestr., Hagener Str., Körnerstr., Lerchenstr., Milsper Str., Mittelstr., Neustr.

und Wittener Straße. Angaben zu jüd. Hausbewohnern bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 204f. Einige der z. T. ansehnlichen Wohn- und Geschäftshäuser sind erhalten.

3.3 Tote aus Gevelsberg wurden zunächst auf dem jüd. Friedhof in Schwelm begraben; dort finden sich Grabsteine von drei Gevelsberger Juden (Leni Bouscher sowie Isidor und Gertrud Wendriner), die zwischen 1913 und 1925 starben. Mitte der 1920er Jahre wurde auf dem städtischen Waldfriedhof an der Waldstraße in Gevelsberg ein 77 m² großes jüd. Gräberfeld (A 2) in der Nähe der Friedhofskapelle ausgewiesen. Vier Grabsteine aus der Steinmetzwerkstatt des bekannten jüd. Bildhauers Leopold Fleischhacker aus Düsseldorf sind hier erhalten. Zwischen 1927 und 1938 wurden auf dem Waldfriedhof Hedwig Rosenthal geb. Gompertz, Albert Abt, Ida Weinberg geb. Rosenthal, Joseph Rosenthal und Fedor Rosenthal bestattet.

4.1 LAV NRW Abt. W (Münster), Regierung Arnsberg, Schulregistratur II D Nr. 384.

4.2 Fotos der Grabsteine und von Wohn- und Geschäftshäusern bei: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 248–250. Weitere Abb. bei KAPPEL, Unbekannt, wohin verzogen 14, 21f. u. 72f., u.a. Porträts der jüd. Gefallenen Markus Bouscher, Dr. Alfred Aronheim und Sally Heymann im ‚Gevelsberger Heldenbuch‘.

4.3 Beiblatt zum 41. Stück des Amtsblattes der Königl. Regierung <Arnsberg 1846> 24–27. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 13/14–22 <1842–1858>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 52.

4.4 KAPPEL Rolf, Unbekannt, wohin verzogen. Jüdinnen und Juden in Gevelsberg, hg. von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Hagen und Umgebung e. V. <Hagen 1991>.

Joachim Rüffer

HAGEN

1.1 Stadt Hagen, kreisfrei

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1746 Stadtrechtsverleihung, 1887 kreisfreie Stadt.

Zum 1855 eingerichteten Synagogenbezirk Hagen gehörten die Juden im Kreis Hagen. Juden wohnten in der Stadt Hagen, in den Gemeinden des Amtes Hagen (u.a. Gemeinden Eilpe, Wehringhausen, Eppenhäusen), des Amtes Ennepesstraße (u.a. Gemeinden Haspe und Kückelhausen), des Amtes Boele (u.a. Gemeinden Boele und Eckesey) und des Amtes Breckerfeld (u.a. Stadt Breckerfeld, Gemeinde Dahl). In der Landgemeinde Schwelm und in Herdecke (beide damals Kreis Hagen) bestanden Untergemeinden.

2.1.1 Für 1714 ist eine jüd. Betstube in Hagen belegt. 1717 waren unter den 551 Einwohnern des ‚Fleckens‘ Hagen 14 Juden in vier Familien. Jeweils zwei Haushaltsvorstände verdienten ihren Lebensunterhalt als Glasmacher und Schlachter; für 1722 finden sich die gleichen Angaben. 1737 lebten im Haushalt des verwitweten Schlachters

Meyer David vier Kinder, beim Schlachter und Glasmacher Nathan Isaac wohnten seine Frau, ein Kind sowie eine Magd und ein Knecht, zum Haushalt von Abraham Salomon gehörten seine Frau und drei Kinder. 1748 ist der Schlachter Meyer David verzeichnet, im selben Jahr dienten dem Jacob Abraham „ein Junge und sein Bruder Salomon“ als Dienstpersonal. In das Geleit des verstorbenen Nathan Isaac war sein Sohn Jacob Nathan eingetreten, neben seiner Mutter und vier Kindern gehörten zu diesem Haushalt ein Knecht, eine Magd und ein Schulmeister. Die Ausübung des vom Vater übernommenen Gewerbes der Glasmacherei war Jacob Nathan verboten worden, so dass er als Schlachter arbeitete. Keiner der drei Haushaltsvorstände verfügte über Immobilienbesitz. Nach der 1750 mit dem Generalreglement erfolgten Unter- teilung in ordentliche und außerordentliche Schutzjuden erhielten Jacob Nathan und Jacob Abraham einen ordentlichen und somit erblichen Schutz, Meyer David („ein Todten Gräber, arm“) musste sich mit einem außerordentlichen Niederlassungsrecht begnügen. 1752 lebten in den drei Haushalten 22 Personen. 1756 wurde das Vermö- gen von Jacob Abraham, der einen Knecht beschäftigte, auf über 200 Rtlr. geschätzt, das von Jacob Nathan, zu dessen Haushalt ein Knecht und eine Magd gehörten, auf über 300 Reichstaler. Elias Meyer, Sohn des verstorbenen Meyer David, arbeitete als Schlachter und verfügte mit 1000 Rtlr. über das höchste Vermögen der Juden am Ort. In der zweiten Hälfte des 18. Jh. bedrohten die wachsenden Restriktionen die kleine Gemeinschaft: Da alle Hagener ‚Ordinarii‘ nach dem Gesetz als ‚arm‘ galten, geriet die Vererbung ihres Schutzes in Gefahr, da bereits beim ersten Sohn ein Vermögensnach- weis von 1000 Rtlr. gefordert wurde (beim zweiten Sohn 2000 Rtlr.). In den Familien von Jacob Abraham und Elias Meyer lässt sich wohl deshalb bis 1806 keine ‚Anset- zung‘ eines Sohnes nachweisen. 1789 heißt es über die Hagener Jüdin Prinz, Tochter des Jacob Abraham: „...hat einen fremden Juden geheyrathet und muß aus dem Lande geschafft werden“. So lebte 1806 von den ursprünglich drei ordentlichen Schutzjuden- familien nur noch die von Jacob Nathan in der Stadt, dessen Sohn Jordan Jacob sich 1795 etabliert hatte.

Die fehlende Fortsetzung verarmter ordentlicher Schutzjudenfamilien wurde rein quantitativ kompensiert durch die Vergabe außerordentlicher, nicht vererbbarer Schutzbriefe. Einen solchen Schutzbrief für Hagen erhielt 1782 Abraham Israel, der zuvor bereits als Koller in der Stadt tätig gewesen war und seine Approbation als ‚pu- bliquier Bedienter‘ 1767 erhalten hatte. Er geriet in den folgenden Jahren in Konflikt mit dem Berliner Generalfiskalat, da er entgegen den geltenden Bestimmungen mit einem eigenen Handel hinzuverdiente und noch dazu ohne Genehmigung heiratete, so dass ihm 1781 die Ausweisung drohte; 1782 gelang ihm der Aufstieg zum ordent- lichen Schutzjuden. 1796 werden die vier jüd. Familien des Jordan Jacob, des Jacob Abraham, des Abraham Israel und der Witwe Elias Meyer für Hagen erwähnt. 1800 folgte als fünfte Familie die des Gabriel Levy, 1805 als sechste die des Isaac Mainzer. Gabriel Levys Konzession gestattete ihm die Eröffnung eines „öffentlichen Ladens mit Ellenwaren“. Er konnte ein Vermögen von über 10 000 Rtlr. nachweisen und wurde zum Gemeindevorsteher gewählt, seine Söhne Abraham und Nathan sollten in der Hagener Stadtpolitik und Bürgerschaft des 19. Jh. eine wichtige Rolle spielen. 1801 klagte der Landrat des Kreises Wetter beim Hagener Magistrat über jüd. Händler aus Hagen, die in den Dörfern seines Bezirks verbotenerweise hausieren würden. Aber auch über jüd. Händler aus anderen Territorien wurde Klage geführt. So liefen Juden aus der benachbarten, bis 1808 souveränen Gft. Limburg „häufig in der Stadt und auf dem Lande umher“ und handelten „sehr zum Nachteil“ des örtlichen Glashandwerks mit Glaswaren. Der Magistrat reagierte unverzüglich mit polizeilichen Maßnahmen zur Vertreibung der Limburger Juden.

2.1.2 Ein Sohn des Abraham Israel aus Hagen, Aaron Abraham, wurde 1805 beim Hausieren ‚Auf der Halle‘ zwischen Haspe und Vorhalle ausgeraubt und ermordet. Im

selben Jahr wollte der jüd. Kaufmann Isaac Mainzer aus Nieheim (Kreis Höxter) in Hagen eine ‚Pottasche-Calcinier-Anstalt‘ gründen. Ab 1818 ist Falk Blankenstein aus der Nähe von Darmstadt in Hagen nachweisbar. Auch sein Bruder Jakob Blankenstein wird genannt, dessen Niederlassung in Hagen mit großen Schwierigkeiten verbunden war. 1818 konstatierte der Bürgermeister, dass sich die Zahl der jüd. Einwohner in Hagen seit 1790 kaum vergrößert habe. Die Juden, die überwiegend in der Stadt wohnten, beschäftigten sich ausschließlich mit Handel, Hausieren und Schlachten. Lediglich ein jüd. Familienvorstand besaß zu dieser Zeit Hauseigentum. Der Bürgermeister merkte an, dass die Juden ihre Knechte einsetzten, „um das Land mit Waren zu überschwemmen“, die „niemand so richtig gebrauchen“ könne. 1834 werden als Manufakturwarenhändler in Hagen Israel Abraham und Gabriel Levy genannt, als Betreiber einer Ellenwarenhandlung Asur, Jacob und Levy Blankenstein, Cain Ruben (später Ruben Kahn), Leeser Elias, Abraham Mannheimer und Samuel Isaac. 1838 lebten in Hagen 17 jüd. Familien: Ascher, Falk, Jacob und Levi Blankenstein, Samuel Isaac, Marcus und Israel Abraham, Simon Heilbron/Heilbron, Simon Jordan, Leeser Elias, Levi Kallmann, Nathan Herstein, Salomon Löwenthal, Eli Meier sowie die Witwen von Gabriel Levy, Ruben Kahn und von Mannheimer. In der Mehrzahl handelte es sich um Händler und Kaufleute, die überwiegend ein Ladengeschäft betrieben, ferner um Schlachter und Metzger. Drei Familien lebten in ‚guten‘, sieben in ‚mittelmäßigen‘, der überwiegende Teil jedoch in ‚schlechten‘ Verhältnissen. Bis 1846 war die Anzahl der in Hagen ansässigen jüd. Familien weiter angewachsen. In diesem Jahr sind verzeichnet: die Handelsmänner Moses Aron Atstein, Jacob Blankenstein, Levi Blankenstein, Salomon Isaac Löwenthal, Isaac Samuel Stern, Jacob Meyer, die Händlerin Henriette Salomon Lilienthal, als Kaufmann Israel Abraham Ostwald und die Witwe von Gabriel Levy, die Metzger Falk Blankenstein, Levi Callmann, Nathan Herstein, Abraham Heilbron, Simon Heilbron, die Näherin Hanna Jordan, der Direktor einer Türkischrot-Färberei und Druckerei Louis Callmann, der Lehrer Jonas Coosmann, ohne Berufsangabe Theodore Callmann, Eli Meyer Löwenstein, Israel Lehmann Ostwald, Markus Abraham Ostwald, ferner die Witwen von Ascher Blankenstein, Elias Heilbron und Simon Jordan. Von den 24 Familien hatten 17 bereits zuvor feste Familiennamen geführt. Neu angenommen hatten ihre Nachnamen Moses Aron Atstein, Henriette Salomon Lilienthal, Eli Meyer Löwenstein, Israel Abraham Ostwald, Israel Lehmann Ostwald, Markus Abraham Ostwald und Isaac Samuel Stern. 1849 zog die Familie des Levi Neuwald von Berchum nach Hagen.

In der zweiten Hälfte des 19. Jh. stieg die Anzahl der in Hagen lebenden Juden insbesondere durch Zuzüge aus dem Umland weiter an. Ausschlaggebend war die günstige wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Mit der starken Industrialisierung des Ruhrgebiets hatte sich der Vieh- und Kornhandel jüd. Händler u. a. nach Hagen verlagert. Da die Stadt an einem wichtigen Verkehrsknotenpunkt lag, wurde in den 1870er Jahren ein Börsenverein in Hagen gegründet. Noch vor Ende des 19. Jh. verlor Hagen jedoch gegenüber Dortmund immer stärker an Bedeutung, so dass der Hagener Börsenverein 1888 aufgelöst wurde und eine neue Getreidebörse in Dortmund entstand. War es dem kapitalkräftigen Unternehmer Gottfried Salomon 1824 noch verwehrt worden, in Hagen ansässig zu werden und eine Tuchfabrik zu gründen, so ist Louis Callmann 1846 als Direktor einer Tuchfärberei und Stoffdruckerei belegt. Jüd. Unternehmen aus Hagen waren in der Region bekannt. So entstand z. B. 1850 das Glas- und Porzellanfachgeschäft von Moritz Bachrach. Julius Löwenstein gründete 1867 in der Elberfelder Str. ein Modekaufhaus, das auch überregional viel beachtete Modeschauen veranstaltete. Der Dipl.-Ing. Alfred Eckstein zeichnete seit 1907 maßgeblich für wichtige Bauvorhaben in Hagen verantwortlich, u. a. für das Parkhaus im Stadtgarten, die Stadtparkasse, die Hallenschulen in Altenhagen und Oberhagen sowie die 1924 eingeweihte Stadthalle.

Gemeindemitglieder nahmen an den Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71 teil, 1871 wurde für den gefallenen Abraham Löwenstein eine Gedenktafel enthüllt. Für ihren Einsatz im Ersten Weltkrieg erhielten mehrere Hagener Juden das EK I und II; Willi Cahn wurde 1918 zum Offizier befördert. An die getöteten Soldaten der Einigungskriege und des Ersten Weltkriegs erinnert noch immer eine in den 1920er Jahren angefertigte Gedenktafel in der 1960 errichteten neuen Synagoge. Verstärkt seit 1871 sind in Hagen antisemitische Aktivitäten zu verzeichnen, gegen die sich u. a. die linksliberale ‚Freisinnige Volkspartei‘ engagierte. 1905 zerkratzten angetrunkene Männer „der sogenannten besseren Stände“, wie das ‚Israelitische Familienblatt‘ schrieb, mehrere Schaufensterscheiben vorwiegend jüd. Geschäfte und ritzten das Wort ‚Jud‘ ein. Auch in den 1920er Jahren kam es zu antisemitischen Schmierereien und Verwüstungen, so etwa 1924 auf dem jüd. Friedhof in Eilpe. Die Gemeindevorstände und Rechtsanwälte Dr. Ferdinand David und Dr. Adolf Nassau gingen bis in die Anfangsphase der NS-Herrschaft immer wieder gegen die antisemitischen Parolen vor, die die NSDAP sowie der spätere Hagener Oberbürgermeister und stellvertretende Gauleiter Heinrich Vetter verbreiteten. Im Rahmen von zunehmend radikaleren Aktionen der NSDAP warf man dem Stadtverordneten Dr. David 1932 im Zusammenhang mit der Kommunalwahl Korruption zugunsten der SPD vor, ferner Rechtsbeugung zu Ungunsten von NSDAP-Mitgliedern. Im Kaufhaus Gebr. Alsberg verteilte die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) im selben Jahr Flugblätter, darin wurden u. a. die Beschäftigten als ‚Judenknechte‘ diffamiert.

Ein facettenreiches innerjüd. Vereinsleben ist für Hagen belegt: 1883 wurde eine Ortsgruppe der ‚Alliance Israélite Universelle‘ mit 32 Mitgliedern gegründet, 1893 die Hagener Sektion des ‚Vereins zur Abwehr des Antisemitismus‘. 1885 wird die jüd. ‚Gesellschaft Harmonie‘ erwähnt. Auf Betreiben des Lehrers Abt entstand 1905 eine Ortsgruppe des ‚Vereins für jüdische Geschichte und Literatur‘; mindestens bis Mitte der 1920er Jahre wurde sie von Dr. med. Wolff geleitet, 1907 hatte sie 94 Mitglieder. 1903 wird ein ‚Jüdischer Jugendbund‘ erwähnt, dessen Leiter – auch noch 1932 – der Lehrer und Kantor Willy Abt war. Dem ‚Jüdischen Jugendverein‘ mit 70 Mitgliedern stand 1913 Dr. jur. David vor, auch 1925 war er noch Vorsitzender. Eine RjF-Ortsgruppe wurde Ende 1924 in Hagen gegründet, zum Vorsitzenden wurde Willy Sommer gewählt, Inhaber des Kaufhauses Gebr. Alsberg. Der Ertrag des Gründungsfestes bildete den Grundstock für die Errichtung eines Ehrenmals, 1927 rief man einen ‚Kameradenhilfsfonds‘ ins Leben. Am Ende der Weimarer Republik leitete der Rechtsanwalt Dr. Eichenwald die RjF-Ortsgruppe, die auch 1938 noch erwähnt wird. 1926 wurde eine RjF-Sportgruppe etabliert, die sich dem Stadtausschuss für Jugendpflege in Hagen anschloss. Vom Ende der 1920er bis mindestens Mitte der 1930er Jahre bestand eine CV-Ortsgruppe, ihr Vorsitzender war Dr. Ferdinand David. Ende 1934 ist eine Ortsgruppe des ‚Bundes deutsch-jüdischer Jugend‘ belegt. 1936 bis 1938 wird eine Tischtennismannschaft ‚Schild‘ Hagen erwähnt; das Schild-Heim befand sich in der Frankfurter Straße, ein eigener Fußballplatz stand zur Verfügung. Im Aug. 1935 nahmen Teilnehmer aus Hagen an einem Sportfest des Makkabi-Kreises in Mönchengladbach teil. Auch die Zionisten organisierten sich: Für 1922 ist eine zionistische Gruppe mit 39 Mitgliedern belegt. Anfang 1936 wurde in Hagen eine Ortsgruppe der WIZO (Women’s International Zionist Organization) gebildet.

Neben der jüd. Gemeinde bestand in den 1920er Jahren in Hagen eine orthodoxe Religionsgemeinschaft mit überwiegend ostjüd. Mitgliedern, sie war besonderen Agitationen der völkisch-antisemitischen Organisationen ausgesetzt. 1926 flog ein Korruptionsskandal beim Hagener Einwohnermeldeamt auf, wo nach Zahlung von Bestechungsgeldern widerrechtlich Pässe ausgestellt, Aufenthalts- und Heiratsgenehmigungen erteilt worden waren. Zahlreiche ostjüd. Familien waren involviert, es kam zu Verfahren wegen Urkundenfälschung und Passvergehen. Die Haupttäter erhielten

Haftstrafen, mehrere Ostjuden wurden ausgewiesen. In den 1930er Jahren umfasste der ostjüd. Gemeindeteil etwa 40 Personen, ihr Vorsitzender war 1931 Leo Jolles. Die Gruppe betrieb eine eigene Talmud-Thora-Schule, ihre Gottesdienste hielt sie in einem Betraum in der Körnerstr. ab.

In weiteren heutigen Hagener Ortsteilen wohnten im 19. Jh. Juden. Nach Eilpe zog 1815 der Metzger Daniel Michel. 1846 waren dort Jacob Aron Aronstein, Simon Aron Aronstein und Daniel Kahn als selbständig tätige Juden verzeichnet; Kahn nahm den Namen neu an, die anderen hatten ihre Nachnamen zuvor schon geführt. In Kückelhausen war 1846 der Metzger Leßmann Lazarus Rosenthal als selbständig tätiger Jude verzeichnet, den Familiennamen hatte er neu angenommen. In Breckerfeld waren im selben Jahr Selig Cahn und Levi Falk als selbständig tätige Juden verzeichnet, sie hatten ihre Familiennamen bereits zuvor geführt. In Haspe sind in den 1870er Jahren die Familie Rosenbaum, nach der Jahrhundertwende die Familien Kirschenbaum und Schlesinger nachgewiesen; zwei Juden fielen im Ersten Weltkrieg. Für Wehringhausen ist in den 1860er Jahren der Metzger Nathan Nassauer genannt, gegen den das Kreisgericht wegen Betrugs ermittelte.

2.1.3 Im Jahr 1933 hatte die jüd. Gemeinde in Hagen etwa 650 Mitglieder. Hinzu kamen etwa 120 Personen jüd. Abstammung, die konvertiert waren oder keiner Konfession mehr angehörten; mindestens 40 jüd.-christl. „Mischehen“ gab es im Stadtgebiet. Etwa ein Drittel der Gemeindemitglieder waren Ostjuden, nach Dortmund hatte Hagen damit in Westfalen den zweithöchsten Anteil ostjüd. Bevölkerung. Die Ostjuden wohnten in der Regel in Arbeiterwohnbezirken und verfügten über keinen Grundbesitz. Nachdem das preuß. Innenministerium am 17. Februar 1933 das Abschiebungsverbot für Ostjuden aufgehoben hatte, wurden 1933/34 mehrere Ostjuden ausgewiesen bzw. verließen die Stadt; betroffen waren u. a. Isaak Landsberg und Jacob Moses Gutgold, die 1933 nach Palästina auswanderten. Nach massiven Drohungen durch SA-Männer und Parteianghörige floh der Vorsitzende des Ostjudenverbandes, Emil Haspel, 1934 nach Polen.

Die selbständigen Erwerbstätigen der jüd. Gemeinde Hagen waren 1933 fast ausschließlich im Einzelhandel, besonders im Textil-, Bekleidungs- und Schuhhandel, in der Lebens- und Genussmittelbranche, außerdem in bestimmten Sparten des Metallwarenhandels tätig. Nach den 1933 einsetzenden öffentlichen Repressionen veröffentlichte die Synagogengemeinde Hagen – zusammen mit den Ortsgruppen des CV und des RjF – zwei Tage vor dem reichsweiten Boykott vom 1. April 1933 in der Zeitung einen Aufruf an die Bürgerschaft, in dem sie sich von der vermeintlichen Hetze gegen Deutschland im Ausland distanzierte. Es heißt darin, dass „die jüdischen Deutschen, besonders die jüdischen Bürger Hagens, jede Einmischung des Auslandes in innerdeutsche Verhältnisse“ ablehnten. Am Boykotttag (1. April 1933) verwüsteten SA- und SS-Männer die Kanzlei von Adolf Nassau und seinem jüd. Sozios. Parteigruppierungen erzwangen die Schließung jüd. Geschäfte, NS-Posten standen vor Geschäftseingängen. An die Lehrer der Städt. Realschule wurde eine Liste verteilt, auf der sechs Ärzte und vier am Landgericht zugelassene Rechtsanwälte sowie zwei Referendare namentlich als Juden benannt werden. Der Liste zufolge gab es im Bereich der NSDAP-Ortsgruppe Groß-Hagen (einschließlich Herdecke) 55 jüd. Unternehmen. Bereits 1933 kam es zu mindestens 22 Geschäftsaufgaben, vornehmlich von ostjüd. Kleingewerbetreibenden. Am 12. April 1933 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, jüd. Firmen bei der Vergabe von städtischen Aufträgen nicht mehr zu berücksichtigen. Bereits vor Erlass des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (7. April 1933) erhielt Ende März 1933 der mit einer Jüdin verheiratete Konzertmeister des Stadttheaters seine Kündigung; bis 1935 wurden 16 jüd. Beamte und vier Angestellte aus der städtischen Verwaltung entlassen. Hagen war damit eine von zwölf Städten im Deutschen Reich, die die gesamte Verwaltungsspitze verlor. Der

Arzt Dr. Georg Stern-Hanf büßte einen großen Teil seiner Praxis ein, 1934 war er auf die Unterstützung seiner niederländischen Familienangehörigen angewiesen. Ab 1935 wurde einem praktischen Arzt in ‚privilegierter Mischehe‘ trotz Wiederzulassung als Kassenarzt nach und nach das Behandlungsrecht u. a. für Eisenbahnbeamte und Wohlfahrtsempfänger entzogen. An der Praxistür eines zum Protestantismus konvertierten und mit einer Christin verheirateten Kinderarztes brachten SA-Männer mehrfach antisemitische Plakate an. Ende 1936 wurde ein Orthopäde, der zum Katholizismus konvertiert war und in ‚Mischehe‘ lebte, durch gewalttätige Übergriffe zur Praxisaufgabe gezwungen. Nichtjüd. Ehepartner forderte die Hagener Gestapo auf, sich scheiden zu lassen. 1933/34 veröffentlichte Stadtarchivar Prof. Dr. Fritz Schemann in den ‚Hagener Heimatblättern‘ eine Artikelserie zur Geschichte der Juden in Hagen und beschloss sie mit folgenden Sätzen: „Stets auch war bis auf den heutigen Tag das Verhältnis der jüdischen Familien zu den christlichen auf gegenseitige Achtung begründet. Daß es auch in Zukunft so bleiben möge, ist im Interesse einer friedlichen, gedeihlichen Weiterentwicklung unserer Stadt aufrichtig zu wünschen.“ Schemann wurde auf Veranlassung der NSDAP verboten, weiter in der Zeitschrift zu publizieren, die herausgebende Hagener Zeitung musste eine Gegendarstellung veröffentlichen. Der Stadtarchitekt und Leiter der Entwurfabteilung im Hochbauamt, Dipl.-Ing. Alfred Eckstein (1879–1950), hatte bis Anfang der 1930er Jahre an mehreren Projekten des öffentlichen Wohnungsbaus mitgewirkt. 1935 wurde er zunächst beurlaubt und ein Jahr später aus dem öffentlichen Dienst entlassen. 1936 stellte Eckstein die Dokumentation ‚Hagen im Bau‘ fertig, ein Überblick über seine dreißigjährige Tätigkeit. Er war in ‚privilegierter Mischehe‘ verheiratet, 1939 verließ er Hagen und überlebte in Süddeutschland auf dem Land die NS-Zeit.

Im März 1935 kam es in einem Kino zu Protestkundgebungen, weil in einem Film die jüd. Schauspielerin Franziska Gaal mitwirkte. Wie in anderen Orten auch fanden zwischen Mai und Aug. 1935 antisemitische ‚Aktionen‘ gegen jüd. Geschäftsinhaber statt. Proteste des CV bei Stadtverwaltung und Regierungsstellen, auch Hinweise auf Gewalttätigkeiten gegen Juden, blieben wirkungslos. Schon lange vor dem Novemberpogrom war der Verfolgungsdruck in Hagen so groß, dass viele Juden sich gezwungen sahen, ihre Häuser und Grundstücke zu verkaufen. Ebenso wie in Dortmund legte der Gauwirtschaftsberater den Einheitswert als Maßstab für den Verkaufspreis fest, etwa 60 Prozent der Besitzer mussten zu diesem Preis verkaufen. Zwar gab es auch Käufer, die einen angemessenen Preis zu zahlen bereit waren, durch Intervention der Partei wurden sie daran jedoch gehindert. Vor dem Novemberpogrom 1938 gab es nach einer Aufstellung des Gauwirtschaftsberaters noch etwa 38 jüd. Firmen in Hagen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren bereits 56 Liquidationen jüd. Geschäfte erfolgt (danach sollten noch 41 weitere Betriebe folgen), in mindestens 24 Betrieben hatte es ‚Zwangsarisierungen‘ gegeben (es folgten noch 15 Betriebe), ferner mindestens 36 ‚Arisierungen‘ jüd. Grundbesitzes und mindestens 49 ‚Zwangsentjudungen‘ – gemeint war damit die Entfernung der jüd. Eigentümer ohne eine Übernahme durch ‚Arier‘. Von den mehr als 270 Hagener Juden, die zwischen 1933 und 1942 auswanderten, flüchteten etwa 30 Prozent in die USA und 20 Prozent nach Palästina. Zu den Flüchtlingen gehörten stadtbekannte Persönlichkeiten: Nachdem ihr Kaufhaus ‚arisiert‘ worden war, emigrierten Mitglieder der Familie Löwenstein 1936 in die USA. Ihre Gründerzeit-Villa in der Körnerstr. erwarb die Stadtparkasse, seit Frühjahr 1943 stand sie der Hagener Gestapo als Dienstsitz zur Verfügung. Auch das 1850 in Hagen gegründete Porzellan- und Glasgeschäft Bachrach (Mittelstr. 1) wurde 1937 ‚arisiert‘, die von Moritz Bachrach angelegte und von seinen Nachfolgern fortgeführte Sammlung historischer Gläser und Porzellane gelangte teilweise ins städtische Museum. Nach dem Tod des letzten Inhabers Erwin Bachrach musste das Wohn- und Geschäftshaus 1934 verkauft werden. Die Witwe Cläre Bachrach flüchtete 1939 nach

Brüssel, wo ihre Tochter mit Familie lebte; sie wurden 1942 deportiert und ermordet. Der Sohn Hans Bachrach war 1937 mit seiner Ehefrau nach Südafrika ausgewandert.

Da verarmte Juden zunehmend aus der Volkswohlfahrt und der kommunalen Fürsorge ausgeschlossen wurden, gründete man 1935 einen Unterstützungsverein und organisierte Beitragssammlungen für den Hilfsfonds in den jüd. Gemeinden Hagen und Arnsberg. Da Hagen – ebenso wie Dortmund – bis 1937 aber bereits mehr als 40 Prozent der jüd. Bevölkerung verloren hatte, war die jüd. Gemeinde immer weniger in der Lage, ihre Fürsorgeeinrichtungen zu finanzieren; u. a. musste sie das ‚American Jewish Joint Distribution Committee‘ um Unterstützung bitten. 1938 waren 192 Hagener Juden Mitglieder im ‚Verein für Liebeswerke‘.

In den Morgenstunden des 28. und 29. Okt. 1938 verhafteten Gestapo und Kriminalpolizei im Rahmen der ‚Polenaktion‘ alle polnischen Juden, die sich in ihren Wohnungen aufhielten, 57 Personen wurden ins Hagener Polizeigefängnis eingeliefert. Gegen Mittag wurden 44 von ihnen in einem bewachten Bus nach Dortmund gebracht und von dort in Zügen unter Polizeibewachung an die polnische Grenze nach Neu-Bentschen transportiert. In der Pogromnacht am 9./10. Nov. 1938 und am folgenden Tag wurden jüd. Wohnungen und Geschäftshäuser verwüstet, die Synagoge demoliert und angezündet, zahlreiche Juden misshandelt und inhaftiert. Rollkommandos der NSDAP und ihrer Gliederungen suchten in allen Stadtteilen gekennzeichnete Wohnungen jüd. Familien (Kennzeichnung durch Zettel „Hier wohnen Juden“) auf. Warenlager jüd. Geschäfte und Wohnungen wurden geplündert, Wertsachen gestohlen, es erfolgte ein organisierter Abtransport. Mindestens 40 jüd. Männer und einige Schüler wurden im Hagener Polizeigefängnis inhaftiert, ein Teil wurde später ins Gerichtsgefängnis und von dort in ein KZ (vor allem nach Sachsenhausen) verlegt. Mindestens ein Mann, Inhaber einer Pferdemetzgerei und eines Restaurants, starb an den Folgen der erlittenen Verletzungen. Das städtische Museum übernahm zwischen 1938 und 1942 zahlreiche Gegenstände aus jüd. Privatsammlungen, darunter auch solche aus der geplünderten Hagener Synagoge.

Ab Herbst 1939 konzentrierte die Gestapo die in Hagen noch wohnhaften Juden in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung in ‚Judenhäusern‘, z. B. im Gemeindehaus Potthofstr. 16a, in der Hochstr. 70, Uhlandstr. 5, Alleestr. 33 und Heidenstr. 25. Nach dem Pogrom wurden Juden zur Zwangsarbeit herangezogen, dabei mussten sie ohne entsprechende Schutzkleidung mit gefährlichen Materialien hantieren und Schwerstarbeit bei verschiedenen Baufirmen in der Region leisten. Bis Anfang 1939 wurden alle jüd. Geschäfte in Hagen durch den Gauwirtschaftsberater ‚arisiert‘. Darunter waren überregional bekannte und teilweise bereits im 19. Jh. gegründete Firmen wie das Versandhaus Löwenstein, das Modehaus Julius Löwenstein (gegr. 1867), das Kaufhaus Alsberg (gegr. 1901), das Glas- und Porzellan-Fachgeschäft Moritz Bachrach (gegr. 1850) und die Kolonialwarenhandlung Kadden. An der ‚Arisierung‘ von jüd. Eigentum sowie an der Verteilung der letzten Habe nach der Deportation waren neben zahlreichen Privatpersonen auch NSDAP, Banken, Stadtparkasse, Firmen, Behörden und die Stadtverwaltung beteiligt. So erzielte das Wohlfahrtsamt der Stadt Hagen 1942 durch die Versteigerung des Hausrats allein von sieben deportierten jüd. Familien einen an die Finanzbehörden abgeführten ‚Gewinn‘ von insgesamt 10 851 Reichsmark. Historisch interessante Sammlungen und Gegenstände erwarben die städtischen Museen zu „günstigen Preisen“ (so der Museumsdirektor) von den bedrängten Juden und von der Finanzverwaltung. Das jüd. Gemeindehaus sowie das Schulgebäude mit Lehrerwohnung wurden vom Finanzamt Hagen konfisziert, die Synagoge gelangte in den Besitz der Stadt Hagen. Die in Hagen verbliebenen Juden wurden vom Güterbahnhof Hagen über den Bahnhof Dortmund-Süd entweder im April 1942 ins Ghetto Zamość deportiert oder im Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt bzw. 1942/43 ins KZ Auschwitz. Mindestens 156 Hagener Juden wurden ermordet.

Im Aug. 1944 richtete die Gestapo im Klöckner-Stahlwerk in Haspe, wo bereits seit Spätsommer 1943 ein ‚Auffanglager‘ für ausländische Zwangsarbeiter existierte, ein Lager für ‚jüdische Mischlinge‘ aus dem gesamten Regierungsbezirk Arnsberg ein. Die zeitweise rund 150 Häftlinge mussten schwere Arbeiten im Klöckner-Werk erledigen, es kam zu Misshandlungen. Bei der als ‚Aktion Haase‘ bezeichneten Verhaftung von ‚Mischlingen 1. Grades‘ und von ‚jüdisch Versippten‘ wurden im Okt. 1944 alle Familienmitglieder verhaftet, ihr zurückgebliebener Besitz beschlagnahmt. In diesem Lager wurden ab Herbst 1944 auch ‚Volljuden‘ aus dem Rheinland und Ruhrgebiet temporär kaserniert, die bis März 1945 über den Hauptbahnhof Hagen deportiert wurden.

In der 1929 nach Hagen eingemeindeten Stadt Haspe wurde am 30. Jan. 1933 der jüd. Mitinhaber eines Kaufhauses überfallen und zusammengeschlagen. Bereits eine Woche vor dem offiziellen Boykotttag vom 1. April 1933 wurde die Schließung eines jüd. Geschäftes von der NSDAP erzwungen. 1934 wurden Schaufenster eines jüd. Kaufhauses eingeschlagen. Beide Inhaber wurden von Gestapobeamten abgeholt, auf dem Rückweg von SS-Männern überfallen und zusammengeschlagen. Im Sommer 1935 waren zahlreiche Klagen wegen Verstößen gegen das Boykottverbot in Haspe zu verzeichnen. Wiederholt wurden weidende Tiere gestohlen oder gequält, jüd. Viehhändler waren wegen der Überfälle und des Rückzugs der Kunden zur Einstellung ihrer Betriebe gezwungen. Im Rahmen der gauweiten ‚Aufklärungskampagne‘ durch die NS-Hago im Vorfeld des Reichsparteitags (Verkündung der ‚Nürnberger Rassegesetze‘) wurden in Haspe Transparente mit der Aufschrift: „Wer den Juden kennt, kennt den Teufel“ und „Wer bei Juden kauft, ist ein Volksverräter“ angebracht. Nach dem Pogrom 1938 musste als letztes jüd. Geschäft das von Max Heilbron an der Kölner Str. geschlossen werden. In Hagen-Vorhalle (ebenfalls ab 1929 Hagen) zwangen NSDAP, IHK und Justiz den Mitinhaber des Klinkerwerks zur Übertragung der Geschäftsanteile an ‚arische‘ Anteilseigner. In Altenhagen – seit 1901 Teil der Stadt Hagen – wurden Firmen mit jüd. Inhabern ebenfalls bereits vor dem offiziellen Boykotttag 1933 ausgegrenzt. Dem Schächter der jüd. Gemeinde und Inhaber einer kleinen koscheren Metzgerei wurde ab April 1933 der Zugang zum Schlachthof und zum Ladenlokal verwehrt, noch im selben Monat verlor er seine Anstellung bei den jüd. Gemeinden Hagen und Wuppertal-Elberfeld.

2.1.4 Die jüd. Gemeinde Hagen wurde mit Genehmigung der Britischen Militärregierung am 20. März 1946 neu gegründet. Erster Vorsitzender war bis zu seinem Tod 1977 der aus Limbach in Sachsen stammende KZ-Überlebende Richard Hirschfeld, der sich in den letzten Kriegswochen in Hagen versteckt gehalten hatte. Sein Nachfolger wurde zunächst Max Blecher, 1989 dann Gondrand Karle, ab 1994 Roman Kanarek und seit 2011 Hagay Feldheim. Juden aus verschiedenen umliegenden Orten schlossen sich der Jüdischen Kultusgemeinde Hagen an. 1950 bemühte sich die Gemeinde als Rechtsnachfolger der jüd. Gemeinde Hohenlimburg um eine Ausgleichszahlung für die dortige Synagoge. 1946 lebten 60 Juden in Hagen, ein Jahr später, als die Gemeinde insgesamt 129 Mitglieder zählte, waren es noch 18. Die Mitgliederzahl wuchs bis zum Jahr 2016 auf über 300 Personen. Gottesdienste wurden zunächst in Privatwohnungen von Gemeindegliedern – 1946/47 in der des Vorsitzenden Hirschfeld – und seit 1951 im wiederaufgebauten Gemeindehaus abgehalten. 1953 erfolgte die Anerkennung der Jüdischen Kultusgemeinde Hagen als Körperschaft des öffentlichen Rechts. 1960 wurde eine neue Synagoge in der Potthofstr. eingeweiht, die seither das Zentrum der Gemeinde bildet.

Etwa 50 Berechtigte erhoben in etwa 150 Fällen Rückerstattungsansprüche (überwiegend Immobilien) gegen Privatpersonen in Hagen. Der frühere Stadtarchitekt Alfred Eckstein, der sich nach dem Krieg an Entwürfen für den Wiederaufbau von Nürnberg und Fulda beteiligt hatte, kehrte in seinem Todesjahr 1950 nach Hagen zurück, wo seine Tochter lebte und arbeitete. In den Jahren 1982, 1986, 1990 und 1991

waren ehemalige jüd. Hagener zu einer Besuchswoche eingeladen, die Reisekosten wurden durch Patenschaften finanziert. Seit 1988 trägt ein Platz im Stadtzentrum den Namen des Justizrats Adolf Nassau, der mehr als ein Vierteljahrhundert Vorsitzender der Synagogengemeinde Hagen gewesen war. Der Dr. Ferdinand-David-Park in der Innenstadt erinnert seit 1992 an den Rechtsanwalt und ehem. SPD-Stadtverordneten. Seit 2005 nimmt Hagen an der Aktion ‚Stolpersteine‘ teil.

2.2.1 Während des 18. Jh. waren in Hagen drei bzw. vier jüd. Familien ansässig. 1798 lebten in Hagen unter 1780 Einwohnern 27 Juden, 1805 waren es 30 Juden in sechs Haushalten. 1812 lassen sich in Hagen 43 Juden in acht Familien nachweisen, 1834 dann 21 Familien mit 94 Personen. 1843 lebten in Hagen 94 Juden, 1858 waren es 152. Im Jahr 1871 waren von 13 446 Einwohnern 4100 kath., 9120 ev., 224 jüd. Glaubens, zwei gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 41 833 Einwohnern 12 095 kath., 29 088 ev., 461 jüd. Glaubens, 182 gehörten anderen christl. Gemeinden an, sieben hatten ein anderes oder kein Bekenntnis. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 waren im Stadtkreis Hagen (Gebietsstand des Jahres 1926) von 99 736 [!] Einwohnern 32 460 kath., 63 165 ev., 580 Juden und 86 sonstige Christen. Im Landkreis Hagen waren von 87 520 [!] Einwohnern 22 736 kath., 61 897 ev., 87 Juden und 169 sonstige Christen. 1929 wurde der Landkreis aufgelöst und teilweise in den Stadtkreis Hagen und den Ennepe-Ruhr-Kreis eingemeindet. Im Stadtkreis Hagen waren – beruhend auf der Volkszählung von 1925 beim Gebietsstand des Jahres 1931 – von 143 701 Einwohnern 48 566 kath., 87 716 ev., 641 Juden, 1952 sonstige Christen und 4826 mit anderem oder ohne Bekenntnis. 1939 lebten noch 150 Juden in der Stadt, zudem 72 ‚Mischlinge 1. Grades‘ und 46 ‚Mischlinge 2. Grades‘.

Im heutigen Stadtteil Eilpe sind 17 Juden für 1834 verzeichnet, 18 für 1843 und sechs für 1858. 1871 waren von 2635 Einwohnern 300 kath., 2320 ev., zehn jüd. Glaubens, fünf gehörten anderen christl. Gemeinden an. In Wehringhausen lebten 1858 fünf Juden, 1871 waren von 3989 [!] Einwohnern 843 kath., 3123 ev., 15 jüd. Glaubens, 28 gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1876 wurden die Gemeinden Eilpe und Wehringhausen in die Stadt Hagen eingemeindet.

In Eckesey waren 1871 von 3220 Einwohnern 1050 kath., 2160 ev. und zehn jüd. Glaubens, 1895 von 8618 [!] Einwohnern 3711 kath., 4862 ev., elf jüd. Glaubens, 34 gehörten anderen christl. Gemeinden an. In Eppenhause lebten 1843 fünf Juden. 1901 wurden die Gemeinden Eckesey und Eppenhause in die Stadt Hagen eingemeindet.

In Haspe lebten 1843 sieben Juden. 1871 waren von 6572 Einwohnern 1171 kath., 5386 ev., elf jüd. Glaubens, vier gehörten anderen christl. Gemeinden an, 1895 von 10 154 Einwohnern 2085 kath., 8038 ev., 15 jüd. Glaubens, 16 gehörten anderen christl. Gemeinden an. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 waren in der Stadt Haspe (beim Gebietsstand des Jahres 1926) von 25 688 [!] Einwohnern 6593 kath., 17 736 ev., 51 Juden und 88 sonstige Christen. 1929 wurde die Stadt Haspe in den Stadtkreis Hagen eingemeindet. In Kückelhausen lebten 1839 neun Juden; der Ort wurde 1856 nach Haspe eingemeindet. In Boele waren 1871 von 2610 Einwohnern 2015 kath., 591 ev., vier jüd. Glaubens, 1895 von 4650 Einwohnern 3255 kath., 1388 ev. und sieben jüd. Glaubens. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 waren in der Landgemeinde (beim Gebietsstand des Jahres 1926) von 10 911 [!] Einwohnern 7145 kath., 3665 ev., acht Juden und drei sonstige Christen; 1929 wurde auch Boele nach Hagen eingemeindet. In Dahl (seit 1975 Stadt Hagen) waren 1925 von 3092 [!] Einwohnern 403 kath., 2599 ev., einer war jüd. Glaubens und 30 bekenntnislos.

In Breckerfeld (heute eine Stadt im Ennepe-Ruhr-Kreis) sind 15 Juden für 1843 verzeichnet, 17 für 1858. Im Jahr 1871 waren von 1661 Einwohnern 78 kath., 1560 ev., acht jüd. Glaubens, 15 gehörten anderen christl. Gemeinden an, 1895 von 1633 Einwohnern 145 kath., 1478 ev., vier jüd. Glaubens und sechs Anhänger anderer christl. Gemeinden.

Bei der Planung der künftig einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnsberg 1842 die Bildung eines Hagener Bezirks, zu dem auch die Juden aus Eilpe gehören sollten. Der vom Obervorsteher Hellwitz 1847 eingereichte Vorschlag sah eine Gemeinde Hagen mit Eilpe, Haspe, Voerde und Kückelhausen vor. Beide Vorschläge wurden nicht umgesetzt. Laut Statut der Synagogengemeinde Hagen von 1855 gehörten zum Synagogenbezirk die Juden im gesamten Kreis Hagen (ab 1887: Landkreis Hagen). Neben den Juden der Stadt Hagen, die die Hauptgemeinde bildeten, gehörten dazu auch Orte des Amtes Hagen (u. a. die Gemeinden Eilpe, Wehringhausen und Eppenhausen), des Amtes Enneperstraße (u. a. Haspe und Kückelhausen), des Amtes Boele (u. a. Boele und Eckesey), des Amtes Breckerfeld (u. a. Stadt Breckerfeld) und die Landgemeinde Dahl. Eine Untergemeinde bildeten die Juden in der ebenfalls zum Landkreis Hagen zählenden Landgemeinde Schwelm, dazu gehörten auch Langerfeld (Amt Langerfeld, heute Wuppertal) und Voerde (Amt Enneperstraße). Eine weitere Untergemeinde bestand in Herdecke, zu der auch die Juden in den Gemeinden Wetter (Amt Herdecke) und Volmarstein (Amt Volmarstein) gehörten. 1875 ordnete die Regierung in Arnsberg die Anstellung eines Kultusbeamten für Herdecke an, andernfalls werde die Untergemeinde aufgelöst. Da die Anstellung unterblieb, wurde die Angliederung an Hagen 1877 vollzogen; 14 Juden aus Herdecke traten daraufhin 1879 aus „religiösen Bedenken“ aus der Synagogengemeinde Hagen aus. Die Juden in Nieder- und Obersprockhövel (ab 1960 Sprockhövel) gehörten ab 1892 zur Untergemeinde Schwelm, 1894 wurden sie aus der Gemeinde Hagen ausgegliedert und Hattingen zugeordnet. Nach der Trennung von Stadt- und Landkreis Hagen 1887 umfasste die Gemeinde beide Kreisgebiete. Zur Hagener Synagogengemeinde gehörte 1905 auch Gevelsberg, wo seit den 1880er Jahren Juden wohnten. In den 1920er Jahren wurde Schwelm eine eigenständige Gemeinde, die Bezeichnung lautete 1925 ‚Synagogengemeinde Schwelm-Gevelsberg-Langerfeld‘. 1932 wird nur noch Herdecke mit 20 Juden als angeschlossene Gemeinde genannt. 1886 trat die Hagener Gemeinde dem DIGB bei, sie gehörte außerdem dem liberalen ‚Verband der Synagogen-Gemeinden Westfalens‘ an. Der 1946 neu gebildete Gemeindebezirk umfasst seit 1975 Mitglieder aus der kreisfreien Stadt Hagen, aus dem Hochsauerlandkreis, dem Märkischen Kreis, dem Ennepe-Ruhr-Kreis sowie aus den Kreisen Olpe und Siegen-Wittgenstein.

Für das frühe 19. Jh. sind innerjüd. Auseinandersetzungen belegt: 1812 ermahnte der Maire die jüd. Gemeinde, die häufigen Streitigkeiten über den Ritus nicht in der Synagoge auszutragen, da das der „Heiligkeit dieses Ortes“ abträglich sei. Störungen durch einzelne Gemeindemitglieder, die mit dem Ablauf des Gottesdienstes nicht einverstanden waren, führten 1817 zu einem Eingreifen des Landrabbiners Abraham Sutro. Von 1860 stammt eine Synagogen-Ordnung, nach der „veralterte“ Bestimmungen und Gebräuche entfallen und der Gottesdienst „ein würdigeres, der Neuzeit entsprechendes Gepräge“ erhalten sollte. Bei der Neuauflage der Synagogen-Ordnung 1875 stand dasselbe Thema im Vordergrund. Insgesamt kann die Hagener Synagogengemeinde in der zweiten Hälfte des 19. Jh. als liberal bezeichnet werden: Sie lehnte 1858/59 den Einbau einer Frauenempore in der neuen Synagoge u. a. mit dem Hinweis ab, es handle sich um „einen überkommenen Brauch“. Dagegen forderte der Landrabbiner Abraham Sutro in Münster strikt den Einbau einer Empore, auch die Regierung sprach sich dafür aus. 1873 beschloss die Gemeinde den Einbau einer Frauenempore, die 1875 fertiggestellt wurde. Liberalisierungstendenzen zeigen sich auch bei der Bildung eines Synagogenchors 1875, der Anschaffung der ersten Orgel 1882, ferner bei der Einführung des neuen reformierten Gebetbuchs 1894. Im selben Jahr wurde der Erwerb einer größeren Orgel beschlossen, 1896 die Wiedereinführung des Jugendgottesdienstes am Samstagnachmittag.

Der Etat für die Jahre 1856 bis 1861 verzeichnete 280 Tlr. Einnahmen und die gleiche Summe Ausgaben. Dabei bildete das Gehalt des Kantors und Lehrers mit 185 Tlr. die

Hauptausgabe. Bis 1873 erreichte der Etat eine Höhe von jährlich 586 Talern. Im Etatzeitraum 1880 bis 1886 wurden von den 3650 RM Jahreseinnahmen allein für Kultus und Unterricht 2615 RM veranschlagt. 1898 besaß die Hagener Gemeinde zwei Begräbnisplätze in Hagen und Eilpe, das Synagogengrundstück und -gebäude sowie das Schulhaus und ein Wohnhaus. An Kapitalbesitz waren die Fabricius-Armenstiftung mit 2250 RM und die Livingston-Stiftung mit 400 RM vorhanden. Der mobile Besitz bestand aus dem Mobiliar, den Kultusgeräten und anderen Gegenständen der Synagoge, aus Schulmaterialien und einer Bibliothek. Dem Vermögen standen eine Hypothek von 9000 RM bei der luth. Kirchengemeinde in Elsey sowie Schuldscheine von 24 000 bzw. 66 500 RM bei der Sparkasse Hagen-Boele und der Landesbank Münster gegenüber. 1930 betrug der Gemeindeetat 36 500 Mark, 1931 waren es 25 330 Mark. 1930 war der Kultusetat mit 14 000 Mark veranschlagt (1931: 10 900), der Wohlfahrtsetat mit 6000 Mark (1931: 4000). 1932 waren von 650 Juden in Hagen 130 Steuerzahler.

2.2.2 Seit 1714 sind in Hagen Betstuben erwähnt, die sich in verschiedenen Privathäusern befanden. Für die ersten Jahrzehnte des 19. Jh. ist die Nutzung eines von dem Brauereibesitzer Friedrich Bettermann angemieteten Fachwerkhauses am ‚Unterberg‘ (Wasserstr. 9a) als ‚Synagoge‘ belegt, dessen übrige Räume als ‚Frauenzimmer‘, Schulraum und Lehrerwohnung genutzt wurden. 1832 erwarb die jüd. Gemeinde in der Nachbarschaft das baufällige frühere städtische Arresthaus aus der Mitte des 18. Jahrhunderts. Stadtverwaltung und Landrat befürworteten die Nutzung des Grundstücks für den Bau einer Synagoge, nicht jedoch die Regierung in Arnshagen; der beengte Bau in der Wasserstr. musste weiterhin genutzt werden. 1856 erwarb der Gemeindevorstand für 675 Tlr. ein Grundstück in der Hagener Innenstadt (Potthofstr. 16, später 14), das Simon Merländer, Nathan Levy und Leffmann Stern 1889 der Synagogengemeinde übertrugen. 1859 wurde die neue, vom Hagener Baumeister Friedrich Poth erbaute Synagoge – eines der „größten öffentlichen Gebäude Hagens“ – ihrer Bestimmung übergeben. Die Einweihungsfeierlichkeiten führten zu einem Streit mit dem westfälischen Landrabbiner Abraham Sutro, da die jüd. Gemeinde nicht ihn, sondern den dem Reformjudentum nahestehenden Landrabbiner Dr. Samuel Ephraim Meyer aus Hannover mit der Leitung der Feierlichkeiten betraut hatte. Zuvor hatte der ebenfalls religiös liberal orientierte Rabbiner Ludwig Philippson aus Zeitgründen abgesagt. Man einigte sich schließlich darauf, beide Rabbiner (Sutro und Meyer) an den Feierlichkeiten zu beteiligen. Die Errichtung der ersten eigenen Synagoge und die fortschreitende Urbanisierung der wirtschaftlich bedeutenden Stadt hoben auch die Bedeutung der Hauptsynagogen-Gemeinde Hagen für das Umland. Da sich die Zahl der Gemeindeglieder zwischen 1865 und 1875 verdoppelte und auch die Anzahl der Schulkinder stark erhöht hatte, wurde auch der Neubau nach wenigen Jahren zu klein; zusätzlich traten bauliche Mängel auf. Deshalb wurde die Synagoge bis 1895 um- und ausgebaut, was eine hohe finanzielle Belastung für die Gemeinde darstellte. In der Silvesternacht 1925/26 wurde in die Synagoge eingebrochen, Thoramäntel wurden gestohlen. In der Pogromnacht 1938 wurde der Innenraum geplündert und durch Brandstiftung zerstört, 1939 erfolgte der Zwangsverkauf an die Stadt Hagen. Bis zu seiner endgültigen Zerstörung durch Luftangriffe diente das Gebäude als Polizeikasino und Garage. Nach 1945 wurde der Gottesdienst zunächst in Privaträumen, nach Rückübertragung des Grundstücks durch die Stadt Hagen im 1950 wiederaufgebauten Gemeindehaus abgehalten. 1960 erfolgte die Einweihung der neuen Synagoge auf dem Grundstück des ehemaligen jüd. Schulhauses (Potthofstr. 16).

Die orthodoxe Religionsgemeinschaft Hagen unterhielt einen eigenen Betsaal in der Körnerstraße, an hohen Feiertagen feierte sie ihre Gottesdienste auch in den Räumlichkeiten der Hauptgemeinde in der Potthoffstraße.

2.2.3 Ein Schulmeister lebte 1748 und 1750 im Haushalt von Jacob Nathan, der 1748 vier Kinder unter sechs Jahren hatte. Im Haushalt von Jacob Abraham ist 1797 und

1799 ein namentlich nicht genannter ‚beweibter‘ Schulmeister belegt, der den etwa zehn Kindern der Familie Privatunterricht erteilte. 1806 beschäftigten die sechs in Hagen lebenden jüd. Familien gemeinsam einen Privatlehrer, der auch für den Gottesdienst zuständig war. 1815 findet sich unter den neun jüd. Familien der 64-jährige Schullehrer Salomon Hirsch mit seiner 27-jährigen Ehefrau Sara. 1821 erteilte ein Hauslehrer Kindern aus ärmeren jüd. Haushalten auf Kosten der vermögenden Familien Unterricht, einige jüd. Kinder besuchten zu dieser Zeit die höheren Bürgerschulen in Hagen. 1827 gingen alle jüd. Kinder in Hagen auf städtische Schulen, Religions- und Hebräischunterricht erhielten sie auf Gemeindegeldern bei dem seit mehreren Jahren in Hagen als Lehrer tätigen Abraham Mannheimer. Seit 1828 war Abel Pesach, der kaum lesen und schreiben konnte, als Lehrer in Hagen beschäftigt. Zwischen 1825 und 1827 war er in Castrop tätig gewesen, anschließend hatte er in Mengede die Blaufärberei erlernt. Diesem Berufsfeld widmete er sich nach seiner Entlassung 1830 auch wieder, unter Strafandrohung war ihm die Abhaltung des Unterrichts in Hagen verboten worden. Nachfolger wurde noch im selben Jahr der aus Wollstein (heute Wolsztyn) stammende Levy Hammel, der eine Ausbildung am Lehrerbildungsinstitut der Haindorfischen Stiftung absolviert und das staatliche Examen am Lehrerseminar in Soest abgelegt hatte. 1836 besuchten 17 Schüler aus Hagen und drei aus Eilpe Hammels Schule, in der laut Stundenplan von 1844 die religiösen Fächer und die Lehre der hebr. Sprache einen breiten Raum einnahmen. 1843 waren 23 jüd. Kinder in Hagen schulpflichtig, vier in Eilpe, zwei in Haspe sowie fünf in Breckerfeld. 1846 ist Jonas Coosmann als Lehrer nachgewiesen, um die Jahrhundertmitte war zudem Aron Cohn nach seiner Prüfung im Haindorfischen Seminar in Hagen tätig. 1855 beschloss die Gemeinde, eine private Elementarschule ins Leben zu rufen. Alexander Schöndorf aus Brilon, Absolvent des Haindorfischen Seminars, war von 1857 bis 1863 Lehrer und Kultusbeamter, 1860 bezog er bei freier Kost und Wohnung ein Gehalt von 260 Talern. Seine Nachfolger verdienten 1867 bereits 320 Tlr., 1880 dann 2100 Reichsmark. Zwischen 1864 und 1870 wurden vier weitere Lehrer beschäftigt. 1870 wurde der seminaristisch ausgebildete Baruch Cahn aus Lügde als Lehrer und Kultusbeamter eingestellt, er blieb 23 Jahre. 1872 genehmigten die Behörden den Vorschlag der Synagogengemeinde, jüd. Kindern an höheren Schulen vom jüd. Lehrer Religionsunterricht erteilen zu lassen. Während Cahns Tätigkeit wurde in der jüd. Schule 1881 eine Schulbibliothek eingerichtet, 1877 hatte ein nichtjüd. Großindustrieller dafür 300 M gespendet. In die Amtszeit Cahns fiel 1880 auch die Einführung des Handarbeitsunterrichts für Mädchen durch eine nichtjüd. Fachlehrerin, der bis zur Schließung der Schule 1942 erteilt wurde. Nach seiner Pensionierung 1894 betrieb Cahn in Hagen eine private Handelsschule.

Der Unterricht fand in der ersten Hälfte des 19. Jh. in einem Nebengebäude des Hauses von Friedrich Bettermann (Wasserstr.) statt, in dem sich auch die Betstube befand, seit 1859 im neu errichteten Synagogengebäude (Pothofstr.). 1893 konnte ein neues Schulgebäude auf dem Synagogengrundstück direkt an der Volme bezogen werden. David Hartmann aus Mayen – ausgewählt unter 71 Bewerbern – übernahm 1893 das Amt des erkrankten Baruch Cahn, zunächst als Vertretung. Hartmann übte es, unterbrochen von zahlreichen Beurlaubungen zu Studien- und Ausbildungszwecken, bis zu seiner Promotion 1902 (Dr. phil.) an der Universität Zürich aus. Im selben Jahr wurde die private jüd. Volksschule von der Stadt Hagen als kommunale Einrichtung übernommen, die Regierung zahlte künftig die Personalkosten, die Stadt die Sachkosten. Auswärtige Schüler hatten 1902 ein Schulgeld von 40 M jährlich zu entrichten. Der einklassige Unterricht bestand aus den Elementarfächern und dem Unterricht in hebr. Sprache. 1902/03 war Israel Nußbaum als Hilfslehrer tätig. Er beschwerte sich beim Hagener Oberbürgermeister über die starke Beanspruchung und entwickelte Vorschläge, wie das Dienstverhältnis und die Arbeitsfülle eines Lehrers und Kultusbeamten verbessert werden könnten. Ende 1903 wurde Willy Abt, zuvor Lehrer in

Geseke, als Lehrer und Kantor eingestellt; er blieb mehr als drei Jahrzehnte in Hagen. Im Ersten Weltkrieg wirkte Abt als Seelsorger in Lazaretten, Kasernen und Gemeinden des Umlandes.

In den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg lag die Schülerzahl bei durchschnittlich mehr als 30 jüd. Kindern; 1917 besuchten 50 Schüler die Volksschule, weitere 53 den Religionsunterricht. Darunter waren auch Schüler aus umliegenden Städten, wie etwa aus Lüdenscheid, Schwerte, Gevelsberg, Haspe, Iserlohn, Wetter und Schwelm. Auch Mitte der 1920er Jahre fand jüd. Religionsunterricht an höheren Schulen statt.

1932 unterrichtete Lehrer Willy Abt in der Israelitischen Volksschule 40 Kinder. In der von der orthodoxen Gemeinschaft betriebenen Talmud-Thora-Schule erhielten 73 Kinder Religionsunterricht. 1933 besuchten 13 jüd. Schüler das städtische Gymnasium und das Realgymnasium, neun das Oberlyzeum und Lyzeum, je eine(r) die Mittelschulen I und II und das Lyzeum in Haspe. 1933 waren neben Willy Abt noch Leopold Hartmann und Elfriede Kadden in der jüd. Volksschule als Lehrer tätig. Schüler der jüd. Volksschule wurden nach dem Unterricht oft Opfer antisemitischer Übergriffe. 1933 weigerte sich die Stadtverwaltung, weiterhin die Miet- und Heizkosten der jüd. Schule zu tragen. Bis 1937 sank die Zahl der Volksschüler auf 33, im Mai 1938 waren es noch 22, von denen sechs aus dem benachbarten Hohenlimburg kamen. Nachdem sich eine nichtjüd. Lehrerin geweigert hatte, jüd. Mädchen Handarbeitsunterricht zu erteilen, wurde im Juni 1938 die technische Lehrerin Suse Goldschmidt für den Handarbeitsunterricht angestellt, im Nov. aber schon wieder entlassen. Nach dem Pogrom 1938 mussten alle jüd. Schüler die Hagener Gymnasien verlassen.

In der Pogromnacht 1938 wurde auch das Schulgebäude beschädigt. Nach Reparaturen sowie fortgesetzten Zerstörungen – etwa durch Steinwürfe im Winter 1938/39 – erfolgte im Juli 1939 die Auflösung der Schule als staatlich getragene Einrichtung. Da die Schülerzahl auf 18 gesunken war, weigerte sich die Stadt Hagen, für eine ‚Zwergschule‘ die Besoldung eines Lehrers und die Beschaffung von Lehrmitteln zu übernehmen. Willy Abt war Ende Febr. 1939 in den Ruhestand versetzt worden, im März 1939 wanderte er nach Australien aus. Seine Stelle übernahm der zuvor in Iserlohn und Herne, seit 1933 auch in Hagen tätige Leopold Hartmann. Aufgrund der 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4. Juli 1939 war fortan die RV Trägerin der jüd. Schule in Hagen; Inventar und Schulgebäude wurden 1939 von der Stadtverwaltung beschlagnahmt und in Teilen der jüd. Gemeinde ‚leihweise‘ wieder überlassen. Die Stadtverwaltung versuchte – ohne Erfolg – den jüd. Schulbetrieb in Hagen ganz einzustellen und die Schüler Dortmund zuzuweisen, um die Räumlichkeiten für NS-Organisationen nutzen zu können. Anfang 1939 besuchten Schüler aus Hagen, Gevelsberg, Hohenlimburg, Schwerte und Iserlohn den Unterricht der Israelitischen Volksschule, im Frühjahr 1941 waren es noch 14 Kinder. Das Schulgebäude, das auch als Gemeindehaus fungierte, wurde schließlich zum ‚Judenhaus‘ deklariert. Im Juli 1942 wurden Lehrer Leopold Hartmann und seine aus Iserlohn stammende Ehefrau ins Ghetto Theresienstadt deportiert und später in Auschwitz ermordet. Dasselbe Schicksal erlitt Elfriede Kadden, die als Sprachlehrerin an der Schule beschäftigt gewesen war.

2.2.4 Hagener Gemeindemitglieder förderten mehr als acht Jahrzehnte lang regelmäßig die Marks-Haindorf Stiftung. Mit Unterstützung der Stiftung wurden Israel Leser und ein junger Jude namens Meyer aus Hagen in den 1830er Jahren zu Handwerkern ausgebildet, Anfang des 20. Jh. besuchte Leo Elend das Lehrerseminar. Spenden gingen an den ‚Verein zur Verbreitung und Förderung der Handwerke unter den Juden‘ in Düsseldorf. Auch für andere Institutionen, u. a. für jüd. Waisenhäuser, wurden jährliche Festbeträge im Gemeindeetat veranschlagt. Um 1850 unterhielt die Gemeinde einen Almosenfonds, der u. a. aus Spenden gespeist wurde. Die Gründung eines Armen-Unterstützungsvereins 1872 mit 32 Gründungsmitgliedern sollte bettelnden durchreisenden Juden helfen, 1881/82 wurden 881 RM eingenommen und 683

RM ausgegeben. Ein Jahr zuvor war der Hagener Armen-Unterstützungsverein dem Zentral-Armenverband mit Sitz in Bochum beigetreten. Noch im ersten Jahrzehnt des 20. Jh. wird die Hagener ‚Kasse gegen Wanderbettelei‘ erwähnt. 1840 stiftete der Kreischirurg Dietrich Wilhelm Fabricius den Hagener Kirchengemeinden eine beachtliche Geldsumme (‚Fabricius-Armenstiftung‘), die unter Aufsicht der Regierung verwaltet wurde. Die jüd. Gemeinde erhielt aus dieser Stiftung 2250 Mark; um 1900 konnten jährlich rund 100 RM Zinsen an arme und mittellose Personen verteilt werden. 1898 wird die 400 RM umfassende ‚Levingston-Stiftung‘ genannt. In den 1920er Jahren gründete der Gemeindevorsitzende Adolf Nassau einen nach ihm benannten Fonds zur Unterstützung hilfsbedürftiger Gewerbetreibender, 1932 war D. Strauß dessen Vorsitzender.

1860 entstand der Israelitische Frauenverein, dessen Aufgaben in der Unterstützung von Witwen und mittellosen Personen sowie im Ausbau der Synagoge bestanden; 1885 beging er sein 25. Jubiläum. Die Ehefrau von Louis Rosenberg war bis mindestens 1927 Vorsitzende des jüd. Frauenvereins. Auch die Ehrenvorsitzende Alwine David, die 1935 starb, hatte dem Verein mehr als 25 Jahre vorgestanden. 1932 hatte der Verein 102 Mitglieder. Die Vorsitzende Else Schönstedt verließ Hagen 1937. Die Bildung einer Chewra ist für 1877 belegt. 1905 wurden die Statuten einer Männer-Chewra gedruckt. Ihr Vorsitzender war zu dieser Zeit der Kaufmann Louis Sieger (ebenso 1913), 1925 Hermann Wolff. 1932 hatte die Chewra 189 Mitglieder. Sie wurde in der NS-Zeit aufgelöst und ihr Vermögen beschlagnahmt. Für ‚Kriegsfürsorgezwecke‘ spendeten zu Kriegsbeginn 1914 neben dem jüd. Männer- und Frauenverein auch der ‚Verein für jüdische Geschichte und Literatur‘. Eine ‚Stiftung für Arme und Handwerker‘ unterstand zu Beginn des 20. Jh. dem Gemeindevorstand. Dem Lokalkomitee des ‚Hilfsvereins der deutschen Juden‘ gehörten 1910 in Hagen rund 50 Mitglieder an, Louis David und Rechtsanwalt Nassau bildeten den Vorstand. Moritz Bachrach, 1850 nach Hagen gezogen, engagierte sich im Gemeindeleben und in der Bürgerschaft Hagens, u. a. als Stifter. Juden waren auch in nichtjüd. Wohltätigkeitsorganisationen aktiv, so in der 1915 gegründeten Stiftung der Bürgerschaft ‚Der Eiserne Schmied‘ zur Unterstützung der Hagener Krieger und ihrer Hinterbliebenen.

2.3.1 Ende des 18. Jh. war Jordan Jacob Vorsteher der Hagener jüd. Gemeinde, seit 1808 Gabriel Levy (sein Vertreter Israel Abraham), ab 1829 Levi Blankenstein. Entscheidungen über religiöse Angelegenheiten mussten bis 1807 mit dem Obervorsteher der Juden in der Gft. Mark in Hamm, seit 1815 mit dem Landrabbiner Sutro in Münster abgestimmt werden. Der 1854 gewählte Vorstand der neuen Synagogen-Hauptgemeinde bestand aus den Kaufleuten Samuel Israel Stern aus Hagen (bis 1872), Joseph Marx aus Herdecke und David Meyer aus Schwelm. Weitere Vorsitzende waren M. Lichtenstein (1872 und 1875), A. Mosberg (1875–1884) und Simon Merländer (1884–1901). Letzterer war mehr als 40 Jahre Rendant des Frauenvereins, lange Zeit Repräsentanten-Vorsteher und bis zu seinem Tod Vorstandsvorsitzender. Adolf Nassau war von 1908 bis zu seinem Tod 1937 Vorsitzender, Hermann Rosenthal von 1937 bis zu seiner Auswanderung nach Großbritannien 1939. Schriftführer und Rendant war 1932 Fritz Levy. Die Repräsentanz hatte zu diesem Zeitpunkt neun Mitglieder, wobei Albert Weinberg den Vorsitz inne hatte. Bei der (letzten) Wahl der gesamten Repräsentanz Ende 1937 gehörten vier Personen der zionistischen Richtung an, drei von ihnen waren Mitglied der zionistischen Ortsgruppe.

Die Synagogen-Hauptgemeinde Hagen verfügte über einen eigenen Schochet, der für den gesamten Bezirk zuständig war. 1892 betrug das Jahresgehalt des langjährigen Schächters Jacob Baruch 300 Reichsmark. 1897 wurde dieses Amt mit einem Jahresgehalt von 1200 RM neu ausgeschrieben und mit Meyer Voß besetzt, der mehr als 25 Jahre gleichzeitig Synagogendiener war.

2.3.2 Der Mediziner Dr. Paul Alsberg, 1882 in Hagen geboren, veröffentlichte 1922 sein Werk ‚Das Menschheitsrätsel. Versuch einer prinzipiellen Lösung‘, mit dem er seinen Ruf als Vorreiter der modernen philosophischen Anthropologie begründete. Nachdem er im KZ Sachsenhausen inhaftiert gewesen war, emigrierte er 1934 mit seiner Frau nach England, 1965 starb er in Lugano.

Heinz Phillip (später Henry Philip) David, 1923 in Hagen geboren und 2009 in Washington verstorben, war als Kind – nachdem er auf dem Hagerer Gymnasium wachsendem Antisemitismus begegnet war – von seinen Eltern in die USA geschickt worden und hatte Aufnahme in einer jüd. Familie gefunden. 1942 trat er in die US-Air Force ein, von 1945 bis 1948 untersuchte er als Mitarbeiter des United States Strategic Bombing Survey die physischen, psychologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Luftkriegs in Deutschland. 1951 wurde er an der Columbia University in klinischer Psychologie promoviert. In den 1970er Jahren gründete er das ‚Transnational Family Research Institute‘ (Verhaltenswissenschaften), das mit Einrichtungen in anderen Kontinenten kooperierte. David, Professor an der Universität Maryland und Langzeitberater der Weltgesundheitsorganisation (WHO), verfasste zahlreiche Bücher und erhielt mehrfach Auszeichnungen.

Die 1924 in Hagen geborene Künstlerin Gerda Meyer-Bernstein gelangte 1939 mit einem der letzten jüd. ‚Kindertransporte‘ nach London. Seit 1940 in Chicago wohnhaft, setzte sie sich als international renommierte Künstlerin in ihren Arbeiten vor allem auch mit den Themen Holocaust, Genozid, Rassismus und Gewalt auseinander.

2.3.3 Vereinsmitgliedschaften von Juden lassen sich vor allem in Krieger- und Gesangsvereinen nachweisen. Zwischen 1840 und 1933 findet sich in der Hagerer Stadtverordnetenversammlung eine Reihe jüd. Bürger. Der angesehene Kaufmann Abraham Levy, Sohn des langjährigen Gemeindevorstehers Gabriel Levy, gehörte der Stadtverordnetenversammlung seit 1865 für 28 Jahre an, Isaak Rosenbaum war Mitglied von 1904 bis 1919. Im Ersten Weltkrieg arbeitete Rosenbaum in der städtischen Nahrungsmittelkommission und war Vertrauensmann für die Versorgung des Stadt- und Landkreises mit Schlachtvieh. Wilhelm Leeser, Inhaber des Kaufhauses Alsberg (Elberfelder Str.) und Mitglied in Aufsichtsräten mehrerer Unternehmen des Rhein-Ruhr-Gebiets, war zwischen 1924 und 1933 Stadtverordneter der DDP in Hagen. Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Ferdinand David gehörte von 1929 bis 1933 der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung an, zudem wurde er zum Richter am Arbeitsgericht Hagen berufen. Der Sanitätsrat Dr. Ernst Wolff leitete während des Ersten Weltkriegs das Reservelazarett im St. Josephs-Hospital, außerdem war er im Regionalverband des DRK und Vorsitzender des Hagerer Ärztevereins. In der 1915 gegründeten Stiftung ‚Der Eiserne Schmied‘ zur Unterstützung von Hagerer Kriegern und ihrer Hinterbliebenen waren mehrere Juden vertreten, u. a. Lehrer und Kantor Willy Abt und die Kaufleute Hermann Kornblum, Wilhelm Leeser und Moritz Löwenstein. Abt war 1932 auch Mitglied im anlässlich der Reichspräsidentenwahl gebildeten ‚Hindenburg-Ausschuss‘.

3.1 Die 1859 eingeweihte Synagoge in der Potthofstr. 16 (später 14) war von dem Hagerer Baumeister Friedrich Poth erbaut worden. Das schlicht gehaltene Gebäude besaß eine dreiteilige Fassade mit Elementen des Rundbogenstils und erhielt pilasterähnliche Ecktürmchen. Eine Marmortafel mit den zehn Geboten wurde 1858 von den Kaufleuten Gabriel Levy und Moritz Bachrach gestiftet, im selben Jahr schenkte Samuel Israel Stern einen Kronleuchter sowie L. Philippson aus Düsseldorf eine Sammelbüchse für die Armenspende. Die Familie Merländer spendete u. a. 13 silberne Tafeln zum Aufrufen zur Thora, Kidduschbecher, ein großes Synagogfenster und verschiedene Garnituren für den Thoraschrein. 1860 wurde eine Mikwe eingerichtet. Erst nach längeren Auseinandersetzungen wurde 1875 eine Empore eingebaut,

1874 und 1881 erfolgten Renovierungsarbeiten. Nach dem Krieg von 1870/71 wurde eine Gedenktafel für den gefallen Hagerer Juden Abraham Löwenstein angebracht. Nach langjährigen Diskussionen innerhalb der Gemeinde wurde 1882 die erste Orgel von der ‚Estey Organ Company‘ in Brattleboro (Vermont, USA) erworben. 1894 beschloss der Gemeindevorstand die Anschaffung eines größeren Instruments, es wurde für 4000 RM von den Orgelbauwerkstätten Ernst Röver (vormals Reubke & Sohn) in Hausneindorf bei Quedlinburg geliefert. Die Orgel befand sich über dem Eingang der Synagoge auf der Empore; wie die gesamte Einrichtung wurde auch sie 1938 zerstört. Bis 1895 erfolgte ein größerer Um- und Ausbau (Vergrößerung des Betsaals) nach Plänen des Baurats Dunay, ausgeführt durch Baumeister Caspar Post aus Hagen-Eilpe. Die erneute Einweihung übernahm der Kölner Rabbiner Dr. Abraham Frank. Nach der Umgestaltung präsentierte sich die Synagoge mit einer Doppelturmfassade im neoromanischen Stil, eine starke Angleichung an die damalige Kirchenarchitektur; Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 139–143. Mehrere Gemeindeglieder stifteten Gegenstände anlässlich der Wiedereinweihung, so die Familie Perlstein, der Kaufmann Simon Merländer (Vorsteher der jüd. Gemeinde) und der Hagerer Dilettantenverein (Glasfenster). Die beiden Gesetzestafeln für den Giebel des Eingangsportals stellte der Kaufmann H. Löwenstein zur Verfügung, einen silbernen Thorazeiger schenkte Abraham Levy, die Lampe für das Ewige Licht Alice Ostwald, die beiden großen Kronleuchter J. Merländer, L. Goldberg und der jüd. Frauenverein. Die Mehrzahl dieser Gegenstände ist seit 1938 verschollen, einige wenige sind erhalten geblieben.

1960 wurde die neue, vom Architekten Karl Gerle entworfene Synagoge in der Pott-hofstr. eingeweiht. Dort befindet sich die über die NS-Zeit gerettete Bronzetafel mit den Namen der zwischen 1914 und 1918 gefallen Gemeindeglieder. Heute ist im Gebäude u. a. die Verwaltung der jüd. Gemeinde sowie ein christl.-jüd. Begegnungs-zentrum untergebracht. Seit 2002 wird im Synagogengebäude ein bis dahin im Stadtmuseum aus Privatbesitz überliefertes bleiverglastes Buntglasfenster verwahrt, das aus der Synagoge von 1895 stammen soll.

Räumlichkeiten für den Schulunterricht und die Lehrerwohnung befanden sich in der ersten Hälfte des 19. Jh. im selben Gebäude wie der Betraum (Wasserstr.). In der 1859 eingeweihten Synagoge diente ein separater Raum als Schulzimmer. Seit 1893 wurde das neu errichtete Schulhaus oberhalb der Volme und rückseitig der Synagoge, in dem auch Gemeindeverwaltung und Lehrerwohnung untergebracht waren, genutzt; das Gebäude wurde 1943/45 zerstört. Auf dem Grundstück des ehem. jüd. Schulhauses (Potthoffstr. 16) wurde 1960 die neu erbaute Synagoge eingeweiht.

3.2 Ein Plan der Stadt Hagen von 1753 schreibt das Wohngebäude Nr. 55 (heute Frankfurter Str.) einem Nathan zu – wahrscheinlich ist Jacob Nathan gemeint. Im Kataster von 1824 sind im Bereich der Innenstadt mindestens drei jüd. Hauseigentümer aufgeführt: David Meyer (Nr. 10), Samuel Isaac (Nr. 35) und Israel Abraham (Nr. 54). Grundeigentum der jüd. Gemeinde ist seit Anfang des 19. Jh. in Hagen nachgewiesen, so u. a. 1832 Grundstück und Gebäude des ehemaligen städtischen Arresthauses und vor 1933 das Haus Hochstr. 104.

3.3 1820 kauften Gabriel Levy und Israel Abraham für die jüd. Gemeinde mittels eines mündlichen Vertrags für 403 Rtlr. vom Tuchfabrikanten Kuhlmann ein Grundstück im Bereich der heutigen Böhmerstraße zur Anlage eines Friedhofs. 1836 sollte die Gemeinde ins Hypothekenbuch eingetragen werden, aber erst nach deren Konstituierung bestätigte die Regierung 1859 den Vertrag. Das Grundstück besaß eine Größe von 61 Ruten 50 Fuß und lag am Rand des Stadtkerns. 1908 beklagte die jüd. Gemeinde die zunehmende Vermüllung des Friedhofs und bat die Stadt um Abhilfe. 1966

wurde das Areal überbaut, nachdem die 58 Grabsteine – der älteste identifizierbare von 1851 – sowie die Überreste der Toten auf den Friedhof in Hagen-Eilpe umgebettet worden waren.

1897 wurde der Vorstand der jüd. Gemeinde aufgefordert, den Kauf eines Grundstücks zur Anlage eines neuen Friedhofs in die Wege zu leiten. 1901 erwarb die Gemeinde ein Areal an der Hohlen Straße im Ortsteil Eilpe, der seit 1876 Teil der Stadt Hagen war. 1902 erschien eine Friedhofs- und Begräbnisordnung im Druck. Im selben Jahr errichtete Baumeister C. Post, der schon den Synagogenumbau 1895 durchgeführt hatte, für 5000 M eine Leichenhalle. 1905 wurden ein Eingangstor nach Plänen des Hagener Architekten Knipp und eine Umfassungsmauer errichtet. Vier alkoholisierte jugendliche Arbeiter verwüsteten 1924 Gräber, warfen 52 Grabsteine um und beschädigten die Leichenhalle; sie wurden vom Großen Schöffengericht in Hagen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Vorstand und Repräsentanten stimmten 1932 dem Vorschlag der Friedhofskommission zu, auch Urnengräber zuzulassen. Die Leichenhalle wurde im Zweiten Weltkrieg als Lager einer Flakabteilung genutzt und in den 1960er Jahren abgerissen. Auf dem etwa 4000 m² großen Friedhofsgelände befinden sich heute rund 200 Grabsteine aus dem 19. und 20. Jh., die teilweise vom alten Friedhof stammen. Ein Denkmal erinnert an die NS-Opfer der jüd. Gemeinde Hagen. 1995 wurde der Begräbnisplatz in die Denkmalliste der Stadt Hagen eingetragen.

4.1 Archiv der Königlichen Porzellanmanufaktur Berlin, Land Berlin, Abt. I (Etablierung und Einrichtung der Manufaktur). – BundesA Koblenz, Spruchgerichtsakten H. Vetter (Z 42–IV/6871, T. 1). – CAHJP, Jerusalem, Hagen S 49/1 u. GA II. – CJA, Berlin, 75A (Jüdische Gemeinden) Ha 1. – Geh. StaatA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA, Rep. 104 (Generalfiskalat); II. HA (Generaldirektorium). – LAV NRW Abt. W (Münster), Reg. Arnsberg II H Nr. 1142; Kr. Hagen LRA Nr. 519–523; Staatl. Albrecht-Dürer-Gymnasium; Wiedergutmachung von Pogromschäden im Kr. Hagen. – StadtA Hagen (Historisches Centrum Hagen), Hagen 1, Akten 42–49, 73, 749, 751, 1348, 1782, 1903, 1959, 2384, 2494, 3550, 3692, 3872, 3873, 3882, 3887, 4399–4401, 4747, 5378, 6985–6990, 8492, 9605, 10348, 10906, 10641, 12422, 12473–12475; Hagen 2, Nr. 2703; Chronik des Stadtarchivars Schemann (1934–1940); Amt Enneperstrasse, Akten 285, 1023; Schulamt Personalakten 2, 229 u. 602; Ju 1–75, Ju 52 u. 53.

4.2 Kultusgegenstände (Thorazeiger, Thoraschild und Kidduschbecher von 1863), die nach dem Pogrom in das ‚Haus der Heimat – Sauerländisches Friedrich-Harkort-Museum‘ gelangten, ein Kleiderbügel des Modehauses Julius Löwenstein, zwei Frauenhauben, zwei Gebetsmäntel und eine Kippa aus dem Besitz des Stadtarchitekten Alfred Eckstein sowie zwei ‚Judensterne‘ aus Stoff und ein Kennzeichen für die Haustür von 1941 mit dazugehörigem Schriftverkehr der Gestapo befinden sich im Bestand des Stadtmuseums. Im StadtA Hagen (Stadtkundliche Sammlung, Signatur 40) Entwürfe und Drucke des Graphikers Albert Kranz (1920er Jahre) für Veranstaltungen des Modehauses Julius Löwenstein, ferner ein von einem Hagener Überlebenden des Ghettos Theresienstadt im Sommer 1945 bei seiner Rückkehr mitgeführtes Stoffdrucktuch zum Ausschneiden von ‚Judensternen‘, Transport- und Lager-Armbinden und Schriftverkehr; in der Fotosammlung Aufnahmen des Bethauses Wasserstr. sowie der Synagogen von 1859 und 1895 (gedruckt bei MERLÄNDER, Bericht über die Entwicklung der Synagogen-Haupt-Gemeinde Hagen; Zeichnung der Synagoge in DOBBELMANN, „Haben wir nicht alle einen Vater?“). In der Foto- und Postkartensammlung des StadtA Hagen: Fotos von jüd. Geschäftshäusern und Unternehmen. Foto des Schulgebäudes von 1893 in GASE, Geschichte der Juden in Hagen; Foto der zerstörten Synagoge 1938 in ZABEL, Mit Schimpf und Schande, darin auch Fotos von Willy Abt, Dr. Ferdinand David und Adolf Nassau. Porträt der Vorsitzenden des

jüd. Frauenvereins, der Ehefrau von Louis Rosenberg in: Israelitisches Familienblatt <20.1.1927>. Zeichnungen und Fotos der Synagoge, Faksimile des Schreibens von Sutro an den Bürgermeister von Hagen 1859, Fotos des Friedhofs in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 152–155.

4.3 AZJ <16.3.1894, 17.5.1901>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 3–46 <1829–1911/1913>. – CV-Zeitung <4.9.1924>. – HAMMER-SCHENK, Synagogen in Deutschland, Bd. 1, 187f. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1909> 71, <1911> 80, <1913> 91, <1924/25> 61. – Israelitisches Familienblatt <1903–1905, 1914, 1924, 1926–1928, 1934–1938>. – Der Schild <1925–1927, 1938>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 161f. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 52.

4.4 ASBECK Annemarie/WINKELSTRÖTER Jörg, Die nationalsozialistische Judenpolitik im Spiegel der Hagener Presse <O. O. 1986>. – BECKER Jochen/ZABEL Hermann (Hg.), Hagen unterm Hakenkreuz <Hagen 1995>. – BUSCH Reinhold, Das Schicksal jüdischer Familien aus Hagen. Dokumentation der Enteignung und Vertreibung von jüdischen Ärzten und Zahnärzten und der Ermordung ihrer Angehörigen (= Lebensbilder 5) <Berlin 2015>. – DAVID Henry P., Hagen und die Familie David. In: Heimatbuch Hagen und Mark <1991> 30–37. – DOBBELMANN Hanswalter, „Haben wir nicht alle einen Vater?“ Eine Ausstellung zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Hagen. In: Hagener Impuls 17 <1997> 5–9. – FREIESLEBEN Dietmar, Verbrechen in aller Öffentlichkeit. Die Pogromnacht in Hagen. In: Hagener Impuls 17 <1997> 1–4. – GASE Barbara, Geschichte der Juden in Hagen (= Hagener Hefte 14) <Hagen 1986>. – KLATT Marlene, Unbequeme Vergangenheit. Antisemitismus, Judenverfolgung und Wiedergutmachung in Westfalen 1925–1965 (= Forschungen zur Regionalgeschichte 61) <Paderborn u.a. 2009>. – DIES., „Arisierung“ und Rückerstattung in westfälischen Städten. Die Städte Hagen, Arnsberg und Niedermarsberg. In: PRINZ Michael (Hg.), Gesellschaftlicher Wandel im Jahrhundert der Politik. Nordwestdeutschland im internationalen Vergleich 1920–1960 (= Forschungen zur Regionalgeschichte 58) <Paderborn 2007> 359–384. – MERLÄNDER Simon, Bericht über die Entwicklung der Synagogen-Haupt-Gemeinde Hagen in den letzten 50 Jahren <Hagen 1898> [im StA Hagen]. – MÜLLER Günter, Der Eilper Friedhof als Spiegel der jüdischen Gemeinschaft in Hagen im 19. und 20. Jahrhundert. Diss. phil. <Ms. Paderborn 2016>. – SCHEMANN Fritz, Zur Geschichte der Juden in Hagen. In: MEYER, Aus Geschichte und Leben der Juden in Westfalen 19–36. – SCHLEDORN Jörg, Eine vergessene Geschichte. Die Hagener jüdische Schule im 19. Jahrhundert. In: Heimatbuch Hagen und Mark 33 <Hagen 1991> 74–83. – Gedenkbuch zum tragischen Schicksal unserer jüdischen Mitbürger. Erinnerung und Achtung, Anklage, Mahnung und Verpflichtung, hg. von der Stadt Hagen <Hagen 1961>. – ZABEL Hermann (Hg.), Adolf Nassau. Mann des Glaubens und der Gerechtigkeit. Ein Beitrag zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Hagen <Hagen 1989>. – DERS., Mit Schimpf und Schande aus der Stadt, die ihnen Heimat war <Hagen 1994>.

Ralf Blank und Stephanie Marra

HAGEN-Hohenlimburg

1.1 Stadt Hagen, Ortsteil Hohenlimburg

1.2 Bis 1808 Gft. Limburg; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHztm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1709 Stadtrechtsverleihung; 1879 Umbenennung der Stadt Limburg in Hohenlimburg; infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Stadt Hagen.

Zum 1856 eingerichteten Synagogenbezirk Limburg (ab 1879 Hohenlimburg) gehörten auch die Juden aus Elsey, Berchum, Hennen, Oestrich, Ergste, Reh und Letmathe, die teilweise eigenständige Untergemeinden bildeten.

2.1.1 Im März 1350 stellte Graf Dietrich IV. von Limburg einen Schutzbrief für die Juden Nathan, Lefmann und Vyvus sowie für deren Kinder aus. Der Landesherr in der Gft. Limburg und der zugehörenden ‚Krummen Grafschaft‘ bei Dortmund sicherte ihnen Geleit von und nach Dortmund sowie die Möglichkeit einer Wohnsitznahme in seinen Territorien zu. Graf Wilhelm I. von Limburg und sein Bruder Dietrich bestätigten 1403 eine Bürgerschaft des Ritters Pilgrim von der Leiten gegenüber dem Dortmunder Juden Vyens. Eine Ansiedlung von Juden in der Gft. Limburg während des Spätmittelalters belegen diese Quellen nicht. Abraham Hertzog nahm 1704 in der Gft. Limburg seinen Wohnsitz. 1710 zog Abraham Salomon aus Wattenscheid in die Freiheit Limburg; mit gräflicher Erlaubnis betrieb er Handel und Geldverleih sowie eine Schlachtereier. 1750 ließ sich der Jude Meyer Abraham in Limburg taufen und nahm den Namen Moritz Theodorus an, Taufpaten waren Graf Moritz Casimir I., seine Frau Amalie Elisabeth und die Schwester des Grafen Sophie Amalie, die damalige Äbtissin zu Elsey. Mit jährlich 34 Rtlr. und 26 Stübern leistete der in Limburg wohnende Löser Itzig 1753/54 den höchsten Beitrag der in der gesamten Grafschaft abgabepflichtigen 20 jüd. Familienvorstände, für die ein Schutzgeld von insgesamt 247 Rtlr. und 25 Stüber fällig war. Acht der 23 jüd. Familien der Gft. wohnten 1759 in der Freiheit Limburg einschließlich der zugehörenden Siedlungen Nahmer und Oege. 1765 waren zehn jüd. Haushaltsvorstände registriert: David Gottlieb, Jacob Weißel mit Sohn, Jacob Salomon, Moses Jacob, Amschel, Jacob Aaron, Gosmann, Meyer, Meyer Levi und Elias, zu diesen Familien gehörten 36 Personen. Als sich 1775 Samuel Marcus aus Hachenburg, der die Tochter des Samuel Levi geheiratet hatte, in Limburg niederlassen wollte, verweigerte der Graf die Erlaubnis mit der Begründung, er wolle die Zahl der Juden – in Limburg gab es zu der Zeit zwölf jüd. Haushaltsvorstände – „zum Wohle dero christlichen Unterthanen“ in der Gft. eher vermindern als vermehren. Versuche der Limburger Ortsverwaltung, die jüd. Einwohner an den Steuer- und Abgabepflichten der Bürgerschaft zu beteiligen, scheiterten am Widerstand der jüd. Gemeinde. Ihre Vertreter begründeten ihre Weigerung 1792 damit, dass sie keine bürgerlichen Rechte besäßen. Sie seien an den Bürgermeisterwahlen nicht beteiligt, „und überhaupt genießen wir wenige oder gar keine Vorteile, wie die eigentlichen Bürger zu Limburg“. Allerdings durften sie nach einer gräflichen Erlaubnis ab Ende des 18. Jh. Häuser erwerben. Im späten 18. und frühen 19. Jh. werden Juden aus Limburg als Glashändler und Hausierer u. a. in der Stadt Hagen und im Kreis Wetter erwähnt. Von 1797 bis 1801 stieg die Zahl der jüd. Familien in der Gft. von 37 auf 41, zu diesen gehörten auch die Familien Meyberg und Löwenstein in der Stadt Limburg.

Für das Kirchspiel Elsey erhielt Samuel Levi 1683 – noch vor dem ersten Zuzug in die spätere Freiheit Limburg – einen Geleitbrief des Grafen. Für Berchum bat 1772 Baruch Isaac die Limburger Kanzlei um ein Geleit, das die Einwohner des Ortes zwar unterstützten, die Kanzlei aber verweigerte, da sie gegen eine Vermehrung der Judentum war. 1780 erhielt er dennoch die Konzession für eine zweijährige Nieder-

lassung. Als die Beamten nach Ablauf der Frist versuchten, ihn aus der Gft. abzuschieben, versteckten die Einwohner von Berchum ihn und seine Familie. Weil „in all denen Jahren niemals die geringste Klage über ihn“ laut geworden war, erhielt Baruch Isaac 1784 das Geleit eines verarmten Juden, dafür musste er allerdings die noch ausstehenden und künftig anfallenden Tributgelder zahlen. 1792 wollte Salomon Joseph, Baruch Isaacs Sohn, das Geleit übernehmen. Er betonte in seinem Antrag, dass er keinen Handel treibe, sondern das Glaserhandwerk erlernt habe; sein Antrag wurde positiv beschieden.

2.1.2 Zwei Jahre vor Auflösung der Gft. Limburg, bei Regierungsantritt von Graf Emil Friedrich 1806, lebten 16 jüd. Familien in Limburg und in Nahmer; der Graf stellte neue Schutzbriefe für zwölf Jahren aus. 1807 fiel der jüd. Hausierer Levy Michel Cain aus Limburg in einem Waldstück bei Berchum einem Raubmord zum Opfer. 1809 lebten in der Freiheit Limburg sowie in den Wohnplätzen Nahmer und Oege 19 jüd. Familienvorstände: Witwe Levi (Nr. 96), Moses Hertz (Nr. 118), Jacob Weißel (Nr. 125), Meyer Spiro (Nr. 130), Feist Cahn (Nr. 130), Witwe Samuel Weißel (Nr. 130), Simon Gabriel (Nr. 138), Abraham Koppel (Nr. 143), David H. (Nr. 149), Meyer Moses (Nr. 154), Aaron Moses (Nr. 160), Salomon Moses (Nr. 174), Itzig Meyer (Nr. 183), Kosmann Isaac (Nr. 195), Simon Koppel (Nr. 199), Salomon (Nr. 201), Aaron Jacob (Nr. 203), Michel Cahn (Nr. 204) und Jacob Seligman (Nr. 217). Die höchsten Abgaben mit 54 Stübern zahlte Itzig Meyer, die niedrigsten mit 12 Stübern Simon Koppel. Von den 16 im Jahr 1821 in Limburg wohnhaften jüd. Familienvorständen (Löser Samuel, Simon Gabriel, Meyer Spiro, Meyer Levi, Salomon Moses, Isaac Levy, Samuel Aron, Abraham Meyer, Jacob Seligmann, Jacob Aron, Michel Cahn, Feist Cahn, Meyer Isaak, Abraham Koppel, Moses Herz und Jacob Weisel) arbeiteten drei als Trödler, einer als Pferdehändler und ein weiterer als Korbmacher, die übrigen waren Hausierer, Handelsmänner und Schlachter. 1832 sind Kahn und Isaac Feist jeweils mit einer Ellenwarenhandlung verzeichnet, Aaron David als Sattler und Kappenmacher, die Ehefrau von Aaron Jacob mit einer Metzgerei, Meyer Isaac ist mit einem Ross- und Viehhandel sowie als Metzger aufgeführt. Des Weiteren findet Abraham Lenzen als Böttcher und Holzhändler Erwähnung. 1834 erscheinen im Adressbuch zusätzlich Herz Moses und Gabriel Simon mit einer Ellenwarenhandlung, Abraham Koppel mit einer Spezereiwarenhandlung. 1846 waren in Limburg als Familienvorstände verzeichnet: die Handelsleute Gabriel Simon Auerbach, Löser Simon Auerbach, Simon Gabriel Auerbach, David Bondy, Moses Dessauer, Salomon Dessauer, Aron Samuel Elsbach, Moses Jacob Mansbacher, Feist Isaac Rosenberg, Simon Isaac Rosenberg, Löser Samuel Schwarzschild, Heimann Spiro, Isaac Meyer Stern, Löser Isaac Stern und Selig Isaac Stern, die Kaufmänner Jacob Herz Herzberg und Abraham Koppel, die Anstreicher Anschel Chan Chanstein, Daniel Moses Moosbach und Isaac Moses Moosbach, die Glaser Herz Moses Moosbach und Meyer Levi Sandhoff, der Drechsler Baruch Edelstein, der Gerber Levi Heymann, der Kappenmacher David Aron Mansbacher, der Schlachter Jacob Dessauer, der Metzger Abraham Meyer Meyberg, der Lehrer Isaac Ammant, der ehemalige Lehrer Emanuel Edelstein, der Schreiber Lazarus Edelstein, der Kommis Meyer Koppel, ferner ohne Berufsangabe Witwe Bernhardine Elsbach, Gottlieb David Grüneberg, Witwe Jette Grüneberg, Abraham Koppel, Aron Koppel, Moses Koppel und Joseph Isaac Sternal. Etwa die Hälfte von ihnen hat die genannten erblichen Familiennamen bereits zuvor geführt. Als Lehrling im Schneiderberuf versuchte sich Simon Jacob Ende der 1820er Jahre, er brach die Ausbildung jedoch ab. Koppel Dessauer und Isaak Edelstein aus Limburg erhielten Anfang der 1840er Jahre ihre Ausbildung am Haindorfschen Lehrerseminar und traten ihre ersten Stellen in Altena bzw. Ossendorf (bei Warburg) an; auch Josef Herz Mosbach begann seine Lehrerausbildung in diesem Zeitraum. 1848/49 gehörte der Kaufmann Jacob Herzberg (vormaliger Vorsteher der jüd. Gemeinde Limburg)

als Mitglied des ‚Demokratischen Vereins zu Limburg‘ zu den führenden regionalen Vertretern der Revolution.

Im Gegensatz zu den prosperierenden Nachbarstädten Hagen und Iserlohn partizipierte die jüd. Bevölkerung Limburgs anscheinend nur in einem geringen Umfang an der Mitte des 19. Jh. einsetzenden Industrialisierung und Urbanisierung. Der Limburger Amtmann berichtete 1856 dem Landrat in Iserlohn, in seinem Bezirk gebe es sehr viele arme und mittellose Juden, weil die frühere Landesherrschaft wegen der hohen Schutzgeldforderungen zahlreiche jüd. Familien ohne finanziellen Rückhalt aufgenommen habe. Seit der zweiten Hälfte des 19. Jh. finden sich als jüd. Gewerbetreibende in Hohenlimburg neben Metzgereien und Fleischfachgeschäften vor allem Textil- und Modehäuser, darunter das bekannte Modegeschäft der Gebr. Mosbach in der Freiheitsstraße. Isaak F. Rosenberg gründete 1859 eine Jutewaren- und Polierscheibenfabrik, Moritz Stern die Westfälische Spiralfedernfabrik. Der Fabrikant Julius Benjamin (gest. 1920) war Mitinhaber des Hohenlimburger Unternehmens Kraft & Co. Um 1900 erreichte die Mitgliederzahl der jüd. Gemeinde Hohenlimburg mit rund 150 ihren Höchststand, danach ging sie bis zum Ende der Weimarer Republik auf weniger als die Hälfte zurück; Grund dafür war insbesondere die Abwanderung in Großstädte. So waren die beiden am höchsten besteuerten Kaufleute, Nathan Levy und der Metzger Stern, bereits in den 1870er Jahren nach Hagen verzogen. In der zweiten Hälfte des 19. Jh. sind für Hohenlimburg u. a. die Familien Koppel, Levy, Löwenstein, Meyberg und Stern nachgewiesen. Die Malerin Luise Charlotte (genannt Ise) Hanf-Weinholt (geb. 1893 in Witten), Schülerin des 1910 bis 1918 in Hagen tätigen niederländischen Künstlers Johan (Jan) Thorn-Prikker, heiratete 1919 den Arzt Philipp Isaak Weinhold und zog zu ihm nach Limburg an der Lahn.

Das ‚Israelitische Familienblatt‘ berichtete 1901 über den „hier im Stillen wuchern den Antisemitismus“ und über die „großen Anfeindungen der Juden“. Dennoch erhielt, wie die Zeitung betonte, neben der ev. und der kath. auch die jüd. Gemeinde einen Anteil vom Erlös eines Wohltätigkeitsbasars, den der kath. Männergesangsverein ausgerichtet hatte. In den 1920er Jahren sind vermehrt antisemitische Aktivitäten zu verzeichnen, an denen auch Mitarbeiter der Stadtverwaltung beteiligt waren. 1931 warnte das ‚Israelitische Familienblatt‘ in der Rubrik „Wo Juden unerwünscht sind“ u. a. davor, im Hotel ‚Bentheimer Hof‘ in Hohenlimburg Quartier zu nehmen. Ein Jude aus Hohenlimburg nahm am Krieg von 1870/71 teil. Das EK II erhielt 1917 L. Schönebaum.

In Berchum lebten 1806 die drei jüd. Familienvorstände Salm Joseph, Baruch Isaak und Lazarus; 1809 bewohnte Baruch das Haus Nr. 31, Salmon Joseph das Haus Nr. 34. 1828 ist David Salomon, der einem Hagener Kaufmann Geld schuldete, für Berchum nachgewiesen. Aus dem Jahr 1842 hat sich das Testament des Lehrers und Handelsmanns Ansel Callmann aus Berchum erhalten. 1846 waren in Berchum Isaac Baruch, Abraham Samuel Friedhoff, Abraham Guthmann, Philipp Guthmann, Isaac Josephson, Lazarus David Lazaroni und Levi Neuwald als selbständig tätige Juden verzeichnet. Die genannten erblichen Familiennamen haben sie – mit Ausnahme von Abraham Samuel Friedhoff und Lazarus David Lazaroni – bereits zuvor geführt. Die Familie des Levi Neuwald zog 1849 nach Hagen.

2.1.3 Zu Beginn der NS-Zeit sind für Hohenlimburg als jüd. Gewerbetreibende erwähnt: der Fabrikbesitzer Dr. jur. Rudolf Benjamin, der Fabrikant Julius Dessauer, die Kaufleute Ferdinand Dessauer, Hugo Löwenstein, Louis und Wilhelm Mosbach, Josef und Moritz Rosenberg (Manufaktur-, Jute- und Textilwaren), Herta Mosbach, Ferdinand Rosenberg und Louis Schönebaum, die Metzger Albert Koppel, Jacob und Paul Löwenstein, Adolf und Paul Meyberg sowie Herz Vogelsang, ferner die Viehhändler Otto Löwenstein, Moritz Meyberg und die Händler Abraham Levy, Berta und Julius Stern. Jeweils eine Person wurde als Vertreter, Schneiderin, Kraftfahrer,

Schrotthändler, Althändler und Invalide bezeichnet. 1933 richtete sich die besondere Aufmerksamkeit der lokalen NS-Führung auf Dr. Rudolph Benjamin, Paul Koppel (Mitglied der SPD und des sozialdemokratischen ‚Reichsbanners‘), Hugo Löwenstein, Otto Löwenstein, Paul Löwenstein, Wilhelm Mosbach, Isaak Neugarten, Josef Rosenberg, Moritz Rosenberg und Julius Stern. Ihnen warf man vor, während der Weimarer Republik aktiv gegen die ‚Bewegung‘ der Nationalsozialisten in Erscheinung getreten zu sein. Von den „politisch nicht zuverlässigen“ Hohenlimburgern, bei denen 1933 Waffen konfisziert wurden, war nach Polizeiangaben angeblich etwa die Hälfte jüd. Glaubens. Vom Boykott am 1. April 1933 waren u. a. die Metzgerei Löwenstein sowie die Modengeschäfte Mosbach und Schönebaum betroffen. Der Rechtsanwalt und Unternehmer Dr. Rudolf Benjamin, der in den 1920er Jahren gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus gekämpft hatte, seit 1932 zudem Vorsitzender der Repräsentantenversammlung war, verlor sein Anwaltsbüro und war vielfältigen Schikanen ausgesetzt. Aus den Hohenlimburger Vereinen wurden jüd. Mitglieder ausgeschlossen, auch aus dem Kriegerverein, dem jüd. Einwohner seit dem 19. Jh. angehört hatten. Julius Stern, Paul Löwenstein, Wilhelm Mosbach und Albert Koppel wurden 1933 aus der Mitgliederliste des ‚Vereins für Orts- und Heimatgeschichte‘ gestrichen. Die Ende 1933 von Moritz Rosenberg geplante Gründung einer RjF-Ortsgruppe scheiterte. Da es zu wenige jüd. Frontkämpfer in Hohenlimburg gab, schlossen sich diese der Ortsgruppe Iserlohn-Hemer an.

Im Sommer 1935 kam es in der Stadt zu zahlreichen antisemitischen Aktionen. Im Rahmen einer ‚Propagandafahrt‘ verkündete die SA-Standarte 259 u. a.: „Die Juden sind unser Unglück“ und „Wer vom Juden frisst, stirbt daran!“. Im Sept. 1935 brachte die Ortsgruppe der NSDAP den ersten ‚Stürmer-Kasten‘ an einem öffentlichen Gebäude an. Im Bericht des Gauwirtschaftsberaters von Frühjahr 1938 heißt es, einige jüd. Firmen würden immer noch florieren, ausdrücklich genannt wurden die Eisenwalz- und Blechwerke in Hohenlimburg. Mitte 1938 hatten noch folgende Geschäfte jüd. Eigentümer: Erna Levy (Damenschneiderei), Paul Löwenstein (Metzgerei), Moritz Meyberg (Viehhändler) und das Manufaktur- und Modewarengeschäft Schönebaum, dessen Inhaber Hugo Löwenstein war. Die Westfälische Spiralfedernfabrik M. Stern (Inhaber: Julie Stern, Frau E. Cohn und Iwan Cohn) wurde zum 1. Dez. 1938 ‚arisiert‘. Die Ausschreitungen der Pogromnacht 1938 geschahen in Hohenlimburg bei Tageslicht. Nach einer aufputschenden Rede des Ortsgruppenleiters Wilhelm Boecker am Morgen des 10. Nov. 1938 auf dem zentral gelegenen Kronenburgplatz zog eine große Menschenmenge, bestehend aus Einwohnern, Parteimitgliedern, SA-Leuten und ‚freigestellten‘ Beschäftigten aus Betrieben und Verwaltungen, zerstörend und plündernd durch die Stadt. Anschließend wurden die ‚Beutestücke‘ vor dem Rathaus aufgestapelt. Von den Vorgängen waren fast alle von Juden bewohnten Häuser betroffen (Haus Koppel, Kaufhaus Schönebaum, Metzgerei Vogelsang, Wohnung Levy, Schrotthändler Meier Meyer, Viehhändler Moritz Meyberg und Haus Rosenberg sowie Synagoge und Schule), besonders schwer diejenigen der Familien Löwenstein und Meyberg und des Metzgers Koppel. Einige Männer – u. a. Albert Koppel, Hugo Löwenstein, Kurt Meyberg und Herz Heinz Vogelsang – wurden in ‚Schutzhaft‘ genommen und zunächst im örtlichen Polizeigefängnis, dann für mehrere Wochen im KZ Sachsenhausen inhaftiert. An dem 1938 bereits nicht mehr für religiöse Zwecke genutzten Synagogegebäude wurden dennoch Dach, Fenster und Türen zerstört, das dort untergebrachte Lager eines jüd. Geschäfts geplündert. Noch im Nov. 1938 musste die jüd. Gemeinde Gebäude und Grundstück zwangsweise verkaufen. Historisch wertvolle Stücke aus dem geplünderten jüd. Eigentum gelangten in das vom Heimatverein unter Führung des Ortsgruppenleiters betriebene Heimatmuseum; Teile davon konnten im Museumsbestand in den 1980er Jahren als Kultusgeräte identifiziert werden.

Seit 1939 wurden die in dem als ‚Judenhaus‘ dienenden Schulgebäude wohnenden Männer zwangsweise als Bauarbeiter eingesetzt. Opfer der Euthanasie wurde die 1884 in Hohenlimburg geborene Berta Stern, sie wurde 1940 von der Provinzialheilanstalt Warstein in die Heil- und Pflegeanstalt Wunstorf verlegt und eine Woche später in Brandenburg/Havel ermordet. Albert Koppel, dessen Metzgerei in der Lenneufferstraße im Nov. 1938 zerstört worden war, wurde 1941 von Nachbarn wegen ‚langjähriger Rassenschande‘ denunziert. Zeugenaussagen belegten 1949, dass die frei erfundenen Anschuldigungen in der Absicht erhoben wurden, Koppels Existenz zu vernichten. Vom Landgericht Hagen wurde Koppel im Febr. 1942 zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren verurteilt. Aus dem Zuchthaus wurde er deportiert und in Auschwitz umgebracht. Am 28. April 1942 erfolgte vom Vorplatz der Synagoge aus die Deportation von elf Hohenlimburger Juden ins Ghetto Zamość, darunter Mitglieder der Familien Löwenstein und Meyberg. Ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung fotografierte den unter Aufsicht der Gestapo ablaufenden Vorgang, die Bilder blieben erhalten. Auf der Ladefläche eines offenen Lastkraftwagens wurden die Juden unter den Blicken ihrer Nachbarn und der Bevölkerung zunächst zum Hauptbahnhof Hagen und von dort zum Bahnhof Dortmund-Süd gebracht, wo der Zug zur Deportation zusammengestellt wurde. Ende Juli 1942 wurden Abraham Levy, Herz Heinz und Paula Vogelsang ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Ebenfalls dorthin verbracht wurde im Jan. 1944 die in Hohenlimburg geborene Henriette Pieper geb. Stern. Sie gehörte einem Transport an, der 92 Einzelpersonen aus ganz Deutschland umfasste, eine Woche später starb sie im Ghetto. Das Eigentum der deportierten Juden wurde dem Heimatmuseum zur Verfügung gestellt oder versteigert.

Von Berchum aus wurde der 1936 dort geborene Hermann Frydland ins KZ Auschwitz deportiert. Im Stadtteil Elsey randalierte die SS aus Hagen am Morgen des 10. Nov. 1938 und belästigte Juden; es kam zu Zerstörungen an jüd. Wohnungen und Geschäften.

2.1.4 Die nach dem Zweiten Weltkrieg nach Hohenlimburg zurückgekehrten Juden schlossen sich der 1946 gebildeten jüd. Kultusgemeinde Hagen an. 1950 stellte diese als Rechtsnachfolgerin der vormaligen Synagogengemeinde Hohenlimburg einen Rückübertragungsantrag für die ehemalige Synagoge. 1952 einigte man sich auf eine Ausgleichszahlung, die es dem Käufer erlaubte, im Besitz des Gebäudes zu bleiben. Politische Parteien setzten sich seit den 1970er Jahren für die Nutzung als Gedenkstätte ein, die Stadt Hagen lehnte dies aber ab. 1980 wurde die ‚Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg‘ gegründet, 1982 erzwang der Regierungspräsident die Unterschutzstellung des Gebäudes. 1984 kaufte die Stadt das Bauwerk, in den folgenden Jahren erfolgte die Restaurierung. 1986 konnte die Gedenkstätte ‚Alte Synagoge Hohenlimburg‘ eröffnet werden, betreut von der Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit, der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und der Stadt Hagen. In den Jahren 1982, 1986, 1990 und 1991 organisierte die ‚Bürgeraktion‘ im Auftrag der Stadt Besuchsprogramme für ehemals in Hagen und Hohenlimburg lebende Juden und deren Nachkommen, die durch Spenden finanziert wurden. Seit 2008 nimmt Hohenlimburg an der Aktion ‚Stolpersteine‘ teil.

2.2.1 1775 lebten zwölf jüd. Haushaltsvorstände in Limburg, 1821 waren es 16. 1847 waren von rund 2000 Einwohnern der Gemeinde Limburg 127 Juden in 38 Familien, das waren mehr als sechs Prozent der Einwohner. 1843 lebten 115 Juden in Limburg, 1858 waren es 123. Im Jahr 1871 waren von 4540 Einwohnern 739 kath., 3645 ev., 144 jüd. Glaubens, zwölf gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1895 waren in Hohenlimburg von 7047 Einwohnern 1289 kath., 5548 ev., 156 jüd. Glaubens und 54 gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1925 waren von 15 490 [!] Einwohnern 3227 kath., 11 193 ev. Glaubens, 90 jüd. Glaubens und 269 bekenntnislos. 1932/33 lebten dort 70

Juden. In Berchum lebten 1806 drei jüd. Familien, 1843 waren dort noch 50 Juden verzeichnet, und 1858 nur noch sechs. 1871 waren von 548 Einwohnern 28 kath., 519 ev. und einer war jüd. Glaubens. In Elsey waren 1847 drei Juden ansässig, in Reh lebten 1839 fünf Juden.

Der vom Obervorsteher Hellwitz 1847 eingereichte Vorschlag zur Bildung von Synagogengemeinden sah eine Gemeinde Limburg vor, zu der lediglich Elsey, Letmathe und Reh gehören sollten. Zum 1856 eingerichteten Synagogenbezirk Limburg gehörten dann jedoch neben Limburg auch Berchum, Oestrich, Letmathe, Ergste, Elsey, Reh und Hennen. Zumindest Hennen und Oestrich (mit Letmathe) bildeten eigenständige Untergemeinden. Beim Erlass einer Gemeindeordnung 1890 wird auch Hohenlimburg selbst als Untergemeinde bezeichnet, die dortige Gemeinde konnte also keine Anordnungen für den ganzen Synagogenbezirk treffen. 1886 bemühten sich Ergste und Hennen, aus dem Synagogenverband Hohenlimburg auszuschneiden und Schwerte zugeordnet zu werden, die Synagogengemeinde Schwerte lehnte dieses jedoch ab. Nach der Auflösung des Amtsbezirks Hohenlimburg (1902) wurden auf Anordnung der Regierung in Arnsberg dann 1908 Ergste und Hennen aus dem Synagogenbezirk herausgelöst und bildeten die Synagogengemeinde Hennen, die sich dem Synagogenbezirk Schwerte anschloss. Zeitgleich sollten die Untergemeinden Limburg und Oestrich aufgehoben werden, zur Synagogengemeinde Hohenlimburg sollten die jüd. Einwohner der Stadtgemeinde Hohenlimburg und der Landgemeinden Letmathe (einschließlich Oestrich) und Berchum gehören. Die Letmather Juden erteilten ihre Zustimmung unter der Voraussetzung, dass die Gemeinde den jüd. Friedhof in Oestrich weiterführt. 1905 wird als einzige Untergemeinde von Hohenlimburg Letmathe (15 Juden) aufgeführt, ebenso 1924/25 (5 Juden) und 1932/33 (3 Juden). Zu Beginn des 20. Jh. war die jüd. Gemeinde Hohenlimburg Mitglied des DIGB und des ‚Preussischen Landesverbands jüdischer Gemeinden‘. Nach 1945 gehörten die in Hohenlimburg wohnenden Juden zur jüd. Kultusgemeinde Hagen.

Die Gemeinde Hohenlimburg war im 19. Jh. religiös liberal eingestellt, Mitte der 1840er Jahre wurde bereits gepredigt. Die ‚Synagogen-Ordnung für die Synagogen-Untergemeinde Hohenlimburg‘ von 1890 regelte u. a. die „Aufrechterhaltung der Ordnung in der Synagoge“, das laute Mitbeten wurde untersagt. In der 1870 eingeweihten Synagoge war eine Orgel vorhanden. Im 20. Jh. öffneten jüd. Geschäftsleute ihr Geschäft auch am Samstag, manche feierten Weihnachten.

Zwischen 1833 und 1839 hatte die Gemeinde jährlich jeweils 646 Tlr. Einnahmen und 444 Tlr. Ausgaben. Die Etats der Untergemeinden bildeten eigene Abteilungen im Etat der Hauptgemeinde. 1856 zahlten die 21 in Limburg wohnenden Familien an die Gemeinde 353 Tlr. Abgaben und Steuern. Für 1907 ist ein Gemeindeetat im Umfang von 2000 RM belegt, für 1930 von 1650 RM; 1932/33 gab es 25 Steuerzahler.

2.2.2 Im 18. Jh. wurden angemietete Räumlichkeiten als Betraum genutzt. 1782 kaufte der Limburger Jacob Weisel für 260 Rtlr. ein Fachwerkhaus im Wessalbachtal (später Eggestr.) unterhalb des Schlosses, das zur Synagoge umgebaut und auch als Schule genutzt wurde. David Gottlieb, Meier Isaak und Coppel Moses hatten dafür im Auftrag der Judenschaft die landesherrliche Erlaubnis eingeholt. Graf Moritz Casimir II. von Bentheim-Tecklenburg erteilte 1782 seine Genehmigung gegen eine jährliche Zahlung von zwei Goldgulden. Grundstück und Synagoge (Judentempel) wurden im Urkataster von 1821 als Besitz der Judenschaft eingetragen. Der Limburger Amtmann Wilhelm Pannewitz stellte 1856 den baulich schlechten Zustand der Synagoge fest. Da sie auf einem Hügel direkt an der steil ansteigenden Felswand lag, hielt er diese Lage zunächst nicht für geeignet, „hier einen Neubau zu gottesdienstlichen Zwecken zu errichten“. Ab 1865 bereitete unter seiner Mitwirkung eine Kommission der Synagogengemeinde den Neubau einer Synagoge vor, der Beschluss erfolgte 1868, das vorhandene Grundstück sollte nun doch verwendet werden. Zur Finanzierung

musste die Synagogengemeinde bei der Sparkasse Limburg einen Kredit in Höhe von 1300 Tlr. aufnehmen. Mit 1000 Tlr. beteiligten sich die christl. Kirchengemeinden in Limburg und Elsey an der Finanzierung, 600 Tlr. kamen von den Mitgliedern der Synagogengemeinde, weitere Mittel wurden unter den jüd. Gemeinden im Landkreis Iserlohn gesammelt. Die Einweihungsfeier der 1870 fertiggestellten Synagoge (Eggestr. 6, später Jahnstr. 46) wurde wegen des Deutsch-Französischen Krieges abgesagt. Die hohen Verdienste des Limburger Amtmanns für den Neubau würdigte die Synagogengemeinde, indem sie ihm 1875 an seinem 70. Geburtstag einen Silberpokal mit Widmung überreichte. Am Vormittag des 10. Nov. 1938 beobachtete eine große Menschenmenge, wie man versuchte, den Davidstern vom Dach der Synagoge herunterzureißen. Im Inneren der schon seit längerer Zeit nicht mehr für Gottesdienste genutzten Synagoge lagerten Matratzen und Kleidungsstücke eines jüd. Konfektionsgeschäftes, die geplündert wurden, die Fenster wurden eingeschlagen. Im Dez. 1938 musste die jüd. Gemeinde – Hugo Löwenstein, Ferdinand Rosenberg und Moritz Neuburg unterschrieben in ihrem Namen – ihren gesamten Immobilienbesitz für 16 300 RM verkaufen.

Die Juden in Berchum hatten 1843 einen eigenen Betraum angemietet, Lage und Nutzungsdauer sind nicht bekannt. Ab 1870 werden sie die Synagoge Hohenlimburg genutzt haben.

2.2.3 Die Anzahl der jüd. Schulkinder in Limburg lag 1812 bei 21, für 1817 ist Emanuel Edelstein als Lehrer nachgewiesen. 1824 erteilte der Limburger Bürgermeister Lehrer David Bondy die Erlaubnis zur Erteilung des Religionsunterrichts. Bondy war durch Landrabbiner Abraham Sutro geprüft worden, zudem besaß er die Bürgerschaft seines Vaters Samuel, der in Limburg ebenfalls als Lehrer tätig gewesen war. 1843 waren in Limburg 28 jüd. Kinder schulpflichtig, 15 waren es in Berchum. 1846 wird Isaac Ammant als Lehrer und Emanuel Edelstein als ehemaliger Lehrer genannt. 1849 erhielt der nunmehr als Vorsteher der Limburger Gemeinde tätige David Bondy von Sutro nochmals die Bestätigung, dass er die Befähigung habe, die Funktionen eines Gelehrten für den Schulunterricht und im Gottesdienst auszuüben. Bondy war mit Unterbrechungen bis 1859 als Lehrer an der jüd. Schule tätig. Die folgenden Lehrer waren oft nur kurzzeitig tätig: Wolf (1858), Silberberg (1861), Leser (1863/64), Berger (1867–1869), Israel Stern (1872/73) und Spieldoch (1874/75). Als in der ersten Jahreshälfte 1875 ein Lehrer und Kantor fehlte, wurde Ickeberg aus Neheim verpflichtet. 1876 stellte die Gemeinde Gerson D. Pels für drei Jahre als Lehrer und Kantor ein. Als Kultusbeamter bezog er ein festes Jahresgehalt von 1050 RM, weitere 150 RM erhielt er für seine Lehrtätigkeit. Obwohl Gemeindemitglieder Pels als tüchtigen Lehrer und Kantor lobten, kündigte ihm der Gemeindevorstand Samuel Feidelberg vorzeitig, da es offenbar Differenzen über die Abhaltung des Gottesdienstes in hebr. oder deutscher Sprache gab. Der Lehrer akzeptierte die Kündigung jedoch nicht und beschuldigte Feidelberg im Gegenzug der Unterschlagung. Erst durch das Eingreifen von Amtmann und Landrat konnte der Streit beigelegt werden. Zwischen 1881 und 1883 waren Jonas Meyer und Samuel Steinhäuser als Lehrer tätig. Mit dem erst 20-jährigen, in Wolfhagen bei Kassel geborenen Simon Kann wurde 1883 ein Lehrer und Kantor gewählt, der diese Ämter fünf Jahrzehnte bis zu seinem Tod 1933 ausübte. Auf seinem Grabstein wird er als „treuer Hirte seiner Gemeinde“ bezeichnet.

1817 erwarb die jüd. Gemeinde von dem Fabrikanten Boecker ein Grundstück in der Nähe der Synagoge, auf dem ein vorhandenes Gebäude als Schule eingerichtet wurde; bis dahin hatten sich die Unterrichtsräume in der Synagoge befunden. 1856 forderte der Amtmann, eine größere Schule bereitzustellen. Bis 1907 fand der Unterricht erneut im Synagogengebäude statt, obwohl der Bau eines separaten Schulgebäudes bereits 1874 beschlossen worden war. 1906 stellte der Gemeindevorsitzende F. Dessauer den Antrag zum Bau eines Schulgebäudes neben der Synagoge, das auch eine Lehrerwohnung enthalten sollte; bis 1907 wurde der Bau ausgeführt. Die jüd.

Gemeinde veranschlagte dafür 15 000 Mark. Das Schulzimmer sollte 44 m² groß sein und Bänke für 20 Kinder haben. Im Keller waren Waschküche, zwei Wirtschafts- und ein Kohlenkeller vorgesehen.

Die Anzahl der Schulkinder lag im 19. Jh. durchschnittlich bei 25 Personen. 1905 besuchten elf Kinder die private jüd. Volksschule, 1907 waren es 20. Die Kinder aus Ergste, Hennen, Letmathe und Oestrich kamen zum Unterricht nach Hohenlimburg. 1924/25 besuchten in Limburg zwölf Kinder den Unterricht an der ‚Volks-Religions-schule‘, sechs den Religionsunterricht an höheren Schulen. 1932 erhielten noch acht Kinder Religionsunterricht, so dass der Betrieb der Schule nach dem Tod des Lehrers Simon Kann im Mai 1933 eingestellt wurde. Das Schulgebäude wurde umgebaut und zu Wohnzwecken genutzt. 1938 besuchten sechs Schüler aus Hohenlimburg die jüd. Schule in Hagen.

2.2.4 Die jüd. Gemeinde Limburg förderte die Marks-Haindorf-Stiftung. 1909 wird erstmals eine ‚Kasse für Wanderbettelei‘ erwähnt. 1898 konstituierte sich der ‚Frauen- und Jungfrauenverein der israelitischen Gemeinde Hohenlimburg‘. Die Statuten unterzeichneten die Ehefrauen von Ferdinand Dessauer, Jacob Löwenstein und Julius Benjamin, die bis in die 1920er Jahre den Vorstand bildeten. 1932 hatte der Israelitische Frauenverein 20 Mitglieder, Vorsitzende war Wilhelmine Benjamin. 1909 bis 1913 wird ein ‚Israelitischer Männerverein‘ aufgeführt, dem M. Rosenberg vorstand; 1924/25 wird er nicht mehr erwähnt.

2.3.1 Als Vorsteher der Judenschaft in der Gft. Limburg werden 1776 Joseph Meier und 1782 Meier Isaak erwähnt. Auf einem Schreiben des Vorstehers Aaron Jacob von 1812 befindet sich ein Siegelabdruck, bei dem es sich wahrscheinlich um das Petschaftssiegel der jüd. Gemeinde Limburg handelt. Es zeigt ein schraffiertes Schild mit einem Anker, dessen Oberteil von zwei Löwen gefasst und von Roncaille-Ornamenten umrahmt wird. Im oberen Siegelteil sind Fragmente hebr. Zeichen vorhanden. Das Motiv des Ankers ist 1824 auch im Geschäftssiegel des Kaufmanns Isaak Abraham aus Hagen belegt. Als Vorsteher der jüd. Gemeinde Limburg ist ab 1821 Abraham Koppel genannt, der 1840 nach 20-jähriger Tätigkeit von David Bondy abgelöst wurde. Zwischen 1844 und 1846 war der Kaufmann Jacob Herz (Herzberg) mit dem Amt des Vorstehers in Limburg betraut, anschließend nahm es für vier Jahre wieder David Bondy wahr. 1850 wurde Jacob Dessauer zum Vorsteher gewählt. Bei der Konstituierung der Synagogen-Hauptgemeinde Limburg 1856 bestand der Vorstand aus Nathan Levy und Baruch Edelstein aus Limburg, Moses Reifenberg aus Hennen sowie Moses Hirschfeld aus Oestrich. Bis 1882 war der Kaufmann Samuel Feidelberg Vorsteher, von 1882 bis 1889 Meyer Stern. Zwischen 1907 und 1934 übte Ferdinand Dessauer das Amt aus, bis zu seiner Flucht nach Belgien 1935 Moritz Rosenberg. Im Dez. 1935 waren Hugo Löwenstein, Moritz Meyberg und Ferdinand Rosenberg Vorstandsmitglieder. Zu den Repräsentanten zählten 1924/25 aus Hohenlimburg Dr. Rudolf Benjamin, Hugo Löwenstein, W. Mosbach, Albert Levy, L. Silberberg, Josef Rosenberg und D. Benjamin, ferner aus Letmathe Julius Meyberg und Julius Koppel. Ein Mohel wurde bei Bedarf aus Hagen angefordert.

Für die Juden in Berchum fungierte Levi Neuwald als Vorsteher, 1846 war er bereits verstorben. Seine Familie zog 1849 nach Hagen.

2.3.3 Juden engagierten sich in Krieger- und Gesangsvereinen ebenso wie im ‚Verein für Orts- und Heimatkunde‘, dem einige von ihnen seit der Gründung im Jahr 1920 angehörten und aus dem sie 1933 ausgeschlossen wurden. Der Unternehmer Isaak F. Rosenberg war langjähriges Mitglied in der 1826 gegründeten Hohenlimburger Honoratiorenvereinigung ‚Gesellschaft Erholung‘, später wurde er zum Ehrenmitglied gewählt. Als Mitglied des ‚Demokratischen Vereins‘ gehörte der Kaufmann und zeitweilige Gemeindevorsteher Jacob Herzberg zu den führenden Vertretern der Revo-

lution 1848/49 in der Region. Nach Ausbruch des Iserlohner Aufstands 1849 wurde er in den Sicherheitsausschuss für Limburg berufen, nach der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstands durch preuß. Militär wurde Herzberg zeitweilig inhaftiert. Wilhelm Mosbach (gest. 1936), Inhaber eines Modegeschäfts in Hohenlimburg, wurde 1924 als langjähriges Mitglied und Ortsvorstand der SPD in die Stadtverordneten-Versammlung gewählt. 1933 musste er sein Mandat sowie die Mitarbeit in zahlreichen öffentlichen Ausschüssen und Vorständen, etwa im Vorstand des ‚Hohenlimburger Bauvereins‘, niederlegen. Paul Koppel gehörte der SPD und dem sozialdemokratischen ‚Reichsbanner‘ an.

3.1 Das seit 1782 für Gottesdienste genutzte Fachwerkhaus im Wesselbachtal unterhalb des Schlosses lag auf einem Hügel direkt an einer steil ansteigenden Felswand. Bei dem quadratischen Gebäude (6,5 mal 6,5 Meter) handelte es sich um einen Fachwerkbau mit Sockelmauerung und Ziegeldach. Im Erdgeschoss waren in Reihen Sitzbänke aufgestellt, der Innenraum besaß eine gewölbte Zwischendecke und eine hölzerne Frauenempore. Von 1868 bis 1870 entstand auf dem Grundstück eine neue Synagoge, zu deren Errichtung offenbar Teile des alten Gebäudes genutzt wurden. Der Entwurf stammte von dem Baumeister D. Liesenhoff aus Oestrich, der auch die 1844 in Oestrich eingeweihte Synagoge entworfen hatte, die Bauausführung übernahm der Maurermeister Wilhelm Knapp aus Limburg. Die auf einem Hügel gelegene, in ihrer äußeren Bausubstanz bis heute erhaltene Synagoge im Rundbogenstil hat eine Grundfläche von 117 m². Auf der Ostseite befindet sich eine Apsis mit einer fünfseitigen Thoranische und einem Fenster mit Davidstern. Das umlaufende Gesims ist mit einem Rundbogen-Zahnfries versehen. Auf dem Dach der Synagoge war ein metallener Davidstern angebracht. In einer Höhe von 1,20 Metern war der Innenraum mit dunkelbrauner Ölfarbe, die übrigen Wand- und Deckenflächen waren rosa gestrichen. Im Betsaal befanden sich Sitzplätze für 124 Männer, auf der Empore für 42 Frauen; Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 146f. Die Synagoge wurde am 10. Nov. 1938 demoliert, am 16. Dez. 1938 musste sie verkauft werden. Der neue Besitzer errichtete darin eine Fabrik, in die Thoranische wurden Sanitäranlagen eingebaut. 1952 leistete der Eigentümer eine Ausgleichszahlung an die jüd. Gemeinde Hagen. 1975 brannte das Innere des noch immer als Fabrik und Lager genutzten Gebäudes aus. Durch das Engagement der 1980 gegründeten ‚Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg‘, des Landeskonservators und der Stadt Hagen gelang der Erhalt des Gebäudes; 1982 wurde es unter Denkmalschutz gestellt, 1984 in städtischen Besitz überführt, seit 1986 dient das Gebäude als Gedenkstätte. In der ehemaligen Thoranische ist seit 1986 ein Gedenkstein für die während der NS-Zeit vernichtete jüd. Gemeinde Hohenlimburg angebracht.

1908 wurde ein zweigeschossiges Schulhaus in direkter Nachbarschaft zur Synagoge errichtet. 1919 wurden der Vorplatz und der Eingangsbereich von Schul- und Synagogengebäude umgestaltet, es entstand ein gemeinsamer Aufgang. Die schmiedeeisernen Geländer an der Straßenseite und das Eingangstor erhielten eingearbeitete Davidsterne, die 1938 herausgebrochen wurden. Das Schulgebäude diente ab 1933 als Wohnhaus. Im Herbst 1939 erklärte die Stadtverwaltung das Schulgebäude zum ‚Judenhaus‘ und quartierte alle in Hohenlimburg verbliebenen Juden dort ein. Das in seiner äußeren Bausubstanz erhaltene Gebäude wird heute als Wohnhaus genutzt.

3.2 Seit 1782 ist jüd. Haus- und Grundstückseigentum in Limburg nachzuweisen. Das Urkataster der Gemeinde Limburg von 1821 verzeichnet zwei Wohngebäude im Eigentum des Trödlers Samuel Aaron sowie je ein Wohnhaus im Eigentum von Jacob Aaron, Michel Cain und Feist Cain, Simon Gabriel, Abraham Koppel, Abraham Lenzen, Abraham Meyer und Isaac Meyer.

3.3 Im Urkataster von 1821 ist ein rund 2300 m² großer ‚Kirchhof der Judenschaft zu Limburg‘ an der Heidestraße am Hang des Mühlenbergs in der bis 1902 selbständigen Gemeinde Elsey (heute Teil des Hagener Stadtteils Hohenlimburg) verzeichnet, vermutlich wurde er schon im 18. Jh. genutzt. Der Friedhof wurde 1903 geschlossen, um 1930 waren dort noch Grabsteine zu finden. Das Gelände wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jh. u.a. als Sportplatz genutzt, bei Bauarbeiten aufgefundene Grabsteine wurden auf den neuen Begräbnisplatz umgesetzt. Ein Nachbargrundstück mit einer Größe von 1166 m², das sich bereits 1860 im Besitz der jüd. Gemeinde befand, wird 1885 in der Grundsteuermutterrolle der Gemeinde Elsey als neuer Begräbnisplatz der jüd. Gemeinde Hohenlimburg ausgewiesen. Zwischen 1887 und 1938 erfolgten dort insgesamt 95 Bestattungen, die letzte im Dez. 1938. Das Grundstück wurde 1941 zu Gunsten der Stadt Hohenlimburg enteignet. 1952 wurde die JTC als neue Eigentümerin eingetragen, später der Landesverband der jüd. Gemeinden von Westfalen-Lippe. Ein auf der Mittelachse angelegter Treppenweg erschließt den nach Südosten ausgerichteten Gräberkomplex. 62 Grabsteine sind dort zu finden, von denen zwölf vom alten Friedhof stammen. Ein Grabstein weist auf den Soldatentod von Sally Rosenberg und Louis Schönebaum im Ersten Weltkrieg hin. Ein Gedenkstein erinnert an vier Angehörige der Familie Meyer, die in Vernichtungslagern ermordet wurden. Auf den unteren und oberen Teilen des Friedhofs sind Grabstellen von mindestens 60 sowjetischen Kriegsgefangenen sowie ost- und südosteuropäischen Zwangsarbeitern zu finden, die zwischen 1941 und 1945 in Hohenlimburg zu Tode kamen; drei 1945 errichtete Gedenksteine erinnern an sie. In den 1980er Jahren, als sich die ‚Bürgeraktion‘ für den Erhalt der Synagoge einsetzte, wurde der Friedhof zweimal geschändet. 1995 wurde er in die Denkmalliste der Stadt Hagen aufgenommen.

Auch für Berchum ist ein jüd. Friedhof belegt, auf dem zwischen 1822 und 1847 Beerdigungen stattfanden.

4.1 Archiv des Märkischen Kreises, Altena, Landratsamt Iserlohn. – BundesA Koblenz, Z 42-V/240, Bl. 55f. (Zeugenaussagen zum Novemberpogrom 1938). – CJA Berlin, 1.75 (Hohenlimburg). – Fürstliches Archiv Rheda, Bestand Limburg, Akten J 1–75. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), Bestand P: Kirchhofs-Register der Israelitischen Gemeinde Hohenlimburg. – LAV NRW Abt. W (Münster), Reg. Arnsberg II B 107, II H 4325, II H 4326. – StadtA Hagen (Historisches Centrum Hagen), Bestand Hohenlimburg, Kästen 37–38, Akten 236–244, Bestand Ante, Sig. 41 u. 22.

4.2 Im StadtA Hagen befinden sich Fotos der Deportation aus Hohenlimburg 1942, im Bestand Hohenlimburg eine 1856 erstellte Grundriss- und Einrichtungszeichnung der Synagoge und vom Schulgebäude 1907. Das Stadtmuseum Hagen (Historisches Centrum Hagen) verwahrt im Bestand des früheren Heimatmuseums Hohenlimburg u.a. einen Thora-Zeiger aus Holz und Elfenbein, einen bronzenen Sabbatleuchter, mehrere Teller und Besamindosen sowie einen Ofen aus Privatbesitz. Entwurfzeichnungen der Synagoge von 1870 und des Schulgebäudes von 1907/08 in BÖNING Adalbert/ZABEL Hermann, Gedenkschrift zu Ehren der ehemaligen jüdischen Mitbürger Hohenlimburgs <Hagen 1988> 102–103, 106–110. Fotografien von Wohn- und Geschäftshäusern in ZABEL (Hg.), Hohenlimburg unterm Hakenkreuz 368, 376. Fotos und Zeichnungen der Synagoge, des Schulhauses und des jüd. Friedhofs in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 156–158.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 3–17/18 <1829–1848>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1909> 71, <1911> 81, <1913> 91, <1924/25> 61f. – Israelitisches Familienblatt <1901, 1906, 1907, 1917, 1920, 1930, 1931, 1933, 1935>. – SCHLESINGER, Jüdische Gemeindeverwaltung <1932/33> 163. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53.

4.4 BLANK Ralf, Hohenlimburg. In: PIORR (Hg.), Ohne Rückkehr 177–180. – BÖNING Adalbert/BÖNING Matthias, Der jüdische Friedhof in Hohenlimburg <Hagen 1986>. – BURKARDT Karl, Eine Judentaufe in Limburg und ihr geistesgeschichtlicher Hintergrund. In: Hohenlimburger Heimatblätter 19 <1958> 72–74. – ESSER Hermann, Die Limburger Juden. In: Hohenlimburger Heimatblätter 4 <1930> 161–176. – HARTMANN Elmar, Kirchen und Synagoge in Hohenlimburg <Hagen 1990> 29–35. – HONSELMANN Wilhelm, Die jüdischen Einwohner der Grafschaft Limburg in den Jahren 1807, 1808 u. 1809. In: Hohenlimburger Heimatblätter 29 <1968> 179–180. – DERS., Die Juden der Grafschaft Limburg 1775/1776. In: Hohenlimburger Heimatblätter 24 <1963> 127f. – Die nationalsozialistische Judenpolitik im Spiegel der Hagerer Presse, hg. von der Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg <Hagen 1986>. – ZABEL Hermann, Zerstört in alle Welt. Zur Geschichte und Nachgeschichte einer jüdischen Kleinstadtgemeinde <Hagen 1988>. – DERS. (Hg.), Hohenlimburg unterm Hakenkreuz. Beiträge zur Geschichte einer Kleinstadt im Dritten Reich (= Beiträge zur Förderung des christlich-jüdischen Dialogs 17) <Hagen 1998> 345–381.

Ralf Blank und Stephanie Marra

HALLENBERG

1.1 Stadt Hallenberg, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Als Siedlungszelle der 1248–53 gegründeten Stadt Hallenberg gilt die Wüstung Merklinghausen; 1338 Bestätigung der Stadtrechte.

Hallenberg war Teil des 1854/56 gebildeten Synagogenbezirks Brilon, bildete informell aber weiter eine eigene Gemeinde.

2.1.1 Juden sind in Hallenberg bereits im 16. Jh. belegt: 1563 werden Isaak und Oscher/Oschr erwähnt. Isaak wurde 1566/68 vorgeworfen, Tuch und Geld gestohlen zu haben; er wurde in das Hallenberger Gefängnis gesperrt, aus dem er aber fliehen konnte. 1572 ist ein weiterer Hallenberger Jude ohne Namensnennung erwähnt. Die für Hallenberg belegten Juden gehören zu den ersten, die sich im Zuge der Neuansiedlung im 16. Jh. im Hztm. Westfalen – zumindest zeitweise – niederließen. Weitere Belege finden sich erst Jahrzehnte später. Um 1650 wurde ein Jude in Hallenberg bestattet, dessen Name nicht genannt wird. Seit 1653 lebte der namentlich ebenfalls nicht bekannte Vater von Jakob Herz (Jäkel) in Hallenberg. Jakob Herz kann als Stammvater der meisten Hallenberger jüd. Familien (Halle, Bachenheimer, Steinberg, Steßmann) gelten, vermutlich war er ein Enkel des 1650 im Ort bestatteten Juden. 1667 wird Abraham erwähnt, der mit Pottasche handelte, um diese Zeit trat auch Vitus (Veidel) in Erscheinung. 1672 zahlte Jakob Herz für seinen Schutzbrief 28 Rtlr., Veidel 19 Reichstaler. Dafür wurden die Behörden und Eingesessenen verpflichtet – wie es noch 1729 im Geleitbrief von Seligmann Mannes, dem Enkel von Jakob Herz, heißt – den Vergeleiteten „und Brotgenossen allda nicht allein ungehindert verbleiben ... und aufrichtigen Handel und Gewerbe treiben zu lassen, sondern auch dieselben gegen alle ihnen etwa zustoßende ungesetzliche Gewalt bestens zu schützen“. 1707 begrenzte

der Kurfürst die Zahl der jüd. Familien im Hztm. Westfalen auf den Stand von 1700. Dies führte zur Ausweisung der Familie des Pferdehändlers David Daniel, der erst 1703 einen Geleitbrief für Hallenberg erhalten hatte. Gegen seine Ausweisung, die der Magistrat gewaltsam durchführen ließ, protestierte David Daniel vergeblich bei der Bonner Hofkammer und dem Reichskammergericht in Wetzlar. 1732 forderte der Magistrat auf Anweisung des erzbischöflichen Visitators Grönenberg die vergeleiteten Juden Leiser und Mannes Jakob, die Söhne von Jakob Herz, unter Zwangsandrohung auf, ihre schon seit Jahrzehnten bewohnten Häuser zu räumen und sich „auf sonstige Straßen, wohe sie unseren processionibus nicht ärgerlich seyn mögen, häuslich nieder zu lassen“. Die Betroffenen intervenierten erfolgreich bei der Bonner Hofkammer. Bis zum Ende des Alten Reiches waren stets zwei bis vier jüd. Familien in Hallenberg ansässig.

Die wirtschaftliche Betätigung der Hallenberger Juden im 18. Jh. konzentrierte sich auf Pfandleihe, Wein- und Branntweinausschank, Metzgerei sowie den Handel mit Vieh, Häuten, Kramwaren, Textilien, Kleineisen, Kurzwaren, Seilwerk, Pottasche, Getreide, Öl und Importwaren (z. B. Holländischer Käse, Heringe, Kaffee, Gewürze). Handelsreisen führten sie in umliegende westfälische und hessische Ortschaften, aber auch nach Friesland und Frankfurt am Main. Im heutigen Ortsteil Liesen betrieb der Jude Jackel (wohl Jakob Herz) 1715 einen Kalzinierofen. 1738 standen jüd. Handelsknechte in Lohn und Brot.

Die örtlichen Führungseliten (Bürgermeister, Rat, Zunftmeister, Geistliche) strengten zahlreiche Verfahren gegen Juden an, zwischen 1704 und 1753 mindestens zwanzig. Dabei ging es hauptsächlich um wirtschafts- und aufenthaltsrechtliche Fragen. So beschwerte sich 1709 die Stadt Hallenberg auf dem Provinziallandtag zu Arnsberg u. a. über den Detailhandel der Juden, den Verkauf in kleinen Mengen. Diese Handelsform war nach der Judenordnung von 1686 verboten gewesen, nach derjenigen von 1700 jedoch nicht mehr. Die Stände setzten 1723 in einer gemeinsamen Resolution ein Detailhandelsverbot für solche Orte durch, in denen privilegierte Kaufämter bestanden. Weitere Konflikte, so 1716/17 und 1737, betrafen die Arbeit von Juden an Sonntagen, den Immobilienerwerb (1737), den Handel mit offenen Läden (1709) oder den Verkauf von Tuch, Leder, Seilen und Kleineisen (1737). 1770 ging es bei einer Auseinandersetzung zwischen Abraham Herz und der Stadt Hallenberg um die Beschlagnahme von Feldfrüchten. In der zweiten Hälfte des 18. Jh. trugen verschiedene Faktoren (u. a. Kriegslasten, Abgabendruck, Konkurrenz aus den wirtschaftlichen Zentren, Begrenztheit des regionalen Marktes) zur wirtschaftlichen Schwächung der Hallenberger Juden bei: So fand sich hinter den Namen Abraham Herz und Jakob Leiser 1778 jeweils der Vermerk „armer Jud“. Im selben Jahr übernahm Bonum (Bonfort) Herz, der von Medebach zuzog, das Geleit von seinem Onkel Jakob Leiser. Feidel Abraham erhielt 1798 einen Geleitbrief. Konversionen lassen sich zwischen 1745 und 1790 nachweisen, drei jüd. Männer und zwei Frauen ließen sich kath. taufen.

2.1.2 Auch unter hessischer Herrschaft (1802–1816) blieben die Geleitbriefe Grundlage der Aufenthaltsgenehmigung; Abraham Herz (ein Urenkel von Jakob Herz) sowie dessen Schwiegersohn Bär drohte deshalb als unvergeleiteten Juden 1803/04 die Ausweisung. Nach einer Verordnung von 1808 mussten feste Familiennamen angenommen werden. Die Familie von Bonum Herz führte fortan den Namen ‚Halle‘, der wohl aus dem Ortsnamen entlehnt war. Auch in preuß. Zeit (ab 1816) blieb die kurkölnische Judenordnung von 1700 zunächst in Kraft, noch 1829 wurde Schutzgeld von Emanuel Steinberg, Feidel (Abraham) Steinberg und der Witwe Halle eingetrieben. 1824 widersprach der Magistrat dem Niederlassungsgesuch des Knechtes Herz Emanuel Steinberg aus Udorf mit dem Hinweis auf die Zwei-Familien-Begrenzung von 1707. Die Arnsberger Bezirksregierung setzte jedoch durch, dass dem Antragsteller als preuß.

Untertan die „Möglichkeit häuslicher Niederlassung und eigenen Gewerbebetriebes“ nicht versagt werden könne. Johanna Hony sah sich noch 1876 gezwungen, ihr Recht des Brennholzbezugs aus den städtischen Waldungen („Feuerrecht“) einzuklagen, das ihr mit dem Hinweis auf den vermeintlich fehlenden Bürgerstatus verweigert worden war. Aber auch Juden versuchten, die Beschränkungen in ihrem Sinne zu nutzen und die Anzahl der Konkurrenten einzuschränken. So beantragte Bonum Herz 1806, die unvergeleitete „Jüdin Bär“ ausweisen zu lassen, die „einen ausgebreiteten Handel“ treibe und ihm als Schutzjuden damit „den größten Schaden“ zufüge. 1820 ging er gegen die Handelsfrau und Witwe Herz Rosenbaum vor.

1846 waren in Hallenberg Helena Halle, Isaac Hony, Herz Emmanuel Steinberg sowie die Kinder des verstorbenen Feidel Abraham (Sara, Abraham, Israel und Jetta Steinberg) als selbständige Juden verzeichnet; die genannten erblichen Familiennamen haben sie bereits zuvor geführt. Wirtschaftliche Schwerpunkte der Hallenberger Juden im 19. Jh. waren der Handel und die Metzgerei. 1827 ernährten Feidel Steinberg und Herz Emanuel Steinberg ihre Familien als Handelsmänner, Herz Halle als Schlachter. 1832 ließ sich Isaac Hony (gest. 1867) aus Laasphe als Kaufmann und Metzger in Hallenberg nieder und heiratete Johanna Halle, eine Tochter des alteingesessenen Händlers Bonum Halle. Er handelte mit Lebens- und Futtermitteln, Textilien und Haushaltswaren, zudem betrieb er einen Viehhandel und Kreditgeschäfte. Die Hälfte seiner Kundschaft stammte aus den umliegenden Ortschaften, aber auch Kunden aus Warburg, Elberfeld, Erndtebrück oder Meschede sind belegt. Offenbar ist es Isaac Hony dadurch gelungen, sich gegen die Konkurrenz am Ort (1848 gab es in Hallenberg 14 Kramläden) zu behaupten. 1874 zog die Familie Steßmann von Siedlinghausen nach Hallenberg. Auch der Hausierhandel hatte in Hallenberg im 19. Jh. eine gewisse Bedeutung: Von 1860 bis zum Ende des Jh. arbeiteten mindestens 14 jüd. Händler in diesem Gewerbe; bis zu sechs waren gleichzeitig im Besitz eines Wandergewerbescheins. 1880 waren mehr als 18 Prozent der Wandergewerbetreibenden Juden, während ihr Bevölkerungsanteil nur rund drei Prozent ausmachte. Gehandelt wurde mit Vieh, Getreide, Häuten und Fleischwaren. Viele der Händler waren zugleich Metzger (z. B. Herz Berg, Hirsch Bachenheimer, Meier Bachenheimer mit seinen Söhnen Hermann und Louis sowie Emanuel Steinberg). Hinzu kam zeitweilig der Handel mit Altmetall und Wollwaren sowie mit Manufaktur- und Kramwaren (Baruch Steßmann und sein Sohn Moses). Der „dienstälteste“ jüd. Wanderhändler war Herz Berg (1841–1921), der nebenher Ackerbau und eine Metzgerei betrieb. Von 1869 bis 1898 war er fast jährlich unterwegs, wobei ihn zeitweilig seine Söhne Max oder Emil als Träger und Viehtreiber begleiteten.

Auch im frühen 20. Jh. konzentrierten sich die wirtschaftlichen Aktivitäten der Hallenberger Juden auf den Handel und die Metzgerei: Es gab fünf Viehhändler, die auch überregional aktiv waren: Emil Berg (mit seinem Sohn Lothar) sowie seine Brüder Max, Julius und Ferdinand. Baruch Steßmann gründete um 1890 einen Textil- und Eisenwarenhandel, den er bis zu seinem Tod 1915 führte. In einem Nachruf schrieb der kath. Pfarrer Dr. Caspar Jakobs: „Man vermißt ordentlich etwas, seit man ihn nicht mehr in den Straßen unseres Städtchens sieht mit seiner langen Pfeife.“ Baruchs Sohn Moses führte das Geschäft weiter, nach dessen Tod ging es 1923 an seine Söhne Siegfried und Julius sowie seinen Schwiegersohn Moritz Katz über. Einen Hausierhandel für technische Öle und Fette betrieb Salomon Bachenheimer, ein Wäsche- und Manufakturwarengeschäft Florence Berg (Tochter von Max Berg). Putzmacherin und Modistin war Irma Katz, später Lilly Berg (beides Töchter von Moses Steßmann). Hermann Kasriel hatte eine Fellhandlung, Salomon Oppenheimer betrieb zusammen mit seinem Sohn Erich eine Metzgerei.

Im Ersten Weltkrieg fielen Leo Oppenheimer und Moritz Bachenheimer, ihre Namen sind auf der Gedenktafel am Kriegerdenkmal zu finden. Ferdinand Berg, Julius

Berg und Julius Steßmann wurden mit dem EK II ausgezeichnet, weitere Kriegsteilnehmer waren Emil Berg, Max Berg, Moritz Katz und Karl Oppenheimer.

2.1.3 Am 1. April 1933 zogen vor dem Textil- und Eisenwarengeschäft Steßmann SA-Posten auf. Später wurden die Namen von Kunden jüd. Geschäfte auf ‚Schandtafeln‘ veröffentlicht; diese mussten in Hallenberg und Liesen nach einer Anweisung der Gestapo vom 28. Dez. 1933 aber wieder entfernt werden. Am 23. Juni 1933 ließ der Amtsbürgermeister die fünf jüd. Viehhändler offiziell von der Auffassung des Reichslandwirtschaftsministers in Kenntnis setzen, dass „ein Überwiegen des jüdischen Elementes unter den Viehhändlern“ unerwünscht sei. Massive antijüd. Propaganda führte zu starken Geschäftseinbrüchen. Am 15. Nov. 1935 meldete der Amtsbürgermeister: „Im hiesigen Bezirk sind die jüdischen Viehhändler in den letzten zwei Jahren stark verdrängt worden.“ 1935 stufte die Ortpolizeibehörde 57 Prozent der Hallenberger Juden als ‚neutral‘ ein, 38 Prozent als ‚orthodox‘ und fünf Prozent als ‚zionistisch‘. Im Sept. 1935 wurden die Fensterscheiben der Wohnung des Juden Alfred Meyer zertrümmert. Der Amtsbürgermeister kommentierte dies mit dem Hinweis, er habe sich „in kommunistischem Sinne“ betätigt und stehe bei der Bevölkerung „in schlechtem Rufe“. Im Juni 1936 wurden bei drei jüd. Familien die Fensterscheiben zerstört.

Am Vormittag des 10. Nov. 1938 wurden zehn jüd. Männer ins Polizeigefängnis gesperrt. Gegen 21 Uhr sprach der Amtsbürgermeister (zugleich Ortsgruppenleiter) auf dem Sportplatz zu etwa 200 Personen, zu denen auch der SA-Sturm aus Hallenberg und umliegenden Ortschaften gehörte. Danach zogen zuvor eingeteilte Trupps marodierend durch die Stadt, brachen in Häuser bzw. Wohnungen von Juden ein und zerstörten die Einrichtung. Betroffen waren Hirsch Bachenheimer, Salomon Oppenheimer, ferner Emilie, Ferdinand und Henriette Berg sowie Emil und Max Berg. Gegen 3 Uhr nachts wurde im Betraum, der sich im Haus von Siegfried Steßmann befand, ein Feuer gelegt; die Einrichtung und die meisten Kultusgegenstände fielen den Flammen zum Opfer. Verbliebene Gebetbücher und „zwei Gesetzestafeln“ wurden im Sommer 1939 als „jüdisches Schriftgut“ konfisziert und bei der Gestapo in Dortmund abgeliefert. Zwei der Inhaftierten wurden wegen Krankheit bzw. hohen Alters entlassen, die übrigen acht (Hermann und Salomon Bachenheimer, Emil, Ferdinand, Julius und Max Berg, Alfred Meyer, Siegfried Steßmann) am 11. Nov. über Dortmund ins KZ Sachsenhausen deportiert; ihre Freilassung erfolgte zwischen dem 28. Nov. und 24. Dez. 1938. Der aus Hallenberg stammende Bruno Frankenthal wurde von Haaren aus ins KZ Buchenwald verschleppt. Mit Wirkung zum 1. Jan. 1939 erhielten die noch in Hallenberg ansässigen neun Gewerbetreibenden Berufsverbot. Betroffen waren die Viehhändler Emil, Max und Lothar Berg, der Fellhändler Bruno Frankenthal, der Metzger Salomon Oppenheimer, die Textil- und Eisenwarenhändler Siegfried Steßmann und Moritz Katz, das Textilwarengeschäft von Florence Berg und die Putzmacherin Lilly Berg. Noch vorhandene Warenbestände wurden über die IHK Arnsberg in den ‚arischen‘ Handel gebracht, die Geschäfte Steßmann und Oppenheimer ‚arisiert‘. Die ‚Arisierung‘ in Hallenberg umfasste insgesamt 45 Feld, Wald- und Gartenparzellen, sechs Hofräume und fünf Häuser. Im Juli 1939 wurden die verbliebenen zwölf Hallenberger Juden in den drei Häusern Nr. 82, 137 und 138 in der Petrusstr. zusammengefasst.

Von den 49 Juden, die während der NS-Zeit in Hallenberg lebten, wanderten 16 aus, elf davon nach der Pogromnacht. Emigrationsländer waren Palästina, die USA, Argentinien und Australien. 16 Hallenberger Juden wurden von anderen in- und ausländischen Orten deportiert – darunter die 1859 geborene Emilie Bachenheimer geb. Steßmann, die 1940 ins jüd. Altersheim nach Unna gezogen war; von dort aus wurde sie am 29. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert, wo sie sechs Monate später starb. Mitglieder der Familien Berg und Frankenthal wurden aus den Niederlanden deportiert. Die letzten acht Hallenberger Juden – Hermann Bachenheimer, Emilie,

Henriette, Jenny und Max Berg, Alfred und Frieda Meyer sowie Grete Oppenheimer – wurden am 28. April 1942 im Zug unter Polizeibegleitung in ein Sammellager nach Dortmund gebracht. Am 30. April 1942 wurden sie ins Ghetto Zamość deportiert und von dort in die KZ Belzec, Sobibor oder Majdanek verbracht, wo sie ermordet wurden. Ihre Vermögenswerte – darunter zwei Wohnhäuser, vier Grundstücke und 7730 RM Bargeld – fielen an das Reich; Möbel und Hausrat wurden kurz nach der Deportation unter Aufsicht des Finanzamtes öffentlich versteigert. Drei der aus anderen Orten deportierten Hallenberger Juden überlebten: Irma Katz und Rosa Steßmann wurden im Sommer 1944 aus dem ‚Sternlager‘ des KZ Bergen-Belsen nach Palästina ausgetauscht; russische Truppen befreiten Oskar Berg Ende April 1945 auf einem Evakuierungstreck des KZ Bergen-Belsen.

2.1.4 Eine Sabbatlampe aus Messing aus der Hallenberger Synagoge oder einem Privathaus wurde 1986 dem Landesverband der jüd. Kultusgemeinden in Dortmund übergeben. 1991 gab die Stadt Hallenberg ein Erinnerungsbuch zur Geschichte der Hallenberger Juden heraus. 2007 wurde in der Nähe des Hauses der Familie Steßmann (Nr. 40, Königstr., heute Mercklinghauser Str.), in dem von etwa 1879 bis 1892 und von 1910 bis 1938 der Betsaal der jüd. Gemeinde untergebracht war, ein Gedenkstein zur Erinnerung an die Hallenberger Juden und die Synagoge aufgestellt.

2.2.1 1709 lebten in Hallenberg 28 Juden in vier Familien, 1818 waren es 20. Innerhalb Hallenbergs lebten 1839 im Stadtviertel Rabhuhn fünf, in Eudeut fünf und im Stadtviertel Eisernhut sieben Juden. Für 1849 sind in Hallenberg neun Juden verzeichnet, für 1864 zwölf. 1871 waren von 1233 Einwohnern 1178 kath., 36 ev. und 19 jüd. Glaubens; 1895 von 1071 Einwohnern 988 kath., 36 ev. und 47 jüd. Glaubens; 1925 von 1390 Einwohnern 1301 kath., 40 ev., 48 jüd. Glaubens und einer bekenntnislos. 1932/33 lebten in Hallenberg 39 Juden.

1842 erwog die Regierung in Arnshagen bei der Planung der künftigen Synagogenbezirke, für die Juden aus Hallenberg einen eigenen Bezirk einzurichten. Seit 1854/56 waren die Hallenberger Juden dann aber Teil der Synagogengemeinde Brilon. Formal bildeten sie keine eigene Untergemeinde, nahmen am Gemeindeleben in Brilon aber kaum teil und bildeten (ebenso wie die auch Brilon zugeordneten Juden in Medebach und Winterberg) weiterhin eine eigene informelle Gemeinde. Für die 1850er und 1920er Jahre sind Hallenberger Juden im Briloner Gemeindevorstand belegt. 1893 verweigerten sie die Teilnahme an der Wahl des Briloner Gemeindevorstands. Das ‚Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung‘ führte Hallenberg 1907 bis 1932 als eigenständige „nichtoffizielle Israelitische Gemeinde“, 1907 wurde das hessische Bromskirchen als Untergemeinde aufgeführt. Als Medebacher Juden 1931 eine Lösung von der Briloner Synagogengemeinde anstrebten und die Bildung einer eigenständigen Gemeinde Medebach/Winterberg/Hallenberg forderten, sprachen sich die Juden in Hallenberg für die Beibehaltung des bisherigen Status aus.

2.2.2 1676 verweigerte der Magistrat auswärtigen Juden, die von der Hallenberger Gemeinschaft zur Vervollständigung des Minjan an Rosch Haschana eingeladen worden waren, den Zutritt zur Stadt. 1706 wird von einer Prozession berichtet, bei der „unter einem Himmel die 10 Gebott Gotteß durch die halbe Stadt nach ihrer Synagog getragen“ wurden, „zum Ärgernis, wo nicht zum Despect der katholischen Religion“. Vermutlich handelte es sich um die Einweihung einer neuen Thorarolle, die an der Stadtgrenze in Empfang genommen worden war, eventuell an Schawuot (Wochenfest).

In dem von Jakob Herz seit 1653 bewohnten und 1668 gekauften Haus im Stadtviertel Rapphuhn (direkt am Obertor, damaliger Ortsausgang Richtung Winterberg) befand sich ein Betraum. Als das Gebäude 1830 für den Chausseebau abgerissen wurde, verlegte man den Betraum in die Wohnung von Herz Emanuel Steinberg im Quartal Eisernhut. Auch die Juden aus dem hessischen Nachbarort Bromskirchen ka-

men zeitweise nach Hallenberg zum Gottesdienst. Mitte des 19. Jh. verlagerte sich das Gemeindeleben zeitweise nach Bromskirchen. Darüber berichtete der Ortschronist Lachemeyer 1848: „Da sich die israelitische Gemeinde in Bromskirchen seit einiger Zeit wesentlich vergrößert hat, es aber in Hallenberg an der zu gottesdienstlichen Versammlungen erforderlichen Zahl Israeliten fehlt, so sahen letztere sich genöthigt, dem Gottesdienste im Bromskirchener Betsaale beizuwohnen, und nur ausnahmsweise findet eine Versammlung der Israeliten im Steinbergschen Hause statt.“ 1879 stiftete Johanna Hony geb. Halle, die Witwe von Isaac Hony und Tochter des Bonum Herz, 600 M zum Bau einer Synagoge in Hallenberg. Dazu kam es jedoch nicht, stattdessen wurde ein Raum im Haus des Kaufmanns Baruch Steßmann (Nr. 40, Königstr.) eingerichtet; zwei Thorarollen aus Familienbesitz (Herz/Hony) und das „übrige Inventar“ wurden aus der „früheren Synagoge“ dorthin verbracht. Von 1892 bis etwa 1910 nutzte die Gemeinde einen Raum im Haus Bachenheimer (Nr. 138, Große Str., heute Petrusstr.), das vormalig im Besitz der Eheleute Hony gewesen war, danach war der Betsaal wieder im Haus Steßmann untergebracht. Nach einer Restaurierung wurde die Wiedereinweihung der Synagoge im Aug. 1923 „unter großer Beteiligung“ (Israelitisches Familienblatt) gefeiert. Die ‚Weiherede‘ hielt Lehrer Stern aus Frankenberg. Am 10./11. Nov. 1938 wurde ein Brandanschlag auf die Hallenberger Synagoge verübt, der die Inneneinrichtung nahezu vollständig zerstörte. Auch Kultusgegenstände, darunter mindestens zwei Thorarollen, fielen den Flammen zum Opfer. Während des Krieges diente das Gebäude ab 1940 als Kriegsgefangenenlager (offizielle Bezeichnung: ‚M-Stammlager VI D Dortmund, Arbeitskommando Nr. 5 2986‘). Dort waren zunächst 35 bis 40 Franzosen, später Serben untergebracht, die in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt waren. Bis in die 1950er Jahre fungierte das Haus Steßmann als Notunterkunft für Flüchtlinge, bevor es 1957 abgerissen wurde.

2.2.3 Ein jüd. Schulmeister ist für die Jahre 1773, 1778 und 1796 (Samson Simson) belegt. Letzterer wurde von Bonum Herz entlohnt, er wohnte im Haus am Obertor. Die Kinder der Hallenberger Juden besuchten im 19. Jh. die örtliche Elementarschule, ihre Zahl betrug zwischen 1830 und 1912 maximal zwölf. Wegen der geringen Schülerzahl gestaltete sich der Religions- und Hebräischunterricht schwierig. Einige Schüler aus Hallenberg besuchten (so 1847) die jüd. Volksschule zu Frankenberg. Zeitweise unterwiesen die Hallenberger Eltern ihre Kinder in Religion. Als ‚Wanderlehrer‘, die auch in anderen Orten unterrichteten, sind u.a. nachgewiesen: David Winterberger (1823), der zeitweise in Hallenberg wohnte, der Vorsänger Wilmersdorff aus Bromskirchen (1826, 1827, 1841–1843), Philipp Adler aus Bromskirchen (1833–1840), Löwenstein aus Battenfeld (1907, 1909, 1913) und in den frühen 1920er Jahren Ferdinand Stern von der jüd. Volksschule in Frankenberg. Als letzter jüd. Schüler wurde Waldemar Bachenheimer am 1. April 1937 von der kath. Volksschule Hallenberg zur jüd. Privatschule in Frankenberg umgeschult.

2.2.4 Hermann Kasriel war Kassierer der Chewra Kaddischa in Brilon. Hallenberger Juden unterstützen mit ihren Spenden 1831 bis 1913 – ausgenommen die 1860er und 1870er Jahre – die Haindorfsche Stiftung.

2.3.1 1854 wurde der Hallenberger Geschäftsmann Isaac Hony für sechs Jahre in die Repräsentantenversammlung der Synagogenhauptgemeinde Brilon gewählt. 1919 und 1929 wurden weitere Hallenberger, Max Berg und Herman Kasriel, in die Gremien der Briloner Gemeinde gewählt; Hermann Kasriel war 1938 zweiter Gemeindevorsitzender in Brilon. Als Vorsteher der (informellen) Gemeinde Hallenberg ist 1907–1913 Moses Steßmann belegt, 1924–1933 Emil Berg. In den 1920er und frühen 1930er Jahren waren die Hallenberger Salomon und Hermann Bachenheimer Vorsänger in Medebach. 1932 ist für Hallenberg ein Schächter verzeichnet.

2.3.3 Isaac Hony wurde 1854 als erster Jude in den Hallenberger Schützenverein aufgenommen. Dieser stand nach einer im selben Jahr vollzogenen Änderung der Satzung jüd. Mitgliedern ausdrücklich offen: „Jeder unbescholtene Israelit ... soll für die Folge als Mitglied dem Schützenverein angehören dürfen.“ Bis 1930 traten der Schützengesellschaft mindestens 29 Juden bei. 1887 errang Alex Steßmann als erster – und einziger – jüd. Hallenberger die Königswürde. Der Kaufmann Moses Steßmann war 1897 eines der 19 Gründungsmitglieder des ‚Sauerländischen Gebirgsvereins für Hallenberg und Umgebung‘ (heute: SGV-Abt. Hallenberg); ihm gehörten seit 1907 Alex Bachenheimer, seit 1925 Ferdinand Berg und Salomon Oppenheimer an. Die 1899 gegründete Vereinigung ehem. Soldaten (‚Kriegerverein‘, später: ‚Kameradschaft ehemaliger Soldaten‘) nahm auch jüd. Mitglieder auf, die in hessischer Zeit und später in Preußen seit 1845 militärdienstpflichtig gewesen waren. Zwischen 1902 und 1920 lassen sich mindestens vier Juden nachweisen, u.a. Julius Berg, der ab 1899 im hessischen Infanterie-Regiment Nr. 81 gedient hatte, sowie Julius Steßmann, dem seine Vereinskameraden nach dessen Tod noch im Mai 1933 auf einer Mitgliederversammlung ein ehrendes Andenken erwiesen.

3.1 Der seit etwa 1910 im Haus Steßmann (Haus Nr. 40 in der Königstr., heute Merklingshauser Str.) genutzte Betraum befand sich in einem rückwärtigen Anbau, der rechtwinklig zur Längsachse des traufenständigen Hauptgebäudes angebaut war. Er hatte eine Fläche von ca. 6,5 mal 6,5 Metern und bot Sitzgelegenheiten für rund 30 Personen, Männer und Frauen saßen getrennt. Nach einer Baubeschreibung aus der Nutzungszeit hatte die Synagoge eine eichene Balkendecke, Seitenwände mit „Dekorationsanstrich“ und zwei „runde Verzierungsfenster aus buntem Glas“.

3.2 1668 wird das „unterste Judenhaus beim Unterkump“ in den Akten erwähnt. Ein Wohnhaus am Obertor, das sein Vater seit 1653 gemietet hatte, konnte Jakob Herz 1668 kaufen. Dagegen untersagte der Magistrat dem Veidel den Kauf eines Hauses, obwohl der Landdrost bereits zugestimmt hatte. 1895 bewohnten die Hallenberger Juden (47 Personen) sechs Häuser. Sie befanden sich in der Königstraße (Haus Nr. 19 Hermann Bachenheimer, Nr. 40 Baruch, Moses und Alex Steßmann), in der Mühlenstr. (Nr. 42 Hirsch Bachenheimer) sowie in der Großen Straße (Nr. 78 Emanuel Steinberg/Salomon Oppenheimer, Nr. 137 Herz Berg und Nr. 138 Louis Bachenheimer). Bei insgesamt 182 bewohnten Häusern in Hallenberg und 1118 Einwohnern liegt die Wohndichte der Juden mit fast acht Personen pro Haus über der der übrigen Bevölkerung (rund sechs Personen pro Haus). Hausbesitzer im frühen 20. Jh. waren Steßmann (Nr. 40, 1957 abgerissen), Salomon Bachenheimer (Nr. 19, 2003 abgerissen), Florence Berg (Nr. 251, Bangenstraße), Hermann Kasriel (Nr. 47, heute Merklingshauser Str. 15) und Salomon Oppenheimer (Nr. 82, heute Petrusstr. 17/Merklingshauser Str. 24).

3.3 Der Friedhof der Hallenberger Juden auf einem städtischen Grundstück im Weifetal südwestlich der Stadt war mindestens seit 1650 in Benutzung. Zu diesem Zeitpunkt wurde ein Jude (vermutlich der Großvater von Jakob Herz) in Hallenberg bestattet. 1717/18 hob die Stadt die Begräbnisgebühr auf 1 Rtlr. pro Bestattung an. Als in dieser Zeit die Ehefrau des Jakob Herz begraben werden sollte, durfte der Leichenzug das Stadttor erst passieren, nachdem die erhöhte Gebühr bezahlt war. Mitte des 19. Jh. wurde in der Stadtchronik festgehalten: „Seit Menschengedenken geschieht die Beerdigung der Israeliten auf einer der Stadt zugehörigen Wiese auf der Weife, den Judenkirchhoff genannt. An die Stadtkasse wird dafür eine Entschädigung, pro Grab 23 Sgr. 1 Pf., gezahlt.“ Als vermutlich letztes Mitglied der Hallenberger Gemeinde wurde Johanna Hony 1887 dort beigesetzt. Von diesem Friedhof sind keine Spuren mehr sichtbar.

1899 erwarb die Stadt im Südosten an der Straße Richtung Bromskirchen ein Grundstück (Flurbezeichnung ‚Vorderste Scheid‘), um einen neuen Begräbnisplatz anzulegen. Am Rande dieses kommunalen Friedhofs wurde ein Areal für Juden bereit gestellt, das durch die Ausdehnung der Belegungsfläche inzwischen innerhalb des Friedhofs liegt. Zwischen 1902 und 1941 wurden hier 19 Personen beerdigt. 1947 schrieb der Bürgermeister an den ehem. Hallenberger Siegfried Steßmann in Palästina: „Die Denkmäler auf dem jüdischen Friedhof sind hier wieder ordnungsmäßig aufgestellt worden.“ Erhalten sind 14 Grabsteine aus den Jahren 1902 bis 1939. Zwei der Steine zeigen eine Inschrift in deutscher Sprache, zehn deutsche und hebr. Inschriften. Bei drei Grabsteinen fehlt die offenbar ehemals metallene Inschriftentafel. Diese wurden vermutlich vor Nov. 1942 entfernt, denn eine Anfrage aus dieser Zeit nach ‚ablieferungspflichtigen‘ Metallteilen auf dem jüd. Friedhof wurde mit ‚Fehlanzeige‘ beantwortet. In den 1980er Jahren wurde ein weiterer Grabstein für Eva Oppenheimer und als Gedenkstein für die Familie Oppenheimer aufgestellt. Der jüd. Friedhof steht unter Denkmalschutz.

4.1 Amtsgericht Medebach, Grundakten, Hallenberg Bd. 32, 41. – Archiv der Schützengesellschaft Hallenberg, Geschichte der Schützengesellschaft Hallenberg, unveröff. Ms. von Heinrich HARTMANN <1954–1964>. – Archiv des Service des Victimes de la Guerre, BUR 69, Camps Douteux, Reg. Bez. Arnsberg I/399, MF 4/6. – DiözesanA Paderborn, Hallenberg, Bd. 163, HS XVIII b 5 b, 15, 18, 22. – Fürstliches Archiv Berleburg, P 48. – Hessisches StaatsA Marburg, 166b, Nr. 3904. – Kameradschaft ehem. Soldaten Hallenberg e. V., Protokollbuch 1. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), P 5, Nr. 144, 147, 148. – LAV NRW Abt. W (Münster), Archiv Landsberg-Velen, Nr. 25977; Großhztm. Hessen, IID, Nr. 407; Hallenberger Stadtbücher I bis III, Msc VII, 5909; Hztm. Westfalen, Landesarchiv, X 38, XI 4a, 4d, 7a, 12, 22; Hztm. Westfalen, Landstände 2022, 2446, 2547, 2569, 2847, 2867, 2991, 3003, 3067, 3172; Kr. Brilon Landratsamt, Nr. 939–942, 1643f, 1650f, 1654, 1657, 1661, 1663, 1762, 1768, 1972, 2059; NSDAP-Gauleitung Westfalen-Süd, Gauwirtschaftsberater, Nr. 447, 549, 666, 676, 702, 777; Oberpräsidium, Nr. 122 b, 2627, Bd. 1. – PfarrA Hallenberg, Kirchenbücher, Pfarrchronik. – StadtA und Landständisches Archiv Arnsberg, IV A 10/2, 11/82, 12, 16, 17, 22/1, 24, 25. – StadtA Hallenberg, 061-02, 061-03, 063-00, 063-01, A 90, 279–282, 567, B 48–52, 117–120, 341, C 80, 81, 83, 84, CI 4.1, 6.2, 6.3, 7.6, D 196, E 35, 93, 123, 148, 218, 520, II.10d.3, II.15.11–14, NL-1, 17, PE-1.8, TS-25, 27, 59.

4.2 Fotos Wohnhaus mit Betraum und weitere Wohnhäuser in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 372f.

4.3 BRUNS Alfred (Bearb.), Hallenberger Quellen und Archivverzeichnisse (= Westfälische Quellen und Archivverzeichnisse 17), T. 1: Quellen; T. 2: Archivverzeichnisse <Münster 1991>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1909> 71, <1913> 91, <1924/25> 61. – Israelitisches Familienblatt <1917, 1918, 1923, 1938>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 162.

4.4 BRÜSCHKE/FÖCKELER (Bearb.), Jüdisches Leben im Hochsauerland. – GLADE Georg, Die Sauerländer Juden unterm Hakenkreuz. Das Beispiel Hallenberg. In: BRUNS Alfred/Michael SENGER (Red.), Das Hakenkreuz im Sauerland (= Veröffentlichungen des Schieferbergbaumuseums 9) <Schmallenberg-Holthausen 1988> 141–154. – GLADE Georg, Hallenberg, 10. November 1938. In: ARNOLDS Wolfgang (Hg.), Die „Kristallnacht“ im Sauerland <Brilon 1988> 44–47. – DERS., Die Hallenberger Juden. In: DERS. (Red.), Hallenberg mit Braunshausen, Hesborn, Liesen <Münster 2000> 353–373. – DERS., Eine besondere Geschichtsstunde in der Hauptschule Hallenberg.

In: Rundblick mit Amtsblatt Stadt Hallenberg <8/2002> 5 [Der ehemalige Hallenberger Jude Bruno Frankenthal erzählt aus seinem Leben]. – DERS., Die Hallenberger Juden. Kurköln – KZ – Kibbuz. 400 Jahre einer wechselvollen Geschichte. Mit einem Beitrag von Bat-Sheva Greenberg, Israel, 2. erw. Aufl. <Bigge 2009>. – DERS., „Damit Hallenberg judenfrei wäre“. Die Hallenberger Dokumente. In: PIORR (Hg.), Ohne Rückkehr 101–108. – DERS., Die Juden im ehemaligen Herzogtum Westfalen seit 1803. In: KLUETING Harm (Hg.), Das Herzogtum Westfalen, Bd. 2 <Münster 2012> 1041–1081. – KRONAUGE Michael, Besuch aus Israel im Rathaus. In: Rundblick mit Amtsblatt Stadt Hallenberg 7 <2002> 2f. [Besuch von Bruno Frankenthal]. – LACHEMEYER Franz, Chronik der Stadt Hallenberg <Hallenberg 1981> [Druck des Ms. von 1833ff.]. – SCHÄFFER Nikolaus, Das Amtsgericht Medebach und seine Hallenberger Juden. Unveröffentl. Ms. <Medebach 1991> [im StadtA Hallenberg].

Georg Glade

HAMM

1.1 Stadt Hamm, kreisfrei

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1279 Bestätigung des Stadtrechts.

Nach dem Statut von 1855 gehörten zur Synagogengemeinde Hamm die Stadt Hamm und das Amt Rhynern, u. a. mit den Gemeinden Rhynern, Hilbeck (heute Werl) und Mark. Die Juden in Bockum (seit 1939 Bockum-Hövel, seit 1975 Stadt Hamm) gehörten zum Synagogenbezirk Werne. Das heute zu Hamm gehörende Heessen gehörte zum Synagogenbezirk Ahlen, Teile des Amtes Pelkum (heute Hamm) zum Synagogenbezirk Kamen.

2.1.1 Anlässlich des angeblichen Ritualmordes am „guten Werner“ in Oberwesel kam es 1287/88 an verschiedenen Orten zu einer Judenverfolgung, auch „zwei Jünglinge aus Hamm“ wurden in diesem Zusammenhang getötet. Für 1298 ist das Formular für eine jüd. Eheschließung in Hamm überliefert. 1327 lebten zwei Juden aus Hamm in Osnabrück. Die frühe Gemeinde in Hamm bestand bis zur Pestverfolgung von 1350, als die märkischen Juden „verjagt, getötet und verbrannt“ wurden. 1370 ist die Jüdin Johanna von Hamm in Bielefeld nachweisbar. Zwischen 1381 und 1388 verhandelte der Ritter Dietrich von Volmarstein auf seiner Burg Heessen mehrmals mit jüd. Geldleihern aus Hamm und Dortmund. 1408 verlieh König Ruprecht von der Pfalz seiner Schwester, der Herzogin Anna von Berg, u. a. den ‚Goldenen Opferpfennig‘, der von Juden auch in Hamm eingezogen wurde. Die Brüder Adolf IV. und Gerhard von der Mark befassten sich mehrfach mit jüd. Angelegenheiten, so Graf Adolf IV. 1413/31 und Gerhard von der Mark, als er 1419 Hamm als erster westfälischer Stadt das ‚Privilegium de non tolerandis Judaeis‘ verlieh, also das Recht, keine Juden in der Stadt dulden zu müssen; es wurde 1447 und 1462 bestätigt. Ungeachtet des Verbots wurde 1430/36 ein gewisser Lewe mit Sondererlaubnis verleitet.

Ab der Mitte des 16. Jh. nahm Hamm wieder Juden auf. 1560 erhielt Jakob von Worms vom Rat der Stadt Hamm für zehnnehalb Jahre ein ungewöhnlich detailliertes Geleit. Es wurde ihm gestattet, Geschäfte zu betreiben, solange die Interessen der Ämter und Gilden nicht beeinträchtigt würden. 1561 erteilte ihm der märkische Amtmann Viktor

Knipping im Namen Herzog Wilhelms von Kleve-Mark für zehn Jahre ein Geleit für die Gft. Mark mit Wohnrecht in Hamm, 1568 der Fürstbischof von Münster Johann von Hoya ein auf 15 Jahre befristetes Geleit für Ahlen. Da Jakob zuvor auch vom Rat der Stadt Ahlen „sonderliche begünstigung, consent und guetten willen“ erlangt hatte, war er somit im Besitz von zwei städtischen und zwei landesherrlichen Geleitbriefen – diese durchaus vorkommende Häufung ist für Westfalen nur in diesem Fall nachzuweisen. Jakob betrieb Geldgeschäfte, seine Tätigkeit erstreckte sich bis ins kurkölnische Hztm. Westfalen; sein Prozess gegen die Schuldnerin Anna von Thulen auf Gut Wicheln bei Hüsten gelangte bis vor das Reichskammergericht. 1571 wird im Rahmen eines Münzfälscherprozesses der Jude Bernd (Berlemann) für Hamm genannt, wo ihn ein gewisser Suwell (Samuel?) aufgesucht habe. 1584 sollte auf Anordnung des Kölner Erzbischof Ernst v. Bayern – zugleich Bischof von Hildesheim – der „meister Herzl“, der erfahrene „medicus von Ham“, nach Hildesheim kommen, um Statthalter Walter von Hoheneck zu behandeln. Der vor 1584 in Ahlen vergeleitete, drei Jahre später in Hamm wohnende Salomon erhielt 1587 vom Kölner Erzbischof Ernst ein achtjähriges Reisegeleit nach Ahlen, um dort „etliche schult bei burgern und landtvolck“ einzufordern. Salomon muss sehr gute Geschäfte gemacht haben, denn in seinem vor 1598 errichteten Testament setzte er nicht weniger als 12 000 Goldgulden als Legat für arme Juden der Städte Frankfurt, Friedberg, Fulda und Worms aus – vermutlich stammte er aus einer dieser Städte. Das Testament hinterlegte Salomons Glaubensgenosse Magnus von Roth – in anderen Dokumenten auch Menachem, Manasse oder Manes genannt – beim Rat der Stadt Hamm. 1598 bat der Frankfurter Rat auf Ersuchen der Armenpfleger der vier Städte den Rat von Hamm um Sicherstellung der Summe. Seit 1589 ist – mehrfach zusammen mit Salomon – Moises ben Joseph bezeugt. Von ihm und von seiner ihn oft vertretenden Frau Freuchen sind zwischen 1607 und 1625 zehn Prozesse gegen Schuldner überliefert, von denen vier bis vor das Reichskammergericht gelangten; soweit erkennbar hat Moises diese Prozesse in allen Instanzen gewonnen. 1594 erhielt Moises mit seiner Familie von Herzog Wilhelm von Kleve-Mark eine unbefristete Aufenthaltsberechtigung für die Gft. Mark und die Stadt Hamm, im selben Jahr auch einen Geleitbrief der Stadt Hamm, der 1604 um zwölf Jahre verlängert wurde. In dieses Geleit war auch der aus Dortmund ausgewiesene Jude namens Lewe eingeschlossen. Zwischen 1593 und 1598 sind für Hamm neben Lewe, seiner Frau Golle und Moises auch Joseph, Jakob ha-Cohen, Salomon und Menachem/Manes/Magnus in Hamm nachweisbar, Menachem wanderte vor 1607 nach Hanau aus. Da zumindest Moises, Lewe und Menachem Familien und Hausgesinde hatten, ist nicht ausgeschlossen, dass um 1600 der Minjan erfüllt war, sich in Hamm also eine eigene Gemeinde konstituieren konnte. 1603 wurde Moises „wegen betrüglichen Einschleichens“ in die Stadt Münster festgenommen. Der Pförtner des Ludgeritores verteidigte sich, er habe Moises, der gemeinsam mit einigen Hammer Bürgern erschien, nicht als Juden erkannt – in Kleidung, Sprache und Verhalten unterschied sich Moises offenbar nicht von anderen Besuchern der Stadt. Für den Reichtum der Hammer Juden in dieser Zeit gibt es einige Belege. So konnte Lewe 1607 den Wulfhof in Wickede für 950 Rtlr. erwerben. 1621 berichtet das Domkapitel Münster, „ein reicher Jud aus Hamm“ – es handelte sich wohl um Moises – verkehre häufig in Münster. 1592 beschwerte sich der Hammer Rat bei Herzogin Jakobe von Kleve-Mark über einen Juden, der für die Regierung in Düsseldorf 10 000 Rtlr. gesammelt habe und dafür fürstlich entlohnt worden sei. 1618 wurde aktenkundig, dass Freuchen, die Frau des Moises, „mit ansehnlichen mobilien, silberwerck, golden ringen, kleinotte, siegelen und rentebrieffen“ in Münster gewesen sei. Zuvor hatte sie sich in Werl bestätigen lassen, dass sie „etliche ansehnliche große und kleine, silberne und vergoldete Pokale, Butterschüsseln, Tischbecher und sonst allerhand Geschirr redlich“ gekauft habe. Freuchen betrieb selbständigen Handel vor allem nach 1618, als ihr Mann aus Altersgründen geschäftlich nicht

mehr in Erscheinung trat; sie haftete christl. Geschäftspartnern gegenüber auch für die Schulden ihres Ehemannes. Sie trat als Sprecherin derjenigen Juden auf, die das nur zu Sendzeiten zugängliche, seit 1554 für Juden prinzipiell verschlossene Münster besuchten. 1619 organisierte sie in Hamm eine spektakuläre Aktion, als sie 131 Stück Vieh des als gewalttätig bekannten Ritters Dietrich von Nehem (er schuldete Moises von Hamm 1605 insgesamt 1658 Rtlr.) von den Lippewiesen bei Werries nach Hamm treiben, dort schätzen und sofort verkaufen ließ. Wenig später waren Ernteschätzer für sie auf den Feldern des Ritters unterwegs, um das Getreide auf dem Halm für den Verkauf zu taxieren. Damit setzte Freuchen sich über einen Beschluss des Reichskammergerichts hinweg, konnte sich aber auf einen ‚Spezialbefehl‘ des neuen Landesherrn, des Kurfürsten von Brandenburg, stützen. Das Gebiet, in dem Juden aus Hamm Handel trieben, erstreckte sich im Norden mindestens bis Emden und Minden, im Süden bis Worms und Frankfurt a. M., im Westen bis an den Niederrhein und im Osten bis ins Sauerland. Dass Hamm als das jüd. Zentrum im damaligen Westfalen galt, geht aus der Beteiligung von Menachem und Moises von Hamm an der ‚Rabbinerverschwörung‘ in Frankfurt im Herbst 1603 hervor. Anlässlich der kaiserlichen Untersuchung sagte Moises aus, der inzwischen nach Hanau verzogene Menachem sei „obristen im westfälischen creiß“ gewesen. Die Sonderrolle Hamms wird auch dadurch sichtbar, dass in der – nicht wirksam gewordenen – Frankfurter Judenordnung von 1603 Hamm als nördlichste der neun Sammelstellen für die Beiträge zur geplanten Gesamtorganisation der deutschen Juden vorgesehen war. 1603 musste sich Adolf von Nagel, Droste zu Stromberg, gegenüber Moises von Hamm verpflichten, eine Schuld von 800 Rtlr. zurückzuzahlen und als Sicherheit alle seine Güter einzusetzen. 1612 wurde Moises in seinem Geleit gestattet, „mitt kauffen und verkauffen seinen handell und wandell judischen brauch nach“ zu betreiben. 1621 verlangte die ‚Gemeinheit‘ der Stadt Hamm, also die Vertretung der nicht zunftgebundenen Bürger, „daß nach langer beschehener Vergünstigung die Juden ganz und gar zur Stadt hinausgebracht werden mugen, da dieselben von der Burgerei nicht länger geduldet werden können“. Damit scheint sich die ‚Gemeinheit‘ am Ende durchgesetzt zu haben, denn zwischen 1621 und 1643 sind keine Juden in Hamm nachweisbar – es war in der Stadt nach 1350 bis 1381 und 1436 bis 1560 die dritte Unterbrechung ihrer Anwesenheit.

Wie schon 1560 setzte auch 1643 jüd. Leben in Hamm nicht mit einem Geleitbrief des Landesherrn, sondern einen Geleit der Stadt ein: Gegen einen Jahrestribut von 30 Rtlr. gewährte die Stadt Hamm den Brüdern Salomon und Simon Nathan für zehn Jahre das Aufenthaltsrecht. Es handelte sich um die Söhne des Nathan Simon von Werne, der nach 1644 zu ihnen übersiedelte. Fast alle Juden, die für die weitere Geschichte der Stadt Hamm bedeutsam waren, zählen zu seinen Nachkommen. 1644 erteilte der Große Kurfürst diesen drei Hammer Juden gegen 30 Goldgulden ein Geleit für ebenfalls zehn Jahre. 1650 untersagte er den Städten Soest und Hamm ausdrücklich, ihrerseits Juden zu vergeleiten, gleichzeitig setzte er Bernd Levi aus Bonn ein, um die Geleite zu prüfen und Schutzgelder einzuziehen. In Hamm sollte Bernd Levi eine weitere jüd. Familie mit landesherrlichem Schutzbrief ansiedeln. Dazu kam es nicht mehr, da er schon 1652 seines Amtes enthoben wurde; die Überprüfung der Hammer Juden musste daraufhin der Rentmeister Johann Ludovici vornehmen. 1654 verlängerte der Kurfürst das Geleit der drei Juden um weitere zehn Jahre gegen jeweils 8 Goldgulden Jahrestribut. 1656 erhielten insgesamt 40 jüd. Familien in Kleve-Mark ein Sammelgeleit für 15 Jahre gegen 400 Rtlr. Jahrestribut, von dieser Zeit an wurden für Kleve-Mark nur noch Sammelgeleite ausgestellt. Die entsprechenden Gelder zogen für die Gft. Mark die Hammer Juden Simon Nathan und Jonas Isaak ein, gegen Quittung gaben sie diese an den Obereinnehmer Elias Gumpertz aus Emmerich weiter. Bei der Erteilung des Sammelgeleits 1661 werden für die Gft. Mark 47 jüd. Familien genannt, vier davon in Hamm: Salomon Nathan, Simon Nathan, Simon Sa-

Iomon und Simon. Den höchsten Tribut in der Gft. Mark entrichteten zwei Juden aus Soest mit je 10 Rtlr., gefolgt von den vier jüd. Familien aus Hamm und einem weiteren Juden aus Soest mit jeweils 8 Reichstalern. 1680 lieh sich die Stadt Kamen bei Jordan Simon 100 Reichstaler. Mit Joseph Levyn lebte 1661 erstmals ein Jude in Rhynern; er hatte nur eineinhalb Rtlr. jährlich zu entrichten, die niedrigste Summe in der ganzen Grafschaft. 1711 lebten von den 67 jüd. Familien der Gft. Mark sechs in Hamm, 1728 waren es fünf von 78 Familien, 1727 acht von 49 Familien, 1737 neun von 87 Familien, 1751 sieben von 58 Familien, 1766 sieben von 68 Familien, 1796 zwölf von 91 Familien. 1798 wohnten in Hamm zehn ordentliche Schutzjuden, ein außerordentlicher Schutzjude sowie ein jüd. Gemeindediener. Zwischen dem Ende des Dreißigjährigen Krieges und der napoleonischen Zeit lebte in Hamm somit die größte jüd. Gemeinde in der Gft. Mark.

Die vermehrte Aufnahme von Juden führte auch in Hamm zu Konflikten mit den Vertretern des christl. Handels und des Handwerks, vor allem mit den Gilden. 1658 gewannen die Hammer Juden einen Prozess vor dem Hofgericht in Kleve gegen die Richtleute der Fleischhauergilde von Hamm, die den Juden das Recht zum Schlachten und zum Verkauf des Fleisches bestritten und die in erster Instanz gesiegt hatten. 1660 versuchte die Stadt Hamm auf dem Landtag von Kleve, sich der Juden unter Berufung auf das ‚Privilegium de non tolerandis Judaeis‘ zu entledigen. Der Landtag bat daraufhin den Kurfürsten, die Stadt aufgrund dieses „zu ewigen tagen“ geltenden Privilegs zu schützen. Dieser gab jedoch den dagegen klagenden Hammer Juden Recht und wies seine Beamten an, keineswegs zu gestatten, dass die Stadt Hamm sich die Jurisdiktion über die Juden der Stadt anmaße. 1708/09 beschwerten sich die Hammer Krämer, Schneider, Wollweber und Gewandschneider erneut über den Handel der Juden. Aufgrund einer Beschwerde der Judenschaftsvorsteher von Kleve und Mark, Juden würden in der Ausübung ihrer Tätigkeiten behindert, in den Gassen und in ihren Häusern angefallen, ihre Waren entwendet, verbot der Kurfürst nachdrücklich und unter Strafandrohung jede Belästigung der Juden. Weiterhin erlaubte er Juden, Häuser zu erwerben und zu vererben.

Die administrative Bedeutung der Stadt Hamm im 18. Jh. begünstigte die Vergrößerung der dort ansässigen jüd. Gemeinde. Die brandenburgisch-preuß. Verwaltung der Gft. Mark wurde in der Stadt konzentriert, Höhepunkt war die Gründung der Kriegs- und Domänenkammer 1787. Auch das am Ort stationierte Militär begünstigte die Niederlassung und den wirtschaftlichen Erfolg jüd. Kaufleute. Levi Elias aus Hamm war der einzige Familienvorstand in Westfalen, der zwischen 1764 und 1768 die geforderten erheblichen Mittel für ein dauerhaftes Niederlassungsrecht auch seines zweiten Kindes aufbringen konnte. Die Versorgung der Verwaltung und der Soldaten, die Nähe zur Hellwegzone mit ihren fruchtbaren Böden und die vorteilhafte Verkehrslage begünstigten die Handelsaktivitäten der Juden, so dass mehrere Familien im Laufe des 18. Jh. einen außergewöhnlichen Wohlstand erwirtschaften konnten. Das Judenregister von 1748 weist Marcus Horn, Philipp Marcus Horn und Marcus Hertz als Besitzer von Häusern mit einem Wert von mehr als 1000 Rtlr. aus; die Häuser von Philipp Jordan und Elias Marcus wurden mit 800 Rtlr. veranschlagt. 1754 erhielt Anselm Hertz das Recht auf Niederlassung in Hamm. Bleibende Verdienste und Anerkennung erwarb er sich, als er zu Beginn der 1760er Jahre sowohl das Heer als auch die hungernde Bevölkerung mit Getreide aus den Niederlanden versorgte. Dem von der preuß. Verwaltung wie den Hammer Bürgern geachteten Hertz wurde zusammen mit seinem Bruder Elias 1768 das Recht eingeräumt, ein offenes Ladengeschäft einzurichten, das sich allerdings auf Gold- und Silberwaren sowie auf Textilien beschränken musste. Zu den Zuwanderern in Hamm gehörte auch Joseph Gerson, der 1775 das Recht zur Niederlassung erhielt und dessen Nachfahren im 19. Jh. erfolgreiche Unternehmer in der Stadt wurden. Der preuß. König erteilte 1796 Elias Hertz und seinen

sechs Kindern die Rechte christl. Kaufleute einschließlich der Zusage, sich in allen der Krone unterstehenden „Landen und Provinzen“ – von Königsberg abgesehen – ihren Wohnsitz zu nehmen. 1803 erhielt Abraham Meyer, Schwiegersohn des Elias Hertz und verh. mit dessen Tochter Caroline, die Erlaubnis, sich „auf das Generalprivilegium seiner Ehefrau“ in Hamm „ohne besondere Concession aufzuhalten und daselbst sein Gewerbe als Tabakfabrikant fortsetzen“ zu dürfen.

2.1.2 Nach einem Bericht des Hammer Bürgermeisters von 1818 entwickelten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Juden während der Zeit der Fremdherrschaft positiv. Der früher eher schwankende Vermögenszustand habe sich zu einem mittleren Wohlstand verbessert, da die Söhne nun selbständig Handel treiben dürften. Als Gewerbe werden Warenhandel, Wechselgeschäfte, Viehhandel und die Leinenfabrikation genannt. Neun der zwölf Familien trieben Handel, eine Person hatte aus Altersgründen den Handel niedergelegt und lebte von den Zinsen seines Kapitalvermögens, hinzu kamen ein Medizinalrat, ein Schullehrer bzw. ‚Kirchendiener‘, ein Gerichtstaxator und ein verarmter ‚Stubenbewohner‘. Mit dem Medizinalrat und dem Gerichtstaxator waren zwei Juden in öffentliche Ämter aufgestiegen. Zwei junge Juden erlernten das Handwerk des Schusters bzw. des Posamentierers und besuchten die allgemeine Volksschule, ein dritter, ein Schneiderlehrling, war aus Krankheitsgründen zu seinen Eltern in die Niederlande zurückgekehrt. 1818 lebten in der Stadt zwölf jüd. Familien, zwei jüd. ‚Mannspersonen‘ und zwei Handwerkslehrlinge. Insgesamt machten die 51 jüd. Personen rund ein Prozent der Stadtbevölkerung aus. Die Kinderzahl war mit durchschnittlich zwei Nachkommen pro Familie sehr gering. Den relativ guten Vermögensstand der Hammer Juden dokumentierte der Bürgermeister 1819 durch eine Aufstellung von 20 Häusern, die sich in ihrem Besitz befanden. 1832 werden für Hamm genannt: Samson Cahn mit einem Handel in Korn und Ellenwaren, die Gebrüder Gerson mit einem Handel in Tuch- und Manufakturwaren, Elias Hertz als Rentner, David Lilienfeld mit einem Spezerei- und Ellenwarenhandel, Elias Marcks als Rentner und Geldwechsler, die Gebrüder Seligmann mit einem Manufaktur- und Kolonialwarenhandel sowie Levi Stern mit einem Eisenhandel. Als auf dem westfälischen Provinziallandtag 1845 die Forderung nach allgemeiner Emanzipation der Juden laut wurde, unterzeichneten auch 31 Einwohner aus Hamm ein „gehorsamstes Gesuch der Bürger hiesiger Stadt um bürgerliche und politische Gleichstellung der Juden mit den christlichen Unterthanen“ und übergaben es dem Abgeordneten Linhoff. 1846 waren in Hamm als selbständig tätige Juden verzeichnet: Die Kaufleute Seligmann Bacherach, Lehmann Koppel Bamberger, Samson Cahn, Isaac Gerson, Israel Gerson, Adolf Lengsfeld, Isaac Nose, Isaac Rothschild, Joseph Scheuer, Alexander Spanier, Elias Spanier, Nathan Spanier und Levi Stern, der Kaufmannslehrling Aron Rosenthal, der Handelsmann David Lilienfeld, die beiden Metzger Jacob Blumenthal und David Markus, der Zeichenlehrer Philipp Eduard Bacherach, der Gutsbesitzer Elias Marks, der Doktor der Philosophie David Rothschild sowie der Vorsänger Isaac Rothschild. Die genannten erblichen Familiennamen hatten sie – mit Ausnahme von Lehmann Koppel Bamberger – bereits zuvor geführt.

Die in der zweiten Hälfte des 19. Jh. von kaufmännischen Betätigungen geprägte Berufsstruktur der Juden veränderte sich im 20. Jahrhundert. Die Juden übten nicht mehr vorwiegend kaufmännische, sondern auch akademische Berufe aus, u. a. waren sie als Juristen, Ärzte und Lehrer tätig. Sowohl die erste Abiturientin der Stadt überhaupt (Helene Falk 1905), die ihre Reifeprüfung noch in einer anderen Stadt ablegen musste, als auch die erste Abiturientin der örtlichen Oberrealschule (Elfriede Kirchheimer 1926) waren Jüdinnen. Nach 1900 waren Hammer Juden auch als Angestellte tätig. In manchen Sparten waren Juden Vorreiter – so Hermann Gerson, der 1855 die erste Bank gründete, Vorläuferin der Deutschen Bank in der Stadt, und die Familie Koppel, die 1907 mit dem ‚Diana-Theater‘ das erste Kino in Hamm eröffnete. Auch

die in den Stadtwerken zusammengeschlossenen Unternehmen verdanken ihre Gründung weitgehend jüd. Initiative: Am Gaswerk waren Meyer Bacharach und D. Lilienfeld beteiligt, an den Kleinbahnen Max Gerson und Jakob Loeb. In den ersten Aufsichtsrat der ‚AG Bad Hamm‘ wurden 1882 Jakob Loeb und Hermann Gerson gewählt. In den entsprechenden Ratsausschüssen für den Betrieb der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke waren Max Gerson und Adolf Herz Mitglieder.

Als der Hammer Bürgermeister 1880 aufgefordert wurde, sich der antisemitischen Bewegung anzuschließen, bemerkte er, sein Amtseid hindere ihn, an der „Agitation gegen die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Juden durch Sammlung von Unterschriften theilzunehmen“. Aus Hamm sind aus der Zeit vor 1914 keine vorsätzlichen Zurücksetzungen jüd. Bürger bekannt. Fälle wie die des Kaufmanns Isaak Rosenberg waren gleichwohl geeignet, Vorurteilen Vorschub zu leisten: Er wurde 1885 wegen „gewöhnheitsmäßigen Wuchers“ unter Ausbeutung der Notlage Anderer zu fünf Jahren und sechs Monaten Gefängnis, fünf Jahren Ehrverlust und einer Geldstrafe von 15 000 M verurteilt. Der Fall ging durch die zeitgenössische Presse und wurde noch in der NS-Zeit für antisemitische Kampagnen genutzt.

Am Ersten Weltkrieg nahmen viele Hammer Juden als Freiwillige teil, zwölf von ihnen wurden mit dem EK II ausgezeichnet. Eine Bronzetafel in der Synagoge führte die Namen von zehn Gefallenen mit Dienstgrad und Todesdatum auf, unter ihnen waren vier Mitglieder der Familie Blumenthal. Im Sommer 1919 verschlechterten sich die Versorgungslage und die Lebensbedingungen der Hammer Bevölkerung derart, dass es zu Plünderungen wegen angeblicher Wucherpreise kam. Mehrere tausend Personen versammelten sich zu einer Protestveranstaltung, bei der es zu Ausschreitungen kam. Besonders betroffen waren das jüd. Kaufhaus Alsberg sowie weitere Textil- und Bekleidungsgeschäfte jüd. wie nichtjüd. Inhaber. Obwohl die Kommission, die den Wuchervorwurf zu untersuchen hatte, der Firma Gebr. Alsberg korrekte Preisgestaltung bescheinigte, blieb in der Bevölkerung ein gewisser Vorbehalt bestehen. Nach dem Ersten Weltkrieg zogen verstärkt Ostjuden nach Hamm, etwa die Familien Radt, Freund, Goldstrom, Lubasch, Reicher und Scheier, ferner die Familie Tömör aus Ungarn. Zudem waren die Ehefrauen einiger Hammer Juden ostjüd. Herkunft. Die Zuwanderer waren weniger integriert als die bereits zuvor in Hamm ansässigen Familien. Nur Salum Freund nahm die deutsche Staatsangehörigkeit an, die anderen behielten die Pässe ihrer Herkunftsländer.

1903 wurde auf Betreiben des Lehrers Moritz Lorge eine Ortsgruppe des ‚Vereins für jüdische Geschichte und Literatur‘ gegründet, dem 1907 S. Klopstock vorstand. 1911/1913 bestand der Vorstand aus Rechtsanwalt Dr. Michaelis, Jacob Koppel-Bamberger und Moritz Weiler. Von einem Konflikt zwischen zionistischen und deutschnational gesinnten Juden zeugt ein im ‚Israelitischen Familienblatt‘ Anfang 1914 abgedruckter Aufruf gegen „zionistische Agitationen“, den 52 jüd. Gemeinden im Deutschen Reich – darunter fünf westfälische – unterschrieben hatten; aus Hamm zeichneten Rechtsanwalt Dr. Michaelis und Fabrikbesitzer Hugo Rollmann. 1926 wurde ein Ortsverband des RjF mit 38 Mitgliedern gegründet; den Vorstand bildeten Rechtsanwalt Dr. Herzberg, Ludwig Cohn, Julius Bernstein, Meyer Cohen, Alfred Haas und Adolf Rosenberg. Dem Ortsverband wurde ein Sportverein angegliedert. Zu Beginn der NS-Zeit war Albert Elsberg Vorsitzender der RjF-Ortsgruppe und Julius Blumenthal Vorsitzender der CV-Ortsgruppe. Für das letzte Jahr der Weimarer Republik wird ein ‚Jüdischer Jugendverein‘ unter der Leitung von Julius Blumenthal erwähnt, der eine rege Tätigkeit entwickelte. Anfang 1932 übergab der Gemeindevorstand den jüd. Vereinen ein eigenes Vereinsheim. Im Zuge des zunehmenden Antisemitismus forderte der jüd. Arzt und Kunstmäzen Dr. Emil Löhnberg 1926 zwei Männer auf, seine Praxisräume zu verlassen, die Parteiabzeichen trugen. Diese stießen ihn daraufhin die Treppe hinunter; vermutlich starb Löhnberg an den Folgen dieser Misshandlung.

Einzelne Austritte aus der Synagogengemeinde sind dokumentiert, zwischen 1906 und 1931 waren es insgesamt sieben, 1933 drei und 1935 ein Austritt. Einen Sonderfall stellte 1926 der Austritt des Dr. Michaelis und seiner Familie dar – offenbar eine Reaktion auf gemeindeinterne Auseinandersetzungen, bereits 1927 folgte der Wiedereintritt. Schon im 19. Jh. waren die etablierten jüd. Familien Loeb – Nachkommen Alexander Haindorfs – und Gerson zum ev. Glauben übergetreten. Die acht Kinder der Haindorf-Tochter Sophie Loeb vollzogen diesen Schritt unter dem Einfluss des Philosophen Natorp, der in die Familie eingeheiratet hatte. Eines der Kinder, Robert Loeb, wurde später General der preuß. Kavallerie und Kommandeur der 14. Reserve-division im Ersten Weltkrieg; 1918 erhielt er den Orden Pour le mérite.

In mehreren heutigen Hammer Ortsteilen sind für das 19. Jh. Juden nachgewiesen. In Bockum (Amt Drenseinfurt) lebte 1846 der Händler David Isak, er nahm den erblichen Familiennamen Blumenthal an. In Heessen (Amt Heessen) waren 1846 der Kleinhändler Isaac David Blumenthal sowie die Handelsmänner Elias Isaac Blumenthal, Abraham Isaac Blumenthal und Samuel Philipp Rosenthal als selbständig tätige Juden verzeichnet; die genannten erblichen Familiennamen haben sie bereits zuvor geführt. Auf dem zu Mark gehörenden Landgut Caldenhof war Israel Löb 1847 als Oberförster tätig.

2.1.3 Zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft waren Juden in ganz verschiedenen Bereichen tätig. Neben den kaufmännischen waren Juden vielfach auch in akademischen Berufen anzutreffen, arbeiteten aber auch als Arbeiter, Schweißer, Dreher, Gleisarbeiter und Bergleute. Von den Hammer Anwälten waren elf Personen, das entsprach gut einem Zehntel, jüd. Glaubens oder jüd. Herkunft. Im Rahmen der reichsweiten Boykottaktion wurde ihnen am 31. März 1933 das Betreten des Oberlandesgerichts verwehrt. Mit dem ‚Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‘ vom 7. April 1933 verloren jüd. Rechtsanwälte ihre Stellung, ausgenommen waren diejenigen, die schon vor dem 1. Aug. 1914 Beamte waren, die im Ersten Weltkrieg Soldat oder deren Väter bzw. Söhne gefallen waren. Alle jüd. Notare verloren ohne Ausnahme sofort ihre Zulassung. Einige Anwälte wurden am 1. April 1933 in ein Internierungslager nach Bergkamen gebracht und dort für einige Wochen festgehalten. Im Juli 1933 wurde der abgesetzte Oberlandesgerichtsrat Dr. Jacobsen zunächst wieder in sein Amt berufen. Die Mehrzahl der jüd. Hammer Juristen zog schon 1933 die Konsequenzen und ging ins Ausland, so nach Italien (Justizrat Meyer), Palästina (Dr. Lebenstein, Dr. Mendel, 1936 Dr. Samuelsdorff), Südafrika (Dr. Freund und Dr. Michaelis jun. 1933, sen. 1936), Frankreich (Dr. Griesbach), in die USA (Dr. Herzberg 1937) und nach Schweden (Justizrat Gerson 1939). Staatsanwaltschaftsrat Erda verließ Deutschland mit unbekanntem Ziel. 1933 praktizierten drei jüd. Ärzte in Hamm: Dr. Paul Löwenstein, Sanitätsrat Dr. Max Mündheim und Dr. Josef Kleinstraß. Löwenstein emigrierte 1936 in die USA, Mündheim starb 1940, anschließend war Kleinstraß allein für die noch in Hamm verbliebenen Juden zuständig. Das jüd. Vereinsleben wurde so weit möglich fortgeführt. Ende 1934 etablierte sich in Hamm eine Makkabi-Gruppe, dem Vorstand gehörten Ludwig Cohen, Walter Stern und Hermann Kriegstein an. Bei der Neuwahl der zionistischen Ortsgruppe Mitte 1936 wurden Josef Reinhold, Ludwig Cohen sowie Hermann Kriegstein in den Vorstand gewählt.

Von der ‚Polenaktion‘ waren auch Juden aus Hamm betroffen, insbesondere diejenigen, die nach dem Ersten Weltkrieg zugezogen waren. Fischel Waynstajn und Manes Aron wurden am 28. Okt. 1938 ausgewiesen. Von der freiwillig nach Polen zurückgekehrten Familie Reicher kamen alle – bis auf einen bereits zuvor ausgewanderten Sohn – im Holocaust um. In der Pogromnacht 1938 wurde die Synagoge demoliert, sie wurde wegen der umliegenden Fachwerkhäuser aber nicht in Brand gesetzt. Das Inventar, die Treppen und die Emporen wurden zerstört, die Scheiben zerschlagen. Am Tag darauf erhielt der Vorsteher der Hammer Synagogengemeinde, der zu dieser Zeit im

KZ Sachsenhausen inhaftierte Hugo Lindemeyer, per Einschreiben die Aufforderung, mit dem Abriss der Synagoge wegen der „unmittelbar drohenden Gefahr für die Allgemeinheit“ spätestens am 24. Nov. zu beginnen. Der Abbruch wurde wahrscheinlich im Dez. 1938 beendet. Die Zahl der demolierten jüd. Privatwohnungen ist nicht mehr feststellbar. Zerstört wurden u.a. die Wohnungen und Häuser Heßlerstr. 40, Grünstr. 6, Hohe Str. 14 und 59, Schützenstr. 4, Nordstr. 19, Stiftstr. 6, Nassauerstr. 24, Martin-Luther-Str. 5, Bahnhofstr. 27 und Südstr. 10a. Die fünfjährige Eva Heymann wurde auf einem Stuhl festgebunden, während um sie herum die elterliche Wohnung zertrümmert und geplündert wurde. Auch an den Folgetagen fanden noch ‚Aktionen‘ gegen Juden statt, so die Zerstörung hebr. Schriftrollen und der ‚Unterrichtsgang‘ eines Lehrers zu den zertrümmerten Häusern, um zu demonstrieren, wie man ‚Staatsfeinde‘ behandelt. Mindestens 46 Männer zwischen 17 und 70 Jahren – aber auch der 14-jährige Kurt Sternheim mit seinem schwer gehbehinderten Vater – wurden verhaftet und bis zu einer Woche im Polizeigefängnis festgehalten; 15 Männer waren ein Vierteljahr lang im KZ Sachsenhausen inhaftiert.

Die ‚Arisierung‘, der erzwungene Verkauf von Geschäften, Betrieben, Häusern und Grundstücken an nichtjüd. Kaufleute, wurde von der Gau-Wirtschaftsberatungsstelle der NSDAP in Bochum geleitet. Drei Verkäufe waren bis Okt. 1937 in Hamm abgewickelt, in den folgenden Monaten kamen die Lack- und Farbenhandlung Gustav Heymann, der Holzhandel Hugo Lindemeyer, die Haushaltswarengeschäfte Meyberg und Kulb, das Modehaus Gumpert, das Eisen- und Haushaltswarengeschäft Samson und die Kolonialwarenhandlung Falk hinzu; 17 jüd. Geschäfte und Betriebe wurden ohne Nachfolge liquidiert. 1938 waren in Hamm noch 22 Geschäfte mit jüd. Besitzern gemeldet. Wie in vielen Ruhrgebietsstädten trafen auch in Hamm die Anweisungen der Kreiswirtschaftsberater, dass der Groß- und Einzelhandel nicht mehr bei jüd. Textilproduzenten kaufen dürfe, auf Widerstand; für die gehobene Herren- und Damenkonfektion galten die jüd. Produzenten einstweilen als unverzichtbar. Massive Drohungen führten zu einem Einlenken der Firmen. So hatte das bereits 1933 ‚arisierte‘ Hammer Modehaus R. 1937 noch Waren bei 43 jüd. und 44 ‚arischen‘ Firmen bezogen, 1938 gab der Besitzer dem Druck nach und reduzierte die Zahl der jüd. Zulieferer auf zwei. Auch die Umsätze des seit 1917 in der Münsterstr. betriebenen Samsonischen Geschäfts für Haushaltsbedarf und landwirtschaftliche Geräte mit angeschlossener Fahrradwerkstatt sanken rapide; im April 1938 wurde das Geschäft verpachtet, im Sept. 1938 ‚arisiert‘. Die Linoleumfirma Berla wurde von einem leitenden Angestellten übernommen. Auch Noa Meyberg verkaufte noch vor dem Pogrom sein 1908 gegründetes Hausrats- und Spielwarengeschäft in der Wilhelmstraße. Das größte Hammer ‚Arisierungsobjekt‘ war das Kaufhaus Gebr. Alsberg (Bahnhofstr. 10–12). Es war schuldenfrei und in Hamm konkurrenzlos. 1904 für 20 000 M an die Brüder Isidor und Theodor Lauter übergegangen, betrug das Gesellschaftskapital 1927 rund eine Mio. Reichsmark. Die drei Gesellschafter Helene Lauter, Rudolf Lauter und Fritz Goldschmidt waren Juden, ebenso die Prokuristen und viele der etwa 200 Angestellten. An hohen jüd. Feiertagen blieb das Geschäft geschlossen, nicht jedoch am Sabbat. Das Unternehmen unterhielt eine eigene Fußballmannschaft. Die Firma war bekannt für ihr soziales Engagement, so stellte sie beim verheerenden Grubenunglück 1908 auf der Zeche Radbod große Mengen Wäsche für die Verletzten bereit. Kommunionkinder und Konfirmanden aus ärmeren Familien wurden regelmäßig eingekleidet. Bereits 1933 hatten Nationalsozialisten mit Repressionen gegen die Inhaber und Schikanen gegenüber Kunden begonnen, der Umsatz ging zwischen 1931 und 1935 auf die Hälfte zurück. Nach der Aufgabe der Mitinhaber wurde Helene Lauter Alleininhaberin. Auf Betreiben des Gauwirtschaftsberaters des Gaus Westfalen-Süd wurde sie zum Verkauf weit unter Wert an das Parteimitglied Fahning gezwungen, ein Geschäftsgrundstück musste an den Kommunalverbund Unna verkauft werden; von einem Millionenver-

mögen blieben ihr schließlich 2000 US-Dollar. Mit Hilfe von Frieda Bürk, ihrer ehemaligen Bügelfrau, konnte Helene Lauter die Stadt verlassen – das Geschäftshaus der ‚Gebr. Alsbeg‘ brannte im Dez. 1944 völlig nieder.

Insgesamt wanderten 213 Hammer Juden zwischen 1933 und 1941 aus, 41 Personen schon im Jahr 1933, 1939 wurde mit 50 Emigranten die höchste Zahl erreicht. Das Hauptziel der Auswanderung waren die USA, es folgten Palästina und die Niederlande. Viele Juden, die ins benachbarte europäische Ausland geflüchtet waren, wurden von dort deportiert. 94 Juden aus Hamm zogen nach 1933 in andere Städte, fast die Hälfte von ihnen in Großstädte. Bis Ende 1936 war die Gemeinde auf 255 Mitglieder geschrumpft, bis 1938 auf 201 Personen. Spätestens 1940 wurden die Hammer Juden in ‚Judenhäusern‘ (u. a. Stiftstr. 6, Bahnhofstr. 30a) konzentriert. Der letzte jüd. Arzt Dr. Josef Kleinstraß praktizierte nach der erzwungenen Aufgabe seiner Praxis in der Wilhelmstr. 55 als ‚jüdischer Krankenbehandler‘ im ‚Judenhaus‘ Bahnhofstr. 30a. Mitte Dez. 1941 mussten die 78 noch in Hamm lebenden Juden auf Weisung des Kreisleiters in Baracken vor dem Bahnhof am Richard Matthaei-Platz ziehen und innerhalb von acht Tagen ihr Eigentum der Stadtverwaltung zum Kauf anbieten. In ihre Wohnungen sollten vor allem „förderungswürdige kinderreiche Familien“ eingewiesen werden. Anfang 1942 zog auch das alte jüd. Ehepaar Meyberg in die Baracken am Bahnhof. Noa Meyberg starb im Jan. 1942 und wurde als eine der letzten Personen auf dem jüd. Friedhof begraben. Die in den Baracken internierten Männer wurden, soweit sie dazu fähig waren, bis zu ihrer Deportation bei Straßenarbeiten (u. a. Fa. Klostermann) oder auf den Zechen eingesetzt. Die erste Deportation aus Hamm am 27. April 1942 über die Sammelstelle Dortmund-Steinwache nach Zamość umfasste zwischen 35 und 43 Personen, vor allem handelte es sich um jüngere, noch arbeitsfähige Personen und Kinder. Der zweite Transport brachte am 27. Juli 1942 mehr als 20 ältere Personen ebenfalls über Dortmund ins Ghetto Theresienstadt. Von den Hammer Juden starben dort 13 Personen, neun weitere Personen wurden im Sept. 1942 in Vernichtungslager verschleppt. Im Febr. 1943 wurde Synagogenvorsteher Hugo Lindemeyer mit weiteren Personen ins KZ Auschwitz gebracht.

1941 gab es in Hamm etwa zehn als ‚Mischehen‘ geltende Familien. Thekla Samson musste nach 1933 ihre Ehe mit dem Juden Leopold Samson aus Herbern verteidigen und ihre Kinder vor Angriffen schützen. Der Sohn Kurt hatte jüd. Religionsunterricht erhalten, die beiden Töchter Leni und Margot ließ das Ehepaar kurz vor der Erstkommunion taufen. Leopold Samson – 1938 ins KZ Sachsenhausen verschleppt – musste nach der Rückkehr zunächst gemeinsam mit seinem Sohn an der Hammer Kläranlage Zwangsarbeit leisten, später war er im Gleisbau im Sauerland, danach in einer Zeche eingesetzt; schließlich kam er in Arbeitslager bei Bergkamen, Weißenfels und Halle a. d. Saale; im Febr. 1945 wurde er von Leipzig aus nach Theresienstadt deportiert. Sein Sohn Kurt wurde zunächst zur Wehrmacht eingezogen, im Aug. 1940 aber als ‚wehrunwürdig‘ entlassen. Später kam er in ein ‚Arbeitserziehungslager‘ bei Lüdenscheid, wo er 1945 durch Amerikaner befreit wurde. Die beiden Töchter konnten versteckt überleben.

Zu den Hammer Holocaust-Opfern zählen auch drei ‚Halbjuden‘, unter ihnen ein junger Mann, der seiner jüd. Mutter in den Deportationszug gefolgt war. Eine Jüdin wurde wegen ‚Rassenschande‘ nach Auschwitz geschickt, sie hatte zwei Kinder von einem ‚Arier‘, den sie wegen der Rassengesetzgebung nicht heiraten konnte. Die jüd. Männer und die männlichen Nachkommen dieser Ehen mussten ab 1942 im Straßenbau und auf den Zechen arbeiten. Die 1944 nach Theresienstadt deportierten ‚Mischehenpartner‘ und deren Kinder kehrten alle lebend zurück. Die jüd. Frauen und die Töchter aus diesen Ehen wurden im Sept. 1944 nach Kassel-Bettenhausen zur Zwangsarbeit in Spinnfaserwerken verbracht; ihr geplanter Abtransport kam in der Endphase des Krieges nicht mehr zustande. Die ‚arischen‘ Partner konnten sich der

Deportation durch Wehrdienst oder Flucht ebenfalls entziehen. Ein besonderes Beispiel ist das Schicksal der Familie Kettermann: Die Jüdin Emma Schulhaus heiratete 1922 Wilhelm Kettermann, der aus diesem Anlass zum Judentum übertrat, das Paar hatte zwei Söhne. Als in der Wirtschaftskrise 1929 das Geschäft in Konkurs ging, zerbrach die Ehe. Kettermann trat in die NSDAP ein, Emma Kettermann musste fortan als Strickerin arbeiten. Der ältere Sohn Günther wurde in der Oberrealschule von Mitschülern, die der HJ angehörten, drangsaliert und erfuhr dasselbe Schicksal in der Volksschule, die er ohne Abschluss verließ. Nach einer landwirtschaftlichen Ausbildung als Vorbereitung einer Jugendalijah gelangte er im März 1938 nach Palästina. Seine Mutter und sein Bruder Rolf wurden 1941 in den Baracken am Hammer Bahnhof untergebracht und nach Zamość deportiert. Am 1. Okt. 1944 gab es in Hamm keine Juden mehr.

2.1.4 Drei ehemalige Gemeindemitglieder, die vor ihrer Deportation verzogen waren und das KZ Stutthof überlebt hatten, kehrten nach Hamm zurück, darunter Hannelore Marx. Da ihnen keine Angehörigen folgten, verließen sie die Stadt wieder. Auch die Emigranten Werner Goldschmidt (amerikanischer Soldat) sowie Heini Reicher und Giorah Kettermann (Mitglieder der ‚Jüdischen Brigade‘ der britischen Armee) blieben nicht auf Dauer in Hamm. Die Überlebenden der Familie Samson waren 1945 wieder in Hamm vereint, Leopold Samson baute seinen Handel wieder auf. Bis zu seinem Tod 1956 litt er unter einem schweren Verfolgungswahn. Seit 1946 besuchten wiederholt Hammer Juden ihre ehemalige Heimatstadt. 1949 stellte der New Yorker Anwalt der Familie Lauter-Goldschmidt den Antrag auf Rückerstattung von Geschäft und Vermögen. Sie forderten 1,5 Mio. DM, was dem früheren Einheitswert entsprach, die neuen Besitzer boten eine Nachzahlung von 700 000 DM an. 1951 entschied das Oberlandesgericht Hamm, dass Geschäft und Grundstücke herauszugeben seien. Helene Lauter und Fritz Goldschmidt verkauften das Warenhaus umgehend an die Firma Frowein in Wuppertal, die es schließlich an den Kaufhof veräußerte. In den 1950er Jahren kamen Salum Freund und Dr. Samuelsdorff nach Hamm zurück. Dr. Berla praktizierte bis zu seinem Tod 1962 als Arzt in Hamm. 1963 lebten acht Juden in der Stadt; fünf von ihnen waren mit Christen verheiratet, sechs von ihnen waren bereits früher in Hamm ansässig gewesen; die beiden übrigen gehörten zu einer von Hamm aus deportierten jüd. Familie. 1949 war im Hammer Adressbuch die ‚Jüdische Gemeinde‘ an der ‚Marker Allee 1‘ verzeichnet. Vorsitzender der kleinen Gemeinde war von 1945 bis 1953 der 1895 in Berlin geborene Gärtner Max Gonsirowski, der zuletzt in Theresienstadt inhaftiert gewesen war. 1953 schlossen sich Hammer Juden der Kultusgemeinde Dortmund an, Gonsirowski war noch einige Jahre Mitglied der Repräsentanz der dortigen Gemeinde. Die Zuwanderung aus den GUS-Staaten in den 1990er Jahren reichte nicht aus, um eine eigenständige Gemeinde zu bilden.

Seit den 1960er Jahren entstanden Initiativen und Aktivitäten, um die Erinnerung an die ehem. jüd. Bürger zu pflegen. Bereits seit 1963 suchte Mechtild Brand nach Überlebenden und Zeitzeugen, in der Folge gab die Stadt Schriften zu diesem Themenkomplex heraus. 1965 säuberten Realschüler aus Pelkum den jüd. Friedhof in Hamm. Im Vorfeld des 50. Jahrestages der Pogromnacht 1988 lud die Stadt erstmals ehemalige Hammer Juden zu einem Besuch ein, das Stadtarchiv zeigte eine Dokumentation über die ‚Reichskristallnacht‘. In den 1990er Jahren folgten Ausstellungen zum jüd. Leben, zur Synagoge, zur Justiz im ‚Dritten Reich‘ und zum Neubeginn nach 1945. Der ‚Dr. Emil Löhnberg-Kulturförderpreis‘ wird seit 1990 zur Erinnerung an den 1926 gestorbenen gleichnamigen jüd. Arzt und Kunstmäzen von der Stadt und der Stiftung der Sparkasse ausgeschrieben. Der Verein ‚Kfar Tikvah – Verein der Freunde‘ wurde 1996 gegründet und unterstützt eine Gemeinschaftssiedlung Behinderter in Israel. Ein Arbeitskreis sorgt für Veranstaltungen zur ‚Woche der Brüderlichkeit‘ mit dem Ziel der christl.-jüd. Verständigung. 1989 wurde auf dem Santa-Monica-Platz in der Nähe

der ehem. Synagoge ein Gedenkstein für die Opfer der Shoah aufgestellt, 2003 wurde dort ein Mahnmal errichtet. Ein Gedenkstein aus den 1950er Jahren befindet sich auf dem Friedhof an der Ostenallee, ebenso in Hamm-Heessen und Böckenhege. Auch in Hamm gab es Hakenkreuzschmierereien, so am Buß- und Betttag 1987 auf dem jüd. Teil des Ostfriedhofs. Seit 2008 nimmt Hamm an der Aktion ‚Stolpersteine‘ teil, die auch in den Stadtteilen Heessen, Bockum-Hövel, Pelkum und Uentrop verlegt wurden.

2.2.1 1818 wohnten 51 Juden in Hamm, 1843 waren es 55 und 1858 bereits 142. Im Jahr 1871 waren von 16 924 Einwohnern 9585 kath., 7160 ev., 174 jüd., fünf gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1895 waren von 28 589 Einwohnern 16 728 kath., 11 583 ev., 250 jüd., 25 gehörten anderen christl. Gemeinden an, drei waren bekenntnislos. 1925 waren im Stadtkreis Hamm von 50 040 [!] Einwohnern 29 194 kath., 19 406 ev., 401 jüd. Glaubens, 421 sonstige Christen, 618 bekenntnislos oder Bekenner anderer Religionen.

Im heutigen Ortssteil Rhynern lebten 1839 zwei, 1843 drei und 1858 fünf jüd. Personen. In Mark (Amt Rhynern, heute Teil des Stadtbezirks Hamm-Uentrop) lebten 1843 drei und 1858 neun Juden; 1871 waren von 758 Einwohnern 370 kath., 377 ev. und elf jüd. Glaubens; 1939 wurde der Ort in den Stadtkreis Hamm eingemeindet. In Heessen (Amt Heessen im Regierungsbezirk Münster, seit 1975 Stadt Hamm) lebten 1843 zwölf und 1858 sieben Juden; 1871 waren von 1513 Einwohnern 1480 kath., 25 ev. und acht Juden, 1895 von 2129 Personen 2075 kath., 49 ev. Christen und fünf Juden, 1925 von 8143 [!] Personen 5398 kath., 2251 ev., sieben Juden und 268 ohne Bekenntnis. In Bockum lebten 1858 acht Juden; 1871 waren von 923 Einwohnern 921 kath. und zwei jüd. Glaubens, 1895 von 932 Einwohnern 924 kath., einer war ev. und sieben waren jüd. Glaubens, 1925 von 7966 [!] Einwohnern 4464 kath., 2584 ev., zwei jüd. Glaubens und 554 bekenntnislos. In Hövel waren 1925 von 8975 [!] Einwohnern 4809 kath., 3168 ev., zwölf jüd. Glaubens und 655 bekenntnislos. 1939 wurden Bockum und Hövel zusammengeschlossen, 1975 aus dem Kreis Lüdinghausen (Regierungsbezirk Münster) in die Stadt Hamm übernommen. In Herringen (Amt Pelkum im Landkreis Hamm) waren 1925 von 9327 [!] Einwohnern 2806 kath., 5016 ev., fünf jüd. Glaubens und 673 bekenntnislos. In Pelkum (Amt Pelkum) waren 1925 von 1436 [!] Einwohnern 308 kath., 1123 ev., einer war jüd. Glaubens und zwei waren bekenntnislos. Herringen und Pelkum gehörten zu den Teilen des Amtes Pelkum, die 1975 zur Stadt Hamm kamen.

Nach dem Statut von 1855 gehörten zur Synagogengemeinde Hamm die Juden in der Stadt Hamm und im Amt Rhynern, u. a. mit den Gemeinden Rhynern, Mark und dem heute zu Werl gehörenden Hilbeck. Teile des heutigen Stadtgebietes gehörten zu benachbarten Synagogenbezirken: Die Juden in Bockum (seit 1939 Bockum-Hövel, seit 1975 Stadt Hamm) besuchten die Synagoge in Werne, die Juden in Heessen orientierten sich nach Ahlen, Teile des Amtes Pelkum nach Kamen. Zu Beginn des 20. Jh. war die Gemeinde Hamm Mitglied des DIGB.

Die Gemeinde Hamm war frühzeitig reformorientiert. Jüd. Persönlichkeiten aus Hamm – wie etwa Anschel Hertz – förderten Alexander Haindorfs Reformbestrebungen. Zum 1815 eingesetzten orthodoxen Landrabbiner Abraham Sutro hatten die Hammer Juden kein gutes Verhältnis. Der Auftritt des als Reformrabbiner bekannten Dr. David Rothschild bei der Einweihung der neuen Hammer Synagoge 1868 lässt auf eine religiös liberale Grundhaltung der jüd. Gemeinde Hamm schließen. Deutsche Gebete oder Predigten gab es während des Gottesdienstes jedoch nicht. Die Vorbeter trugen keine besondere Amtstracht und hatten auch keine christl. Riten übernommen. Wert wurde dagegen auf eine feierliche Gestaltung der Bar Mizwa gelegt.

Ende 1823 betrug das Gesamtvermögen der Gemeinde etwa 1065 Reichstaler. 1881/82 sah der Etat der Synagogengemeinde Ausgaben in Höhe von 2826 M vor. Die

Beiträge der Gemeindemitglieder erbrachten rund 2300 M, die größte Ausgabe war das Gehalt des Kultusbeamten in Höhe von 1500 Mark. 1930 betrug der Gemeindeetat 32 260 M, 1932 gab es 171 Steuerzahler.

2.2.2 1722 wurde eine Judenschule⁶ – vermutlich war ein Betraum gemeint – in Hamm beurkundet; der Standort ist unbekannt. Eine Synagoge wird urkundlich erstmals 1763 bezeugt. In diesem Jahr schenkte Anschel Hertz die jährlichen Zinsen in Höhe von drei Prozent, die ihm die märkische Jüdischaft für ein Darlehen von 1000 Rtlr. schuldete, auf ewige Zeiten dem Fonds der Synagoge. Bevor er 1811 starb, hatte er seine Erben verpflichtet, das Geld in seinem Sinne weiterzuverwalten. 1819 wird erwähnt, dass eine frühere Synagoge bei einem Stadtbrand – vermutlich 1734 oder 1741 – abgebrannt sei. Nach einem amtlichen Bericht von 1843 ist sie an derselben Stelle – in einem Hofraum, der einem Gemeindemitglied gehörte – wieder aufgebaut worden; in neuerer Zeit habe die Gemeinde das der Synagoge vorgebaute Haus von den auswärtigen Besitzern angekauft und dieses teils aus den Mitteln des Synagogenfonds bezahlt. 1858 erwog der Vorstand der Gemeinde, eine neue Synagoge zu bauen, zehn Jahre später wurde der Plan nach einem Entwurf von Julius Lehnartz umgesetzt. Wahrscheinlich stand die 1868 erbaute Synagoge zumindest teilweise auf dem Boden des Vorgängerbaus, versteckt im Hinterhof des Grundstücks Kleine Weststr. 5 (heute Martin-Luther-Str. 5) hinter der jüd. Schule. Um 1925 ließ die Gemeinde die Synagoge nach Plänen des Architekten Kadden aus Hagen renovieren und modernisieren. In der Pogromnacht 1938 wurde sie demoliert und wenig später auf Befehl der Gestapo abgebrochen. Ein Teil der im Schutt gefundenen Kultusgegenstände aus Silber wurde an das Städtische Museum Hamm gegeben, das diese wiederum 1953 an die Kultusgemeinde Dortmund weitergab; zu Details siehe PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 161–167. Nach Abbruch der Synagoge 1939 nutzte die NS-Frauenschaft das ehemalige jüd. Schul- und Gemeindehaus, 1944 wurde es bei einem Bombenangriff zerstört.

2.2.3 Seit 1800 unterrichtete Lehrer Isaak Rothschild (gest. 1857) in Hamm Hebräisch und Religion. 1818 bestand keine jüd. Schule; die jüd. Kinder besuchten die allgemeine Volksschule. Zur Qualität der jüd. Lehrer im Kreis Hamm bemerkte die Regierung Arnsberg 1819, sie seien „gewöhnlich nicht vorzüglich“. 1843 teilten die Gemeindevorstände Isaak Gerson und Seligman Bacharach mit, für den Religionsunterricht der 16 schulpflichtigen Kinder sei der Vorbeter zuständig, den übrigen Lehrstoff deckten die Stadtschulen ab, da die Gemeinde einen staatlich geprüften Lehrer nicht besolden könne. Man plane jedoch „ein zweckmäßiges Schullokal“ im Synagogenbereich einzurichten. Drei Jahre später beabsichtigte die jüd. Gemeinde den Erwerb eines Grundstückes zum Bau einer Schule, die Regierung Arnsberg wandte aber ein, dass sie dies nur „in Fällen des nachgewiesenen wirklichen Bedürfnisses“ befürworten könne. Ebenfalls 1846 beantragten die Vorsteher bei der Regierung, den seit drei Jahren in Arnsberg tätigen, 1837 am Seminar in Soest geprüften Lehrer Elias Gans aus Bleicherode als Elementar- und Religionslehrer, Kantor und Schächter in Hamm anstellen zu dürfen. Noch im selben Jahr erhielt er auf Widerruf die KonzeSSION zur Eröffnung einer privaten Elementarschule in Hamm, die der städtischen Schulkommission unterstand. Die wöchentliche Stundenzahl wurde auf 26 festgesetzt, der Hebräisch-Unterricht durfte darin nicht enthalten sein. 1849 legte Lehrer Gans seine Ämter nieder. Ihm folgte Isaak Steinweg, diesem 1867 Julius Mündheim (1834–1914) aus Dransfeld. 1891 besuchten von den 34 Schulkindern 13 Mündheims Elementarunterricht, die übrigen 21 eine christl. Volksschule, die Töchterchule oder das Gymnasium. Als Lehrer, Religionslehrer an höheren Schulen und Prediger trat Mündheim 1901 nach mehr als 30-jähriger Tätigkeit in Hamm in den Ruhestand. Sein Nachfolger wurde Moritz Lorge aus Petershagen, 1905 besuchten 23 Kinder den Unterricht in der privaten Volksschule. Seit etwa 1907 ist Moritz Weiler als Lehrer, Kantor und Prediger verzeichnet, zudem war zwischen 1911 und 1913 Recha Weiler als

Handarbeitslehrerin tätig. 1911 hatte die Schule 22 Schüler, 1913 waren es 25 Kinder. Nach dem Ersten Weltkrieg sah sich die jüd. Gemeinde außerstande, ihre Privatschule aufrecht zu erhalten. Sie wurde 1923 geschlossen und bestand als Religionsschule fort, die Stadt Hamm übernahm Moritz Weiler als technischen Lehrer für die Berufsschule. 1927 beschloss die Repräsentantenversammlung, wieder eine Schule einzurichten, und ersuchte die Stadt Hamm, den Lehrer Weiler dafür zu beurlauben. Für den Unterricht stünde das frühere Schullokal im Gemeindehaus der Synagogengemeinde Hamm (Kleine Weststr. 5) zur Verfügung, in welchem der Unterricht bis 1923 erteilt worden sei. Der Regierungspräsident in Arnsberg befürwortete den Antrag. 1929 besuchten bereits wieder 33 Kinder die jüd. Volksschule, weshalb die Synagogengemeinde beabsichtigte, ein Grundstück zur Errichtung eines Schulgebäudes zu kaufen; der Plan musste zurückgestellt werden. 1932/33 erteilte Josef Reinhold aus Hannover, seit 1929 als Prediger angestellt, insgesamt 42 Kindern Religionsunterricht an der Religionsschule bzw. an höheren Schulen.

Während der nationalsozialistischen Herrschaft besuchten jüd. Kinder bis zum 15. Nov. 1938 die allgemeinbildenden Schulen in Hamm. Danach wurde der Unterricht zunächst im neuen Gemeindehaus in den ehem. Kanzleiräumen von Rechtsanwalt Dr. Alfred Michaelis (Hohestr. 59), dann ab Mitte 1939 im Privathaus von Josef Rosenberg (Stiftstr. 6) abgehalten, wo im Hinterhof aus einem Garagen- und einem Kutschenraum ein Schulraum geschaffen worden war. Religionsunterricht erteilte seit Mai 1937 Kurt Radt, Schwiegersohn des Synagogendieners Nathan Dahl; er war zuvor als Religionslehrer und Kantor in Salzkotten tätig gewesen. Nach Verlegung der jüd. Volksschule von Ahlen nach Hamm Mitte 1939 unterrichtete dort an einigen Nachmittagen der in Dortmund lebende (und dort vormittags unterrichtende) Lehrer Adolf Tint, der zuvor in Ahlen tätig gewesen war. Die Schule zählte 16 Schüler, darunter waren zehn Kinder aus Hamm, die übrigen kamen aus Soest, Werl, Büderich und Ahlen. 1942 wurde die Schule mit Beginn der Osterferien aufgelöst.

2.2.4 Einige jüd. Persönlichkeiten, die im öffentlichen und sozialen Leben der Stadt Hamm eine große Rolle gespielt haben, errichteten soziale Stiftungen. Elias Marks (1765–1854) überließ dem von seinem Schwiegersohn Alexander Haindorf 1825 gegründeten ‚Verein zur Beförderung von Handwerken unter den Juden‘ 25 000 Tlr., die Summe bildete letztlich die finanzielle Grundlage für die spätere ‚Marks-Haindorf-Stiftung‘ mit Sitz in Münster. Testamentarisch stellte er 5000 Tlr. für eine weitere Stiftung zur Verfügung, die Zinsen sollten einem armen „unbescholtenen Hammer Bürger – ganz gleich, welcher Konfession“ bis an sein Lebensende und der Witwe bis zu deren Tod zugute kommen. Die Gelder wurden jährlich am Todestag des Stifters ausgezahlt. Haindorfs Schwiegersohn, der Rittergutsbesitzer Jakob Loeb auf Caldenhof (Haus Caldenhof war 1820 von Elias Marks aus einer Konkursmasse erworben worden), brachte zwischen 1873 und 1890 insgesamt 39 050 M für die ‚Marks-Haindorf-Stiftung‘ auf, 1886 weitere 18 000 M für den Neubau des Seminars. Der Stadt Hamm stellte Loeb gegen eine symbolische Gebühr von 3 M jährlich das Grundstück für das erste Freibad an der Lippe zur Verfügung, das 1886 eröffnet wurde. Als Moritz Bacharach (1833–1903) sein silbernes Jubiläum als Mitglied der städtischen Körperschaften beging, errichtete er 1898 eine Stiftung und bestimmte die Summe von 10 000 M zur Unterstützung hilfsbedürftiger Wöchnerinnen aller Konfessionen. Mit weiteren zum gleichen Zweck gestifteten Geldern wurde der ‚Verein für Wöchnerinnenpflege‘ errichtet, der 1935 aufgelöst wurde. Die Witwe Emilie Bacharach (1844–1932), die ohne Erben verstarb, vermachte das Haus Ostenallee 28 der Stadt als Dienstwohnung für den jeweiligen Oberbürgermeister. 1911 wurde die ‚Hermann-Gerson-Stiftung‘ anlässlich der Goldenen Hochzeit des Stifters mit einem Kapital von 12 000 M zur Unterstützung „verschämter Armer“ errichtet. Gleichzeitig stiftete Hermann Gerson (1833–1914) dem Ruderclub und dem Musikverein je 1000 Mark.

Auch Vereine mit sozialen Zwecken wurden in Hamm etabliert. 1861 wurde der ‚Israelitische Wohltätigkeitsverein‘ unter der Leitung von Bernhard Löhnberg gegründet. 1924/25 war Moritz Weiler dessen Vorsitzender, 1932/33 – der Verein hatte 72 Mitglieder – Julius Blumenthal. Ebenfalls wohltätigen Zwecken widmete sich der 1889 von den jüd. Frauen Schreiber, Mündheim und Dannenbaum gegründete und bis 1914 geleitete ‚Israelitische Frauenverein‘. 1924/25 hatte Frieda Dannenbaum den Vorsitz inne, 1932/33 – zu dieser Zeit hatte der Verein 80 Mitglieder – Helene Lauter. Nur im Jahr 1907 wird der ‚Verein gegen Wanderbettelei‘ erwähnt. Ihm stand Albert Halle vor, er verfügte über einen Etat von 600 Mark. Von Anfang an – also seit 1827 – unterstützten Juden und Christen aus Hamm über Jahrzehnte die Marks-Haindorf-Stiftung in Münster mit Spenden. Mitglieder der jüd. Gemeinde Hamm hatten dort auch Vorstandsämter inne: Seligmann Bacharach war 1842 Geschäftsführer, Meier Bacharach war 1871 Mitglied des Kuratoriums, Jacob Loeb war 1862 kurzzeitig Nachfolger des verstorbenen Haindorf und 1888 Ehrenpräses.

2.3.1 Menachem ben Jacob ha Cohen (auch Mannes, Manasse, Magnus von Roth) sowie Moises (Mosche) ben Joseph aus Hamm traten 1603 auf der Frankfurter Synode als Delegierte der Judenschaft in Westfalen auf. Menachem, auch als ‚Rabbi‘ titulierte, wurde als „obriste im westfälischen creiß“ bezeichnet, also als Vertreter aller Juden in Westfalen. Ebenfalls aus Hamm kam der 1779 verstorbene märkische Rabbiner Salomon Abraham.

Vorsteher der märkischen Judenschaft war 1658 Salomon Nathan aus Hamm, sein Bruder Simon Nathan fungierte zusammen mit Jonas Isaak 1661 als Einnehmer der jährlichen Tributgelder der märkischen Juden an den Landesherrn. Salomon Simon war 1687 Vorsteher der märkischen Judenschaft, Elias Marcus 1707, Anschel Hertz von 1759 bis 1784 und Heinemann Spanier von 1784 bis 1806. Als Letzterer wegen der Veruntreuung von Schutzgeldern in Misskredit geraten war, übernahm Anschel Hertz 1806 erneut das Amt des Obervorstehers. Spanier hatte, wie 1805 aufflog, mit Hilfe des Verwalters der Landjudenkasse über 1000 Mark Silber sowie weitere Steuern und Abgaben seiner Gemeinden unterschlagen. Da nach Hertz kein Jude das Amt des Vorstehers und die damit verbundenen Pflichten mehr übernehmen wollte, setzte die Regierung 1821 einen Obervorsteher ein und zahlte ihm ein Gehalt. Die von der Berliner Regierung seit 1730 regelmäßig alle drei Jahre einberufenen Judenlandtage fanden zunächst abwechselnd in Kamen und Hamm, ab 1765 nur noch in Hamm statt.

Als Vorstände der Hammer Gemeinde fungierten 1843 Isaak Gerson (1780–1854) und Seligman Bacharach (1789–1880). Bis 1911 war fast vier Jahrzehnte Moses Schreiber Vorstandsvorsitzender. Dem Vorstand gehörten zwischen 1910 und 1933 u.a. Jakob Koppel-Bamberger, Leopold Eisenberg, Sally Elsberg, Fritz Goldschmidt und Hugo Lindemeyer an. Langjährige Gemeindevorsitzende waren Julius Blumenthal (seit etwa 1912, auch noch 1932) und Max Hirsch, die 1938 bzw. 1937 die Stadt verließen; Hirsch war zudem mehrere Jahrzehnte bei Abwesenheit des Kantors ehrenamtlicher Vorbeter. Zu den Repräsentanten zählte zwischen 1910 und 1933 Rechtsanwalt Dr. Alfred Michaelis, 1932 wird Albert Elsberg als zweiter Vorsitzender der insgesamt neun Mitglieder umfassenden Repräsentantenversammlung genannt. Als Kultusbeamte bzw. Prediger fungierten im Allgemeinen die Lehrer, so u.a. Julius Mündheim (1867–1901), Moritz Weiler (ca. 1907–1925) und Josef Reinhold (1929–1933). Die Stelle des Schochet und Synagogendieners versah Herz Grünebaum vom Beginn des 20. Jh. bis Anfang der 1920er Jahre, dann bis etwa 1939 Nathan Dahl aus Schwetz. 1932/33 war Dahl auch in Soest als Schochet tätig.

2.3.2 Anschel Hertz (nach 1731–1811) war in der zweiten Hälfte des 18. Jh. die herausragende Persönlichkeit der märkischen Judenschaft. Als Nachfahre einer bereits seit vier Generationen in Hamm ansässigen jüd. Familie hatte er durch Pfandleihe bis

1766 ein Vermögen von 1400 Rtlr. erworben. Bei seinem Amtsantritt als Vorsteher der märkischen Judenschaft fand er einen Schuldenstand von über 1500 Rtl. vor, den er zügig abbaute. Sein Verhandlungsgeschick zeigte sich in vielen Engagements, so als er beispielsweise 1770 bei der Regierung in Berlin durchsetzte, dass die Judenlandtage der Grafschaft Mark mit denen der preuß. Generaljudenlandtage zeitlich abgestimmt wurden. In Anbetracht seiner Verdienste bat die märkische Judenschaft 1763 den König erfolgreich, ihn als Obervorsteher auf Lebenszeit zu bestätigen. 1784 reichte er sein Rücktrittsgesuch ein, nachdem er 25 Jahre lang das Amt versehen hatte. Vermutlich als einer der ersten westfälischen Juden setzte er sich aktiv mit der Wissenschaft und Kunst seiner Zeit auseinander. Er trug eine Bibliothek sowie eine Gemälde- und Kupferstichsammlung zusammen, die später sein Neffe Hertz Elias erbt. 1784 berichtet das Westfälische Magazin, Hertz besitze „in hiesiger Gegend eine der vollständigsten Naturaliensammlungen, die besonders den Mineralogen schätzbar ist“. 1776 erhielt er in Würdigung seiner Verdienste um den von der Regierung geförderten Seidenbau die Konzession zum Besitz eines ‚Lusthauses‘. Zeitgenössische Porträts zeigen Hertz, der auch in christl. Kreisen hohe Wertschätzung genoss, zusammen mit seiner Gattin Rachel David (1735–1789) in einer bürgerlich-akkulturierten Darstellung. Bei seinem Tod 1811 verpflichtete Ansel Hertz seine Erben, die Zinsen der märkischen Judenschaft zu verwalten, damit in Notzeiten Geld für die Synagoge vorhanden sei.

Alexander Haindorf (geboren 1784 in Finnentrop-Lenhausen), Mediziner und Gründer der Lehrerbildungsanstalt in Münster, kam nach dem Tod seines Vaters Zander Abraham und seiner Mutter Vogel Horn zu deren Eltern nach Hamm. Ansel Hertz (dessen Nichte Haindorf später heiratete) ermöglichte ihm den Besuch des Gymnasiums und das Studium, in seinem Haus wurde er an abendländische Bildung, Kunst und Kultur herangeführt. Als erster Jude in Hamm holte Haindorf mit 25 Jahren das Abitur nach, anschließend studierte er in Würzburg, Jena und Heidelberg Medizin und Philosophie. 1810 wurde er promoviert, 1811 folgte die Habilitation. Nach mehreren Stationen im In- und Ausland ließ er sich 1816 in Münster nieder. Haindorf machte sich als Kunstsammler und als Mitinitiator des 1831 gegründeten Westfälischen Kunstvereins einen Namen, vor allem aber mit der von ihm konzipierten jüd. Lehrerbildungsanstalt (später ‚Marks-Haindorf-Stiftung‘), deren Absolventen den ihnen vermittelten Reformansatz in ganz Westfalen verbreiteten. Haindorf starb 1862 auf Gut Caldenhof bei Hamm.

Der in Hamm geborene Rabbiner Dr. David Rothschild (1816–1892), Sohn des Vorsängers Isaac Rothschild, verfasste 1847 mehrere Publikationen über die Reform des Judentums und des jüd. Schulwesens, ferner die Schrift ‚Der Eid der Juden‘. Rothschild forderte „die Gleichberechtigung aller Bekenntnisse“. 1848 gehörte er zu den Revolutionären. Nachdem er die Demokratisierung des Heeres gefordert hatte, wurde er gefangen gesetzt und 1850 vor Gericht gestellt. Nach seinem Freispruch zog Rothschild nach Aachen. Rothschild wurde Rabbiner in Alzey (Rheinhausen), 1868 sprach er in Hamm anlässlich der Einweihung der neuen Synagoge. Dabei bekannte er sich zum preuß. geprägten Nationalstaat und zu religiösen Reformen.

Dr. jur. Alfred Michaelis, 1873 in Köln geboren, betrieb seit etwa 1906 seine Rechtsanwaltspraxis in Hamm (Hohe Straße). Neben anderen Werken veröffentlichte er 1910 ein Standardwerk über die ‚Rechtsverhältnisse der Juden in Preußen seit dem Beginne des 19. Jahrhunderts‘. Politisch engagierte er sich bei der DDP. Nachdem er zu Beginn der NS-Zeit seine Zulassung als Anwalt und Notar verloren hatte, stellte er seine Kanzleiräume der jüd. Gemeinde zur Verfügung, die darin ein neues Gemeindehaus einrichtete. 1939 emigrierte er nach Südafrika, wo er 1943 starb.

2.3.3 Rabbiner Dr. David Rothschild wurde als Vertreter des Volksvereins zu Hamm am 18./19. Nov. 1848 auf den Westfälischen Kongress nach Münster geschickt. Er war zwar überzeugter Demokrat, lehnte aber die Republik als Staatsform in Deutschland

ab. Ungeachtet dieses Vertrauensbeweises gab es in der zweiten Hälfte des 19. Jh. gegen Juden in öffentlichen Funktionen auch Vorbehalte. So wurde die Einführung von Jakob Loeb in den Kreistag in Soest 1856 jahrelang verhindert – als Besitzer des von Elias Marks 1854 geerbten Rittergutes Caldenhof südöstlich von Hamm hätte er jedoch Anspruch drauf gehabt. Nachdem ihm 1856 „die Ausübung der Kreisstandschaft von allen Verwaltungsinstanzen abgeschlagen“ worden war, erhielt er von der Regierung Recht und wurde 1859 durch Landrat von Bockum-Dolffs eingeführt. Dagegen protestierten einige der Rittergutsbesitzer, sie gaben eine entsprechende Erklärung ab und verließen die Sitzung. Trotz eindeutiger Gesetzeslage, dass Juden die Ausübung ständischer Rechte auf Kreis- und Provinziallandtagen „nicht versagt werden“ könne, erhob noch 1861 der Abgeordnete Graf von Plettenberg auf dem Kreistag in Soest Einspruch gegen die Teilnahme eines Nichtchristen.

Seit 1871 gehörte der Bankier Moritz Bacharach (1833–1903) 25 Jahre der Stadtverordnetenversammlung an, ebenso Max Gerson (1902–1910) und Adolf Herz (1905–1923). Nach dem Tod des Letztgenannten erhielt Minna Herz von der Stadt für die Verdienste ihres Mannes, vor allem im Haushaltsausschuss, einen persönlichen Dankesbrief des Oberbürgermeisters. 1912 gründete Dr. Emil Löhnberg nach englischem Vorbild die Ortsgruppe Hamm der ‚Deutschen Gartenstadt-Baugesellschaft‘, in deren Vorstand er tätig war, ferner setzte er sich für die Errichtung des Volksbades ein. Juden engagierten sich auch in Sport- und Geselligkeitsvereinen: Moritz Bacharach gehörte zu den Mitbegründern des ersten Hammer Turnvereins, die Brüder Max und Ernst Gerson zu den Gründern des Ruderclubs. Sie und andere Juden betätigten sich in der Clubgesellschaft. Justizrat Ernst Gerson wurde 1930 Vorsitzender des Musikvereins Hamm.

Kurt Julius Goldstein (1914–2007) lebte seit 1923 in Hamm. Er gehörte 1928 der Sozialistischen Arbeiterjugend an und wenig später der KPD, für die er 1930 als Redner auftrat. Als Mitglied der Internationalen Brigaden nahm er am Spanischen Bürgerkrieg teil, wurde nach dessen Ende in Frankreich interniert und 1942 von Drancy nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Mit einem Todesmarsch kam Goldstein ins KZ Buchenwald, wo er sich am Häftlingsaufstand im April 1945 beteiligte. Zurück in Hamm, begann er wieder mit der Parteiarbeit in der KPD. 1951 zog er in die DDR, wo er Chefredakteur und Intendant beim Deutschlandsender wurde. Goldstein war Ehrenpräsident des ‚Internationalen Auschwitz Komitees‘ und Ehrenvorsitzender der ‚Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes‘, seit 1996 zudem spanischer Ehrenbürger. 2005 erhielt Goldstein das ‚Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland‘.

3.1 Die 1868 erbaute Synagoge war von der Straße aus nicht sichtbar. Man erreichte sie von der Königstraße durch eine schmale Gasse und von der Kleinen Weststraße durch ein Tor in der Grundstücksmauer. Das nach Osten ausgerichtete Gebäude bestand aus einem Langhaus, dem ein Chorraum in Form einer Apsis angefügt war. Das dreischiffige Langhaus maß etwa 37 x 33 Meter. Im Hauptschiff befanden sich rund 120 Gebetspulte für Männer, die Frauenempore hatte 60 Plätze. Auf der Empore stand ein Harmonium. Mitten in der Apsis befand sich das Pult des Kantors. Nach der Verwüstung im Nov. 1938 wurde das Bauwerk bis 1939 abgerissen.

3.2 Dem Bericht des Rentmeisters Johann Ludovici von 1653 ist zu entnehmen, wo Juden in der Stadt gewohnt haben. Nathan Simon, „der alte Jude“, wohnte in der Oststr., seine beiden Söhne Simon und Salomon Nathan in der Kleinen Weststraße, alle lebten in angemieteten Häusern. 1748 waren Marcus Horn, Philipp Marcus Horn und Marcus Hertz im Besitz von Häusern mit einem Wert von mehr als 1000 Rtlr.; Philipp Jordan und Elias Marcus besaßen Häuser im Wert von 800 Reichstalern. 1779 erwarb

Anschel Hertz ein Grundstück am Gerdshagen, auf dem er Gärten, ein ‚Lusthaus‘ sowie eine Maulbeerplantage zur Gewinnung von Seide anlegte. Die relativ guten Vermögensverhältnisse der Hammer Juden dokumentierte der Bürgermeister 1819 durch eine Aufstellung von 20 Häusern, die sich in jüd. Besitz befanden. 1932 lebten in der Altstadt unter den insgesamt 6968 Einwohnern 114 Juden, 49 von ihnen in der Großen und Kleinen Weststraße, 160 im Bahnhofsviertel, 13 in der Nordenvorstadt, 29 in der Ostenvorstadt (fast alle in der Heßlerstr. und Ostenallee), 68 in der Südevorstadt und 26 in der Westenvorstadt. Die Schwerpunkte der jüd. Siedlung lagen damit im Bahnhofsviertel und in der Altstadt, wo etwa zwei Drittel der Juden ansässig waren. Die sich anbahnende Verlagerung in die südlichen Viertel fand 1933 ihr Ende. Das 1820 von Elias Marks erworbene Haus Caldenhof – später bewohnt von Haindorf und seinen Nachfahren – ist 1858 einem repräsentativen Neubau im zeitgenössischen Stil gewichen. Der Neubau beherbergte lange Zeit Haindorfs Gemäldesammlung, 1967 wurde auch er abgerissen.

3.3 Der erste Friedhof der Hammer Juden lag am Nordenwall auf einem ehemals gräflichen Grundstück; seit wann er genutzt wurde, ist unbekannt. Als preuß. Soldaten dort 1768 ihr Brennmaterial lagerten, erreichte der Vorsteher der märkischen Judenschaft, Anschel Hertz, bei General von Wolffersdorf die Zusage zur Räumung des Platzes und zur Errichtung einer neuen Mauer. Das ‚Allgemeine Landrecht‘ in Preußen legte fest, dass die Friedhöfe an den Rand der Orte zu verlegen seien. Während die christl. Gemeinden in Hamm dem 1800 nachkamen, plädierte der Landrentmeister 1799 für die Beibehaltung des alten jüd. Friedhofs. Dort würden jährlich nur zwei bis drei Beerdigungen stattfinden, zudem habe der Obervorsteher Anschel Hertz darauf hingewiesen, dass Juden ihren „Gottesacker nie verändern dürften“. Da keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen für die Bevölkerung ersichtlich waren, entschied die Kriegs- und Domänenkammer zugunsten der Juden. Als 1813 in Hamm ein Nervenfieber ausbrach, befürwortete der Bürgermeister die Verlegung des Friedhofes; der Civil-Gouverneur von Vincke entschied 1814 jedoch noch einmal zugunsten der Juden. Nach Aufhebung des benachbarten Franziskanerklosters 1824 und der Umwandlung der Klostergebäude in ein Gefängnis erging 1825 die Weisung, keine Beerdigungen auf dem jüd. Friedhof mehr vorzunehmen. Den Juden wurde daraufhin eine Parzelle auf dem christl. Begräbnisplatz an der Ostenallee zugewiesen. 1888 erstellte die ‚Israelitische Gemeinde‘ für den Friedhof an der Ostenallee eine Friedhofsordnung. 1902 wurden dort 18 Grabdenkmäler umgeworfen und zum Teil zerstört.

Seit etwa 1928 bemühte sich die Stadtverwaltung um die Beseitigung des alten Begräbnisplatzes, weil der Nordenwall zu einer Durchgangsstraße werden sollte. Die Kultusgemeinde lehnte die Pläne ab und wiederholte die Ablehnung auch nach 1933. Einem Zeitungsbericht zufolge sei die Bevölkerung empört „über den Mißbrauch, den die Hammer Juden von dem ihnen gewährten Gastrecht mit der ihrer Rasse eigenen dreisten Frivolität zu treiben sich gestatten“. Während des Krieges hielt der Feuerlöschdienst der Luftschutzpolizei auf dem Friedhof regelmäßig seine Schaumlöschübungen ab, dadurch wurden viele Steine verätzt und deren Inschriften unlesbar. Nach 1945 ging der Friedhof in den Besitz der JTC über, die ihn 1954 für 3000 DM an die Stadt verkaufte. In den 1960er Jahren scheint er endgültig beseitigt worden zu sein. Auf dem Friedhof an der Ostenallee sind etwa 200 Grabstellen noch identifizierbar. 1992 wurde er in die Denkmalliste der Stadt Hamm eingetragen.

4.1 AdelsA Caldenhof, Dar. D. VI. – Archiv Beverförde Werries, II 469, 472, 473. – CAHJP, Jerusalem, G 5 Inv. 6748, GA II 399, 459–486, 757–760, 5761, 4111. – Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA, Geheimer Rat, Rep. 34 Nr. 64 g 2, Fasz. 1–7, Nr. 100 D; II. HA, GD Cleve, Tit. CLX. Sect. I Nr. 7, Bd. 1. – Generallandes-

archiv Karlsruhe, 67/801f. – Haus-, Hof- und StaatsA Wien, Reichshofrat Denegata Antiqua, Karton 176; Jud. Misc. J 3. – Hohenlohe Zentralarchiv, Neuenstein, E 39, E 58 (1), (3), E 59 (1). – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), Personenstandsarchiv P 10 Nr. 30, P 5 Nr. 180–182. – LAV NRW Abt. R (Duisburg), RKG I/J 284/1368 I u. II, Hs A III 15 u. 16, A IV 1 u. 3, Hs C II 7 Bd. 1, Hs C II 8 Bd. 1, Hs K III 7, Hs L II 7 Bd. 7; Jülich-Berg I 31, I 1365, II 18, II 239a, Registra causarum Markensium. – LAV NRW Abt. W (Münster), RKG H 289, N 212 Bd. 1–2, J 293/1413, 1415, J 293, 295, J 449, M 1170, M 1650 Bd. 1–2; Fürstentum Münster Weltliches Hofgericht 19; Weltliches Hofgericht Protokolle Nr. 2 u. 3; Fürstentum Münster Landesarchiv 39, Nr. 1 u. 5; Regierungsprotokolle 19, 22, 24–26, 28f.; Kleve-Märkische Regierung Landessachen 467, 1235, 1639; Landsberg-Velen 25191, 25192; Manuskripte VI 141, 3; StadtA Ahlen (Depositum) II E 4, II F 1; Domkapitel Münster 4841, 4848; Ermelinghof (Depositum) G 1, A 442 II; Kriegs- und Domänenkammer Hamm 152, 1068–1070, 1083–1089; Landesregierung Münster 87; Kreis Unna Landratsamt 1345–1362, 152; Oberpräsidium 2627 Bd. 1–2; Regierung Arnsberg Präsidialregistratur I 330 u. 331; Amtsgericht Hamm 231, 138–689; Einwohnerbuch der Stadt Hamm 1933, 5–9. – Oberlandesgericht Hamm, A II 68 I–IV, 69. – StaatsA Marburg, 86 Hanauer Nachträge 28753. – StadtA Coesfeld, Collecta D 12. – StadtA Frankfurt a. M., Judenschaft Ugb E 46 U, E 48, Feme Generalia 6. – StadtA Hamm, 80/256, 257, 10/1696, 2774, 2775. – StadtA Hildesheim, Best. 100–84, Nr. 4; Best. 1 Nr. 85. – StadtA Münster, Ratsarchiv, A II 20 (Ratsprotokolle), Bd. 20, 35, 35/2, 49, 53, 54, 82, 83, A VI 8, B II 269, A VIII 281a; Gerichtsarchiv, Kriminalprotokolle Bd. 2. – StadtA Soest, A 3947. – StadtA Werl, C 1 Nr. 1; C 3 Nr. 1 u. 4. – StadtA Werne, Bestand X/1. – Universitäts- und Landesbibliothek Münster, Sammlung Judaica, Nr. 1.

4.2 Foto von Frau Dannenbaum im Israelitischen Familienblatt <21.1.1926>. Fotos des alten Friedhofs am Nordenwall u. der Synagoge in: DARTMANN, Entwicklung der jüdischen Gemeinde 45, 55–58; Entwurf und Lageplan der Synagoge in: Städtisches Bauamt Hamm, Bauakte M – Lutherstraße 5a. Zeichnung der Synagoge (1931) von Theo Hölscher im Gustav-Lübcke-Museum; dazu SCHWINZER Ellen, Schatz aus dem Nachlaß. Die Hammer Synagoge – gesehen von Theo Hölscher. In: Westfälischer Anzeiger 7./8. November 1992. Außen- und Innenaufnahmen der Synagoge in: SCHEVEN Ilsemarie von, Geschichten um Haus Caldenhof. In: Unser Westfalen <1994> 31–33. Aufnahmen von Häusern und Wohnungen, in denen Juden vor Flucht und Deportation wohnten in: ZACHER, Schülerwettbewerb 17–24. Gemälde von Alexander Haindorf in: KESSEMEIER Siegfried, Caspar Görke: Alexander Haindorf und seine zwei Enkelkinder [1854]. In: Das Kunstwerk des Monats, Mai 1988 <Münster 1988>. Personenfotos und Dokumente in: BRAND, Geachtet – geächtet, SKOPNIK, „Öffnet die Pforten der Gerechtigkeit“ und KREIENFELD, „Sie waren so beliebt“. Zur Gemäldesammlung Haindorfs vgl. Monumenta Judaica. Katalog <Köln 1963> Nr. 515 und Rudolf Lepkes Kunst Auctions Haus <Berlin 1929>. Abb. von Synagoge, Kultusgegenständen und Friedhof in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 170–177. Aufnahmen des jüd. Friedhofs an der Ostenallee in der Sammlung der LWL-Denkmalpflege, Münster.

4.3 ASCHOFF Diethard (Hg.), Quellen und Regesten zur Geschichte der Juden in der Stadt Hamm von den Anfängen bis zur Zeit des Großen Kurfürsten 1287–1664 (= Westfalia Judaica III 2) <Münster 2005>. – AZJ <1848, 1849, 1896, 1901, 1903, 1911, 1914>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 1–46 <1827–1911/1913>. – BRILLING/RICHTER/ASCHOFF (Hg.), Westfalia Judaica, Bd. 1 (1005–1350). – ESSER Hermann, Über den Zustand der Israeliten insbesondere im Reg[ierungsbezirk] Arnsberg <Bonn 1820>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 66, <1911> 80, <1913> 91, <1924/25> 61. – Israelitisches Familienblatt <1902, 1903,

1911, 1914–1918, 1926, 1927, 1929, 1931–1938>. – KLOOSTERHUIS Jürgen (Bearb.), Kleve-Märkische Register. Landessachen, Bd. 1–2 <Münster 1985>. – DERS., Index. Märkische Register, Landessachen, Findbuch <Münster 1995>. – KRUMBHOLTZ Robert (Bearb.), Urkundenbuch der Familien von Volmerstein und von der Recke bis zum Jahre 1437 <Münster 1917>. – KULKA Otto D./JÄCKEL Eberhard, Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945 <Düsseldorf 2004> Dok. 17. – LÖWENSTEIN Uta, Quellen zur Geschichte der Juden im Hessischen Staatsarchiv Marburg 1267–1600, Bd. 1–3 <Marburg 1989>. – OVERMANN Alfred (Bearb.), Hamm (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Rechtsquellen, Westfälische Stadtrechte, Abt. I: Die Stadtrechte der Grafschaft Mark, Heft 2) <Münster 1903>. – RÜBEL Karl (Hg.), Dortmunder Urkundenbuch I–III, <Dortmund 1885–1899>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 162. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 52.

4.4 ASCHOFF Diethard, Der Ritter Dietrich von Volmarstein und die Juden. In: Der Märker 28 <1979> 132f. – DERS., Art. Hamm. In: Germania Judaica III 1 <Tübingen 1987> 510. – DERS., Streiflichter auf die mittelalterliche Geschichte der Juden in Hamm. In: Jahrbuch des Vereins für Orts- und Heimatkunde in der Grafschaft Mark 86 <1988> 125–136. – DERS., „Verjagt, getötet und verbrannt“. Szenen und Ereignisse aus der Geschichte der Hammer Juden im Mittelalter. In: Hammmagazin. Stadtilustrierte für Hamm 17 <1988> H. 11, 10–14. – DERS., Die Juden in der Grafschaft Mark zwischen Schwarzem Tod und Reformation (1350–1520). In: Jahrbuch des Vereins für Orts- und Heimatkunde in der Grafschaft Mark 88 <1990> 63–83. – DERS., „Attentate“ auf den Schloßherrn von Niederwerries. Zu einem Prozeß des Juden Moses von Hamm gegen den Ritter Dietrich von Nehem zu Beginn des 17. Jahrhunderts. In: Der Märker 50 <2001> 38–47. – DERS., Serie „Juden in Hamm“ Nr. 1–6. In: Westfälischer Anzeiger/Hammer Zeitung 180, Nr. 197–215 <11.8.2001–15.9.2001>. – DERS., Art. Haindorf. In: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon 20 <2001> Sp. 693–706. – DERS., Hamm als Vorort der westfälischen Juden und die Frankfurter „Rabbinerverschwörung“ von 1603. In: Märkisches Jahrbuch 102 <2002> 50–95. – DERS., Art. Mark. In: Germania Judaica 3 <Tübingen 2003> 1958–1961. – DERS., „Sei mir zur Frau nach dem Gesetze des Moses und Israels ...“ In Bern aufbewahrte Eheurkunde aus dem Jahr 1298 bezeugt die Anwesenheit jüdischer Mitbürger in Hamm. In: Heimatblätter. Geschichte, Kultur und Brauchtum in Hamm und in Westfalen. Westfälischer Anzeiger Hamm, Folge 13 <Juli 2003>. – DERS., Schutzzusagen, Vertreibungen, Bleiberecht – das schwere Leben der jüdischen Minderheit in Hamm bis zur neuen Judenpolitik des Großen Kurfürsten (1287–1664). In: Märkisches Jahrbuch 105 <2005> 33–69. – DERS., Jüdische Frauen in Westfalen im Mittelalter und in der frühen Neuzeit. In: BRIMMER-BREBECK Angelika/LEUTZSCH Martin (Hg.), Jüdische Frauen in Mitteleuropa <Paderborn 2008> 9–38. – AVNERI Zvi, Art. Hamm. In: Germania Judaica 2 <Tübingen 1969> 334f. – BECKMANN Wolfgang, Alexander Haindorf (1782–1862). Leben und Wirken eines jüdischen Arztes, Schriftstellers, Kunstsammlers, Professors und Philanthropen <Münster 1960> (ungedruckt, Ms. im StA Hamm). – BRAND Mechtild, Die jüdische Gemeinde in Hamm. Die jüdische Gemeinde in Hamm als Beispiel für die Geschichte der Juden in Deutschland. In: Der Märker 24 <1975> 79–81; 25 <1996> 8–11, 37–39, 55–57, 83–85; nachgedruckt in: Hammmagazin. Die Stadtilustrierte für Hamm 17 <November 1988> 3–5, 6–9, 15f. – DIES., Geachtet – geächtet. Aus dem Leben Hammer Juden in diesem Jahrhundert <Hamm 1991>. – DIES., „Bei Alsberg wird geplündert!“ Unruhen im Sommer 1919 in Hamm. In: Hammer Lesebuch. Geschichten aus der Geschichte der Stadt Hamm <Essen 1991> 163–171. – DIES., „Die Synagoge hat doch überhaupt nicht gebrannt!“. Der 9. und 10. November 1938 in Hamm. Ebd. 211–221. – DIES., Ein Denkmal für

Juden in Hamm. Ebd. 222–230. – DIES., Zwischen gesellschaftlicher Wirklichkeit und eigener Entscheidung. Drei Frauengenerationen der Familie Herz. In: Die vergessene Geschichte. 775 Jahre Frauengeschichte in Hamm (= Notizen zur Stadtgeschichte 7) <Hamm 2001> 237–243. – BÜRCK Werner, Die Gersons – eine deutsch-jüdische Familie in Hamm. Von 1775 bis zum bitteren Ende. In: Hammagazin 15 <Oktober 1987> 8–12. – DARTMANN Anna, Die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der jüdischen Gemeinde in Hamm 1327–1943 (= Tatsachen und Berichte 24) <Hamm 1976>. – EICKHOFF Hermann, Die israelitische Gemeinde in Hamm. In: 700 Jahre Stadt Hamm (Westf.) 1226–1926. Festschrift zur Erinnerung an das 700jährige Bestehen der Stadt. <Hamm 1926 ND Werl 1973> 165–167. – FREUND Susanne, Jüdische Bildungsgeschichte zwischen Emanzipation und Ausgrenzung. Das Beispiel der Marks-Haindorf-Stiftung in Münster (1825–1942) (= Forschungen zur Regionalgeschichte 23) <Paderborn 1997> bes. 42–46. – Gedenkstätte am ehemaligen Synagogenstandort. Künstlerischer Realisierungswettbewerb. Dokumentation <Hamm 2004>. – HERZBERG Wolfgang (Hg.), Überleben heißt erinnern. Lebensgeschichten deutscher Juden <Berlin 1990> 274–351 (Lebensgeschichte Kurt Goldstein). – HILSCHER Elke, Spuren zur „Reichskristallnacht“ in Hamm <Hamm 1988>. – DIES., Über Lebensgeschichten. Kreuzwegstationen 1933–1945 in den Niederlanden und Belgien <Hamm 1991>. – DIES., „... die Liebe kann nicht untergehen ...“. Jüdischer Friedhof in Hamm. Dokumentation in Bildern <Hamm 1994>. – KREIENFELD Rita, „Sie waren so beliebt“. Die Geschichte der Blumenthals aus Heessen (= Schriften des Hammer Geschichtsvereins, Heft 3) <Hamm 2000>. – LAPPE Joseph, Die Juden in Hamm. In: 700 Jahre Stadt Hamm 66–69. – DERS., Zur Geschichte der Juden in der Grafschaft Mark. In: Jahrbuch für die Westfälische Mark, Kalender auf das Jahr 1927 <Dortmund 1926>. Zugleich in: Westfalenland 15 <Hagen 1926> 3–4. – MELLMANN Wilhelm, Der alte Judenfriedhof in Hamm. In: Westfälische Heimatblätter 5 <1929> Nr. 1. – PLUM Marlene, Judentum zwischen Emanzipation und Restauration. Die Gutachten über das Judenwesen im Regierungsbezirk Arnsberg 1818–1848 <Münster 1991> (ungedruckt, Ms. im StA Hamm). – SCHEVEN Ilsemarie von, Geschichten um Haus Caldenhof. In: Westfälische Heimatblätter <10. Jan. 1994>. – DIES., Mediziner, Kunstsammler, Menschenfreund [Haindorf]. Ebd. <16. Feb. 1994>. – DIES., Franziskanerstraße hieß einst Judengasse. Am Nordenwall nördlich des Klostergartens der Franziskaner lag der alte Hammer Judenfriedhof. Ebd. <22. Juni 1995>. – DIES., Wer rettete das jüdische Tafelsilber aus Hamm? Ebd. <3. Nov. 1998>. – SKOPNIK Andreas, „Öffnet die Pforten der Gerechtigkeit“. Bau und Abbruch der Neuen Synagoge in Hamm 1868 und 1938 <Hamm 1995>. – WALTER Marianne, Die Saat ging auf. Autobiographie. Eine jüdische Jugend in Deutschland von 1910–1937 <Hamm 1998>. – WELS Dörte, Ansel Hertz (1730–1811) und die jüdische Gemeinde in Hamm. In: PERREFORT Maria (Hg.), „Es gibt ausgezeichnete Köpfe hier.“ Das preußische Hamm um 1800 (= Notizen zur Stadtgeschichte 14) <Hamm 2008> 151–164. – WIENSTEIN Friedrich Johannes, Jüdische Bürger in Hamm. In: Westfälischer Anzeiger und Kurier <30. Jan. 1960>. – ZACHER, H.-J. (Betreuer), Auf den Spuren der jüdischen Gemeinde Hamm. In: Schülerwettbewerb 1988/1989 des Landes NRW (ungedruckt, StadtA Hamm).

Diethard Aschoff

HATTINGEN

1.1 Stadt Hattingen, Ennepe-Ruhr-Kreis

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1406 als ‚stat‘ bezeichnet.

Nach dem Statut von 1856 bildete Hattingen auf Anordnung der Königlichen Regierung in Arnsberg den zweiten Synagogenbezirk im Landkreis Bochum. Zur Synagogengemeinde Hattingen gehörten laut Statut die Juden in der Stadt Hattingen sowie in den Ämtern Hattingen-Land (zunächst nur die Gemeinde Linden) und Wattenscheid (u.a. mit den Orten Gelsenkirchen, Königsstele und Wattenscheid). Die Juden des Amtes Wattenscheid bildeten eine eigenständige Untergemeinde.

2.1.1 In einer Urkunde wird 1484 das Ackergrundstück ‚Joden gude‘ vor dem Steinhagentor erwähnt, von dem der Chronist Hermann Mercker um 1630 berichtete, es werde „von alters gnant das Judenfeldt“. 1498 lässt sich in Hattingen eine jüd. Familie nachweisen: „end so nu ter tyt aldair eyn Joede woent, end eyn tytlanck gewoent hefft“. Es scheint zu Streitigkeiten gekommen zu sein, denn die Stadt beklagte sich „merckelich end schwerlich“ beim Landesherrn, Herzog Johann II. von Kleve-Mark, der im selben Jahr der Stadt „umb eyn gonst, uns nu van denselben geschiet“, das Privileg „de non tolerandis Judaeis“ verlieh. Binnen eines Monats hatte der Jude „myt den synen“ Hattingen zu verlassen, danach sollte in Hattingen kein Jude mehr wohnen oder Geschäfte betreiben dürfen. Etwa zur selben Zeit wurden dem kurkölnischen Juden Zander aus Deutz bei einem Überfall zwischen Hattingen und Langenberg Gold und Silber gestohlen.

In den folgenden Jahrhunderten finden sich nur wenige Hinweise auf die Anwesenheit von Juden in Hattingen. Durchreisende Juden wurden von den Gilden wegen unberechtigten Handels mit Geldstrafen belegt, dies traf beispielsweise 1675 einen Juden aus Wesel, der „allhier in dieser Statt einige Wahren“ zu verkaufen versuchte. 1692 wehrten sich Stadt und Gilden mit Hinweis auf das Privileg von 1498 vehement gegen die beabsichtigte Ansiedlung des Soester Juden Samson Jacob – offenbar mit Erfolg, denn 1693 erhielt ein Jude gleichen Namens einen Geleitbrief für Breckerfeld, wogegen der dortige Magistrat ebenfalls erfolgreich Beschwerde beim Kurfürsten führte. Anfang des 18. Jh. erlaubten die Gilden einigen jüd. Händlern gegen eine Gebühr den Besuch der Jahrmärkte in Hattingen. 1730 schlossen der Obrist von Heyden und die ‚königlichen Oberhoffaktoren‘ Moses und Elias Gumpertz in Berlin einen Kaufvertrag für die Weiler Mühle an der Hattinger Ruhrbrücke; wenige Tage später beantragten die Brüder Gumpertz beim Generaldirektorium in Berlin die Genehmigung zum Weiterverkauf der Mühle an den Fiskus. Laut Rechnung des städtischen Armenhauses hat 1785/86 „des Juden Gottlieb seine Frau“ Medikamente erhalten.

2.1.2 1809 lässt sich in Hattingen ein unverheirateter, in Schwelm geborener Jude nieder, „der sich mit der Schlächtereie abgibt“. 1812 lebten elf Juden in Hattingen, um 1816 waren es bereits 22. Im Jahr 1824 ernährte sich die Hälfte der zehn jüd. Familien durch Handel, die anderen durch Schlachten. 1832 werden Isaak Gumpertz, Josef Herz und Jakob Urias als Inhaber von Ellenwarenhandlungen erwähnt, die Witwe Moses Herz betrieb eine Spezereiwarenhandlung. 1843 finden sich in den Bürgerlisten unter den 268 mit Bürgerrechten versehenen Hattingener Einwohnern sechs Juden: Isaac Gumperz, Liefmann Gumperz, Moses Gumperz, Jacob Marcus, Aron Oster und Jacob Urias. 1846 werden in Hattingen mit festen, erblichen Familiennamen aufgeführt die Handelsmänner Lazarus Moses Cohen, Isaac, Moses und Salomon Gumperz, Moses Herz, Marcus Isaac, Jacob Markus und Markus Nassauer, die Kaufleute Herz

Gumperz, Liefmann Gumperz, Abraham Herz sowie Philipp und Salomon Urias, die Metzger Jacob Leser und Aron Oster, der Fleischer Jacob Gumperz, die Tabakfabrikanten Meyer Herz und Alexander Urias, der Lehrer Gutmann Baer und der ehemalige Lehrer Salomon Beer. Ohne Berufsangabe sind genannt: Carnette Cohen, Bertha Cohen Gumperz, Sibylle Löwenstein, Adelheid Moses, Feifelman Urias (Bruder von Alexander Urias) sowie die Töchter des verstorbenen Salomon Cohen (Jeanette und Sophie), die Geschwister des verstorbenen Liefmann Gumperz (Joseph, Lena, Hanna und Adelheid) und die Geschwister des Moses Herz (Gottschalk, Rosette und Julia). Bis dahin noch ohne festen Familiennamen waren der Handelsmann Joseph Herz, der Gold- und Silberarbeiter Joseph Herz und der Regenschirmmacher Salomon Herz, die sich alle künftig ‚Herzberg‘ nannten, der Tabakspinner Baruch Isaac (künftig Isaac), die Händlerinnen Adelheid, Eva und Sibylle Salomon (künftig Löwenstein) sowie der Klempner Liefmann Markus und der Tabakspinnerlehrling Philipp Meyer (beide künftig Markes). Die Kaufmannsfamilien Urias und Gumperz standen lange an der Spitze der jüd. Gemeinschaft, sie haben auch das gesellschaftliche und politische Leben der Stadt geprägt. Jacob Urias, bis zu seinem Tod 1844 Gemeindevorsteher, gründete 1826 aus bescheidenen Anfängen im Haus Steinhagen 15 „durch die Anlage eines kleinen Schaufensters mit dahinter befindlichem Verkaufsraum“ ein Geschäft. Seine Nachfahren führten die Familientradition bis Ende Juni 1932 erfolgreich fort, sie betrieben das bedeutendste Kaufhaus Hattingens. Auch die Kaufmannsfamilie Gumperz war wirtschaftlich erfolgreich: Liefmann und Moses Gumperz gehörten 1842 zu den Einwohnern, die als Stadtverordnete gewählt werden konnten – ein Privileg, das ein beachtliches Privatvermögen voraussetzte. Einen der frühen Industriebetriebe in Hattingen – hervorgegangen aus einfachen Anfängen seiner Vorfahren als Metzger und Knochensieder – leitete Salomon Gumperz, die 1872 gegründete Fett- und Talgsmelze Gumperz, die hauptsächlich Margarine produzierte. Nach einer 1849 von Liefmann Gumperz erstellten ‚Bevölkerungsliste der hiesigen jüdischen Gemeinde‘ gehörten ihr 100 ‚Synagogenmitglieder‘ an, davon kamen aus Hattingen 78, aus Blankenstein zehn sowie aus Linden und Sprockhövel je sechs Juden. 1853 verlegte der Hattinger Magistrat den jährlich im Okt. stattfindenden Markt wegen des auf diesen Tag fallenden Laubhüttenfestes. Wie die ‚Märkischen Blätter‘ 1866 hervorhoben, beteiligten sich im Preuß.-Österreichischen Krieg auch Jüdinnen aus Hattingen an ‚Liebesthätigkeiten‘, indem sie u. a. Leinwand für verwundete Soldaten spendeten. Auch während des Deutsch-Französischen Krieges, an dem der Hattinger Jude Oster Jovishoff als Soldat teilnahm, sind ‚Liebesgaben‘ vermerkt. Im Namen des ‚Unterstützungs-Comités zur Pflege der im Felde stehenden Krieger‘ unterzeichnete der jüd. Gemeindevorsteher Heinemann Hein gemeinsam mit dem ev. Pfarrer ‚Grüße an die Front‘.

1896/97 entrichteten die 37 veranlagten Hattingener Juden insgesamt 2671 M an Kommunalsteuern, bei einem Bevölkerungsanteil von knapp zwei Prozent betrug ihr Kommunalsteueranteil damit sieben Prozent. Die höchsten Beträge zahlten die jüd. Kaufleute Nachmann Gumperz (579 M), Jakob Urias (384 M) und Feodor Stern (203 M). Der Besitzer der Fettschmelze Salomon Gumperz musste 212 M an die Steuerkasse bezahlen. Von den Hattinger Juden waren nur wenige als Arbeiter tätig. Zu nennen ist die Familie Markus, „eine hiesige in bedürftigen Verhältnissen lebende Arbeiterfamilie“. Max Markus arbeitete 42 Jahre lang als Klempner auf der Henrichshütte, seine Söhne Alfred und Isidor waren dort als Schlosser, Dreher und Kranführer tätig. Zu den wenigen Arbeitern gehörte auch Herz Rosengarten aus Herbede, der 1870 die Hattingerin Helene Markus geheiratet hatte. Er ernährte seine Frau und die sieben Kinder als Gasarbeiter, Tagelöhner, Hütten- oder Fabrikarbeiter. Die Familie wohnte in dem Haus, in dem sich bis zur Einweihung der neuen Synagoge 1872 der Betsaal und die jüd. Schule befanden. Einige der Kinder waren später mit Christen

verheiratet. Die 1875 in Hattingen geborene, unverheiratete Berta Rosengarten arbeitete als Weißnäherin und Fabrikarbeiterin.

Das jüd. Vereinsleben, aber auch das allgemeine kulturelle Leben in Hattingen prägte der Lehrer und Kultusbeamte Meier Andorn: Er gründete sowohl den Synagogenchor als auch 1906 eine Ortsgruppe des ‚Vereins für jüdische Geschichte und Literatur‘, die zwischen 1906 und 1920 konstant etwa 25 bis 30 Mitglieder hatte. Ferner existierte eine Ortsgruppe des ‚Jung-Jüdischen Wanderbundes‘, dem u. a. der Lehrersohn Hans Andorn angehörte. Seit etwa 1919 ist eine Ortsgruppe des CV belegt; Mitte der 1920er Jahre hatte sie 28 Mitglieder, sie wurde von Aron Jovishoff geleitet.

Bei Kriegsausbruch 1914 stimmten die Hattingener Juden in die allgemeine Kriegsbegeisterung ein. Lehrer Meier Andorn hielt eine Ansprache, „um den Einberufenen das Geleit zum Bahnhof zu geben“. Die Wohltätigkeitsvereine der jüd. Gemeinde stellten 700 M zur Unterstützung der eingezogenen Reservelleute zur Verfügung; „Zur Nachahmung empfohlen“, hieß es dazu in der Zeitung. Das EK II erhielt Alfred Stern ebenso wie Leutnant Joseph Gumperz, der dem ‚Kaiserlich freiwilligen Automobilkorps‘ angehörte, 1915 wurde er zudem mit dem ‚Österreichischen Verdienstorden mit der Krone in Gold‘ ausgezeichnet und 1915 zum preuß. Reserveoffizier befördert. Gumperz, der im Auftrag der Heeresverwaltung in Sofia weilte, starb 1916 bei einer Blinddarm-Operation, er wurde auf dem jüd. Friedhof in Hattingen beigesetzt; Krieger- und Militärvereine der Stadt gaben ihm das letzte Geleit. 1926 wurde in der Synagoge eine Gedenktafel für die Gefallenen der Gemeinde (Adolf Gumbert, Josef Gumperz, Artur Levy, Erich Löwenstein, Hermann Röttgen und Walter Röttgen) aufgehängt. Während des Ersten Weltkriegs meldeten sich mehrfach jüd. Kriegsgefangene aus den Lagern der Region, um an den Gottesdiensten der Synagoge in Hattingen teilzunehmen. 1915 wurde die 74-jährige Henriette Löwenstein, Ehefrau des Händlers Moses Löwenstein, durch italienische Arbeiter erstickt, die in das Haus eingebrochen waren. Nach dem Ersten Weltkrieg, als die Synagogengemeinde einen starken Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen hatte, wurde das Gemeindeleben weiterhin von den alteingesessenen jüd. Familien Andorn, Cahn, Gumperz, Löwenstein, Markes, Markus und Urias aufrecht erhalten, die die Gemeinde aufgebaut und geleitet hatten. Im wirtschaftlichen Leben der Stadt behielten die alteingesessenen jüd. Kaufhäuser Jovishoff, Gebr. Kaufmann, Steinfeld, Stern und Urias ihre herausragende Bedeutung.

Mehrfach kam es in Hattingen zu antisemitischen Angriffen, denen sich in der Regel die große Mehrheit der Bürgerschaft aktiv entgegenstellte. So war 1877 auf einer Synagogenbank der Titel einer zuvor im Ort aufgeführten Posse ‚Lumpazi Vagabundus, oder das liederliche Kleeblatt‘ befestigt worden. Die Lokalpresse kommentierte: „Nur die Anonymität schützt den oder die Tempelschänder vor der allgemeinen Verachtung.“ Als 1884 eine gut besuchte Vortragsveranstaltung über „die Judenfrage“ des antisemitischen Berliner Agitators Max Liebermann zu Sonnenberg stattfand, forderten im Vorfeld angesehene Bürger der Stadt die Bevölkerung in einer Zeitungsanzeige auf, ihre Missbilligung der „Gefährdung des bisher innerhalb unserer Bürgerschaft bewahrten konfessionellen Friedens“ durch Fernbleiben von der Versammlung zu zeigen. 1884 entstand in Hattingen eine Ortsgruppe des antisemitischen ‚Deutschen Reform Vereins‘ mit dem Ziel, das „Verbandsprogramm der Antisemitenvereine“ zu propagieren. Zehn Jahre später erregten die antisemitischen Äußerungen des Reichstagsabgeordneten Hermann Ahlwardt die Gemüter. Nachdem zwei Redakteure 1912 in der ‚Staatsbürgerzeitung‘ den Lehrer Meier Andorn unter der Überschrift „Der paritätische Rabbi“ wegen seiner ehrenamtlichen Tätigkeit im Lehrerverein und anderen gemeinnützigen Vereinen „in beleidigender Form glossiert“ hatten, wurden sie 1913 zu Geldstrafen verurteilt.

Im Wahlkampf zur verfassungsgebenden Nationalversammlung wurden 1918 erneut antisemitische Parolen laut. Als sich Lehrer Andorn, der als geistiger und religiöser

Repräsentant der Hattingener Juden galt, während einer Wahlversammlung als Mitglied der DDP gegen die Vorwürfe zur Wehr setzte, wurde er persönlich angegriffen. Erneut verteidigten besonnene Hattinger den beliebten Pädagogen öffentlich: „Man muß der jüdischen Gemeinde zu ihrem wackeren Lehrer und Prediger gratulieren. ... Hut ab vor solcher Mannhaftigkeit“. Als im Herbst 1919 Schüler des Realgymnasiums eine Ortsgruppe des ‚Jugendvereins Jungdeutschland‘ gründeten, traten auch zwei Söhne Andorns bei. Als der Verein sich zu einer Ortsgruppe des deutschvölkischen ‚Jungdeutschland-Bundes‘ entwickelte, wurden die Söhne ausgeschlossen. Andorn wandte sich dagegen, dass der Verein weiterhin Räume in der Schule nutzen konnte, was der Bürgermeister daraufhin verbot. In der Zeitung ‚Freie Meinung‘ erschien danach ein Artikel mit der Überschrift „Jüdische Frechheit – deutsche Lauheit“, weshalb der Hauptschriftführer der Zeitung wegen der Beleidigung Andorns und seiner Söhne zu 10 M Geldstrafe verurteilt wurde. Andorn focht das milde Urteil an, die Geldstrafe wurde daraufhin auf 150 M erhöht. Nachdem Josef Urias 1919 als Mitglied der DDP von der Stadtverordnetenversammlung in den Magistrat gewählt worden war, wurde er in einem Flugblatt als ‚Drückeberger‘ und ‚Kriegsgewinnler‘ diffamiert: „Soll Herr Urias jr. der neue Ratsherr in Hattingen werden?“ 1923 war Urias als städtischer Beigeordneter und Mitglied der Finanzkommission erneut Ziel einer antijüd. Kampagne, man warf ihm Amtsmissbrauch vor. Der Fettschmelze Salomon Gumperz war ein hohes Darlehen zum Ankauf von Fettwaren gewährt worden, nationale Stadtverordnete unter Führung des Direktors der Henrichshütte Ernst Arnold, der ein Freund Goebbels war, unterstellten einen ‚Finanzskandal‘. Aufgrund der polemisierenden und manipulativen Zeitungsberichte kam es zu Tumulten und zur Plünderung des Konfektionshauses Urias, der Inhaber wurde persönlich bedroht. Urias legte seine öffentlichen Ämter nieder, trat 1924 aus der Synagogengemeinde aus und zog 1925 mit seiner Familie nach Bochum. Dessen ungeachtet feierte das Kaufhaus Urias als „das führende Haus der Moden im Kreise Hattingen“ mit rund 50 Angestellten 1926 das hundertste Firmenjubiläum; als Folge der Wirtschaftskrise musste es 1932 schließen. Zu Beginn der Weimarer Republik trat der ‚Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund‘ mit zahlreichen judenfeindlichen Flugblättern und Leserbriefen an die Öffentlichkeit. 1921 wurde eine Ortsgruppe der Deutsch-Sozialistischen-Bewegung (DSB) gegründet, die ein Jahr später geschlossen in die NSDAP eintrat. Gefördert wurden die extremen nationalen Emotionen durch die Besetzung des Hattingener Raumes durch belgisch-französische Truppen in den Jahren 1923 bis 1925. Im Dez. 1927 verteilten Mitglieder der NSDAP-Ortsgruppe Handzettel, mit denen zum Boykott jüd. Geschäfte aufgerufen wurde: „Meidet jüdische Kaufhäuser! Es ist unwürdig, am Christabend jüdischen Tand zu verschenken.“ Gegen diese Kampagne setzten sich 15 jüd. Geschäftsleute zur Wehr und erwirkten, nachdem sie sich an den CV gewandt hatten, vor dem Landgericht eine einstweilige Verfügung.

In Sprockhövel (Landkreis Hagen, ab 1887 Kreis Schwelm, ab 1929 Ennepe-Ruhr-Kreis, von 1937 bis 1969 Teil des Amtes Blankenstein) lässt sich 1848 für kurze Zeit die Familie des Moses Herz nachweisen. Seit etwa 1849 lebten dort Aron und Julie Röttgen, die aus Wattenscheid bzw. Dülmen stammten. Durch verwandtschaftliche Beziehungen war die Familie Röttgen aus Niedersprockhövel eng mit der Familie Blume aus Blankenstein verbunden. Aron Röttgen eröffnete in einem angekauften Haus (Hauptstr. 82) einen Viehhandel, zwischen 1850 und 1869 wurden dem Paar acht Kinder geboren. 1882 übernahm der einzige Sohn Nathan (1861–1929) den väterlichen Betrieb. Durch Röttgens Gartenland führte das ‚Judensträßchen‘, die spätere Beisenbruchstraße. Anfang des 20. Jh. lebten in Niedersprockhövel sechs bzw. sieben Juden.

2.1.3 Hatten 1925 noch 113 Juden in Hattingen gewohnt, so war die Zahl bis im Juni 1933 auf etwa 70 zurückgegangen, viele waren während der Wirtschaftskrise in größere Städte gezogen. In den 1930er Jahren wurden in Hattingen von jüd. Unterneh-

mern betrieben: die Talgsmelze von Ferdinand Gumpertz, die Vereinigte Flanschenfabriken und Stanzwerke AG (bis 1938 besaß die jüdische Familie Stern aus Essen die Aktienmehrheit), die Schuhwarengeschäfte von Wilhelm Baron, Gebr. Kaufmann und Albert Rosenbaum, der ‚Essener Consum‘ von Markus Goge, das Konfektionsgeschäft von Selma Kaufmann, das Textil- und Modewarengeschäft von Aron Jovishoff, das Putzgeschäft der Geschwister Maas, das Mode- und Manufakturwarengeschäft Josef Steinfeld (Siegfried Isay) und das Kaufhaus Urias. Alfred Keschner führte bis 1933 ein Möbel- und Bettenhaus. Als Geschäftsführer bezeichneten sich Jacques Hefter (Schwiegersohn von Selma Kaufmann) und Emil Jacobi, Kaufleute waren Hermann Meyer, Chaim Starkand und Bernhard Walter; Osiel Landsmann war Versicherungsagent und Dr. Leo Markes Zahnarzt. Ferner sind die Metzgermeister Karl Cahn, Nachmann und Leo Portmann erwähnt sowie der Viehhändler Alex (Aron) Löwenstein. Als Handwerker tätig waren Moritz Bruchsteiner (Klempner), Alfred Markus (Schlosser), Isidor Markus (Dreher), Max Markus (Klempner) und Adolf Oster (Elektriker). Julius Friedhoff, Salomon Gumpertz und Nathan Cahn waren Rentner, Anna Goldstein Hausgehilfin. Ohne Berufsangabe genannt werden die Witwe Johanna Herzberg, Mathilde Mühlhaus, Hermann Ostwald, Rosalie Rose, Bertha Rosengarten und Selma Sauerwald.

Bereits am 9. März 1933 wurden in Hattingen Schaufenster jüd. Geschäfte mit Parolen wie „Kauft nicht beim Juden“ beschmiert und Kunden am Betreten der Läden gehindert. Auch beim reichsweiten Boykott am 1. April 1933 war die Hattingener SA aktiv. Die Stadtverordnetenversammlung fasste am 12. April 1933 den Beschluss, keine öffentlichen Aufträge mehr an Geschäfte mit jüd. Inhabern zu vergeben. Die ‚Hattinger Zeitung‘, die anlässlich der Boykott-Ausschreitungen noch über die „zwangsweise“ Schließungen jüd. Geschäfte berichtet und diese als „Angriff auf die öffentliche Ordnung“ gewertet hatte, lehnte in einer Erklärung vom 23. Juni 1933 aus „grundsätzlichen Erwägungen“ die weitere Annahme von Anzeigen jüd. Geschäfte und Warenhäuser ab, auch Todesanzeigen von Juden wurden nicht mehr gedruckt. Über einen bis Ende 1937 in Hattingen lebenden Juden stellte die Gestapo umfangreiche Ermittlungen wegen ‚Rassenschande‘ an. Mitte 1937 litt die Synagogengemeinde Hattingen – wie viele andere auch – an Überalterung, es gab nur noch drei Kinder unter zehn Jahren. Mehr als die Hälfte der 77 Gemeindemitglieder (davon 56 in Hattingen, 13 in Linden, drei in Blankenstein, drei in Bredenscheid-Stüter und zwei in Sprockhövel) war älter als 50 Jahre, zwölf Prozent über 70 Jahre alt. Seit 1933 war ein erneuter Mitgliederrückgang von fast 20 Prozent zu verzeichnen, vor allem die jungen Hattingener Juden waren verzogen bzw. emigriert. Andererseits hatten sich aber auch 15 neue Mitglieder im Bezirk der Synagogengemeinde Hattingen niedergelassen.

1937/38 unterbreiteten Reichspost und Deutsche Bank der jüd. Gemeinde Kaufangebote für die Synagoge samt Schule und für den alten Friedhof an der Bismarckstraße. Die Postdirektion trat vom Kaufangebot zurück, der Verkauf des Friedhofs an die Deutsche Bank wurde im Dez. 1938 notariell vollzogen. Die Synagogengemeinde versuchte, trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage das Gemeindeleben aufrecht zu erhalten. Bedürftige Gemeindemitglieder erhielten finanzielle Unterstützungen, auch Beihilfen zur Umschulung oder zur Auswanderung. Im Mai 1938 waren von den 71 Gemeindemitgliedern 13 ‚Wohlfahrtsempfänger‘. Im Sept. 1938 begann in der ehemaligen jüd. Schule ein Englischkurs, an dem etwa 20 Personen „zwecks Förderung der Auswanderung“ teilnahmen. Im Rahmen der ‚Polenaktion‘ wurde im Okt. 1938 die dreiköpfige Familie Chaim Starkand nach Bentschen abgeschoben.

In der Pogromnacht 1938 brannte auch in Hattingen die Synagoge, jüd. Geschäfte und Wohnungen wurden verwüstet und geplündert. Nachdem die Polizeiwache über den Synagogenbrand informiert worden war, begab sich ein Polizeibeamter zunächst an die Brandstelle, um die „erforderlichen Feststellungen“ zu machen. Erst danach

wurde die Feuerwehr benachrichtigt, die laut Zeitungsbericht dafür sorgte, „daß das Feuer auf seinen Herd beschränkt blieb und die Nachbarhäuser nicht gefährdete“. Die ‚Hattinger Volkszeitung‘ rechtfertigte die Zerstörung der Synagoge und die Plünderungen als „Erregung des Volkes“ und „Strafgericht an den Rassegenossen des Mörders“. Am 10. und 11. Nov. wurden Karl Cahn, Markus Goge, Jaques Hefter, Emil Jacobi, Aron Jovishoff, Osiel Landsmann, Alex Löwenstein, Dr. Leo Markes, Alfred und Günther Markus, Hermann Ostwald, Albert Rosenbaum, Jacob Rosengarten, Max Stern sowie Bernhard Walter von Hattingener Polizeibeamten verhaftet und am Tag darauf ins Dortmunder Gerichtsgefängnis gebracht. Sie wurden im KZ Sachsenhausen interniert. Nach dem Pogrom wurden zahlreiche jüd. Geschäfte und Firmen in Hattingen bis Ende Nov. 1938 ‚arisiert‘. Ferdinand Gumperz war es im Mai 1938 gelungen, seine Fettschmelze – die einzige in Westfalen – zu verkaufen, die Familie konnte in die USA entkommen. Auch die Aktienmehrheit der Vereinigten Flanschenwerke war im März 1938 in die Hände von Leo Gottwald übergegangen. Zum 14. Nov. 1938 erfolgte dann die Eingliederung des Hattingener Betriebes in die Leo Gottwald KG. ‚Arisiert‘ wurden in Hattingen zwischen Okt. 1938 und März 1939 die Metzgerei Karl Cahn, das Modewarengeschäft der Gebr. Kaufmann, das Möbelgeschäft Alfred Keschner, der Essener Consum von Markus Goge, das Modewarengeschäft Aron Jovishoff, der Textilwarenhandel von Alex Löwenstein, der Haushaltswarenhandel Oster, die Metzgerei von Leo Portmann, der Schuhwarenladen Albert Rosenbaum sowie das Modengeschäft von Siegmund Isay (Josef Steinfeld). Am 4. März 1939 verkündete die ‚Heimat am Mittag‘: „Sämtliche jüdischen Geschäfte Hattingens sind in arischen Besitz übergegangen, und wir dürfen uns freuen, daß Hattingen völlig frei von diesen Fremdkörpern geworden ist.“

Bis Ende 1939 waren mehr als 30 Juden u. a. nach Argentinien, Kolumbien, England, Trinidad oder in die USA ausgewandert. Zwei jüd. Kinder (Hans-Joachim und Brigitte Markes) konnten mit einem Kindertransport nach England gerettet werden. Mindestens sechs in Hattingen geborene Juden wurden während der NS-Zeit aus dem Deutschen Reich ausgebürgert. Am 26. Juni 1941 wurden die verbliebenen Juden in der alten Gewehrfabrik in der Nähe der Hattinger Ruhrbrücke zwangsweise konzentriert; die Familien bekamen in dem heruntergekommenen Gebäude bescheidene separate Wohnungen zugewiesen und mussten dafür Miete zahlen. Zuletzt lebten dort bis zu 21 Menschen, denen nur in der Zeit von 8 bis 13.30 Uhr erlaubt war, Einkäufe in der Stadt zu erledigen. Am 20. April 1942 wurden Berta und Sophie Walter als erste aus der Gewehrfabrik nach ‚unbekannt‘ abgemeldet; sie gehörten zwei Tage später zu einem Düsseldorfer Sammeltransport nach Izbica. Ende April 1942 erfolgte die Deportation von Karl und Amalie Cahn, Osiel und Rika Landsmann, Alex (Aron) und Mathilde Löwenstein, Alfred und Klara Markus mit ihren Kindern Günther und Inge, Isidor und Bacia Markus sowie Hermann Ostwald ins Ghetto Zamość. Zum Transport ins Ghetto Theresienstadt im Juli 1942 gehörten Julius Friedhof, Max Markus, Hermann Meyer, Minna Portmann und Berta Rosengarten. In der alten Gewehrfabrik, die ab Nov. 1942 als Zwangsarbeiterlager für serbische Kriegsgefangene diente, war nach den Deportationen nur noch Mathilde Mühlhaus mit ihrem Sohn untergebracht, die nach ihrer inzwischen geschiedenen ‚Mischehe‘ nicht länger ‚privilegiert‘ waren. Mathilde Mühlhaus wurde Anfang Jan. 1944 nach Theresienstadt verschleppt, sie überlebte. In Hattingen verblieben acht jüd.-christl. Ehepaare, bei denen die jüd. Ehepartner bereits vor 1933 zum christl. Glauben konvertiert waren. Zwei jüd. Männer hielten dem Druck nicht stand und begingen Selbstmord, 1940 und 1944 lassen sich zwei Scheidungen nachweisen. Franz Dickmann war etwa sechs Monate im Hattingener Gerichtsgefängnis inhaftiert, weil er Einspruch gegen die Verschleppung seiner Ehefrau erhob und sich direkt bei Hermann Göring nach deren Verbleib erkundigt hatte. Else Dickmann hat als einzige der aus ‚Mischehen‘ verschleppten Hattingener Juden

nicht überlebt, sie war 1943 nach Auschwitz gebracht worden. Ab Sept. 1944 wurden auch die übrigen in ‚Mischehen‘ lebenden Juden deportiert, die alle überlebten. Als ‚Halbjuden‘ galten die Söhne des aus Ungarn stammenden Moritz Bruchsteiner, der sich 1908 kath. hatte taufen lassen und mit seiner christl. Frau in Hattingen lebte; er hatte als Klempner in der Bauabteilung der Henrichshütte gearbeitet und war 1929 deutscher Staatsbürger geworden. Im April 1942, als die Deportationen aus Hattingen begannen, nahm er sich das Leben. Seine drei Söhne waren Soldaten. Einer von ihnen, Erich Bruchsteiner, kehrte Ende 1942 verwundet von der Ostfront nach Hattingen zurück, im Sept. 1944 stand er als Klempner auf einer Arbeiterliste der Firma August v. d. Heydt. Er wurde verhaftet und in das von der Gestapo und der Henrichshütte in Hattingen eingerichtete ‚KZ-Hattingen‘ gebracht. In seinem Tagebuch beschreibt ein ukrainischer Arbeitserziehungshäftling, dass Bruchsteiner vom Lagerkommandanten brutal ermordet wurde. Am 13. März 1945 wurden Sara Wegerhoff und ihre Kinder Hermann und Karin, die sich in Bochum versteckt gehalten hatten, festgenommen und ins ‚KZ-Hattingen‘ gebracht, wo sie einen Tag später von der Gestapo getötet wurden. Die Leichen wurden gemeinsam mit weiteren Opfern des Lagers in einem Bombentrichter verscharrt, im Juni 1945 mussten dazu zwangsverpflichtete ehemalige NS-Angehörige die Leichen bergen.

In der Gemeinde Altendorf (Amt Hattingen, seit 1970 als Burgaltendorf Teil der Stadt Essen) lebte seit Juni 1941 die jüd. Steuerhelferin Marta Koring mit ihrem christl. Ehemann und Sohn. Von Sept. 1944 bis Mai 1945 war sie „aus rassischen Gründen“ im Zwangsarbeitslager Kassel-Bettenhausen interniert. In der Gemeinde Bredenscheid-Stüter (Amt Hattingen, seit 1970 Teil der Stadt Hattingen) lebte während der NS-Zeit die jüd. Familie Kamp, die einen Bauernhof bewirtschaftete. Nach dem Pogrom 1938 wurden Kurt und Walter Kamp im KZ Sachsenhausen inhaftiert, Kurt wurde im April 1942 nach Zamość, Walter nach Izbica verbracht. Levi und Johanna Kamp gehörten im Juli 1942 einem Dortmunder Sammeltransport nach Theresienstadt an.

In Sprockhövel lebte zu Beginn der NS-Zeit die Witwe Clara Röttgen mit ihrer Tochter Paula, ihrem nichtjüd. Schwiegersohn Josef Oppel und ihrem Enkel. Josef Oppel wurde nahegelegt, sich von seiner jüd. Frau scheiden zu lassen, was er aber ablehnte. Zwei ihrer nach Brasilien emigrierten Kinder drängten Clara Röttgen, zu ihnen zu kommen. Nach dem Pogrom übertrug sie Haus und Grundstück ihrem Schwiegersohn. Dem geplanten Verkauf von Grundbesitz an einen befreundeten Landwirt verweigerte die Gauleitung ihre Zustimmung, stattdessen ging er zu Niedrigstpreisen an die Gemeinde Niedersprockhövel und an eine Firma über. Trotz der zu zahlenden ‚Judenvermögensabgabe‘ gelang Clara Röttgen die Flucht nach Brasilien. Ihre Tochter Paula Oppel und ihr von den Nationalsozialisten als ‚Halbjude‘ eingestuft Sohn hatten unter den Diskriminierungen zu leiden; Paula Oppel wurde im Aug. 1944 ins Zwangsarbeitslager Kassel-Bettenhausen verschleppt. Sie kehrte nach Sprockhövel zurück und verstarb dort 1992.

2.1.4 Von den aus Hattingen deportierten Juden überlebten diejenigen, die zum Christentum konvertiert, in ‚Mischehe‘ verheiratet und erst 1944 verschleppt worden waren. Zwei von ihnen wanderten nach der Befreiung in die USA aus, vier blieben in Hattingen. Nach Altendorf kehrte Marta Koring zurück. Die drei 1968 in Hattingen wohnenden Gemeindemitglieder gehörten zur Kultusgemeinde Bochum-Herne-Recklinghausen. Der Zuzug von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion führte ab 1990/91 zu einem Anstieg der jüd. Bevölkerung. 2004 wohnten in Hattingen 32 Einwohner jüd. Glaubens, 2016 waren es 28, die zur Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen gehören.

Seit Anfang der 1980er Jahre wurde die jüd. Geschichte der Stadt erforscht, so Gerhard Nowak in seiner Schülerarbeit zum Preis des Bundespräsidenten (1981) und Christoph Szigan in seiner Staatsarbeit (1983). Im selben Jahr wurde in einer Ausstel-

lung zum Nationalsozialismus in Hattingen auch die Verfolgung der Juden thematisiert. 1982 und 1985 lud die Stadt emigrierte ehemalige Hattingener Juden ein. 1984 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, eine Straße in der Nähe der ehemaligen Fettschmelze ‚Gumperzweg‘ zu nennen. Der 1987 eingeweihte ‚Synagogenplatz‘ mit einem Gedenkstein der Hattinger Künstlerin Ulla H’loch-Wiedey erinnert an die 1938 zerstörte Synagoge und die Synagogengemeinde Hattingen, vor diesem Denkmal finden alljährlich zum 9. Nov. Gedenkveranstaltungen statt. Zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms zeigte das Stadtarchiv Hattingen 1988 die Ausstellung „500 Jahre jüdisches Leben in Hattingen“. 2001 beteiligte sich die Stadt Hattingen an der ‚Erklärung in Yad Vashem‘, die an Verfolgung und Ermordung von Juden erinnert. Seit 2005 werden Stolpersteine verlegt. 2013 beteiligten sich die Realschule Grünstraße und das Stadtarchiv Hattingen mit dem Jahresprojekt ‚Patenschaft für die ausgelöschte Synagogengemeinde Hattingen‘ an der Kunstaktion ‚Engel der Kulturen‘. Spurensuche nach geflohenen Hattingener Juden in Amsterdam, eine Ausstellung zum jüd. Leben im ‚Bügeleisenhaus‘ sowie zahlreiche Aktionen in der Hattingener Altstadt (Laubhüttenfest, Chanukka) machten die Schülerinnen und Schüler mit dem Judentum bekannt. 2014 und 2016 errang die Realschule Grünstraße mit Arbeiten zum jüd. Leben sowie zur Silberschmiedin Emmy Roth erste Preise beim Wettbewerb um den Dr.-Otto-Ruer-Preis des Freundeskreises Bochumer Synagoge.

In Sprockhövel wurde 2003 auf dem Sparkassenvorplatz ein aus Spenden finanziertes Mahnmal der Bildhauerin Ulle Hees zum Gedenken an die Familie Röttgen aufgestellt.

2.2.1 Für 1812 sind in Hattingen elf Juden verzeichnet, 1818 waren es 27. Im Jahr 1824 lebten 56 Juden in Hattingen, 1843 waren es 72 und 1858 wurden 69 Juden gezählt. 1871 waren von 6135 Einwohnern 1626 kath., 4387 ev., 110 jüd. Glaubens, zwölf gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 7743 Einwohnern 1892 kath., 5668 ev., 140 jüd. Glaubens und 43 gehörten anderen christl. Gemeinden an. In der Stadt Hattingen waren 1925 von 14 402 Einwohnern 3935 kath., 9379 ev., 113 jüd. Glaubens und 975 mit anderem oder ohne Bekenntnis. In Altendorf (Amt Hattingen, seit 1970 als Burgaltendorf, Stadt Essen) ließ sich 1941 eine Jüdin nieder. Im heutigen Ortsteil Bredenscheid-Stüter lebten Ende 1939 drei Juden. In Niedersprockhövel (heute Stadt Sprockhövel) lebten 1849 und 1858 sechs Juden; 1895 waren von 2470 Einwohnern 87 kath., 2376 ev., sechs jüd. Glaubens, einer gehörte einer anderen christl. Gemeinde an; 1925 waren von 3829 Einwohnern 252 kath., 3509 ev., fünf jüd. Glaubens und 39 bekenntnislos.

Bei der Planung der einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnsberg 1842 die Bildung eines Bezirkes Hattingen, zu dem auch die Juden aus Linden, Blankenstein, Westherbede, Osterbede sowie aus Mittelstiepel gehören sollten. 1854 wurde dann der Landkreis Bochum in drei Synagogenbezirke aufgeteilt. Neben den Bezirken Bochum und Witten wurde auch der Synagogenbezirk Hattingen eingerichtet. Dazu gehörten die Juden in der Stadt Hattingen sowie in den Ämtern Hattingen-Land (anfangs lebten dort nur Juden in der Gemeinde Linden) und Wattenscheid. Die Gemeinde Wattenscheid bildete eine eigenständige Untergemeinde der Synagogengemeinde Hattingen, zu ihr gehörten zunächst auch die Juden aus Gelsenkirchen und Königssteele. 1874 schieden die Gelsenkirchener Juden aus dem Synagogenbezirk Hattingen aus und gründeten eine eigene Synagogengemeinde; 1875 wurde dann auch die restliche Untergemeinde Wattenscheid abgetrennt, die Abspaltungen machten eine Neufassung der Statuten erforderlich. 1870 wurden die zuvor der Synagogengemeinde Witten zugeordneten Juden aus Blankenstein (seit 1970 Ortsteil von Hattingen) wegen der geringeren Entfernung der Gemeinde Hattingen zugeordnet. Die in Sprockhövel (Niedersprockhövel) seit den 1840er Jahren ansässigen Juden gehörten zunächst

zur Synagoge in Schwelm (Untergemeinde des Synagogenbezirks Hagen), 1875 nennt das neue Statut der Synagogen-Gemeinde Hattingen Sprockhövel bereits als Gemeindeteil, 1894 erfolgte vermutlich die amtliche Zuweisung. Mehrfach beantragten die Juden in Herbede (Amt Blankenstein, seit 1975 Teil der Stadt Witten) vergeblich, sich Hattingen als Filialgemeinde anschließen zu dürfen. Ende 1939 hatte die Synagogen-gemeinde Hattingen noch 55 Mitglieder, davon wohnten 36 in der Stadt Hattingen, elf in Linden, vier in Blankenstein, drei in Bredenscheid-Stüter und eine jüd. Person in Sprockhövel. Wegen der sinkenden Mitgliederzahl wurden zum Jahresanfang 1938 der Vorstand und die Repräsentantenversammlung verkleinert.

Die 1968 in Hattingen wohnenden Gemeindemitglieder gehörten zur Kultus-gemeinde Bochum-Herne-Recklinghausen. 1999 trennten sich die Juden in Bochum und Herne von der Gemeinde Recklinghausen, seither gehören die Hattingener Juden der neu gebildeten Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen an.

Nach der Synagogeneinweihung 1872 wurde eine ‚Synagogenordnung‘ erlassen. 1888 beschlossen Vorstand und Repräsentanten den Beitritt zum DIGB. Dem ‚Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden‘ gehörte die Gemeinde seit 1922 an. Dem Vorschlag, sich dem im Febr. 1936 eingerichteten Bezirksrabbinat Bochum anzuschließen, stand die Gemeinde ablehnend gegenüber.

1843 heißt es, der Vorsänger predige „zuweilen deutsch“, bei Bar Mitzwa-Feiern würden die hebr. Texte ins Deutsche übersetzt. Bat Mitzwa-Feiern für Mädchen fanden nicht statt. Für 1919 wird ein Harmonium erwähnt. Ende des 19. Jh. erhob die jüd. Gemeinde eine Kultus- und Schulsteuer in Höhe von 75 Prozent der Einkommensteuer, nach Übernahme der jüd. Schule auf den städtischen Etat 1901 betrug die Kultussteuer noch 66 Prozent der Einkommensteuer. Einnahmen erzielte die Gemeinde im 19. Jh. auch durch die Vermietung der Plätze in der Synagoge: „Ein unverheiratheter Mann soll nicht unter 2 Reichstaler, ein junger Mann nicht unter einem Thaler zahlen.“

2.2.2 Spätestens seit Anfang der 1820er Jahre verfügten die Hattingener Juden über einen angemieteten Betraum im Gebäude des Schusters Horstmann (Große Weilst. 13), den sie bis zum Synagogenneubau nutzten. Zwischen 1866 und 1870 zahlte die jüd. Gemeinde jährlich 55 Tlr. Pacht und musste für die Reinigungskosten aufkommen. Im gleichen Gebäude befanden sich auch Räumlichkeiten für den Religionsunterricht. Überlegungen für einen Synagogenbau scheiterten zunächst an fehlenden Mitteln. Die Gemeinde kaufte ein Baugrundstück am Weiltor, das sie 1865 zunächst aber für sechs Jahre verpachtete. 1870 fiel dann der Beschluss für einen Neubau, das vorhandene Grundstück sollte jedoch gegen ein geeigneteres eingetauscht werden. 19 Gemeindemitglieder hatten Summen zwischen fünf und 500 Tlr. zugesichert, die restlichen Kosten sollten mit einer Anleihe bei der ‚Westfälischen Provinzialhilfskasse‘ aufgebracht werden. Auf diese Anleihe konnte dann aber verzichtet werden, da der Kaufmann Liefmann Gumperz seine großzügige Unterstützung zusagte. Zur neu gegründeten Baukommission zählten außer ihm noch Josef Steinfeld, Salomon Urias sowie Herz Gumperz und Joseph Herzberg. Als Bauplatz für die Synagoge und die ebenfalls geplante Schule erwarb die Gemeinde ein zentral gelegenes Grundstück an der Bahnhofstr. 8 von Liefmann Gumperz, der im Gegenzug die Baukosten übernahm. Dem Vertragsabschluss 1871 folgte wenig später die Grundsteinlegung, zu der neben Vertretern der Stadt auch die Pfarrer der christl. Kirchen eingeladen waren. Die Einweihung 1872 unter großer Anteilnahme der Hattingener Bevölkerung wurde vom Essener Lehrer und Prediger Moses Blumenfeld gestaltet. Die dreitägigen Feierlichkeiten spiegelten u.a. die patriotische Einstellung der Hattingener Juden und ihren nationalen Überschwang wider – nach dem für Deutschland siegreichen Krieg sandte die Festversammlung ein Telegramm an Kaiser Wilhelm I. Ende der 1920er Jahre wurden bei einem Einbruch Fensterscheiben am Synagogengebäude zertrümmert. In der Pogromnacht wurde die Synagoge niedergebrannt, die Ruine wurde im Febr. 1939 von

der Fa. Heinz zum Preis von 1450 RM abgebrochen. Am 4. März 1939 verkündete die ‚Heimat am Mittag‘: „Mit der Synagoge, deren letzte Reste augenblicklich beiseite geräumt werden, verschwindet das letzte jüdische Zeichen aus dem Weichbild unserer Stadt.“ Weiter heißt es: „Wenn man dort vorbeigeht, freut man sich jedesmal, daß das graue fremdländische Gebäude verschwunden ist.“ Die Stadtverwaltung beabsichtigte zunächst den Erwerb des Synagogengrundstücks, schon Mitte der 1930er Jahre hatte es Pläne gegeben, über das Grundstück eine Umgehungsstraße zu führen. Schließlich beschlagnahmte das Deutsche Reich das Grundstück und unterstellte es dem Finanzamt Hattingen. Nach der Rückerstattung an die JTC wurde es zusammen mit der früheren jüd. Schule 1954 an eine Hattingener Druckerei verkauft. Heute befindet sich an der Stelle der ehemaligen Synagoge die vierspurige August-Bebel-Straße.

2.2.3 1816 wird ein Lehrer und ‚Kirchendiener‘ erwähnt; 1824 heißt es: „Schule ist aber nicht vorhanden.“ Spätestens gegen Ende der 1820er Jahre unterhielt die jüd. Gemeinschaft im Haus des Schusters Horstmann (Große Weilstr. 13), in dem auch der Betsaal untergebracht war, einen Raum für den Religionsunterricht. Als Salomon Beer, 1816 bis 1834 Vorbeter und Religionslehrer in Hattingen, 1828 vor dem Schullehrerseminar in Soest eine „Prüfung zur Ertheilung des Religionsunterrichts nach den mosaïschen Grundsätzen“ ablegen sollte, verwies der Gemeindevorsteher Jacob Urias ausdrücklich darauf, dass lediglich ein Religionslehrer benötigt werde; „zur Erlernung des Deutschen“ sowie des Schreibens, Rechnens, der Mathematik, Orthographie und Geographie würden die Kinder in die christl. Schule geschickt. Am Religionsunterricht nahm 1828 auch ein Junge aus Blankenstein teil. 1839 wurden 13 Kinder unterrichtet, darunter eines aus Stiepel, 1843 waren elf jüd. Kinder schulpflichtig. 1835 bis 1862 übernahm Gutmann Baer die Aufgaben des Lehrers und Vorsängers in Hattingen. 1853 veranlasste die Regierung in Arnsberg, dass Baer um die Konzession für eine Privatschule nachzusuchen hatte. Nach Baers Auskunft erhielten die jüd. Kinder den „deutschen Unterricht“ weiterhin in den christl. Schulen, er selbst unterweise sie lediglich in der hebr. Sprache und in Religion. Für die Erteilung des jüd. Religions-Unterrichts war eine staatliche Konzession nach Ansicht der Regierung jedoch nicht erforderlich.

Nachdem Gutmann Baer 1862 gestorben war, strebten die Hattingener Juden 1863 die Errichtung einer öffentlichen jüd. Elementarschule an, die aus dem städtischen Haushalt finanziert werden sollte. Wegen zu geringer Schülerzahlen genehmigte die Regierung zu Arnsberg 1864 jedoch lediglich eine Privatschule, für deren Kosten die Juden selbst aufkommen mussten. 1865 wurde dem ‚Schulamts-Kandidaten‘ Ferdinand Eisenkraemer die erforderliche Konzession erteilt. Er erhielt für seine Lehrtätigkeit 75 und für den Kantorendienst 150 Tlr, verließ Hattingen aber noch im selben Jahr. In den folgenden Jahren waren als jüd. Elementarlehrer in Hattingen tätig: Julius Davidsohn (1866), Massbacher (1867/68), Wolff Buxbaum (1868–1872), Bärmann Steeg (1872), Jacob Westheimer (ab 1873), Isaak Steinweg (ab 1876), Joseph Kösterich (1879–1883), Isaac Weinberger (1884–1886) und Salomon Katz (1887–1894), der zeitweise auch in Herbede unterrichtete und 1885 vertretungsweise in Gelsenkirchen Gottesdienste abhielt. Zwischen 1870 und 1889 schwankte die Zahl der Schüler zwischen 14 und 33 Kindern. Zusammen mit der neuen Synagoge wurde 1872 ein Schulgebäude mit Lehrerwohnung (Bahnhofstraße 8a) errichtet, 1889 beantragte die Synagogengemeinde erneut ohne Erfolg die Umwandlung in eine öffentliche Schule. 1894 übernahm Meier Andorn das Lehrer- und Kantorenamt in Hattingen, auch er unterrichtete zusätzlich in Herbede. Unter seiner Leitung konnte die jüd. Privatschule in Hattingen 1901 – besonders aufgrund des Betreibens des Vorstandsmitglieds und Stadtverordneten Kaufmann Jakob Urias – auf den städtischen Etat übernommen und damit zur öffentlichen Schule erklärt werden. Der nun in städtischen Diensten stehende Lehrer Andorn wurde vereidigt. Seine Nebentätigkeit als jüd. Kultusbeamter wur-

de ausdrücklich genehmigt, die dafür aufzubringenden Kosten übernahm die Synagogengemeinde. Zwischen 1895 und 1914 besuchten zwischen acht und 19 Kinder die Schule. Statt der separaten konfessionellen Schulvorstände war 1905 eine gemeinsame städtische Schuldeputation geschaffen worden, der u. a. Hugo Kaufmann angehörte.

Um 1916 wurde die jüd. Schule geschlossen, die wenigen verbliebenen Schüler wurden auf christl. Schulen verteilt; die Synagogengemeinde gestattete später der Stadt die Unterbringung einer kath. Volksschulklasse im ungenutzten Gebäude. Lehrer Meier Andorn wurde an eine ev. Schule versetzt, erteilte jedoch weiterhin den Religionsunterricht für die jüd. Kinder – Mitte der 1920er Jahre waren das drei Kinder der Volksschulen und zwölf der höheren Schulen; 1932 erhielten insgesamt 24 Kinder Religionsunterricht. Wegen seiner Anstellung an der ev. Volksschule wurde Andorn von rechten Kreisen angegriffen. Seit 1923 verstärkten sich die Bedenken gegen die weitere Tätigkeit Andorns an der ev. Schule, geäußert u. a. von der Schulaufsicht beim Arnsberger Regierungspräsidenten und der Elternschaft, eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand wurde erwogen. 1926 ging Andorn weiteren Anfeindungen aus dem Weg, nach 32-jähriger Dienstzeit in Hattingen wurde er Konrektor an der jüd. Volksschule in Dortmund. Die seit zehn Jahren ruhende jüd. Volksschule in Hattingen wurde daraufhin offiziell aufgehoben. Andorn zog nach seiner Pensionierung mit seiner zweiten Ehefrau nach Essen; beide wurden von dort nach Theresienstadt deportiert und kamen ebenso um wie einer seiner Söhne, der Rabbiner Dr. Hans Andorn; zwei weitere Söhne konnten nach Palästina entkommen.

Nach Andorns Weggang erhielten die Kinder der Synagogengemeinde einmal wöchentlich im Gemeindeschulhaus drei Stunden Religionsunterricht. Die Stadt Hattingen übernahm dafür, wie auch bei den christl. Konfessionen, die Vergütung des Lehrers. Angesichts des bescheidenen Einkommens konnte aber kein Lehrer gefunden werden, zumeist endeten die kurzzeitigen Aufenthalte im Streit mit der Synagogengemeinde. Andorn folgten Leo Frohsinn (1927/28), Max Heller (1928–1931), Siegfried Gillis (1931) sowie die Lehrer Holländer (1932/33), Rosenthal (1933) und Emmanuel (1934). Letzter Lehrer und Kantor der Gemeinde war ab 1935 der aus Essen stammende Samuel Rotter. Wegen finanzieller Probleme war die Gemeinde gezwungen, ihm Ende 1938 zu kündigen.

2.2.4 Hattingener Juden spendeten von 1835 bis in die 1890er Jahre regelmäßig für die Haindorfische Stiftung, auf deren Kosten Marcus Leffmann (Liefmann Markes) 1842 zu einem Klemptner in die Lehre gegeben wurde. 1888 trat die Gemeinde dem ‚Verein zur Verbreitung und Förderung der Handwerke unter den Juden‘ in Düsseldorf bei und leistete 10 M Beitrag jährlich. In seinem Todesjahr 1909 richtete das Vorstandsmitglied Louis Lipper aus Linden die ‚Louis Lippersche Stiftung für Ortsarme‘ ein, mit deren Zinserlösen sollten die Bedürftigen der Gemeinde unterstützt werden. Den ‚Israelitischen Frauenverein‘ leitete vor dem Ersten Weltkrieg Sara Urias, 1924/25 Bella Andorn, 1932 Minna Portmann. 1924/25 hatte der Verein 33 Mitglieder, 1932 waren es 24. Vorsitzender des ‚Israelitischen Männervereins‘ war von mindestens 1909 bis 1924/25 Salomon Gumperz, 1932 Siegmund Isay; Mitte der 1920er Jahre hatte der Verein 21 Mitglieder.

2.3.1 Jacob Urias engagierte sich bis zu seinem Tod 1844 im Vorstand der kleinen jüd. Gemeinde. 1856 bildeten Liefmann Gumperz (seit 1847 im Amt), Salomon Urias aus Hattingen sowie Herz Röttgen aus Wattenscheid den Vorstand, Liefmann Gumperz – Stifter der Synagoge – übte das Amt des Vorstehers anschließend lange Zeit aus. Ab 1868 folgte ihm sein Schwiegersohn Heinemann Hein ins Amt des Gemeindevorstehers. Zwischen 1883 und 1890 wechselte der sich mit Salomon Urias in der Leitung der Gemeinde ab. Von 1891 bis 1895 führte Nachmann Gumperz die Gemeinde. 1903 starb Josef Steinfeld, der seit 1895 erster Vorsteher der jüd. Gemeinde gewesen

war. Nach 1900 stellten den Vorstand der Kaufhausbesitzer Jacob Urias, der Fabrikant Salomon Gumperz (seit 1880 im Repräsentantenkollegium, 1900 in den Vorstand gewählt und ihm auch 1931 noch angehörend), Louis Lipper und Markus Röttgen, beide aus Linden. Zu Beginn der 1930er Jahre bestand der Vorstand aus vier Mitgliedern, bekannt sind Salomon Gumperz (1936 Ehrenvorsitzender), Wilhelm Baron, Markus Goge sowie Oskar Lipper aus Linden. 1937 war Markus Goge Vorsitzender – er versuchte vergeblich nach Nordamerika oder Palästina zu entkommen, 1943 wurde er aus den Niederlanden nach Auschwitz deportiert. Alex Löwenstein wurde Mitte 1939 vom Amtsgericht zum Gemeindevorsteher bestellt. 1904 und auch 1914 suchte die jüd. Gemeinde für die hohen Feiertage per Annonce einen Hilfsvorbeter und Schofarbläser.

2.3.2 Dr. Hans Andorn, 1903 in Hattingen geboren, besuchte zunächst die jüd. Schule, dann das Realgymnasium Hattingen. 1922 legte er das Abitur ab und wurde 1930 in Gießen über ein Werk von Salomon Ludwig Steinheim promoviert. Als Rabbiner wirkte er u. a. in Karlsruhe (1932–1934), Nürnberg (1934–1938) und Den Haag (seit 1938). 1943 wurde er als ‚Austauschhäftling‘ mit seiner Familie ins Durchgangslager Westerbork, 1944 ins KZ Bergen-Belsen deportiert, wo er 1945 wenige Tage vor der Befreiung des Lagers starb.

Der 1922 in Hattingen geborene John Joseph Gumperz emigrierte 1939 in die USA. Als Begründer der Soziolinguistik untersuchte er den Gebrauch der Sprache in ihrem sozialen und kulturellen Zusammenhang; einen Schwerpunkt seiner Arbeit bildeten asiatische Sprachen. Seit 1965 lehrte er als Professor für Linguistische Anthropologie an der University of California in Berkeley, er starb 2013.

Emmy Roth geb. Urias wurde 1885 in Hattingen geboren. Nach ihrer Ausbildung zur Silberschmiedin in Düsseldorf, Wien und Paris sowie ihrer Meisterprüfung um 1906 erhielt sie wichtige künstlerische Impulse aus dem Umfeld des Bauhauses. Nach Zwischenstationen u. a. in den Niederlanden und Frankreich emigrierte sie nach Palästina. An Krebs erkrankt, nahm sie sich 1942 in Tel Aviv das Leben. Ihre ausgefallenen Silberschmiedearbeiten finden international Beachtung.

2.3.3 Fünf jüd. Stadtverordnete in Hattingen sind bekannt: Heinemann Hein (1868–1887), Nachmann Gumperz (1880–1885), Jacob Urias (1900–1919), Salomon Gumperz (1903–1919) und Hugo Kaufmann (1912–1919). 1919 wurde Josef Urias als Mitglied der DDP von der Stadtverordnetenversammlung in den Magistrat gewählt, Hugo Kaufmann vertrat den Kreis Hattingen bei der Handelskammer Bochum. Josef Steinfeld war mehr als 25 Jahre Mitglied der ‚Städtischen Armendeputation‘. Lehrer Meier Andorn war u. a. Vorstandsmitglied im ‚Volksbibliothek-Verein‘, engagierte sich im ‚Verkehrsausschuss‘, im ‚Verein für Heimatpflege im Kreise Hattingen‘ und war Mitbegründer der Hattingener Volkshochschule. In Sprockhövel war Aron Röttgen 1881 Mitbegründer des Turnvereins, sein Enkel Hans spielte später Fußball bei der TSG Sprockhövel.

3.1 Die 1872 eingeweihte Synagoge an der Bahnhofstraße wurde nach Plänen des Hattingener Maurermeisters August Vogel errichtet. Der erhöht gelegene, über eine Treppe erreichbare Synagogenvorplatz hatte eine Größe von etwa 200 m², die Gebäudegrundfläche betrug etwa 13 mal 10 Meter, die Höhe ungefähr 7 Meter. Der Synagogenraum bot 104 Männern Platz, die Frauenempore hatte 56 Sitzplätze. Das Innere sei „im rein maurischen Style ausgeführt“, schrieben die ‚Märkischen Blätter‘ 1872. Der Standort der Bima vor dem Thoraschrein lässt eine religiös liberal ausgerichtete Gemeinde erkennen. An die Stifter der Synagoge, die Eheleute Gumperz, erinnerte eine marmorne Gedächtnistafel; eine weitere Gedenktafel wurde 1926 für die im Ersten Weltkrieg gefallenen Gemeindemitglieder in der Synagoge enthüllt. 1922 erfolgten umfangreiche Renovierungs- und Verschönerungsarbeiten. Am Festgottesdienst zur Wiedereröffnung nahmen u. a. Vertreter der Kreisverwaltung, der städtischen Behör-

den sowie der ev. und kath. Kirchengemeinden teil. In der Pogromnacht brannte die Synagoge nieder, die Ruine wurde im Febr. 1939 abgebrochen. Ende der 1970er Jahre erwarb die Stadt Hattingen das Gelände im Rahmen der Vorbereitungen für den Bau der Westtangente, die darauf befindlichen Gebäude wurden 1980 abgerissen. Auf dem ehem. Synagogengrundstück befindet sich heute ein Grünstreifen, der die beiden Fahrtrichtungen der August-Bebel-Straße trennt.

Das ebenfalls 1872 eingeweihte Schulgebäude (Bahnhofstr. 8a) lag hinter der Synagoge. Es verfügte im Erdgeschoss über einen Klassenraum, im Obergeschoss über eine Wohnung für die Familie des Lehrers. 1934 beschlagnahmte die Stadt Hattingen die Wohnung (nun „Viktor-Lutze-Str. 8a“) und nutzte sie als Notunterkunft. Nach dem Pogrom 1938 brachte die jüd. Gemeinde dort zeitweilig bedürftige jüd. Mitglieder unter. 1941 wurde das beschlagnahmte Gebäude dem Finanzamt Hattingen unterstellt, nach der Rückerstattung verkaufte es die JTC 1954 an eine Hattingener Druckerei. 1980 wurde das inzwischen als Lager- und Wohnhaus genutzte ehem. Schulgebäude für den Bau der August-Bebel-Straße abgerissen.

3.2 1824 berichtete der Bürgermeister, dass zwei Juden „Häuser ohne Land“ besäßen. 1835 verfügten von den etwa 60 Hattingener Juden elf Personen (darunter zwei Frauen) über Grundbesitz: Levi Cohen, Herz Gumperz, Isaak Gumperz, Liefmann Gumperz, Moses Gumperz, Joseph Herz, Jacob Leeser, die Ehefrau des Nassauer, Markus Nassauer, Eva Salomon und Jacob Urias). Das Anfang des 17. Jh. errichtete ‚Bügeleisenhaus‘ (Haldenplatz 1) bewohnte seit 1856 der jüd. Metzger Salomon Schmidt mit seiner Familie; 1874 ging es in den Besitz der Tochter Amalie über, der Ehefrau des Metzgermeisters Nathan Cahn. Bis zu ihrer Deportation gehörte das Haus Selma Abraham geb. Cahn, die in Duisburg wohnte. Der Hattingener Heimatverein hatte 1938/39 dessen ‚Arisierung‘ beantragt, es wurde dann aber Ende 1941 dem Oberfinanzpräsidenten von Westfalen zur Verwaltung und Verwertung übertragen, im Juli 1942 erfolgte die Enteignung zugunsten des Deutschen Reiches. Nach dem Krieg wurde es an die JTC zurückerstattet, die es 1955 dem Heimatverein Hattingen verkaufte; 1982 wurde es in die Denkmalliste eingetragen. Eine Vielzahl der jüd. Kaufhäuser, die gleichzeitig in der Regel auch als Wohnhäuser der Inhaber dienten, ist um 1900 gebaut worden. Die meisten dieser Gebäude sind in der Hattingener Fußgängerzone noch zu finden. In Sprockhövel kaufte Aron Röttgen nach 1849 das Haus Hauptstr. 82.

3.3 Die Hattingener Mutterrolle von 1818 verzeichnet „die Juden“ als Eigentümer eines Gartens an der Nockenstraße (Alte Bismarckstr.). Wie die ältesten Grabsteine belegen, diente dieses Areal seit etwa 1819 als Friedhof der jüd. Gemeinschaft, zuletzt wurde dort 1905 Karoline Gumperz beigesetzt. 1907 erhielten die Fronteinfassung und der Toreingang des Begräbnisplatzes wegen der Verbreiterung der Bismarckstr. eine neue Fluchtlinie, einige der dort Bestatteten mussten zum neuen Friedhof umgebettet werden. 1930 wurden 14 Grabsteine umgestürzt und teilweise zertrümmert, ein Foto der Zerstörungen erschien im ‚Israelitischen Familienblatt‘. Im Dez. 1938 erwarb die Deutsche Bank das Areal; der Erlös sollte der ‚Jüdischen Winterhilfe‘ zugute kommen. Die Bank verpflichtete sich, auf eigene Kosten den Abtransport der Grabsteine zum neuen jüd. Friedhof vorzunehmen und „nach Weisung der israelitischen Gemeinde“ dort wieder aufzustellen. Nach 1945 ist der Friedhof an der Bismarckstr. dem ‚Landesverband der jüdischen Gemeinden von Westfalen‘ übergeben worden, heute befindet sich dieser Stelle eine Rasenfläche.

Ende der 1880er Jahre plante die Synagogengemeinde die Anlage eines neuen Begräbnisplatzes. 1891 erhielt sie die ortspolizeiliche Genehmigung zur Anlage eines jüd. Begräbnisplatzes an der Blankensteiner Straße/Am Vinckenbrink. Die Einwei-

hung des 25 mal 110 Meter großen, gärtnerisch vom Maurermeister Varenholt gestalteten Platzes erfolgte 1893, die erste Beerdigung fand 1894 statt. Auf Veranlassung von Meta Blume sollen die Grabsteine ihrer Angehörigen 1939 vom Blankensteiner Begräbnisplatz dorthin gebracht worden sein. Als Letzte wurde 1940 Amalie Cahn beigesetzt. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der Friedhof bei Bombenangriffen beschädigt, nach dem Krieg übernahm die Stadt Hattingen die Wiederherstellung und Pflege. 1958 wurden auch die restlichen Gebeine der auf dem Friedhof in Blankenstein begrabenen Juden exhumiert und zum jüd. Friedhof nach Hattingen überführt. Jugendliche richteten 1977 größere Schäden an, indem sie die Grabsteine umkippten oder „auf einen Haufen lagerten“. 1981 wurde die Urne eines früheren Mitglieds der Synagogengemeinde Hattingen, der in England verstorbenen Else Adler geb. Röttgen aus Linden, in der Familiengruft bestattet. 1985 wurde eine Neugestaltung des Areals vorgenommen. Heute befinden sich dort 58 Grabsteine.

4.1 CAHJP, Jerusalem, Akten zur Synagogengemeinde Hattingen (1867–1938). – LAV NRW Abt. W (Münster), B 453, B 459.1, B 469.4; Kr. Bochum Nr. 103; Gerichte 6-634; Kleve-Mark, Akten 2567d; RW 58/39697. – Rijksarchief Drenthe, Familienarchiv von Milly van Heiden Reinestein, Nr. 1458 (Ankauf der Weiler Mühle durch die Gebrüder Gumpertz 1730). – StadtA Bochum, Landratsamt Bochum 1722–1724. – Stadt Hattingen, FB 30 (Standesamt); FB 63 (Bauordnung und Baurecht, Bauaktenarchiv). – StadtA Hattingen, Urkundenarchiv UH-31, UH-40; Archiv der Stadt Hattingen, Bestände SHA, SHB, SHC, SHD und Zwischenarchiv; Archiv des Amtes Hattingen, Bestände AHA und AHB; Archiv des Amtes Blankenstein, Bestände ABA und ABB; Standesamt, Sammelakten; Sammlungen, Kreisschulinspektion Dep1/1-62; Dep3/7 (Juden und Synagogengemeinde Hattingen).

4.2 Im StadtA Hattingen befinden sich 13 Fotos von den Deportationen im Jahr 1942 (zum Teil abgedruckt in: WEISS, „Sie hat mich auch gesehen und mir zugewunken“), Fotos der zerstörten Synagoge und zum jüd. Leben in Hattingen, u. a. etwa 90 Porträtfotos ehemaliger jüd. Bürger/innen. Fotos des Kaufhauses Urias in der Festschrift: URIAS Josef, Hundert Jahre Urias 1826–1926 <Hattingen 1926>. Foto der Zerstörungen auf dem jüd. Friedhof in: Israelitisches Familienblatt <1.12.1930>. Die Unterschrift des Magistratsmitglieds Josef Urias findet sich auf dem Hattingener Notgeld von 1923, abgebildet in: WEISS, „Diese Tränen werde ich nie vergessen ...“, 27. Bauzeichnung, Fotos und Gedenkstein der Synagoge, Fotos des jüd. Friedhofs, ehem. Geschäftshäuser und der ehem. Gewehrfabrik in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 250–255.

4.3 AZJ <16.8.1895, 3.3.1916, 15.10.1919, 26.12.1919>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 8–35 <1835–1890>. – CV-Zeitung <19.12.1930>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1909> 71, <1911> 80, <1913> 91, <1924/25> 61. – Israelitisches Familienblatt <1903–1907, 1913–1916, 1918–1920, 1923, 1930, 1931, 1936, 1938>. – Schlesinger, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung <1932/33> 162. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 52. – Verwaltungsberichte der Stadt Hattingen (StadtA Hattingen). – Im StadtA Hattingen umfangreiche Zeitungsausschnittsammlung zur jüd. Lokalgeschichte, zu jüd. Familien sowie zu jüd. Gewerbe, darin Artikel aus: Märkische Blätter 1849–1882, Hattinger Zeitung 1882–1936, Heimat am Mittag 1936–1966, Ruhr-Anzeiger 1966–1972, WAZ 1972ff.; Westfälische Landeszeitung Rote Erde 1931–1944; Hattinger Volkszeitung 1933–1941.

4.4 ASCHOFF Diethard, Hattingen. In: Germania Judaica, Bd. III, 1: 1350–1519, hg. von Arye Maimon <Tübingen 1987> 520–521. – EVERSBERG Heinrich, Das Heimathaus in Hattingen (= Hattinger heimatkundliche Schriften 10) <Hattingen 1962>.

– HOCKAMP Karin, Die Toten werden Mahnung sein. Aus der Geschichte der jüdischen Familie Röttgen in Sprockhövel <Sprockhövel 2003>. – KUHN Anja/WEISS Thomas, Zwangsarbeit in Hattingen <Essen 2003> bes. 136–139. – LINGEMANN Elke/NOCKEMANN Judith/WEISS Thomas, Auf den Spuren Hattinger Juden in Amsterdam <Hattingen 2013>, http://www.hattingen.de/stadt_hattingen/Bildung%20und%20Kultur/Stadtarchiv/Wir%20%C3%BCber%20uns/Ver%C3%B6ffentlichungen/juden_amsterdam.pdf [letzter Zugriff 13.05.2016]. – MEYERSTEIN Lotte, Was wir erlitten und erlebten (Schicksal der Familie Dr. Hans Andorn). In: Jüdische Wochenschau XI <1.8.1950> Nr. 811 <Buenos Aires 1950>. – NIMMERT Eva, Der Volksschullehrer Meier Andorn (1872–1943). In: Aufbau, New York <14.2.1997> 24, <http://www.archive.org/stream/aufbau636419971998germ#page/n48/mode/1up> [letzter Zugriff 13.05.2016]. – DIES., Sachor: Der Lehrer und Kantor Meier Andorn (1872–1943), <http://www.juedischeliteraturwestfalen.de/data/downloads/sekundaerliteratur/nimmert1.pdf> [letzter Zugriff 13.5.2016]. – NOWAK Gerhard, Wenn du dieses Zeichen siehst, Jude. Judenalltag in Hattingen 1933–1939, Schülerarbeit um den Preis des Bundespräsidenten <Hattingen 1981> [StadtA Hattingen, Archivbibliothek, L-IV-71]. – Stadtarchiv Hattingen (Hg.), 500 Jahre jüdisches Leben in Hattingen, Katalog zur Ausstellung <Hattingen 1988>. – SZIGAN Christoph, Juden in Hattingen <Schriftl. Hausarbeit Wuppertal 1983> [StadtA Hattingen, Archivbibliothek, L-IV-75]. – DERS., Juden in Hattingen. In: VHS-Hattingen (Hg.), „Alltag in Hattingen 1933–1945“ <Essen 1985> 208–219. – DERS., „Bis einst der Tempel dieser Welt auf Dein Geheiß in Staub zerfällt ...“. In: VHS-Hattingen (Hg.), Zeitspiegel <Hattingen 1996> 87–98. – URIAS Josef, Hundert Jahre Urias 1826–1926 <Hattingen 1926> [StadtA Hattingen, Archivbibliothek, L-I-123]. – WEISS Thomas, „Diese Tränen werde ich nie vergessen ...“. Geschichte der Synagogengemeinde Hattingen (= Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv Hattingen 16), 2. Aufl. <Hattingen 2006>, http://www.hattingen.de/stadt_hattingen/Bildung%20und%20Kultur/Stadtarchiv/Wir%20%C3%BCber%20uns/Ver%C3%B6ffentlichungen/16_juden.pdf [letzter Zugriff 13.05.2016]. – DERS., „Stolpersteine“ für Hattingen 2005 (= Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv Hattingen 17) <Hattingen 2005>, http://www.hattingen.de/stadt_hattingen/Bildung%20und%20Kultur/Stadtarchiv/Stadtgeschichte/Stolpersteine/ [letzter Zugriff 16.06.2016]. – DERS., Die Hattinger Synagoge <Hattingen 2006>, http://www.hattingen.de/stadt_hattingen/Bildung%20und%20Kultur/Stadtarchiv/Stadtgeschichte/J%C3%BCdische%20Geschichte/Synagogenbrosch%C3%BCre.pdf [letzter Zugriff 16.06.2016]. – DERS., „Und das Glück mag mich nicht.“ – Das Tagebuch des Anatolij Nassarowitsch Pilipenko. In: LOPATTO Valerian/PILIPENKO Anatolij/JACHNOW Waltraud (Hg.), Eine Spur von mir ... Rückblicke auf die Jahre der Zwangsarbeit <Bochum 2007>. – DERS., „Sie hat mich auch gesehen und mir zugewunken“. Das Ende der Synagogengemeinde Hattingen. In: PIÖRR (Hg.), Ohne Rückkehr 109–129. – DERS., „Stolpersteine“ für Hattingen 2014 (= Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv Hattingen 20) <Hattingen 2014>, http://www.hattingen.de/stadt_hattingen/Bildung%20und%20Kultur/Stadtarchiv/Stadtgeschichte/Stolpersteine/ [letzter Zugriff 16.06.2016]. – DERS., Hattingen putzt Stolpersteine <Hattingen 2014>, http://www.hattingen.de/stadt_hattingen/Bildung%20und%20Kultur/Stadtarchiv/Stadtgeschichte/Stolpersteine/Aufsatz%20Putzaktion.pdf [letzter Zugriff 13.05.2016]. – WÖLK Ingrid, Jüdisches Leben im Bereich der Jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen. Vortrag am 18.9.2003 anlässlich der Gründungsversammlung „Freundeskreis Bochumer Synagoge <Bochum 2003> [StadtA Hattingen, Archivbibliothek, L-I-661].

Thomas Weiß

HATTINGEN-Blankenstein

1.1 Stadt Hattingen, Ortsteil Blankenstein, Ennepe-Ruhr-Kreis

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHztm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1355 Verleihung von Freiheitsrechten; seit 1970 Teil der Stadt Hattingen.

Nach dem Statut von 1855 gehörten die Juden des Amtes Blankenstein zum Synagogenbezirk Witten, 1870 wechselten die Juden der Stadt Blankenstein zur Synagogengemeinde Hattingen.

2.1.2 In der Zeit der französischen Regierung siedelte sich Marcus Meyer in Blankenstein an, 1816 heiratete er. Er betrieb einen kleinen Handel und schlachtete zuweilen. In amtlichen Unterlagen heißt es, er habe kein Vermögen und lebe ‚kümmerlich‘. Ab 1846 führte er den festen Familiennamen ‚Blume‘. 1854 wurde sein Sohn Meier Blume in den Vorstand der Synagogengemeinde Witten gewählt, der Blankenstein zugeordnet worden war. 1870 lebten in Blankenstein die beiden jüd. Familien von Meyer Blume und des aus Stiepel zugezogenen Metzgers Israel Friedenberg. Meyer Blume betrieb in der Hauptstr. 9 ein Manufakturwarengeschäft, das sein Sohn Moritz und ab 1909 dessen Sohn Max weiterführte. Im Ersten Weltkrieg war Max Blume Soldat und erhielt das EK, er gehörte dem RjF sowie der ‚Vereinigung ehemaliger Angehöriger des 16. Armeekorps‘ an. Als 1923 bis 1925 französisch-belgische Truppen das Ruhrgebiet zur Erzwingung von Reparationszahlungen besetzten, nahmen sie – um möglichem Widerstand der deutschen Bevölkerung entgegenzuwirken – angesehene Bürger und Honoratioren vorübergehend als Geiseln, zu diesen zählte 1923 auch Max Blume.

2.1.3 Im Nov. 1933 spendete Max Blume 100 RM für das ‚Winterhilfswerk‘. Seit 1936 dachte er wegen der Umsatzrückgänge daran, sein Geschäft einem Freund zu übertragen. SA-Leute fuhren mit Lautsprecherwagen durch Blankenstein und denunzierten Kunden, die bei ihm einkauften; ihre Namen erschienen im ‚Stürmer‘. In der Pogromnacht 1938 wurden Fensterscheiben eingeschlagen, Max Blume und sein Sohn Günther wurden verhaftet und für einige Wochen ins Hattingener Gefängnis gesperrt. Max Blume unterzeichnete dort den Vertrag zum Verkauf seines Geschäfts an seinen Freund. Zunächst versagte die Behörde ihre Genehmigung, da keiner der Familienangehörigen des Freundes Mitglied der NSDAP war. Max Blume starb Mitte 1939, der neue Eigentümer gestattete seiner Witwe Meta (geb. Gutmann), im Haus wohnen zu bleiben. Günther Blume konnte 1939 nach Argentinien entkommen. Seine Schwester Ruth zog 1939 mit Ehemann Heinrich Jacob zunächst nach Blankenstein ins Haus zu Meta Blume, 1940 konnten sie mit ihrem Kind nach Paraguay flüchten. Der Blankensteiner Bürgermeister forderte Meta Blume im Sommer 1941 auf, ihre Wohnung zu räumen, damit ein Polizeibeamter dort einziehen könne. Sie sollte nach Hattingen in die ehemalige Gewehrfabrik ziehen, wo bereits die Hattinger Juden konzentriert waren. Ihr gelang es jedoch, die Erlaubnis zu erhalten, zu Verwandten (Familie Oppel) nach Niedersprockhövel zu ziehen. Im April 1942 wurde sie von dort aus ins Ghetto Zamość deportiert.

2.1.4 Auf Anregung des Fördervereins des Stadtmuseums Hattingen wurden 2005 zum Gedenken an die Shoah-Opfer ‚Stolpersteine‘ in Blankenstein verlegt.

2.2.1 In den Jahren 1818 und 1843 lebten drei Juden in Blankenstein, 1854 waren es neun und 1858 elf. 1871 waren von 1319 Einwohnern 629 kath., 663 ev., elf jüd. Glaubens und 16 gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 1353 Einwohnern 554 kath., 794 ev. und fünf jüd. Glaubens; 1925 waren von 1913 (!) Einwohnern 877 kath., 1006 ev., fünf jüd. Glaubens und neun bekenntnislos.

Bei der Planung der einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnsberg 1842, die Juden aus Blankenstein dem Synagogenbezirk Hattingen zuzuordnen. Bei der Festlegung der Grenzen für die drei Synagogenbezirke im Landkreis Bochum 1854 wurden die Blankensteiner Juden dann aber – ebenso wie die anderen Juden im Amt Blankenstein – dem Synagogenbezirk Witten zugewiesen. 1870 erhielten die Blankensteiner Familien Blume und Friedenberg nach mehreren Anträgen die amtliche Genehmigung, der näher gelegenen Synagogengemeinde Hattingen zugeordnet zu werden. 1932 waren noch fünf Juden aus Blankenstein der Hattinger Synagogengemeinde angeschlossen, 1939 gehörten noch vier Personen der Familie Blume in Blankenstein der Gemeinde an.

2.2.2 Die Blankensteiner Juden orientierten sich durchgehend zur Synagoge nach Hattingen, vermutlich auch in der Zeit zwischen 1854 und 1870, als Blankenstein offiziell dem Synagogenbezirk Witten zugeordnet war.

2.2.3 Ein jüd. Junge aus Blankenstein nahm 1828 am Religionsunterricht des Hattinger Lehrers Salomon Beer teil.

2.2.4 Juden aus Blankenstein unterstützten mit ihren Spenden von 1828 bis in 1870er Jahre in unregelmäßigen Abständen die Haindorfsche Stiftung.

2.3.1 Als 1815 das Amt eines Obervorstehers für die „Israeliten der Grafschaft Mark einschließlich Soest, Lippstadt, Dortmund sodann Hohenlimburg“ eingerichtet wurde, hatten auch die Blankensteiner Juden zu dessen Besoldung beizutragen. Zur Einziehung der Gelder sollte ein ‚District-Vorsteher‘ benannt werden. In seiner Antwort an Marcus Elias zu Soest, den ‚Obervorsteher der israelitischen Glaubensgenossen in der Grafschaft Mark‘, bemerkte der Blankensteiner Bürgermeister 1816, dass „kein einziges Subjekt vorhanden ist, welches sich zum Districts-Vorsteher paßt“; der Hattinger ‚District-Vorsteher‘ möge diese Aufgabe für die jüd. Einwohner des Amtes Blankenstein mit übernehmen. 1854 wurden Meier Blume und Israel Friedenberg in den Vorstand bzw. ins Repräsentantenkollegium der Synagogengemeinde Witten gewählt.

2.3.3 Moritz Blume gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Blankensteiner Feuerwehr.

3.1 Eine Betstube ist für Blankenstein nicht nachweisbar.

3.2 Die Familie Blume erwarb 1857 das Haus Hauptstr. 9, das im Laufe der Jahrzehnte vergrößert, umgebaut und modernisiert wurde.

3.3 Meier Blume stellte 1850 bei der Stadt Blankenstein im Namen der jüd. Einwohner den Antrag, ein städtisches Grundstück ‚Am Kiepenkamp‘ bzw. ‚Im Vogelsang‘ an der Holthäuser Straße für die Anlegung eines jüd. Begräbnisplatzes nutzen zu dürfen. Die Stadt Blankenstein stimmte unter der Bedingung zu, „dass das Grundstück nach wie vor Eigenthum der Stadt Blankenstein bleibe“ und dass die Juden selbst für die Kosten aufkämen. Wenige Monate später wurde sein Vater, Markus Blume, als Erster beigesetzt. Ferner wurden dort u. a. 1856 Sophie Blume, 1880 Nathan Röttgen aus Sprockhövel und 1917 Moritz Blume bestattet. Der 1939 verstorbene Max Blume wurde auf dem jüd. Friedhof in Hattingen (Am Vinckenbrink) beerdigt. Da der Friedhof mit damals sieben Grabsteinen nach 1933 mehrfach verwüstet wurde, ließ Meta Blume 1939 die Grabsteine ihrer Angehörigen zum jüd. Friedhof nach Hattingen (Blankensteiner Str.) bringen. Nach dem Ende der NS-Zeit waren nur noch Sockel und einige Grabhügel auf dem Gelände sichtbar, das von Kindern als Spielplatz genutzt wurde. 1947 wurde in der Bevölkerung Geld zur Wiederherstellung des Friedhofs gesammelt. 1952 beschloss die Stadt Blankenstein zwar, den 204 m² großen Friedhof instandzusetzen, 1953 beklagte die Jüdische Kultusgemeinde Bochum-Herne-Recklinghausen

aber noch immer den verwahrlosten Zustand. 1958 stimmte die zuständige jüd. Kultusgemeinde Dortmund der vom Blankensteiner Amtsdirektor erbetenen Beseitigung des Begräbnisplatzes zu. Die Gebeine wurden exhumiert und zum jüd. Friedhof nach Hattingen überführt, das Gelände wurde für den Bau von Wohnhäusern und die Erweiterung einer Straße genutzt.

4.1 Stadt Hattingen, FB 63 (Bauordnung und Baurecht), Akten zu Häusern mit ehem. jüd. Eigentümern.

4.2 Im StadtA Hattingen zahlreiche Fotos zum jüd. Leben in Blankenstein, u.a. Portraitfotos ehem. jüd. Bürgerinnen und Bürger.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 2–28 <1828–1878>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1909> 71, <1911> 80.

4.4 Kauft nicht beim Juden – Die Familie Blume. In: VHS Hattingen (Hg.), Hittopener zwischen Katzenstein und Gellgau <Hattingen 1990> 134–145. – WEISS Thomas, „Diese Tränen werde ich nie vergessen ...“. Geschichte der Synagogengemeinde Hattingen (= Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv Hattingen 16), 2. Aufl. <Hattingen 2006>, online: http://www.hattingen.de/stadt_hattingen/Bildung%20und%20Kultur/Stadtarchiv/Wir%20%C3%BCber%20uns/Ver%C3%B6ffentlichungen/16_juden.pdf [letzter Zugriff 11.5.2016]. – DERS., „Stolpersteine“ für Hattingen 2005 (= Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv Hattingen 17) <Hattingen 2005>, http://www.hattingen.de/stadt_hattingen/Bildung%20und%20Kultur/Stadtarchiv/Stadtgeschichte/Stolpersteine/ [letzter Zugriff 16.06.2016]. – DERS., „Sie hat mich auch gesehen und mir zugewunken.“ Das Ende der Synagogengemeinde Hattingen. In: PIORR (Hg.), Ohne Rückkehr 109–129.

Thomas Weiß

HEMER

1.1 Stadt Hemer, Märkischer Kreis

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1910 Vereinigung von Ober- und Niederhemer zur Gemeinde Hemer, 1929 Vereinigung mit Sundwig, Westig und Landhausen zur Großgemeinde Hemer, 1936 Stadtrechte. 1975 Eingemeindung großer Teile des Amtes Hemer.

Die Juden im Amt Hemer (u.a. mit den Gemeinden Niederhemer, Oberhemer, Westig, Sundwig, Deilinghofen und dem heute zu Altena gehörenden Evingsen) gehörten zum 1856 eingerichteten Synagogenbezirk Menden.

2.1.1 Ende des 17. und im 18. Jh. lebten in Hemer einzelne jüd. Händler und ihre Familien als Schutzjuden des adligen Hauses Hemer (Brabeck). Von 1698 stammt ein Kanzleivermerk der Klevisch-Märkischen Regierung über Daniel Sompel (oder Gompel) aus Hemer, der neben elf weiteren Juden einen Schutzbrief erhielt. Vermutlich 1711 ließ sich im Gerichtsbezirk Hemer (wahrscheinlich Niederhemer) der Schutzjude Abraham Levi als Schlachter nieder. Seine Niederlassung stand im Gegensatz zum damaligen Bemühen der preuß. Behörden, Juden nur in den Städten zuzulassen.

1737 bestand sein Haushalt aus vier Personen, wozu auch ein Knecht oder eine Magd zählte. 1748 lebten aus dieser Familie am Ort noch Levis Witwe sowie die Tochter Taube, die den Glaser und Schlachter Salomon Abraham geheiratet und mit diesem fünf Kinder hatte. Alle bildeten einen Haushalt und wohnten zur Miete. Vier Jahre später war ein weiteres Kind hinzugekommen, so dass die kleine Judenschaft am Ort aus neun Personen bestand. 1756 wurde Abrahams Vermögen auf 500 bis 600 Rtlr. geschätzt. 1765, zwei Jahre nach Ende des Siebenjährigen Krieges, verzeichnet die Generaltabelle einen jüd. Haushalt mit sechs Personen, der mit vergleichsweise geringen 14 Rtlr. zur Schutzgeldrepartition herangezogen wurde. 1766 ist die Witwe des Salomon Abraham nachweisbar, die sich vom Viehhandel ernährte. Einer der Söhne, der um 1750 geborene Abraham Salomon, wurde 1785 aktenkundig, als er eine Tochter des Altenaer Schutzjuden Marcus Jacob heiratete und im Heimatort seiner Braut den Schutz seines Schwiegervaters übernahm, der „in größter Armuth gestorben“ war. Immerhin vermochte es Abraham Salomon, neben den übrigen Gebühren weitere 340 Rtlr. aufzubringen, um dem zwischen 1769 und 1788 geltenden Porzellanexportzwang zu genügen. Etwa 1780 kam aus dem Raum Würzburg der Jude Bernhard Moses (später Steinberg) nach Hemer. 1793 ist eine Witwe Teipchen belegt. Um 1799 zog Jacob Frankenberg aus Ansbach nach Oberhemer.

2.1.2 Mindestens seit 1811 betrieb der in Oberhemer geborene Susmann Gottschalk eine Metzgerei in seinem Geburtsort. Seine Söhne waren Isaac (Handelsmann in Oberhemer), Joseph und Abraham (beide Metzger in Niederhemer). Für 1818 sind außer Susmann Gottschalk noch Jacob Frankenberg und Bernhard Moses belegt, die drei jüd. Familien ernährten sich vom Schlachten. Jacob Frankenberg hatte vier Kinder aus seiner ersten, zwei aus der zweiten und vier aus seiner dritten Ehe. 1824 verzog die Familie für kurze Zeit nach Deilinghofen (heute Ortsteil von Hemer) und blieb dort die einzige jüd. Familie des Ortes.

1842 wohnten im Amt Hemer neun jüd. Familien mit 33 Personen. Als 1846 die festen Familiennamen bestätigt werden mussten, unterzeichneten von den zehn zur Unterschrift Erschienenen mindestens drei (Israel und Bernhard Moses sowie die Ehefrau von Levy Reifenberg) als des Schreibens – oder zumindest der deutschen Schrift – unkundig mit drei Kreuzen. Aus Oberhemer nahmen die Tagelöhner Bernhard Moses und Israel Moses den Familiennamen Steinberg an. Die Handelsleute Isaac Gottschalk und Samuel (Salomon) Löwenhard (letzterer seit 1839 in Oberhemer ansässig) behielten ihre Namen bei. In Niederhemer nannte sich der seit 1836 als Glaser und Anstreicher ansässige Handelsmann Samuel Levy fortan ‚Blumenthal‘. Bereits feste Namen angenommen hatten die Metzger Joseph und Abraham Gottschalk sowie der Handelsmann Levy Reifenberg. Die Familie Reifenberg ist bis in die 1860er Jahre in Hemer nachweisbar.

Der Haindorfsche Verein unterstützte die drei Söhne des Lumpensammlers Bernhard Moses (Steinberg) aus Oberhemer: Dem 14-jährigen Bernhard und seinem 15-jährigen Bruder Baruch vermittelte der Verein 1845 Lehrstellen als Maler in Ergste bzw. 1849 als Buchbinder in Preußisch-Oldendorf, die beide wegen körperlicher Gebrechen nach wenigen Monaten abbrachen. Während der Verein sich im Fall des Bernhard weigerte, eine zweite Lehrstelle zu finanzieren, vermittelte er Baruch 1850 zu einem Buchbindermeister nach Werl; dort erweis er sich jedoch als unzuverlässig. Auch für den dritten Sohn Nathan, der 1854 eine Lehrstelle bei einem Kappenmacher in Lippstadt erhielt, gab es Schwierigkeiten; als die Familie nicht mehr für ihn aufkommen wollte, wurde er entlassen.

Zur ökonomischen Situation der Juden in Hemer äußerte sich der Landrat 1833, alle Juden seines Bezirks lebten „in dürftigen und armseligen Verhältnissen“. Auch 1868 heißt es, die jüd. Bevölkerung in Hemer bestehe aus „unbemittelten Leuten“. Von den 1878 erfassten Juden (Trödler, Metzger, Kleingewerbetreibende und Tagelöh-

ner) verfügten vier über ein Einkommen von unter 900 M im Jahr und waren damit steuerfrei, zwei verdienten zwischen 900 und 1050 M, drei zwischen 1050 und 1200 Mark. Lediglich der Kaufmann Isaac Oppenheimer kam auf ein Einkommen von 2100 bis 2400 Mark. Auch die Umsätze der Geschäfte waren nicht hoch: 1878 zahlten fünf Metzger und ein Händler keine Gewerbesteuer, fünf Händler und ein Metzger den niedrigsten Satz von 6 M jährlich; Oppenheimer zahlte mit 36 M soviel wie die anderen zusammen. Gegen Ende des 19. Jh. besserten sich die Einkommens- und Besitzverhältnisse der Juden in Hemer. Wegen der vergleichsweise vielen Selbständigen lagen die durchschnittlichen Vermögens- und Einkommensverhältnisse am Vorabend des Ersten Weltkrieges über dem Durchschnitt der Bevölkerung.

Den Viehhandel übten in Hemer bis in die 1930er Jahre Kleinunternehmen aus, bei denen entweder Vater und Sohn (z. B. Siegmund und Berthold Gottschalk) oder Verwandte (z. B. Max und Joseph Blumenthal) zusammenarbeiteten. Sie beherrschten die plattdeutsche Sprache und hatten vertrauensvolle Geschäftsbeziehungen zu den Bauern des Münsterlandes und der Soester Börde aufgebaut. In der ersten Hälfte des 19. Jh. waren die Juden in Hemer nicht nur als Viehhändler, sondern oft auch als Metzger und ländliche Geldverleiher tätig. Die Ausübung verschiedener Berufe wurde im letzten Drittel des 19. Jh. zumeist aufgegeben. Baruch Gottschalk war bis 1878 als Schlachter registriert, ab 1879 als Pferdehändler. Ebenfalls als Schlachter waren in Oberhemer Jacob Frankenberg, Nahum und Sußmann Gottschalk sowie Levi Löwenhard, in Niederhemer Abraham und Bernhard Gottschalk sowie Isaac Oppenheimer (zunächst Metzger, später als Kaufmann) tätig. Lange Zeit war die Hälfte der selbständigen Juden Hemers als Pferdehändler aktiv. Nach 1900 verlagerte sich der Schwerpunkt durch die Eröffnung von Einzelhandelsgeschäften, der Anteil der Pferdehändler sank auf ein Drittel. 1907 wird der Pferdehandel von Siegmund und Bernhard Gottschalk erwähnt.

Der traditionelle Kleinhandel wurde um 1900 aufgegeben, da die Ansprüche der Kunden in den Industriegemeinden des Amtes Hemer stiegen. In den ersten Jahren des 20. Jh. eröffnete Salli (Salomon) Bartmann ein Kolonialwarengeschäft; 1913 kam eine Filiale hinzu. 1922 erhielt er die Genehmigung zur Gründung eines Kartoffelgroßhandels, 1925 war er an der Tabakwarengroßhandlung ‚Rosenhoff und Bartmann‘ beteiligt. Die Geschwister Gottschalk betrieben ab 1907 ein Geschäft mit Manufakturwaren. Für diesen Zeitraum werden ferner erwähnt: Kaufmann Siegfried Reinsberg, Händler Max Blumenthal (Niederhemer), Metzger Sußmann Gottschalk, Modistin Lina Blumenthal (1910), Plätterin Elise Gottschalk, Rentner Salomon Gottschalk, Witwe Josefina Gottschalk sowie der Schlosserlehrling Salomon Blumenthal. Abraham Waldheim zog 1911 nach Oberhemer und etablierte dort in guter Lage ein Schuhgeschäft. 1922 eröffnete Julius Friedland eine Drogerie mit angeschlossenen Lebensmittelgeschäft. Die Läden florierten und wurden auch von der bäuerlichen Bevölkerung des Umlandes besucht. Die Zahl der im verarbeitenden Gewerbe tätigen Juden blieb in den meisten Gemeinden des Amtes Hemer dagegen gering. Zwei bzw. drei Mitglieder der ansässigen jüd. Familien waren kurzzeitig als Fabrikarbeiter beschäftigt. Drei Juden aus Hemer waren Handwerker, von denen sich einer bald dem Pferdehandel zuwandte. Drei Juden waren Angestellte in einer Bank oder im Büro einer Fabrik, mehrere jüd. Personen – besonders Frauen – waren im ersten Jahrzehnt des 20. Jh. als „mithelfende Familienangehörige“ in den Läden tätig. Sanitätsrat Dr. Machol, seit 1894 in Hemer, war leitender Arzt des kath. Krankenhauses, 1917 erhielt er eine Anstellung in Berlin. In den frühen 1930er Jahren sind in Hemer vier Pferdehändler mit ihren Familien nachgewiesen: Siegmund und Bernhard Gottschalk sowie Josef und Max Blumenthal, ferner das Textilgeschäft ‚Geschwister Gottschalk‘ (Inh. Siegfried Reinsberg), das Lebensmittelgeschäft Salomon Bartmann mit zwei Filialen und das Schuhgeschäft Waldheim. Julius Friedland war Inhaber der Adler-Drogerie.

Aus dem 19. und frühen 20. Jh. sind vier Übertritte von Juden zum Christentum bekannt: 1807 ließ sich Joseph Jösel aus Deilinghofen taufen. 1817 traten in der ev. Kirche zu Hemer zwei jüd. ‚Jünglinge‘, die zuletzt in Sundwig gewohnt hatten, zum Christentum über. 1902 wünschte die in Oberhemer lebende Mathilde Schiffer (Witwe des Christen Friedrich Schiffer, Tochter von Nahum Sternheim und Sabine Samuel aus Ergste) die Aufnahme in die ev. Kirche. Zudem ist eine Konversion vom Christen zum Judentum bekannt: 1862 erklärte der Maurergeselle Wilhelm Weber aus Oberhemer seinen Kirchenaustritt, um die jüd. Religion anzunehmen und der jüd. Gemeinde in Hörde beizutreten; er heiratete später eine Jüdin. Nach der Wende zum 20. Jh. heirateten drei jüd. Männer (Alex Bartmann, Isidor Blumenthal und Arthur Gottschalk) christl. Frauen, die Jüdinnen Johanna Blumenthal, Luise Reinsberg und Margot Steuer heirateten Christen.

Der 1840 geborene Levi Löwenhardt (Sohn von Salomon Löwenhardt, mindestens 1878–1891 Metzger in Oberhemer) war Soldat in den Kriegen 1864, 1866 und 1871. Der Gefreite Arthur Gottschalk aus Hemer wurde 1918 mit dem EK ausgezeichnet. Im Ersten Weltkrieg fielen Siegfried Reinsberg, Paul Machol und Julius Gottschalk. Zum Vorstand der 1923 gegründeten Ortsgruppe Schild des RjF in Iserlohn-Hemer gehörte 1931 auch Josef Blumenthal aus Hemer. 1924 kam es zu einer Schlägerei zwischen dem Drogisten Julius Friedland und einem Nationalsozialisten.

In Deilinghofen (heute Ortsteil von Hemer) waren in den 1820er Jahren zwischen drei und fünf Juden ansässig; vermutlich handelte es sich ausschließlich um Mitglieder der Familie Frankenberg, die aus Oberhemer zugezogen war und nach einigen Jahren nach Menden übersiedelte. In Sundwig (1929 mit Hemer verschmolzen) ist für 1817 die Familie Moses erwähnt, die als sehr arm galt und später den Familiennamen Steinberg annahm. 1846 war der Handelsmann Wolff Oppenheimer (zuvor seit 1825 in Evingsen) als einziger selbständig tätiger Jude in Sundwig verzeichnet, er zog nach Westig. Für die Jahre 1878 bis 1891 ist (Joseph) Levy Steinberg in Sundwig nachgewiesen, der 1882 eine Spezereienhandlung betrieb. In den 1920er Jahren vertrieb Alex Bartmann in Sundwig Rauchwaren. In Westig (ebenfalls 1929 Hemer angeschlossen) nahm 1846 der Lumpensammler Herz Moses den Familiennamen ‚Steinberg‘ an, er lebte auch nach der Mitte des 19. Jh. im Ort. Von 1855 bis 1861 ist der bereits genannte Wolff Oppenheimer für Westig nachgewiesen, er zog in den 1860er Jahren nach Iserlohn. Für die heutigen Ortsteile Becke und Ihmert sind im 19. Jh. vereinzelt Juden nachweisbar.

2.1.3 Der Boykott-Tag 1933 scheint in Hemer ereignislos verlaufen zu sein, doch hielten in den folgenden Monaten SA-Leute mehrfach Käufer vom Besuch jüd. Geschäfte ab. Es kam zu Diebstählen, die die Geschäftsinhaber nicht anzuzeigen wagten; Kunden wurden observiert und Belieferungen der Geschäfte behindert. Als im Nov. 1933 der Drogist Julius Friedland sein Schaufenster mit schwarz-weiß-roten Fähnchen dekorierte und der Kaufmann Salli Bartmann eine entsprechende Fahne aushängte, wurde das beiden polizeilich untersagt, da sie damit „die Würde dieses nationalen Symbols“ verletzen. Friedland schrieb dem Bürgermeister, dass er „nur unter dem Druck der angedrohten Maßnahmen“ bereit gewesen sei, die Fahnen zu entfernen. Er habe als Frontsoldat seit 1914 „unter den schwarzweißroten Fahnen kämpfen“ dürfen und seine „deutsche Gesinnung stets offen zur Schau“ getragen. Ernst Waldheim, Inhaber eines Schuhgeschäftes, verkaufte 1934 sein Geschäft und versuchte sich mit einer kleinen Fabrik für Schaufensterdekurationsartikel über Wasser zu halten; absichtlich unzureichende Rohstofflieferungen erschwerten ihm die Existenz. Im Sept. 1935 zertrümmerten Unbekannte ein Fenster im Haus des Kolonialwarenhändlers Siegmund Bartmann. Man warf Bartmann vor, das Gerücht verbreitet zu haben, Wehrmachtsangehörige seien daran beteiligt gewesen. Daraufhin kam es zum Streit mit einem alkoholisierten Soldaten, der sich dabei verletzte. Nachdem der Vorfall

bekannt geworden war, versammelten sich etwa 50 bis 100 Personen vor Bartmanns Haus und skandierten antijüd. Parolen. Siegmund Bartmann, sein Bruder Salli und sein Vater wurden in ‚Schutzhaft‘ genommen, Letztere einen Tag später wieder entlassen, Siegmund Bartmann einige Wochen später. Auch in der Drogerie von Julius Friedland war zu dieser Zeit eine Fensterscheibe zerstört worden. 1936 wurde Arthur Gottschalk ins KZ Sachsenhausen eingeliefert und gefoltert.

Trotz der nationalsozialistischen Propaganda hielten die Bauern den jüd. Viehhändlern zunächst die Treue, zumal der vom Staat geförderte genossenschaftliche Viehhandel keine verlässliche Alternative darstellte. Aus diesem Grund sah das Regime 1935 von Berufsverboten zunächst ab. Zunehmende bürokratische Schikanen zeigten jedoch ihre Wirkung, so dass die Umsätze der jüd. Händler ab 1937 zurückgingen. So mussten die vier bzw. fünf Hemeraner Vieh- und Pferdehändler zwischen Febr. und Dez. 1938 aufgeben. Dazu gehörten Sigmund Gottschalk (mit Sohn Berthold), Arthur Gottschalk sowie Max und Josef Blumenthal; Gottschalk war denunziert worden, angeblich schwarz geschlachtet zu haben. Bis Anfang 1938 wurden die restlichen drei Ladengeschäfte in Hemer aufgegeben: Julius Friedland verkaufte 1936 wegen des Umsatzrückgangs seine Adler-Apotheke, er war in der Folge Vertreter für pharmakologische und kosmetische Artikel. Obwohl das Textilgeschäft Geschwister Gottschalk von der christl. Ehefrau geführt wurde, entzog man dem Unternehmen Ende 1936 die Gewerbe genehmigung und zwang Margarethe Gottschalk zur Verpachtung. Salli Bartmann übertrug sein Lebensmittelgeschäft im Jan. 1938 einer nichtjüd. Käuferin. Bei den Transaktionen wurden verdiente Parteigenossen mit niedrigen Übernahme preisen belohnt, auch der Erwerber des Anteils von Salli Bartmann an einer Packfassfabrik zahlte nur einen geringen Betrag. Die ‚Arisierung‘ von Haus- und Grundeigentum (Ernst Waldheim, Siegmund Gottschalk, Max und Josef Blumenthal sowie Salli Bartmann) erfolgte zwischen 1936 und Ende 1939.

In der Pogromnacht 1938 wurden bei den Gebrüdern Blumenthal und bei Gottschalk Fensterscheiben eingeschlagen, in Gottschalks Haus drang der Mob ein. Geschäfte in jüd. Eigentum gab es zu dem Zeitpunkt in Hemer bereits nicht mehr. Jüd. Familien suchten aus Angst vor tätlichen Angriffen in der Nachbarschaft Schutz. Verhaftet und über Dortmund in das KZ Sachsenhausen verbracht wurden Alex und Erich Bartmann, Isidor Blumenthal, Arthur Gottschalk und Ernst Waldheim, vermutlich auch Max Blumenthal. Im Keller des alten Amtshauses, dem Sitz der Polizei, waren Sigmund Gottschalk und Salli Bartmann eingesperrt. Ende 1938 musste Ernst Waldheim seine Fabrikation von Dekoartikeln aufgeben. Vier Tage, nachdem seine Frau ihre Zustimmung zum Verkauf gegeben hatte, wurde er aus dem KZ Sachsenhausen entlassen. Ein Parteigenosse aus Bochum erstand die Fabrik zu einem günstigen Preis, das Wohnhaus mit Geschäftslokal hatte Waldheim schon 1936 veräußert. Ernst Waldheim floh wenig später in die Niederlande und weiter in die USA, Ilse Waldheim musste 1939/40 bei einer Firma in Westig arbeiten. Anfang März 1939 verkündete der Bürgermeister: „Die Arisierung der Gewerbebetriebe ist durchgeführt.“

Nach dem Verlust ihrer Gewerbe bzw. Arbeitsstellen wurden jüd. Männer und Frauen zu Zwangsarbeit verpflichtet, meist in Orten des Ruhrgebietes. Arthur Gottschalk musste 1941–1943 bei einer Iserlohner Firma arbeiten, wegen eines ‚Kriegswirtschaftsvergehens‘ wurde er ins KZ Auschwitz verbracht. Seine nichtjüd. Ehefrau Margarethe und die Tochter Eleonore wurden 1943/44 zur Zwangsarbeit bei Hoesch in Hemer bzw. bei der Gute-Hoffnungs-Hütte in Kvelaer verpflichtet; zuletzt versteckten sich beide in Hemer. Isidor Blumenthal, mit einer Christin verheiratet, leistete bis 1944 Zwangsarbeit in Kamen und Iserlohn, er erkrankte und wurde aus dem Krankenhaus heraus im Okt. 1944 nach Auschwitz deportiert, seine beiden Kinder brachte man nach Theresienstadt. Fünf ‚halbjüdische‘ Frauen aus den Familien Bartmann (Sundwig), Joppen und Grah wurden ab Nov. 1944 zur Arbeit in der Industrie

herangezogen, u.a. in den Klöckner-Werken in Hagen-Haspe. Die meisten der in Hemer lebenden Juden, die auswandern konnten, gingen zwischen 1938 und 1941 in die USA (16 Personen), u.a. aus den Familien Bartmann, Blumenthal und Gottschalk sowie Waldheim. Einige Personen flüchteten in die Niederlande, wurden jedoch von dort deportiert. Die Auswanderer waren fast ausschließlich jünger als 45 Jahre. Mitte 1938 konnte die Familie Wallach (Verwandte der Familie Waldheim), die 1936 nach Hemer gezogen war, nach Kolumbien entkommen. Aus Hemer wurden im April 1942 Salli, Mathilde und Max Blumenthal ins Ghetto Zamość deportiert. Im Juli 1942 wurden Elfriede, Julius und Ruth Friedland sowie Else, Julie und Siegmund Gottschalk, ferner Julie und Albert Steuer ins Ghetto Theresienstadt verbracht, 1943 Arthur und Ida Gottschalk ins KZ Auschwitz.

In Sundwig lebte 1933 der in Hemer geborene Kaufmann Alex Bartmann. In der NS-Zeit größten Mitglieder des ‚Deutschen Jungvolks‘ vor seinem Haus judenfeindliche Parolen. Bartmann musste in Steinbrüchen und beim Straßenbau arbeiten, u.a. in Kamen. Im Sept. 1944 gelangte er ins Arbeitslager Weißenfels in Sachsen, wegen einer Krankheit kam er in ein Internierungslager in Berlin und wurde dort 1945 befreit. Auch seine Tochter wurde zur Zwangsarbeit herangezogen.

2.1.4 Nach dem Krieg kehrten nur wenige der Juden, die vor den Deportationen in Hemer gelebt hatten, zurück. Unter ihnen war Heinz Bartmann, der einige Monate später starb, Isidor Blumenthal, der das KZ Auschwitz überlebt hatte (gest. 1955) und Alex Bartmann (gest. 1957). Die Katholikin Margarethe Gottschalk, die Zwangsarbeit hatte leisten müssen und deren Ehemann Arthur in Auschwitz ermordet worden war, eröffnete das Konfektionsgeschäft erneut, das sie vor 1933 mit ihren beiden Schwestern (beide verheiratete Reinsberg) in Oberhemer betrieben hatte. Ihre Tochter Eleonore wanderte 1947 nach Haifa aus und konvertierte zum jüd. Glauben.

Die Aufstellung eines Gedenksteins auf dem jüd. Friedhof, in den die Namen der aus Hemer deportierten Juden eingemeißelt sind, initiierte 1990 der ev. Pfarrer Gröne. 1996 wurde erstmals der auf Vorschlag des Bundespräsidenten Herzog eingeführte Holocaust-Gedenktag mit einer Gedenkfeier auf dem Friedhof begangen. 2008 wurde ein ‚Stolperstein‘ an der Hauptstr. zur Erinnerung an das Geschäft der jüd. Familie Gottschalk verlegt. 2014 schrieb der Verein für Hemeraner Zeitgeschichte e. V. einen Wettbewerb zur Gestaltung eines Mahnmals für die deportierten und ermordeten jüd. Bürger Hemers aus, den der Hemeraner Designer Frank Haase mit seinem Entwurf ‚Scherben‘ für sich entscheiden konnte. Das durch Spenden finanzierte Werk aus drei Stahlplatten wurde im April 2016 auf einer Rasenfläche am Rand der Innenstadt (Ostenschlahstr.) enthüllt.

2.2.1 Im Jahr 1820 wohnten in Niederhemer 148 Katholiken, 207 Lutheraner, drei Reformierte und sechs Juden, 1839 waren es sieben Juden, 1858 dann 20. 1871 waren von 988 Einwohnern 414 kath., 558 ev., 16 jüd. Glaubens, 1895 von 1696 Einwohnern 792 kath., 891 ev., elf jüd. Glaubens, zwei gehörten anderen christl. Gemeinden an. In Oberhemer wohnten 1820 neben 69 Katholiken, 386 Lutheranern und sechs Reformierten auch vier Juden, 1839 waren es ebenfalls vier, 1858 dann 18. Im Jahr 1871 waren von 1081 Einwohnern 221 kath., 844 ev., 16 jüd. Glaubens, 1895 von 1982 Einwohnern 545 kath., 1386 ev., 31 jüd. Glaubens, 20 gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1925 waren in der (1910 durch Zusammenschluss von Ober- und Niederhemer entstandenen) Gemeinde Hemer von 13 019 [!] Einwohnern 4794 kath., 7808 ev., 37 jüd. Glaubens und 66 bekenntnislos. 1932 werden für Hemer acht Juden aufgeführt. 1945 wohnte dort ein Jude, 1946 waren zwei Juden ansässig.

Im Amt Hemer (Oberhemer, Niederhemer, Sundwig, Westig) lebten 1843 insgesamt 33 Juden. Für Sundwig sind 1820 aufgeführt 98 Katholiken, 350 Lutheraner, fünf Reformierte und sechs Juden, 1895 waren von 1003 Einwohnern 326 kath., 670 ev. und

sieben jüd. Glaubens. In Westig lebten 1858 neun Juden; 1871 waren von 741 Einwohnern 158 kath., 581 ev. und zwei jüd. Glaubens. In Deilinghofen (heute Hemer) lebten in den 1820er Jahren zwischen drei und fünf Juden.

In Zusammenhang mit der Bildung von Synagogenbezirken schlug Obervorsteher Hellwitz aus Soest 1847 vor, die Juden aus Hemer Iserlohn zuzuordnen. Da die Mindestgröße auf 24 selbständige Mitglieder festgelegt war, konnte eine Synagogengemeinde in Menden – dort lebten 65 Juden, davon zehn selbständige Gemeindemitglieder – jedoch nur durch die Hinzuziehung der 57 jüd. Einwohner Hemers (darunter elf selbständige Gemeindemitglieder) gebildet werden. Obwohl die Juden in Hemer wegen der geringeren Entfernung eher nach Iserlohn orientiert waren, erklärten sie sich mit dieser Regelung notgedrungen einverstanden. Die Zuordnung wurde 1854 verfügt. 1856 wurde das Statut für die Synagogengemeinde Menden erlassen, zu der auch die Gemeinden im Amt Hemer (u. a. Niederhemer, Oberhemer, Westig, Sundwig, Evingsen und Deilinghofen), Stadt und Amt Menden sowie Dorf und Stift Fröndenberg gehörten. Obwohl die Hemeraner Juden die Hälfte der Mitglieder stellten, blieben sie in der Synagogengemeinde Menden ohne Einfluss und bekleideten lediglich Stellvertreterposten. Die Gemeinde wurde im Wesentlichen durch einige wohlhabende Familien aus Menden finanziert und dominiert, während die Hemeraner Juden kaum zum Unterhalt der Gemeinde beitragen konnten. 1878 beantragten die zwölf selbständigen Gemeindemitglieder aus Hemer den Übertritt von der Synagogengemeinde Menden nach Iserlohn. Die Behörden lehnten dies ebenso wie ein Gesuch von Levi Steinberg 1885 mit Hinweis auf die dadurch bedrohte Existenz der Gemeinde ab. Auch die von Dr. Machol sowie Baruch, Siegmund und Salomon Gottschalk 1907 erneut beantragte Abspaltung von Menden und Zuordnung zu Iserlohn war vergeblich. Mitte der 1920er Jahre wohnten in Hemer 35 Gemeindemitglieder, in Westig vier und in Sundwig drei.

2.2.2 Ein Betsaal ist in Hemer nicht nachgewiesen. 1843 teilte der Bürgermeister mit, die Juden des Ortes hielten „seit einigen Jahren“ an den jüd. Feiertagen ‚Betstunden‘ ab. Grundsätzlich orientierten sie sich auch nach 1856 zur jüd. Gemeinde Iserlohn, obwohl sie zum Synagogenbezirk Menden gehörten.

2.2.3 1748 und 1750 lebte im Haushalt des Glasers und Schlachters Salomon Abraham auch ein „Bursche zur Information der Kinder“ im Hebräischen. Der Hemeraner Bürgermeister forderte 1821 Susmann Gottschalk, Jakob Frankenberg und Bernhard Moses in Oberhemer auf, ihre Kinder in die Schule des Lehrers Woeste in Niederhemer zu schicken; dieser sei angewiesen worden, für eine „gute und zweckmäßige Bildung“ der jüd. Jugend Sorge zu tragen. Etwa ein halbes Jahr später berichtete der Lehrer, dass die jüd. Kinder sehr unregelmäßig zum Unterricht kämen. Gottschalks Kinder seien überhaupt nicht erschienen, von den Familien Frankenberg und Moses jeweils nur eines von zweien. 1823 schickten Frankenberg und Gottschalk je ein Kind; die Witwe Moses argumentierte, ihren Kindern fehle die geeignete Kleidung. Ab 1824 wurde das Schulgeld wegen der Bedürftigkeit der Familien aus der kommunalen Kasse bezahlt. 1827 gingen ältere Kinder in die jüd. Schule nach Iserlohn. 1842 – im Amt Hemer wohnten sechs schulpflichtige jüd. Kinder – wurde der Unterricht in Hemer vom Privatlehrer Simon Kleeberg erteilt; zu ihm kamen auch Kinder aus Niederhemer und Sundwig. 1843 verboten ihm die Behörden die weitere Lehrtätigkeit, weil er kein Lehrerexamen vorweisen konnte. 1846 besuchten 13 jüd. Schüler die christl. Schulen in Hemer, den Religionsunterricht erteilten jüd. Lehrer in Iserlohn bzw. in Menden. 1854 waren in Niederhemer, Oberhemer und Westig 13 Kinder im schulpflichtigen Alter.

1887 erklärte sich Lehrer Simon Eichengrün – seit 1886 Kantor und Privatlehrer in Menden – bereit, gegen eine jährliche Vergütung von 100 M einmal in der Woche zwei Stunden Religionsunterricht in Hemer zu erteilen. Da die Kinder nur unregelmäßig

zum Unterricht erschienen, beendete Eichengrün seine Tätigkeit in Hemer 1890, er gab 1891 seine Lehrtätigkeit ganz auf und arbeitete im Kurzwarengeschäft seiner Frau. Für das erste Jahrzehnt des 20. Jh. ist für Hemer ‚Wanderunterricht‘ in Religion verzeichnet. Mitte 1900 klagte der Lehrer darüber, dass die Kinder des Arztes Dr. Machol und von Baruch Blumenthal nur sporadisch zum Religionsunterricht am Sonntag- und Mittwochnachmittag in die ev. Schule in Hemer kämen. Machol erklärte, sein Sohn ginge schon lange in den ev. Religionsunterricht; Blumenthal beteuerte, er habe seine Kinder regelmäßig geschickt, aber der Lehrer habe ihnen nahegelegt, zu Hause zu lernen. 1902 nahmen sieben Kinder aus Hemer sonntags am Religionsunterricht in Menden teil, 1915 sechs. Viele jüd. Kinder aus Hemer besuchten die Elementarschule in Iserlohn. Ab 1935 wurde jüd. Kindern der Schulbesuch erschwert. Ab 1937 versuchten Schulleiter in Hemer, Kindern den Besuch weiterführender Schulen durch gezielte Diskriminierungen zu verleiden. Nachdem Hans Waldheim die Höhere Schule nicht mehr besuchen durfte, schickten seine Eltern ihn 1939 in ein jüd. Internat nach Köln, wo er bis Jan. 1941 blieb.

2.2.4 Juden aus Hemer unterstützten sporadisch seit 1840 die Haindorfsche Stiftung, 1901 bis 1913 regelmäßig. Im ersten Jahrzehnt des 20. Jh. ist für Hemer ein ‚Israelitischer Frauenverein‘ belegt. Julius Friedland organisierte Krankentransporte. Salli Bartmann beteiligte sich an sozialen Aktivitäten der kath. Kirchengemeinde. Er spendete Obst an Kindergärten und an das Waisenhaus, bedachte Kinder an Weihnachten, schenkte Kleidung zur Konfirmation und stiftete dem Krankenhaus einen Aufzug.

2.3.1 Zwischen 1870 und 1890 wurden Salomon Gottschalk und Bernhard Gottschalk (zum Teil mehrmals) zu Repräsentanten der Synagogengemeinde Menden gewählt. Stellvertreter waren der Kaufmann Isaac Oppenheimer, Mitglieder der Familien Blumenthal, Löwenhardt und Gottschalk sowie Levi Steinberg. 1843 wird ein Vorsänger erwähnt.

2.3.3 Der Arzt Dr. Machol trat mindestens 1906 bis 1910 für die ‚Freisinnige Volkspartei‘ ein, er unterschrieb Wahllaufufe und organisierte Wahlversammlungen. Von 1905 bis 1917 war er zudem Vorsitzender des Turnvereins Hemer. Aktive Sportler und Vereinsmitglieder waren Angehörige der in Hemer wohnenden Familien Bartmann, Blumenthal und Löwenhardt sowie Julius Friedland. Joseph Bartmann vertrat Hemer 1928 in einer ‚Musterriege‘ beim Deutschen Turnfest. Salli Bartmann war 1921 Mitbegründer des Schwimmvereins und sang mit seinen Söhnen im ‚Liederkranz‘, außerdem gehörte er dem Schützenverein an. Siegfried Reinsberg war Mitbegründer des ‚Vereins Waldeck-Pyrmont‘ und bei seinem Tod 1916 dessen Vorsitzender. Siegmund Gottschalk war Mitglied des Kriegervereins Oberhemer.

3.1 Eine Betstube ist für Hemer nicht nachgewiesen.

3.2 Bis 1878 ist Grundbesitz in Hemer nur für den Händler Samuel Blumenthal und den Kaufmann Isaac Oppenheimer nachzuweisen. (Joseph) Levi Steinberg erwarb 1878 ein Grundstück in Sundwig. Über größeren Grundbesitz verfügten vor dem Ersten Weltkrieg Dr. Machol, die Pferdehändler Arthur, Bernhard und Siegmund Gottschalk, der Kaufmann Abraham Waldheim und der Händler (Joseph) Levy Steinberg. Baruch Blumenthal war 1907 Eigentümer eines Grundstücks mit einer Größe von 1,29 ha; zu seinem Eigentum zählte auch die ‚Judenscheune‘ am Ebberg.

3.3 Der jüd. Friedhof auf einem Hanggrundstück südöstlich vom Stadtzentrum zwischen den Straßen ‚Am Perick‘ und ‚Am Langeloh‘ ist im Urkataster von 1829 bereits verzeichnet; vermutlich ist er um 1800 angelegt worden. 1905 wurde die Liegenschaft mit einer Größe von 409 m² erfasst. Als 1831 ein jüd. Kind aus Oberhemer begraben werden musste, verweigerte das die Familie des Bauern Burris, die das Grundstück

zur Arrondierung ihres Grundbesitzes Jahre zuvor gekauft hatte und es nicht weiter als Begräbnisplatz nutzen lassen wollte. Nach einer Intervention des Landrats wurde das Kind auf dem jüd. Friedhof in Iserlohn beigesetzt. Offenbar wurde eine Lösung des Problems gefunden, denn zwischen 1838 und 1844 sind sieben Bestattungen auf dem Friedhof beurkundet. Laut Begräbnisordnung von 1887 durften Juden aus Oberhemer, Niederhemer und Sundwig dort bestattet werden. Die Synagogengemeinde Menden betraute Baruch Blumenthal aus Oberhemer mit der Verwaltung und Beaufsichtigung sowie der Tätigkeit als Totengräber. 1924 wurden mehrfach Grabsteine beschmiert. 1943 wurde der Friedhof der RV übertragen. 1944 bekundete die Stadt Hemer Interesse an dem Areal, wollte den mit 1400 RM festgesetzten Einheitswert aber nicht akzeptieren und bot lediglich 900 RM an. Schließlich akzeptierte die Stadt 1000 RM als Kaufpreis, die Angelegenheit ging jedoch in den Wirren des Kriegsendes unter. Der Friedhof blieb erhalten, einige Grabstätten trugen Schäden davon. 1945 bis 1948 wurden Aufräum- und Steinmetzarbeiten durchgeführt, die zum Teil von Isidor Blumenthal privat vorfinanziert und 1947 von der Stadt – nach Querelen – erstattet wurden. Das 664 m² große Grundstück gehört dem Landesverband der jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe und wird von der Stadt Hemer gepflegt. Erhalten geblieben sind 25 ab 1883 angelegte Grabstätten der Familien Blumenthal, Gottschalk, Reinsberg, Steinberg und Waldheim. Die Beisetzungen von Isidor Blumenthal 1955 und Alex Bartmann 1957 waren die letzten, 1958 wurde der Friedhof mit dem Einverständnis der jüd. Kultusgemeinde in Hagen für geschlossen erklärt. 1990 wurde ein Gedenkstein auf dem Friedhof aufgestellt.

4.1 Archiv der Königlichen Porzellanmanufaktur Berlin, Land Berlin, Abt. I (Etablierung und Einrichtung der Manufaktur). – Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA, Rep. 104 (Generalfiskalat), Rep. 34 Nr. 64 g 2 fasc. 19; II. HA (Generaldirektorium). – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), P 10 Nr. 32. – LAV NRW Abt. W (Münster), Regierung Kleve-Mark Landessachen 1638. – StadtA Hemer, Nr. 41/3, 41/4, 41/8, 41/36, 41/37, 273/15–18.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 11/12–46 <1840–1911/13>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1909> 72 <1911> 81, <1924/25> 62. – Israelitisches Familienblatt <31.10.1918, 15.5.1919>.

4.4 ROSE FRANZ, Die Synagogengemeinde Menden 1900–1942 <Menden 1991> 95–105. – STOPSACK Hans-Hermann (Hg.), Juden in Hemer – Spuren ihres Lebens <Menden/Hemer 1998>.

Hans-Hermann Stopsack und Eberhard Thomas

HERDECKE

1.1 Stadt Herdecke, Ennepe-Ruhr-Kreis

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHztm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1739 Stadtrechtsverleihung.

Laut Statut von 1855 bildete Herdecke eine Untergemeinde der Synagogengemeinde Hagen. Zur Untergemeinde gehörten auch die Orte im Amt Herdecke (u. a. mit Wetter) und Volmarstein (u. a. mit Volmarstein und Wengern).

2.1.1 Für das ‚Dorf Hereke‘ sind 1693 die beiden jüd. Familien Isac Salomon und Moses Meyer verzeichnet. 1703 stellte der preuß. König Levi Jordan (Berend) einen Schutzbrief für Herdecke aus. Demnach war ihm erlaubt, sich einschließlich seines Gesindes für 20 Jahre im Marktflecken Herdecke ‚häußlich‘ niederzulassen, dort zu schlachten sowie Kaufhandel und Geldverleih bzw. Pfandleihgeschäfte auszuüben. Sein Geleit wurde 1724 erneuert. 1719 erhielt mit Marcus Isaak Salomon ein weiterer Jude einen Schutzbrief für Herdecke, 1727 und 1730 wird er als Jude Marcus erwähnt. 1724 wurde in Herdecke der aus dem hessischen Biedenkopf gebürtige Selich Hertzog auf den Namen Christian Neuleben getauft, eine große Volksmenge nahm an der Taufe in der luth. Stifts- und Pfarrkirche teil. Seine nach jüd. Ritus geschlossene Ehe war von den Behörden aufgehoben worden, noch im selben Jahr heiratete Neuleben Maria Rosendahl aus Wetter; für 1726, 1727 sowie 1729 sind Kinder des Paares im Taufregister der luth. Kirchengemeinde Herdecke vermerkt. 1727/28 wird die Witwe des Isaac in Herdecke als „alt und arm“ bezeichnet, Moses Meyer, der von Almosen lebte, als „gantz arm“ und Levi Jordan Berendts/Berend als „gering bemittelt“. 1737 waren die beiden vergeleiteten Juden als Schlachter und Viehhändler tätig. Zum Haushalt des Marcus Isaak Salomon zählten neben seiner Frau fünf Kinder und zwei Mägde oder Knechte. Der Haushalt des Levi Jordan Berend bestand aus seiner Frau, vier Kindern und einem Knecht oder einer Magd. Levi Jordan wurde 1741 als Hehler aktenkundig, weil er mit im örtlichen Markwald unberechtigt gefälltem Holz handelte. 1742 ging der Geleitbrief des Levi Jordan (gestorben vor 1748) auf seinen Sohn Behrend Levi über, der im Vieh- und Pferdehandel tätig war und der als Dienstpersonal einen jüngeren Bruder, einen Knecht und eine Magd beschäftigte. Zu Marcus Isaak (Salomon) wird 1748 vermerkt, er ernähre sich „durch Abschlachten des Viehes und Veräußerung der Felle“, in seinem Haushalt habe er noch einen „schwachsinnigen Bruder“, einen Sohn und eine Tochter. Sein ältester Sohn Isaac und seine Tochter Beele hielten sich in London auf, seine Tochter Rahel diene als Magd in Warendorf. Keiner der beiden Hausväter verfügte über Immobilienbesitz.

Nach einer Aufstellung von 1751 galt nur Behrend Levi als ordentlicher Schutzjude („Ordinarius“) mit vererbbarem Rechtstitel, während sich Marcus Isaak Salomon mit dem Status eines außerordentlichen Schutzjuden („Extraordinarius“) zufrieden geben musste; Letzterer war als Totengräber tätig. Diese Einordnung wurde im Folgejahr korrigiert, beide galten nun als Ordinarii. Da sich Isaac, der älteste Sohn von Marcus Isaak Salomon weiterhin im Ausland (nun in Holland) aufhielt, ging die Anwartschaft auf die Nachfolge auf den jüngeren Bruder Salomon über. 1756 wurde das Vermögen beider Hausväter jeweils auf 500 Rtlr. geschätzt. Behrend Levi beschäftigte eine Magd und zwei Knechte sowie einen Lehrjungen namens Meyer Moses; im Haushalt von Marcus Isaak Salomon, der sich nun nicht nur als Schlachter, sondern auch als Altkleiderhändler betätigte, wurde lediglich ein Knecht verzeichnet. 1766 verfügte Markus Isaac weiterhin über lediglich 500 Rtlr., der Schlachter Bernd Levi dagegen über 2000 Rtlr. Vermögen. 1772 wird von Auseinandersetzungen zwischen dem Kaufmann Danshoff in Hamm und dem bankrotten („fallierten“) Schutzjuden Bernhard Levi in Herdecke berichtet. 1768 etablierte sich Salomon Marcus – ältester Sohn von Marcus Isaak Salomon – auf den Schutz seines Vaters. Aufgrund der hohen finanziellen Hürden sind bis 1806 in Herdecke keine weiteren Schutzjuden nachgewiesen; weder etablierte sich der Nachwuchs des Behrend Levi noch einer der (mindestens fünf) Söhne des Salomon Marcus. Die beiden neu nach Herdecke kommenden Familien konnten nur mindere Rechtstitel als „Extraordinarii“ erwerben. Joseph Lazarus wurde 1767 vom Generaldirektorium als Koller approbiert. Die Witwe des Behrend Levi heiratete 1778 Meyer Abraham, der sich daraufhin als Extraordinarius in Herdecke niederließ; er hatte sich dem Porzellanexportzwang zu unterwerfen und zwischen 1781 und 1783 für insgesamt 300 Rtlr. Waren der Königlichen Porzellanmanufaktur Berlin zur (de-

fizitären) Ausfuhr ins Ausland zu übernehmen. 1793 musste die Witwe des Meyer Abraham 9 Rtlr. 30 Stüber an Steuern zahlen. 1796 hatten die 13 in Herdecke lebenden Juden 16 Rtlr. an Kontributionen zu leisten.

2.1.2 1805 wurden auch die beiden jüd. Familien in Herdecke zur Aufbringung der napoleonischen Zwangskontribution verpflichtet. Der Kaufmann Marcus Heinemann meldete sich freiwillig zum preuß. Heer und bezahlte seine komplette Ausrüstung selbst. Von 1819 stammt das Testament der Witwe Heynemann Schöne Mendel. Ein Jahr später beantragte der 1792 geborene Samuel Mildenberg die Genehmigung zur Niederlassung in Witten, dabei konnte er ein Leumundszeugnis aus Herdecke vorweisen. 1820 werden in einer Steuerliste der Tuchhändler Joseph Marx, der Händler Moses Heinemann sowie der Fleischer Wolf Mannes erwähnt; Letzterer wird als „ganz arm“ bezeichnet. Joseph Marx verkaufte der kath. Gemeinde 1822 Nessel für „ein Jesuskleid an der Muttergottes“. 1832 werden Samuel Reifenberg und Joseph Marx jeweils mit einem Manufakturwarenhandel aufgeführt; 1836/37 inserierte Marx, dass sein Geschäft an den jüd. Feiertagen im Okt. geschlossen bleibe. Zu Beginn der 1830er Jahre bestand Moses Heinemann das Examen als ‚Kompagniechirurg‘, 1837 ließ er sich als erster jüd. Arzt (Medico-Chirurgus Dr. Moses Heinemann) in Herdecke nieder. Etwa 1845 begann Simon Abraham aus Herdecke eine Ausbildung als Glaser und Anstreicher. 1840 gehörten zum Haushalt von Joseph Marx zehn Personen, zu dem von Samuel Reifenberg acht. 1846 waren in Herdecke als erwerbstätige Juden verzeichnet: die Kaufleute Joseph Marx, Bendix Meyberg und Joseph Meyberg, der Händler Moses Guthmann, die Handelsleute Samuel Speyer und Bendix Stern, die Fleischer Joseph Levi (künftiger Name Blumenthal), Levi Sternberg und Israel Ulmer sowie der Fleischerknecht Heinrich Wolf, ferner die Witwen des Kaufmanns Samuel Reifenberg und des Fleischers Itzig Rosenthal. Die erblichen Familiennamen haben sie mit Ausnahme von Joseph Levi Blumenthal bereits zuvor geführt. Der Lehrling Isaak Israel nannte sich künftig Friedenberg.

Nach 1850 ging die Zahl der in Herdecke ansässigen Juden zurück, u.a. weil der Herdecker Kornmarkt, einst von überregionaler Bedeutung und ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für die Stadt, an Bedeutung verlor. 1887 wird berichtet, dass die Termine der Korn- und Jahrmärkte, wenn sie auf einen Sabbat fielen, verlegt würden. Einige Herdecker Juden wanderten nach Übersee aus. So zog 1865 der Schüler Max Meyberg, dessen Familie in Herdecke ein Fuhrgeschäft betrieb, zu einem Onkel nach New York. Ende der 1860er Jahre beauftragte der Herdecker Geschäftsmann Meyberg den Juden Joseph Blumenthal, in Amerika Handelsbeziehungen für ihn anzuknüpfen; dieser zog darauf dauerhaft dorthin. 1867 und 1882 folgten seine Brüder, die Metzger Bernhard und Salomon Blumenthal. In den 1860er Jahren lebte in Herdecke der jüd. Arzt Dr. Dagobert Falk. Die jüd. Familie Speyer, die etwa 1850 in der oberen Hauptstraße ein Manufakturwarengeschäft gegründet hatte, besaß um 1900 ein bedeutendes Vermögen und mehrere Häuser. Seit etwa 1865 führte Louis Marx in der Hauptstraße, seit 1901 sein Sohn Ernst, das Manufakturwaren- und Möbelgeschäft Salomon Reifenberg. Joseph Marx (Sohn des Salomon Marx), 1875 in Herdecke geboren, übernahm um 1900 das Geschäft von seiner Mutter. Er gründete ein eigenes Bankgeschäft, das 1907 in den ‚Westdeutschen Bankverein‘ mit einem Aktienkapital von 1 Mio. M überging, nach wenigen Jahren aber in Konkurs geriet. Joseph Marx verließ Herdecke, 1910 ist dort nur noch seine seit 1881 verwitwete Mutter nachgewiesen. Seit den 1850er Jahren bis zu ihrem Umzug nach Hagen in den 1870er Jahren lebten Elias Seligmann und seine Ehefrau in Herdecke, er betrieb neben dem Handel zeitweise auch eine Talgschmelzerei. 1879 ist außerdem für Herdecke, wo er wohl nur kurze Zeit ansässig war, der ‚Rottenführer‘ (Leiter einer kleinen Gruppe von Bauarbeitern) David Baum mit seiner Familie belegt. Von 1878 bis zum Fortzug um 1895

sind für Herdecke der Händler Herz Neugarten und seine Frau Johanna geb. Wolff nachgewiesen, in dieser Zeit hat das Ehepaar sieben Kinder bekommen.

Am Feldzug in Böhmen 1866 nahm Simon Blumenthal teil. Sein Bruder Samuel war zur Ersatzreserve einberufen worden, Louis Blumenthal war beim 3. Westfälischen Infanterieregiment. Im Ersten Weltkrieg war Julius Speyer (Sohn von Leopold Speyer) Kriegsfreiwilliger im Feldartillerie-Regiment 83; er wurde zweimal verwundet, zum Leutnant befördert und mit dem EK I ausgezeichnet. Der 1882 ausgewanderte Salomon Blumenthal, seit 1887 amerikanischer Staatsbürger, kehrte nach dem Tod seiner Frau 1923 nach Herdecke zurück, weil er in der alten Heimat sterben wollte. Sein Wiedereinbürgerungsantrag wurde 1925 genehmigt, obwohl er kein Vermögen besaß und aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden musste.

In Wetter (Amt Herdecke, 1910 amtsfrei, seit 1929 Stadt im Ennepe-Ruhr-Kreis) war Joseph Stern 1846 als selbständig tätiger Jude verzeichnet, den erblichen Familiennamen führte er bereits zuvor. In Wengern (Amt Volmarstein, seit 1970 Stadtteil von Wetter) waren zur selben Zeit die Metzger Heimann Klein und Isaac Simon Silberberg ansässig, Silberberg hatte seinen Nachnamen neu gewählt. In Volmarstein (Amt Volmarstein, seit 1970 Stadtteil von Wetter) wird 1846 der Metzger Markus Rosenthal als selbständig tätiger Jude genannt, auch er hatte den erblichen Familiennamen bereits zuvor geführt.

2.1.3 Zu Beginn der NS-Herrschaft lebten in Herdecke die drei alteingesessenen jüd. Familien Neuhaus, Speyer und Grünewald mit neun Personen. Siegfried Neuhaus, Schwiegersohn des Moritz Blumenthal, führte mit seiner Frau Eugenie das Textilwarengeschäft ‚Geschwister Blumenthal‘ (Hauptstr. 3), das Paar wohnte mit seinen beiden Söhnen in dem ihm ebenfalls gehörenden Haus Hauptstr. 14. Die Eheleute Leopold (gest. 1938) und Eugenie Speyer betrieben in ihrem Haus Hauptstr. 72 ein Manufaktur-, Konfektions-, Betten- und Möbelgeschäft; sie wohnten im benachbarten Haus Hauptstr. 74, die ‚Villa‘ genannt. Ihr Sohn, Dr. Julius Speyer, lebte und arbeitete seit 1924 als Rechtsanwalt in Köln. Das Speyersche Geschäft (‚Speyer Nachfolger‘) war an das Ehepaar Sally und Paula Grünewald verpachtet, das mit Sohn im Geschäftshaus wohnte. Die Schwester der Ehefrau, Emilie Fischbach aus Meinerzhagen – sie betrieb um 1925/26 ein Manufakturwarengeschäft in der Hauptstr. 12 –, arbeitete von 1912 bis 1936 im Geschäft der Grünewalds.

Am 16. Mai 1933 wandte sich der ‚Kampfbund des gewerblichen Mittelstands‘ in Herdecke mit der Forderung an die Stadtverwaltung, von den ‚Konfektionsjuden‘ Blumenthal und Speyer keine Waren zur Verteilung an die städtischen Wohlfahrtsempfänger mehr zu beziehen. Zeitweilig patrouillierten einheimische SA-Leute in Uniform und später auch in Zivil vor den jüd. Geschäften, fotografierten Kunden und notierten deren Namen. Diese Maßnahmen verursachten einen so drastischen Geschäftsrückgang, dass Siegfried Neuhaus sich im Okt. 1936 genötigt sah, sein Textilwarengeschäft an einen nichtjüd. Kaufmann zu verpachten. Auch der Umsatz von Sally Grünewald ging so weit zurück, dass er seine Familie seit 1936 mit einem Wandergewerbe finanzieren musste; im Frühjahr 1938 wurde ihm dies untersagt. Die Witwe Speyer lebte von Pacht- und Mieteinnahmen aus verschiedenen Objekten.

In der Nacht des 9./10. Nov. 1938 fuhr ein aus Richtung Dortmund kommender Lastkraftwagen mit einem SA-Rollkommando vor dem Geschäft Speyer/Grünewald vor. Die Männer zerschlugen die Schaufensterscheibe und verwüsteten die Auslagen, danach fuhren sie in Richtung Hagen weiter. Am nächsten Morgen drangen Kinder und Erwachsene in das Geschäft ein, aus dem benachbarten Wohnhaus Speyer wurden Einrichtungsgegenstände auf die Straße geworfen. Auch das Wohnhaus der Familie Neuhaus wurde verwüstet, das bereits an den vormaligen Pächter verkaufte Geschäft blieb dagegen verschont. Sally und Heinz Grünewald sowie Siegfried Neuhaus wur-

den am 10. Nov. 1938 von der örtlichen Polizei in ‚Schutzhaft‘ genommen und am nächsten Tag an die Gestapo in Dortmund-Hörde überstellt. Nach einigen Wochen kamen die Inhaftierten frei und betrieben umgehend ihre Auswanderung. Siegfried und Eugenie Neuhaus zogen mit Sohn Gerhard im April 1939 zu ihrem älteren Sohn nach England, die Witwe Eugenie Speyer wanderte im Dez. 1938 mit ihrem Sohn Julius nach Argentinien aus. Das Ehepaar Sally und Paula Grünewald zog Ende April 1939 mit Sohn Heinz nach Köln. Von dort aus wurde das Ehepaar 1942 deportiert, dem Sohn gelang die Flucht nach England.

2.1.4 Dr. Julius Speyer kam aus seiner Wahlheimat Argentinien nach Kriegsende mehrmals nach Herdecke, insbesondere um Besitzangelegenheiten zu regeln, aber auch um seinen Schulfreund, den Fabrikanten Heinrich Habig sen. zu besuchen. Auch Siegfried Neuhaus besuchte mit seinem Sohn Gerhard und dessen Familie nach dem Krieg Herdecke. Die vormalige Vestestraße wurde 1987 in ‚Sally-Grünewald-Straße‘ umbenannt. Vor dem Wohn- und Geschäftshaus der Familie Grünewald (Hauptstr. 72) wurden 2006 Stolpersteine verlegt.

2.2.1 1737 lebten in Herdecke 16 Juden, 1751 und 1796 jeweils 13 Personen, 1798 zehn, 1819 zwölf. Im Jahr 1839 lebten 36 Juden in Herdecke, davon 24 „in der Stadt“ und zwölf „in der Bache“. 1843 lebten 44 Juden in Herdecke, 1858 waren es 48. 1871 waren von 3639 Einwohnern 728 kath., 2882 ev. und 29 jüd. Glaubens, 1895 von 4330 Einwohnern 1029 kath., 3274 ev., 26 jüd. Glaubens, einer gehörte einer anderen christl. Gemeinde an. Nach der Volkszählung von 1925 lebten in Herdecke (nach dem Gebietsstand des Jahres 1931) 5968 (!) Einwohner, von denen 1406 kath., 4326 ev., 15 jüd. Glaubens und 125 bekenntnislos waren. 1932 lebten 20 Juden in Herdecke.

In Wetter lebten 13 Juden im Jahr 1839, 1843 waren es sieben und 1858 sechs. 1871 waren von 2933 Einwohnern 614 kath., 2302 ev., elf jüd. Glaubens und sechs gehörten anderen christl. Gemeinden an, 1895 von 6393 Einwohnern 1749 kath., 4609 ev., fünf jüd. Glaubens und 30 gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1925 waren von 9377 (!) Einwohnern 2519 kath., 6428 ev., neun jüd. Glaubens und 221 bekenntnislos. In Volmarstein lebten 1839 drei und 1843 fünf Juden.

Der jüd. Gemeinde Herdecke gehörten 1843 sieben der damals neun ansässigen jüd. Familien an. Der Beitritt war mit der Zahlung eines Eintrittsgeldes in Höhe von zehn Tlr. sowie einem nach dem jeweiligen Einkommen berechneten monatlichen Mitgliedsbeitrag verbunden. Der Ritus fand „mit Ablegung eines in deutscher Sprache vollzogenen Glaubensbekenntnisses“ statt. Bei der Planung der einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnsberg 1842 die Bildung eines Herdecker Synagogenbezirks, zu dem auch die Juden aus Wetter, Volmarstein und Bommern gehören sollten. Laut Statut von 1855 wurde Herdecke dann als Untergemeinde der Synagogengemeinde Hagen etabliert. Der Untergemeinde zugeordnet waren Orte aus den Ämtern Herdecke (u. a. Wetter) und Volmarstein (u. a. Volmarstein und Wengern). Das zum Amt Volmarstein zählende Bommern orientierte sich zur Synagogengemeinde Witten. 1877 wurde die Untergemeinde Herdecke aufgelöst und direkt der Synagogengemeinde Hagen angegliedert, weil sie der Vorgabe des Statuts, einen eigenen Kultusbeamten anzustellen, aus finanziellen Gründen nicht nachgekommen war. Zwei Jahre später traten 14 Herdecker Juden wegen religiöser Bedenken aus der Hagener Gemeinde aus. Auch im 20. Jh. wurde die jüd. Gemeinschaft Herdecke als Untergemeinde von Hagen bezeichnet. 1905 gehörten ihr 26 Personen an, 1913 waren es 15 und 1932 dann 20 Mitglieder.

2.2.2 Über den Gottesdienstraum im 18. Jh. liegen keine Angaben vor. 1843 stellte der Gemeindevorsteher Joseph Marx in Herdecke der jüd. Gemeinde unentgeltlich einen Betraum in seinem Haus Nr. 14 (heute Hauptstr. 13) zur Verfügung. 1865 befand sich der angemietete Betraum im Haus eines Christen, auch für 1875 wird ein Betraum erwähnt.

2.2.3 1825 erhielt ein noch nicht schulpflichtiger Junge aus Herdecke jüd. Religionsunterricht in Hagen, ein anderer ging zur ev. Schule in Herdecke. 1828 stellte die Gemeinde als ersten jüd. Privatlehrer Naphtali Burckhard (Burchard) aus Osterode ein. Die jüd. Schule bestand nur wenige Jahre, denn die Aufbringung der notwendigen Gelder bereitete der finanzschwachen Gemeinde Schwierigkeiten und führte wiederholt zu Streitigkeiten. Spätestens 1833 wurde die Schule daher wieder aufgelöst, seitdem besuchten die jüd. Kinder die örtliche ev. Elementarschule. In Religion wurden sie von ihren Eltern, durch Privatlehrer oder in der jüd. Schule in Hagen unterwiesen. Der Gemeindevorsteher Joseph Marx beklagte 1843, es sei „ein wirklich trauriger Fall, dass die Eltern die Kinder in Religion unterrichten müssten, wenn man die Unwissenheit mancher Eltern in Betracht“ ziehe. 1843 gab es zwölf schulpflichtige jüd. Kinder in Herdecke, drei in Wetter und zwei in Volmarstein. Auch 1874 besuchten jüd. Kinder die ev. Schule in Herdecke.

2.2.4 Während der großen Hungersnot 1846/47 spendete der Gemeindevorsteher Joseph Marx jeden Monat zwei Tlr. für notleidende Mitbürger, die Brüder Meyberg unterstützten mit jeweils einem Tlr. den Kauf von Brot für die städtischen Armen. Der 1897 verstorbene Kaufmann Samuel Speyer vermachte dem städtischen Armenfonds 1800 M, deren Zinsertrag an „verschämte Arme in der Stadt ohne Ansehen der Konfession“ verteilt werden sollte. Leopold Speyer engagierte sich während des Ersten Weltkriegs bei der Verteilung rationierter Lebensmittel. Juden aus Herdecke, anfangs auch Christen, unterstützten seit den 1820er Jahren mehr als neun Jahrzehnte lang die Marks-Haindorf-Stiftung.

2.3.1 1751 wird der in den vorangegangenen Jahren als Schlachter geführte Schutzjude Marcus Isaac Salomon als Totengräber bezeichnet. 1767 wurde Joseph Lazarus vom Generaldirektorium als Koller approbiert, spätestens 1776 verließ er die Stadt. Als Vorsteher der jüd. Gemeinde wird 1825 und 1843 Joseph Marx erwähnt; 1843 gab er an, die Ämter des Kantors und Lehrers ohne Entgelt auszuüben. 1913 war Leopold Speyer Vorsitzender der Herdecker Juden.

2.3.3 Herdecker Juden gehörten verschiedenen kommunalen Gremien und Ausschüssen an. Der Kaufmann Leopold Speyer war vor dem Ersten Weltkrieg Mitglied des Magistrats, zudem zählte er zur städtischen Armenpflege-Deputation, zur Pflegehaus-Kommission, zur Einkommensteuer-Voreinschätzungs-Kommission sowie zum Gemeindesteuer-Ausschuss. Während des Ersten Weltkriegs leitete er ehrenamtlich das städtische Lebensmittelamt, für sein Engagement wurde er mit dem ‚Verdienstkreuz für Kriegshilfe‘ geehrt. 1918 führte er mit 20 ehrenamtlichen Helfern eine Sammlung zur Unterstützung heimkehrender Kriegsteilnehmer und ihrer Familien durch. Lange Zeit war er zudem Vorsitzender des örtlichen Haus- und Grundbesitzervereins. Der Kaufmann Ludwig Marx war Mitglied des ev. Schulrepräsentanten-Kollegiums. Gegen seine Wahl erhob 1874 die Arnberger Regierung Einspruch, den das Kultusministerium nach einem Protest der jüd. Gemeinde jedoch zurückwies. Moritz Blumenthal – jahrelang Mitglied der 1876 in Herdecke gegründeten Freiwilligen Feuerwehr – war von 1907 bis 1912 in der II. Abt. Stadtverordneter. Moritz Blumenthal war Mitglied in der ‚Casino-Gesellschaft‘, in der sich die Oberschicht der Stadt gesellig zusammenfand. Er gehörte 1863 zu den Gründern des Herdecker Turn- und Sportvereins, der ihm für seine Verdienste die Ehrenmitgliedschaft verlieh. 1933 beantragte die NSDAP ohne Erfolg, Moritz Blumenthal aus dem TSV Herdecke auszuschließen.

3.1 Mitte des 19. Jh. befand sich in Herdecke ein Betraum im Haus des Gemeindevorstehers Joseph Marx (heute Hauptstr. 13). 1843 waren zwei Gesetzesrollen sowie „verschiedene zum Gottesdienst gehörige Geräte“ vorhanden.

3.2 Das Wohn- und Geschäftshaus Hauptstr. 3 erwarb 1867 der jüd. Metzger Josef Levy Blumenthal, 1911 bauten es seine Nachkommen für die Einrichtung eines Weißwarengeschäfts um. Das Wohn- und Geschäftshaus von Joseph Marx befand sich in der Hauptstr. 13, ein im frühen 19. Jh. entstandener Fachwerkbau. Das Haus Hauptstr. 72, ein im 18. Jh. aus Bruchstein errichtetes Wohn- und Geschäftshaus, befand sich im Besitz der Familie Speyer und wurde von der Familie Grünewald bewohnt, die das dortige Geschäft gepachtet hatte. Das Ehepaar Speyer bewohnte die 1913 erbaute Villa Hauptstr. 74.

3.3 Nachweislich seit 1731/32 besaß die jüd. Gemeinde Herdecke einen eigenen Begräbnisplatz. 1875 wurde behauptet, schon der Große Kurfürst habe Mitte des 17. Jh. der Gemeinde das Grundstück überlassen. 1822 baten Joseph Marx, Wolf Mannes und Moses Heinemann, den Friedhof an der Bahnhofstr. vor weiteren Verschüttungen mit Abraum aus dem nahe gelegenen königlichen Steinbruch zu bewahren. 1835 wurde das Grundstück mit Hecke und Mauer eingefriedet. 1905 gab es Beschwerden wegen freilaufender Hühner. In der Pogromnacht 1938 wurde die eiserne Begrenzung eingerissen und der Begräbnisplatz verwüstet. 1939 musste die Synagogengemeinde Hagen das Areal an die Stadt Herdecke verkaufen, zu dieser Zeit befanden sich dort schon keine Grabsteine mehr. Zur Erinnerung an den Friedhof steht seit etwa 1970 ein Gedenkstein auf dem Gelände, 2014 wurde eine Gedenktafel angebracht.

Als der Platz an der Bahnhofstr. zu Beginn der 1890er Jahre belegt war, erwarb die jüd. Gemeinde eine 70 m² große Parzelle auf dem kommunalen Friedhof an der Zeppelinstraße. Dort sind heute noch 16 Grabmale vorhanden, die ältesten von 1891 (Walter Marx und Josef Blumenthal), das jüngste von 1938 (Leopold Speyer). Auf dem Begräbnisplatz befinden sich auch 23 Gräber von russischen Zwangsarbeitern. Sowohl das Areal des alten Friedhofs an der Bahnhofstr. als auch das an der Zeppelinstr. werden von der Stadt Herdecke gepflegt.

4.1 Archiv der Königlichen Porzellanmanufaktur Berlin, Land Berlin, Abt. I (Etablierung und Einrichtung der Manufaktur). – Geh. StaatA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA, Rep. 104 (Generalfiskalat), Rep. 34 (Geh. Rat) Kleve, Mark, Ravensberg und Niederlande, 64 g 2 (Judensachen); II. HA (Generaldirektorium). – LAV NRW Abt. R (Duisburg), Handschrift A IV 17 (Märkische Register). – LAV NRW Abt. W (Münster), Kleve-Märkische Regierung, Landessachen 1291. – StadtA Herdecke, Akte 9a, 100a-e.

4.2 Porträts des Kaufmanns Sally Grünewald und seiner Frau Paula aus dem Jahr 1939 in: SOLLBACH, Unter dem Hakenkreuzbanner 93. Fotos jüd. Wohn- und Geschäftshäuser sowie des Friedhofs in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 255–257.

4.3 AZJ <6.10.1874>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 1–46 <1827–1911/13>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1913> 91. – Israelitisches Familienblatt <30.5.1918>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 161. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 52.

4.4 CREMER Wolfgang, Die einzige Judentaufe. Tausende feierten 1724 in Herdecke. In: Herdecker Blätter 1 <1992> 9–13. – CREUTZENBERG Willi, Die Vertreibung der jüdischen Bürger aus Herdecke. Vor 60 Jahren begann das letzte Kapitel jüdischer Geschichte in Herdecke. Ebd. 14 <Nov. 1998> 8–14. – DERS., Die Vertreibung der jüdischen Bürger aus Herdecke. Ein Nachtrag zum Bericht vom November 1998. Ebd. 23 <Jan. 2006> 11–15. – DERS., Der Ermordung ging die finanzielle Ausplünderung voraus. Nachtrag zum Schicksal der Familie Grünewald. Ebd. 33 <Dez. 2015> 27–34.

– ROSE Olaf, Die Juden in Herdecke. In: BERENDT Bernd/MELLINGHAUS Wolfram/ROSE Olaf, 250 Jahre Stadt Herdecke 1739–1989 <Essen 1989> 168–178. – SOLLBACH Gerhard E., Unter dem Hakenkreuzbanner – Herdecke in der Zeit des Nationalsozialismus <Herdecke 1984> bes. 43–50. – DERS., Früheste Nachrichten von Juden in Herdecke. Personen mit Sonderstatus. In: Herdecker Blätter 22 <2004> 17–24.

Gerhard E. Sollbach

HERNE

1.1 Stadt Herne, kreisfrei

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1897 Stadtrechtsverleihung, 1906 kreisfrei, 1975 Zusammenschluss mit der Stadt Wanne-Eickel.

Laut Statut von 1858 gehörten die Juden in Herne zur 1854 eingerichteten Synagogengemeinde Bochum im gleichnamigen Synagogenbezirk. 1889 Trennung von Bochum und Gründung einer eigenen Synagogengemeinde, zu der auch Baukau gehörte.

2.1.2 Um 1806 ließ sich der Metzger Salomon in der Mairie Herne nieder, die Familie blieb in den folgenden Jahren die einzige im Ort. 1846 nahm Salomon Salomon, der aus Herlinghausen bei Warburg stammte, den Familiennamen Hellwitz an. Die beginnende Industrialisierung, die Ausdehnung des Bergbaus und die Herausbildung einer städtischen Infrastruktur sorgten dafür, dass sich in Herne vermehrt Juden ansiedelten. 1919 gab es in Herne etwa 55 jüd. Kaufleute, sechs Metzger, je zwei Schreiner, Arbeiter und Händler sowie je einen Hausierer, Lageristen, Schneider, Abschlepper, Bergmann, Brauer, Arzt, Rechtsanwalt, Dentisten, Monteur, Handelsmann, Auktionator, Lehrer, Viehhändler, Dekorateur und Privatier. Die meisten jüd. Wohn- und Geschäftshäuser fanden sich an der Hauptgeschäftsstraße, der Bahnhofstraße. Bei der Gemeindeverordnetenwahl 1908 waren Juden in der ersten Abteilung nicht vertreten; in der zweiten Abteilung, die den Mittelstand umfasste, waren 14 Juden wahlberechtigt, alle übrigen in der dritten Abteilung. Am Deutsch-Österreichischen Krieg 1866 nahm aus Herne u. a. der jüd. Metzger Baum teil. Zehn Juden aus Herne wurden während des Ersten Weltkriegs mit dem EK II ausgezeichnet: Hugo Frank, Dr. Wertheim, Karl Weinberg, Sally Neugarten, Erich Hohenstein, Max Callmann, Paul Schwarz, Oskar Schiffmann sowie Rudi und Otto Rothschild. Sechs Namen von Gefallenen sind bekannt. Nachdem der jüd. Metzger Leopold Rothschild aus dem Krieg heimgekehrt war, annoncierte er die Wiedereröffnung seiner wegen Einberufung vermieteten Metzgerei zum 1. April. Nach der Ermordung von Walter Rathenau 1922 initiierte Sally Baum in Herne eine große Protest-Demonstration, zu der von SPD, USPD, KPD und dem Kaufmännischem Verein aufgerufen wurde. Kurt Baum trat aus der Synagogengemeinde aus, er stand der KPD nahe.

Jüd. Industriearbeiter sind in Herne seit 1876 nachweisbar. In der Zeit des Ersten Weltkriegs kamen polnische und russische Juden als Kriegsgefangene nach Herne. In den 1920er Jahren stellten die ‚Ostjuden‘ die Hälfte der Gemeindemitglieder, dazu gehörten in Herne u. a. die Familien Rindskopf, Kaufmann, Hauser, Wollstein und Feuerstein. Während die Zeche Pluto in Wanne auch jüd. Arbeiter angestellt hatte, be-

schäftigte die Zeche Shamrock in Herne 1920 keine Juden. Viele Ostjuden engagierten sich in der Ortsgruppe des ‚Verbandes ostjüdischer Organisationen‘, die in den 1920er und 1930er Jahren in Herne bestand, 1932 wurden Bernhard Cynamon und A. Bruck in deren Vorstand gewählt. Kassierer war M. Tellermann, Schriftführer S. Jacob, Beisitzer Schnur und B. Bergwerk. 1931 hatte der Verband einen Rabbiner aus den USA zum Vortrag geladen, der die dortige Situation für Ostjuden positiv schilderte: Infolge des starken kulturellen Einflusses der Einwanderer bestehe „keine Gefahr der Assimilation“, das jüd. Leben befinde sich vielmehr „durchaus im Aufstieg“. Die Ortsgruppe plante Anfang 1932 die Einrichtung einer ‚Jüdischen Bibliothek‘. Ein Vortrag wurde Ende 1932 in Herne zweimal gehalten, einmal in deutscher Sprache für die gesamte Gemeinde und einmal für die Ortsgruppe des ‚Ostjüdischen Verbandes‘ in jiddischer Sprache. Konflikte mit den assimilierten Glaubensgenossen zeigten sich vor allem bei den Gemeindewahlen. 1927 protestierte die Ortsgruppe Herne des ‚Verbandes ostjüdischer Organisationen‘ erfolglos gegen den Ausschluss der Juden von den jüd. Gemeindewahlen. 1930 hieß es, bevor die Forderung der Ostjuden „auf eine gerechte demokratische Vertretung in der Gemeindearbeit“ nicht erfüllt sei, könnten „die Liberalen unmöglich von einem Frieden sprechen“. Im selben Jahr konnte über eine gemeinsame Wahlliste mit Bernhard Cynamon erstmals ein Vertreter der Ostjuden in die Repräsentantenversammlung einziehen; er sorgte dafür, dass die Frage des Wahlrechts weiterhin thematisiert wurde. Das ‚Israelitische Familienblatt‘ berichtete auch über fortgesetzte Differenzen. 1931 wurde der Antrag der ostjüd. Vereinigung abgelehnt, einen Beitrag zu den orthodoxen Kultuseinrichtungen zu bewilligen. Der Gemeindevorsitzende begründete das mit der „Geringfügigkeit des von den Ostjuden gezahlten Steuerbetrags“. Ein anderer Gemeindevertreter argumentierte, die orthodoxe Betgemeinschaft sei „als polnische, gegen das Deutschtum gerichtete Gruppe anzusehen“. Der stellvertretende Vorsitzende der Repräsentanten ließ sich zu der Aussage hinreißen, für derartige Zwecke „dürfe kein Pfennig flüssig gemacht werden, selbst wenn die Gemeindekasse überflüssiges Geld besäße“. Der abschließende Kommentar im ‚Israelitischen Familienblatt‘ lautete, obwohl die Zahl der Ostjuden in Herne „nicht unbeträchtlich“ sei, könnten diese in der Gemeindevertretung „bei dem herrschenden Mehrheitswahlrecht nicht zu dem ihrer Zahl entsprechenden Einfluß“ gelangen.

Aufgrund der vielfältigen Zusammensetzung der Gemeinde lässt sich in Herne ein breitgefächertes jüd. Vereinsleben nachweisen. Vor dem Ersten Weltkrieg gründete der Mediziner Dr. Wertheim eine Ortsgruppe des ‚Vereins für Jüdische Geschichte und Literatur‘, die mit der 1903 von Dr. Ludwig Fischbein gegründeten Gruppe in Recklinghausen kooperierte. Mitte der 1920er Jahre leitete Willi Mendel den ‚Literaturverein‘ und den ‚Jugendverein‘, beide hatten jeweils etwa 50 Mitglieder. Die im ‚Jüdischen Jugend- und Literaturverein Herne‘ zusammengeschlossenen Vereine boten Jugendlichen zahlreiche Freizeitgestaltungsmöglichkeiten, darunter Laienschauspiel, Wandern oder Turnen. Dem Jugendverein mit 51 Mitgliedern stand Ende der 1920er Jahre Fritz Wollstein vor, er warb verstärkt auch um Mädchen als Mitglieder, die Sportgruppe führte Edith Jelin an. Eine CV-Ortsgruppe für Herne wird Ende 1922 erwähnt, 1924 hatte sie 48 Mitglieder. Zunächst war Moritz Gans ihr Vorsitzender, 1934 Sally Neugarten. 1926 entstand innerhalb der CV-Ortsgruppe eine Schießgruppe, 1927 eine Fußball-Gruppe. Anfang 1925 rief der Offizier Dr. Gustav Wertheim eine RjF-Ortsgruppe ins Leben. Vor dem Ersten Weltkrieg besuchten bis zu 20 jüd. Musikschülerinnen und -schüler das Herner Konservatorium, um dort das Klavier- oder Geigenspiel zu erlernen. Einige von ihnen spielten in der besonders von jüd. Kaufleuten unterstützten ‚Herner Konzertgesellschaft‘.

2.1.3 Zu Beginn der NS-Zeit sind für Herne sieben Möbelgeschäfte mit jüd. Inhabern verzeichnet, jeweils fünf Metzgereien und Manufakturwarengeschäfte, drei Kurzwarenhändler, drei Vertreter, je zwei Konfektions- und Textilgeschäfte, Han-

delsvertreter und Flaschenbierhandel, ferner ein Arzt, ein Zahnarzt, ein Uhrmacher, Geschäfte für Musik, Schuhwaren, Hüte, Porzellan- und Spielwaren, Autos bzw. Fahrräder, Lebensmittel, Haushaltswaren, Süßwaren, Goldwaren, ein Textilkaufhaus, Großhandlungen für Metzgerei- bzw. für Schneidereibedarf, eine Großschlachtereier, ein Handel mit Seifen und Waschmitteln, ein Viehhandel, ein Handel mit gebrauchten Möbeln, eine Altwarenhandlung, ein Schrotthandel, ein Hausnäher sowie schließlich das Kino Gloria-Theater.

Am 1. April 1933 wurden auch in Herne ‚Boykottaktionen‘ ausgeführt. An der Brücke der Bahnhofstr. war ein über die ganze Brückenlänge reichendes Schriftband angebracht, das zum Kauf in „deutschen Geschäften“ aufforderte. SA-Wachen standen vor jüd. Geschäften und fotografierten Kunden. Isi Geitheim ließ Flugblätter gegen die Nationalsozialisten drucken. Im April 1933 entzog die ‚Barmer Ersatzkasse‘ dem Zahnarzt Dr. Ernst Guttman die Zulassung, er emigrierte noch im selben Jahr nach Palästina. Die Ruhrknappschaft entließ 1933 den Allgemeinmediziner Dr. Wilhelm Emanuel. Als Reaktion auf die antijüd. Maßnahmen organisierte die jüd. Gemeinde Mitte 1933 zur Vorbereitung der Auswanderung nach Palästina Anfängerkurse in Neu-Hebräisch sowie Berufsberatungen der Zentral-Wohlfahrtsstelle Berlin und der Wirtschaftshilfe Bielefeld. Im Sept. 1933 fuhren jüd. Kinder aus Herne im Rahmen der „Kindertransporte aus Rheinland und Westfalen“ zur Erholung zu niederländischen Familien. 1935 organisierte die NS-Hago (Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation) eine gauweite ‚Aufklärungskampagne‘, von der auch Herne betroffen war. Seit Aug. 1935 durften Juden weder die städtischen Bäder noch Sport- und Tennisplätze benutzen, sie durften auch keine Grundstücke und Häuser mehr erwerben oder Geschäfte und Betriebe übernehmen oder neu eröffnen. Jüd. Kindern war nicht mehr erlaubt, gemeinsam mit ‚deutschen‘ Kindern die Schule zu besuchen. Auch das Betreiben eines Verkaufsstands auf dem Wochenmarkt war Juden verboten. Der Gestapo Bochum wurden im Aug. 1935 Verstöße gegen die Boykottbestimmungen in Herne und Wanne-Eickel gemeldet. Anfang 1936 organisierte die jüd. Gemeinde Herne eine Veranstaltung zugunsten der jüd. Winterhilfe.

Das jüd. Vereinswesen wurde nach 1933 verstärkt weitergeführt. Robert Jelin und der letzte Vorsitzende Erich Schiffmann versuchten, die Arbeit des ‚Jüdischen Jugend- und Literaturvereins Herne‘ fortzuführen. Die Ortsgruppe des ‚Ostjüdischen Verbandes‘ firmierte 1938 als ‚Verband polnischer Juden‘. Viele Mitglieder in der Ortsgruppe des zionistisch geprägten ‚Makkabi Hazair‘, die Bernd Königsberg gegründet hatte, stammten aus ostjüd. Familien. Sie trafen sich in einem Hinterhaus an der Bahnhofstraße. Bis 1934 unternahmen die älteren Kinder Fahrten ins Sauerland, danach waren auch deren Aktivitäten auf Innenräume begrenzt. Mitte 1935 wurde eine Ortsgruppe der ‚Zionistischen Vereinigung‘ gegründet, der unmittelbar 60 Mitglieder beitraten. Vorsitzender der RjF-Ortsgruppe war 1933/34 Alfred Goldstein. Ein Vortragsredner betonte Anfang 1934, dass der RjF sich „auf den Boden des Deutschtums stelle; für andere Bestrebungen sei innerhalb des Bundes kein Raum“. Nach dem Ausschluss von Herner Juden aus den Vereinen rief die RjF-Ortsgruppe den Sportverein ‚Schild Herne‘ ins Leben, Leiter wurde Wollstein. Ende 1934 berichtete die Zeitschrift ‚Der Schild‘ über die Eröffnung eines RjF-Jugendheims in Herne (Bahnhofstr. 53), das „als Sammelpunkt des geselligen und kulturellen Lebens der gesamten jüdischen Bevölkerung unserer Stadt ohne Richtungsunterschied dienen“ sollte, für die Realisierung hatten sich besonders die Vereinsmitglieder Sally Neugarten und Weinberg eingesetzt. Bei der Einweihungsfeier wurde u. a. eine Gedenktafel für die jüd. Gefallenen aus Herne enthüllt. Im Jugendheim, für dessen Unterhalt 1935 ein Fonds eingerichtet wurde, fanden auch Veranstaltungen des ‚Kulturbundes Deutscher Juden‘ und der Boxabteilung des Schild statt. Da Juden in vielen Gasthäusern nicht mehr bewirtet wurden, richtete die RjF-Ortsgruppe im Vereinsheim an der Bahnhofstraße eine Gaststätte und

einen Gemüsestand ein. Der RjF-Fußballmannschaft Herne war das Training nur so lange möglich, wie die Stadtverwaltung einen Sportplatz zur Verfügung stellte. Nach Sperrung der Sportplätze konnten nur noch Sportarten angeboten werden, die im Vereinsheim ausgetragen werden konnten. So wurden von 1936 bis 1938 im Jugendheim Tischtennismeisterschaftsspiele ausgetragen; 1936 wurde Herne Bezirksmeister, 1937/38 – von 20 teilnehmenden Gruppen – Westdeutscher Mannschaftsmeister des Schild. Mitte 1938 gehörten u. a. Ursel Wollstein, Lotte Lauber und Gerda Riesenfeld zur Damen-Mannschaft der Tischtennismeisterschaften. Nach dem Pogrom 1938 wurde das Jugendheim beschlagnahmt, das Vermögen wurde der ‚Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt‘ übertragen.

Die jüd. Bevölkerung Hernes ging von 467 Personen im Juni 1933 auf 390 Personen im April 1934 zurück; zunächst zogen vor allem die Ostjuden fort. 1937 wohnten noch 341 Juden in der Stadt, ihre Anzahl war seit 1933 also um beinahe ein Drittel geschrumpft. 1937 ging das Warenhaus ‚Gebr. Kaufmann‘ in ‚arischen‘ Besitz über. Im Herbst 1938 wurden für Herne noch 29 ‚nichtarische‘ Firmen aufgelistet. Bis zum Jahresende wechselten die Geschäfte von David Hauser (Schuhhaus), die Wollstein GmbH (Möbel), Isidor Goldblum (Schuhwaren), das Modehaus Geschwister Josef Israel (Inh. Hedwig Israel), Gebr. Nathan & Heinrich Wohlrauch sowie Arthur Samson den Besitzer; alle ansässig in der Bahnhofstraße. Ferner waren die Metzgerei Rothschild, Herrenmoden Georg Riesenfeld und das Geschäft von S. Samson betroffen. Ende Okt. 1938 befanden sich unter den im Rahmen der reichsweiten ‚Polenaktion‘ Abgeschobenen 54 Juden aus der Stadt Herne; bis Juli 1939 wurden weitere 21 Personen ins polnische Grenzgebiet deportiert. In der Pogromnacht 1938 steckten SA-Männer unter der Leitung des NSDAP-Kreisleiters die Synagoge in Brand, schlugen die Fenster zahlreicher Wohnungen und Geschäfte ein und plünderten sie. Die Brüder Kelcz hatten in den darauffolgenden Wochen gemäß der ‚Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben‘ für die Instandsetzung oder den Abriss ihrer stark beschädigten Gebäude zu sorgen. Der 73-jährige Vorsitzende der Synagogengemeinde, Moritz Gans, wurde aufgefordert, die Trümmer der Synagoge beseitigen zu lassen – andernfalls würde die Polizei dies veranlassen und die Kosten von seinem Konto einziehen. Nach dem Pogrom wurden mindestens 17 jüd. Männer aus Herne für einige Wochen ins KZ Sachsenhausen verbracht.

Zwischen dem Pogrom 1938 und Mitte 1940 floh etwa die Hälfte der noch in Herne verbliebenen Juden ins Ausland, u. a. nach Südamerika, Shanghai oder Palästina. ‚Judenhäuser‘ wurden eingerichtet in der Bahnhofstr. 53 (ehem. Jugendheim), im benachbarten Haus Nr. 57/59 (ehem. Geschäftshaus von Moritz Gans) sowie in der Kampstr. 14. Im Jan. 1942 wurden etwa 40 Juden aus Herne ins Ghetto Riga deportiert, 31 weitere Ende April 1942 ins Ghetto Zamość und noch einmal 22 Ende Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt. Nach den Deportationen wurden im ehem. Gemeindehaus Wohnungseinrichtungen und Hausrat der Deportierten gelagert, um sie zu versteigern oder Bombengeschädigten zur Verfügung zu stellen. Sally Neugarten, der letzte Gemeindevorsitzende und zugleich Verbindungsmann zwischen der jüd. Gemeinde und den NS-Stellen, wurde mit seiner Frau Frieda im Febr. 1943 ins KZ Auschwitz verbracht, Betty und Emanuel Lomnitzer im Mai 1943 ins Ghetto Theresienstadt. Im Sept. 1944 wurden schließlich die in ‚Mischehe‘ verheirateten Erna Essig, Emil Segall, Stefanie Spoo und Martha Velten ins jüd. Krankenhaus Berlin überführt, das zu diesem Zeitpunkt als Ghetto diente; dort wurden sie am Ende des Krieges von den Alliierten befreit. Zur Zwangsarbeit interniert wurden die ‚Mischehenpartner‘ Otto Baer, Moritz Hirschberg, Karl Reissner, Louis Ulmer und Edgar Wahl – Letzterer hatte von Sept. 1941 bis Febr. 1945 Zwangsarbeit in einem Arbeitslager geleistet und war anschließend bis Mai 1945 im Ghetto Theresienstadt interniert.

2.1.4 Die Herner Stadtverwaltung stellte nach Kriegsende Transportmittel zur Verfügung, um Überlebende aus den Lagern Buchenwald und Theresienstadt zurück-zuholen. Einige Herner Juden wanderten in der Folgezeit z. B. nach Palästina oder Australien aus. Edgar Wahl (1903–1966) organisierte nach seiner Rückkehr aus Theresienstadt jüd. Gottesdienste in einer Privatwohnung und veranlasste Ende 1945 die Neugründung der Herner Gemeinde, deren Vorsitz er übernahm. Ein Jahr später verzeichnete sie 20 Mitglieder, die Herner Juden nahmen in Bochum am Gottesdienst teil. Wahl nahm 1946 an der konstituierenden Sitzung des ‚Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in Westfalen‘ teil. Da die Zahl der jüd. Gemeindemitglieder in Herne sank, schloss sich die Gemeinde 1953 mit den Gemeinden in Bochum und Recklinghausen zusammen. Edgar Wahl war anschließend über mehrere Jahre Mitglied des Vorstandes der jüd. Gemeinde Bochum-Herne-Recklinghausen. Zu dieser gehörten seit der Zusammenlegung Wanne-Eickels mit der Stadt Herne 1975 auch die Juden aus Wanne-Eickel. Nach starkem Zuwachs der Gemeinde in den 1990er Jahren – durch Zuzug von Juden aus den ehemaligen GUS-Staaten – schieden 1999 die Juden in Recklinghausen aus der Gemeinde aus, Herne schloss sich mit Bochum und Hattingen zu einer neuen Gemeinde zusammen. Von den 1152 Mitgliedern im Jahr 2005 wohnten etwa 60 in Herne.

Zur Erinnerung an die Herner Synagoge wurde 1963 ein Gedenkstein auf dem ehem. Synagogengrundstück errichtet. 1992 und 1994 lud die Stadt Herne ehemalige jüd. Bürger aus Herne und Wanne-Eickel zu einer Besuchswoche ein. Mehrfach kam es auch nach 1945 in Herne zu antisemitischen Übergriffen: 1962 war ein jüd. Ehepaar Ziel eines Angriffs, in den 1970er Jahren wurde der jüd. Friedhof und 1986 (im Vorfeld des NPD-Landesparteitages) die Synagogengedenktafel beschädigt. Von 2004 bis 2008 wurden im Rahmen des Projekts ‚Erinnerungsorte‘ in Zusammenarbeit mit Schulklassen zehn Gedenktafeln vor ehemaligen Häusern von Holocaust-Opfern installiert. Ein überparteilicher ‚Arbeitskreis Shoah‘ setzte sich für die Erinnerungskultur ein. 2008 entschied der Herner Stadtrat, nach dem Entwurf der Wuppertaler Künstler Gabriele Graffunder und Winfried Venne ein Shoah-Denkmal auf dem zentralen Willi-Pohlmann-Platz zu realisieren. In dem 2010 eingeweihten Denkmal sind die Namen der Ermordeten aus Herne und Wanne-Eickel verzeichnet, 2014 wurde es mehrmals beschädigt.

2.2.1 In Herne lebten 1818 vier Juden, 1843 waren es elf, 1858 dann 44. Im Jahr 1871 waren von 4417 Einwohnern 1437 kath., 2935 ev. und 45 jüd., 1895 von 19 304 Einwohnern 9104 kath., 9933 ev., 163 jüd., 104 gehörten anderen christl. Gemeinden an. In Baukau waren 1895 von 4922 Einwohnern 2781 kath., 2116 ev., einer jüd. Glaubens und 24 gehörten anderen christl. Gemeinden an, 1908 wurde Baukau nach Herne eingemeindet. Beruhend auf der Volkszählung von 1925 waren im Stadtkreis Herne (nach dem Gebietsstand des Jahres 1926) von 68 249 (!) Einwohnern 31 925 kath., 33 102 ev., 474 jüd. und 322 sonstige Christen. Bezogen auf den Gebietsstand des Jahres 1931 waren nach der Volkszählung von 1925 von 91 297 Einwohnern 44 797 kath., 40 887 ev., 499 jüd., 1952 sonstige Christen und 3162 bekenntnislos oder Bekenner anderer Religionen. 1932 lebten 450 Juden in Herne.

Die jüd. Bevölkerung in Herne gehörte zur 1854 eingerichteten Synagogengemeinde Bochum. Die wachsende Mitgliederzahl und die Entfernung nach Bochum führten dazu, dass die Herner Juden 1889 eine eigenständige Synagogengemeinde gründeten, der auch Baukau zugeordnet wurde. Auf Betreiben von Sally Weinberg erhielt sie im selben Jahr Korporationsrechte. 1936 schloss Herne sich (mit Wattenscheid, Witten und Wanne-Eickel) dem Rabbinatsbezirk Bochum an. Die 1945 neu gegründete Gemeinde schloss sich 1953 mit Bochum und Recklinghausen zusammen, nach dem Aus-

tritt von Recklinghausen 1999 gehört Herne heute zur jüd. Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen.

Anfang des 20. Jh. war Herne Mitglied des DIGB. Von der liberalen Haltung der Synagogengemeinde Herne zeugt der Verzicht auf ein rituelles Bad (Mikwe) beim Synagogenneubau, die Existenz einer Orgel und eines gemischtes Chores, der 1911, aber auch Mitte 1936 erwähnt wird.

1932 waren von den 450 jüd. Gemeindemitgliedern 250 Steuerzahler. 1930 betrug der Gemeindeetat 15 100 RM, 1931 waren es 16 186 RM. Der Wohlfahrtsetat belief sich 1930 auf 2000 RM und 1931 auf 1000 RM.

2.2.2 Bis zur Gründung der eigenständigen Synagogengemeinde Herne 1889 besuchten die Herner Juden die Synagoge in Bochum. 1889 wurde ein eigener Betraum im Haus Von-der-Heydt-Str. 3 angemietet; die Miete wurde durch freiwillige Spenden aufgebracht. Eine Anleihe von 10 500 M bei der „Ämtersparkasse Herne-Eickel-Wanne“ diente 1889 zur Finanzierung eines Schulhauses (Schulstr. 4, später Nr. 30). Der darin vorhandene Betraum wurde bis zum Synagogenneubau 1911 genutzt, danach diente er dem orthodoxen Teil der Gemeinde als Versammlungsraum. Bauherr des Schul- und Gemeindehauses war der Kaufmann Sally Weinberg. 1903 hieß es im „Israelitischen Familienblatt“, der „Kultusraum im jüdischen Schulhause“ sei zu klein geworden für die jüd. Gemeinde, die inzwischen auf annähernd 300 Personen angewachsen war. Deshalb wurde ein „Synagogenbauverein“ gegründet, dessen Vorsitz Moritz Gans übernahm. Alle 50 Mitglieder verpflichteten sich zu selbstbestimmten monatlichen Beiträgen. 1910 wurde eine Baukommission gewählt und ein Grundstück (Schaeferstr. 32) gekauft. Mitte 1910 fand die Grundsteinlegung statt, beigelegt wurden eine Urkunde, Münzen und Zeitungen. Erbaut wurde die Synagoge nach Plänen des Architekten Heinrich Robert aus Bochum, der auch das jüd. Altersheim in Unna entworfen hatte. Die Einweihungsfeier 1911 gestaltete der Bochumer Rabbiner Dr. Moritz David. 1936 beging die Gemeinde das 25-jährige Bestehen ihrer Synagoge. Im selben Jahr wurden etwa 300 Butzenscheiben des Synagogengebäudes durch Steinwürfe zerstört, zwei Monate später waren sie erneuert. Während des Pogroms 1938 brannten der Dachstuhl und das Innere der Synagoge vor den Augen von mehreren tausend Zuschauern aus, die Kuppel stürzte ein. Die Giebel mussten aus Sicherheitsgründen niedergelegt werden. Die Abbrucharbeiten zogen sich bis zum Febr. 1939 hin, im Juni 1939 wurden die letzten Trümmerreste beseitigt. Nach der Einebnung verkaufte die Stadt Herne das Synagogengrundstück an die Hibernia AG.

2.2.3 1843 waren in Herne drei jüd. Kinder im schulpflichtigen Alter. Nachdem die jüd. Gemeinde 1889 Korporationsrechte erhalten hatte, wurde in Herne eine jüd. Privatschule gegründet, im selben Jahr wurde ein neues Schulgebäude (Schulstr. 30) errichtet. Der 1899 engagierte Lehrer Jacob Emanuel setzte sich für den Bau „eines würdigen Gotteshauses“ ein und war auch an der Gründung des Männer- und Frauenvereins beteiligt. 1903/04 erhöhte die politische Gemeinde den Zuschuss für die jüd. Schule, 1908 wurde sie in eine öffentliche Schule umgewandelt und der Etat von der städt. Verwaltung übernommen. 1905 bis 1909 besuchten zwischen 34 und 40 Kinder die jüd. Volksschule, 1911 waren es 22, 1913 dann 38 und Mitte der 1920er Jahre 18 Kinder. 1932 gingen 48 Kinder in die Volksschule. Die davon unabhängige „Religionsschule“ besuchten 1905 acht Kinder, Lehrer Jakob Emanuel erteilte ab 1915 auch Religionsunterricht in der Synagogengemeinde Castrop-Rauxel; nach seiner Einberufung 1915 vertrat ihn Dorothea Bernstein aus Tilsit. 1925 feierte Emanuel sein 25-jähriges Ortsjubiläum. Zur Zeit der Weimarer Republik besuchten bis zu 52 jüd. Kinder weiterführende Schulen in Herne und erhielten Religionsunterricht von Lehrer Emanuel, 1932 unterrichtete er noch 22 jüd. Kinder. Im Okt. 1933 wurde er „auf eigenen Wunsch“ in den Ruhestand versetzt, die Volksschule besuchten zu dieser Zeit noch etwa 50 Kinder. Als neuer Lehrer konnte Anfang 1934 der zuvor in Iser-

lohn tätige Leopold Hartmann aus Mayen gewonnen werden, dessen Schule aufgelöst worden war. Während des Pogroms 1938 zerstörte die SA auch das Herner Schulhaus. Ab Febr. 1939 stellte der Arzt Dr. Gustav Wertheim Räumlichkeiten in seinem Haus (Heinrichstr. 6) zur Unterrichtung der acht jüd. Kinder zur Verfügung. Nach Schließung der Schule in Herne 1939 wechselte Leopold Hartmann nach Hagen. Nachdem der Hauseigentümer Dr. Wertheim sich 1941 das Leben genommen hatte, standen keine Räumlichkeiten für den Unterricht mehr zur Verfügung.

2.2.4 Juden aus Herne spendeten von 1842 bis 1890 für die Marks-Haindorfische Stiftung. In den 1840er Jahren erlernte Isaac Salomon aus Herne durch Vermittlung der Stiftung das Glaserhandwerk. 1909 unterstützte die Herner Gemeinde den ‚Hilfsverein der Deutschen Juden‘, eine 1901 gegründete Wohlfahrtsorganisation besonders für Juden im östlichen Europa. Nach Erhalt der Korporationsrechte 1889 wurden auch Wohltätigkeitsvereine gegründet. Vorstandsmitglied Sally Samson hatte großen Anteil an der Gründung der Männer-Chewra ‚Gemilus Chesed‘ im Jahr 1900 und war jahrzehntelang deren Vorsitzender. Im Aug. 1914 spendete der jüd. Männerverein 600 M an das Rote Kreuz, 1924/25 hatte er 65 Mitglieder. Zum Vorsitzenden wurde 1932 – nach dem Tod von Sally Samson – Lehrer Jacob Emanuel gewählt; neue Statuten wurden genehmigt und eine Sterbekasse eingerichtet. Die Wohlfahrtsstelle des Israelitischen Männervereins bildete eine selbständige Organisation innerhalb der Stadtwinterhilfe, 403 Familien wurden Anfang der 1930er Jahre betreut. Von der städtischen Winterhilfe-Sammlung erhielten sie nur fünf Prozent, Gemeindemitglieder spendeten aber großzügig Nahrungsmittel und Kleidung. 30 Kinder erhielten ein halbes Jahr lang ein Mittagessen in jüd. Familien, für eine größere Anzahl jüd. Kinder wurde für sechs Monate ein Schulfrühstück bezahlt. 1932 ist eine örtliche Zentrale für jüd. Wohlfahrtspflege (‚Israelitische Wohlfahrtsstelle‘) für Herne erwähnt, Vorsitzender war Neugarten. Der ebenfalls 1900 gegründete ‚Israelitische Frauenverein‘, der 75 Mitglieder 1924/25 hatte, wurde von Sophie Samson mehr als zwei Jahrzehnte bis zu ihrem Tod 1925 geleitet. 1928/29 war Frau Kaufmann Vorsitzende, in den 1930er Jahren Marta Schiffmann. 1932 hatte der Frauenverein 82 Mitglieder. In den 1920er Jahren existierte der ‚Beerdigungsverein Emanuel‘ mit 135 Mitgliedern, den Lehrer Jacob Emanuel leitete. 1927 riefen Frauen- und Männer-Verein eine ‚Moritz-Gans-Stiftung‘ ins Leben, deren Zinsen humanitären Zwecken zugutekommen sollten.

2.3.1 Dem Vorstand der Synagogengemeinde Herne gehörten bis in die 1930er Jahre Moritz Gans und Sally Samson an, ab 1909 auch Dr. med. Gustav Wertheim. 1911 wurde Sally Samson für seine Verdienste um die Gründung des Synagogenbauvereins, die Übernahme der jüd. Privatschule auf den städtischen Etat und die Gründung des Synagogenchors geehrt, er starb Ende 1932 während des Gottesdienstes in der Synagoge. Im Israelitischen Altersheim in Unna wurde ein Zimmer nach ihm benannt. Moritz Gans erhielt 1927 aus Anlass seiner 25-jährigen Vorstandstätigkeit vom Bochumer Rabbiner Dr. David „für sein segensreiches Wirken für das Judentum“ den Chower-Titel verliehen. Mehr als ein Vierteljahrhundert war der 1929 gestorbene Simon Kaufmann Mitglied der Repräsentantenversammlung. Langjähriger Vorsteher der Versammlung war Oskar Schiffmann, der 1935 starb. 1932 bestand die Repräsentantenversammlung aus neun Mitgliedern und drei Stellvertretern; zweiter Vorsitzender war zu dem Zeitpunkt Albert Salomon.

Das Amt des Vorbeters hatte zumeist der jeweilige Lehrer inne. Jacob Emanuel wird 1924/25 auch als Prediger bezeichnet. 1936 wird Vorbeter Hartogsohn erwähnt. Der Versuch des Gemeindevorstands, für Herne einen Schochet einzustellen, scheiterte 1904 trotz „eines erheblichen Zuschusses zu den Kosten durch interessierte Fleischer“, wie das ‚Israelitische Familienblatt‘ schrieb. 1909 war Salomowitz Schächter, 1911 Fernbach, 1913 und Mitte der 1920er Jahre Simon Metzger.

2.3.2 Käthe Schiffmann (späterer Name Kate Katzki), 1910 in Herne geboren, flüchtete 1934 in die USA. 1946 kehrte sie als Mitarbeiterin des ‚American Joint Distribution Committee‘ nach Europa zurück, 1946 bis 1950 war sie Direktorin des ‚Joint‘ für die Niederlande, Belgien und Luxemburg und arbeitete vorrangig mit jüd. Überlebenden („Displaced persons“). 1956 wechselte sie nach Wien. Nach ihrer Rückkehr 1967 in die USA war sie für die Vereinten Nationen tätig; sie starb 2002.

2.3.3 Nach dem Ersten Weltkrieg waren Dr. Siegmund Löbenstein für die SPD und der Vorsitzende der Synagogengemeinde, Moritz Gans, der auch schon 1911 diesem Gremium angehört hatte, für die DDP in der Stadtverordnetenversammlung. Moritz Gans war bis zur NS-Zeit Förderer des Heimatmuseums Herne und der Forschungsarbeiten des Museumsdirektors Karl Brandt. Kurt Baum war Mitglied der KPD.

3.1 Die 1911 eingeweihte Herner Synagoge (Schaeferstr. 32) bot Plätze für etwa 350 Personen, 196 im Erdgeschoss und 138 auf der Empore. Großzügige Bleiverglasungen, ein Eichenportal mit Bronzebeschlägen und die mit einem Marmorbrunnen versehene Vorhalle prägten das Innere; Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 179–183. Da die Akustik hervorragend war, wurde die Synagoge gern auch für Konzerte genutzt. 1937 fanden dort Veranstaltungen des Preuß. Landesverbandes jüd. Gemeinden statt. Im Eingangsbereich befand sich die Gedenktafel mit den Namen der im Ersten Weltkrieg gefallenen Juden aus Herne. In der Pogromnacht brannte die SA die Synagoge nieder. Moritz Feuerstein gelang es, eine Thorarolle zu retten; sie gelangte nach Israel. Seit 1963 befindet sich ein Gedenkstein auf dem Grundstück der Synagoge.

Das 1889 errichtete Schulhaus mit Betraum im Obergeschoss (Schulstr. 4, später Nr. 30) war ein massives zweigeschossiges Gebäude. Die Ostjuden nutzten den Versammlungsraum in diesem Haus nach dem Synagogenneubau 1911 als Betraum. Die Schule wurde in der Nacht vom 9. auf den 10. Nov. 1938 ebenfalls zerstört. Das 1947 instandgesetzte Gebäude wurde 2000 abgerissen. 1925 erwarb die jüd. Gemeinde ein Grundstück neben der Synagoge, um darauf ein Gemeindehaus zu errichten. Darin sollten Wohnungen für die Gemeindebeamten ebenso wie Räumlichkeiten für die Vereine und ein Saal für Gemeindeveranstaltungen entstehen. Der Plan wurde nicht realisiert.

3.3 1878 kauften Juden in Herne ein Friedhofsgrundstück nördlich der Stadt am Hoverskamp (seit 1994 Robert-Grabski-Str.) in der bis 1908 eigenständigen politischen Gemeinde Baukau. Da zu der Zeit in Herne noch keine eigenständige jüd. Gemeinde bestand, traten führende Mitglieder – u. a. Salomon Weinberg – als Käufer auf; das Areal galt in der Folgezeit als privater Begräbnisplatz. 1893 wurde es als Eigentum der jüd. Gemeinde Herne ins Grundbuch eingetragen. Aus dem Jahr 1903 ist eine Friedhofsordnung erhalten. Auf der 932 m² großen Fläche sind etwa 120 Grabmale erhalten, das älteste von 1881. 1898 wurde der Friedhof (wie auch in Wanne-Eickel) mutwillig beschädigt. Noch vor 1914 wurde der Begräbnisplatz mit einer Mauer umgeben. In der NS-Zeit wurden Metallteile von den Gräbern entfernt, 1942 fand die letzte Bestattung unter dem NS-Regime statt. Nach Kriegsende ließ die Stadt den Begräbnisplatz bis 1948 wieder herrichten. 1959 fand die letzte Beerdigung statt, danach wurden die verstorbenen Gemeindemitglieder in Recklinghausen beigesetzt. In den 1970er Jahren kam es erneut mehrfach zu Beschädigungen.

1903 hatte die jüd. Gemeinde um Zuteilung eines Gräberfeldes auf dem Südfriedhof an der Wiescherstr. gebeten. Da der Gemeinde nicht die – im Judentum übliche – ewige Ruhefrist zugesichert wurde, entstanden bis 1933 nur sieben Grabstellen. Auf dem nach 1945 neu angelegten Gräberfeld fanden bisher nur wenige Beerdigungen statt.

4.1 LAV NRW Abt. W (Münster), NSDAP-Gau Westfalen, Gauwirtschaftsberater 55, 61, 74, 135, 273, 351, 357, 563, 613, 662; Reg. Arnsberg II H 1142, 1442, 1613, 2428;

Reg. Arnsberg, Entschädigungsakten 26154. – StadtA Herne, u.a. Interviews und Briefwechsel mit ehem. Herner Juden, Nachlass des Herner Fleischers Adolf Marx.

4.2 Im StadtA Herne: Lagepläne und Zeichnungen der Synagoge, Übersicht und Belegungsplan des jüd. Friedhofs, Fotos der Synagoge, Bilddokumente zum jüd. Leben in Herne. Zeichnung der Synagoge in: Israelitisches Familienblatt <29.6.1911>. Porträt des Gemeindevorstehers Moritz Gans und von Marcus Hirsch in: Israelitisches Familienblatt <30.12.1926 bzw. 19.1.1928>. Fotos und Zeichnungen der Synagoge, des Friedhofs, des Gedenksteins sowie Zeichnungen jüd. Geschäfte in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 194–198.

4.3 StadtA Herne, Bericht über die Entwicklung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Herne vom 1. April 1897 bis 1. April 1922 <Herne 1922> 19. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 13/14–35 <1842–1890>. – CV-Zeitung <26.5.1911, 14.12.1922>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1909> 71, <1911> 81, <1913> 91, <1924/25> 61, <1928> 85. – Israelitisches Familienblatt <1903, 1904, 1910, 1911, 1914, 1925–1927, 1929, 1931–1938>. – Der Schild <1925–1927, 1933–1935, 1937, 1938>. – Schlesinger, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung <1932/33> 162. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 52.

4.4 BRASSEL Frank, Die Wertheims. Schicksal einer jüdischen Familie. In: DERS./CLARKE Michael/OBJARTEL-BALLIET Cornelia (Hg.), „Nichts ist so schön wie ...“. Geschichte und Geschichten aus Herne und Wanne-Eickel <Essen 1991> 219–223. – DORN Barbara/ZIMMERMANN Michael, Bewährungsprobe Herne und Wanne-Eickel 1933–45. Alltag, Widerstand, Verfolgung unter dem Nationalsozialismus <Herne 1987> 241–257. – HANKE Hans, Das Kaufhaus der Karstadt AG in Herne von Emil Fahrenkamp. „Der Edelstein im Herner Mosaik“. In: Denkmalpflege in Westfalen-Lippe <1995> H. 2, 74–78. – KATZKI Kate [Käthe Schiffmann], „Eine Reise ins Unbekannte ... Ein Wiedersehen mit Deutschland im Jahr 1947“. In: PIORR (Hg.), Eine Reise ins Unbekannte 114–125. Zugleich in: DERS. (Hg.), „Nahtstellen, fühlbar, hier ...“ 219–237. – PIORR Ralf, Fremd(e) im eigenen Land. Jüdisches Leben im Krieg und Nachkrieg. In: DERS. u.a. (Hg.), Eine Reise ins Unbekannte. Ein Lesebuch zur Migrationsgeschichte in Herne und Wanne-Eickel <Essen 1998> 98–105. – DERS., „Im Anfang war Auschwitz ...“ – Jüdisches Leben seit 1945. In: DERS. (Hg.): „Nahtstellen, fühlbar, hier ...“. Zur Geschichte der Juden in Herne und Wanne-Eickel <Essen 2002> 87–110. – DERS., Der Lehrer Max Fritzler. Ebd. 151–154. – DERS., Jeder Tag ein neues Ende – Jüdisches Leben während des Nationalsozialismus. Ebd. 36–86. – SCHOLZ Dietmar, Die Geschehnisse in der Pogromnacht in Castrop-Rauxel. „Brand der Synagogen Herne und Castrop-Rauxel/bis 6.00 Uhr morgens auf den Beinen ...“. In: Kultur und Heimat 56 <2005> 26–51. – SCHNEIDER Hubert, Die Einrichtung von „Judenhäusern“ und ihre Funktion bei der Vertreibung von Juden: Das Beispiel Herne und Wanne-Eickel, Vortrag vom 28. Januar 2011, http://www.herne.de/kommunen/herne/ttw.nsf/id/DE_Vollstaendiger_Vortrag_Dr_Hubert_Schneider?Open&l=DE&ccm=000010080010 [letzter Zugriff 09.06.2016]. – TOHERMES Kurt, „Für Kaiser, Stadt und Vaterland!“. Die jüdischen Gemeinden im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. In: PIORR (Hg.), „Nahtstellen, fühlbar, hier ...“ 10–35. – TOHERMES Kurt, Die Vergessenen. Jüdisches Industrieproletariat in Herne und Wanne-Eickel. In: BRASSEL/CLARKE/OBJARTEL-BALLIET (Hg.), „Nichts ist so schön wie ...“ 125–128. – TOHERMES Kurt, Sie werden nicht vergessen sein. Geschichte der Juden in Herne und Wanne-Eickel <Herne 1987>.

Manfred Hildebrandt

HERNE-Wanne-Eickel

1.1 Stadt Herne, Ortsteil Wanne-Eickel

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1926 Zusammenschluss der Ämter Wanne und Eickel zur kreisfreien Stadt Wanne-Eickel; infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Stadt Herne.

Laut Statut von 1858 gehörten die Juden aus Bickern (1897 in Wanne umbenannt), Wanne (ab 1897 Wanne-Süd), Eickel und Röhlinghausen zur 1854 eingerichteten Synagogengemeinde Bochum im gleichnamigen Synagogenbezirk.

2.1.1 In Eickel ist für die Jahre 1706 bis 1730 der Schlachter Nathan Salomon nachgewiesen, der seit den 1690er Jahren über ein Geleit verfügte. Der unvergeleitete Arnd (Aron) David heiratete 1730 dessen Tochter Ester. Aaron David und Berend Leretz werden 1766 als Viehhändler in Eickel aufgeführt. 1748 wird im Kirchenbuch der ev. Gemeinde Eickel eingetragen, dass der Vater eines dort getauften Kindes Jude gewesen sei. Im selben Jahr wurde in Alt-Crange ein Fachwerkhaus errichtet, das neben der deutschen auch eine hebr. Inschrift im Torbalken besitzt. Erbaut wurde das Haus von einem Nichtjuden in der Nähe des Kirmesplatzes, auf dem der vielfach von Juden besuchte Viehmarkt stattfand. Eventuell nutzten es jüd. Händler, die zum Viehmarkt kamen, als Herberge oder spätere jüd. Eigentümer brachten die Inschrift an.

2.1.2 Während der ‚Franzosenzeit‘ ließ sich 1806 die jüd. Metzgerfamilie Leeser aus dem pfälzischen Sobernheim in Eickel nieder. Sie blieb in den folgenden Jahren die einzige ortsansässige jüd. Familie. Der Pferdemarkt in Crange wurde weiterhin stark von auswärtigen Juden besucht, 1811 verschob der Bürgermeister von Eickel den Termin wegen des jüd. Sabbat auf einen Montag. 1846 nahmen in Eickel Leser Moses und sein Sohn Herz Leser den erblichen Familiennamen Leser an; Moses Abraham, der Neffe von Leser Moses, den Namen Thalmann. 1848 sind für Eickel der Handelsmann Herz Leser, der Schneider Moses Thalmann und der Fleischer Leser Leser nachgewiesen.

Die Industrialisierung schuf in der zweiten Hälfte des 19. Jh. eine Vielzahl von Arbeitsplätzen, was die Gründung vieler Geschäfte zur Folge hatte. Zur Etablierung von Einzelhandelsbetrieben siedelten sich in Bickern (ab 1897 Wanne) und Eickel vermehrt Juden an. In den 1926 vereinten Orten Wanne und Eickel bestanden mehr als 50 jüd. Unternehmen. Die meisten jüd. Wohn- und Geschäftshäuser befanden sich in der Hindenburgstr., der späteren Hauptstraße. Bekannt war das Geschäft von Abraham Leeser, das sich im 19. Jh. in der Bahnhofstr. 7 befand, im 20. Jh. in der Hauptstr. 177. Der Vorsitzende der Synagogengemeinde Wanne-Eickel, Bernhard Rose, war Inhaber einer Bankhauses (Ziethenstr. 1, später Nr. 3). Rose, seit 1897 Inhaber des Textilunternehmens ‚Rose & Co.‘, hatte die Bank 1906 gegründet und verlegte sie 1921 in einen Neubau (Hindenburgstr. 130), als Folge der Inflation musste die Privatbank ihr Geschäft einstellen. In den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. sind für Wanne-Eickel erwähnt: die Textilgeschäfte von Amalie und Hulda Baruch, Ferse, Rosa Blank, Adolf Gottschalk, Lina Salomon, Mendel & Co., Salomon und der Gebr. Kaufmann (Inh. Arthur Kronheim, gest. 1928). Konfektionsgeschäfte betrieben Julius Löwenstern, Elias Nussbaum, David Feuerstein, Chaim Hecht sowie Hermann und Alfred Klestadt. Abraham Weinberg vertrieb Leder- und Galanteriewaren. Drei Möbelgeschäfte mit jüd. Inhabern gab es am Ort (Besser, Gerda Hahn und G. Heermann), drei Kaufhäuser (Hochheimer & Co., Sommer & Co. und das Westfalenkaufhaus Weka der Gebr. Alsberg aus Bochum), das Lebensmittelgeschäft Kanarek, das Feinkostgeschäft Meyer-Schapiro und die Metzgereien Hans Kantrowitz und Simon Leeser; Metzger

war auch Otto Blumenfeld. Albert Metzger betrieb eine Bäckerei, Isi Nussbaum ein Schuhhaus, Paul Rip ein Leihhaus. Ferner gab es die Wäschefabrik ‚Schapiro & Co.‘.

Am Ersten Weltkrieg nahmen aus Wanne und Eickel 87 jüd. Soldaten teil, das entsprach etwa einem Drittel der jüd. Bevölkerung – 13 von ihnen fielen, drei blieben vermisst. Andere kehrten 1918 mit Auszeichnungen zurück: Zwischen 1915 und 1918 erhielten aus Wanne Unteroffizier Mendel Meier, Kriegsfreiwilliger Ewald Hirsch, Leopold Philipp und Sanitätsunteroffizier Bruno Sommer das EK II, aus Eickel waren es Walter Kronheim (1917 zum Offizier befördert) sowie der Lehrer und Prediger Josef Rosenbaum. Sergeant Sally Leeser (Eickel) wurde mit dem ‚Bayerischen Militärverdienstorden 3. Klasse mit Schwertern‘ ausgezeichnet, zudem erhielt er das EK I. Ein Teil der Gefallenen wurde auf dem 1916 für alle Konfessionen angelegten ‚Ehrenhain‘ auf dem Wanner Waldfriedhof begraben; die Grabmale der Juden wurden jedoch in der NS-Zeit entfernt. Eine 1920 vom Gemeindevorsitzenden, Bankier Bernhard Rose, gestiftete Gedenktafel mit den Namen aller jüd. Gefallenen aus Wanne und Eickel befand sich von 1922 bis zur Zerstörung 1938 im Synagogeneingangsbereich. Sie wurde 1925 in der Zeitschrift ‚Der Schild‘ abgebildet. Während des Ersten Weltkriegs kamen polnische und russische jüd. Kriegsgefangene nach Wanne-Eickel. Ihre schwierige soziale Lage ließ den jüd. Gemeindevorstand 1919 die Mitglieder dazu aufrufen, „den Glaubensbrüdern aus dem Osten, die in hiesiger Gegend Arbeit suchen, die weitgehendste Unterstützung angedeihen zu lassen“. Während in Herne eine Anstellung nicht gelang, konnten 1920 jüd. Arbeiter z. B. auf der Zeche Pluto in Wanne unterkommen.

Ein Teil des kulturellen Lebens der jüd. Gemeinde in Wanne-Eickel spielte sich im 1919 in Wanne gegründeten neutralen ‚Jüdischen Jugendverein‘ ab; Referate, Diskussionsabende und Theaterspiel gehörten zu dessen Freizeitangeboten. Ende 1925 beschloss die Mitgliederversammlung des RjF-Ortsvereins Wanne-Eickel, „um einer Zersplitterung der Arbeitskräfte vorzubeugen“, Veranstaltungen gemeinsam mit dem Jugendverein zu organisieren. 1931 wurde Josef Klestadt, Vorsteher der Repräsentantenversammlung, anlässlich seines 80. Geburtstages Ehrenmitglied des Jugendvereins. 1932 leitete Herta Salomon diesen Verein. Jüngere Jugendliche trafen sich im Wanderbund ‚Kameraden‘ im Haus Meyerowitz, den Fritz Salomon und Rolf Liffmann leiteten, zuletzt Kurt Meyerowitz; fast alle jüd. Kinder der Gemeinde Wanne-Eickel gehörten dem Wanderbund an. Viele jüd. Vereine in Wanne trafen sich in Räumlichkeiten des Pfandhauses der Familie Rip (Hindenburgstraße). Die Ortsgruppe des CV wurde etwa 1913 gegründet; 1930 gehörten ihr zwölf Mitglieder an, 1934 waren es 33. Vorsitzender war 1932 Dr. Kronheim, 1934 Sally Baum. Eine zionistische Ortsgruppe, Anhänger der ‚Jüdischen Volkspartei‘, bestand seit Ende des Ersten Weltkriegs, geleitet wurde sie von Meyer Schapiro und Salomon Salomon. Den Synagogenchor leitete 1913 Steinwasser, Dirigent war der Lehrer Josef Rosenbaum; der Chor wird auch 1928 noch erwähnt. 1932, als die Synagogengemeinde seit 25 Jahren eigenständig war, fand keine Jubiläumsfeier statt, weil die Gemeinde „schwer um ihren Bestand zu kämpfen“ hatte, wie es hieß.

In Röhlinghausen (ab 1875 Amt Wanne, 1926 Stadt Wanne-Eickel) lebte Anfang der 1890er Jahre die Familie Weinberg. Wolf und Elise Weinberg betrieben ein Lebensmittelgeschäft, später übernahm es der Schwiegersohn Arthur Kaufmann. In den 1920er Jahren führten Walter und Lucie Eisenberg in Röhlinghausen das von ihren Eltern übernommene Textilwarengeschäft ‚Sommer & Co.‘, mit mehr als 20 Angestellten war es das größte im Ort.

2.1.3 Anfang 1933 lebten 270 Juden in Wanne-Eickel, bis zum Ende des Jahres ging die Zahl um 60 Prozent zurück. Schon zu Beginn des Jahres 1933 organisierte die lokale SA antisemitische Ausschreitungen und Boykottmaßnahmen gegen jüd. Geschäftsinhaber. Seit Febr. 1933 war das Textilgeschäft von Lina Levy auf der Hin-

denburgstr. Ziel mehrerer SA-Überfälle. Im März nötigten SA und Kreisleitung der NSDAP durch wiederholte Angriffe den Rechtsberater Elias Nussbaum und seine Frau, die ein Textilgeschäft betrieb, die Stadt zu verlassen; Polizeischutz wurde ihnen verwehrt. Ihre aus Paris gestellten Schadensersatzansprüche – der Gesamtschaden betrug mehr als 100 000 RM – wurden abgewiesen. Zu den Boykottvorgängen schrieb die ‚Wanne-Eickeler Zeitung‘ am 30. März 1933: „Die Hindenburg-Straße erhielt gestern und vorgestern durch die vor den Türen der jüdischen Geschäfte postierten SA- und SS-Männer ein besonderes Gepräge.“ Plakate mit antijüd. Aufschriften fanden sich 1933 auch vor dem Textilwarengeschäft ‚Sommer & Co.‘ (Inh. Lucie und Walter Eisenberg) in Röhlinghausen. Nach Erlass des ‚Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‘ im April 1933 entfernte man den Vertrauensarzt der Stadt Wanne-Eickel, Medizinalrat Dr. Deutsch, aus seinem Amt. Der im April 1933 für jüd. Schüler und Studenten eingeführte Numerus clausus verhinderte, dass jüd. Mädchen weiterhin das Wanner Oberlyzeum besuchen konnten. Sally Baum berichtete am 4. Okt. 1934 der Essener Geschäftsstelle des CV: „Durch Mittelsleute oder gemietete Leute versucht man, die noch einigermaßen gehenden Geschäfte an den Lohn- und Abschlagtagen zu boykottieren. Diese unsauberen Elemente stehen dann vor den einzelnen Geschäften und halten die Käufer ab, in jüdischen Geschäften zu kaufen.“ Viele Inhaber mittelständischer Betriebe kapitulierten vor dieser gezielten ökonomischen Verdrängungspolitik. Im Aug. 1935 wurden der Gestapo Bochum Verstöße gegen die Boykottanordnungen in Herne und Wanne-Eickel gemeldet. Im Jan. 1936 wurde der Kaufmann Sally Baum, der bereits 1935 wegen Beleidigung des Ortsgruppenleiters zu einer Geldstrafe von 1500 RM verurteilt worden war, wegen der Verbreitung von Flugblättern, deren Inhalt „geeignet war, die öffentliche Ordnung zu stören“, in ‚Schutzhaft‘ genommen. 1937 erreichte die NSDAP ein Schreiben eines nach Palästina emigrierten Juden, aus dem im ‚Stimmungs- und Lagebericht‘ der NSDAP zitiert wurde: „Nachdem ich aus Wanne-Eickel heraus bin, möchte ich Euch doch ein bißchen die Meinung sagen: Wenn Ihr glaubt, daß Ihr unser Vermögen rauben könnt, da seid Ihr liebe Nazis in einem großen Irrtum! Denn wir Juden in Wanne, Gelsenkirchen und Herne haben Gottseidank unsere Schäfchen im Trockenen!“ Weiter heißt es: „Die Juden, welche noch in Westfalen sind, diese halten treue Wache bis der Tag der Abrechnung kommt! Dann werdet Ihr Nazioten zum Teufel gejagt und dann werdet Ihr erst sehen, was die Juden können! ... ‚Rotfront‘ lebt und die werden wir unterstützen, denn mit ihr werden wir Schulter an Schulter kämpfen in der künftigen großen deutschen Revolution! Es leben die Juden!“ Das mit „I. S.“ unterzeichnete, eigenwillige Schreiben schien alle vorgefassten Meinungen der Partei zu bestätigen.

Mitte der 1930er Jahre gab es mehrere jüd. Vereine, die jedoch in den folgenden Jahren eingingen. Der ‚Jüdische Jugendverein‘ musste um 1936 seine Arbeit einstellen. Juden aus Wanne-Eickel zählten 1936 zur Ortsgruppe Gelsenkirchen der ‚Zionistischen Vereinigung für Deutschland‘ (ZVfD). Auch der ‚Verband polnischer Juden‘ (vorher: ‚Verband ostjüdischer Organisationen‘) unterhielt 1936 in Wanne-Eickel eine Ortsgruppe. 1940 appellierte die Nationalsozialisten an die Bevölkerung, den Gebrauch „fremdrassiger Sprachen“ zu vermeiden, mehrmals wurden entsprechende Listen mit Wörtern jiddischen oder hebr. Ursprungs in der ‚Wanne-Eickler Zeitung‘ publiziert.

Im Laufe des Jahres 1938 ‚arisiert‘ wurden in Wanne-Eickel die Betriebe Baruch & Co., Textilhaus Kirchheimer, Isidor Hermanns, Sally Baum, die beiden Metzgereien Leopold Itzig und David Philipp sowie der Textilhandel von David Feuerstein. Im Ortsteil Röhlinghausen erhielt ebenfalls 1938 das Konfektionshaus ‚Sommer & Co.‘ des Ehepaares Eisenberg neue Besitzer. Unter den im Okt. 1938 im Rahmen der ‚Polenaktion‘ Zwangsdeportierten befanden sich mehr als 20 Ostjuden aus Wanne-Eickel, Angehörige der Familien Fischer, Geitheim, Geldmann, Reicher, Rothenstreich

und Schwarz sowie die Einzelpersonen Paula Diamant, Lajb Goldmann und Simon Hecht. Im Nov. 1938 brannte die SA die Wanne-Eickeler Synagoge und die im Gebäude untergebrachte jüd. Schule nieder. Im Rahmen des Pogroms wurden neben dem Gemeindevorsitzenden Sally Baum und dem Lehrer Max Fritzler u. a. Hugo Baumgarten, Leopold Itzig, Arthur Kaufmann, Dagobert Klestadt, Simon Leeser, Julius Löwenstern, David Philipp und Sally Schönemann im KZ Sachsenhausen interniert. Ab 1939 wurden die verbliebenen Juden in ‚Judenhäusern‘ in der Emscherstr. 142 und im ehemaligen Armenhaus ‚Auf der Wilbe 31‘ in Röhlinghausen zusammengefasst. Im Jan. 1942 wurden etwa fünf Personen aus Wanne-Eickel über Gelsenkirchen nach Riga deportiert. Auch zum Transport ins Ghetto Warschau Ende März 1942 gehörten Juden aus Wanne-Eickel. Von der Deportation ins Ghetto Zamość im April 1942 waren sechs Personen aus den Familien Baumgarten, Klestadt und Löwenstern betroffen. Ende Juli 1942 wurden zwölf Wanne-Eickeler Juden ins Ghetto Theresienstadt deportiert.

2.1.4 Die aus dem KZ Stutthof befreiten Malka Hecht und ihre Tochter Jeanette kamen 1945 nach Wanne zurück, emigrierten aber 1948 nach Australien. Auch Max Chaim kehrte nach Wanne-Eickel zurück, starb jedoch 1946 an den Folgen der KZ-Haft. Der aus Wanne-Eickel stammende Rechtsanwalt und Notar Dr. Walter Kronheim (1896–1950) – der letzte im Oberlandesgerichtsbezirk Hamm tätige jüd. Jurist – überlebte, weil er sich auf einem Bauernhof in Bad Oeynhausen verstecken konnte. Saul Reicher, der als erster Jude nach Ende der NS-Zeit nach Wanne zurückgekommen war, wurde als Repräsentant der Herner Juden betrachtet, zu einer erneuten Gemeindegründung kam es jedoch nicht. Im Nov. 1946 verzeichnete das ‚Jüdische Hilfskomitee‘ in Wanne-Eickel sechs Mitglieder, sie schlossen sich zunächst der jüd. Kultusgemeinde Gelsenkirchen an.

Nach jahrelangem Ringen – 1971 angeregt durch den nach Palästina emigrierten vormaligen Gemeindevorsitzenden Dr. Julius Leeser – wurde 1976 im Sportpark Wanne-Süd ein Gedenkstein für die frühere Synagoge eingeweiht. 1992 und 1994 lud die Stadt Herne ehem. jüd. Bürger aus Wanne-Eickel und Herne zu einer Besuchswoche ein.

2.2.1 In der Gemeinde Eickel lebten 1843 sechs und 1858 zwölf Juden. 1871 waren von 2918 Einwohnern 1573 ev., 1317 kath. und 28 jüd. Glaubens, 1895 von 11 821 Einwohnern 5965 kath., 5765 ev., 49 jüd. Glaubens, 42 gehörten anderen christl. Gemeinden an. In der Gemeinde Bickern waren 1895 von 14 384 Einwohnern 7634 kath., 6679 ev., 65 jüd. Glaubens, sechs gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1897 wurde die Gemeinde Bickern in Wanne umbenannt, die bereits bestehende Siedlung Wanne wird seither als Wanne-Süd bezeichnet. 1926 wurden die Ämter Wanne und Eickel zur neuen Stadt Wanne-Eickel vereint. Im Gebiet des Stadtkreises Wanne-Eickel (Gebietsstand 1931) waren nach der Volkszählung von 1925 von 91 024 Einwohnern 46 450 ev., 40 576 kath., 316 Juden, 1151 gehörten anderen christl. Gemeinden an, 2531 waren bekenntnislos oder Bekenner anderer Religionen). 1932/33 lebten 270 Juden in Wanne-Eickel. In Röhlinghausen waren 18 Juden für 1913 verzeichnet, zehn Juden für 1924/25. 1926 ging Röhlinghausen in der Stadt Wanne-Eickel auf.

Die Juden aus Bickern bzw. Wanne, Eickel und Röhlinghausen gehörten seit 1854/58 zur Synagogengemeinde Bochum. 1897 bildete sich in Wanne ein provisorischer Ausschuss, der die Loslösung von der Bochumer Gemeinde zum Ziel hatte. 1898 stellte der Ausschuss den Antrag auf Gründung einer eigenen Synagogengemeinde, der jedoch wegen mangelnder Finanzen abgelehnt wurde. 1906 beschlossen die Juden in Wanne und Eickel, wegen ihrer zunehmenden Mitgliederzahl eine eigene Gemeinde zu gründen. Die geplante Synagoge sollte von beiden Orten gleich weit entfernt stehen. 1907 erhielten sie schließlich die Genehmigung, eine selbständige Synagogengemeinde Wanne-Eickel zu gründen, zu der auch Juden aus Röhlinghausen gehören

sollten. Die neue Synagogengemeinde gab sich 1910 eine eigene Satzung, 1936 trat sie dem Rabbinatsbezirk Bochum bei. Nach dem Zweiten Weltkrieg schlossen sich die wenigen Juden aus Wanne-Eickel zunächst der Kultusgemeinde Gelsenkirchen an. Mit der Zusammenlegung von Wanne-Eickel und Herne im Zuge der kommunalen Neugliederung 1975 schlossen sich die Mitglieder der jüd. Gemeinde zur Kultusgemeinde Herne-Bochum-Recklinghausen zusammen.

Der Lehrer und Kantor Max Fritzler (seit 1924 in Wanne-Eickel) organisierte jeden Sabbatnachmittag einen Kindergottesdienst. Fritzler schrieb in seinen Erinnerungen, die Gemeinde Wanne-Eickel sei einschließlich der orthodoxen Juden „durchweg liberal“ eingestellt gewesen. Allerdings habe sich ein Teil der Ostjuden dem Gebrauch des Harmoniums an den Feiertagen widersetzt und eigene Gottesdienste abgehalten. Auch die Orgel in der Synagoge und der gemischte Chor waren Zeugnisse für die liberale Haltung der Wanne-Eickeler Synagogengemeinde.

Der Gemeindeetat betrug 1930 insgesamt 10 700 RM, davon entfielen auf den Kultusetat 1920 RM, auf den Wohlfahrtsetat 529 RM und auf den Unterrichtsetat 4200 RM. 1932/33 gab es in der Synagogengemeinde 110 Steuerzahler.

2.2.2 In den 1880er Jahren gingen die Juden aus Bickern und Eickel zum Gottesdienst nach Bochum. Als in den 1890er Jahre mehr Juden nach Bickern bzw. Wanne, Eickel und nun auch Röhlinghausen zogen, feierten diese ihre Gottesdienste zusammen in Eickel; an Feiertagen engagierten sie Vorbeter von außerhalb. Vor 1898 befand sich der Betraum in der Bahnhofstr. 5, ab 1898 in der Gelsenkirchener Str. 6. Auch in Wanne fanden zeitweise Gottesdienste statt. 1910 konnte die nach Plänen des Architekten Georg E. Gobrecht aus Wanne-Eickel neu erbaute Synagoge eingeweiht werden, das Gebäude mit Schulraum und Lehrerwohnung befand sich an der Langekampstr. 48 (Wanne-Süd). Zu Kriegsbeginn 1914 stellte die Synagogengemeinde Wanne-Eickel das Synagogegebäude (mit Ausnahme der Lehrerwohnung) „für sanitäre Zwecke des Krieges“ zur Verfügung. Während des Pogroms 1938 wurde der Innenraum als Folge einer Brandstiftung zerstört. Die Außenmauern blieben erhalten, die Ruine wurde bis Mai 1939 entfernt. Nach 1945 verkaufte die JTC das Synagogegrundstück an einen Bauunternehmer, der sich weigerte, dort eine Gedenktafel aufzustellen zu lassen. Das Grundstück ist unbebaut. Die ostjüd. Gemeinschaft in Wanne-Eickel hielt Gottesdienste in separaten Räumlichkeiten ab.

2.2.3 Die jüd. Schule in Wanne-Eickel bestand von 1899 bis 1924 und von 1929 bis 1938. Gegründet wurde sie 1899 als private jüd. Volksschule in Wanne, die auch von Kindern aus Eickel und Röhlinghausen besucht wurde. Die ersten Jahre waren durch einen häufigen Lehrerwechsel gekennzeichnet, da die jüd. Gemeinde nicht über ausreichende Mittel verfügte, um einen Lehrer fest anzustellen. 1907 erteilte Lehrer Simon Tannenbaum aus Recklinghausen in Wanne und Eickel Religionsunterricht. Erst nach dem Zusammenschluss mit den Juden in Eickel 1907 konnte man an eine Daueranstellung denken. 1909, als es 24 Schulkinder gab, suchte die Gemeinde einen Lehrer und Vorbeter zum Anfangsgehalt von 1800 Mark; unter den 30 Bewerbern entschied sie sich für den Pädagogen Josef Rosenbaum. Die Regierung genehmigte 1910 den Antrag der Gemeinde auf Einrichtung einer öffentlichen jüd. Volksschule; die zivile Gemeinde Wanne zahlte einen jährlichen Zuschuss von 100 M, Eickel 50 Mark. 1911 unterrichtete Rosenbaum in der jüd. Volksschule 20 Kinder, 1913 waren es 28. Nachdem Rosenbaum Ende 1914 eingezogen worden war, unterrichtete Erna Goldbach vertretungsweise die jüd. Kinder. Rosenbaum kehrte zurück und nahm seine Tätigkeit als Lehrer, Kantor und Prediger wieder auf, Anfang der 1920er Jahre erteilte er fünf Kindern Religionsunterricht, auch an höheren Schulen. Weil immer mehr Eltern ihre Kinder in höhere Schulen schickten, nahm die Zahl der Kinder in der jüd. Volksschule seit 1911 ab. Zahlreiche jüd. Schüler legten am Realgymnasium, jüd. Schülerinnen am Oberlyzeum in Wanne, ihre Reifeprüfungen ab. Nach Eröffnung

der konfessionslosen Diesterwegschule in den 1920er Jahren schickten zahlreiche jüd. Eltern ihre Kinder dorthin, weshalb die jüd. Schule 1924 aus Mangel an Schülern den Unterricht einstellte; Lehrer Rosenbaum wechselte an die Diesterwegschule und wurde dort später Konrektor. Im selben Jahr engagierte die jüd. Gemeinde Wanne-Eickel den 1888 in Anröchte geborenen und am jüd. Lehrerseminar in Münster ausgebildeten Max Fritzler als Kultusbeamten, der auch Religionsunterricht an den höheren Schulen erteilte. Bevor er nach Wanne-Eickel kam, hatte er in Bigge-Olsberg, Meckenheim und Werl gewirkt. Nach einigen Jahren wünschten jüd. Gemeindemitglieder für ihre Kinder erneut eine eigene jüd. Volksschule. 1929 stellte der Schulverband einen Antrag auf Neueröffnung, die beantragte städtische Beihilfe von 1200 M wurde abgelehnt. Da Rosenbaum nicht an die jüd. Schule zurückkehren wollte, wurde Kantor und Prediger Max Fritzler als Lehrer an die 1929 wieder eröffnete jüd. Volksschule berufen. 16 Kinder waren zu unterrichten, 1932 waren es 18, zudem erhielten acht Kinder Religionsunterricht an den höheren Schulen. Mitte 1933 wurde Rosenbaum von der Stadt beurlaubt. Die jüd. Schule bestand noch bis zum Pogrom 1938. Anfang 1939 emigrierte Max Fritzler mit Frau, Kindern und 13 weiteren Verwandten nach Argentinien.

2.2.4 Seit 1813 gehörte der Metzger Leiser der ‚Eickeler Martini-Nachbarschaft‘ an, die in Notfällen Hilfe leistete. Juden aus Bickern bzw. Wanne und Eickel spendeten in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg regelmäßig für die Marks-Haindorf-Stiftung. Der ‚Israelitische Männerverein‘ Wanne wurde 1897 gegründet, etwas später auch einer in Eickel. Beide bestanden nach Gründung der Synagogengemeinde 1907 weiter, 1914 erwähnte die ‚Wanner Zeitung‘ sowohl den Männer-Wohltätigkeitsverein Wanne als auch den Männer-Wohltätigkeitsverein Eickel. Die Synagogengemeinde Wanne-Eickel verfügte seit ihrer Gründung über eine Beerdigungsbruderschaft (Chewra Kaddischa). Ehrenmitglied der Chewra wurde 1931 anlässlich seines 80. Geburtstags der Mitbegründer der Synagogengemeinde und Vorsteher der Repräsentantenversammlung Josef Klestadt. 1932 leitete Abraham Weinberg den ‚Israelitischen Männerverein‘.

Seit 1909 bestand in Wanne-Eickel ein jüd. Frauenverein, dem in kurzer Zeit 50 Mitglieder beitraten; seine im selben Jahr gedruckten Statuten sind erhalten. Bis Ende der 1920er Jahre leitete die Ehefrau von A. Kronheim den Verein, 1932 die Ehefrau von Dr. Leiser. Die Mitgliederzahl schwankte von 1911 bis 1930 zwischen 40 und 65 Personen.

Die Synagogengemeinde stellte im Aug. 1914 ihr gesamtes Gemeindevermögen – einschließlich dem ihrer Wohltätigkeitsvereine (2600 M) – den politischen Gemeinden Wanne und Eickel für das Rote Kreuz und den Vaterländischen Frauenverein zwecks „Linderung von Kriegsfolgen“ zur Verfügung. Der Wanner Bankier Bernhard Rose, der bereits 10000 M zur ‚Nationalspende‘ gegeben hatte, rief 1918 die ‚Rose-Stiftung‘ ins Leben und stiftete weitere 15000 Mark. Die Erträge sollten „zu Ehren gefallener Krieger“ verwandt werden und zur Ausbildung „gut veranlagter Schüler und Schülerinnen ohne Unterschied des Glaubens, deren Väter im Felde gefallen“ waren. Die Nationalsozialisten benannten die Stiftung 1933 in ‚Kriegerwaisenstiftung‘ um und unterstützten damit u. a. Kinder von SA-Leuten. Nach der Auflösung der Stiftung 1937 wurden die Mittel für den Ausbau des HJ-Heims verwandt.

2.3.1 Bernhard Rose aus Wanne war Anfang des 20. Jh. Vertreter seines Ortes im Vorstand der Synagogengemeinde Bochum, nach Gründung einer eigenständigen Synagogengemeinde Wanne-Eickel 1907 war er ihr Vorsitzender. 1932 wird Dr. med. Leiser in dieser Funktion erwähnt, dem fünfköpfigen Vorstand gehörten zudem Abraham Weinberg als zweiter Vorsitzender und Sally Baum als dritter Vorsitzender an. In der NS-Zeit war Sally Baum Vorsitzender, nach dessen Fortzug 1939 interimistisch Albert Klestadt. Der ersten Repräsentantenversammlung der Synagogengemeinde

Bochum gehörte in den 1850er Jahren Herz Leser aus Eickel an. Als Repräsentanten der 1907 gegründeten Synagogengemeinde Wanne-Eickel wurden gewählt: N. Phillip, A. Leeser, Josef Klestadt (Vorsteher), S. Salomon, Dr. Beer, W. Weinberg, F. Mendel, Falk Hope und E. Hope. 1924 gehörten der Repräsentantenversammlung an: Josef Klestadt, Dr. med. Leeser, B. Sommer, Löwenstern, W. Weinberg, Vosen, Hermann sowie Baum. 1932 hatte die Repräsentantenversammlung zwölf Mitglieder; Josef Klestadt war weiterhin Vorsteher, S. Sommer zweiter Vorsitzender. Die Lehrer Rosenbaum und Fritzler waren auch als Kantoren und Prediger tätig. 1932 war Dr. Leeser Vorsitzender des Schulausschusses, S. Vosen Vorsitzender des Friedhofsausschusses.

2.3.3 1813 nahm die Eickeler Martininachbarschaft den Metzger Leser in ihre Reihen auf. Bankier Bernhard Rose (Mitglied der DDP) war von 1907 bis 1915 Gemeindeverordneter von Wanne, zudem Aufsichtsratsmitglied der Rhein-Ruhr-Kohle-AG. 1912 gehörte er zu den Mitbegründern des Westfälischen Luftfahrtvereins, in dem er später das Amt des Schatzmeisters übernahm. Ebenfalls für die DDP zog Arthur Kronheim in Eickel in die Gemeindevertretung ein. Isi Nußbaum sympathisierte mit der KPD. Der 1928 verstorbene Dr. Arthur Kronheim war Vizepräsident der ‚Ruhrlandloge zur Gerechtigkeit‘ in Bochum, Mitglied der Handelskammer und Vorsitzender des Kaufmännischen Vereins.

3.1 Die 1910 eingeweihte Wanne-Eickeler Synagoge (Langekampstr. 48) war gekennzeichnet durch einen Treppengiebel, die Grundfläche betrug 15 mal 18 Meter. Im Parterre befand sich ein Raum für den Religionsunterricht und eine Vier-Zimmer-Wohnung für den Lehrer. Der Betraum im Obergeschoss hatte 180 Plätze; eine Frauenempore war nicht vorhanden. Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 189–191. Die im Synagogegebäude untergebrachte jüd. Volksschule und die Wohnung des Lehrers wurden 1938 ebenfalls zerstört.

3.3 Der jüd. Friedhof mit einer Fläche von 627 m² liegt an der Dürerstr. im Eickeler Bruch im Südwesten der Stadt Herne zwischen Wanne und Eickel. Für die jüd. Gemeinschaft erwarb Simon Leser in Eickel 1856 das Areal im Rahmen der Aufteilung der Bickerner Gemeindemark, zu diesem Zeitpunkt wurde es schon „seit sehr langer Zeit“ als Friedhof genutzt. 1887 wurde die jüd. Gemeinde Bochum als Eigentümerin ins Grundbuch eingetragen. Über den Unterhalt des Friedhofs gab es zwischen der Bochumer Gemeinde und den Gemeindemitgliedern in Wanne und Eickel 1892 bis 1895 häufiger Auseinandersetzungen. 1898 kam es zu mutwilligen Beschädigungen. Ab 1911 war eine ‚Friedhofsordnungskommission‘ für den Begräbnisplatz zuständig. Seit 1921 wurde er gärtnerisch gestaltet, 1931 mit einer Mauer umgeben. 1922 wurden 13 Grabmale umgeworfen. Nach 1933 ließ sich die geplante Erweiterung des Begräbnisplatzes nicht mehr umsetzen. Während des Zweiten Weltkriegs wurden die älteren Gräber durch Bomben zerstört. Der älteste der etwa 80 erhaltenen Grabsteine stammt aus dem Jahr 1880.

Als 1925 die vollständige Belegung des jüd. Friedhofs im Eickeler Bruch absehbar war, stellte die Stadt der jüd. Gemeinde eine Parzelle (XVI) auf dem neu angelegten Waldfriedhof zur Verfügung. Der religiös liberal eingestellte Teil der Gemeindemitglieder sah einen gemeinsamen Friedhof für Angehörige aller Konfessionen – und für die steigende Zahl der Konfessionslosen – als Zeichen der Zeit an, fortan wurden beide Begräbnisplätze belegt. 1932 wurde die Grabstätte einer jüd. Familie auf dem Waldfriedhof beschädigt, ein Hakenkreuz in eine Bank geritzt, antisemitische Parolen hinterlassen. Bis 1935 wurden 17 Juden auf dem Waldfriedhof bestattet. Im Zweiten Weltkrieg wurden Grabsteine des jüd. Friedhofs als Wegbefestigung genutzt. 1947 wurden die Gebeine von 18 jüd. Toten in die jüd. Abteilung XVI des kommunalen Waldfriedhofes umgebettet, die Stadt Wanne-Eickel ließ neue Grabsteine aufstellen.

Seit Kriegsende werden jüd. Verstorbene aus Eickel auf dem jüd. Friedhof in Gelsenkirchen-Bulmke beigesetzt.

4.1 Geh. StaatA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. Ha, Rep. 47 Nr. 25b, Paket 11 u. Rep. 34 Nr. 64g 2 Fasc. 21. – LAV NRW Abt. W (Münster), NSDAP-Gau Westfalen, Gauwirtschaftsberater Nr. 27, 67, 202, 325, 460, 480, 671; Regierung Kleve-Mark, Landesachen 1638; Reg. Arnsberg II 1442. – StadtA Herne, u. a. Interviews und Briefwechsel mit ehem. Wanne-Eickeler Juden; Archivalien der Synagogengemeinde Wanne-Eickel.

4.2 Im StadtA Herne: ein Altes Testament in hebr. Schrift; Lageplan, Bauzeichnungen der Synagoge; Übersichten u. Belegungspläne der jüd. Friedhöfe; Fotos der Synagoge und Bilddokumente zum jüd. Leben. In Crange erhalten: Segensspruch (5. Mose 28,6) in hebr. Quadratschrift auf einem Torbalken des Hauses Altcrange 4. Foto des Wanne-Eickeler ‚Ehrendenkmal jüd. Frontsoldaten‘ in: *Der Schild* <15.3.1925>. Porträt des Gemeindevorsitzenden Arthur Kronheim in: *Israelitisches Familienblatt* <7.7.1927 u. 8.3.1928>. Fotos und Zeichnungen der Synagoge, des Friedhofs und jüd. Geschäftshäuser in *PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe*, Bd. V, 199–202.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 32–46 <1884–1911/1913>. – CV-Zeitung <14.12.1922, 29.4.1932>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 66, <1909> 70, <1911> 79, <1913> 90, <1924/25> 63, <1928> 88f. – *Israelitisches Familienblatt* <1907, 1909, 1910, 1914–1919, 1922, 1927–1929, 1931, 1932, 1934, 1935>. – *Der Schild* <15.3.1925, 20.11.1925, 23.2.1934>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung <1932/33> 168. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 51.

4.4 DORN Barbara/ZIMMERMANN Michael, Bewährungsprobe Herne und Wanne-Eickel 1933–45. Alltag, Widerstand, Verfolgung unter dem Nationalsozialismus <Herne 1987> 241–258. – ELLINGTON Kenneth [Kurt Eisenberg], „Ich war Kurt Eisenberg.“ Erinnerungen an eine Wanner Kindheit, Flucht und Exil. In: PIORR Ralf u. a. (Hg.), Eine Reise ins Unbekannte. Ein Lesebuch zur Migrationsgeschichte in Herne und Wanne-Eickel <Essen 1998> 106–113. – FRITZLER Max, Erinnerungen an Anröchte und Wanne-Eickel. In: MEYER (Hg.), Aus Geschichte und Leben der Juden in Westfalen 111–113. – PIORR Ralf, „Im Anfang war Auschwitz ...“ – Jüdisches Leben seit 1945. In: DERS. (Hg.), „Nahtstellen, fühlbar, hier ...“. Zur Geschichte der Juden in Herne und Wanne-Eickel <Essen 2002> 87–110. – DERS., „Leider sehe ich mich gezwungen, mich jeder Rückäußerung zu enthalten.“ Der Gedenkstein für die jüdische Gemeinde in Wanne-Eickel. Ebd. 238–243. – DERS., Der Lehrer Max Fritzler. Ebd. 151–154. – DERS., Jeder Tag ein neues Ende. Jüdisches Leben während des Nationalsozialismus. Ebd. 36–86. – SCHNEIDER Hubert, Die Einrichtung von „Judenhäusern“ und ihre Funktion bei der Vertreibung von Juden: Das Beispiel Herne und Wanne Eickel, Vortrag vom 28. Januar 2011, http://www.herne.de/kommunen/herne/ttw.nsf/id/DE_Vollstaendiger_Vortrag_Dr_Hubert_Schneider?Open&l=DE&ccm=000010080010 [letzter Zugriff 09.06.2016]. – TOHERMES Kurt, „Für Kaiser, Stadt und Vaterland!“. Die jüdischen Gemeinden im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. In: PIORR Ralf, „Nahtstellen, fühlbar, hier ...“. Zur Geschichte der Juden in Herne-Wanne-Eickel <Essen 2002> 10–35. – DERS., Die Vergessenen. Jüdisches Industrieproletariat in Herne und Wanne-Eickel. In: BRASSEL Frank/CLARKE Michael/OBJARTEL-BALLIET Cornelia (Hg.): „Nichts ist so schön wie ...“. Geschichte und Geschichten aus Herne und Wanne-Eickel <Essen 1991> 125–128. – TOHERMES Kurt, Sie werden nicht vergessen sein. Geschichte der Juden in Herne und Wanne-Eickel <Herne 1987>.

Manfred Hildebrandt

HILCHENBACH

1.1 Stadt Hilchenbach, Kr. Siegen-Wittgenstein

1.2 Bis 1742/43 Fstm. Siegen; bis 1806/07 Fstm. Nassau-Oranien; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHztm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1824 Stadtrechtsverleihung.

Die in Hilchenbach wohnenden Juden wurden 1884 der Synagogengemeinde Siegen zugeordnet. Die Juden aus Hilchenbach, Krombach und Littfeld trennten sich noch im selben Jahr wieder von Siegen, ohne aber eine eigene Untergemeinde zu bilden.

2.1.2 Nach 1850 ließen sich Juden aus Wittgenstein, Hessen, vom Mittelrhein und aus der Pfalz in Hilchenbach nieder. 1869 zog der aus Erndtebrück stammende Metzger Koppel Hony mit seiner Familie zu, zwei Jahre zuvor hatte er seinen Wohnsitz zumindest kurzzeitig im heutigen Hilchenbacher Ortsteil Allenbach gehabt. Verwandte von Koppel Hony folgten von Erndtebrück nach Hilchenbach, darunter Selig Hony und Hony Hony. Der Metzgermeister Herz Stern aus Breidenbach/Kr. Biedenkopf – „der alte Stern“ genannt – heiratete 1887 Karoline Hony aus Hilchenbach und ließ sich im Ort nieder, er kaufte Schlachtvieh im Sauerland bzw. in Wittgenstein und betrieb eine Metzgerei. Seit Ende der 1880er Jahre lebte die Viehhändlerfamilie Levi Holländer aus Elsoff in der Stadt. Levi Holländer errichtete 1891 ein Schlachthaus, das er 1910 um einen Stallanbau erweiterte; Raphael Hony erweiterte im selben Jahr sein Haus in der Hilchenbacher Str. um ein Schlachthaus. 1891 sind in Hilchenbach fünf jüd. Haushalte nachgewiesen, Angehörige der Familien Holländer, Hony und Stern, insgesamt 23 Personen. 1913 zog Karl Schäfer aus Niedermendig in der Eifel zu, der in die Familie Holländer einheiratete. Nach 1918 zog Gustav Stern aus Wieseck bei Gießen nach Hilchenbach und heiratete eine Tochter des Hony Hony; er eröffnete ein Geschäft für Haus- und Küchengeräte. In den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. betrieb Joseph Holländer am Mühlenweg eine Vieh-, Häute- und Fellhandlung, sein Sohn Willy Holländer handelte im selben Haus mit Landprodukten und Düngemitteln. Anfang der 1930er Jahre sind die Metzger Herz Stern, Levi Holländer und Seligmann Hony im Ort nachgewiesen; bei Letzterem lebten die unverheirateten Schwestern Röschen und Berta Hony. In der Schützenstr. betrieb der Textilkaufmann Karl Schäfer ein Schuh- und Herrenkonfektionsgeschäft, seine Frau Bianca einen Handel mit Kurz- und Weißwaren. Juden aus Hilchenbach gehörten Anfang der 1920er Jahre dem Ortsverein Berleburg des CV an.

2.1.3 1933 lebten in Hilchenbach 33 Angehörige der jüd. Familien Hony, Holländer, Schäfer und Stern. Nach dem Boykott und weiteren Verfolgungsmaßnahmen mussten die jüd. Metzgereien und Geschäfte wegen ausbleibender Kunden schließen. NSDAP-Kreisleiter Preußner griff die Sparkasse Hilchenbach an, woraufhin sich deren Leiter gegen den Vorwurf verteidigen musste, sich bei Geldmangel „vom Juden Seligmann Hony“ Geld zu leihen und es ihm abends in der Dunkelheit zurückzubringen. Der Name des Möbelhändlers Otto Roth, der 1937 einen Juden im Auto mitgenommen hatte, wurde im ‚Stürmer‘ abgedruckt. Am Morgen des 10. Nov. 1938 wurden Hilchenbacher Juden auf den Marktplatz gezerrt und misshandelt. Mittags nahm ein Ortspolizist mehrere in Polizeigewahrsam. Einige wurden am Abend entlassen, andere – darunter Seligmann Hony – ins KZ Sachsenhausen verschleppt. In der Nacht wurde das Wohn- und Geschäftshaus der Familie Schäfer mit dem darin befindlichen Betsaal verwüstet. Nach dem Pogrom verkaufte die Familie das Haus gezwungenermaßen an einen örtlichen Geschäftsmann.

Etwa der Hälfte der Hilchenbacher Juden gelang die Flucht ins Ausland. Sie konnten nach Großbritannien und in die USA entkommen, Herz und Karoline Stern 1939 in die Niederlande. Nach ihrer Emigration berichtete die ‚Nationalzeitung‘, dass aus

dem Haus der Sterns am Marktplatz „ein sauberes deutsches Haus“ gemacht werde, in dem „dann wieder deutsche Volksgenossen ihr Heim erhalten“ könnten. Die Familien der Brüder Joseph und Willy Holländer mussten 1939/40 in das Haus des Vaters am Mühlenweg ziehen. Im April 1942 wurden Josef und Julie Holländer mit Sohn Artur, ferner Gerti und Willy Holländer zusammen mit Sara Hony, Bianca und Karl Schäfer ins Ghetto Zamość deportiert, Rosa Hony im Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt, Lothar Holländer 1943 ins KZ Auschwitz.

2.1.4 In der Nachkriegszeit sandten frühere Hilchenbacher Juden CARE-Pakete aus den USA an ihre ehemaligen Nachbarn. Am Gebäude Gerbergasse 2 erinnert seit 1980 ein Hinweisschild an den ehem. Betraum. 1998 besuchten etwa ein Dutzend Nachfahren von Hilchenbacher Juden aus Kanada, England, den Bermudas, Israel und Deutschland für einige Tage die Stadt; Anlass war die Präsentation einer Dokumentation über ‚Juden in Hilchenbach‘ im Stadtmuseum sowie die Herausgabe der Familiengeschichte der Familie Holländer. 2008 wurden in Hilchenbach zwölf ‚Stolpersteine‘ verlegt. 2013 wurde für die jüd. Holocaust-Opfer aus Hilchenbach ein Gedenkstein beim Aufgang zur ev. Kirche aufgestellt.

2.2.1 In Hilchenbach waren 1871 von 1575 Einwohnern 50 kath., 1492 ev., elf jüd. Glaubens, 22 gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 2033 Einwohnern 75 kath., 1924 ev., 19 jüd. Glaubens, 15 gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1925 waren von 2217 [!] Einwohnern 83 kath., 1997 ev., 20 jüd. Glaubens und sieben ohne Bekenntnis. 1933 lebten dort 32 und 1940 elf Juden. Im heutigen Ortsteil Allenbach lebte 1867 eine jüd. Familie.

Mit den Juden aus Krombach und Littfeld lösten sich die Hilchenbacher 1884 von der gerade erst eingerichteten Synagogengemeinde Siegen, ohne dass es zur Gründung einer anerkannten Untergemeinde kam. Wegen der wachsenden Zahl der Juden in Hilchenbach und der großen Entfernung nach Siegen wurde 1909 beantragt, eine eigenständige Gemeinde bilden zu dürfen. Der Landrat reichte den Antrag an die Bezirksregierung Arnsberg weiter und verwies auf die Statuten der Synagogengemeinde Siegen, nach denen der Synagogenbezirk Siegen den Kreis Siegen umfasse und alle innerhalb dieses Gebietes wohnenden Juden, wenn sie nicht nach dem Gesetz vom 28. Juli 1876 ihren Austritt erklärt hätten. Daneben erinnerte der Landrat daran, dass die Juden in Krombach, Littfeld und Hilchenbach durch eine Verfügung von 1884 aus der Gemeinde entlassen worden waren, ohne Untergemeinden gebildet zu haben. Auch nach diesem Antrag entstand keine Untergemeinde. Die Hilchenbacher Juden regelten ihre Angelegenheiten weiterhin intern, Gemeindesteuern für Siegen wurde nicht gezahlt. 1932/33 war Hilchenbach im ‚Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung‘ als Gemeinde mit Betsaal, Friedhof und Schächter verzeichnet.

2.2.2 Ende des 19. Jh. wurden Gottesdienste im Haus des Herz Stern abgehalten. 1909 waren eigene Räume für den Gottesdienst angemietet, auch Juden aus Krombach und Littfeld nahmen daran teil. Von 1913 bis zur Auslöschung der Gemeinschaft kamen die Gläubigen im Haus der Familie Karl Schäfer in der Schützenstr. 116 (heute Gerbergasse 2) zusammen.

2.2.3 1932 erhielten vier jüd. Kinder aus Hilchenbach Religionsunterricht durch Lehrer Stern aus Berleburg.

2.2.4 Juden aus Hilchenbach unterstützten seit den 1870er Jahren bis 1913 die Haindorfsche Stiftung.

2.3.1 1913 und 1924/25 war Levi Holländer Vorsitzender der Hilchenbacher Gemeinde, 1932 Herz Stern.

2.3.3 Herz Stern war als Gemeindeältester in Hilchenbach kommunaler Mandatsträger.

3.1 Die Betstube im traufenständigen Haus Gerbergasse 2 (ursprünglich Schützenstr. 116) befand sich im hinteren Teil des Obergeschosses. Sie hat offenbar während der 1924 beantragten Umbaumaßnahmen keine größeren baulichen Veränderungen erfahren. 1938 wurden das Haus und der Raum demoliert, nach dem Verkauf einer neuen Nutzung zugeführt. Eine Tafel am Haus und ein Zusatz unter dem Straßenschild erinnern an den ehemaligen Betraum.

3.2 Seit den 1890er Jahren finden sich Juden unter den Hausbesitzern in Hilchenbach. In den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. besaßen jüd. Familien folgende Wohn- und Geschäftshäuser: Bruchstr. 4, früher Nr. 12 (Wohnung und Geschäft für Haus- und Küchengeräte des Gustav Stern; seit 1996 unter Denkmalschutz); Bruchstr. 14, früher Nr. 18 (Wohnung und Metzgerei des Metzgermeisters Seligmann Hony, 1896/97 erworben, seit 1986 unter Denkmalschutz); Bruchstr. 17, früher Nr. 62 (Wohnung und Vieh-, Häute- und Fellhandlung des Joseph Holländer); Gerbergasse 2, früher Schützenstr. Nr. 116 (Wohnung sowie Schuh- und Herrenkonfektionsgeschäft des Kaufmanns Karl Schäfer, in den 1920er Jahren erworben); Hilchenbacher Str. 4/6 (rechte Doppelhaushälfte, Ende des 19. Jh. von Raphael Hony und seinem Sohn Hony Hony bewohnt, 1910 Anbau eines Schlachthauses); Mühlenweg 25, früher Nr. 281 (1890 bis 1895 vom Metzger, Häute-, Vieh- und Futtermittelhändler Levi Holländer erworben, Wohnung und Metzgerei, darin auch das Geschäft für Landprodukte, Düngemittel und Felle von Willy Holländer); Unterzeche 187 (Wohnung und Metzgerei des Metzgermeisters Herz Stern, 1896 erworben).

3.3 Bis Ende des 19. Jh. wurden die Hilchenbacher Juden im heute zu Kreuztal gehörenden Burgholdinghausen bestattet, wo lange Zeit der einzige jüd. Begräbnisplatz im Kreis Siegen war. Auf Nachfrage der Stadt Hilchenbach erklärten Levi und Benjamin Meier in Littfeld sowie Benjamin Rosenhelm in Krombach 1892, sie seien damit einverstanden, dass die Hilchenbacher Juden auch weiterhin ihre Toten in Burgholdinghausen bestatteten. Sie hätten dort zwar kein Bestattungsrecht, man erlaube ihnen jedoch die Nutzung. Hony Hony und Levi Holländer bemühten sich seit 1890 wegen der großen Entfernung um einen eigenen Begräbnisplatz in Hilchenbach. Nachdem die Behörde keine Einwände geäußert hatte, erwarben sie 1892 an der Rothenberger Str. am Ortsausgang nach Kirchhundem ein rechteckiges, am Hang gelegenes 858 m² großes Gelände. Die zu erwartenden Anlage- und Unterhaltskosten führten jedoch zu Widersprüchen einzelner Juden (darunter die Witwen von Koppel Hony, Selig Hony und Herz Stern), so dass die amtliche Genehmigung erst 1899 erteilt wurde. Zwölf Grabsteine stehen noch auf dem Areal, der älteste stammt aus dem Jahr 1911. Sie tragen vornehmlich deutsche Inschriften. 1941 wurde mit Seligmann Hony der letzte Hilchenbacher Jude beerdigt. 1948 wurde der Elektromechaniker Ismar Abraham (geb. 1884 in Kreuzburg/Oberschles.) dort bestattet, der 1946 nach Hilchenbach gezogen war. Während der NS-Zeit und 1949 wurden Grabsteine beschmiert und umgeworfen. 1941 wurde das Deutsche Reich Besitzerin des Areals, 1960 erfolgte die Übertragung an den Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe.

4.1 KreisA Siegen-Wittgenstein, Acta betreffend die Synagogengemeinde des Kreises Siegen, Vol. II. – LAV NRW Abt. W (Münster), Regierung Arnsberg, Wiedergutmachungen, E 26800 und 55424a. – StadtA Hilchenbach, 2/1.433, 2/1.687, 2/1.996, 2/1.997.1, 2/1.998, 2/153, 2/23.216, 2/283, 2/421, 2/420, 2/1995. – StadtA Siegen, Sonderakte des Magistrats zu Siegen betreffend Synagogen Gemeinde Siegen, Bd. IV.

4.2 Fotos von Wohnhäusern, Aufriss des Hauses Gerbergasse 2, Foto und Plan des Hilchenbacher Friedhofs, Foto des Hawdala-Tellers einer Hilchenbacher Familie, der im Stadtmuseum Hilchenbach (in der Wilhelmsburg) verwahrt wird in: PRACHT-

JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 517–519. Fotos von Hilchenbacher Juden, die im Rahmen der Annahme ‚jüd. Vornamen‘ neue Ausweise beantragen mussten, sind im Stadtarchiv erhalten.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 9, 27–46 <1836, 1875–1911/13>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1913> 91, <1924/25> 61.

4.4 DIETERMANN Klaus, Die Juden im Siegerland zur Zeit des Nationalsozialismus. Eine Handreichung für Geschichts- und Deutschlehrer <Siegen 1981>. – DERS., Jüdisches Leben in Stadt und Land Siegen <Siegen 1998> 64–67. – DERS., Levi Holländer – ein jüdisches Schicksal aus Hilchenbach <Siegen 1998>. – DERS., Friedhof in Hilchenbach. In: RÖCHER Ruth/MORGENSTERN-WULFF Johanna/DIETERMANN Klaus, Die jüdischen Friedhöfe im Kreis Siegen-Wittgenstein <Siegen 1991> 46–47. – DIETERMANN Klaus, Jüdische Soldaten des Ersten Weltkriegs aus der Synagogengemeinde Siegen <Siegen 2016>. – ELKAR Rainer S., Menschen – Häuser – Schicksale. Hilchenbach zwischen Monarchie, Diktatur und Republik <Hilchenbach 1992>. – Stadtarchiv Hilchenbach (Hg.), Jüdische Mitbürger 1933–1945. Dokumentation <Hilchenbach 1972>. – THIEMANN Walter, Von den Juden im Siegerland <Siegen 1968> 8. – Aktives Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus im Kreis Siegen-Wittgenstein, www.aktives-gedenkbuch.de [letzter Zugriff 06.01.2016].

Klaus Dietermann und Joachim Rüffer

ISERLOHN

1.1 Stadt Iserlohn, Märkischer Kreis

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Preußen. – Um 1250 Stadtrechtsverleihung.

Zum 1856 eingerichteten Synagogenbezirk Iserlohn gehörten nur die Juden der Stadt Iserlohn.

2.1.1 Samuel de Iserloh[n] ist für die 1230er und möglicherweise für die 1240er Jahre nachgewiesen. Nach den Schreinsbüchern der Kölner Laurenzpfarre überließ Samuel 1237 seiner Ehefrau Gutheil die Hälfte des von seinen Eltern (Vivus und Richza) geerbten Hauses im jüd. Viertel in Köln, wo er zu diesem Zeitpunkt auch lebte. Bis 1660 fehlen weitere Belege für die Niederlassung jüd. Einwohner in Iserlohn. 1676 bemerkte Hermann Rostius in seiner Neujahrspredigt, die Juden „als vermaldeyte Leut“ wollten den Namen Jesu nicht richtig aussprechen, so dass er „außgetilget“ werde. Wie man von Konvertiten gehört habe, würden sie dabei „auf die Erden“ speien. 1685 erbaten Rat und Bürgermeister vom Kurfürsten die Genehmigung, „wider die Juden“ selbständig Verordnungen treffen zu dürfen. 1698 handelte Nathan Salomon aus Iserlohn mit Kratzendraht, auch ein Pferdehandel wird erwähnt. Um 1700 wurden Juden in Iserlohn zu Opfern konfessioneller Auseinandersetzungen zwischen Lutheranern und Reformierten. Hinter dem Verbot der Osterfeuer durch die calvinistische Obrigkeit vermuteten die Iserlohner Lutheraner jüd. Einfluss. Nach der ‚Anreizung‘ der Pfarrerstochter Varnhagen zu Ostern 1700 wurden dem Nathan Salomon die Fenster eingeworfen und dem Jacob „ein groß Geräusch vor der Thüren angefangen und

sehr davor gekloppt“; 1701 wiederholten sich ähnliche Vorfälle. 1707 zogen Mitglieder der luth. Gemeinde nach Abbrennen des (verbotenen) Osterfeuers vor die ‚Juden-Häuser‘, wobei die Frau des Jacob fast gesteinigt worden wäre.

Das Schlachtergewerbe blieb in Verbindung mit kleineren Handelsgeschäften die wichtigste ökonomische Betätigung für die meist drei jüd. Hausväter Iserlohns; 1727 waren das Nathan Simon, Nathan Salomon und Aaron Jacob. Auf dieser Basis gelang ihnen und ihren Nachkommen im 18. Jh. keine Vermögensbildung und damit auch kein Aufstieg in die städtische Kaufmannsschicht. Für die Versorgung der christl. Stadtbevölkerung spielten jüd. Schlachter gleichwohl eine bedeutende Rolle; sie sorgten zudem für eine Steigerung der Einkünfte aus der Akzise, einer städtischen Verbrauchssteuer. Die städtischen Aufsichtsbeamten blieben ihnen deshalb auch wohlgesonnen, als die Politik Friedrich Wilhelms I. (1713–1740) eigentlich auf eine Reduzierung der Judenschaft abzielte. 1737 antwortete der für Iserlohn zuständige Steuerrat auf die Frage, ob es dort bereits „zu viel“ Juden gebe, wie folgt: „Sindt der Juden nicht zu viel, nehmen auch meines davorhaltens denen Christen in keinem Stück die nahrung ab, vielmehr halte davor, daß wann die Juden nicht schlachteten, nicht allein die Accise leyden, sondern auch die Unterthanen das nöthige Fleisch nicht würden haben können, allermaßen wann etwa die Juden Feyertagen haben, es daran mangelt oder man allenfaß mit dem allermagersten und schlechtesten Fleische sich behelfen muß.“

Für 1744 wird in Iserlohn der Schutzjude Jacob Nathan genannt. Aus der Zeit nach dem Siebenjährigen Krieg (1756–1763) sind in Iserlohn der ‚Ordinarius‘ Moses Jacob sowie der ‚Extraordinarius‘ Salomon Nathan nachgewiesen; Ersterer trat 1766 in den Schutz seines Vaters Jacob Nathan ein. Der Schutz des Salomon Nathan war dagegen nicht vererbbar, so dass dieser Haushalt offenbar noch vor 1806 erlosch; die Tochter Rose war in der Gft. Limburg verheiratet. Von den drei Familienvorständen 1766 war die Witwe des Jacob Nathan am vermögendsten (800 Rtlr.), gefolgt von Salomon Nathan (700 Rtlr.), die beide vom Schlachten und von der Pfandleihe lebten. Salomon Nathan jun., der keinem Gewerbe nachging, galt als arm. 1794 sind jüd. Kinder im Alter von acht bis 15 Jahren, u. a. Söhne des Jacob, als Arbeiter in einer Knopfnadelfabrik bezeugt. Ende des 18. Jh. zählten die jüd. Einwohner zur Unterschicht der Stadt, zu diesem Zeitpunkt finden sich Juden weder in der Kaufmannschaft noch als Gewerbetreibende. 1796 waren von den 15 erwerbstätigen Juden zwölf nicht vergeleitet.

2.1.2 Der aus Kreuznach gebürtige Daniel Gerson nahm als Freiwilliger an den Freiheitskriegen (1813–1815) teil und zog danach nach Iserlohn; zu den jüd. Kriegsfreiwilligen 1815 gehörte auch Karl Gottschalk aus Iserlohn. Seit dem zweiten Jahrzehnt des 19. Jh. zogen zahlreiche Juden zumeist aus Westfalen nach Iserlohn, insbesondere aus den Nachbarorten Oestrich und Menden, aber auch aus dem Rheinland. Von den städtischen Behörden wurden 1824 nur die ökonomischen Verhältnisse des Fabrikanten Jacob Ostwald als „sehr gut“ (sein Vermögen betrug 40 000 bis 50 000 Tlr.) bezeichnet, die von David Alexander Feldheim und Alexander Romberg als „gut“ – Letzterer gehörte zu den Juden, die als Mitglieder verschiedener Freimaurerlogen eine Eingabe „um Zulassung zu den maurischen Sitzungen“ an die preuß. Großloge richteten. Zehn jüd. Haushaltsvorstände, die über einen Kapitalbesitz von 800 bis 4000 Tlr. verfügten, galten als „mittelmäßig“. Nathan Jacob war auf Fürsorge angewiesen. 1830 bestand die jüd. Gemeinde aus 17 Familien und zwei alten, aus Armenmitteln unterhaltene Junggesellen. Zwei Familienvorstände waren selbständige Kaufleute, elf Handelsleute bzw. Trödler, zwei Fabrikhaber (Jacob Ostwald, Alexander Romberg), fünf Handlungsgehilfen bzw. Boten, vier Handwerker (u. a. Glaser/Anstreicher, Graveur), hinzu kamen ein Tagelöhner, ein Arzt (Dr. Alexander Ruthenberg) und ein Lehrer (Löwenstein). Weiterhin wurden je drei Handlungs-Commis und -lehrlinge aus anderen Gegenden der preuß. Monarchie genannt, ferner zehn jüd. Mägde, je zwei Haushälterinnen und Näherinnen, außerdem ein Schuhmacher und ein Gürtler, die

auf Wanderschaft waren und im Ort Arbeit gefunden hatten. In der Summe bestand die Gemeinde 1830 aus 98 Personen. Im Jahr 1846 hatten von den 29 selbständigen Iserlohner Juden zwölf noch keinen festen Familiennamen angenommen, sie entschieden sich für die Nachnamen Felsenthal, Füchtenberg, Hirschfeld, Kahn, Waldbaum, Weinberg und Wertheim. 1846 waren in Iserlohn als selbständige Juden verzeichnet: die Kaufleute Abraham Jacob Elsberg, Nathan Elsberg, Joseph Emanuel, David Abraham Feldheim, Alexander Romberg, Israel Speyer und Heinrich Wallach, die Handelsleute Herz Levi Füchtenberg und Samuel Hirsch Hirschfeld, der Commissionär Joel Abraham Felsenthal, der Wechsler Jacob Kulp, die Trödler Jacob Abraham Felsenthal, Samuel Abraham Felsenthal, Daniel Gerson, Noah Michel Kahn, Isaac Lenneberg, Abraham Jacob Wertheim, Philipp Jacob Wertheim und Herz Jacob Waldbaum, der Tabakfabrikant Simon Löwenstein, der Gürtler Isidor Illfelder, der Buchbinder Joseph Romberg, der Anstreicher Moses Waag, der Lehrer Samuel Löwenberg, der Arzt Dr. Alexander Ruthenberg sowie der Bote Moses Joseph Weinberg, ferner ohne Berufsangabe Ansel Joel Felsenthal, Abraham Joel Felsenthal und Benjamin Waag. In den 1830er und 1840er Jahren erlernten Moses Philipp, Joseph Jacob und Levi Gerson mit Vermittlung des Haindorfschen Instituts das Handwerk des Sattlers, Schuhmachers bzw. Buchbinders. Eine Lehrerausbildung in Münster absolvierten zwischen 1897 und 1911 die Iserlohner Siegfried Kessler (anschließend in Hamburg und München), Gottfried Mosbach und Abraham Franken.

In der zweiten Hälfte des 19. Jh. konnten die meisten Iserlohner Juden einen deutlichen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg erzielen. Für 1866 ist eine Dominanz jüd. Kaufleute in zwei Branchen, im Bankenwesen und im Textilhandel belegt – von 25 Textilgeschäften wurden 15 von Juden geführt. Die meisten jüd. Familienvorstände lebten vom Handel, 16 waren Kaufleute und sieben Metzger (meist zugleich Handelsleute); ferner gab es Handlungsgehilfen, Commis, je einen Buchbinder, Eisenbahnarbeiter, Gürtler, Arzt (Dr. Alexander Ruthenberg), einen Schlosser- und Schuhmachergesellen sowie einen Sattler und Tapezierer. 1870 führte das Iserlohner Handelsregister 208 Firmen, davon hatten 14 jüd. Eigentümer. Als erster Betreiber eines Fotografie-Ateliers etablierte sich ab 1870 der Fotograf Leopold Cohen in Iserlohn. Im Wirtschaftsleben der Stadt traten besonders die jüd. Bankiers Alexander Romberg, Julius Elsberg, Isaak Löwenstein, die Brüder Hirschfeld, Wallach & Emanuel sowie die Gebr. Fleck hervor, die Gelder zur Entwicklung der städtischen Infrastruktur und der Industrie während der Gründerzeit zur Verfügung stellten. 1888 gehörten der Fabrikant/Bankier Alexander Romberg sowie Julius Elsberg zu denjenigen, die die höchsten Steuern in der Stadt zahlten. Zur Finanzierung der für die Iserlohner Industrie wichtigen Eisenbahnstrecke von Letmathe nach Iserlohn (1861) brachte der Bankier Alexander Romberg ein Drittel der 150 000 Tlr. betragenden Gesamtsumme auf. Bis 1900 blieben die Bankhäuser A. Julius Elsberg, Gebr. Fleck, S. Hirschfeld und Wallach & Emanuel neben der Reichshauptbank-Nebenstelle und der städtischen Sparkasse die einzigen Bankinstitute der Stadt. Innovativ im tertiären Sektor war das ‚Einheitspreisgeschäft‘ Ehrlich und Co., das erste Kaufhaus in Iserlohn.

1911 wurde im ‚Israelitischen Familienblatt‘ unter der Rubrik „Austritte aus dem Judentum“ eine Liste veröffentlicht, die eine Reihe aus Iserlohn stammender Personen enthielt: Augenarzt Dr. Perlmann, die Kinder des Dr. med. Marcus, die Kinder der Witwe Julius Dalberg, Dr. jur. Dalberg (Düsseldorf), Justizrat Löwenthal (Wiesbaden) sowie der Chemiker Dr. Ernst Schwar (Ludwigshafen). Zwölf jüd. Männer aus Iserlohn wurden für ihre Verdienste im Ersten Weltkrieg mit dem EK II ausgezeichnet, der Prediger Leopold Hartmann wurde zum preuß. Offizier befördert.

Nach der Jahrhundertwende entstand in Iserlohn ein umfangreiches jüd. Vereinswesen. 1904 wurde ein Ortsverband des ‚Vereins für jüdische Geschichte und Literatur‘ gegründet, 1905 hatte er 50 Mitglieder und wurde geleitet von Prediger Dr. Salomon;

zum Vorstand gehörten ferner der Bankier Sieghard Elsberg und der Kreistierarzt Goldstein, 1924/25 war Moritz Löwenstein Vorsitzender. Ein Synagogenchor unter der Leitung des Vorstandsmitglieds Sally Becker ist 1909 belegt. 1913 wird erstmals eine Ortsgruppe Iserlohn und Umgebung des CV (geleitet von Sanitätsrat Dr. Machol aus Hemer) erwähnt. 1914 wählte die Ortsgruppe eine ‚Propaganda-Kommission‘, die Mitglieder werben sollte. 1924/25 war der Lehrer Leopold Hartmann CV-Ortsgruppenvorsitzender. 1923 nahm eine Ortsgruppe Schild des RjF in Iserlohn mit 18 Mitgliedern ihre Tätigkeit „zur Abwehr des Antisemitismus, welcher sich schon lange Zeit in starkem Maße zeigte“ auf. Die Ortsgruppe unterhielt Sportgruppen, wöchentlich veranstaltete sie u.a. Jiu-Jitsu Übungsabende unter Leitung eines Herrn Westhofen. 1927 wurde der 22-jährige Iserlohner Heinrich Schimansky Westdeutscher Meister im Ringen (Leichtgewicht). 1931 bestand der Vorstand der inzwischen erweiterten Ortsgruppe Iserlohn-Hemer aus L. Hartmann, S. Ehrlich, B. Kadden und Julius Mosbach aus Iserlohn sowie Josef Blumenthal aus Hemer.

2.1.3 Am Alten Rathausplatz und in der Wermingser Str. befanden sich in der ersten Hälfte der 1930er Jahre elf Geschäfte, deren Eigentümer zur jüd. Gemeinde gehörten: Haushaltswaren Salomon Ehrlich & Co. (Wepela-Einheitspreisgeschäft, Geschäft seit 1887 in Iserlohn), Lebensmittel- und Feinkostgeschäft Julius Mosbach (1920 gegründet), Herren- und Knabenkonfektion Julius Rath, Schuhwaren Julius Wertheim, Damen- und Herren Modewaren Max Münchhausen & Co. (Geschäft seit den 1890er Jahren in Iserlohn), Textil- und Modewaren Leiffmann & Co. (gegründet 1874), Kurz-, Weiß- und Wollwaren Henriette Platz, Haushaltswarengeschäft Hermann Wertheim Nachf. (Anfang des 20. Jh. gegründet), Manufakturwaren Hermann Waldbaum (um 1900 gegründet), Modistin Sara Bondy (1920 Geschäft mitbegründet, 1933 auf nichtjüd. Geschäftspartnerin übertragen) und Herrenartikelgeschäft Geschwister Neugarten (etwa 1901 eröffnet). Der alleinstehende Herr Münzer betrieb in der Gartenstr. ein Teilzahlungsgeschäft für minderbemittelte Männer. Trotz einer ‚Sonderaktion‘ des ‚Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes‘ begann die Verdrängung der Iserlohner Juden aus dem Wirtschaftsleben mit Verzögerung, da sich das ‚Wirtschaftspolitische Amt der NSDAP‘ im Juni 1933 um die Arbeitsplätze der christl. Angestellten sorgte. Gemeint war damit vor allem das ‚Einheitspreisgeschäft Ehrlich‘, das drei Mitgliedern der Familie Ehrlich gehörte und sich wegen seiner Preisgestaltung großer Beliebtheit erfreute. Im Aug. 1934 verteilten SS- und SA-Männer in Zivil vor mehreren jüd. Geschäften Probenummern der Zeitung ‚Der Stürmer‘. Sie kontrollierten im Auftrag der Kreisleitung und des Sturmbannführers, ob Parteigenossen und Angehörige der ‚Kampfverbände‘ dort einkauften, und veranlassten das Publikum, in christl. Geschäfte zu gehen. Nach Beschwerde der jüd. Geschäftsinhaber entfernte die Polizei die Kontrollposten. Der seit 1921 in Iserlohn praktizierende Arzt Dr. Herbert Waldbaum wurde nach dem Boykott seiner Praxis im Mai 1935 tot aufgefunden, nach Aussage der Familie war es ein Suizid. Aufgrund des ‚Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‘ wurden die jüd. Lehrkräfte Leopold Hartmann und Frl. Markus 1933/34 entlassen.

Das jüd. Vereinswesen wurde nach 1933 zunächst noch breiter und vielfältiger, brach dann aber in wenigen Jahren in sich zusammen. Die Ortsgruppe Schild des RjF betrieb weiterhin ihre Sportabteilungen, 1934 standen Räumlichkeiten mit Turngeräten in der Fabrik des jüd. Fabrikanten Fleck zur Verfügung. Seit 1933 gehörten zur RjF-Ortsgruppe Iserlohn-Hemer auch Juden aus Hohenlimburg, seit 1936 aus Finnentrop und Menden. 1934 weihte die RjF-Ortsgruppe vor etwa 500 Gästen ihre „dem Andenken der Kameraden gewidmete“ Standarte; Leutnant d. R. Hartmann hielt die Gefallenen-Gedenkrede. Die Zeitschrift ‚Der Schild‘ kommentierte: „Wohl noch nie hat in Iserlohn eine jüdische Feier stattgefunden, derartig denkwürdig, wie diese Kundgebung.“ Als 1935 das Ortsgruppenmitglied Dr. med. Herbert Waldbaum beigesetzt

wurde, nahmen auch die meisten christl. Ärzte Iserlohns am Trauerzug teil. Ende 1936 veranstaltete die Ortsgruppe Sportveranstaltungen, weitere Aktivitäten sind bis Aug. 1937 belegt. Etwa 1934 entstand eine Ortsgruppe des ‚Bundes deutsch-jüdischer Jugend‘, die u. a. Wanderungen veranstaltete. Für 1934 wird eine zionistische Arbeitsgemeinschaft erwähnt. Bei einem Vortrag rief der Referent die Jugendlichen zur Übersiedlung nach Palästina auf, da wegen fehlender Ausbildungsmöglichkeiten deren ‚Berufsumschichtung‘ in Deutschland fast aussichtslos sei. Mitte 1935 und Ende 1937 wird für Iserlohn der Sportverein Makkabi (u. a. mit Tischtennisabteilung) genannt, dessen Mitglieder 1935 an einem Sportfest in Mönchengladbach teilnahmen. Noch Ende 1937 findet sich eine zionistische Ortsgruppe in Iserlohn. Anfang 1938 wurde im ‚Israelitischen Familienblatt‘ über die Gründung einer Ortsgruppe des Kulturbundes in Iserlohn berichtet.

Im Bericht des Gauwirtschaftsberaters vom Frühjahr 1938 wurde kritisch angemerkt, dass die in jüd. Besitz befindlichen Eisenwalz- und Blechwerke in Iserlohn immer noch florieren würden. 1937 musste der mit einer Jüdin verheiratete Willy Giebe seine beiden Kinos ‚Gloria-Theater‘ und ‚Schauburg‘ schließen, seine Frau wurde 1943 ins KZ Auschwitz deportiert. Im Rahmen der ‚Polenaktion‘ wurden 1938 etwa zehn Personen aus Iserlohn nach Polen abgeschoben, Mitglieder der Familien Blecher, Braw und Wiesen. Beim Novemberpogrom 1938 wurde die Iserlohner Synagoge durch Brandstiftung mit Benzin von einer nahegelegenen Tankstelle zerstört, die Feuerwehr wurde am Löschen gehindert. Von Zerstörungen betroffen waren u. a. die Geschäfte der Kaufleute Ehrlich, Waldbaum, Steinberger, Wissen und Hanstein. Neben den Schaufenstern des Herrenkonfektionsgeschäftes Waldbaum wurden auch die der ‚Wepla‘, des größten jüd. Geschäfts in Iserlohn, zerschlagen. Siegfried Ehrlich, Walter Kahn, Sally Meier, Erich Waldbaum, Wissmann und weitere Personen wurden im Rahmen des Pogroms verhaftet und ins KZ Sachsenhausen verbracht; nach rund zwei Wochen wurden die ersten wieder freigelassen. Der 17-jährige Paul Hoffmann und sein Vater Julius (gest. 1939) wurden im Polizeigefängnis inhaftiert, sie mussten Haar- und Sicherheitsnadeln verpacken. Paul Hoffmann wurde im Nov. 1939 in das Arbeitslager ‚Am Grünen Weg‘ in Paderborn geschickt, 1940 für drei Jahre ins Lager Schloßhof in Bielefeld; im März 1943 wurde er ins KZ Auschwitz deportiert, er überlebte.

Im Jan. 1939 musste die Familie Ehrlich, Betreiber des Einheitspreisgeschäftes in Iserlohn, vor dem Arisierungsausschuss erscheinen und dessen Vertragsbestimmungen zustimmen. Der Iserlohner Oberbürgermeister kritisierte, dass der Sachverständige der NSDAP-Kreiswirtschaftsbehörde den Preis zu niedrig angesetzt habe, und bemerkte, „dass es eines starken Staates unwürdig sei, wehrlose Menschen wie Wanzen an die Wand zu drücken“. Gegen die Kritik, die daraufhin Kreisleiter und Regierungspräsident übten, wehrte er sich selbstbewusst. Von dem vertraglich festgelegten Kaufpreis in Höhe von 122 000 RM zahlte der Käufer nach Abzug von Steuern und Spesen den drei Familien Ehrlich 40 042 RM auf ein Sperrkonto, von dem noch weitere Zahlungen an das Finanzamt erfolgten. Auch die anderen Geschäfte – insgesamt wurden bis 1937 sechs, nach 1938 über zwanzig Firmen ‚arisiert‘ – mussten weit unter Wert verkauft werden, darunter das Schuhgeschäft Wertheim für 3000 RM, obgleich allein das Inventar vom Sachverständigen auf 3800 RM geschätzt worden war. Der Wert des Warenbestands der Firma Waldbaum wurde durch einen Revisor der Gauwirtschaftsbehörde von 120 000 auf 45 000 RM heruntergesetzt.

1941 wurden die noch verbliebenen Juden Iserlohns in das zentrale ‚Judenhaus‘ Kluse 18 eingewiesen, wo knapp 30 Juden auf engstem Raum leben mussten. Anfang 1942 arbeiteten 13 jüd. Männer und Frauen zwangsweise bei der Bürogerätefirma K. u. F. Kassack und Co. Am 28. April 1942 wurden etwa 20 Personen (Mitglieder der Familien Becker, Meier, Mosbach, Rath, Stern, Strauss und Waldbaum sowie Einzel-

personen namens Fleck, Hanstein und Rosenthal) ins Ghetto Zamość deportiert, im Juli 1942 mehr als 25 Personen ins Ghetto Theresienstadt und 1943 etwa zehn Personen ins KZ Auschwitz. Carl Heinz Kipper kam 1944 als „Mischling 1. Grades“ in das Arbeitslager Hünfeld bei Fulda und war in einer Reifenfabrik eingesetzt; seine Mutter war als ‚Mischehenpartnerin‘ 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert worden, sie überlebte. Mindestens 27 Personen gelang die Auswanderung, davon allein 16 Personen in die USA, andere nach England, Palästina, Shanghai und Südafrika. Dreizehn in Iserlohn geborene Juden wurden während der NS-Zeit aus dem Deutschen Reich ausgebürgert.

2.1.4 Mindestens 15 Personen, die aus rassischen Gründen verfolgt worden waren, überlebten den Holocaust, darunter acht Frauen, die in ‚Mischehe‘ verheiratet waren. Das Ehepaar Bührmann hatte die NS-Zeit im Versteck verbracht und eröffnete danach wieder ein Möbelgeschäft. Der in Iserlohn geborene Paul Hoffmann, Überlebender des KZ Auschwitz, zog nicht wieder in seine Heimatstadt. Die nach Iserlohn zurückgekehrten Juden gehörten zur jüd. Gemeinde Hagen, im Vorstand war in den 1960er und 1970er Jahren Max Blecher aus Iserlohn.

1989 wurde eine vom Künstler Siegfried Neuenhausen entworfene Skulptur in der Nähe des Bahnhofsplatzes aufgestellt, die an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert. Eine Tafel zum Gedenken an die Synagoge und jüd. Gemeinde wurde 1994 enthüllt. Nachdem sich der Besitzer des Gebäudes geweigert hatte, die Tafel an seinem Haus anbringen zu lassen, wurde die Gedenktafel gegenüber in einer Grünanlage aufgestellt. 2001 installierte der Künstler Marcus Kiel ‚Sarg-Vitrinen‘ auf dem Alten Rathausplatz, um mit diesem „temporären Denkmal“ an das jüd. Geschäftsleben in Iserlohn zu erinnern. 2005 wurde die Lebensgeschichte von Carl Heinz Kipper, der als jugendlicher ‚Halbjude‘ in ein Arbeitslager verschleppt worden war, in Form eines Comics als Schullektüre herausgegeben. 2006 wurden in Iserlohn 13 Stolpersteine verlegt.

2.2.1 1737 lebten in Iserlohn vier jüd. Familien (23 Personen), 1796 waren es drei (27 Personen). 1818 waren von 5521 Einwohnern 4182 Lutheraner, 439 Reformierte, 859 Katholiken und 41 Juden. Für 1843 sind 164 Juden in Iserlohn verzeichnet, 146 für 1858. Im Jahr 1871 waren von 15 743 Einwohnern 4822 kath., 10 693 ev., 223 jüd. Glaubens, fünf gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1895 waren von 24 722 Einwohnern 8465 kath., 15 845 ev., 310 jüd. Glaubens, 97 gehörten anderen christl. Gemeinden an. Nach der Volkszählung von 1925 waren im Stadtkreis Iserlohn (bezogen auf den Gebietsstand des Jahres 1926) von 30 820 (!) Einwohnern 10 862 kath., 19 331 ev. Glaubens, 211 Juden und 36 sonstige Christen; nach dem Gebietsstand von 1931 waren es ebenfalls 211 Juden (bei 32 853 Einwohnern, davon 11 555 kath., 20 165 ev. Glaubens, 521 sonstige Christen und 401 bekenntnislos oder Bekenner anderer Religionen). 1932 waren unter 34 243 Einwohnern 167 Juden, 1937 unter 36 739 Einwohnern noch 131.

Der Gemeindevorsteher Jacob Ostwald verfasste 1819 eine Gottesdienstordnung für Iserlohn. Darin vertrat er Reformen, wie sie Israel Jacobson im Königreich Westphalen durchgeführt hatte. Der jüd. Gottesdienst sollte dem christl. angepasst werden, die Synagoge nur als Ort der Andacht dienen. Das „übliche orientalische Singen“, das „Schreyen willkürlicher Singereyen“ müsse abgeschafft werden. Mit Strafen in Höhe von 3 bzw. 6 Stübern wurde belegt, wer nicht zu den Gottesdiensten erschien. Ostwalds Reformen stießen nicht uneingeschränkt auf Zustimmung – 1825 bat er den Iserlohner Magistrat, den Gemeindegliedern nahezulegen, „sich aufs ruhigste und sittsamste während der Andacht und während des Aufenthaltes in der Synagoge zu betragen“. Der Magistrat möge ihm ferner erlauben, Ruhestörer mit einer „Ordnungsstrafe zum Besten der Armen“ belegen zu dürfen. Ostwald hatte kein Verständnis

für überkommene Traditionen, die bisherigen Synagogenbräuche verglich er mit einer Versammlung „in einem Wirtshaus des Zeitvertreibs wegen“. Kinder sollten das Bethaus erst besuchen, wenn die Bar Mizwa nahte. Arme waren gehalten, in reinlicher Kleidung zu erscheinen, sonst drohte ihnen „Verbot des ferneren Zutritts zur Andacht“. 1839 wurde beim Streit um die Form des Gottesdienstes in Brilon darauf hingewiesen, dass dieser u. a. auch in Iserlohn in der reformierten Form stattfinde.

Bei der Planung der einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnsberg 1842, die Orte Iserlohn, Niederhemer, Oberhemer, Westig und Evingsen zu einem Synagogenbezirk Iserlohn zusammenzufassen. Der vom Obervorsteher Hellwitz 1847 eingereichte Vorschlag sah vor, dass zum Synagogenbezirk Iserlohn zusätzlich die Juden aus Oestrich gehören sollten. Der 1856 eingerichtete Synagogenbezirk Iserlohn umfasste dann jedoch lediglich die in der Stadt Iserlohn wohnenden Juden. Allerdings orientierten sich die Juden in Hemer, obwohl sie zum Synagogenbezirk Menden gehörten, nach Iserlohn und besuchten dort den Gottesdienst. 1878 stellten die Juden aus Hemer den Antrag, aus der Synagogengemeinde Menden entlassen und Iserlohn zugeordnet zu werden, was von den Behörden jedoch mit Hinweis auf die dann bedrohte Existenz der Gemeinde Menden abgelehnt wurde. Ähnliche Anträge von Levi Steinberg 1885 sowie von Dr. Machol und der Familie Gottschalk 1907 blieben ebenfalls ohne Erfolg.

In der zweiten Hälfte des 19. Jh. konnte die Gemeinde als gemäßigt liberal gelten. Obwohl Landrabbiner Josef Abraham Friedländer aus Brilon Iserlohn zu den Reformgemeinden rechnete, wurden wesentliche Teile der Jacobsonschen Reformen nicht (oder nicht dauerhaft) übernommen: So behielt die Gemeinde trotz deutlicher Annäherung an die christl. Gottesdienstauffassung den traditionellen Kultus in hebr. Sprache ohne Orgelbegleitung bei; im Gegensatz zu den Nachbargemeinden Menden und Hohenlimburg wurde auch nicht gepredigt. Die ‚Konfirmation‘ hatte Ostwald insofern modifiziert übernommen, als die Jungen und Mädchen, „beim Austritt aus der Schule öffentlich in der Synagoge ihr Glaubensbekenntnis“ abzulegen und darzutun hatten, dass sie eine hinlängliche Kenntnis in der Religionslehre besaßen. Mitte der 1860er Jahre protestierte eine größere Zahl von Gemeindemitgliedern gegen die in Iserlohn „nicht gebräuchliche polnische Art“ des Gottesdienstes, wie sie der aus dem Regierungsbezirk Posen stammende Lehrer Ohlenburg als Kultusbeamter (1864 bis 1882 in Iserlohn) einführen wollte. Der in Iserlohn, Oestrich und Letmathe tätige Lehrer Moses Rosenwald berichtete von 1852 bis 1872 regelmäßig in der orthodox ausgerichteten Zeitschrift ‚Der Israelit‘ über die Situation in Westfalen. Unter den Beispielm Gemeinden für „Un- und Irreligiösität“ führte er 1868 auch Iserlohn an, wo man am Sabbat offene Geschäftslokale und rauchende Juden antreffe. Als Ursache für den Abfall von der althergebrachten Tradition machte er vor allem die im Haindorfschen Seminar ausgebildeten Lehrer verantwortlich. Nur ein Iserlohner, der Kaufmann Louis Leseritz, schloss sich dem 1891 gegründeten orthodoxen ‚Verein zur Wahrung des überlieferten Judentums in der Provinz Westfalen‘ an. Zu Beginn des 20. Jh. war Iserlohn Mitglied des DIGB. 1930 betrug der Gemeindeetat 8000 M, der Kultusetat 1100 M sowie der Wohlfahrtsetat 400 Mark.

2.2.2 Bereits 1777 ist für Iserlohn ein Vorsänger belegt. Bis in die 1820er Jahre nutzte die Gemeinde eine Betstube in einem angemieteten Haus. 1825 scheiterte der Versuch, die zum Abbruch freigegebene kath. Kirche auf dem Schillerplatz für 1500 Tlr. zu erwerben. 1828 heißt es, das bisherige Betzimmer sei zu klein geworden, man wolle ein „eignes Gebäude“ errichten, um darin Gottesdienst zu halten und eine Schule einzurichten. Für die Anleihe, die mit 5 Prozent zu verzinsen war, bürgte der Fabrikbesitzer Alexander Romberg. Er verpflichtete sich, außer seinem jährlichen Anteil an die Gemeindekasse pro Jahr 16 Tlr. 15 Sgr. zu zahlen, bis die Anleihe abgetragen sei. Bis 1831 erfolgte der Bau der Synagoge an der Mendener Str. 827. Nachdem SS-Männer

die Synagoge während des Pogroms bis auf die Grundmauern niedergebrannt hatten, ging das Grundstück wenige Wochen später in ‚arischen‘ Besitz über. Letzte Gebäudereste wurden 1965 entfernt.

2.2.3 Zwischen 1812 und 1818 kam der Hebräischlehrer David Hecht aus Aschaffenburg nach Iserlohn. 1827 forderte der Bürgermeister den Vorsteher Jacob Ostwald auf, die schulpflichtigen Kinder aufzulisten. Er habe gehört, der Vorsänger und Schächter Samuel Löwenstein unterhalte in der Wohnung des Handelsmanns Heymann Waag eine ‚Winkelschule‘ und unterrichte dort acht bis zehn jüd. Kinder nicht nur in jüd. Lehrgegenständen, sondern auch in anderen Fächern; dafür möge er ein entsprechendes Zeugnis vorlegen. 1831 trat Abraham Cohn aus Barby bei Magdeburg seine Stelle als Lehrer und Kantor in Iserlohn an. 1834 veröffentlichte er „zum Schul- und Privatgebrauch“ gemeinsam mit seinem Kollegen Abraham Dinkelspiel aus Minden einen Band ‚Erzählungen der heiligen Schrift für Israeliten‘. Anfang 1834 verließ Cohn Iserlohn. Das Vorhaben der Gemeinde, ersatzweise einen ausländischen Lehrer anzustellen, lehnte die Regierung mit Hinweis auf die Absolventen der Haindorfischen Lehrerbildungsanstalt ab. 1835 schloss der Schulvorstand einen Vertrag mit dem Lehrer Abraham Mayer, demzufolge er die Kinder täglich (außer am Sabbat und am Freitagnachmittag, dafür aber am Sonntagmorgen) sechs Stunden in den Elementarfächern unterrichten sollte, außerdem in Religion und Hebräisch. Ferner hatte er die Aufgaben des Kantors zu erfüllen. Als Gehalt erhielt er 180 Tlr. und eine freie Wohnung. 1836 ist ein Lehrer namens Kaufmann belegt.

1838 wurde die Einrichtung einer Lehrerstelle für Iserlohn gefordert, die „auf eine zureichende Weise“ fundiert werden müsse. Im Vertrag mit Rosengarten, der am Seminar in Soest seine Prüfung abgelegt hatte, wurde 1838 die Aufbringung seines Gehalts von 150 Tlr. folgendermaßen unter den 16 Familienvätern aufgeteilt: Drei von ihnen (Jacob Ostwald, A. Feldheim und A. Romberg) zahlten zwischen 30 und 36 Tlr., A. und N. Elsberg zahlten 18 bzw. 12 Tlr., Abraham Jacob und Dr. Ruthenberg je 10 Tlr., zwischen 4 und 9 Tlr. hatten Abraham Joel, Isidor Illfelder, Daniel Gerson, Jacob Abraham, Benjamin Waag, Herz Levy, Hirsch Samuel, Herz Jacob, Philipp Jacob und Joel Abraham aufzubringen. Der Überschuss sollte der Anschaffung von Unterrichtsmaterial dienen. Auf Lehrer Rosengarten folgte 1841 Samuel Löwenberg aus Geseke, der das Haindorfische Seminar besucht und 1832 seine Prüfung (ebenfalls in Soest) abgelegt hatte. 1843 gab es 23 schulpflichtige Kinder in Iserlohn. Während sich noch 1831 der Iserlohner Bürgermeister beim jüd. Vorsteher beklagt hatte, dass die meisten Gemeindemitglieder „noch auf einem sehr niedrigen Grad der Kultur“ stünden, weshalb er empfahl, einen Lehrer anzustellen, dessen Hauptbeschäftigung nicht im Schlachten und Singen bestehe, so bescheinigte der Schulinspektor 1844 dem Lehrer Löwenberg, dass die Schule „in sehr gutem Zustande“ sei. Löwenberg sei „ein gebildeter, ruhiger und durch Kenntnisse und Lehrfähigkeit gut qualifizierter junger Mann“.

Nach Umwandlung der jüd. Gemeindeschule in eine öffentliche Elementarschule 1856 (in diesem Jahr: 27 Schüler) sollte die Gemeinde die Stelle des Lehrers Lion Cahn in eine feste umwandeln, schob das aus finanziellen Gründen (sie hätte später seine Pension zahlen müssen) aber hinaus. 1862/63 stellte der Schulinspektor einen Mangel an Disziplin bei den Schülern fest, hatte an den pädagogischen Fähigkeiten des Lehrers aber nichts auszusetzen. Um nicht „geradezu zu verarmen und dem Hunger preisgegeben zu werden“, eröffnete die Ehefrau des Lehrers Cahn ein Spezereigengeschäft, Cahn übernahm die Geschäftspost. Als sich seine Glaubensgenossen darüber beschwerten, kündigte Cahn im Okt. 1864. Auch sein Nachfolger Salomon Ohlenburg musste sich mit einem niedrigen Gehalt zufrieden geben, nach Auseinandersetzungen über die Gestaltung des Gottesdienstes kündigte ihm die Gemeinde Anfang 1866. In den Jahren 1867/68 war Michael Goldberg Religionslehrer und Kantor, anschließend kehrte Ohlenburg zurück; 1872 lobte der ev. Schulinspektor seine Fähigkeiten. 1878

legte Ohlenburg das Kantorenamt erneut nieder, blieb aber Lehrer – neuer Kantor wurde S. Pionkowsky, der vorher Elementarlehrer in Herford gewesen war. 1882 wurde Ohlenburg pensioniert und ging nach Leipzig, anschließend wurden Lehrer- und Kantorenamt wieder vereinigt. Zum Schulvorstand gehörten 1866 neben dem Bürgermeister der Kaufmann J. Emanuel und der Sattler Moses Wertheim, 1888 Levy Felsenthal und Simon Fleck, 1898 und 1908 Simon Fleck und Louis Leseritz.

Mit der Berufung des frisch examinierten Levin (Leo) Salomon (1861–1945) im Jahr 1882, der drei Jahrzehnte lang blieb, konsolidierten sich die schulischen Verhältnisse. Salomon stammte aus einer jüd. Gelehrtenfamilie im Regierungsbezirk Posen und hatte seit 1879 das Haindorfsche Lehrerseminar besucht. 1885 bestand er die zweite Lehrprüfung, dazu die Prüfung in Hebräisch und rabbinischer Lehre. Angeregt und gefördert durch den Iserlohner Bürgermeister, studierte er 1897 bis 1900 als Gasthörer an der Universität Bonn, wo er den ersten Preis für eine von dieser Universität ausgeschriebene Arbeit erhielt, die als Promotion mit dem Prädikat ‚summa cum laude‘ anerkannt wurde. Den Dr. phil. erhielt er 1902 auf Fürsprache des preuß. Kultusministers zuerkannt, da er kein Abitur vorweisen konnte. Wegen andauernder Krankheit wurde er 1913 in den Ruhestand versetzt. Auf Antrag der jüd. Gemeinde und unter Befürwortung des Iserlohner Bürgermeisters erhielt er im selben Jahr den preuß. ‚Roten Adlerorden‘ IV. Klasse verliehen. Salomon zog mit seiner Familie nach Charlottenburg und wurde 1914, vermutlich auf Vermittlung seines Schwagers Leo Baeck, zum Prediger und später zum Rabbiner der Gemeinde Schulstraße berufen; 1936 emigrierte er nach Palästina. 1905 sind für Iserlohn die ‚Religionsschule‘ (18 Kinder) und eine Volksschule (15 Kinder) belegt. 1906 besuchten 31 jüd. Jungen das Realgymnasium, 16 jüd. Mädchen die Höhere Töchterschule. 1909 gingen 23 (1911: 15; 1913: 16) Kinder zur Volksschule. 1911 wurde die jüd. Schule, inzwischen in städtischem Besitz, auf den städtischen Etat übernommen. Salomons 1913 eingesetzter Nachfolger Leopold Hartmann wurde bald nach Dienstantritt zum Militär eingezogen, so dass die jüd. Kinder die ev. Schule besuchen mussten. Als 1922 nur noch elf jüd. Schulkinder vorhanden waren, wurde der Unterricht in die ev. Westschule am Gerlingser Weg verlegt. 1932 unterrichtete Hartmann elf Kinder. Die dreiklassige jüd. Volksschule (Kluse 43) wurde 1933 aus Kostengründen in die ev. Westschule eingegliedert, Überlegungen dazu hatte es wegen abnehmender Schülerzahlen seit den 1920er Jahren gegeben; 1934 waren unter den 700 Schülern sieben Juden. Anfang 1934 verfügte der Regierungspräsident von Arnsberg die Auflösung der jüd. Schule, Hartmann wurde nach Herne versetzt. Die jüd. Kinder, die in der NS-Zeit häufiger auf dem Schulhof drangsaliert wurden, verblieben bis 1938 auf der ev. Schule, ab 1939 besuchten sie die jüd. Schule in Hagen.

2.2.4 Nach der Synagogenordnung von 1819 hatten die Armen-Rendanten die Strafgeelder zugunsten der Armen zu verteilen. Vorsteher Ostwald wandte sich 1827 im ‚Iserlohner Wochenblatt‘ an „Iserlohns biedere Bewohner“, sie möchten doch – da in der dortigen Bürgermeisterei zu wenig „bemittelte israelitische Familien“ lebten – den Haindorfschen Verein unterstützen. Ziel des Vereins sei es, Juden zu retten, die „dem Schacher- oder dem Bettler-Leben Preis gegeben sind“. Juden (und Christen) aus Iserlohn spendeten kontinuierlich mehr als acht Jahrzehnte lang für die Haindorfsche Stiftung. Als 1867 die Stiftungsleitung die Gemeindevorstände aufforderte, den Etat der Stiftung sicherzustellen und so den Erhalt des Seminars zu sichern, verpflichteten sich viele Gemeinden, für zehn Jahre zu zahlen; Iserlohn gehörte zu den Gemeinden, die größere Beiträge zusicherten. Dem 1880 gegründeten ‚Zentralarmenverband von Westfalen und Rheinprovinz‘, der „das tief eingewurzelte Übel des handwerksmäßigen Bettelns“ bekämpfte, gehörte 1902 auch die Iserlohner jüd. Gemeinde an. 1907 und 1909 wird für Iserlohn eine ‚Kasse gegen Wanderbettelei‘ erwähnt.

Der jüd. Frauenverein wurde 1852 gegründet; Vorsitzende vor dem Ersten Weltkrieg war die Ehefrau von Jacob Fleck, 1924/25 und 1932/33 Bertha Becker; 1933

hatte der Verein 45 Mitglieder. Der Chewra Kaddischa stand 1907 und 1909 Albert Hirschfeld vor. Ab 1913 wird statt der Chewra der seit 1902 existierende ‚Verein für Liebeswerke in Krankheits- und Sterbefällen‘ erwähnt, dem 1913 Simon Fleck vorsaß, 1924/25 und 1932/33 Sally Becker. Kurz nach Kriegsbeginn 1914 spendeten die Synagogengemeinde und der jüd. Frauenverein je 500 M für das Rote Kreuz bzw. für die lokale ‚Kriegshilfe‘, der ‚Jüdische Kegelclub‘ 100 Mark. Sally Becker, langjähriger Vorsitzender der jüd. Gemeinde, sorgte während des Ersten Weltkriegs ehrenamtlich für ‚Kriegerfrauen‘ und -kinder. Seine Ehefrau, Bertha Becker, versah freiwillig Pflegedienste im Iserlohner Reservelazarett; beide wurden mit der Verdienstmedaille ausgezeichnet. Nach dem Krieg war Sally Becker Mitglied der städtischen Wohlfahrtskommission. Für seine „treue karitative Mitarbeit“ dankte ihm der Iserlohner Oberbürgermeister noch im Jan. 1933.

2.3.1 Als mehrere jüd. Gemeinden in der Gft. Mark 1821 gegen den ihnen auferlegten Beitrag zum Gehalt des Obervorstehers Marcus Elias in Soest Widerspruch erhoben und die Regierung baten, diesen Posten entweder zu streichen oder einer anderen Person ehrenamtlich zu übertragen, da es die finanziellen Kräfte der meisten Familien übersteige, wurde der „mit den gehörigen Fähigkeiten“ ausgerüstete Fabrikant Jacob Ostwald aus Iserlohn gefragt, ob er das Amt unentgeltlich übernehmen wolle – er lehnte jedoch ab. Die jüd. Gemeinde Iserlohn gehörte bis zu dessen Tod (1869) zum Rabbinatsbezirk von Abraham Sutro in Münster.

Als Vorsitzender der jüd. Gemeinde Iserlohn ist 1819 der aus Paderborn stammende Fabrikant Jacob Ostwald (1788–1843) nachweisbar, der dieses Amt bis 1834 ausübte. Sein Nachfolger wurde David Alexander Feldheim. 1866 bestand der Vorstand aus dem Kaufmann J. Speyer, dem Handelsmann und Metzger Samuel Hirschfeld und dem Commis J. Löwenstein, 1888 aus J. Löwenstein, S. Hirschfeld und Joel Steinberg. 1898 (auch noch 1907) gehörten J. Steinberg und Alexander Romberg zum Vorstand, 1909 L. Leseritz, der Kreistierarzt Sally Goldstein sowie Sally Becker. 1934 war der Kaufmann Sally Becker seit mehr als zweieinhalb Jahrzehnten Vorsitzender. Der Seniorchef des Bankhauses A. J. Elsberg, Julius Elsberg (gest. 1912), war 47 Jahre lang Mitglied im Repräsentantenkollegium.

1827 wird der Vorsänger und Schächter Samuel Löwenstein genannt. 1905 hieß der Schochet Stern. Synagogendiener waren 1908 und 1922 H. bzw. L. Franken, in den 1930er Jahren Julius Hoffmann (gest. 1939). Als Prediger wird in den Jahren nach 1900 der Kantor und Lehrer Dr. Salomon erwähnt. Salomon trat im sogenannten Schlachthausstreit (1911/12) gemeinsam mit dem Vorsteher Sally Becker argumentativ (und erfolgreich) gegen das Schächterverbot des Magistrats im städtischen Schlachthof ein. Der langjährige Vorsitzende Kaufmann Sally Becker war lange Zeit ehrenamtlicher zweiter Vorbeter an den Feiertagen.

2.3.2 Der 1855 in Danzig geborene Dr. Emil Münsterberg (1855–1911), der sich 1887 protestantisch taufen ließ, war 1889 bis 1892 Iserlohner Bürgermeister. Später spielte er als Organisator des Berliner Armenwesens eine bedeutende Rolle, so dass er als „die bedeutendste Persönlichkeit auf dem Gebiet des Armenwesens im Deutschen Kaiserreich“ bezeichnet wird.

2.3.3 Seit 1850 gab es jüd. Mitglieder im Stadtparlament: 1850 bis 1868 der Bankier Alexander Romberg, 1869 bis 1879 der Bankier Julius Elsberg sowie 1889 bis 1896 und 1902 bis 1907 der Rechtsanwalt Samuel Löwenthal. Im Magistrat war von 1908 bis 1920 der Bankier Moritz Löwenstein vertreten. Zu Wahlmännern der Abgeordneten für den preuß. Landtag wurden auch Juden gewählt, darunter 1870 der Iserlohner Kaufmann C. Löwenstein. Juden waren Mitglieder des ‚Iserlohner Bürgerschützen-Vereins‘ (IBSV), seit 1841 gehörte der Arzt Dr. Alexander Ruthenberg dem Kavalleriecorps an. Paul Hoffmann wurde am Ende der Weimarer Republik Vizekö-

nig beim Kinder-Schützenfest. Anlässlich seiner 50-jährigen Mitgliedschaft im Bürgerschützenverein wurde Julius Reifenberg noch Mitte 1934 zum Ehrenmitglied des Schützenvereins ernannt. Der Fotograf Leopold Cohen war Vorsitzender des Vereins ‚64/66‘, dem Kriegsveteranen von 1864/66 angehörten. Auch der ‚Gesellschaft Harmonie‘ gehörten Juden aus dem gehobenen Bürgertum (je zwei Fabrikanten und Bankiers, zudem je ein Rechtsanwalt, Amtsrichter und Kaufmann) an. Julius Hoffmann war Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Iserlohner Brieftaubenvereins, aus dem er in der NS-Zeit ausgeschlossen wurde. 1908 war Hermann Waldbaum Geschäftsführer des Haus- und Grundbesitzervereins. Zu den Mitbegründern des ‚Kaufmännischen Vereins‘ in Iserlohn gehörte Albert Eltzbacher.

3.1 Die zwischen 1828 und 1831 errichtete Synagoge in der Mendener Str. war mit Chor und Eingangsbereich 15,60 m lang und 7,80 m breit. Sie gehörte zur kleinen Gruppe der jüd. Bethäuser im ‚Rundbogenstil‘. Schinkels preuß. Oberbaudeputation hatte diese Bauform für kleine Kirchen in den 1820er bis 1850er Jahren entwickelt, die Iserlohner Synagoge übernahm diesen Stil als eine der ersten. Im Gegensatz zu den Schinkelschen Kirchenentwürfen hatte die Iserlohner Synagoge jedoch kein Satteldach, sondern ein Walmdach. Nach bergisch-märkischer Bautradition war der gesamte Baukörper mit Schiefer gedeckt. 1907 erfolgten größere Umbauten nach Entwürfen des Architekten Rudolf Dinkloh. Dabei wurde eine Einheit von Thoraschrein und Almemor an der Ostwand hergestellt, eine Annäherung an die Altersituation in christl. Kirchen. Gleichwohl betonte die Gemeinde durch den im Chorraum angebrachten Bogen im maurischen Stil ihre jüdisch-orientalische Kulturtradition. Im ‚Israelitischen Familienblatt‘ wurde die Hoffnung geäußert, dass sich der Gemeindevorstand „auch des Aeußeren und des Platzes“ annehmen und beides „recht bald in einen besseren Zustand“ versetzen möge. Nach 1910 wurde der Eingang an die zur Straße gelegene Längsseite verlegt. Eine Gedenktafel für die im Ersten Weltkrieg gefallenen Gemeindeglieder verbrannte 1938. Durch den Bau einer Häuserzeile 1934/35 geriet das Bethaus in eine Hinterhoflage.

Die jüd. Privatschule war seit 1828 im Fachwerkgebäude Nr. 828 in der Mendener Str. (bzw. Synagogenweg) neben der Synagoge untergebracht. In den 1890er Jahren erwog die jüd. Gemeinde den Kauf eines Grundstücks an der Bleichstraße für einen Neubau. Die Arnberger Regierung versagte jedoch ihre Zustimmung, weil sie Störungen des Schulbetriebs durch ein nahegelegenes Hammerwerk befürchtete. 1901 erwarb die Gemeinde das Grundstück Kluse 43. 1902 wurde der Schulneubau, errichtet nach Plänen des Iserlohner Stadtbauamtes, eingeweiht. Im Erdgeschoss befanden sich die Klassenräume, im ersten Stock die Lehrerwohnung; auch ein Spielplatz war vorhanden. Das bis heute erhaltene jüd. Schulgebäude dient Wohnzwecken; Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 414.

3.2 Vor 1806 lässt sich in Iserlohn kein Immobilienerwerb eines Juden nachweisen. 1824 verfügte Jacob Ostwald über Immobilien, eigene Häuser besaßen auch Joel Abraham, Philipp Jacob, Abraham Jacob und Herz Jacob.

3.3 Ein Beleg für einen Judenfriedhof vor der Stadtmauer am Dicken Turm stammt von 1743. Der Hoffiskal Hermann Diedrich Löbbbecke versuchte in diesem Jahr für „sein neues anliegendes Haus“ einen Teil des Friedhofs zu kaufen mit dem Hinweis, es gehe „nicht mehr an, daß die Juden ihren Friedhof zwischen den Christenhäusern hätten“. Dagegen argumentierte (letztlich erfolglos) der Iserlohner Schutzjude Jakob Nathan 1744, dass die Juden für dieses Grundstück „seit undenklichen Zeiten“ jedes Jahr einen Rtlr. Pacht abgeführt hätten. Ersatzweise wurde den Iserlohner Juden ein anderer Platz „an einer Ecke des Gröfeken“ in der Nähe der Galmeigrube auf dem Dördel zugewiesen. Bei einem Streit 1819 vermochte die jüd. Gemeinde für diese Zu-

weisung keine ‚Grundakten‘ vorzuweisen. Zwischen 1885 und 1941 fanden dort insgesamt 175 Beerdigungen statt. 1882 berichtete die AZJ über die Zerstörung von sechs Grabsteinen. 1944 wurde der 1877 m² große Friedhof, nachdem die Stadt Iserlohn das Areal erworben hatte, systematisch zerstört. Steinmetze erhielten 26 Grabsteine, die restlichen wurden vernichtet. Die noch vorhandenen etwa zehn Grabdenkmäler wurden Ende der 1940er Jahre wieder aufgestellt. 1963 wurden auf dem Iserlohner Friedhof erneut Gräber geschändet. Seit 2005 ist das Areal in der Denkmalschutzliste verzeichnet, die Anlage der ehemaligen Gräber ist nicht mehr erkennbar.

4.1 CAHJP, Jerusalem, G 5/1581–1582; NWD 286/1–10. – CJA Berlin, 1,75 E, Nr. 140 u. 141. – Geh. StaatA Preuß. Kulturbesitz Berlin, u. a. I. HA, Rep. 104 (Generalfiskalat); II. HA (Generaldirektorium). – Archiv des Märkischen Kreises, Iserlohn Nr. 1084. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), P 10 Nr. 32 u. 33. – LAV NRW Abt. W (Münster), u. a. Kriegs- und Domänenkammer Hamm; Reg. Arnsberg Schulregistrierung. – StadtA Iserlohn, Bestand A 2, Nr. 547, 701, 769, 909 und 909; Bestand Kl. Erw. B 13.

4.2 Foto von Heinrich Schimansky als westdeutscher Meister im Ringen in: Israelitisches Familienblatt <I.2.1927>. Abb. der Synagoge, des Friedhofs und des jüd. Schulgebäudes in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 441–445.

4.3 AZJ <11.4.1882, 2.6.1899, 12.7.1912>. – Im deutschen Reich, H. 5 <Mai 1914>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 1–46 <1827–1911/1913>. – BETTGE Götz/KIRSTE Reinhard, Quellen zur Geschichte der Juden im Raum Iserlohn (= Iserlohner Contexte 6; Stadtarchiv Iserlohn Beiträge und Mitteilungen 5) <Iserlohn 1989>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1909> 71, <1911> 81, <1913> 91, <1924/25> 62. – Der Israelit <10.6.1868, 16.9.1868, 28.9.1870, 30.11.1870>. – Israelitisches Familienblatt <1904, 1907, 1911–1914, 1916–1918, 1927, 1929, 1933–1935, 1937–1938>. – Der Schild <1925–1926, 1931–1932, 1934–1937>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung <1932/33> 163. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53.

4.4 BETTGE Götz (Hg.), Iserlohn-Lexikon <Iserlohn 1987> 104f., 358f. u. 384f. – DOMANSKY Elisabeth, Der Antisemitismus des NS-Regimes im Spiegel der Iserlohner Presse. In: HERZIG Arno/ROSENTHAL Konrad, Die jüdische Gemeinde. Beiträge zur Geschichte Iserlohns <Iserlohn 1970> 148–161. – HERZIG Arno (Bearb.), „Schutzjuden – Bürger – Verfolgte“. Die Geschichte der jüdischen Minderheit in Iserlohn (= Quellen und Dokumente zur Stadtgeschichte. Ein Arbeitsbuch, H. 2) <Iserlohn 1984>. – DERS., Die Entstehung der jüdischen Gemeinde in Iserlohn. In: Der Märker 36 <1987> 327–332. – DERS., Die Geschichte der jüdischen Gemeinde Iserlohn. In: DERS./ROSENTHAL, Die jüdische Gemeinde 9–83. – DERS., Dr. Phil. Salomon Lewin. In: Markante Köpfe aus dem Märkischen Kreis. Lebensdaten bedeutender Persönlichkeiten aus Iserlohn mit den Stadtteilen Letmathe, Hennen und Sümmern <Iserlohn 1997> 112–113. – HOFFMANN Daniel, Lebensspuren meines Vaters. Eine Rekonstruktion aus dem Holocaust <Göttingen 2007>. – KIEL Marcus, Ein temporäres Denkmal zur Erinnerung an jüdisches Leben in Iserlohn <Iserlohn 2001>. – KIPPER Carl-Heinz, 13 Jahre in Angst. DVD und Arbeitshilfe <Iserlohn 2014>. – DERS., Onkel Willi, warum weinst du? Erinnerungen 1932–1945. Bearb. von Sabine HINTERBERGER, 3. Aufl. <Bochum 2006>. – KRATZSCH, Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP. – KRÖHMER Olga/HINTERBERGER Sabine/KIPPER Carl Heinz (Hg./Bearb.), Briefe aus dem Dunkeln, nach den Erzählungen von Carl Heinz Kipper <Iserlohn 2005> [verfügbar unter: <http://epflicht.ulb.uni-muenster.de/urn:urn:nbn:de:hbz:6:2-7544>, letzter Zugriff 12.4.2016]. – QUASCHNY Rico, Ein jüdischer Fotograf in Iserlohn: Leopold Cohen

(1838–1911). In: NÖLLE-HORNKAMP Iris (Hg.), *Heimatkunde. Westfälische Juden und ihre Nachbarn* <Essen 2014> 130f.

Arno Herzig

ISERLOHN-Hennen

1.1 Stadt Iserlohn, Ortsteil Hennen, Märkischer Kreis

1.2 Bis 1808 Gft. Limburg; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Stadt Iserlohn.

Die Juden aus Hennen gehörten als Untergemeinde dem 1856 eingerichteten Synagogenbezirk Limburg (ab 1879: Hohenlimburg) an.

2.1.1 1696 gab es in Hennen einen Konflikt zwischen dem Kaufmann Diedrich Daniel Eichelberg und dem jüd. Händler Wulf Levi: Eichelberg – wahrscheinlich ein Sohn des Pfarrers, der 1667 das Abendmahl nach reformierter Lehre in Hennen eingeführt hatte – beschwerte sich beim Limburger Landesherrn, weil die luth. Einwohner Hennens bei Wulf Levi und nicht bei ihm kauften. Der Landesherr untersagte Wulf Levi den Handel nicht, er verbot lediglich, Christen „Abbruch zu tun“. 1709 zahlten sechs Familien aus Hennen den ‚Judentribut‘ der Grafschaft. In der zweiten Hälfte des 18. Jh. schwankte die Anzahl der in Hennen lebenden jüd. Familien zwischen fünf und sechs. 1775 sind für Hennen Joseph Meyer, Isaac Jacob, Wolf Jacob, Moses Jacob und Ruben Jacob nachgewiesen. Ruben Jacob kaufte in den 1780er Jahren Stabeisen der Wocklumer Hütte bei Balve. Für seinen Handel unternahm er Einkaufsreisen u. a. nach Amsterdam, bei denen er auch für nichtjüd. Geschäftsfreunde Einkäufe oder Besorgungen erledigte. 1782 teilte er dem Rentmeister der Wocklumer Hütte mit, er habe vor, „nach jetzt künftige Pfingsten nach Amsterdam zu reisen“, und bat ihn mitzuteilen, „wan ihnen alda waß dienen kann“. Sein Absatzgebiet reichte bis ins Münsterland und ins Klevische. Wenn Ruben Jacob auf Reisen war, vertrat ihn seine Ehefrau in geschäftlichen Angelegenheiten. 1790 zog sein Sohn nach Beverungen, den Herkunftsort seiner Frau. 1790 musste Ruben Jacob, nachdem Sohn und Tochter ins Ausland – also in benachbarte Territorien – geheiratet hatten, den ‚Abschoss‘, eine zehnprozentige Steuer auf sein Vermögen, zahlen. 1795 eröffnete der Hennener Jude Simon Josephson (Josephssohn) einen Laden in der Brügstraße in Dortmund, in dem er Galanteriewaren aus England vertrieb. Die Schmiede- und Krämergilde reichte daraufhin gemeinsam mit der Gold- und Silberarbeiter-Innung eine Klage gegen den Bürgermeister vor dem Reichshofrat in Wien ein, vor dem Laden musste der Bürgermeister Wachen aufstellen. 1797 wurden in Hennen zehn jüd. Familien gezählt. Bis auf eine lebten sie in ärmlichen Verhältnissen, wie die Limburger Kanzlei 1790 bemerkte. 1799 bescheinigte Itzig Nathan dem H. Storck bzgl. eines nicht näher erläuterten Vorgangs, dass er „mir und meinen Cameraden nach gehaltener Liquidation zukommende 28 rthlr 19 stbr ... heute dato richtig ausbezahlt hat und Einer dem Anderen als nichts mehr schuldig“ bleibe. Zwischen 1802 und 1804 bezog Isaak Joseph Stabeisen von der Wocklumer Hütte, für die Landsbergischen Bergwerksbetriebe bei Balve lieferte er Beleuchtungsmaterial.

2.1.2 Als am Ende der ‚Franzosenherrschaft‘ Wachmannschaften Hennen schützen sollten, waren unter den 42 Männern sieben Juden, die zum nächtlichen Patrouillen-

dienst eingeteilt wurden. Für 1809 sind in der Bauerschaft Hennen sieben jüd. Haushaltsvorstände verzeichnet: In Haus Nr. 8 wohnte der Glaser Herz Moses (zu seinem Haushalt gehörten drei Personen), in Nr. 16 der Schlachter Nathan Abraham (acht Personen), in Nr. 20 der Schlachter Isaak Nathan (drei Personen), in Nr. 26 Leiffmann Josef, der mit Alteisen handelte (drei Personen), in Nr. 39 Jakob Josephssohn (fünf Personen) und in Nr. 42 Isaak Joseph (sieben Personen), die beide Detailhandel betrieben, sowie schließlich in Nr. 54 der Schlachter Moses Jakob (fünf Personen); in der Summe sind das mindestens 37 Juden. Im Krämerladen von Isaac Joseph (später Reifenberg) wurden Tüche, Eisenwaren, Steingut und Gewürze angeboten. Auch als Viehhändler und Schlachter wird Isaac Joseph erwähnt, seine Nachkommen lebten bis zu ihrem Fortzug um 1880 in Hennen. Für das Jahr 1818 ist ferner Wolff/Wulf Moses und für 1822 Nathan Veist nachgewiesen. Die Berufsstruktur blieb gemischt, 1818 kamen auf zwei Händler und drei Hausierer vier Schlachter und zwei Handwerker. Isaak Reifenberg ist 1835 als „Winkelier in Ellen-, Eisen-, Fayence- und Spezereiwaren, Viehhändler und Metzger“ verzeichnet. Später verdingten sich mehrere Juden als Tagelöhner auf Bauernhöfen. 1846 waren in Hennen Herz Liebreich, Gumpel Löwenstein, Libbe Nathan Neufeld, Nathan Veist Philippson, Victor Philippson, Isaac Reiffenberg, Isaac Seligmann und Alexander Stern als selbständige Juden verzeichnet; die erblichen Familiennamen haben sie – mit Ausnahme von Libbe Nathan Neufeld und Nathan Veist Philippson – bereits zuvor geführt. Die Hennener Juden wurden in der Regel als nicht wohlhabend bezeichnet. Der Ergster Amtsbürgermeister führte als Begründung an, dass ihnen bzw. ihren Vätern unter der Limburger Regierung bei der Erteilung der Schutzbriefe „der Geldbeutel so ausgeleert“ worden sei, dass mancher bei seiner Heirat nur die unentbehrlichsten Hausgeräte habe anschaffen können und selten mehr als 100 bis 200 Tlr. besitze. 1855 zählte man einen Laden mit jüd. Besitzer, drei Händler, einen Hausierer und zwei Handwerker.

Ende der 1840er Jahre absolvierte Victor Philippson aus Hennen eine Ausbildung an der jüd. Lehrerbildungsanstalt in Münster, seine erste Anstellung fand er in Velbert; Levi Liebreich durchlief die Ausbildung Ende der 1860er Jahre. Ende der 1850er Jahre erlernte Selig Löwenstein das Glaser- und Anstreicherhandwerk in Aplerbeck. In der zweiten Hälfte des 19. Jh. sind für Hennen u. a. der Kaufmann Moses Reifenberg (1862), die Handelsleute Benjamin Liebreich und Philipp Philippson (1878 und 1886) sowie P. Löwenstein und Isaac Silberberg nachgewiesen. Um 1900 betrieb der Metzgermeister Meyer Grüneberg eine koschere Metzgerei. Er verließ 1914 als letzter Jude den Ort und zog nach Gelsenkirchen; 1920 verkaufte er sein Haus an einen Nichtjuden.

Für die Bauerschaft Rheinen (Gemeinde Hennen, heute Stadt Iserlohn) ist 1809 Isaac Moses nachgewiesen, zu dessen Haushalt fünf Personen gehörten; er verdiente seinen Lebensunterhalt mit „etwas Pferdehandel“. 1846 nahm Bertha Samuel den Familiennamen „Schönenberg“ an. Für 1847 ist in Rheinen eine jüd. Familie mit drei Personen belegt. Bei Einrichtung der Synagogenbezirke lebten hier offenbar schon keine Juden mehr.

2.2.1 1809 lebten in Hennen etwa 37 Juden, 1843 waren es 47, 1858 dann 39 Juden. 1871 waren von 2831 Einwohnern 325 kath., 2484 ev. und 22 jüd. Glaubens, 1895 von 3095 Einwohnern 332 kath., 2754 ev., acht jüd. Glaubens, einer gehörte einer anderen christl. Gemeinde an. In Rheinen (zu Hennen gehörend) lebten 1809 fünf Juden, 1839 waren es drei.

Der vom Obervorsteher Hellwitz 1847 eingereichte Vorschlag zur Bildung von Synagogengemeinden sah eine Gemeinde Ergste vor, zu der auch die Juden aus Berchum, Hennen und Rheinen gehören sollten. Mit Einrichtung der Synagogenbezirke wurde Hennen dann aber als Untergemeinde der 1856 konstituierten Synagogengemeinde

Limburg (ab 1879 Hohenlimburg) zugewiesen. 1907/08 schlossen sich die Juden aus Hennen und Ergste als Untergemeinde der Synagogengemeinde Schwerte-Westhofen an. 1911 wird Hennen letztmalig als Untergemeinde erwähnt, dann hörte sie auf zu bestehen.

2.2.2 Die Betstube befand sich in einem Anbau des Fachwerkhauses von Schreinermeister Klockenhoff (Ohler Weg 7, ehem. Kirchstr.) 1843 wird die Betstube als Eigentum der jüd. Gemeinde aufgeführt.

2.2.3 1843 waren sechs jüd. Kinder in Hennen schulpflichtig. Um 1860 musste Adolph Reifenberg täglich sechs Kilometer zur Lateinschule nach Schwerte laufen. 1907, nach dem Ausscheiden aus dem Limburger Verbund, übernahm der Lehrer und Prediger Simon Grünewald aus Schwerte den Religionsunterricht.

2.2.4 Für die Haindorfische Stiftung spendeten Juden aus Hennen nur in den Anfangsjahren 1828 bis 1834.

2.3.1 Ende des 18. Jh. war Joseph Meyer Vorsteher der jüd. Gemeinde Hennen. Nach Konstituierung der Synagogengemeinde Limburg 1856 wurden die Hennener Juden durch Moses Reifenberg im Vorstand sowie durch Philipp Philippsohn, Isaac Silberberg und P. Löwenstein in der Repräsentantenversammlung vertreten. 1838 bis 1840 war Jakob Mahn Kantor der jüd. Gemeinde Hennen, anschließend ging er nach Unna und Körbecke.

2.3.2 Simon Meyer (1766–1831) und Aaron Meyer (1773–1829), gründeten in Unna das Handelshaus Gebr. Josephson. Beide traten zum Christentum über und wurden 1805 mit getauften Jüdinnen aus Gotha bzw. Korbach getraut. Ihre Söhne Ludwig (1809–1877) bzw. Carl (1811–1888) wurden ev. Pfarrer und hinterließen jeweils ein umfangreiches theologisch-literarisches Werk. Benno Reifenberg (1892–1970), der Sohn des in Hennen geborenen Adolf Reifenberg und Enkel des Moses Reifenberg, war von 1925 bis 1930 Leiter des Feuilletons der ‚Frankfurter Zeitung‘ und führte die Zeitung während der NS-Zeit bis zu deren Verbot 1943. Von 1959 bis 1966 gehörte er zu den Herausgebern der ‚Frankfurter Allgemeinen Zeitung‘.

2.3.3 Um 1900 wurde der Metzgermeister Meyer Grüneberg zum ‚Vice-Feuerwehr-Commandanten‘ gewählt.

3.1 Die Stubensynagoge am Ohler Weg 7 war etwa 10 mal 6 Meter groß und wird im Urkataster von 1821 genannt. Der Zugang zum Obergeschoss erfolgte über einen eigenen Aufgang. Im zweistöckigen Gebäude war auch der Schulraum untergebracht. Bis zum Umbau des Hauses 1970 war der Gebäudeteil, in dem sich die Betstube befunden hatte, noch zu sehen.

3.2 1775 hieß es, Joseph Meyer bewohne seit fast zwei Jahren das „Schnickmannsche auf Nöllen Grunde stehende Haus“, das er „erblich anerkaufte“ habe. Jacob Josephson verkaufte 1809 das Haus Nr. 39 an Salomon Joseph für 615 Rtlr.; wegen wachsender Verschuldung des Nachbesitzers musste es 1841 veräußert werden. Mitte des 19. Jh. gehörte Nathan Veist/Feist das Haus Am Kirchplatz 4, das später der Kaufmann Philipp Philippsohn (gest. 1887) übernahm. Im Urkataster von 1821 ist das heutige Grundstück Hennener Str. 36 als Besitz des Juden Salomon eingetragen, dann als das seines Sohnes Levin Salomon. Anfang des 20. Jh. war der Metzgermeister Meyer Grüneberg Besitzer des Fachwerkhauses Nr. 13 (Am Kirchplatz 13).

3.3 Der ursprünglich etwa 1300 m² große, südlich vom Ortskern in der Waldemei gelegene jüd. Friedhof soll bereits um 1700 angelegt worden sein. Auch die Juden aus Dellwig (bis etwa 1907) und Altendorf nutzten den Friedhof in Hennen. Am Tag nach dem Pogrom 1938 wurde der Begräbnisplatz verwüstet. Auf der heute etwa 360 m² großen Friedhofsfläche sind acht Grabsteine aus dem 19. Jh. erhalten, u. a. von den

führenden Gemeindemitgliedern Isaak Joseph Reifenberg (1766–1853) und Philipp Philippsen. Es handelt sich um schlicht gestaltete Grabsteine bzw. Grabsteinfragmente, die nach der Zerstörung teilweise wieder zusammengesetzt wurden und sich vermutlich nicht mehr an ihrem ursprünglichen Platz befinden. 2005 wurde das Areal unter Denkmalschutz gestellt.

4.1 Fürstlich zu Bentheim-Tecklenburgisches Archiv Rheda, Bestand Limburg, insbes. J 60, 64, 66, L 299, 300, 305. – LAV NRW Abt. W (Münster), LRA Iserlohn 643–645, 647, 648, Ämter Nr. 7, 8; GesamtA von Romberg, Nr. 9385; GesamtA Landsberg-Velen, Akten Nr. 2224, 10707; Grundbuch Nr. 1187. – Leo-Baeck-Institute New York, AR 3014 (Familiengeschichte Josephson).

4.2 Foto des ehem. Bethauses und des Friedhofs in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 446.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 2–25 <1828–1871>. – Israelitisches Familienblatt <28.11.1907>.

4.4 BERTHOLD Friedrich Arno, Unsere jüdischen Mitbürger. In: 850 Jahre Hennen. Heimatkundliches Jubiläumsheft für die ehemalige Gemeinde Hennen <Hennen 2000> 26. – BLEICHER Wilhelm/WETZIG Regina (Red.), Hennen – Agenda 21 <Iserlohn 2001>. – BUSSIEK Dagmar, Benno Reifenberg 1892–1970. Eine Biographie <Göttingen 2011>. – ESSER Hermann, Die Limburger Juden. In: Heimatblätter für Hohenlimburg und Umgegend 4 <1930> 161–176. – FERBER Albert, Als in Hennen noch Juden lebten. In: Ergste ... und Wir im Ruhrtal. Das Bürgermagazin für die Bürger des Ruhrtals <November 2011> 51–53 und <Mai 2012> 62–63. [http://ergste-und-wir.de/downloads/Ergste_und_wir_2011_11.pdf, http://ergste-und-wir.de/downloads/Ergste_und_wir_2012_05.pdf, letzter Zugriff 31.03.2016]. – HERZIG Arno, Berührungspunkte und Konfliktzonen von jüdischer Mehrheit und christlicher Gesellschaft im 18. Jahrhundert am Beispiel der beiden westfälischen Kleinstaaten Paderborn und Limburg. In: FREIMARK Peter/RICHTERING Helmut (Hg.), Gedenkschrift für Bernhard Brilling (= Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden XIV) <Hamburg 1988> 150–189. – HONSELMANN Wilhelm, Die Juden der Grafschaft Limburg 1775/1776. In: Heimatblätter für Hohenlimburg und Umgegend 24 <1963> 127–128. – DERS., Die jüdischen Einwohner der Grafschaft Limburg in den Jahren 1807, 1808 u. 1809. In: Heimatblätter für Hohenlimburg und Umgegend 29 <1968> 179–180. – REIFENBERG Benno, Vom zu Fuß gehen. In: DERS., In den Tag gesprochen <Frankfurt a. M. 1962> 91–95.

Wilfried Reininghaus

ISERLOHN-Oestrich

1.1 Stadt Iserlohn, Ortsteil Oestrich, Märkischer Kreis

1.2 Bis 1808 Gft. Limburg; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHztm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1956 Teil der Stadt Letmathe; infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform zusammen mit Letmathe Teil der Stadt Iserlohn.

Die Juden aus Oestrich, Letmathe und Genna waren Mitglieder des 1856 eingerichteten Synagogenbezirks Limburg (ab 1879 Hohenlimburg).

2.1.1 Graf Friedrich Mauritz stellte 1694 dem Juden Isaac Jacob aus Hörde ein Geleit für das Kirchspiel Oestrich aus. 1704 wurde Abraham Hertzog vergeleitet und ihm zugleich die Anlage eines Begräbnisplatzes zugestanden. Die jüd. Einwohner des Ortes verarmten nach dem Siebenjährigen Krieg, 1775 hatte nur Levi David eine eigene Wohnung ‚aufm Plätzgen‘. In Mietwohnungen lebten Joel Abraham (‚auf Kirchhoffs Hofe‘), Noah Cain (‚auf Küsters Hofe‘), Jacob Moses (‚in Kirchhoffs Haus‘), Simon Hirsch (‚in Beckmanns Hofe‘), Liber Cain (‚im Raschen Hofe‘), dessen Schwiegersohn Jacob Moses (‚in Reinholts aufm Brinckhofs Pferdeshofe‘) und Samuel Levi (‚bei Hermann Theil aufm Auferhofe‘). Durch „ansehnliche Abgaben“ erhielten sie den Schutz des Hohenlimburger Grafenhauses. Die Juden in Oestrich lebten vom Handel und vom Geldverleih. Im benachbarten Letmathe lebte 1775 Samuel auf Menneckens Hofe. 1784 übernahm der unvergeleitete Baruch Isaac das Geleit des verarmten Schutzjuden Samuel Moses, zahlte dessen ausstehenden Tribut und gab ihm Zeit seines Lebens „Nahrungsunterhalt“. In Genna (auf der gegenüberliegenden Seite der Lenne) lebte 1776 Simon Abraham.

2.1.2 1809 ist für Oestrich Isaac Joseph nachgewiesen, der bei Joh. Heinrich Schwerter (Nr. 42) wohnte. Nach 1815 zogen elf Juden von Oestrich ins nahe gelegene Iserlohn. Für 1818 ist Benjamin Jacob in Oestrich belegt. 1828 fragte der Iserlohner Bürgermeister an, ob der aus Oestrich zugezogene Hirsch Samuel den Familiennamen Waldbaum annehmen dürfe. 1841 waren die meisten Oestricher Juden als Handelsleute (hauptsächlich Handel mit Bedarfsartikeln), einige als Glaser und Anstreicher tätig. Nachgewiesen sind in den 1830er Jahren u. a. der Handelsmann Joseph Moses sowie die Brüder Simon und Michael Moses. In den 1840er Jahren erlernte Moses Kemper aus Borgholzhausen mit Unterstützung der Haindorfschen Stiftung in Oestrich das Handwerk eines Glasers bzw. Anstreichers. 1846 waren in Oestrich als selbständige Juden verzeichnet die Handelsleute Aron Salomon Arnstein, David Salomon Arnstein, David Aron Arenstein, Isaac Joseph Friede, Moses Joseph Friede, Moses Samuel Hirschfeld, Samuel Simon Hirschfeld, Moses Michel Kahn, Levi Kahn Kahnfeld (auch Cahnfeld), Benjamin Jacob Rosenthal, Benjamin Isaac Wertheim und Meyer Isaac Wertheim, die beiden Glaser Nathan Markus Adler und Samuel Isaac Wertheim, der Lehrer Herz Joseph Friede, der Schankwirt Salomon Aron Arnstein und ohne Berufsangabe Jacob Salomon Arnstein und Abraham Gutmann; 1847 ist zudem der Handelsmann Herz Jacob Weinberg verzeichnet. Die genannten erblichen Familiennamen haben sie – mit Ausnahme von Abraham Gutmann – in den 1840er Jahren erstmals angenommen.

Der 1833 geborene Anstreicher Philipp Cahnfeld (Sohn des Levi Cahnfeld) wohnte um 1855 im Haus Nr. 9a, sein 1875 geborener Sohn hieß Alex Cahnfeld. In der Haindorfschen Lehrerbildungsanstalt wurden aus Oestrich Herz Friede (vor 1835) und Jacob Isaac (Anfang der 1840er Jahre) ausgebildet, sie traten ihre ersten Stellen in Oelde bzw. Coesfeld an. In den 1850er Jahren wird der Glaser und Anstreicher Nathan Adler erwähnt, in den 1860er Jahren sind Moses Joseph Friede und der Handelsmann Moses Hirschfeld und die Familie Wertheim in Oestrich belegt. In der zweiten Hälfte des 19. Jh. verließen immer mehr Juden Oestrich, da sich an anderen Orten bessere Verdienstmöglichkeiten boten. Die zeitweise starke Gemeinde in Oestrich – im Volksmund ‚Judenöisterk‘ genannt – löste sich langsam auf, die nicht mehr genutzte Synagoge verfiel. Als letzte verließen die Anstreicher Leopold Isaac (dessen Vater zum Christentum konvertiert war) und Philipp Cahnfeld den Ort, Letzterer zog 1902 nach Elberfeld.

In Letmathe sind in der ersten Hälfte des 19. Jh. die Kolonialwarenhändler Isaac und Meyer Koppel nachweisbar. 1846 war dort lediglich der Handelsmann Meier Ney als selbständiger Jude verzeichnet, den erblichen Familiennamen hatte er bereits zuvor geführt. In den 1860er Jahren lebten in Letmathe die Familie von Levy Guthmann, der

Handelsmann Samuel Joseph Friede und der Metzger/Handelsmann Isaac Koppel; das Familienunternehmen führte der 1878 geborene Julius Koppel fort. 1900 eröffnete Julius Meyberg aus Hohenlimburg in Letmathe das Geschäft ‚Gebrüder Meyberg‘, in dem Bekleidung, Manufakturwaren, Betten und Möbel angeboten wurden.

2.1.3 Zu Beginn der 1930er Jahre lebten in Letmathe das Ehepaar Julius und Cäcilie Meyberg (Julius Meyberg betrieb ein Textilwarengeschäft in der Hagener Str. 32) mit ihrem Adoptivsohn Adolf Heinz sowie der alleinstehende Julius Koppel, Inhaber eines Textilwarengeschäfts in der Hagener Str. 58. Schon 1933 beschloss der Gemeinderat, Juden das Benutzen der ‚Freibadeanstalt‘ zu verbieten. Aufgrund des Geschäftsboykotts gingen die Umsätze der beiden Unternehmen stark zurück. 1934 musste die Familie Meyberg Haus und Geschäft aufgeben, sie zog erst in die Klusenstr., 1935 dann in die Bahnhofstr. 2, wo sie ein neues Geschäft eröffnete. Beide Geschäfte blieben 1936 nichtjüd. Lehrlinge aus, im selben Jahr zog Heinz Meyberg nach Argentinien. Während des Pogroms 1938 wurde die Wohnung Meyberg geplündert; Fotos der auf der Straße verstreuten Gegenstände ist erhalten. Die Besitzerin eines nahe gelegenen Hutmachergeschäfts nahm das Ehepaar Meyberg vorübergehend auf. Bei Julius Koppel zertrümmerte ein Schlägertrupp das Schaufenster, Waren und Einrichtung wurden auf die Straße geworfen. Koppel wurde gezwungen, die Gegenstände wieder ins Haus zu bringen. Eine nichtjüd. Hausangestellte führte Julius Koppel bis zu seinem Wegzug 1939 den Haushalt, das Ehepaar Meyberg fand nach dem Pogrom bei Koppel Zuflucht. Anfang 1939 verzogen Meybergs nach Iserlohn, von wo aus sie im Juli 1942 nach Theresienstadt und wenig später ins KZ Treblinka deportiert wurden. Julius Koppel musste sowohl sein Haus in Letmathe als auch das in Oestrich zwangsweise verkaufen. Mitte 1939 zog er in ein ‚Judenhaus‘ in Köln; dort starb er 1942. Zwei in Letmathe mit Christen verheiratete Jüdinnen überlebten die NS-Zeit.

2.1.4 In den 1950er Jahren wurden die Erben für die in der NS-Zeit ‚arisierten‘ Häuser Koppel und Meyberg entschädigt. 2009 wurden in Letmathe vor den Häusern Hagener Str. 58 und Bahnhofstr. 2 Stolpersteine verlegt. In der Friedenskirche steht eine 1961 geschaffene Installation des Letmather Künstlers Frank Haase, die an die Deportierten erinnert. In Oestrich wurde auf dem jüd. Friedhof 1961 ein Gedenkstein für die Opfer des Holocaust errichtet.

2.2.1 1843 lebten in Oestrich 53 Juden, 1858 waren es 59. Im Jahr 1871 waren von 3525 Einwohnern 872 kath., 2621 ev. und 32 jüd. Glaubens, 1895 von 4987 Einwohnern 1582 kath., 3393 ev., zehn jüd. Glaubens, zwei gehörten anderen christl. Gemeinden an. In Letmathe lebten 1843 elf Juden, 1858 waren es 31. Im Jahr 1871 waren von 3605 (!) Einwohnern 2825 kath., 745 ev., 34 jüd. Glaubens, einer gehörte einer anderen christl. Gemeinde an; 1895 waren von 5164 (!) Einwohnern 3965 kath., 1183 ev., 15 jüd. Glaubens, einer gehörte einer anderen christl. Gemeinde an; 1925 waren von 8303 (!) Einwohnern 6132 kath., 2083 ev., sieben jüd. Glaubens und 17 bekenntnislos. 1932/33 lebten in Letmathe drei Juden. In Genna (heute Iserlohn) ist für 1776 ein Jude nachgewiesen.

1841 zählte die jüd. Gemeinde Oestrich 44 Mitglieder, von denen einige in Letmathe wohnten. 1851 wurde die Synagogengemeinde Oestrich eingerichtet, zu der auch die Juden aus Letmathe zählten. 1856 wurde der Synagogenbezirk Limburg (ab 1879 Hohenlimburg) gegründet, dem auch die Juden aus Oestrich, Letmathe und Genna zugeordnet wurden; Teile des Gemeindelebens organisierten die Oestricher Juden jedoch auch weiterhin eigenständig.

2.2.2 In der zweiten Hälfte des 18. Jh. verfügte die kleine Judenschaft in Oestrich über eine Betstube in einem Haus zwischen der ev. Kirche und der Wirtschaft Viehoff. 1840 sollte das über 50 Jahre alte, auffällige Fachwerkhäus, in dem die jüd. Gemeinde für 15 Tlr. jährlich den Betsaal gemietet hatte, abgerissen werden. Mit Hilfe einer

wöchentlichen ‚Silbergroschenspende‘ hatten die Gemeindemitglieder zu dieser Zeit bereits etwa 500 Tlr. für den Bau einer Synagoge angespart. Mit Unterstützung des Elseyer Bürgermeisters erhielten sie einen Bauplatz an der Beilstr. für 6 Tlr. Jahresmiete in Erbpacht übereignet, das Grundstück befand sich „ungefähr 1000 Schritte von der christlichen Kirche entfernt an einem offenen Feldwege“. 1841 wurde der Bauantrag gestellt, 1842 der Antrag vom König befürwortet – entgegen den Bedenken der Arnberger Regierung, die fürchtete, die Juden könnten den christl. Gottesdienst stören und die Nachbarn belästigen. Die Gemeinderäte und der Bürgermeister berichteten dagegen, dass von der unmittelbar an der Kirche gelegenen Synagoge, die 50 Jahre genutzt worden sei, niemals Störungen des christl. Gottesdienstes ausgegangen seien. Der König verlangte als Bedingung für seine Zusage, eine bevollmächtigte Gemeindevertretung zu wählen, was umgehend geschah. Zur Finanzierung sollte jedes Gemeindemitglied weiterhin wöchentlich 1 Sgr. zahlen. Zunächst verzögerte sich der Bau, weil die Limburger Gemeinde zwischenzeitlich eine Vergrößerung ihrer Synagoge plante, um – gegen Mitfinanzierung – Platz für die Juden aus Oestrich und Letmathe zu schaffen. 1844 konnte die neue Synagoge auf dem ‚Beil am Kleeves‘ in Oestrich dann doch fertig gestellt werden. Nachdem die Kultusgeräte aus der alten in die neue Bestätte geholt worden waren, geriet die Einweihung „zu einem rechten Dorffest“, an dem auch Christen teilnahmen. Landrabbiner Abraham Sutro aus Münster und Kantor Löwenberg hielten Reden. Auch die Juden aus Letmathe besuchten die Synagoge in Oestrich. Drei Letmather Juden (Aron Aronstein 1846, Meyer Wertheim 1852 und Herz Friede 1854) verweigerten jedoch die wöchentliche ‚Groschenspende‘ zur Abtragung der Schulden, mussten diese nach einem vom Vorsteher Moses Hirschfeld angestrebten Prozess jedoch weiterzahlen. Nachdem zu Beginn des 20. Jh. alle Juden aus Oestrich fortgezogen waren, verfiel das Gebäude. Die Behörde ordnete 1911 aus Sicherheitsgründen den Abbruch an. Einige Grundquader wurden 1961 in das Denkmal auf dem jüd. Friedhof eingebaut.

2.2.3 Für Oestrich wird 1797 ein ‚Judenschulmeister‘ erwähnt, der der Gemeinde auch als Vorsänger diente. Nach eigener Auskunft befand er sich 1807 in den „armseeligsten Vermögensverhältnissen“, da ihn „die Östrichschen Juden durch Abdankung in Armuth gesetzt“ hätten. 1823 ordnete die Schulbehörde Arnberg die Anschaffung notwendiger Schulbücher an. Der einberufene jüd. Schulvorstand – dem ev. Schulinspektor untergeordnet – erklärte, er sei „durchaus nicht im Stande, einen nach dem Gesetz qualifizierten Lehrer zu besolden“. 1840 wird Jakob Mahn, seit 1838 Kantor in der jüd. Gemeinde Hennen, als Lehrer für Oestrich genannt, die Fortsetzung des Unterrichts wurde ihm aber nicht gestattet. Für 1841 wird der zuvor fünf Jahre als Vorsänger in Ergste tätige Kantor Meier Schönbach erwähnt. Er wurde unzutreffend auch als Religionslehrer geführt, da er zweimal „Schul gehalten“ bzw. Religionsunterricht erteilt hatte. 1842 forderte Friedrich Linning die Entfernung Schönbachs: „Seit einigen Jahren hat sich ein fremder ausländischer Jude namens Schönbach, unter dem Vorwande als Judenlehrer, hier heimlich eingeschlichen, derselbe weiß sich durch seine schlaue Aufmerksamkeit der Orts Polizei zu entziehen.“ 1843 waren in Oestrich acht jüd. Kinder schulpflichtig. 1845 bat der Schulamtskandidat Julius Alexander aus Santomyst (Prov. Posen) um eine Konzession. Er wollte in Oestrich eine Privatschule gründen und hatte mit der jüd. Gemeinde bereits einen Vertrag geschlossen. Seinem Antrag wurde (auf Widerruf) stattgegeben. Die Vorgabe lautete, 26 Stunden öffentlichen Elementarunterricht zu erteilen, für den Unterricht im Hebräischen – „wenn er verlangt werden möge“ – müssten zusätzliche Stunden angesetzt werden; dem Schulinspektor war ein Lektüreplan vorzulegen. 1846 wird der Lehrer Herz Joseph Friede erwähnt. 1851 schloss die jüd. Gemeinde Oestrich mit Lehrer Hermann Wolf (auch Wolff) einen Kontrakt; er hatte die Haindorfsche Lehrerbildungsanstalt besucht und die Prüfung in Soest abgelegt. 1852 wurde Lehrer Philipp Leiser, 1854 Lehrer Liep-

mannsohn als Elementarlehrer, Religionslehrer und Kantor verpflichtet. 1855 wird Lehrer Joel Goldberg aus Altena, der ebenfalls in Münster ausgebildet wurde und in Soest seine Prüfung abgelegt hatte, genannt. 1856 schloss Julius Wolf aus Greifenhagen einen Vertrag mit der jüd. Gemeinde. Obwohl er noch kein Examen hatte, besaß er wegen einer günstigen Beurteilung bereits die Konzession der kgl. Regierung Münster. Im Protokoll der 1856 durchgeführten Schulvisitation wird das Schullokal, eine „beschränkte“ Schulstube unter dem Dach der Synagoge, erwähnt. Lehrer Wolf, hieß es, sei „sehr engagiert“, 20 Kinder würden unterrichtet. 1857 wurde ein Schulanbau beschlossen und genehmigt, aber nicht ausgeführt. Im selben Jahr beschwerte sich Jakob Hirschfeld über Wolfs Amtsführung: Er habe mehrmals die Schule „ausgesetzt“, die Kinder nachmittags frei herumlaufen lassen und regele die Ferien „willkürlich“. Außerdem betreibe er „einen unerlaubten Handel mit homöopathischen Mitteln“. Die Schülerzahl betrug zu dieser Zeit 22 Kinder. 1858 heißt es, Moses und Jacob Hirschfeld lebten im Streit mit dem Lehrer Wolff, es gebe persönliche Reibungen. Die Lehrer von Oestrich würden nach kurzer Zeit regelmäßig entlassen: „In den letzten 5–6 Jahren hat die Gemeinde fünf Lehrer gehabt“; auch dem Lehrer Wolff habe der Oestricher Vorsteher Hirschfeld bereits ein Kündigungsschreiben zugestellt. 1858 schlug der christl. Schulinspektor vor, den Unterricht in der christl. Schule in Oestrich abzuhalten, was wegen Überfüllung der Schule aber abgelehnt wurde. Im selben Jahr forderte die Regierung den zwischenzeitlich in Limburg tätig gewordenen Lehrer Wolff auf, den Schulunterricht in Oestrich fortzusetzen. Der Vorsteher Hirschfeld wurde darauf hingewiesen, dass es sich nicht um die Privatschule einer einzigen Familie, sondern um die Schule der jüd. Gemeinden Oestrich und Letmathe handele, daher könne Hirschfeld nicht allein über das Lehrpersonal entscheiden. Die Kosten für die Besoldung des Lehrers wurden in den Etat übernommen. Da Wolff nicht zurückkehrte, stellten die Juden aus Oestrich und einzelne aus Letmathe 1858 den Lehrer Michael Felsenthal aus Offenbach am Glan an. Bei der Visitation 1859 unterrichtete er 18 bis 20 Kinder, 1860 kündigte Felsenthal. 1862 erhielt Lehrer Moses Rosenwald aus Schötmar, zuletzt in Bork tätig, einen Kontrakt für zwei Jahre. Die Schülerzahl schwankte zwischen elf (1862) und acht Kindern (1864). Auch 1864 wird Lehrer Moses Rosenwald erwähnt. Als letzter Lehrer wurde 1876 Spielhoff genannt, der sechs Kinder unterrichtete. 1888 richtete der inzwischen emeritierte Lehrer Rosenwald aus Iserlohn ein Unterstützungsgesuch an die jüd. Gemeinde Oestrich.

2.2.4 Die Oestricher Juden unterstützten zwischen 1828 und 1875 sporadisch mit ihren Spenden die Haindorfsche Stiftung.

2.3.1 Im Rahmen des Antrags für einen Synagogenneubau wurde 1842 auf Anordnung des Königs eine bevollmächtigte Gemeindevertretung gewählt: Salomon Aron als Vorsteher, die Händler Moses Samuel und Moses Joseph, Isaac Joseph sowie der Glaser Nathan Marcus. Bei der Konstituierung der Synagogen-Hauptgemeinde Limburg 1856 war Moses Hirschfeld aus Oestrich Gemeindevorsteher.

2.3.3 M. Aronstein war 1877 Vorsitzender des im selben Jahr gegründeten ‚Gesangsvereins Männerchor Oestrich‘. Als erfolgreicher Turner des Oestricher Turnvereins wird 1883/84 ‚Turner Cahnfeld‘ erwähnt.

3.1 Das 1844 eingeweihte Synagogengebäude auf dem ‚Beil am Kleeves‘ war auf Grundmauern aus Bruchsteinblöcken errichtet. Das Gebäude war 82 m², der Betsaal etwa 43 m² groß. Der Bauplan des Maurermeisters D. Liesenhoff sah einen Raum für den Gottesdienst vor, eine Empore und eine Schulstube, dafür waren Baukosten in Höhe von 971 Tlr. vorgesehen. Der zweite Kostenvoranschlag belief sich auf 1152 Tlr.; die Mehrkosten sollte der Gemeindevorstand aufbringen. Liesenhoff, der 1870 auch die neue Synagoge in Hohenlimburg entwarf, führte den Bau aus.

Im 19. Jh. befand sich im Haus von Simon Hirsch (Nr. 12 bzw. Nr. 14) am Oestricher Bach eine Mikwe, die 1960 zugeschüttet wurde.

3.3 Die Anlage eines Friedhofs wurde 1704 dem Juden Abraham Hertzig bei dessen Vergeleitung vom Grafen Friedrich Mauritz zugestanden. Der etwa 200 m² große jüd. Friedhof in Oestrich befand sich an der Kampstr./Auf dem Beil neben dem ev. Begräbnisplatz; bekannt war die Gegend als ‚Judenstennert‘. 1835 wurden dort die Brüder Simon und Michael Moses bestattet, bis 1856 mehr als 20 weitere Juden aus Letmathe und Oestrich. Begraben sind dort auch der Lehrer Herz Friede, der Vorsteher Moses Hirschfeld und Aron Aronstein. 1890 wurden sämtliche Grabsteine demoliert. Die letzte Bestattung fand vor dem Ersten Weltkrieg statt. Auf einem Foto von 1900 sind noch mehrere Grabsteine erkennbar, später wurden sie entfernt. Der Stadtrat beschloss 1960 eine Umgestaltung. 1961 wurde ein Gedenkstein zur Erinnerung an die Oestricher und Letmather Juden errichtet, dazu wurde ein Fundamentstein der vormaligen Oestricher Synagoge in den Boden eingelassen. Die ursprüngliche Größe des Begräbnisplatzes ist durch Wegplatten markiert. Die Juden aus Letmathe fanden ihre letzte Ruhestätte auf den Friedhöfen in Oestrich und Limburg.

4.1 Fürstlich zu Bentheim-Tecklenburgisches Archiv Rheda, Bestand Limburg Lit L Nr. 305. – LAV NRW Abt. W (Münster), Reg. Arnsberg II B Nr. 1124. – StadtA Iserlohn, Bestand C 1, Nr. 39, 40, 41, 48, 668, 792, 1489, 2730.

4.2 Lageplan der Oestricher Synagoge (1846) in: GÖTZ Bettge/KIRSTE Reinhard, Quellen zur Geschichte der Juden im Raum Iserlohn (= Iserlohner Contexte 6 und Stadtarchiv Iserlohn Beiträge und Mitteilungen 5) <Iserlohn 1989> 35. Foto der Oestricher Synagoge in: Die Synagogengemeinde Oestrich 442. Zeichnung und Foto der Synagoge sowie des Gedenksteins in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 444–445.

4.3 AZJ <2.9.1844, 28.2.1890>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 2–27 <1828–1875>. – BETTGE Götz, Quellen zur Geschichte der Juden in Kommunalarchiven im Raum Iserlohn. In: DERS./KIRSTE, Quellen zur Geschichte der Juden im Raum Iserlohn 34f.

4.4 EWIG Walter, Auf dem Judenfriedhof. In: Heimatblatt des Vereins für Orts- und Heimatkunde Oestrich 44,1 <Januar 1962>. – HEETMANN Richard, Die Synagogengemeinde Oestrich. In: SCHOSSIER Hermann (Hg.), Letmathe, eine aufstrebende westfälische Stadt im Sauerland <Letmathe 1961> 441–444. – HERZIG Arno, „Schutzjuden – Bürger – Verfolgte“. Die Geschichte der jüdischen Minderheit in Iserlohn <Iserlohn 1984> 21. – Oestrich: Geschichte und Geschichten, hg. von der Geschichts-Werkstatt Oestrich im Heimatverein Ortsring Oestrich <Oestrich 2010> 34–37, 68. – SCHÜTTE L., Der Bau der Judenkirche in Oestrich 1843. In: Süderland 21/22 <1929> 165–168. – TROTIER Peter, Letmathe im Dritten Reich. Eine westfälische Kleinstadt in der Zeit des Nationalsozialismus, ein Forschungsbericht <Iserlohn-Letmathe 2011> 129–147.

Arno Herzig

KAMEN

1.1 Stadt Kamen, Kr. Unna

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHztm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – Im 13. Jh. als *civitas* bezeichnet, 1346 Erweiterung des Stadtrechts.

Zum Synagogenbezirk Kamen gehörten laut Statut von 1857/58 die Stadt Kamen, ein Teil der zum Amt Pelkum gehörenden Gemeinden (u. a. Bönen und Altenbögge) sowie ein Teil der zum Amt Unna-Kamen gehörenden Gemeinden (u. a. Methler und Kaiserau).

2.1.1 Bereits 1348 wohnten Juden in der Stadt Kamen. In diesem Jahr stellte Graf Engelbert III. v. d. Mark einem Juden namens Samuel einen Geleitbrief auf sieben Jahre für Unna aus, demzufolge er dieselben Rechte erhalten sollte, „wie sie unsere anderen Juden in Hamm, in Unna und in Kamen haben“. Juden aus Kamen finden sich als Kaufleute beim Handel zwischen England und Flandern mit Russland. Nach den Pestpogromen von 1350 sind in Kamen für rund 50 Jahre keine Juden mehr nachweisbar. Die Vereinbarung des Grafen Engelbert III. 1372 mit der Reichsstadt Dortmund, den dort lebenden Juden die geschäftliche Betätigung auch im Märkischen zu gestatten, wirkte sich positiv auf die Wiederansiedlung von Juden in umliegenden Städten aus. 1403 gewährte der Rat der Stadt Dortmund auf Ersuchen des Grafen einem namentlich nicht bekannten Kamener Juden ein Geleit. 1413 stellte Graf Adolf von Kleve und Mark mit einem Sammelprivileg fünf jüd. Haushalte in Kamen unter seinen Schutz: Witwe Brüne, Gottschalk, Lewen, Moses und Leselm samt Frauen, Kindern und Gesinde, insgesamt vermutlich 20 bis 30 Personen. Für den auf acht Jahre ausgestellten Geleitbrief, der angelehnt war an den des ‚Natten zu Hamm‘, war eine jährliche Abgabe von 3 Gulden zu zahlen, die Ausübung des Geldverleihs war ihnen erlaubt. Wahrscheinlich wohnten in Kamen im 15. Jh. mehr Juden als in jeder anderen Stadt in der Grafschaft Mark. Dazu hat sicher beigetragen, dass Kamen bis zum Beginn des 15. Jh. neben Hamm zweite Residenzstadt der Landesherrn war. Ihre Bedeutung als Hansestadt und die große Zahl der adligen Burgmannen dürfte die Nachfrage nach entsprechenden Gütern und Kapitalien (auch Darlehen) erhöht haben. Dies machte die Stadt für die Ansiedlung von Juden als Finanzfachleute attraktiv. 1434 scheint die ‚Judensteuer‘ nicht gezahlt worden zu sein, denn König Sigismund entsandte seinen Reichserbkämmerer Konrad von Weinsberg – „der ungehorsamen Juden wegen“ – von Köln in die Gft. Mark, u. a. nach Kamen. Die Entsendung hatte offenbar keinen Erfolg, da der Herzog v. Kleve und Graf v. d. Mark den Juden weiterhin Schutz gegenüber solchen Forderungen bot. Im Laufe des 15. Jh. wurden die Juden aus verschiedenen märkischen Städten ausgewiesen, auch die Gemeinde in Kamen löste sich auf. Bis zum Ende des Jh. ließ die wirtschaftliche und territoriale Bedeutung Kamens erheblich nach, da Hamm die märkischen Zentralfunktionen nun allein wahrnahm.

Im 16. Jh. hielten sich Juden nur zeitweise in Kamen auf. 1581 erwirkte der Marschall und Droste von Unna, Dietrich von der Reck, die Freilassung des Juden Salomon, der 1580 von Unna nach Kamen reisen wollte und in Kamen widerrechtlich festgesetzt worden war. 1604 blieb der Jude Abraham dem Rat der Stadt Kamen eine Jahresabgabe von 6 Rtlr. schuldig; die Nachzahlung wurde ihm aber erlassen. Beim Verhör von Führungspersonlichkeiten der westfälischen Judenschaft 1607 aus Anlass der angeblichen Frankfurter Rabinerverschwörung von 1603 wurde auch Hirz aus Kamen befragt, in dessen Haus eine Besprechung zur Vorbereitung des Treffens in Frankfurt stattgefunden hatte. Nach dem Übergang der Grafschaft Mark an Brandenburg gewährte der Große Kurfürst 1656 allen jüd. Familien in seinen westlichen Landesteilen

einen allgemeinen Schutzbrief, er galt für 40 Familien in Kleve und Mark. 1658 erhielt Meyer Moses ein Geleitpatent für Kamen, 1659 Salomon Moses; beide hatten jährlich 6 Rtlr. Tribut zu entrichten. Zu dieser Zeit siedelten sich Juden wieder dauerhaft in Kamen an. Als 1661 der Kurfürst 47 jüd. Familien in der Gft. Mark vergeleitete, waren darunter drei aus Kamen. 1680 ließ sich die Stadt Kamen beim Hammer Juden Jordan Simon 100 Reichstaler. Bald darauf gab es entsprechende Geldverleiher auch in Kamen, 1692 und 1698 ist Mathias Moises mehrfach als solcher genannt. Zwischen 1702 und 1713 war Nathan Mathias (eventuell der Sohn von Mathias Moises) Gläubiger der Stadt Kamen, er ließ der Stadt 431 Rtlr. zur Begleichung von Kontributionsleistungen. 1703 vergeleitete die Klever Regierung Moses Salomon für Kamen, 1705 Borckardt Meyer, 1706 Melchior Mathias und 1729 Isaak Melchior. Um Schulden bei Juden (1727 z. B. bei Melchior Mathias) zu bezahlen, liehen sich Kamener Bürger 1719, 1727 und 1738 Geld von den Hospitalarmen bzw. bei der reformierten Kirchengemeinde. Nach dem ‚Historischem Bericht von der Stadt Camen‘ aus dem Jahr 1722 bestand die Einwohnerschaft damals aus 1413 Personen in 289 Familien sowie zusätzlich fünf jüd. Familien, „welche schlachten und allerhand handlung treiben“. Im Zeitraum 1725 bis 1737 sind in Kamen die Juden Nathan Heymann, Nathan Matthias, Melchior Matthias und Moses Philip nachgewiesen, die ihren Lebensunterhalt als Händler, Pfandleiher bzw. Schlachter bestritten. Für 1751 werden Meyer Nathan, Levy Nathan, Isaac Nathan, Isaac Melchior, Brunella Hertz (Witwe des Melchior Matthias) sowie der nicht vergeleitete ‚Bediente der Judenschaft‘ und Totengräber, Gottschalk Meyer genannt. Während des Siebenjährigen Krieges wurden jüd. Familien im Rahmen von Kontributionen mehrfach zu hohen Abgaben herangezogen, so 1757 Isaac und Levi Nathan (Letzterer verfügte seit 1736 über einen Schutzbrief), 1761 die Judenschaft insgesamt. 1766 waren die Kamener Juden als Schlachter, Händler, Pfandleiher bzw. Pferde-/Viehhändler tätig. In diesem Jahr verfügten die vier jüd. Kamener Familienvorstände über folgendes Kapital: Levi Nathan 3100 Rtlr., Leifmann Melchior (seit 1753 im Besitz eines Schutzbriefes) 1700 Rtlr., Marcus Hertz 1000 Rtlr. und Bernd Melcher 100 Reichstaler. Isaak Melchert besaß kein Vermögen, er fehlt in der Aufzählung von 1768. Das Vermögen des Bernd Melcher stieg bis 1768 auf 1000 Rtlr., Marcus Hertz konnte sein Vermögen auf 2000 Rtlr. verdoppeln. Marcus Hertz gehörte zu den jüd. Geschäftspartnern der seit der Mitte des 18. Jh. betriebenen Eisenhütte im kurkölnischen Wocklum, von ihm sind Rechnungen und Quittungen aus den Jahren 1777 bis 1787 überliefert. Hertz erhielt 1770 die Genehmigung zum Hausbesitz, 1779 die Konzession zur Eröffnung eines Kaufmannsladens; 1788 zog er nach Hamm. Aufgrund einer kurfürstlichen Verordnung von 1767 gegen die im Vest Recklinghausen handelnden Juden wurde 1773 mehreren Kamener Schutzjuden der Kauf von Rindern und Schafen auf dem Dattelner Markt untersagt, wogegen der Bürgermeister von Kamen protestierte. 1772 beklagte der Schichtmeister – der als Vertreter aller sechs Kamener Schichte für die Bürgerschaft sprach – über die Nichtbeteiligung der Judenschaft an der Ausbesserung der Wege. Der Obervorsteher der märkischen Judenschaft, Ansel Hertz, verteidigte die Kamener Juden, er verwies auf die „unerlaubte Plackerey“ der ohnehin ständig finanziell gebeutelten Minderheit. Die Märkische Kammerdeputation in Hamm pflichtete ihm bei und bestimmte, dass die Kamener Juden „auch ferner von dergleichen Arbeiten frey zu lassen“ seien. Doch der Magistrat der Stadt Kamen sah das anders, schließlich hätten sich die Juden schon 1768 von der Reparatur der Viehstraße durch eine Geldabgabe von den Arbeiten befreien lassen. Die Juden seien „an diesem Orthe wie notorisch in so guthen Umständen“, dass sie „in die Zahl der vermögensten Bürger“ zu rechnen seien. 1773 zahlten die Juden 50 Rtlr. als Beitrag zur Reparatur des Rathauses und waren damit von allen Kommunalabgaben befreit, das galt auch für ihre Nachkommen. Eine weitere Belastung stellte der 1769 eingeführte Zwang zum Export von Waren der Berliner Porzellanmanufaktur dar. David Isaac

musste 1779 im Gegenzug für den ihm drei Jahre zuvor erteilten Schutzbrief Porzellan im Wert von 300 Rtlr. kaufen und für dessen Export ins Ausland sorgen. 1775 meldete das Kamener Krameramt, dass zwei ihrer Amtsbrüder den Judenknecht Wolff mit einem unversiegelten Warenpaket angetroffen und ihm das Paket abgenommen hätten. Wolff möge ‚reglementmäßig‘ bestraft werden, denn nach dem ‚Hausier-Edikt‘ von 1749 war es Juden nur erlaubt, Waren auszuliefern, wenn diese versiegelt transportiert wurden sowie mit dem Bestellbeleg des Kunden und einem Passierschein des Torschreibers versehen waren; Wolff konnte unter Beibringung von Zeugen den Verdacht entkräften. 1791 beschwerte sich Ansel Hertz, Obervorsteher der märkischen Judenschaft, bei der Hammer Kriegs- und Domänenkammer über drei ‚Judenknechte‘, die sich in Kamen aufhielten. Diese würden zum Teil auf eigene Rechnung, zum Teil auf Rechnung ihrer Herren einen Handel treiben, der sich über Unna und Schwerte sowie fast das ganze Sauerland erstreckte und den Schutzjuden erheblich schaden würde. Die Kammer in Hamm wies den Kamener Magistrat an, die drei Knechte der Stadt zu verweisen, es seien die verschärften Vorschriften für unvergeleitete Juden zu beachten. Besonders schwerwiegend sei der Fall des Knechtes Moses, der bei dem Schutzjuden Leifman Melchers in Kamen „in die Kost gehe“. 1785 erließ der Kamener Magistrat eine spezielle ‚Schlachordnung‘ für jüd. Schlachter, in der die Anzahl der Schlachtungen, die namentliche Reihenfolge der Schlachter und die Strafen bei Verfehlungen aufgeführt waren. 1793 legten die Kamener Juden bei einer Generalversammlung fest, welchen jährlichen Beitrag die einzelnen Familien zu den jährlichen Schutz-, Rekruten-, Münz-, Silberlieferungsgeldern und sonstigen Abgaben zu zahlen hatten: Meyer Isaac hatte demnach 30 Rtlr. aufzubringen, Hertz Moses 25 Rtlr., Aron Elias und Meyer Moses je 23 Rtlr. sowie David Isaac 20 Reichstaler. Der am höchsten veranlagte Meyer Isaac hatte drei Jahre zuvor die landesherrliche Genehmigung zum Betrieb eines offenen Kaufmannsladens erhalten. 1798 waren acht Familienvorstände – jeweils mit Knecht und Magd – ansässig: die drei Ordinarii David, Meyer und Aron Elias, die drei Extraordinarii Bernd Melchior (seit 1765 mit Schutzbrief), Hertz Moses und Meyer Moses, ferner die beiden ‚publiken Bedienten‘ Hertz Melchior (bzw. 1801 seine Witwe Lene Jacob) und Moses Gottschalk. 1800 wurden neun in Kamen ansässige jüd. Familien gemeldet, zu denen neun Kinder unter zehn Jahren gehörten. 1801 war statt Hertz Melchior seine Witwe Lene Jacob verzeichnet. 1802 hatte Kamen 43 jüd. Einwohner.

2.1.2 Meyer Isaac aus Kamen handelte mit Eisen und bezog es 1810 bis 1813 von der Wocklumer Hütte bei Balve. Als die napoleonischen Truppen 1813 letztmalig mit 2300 Mann in Kamen Quartier machten, forderten sie – unter Androhung, man werde ansonsten die Stadt anzünden – eine große Menge Fourage. Mit der Aufbringung beauftragte man den bedeutendsten Pferdehändler der Stadt, Herz Moses (Herzberg). Da ihm dies unter Aufbietung all seiner Vorräte gelang, galt er als Retter der Stadt, er musste sich jedoch jahrelang um eine Entschädigung dafür bemühen. Als einziger Kamener Gefallener der Befreiungskriege wird der 17-jährige jüd. Handlungsdiener Salomon Herzberg (geb. 1798) genannt, der als Freiwilliger beim 1. westfälischen Landwehr-Kavallerie-Regiment stand, er kam in der Schlacht bei Ligny 1815 ums Leben.

Der Jude Daniel Heymann kam 1813 nach Kamen, 1820 folgte der Blaufärber Moises Marx, 1827 Heymann Jacobi, der 1828 das erste Kamener Fleischereigeschäft eröffnete. Für 1832 sind verzeichnet der Vieh- u. Häutehändler Leeser Stern, der Bettfedernhändler Salomon Bär, die beiden Leinsamen- und Garnhändler Abraham Jacob Jacobi und Leser Jonas sowie der Ellen-, Spezereiwaren-, Viktualien- und Stabeisenhändler Isaac Herzberg. 1843 kamen als Viehhändler die Brüder Abraham und Levi Lifmann aus Dinslaken nach Kamen. 1846 finden sich in Kamen als selbständig tätige Juden die Handelsleute Gottschalk Haindorff, Heymann Jacobi, Samuel Ney, Ruben Selig, Leeser Stern und Levi Stern, ferner die Metzger Salomon Bar, Abraham Hey-

mann, Daniel Heymann, Abraham Jacob Jacobi, Leser Jonas, Abraham Lifmann, Eli Joseph Lucanus, Bernhard Selig und Nathan Selig, die Pferdehändler Daniel Meier Bürger, Isaac Herzberg, Meyer Herzberg, Elias Marcus und Moses Marx sowie der Glaser und Anstreicher Isaac Heymann, der Lohgerber Abraham Moses Aronheim, der Lehrer Aron Bon[n]in und Robert Marcus. Moises Marx, Heymann Jacobi und Abraham Moses Aronheim hatten jeweils mindestens zehn Kinder.

Am Ende des 19. Jh. waren auch in Kamen antisemitische Tendenzen zu erkennen. In einer Gaststätte bezeichnete ein Lehrer drei jüd. Gäste als ‚Judenlummel‘, Ende des Jahres 1900 wurden auf dem jüd. Friedhof zwei Grabsteine beschädigt. Bei der Einweihung der neuen kath. Kirche in Kamen 1902 verwies der Prediger der jüd. Gemeinde Kamen, Gossel, in seiner Tischrede dagegen auf das Einvernehmen „zwischen Mitgliedern der katholischen und denen der jüdischen Gemeinde“. Er erinnerte auch daran, dass die kath. Gemeinde im Jahr zuvor Anteil an den Einweihungsfeierlichkeiten der neuen Synagoge genommen habe. Zwei Juden aus Kamen nahmen am Feldzug von 1870/71 teil. Während des Ersten Weltkriegs wurde der jüd. Sanitäter Adolf Wolff mit der ‚Fürstlich Lippischen Kriegsehrenmedaille‘ ausgezeichnet, sein Bruder Fritz Wolff und der Landsturmmann Hermann Rosenberg mit dem EK II. Im ersten Jahrzehnt des 20. Jh. traten aus Kamen Sally Jacoby und Ernst (Hermann Elias) Marcus sowie Otto Marcus zum christl. Glauben über.

Für die ersten drei Jahrzehnte des 20. Jh. lassen sich folgende Geschäfte mit jüd. Inhabern in Kamen nachweisen. Isaak Wolff hatte vor 1914 einen Rohprodukten- und Schrotthandel eröffnet. Das 1898 von Max Eisenstädt gegründete Warenhaus führte 1922 Isidor Wallach fort (Mitinhaber 1922 bis 1930 Julius Levy); 1924 waren dort 47 Mitarbeiter beschäftigt. Bruno Herz war 1923 Inhaber eines Viehhandels, später eines Schuhhandels. Konfektionsgeschäfte betrieben Isaak Heymann (1902 bis 1914) und Benjamin Bernhard Kaufmann (von Albert Keil übernommen). Otto Marcus übernahm das 1896 gegründete Geschäft Markt 10, 1923 dann eine Filiale der ‚Ruhr-Hellweg-Bank‘. Der 1840 geborene Rudolph Joseph Marx führte das Geschäft seines Vaters Moises (Bahnhofstr. 57) weiter und baute es zu einem angesehenen Textilgeschäft aus. Joseph Jacob arbeitete als Optiker. Der Uhrmacher Josef Kupperschlag (sein Vater Samuel war 1862 nach Kamen gekommen) musste seinen Laden 1928 schließen. Benjamin Lyon betrieb seit 1871 einen Töpfereiwarenhandel, seit 1892 eine Schreibwaren- und später eine Woll- und Weißwarenhandlung, 1910 musste er schließen. Felix Reinberg hatte ein Elektrogeschäft, Arthur Reinberg war Sattler und Polsterer, Karl Langstadt (seit 1898 in Kamen) war Inhaber der Fa. Gebr. Wolff aus Dortmund (Getreide, Früchte, Kolonialwaren). Abraham und Fritz Wolff lebten vom Altwarenhandel. Metzger waren Moses Jacoby (dann Hugo Jacoby), Josef Jacob, Michael Ruhr sowie bis 1933 seine Söhne Heinrich und Felix Ruhr, ferner Adolf Sternberg (seit 1915 Sohn Ludwig/Louis Sternberg) und Jacob Voos. Als Viehhändler betätigten sich Abraham Jacoby, Hermann Lifmann und Philipp Nathan. Die NS-Presse berichtete 1930 nach einer Konfrontation zwischen SA und Reichsbanner, dass der Metzger Hugo Jacoby „die Kommunisten mit armdicken Wurstkneipeln ausgestattet“ habe. Nachdem Hermann Marcus während der Wirtschaftskrise 1931 Konkurs hatte anmelden müssen, nahm er sich mit seiner Frau und seiner Tochter das Leben.

In Altenböge (heute Teil der Gemeinde Bönen) errichteten 1914 die in Kapellen geborenen jüd. Schwestern Eva und Clara Kaufmann ein Wäschegeschäft in der Zechenstr., Bergleute der Zeche Königsborn kauften bei ihnen Arbeitskleidung. Seit 1910 lebte der Jude Adolf Keil mit seiner Frau Laura in Altenböge, er eröffnete auf der Bismarckstr. 125 das erste Kaufhaus im Ort. Krankheitsbedingt zog er 1929 mit seiner Familie nach Hannover und vermietete das Geschäft an den aus Elberfeld stammenden Juden Carl Friedenberg. Friedenberg lebte seit 1924 mit seiner Frau Hanna geb. Wolff im Ort. Das Geschäft Keil musste 1932 aufgegeben werden, Friedenberg zog

nach Wesel. Laura Keil kehrte 1930 – nach dem Tod ihres Mannes – nach Altenböge zurück. Im Kirchdorf Bönen lebten 1846 Ruben und Herz Reinberg, für 1849 sind dort sieben Juden nachgewiesen. Sally Brandenstein betrieb seit 1906 in Bönen ein Manufakturwarengeschäft (Bahnhofstr. 146), das er 1932 aufgeben musste.

In Methler (heute ein Stadtteil von Kamen) war 1826 der Lumpensammler David Levi auf den ‚Gnadenthaler‘ angewiesen. 1846 nahm er den festen Familiennamen Lyon an, 1847 wird er als ‚Invalide‘ bezeichnet. Sein Sohn Benjamin wurde zum Buchbinder ausgebildet. In Westick bei Kamen (heute Teil von Kamen-Methler) lebte um die Wende zum 20. Jh. der aus Herbede gebürtige Hugo Rosenbaum mit seiner Familie. Nachdem er 1912 in Kaiserau (heute ebenfalls Teil von Kamen-Methler) das Haus Kreisstr. 148a erworben hatte, betrieb er dort seit 1923 ein Textilgeschäft.

In die nördlich an Kamen angrenzende Stadt Bergkamen zogen vor dem Ersten Weltkrieg der aus Ungarn gebürtige jüd. Kaufmann Hermann Hertz und seine deutsche Ehefrau Amalia geb. Blumenthal aus Castrop. Sie führten ein Bekleidungs- und Textilwarengeschäft in der heutigen Präsidentenstraße. Die Töchter besuchten die örtliche Schule. In Overberge (heute Stadtteil von Bergkamen) lebte seit 1926 der 1899 in Bochum geborene Jude Max Herrmann. Er war im Ersten Weltkrieg mit dem EK II ausgezeichnet worden und unterhielt ein Friseurgeschäft in der heutigen Werner Straße, in dem er zusätzlich Tabakwaren verkaufte. 1931 heiratete er die Overberger Schneiderin Alma Wendel, die fortan als Inhaberin des Geschäfts firmierte.

2.1.3 1933 wurden politisch engagierte Kamener Juden, darunter der Metzger Hugo Jacoby, der Elektriker Felix Reinberg und Albert Keil (Letzterer wegen „Beleidigung des Reichskanzlers“) im KZ Bergkamen-Schönhausen inhaftiert. Arthur Reinberg und Louis Sternberg protestierten vergeblich gegen den Boykott jüd. Geschäfte. Sie hatten beantragt, weiterhin an Parteimitglieder und Beamte verkaufen zu dürfen, Reinberg begründete das mit seiner nationalen Einstellung als ehemaliger Frontkämpfer. Im Frühjahr und Sommer 1935 organisierte die NS-Hago (Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation) eine gauweite ‚Aufklärungskampagne‘, zu der auch ‚Aktionen‘ in Kamen zählten. Adolf Wolff wurde im Juli 1935 wegen ‚Rassenschande‘ drangsaliert und inhaftiert. Zum Kamener Schwimmbad hatten Juden seit Aug. 1935 keinen Zutritt mehr, nach Verkündung dieses Verbots wurde demonstrativ das Wasser des Schwimmbeckens ausgetauscht. Zahlreiche jüd. Geschäfte hatten zu diesem Zeitpunkt in Kamen bereits geschlossen. An den Eingangsstraßen wurden Schilder mit der Aufschrift: „Juden in unserer Stadt unerwünscht“ aufgestellt, in der Stadt gab es eine ‚Prangertafel‘ mit den Namen derjenigen, die in jüd. Geschäften eingekauft hatten. Als Fritz Wolff im Aug. 1935 seinen Geburtstag feiern wollte, wurde die ‚Judenzusammenkunft‘ aufgehoben, die Zeitung berichtete, dass alle Teilnehmer in ‚Schutzhäft‘ genommen worden seien. Im Febr. 1936 schloss die Polizei wegen angeblicher hygienischer Mängel die Metzgerei von Jacob Voos (Schulstr. 2), die dieser seit 1897 betrieben hatte. 1936 mussten sich ‚arische‘ Kunden vor der Polizei rechtfertigen, weil sie bei Inhabern jüd. Geschäfte eingekauft oder mit ihnen Unterhaltungen geführt hatten.

1938 wohnten zwölf jüd. Familien mit insgesamt 33 Personen in Kamen. Der Heimat- und Verkehrsverein stellte am 4. Nov. 1938 beim Bürgermeister den Antrag auf Entfernung der hebr. Inschrift am vormaligen Synagogengebäude (Kämerstr. 39), „die unserer deutschen Landschaft nicht zur Zierde und den hiesigen Juden nur zu billigem Triumphe“ gereiche. Im Rahmen der ‚Polenaktion‘ wurde die in Polen geborene und seit 1926 in Kamen ansässige Guste/Gittel Rosenfeld, die bis 1936 ein kleines Herrenkonfektionsgeschäft am Markt 17 betrieben hatte, mit ihren Kindern ins polnische Grenzgebiet abgeschoben. Ihr Mann war 1929 in die Heilanstalt Lengerich eingewiesen worden, 1940 wurde er in der Tötungsanstalt Brandenburg ermordet. Mitte 1938 existierten in Kamen noch fünf Gewerbebetriebe mit jüd. Inhabern: die Fleischerei

Hony/Kaufmann, die Polsterei Arthur Reinberg, das Herrenkonfektionsgeschäft der Witwe Guste Rosenfeld, die Fleischerei Ludwig Sternberg und die Rohproduktenhandlung Fritz Wolff. Während des Novemberpogroms 1938 gab es Übergriffe auf jüd. Geschäfte und Wohnungen, Fensterscheiben wurden bei Kaufmann (Rottstr.), Wolf & Sohn (Markt) sowie bei Reinberg (Weststr.) zerstört. Mehrere jüd. Männer kamen für einige Wochen ins KZ Sachsenhausen, darunter die über 70-jährigen Jakob Voos und Philipp Nathan, der 15-jährige Erwin Reinberg mit seinem Vater Arthur, Richard Meyer (starb auf dem Transport in Stendal an den ihm zugefügten Verletzungen), Erich Hony und Robert Voos. Da die Stadtverwaltung die Synagoge gekauft und der Abriss schon begonnen hatte, wurde sie während des Pogroms nicht in Brand gesteckt. Im Rahmen der „Ausschaltung von Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ wurden Ende 1938 weitere Betriebe von jüd. Kaufleuten und Firmeninhabern ‚arisiert‘. Im Juli 1940 meldete die Kamener Zeitung: „Ein Jude tarnte sich und sein Geschäft“. Gemeint war Walter Joseph, der in der Oststr. 19 ein Kurzwarengeschäft betrieb. Er war als Kleinkind ev. getauft worden und hatte eine Protestantin geheiratet. Als Anhänger des Nationalsozialismus hatte er Hakenkreuzfähnchen ins Schaufenster gestellt. Sein Sohn war Mitglied der HJ, was den Behörden im Okt. 1939 auffiel. Walter Joseph wurde 1940 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, musste Zwangsarbeit leisten und wurde im KZ Auschwitz ermordet. Aus dem Deutschen Reich ausgebürgert wurden die Kamener Ernst Aronheim, Cäcilia Gellhorn, Lina Hony, Bruno Löwenthal, Felix Reinberg und Ella Strauß. Fritz (Friedrich) und Herbert (Hermann) Sternberg mussten Zwangsarbeit im Tiefbau leisten. 25 Juden konnten emigrieren, darunter Fritz Wolff in die USA und Arthur Reinberg nach Chile. Bis 1940 waren acht Juden (Lina Hony, Joseph Jacob, Hermann Lifmann, Josephine Nathan, Lucas Reinberg, Heinrich Ruhr, Adolf Wolff und seine Mutter Therese Wolff) in Kamen gestorben, elf Juden lebten 1940 noch in der Stadt. Ins Ghetto Zamość wurden aus Kamen im April 1942 Ludwig (Louis) Sternberg mit seiner Ehefrau Emmi und den Kindern Fritz, Herbert und Ruth sowie seiner Schwester Johanna deportiert, ins Ghetto Theresienstadt im Juli 1942 (über Dortmund) Friederike Hony mit Sohn Leo Erich, ferner Philipp Nathan und Adolf Sternberg. Nach der Deportation der Eigentümer ging das Wohnhaus Hony, Weststr. 47, im Juli 1942 in den Besitz der Stadt Kamen über.

In Altenböge (heute Gemeinde Bönen) beschloss der Gemeinderat am 4. Sept. 1935, Juden von Aufträgen der Gemeinde auszuschließen, das Gleiche galt für diejenigen, die mit Juden verkehrten oder in Geschäftsverbindung standen. Laura Keil, deren Geschäft im März 1935 ‚arisiert‘ worden war, besuchte 1937 ihre beiden Töchter in Palästina, kehrte aber zurück. Bis 1939 lebte sie von den Resten ihres Vermögens und flüchtete mit Kriegsbeginn nach Belgien, wo sie sich bis 1945 verstecken konnte. Das Geschäft der Eva Kaufmann wurde 1936 wegen geringfügiger Zahlungsrückstände für einen Monat unter Zwangsverwaltung gestellt, im Sept. 1937 wurde es ‚arisiert‘ und zur Filiale eines Hammer Textilgeschäftes. Eva Kaufmann kehrte in ihren Heimatort Kapellen zurück und unterhielt dort mit ihren Schwestern ein Weißwarengeschäft, das 1938 zerstört wurde, 1941 wurde sie von Köln nach Lodz deportiert. Adolf und Clara Poppert mit ihrer 1920 in Altenböge geborenen Tochter Ruth entkamen nach England.

In Bönen wurde der Zahnarzt Dr. Hans Ortlepp, der eine jüd. Mutter hatte, 1934 gezwungen, seine Praxis zu schließen; mit seiner Familie zog er nach Unna. Bis 1939 unterstützte ihn sein dort lebender Vater, dann erhielt er die Erlaubnis, wegen „hoher Verdienste im Kampf gegen die Spartakisten“ als Assistent seines Vaters zu wirken. Im Mai 1939 übernahm er eine freiwerdende Praxis in Holzwickede, erhielt jedoch keine Zulassung zur Knappschaft. Sally Brandenstein, 1935 wegen ‚Rassenschande‘ in Hamm inhaftiert, ließ sich 1936 von seiner kath. Ehefrau scheiden; 1937 folgte die ‚Arisierung‘ des Geschäftes. Anfang 1939 gelang ihm die Flucht nach Shanghai, wo er 1942 starb.

In Kaiserau (heute Kamen-Methler) führte Melanie Rosenbaum 1932 nach dem Tod ihres Mannes Hugo Rosenbaum das Textilgeschäft in der Kreisstr. 148a mit ihrem 1908 in Westick geborenen Sohn Kurt weiter; 1935 musste es geschlossen werden. Kurt Rosenbaum war im Nov./Dez. 1938 im KZ Sachsenhausen inhaftiert, 1943 wurde er nach Auschwitz deportiert. Melanie Rosenbaum versuchte 1941, zu ihrer Tochter nach Palästina zu gelangen. Da man ihr die Einreise verweigerte, musste sie zurückkehren und wurde im April 1942 ins Ghetto Zamość deportiert.

Der in Bergkamen lebenden vierköpfigen jüd. Kaufmannsfamilie Hertz wurde im Juni 1935 die ihr 1921 gewährte preuß. Staatsbürgerschaft entzogen. 1936 musste Hermann Hertz einen geplanten Besuch in Ungarn absagen, da ihm die Rückkehr nach Deutschland verweigert worden wäre. Anfang 1938 musste er sein Geschäft aufgeben und unter Wert verkaufen. 1940 gelang ihm mit seiner Familie die Ausreise über Kuba und Mexiko in die USA. In Bergkamen-Overberge lebte 1933 der Friseur und Geschäftsmann Max Herrmann mit seiner nichtjüd. Frau. Während der Pogromnacht 1938 blieben sie unbehelligt, mussten am 11. Nov. auf Anweisung des Amtsbürgermeisters in Pelkum jedoch vorübergehend ihren Laden schließen, um ‚Störungen‘ der öffentlichen Ordnung zu vermeiden. Sechs Wochen war Max Herrmann im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Anfang 1939 gab das Ehepaar den Betrieb in Overberge auf und zog nach Köln. Bis 1945 konnte Max Herrmann in wechselnden Verstecken überleben. Er kehrte nach Overberge zurück, wo seine Frau das frühere Friseurgeschäft wieder eröffnet hatte. 1951 wanderte das Ehepaar mit den 1942 und 1947 geborenen Söhnen in die USA aus.

2.1.4 Von den aus Kamen deportierten Personen haben sechs überlebt: Anna Bauer, Otto Heymann, Hannelore Jacoby, Edith Rosenfeld, Theodora Schiefbahn und Karl Stern. Über 20 Rückerstattungsverfahren wurden in der Stadt abgewickelt. Seit den 1980er Jahren wohnen wieder einige Juden in der Stadt, die aber keine Nachkommen der früher dort wohnenden Familien sind. Die Stadt Kamen unterhält Kontakte zu ausgewanderten Juden, vornehmlich in den USA, Südamerika und Israel, darüber hinaus besteht eine Partnerschaft mit der Stadt Eilat in Israel. Ein Mahnmal für die jüd. Opfer der NS-Herrschaft – entworfen vom Steinmetzmeister Hans Determann in Kamen – wurde 1978 in der Nähe des ehemaligen Standortes der 1901 erbauten Synagoge errichtet, 2015 wurde eine Platte zur Erinnerung an die ehem. Synagoge ergänzt. Seit 1998 trägt eine Straße im Stadtkern den Namen ‚Julius-Voos-Gasse‘. Seit 2005 befindet sich im ‚Haus der Kamener Stadtgeschichte‘ eine Gedenktafel mit den Namen und Schicksalen der NS-Opfer. 2006 verlegte der Kölner Künstler Günter Demnig die ersten ‚Stolpersteine‘ in Kamen. Auch in Bönen wurden seit 2011 ‚Stolpersteine‘ verlegt.

2.2.1 In Kamen wohnten im 18. Jh. jeweils vier bzw. fünf jüd. Familien, 1798 acht Familien. 1811 werden acht Familien mit insgesamt 49 Angehörigen (ohne Gesinde) für Kamen aufgelistet. 1818 waren von etwa 2000 Einwohnern 52 Juden. 1839 lebten in Kamen 76 Juden, 1840 waren es 88, 1843 bereits 108 und 1858 dann 146. 1871 waren von 3728 Einwohnern 741 kath., 2855 ev., 130 jüd. Glaubens, zwei gehörten anderen christl. Gemeinden an, 1895 waren von 7561 Einwohnern 2230 kath., 5226 ev. und 105 jüd. Glaubens, 1925 waren von 11 686 (!) Einwohnern 3389 kath., 7655 ev., 92 jüd. Glaubens und 187 bekenntnislos. 1932/33 lebten in Kamen 78 Juden.

In Altenbögge (1951 mit Bönen zusammengeschlossen) waren 1925 von 4379 (!) Einwohnern 1328 kath., 2449 ev., sieben jüd. Glaubens und 144 bekenntnislos; 1932/33 lebten dort acht Juden. Im Kirchdorf Bönen lebten 1849 sieben Juden. 1925 waren in der Gemeinde Bönen von 2997 (!) Einwohnern 603 kath., 2262 ev., einer jüd. Glaubens und 26 bekenntnislos. In Methler (heute Kamen) waren 1925 von 2220 (!) Einwohnern 360 kath., 1845 ev., fünf jüd. Glaubens und vier bekenntnislos. In Kaiserau (heute Kamen-Methler) lebten 1932/33 vier Juden. In der Stadt Bergkamen waren 1925 von

7173 [!] Einwohnern 1827 kath., 4827 ev., fünf jüd. Glaubens und 223 bekenntnislos; 1932/33 lebten dort vier Juden. In Overberge (heute Bergkamen) waren 1925 von 1500 [!] Einwohnern 384 kath., 1085 ev., zwei jüd. Glaubens und 21 bekenntnislos. In Rünthe (heute Bergkamen) waren 1925 von 5803 [!] Einwohnern 2404 kath., 2976 ev., drei jüd. Glaubens und 293 bekenntnislos.

Nach den Statuten der Synagogengemeinde Kamen von 1857/58 gehörten zum Synagogenbezirk die Stadt Kamen, ein Teil der zum Amt Pelkum gehörenden Gemeinden (u. a. Bönen und Altenböge) sowie ein Teil der zum Amt Unna-Kamen gehörenden Gemeinden (u. a. Methler, Westick, Wasserkurl und Kaiserau). 1913 werden Unteremeinden in Heeren und Westick erwähnt, 1924/25 in Kurl, weitere Angaben liegen nicht vor. 1932 wurde auch die Stadt Bergkamen dem Synagogenbezirk zugerechnet. Die Juden in Husen – die Gemeinde wurde 1928 nach Dortmund eingemeindet – gehörten 1932 zum Synagogenbezirk Kamen; im 19. Jh. gehörte die Gemeinde politisch zum Amt Aplerbeck, die religiöse Zugehörigkeit ist unklar. Zumindest in den beiden ersten Jahrzehnten des 20. Jh. war Kamen eine Mitgliedsgemeinde im DIGB. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörten die in Kamen wohnenden Juden zur jüd. Gemeinde Dortmund.

1846 veröffentlichte die AZJ 1846 den Beschluss der Kamener Gemeinde, sich „den Anordnungen der Rabbinerversammlung“ anzuschließen, die verschiedene Reformen anstrebte. 1860 lobte die Zeitung fortschreitende Reformen in Schule und Kultus, darunter auch Chorgesang und Orgelbegleitung im Gottesdienst. 1883 nahm der Kamener Bürgermeister Anstoß daran, dass der Kultusbeamte Joseph Gossel – wie in anderen liberal geprägten jüd. Gemeinden – bei Gottesdiensten einen den protestantischen Pfarrern ähnlichen Ornat trug. In der 1901 eingeweihten neuen Synagoge war eine Orgel vorhanden, auch von einem Synagogenchor wird berichtet. 1930 betrug der Gemeindeetat 3500 Mark. 1932/33 waren von 78 Juden in Kamen 20 Steuerzahler. 2.2.2 Im 15. Jh. waren die Kamener Juden in religiöser Beziehung nach Dortmund orientiert, dort bestand zu dieser Zeit die einzige westfälische Gemeinde, die über Mikwe, Synagoge und Friedhof verfügte. 1690 erbaute die Gemeinde eine eigene Synagoge, deren Standort nicht bekannt ist. 1756 wird ein Betraum im Haus Nr. 170 (Weststr./Ecke Kämerstr.) erwähnt, die Nutzungsdauer ist nicht überliefert. 1830 wurde an der Kämerstr. 39 ein Neubau errichtet. Darin eingebaut wurde ein Türbalken mit Inschrift der Synagoge von 1690, der auch nach dem Ende der religiösen Nutzung des Hauses am Gebäude verblieb. Im Nov. 1938 beantragte der Heimat- und Verkehrsverein die Entfernung der Inschrift. Da das Gebäude von 1830 am Ende des 19. Jh. nicht mehr den Erfordernissen der gewachsenen Kultusgemeinde entsprach, erwarb die Gemeinde 1899 ein 900 m² großes Grundstück hinter dem alten Amtsgericht an der Grünen Straße (später Bahnhofstr.). Darauf entstand ein Synagogenneubau, der 1901 eingeweiht wurde. 1934 brach ein dem ‚Jungvolk‘ angehörender Schüler in das Gebäude ein und verwüstete die Einrichtung. Von der auf 20 Mitglieder geschrumpften jüd. Gemeinde kaufte die Stadt Kamen im Juli 1938 Grundstück und Gebäude, während des Pogroms kam es deshalb zu keinen Zwischenfällen. Allerdings wurden Akten ‚sichergestellt‘, das Stadtarchiv übernahm „einige Altertümer“. Im Sept. hieß es im ‚Volksblatt‘, der Davidstern sei – als Signal für die beginnenden Abrucharbeiten – von der Synagogenkuppel entfernt worden. Mitte Dez. 1938 hieß es, die Synagoge sei bereits „beinahe dem Boden gleich gemacht“, der endgültige Abriss der Ruine erfolgte nach 1945. Auf dem Gelände sollte eine Straße angelegt werden, dieser Plan wurde jedoch nicht verwirklicht. 1954 verpflichtete sich die Stadt zu einer Entschädigungszahlung von 15 000 DM.

2.2.3 Ein namentlich nicht genannter ‚Judenschullehrer‘ ist 1680 nachweisbar. Für die Jahre 1764 bis 1771 ist Herz Isaac als Lehrer belegt. Sein Nachfolger wurde Salomon Levy (Levi Salomon), der erst im Jahr 1780 die landesherrliche Approbation

erhielt, später zog er nach Glogau. Im Juli 1800 erteilte das Berliner Generaldirektorium Wolf Katz eine Niederlassungserlaubnis, er ist bis 1829 als Schulmeister in Kamen nachweisbar. Philipp Lichtenfels aus dem oberfränkischen Lichtenfels war 1830 Lehrer, Schächter und Vorsänger in Kamen, von etwa 1834 bis 1841 Levi Hammel. Im Synagogenneubau von 1830 befanden sich auch ein Schulzimmer und die Lehrerwohnung, in den 1840er Jahren waren etwa 20 jüd. Kinder schulpflichtig. Als Nachfolger Hammels waren Andreas de Groote (1842–1844), Aron Bonin (1844–1848), Baruch Cohen (1849–1854), August Meyer (1854–1856) und Selig Ruben (1857) tätig. Seit 1857 war Bernhard Alsbach in Kamen tätig, 1866 hielt er die Festrede zum 93. Geburtstag seines christl. Kollegen Borchardt. 1867 unterzeichnete Lehrer Alsbach eine Petition zur Gleichstellung der jüd. Schulen mit den christlichen, tatsächlich wurde noch in seiner Amtszeit die jüd. Schule als eine öffentliche anerkannt. Alsbach schied 1869 aus dem Dienst aus, er starb 1871 und wurde in Dortmund beigesetzt. Im Nachruf heißt es, er habe bei verschiedenen Zeitschriften mitgearbeitet, zudem sei er „ein begabter Lehrer und guter Redner“ gewesen, „stand aber auf neologem Standpunkte“. Von 1869 bis 1873 war Victor Simon Lehrer in Kamen, seine Nachfolge als Lehrer und Prediger trat Joseph Gossel an. In den 1880er Jahren wurde über die Errichtung eines Schulhauses nachgedacht, der Schulvorstand legte dafür einen Fonds an. 1912 trat Gossel – der 1899 sein 25. Ortsjubiläum begangen hatte – nach 38-jähriger Tätigkeit in der Kamener Gemeinde in den Ruhestand und zog nach Köln. Das bedeutete das Ende für die öffentliche einklassige jüd. Volksschule in Kamen, die zwischen 1905 und 1911 zwischen sechs und elf Kinder besucht hatten und die länger als 50 Jahre bestanden hatte, die Schüler wurden an die ev. Wilhelmschule verwiesen. Der zuvor in Geseke als Lehrer und Kantor tätige Hugo Herrmann, der seine Ausbildung im Haindorfschen Seminar absolviert hatte, wurde 1912 als Religionslehrer und Vorbeter in Kamen eingestellt. Mitte der 1920er Jahre erteilte er neun Kindern Religionsunterricht, die die ev. Volksschule oder höhere Schulen besuchten, 1932/33 waren es zehn. 1927 schlug die ‚Deutschvölkische Gemeinschaft‘ dem Landtag vor, Hermann wegen der zu geringen Zahl jüd. Kinder in Kamen zu entlassen. 1933 wurde die Entlassung vollzogen, anschließend unterrichtete er nur noch privat. Mit seiner Frau und den beiden Kindern zog er 1936 nach Köln, nur sein Sohn überlebte. Die Oberschule verlassen mussten jüd. Schüler in Kamen bereits 1933. Davon betroffen waren u.a. die Kinder der Guste Rosenfeld, die anschließend bis zur Ausweisung nach Polen 1938 die jüd. Schule in Dortmund besuchten. Jüd. Kinder aus Altenböge, u.a. die 1920 geborene Ruth Poppert, besuchten die ev. Ortsschule, danach das Lyzeum in Unna.

2.2.4 Mehr als acht Jahrzehnte lang unterstützten seit 1828 Juden aus Kamen, anfangs auch Christen, die Haindorfsche Stiftung; als deren regionaler Geschäftsführer fungierte 1842 Moses Marx. Mitte der 1830er Jahre begannen Isaak Daniel und Herz Reinberg eine handwerkliche Ausbildung als Glaser/Anstreicher bzw. als Färber/Drucker, ein Jahrzehnt später Benjamin Lion als Buchbinder. Louis Jacoby bestand Anfang der 1890er Jahre in Münster seine Prüfung in den Religionsfächern.

Dem Israelitischen Männerverein Kamen standen mindestens von 1907 bis 1911 J. Jacob und M. Heymann vor. Vorsitzende des bereits 1892 erwähnten ‚Israelitischen Frauenvereins‘ war 1907 Frau Cohen, 1909 und 1911 waren es Frau Stern und Frau Gossel. Wenige Wochen nach Kriegsbeginn 1914 spendeten die Kamener Frauen- und die Männer-Chewra 300 M an den ‚Vaterländischen Frauenverein‘.

2.3.1 In Kamen und Hamm fanden ab 1730 alle drei Jahre abwechselnd die märkischen Judenlandtage statt, ab 1765 nur noch in Hamm. Zum Obervorsteher der märkischen Judenschaft wurde 1821 auf dem jüd. Landtag in Dortmund der Kaufmann Herz Moses (Herzberg) aus Kamen gewählt. 1815 hatte der neu bestellte Landrabbi-

ner Abraham Sutro, der anschließend bis zu seinem Tod 1869 in Münster residierte, für einige Monate in Kamen seinen Wohnsitz.

1830 hieß der Vorsteher der Kamener Gemeinde Abraham Jacob, der Rendant Isaak Herzfeld. 1848 war Moses Marx Vorsteher in Kamen. 1856 bestand der Vorstand aus Moses Marx, Aronstein und Stern, 1877 war Robert Marcus Präses des Vorstands, weitere Mitglieder waren Jakob Jakobi und Leser Stern. Von etwa 1901 bis 1909 war M. Heymann Vorsteher. 1911 und 1913 bildeten Josef Lifmann, S. Stern und A. Jacoby den Vorstand, 1924/25 Max Eisenstaedt, Ph. Nathan und Lukas Reinberg, 1932/33 Max Eisenstädt, Heinrich Ruhr und Hermann Hertz. Zu den Repräsentanten zählten Mitte der 1920er Jahre Sternberg sen., Adolf Sternberg, Voos, Jacob Lorig, H. Jacoby, F. Wolff, A. Wolff, R. Meyer, H. Hertz und Lehrer Herrmann. 1932 hatte Fritz Wolff den Vorsitz der Repräsentanz inne.

„Bedienter der Judenschaft“ und Totengräber war 1751 der nicht vergeleitete Gottschalk Meyer. Der 1767 approbierte „Koller“ Hertz Melchior wird 1798 erwähnt, 1801 seine Witwe Lene Jacob. 1779 erhielt der noch 1801 nachweisbare Moses Gottschalk eine landesherrliche Approbation als Bote der Gemeinde. 1904 suchte die jüd. Gemeinde per Zeitungsannonce einen Vorbeter für Jom Kippur. Als sie 1897 einen Schächter benötigte, erklärte sich der Metzger Heinrich Ruhr bereit, die dafür erforderlichen Regeln zu lernen.

2.3.2 Der Richter und Philosoph Ernst Moses Marcus wurde 1856 in Kamen als ältester Sohn von Robert Marcus und seiner Ehefrau Berta geb. Marx geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Soest studierte er Rechtswissenschaft in Bonn und Berlin. Seit 1890 war er Amtsrichter in Essen. Angeregt durch die Lektüre Schopenhauers, widmete er sich dem Studium der Kantischen Philosophie, verfasste zahlreiche Monographien und hielt in seiner Wohnung vor privatem Zuhörerkreis Philosophie-Vorlesungen. 1916 wurde er zum „Geheimen Justizrat“ ernannt, 1928 starb er in Essen.

Der 1861 in Kamen geborene Dr. Bernhard Heymann, Sohn des Kaufmanns Isaak Heymann, begann nach einer kaufmännischen Lehre ein Studium. Der promovierte Chemiker leitete seit 1895 das Zentrallabor bei Bayer in Leverkusen. Er entwickelte u. a. „Germanin“, ein Mittel zur Bekämpfung der Schlafkrankheit, wofür er hohe wissenschaftliche Auszeichnungen erhielt. Heymann war Vorstandsmitglied der IG Farben, er starb 1933 in Leverkusen.

Der 1904 als Sohn des Metzgers Jacob Voos und der Hulda geb. Lifmann geborene Dr. Julius Voos besuchte bis 1918 die ev. Volksschule und die städt. Wilhelmschule, dann die jüd. Lehrerausbildungsstätte in Münster, wo er 1923/24 sein Examen als Religionslehrer, Vorbeter und Volksschullehrer ablegte. Nach privater Vorbereitung holte er 1927 sein Abitur nach und studierte in Berlin u. a. Philosophie und Geschichte; 1933 wurde er in Bonn promoviert. Er war Lehrer an der Volksschule der Marks-Haindorf-Stiftung in Münster und zugleich bis 1942 letzter Rabbiner der jüd. Gemeinde in Münster. 1943 wurde er mit Frau und Sohn ins KZ Auschwitz deportiert. In Kamen und Münster sind Straßen nach ihm benannt.

2.3.3 Als erster Jude wurde 1843 Moses Marx in den Magistrat der Stadt gewählt. Für die DDP engagierten sich im Stadtparlament drei Juden: Der Viehhändler Joseph Lifmann (seit 1907 Magistratsmitglied, 1919 mit Mandat für die DDP), der selbständige Uhrmachermeister Joseph Kupperschlag, der 1919 zum stellv. Vorsitzenden und 1920 zum Vorsitzenden berufen wurde, sowie Karl Langstadt. Die lokale Wirtschaftspartei vertraten in der Stadtverordnetenversammlung nach 1924 Max Eisenstädt und Fritz Sternberg.

Als der Bürger-Schützenverein (Kamens ältester und heute noch bestehender Verein) 1824 die Anlegung eines Schießplatzes in der gemeinschaftlich genutzten Reck-Kamer-Heide beantragte, zählten die beiden jüd. Offiziere der Junggesellen-Schützengil-

de, Herzberg und Marcus, zu den Unterzeichnern. 1846 und 1856/57 wurde Samuel Ney Schützenkönig, bis heute ist er das einzige Vereinsmitglied mit einer doppelten Amtszeit. Beim Schützenfest 1885 finden sich Emma Cohen und Joseph Lifmann im Hofstaat des Königspaares. 1900 war der im selben Jahr zum christl. Glauben konvertierte Sally Jacoby Schützenkönig. 1902 wurde er als Beisitzer in den Vorstand gewählt, 1903 unterstützte er mit einem namhaften Betrag den Bau eines Festlokals. Weitere Mitglieder der jüd. Gemeinde zeichneten dafür eine Anleihe: Gabriel Jacoby, Karl Langstadt, Salomon Stern, Philipp Nathan, Otto Marcus, Max Eisenstädt, Joseph Jacob, Lucas Reinberg, Moritz Heymann, Adolf Sternberg und Heinrich Ruhr. Ende 1933 hatte der Schützenverein noch fünf jüd. Mitglieder: Karl Langstadt, Arthur Reinberg, Isidor Wallach sowie Adolf und Ludwig Sternberg. Auch der Kamener MGV ‚Sängerbund‘ von 1858 (zweitältester noch bestehender Verein) weist in seinen Protokollen jüd. Mitglieder auf. Von den 23 Vereinsgründern waren vier Juden: B. Lyon, M. Aronheim, L. Marx und L. Jacoby, ein Jahr später wurden S. Ney und H. Reinberg als Ehrenmitglieder aufgenommen. Als Dirigent fungierte 1908 Richard Jacoby. Fritz Wolff war Mitglied im Turnverein und engagierte sich mit Adolf Wolff beim Roten Kreuz. Moses Jacoby war 1901 Obermeister der Metzgerinnung.

Der in Bönen wohnende Sally Brandenstein war Gründungsmitglied des Turnvereins ‚Jahn Altenböge 09‘ und hatte das Amt des Turnwarts inne. Er war auch Mitglied im Kriegerverein; im ‚Männergesangverein Einigkeit Altenböge 1901‘ war er von 1906 bis 1933 Schriftführer.

3.1 1690 wurde in Kamen eine Synagoge eingeweiht, deren Standort nicht bekannt ist. Ein Balken mit der hebr. Inschrift „Dieses Versammlungshaus ist entstanden zur Ehre Gottes im 3. Monat (Siwan) des Jahres 5450“ (11. Mai 1690) wurde in einen späteren Neubau übernommen, 1938 jedoch entfernt. 1756 wird ein Betraum im Haus Nr. 170 (Weststr./Ecke Kämerstr.) erwähnt. 1830 entstand ein Neubau an der Kämerstr. 39 (früher Nr. 1), in dessen Fassade der Türbalken von 1690 eingebaut wurde. Die dafür benötigten 1500 Tlr. brachte die jüd. Gemeinde fast vollständig auf. Im Gebäude befanden sich auch ein Schulzimmer und die Lehrerwohnung. Nach dem Ersatz durch einen Neubau 1901 wurde das alte Synagogengebäude für 6500 M an den Metzgermeister Joseph Jacob verkauft, dem auch das Nachbarhaus (Weststr. 25) gehörte. Zu Wohnzwecken kaufte es 1926 ein SA-Mann, der vor 1933 bei Saalschlachten und Straßenkämpfen in Erscheinung trat. 1973 wurde das Gebäude abgerissen. 1900 wurde hinter dem alten Amtsgericht an der Grünen Straße (später Bahnhofstr.) ein Synagogenneubau errichtet. Architekt war Max Lorf, der bereits am Bau der 1900 eingeweihten Dortmunder Synagoge mitgewirkt hatte. Die Fertigstellung verzögerte sich, da ein Teil des Mauerwerkes während der Bauarbeiten einstürzte. Es handelte sich um einen freistehenden, zweigeschossigen Backsteinbau mit einer Kuppel im neoromanischen Stil; Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 629–632. Die Einweihung erfolgte 1901, eine grundlegende Renovierung 1926. Im Juli 1938 kaufte die Stadt Grundstück und Gebäude, bis zum Jahresende wurde das Bauwerk abgerissen.

3.2 Eventuell wohnten Juden im 14. Jh. in der Mühlenstr., später in der Kämerstr., deren innerer Bereich zeitweise ‚Judengasse‘ hieß. 1766 wollte der Kamener Schutzjude Marcus Hertz ein Haus am Markt erwerben. Es war in unbewohnbarem Zustand, weitere Interessenten für einen Kauf und eine Renovierung gab es nicht. Da den Juden Hausbesitz untersagt war, wandte sich der Verkäufer an die preuß. Behörden, die dem Marcus Hertz den Erwerb nach Zahlung von 25 Rtlr. an die Chargen-Casse erlaubten; der Kaufpreis für Haus und Grund betrug 367 Reichstaler. Als 1802 Meyer Moses ein Haus in der Mühlenstr. (heute Bahnhofstr.) erwerben wollte, wurde er von der Regierung daran erinnert, dass nur jede fünfte jüd. Familie ein Haus besitzen dürfe.

Neun Häuser befanden sich zu dem Zeitpunkt in jüd. Besitz, einige davon waren an Christen vermietet. Eines der Häuser (Nr. 23, später Nr. 25, Oststr. 31) sei seit über hundert Jahren ein ‚Judenhaus‘ gewesen. Zwei der Häuser mussten wieder an Christen verkauft werden, da keine Konzessionen vorlagen. Zwischen 1804 und 1806 verkaufte der Kantor Henrich Russ sein Haus Weststr. 218. Russ hatte das Haus Marcus Hertz abgekauft, der es wiederum von den Erben des Levi Nathan bekommen hatte. Abraham Jacoby war 1833 Besitzer des Hauses Bahnhofstr. 6. Isaak Wolff kaufte 1924 das Haus Markt 18. Im 20. Jh. wohnten Juden vor allem im Stadtkern, in der Weststr., am Markt und in der Bahnhofstraße; Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 634f.

3.3 Im 15. Jh. wurden die Kamener Juden in Dortmund begraben. Der jüd. Friedhof in Kamen muss in der ersten Hälfte des 18. Jh. in der Nähe des Westentores außerhalb der Stadtmauer eingerichtet worden sein, denn 1751 wird ein Gotschalk Meyer als ‚Todtengräber‘ erwähnt. Einige Grabsteine wurden später zum neuen Friedhof transferiert, ein Grabsteinfragment (für Nathan, Sohn des Meir) befindet sich im Stadtmuseum Kamen. Der Friedhof vor der ehem. Stadtmauer wurde 1912 in einen kleinen Park umgewandelt und in den 1920er Jahren mit einem Bergarbeiter-Wohnhaus bebaut. Als die Stadt Kamen 1865/66 einen neuen Begräbnisplatz am Weg nach Overberge (heute Friedhofstr.) anlegte, bat die jüd. Gemeinde, ihr dort ein Areal zur Verfügung zu stellen. Der mehrmals wiederholte Antrag wurde abgelehnt, jedoch ein Zuschuss zur Anlegung eines neuen Friedhofs angeboten. Schließlich erhielt die jüd. Gemeinde doch ein Areal auf dem neuen Kommunalfriedhof und das Recht, es einzuzäunen. Seit 1867 wurde dieser Begräbnisplatz genutzt. Außerhalb der vorbestimmten Fläche wurden Grabsteine vom alten jüd. Friedhof aufgestellt. Ende 1900 wurden zwei Grabsteine zertrümmert. 1922 wurde erwogen, den gesamten Kommunalfriedhof einschließlich des jüd. Teils in einen Park umzuwandeln, die Planungen wurden nicht umgesetzt. 1934 berichtete der ‚Stürmer‘ empört über die Beschäftigung eines nichtjüd. Gärtners auf dem jüd. Friedhof. Die ältesten bis heute erhaltenen Grabsteine sind von 1889 (Leser Stern und sein Sohn Salomon), der jüngste wurde Mitte 1935 für Lucas Reinberg gesetzt; zuletzt wurde 1940 Josephine Nathan beerdigt. Auf Anregung von Angehörigen wurde der Friedhof in den 1950er Jahren instand gesetzt. Er wird von der Stadt Kamen gepflegt und steht unter Denkmalschutz.

4.1 Archiv der Königlichen Porzellanmanufaktur Berlin, Land Berlin, Abt. I (Etablierung und Einrichtung der Manufaktur). – Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA, Rep. 104, IV C, Nr. 236 c. – GemeindeA Bönen. – KreisA Unna, Wiedergutmachungen. – LAV NRW Abt. W (Münster), Kr. Unna, Rückerstattungen; Politische Polizei; Landratsamt Kr. Unna 387, 1357. – StadtA Kamen, Pergament-Urkunde Nr. 292 (1581); I/0070–0084.

4.2 Zeichnungen und Fotos der Synagoge, des Friedhofs, der Gedenkstätte und ehem. jüd. Wohn- und Geschäftshäuser in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 672–678. Im Stadtmuseum Kamen wird ein Grabsteinfragment (für Nathan, Sohn des Meir) verwahrt, das vermutlich vom alten Friedhof am Westentor stammt. Bauplan und Bauakte sowie Fotos der Synagoge von 1901 im StadtA Kamen.

4.3 AZJ <7.12.1846, 27.3.1866, 24.2.1899>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 2–46 <1828–1911/13>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1909> 71, <1911> 81, <1913> 91, <1924/25> 62. – Der Israelitische Lehrer <29.3.1866, 12.12.1867, 16.11.1870, 18.10.1871>. – Israelitisches Familienblatt <1902, 1904, 1911–1912, 1914, 1916–1918, 1935>. – Schlesinger, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 178. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53.

4.4 ASCHOFF Diethard, „... der ungehorsamen Juden wegen“. Zur Geschichte der Kamener Juden im Mittelalter. In: Der Märker 40,1 <1991> 3–11. – BÖRSTE Barbara, Die Geschichte der Juden in Bönien im 20. Jahrhundert. Zur Erinnerung an die in der NS-Zeit vertriebenen und ermordeten jüdischen Bürgerinnen und Bürger Bönens <Bönien 2012>. – GOEHRKE Klaus, „Weil wir Juden waren“. Schicksal der Juden in Kamen <Kamen 1988>; 2. erw. Aufl. <Kamen 1999>. – DERS., Stolpersteine in Kamen. Zur Erinnerung an die in der NS-Zeit vertriebenen und ermordeten jüdischen Bürgerinnen und Bürger Kamens <Kamen 2008>. – LAMERS Jörg, „... toe wonende toe Camen in onser stat ...“ Jüdisches Leben in Kamen während des Spätmittelalters und in der frühen Neuzeit <Münster 1992, unveröff. Ms. im StadtA Kamen>. – LÜCHTEMEIER Brigitte/KISTNER Hans-Jürgen/NEUHAUS Rudolf (Bearb.), Spuren jüdischen Lebens in Kamen von 1900–1945 (Projekt „Zukunft ohne Vergessen“ der Hermann-Ehlers-Gesamtschule Kamen) <Werne 1998>.

Hans-Jürgen Kistner

KREUZTAL-Burgholdinghausen

1.1 Stadt Kreuztal, Ortsteil Burgholdinghausen, Kr. Siegen-Wittgenstein

1.2 Bis 1742/43 Fstm. Siegen; bis 1806/07 Fstm. Nassau-Oranien; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (bis 1813 GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1802 Umbenennung von Holdinghausen in Burg Holdinghausen; infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der neuen Stadt Kreuztal.

Vor Einrichtung der Synagogenbezirke Mitte der 1850er Jahre orientierten sich die Juden aus Burgholdinghausen nach Neuenkleusheim (Kreis Olpe, ab 1855 Synagogenbezirk Lenhausen). Als 1884 ein Synagogenbezirk für den Kreis Siegen eingerichtet wurde, lebten in Burgholdinghausen keine Juden mehr.

2.1.1 Im Fstm. Nassau-Siegen war Juden eine dauerhafte Ansiedlung nur in Städten gestattet. Eine Ausnahme bildete das Gebiet der Unterherrschaft im Gericht und Amt Ferndorf, das sich seit 1786 im Besitz der Familie von Fürstenberg zu Herdringen befand und zu dem das Dorf Holdinghausen gehörte. Am Ende des 18. Jh. erlaubte Freiherr Leopold von Fürstenberg zu Herdringen einigen jüd. Familien die Niederlassung, 1786 sind für Holdinghausen acht Juden nachgewiesen. 1797 heißt es, in Holdinghausen habe sich ein Jude mit Erlaubnis des Herrn von Fürstenberg niedergelassen. Im selben Jahr verkaufte der Freiherr dem Handelsjuden Benjamin Moyses (ca. 1747–1831) ein Grundstück in Holdinghausen für den Bau eines Hauses. Daraufhin errichtete dieser dort ein Fachwerkhaus, das er 1800 mit seiner Ehefrau bezog; ein Jahr später wurde der Sohn Moses Benjamin (gest. 1866) geboren.

2.1.2 Im Haus des Benjamin Moses lebte auch sein Bruder Jakob Moses mit Familie, der als ‚Brotgenosse‘ in Benjamins Geleitbrief aufgeführt war. 1804 starb Benjamins Frau, daraufhin heiratete er Lea David und nach deren Tod (nach 1816) Vogel Salomon; aus diesen Ehen stammten ein weiterer Sohn und zwei Töchter. Von den Söhnen siedelte sich Moses Benjamin 1831 in Littfeld an, David Benjamin 1841 in Garbeck (bei Balve); beide nahmen 1846 den Familiennamen Rosenhelm an. Nach dem Tod des Benjamin Moses (1831) kaufte Freiherr von Fürstenberg zu Herdringen das Haus zurück, verpachtete es aber sofort wieder an dessen Schwiegersohn Seligmann Meier

(Meyer), der die älteste Tochter Sara geheiratet und 1827 den Besitz in Burgholdinghausen übernommen hatte; aus der Ehe gingen sieben Kinder hervor. 1843 lebten in Burgholdinghausen elf Juden, sechs davon waren Kinder unter 14 Jahren. 1846 war Seligmann Meier als Metzger und Viehhändler dort der einzige selbständige Jude, daneben handelte er in der näheren Umgebung mit Kramwaren. Nach dem Tod von Seligmann Meier 1868 zogen seine Kinder und Enkel bis Ende der 1870er Jahre ins benachbarte Littfeld. Moses Grünberg, 1840 in Burgholdinghausen geboren, erlernte Anfang der 1850er Jahre das Sattlerhandwerk.

2.2.1 In Holdinghausen lebten um 1786 acht jüd. Einwohner (fast elf Prozent der Bevölkerung), 1818 in Burgholdinghausen neun Juden, 1843 elf. 1839 waren von den 74 Einwohnern acht jüd. Glaubens. 1858 lebten im Ort sieben, 1864 neun, 1868 sieben Juden.

1842 wurde seitens der Regierung Arnsberg die Einrichtung eines Synagogenbezirks Siegen erwogen, zu dem auch die Juden aus Burgholdinghausen, Littfeld und dem heutigen Netphen gehören sollten. Als in den 1850er Jahren die Synagogenbezirke eingerichtet wurden, unterblieb die Gründung eines Siegener Bezirks jedoch aufgrund der geringen Anzahl jüd. Einwohner. Die Juden in Burgholdinghausen orientierten sich weiterhin zur Gemeinde Neuenkleusheim, die 1855 dem Synagogenbezirk Lenhausen zugeordnet wurde. Nachdem sich die dortige Gemeinde in den 1850er Jahren weitgehend aufgelöst hatte, hielten die Juden in Burgholdinghausen ihre Andachten gemeinsam mit denen des benachbarten Littfeld (Synagogenbezirk Lenhausen) in Privathäusern ab. Als 1884 für den Kreis Siegen ein Synagogenbezirk mit dem Hauptort Siegen eingerichtet werden konnte, lebten in Burgholdinghausen keine Juden mehr.

2.2.2 Zunächst besuchten die Juden aus Burgholdinghausen den Gottesdienst in Neuenkleusheim. Nachdem sich die dortige Gemeinde in den 1850er Jahren aufgelöst hatte, entwickelte sich in den 1860er Jahren der Littfelder Betraum zum Zentrum des religiösen Lebens.

2.2.3 Die einzige jüd. Familie in Burgholdinghausen schickte ihre schulpflichtigen Kinder in die ev. Elementarschule nach Littfeld, ab dem zwölften Lebensjahr besuchten sie die jüd. Schule in Berleburg. Zuvor erhielten sie Religionsunterricht und Unterweisung in der hebr. Sprache von ihren Eltern. Zwischen 1843 und 1854 gab es zwei bis vier schulpflichtige Kinder.

3.1 In Burgholdinghausen ist kein Betraum nachgewiesen.

3.2 Auf dem Grundstück, das Benjamin Moses 1797 vom Freiherrn von Fürstenberg erworben hatte, errichtete er bis 1800 ein Gebäude mit einer Grundfläche von 25 mal 25 Fuß. 1831 erwarb es der Freiherr zurück und verpachtete es bis etwa 1850 an den Schwiegersohn des Erbauers; seit etwa 1860 war es von der christl. Familie Stöcker bewohnt. 1963 wurde das Gebäude demontiert und im LWL-Freilichtmuseum Detmold eingelagert, der Wiederaufbau ist vorgesehen.

3.3 Als die erste Ehefrau von Benjamin Moses 1804 starb, gestattete Freiherr von Fürstenberg die Anlage eines jüd. Begräbnisplatzes auf der dem Wohnhaus gegenüberliegenden Talseite (am Burberg). Das heute von der Hagener Str. zugängliche, 400 m² große Areal blieb im Eigentum des Freiherrn. Weil der Friedhof lange Zeit der einzige jüd. im Kr. Siegen war, bestatteten dort auch die Juden aus Hilchenbach, Littfeld und Siegen ihre Toten. 1851 wurde das Areal durch eine Hecke abgegrenzt. 1860 wollte der Enkel des Freiherrn, der die Erlaubnis zur Anlage des Friedhofs erteilt hatte, Moses Rosenhelm aus Littfeld (Sohn des Benjamin Moses) das Grundstück streitig machen, um dort einen Hauberg anzulegen. Das Kreisgericht Siegen entschied jedoch, dass die Parzelle als eine ‚res religiosa‘ keiner anderen Bestimmung zugeführt werden dürfe,

auch wenn sie sich im Eigentum des Gutes befinde. Aus diesem Grund konnte die Gutsverwaltung in Herdringen 1893 auch die Einfriedung durch einen Zaun nicht untersagen. 1892 erklärten Levi und Benjamin Meier in Littfeld sowie Benjamin Rosenhelm in Krombach auf Nachfrage der Stadt Hilchenbach, dass sie damit einverstanden seien, dass die Hilchenbacher Juden ihre Toten auch weiterhin in Burgholdinghausen beisetzen; die Einrichtung eines eigenen Begräbnisplatzes in Hilchenbach entfiel daraufhin. Vier Einzelgräber und zwei Doppelgräber haben sich auf dem jüd. Friedhof Burgholdinghausen erhalten, die älteste Stele stammt von 1901. In der NS-Zeit wurden Grabmäler zerstört oder gingen verloren. Nach dem Zweiten Weltkrieg richteten christl. Jugendgruppen mit Unterstützung des Kr. Siegen den Begräbnisplatz wieder her. In seinem Gedicht ‚Israelitischer Waldfriedhof in Burgholdinghausen‘ erinnert der Littfelder Heimatdichter Adolf Wurmbach an dort begrabene Littfelder Juden und ihre ermordeten Nachkommen. Eine Gedenkplatte auf dem Grabstein von Benjamin und Nettchen Rosenhelm hält die Erinnerung an die im KZ umgekommenen Johanna Rosenhelm, Berta Salomon geb. Rosenhelm und Gottfried Salomon wach.

4.1 AdelsA Herdringen (von Fürstenberg), Akten 2000, 2029, 11388. – LAV NRW Abt. W (Münster), Fstm. Siegen, Oranien-Nassauische Behörden I A 134; Regierung Arnsberg, Schulregistratur II D 384; Kr. Siegen, Landratsamt 1122, 1124–1126.

4.2 Fotos des Hauses von Benjamin Moses, von Levi Meier und des jüd. Friedhofs in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 519u. 521; in: DIETERMANN, Jüdisches Leben in Stadt und Land Siegen 17, 65 u. 133; in: THIEMANN, Von den Juden im Siegerland, zwischen 32 u. 33; in: SCHUMACHER, Das alte Littfeld 13.

4.3 Bericht über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 20 <1854>.

4.4 DIETERMANN Klaus, Jüdisches Leben in Stadt und Land Siegen <Siegen 1998> bes. 16–20, 34, 36, 38, 64f., 133, 135. – PFAU Dieter, „Den Juden ist hier aber kein Leid zugefügt worden“. Die Geschichte der Juden im Amt Ferndorf (1797–1943) (= Kreuztaler Rückblicke 1) <Bielefeld 2012>. – THIEMANN Walter, Von den Juden im Siegerland <Siegen 1968> bes. 8ff. – WURMBACH Adolf, Gedicht „Israelitischer Waldfriedhof in Burgholdinghausen“. In: SCHMIDT Erich (Hg.), Adolf Wurmbach. Deuter der Heimat – Mahner der Zeit <Kreuztal 1991> 143.

Klaus Dietermann und Joachim Rüffer

KREUZTAL-Littfeld

1.1 Stadt Kreuztal, Ortsteil Littfeld, Kr. Siegen-Wittgenstein

1.2 Bis 1742/43 Fstm. Siegen; bis 1806/07 Fstm. Nassau-Oranien; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (bis 1813 GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der neuen Stadt Kreuztal.

Vor Einrichtung der Synagogenbezirke Mitte der 1850er Jahre nahmen die Juden aus Littfeld am Gemeindeleben in Neuenkleusheim (Kreis Olpe, ab 1855 Synagogenbezirk Lenhausen) teil. 1884 wurden sie der neu eingerichteten Synagogengemeinde Siegen (u. a. mit den Orten Buschhütten, Ferndorf, Krombach und Ernsdorf, dem späteren Kreuztal) zugeordnet, trennten sich aber noch im selben Jahr wieder.

2.1.2 Aus dem Nachbarort Burgholdinghausen zogen jüd. Familien im ersten Drittel des 19. Jh. nach Littfeld. Der Metzger und Viehhändler Moses Benjamin (1801–1866) gehörte zu den Einwohnern mit Gemeindegerechtigkeit, die 1852 eine Gemeindepazelle übereignet bekamen. Bei der Übereignung hieß es, er habe 1835 mit dem Kauf seines Hauses auch Anteile an den Gemeindegerechtsamen erworben. Aus seiner 1831 geschlossenen Ehe mit Blümchen Salomon aus Rhode gingen 1832 und 1833 die Söhne Benjamin Moses und Salomon Moses hervor; in den 1840er Jahren wohnten sie im Haus Nr. 38. Benjamin zog später nach Krombach, Salomon blieb in Littfeld. 1846 nahm die Familie den Familiennamen Rosenhelm an, dabei konnte sich Moses Benjamin gegenüber seinem Bruder David (Daniel) in Garbeck durchsetzen, der den Namen Stern bevorzugt hätte – da sich die Brüder nicht einigen konnten, fiel die Entscheidung von Amts wegen. Seit 1835 lebte auch Seligmann Meier im Ort, der mit Moses Benjamins Schwester Sara verheiratet war. Ferner ist Levi Meier in Littfeld (Haus Nr. 120) belegt, dessen drei Kinder 1865 bis 1868 geboren wurden. 1914 konnte er mit seiner Metzgerei das 25-jährige Jubiläum feiern. Auch sein 1878 aus Burgholdinghausen zugezogener Bruder, der Metzger Benjamin Meier, gründete in Littfeld eine Familie. In seinem Haus Nr. 107 wohnten 1885 außer ihm seine Frau Röschen, die Tochter Sarchen sowie die Söhne Rafael, Seligmann und Lehmann, ferner seine Schwester Lenchen, der Gehilfe Herz Stern und eine Magd. Seligmann Meier fiel im Ersten Weltkrieg, sein Name wurde sowohl auf dem 1923 aufgestellten Ehrenmal für die Opfer des Krieges (das zwei Jahre später abgerissen wurde) als auch auf einer späteren Ehrentafel für die gefallenen Mitglieder des Turnvereins aufgeführt. Adolf Meier übernahm die Metzgerei in der Hagener Str. von seinem Vater Seligmann Meier. Im Anbau des Hauses Nr. 65, wo er 1930 mit Frau, Söhnen und seiner Schwester Sarah wohnte, befanden sich Ladenlokal, Würstküche und Schlachthaus; eine Filiale bestand in Stendenbach. In Haus Nr. 107 führte Raphael Meier die von seinem Vater übernommene Metzgerei; auch er verfügte über Ladenlokal, Würstküche und Schlachthaus. Bei ihm wohnte seine Schwägerin Eva Marx.

In Krombach, wo Moses Benjamin Rosenhelm bereits zuvor Grundbesitz erworben hatte, ließ sich der Viehhändler Benjamin (Moses) Rosenhelm aus Littfeld im späteren Haus Nr. 50 nieder; vier Kinder wurden 1867 bis 1875 in Krombach geboren. 1883 lebten acht Juden in Krombach, der Viehhändler Benjamin Rosenhelm wird auch 1895 erwähnt. Johanna Rosenhelm betrieb im Haus ihrer Eltern (Hagener Str. 231/Ecke Auf der Aue) ein Manufakturwarengeschäft; zum Haus gehörten umfangreiche Wiesengrundstücke.

In Ernsdorf (1928 umbenannt in Kreuztal) lebte 1865 die siebenköpfige Familie des Handelsmanns Simon Ferber, der mit Fanny Loewenstein aus Arfeld verheiratet war; vier Töchter wurden 1864 bis 1869 geboren. Ferner sind dort seine beiden Brüder Heinrich und Hermann nachgewiesen, beide Viehhändler. Nach 1878 zogen sie mit ihren Familien nach Siegen.

2.1.3 Der ‚Stürmer‘ schrieb 1935, dass die ‚Judenmetzger‘ Raphael und Siegfried Meier aus Littfeld die Wurst für die vorjährige Schlussfeier der Feuerwehr geliefert hätten, die „scheußlich“ geschmeckt habe. Infolge des anhaltenden Boykotts musste der Metzger Adolf Meier 1936/37 mehrere Grundstücke verkaufen und 1937 sein Gewerbe abmelden, seine Metzgerei überließ er einem Nichtjuden. Raphael Meier verpachtete seine Metzgerei 1937 ebenfalls an einen Nichtjuden. Er wurde im Rahmen des Pogroms im KZ Sachsenhausen inhaftiert, sein Haus in der Grubenstr. konfisziert. Hugo Meier, Sohn von Adolf und Lina Meier, wanderte nach einer landwirtschaftlichen Schulung im hessischen Gröden nach Palästina aus. Berthold Meier konnte im April 1939 in die USA auswandern. 1939 lebten in Littfeld noch Toni Meier mit Tochter Grete (Haus Nr. 57), Raphael Meier mit Frau Johanna und Schwägerin Eva Marx (Nr. 107), ferner Adolf Meier mit seiner Schwester Sarah, seinem Sohn Siegfried und

dessen Frau Minna. 1939 wurden gegen Raphael und Siegfried Meier Sicherungsanordnungen verhängt. Vertreter von Verwaltung, Behörden und Partei berieten Ende 1938 über den ‚Verkauf‘ der Grundstücke der Familien Meier, was zu Unstimmigkeiten unter den Interessenten führte. Bis 1941 gingen die Grundstücke in nichtjüd. Besitz über.

Im April 1942 wurden Toni und Grete Meier, Raphael Meier, seine Frau Johanna und seine Schwägerin Eva Marx ins Ghetto Zamość deportiert, im Juli 1942 Sarah Meier ins Ghetto Theresienstadt. Als Letzte wurden im März 1943 Siegfried und Minna Meier mit Sohn Fred ins KZ Auschwitz verschleppt. Danach wurden die Wohnungseinrichtungen aller Deportierten öffentlich in Littfeld versteigert.

In Krombach gab es im Aug. 1938 nur noch einen jüd. Gewerbebetrieb, das Manufakturwarengeschäft der Johanna Rosenhelm war zugleich der letzte jüd. Betrieb im Amt Ferndorf. Am 21. Nov. 1938 musste sie den Betrieb einstellen, eine Woche später verkaufte sie zwangsweise Haus und Grundstück an den Bruder des Krombacher Ortsgruppenleiters. Im Dez. 1938 zog sie zu ihrer Schwester nach Amsterdam, von dort wurde sie später deportiert.

2.1.4 1946 machte der in den USA lebende Berthold Meier Ansprüche geltend auf das Haus seiner ermordeten Mutter (Grubenstr. 2), in dem sich der Betraum befunden hatte; es wurde schließlich zurückerstattet. 1949 kam Hugo Meier aus Israel für drei Jahre zurück nach Littfeld, 1950 zog er in sein Elternhaus Nr. 65 und beantragte die Rückerstattung. Die Erinnerung an die ermordete Familie von Siegfried Meier wird seit 1980 durch die Benennung des Platzes vor dem Feuerwehrhaus in Littfeld nach seinem Sohn Fred Meier wachgehalten. Seit 1983 findet dort jährlich eine von der Stadt Kreuztal ausgerichtete Gedenkfeier für die ermordeten Littfelder und Krombacher Juden statt. Eine Gedenkplatte auf dem Grabstein von Benjamin und Nettchen Rosenhelm auf dem jüd. Friedhof in Burgholdinghausen erinnert an die im KZ umgekommenen Mitglieder dieser Familie. 2013 wurden in Littfeld und Krombach Stolpersteine verlegt.

2.2.1 In Littfeld lebten 1815 sechs, 1843 vier und 1858 acht Juden. 1871 waren von 969 Einwohnern 43 kath., 909 ev. und 17 jüd. Glaubens; 1895 von 971 Einwohnern 13 kath., 946 ev. und zwölf jüd. Glaubens; 1925 von 1240 [!] Einwohnern 25 kath., 1189 ev. und zwölf jüd. Glaubens. 1940 lebten in Littfeld zehn Juden.

In Ernsdorf (seit 1928 Kreuztal) lebten 1864 sieben Juden; 1871 waren von 856 Einwohnern 40 kath., 807 ev. und neun jüd. Glaubens; 1925 von 2534 [!] Einwohnern 186 kath., 2261 ev., einer jüd. Glaubens und zwölf bekenntnislos. In Krombach lebte 1858 ein Jude; 1871 waren von 697 Einwohnern 26 kath., 667 ev. und vier jüd. Glaubens; 1895 waren von 769 Einwohnern 31 kath., 721 ev., drei jüd. Glaubens und 14 gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1925 waren von 1007 Einwohnern 35 kath., 967 ev. und einer war jüd. Glaubens. In Ferndorf wohnten 1883 zwei Juden, in der Gemeinde Buschhütten 1925 ein Jude.

Nach den Planungen der preuß. Regierung von 1842 war die Bildung eines Synagogenbezirks für den ganzen Kreis Siegen vorgesehen; 1847 wurde vorgeschlagen, Littfeld in einen Synagogenbezirk Burgholdinghausen einzugliedern. Aufgrund der wenigen jüd. Einwohner im Kr. Siegen kamen beide Vorhaben nicht zur Ausführung. Die Juden in Littfeld orientierten sich zunächst nach Neuenkleusheim (Kreis Olpe, ab 1855 Synagogenbezirk Lenhausen). Nach Auflösung der dortigen Gemeinde in den 1850er Jahren entstand in Littfeld ein eigenes Gemeindeleben, an dem auch die Juden aus Burgholdinghausen teilnahmen. 1884 wurde die Synagogengemeinde Siegen für alle Orte im Kreis (u. a. mit den Orten Buschhütten, Ferndorf, Krombach und Ernsdorf, dem späteren Kreuztal) eingerichtet. Noch im selben Jahr erklärten die Juden aus Hilchenbach, Krombach und Littfeld ihren Austritt aus der Synagogengemeinde Siegen, ohne jedoch eine eigene Untergemeinde zu bilden.

2.2.2 Zunächst gingen die Juden aus Littfeld zum Gottesdienst nach Neuenkleusheim, seit den 1860er Jahren bildete ein eigener Betraum das Zentrum des religiösen Lebens. Die angemieteten Betstuben befanden sich in verschiedenen Häusern christl. Eigentümer – zunächst im Doppelhaus der Familie Schleifenbaum (Nr. 15, später Altenberger Str. 19/21, Haus ‚Mönkersch‘), um 1900 im Haus des Großvaters des Heimatdichters Adolf Wurmbach (Grubenstr. 29). 1911, als auch die Juden aus Krombach zum Gottesdienst kamen, dienten zwei Zimmer im Haus Nr. 62 (später Grubenstr. 2), das der Metzger Benjamin Meier aus Burgholdinghausen 1878 gekauft hatte, als Betstube. Zeitweise nahmen Juden aus Littfeld auch am Gottesdienst in Hilchenbach teil. Die wenigen nach dem Pogrom in Littfeld verbliebenen Juden feierten 1940 Gottesdienste in einem provisorisch hergerichteten Raum in einem kleinen Anbau des Hauses Nr. 65, das Adolf Meier gehörte.

2.2.3 1843 waren in Littfeld zwei Kinder schulpflichtig, 1846 und 1854 je eines. Bis zu ihrem zwölften Lebensjahr besuchten sie die ev. Elementarschule im Ort, danach die jüd. Schule in Berleburg. Den Religionsunterricht und die Unterweisung in der hebr. Sprache erteilten die Eltern. Im 20. Jh. besuchten die Kinder der Familien Meier den Religionsunterricht, den der Lehrer Simon Grünewald sonntags in Siegen erteilte.

2.2.4 Salomon Rosenhelm, Levi und Benjamin Meier aus Littfeld sowie Benjamin Rosenhelm aus Krombach beteiligten sich 1878 an der Finanzierung der ‚Kaiserlinde‘. Adolf Meier unterstützte laut Zeitzeugenaussagen Bergmannswitwen im Dorf, indem er ihnen Kühe überließ, deren Milch sie verwerten und die sie als Zugtiere nutzen konnten.

2.3.3 Benjamin Meier gehörte zu den Unterzeichnern der Statuten des 1867 gegründeten Schützenvereins, Raphael Meier war seit 1900 aktives Mitglied. 1925 wählte der christl. Schützenkönig die Jüdin Eva Marx zu seiner Königin; zum ‚Hofstaat‘ gehörten Raphael Meier und seine Frau. Seligmann Meier gehörte dem Littfelder Turnverein ‚Hoffnung‘ an. Hugo Meier war 1925 Mitbegründer der Freiwilligen Feuerwehr in Littfeld. Raphael Meier, der 1925 als ‚Neugenosse‘ dem Littfelder Spar- und Darlehenskassenverein beigetreten war, musste aus diesem zum 15. Nov. 1938 ausscheiden.

3.1 Die Betstube befand sich in der zweiten Hälfte des 19. Jh. im Haus Altenberger Str. 19/21, im Obergeschoss des linken Gebäudeteils, durch einen gesonderten Zugang war sie über eine Außentreppe zu betreten. Der um 1900 bestehende Betraum in der Grubenstr. 29 befand sich nach der Erzählung ‚Das alte Haus‘ von Adolf Wurmbach in einer geräumigen Giebelstube, die nach Osten ausgerichtet war. Darin waren nach seiner Erinnerung ein Schrank, Holzbänke und ein kleiner Tisch mit einem siebenarmigen Leuchter. Die von etwa 1911 bis 1938 genutzte Betstube im erhalten gebliebenen Haus Grubenstr. 2 lag ebenfalls im Obergeschoss. Der zur Straßenseite gelegene Raum war ursprünglich in mehrere Zimmer gegliedert, Säulen aus Eichenholz und ein ange deutetes Gewölbe sind erhalten. Auch die Nische für die Thora an der östl. Wand besteht noch, ist aber verkleidet.

3.2 Unter den 95 Hauseigentümern in Littfeld ist 1835 nur ein Jude aufgeführt, Moses Benjamin. 1885 wurden die Häuser Nr. 57–59 in den Verzeichnissen mit dem Namen Seligmann geführt, Nr. 107 mit dem Namen Benjamin. Das Wohnhaus des Metzgermeisters Seligmann Meier war Lindenweg 3 (früher Haus Nr. 58). Salomon Rosenhelm verkaufte 1872 sein Elternhaus Nr. 38 und erwarb das Haus Nr. 4, das er zehn Jahre später wieder veräußerte. Benjamin Meier kaufte in Littfeld 1873 das Haus Nr. 80, 1885 dann das größere Haus Nr. 107. Er wohnte im Haus Littfelder Ecke 14. Sein Bruder Levi Meier erwarb 1870 das Haus Nr. 91, das er 1889 verkaufte und stattdessen das Haus Nr. 65 (Hagener Str. 443) erwarb. Seine Metzgerei war in der Hagener

Str. 393, deren Filiale in Stendenbach 37. In seinem Gedicht ‚Schatten‘ erinnert der Heimatdichter Adolf Wurmbach an Häuser in Littfeld, in denen vormals Juden lebten.

3.3 Die Juden aus Littfeld setzten ihre Toten auf dem jüd. Friedhof in Burgholdinghausen bei.

4.1 LAV NRW Abt. W (Münster), Regierung Arnsberg, Schulregistratur II D Nr. 384; Kreis Siegen, Landratsamt Nr. 1122, 1124–1126.

4.2 Fotos der Häuser, in denen sich Betstuben befanden, in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 520f., der Metzgereien Levi Meier und Seligmann Meier sowie des Wohnhauses von Benjamin Meier ebd. 522. Foto von Levi Meier (1828–1927) in: DIETERMANN, Jüdisches Leben in Stadt und Land Siegen 65, ebenfalls in: SCHUMACHER, Das alte Littfeld 13. Krönungsbild des Littfelder Schützenkönigspaares Wilhelm Sänger und Eva Marx von 1925 ebd. 96.

4.4 DIETERMANN Klaus, Jüdisches Leben in Stadt und Land Siegen <Siegen 1998> 64–66. – PFAU Dieter, „Den Juden ist hier aber kein Leid zugefügt worden.“ Die Geschichte der Juden im Amt Ferndorf (1797–1943) (= Kreuztaler Rückblicke 1) <Bielefeld 2012>. – SCHUMACHER Hans Joachim, Das alte Littfeld – in Wort und Bild <Littfeld [1986]> 13, 96f. – DERS., Bunes Littfeld <Littfeld 1991>. – THIEMANN Walter, Von den Juden im Siegerland <Siegen 1968> 52f. – WURMBACH Adolf, Erinnerung an Juden-Sarchen. Ostertage vor der großen Schmach. In: SCHMIDT Erich (Hg.), Adolf Wurmbach. Deuter der Heimat – Mahner der Zeit <Kreuztal 1991> 144–145. – DERS., Gedicht „Schatten“. Ebd. 142.

Joachim Rüffer

LENNESTADT-Langenei

1.1 Stadt Lennestadt, Ortsteil Langenei, Kr. Olpe

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Bis 1969 Ortsteil der Gemeinde Kirchhundem, infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Ausgliederung aus Kirchhundem und Anschluss an die neue Stadt Lennestadt.

Langenei gehörte wie Altenhundem, Elspe und Förde (seit 1931 Grevenbrück, alle drei heute Stadt Lennestadt), Kirchhundem und Rahrbach (beide heute Gemeinde Kirchhundem) ab 1855 zum Synagogenbezirk Lenhausen.

2.1.1 Nach einem Einbruch in die Kirche von Kirchhundem 1689 wurden Juden aus der Gft. Wittgenstein als Täter ermittelt. Die angestrebte Auslieferung kam nicht zustande. Ab 1798 versuchte Isaak Levi, der zuvor als Knecht tätig gewesen war und nicht aus dem Hztm. Westfalen stammte, sich in Förde niederzulassen. Indem er von Haus zu Haus zog, sammelte er 16 Unterschriften zur Unterstützung seines Vorhabens. Gegen das ihm bereits erteilte Geleit protestierten das Gericht in Bilstein, der Landdrost und die Räte jedoch mit Erfolg, so dass die Hofkammer die 1799 ausgestellte Urkunde wieder einzog. Isaak Levi sammelte erneut Unterschriften in Förde, die Absage wurde aber nicht zurückgenommen. Noch für das Jahr 1799 erwähnt das Hofratsprotokoll – ohne nähere Details – die Ermordung des Isaak Levi. In den fol-

genden Jahren versuchte sein Bruder Levi Joseph, ebenfalls vergeblich, sich in Förde anzusiedeln.

2.1.2 In den 1820er Jahren ließ sich Aron Neuhaus in Langenei nieder. Er hatte 1808 in Erndtebrück Sara Heinemann geheiratet, mit der er drei Kinder hatte. 1846 wurde allein Neuhaus als selbständiger Jude im Ort verzeichnet, den erblichen Familiennamen hatte er bereits zuvor geführt. In den folgenden Jahren kam die Familie Winter hinzu. Nachdem die benachbarte Ortschaft Altenhundem durch die 1861 vollendete Ruhr-Sieg-Eisenbahnstrecke einen wirtschaftlichen Aufschwung erfuhr, zogen die Familien Neuhaus (fünf Kinder) und Winter (zwölf Kinder) von Langenei nach Altenhundem. Der 1877 in Altenhundem geborene Aron Neuhaus betrieb in der Hundemstr. 28 in Altenhundem eine Metzgerei und eine Viehhandlung; Abraham Winter (Hundemstr. 27) war ebenfalls Metzger. Das Ehepaar Winter starb 1930 bzw. 1933, ein Teil seiner Kinder führte ein Kurz- und Wollwarengeschäft. In Langenei lebten in der zweiten Hälfte des 19. Jh. keine Juden, vorübergehend jedoch wieder zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

In Elspe wohnte 1853 Noah Lenneberg, der im selben Jahr an den Verhandlungen zur Neubildung der Synagogenbezirke teilnahm. Anfang der 1860er Jahre zog Isaak Neheimer mit seiner aus Lenhausen stammenden Frau nach Elspe. Die Geschwister Emilie, Emma, Rosa, Rika und Frieda Neheimer waren als Weißnäherinnen und Hausgehilfinnen im Ort tätig. Für Förde ist 1900 eine jüd. Familie aufgeführt.

2.1.3 Die Geschwister Neuhaus in Altenhundem protestierten im Okt. 1933 dagegen, dass ihnen das Einlösen von Bedarfsdeckungsscheinen untersagt worden war. 1935 ließ die Ortsgruppenleitung auf Veranlassung des DAF-Kreisleiters Olpe vor der Metzgerei Neuhaus Transparente mit antisemitischen Aufschriften anbringen. Parteistellen verboten 1935 Eisenbahnern unter Androhung von Repressalien, weiterhin dort einzukaufen. Im ‚Stürmer‘ wurde einem Gastwirt aus Förde im Sept. 1936 vorgeworfen, bei Aaron Neuhaus 80 Pfund Fleisch gekauft zu haben. Im Nov. 1938 wurden die Fensterscheiben der Wohnung Neuhaus eingeschlagen, die Einrichtung zerstört. Auch das Manufakturwarengeschäft und die Wohnung der Schwestern Else, Kläre und Adelheid Winter, die vorsichtshalber ihre Wertsachen bei nichtjüd. Nachbarn hinterlegt hatten, wurden von SA-Männern verwüstet. Als Otto Neuhaus (Sohn von Aron Neuhaus) am Pogromtag von seinem Zwangsarbeitseinsatz als ‚Erdarbeiter‘ zurückkam, empfangen ihn einige Nationalsozialisten am Bahnhof, hängten ihm ein diffamierendes Schild um und führten ihn durch die Straßen; zusammen mit seinem Vater wurde er in ‚Schutzhaft‘ genommen. Otto Neuhaus konnte 1939 über England in die USA flüchten, wohin zwei seiner Geschwister entkommen waren. Den Schwestern Else, Kläre und Adelheid Winter sowie sieben weiteren Familienmitgliedern gelang die Emigration nach Südamerika. Aron und Johanna Neuhaus gehörten im Juli 1942 zum Transport über Dortmund ins Ghetto Theresienstadt, wo beide starben.

Für Elspe hieß es im Okt. 1936 in einem Bericht über die drei unverheirateten Schwestern Neheimer: „Sie sind alle schon ziemlich hoch betagt. Sie leben zurückgezogen und in ärmlichen Verhältnissen. Um die Außenwelt, insbesondere um politische und wirtschaftliche Fragen kümmern sie sich nicht.“ Die Schwestern flüchteten 1939 nach Belgien, von dort wurden sie deportiert.

2.1.4 Das Areal in Elspe, auf dem bis zum Abriss 1992 das Haus der Schwestern Neheimer stand (Hauptstr. 138, im Volksmund ‚Judenhäuschen‘ genannt), erhielt den Namen ‚Geschwister-Neheimer-Platz‘, eine Gedenktafel erinnert an die Familie. Seit 2008 nehmen Langenei, Altenhundem und Elspe an der Aktion ‚Stolpersteine‘ teil, 2011 wurden auch in Kirchhundem Stolpersteine verlegt.

2.2.1 In Langenei lebten 1843 drei Juden. 1858 gehörte Langenei zur Gemeinde Kirchhundem, in der insgesamt fünf Juden lebten. 1871 waren in der Gemeinde Kirch-

hundem, zu der neben Langenei auch das Dorf Altenhundem gehörte, von insgesamt 3326 Einwohnern 2926 kath., 386 ev. und 14 jüd. Glaubens, 1895 von 4316 Einwohnern 3738 kath., 571 ev. und sieben jüd. Glaubens, 1925 von 7407 Einwohnern 6590 kath., 785 ev. und 18 jüd. Glaubens. 1933 lebten in der Gemeinde Kirchhundem 19 Juden.

In Elspe lebte 1858 ein Jude; 1871 waren von 3391 Einwohnern 2988 kath., 396 ev. und sieben jüd. Glaubens, 1895 von 3981 Einwohnern 3631 kath., 344 ev. und sechs jüd. Glaubens; 1925 von 6743 Einwohnern 6050 kath., 678 ev., drei jüd. Glaubens und vier bekenntnislos. 1933 lebten in Elspe fünf Juden. In Rahrbach lebten 1858 zwei Juden. In Förde waren 1895 von 1931 Einwohnern 1776 kath., 149 ev. und sechs jüd. Glaubens.

Als in den 1840er Jahren von der preuß. Regierung die neu zu schaffenden Synagogenbezirke geplant wurden, sollte Langenei entweder dem Synagogenbezirk Attendorn oder Schmallenberg (Vorschlag des Obervorstehers Hellwitz) zugeordnet werden. Schließlich wurde Langenei 1855 der Synagogengemeinde Lenhausen zugeschlagen, ebenso wie Altenhundem, Elspe, Förde, Kirchhundem und Rahrbach.

2.2.2 Im 19. Jh. besuchten die Juden aus Langenei Gottesdienste in den benachbarten Orten Oedingen, wo sich vor 1830 ein Betzimmer befand, bzw. in Lenhausen. 1843 sollen sie den Gottesdienst in (Neuen-)Kleusheim besucht haben. Juden aus Altenhundem gingen zum Teil auch in die Synagoge in Schmallenberg.

2.2.3 Die schulpflichtigen jüd. Kinder besuchten in der Regel christl. Schulen, ihre Eltern kümmerten sich um die religiöse Bildung. 1826 gab es in Langenei zwei schulpflichtige Kinder aus der Familie des Aron Neuhaus, in den Jahren 1828, 1830 und 1833 jeweils eines. 1826 erhielt ein Kind aus Langenei Unterricht in Berleburg von einem ausgebildeten Lehrer. In Elspe und Altenhundem gab es in diesem Zeitraum keine Schulkinder.

3.1 Eine Betstube ist für Langenei nicht überliefert.

3.3 Zu einem nicht bekannten Zeitpunkt wurde in Langenei ein Begräbnisplatz angelegt. Das Gelände am Brückenweg liegt unterhalb des Friedhofs der kath. Kirchengemeinde St. Johannes der Täufer am Ufer der Lenne. Im unteren Bereich sind zwölf Gräber erhalten, im oberen Teil steht ein nach 1945 erneuerter Grabstein für Abraham und Rika Winter aus Altenhundem. Der untere Teil (172 m²) befindet sich im Eigentum der Stadt Lennestadt, der höhere Teil (621 m²) mit dem Grabstein gehört der Familie Kirchhoff.

4.1 LAV NRW Abt. W (Münster), Reg. Arnsberg, Schulregistratur II D Nr. 384; Kr. Brilon LRA Nr. 1651.

4.2 In den Registrierakten des Amtes Kirchhundem befinden sich Porträtfotos der Familien Neuhaus und Winter aus dem Jahr 1939. Fotos des Friedhofs Langenei sowie von Wohnhäusern in Altenhundem und Elspe in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 476f.

4.3 Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 51.

4.4 SCHEELE Norbert, Geschichte der Juden im Kreis Olpe. In: Heimatstimmen aus dem Kreis Olpe 93 <1973> 168–179. – TRÖPS Dieter, Das Schicksal der Juden im Kreis Olpe. In: Heimatstimmen aus dem Kreis Olpe 150 <1988> 227–270.

Joachim Rüffer

LENNESTADT-Oedingen

1.1 Stadt Lennestadt, Ortsteil Oedingen, Kr. Olpe

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der neuen Stadt Lennestadt.

Juden aus Oedingen waren dem 1855 eingerichteten Synagogenbezirk Lenhausen zugeordnet.

2.1.1 1686 beklagte der Kurfürst von Köln, dass in- und ausländische Juden die für den Verkauf auf dem Markt in Oedingen bestimmten Pferde bereits unterwegs ‚verhandelt‘ hätten, statt sie auf den ‚freyen Markt‘ zu bringen; zum Kauf von Pferden angereiste Adelige seien so leer ausgegangen. Es wurde untersagt, die Pferde wenige Tage vor oder nach dem Oedinger Markt zu verkaufen, bei künftigen Verstößen wurde die Konfiskation der Pferde angedroht. Im Jahr 1700 beschwerten sich Juden beim Kölner Kurfürsten, dass sie entgegen den Regelungen der Judenordnung in Meschede, Oedingen und Reiste einen höheren Zoll zahlen müssten als Christen; der Kurfürst untersagte diese Praxis. Im Zusammenhang mit dem Oedinger Pferdemarkt gab es im 18. Jh. immer wieder Auseinandersetzungen zwischen örtlichen Gerichtsherren und Juden, bei denen es zumeist um das Hufgeld ging, eine Abgabe für jedes zum Markt gebrachte Pferd. 1707 verwies Drost Maximilian Freiherr von und zu Weichs – Inhaber des ‚freyen Stuhlgerichts Oedingen‘ – auf die kurfürstliche Anordnung und drohte bei Missachtung Haftstrafen an. 1709 beschwerte er sich, dass die Rosshändler, auch „ein- und ausländische Juden“, durch ihr fortgesetztes Geschäftsgebaren den Oedinger Markt in „Abgang und Ruin“ brächten; er empfahl die Einführung der Huftaxen von Brilon und Meschede. Außerdem appellierte er an „alle Roßhändler“, zum Markt zu kommen und „die Jahrmärkte in Oedingen fleißig zu besuchen“. 1726 heißt es, das Gericht habe „einiges Juden gesindel in Arrest führen lassen umb über ihr thun undt lassen zu examinieren“. Um 1700 wohnte ein getaufter Jude in Oedingen. Nach den Brüchtenprotokollen des Stuhlgerichts Oedingen wurden Strafen verhängt, weil der getaufte Josef Elmen als ‚Jud‘ beschimpft worden war.

1773 verzeichnet die Einwohnerliste des Gerichts Oedingen auf Haus Valbert zwei jüd. Mädchen als Mägd. 1779 wird erwähnt, dass ein ‚Judenmädchen‘ getauft worden sei. Etwa in den 1780er Jahren erhielt u.a. Hertz eine Aufenthaltserlaubnis für den Stuhlgerichtsbezirk Oedingen. 1798 heißt es in einem Bericht für die bevorstehende Visitation der Pfarrgemeinde, die Mehrheit der ‚Eingesessenen‘ des Dorfs Oedingen habe den aus Medebach stammenden Moyses Isaac „in die Gemeinheit aufgenommen und demselben ein Haus zu bauen erlaubt“. Dieses sei jedoch so errichtet, dass „der Jude aus seiner Thür in die Kirchthür und auf den Friedhof sehen, mithin das Hochwürdigste bey jedem feyerlichen Umgange lästern“ könne. 1800 schrieb Richter Beckers dem Kurfürsten, er habe dem Moyses Isaac (der inzwischen den Familiennamen Löwenstein angenommen hatte) zwecks Verlegung seiner Haustür „einen gütlichen Vorschlag“ gemacht. Dieser sei zur Umsetzung aber nicht im Stande, „theils wegen unvernögenheit und theils auch weil das Haus dadurch verdorben würde“. Das Gutachten eines unparteilichen Zimmermanns stellte fest, dass „die Hausthür nicht könne auf einen anderen Ort verlegt werden weil das Haus in einem Ufer steht und dasselbe von der Kirchthür 246 Fuß entfernt ist, sodaß der Jude zwar bis dahin doch aber nicht in die Kirche sehen“ könne. Das Problem ließe sich lösen, „wenn der Jud auf Sonn- und Feiertagen zur Zeit der Gottesdienste und bey Umhertragung des hochwürdigen Guths Thüren und Fenster“ geschlossen halte. Moses Löwenstein hatte 1799 Ella

Aaron (gest. 1832) aus Lenhausen geheiratet, mit der er 14 bis 1820 geborene Kinder hatte. 1803 erhielt Löwenstein einen Geleitbrief des Kurfürsten von Hessen für Oedingen, wonach ihm das Betreiben eines Geschäftes erlaubt war.

2.1.2 Zu Beginn des 19. Jh. ordnete die Hessisch-Darmstädtische Regierung an, den Schutzbrief des Hertz zu überprüfen. Drost Weichs teilte mit, dass Hertz einen Schutzbrief nicht habe ausfertigen lassen bzw. dazu außerstande gewesen sei, ihm sei jedoch 19 Jahre zuvor der Aufenthalt im Stuhlgerichtsbezirk zugesagt worden. Er bat den Landesherrn, Hertz den Aufenthalt zu erlauben, wenn dieser den vom Kurfürsten auferlegten Tribut entrichte und sich „der Juden-Ordnung gemäß“ betrage. 1814/15 gehörte Moses Löwenstein mit einem Vermögen in Höhe von 964 Rtlr. zu den wohlhabenden Juden im Altkreis Meschede. Sein Ellenwarenhandel ist auch für 1834 belegt. Im selben Jahr entzog der Landrat dem Sohn des Moses, Isaac Löwenstein, die Handelsbefugnis, da er die fälligen Abgaben nicht geleistet hatte und sein Geleitbrief für ungültig erklärt worden war. Bis auf den geistig behinderten Simon zogen alle Kinder von Moses Löwenstein aus Oedingen fort; Heymann Löwenstein meldete sich 1842 aus New York. Während 1839 noch sechs Juden in Oedingen gelebt hatten, war es 1841 nur noch Simon Löwenstein, der von Almosen lebte. 1844 übernahm die Armenkasse der Gemeinde die Pflegekosten für ihn. 1851 wurde er in Münster aufgegriffen und nach Oedingen ‚zurückgeführt‘, der Landrat empfahl, ihn in der Anstalt in Marsberg unterzubringen. 1880 wird sein Tod erwähnt. Spätestens seit den 1880er Jahren gab es in Oedingen keine Juden mehr. Dennoch wurden 1884 bei der Terminierung des Oedinger Markts jüd. Feiertage berücksichtigt, da er offenbar weiterhin von auswärtigen Juden besucht wurde.

2.2.1 1818 lebten in Oedingen 13 Juden; 1839 waren von 352 Einwohnern 342 kath., vier ev. und sechs jüd. Glaubens.

Als 1855 der Synagogenbezirk Lenhausen eingerichtet wurde, der den Kreis Olpe sowie große Teile des Kreises Meschede umfasste, wurde Oedingen diesem zugeordnet. Zu dieser Zeit lebte nur noch ein Jude in Oedingen.

2.2.2 Nach einem Bericht aus dem Jahr 1821 besuchten Juden aus Cobbenrode die ‚Synagoge‘ in Oedingen, im 19. Jh. kamen auch Juden aus Langenei dorthin. In dem vor 1830 von Moyses Isaac (Löwenstein) gebauten Haus (heute Brachter Str.) befand sich zeitweise eine Betstube.

3.1 1826 heißt es zum Bethaus der Juden in Oedingen, dieses sei „ein bloßes Zimmer, was zum Bethaus gebraucht“ werde.

3.2 Der seit ca. 1798 in Oedingen wohnende Ellenwarenhändler Moyses Isaac (Löwenstein) besaß 1821 ein Haus mit Garten (heute Brachter Straße). Im Urkataster 1832 sind zwei Grundstücke unter der Bezeichnung ‚Judenhaus‘ und ‚Judengarten‘ ohne Nennung des Namens eingetragen.

3.3 Juden aus Oedingen wurden in Lenhausen (heute Finnentrop) bestattet.

4.1 Archiv Weichs zur Wenne, Nr. 41, Sammlung Arge Oedingen. – GemeindeA Finnentrop, A 810. – Katasteramt Olpe. – LAV NRW Abt. W (Münster), Landratsamt Meschede 1197; Hztm. Westfalen Landesarchiv IX Nr. 6a Bd. 50, LB 1–22. – PfarrA kath. Pfarramt Oedingen, Chronik Ritter 1845, Schatzlisten.

4.4 ARENS Christoph, Juden in Oedingen. In: ARENS Gerhard (Red.), Eintausend Jahre Stift und Dorf Oedingen. Chronik des Ortes, zusammengestellt von der Arbeitsgemeinschaft 1000 Jahre Oedingen e. V. <Hachenburg 2000> 221–223.

LIPPETAL-Herzfeld

1.1 Gemeinde Lippetal, Ortsteil Herzfeld, Kr. Soest

1.2 Bis 1802/03 FBtm. Münster; nach mehrfachem Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeiten in den folgenden Jahren des Umbruchs (Kgr. Preußen, GHztm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – Bis 1974 Landkreis Beckum (Regierungsbezirk Münster), infolge der Gebietsreform seit 1969 Teil der neu gegründeten Gemeinde Lippetal (Regierungsbezirk Arnsberg).

Dem 1856 amtlich bestätigten Statut zufolge gehörte Herzfeld zum 1855 eingerichteten Synagogenbezirk Hovestadt.

2.1.1 1730 wurde Jordan Israel nach Herzfeld vergeleitet, er hatte bis spätestens 1719 im nahegelegenen Dorf Hultrop im Hztm. Westfalen gewohnt. Aus den 1740er Jahren wird berichtet, dass Abraham, Jordans zweiter Sohn, in der sogenannten Hovestädter Neustadt „in des schiffers frantzen Francken behausung allerhand muthwillige räncke undt leckereyen“ getrieben habe. 1746 konvertierte ein anderer Sohn Jordans zum kath. Bekenntnis und wurde auf dem Namen Carolus Franciscus Antonius Friderici getauft, er soll seit 24 Jahren in Herzfeld gewohnt haben. Jordan Israel lebte vom Viehhandel. Hin und wieder kam es zu Klagen gegen ihn, weil er die Sonntagsruhe störte, indem er seine Kühe auf die Weide trieb. Nach seinem Tod erwarb 1749 sein ältester Sohn Salomon Israel (Jordan) das fürstbischöfliche Geleit. Bei ihm wohnte noch seine Mutter, die vor 1763 Isaac Alexander heiratete. In diesem Jahr zahlte Salomon Israel für die Erneuerung seines Geleites 25 Rtlr., für seine Mutter und seinen Stiefvater waren 9 Rtlr. zu entrichten; zehn Jahre später waren die letztgenannten offenbar verstorben. Zu dieser Zeit hielt sich neben Salomons Familie auch Bendix in Herzfeld auf. Salomon handelte mit Kaffee und Zucker, beides führte er aus Amsterdam ein. 1765 wurde er in Lippstadt zu einer Geldbuße von rund 8 Rtlr. verurteilt, weil er für ca. 60 Pfund Zucker und 670 Pfund Kaffee im Wert von ca. 210 Rtlr. keine Akzise entrichtet hatte, die Waren hatte er an Gumpert Hertz geliefert. In den 1760er und 1770er Jahren tätigte er Geldgeschäfte, u. a. mit einem Kötter im Kirchspiel Liesborn und der Äbtissin des Klosters Benninghausen. 1769 sollen bei einem Brand seines Hauses zwei seiner Kinder umgekommen sein. Anfang der 1770er Jahre konnte Salomon für seinen Neffen David Jacob in Essentho bürgen. In den folgenden Jahren entwickelten sich seine Geschäfte rückläufig, 1780 wurde er als verarmt bezeichnet. Salomon konnte sein Geleit nicht verlängern und durfte deshalb seinen Geschäften nicht mehr nachgehen, seinen noch gültigen Geleitbrief verkaufte er an Salomon Abraham aus dem Wigbold Olfen im Amt Werne, der „dasselbst ein eigenes Hauß habe, und mit denen leuthen sehr bekannt seye“. Nach der Übertragung des Geleits 1780 stellten die Fürstbischöfe von Münster für Herzfeld keine weiteren Schutzbriefe mehr aus. Zwei weitere Konversionen sind für das 18. Jh. in Herzfeld belegt: 1728 wurde eine Jüdin auf den Namen Anna Maria Catharina Giesen und einige Jahre später ein Sohn des Moses Eymon aus dem Raum Hannover auf den Namen Josephus Fridericus Adolphus Gerfridus (Heissek) getauft. Die Paten entstammten dem lokalen Adel und Honoratiorum.

2.1.2 Anfang des 19. Jh. heiratete der Jude Meyer aus Horn bei Erwitte (geb. 1778) nach Herzfeld. Als 1816 im Geschäft des Meyer Salomon eingebrochen wurde, sollen ihm Waren im Wert von 1000 Rtlr. gestohlen worden sein, von denen er nur einen geringen Teil trotz der umgehend eingeleiteten Fahndung des Lippstädter Bürgermeisters zurückerhielt. Bis spätestens 1820 wanderten zwei weitere jüd. Familien zu, die bis in die 1870er Jahre dort sesshaft blieben. Die insgesamt drei – in den 1840er Jahren kurzzeitig vier – jüd. Haushalte wurden von den Familien Eichwald, Grüneberg und Spiegel gebildet. Spiegel wurde zu den Kaufleuten gerechnet, die anderen beiden zu

den Handelsleuten (Krämern). Die jüd. Händler waren nicht unvermögend, Mendel Grüneberg verließ 1838 beispielsweise 200 Tlr. an einen Bauern aus der Bauerschaft Rassenhövel. Julius Eichwald absolvierte in den 1830er Jahren eine Ausbildung zum Elementarlehrer im Haindorfischen Lehrerseminar und trat seine erste Stelle in Borgholzhausen an. 1846 wurden in Herzfeld Israel Eichwald, Meyer Grüneberg, Salomon Grüneberg und David Spiegel als selbständig tätige Juden verzeichnet. 1855 wohnten ferner ohne Familie der Arzt Dr. Samuel Leese, Moses Berliner, Bertha Fuldauer und Sophie Neukamp im Dorf. In den 1870er Jahren verließen die jüd. Einwohner Herzfeld. 1880 kam es, wie der kath. Kaplan Herold berichtet, „anlässlich einer moralischen Beschuldigung, durch abendliche Skandalszenen, satirisch-komische Verunglimpfungen etc. zum Auszuge“ des letzten jüd. Einwohners.

2.1.3 Bis in die 1940er Jahre lebten keine Juden in Herzfeld. In den letzten beiden Kriegsjahren fand die 15-jährige polnische Jüdin Regina Singer auf einem Bauernhof in der Herzfelder Bauerschaft Schachtrup Unterschlupf. Ihre Familie war 1943 verschleppt und ermordet worden. Leutnant Franz Uelentrup aus Herzfeld erklärte ihr den Weg zu seinem elterlichen Hof, wohin sie sich durchschlug. Dort überlebte sie unter falscher Identität die NS-Diktatur, 1946 zog sie nach Palästina.

2.2.1 In Herzfeld lebten 1820 insgesamt 25 Juden, 1843 waren es 20 und 1858 noch 19. Im Jahr 1871 waren von 1880 Einwohnern 1863 kath., zwölf ev. und fünf jüd. Glaubens.

Die Herzfelder Juden orientierten sich im 18. Jh. nach Hovestadt, ihre Zugehörigkeit zum Synagogenbezirk Hovestadt wurde 1855 in dessen Statuten festgehalten. Zum Synagogenbezirk Hovestadt gehörten somit Orte aus verschiedenen Kreisen (Beckum/Soest) und Regierungsbezirken (Münster/Arnsberg). Einige Quellen erwähnen für die Zeit ab 1865 – wahrscheinlich unzutreffend – eine zeitweise Zugehörigkeit Herzfelds zur Gemeinde Beckum. Nach Auflösung des Synagogenbezirks Hovestadt 1871 bildeten die Juden aus Hovestadt und Herzfeld eine Untergemeinde des Synagogenbezirks Soest.

2.2.2 Die Herzfelder Juden nutzten im 18. und 19. Jh. die Synagoge in Hovestadt.

2.2.3 In den Jahren 1816 und 1858 wohnte nur ein schulpflichtiges Kind in Herzfeld, das jeweils die kath. Elementarschule im Ort besuchte. In den 1840er Jahren betrieben die Gemeinden Hovestadt und Herzfeld eine gemeinsame Schule in Hovestadt, 1843 wurde sie von drei Kindern aus Herzfeld besucht. 1848 tagte die Konferenz der jüd. Lehrer des Regierungsbezirks Minden und angrenzender Kreise im Schullokal der „auf die Gemeinde Hovestadt-Herzfeld kombinierten Schule“. Als 1855 die Synagogengemeinde Hovestadt die Trennung des jüd. vom christl. Schulverband beantragte, erhoben die Herzfelder Juden zunächst Einspruch, da sie ihre Kinder lieber in die christl. Schule am Ort schicken wollten. Noch bevor die preuß. Regierungen in Arnsberg und Münster darüber entschieden, kam es in der Gemeinde zu einer Einigung, ab 1858 besuchte das einzige Herzfelder Schulkind die jüd. Schule in Hovestadt.

2.2.4 Von 1834 bis zum Ende der 1850er Jahre unterstützten Juden aus Herzfeld die Haindorfische Stiftung.

2.3.1 Herzfelder Juden waren seit Gründung der Synagogengemeinde Hovestadt regelmäßig unter deren Amtsträgern vertreten. Der Kaufmann Philipp Spiegel gehörte ab 1857 zu den Repräsentanten des Synagogenbezirks, ab 1858 führte er als ehrenamtlicher Rendant die Finanzgeschäfte der Gemeinde, von 1867 bis 1872 war er erster Vorsitzender. Salomon Grüneberg gehörte dem Vorstand 1857 bis 1875 an, Jeremias Eichwald gehörte von 1866 bis 1873 zu den Repräsentanten des Synagogenbezirks.

3.1 Einen gemeindeeigenen Gebetsraum gab es in Herzfeld nicht.

3.2 Das Haus Lippstädter Str. 2 gehörte der Familie Grüneberg. Es wurde nach dem Dorfbrand 1833 neu errichtet, Grüneberg richtete dort eine Metzgerei ein. Auf einem Balken befand sich eine hebr. Inschrift. Von dem Brand betroffen waren zwei weitere benachbarte Häuser in jüd. Besitz, darunter das spätere Dickmannsche Haus, dessen Eigentümer Jeremias Eichwald war.

3.3 Der jüd. Friedhof liegt am Ortsausgang neben einem Wohnhaus nordöstlich der ‚Heidbrügge‘ an der Lippstädter Straße. Auf dem eingezäunten, ungefähr 120 m² großen Areal steht heute nur noch ein Grabstein mit einer hebr. Inschrift. In den 1880er Jahren befanden sich hier noch wesentlich mehr Steine mit ebenfalls hebr. Schriftzeichen; sie wurden zu einem unbekannten Zeitpunkt entfernt. In der zweiten Hälfte des 20. Jh. wurde ein Gedenkstein für die jüd. Gemeinde aufgestellt, seit 2007 steht der Friedhof unter Denkmalschutz.

4.1 AdelsA Hovestadt (von Plettenberg-Lenhausen), J 332, 346, 395, 436, 472, 490, 2321; DQ 176. – GemeideA Lippetal, A 432, 439 u. 440. – LAV NRW Abt. W (Münster), Fürstentum Münster Hofkammer XXIII 28; Kabinettsregistratur 453 u. 469; Kloster Benninghausen Akten 274; Kreis Beckum Landratsamt 509; Kreis Soest Landratsamt 132 u. 133; Oberpräsidium 122b; Dep. Stadt Ahlen IV M Nr. 1. – PfarrA St. Cyriakus, Horn (Erwitte), Status familiarum, Liber B (Accolae et Illegitimi) 15. – StadtA Lippstadt, B 2084. – StadtA Soest, P 116 d 5.

4.2 Foto des einzig erhaltenen Grabsteins und des Gedenksteins in: HAMANN/SCHRÖER, Friedhöfe der Synagogengemeinde Hovestadt 36 sowie in FRISCHE, Zwischen Duldung und Pogrom 58; Fotos von Gebäuden und Lageplan ebd. 50, 57. Foto von Regina Singer in: OEDING, Lippetal 243.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 7–22 <1834–1858>. – EPKENHANS Karin/WALBERG Hartwig, Quelleninventar zur Geschichte der jüdischen Minderheit in Lippstadt. In: Leben und Leiden der jüdischen Minderheit. Dokumentation zur Ausstellung der Stadt Lippstadt (= Lippstädter Spuren, Sonderband) <Lippstadt 1991> 194–213, hier 196.

4.4 FRISCHE Elisabeth, Zwischen Duldung und Pogrom. Ein Beitrag zur Geschichte der jüdischen Einwohner in den ehemals selbständigen Dörfern der heutigen Gemeinde Lippetal (= Schriftenreihe des Brücke e. V. 4) <O. O. 2013> 49–58. – HAMANN Julian/SCHRÖER Daniel, Friedhöfe der Synagogengemeinde Hovestadt, hg. von Felix BIERHAUS und Markus HUNECKE <O. O. 2007> 36. – HEROLD Joseph, Die tausendjährige Geschichte des Gemeinwesens Herzfeld <Paderborn 1886> 117. – OEDING Gerd, Lippetal – Damals. 1933–1948 <Lippetal 2000> 229–246, bes. 243f. – ZINGELMEIER Elisabeth/WÖRDENWEBER Reinhard, Gottes Spuren in Häusern und Fluren. Wegkreuze, Bildstöcke, Hausinschriften in der Gemeinde St. Ida Herzfeld <Lippetal-Herzfeld 2001> 150.

Joachim Rüffer

LIPPETAL-Hovestadt

1.1 Gemeinde Lippetal, Ortsteil Hovestadt, Kr. Soest

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Infolge der Gebietsreform 1969 Teil der neugegründeten Gemeinde Lippetal.

Zum 1855/56 eingerichteten Synagogenbezirk Hovestadt gehörten u.a. die Orte Weslarn und Dinker (Amt Borgeln) sowie Herzfeld und Liesborn (Amt Liesborn, Kreis Beckum). Die meisten Orte des Amtes Oestinghausen, zu dem auch Hovestadt gehörte, bildeten die Untergemeinde Oestinghausen, die Hovestadt angeschlossen war.

2.1.1 In den 1680er Jahren strebte die Familie der Freiherren von Heyden auf Schloss Hovestadt, die einen eigenen Herrschafts- und Gerichtsbezirk im Hztm. Westfalen inne hatte, eine eigenständige Schutzherrschaft über die Juden an. So stellte Freiherr Dietrich Georg von Heyden 1683 dem aus Polen gebürtigen, in Werl wohnenden Fenstermacher Abraham Salomon ein Geleit aus und versprach ihm ein Haus in der Hovestädter Neustadt. Nachdem Abraham schon Jahre in Hovestadt gelebt hatte, wurde das Geleit 1703 von landesherrlicher Seite abgelehnt, weil „die vergläidung deren juden im erzstift Cöllen ein besagtem hiesigem erzstift allein competirendes regale“ sei und es nur Herrlichkeiten zustehe, die es „von alters“ her beanspruchen könnten. Zur Sicherung der landesherrlichen Interessen ließ der Arnberger Rat Franz Joachim Berg den Besitz des Abraham inventarisieren. Er besaß ein Haus, in dem er je eine halbe Tonne Teer und Tran lagerte. Daneben führte er eine kleine Landwirtschaft, das Land hatte er als Sicherheit für geliehenes Geld (15 Rtlr.) angenommen. Er besaß drei Kühe, zwei Kälber und zwei Rinder, außerdem wurden einige Kessel aus Kupfer, Messing und Zinn bewertet. Da der Wert des Besitzes auf 30 Rtlr. veranschlagt wurde, hatte er jährlich 3 Rtlr. an die Hovestädter Freiherren abzuführen. Der Anwalt des Freiherrn wandte ein, dass dieser eine „jurisdiction und freyheit, die Neustatt genandt, in hiesigem erzstift besitze“, deren Einwohner von allen Kontributionen und Belastungen befreit und ihm „gut und blut untergeben“ seien. 1704 wiederholte Berg die landesherrliche Position nicht nur, er brachte Abraham auch mit Diebstählen in der Gegend, besonders im Dorf Erwitte, in Verbindung. Sein Wohnort sei „gemeiniglich“ für „ausländische juden“ prädestiniert, weil sie hier, wo „dreier herschaften lande angränzen“ (die Fürstbistümer Münster und Paderborn sowie die Soester Börde als Teil der Grafschaft Mark), „allerhand verdächtigen handel und wandel“ treiben könnten. Die Familie wurde erneut als tributpflichtig eingestuft, allein das Einkommen der erwachsenen Söhne Abrahams wurde auf 150 bis 200 Rtlr. geschätzt. Weil sie keinen landesherrlichen Geleitbrief besaßen, sollten sie bei einer Strafandrohung von 50 Goldgulden innerhalb von drei Wochen des Landes verwiesen werden. Freiherr von Heyden musste dem Druck nachgeben. Zumindest Abrahams Sohn Calman (gest. nach 1748), der mit Lebensmitteln handelte, erwarb später einen Geleitbrief des Landesherrn. 1738 wohnte eine jüd. Familie in Hovestadt.

Ende der 1720er Jahre nahmen die Grafen von Plettenberg die Hovestädter Herrlichkeit in Besitz und erhoben erneut Ansprüche auf das Judenregal, die Juden erneuerten deshalb ihre landesherrliche Vergeleitung nicht mehr. Erst in den 1760er Jahren wurde die kurfürstliche Hofkammer in Bonn darauf aufmerksam. Sie wandte sich 1764 an die Vorsteher der westfälischen Judenschaft, diese sollten für die Einziehung der Gelder sorgen. Noch 1767 wurden die Verhältnisse aber toleriert, die Juden hatten sich jedoch an den Kontributionszahlungen für den Siebenjährigen Krieg zu beteiligen, die notfalls mit Militär erzwungen werden sollten. Die Schutzherrschaft über die Juden wurde damit faktisch den Grafen von Plettenberg zugestanden.

Spätestens seit den 1760er Jahren lebten zwölf jüd. Familien in Hovestadt. Die Familienoberhäupter waren Feidel Heyneman, Isaac Herz, Daniel, Seligman Mendel, Leifmann Herz, Isaac Leifman, Salomon Mendel, Joseph David, Judas Meyer, der alte Mendel, der arme Leifman und Jeremias. Um 1780/90 wohnten mindestens sieben Familien in der Hovestädter Neustadt, die mit der gräflichen Familie in reger Geschäftsbeziehung standen und z. T. wohlhabend waren. Herz Moises konnte 1786 das Haus Koch käuflich erwerben. Überregionale Heiratsverbindungen deuten auf weitverzweigte Handelsgeschäfte hin. So heiratete Merge, die Tochter des Meyer Abraham, 1780 Wulff Meyer Ginschberg aus Ungarn. Weitere Ehemänner zogen aus Witzenhausen in Hessen-Kassel (Joseph Jacob Katz), dem Raum Gießen (Leefman Isaac) und Ahaus (Joseph David) im Münsterland zu, während Hebbe, die Tochter des Herz Moises, in Telgte den dort verheirateten Salomon David ehelichte. 1788 kamen noch Levi Joseph aus Albisheim bei Worms (Fürstentum Nassau-Saarbrücken) mit seiner Frau und Süsgen Leefman aus Freckenhorst nach Hovestadt. 1802 wohnten elf jüd. Familien in Hovestadt.

2.1.2 In der ersten Hälfte des 19. Jh. verstärkte sich der Zuzug jüd. Familien. Doch bis in die 1830er Jahre galten die Zuzugsbeschränkungen des ehem. Hztm. Westfalen, denen zu Folge auf 24 christl. Familien nur eine jüd. kommen durfte. Unter preuß. Herrschaft wurde als Bemessungsgrundlage nicht der Ort, sondern das jeweilige Amt betrachtet, aber auch dafür war die Quote in Hovestadt erreicht. Neue Anträge auf Zuzug oder zur Gründung einer Familie wurden deshalb zurückgewiesen – selbst der Antrag des in Hovestadt geborenen Abraham Löwenstein, der eine dreijährige Militärdienstzeit beim 15. königlichen Infanterieregiment vorweisen konnte.

In den 1830er Jahren wohnten in Hovestadt die Familien des Feidel Spiegel, Aron Spiegel, Seligmann Speyer, Isaac Stern, Leifmann Stern, Hirsch Stern, Leiser Speyer, Herz Windesheim, Daniel Berliner, Isaac Löwenstein, Leiser Albisheim und Joseph Berliner. Sie waren vor allem Handelsleute (Albisheim, Löwenstein, Sommer, Speyer, Spiegel, Stern, Windesheim) und begüterte Kaufleute (Berliner, Stern). Die in Hovestadt ansässigen Juden übten folgende handwerkliche Berufe aus: Goldverarbeitung (Michael Speyer), Lohgerberei (Meyer Spiegel) und Buchbinderei (Abraham Rose). Als wohlhabend konnte insbesondere Feidel Spiegel gelten, das Vermögen der Familie wurde auf 7000 Rtlr. geschätzt. Als der Goldschmied Michael Speyer 1838 sein Geleit erneuern musste, besaß er 1060 Rtlr., neben Hausrat und Werkzeug auch Barvermögen und Obligationen (253 Rtlr.), lose Edelsteine und Silberarbeiten (31 Rtlr.) sowie Juwelen und Gold (390 Rtlr.). Er zog 1846 nach Werl und heiratete Emilie Rosenthal. 1846 wurden in Hovestadt als selbständig tätige Juden verzeichnet: Leser Albisheim, Joseph Berliner, Abraham und Bendix Löwenstein, Mendel und Simon Speyer, Herz und Moses Stern, Meyer Windesheim (alle Handelsmänner), Emanuel Speyer, Aron und Heinemann Spiegel (alle Kaufmann), Michael Speyer (Kaufmann und Goldarbeiter), Meyer Spiegel (Lohgerber) sowie Abraham Rose (Buchbinder, wahrscheinlich später nach Werl verzogen). Die genannten erblichen Familiennamen hatten sie, mit Ausnahme von Abraham Rose, 1808/09 angenommen bzw. bereits zuvor geführt. Mit Unterstützung der Marks-Haindorfischen Stiftung absolvierte Moses Berliner ab 1848 eine Ausbildung zum Kappen- und Bindenmacher, Levi Berliner und David Stern ab 1854 zum Buchdrucker bzw. Kürschner. Bereits Ende der 1820er Jahre war Michel Rothschild aus Hovestadt zur Ausbildung ins Haindorfsche Lehrerseminar aufgenommen worden.

Mitte des 19. Jh. hatte die jüd. Gemeinde ihre höchste Mitgliederzahl erreicht, 1858 betrug der Anteil der jüd. Einwohner an der Bevölkerung in Hovestadt rund 15 Prozent. In der zweiten Jahrhunderthälfte ging das jüd. Leben im Ort mit dem Fortzug vieler Familien immer weiter zurück. Salomon Löwenstein, ein Sohn Abrahams und Minas geb. Längsfeld, hielt sich 1866 in Brüssel auf. Ein Sohn des Michael Speyer,

Sally, hatte in den 1870er Jahren ein Handelsgeschäft in Köln mitbegründet. In den 1920er Jahren lebte nur noch die jüd. Familie Sommer in Hovestadt.

2.1.3 In den 1930er Jahren wohnte in Hovestadt das jüd. Ehepaar Rudolf und Paula Cohn mit ihrer Tochter Selma, Letztere zog 1938 nach Wuppertal. Im Haus Bahnhofstr. 1 lebten Paula Cohns Mutter Elise Sommer (gest. 1938) und ihr Onkel Jakob (genannt Julius) Sommer. Die Familie Cohn erzielte ein geringes Einkommen durch Versandgeschäfte mit Kaffee und Tee, Julius Sommer betrieb einen Handel mit Klein- und Kurzwaren; bis 1936 erhielt die Familie Cohn/Sommer finanzielle Unterstützung von der politischen Gemeinde. 1937 versuchte der Hovestädter Bürgermeister den Sommerschen Besitz, an dem auch andere Familienmitglieder Anteile besaßen, für den Straßenausbau zu erwerben, ein Enteignungsverfahren wurde eingeleitet.

Am 10. Nov. 1938 wurde das Haus durch einen SA-Trupp aus Hovestadt mit Hilfe des SA-Sturms Weslarn völlig zerstört. Nachbarn sorgten dafür, dass die Familie Cohn/Sommer im St. Ida-Hospital unterkam, bevor sie vom Ehepaar Neukircher in Oestinghausen aufgenommen wurde. Die Ruine fiel an die Gemeinde und wurde 1940 abgebrochen. Rudolph Cohn wurde verhaftet und zunächst in Hamm, dann bis Ende Dez. 1938 im KZ Sachsenhausen festgehalten. 1939 wurde die Familie nach Soest überführt und in das Haus der ehem. Hovestädter Familie Albesheim (Waisenhausstr., damals Horst-Wessel-Str.) eingewiesen; dort wurde sie von ehem. Nachbarn heimlich mit Lebensmitteln versorgt. Rudolph Cohn starb 1941 in einem jüd. Krankenhaus in Köln, seine Frau und Jakob (Julius) Sommer kamen in Theresienstadt um. Nur Herbert Cohn konnte 1935 nach Palästina emigrieren.

2.1.4 Die Erben des Sommerschen Besitzes stellten Anträge auf Regress für die enteigneten Liegenschaften.

2.2.1 1843 lebten in Hovestadt 103 Juden, 1858 waren es 91. 1871 waren von 611 Einwohnern 574 kath., acht ev. und 29 jüd. Glaubens; 1895 von 587 Einwohnern 557 kath., zehn ev. und 20 jüd. Glaubens; 1925 von 621 Einwohnern 599 kath., 14 ev., sieben jüd. Glaubens und einer bekenntnislos. 1932/33 lebten in Hovestadt fünf Juden. Diese demographische Entwicklung zeigte sich auch im Etat der Synagogengemeinde, der sich aus Pachteinahmen, Zinsleistungen, Gelübdegeldern und dem Schulgeld zusammensetzte. Er stieg von 239 Tlr. (1854) auf 637 Tlr. (1865), brach vier Jahre später um die Hälfte ein und betrug 1871 noch 44 Taler.

Der 1855 beschlossene und 1856 genehmigte Synagogenbezirk Hovestadt umfasste neben Hovestadt u. a. Weslarn (heute Bad Sassendorf), Dinker (heute Welper) und Herzfeld sowie die Untergemeinde Oestinghausen, zu der u. a. Bettinghausen, Eickelborn, Lohe, Hultrop und Oestinghausen zählten. Diese Abgrenzung war schon im ersten Entwurf von 1842 vorgesehen gewesen. Die Wahl des Vorstandes erfolgte ausschließlich durch die Mitglieder des Bezirkshauptortes Hovestadt und der Orte Herzfeld, Oestinghausen und Oestinghausen. Als in den 1860er Jahren die Zahl der Mitglieder – u. a. wegen der 1865 erfolgten Zuordnung der Juden aus Liesborn und Herzfeld zum Synagogenbezirk Beckum – zurückging, bemühte sich die Hauptgemeinde Hovestadt um den Zusammenschluss mit der Untergemeinde Oestinghausen, was diese aber ablehnte. 1871 wurde die Synagogengemeinde Hovestadt aufgelöst und Soest als Untergemeinde unterstellt. Oestinghausen blieb eine eigene Untergemeinde, die nun ebenfalls Soest unterstand.

2.2.2 Bis Mitte der 1740er Jahre wurden Gottesdienste im Haus des Calman Abraham abgehalten. 1746 erging an Calman und seinen Sohn Levi die gerichtliche Anordnung, an den Zeremonien in der Synagoge teilzunehmen, andernfalls wurde ein Strafgeld von 10 Goldgulden angedroht. Dieses nicht lokalisierte Gotteshaus, das auch die Juden aus Herzfeld besuchten, entsprach bald nicht mehr den Bedürfnissen. 1767 erhielt die Gemeinde vom Grafen von Plettenberg die Genehmigung zur Einrichtung

einer Synagoge; jedes Gemeindemitglied verpflichtete sich entsprechend seinem Vermögen zu einer Abgabe. Die Synagoge befand sich in einem Fachwerkhaus an der Straße nach Nordwald auf dem Gelände der späteren Hildenhagenschen Brennerei. Anfang des 19. Jh. diente sie als Vorbild für den Bau der Synagoge in Oestinghausen. Mitte des Jh. war das Haus so baufällig, dass die Gemeinde an der Brückenstr. (rechts neben dem Haus Brückenstr. 1, früher Herzfelder Straße) 1856 eine neue Synagoge errichtete.

2.2.3 In der zweiten Hälfte des 18. Jh. gab es einen gemeinschaftlichen Lehrer, die religiöse Unterweisung der Kinder erfolgte jedoch vor allem durch die Eltern. Seit den 1820er Jahren unterhielt die Hovestädter Judenschaft einen staatlich examinierten Lehrer. Der Unterricht fand in der Regel im Haus eines Gemeindemitglieds statt, in den 1840er Jahren lag das Schulzimmer im Haus des Joseph Berliner. Als sich die Schülerzahl 1846 wesentlich erhöhte, beantragte der Lehrer für seinen Unterricht einen Globus und Karten. 1848 tagte die Konferenz der Lehrer des Regierungsbezirks Minden und angrenzender Kreise im Schullokal der „auf die Gemeinde Hovestadt-Herzfeld kombinierten Schule“, die also auch für Herzfeld zuständig war. Eine Prüfung der Schule 1848 ergab, dass „die Leistungen des Lehrers Blumenau während der kurzen Zeit seiner Wirksamkeit an einer früher sehr verwahrlosten Schule in jeder Beziehung Anerkennung verdient“. Besonders zu loben sei sein „Bestreben, das Zeremonialgesetz möglichst zu vergeistigen“ und das Interesse der Mädchen am hebr. Sprachunterricht zu steigern. Die Zahl der Schüler betrug 1842 sieben, 1846 waren es 32, 1858 bis 1863 zwischen 18 und 27. Folgende Lehrer lassen sich in Hovestadt nachweisen: 1829–1842 Wolf Rothschild (Gehalt 1836: 116 Rtlr.), 1838–1841 Isaac Braunschweig (zweiter Lehrer), 1842–1843 Friedländer, 1843–1845 Friede, 1845–1846 Jacob Schiff (gekündigt wegen zu hoher Gehaltsvorstellungen), 1846–1847 Hecker, 1847–1849 Salomon Blumenau, 1849–1851 Aron Bonnim (oder Bonnin) aus Bielefeld, 1851 Elkan Gilstein aus Grätz (Provinz Posen), 1852 Mayer, 1852–1853 Abraham Kaufmann, 1854–1861 Victor Philippson aus Hennen, 1861–1862 oder 1863 Jonas Wolff aus Dorsten, 1863/64–1865 H. Neustädter, bis 1869 Hilsmannsohn und 1869–1871 Simon Servos. Im 20. Jh. gingen die Kinder in die örtlichen christl. Schulen in Hovestadt und Herzfeld. Herbert Cohn besuchte das Archigymnasium in Soest.

2.2.4 Viele jüd. Familien beteiligten sich an der Finanzierung der Marks-Haindorf-Stiftung. Daneben unterstützten aber auch christl. Haushalte wie die des Grafen von Plettenberg, des Rentmeisters Gödde und der Brennerei Hildenhagen die Stiftung.

2.3.1 Auf der ersten Repräsentantenversammlung des neuen Synagogenbezirks 1855 wurden im Vorstand bestätigt: Heinemann Spiegel aus Hovestadt (1857 wiedergewählt bis 1861), Levi Stern aus Ostinghausen und Marcus Rosenberg aus Oestinghausen (1857 wiedergewählt bis 1863). Weitere Vorstandsmitglieder waren Marcus Rosenberg aus Oestinghausen, Salomon Grüneberg aus Herzfeld (1857–1875), Emanuel Speyer (1861–1867), Simon Spiegel (1863–1871), Philipp Spiegel aus Herzfeld (1867–1872), Josef Albesheim (1871–1875) und Meyer Stern aus Ostinghausen (1871–1872). Unter den Repräsentanten finden sich auch Vertreter aus Oestinghausen, Ostinghausen, Herzfeld, Eickelborn, Weslarn und Dinker.

Als ehrenamtlicher Rendant wurde 1858 Philipp Spiegel aus Herzfeld bestellt, der 1857 aus Kostengründen entlassene amtliche Rendant Wietkamp aus Weslarn führte die Geschäfte für diesen aber ehrenamtlich weiter. 1819 übte Wolf Rothschild das Kantorenamt aus. 1839 wurde mit dem Lehrer Isaac Braunschweig der erste Kantor fest angestellt. Sein Nachfolger wurde 1845 der Lehrer Jacob Schiff, 1846 der Ostinghausener Privatlehrer Salomon Säger. Seit 1847 besorgten offenbar die ortsansässigen Hovestädter Privatlehrer das Kantorenamt, nachweisbar für die Lehrer Blumenau und Philippson. Meyer Spiegel aus Hovestadt war als Mohel tätig, wie Eintragungen in seinen überlieferten Beschneidungsbüchern für den Zeitraum 1835–1865 belegen.

2.3.2 Frederik S. Spiegel, 1858 in Hovestadt geboren, besuchte das Gymnasium in Paderborn und wanderte 1872 mit seinen Eltern in die USA aus. Als Jurist wurde er in die Bildungsbehörde von Cincinnati gewählt und war für das ‚German Department‘ zuständig, außerdem wirkte er im Bezirksgericht und am staatlichen Gerichtshof. Spiegel war 1914/15 Bürgermeister von Cincinnati. Er engagierte sich im jüd. Orden ‚B’nai B’rith‘. Er starb 1925.

3.1 Das 1856 neu errichtete Synagogengebäude an der Brückenstraße (rechts neben dem Haus Brückenstr. 1, früher Herzfelder Str.) lag von der Straße zurückgesetzt und war von dieser durch eine niedrige Hecke und kleine Bäume abgegrenzt, auf der Rückseite befand sich ein Hof. Zu dem 127 m² großen, schlichten Backsteinbau erfolgte der Zugang auf der Westseite durch einen kleinen Vorbau. Die Synagoge bot 120 Männern Platz, für Frauen war eine Empore eingebaut. Um 1900 gaben die verbliebenen Gemeindemitglieder die Synagoge auf, seitdem nutzen sie einen Betraum im Haus der Familie Sommer (Bahnhofstr. 1). Die verfallene Synagoge wurde 1932 abgerissen.

3.2 Seit dem 17./18. Jh. wohnten Juden u.a. in der sogenannten Hovestädter Neustadt, hier kaufte 1786 Herz Moises das Haus Koch. Die Wohnungen der übrigen jüd. Einwohner verteilten sich über den gesamten Ort. Eine Konzentration der jüd. Ansiedlung befand sich im Bereich der neuen Synagoge an der Brückenstraße (zwischen Bahnhofstr. und dem Fluss Lippe). Dort lag das Fachwerkhaus der Familie Sommer (Bahnhofstr. 1) innerhalb eines etwa 4000 m² großen Gartens. Eigentümer eines Hauses und Grundstücks an der Straße nach Herzfeld war bis 1920 Ferdinand Neugarten, der nach Dortmund zog. In der Schloßstr. 19 befand sich das traufständige, zweigeschossige Fachwerkhaus mit Krüppelwalmdach, das Bendix Stern um die Mitte des 19. Jh. errichten ließ.

Nach Auflösung des Synagogenbezirks Hovestadt 1871 wurden die der Judenschaft gehörenden Grundstücke anteilmäßig unter den Gemeindemitgliedern aufgeteilt; 1872 verkaufte die Witwe Julie Speyer ihren Anteil. Die ehemaligen Gemeindegrundstücke erwarb Ferdinand Neugarten, der darauf ein Wohn- und Geschäftshaus erbaute. 1920 veräußerte die Familie den Besitz an den Metzgermeister Franz Kleeschulte, der Anfang der 1930er Jahre das Synagogengrundstück hinzukaufte.

3.3 In Hovestadt lassen sich zwei jüd. Friedhöfe nachweisen. Der ältere, vor 1800 eingerichtete Begräbnisplatz befindet sich im Krähenbrink, einem Waldstück in Richtung des Flusses Lippe. Die Reste von drei Grabsteinen sind noch vorhanden. Nach dem Ende der Nutzung fiel das Gelände an die Grafen von Plettenberg zurück, es durfte jedoch nur zur Holzgewinnung genutzt werden.

Der neue Friedhof liegt vor dem alten in der Schöneberger (früher Eickelborner) Heide am ‚Alten Postweg‘ zwischen Hovestadt und Eickelborn. Die Grafen von Plettenberg überließen den Juden eine Fläche von einer Rute (837 m²) unentgeltlich, für jede weitere sollten sie zehn Rtlr. aufbringen. Die erste Beerdigung erfolgte 1831, als Letzte wurde 1938 Elise Sommer geb. Weinberg beigesetzt. Auf dem heute 2756 m² großen Areal sind 49 Grabsteine mit deutschen und hebr. Inschriften erhalten. Die Pflege des Friedhofs hat der Spielmannszug Schöneberg übernommen. 2007 stellte die Gemeinde Lippetal die beiden Friedhöfe unter Denkmalschutz.

4.1 AdelsA Hovestadt (von Plettenberg-Lenhausen), J 328, 330–348, 394, 464–465, 490, 635, 637, 837–841, 998, DQ 176 u. L 772–773. – ErzbistumsA Paderborn, Nachlass Schelhasse, Paket 25. – GemeindeA Lippetal, A 429–441; A 443–444, A 447a und laufende Registratur. – KreisA Soest, Kreisaußschuß 40; Judenkenntartei. – LAV NRW Abt. W (Münster), Hztm. Westfalen, Landesarchiv Nr. 1718; Regierung Arnsberg,

Präsidialregistratur Nr. 327 u. 328; Regierung Arnsberg, Schulregistratur II D Nr. 384; Kreis Brilon, Landratsamt Nr. 1651; Kreis Soest, Landratsamt Nr. 133; Kreisgericht Soest II Nr. 569; Justizamt Oestinghausen II Nr. 122 u. 123; Justizamt Hovestadt II Nr. 11 u. 16. – StadtA Soest, B XXI 70, Nr. 4; P 116 d 5 und d 25.

4.2 Zwei Beschneidungsbücher mit Eintragungen 1835–1865 aus dem Besitz des Mohel Meyer Spiegel aus Hovestadt werden im Jüdischen Museum Westfalen in Dorsten aufbewahrt. Fotos von Personen, Gebäuden und Grabstätten, Karten- und Lagepläne in: FRISCHE, Zwischen Duldung und Pogrom 23–26, 36f., 42–47. Fotos der Synagoge und des Friedhofs in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 599f. sowie in: HAMANN/SCHRÖER, Friedhöfe der Synagogengemeinde Hovestadt 1, 6f., 8–32, 40. Foto des zerstörten Hauses Sommer in: BROCKE, Feuer an Dein Heiligtum gelegt 587 und in: OEDING, Lippetal – Damals 1933–1948, 237–239; Katasterauszug des Hauses und Familienfotos ebd. 231f.

4.3 Beiblatt zum 41. Stück des Amtsblattes der Königl. Regierung <Arnsberg 1846> 43. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 2–33 <1828–1886>.

4.4 FRISCHE Elisabeth, Zwischen Duldung und Pogrom. Ein Beitrag zur Geschichte der jüdischen Einwohner in den ehemals selbständigen Dörfern der heutigen Gemeinde Lippetal (= Schriftenreihe des Brücke e. V. 4) <O. O. 2013> 17–48, 69. – HAMANN Julian/SCHRÖER Daniel, Friedhöfe der Synagogengemeinde Hovestadt, hg. von Felix BIERHAUS und Markus HUNECKE <O. O. 2007>. – HEROLD Joseph, Die tausendjährige Geschichte des Gemeinwesens Herzfeld <Paderborn und Münster 1886> 117. – OEDING Gerd, Lippetal – Damals 1933–1948 <Lippetal 2000> 229–246.

Joachim Rüffer

LIPPETAL-Oestinghausen

1.1 Gemeinde Lippetal, Ortsteil Oestinghausen, Kr. Soest

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Infolge der Gebietsreform 1969 Teil der neugegründeten Gemeinde Lippetal.

Oestinghausen war Sitz des gleichnamigen Amtes, zu dem u. a. Bettinghausen, Eickelborn, Hultrop, Hovestadt, Lohe und Oestinghausen gehörten. Der überwiegende Teil des Amtes – außer Hovestadt – bildete seit 1855/56 die Synagogengemeinde Oestinghausen, die als Untergemeinde dem Synagogenbezirk Hovestadt angeschlossen war.

2.1.1 Der Rat der Stadt Soest ließ 1573 den Juden Hirtze aus Oestinghausen inhaftieren, weil er keinen Soester Geleitbrief vorweisen konnte. Wenige Jahre später betrieb Lazarus in Oestinghausen – auch mit Soester Bürgern – einen Pferde- und Pfandhandel, bis ihn um 1590 Plünderungen durchziehender Truppen zwangen, nach Soest überzusiedeln. 1703 und 1704 lebte Michael mit seiner Familie in Oestinghausen. Er besaß einen Geleitbrief aus dem Jahr 1700, der 1717 an Süskind Isaac überging. 1735 wurde Süskind Isaac (gest. 1737) erneut ein landesherrlicher Geleitbrief für das

Dorf Oestinghausen mit einer Laufzeit von zwölf Jahren ausgestellt. Er war Schlachter und handelte mit Fellen, Tee, Kaffee und Zucker; zu seiner Familie zählten seine Ehefrau Heuman Frömeke und sechs Kinder. Spätestens in den 1760er Jahren ließen sich erneut Juden im Ort nieder. 1782 werden die Familien Hertz, Benedict, Mayer Isaac und David sowie der ledige Süßkind Moyses und dessen Bruder David erwähnt; die meisten davon gaben an, arm zu sein. 1790 besaßen acht jüd. Familien ein Aufenthaltsrecht im Dorf: Isaac Herz, Bendix Jacob, David Joseph, Meyer Isaac, Heuman Natan, Michel Mendel, Süskind Moyses und Jacob Hertz. Der Anstieg des Anteils der jüd. Bevölkerung führte in den 1790er Jahren zu Spannungen im Ort, immer wieder kam es zu Übergriffen von christl. Seite. Es wurde mit Flinten auf jüd. Bewohner geschossen, Wohnungen wurden zerstört, Vieh geraubt, Feldfrüchte vernichtet. Erst ein vom Landesherrn, dem Kölner Kurfürsten, angeordneter Militäreinsatz konnte die Ruhe nach sieben Jahren wiederherstellen.

2.1.2 Im Zusammenhang mit dem Synagogenbau sind für 1806 als Familienvorstände belegt: Joseph Hertz, Daniel Jacob, Joseph David, Jacob Benedix, Salomon Samuel, Meyer Isaac, Seeligmann Hertz, Michael Mendel, Heuman Natan, Suskind Moyses und Jacob Hirsch. 1831 lebten in Oestinghausen die Familien Joseph Rosenberg, Jacob Neukircher, Jacob Goldberg, Joseph Rose, Levi Moses Silberberg und Aron Brüggemann. David Rose lebte vor 1846 als Sattler im Ort, er hatte um 1830 mit Unterstützung der Haindorfschen Stiftung seine Ausbildung beendet; in den 1860er Jahren wurde Benjamin Silberberg aus Oestinghausen im Haindorfschen Lehrerseminar ausgebildet. 1846 wurden als selbstständig tätige Juden verzeichnet: die Kaufleute Moses Berliner, Levi Herz, Abraham Neukircher und Levi Stern, die Handelsmänner Jacob Goldberg, Abraham Neukamp, Markus Rosenberg, die beiden namensgleichen Handelsmänner Jacob Sommer, der Handelsmann und Makler Moses Silberberg (gest. 1847), der Makler David Rose, der Privatlehrer Simon Dammann sowie ohne Berufsangabe Kussel Vielbach. Sie gehörten alle zur Synagogengemeinde Oestinghausen. Zumindest Abraham Neukamp und Levi Stern besaßen ihren Wohnsitz jedoch in Oestinghausen (heute Bad Sassendorf). Die genannten erblichen Familiennamen hatten sie – mit Ausnahme von Simon Dammann und Levi Herz – bereits 1808/09 angenommen oder schon zuvor geführt.

Das seit Anfang des 19. Jh. gute Einvernehmen zwischen den Religionen, zu dem Pfarrer Heinrich Schulte vier Jahrzehnte lang beigetragen hatte, endete 1842, als nach dessen Tod Vikar Johannes Böddiker die Pfarrstelle für ein Jahr verwaltete. Bis dahin hatten jüd. Mitglieder des Schützenvereins die Festgottesdienste in der kath. Pfarrkirche besucht und Christen u. a. bei jüd. Hochzeiten das Dorf geschmückt. Nun wollte laut Levi Herz der neue Vikar die Teilnahme von Juden am Hochamt verhindern. Nachdem 1843 Oestinghausener Einwohner vor der Hochzeit von Levi Herz und Eva Rose den Weg um den Kirchhof zur Synagoge geschmückt hatten, veranlasste der Vikar die Beseitigung des Blumenschmucks. Außerdem verweigerte er der Hochzeitsgesellschaft die Benutzung dieses Weges. Da der Bürgermeister in Weslarn (heute Bad Sassendorf) den Weg kurzzeitig als öffentlich deklarierte, konnte die Trauung noch am selben Tag vollzogen werden. Da der Bräutigam eine Wiederholung der Ausschreitungen befürchtete, wandte er sich an den Obervorsteher der Soester Gemeinde, Levi Lazarus Hellwitz, der den Vorgang an die Regierung in Arnberg weiterleitete. Nach dem Weggang des Vikars kehrte wieder Ruhe ein. Bis in die 1930er Jahre nahmen die letzten im Dorf ansässigen Juden, Angehörige der Familie Neukircher, an den kath. Prozessionen teil.

1867 werden folgende Juden für Oestinghausen erwähnt: Marcus Rosenberg, Abraham Neukircher, ferner der Handelsmann Kussel Vielbach, dessen Bruder Benjamin Vielbach, die Witwe des Tagelöhners Silberberg sowie die Handlungsgehilfen Nathan und Philipp Neukircher und Aron Weinberg, der Lehrling Moritz Strauß, der Lehr-

knecht Leser Hergeshausen und der Krämer Abraham Stern. Nathan Neukircher handelte zunächst mit Getreide und Vieh, später mit Manufakturwaren und Kaffee.

2.1.3 In den 1930er Jahren lebte nur noch die jüd. Familie Neukircher in Oestinghausen. Zu ihr zählten Paul (geb. 1876), seine Ehefrau Adele geb. Hoffmann (geb. 1877), die Töchter Anna Margaretha (geb. 1909) und Ilse (geb. 1913) sowie Adeles Bruder Hermann Hoffmann. 1933 musste Paul Neukircher den stellvertretenden Vorsitz im Männergesangverein niederlegen. Die Töchter heirateten 1938 in Oestinghausen und zogen zu ihren Ehemännern nach Essen und Bremen. Das Geschäft der Familie (heutige Hovestädter Str.) war sehr angesehen, hier wurden die Anzüge für die Kommunion der kath. Kinder im Kirchspiel gekauft. 1937 musste die Familie ihr großes Haus, in dem sich auch Mietwohnungen befanden, an den Bürgermeister verkaufen. Nach dem Novemberpogrom 1938 wurden Paul Neukircher und Hermann Hoffmann verhaftet und zeitweise ins KZ Sachsenhausen gebracht. Die obdachlos gewordene Familie Cohn aus Hovestadt fand bei Neukircher kurzzeitig Aufnahme, bevor sie bis zur Deportation bei einer jüd. Familie in Soest zwangsweise einquartiert wurde. Im Juli 1942 wurden Paul und Adele Neukircher sowie Hermann Hoffmann über Dortmund ins Ghetto Theresienstadt deportiert, Hermann Hoffmann starb in Theresienstadt, Paul und Adele Neukircher wurden im KZ Treblinka ermordet.

2.1.4 Die rechtzeitig in die USA ausgewanderte Grete Goldschmidt (geb. Neukircher) hielt bis zu ihrem Tod in den 1990er Jahren brieflichen Kontakt mit einer Freundin in Oestinghausen.

2.2.1 1843 lebten in Oestinghausen 47 Juden, 1858 waren es 26. 1871 waren von 594 Einwohnern 568 kath., zehn ev. und 16 jüd. Glaubens; 1895 waren von 555 Einwohnern 541 kath., elf ev. und drei jüd. Glaubens; 1925 waren von 613 Einwohnern 595 kath., 14 ev. und vier jüd. Glaubens. Im heutigen Ortsteil Hultrop ist zu Beginn des 18. Jh. ein jüd. Einwohner nachgewiesen.

Zum 1855 eingerichteten Synagogenbezirk Hovestadt gehörten u. a. Weslarn (heute Bad Sassendorf), Dinker (heute Welver) und Herzfeld (heute Lippetal) sowie die Untergemeinde Oestinghausen, zu der u. a. Bettinghausen (heute Bad Sassendorf), Eickelborn, Lohe (beide heute Lippstadt), Hultrop (heute Lippetal) und Oestinghausen (heute Bad Sassendorf) zählten. Laut Statut von 1855 erfolgte die Wahl des Vorstandes ausschließlich durch die Mitglieder des Bezirkshauptortes Hovestadt und der Orte Herzfeld, Oestinghausen und Oestinghausen. In den 1860er Jahren verlor die Untergemeinde Oestinghausen zunehmend Mitglieder. Die vor demselben Problem stehende Hauptgemeinde Hovestadt schlug 1860 und 1867 der Regierung Arnsberg die Zusammenlegung vor. Doch die Oestinghausener Untergemeinde verteidigte ihre Eigenständigkeit, sie verwies auf den guten baulichen Zustand ihrer Synagoge und den geordneten Unterricht der Kinder. So wurde Oestinghausen 1871 bei der Auflösung des Bezirks Hovestadt als weiterhin eigenständige Untergemeinde dem Synagogenbezirk Soest angeschlossen. Einen jährlichen Etat stellte die Gemeinde nicht auf, sie entschied am Anfang eines Jahres, wie die voraussichtlichen Aufwendungen zu bestreiten seien.

2.2.2 Im 18. Jh. besuchten die Oestinghausener Juden die Synagoge in Hovestadt. Ab 1804 wurde auf einem Grundstück in der Nähe der kath. Pfarrkirche St. Stephanus (hinter dem Haus Kayserstr. 7) eine Synagoge erbaut. Das Grundstück stellte Peter Schröder zur Verfügung, der auch den Bau und die Einrichtung übernahm. Die jüd. Gemeinde verpflichtete sich, das Gebäude für 330 Rtlr. in Raten zu erwerben, während das Grundstück lediglich gepachtet wurde. 1806 gewährte der Oestinghausener Müller Johann Heinrich Hohof der Gemeinde einen Kredit über 200 Rtlr. zur Finanzierung des Baus. Nachdem aufgrund der zu geringen Anzahl an Gemeindemitgliedern keine Gottesdienste mehr stattfinden konnten, wurde die Synagoge verkauft und abgerissen.

2.2.3 1818 war ein jüd. Lehrer im Dorf angestellt. Das von den Eltern zu zahlende Schulgeld richtete sich nach dem Vermögen und der Anzahl der Kinder einer Familie, Kinder mittelloser Familien blieben vom Unterricht ausgeschlossen. Wenn kein jüd. Lehrer vorhanden war, besuchten die Kinder die kath. Elementarschule im Ort, die Eltern übernahmen die religiöse Unterweisung. 1831 und 1832 unterrichtete Moses Silberberg Religion und Hebräisch. In den 1830er Jahren bemühten sich die Familien, eine jüd. Privatschule zu etablieren, Marcus Rosenberg stellte in seinem Haus ein Zimmer zur Verfügung. Als die Judenschaft 1839 Jordan Lehmann zum Lehrer berief, entzog ihm die Schulbehörde die Konzession, da er noch keine Seminarprüfung abgelegt hatte. Als staatlich geprüfte Lehrer (teils Absolventen des Haindorfischen Seminars) lassen sich nachweisen: 1841 Moses Blumenfeld aus Schwerte (kurzzeitig, ging nach Essen), 1841–1843 Moses Rintels aus (Preußisch-) Oldendorf, 1846/47 Joseph Merfeld aus Bielefeld, 1847–1849 Alexander Cohn/Cahn aus Mohndorf im Siegkreis, 1849–1853 Jesaias Meyer aus Telgte, ab März 1854 Isaac Hagedorn aus Giershagen und von Dez. 1854 bis 1856 Salomon Kronenberg aus Störmede, 1856–1858 Selig Löwenstein aus Hövelhof und 1858/59 Simon Kaufmann. In den 1850er Jahren hinterließ die Privatschule bei Schulinspektionen einen guten Eindruck. Die Kinder hätten gut geantwortet, Rechenkünste und Kenntnisse in englischer und französischer Sprache wurden hervorgehoben. Ende der 1850er Jahre stellte der Schulinspektor fest, dass die Kinder unter Lehrer Kaufmann einen zu starken jüd. Dialekt sprachen. 1856 gab es acht, 1858 neun und 1859–1861 zwei jüd. Schüler.

Ab 1859 ließ Marcus Rosenberg seine beiden Söhne in Sondershausen und Olfen unterrichten; ein Kind der Witwe Silberberg ging nach Hovestadt, weil es sich auf das Lehramt vorbereiten wollte. Die beiden Kinder des Abraham Neukircher wurden von der 17-jährigen Henriette Heidenheim, Tochter des Rabbiners und Oberlehrers an der Realschule in Sondershausen, im Haus der Eltern unterrichtet. Nachdem der jungen Lehrerin die Lehrtätigkeit untersagt worden war, mussten die Kinder etwa ein halbes Jahr die kath. Schule besuchen; den Religionsunterricht übernahm Lehrer Philippson in Hovestadt. Nachdem die Lehrerin 1860 ihr Examen bestanden hatte, unterwies sie die Kinder wieder. Mit ihrem Fortgang 1861 wurde die jüd. Privatelementarschule aufgelöst, weil sie mit dem Ende der Schulzeit des letzten schulpflichtigen Kindes nicht mehr benötigt wurde. 1921 erteilte Lehrer Sally Katzenstein aus Soest den Töchtern der Familie Paul Neukircher Religionsunterricht.

2.2.4 Die Oestinghausener Juden beteiligten sich bereits in der Frühphase der ‚Marks-Haindorf Stiftung‘ an deren Finanzierung. Während der Notzeiten in der Weimarer Republik unterstützte Paul Neukircher bedürftige Oestinghausener. Die Familie zeigte sich gegenüber ihren Hausmädchen großzügig, wenn diese den Haushalt verließen, um zu heiraten.

2.3.1 Der Synagogenuntergemeinde Oestinghausen standen Marcus Rosenberg (mindestens zwischen 1841 und 1867) und Abraham Neukircher jahrzehntelang vor. Die Oestinghausener Judenschaft war auch in der Hauptgemeinde Hovestadt vertreten. Ebenso wie Meyer Stern gehörte auch Marcus Rosenberg ihrem Vorstand an (spätestens seit 1854 bis 1863), als Repräsentanten fungierten dort Abraham Neukircher (1854–1861 und 1871–1875) sowie Abraham Stern (1869–1875). Vom Ende der 1820er Jahre bis nach 1867 war Kussel Vielbach als Kantor tätig.

2.3.3 Spätestens in den 1840er Jahren waren einige Juden Mitglieder im örtlichen Schützenverein, darunter Paul Neukircher. Als dekorierte Teilnehmer am Ersten Weltkrieg gehörte er dem Kriegerverein an, ferner zählte er 1906 zu den Gründungsmitgliedern des Männergesangsvereins; er war erster Vorsitzender und Chorleiter. 1933 legte er den stellvertretenden Vorsitz nieder, für seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit im Verein wurde er geehrt. 1912 gehörte er zu den Mitgründern der Freiwilligen

Feuerwehr, 1923–1925 war er Brandmeister. Als der Geflügel- und Kleintierzuchtverein 1913 entstand, übernahm er das Amt des Schatzmeisters für fast 13 Jahre. Der Kaufmann Nathan Neukircher wurde während des Kaiserreichs regelmäßig in den Gemeinderat gewählt.

3.1 Die 1804 erbaute Oestinghausener Synagoge hinter dem Haus Kayserstr. 7 orientierte sich in Größe und Gestaltung am Vorbild der Synagoge in Hovestadt. Der Bauherr, Peter Schröder, verpflichtete sich, im Außenbereich nur neues Holz zu verwenden, er übernahm auch den weißen Anstrich.

3.2 Die meisten Oestinghausener Juden lebten auf dem Palmbrink nahe der Pfarrkirche. Im Haus Hovestädter Str. 4 wohnte die Familie Rose, die einen Viehhandel betrieb. 1865 ließ Nathan Neukircher das massive Haus Hovestädter Str. 5 (früher Palmbrink 1) erbauen.

3.3 Der jüd. Friedhof Oestinghausen liegt im Bereich Berensberg/Weimeskamp, er wurde spätestens um 1830 angelegt, die erste nachweisliche Beisetzung war die des Handelsmanns Seligmann Rose 1832. Auf dem 480 m² großen Gelände haben sich sechs Grabsteine und eine Grabstele erhalten. Der älteste Grabstein gedenkt Joseph David Rosenbergs (1773–1848), der jüngste des Ehepaars Nathan Neukircher (1836–1923) und Therese geb. Seckelsohn (1847–1921). Der Begräbnisplatz gehörte der Familie Neukircher. Paul und Adele Neukircher verkauften ihn 1937 mit der Auflage der Heckenpflege an den Landwirt Anton Brüggelhoff aus Oestinghausen, das Nutzungsrecht wurde auf 99 Jahre begrenzt. Nach 1945 ging der Friedhof in den Besitz des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe über, die zivile Gemeinde Lippetal übernahm die Pflege. 2007 wurde der Friedhof unter Denkmalschutz gestellt.

4.1 AdelsA Hovestadt (von Plettenberg-Lenhausen), J 332, 414, 465, 2204, 2321, 2322, 2323. – GemeindeA Lippetal, A 429–431, A 434–437, A 440. – KreisA Soest, Judenkartei. – LAV NRW Abt. W (Münster), Hztm. Westfalen, Landesarchiv Nr. 1718 u. 1723; Landstände Nr. 2796; Regierung Arnsberg, Schulregistratur II B Nr. 1118 u. II D Nr. 384; Kreis Soest, Landratsamt Nr. 133; Kreis Brilon, Landratsamt Nr. 1651. – StadtA Soest, B XXI 70, Nr. 4; P 116 d 5.

4.2 Foto des jüd. Friedhofs in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 600; FRISCHE, Zwischen Duldung und Pogrom 65 sowie in: HAMANN/SCHRÖER, Friedhöfe der Synagogengemeinde Hovestadt 33, dort auch Lageskizze des Friedhofs. Aufnahmen des jüd. Friedhofs in der Sammlung der LWL-Denkmalpflege, Münster. Fotos von Personen und Gebäuden in: OEDING, Lippetal 229–231, 236 und in FRISCHE, Zwischen Duldung und Pogrom 65.

4.3 Beiblatt zum 41. Stück des Amtsblattes der Königl. Regierung <Arnsberg 1846> 44. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 3–46 <1829–1911/13>.

4.4 FRISCHE Elisabeth, Zwischen Duldung und Pogrom. Ein Beitrag zur Geschichte der jüdischen Einwohner in den ehemals selbständigen Dörfern der heutigen Gemeinde Lippetal (= Schriftenreihe des Brücke e. V. 4) <O. O. 2013> 59–70. – HAMANN Julian/SCHRÖER Daniel, Friedhöfe der Synagogengemeinde Hovestadt, hg. von Felix BIERHAUS und Markus HUNECKE, <O. O. 2007> 33–35. – OEDING Gerd, Lippetal – Damals. 1933–1948 <Lippetal 2000> 229–242. – RIES Rotraud, Ein ambivalentes Verhältnis. Soest und seine Juden in der frühen Neuzeit. In: WIDDER Ellen in Verbindung mit EHBRECHT Wilfried/KÖHN Gerhard (Hg.), Soest. Geschichte der Stadt, Band 3 (= Soester Beiträge 54) <Soest 1995> 549–635, hier 556, 592, 599.

Joachim Rüffer

LIPPSTADT

1.1 Stadt Lippstadt, Kr. Soest

1.2 Bis 1445 Gft. Lippe; bis 1609/1666 Samtherrschaft Gft. Lippe und Gft. Mark (Brandenburg/Preußen), nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (Samtherrschaft Gft. Lippe und GHztm. Berg) seit 1815 Samtherrschaft Gft. Lippe und Kgr. Preußen; seit 1850 Kgr. Preußen. – Um 1185 zur Stadt ausgebaut. In der 1975 abgeschlossenen Kommunalreform um Orte ergänzt, die bis 1803 zum FBtm. Münster, Hztm. Westfalen und FBtm. Paderborn gehörten.

Nach dem Statut von 1855 zählten zum Synagogenbezirk Lippstadt auch die Juden in den Gemeinden Benninghausen, Herringhausen und Overhagen, ferner die aus den zum Kreis Büren gehörenden Ortschaften Hörste und Rebbeke-Mettinghausen.

2.1.1 In einer Tributliste der Soester Juden aus der Zeit von 1330 bis 1350 wird der Jude ‚Goscaldus de Lippia‘ erwähnt. Ob Goscaldus zu dieser Zeit in der Stadt Lippe (Lippstadt) wohnte, ist ungewiss. In der ersten Hälfte des 16. Jh. gelang Salomon Gans der Zuzug in die Stadt. Dort kamen seine beiden Söhne Seligman Gans und der spätere Universalgelehrte David Gans (geb. 1541, gest. 1613 in Prag) zur Welt. Salomon Gans zog etwa 1542 nach Lemgo. Der Magistrat der Stadt Lippstadt erteilte 1561 und 1573 Seligmann (Selichmann) Gans mit seiner Frau, den Kindern und Hausgenossen ein Geleit für jeweils zwölf Jahre. Seligmann kündigte 1578 vorzeitig sein Geleit und erwarb 1579 ein neues für Minden, wohin er mit seiner Familie zog. Auf Betreiben der um ihre Privilegien bangenden Lippstädter Ämter (Zünfte) beschloss der Rat 1578/79, die Niederlassung von Juden „hinfüro zu ewigen Zeiten“ zu verbieten. Bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges wurden keine Juden längerfristig in der Stadt geduldet. Seit dem letzten Viertel des 16. Jh. gelang es jedoch Juden aus dem benachbarten Lipperode, in Lippstadt Handel zu treiben. Da die Lipperoder Juden als erhebliche Konkurrenz für die Handelsgeschäfte der Lippstädter Bürger angesehen wurden, versuchte der Lippstädter Magistrat 1585, 1592 und 1599 vergeblich, diesen Handel durch Eingaben an den zuständigen Amtsdrosten in Lipperode zu unterbinden. Auch in den folgenden beiden Jh. betrieben die jüd. Einwohner Lipperodes Handelsgeschäfte in Lippstadt und besuchten die dortigen Jahrmärkte.

In den 1660er Jahren konnte sich unter der Schutzherrschaft des brandenburgischen Kurfürsten die Familie von Benedict Elias Gumpertz (Gomperz) dauerhaft in Lippstadt niederlassen. Benedict Elias war ein Sohn des brandenburgischen Hoffaktors und Heereslieferanten Elias Gumpertz aus Kleve. Ihre hohe soziale Stellung konnte die Familie behaupten. Sie betrieb ein Geld- und Pfandleihgeschäft sowie Handel mit Fleisch und Spezereien, die Söhne studierten in Amsterdam und Leiden. In der zweiten Hälfte des 18. Jh. wurde der Lippstädter Viehmarkt regelmäßig von jüd. Händlern aus dem Hochstift Paderborn besucht und auch für Zahlungen genutzt. So verpflichtete sich 1688 der Rietberger Bürger Stuckemeyer, dem Juden Gottschalk Leeser aus Büren zwei Stück „Linnen Laken“ zu zahlen, zu entrichten im Rahmen des Lippeschen Pferdemarktes im Hause des Juden Benedikt. 1692 bat der Jude Calaman aus Lippstadt die Osnabrücker Zentralbehörden, ihm die Erlaubnis zur Niederlassung in der Dorfschaft Langenberg zu erteilen. Die brandenburgische Schutzherrschaft hatte während des 18. Jh. in der Regel nur für einen Familienzweig Bestand. 1698 heiratete die Tochter von Benedict Elias Gumpertz den aus Lünen stammenden David Hertz, der die Geschäfte seines Schwiegervaters weiterführte. Deren Tochter Sibille heiratete etwa 1752 den aus Obermarsberg stammenden Hertz Feidel. Um 1755 betrieben die Juden Gumpert Hertz, Bendix Hertz, Hertz Feidel und Abraham Moses in Lippstadt offenbar einen ausgedehnten Handel mit Silberwaren. Während des Siebenjährigen Krieges ab 1756 konnte Hertz Feidel mit

seinem Schwager Gumpert Hertz (seit 1738 vergeleitet) als Heereslieferant für die Lippstädter Garnison ein beträchtliches Vermögen erlangen; sie gehörten zu den zwölf bzw. 30 wohlhabendsten Einwohnern der Stadt. Die heutige Rathausstr., in der sie wohnten, wurde seit dieser Zeit bis ins 20. Jh. als ‚Judenstraße‘ bezeichnet. Nach Ende des Krieges führten Schulden und Außenstände zu einem massiven Einkommenseinbruch des Familienunternehmens. 1768 sah sich Hertz Feidel gezwungen, Erwerbsmöglichkeiten außerhalb der Stadt zu suchen und zog mit seiner Familie ins benachbarte kurkölnische Erwitte. 1770 wurde Lehmann Hertz aus Lippstadt zum Zwangsexport von Porzellan aus der ‚Königlichen Porzellanmanufaktur‘ herangezogen, um sich (als erstes Kind) auf den Schutzbrief seines Vaters Gumpert Hertz (der 1779 nach Lipperode übersiedelte) niederlassen zu dürfen. 1773 wurde Joseph, Knecht des Lehmann Hertz, auf dem Mastholter Markt aktenkundig, da er sowohl den Leib- als auch den Viehzoll nicht rechtzeitig gezahlt hatte. 1782 erfolgte – aufgrund der besonderen Lippstädter Verfassung – die Niederlassung von Isaac Bacharach aus Kassel (mit seiner Frau und seinen Söhnen Helle und Peretz) als Extraordinarius unter Verzicht auf den Zwang zum Porzellanexport, 1786 erwarb er das Haus Marktstr. 29. Seinen Lebensunterhalt bestritt er mit dem Handel von Vieh, Fellen, Fleisch, Getreide, Trödel und mit Pfandleihe. 1787 lieferte er Joseph Abraham in Paderborn 525 Schaffelle, was den Umfang des innerjüd. Handels mit Agrarprodukten andeutet. Obwohl er sich verpflichtet hatte, die Privilegien des Kramer- und Metzgeramtes zu achten, geriet er mit letzterem immer wieder in Konflikt und führte mehrjährige Prozesse. Wegen der Konkurrenz von hausierenden Juden aus Lipperode sowie der hohen Schutzgelder und Sondersteuern war die wirtschaftliche Situation der Familie am Ende des 18. Jh. angespannt.

2.1.2 Die Aufhebung der Zuzugsbeschränkungen unter franz. Herrschaft nutzten als Erste die lippischen Schutzjuden Matthias Arend (seit 1809 Familienname Rosenbaum) und Bendix Isaac (Lilienfeld) aus dem benachbarten Lipperode, deren Anträge zur Niederlassung die Departements- und Unterpräfekturen in Dortmund und Hamm sowie in Detmold 1810 bewilligten. Bei den fünf Niederlassungsgesuchen für Lippstadt nach 1815 (u. a. von Seligmann Abraham Hesse aus Lipperode und Bendix Lehmann Stern aus Cappel, beides lippische Exklaven und heute Ortsteile von Lippstadt) mussten vier unterschiedliche Rechtsordnungen berücksichtigt werden. Die jüd. Gemeinschaft in Lippstadt wuchs auf zunächst sechs Familien an, sie umfasste die Haushalte von Helle Bacharach, Peretz Bacharach, Matthias Rosenbaum, Simon Lilienfeld, David Lenzberg und Simon Wittgenstein. Bis Mitte der 1840er Jahre kamen die verschwägerten Familien Abel und Weinberg sowie die Familien von Aron Aronstein aus Sulzbach in Bayern hinzu. 1846 wurden in Lippstadt die folgenden Familienvorstände als selbständig tätige Juden verzeichnet: Selig Abel, Aron Aronstein, Witwe Hanna Bacharach, Herz Bacharach, Israel Bacharach, Levi Bacharach, Moses Bacharach, David Lenzberg, Simon Lilienfeld, Moses Rosenbaum, Witwe Telz Rosenbaum und Salomon Weinberg; im heutigen Ortsteil Overhagen waren zudem Abraham Dannenbaum, Bendix Dannenbaum, Witwe Sophie Dannenbaum, Jacob Hesse und Isaac Löwenstein verzeichnet. Alle genannten erblichen Familiennamen haben sie bereits zuvor geführt. 1856 wandten sich auch die Lippstädter Juden gegen die Versuche des Abgeordneten Wagner, den Gleichstellungsartikel aus der preuß. Verfassung streichen zu lassen. Am Krieg 1870/71 nahm aus Lippstadt u. a. Isaak Rosenfeld teil. 1871 war die Anzahl der Juden in Lippstadt auf 240 gestiegen, mit etwas mehr als drei Prozent der Bevölkerung war damit der höchste Anteil erreicht. Bis 1890 stieg die Zahl noch auf 270, konnte mit dem allgemeinen Wachstum der Stadt aber nicht mehr Schritt halten. Ab der Jahrhundertwende ging die Gemeindegröße zurück, 1933 umfasste sie noch 126 Personen und damit etwa ein halbes Prozent der Einwohnerschaft. Viele Juden sahen mit der Abwanderung in Großstädte wie z. B. Berlin, Köln, Düsseldorf und ins Ruhrgebiet bessere wirtschaftliche Chancen.

1819 ließ sich Moses, der Sohn von Helle Bacharach, auf den Namen Georg Barenburg taufen. Eine Ausnahme stellte der Übertritt der gesamten Familie Wittgenstein zum Christentum im Jahr 1828 dar. Für 1847 lässt sich die Taufe von Herz Bacharach nachweisen, der die Vornamen Gangolf Ferdinand Leopold Friedrich annahm. 1877 konvertierte die Ehefrau von Prof. Dr. Hermann Hesselbarth, Johanna geb. Grünebaum.

Waren die Lippstädter Juden im 18. Jh. auf ihre traditionellen Handelstätigkeiten und den Geldverleih beschränkt, so zeigt sich im 19. Jh. eine breitere Gewerbestruktur. 1834 war Elias Bacharach (Marktstr.) als Blechschläger tätig, Moses Bacharach (Cappelstr.) als Drucker, Färber und Lotterie-Collector, Mathias Rosenbaum (Lange Str.) betrieb eine Ellen-, Kolonialwaren- und Fruchthandlung sowie einen Pferdehandel. In der zweiten Hälfte des 19. Jh. finden sich auch Fabrikanten in der Gemeinde: Die Familie Windmüller baute eine Fahrrad- und Wagenlaternen-Fabrik auf (aus der später die Westfälische Metall-Industrie hervorgehen sollte), Emil Schüler war Mühlenbesitzer, Aaron Grünebaum Mühlenbesitzer und Bankier, Samuel Abel besaß eine Wollfabrik, Sally Sax war Inhaber der ‚Chemisch-technischen Fabrik Lohn & Diekhoff‘, Samuel Sostheim (später sein Sohn Walter) war Eigentümer einer Besen- und Bürstenfabrik. Daneben wohnten in der Stadt einzelne jüd. Ärzte und Bankiers (Matthias Rosenbaum und Dannenberg). Abraham Sternberg betrieb als Lohgerber ein einträgliches Handwerk. Mit Unterstützung der Haindorfschen Stiftung wurde Ende der 1820er Jahre Levy Bacharach aus Lippstadt zum Handwerker, Anfang der 1890er Jahre Moses Bacharach zum Anstreicher ausgebildet. Eine Ausbildung zum Elementarlehrer erhielten H. A. Schwarzauer, der Mitte der 1830er Jahre in Beckum tätig wurde, sowie Max Levisohn, der um 1910 eine Stelle in Essen fand.

Im letzten Drittel des 19. Jh. waren in Lippstadt u. a. ansässig die Manufakturwarengeschäfte von Moses Abt und Isaak Halle, das Geschäft für Haushaltswaren von Hermann Levi, das Textilgeschäft von Liebmann Levy und Richard Moosberg, das Spielwarengeschäft Siegmund Meyerbach, die Schuhwarenhandlung Hermann Moos, die Kürschner Simon Cohen und Siegfried Cohn, die Viehhändler Julius Cohn, Max Cohn, Julius Lichtenfels und Julius Moosbach, der Pferdehändler Mathias Lilienfeld, der Metzgermeister Israel Goldschmidt, die Getreide- und Fouragehandlung von J. Levy Ostheimer sowie der Warenhausbesitzer Benjamin Stern. Die unverheirateten Kinder des Levi Stein aus Westernkotten (Leser, Herz und Rosalie) betrieben Ende des 19. Jh. am Ostwall einen Viehhandel, den sie später ihrem Neffen Julius Lichtenfels, dem Sohn von Dina Stein und Bernhard Lichtenfels aus Beckum, übergaben; ihn hatten sie 1876 an Kindesstatt angenommen. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs wurde in der Lippstädter Synagoge für den Erfolg gebetet, viele junge jüd. Männer meldeten sich freiwillig, neun starben. Das EK II erhielten Hermann Levi, Julius Ostheimer, Erich Ganz, Hermann Goldschmidt sowie A. und Walter Dannenbaum, ferner Dr. Grüneberg die ‚Rote Kreuz Medaille‘. Zum Reserveoffizier befördert wurde Walter Ganz, zum Oberstabsarzt Dr. Grüneberg.

1884 wurde die jüd. ‚Gesellschaft in der Sonne‘ gegründet, fand jedoch kaum Zuprsuch. Der ‚Verein für jüdische Geschichte und Literatur‘ bestand in Lippstadt seit 1898, Vorsitzender war B. Stern. 1905 hatte der Verein 33 Mitglieder, bis in die 1920er Jahre wurden regelmäßig Lesungen und Vorträge organisiert. In Lippstadt gab es Ortsgruppen des CV und nach dem Ersten Weltkrieg des RjF, der auch die Juden aus Lipperode und Westernkotten angehörten. Ende der 1920er Jahre war Sanitätsrat Dr. Grüneberg ihr Vorsitzender, 1934 der Viehhändler Otto Goldschmidt. Dem ‚Jüdischen Jugendverein‘ mit zeitweise 57 Mitgliedern stand in den 1920er Jahren H. Levy vor, 1932 Dora Levi. Zeitgleich existierte der zionistische Jugendverband ‚Blau-Weiß‘ und eine Ortsgruppe der ‚Zionistischen Vereinigung für Deutschland‘ (Vorsitzender Max Stern). In der Rubrik ‚Wo Juden unerwünscht sind‘ führte das ‚Israelitische Fa-

milienblatt' 1931 das Lippstädter Gasthaus ‚Zum weißen Roß‘ von Gustav Schwetasch auf.

2.1.3 Im März und April 1933 kam es in Lippstadt zu Boykottmaßnahmen gegen jüd. Geschäfte. Der Mediziner Dr. Julius Rath mit Praxis am Südertor 4 wurde am 29. März 1933 für zehn Tage in ‚Schutzhaft‘ genommen. Ende 1934 beklagte der Lippstädter Bürgermeister beim Landrat dessen Wiedenzulassung zur Fürsorge- und Kassenpraxis und seine Beliebtheit bei den Patienten. Nachdem ihm 1935 die Kasenzulassung entzogen worden war, emigrierte Rath im selben Jahr in die USA. 1935 organisierte die NS-Hago (Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation) eine gauweite ‚Aufklärungskampagne‘, zu der auch Aktionen in Lippstadt gehörten. Der Besuch sämtlicher Restaurants wurde Juden in Lippstadt verboten; eine Maßnahme, die nur in wenigen Orten Anwendung fand. Der jüd. Kegelklub in Lippstadt, der in einer Gaststätte tagte, die dem NSDFB (Stahlhelm) als Vereinslokal diente, wurde aufgelöst.

Beim zwangsweisen Ausverkauf der beiden jüd. Großgeschäfte ‚Meyer & Co.‘ (Inhaber Max Hirsch) und des Manufakturwarengeschäfts der Brüder Max und Ludwig Levy (Cappelstr. 19) im Okt. 1935 fotografierten Angehörige des österreichischen SA-Lagers die Käufer. Anfang Okt. 1938 berichtete die Fachuntergruppe Bürstenindustrie der IHK Bielefeld, dass außer der Besen- und Bürstenfabrik von Emil Soestheim in Lippstadt alle anderen Werke der deutschen Bürstenindustrie bereits in ‚arischen Besitz‘ übergegangen seien; unter massivem Druck musste der Inhaber seinen Betrieb noch im selben Jahr aufgeben. Eine vollständige Stilllegung hielt der Bürgermeister für ‚unzweckmäßig‘, da dort 17 Arbeiter und 18 Angestellte beschäftigt seien. Die enge Nachbarschaft der Synagoge zu einem SA-Heim führte zu häufigen Konfrontationen und Störungen des Gottesdienstes. Während des Pogroms im Nov. 1938 ging die Synagoge in Flammen auf, die Schaufensterscheiben eines Einzelhandelsgeschäfts in der Adolf-Hitler-Str. wurden eingeschlagen. „Irgendwelche weiteren Vorfälle fanden nicht statt“, heißt es in einem Bericht. Mehrere jüd. Männer, darunter Oskar Sternberg, wurden im KZ Sachsenhausen inhaftiert, bis Dez. aber wieder entlassen. Wenige Tage nach ihrer Entlassung aus dem KZ starben die Brüder Max und Ludwig Levy in Lippstadt.

Bereits vor dem Nov. 1938 waren 27 Juden ausgewandert. Bis Kriegsbeginn 1939 gelang weiteren 25 Personen die Flucht, einer weiteren 1941. Ziele waren die USA, Südamerika und China, innerhalb Europas Belgien, Großbritannien, die Niederlande, Portugal und Spanien. 1938 wurde dem Referendar Fritz Moosberg, gegen den wegen „Verbreitung von Greuelnachrichten“ ermittelt worden war, die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt.

Von den in der Stadt verbliebenen jüd. Einwohnern wurden 1939 die meisten zwangsweise in zwei in jüd. Besitz befindliche Wohnhäuser einquartiert, u. a. im Haus von Johanna Mosbach (Südertor 2). Seit Mai 1940 durften Juden öffentliche Anlagen nicht mehr betreten. Johanna Mosbach und ihre Söhne Walter und Kurt, ferner Gertrud Moss, Gertrud Benschner geb. Ganz, Elisabeth/Else Frank und Luise Grüneberg leisteten 1941 Zwangsarbeit in einer Firma zur Herstellung von Tarnmatten in Anröchte. Im Mai 1942 wurden sieben Juden in das Haus von Klara Weiß in Rüthen eingewiesen: Witwe Grüneberg, Hulda Windmüller, Sigmund & Emma Frank, Elisabeth (Else) Frank, Paula Ganz geb. Sternberg und Oskar Sternberg. Im April 1942 wurden sie über Dortmund nach Zamość deportiert. Hermann Moos wurde 1942 nach Anröchte zwangsumgesiedelt. Paula Ganz, ihr Bruder Oskar Sternberg und Dina Grüneberg mussten ‚Heimeinkaufsverträge‘ unterschreiben und ‚Spenden‘ zwischen 2400 und 15 000 M leisten; am 27. Juli 1942 wurden sie ins Ghetto Theresienstadt deportiert. In Lippstadt verblieben vier jüd. Ehepartner in ‚Mischehen‘. Mehr als 1000 jüd. Frauen (überwiegend aus Ungarn) aus den KZ Auschwitz, Ravensbrück

und Bergen-Belsen wurden 1944/45 in die beiden SS-Kommandos Lippstadt I und II, Außenkommandos des KZ Buchenwald, auf das Gelände der ‚Lippstädter Eisen- und Metallwerke GmbH‘ sowie in einen Nebenbetrieb der ‚Westfälischen Metall-Industrie AG‘ (WMI, heute Hella) überstellt. Zwischen Aug. 1944 und Jan. 1945 starben sieben von ihnen sowie eines ihrer Kinder an Unterernährung, sie wurden auf dem jüd. Friedhof in Anröchte bestattet.

2.1.4 Die nach Ende der NS-Zeit wiedergegründeten Gemeinden Paderborn, Lippstadt und Warburg schlossen sich 1949/50 zusammen. 1953 bildeten die etwa 40 jüd. Einwohner aus den Kreisen Paderborn, Büren, Warburg, Höxter, Lippstadt und Soest die ‚Jüdische Kultusgemeinde Paderborn‘. Die aus dem KZ zurückgekehrte Erna Sostheim war nach Kriegsende Vertreterin der Lippstädter Jüdischen Gemeinde, 1961 amtierte Fritz Goldstein aus Lippstadt als erster Vorsitzender. Aufgrund des massiven Drucks der britischen Besatzungsmacht und jüd. Angehöriger wurden die Verwüstungen auf dem jüd. Friedhof notdürftig beseitigt. 1971 wurde eine Straße nach dem aus Lippstadt stammenden jüd. Gelehrten David Gans benannt. Den Fund des Grabsteines von Isaac Bacharach im Uferschlamm der Lippe in der Nähe des alten jüd. Friedhofes 1986 nahm der ‚Heimatbund Lippstadt‘ zum Anlass für die Aufarbeitung der jüd. Vergangenheit. 1985 wurde am Haus Stiftstr. 7 eine Tafel zum Gedenken an die ehemals dort befindliche Synagoge angebracht, 1989 wurden die erhalten gebliebenen Gebäudereste unter Denkmalschutz gestellt. Im Zentrum der Stadt wurde 2002 ein ‚Erinnerungszeichen‘ installiert.

2.2.1 1817 wohnten 37 Juden in Lippstadt, 1843 waren es 43, 1858 dann 124. Im Jahr 1871 waren von 7722 Einwohnern 4698 kath., 2782 ev., 240 jüd. Glaubens, zwei gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 11 118 Einwohnern 7711 kath., 3151 ev., 252 jüd. Glaubens, drei gehörten anderen christl. Gemeinden an, eine Person war bekenntnislos. 1925 waren von 18 498 (!) Einwohnern 14 167 kath., 4091 ev., 146 jüd. Glaubens und 28 bekenntnislos. 1933 lebten 126 Juden in Lippstadt.

Im heutigen Ortsteil Benninghausen lebte 1839 ein Jude. Ob es sich bei ihm und den nachfolgend genannten um Insassen des 1821 im ehemaligen Kloster eingerichteten ‚Landarbeitshauses‘ der Provinz Westfalen handelte, ist nicht bekannt. 1858 lebten in Benninghausen drei Juden; 1895 waren von 830 Einwohnern 623 kath., 205 ev. und zwei jüd. Glaubens; 1925 waren von 1220 Einwohnern (!) 749 kath., 461 ev., zwei jüd. Glaubens und sieben bekenntnislos. In Hellinghausen waren 1925 von 108 Einwohnern 107 kath. und einer war jüd. Glaubens.

In der Gemeinde Rebbeke, zu der auch die Bauerschaft Mettinghausen gehörte, sind für 1843 und 1858 je drei Juden belegt; 1895 waren von 526 Einwohnern 519 kath., einer ev. und sechs jüd. Glaubens; 1925 waren von 495 Einwohnern 493 kath. und zwei jüd. Glaubens. Im heutigen Lippstädter Ortsteil Hörste lebten 1843 fünf und 1858 zehn Juden; 1871 waren von 547 Einwohnern 542 kath., einer war ev. und vier waren jüd. Glaubens. In Overhagen waren 1839 von 237 Einwohnern 226 kath., zwei ev. und neun jüd. Glaubens; 1843 lebten dort acht und 1858 neun Juden. In Herringhausen lebten um die Mitte des 18. Jh. vermutlich mehrere jüd. Händler.

1817 stellte der Vorsteher der Lippstädter jüd. Gemeinschaft, Peretz Bacharach, eine ‚Kirchen-Verordnung‘ auf, die den Gottesdienst, das Armenwesen sowie den Unterhalt eines Lehrers regelte. Für neue Gemeindemitglieder wurde ein ‚Einkaufsgeld‘ von 10 Rtlr. festgesetzt. Bei der Planung der einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnsberg 1842, für die Juden aus Lippstadt einen eigenen Synagogenbezirk zu konstituieren, während Overhagen der Gemeinde Horn zugeordnet werden sollte. Im Rahmen der Einrichtung von Synagogenbezirken in den 1850er Jahren favorisierten die Juden aus Horn eine Zuordnung zur Synagogengemeinde Anröchte, wurden aber schließlich dem Synagogenbezirk Lippstadt zugewiesen, was bisweilen

zu Auseinandersetzungen führte. Nach dem Statut von 1855 zählten zum Synagogenbezirk außer Lippstadt u. a. die Gemeinden Benninghausen, Hellinghausen, Herringhausen und Overhagen sowie die Ortschaften Hörste und Mettinghausen (Teil von Rebbeke) aus dem Kr. Büren. Zudem gab es eine Untergemeinde mit Sitz in Horn, die fast das gesamte Kirchspiel Horn umfasste (ausgenommen waren Eickelborn und Lohe, die im Kr. Soest lagen). 1896 initiierten wohlhabende Gemeindemitglieder in Lippstadt eine separate Gemeindeorganisation mit eigenem Betraum und eigener Religionsschule. Das ‚Israelitische Familienblatt‘ berichtete, dass es zur Gründung der ‚Neuen Israelitischen Gemeinde‘ nicht wegen religiöser, sondern wegen persönlicher Differenzen gekommen sei. Im Zuge der Wiedervereinigung gab sich die Synagogengemeinde 1906 ein neues Statut, mit dem vor allem die Anzahl der Repräsentanten reduziert wurde. Zu Beginn des 20. Jh. war die Gemeinde Mitglied des DIGB.

Obwohl die jüd. Gemeinde zum Sprengel des orthodoxen münsterischen Landrabbiners Abraham Sutro gehörte, favorisierte sie in geistlichen Angelegenheiten den reformorientierten Rabbiner Hirsch Cohen (gest. 1832) aus Geseke. 1841/42 beschäftigte die Gemeinde den Lehrer Selig Louis Liepmannsohn, einen Vorkämpfer der Reformbewegung in Westfalen. Seither wurden Predigten in deutscher Sprache abgehalten. Nach einem Bericht in der AZJ lag der Kultus jedoch 1851 „fast ganz darnieder“. Für die Einweihung der neuen Synagoge 1852 engagierte die Gemeinde nicht Sutro, sondern den Magdeburger Rabbiner Dr. Ludwig Philippson, Gründer der AZJ und engagierter Vertreter der Reformbewegung. Sutro protestierte gegen diese Entscheidung vehement, aber erfolglos sowohl bei der Regierung in Arnberg als auch beim Innenministerium in Berlin. In der zweiten Hälfte des 19. Jh. gab es in der Lippstädter Synagoge eine von Sally Windmüller gestiftete Orgel. 1905 schloss sich ein Teil der zu diesem Zeitpunkt noch gespaltenen jüd. Gemeinde Lippstadt, wie auch die in Burgsteinfurt und Horstmar, dem neu eingerichteten, orthodox orientierten Bezirksrabbinat des ‚Vereins zur Wahrung der religiösen Interessen des Judentums in Westfalen‘ unter Leitung von Rabbiner Dr. Moses Marx in Recklinghausen an.

Der Etat der Synagogengemeinde Lippstadt wurde zusammen mit der Untergemeinde Horn aufgestellt. Mitte der 1850er Jahre umfasste er insgesamt 570 Tlr., von denen 170 Tlr. der Untergemeinde zur Verfügung standen; dieses Verhältnis blieb in der zweiten Hälfte des 19. Jh. bestehen. 1930 betrug der Gemeindeetat 3100 Reichsmark.

2.2.2 Die erste Betstube in Lippstadt lässt sich seit 1748 in der heutigen Rathausstr. 20 (zuvor ‚Judenstraße‘) nachweisen, wo zu dieser Zeit Hertz Feidel wohnte; sie wurde bis zu seinem Fortzug nach Erwitte 1768 genutzt. Seit den 1780er Jahren bis 1852 befand sich eine Betstube in der Marktstr. 19/21 im Haus der Familie Bacharach. Die Juden aus Hörste und Rebbeke besuchten 1845 den Gottesdienst in Lipperode. Aufgrund des Anstiegs der Mitgliederzahl baute die Gemeinde in Lippstadt 1852 eine Synagoge auf dem Gelände des ‚Armentals‘ in der Stiftstr. 7. Die sakrale Zeremonie bei der Eröffnung übernahm der liberale Rabbiner Dr. Ludwig Philippson aus Magdeburg. 1902 beging die Gemeinde das 50-jährige Bestehen der Synagoge, wozu der eher religiös liberal eingestellte Rabbiner Dr. Abraham Frank aus Köln zu einer Festpredigt eingeladen wurde. Als „beredtes Zeichen einträchtigen Zusammenlebens der verschiedenen Konfessionen“ interpretierte das ‚Israelitische Familienblatt‘ den Umstand, dass die umliegenden Häuser und Straßen aus diesem Anlass auch von Nichtjuden geschmückt worden waren. Wegen eines in der Nähe gelegenen SA-Heims wurde der jüd. Gemeinde im Juni 1934 empfohlen, sich zu Veranstaltungen an einem anderen Ort zusammenzufinden. Wie oft die Synagoge in den folgenden Jahren noch genutzt werden konnte, ist nicht überliefert. Nach der fast vollständigen Zerstörung der Synagoge 1938 stellten die Behörden fest, dass nicht die jüd. Gemeinde Eigentümerin des Grundstücks war, sondern die Kaufleute Levi Bacharach, Aron Rosenbaum, Aron

Grünebaum, Moses Rosenbaum, Selig Abel, Simon Lilienfeld, Salomon Weinberg, Menke und Abraham Freudenberg, Heinemann Windmüller und Herz Stern sowie der Blaufärber Moses Bacharach, die zu dieser Zeit alle bereits verstorben waren. Anfang 1939 erwarb ein Lippstädter Kaufmann das Synagogengrundstück.

Der Betsaal der zeitweise abgespaltenen ‚Neuen Israelitischen Gemeinde in Lippstadt‘ befand sich ab 1897 in einem von Siegfried Abel angemieteten Raum in der ehemaligen Kaserne. Er wurde im Beisein von Landrat, Bürgermeister, Stadtverordnetenvorsteher und unter Beteiligung des Gemeindechores eingeweiht. Die Weiherede hielt Prediger Dr. Isaak Mansbach aus Münster.

2.2.3 Bis in die 1830er Jahre erfolgte der Schulunterricht in der Regel in der ev. Schule. Von 1852 bis 1910 befand sich ein Schulraum im Erdgeschoss des 1852 eingeweihten Synagogengebäudes. 1881 wurde die Schließung des Schullokalts angeordnet. Ein Neubau kam wegen fehlender finanzieller Mittel nicht zustande, ersatzweise wurden die Räumlichkeiten renoviert. Da qualifizierte jüd. Lehrer oftmals fehlten, die meisten Eltern ihre Kinder aber nicht in eine christl. Schule schicken wollten, erhielten viele Kinder zeitweise Unterricht von ihren Eltern (1827 drei der zehn Schulkinder) oder von privaten Hauslehrern; so beschäftigte der 1810 aus Lipperode zugezogene Matthias Arend Rosenbaum einen Lehrer für seine sechs Kinder. Als weitere Lehrer in der ersten Hälfte des 19. Jh. lassen sich Emanuel Schüler aus Geseke und 1827/28 Moses Westheimer nachweisen. Erste Versuche, in Lippstadt eine private Elementarschule zu eröffnen, erfolgten Ende der 1830er Jahre: 1839/40 wurde der Elementarunterricht erteilt von Hertz Löwenstein, Absolvent des Haindorfschen Lehrerseminars und erster qualifizierter Lehrer in Lippstadt. 1841/42 etablierte der aus Horn stammende, zuvor als Lehrer und Kantor in Neuenkirchen bei Rheine tätige Selig Louis Liepmannsohn eine private jüd. Elementarschule. Er machte sich für Reformen stark und veröffentlichte in Lippstadt seine ‚Israelitische Predigt-Bibliothek‘. 1842 ging er nach Rüthen, begraben wurde er auf dem jüd. Friedhof in Lippstadt. 1843 gab es in Lippstadt fünf und in Overhagen einen Schüler. Von 1846 bis 1850 war Salomon Lebenstein als Lehrer tätig, 1850 J. Gans aus Büren, 1851/52 M. Schneidacher, 1852/53 Kaufmann, 1855–1859 Salomon Leffmann aus Telgte. Der im Haindorfschen Lehrerseminar ausgebildete Leffmann gehörte in den 1850er Jahren zu den Initiatoren eines gemeinsamen Lehrervereins für Westfalen und Rheinland, er machte sich später als Sanskritforscher einen Namen. Von 1859 bis etwa 1863 war Daniel Block aus Petershagen Lehrer, dann bis 1866 Moos. Wegen dessen Nachfolger, Leopold Mandel, zerstritten sich 1871 die Gemeindemitglieder. Ein Teil wollte ihm kündigen, andere wollten ihn behalten. Bei der Prüfung durch die Schulbehörde befriedigten die Leistungen der Schüler nicht, so dass sich die Eltern um einen neuen Lehrer bemühten. Da Mandel, der bei seinen Kollegen sehr angesehen war, vor der Übernahme dieser Stelle warnte, fand die Gemeinde erst 1872 mit Daniel Kleestadt aus Geseke einen Nachfolger für die 23 Schulkinder, der bis 1879 blieb. Die gleichzeitigen Anstrengungen einiger jüd. Familien, die Privatschule in eine öffentliche Volksschule umzuwandeln, blieben erfolglos, weil innerhalb der Gemeinde keine gemeinsame Interessengrundlage gefunden werden konnte. Um den Unterricht ordnungsgemäß aufrecht erhalten zu können, setzte sie einen Schulvorstand ein. 1880 gehörten ihm der Bankier und Mühlenbesitzer Grünebaum, der Bankier Rosenbaum und die Kaufleute Abel (ab 1883 ersetzt durch den Kaufmann Windmüller) und Soestheim an. Zu Beginn der 1880er Jahre wurden die Fächer Religion, Deutsch, Rechnen, Raumlehre, Vaterlandskunde, Naturkunde, Gesang, Turnen und Handarbeit unterrichtet. 1879 erteilte Kalmann Meier Singermann aus dem polnischen Konin 13 jüd. Kindern in Lippstadt Unterricht, 1882 folgte ihm Isaak Rosenfeld aus Rüthen. Rosenfeld leitete ab 1897 die Religionsschule der ‚Neuen Israelitischen Gemeinde Lippstadt‘, nach der Wiedervereinigung 1907 war er wieder für die Gesamtgemeinde tätig. 1928 wurde Rosenfeld, der 1919 sein 50. Amts-

jubiläum begangen hatte, für seine mehr als vier Jahrzehnte währende Tätigkeit als „Seelsorger und Jugendbildner“ in Lippstadt gewürdigt. Vermutlich nur für die Restgemeinde tätig waren Louis Meyer (1888/89), Moritz Marcus (1897–1904) und Max Levisohn (ab 1904, zuvor in Korbach). 1872 besuchten 23 Kinder die jüd. Schule in Lippstadt; 1881 waren es 13, 1891 bereits 38, 1909 aber nur noch sieben Kinder. Als die Gemeinde 1910 das Gehalt für den Lehrer nicht mehr aufbringen konnte, versuchte sie erneut, kommunale Zuschüsse zu erhalten. Weil auch dieser Versuch scheiterte, wurde die Schule geschlossen. Seitdem gingen die Kinder wieder in christl. Schulen, jüd. Religionsunterricht erhielten sie von Privatlehrern. Als Religionslehrer, Prediger und Kantor stellte die Gemeinde 1919 Isidor Horwitz aus Pflaumloch in Württemberg ein. In den 1920er Jahren mussten zeitweilig Gemeindemitglieder den Kantorendienst übernehmen, da – wie es 1931 heißt – „die wenigen noch vorhandenen Steuerzahler“ die Mittel für einen Kantor und Lehrer nicht mehr aufbringen konnten. 1932 erteilte Eli Rothschild 15 Kindern Religionsunterricht.

Nach der Elementarschule besuchten einige jüd. Kinder aus Lippstadt die höhere Töchterschule, das ev. Lyceum (später Gymnasium) oder das ursprünglich ev. Lippstädter Realgymnasium. Diese Schule unter ihrem Direktor Ostendorf hatte den Ruf pädagogischer Fortschrittlichkeit, eines hohen wissenschaftlichen Leistungsstands und ideologischer Freiheit. Dies ließ die Schule auch für die jüd. Einwohner Lippstadts und der weiteren Umgebung attraktiv erscheinen. So machten z. B. Mitte der 1870er Jahre bei einem jüd. Bevölkerungsanteil von knapp drei Prozent die jüd. Jungen 18 Prozent der Gesamtschülerzahl (1875: 199 ev., 48 kath. und 54 jüd.) aus und übertrafen in absoluten Zahlen die kath., obwohl die Katholiken in der Stadt zwei Drittel der Einwohner stellten. Allerdings war der prozentuale Anteil an auswärtigen Schülern besonders aus dem früheren Hochstift Paderborn beträchtlich. Die jüd. Eltern vermieden es in der Regel, ihre Kinder auf kath. Gymnasien zu schicken. Diese Schüler wurden in Lippstadt von jüd. Familien aufgenommen, so dass die Einhaltung religiöser Vorschriften sichergestellt war. Die Lehrer des Realgymnasiums befreiten ihre jüd. Schüler vom Samstagsunterricht und verzichteten an diesem Tag auf Prüfungen. Auch für die ev. höhere Töchterschule finden sich auswärtige Schülerinnen, die (zumindest bis zur Einrichtung entsprechender Verkehrsverbindungen) in Lippstadt in Kost und Logis bei jüd. Familien wohnten. Ab der Jahrhundertwende bevorzugten die jüd. Eltern für ihre Mädchen die 1896 gegründete, seit 1911 staatlich anerkannte kath. Marienschule.

2.2.4 Von 1828 bis zu Beginn des 20. Jh. spendeten Juden, mehrere Jahrzehnte auch Christen, aus Lippstadt für die Haindorfsche Stiftung. 1858 wurde der ‚Israelitische Männerwohlständigkeitsverein Chewra Kadischa Lippstadt‘ gegründet, der 1908 sein 50-jähriges Bestehen feierte. Vorsitzender war 1909 und 1911 S. Losberg, 1925 und 1932 Liebmann Levy. Dem jüd. Frauenverein (Frauenchewra) stand 1909 und 1911 Frau Hammerschlag vor, 1924/25 Frau S. Sachs, 1928 Meta Levi und 1932 Frau H. Levi. Für 1909 wird ein ‚Centraler Armenverband‘ in Lippstadt mit einem Vorsteher aus Bochum erwähnt. Diese 1880 von Bochum ausgehende Bewegung, der sich immer mehr Gemeinden anschlossen, ging 1910 in der reichsweiten Zentralstelle für Wanderarmenfürsorge auf. Anlässlich seiner Silbernen Hochzeit 1917 spendete Sally Windmüller, Direktor der ‚Westfälischen Metall-Industrie‘, „für die Hinterbliebenen hiesiger gefallener Krieger“ 25 000 Mark.

2.3.1 Im letzten Viertel des 17. Jh. war Benedict Elias Gumpertz (gest. 1708), Sohn des brandenburgischen Hoffaktors Elias Gumpertz, Vorsteher der märkischen Landjudenschaft. Seit 1806 stand den Lippstädter Juden Peretz Bacharach vor, der auch 1817 noch amtierte; sein Nachfolger in den 1830er Jahren war Matthias Rosenbaum. Seit Etablierung der Synagogengemeinde 1854 wurden zu Vorstandsmitgliedern gewählt:

1855 Aron Grünebaum, Aron Rosenbaum und Samuel Schönböner, 1858 Herz Stern, 1873 Emanuel Soestheim, 1885 Levy Löwenstein, 1888 Heinemann Dannenberg, 1891 Samuel Abel, 1897 Meier Goldschmidt und Liebmann Levy. Für das erste Viertel des 20. Jh. sind die Vorstandsmitglieder Soestmann Soestberg, Levy Ostheimer, Samuel Soestheim, Benjamin Stern, Lehmann Sternberg und Levy Stern bekannt, 1927 wurden Max Sostheim und Hermann Levi gewählt. Der Viehhändler Julius Lichtenfels war von 1931 bis zu seiner Emigration Anfang 1939 Lippstädter Gemeindevorsteher. Im März 1939 bestand der Vorstand aus Hermann Moss, Walter Sostheim und Paul Moosberg. Als Kantor und Prediger werden vor 1909 ein nicht näher bekannter Rosenfeld und Max Levisohn erwähnt, für 1924/25 Isidor Horwitz.

2.3.2 Der nach einem literarischen Zeugnis 1541 in Lippstadt geborene David Gans (gest. 1613 in Prag) studierte in Bonn, Frankfurt a. M. und Krakau. Seit 1564 lebte er in Prag und verfasste historische, astronomische und mathematische Werke. Eine Straße in Lippstadt in der Nähe der ehemaligen Synagoge ist nach ihm benannt. Der 1887 in Lippstadt geborene Maler Arthur Grünewald (Sohn von Albert Grünewald) studierte in München und Paris. Zu den Absolventen des Lippstädter Realgymnasiums gehörte der in Lichtenau geborene Astronom Friedrich Simon Archenhold (1861–1939).

Der spätere Tuchfabrikant Max Grünebaum (geb. 1851 in Lippstadt, gest. 1925) absolvierte in seiner Heimatstadt eine Lehre als Textilkaufmann. 1871 zog er nach Cottbus, wo er zahlreiche Stiftungen ins Leben rief, u. a. für arme und kranke Kinder. Für seine Arbeiter und Angestellten richtete er eine Rentenstiftung ein. Enkel von Grünebaum brachten in Erinnerung an sein soziales und kulturelles Engagement das Geld, das sie nach Zusammenbruch der DDR aus Entschädigungszahlungen erhalten hatten, in eine Stiftung ein. Sie fördert künstlerische und wissenschaftliche Nachwuchskräfte in Cottbus.

2.3.3 Bereits 1836 konnte Levi Bacharach Mitglied des Lippstädter Schützenvereins werden. 1848 wurden die Brüder Levi, Moses und Diedrich Bacharach in die Bürgerwehr aufgenommen. Außerdem engagierten sich Lippstädter Juden im ‚Krieger- und Landwehrverein‘, im ‚Vaterländischen Frauenverein‘ und im ‚Verein für Geschichte und Altertumskunde in Stadt und Kreis Lippstadt‘. Im Geschichtsverein gehörte ein Jude dem Vorstand an. Jüd. Einwohner spielten um die Jahrhundertwende in einer städtischen Theatergruppe mit. Sally Windmüller (1858–1930) stand seit 1899 der von ihm gegründeten Aktiengesellschaft ‚Westfälische Metall-Industrie‘ als Direktor vor. Von 1913 bis 1922 gehörte er der Vollversammlung der Bielefelder Handelskammer an, von 1907 bis 1915 war er Stadtverordneter. Der Mühlenbesitzer Emil Schüler (gest. 1909) sei, wie das Parteiorgan ‚Germania‘ schrieb, für die Zentrumsparterie „unentwegt eingetreten“ und habe sich „offen und entschieden unentwegt“ als deren Anhänger bekannt.

3.1 Die 1852 eingeweihte Synagoge in der Stiftstr. 7 war ein 192 m² großer, rechteckiger Massivbau mit Satteldach, dessen vorderer Teil zweigeschossig war. Das giebelständige Gebäude lag von der Straßenfront etwas zurückversetzt. Aus Anlass des 75-jährigen Bestehens der Synagoge wurde der Innenraum 1927 nach Entwürfen des Zeichenlehrers Mumme neu gestaltet; der jüd. Frauenverein stiftete Silberschmuck für die Thorarollen. Ob sich zeitweise eine Frauenempore in der Synagoge befand, ist nicht überliefert, zumindest in den 1920er und 1930er Jahren scheint nach den Erinnerungen von Walter Beschner aus dem Jahr 1988 keine Empore vorhanden gewesen sein. Am Morgen des 10. Nov. 1938 ging die Synagoge in Flammen auf. Während des Zweiten Weltkriegs gelangte das Synagogengelände in den Besitz des Nachbarn August Sommerkamp. 1953 wurde es an die JTC zurückerstattet, die es 1954 an den Kaufmann Friedrich Seiger verkaufte. In den 1950er Jahren wurde das Gebäude zu einem Wohnhaus umgebaut, dabei wurde der bis dahin erhaltene Treppengiebel ab-

getragen und der Vorplatz mit Garagen überbaut. An seine ursprüngliche Funktion erinnerte zeitweise eine Bronzetafel. Weil das Haus noch wesentliche Bestandteile der Synagoge im Mauerwerk birgt, wurde es 1988 zusammen mit einem Nebengebäude unter Denkmalschutz gestellt.

3.2 Um 1750 wohnten die wohlhabenden Juden (Gumpert Hertz, Bendix Hertz, Hertz Feidel und Abraham Moses) bevorzugt in der heutigen Rathausstraße, die bis ins 20. Jh. als ‚Judenstraße‘ bezeichnet wurde. Isaac Bacharach erwarb 1786 das Haus Marktstr. 29. Vom Ausgang des 19. Jh. bis in die 1930er Jahre lassen sich folgende Wohn- und Geschäftshäuser von Juden in Lippstadt nachweisen: Alter Markt 3 (Textilgeschäft Fritz Ostheimer), Bahnhofsstr. 19 (Besen- u. Bürstenfabrik Samuel Sostheim, später von Sohn Walter fortgeführt), Blumenstr. 25 (Pferdehändler Mathias Lilienfeld), Brüderstr. 18 (Sally Sax, Inhaber der ‚Chemisch-technischen Fabrik Lohn & Diekhoff‘), Cappelstr. 6 (später Rathausstr. bzw. Judenstr. 10) (Viehhändler Julius Cohn), 19 (Textilgeschäft von Liebmann Levy), 36 (Metzgermeister Israel Goldschmidt), Geiststr. 1 (bis zum Ersten Weltkrieg Geschäftsräume des Bankiers Matthias Rosenbaum), Lange Str. neben dem Gebäude der alten Post (Max Sostheim), Lange Str. 4 (Manufakturgeschäft Moses Abt), 8 (Wollfabrikant Samuel Abel), 16 (Spielwarengeschäft Siegmund Meyerbach), 19 (Schuhwarenhandlung Hermann Moos), 23 (Wohnung des Bankiers Matthias Rosenbaum), 35 (Haushalts- u. Spielwarengeschäft Hermann Levi), 57 (Textilgeschäft Richard Moosberg), 77 (Benjamin Stern, Inhaber des Warenhauses ‚J. Stern‘), 86 (Kürschner Simon Cohen), Lippestr. 17 (heute Am Nordbahnhof 17, Getreide- u. Fouragegroßhandlung Levi Ostheimer), Lippetor 7 (Privatbankier Heinemann Dannenberg), Lüningsstr. Fabrikationsstätte der ‚Westfälischen Metallindustrie AG Lippstadt‘ WMI (heute Hella, mit Wohnhaus des Aktionärs Sally Windmüller), Ostwall 6 (Viehhändler Julius Lichtenfels), Parkstr. 11 (Vieh- u. Pferdehändler Max Cohn), Poststr. 7 (Manufakturwarengeschäft Isaak Halle), Rathausstr. 8 (Mühlenbesitzer u. Bankier Aron Grünebaum), Südertor 4 (Viehhändler Julius Moosbach), Südertor 5 (Kaufmann Lehmann Sternberg), Wiedenbrücker Str. 2 (Mühlenbesitzer Emil Schüler).

3.3 Der 1748 erstmals erwähnte jüd. Friedhof in Lippstadt wurde auf einem seit der zweiten Hälfte des 17. Jh. nicht mehr genutzten Teil der mittelalterlichen Befestigung angelegt. Er lag an der Burgstr. östlich der Burgmühle am südlichen Lippeufer auf der Höhe des ehemaligen Damenstiftes in der Nähe des Cappeltors. Der Bereich war durch noch vorhandene Mauern und eine Hecke auf der Südseite abgeschlossen. Vor 1776 wurde der Platz in Richtung Burgmühle erweitert zu einem Areal von 285 m². Der einzige noch vorhandene, bei Bauarbeiten am Lippeufer wiederentdeckte Grabstein für Reb Itzik (Isaak Bacharach) aus dem Jahr 1806 befindet sich seit 1986 im Heimatmuseum der Stadt Lippstadt. Sein Sohn Helle (Elias) fand 1832 als Letzter dort seine Ruhestätte. 1911 trat die jüd. Gemeinde das immer wieder von der Lippe überflutete Gelände an die Stadt Lippstadt ab, die es 1921 zunächst an den Maurer Arnold Thiele verpachtete und dann an ihn verkaufte; fortan wurde es als Gartenland genutzt.

Wegen der wachsenden jüd. Bevölkerung konnte der Friedhof seit den 1820er Jahren die Verstorbenen kaum noch aufnehmen, insbesondere in Zeiten grassierender Epidemien wie der Cholera. Der Gemeindevorsteher Matthias Arend Rosenbaum, der erfahren hatte, dass den Christen der neue Begräbnisplatz von der Stadt unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden war, erwirkte 1833, dass ein 490 m² großes Areal für 120 Grabstellen neben dem 1821 eingerichteten städtischen Zentralfriedhof an der Lipperoder Straße der jüd. Gemeinde überlassen wurde. 1858 wurde er um 800 m² erweitert, wiederum übertrug die Stadt das Gelände unentgeltlich. Der neue Friedhof wurde mit einer Mauer umschlossen und vom christl. Teil abgegrenzt, er

konnte durch eine Pforte auf der östlichen Seite betreten werden. Seit Bildung des Synagogenbezirks diente er allen zugehörigen Ortschaften mit Ausnahme der Untergemeinde Horn als Begräbnisstätte. Zu den ersten Juden, die dort beigesetzt wurden, gehörten die Gemeindevorsteher Matthias Arend Rosenbaum (gest. 1839) und Peretz Bacharach (gest. 1842). 1876 wurden mehrere Grabsteine umgestoßen und beschädigt. Seit 1889/90 erlaubte ein ‚Reglement über die Benutzung, Verwaltung und Beaufsichtigung des Friedhofes der Synagogen-Gemeinde zu Lippstadt‘ auch Erbbegräbnisse; die Familien Abel, Bacharach und Rosenbaum grenzten daraufhin ihre Erbbegräbnisstätten an der Südseite des Friedhofs mit geschmiedeten Eisengittern ab. 1911 bis 1913 wurde das Gelände – im Tausch gegen das Areal des alten Friedhofes – erneut durch eine 500 m² umfassende Waldparzelle erweitert. Die südlichen und östlichen Mauern wurden durch Hecken ersetzt, der Eingangsbereich auf die Südseite verlegt. Dadurch wurde das Friedhofsgelände faktisch mit dem zwischenzeitlich ebenfalls stark vergrößerten Zentralfriedhof vereinigt. 1921 errichtete man einen Gedenkstein für die neun jüd. Gefallenen des Ersten Weltkriegs. 1922 wurde der Friedhof in städt. Verwaltung übernommen; städt. Friedhofsarbeiter führten fortan alle Arbeiten durch. 1928 kam es zu wiederholten Zerstörungen. 1936 kündigte die Stadt den Pflegevertrag, nur Gärtnern jüd. Konfession waren fortan Tätigkeiten auf dem jüd. Friedhof gestattet. Den von den christl. Gemeinden genutzten Bereich durften Juden nicht mehr betreten, so dass sie nur noch den Zugang an der Lipperoder Str. nutzen konnten. Als Letzte fand dort die 1940 in Köln verstorbene Julie Abel geb. Rosenbaum (Witwe des Wollfabrikanten Samuel Abel) ihre Ruhestätte, seit Nov. 1940 waren keine Bestattungen mehr erlaubt. Der 1942 verstorbene Lippstädter Viehhändler Julius Steinberg wurde – wie später auch die 1944/45 in Lippstadt verstorbenen jüd. Zwangsarbeiterinnen – ohne Zeremonie in Anröchte bestattet. Etwa 1941 wurden die Eisengitter der Erbbegräbnisstätten durch die SA demontiert, 1942 durch die HJ abgeholt, viele Grabstätten verwüstet, Grabsteine zerstört und Kartoffeln zwischen den Gräbern angebaut. Nach dem Krieg veranlassten die Militärverwaltung und Angehörige der Verstorbenen die Wiederherstellung des Areals. Die auf den Erbbegräbnisstätten zerstörten Grabsteine wurden durch einfache Gedenktafeln ersetzt. 1949 wurde ein schmaler, nicht genutzter Streifen des Friedhofsgeländes mit Zustimmung von Erna Sostheim als Vertreterin der jüd. Kultusgemeinde an die Stadt abgegeben. 1968 wurden auf dem Friedhof erneut 30 Grabsteine umgeworfen. Die Pflege des Begräbnisplatzes durch die Stadt Lippstadt ist seit Ende der 1970er Jahre vertraglich mit der Kultusgemeinde Paderborn geregelt. Der Friedhof wurde 2000 unter Denkmalschutz gestellt, ein Gedenkstein erinnert an die Verfolgung der Juden.

4.1 CAHJP, Jerusalem, Bestand Lippstadt D/Li2. – KreisA Soest, Bestand A: Landratsamt Lippstadt. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), L 83 C B, Nr. 2; L 83 C F, Nr. 22. – LAV NRW Abt. W (Münster), Rietberg Akten 3428; Reg. Münster 17168; OFD Devisenstelle Münster 5388, 8781, 9905, 9906, 9925; Politische Polizei III. Reich 211, 266; Amtsgericht Lippstadt Nr. IV 1–6; NSDAP-Gauleitung Westfalen-Süd, Gauwirtschaftsberater 10, 22, 492; Reg. Arnsberg Schulregistratur II H 1502. – StadtA Lippstadt, u. a. Sammlung Epkenhans (Dokumentation zur NS-Zeit).

4.2 Im Stadtmuseum Lippstadt wird ein vom ersten jüd. Friedhof stammender, 1986 im Uferschlamm der Lippe entdeckter Grabstein verwahrt. Fotos der Synagoge, von Häusern und Geschäften, von jüd. Bürgern und dem neuen Friedhof im StadtA Lippstadt und im Städtischen Heimatmuseum; Abb. in: *Leben und Leiden der jüdischen Minderheit*, Abb. sämtlicher Grabsteine in: FENNENKÖTTER, *Tot nur ist, wer vergessen wird! Als Teilnehmer des Krieges 1870/71 ist Isaak Rosenfeld in der RjF-Zeitschrift ‚Der Schild‘ <7.8.1925> abgebildet. Die ‚Judenstraße‘ (heute Rathausstraße) ist auf*

dem Plan von Johann Peter Roscher von 1776 (Nachzeichnung Kurt Becker 1951/52) eingezeichnet; abgedruckt in: *Der Märker* 60 <2011> 79. Fotos der Synagoge, des Friedhofs und von jüd. Wohn- und Geschäftshäusern in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 601–605.

4.3 AZJ <15.1.1897, 7.5.1897>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 2–41 <1828–1901/03>. – Der Schild <1925, 1926, 1928, 1932>. – EPKENHANS Karin/WALBERG Hartwig, Quelleninventar zur Geschichte der jüdischen Minderheit in Lippstadt. In: *Leben und Leiden* 194–213. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1909> 71, <1913> 92, <1924/25> 62, <1928> 85. – Israelitisches Familienblatt <1902, 1905, 1907, 1909, 1917, 1919, 1920, 1924, 1928, 1931>. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53.

4.4 BECKER Ulrich, David Gans aus Lippstadt. In: *Leben und Leiden* 19f. – DERS., Selig Louis Liepmannsohn (1800–1888), ebd. 21. – DERS., Arthur Grünewald aus Lippstadt, ebd. 21f. – DERS., Jüdisches Kultgerät, ebd. 22–25. – BEYER Burkhard, Zum Arbeitseinsatz nach Lippstadt. Die jüdischen Frauen in den KZ-Außenkommandos Lippstadt 1944 und 1945 (= Lippstädter Spuren 9) <Lippstadt 1993>. – DRESP Jörg, Geschäftsleben und Berufsstruktur der Lippstädter Juden. In: *Leben und Leiden* 27–57. – EPKENHANS Karin, Das Schicksal der jüdischen Gemeinde in Lippstadt 1933–1942, ebd. 175–191. – DIES., Lippstadt 1933–1945 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Lippstadt 10) <Lippstadt 1995>. – FENNENKÖTTER Hans Christoph, Tot nur ist, wer vergessen wird! Die jüdischen Friedhöfe in Lippstadt (= Lippstädter Spuren 4) <Lippstadt 1989>. – DERS., Von der Emanzipation bis zur Vernichtung – Auf der Suche nach den Spuren jüdischen Lebens in Lippstadt. In: *Leben und Leiden* 59–174. – DERS., Künstlerischer Ideenwettbewerb „Errichtung eines jüdischen Erinnerungszeichens“. In: Lippstädter Heimatblätter 82 <2002> 1–8. – DERS., Walter Sternheim/Arie Goral. Ein Jude „kehrt heim“ nach Deutschland. Ebd. 17–22. – DERS., Vor 150 Jahren: Einweihung der neuen Synagoge in der Stiftstraße. Ebd. 137–140. – DERS., Jüdisches Erinnerungszeichen. Ebd. 83 <2003> 33–36. – DERS., Die Max-Grünebaum-Stiftung in Cottbus. Ein Lippstädter wurde vor 100 Jahren Ehrenbürger. Ebd. 90 <2010> 1–6. – DERS., Die Familie Rosenbaum. Neue Erkenntnisse über die Geschichte der Lippstädter Bankiersfamilie. Ebd. 92 <2012> 145–152. – DERS., Lippstädter Gefreiter auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Nazareth [Otto Stern]. Ebd. 92 <2012> 177–192. – KRÖGER Willi, Victor Klemperer und Lippstadt. Nur eine Fußnote der Heimatgeschichte. Ebd. 79 <1999> 9–10. – Leben und Leiden der jüdischen Minderheit. Dokumentation zur Ausstellung der Stadt Lippstadt (= Lippstädter Spuren, Sonderbd.) <Lippstadt 1991>. – MASER Karl, Die Juden in Lippstadt in alter Zeit. In: Heimatbuch des Kreises Lippstadt 2 <Lippstadt 1930> 92–94. – MÜHLE Eduard, Zur Geschichte der Juden in Lippstadt bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges. In: *Der Märker* 31 (1982) 49–57. – DERS., Bildung der Synagogenbezirke im Kreis Lippstadt (1847–1855). Zur Geschichte der Juden unter preußischer Gesetzgebung. In: Lippstädter Heimatblätter 64 (1984) 119–124. – DERS., Jüdische Ansiedlungsversuche in Lippstadt während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1808–1847). In: Westfälische Forschungen 34 (1984) 190–206. – DERS., Das Schulwesen der jüdischen Gemeinde in Lippstadt während des 19. Jahrhunderts. In: Lippstädter Heimatblätter 65 (1985) 53–64. – DERS., Zur Geschichte der jüdischen Minderheit. In: EHBRECHT Wilfried (Hg.), Lippstadt. Beiträge zur Stadtgeschichte, Teil 2 <Lippstadt 1985> 519–574. – DERS., Jüdische Bürgerschaft im 18. Jahrhundert? Die Bürgerbucheinträge Lippstädter Schutzjuden (1739–1772) – ein Beitrag zur Geschichte der Vorformen lokaler Emanzipation. In: *Der Märker* 36 (1987) 179–194. – NEHER André, David Gans 1541–1613. Disciple du Maharal, assistant de Tycho Brahe et de Jean Kepler (L'école

du Maharal de Prague) <Paris 1974>. – RADE Hans Jürgen, Konversion jüdischer Frauen und Männer in Lippstadt. In: Lippstädter Heimatblätter 83 (2003) 93–96. – STERNHEIM Walter Lovis, Eine Reise in die Kindheit. In: Lippstädter Heimatblätter 82 (2002) 9–16. – WAHLE Walter, Die Juden im Kreise Lippstadt 1846. Verfügung durch königliche Kabinettsordre – beibehaltene oder neue Namen. In: Heimatblätter für den Kreis Lippstadt 45<1964> 36. – WALBERG Hartwig, Das Schicksal der Lippstädter Synagoge 1852–1938. In: Lippstädter Heimatblätter 67 (1987) 65f. – DERS., Die jüdische Minderheit in Lippstadt und Lipperode vom Spätmittelalter bis in das 20. Jahrhundert. In: Leben und Leiden 7–18. – WILLER Arnold, Ein großer Sohn Lippstadts: Der gelehrte David Gans. In: Lippstädter Heimatblätter 51/52 (1971/72) 249–252.

Joachim Rüffer und Hans-Christoph Fennenkötter

LIPPSTADT-Eickelborn

1.1 Stadt Lippstadt, Ortsteil Eickelborn, Kr. Soest

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Stadt Lippstadt.

Eickelborn und das benachbarte Lohe gehörten zur Untergemeinde Oestinghausen des 1855/56 eingerichteten Synagogenbezirks Hovestadt.

2.1.2 Zwischen 1807 und 1809 ließ sich die Familie von Abraham Marcus in Eickelborn nieder. Er nahm den Namen Hergeshausen an, wahrscheinlich benannt nach Hergershausen, seinem hessischen Geburtsort. Seit 1804 war er mit Judith Simon aus Oestinghausen verheiratet, aus der Ehe gingen sechs Kinder hervor. 1831 wurde sein Vermögen auf 250 Tlr. geschätzt, aus dem Jahr 1840 ist sein Testament erhalten. 1836 war Jule Hergeshausen Zeugin bei der Beschneidung von Aaron, einem Sohn von Nathan Neuhaus in Scheidingen. Abrahams Tochter Johanna heiratete 1839 Isaac Cohen (1815–1885), aus der Ehe gingen drei Töchter hervor. 1846 wurde Isaac Cohen als selbständiger Jude (Handelsmann) verzeichnet. Die Familie zog 1855/1856 ins benachbarte Dorf Horn (heute Erwitte). In Lohe (heute Lippstadt) wohnte von etwa 1802 bis 1813 ein jüd. Ehepaar, das nach Sassendorf zog.

2.2.1 1809 wohnten in Eickelborn sechs, 1814 acht, 1843 zwei und 1853 acht Juden (eine Familie), 1858 keine. In der Ortschaft Eickelborn waren 1895 von 790 Einwohnern 519 kath., 263 ev., sieben jüd. Glaubens und einer gehörte einer anderen christl. Gemeinde an; 1925 waren von 2217 [!] Einwohnern (offenbar wurden die Insassen der Pflageanstalt der Provinz Westfalen mitgezählt) 1587 kath., 611 ev., sieben jüd. Glaubens und drei bekenntnislos.

1842 wurde seitens der Regierung Arnberg die Einrichtung des Synagogenbezirks Hovestadt geplant, zu dem auch die Juden der Kirchspiele Oestinghausen, Oestinghausen, Hultrop und Eickelborn gehören sollten. Bei der Einrichtung der Synagogenbezirke 1855/56 wurde Oestinghausen ein eigener Unterbezirk, dem auch Eickelborn und Lohe zugeordnet wurden. 1871 wurde der Synagogenbezirk Hovestadt aufgelöst, der Unterbezirk Oestinghausen wurde Soest unterstellt. Seit 1855 besaßen die Eickel-

borner Juden keine Berechtigung, den Vorstand und die Repräsentanten des Synagogenbezirks Hovestadt zu wählen.

2.2.2 Die Eickelborner Juden besuchten die Gottesdienste in der Betstube des Dorfes Ostinghausen, die sich in den 1840er Jahren im Haus des Kaufmanns Levi Stern befand, zu besonderen Anlässen die Synagoge in Hovestadt.

2.2.3 Die jüd. Kinder wurden von den Eltern unterrichtet. Als 1835 die Ostinghausener Familie Stern für ihre Kinder einen privaten Lehrer engagierte, konnten an dessen Unterricht auch Kinder aus Eickelborn teilnehmen.

2.2.4 Abraham Hergeshausen unterstützte in den 1830er Jahren die Marks-Haindorf-Stiftung.

2.3.1 1854 wurde Isaac Cohen für drei Jahre zum Repräsentanten der Synagogengemeinde Hovestadt gewählt.

3.1 Einen gemeindeeigenen Gebetsraum gab es in Eickelborn nicht.

3.2 Abraham Hergeshausen besaß in Eickelborn ein Wohnhaus am Postweg 19 (später Alter Postweg 59), zudem gehörte ihm ein unbebautes Grundstück (heute Eickelborner Str. 9)

3.3 Obwohl Eickelborn in der direkten Nachbarschaft zum jüd. Friedhof in Hovestadt lag, hat es nach den Aufzeichnungen des Oberschultheissen Ziegler zu Hovestadt aus den 1830er Jahren am Ort einen eigenen Begräbnisplatz gegeben. Das kleine, langgestreckte Areal mit wenigen Grabstellen soll ein Stück außerhalb des Dorfes an der heutigen Straße ‚Alter Postweg‘ in Richtung Hovestadt zur Lippe hin gelegen haben. Um die Mitte des 20. Jh. soll der Friedhof zu Ackerland umgepflügt worden sein. Auf dem Eickelborner Friedhof wurden 1833 Judel Hergeshausen und 1840 ihr Mann, der Handelsmann Abraham Hergeshausen, beigesetzt.

4.1 GemeindeA Lippetal, A 429–432, 434, 437, 439–440. – Katasteramt Kreis Soest, Urrisse Nr. 1758. – KreisA Soest, A (Landratsamt Lippstadt) 636. – LAV NRW Abt. W (Münster), Stadt- und Landgericht Soest II 404. – PfarrA Erwitte-Horn, Status Familiarum Parochiae Hornensis, Bd. A: Incolae, 65 und Bd. B: Accolae et Illegitimi, 177, 209.

4.3 Beiblatt zum 41. Stück des Amtsblattes der Königl. Regierung <Arnsberg 1846> 43. – RADE Hans Jürgen, Jüdische Personenstandseinträge und Familienregister in katholischen Kirchenbüchern des Herzogtums Westfalen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. In: Beiträge zur Westfälischen Familienforschung 67 <2009> 7–144, 122.

Joachim Rüffer

LIPPSTADT-Lipperode

1.1 Stadt Lippstadt, Ortsteil Lipperode, Kr. Soest

1.2 Bis 1949 lippische Exklave (Amt Lipperode, bestehend aus den räumlich nicht verbundenen Gemeinden Lipperode und Cappel). 1949 amtsfreie Gemeinde im Kreis Lippstadt. Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform wurden Lipperode und Cappel Ortsteile der Stadt Lippstadt.

Auf Grundlage des Gesetzes über die Gleichberechtigung der Juden im Fstm. Lippe von 1858 bildete Lipperode den Hauptort einer gleichnamigen Synagogengemeinde, zu der auch die lippische Exklave Cappel gehörte.

2.1.1 Seit dem letzten Viertel des 16. Jh. lassen sich in Lipperode einzelne jüd. Familien nachweisen, die in Lippstadt Handel trieben. In den Jahren 1585, 1592 und 1599 versuchte der Lippstädter Magistrat vergeblich, dies durch Eingaben an den Amtsdrosten in Lipperode zu unterbinden, da die Lipperoder Juden als erhebliche Konkurrenz für die eigenen Bürger angesehen wurden. Die Eingaben blieben ohne nachhaltige Wirkung, auch in den beiden folgenden Jh. betrieben die jüd. Einwohner Lipperodes Handelsgeschäfte in Lippstadt und besuchten die dortigen Jahrmärkte. Der Zuzug nach Lipperode setzte ein landesherrliches Geleit voraus, das vom örtlichen Amtsdrosten oder von der Äbtissin des Stiftes Cappel bewilligt wurde; das Aufenthaltsrecht wurde meist vererbt. Aus dem 18. Jh. sind einige Juden namentlich belegt. Zu ihnen zählt Bendix Hertz (gest. vor 1787), der sich 1760 als lippischer Schutzjude in Lipperode niederlassen durfte. Eine Ansiedlung in Lippstadt war ihm zuvor verwehrt worden, obwohl sein Vater dort ansässig gewesen war. Seine Witwe heiratete 1790 Seligmann Abraham aus Langgöns bei Gießen. 1761 erhielt Israel David aus Neuenkirchen (Gft. Rietberg) ein Geleit für Lipperode, das nach seinem Tod 1810 auf seinen Sohn Meyer Israel überging. 1773 wird der Schutzjude Simon Mathias erwähnt. 1784 heiratete Leeser Heidemann die Witwe des Abraham Simon, Sohn des 1782 gestorbenen Simon Abraham. 1787 erhielten Wolf Abraham aus Fürth und Isaac Samuel Hamburger aus Altona die Erlaubnis zum Zuzug und eine Konzession für ihre Geschäfte. Wolf Abraham handelte u. a. mit Spiegeln, mit deren Verkauf er zuvor schon in Geseke und Lipperode seinen Unterhalt bestritten hatte. Seine Waren bezog er teilweise auf der Frankfurter Messe, für sein Geleit bürgte der Lipperoder Bendix Isaac. Isaac Samuel hatte zuvor wie sein Schwiegervater Itzig Moses seit 1783 in Holzminden eine Essigbrauerei betrieben. Sein Geleit wurde bereits nach einem Jahr auf Nahem Israel aus Schendenzon in Galizien übertragen. Nahem erhielt 1788 ein Aufenthaltsrecht für drei Jahre und heiratete noch im selben Jahr Frommet Israel, eine Halbschwester der Ehefrau des Lipperoder Juden Aaron Alexander; die Ehe segnete der Schutzjude Elsbacher aus Neuenkirchen. Nahem verdiente seinen Lebensunterhalt als Händler und Schulmeister. Schlachten durfte er nur für den eigenen Haushalt, gestattet war ihm aber, die nach jüd. Ritus nicht verwendbaren Fleischteile zu verkaufen. Nach seinem Tod 1790 ging Nahems Geleit auf Aaron Samuel über, der 1791 Nahems Witwe heiratete. Aaron stammte aus Heisenstein in der Gft. Schönborn und hatte zuvor ungefähr zehn Jahre in Schwerte gewohnt. Ein weiteres Geleit erwarb 1789 Heinemann Joseph aus Edingen in der Schweiz.

Neben den Abgaben für ihr Generalgeleit hatten die Juden jährlich Schutzgeld sowie Gebühren für die Konzessionierung ihrer Handelsgeschäfte zu entrichten, andernfalls drohte die Ausweisung – so 1770 der Ehefrau des entwichenen Israel David und ihren Kindern. In den 1770er und 1780er Jahren gab es in der Lipperoder Judenschaft immer wieder Spannungen, die sich u. a. in gegenseitigen Beschimpfungen in der Synagoge äußerten. Simon Abraham wurde vorgehalten, er verzehre Mettwürste und Schinken. 1787 stritten sich Wolf Abraham und Arendt Matthias, da der 16-jährige Sohn des Letzteren einem Kaddischgebet beiwohnen wollte. Wolf Abraham weigerte sich, an dem Gebet teilzunehmen, denn „ob er [der Sohn], oder ein Christ da seye, das sey einerley“. 1786 lassen sich neun jüd. Haushaltsvorstände im Amt Lipperode (Lipperode und Cappel) nachweisen: Bendix Isaak (Isaac), Arend Mathias (Matthias, gest. vor 1810), Leeser Heinemann (aus Oerlinghausen, gest. 1830), Aaron Alexander (aus Warstein, gest. 1816), Raphael Levi (Raphael Jehuda, aus Ostheim, seit 1782 in Lipperode vergeleitet, gest. 1813), Salomon Levi (gest. vor 1810) sowie die Witwen von Levi

Marcus, Israel Davids und Bendix Hertz. 1793 lebten im Amt Lipperode zudem die jüd. Familien des Aaron Samuel (gest. 1821), Heinemann Joseph, Israel Davidt(sohn) (gest. 1810) und Seligmann Abraham (gest. 1815). Die jüd. Familien handelten u. a. mit Ellenwaren. Wegen der abseitigen Lage der lippischen Exklave betrieben sie zudem heimlich Handel in den Territorien Paderborn, Münster und Kurköln.

1798 wurde Lehmann Bendix (Nathan Bendix) Stern (gest. 1836) mit Einverständnis der Äbtissin des Stifts Cappel und der Gräfin zur Lippe aus Lipperode für Cappel vergeleitet, zu dieser Zeit war er der einzige Jude im Ort. 1834 erhielt sein Sohn, Bendix Lehmann, ein Geleit. Vater und Sohn pachteten jeweils drei Morgen Land vom Stift.

2.1.2 Anfang des 19. Jh. gab es zehn bzw. elf jüd. Familien in Lipperode; sie handelten überwiegend mit Höckerwaren. 1809 nahmen sie feste Familiennamen an: Aaron Alexander (fortan Helfft), Aaron Samuel (Schönbörner), Bendix Isaac (Lilienfeld), Heinemann Joseph (Goldschmidt, gest. 1835), Leeser Heinemann (Eichmann), Matthias Arendt (Rosenbaum), Raphael Levi (Ostheimer), Seligmann Abraham (Hesse), Meyer Israel (Goldenberg), Witwe Salomon Levi (Edel) sowie in Cappel Lehmann bzw. Nathan Bendix (Stern). 1810 zogen Matthias Arend Rosenbaum (gest. 1839) und Bendix Isaac Lilienfeld (gest. 1825) von Lipperode nach Lippstadt. Für 1817 lassen sich im Amt Lipperode nachweisen: die jüd. Familien von Leiser Heinemann Eichmann, Meyer Israel Goldenberg (gest. 1833), Heinemann Joseph Goldschmidt, Aaron Alexander Helfft, Levi Raphael Ostheimer (Jehuda Arjeh Raphael) (aus Lipperode, gest. 1853), Levi Anchel Schiffenberg (aus Watzenborn, gest. 1818), Aaron Samuel Schönbörner, Lehmann/Nathan Bendix Stern und die Witwen von Seelig Abraham Hesse, Henrich Hoppe und Salomon Levi. 1831 wohnten im Amt Lipperode die Familien von Aaron Elsbach aus Erwitte (seit 1818 in Lipperode vergeleitet, gest. 1832), Leeser Heinemann Eichmann, Meyer Israel Goldenberg, Joseph Heinemann Goldschmidt, Levi Raphael Ostheimer, Bendix Aaron Samuel Schönbörner und Lehmann/Nathan Bendix Stern. Aaron Samuel Schönbörner suchte 1831 um ein Geleit für seinen Sohn bei der lippischen Regierung in Detmold nach. Mitte des 19. Jh. führte der Fortfall der Zuzugsbeschränkungen in der preuß. Provinz Westfalen zu einer starken Abwanderung, insbesondere in das benachbarte Lippstadt. Zu diesem Zeitpunkt führte Aaron Eichmann, der auch als Schankwirt belegt ist, ein Manufaktur- und Kolonialwarengeschäft. Aaron Goldschmidt (gest. 1868) und Heinemann Goldenberg (ohne Geleit, gest. 1868) handelten u. a. mit Vieh und Fleisch. Wolf Eichmann (gest. 1901) betätigte sich neben seinen Handelsgeschäften als Schuhmacher (so 1857). Ferner lebten in Lipperode Levi Ostheimer, der 1838 eine uneingeschränkte Konzession für den Handel in Preußen erhalten hatte, sowie ohne Geleit Aser Goldschmidt, der 1900 starb. Goldschmidt aus Lipperode nahm am Schleswig-Holsteinischen Krieg (1848–1851) teil. Im Ersten Weltkrieg bekam Julius Weinberg, dessen Vater in die Familie Ostheimer eingeheiratet hatte, einen Orden.

In Cappel wohnte die Familie von Lehmann/Nathan Bendix Stern, zu der ihr Sohn Bendix Nathan Stern (gest. 1898) gehörte. Sie betrieben ein Manufaktur- und Kolonialwarengeschäft.

2.1.3 In den 1930er Jahren wohnten die jüd. Familien Weinberg, Ostheimer, Mayer, Eichmann und Marburger in Lipperode. Sie waren Landwirte und Viehhändler. In der Pogromnacht 1938 kam es nicht zu einem Übergriff auf die Synagoge, die Juden hielten sich in dieser Nacht versteckt. 1939 wurden die letzten jüd. Einwohner gezwungen, ihren Grundbesitz zu veräußern; auch die Synagoge und den Friedhof mussten sie abtreten. Neue Eigentümerin wurde in den meisten Fällen die zivile Gemeinde Lipperode, die den Kaufpreis auf Konten bei der Deutschen Bank überwies, die aber gesperrt blieben. Letzte jüd. Einwohner waren 1939 Josef Weinberg, seine Söhne Max und Julius (mit Ehefrau Herta geb. Eichenwald), Sally Ostheimer, seine Tochter Golda mit Ehemann Hermann Mayer sowie deren Tochter Julia, ferner Leffmann Eichmann

und seine Tochter Henriette mit Ehemann Abraham Marburger sowie deren Kinder Leo und Ruth. 1939 gelang offenbar allen die Emigration nach Argentinien.

2.1.4 Nach dem Zweiten Weltkrieg erhob die JTC Erstattungsansprüche.

2.2.1 Im Amt Lipperode (einschließlich Cappel) waren 1807 von 420 Einwohnern 58 Juden (das entspricht einem Anteil von fast 14 Prozent), 1858 waren es 35 von 718, 1880 dann 25 von 807, im Jahr 1900 waren von 901 Einwohnern 16 Juden, 1925 lebten dort 13 Juden.

Die Juden in der lippischen Exklave Lipperode bildeten spätestens in den 1770er Jahren eine Gemeinschaft mit eigener Synagoge, die später auch von den Juden der Exklave Cappel besucht wurde. In den 1840er Jahren orientierten sich zudem die Juden aus den preuß. Orten Hörste und Rebbecke (heute Ortsteile von Lippstadt) nach Lipperode. Zum 1858 formal eingerichteten Synagogenbezirk Lipperode gehörten sechs Haushaltsvorstände in Lipperode und zwei in Cappel. Die jüd. Gemeinde des Amtes Lipperode bewahrte weitgehend ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Synagogen-Verband der Israeliten des Fstml. Lippe. Bis 1885 leistete sie deshalb an diesen keine Mitgliedsbeiträge.

2.2.2 Die erste Synagoge in Lipperode befand sich in einem Gebäude in unmittelbarer Nähe des Hauses Orthmann. Erstmals wird sie 1773 im Zusammenhang mit einem Einbruch erwähnt, den der Schutzjude Simon Mathias dem lippischen Drost anzeigte. Es waren mehrere Gegenstände aus der Synagoge gestohlen worden. Der älteste Sohn des Wilhelm Hölscher wurde „dieser gottlosen Ausschreitung“ verdächtigt. 1798 erwarben Leiser Heinemann (später Eichmann), Raphael Levi (Ostheimer) und Lehmann Bendix (Stern) von der ev. Kirchengemeinde ein Gartengrundstück (Nr. 71, auf dem Stallknecht, später Graf-Bernhard-Straße, heute Zu den Amtswiesen 1), auf dem Aron Goldschmidt ein Haus mit Nebengebäuden errichtete. Auf dem Areal stand auch das Synagogengebäude, in dem sich u. a. ein Schulraum befand. Als die Familie Goldschmidt 1860 die gesamte Liegenschaft an den Gutsbesitzer Stratmann verkaufte, musste die jüd. Gemeinde fortan Miete in Höhe von 1 Tlr. zahlen. Der Bereich, in dem die Synagoge lag, wurde aufgrund der engen Nachbarschaft zur ev. und kath. Kirche ‚Drei-Glaubens-Ecke‘ genannt. Später gelangte die Synagoge wieder in den Besitz der Kehilla. Das Gebäude wurde während des Pogroms nicht angezündet. 1939, wenige Wochen nachdem die jüd. Gemeinde es der zivilen Gemeinde Lipperode unentgeltlich hatte überlassen müssen, ging es in Privatbesitz über.

2.2.3 Den Unterricht in Religion und in der hebr. Sprache erteilte in der zweiten Hälfte des 18. Jh. ein Schulmeister, in den 1780er Jahren an zwei Wochentagen. Bekannt sind ab 1785 Meyer Simon, bis 1788 Moses, danach bis zu seinem Tod 1790 Nahem Israel aus Schendenzon in Galizien. Die Witwe von Bendix Hertz wurde 1790 durch den Amtsdrosten vom Schulgeld befreit, da sie keine Kinder unterrichten ließ. Von 1790 bis etwa 1816 waren Meyer Simon und Aaron Alexander Helfft aus Warstein (gest. 1816) als Lehrer in Lipperode tätig. Der Unterricht wurde seit den 1830er Jahren durch öffentlich geprüfte jüd. Privat- und Wanderlehrer erteilt, bekannt ist ein Stellengesuch für einen Elementarschullehrer, das die jüd. Gemeinde Lipperode 1833 veröffentlichte. Da die zur Verfügung stehenden Schulmittel gering waren, hob der Schulinspektor 1848 lobend hervor, dass fehlende Bücher und eine Karte von Palästina angeschafft worden waren. Trotz ihrer Bemühungen konnte die jüd. Gemeinschaft nicht verhindern, dass die Lehrerstelle zeitweise vakant blieb. Zwischen 1846 und 1851 ist Zitron (Citron) aus der Provinz Posen als Lehrer belegt. Von etwa 1853 bis 1855 lehrte Isaksohn „nach Jakobsohns Leitfaden“ Religion, weitere Lehrgegenstände waren die Übersetzung der zehn Gebote ins Hebräische sowie Deutsch, Deklinieren und Schönschreiben. Der Unterricht wurde im Synagogengebäude erteilt, in dem ein Schulzimmer eingerichtet war. Als weiterer Lehrer ist für 1855/56 Auerbach genannt;

seine Schüler stammten aus Lipperode, Cappel und aus der näheren Umgebung. 1847/48 wurden 18 Schüler unterrichtet, bis 1852 sechs bis acht und in den 1850er Jahren zwölf bis 16 Schüler. Bis Anfang des 20. Jh. besuchten die jüd. Kinder die ev. Schule im Ort. Nachdem es über die Unterrichtsführung zum Streit zwischen dem ev. Lehrer Hülsemann und den jüd. Eltern gekommen war, ließen diese ihre Kinder 1908 während des laufenden Schuljahres zur kath. Ortsschule wechseln.

2.2.4 1843 richteten die Juden des Amtes Lipperode eine Unterstützungskasse für Kranke und notleidende Waisen und Witwen ein. Mitte der 1840er Jahre existierte – unabhängig vom Detmolder ‚Verein zur Beförderung der Handwerker‘ – im Amt Lipperode ein kleiner lokaler Verein zur Förderung des (jüd.) Handwerkerstandes.

2.3.1 In den 1780er Jahren war Aaron Alexander Gemeindevorsteher, um 1840 Meyer Israel Goldenberg. Auf der ersten Repräsentantenversammlung nach Bildung der Synagogengemeinde Lipperode 1858 wurde Bendix Nathan Stern aus Cappel (1804–1898) zum Vorsteher der Gemeinde gewählt, 1885 Wolf Eichmann aus Lipperode. Vorsänger, Schulmeister und Schächter war um 1785/90 Meyer Simon.

2.3.3 1888/89 war Sally Ostheimer Rendant und 1929/30 Oberst im Lipperoder Schützenverein; 1904 war er König des ‚Lipperoder Schützenvereins 1877‘. Dem ‚Gesangverein 1861 Lipperode‘ gehörten 1880 Angehörige der Familien Ostheimer, Goldberg, Mayer und Eichmann an, die den Verein auch mit Spenden unterstützten.

3.1 Die am Ende des 18. Jh. errichtete Synagoge (Zu den Amtswiesen 1) war ein Fachwerkhaus, dessen Giebel mit Holz verkleidet war. Nach einer Federzeichnung von 1910 besaß das Haus ein Krüppelwalmdach. Mitte des 19. Jh. war die Synagoge in einem guten Zustand, wobei der im Gebäude eingerichtete Schulraum bei der Schulinspektion von 1849 als zu klein bemängelt wurde. Nachdem die Synagoge 1939 über die politische Gemeinde Lipperode an den Friseur Heinrich Finke verkauft worden war, wurde ihm vom Kreisbauamt Detmold die Einrichtung einer Behelfswohnung gestattet. Damit war der vom Lipperoder Bürgermeister erwünschte Abriss obsolet. Aufgrund der nachfolgenden Umnutzung ging die ursprüngliche Aufteilung verloren, den in den 1990er Jahren erneut drohenden Abriss verhinderte der Lipperoder Heimatverein trotz der starken Überformung des Bauwerks. Der Kirchenvorstand der kath. Kirche hatte auf dem Gelände einen Neubau für eine Bücherei errichten wollen, der nun hinter der alten Synagoge verwirklicht wurde.

3.2 Bis 1939 besaßen die verschwägerten Familien Weinberg und Ostheimer in der Graf-Bernhard-Str. die Nachbargrundstücke 69 und 70. Das Wohnhaus der Familie Eichmann bzw. Marburger lag in der Landwehrstr. 91.

3.3 Der jüd. Friedhof in Lipperode liegt im sogenannten Neuen Feld (Flur 4, Nr. 1120 u. 1121) außerhalb des Dorfes. Das Areal umfasst 1298 m², ist durch eine Hecke abgegrenzt und durch ein Eingangstor von Südwesten her zugänglich. Insgesamt haben sich 37 Grabsteine aus der Zeit zwischen 1771 und 1937 erhalten. Als Letzte wurde Julie Stern geb. Meyer aus Cappel 1937 dort beigesetzt. In der NS-Zeit wurden mehrere Grabsteine zerstört. 1939 musste die jüd. Gemeinde den Begräbnisplatz auf die politische Gemeinde Lipperode übertragen, nach dem Krieg wurde er an die JTC zurückgegeben. 1976 wurden mehrere Grabsteine umgeworfen. 1986 wurde der Friedhof von der Stadt Lippstadt unter Denkmalschutz gestellt.

4.1 LAV NRW Abt. OWL (Detmold), L 35, A VII; L 77A Nr. 5407, 5409, 5412, 5532; L 79 Nr. 3910, 3913–3915, 3944; L 80.21 Nr. 1902; L 108 Amt Lipperode Nr. 20–24; L 109 Amt Lipperode-Cappel Nr. 17, 18; P 2 Nr. 17. – StadtA Lippstadt, A Rose Nr. 22, 53, 90, 132, 195, 196, 256, 670 u. 834; Zeitgeschichtliche Sammlung Nr. 2.31.3–3 u. 3.268.

4.2 Fotos des Friedhofs in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 606; Fotos der ehem. Synagoge (Zu den Amtswiesen 1) ebd. 605 und BROCKE, Feuer an Dein Heiligtum gelegt 344, eine Federzeichnung von A. Höke ebd. 343 und in: FENNENKÖTTER, Tot nur ist 167; Lageskizze der Synagoge und der benachbarten Grundstücke der Familie Ostheimer in BONGARTZ/KLÜSENER, Schulen 47, Zeichnung der Synagoge ebd. 48, Grund- und Aufrisszeichnungen der Synagoge für den Zustand vor und nach 1949: StadtA Lippstadt, Zeitgeschichtliche Sammlung Nr. 2.31.3-3; Dokumentation sämtlicher Grabsteine u. Lageskizze in FENNENKÖTTER, Tot nur ist 141–167. Aufnahmen des jüd. Friedhofs in der Sammlung der LWL-Denkmalpflege, Münster.

4.3 EPKENHANS Karin/WALBERG Hartwig, Quelleninventar zur Geschichte der jüdischen Minderheit in Lippstadt. In: Leben und Leiden, 194–213. – Wochenblatt für den Kreis Lippstadt Nr. 29 <20.7.1833> 232.

4.4 BONGARTZ Josef/KLÜSENER Wilhelm, Schulen in Lipperode (= Unser Lipperode, Sonderdruck) <Lippstadt-Lipperode 1995> 47f. – FENNENKÖTTER Hans Christoph, Tot nur ist, wer vergessen wird! Die jüdischen Friedhöfe in Lippstadt (= Lippstädter Spuren 4) <Lippstadt 1989> 141–167. – MÜHLE Eduard, Zur Geschichte der jüdischen Minderheit. In: EHBRECHT Wilfried (Hg.), Lippstadt. Beiträge zur Stadtgeschichte, Teil 2 <Lippstadt 1985> 519–574, bes. 525f. – WALBERG Hartwig, Die jüdische Minderheit in Lippstadt und Lipperode vom Spätmittelalter bis in das 20. Jahrhundert. In: Leben und Leiden der jüdischen Minderheit. Dokumentation zur Ausstellung der Stadt Lippstadt (= Lippstädter Spuren, Sonderbd.) <Lippstadt 1991> 7–18.

Joachim Rüffer

LÜDENSCHIED

1.1 Stadt Lüdenscheid, Märkischer Kreis

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHztm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – Ab 1268 Erlangung der Stadtrechte.

Lüdenscheid gehörte als Untergemeinde dem 1853/54 gegründeten Kreissynagogen-Verband Altena an.

2.1.1 1690 ist im Stadt- und Gildebuch von Lüdenscheid von den „hiesigen Juden“ die Rede. Diese hatten sich beim Kauf und Verkauf von Draht unter Androhung des Verlusts ihrer Ware und der „bürgerlichen Nahrung“ an die Bestimmungen der Drahtgilde zu halten. Im 18. Jh. bestand eine kleine jüd. Gemeinschaft, deren Hausväter sich vielfach als Schlachter betätigten. 1719 erhielt David Jacob einen Geleitbrief für Lüdenscheid. Nach dem Stadtbrand 1723 bezifferte Lyfmann (Leifmann, Liefmann) den Verlust an verbranntem ‚Gereide‘ (seiner beweglichen Habe) auf 400 Rtlr., David Jacob den von Haus und Gereide auf 100 Reichstaler. Das Schutzprivileg der Witwe Lazarus war ebenfalls „mit in Rauche aufgegangen“. 1727 und 1730 wurden die Haushalte des David sowie der Eva Jacob, Witwe des Lazarus Meyer, nur gering besteuert. Wegen nicht gezahlter Schutzgelder kündigte 1731 die Kriegs- und Domänenkammer Kleve dem David Jakob das Geleit, so dass er fortziehen musste. 1737 bestand die Judenschaft in Lüdenscheid aus zwei Haushalten mit zwölf Personen. Die Witwe Lazarus ernährte sich vom Schlachten, sieben Kinder lebten bei ihr. Ebenfalls

als Schlachter war Joseph Lazarus (Schutzbrief von 1731) tätig, zu dessen Haushalt neben Frau und Kind auch ein Knecht gehörte, zudem handelte er mit Fellen. Die Führung beider Familien wurde von den preuß. Beamten als ‚gut‘ eingeschätzt. 1748 hatte sich der älteste Sohn Leifman Lazarus mit einer Jüdin namens Ester verheiratet, die Erteilung eines Schutzbriefs erfolgte jedoch erst 1754; neben der Schlachtereier wird ein kleiner Kramladen als Existenzgrundlage der Familie erwähnt. 1752 sind in beiden Haushalten acht Personen verzeichnet.

1753 wandten sich „sämtliche Kaufleute der Stadt Lüdenscheid“ an die Regierung in Kleve mit dem Gesuch, „daß denen Juden daselbst, in specie dem Liefmann Lazarus, der Handel mit fertigen Kleidern verboten werde“, Lazarus sei „dem Vernehmen nach“ ein unvergeleiteter Jude. Im Bericht des Magistrats heißt es dazu, die Juden kauften „allerhand fertige Kleider“, aber auch andere Ware und verkauften sie wieder, hielten „mithin gleich denen Christen-Kaufleuten einen offenen Laden“. Auf dem Land kauften sie Vieh und gaben den Bauern dafür zumeist ihre Ware statt „baren Geldes in Zahlung“. Auf diese Weise würden sie „mit der Zeit den ganzen Warenhandel an sich bringen und gegen die Edikte mit ihren Waren heimlich hausieren“. Zuvor hätten die Juden sich „einzig und allein“ vom Schlachten ernährt und „dabei nur ganz geringe Trödelwaren verkauft“. Liefmann Lazarus und sein Sohn hätten jedoch drei Jahre zuvor begonnen, auch andere Waren zu verkaufen, dieser Handel habe sich „sehr vermehret“. Leifmann/Liefmann Lazarus, heißt es 1755, kaufe ab und zu alte Kleidung, u. a. in Amsterdam, und verkaufe sie – wie Soldaten und andere Leute auch – in Lüdenscheid. Dadurch litten „die einländischen Tuchfabriken und Tuchhändler“. Geldleihgeschäfte des Leifmann Lazarus sind seit den 1750er bis in die 1780er Jahre im Stadtgebiet und in den Bauerschaften belegt, von den 1760er Jahren bis in die Anfangsjahre des 19. Jh. auch für Lazarus Leifmann. Lazarus Josef wird wiederholt mit kleinen Summen (so 1764 und 1780) als Debitor erwähnt.

1756, bei Beginn des Siebenjährigen Krieges, verfügten die Brüder Joseph/Josef Lazarus und Leifman Lazarus über vergleichsweise respektable Vermögen in Höhe von 1000 bzw. 1300 Reichstalern. Den Schutzbrief des Letzteren übernahm 1765 der älteste Sohn Lazarus Leifman; dessen Ansetzung ist die letzte, die sich in beiden Lüdenscheider Familien bis 1806 nachweisen lässt. Obwohl in der Familie des Joseph Lazarus der älteste Sohn (Lazarus Joseph) bereits 1752 als Anwärter auf den väterlichen Schutz genannt wird, blieb ihm eine Heirat offenbar zeitlebens verwehrt; noch in den 1770er Jahren wird der 38-jährige als Junggeselle erwähnt. Auch von den Söhnen des Lazarus Leifman (Isaac, geb. ca. 1771, Liefmann, geb. 1775 und Meier) konnte keiner einen Schutzbrief erlangen – vermutlich wegen der hohen Anforderungen an das nachzuweisende Vermögen. Der älteste Sohn hatte für die Niederlassung ein Vermögen von 1000 Rtlr. nachzuweisen, der zweite Sohn bereits von 2000 Reichstalern. 1801, als insgesamt zehn Juden in der Stadt lebten, werden Lazarus Leifmann, Joseph Lazarus und Isaac Lazarus in der Bürgerliste als Schlachter geführt.

2.1.2 Seit 1814 war in Lüdenscheid der Ellenwarenhändler Ansel Isaias aus dem preuß. Dierdorf ansässig. Die Brüder Isaak und Liefmann Lazarus wehrten sich gegen seinen Zuzug. Ansel warf ihnen daraufhin vor, „hier allein und ohne alle Konkurrenz ein monopolistisches Wesen zu treiben“. Ansel versuchte den Vorwurf zu widerlegen, er sei arm und würde wahrscheinlich der Lüdenscheider Kommune zur Last fallen: Er habe für 600 Rtlr. ein Haus gekauft und verfüge über „beträchtliches Mobiliarvermögen“. Er legte eine Vermögensaufstellung vor, aus der hervorging, dass er vier Kühe, 36 Schafe und ebenso viele Lämmer besaß, ferner ein Fohlen und etliche Meter Ellenwaren. 1819 beantragte Ansel Isaias erneut und nun erfolgreich die Genehmigung der Niederlassung. 1817 wurden bei einem Einbruch bei Liefmann Lazarus Geld, Kleidungsstücke und Leinwand im Wert von mehreren Hundert Rtlr. gestohlen. 1818 gab es in Lüdenscheid drei jüd. und drei christl. Metzger. Der zum

ev. Bekenntnis übergetretene Isidor Mayer war von 1842 bis 1883 Rektor der Rektoratsschule.

Mitte des 19. Jh. betrieb Ansel Isaias eine Zinnwarenfabrik und gehörte damit zu den ersten Gründern größerer gewerblicher Anlagen in Lüdenscheid. Insgesamt sind für Lüdenscheid acht jüd. Industrielle belegt. Isaak Lazarus, zuerst Messing- und Eisenwarenhändler, betrieb 1828 eine Messinggusswarenfabrik. Sein 1817 geborener Sohn – er hatte insgesamt acht Kinder – wurde 1841 als untauglich für den Militärdienst erklärt. Isaak Lazarus hinterließ bei seinem Tod 1842 ein Vermögen von 40 000 Reichstalern. Die von seinen Söhnen weitergeführte Gusswarenfabrik findet sich 1846 im ‚Verzeichnis der Lüdenscheider Fabriken- und Commissionsgeschäfte‘ neben der Zinnfabrik von Ansel Isaias als einziges jüd. Unternehmen unter den 42 Einträgen. 1847 nahmen in Lüdenscheid folgende Juden feste Familiennamen an: Hannchen Cahn und der Anstreicher Moses Cahn den erblichen Familiennamen ‚Cahnstein‘, die Witwe des Kaufmanns Isaac Lazarus, der Kaufmann Liefmann Lazarus und die fünf Kinder des verstorbenen Meier Lazarus den Namen ‚Lennhoff‘, der Metzger Gumpert Markus den Namen ‚Markan‘, Scheier und Salm Isaias den Namen ‚Rosenbaum‘ sowie Ansel Isaias den Namen ‚Lennhoff‘. Der Handelsmann Moses Weinmann hatte bereits zuvor einen festen Familiennamen geführt.

1862 gab es in der Stadt 13 selbständig tätige Juden: acht Kaufleute, drei Metzger, einen Handlungsreisenden und einen Anstreicher. Haushaltsvorstände waren Joseph, Robert, Aron und Ansel Lennhoff, Salomon Rosenbaum, Moses Cahnstein sowie die Witwen von Isaac und Liefmann Lennhoff. Ferner wird in den 1860er Jahren der Jude Herz Mosbach erwähnt. 1880 sind die Haushaltsvorstände Daniel Lebenberg, Adolf Kahn, Moses Kahnstein, Abraham Mosbach, Michael Gobas, Michael Noach und Jakob Cohen nachgewiesen, in den 1890er Jahren auch Josef Stern. 1878 bestanden in Lüdenscheid die jüd. Firmen Hermann Strauß und ‚Samuel Schiff Nachf.‘ (Manufakturwaren, Konfektion, Aussteuer), Geschäftsführer wurde zu Beginn des 20. Jh. Max Moses. Ab 1896 betrieb Emil Lennhoff in Lüdenscheid gemeinsam mit einem christl. Fabrikanten eine Militäreffektenfabrik, er schied aber 1899 wieder aus. 1897 sind die Brüder Hugo und Albert Lennhoff (Letzterer bis 1904) als Besitzer einer Metallwarenfabrik im Handelsregister eingetragen. 1900 betrieb Leopold Simon in der Kölner Str. 1 ein Bekleidungshaus, das 1928 durch die Kölner Handelskette L. Tietz übernommen wurde. Für Lüdenscheid sind die jüd. Ärzte Hermann Cohn (1899), Georg Hirsch (1897), Black (1916) und Dr. Max Dahl (1933) belegt, ferner die Rechtsanwälte Max Lennhoff (1896), Samuel Goldborn (1882), Hermann Tobias Bernstein (1916) und Hermann Cohn (1906). Kurt Weill hatte in Lüdenscheid 1919 bis 1921 sein erstes Engagement als Kapellmeister. Juden übten zudem die Berufe Installateur, Kutscher, Fensterputzer, Drechsler, Dekorateur und Fabrikarbeiter aus.

Robert Stern war der erste Soldat aus Lüdenscheid, der im Ersten Weltkrieg fiel. 1917/18 erhielt Carl Menkel das EK II, Jacob Cohen (Rentner) und Albert Lewin (Inhaber der Fa. Alsberg) wurden mit dem ‚Verdienstkreuz für Kriegshilfe‘ ausgezeichnet, ferner Hilde Schwerin mit der ‚Rote Kreuz-Medaille‘. 1919 veröffentlichte der Gemeindevorsitzende Hermann Schwerin in der von Arthur Schweriner herausgegebenen ‚Lüdenscheider Abendzeitung‘ eine Anzeige, in der er die Bevölkerung aufrief, für eine Belohnung von 100 M bei der Suche nach denjenigen zu helfen, die in Lüdenscheid „judenhetzerische Flugblätter“ veranlasst und nachts an Häuser geklebt hätten, um die Arbeiter der Stadt „gegen ihre jüdische Mitbürgerschaft“ aufzuhetzen. Das Lüdenscheider Arbeiterblatt ‚Die neue freie Presse‘ bezeichnete diejenigen, die glaubten, die Arbeiterschaft für „ihre antisemitisch-reaktionären Ziele“ gewinnen zu können, als die „schlimmsten Feinde der nach Recht und Freiheit strebenden Menschheit“. 1925 wurde eine Ortsgruppe des RjF ‚Schild‘ in Lüdenscheid gegründet (Vorsitzender Simon), eine Untergruppe entstand in Altena, 1926 auch eine in Plettenberg

(Vorsitzender Neufeld). Geplant war in Lüdenscheid die Gründung einer RjF-Frauengruppe, in der Hoffnung, dass dadurch „unseren Kriegerwaisen und verwundeten Kameraden reiche charitative Hilfe zuteil“ werde. Es war außerdem beabsichtigt, eine Sportgruppe und einen Kegelclub ins Leben zu rufen. 1925 bestand ein Jugendbund, dem der Lehrer Benno Heß vorsah. 1932 werden eine CV-Ortsgruppe, die Albert Lewin leitete, sowie eine RjF-Ortsgruppe unter Vorsitz von H. Behrend erwähnt.

Nachdem zwei Lüdenscheider Pfarrer 1930 in Geschäften mit jüd. Inhabern eingekauft hatten, veröffentlichte der ‚Lüdenscheider Beobachter‘ einen Artikel mit der Überschrift „Christen, kauft bei Christen“. Ferner wurde in einem Flugblatt mit antisemitischen Stereotypen zum Massenprotest in einer öffentlichen Veranstaltung (zu der Juden keinen Zutritt haben sollten) aufgerufen. Der Text schloss mit der Aufforderung, nicht bei Juden zu kaufen. Jüd. Gewerbetreibende erwirkten eine einstweilige Verfügung, gegen die die NSDAP-Ortsgruppe Widerspruch einlegte. Das Amtsgericht gab den Nationalsozialisten Recht. Der Fall ging weiter an das Landgericht in Hagen, das den Einspruch der NSDAP zurückwies. Die CV-Zeitung deutete das Urteil als „einen wesentlichen Fortschritt im Kampf der deutschen Juden gegen Boykott und Beleidigung“. Zwischen 1900 und 1910 zogen etwa 70 Juden nach Lüdenscheid, zwischen 1910 und 1920 waren es 60, zwischen 1920 und 1930 noch einmal 25.

2.1.3 Die meisten Geschäftshäuser jüd. Inhaber befanden sich in der Hauptgeschäftsstraße, der Wilhelmstraße. Für die 1930er Jahre finden sich folgende Geschäftsinhaber: Hermann Behrendt (Bettwarengeschäft Robert Stern), Ludwig Dunkel (Möbel), Alfred Grünwald (Kaufhaus Alsberg); Inhaber von Bekleidungsgeschäften unterschiedlicher Ausrichtung waren Oskar Cahn (Bekleidungsgeschäft Lebenberg), Gustav Carsch, Jacob Kletter, Hugo Lennhoff, Albert Lewin, Emil Menkel, Max Moses und Julius Ripp. Hinzu kamen die Geschäfte von Salomon Weißmann (Wäschehandlung), Gottfried Lind (Fleisch- und Wurstwaren), Sigismund Noach (Gemüse und Delikatessen) sowie die Schuhgeschäfte von Isaak Hausmann, Erhard Benno Rosenblum und Moritz Koopmann. Neben weiteren Kaufleuten gab es je einen Geschäftsführer, Viehhändler, Pferdemetzger, Metzger, Vertreter und Dekorateur, außerdem eine Buchhalterin und eine Arbeiterin. Der ‚Lüdenscheider Generalanzeiger‘ meldete am 3. April 1933: „Ruhiger Verlauf des Boykott-Tages“. Hermann Behrend – er hatte an diesem Sabbat sein Geschäft nicht geöffnet – wurde von der Partei aufgefordert, aus seinem Schaufenster die dort ausgelegte Ehrenurkunde der Stadt Lüdenscheid für den 1914 gefallenen Geschäftsgründer Robert Stern zu entfernen, weil eine Menschenmenge das Fenster belagerte. Bereits 1933 wanderte der Arzt Dr. Max Dahl aus. Der in Polen geborene Isidor Jizchak Hausmann, der seit 1922 den Schuhladen Metropol (Knapper Str. 8/9) betrieb, musste 1934 auf Druck der NSDAP das Geschäft aufgeben; er emigrierte mit Frau und Sohn über Polen nach Palästina. Ende 1934 berichtete das ‚Israelitische Familienblatt‘, die Lüdenscheider Gemeinde sei durch Wegzug und Auswanderung sehr geschrumpft. Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage hätten zwei von drei größeren Gemeinden im Sauerland die Stelle des Kultusbeamten nicht wieder besetzen können. Von Siegen bis Hagen verfüge nur noch Lüdenscheid über einen Kultusbeamten, der eine Reihe Nachbargemeinden mitbetreue.

Als 1935 die NS-Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (NS-Hago) eine gauweite ‚Aufklärungskampagne‘ organisierte, kam es auch in Lüdenscheid zu Vorfällen. So denunzierte der Amtswalter der NS-Hago die Inhaberin eines Hutgeschäfts, sie verkehre bei Juden und sei diesen daher gleichzustellen; die Betroffene forderte Schadensersatz. Im Juli 1935 demonstrierte eine große Menschenmenge gegen jüd. Geschäftsleute und zog mit Transparenten durch die Stadt. Im ‚Stürmerkasten‘ wurde eine Liste mit Namen von Frauen ausgehängt, die in jüd. Geschäften eingekauft hatten. Schaufenster wurden weiß überstrichen und mit antisemitischen Inschriften versehen.

Im Aug. 1935 bat der Oberbürgermeister den Leiter der Gestapostelle, illegale Boykottaktionen zu stoppen; dieser war jedoch nur bereit, gegen Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung vorzugehen. Vier Wochen später hieß es, die durchgeführten Boykottmaßnahmen seien wirksam gewesen. Dagegen hätten die Bemühungen der Juden, durch Sonderangebote die Kundschaft wieder an sich zu ziehen, „fast gar keinen Erfolg“ gehabt. Die vor dem Konkurs stehende Fa. Gebr. Alsborg habe versucht, ihrem Personal (120 Personen) zu kündigen, was von der ‚Deutschen Arbeitsfront‘ aber verhindert wurde. Wenige Wochen später war das Unternehmen ‚arisiert‘ und „in vollem Umfange“ wieder eröffnet worden. Ebenfalls 1935 musste Moritz Koopmann sein Schuhgeschäft (Wilhelmstr. 36) zwangsweise verkaufen. Im Sept. 1937 listete der NSDAP-Kreisleiter acht jüd. Betriebe für Lüdenscheid auf: Ehefrau Jakob Kletter (Königstr. 21, Herrenkonfektion, Wollwaren; „Der Gewerbebetrieb steht unter dem beherrschenden Einfluss des jüdischen Ehemannes“), Efraim Ladner (Paulinenstr. 10, An- und Verkauf von Kisten), Fa. D. Leberberg (Knapperstr. 7, Manufakturwaren), Lüdenscheider Eisen- und Metallhandelsgesellschaft Gobas & Co. (Sachsenstr. 20, Inh. Salomon und Paula Gobas), Fa. Emil Menkel (Werdohlerstr. 9, Manufakturwaren, Inh. Mathilde Nathan), Fa. Julius Ripp (Knapperstr. 8, Manufakturwaren), Fa. Robert Stern (Wilhelmstr. 42, Manufakturwaren, Inh. Hermann Behrend) und Chaskel Tannenzapf (Wilhelmstr. 3, Verkauf Textilwaren an Private, kein Laden). Der Lüdenscheider NSDAP-Leiter bewertete im Aug. 1938 das Geschäft Leberberg sowie die Firmen Emil Menkel und Robert Stern als nicht „volkswirtschaftlich wertvoll“, nur für die Fa. Gobas & Co. befürwortete er eine Überführung „in arische Hände“. Die Firmen Menkel und Stern mussten vor dem Pogrom, Leberberg und Gobas danach den Betrieb einstellen. Das Bekleidungshaus von Leopold Simon, das 1928 die Kölner Handelskette L. Tietz übernommen hatte, war schon zu Beginn der NS-Zeit ‚arisiert‘ (Kaufhof) worden. Im Rahmen der reichsweiten ‚Juniaktion‘ wurde Adolf Kahn von Juni bis Okt. 1938 im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Von der ‚Polenaktion‘ im Okt. 1938 betroffen waren Jacob Kletter mit Frau und Tochter, Ephraim Ferdinand Ladner und seine Frau, Julius Ripp mit Frau und Neugeborenem sowie Chaskiel Tannenzapf mit Frau und zwei Töchtern; alle wurden ins polnische Grenzgebiet abgeschoben.

Der ‚Lüdenscheider Generalanzeiger‘ berichtete am 11. Nov. 1938, dass sich am Vortag die „begreifliche Volkswut“ gegen die beiden letzten jüd. Geschäfte der Stadt gerichtet habe, im Bekleidungsgeschäft Leberberg (Knapperstr., Inh. O. Cahn) und bei Julius Ripp wurden sämtliche Schaufenster zerschlagen. Jüd. Männer – u.a. Hermann Behrend, Salomon Gobas und Oskar Cahn – wurden zunächst in eine Kellerrunde der Polizeistation gesperrt, am Tag darauf mit weiteren etwa 40 Juden zum Gerichtsgefängnis Dortmund gebracht, von wo aus sie ins KZ Sachsenhausen deportiert wurden. Anfang Dez. 1938 wurde Hermann Behrend wieder entlassen, mit seiner Familie und dem Ehepaar Cahn emigrierte er im Febr. 1939 nach Kuba, 1940 weiter in die USA. Insgesamt emigrierten mehr als 40 Lüdenscheider Juden, vor allem nach Großbritannien, Palästina und in die USA. Viele der in Nachbarländer geflohenen Familien (David Rothschild 1936 in die Tschechoslowakei, mehrere andere in die Niederlande) wurden von dort in Vernichtungslager verschleppt. 54 Juden aus Lüdenscheid zogen zwischen 1933 und 1939 in größere Städte, zahlreiche wurden von dort deportiert. Neun aus Lüdenscheid gebürtige Juden wurden während der NS-Zeit aus dem Deutschen Reich ausgebürgert. 1940 wohnten noch etwa 17 Juden in der Stadt. Eine jüd. Person wurde im März 1942 ins Ghetto Warschau deportiert, weitere Juden im April 1942 ins Ghetto Zamość, zwei im Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt. Mit Christen verheiratete Juden (‚Mischehenpartner‘) wurden u.a. im Arbeitslager Hagen-Haspe inhaftiert.

2.1.4 Etwa 20 Juden aus Lüdenscheid überlebten die Verfolgung, einige kehrten nach Ende der NS-Zeit in die Stadt zurück. 1960 lebten sieben Juden in Lüdenscheid,

die sich zur jüd. Gemeinde in Hagen orientierten. 1958 schickte der Arnberger Regierungspräsident Geburtstagsglückwünsche an den ehem. Lüdenscheider Juden Hermann Behrend in die USA. Zu der Gruppe, die 1989 Lüdenscheid besuchte, gehörte u. a. Dagobert Simon. 1990 lud die Stadtverwaltung zehn jüd. Emigranten, u. a. Mitglieder der Familie Behrend, nach Lüdenscheid ein. Bei einem seiner Besuche überreichte Fred Behrend dem Geschichtsmuseum der Stadt Lüdenscheid ein Stück einer Thorarolle. Ebenfalls 1990 wurden mehrere Gedenktafeln am und im Gebäude der Stadtbücherei zur Erinnerung an den jüd. Betsaal und an die Verfolgung der Lüdenscheider Juden angebracht. 1991/92 legten Frank Mau und Uwe Obier ein Konzept für eine Gedenkstätte an der Parkstr. vor, das nicht verwirklicht wurde. 2006 wurden anlässlich des 100. Geburtstags von Walter Süskind an seinem Geburtshaus (Grabenstr. 1) Informationstafeln zu seinem Leben und Wirken angebracht, er hatte in den Niederlanden vor seiner eigenen Deportation fast tausend jüd. Kinder vor der Verfolgung gerettet. 2010 wurde der ‚Förderverein Ge-Denk-Zellen Altes Rathaus Lüdenscheid e. V. – Forschen – Lernen – Gedenken für unsere Zukunft‘ gegründet. Seit 2012 werden in den früheren Polizeihäftzellen des Alten Rathauses die Themenbereiche Diskriminierung, Verfolgung, Vertreibung, Deportation und Vernichtung thematisiert. 2012 wurde ein ‚Engel der Kulturen‘ als Zeichen des Dialogs vor dem Alten Rathaus (Wilhelmstr.) in den Boden eingelassen.

2.2.1 In Lüdenscheid lebten 1801 zehn Juden, 17 im Jahr 1820, 33 im Jahr 1843 und 31 im Jahr 1858. 1871 waren von 7546 Einwohnern 581 kath., 6907 ev., 40 jüd. Glaubens, 81 gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 21 264 Einwohnern 2415 kath., 18 365 ev., 106 jüd. Glaubens, 378 hatten ein anderes oder kein Bekenntnis. 1905 waren von 29 356 Einwohnern 169 Juden. 1925 waren im Stadtkreis Lüdenscheid von 32 758 Einwohnern 4532 kath., 26 022 ev., 114 jüd. Glaubens und 1278 mit anderem oder ohne Bekenntnis. 1932 waren von 35 659 Einwohnern 112 jüd. Glaubens.

1853/54 wurde der Kreissynagogen-Verband für den Kreis Altena gegründet. Die bis zu diesem Zeitpunkt selbständige Gemeinde Lüdenscheid wurde dem Kreisverband als Untergemeinde zugeordnet. Die Mitglieder der Untergemeinde entsandten Repräsentanten nach Altena, wählten für ihre lokalen Gemeinden aber eigene Vorsteher. Anfang des 20. Jh. wird Meinerzhagen als Filialgemeinde von Lüdenscheid genannt. Als die Stadt Lüdenscheid kreisfrei wurde, die Zahl der Juden auf mehr als das Doppelte der jüd. Gemeinde Altena gestiegen und sogar (im Gegensatz zu Altena) ein eigener Seelsorger vorhanden war, beantragte der Gemeindevorstand 1921 bei der Regierung in Arnberg, eine eigene Synagogengemeinde bilden zu dürfen. 1922 wurde dieser Bitte entsprochen. Zu Beginn des 20. Jh. war Lüdenscheid Mitgliedsgemeinde des DIGB. 1932 betrug der Gemeindeetat 7220 RM, in diesem Jahr gab es 42 Steuerzahler.

2.2.2 Seit 1843 wurde eine Betstube von einem Juden unentgeltlich – auf Widerruf – zur Verfügung gestellt. In einer Chronik von 1847 heißt es, der Gottesdienst werde in einer Privatwohnung abgehalten. Seit 1902 fand er in der ersten Etage der Gaststätte ‚Jägerhof‘ (Luisenstr. 37) statt. Nachdem die Mitgliederzahl stark gesunken war, gab die jüd. Gemeinde 1937 ihren Betsaal auf; die verbliebenen Juden gingen in die Synagoge nach Hagen.

2.2.3 Regierungsrat Esser erwähnte 1820 in seiner Schrift über „die Israeliten“ eine jüd. Schule in Lüdenscheid, vermutlich eine Religionsschule. Den Religionsunterricht erteilte ein jüd. Lehrer mittwochs und sonntags nachmittags, zunächst in seiner Wohnung. 1843 gab es in Lüdenscheid keine schulpflichtigen jüd. Kinder. Spätestens 1880 wurde wieder jüd. Religionsunterricht angeboten. Mit wachsender Schülerzahl erlaubte 1891 der ev. Schulvorstand, den Unterricht in einem Raum der Mädchenschule abzuhalten. Die Religionsschule besuchten 1905 insgesamt 24 Kinder, 1909 waren es

20 und 1913 elf. Ansonsten gingen die schulpflichtigen Kinder in die nächstgelegene Volksschule.

Als Lehrer in Lüdenscheid werden Steinweg (1880), Salomon gen. Lever (1889), Cahn (1890) und Goldschmidt 1899 genannt, für 1900 und 1907 Siegmund Jäckel. 1909 und 1910 suchte die jüd. Gemeinde Lüdenscheid per Anzeige für ein Gehalt von 1500 M plus Nebeneinnahmen einen seminaristisch gebildeten Lehrer, Vorbeter und Schächter; 1910 und 1913 ist Leopold Heß als Lehrer belegt. 1923 bis 1925 war der in Schwerte geborene Werner van der Zyl Religionslehrer und Kantor, seinen Unterricht besuchten acht Kinder; zehn weitere Kinder erhielten an höheren Schulen Religionsunterricht. 1925 wird Lehrer Casel, 1926 Lehrer Elend für Lüdenscheid erwähnt. Anfang 1930 – etwa zwölf Kinder erhielten zu diesem Zeitpunkt Religionsunterricht – trat Benno Heß sein Amt als Lehrer und Seelsorger der jüd. Gemeinde Lüdenscheid an; er war auch für die umliegenden Orte zuständig. 1937 wechselte Heß zur neu gegründeten jüd. Volksschule in Papenburg. Für 1938 wird Arnold Isenberg als Lehrer in Lüdenscheid genannt.

2.2.4 In einem Spendenbuch für die Renovierung der Erlöserkirche werden 1749 auch zwei Juden genannt, Josef und Leifmann steuerten jeweils rund 11 Rtlr. bei. 1816 leistete Isaak Lazarus einen freiwilligen Beitrag zum Bau der Kunststraße. Juden aus Lüdenscheid unterstützten neun Jahrzehnte die Haindorfsche Stiftung. 1909 und 1911 leitete die Frau von L. Lennhoff den ‚Israelitischen Frauenverein‘, 1913 standen diesem Frau Mosbach und Frau Moses vor. In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre hatte der Frauenverein, geleitet von der Frau des Gemeindevorsitzenden Schwerin, 30 Mitglieder. Den ‚Verein gegen Wanderbettelei‘ leitete 1909 der Lehrer Siegmund Jäckel, zusammen mit einem Juden namens Moses stand er 1909 und 1911 ferner dem ‚Verein für jede Wohltätigkeit‘ vor; 1913 wurde er in ‚Verein für jüdische Wohltätigkeit‘ umbenannt. Kurz nach Kriegsbeginn 1914 spendete die jüd. Gemeinde der Stadt Lüdenscheid 1000 M „für vaterländische Zwecke“, der jüd. Frauenverein stellte 500 M, der Jüdische Jugendbund 25 M „für die Hinterbliebenen der ins Feld Gezogenen“ zur Verfügung. 1932 existierten neben dem Frauenverein die 1926 gegründete ‚Durchwanderer-Fürsorge‘ mit 17 Mitgliedern (Vorsitzender H. Schwerin).

2.3.1 Assessor der Judenschaft in der Gft. Mark war 1754 u. a. Leifmann Lazarus aus Lüdenscheid. Dem Vorstand des Kreissynagogenverbandes Altena gehörten aus Lüdenscheid an: Löwer Isaak Lennhoff (1854–1862), Aron Lennhoff (1868–1872) und Jacob Lennhoff (1875–1884); Mitglieder der Repräsentantenversammlung waren Löser Meyer Lennhoff (1854–1868), Aron Lennhoff (1854–1868), Robert Lennhoff (1862–1868), Löser Lennhoff (1868–1875), Jacob Lennhoff (1872–1884), Leffmann Lennhoff jun. (1881–1903), Gombert Lennhoff (1887), Jacob Cohen (1890) und Josef Rosenbaum (1903).

Vorsteher der Untergemeinde Lüdenscheid war bis 1864 Liefmann Lennhoff sen., seine Nachfolger waren Amschel Lennhoff und Leffmann Lennhoff jun., ab 1880 für lange Zeit Liefmann Moses. 1887 wurden die Kaufleute Liefmann Lennhoff und Jakob Cohen in den Vorstand gewählt. Mindestens von 1905 bis 1913 war Max Moses Vorsteher der Lüdenscheider Gemeinde, 1919 Hermann Schwerin (gest. Anfang 1931); Mitte der 1920er Jahre und 1930 gehörten auch Benjamin Slager und Hugo Lennhoff dem Vorstand an. 1935 war H. Behrend Vorsteher, Stellvertreter Benjamin Slager. Der langjährige Vorsitzende der Repräsentantenversammlung, Albert Lewin, starb Anfang 1935 während einer Gemeindeversammlung. Sein Nachfolger wurde Max Schwerin, Stellvertreter A. Grünwald. In dem zwischenzeitlich wesentlich verkleinerten Repräsentantenkollegium saßen außerdem Moritz Koopmann, J. Ripp und L. Levy. Die jeweiligen Lehrer waren als Kantoren tätig und übernahmen weitere Gemeindeämter. So wird Siegmund Jäckel 1909 zugleich als Prediger erwähnt, Leopold Heß 1911 und 1913 als Schächter.

2.3.2 Rudolf Lennhoff, 1866 als Sohn des Ansel Isaias in Lüdenscheid geboren und 1933 in Berlin gestorben, war als medizinischer Berater im Ullstein Verlag tätig und im Ersten Weltkrieg Divisionsarzt. 1905 gehörte er zu den Mitbegründern der ‚Deutschen Gesellschaft für sociale Medicin, Hygiene und Medicinalstatistik‘ in Berlin und war Herausgeber der sozialmedizinischen Wochenschrift ‚Medizinische Reform‘. Lennhoff plädierte im Bereich Seuchenbekämpfung und Hygiene für eine Zusammenarbeit von Medizinern, Volkswirten und Statistikern. Er publizierte mehrere wissenschaftliche Werke sowie seine Erinnerungen an den Ersten Weltkrieg.

Walter Süskind, 1906 in Lüdenscheid geboren und 1912 nach Gießen gezogen, floh 1938 in die Niederlande. Er war für den ‚Joodschen Raad‘ in Amsterdam tätig, der die Deportationen in die Vernichtungslager zu organisieren hatte. Süskind rettete mehrere Hundert Kleinkinder, indem er sie einer niederländischen Untergrundorganisation zuführte, die sie bei Christen versteckte. 1989 gründeten zwei US-Bürger, die früher in Amsterdam gelebt hatten, eine Walter-Süskind-Stiftung zur Finanzierung eines Kulturprogramms für Stadtkinder. In Lüdenscheid erinnern seit 2006 Informationstafeln an Süskinds Geburtshaus an dessen Wirken. In Gießen wurde eine Straße nach ihm benannt, in Amsterdam eine Gedenktafel an einer Zugbrücke angebracht. 2012 wurde das Leben von Walter Süskind, der mit Frau und Tochter 1945 in Auschwitz ermordet wurde, in den Niederlanden verfilmt.

Arthur Schweriner (1882–1941), gebürtig aus Posen, kam 1912 mit seiner Frau Else nach Lüdenscheid. Zuvor war er Lehrer und Prediger in Bad Salzuflen bzw. in Oerlinghausen gewesen, zudem freier Mitarbeiter der linksliberal ausgerichteten ‚Lippischen Landes-Zeitung‘. Als Reichstagsjournalist ging er nach Berlin und schrieb auch für jüd. Zeitungen, zudem betätigte er sich als Vortragsreisender gegen antisemitische Tendenzen. 1912 wurde er Redakteur beim Lüdenscheider Tageblatt, das er linksliberal positionieren wollte. 1913 gründete er – letztendlich ohne Erfolg – eine Lüdenscheider Ortsgruppe des ‚Reichsvereins der liberalen Arbeiter und Angestellten‘. Im Nov. 1918 wurde Schweriner in den Bürgerausschuss gewählt, wo er für einen engeren Kontakt zu den Arbeitern plädierte. 1919 gehörte er zu den Gründern der ‚Lüdenscheider Abendzeitung‘, die aber noch im selben Jahr ein Konkurrent aufkaufte, der Schweriner entließ. 1920 kehrte Schweriner nach Berlin zurück. Dort arbeitete er als Syndikus für den CV, schrieb für Tageszeitungen und trat als Redner für das ‚Reichsbanner‘ in Erscheinung. 1933 flüchtete er über Italien und Frankreich in die USA, wo er für eine deutschsprachige sozialdemokratische Wochenzeitung arbeitete. Seit 1940 amerikanischer Staatsbürger, starb er 1941.

2.3.3 1842 kandidierten Isaak Lazarus (Lennhoff) und Ansel Isaias (Rosenbaum) für die Stadtverordnetenversammlung. Jakob Cohen (gest. 1927), Ortsvorsitzender der DDP, war von 1907 bis 1924 Stadtverordneter. Bei seiner Verabschiedung wurde er als ‚Jude‘ diskriminiert. Mitglied des TUS Jahn war ‚Turnbruder Schwerin‘, 1933 wurde er aus der Mitgliederliste gestrichen.

3.1 1902 bis 1937 befand sich der Betsaal im hinteren Bereich der ersten Etage der Gaststätte ‚Jägerhof‘, Luisenstr. 37. Die Gemeinde verkaufte 1937, als sie den Betsaal aufgab, das Harmonium an die Freie Evangelische Gemeinde Halver. 1981 wurde das Gebäude weitgehend abgerissen. Ein erhalten gebliebener Gebäuderest ist in die Stadtbücherei integriert, die Rundbogenfenster im Untergeschoß und die Fenster im Obergeschoss des ehem. Betraums sind noch erkennbar.

3.2 Der Schlachter Lazarus Liefmann pachtete 1787 ein Wohnhaus am Untertor, das dem etwa 1769 getauften Juden Johannes Theophilus Neuleben gehörte, 1789 wurde das Pachtverhältnis auf 30 Jahre ausgedehnt. 1818 kaufte Ansel Isaias ein Haus (Freiherr-vom-Stein-Str./Ecke Kommandantenstraße). 1819 gehörten der Fami-

lie Lazarus/Lennhoff die Häuser Nr. 34 (Grabenstr./Ecke Wilhelmstr., dort wohnte Liefmann Lazarus) und Nr. 48 (Wilhelmstr., dort wohnte Isaac Lazarus), später kamen die Nr. 45 (Liefmann Lennhoff), 50 (Gumpert Lennhoff, Jacob Lennhoff) und 53 (Liefmann Lennhoff) hinzu. 1878 kauften Hermann Strauß und Samuel Schiff das Haus Wilhelmstr. 58 (Herrenkonfektion), 1900 Leopold Simon das Haus Kölner Str. 1 (Bekleidungshaus). Zu weiterem Hausbesitz siehe KANN/WAGNER, Lüdenscheider Jüdinnen und Juden 44–52.

3.3 1799 gab der Magistrat an, der jüd. Friedhof liege „ganz außerhalb der Stadt“. 1823 verzeichnet die Mutterrolle der Stadt Lüdenscheid Isaak und Liefmann Lennhoff als Eigentümer der Parzelle am Knapp. 1867 ging der Begräbnisplatz an der Knapper Straße/Ecke Lösenbacher Straße in das Eigentum der jüd. Gemeinde über. 1907 wurde dort als Letzter Liefmann Lennhoff begraben. Nachdem die Stadt Lüdenscheid in den Besitz des Areals gelangt war, wurden 1955 unter Aufsicht des Kölner Rabbiners die Gebeine exhumiert und zusammen mit den erhaltenen Grabsteinen auf den Friedhof am Ramsberg transferiert; auf dem Areal an der Knapper Straße entstand eine Grünanlage.

Von 1880 bis 1885 verhandelte die Stadt mit der jüd. Gemeinde über eine Verlegung des jüd. Friedhofs, die vorgetragenen sanitätspolizeilichen Gründe wurden von der jüd. Gemeinde zunächst nicht anerkannt. Schließlich kaufte die jüd. Gemeinde 1887 ein Grundstück an der Straße ‚Am Ramsberg‘. Die Familie Lennhoff erhielt eine Ausnahmegenehmigung, unter bestimmten Auflagen weiterhin den Privat-Erbbegräbnisplatz an der Knapper Str. nutzen zu dürfen. 1926 veranstalteten 200 Mitglieder des Reichsbanners anlässlich des ersten Todestages von Reichspräsident Friedrich Ebert auf dem jüd. Friedhof eine Gedenkfeier, bei der auch der jüd. Gefallenen der Gemeinde gedacht wurde. Ende 1940 fand dort die letzte Beisetzung statt. Auf der 1298 m² großen Anlage sind heute (einschließlich der vom alten Friedhof versetzten) noch etwa 50 Grabsteine vorhanden, der älteste von 1853. Seit dem Jahr 2003 ist der Friedhof am Ramsberg in der Denkmalliste der Stadt Lüdenscheid verzeichnet.

4.1 LAV NRW Abt. OWL (Detmold), Personenstandsarchiv P 5, C 13. – LAV NRW Abt. W (Münster), Reg. Arnsberg Kirchenregistratur II H 4763; Grafschaft Mark, Gerichte III, Landgericht Lüdenscheid, Scrinien für die Stadt Lüdenscheid (ab 1754), Hypothekenbuch; NSDAP-Gauleitung Westfalen-Süd 424. – StadtA Lüdenscheid, Stadt A, Nr. 727, 1583–1586; LS 3 Haftentschädigungsakten.

4.2 Ein Kleiderbügel der Manufakturwarenhandlung Emil Menke wird in den Museen der Stadt Lüdenscheid verwahrt. Foto einer jüd. Schulklasse aus Lüdenscheid von 1934 in: BRUNS, Lüdenscheider Gedenkbuch 14; Geschäftsanzeigen in: HOSTERT, Juden in Lüdenscheid. Fotos der Synagoge, des Gedenksteins, des Friedhofs und jüd. Geschäftshäuser in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 447–450.

4.3 AZJ <2.6.1899>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 2–46 <1828–1911/1913>. – CV-Zeitung <1.4.1932>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 65, <1909> 70, <1911> 79, <1913> 89, <1924/25> 62. – Israelitisches Familienblatt <1909–1910, 1914, 1917–1919, 1930–1932, 1934–1936>. – SAUERLÄNDER Wilhelm, Das Stadt- und Gildebuch 1682–1809 (= Lüdenscheider Geschichtsquellen und Forschungen 1) <Lüdenscheid 1954>. – DERS., Die Brandakte von 1723 (= Lüdenscheider Geschichtsquellen und Forschungen 2) <Lüdenscheid 1958>. – Der Schild <9.10.1925, 29.3.1926>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 164f. – Die Schreinsbücher des Kirchspiels Lüdenscheid im Staatsarchiv Münster. Abschriften und Auszüge von Ferdinand SCHMIDT <Ms. Altena 1937> [im StadtA Lüdenscheid]. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 51.

4.4 BRUNS Heiner u. a., Lüdenscheider Gedenkbuch für die Opfer von Verfolgung und Krieg der Nationalsozialisten 1933–1945, 2. Aufl. <Lüdenscheid 2007> 14–18. – DEITENBECK Günter, Geschichte der Stadt Lüdenscheid 1813–1914 <Lüdenscheid 1985> 19–21. – HOSTERT Thomas, Die Kirchenbücher der Lüdenscheider Kirchengemeinden. In: Archivmitteilungen, hg. vom Landeskirchlichen Archiv der Evangelischen Kirche von Westfalen 23 <2015/16> 8–53. – HOSTERT Walter, Aus dem Bericht eines Zeitzeugen. Judenverfolgung in Lüdenscheid in den Jahren 1933–1945. In: Der Reidemeister 142 <1999> 1121–1128. – DERS., Juden in Lüdenscheid: Die Einzelhandelsgeschäfte jüdischer Mitbürger in Anzeigen. In: Der Reidemeister 145/146 <2001> 1145–1160. – KANN Erich, Der Aufstieg der jüdischen Gemeinde in der Stadt Lüdenscheid im 19. Jahrhundert. In: Der Reidemeister 48 <1969> 373–380. – DERS./WAGNER Matthias, Lüdenscheider Jüdinnen und Juden 1690–1945 (= Beiträge zur Förderung des christlich-jüdischen Dialogs 12) <Hagen 1994>. – MAU Frank/OBIER Uwe, „Jeder ist Kain und keiner ist Abel.“ Zum Entwurf einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in Lüdenscheid. In: Deutsche Nationaldenkmale 1790–1990 <Bielefeld 1993> 167–173. – SAUERLÄNDER Wilhelm, Geschichte der Stadt Lüdenscheid von den Anfängen bis zum Jahre 1813 <Lüdenscheid 1965> 272–274. – SCHWERINER Artur, Ein verpfushtes Leben? Heiteres aus dem Tagebuch eines Unentwegten <Berlin 1925>. – SIMON Dietmar, Arbeiterbewegung in der Provinz. Soziale Konflikte und sozialistische Politik in Lüdenscheid im 19. und 20. Jahrhundert <Essen 1995>. – WAGNER Matthias, Walter Süskind – Retter, Täter und Opfer. In: Der Reidemeister 122 <1993> 957–961.

Walter Hostert †

LÜNEN

1.1 Stadt Lünen, Kr. Unna

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1279 als oppidum bezeichnet; 1341 Stadtrechtsverleihung.

Zum Bezirk der 1855 eingerichteten Synagogengemeinde Lünen zählte zunächst nur die Stadt Lünen, 1874 kamen Landgemeinden des Amtes Lünen hinzu.

2.1.1 Für 1491 werden zum ersten Mal Juden in Lünen erwähnt, im Febr. beteiligten sie sich an dem Versuch, die Lippebrücke vor der Zerstörung durch Treibeis zu schützen. 1544 berichtete der Chronist Georg Spormecker, dass im Haus des landesherrlichen Richters in Lünen die dem Pastor für die Schatzung gepfändeten Hausgeräte an Juden weiterverpfändet worden waren. 1618 lehnte die Bürgerschaft die Aufnahme des Juden Joseph aus Hamm ab. Für 1660 sind zwei namentlich nicht bekannte jüd. Familien in Lünen nachgewiesen. Auf landesherrliche Anordnung blieb bis ins 18. Jh. für Lünen die Anzahl der Juden auf einen ‚ordinairen‘ und zwei ‚extraordinaire‘ Schutzjuden beschränkt. 1684 gewährte der Schutzjude Lehmann Hertz einem Lünener Bürger ein Darlehen in Höhe von 85 Reichstalern. Sofern es der Schuldner bis Ostern des folgenden Jahres zurückzahle, sollte es zinsfrei sein, für die Folgezeit sollte der übliche, für Juden geltende Zins in Höhe von zwölf Prozent pro Jahr fällig werden. 1696 versuchte Caspar Herz aus Lünen vergeblich eine Vergeleitung nach Soest zu

erhalten. Im 18. Jh. nutzten auch Kirchengemeinden die Finanzierungsangebote jüd. Geldhändler: So schuldete die ref. Kirchengemeinde Lünen 1723 Lehmann Hertz 500 Reichstaler. Nach dem Tod von Lehmann Hertz bewarben sich seine beiden Söhne um das Wohnrecht in der Stadt. 1748 übernahm Lehmann Hertz (wohl der Enkel des gleichnamigen Juden) von seinen Eltern ein Haus im Wert von 600 Reichstalern. 1754 wurde Leman Gumpert aus Lünen zu den Erben des in Beverungen verstorbenen Judenvorstehers Joseph Itzig gerechnet, dessen Schwiegersohn er war. 1766 wird Lehmann Hertz als Schlachter erwähnt; er verfügte über ein Vermögen von 2700 Rtlr., seine Mutter, die Witwe Gumpertz, über 1200 Reichstaler. Um 1700 wohnte in Lünen außer der jüd. Familie des Lehmann Hertz auch Hertz Jordan (gest. 1727), der 1694 eine Niederlassungserlaubnis erhalten hatte; er war mit der Tochter von Lehmann Hertz verheiratet. 1703 wurde ihm gestattet, ein Haus zu bauen, weil er in der Stadt keine Mietwohnung finden konnte. Die Genehmigung war mit der Auflage verbunden, das Haus einem Christen zu verkaufen, um dann selbst darin zur Miete zu wohnen. Hertz Jordan betrieb 1720 Wechsel- und Münzgeschäfte und korrespondierte im Auftrag von Conrad Stephan von Romberg zu Brünninghausen mit Berliner Bankhäusern, da er direkten Zugang zur Postlinie Berlin–Wesel hatte. Dem Sohn des Hertz Jordan, Gumpert Hertz, wurde 1707 gegen Zahlung eines Schutzgeldes in Höhe von 120 Rtlr. die Niederlassung erlaubt, sein jüngerer Bruder musste dagegen die Stadt verlassen. Zwei jüd. Brüder aus Bochum, die sich um das Niederlassungsrecht in Lünen bemühten, wurden abgewiesen. Die Ausstellung des Schutzbriefes für Gumpert Hertz dauerte zwei Jahre, sie zog sich bis 1722 hin. Die Verhandlungen mit fünf Instanzen bereiteten einem Mittelsmann in Berlin „erschreckliche Mühe und Verdrüßlichkeit“, da die Regierung die Ausstellung aufgrund eines noch nicht verabschiedeten Reglements für die Juden hinauszögerte; Gumpert Hertz musste deshalb seine Eheschließung verschieben. 1731 ist er mit Familie, Gesinde und seiner Mutter in Lünen nachgewiesen, für seine Kinder beschäftigte er einen Privatlehrer. Mitte des 18. Jh. war es ihm gestattet, die Weiden an der Lippe zu nutzen, sie dienten als Station für den Ochsentransport von Norddeutschland nach Köln. Laut Generaltabelle von 1748 hatte Gumpert Hertz von seinen Großeltern ein Haus mit einem Schätzwert von 950 Rtlr. geerbt, über sein Gewerbe heißt es: „treibet Handlung, etwas mit Jouwelen, Geld zu verwechseln und einzuschlagen und weydet Vieh“. Bei wirtschaftlicher Not erhielten auch Juden Unterstützung aus christl. Armenmitteln, so 1725 die „alte Jüdin“ etwa einen Rtlr. aus dem luth. Armenfonds. Dem 1702 zum christl. Glauben konvertierten Christian Friedrich Wilhelm, der auch 1738 noch als „getaufter Jude“ bezeichnet wurde, zahlte die kath. Pfarrgemeinde St. Marien 6 Stüber Unterstützung aus ihrem Armenfonds. 1737, als in Lünen 15 Juden wohnten, wurden als deren Berufe Händler, Pfandleiher und Schlachter genannt. Jüd. Händlern war es erlaubt, drei Personen als Gesinde zu beschäftigen, die jedoch ledig sein mussten. Bei den beiden Familien waren dieser Regelung entsprechend sechs Gesindepersonen angestellt. 1761, während des Siebenjährigen Krieges, wurde Lünen von franz. Truppen geplündert. Aus der Stadtkirche entwendeten Soldaten Kron- und Altarleuchter, die der Kirchenrendant später von einem einheimischen Juden zurückkaufen konnte.

Unter Friedrich dem Großen konnten sich Juden durch die Herstellung oder Abnahme von Manufakturwaren das Wohlwollen der Obrigkeit sichern und damit in den Besitz einer Niederlassungsgenehmigung kommen; auch für Lünen ist dies erkennbar. Seit 1763 ist die Familie des Salomon Samuel in Lünen nachweisbar, der in den 1770er Jahren eine Wollstrumpf- und Mützenmanufaktur in Lünen betrieb. 1774 wurde er als Extraordinarius in der Stadt etabliert – „unter der bedingung, dass er sein vermögen annoch beschwöre und seine wollene strumpf und mützen fabrique fortsetze“; über den Fortgang seines zumindest noch 1777 dokumentierten Unternehmens ist nichts bekannt. Im selben Zeitraum richtete David Gottschalk in Lünen eine Manufaktur

zur Fertigung von Siamoisengeweben (Kattungewebe) ein und sollte deshalb nach einer Entscheidung des Berliner Generalfiskals ab 1778 zunächst für zwei Jahre geduldet werden. Doch schon bald notierte der Beamte das Scheitern der Ansiedlung: „Hat die fabrique aufgegeben und ist catholisch geworden.“ Aktenkundig wurden Juden aus Lünen auch im Zusammenhang mit dem von 1769 bis 1788 geltenden Porzellanexportzwang, der die Vergabe von Konzessionen zur Niederlassung und zum Hauserwerb an die (defizitäre) Ausfuhr von Waren der Königlichen Porzellanmanufaktur Berlin band. Zwischen 1774 und 1783 mussten Salomon Samuel und Bendix Gumpertz für 50 bzw. 300 Rtlr. Ware übernehmen, die in weiten Teilen Europas als ‚Judenporzellan‘ bekannt und nur schwer zu verkaufen war.

2.1.2 Bis 1808 durften sich in Lünen nur drei jüd. Familien aufhalten. Für 1806 wird der Schutzjude Samuel Salomon erwähnt; etwa 1810 werden die Handelsleute David Lehmann, Gumpert Bendix und der Schlachter Meyer Nathan genannt. 1812 lebten in Lünen sechs jüd. Familien, die zusammen 29 Personen zählten – die Zugezogenen stammten aus Dorstfeld, Olfen und Burgkunstadt in Bayern. 1816 waren es zehn jüd. Familien mit 44 Personen, davon betrieben vier Familien Handel, fünf waren als Schlachter tätig. 1818 lag der Anteil der jüd. Bewohner bei knapp vier Prozent. Weil der Zuzug von Juden aus dem nichtpreuß. Ausland nur mit Genehmigung der Regierung zulässig war, wurden 1824 die von David Lehmann beschäftigte Magd Hanna Mendel Regensberger aus Westheim nach Bayern und 1826 der bei Nathan Meyer dienende Knecht Michel Salomon aus Gladenbach nach Hessen ausgewiesen.

Die beiden überregional bedeutenden Viehmärkte in Lünen fanden traditionell am Samstag vor Pfingsten und am Samstag nach dem 10. Okt. statt. 1816 forderten sechs Viehhändler aus Lünen, darunter die Juden David und Hertz Lehmann, die Verlegung der beiden Viehmärkte unter Berücksichtigung christl. und jüd. Feste sowie der Sonntags- und Sabbatruhe. 1822 ordnete die Regierung in Arnshagen an, dass der Oktober-Viehmarkt in Lünen künftig zwei Tage vor Simon und Juda (28. Okt.) stattfinden solle; falle der Markttermin auf einen Sonntag oder Sabbat, solle er einen Tag früher gehalten werden. Der Viehmarkt zu Pfingsten fand in der Folgezeit meistens am Pfingstmontag statt. 1822 meldete Hertz Lehmann Bankrott an und zog mit seiner Familie nach Werne. 1832 werden Philipp Levi und Isaak Salomon als Händler für Spezerei- und Ellenwaren aufgeführt, David Lehmann handelte zusätzlich mit Vieh, Jakob Salomon war Winkelier in Ellenwaren. 1834 werden Joseph Abraham, David Lehmann und Philipp Levy als Ellenwarenhändler aufgeführt, Salomon Isaac als Lotterie-Unterkollekteur. 1835 ließ die jüd. Gemeinde dem kath. Pfarrer für die Feiern zum 100. Jahrestag der Wiederöffnung der St.-Marien-Kirche das Lesepult aus der Synagoge zur Lesung des Evangeliums. Als 1839 der Bischof von Münster auf seiner Firmreise die St.-Marien-Gemeinde besuchte, halfen Juden, u. a. der Lehrer, bei den Vorbereitungen.

1845 wurden die Juden in Preußen – soweit noch nicht erfolgt – zur Annahme fester, erblicher Familiennamen aufgefordert. In Lünen betraf dies die Schlachter Salomon Deutz (künftig Baum) und Levi Philipp (Heimann), weiterhin Samuel Salomon (Lilienthal), Simon Jacob (Mansbacher), Abraham Joseph (Rosenbaum) sowie den Lichterzieher Isaac Salomon (Reichenbach); Letzterem wurde ein Jahr später gestattet, wieder seinen früheren Namen zu führen. Feste Familiennamen führten bereits die Witwe des Schlachters Gumpert Bendix, der Lehrer Herz Horn, die Putzmacherin Johanna Kaufmann, die Schlachter Hermann Wolff und Nathan Meier, außerdem die Handelsleute David Lehmann und Moses Spier sowie der Sattler Meier Rosenberg. Nathan Meyer ließ 1856 für sein Manufakturwarengeschäft ein neues Gebäude errichten, zudem handelte er mit Kühen. 1857 kam der Briloner Kaufmann Lazarus Strauß in Lünen gewaltsam zu Tode. 1859 sind in Lünen folgende Haushaltsvorstände nachgewiesen: die Metzger Arnold Lehmann, L. Meyer, L. Rosenbaum und J. Ben-

dix, die Kaufleute Herz Melchior, M. S. Melchior, N. Meyer jun., S. Rosenberg und M. Lilienthal sowie der Fruchthändler S. Salomon, der Sattler M. Rosenberg, der Lehrer Herz Horn, der Lohgerber A. Salomon und der Schreiber Samuel Edelstein, ferner die Handelsleute G. Lehmann, S. Mansbacher, S. Baum und Ph. Heimann sowie Schirmfabrikant M. Spier, Kappenmacher H. Bieber und die Händler N. Meyer sen., B. Baum, Witwe Lilienthal und S. Melchior. Das Haindorfsche Lehrerseminar beendeten 1837 David Lehmann, 1886 Louis Meyer und 1871 Gustav Bendix. Ihre Ausbildung dort begannen 1848 Bernhard Bendix (starb im selben Jahr), 1862 Moritz Rosenberg (später Lehrer in Wünnenberg und Brilon) sowie 1871 Jacob Mansbacher.

Als Soldat im Ersten Weltkrieg fiel der in Hörde geborene Kaufmann Max Sondheim, der seit 1913 in Lünen die ‚Westfälische Butter-Compagnie‘ betrieb. Auch Paul und Max Rosenbaum (Söhne des Abraham Rosenbaum) fielen und sind in den von der ‚Lüner Zeitung‘ 1914 bzw. 1916 veröffentlichten ‚Ehrentafeln‘ verzeichnet. Von den weiteren Kriegsteilnehmern erhielten Paul Rosenbaum und Hermann Steinberg (Mitglied des Gemeindevorstands) Auszeichnungen. Unteroffizier Emil Levy, Kanonier Max Bönninger und Unterarzt Julius Grüneberg wurden mit dem EK II ausgezeichnet, Hilfsschwester Paula Weinberg mit der Rote-Kreuz-Medaille 3. Klasse. 1930 fand in Lünen eine Kundgebung der NSDAP statt, zu der Juden der Zutritt ausdrücklich verboten war. Eine Ortsgruppe des CV, die sich dem Kampf gegen den Antisemitismus verschrieben hatte, existierte zu dem Zeitpunkt bereits.

In folgenden zum Synagogenbezirk Lünen gehörenden Orten lebten vor 1933 Juden: In der Gemeinde Derne (1928 größtenteils nach Dortmund eingemeindet, Teile nach Lünen) Mitte der 1920er Jahre u. a. die Familien Albert Bruch und Wilhelm Levy, in Eving (ab 1914 Dortmund) zu Beginn des 20. Jh. die Familien Frankel und Rosenthal, in Lindenhurst (ab 1914 Dortmund) 1888 die Familie Steinweg, um die Wende zum 20. Jh. die Familien Kleeblatt und Portje. 1915 wurden auch in Altlünen (Amt Bork, heute Stadt Lünen) fünf Juden registriert, die Gemeinde wuchs damals stark durch den Zuzug von Zechenarbeitern. Auch 1920 wohnten dort Juden.

2.1.3 In der ersten Hälfte der 1930er Jahre sind in Lünen nachgewiesen die Kaufleute Hermann Aronstein, Hermann Bachmann, Albert Bruch, Karl Grüneberg, Max Grüneberg, Siegmund Gumpert, Alex Joseph, Walter Meyer (Manufakturwaren- u. Modengeschäft), Paul Rosenberg, Salomon Rose, Willy Seligmann und Willy Sander, ferner der Verkäufer Waldemar Elsoffer, die Verkäuferinnen Ilse Baehr und Hedwig Feldheim, der Viehhändler Robert Berghausen, die Händler David Finder, Max Finder und Selig Finder, die acht Metzger Max Bönninger, Alfred Feldheim, Albert Feldheim, Uri Philipp Feldheim, Gerson Haas, David Jonassohn, Emil Levy und Paul Levy sowie die Reisenden Julius Stern und Isidor Stiefel, der Ingenieur Hans Zeidler, die Polsterer Hermann Hertz, Josef Rosenbaum, Rudolf Rosenbaum und Alex Rosenberg, der Bergmann Jakob Janowski, der Musiker Arthur Rosenbaum, schließlich die Witwen Regina Meyer, Paula Steinberg und Rosa Neuberg. Der Metzger Uri Philipp Feldheim betrieb am Roggenmarkt 15/17 die Gastwirtschaft ‚Zum Weißen Rössel‘. Am 29. März 1933 – zwei Tage vor dem reichsweiten Boykott – kam es in Lünen zu Boykottmaßnahmen gegen jüd. Kaufleute, SA-Leute standen mit Plakaten vor den Geschäften. Der praktische Arzt Dr. Carl Rosenberg, seit 1923 in Lünen niedergelassen, wurde an diesem Tag laut Bericht der ‚Lüner Zeitung‘ verhaftet und misshandelt. Nach seiner Entlassung bewirkte der Ärzteverein Lünen, dass er nicht mehr mit Krankenkassen und Wohlfahrtsamt abrechnen konnte, auch die Tätigkeit an drei Schulen wurde ihm untersagt. Weil er weiter bedroht wurde, floh er mit Frau und Kind 1933 in die Niederlande. Gegen die Boykottmaßnahmen protestierten die Geschäftsleute Seligmann und Joseph; sie wurden deshalb ihrerseits wegen angeblicher Falschanzeige bzw. Nötigung angezeigt. In der ‚Lüner Zeitung‘ sind seit dem Frühjahr 1933 keine Geschäftsanzeigen jüd. Kaufleute mehr zu finden. Zusammenkünfte jüd.

Gemeindemitglieder wurden wegen vermuteter Gegenmaßnahmen oder staatsfeindlicher Bestrebungen bespitzelt und protokolliert; bei allen Veranstaltungen, auch in der Synagoge, waren Polizeibeamte erkennbar anwesend.

1935 lebten in Lünen 50 jüd. Familien. Vier davon waren polnischer Nationalität, drei niederländischer, zwei staatenlos. Ende 1935 wurde in Lünen die örtliche ‚Jüdische Winterhilfe‘ unter Vorsitz einer Person namens Sander ins Leben gerufen. Zu dieser Zeit hatten die jüd. Geschäfte bereits unter erheblichen Umsatzeinbußen zu leiden, so dass teilweise die Löhne für die Angestellten nicht gezahlt werden konnten. Das betraf u.a. das Warengeschäft Epa, aus dem 1936 der Mitinhaber Joseph ausschied. Jüdische Geschäftsinhaber wurden von örtlichen Parteifunktionären bedroht und erpresst, ihre Geschäfte zu verkaufen. Emil Levy musste seine Metzgerei zum 29. Mai 1937 aufgeben, Salomon Rose sein Lebensmittelgeschäft zum 1. April 1938, Alex und Paul Rosenberg ihr Möbel- u. Ausstattungsgeschäft zum 1. Aug. 1938. Das letzte jüd. Geschäft, die Rossschlächtereier Lina Feldheim, gab im Jan. 1939 auf. Im Rahmen der ‚Polenaktion‘ wurden im Okt. 1938 Juden polnischer Staatsangehörigkeit, Adolf und Fella Haberberg, ins polnische Grenzgebiet abgeschoben.

Am 9. Nov. 1938 veranstaltete die NSDAP des Kreises Hellweg in Lünen eine Gedenkfeier zu Ehren der ‚Toten des 9. November 1923‘, daran nahmen auch Abordnungen aus benachbarten Städten und Gemeinden teil. In der Nacht wurden in der Synagoge Lampen zerschossen, die Einrichtung zerstört und auf dem Marktplatz zusammen mit den Möbeln jüd. Anwohner in Anwesenheit von etwa 100 bis 200 Zuschauern verbrannt. Die Juden Meyer, Levy, Paul Rosenberg, Alfred Feldheim und der Händler Voss (im Volksmund ‚Restjude‘) wurden zum Alten Markt getrieben, dort verunglimpft, misshandelt und anschließend in ‚Schutzhaft‘ genommen. Insgesamt wurden in Lünen und Umgebung 21 jüd. Männer in Haft genommen. Auch das Geschäft und die Wohnung des Kaufmanns Bernhard Samson (Cappenberger Str.) wurden demoliert, Samson misshandelt und ebenfalls verhaftet. Kaufmann Stiefel wurde nach Verwüstung seines Geschäftes in der Gasstr. inhaftiert, eine jüd. Frau und zwei Jugendliche wurden misshandelt.

Die Kaufleute Aronstein und Elsoffer wurden, nachdem sie zuvor ebenfalls zum Alten Markt geschleppt worden waren, zur Lippe getrieben. Waldemar Elsoffer, der Misshandlungen erlitten hatte, ertrank sofort. Hermann Aronstein wurde mehrmals gezwungen, zum anderen Ufer zu schwimmen, an den Folgen starb er auf der Überfahrt in die USA. An den Folgen massiver Misshandlungen starb auch Bernhard Samson im Frühjahr 1939 nach seiner Einreise in die Dominikanische Republik. Im Ortsteil Lünen-Süd erschoss der Ortsgruppenleiter in der Pogromnacht die Geschäftsleute Siegmund Kniebel (Textil- u. Manufakturwarengeschäft, Jägerstr. 48) und Albert Bruch (Jägerstr. 45a). Zuvor waren in beiden Geschäften die Schaufensterscheiben zertrümmert und die Ladeneinrichtungen auf die Straße geworfen worden. Mit drei Todesopfern unmittelbar in der Pogromnacht (eines in Lünen, zwei in Lünen-Süd) war die Zahl der Pogrom-Toten höher als in jeder anderen Stadt des Deutschen Reiches.

1938 und 1939 erreichten die Auswanderungszahlen in Lünen ihren Höhepunkt; von den mehr als 200 Juden, die zu Beginn des NS-Regimes in Lünen gewohnt hatten, verließen 90 das Land. Sie flohen nach England, Belgien und insbesondere in die Niederlande (24 Personen), ferner nach Argentinien, in die USA und nach Palästina. Einige der in Lünen verbliebenen Juden (Hermann und Else Aronstein, Elfriede Feldheim, Hermann Hertz, Josef und Juliane Rosenbaum sowie Isidor Stiefel) wurden im Frühjahr 1939 im ‚Judenhaus‘ Borker Str. 6 (vormals Haus der Familie Stiefel) konzentriert, später wurde das der Stadt Lünen gehörende Haus Altstadtstr. 1 zur Einquartierung genutzt. Von Lünen aus wurden im Juli 1942 Elfriede Feldheim, Josef und Juliane Rosenbaum sowie Anna Schutz ins Ghetto Theresienstadt deportiert; nach

,unbekannt' deportiert wurde 1942 Feigel Raszkin. Werner Rose und Hildegard Hanemann geb. Rose wurden 1944 nach Auschwitz verschleppt. Aus den Niederlanden wurden u. a. Erich Herz, Louis Levy, Johanna Simons, Paul Harry Spits sowie Hugo und Julie Terhoch in Vernichtungslager verfrachtet. Die Familie Max Spits überlebte in den Niederlanden im Versteck und wanderte nach 1945 nach Südafrika aus.

Margarete Kissing, 1944 mehrere Monate im Polizeigefängnis Dortmund inhaftiert, wurde Ende des Jahres über das Polizeigefängnis Herne und Berlin deportiert. Jüdinnen, die mit Christen verheiratet waren, wurden ab 1944 vom Arbeitsamt zwangsverpflichtet und mussten in einer Dortmunder Fabrik arbeiten. Zusammen mit Dortmunder Jüdinnen gelangten sie im Sept. 1944 in Arbeitslager, u. a. nach Kassel-Bettenhausen und Hagen-Haspe.

In Derne (Kirchderne und Altenderne, Synagogenbezirk Lünen, heute Stadt Dortmund) lebten in den ersten Hälfte der 1930er Jahre die Kaufleute Max Goldberg (Kaiserstr. 20), Oskar Hess (Lüner Str.), David Katzenstein (Bahnhofstr. 61) und Hugo Terhoch (Gahmener Str. 229), ferner der Viehhändler Adolf Rosenstein (Bahnhofstr. 3) sowie die Händlerin Lina Illfeld (Brakeler Str. 38). David Katzenstein und Wolff wurden im Rahmen des Pogroms aus ihren Wohnungen geholt, mit einem Lkw zum SS-Heim gebracht und misshandelt. Die aus Derne stammenden Selma Heilbronn geb. Goldbach, Bertha Meyer und Erna Nehren, wurden von Wolbeck bzw. Duisburg aus deportiert. Aus Gahmen (heute Stadtteil von Lünen) emigrierte die Familie des Lebensmittelhändlers Terhoch, die dort zwei Lebensmittelgeschäfte geführt hatte, 1936 in die Niederlande. Das Ehepaar und eine ihrer Töchter wurden von dort deportiert, eine weitere Tochter konnte mit gefälschter Identität in Holland überleben und emigrierte nach Kriegsende nach Palästina. In Hostedde (Synagogenbezirk Lünen, Stadt Dortmund) lebten in der ersten Hälfte der 1930er Jahre der Kaufmann Felix Ruhr (Friedenstr. 12) und Hermann Wolf mit seiner Ehefrau (Bahnhofstr. 61). Der aus Hostedde stammende Paul Wolf wurde von Berlin aus deportiert.

2.1.4 1946 lebten in Lünen sieben Juden, die alle mit christl. Partnern verheiratet waren, sie nahmen am Gemeindeleben in Dortmund teil. Der 1948 vor dem Landgericht Dortmund geführte Prozess wegen der Ermordungen und Ausschreitungen in der Pogromnacht 1938 in Lünen brachte den Angeklagten Zuchthausstrafen zwischen fünf und zwölf Jahren sowie die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ein. Mehrere Emigranten besuchten nach dem Krieg ihre Heimatstadt, so etwa 1980 die in Israel lebende Helene Apfel, Tochter des 1938 erschossenen Sigmund Kniebel; 1987 erhielt sie die Einbürgerungsurkunde der Stadt Lünen. Auch Max Spits hielt Kontakt zu seiner Heimat, er fand in Lünen zusammen mit seiner Frau die letzte Ruhestätte. Sein Sohn Walter, der ebenfalls in Lünen bestattet ist, hinterließ dem Stadtarchiv zahlreiche persönliche Dokumente und Fotos. 1949 wurde auf dem jüd. Friedhof ein Gedenkstein aufgestellt. 1978 wurde am ehemaligen Standort der Synagoge – heute ein Teil der Stadttorstr. – ein Gedenkstein für die Opfer der Pogromnacht installiert. 1988 erschien eine Publikation zur Geschichte der Juden in Lünen, im Rathaus fand dazu eine Ausstellung statt. 1992 konstituierte sich ein Förderkreis zur Errichtung eines Mahnmals an der Lippe. Nahe der Lippebrücke an der Langen Str. entstand 1993 ein Monument des Künstlers Gerd Lebjedzinski (Brüssel), das an die Pogromopfer erinnert. Ebenfalls 1993 wurde auf Initiative der kath. Pfarrgemeinde Heilige Familie und der ev. Kirchengemeinde Horstmar-Preußen für die beiden in Lünen-Süd ermordeten Juden Albert Bruch und Sigmund Kniebel ein Gedenkstein an der Ecke Jägerstr./Alsenstr. errichtet. 1997 wurde eine Gedenkstätte am jüd. Friedhof eingeweiht. Seit 2002 erklärt eine von einer Schule in Lünen gestiftete Gedenktafel die Bezeichnung ‚Judengasse‘. Seit 2009 beteiligt sich Lünen an der Aktion ‚Stolpersteine‘. Jährlich organisieren die Stadt und verschiedene Schulen am 9. Nov. Gedenkveranstaltungen am jüd. Friedhof, am Gedenkstein für die Synagoge sowie am Mahnmal an der Lippe.

2.2.1 Zwischen 1711 und 1796 waren in Lünen eine bis drei jüd. Familien ansässig, die insgesamt 14 bis 16 Personen umfassten. 1812 lebten 30 Juden in der Stadt, 1818 waren es 49, 1834 dann 53. 1843 lebten in Lünen 57 Juden, 1858 waren es 102. Im Jahr 1871 waren von 2998 Einwohnern 1509 kath., 1406 ev. und 83 jüd. Glaubens, 1895 von 5685 Einwohnern 3182 kath., 2420 ev. und 83 jüd. Glaubens. Nach der Volkszählung von 1925 waren in Lünen (ab 1928 Stadtkreis) beim Gebietsstand des Jahres 1926 von 23 782 (!) Einwohnern 11 520 kath., 10 850 ev. Glaubens, 146 Juden und 57 sonstige Christen. 1932 gab es in Lünen 140 Juden. In Gahmen (heute Ortsteil von Lünen) wohnte in der ersten Hälfte der 1930er Jahre eine jüd. Familie.

1833 wurde eine Synagogenordnung für Lünen erstellt, die der münsterische Landrabbiner Abraham Sutro genehmigte und die der örtliche Vorsteher Isaac Salomon unterzeichnete. Sie regelte das Verhalten während des Gottesdienstes. 1843 hatten in den Gemeindebezirk zuziehende Juden eine Aufnahmegebühr von 30 Tlr. zu zahlen; die in Lünen geborenen Juden entrichteten 5 Tlr. bei Gründung eines eigenen Hausstandes. Eine Mitgliedschaft war mit Vollendung des 14. Lebensjahres möglich.

Der 1855 eingerichtete Synagogenbezirk Lünen umfasste zunächst ausschließlich die Stadt Lünen. In den umliegenden Landgemeinden lebten zu diesem Zeitpunkt keine Juden, die Orte waren dementsprechend auch keinem Synagogenbezirk zugeordnet. 1874 wurde das Statut der Synagogengemeinde revidiert. Nun wurden die Landgemeinden des Amtes Lünen dem Synagogenbezirk Lünen zugeordnet, darunter die zumindest zeitweise von Juden bewohnten Orte Brambauer, Lindenhorst, Eving, Gahmen, Hostedde, Altenderne-Oberbecker und Altendene-Niederbecker (Derne), die (bis auf Gahmen) heute zur Stadt Dortmund gehören. Zu Beginn des 20. Jh. war die Synagogengemeinde Lünen Mitgliedsgemeinde des DIGB. Mitte der 1920er Jahre werden Derne, Brambauer, Eving und Lindenhorst als Untergemeinden der Synagogengemeinde Lünen mit insgesamt 100 Mitgliedern erwähnt.

Das Gemeindevermögen bestand aus dem Synagogengebäude mit Schule. Die Gemeindemitglieder brachten die Kultuskosten durch für alle gleich hohe Monatsbeiträge auf. 1930 betrug der Gemeindeetat 2900 RM, 1932/33 gab es 24 Steuerzahler.

2.2.2 1809 erwarb die Gemeinde vom Ratsherrn Aufmord eine neben dem luth. Pastoratshaus und nahe dem luth. Friedhof gelegene Scheune. Nach dem Tod des Ratsherrn verpfändeten die Handelsleute David Lehmann, Gumpert Bendix und der Schlachter Meyer Nathan sie an den Prediger der kath. St.-Marien-Gemeinde. Zur ‚Erbauung einer neuen Synagoge‘ nahm die Gemeinde 1811 von der kath. Pfarrgemeinde St. Marien ein Darlehen in Höhe von 150 Rtlr. auf; als Sicherheit diente das vorhandene Gebäude bzw. die geplante Synagoge, 1815 wurden bei der St.-Marien-Gemeinde weitere 100 Rtlr. aufgenommen. Beide Obligationen wurden 1841 abgelöst. Vermutlich 1811 wurde auf dem Grundstück Kirchstr. 30 (heute Stadttorstr.) eine Synagoge mit Schulzimmer errichtet. 1930 war der Bau einer neuen Synagoge mit Schulraum und Wohnung an der Wilhelmstr. geplant, der aber nicht realisiert werden konnte. In der Pogromnacht 1938 verhinderte der nichtjüd. Hausmeister eine Brandstiftung. Kultusgegenstände und das zertrümmerte Inventar der Synagoge wurden auf dem Marktplatz verbrannt. Ein Jahr später erwarb die Stadt das Anwesen.

2.2.3 Im Haushalt des Schutzjuden Gumpert Hertz lebte 1731 und 1737 ein privater Schulmeister, 1748 beschäftigte auch Lehmann Hertz einen ‚Praeceptor‘. Mit der Errichtung des Synagogengebäudes um 1811 entstand auch ein Unterrichtsraum, in dem die Kinder zunächst durch ‚Wanderlehrer‘ unterrichtet wurden. 1818 hatte David Lehmann für seine Kinder einen Hauslehrer angestellt, die anderen unterrichtete Hirsch Isacsohn, den die Gemeinde etwa 1817 aus Beckum nach Lünen hatte kommen lassen. Seine Entlohnung war gering. Eine finanzielle Unterstützung aus dem christl. Armenfonds wurde abgelehnt, die Juden sollten allein für ihn aufkommen. Isacsohn war nicht in der Lage, das Lehrgeld in Höhe von 80 Rtlr. für seinen 14-jähri-

gen Sohn Levy aufzubringen. Dieser sollte nicht den „verderblichen Schächerhandel“ erlernen, sondern bei einem Lohgerber eine dreijährige Lehrzeit absolvieren. Seine anderen vier Kinder hatte Isacsohn nach dem Tod seiner Frau bereits gegen Bezahlung des Kostgeldes in fremden Familien unterbringen müssen. 1822 stellte die jüd. Gemeinde den in Rheinberg geborenen, gerade 18 Jahre alten Herz Horn als Elementarlehrer an, seit 1823 bestand damit die ‚Israelitische Schule Lünen‘. Wegen des geringen Gehalts musste aber auch Horn zeitweilig mit Schlachten dazuverdienen. Der für die Schulaufsicht zuständige Pfarrer bewirkte, dass die jüd. Familienväter „dessen notdürftige Subsistenz“ durch ihre Beiträge sicherstellten. Horn übte das Lehramt in Lünen 51 Jahre lang aus. Er unterrichtete die Kinder – 1843 waren es 13 – in Hebräisch, Deutsch, Rechnen und in naturwissenschaftlichen Unterrichtsfächern (Realien); zeitweilig besuchten auch christl. Kinder seinen Unterricht. Als Bernhard Schulze Gahmen aus Lünen 1853 dem kath. Schulvorstand mitteilte, er lasse seine beiden schulpflichtigen Kinder zukünftig durch Herz Horn unterrichten, nahm der Kirchenvorstand der Pfarre Altlünen (St. Marien), der ihn als Provisor vorgeschlagen hatte, davon Abstand und erkannte Schulze Gahmen auch die Vorstandsmitgliedschaft ab. 1873 wurde Herz Horn pensioniert, ein Jahr später starb er. Sein Nachfolger war Jakob Mansbacher, der aber bald nach Hausberge (Porta Westfalica) verzog. Abraham Rose aus Niederntudorf, „durch seine vorzügliche Klavierschule in weiten Kreisen rühmlichst bekannt“, war von 1875 bis 1879 in Lünen tätig. 1879 wurde Isaac Hochfeld aus Höxter angestellt. In diesem Jahr besuchten acht Kinder seine Schule; 1887 waren es noch sieben, so dass man erwog, sie zu schließen. Nach dem Ausscheiden Hochfelds in den 1880er Jahren wurde die Schule aufgelöst, die Kinder besuchten die ev. Schule. 1890 kehrte der zuvor in Horn (Erwitte) tätige Louis Meyer (geb. 1865 in Lünen) in seine Heimatstadt zurück und beantragte die Konzession zur Eröffnung einer jüd. Schule; 1891 erfolgte die Neugründung einer Privatschule, deren Träger die Synagogengemeinde war. Meyer wohnte bei seiner Mutter und konnte deshalb von seinem geringen Gehalt leben, er blieb der Gemeinde vier Jahrzehnte treu. Seit den 1890er Jahren stiegen die Schülerzahlen wieder: 1892 wurden elf Kinder unterrichtet, 1894 waren es 15, 1895 dann 18 und 1907 schließlich 21. 1907 beantragte die Gemeinde die Umwandlung in eine öffentliche Schule. Unter der Bedingung, dass die Juden die Kosten aufbrächten, stimmte die Zivilgemeinde zu und übernahm die jüd. Schule 1908 in den städtischen Etat; sie erhielt 500 M Beihilfe. 1910 wurde der Jüdische Schulverband gegründet, der bis 1938 bestand. Louis Meyer, Mitglied im ‚Verein Israelitischer Lehrer der Rheinprovinz und Westfalens‘, wurde als Lehrer übernommen. Das Schulzimmer im Synagogegebäude wurde 1910 als „unzweckmäßig“ bewertet. Ein Jahr später erfolgte auf Anordnung des Bürgermeisters die Anschaffung von Lehrmitteln: ein Globus, eine Alphabet-Wandtafel und eine „Künstlersteinzeichnung (Alpenglühen)“. 1913 besuchten 19 Schüler die jüd. Volksschule in Lünen. 1931 organisierte die jüd. Gemeinde eine Abschiedsfeier für Louis Meyer. Sein Nachfolger wurde Manfred Höxter, 1902 in Jesberg/Kassel geboren und ausgebildet im jüd. Lehrerseminar in Köln, der vermutlich bis zur Schließung der Schule blieb; zuvor war er u. a. in Brilon, Dortmund und Bochum tätig. 18 Schulkinder besuchten Anfang der 1930er Jahre die jüd. Volksschule; vier Schüler höherer Schulen erhielten jüd. Religionsunterricht. Da immer mehr jüd. Schüler in nichtjüd. Schulen gingen, schloss man die jüd. Volksschule zum 1. Juni 1933, Lehrer Höxter ging nach Neheim. Die zuvor von der jüd. Gemeinde angedachte Umwandlung in eine Privatschule kam nicht zustande. Bei der Auflösung waren vorhanden: eine Wandtafel, zwölf Landkarten, ein Kartenständer, ein Violinenkasten, eine Elektrisiermaschine, vier Schmetterlingskästen, 16 Anschauungsbilder sowie 39 Unterrichtsbücher. Die Lehrerbücherei umfasste 39, die Schülerbücherei 223 Bücher. Die jüd. Schüler besuchten fortan die allgemeinen Volks- und weiterführenden Schulen. Um die jüd. Kinder abzusondern, sollte 1936

wieder eine jüd. Schule eingerichtet werden. Die dafür erforderliche Mindestzahl von 20 Schülern war aber nicht vorhanden, lediglich 15 Kinder hätten die neue Schule besuchen können.

2.2.4 Vorsitzende des 1855 gegründeten ‚Israelitischen Frauenvereins‘ in Lünen waren vor dem Ersten Weltkrieg Bertha Meyer und Bertha Rosenberg. Mitte der 1920er Jahre standen Bertha Grüneberg, Bertha Rosenberg und Lehrer Meyer den 34 Mitgliedern des Frauenvereins vor. 1932 war Ella Meyer Vorsitzende der 24 Mitglieder, bis zu ihrem Tod im Sept. 1933 Änne Sommer.

2.3.1 Für die jüd. Gemeinde Lünen war der für die Gft. Mark gewählte Landrabbiner zuständig, der bei Streitigkeiten in Gemeinde- und Kultusangelegenheiten entschied. In den 1740er Jahren ist Gumpertz Hertz aus Lünen als Vorsteher der märkischen Judenschaft erwähnt; seit 1748 war er Rezeptor. In den 1830er Jahren waren in Lünen nur vier Familien in der Lage, ihren Beitrag von 15 bis 18 Sgr. für das Gehalt des in Münster wohnenden Landrabbiners Abraham Sutro zu leisten.

Gemeindevorsteher in Lünen war 1833 Isaac Salomon. Seit etwa 1900 war Alex Rosenberg Gemeindevorsitzender, vor dem Ersten Weltkrieg unterstützt durch S. Portje und A. Rosenbaum, Mitte der 1920er Jahre durch Emil Levy, 1932 durch Emil Sommer und Siegmund Kniebel. Auch 1936 war Alex Rosenberg Vorsitzender. Zu den Repräsentanten gehörten 1924/25 aus Derne Albert Bruch und Wilhelm Levy. 1932 war W. Seligmann Repräsentantenvorsteher.

Der Lehrer Louis Meyer war insgesamt vier Jahrzehnte (bis 1931) auch als Prediger und Seelsorger tätig, Mitte der 1920er Jahre versah er zudem das Schächteramt. Wurde ein Mohel für eine Beschneidung benötigt, kam dieser entweder aus Dortmund oder Lüdinghausen.

2.3.2 1922 gründete Otto Martin (1887 in Straßburg unter dem Namen Martin Otto Meyer geboren) die private ‚Lüner Musikschule‘, die bis zu 100 Schüler besuchten. Er hatte 1916 das Kölner Konservatorium als diplomierter Musiklehrer abgeschlossen und war als Komponist bekannt; in Dortmund war er Leiter des ‚Holtschneider Konservatoriums‘ gewesen. 1930 erhielt er vom Provinzial-Schulkollegium in Münster das Zertifikat als staatlich anerkannter Lehrer für Klavier, Komposition und Musiktheorie. Wegen seiner jüd. Abstammung verlor die ‚Lüner Musikschule‘ nach 1933 immer mehr an Bedeutung, 1938 zog Martin nach Straßburg. Ab 1939 war er in verschiedenen Lagern in Südfrankreich interniert. 1967 besuchte er noch einmal Lünen; im selben Jahr starb er.

2.3.3 Der 1863 in Lünen geborene Emil Rosenberg (gest. 1936 in Meran) absolvierte nach dem Besuch der Rektoratsschule in Lünen eine Ausbildung zum Tuchhändler in Steele, Neuwed und Düsseldorf. 1890 trat er in Aachen in den Tuchversand und Tuchgroßhandel seines Bruders Louis Rosenberg ein, 1893 wurde er Teilhaber. Emil Rosenberg war Vorstandsmitglied der Vereinigung deutscher Groß-Tuchhändler, Vorsitzender der linksrheinischen Gruppe dieses Verbandes sowie Mitglied des Vorstandes des Reichsverbandes der deutschen Groß- und Überseehändler, Bezirksgruppe Aachen.

Bereits 1806 wurde der Schutzjude Samuel Salomon Mitglied der Großmärkter-Nachbarschaft – eine der privaten Organisationen, in denen die Bewohner einiger Straßen ihre Angelegenheiten ‚in Freude und Leid‘ regelten. Insgesamt sind 33 Juden nachgewiesen, die bis 1905 Mitglieder in Nachbarschaften wurden. Allein die Roggenmärkter-Nachbarschaft nahm 1883 fünf Juden auf. Der jüd. Lehrer Herz Horn war Mitglied der Langenstraße-Nachbarschaft, in der er das Amt des Schreibers, des zweiten und danach des ersten Schöffners (Vorsitzenden) versah. Bei der Erfüllung der Pflichten, die mit der Mitgliedschaft verbunden waren, wurde auf jüd. Riten Rücksicht genommen. Als die Kleinmärkter-Nachbarschaft das jährliche Nachbarschafts-

essen plante, das u. a. Schinken enthalten sollte, wurde bestimmt: „Mit den Getränken sowie mit dem Essen für die Israeliten bleibt es observanzmäßig“. Die Königstraßener-Nachbarschaft nahm 1845 Anselm Lehmann auf, der gegen Zahlung von einem Viertel Ohm Bier (rund 35 Liter) vom Leichentragen befreit wurde. Auch für die Roggenmärkter-Nachbarschaft vermerkt das Nachbarschaftsbuch 1893, dass „den Israeliten gestattet sei, sich auf Wunsch vom Tragen der Leichen zu dispensieren“. Der Kontakt mit einem Leichnam erfordert nach jüd. Brauch besondere Reinigungsrituale. Max Spits war seit 1907 Mitglied im Fußballverein, 1933 wurde er ausgeschlossen. Zu Stadtverordneten gewählt wurden 1923 bzw. 1929 der Sattlermeister Josef Rosenbaum und der Kaufmann Willi Sander. Im ‚Verein für Webwarenhändler‘ von Lünen waren 1921 von insgesamt zehn Firmeninhabern vier Juden.

3.1 Das etwa 1811 errichtete Synagogengebäude lag in der Nähe des luth. Pfarrhauses (Kirchstr. 30, heute Stadttorstraße). Es handelte sich um einen zweigeschossigen verputzten Fachwerkbau, in dem ein Gebetsraum, ein Schulraum und eine Hausmeisterwohnung untergebracht waren. Der Mieter dieser Wohnung – ein Christ – hatte die Schultube täglich zu reinigen, den Schulofen zu heizen und verschiedene Dienstleistungen für die jüd. Gemeinde zu verrichten. Eine Frauenempore war nicht vorhanden. Um 1930 waren in der Synagoge zwei Bankreihen mit jeweils sechs Bänken vorhanden; in der Mitte des Ganges stand ein Ofen. 1939 erwarb die Stadt das während des Pogroms geschändete Anwesen für 2500 RM, 1944 zerstörte eine Fliegerbombe das Gebäude. Die Zivilgemeinde leistete 1951 eine Ausgleichszahlung, so dass das Grundstück in ihrem Besitz verblieb; es diente als Lagerplatz für Baumaterialien. Im Zuge der Neugestaltung des Bereiches und der Neuordnung der Eigentumsverhältnisse in den 1960er Jahren wurde das Grundstück größtenteils in das ev. Gemeindezentrum einbezogen. An den Standort der ehem. Synagoge erinnert seit 1978 ein Gedenkstein. Drei Gebetbücher aus der Synagoge haben sich erhalten.

3.2 Weil er keine Mietwohnung fand, erbaute Hertz Jordan 1703 ein Haus in Lünen; er musste es nach Fertigstellung an einen Christen verkaufen und als Mieter einziehen. Laut Generaltabelle von 1748 hatte Gumpert Hertz von seinen Großeltern ein Haus mit einem Schätzwert von 950 Rtlr. geerbt, Lehmann Hertz eines im Wert von 600 Rtlr. von seinen Eltern. Seit 1840 war die Familie Meyer Besitzerin des Grundstücks Lange Str. 50; 1856 ließ Nathan Meyer darauf ein Wohn- und Geschäftshaus errichten. Um 1900 entstand dort ein Neubau, der 1938 verkauft wurde. Nach 1896 erwarb die Familie Levy das Haus Lange Str. 49, 1912 wurde es grundlegend umgebaut. Uri Philipp Feldheim ließ 1906 am Roggenmarkt 15/17 einen dreigeschossigen Neubau errichten. Auf den Grundstücken Lange Str. 36 und 38 entstand 1913 ein Geschäftshaus für die ‚Westfälische Butter-Compagnie‘ des Kaufmanns Max Sondheim. Wohnzentrum der Juden in Lünen war die Lange Str. in der Stadtmitte, aber auch die Münsterstraße. Seit 1885 wurde eine Brandgasse zwischen den Häusern Lange Str. 47 und 49 als ‚Judengasse‘ bezeichnet. Dort und in unmittelbarer Nähe lebten bis Nov. 1938 Juden.

3.3 Der jüd. Begräbnisplatz lag nördlich der Stadt auf einem Sandhügel, ‚Judenberg‘ genannt, an der Landstraße von Lünen nach Werne (Münsterstr.). Ein 1949 aufgestellter Gedenkstein gibt 1690 als das Jahr der Erstbelegung an. Der Friedhof wird schriftlich erstmals 1792 erwähnt. 1826 gab es Auseinandersetzungen mit der Zivilgemeinde, die Arbeiten hatte vornehmen lassen, die zu Erosionen am Begräbnisplatz hätten führen können; für schützende Maßnahmen, die die Juden ausführen mussten, wollte die Stadt nicht aufkommen. Sie argumentierte, die aus drei Familien bestehende jüd. Gemeinde sei nie im Besitz „eines abgegränzten Todtenhofes“ gewesen. Sie gestand aber zu, wenn der genutzte „Platz in der Gemeinheit“ zu klein sei, könne „der anliegende Gemeinheitsgrund zu dessen Vergrößerung dienen“. 1827 waren die Mitglieder der

jüd. Gemeinschaft im Besitz des Areals, 1867 die Synagogengemeinde Lünen. Ende des 19. Jh. erfolgte eine Einfriedung mit Mauer und Tor. In den 1920er Jahren wurde der dreieckig angelegte Friedhof von Westen her durch einen Mittelweg erschlossen, der im letzten Drittel in einen Querweg mündete.

Die 1909/10 geplante Neuanlegung eines Begräbnisplatzes an der Westseite des ev. Friedhofes (Kirchhofstr./Ecke Augustastr.) wurde nicht umgesetzt. Als 1919 der Grundstücksnachbar einen Teil davon erwerben wollte, schrieb der Regierungspräsident, die jüd. Gemeinde plane, ein anderes Grundstück (zwischen Parkstr. und Roonstr.) als Friedhof einzurichten; aber auch dazu kam es nicht. 1936 verkaufte die jüd. Gemeinde einen Teil des Areals an der Augustastr. an die ev. Gemeinde zur Erweiterung des ev. Friedhofs. Auch ein Grundstücksaustausch war angedacht. Allerdings war der alte Friedhof noch nicht vollständig belegt. Am Tag nach der Pogromnacht 1938 wurde der Friedhof komplett zerstört. Die Grabsteine wurden zertrümmert, die Trümmer später verschleppt. 1939 wurden die sterblichen Überreste zum jüd. Friedhof nach Brambauer überführt und das Gelände eingeebnet; der Sand diente als Bau- bzw. Löschsand. 1940 kaufte die Stadt Lünen das Friedhofsgelände, um einen Teil der Fläche für die Verlängerung der Goethestr. zu nutzen. Selbst das Regierungspräsidium kritisierte den niedrigen Preis von 1400 RM, einen Grundstücksteil musste die jüd. Gemeinde unentgeltlich abgeben. 1949 wurde ein Gedenkstein aufgestellt. 1986 erfolgte die Eintragung der verbliebenen Teilfläche des ehem. jüd. Friedhofes in die Denkmalliste der Stadt Lünen. 1997 wurde die von dem Lünener Bildhauer Reinhold Schröder gestaltete Gedenkstätte der Öffentlichkeit übergeben.

4.1 Archiv der Königlichen Porzellanmanufaktur Berlin, Abt. I. – BistumsA Münster, Generalvikariat, altes Archiv, Accession 42/1, Revision der Kirchenrechnungen 1841, Nr. A 27. – Ev. Kirchengemeinde Lünen, Armenfonds des Kleinen Gasthauses 1713–1750. – Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA, Rep. 34, Nr. 134; Rep. 104 (Generalfiskalat); II. HA (Generaldirektorium). – LAV NRW Abt. W (Münster), Ms. I-257; Kr. Dortmund, LRA Nr. 1267; Notare Dortmund, Jacobi, Nr. 130; Reg. Arnsberg, II H Nr. 4003; Archiv von Romberg (Akten) Nr. 8435. – PfarrA St. Marien Lünen, A 63, B6, Q 2, Q4, Q7, Uo, Nr. 94, 152; H 16b, H 16b, H 17, H 20a. – StadtA Lünen, Sammlung Judaica 2, 4, 6, 7, 10, 13–15, 88–91, 93–95, 98, 99, 101, 120–122, 182, 188; Neues Archiv 14/77, 23/2, 23/4, 23/8, 31/1, 32/1, 32/5, 32/7, 32/8 und 52; Altes Archiv, Akten 10, 66, 90; Bürgermeister Schultz 505, 506, 590; Haus Buddenburg; Haus Schwansbell 800; Protokollbuch I.

4.2 Im StadtA Lünen: Fotos von Gebäuden (Fotosammlung Gruppe 05.08.), von Personen und Denkmälern (Sammlung Judaica), Rekonstruktionszeichnung der Synagoge um 1930 (1983 angefertigt von einem im Nachbarhaus geborenen Architekten), drei Gebetbücher aus der Synagoge. Rekonstruktionszeichnung und Teilansichten der Synagoge, Fotos von Mahnmalen und Geschäftshäusern bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 678–682.

4.3 Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Arnsberg <28.10.1847> Nr. 472, S. 460. – AZJ <9.9.1873>. – Beiblatt zum 41. Stück des Amtsblatts der Königlichen Regierung zu Arnsberg <10.10.1846> Nr. 403, S. 22. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 4–46 <1830–1911/1913>. – Gesetz-Sammlung für die Königlich Preussischen Staaten <1845> Nr. 2632, S. 682. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1909> 72, <1911> 81, <1913> 92, <1924/25> 62. – Israelitisches Familienblatt <1907, 1916–1918, 1920, 1925, 1931, 1933, 1935>. – Lünener Zeitung <30./31.3.1933>. – Ruhr-Nachrichten <26.7.1989>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung <1932/33> 165. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53.

4.4 ASCHOFF Diethard, Die „Kristallnacht“ in Lünen im Spiegel der Strafprozesse. In: Der Märker 37,6 <1988> 210–220. – BALZER Wolfgang, Der ehemalige jüdische Friedhof in Lünen. In: Denkmalpflege in Westfalen-Lippe 2 <1998> 77–80. – HESS Wilfried/NIKLOWITZ Fredy (Bearb.), Geschichte der Juden in Lünen <Lünen 1988>. – LEHNEMANN Wingolf, Zur Geschichte der Juden in Lünen. In: Der Märker 27,6 <1978> 153–158. – DERS., Zur Geschichte der Juden in Lünen. In: HESS/NIKLOWITZ, Geschichte der Juden in Lünen 13–37. – NIKLOWITZ Fredy/KELLER Klaus, Straßen und Straßennamen in Lünen (Ms. Stand 2010 im StadtA Lünen). – NIKLOWITZ Fredy, Jüdisches Familienbuch (Ms. Stand 2011 im StadtA Lünen). – SCHEMBERG Günter, Die Friedhöfe in Lünen-Brambauer <Examensarbeit Dortmund 1963> (im StadtA Lünen). – SPORMECKER Georg, Cronica Lunensis civitatis Markanae. Aufzeichnungen eines westfälischen Geistlichen aus dem 16. Jahrhundert, hg. u. übersetzt von Wingolf LEHNEMANN (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XLIV, 8) <Bielefeld 2010>. – WEILAND Elsbeth, Die Begräbnisstätten der Stadt Lünen <Examensarbeit 1949> (im StadtA Lünen).

Fredy Niklowitz und Wilfried Heß

LÜNEN-Brambauer

1.1 Stadt Lünen, Stadtteil Brambauer, Kr. Unna

1.2 Bis 1802 Grafschaft Dortmund; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (Nassau-Dillenburg, GHZmt. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. Seit 1928 Teil der Stadt Lünen.

Seit 1874 gehörte Brambauer zum Synagogenbezirk Lünen.

2.1.2 Im ersten Jahrzehnt des 20. Jh. lebten in Brambauer u.a. die Familien Frank, Portje und Rosenthal. Seit 1913 führte Moses Kohane dort ein Herren- und Knabenbekleidungsgeschäft. Vor 1933 gehörte Alfred Portje der größte Metzgereibetrieb in Brambauer.

2.1.3 In der ersten Hälfte der 1930er Jahre finden sich in Brambauer mit ihren Familien die Kaufleute Siegmund Cohen (Friedhofstr. 24), Adolf Haberberg (Wittekindstr. 24), Moses Moritz Kohane (Waltroper Str. 7), Leo Lion (Waltroper Str. 30), Julius Sandhoff (Waltroper Str. 32), Albert Stern (Waltroper Str. 53), Fritz Treidel (Waltroper Str. 10), Max Portje und Walter Portje (beide Waltroper Str. 62) sowie die Metzger Alfred Portje (Waltroper Str. 4), Gustav und Otto Frank (beide Ferdinandstr. 44), der Dentist Herbert Grünwald (Wittekindstr. 4), die Arbeiter Jakob Likier (Josefstr. 26) und Selig Likier (Rudolfstr. 17d), schließlich der Bergmann Israel Raskin (Ottostr. 25) und ohne Berufsangabe Karl Kalus (Ferdinandstr. 38).

Alfred Portje, Inhaber einer Metzgerei, versuchte 1933 die Boykottmaßnahmen zu unterlaufen, indem er Schlachtviehbestände direkt bei Bauern aufkaufte. Die Kreisbauernschaft übte Druck auf die Bauern aus, um dieses zu unterbinden. Portje erlitt durch die antijüd. Maßnahmen so starke Umsatzverluste, dass er sein Geschäft im Jan. 1937 aufgeben musste. Das Ehepaar emigrierte mit zwei Kindern im selben Jahr in die Niederlande, wo Portje zwei Jahre später ein Obst- und Gemüsegeschäft übernehmen konnte, das er unter der deutschen Besatzung Mitte 1942 aufgeben musste. Walter Portje gab sein Eisen- und Haushaltwarengeschäft im März 1936 auf. Der Umsatz des Herren- und Knabenbekleidungsgeschäfts von Moses und Helene Kohane ging

zwischen 1933 und 1935 auf ein Viertel zurück. Durch Boykottaufrufe, Bewachung durch SA-Leute und Schmierereien an den Fensterscheiben sank der Umsatz weiter, Kunden kamen nur noch in der Nacht. Kohane musste sein Geschäft im Sept. 1938 innerhalb eines Tages verkaufen. Das Ehepaar zog nach Dortmund, um die Auswanderung nach Palästina vorzubereiten. 1940 gelangte es über die Slowakei auf abenteuerlichen Wegen nach Italien, wo es drei Jahre in Internierungslagern zubringen musste, bevor es 1944 in die USA auswandern konnte. Beim Pogrom 1938 wurde das Textilgeschäft von Julius Sandhoff zerstört; er konnte anschließend emigrieren. Otto Frank flüchtete mit Frau und Sohn über Dortmund in die Niederlande, 1942 wurden sie nach Auschwitz deportiert.

2.1.4 Die Familie Portje kehrte 1950 aus den Niederlanden nach Brambauer zurück und übernahm wieder ihren 1937 zwangsweise aufgegebenen Metzgereibetrieb. 1949 wurde auf dem jüd. Teil des alten Kommunalfriedhofes in Brambauer eine Erinnerungstafel installiert, die an die Überführung der sterblichen Überreste des 1939 aufgehobenen jüd. Friedhofs in Lünen erinnert. 1998 wurde die Tafel durch einen Gedenkstein ersetzt.

2.2.1 Beruhend auf der Volkszählung von 1925, waren in Brambauer (bezogen auf den Gebietsstand 1926) von 13 351 Einwohnern 6687 ev., 5926 kath., 66 Juden und 31 sonstige Christen. 1928 wurde die politische Gemeinde Brambauer in die Stadt Lünen eingemeindet.

Die Synagogengemeinde Lünen umfasste laut Statut von 1855 nur die Juden in der Stadt Lünen. Mit der Überarbeitung des Statuts 1874 wurden auch Orte des Amtes Lünen, in denen 1855 noch keine Juden gewohnt hatten, dem Synagogenbezirk zugeordnet, darunter auch Brambauer. Mitte der 1920er Jahre wird Brambauer als Unter-gemeinde von Lünen (‚Israelitische Interessengemeinschaft‘) erwähnt.

2.2.3 In den 1920er Jahren kamen jüd. Kinder aus Waltrop nach Brambauer, um im Haus Stern unterrichtet zu werden.

3.1 Eine Betstube ist für Lünen-Brambauer nicht bekannt.

3.2 In der ersten Hälfte der 1930er Jahre lebten in Brambauer acht jüd. Familien an der Waltroper Straße.

3.3 Die ‚Israelitische Interessengemeinschaft‘ in Brambauer erwarb 1923 das Bestattungsrecht auf dem nordöstlichen Teil des Kommunalfriedhofes Brambauer an der Friedhofstraße. Hier sind vier Juden aus Brambauer bestattet, erhalten sind drei Grabstellen für die 1934 bzw. 1936 gestorbenen Julie Frank geb. Kain, Hertog Frank sowie Rosa Sandhoff geb. Rausenberg. 1939 wurden daneben die sterblichen Überreste aus den Gräbern des aufgehobenen jüd. Friedhofs in Lünen beigesetzt, daran erinnert ein Gedenkstein.

4.1 StadtA Lünen, Sammlung Judaica, Nr. 6, 94, 120.

4.4 HESS Wilfried/NIKLOWITZ Fredy (Bearb.), Geschichte der Juden in Lünen <Lünen 1988>. – NIKLOWITZ Fredy, Jüdisches Familienbuch (Ms. Stand 2011 im StadtA Lünen). – SCHEMBERG Günter, Die Friedhöfe in Lünen-Brambauer <Dortmund 1963> (Examensarbeit im StadtA Lünen).

Fredy Niklowitz und Wilfried Heß

MARSBERG-Beringhausen

1.1 Stadt Marsberg, Ortsteil Beringhausen, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der neuen Stadt Marsberg.

Seit 1855 gehörte Beringhausen zum Synagogenbezirk Padberg.

2.1.1 Die ersten für das Jahr 1672 urkundlich bezeugten Juden in Beringhausen waren Aron und sein Sohn Wendel (Mendel?), die für das kurfürstliche Geleit 11 Rtlr. an den Landesherrn zu zahlen hatten. Auch in den folgenden Jahren waren vereinzelt Juden ansässig, die allerdings ohne Geleitbrief des Kurfürsten unter der Schutzherrschaft der Herren von Padberg lebten (Beringhausen, Padberg und Helminghausen bildeten die Unterherrschaft Padberg im Kurfürstentum Köln). Wegen des Rechts der Judenvergeleitung kam es zu Beginn des 18. Jh. zu Konflikten. 1718 war ein vom Kurfürst vergeleiteter Jude in Beringhausen ansässig. Von 1723 stammt der älteste erhaltene Schutzbrief der Herrschaft Padberg. Hermann Bernard v. Padberg erlaubte darin Manuel Jacob, sich mit seiner Familie in Beringhausen aufzuhalten und Handel zu treiben. Er war verpflichtet, sich nach der vom Kurfürsten erlassenen Judenordnung und anderen landesherrlichen Vorschriften zu richten. Die Abgaben aber hatte er an die Herrschaft Padberg zu leisten. 1738 ist Meyer Salmon für Beringhausen genannt. Von den 1766 in der Herrschaft Padberg vergeleiteten elf jüd. Familien lebten drei in Beringhausen, die jährlich jeweils 9 Rtlr. zahlen mussten. Als in Beringhausen ansässige Juden werden 1774 Isaak Meyer, Moises Simon, Benedix Moises und die Witwe von Jacob Meyer genannt. Der aus Beringhausen stammende Leiffmann Jacob (Steinberg, gest. 1815) heiratete um 1780 die Witwe Sara Salomon aus Erwitte-Horn.

2.1.2 1805 erhielt Jacob Simon den letzten Schutzbrief, der erhalten geblieben ist. Er musste die in der Herrschaft Padberg für Juden üblichen Abgaben zahlen und war darüber hinaus zu einer Abgabe von 2 Rtlr. 9 Gr. 3 Heller zu Neujahr an den Pfarrer in Beringhausen verpflichtet.

Nach der hessischen Verordnung vom 15. Dez. 1808 mussten alle Juden einen festen, vererbaren Familiennamen annehmen. Die Juden aus Beringhausen wählten die Namen Dannenbaum und Eichengrün, die sie schon vorher getragen hatten. 1818 waren 49 Juden im Ort ansässig, die zu vier Familien gehörten. In der ersten Hälfte des 19. Jh. lebten die Juden vor allem vom Handel. 1832 werden Jakob Dannenbaum sowie Bendix und Simon Eichelgrün (Eichengrün) als Winkeliers in Spezereiwaren erwähnt, 1834 Jacob Dannenbaum als Ellenwarenhändler. Beim Brand des Dorfes 1842 wurden auch die Wohnhäuser von Jacob Dannenbaum und Simon Eichengrün sowie die Stallungen von Bendix Eichengrün zerstört. Kurz nach 1842 zog der aus Oberalme stammende Blaufärber Herz Stein mit seiner Familie von Messinghausen nach Beringhausen. 1844 lebten in Beringhausen zwei vergeleitete und zwei nicht vergeleitete Juden, die vermutlich mit den 1847 genannten Haushaltsvorständen Jacob Dannenbaum, Samuel Eichengrün, Simon Eichengrün und Herz Stein identisch sind. 1869 gehörten zu der für das preuß. Dreiklassenwahlrecht definierten mittleren Einkommensgruppe drei jüd. Wahlberechtigte, zur niedrigsten einer. Bis 1876 verdoppelte bzw. verdreifachte sich das Steueraufkommen des Dorfes. Ende des 19. Jh. wählte ein Jude in der 1. Klasse, zwei wählten in der 2. Klasse (darunter ein Lehrer), zwei weitere in der 3. Klasse. Zu Beginn des 20. Jh. lebten in Beringhausen zwei jüd. Familien.

2.1.3 Anfang der 1930er Jahre wohnten zwei jüd. Familien mit Namen Eichengrün in Beringhausen. Im Haus Reichsstr. 100 führten Moses und Rosa Eichengrün mit Sohn Rudolf ein Kolonialwaren- und Textilgeschäft; bei der Familie lebte auch Ben-

dix, der Bruder von Moses. Als 1935 Juden die Beschäftigung christl. Hausangestellter verboten wurde, kam die Jüdin Betty Heine als Wirtschafterin in das Haus Rudolf Eichengrüns. Im Haus Reichsstr. 14 wohnten Julius und Johanna Eichengrün mit vier Kindern, auch sie hatten ein Kolonialwaren- und Textilgeschäft. Beide Geschäfte wurden von SA-Leuten während des Novemberpogroms 1938 verwüstet, der Amtsbürgermeister bezifferte den Schaden auf jeweils 1000 Mark. Julius Eichengrün, seine Söhne Oskar und Walter sowie Rudolf Eichengrün wurden verhaftet. Der schwerkranke Rudolf Eichengrün wurde am nächsten Tag, Julius Eichengrün nach einer Woche freigelassen, die Söhne blieben monatelang in Haft, Oskar Eichengrün im KZ Sachsenhausen. Die Familien mussten ihre Häuser und Grundstücke unter Wert verkaufen.

Julius Eichengrüns Tochter Else gelang 1939 die Emigration nach England. Julius und Johanna Eichengrün wurden 1942 zusammen mit Rudolf Eichengrün und Betty Heine über Dortmund ins Ghetto Theresienstadt deportiert, wenige Wochen später ins Vernichtungslager Treblinka. Oskar und Walter Eichengrün, die seit 1939 zu Zwangsarbeit verpflichtet waren, wurden 1943 deportiert.

2.1.4 Seit Ende 2009 nimmt Marsberg an der Aktion ‚Stolpersteine‘ teil, 2015 wurden auch in Beringhausen Stolpersteine verlegt.

2.2.1 1818 lebten in Beringhausen 49 Juden (vier Familien). Für 1839 sind 23 Personen belegt, für 1843 sind es 28, für 1858 dann 33. 1871 waren von 698 Einwohnern 596 kath., 71 ev., 31 jüd.; 1895 von 764 Einwohnern 719 kath., 13 ev. und 32 jüd.; 1925 von 782 Einwohnern 762 kath., zehn ev., neun jüd. Glaubens und einer bekenntnislos. 1932/33 lebten in Beringhausen sechs Juden.

Seit Inkrafttreten des Statuts von 1855 gehörte Beringhausen zum Synagogenbezirk Padberg, nach dessen Auflösung 1931 zum Synagogenbezirk Niedermarsberg.

2.2.2 In der Unterherrschaft Padberg gab es Mitte des 18. Jh. sowohl in Beringhausen als auch in Padberg einen Betraum. Da in keinem der beiden Orte die für einen Gottesdienst erforderliche Anzahl männlicher Juden lebte, entstand Streit darüber, welcher Betraum aufgegeben werden sollte. 1751 entschied der Herr von Padberg, dass die Gottesdienste in beiden Synagogen jährlich alternierend, 1751 mit Padberg beginnend, stattfinden sollten. 1818 besuchten die Beringhausener Juden die Synagoge in Padberg, einen eigenen Betraum gab es im 19. Jh. nicht mehr.

2.2.3 Padberg und Beringhausen bildeten im gesamten 19. Jh. einen Schulverband mit wechselnden Schulstandorten (wie Obermarsberg und Niedermarsberg). In den ersten beiden Jahrzehnten des 19. Jh. besuchten die Kinder aus Beringhausen die jüd. Schule in Padberg. Wenn kein jüd. Lehrer vorhanden war, gingen sie in christl. Schulen, so um 1830 und ab 1836. 1843 gab es in Beringhausen drei schulpflichtige jüd. Kinder, die eine christl. Schule besuchten. 1883 bis 1885 unterrichtete in Beringhausen der konzessionierte Lehrer Salomon Heine aus Quetzen/Kr. Minden, ausgebildet im Haindorfschen Seminar, sechs Kinder aus Beringhausen und eines aus Padberg. Ab 1887 war Heine in Wünnenberg tätig. Ab 1886 unterrichtete Joseph Vorenberg in Padberg, im Jahr darauf verlegte er die Schule nach Beringhausen. Das wohl angemietete Schullokal war klein, wurde aber „noch als angemessen“ bezeichnet. Ab 1888 besuchten die Kinder wieder die christl. Schule. In den 1890er Jahren erteilten Israel Nussbaum aus Vollmerz/Kr. Schlüchtern, Heinrich Rosenthal und Siegfried Plaut Unterricht in Beringhausen; die Schülerzahl lag zwischen elf und 18. Jacob Striebel aus Fulda wurde 1899 die Erlaubnis zur Führung einer Privatschule in Beringhausen erteilt, obwohl seine Ausbildung nicht anerkannt wurde. In Madfeld wurde Heinemann Heimberg 1899 nahegelegt, seine Kinder nach Beringhausen zu schicken, da dort bald ein größeres Schullokal zur Verfügung stehen werde. Der Gemeindevorsteher erklärte jedoch, die Räumlichkeiten seien zu klein, um noch drei fremde Kinder aufzunehmen; Lehrer Stiebel sei aber bereit, an zwei Tagen in der Woche nach Madfeld zu kommen.

1900 bemängelte der Kreisschulinspektor Unterrichtsmaterial und Ausstattung der jüd. Schule in Beringhausen, die auch Kinder aus Padberg besuchten. Die kgl. Regierung in Arnsberg verfügte, die fehlenden Gegenstände zu beschaffen. Der Unterricht fand offenbar abwechselnd in Beringhausen und Padberg statt. 1905 heißt es in einem Brief des VSGW, die Schule werde aufgelöst.

2.2.4 In der zweiten Hälfte des 19. Jh. unterstützten Juden – z. T. auch Christen – aus Beringhausen mit Spenden die Marks-Haindorf-Stiftung.

2.3.1 Aus Beringhausen gehörten 1854 Jakob Eichengrün und 1905 Moses Eichengrün sen. und jun. dem Vorstand der Synagogengemeinde Padberg an. Als 1930 die Synagogengemeinde Padberg nur noch acht männliche Mitglieder umfasste und in Padberg selbst keine Juden mehr lebten, lag die Verwaltung des Gemeindefonds – bestehend u. a. aus privaten Stiftungen – in den Händen von Julius Eichengrün aus Beringhausen.

2.3.3 Als Teilnehmer des Krieges von 1870/71 war Moses Eichengrün Mitglied im Kriegerverein, wo er jahrelang als Schriftführer dem Vorstand angehörte. Anfang des 20. Jh. wurde er in den Rat der Gemeinde gewählt. 1883 gründete der jüd. Lehrer Salomon Heine den ersten Gesangverein des Dorfes (‘Lyra Beringhausen’), dessen Vorstand R. Eichengrün angehörte. Nach Gründung des ‘Katholischen Gesangsvereins’ 1885 wurde der Verein ‘Lyra’ bald wieder aufgelöst. 1884 war ein Angehöriger der Familie Eichengrün Mitglied des Schützenvereins.

3.1 Für 1751 ist ein Betraum nachgewiesen, nähere Angaben liegen nicht vor.

3.2 Das 1843 abgebrannte und wiederaufgebaute Fachwerkhäusle Reichsstr. 14 (später Bundesstr. 33) war das Stammhaus der Familie Eichengrün, die hier bis zur Deportation lebte. Im Ort wurde das Haus ‘Pinnes’ genannt. Der Name soll auf einen Stammvater Pinchas zurückgehen, der hier im 17. Jh. lebte. Ein Pinsel (Pinchas) ist 1665 für Obermarsberg nachgewiesen, eine Verbindung zu Beringhausen ist aber nicht bekannt.

3.3 Auf dem jüd. Friedhof in Beringhausen wurden die Juden aus der Herrschaft Padberg (Beringhausen, Padberg, Helminghausen) bestattet, im 19. Jh. auch aus Bredelar und Giershagen. Auf dem 2888 m² großen Friedhof Am Hagen (an der Ortsgrenze zu Padberg) sind für 1822 die ersten beiden Bestattungen nachgewiesen; die Anlage ist vermutlich jedoch älter. Der Familienforscher Gustav Eichengrün, dessen Vorfahren aus Beringhausen stammen, berichtet, dass seiner Familienüberlieferung zufolge die Herren von Padberg den Friedhof bereits im 18. Jh. den Juden gegen eine Anerkennungsgebühr überlassen hätten. 1888 wurde der Friedhof umfriedet und ein Zugangsweg angelegt. Als 1930 in Padberg keine Juden mehr lebten, wollte Julius Eichengrün, dem die Verwaltung des Gemeindefonds oblag, den Friedhof auf die zuständige Synagogengemeinde Niedermarsberg überschreiben lassen. Der jüngste Grabstein datiert von 1933, 1937/38 muss es aber weitere Bestattungen gegeben haben. 1993 wurde der Friedhof, auf dem sich 39 Gräber befinden, unter Denkmalschutz gestellt.

4.1 Archiv Graf Droste zu Vischering, Padberg, ‘Haupt Buch vors Oberhaus Pattberg’, A 99–114, A 901. – LAV NRW Abt. W (Münster), Kr. Brilon, LRA, Nr. 939, 1663; Reg. Arnsberg Schulregistratur II H 1715; Rentamt Meschede Nr. 1786, 1787 u. 2039; Oberlandesgericht Arnsberg I Nr. 280; Amtsgericht Brilon II Nr. 1521, 1657 u. 3524; Landgericht Arnsberg Nr. 57, 184, 191, 586 (Rückerstattungen); Reg. Arnsberg ZK 167898, 429432, 429433, 438011, 438015, 438016. – Stadt Marsberg, Denkmallisten Az.: 41 40 02 (jüd. Friedhof Beringhausen). – StadtA Marsberg, B 52, 55, 58, 60, 61,

1167–1170, D 154, 165, 166, 186, 187, 1221–1223, Protokolle Gemeinderat Beringhausen und Bredelar ab 1900, Amtsvertretung ab 1862, jüd. Familienregister ab 1819, Personenstandsregister.

4.2 Lagepläne, Grundrisse u. Kartenmaterial von Gebäuden in ehemals jüd. Besitz im Bauamt der Stadt Marsberg. Fotos von Gebäuden und Friedhof im StadtA Marsberg. – Fotos des jüd. Friedhofs und des ehem. Wohnhauses der Familie Eichen-grün in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 384–386. Fotos des Friedhofs in der Sammlung der LWL-Denkmalpflege, Münster.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 20–38 <1854–1897>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 166. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53.

4.4 BANKE Gudrun, Auf den Spuren der Marsberger Juden. Ein Erinnerungsbuch, Bd. 2 <Marsberg 2010> 94–109. – BÖDGER Johannes, Beringhausen. Ein Sauerländer Dorf und seine Schützen <Marsberg 1999> 211–213. – EICHENGRÜN Gustav, Die Eichen(l)grüns – zugleich ein Beitrag zur Geschichte der westfälischen Juden <O. O., o. J.> (ca. 1935, im StadtA Marsberg).

Gudrun Banke, Sturmius Bartholmé,
Wilhelm Cramer, Bernd Follmann und Siegfried Stolz

MARSBERG-Essentho

1.1 Stadt Marsberg, Ortsteil Essentho, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 FBtm. Paderborn; nach mehrfachem Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (Kgr. Preußen, Kgr. Westphalen) seit 1815 Kgr. Preußen. – Bis 1975 Regierungsbezirk Minden bzw. Minden-Lippe bzw. Detmold (Kreis Büren), seitdem Arnberg (Hochsauerlandkreis). – Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der neuen Stadt Marsberg.

Zu der in den 1850er Jahren eingerichteten Synagogengemeinde Essentho gehörten Essentho, Meerhof, Oesdorf und Westheim.

2.1.1 Das früheste bekannte schriftliche Zeugnis jüd. Lebens in Essentho ist ein Geleitbrief, den 1723 der Graf von Plettenberg-Lenhausen als Lehnsherr des Dorfes Essentho für Levi Moises/Moyses ausstellte. Im Laufe des 18. Jh. lebten in Essentho mehrere Familien mit Geleitbriefen des Grafen, an den auch das jährliche Schutzgeld von 10 Rtlr. zu zahlen war. Der Fürstbischof von Paderborn als Landesherr beanspruchte dieses Recht jedoch für sich und versuchte mehrfach, dem Grafen die Judenvergeleitung zu untersagen. Zeitweise hielten sich in Essentho auch nichtvergeleitete Juden auf, wie aus der Verfügung der fürstbischöflichen Behörde zu Paderborn von 1755 hervorgeht; der Anweisung zufolge sollten die unvergeleiteten Juden des Landes verwiesen und nicht mehr geduldet werden. Der um 1776 in Essentho ansässige Calmes belieferte als Viehhändler seine ländlichen Geschäftspartner u. a. mit frischem Fleisch.

In Westheim sowie in Meerhof und Oesdorf (diese beiden Orte standen unter der Gerichtsherrschaft des Klosters Dalheim) gab es vor 1800 keine vergeleiteten Juden. Für Oesdorf ist gleichwohl 1738 die Handel treibende „Natans relicta von Oistorff“ mit zwei Söhnen (ohne Geleit) erwähnt.

2.1.2 Anfang des 19. Jh., zur Zeit des Königreichs Westphalen, nahmen in Essentho sechs jüd. Familien erbliche Familiennamen an: Stein, Stern, Rosenbaum, Eichwald, Buchholz und Grünwald. Die Familien betrieben Handel und waren im Metzgerhandwerk tätig. Neben zwei jüd. Musikern gab es auch einen jüd. Soldaten: Leib Eichwald trat 1808 in das franz. Heer ein und nahm am Spanienfeldzug Napoleons teil. Nach dem preuß. Dreiklassenwahlrecht wählten 1857 in Essentho drei Juden in der 1. Abt., sie brachten etwa 17 Prozent des Steueraufkommens des Dorfes auf, das 48 Wahlberechtigte hatte. Als selbständige Geschäftsinhaberin durfte laut Gemeindeordnung auch die verwitwete Jette Dalberg wählen, die einen erfolgreichen Geldverleih betrieb. 1868 wird der wohlhabende Kaufmann Jakob Dalberg erwähnt. Der gebürtige Essenthoer Levi Rosenbaum ließ sich um 1860 in Paderborn nieder und betrieb einen Handel mit Fellen und Rohprodukten; seine Enkelin Jenny Rosenbaum emigrierte 1939 nach Palästina und wurde unter dem Namen Jenny Aloni als Schriftstellerin bekannt; das Jenny-Aloni-Archiv an der Universität Paderborn bemüht sich seit 1996 um die Pflege ihres Werkes. Um 1900 lebten noch zwei jüd. Familien in Essentho: die Familie Buchthal betrieb ein Kolonialwarengeschäft, die Familie Silberberg eine Gastwirtschaft.

In Westheim ließen sich in den 1830er Jahren mit den Familien der Handelsleute Isaak Löwenstein und Joseph Herzstein die ersten Juden nieder. 1851 wählten dort drei der vier jüd. Händler in der 2. Abt., gehörten also zu den wirtschaftlich Bessergestellten in der insgesamt armen Gemeinde. Zu Beginn des 20. Jh. lebten in Westheim die jüd. Familien Katz (Textilgeschäft), Stamm (Getreide, Futter- und Düngemittelhandel), Rosenbaum (Lebensmittel- und Porzellanwarengeschäft), Israelsohn (Kolonialwarengeschäft) und Dittrich. Haushaltsvorstand der letztgenannten Familie war der Christ Alfred Dittrich, ein Handelsvertreter, der eine jüd. Frau geheiratet hatte.

In Oesdorf ließen sich nach 1830 die gebürtigen Essenthoer Levi Rosenbaum und Gottschalk Eichwald mit ihren Familien nieder. In Meerhof lebten seit den 1840er Jahren die jüd. Familien von Salomon Weinberg und Leiser Gans. 1851 war der einzige jüd. Händler in der 3. Abt. wahlberechtigt. Danach verlor er das Wahlrecht, weil er die wirtschaftlichen Bedingungen nicht mehr erfüllte. Aus diesem Grund hatten auch die beiden jüd. Lumpensammler in Oesdorf kein Stimmrecht. Gegen Ende des 19. Jh. zogen viele Juden wegen der geringen wirtschaftlichen Möglichkeiten in die Städte oder wanderten nach Amerika aus, um 1900 gab es in Meerhof und Oesdorf keine Juden mehr.

2.1.3 Aus Essentho emigrierte 1938 die Familie Willy Silberberg in die USA. Während des Novemberpogroms 1938 wurden im Kolonialwarengeschäft Buchthal Lebensmittel beschädigt oder gestohlen. Nach einem Bericht des Wünnenberger Amtsbürgermeisters sollen die Täter SA-Leute aus Niedermarsberg gewesen sein; auch Zivilpersonen seien beteiligt gewesen. Die Ortspolizeibehörde Fürstenberg habe dazu aufgefordert, die entwendeten Sachen innerhalb von 24 Stunden zurückzugeben. Dem Bericht zufolge brachte die Bevölkerung für die Zerstörungen vor allem von Lebensmitteln wenig Verständnis auf. Hugo Buchthal aus Essentho, der nach dem Pogrom wochenlang im KZ Sachsenhausen interniert gewesen war, verkaufte Ende 1938 sein Wohnhaus und sechs Morgen Land an einen Bauern bzw. an die Gemeinde; den Erlös musste er überwiegend für ‚Sonderabgaben‘ aufwenden. Buchthal arbeitete fortan als Gutsarbeiter, Mitte Dez. 1941 wurden er und seine Frau Berta ins Ghetto Riga deportiert.

Aus Westheim emigrierten 1936 die Familie Katz nach Palästina sowie 1937 die Familien Israelsohn/Stern und Joseph Stamm in die USA. Auch in Westheim kam es im Nov. 1938 zu Ausschreitungen. SA-Männer drangen in die Häuser Stamm und Rosenbaum ein, zerschlugen Türen, Fenster und Treppen, demolierten die Inneneinrichtung, stahlen Wertsachen und Geld. Die Brüder Julius und Max Rosenbaum wurden verhaftet und wochenlang im KZ Sachsenhausen interniert; ihnen gelang danach

die Emigration. Während der Haftzeit ihres Sohnes Bruno im KZ Buchenwald geriet die 73-jährige Witwe Rika Stamm in Not, nach dem Bericht des Amtsbürgermeisters halfen ihr Nachbarn. 1939 verkaufte die Familie Rosenbaum ihre Immobilien an Westheimer Bürger, ein Grundstück an die Stadt Niedermarsberg. Der Grundbesitz der Familie Stamm wurde zum größten Teil im Juli 1942, wenige Tage vor der Deportation von Rika Stamm, als ‚reichsfeindliches Vermögen‘ zugunsten des Deutschen Reiches beschlagnahmt. Aus Westheim deportiert wurden Bruno Stamm 1942 ins Warschauer Ghetto (später ins KZ Auschwitz), Rika Stamm und ihr Sohn Paul, der kurz zuvor aus Niedermarsberg in sein Elternhaus gezogen war, ins Ghetto Theresienstadt, 1943 die Witwe Thekla Dittrich (geb. Katz) und ihr Sohn Erwin ebenfalls nach Theresienstadt; Letzterer überlebte den Holocaust.

2.1.4 Seit 2009 nimmt die Stadt Marsberg an der Aktion ‚Stolpersteine‘ teil. In Westheim wurden 2013 Stolpersteine verlegt, in Essentho 2015.

2.2.1 In Essentho gab es 1807 sechs jüd. Haushalte, 1809 zehn mit 28 Juden, 1817 sieben jüd. Familien. 1843 lebten in Essentho 35 Juden, 1847 sechs jüd. Familien, 1852 waren es 27 Juden. 1871 waren von 705 Einwohnern 681 kath., zwei ev., 22 jüd., 1895 von 799 Einwohnern 785 kath., einer ev., 13 jüd., 1925 von 834 Einwohnern 823 kath., vier ev., sieben jüd. Glaubens; 1930 lebten dort elf Juden. In Meerhof sind elf Juden für 1843 verzeichnet, 1847 gab es eine jüd. Familie, 1852 wohnten acht Juden im Dorf. 1871 waren von 867 Einwohnern 86 kath., fünf ev., einer jüd., 1895 von 867 Einwohnern 861 kath., fünf ev., einer jüd. Glaubens. In Oesdorf sind elf Juden für 1843 aufgeführt, 1847 zwei jüd. Familien, 1852 sechs Juden. In der staatlichen Statistik werden für 1871 keine Juden aufgeführt, 1873 lebten dort vier. 1843 gab es in Westheim 17 Juden; 1871 waren von 991 Einwohnern 913 kath., 58 ev., 20 jüd., 1925 von 1114 Einwohnern 1000 kath., 95 ev., 19 jüd. Glaubens.

1809 gehörte Essentho zur jüd. Gemeinde Wünnenberg. Als der Landrat des Kreises Büren 1847 alle jüd. Familienvorstände aus dem Amtsbezirk Wünnenberg (in Essentho sechs, in Westheim vier, in Oesdorf zwei sowie in Meerhof und Bleiwäsche je einen) befragte, erklärten die Erschienenen, dass in Wünnenberg und Essentho weiterhin eigenständige Gemeinden bestehen sollten, wenn eine Neuordnung auf der Grundlage des Gesetzes vom 23. Juli 1847 erfolge. Die Westheimer Juden waren der Vorladung nicht gefolgt; Wochen später versuchte der dort ansässige Isaak Löwenstein für sich und seine Familie vergeblich, eine Zuordnung zur Synagogengemeinde Niedermarsberg zu erreichen. 1853 verfügte die kgl. Regierung in Minden die Bildung der Synagogenbezirke Wünnenberg und Essentho. Die Synagogengemeinde Essentho (Statut 1856 genehmigt) sollte wie bisher Essentho, Meerhof, Oesdorf und Westheim umfassen. Sämtliche nach § 41 des Gesetzes von 1847 qualifizierten Mitglieder sollten (abweichend vom Normalstatut) zu Repräsentanten berufen werden. 1857 hatte die Synagogengemeinde Essentho 13 stimmberechtigte Mitglieder, 1864 waren es 17 (sieben in Essentho, zwei in Meerhof, drei in Oesdorf, fünf in Westheim), drei Jahre später 14. Die Westheimer, Meerhofer und Oesdorfer Juden versuchten weiterhin, eine eigene Synagogengemeinde zu gründen, da sie glaubten, unangemessen zum Gemeindehaushalt herangezogen zu werden. 1869 lehnte die Regierung in Minden einen entsprechenden Antrag ab. Weil sich die Zahl der Gemeindemitglieder deutlich vermindert hatte, strebten 1902 zunächst die Westheimer Juden, dann auch die übrigen erneut eine Zuordnung zur Synagogengemeinde Niedermarsberg an. Da die Regierung nur eine Zuordnung zur Synagogengemeinde Haaren anbot, entschlossen sie sich zur Beibehaltung der Selbständigkeit.

2.2.2 1808 fand der Gottesdienst für die jüd. Einwohner in Essentho in einem von einem Christen gemieteten kleinen Gebäude statt. 1832 kaufte die ‚Essenthoer Judenschaft‘ von der politischen Gemeinde eine 27 m² große, südlich des Anwesens Dan-

nenbaum/Silberberg gelegene Parzelle, auf der sie eine kleine Synagoge erbaute. Nach Beschluss der Synagogengemeinde bat Vorsteher Manuel Katz 1907 um die Genehmigung zum Abbruch der baufälligen Synagoge. Der Amtmann stimmte zu, weil sie „wegen der wenigen jüdischen Familien seit längerer Zeit nicht mehr benutzt“ werde. Den Abbruch sollte der Gastwirt Moses Silberberg vornehmen; Inventar und Zubehör sollten ihm überlassen werden. Er pachtete das Grundstück für 50 Pf. pro Jahr, 1922 erwarb er es.

2.2.3 Die jüd. Kinder – fünf im Jahre 1815 – besuchten, bis auf jene aus Westheim, den Unterricht der christl. Dorfschulen. 1859 beantragten einige Gemeindemitglieder die Einstellung eines geprüften Elementarschullehrers (auch als Kantor), dessen Unterhalt von der gesamten Gemeinde finanziert werden sollte. Der Amtmann hatte rechtliche Bedenken dagegen, zwei der sechs Familien mit schulpflichtigen Kindern seien zudem kaum imstande, das Schulgeld zu zahlen. Stattdessen sollten die Eltern soweit möglich den Religionsunterricht selbst erteilen, die übrigen Kinder den jüd. Lehrer in Niedermarsberg aufsuchen. Der Landrat machte sich diesen Vorschlag zu eigen und lehnte den Antrag ab. Bald darauf wurde mit dem Niedermarsberger Lehrer Freudenstein, später mit Friedrich Braun ein entsprechender Vertrag geschlossen. Letzterer unterrichtete in Niedermarsberg von 1862 bis 1910.

2.3.1 Vorstandswahlen für die Synagogengemeinde fanden nur zwischen 1854 und 1870 sowie zwischen 1902 und 1924 statt. 1854 wurden der Westheimer Isaac Löwenstein, die Essenthoer Heinemann Halle, Jacob Dalberg sowie als Stellvertreter Simon Dannenbaum als Vorstandsmitglieder der Synagogengemeinde Essentho gewählt. Anfang des 20. Jh. amtierte Manuel Katz als Vorsteher, 1922 Levy Rosenbaum.

2.3.3 In Essentho war seit 1868 der wohlhabende Kaufmann Jakob Dalberg Gemeindeverordneter, er wurde regelmäßig wiedergewählt, bis er 1886 mit seiner Familie nach Kassel zog. Unter den Gründungsmitgliedern der Essenthoer Schützengesellschaft waren 1862 die jüd. Händler Halle und Stern. In Westheim war Emanuel Katz 1883 Schützenkönig.

3.1 Die nach 1832 erbaute Synagoge befand sich 1845 im Eigentum der jüd. Gemeinde.

3.3 Der jüd. Friedhof von Essentho (1295 m²) liegt außerhalb des Ortes an der Landstraße nach Fürstenberg. Der älteste noch lesbare Grabstein von 1845 erinnert an Fradchen Eichwald, der jüngste Grabstein von 1937 an Sally Stamm aus Westheim. Der Friedhof diente den Juden der gesamten Synagogengemeinde als Begräbnisstätte. Die meisten der insgesamt 28 erhaltenen Grabsteine stammen aus dem 19. Jh. und sind in der Regel auf der Vorderseite hebr., auf der Rückseite deutsch beschriftet. Der Friedhof wurde 1997 unter Denkmalschutz gestellt.

4.1 Archiv Graf v. Plettenberg-Lenhausen Hovestadt, Herrschaft Essentho, Judensachen ab 1723, Bestand F, Nr. 54, 56. – KreisA Paderborn, Bestand Kreis Büren Nr. A 378, 559, B 365. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), D 20 B Nr. 667, 3006; M 2 Büren Nr. 943, 947; M I I P Nr. 939, 1106, 1372, 1397; M I I B, Nr. 3965, P 2, Nr. 58, 119, 120, 178, 266–268. – LAV NRW Abt. W (Münster), Landgericht Arnsberg Nr. 186, 479, 480, 572, 577, 947, 1038, 1212, 00285; Regierung Arnsberg E 51469, 61919. – StaatsA Marburg, Bestand 76a, Nr. 28 (3). – Stadt Marsberg, Denkmalkarten Az. 41 40 02 (jüd. Friedhof). – StadtA Marsberg, Bestand C Nr. 4, 5, 29, 53, 118, 336, 446, Chroniken der Gemeinden Essentho und Meerhof, Protokolle Gemeinderäte Essentho, Meerhof, Oesdorf und Westheim ab 1844, Personenstandsregister Meerhof, Oesdorf und Westheim. – StadtA Paderborn, A 1292. – StadtA Bad Wünnenberg, A 271, 573, B 1043, 1057, 1064.

4.2 Lagepläne, Grundrisse und Kartenmaterial von Gebäuden in ehemals jüd. Eigentum im Bauamt der Stadt Marsberg, weitere Fotos im StadtA Marsberg. Aufnahmen des jüd. Friedhofs in der Sammlung der LWL-Denkmalpflege, Münster. Fotos des Friedhofs in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 387; SENER Michael, Spurensuche. In: Jüdisches Leben im Hochsauerland <Fredeburg 1994> 359, 380, 385; CRAMER Wilhelm/MEYER Heinrich, Essentho vor hundert Jahren und heute. Vergleichende Beschreibung unter Berücksichtigung der wichtigsten Entwicklungen zwischen den Jahrhundertwenden <Marsberg 2001> 119 f.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 10–20 <1837–1854>.

4.4 BANKE Gudrun, Auf den Spuren der Marsberger Juden – ein Erinnerungsbuch, Bd. 2 <Marsberg 2010> 48–61, 137–148. – LATTEK Klaus, Jüdische Friedhöfe in Marsberg. Ein lokalgeschichtliches Unterrichtsprojekt an der Realschule. In: BÖDGER Johannes (Hg.), Marsberg Chronik. Beiträge zur Stadtkunde <Marsberg 1989> 109–112.

Gudrun Banke, Sturmius Bartholmé,
Wilhelm Cramer, Bernd Follmann und Siegfried Stolz

MARSBERG-Giershagen

1.1 Stadt Marsberg, Ortsteil Giershagen, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der neuen Stadt Marsberg.

Mit Inkrafttreten des Statuts von 1855 wurde Giershagen (einschließlich Bredelar) der Synagogengemeinde Padberg angegliedert.

2.1.2 Zur Zeit des Alten Reiches, als Giershagen der Grund- und Gerichtsbarkeit des Klosters Bredelar unterstand, gab es im Dorf keine Juden. Als erste jüd. Familie siedelte sich 1821 der Handelsmann Josef Hagedorn mit seiner Familie in Giershagen an. Das Bestreben des Pfarrers, ihn zu den im Alten Reich üblichen Abgaben für Pfarrer und Küster zu veranlassen, lehnte der Landrat ab. Zwar sollte Hagedorn eine Steuer für seinen Hausbesitz zahlen, aber keine persönlichen Abgaben leisten. Bis 1831 zogen die Familien der Händler Levi Fischel und Levi Freibaum in den Ort. 1846 waren in Giershagen Immanuel Fischel, Isaac Fischel, Levi Fischel, Levi Freibaum und Joseph Hagedorn als selbständige Handelsleute verzeichnet; die genannten erblichen Familiennamen hatten sie bereits zuvor geführt. Bis 1866 kamen die Familien des Abraham Kronenberg und der Brüder Salberg hinzu. Anfang der 1850er Jahre besuchte Isaac Hagedorn das Lehrerseminar der Haindorfschen Stiftung und trat danach eine Stelle als Elementarlehrer in (Lippetal-) Oestinghausen an. 1869 verfügte einer der drei jüd. Wahlberechtigten über ein mittleres Einkommen, während die anderen beiden zu den Einkommensschwachen zählten. Um 1880 waren in Giershagen von 13 gewerblichen Betrieben fünf in jüd. Besitz. Die Erträge der beiden Kramläden, deren jüd. Inhaber außerdem Kornhandel betrieben, wurde als gut eingestuft, die der Metzgerei und der Viehhandlung als mittelmäßig und die eines weiteren Kramladens als gering.

Zu Beginn des 20. Jh. lebten sechs jüd. Familien in Giershagen: Levi Hagedorn, Joseph Hagedorn sowie die Familien Freibaum, Fischel, Kronenberg und Salberg. Als

die Familie Salberg verzogen und das letzte Mitglied der Familie Fischel verstorben war, wurden noch drei Geschäfte von jüd. Inhabern geführt: Joseph Hagedorn und seine Schwester Julie handelten mit Kolonialwaren, Levi Hagedorn und sein Sohn Max mit Vieh, die Witwe Adele Kronenberg und ihre Töchter Lilly und Anna hatten ein Textilgeschäft und eine Putzmacherei (Haus Nr. 94), während der Viehhändler Salomon Freibaum, der mit seiner Tochter Meta zusammenlebte, Rentner war.

In Bredelar (bis 1900 Teil von Giershagen, dann eigene politische Gemeinde) lebte seit 1907 der aus Beringhausen stammende Metzgermeister Siegmund Eichengrün mit seiner Frau Recha und Familie im Haus Reichsstr. 49. In den 1920er Jahren wohnten auch Eichengrüns Mutter Jeanette und seine unverheiratete Schwester Rosalie im Haus.

2.1.3 Zu Beginn der NS-Zeit wohnten in Giershagen Salomon Freibaum und seine Tochter Meta, die fünfköpfige Familie Levy Hagedorn, Josef Hagedorn sowie Adele Kronenberg mit den Töchtern Anna und Lilly. Den Familien Hagedorn und Salomon Freibaum gelang es 1937/38, in die USA auszuwandern. Die Zerstörungswut der SA-Männer und des Giershagener ‚Jungvolks‘ im Nov. 1938 richtete sich daher gegen Haus und Geschäft der Familie Kronenberg. Mit Äxten wurden Türen, Treppengeländer, Fenster und Mobiliar zertrümmert, im Laden wurden Textilien zerrissen, beschmutzt oder gestohlen; laut Meldung des Amtsbürgermeisters betrug der Schaden 500 Reichsmark. Frau Kronenberg musste Haus und Grundstücke zwangsweise verkaufen. Anna Kronenberg gelang im Sommer 1941 die Ausreise in die USA, Adele und Lilly wurden 1942 über Dortmund ins Ghetto Theresienstadt deportiert.

Aus Bredelar waren bereits vor 1938 drei der elf Kinder der Familie Eichengrün nach Palästina bzw. Argentinien emigriert. Dagegen kehrten die auswärts beschäftigten Söhne ins Elternhaus zurück, weil sie ihre Arbeit verloren hatten. So erlebten zehn Familienmitglieder am 9. Nov. 1938, wie SA-Männer aus Niedermarsberg und Bredelar das Haus und das Ladengeschäft zerstörten. Siegmund Eichengrün und seine Söhne Erich, Alfred und Siegbert wurden im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Der Vater wurde nach einer Woche entlassen, die Söhne nach zwei Monaten. Nachdem das Haus zwangsweise verkauft worden war, gelang der Familie 1939 die Ausreise nach Argentinien.

2.1.4 Seit 2009 nimmt die Stadt Marsberg an der Aktion ‚Stolpersteine‘ teil. 2015 wurden in Giershagen Stolpersteine verlegt.

2.2.1 1821 war eine jüd. Familie in Giershagen ansässig, 1831 waren es drei. 1843 lebten dort 34, im Jahr 1858 dann 35 Juden. 1871 waren von 1241 Einwohnern 1117 kath., 85 ev., 39 jüd., 1895 von 1391 Einwohnern 1223 kath., 139 ev., 29 jüd. Glaubens. Im Jahr 1925 waren in Giershagen von 1127 (!) Einwohnern 1089 kath., 22 ev., 14 jüd., in Bredelar von 633 Einwohnern 304 kath., 312 ev. und zwölf jüd. Glaubens. 1932/33 lebten in Bredelar neun Juden.

1843 besuchten die Juden aus Giershagen den Gottesdienst in Padberg, seit 1855 gehörte Giershagen zur Synagogengemeinde Padberg. Nach Auflösung der jüd. Gemeinde Padberg 1931 traten die Juden aus Giershagen und Bredelar der Synagogengemeinde Niedermarsberg bei.

2.2.2 Für den Neubau ihrer Synagoge kauften die Juden aus Obermarsberg 1835/36 das ‚Schulhaus‘ Giershagen, um das Baumaterial wiederverwenden zu können. Ob damit ein Bethaus gemeint war, bleibt unklar.

2.2.3 Die beiden jüd. Kinder aus Giershagen besuchten 1829/30 die kath. Schule des Ortes, Religionsunterricht erhielten sie vom nicht approbierten jüd. Lehrer Hirsch Haas. In den 1830er Jahren wurden die jüd. Kinder von Lehrer Naphtali Burchard unterrichtet, der 1835/36 von Padberg nach Niedermarsberg gewechselt war. Zwischen 1843 und 1846 betrieb Lehrer Philipp Emanuel Fischel, der zuvor in Padberg

tätig gewesen war, eine jüd. Schule in Giershagen, die 1843 von zehn Kindern, auch aus Obermarsberg, besucht wurde.

In Bredelar besuchten die elf Eichengrün-Kinder in den 1920er und 1930er Jahren die kath. Dorfschule, einige von ihnen zeitweise die jüd. Schule in Niedermarsberg. Bei dem dortigen Lehrer Ludwig Meyerhoff erhielten sie Religionsunterricht.

2.2.4 Juden aus Giershagen spendeten in den 1850er und 1890er Jahren sporadisch für die Marks-Haindorf-Stiftung.

2.3.1 Funktionsträger der Synagogengemeinde Padberg aus Giershagen waren als Vorstandsmitglied Abraham Kronenberg (1866), als Repräsentanten u. a. Felix Salberg (1864) und Salomon Hagedorn (1892 und 1898), als stellvertretende Repräsentanten Salomon Freibaum (1892 und 1898) und Bendix Kronenberg (1898).

3.1 In der ersten Hälfte des 19. Jh. gab es in Giershagen möglicherweise eine Betstube.

3.2 Eigentümer von Hausgrundstücken waren in den 1830er Jahren die Familien Hagedorn (Nr. 48) und Freibaum (Nr. 116). Mitte des 19. Jh. war das Haus Nr. 32 von Juden bewohnt. Über Immobilien verfügten 1887/88 die Kaufleute Selig Salberg (Nr. 32), Abraham Hagedorn (Nr. 48), Salomon Freibaum (Nr. 69), Bendix Kronenberg (Nr. 94), Salomon Hagedorn und Salomon Salberg. Bis in die 1930er Jahre wohnten im Haus Nr. 48 die Viehhändler Levy und Max Hagedorn, in Nr. 69 der Rentner Salomon Freibaum, in Nr. 94 die Witwe Adele Kronenberg mit ihren Töchtern und in Nr. 196 der Kaufmann Josef Hagedorn. 1887/88 besaßen sechs Juden aus Niedermarsberg Grundeigentum in Giershagen (0,4 bis 11 ha, zusammen ca. 30 ha).

3.3 Die jüd. Einwohner Giershagens und Bredelars wurden auf dem Friedhof der Synagogengemeinde Padberg beigesetzt, der in Beringhausen an einem Weg nach Padberg liegt. Die aus Udorf stammende, aber in Giershagen wohnende Familie Kronenberg wählte eine Grabstätte auf dem Heddinghausener Friedhof; dort ist ein Grabstein der Familie vom Ende des 19. Jh. erhalten.

4.1 Archiv Graf Droste zu Vischering, Padberg, A 99–114 (Judenregal ab 1723). – Archiv des Internationalen Suchdienstes (ITS), Bad Arolsen. – LAV NRW Abt. W (Münster), Kr. Brilon, LRA Nr. 939, 1663; Reg. Arnsberg II H Nr. 1728, Landgericht Arnsberg Nr. 349, 489, 526, 806; Reg. Arnsberg ZK 16788, 167902, 429151, 609, 753. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), P 5, Nr. 2, 3, 4. – StadtA Marsberg, A 851, B 52, 58, 59, 61, 62, 68, 1169, D 165, 166, 1167–1170, 1221, 1222, 1225, Protokolle Gemeinderat Giershagen ab 1844 und Amtsvertretung ab 1862, jüd. Familienregister ab 1819, Personenstandsregister, Bestand N-N Nachlass Leni Kroul, geb. Weitzenkorn.

4.2 Lagepläne, Grundrisse u. Kartenmaterial von Gebäuden in ehemals jüd. Besitz im Bauamt der Stadt Marsberg. Foto vom Grabstein der Familie Kronenberg aus Giershagen auf dem Friedhof in Marsberg-Heddinghausen in: Jüdisches Leben im Hochsauerland 382.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 21–41 <1856–1901/03>. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53.

4.4 BANKE Gudrun, Auf den Spuren der Marsberger Juden. Ein Erinnerungsbuch, Bd. 2 <Marsberg 2010> 120–135. – STUTE Franz, Giershagen. Heimatkunde eines Dorfes am Nordostrand des Sauerlandes <Paderborn 1978> 116, 138–140.

Gudrun Banke, Sturmius Bartholmé,
Wilhelm Cramer, Bernd Follmann und Siegfried Stolz

MARSBERG-Heddinghausen

1.1 Stadt Marsberg, Ortsteil Heddinghausen, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der neuen Stadt Marsberg.

Seit 1855 bildeten die Juden in Heddinghausen u. a. mit denen in Canstein, Leitmar und Udorf eine Untergemeinde des Synagogenbezirks Niedermarsberg.

2.1.1 Die Herren von Canstein beanspruchten in den Dörfern ihrer Herrschaft – Canstein, Borntosten, Leitmar, Heddinghausen und Udorf bildeten eine Unterherrschaft im Hztm. Westfalen – das Recht zur eigenen Ausstellung von Schutzbriefen. Für den Schutz der Juden, die Wohn- und Handelsurlaubnis beanspruchten sie ähnliche Abgaben, wie sie die übrige Judenschaft des Hztm. an den Kurfürsten leisten musste; 1761 waren das 8 Rtlr. jährlich und eine Neujahrsabgabe. Auch an den allgemeinen Schatzungen und den Gemeindelasten mussten sich die jüd. Einwohner beteiligen. Wiederholt kam es im 18. Jh. zwischen dem Kurfürsten und der Herrschaft zu Konflikten um das Recht, Juden zu vergeleiten und zu besteuern. Die kurfürstliche Hofkammer wollte die Cansteiner Juden unter Androhung militärischer Exekution zu den Abgaben der Judenschaft des Herzogtums Westfalen an den Landesherrn heranziehen. Die Herren von Canstein beriefen sich auf den „unfürdenklichen Besitz“ dieses Regals. Bis 1802 behaupteten sie ihr ausschließliches Recht, die von ihnen vergeleiteten Juden zu besteuern.

In den Dörfern der Unterherrschaft war die Zahl der Juden bis zum Beginn des 18. Jh. gering. 1738 lebten vier jüd. Familien in der Herrschaft, 1767 acht. Die Juden lebten vom Handel in der Herrschaft und im benachbarten Waldeck. Die wirtschaftliche Lage war eher bescheiden. So bezeichnete 1767 Hermann Theodor v. Spiegel (Herr von Canstein) nur zwei der acht Familien als „etwas vermögend“, andere dagegen als „ganz arm“. 1790 wohnte Moyses mit seiner Familie in Canstein. 1800 wurde dem aus Canstein stammenden Aron Elias, Sohn des Elias Marcus, ein Geleit in (Warburg-)Ossendorf übertragen. 1802 lebten in der gesamten Herrschaft 15 jüd. Familien, davon drei in Canstein, drei in Heddinghausen und eine in Leitmar.

2.1.2 Nach der hessischen Verordnung von 1808 zur Annahme fester Namen wählte die damals einzige jüd. Familie in Heddinghausen den Namen Rosenbaum, die beiden Familien in Canstein entschieden sich für Elsbach und Kirschbaum, die drei Familien in Leitmar für Sternberg, Strauß und Weizenkorn. Die Familien lebten überwiegend vom Handel, es gab aber auch je einen jüd. Metzger, Schuhmacher und Lohgerber. 1832 sind als Winkeliers in Spezereiwaren aufgeführt: Witwe Elsbach in Canstein, Jakob Rosenbaum in Heddinghausen und Josef Weizenkorn in Leitmar. 1846 waren in Heddinghausen Jacob Rosenbaum und Meier Rosenbaum, in Canstein Aron Elsbach und Moses Kirschbaum sowie in Leitmar Abraham Sternberg, Salomon Strauß, Abraham Weizenkorn und Simon Weizenkorn als selbständige Juden verzeichnet. Die wirtschaftlichen Verhältnisse waren weiterhin dürftig, 1865 gehörten die jüd. Wahlberechtigten in den Dörfern der ehemaligen Herrschaft in die 3. Abt., einzige Ausnahme war der Cansteiner Kaufmann Moses Kirschbaum (1. Abt.). An den Feldzügen 1864 und 1866 nahmen aus Heddinghausen Elias Sternberg und Heinemann Rosenbaum teil. Ein Jude aus Heddinghausen wurde im Krieg 1870/71 zum ‚Unterarzt‘ befördert. In den folgenden Jahrzehnten nahm die Zahl der Juden in den Dörfern ab. 1903 gab es in Canstein und in Heddinghausen keine jüd. Wahlberechtigten mehr, in Leitmar noch zwei. Dort betrieb die Familie Sternberg einen Kramladen und eine Schankwirtschaft, die Familie Weizenkorn lebte vom Viehhandel und von

einer Kalkbrennerei. Der Gewerbesteuer zufolge lebten beide Familien in bescheidenen Verhältnissen.

2.1.3 1933 wohnte in Canstein die Familie des Pferde- und Kolonialwarenhändlers (Dagobert) Robert Philipp. Im Nov. 1938 wurden dessen Wohnung (Haus Nr. 26) und Geschäft demoliert, Robert Philipp und sein gerade anwesender Schwager (der Metzger Philipp Loeb aus Paderborn) wurden für mehrere Wochen in ‚Schutzhaft‘ genommen. Während die ältere Tochter Hilde emigrieren konnte, blieben die Eltern Robert und Berta mit der Tochter Irmgard (verh. Jacob) in Canstein; 1943 wurden sie über Dortmund nach Auschwitz deportiert. In Borntosten lebte in den 1930er Jahren die Familie Silberberg. Der als „Halbjud“ geltende Landarbeiter Heinrich Silberberg aus Oberschlesien, verheiratet mit der nichtjüd. Emma Schuld, blieb von der Deportation verschont. Seine Tochter Maria wurde 1944 wegen einer Liebesbeziehung zu einem polnischen Zwangsarbeiter denunziert und wegen ‚Rassenschande‘ in das KZ Ravensbrück eingeliefert. Im Herbst 1944 zog der Kaufmann Sally-Hans Kleeberg nach Canstein, dem Heimatort seiner nichtjüd. Ehefrau. Es gelang ihm, sich bis Kriegsende mit Hilfe von Freunden zu verstecken.

2.1.4 Seit 2009 nimmt die Stadt Marsberg an der Aktion ‚Stolpersteine‘ teil. 2015 wurden in Canstein und Borntosten Stolpersteine verlegt.

2.2.1 Im Jahr 1843 lebten in Heddinghausen neun, 1858 acht Juden; 1871 waren von 288 Einwohnern 268 kath., 17 ev. und drei jüd. Glaubens. In Canstein lebten 1802 und 1819 jeweils drei jüd. Familien. 1843 lebten dort zwölf Juden, 1858 waren es 13. Von 307 Einwohnern im Jahr 1871 waren 285 kath., 15 ev., sieben jüd., 1895 von 285 Einwohnern 247 kath., 36 ev., zwei jüd., 1925 von 369 Einwohnern 306 kath., 57 ev., sechs jüd. Glaubens. In Leitmar war 1802 eine jüd. Familie ansässig, 1819 waren es zwei. 1843 lebten dort 24 Juden, 1858 waren es 29. Im Jahr 1871 waren von 304 Einwohnern 279 kath., vier ev., 21 jüd., 1895 von 325 Einwohnern 306 kath., vier ev., 15 jüd. Glaubens. 1903 lebten dort zwei wahlberechtigte Juden.

In den 1840er Jahren besuchten die Juden aus Udorf, Canstein und Leitmar den Gottesdienst in Heddinghausen. Dennoch erwogen die Regierung in Arnberg (1842) und Obervorsteher Hellwitz (1847) die Bildung eines Udorfer Synagogenbezirks, zu dem Heddinghausen, Canstein und Leitmar gehören sollten; diese Pläne wurden nicht realisiert. Nach dem 1855 in Kraft getretenen Statut der Synagogengemeinde Niedermarsberg bildete Heddinghausen eine Untergemeinde, der auch die Orte Canstein, Leitmar, Udorf, Erlinghausen und Borntosten zugewiesen waren; in den beiden letztgenannten Orten lebten im 19. Jh. allerdings keine Juden. Die Untergemeinde Heddinghausen hatte eine eigene Synagoge und einen eigenen Begräbnisplatz. Die Kultuskosten trugen die Mitglieder der Untergemeinde selbst. An den Kosten der Gemeinde Niedermarsberg brauchten sie sich nicht beteiligen, hatten aber zu den allgemeinen Verwaltungskosten und zu den die ganze Gemeinde betreffenden Ausgaben beizutragen. Ihr Etat wurde innerhalb des Gesamtetats gesondert geführt. Die Untergemeinde war in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jh. Mitglied im DIGB. Nach dem Abriss des Bethauses 1918 schlossen sich die wenigen verbliebenen jüd. Familien der Synagogengemeinde Niedermarsberg an.

2.2.2 Nachdem die in den 1790er Jahren für die Juden der Herrschaft Canstein in Heddinghausen eingerichtete Synagoge abgebrannt war und die finanziellen Mittel für einen Neubau fehlten, besuchten die jüd. Einwohner den Betraum in Udorf. Als dessen Nutzungsvertrag gekündigt worden war, wurde 1817 in Heddinghausen auf dem Grundstück Hubertusstr. 38 eine Synagoge in Hinterhoflage erbaut, an deren Baukosten sich die Juden aus Canstein beteiligten. Die Udorfer Juden richteten jedoch ebenfalls einen neuen Betraum ein und weigerten sich, die Kultusgegenstände nach Heddinghausen abzugeben. 1829 wurde für den Udorfer Betraum nach langem

Streit die regierungsamtliche Zulassung verweigert. 1887 wurde die Synagoge in Heddinghausen beschädigt, u. a. wurden Fensterscheiben eingeworfen. 1903/04 wurde das Grundstück verkauft, an jüd. Feiertagen fanden dort bis 1914 aber weiter Gottesdienste statt. 1918 wurde das Gebäude wegen Baufälligkeit abgerissen.

2.2.3 Moyses aus Canstein wandte sich 1790 an die Obrigkeit, weil die Juden in Udorf sich geweigert hatten, seine Kinder am dortigen Schulunterricht teilnehmen zu lassen. 1818 schickten die Cansteiner Juden ihre Kinder in die christl. Schule des Dorfes oder „zum alten Judenschullehrer“ Elias Markus in Leitmar. Die jüd. Kinder aus Heddinghausen besuchten die christl. Schule des Ortes; Unterricht in Hebräisch ist belegt. 1829 erhielten die beiden schulpflichtigen jüd. Kinder aus Canstein und die ebenfalls zwei aus Leitmar keinen jüd. Religionsunterricht, sie besuchten die Dorfschule. 1843 gab es in Leitmar drei schulpflichtige jüd. Kinder, in Canstein zwei und in Heddinghausen eines, die alle christl. Schulen besuchten. 1847 wurde in Heddinghausen vorübergehend jüd. Unterricht angeboten.

2.3.1 Bei der Konstituierung der Synagogengemeinde Niedermarsberg in den 1850er Jahren wurde auch ein Vertreter aus Canstein in die Repräsentantenversammlung gewählt. 1887 war Philipp Kirschbaum aus Canstein Gemeindevorsteher, in den Jahren 1905, 1907 und 1911 stand Isaak Weitzenkorn aus Leitmar der Gemeinde Heddinghausen vor. 1843 verfügte die Gemeinde über einen Vorsänger, den die Vorsteher für ein bis zwei Jahre gewählt hatten.

2.3.2 In der zweiten Hälfte des 19. Jh. wurde in Canstein und in Leitmar wiederholt jeweils ein Jude in den Gemeinderat gewählt.

3.1 Die 1817 errichtete Synagoge, Hubertusstr. 38, war nur durch das Vorderhaus zu betreten. Sie wurde 1862 und 1888 renoviert; 1918 wurde sie abgerissen.

3.3 1799 wird für Heddinghausen im Zusammenhang mit der Aufteilung des Hudedistrikts ein „Juden-Begräbnis“ erwähnt. Dabei kann es sich jedoch nicht um den noch vorhandenen, rund 2300 m² großen jüd. Friedhof handeln, der etwa 1,5 km außerhalb des Dorfes in der Nähe der Straße Köster Drift am Weg nach Udorf liegt. Der älteste Grabstein stammt von 1820. Der Friedhof diente den Juden der Untergemeinde Heddinghausen als Begräbnisstätte. Auch Angehörige der Familie Kronenberg, die aus Udorf stammte, aber in Giershagen wohnte, sind dort beigesetzt. Der jüngste Grabstein von 1929 erinnert an Max Rosenbaum. Während der nationalsozialistischen Herrschaft wurde die Anlage zerstört. Heute sind alle 28 erhaltenen Grabsteine in einer Reihe aufgestellt, was nicht der ursprünglichen Anordnung entspricht. 1997 wurde der Friedhof unter Denkmalschutz gestellt.

4.1 Archiv von Elverfeldt, Canstein, Judenangelegenheiten A 1200, 1211, 1798. – Archiv des Internationalen Suchdienstes (ITS), Bad Arolsen. – LAV NRW Abt. W (Münster), LRA Brilon, Nr. 1651, 1663, Reg. Arnsberg Nr. 28098, ZK 614868a, 620653, Franz-Wilhelm von Spiegel (Dep.), Nr. 326. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), P 5 Nr. 2–4. – StadtA Marsberg, B 52, 68, 75, 281, 282, 620, 706, 1134, 1156, 1167–1170, 1462, D 165, 166, 187, 1221, Protokolle Gemeinderäte ab 1844, Amtsvertretung ab 1862, jüd. Familienregister ab 1819, Personenstandsregister, Bestand N–M Nachlass Elisabeth Brandt, Kartei Judenamt. – Stadt Marsberg, Denkmalakten Az.:41 40 02 (jüd. Friedhof, Familie Silberberg/Gut Borntosten). – StadtA Paderborn, A 1292.

4.2 Lagepläne, Grundrisse und Kartenmaterial von ehemals in jüd. Besitz befindlichen Gebäuden im Bauamt der Stadt Marsberg, Fotos im StadtA Marsberg. Fotos des jüd. Friedhofs in: Jüdisches Leben im Hochsauerland 361, 381f.; PRACHT-JÖRNS,

Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 386 und in der Sammlung der LWL- Denkmalpflege, Münster.

4.3 Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1911> 81. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53.

4.4 BANKE Gudrun, Auf den Spuren der Marsberger Juden. Ein Erinnerungsbuch, Bd. 2 <Marsberg 2010> 11–18. – LATTEK Klaus, Jüdische Friedhöfe in Marsberg. Ein lokalgeschichtliches Unterrichtsprojekt an der Realschule. In: BÖDGER Johannes (Hg.), Marsberg Chronik. Beiträge zur Stadtkunde <Marsberg 1989> 109–112. – WEITZENKORN KROUL Leni, Leni komm hier! Erinnerungen an eine deutsch-jüdische Jugend im Sauerland <Marsberg 2009>.

Gudrun Banke, Sturmius Bartholmé, Wilhelm Cramer,
Bernd Follmann und Siegfried Stolz

MARSBERG-Niedermarsberg

1.1 Stadt Marsberg, Ortsteil Niedermarsberg, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Um 1220 siedelten Bürger von Horhusen (auch Altenstadt, später Niedermarsberg genannt) mit ihren Rechten nach (Ober-)Marsberg über, auch Stadtberge oder Neustadt genannt. Nach fast völliger Kriegszerstörung der Oberstadt 1646 Verlagerung des Siedlungsschwerpunktes in die von nun an wirtschaftlich bedeutendere Talsiedlung. Bis 1808 bildeten beide Städte eine Doppelstadt unter Führung der Oberstadt, dann Verselbständigung der Unterstadt. 1844 Bildung des Amtes Niedermarsberg mit der Titularstadt Niedermarsberg, Obermarsberg bleibt amtsfrei. Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der neuen Stadt Marsberg.

Nach dem Statut von 1855 umfasste der Synagogenbezirk Niedermarsberg nur den Ort Niedermarsberg. Obermarsberg und Heddinghausen bildeten Untergemeinden, denen weitere Orte zugeordnet waren.

2.1.1 Niedermarsberg wurde von Juden aus Obermarsberg als Niederlassungsort genutzt. 1654 ist mit dem „in hiesiger Unterstadt anitzo wohnhafften Jude[n] Jacob von Brakell“ ein jüd. Einwohner Niedermarsbergs belegt. Jacob, der gelegentlich auch den Beinamen Mansbach führte, war Schwiegersohn des in Obermarsberg ansässigen David Bacharach. Sein Schwager Meyer Bacharach, Sohn des ‚alten‘ David Bacharach in Obermarsberg, erhielt 1659 ein kurfürstliches Geleit für Niedermarsberg, das ihm ungehinderten Handel im Ort zusicherte. Meyer Bacharach bewohnte um 1664 das Haus des Tönnies Bauschen; Jacob von Brakel ist um 1665 als Mieter im Haus des Jacob Klocke(n) nachgewiesen. Mit Schmuel Levi ist 1665 ein dritter jüd. Haushaltsvorstand in Niedermarsberg ansässig. 1667 sind Hirtz, Leffmann (Levi) Bacharach aus der Oberstadt sowie Salomon Levi für Niedermarsberg genannt. 1668 hielt sich mit Pinsel (1681: alias Bendix) ein weiterer Sohn des David Bacharach aus der Oberstadt unvergeleitet mit seiner Frau im Haus eines seiner Brüder in der Unterstadt auf; 1672 konnte er ein Geleit erhalten. An den ebenfalls ohne Geleit in Niedermarsberg leben-

den Leffmann Bacharach erging dagegen 1668 ein Ausweisungsbefehl, der aber wohl nicht umgesetzt wurde. Auch Heinemann Hertz (Hertzog), ein weiterer Schwager der Brüder Bacharach, hielt sich zwischen 1669 und 1674 in Niedermarsberg auf.

Als die Niedermarsberger Juden 1672 ihren vermögensabhängigen Anteil zu den 1000 Rtlr. zu leisten hatten, die der Kurfürst für die Erteilung eines neuen Generalgeleites forderte, werden fünf Juden bzw. Familien genannt: Schmauhl (Schmuel Levi, dessen Sohn Seligmann Schmuel ab 1699 als Haushaltsvorstand für Niedermarsberg belegt ist) mit 21 Rtlr., Meyer (Meyer Bacharach) mit 20 Rtlr., Bendix (Pinsel) mit 10 Rtlr., Levi (Leffmann Bacharach, Bruder von Bendix) und Jordan mit je 9 Reichstälern. Obwohl Jacob von Brakel und Heinemann Hertzog in der Aufstellung nicht erwähnt werden, sind sie für 1672 als in Niedermarsberg ansässig nachweisbar.

1703 gab es 13 jüd. Haushaltsvorstände in Niedermarsberg. Zehn davon besaßen ein Geleit: Seligmann Meyer Bacharach (dem 1725 sein Schwiegersohn Feidel Hertzog nachfolgte), David Benedicts (als Nachfolger des Meyer Bacharach noch 1738 erwähnt), Heynemann Benedict (ihm folgte vor 1738 der Schwiegersohn Pinnes/Benedict Leiser), Moyses Cohen/Cain (Vizerabbiner, verst. 1730), Marcus Isaak (1730 trat an seine Stelle sein Neffe und vielleicht auch Schwiegersohn Levi Salomon alias Leiffman Salmen), Meyer Bacharach, Leyser/Lazarus Joseph (er beantragte 1704 Geleit für seinen Sohn Joseph Laser), Joseph Joseph, Seligmann Schmuel (sein Nachfolger war seit 1712 mutmaßlich Isaak/Itzig Seligmann) sowie Salomon Jacob (seit 1714 Inhaber eines Gnadengeleits). Ohne Geleit lebten in Niedermarsberg Leiffmann Bacharach (der 1700 zu den Armen gehörte, deren Geleit von der gesamten Judenschaft beantragt worden war), eine unbekannte jüd. Witwe mit vier Kindern sowie Hertz mit Frau und fünf Kindern. Ob die 1704 geplante Ausweisung der drei letztgenannten Familien erfolgte, über deren Konkurrenz sich die Geleitinhaber beschwert hatten, ist nicht bekannt.

Um die Ausweisung nicht vergeleiteter (überzähliger) Juden ging es auch 1730, als sich der Magistrat der Doppelstadt die Geleite der Niedermarsberger Juden vorlegen ließ. Vor dem Rat fanden sich daraufhin 14 Familienvorsteher ein, die nicht nur Geleite von 1725 vorlegen konnten, sondern sich auch darauf beriefen, zu den 1700 im Hztm. Westfalen zugelassenen Familien zu gehören. Alle Versuche des Marsberger Magistrats, ein Anwachsen der jüd. Einwohnerschaft vor allem in der Unterstadt einzudämmen, scheiterten an der widersprüchlichen Praxis der Geleitvergabe: Neben der festen Zahl landesherrlicher ‚Erbleite‘ und weiterer ‚Gnadengeleite‘ vergab die Stadt auch eigene ‚Attestatgeleite‘ und konterkarierte damit ihre eigenen judenpolitischen Ziele. Nach einem Bericht von 1738 lebten in Niedermarsberg 104 Juden in 16 Häusern. In drei Häusern waren zwei Familien ansässig, davon waren zwei Einlieger, in einem Fall (Meyer Joseph) wohnten zwei Generationen einer Familie offenbar in getrennten Haushalten. Die im selben Jahr vorgebrachten Beschwerden der Stadt über den Anstieg der jüd. Einwohnerschaft führten zu keinen landesherrlichen Maßnahmen. 1744 bis 1751 sind in Niedermarsberg 13 Haushaltsvorstände mit ordentlichem Geleit nachzuweisen. Hinzu kamen 1744 noch sechs ‚Gnadengeleite‘, 1749 waren es noch zwei, 1751 gab es nur ‚ordentliche‘ Geleite. Ende des 18. Jh. äußerte die ortsansässige Judenschaft (wie schon 1704) den Wunsch, der Magistrat möge die unvergeleitet im Ort lebenden Juden ausweisen; vorgetragen wurde das Begehren – dem nicht stattgegeben wurde – 1784 von David Feidel, Sohn des Judenschaftsvorstehers Feidel Hertzog.

Eine vom Rat der Stadt beglaubigte Aufstellung von 1774 führt 15 jüd. Haushalte in Niedermarsberg auf. Über Hausbesitz verfügten demnach die Söhne des Judenschaftsvorstehers und erfolgreichen Geschäftsmannes Feidel Hertzog (Itzig drei Häuser, David Feidel zwei Häuser), auch Jacob Heinemann (d. J.; Sohn des Heinemann Benedict) besaß zwei Häuser. Je ein Haus besaßen Joseph (‚im Kötterhagen‘), Alexan-

der Moyses, Selig Meyer, Itzig Moyses, Abraham Meyer und Heinemann Benedix; die übrigen Haushaltsvorstände lebten in gemieteten Häusern: Leyser Meyer, Hertz Benedix, Pinnes Leyser nebst Sohn Jacob, David Itzig, Selig Moyses sowie der Vorsänger Naphtali Löb. In 13 dieser Haushalte wurde Milchvieh sowie eine oder zwei Ziegen gehalten. Hintergrund der Aufstellung von 1774 war ein Rechtsstreit: Durch eine pauschale jährliche Abgabe hatten die Juden u. a. das Recht zur Mitnutzung der Gemeinheitsweide erworben. Da die vereinbarte Summe nur für zwölf Familien kalkuliert war, drängte die Bürgerschaft auf Revision der Übereinkunft. 1789 werden in einer städtischen Übersicht 16 jüd. Haushaltsvorstände namentlich genannt, der Marsberger Stadtsekretär nennt ein Jahr später 18 Familien. Diese Angabe wird durch ein jüd. Verzeichnis von 1801 gestützt, wonach in Niedermarsberg neun Inhaber eines ‚stehenden Geleits‘, drei Haushaltsvorstände mit ‚Attestat-Geleiten‘ sowie sechs Familien oder Einzelpersonen mit ‚Armen-Geleiten‘ ansässig waren.

Über die von den Juden zu leistenden Abgaben liegen nur vereinzelte Nachrichten vor. Die Stadt beanspruchte im 17. Jh. (wie andernorts) ein Beiwohnergeld in Höhe von 1 Rtlr. pro Haushalt und Jahr. Das über die gesamtjüdische Kasse an den Landesherrn abzuführende Schutzgeld reichte 1801 von jährlich 10 Rtlr. 18 Gr. bei Inhabern von ‚Attestatgeleiten‘ bis zu 45 Rtlr. bei wohlhabenden Familien mit erbtem Geleit; die Gesamtbelastung lag infolge der hohen Kriegskontributionen mit Jahresbeträgen zwischen 21 Rtlr. 30 Gr. und 87 Rtlr. pro Haushalt jedoch etwa doppelt so hoch. Sofern jüd. Knechte selbständig Handel trieben, wurden sie mit jährlichen Pauschalbeträgen von 1–2 Dukaten zu den Abgaben herangezogen.

Die berufsständischen Korporationen Niedermarsbergs versuchten offenbar bereits zur Zeit der ersten Niederlassung jüd. Einwohner, deren wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten zu beschränken. So klagte das Schusteramt 1654 über einen in der Unterstadt ansässigen Juden, der angekaufte bzw. ertaufte Kuhhäute nach auswärts verkaufen wolle; dies sei ein Eingriff in das überlieferte Amtsprivileg. Der Betroffene sagte dazu aus, er habe sich lediglich geweigert, Mitgliedern der Zunft die Häute zu Niedrigstpreisen zu überlassen. Zeitgleich, vielleicht aber unabhängig von diesem Streit erging ein kurfürstliches Dekret, wonach kein Jude in der Unterstadt Handel treiben dürfe. Dies wurde Jacob von Brakel vor dem Rat eingeschärft, welcher versprach, seinen Warenhandel in Niedermarsberg einzustellen und sich der Judenordnung gemäß zu verhalten.

Zehn Jahre später erwirkte das Marsberger Kaufamt einen kurfürstlichen Befehl, in dem es um – angebliche – Verstöße gegen Handelsvorschriften der Judenordnung ging, und lud einige der Beschuldigten vor. David Meyer sagte, dass er sich keiner Übertretung bewusst sei. Meyer Bacharach verwies auf die kurfürstliche Erlaubnis, wonach es den Juden erlaubt sei, in Niedermarsberg Kleinhandel im Volumen von bis zu 100 Rtlr. zu treiben. Weiter gab er an, über die seinen unvergeleiteten Brüdern Leffmann und Pinsel vorgeworfenen, auf eigene Rechnung betriebenen Schlachtereis- und Handelsgeschäfte nichts zu wissen. Als die Vorwürfe vor dem Rat später nochmals verhandelt wurden, nahmen er und Jacob von Brakel eine Ermahnung anstelle ihrer abwesenden Verwandten entgegen. Auch 1668 beriefen sich zwei Niedermarsberger Juden auf die kurfürstliche Genehmigung, mit Waren bis zu 100 Rtlr. zu handeln. Falls der Rat ihnen diese Geschäfte in Niedermarsberg erlauben würde, wollten sie jeweils 2 Rtlr. jährlich an die Stadt zahlen.

Einen Kernbereich jüd. Erwerbslebens machte auch in Niedermarsberg das Kreditgeschäft aus. Die Rückzahlung zumeist kleinerer Darlehen, die vielfach nicht gegen Pfandsetzung, sondern auf Obligationen gewährt wurden, musste immer wieder durch Rechtshilfe des Rates, häufiger noch durch das kurfürstliche Schöffengericht erzwungen werden. So klagten allein 1699 Seligmann Schmucl, Joseph Jacob, David und Seligmann Bacharach Forderungen vor dem kurfürstlichen Schöffengericht ein. Mit

dem Kreditgeschäft war bisweilen die befristete Übernahme von Immobilien verbunden, deren Nutzung jüd. Gläubigern wie Meyer Bacharach bereits 1666 gerichtlich zugestanden wurde, um offene Forderungen zu begleichen. Erfolgreiche Geschäftsleute wie Feidel Hertzog dominierten um die Mitte des 18. Jh. das örtliche Kreditwesen. 1762 nahm die Stadt Brilon bei ihm 1000 Rtlr. für Militärausgaben gegen fünf Prozent Zinsen auf. Die Familien v. Spiegel und v. Canstein unterhielten langjährige Geschäftsverbindungen zum Handelshaus Feidel Hertzog und Söhne, deren Volumen in der zweiten Hälfte des 18. Jh. bisweilen 5000 Rtlr. und mehr erreichten. Zur Tilgung umfangreicher Kredite wurden u. a. grundherrliche Einnahmen der Adelsfamilien eingesetzt. David Feidel, Sohn des Feidel Hertzog, belieferte das Haus Canstein in den 1790er Jahren mit Kolonialwaren, Textilien und Konsumgütern des gehobenen Bedarfs. Die jüd. Händler bezogen ihre Waren im 18. Jh. u. a. durch regelmäßige Besuche der großen Messen in Leipzig, Frankfurt a. M. und Kassel; größere Jahrmärkte der Region wurden gleichfalls besucht, so 1695 der Paderborner Markt von Heinemann Benedict. Aufgrund der Lage Marsbergs war eine grenzüberschreitende Handelstätigkeit unverzichtbar. 1771 erwarben die vier wohlhabendsten Juden von Marsberg – David Feidel, Isaac Feidel, Jakob Heinemann und Herz Isaac – vom Paderborner Fürstbischof eine beschränkte Handelserlaubnis in seinem Herrschaftsgebiet gegen die jährliche Zahlung von 2 Gulden. Geschäftliche Verbindungen in andere Städte (etwa ins märkische Hamm) sind für Niedermarsberger Juden im späten 17. Jh. nachgewiesen; im 18. Jh. reichten ihre Geschäftsverbindungen in Form bargeldlosen Geldtransfers durch Wechsel bis nach Braunschweig und Den Haag.

Weniger bemittelte jüd. Einwohner Niedermarsbergs deckten ihren Geldbedarf auch bei nichtjüd. Einwohnern, beispielsweise gegen Verpfändung von Edelmetallobjekten. Kredite gegen Pfandsetzung kamen auch zwischen Juden vor: So versetzte der Udorfer Leyser Katz dem Isaak Feidel Hertzog eine silberne Kaffeekanne für 25 Rtlr.; 1774 und 1775 stritt man sich um die verweigerte Einlösung des Pfandes. Der noch im 17. Jh. gelegentlich nachweisbare Edelmetallhandel verlor später an Bedeutung. Der ab Ende der 1660er Jahre belegte Handel mit gebrauchten Kleidungsstücken kam dagegen auch im späten 18. Jh. noch vor.

Der Handel bzw. Tausch von Pferden, der in der Folgezeit zu einem bedeutenden Tätigkeitsfeld der Niedermarsberger Juden wurde, lässt sich erstmals 1659 nachweisen. Die nicht seltenen Probleme wegen des unwissentlichen Ankaufs gestohlener Tiere wurden immer wieder vor dem Rat verhandelt, für die 1660er Jahre sind solche Auseinandersetzungen für Meyer Bacharach belegt. Die Bedeutung des Pferdehandels zeigen Geschäftspartner u. a. in Gütersloh, im niedersächsischen Uchte, im weit entfernten Oldenburg und im paderbornischen Hohenwepel bzw. Ossendorf. Im Gericht Fürstenberg lassen sich jüd. Einwohner Niedermarsbergs als Pferdehändler seit dem beginnenden 18. Jh. häufig nachweisen. Der Handel mit anderen Tierarten (Kühe und Mastochsen) ist seit den 1670er Jahren nachweisbar und nahm in der zweiten Hälfte des 18. Jh. erheblich zu. Isaak (Itzig) Feidel unterhielt 1775 einen nichtjüd. Hirten für sein „auf der Weide habendes Kuh-Viehe“. Als er 1788 das in städtischem Besitz befindliche ‚Kuhfeld‘ pachtete, errichtete er eine Hirtenhütte. Der Handel mit den als Lasttieren verbreiteten Eseln ist für 1699 belegt. Moyses Seligmann akzeptierte 1725 sogar ein Schwein als Zahlungsmittel, verkaufte es vermutlich aber umgehend weiter. Gewerbliche Schlachtereien spielten schon frühzeitig eine gewisse Rolle, wie Beschwerden der Konkurrenz aus den 1660er Jahren zeigen. 1678 sagte der Knecht David Sosmann bei einer behördlichen Befragung aus, er schlachte auf Rechnung seines Brotherren Jacob Ruben. 1721 belieferte Meyer Joseph den Pfarrer im nahen, zu Paderborn gehörenden Essentho mit Fleisch. Streitigkeiten gab es bisweilen wegen angeblicher Missachtung der durch städtische Schätzer festgesetzten Preise, entsprechende Vorfälle sind für 1729 und 1776 überliefert. Der Verkauf von Metzgereipro-

dukten an Sonn- und Feiertagen war verboten und stand unter scharfer Kontrolle, selbst das Bereithalten entsprechender Waren durch Pinnes und Joseph Leiser sowie Meyer Joseph 1735 wurde mit Geldstrafen belegt. Gerüchte über absichtliche Verunreinigungen von Fleisch, das zum Verkauf an Nichtjuden bestimmt war, konnte zur Rufschädigung und auch zu gewalttätigen Übergriffen führen, wie dies 1734 Joseph Leyser und dessen Vater Leyser Joseph erleben mussten.

Handelsgeschäfte mit Gewerbedprodukten waren nicht unbedeutend. So erwarb Schmucl Levi 1667 von seinem Glaubensgenossen Meyer aus Borgentreich nicht nur eine größere Menge Öl, sondern auch ein Pferd für 22 Rtlr. und 8 ‚Waage‘ Roheisen. 1662 beschwerte sich Reidemeister Johann Pielsticker über die Juden Meyer und Jacob in Obermarsberg, die ihm im Vorjahr Eisen gegen Gerste abgekauft hatten, die vereinbarte Menge Getreide dann aber nicht vollständig lieferten. Roheisen und Halbfertigprodukte gehörten in der Folgezeit trotz aller Verbotsversuche zu den Handelsgütern der Niedermarsberger Juden. So nahm etwa Meyer Bacharach 1666 eiserne Ofenplatten und Stabeisen anstelle von Bargeldzahlungen an; auch für 1680 ist sein Handel mit eisernem Herdgerät belegt. 1674 kam es zwischen Salomon Jacob aus Warburg und Heinemann (Hertz) in Niedermarsberg wegen schuldig gebliebener Lieferung von Stabeisen zum Streit. 1695 ließ der in Niedermarsberg ansässige Jude Veith Hadamar im Auftrag eines Glaubensgenossen eine große Quantität Nägel schmieden – Endprodukte der Eisengewinnung wie etwa Schmiedenägel fielen offenbar nicht unter das Handelsverbot von 1678. Die Betriebe der Familie v. Spiegel zu Canstein lieferten 1779 knapp 1300 kg Stabeisen an Feidel, Sohn des Feidel Hertzig. Auch mit Buntmetallen handelten jüd. Geschäftsleute aus Niedermarsberg: 1769 wurde Isaac Feidel durch die kurkölnische Hofkammer die Ausbeute des Zehnt-Kupfers in Brilon auf sechs Jahre zu 34 Species Rtlr. für den Zentner überlassen. Nachgewiesen ist auch der Handel mit Holzkohle, die mit der Metallverhüttung eng verbunden war. So beschwerte sich 1665 ein Hüttenbetreiber über Meyer Bacharach, der ihm beim Kauf von sieben Fudern des begehrten Brennmaterials zuvorgekommen war.

Von Bedeutung für die Niedermarsberger Juden war ferner der Handel mit Agrarprodukten. 1681 lässt sich der Handel mit Hopfen für Meyer und Leifmann Bacharach nachweisen. Wollhandel ist als Kompanie-Geschäft von Pinnes Heinemann, Leifmann/Levi Salomon und weiteren Juden für die 1730er Jahre nachgewiesen. Pinnes Leiser war 1733 als Makler bei Getreidegeschäften zwischen Nichtjuden aktiv. Der Großhandel mit Getreide ist in Niedermarsberg im 18. Jh. belegt, zu den Händlern zählten Jacob Heinemann (d. J.) sowie Feidel Hertzig und dessen Söhne. Daneben unterhielt vor allem Feidel Hertzig umfangreiche Geschäftsbeziehungen zum Landadel der Region, wozu auch das Führen von Geschäftskonten gehörte. Über diese Konten wurden größere Ein- und Auszahlungen abgewickelt, aber auch kleinere Handelsgeschäfte – wie etwa eine Gutschrift aus dem Verkauf von 450 ‚Krautköpfen‘ aus Cansteiner Produktion zeigt, die Feidel Hertzig dem Adligen abgekauft hatte. Nicht nur Produkte der bäuerlichen Wirtschaft, sondern auch Dienstleistungen ländlicher Gespannhalter konnten zum Gegenstand geschäftlicher Beziehungen werden. Dies zeigt die Fuhrmannsrechnung des Johann Bernhard Lulef aus dem paderbornischen Meerhof, die dieser 1775 dem Meyer Alexander, einem jungen jüd. Handelsmann in Niedermarsberg, präsentierte. Hiernach hatte Lulef im Auftrag des Meyer Alexander drei (Wagen-)Fuhren von Meerhof nach Marsberg transportiert, mit einem gespannten Karren „Kappes und Cartoffeln“ von Westheim nach Meerhof gefahren und aus Oesdorf vier Sack Getreide nach Meerhof befördert. Aus Dalheim hatte er „eine Karre voll Fleisch“ nach Niedermarsberg sowie „eine Fuhr mit dem Schlitten Fleisch nach Stadtberg“ gebracht. Aus der eigenen Wirtschaft hatte er zudem einen Sack Futter, drei Scheffel Kartoffeln sowie drei Hühner geliefert und auf seinem Hof außerdem „eine Bühne eingetan, darauf er seine Kornfrüchte von Martini [11. Nov.] bis Petri

ad Cathedram [22. Feb.] geschüttet“. Hieraus ergab sich eine Gesamtforderung von 11 Rtlr., wobei die gut dreimonatige Miete für den Fruchtboden mit immerhin 5 Rtlr. zu Buche schlug. Meyer Alexander unterhielt auf dem Hof des Johann Bernhard Lulef im ländlichen Umfeld seines Wohnortes Niedermarsberg zeitweilig also eine Art Dependance zum väterlichen Handelsgeschäft in der Stadt.

Der Handel mit Tierhäuten und Leder war im 17. und frühen 18. Jh. hart umkämpft und wurde den jüd. Einwohnern durch die Stadt erschwert. 1727 erging ein kurfürstlicher Befehl an den Marsberger Richter, dass der Handel des vergeleiteten Feidel Hertzig nicht von den Lohgerbern der Stadt beeinträchtigt werden sollte. Der Bürgermeister der Stadt – selbst Lohgerber – war zuvor mit drei städtischen Dienern in das Haus des Feidel Hertzig eingedrungen und hatte diesem gewaltsam in Kassel erworbenes Leder abgenommen. Später war der An- und Verkauf von Tierhäuten – vor allem als mobiler Gelegenheitshandel jüd. Knechte – kaum noch strittig. Über das gesamte ‚rauhe‘ Leder, also die rohen Häute, schlossen der Marsberger Scharfrichter und Benedict (Pinnes) Heinemann 1736 einen Lieferungs- und Abnahmekontrakt. 1788 konnten David Feidel und Jacob Heinemann das alleinige Recht des Lederhandels vom Magistrat für jährlich 10 Rtlr. pachten. Während des Siebenjährigen Krieges waren Niedermarsberger Juden Fouragielieferanten, so David Feidel und Feidel Heinemann 1762.

In den Händen von Handlungsgehilfen und Knechten der ortsansässigen jüd. Geschäftsleute lag ein erheblicher Teil des ambulanten Vieh- und Kurzwarenhandels in und um Marsberg. Sie konnten ihn relativ eigenständig betreiben und zahlten ihren Hausherrn entweder jährliches Kostgeld oder arbeiteten in deren Auftrag „auf halben Profit“, konnten einen erheblichen Anteil der von ihnen erwirtschafteten Gewinne also für sich beanspruchen. Damit konnten sie auch Voraussetzungen dafür schaffen, in eine ortsansässige jüd. Familie einzuheiraten oder einen eigenen Hausstand zu gründen, wofür ein gewisses Vermögen Voraussetzung war. 1713 gelang ein solcher Aufstieg einem jüd. Knecht aus Brilon, der in Friedberg in der Neumark geboren war und sein Studium an einer Jeschiwa abgebrochen hatte, bevor er Handlungsgehilfe wurde. Als künftiger Schwiegersohn des Leyser/Lazarus bat er nun, sich in Niedermarsberg niederlassen zu dürfen.

Verstöße gegen kirchlich geprägte Vorschriften führten auch für Juden zu Sanktionen. Am Himmelfahrtstag 1665 hatte die Ehefrau des Meyer Bacharach Leinenzeug bzw. Bettlaken zum Trocknen auf den Zaun gehängt. Der Stadtdiener brachte es zwecks Verhängung einer kirchenrechtlichen Strafe in die Pfarrei. Der Marsberger Rat berief sich seinerseits auf sein ‚uraltes‘ Herkommen, derartige Normenverletzungen selbst bestrafen zu dürfen. So wurde Moyses (Seligmann?) 1729 vorgeworfen, er habe unter Missachtung eines entsprechenden Edikts in der Adventszeit Violine gespielt. Als die drei Söhne Jacob Heinemanns (d. J.) 1788 beim Abzug ihrer gerade vermählten Schwester nach Neuenkirchen Salutschüsse abfeuerten, wurde dies ebenso vor Gericht gebracht wie der Umstand, dass die zwei Tage dauernden Festlichkeiten von fünf Musikern begleitet worden waren, was man offenbar als ungehörig empfand. Auch andere Konflikte sind überliefert. So beschwerte sich 1667 Salomon Levi, die Stadtdiener hätten von ihm 1 Rtlr. Beiwohnergeld gefordert, deren Zahlung er zugesagt habe. Dennoch seien Soldaten der Stadt umgehend in sein Haus eingedrungen und hätten das Geld eingefordert; im sich anschließenden Getümmel verschwand ein silberner Löffel. Beim Metzger Hirtz entwendeten Diebe 1667 u. a. Fleisch, bei der Frau des Juden Leffmann 1681 „Pötte und Kessel“ voll Essen. Leiffmann Bacharach hatte 1668 in Obermarsberg Streit mit seinen Vermietern, die Mist durch sein Fenster geworfen haben sollen. Meyer Bacharach und sein Schwiegersohn Lazarus wurden 1678 von Jugendlichen mit Steinwürfen attackiert, als sie auf Geheiß des Drosten v. Spiegel zum Stift hinaufgingen. Als sie auf dem Rückweg durch einen bewaffneten Diener des Drosten eskortiert wurden, eskalierte der Streit; es wurde geäußert, der Drost nehme

augenscheinlich ‚Schelme‘ in Schutz. Die jüdenfeindliche Stimmung des Jahres gipfelte in einem Tumult, an dem sich auch Niedermarsberger Bürgerinnen beteiligten. 1681 warf ein Jugendlicher ein Fenster des Bendix (alias Pinsel) Bacharach ein. Als 1720 das Purimfest gefeiert wurde, flogen Steine in die Fenster Niedermarsberger Juden. Diese setzten den Tätern teils zu Pferde nach, jagten sie über die Diemel und stürmten die St. Josephs-Kapelle, in der sich die Jugendlichen versteckt hatten. Da Juden in den Wirtshäusern geduldet waren, junge Juden bisweilen selbst am Sabbat die Bierhäuser besuchten, kam es gelegentlich zu Auseinandersetzungen nach starkem Alkoholkonsum, die in den Marsberger Ratsprotokollen mehrfach geschildert werden. 1699 sollte Joseph, Sohn des Leyser, zum ‚Thorenkasten‘ in Arrest gebracht werden, nachdem er sich – an einem Sabbat – mit einem Handwerksgesellen geprügelt hatte, der ihm eine Liebschaft mit einem nichtjüd. Mädchen unterstellt hatte.

Bei innerjüd. Auseinandersetzungen war die gerichtliche Zuständigkeit nicht immer klar. So verwies 1668 der Bürgermeister die Beschwerde eines Joseph, der im Haus des Jacob von Brakel (Mansbach) von Leiffmann Bacharach geschlagen worden war, an den Rabbiner in Warburg, der sich aber weigerte, die Sache zu verhandeln. Leiffmann Bacharach beschimpfte 1669 seinen Glaubensgenossen Heinemann Hertzog, er habe in der Synagoge den ‚Armen-Kasten‘ bestohlen. Zu Handgreiflichkeiten kam es 1678 beim Mazzen-Backen zwischen dem Sohn des Jacob von Brakel und Leiffmann, deren Bestrafung durch den Rabbiner erfolgen sollte. 1734 beschuldigte die Frau des Moyses Leiffmann den jungen David Benedict des Diebstahls, woraufhin sich dessen zukünftiger Arbeitgeber Moyses Seligmann weigerte, diesen in Dienst zu nehmen. 1776 geriet der alkoholisierte Salomon Leiffmann, der während der Pessach-Feiertage im Haus des Heinemann wohnte, in eine Auseinandersetzung, weil er sich weigerte, gemeinsam mit seinen Glaubensgenossen zur Synagoge zu gehen. 1789 waren Streitigkeiten um die durch Los bestimmte Reihenfolge bei der Mazzen-Bäckerei wiederum Anlass einer Auseinandersetzung. Die rabbinische Gerichtsbarkeit wurde vor allem dann eingeschaltet, wenn es um ritualgesetzliche Fragen ging. So beschwerte sich Schmuël Bacharach 1730 über einen der Niedermarsberger Schulmeister, der „wegen des Schlachtens einige Fehler begangen“ habe. Selbst innerfamiliäre Angelegenheiten kamen bisweilen – abweichend vom jurisdiktionellen Anspruch der Rabbiner – vor die lokalen Gerichte, so 1756, als sich Fratzge Salomon, die zweite Ehefrau des Feidel Hertzog, unter Mitnahme ihres Brautschatzes nach Warendorf absetzte, wo sie vor ihrer Heirat gelebt hatte.

2.1.2 Gemäß der großherzoglich-hessischen Verordnung vom 15. Dez. 1808 nahmen die jüd. Einwohner Niedermarsbergs feste Familiennamen an. Eine Aufstellung der Haushaltsvorstände von 1815 nennt die Namen Dalberg (dreimal), Wertheim, Friendsberg und Romberg (je zweimal), Traugott, Oppenheimer, Bentheim, Wallenstein, Staalberg, Haarberg und Nordheimer; Namen wie Burchard, Eisenstein, Hohenfels, Kettel, Löwenbach und Stern kamen später hinzu. Als 1815 im GHtm. Hessen eine allgemein verbindliche Militärdienstpflicht eingeführt werden sollte, wurde eine Ablösung der Dienstpflicht durch eine Geldzahlung angeboten. Vier jüd. Haushaltsvorstände nahmen das Angebot an, die übrigen zwölf wünschten eine Gleichbehandlung mit allen übrigen Untertanen, darunter Abraham Dalberg und Feidel Romberg, die mit einem geschätzten Vermögen von 13 000 bzw. 6000 Rtlr. als die wohlhabendsten jüd. Einwohner Niedermarsbergs galten. 1832 werden Samuel Friendsberg und Selig Stahlberg mit je einem Spezereiwarenladen aufgeführt, Philip Dalberg handelte darüber hinaus noch mit Korn. Abraham Dalberg ist als Händler in Spezerei-, Ellen-, Groben- und Kurzwaren sowie in Korn genannt. Herz Friendsberg besaß einen Handel in groben und kurzen Eisenwaren, Isaac Nordheimer ist mit einem Handel in Ellen- und Spezereiwaren, Korn, Ton- und Porzellanwaren aufgeführt. Sowohl Moses Oppenheimer als auch Heinemann Traugott führten einen Handel mit Ellenwaren,

Branntwein, Korn, groben Guss- und Schlageisen sowie mit Vieh. Die Witwe Wertheim war Inhaberin eines Ellenwaren- und Viktualiengeschäfts.

1846 lebten in Niedermarsberg 17 jüd. Familien. Familienvorstände waren die Witwe Abraham Dalberg, Jacob und Philipp Dalberg, Feidel Freundsberg, Salomon Haarberg, Jordan Hohenfels, Salomon Löwenbach, Isaac Nordheimer, Jordan, Meyer und Salomon Oppenheimer, Selig Stahlberg, Heinemann und Salomon Stern sowie Gottschalk, Jacob und Samuel Traugott; 1847 kamen noch die Handelsmänner Selig und Isreal Wertheim hinzu. Trotz der nach 1847 gewährten Niederlassungsfreiheit blieben die meisten Juden in der Kleinstadt ansässig, drei Familien zogen aus der Oberstadt nach Niedermarsberg. Die wirtschaftliche Bedeutung der jüd. Kaufleute für Niedermarsberg, vor allem der wohlhabenderen wie Loewenbach, Dalberg, Schönstadt, Oppenheimer, Nordheimer und Traugott, lässt sich den Unterlagen für die Gemeinderatswahlen, die nach dem Dreiklassenwahlrecht durchgeführt wurden, entnehmen. Für die Wahlen 1855 wurden 272 Wahlberechtigte aufgeführt, darunter 19 Juden; von ihnen gehörten neun zur 1. Klasse, die 21 Wahlberechtigte umfasste, sieben zur 2. und drei zur 3. Klasse. Die jüd. Bürger stellten sieben Prozent der Wahlberechtigten, erbrachten jedoch 20 Prozent des Steueraufkommens. Als in den 1870er Jahren die ‚Stadtberger Hütte‘ und eine Papierfabrik florierten, sank die wirtschaftliche Bedeutung der jüd. Kaufleute. Die Geschäfte der Firmen Nordheimer, Dalberg und Stern hatten nach der Gewerbesteuerrolle 1876 jedoch weiterhin einen bedeutenden Umfang. Sie handelten mit Ellenwaren, Leder, Eisenwaren, Holz und organisierten Transporte.

Die Integration der Juden in das öffentliche Leben der Kleinstadt nach 1850 ist vielfach belegt. So gab es von den 1860er Jahren bis 1913 einen, zeitweise zwei jüd. Stadtverordnete. Als 1856 die neue Synagoge eingeweiht wurde, war das laut ‚Sauerländer Anzeiger‘ und AZJ ein Fest für die ganze Stadt, an dem offizielle Vertreter der Kommune und viele nichtjüd. Bürger teilnahmen.

Der Rückgang der jüd. Bevölkerung von fast fünf Prozent im Jahr 1880 auf etwas mehr als zwei Prozent im Jahr 1926 war neben der Abwanderung auch auf eine sinkende Geburtenrate zurückzuführen. Der Mehrheit der im Ort Verbliebenen war der Aufstieg in das mittlere und gehobene Bürgertum gelungen. Die meisten Juden waren weiterhin im Handel tätig, vor allem im Textil- und Viehhandel. Die ersten Textilhäuser im Ort wurden von den Familien Dalberg und Silberberg betrieben. Wichtige Arbeitgeber waren die von der Familie Oppenheimer gegründete Branntweinbrennerei, die Glasfabrik und die Dampfziegelei der Brüder Nordheimer sowie das Sägewerk der Brüder Traugott. Bei der Gemeinderatswahl 1914 stellten die Niedermarsberger Juden vier Prozent der Wähler, während sie 15 Prozent des Steueraufkommens erbrachten.

Im Ersten Weltkrieg wurde mehreren Juden das EK II verliehen: Joseph Homberg, Leopold Varnhagen (zudem die ‚Sächsische Friedrich August-Medaille in Silber‘), Fritz Nordheimer, Siegfried Homberg, Leo Weitzenkorn, dem Medizinstudenten Benno Eichengrün, dem Feldhilfsarzt Karl Reinsberg (zudem das ‚Württembergische Verdienstkreuz mit Schwertern‘) und Norbert Homberg (zudem das ‚Großherzoglich Oldenburgische Friedrich August Kreuz‘ 2. Klasse).

Ausdruck bürgerlichen Bewusstseins der Niedermarsberger Juden war auch die Wertschätzung schulischer und akademischer Bildung. Fast alle Jugendlichen besuchten nach der jüd. Schule die Niedermarsberger Rektoratsschule, viele Jungen anschließend die Gymnasien in Warburg oder Brilon. Lehmann Oppenheimer studierte Jura und wurde Landgerichtsdirektor in Altona, Karl Reinsberg ließ sich in den 1920er Jahren als Arzt in seiner Heimatstadt nieder. In allen geselligen, kulturellen und patriotischen Vereinen der Kleinstadt waren Juden seit Ende des 19. Jh. zahlreich vertreten, auch in führenden Positionen. Das Selbstverständnis vieler dokumentiert beispielhaft die Grabinschrift des Fabrikanten Hermann Oppenheimer (1846–1906): „Er liebte sein Judentum und sein deutsches Vaterland.“

2.1.3 Zum Zeitpunkt der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten gab es in Niedermarsberg acht jüd. Einzelhandelsgeschäfte, außerdem waren drei Juden als Viehhändler tätig. Zu den wichtigsten Arbeitgebern der Stadt gehörten die Brüder Traugott, die zeitweise mehr als 70 Personen in ihrem Sägewerk beschäftigten. Der reichsweit organisierte Boykott begann am 30. März 1933. SA-Männer zogen vor die Läden der Juden, sangen antisemitische Lieder und stellten Posten vor die Eingänge, um Kunden am Betreten der Geschäfte zu hindern. Das Sägewerk Traugott und die Schrotthandlung Strauss wurden zur Einstellung der Arbeit gezwungen, indem sämtliche Angestellte und Arbeiter beurlaubt wurden. Während ein Teil der Bevölkerung weiter in jüd. Geschäften kaufte, mieden Parteigenossen und Beamte diese fortan. Als Reaktion auf die antijüd. Hetze betonten viele Juden ihr Deutschtum. So wurde Ende 1933 eine Ortsgruppe des RjF gegründet, die etwa 50 Mitglieder aus Niedermarsberg und Umgebung hatte. 1935 gründete der Gymnasiast Werner Meyerhoff eine Ortsgruppe des ‚Bundes deutsch-jüdischer Jugend‘ (BdJJ), der fast alle Kinder und Jugendlichen der Stadt beitraten. Bei den wöchentlichen Treffen in einem Privathaus wurden vor allem Fragen der Auswanderung besprochen.

Zu einer ersten gewalttätigen antijüd. Aktion kam es 1934 am Tag vor dem Allerheiligenmarkt. Ein SS-Obersturmführer und etwa zehn Männer in Zivil beschimpften jüd. Ladenbesitzer und belästigten die Kunden, am Bahnhof schlugen sie jüd. Viehhändler zusammen. Die Polizei griff auf Anweisung des Ortsgruppenleiters nicht ein. Im Dez. 1934 beschloss der Rat, das Vermögen der ‚Oppenheimerschen Stiftung‘ zwischen Stadt und jüd. Gemeinde aufzuteilen.

Zwischen 1936 und 1938 emigrierten 17 junge Juden nach Südamerika, Palästina, auf die Philippinen und in die USA. Eine erste Familie verließ Deutschland noch 1933, zwischen 1936 und 1938 folgten weitere fünf sowie zwei Kaufmannswitwen. Im Herbst 1938 wohnten damit noch acht jüd. Familien und vier ältere alleinstehende Personen in Niedermarsberg. Während des Novemberpogroms zerschlugen SA-Männer und Hitlerjungen, überwiegend aus Marsberg, die Inneneinrichtung der Synagoge, warfen Kultusgegenstände auf die Straße und in die Glinde. Sie legten Feuer, das jedoch kaum Schaden anrichtete. Sie verwüsteten den jüd. Friedhof, drangen in Wohnungen sowie in die vier noch existierenden jüd. Geschäfte ein, demolierten und plünderten. Den in den Geschäften angerichteten Schaden bezifferte der Amtsbürgermeister auf 15 500 Mark, ungefähr 200 bis 300 Personen sollen nach seiner Darstellung an den Ausschreitungen beteiligt gewesen sein. In der Isolierbaracke des Niedermarsberger Krankenhauses wurde der schwerkranke Sally Traugott, Mitinhaber des Sägewerkes, festgehalten, um ihn zum Verkauf seines Besitzes zu nötigen. Gemäß der Weisung der Staatspolizei Dortmund wurden jüd. Männer, sofern sie „gesund und nicht zu hohen Alters“ waren, in ‚Schutzhäft‘ genommen. Dazu gehörten Feodor Dalberg, Philipp Dalberg, Arthur Levy, Hermann Traugott. Verhaftet wurden auch Abraham und Ernst Levenbach, Vater und Sohn einer fünfköpfigen Familie aus Weißweiler, die nach dem Scheitern ihres Auswanderungsversuchs bei einer Verwandten in Niedermarsberg untergekommen waren. Paula und Erna Traugott, die Ehefrauen der beiden Sägewerksbesitzer, wurden von SS-Leuten erpresst, 15 000 RM an die Belegschaft nachzuzahlen, da diese angeblich einen zu geringen Lohn erhalten habe. Um ihre Emigration im Mai 1939 nicht zu gefährden, zahlten die Erpressten den geforderten Betrag sowie weitere 10 000 RM, da mit der Einziehung der Pässe aller Familienangehörigen gedroht wurde. Als die sechs inhaftierten Männer nach einer bis drei Wochen Haft entlassen wurden, geschah dies mit der Verpflichtung, die ‚Arisierung‘ ihrer Häuser und Geschäfte sowie ihre „beschleunigte Auswanderung“ zu betreiben. Vor dem Pogrom war es bereits zu sieben Liquidierungen und vier ‚Arisierungen‘ von Geschäften sowie 17 Grundstücksveräußerungen gekommen. Für die Zeit nach dem Pogrom sind mindestens 26 Veräußerungen von Grundstücken belegt. 15 Juden aus

Niedermarsberg gelang nach dem Pogrom die Flucht aus Deutschland: dem Ehepaar Feodor Dalberg sowie den Familien Levenbach, Hermann und Sally Traugott. Sie zogen nach Argentinien, Kuba, auf die Philippinen und in die USA.

Ende 1939 lebten einschließlich der jüd. Patienten in der Provinzialheilanstalt noch 18 Juden in Niedermarsberg, von denen in den Folgejahren vier betagte Personen starben. Die Patienten Johanna Cohn, Emanuel Mansberg, Siegmund Speyer und Selma Bachmann aus Niedermarsberg, die erst kurz zuvor dort eingeliefert worden war, wurden im Sept. 1940 in die Heilanstalt Gießen verlegt und im Okt. in der ‚Tötungsanstalt Brandenburg‘ ermordet.

Mit dem ersten Transport aus dem Regierungsbezirk Arnsberg am 28. April 1942 wurden acht Niedermarsberger Juden (die Lehrerswitwe Anna Meyerhoff und drei ihrer vier Kinder, Liesel, Ernst und Helmut, die Schwestern Margot und Ingeborg Levy sowie die Schwestern Kläre und Elisabeth Stamm) ins Ghetto Zamość deportiert. Im Sommer 1942 wurden drei betagte Marsberger Juden ins Ghetto Theresienstadt verschleppt: die Kaufmannswitwe Frieda Dalberg, die kurz zuvor nach Kirchberg bei Jülich verzogen war, Paul Stamm, der kurz zuvor nach Westheim ins Haus seiner alten Mutter verzogen war, und Jenny Meyer. Als letzte Niedermarsberger Juden wurden Arthur Levy, der nach dem Pogrom im KZ Sachsenhausen interniert und anschließend zur Zwangsarbeit bei einem Bauunternehmen verpflichtet gewesen war, und seine Frau 1943 ins KZ Auschwitz verschleppt. Nach den Deportationen veranlasste das Finanzamt Brilon eine Versteigerung der Wohnungseinrichtungen und des sonstigen verbliebenen jüd. Besitzes im ‚Hotel Reichshof‘. Als einzige Jüdin überlebte Clara Grabkowski, die vor dem Krieg mit ihrem nichtjüd. Mann zugezogen war. Sie entkam der von der Gestapo Meschede angeordneten „Abbeförderung jüdischer Mischehepartner“ im Sept. 1944 aufgrund eines ärztlichen Attestes, das ihr Haftunfähigkeit bescheinigte.

2.1.4 Gedenktafeln befinden sich seit 1988 bzw. 2002 am Eingang des jüd. Friedhofs In der Hameke und seit 2003 gegenüber der früheren Synagoge. Seit 2009 beteiligt sich Marsberg an der Aktion ‚Stolpersteine‘.

2.2.1 Im Jahr 1812 lebten in Niedermarsberg 76 Juden, in den Jahren 1843 und 1858 jeweils 108. Im Jahr 1871 waren von 2907 Einwohnern 2498 kath., 277 ev., 132 jüd.; 1895 von 3861 Einwohnern 3357 kath., 342 ev., 162 jüd.; 1925 von 4797 [!] Einwohnern 4284 kath., 346 ev., 108 jüd. Glaubens und fünf bekenntnislos. 1932/33 zählte die jüd. Gemeinde etwa 90 Mitglieder in 25 Familien.

Anders als in den jüd. Gemeinden von Padberg und Heddinghausen, wo alle Mitglieder volles Stimmrecht hatten, besaßen in Niedermarsberg 1843 nur die vergeleiteten Juden das volle Stimmrecht. Der 1855 eingerichtete Synagogenbezirk umfasste neben Niedermarsberg auch Obermarsberg, Heddinghausen, Canstein, Leitmar, Udorf, Erlinghausen und Borntosten. Die Untergemeinden Obermarsberg und Heddinghausen waren kultisch und organisatorisch selbständig, sollten aber zu den Verwaltungskosten und Ausgaben des Gesamtbezirks beitragen. Die Orte Canstein, Leitmar, Udorf, Erlinghausen und Borntosten wurden der Untergemeinde Heddinghausen zugeordnet, in Erlinghausen und Borntosten lebten zu dieser Zeit jedoch keine Juden. Die jüd. Gemeinde Niedermarsberg war Anfang des 20. Jh. Mitglied des DIGB. Nach Auflösung der Synagogengemeinde Padberg 1932/33 gehörten auch Beringhausen, Bredelar, Messinghausen und Giershagen zur Synagogengemeinde Niedermarsberg.

Bestrebungen, die Gottesdienste umzugestalten, gab es auch in Niedermarsberg. So hieß es 1843, der Lehrer predige ‚zuweilen‘ in deutscher Sprache. Lehrer Levi (Ludwig) Meyerhoff, seit 1910 mehr als zwei Jahrzehnte Kantor, predigte an hohen Festtagen; 1931 hielt er eine Ansprache zur Einweihung der Synagoge in Brilon. Der Gottesdienst, den seit Ende des 19. Jh. auch die Obermarsberger Juden besuchten, wurde durch Orgelmusik begleitet.

1919 beliefen sich die Einnahmen der Synagogengemeinde, die fast vollständig aus den Steuern der Gemeindemitglieder resultierten, auf 2390 M, die Ausgaben auf 2053 M, u.a. wurden für den Lehrer 1200, für Verwaltungskosten 118 und für den Gottesdienst 175 M benötigt.

2.2.2 Der gottesdienstliche Versammlungsraum der Niedermarsberger Juden befand sich 1669 im oberen Stockwerk des von Meyer Bacharach bewohnten Hauses. Nach einem städtischen Protokollvermerk von 1695 sollten sich die Niedermarsberger Juden beim örtlichen Pfarrer melden und sich gemäß kurfürstlichem Dekret mit ihm einigen. Es ist unklar, ob es dabei bereits um die später belegte Zahlung an die Magnuskirche ging. 1735 schlossen Itzig Seligmann (wohl Vorsteher der Niedermarsberger Juden) und Moyses Bacharach mit den Dekanen und Rottmeistern Niedermarsbergs einen Vergleich, demzufolge den Juden die Abhaltung der Gottesdienste in dem ihnen verpfändeten Haus des Heinrich Busch gestattet wurde; dafür waren jährlich 2 Rtlr. an die Magnuskirche zu zahlen. 1736 wurde die Einrichtung einer Synagoge in einem Anbau hinter dem Haus des Itzig Seligmann (Weist 16) geplant, seit 1737 konnten die Juden hier nachweislich Gottesdienste abhalten; dafür waren neben einer Entschädigungssumme von 20 Rtlr. wie zuvor jährlich 2 Rtlr. an die Magnuskirche zu zahlen. Der neue Hausbesitzer Moses Oppenheimer verweigerte ab 1810 die jährliche Zahlung, wurde aber 1831 zur Nachzahlung verurteilt. 1851 endete ein neuerlicher Rechtsstreit wegen der Gebühr vor dem Appellationsgericht Arnsberg, dann aber zu Ungunsten der Magnuskirche. 1849 wurde die auffällige Synagoge bei einem Stadtbrand zerstört, 1853 war sie unter Verwendung von Entschädigungsgeldern wieder hergerichtet. 1851 teilte der Vorstand der jüd. Gemeinde dem Amtmann mit, dass Heinemann Dalberg ein aus dem Besitz des Johann Klope stammendes, „zwischen dem hoffmännischen und gerlachschen Hause“ gelegenes Grundstück (Weist 18) für 181 Tlr. an die jüd. Gemeinde weiterverkauft habe. Dort entstand eine neue Synagoge. 1856 versammelte sich anlässlich der von dem Magdeburger Rabbiner Dr. Ludwig Philippson – einem der einflussreichsten Vertreter des liberalen Judentums – vorgenommenen Einweihung ein Festzug vor der alten Synagoge, um die Thorarollen zum neuen Bethaus zu bringen. 1906 feierte die Gemeinde das 50-jährige Bestehen ihrer Synagoge. In der Pogromnacht 1938 wurde die Synagoge verwüstet, Kultusgegenstände wurden in der Umgebung verstreut, eine Brandstiftung misslang. 1940 musste das Synagogengrundstück für 2500 RM zwangsweise an einen Nachbarn verkauft werden, der das Gebäude ab 1942 als Warenlager für seine Schmiede nutzte. In den 1950er Jahren wurde es zu einem Kino umgebaut, 1981 zu einer Diskothek. Das Gebäude ist noch vorhanden, als Gotteshaus aber nicht mehr erkennbar.

2.2.3 Der jüd. Schulmeister Salomon Abraham unterrichtete 1668 im Haus des Jacob von Brakel. Im folgenden Jahr nennt das städtische Gerichtsprotokoll den Schulmeister Israel, der möglicherweise auch Vorsänger war. Der 1675 erwähnte Lazarus, jüd. Schulmeister in der Unterstadt, kam aus Frankfurt am Main. Er hatte Kaufmannswaren von dort mitgebracht und in seiner Herberge aufbewahrt, was zu Differenzen führte: Ein Mitglied des Kaufamts versuchte, ihn zu einem Verkauf von Knöpfen zu bewegen. Zusammen mit einem Stadtdiener brachte er diese Waren sowie Bücher und ‚Ceremonien‘ an sich, da Lazarus sich auf den Handel nicht einließ. Beim Verhör betrieb sich der Kaufamts-Senior auf das für die vergeleiteten und unvergeleiteten Juden in der Altstadt geltende Handelsverbot. 1677 hielten sich sowohl der 38-jährige, in Paderborn geborene ‚Rabbi‘ Jacob Ruben als auch ein 24 Jahre alter Schulmeister namens Aaron (geb. in Klein-Polen) in Niedermarsberg auf; möglicherweise handelte es sich um Privatlehrer einzelner Familien. Das Nebeneinander von Privatlehrern und solchen der jüd. Gemeinschaft ist für 1715 nachweisbar, als der „Präzeptor und Rabbi der Juden in der Altstadt“ meldete, dass lediglich Leyser (Laizar) und Joseph sowie die Witwe Seligmann Bacharach, deren Sohn Itzig sowie Meyer Joseph ihn für die

Unterrichtung der Kinder beschäftigen, nicht aber Heinemann (Benedict). Er wolle künftig, wenn die anderen Juden es erlaubten, auch die Kinder des Heinemann unterrichten, was ihm aber verboten worden sei. Als Heinemann seine Kinder dennoch in die Schule schickte, hätte Joseph Leyser diese daraus verwiesen. Zur Sache befragt, stellte Itzig Bacharach fest: „Er wollte keinen Schuhlemeister mit Heinemanns Kinder absolute nicht halten“; das Stadtgericht erzwang jedoch bei 20 Goldgulden Strafe die Beschulung der Heinemannschen Kinder. Derartige Streitigkeiten und die zeitweilige Tätigkeit zweier Schulmeister in Niedermarsberg kamen auch in der Folgezeit häufiger vor. 1738 lebten Schulmeister in den Familien des Feidel Hertzog, des Moses Seligmann und des Meyer Moses Cain, die jeweils vier bis sechs Söhne hatten; in den übrigen 13 Familien lebten weitere 31 Kinder.

Ein von der jüd. Gemeinde angestellter Lehrer, Joseph Winterlitz aus Königgrätz in Böhmen, wird erstmals 1818 erwähnt. Er unterrichtete monatsweise wechselnd in den Häusern seiner Schüler Deutsch, Hebräisch und jüd. Religion. Nach seinem Tod 1820 wird für 1824 Lehrer Rothschild genannt, der aber nicht über die erforderliche Approbation verfügte. Niedermarsberg bildete mit Obermarsberg einen Schulverband mit wechselnden Schulstandorten. Als 1825 in Niedermarsberg kein jüd. Lehrer vorhanden war, erhielten die Kinder Unterricht in Obermarsberg, Brilon, Büren oder beim Vorsänger und Schächter der jüd. Gemeinde. 1829 besuchten die 17 schulpflichtigen Kinder aus Niedermarsberg die private Schule des Bendix Heimberg. 1830 gingen elf Kinder der Familien Dalberg, Stahlberg und Nordheimer in die private jüd. Schule im Ort, vier Kinder der Familien Oppenheimer und Löwenbach besuchten die 1. Klasse des kath. Lehrers Wohler. 1832 gingen sieben Schüler aus Niedermarsberg in die jüd. Schule in Padberg. 1833 stellte die Niedermarsberger Gemeinde den im Haindorfischen Seminar ausgebildeten Lehrer Abraham Meyer ein, der 13 jüd. Kinder aus Nieder- und sechs aus Obermarsberg unterrichtete. Meyer erhielt neben freier Kost 150 Tlr. für seine Lehrertätigkeit und 90 Tlr. für das Kantorenamt. 1834 verließ Meyer nach Streitigkeiten den Ort. Im Jahr darauf gingen zehn der 13 schulpflichtigen Kinder in die kath. Elementarschule im Ort, drei in die jüd. Schule in Padberg. Im selben Jahr verlegte Lehrer Naphthali Burchard seine jüd. Privatschule von Padberg nach Niedermarsberg, wo sie bis 1852 nachweisbar ist und zu der auch Kinder aus Obermarsberg kamen; 1844 besuchten 13 Kinder die jüd. Schule. Seit 1849 wurde Burchard unterstützt von dem aus Madfeld stammenden Lehrer Wolfsdorf, der die Schule 1853 allein fortführte. 1856 wird Lehrer Freudenstein erwähnt, der auch für den Religionsunterricht in Essentho zuständig war. 1862 trat Friedrich Braun seine Stelle an. 1863 wurde die Privatschule in eine öffentliche Elementarschule umgewandelt, den Schulvorstand bildeten Isaak Löwenbach und Moses Alexander aus Niedermarsberg sowie David Kosing aus Obermarsberg. Zu dieser Zeit besuchten 25 Kinder die Schule, pro Kopf mussten 18 Sgr. 9 Pf. Schulgeld gezahlt werden.

Nachdem jahrzehntelang angemietete Räumlichkeiten, u. a. in Häusern von Christen, für den Unterricht genutzt worden waren, werden 1875 im Schuletat erstmals Rücklagen für den Bau einer Schule ausgewiesen. 1888 übernahm die Stadt den jüd. Schuletat, 1905 konnte ein eigenes, von der Stadt errichtetes Schulgebäude in der Paulinenstr. 17 bezogen werden. Zwischen 1881 und 1900 besuchten 20 bis 35 Kinder die Schule, 1905 waren es 25 Kinder. Lehrer Friedrich Braun wurde 1910 nach 48 Jahren Tätigkeit in Niedermarsberg in den Ruhestand verabschiedet, als Nachfolger wurde Levi (Ludwig) Meyerhoff aus Volkmarsen eingestellt. Ende 1914 übernahm Meyerhoff die Vertretung eines zum Kriegsdienst eingezogenen Klassenlehrers in der kath. Volksschule, die jüd. Kinder (1913 waren es neun) wurden in den Klassenverband übernommen. In den 1920er Jahren unterrichtete Meyerhoff neun Kinder in der öffentlichen jüd. Schule. Jetzt wurden auch Kinder aus den umliegenden Dörfern in die Marsberger Schule aufgenommen. 1932/33 besuchten 14 Kinder seinen Unterricht,

einige davon aus Giershagen. Auch an den höheren Schulen wurde jüd. Religionsunterricht erteilt, in den 1930er Jahren besuchten neun Mädchen und fünf Jungen die Rektoratschule. 1934 erfolgte die Auflösung der jüd. Schule zu Niedermarsberg. Meyerhoff, der 1935 starb, hatte fast 25 Jahre lang als Lehrer und Kantor in der Stadt gewirkt.

2.2.4 Um die Mitte des 18. Jh. lagen karitative Aufgaben – wie etwa die Bestattung Armer bzw. von Dienstboten – in den Händen der Judenschaftsvorsteher, die sich bei solchen Gelegenheiten mit dem kurfürstlichen Schöffengericht auseinanderzusetzen hatten. Seit 1881/82 existierten in Niedermarsberg ein Männer- und ein Frauen-Wohltätigkeitsverein, denen fast alle Marsberger Juden angehörten. Dem Männerverein stand 1911 B. Varnhagen vor, 1913 S. Strauß. Mitte der 1920er Jahre leiteten Siegfried Strauß, Feodor Dalberg und Lehrer Levi Meyerhoff den Männerverein mit 19 Mitgliedern, Anfang der 1930er Jahre Feodor Dalberg. Langjährige Vorsteherin der Frauen-Chewra war die Witwe Emilie Dalberg (gest. 1920), zweite Vorsteherin war Minna Reinsberg. Mitte der 1920er Jahre standen Frieda Dalberg und Rosa Nordheimer dem Frauenverein mit 20 Mitgliedern vor, 1932/33 Frieda Dalberg.

Niedermarsberger Juden – zeitweise auch Christen – unterstützten von 1848 bis zu Beginn des 20. Jh. die Haindorfsche Stiftung. Anfang der 1880er Jahre beendete Carl Harberg aus Niedermarsberg seine Ausbildung im dortigen Lehrerseminar. Seit Ende des 19. Jh. sind Stiftungen Niedermarsberger Juden bekannt, die z. T. einen erheblichen Umfang hatten und deren Zinsen u. a. für christl. und jüd. Arme bestimmt waren. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Familien Traugott und Oppenheimer zu nennen, die auch der Stadt bedeutende Schenkungen machten. Die Familie de Vries/Dalheim errichtete in den 1920er Jahren die hoch dotierte ‚Emilie-Dalberg-Stiftung‘ und die ‚de Vries-Stiftung‘ für bedürftige Kriegshinterbliebene bzw. den Kleinwohnungsbau.

2.3.1 Der im späten 17. Jh. nur anhand weniger Quellennachweise belegte, 1708 verstorbene Rabbiner Joseph Abraham ‚von Stadtberge‘ (Obermarsberg) war für das Hochstift Paderborn zuständig, seit 1684 auch für die Gft. Lippe und etwa seit dem gleichen Zeitpunkt auch das Gebiet der Fürstabtei Corvey. Ob er in Obermarsberg residierte, ist fraglich, ein Wohnsitz in der größeren Gemeinde Niedermarsberg erscheint wahrscheinlicher. Er verlegte seinen Wohnsitz frühzeitig nach Warburg, amtierte – als Stellvertreter des kurkölnischen Oberrabbiners – aber auch im Hztm. Westfalen. Wohin Joseph Abraham nach seiner Paderborner Amtsenthebung 1705 seinen Wohnsitz verlegt hat, ist nicht bekannt, in den beiden Städten Marsberg ist er nicht mehr nachgewiesen. Der um 1700 in Niedermarsberg lebende, 1729/30 verstorbene Moses Cahn/Cain erscheint spätestens seit 1719 mit dem Titel eines Vize-Rabbiners. Er vertrat in dieser Eigenschaft den kurkölnischen Oberrabbiner für den Bereich des Hztm. Westfalen. Bereits 1714 war er zum Münsterschen Landrabbiner berufen worden, seine rabbinischen Befugnisse schlossen auch die Fürstabtei Corvey ein. 1721 verbürgte er sich für seinen nichtjüd. Vermieter. 1725 wohnte er im Haus der Erben Busch in Niedermarsberg, für dasselbe Jahr ist er als Amtsträger bei einer Eidesleistung zugegen. Seine Witwe blieb in Niedermarsberg und war geschäftlich aktiv. Auch Meyer, der Sohn des Rabbiners, blieb in der Stadt und schenkte – vielleicht als Vermächtnis seines Vaters – der „Juden Schule allhier“ (Synagoge) 1729 ein „Buch worinn die zehn Gebott beschrieben“. Seit spätestens 1748 war der Niedermarsberger Feidel Hertzog Vorsteher der Judenschaft im Herzogtum Westfalen, ihm folgte sein Sohn Isaac Feidel für 26 Jahre. 1844 war S. Stahlberg Judenschaftsvorsteher.

Vorsteher der Juden in Niedermarsberg war 1735 vermutlich Itzig Seligmann. 1755 sind Itzig David und Feidel Hertzog in entsprechender Funktion nachgewiesen. Bei Einrichtung des Synagogenbezirks Niedermarsberg in den 1850er Jahren wurden

die Niedermarsberger Handelsleute Isak Löwenbach, Jacob A. Dalberg und Isak Schönstadt in den Vorstand gewählt. Der Repräsentantenversammlung gehörten fünf Personen aus Niedermarsberg an, zwei aus Udorf und je eine aus Canstein und Obermarsberg. Den Vorstand der jüd. Gemeinde bildeten 1884 die Kaufleute Moses Nordheimer, Moritz Oppenheimer und Heinemann Philipp Dalberg; vom Beginn des 20. Jh. bis zum Ersten Weltkrieg S. Oppenheimer, D. Cosing, L. Nordheimer und Bernhard Varnhagen; Mitte der 1920er Jahre Siegfried Strauß, Louis Nordheimer und Feodor Dalberg; Letzterer war 1932 Vorsitzender.

1738 ist ein ‚Judenvorsänger‘ belegt, der im Haus des Itzig David lebte. 1774 wird der Vorsänger Naphtali Löb erwähnt. 1818 hatte die jüd. Gemeinde einen Vorsänger, der auch das Amt des Schächters ausübte; diese Verbindung wurde in den folgenden Jahrzehnten beibehalten. Seit Mitte des 19. Jh. hatte der Lehrer der jüd. Schule auch das Amt des Kantors inne, so 1862 bis 1910 Lehrer Braun, 1910 bis 1935 Levy/Ludwig Meyerhoff. Der Synagogendiener in der Zeit des Ersten Weltkrieges hieß Homberg.

2.3.3 Seit Mitte des 19. Jh. spielten Niedermarsberger Juden eine wichtige Rolle im gesellschaftlichen und politischen Leben der Kleinstadt. In den Protokollen der Niedermarsberger Schützenbruderschaft, die bei der Gründung 1843 jüd. Mitglieder noch ausdrücklich abgelehnt hatte, erscheinen seit den 1850er Jahren die Namen jüd. Niedermarsberger. Nach 1900 war der Kaufmann Siegfried Strauß jahrelang Offizier und Rendant im Schützenverein. Mit Siegfried Homberg und Elly Dalberg gab es 1920 ein jüd. Schützenkönigspaar. Jüd. Männer waren Mitglieder im Gesangverein ‚Concordia‘ und im Kriegerverein, jüd. Männer und Frauen im ‚Verschönerungsverein‘, fast alle jüd. Frauen und Mädchen im Vaterländischen Frauenverein. Seit Ende der 1880er Jahre war Isidor Kleeberg 40 Jahre lang im Turnverein aktiv und trat als Kampfrichter auf. Auch politisch engagierten sich Juden in Niedermarsberg: 1862 bis 1894 war der Kaufmann Isaac Löwenbach Stadtverordneter, während einer Wahlperiode auch der Kaufmann Heinemann Dalberg. 1895 bis 1905 war der Fabrikant Hermann Oppenheimer Mitglied des Stadtrates, 1907 bis 1913 der Fabrikant Louis Nordheimer. Der Holzhändler Hermann Traugott stand 1929/30 dem Niedermarsberger Gewerbeverein vor.

Sanitätsrat Dr. Wilhelm Ruer war 1813 Gründungsdirektor des Landhospitals Marsberg, aus dem 1816 die ‚Provinzial-Irrenanstalt‘ hervorging, die er bis 1850 leitete. Er stammte aus einer bekannten jüd. Medizinerfamilie in Meschede und war 1812 zum Protestantismus übergetreten. Dr. Karl Reinsberg war Schularzt und Belegarzt am Niedermarsberger Krankenhaus.

3.1 Das 1856 eingeweihte Synagogegebäude (Weist 18) hatte eine Grundfläche von elf mal 15 Metern. Im Inneren zog sich an beiden Seiten eine Frauenempore entlang, zu der links und rechts vom Portal je eine Treppe hinaufführte. Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 313–316.

Zur 1905 eröffneten jüd. Schule (Paulinenstr. 17) gehörten eine Lehrerwohnung sowie ein Turn- und Spielplatz. Das 1989 unter Denkmalschutz gestellte Backsteingebäude weist noch heute seine ursprüngliche Bausubstanz auf, nur das Gaubentürmchen fehlt. Details bei BÖDGER, Jüdisches Leben im Hochsauerland 150–154 und bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 317f.

3.2 1774 waren folgende Juden in Niedermarsberg Eigentümer von Hausgrundstücken: Joseph (im Kötterhagen), Alexander Moyses, Selig Meyer, Itzig Moyses, Abraham Meyer und Heinemann Benedix; Itzig und David Feidel sowie der jüngere Jacob Heinemann besaßen je drei bzw. zwei eigene Häuser. Nach dem Flurbuch von 1832 besaßen acht jüd. Familien Hausgrundstücke an der Hauptstraße der Stadt, sie sind auch als Eigentümer von Gärten, Gemüsefeldern, Wiesen und Ackerflächen nachge-

wiesen. Aus dem traditionell betriebenen Kreditgeschäft ergaben sich zwangsläufig auch die Übernahme und der Handel mit Immobilien. Dies lässt sich etwa für das benachbarte Erlinghausen belegen, wo solche Grundstücksübernahmen durch die Kaufleute Traugott, Nordheimer und Stern nachweisbar sind. 1887/88 verfügten die Niedermarsberger Juden Alexander, Heinemann und Isaak Dalberg sowie Salomon Nordheimer, Moritz Oppenheimer, ferner die Witwe von Salomon Oppenheimer über Grundeigentum in Giershagen.

Das Haus Grüner Weg 17 wurde Anfang der 1920er Jahre vom Architekten Prof. Heinrich Straumer im englischen Landhausstil für den Amsterdamer Juden Louis de Vries, dessen Ehefrau Clara aus Niedermarsberg stammte, gebaut. Im Volksmund wurde das Haus ‚Heringsvilla‘ genannt, da die Bevölkerung davon ausging, das Vermögen der Familie stamme aus dem Heringshandel – de Vries besaß jedoch eine Kette von Trikotagengeschäften. Das um 1888 gebaute Haus Hauptstr. 26 gehörte der Familie Dalberg, später der Kaufmannsfamilie Nordheimer. Seit Anfang des 21. Jh. befindet sich das Grundstück im Eigentum der Sparkasse Paderborn. Das Haus Paulinenstr. 6, nach 1900 im klassizistischen Stil von Baumeister Terstesse errichtet, gehörte seit 1915 der Familie Sally Traugott. Die drei genannten Häuser stehen unter Denkmalschutz. Zu weiteren Wohn- und Geschäftshäusern vgl. PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 320f.; Faltkarte bei BANKE, Spuren, Bd. 1.

1887/88 verfügten folgende Niedermarsberger Juden über Grundeigentum in Giershagen (in Klammern gerundete Angaben in Hektar): Alex Dalberg (10), Heinemann Dalberg (1), Isaak Dalberg (4), Salomon Nordheimer (4), Moritz Oppenheimer (11) sowie die Witwe von Salomon Oppenheimer (0,4).

3.3 Bis 1883 wurden Juden aus Niedermarsberg auf dem jüd. Friedhof in Obermarsberg beigesetzt, dessen Platz aber begrenzt war. So erhielt die jüd. Gemeinde zur Anlegung eines Begräbnisplatzes in Niedermarsberg unentgeltlich eine Parzelle aus städtischem Besitz an der Straße ‚In der Hameke‘, die seit den 1880er Jahren als Friedhof genutzt wurde. Der während der NS-Zeit geschändete Friedhof wurde auf Ratsbeschluss von 1951 wieder hergerichtet. Ursprünglich außerhalb der Stadt gelegen, ist das 1607 m² große Areal inzwischen von Wohnhäusern umgeben. Rund 100 Grabstellen sind noch sichtbar, 86 Grabmale aus den Jahren 1880 bis 1948 erhalten. Am Tor wurden 1988 und 2002 Gedenktafeln für die während der nationalsozialistischen Herrschaft verfolgten und ermordeten Juden aus Marsberg angebracht. Der Friedhof wurde 1997 unter Denkmalschutz gestellt.

4.1 Archiv v. Elverfeldt-Canstein, Judenangelegenheiten ab 1620, A 2999, A 3000, A 3003. – Archiv des Generalvikariats Paderborn (insb. Kirchenbuchamt). – Bundesarchiv (Berlin), Abt. R: Deutsches Reich. – CJA Berlin: Gesamtarchiv der deutschen Juden, 1,75 A Jüdische Gemeinden, Ni4, Nr. 1–6. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), P 5 Nr. 2–4. – LAV NRW Abt. W (Münster), Fstm. Paderborn, Patrimonialgerichte, Gericht Fürstenberg, Nr. 4, 5, 10; GesamtA v. Spiegel, Akten, 1125, 3962; Hztm. Hessen, II D 407; Hztm. Westfalen Landesarchiv, Akten, Nr. 1707, 1709, 1723; LRA Brilon, Nr. 852, 939, 940, 1663; Hztm. Westfalen Gerichte, Marsberg, Nr. 4, 7–10, 13, 15f., 18–20, 24–26, 28–32, 46, 47, 49, 50, 64, 67, 72, 76, 81, 87–89, 95, 98, 124, 126, 131, 144–146, 163, 169; Hztm. Westfalen, Landstände 2388, 2888, 2996. – LWL-Archivamt für Westfalen, St. Johannisstift; WKPP. – StadtA Brilon, Urkunden, Nr. 511 (1762, 1773, 1776). – Stadt Marsberg, Denkmallakten Az.: 41 40 02 (Friedhof, Schule, versch. Wohnhäuser). – StadtA Marsberg, B 51, 52, 56, 61, 590, 592, 620, 621, 645, 907, 1129, 1131, 167–170, D 14, 164–166, 186, 187, 244, 290, 1221–1223, Bestand V-C-B1, Kartei des Judenamtes, Protokolle Gemeinderat ab 1844 und Amtsvertretung ab 1862, jüd. Familienregister ab 1819, Personenstandsregister, Protokollbuch des jüd. Schulvor-

standes 1887–1928, Bestand N-M Nachlass Elisabeth Brandt (Briefe aus Zamość), Bestand N-O Dep. Konrad Gerlach (Mitschnitte von Zeitzeugengesprächen).

4.2 Lagepläne, Grundrisse und Kartenmaterial zu Gebäuden in ehemals jüd. Besitz im Bauamt der Stadt Marsberg. Fotos von Gebäuden und jüd. Schulkindern im StadtA Marsberg. Fotos der Synagoge, des Schulhauses, jüd. Schüler, des Friedhofs und ehem. Wohnhäuser in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 373–381. Weitere Aufnahmen der Synagoge in: HEES, Die ehemalige neue Synagoge der Judenschaft Niedermarsberg 21f.; ferner in: BANKE, Spuren, Bd. 1. Aufnahmen des jüd. Friedhofs und der drei unter Denkmalschutz stehenden Häuser in der Sammlung der LWL-Denkmalpflege, Münster.

4.3 AZJ <6.5.1898, 18.5.1906, 11.11.1910>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 17/18–43 <1848–1905/1907>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1911> 81, <1913> 92, <1924/25> 62. – Israelitisches Familienblatt <1905–1906, 1914, 1916–1918, 1920, 1928, 1934–1935>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 166. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53.

4.4 BANKE Gudrun, Auf den Spuren der Marsberger Juden. Ein Erinnerungsbuch <Marsberg 2007>. – BÖDGER Johannes, Die Elementarschulen der Israeliten in Marsberg. In: Jüdisches Leben im Hochsauerland 129–176. – HEES Peter, Die ehemalige neue Synagoge der Judenschaft Niedermarsberg, Weist 18. In: Jüdisches Leben im Hochsauerland <Fredeburg 1994> 464–478. – DERS., Die jüdische Gemeinde in Niedermarsberg. Dokumentation erarbeitet im Rahmen der Projekttagge des städt. Gymnasiums Marsberg 1986 <Ms. im StadtA Marsberg>. – DERS., Niedermarsberg, Weist 18. Die ehemalige neue Synagoge der Judenschaft. In: In: BÖDGER Johannes (Hg.), Marsberg Chronik. Beiträge zur Stadtkunde <Marsberg 1989> 16–24. – KLATT Marlene, Vor 60 Jahren – der Allerheiligenmarkt 1934. Beginn der Judenverfolgung in Marsberg <[um 1994], Ms. im StadtA Marsberg>. – DIES., Unbequeme Vergangenheit. Antisemitismus, Judenverfolgung und Wiedergutmachung in Westfalen 1925–1965 (= Forschungen zur Regionalgeschichte 61) <Paderborn 2009>. – LATTEK Klaus, Jüdische Friedhöfe in Marsberg. Ein lokalgeschichtliches Unterrichtsprojekt an der Realschule. In: BÖDGER Johannes (Hg.), Marsberg Chronik. Beiträge zur Stadtkunde <Marsberg 1989> 109–112. – STADELMAIER Rupert, Beiträge zur Geschichte Marsbergs. Aus dem Nachlass hg. und bearb. von KLÜPPEL Heinrich/SCHMIDT Hubert <Marsberg 1971> 286–305 (Juden in Marsberg), 366–369 (Hausbesitzer). – STOLZ Siegfried, Die „Reichskristallnacht“ in Marsberg. In: ARNOLDS Wolfgang (Hg.), Die „Kristallnacht“ im Sauerland <Brilon 1988> 60–63. – TÖNSMEYER Hans Dieter, Spuren jüdischen Lebens in den Rats- und Gerichtsprotokollen der Stadt Marsberg (1650–1800) <Lippstadt 2015>. – WEITZENKORN KROUL Leni, Leni komm hier! Erinnerungen an eine deutsch-jüdische Jugend im Sauerland <Marsberg 2009>.

Gudrun Banke, Sturmius Bartholmé, Wilhelm Cramer,
Bernd Follmann und Siegfried Stolz
Beiträge zum 17./18. Jahrhundert: Bernd-Wilhelm Linnemeier

MARSBERG-Obermarsberg

1.1 Stadt Marsberg, Ortsteil Obermarsberg, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Um 1220 siedeln Bürger von Horhusen (auch Altenstadt, später Niedermarsberg genannt) mit ihren Rechten nach (Ober-)Marsberg über, auch Stadtberge oder Neustadt genannt. Nach fast völliger Kriegszerstörung der Oberstadt 1646 Verlagerung des Siedlungsschwerpunktes in die von nun an wirtschaftlich bedeutendere Talsiedlung. Bis 1808 bildeten beide Städte eine Doppelstadt unter Führung der Oberstadt, dann Verselbständigung der Unterstadt. 1844 Bildung des Amtes Niedermarsberg mit der Titularstadt Niedermarsberg, Obermarsberg bleibt amtsfrei. Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der neuen Stadt Marsberg.

Nach dem 1855 in Kraft getretenen Statut bildete Obermarsberg eine Untergemeinde des Synagogenbezirks Niedermarsberg.

2.1.1 Ein namentlich unbekannter Marsberger Jude ist 1617 genannt; vermutlich ist er identisch mit dem für 1618 nachgewiesenen Juden Meyer. Der Marsberger Jude Matthias (Bacharach) erhielt 1625 eine Obligation über 60 Rtlr. von der Witwe von Canstein; vermutlich sind Meyer und Matthias dieselbe Person. Für 1627 ist eine Schuldverschreibung über 200 Rtlr. zwischen der Jüdin Biessel (Pessel) und der Witwe von Canstein belegt. Eine Rückzahlungsquittung von 1633 zeigt, dass es sich bei Biessel (Pessel) um die Witwe des genannten Matthias (Bacharach) handelt. Als Sohn des Matthias tritt David Bacharach für mehrere Jahrzehnte in Erscheinung. Als in den 1640er Jahren Wulff aus Geseke Judenvorgänger im Hztm. Westfalen wurde, wird er als Nachfolger des ‚David von Stadtberge‘ bezeichnet, eventuell ist damit David Bacharach gemeint. 1643 gewährte David Bacharach dem Marsberger Bürgermeister einen Kredit in Form einer Obligation; 1655 setzte er acht Morgen landwirtschaftliche Fläche, die ihm ein Schuldner übertragen hatte, als Sicherheit gegenüber einem nichtjüd. Geschäftspartner ein; 1658 bezog er gegen eine größere Kohlenlieferung Roh-eisen von einem ortsansässigen Hammerschmied. Auch vom Reidemeister Johann Pielsticker erhielt er 1662 im Tausch gegen Getreide größere Mengen an Roheisen, das er weiterveräußern wollte. Etwa 1659 versuchte Bacharach, von einem Giershagener Bürger zwei Schuldforderungen aus dem Jahr 1627 geltend zu machen; der Beklagte wandte ein, er habe diese (über 10 und 60 Rtlr.) bereits 30 Jahre zuvor beglichen. Als 1660 ein Schuldner die Forderungen David Bacharachs durch Übertragung von Ländereien zu entschädigen versuchte, erhob die Propstei Marsberg als Grundherr Einspruch. Für 1654 ist belegt, dass eine Tochter des David Bacharach heiratete; 1658 tätigten sein Sohn Heinemann, 1665 seine unvergeleiteten und unverheirateten Söhne Leffmann und Pinsel (Pinchas) selbständig Geschäfte als Metzger oder Händler; 1659 erhielt sein Sohn Meyer ein kurfürstliches Geleit für Niedermarsberg. 1656 werden David Meyer und Itziger (Isaak bzw. Itzig Heinemann) als in Obermarsberg ansässig genannt; Letzterer ist vermutlich 1628 in Polen geboren und in Hildesheim aufgewachsen. Als Itziger und der „kleine David“ (vermutlich David Meyer) sowie dessen Ehefrau 1660 von Nichtjuden angegriffen wurden, kamen ihnen David Bacharach und zwei seiner Söhne zu Hilfe; Bacharachs Sohn Leffmann trug durch einen Steinwurf eine Kopfverletzung davon. 1677 gerieten Leffmann (wahrscheinlich der zuvor Genannte) und sein Schwager Lazarus aus Niedermarsberg in eine handgreifliche Auseinandersetzung mit dem Schmied des Klosters Bredelar, der erfolglos versucht hatte, von den beiden Genannten Tabak zu erhalten. Itziger, dessen angemietete Wohnung sich 1669 am Markt befand, beförderte u. a. Briefsendungen von Nichtjuden; er wur-

de gelegentlich verdächtigt, Hehlerware anzukaufen. 1677 beklagte sich ein nichtjüd. Einwohner Obermarsbergs über den Sohn Itzigers, der ihn an einem Schabbat auf offener Straße mit Erdklumpen beworfen habe. Während Itziger (Isaak) und David Meyer in Obermarsberg ansässig blieben, verlegten die Nachkommen des David Bacharach, der 1660 in einem gemieteten Haus in der Oberstadt lebte, ihren Wohnsitz mehrheitlich nach Niedermarsberg. 1672 hatten sowohl Itziger (Isaak) und der offenbar wohlhabende David Meyer entsprechend ihrem Vermögen 7 bzw. 53 Rtlr. zu einer Gesamtsumme von 1500 Rtlr. beizutragen, die der Landesherr für die Neuvergeleitung forderte. David Meyer, der als Kreditgeber und Eisenhändler tätig war, nahm gelegentlich metallene Pfandobjekte an und entrichtete im Gegenzug die fälligen Schatzungsgelder zahlungsunfähiger Bürger. 1658 führte er eine Auseinandersetzung mit dem Marsberger Bürgermeister, in deren Verlauf die Tür und die Fensterscheiben an Meyers Wohnung eingeschlagen wurden; gleiches geschah Meyer 1660 erneut. 1665 musste er einen Pferdeverkauf rückgängig machen, da der Käufer das Tier als untauglich bezeichnete. 1674 bat Meyer um Rechtshilfe beim Eintreiben ausstehender Zahlungen (3 bzw. 4 ½ Rtlr.). Als 1677 aus Anlass der Verlobung seiner Tochter die Stadtmusikanten in seinem Haus spielten, kam es zu einem Handgemenge, weil Nichtjuden versuchten, die Musikanten zu vertreiben. Ab 1676 ist Moyses Bacharach als in Stadtberge (Obermarsberg) ansässig belegt. Mit einem Edikt wurde 1669 den ‚Stattberger Juden‘ der Handel mit Bergwerkserzeugnissen verboten. 1678 wurde „sämtlich[en] verglaydet[n] juden zu Marsperg“ der Eisenhandel erneut untersagt. Die Verbote wurden jedoch nicht eingehalten, denn die Marsberger Gerichtsprotokolle weisen entsprechende Geschäfte während des späten 17. und des gesamten 18. Jh. nach.

Um 1700 lebten in der aus Ober- und Niedermarsberg bestehenden Doppelstadt 17 jüd. Familien. Für 1703 sind Moyses David, Jacob Heynemann und Salomon Joseph als vergeleitete Haushaltsvorstände für Obermarsberg nachgewiesen; im folgenden Jahrzehnt kam mit Samuel (Schmuel Bacharach) ein weiterer Geleitinhaber hinzu. Im Haushalt des Salomon Joseph lebte 1712 auch sein Schwiegersohn Hertz (Hertzig Benedikt), der 1730 als Erbe seines Geleits genannt ist. Der 1720 im Gericht Fürstenberg als Pferdehändler aktive Joseph Jacob aus Stadtberge (Obermarsberg) war möglicherweise ein Sohn des Jacob Heynemann. 1716 gelang es Salomon Joseph, ein zusätzliches Geleit für seinen Sohn Hertzig Salomon zu erwirken. Zwei Jahre später konnte er die ihm und seinem Sohn drohende Ausweisung abwenden – in Obermarsberg gab es wiederholt Klagen der städtischen Interessenvertreter über das Anwachsen der jüd. Einwohnerschaft. 1715 konfiszierte die Obermarsberger Kramerzunft die Warenvorräte der oberstädtischen Juden. Eine kurfürstliche Verordnung befahl die sofortige Rückgabe bei Androhung von 100 Gulden Strafe.

Aufgrund einer kurfürstlichen Weisung zur Feststellung ‚überzähliger‘ Juden erstellte der Marsberger Magistrat 1730 ein Protokoll, demzufolge schon 1725 keine ‚überzähligen‘, unvergeleiteten Juden in Marsberg gelebt hätten und seither keine neuen Geleite ausgestellt worden seien. Es würden nur einige „alte, verarmbte, so aus höchster gnade ihrer churfürstlichen durchlaucht und aus übersehung des magistrats“ in der Stadt geduldet, „zudem täten sich selbige selten alhier aufhalten, sondern brächten der stadt mehr nutzen dan schaden, weilen sie in anderen länden das brodt betteln und alhier verzehren täten.“ Alle Obermarsberger Juden konnten 1730 ein Geleit von 1725 vorlegen. Sie zählten sich selbst zu den 107 bereits 1700 vergeleiteten jüd. Familien im Hztm. Westfalen, deren Anzahl damals als unveränderbar festgesetzt worden war.

1738 lebten in Obermarsberg in sechs Haushalten 42 Juden, darunter auch Privatlehrer, Mägde und Knechte. 1744 waren in Obermarsberg sechs jüd. Haushaltsvorstände ansässig: Moyses David und dessen Sohn (Jacob Moyses?), Jacob Heinemann,

Meyer Moyses (1735 als Pfandleiher belegt), Schmuël Bacharach, Hertzig Salomon mit seinem Bruder, schließlich Hertzig Benedikt mit seinem Schwager Schmuël Salomon. Die für Marsberg genannten sechs Inhaber von ‚Gnadengeleiten‘ (die wegen Bedürftigkeit oder als Witwen keine Abgaben zu entrichten hatten), lassen sich keiner der beiden Städte zuordnen. Bürgermeister und Rat der Stadt Marsberg baten nicht nur um die Ausweisung der ‚überzähligen‘ Familien, sondern auch um stärkere Handelseinschränkungen der verbleibenden jüd. Familien.

Von Moyses David liegt aus dem Jahr 1725 eine Auflistung seiner Marsberger Kreditkunden vor. Neben dem Kreditgeschäft lebte er von der ‚Kuhpacht‘, wobei Rinder oder Kühe gegen Entgelt zu nichtjüd. Geschäftspartnern zur Fütterung gegeben wurden. Als er 1725 offenbar eine Sabbatschnur (Eruv) am Giebel seines Hauses befestigen ließ, kam es zu dem Gerücht, er habe einen „Teufels Bänder“ (Teufelsbanner) angeworben. 1729 klagte Jacob Heinemann gegen den aus Italien stammenden Rabbi Jacob Marcus Valentin Cardein wegen ehrenrühriger Nachrede. Der Rabbi musste dem Jacob Abbitte tun, ihm die Hand reichen und eine Geldstrafe an die Stadt zahlen. Die Tochter Heinemanns (Rose Jacob, verheiratet mit Nathan Joseph) wurde 1737 von ihrer in Fredeburg verheirateten Schwester Gudell Jacob vor dem örtlichen Niedergericht wegen einer Forderung von 24 Rtlr. verklagt. Schmuël Bacharach musste sich 1734 wegen der schlechten Qualität des von ihm angebotenen Rindfleisches verantworten, für 1756 ist belegt, dass er wegen des Verkaufs von Eisen an einen Nichtjuden Forderungen stellte. Der etwa 1731 in Obermarsberg geborene Herz Feidel war später als Handelsmann in Lippstadt aktiv (u. a. Heeresversorgung im Siebenjährigen Krieg), 1768 zog er nach Erwitte.

Die Kopfschatzliste des Jahres 1782 führt für Obermarsberg fünf jüd. Haushalte auf. Lesar (Leyser) Nathan zahlte 1 Rtlr. 12 Gr. Steuern, er ist als Salz- sowie (um 1784) als Salpeterhändler belegt, 1788 wird er mit einem Unterstädter Glaubensgenossen als Teilnehmer des Delbrücker Marktes genannt. Feibel Heinemann (1 Rtlr. 9 Gr. Steuern) ist 1762 als Geldverleiher und 1764 (trotz städtischem Verbot) als Kaffee- und Salzhändler nachgewiesen; Heinemann betätigte sich zudem als Metzger und später – wie der nicht mit ihm verwandte Jacob Heinemann – auch als Ochsenhändler. 1776 geriet Feibel Heinemann wegen angeblich überhöhter Fleischpreise mit der städtischen Obrigkeit in Konflikt. Aktenkundig wurde auch der Streit mit seinem in Niedermarsberg lebenden Bruder Joachim (Jacob) Heinemann, dem er wegen strittiger Kosten eines gemeinsam betriebenen Kreditgeschäftes eine Ohrfeige versetzt hatte. Als weitere Haushaltsvorstände zu erwähnen sind Jacob Nathan, dem 1785 die Fenster seiner Wohnung eingeschlagen wurden (1 Rtlr. 9 Gr. Steuern), der bis 1784 nachgewiesene Schmuël Meyer, der u. a. vom Handel mit Salz lebte (24 Gr. Steuern) und Abraham Bacharach (18 Gr. Steuern), dessen Gewerbe nicht bekannt ist. So war die wirtschaftliche Situation der Obermarsberger Juden recht unterschiedlich. Laut Kopfschatzlisten von 1748 und 1785 gab es einige wohlhabende Familien, andererseits war der Verarmungsgrad im Vergleich mit der übrigen Bevölkerung besonders hoch, knapp ein Viertel der Judenschaft wurde als arm eingestuft. 1801 zahlten weiterhin fünf jüd. Haushalte der Oberstadt Beiträge zu den Abgaben der Judenschaft: Leser Nathan zahlte 24 Rtlr., jeweils 21 Rtlr. zahlten Moyses Leffmann, Meyer (Moses), Moyses Isaak und Abraham Alexander. Verarmte Familien waren von diesen Abgaben offenbar befreit.

2.1.2 Gemäß der großherzoglich-hessischen Verordnung vom 15. Dez. 1808 nahmen die jüd. Einwohner feste Familiennamen an. Für Obermarsberg werden die Namen Höfeld, Hohenfels/Hohenfeld, Homberg, Kosing, Schönstadt, Sternberg und Strauß aufgeführt. 1818 gab es in Obermarsberg acht jüd. Haushaltsvorstände: Leyser Stern, Abraham Schönstadt, Moyses Strauß, Samuel Homberg, die Witwe des Meyer Kosing, Moyses Hohenfels, Falk Hohenfeld und die Witwe des Pinnes Hertz. Sechs

davon waren als Händler tätig, der Sohn der Witwe Kosing als Schneider, Falk Hohenfeld als Musikant, er galt wie die Witwe Hertz als arm und bedürftig. Außer den beiden Letztgenannten besaßen alle Familien eigene Häuser und Gärten. Bei der Gewerbesteuererfassung vermerkte der Stadtschultheiß 1820, dass alle Obermarsberger Kaufleute ihre Geschäfte nur im Nebenerwerb betrieben; lediglich die Juden, die mit Kramwaren, Korn und Vieh handelten, könnten ihren Lebensunterhalt davon bestreiten. 1832 ist Moses Hohenfels als Winkelier in Spezereiwaren sowie mit einem Korn- und Viehhandel verzeichnet. Moses Strauß handelte darüber hinaus noch mit Ellenwaren, Alexander Schönstadt wird als Händler mit Ellen- und Spezereiwaren, Branntwein, Korn und Vieh sowie grobem Guss- und Schlageisen genannt. Der um 1818 in Obermarsberg geborene Heinemann Strauß war später in Horn (bei Erwitte) tätig. Obwohl den Juden bei Erfüllung der finanziellen Bedingungen das Bürgerrecht zustand, wurden sie in der Bürgerliste von 1837 nicht genannt. Der Protest von Alexander Schönstadt wurde mit der Begründung zurückgewiesen, im Hztm. Westfalen hätten die Juden nie Bürgerrechte besessen. Erst im Verzeichnis der Stadtverordneten für das Jahr 1846 erscheint Schönstadts Name. Im selben Jahr waren in Obermarsberg Abraham Höfeld, Moses Höfeld, Isaac Hohenfels, Moses Homberg, Nathan Kosing, Alexander Schönstadt, Leiser Sternberg, Feidel Strauß und die Witwe des Moses Strauß als selbständige Juden verzeichnet.

In der ersten Hälfte des 19. Jh. waren die wirtschaftlichen Bedingungen für die Mehrzahl der jüd. Einwohner von Obermarsberg ungünstig, sie waren vorrangig als Händler und Handwerker (Schuster, Schneider, Blaufärber, Metzger) tätig. Wiederholt heißt es bei der Festsetzung der Klassensteuersätze, eine Familie sei „total verarmt“ oder es handele sich um einen „ganz unbedeutenden Gewerbebetrieb“. In der zweiten Hälfte des 19. Jh. verringerte sich die Zahl der jüd. Einwohner stark. Angehörige der Familien Schönstadt, Homberg und Strauß zogen nach Niedermarsberg, viele ihrer Kinder wanderten in größere Städte ab. 1881 war schließlich nur noch Jacob Weizenkorn mit Familie im Ort ansässig. Er betrieb eine Metzgerei, die 1881 in der niedrigsten Stufe zur Gewerbesteuer veranlagt wurde. Das Geschäft übernahm zunächst sein Sohn Willi, nach dessen Auswanderung in die USA der Bruder Julius. Jacob Weizenkorn hat im Krieg von 1870/71 das EK II erhalten, ebenso sein Sohn Arno im Ersten Weltkrieg.

2.1.3 In Obermarsberg lebte 1933 das Ehepaar Julius und Hedwig Weizenkorn mit drei Kindern. 1936 wurde ihre Metzgerei von den Behörden geschlossen, wofür angebliche hygienische Probleme den Vorwand lieferten. Die Familie emigrierte daraufhin 1937/38 in die USA. Während des Novemberpogroms verwüsteten SA-Männer und Hitlerjungen den jüd. Friedhof in Obermarsberg.

2.2.1 Im Jahr 1812 lebten in Obermarsberg 46 Juden, 1839 waren es 55, im Jahr 1843 dann 48 und 1858 nur noch 23 Juden. 1871 waren von 1327 Einwohnern 1223 kath., 72 ev., 32 jüd.; 1895 von 1244 Einwohnern 1188 kath., 45 ev., elf jüd., 1925 von 1273 Einwohnern 1234 kath., 37 ev. und zwei jüd. Glaubens.

In der ersten Hälfte des 18. Jh. sah sich die Judenschaft von Ober- und Niedermarsberg noch als organisatorische Einheit, jüd. Haushaltsverzeichnisse differenzieren nicht zwischen den Ortsteilen. Allerdings war die Judenschaft in Niedermarsberg bedeutender – das zeigt sich schon daran, dass beide Vorsteher der Gemeinde in Niedermarsberg ansässig waren. Noch vor 1802 erfolgte die Trennung in zwei eigenständige Gemeinden, 1843 bestand die Obermarsberger Gemeinde als eigenständige Korporation. Im Vorfeld der staatlich initiierten Einrichtung von Synagogenbezirken wurde 1847 die mögliche erneute Zusammenfassung diskutiert. Obervorsteher Hellwitz und Landrabbiner Friedländer favorisierten eine Verschmelzung der beiden Gemeinden. Der Obermarsberger Vorsteher Schönstadt setzte sich dagegen nachdrücklich zur Wehr, da dann der Synagogenstandort Obermarsberg hätte aufgegeben

werden müssen. Der Landrat in Brilon teilte Schönstadts Bedenken und übernahm dessen Vorschlag, wonach der kleineren Gemeinde Obermarsberg (mit 54 Personen) die jüd. Einwohner der umliegenden Landgemeinden zugeschlagen werden sollten, während die wohlhabende Gemeinde Niedermarsberg (mit 109 Personen) ihre bisherige Eigenständigkeit behielt. Mit dem 1855 in Kraft gesetzten Statut für den Synagogenbezirk Niedermarsberg wurde keiner der Vorschläge umgesetzt. Innerhalb des Synagogenbezirks bildeten Obermarsberg und Heddinghausen eigene Untergemeinden, die kultisch und organisatorisch selbständig waren, aber zu den Verwaltungskosten und Ausgaben des Gesamtbezirks beitragen sollten. Die kleineren Orte wurden Heddinghausen zugeordnet.

Bei Rechtsstreitigkeiten versuchte die Obermarsberger Judenschaft unter Vermeidung umständlicher Verfahren vor den Mittel- und Oberbehörden und unter Umgehung der zuständigen rabbinischen Autoritäten möglichst kurze – und kostengünstige – Wege zu beschreiten. Die konkurrierenden lokalen Gerichtsinstanzen, der auf seine hoheitlichen Rechte pochende Rat und das kurfürstliche Schöffengericht, begünstigten solche pragmatischen Lösungen. Das Schöffengericht leitete jedoch nicht selten interne jüd. Rechtsfragen an die übergeordneten Behörden bzw. die Rabbiner weiter. 1802 führten innerjüd. Streitigkeiten um gottesdienstliche Zeremonien und die Gelder der Armenkasse zu einer Untersuchung durch den Magistrat. Unter Androhung von Strafgeldern wurden die Obermarsberger Juden vorgeladen; einige von ihnen baten darum, die Probleme dem Oberrabbiner oder dem ‚Jüdischen Collegium‘ (dem Rabbinatsgericht zu Frankfurt a. M.) vorzulegen. Nach Abschluss der Untersuchung fällte der Magistrat seine Entscheidung und drohte bei Zuwiderhandlungen Strafgelder an. Die kurfürstliche Hofkammer bezeichnete das Vorgehen unter Hinweis auf die Judenordnung als widerrechtlich, da der Magistrat die Angelegenheit der Hofkanzlei nicht berichtet hatte. Die Hofkammer leitete den Fall an den Vizelandrabbiner Hirsch Cohen (Rapaport) aus Geseke weiter, die kurfürstliche Regierung kündigte der Stadt zudem Strafmaßnahmen an. 1823 gab es erneut Auseinandersetzungen innerhalb der kleinen Gemeinde. Der Judenschaftsvorsteher Abraham (Alexander) Schönstadt erließ ‚Verhaltens-Regeln‘ zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung während der gottesdienstlichen Versammlungen, denen der Lehrer Matthias Grünwald ritualgesetzliche Unbedenklichkeit bescheinigte. Die Regeln brachten keine dauerhafte Ruhe, denn noch im selben Jahr musste Rabbiner Hirsch Cohen Rangstreitigkeiten beim Aufrufen zur Thora schlichten. 1838 bemächtigten sich religiös orthodox eingestellte Gemeindemitglieder des Synagogenschlüssels, um reformorientierte vom Gottesdienst fernzuhalten. 1843 heißt es, die Obermarsberger hingen an den „alten Ceremonien“, die deutsche Sprache habe im Gottesdienst „noch keinen Eingang gefunden“, zudem werde selten gepredigt.

2.2.2 Eine Auseinandersetzung zwischen dem Unterstädter Meyer Bacharach und dem Oberstädter David Meyer 1676 lässt erkennen, dass die Obermarsberger Juden zu dieser Zeit den Versammlungsraum ihrer Niedermarsberger Glaubensgenossen besuchten, der bereits zuvor nachweisbar ist. Anfang des 18. Jh. entstand in Obermarsberg eine eigene Synagoge. Erstmals für 1713 ist im Fragment eines Katasters eine Synagoge erwähnt, sie stand in der heutigen Kupferstr. hinter Haus Nr. 7 und war nur durch das Vorderhaus zu betreten. Auf dieses Gebäude dürften sich mehrere Vermerke im Ratsprotokoll des Jahres 1716 beziehen. Demnach hatten es sich an Simchat Thora 1715 die „Juden Jungenß“ dadurch „lustig“ gemacht, dass sie „mit kleinen Raketen und Schlüsselbüchsen“ schossen, pulvergefüllte Federkiele zündeten oder mit Obst und Gemüse warfen; der Lärm und die Feuergefahr riefen Vertreter der städtischen Obrigkeit auf den Plan. In den 1830er Jahren galt die Synagoge als baufällig und zu klein. Bereits 1818 war von Amts wegen festgestellt worden, dass sie zwar am Dach ausgebessert sei; aufgrund der niedrigen Lage dringe jedoch weiterhin

Regenwasser ein. Den Katasterunterlagen zufolge wurde das Gebäude 1837 abgebrochen, das Grundstück 1862 verkauft. 1836 wurde mit dem Bau einer neuen Synagoge zwischen Kohlbettstr. und Mönchhofstraße begonnen, nur einige Meter von der alten Synagoge entfernt, „auf einem von der Judenschaft angekauften geräumigen Platz“. Für den Neubau wurde Baumaterial vom „Schulhaus zu Giershagen“, das die Obermarsberger Juden erstanden hatten, verwandt. Im 1837 eingeweihten Gebäude war auch ein Raum für Religionsunterricht untergebracht. 1838 vermachte der Obermarsberger Handelsmann Moses Homberg seinem ältesten Sohn Nathan das Eigentumsrecht an seiner in der Synagoge aufbewahrten Thorarolle. Zur Tilgung der durch den Synagogenneubau erwachsenen Schulden vererbte 1858 der in der Oberstadt geborene, inzwischen in Niedermarsberg lebende Kaufmann Jacob Schönstadt der Judenschaft von Obermarsberg testamentarisch 200 Tlr.; der Betrag war allerdings bei einem späteren Verkauf der Synagoge an seine Angehörigen zurückzuzahlen. Auch sollten aus seinem Nachlass jährlich 5 Tlr. zur Bestreitung der Kultuskosten dienen, dafür sollte alljährlich zu Jom Kippur eine Kerze zu seinem Gedächtnis in der Synagoge brennen. Mit dem Rückgang der Gemeindemitglieder endete auch der Gottesdienst in Obermarsberg, die letzte verbliebene Familie besuchte fortan die Synagoge in Niedermarsberg. Das Synagogengebäude existierte 1893 noch, um 1900 wurde es abgerissen.

2.2.3 David Bacharach beschäftigte bereits 1662 einen Schulmeister. 1676 erteilte Lazarus, der Schulmeister der Unterstadt, dem Sohn des David Meyer Unterricht und geriet mit dem Auftraggeber in Fragen des Schulgeldes und der Beiträge zu seiner Beköstigung aneinander. Ein weiterer Privatschulmeister namens Abraham stand bis 1677 im Dienst David Meyers. 1731 war der bei einer Streitsache nachgewiesene Wulff Abraham „Oberstätter Juden Schulmeister“. 1738 hatten in der Oberstadt Schmucl Bacharach und Meyer Moyses für ihre sechs bzw. sieben Kinder jeweils eigene Schulmeister angestellt. Vor 1783 war Josef Abraham Friedländer, der spätere Landrabbiner, Hauslehrer in Obermarsberg. 1818 heißt es, die Gemeinde habe zwar keine „öffentliche Lehrschule“, wohl aber einen jüd. Lehrer, der jeweils für ein halbes Jahr angestellt sei, wofür er 15 bis 18 Rtlr. sowie freie Kost und Logis erhalte. Er gebe die Lehrstunden in den Häusern, „wo er die Kost“ habe. Zu dieser Zeit bildeten Obermarsberg und Niedermarsberg einen Schulverband mit wechselnden Schulstandorten. 1823/24 war der approbierte Mathias Grünwald Lehrer in Obermarsberg, 1825 erhielten auch die jüd. Kinder aus Niedermarsberg dort Unterricht. Während 1826 ein approbierter Lehrer den zehn schulpflichtigen jüd. Kindern in Obermarsberg Religionsunterricht erteilte, berichteten 1828 Moses Strauß und Moses Stern, dass die Obermarsberger Juden einen jüd. Privatlehrer beschäftigten. 1829 besuchten die elf schulpflichtigen Kinder die christl. Schule, den Religionsunterricht erteilte Lehrer Seligmann Heilbronn. Sechs jüd. Kinder aus Obermarsberg gingen 1833 in die Privatschule des Lehrers Abraham Meyer in Niedermarsberg, während die anderen Kinder in Obermarsberg Unterricht von Samuel Meyer aus Posen erhielten. Als die jüd. Gemeinde 1836/37 eine neue Synagoge mit Schulstube gebaut hatte, verfügte sie nicht mehr über die finanziellen Mittel, um einen Lehrer zu beschäftigen. Gemeindevorsteher Alexander Schönstadt bemühte sich 1838 um einen Privatlehrer aus dem Haindorfschen Lehrerseminar, der seine Kinder in Religion unterrichten sollte. Nachdem Jordan Lehmann aus Essen den Kindern mehrere Monate Religionsunterricht erteilt hatte, besuchten sie anschließend den Religionsunterricht des jüd. Lehrers in Niedermarsberg, ab 1844/45 den des Giershager Lehrers Philipp Emanuel Fischel. 1843 gab es acht schulpflichtige jüd. Kinder in Obermarsberg. Auch in der zweiten Hälfte des 19. Jh. gingen die schulpflichtigen jüd. Kinder aus Obermarsberg mehrheitlich in die christl. Schule in Niedermarsberg. Den jüd. Religionsunterricht erteilten die Eltern, im Fall der Familie Schönstadt auch Privatlehrer. Der Schulraum in der Synagoge wurde bereits damals nicht mehr genutzt.

Als 1863 die private jüd. Schule in Niedermarsberg in eine öffentliche Elementarschule umgewandelt wurde, gehörte David Kosing aus Obermarsberg zum Schulvorstand, zu dieser Zeit besuchten also wenigstens einzelne Obermarsberger Kinder die Schule.

2.2.4 Für 1677 ist auch für Obermarsberg das vermögensabhängig gestaltete System zur Beherbergung bedürftiger Glaubensgenossen durch die Verteilung von ‚Pletten‘ (Billette) belegt. David Meyer, dem man über ein Viertel der verteilten ‚Pletten‘ aufgebürdet hatte, wies darauf hin, dass weder er noch sein Sohn der als ungerecht empfundenen Umlegung beigewohnt hätten. Von 1842 bis 1862 unterstützten Juden aus Obermarsberg die Haindorfsche Stiftung. 1858 verfügte der gebürtige Obermarsberger Jacob Schönstadt für den Fall seines Ablebens die Verteilung von je 60 Tlr. an jüd. und nichtjüd. Arme von Ober- und Niedermarsberg. Weitere mildtätige Stiftungen sollten u. a. den jüd. Einwohnern Obermarsbergs zugute kommen.

2.3.1 Der im späten 17. Jh. nur anhand weniger Quellennachweise belegte, 1708 verstorbene Rabbiner Joseph Abraham ‚von Stadtberge‘ war für das Hochstift Paderborn zuständig, seit 1684 auch für die Gft. Lippe und etwa seit dem selben Zeitpunkt auch das Gebiet der Fürstabtei Corvey. Ob er in Obermarsberg residierte, ist fraglich, ein Wohnsitz in der größeren Gemeinde Niedermarsberg erscheint wahrscheinlicher. Frühzeitig verlegte er seinen Wohnsitz nach Warburg, amtierte – als Stellvertreter des kurkölnischen Obrerrabbiners – aber auch im Hztm. Westfalen. Wohin Joseph Abraham nach seiner Paderborner Amtsenthebung 1705 seinen Wohnsitz verlegt hat, ist nicht bekannt, in den beiden Städten Marsberg ist er nicht mehr nachgewiesen.

Vorsteher der Obermarsberger Judenschaft war 1823 Abraham Alexander Schönstadt. Sein Sohn und Nachfolger Alexander Schönstadt setzte sich im Rahmen der lokalen Neuorganisation der jüd. Gemeindestruktur in den 1850er Jahren für die Fortdauer der Obermarsberger Selbständigkeit ein. In der 1855 neu konstituierten Synagogengemeinde Niedermarsberg wurde Levi Strauß zu einem von drei stellvertr. Vorstandsmitgliedern gewählt, der gleichfalls in Obermarsberg lebende Philipp Strauß als einer von neun Repräsentanten sowie David Kosing als stellvertr. Repräsentant. Als Schochet betätigte sich um 1656 möglicherweise David Meyer. 1802 bestellte die städtische Obrigkeit Meyer Moyses und Abraham Alexander zu einstweiligen Armenprovisoren, zuvor war dieses Amt offenbar nicht besetzt gewesen.

2.3.3 Während der 1840er Jahre war der Kaufmann Alexander Schönstadt der erste jüd. Stadtverordnete in Obermarsberg.

3.1 Bei der Anfang des 18. Jh. erwähnten Synagoge handelte es sich um einen Fachwerkbau, der nur durch einen Anbau des Vorderhauses zugänglich war (Kupferstr., hinter Haus Nr. 7). Der 1837 eingeweihte Neubau (Haus Nr. 143) lag innerhalb der alten Stadtbefestigung auf einer von der Mönchhofstr. und der Kohlbettstr. begrenzten Parzelle, laut Bauantrag „in großer Entfernung“ zur Stifts- bzw. Nikolaikirche. Die Wände des schiefergedeckten Hauses waren teilweise aus Fachwerk, teilweise massiv gemauert. Es hatte eine Grundfläche von 10 mal 7 Metern, eine Höhe von etwas mehr als 5 Metern und war teilweise zweistöckig. Die Raumaufteilung ermöglichte die übliche Trennung von Männern und Frauen. Vermutlich befand sich im eingeschossigen Teil der Betsaal, im zweigeschossigen der Schulraum.

3.2 Im Jahr 1818 waren sechs jüd. Familien Eigentümer von sieben Hausgrundstücken (Nr. 76, 130, 137, 165, 229, 303, 333).

3.3 Der jüd. Friedhof ‚Vorm Südtor‘ bzw. ‚Auf der Mauer‘ liegt an einem Steilhang unterhalb der Stadtmauer und ist 2565 m² groß. 1660 wird dieser Begräbnisplatz zum ersten Mal erwähnt, als zwei jüd. Kinder beerdigt werden mussten und dieser Platz, der ‚Schüttenhof‘, der jüd. Gemeinde für eine jährliche Gebühr von 2 Rtlr. zugewiesen

wurde. Der Platz wird in den Katastern der Jahre 1721 und 1770 als ‚Judenbegräbnisplatz‘ bzw. ‚Judenkirchhoff‘ bezeichnet. Die Gestaltung der Grabsteine lässt zwei Belegungsabschnitte erkennen. Auf dem offensichtlich älteren Gräberfeld befinden sich heute noch 67 schlichte Grabsteine, die 28 Gräber des jüngeren Areals sind teilweise mit monumentalen Denkmälern ausgestattet. Auf dem Friedhof wurden bis in die 1880er Jahre auch die Juden aus Niedermarsberg begraben. 1883 lehnte die Arnberger Regierung eine Vergrößerung des Areals ab, künftig wurde der Friedhof in Niedermarsberg mitbenutzt. Auf dem bereits geschlossenen Friedhof kam es wiederholt – so etwa 1898 – zu Zerstörungen. Beim Novemberpogrom 1938 verwüsteten SA-Männer und Hitlerjungen die Anlage. 2006 wurde der Friedhof unter Denkmalschutz gestellt.

4.1 Archiv v. Elverfeld in Canstein, A 1398, Judenangelegenheiten ab 1620. – Archiv des Katasteramtes Brilon. – CJA Berlin, Gesamtarchiv der deutschen Juden, 1,75 A Jüdische Gemeinden, N14, Nr. 1–6. – Institut f. Stadtgeschichte, Frankfurt a. M. – LAV NRW Abt. W (Münster), Kreis Brilon LRA Nr. 939, 940, 1643, 1651, 1660, 1663; Reg. Arnberg Schulregistratur Nr. II H 1723; GesamtA von Spiegel, Akten Nr. 1114, 1460; Hzm. Westfalen, Ämter und Gerichte, Marsberg, Nr. 1, 4–8, 10, 13, 15, 18, 19, 22, 23, 25, 27–29, 67, 81, 86–88, 90, 97, 98, 100, 123, 126, 131, 145, 156, 157, 163, 169; Hzm. Westf. Landstände Nr. 2488, 2996; Hzm. Westfalen, Landesarchiv, Nr. 1723, 1724; Amtsgericht Brilon, Nr. 390, 1039, 1129; Kloster Bredelar, Akten, Nr. 172; Kataster Arnberg, Nr. 1381; Fstm. PB, Gerichte Patrimonialgericht Fürstenberg, Nr. 4, 5; Landgericht Arnberg Nr. 1192, 1231, Regierung Arnberg ZK 432988, 461916; RKG M 481, Bd. I und II. – LAV NRW Abt. R (Duisburg), Kurköln III, Nr. 17, fol. 311 b und 363b. – StadtA Marsberg, Bestand A, Protokolle Gemeinderat ab 1858, Personenstandsregister. – Stadt Marsberg, Denkmalakten Az.: 41 40 02 (jüd. Friedhof zu Obermarsberg).

4.2 Lagepläne, Grundrisse und Kartenmaterial zu Gebäuden in ehemals jüd. Besitz im Bauamt der Stadt Marsberg. Fotos des jüd. Friedhofs in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 376–378 und in der Sammlung der LWL-Denkmalpflege, Münster. Weitere Fotos, Abb. und Karten in BANKE, Auf den Spuren der Marsberger Juden [Band 1], 133–134 sowie im StadtA Marsberg.

4.3 AZJ <6.5.1898>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 13/14–23 <1842–1862>. – Israelitisches Familienblatt <14.12.1916>.

4.4 BANKE Gudrun, Auf den Spuren der Marsberger Juden. Ein Erinnerungsbuch [Band 1] <Marsberg 2007>. – LATTEK Klaus, Jüdische Friedhöfe in Marsberg. Ein lokalgeschichtliches Unterrichtsprojekt an der Realschule. In: BÖDGER Johannes (Hg.), Marsberg Chronik. Beiträge zur Stadtkunde <Marsberg 1989> 109–112. – TÖNSMEYER Hans Dieter, Spuren jüdischen Lebens in den Rats- und Gerichtsprotokollen der Stadt Marsberg (1650–1800) <Lippstadt 2015>. – ZIMMERMANN Johann, Wo stand die Obermarsberger Synagoge? In: Heimatborn. Beilage zum Westfälischen Volksblatt Nr. 108 <Paderborn 1965>.

Gudrun Banke, Sturmius Bartholmé, Wilhelm Cramer,
Bernd Follmann und Siegfried Stolz
Beiträge zum 17./18. Jahrhundert: Bernd-Wilhelm Linnemeier

MARSBERG-Padberg

1.1 Stadt Marsberg, Ortsteil Padberg, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der neuen Stadt Marsberg.

Zum 1855 eingerichteten Synagogenbezirk Padberg gehörten auch Beringhausen, Giershagen (einschließlich Bredelar) und Helminghausen, zur Untergemeinde Madfeld gehörten ferner Messinghausen und Rösenbeck.

2.1.1 In der Herrschaft Padberg (Beringhausen, Padberg und Helminghausen bildeten eine Unterherrschaft im Kurfürstentum Köln) sind seit 1672 Juden urkundlich belegt, Aron und sein Sohn Wendel (Mendel?) aus Beringhausen erwarben in diesem Jahr einen kurfürstlichen Schutzbrief. 1703/04 waren drei namentlich nicht bekannte jüd. Familien in der Herrschaft ansässig, die ihr Geleit von den Herren von Padberg erhalten hatten. Anfang des 18. Jh. kam es darüber zu Konflikten mit dem Landesherrn. Die Herren von Padberg beharrten darauf, dass sie „in possessione der gerechtsame“ seien, „juden ohne landesoberheitlichen gnädigsten glaydt in ihrer herrlichkeit“ haben zu dürfen. Das Recht zur eigenen Geleitserteilung sei in „unvordenklicher“ Zeit vom Landesherrn zugestanden worden, schriftliche Belege konnten die Herren dafür aber nicht vorlegen. 1723 stellte Hermann Bernard v. Padberg den ältesten noch erhaltenen Schutzbrief für Manuel Jacob und seine Familie aus. Für den Ort Padberg ist 1735 Marcus Meyer nachweisbar, der in diesem Jahr einen Vertrag über den Wiederaufbau eines 1729 abgebrannten Hauses mit Hermann Rosenbaum schloss. 1749 erhielt Leifmann Josef ein Geleit für Padberg. 1766 waren elf jüd. Familien in der Herrschaft vergeleitet, fünf davon im Ort Padberg. 1774 gab es 13 Familien in der Herrschaft, sechs davon wohnten in Padberg: die von Joseph Heinemann, Wulf Marcus (Selm Marcus), Wulf Kump (Wulf Marcus), Seligmann Joachim, Leifmann Josef und von Leffmann Salomon. 1800 erhielt zudem Nachmann Löwenthal ein Geleit für Padberg.

Die jährliche Abgabe der Juden an die Herrschaft Padberg betrug im 18. Jh. etwa 10 Rtlr., änderte sich aber im Lauf der Zeit. Nach dem letzten bekannten Padberger Schutzbrief von 1805 (für Jacob Simon aus Beringhausen) war ein jährliches Geleitgeld in Höhe von 5 Rtlr. 35 Gr. an das Oberhaus der Herrschaft zu zahlen, an das Unterhaus ein Geleitgeld von 1 Rtlr. 24 Groschen (die Herrschaft war bis 1801 in ein altes und ein neues Haus geteilt, diese Unterscheidung wirkte hier noch fort); zusätzlich war zu Neujahr ein Pfund feiner Zucker oder ein Kalbsbraten abzuliefern. Die Zungen aller von Juden geschlachteten Rinder standen dem Oberhaus zu. Die Hausbesitzer („Solstätter“) hatten weitere Zahlungen an die Herren von Padberg zu leisten.

In Helminghausen lebten 1766 drei vergeleitete jüd. Familien, 1774 waren es die Familien von Joseph Salomon, Simon Jacob und Salomon Abraham.

2.1.2 Um 1807 zog der jüd. Handelsmann und spätere Polizeidiener Selig Bendix von Padberg nach Horn (bei Erwitte). Für 1816 sind im Ort Padberg acht jüd. Familien ohne Angabe von Namen erwähnt. In der ersten Hälfte des 19. Jh. waren die jüd. Bewohner Padbergs im Handel oder als Handwerker tätig, einer wurde als „Oeconom“ bezeichnet. 1832 wird Wolf Dessauer mit einem Handel in Spezerei-, Ellen-, Grob- und Kurzwaren sowie mit einem Korn- und Viehhandel aufgeführt. In den Registern des Bürgermeisters sind von 1834 bis 1874 für Padberg die Familiennamen Amant(d), Burchard, Dessauer, Fischel, Friedländer, Hagemann, Heimberg, Hirschel, Hoffmann, Kahlenberg, Kahn, Kleine, Löwenthal, Rosenbaum, Rothschild, Saalberg, Schloss und Schönnemann erwähnt. 1836 zog der Handelsmann Markus Schnellenberg mit seiner Ehefrau Bertha (Bernardine) geb. Steinberg, seinem Bruder Josef und sei-

nem Cousin Philipp Rosenbaum von Padberg nach Sundern-Stockum. 1846 waren in Padberg Levi Amant, Raphthali Burchard, die Witwe des Judas Fischel, Jonas Hagemann, Heinemann Kahn, Nachmann Löwenthal, Zacharias Rosenbaum, die Witwe des Moses Rothschild und Levi Schönemann als selbständige Juden verzeichnet. Die genannten erblichen Familiennamen führten sie bereits seit 1808. Eine Lehrerausbildung im Seminar der Haindorfschen Stiftung erhielten in den 1830er Jahren Isaac Amant (später Lehrer in Beckum), in den 1870er Jahren Julius und Israel Heimberg; Letzterer wurde 1877 als Lehrer in Ibbenbüren angestellt. 1867 erwirtschafteten zwei jüd. Bürger etwa ein Sechstel des Steueraufkommens der Gemeinde Padberg, die übrigen vier Juden zählten zu den einkommensschwachen Einwohnern; 1876 gehörte von den drei jüd. Wahlberechtigten jeweils einer den drei Wählerklassen an. Am Krieg 1870/71 nahm ein Jude aus Padberg teil. Während des Ersten Weltkriegs erhielt Ernst Rosenbaum das EK II. Nachdem der verwitwete Kaufmann Abraham Rosenbaum zu seiner Tochter nach Niedermarsberg gezogen war, lebten Ende der 1920er Jahre im Ort Padberg keine Juden mehr.

In Helminghausen lebten 1815 die jüd. Familien Breslauer, Hagedorn, Neuwahl und Schönemann. Für 1844 sind dort ein vergeleiteter und ein unvergeleiteter Jude nachgewiesen, für 1846 Aron Rose, die Witwe Abraham Schönemann und Moses Stamm. In den 1870er und 1880er Jahren zogen Helminghausener Juden in größere Städte, zu Beginn des 20. Jh. verließen mit den Familien Albert Schönemann und Levi Stamm die letzten Juden den Ort.

2.1.4 In den 1980er Jahren kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über die Restaurierung und die Umgestaltung des ehemaligen Padberger Synagogengebäudes (Am Pumpenstein 7). Gründe waren u. a. rechtlich schwierige Zugangsmöglichkeiten zum Gebäude sowie ein geringes Verständnis für die Erhaltung des Denkmals. Das in den 1990er Jahren restaurierte Bauwerk, Außenstelle des Heimatmuseums Marsberg, beherbergt seit 1999 eine Ausstellung zur Geschichte der Juden im Raum Marsberg.

2.2.1 Im Jahr 1804 wohnten in Padberg 53 Juden, 1816 waren es acht jüd. Familien. 1831 waren 95 Einwohner Juden, das entsprach mehr als 15 Prozent der Einwohner. 1843 lebten 61 Juden im Ort, 1858 waren es 51. Im Jahr 1871 waren von 761 Einwohnern 724 kath., 14 ev., 23 jüd., 1895 von 741 Einwohnern 716 kath., sieben ev. und 18 jüd. Glaubens. 1916 wohnte in Padberg noch ein wahlberechtigter Jude.

1843 lebten in Helminghausen 24 Juden, 1858 waren es elf. Im Jahr 1871 waren von 183 Einwohnern 160 kath., zwölf ev., elf jüd., 1895 von 203 Einwohnern 181 kath., 14 ev., acht jüd. Glaubens.

Zur jüd. Gemeinde Padberg gehörten 1843 auch Beringhausen, Helminghausen und Giershagen. Mitte der 1850er Jahre wurde die Gemeinde erweitert und als einer von drei Synagogenbezirken im Kreis Brilon eingerichtet. Gemäß dem 1855 genehmigten Statut umfasste die Synagogengemeinde Padberg nunmehr auch die Orte Beringhausen, Bontkirchen, Giershagen, Helminghausen, Madfeld, Messinghausen, Padberg und Rösenbeck. Dabei bildeten Madfeld (heute Stadt Brilon), Messinghausen und Rösenbeck zusammen die Untergemeinde Madfeld. Für Bontkirchen sind keine Juden nachgewiesen. 1905 fand die letzte Vorstandswahl statt. Nach starkem Mitgliederrückgang wurde die Synagogengemeinde Padberg 1931 aufgelöst; im Ort selbst wohnten zu dieser Zeit schon keine Juden mehr. Die letzten acht männlichen Gemeindeglieder schlossen sich mit ihren Familien der Synagogengemeinde Niedermarsberg an.

1843 heißt es, der Lehrer predige ‚zuweilen‘ in deutscher Sprache. Laut Etat 1867–1872 erhielt der Kantor jährlich 184 Tlr., zusätzlich 36 Tlr. für seine Tätigkeit als Lehrer. Für Kerzen, Reparaturen und Sachkosten waren jährlich jeweils 5 Tlr. veranschlagt, für die Reinigung 1 Tlr. und für die Brandsteuer 2 Taler. Der Beitrag zum

„Israelitischen Lehrerverein“ erforderte 10 Taler. Den Ausgaben standen 209 Tlr. und 9 Sgr. Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen gegenüber. Zu Beginn des 20. Jh. war die Padberger Gemeinde Mitglied im DIGB.

2.2.2 Bis Mitte des 18. Jh. kam zum Betraum in Beringhausen ein weiterer in Padberg hinzu. Da in keinem der beiden benachbarten Orte die für einen Minjan notwendige Zahl männlicher Juden erreicht wurde, entstand Streit darüber, welche Synagoge aufgegeben werden sollte. Die Herren von Padberg entschieden 1751, dass die beiden Betstuben jährlich alternierend (beginnend mit Padberg) für den Gottesdienst genutzt werden sollten. Die um 1790 erbaute Padberger Synagoge (Am Pumpenstein 7) befand sich 1843 im Eigentum der jüd. Gemeinde und wurde 1865 aufwändig renoviert. Das Gebäude wurde nach Auflösung der Synagogengemeinde 1932 von einem Nichtjuden erworben und als Schuppen genutzt; die nationalsozialistische Zeit überstand es deshalb unbeschadet.

2.2.3 Der spätere Landrabbiner Josef Abraham Friedländer, der von 1783 bis 1815 in Padberg lebte, war hier auch als Lehrer tätig. Nach 1803 war der aus der Marburger Gegend stammende Moses Büdinger (1783–1841) als Lehrer in Padberg tätig, er wurde später promoviert und leitete die jüd. Lehrerbildungsanstalt in Kassel. Padberg und Beringhausen bildeten (wie Obermarsberg/Niedermarsberg) einen Schulverband mit wechselnden Schulstandorten. Wenn kein jüd. Lehrer vorhanden war, gingen die Kinder in die christl. Schulen. Zeitweise, so etwa 1830, erhielten sie keinen jüd. Religionsunterricht. 1818 soll in Padberg die einzige jüd. Schule im Kreis Brilon bestanden haben, der Lehrer wurde vom Bürgermeister als qualifiziert, der Zustand der Schule als gut beurteilt. 1824 wird für Padberg der Lehrer Isaac Goldschmidt erwähnt, zwei Jahre später Abraham Mendelsohn Neodowsky. 1829 musste er wegen fehlender Konzession nicht nur den Unterricht einstellen, sondern auch Padberg verlassen. 1826 besuchten 25 Kinder aus Beringhausen, Helminghausen und Padberg die jüd. Schule, 1829 waren es elf aus Padberg, fünf aus Beringhausen und drei aus Helminghausen. Um 1830 wird für Padberg Bendix Heimberg als Lehrer genannt. Seit 1831 war der aus Osterode stammende Naphtali Burchard mit Konzession in Padberg tätig (zuvor Lehrer in Herdecke), er unterrichtete auch Kinder aus Helminghausen. 1831 hatte er 18 Kinder in seiner Privatschule, im Jahr darauf erhöhte sich die Zahl, weil auch sieben Kinder aus Niedermarsberg in seine jüd. Schule kamen – seinerzeit die einzige im Marsberger Raum. 1833 war der Schulinspektor mit Burchard zufrieden, bemängelte aber sein „zu spärliches Einkommen“; 1835/36 verlegte Burchard seine Schule nach Niedermarsberg. 1841 erhielt der in Padberg geborene Philipp Emanuel Fischel, der zuvor etwa acht Jahre in Neheim tätig gewesen war, die Konzession zur Eröffnung einer jüd. Schule in Padberg. Da es zu Streitigkeiten wegen der Beteiligung einzelner Gemeindemitglieder an seiner Entlohnung kam, bemühte Fischel sich 1843 – als es in Padberg sieben und in Helminghausen vier schulpflichtige jüd. Kinder gab – um eine Konzession für eine jüd. Schule in Giershagen, die er bis 1846 betrieb. 1844 bis 1847 erteilte der aus Herlinghausen (bei Warburg) zugezogene Lewi Stamm Padberger Kindern Religionsunterricht, die ansonsten die öffentliche Elementarschule besuchten. Als Nachfolger wird um 1850 Philipp Eber aus Neuenkirchen genannt, der Zeugnisse aus der Grafschaft Rietberg (1833) und aus Erwitte vorlegen konnte. 1856 erhielt der 22-jährige Abraham Laser aus Büren (zuvor interimistisch Lehrer und Kantor in Salzkotten) eine befristete Erlaubnis, die seit drei Jahren vakante Lehrerstelle in Padberg zu übernehmen. Die Regierung bemängelte, dass sein Unterricht nur 24 Stunden „öffentliche Lehrfächer“, aber sechs Stunden Hebräisch umfasse. Laser kündigte 1857, die Konzession wurde ihm entzogen. Noch im selben Jahr erhielt der aus Münster gebürtige Schulamtskandidat Felix Heimann zunächst befristet die Erlaubnis zum Unterrichten der Kinder aus Padberg, Beringhausen und Helminghausen; 1858 hatte er 17 Schüler. Heimann verließ Padberg 1866. Nachfolger wurde noch im selben Jahr

Heinemann Eichenwald aus Wünnenberg, 1870/71 folgte Israel Moy aus Vreden und 1872 Levi Liebreich aus Hennen (Iserlohn). 1867 bis 1872 erhielten die Lehrer jährlich nur 36 Tlr. (durch Schulgeld aufgebracht), zusätzlich für den Kantorendienst aber 184 Tlr. im Jahr. Bis 1875 war Jacob Loewenberg aus Niederntudorf Lehrer in Padberg, später war er in Hamburg Schulleiter und Schriftsteller. Sein Nachfolger wurde 1875 Selig Lucas, der wie Loewenberg an der Haindorfischen Lehrerbildungsanstalt in Münster ausgebildet worden war; später war er in Korbach und Geseke, ab 1888 über drei Jahrzehnte in Soest tätig. 1877 lehnte die Regierung Arnsberg einen Zuschuss zur Unterhaltung der jüd. Privatschule in Padberg ab. Zwar hatte 1886 Joseph Vorenberg eine Konzession für Padberg erhalten. Da aber die meisten schulpflichtigen Kinder aus Beringhausen kamen, eröffnete er seine Schule 1887 dort. Für Padberg belegt sind ferner die im Seminar der Marks-Haindorf-Stiftung ausgebildeten Lehrer Albert Rosenbaum aus Laasphe und 1905 ein Lehrer namens Schuster. Zu diesem Zeitpunkt besuchten vier Kinder die private jüd. Volksschule und sechs den jüd. Religionsunterricht. 1905 wurde die jüd. Schule in Padberg, die sich zwischenzeitlich in Beringhausen befunden hatte, aufgelöst.

2.2.4 Juden aus Padberg unterstützten mit ihren Spenden seit Mitte der 1850er Jahre bis Anfang des 20. Jh. kontinuierlich die Haindorfsche Stiftung.

2.3.1 Für 1767 sind Joseph Heinemann und Wolf (Marcus?) aus Padberg als Vertreter der Juden in der Padbergischen Unterherrschaft nachweisbar. Dem Vorstand der Synagogengemeinde Padberg gehörten 1854 Heinemann Rosenbaum und Emil Hagemann aus Padberg sowie Jacob Eichengrün aus Beringhausen an. Vorstandsmitglieder aus Giershagen waren Abraham Kronenberg (1866), Salomon Hagedorn (1875) und Salomon Freibaum (1905); 1905 wurden Moses Eichengrün sen. und jun. aus Beringhausen in den Vorstand gewählt. Von 1905 bis mindestens 1913 war Abraham Rosenbaum aus Padberg Gemeindevorsteher, 1913 gehörte auch Moses Eichengrün aus Beringhausen dem Vorstand an. 1924/25 stand S. Rosenbaum der Gemeinde vor.

Lehrer und z. T. zugleich Vorsänger in Padberg waren: Dr. Moses Büdinger (nach 1803) und Abraham Mendelsohn Neodowsky (1829). Der etwa 1830 für Padberg genannte Lehrer Bendix Heimberg sollte keinen endgültigen Vertrag bekommen, da er „zum Vorlesen und Vorsingen nicht gebraucht werden“ könne. Als weitere Kantoren werden erwähnt: Naphtali Burchard (1831–1836); Philipp Emanuel Fischel (1841–1843); Lewi Stamm (1844–1847); Lehrer Eber (1848/49); Jacob Loewenberg (1873–1875); Selig Lucas (seit 1875) sowie Schuster (1905).

Joseph Abraham Friedländer (1753–1852) lebte von 1783 bis 1815 in Padberg und war dort auch als Lehrer, als Landschreiber der westfälischen Landjudenschaft, zudem als Schächter und Mohel tätig. 1833 wurde er Landrabbiner für das ehemalige Hztm. Westfalen und wohnte in Brilon.

2.3.3 Im letzten Drittel des 19. Jh. waren Juden in den Gemeinderäten der Dörfer vertreten, so in Padberg Heinemann Rosenbaum und Abraham Schönemann, in Helminghausen Levi Stamm und Simon Schönemann, der zudem während mehrerer Wahlperioden auch der Amtsvertretung Niedermarsberg angehörte.

3.1 Die zentral im Ort gelegene Synagoge (Am Pumpenstein 7) ist eine der ältesten erhaltenen Fachwerksynagogen. Nach dendrochronologischen Untersuchungen wurde sie um 1790 erbaut, ist also nicht identisch mit dem für 1751 bezeugten Betraum. Die Synagoge hat eine Grundfläche von etwa 6,30 mal 7,50 Metern. Im Innenraum sind trotz des nachträglichen Einbaus einer Zwischendecke Hinweise auf die ursprüngliche Nutzung erkennbar. Das Gebäude wurde 1987 unter Denkmalschutz gestellt, 1999 als ‚Mahnmal für Toleranz und Verständigung‘ neu eröffnet, es wird eine Ausstellung zur lokalen jüd. Geschichte gezeigt.

3.3 Den zu Beringhausen gehörenden, am Weg zwischen Beringhausen und Padberg (Am Hagen) liegenden jüd. Friedhof nutzten die Juden der Synagogengemeinde Padberg gemeinsam. Die frühesten Bestattungen sind für 1822 belegt, er bestand aber vermutlich schon länger. Nach 1930 wurde der Friedhof der Synagogengemeinde Niedermarsberg übertragen.

4.1 Archiv Graf Droste zu Vischering, Padberg, ‚Haupt Buch vors Oberhaus Pattberg‘, Judensachen ab 1723, A 82, D 6–10. – Archiv Graf von Spee, Alme, A 1473, 2020, 3976, 3999. – LAV NRW Abt. W (Münster), Kreis Brilon LRA 1651, 1653, 1663; Rentamt Meschede 296, 821, 979, 1062, 1219, 2266; Reg. Arnsberg Schulregistratur II H 1728; Amtsgericht Brilon Testamente II 292, 681, 995, 996, 1408. – Stadt Marsberg, Denkmallakten Az.: 41 40 02 (Synagoge Padberg, Haus Heimberg). – StadtA Marsberg, B 52, 648, 649, 706, 947, 1167–1170, 1462, D 165, 166, 1221, Kartei des Judenamtes, Protokolle Gemeinderat ab 1866 und Amtsvertretung ab 1862, jüd. Familienregister ab 1819, Personenstandsregister. – StadtA Paderborn, A 1292.

4.2 Lagepläne, Grundrisse und Kartenmaterial zu Gebäuden in ehemals jüd. Besitz im Bauamt der Stadt Marsberg. Fotos im StadtA Marsberg, z. T. publiziert in BANKE, Auf den Spuren, Bd. 2, 19–46. Fotos einer Pessach-Haggada (heute Judaica-Sammlung in der Padberger Synagoge) und des Synagogengebäudes in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 382f. Fotos der Synagoge in: BROCKE, Feuer an Dein Heiligtum gelegt 59, BÖDGER, Fachwerksynagoge 479, 483, 486 f., 489, 493 und in der Sammlung der LWL-Denkmalpflege, Münster.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 7–40 <1834–1899/1901>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1909> 72, <1911> 81, <1913> 92, <1924/25> 62. – Israelitisches Familienblatt <1.11.1917, 3.1.1918, 10.1.1918, 15.7.1920>. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53.

4.4 BANKE Gudrun, Auf den Spuren der Marsberger Juden. Ein Erinnerungsbuch, Bd. 2 <Marsberg 2010>. – BÖDGER Johannes, Die Fachwerksynagoge in Padberg. Geschichte eines Denkmals. In: Jüdisches Leben im Hochsauerland <Fredeburg 1994> 479–498. – DERS., Zur Geschichte der ehemaligen Synagoge Padberg. In: Marsberg 98/99. Ereignisse und Erinnerungen <Marsberg 1999> 99–105. – DERS., Die Elementarschulen der Israeliten in Marsberg. In: Jüdisches Leben im Hochsauerland <Fredeburg 1994> 129–176. – BRILLING Bernhard, Chronik der jüdischen Gemeinde Padberg. In: SCHMIDT Hubert (Bearb.), Padberg im Wandel der Zeiten <Padberg 1963> 117–124. – HESSE Ursula, Jüdisches Leben in Alme, Altenbüren, Brilon, Madfeld, Messinghausen, Rösenbeck, Thülen <Brilon 1991> 155, 244–248. – NEUFELD, Chronik der jüdischen Gemeinde Padberg. In: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland 18 <1964> Nr. 48, 4. – PADBERG Carl Friedrich, Helminghausen. Geschichte des sauerländischen Dorfes am Diemelsee <Helminghausen 1982> 52–55. – PLUM Marlene, Judentum zwischen Emanzipation und Restauration <0. O., o. J.> [Münster 1991, im StadtA Marsberg]. – WALTER Hans-Hubert, Padberg, Struktur und Stellung einer Bergsiedlung in Grenzlage <Münster 1979>.

Gudrun Banke, Sturmius Bartholmé, Wilhelm Cramer,
Bernd Follmann und Siegfried Stolz

MARSBERG-Udorf

1.1 Stadt Marsberg, Ortsteil Udorf, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der neuen Stadt Marsberg.

Seit 1855 gehörte Udorf zur Untergemeinde Heddinghausen im Synagogenbezirk Niedermarsberg.

2.1.1 Die Herren von Canstein beanspruchten in den Dörfern ihrer Herrschaft – Canstein, Borntosten, Leitmar, Heddinghausen und Udorf bildeten eine Unterherrschaft im Hztm. Westfalen – das Recht zur eigenen Ausstellung von Schutzbriefen. Für den Schutz der Juden sowie deren Wohn- und Handelserlaubnis beanspruchten sie ähnliche Abgaben, wie sie die übrige Judenschaft des Hztm. an den Kurfürsten leisten musste; auch an den allgemeinen Schatzungen und den Gemeindelasten mussten sich die jüd. Einwohner beteiligen. Wiederholt kam es im 18. Jh. zwischen dem Kurfürsten und der Herrschaft zu Konflikten um das Recht, Juden zu vergeleiten und zu besteuern, bei denen die Herren von Canstein ihr Privileg jedoch verteidigen konnten. 1674 erhielt Salomon einen Schutzbrief des Herrn von Canstein, sein Wohnort ist nicht bekannt. 1703 und 1704 wird für Udorf ein nicht vergeleiteter Jude „von geringen Mitteln“ genannt. Um 1740 erbrachten die in Udorf ansässigen Juden die Abgaben in Form von Naturalien (Fleisch, Kolonialwaren, Kaffee). 1767 heißt es, im Ort würden sich Abraham Mathias und Abraham David aufhalten. 1774/75 stritt sich Leyser Katz aus Udorf mit dem Niedermarsberger Händler und Vorsteher der Judenschaft im Herzogtum Westfalen Isaak Feidel Hertzog über die Einlösung einer als Pfand vergebenen silbernen Kaffeekanne. 1802 lebten von den in der Herrschaft Canstein gezählten 15 jüd. Familien acht in Udorf.

2.1.2 Nach der hessischen Verordnung von 1808 zur Annahme fester Nachnamen wählte die in Udorf ansässige jüd. Familie den Namen Kronenberg, einige Jahre später werden für Udorf auch die Familien Alexander und Katz genannt. 1819 lebten vier jüd. Familien in Udorf. Für 1845/46 sind die Familien von Moses Alexander, Abraham Grunewald und Benjamin Katz sowie die Witwen von Leiser Kronenberg und Markus Müller genannt. Die Udorfer Juden lebten vom Handel innerhalb der Herrschaft Canstein und im benachbarten Waldeck. Ihre wirtschaftliche Lage war bescheiden. Der Handelsmann Moses Alexander äußerte 1847 in seinem Antrag die Bitte, sein Heimatdorf verlassen zu dürfen: „Ein sehr lebloser und entlegener Ort, wo nur äußerst wenig Handel und Gewerbe getrieben wird“. In der zweiten Hälfte des 19. Jh. zogen die meisten Udorfer Juden in größere Städte oder ins Ausland; die vier Geschwister Katz wanderten nach dem Tod ihrer Eltern in die USA aus. Um 1900 lebten noch zwei jüd. Familien im Dorf, die Metzgerfamilie Kronenberg und die Familie des Gast- und Landwirts Max Rosenbaum.

2.1.3 1933 werden für Udorf die Metzgerfamilie Sally und Rosalie Kronenberg mit dem erwachsenen Sohn Josef genannt. In ihrem Haus lebten auch der betagte Kaufmann Walter Kronenberg und die Schülerin Rosa Löwengrund. Ferner werden die Witwe Minna Rosenbaum, die eine Gastwirtschaft betrieb, und ihre Schwägerin Fanny Rosenbaum aufgeführt, die als Rentnerin in ihr Heimatdorf zurückgekehrt war. Zudem wohnten vier jüd. Lehrlinge bzw. Angestellte in Udorf. Im Nov. 1938 wurden Häuser und Geschäfte der Familien Rosenbaum und Kronenberg von einem „NS-Rollkommando“ zerstört, das bereits in Niedermarsberg und Giershagen gewütet hatte. Am folgenden Tag wurden Sally und Josef Kronenberg für vier bzw. sieben Wo-

chen in das KZ Sachsenhausen verschleppt. Ernst Rosenbaum, der sein Medizinstudium nicht weiterführen durfte und deshalb in sein Udorfer Elternhaus zurückgekehrt war, wurde in Bredenborn (bei Marienmünster) verhaftet, wo er Verwandte besuchte. Am 18. Nov. 1938 meldete die Staatspolizei Dortmund, dass er im KZ Buchenwald „an Herzschwäche“ gestorben sei. Josef Kronenberg gelang 1939 die Flucht nach England, seinen Eltern die Emigration nach Brasilien. Minna Rosenbaum wurde 1942 ins Ghetto Zamość deportiert, ihre Schwägerin Fanny Rosenbaum sowie Johanna Kronenberg (1936 in ihr Heimatdorf zurückgekehrt) nach Theresienstadt.

2.1.4 Seit 2009 nimmt die Stadt Marsberg an der Aktion ‚Stolpersteine‘ teil. In Udorf ist die Verlegung von Stolpersteinen für 2016 geplant.

2.2.1 1802 waren in Udorf acht jüd. Familien ansässig. 1843 lebten dort 29 Juden, 1858 waren es 18. Im Jahr 1871 waren von 377 Einwohnern 322 kath., 38 ev., 17 jüd.; 1895 von 300 Einwohnern 246 kath., 42 ev., zwölf jüd.; 1925 von 281 Einwohnern 232 kath., 42 ev., sieben jüd. Glaubens.

Bei der Planung der künftigen Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnshausen 1842, Heddinghausen, Canstein, Leitmar und Udorf zu einem Synagogenbezirk Udorf zusammenzufassen. Dazu kam es aber nicht. Mit dem 1855 in Kraft getretenen Statut wurde Udorf Teil der Untergemeinde Heddinghausen im Synagogenbezirk Niedermarsberg. 1918 wurde die Untergemeinde aufgelöst, die verbliebenen Juden schlossen sich der Hauptgemeinde Niedermarsberg an.

2.2.2. Im 18. Jh. gab es in Udorf eine Betstube. Nachdem die zentrale Synagoge in Heddinghausen in den 1790er Jahren abgebrannt war, wurde die Betstube in Udorf vorübergehend auch von den anderen Juden der Herrschaft Canstein genutzt. 1818 berichtete der Schultheiß, die jüd. Gemeinde Udorf habe einen Betraum gemietet, der sich in gutem Zustand befinde. Auch nach dem Neubau der Synagoge in Heddinghausen (1817) versuchten die Udorfer Juden, Udorf als Zentralort zu erhalten. Sie gaben die Kultusgegenstände nicht heraus und richteten nach der Kündigung des alten einen neuen Betraum ein, dem allerdings nach langem Streit 1829 die regierungsamtliche Zulassung verweigert wurde, da dort lange Zeit keine Gottesdienste stattgefunden hätten. Danach besuchten die Juden aus Udorf die Synagoge in Heddinghausen.

2.2.3 Ende des 18. Jh. wurde in Udorf zeitweise ein jüd. Lehrer beschäftigt. 1790 wurde der Judenschaft in Udorf unter Androhung hoher Strafe befohlen, auch die Kinder des Moyses aus Canstein am Schulunterricht teilnehmen zu lassen. Im 19. Jh. besuchten jüd. Kinder aus Udorf die örtliche christl. Schule. 1829 heißt es, dass die sechs schulpflichtigen Kinder keinen jüd. Religionsunterricht erhalten würden. 1843 gab es vier schulpflichtige jüd. Kinder im Ort. Ein Vater aus Udorf erwähnte 1847 in einem Brief jüd. Religionsunterricht in Heddinghausen.

2.3.1 1829 setzte sich u.a. Benjamin Katz für die Belange der jüd. Gemeinde Udorf ein. Bei der Konstituierung der Synagogengemeinde Niedermarsberg in den 1850er Jahren stellten Juden aus Udorf zwei von neun Repräsentanten.

2.3.3 In den 1920er Jahren war der Metzger Sally Kronenberg Mitglied des Gemeinderats.

3.1 Die Betstube des 18./19. Jh. war von der Gemeinde angemietet.

3.2 Im Haus Nr. 8 wohnten Mitte der 1930er Jahre Sally und Rosalie Kronenberg mit ihrem Sohn Josef sowie der Kaufmann Walter Kronenberg, seit 1936 Johanna Kronenberg. Das Haus Nr. 21 bewohnten die Witwe Minna Rosenbaum, ihre Schwägerin Fanny Rosenbaum sowie der Sohn Ernst.

3.3 Juden aus Udorf wurden auf dem jüd. Friedhof in Heddinghausen beigesetzt.

4.1 Archiv von Elverfeldt, Canstein, Judenangelegenheiten, A 1200. – Archiv des Internationalen Suchdienstes (ITS), Bad Arolsen. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), P 5 Nr. 2–4. – LAV NRW Abt. W (Münster), Landgericht Arnsberg Nr. 691; Reg. Arnsberg ZK 425537, 425538, 617707; Oberfinanzdirektion Münster Devisenstelle Nr. 7594; Amtsgericht Brilon II 315; Kr. Brilon LRA Nr. 1663; Franz-Wilhelm von Spiegel (Dep.), Nr. 326. – StadtA Marsberg, B 52, 75, 281, 1167–1170, 1462, D 166, 1221, N–M (Nachlass Elisabeth Brandt), Protokolle Gemeinderat ab 1844, Amtsvertretung ab 1862, jüd. Familienregister ab 1819, Personenstandsregister, Kartei des Judenamtes.

4.2 Lagepläne, Grundrisse und Kartenmaterial von Gebäuden in ehemals jüd. Besitz im Bauamt der Stadt Marsberg. Fotos, Abb. und Karten in: BANKE, Auf den Spuren. Weitere Fotos im StadtA Marsberg.

4.4 BANKE Gudrun, Auf den Spuren der Marsberger Juden. Ein Erinnerungsbuch, Bd. 2 <Marsberg 2010> 80–89.

Gudrun Banke, Sturmius Bartholmé,
Wilhelm Cramer, Bernd Follmann und Siegfried Stolz

MEDEBACH

1.1 Stadt Medebach, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Eine Stadtrechtsverleihung für 1144/65 ist umstritten, für 1220 sicher. 1969 Bildung der heutigen Stadt durch Eingliederung der zehn Gemeinden des Amtes Medebach.

Die Juden in Medebach und dem heutigen Ortsteil Oberschledorn gehörten seit 1854/56 zur Synagogengemeinde Brilon, nahmen am dortigen Gemeindeleben aber nicht teil und bildeten weiterhin informell eine eigene Gemeinschaft.

2.1.1 Der Landdrost von Westfalen forderte 1568 die Stadt Medebach auf, den vom Handel lebenden Juden Heinemann seinem Schutzbrief entsprechend bei der Eintreibung von Forderungen gegenüber Medebacher Bürgern zu unterstützen. Im selben Jahr erhielt Heinemann auch einen Schutzbrief des Fürstbischofs von Münster, der ihm den Durchzug durch die Stifte Münster, Osnabrück und Paderborn erlaubte. Wenige Jahre später zog Heinemann in die Gft. Waldeck und siedelte von dort aus nach Hessen über; seine Spur endet 1600 in Prag. Hatte ihm der Rat der Stadt Medebach 1581 noch bestätigt, er sei nicht straffällig geworden, so kursierten wenige Jahre später Gerüchte, wonach er christl. Mädchen geschändet und das Siegel der Stadt missbraucht hätte. 1664 führte eine Rauchsteuerliste den Juden Schlaume (Salomon) als Betreiber eines Branntweinkessels auf. 1665 oder 1667 erhielt der Medebacher Jude Joseph ein kurfürstliches Geleit für Erwitte. 1672 wohnten in Medebach vier Juden, zwei davon mit dem Namen Isaak (einer von ihnen leistete mit einer Abgabe von 71 Rtlr. den höchsten Beitrag im gesamten Hztm.), ferner Schlaume und Moses. Spätestens seit 1672 sind kontinuierlich mehrere jüd. Familien in Medebach nachweisbar.

1738 lebten fünf jüd. Familien im Ort. Zum Haushalt von Levi Moyses Katz gehörte u. a. ein Schlachterknecht, der auch hausierte; Katz selbst gab an, vom Handel mit

Kramwaren, Wolltuch und Pferden zu leben. Philipp Levi hatte zwei Knechte, von denen einer auf dem Land mit Kramwaren hausierte und der andere beim Schlachten half, daneben handelte Levi ebenfalls mit Pferden. Levi Meyer Katz schlachtete, seine Frau fertigte Kindermützen an. Jacob Itzig wurde „unter die armen gezehlet“. Er schlachtete nur, „wan ihm einer einiges viehe borgete“. Auch die Jüdin Beule zählte zu den Armen. Jakob Moyses aus Medebach war 1738 mit seiner Familie in Winterberg vergeleitet. 1777 wurden der Buchbinder Markus Katz, sein Schwager Isaak Katz, ferner Isaak Zacharias, Jacob Levi, Markus Ruben und Abraham Levmann als Einwohner genannt. Markus Ruben gab an, er habe das Geleit seines Schwiegervaters Israel übernommen; in seinem Haushalt lebten ein Knecht, eine Magd, ein unvergeleiteter Vetter seines verstorbenen Schwiegervaters sowie ein ebenfalls nicht vergeleiteter Jude, der als Schlachter arbeite. Nicht in der Aufstellung von 1777 enthalten ist Marcus Hecht, der offenbar im Jahr zuvor von Lichtenau nach Medebach gezogen war. Emanuel Meyerhof (Meierhoff) kam 1783 aus Großen-Buseck bei Gießen und Mathias Stern 1799 aus Brilon. Bonum (Bonfort) Herz verließ 1778 Medebach und übernahm in Hallenberg das Geleit seines Onkels Jakob Leiser. 1801 berichtete das Amt Medebach, dass in den zugehörnden Dörfern keine vergeleiteten Juden wohnten.

2.1.2 In hessischer Zeit schlossen sich die jüd. Einwohner des Amtes Medebach (Medebach, Hallenberg und Winterberg) mehrheitlich einem Vorschlag der Regierung von 1814 an, wonach sie gegen Zahlung eines Abschlags an die Kriegskasse vom Militärdienst erster Klasse befreit wurden. Die Familien lebten überwiegend von „Kram und Handel“, aber auch von Handwerk und Metzgerei. 1818 handelte der gebürtige Medebacher Abraham Cahn mit Ellenwaren, Emanuel Meyerhoff und Marcus Hecht handelten mit Leder und waren als Metzger tätig, Mathias Stern war Händler. 1832 sind Itzig Meierhoff und Emanuel Meyerhoff als ‚Winkeliere in Spezereiwaren‘ verzeichnet, Letzterer handelte auch mit Ellenwaren. 1839 lebten im engeren Stadtbezirk 39 Juden, acht im Stadtteil Oberen-Straße, drei im Stadtteil Niedern-Straße und 28 im Stadtteil Oestern-Straße. 1846 waren in Medebach Israel Hecht, Isaac Meierhoff, Itzig Meierhoff, Salomon Meierhoff, Mannes Stern und die Witwe Nännchen Stern als selbständige Juden verzeichnet, 1847 zudem Abraham Cahn, Lena Cahn, Moses Löwenstein und der Handelsmann Meyer Meierhoff; die genannten erblichen Familiennamen hatten sie bereits zuvor geführt. 1853 lebten sieben Familienvorstände im Ort: Meier, Jacob, Levi und Itzig Meierhoff, Salomon Weiler, Samuel und Philipp Stern sowie Philipp Gumpertz. 1865 zog Seligmann Stahl mit Frau und elf Kindern von Thülen (bei Brilon) nach Medebach, seine Frau Jetta kaufte das Haus und Grundstück Hallenberger Str. 7. Ihr Sohn Raphael heiratete 1876 eine Tochter des Levi Meyerhoff, mit der er fünf Kinder hatte. Raphael Stahl erhielt 1887 einen Wandergewerbeschein, der ihm erlaubte, im Amt Medebach Lumpen zu sammeln. Weil er krank wurde, übernahm 1896 der noch minderjährige Sohn Sally die Arbeit; 1905 überschrieb der Vater ihm die Hausstelle. In den 1920er Jahren wird Sally Stahl als Mineralwasserfabrikant geführt, 1929 als Bierverleger. Im selben Jahr kaufte er das Anwesen Kapellenstr. 18; zuvor hatte das Haus Hallenberger Str. 7 verkauft. Um die Jahrhundertwende ist die Familie Steßmann für Medebach nachgewiesen.

Raphael Meyerhoff nahm am Feldzug 1866 teil. Ab 1914 wurden mehrere Juden (darunter Sally Stahl) eingezogen, Eugen Meyerhoff fiel 1916. Zwischen 1915 und 1918 nahmen mehrmals Kriegsgefangene an Gottesdiensten in der Medebacher Synagoge teil; die Gemeinde hatte gelegentlich einen Kostenbeitrag für die militärische Eskorte zu leisten. In einem Zeitungsartikel hieß es 1930, der mit fast 100 Jahren verstorbene Meyer Meyerhoff sei der älteste Metzgermeister Deutschlands gewesen.

2.1.3 Sechs jüd. Familien wohnten 1933 in Medebach: Karl Meyerhoff (Textilgeschäft), Shafti Frankenthal (Viehhändler), Alex Steßmann (Kaufmann für Eisenwaren), Sally Stahl (gelernter Kaufmann und Destillateur mit Biervertrieb), Salomon Meyer-

hoff (Metzger) und Philipp Stern (Textilgeschäft). Der Vorsitzende der Ortsgruppe des ‚Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes‘ verlangte am 6. März 1933 von der Amtsverwaltung, Einkäufe nur in christl. Geschäften zuzulassen. Die Führerin der NS-Frauenschaft forderte Frauen auf, nicht „bei Juden zu kaufen“. Während des allgemeinen Boykotts am 1. April 1933 hinderten in Medebach uniformierte SA-Angehörige Kunden am Betreten der jüd. Läden. Sally Stahl bat den ‚Treuhand der Arbeit‘ in Düsseldorf um Aufhebung dieser Maßnahmen, er habe 70 Prozent Umsatzrückgang zu verzeichnen. Der Schützenverein strich Juden 1933 ohne förmlichen Beschluss aus den Mitgliederlisten, auch der Kameradschaftliche Verein, der Turn- und Sportverein, der Männergesangverein und der Musikzug schlossen ihre jüd. Mitglieder aus. 1934 gehörten alle jüd. Familien dem CV an, vier Männer waren Mitglied im RjF. Im Zuge einer 1935 durchgeführten Überprüfung der Metzgereien stellte sich heraus, dass Salomon Meyerhoff für seinen ererbten Betrieb aufgrund dessen Alters keine Konzession besaß. Als er diese nachträglich beantragen wollte, erhob der Ortsgruppenleiter der NSDAP Einwendungen, es wurden Unterschriften gegen Meyerhoff gesammelt. Der Amtsbürgermeister sprach sich ebenfalls dagegen aus, da Meyerhoff angeblich eine ordentliche und saubere Behandlung der Fleischwaren nicht gewährleisten könne und in Medebach genügend Metzgerläden vorhanden seien. 1937 musste das seit etwa 150 Jahren existierende Schlachthaus infolge der anhaltenden Repressalien schließen. Im Aug. 1935 warfen Nationalsozialisten u. a. Erich und Max Stessmann aus Medebach vor, einen Parteigenossen in Brilon angerempelt zu haben. Mittels Steckbrief aufgefunden, wurden sie für mehrere Wochen im Polizeigefängnis in Medebach in ‚Schutzhaft‘ genommen. Auf der Beerdigung des Anfang 1937 gestorbenen Carl Meyerhoff schützten sich teilnehmende Nichtjuden mit Regenschirmen vor fotografierenden Nationalsozialisten.

Von den Juden, die vor 1939 emigrieren konnten, gelangte etwa die Hälfte in die USA (z. B. Frieda Frankenthal 1937), die anderen nach Südamerika. Der Dentist Jacob Waldvogel, gebürtig aus Polen und staatenlos, verließ mit seiner Ehefrau Irma geb. Stahl und Tochter Ruth im Aug. 1936 Medebach in Richtung Südamerika. Salomon Meyerhoff verkaufte seinen Besitz Kapellenstr. 13 im Sept. 1937 an einen Landwirt, um seinen Kindern die Auswanderung zu ermöglichen, er selbst emigrierte 1938 nach Uruguay. Einige Personen gingen in die Niederlande. Im Frühjahr 1938 bereiteten die noch verbliebenen Mitglieder der Familie Frankenthal ihre Auswanderung vor. Sie verkauften Haus und Grund in der Niederstr. 20, behielten sich bis zur Abreise aber das Nutzungsrecht für eine Etage ihres Hauses vor. Am Nachmittag des 10. Nov. 1938 warf ein Lehrling am Textilgeschäft Meyerhoff ein Fenster ein. Gegen 18 Uhr zog er mit drei Kollegen zum Haus der Familie Stahl, wo sie das Auto entwendeten, um damit eine Fahrt nach Winterberg zu unternehmen. Anschließend trafen Mitglieder der Kreisleitung ein, um die Medebacher SA zu mobilisieren – erst danach begannen die eigentlichen Ausschreitungen, die bis gegen 3 Uhr morgens andauerten. Die Textilgeschäfte Meyerhoff und Stern wurden völlig zerstört; die Wohnungseinrichtungen wurden ebenso demoliert wie der Vorratskeller des Bierverlegers Stahl, sein Auto verbrannte. Aus seinem Haus – Sally Stahl war Vorsteher der jüd. Gemeinde – stahlen SA-Männer Thorarollen und weitere Kultusgegenstände. Auch die bereits im Okt. verkaufte Synagoge fiel den Ausschreitungen zum Opfer und wurde eingerissen. Bei nichtjüd. Familien, die als ‚judenfreundlich‘ galten, wurden Fensterscheiben eingeworfen. Sally Stahl wurde im Rahmen des Pogroms zunächst im Polizeigefängnis, dann im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Er durfte nicht nach Medebach zurückkehren und flüchtete nach Uruguay, seine Tochter Anni veräußerte als Bevollmächtigte das Eigentum der Familie. Mit ihrem Ehemann überlebte sie in den Niederlanden im Untergrund und emigrierte 1946 ebenfalls nach Uruguay. Von Philipp Stern, der bis zum 15. Dez. 1938 im KZ Sachsenhausen inhaftiert war, wurde die Zahlung der ‚Reichs-

fluchtsteuer' gefordert, wofür er am 18. Nov. 1938 zur Zahlung einer Sicherheitsleistung in Höhe von 13 000 M aufgefordert wurde. Er und seine Frau Jenny sowie Selma Stern waren die letzten Juden in Medebach. Das Ehepaar verzog im Sept. 1939 nach Krefeld und wurde von Stuttgart aus deportiert.

2.1.4 Betty Wertheimer geb. Stern hat als einziges Mitglied der jüd. Gemeinde Medebach die KZ-Haft überlebt. Rückerstattungsverhandlungen am Landgericht Dortmund 1958 betrafen u. a. das Synagogengrundstück. Die JTC schloss in mehreren Fällen Vergleiche mit den Erwerbern von Häusern aus jüd. Besitz.

Zu früheren jüd. Bürgern und ihren Nachkommen wurden von engagierten Bürgern nach 1945 Kontakte geknüpft. 1988 wurde eine Gedenktafel in der Nähe des ehemaligen Synagogenstandorts aufgehängt. 2008 wurde auf Anregung des Heimat- und Geschichtsvereins eine neue Gedenktafel in der Nähe des einstigen Betraums angebracht.

2.2.1 In Medebach lebten 1672 vier jüd. Familien, im gesamten 18. Jh. zwischen drei und fünf. Im Jahr 1816 lebten hier 41 Juden, 1833 waren es 33, 1843 wurden 52 gezählt, 1858 dann 61. 1871 waren von 2257 Einwohnern 2105 kath., 101 ev. und 51 jüd. Glaubens; 1895 waren von 1992 Einwohnern 1840 kath., 108 ev. und 44 jüd. Glaubens; 1925 waren von 2384 [!] Einwohnern 2231 kath., 115 ev. und 32 jüd. Glaubens. 1933 lebten in Medebach 32 Juden. Im heutigen Stadtteil Oberschledorn lebten 1858 sechs Juden; 1871 waren dort von 318 Einwohnern 314 kath., zwei ev. und zwei jüd. Glaubens.

Bei der Planung der künftigen Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnsberg 1842, für die 52 Juden aus Medebach einen eigenen Synagogenbezirk einzurichten. Als die Synagogenbezirke 1854/56 eingerichtet wurden, wurde Medebach dann jedoch dem Briloner Bezirk zugeschlagen. Ebenso wie die Gemeindeglieder aus Hallenberg und Winterberg beteiligten sich die Medebacher Juden jedoch nicht am Gemeindeleben in Brilon, sie bildeten informell weiterhin eine eigene Gemeinschaft. 1931 beantragte Sally Stahl für die Medebacher Juden die Erhebung von Medebach, Hallenberg und Winterberg zu einer selbständigen Synagogengemeinde und damit die Trennung von Brilon. Der Antrag wurde abgelehnt, da sich die Juden in Hallenberg und Winterberg für den Erhalt des bestehenden Zustandes aussprachen. Die sechs Medebacher Familien allein genügten nicht, um eine eigenständige Gemeinde zu bilden.

Das Kultus- und Gemeindeleben wurde überwiegend durch freiwillige Spenden finanziert. Das Kassenbuch (1914–1938) beginnt mit einem Sparguthaben bei der Amtsparkasse Medebach über 122,56 M und einem Kassenbestand von 34,07 Mark. Die Einnahmen aus der Grasnutzung des Friedhofs betrugen jährlich 7 Mark. So kam die Gemeinde 1914 auf Einnahmen von insgesamt 46,60 M, denen Ausgaben von 77,77 M gegenüberstanden. Arbeiten auf dem Friedhof und die Elektrifizierung der Synagoge wurden Anfang der 1920er Jahre durch Umlagen und Spenden finanziert.

2.2.2 Seit 1810/20 diente der jüd. Gemeinde ein kleines Zimmer als Bet- und Schulraum, das sich im Haus der Familie Emanuel Meyerhof (Österstr. 15) befand und von allen Mitgliedern gemeinsam unterhalten wurde. Im Hofraum des Hauses wurde jedes Jahr eine Laubhütte aufgebaut. Nachdem das Haus bei einem Stadtbrand 1849 zerstört worden war, bemühte man sich um den Bau einer eigenen Synagoge. 1854/55 konnte das Vorhaben auf dem Grundstück Oberstr. 17, das den Erben Levi Cahns gehörte, umgesetzt werden; Kollekten sicherten die Finanzierung. Für den weiteren Ausbau und den Beschlag der Wetterseite wurde 1855 ein Darlehen von 33 Tlr. aufgenommen, das von den wohlhabenden Gemeindegliedern getilgt werden sollte. Levi Meyerhof musste nichts beitragen, weil er die Hausmeistertätigkeit übernahm. 1883 war geplant, das im Privatbesitz der Familien Cahn und Weiler befindliche Synagogengrundstück auf die Medebacher jüd. Gemeinschaft zu überschreiben. Das Vorhaben scheiterte am behördlichen Einspruch, da die Gemeinde über keine Korporationsrechte verfügte. Um zu verhindern, dass die Hauptgemeinde Brilon in den Besitz der Synagoge kam,

überschrieb Helena Weiler (Witwe des Salomon Weiler) das Grundstück an die Medebacher Gemeindevorsteher Raphael und Meyer Meyerhoff. Am 27. Okt. 1938 sah sich Philipp Stern – wenige Wochen zuvor hatte Ilse Frank mit Vollmacht ihres Vater Salomon Meyerhof den Miteigentumsteil ihres Großvaters Meyer Meyerhof an Philipp Stern verkauft – als Vertreter der Erben des Miteigentümers gezwungen, das Anwesen für 500 RM an einen Medebacher Landwirt zu verkaufen. Von Anfang 1938 bis zur Auswanderung der Familie Frankenthal im Okt. 1938 trafen sich die 23 verbliebenen Gemeindeglieder zum Gottesdienst in deren Haus Niederstr. 20; als Kantor fungierte Salomon Meyerhoff. Während des Novemberpogroms 1938 fiel die Synagoge Ausschreitungen zum Opfer und wurde mit Hilfe von Ketten niedergerissen. Die zuvor dem Vorsteher Sally Stahl übergebenen Kultusgegenstände aus der Synagoge (Thorarollen, Gebetbücher und Gebetschals) wurden aus dessen Wohnung gestohlen, der weitere Verbleib blieb ungeklärt; ebenso verschwand der Kronleuchter aus der Synagoge.

2.2.3 1699 wird für Medebach der ‚Judenschulmeister‘ Marcus Katz erwähnt. 1777 hielt sich ein ‚Officiant‘ namens Nathan im Ort auf. Anfang des 19. Jh. fand der zeitweise privat finanzierte Religionsunterricht in einem „kleinen Stübchen“ im Haus des Emanuel Meyerhof statt, wo auch der Betraum war; Meyerhof beherbergte mitunter auch den Lehrer. 1843 waren in Medebach zehn jüd. Kinder schulpflichtig. Religionsunterricht durch ausgebildete Lehrer wurde nur sporadisch abgehalten, so 1846/47 durch den approbierten Religionslehrer Jacob Meiersohn. 1852 gab es in den sieben jüd. Familien Medebachs 19 schulpflichtige Kinder, die die kath. Elementarschule im Ort besuchten; den Religionsunterricht erteilten die Eltern. Um diesem „Übelstand abzuhelpen“, vermittelte Alexander Haindorf den Lehramtskandidaten Philipp Gumper(t)z nach Medebach. Ende 1852 schlossen die Familien mit diesem einen Vertrag, was faktisch die Einrichtung einer jüd. Privatschule bedeutete. Gumpertz bekam zur Auflage, entweder an der Vereinsschule in Münster oder an einem Königlichen Schullehrerseminar eine Prüfung abzulegen und einen Lektionsplan vorzulegen. Im Sept. 1853 stellte der Schulinspektor fest, dass Gumpertz die Auflagen nicht erfüllt hatte. Seiner Revision zufolge besuchten 17 Kinder die Schule, fünf davon mit Namen Stern, die übrigen zwölf mit Namen Meyerhoff. Sie seien in biblischer Geschichte „ziemlich gut“, im Lesen „ziemlich befriedigend“, im Rechnen „befriedigend bis erträglich“, in Natur- und Erdbeschreibung „befriedigend“ und im Schreiben „sehr mittelmäßig“; die Orthographie sei aufgrund der jüd. Aussprache „erbärmlich“, im Singen seien sie nicht geübt. Die kleine jüd. Gemeinde bringe „große Opfer“, habe ein „anständiges Schullokal“ gemietet und gewähre dem Gumperz außer „der ganz freien Station“ noch ein Gehalt von 50 Tlr. jährlich. Ende 1853 stellte Gumperz auf Anordnung des Landrats seine Tätigkeit ein. Die folgenden Lehramtskandidaten scheiterten ebenfalls an ihrer mangelnden Qualifikation, die Kinder besuchten wieder die christl. Schule. 1859 stellte der Handelsmann Emmanuel Stern einen Antrag zur Anstellung eines jüd. Religionslehrers. Demnach gab es in den neun Familien 30 Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr. Bisher hätten sie „einen mangelhaften Religionsunterricht“ durch die Eltern erhalten, ab und zu durch Privatlehrer. Da sich die Familien nicht über die Besoldung einigen konnten, appellierte er an die Regierung, Mittel für einen qualifizierten Religionsunterricht zur Verfügung zu stellen. Im Synagogegebäude sei ein Schulraum vorgesehen, ein Ofen fehle noch. Noch 1859 bat Levi Meyerhoff aus Medebach um die Übertragung der „israelitischen Lehrerstelle“. Auch von ihm wurde der Nachweis einer Qualifikation zum Elementarschulamt verlangt. Die vorgelegten Dokumente (von Rabbiner Dr. Landauer, der Medebacher Gemeinde und dessen Schulvorstand) genügten dem Landrat jedoch nicht, da sie nicht von einer öffentlichen Prüfungskommission ausgestellt worden waren. 1869 beschwerte sich Salomon Weiler aus Medebach wegen der Heranziehung zu den Kosten der kath. Lehrergehälter. Seine

Eingabe wurde abgelehnt, denn da die Juden keine eigene öffentliche Schule hätten, müssten sie wie die christl. Hausväter zum Unterhalt der Ortsschule beitragen. Allerdings sei zu prüfen, ob die Kinder in die neu errichtete ev. Schule geschickt werden könnten. Gegebenenfalls sei ihnen dieser Wechsel, „wenn sie sich pecuniär besser dabei zu stehen glauben, anheimzustellen“.

Als aufgrund eines Ministerialerlasses 1886 staatliche Mittel für den Religionsunterricht von Kindern konfessioneller Minderheiten zur Verfügung gestellt wurden, kam Medebach mit nur elf schulpflichtigen jüd. Kindern hierfür nicht in Betracht. 1905 war kein Lehrer vorhanden. 1911 erhielten zehn Kinder ‚Wanderunterricht‘ von Lehrer Weinberg. 1914 versuchten die Vorsteher erneut, in der näheren Umgebung einen jüd. Lehrer zu finden, um einmal wöchentlich in Medebach Religionsunterricht zu erteilen. Ein Antrag auf finanzielle Unterstützung durch die Stadtverwaltung wurde abgelehnt, da die Zahl der schulpflichtigen Kinder noch immer weniger als zwölf betrug. Rudolf Stahl ging zu Beginn der 1920er Jahre in die Rektoratsschule. Zwischen 1929 und 1933 besuchten einige jüd. Kinder zwar auch die ev. Schule in Medebach, allgemein war für sie jedoch die kath. Volksschule zuständig. Als 1935 infolge der Rassentrennung öffentliche jüd. Volksschulen eingerichtet werden sollten, wurde in Medebach die Richtzahl von zwanzig Schülern nicht erreicht. Die sieben jüd. Schüler aus den Familien Meyerhoff, Stahl und Stern besuchten weiterhin überwiegend die kath. Volksschule, wo seit 1932 einmal wöchentlich auch der jüd. Religionsunterricht abgehalten wurde. Diesen untersagte der Amtsbürgermeister im Febr. 1936.

2.2.4 Bereits vor 1907 existierte in Medebach ein Israelitischer Frauenverein, 1920 wird er erneut erwähnt. Juden aus Medebach spendeten von den 1830er Jahren bis zur Jahrhundertwende hin und wieder an die Haindorfsche Stiftung. Aus der Gemeindekasse erhielten Bedürftige eine Unterstützung; 1932 wurden insgesamt 22,75 M ausgezahlt. 1931 hatte die Gemeinde an die Kriegsgräberfürsorge gespendet und 1931/32 an die Winterhilfe des CV.

2.3.1 Als Vorsteher der jüd. Gemeinde lassen sich Raphael Meyerhof (1883) und Meyer Meyerhof (1905 und 1913) nachweisen. 1920 übernahm Sally Stahl das Vorsteheramt von Metzgermeister Salomon Meyerhoff; er übte es auch 1938 noch aus. Den Kantorendienst übernahmen in den 1920er und frühen 1930er Jahren die Hallenberger Salomon und Hermann Bachenheimer, später zeitweise der Medebacher Shafit Frankenthal.

2.3.3 Mehrere Medebacher Juden gehörten bis 1933 dem Schützenverein an.

3.1 Ein Bet- und Schulraum befand sich seit den 1810er Jahren im Haus der Familie Meyerhof, das 1849 durch Feuer zerstört wurde. 1854/55 wurde ein bescheidenes Bauwerk (Oberstr. 17), das zuvor als Scheune gedient hatte, als Synagoge hergerichtet. Das mit einem Walmdach versehene Gebäude mit einer Grundfläche von 38 m² befand sich zwischen Wohnhäusern, die die Sicht von der Straße aus verdeckten. Nach einer aus der Erinnerung angefertigten Skizze lag der Eingang an der Ostseite, aus dem Vorraum führte eine Treppe zur Empore der Frauen. 1920 wurde elektrisches Licht eingebaut. Als 1927 umfangreiche Renovierungsarbeiten anstanden, gingen neben Beiträgen der Medebacher Juden auch Spenden von Angehörigen aus Berlin, Elberfeld und Celle ein. Die bereits im Okt. 1938 zwangsweise verkaufte Synagoge wurde im Novemberpogrom zerstört und eingerissen. 1958 musste der Grundstückseigentümer im Rahmen eines Wiedergutmachungsverfahrens 18 000 DM zahlen. Im Haus der Familie Frankenthal (Niederstr. 20), wo 1938 die Gottesdienste stattfanden, hat es eine Mikwe gegeben; sie wurde zugemauert.

3.2 Zwei jüd. Familien besaßen 1738 ein eigenes Wohnhaus, die anderen drei Familien wohnten „heuerweis bey denen bürgeren“. 1823 waren vier Juden in Medebach

Hauseigentümer: Abraham Cahn (Schätzwert seines Hauses: 900 Tlr.), Marcus Hecht (400 Tlr.), Emanuel Meyerhoff (250 Tlr.) und Mathias Stern (100 Tlr.). Die drei Erstgenannten verfügten je über einen Morgen Ackerland, Stern über einen Viertel Morgen Garten. Jetta Stahl, die Frau des Seligmann, kaufte kurz nach dem Zuzug der Familie 1865 das Haus und das Grundstück Hallenberger Str. 7. Der Nachfahre Sally Stahl verkaufte beides 1929 für 10000 RM, zuvor hatte er das Anwesen Kapellenstr. 18 für 16 500 RM gekauft. 1933 befanden sich die Häuser der sechs jüd. Familien in der Niederstr. 20 und 30, der Oberstr. 21 und der Kapellenstr. 12, 13 und 18.

3.3 Der rund 2000 m² große jüd. Friedhof am Glindfelder Weg (Abzweig Schönmemarkt) befand sich zumindest teilweise in Privatbesitz. Im Kataster war 1831 die jüd. Gemeinde als Eigentümerin eingetragen, im Zuge der Flurbereinigung wurde Mathias Stern Besitzer. Bis in die 1830er Jahre wurden dort auch verstorbene Juden aus Winterberg bestattet. 1939 endete mit Alex Stessmann die Belegung. Der letzte Eigentümer der Friedhofsparzellen, Philipp Stern, wurde 1942 deportiert; Rechtsnachfolgerin wurde die RV. 1941 erlaubte der Medebacher Amtsbürgermeister einem Imker, auf dem Friedhof eine Bienenhütte zu errichten, wozu er als Fundament Grabsteine verwendete. Ein 1943 vorgesehener Verkauf des Geländes an die Zivilgemeinde kam nicht zustande. Die Bienenhütte wurde wohl schon vor dem Einmarsch der Amerikaner wieder abgerissen. Nachdem die Wiederherstellung der jüd. Friedhöfe angeordnet worden war, forderte Amtsdirektor Rettig den Imker 1946 auf, den Friedhof wieder in seinen früheren Zustand zurückzusetzen, was auch geschah. 1959 ging das Eigentum vom JTC auf den Landesverband der jüd. Gemeinden Westfalens über. 1974 verkaufte der Landesverband ungenutzte Teilflächen an die VEW, unter Aufsicht des Landesrabbiners erfolgten Ausschachtungen für den Bau einer Trafostation. Es sind 26 Grabsteine erhalten, die ältesten stammen aus dem Jahr 1808 und wurden für Mordechai sowie für Meyer Salomon (Stammvater der Familie Winterberger in Winterberg) gesetzt. Sie sind ausschließlich mit hebr. Inschriften versehen.

4.1 Amtsgericht Medebach, Bd. 5, 7, 9, 11, 13, 37, 50, 54, 55, 58, 61, 65, 67–70, 72, 74, 77–79, VI 2/57, 4/52, 29/37. – LAV NRW Abt. W (Münster), Gesamtarchiv von Landsberg-Velen (Dep.) Nr. 25154, 25933, 25977; Ghztm. Hessen II D 384, 407; Hztm. Westfalen, Landstände Nr. 307, 308, 317, 318, 329–332, 704, 2874, 2930, 2973, 3003, 3009, 3172; Hztm. Westfalen, Landesarchiv IX 4a, Bd. I, 3, 4d, 6; Katasterbücher Arnsberg 1203; Kreis Brilon Landratsamt Nr. 1643 B, 1645, 1663, 1768, 2059; Oberpräsidium 2627; Reg. Arnsberg II H Nr. 327, 1721; Reichskammergericht F 134. – StadtA Medebach, A 73, 411, B 173, 180, 275, 325, 329, 351, 402, 500/1, E 8. – StadtA Winterberg, B 173, 216, 585, 716, 720, C 221, 222, 224, 1009, 1010.

4.2 Grundriss der Synagoge mit Skizze der Außenansicht in SCHÄFER, Die Geschichte der jüdischen Gemeinde Medebach 37; SCHNELLEN, Die jüdische Gemeinde 119; BROCKE, Feuer 365. Fotos des Synagogengebäudes bei MOHR Alfons, Medebach und seine Ortsteile, Bd. 1 <Medebach 1980> 22 u. 34, BROCKE, Feuer an Dein Heiligtum gelegt 364; SCHNELLEN, Die jüdische Gemeinde 118, darin auch Porträts von Gemeindemitgliedern (113 u. 124), Abb. von Wohnhäusern (112, 113 u. 115) und des jüd. Friedhofs (120), ebenso in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 388. Fotos einzelner Grabsteine bei SCHÄFER, Juden in Medebach 551, dort 555 sechs Passbilder.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 5–39 <1831–1897/99>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 66, <1913> 79, <1924/25> 62. – Israelitisches Familienblatt <25.2.1926, 17.3.1927>. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 51.

4.4 Gegen das Vergessen. Gedenken zum 75. Jahrestag der Pogromnacht am 10. November 2013 (= Schriften des Heimat- und Geschichtsvereins Medebach 36) <Medebach 2013>. – KAIBNI Bethesda/SCHÄFER Nikolaus, Die Geschichte der Medebacher Judenfamilie Stahl. (= Schriften des Heimat- und Geschichtsvereins Medebach 21) <Medebach 2003>. – SCHÄFER Nikolaus, Die Geschichte der jüdischen Gemeinde Medebach. Vom Anfang bis nach dem bitteren Ende (= Schriften des Heimat- und Geschichtsvereins Medebach 10) <Medebach 1990>. – DERS., Juden in Medebach. In: KLUETING Harm (Hg.), Geschichte von Stadt und Amt Medebach (Hochsauerlandkreis) <Medebach 1994> 545–561. – DERS., Die Geschichte der Medebacher Judenfamilie Stahl. In: Sauerland, Zeitschrift des Sauerländischen Heimatbundes 4 <2002> 192f. – SCHNELLEN Gerhard, Die jüdische Gemeinde. In: Kirchengeschichte der Stadt Medebach (= Schriften des Heimat- und Geschichtsvereins Medebach 7) <Medebach 1987> 106–127. – DERS., Die ‚Reichskristallnacht‘ in Medebach. In: ARNOLDS Wolfgang (Hg.), Die ‚Kristallnacht‘ im Sauerland <Brilon 1988> 48f.

Harald Bausen

MEINERZHAGEN

1.1 Stadt Meinerzhagen, Märkischer Kreis

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1765 Erhebung zur Akzisestadt; 1964 Wiederverleihung des Titels Stadt.

Laut Statut von 1856/58 bildete Meinerzhagen eine Untergemeinde des Synagogenbezirks Altena.

2.1.1 1754 beschwerten sich Kaufleute aus Lüdenscheid bei der Kriegs- und Domänenkammer in Kleve über den Altkleiderhandel von Juden, die aus Meinerzhagen stammen sollten. Im 18. Jh. waren in Meinerzhagen jedoch keine Juden wohnhaft.

2.1.2 Unter bergischer Herrschaft erfolgte zwischen 1806 und 1810 der Zuzug jüd. Familien nach Meinerzhagen, 1812 lebten dort sieben Juden. 1815 gehörten zu den 14 für Meinerzhagen aufgeführten jüd. Einwohnern u. a. Alexander Keller mit Frau, zwei Töchtern und dem Sohn Löser, ferner Meyer Stern mit Frau und Kind. Der 66-jährige Vorsänger Israel Behrmann (Baehrmann) teilte 1816 mit, er sei etwa drei Jahre zuvor nach Meinerzhagen „berufen worden“, um seinen Sohn Alexander Keller und seinen Schwiegersohn Meyer Stern „in ihren häuslichen Familien-Verhältnissen“ zu unterstützen. Eine Tochter des Ehepaares Behrmann, die taubstumme Dienstmagd Röschen Behrmann, lebte im Haushalt der Familie Stern. Ferner finden sich 1815 im Ort der etwa 1811 aus Limburg/Lahn gekommene Gottlieb Dorad sowie zwei etwa 1814 zugezogene ‚Handelsjuden‘, die Brüder Theob. und Adam Franke. 1818 schrieb der Bürgermeister in einem Bericht, die Juden hätten sich „wie Unkraut allenthalben hinverbreitet, um die Gewerbe christlicher Kaufleute zu zerstören und sich zu bereichern“. Dabei stellte er über die „hiesigen, wenigen Juden“ fest, dass sie „hier arm geworden [sind], weil die hiesige Gegend selbst zu arm ist, also der Handel zu schlecht ist“. Kriminelle Handlungen der Meinerzhagener Juden waren ihm nicht bekannt. 1821 heißt es über Meyer Stern: „Hat kein Vermögen und ist durch Aufhebung des Hausirens außer Stand gesetzt, sich und die seinigen nothdürftig zu unterhalten.“ Alexander

Keller hatte 1829 „8 unerzogene Kinder und kein Vermögen“. 1844 heiratete der aus Lieberhausen (heute: Stadt Gummersbach) stammende Jacob Rosenthal Julie Stern, eine Tochter Meyer Sterns, und zog nach Meinerzhagen. Um 1850 zog die Familie Moses Fischbach aus Neuenkleusheim (Kreis Olpe) nach Meinerzhagen. Die Familien Stern, Rosenthal und Fischbach bildeten bis ins 20. Jh. den Kern der jüd. Bevölkerung in Meinerzhagen. 1846 waren als selbständig tätige Juden verzeichnet: Alexander Keller sowie die Handelsleute Löser Keller, Jacob Rosenthal, Löser Stern und Meier Stern; die genannten erblichen Familiennamen haben sie bereits zuvor geführt. 1859 sind folgende Haushaltsvorstände aufgeführt: Löser Keller, Moses Fischbach, Jacob Rosenthal und die vier Brüder Löser, Isaak, Simon und Levy Stern (Senior). In den 1880er Jahren arbeiteten die vier jüd. und drei nicht-jüd. in Meinerzhagen ansässigen Metzger zusammen. Die Schlachträume wurden gemeinsam genutzt und das Fleisch unabhängig von Religion und Verwandtschaft aufgeteilt. Löser Stern kaufte 1840 die untere Hälfte des Hauses ‚Krim 3‘ und wurde damit der erste jüd. Hausbesitzer in Meinerzhagen. 1837 oder 1848 gründete er das ‚Textilgeschäft L. Stern‘. 1852 gehörte er zu den 14 Steuerzahlern mit den höchsten Beiträgen in Meinerzhagen, alle anderen jüd. Familien befanden sich im unteren Segment. Sein Sohn Levi Stern kaufte 1894 das Wohn- und Geschäftshaus Kirchstr. 5, 1906 verdoppelte er die Ladenfläche, brachte durch „persönlichen Einkauf in Berlin“ die neueste Mode nach Meinerzhagen und machte das Geschäft zu einem „der führenden Häuser am Platz“. Willi Stern, Cousin von Levi Stern, betrieb mit seinem Schwager Ernst Rosenberg bis 1929 das konkurrierende Manufakturwaren- und Textilgeschäft „Stern und Rosenberg“. Um 1902/03 handelten Levi Stern, seine Söhne Jacob und Nathan Stern, sein Neffe Max Stern sowie Hermann Hess und Jacob Fischbach mit Vieh. Der Umfang ihres Gewerbes war gering. Löser Rosenthal, der gemeinsam mit seiner Ehefrau mit Lumpen, Knochen, altem Eisen und Ziegenfellen handelte, erhielt eine Unterstützung aus der Armenkasse.

Siegmund Löwenstein, Alfried Sternberg, Alfred Hess und ein weiterer der Brüder Hess nahmen am Ersten Weltkrieg teil. Der Name des 1917 in Flandern gefallenen Ernst Rosenthal findet sich auf der Gedenktafel der Meinerzhagener Gefallenen am Ehrenmal Hochstraße; er hatte 1916 das EK II erhalten. 1918 wurde der Kraftfahrer Leo Stern mit dem ‚Bulgarischen Verdienstorden‘ ausgezeichnet. Die ‚Meinerzhagener Zeitung‘ veröffentlichte am 16. Nov. 1916 auf der ersten Seite die ‚Ehrentafel für unsere Meinerzhagener Helden‘ mit der Mitteilung, dass Oskar Fischbach mit dem EK II ausgezeichnet worden sei. Auch sein Bruder Julius Fischbach, der an der Ostfront verwundet wurde und im Aug. 1918 aus russischer Kriegsgefangenschaft heimkehrte, erhielt das EK. Im Aug. 1914 meldete sich der in Lublin (Russisch-Polen) geborene Moses Treistmann, Inhaber der Meinerzhagener Metallwarenfabrik Treistmann & Cie., freiwillig als Dolmetscher beim Bezirkskommando Siegen der Kaiserlichen Armee, wurde wegen seiner russischen Staatsangehörigkeit aber abgelehnt. Daraufhin beantragte er die deutsche Staatsangehörigkeit. Obwohl sich der Gemeinderat für ihn einsetzte, verwehrte der Arnberger Regierungspräsident die Zustimmung mit der Begründung, er werde „die Reihen der zur königlichen Staatsregierung in grundsätzliche Opposition sich setzende Elemente vermehren“. Treistmann war 1903 nach Meinerzhagen gekommen und hatte Hedwig Stern geheiratet, die durch die Heirat ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlor. Vermutlich wurde Moses Treistmann als ‚feindlicher Ausländer‘ interniert. Seine 1914 noch florierende Wagenleistenfabrik war 1916 insolvent. Die Familie zog 1919 nach Wuppertal. 1921 zog David Borenstein, 1888 in Kazimiersk im Bezirk Lublin geboren, nach Meinerzhagen und machte sich dort als Anstreicher selbständig. Nach der Heirat mit der geschiedenen Erna Becker (geb. Rosenthal) beantragte auch Borenstein die deutsche Staatsangehörigkeit; trotz Unterstützung durch amtliche Stellen in Meinerzhagen lehnte der Regierungspräsident ebenfalls

ab. Borenstein erwarb 1928/32 das Haus Kirchstraße 22/24, in dem bis zu seinem Tod 1925 Abraham Stern gewohnt hatte.

Bei einem Vortrag des ‚Katholischen Volksvereins‘ zum Thema „Wer hat uns die Revolution gebracht?“ verurteilte der jüd. Gemeindevorsteher Levi Stern 1919 die von der antisemitischen Bewegung vorgebrachten „ungerechtfertigten Angriffe“ gegen die Juden. 1922 entstand unter dem Vorsitz von Leo Stern eine Ortsgruppe des CV, der mit einer Ausnahme alle Meinerzhagener Juden beitraten. Leo Stern teilte mit, dass die Einstellung der Parteien und der Presse zum Judentum in Meinerzhagen liberal sei. Antisemitische Veranstaltungen gebe es nicht, allerdings seien etwa 100 der 2000 Einwohner des Ortes Mitglied im antisemitischen ‚Jungdeutschen Orden‘.

Mehrere Frauen aus der Familie Rosenthal heirateten Christen: Caroline Rosenthal 1877 den aus Thüringen stammenden Louis Kirmse, ihr Sohn wurde ev. getauft. 1912 bzw. 1913 heirateten die Schwestern Paula und Erna Rosenthal einen kath. bzw. ev. Partner. Über die Hochzeit von Eva Rosenthal berichtete die Kreissynode: „In Meinerzhagen heiratete ein Evangelischer, der aus der Fremde nach dort gezogen ist, eine Jüdin, ließ seinen Sohn beschneiden und schüttelte die pastorale Hinweisung auf das Kirchenzuchtgesetz mit der Antwort ab, dass er soeben seinen Austritt aus der Landeskirche angemeldet habe.“

Der jüd. Viehhändler Hermann Hess zog zwischen 1904 und 1906 von Meinerzhagen in die benachbarte eigenständige Gemeinde Kierspe. Seine Kinder wohnten bis in die 1920er Jahre in Kierspe, der Sohn Erich Hess blieb dort bis zur Deportation. In Kierspe lebte in den 1920er Jahren zudem der Jude Alfred Sternberg. Auch der aus Meinerzhagen stammende Max Stern lebte mit seiner Familie bis mindestens 1929 in Kierspe. Sie alle gehörten der Synagogengemeinde Meinerzhagen an. Zur Synagogengemeinde Meinerzhagen zählten auch die in Gummersbach lebende Kaufmannsfamilie Siegmund, Else, Margrit und Rolf Löwenstein.

2.1.3 Bis 1933 ging die Zahl der von jüd. Bürgern geführten Geschäfte von 17 (1916) auf acht zurück. Im Juni 1933 waren 42 Juden in Meinerzhagen gemeldet. Es waren selbständige Kaufleute (Textilwaren Leo Stern, Kirchstr. 5, Manufakturwaren- und Versandhandel Julius Stern, Hauptstr. 6, Obst- und Gemüsegeschäft Max Rosenthal, Hauptstr. 10), Metzger (Louis Stern, Hauptstr. 31), Anstreicher (David Borenstein, Kirchstr. 22), Büroangestellte, Handelsgehilfen, Kellner und Näherinnen, ferner die vier Viehhändler Julius Fischbach (Derschlagstr. 11), Oskar Fischbach (Lindenstr. 14), Emil Stern (Hauptstr. 32) und Nathan Stern (Zum Alten Teich 2). Mit Boykottmaßnahmen begann 1933 die Verdrängung aus dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Zeitzeugen berichteten von Benachteiligungen, Drohungen und Angriffen, wiederholt fanden Aufmärsche singender HJ-Gruppen während der jüd. Gottesdienste statt. Im Frühjahr und Sommer 1935 organisierte die NS-Hago (Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation) eine gauweite ‚Aufklärungskampagne‘ mit ‚Aktionen‘ u. a. in Meinerzhagen. Im Juli 1935 beschwerte sich der CV über Transparente mit antisemitischen Hetzparolen in Meinerzhagen; der Sachbearbeiter der Bezirksregierung wies den Landrat in Altena an, diese zu entfernen. ‚Der Stürmer‘ listete im Febr. 1936 die Namen der Nachbarn auf, die Nathan und Rosa Stern zur Silberhochzeit nachts heimlich ein Geschenk gebracht hatten. Jacob und Oskar Fischbach betrieben im Haus Derschlagstr. 11 – mindestens seit 1886 im Familienbesitz und nach dem Stadtbrand 1894 neu gebaut – ein Viehhandelsgeschäft; Oskar Fischbach baute 1934 ein Haus in der Lindenstr. 14. Die Brüder flohen 1938 mit ihren Familien in die USA, ihre drei Schwestern Emilie Levy, Paula Grünwald und Else Windmüller wurden deportiert. Nach dem Verkauf ihres Hauses in der Kirchstraße flohen David und Erna Borenstein im Mai 1938 nach Argentinien, dorthin war 1936 bereits Rudi Becker (Erna Borensteins Sohn aus erster Ehe) und Hugo Stern emigriert. Die zuvor bei den Borensteins lebende taubstumme Damenschneiderin Johanne Ro-

senthal (Schwester von Erna) zog ins Israelitische Altersheim in Unna, im Juli 1942 wurde sie nach Theresienstadt deportiert. Sechs junge Meinerzhagener – Hans Stern, die Brüder Bernhard und Kurt Stern, Erich Stern, Hetty Heumann geb. Stern und Norbert Stern – konnten nach Shanghai fliehen.

Der Pogrom fand in Meinerzhagen am Morgen des 10. Nov. 1938 statt. SS-Männer drangen in das Haus des Gemeindevorstehers Nathan Stern ein, entwendeten die Kultusgegenstände der Gemeinde und verbrannten sie auf der Straße. Die fünf Familienväter Max Rosenthal, Emil, Julius, Leo und Nathan Stern wurden von der örtlichen Polizei verhaftet und im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Nach ihrer Entlassung mussten sie nachweisen, dass sie ihre Auswanderung planten. Von den in Sachsenhausen Inhaftierten gelang lediglich Nathan Stern 1940 die Flucht, er beging 1941 in Buenos Aires Selbstmord. Die beiden letzten jüd. Geschäfte in Meinerzhagen (Manufakturwaren Julius Stern und Leo Stern) wurden zum Jahresende 1938 zwangsweise abgemeldet. 1941 wurden einige der in Meinerzhagen verbliebenen Juden in einem Gehöft am Ortsrand (Wersiepen) gettoisiert. Im April 1942 wurden acht Personen nach Zamość deportiert (Max Rosenthal, Julius und Cilly Stern, Carola Stern, Pauline Stern, Leo und Erna Stern, Hedwig Rosenberg), im Juli 1942 drei weitere (Paula Stern, Paula Stern geb. Emanuel und Paula Brandes) nach Theresienstadt. Emil Stern nahm sich kurz vor dem Abtransport das Leben. Seine Frau Paula wurde nach ihrem Selbstmordversuch ins Krankenhaus Lüdenscheid gebracht und unterschrieb dort einen ‚Heimeinkaufsvertrag‘ für Theresienstadt; sie starb in Auschwitz. Von den 45 jüd. Personen, die zwischen 1933 und 1942 in Meinerzhagen gemeldet waren, starben drei in Meinerzhagen (einer beging Selbstmord), sieben verzogen innerhalb Deutschlands (davon wurden sechs deportiert und ermordet), 16 konnten vor den Novemberpogromen ins Ausland fliehen, acht weiteren gelang dies nach Nov. 1938, elf wurden ab Meinerzhagen deportiert und ermordet.

2.1.4 Der aus Shanghai zurückgekehrte Hans Stern wohnte 1951 kurzzeitig wieder in Meinerzhagen. Einige der Emigranten besuchten in den 1950er Jahren ihre ehemalige Heimatstadt. Der 1977 gegründete ‚Arbeitskreis Juden und Christen‘ bemühte sich um Kontakte sowie um die Erforschung der jüd. Geschichte. Die 1979 von der Stadt Meinerzhagen errichtete Gedenktafel am Kirchplatz (Ecke Hochstr.) zur Erinnerung an die ermordeten Juden dient alljährlich am Volkstrauertag als Ort einer Gedenkveranstaltung. 1982 folgten neun der ehemaligen Meinerzhagener Juden einer von der Stadt Meinerzhagen ausgesprochenen Einladung; sie kamen aus den USA, aus Israel, Großbritannien, Brasilien, Argentinien und Köln. Zwischen der Stadt Meinerzhagen und ihren Bürgern auf der einen Seite und den in alle Welt verstreuten ehemaligen Meinerzhagener Juden und ihren Nachkommen andererseits bestehen bis heute rege Kontakte. Die aus Meinerzhagen stammende Margot Bilinsky geb. Fischbach produzierte in den USA einen Film über das Schicksal der Meinerzhagener Juden mit dem Titel ‚The Locket – Das Medaillon‘. Er wurde in deutscher Fassung 2003, von einer Ausstellung begleitet, der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Forschungsergebnisse zur Geschichte der jüd. Gemeinde, speziell die Biographien der Meinerzhagener Juden, wurden in vielen Vorträgen, Artikeln und Schulveranstaltungen veröffentlicht. Seit 2013 beteiligt sich Meinerzhagen an der Aktion ‚Stolpersteine‘.

2.2.1 1812 lebten sieben Juden in Meinerzhagen, 1843 waren es 20 und 1858 dann 31. Im Jahr 1871 waren von 2318 Einwohnern 108 kath., 2170 ev., 36 jüd. Glaubens, vier gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 2722 Einwohnern 118 kath., 2549 ev. und 46 jüd. Glaubens, neun gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1925 waren von 3561 (!) Einwohnern 337 kath., 3143 ev., 44 jüd. Glaubens und vier bekenntnislos. 1930 lebten in Meinerzhagen 43 Juden. In der benachbarten eigenständigen Gemeinde Kierspe waren 1925 von 5533 Einwohnern 275 kath., 4912 ev.,

neun jüd. Glaubens und 85 bekenntnislos. In Rönsahl lebten im 19. Jh. einige wenige Juden.

Von den 1820er bis in die 1840er Jahre bildeten die Juden in Meinerzhagen eine Gemeinschaft mit denjenigen aus den in der Rheinprovinz gelegenen Orten Pernze (heute Stadt Bergneustadt), Lieberhausen und Bruch (beide heute Stadt Gummersbach). Der (Berg-) Neustädter Bürgermeister berichtete 1847, dass es keinen Vorstand, wohl aber einen unbesoldeten Vorsänger (Isaak Ahron zu Pernze) und einen Rendanten (Moses Rosenthal zu Lieberhausen) gebe. Aufgrund von Unstimmigkeiten organisierten die Meinerzhagener Juden seit 1842/43 ihr Gemeindeleben selbst. 1853 beantragten die Juden von Bergneustadt ohne Erfolg, mit Meinerzhagen vereinigt zu werden, weil sie dort die Betstube im Haus des Löser Stern besuchten. Nach dem Statut von 1856/58 bildeten Meinerzhagen, Plettenberg, Neuenrade und Lüdenscheid Untergemeinden im Kreissynagogenverband Altena. Jede Untergemeinde wählte ihre eigene Gemeindevertretung, der Vorsteher des Kreissynagogen-Verbandes kam immer aus Altena. Zur Untergemeinde Meinerzhagen gehörten anfänglich auch die Gemeinden Herscheid, Valbert, Kierspe und Rönsahl, im 20. Jh. auch die Juden aus Gummersbach (Regierungsbezirk Köln). Die Meinerzhagener Gemeinde, die 1938 faktisch schon aufgehört hatte zu bestehen, wurde im Mai 1941 der Bezirksstelle Westfalen des RV mit Sitz in Bielefeld unterstellt.

Zur Form des jüd. Gottesdienstes teilte der Amtmann 1843 mit: „Die deutsche Sprache hat noch gar keinen Eingang gefunden, gepredigt wird nicht“. Zu den Gemeindefinanzen heißt es 1856, dass wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage der örtlichen Juden keine Miete für eine Betstube aufgebracht werden könne. 1921 hatte die Synagogengemeinde Meinerzhagen 19 Steuerpflichtige, die zusammen eine jährliche Kultussteuer von 1650 RM sowie 400 RM Schullasten zu tragen hatten. Wegen des Unterhalts für den Friedhof und der gestiegenen Ausgaben für den Religionsunterricht war die Gemeinde – wie in den Jahren zuvor und danach – nicht in der Lage, die Kosten für den Religionslehrer zu übernehmen und bat um eine Erhöhung der staatlichen Zuschüsse. 1927 wird letztmals aktenkundig, dass die Synagogengemeinde einer Beihilfe aus Staatsmitteln bedurfte.

2.2.2 Für das Jahr 1816 werden gottesdienstliche Zusammenkünfte in Meinerzhagen erwähnt, zu denen auch Juden aus Lieberhausen, Pernze und Bruch (alle drei Stadt Bergneustadt bzw. Gummersbach, Regierungsbezirk Köln) kamen. 1815 wird Israel Behrmann als Vorsänger genannt. Von den 1820er bis in die 1840er Jahre nutzten die Meinerzhagener Juden den Betsaal in Lieberhausen (Homertstr. 16), der auch von Juden aus Pernze und Bruch aufgesucht wurde. 1842 bat der Meinerzhagener Vorsteher Löser Stern um die Genehmigung, eine Betstube in seinem Wohnhaus (Krim 3) einrichten zu dürfen. 1843 heißt es, die Meinerzhagener Juden hielten ihre Gottesdienste ohne die Teilnahme Auswärtiger ab. 1853 kamen auch Juden aus Pernze und Lieberhausen zum Gottesdienst im Haus von Löser Stern, der die Räumlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung stellte. 1856 berichtete Stern dem Amtmann, dass das Betzimmer „bei dem noch immer zunehmenden Andrang unserer Glaubensgenossen“ zu klein sei, „um darin Gottesdienst nach unseren Gesetzen halten zu können“. Da die Gemeinschaft „nur aus ärmlichen und bedürftigen Mitgliedern“ ohne Vermögen bestehe, bat er um die Erlaubnis zu einer Kollekte für einen Synagogenbau, die jedoch abgelehnt wurde. 1899 wurde im Erdgeschoss des neu erbauten Gebäudes Kapellenweg 2 (Westens Haus) ein Betlokal angemietet, 1921 betrug die Miete 300 Mark pro Jahr. 1927 schloss die „jüdische Kirchengemeinde Meinerzhagen ... vertreten durch den Kirchenvorstand Herrn Willi Stern und Julius Stern“ einen Mietvertrag für Räumlichkeiten im Gebäude der Fa. Gustav Knoche (Hauptstr. 39b), einer ehemaligen Metaldreherei. Bei der Einweihung der darin geschaffenen Synagoge im Jahr 1927 hielt der Lehrer und Kantor Meyer Stern die Festrede. Der Mietpreis betrug zunächst 350 Goldmark pro

Jahr, 1931 dann 300 Goldmark und 1932 noch 260 RM. Als 1938 kein Minjan mehr zustande kam, wurden die Kultusgegenstände ins Haus des Vorstehers Nathan Stern (Zum alten Teich 2) gebracht, wo sie am 10. Nov. 1938 zerstört wurden.

2.2.3 1816 bezeichnete sich Israel Behrmann als „Lehrer der jüdischen Schule“. 1825 gab es sechs schulpflichtige jüd. Kinder, die christl. öffentliche Schulen besuchten. Bis 1853 schwankte die Zahl der schulpflichtigen Kinder zwischen einem und sieben Schülern. 1882 schickte Abraham Stern seinen ältesten Sohn in die kath. Schule, die übrigen jüd. Kinder gingen in die ev. Schule. 1900 gab es acht jüd. Schulkinder, von denen einige von den Eltern Religionsunterricht erhielten, andere waren ohne Unterricht. Da die Gemeinde nicht in der Lage war, einen Religionslehrer zu finanzieren, erklärte sich der Vorsteher bereit, „einigen Religionsunterricht“ zu erteilen. 1909 besuchten neun Kinder, 1911 sieben diese ‚Religionsschule‘. Ab 1911 erteilte der jüd. Lehrer Heß aus Lüdenscheid für 250 M im Jahr ‚Wanderunterricht‘, 1913 nahmen daran vier Kinder teil; eine staatliche Beihilfe von 100 M wurde bewilligt. Der Religionsunterricht fand „durch freundliches Entgegenkommen des hiesigen evangelischen Schulvorstandes“ in der ev. Volksschule statt. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges wurde er eingestellt, da Hess eingezogen worden war. Etwa zwischen 1911 und 1916 gab es wegen des Religionsunterrichts Kontakte zum orthodox ausgerichteten Rabbinat in Recklinghausen. 1916 schlug Willi Stern den Kaufmann Meyer Stern als neuen Religionslehrer vor. Dieser habe zwar kein Befähigungszeugnis (was Voraussetzung für staatliche Zuschüsse zur Lehrerbesoldung war), sei aber seit 16 Jahren Prediger und habe schon viele Kinder unterrichtet und ‚konfirmiert‘. Eine Einnigung mit Stern kam nicht zustande; ersatzweise boten schließlich Jacob Fischbach und Vorsteher Levi Stern an, die wenigen Kinder kostenlos zu unterrichten. 1918 übernahm dann doch Meyer Stern für 250 M pro Jahr diese Aufgabe. 1921 legte er bei einem Rabbiner ein Examen ab und erhielt in der Folge 400 M pro Jahr, obwohl er die staatliche Genehmigungsurkunde erst 1923 bekam. Zu dieser Zeit wurden 14 Meinerzhagener und zwei jüd. Kinder aus Gummersbach in Religion unterrichtet, 1926 waren es neun Meinerzhagener und je zwei aus Gummersbach und Olpe sowie u. a. eines aus Kierspe, sodass die Mindestzahl von zwölf schulpflichtigen Kindern erreicht wurde, Voraussetzung für den Erhalt einer staatlichen Unterstützung. Meier Stern starb 1932 mit 67 Jahren.

2.2.4 1828 spendeten 60 Bürger aus Meinerzhagen, Kierspe und Rönsahl – mehrheitlich Nichtjuden – für den Haindorfschen Verein. 1845 bewilligte der Verein für den Schlosserlehrling Simon Stern und ein Jahr später für den Gelbgießerlehrling Levi Stern Unterstützungszahlungen. 1868 begann Israel Stern aus Meinerzhagen in Münster seine Ausbildung zum Lehrer. Nach Kriegsbeginn 1914 spendete die Synagogengemeinde 100 Mark für das Rote Kreuz, 1916 weitere 100 Mark für das Meinerzhagener ‚Kriegswahrzeichen‘. Der Erlös war gedacht für die „Linderung der durch den Krieg hervorgerufenen Nöte“.

2.3.1 Nach Konstituierung der Synagogenuntergemeinde Meinerzhagen waren deren Vorsteher Löser Stern (1856), Simon Stern (1859–1893), Levi Stern (1894–1921), Willi Stern (1921–1929), Leo Stern (1929–1937) und zuletzt Nathan Stern (1937/38). Aus Kierspe gehörte Alfred Sternberg 1924/25 dem Meinerzhagener Vorstand an. Als langjähriges Vorstandsmitglied wurde 1934 Julius Stern bezeichnet. Vorsteher des Meinerzhagener Repräsentantenkollegiums war 1903, 1911 und 1920 Meier Stern, 1922 Alfred Sternberg aus Kierspe. Der Repräsentantenversammlung des Kreissynagogenverbandes Altena gehörten aus Meinerzhagen Löser Keller (1854–1862), Löser Stern (1862–1875, 1881–1887), Meier Stern (1897–1903) und Levi Stern (seit 1903) an.

Israel Behrmann gab an, etwa 1813 nach Meinerzhagen „berufen worden“ zu sein, um u. a. die Juden „in der Abhaltung des jüdischen Gottesdienstes zu unterstützen“;

er fungierte auch als Schächter. Später engagierte man an hohen Festtagen auswärtige Vorbeter; 1921 wurden 700 RM dafür ausgegeben. Mindestens seit 1918 war Meyer Stern, der auch Religionsunterricht erteilte, viele Jahre lang Kantor und Schächter; für das Schächten erhielt er 50 M pro Jahr. Stern wird auch als ‚Prediger‘ und ‚Kultusbeamter‘ bezeichnet.

2.3.3 Levi Stern (Junior) war 1903 Vorsitzender des freisinnigen Wahlvereins. Von seiner Partei, der freisinnigen Volkspartei, behauptete er, sie stehe „auf nationalem Boden“ und sei „ebenso königlich monarchisch gesinnt, wie jede andere nationale Partei“. Bei der Reichstagswahl von 1912 konnte die antisemitische ‚Christlich-Soziale-Partei‘ des Hofpredigers Adolf Stoecker in Meinerzhagen mehr als 16 Prozent der Wähler überzeugen; die mit 46 Prozent der Stimmen erfolgreichste Partei vor Ort war jedoch die von Levi Stern geführte ‚Fortschrittliche Volkspartei‘. Die Brüder Emil und Nathan Stern waren 1918/19 Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates. Levi Stern war bis zu seinem Tod im Jahr 1921 mehr als 40 Jahre lang Ortsvorsitzender der späteren DDP, die in Meinerzhagen überdurchschnittlichen Erfolg hatte.

Meinerzhagener Juden waren Mitbegründer oder Mitglieder in fast allen örtlichen Vereinen, u. a. der Schützengesellschaft, des Wehrvereins, der Feuerwehr (ab 1855), des Bildungsvereins, des Bürgerkegelklubs, des Turnvereins und der Nachbarschaften. Ein Mitglied der Familie Stern war 1837 Schützenkönig, 1922, 1924 und 1926 wurde Louis Stern zum Adjutanten des Schützen-Obersten gewählt. 1934 durften Eugen und Eva Fischbach noch am Kinderschützenfest teilnehmen. Juden waren Mitbegründer und langjährige Mitglieder der Männergesangsvereine ‚Deutscher Liederkranz‘ (gegr. 1869) und ‚Germania‘ (gegr. 1894). Jacob Stern war u. a. Vorstandsmitglied der Meinerzhagener Schützengesellschaft, Kommandomitglied der Freiwilligen Feuerwehr, Mitbegründer und Ehrenmitglied des MGV Germania, Turnwart und Ehrenmitglied des TuS Meinerzhagen. Julius Fischbach gehörte der Meinerzhagener Feuerwehr und der Ortsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener an; um 1930 war er Laienschauspieler der Freilichtbühne in der Grotmicke.

3.1 Die Gottesdienste der jüd. Gemeinschaft fanden zunächst im Haus von Löser Stern (Krim 3) statt. Die Lage der im 19. Jh. in Meinerzhagen angemieteten Betstube lässt sich nicht mehr feststellen. Zwischen 1899 und etwa 1926 wurden für Gottesdienste Räume im neu erbauten Haus Kapellenweg 2 genutzt (‚Westens Haus‘), ein im äußeren Erscheinungsbild unauffälliges Gebäude, das 1981 abgerissen wurde. Der 1927 bis 1938 im Obergeschoss einer ehemaligen Metalldreherei (Hauptstr. 37b) untergebrachte Betsaal verfügte über 54 Sitze. Äußerlich deutete an dem Fabrikgebäude nichts auf seine gottesdienstliche Nutzung hin, 2001 wurde es abgerissen.

3.2 Löser Stern kaufte 1840 das Haus Krim 3, welches sein Sohn Levi Stern 1894 verkaufte, um das Haus Kirchstr. 5 zu erwerben (‚Bürgers-Haus‘). Hier wurde bis 1938 – zuletzt von Leo Stern – ein Manufakturwarengeschäft betrieben. 1877 kaufte Löser Stern das Haus Kirchstr. 22/24 für seinen Sohn Abraham. Dieses Doppelhaus ging 1928/32 in den Besitz von David Borenstein über. Seit den 1880er Jahren war die Familie Fischbach Eigentümerin des Hauses Derschlag Str. 11, das Jakob Fischbach 1894 nach dem Großbrand neu aufbaute. Levi Stern war 1894 Eigentümer des Hauses ‚Zum Alten Teich 2‘, das später von seinem Sohn Nathan übernommen wurde (abgerissen). Jacob Stern ersetzte sein 1894 abgebranntes Haus in der Hauptstr. 32 durch einen Neubau. Louis Stern baute 1913 das Haus Hauptstr. 31, in dem er seine Metzgerei betrieb. Das Firmengebäude der 1916 insolventen Metallwarenfabrik ‚Treistmann & Cie‘ wurde an die Firma Carl Schleifenbaum veräußert und ist heute Teil der Fuchs-Werke. 1934 errichtete Oskar Fischbach das Wohn- und Geschäftshaus Lindenstr. 14.

3.3 Der ältere jüd. Friedhof liegt auf dem Schwarzenberg an der gleichnamigen Straße im Südwesten des Stadtzentrums. 1813 oder 1818 wurde Meier Stern Eigentümer des Grundstücks, vermutlich ab 1830 wurde es als Friedhof genutzt und 1843 der jüd. Gemeinde übertragen. 1886 stellte diese den Antrag zur Anlage eines Fahrweges aus Mitteln der Stadt, der jedoch wegen der geringen jüd. Bevölkerung und der ungünstigen topographischen Lage abgelehnt wurde; alternativ schlug der Amtmann die Verlegung des Friedhofs vor. 1887 gab der Gemeindevorsteher Simon Stern an, dass „die Zahl der Leichen“ in den letzten Jahren durchschnittlich sechs betragen habe. Über den Bau eines Fahrweges bzw. die Verlegung des Friedhofs wurde in den folgenden Jahren immer wieder gestritten. 1909 berichtete Vorsteher Levi Stern, die Mehrheit der Gemeindeglieder befürworte einen neuen Begräbnisplatz, während eine Minderheit – eventuell der religiösere Teil der Gemeinde, Sprecher war Jacob Fischbach – auf der Anlage eines Weges durch die Stadt beharrte. Stern äußerte dazu, er müsse „in jeder Weise den Frieden in unserer Gemeinde aufrecht erhalten und auch der Minorität gerecht werden“. Zwischen 1830 und 1910 starben 40 Mitglieder der jüd. Gemeinde, die vermutlich dort beerdigt wurden; Grabsteine sind nicht erhalten. In der NS-Zeit ging das Gelände in das Eigentum eines benachbarten Unternehmens (heute Firma Fuchs) über. Das 953 m² große Areal ist mit einer Hinweistafel gekennzeichnet.

1910 wurde die Anlage eines neuen Friedhofs an der Heerstr. oberhalb des kath. Friedhofs genehmigt, das erste Begräbnis fand 1913 statt. 1939 wurden dort ebenso wie auf dem Friedhof auf dem Schwarzenberg Grabsteine umgeworfen. Emil Stern und Berta Hess aus Kierspe, 1942 bzw. 1943 dort beerdigt, erhielten keine Grabsteine. 1944 kaufte die zivile Gemeinde Meinerzhagen für 150 RM das zum beschlagnahmten Vermögen der RV gehörende Friedhofsgrundstück und verwendete es „zur Bestattung von Ausländern“; 26 Gräber russischer Zwangsarbeiter und ihrer Kinder lassen sich nachweisen. Etwa 1944 ließ der Amtsbaumeister die Grabsteine des jüd. Friedhofs vergraben, vermutlich um sie vor der Zerstörung zu schützen. Nach dem Krieg wurde der ursprüngliche Zustand wieder hergestellt, die JTC wurde als Rechtsnachfolgerin der jüd. Gemeinde Meinerzhagen neue Eigentümerin. 1954 verlangte die Amtsverwaltung Meinerzhagen von der JTC einen Kaufpreis von 150 DM sowie 1030 DM für den Unterhalt des Friedhofs, was aber abgelehnt wurde. Neben den Zwangsarbeitern wurden dort vermutlich 27 Personen bestattet, weiterer elf Personen wird auf den Grabsteinen gedacht. Auf der 1148 m² großen Parzelle befinden sich 15 Grabsteine. Der älteste für Löser Stern von 1881 wurde offenbar vom alten Friedhof transferiert. Die Pflege der beiden Friedhöfe ist Aufgabe der Stadt Meinerzhagen und geschieht in Zusammenarbeit mit dem ‚Landesverband der jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe‘ als Eigentümer.

4.1 CAHJP Jerusalem, HM/8715, Akte 943 (CV-Ortsgruppe Meinerzhagen, Original: Sonderarchiv Moskau). – KreisA Altena, LRA AL, A 323, 325; Amt für Wiedergutmachung AL 500/322, 333, 390, 450, 493, 498, 512, 514, 519, 521–523, 531 568, 569, 587, 596, 656, 761. – LAV NRW Abt. R (Duisburg), Landratsamt Gummersbach, BR 0026 Nr. 755 u. 693. – LAV NRW Abt. W (Münster), Regierung Arnsberg 43679. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), Personenstandsarchiv P5 2.3.7.1 Nr. 130–132, P5 2.3.7.2 Nr. 227–229. – StadtA Meinerzhagen, u. a. Verwaltungsakten des Amtes Meinerzhagen, Sammlungsgut, Nachlass Dr. Manfred Luda, Meinerzhagener Zeitung ab 1911; Unterlagen der Gruppe ‚Christen und Juden‘. – Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Oranienburg, Archiv, Akten D1 A/1015, 1020, 1022 (Originale: Russisches Staatliches Militärarchiv, Moskau).

4.2 Grundrisse und Lagepläne der Wohn- und Geschäftshäuser von Juden sowie das Video ‚The Locket‘ (Geschichte der Familie Fischbach bzw. der Meinerzhagener

Juden) im StadtA Meinerzhagen. Vom Betsaal im ehem. Fabrikgebäude Hauptstr. 39 sind noch der Mietvertrag und der Schlüssel mit der Aufschrift ‚Judenkirche‘ erhalten (StadtA). Lageplan des jüd. Friedhofs von 1888 in: WIGGENHAGEN-SCHÜTZ, Meinerzhagen, 149. Fotos der Häuser mit Betsaal in Lieberhausen und Meinerzhagen in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, 450.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 2–28 <1828–1878>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1909> 70, <1911> 79, <1913> 89, <1924/25> 62. – Israelitisches Familienblatt <1914, 1918–1919, 1927, 1932, 1934>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung <1932/33> 165.

4.4 BENNINGHAUS Rüdiger, Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Meinerzhagen. In: Meinhardus. Meinerzhagener Heimatblätter <1982> H. 1, 5–14, H. 2, 32–45. – DERS., Zu Ge- und Nachdenken – der 28. April 1942. Das Schicksal der Meinerzhagener Juden. In: Meinerzhagener Zeitung <28.4.1977>. – KÄMPER W., Alte Meinerzhagener Häuser. In: Meinhardus. Meinerzhagener Heimatblätter <1967> H. 1, 18–20, H. 2, 19–20, H. 3–4, 35–38, <1968> H. 1, 26, H. 3, 25–26, H. 4, 24–25, <1969> H. 1, 24–26, H. 2–3, 31–33. – LANGENOHL Herbert, Die Verlegung von Stolpersteinen in Meinerzhagen (= Meinhardus, Sonderheft) <Meinerzhagen 2015>. – WIGGENHAGEN-SCHÜTZ Petra, Meinerzhagen, Bd. 2: Vom Beginn der Reformation bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges 1914 <Meinerzhagen 1990> 57 u. 149f. – ZEULAK-HÖLZER Ira, Der Erste Weltkrieg als Zäsur. Das Verhältnis zwischen der deutschen und der jüdisch-deutschen Bevölkerung in der Stadt Meinerzhagen. In: Der Märker 63 <2014> 131–141.

Ira Zezulak-Hölzer

MENDEN

1.1 Stadt Menden, Märkischer Kreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – 1276 Stadtrechtsverleihung.

Zur Synagogengemeinde Menden gehörten laut Statut von 1856 die Juden in der Stadt und im Amt Menden (u. a. mit Böingsen, 1936 umbenannt in Lendringsen), im Amt Hemer (u. a. mit den Gemeinden Niederhemer, Oberhemer, Westig, Sundwig, Deilinghofen und dem heute zu Altena gehörenden Evingsen) sowie im Dorf und im Stift Fröndenberg.

2.1.1 In Menden lebte spätestens seit 1603 Gottschalk, der um 1596 in Deutz nachgewiesen ist. Sein Haus war während eines 1604 in Menden geführten Prozesses Treffpunkt zahlreicher Juden – Anlass für den Prozess waren Streitigkeiten verschiedener kurkölnischer Juden mit ihrem Obervorsteher, Levi von Bonn. An dieser wochenlangen Zusammenkunft nahmen u. a. der Rabbiner Joseph von Metz, der Hofjude Wolf von Koblenz und Moises von Hamm mit seiner Frau Freuchen teil. Levi ging als Sieger aus dem Prozess hervor, die unterlegenen Prozessbeteiligten ließ der Kölner Kurfürst Ernst von Bayern 17 Tage lang im Haus des Gottschalk inhaftieren. Der Mendener Prozess führte zum Scheitern der Frankfurter Judenordnung von 1603, mit der eine überterritoriale jüd. Organisation unter dem Schutz des Kaisers aufgebaut

werden sollte. Gottschalk wohnte bis 1609 in Menden, dann zog er nach Werl, wo er 25 Rtlr. für seinen Geleitbrief aufbringen und dem städtischen Rat versichern musste, keine bürgerlichen Handelsgeschäfte zu betreiben.

1620 soll ein Jude in Menden das Glaserhandwerk ausgeübt haben. Für 1643 ist Hirtz bezeugt. 1659 wurden im Amt Menden von einem unvergeleiteten Juden zwei Stüber Zoll erhoben. Die Kopfschatzliste führt 1660 für Menden Hertz (vermutlich identisch mit Hirtz), Schmol (Schmaull) und Moises auf. Hertz war Eigentümer eines Hauses, Moises wohnte in einem angemieteten Haus. Für die Geleitserteilung bzw. -erneuerung 1672 hatten Hertz 37 Rtlr., Schmaull 19 Rtlr, Meyer 15 Rtlr. und Moises 7 Rtlr. zu entrichten. Von 1682 datiert eine Klage des Mendener Stadtrates über die Größe der dortigen jüd. Gemeinschaft, sie zähle inzwischen 30 Personen. Als 1688/89 im Rahmen des Pfälzischen Erbfolgekrieges die Belagerung der Stadt drohte, wurden neben Schützengesellschaft und Bürgerschaft auch die Juden mobilisiert. Lazarus Wallig wurde 1690 vergeleitet, 1696 Matthias. 1703 heißt es, die Geleitbriefe für Salman Matthias, Meyer Moises, Lazarus und die Witwe des Samuel seien 1700 für zwölf Jahre verliehen worden. Außer ihnen wird der unvergeleitete, arme Moyses sowie eine ebenfalls unvergeleitete Witwe mit zwei Töchtern genannt, die in Häusern von Christen wohnten. 1716 waren Hertz, Moyses Salomon (Moises Samuel), Lazarus Wallig sowie Matthias, Nathan und Abraham Lazarus/Leysar im Besitz eines Schutzbriefs. Ohne Geleit waren Adelheid, Witwe des Samuel und Eva, Witwe des Abraham. 1713 und 1719 wurden Christen in Menden verwarnt, bei denen Juden im Haus wohnten, da das „wider alle Christ-Katholisch satz- und ordnung“ verstoße. Ab 1728 führten die Erben des kurkölnischen Schutzjuden Moses Samuel aus Menden einen langjährigen Prozess mit dem nichtjüd. Schulmeister in Fröndenberg wegen einer Schuldforderung. 1738 sind mit landesherrlichem Geleitbrief aus dem Jahr 1735 in Menden Salomon Meyer, Abraham Leysar und Nathan Leysar/Lazarus nachweisbar. Der Witwer Salomon Meyer lebte vom Schlachten, der Malzbereitung und vom Handel (u. a. mit Kupfer, Zinn und Eisen), zu seinem Haushalt gehörte eine Magd. Seine Tochter Eva war mit dem Mendener Nathan Moyses verheiratet, in dessen Haushalt drei Söhne und seine Mutter lebten. Im Haus des Abraham Leysar wohnten seine Frau und eine Magd; er schlachtete und betrieb einen breit gefächerten Handel. Der kinderlose Nathan Leysar lebte mit seiner Ehefrau und seiner Schwiegermutter (Witwe des Leysar) zusammen, den Lebensunterhalt verdiente er mit Schlachten und Handel, u. a. mit Tabak, Pfeifen, Zinn und Lumpen. Mit Stricken sicherte die Witwe des Lazyrus/Leysar ihre Existenz, sie wohnte zur Miete, ihre Tochter verdingte sich als Magd bei Salomon in Menden. Ebenfalls vom Stricken lebte die nicht vergeleitete Gudul Abraham, sie wurde von ihrem Bruder Abraham mit Lebensmitteln versorgt. 1751 wurde Simon Katz, Knecht des Schutzjuden Nathan Moses, in Haft genommen.

1776 entrichtete David Moyses eine Steuer in Höhe von 5 Rtlr. 30 Sgr., Samuel Nathan 4 Rtlr. 18 Sgr., Alexander Moyses 3 Rtl. 9 Sgr., Samuel Emanuel 3 Rtlr. und Nathan Leyser 31 Silbergroschen. Der Vorsänger Nahum führte 18 Sgr. ab, Jacob Katz verfügte über ein Armengeleit. David Moyses handelte mit Eisen, wie aus seinen 1781 an den Rentmeister Ellering in Wocklum gerichteten Briefen hervorgeht. Zudem betätigte er sich als Geldverleiher – Mitte der 1750er Jahre hatte sich Max Theodor von Dücker bei David Moyses verschuldet, eine Altschuld in Höhe von 4000 Rtlr. wurde erst 1794 getilgt. In den 1790er Jahren sind für Menden die Haushaltsvorstände David Moyses (drei Töchter, zwei Söhne), Samuel Nathan (drei Söhne), Samuel Emanuel (drei Kinder, darunter ein Stiefsohn), Alexander Moyses (ein Sohn) und Jacob Abraham (zwei Söhne, zwei Töchter) nachgewiesen; sie alle beschäftigten mehrere Mägde und Knechte. David Moyses hatte 11 Gulden als Beitrag des Hztm. Westfalen zu den Kosten des Koalitionskrieges gegen Frankreich zu entrichten. Samuel Nathan und Alexander Moses prozessierten wegen Geldforderungen gegen einen Christen

aus Niederhemer. Ferner wohnte in Menden ein namentlich nicht genannter Schulmeister.

2.1.2 In den 1830er Jahren werden Abraham Sternfeld, Moises Romberg und Samuel Nathan Rothschild als Ellenwarenhändler aufgeführt, Letzterer betrieb ebenso wie Leser Rothschild zusätzlich ein Wechselgeschäft. 1846 führten alle Haushaltsvorstände die infolge der Anordnung der hessischen Regierung von 1808 angenommenen erblichen Familiennamen: Abraham Dinkelspiel, David Frankenberg, die Witwe des Jacob Frankenberg, Nathan Heimbach, Joseph Reifenberg, David, Joseph und Moses David Romberg, Aron, Leser und Moses Rothschild, Moses und Samuel Sternfeld, die Witwe Simonette Sternfeld sowie Joseph Wallach. Nach einer Wahlliste von 1850 gehörten Lazarus und Aron Rothschild der ersten Klasse an; mit 137 Tlr. 87 Sgr. Jahressteuer zahlte Lazarus Rothschild den höchsten Betrag. In der zweiten Klasse befanden sich Moses Rothschild mit 26 Tlr. 12 Sgr., Moses Romberg mit 17 Tlr. 37 Sgr. und Josef Reifenberg mit 16 Tlr. 19 Sgr. Jahressteuer. Zur dritten Klasse zählten Joseph Wallach, der Metzger David Frankenberg, Nathan Heimbach, der Lehrer Abraham Dinkelspiel und Josef Bauer. In den 1850er Jahren erlernte Eduard Frankenberg in Bonn auf Vermittlung der Haindorfischen Stiftung das Buchbinderhandwerk. Zum wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt trug 1850 Samuel Rothschild bei: Er erwarb die Papiermühle von dem Freiherrn von Dücker in Oberrödinghausen und 1852 die Mendener Papierfabrik. Zu den angesehenen Firmen gehörten Bernstein/Ephraim, Rosenbaum/Leven, Samson/Mendel und Reifenberg/Bauer. 1898 ließ sich Familie Leven in Menden nieder und übernahm das Schuhgeschäft Rosenbaum in der Hauptstr., das sich zum führenden Fachgeschäft im Ort entwickelte. Dagegen verließ die Familie Rothschild Ende des 19. Jh. Menden. Die Anzahl der Gemeindemitglieder erreichte Ende der 1850er Jahre ihren höchsten Stand, in den folgenden Jahrzehnten ging sie zurück.

Der Unteroffizier Louis Frankenberg sowie die Soldaten Salomon Leven und Ernst Mendel erhielten im Ersten Weltkrieg das EK; Mendel erlitt eine schwere Gasvergiftung. Zu den Gefallenen gehörte David Frankenberg. 1932 waren folgende Juden als Gewerbetreibende tätig: Rosalie Weil geb. Reifenberg war Inhaberin des Textilgeschäftes Reifenberg, das später an ihre Tochter (Ehefrau von Hermann Bauer) überging; Max Samson war Eigentümer eines Bekleidungskaufhauses, das er später seinem Neffen Ernst Mendel übertrug; Siegmund Eichengrün war zusammen mit seinem Neffen Paul Eichengrün Inhaber der Firma ‚S. & P. Eichengrün‘, die Kurzwaren und Schneiderbedarfsartikel anbot. Alfred Block war Geschäftsführer der Firma Reifenberg, Louis und Max Frankenberg betrieben Schrotthandlungen. Sally Leven war Inhaber des Schuhgeschäftes Rosenbaum, das später von seinem Sohn Leopold weitergeführt wurde. Der aus den Niederlanden stammende Benjamin Kaijzer lebte mit seiner Frau Johanna (geb. Fürst) in der Hauptstr. 52, wo er ein Schuhgeschäft betrieb. Willy Ephraim wohnte mit seiner Frau, der Zahnärztin Dr. Ruth Ephraim geb. Schürmann und Sohn Denny im Haus seiner verw. Mutter Rosalie Ephraim geb. Bernstein (Hauptstr. 3), wo sich auch das Textilgeschäft Bernstein/Ephraim befand. 1932 lebten in Menden ferner die Angestellten des Textilgeschäftes Reifenberg (Walter Stern, Julius Simon, Irene Grünberg und Hilde Sternheim), die Hausangestellte der Familie Ephraim (Alma Laffmann), Käthe Cordier geb. Meyer (Zeppelinstr. 8) und die Inhaberin eines Putzmacher- und Modegeschäftes, Hermine Klein. In der Wasserstr. 5 lebten der aus Bergkirchen in Lippe stammende David Busak, Möbelpacker bei einer Mendener Spedition, und seine christl. Frau Emma.

In Böingsen (ab 1936 Lendringsen) wohnte 1932 Gustav Weizenkorn (Inhaber einer Metzgerei) mit Ehefrau Lina und drei Kindern im Haus Am Bieberberg 7, er gehörte zu den Wahlberechtigten der Synagogengemeinde Menden. Am Bieberberg 63 wohnte Paula Filter geb. Bernstein verw. Winter, verheiratet mit Hans Filter, Vertreter von

Haushaltswaren und Inhaber eines Mietwagengeschäftes; aus ihrer ersten Ehe hatte sie den Sohn Josef Winter.

2.1.3 Bereits vor dem reichsweit für den 1. April 1933 ausgerufenen Boykott jüd. Geschäfte kam es zu Ausschreitungen gegen das Schuhgeschäft des Niederländers Benjamin Kaijzer, sein Schaufenster wurde mit Teer beschmiert. Obwohl ausländische Juden vom Boykott ausgenommen waren, musste Kaijzer sein Schuhgeschäft schließen. Am 29. März veröffentlichte die Mendener Zeitung einen an Kaijzer gerichteten Brief, in dem die NSDAP den gegen ihn verhängten Boykott bedauerte und es ihm anheim stellte, sein Geschäft wieder zu eröffnen; zu seinem ‚persönlichen Schutz‘ sollten SA-Posten vor seinem Laden aufgestellt werden. Das Ehepaar Kaijzer flüchtete 1938 in die Niederlande und wurde 1944 nach Auschwitz deportiert. 1933 wurde Hermann Bauer – Mitglied der RjF-Ortsgruppe Iserlohn-Hemer – gezwungen, auf sein Amt als Vorsitzender des Aufsichtsrates des Mendener Bankvereins (heute Volksbank Menden eG) zu verzichten; seitdem fungierte er als zweiter Vorsitzender. Nach seinem satzungsgemäßen Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat 1935 wählte die Generalversammlung ihn wieder ins Amt; unter massivem Druck der NSDAP nahm er die Wahl jedoch nicht an. Kurz darauf verkaufte er sein Textilgeschäft an die Gebr. Sinn aus Hagen. Nach seinem Tod 1936 nahmen trotz Einschüchterungsversuchen viele seiner ehem. Angestellten sowie einige Mitglieder des Aufsichtsrats des Bankvereins an der Beisetzung teil. Im Sept. 1935 fand die Einweihung des Ehrenmals zum Gedenken an die im Ersten Weltkrieg gefallenen Soldaten statt, auf dem auch der Name von David Frankenberg zu finden ist. NSDAP-Anhänger hatten vergeblich versucht, diese Ehrung eines Juden zu verhindern.

In der Pogromnacht 1938 wurden Geschäfte und Wohnhäuser angegriffen. Im Schuhgeschäft Rosenbaum wurden Schaufenster und die Eingangstür zertrümmert, die auf die Straße geworfenen Waren wurden geplündert oder zerstört. Auch das Kaufhaus Samson und das Wohnhaus des Inhabers, Ernst Mendel, waren Ziel von Übergriffen. In der Nacht vom 9. auf den 10. Nov. 1938 wurde zunächst versucht, die Synagoge in Brand zu stecken, was benachbarte Hausbesitzer bzw. Mieter aber verhindern konnten. Am Vormittag des 10. Nov. verwüsteten SA-Leute dann das Gebäude. Am selben Tag wurden Alfred Block, Max Frankenberg und Ernst Mendel verhaftet und ins KZ Sachsenhausen verschleppt, wo sie – ebenso wie Alfred und Louis Frankenberg und David Busack – bis Dez. 1938 interniert blieben. Zahlreiche Mendener Juden verließen das Land, Emigrationsländer waren u. a. Palästina (Familie Siegmund Eichengrün), die USA (Ehepaar Block und die Familien Paul Eichengrün, Frankenberg, Mendel und Leven) sowie Südafrika (Julius Simon, Ernst Stern) und Großbritannien (Irene Grüneberg).

Das Haus der Familie Ephraim (Hauptstr. 3) wurde Ende der 1930er Jahre zum ‚Judenhaus‘ erklärt. 1940 gab der ‚Reichsanzeiger‘ bekannt, dass die 1881 in Menden geborene Anna Rosenberg ausgebürgert worden sei. In Menden verblieben das Ehepaar Leven, die Familie Ephraim, sechs Mitglieder der Familien Frankenberg, der mit einer Christin verheiratete David Busack sowie die zum Protestantismus konvertierte Käthe Cordier. Im April 1942 ins Ghetto Zamość deportiert wurden Alfred, Jenny, Erich und Herbert Frankenberg, im Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt Rosalie, Willy, Ruth und Denny Ephraim, ferner die Ehepaare Ella und Louis Frankenberg sowie Sally und Amalie Leven. David Busack wurde Aug. 1942 nach Theresienstadt (später Mauthausen) verschleppt. Die in ‚Mischehe‘ lebende Käthe Cordier kam 1944 nach dem Tod ihres Ehemannes ins Ghetto Theresienstadt, sie überlebte.

In Böingsen bzw. Lendringsen hinderten SA-Leute im Rahmen des Aprilboykotts 1933 Kunden daran, die Metzgerei von Gustav Weizenkorn zu betreten. Dem Sohn Erich Weizenkorn wurde die Zulassung zur Meisterprüfung verweigert. 1938 gelang dem Ehepaar Weizenkorn mit ihren erwachsenen Kindern die Ausreise nach Lissabon

und von dort weiter in die USA. Paula Filter zog 1935 mit ihrem nichtjüd. Ehemann und ihrem Sohn Josef nach Bielefeld, sie beging vor ihrer Deportation Selbstmord. Josef Winter, im März 1942 deportiert, kam im Ghetto Warschau ums Leben.

2.1.4 Käthe Cordier, Sally Leven und Amalie Leven wurden im Ghetto Theresienstadt befreit, im Juli 1945 kehrten sie nach Menden zurück. 1947 emigrierte das Ehepaar Leven zu seinen Kindern in die USA. In den folgenden Jahrzehnten gab es Besuche von aus Menden ausgewanderten Juden in ihrer Heimatstadt und Kontakte zu früheren Nachbarn. 1947 wurden vier Mendener Pogromtäter vom Landgericht Arnsberg zu einigen Monaten Gefängnis verurteilt, fünf weitere aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

An die umgekommenen Juden aus Menden sowie die in der Pogromnacht verwüstete Synagoge erinnern seit 1983 eine Gedenkplakette an einer Mauer in der Synagogengasse, seit 1991 ein Gedenkstein in der Hochstraße. 2008 wurde der „Ort der Erinnerung“ neu gestaltet. Er besteht aus vier Elementen: Dem ursprünglichen Stein mit dem Gedenktext, aus Steinen der ehem. Synagoge, die den Gedenkstein an zwei Seiten umgeben, aus einem in die Erde eingelassenen zerbrochenen Davidstern und aus drei Stahlstelen mit den Namen aller ermordeten Mendener Juden. Eine Hinweistafel erläutert die Elemente der Gedenkstätte und erinnert zugleich an die aus Menden deportierten und ermordeten Sinti und Roma. Im Mendener Gymnasium befindet sich eine Tafel zum Gedenken an Josef Winter aus Lendringsen-Böingsen und an andere ermordete jüd. Schüler aus Menden.

2.2.1 1843 lebten 64 Juden in Menden, 1858 waren es 80. Im Jahr 1871 waren von 4435 Einwohnern 3610 kath., 755 ev. und 70 jüd. Glaubens, 1895 von 7509 Einwohnern 6263 kath., 1201 ev., 43 jüd. Glaubens, zwei gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1925 waren von 13 677 [!] Einwohnern 11 272 kath., 2274 ev., 43 jüd. Glaubens und 16 bekenntnislos. 1935 lebten 31 Juden in der Stadt, 1937 waren es 25 und 1939 noch zehn. In der Gemeinde Böingsen (1936 in Lendringsen umbenannt) waren 1925 von 4306 [!] Einwohnern 3658 kath., 532 ev., fünf jüd. Glaubens und fünf bekenntnislos. 1932/33 lebten dort vier Juden.

Bei der Planung der einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnsberg 1842, die jüd. Gemeinde Menden mit der in Hemer zu vereinen, da von den insgesamt 65 Juden in Menden nur zehn als selbständige Gemeindemitglieder galten und das Minimum zur Konstituierung einer Synagogengemeinde bei 24 lag. Obwohl die Juden in Hemer traditionell zum näher gelegenen Iserlohn ausgerichtet waren, erklärten sie sich mit dieser Regelung notgedrungen einverstanden. Die Synagogengemeinde Menden umfasste laut Statut von 1856 die Juden aus der Stadt und dem Amt Menden (u. a. mit der Gemeinde Böingsen bzw. Lendringsen), ferner aus dem Amt Hemer (u. a. mit den Gemeinden Niederhemer, Oberhemer, Westig, Sundwig, Deilinghofen und dem heute zu Altena gehörenden Evingsen) sowie aus Dorf und Stift Fröndenberg. 1878 bemühten sich Gemeindemitglieder aus Hemer um die Loslösung von Menden und die Zuweisung nach Iserlohn, was die Behörden aber ablehnten; erneute Versuche 1885 und 1907 blieben ebenfalls ohne Erfolg. Im 20. Jh. wurden Fröndenberg und Hemer als Filialgemeinden von Menden geführt.

1843 wurden in der Synagoge in Menden (anders als in Iserlohn) Predigten gehalten, was auf eine religiös liberal ausgerichtete Gemeinde schließen lässt. In den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jh. gehörte Menden zum DIGB. Der Gemeindeetat belief sich 1905 auf 1680 Mark. Um 1930 wurden von den 4000 M ca. 600 M für den Unterricht verwendet.

2.2.2 1682 wird im Zusammenhang mit einer Beschwerde des Mendener Stadtrates eine ‚Synagoge‘ – wohl ein Betraum – erwähnt. David Romberg stiftete 1785 einen Thoravorhang für den Betsaal. 1793 besuchten auch Fröndenberger Juden den Gottes-

dienst in Menden; in dem Jahr erreichte Philipp Cusel aus Fröndenberg die Befreiung von den Landzollabgaben für Besuche der Synagoge in Menden. 1821 wurde an der Waterstr./Ecke Süsterstr. (heute Hochstr. 10) eine Synagoge errichtet. Die Juden in Hemer orientierten sich weiterhin nach Iserlohn, obwohl sie ab 1856 zum Synagogenbezirk Menden gehörten. 1930 nahmen an den Gottesdiensten in der Synagoge in der Hochstraße auch Juden aus Fröndenberg, Hemer und Böingsen-Lendringsen teil. Nach einer misslungenen Brandstiftung in der Nacht vom 9. auf den 10. Nov. 1938 verwüsteten SA-Leute am 10. Nov. vormittags die Synagoge. Nur wenige Gegenstände konnten gerettet werden: Ein rabbinisches Kompendium von 1709, eine Sabbatlampe aus dem 18. Jh., ein um 1910 gefertigter Chanukkaleuchter, Tefillin sowie der Portalsturz von 1821. Am Mittag des 10. Nov. mussten Juden die Umgebung der Synagoge aufräumen, in den folgenden Monaten schlachteten Unbekannte die Synagoge völlig aus. Im Mai 1939 wurden Max Frankenberg und Leopold Salomon Leven zum Verkauf des Gebäudes gezwungen. Ein benachbarter Anstreichermeister erwarb das Gebäude für 7000 RM, für den ‚Arisierungsgewinn‘ musste er eine Ausgleichsabgabe an den Staat leisten. 1952 entrichtete er im Rahmen eines Vergleichs eine Nachzahlung von 6000 DM an die JTC und verpflichtete sich zudem, die Reste der Synagoge auf eigene Kosten bis Ende 1952 abreißen zu lassen. Nach erfolglosen Versuchen des Eigentümers, die Vergleichssumme zu mindern, wurde die Ruine vertragsgemäß abgebrochen.

2.2.3 Die Kopfsteuerliste von 1759 verzeichnet einen jüd. Lehrer; in den 1790er Jahren wohnte in Menden ein namentlich nicht genannter Schulmeister. 1812 engagierte die jüd. Gemeinschaft Isaak Cohn aus Wallerstein als Lehrer, der gerade seine Prüfung abgelegt hatte. 1825 stellte sich heraus, dass Cohn seit seiner Einstellung ohne amtliche Vokation unterrichtet hatte; als ihm daraufhin gekündigt wurde, beschwerte Cohn sich erfolglos beim Bürgermeister. Im selben Jahr bat der Gemeindevorstand die Regierung in Arnsberg, der Anstellung von Joseph Braunfeld zuzustimmen. Nach dessen Wechsel nach Soest 1827 wurde der aus Bingen stammende Abraham Dinkelspiel eingestellt, der drei Jahrzehnte blieb. 1828 bestand er die Lehrprüfung im Soester Seminar und erhielt die Genehmigung, die jüd. Kinder in Menden auch in den Elementarfächern zu unterrichten. Gemeinsam mit seinem Iserlohner Kollegen Abraham Cohn veröffentlichte Dinkelspiel 1834 ‚Erzählungen der heiligen Schrift für Israeliten. Zum Schul- und Privatgebrauch‘. 1843 gab es in Menden acht schulpflichtige jüd. Kinder. 1857 erteilte die Regierung Joseph Wallbaum aus Rietberg die Erlaubnis zur Fortführung der Elementarschule, er war bis zu seinem Tod 1870 in Menden tätig. Sein Nachfolger Isaac Steinweg aus Unna kündigte 1874, an seine Stelle trat Leeser aus Eickel, der zuvor in Eschweiler unterrichtet hatte. Für seine Tätigkeit als Religionslehrer und Kantor erhielt er ein Jahresgehalt von 1050 M, sein Vorgänger hatte 350 M erhalten. 1876 wurde Baruch Plaut aus Michelstadt eingestellt. Seit der amtlichen Erlaubnis zur Fortführung der Schule als private Elementarschule 1875 musste die Synagogengemeinde ein jährliches Gehalt von 1200 M für die Tätigkeit als Religionslehrer und Kantor aufbringen, zusätzlich erhielt er 150 M von den Eltern für die Erteilung der Elementarfächer. 1878 wurde Plaut wegen Pflichtverletzungen gekündigt, 1879 wurde Emanuel Mendel aus Wattenscheid Nachfolger zu gleichen Bedingungen. Seit 1886 beschäftigte die jüd. Gemeinde Simon Eichengrün aus (Witten-)Annen als Kantor und Lehrer. Auf Bitten jüd. Familien aus Hemer und Sundwig erteilte Eichengrün seit 1887 gegen eine jährliche Vergütung von 100 M wöchentlich zwei Stunden Religionsunterricht in Hemer; da die Kinder aber nur unregelmäßig zum Unterricht erschienen, stellte er diese Tätigkeit 1890 ein. Bei einer 1887 durchgeführten Inspektion der Mendener Schule unterrichtete der 23-jährige unverheiratete Eichengrün zehn Kinder, Beschaffenheit und Ausstattung des Schulgebäudes wurden für gut befunden. 1888/89 fielen Eichengrüns Leistungen (nun unterrichtete er neun bzw. sieben Kinder) befrie-

digend bis genügend aus. 1890 beklagte Eichengrün bei Regierungsstellen das geringe Jahreseinkommen, zudem sehe sein Anstellungsvertrag im Falle seines Todes keinerlei Zuwendungen an seine Familie vor. Schließlich suchte er um seine Entlassung zum 1. April 1891 nach, um einen anderen Beruf zu ergreifen; zuvor waren seine Bemühungen zur Anstellung an einer öffentlichen Schule erfolglos geblieben. Sein Nachfolger Bernhard Mayer erteilte 1892 ohne amtliche Erlaubnis acht Schülern Unterricht. 1893 ignorierte er die Aufforderung des Schulamtes in Arnsberg, seine Zeugnisse vorzulegen, stattdessen stellte er einen Antrag auf Genehmigung seiner Tätigkeit. Das Schulamt verfügte daraufhin die Auflösung der jüd. Schule, da Mayer keine Lehrprüfung abgelegt habe. Im selben Jahr setzte der Synagogenvorstand die Wiedereinstellung des Simon Eichengrün – seit einem Jahr Betreiber eines Galanteriewarengeschäfts – als Religionslehrer durch, er unterrichtete Kinder aus Menden und Hemer, die ansonsten die ev. Volksschule besuchten. Nachdem Eichengrün 1897 nach Berlin gegangen war, forderte der jüd. Gemeindevorstand die Regierung auf, einen jüd. Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen einzurichten. Wegen der geringen Schülerzahlen (Menden sieben, Hemer 13 und Sundwig zwei Schulkinder) wurde dies abgelehnt und auf die Verantwortung der Eltern verwiesen. Ein erneuter Versuch von Salomon Gottschalk 1898 blieb ebenfalls ohne Erfolg. Mit der Einstellung des 20-jährigen Seminarabsolventen Sally Grünewald bekamen die Kinder 1899 wieder Religionsunterricht. Er unterrichtete in Menden fünf und in Hemer vier Kinder in Religion. Seinem Gesuch, in Menden wieder eine jüd. Elementarschule eröffnen zu dürfen, wurde stattgegeben, als Lehrer und Kultusbeamter erhielt er 1200 M Gehalt. Die Schulinspektion bescheinigte Grünewald 1902 einen unterdurchschnittlichen Unterrichtserfolg. 1905 kündigte Grünewald, die Kinder – je drei aus Menden und Hemer sowie fünf aus Fröndenberg – besuchten fortan wieder die ev. Volksschulen. Weitere Religionslehrer waren 1905 Max Samuel aus Drensteinfurt, der die erste Lehrprüfung bestanden hatte, 1907 David Salomon (in diesem Jahr wird eine ‚Religionsschule‘ für Menden und ‚Wanderunterricht‘ in Hemer erwähnt) sowie 1909 und 1911 ein Lehrer Lewinger, der zwölf bzw. elf Kindern Religionsunterricht erteilte. 1913 unterrichtete Lehrer und Kantor Hermann Stamm in der ‚Religionsschule‘ zwölf Kinder, 1916 zwei aus Menden, sieben aus Hemer und eines aus Fröndenberg. Der Religionsunterricht fand sonntags vier Stunden in Menden und mittwochs zwei Stunden in Hemer statt. 1924/25 erhielten acht Kinder Religionsunterricht, 1928 starb Stamm. 1930 nahmen elf jüd. Kinder am Religionsunterricht teil.

Während der NS-Zeit musste Martin Mendel das Mendener Gymnasium verlassen; seine Eltern schickten ihn in eine private Schule bei Ulm. Am 11. Nov. 1938 wandte sich Hauptlehrer Pollitz von der Hindenburgschule Menden an den Kreisschulrat u. a. mit der Frage, ob „ein nationalsozialistischer Lehrer Judenkinder mit unterrichten“ müsse. Die Antwort lautete, da dies anlässlich der „Empörung des ganzen Volkes über den jüdischen Mord in Paris deutschen Lehrern nicht mehr zugemutet werden“ könne, hätten die beiden Kinder die Hindenburgschule sofort zu verlassen.

2.2.4 Mitglieder der Familie Rothschild zeichneten sich durch soziales Engagement aus. Der Mendener Bürgermeister hob 1870 deren Mildtätigkeit hervor: So hätten der Bankier Rothschild und die Firma R. & G. Schmöle zwei Waggon Kohle an Arme gespendet. Der 1869 verstorbene L. S. Rothschild hinterließ den beiden Ortspfarrern 100 Tlr. für die Armen in ihren Pfarrgemeinden, weitere 100 Tlr. bestimmte er für die Armen jüd. Glaubens, 50 Tlr. sollte der Frauenverein und weitere 50 Tlr. das Krankenhaus erhalten. Juden aus Menden unterstützten mit ihren Spenden 1831 bis 1913 die Haindorfsche Stiftung.

2.3.1 1773 wird Nathan von Menden als ‚Kollektor‘ der kurkölnischen Juden erwähnt. Als Vorstandsmitglieder in Menden sind überliefert: David Romberg (1785);

M. D. Sternberg, A. Sternfeld und H. Rothschild (1825). Zwischen 1860 und 1895 stellten Mitglieder der Familien Rothschild, Reifenberg und Bernstein den Vorstand. Aus Hemer gehörten 1884 als Stellvertreter der Pferdehändler Baruch Blumenthal und Ari Gottschalk zum Mendener Vorstand, 1886 der Fabrikarbeiter Joseph Löwenhardt aus Niederhemer. Im 20. Jh. stellten den Vorstand B. Reifenberg aus Menden (ca. 1897–1909), J. Bernstein aus Fröndenberg (ca. 1905–1913) und S. Gottschalk aus Hemer, in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre N. Eichengrün (Menden), Siegmund Gottschalk bzw. B. Hirsch und Max Frankenberg. 1932 waren im Vorstand Hermann Bauer, Sigmund Eichengrün, Louis Frankenberg und Alfred Block (alle Menden), Hugo Neufeld (Fröndenberg), Ernst Waldheim (Hemer), als Stellvertreter Leo Leven und Max Samson (Menden) sowie Gustav Weizenkorn (Böingsen-Lendringsen).

Als Repräsentanten fungierten in den 1860er bis 1880er Jahren aus Fröndenberg der Metzger Kusel Bernstein sowie als Stellvertreter Joseph Rosenbaum, F. Neufeld, Herz Neufeld und Moses Neufeld. Repräsentanten aus Hemer waren 1887 der Metzger Levy Löwenhardt und der Pferdehändler Nachmann Blumenthal, zwischen 1870 bis 1890 Salomon und Bernhard Gottschalk.

1703 wird ein armer lediger Vorsänger erwähnt, der in dem Gebäude lebte, in dem auch der Betsaal untergebracht war, 1776 ein Mann namens Nahum. 1801 ist ein armer, unvergeleiteter Glaubensgenosse als ‚Küster‘ der jüd. Gemeinde aufgeführt. Im 19. Jh. waren die Lehrer als Kantoren tätig.

2.3.3 Louis Frankenberg war zu Beginn des 20. Jh. Schützenkönig beim Mendener Schützenbund. Max Samson ist für 1923 als Schöffe am Amtsgericht nachgewiesen, bei der Handelskammer hatte er ein Ehrenamt inne. 1933 war Hermann Bauer Vorsitzender des Aufsichtsrates des Mendener Bankvereins (heute Volksbank Menden eG), im selben Jahr musste er sein Amt aufgeben und fungierte bis 1935 als zweiter Vorsitzender. Mitglieder der Mendener Stadtverordnetenversammlung nach dem Dreiklassenwahlrecht waren Bankier Aaron Rothschild (Steuerklasse I, 1857–1860), Kaufmann Josef Reifenberg (Kl. II/I, 1861–1874), Fabrikant und Bankier Samuel Lazar Rothschild (Kl. I, 1861–1871), Kaufmann Isaak Samson (Kl. I, 1873–1876) und Rentner Nathan Rothschild (Kl. I, 1875–1884). Zu den Wahlmännern, die die Abgeordneten für den preuß. Landtag wählten, gehörten 1870 der Rentier N. Rothschild und der Bankier A. Rothschild aus Menden.

3.1 Bei der 1682 im Zusammenhang mit einer Beschwerde des Mendener Stadtrates erwähnten ‚Synagoge‘ handelte es sich offenbar um einen Betraum, vermutlich in einem Haus ‚Ob der Gotte‘, in der heutigen Wasserstraße. Zu dessen Ausstattung gehörte ein Thoravorhang, den David Romberg 1785 gestiftet hatte. Das 1821 in der Waterstr./Ecke Süsterstr. (heute Hochstr. 10) errichtete Synagogengebäude im orientalisierenden Rundbogenstil hatte eine Grundfläche von etwa 118 m². Das Fachwerkggebäude hatte ein Walmdach aus Schiefer, über dem Haupteingang befand sich ein Schmuckbalken, auf dem das Baujahr vermerkt war. Im Gebäude befand sich neben dem 72 m² großen Betsaal auch ein Schulraum. Nach dem Ersten Weltkrieg erwarb die Synagogengemeinde ein Harmonium, das sie auf der Frauenempore aufstellen ließ.

3.2 Der 1660 im Schatzregister genannte Hertz besaß ein Bürgerhaus. Im ersten Drittel des 20. Jh. bestanden jüd. Geschäftshäuser vor allem in der Hauptstraße. Dort befanden sich in Nr. 3 das Textilgeschäft und Wohnhaus von Rosalie Ephraim (später Willi Wolfgang Ephraim), in Nr. 12 die Schrotthandlung von Louis Frankenberg, in Nr. 44 das Schuhgeschäft Rosenbaum (Inhaber Sally Leven, später sein Sohn Leopold) sowie das Modegeschäft von Hermine Klein, in Nr. 52 das Schuhgeschäft von Benjamin Kaijzer sowie in Nr. 64 das Textilgeschäft von Max Samson, später von Ernst Mendel. Das 1914/15 erbaute neoklassizistische Gebäude an der Hauptstr. 57 (Textil-

geschäft Reifenberg, Inhaber Hermann Bauer) entwarf der Kölner Architekt Carl Moritz. Am ehem. Eigentum von Sally Leven (Inhaber des Schuhgeschäfts Rosenbaum), Hauptstr. 44, wurden 1955 Veränderungen an der Außenfassade vorgenommen.

3.3 Mitte des 18. Jh. lag vermutlich ein jüd. Friedhof am Stadtwall nördlich der St. Vincenz-Kirche. Der heute noch bestehende, ca. 1330 m² große Friedhof ‚Am Bromberken‘ (Nordwall/Ecke Schwitter Weg) wurde zu Beginn des 19. Jh. mutmaßlich in der Nähe des vorherigen Friedhofs angelegt. Die ersten nachweisbaren Beerdigungen – das Kleinkind Bertha Rothschild und der 90-jährige Samuel Nathan Rothschild – fanden 1822 statt; die letzte Bestattung war die von Max Samson 1937. Während des Pogroms 1938 wurde der Friedhof verwüstet, 1941 erfolgte der erzwungene Verkauf durch Leopold Salomon Leven für 1400 RM an die Stadt Menden. Eine 1950 (und auch schon früher) von der Stadt Menden geplante Umgestaltung des Areals in eine Grünanlage kam nicht zustande. Nach der Wiederherrichtung wurde der Friedhof 1984 in die Denkmalliste der Stadt eingetragen. Erhalten sind neben zahlreichen Fragmenten 31 Grabsteine, u. a. die der Lehrer Abraham Dinkelspiel (gest. 1871) und Hermann Stamm (gest. 1928).

4.1 LAV NRW Abt. W (Münster), Hztm. Westfalen Landesarchiv 1697, 1699, 1705–1707, XI 12; Hztm. Westfalen Landstände 317–318, 440–441, 3172; Hztm. Westfalen Territorialarchiv 1702, 1711; Kr. Iserlohn Landratsamt 648, 649; Kleve-Märkische Regierung Landessachen 924, 937; Regierung Arnsberg II D 704, 724, II H 4327. – StadtA Menden, B XVI a 1.

4.2 Ein über dem Haupteingang der 1821 errichteten Synagoge angebrachter Schmuckbalken mit Inschrift wird im Museum für Stadt- und Kulturgeschichte in Menden verwahrt. Rekonstruktionszeichnung der Mendener Synagoge in: ALEVELD Norbert, Der Sakralbau im Kreis Iserlohn vom Klassizismus bis zum Ende des Historismus (= Altenaer Beiträge. Arbeiten zur Geschichte und Landeskunde der ehemaligen Grafschaft Mark und des Märkischen Kreises 18) <Altena 1989> 255f. u. Abb. 276a. Fotos von Kultusgegenständen (u. a. des 1785 von David Romberg für den Betraum in Menden gestifteten Thoravorhangs, jetzt im Besitz des Skirball-Museums des Hebrew Union College in Los Angeles) in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 451 u. 453; Fotos des Synagogengebäudes, des jüd. Friedhofs und von Geschäftsgebäuden ebd. 452–455. Fotos von jüd. Personen, deren Geschäften, Inseraten und des jüd. Friedhofs in: ROSE, Die Synagogengemeinde Menden 12–17, 123, 133–137. Aufnahmen des Friedhofs in der Sammlung der LWL-Denkmalpflege, Münster.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 5–46 <1831–1911/1913>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1895> 35, <1907> 67, <1909> 72, <1911> 81, <1913> 92, <1924/25> 62. – Der Israelit 48 <30.11.1870> 887. – Israelitisches Familienblatt <16.5.1912, 11.5.1916, 16.8.1917, 1.8.1934>. – Der Schild <23.10.1936>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 165. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53. – Sulamith 8,1 <1833–1840> 76.

4.4 ASCHOFF Diethard, Ein Drama in Menden. Neues zur Frühgeschichte der Juden in Menden. In: Sauerland, Zeitschrift des Sauerländer Heimatbundes Nr. 1 <März 2007> 23–27, online: http://www.sauerlaender-heimatbund.de/Sauerland_2007_1.pdf [letzter Zugriff 12.4.2015]. – HILLE Annika u. a., „Meine Klage bleibt in meinem Herzen ewiglich.“ Die Geschichte der Mendener Familie Bernstein unter der nationalsozialistischen Herrschaft <Essen 2009>. – KOCH Paul, Menden. Eine Stadt in ihrem Raum <Menden 1973> 334–343. – Mendener Zeitung <10. u. 11.11.2008>. – OLSCHESKI Ursula, Die Schule der Synagogengemeinde Menden. In: Märkisches

Jahrbuch für Geschichte 107 <2007> 286–298. – ROSE Franz, Die Synagogengemeinde Menden 1900–1942 <Arnsberg 1991>. – SCHULTE Anton, Menden im 19. und 20. Jahrhundert. Bürger und Parteien Rat und Verwaltung im Wandel der politischen Verhältnisse <Menden 1989> 131–142.

Ursula Olschewski

MESCHEDÉ

1.1 Stadt Meschede, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – 1457 zur Freiheit erhoben. Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform wurden die Städte Meschede und Eversberg sowie mehrere Gemeinden der Kr. Arnsberg und Meschede zur neuen Stadt Meschede zusammengefügt.

Der Synagogenbezirk Meschede umfasste seit 1854/55 die Ämter Meschede (u. a. mit den Orten Wennemen, Stockhausen, Mülsborn und Calle) und Eversberg (u. a. mit den Orten Eversberg, Bestwig sowie den heutigen Bestwiger Ortsteilen Nuttlar, Velmede und Ramsbeck) sowie die Gemeinden Rarbach und Bödefeld (beide heute Schmallenberg, einschl. des heute zu Bestwig gehörenden Obervalme). Die heute zu Meschede gehörenden Orte Freienohl und Grevenstein lagen früher im Kr. Arnsberg und somit im dortigen Synagogenbezirk.

2.1.1 Im Zeitraum 1672 bis 1738 lebten jeweils zwei bzw. drei vergeleitete Juden in Meschede. Juden aus Meschede waren 1681/82 am Handel mit Blei aus Ramsbeck beteiligt. 1738 berichtete der Magistrat in mehreren Eingaben über die zwei jüd. Familien am Ort: Einer habe seine Tochter mit dem Juden Hertz verheiratet, der in sein Geleit eingetreten sei. Nun führe dieser einen eigenen Handel, so dass die „Nahrung der christlichen Handelsleute beeinträchtigt“ werde. 1750 beschwerte sich die Stadt, dass ihr nun ein dritter Jude „aufgehalst“ werde. 1758 wurde in Meschede Herz Israel geboren, der spätere Begründer der Ärztedynastie Ruer, der nach seiner Promotion 1779 in Meschede praktizierte. 1777 sind für Meschede vier jüd. Haushaltsvorstände aufgelistet: Layser Mayer (mit sieben Personen), Arend Joseph (fünf), Itzig (zwei) und die Witwe des Israel (drei); die beiden Letztgenannten wurden als arm bezeichnet. 1797 ist Markus Israel (Neuhoff) nachgewiesen. 1802 lebten außer ihm mit ihren Familien noch Dr. Ruer (acht Kinder), Calmon Itzig (fünf), Jacob Leiser (fünf), Susman Joseph (sieben) sowie als Einzelperson Abraham Israel in Meschede.

Im westlich gelegenen Ortsteil Calle ist zu Beginn des 18. Jh. der Jude Simon nachgewiesen, der in ‚Herten Stall‘ wohnte. 1722 lebte der Jude Heymann im Dorf. 1737 berichtete der Richter der Freiheit Meschede über einen Juden in Calle, der „auch durch seinen sohn und einen packentrager dessen waren versilbert“. Im selben Jahr lässt sich der Metzger Mencke nachweisen, der u. a. mit Fellen, Brandwein Tabak und Gewürzen handelt; dessen Sohn bot als Wanderhändler u. a. Leinen und Wollwaren an. 1777/78 heißt es aus dem westfälischen Landtag zur ‚Überzähligkeit‘ der Juden, die Stände hätten „wegen eines der dorfschaft Calle wirklich aufgedrungenen Juden“ Beschwerde eingelegt und die Einziehung seines Geleits gefordert. Für den Gerichtsbezirk Calle werden unter den vergeleiteten Juden des Hztm. Westfalen 1791 Baruch (im

Dorf Calle) und Pinnes genannt, Letzterer mit dem Zusatz ‚arm‘. Seit 1798 war Sally Heinemann in Calle ansässig. 1801 lebten dort drei vergeleitete Juden, darunter „ein ganz armer“. Außerdem liefen im Kirchspiel Calle „einige judenpurschen“ herum, in einem Gerichtsbericht aus Meschede werden sie als Söhne des ein Geleit besitzenden, inzwischen aber verstorbenen Pinnes bezeichnet. In das nördlich der Ruhr gelegene Dorf Stockhausen zog vor 1790 „wegen vielen ihm angetanen Gewalttaten“ der Jude Mayer aus Wenholthausen. Auch 1791 ist er dort nachgewiesen.

Für Velmede (östlich von Meschede, heute Gemeinde Bestwig) erhielt 1715 Benedict Levi, zuvor in Bödefeld vergeleitet, für zehn Jahre ein kurfürstliches Geleit. Als 1717 Juden ausgewiesen werden sollten, setzte sich der örtliche Pastor Schultes für ihn ein. Der Pastor bescheinigte, dass Benedict Levi „keinen auf einigerley Weise beeinträchtigt“ habe und „nicht die geringste“ Klage über ihn laut geworden sei. Als im selben Jahr die Stände auf seine Ausweisung drängten, intervenierten christl. Dorfbewohner: Benedict Levi habe sich jederzeit „richtig und fromm, wie es einem ehrliche Juden gebühret“, verhalten. Sie sprachen sich für seinen Verbleib aus, weil sonst niemand dort wohne, der „gleich disem Juden uns mit nötigen und zur Zeit dienlichen Waren versehen könne“. Ansonsten sei man gezwungen, „auf zwey oder drey Stundt ausser dem Kirchspell die nötigen Waren mit grosser Mühe tätlich einzukaufen“. Benedict Levi wurde nicht ausgewiesen, obwohl Briloner Kaufleute beklagten, dass sie u. a. von Juden aus Velmede in den Ruin getrieben würden. Von 1796 bis 1800 – für diesen Zeitraum ist auch Moses Jacob aus Stadtberge (also Obermarsberg) dort nachgewiesen – verfügte Meyer Isaak über ein Armengeleit für Velmede.

2.1.2 1814/15 sind für Meschede Marcus Neuhoff, Leiser Bachmann, Callmann Rosenthal und Jakob Berghoff nachgewiesen. Um 1820 waren es außer den letzten drei Genannten noch die Familien Dr. Ruer, Israel Neuhoff und Salomon Neuwahl. 1824 heißt es, allein Israel Neuhoff tätige „Geschäfte von Bedeutung in ausländischen, der Verbrauchssteuer unterworfenen Waren“; er schlage „ein bedeutendes in Ellenwaren“ um. Wucher könne ihm nicht vorgeworfen werden. Vielmehr sei er „als ein reeller Jude“ bekannt und stehe in „bestem Rufe“. Die übrigen Juden im Raum Meschede lebten „sämtlich in sehr beschränkten Vermögensverhältnissen“. In den 1830er und 1840er Jahren wohnten in Meschede Leser Bachmann und Simon Rosenthal als Winkeliere in Manufakturwaren, David Ruer als Arzt und Jakob Ruer als Tierarzt, ferner der Pelzwarenhändler Jacob Berghoff bzw. seine Witwe Jette, die Tagelöhnerin Sara Heinemann, Jacob Neuhoff, Bär Oppenheimer, der Rentner Jacob Ransenberg sowie der Musiker Abraham Saemer und der Lehrer Isaak Wolf. Außerdem finden sich dort Israel Neuhoff mit einer Schankwirtschaft, Isaac Ruer mit einer Ellenwarenhandlung, Salomon Neuwahl und Leyser Stessmann darüber hinaus mit einer Spezerei- und Fruchthandlung. 1844/45 strengten die Familien Bachmann, Rosenthal, Neuwahl und Neuhoff einen Rechtsstreit mit der Stadt Meschede an, da sie nicht mehr bereit waren, das geforderte ‚Judengeld‘ in Höhe von 2 Tlr. jährlich zu zahlen, da sie wie andere Eingesessene als Hausbesitzer zu den Gemeindelasten beitrügen. Das Gericht gab ihnen recht. Baruch Steinberg zog mit seiner Familie (neun Kinder) nach Meschede, wo er 1857 Eigentum erwarb. Die meisten Mescheder Juden ernährten sich vom Handel und vom Schlachten. In der zweiten Hälfte des 19. Jh. eröffneten Sally und Nathan Ikenberg, Jakob Neuhoff, Siegmund und Adolf Hesse (Kürschner und Herrenschnneider) sowie Simon Rosenthal Textilgeschäfte. Schon vor 1863 war in Meschede der Sohn des Landrabbiners Abraham Sutro, der Rechtsanwalt und Notar Semajo Sutro, ansässig; 1870 zog er mit seiner Familie nach Bochum. Samuel Ransenberg nahm am Feldzug 1866 teil. 1914 existierte in Meschede ein jüd. Literaturverein.

Mehrere Mescheder Juden wurden 1914 zum Kriegsdienst eingezogen, drei von ihnen (u. a. Ludwig Ikenberg) fielen. Unteroffizier Siegbert Isenberg, Sohn des Nathan Ikenberg, erhielt 1917 das EK II. 1920 wurde zum Andenken an die jüd. Gefallenen in

der Synagoge eine Gedenktafel enthüllt. Als 1923 das Krieger-Ehrenmal bei Meschede eingeweiht wurde, meldete die Lokalpresse, dass neben Katholiken und Protestanten auch Juden einen Festgottesdienst abhalten wollten.

In Meschede waren die Pferdehändler Calmon Dannenbaum (der auch in Wennemen nachgewiesen ist) und Max Ransenberg ansässig; die Söhne des 1926 gestorbenen Nathan Ikenberg, Siegbert und Berthold, übernahmen das Geschäft. Markus Neuhoﬀ (sechs Kinder) betrieb ein Manufakturwarengeschäft, Albert Ransenberg eine Metzgerei mit Wurstfabrik (Zeughausstr. 11), ein weiterer Albert Ransenberg war Viehhändler (Mühlenweg 3). Paul Rosenthal war Inhaber der Firma C. Rosenthal (Manufakturwaren, Getreidehandel) in der Steinstraße. Ernst Rosenthal hatte einen Textilhandel. In Meschede-Überhenne wohnte der Altwarenhändler und Hausierer Moritz Kahn. Dessen Frau führte nach 1933 eine Gaststätte.

In Bestwig lebte seit 1926/27 die Familie Julius Ransenberg mit den Kindern Ruth und Günter; sie waren nach dem gescheiterten Versuch, in Eversberg ein Fleischgeschäft zu eröffnen, nach Bestwig gezogen. In Calle ist für 1814/15 Jacob Hömberg genannt. 1818 lebten dort 26 Juden. Nachgewiesen sind u. a. Heinemann Felsberg und die Knechte Herz Frank und Moses Steßmann, Selig Steinenberg war abhängig von der Unterstützung seiner Verwandten. Abraham Eisenstein betrieb in Calle einen Handel, er starb vor 1843. In diesem Jahr werden der Händler Jacob Ransenberg und der Metzger Bär Oppenheimer mit jeweils sieben Kindern aufgeführt. 1846 waren außer Bär Oppenheimer als selbständig tätige Juden verzeichnet: Mendel Ransenberg als Betreiber einer Ellenwarenhandlung, Israel Neuhoﬀ mit einer Manufaktur- und Spezereiwarenhandlung sowie einer Schankwirtschaft, Leser Steßmann, der mit Ellenwaren handelte und eine Bäckerei führte; er verzog später nach Eslohe. Meier Ransenberg (Sohn des Mendel), ist 1848 nachgewiesen, dessen Frau bekam fünf Kinder. Nach 1850 lebte die Familie Moses Ransenberg im Ort. 1858 ist Joseph Ransenberg genannt, 1868 wurde Levi Ransenberg (Sohn des Samuel Ransenberg) geboren, 1877 werden Jacob, Hermann, Salomon, Samuel und Emanuel Ransenberg erwähnt. Samuel Stern nahm als Soldat am Deutsch-Französischen Krieg teil. Hugo Ransenberg fiel im Ersten Weltkrieg; sein Name ist auf dem Kriegerdenkmal zu finden. 1931 werden Julius und Levi Ransenberg erwähnt.

In Eversberg, wo 1801 keine Juden nachgewiesen sind, wohnten 1843 Herz Löwenstein, Philipp Felsberg und Marcus Bachmann. In den 1920er Jahren ist dort die Familie Ransenberg nachgewiesen. In Freienohl, wo 1801 und auch davor ebenfalls keine Juden wohnten, lebte seit 1844 der Kaufmann Leser Rosenthal (zehn Kinder). Seit etwa 1845 ist der Kaufmann Bendix Ransenberg (sieben Kinder) und seit etwa 1846 der Handelsmann Levi Löwenbach (Haus Nr. 90) mit seiner Frau und vier Kindern belegt; sie alle sind auch in den 1860er Jahren noch dort bezeugt. Auch Meyer Jacob (Nr. 15) und Raphael Jacob (Nr. 102) sowie der Eisenhändler Alex Emmerich lebten in Freienohl, 1880 die Familie Bendix Löwenbach, 1882 Emanuel Ransenberg, 1905 und auch 1928 die Familie Josef Nathan. Josef Nathan, aus Beelen/Kr. Warendorf gebürtig, betrieb auf der Hauptstr. 3 ein Textilgeschäft. Nach seinem Tod 1931 verzogen Frau und Tochter nach Köln, von wo aus sie später deportiert wurden. 1932 lebten in Freienohl noch zwei jüd. Familien. In Grevenstein, auch dort sind 1801 keine Juden nachgewiesen, lebte 1849 die um 1799 geborene Witwe Beilchen Fischel. Ferner wohnten dort der Buchbinder Isak Fischel, der Handelsmann Michel Fischel (beide in den 1820er Jahren geboren), die 1837 geborene Tochter Juli Fischel sowie bis etwa 1885 die Familie des Handelsmanns Salomon Fischel mit neun Kindern, später die Familie Salomon Lilienfeld.

Aus Mülsborn stammte Hana Rosenthal. Sie war in erster Ehe verheiratet mit Moses Hintfeld, 1860 heiratete sie den Handelsmann Isaac Stern aus Schwerte. In Nuttlar wohnte seit etwa 1830 der aus Beleck gebürtige Herz Löwenstein, der als Schäch-

terknecht bei Moses Stern tätig war. Zuvor hatte er in Antfeld, Esshoff, Bigge und Grimlinghausen gewohnt. Die Ehefrau des Herz Löwenstein lebte mit Zustimmung des Landrats bis auf Weiteres in Grimlinghausen, weil „ihre Transportierung mit zwei kleinen Kindern im gegenwärtigen Zustand nicht ausführbar“ sei. Herz Löwenstein war 1846 in Nuttlar als einziger selbständig tätiger Jude verzeichnet. Nachdem Meyer Jacobs 1891 Emma Weinberg geheiratet hatte, zog das Paar in das Haus der Ehefrau in Nuttlar, wo diese ein Geschäft betrieb. Zu dem Zeitpunkt handelte es sich um die einzige jüd. Familie im Ort; ihr wurden im Laufe der Jahre neun Kinder geboren. Obwohl er laut Statut zum Synagogenbezirk Meschede gehörte, orientierte sich Meyer Jacobs zur näher gelegenen jüd. Gemeinde in Bigge. David Jacobs fiel 1916 bei Verdun, sein Name findet sich auf den Gedenktafeln an der Eingangstür zur Friedhofskapelle in Nuttlar. 1918 erhielt Alfred Jacobs das EK. An der Beerdigung von Meyer Jacobs im selben Jahr auf dem jüd. Friedhof in Bigge nahmen auch viele Nichtjuden teil. In den 1920er Jahren lebte in Nuttlar die Familie Herzstein.

Für Obervalme (heute Bestwig) ist 1832 der Handelsmann Jacob Ruhrstädt mit seiner Familie vermerkt. In Ramsbeck (heute ebenfalls Bestwig) ist 1858 der Kaufmann Isaac Weinberg belegt, 1861 Dr. med. Hermann Ruer. Auch in den 1870er Jahren lebte dort die Familie Weinberg, um die Wende zum 20. Jh. die Familie Marcus. 1911 betrieb John Marcus in Ramsbeck ein gutgehendes Manufaktur- und Kolonialwarengeschäft an der Provinzialstraße (heute Heinrich-Lübke-Straße).

In Stockhausen lebte seit etwa 1800 Salomon Hintfeld mit sieben Kindern. 1814/15 verfügte er über ein Vermögen von 200 Rtlr., auch 1821 ist er dort nachgewiesen. 1839 waren zwei von 206 Einwohnern Juden. 1843 wird die 67-jährige Witwe Hintfeld erwähnt, die als Tagelöhnerin tätig war, ferner ihre beiden Töchter und eine Enkelin. In den 1850er Jahren war in Stockhausen Moses Hintfeld mit seiner Familie ansässig. Für Velmede ist 1814/15 Meyer Strauß nachgewiesen, der vermutlich mit Meyer Isaak identisch ist. Meyer Strauß war 1755 geboren und besaß ein Vermögen von 600 Reichstälern. Seine 1812 geborene Tochter Rosa – er hatte zwei weitere Kinder – heiratete 1832 den aus Meschede stammenden Marcus Bachmann. Die Ehefrau des Meyer Strauß, Gundel, starb 1837 und wurde in Brilon begraben. Meyer Strauß selbst starb 1857 mit 102 Jahren. 1821 bestand die Judenschaft aus insgesamt fünf Personen. 1842 ließ sich der 24-jährige, aus Calle gebürtige Philipp Felsberg dort nieder. Er führte – wie auch Marcus Bachmann – einen offenen Laden und handelte u. a. mit Ellenwaren und Spezereien. Felsberg hatte sechs zwischen 1844 und 1853 geborene Kinder. Zwischen 1833 und 1856 wurde Marcus Bachmann Vater von elf Kindern, er beschäftigte die Magd Hannchen Berghoff. Jacob Oppenheim zog 1858 von Neuenkleusheim nach Velmede. 1869 wurde Leser/Elieser Bachmann alleiniger Inhaber des Bachmannschen Geschäftes, sein Bruder Jacob schied als Teilhaber aus. Später übernahm der 1874 geborene Max Bachmann das Geschäft. Auch im letzten Drittel des 19. Jh. werden für Velmede die Familien Bachmann, Felsberg und Oppenheim genannt. Der 1850 geborene Sohn des Philipp Felsberg, Abraham, übernahm schließlich das Geschäft. Soldaten im Ersten Weltkrieg waren Hermann Bachmann, Carl Felsberg, Julius Felsberg und Philipp Felsberg. Letzterer überlebte den Krieg nicht, sein Name ist auf dem Kriegerehrenmal verzeichnet. Angehörige der Familie Bachmann finden sich auch in den 1920er Jahren in Velmede.

In Wennemen lebte seit etwa 1842 der Metzger Bendix (Benedikt) Ransenberg aus Calle mit seiner Familie. Der etwa 1809 geborene Ransenberg schlachtete, handelte mit Trödel und führte einen „offenen Laden“. Zu seinem Haushalt gehörten seine gleichaltrige Frau, zwei Kinder und der Knecht Wolf Ransenberg. Seit 1851 war die Familie Wolf Ransenberg (vier Kinder) ansässig. In den 1920er und 1930er Jahren betrieb Jacob Ransenberg eine Metzgerei in Wennemen.

2.1.3 Das „Mescheder Kreisblatt“ kündigte auch die Gottesdienste der jüd. Gemeinde an, Ende 1933 musste die Zeitung ihr Erscheinen einstellen. Der Boykott jüd.

Geschäfte am 1. Apr. 1933 verlief wenig spektakulär, weil einige geschlossen blieben; Zeitzeugen zufolge wurden vor den Läden SA-Männer postiert. Seit Febr. 1935 veröffentlichte der ‚Stürmer‘ diffamierende Artikel gegen Mescheder Bürger, die weiterhin gute Beziehungen zu Juden pflegten, die Namen der ‚Artvergessenen‘ wurden abgedruckt. Die nationalsozialistisch geprägte ‚Westfälische Landeszeitung Rote Erde‘ meldete am 22. Aug. 1935 unter dem Titel „Ein erfreulicher Beschluß“, dass der Mescheder Stadtrat einstimmig beschlossen habe, keinem Handwerker und Geschäftsmann mehr einen Auftrag der Gemeinde zu erteilen, der mit Juden Verkehr pflege oder bei Juden kaufe. Zur RjF-Ortsgruppe ‚Oberes Sauerland‘ gehörten 1935 außer Mitgliedern aus Meschede u. a. auch Mitglieder aus Nuttlar, Bestwig und Velmede. 1936 wird eine RjF-Tischtennis-Mannschaft ‚Schild-Meschede‘ erwähnt, deren Herrenmannschaft in dem Jahr Meister wurde, auch 1938 bestand sie noch.

Mehrere Mescheder Juden versuchten, ihre Kinder ins Ausland zu bringen. So gelangten mit einem Kindertransport Annemarie Ikenberg 1936 in die USA, Henry Rosenthal 1938 nach England. Friedel Ransenberg floh im Juni 1938 in die USA, sein Bruder Walter im Nov. 1938 nach Argentinien. Im Frühjahr 1938 wurde festgestellt, dass im ländlichen Kr. Meschede die Zahl der jüd. Firmen durch Liquidierung und ‚Arisierung‘ um ein Fünftel zurückgegangen war. Bis dahin waren aus dem Kr. Meschede zehn Söhne der 30 jüd. Firmeninhaber ausgewandert. In der ersten Jahreshälfte 1938 gelang es nicht, dem Fleischer Ransenberg in Meschede das Fleischkontingent zu entziehen, da diesem kein Verstoß gegen die Marktordnung nachgewiesen werden konnte. In der Nacht vom 9. auf den 10. Nov. 1938 erhielten Mescheder SA-Männer den Befehl, Wohnungen von Juden zu demolieren, männliche Juden zu verhaften und bei Widerstand von der Waffe Gebrauch zu machen. Am Morgen des 10. Nov. setzten SA-Leute aus Neheim das Zerstörungswerk der Mescheder SA fort. Das Wohn- und Geschäftshaus von Nathan Ikenberg und die Wohnung Wallach/Rosenthal – beide Familien flohen später in die Niederlande – sowie das Wochenendhaus der Familie Hesse und die Wohnung der Familie Ransenberg, die 1936 ihre Metzgerei hatte schließen müssen, wurden heimgesucht. Die Synagoge wurde wegen der Nachbarhäuser nicht in Brand gesteckt. SA-Männer zerstörten den Innenraum, Kultusgeräte sowie die auf dem Dach befindlichen steinernen Dekalogtafeln. Von den Festgenommenen, zu denen auch Ernst Rosenthal und Berthold Ikenberg gehörten, wurden der 14-jährige Heinz Rosenthal und Rudi Hesse nach einigen Tagen wieder frei gelassen; Ernst Rosenthal wurde mehrere Wochen im KZ Sachsenhausen festgehalten. Etliche der verbliebenen Mescheder Juden flüchteten ins Ausland: Siegmund Hesse nach Palästina, Leopold Wallach in die Niederlande, wo bereits seine Eltern waren, verschiedene Zweige der Familie Ikenberg nach Chile und Bolivien, Angehörige der Familien Neuhoﬀ und Ransenberg in die USA sowie Albert Ransenberg nach Argentinien. Wegen der ‚Reichsfluchtsteuer‘ konnten nur Wohlhabende ins Ausland entkommen. Milton (Moritz) Kahn, der mit Lumpen, Eisen und Fellen handelte, konnte die Kosten dafür nicht aufbringen. Ein Zweig der nach Frankreich geflüchteten Ransenberg-Familie wurde dort bei Kriegsbeginn in einem Internierungslager festgesetzt. Ella Ransenberg konnte 1940 nach Argentinien entkommen. Klara Arens, verheiratet mit einem Nichtjuden, wurde im Mai 1944 in Meschede verhaftet und deportiert.

In Bestwig drangen 1933 Nationalsozialisten in das Geschäft des Julius Ransenberg ein und verdarben sämtliche Fleischwaren. Die NSDAP-Zeitung ‚Rote Erde‘ meldete im Aug. 1935 den „schönen Erfolg“, der Ort sei „judenrein“. In Calle wurden während der NS-Zeit bei dem Viehhändler Julius Ransenberg die Fensterscheiben zertrümmert und die Telefonleitung durchtrennt. Im Okt. 1935 meldete der ‚Stürmer‘, dass ein Bauer aus Calle „den Viehjuden Ransenberg“ sowie dessen Schwestern Helene und Selma zu einer Verlobungsfeier eingeladen habe. Während des Pogroms – die Übergriffe begannen in Calle erst in der Nacht zum 11. Nov. 1938 – drangen Auswärtige in das

Haus des Samuel Stern ein. Dieser wurde verprügelt, Fensterscheiben, Möbel und Geschäftsinventar zerstört, Geschäftsbücher konfisziert und das Auto angezündet. Stern floh in die Niederlande. Seine Immobilie gelangte in den Besitz der Sparkasse, die von Ransenberg, der emigrieren konnte, an den Staat.

Aus Freienohl emigrierte die 1878 geborene Bertha Simon geb. Eichengrün 1939 in die Niederlande, 1942 wurde sie von dort ins KZ Auschwitz deportiert. In Grevenstein lebten 1928 Julie und Lilli Lilienfeld im Haus Nr. 82. Lina Fischel starb 1935 im Alter von 75 Jahren; wie der Amtsbürgermeister festhielt, kamen fast 100 Personen zu ihrer Beerdigung auf den jüd. Friedhof in Grevenstein. Anfang 1936 notierte der Amtsbote, dass im Haus Lilienfeld keine ‚arische‘ Hausgehilfin tätig sei. Während des Pogroms 1938 wurde dort die Einrichtung demoliert. Bei der Volkszählung 1939 sind in Grevenstein keine Juden mehr erwähnt.

In Nuttlar musste die Familie Jacobs aufgrund des ‚Gesetzes zum Schutze des Deutschen Blutes und der Deutschen Ehre‘ von 1935 ihre nichtjüd. Haushaltshilfe entlassen. Nur wenige Ortseinwohner kamen in der Dunkelheit durch den Kellereingang noch in ihr Geschäft. Louis Herzstein, dessen Textilgeschäft während des Novemberpogroms demoliert und geplündert worden war, wurde bis Mitte Dez. 1938 im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Die Geschwister Jacobs konnten sich ins Ausland retten. Louis Herzstein und sein 16-jähriger Sohn Herbert mussten Zwangsarbeit in einer Ziegelei in Bigge leisten. Seit Ende 1940 studierte Herbert Herzstein an einer Jeschiwah in Amsterdam, von dort aus wurde er 1941 ins KZ Mauthausen deportiert und kam um. Louis und Adele Herzstein sowie ihr anderer Sohn Julius wurden am 1. März 1943 von Nuttlar aus nach Auschwitz deportiert.

In Ramsbeck wurde das Geschäft der Familie Marcus in der Pogromnacht geplündert. 1941 lebten noch die Witwe des 1936 gest. John Marcus und die beiden Töchter Clara und Paula im Ort. Die jüngste Tochter Hilde war 1933 nach Palästina emigriert. Aus Ramsbeck wurde die 1874 geborene Antonie Marcus am 29. Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert.

In Velmede lebten die Familien Albert Oppenheim, Julius Felsberg und Max Bachmann. Julius Felsberg hatte eine Metzgerei in der Kanalstraße, 1934 ließ er einen Neubau errichten. Helmut Oppenheim, 1912 geborener Sohn des Albert Oppenheim, war als angeblicher Sympathisant der Kommunisten ab April 1933 für sechs Monate im Gefängnis und wurde anschließend fortlaufend von den Nationalsozialisten schikaniert; er emigrierte 1936 nach Palästina und diente in einer englisch-jüd. Einheit. Albert Oppenheim zog mit seiner Frau ins Rheinland, den Kindern gelang die Flucht. Anlässlich der Geschäftsaufgabe der Manufakturwarenhandlung Bachmann veröffentlichte ‚Der Stürmer‘ die Namen von rund 25 Personen, die dort Waren erworben hatten. Während des Pogroms 1938 wurden die Schaufensterscheiben des Geschäftes zerstört, Waren auf die Straße geworfen. Carl und Julius Felsberg wurden bis zum 28. Nov. 1938 im KZ Sachsenhausen interniert. Während Max Bachmann und seine Frau nach Köln zogen und von dort aus deportiert wurden, konnten sich die vier Kinder durch Emigration nach England bzw. in die USA retten. Carl Felsberg wurde aus seinem Zufluchtsland Belgien 1944 ins KZ Auschwitz verbracht, Emma und Julius Felsberg von Velmede aus am 29. Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt.

Im Dorf Wennemen betrieben Jacob Ransenberg und seine Frau Mathilde – sie hatten sechs zwischen 1923 und 1936 geborene Kinder – eine Metzgerei, die sie 1936 aufgeben mussten. Der älteste Sohn Rolf entkam 1938 mit einem Kindertransport in die USA. Der zweitälteste, Friedel Ransenberg, überlebte die Internierung in verschiedenen KZ. Jacob Ransenberg und sein Sohn Günter mussten 1942 im Tiefbau arbeiten. Nachdem Letzterer Anfang März 1942 Mädchen mit Schneebällen beworfen hatte, verhaftete ihn die Gestapo. Angeklagt wegen ‚Rassenschande‘, kam er in das KZ Niederhagen bei Wewelsburg (Kr. Paderborn), wo er am 21. Apr. 1942 gehängt wurde.

Die Mutter starb nach Erhalt der Nachricht an Herzversagen. Der Vater wurde am 29. Juli 1942 mit den drei jüngeren Kindern ins Ghetto Theresienstadt deportiert, alle kamen um.

2.1.4 Ab 1988 fanden in Meschede jeweils am 9. Nov. Schweigemärsche zur ehemaligen Synagoge und zum jüd. Friedhof statt. 1996 konstituierte sich der Verein ‚Bürgerzentrum Alte Synagoge‘, der Vorträge und musikalische Veranstaltungen anbietet. Seit 2012 nimmt Meschede an der Aktion ‚Stolpersteine‘ teil. Sie wurden auch im heute zu Meschede gehörenden Wennemen verlegt.

Zum Andenken an die Familie Jacobs/Herzstein wurde 1985 in Nuttlar ein Gedenkstein an der Kirche errichtet. Aus Nuttlar stammende Angehörige der Familie Jacobs kamen seit den 1990er Jahren zu Besuch und hielten Kontakt zu Freunden und Bekannten. Ebenfalls 1985 ließ die Gemeinde Ramsbeck einen Gedenkstein an die Familie Marcus auf dem Ramsbecker Friedhof aufstellen. 1988 besuchte Hilde Marcus ihre ehem. Heimatstadt. Nach Velmede kam 1949 der nach Palästina emigrierte Helmut Oppenheim zu Besuch und beantragte Entschädigung wegen „Schadens im beruflichem Fortkommen“.

2.2.1 Im Jahr 1818 lebten in Meschede 19 Juden, 44 waren es 1843 und 42 im Jahr 1858. 1871 waren von 2617 Einwohnern 2352 kath., 214 ev., 48 jüd. Glaubens, drei gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 2982 Einwohnern 2702 kath., 225 ev. und 55 jüd. Glaubens; 1925 waren von 4089 [!] Einwohnern 3652 kath., 372 ev. und 57 jüd. Glaubens. 1932/33 lebten in Meschede noch 52 Juden.

Für folgende heutige Ortsteile von Meschede liegen Angaben zu jüd. Einwohnern vor. In Freienohl lebten 1843 zwei Juden, 1858 waren es 26; 1871 waren von 1154 Einwohnern 1115 kath., 23 ev. und 16 jüd. Glaubens; 1895 waren von 1523 Einwohnern 1492 kath., 14 ev. und 17 jüd. Glaubens; 1925 waren von 2352 Einwohnern 2276 kath., 57 ev. und elf jüd. Glaubens; 1932/33 lebten dort zwei Familien. In Grevenstein lebten 1858 sechs Juden; 1871 waren von 551 Einwohnern 539 kath., zwei ev. und zehn jüd. Glaubens; 1895 waren von 558 Einwohnern 550 kath., einer ev. und sieben jüd. Glaubens; 1925 waren von 568 Einwohnern 557 kath., acht ev. und drei jüd. Glaubens. In Eversberg lebten 1843 drei jüd. Familien, 1895 waren von 1422 Einwohnern 1334 kath., 85 ev. und drei jüd. Glaubens. Für Mülsborn (damals Teil der Gemeinde Calle) ist um 1860 jüd. Leben nachgewiesen, Zahlen liegen nicht vor. In Calle sind 26 Juden für 1818 nachgewiesen, 15 für 1843. In Wennemen und Stockhausen lebten 1843 je drei Juden. 1858 lebten in der Gemeinde Calle (u. a. inkl. Stockhausen und Wennemen) 36 Juden; 1871 waren in der Gemeinde von 2587 Einwohnern 2509 kath., 35 ev. und 43 jüd. Glaubens; 1895 waren in der Gemeinde von 2531 Einwohnern 2464 kath., 48 ev. und 19 jüd. Glaubens; 1925 waren dort von 3109 [!] Einwohnern 3036 kath., 54 ev. und 16 jüd. Glaubens.

In folgenden seit 1975 zu Bestwig gehörenden Ortsteilen lebten ebenfalls Juden: In Nuttlar 1843 sieben Juden; 1871 (zuvor Teil der Gemeinde Velmede) waren von 809 Einwohnern 750 kath., 53 ev. und sechs jüd. Glaubens; 1895 waren von 889 Einwohnern 882 kath., zwei ev. und fünf jüd. Glaubens; 1925 waren von 1285 Einwohnern 1262 kath., 15 ev. und sechs jüd. Glaubens. 1931 lebten in Nuttlar zehn Juden, 1932/33 waren es sieben. Für Obervalme ist 1832 jüd. Leben nachgewiesen, Zahlen liegen nicht vor. In Ramsbeck waren 1871 (zuvor Teil der Gemeinde Velmede) von 1157 Einwohnern 920 kath., 226 ev. und elf jüd. Glaubens; 1895 waren von 1405 Einwohnern 1242 kath., 160 ev. und drei jüd. Glaubens; 1925 waren von 1822 [!] Einwohnern 1567 kath., 242 ev., drei jüd. Glaubens und neun bekenntnislos. In Velmede lebten 1818 sieben, 1843 neun Juden. 1858, als zur Gemeinde Velmede auch die Orte Nuttlar und Ramsbeck gehörten, lebten dort 26 Juden; 1871 (Nuttlar und Ramsbeck wurden inzwischen

als eigenständige Gemeinden ausgegliedert) waren von 1102 Einwohnern 998 kath., 86 ev. und 18 jüd. Glaubens; 1895 waren von 1628 Einwohnern 1481 kath., 123 ev. und 24 jüd. Glaubens; 1925 waren von 2333 [!] Einwohnern 2163 kath., 120 ev., 16 jüd. Glaubens und vier bekenntnislos. 1931 lebten in Velmede 16 und in Ramsbeck 13 Juden. Für Bestwig sind in den 1920er und 1930er Jahren Juden nachgewiesen.

Bei der Planung der künftig einzurichtenden Synagogenbezirke plädierte der Obervorsteher Hellwitz aus Soest 1847 dafür, die Juden aus Nuttlar einem neu zu bildenden Synagogenbezirk Bigge zuzuschlagen. Dazu kam es jedoch nicht, Nuttlar wurde dem Synagogenbezirk Meschede zugeteilt. Im Landkreis Meschede entstanden zwei Synagogenbezirke: Meschede und Lenhausen. Der Synagogenbezirk Meschede umfasste nach den Statuten von 1855 die Ämter Meschede (u. a. mit Wennemen, Stockhausen, Mülsborn und Calle) sowie Eversberg (u. a. mit den Orten Eversberg, Bestwig und den heutigen Bestwiger Ortsteilen Nuttlar, Velmede und Ramsbeck), ferner die Gemeinden Rarbach und Bödefeld. Die heute zu Meschede gehörenden Orte Freienohl und Grevenstein lagen früher im Kr. Arnsberg und gehörten damit auch zum Synagogenbezirk Arnsberg. Die jüd. Einwohner aus Eslohe und (Eslohe-)Wenholthausen gehörten Mitte des 19. Jh. zum Synagogenbezirk Lenhausen. 1932/33 waren der Synagogengemeinde Meschede 102 Juden aus Velmede, Bestwig, Eversberg, Ramsbeck, Wennemen, Wenholthausen und Eslohe angeschlossen. Meschede war Mitglied im DIGB. Das Vorhandensein eines Harmoniums auf der Frauenempore der Synagoge von 1879 lässt darauf schließen, dass die Gemeinde religiös liberal ausgerichtet war.

Ende des 19. Jh. orientierte sich die Familie Jacobs aus Nuttlar – obwohl sie laut Statut zur jüd. Gemeinde Meschede zählte – nach Bigge, wo sich 1905/06 eine eigenständige Synagogengemeinde konstituierte.

2.2.2 In Meschede fand der Gottesdienst etwa von 1821 bis 1878 im Haus des Pelzhändlers Jacob Berghoff, Mittelstr. (später Gutenbergstr. 1), statt, der der Gemeinde im Obergeschoss einen Betraum zur Verfügung stellte. Nach Berghoffs Tod 1843 kaufte Baruch Steinberg aus Reiste das Gebäude; die Gemeinde konnte den Betsaal weiter nutzen. Auch Juden aus Velmede und Stockhausen besuchten den Betsaal in Meschede. 1879 weihte Rabbiner Dr. Jacob Horowitz aus Krefeld eine neue Synagoge mit Schule in der Kampstr. 10 ein. Die Juden aus Calle, die seit 1831 über einen eigenen Betraum im Nebengebäude des späteren Hauses Stern verfügt hatten, kamen daraufhin nach Meschede; die Caller Räumlichkeiten wurden als Lagerraum genutzt. Im Nov. 1938 wurde die Synagoge in Meschede verwüstet und geplündert, religiöse Schriften karrte man in den Mühlenbach. Am 15. Nov. 1938 kaufte die Stadt Meschede für 1000 RM die demolierte Synagoge samt Grundstück.

2.2.3 Den 1784 in Meschede geborenen Julius Wilhelm Ruer unterrichtete ein Geistlicher in deutscher und lateinischer Sprache. Dieser vermittelte ihm auch Grundkenntnisse der Logik, bevor Ruer das Gymnasium in Soest besuchte und ab 1800 in Marburg Medizin studierte. Seit 1826 war für eineinhalb Jahre Lehrer Lichtenfels aus Lichtenfels (bei Bamberg) in Meschede tätig. Er war 1824 als Ausländer, und weil er seine Qualifikation als Lehrer nicht nachweisen konnte, aus Beckum verwiesen worden. In Nuttlar war Levi Wolfsohn aus Lenhausen nach seiner 1827 erfolgten Lehrprüfung eingesetzt. 1832 unterrichtete Moses Solmsohn in Meschede, 1835 ein Lehrer Elsassens und 1843/44 Jakob Wolf. 1843 waren in Meschede zwölf jüd. Kinder schulpflichtig, in Calle eines, in Velmede und in Nuttlar je zwei. Der Lehrer erhielt 48 Tlr. Jahresgehalt. Der Religionsunterricht fand seit dem Neubau von 1879 im Synagogengebäude statt. Seit etwa 1879 war zehn Jahre lang in Meschede kein Lehrer bzw. Kultusbeamter tätig gewesen. Privatpersonen unterrichteten die älteren Schüler. Als Max Lazarus 1889 nach Abschluss seiner Ausbildung im jüd. Lehrerseminar in Münster nach Meschede kam, erteilte er zunächst nur Religionsunterricht bei den Familien Oppenheim und

Felsberg in Velmede, zudem bereitete er Jungen auf die Bar Mitzwa vor. Seine Bitte um Einrichtung einer öffentlichen Schule wurde zunächst abgelehnt, weil die Bedingungen dafür nicht erfüllt waren. An Feiertagen und besonderen Tagen predigte er. Im Dez. 1889 eröffnete Lazarus schließlich mit staatl. Genehmigung eine jüd. Privatschule mit sieben Schülern und unterrichtete sämtliche Elementarfächer. Er initiierte einen Schülerchor und konfirmierte auch Mädchen. 1892 verließ Lazarus Meschede, weil er in Lübbecke bessere Arbeitsmöglichkeiten sah. Da eine Bestimmung aus dem Jahr 1900 für jedes schulpflichtige jüd. Kind Religionsunterricht forderte, musste nun ein Religionslehrer eingestellt werden, der auch die Aufgabe des Kantors zu übernehmen hatte. Sein Vertrag sah um 1900 als Vergütung 800 M jährlich, freie Wohnung und „freien Brand“ vor. Da die Dotierung von einer geringen Anzahl von Familien aufzubringen war, gab es in der Gemeinde häufig Anlass für Konflikte. Nach einer Darstellung des Mescheder Amtmanns von 1902 waren 22 Kinder zu unterrichten. Die hohe Belastung und Unzufriedenheit bei den zur Finanzierung Verpflichteten sah der Amtmann als Ursache für den häufigen Wechsel des Lehrers und Kultusbeamten. In die private jüd. Volksschule gingen 1905 fünf Kinder, 1907 waren es zwölf, 1911 bis Mitte der 1920er Jahre zwischen fünf und acht. Religionsunterricht, an dem auch Kinder aus Calle teilnahmen, erhielten 1905 sechs Kinder, 1913 neun.

Zwischen 1903 bis 1925 waren acht Lehrer in Meschede tätig: Siegmund Kahn aus Aschenhausen (bis 1903), M. Samson (1903), der die Kinder u. a. „mit theatralischen und deklamatorischen Aufführungen“ eine Purimfeier gestalten ließ, Siegmund Lillienfeld aus Gudenberg/Kr. Fritzlar (1906), Erich Spieldoch (1907), Salomon Kanstein aus Emden (1908), Julius Rosenberg aus Heinsberg (1909) und Georg Rosenthal (1911, um 1913 war er Lehrer in Schmallenberg). Mitte 1913 und nochmals Anfang 1914 suchte Meschede einen Religionslehrer/Kantor für ein Anfangsgehalt von 1000 bzw. 1100 M und 350 bzw. 200 M Nebeneinnahmen „bei freier Wohnung und Heizung“. 1914 wird der Lehrer Alex Herz erwähnt.

Die Kinder der Familie Jacobs aus Nuttlar, die zeitweise in die jüd. Schule in Bigge, ansonsten zur kath. Elementarschule in Nuttlar gingen, nahmen in Bigge am Religionsunterricht teil. Weiterführende Schulen besuchten sie in Brilon bzw. Meschede. Jüd. Kinder aus Freienohl und Grevenstein gingen in die entsprechenden kath. Ortschulen, jüd. Religionsunterricht erteilten bis zum 12. Lebensjahr die Eltern, danach der jüd. Lehrer in Arnsberg. Aus Velmede erhielten die vier Kinder des Max Bachmann sowie Günter Oppenheim in den 1920er Jahren bis zu ihrer Bar/Bat Mitzwa einmal wöchentlich Religionsunterricht vom Lehrer aus Meschede, danach gingen sie zum Unterricht nach Meschede. Jüd. Kinder aus Meschede sind für die öffentliche Volksschule (meist die kath.) bzw. die Mädchenmittelschule oder die Bürgerschule nachgewiesen, aber auch für das Progymnasium für Jungen. 1921 ist Leo Singer aus Mogilno und 1925 Walter Kasel aus Lüdenscheid als jüd. Lehrer für Meschede genannt. 1930 beantragte der österreichische Lehrer und Kantor Osias Bernstein seine Einbürgerung, wozu die Stadtverordneten schließlich ihre Zustimmung gaben. Er war auch Lehrer an der einklassigen ev. Volksschule, wo er Erdkunde unterrichtete. Als letzter jüd. Lehrer wird seit Mitte 1937 in Meschede ein Mann namens Henschke aus Nieheim erwähnt, der nach Palästina fliehen konnte.

2.2.4 Mescheder Juden unterstützten seit Anfang der 1830er Jahre regelmäßig über acht Jahrzehnte lang die Haindorfische Stiftung. Nach Kriegsbeginn 1914 spendete die Synagogengemeinde Meschede 200 M an das Rote Kreuz, der jüd. Literaturverein 50 Mark. Juden trugen im Rahmen der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 1930er Jahre die „Notgemeinschaft“ Meschede mit, der Gemeindevorsteher Siegmund Hesse unterzeichnete 1932 gemeinsam mit den kath. und ev. Geistlichen sowie dem Stadtvorsteher einen Aufruf zur „neuen Winterhilfe“. Für Calle heißt es, der „Jude Stern“ habe erheblich dazu beigetragen, das Kriegerdenkmal zu realisieren.

2.3.1 Bei der ersten Wahl nach Konstituierung der Synagogengemeinde Meschede 1854/55 wählten 20 Wahlberechtigte aus Meschede, fünf aus Bödefeld, zwei aus Rarbach, drei aus Velmede sowie je einer aus Nuttlar und Ramsbeck ausschließlich Mescheder Juden zu Vorstandmitgliedern: Dr. med. David Ruer, Jacob Neuhoﬀ und Simon Rosenthal. Aus Velmede gehörten um die Mitte des 19. Jh. Philipp Felsberg, Marcus Bachmann und Jacob Oppenheim den Gremien an. Den Vorstand bildeten im ersten Jahrzehnt des 20. Jh. Markus Neuhoﬀ, Max Rosenthal und Nathan Ikenburg. Abraham Goldbach, Kriegsteilnehmer von 1870/71, wurde anlässlich seines 80. Geburtstages 1917 Ehrenvorsitzender der Synagogengemeinde. 1924/25 bildeten Nathan Ikenberg, Siegmund Hesse und Max Bachmann (Velmede) den Vorstand, 1932 und auch noch 1938 Siegmund Hesse und Leopold Wallach aus Meschede sowie Samuel Stern aus Calle.

Zu den Repräsentanten gehörten Mitte der 1920er Jahre Sally Ikenberg (Meschede), Samuel Stern (Calle) und Albert Oppenheim (Velmede). 1932 kamen der Repräsentantenvorsitzende Max Bachmann und sein Stellvertreter Albert Oppenheim aus Velmede, der dritte Repräsentant (A. Ransenberg) aus Meschede.

Der betagte Baruch Steinberg aus Meschede hatte vor 1889, im Jahr des Amtsantritts von Max Lazarus, „seit vielen Jahren“ das Vorbeteramt ehrenamtlich ausgeübt. Ansonsten waren die jeweiligen Lehrer als Kantoren tätig.

2.3.2 Herz Israel (Ruer) (1758–1826), der in Berlin und Göttingen Arzneykunde studiert hatte und nach seiner Promotion 1779 in Meschede praktizierte, begründete dort eine Medizinerdynastie. Kurfürst Maximilian Franz von Österreich ernannte ihn 1791 zum ‚Hofmedicus‘. Er veröffentlichte Aufsätze in den ‚Medizinischen Wochenblättern‘. Sein Sohn, Julius Wilhelm Ruer (1784–1864), praktizierte nach seiner Promotion 1806 in Neheim und seit 1812 – dem Jahr seiner Konversion zum Protestantismus – ebenfalls in Meschede. Er war Herausgeber der ‚Vaterländischen Blätter für das Herzogthum Westfalen‘. Seit 1813 war er Gründungsdirektor des Landeshospitals Marsberg, seit 1816 ‚Provinzial-Irrenanstalt Westfalen‘. Seine dortigen Erfahrungen veröffentlichte er in einer Reihe von Abhandlungen über eine humane Behandlung von Geisteskranken. Im Ruhestand (ab 1850) leitete er private Anstalten in Düsseldorf und Hamm. Er setzte sich für die Verbesserung der öffentlichen Fürsorge für psychisch Kranke ein und war Mitglied einer Paderborner Freimaurerloge. David Ruer (1802–1874), jüngerer Sohn des Herz Israel Ruer, hatte die Gymnasien zu Soest und Arnsberg besucht und ab 1821 wie der Vater Medizin an den Universitäten Göttingen und Berlin studiert. 1824 wurde er promoviert, in den folgenden Jahren praktizierte er in Meschede. 1854 wurde er zum Vorstandsvorsitzenden des Synagogenbezirks Meschede gewählt. Für seinen Einsatz während der 1857 in Meschede wütenden Ruhr-epidemie erhielt er zum 50. Praxisjubiläum vom Landesherrn den ‚Rothen Adlerorden‘ IV. Klasse. Hermann Ruer, 1828 als Sohn des David Ruer in Meschede geboren, wurde 1851 an der Universität Berlin promoviert und war ab 1852 in Meschede tätig. 1854 übernahm er als Knappschaftsarzt die Leitung des in Ramsbeck neu erbauten Krankenhauses. Die Bergwerksleitung bescheinigte ihm „eine glänzende Befähigung in seinem Fache“. Zum Ende des Bergbaubooms 1856 wurde das Krankenhaus aufgelöst, Ruer praktizierte weiter in Ramsbeck. Nach 1871 zog die Familie nach Münster.

Die Erinnerungen des aus Nuttlar stammenden Lehrers Erich Jacobs wurden 2004 unter dem Titel: „Wunder geschehen doch noch!“ veröffentlicht. Alfred Abraham Jacobs, 1897 in Nuttlar geboren und 1972 in New York gestorben, beendete 1922 am Rabbinerseminar in Berlin sein Studium und wurde 1924 in Würzburg promoviert. Nachdem er 1922 bis 1927 als Lehrer an der Talmud-Thora-Schule in Köln tätig gewesen war, amtierte er 1927 bis 1938 als Rabbiner in Bad Kreuznach, Verfolgten half er bei der Flucht nach Frankreich. Nach dem Pogrom 1938 war er im KZ Dachau inhaftiert. 1939 floh er mit seiner Familie in die USA, wo er als Lehrer tätig war.

2.3.3 1805 berief der hessische Großherzog Dr. Herz Israel Ruer zum ‚korrespondierenden Mitglied‘ des ‚collegium medici zu Arnsberg‘. Seit 1857 war Jacob Neuhoﬀ Stadtverordneter in Meschede. 1928 wurde der Gemeindevorsteher Siegmund Hesse in den neu gegründeten Gewerbeverein Meschede gewählt und 1930 zum Kuratoriumsmitglied der kaufmännischen Berufsschulen. 1927 waren die Brüder Siegmund und Adolf Hesse sowie Berthold Ikenberg Mitglieder des Gesangsvereins ‚Sauerlandia‘. Siegmund Hesse und Albert Ransenberg gehörten der ‚Jagdgesellschaft Hardt‘ an. Mitglieder im Turnverein waren 1882 Erich, Kurt, Werner und Fritz Ransenberg sowie die 1909 geborene Gertrud Goldschmidt. Im kath. Sportverein ‚Deutsche Jugendkraft‘ spielten Lothar und Rudi Hesse sowie Kurt Ransenberg Fußball, 1933 Heinz Rosenthal und Ernst Hesse. Dem ‚Kameradschaftlichen Verein Meschede‘ gehörten der 1907 gest. Julius Rosenthal und 1926 der 80-jährige Abraham Goldbach an.

Juden aus Calle waren Mitglied im Turnverein, Gesangsverein und Kriegerverein (Samuel Stern). Mitglied des Nuttlarer Schützenvereins war in den 1920er Jahren Meyer Jacobs, der sich auch am Vogelschießen beteiligte. In Velmede konnten Juden Mitglied der Schützengesellschaft werden, nicht aber den König stellen. 1835 findet sich Marcus Bachmann als Mitglied, in der ersten Hälfte des 19. Jh. Moses Oppenheim. Albert Oppenheim war 1926 Rechnungsprüfer der St. Andreas Schützenbruderschaft. Seit 1902 war er Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr; für seine 25-jährige Mitgliedschaft wurde er geehrt. Auch Hermann (1902) und Max (seit 1913 und auch 1926) Bachmann gehörten der Freiwilligen Feuerwehr an; 1933 musste Max Bachmann als Schriftführer abtreten. Er war außerdem Mitglied im Männerchor.

3.1 Die 1879 eingeweihte Synagoge, Kampstr. 10, war ein zweigeschossiger Backsteinbau mit symmetrisch gestalteter Fassade. Im Erdgeschoss befand sich die Hausmeisterwohnung. Eine Treppe im Vorraum führte nach oben zum Schulraum und zur Frauenempore, eine andere nach unten zum Gebetsraum. Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 338–340. In der Pogromnacht wurden Inneneinrichtung und Ausstattung zerstört, erhalten blieb nur ein Thorawimpel von 1864. Das 1939 durch die Stadt an einen Schreinermeister verkaufte Gebäude wurde als Werkstatt und als Lager für franz. Kriegsgefangene genutzt. 1945 brannte es nach einem Bombenangriff aus, das Obergeschoss wurde abgebrochen. Nach dem Krieg erwarb ein Schreiner das Untergeschoss und nutzte es als Werkstatt. Nach seinem Tod 1991 kaufte die Stadt das Gebäude zurück. 1996 gründeten Mescheder Bürger einen Verein, um mit Unterstützung des Landes NRW das Haus zum ‚Bürgerzentrum Alte Synagoge‘ umzugestalten, das 1999 eröffnet wurde. 1996 wurde der Gebäuderest in die Denkmalliste der Stadt eingetragen. Bei der Teilwiederherstellung hatte man darauf geachtet, dass ein spezielles Stilelement der vormaligen Synagoge, der fünfeckige Stern (‚Salomons Siegel‘) in den Fassadenfenstern erhalten blieb.

3.2 1788 erwarb Dr. Herz Israel (Ruer) in Meschede die alte Dechanei im Unteren Hagen. 1797 ist Markus Israel (Neuhoff) als Hausbewohner in der Oststr. nachgewiesen. 1844/45 gehörten die Familien Bachmann, Rosenthal, Neuwahl und Neuhoﬀ zu den Hausbesitzern in Meschede, seit 1857 auch Baruch Steinberg. Ein Verzeichnis jüd. Wohn- und Geschäftshäuser im 20. Jh. in Meschede findet sich bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 341f.

In Calle verfügte der Metzger Mendel Ransenberg 1857 über Eigentum. In Freienohl besaß seit etwa 1851 der Handelsmann Levi Löwenbach das Haus Nr. 90. Seit etwa 1845 ist für den Kaufmann Bendix Ransenberg das Haus Nr. 40 eingetragen, seit 1882 für seinen Sohn Emanuel Ransenberg. Im Eigentum des Kaufmanns Leser Rosenthal war das Haus Nr. 105, 1855 bis 1880 das Haus Nr. 68. In Grevenstein war ab 1855 das Haus Nr. 15 im Eigentum der Beilchen Fischel, das Haus Nr. 81 gehörte

seit 1881 der Familie Salomon Fischel. In Velmede gehörte Ernst Straus 1821 ein Haus mit Garten. Seit 1871 war Moses Oppenheim als Grundeigentümer eingetragen. Das Wohnhaus des Leser Bachmann brannte 1891 ab, er musste es wieder aufbauen.

3.3 Der 2731 m² große jüd. Friedhof liegt im Süden der Stadt an einem Hang am rechten Ufer der Kleinen Henne mit Zugang von der Beringhauser Straße. 1823/24 fanden dort die Magd Rachel Hömberg, die Händlerin Golda Berghoff sowie Edel Bachmann ihre letzten Ruhestätten. Der älteste erhaltene Grabstein stammt von 1851 (Salomon Neuwahl), der jüngste von Okt. 1938 (Rosa Ransenberg). Auch Juden aus Eslohe, Ramsbeck (John Marcus 1936) und Velmede (Jakob Oppenheim 1891) wurden in Meschede beerdigt, Juden aus Freienohl dagegen in Arnsberg. Nach der Schändung des Mescheder Begräbnisplatzes im Nov. 1938 beauftragte der Vorsteher Siegmund Hesse einen Nachbarn mit dessen Pflege; dafür durfte dieser das Gras nutzen. Später ging das Grundstück in den Besitz der Stadt über. 1949 wurden auf dem Friedhof 16 und 1974 noch einmal zehn Grabsteine umgeworfen. Es lassen sich 47 Grabstätten unterscheiden, davon 39 mit Grabsteinen, auf denen 61 Personen verzeichnet sind. Die Inschriften sind z. T. zweisprachig, im 20. Jh. zumeist nur deutsch. Die Stadt ließ 1981 einen Gedenkstein errichten und trug den Friedhof 1992 in ihre Denkmalliste ein.

Die in Wennemen 1942 gest. Mathilde Ransenberg ist auf dem christl. Friedhof in Wennemen begraben. Auf ihrem Grab befindet sich eine Erinnerungstafel an ihren ermordeten Sohn Günther.

In Grevenstein, im Ostfeld, östlich der Landstraße nach Wenholthausen, gibt es innerhalb des 1891 angelegten christl. Friedhofs ein jüd. Gräberfeld mit sechs erhaltenen Grabsteinen. Sie wurden für die zwischen 1893 und den 1930er Jahren gestorbenen Salomon Fischel und seine Frau Beilchen sowie Sally und Johann Lilienfeld und Julie Lilienfeld gesetzt. Als Letzte wurde dort 1935 Lina Fischel beerdigt.

Zur der nicht genau lokalisierbaren Flurbezeichnung ‚Judenkirchhof‘ – etwa drei Kilometer nördlich von Eversberg, im Wald nahe der Grenze zu Warstein – gibt es keine näheren Informationen.

4.1 LAV NRW Abt. W (Münster), Hztm. Westfalen Landstände, Akten Nr. 1777; LRA Kr. Brilon Nr. 1659. – StadtA Meschede, B 101, 2354, 2455, 2784–2790.

4.2 Porträt von Abraham Goldbach, Ehrenvorsitzender der Synagogengemeinde in: Israelitisches Familienblatt <1.11.1917>. Ein Thorawimpel der jüd. Gemeinde Meschede von 1864 befindet sich in der Judaica-Abteilung des Kölnischen Stadtmuseums. Fotos und Zeichnungen von Betsaal, Synagoge und Friedhof in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 388–392, BROCKE, Feuer an dein Heiligtum gelegt 307f. und BRÜSCHKE/FÖCKELER, Jüdisches Leben im Hochsauerland 421–425; Fotos Dr. Wilhelm Ruer und Siegmund Hesse ebd. 436 u. 447.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 7–46 <1834–1911/1913>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1909> 72, <1911> 81, <1913> 92, <1924/25> 62. – Israelitisches Familienblatt <1904, 1912–1914, 1917, 1920, 1935–1938>. – Der Schild <12.4.1935>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 165. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53.

4.4 ARNOLDS Wolfgang, Die „Reichskristallnacht“ in Meschede. In: DERS. (Hg.), Die „Kristallnacht“ im Sauerland <Brilon 1988> 38–40. – BRUNS Alfred, Die Juden im Altkreis Meschede 1814–1874/Die Schmallenberger Juden 1934–1943 <Brilon 1987>. – KAISER-LÖFFLER Hanneli u. a., Jüdische Familien in Meschede <Meschede 1997>. – LAZARUS Max, Erinnerungen an Meschede: Die ersten drei Amtsjahre als Lehrer, Vorbeter und Prediger in Meschede an der Ruhr 1889–1892, hg. v. RÄBER Alexander

<Lübbecke 2010>. – OERTEL Wilfried, Der jüdische Friedhof. In: KAISER-LÖFFLER, Jüdische Familien in Meschede 42–53. – OERTEL Wilfried, Die Alte Synagoge Meschede. Der fünfeckige Stern – ein jüdisches Symbol. In: Jahrbuch Hochsauerlandkreis 1999 <109–112>. – DERS. (Hg.), Jüdisches Leben im Synagogenbezirk Meschede <Meschede 2004>. – DERS., Ramsbeck: Familie Marcus. Ebd. 57f. – DERS., Wennemen: Familie Jakob Ransenberg. Ebd. 99–102. – PADBERG Heinz-Josef, Juden in Calle. Ebd. 31–38. – REININGHAUS Wilfried/KÖHNE Reinhard, Berg-, Hütten und Hammerwerke im Herzogtum Westfalen im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit <Münster 2008> 99. – RICHTER Erika, Die Ruers. In: Jahrbuch Hochsauerlandkreis <1996> 92–98. – DIES., Ort des Gedenkens und der Gemeinschaft. Eröffnung der Alten Synagoge Meschede als Bürgerzentrum am 9. Mai 1999. Ebd. <2000> 117–121. – DIES. und Schüler des Gymnasiums der Stadt Meschede, Synagoge Meschede – (k)ein Denkmal? In: BRÜSCHKE/FÖCKELER, Jüdisches Leben im Hochsauerland 421–463. – RÖMER Rita, Velmede-Bestwig. In: OERTEL (Hg.), Jüdisches Leben im Synagogenbezirk Meschede 65–98. – Sauerländischer Gebirgsverein (SGV) Nuttlar, Nuttlar gestern und heute, Bd. 1 <Brilon 1993> 28–29. – Stolpersteine für Meschede. Dokumentation, hg. u. a. vom Verein Bürgerzentrum Alte Synagoge Meschede e. V. <Meschede 2013>.

Erika Richter

MÖHNESEE-Körbecke

1.1 Gemeinde Möhnesee, Ortsteil Körbecke, Kr. Soest

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der neuen Gemeinde Möhnesee.

Laut Statut von 1855 bildete das Kirchspiel Körbecke (u. a. mit den Orten Brüllingsen, Delecke und Echtrop) eine Untergemeinde des Synagogenbezirks Soest.

2.1.1 Einem 1703 ausgestellten Geleitbrief zufolge zogen um 1700 Salomon, sein Sohn Philipp und sein Schwiegersohn Calman mit ihren Familien nach Körbecke. Salomon wohnte im Haus eines Christen. Calman, aufgrund einer Feuersbrunst mittellos, erhielt erst 1712 ein Geleit. 1719 heißt es über Philip Salmon in einer Liste der „verarmten und den tax nicht mehr tragenden judenfamilien“, er werde „aus barmherzigkeit“ geduldet. 1722 wird vermerkt, der Körbecker Pastor sei „durch Gesindel und Juden“ beraubt worden, nach den Tätern solle gefahndet werden. Um 1737/38 hausierte Juden aus Köbecke mit „allerley kramwaren“ im Amt Menden, im Gericht Neheim und im Amt Werl. Werler Kaufleute beschwerten sich diesbezüglich über Calman, den „juden zu Cörbecke“. Der Richter F. Hoynk zu Körbecke wusste allerdings von keinen Einwänden, abgesehen von einer Übertretung Calmans „in austeilung der medicin“, weshalb er auch bestraft worden sei. Im Gerichtsbezirk Körbecke waren im 18. Jh. jeweils zwei oder drei miteinander verwandte jüd. Familien ansässig, um 1800 waren es fünf Familien. Sie betrieben einen Hausierhandel mit Höckerwaren wie z. B. Gewürzen, Öl, Tran, Branntwein, Tuchen und Häuten. Wie die übrigen Bewohner zahlten auch Juden die Kopfschatzsteuer. Zwischen 1794 und 1801 werden für das Gericht Körbecke mit ordentlichem Geleit („Attestatgeleit“) David Levi (David Juda) sowie Meyer Elias erwähnt, mit außerordentlichem („stehendem“) Geleit Meyer

Samuel, ferner die Knechte Samuel und zwei weitere namens Joseph, wovon einer bei David und der andere bei Meyer Abraham (wohl Meyer Elias) tätig war. In Echtrup lebte 1801/02 Wolff Marcus, er hatte „nach aussage der gerichtsscheffen kein gelaid“. 2.1.2 Zu Beginn des 19. Jh. machten sich in Körbecke judenfeindliche Strömungen bemerkbar. 1801 war bei einem Raubüberfall auf das Pastorat der kath. Kirchengemeinde ein alter Pastor ums Leben gekommen. Anschließend entstand das hartnäckige Gerücht, dass die Täter mit den örtlichen Juden in Verbindung gestanden hätten. Nach dem hessischem Gesetz vom 15. Dez. 1808 mussten Juden ab Jahresbeginn 1809 einen festen Familiennamen führen, die Juden in Körbecke entschieden sich für die Namen Amberg, Nordheim und Stern. Durch Einheirat kamen in den folgenden Jahren die Familien Busack, Bendheim und eine zweite Familie Stern hinzu. 1829 wird ein nicht namentlich bekannter „Rabbiner aus Cörbecke“ (vielleicht ist der Lehrer Bendix Dannheimer gemeint) erwähnt, der auf dem jüd. Friedhof in Allagen (heute Stadt Warstein) eine Tochter der Sophia Meyerhoff (geb. Nordheim aus Körbecke) beerdigte. 1830 starb in Körbecke Meyer Samuel, der als Metzger tätig gewesen war, seine Söhne waren schon vorher nach Arnsberg gezogen. 1846 waren in Körbecke Herz Bendheim, Abraham Busack, Samuel Stern und die Witwe Dora Stern (alle Händler) sowie Dora Nordheim als selbständige Juden verzeichnet. David Busack, Sohn des Abraham Busack, erlernte in den 1840er Jahren auf Kosten der Haindorfschen Stiftung das Färberhandwerk. Im Zusammenhang mit der Revolution 1848 zogen junge Körbecker mit Stöcken von einem jüd. Haus zum anderen, zerschlugen Fenster und misshandelten die Bewohner, auch Frauen. Weitere Übergriffe konnten nur durch polizeiliche Patrouillen verhindert werden. Um 1850 verlegte Jacob Meyerhoff seinen Wohnsitz von Allagen nach Körbecke. 1852 wird ein Körbecker Jude als Trödler erwähnt, vier Personen übten einen ‚Stehenden Kramhandel‘ aus, eine Person war Metzger. Jacob Stern erweiterte seinen Warenhandel; er wurde vermögend und konnte zum allgemein üblichen Zinssatz von 5 Prozent auch größere Darlehen gewähren. Ende der 1870er Jahre ist für Körbecke die Familie Matthias nachgewiesen. Nach schweren Ausschreitungen nach dem Brand des Hauses von Herz (Heinemann) Bendheim 1888 verließ die Familie Körbecke, verkaufte ihren Besitz und eröffnete in der benachbarten Stadt Soest ein neues Geschäft. 1890 verlegte auch der Kaufmann Simon Stern sein ‚Manufactur- und Colonialwaren-Geschäft‘ nach Soest. 1895 lebten noch drei jüd. Erwachsene in Körbecke: Jacob Meyerhoff, der von Metzgerei und Viehhandel lebte, sein Sohn Meyer (Max) und dessen Frau. Sie nahmen am Soester Gemeindeleben teil. 1897 starb Jacob Meyerhoff. Sein Sohn verkaufte 1900 das Elternhaus und erwarb das ehem. Geschäftshaus von Simon Stern. Max (Meyer) Meyerhoff betrieb laut einer Anzeige 1912 eine „Elektrisch betriebene Rind- und Schweineschlächtere“i“ samt „Viehhandlung“, seine Frau führte zusätzlich eine von der Schwiegermutter übernommene kleine Samenhandlung.

Sowohl in Brüllingsen als auch in Delecke (beides heute Ortsteile der Gemeinde Möhnesee) lebten 1925 Einzelpersonen jüd. Glaubens.

2.1.3 Die Familie Meyerhoff musste nach Erlass der Nürnberger Gesetze ihre ‚arische‘ Hausangestellte entlassen. Der Sohn Ernst wurde 1937 von der Gestapo wegen angeblicher ‚Rassenschande‘ verhört, der drohenden Verhaftung entzog er sich durch Flucht zu Verwandten in Hannover und die anschließende Auswanderung in die USA. In der Pogromnacht 1938 wurde Max (Meyer) Meyerhoff vom Ortspolizisten unter Misshandlungen in ‚Schutzhaft‘ genommen, nach drei Tagen im Gerichtsgefängnis Hamm ins KZ Sachsenhausen überstellt. Noch 1938 wurde die Metzgerei ‚arisiert‘. Max und Henriette Meyerhoff zogen zu Verwandten nach Düsseldorf, anschließend nach Luxemburg. Von hier wurden sie 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert, wo Max 1944 starb, während seine Frau durch eine Rettungsaktion der Schweiz im Febr. 1945 überlebte.

2.1.4 Ernst Meyerhoff und seine Schwester Elly Fleischmann aus den USA besuchten mit ihrer Mutter nach dem Krieg ehem. Nachbarn. Nach einem längeren ‚Wiedergutmachungsverfahren‘ 1949–1951 erhielten die Erben Meyerhoff von den Erwerbern wegen des seinerzeit herabgesetzten Kaufpreises in Höhe von 11 100 RM zusätzlich 20 000 DM, für ein Gartengrundstück weitere 1500 DM. Auf dem jüd. Friedhof wurde 2001 ein Gedenkstein aufgestellt.

2.2.1 Um 1820 lebten etwa 20 jüd. Einwohner in Körbecke. 1843 waren es 26 und 1858 insgesamt 36 Personen. 1871 waren von 783 Einwohnern 760 kath., zwei ev. und 21 jüd. Glaubens; 1895 waren von 797 Einwohnern 785 kath., neun ev. und drei jüd. Glaubens; 1925 waren von 773 Einwohnern 757 kath., elf ev. und fünf jüd. Glaubens. 1932/33 lebten in Körbecke drei Juden. Im heute zur Gemeinde Möhnesee gehörenden Ortsteil Brüllingsen waren 1925 von 170 Einwohnern 165 kath., vier ev. und einer jüd. Glaubens. Im Ortsteil Delecke waren 1925 von 229 Einwohnern 211 kath., 17 ev. und einer jüd. Glaubens. Für den Ortsteil Ectrop ist 1801/02 ein Jude nachgewiesen.

Im Zuge der geplanten ‚Regulierung der Verhältnisse der Juden‘ wurde 1842 die Einrichtung eines eigenen Synagogenbezirks Körbecke mit insgesamt 28 im Ort lebenden Juden angedacht. Bei der dauerhaften Regelung wurden die im Gebiet des Kirchspiels Körbecke lebenden Juden dann jedoch dem Synagogenbezirk Soest zugeschlagen. Im Statut von 1855 für die Synagogengemeinde Soest behandeln mehrere Abschnitte die „Untergemeinde zu Körbecke“, die einen eigenen Etat aufstellte und einen eigenen Vorsteher wählte.

2.2.2 Der erste Betsaal der Gemeinde befand sich Anfang des 19. Jh. vermutlich im Haus von Elias Stern. Ab 1822 konnten die Betstube und die Schule vermutlich im neu errichteten Haus von Herz Bendheim (heute Poststr. 8) untergebracht werden. 1848 kaufte die ‚Juden-Gemeinde‘ Körbecke von Landwirt Franz Heinrich Kleeschulte gen. Wilms ein Grundstück in der Ortsmitte, als neue Besitzer wurden 1850 im Grundbuch Herz Bendheim, Emmanuel Stern, Abraham Busack und Jacob Meyerhoff eingetragen. In der Folgezeit wurde dort eine kleine Fachwerksynagoge errichtet. 1878/80 wird über eine Schmiederei von Jugendlichen in der Synagoge berichtet, die vom Lehrer der kath. Volksschule geahndet wurde. Nach dem Brand des Hauses von Herz (Heinemann) Bendheim 1888 verwüsteten junge Männer aus Körbecke die Synagoge; der Thoraschrein, die Tafel mit den zehn Geboten und der siebenarmige Leuchter wurden auf den naheliegenden ‚Schweineplatz‘ geworfen. Nachdem die Polizei dem Treiben ein Ende gesetzt hatte, wurden die Kultusgegenstände durch den kath. Pfarrer Hünnebeck geborgen, der sie mit Bedauern und Entschuldigung der Synagogengemeinde in Soest übergab. Die Synagoge wurde vermutlich in Brand gesteckt und danach offenbar nicht wieder aufgebaut.

2.2.3 Der Unterricht der drei bis maximal zwölf Kinder im Alter von fünf bis 13 Jahren fand zunächst wohl im Betsaal des 1822 erbauten Wohnhauses von Herz Bendheim statt, seit den 1850er Jahren im neu errichteten Synagogengebäude. Einem kontinuierlichen Unterricht standen die häufig wechselnden Lehrer entgegen. Vielen fehlte die Konzession zur Unterrichtserteilung, die immer nur vorläufig – mit der Auflage, diese im benachbarten Lehrerseminar in Soest zu erlangen – erteilt wurde. Erster Lehrer war von 1825 bis 1827 Seligmann Berliner aus Oestinghausen, der keine Prüfung absolviert hatte. 1827 bis 1829 war Bendix Dannheimer aus Büderich bei Werl tätig. 1829 bat er aus persönlicher Not (erfolglos) um eine weitere Unterrichtserlaubnis, obwohl er die zur Auflage gemachte Prüfung nicht abgelegt hatte. Weitere Lehrer waren Isaak Wolf (1835–1838), Jacob Mahn (1840 als Kantor und Lehrer angestellt), Joseph Levi aus Krefeld (1858, Schulamtsaspirant ohne Prüfung), Simon Sutro aus Münster (1859, Konzession seit 1840, Sohn des Landrabbiners Abraham Sutro in Münster), Naphtali Heine aus Schildesche (1863–1864) sowie schließlich Nathan Schwarz aus

Rogowa, Reg.-Bez. Bromberg (1864–65, ein ‚privatim‘ angestellter Schulamtsaspirant ohne Examen). Nach dem Weggang von Schwarz wurde die Schule 1865 wegen geringer Schülerzahlen geschlossen, die Kinder besuchten die kath. Volksschule in Körbecke. Elly und Ernst Meyerhoff sowie die Kinder von Simon Stern besuchten nach 1900 höhere Schulen in Soest.

2.3.1 Herz Bendheim war 1854 bis 1860 Repräsentant der Synagogengemeinde Soest. 1882 war Emanuel Stern Vorsteher der jüd. Gemeinde Körbecke.

2.3.3 Max Meyerhoff war um 1900 Schriftführer der Freiwilligen Feuerwehr und Mitglied im Schützenverein.

3.1 Die in den 1850er Jahren errichtete kleine Fachwerksynagoge lag in einem Winkel zwischen zwei unmittelbar benachbarten Scheunen (‚Dreggers Heuscheune‘ und ‚Speckenheuers Scheune‘) und war so gegen die Einsicht von der Straßenseite (heute Kirchstr. und Kolpingstr.) geschützt. Von Osten führte ein schmaler, ansteigender Pfad, der ‚Judenpad‘, zu ihr hinauf. Die Grundfläche betrug etwa 46 m², die Seitenlängen betrugen 7,70 bzw. 6 Meter, wobei die Längsrichtung von Norden nach Süden verlief. Für die Frauen der Gemeinde war eine Empore vorhanden. Nach der Schändung 1888 fiel die Synagoge vermutlich einer nachfolgenden Brandstiftung zum Opfer. Nur einige Grundmauern, die bei Ausschachtungsarbeiten gefunden wurden, sind erhalten. Die Eintragung der Synagogengemeinde Soest beim Amtsgericht Soest als Eigentümerin des Synagogengrundstücks scheiterte 1901, weil die Erben der bisherigen Besitzer nicht zu ermitteln waren. Die Parzellen wurden geteilt und von benachbarten Anliegern erworben.

Anliegende Brunnen legen die Vermutung nahe, dass sich eine Mikwe zunächst im Haus von Elias Stern, ab 1822 im Haus von Herz Bendheim befand.

3.2 Von den Gebäuden, die sich in jüd. Besitz befanden, ist nur noch das Fachwerkhaus nebst Anbau (ehemaliges Schlachthaus) erhalten, in dem die Familie Meyerhoff bis 1938 wohnte und ihre Metzgerei betrieb (heute Kirchplatz 10).

3.3 Vor 1815 wurden die verstorbenen Juden aus Körbecke vermutlich in Werl beigesetzt. 1826 wird die erste Bestattung von zwei jüd. Kindern auf dem ‚Jüdischen Todtenhof‘ in Körbecke urkundlich erwähnt. Im Körbecker Urkataster von 1830/31 ist ein 1840 m² großes Areal als „Juden Kirchhof = Hude“ eingetragen. Das Friedhofsgelände (an der Kreisstraße von Körbecke nach Berlingsen, nördlich der Abzweigung Claudiusweg) hat eine Gesamtgröße von fast 3000 m², das mit Bestattungen belegte Areal, ein aufgelassener Steinbruch, misst rund 600 m² und war ursprünglich von Ödland umgeben. Bis 1840 wurden hier etwa 40 Personen bestattet, danach nur noch drei (1897, 1908 und 1914). 1882 beantragten der Vorsteher der jüd. Gemeinde, Emanuel Stern, und sein Neffe Simon Stern, das Areal für 3 M pro Morgen jährlich in Erbpacht zu übernehmen. Der Vertrag wurde 1894 – vermutlich im Zusammenhang mit der Verwüstung des Friedhofs im selben Jahr – aufgehoben, nachdem die sich in Auflösung befindende jüd. Gemeinde die ‚Kirchhofskosten‘ längere Zeit schuldig geblieben war. Max (Meyer) Meyerhoff beantragte die Anlage eines Weges zum Friedhof, die 1905 bewilligt wurde. 1901 erfolgte beim Amtsgericht Soest die Übertragung der Rechte an die Synagogengemeinde Soest als Eigentümerin der Grundstücke. 1946 waren noch drei Grabsteine zu erkennen, 1958 keine mehr. 1960 wurde das Gelände als Grünanlage neu gestaltet und ein neuer Zugang an der Südwestecke geschaffen. 1969 wurde – nach Zustimmung des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe – vorgeschlagen, einen Gedenkstein zu errichten. Diese Anregung konnte 2001 durch das Engagement des Heimatvereins Möhnesee – gestaltet von den Gebrüdern Winkelmann aus Möhnesee-Günne – verwirklicht werden. 2011 wurden

die Metallbuchstaben auf der Vorderseite entwendet, SS-Runen wurden in den Stein geritzt.

4.1 Amtsgericht Soest, Grundbuch Möhnesee, Bl. 0150 i. – Archiv der Freiherrn von Fürstenberg-Herdringen, Arnsberg, Nr. AFH – 2573/A. – LAV NRW Abt. W (Münster), Regierung Arnsberg 328; Regierung Arnsberg II B Nr. 10014 (heute im GemeindeA Möhnesee); Rückerstattungen Nr. 197; Grundbücher 774, Bd. X; Katasterbücher Arnsberg 3476, 3477. – StadtA Soest, Aufgebot des Amtsgerichts Soest vom 14.06.1901; C 1665.

4.2 Rekonstruktionszeichnung der Synagoge Körbecke in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 607.

4.3 Amtsblatt der Königlichen Regierung Arnsberg Nr. 40 <5.10.1822>; Beiblatt zum 41. Stück des Regierungsamtsblattes, <10.10.1846>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 13/14 <1842>.

4.4 BERKEN Ferdinand, Die Revolution von 1848 im Amte Körbecke. In: Soester Heimatkalender 5 (<1926>) 78–83. – LUTTER Walter E., Der Todtenhof in Körbecke. Ein (fast vergessener) jüdischer Friedhof <Möhnesee 2000>. – DERS., Juden in Körbecke. Geschichte und Schicksal <Möhnesee 2015>.

Walter E. Lutter

NEUENRADE

1.1 Neuenrade, Märkischer Kreis

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHztm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1353/55 gegründet und mit Stadtrecht versehen.

1853/54 wurde der Kreissynagogen-Verband für den Kreis Altena gegründet. Die bis zu diesem Zeitpunkt selbständigen Gemeinden Altena, Neuenrade (mit Werdohl), Plettenberg, Meinerzhagen und Lüdenscheid gehörten ihm laut Statut von 1856/58 als Untergemeinden an. Das heute zu Neuenrade gehörende Affeln lag im Kreis Arnsberg und wurde dem dortigen Synagogenbezirk zugeordnet.

2.1.1 1655 ist der Jude Salomon bezeugt, der das nicht zünftisch gebundene Glasmacherhandwerk ausübte. 1660 sind drei jüd. Familien für Neuenrade belegt. Ebenfalls als Glaser betätigte sich der 1662 genannte Jude Hertzog (auch Hertz Marcus). 1681 wird das jüd. Brautpaar Marcus und Magdalena genannt. An Abgaben hatten die Neuenrader Juden 1684 – wohl als Loskaufsumme vom Pfarrzwang – an den Pastor einen Jahresbetrag in Höhe von 1 ½ Rtlr. zu entrichten. Moses David, ein jüd. Schulmeister, der Deutsch lernen wollte, wohnte 1685 zur Miete im christl. Schulhaus. 1708 wird Abraham Simon in Zusammenhang mit dem Erwerb von Altmetall erwähnt, er ist auch 1732 belegt. 1709 ist Joseph Hertz (auch Hertzog, Hertzig) genannt, sein Sohn Marcus Joseph lebte Mitte des 18. Jh. mit Frau und vier Kindern im Ort. Im Jahr 1711 sind drei jüd. Familien in Neuenrade nachzuweisen. 1721 bewarfen die Brüder Scheven die anlässlich des Laubhüttenfestes errichtete ‚Lauberhütte‘ des Juden Joseph mit Steinen, sie wurden zu einer Brüchtenstrafe verurteilt. 1722 stellen Bürgermeister und Rat einen Geburtsbrief für den 1690 geborenen Levi Marcus aus, der sich in Berleburg

niederlässt. 1737 ersuchten J. G. Scheve und Leopold von der Crone die städtische Obrigkeit, dem Marcus Joseph den (Juden nicht erlaubten) Handel mit Gewürzen, Spezereien und sogenannten ‚Materialwaren‘ bei Strafe zu verbieten. 1746 wurde ein Jude auf den Namen Friedrich Christian Neuleben getauft, als Paten traten Droste, Richter, Magistrat und Konsistorium auf.

Die Judenschaft Neuenrades bestand 1737 aus fünf Haushalten mit insgesamt 21 Personen. Als Schlachter arbeiteten die beiden Familienväter Joseph Hertz und sein Sohn Marcus Joseph, Ersterer beschäftigte eine Person Dienstpersonal. Die offenbar verwitwete Jüdin Lea und ihr Sohn Levi Marcus (bzw. Samuel Levi) ernährten sich mit Lumpensammeln und Glasmachen. 1748 sind nur noch die Haushalte von Marcus Joseph und Samuel Levi (mit seiner Mutter) verzeichnet. Marcus Joseph besaß ein Haus im Schätzwert von 400 Rtlr. und verdiente sein Brot mit „Schlachten und auswärtigen Handel mit rohen Fellen oder Vieh-Häuten und sonsten“. Samuel Levi beschäftigte sich weiterhin mit „Glasemachen in der Stadt und im benachbarten Chur-Cöllnischen Lande“. 1750 und 1752 ist nur die Familie von Marcus Joseph – 1751 konnte er den abgelaufenen Schutzbrief seines Vaters vorweisen – genannt. Damit sank die Zahl der in Neuenrade lebenden Juden binnen weniger Jahre von 21 auf sieben. Spätestens 1756 verfügte Marcus Joseph über ein „eigen Hauß, Wiese und Garten und ein Vermögen von 1800 Rtlr.“, also über eine vergleichsweise sichere ökonomische Basis. Seine vier Kinder ließ er durch einen eigenen Schulmeister unterrichten. In den 1750er Jahren lebte nur diese eine jüd. Familie in Neuenrade. Die Zeit des Siebenjährigen Krieges scheint sie einigermaßen unbeschadet überstanden zu haben, wurde sie doch 1765 mit durchschnittlichen 23 Rtlr. zur Schutzgeldrepartition (Umlage) herangezogen. 1766 gab Marcus Joseph zu Protokoll, er betreibe nur noch „geringen Handel“; 1775 starb er.

Ordentlichen Schutzjuden wie Marcus Joseph war es zwischen 1747 und 1763 lediglich gestattet, ihr Schutzrecht an eines der Kinder weiterzugeben. Aus diesem Grund findet sich in den Generaltabellen von 1752 und 1756 der Hinweis, dass Joseph Marcus, der älteste Sohn, die Anwartschaft auf den väterlichen Schutz besitze; seinem jüngeren Bruder Meyer blieb nur der Erwerb eines Schutzrechts durch Heirat, die Arbeit als Dienstpersonal oder die Auswanderung. 1765 heißt es, Joseph Marcus habe mittlerweile von seinem Recht Gebrauch gemacht und sich als neuer Schutzbriefinhaber etabliert. Diese Eintragung erwies sich als voreilig, denn die ‚Ansetzung‘ hatte ohne Kenntnis und Erlaubnis der Berliner Zentralbehörden stattgefunden und war damit nichtig; noch vor 1775 wurde Joseph Marcus deshalb „aus dem lande geschafft“. Mit sechs Kindern musste er nach Oestrich (Gft. Limburg) und Ergste (Gft. Mark) ausweichen, wo er „fast kein Hemd mehr aufm Leibe“ hatte (Bürgermeister Ernst) und seinen Lebensunterhalt durch Betteln verdiente. An seiner Stelle etablierte sich sein jüngerer Bruder Meyer Marcus, der 1775 aufgefordert wurde, kurzfristig für mehrere hundert Rtlr. Porzellan für den Export zu übernehmen. Nach seinem Tod beabsichtigte seine Witwe, Clara Leyfman aus Unna, den aus Perleberg (Prignitz) stammenden Moses Abraham zu heiraten; als Voraussetzung für die Genehmigung erwarb die Witwe 1782 für 300 Rtlr. Porzellan. Noch immer standen von ihrem verstorbenen Mann aber 300 Rtlr. an Porzellangeldern aus. Da sie die Summe nicht aufbringen konnte, heiratete das Paar ohne Konzession. Obwohl Moses Abraham anbot, für den verstorbenen Mann seiner Frau für 100 Rtlr. Porzellan zu übernehmen und der Magistrat für ein Bleiberecht des Paares in Neuenrade eintrat, erging 1782 der Befehl, die „Contra-venienten in Anspruch zu nehmen und solche sodann über die Grenze zu bringen“. In den Berliner Unterlagen endet die Geschichte der Familie Marcus mit der Notiz: „Sind alle todt oder fort.“

Über das Niederlassungsrecht von Isaac Levi, der 1766 als Glasmacher und Schlachter in Neuenrade genannt wird, wurde jahrelang gestritten. Als er den Verlust des

von seinem Großvater Abraham Simon übernommenen Schutzbriefes meldete, setzte sich der Magistrat 1762 bei den preuß. Behörden vehement für sein Bleiberecht ein. Die Neuenrader Krämer, so argumentierte man im Rathaus, profitierten von seinen guten Handelsbeziehungen nach Frankfurt am Main; auch sonst sei er wegen seiner „Redlichkeit und Geschicklichkeit“ bei Juden und Christen gleichermaßen beliebt und angesehen. Dessen ungeachtet bestand die Kammerdeputation in Hamm 1775 auf seiner Ausweisung. Isaac Levi zog vorübergehend nach Berentrop, das nicht zur Stadt, sondern zum Kirchspiel Werdohl gehörte. Nachdem er sich verpflichtet hatte, für 60 Rtlr. Porzellan aus der königlichen Manufaktur in Berlin in Kommission zu übernehmen, erhielt er 1777 eine Aufenthaltsgenehmigung. 1782 musste er nach einer im Ausland vollzogenen Trauung die Stadt auf Anordnung des Generalfiskals jedoch erneut verlassen. So bestand die Judenschaft Neuenrades um 1800 nur noch aus zwei Extraordinarii mit ihren Familien: Levi Moses erhielt seine Konzession 1793, der aus Altena stammende Levi Herz im Jan. 1800.

2.1.2 Im 19. Jh. wohnten zwei bis vier jüd. Familien in Neuenrade. 1804 lebten Levi Moses und Levi Hertz mit zwölf Familienangehörigen in der Stadt, beide Familien besaßen neben Hauseigentum mehrere kleine Grundstücke. Zwischen 1831 und 1844 stieg die Zahl der jüd. Einwohner in Neuenrade auf 32 Personen. 1832 ist Levy Hertz mit einer Ellenwarenhandlung verzeichnet, 1834 betrieb er ebenso wie Levi Moses eine Manufakturwarenhandlung. In den 1830er Jahren wird für Neuenrade der Anstreicher Lazarus Levy erwähnt, zu dem der Schlachter Simon Isaak aus Plettenberg seinen Sohn Isaak in die Lehre schicken wollte. 1846 nahmen die Brüder Moses und Lazarus Levi – beide Metzger – den Namen Löwenberg an; der Kaufmann Simon Levi wählte den Namen Lewin. 1851 wohnten in Neuenrade: Dr. med. Lehmann Löwenberg, die Kaufleute Simon Lewin, Melchior Lewin und David Spiegel, ferner der Handlungsgehilfe David Block, der Metzger Simon Löwenberg und der Anstreicher Lazarus Löwenberg. 1890 waren der Handelsmann Levi Elbthal und die Kaufleute Melchior und Louis Lewin verzeichnet. Der Großkaufmann Louis Lewin (1841–1883), der durch Auslandshandel ein beträchtliches Vermögen erwarb, nahm innerhalb der jüd. Gemeinde eine herausragende wirtschaftliche und soziale Stellung ein.

Moses Löwenberg fiel im Deutsch-Franz. Krieg 1870/71. Die Familie Lewin hatte zwei im Ersten Weltkrieg gefallene Söhne zu beklagen.

In der heute selbständigen Stadt Werdohl nahm 1846 Abraham Levy den erblichen Familiennamen ‚Löwenberg‘ an. In den 1880er Jahren lebte dort die Familie Lennhoff. In Affeln (heute Ortsteil von Neuenrade) war Mitte des 19. Jh. der Handelsmann und Metzger Isaac Lenneberg verzeichnet. Den genannten erblichen Familiennamen hat er bereits zuvor geführt.

2.1.3 1933 lebte in Neuenrade nur noch die Familie Lewin. Die Witwe Eugenie Lewin geb. Stern und ihre beiden zu diesem Zeitpunkt bereits verzogenen Söhne Friedrich und Berthold mussten zwischen 1936 und 1940 mehrere Grundstücke unter Wert an die Stadt veräußern, teilweise zur Begleichung von Steuerschulden. Eugenie Lewin verließ als letzte jüd. Einwohnerin im Sept. 1936 die Stadt, sie zog zu ihrer Tochter nach Uruguay. Im Sept. 1939 erwarb die Stadt von Berthold Lewin auch den jüd. Friedhof. Friedrich Lewin wurde 1942 von Belgien, sein Bruder Berthold 1943 von Berlin aus ins KZ Auschwitz deportiert.

Die in Werdohl nach dem Pogrom 1938 verhafteten Personen wurden nach dem Bericht des Plettenberger Bürgermeisters im Amtshaus eingesperrt. Zu den Juden des Ortes gehörte in den 1930er Jahren der im russischen Pabianice/Piotrkow geborene Joel Glass; er wurde am 10. Jan. 1940 ins KZ Sachsenhausen eingeliefert, wo er vier Wochen später starb. Im Juli 1942 wurde von Werdohl aus der 1883 in London geborene Wilhelm Guido Schlesinger nach Theresienstadt deportiert. Die 1938 in Werdohl

geborene Lilo Heldenmuth, die später in Plettenberg lebte, emigrierte im Mai 1939 mit Verwandten nach Kuba.

2.1.4 Im Rahmen der Rückerstattung erhielten 1955 Angehörige der Familie Lewin eine 1939 von der Stadt erworbene Parzelle nach mehrjährigen Verhandlungen zurück. 2007 wurde ein Sandstein mit einer Gedenktafel an der Stelle des ehem. alten jüd. Friedhofs aufgestellt.

2.2.1 Im Jahr 1711 lebten drei jüd. Familien in Neuenrade, 1737 fünf mit insgesamt 21 Personen. 1843 lebten in Neuenrade 26, 1858 dann 25 Juden. 1871 waren von 1572 Einwohnern 144 kath., 1401 ev., 17 jüd. Glaubens, zehn gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 1852 Einwohnern 398 kath., 1444 ev., acht jüd. Glaubens und zwei gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1925 waren von 2679 (!) Einwohnern 782 kath., 1834 ev., zwei jüd. Glaubens und sieben bekenntnislos. In Werdohl lebten 1843 drei und 1858 sieben Juden; 1871 waren von 3072 Einwohnern 381 kath., 2673 ev. und sechs jüd. Glaubens; 1925 waren von 12 253 Einwohnern 3107 kath., 8757 ev., vier jüd. Glaubens und 145 bekenntnislos. In Affeln lebte 1843 ein Jude, 1858 waren es drei. 1871 waren von 454 Einwohnern 437 kath., 14 ev. und drei jüd. Glaubens.

Bei den Vorbereitungen zur Errichtung der Synagogenbezirke schlugen Vertreter der jüd. Gemeinschaft in den 1840er Jahren vor, die Juden aus Neuenrade, Werdohl, Plettenberg, Lenhausen, Allendorf, Stockum, Hellefeld, Sundern und Hachen zu einer Synagogengemeinde zusammenzufassen. 1853/54 wurde dann jedoch ein Kreissynagogen-Verband für den ganzen Kreis Altena gegründet, dem die bis dahin selbständigen Gemeinden Altena (mit Evingsen), Neuenrade (mit Werdohl, bis 1891 Amt Neuenrade), Plettenberg, Meinerzhagen und Lüdenscheid als Unter-, Filial- oder Spezialgemeinden angehörten. Die Untergemeinden entsandten Repräsentanten nach Altena, wählten für ihre lokalen Gemeinden jedoch eigene Vorsteher. Der Vorsteher des Kreissynagogen-Verbandes kam offenbar immer aus Altena. Diese Organisationsform galt noch 1938.

2.2.2 1721 wird eine Laubhütte bei Joseph Hertzog erwähnt, er war 1709 bis 1732 Besitzer des Hauses Nr. 42 (Erste Straße). Ob sich in dem Haus auch eine Betstube befand, ist ungewiss. 1818 wird eine „Synagoge“ erwähnt, „welche jedoch nur selten besucht“ wurde. Im 19. Jh. befand sich zeitweise im Haus der Familie Lewin eine Betstube, in der vor allem an jüd. Feiertagen Gottesdienste stattfanden. 1843 war der Neuenrader Betraum angemietet. Mitte des 19. Jh. feierten Juden aus Neuenrade – gemeinsam mit denen aus Hachen, Garbeck und Affeln – das Laubhüttenfest in einem als Sukka dienenden Anbau des Wohnhauses von Salomon Bondy in Balve. Die Juden aus Affeln besuchten 1843 den Gottesdienst in Balve.

2.2.3 Für 1685 wird der Lehrer Moses David in Neuenrade erwähnt. 1748 und 1750 gehörte zum Haushalt des Schlachters Marcus Joseph neben zwei Söhnen und zwei Töchtern auch ein „Rabbi, welcher die Kinder informiret“. 1756 wohnte bei Marcus Joseph der Schulmeister Hertz Levi. Als Lehrer werden 1818 und 1836/37 Levi Cohen, 1834/35 Wolf Wolfsohn, 1838–1842 Jonas Cormann sowie 1843–1846 Jacob Löwenstein aus Peckelsheim, der am Haindorfischen Seminar sein Examen als Elementarlehrer abgelegt hatte, erwähnt. Diese Lehrer erteilten stets nur einzelnen Kindern Privatunterricht, die übrigen schulpflichtigen jüd. Kinder (1843: sechs) besuchten die ev. Schule.

2.2.4 Die Neuenrader Juden unterstützten von den 1820er Jahren bis Ende des 19. Jh. mit regelmäßigen Spenden die Haindorfsche Stiftung.

2.3.1 Aus Neuenrade gehörten der Repräsentantenversammlung des Kreissynagogenverbandes an Dr. Löwenberg (1854–1862) und Simon Lewin (1854–1881); Letzterer gehörte 1854 bis 1862 dessen Vorstand an.

2.3.3 Unter den etwa 50 Männern, die 1829 die Statuten der erneut gegründeten Neuenrader Schützengesellschaft unterschrieben, waren auch Lazarus Levy und Abraham Levy. 1858 wurde Melchior Lewin zum Vorsitzenden der Neuenrader Schützengesellschaft gewählt. Simon und Melchior Lewin (Vater und Sohn) waren Initiatoren und Förderer des Männergesangsvereins und des Turnvereins, die 1861 bzw. 1862 gegründet wurden. Der Kaufmann Simon Levy war Mitbegründer der Altenaer Handelskammer.

3.1 Im 19. Jh. ist ein Betraum in Neuenrade im Privathaus eines Juden belegt.

3.2 1655 war Salomon Besitzer eines Gartens in Neuenrade. Joseph Hertzog besaß an exponierter Stelle an der ‚Ersten Straße‘ ein Haus: 1709 und auch in den 1730er Jahren wird er – zu dieser Zeit wohl der einzige jüd. Hauseigentümer in Neuenrade – als Besitzer des Hauses Nr. 42 genannt; 1742 bis 1749 war es Eigentum von Marcus Joseph. Auch im 20. Jh. wurde das Gebäude noch als ‚Judenhaus‘ bezeichnet. Der Schlachter Abraham Simon wird 1732 als Pächter des Hauses Nr. 39 (Erste Straße) bezeichnet. Zu Beginn des 19. Jh. verfügten Levi Moses und Levi Hertz über Hauseigentum und Grundstücke. 1912 ließ der Kaufmann Louis Lewin nach Plänen des Hagener Architekten Johann Friedrich Arend eine Villa im Jugendstil erbauen (Hinterm Wall 13). Das Haus, „ein wichtiges Zeugnis für die Wohnverhältnisse des Bürgertums in einer Kleinstadt kurz vor dem 1. Weltkrieg“, wurde 2003 unter Denkmalschutz gestellt.

3.3 1776 wird ein jüd. Begräbnisplatz in Neuenrade erwähnt: Ein schmales, an der nördlichen Böschung der Straße ‚Stadtwall‘ gelegenes Areal, in der Nähe von ev. Kirche, Schule und Rathaus; der Magistrat hatte es einige Jahre zuvor an die kleine jüd. Gemeinschaft verkauft. 1840 kam es zu einem langjährigen Streit: Die Juden wollten eine Hecke um das seit etwa zwei Jahrzehnten nicht mehr genutzte, drei Grabsteine aufweisende Gelände pflanzen, um das Spielen der Kinder auf dem quer darüber verlaufenen Weg zu beenden. Als die Stadt plante, den Wall in eine von der Bevölkerung gewünschte ‚Promenade‘ umzuwandeln, stand der Begräbnisplatz diesen ‚Verschönerungsmaßnahmen‘ im Wege. Der Landrat gab 1840 den Juden recht, der Friedhof konnte bleiben. 1853 wurde wiederum eine Einfriedung diskutiert. Als die Stadt 1860 Bäume fällen und dafür andere pflanzen lassen wollte, blockierten Lewin jun. und der Metzger Löwenberg die geplante Abholzung. Ein Kompromiss sah vor, nur den belegten Teil des Friedhofs einzuzäunen und keine Begräbnisse mehr vorzunehmen. 1864 bot Lazarus Löwenberg ein ihm gehörendes Gartengrundstück zur Anlage eines neuen Friedhofs an, das aber nicht genutzt wurde. 1865 stellte die Familie Lewin eine Parzelle in der ‚Landwehr‘ (700 Meter nordöstlich der Altstadt) zur Verfügung, auf der ein neuer Friedhof für die jüd. Minderheit angelegt wurde. 1910 stieß man bei erneuten Arbeiten am Wall auf die Gebeine der dort Bestatteten; Melchior Lewin barg sie und ließ sie auf dem neuen Friedhof beisetzen. 1917 wurde als Letzter Louis Lewin auf dem Areal in der ‚Landwehr‘ beerdigt. Im Sept. 1939 musste Berthold Lewin das 500 m² umfassende Grundstück an die Stadt verkaufen, es wurde mit Häusern bebaut. Von beiden Begräbnisplätzen ist nichts erhalten, an den ersten erinnert ein Gedenkstein.

4.1 Archiv der Königlichen Porzellanmanufaktur Berlin, Land Berlin, Abt. I (Etablierung und Einrichtung der Manufaktur). – Geh. StaatA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA, Rep. 104 (Generalfiskalat); II. HA (Generaldirektorium). – KreisA u. Landeskundliche Bibliothek des Märkischen Kr., Altena, Landratsamt Altena, A 323, 348. – StadtA Neuenrade, A VII 1–7, A XVII B 18; C 366, 367, 890. – Stadt Neuenrade, Bauamt, Bauakten.

- 4.2 Plan der älteren Friedhofsanlage in: STIEVERMANN, Neuenrade 225 u. nach 272.
- 4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 2–39 <1828–1897/99>.
- 4.4 LAMPE Wolfgang, Die Familien Lewin und deren Vorfahren in Neuenrade <Typoskript Neuenrade 1999> [StA Neuenrade, NL Lampe]. – SCHLICK Walter, Die Juden in Neuenrade <Typoskript Neuenrade 1988> [StA Neuenrade, NL Schlick]. – STIEVERMANN Dieter, Geschichte der Stadt Neuenrade vom 17. bis ins 19. Jahrhundert, verbunden mit einem Häuserbuch (= Altenaer Beiträge NF 9) <Altena 1973> 126–128. – DERS., Neuenrade. Die Geschichte einer sauerländischen Stadt von den Anfängen bis zur Gegenwart <Neuenrade 1990> 195–198, 225f., 308f.

Rolf Dieter Kohl

OLPE

1.1 Stadt Olpe, Kr. Olpe

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Stadtrechtsverleihung 1311. – Im Rahmen der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Verschmelzung der Stadt Olpe u. a. mit den Gemeinden Olpe-Land, Kleusheim und Rhode.

Bis 1855 orientierten sich die in Olpe und Oberveischede ansässigen Juden nach Neuenkleusheim. Nach dem Statut von 1855 bildete Olpe eine Filialgemeinde der Synagogengemeinde Lenhausen.

2.1.1 Seit den 1790er Jahren gestattete die Bonner Hofkammer die Ansiedlung von Juden, auch wenn es in den Orten Proteste dagegen gab. Neben Rhode und Förde wehrte sich auch Oberveischede gegen die Zuweisung von Juden durch die kurfürstliche Hofkammer. Die Bevölkerung in Oberveischede bestehe, heißt es in einer Eingabe, „fast nur aus armen Einsassen“ und durch die Ansiedlung von Juden würden sie „bald ganz ein Opfer derselben werden“. Eine Ansiedlung kam im 18. Jh. nicht zustande. Die Verzeichnisse der verleiteten Juden von 1801 und 1803 weisen im Bezirk des Gerichts Olpe lediglich in den Dörfern Neuenkleusheim und Rhode einen bzw. drei jüd. Haushaltsvorstände aus. In Drolshagen (heute Kreis Olpe) soll im 18. Jh. der Jude Isaak gewohnt haben, der dem örtlichen Pfarrer ein Messgewand verkaufte.

2.1.2 1813 ließ sich der aus Lenhausen stammende Abraham Stierstadt, Sohn von Bär Stierstadt, in Olpe nieder; seinen Familiennamen hatte er infolge der Verordnung der hessischen Regierung von 1808 angenommen, 1831 kaufte er ein Haus. 1832 starb seine erste Frau Themis geb. Wetterhahn, in den folgenden Jahren ist eine Verwandte von ihr, Carolina David geb. Wetterhahn, in Olpe nachgewiesen. 1846 ist Abraham Stierstadt als selbständiger Metzger verzeichnet. Im selben Jahr heiratete er in zweiter Ehe Caroline Bendorf, mit ihr hatte er die Söhne Baruch, Samuel und Salomon; 1853 wird ein weiterer Sohn namens Emanuel erwähnt. Als Knecht bei Stierstadt war zeitweise Meyer Liebmann tätig. Nach Stierstadts Tod heiratete seine Witwe etwa 1857 den Metzger Levi Löwenstein, mit dem sie die Töchter Jette und Hedwig bekam. Mitte der 1840er Jahre wohnte zudem der aus Warstein stammende Samuel Goldschmidt in Olpe, bis zu seiner Vermählung mit Sophie Lenneberg 1846 war er Gehilfe des Metzgers Stierstadt. Um die Existenz seiner schnell wachsenden Familie zu sichern,

gründete Samuel Goldschmidt eine eigene Metzgerei. Die Konkurrenz in Olpe war aber zu groß, nach etwa einem Jahrzehnt verließ die siebenköpfige Familie Goldschmidt die Stadt. Seit 1824 lässt sich der Handelsmann Moses Lenneberg in Olpe nachweisen, er war offenbar der Schwiegervater von Samuel Goldschmidt. Er kam aus Lenhausen und eröffnete in Olpe einen Ellenwarenladen; zu seinem Haushalt gehörten seine Frau Fanny und die Magd Bela Oppenheim. Nach seinem Tod 1869 zog die Witwe nach Hohenlimburg; sein Neffe Heinemann Lenneberg übernahm den Laden und baute ihn zum Manufakturwarengeschäft aus, als Lehrling beschäftigte er Julius Levi. Heinemann Lenneberg war Soldat im deutsch-französischen Krieg 1870/71. Nach dem Tod seiner Frau 1883 verließ er Olpe zusammen mit seinen Kindern, sein Bruder Raphael führte das Geschäft weiter. Dessen Sohn, Isaac Lenneberg, eröffnete 1884 ein eigenes Geschäft in Olpe. 1876 ließ sich die aus Neuenkleusheim kommende Witwe Rosa Emanuel mit ihren beiden Söhnen Nathan und Levi in Olpe nieder; beide Männer verdienten ihren Lebensunterhalt als Metzger. Nathan Emanuel blieb unverheiratet; Levi Emanuel hatte zwei Töchter, die nach Meinerzhagen heirateten, und einen Sohn Julius, der den Metzgereibetrieb seines Vaters fortführte. Vermutlich war er es, dem der Verwalter des städtischen Schlachthauses Mitte 1914 das Schächten im Olper Schlachthaus verbot. Alle seine Beschwerden dagegen blieben erfolglos, so dass er gezwungen war, auswärts zu schächten.

Hermann und Julius Lenneberg, Söhne des Isaac Lenneberg, waren Soldaten im Ersten Weltkrieg; Hermann war Offizier bei der 6. Garde-Minenwerfer-Kompanie und erhielt einen Tapferkeitsorden. Isaac, Hermann und Julius Lenneberg gehörten Ende der 1920er Jahre dem RjF an.

2.1.3 Zu Beginn der NS-Zeit lebten in Olpe die drei jüd. Familien Julius Emanuel, Hermann Lenneberg und Julius Lenneberg. Julius Emanuel, seine Frau Bertha und die vier Kinder wohnten in der Bahnhofstr. 7/9; dort befand sich auch die Metzgerei. Zum Haushalt von Hermann Lenneberg (Kölner Str. 7) gehörten die Ehefrau Mathilde, Tochter Hanna sowie sein Vater Isaac. Sein Bruder Julius Lenneberg bewohnte mit Frau Gisela und Sohn Hans Hugo eine Mietwohnung in der Felmickestr. 28. Die Ausgrenzung der jüd. Familien begann 1933 mit Boykottmaßnahmen. Hermann Lenneberg erstattete Anzeige wegen der Schikanen der SA gegen ihn und seinen Bruder Julius, die zusammen Inhaber des Kaufhauses ‚I. Lenneberg‘ waren. Am 17. Juli 1933 hatten demnach zwei SA-Leute Julius Lenneberg aufgefordert, die schwarz-weiß-rote Flagge, welche er anlässlich des Schützenfestes angebracht hatte, zu entfernen. Lenneberg habe sich jedoch geweigert mit der Begründung, er und sein Bruder hätten unter dieser Fahne im Ersten Weltkrieg gekämpft. Auf Drängen des Polizei-Hauptwachmeisters hätten sie die Flagge dann doch eingezogen, gleichwohl hätten SA-Posten vor dem Geschäft gestanden und Kunden vom Einkauf abgehalten. 1936 wurden die jüd. Mitglieder des ‚Sauerländischen Gebirgsvereins‘ (SGV) ausgeschlossen. Gisela Lenneberg schickte ihren Sohn in ein Internat, da die Lehrer zunehmend Schüler gegen ihn aufhetzten. 1938 mussten Julius und Hermann Lenneberg ihr Kaufhaus aufgeben, es wurde als ‚Kaufhaus Heuer‘ weitergeführt. Die Metzgerei des Julius Emanuel wurde im selben Jahr zwangsveräußert und als ‚Metzgerei Linde‘ fortgeführt. Nach dem Bericht des Landrats kam es am 10. Nov. 1938 vormittags zu einem Aufmarsch von 35 bis 40 Personen, darunter SA-Leute, die zuerst die Einrichtung der Wohnung von Julius Lenneberg zertrümmerten, anschließend verwüsteten sie die Häuser von Hermann Lenneberg und Julius Emanuel. Die Brüder Lenneberg, Julius Emanuel und sein 14-jähriger Sohn wurden in ‚Schutzhaft‘ genommen, ins Gestapogefängnis Steinwache in Dortmund gebracht und von dort ins KZ Sachsenhausen verschleppt. Erst nach Wochen kamen sie frei und kehrten nach Olpe zurück. Ihres Eigentums beraubt, bemühten sich alle drei Familien um eine Ausreise. 1939 konnten die Brüder Julius und Hermann Lenneberg mit ihren Familien sowie dem Vater Isaac in die USA emigrieren.

Die Eheleute Emanuel fanden mit zwei Kindern 1940/41 Zuflucht in Argentinien, wo seit 1936 ihr Sohn Ludwig lebte. Der Tochter Herta und ihrem Mann Walter Schild war 1937 die Ausreise nach Südafrika gelungen.

2.2.1 In Olpe lebten 1843 fünf Personen jüd. Glaubens, 1853 waren es zwölf, 1858 dann vierzehn. Für 1871 nennt die Statistik (wohl unzutreffend) keine Juden. 1895 waren von 3386 Einwohnern 3214 kath., 156 ev. und 16 jüd. Glaubens, 1925 von 6555 [!] Einwohnern 6007 kath., 535 ev., zehn jüd. Glaubens und einer bekenntnislos. 1933 wohnten zwölf Juden im Ort. Im heute zu Olpe gehörenden Oberveischede lebten 1843 zwei Juden, die sich zur jüd. Gemeinde in Lenhausen orientierten. 1858 sind in der Gemeinde Helden (heute Attendorn) acht Juden nachgewiesen, ob einige davon im damals zugehörenden Oberveischede wohnten, ist nicht erkennbar. In Drolshagen (Kreis Olpe) lebte 1925 ein Jude.

Bei der Planung der einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnsberg 1842 die Bildung eines Bezirks Neuenkleusheim, zu dem auch die Juden aus Olpe gehören sollten, die sich bis 1855 dorthin orientierten. Bei der Festlegung der Bezirke wurde Olpe dann aber als Filialgemeinde der Synagogengemeinde Lenhausen etabliert, da die benachbarte Gemeinde Neuenkleusheim bereits stark schrumpfte. Mitte der 1920er Jahre gehörten die Juden in Olpe zur Synagogengemeinde ‚Lenhausen-Attendorn – Schmallenberg-Olpe‘, deren Geschäftsstelle, Friedhof und Synagoge in Attendorn lagen. Dazu gehörten fünf Juden aus Lenhausen, 31 aus Attendorn, zwölf aus Olpe und 39 aus Schmallenberg. 1932/33 waren die Juden in Olpe der Synagogengemeinde Meinerzhagen angeschlossen.

2.2.2 Zeitweise verfügte die jüd. Gemeinschaft in Olpe über einen kleinen Betraum im Haus von Abraham Stierstadt (Westfälische Str. 55), das von 1831 bis 1868 in dessen Besitz war; das Fachwerkgebäude mit Schieferdach und Schieferverkleidung wurde 1959 abgerissen. Spätestens seit 1840 besuchten die Olper Juden die Synagoge in Neuenkleusheim. Nachdem das dortige Gemeindeleben Ende der 1850er Jahre zum Erliegen kam, gingen die jüd. Einwohner Olpes in die Synagoge nach Attendorn.

2.2.3 Zwischen 1828 und 1831 gab es im ganzen Kreis Olpe 13 bzw. zwölf schulpflichtige Kinder. Da es in Olpe keine jüd. Schule gab, besuchten die Kinder die christl. Schulen, den Religionsunterricht erteilten die Eltern; 1832 waren in Olpe acht Kinder schulpflichtig, 1834 waren es sieben Kinder und 1835 drei, 1840 noch eines. Seit 1842 ist wieder ein Anstieg der Schülerzahl zu verzeichnen: 1842 drei, 1847 acht und 1853 dann 19 Kinder. Auch 1900 konnte die Judenschaft keinen eigenen Religionslehrer beschäftigen; die Olper Kinder besuchten die ev. oder kath. Schule des Ortes. Seit 1900 nahmen Olper Schulkinder regelmäßig am Religionsunterricht in Attendorn teil. 1924/25 erteilte der Lehrer Hartmann in Iserlohn Religionsunterricht. Während der NS-Zeit gingen Hanna Lenneberg und Ilse Emanuel in die kath. Franziskus-Schule in Olpe.

2.2.4 Juden und Christen aus Olpe unterstützten die Marks-Haindorf-Stiftung 1831–1868 und erneut 1887–1897, so 1890 u. a. Isaac Lenneberg und Levi Emanuel.

2.3.1 1913 gehörte Isaac Lenneberg aus Olpe zum Repräsentantenkollegium der Synagogengemeinde ‚Lenhausen-Attendorn-Schmallenberg-Olpe‘.

2.3.3 Isaac Lenneberg war 1890 Mitbegründer der Abteilung Olpe des Sauerländer Gebirgsvereins; aus Anlass des 40-jährigen Bestehens 1930 wurde er zum Ehrenmitglied ernannt. Seine Söhne Julius und Hermann waren 1914–1928 bzw. seit 1929 Vereinsmitglieder, 1931 trat auch Julius Emanuel bei.

3.1 Die Betstube der jüd. Gemeinschaft in Olpe befand sich im Haus von Abraham Stierstadt (Westfälische Str. 55).

3.2 Abraham Stierstadt erwarb 1831 das spätere Haus Westfälische Str. 55. In der Frankfurter Str. 7. befand sich seit 1873 das Manufakturwarengeschäft von Heine-
mann Lenneberg. In der Kölner Str. 7 war das von Hermann und Julius Lenneberg
geleitete Kaufhaus ‚I. Lenneberg‘. In der Felmickestr. 19 eröffnete Nathan Emanuel
1876 eine Metzgerei, die später sein Bruder Levi übernahm. Nach der Errichtung einer
größeren Metzgerei 1914 in der Bahnhofstr. 7/9 durch Julius Emanuel nutzte seine
Schwester Hanna den frei gewordenen Raum in der Felmickestr. 19 für eine Leihbü-
cherei.

3.3 Die jüd. Einwohner Olpes begruben ihre Toten auf dem Friedhof in Neuen-
kleusheim (z. B. 1832 Themis Stierstadt, 1842 Rebecca Stierstadt, 1846 Carolina David,
1858 Jette Löwenstein), auch nachdem die dortige Gemeinde sich aufgelöst hatte. Als
Letzte wurde 1923 Elfriede, Tochter des Metzgers Julius Emanuel in Neuenkleusheim
bestattet. Seit den 1880er Jahren nutzten Juden aus Olpe auch den Friedhof in Atten-
dorn. Sarah Emanuel und ihre Tochter Hanna fanden 1923/24 auf dem jüd. Friedhof
in Meinerzhagen ihre letzte Ruhe.

4.1 KreisA Olpe, Nr. 238, 239, 2919 – LAV NRW Abt. W (Münster), Herzogtum
Westfalen Landesarchiv, Nr. 1701, 1702, 1723; Kreisgericht Iserlohn II B Nr. 832, 842,
898; Kreis Meschede, Landratsamt 1148; Regierung Arnsberg II D 384. – StadtA Olpe,
Nr. 683; B Nr. 290.

4.2 Foto von Herta Emanuel (1933) u. Aufnahme des Passes von Isaac Lenneberg
(1938) in: KEMPER, Olpe Stadt und Land, 62f. Fotos der Wohn- und Geschäftshäuser
der Familien Emanuel und Lenneberg in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V,
478 Nr. 401–404 und in: TRÖPS, Das Schicksal der Juden im Kreis Olpe 251, 253, 255.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf-Stiftung 5–24, 33–38 <1831–1868, 1887–
1897>. – Handbuch jüd. Gemeindeverwaltung <1913> 92, <1924/25> 62. – SCHLESIN-
GER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 165.

4.4 ALTBUSCH Hannah, Erinnerungen an Isaac Lenneberg. Eingeleitet von Gretel
KEMPER. In: Olpe in Geschichte und Gegenwart 8 <2000> 69–72. – KEMPER Gretel,
Spurensuche in der Stadt Olpe (= Jüdisches Leben im Kreis Olpe 2) <Olpe 1994>
25f. – DIES., Gisela und Mathilde Lenneberg. Zwei Jüdinnen in Olpe. In: Lebensbil-
der von Frauen im Kreis Olpe, hg. vom Oberkreisdirektor des Kreises Olpe <Olpe
1998> 170–174. – DIES., Olpe. Stadt und Land, hg. vom Heimatverein für Olpe und
Umgebung e. V. <Olpe 2000> 62–66. – DIES., Jüdische Familien. In: Olpe. Geschichte
von Stadt und Land, Bd. 1: Von den Anfängen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges,
hg. v. Josef WERMERT im Auftrag der Stadt Olpe <Olpe 2002> 723–730. – SCHEE-
LE Norbert, Geschichte der Juden im Kreis Olpe. In: Heimatstimmen aus dem Kreis
Olpe 92 <1973> 133–179. – TIGGES Paul, Die Juden im Kreis Olpe 1933–1945. In: Das
Hakenkreuz im Sauerland, hg. vom Schieferbergbau- und Heimatmuseum Schmal-
lenberg-Holthausen <Fredeburg 1988> 165–168. – TRÖPS Dieter, Das Schicksal der
Juden im Kreis Olpe. In: Heimatstimmen aus dem Kreis Olpe 153 <1988> 227–270.

Ursula Olschewski

OLPE-Neuenkleusheim

1.1 Stadt Olpe, Ortsteil Neuenkleusheim, Kr. Olpe

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Stadt Olpe.

Die jüd. Gemeinde Neuenkleusheim gab sich 1843 ein eigenes Statut. 1855 wurden die Juden in Neuenkleusheim laut Statut der Gemeinde Lenhausen dem dortigen Synagogenbezirk zugeordnet, nahmen am dortigen Gemeindeleben aber kaum teil.

2.1.1 In Neuenkleusheim ließ sich etwa 1781/82 Moses Abraham nieder, Sohn des Hofmusikanten Abraham Lazarus in der Wittgensteiner Residenzstadt Berleburg. Er war zuvor ‚Handelsknecht‘ des Handelsmannes Aaron Lazarus in Attendorn gewesen, 1781 erhielt er einen Geleitbrief für Neuenkleusheim. Er erwarb einen Teil des ‚Krämershauses‘ in der Nähe der Pfarrkirche und richtete darin eine Betstube ein. Er war verheiratet mit Clara Leifmann, Tochter des Vorstehers der jüd. Gemeinde Unna, Leifmann (Levi) Jordan, und Enkelin des märkischen Judenschaftsvorstehers Jakob Jordan. Ihre drei Kinder wurden 1781 (Tochter Gödgen), 1797 (Jakob) und 1800 (Caroline) geboren. 1783/84 gehörten eine Magd und ein Knecht zum Haushalt, ab etwa 1794 lebte der jüngere Bruder des Moses Abraham, Nathan Abraham, als ‚Handelsknecht‘ und Hauslehrer bei der Familie. Im selben Jahr vermerkte der Pfarrer in Rhode, er habe von Nathan Abraham eine ‚Frankfurter Meßrelation‘ – eine anlässlich der Buchmesse herausgegebene Druckschrift mit Berichten über politische und militärische Ereignisse seit der vergangenen Messe – erhalten. Nathan Abraham heiratete 1802 Eva Jordan Levi, die jüngere Schwester seiner Schwägerin; bis 1809 wurden vier Kinder geboren.

2.1.2 Die Brüder Moses Abraham und Nathan Abraham lebten vom Wanderhandel, in Kommission für Attendorner Handelsjuden belieferten sie die Bauern der Umgebung mit Klein- und Ellenwaren. Bei der Kopfsteuer wurden sie mit mehr als 3 Rtlr. fast dreimal so hoch wie der christl. Einwohner mit dem höchsten Beitrag veranschlagt. An ‚Judentribut‘ waren 24 Schilling und für ihre Häuser – beide hatten im Dorf Haus- und Grundbesitz erworben – eine jährliche ‚Hausrente‘ von 13 Schilling zu zahlen. 1808 nahmen beide den festen Familiennamen Oppenheim an. Moses Abraham starb um 1808, Nathan Abraham um 1810. Nathan Oppenheims Witwe heiratete 1812 Lazarus Würzburger, der Fleischer und Krämer war, zudem handelte er mit Alteisen. Beim Durchzug russischer Truppen 1813 wurden bei Lazarus Würzburger 20 Soldaten, beim Ellenwarenhändler Jacob Oppenheim, Sohn des Moses Oppenheim, 60 Soldaten einquartiert. Vor 1824 zogen die Juden Jacob Fischbach und Liebmann Stein nach Neuenkleusheim, beide heirateten Frauen aus den bereits ansässigen Familien und gründeten eigene Haushalte. 1811 wurde die Witwe des Nathan Oppenheim zu den verarmten Juden gezählt, um 1817 auch ihr zweiter Ehemann Lazarus (Läser) Würzburger, beiden wurde ein Armengeleit erteilt. 1824 berichtete die Regierung, die Juden im Kr. Olpe verarmten „mit jedem Jahr immer mehr“; 1827 hieß es, die Familien lebten „fast durchgängig in den misslichsten Verhältnissen“. Jakob Oppenheim ernährte mit seinem Handel mit Ellenwaren und seinem Verdienst als Musiker bei Feierlichkeiten sich und seine bei ihm wohnende Schwester Caroline. 1838 bat er um „Erteilung des Heiraths Consens“. In seiner Stellungnahme äußerte der Olper Bürgermeister, er sei „ein ordentlicher Mensch und in der Gemeinde gut gelitten“. 1829 ließ sich der Viehhändler Abraham Oppenheim, Sohn des Nathan Abraham, taufen. Er zog nach Kirchhundem, wo er ein Manufakturwarengeschäft betrieb.

Mitte der 1830er Jahre kam Jakob Emanuel, der mit Fellen handelte, in den Ort. Er hatte Röschen, die Tochter des Nathan Abraham (Oppenheim), geheiratet, er war

zuvor ‚Handelsknecht‘ in Attendorn gewesen. Die Niederlassungserlaubnis für Neuenkleusheim erhielt er erst, nachdem ihm seine Schwiegermutter ihr Haus und ihr Geleit übertragen hatte. In den 1840er Jahren mussten die Neuenkleusheimer Juden sich an den Kosten für die christl. Schule und den Pfarrer beteiligen. Im Zusammenhang mit Wachslieferungen werden in diesem Zeitraum wiederholt Jacob Emanuel, Jacob Oppenheim, Aaron Würzburg (Sohn des Lazarus) und Moses Fischbach (Sohn des Jacob) in den Kirchenrechnungen genannt. 1846 waren die Handelsleute Jacob Emanuel, Moses Fischbach und Jacob Oppenheim als selbständig tätige Juden verzeichnet, ferner die beiden unverheirateten Berta Oppenheim und Caroline Oppenheim sowie Liebmann Stein. 1853 sind als jüd. Haushaltsvorstände für Neuenkleusheim belegt: Jacob Emanuel (Metzger und Händler), Jacob Oppenheim (Ellenwaren- und Spezialeinhändler), Caroline Oppenheim (erwerbslos), Thamara Stein (arm). In den 1850er Jahren warfen Einwohner von Apollmicke Liebmann Stein (gest. 1858) vor, „des Verbrechens der Ausgabe falschen geldes“ schuldig zu sein; dessen Rechtsbeistand konnte jedoch auf Steins guten Ruf verweisen. 1871 lebten acht Juden in Neuenkleusheim. Nach und nach zogen die Familien in umliegende Städte, zuletzt zogen 1876 Nathan und Levi Emanuel nach Olpe.

2.2.1 Um 1810 waren zwölf der 323 Einwohner von Neuenkleusheim Juden. 1824 lebten vier jüd. Familien mit 20 Personen im Ort, 1843 waren es 15 Juden. 1858 lebten in der gesamten Gemeinde Kleusheim, zu der Neuenkleusheim zählte, sechs Personen jüd. Glaubens; 1871 waren in Kleusheim von 791 Einwohnern 762 kath., 21 ev. und acht jüd. Glaubens. 1895 lebten keine Juden in Neuenkleusheim. 1925 waren von 836 Einwohnern 830 kath., fünf ev. und einer jüd. Glaubens.

Die Gemeinde Neuenkleusheim wurde 1843 als Synagogenbezirk mit „acht Familien und 40 Seelen“ etabliert, dazu gehörten auch die Juden aus Littfeld und Burgoldinghausen. Bei der Planung der einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnsberg 1842, auch die Juden aus Olpe dem Bezirk Neuenkleusheim zuzuordnen. Als 1853 die Festlegung der Synagogenbezirke vor dem Abschluss stand, erschienen alle selbständig tätigen Juden des Kreises zur Verhandlung: Moses Lenneberg, Abraham Stierstadt und Samuel Goldschmidt aus Olpe, Jacob Oppenheim und Jacob Emanuel aus Neuenkleusheim, Isaak Böheimer, Aaron Ursell und Simon Mey aus Attendorn, Joseph Klein aus Dünschede, Raphael Lenneberg aus Helden sowie Noah Lenneberg aus Elspe. Alle Familien wurden 1855 der Synagogengemeinde Lenhausen zugeordnet. Die Juden in Neuenkleusheim beteiligten sich wegen der Entfernung jedoch kaum am Gemeindeleben in Lenhausen.

Nach dem Statut der jüd. Gemeinschaft in Neuenkleusheim von 1843 waren alle männlichen Gemeindemitglieder verpflichtet, „an gewissen Tagen bei den gottesdienstlichen Versammlungen“ zu erscheinen. Sie mussten auch zum Unterhalt des Betraums beitragen. Neue Mitglieder wurden nur nach vorheriger Zustimmung der Gemeindemitglieder aufgenommen, ein Eintrittsgeld aber nicht erhoben. Die Mitgliedschaft konnte „durch Nichterfüllung des Statuts“ verloren gehen. 1840 initiierte der in Olpe wohnende Vorsteher Abraham Stierstadt eine Ergänzung des Statuts, wonach Verstöße auch mit Geldbußen bestraft werden konnten. Moses Benjamin aus Littfeld protestierte dagegen und verlangte von den preuß. Behörden eine Überprüfung des Statuts. Diese erklärten sich jedoch für nicht zuständig, da das Statut noch aus vorpreuß. Zeit stamme. 1843 war in Neuenkleusheim der Gebrauch der deutschen Sprache im jüd. Gottesdienst noch nicht eingeführt, die Bar Mizwa wurde „ganz nach jüdischem Ritus“ vollzogen.

2.2.2 Moses Abraham richtete 1787 im Dachgeschoss seines Hauses in der Nähe der Pfarrkirche (Teil des ‚Krämershauses‘, später Neuenkleusheimer Str. 25) einen Betraum ein, der bis zur Auflösung der jüd. Gemeinde als Synagoge diente. 1833 bemüht

te sich die Gemeinde um einen Vorsänger. 1840 gehörte das Gebäude mit dem Betsaal dem Sohn des Moses Abraham, Jakob Oppenheim, der auch Synagogenvorsteher war. Zu dieser Zeit kam der Minjan kaum zustande. Mit Abraham Stierstadt aus Olpe bemühte sich Jacob Emanuel darum, wenigstens alle vier Wochen einen Gottesdienst abhalten zu können. 1843 besuchten die Juden aus Olpe, Langenei, Siegen, Littfeld und Burgholdinghausen den Gottesdienst in Neuenkleusheim, insgesamt handelte es sich um acht Familien mit 40 Personen. An den hohen Feiertagen gingen die Neuenkleusheimer Juden vermutlich in die Synagoge in Lenhausen. Nachdem Jacob Oppenheim 1858 nach Velmede verzogen war, kam das Gemeindeleben in Neuenkleusheim zum Erliegen.

2.2.3 Die jüd. Kinder aus Neuenkleusheim besuchten die örtliche Schule, in den 1820er Jahren nahmen einige auch am kath. Religionsunterricht teil. 1826 bemerkte der Bürgermeister, die jüd. Gemeinde sei zu klein und zu arm, „als daß sie einen besonderen Lehrer halten“ könne. 1829 wurden zwei jüd. Schüler verzeichnet (Aron Würzburger und Moses Fischbach). Nachdem Abraham Oppenheim sich mit dem Sohn des christl. Lehrers angefreundet hatte, durfte er bei der Fronleichnamsprozession in der Musikkapelle mitspielen; 1829 trat er zum Christentum über. 1849 heißt es im Bericht des Landrats, den jüd. Kindern werde Religionsunterricht durch Privatlehrer oder von den Eltern erteilt, ansonsten besuchten sie die Dorfschule.

2.3.1 Die kleine jüd. Gemeinschaft Neuenkleusheim wurde ab 1781 durch Moses Abraham vertreten, 1806 bis 1810 durch Nathan Abraham und 1833 durch Lazarus Würzburger. Als sich Würzburger 1833 um den aus Boffgen im Hztm. Braunschweig stammenden Vorsänger Simon Kleeberg bemühte, den er für sechs Monate bei sich beherbergen wollte, lehnte die Regierung den Zuzug ab. Nur für die jüd. Feiertage durfte er sich in Neuenkleusheim aufhalten; sollte er zu anderer Zeit im Ort angetroffen werden, wurde ihm die Abschiebung „mittels Zwangspasses in seine Heimat“ angedroht. Ab 1834 war Jakob Oppenheim Gemeindevorsitzender. In Absprache mit dem Landrabbiner Joseph Abraham Friedländer in Brilon, zu dessen Rabbinatsbezirk Neuenkleusheim gehörte, nahm er Amtshandlungen wie etwa Trauungen vor. Als weiterer Vorsteher wird 1840 Abraham Stierstadt aus Olpe erwähnt. Jacob Emanuel war vermutlich in der zweiten Hälfte des 19. Jh. Gemeindevorsteher.

2.3.3 Jakob Oppenheim und Abraham Oppenheim waren wie schon ihre Väter Moses Abraham und Nathan Abraham begabte Geiger. Sie waren sowohl bei jüd. Feiern als auch in der kath. Nachbarschaft als Musikanten geschätzt.

3.1 Seit Ende der 1780er Jahre befand sich ein Betraum im ersten Stock des Fachwerkhauses von Moses Abraham nahe der Pfarrkirche an der Hauptstraße (Neuenkleusheimer Str. 25). Nach dem Fortzug der letzten Juden aus Neuenkleusheim ging das Gebäude an eine nichtjüd. Familie über. Bis zu einem Umbau 1929 waren noch Spuren des Betsaals erkennbar. 1980 entstand auf dem Grundstück ein Neubau. Bei den Bauarbeiten kam ein Dokument von 1836 zum Vorschein, in dem der Kirchenvorstand der Pfarrei Neuenkleusheim dem Jacob Oppenheim bescheinigte, die auf seinem Haus ruhende ‚Hausrente‘ abgelöst zu haben.

3.2 Moses Abraham kaufte um 1781/82 ein Haus an der Hauptstraße, nach 1800 erwarb auch sein Bruder Nathan Abraham hier ein Gebäude. 1808 zahlten „Jud Moses Abraham“ 15 Stüber an ‚hausrenthe‘ und „Jud Nathan“ 30 Stüber. Die Witwe des Nathan Abraham, die Lazarus Würzburger geheiratet hatte, vermachte 1837 nach dem Tod ihres zweiten Mannes ihr Haus dem Schwiegersohn Jakob Emanuel.

3.3 Vermutlich bald nachdem sich Moses Abraham 1780/81 in Neuenkleusheim angesiedelt hatte, wurde ein jüd. Friedhof am Nordhang des Eichhagens angelegt. Um

1805 erwarben Moses und Nathan Abraham das 760 m² große Grundstück, wo Moses um 1808 und Nathan um 1810 bestattet worden sind. 15 weitere Beerdigungen u. a. von Juden aus Olpe sind für die Jahre 1834 bis 1877 belegt. Nach Auflösung der Synagogengemeinde Neuenkleusheim wurde der Friedhof von Olper Juden übernommen und weiter genutzt. Als letzte Jüdin wurde 1923 Elfriede, Tochter des Metzgers Julius Emanuel aus Olpe, auf dem Neuenkleusheimer Friedhof bestattet. 1931 wurde er offiziell geschlossen und auf Veranlassung des Kaufmanns Lenneberg aus Olpe mit einem Zaun umgeben, um Beschädigungen durch ‚Viehaustrieb‘ zu vermeiden. In der NS-Zeit zertrümmerten Angehörige der HJ sämtliche Grabsteine und schafften die Bruchstücke fort. 1962 verkauften Hermann und Julius Lennestadt das bis dahin im Grundbuch nicht eingetragene Areal an zwei Privatleute. Seit Anfang der 1980er Jahre ist die Stadt Olpe für die Pflege des Begräbnisplatzes zuständig, noch erkennbare Grabhügel wurden mit einer Einfassung versehen. Eine Identifizierung der Grabstätten war mangels schriftlicher Aufzeichnungen nicht möglich. 1983 umgab man die sieben noch sichtbaren Gräber mit Einfassungen. Seit 2008 ist der Friedhof in die Denkmalschutzliste der Stadt Olpe eingetragen.

4.1 Archiv des Heimatvereins Olpe, Verzeichnis Gewerbetreibender in der Bürgermeisterei Olpe. – FamilienA des Grafen von Degenfeld Schomberg zu Schloss Schonburg in Gemmingen-Stebbach, Bestand Biegeleben, Abt. 1/Eybach, A 123. – Fürstl. Archiv von Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Lit J. – GemeindeA Kirchhundem, Bestand Haus Vasbach, 1070. – KreisA Olpe, 2919. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), PersonenstandsA, P5 Nr. B 94. – LAV NRW Abt. R (Duisburg), Kurköln II 3406, IV 4665. – LAV NRW Abt. W (Münster), Hztm. Westfalen Landesarchiv (LA) XT, 4d; Landstände A 308 II, 576; GHztm. Hessen, II D 467; Oberpräsidium 2627, Bd. 1. – PfarrA Neuenkleusheim, Lagerbuch 1808; Kirchenbauakten; Kirchenbücher. – StaatsA Marburg, Waldecksches Territorialarchiv, Best. 118a, 49. – StadtA Olpe, 683; Best. Gemeinde Neuenkleusheim, 34. – StadtA Unna, Best. 7, 2. – Standesamt Olpe, Personenstandsbuch.

4.2 Fotos des Gebäude mit der Betstube und der Reste des jüd. Friedhofs in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 479.

4.4 HEINEMANN Claus, Die Geschichte der Juden in Neuenkleusheim. Wie Moses ins Sauerland gekommen ist und wie Abraham seinen Messias gefunden hat (= Jüdisches Leben im Kreis Olpe III) <Olpe 1995>. – KEMPER Gretel, Spurensuche in der Stadt Olpe (= Jüdisches Leben im Kreis Olpe II) <Olpe 1994> 11–24. – SCHEELE Norbert, Geschichte der Juden im Kreis Olpe. In: Heimatstimmen aus dem Kreise Olpe 93 <1973> 168–179. – DERS., Geschichte des Kirchspiels Kleusheim <Dahl über Olpe 1948> 13.

Claus Heinemann

OLPE-Rhode

1.1 Stadt Olpe, Ortsteil Rhode, Kr. Olpe

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt,

GHZtm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Stadt Olpe.

Bei Einrichtung von Synagogenbezirken in den 1850er Jahren lebten in Rhode keine Juden mehr.

2.1.1 Der 1753 geborene Joseph Salomon, der ohne Geleitbrief in Stadtberge (Obermarsberg) lebte und dort Handel trieb, versuchte in den 1790er Jahren, sich in Rhode niederzulassen. Bereits 1789 hatte sich die Krämerzunft in Attendorn über ihn und andere Juden beschwert, weil sie ihrer Ansicht nach gegen Zunftgesetze und Polizeiordnung verstoßen hatten. 1791 kam Joseph Salomon in Haft, seine Waren wurden beschlagnahmt. Der Stadtrat von Olpe versuchte auf Veranlassung der Metzgerzunft, seine Ansiedlung in Rhode zu verhindern. In der Begründung gegenüber der Bonner Hofkammer hieß es, dort habe noch nie ein Jude gewohnt. Weiter wurde vorgebracht, dass die Vermietung einer Wohnung an Joseph Salomon durch einen Christen nicht erlaubt sei, dass er die laut Judenordnung für eine Niederlassung notwendigen 600 Rtlr. gar nicht aufbringen könne, zudem sei bekannt, dass Juden „allerhand dem gemeinen Wesen nachteilige Handlungen“ begingen. 1796 schloss Joseph Salomon mit Vertretern des Kanonikerstiftes in Meschede Verträge über Kriegslieferungen, darin wird er als Schutzjude aus Rhode bezeichnet. Nach dem Scheitern seiner Niederlassung als Metzger versuchte sich Salomon als Krämer zu etablieren. Dagegen protestierten Rhoder Bürger 1797, weil im Ort bereits zwei Krämer ansässig waren; diesen würde „durch die Aufnahme des Juden die Nahrung entzogen“. Dem Votum der Einwohner, man möge seine Ansiedlung untersagen, wurde stattgegeben. Gleichwohl erteilte die Hofkammer Joseph Salomon 1798 ein vorübergehendes Geleit für Rhode.

2.1.2 1808 erhielt Joseph Salomon ein dauerhaftes Bleiberecht für Rhode, das seit 1803 zum GHZtm. Hessen-Darmstadt gehörte. Nach der Verfügung von 1808 nahm er den Familiennamen Ortmann an; mit seiner Frau Sarah Beifers hatte er zwei Töchter. Der Kirchenvorstand in Rhode überließ Joseph Ortmann etwa 1806 für jährlich 3 Rtlr. ein Grundstück auf der Kirmes in Erbpacht, darauf errichtete er ein Haus. Nach sechs Jahren konnte er die Pacht nicht mehr vollständig aufbringen und beantragte eine Reduzierung, 1812 wurde er jedoch zur Zahlung des ursprünglichen Betrags verurteilt. Nachdem er Berufung eingelegt hatte, zog sich der Prozess, den er schließlich verlor, bis 1827 hin. Den Lebensunterhalt seiner Familie suchte er als Krämer und Metzger zu sichern, offenbar aber mit wenig Erfolg. Ortmann geriet mit der Zahlung von Abgaben – u. a. zur ‚judenschaftlichen Casse‘ und dem Messhafer in Höhe von vier Olper Viertel an den Rhoder Pfarrer – in Rückstand. Wegen „Zahlungs Untüchtigkeit“ schlugen die Behörden 1818 vor, „das bisherige zahlbare Geleit“ in ein ‚Armen-Geleit‘ umzuwandeln. 1824 starb seine Frau, etwa fünf Jahre später zog die Tochter Rachel nach ihrer Heirat nach Köln. Ortmann blieb mit seiner zweiten Tochter Roha in Rhode. Als 1827/28 die Pfarrkirche abgerissen und die Volksschule als Notkirche eingerichtet wurde, fand der Unterricht in seinem Haus, dem ‚Judenhaus‘ statt. Bis zu Beginn der 1830er Jahre verschlechterte sich seine finanzielle Lage so sehr, dass er das Haus verkaufen musste. Ortmann starb 1838, seine Tochter verließ anschließend den Ort.

2.2.1 1839 waren in Rhode von 92 Einwohnern 90 kath. und zwei jüd. Glaubens. Rhode wurde bei der Einrichtung der Synagogenbezirke in den 1850er Jahren nicht berücksichtigt, da keine Juden mehr dort wohnten.

2.2.2 Die Juden in Rhode nahmen an den Gottesdiensten in Neuenkleusheim teil.

3.1 Eine Bestube ist in Rhode nicht nachweisbar.

3.2 Der seit den 1790er Jahren in Rhode ansässige Joseph Salomon baute auf einem gepachteten Grundstück auf der Kirmes ein Haus, das er Anfang der 1830er Jahre verkaufte.

3.3 Da die kath. Pfarrgemeinde die Nutzung ihres Friedhofs durch Juden nicht gestattete, sah sich die politische Gemeinde Rhode genötigt, der Familie Ortmann einen Begräbnisplatz zur Verfügung zu stellen. Auf dem Gädkon (Flur 2, Nr. 479), in einem Waldstück zwischen Rhode und Waukemicke, befindet sich ein kleiner Begräbnisplatz, auf dem 1824 Sarah Ortmann und 1838 ihr Mann Joseph die letzte Ruhe fanden. Die Einfriedung des Areals besteht aus einem niedrigen Wall und einem Graben. Das heute noch erkennbare Grab hat eine Steinumrandung, die die Stadt Olpe setzen ließ. Einen Grabstein gibt es nicht mehr. 2008 wurde der Friedhof in die Denkmalliste der Stadt Olpe aufgenommen.

4.1 KreisA Olpe, 2919. – LAV NRW Abt. R (Duisburg), Hofratsprotokolle 176 B II, 183 B I. – LAV NRW Abt. W (Münster), Hztm. Westfalen Stift Meschede Nr. 287b. – StadtA Attendorn, Hofratsprotokolle 179 B III. – StadtA Olpe, A 684, 685.

4.4 BERGMANN Theodor, Die Salomons in der Ortschaft Rhode. Geschichtliche Erinnerungen an das ‚Judenhaus‘ und den Judenfriedhof. In: Rhode. Dorf und Kirchspiel. Festbuch zum Jubiläum „400 Jahre Schützen in Rhode“, zusammengestellt von BECKER Günther u. a. <Rhode 1982> 34–36. – KEMPER Gretel, Spurensuche in der Stadt Olpe (= Jüdisches Leben im Kreis Olpe 2) <Olpe 1994> 25f. – DIES., Jüdische Friedhöfe in Neuenkleusheim und Rhode unter Denkmalschutz gestellt. In: Olpe in Geschichte und Gegenwart 16 <2008> 293–302.

Ursula Olschewski

OLSBURG-BIGGE

1.1 Stadt Olsberg, Ortsteil Bigge, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der neuen Stadt Olsberg.

Bigge war eine Untergemeinde des 1854/56 eingerichteten Synagogenbezirks Brilon. Zu ihr gehörten u. a. Antfeld, Assinghausen, Bigge, Brunschappel, Olsberg und Wiemeringhausen, außerdem Altenbüren und Eßhoff (heute Stadt Brilon), Siedlinghausen (heute Stadt Winterberg) und Grimlinghausen (heute Gemeinde Bestwig). 1905 wurde die Untergemeinde verselbständigt.

2.1.1 1703 waren die beiden Juden Joseph Callmes und Hertz (Hertzig Levi) für Bigge vergeleitet. 1706 werden sie für zwei Solstätten (Hofstellen) erwähnt: Hertz mit Ehefrau Güdgen und sechs Kindern für die heutige Hauptstr. 48 sowie Joseph und seine Frau Joanna mit sieben Kindern (und einem Schulmeister) für die Solstätte ‚Kraemers Gut‘ (heute Mittelstr. 16); 1732 wohnte an letzterer Adresse der Jude Arndt. Für 1738 ist in Bigge Pinnes/Bendit Bacharach nachgewiesen, zu ihm gehörten seine Frau, fünf eigene Kinder, ein angenommenes („armes“) Kind, ein Schulmeister, drei Knechte (Jonas aus dem Darmstädtischen bei Gießen, Abraham aus Gohl bei Gießen

und Hertz Nathan aus Berleburg) sowie eine Magd, insgesamt also 13 Personen. Die Knechte halfen ihm beim Handel (u. a. mit Kattun), schlachteten und trieben Viehhandel. Im selben Jahr hatte auch Aron Levi ein Geleit für Bigge. Zu seinem zehnköpfigen Haushalt gehörten seine Frau, seine Eltern („alten vatteren und mutteren“), zwei eigene Kinder, ein ‚armes‘ Kind, zwei Knechte (Nathan aus dem Paderbornischen und Salomon aus Hessen-Kassel) und eine Schwägerin. Einer der Knechte war für den Überlandhandel mit „allerhand kramwaren“, der andere für das Vieheinkaufen und das Schlachten zuständig. 1763 ist Abraham Stern belegt. 1778 galten die Juden in Bigge – im Gegensatz zu denjenigen aus Assinghausen – im Zusammenhang mit der Erhebung der Kopfsteuer als wohlhabend. Für 1796 bis 1801 sind in Bigge die beiden Geleitinhaber Joseph Isaac/Kohen und Abraham Meyer belegt, ferner die Witwe Leifman mit Schwiegersohn Löb (Michael) und der für Joseph arbeitende Knecht David. Im Jahr 1800 werden für Bigge Joseph Katz, Abraham Meyer und Liffmann Michel genannt.

Für Antfeld ist 1790 Falk Jacob nachgewiesen, der im Jahr zuvor vergeleitet worden war. Für die Jahre 1796 bis 1800 ist zudem Simon aus Madfeld für Antfeld belegt.

In Assinghausen, wo vor 1700 keine Juden lebten, kam es 1718 wegen des dort wohnenden Juden Mathias Alexander zu einer Auseinandersetzung; man warf ihm vor, sich im Jahr zuvor ein positives ‚Attest‘ der Dorfbewohner „heimlich erschlichen“ zu haben. Er habe vorgegeben, es für seine Schwester zu beantragen, die nach Stadtberge (Obermarsberg) heiraten wollte. Der Drost ließ verlauten, man wolle keinen einzigen „schädlichen, den einwohneren ihre nahrung abschneidenden lügenhaften juden“ im Dorf haben, er müsse „entfernt“ werden. Einige Dorfbewohner attestierten Mathias Alexander dagegen, er verhalte „sich woll, ehrbar und aufrichtig“, wie „einem rechtschaffenen juden woll anstehet“. Er müsse „umb seiner aufrichtigkeit halber billig gelobt werden“. 1738 wohnte Moyses David in Assinghausen; sein Haushalt bestand aus ihm, seiner Frau, drei Kindern, zwei Knechten (Nathan aus Bockenheim bei Frankfurt a. M. und Isaac aus Lengsfeld bei Eisenach), einer Magd und einem Schulmeister. 1761 erhielt Falk Meyer ein Geleit für Assinghausen. 1778 wurden die in Assinghausen lebenden Juden als arm bezeichnet. 1796 bis 1801 sind Leifman Leifman (Löw Lowmann) mit Geleit, Meyer Falk mit einem Armengeleit sowie die Knechte Isaac und Gotschalk nachgewiesen.

In Wiemeringhausen verfügte um die Wende zum 19. Jh. Gottschalk Simon über ein Armengeleit. Für Olsberg sind vor 1800 keine Juden belegt.

2.1.2 Für den Ort Bigge sind 1818 zwei jüd. Hausierer nachgewiesen. 1828 – zu dem Zeitpunkt wohnten dort zehn Juden – erhielt Moises Stern, Sohn des dort ansässigen Abraham Stern, einen Geleitbrief für Bigge. 1830 trat Joseph Kleine seinem Stiefsohn Alexander Marburger sein Geleit ab; es hieß, dessen Vorfahren hätten seit etwa fünf Jahrzehnten in Bigge vom Handel gelebt. 1832 sind Bendix Lilienfeld und Moses Stern als Winkelieri in Spezerei- und Ellenwaren aufgeführt. 1839 wohnten in Bigge 30 Juden. 1846 waren die Lumpensammler Abraham Eppinghausen, Joseph Leben und Moses Stern sowie die Handelsleute Bendix Lilienfeld, Alexander Marburger und Anna Meier, ferner der Schlachter Meier Stern und der Lehrer Gabriel Hirsch Unger als selbstständig tätige Juden verzeichnet. Die Familie Weinberg zog 1895 von Siedlinghausen (heute Stadt Winterberg) nach Bigge. In den 1890er Jahren sind für Bigge Meyer Marburger, der Handelsmann Jacob Löwenstein, der Metzger Levi Marburger und der Kaufmann Calman Weinberg nachgewiesen. In ihren Reden anlässlich des ersten Stiftungsfestes des ‚Israelitischen Frauenvereins‘ 1903 hoben sowohl der jüd. Lehrer und Kultusbeamte Bernhard Isaak als auch der kath. Pastor von Hachling das freundschaftliche und harmonische Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden hervor. Im Ersten Weltkrieg fielen Ludwig (Louis) und Fritz Stern; das EK II wurde Siegfried (Fritz) Frankenberg, Sohn des Kaufmanns Adolf Frankenberg, verliehen.

Der Metzger Julius Stern und der Viehhändler Arthur Weinberg zählten vor Beginn der NS-Zeit zu den wohlhabenden Einwohnern des Ortes Bigge.

In Olsberg wurde 1837 der Antrag von Meier Stern auf Ausstellung eines Toleranzscheines abgelehnt, weil er nur ein geringes Einkommen habe und seine Familie nicht ernähren könne. Ab 1900 wohnte Max Schild mit seiner Familie in Olsberg, weitere Familien kamen in den folgenden Jahren hinzu. Julius Stern, Sohn des Manufakturwarenhändlers Benjamin Stern, und Max Löwenstein, Sohn von Levi Löwenstein, erhielten das EK II. Eine Gedenktafel für die im Ersten Weltkrieg gefallenen Mitglieder der jüd. Gemeinde wurde 1920 im Rahmen einer Feier enthüllt, die Tafel ist nicht erhalten. Für 1929 ist die Familie ter Berg in Olsberg nachgewiesen. 1930 starb der unverheiratete Kaufmann Abraham Stern. Als Max Löwenstein ebenfalls 1930 starb, begleitete eine Delegation von Soldaten die Trauergemeinde in Olsberg.

Aus Altenbüren waren zwischen 1837 und 1846 ein bis vier jüd. Kinder schulpflichtig. Für 1845 ist der Handelsmann Jakob Stern mit seiner Familie nachgewiesen, er war als Miteigentümer des Synagogengebäudes in Bigge eingetragen.

Für Antfeld ist im ersten Drittel des 19. Jh. Falk Imkamp genannt. 1818 ist ein jüd. Hausierer nachgewiesen. 1828 und 1839 waren jeweils vier Juden dort ansässig, 15 waren es 1852. Für 1846 sind in Antfeld die Lumpensammler Nathan Kahlenberg (der das Schneiderhandwerk erlernt hatte) und Levi Kamp als selbstständige Juden verzeichnet. Die Familie Kamp war auch 1876 noch ansässig, in diesem Jahr wurde ihr Sohn Levi dort geboren.

Für Assinghausen sind 1818 zwei jüd. Hausierer nachgewiesen. Wohl schon vorher, zu Beginn des 19. Jh., war der Handelsmann Joseph Maybaum von Assinghausen nach Bödefeld (heute Stadt Schmallenberg) gezogen. Im ersten Drittel des 19. Jh. werden für Assinghausen Nathan Löwenstein sowie der schon seit drei Jahrzehnten dort vergeleitete Leifmann Löwenstein erwähnt. 1828 lebten in Assinghausen sechs Juden, 1839 waren es neun, 1852 fünf. 1846 waren die Handelsfrau Fratchen, Witwe des Meier Hellenstein, und der Handelsmann Nathan Löwenstein (1832 als Winkelier in Spezerei- und Ellenwaren aufgeführt) als selbstständige Juden verzeichnet. In den 1890er Jahren lebte die Familie Marburger im Ort, bis in die Zeit der Weimarer Republik lebten Mitglieder der Familien Löwenstein und Stern in Assinghausen.

Für Brunsckappel ist seit 1801 bis zu seinem Tod 1826 Gottschalk Kahlenberg nachgewiesen. 1828 und 1839 wohnten dort jeweils vier Juden, 1852 drei. 1846 waren der Handelsmann Meier Weinberg und sein Stiefsohn Baruch Steßmann als selbstständige Juden verzeichnet. In Grimlinghausen lebte vor 1830 mit zwei kleinen Kindern die Ehefrau des Herz Löwenstein, der damals in Nuttlar wohnte. In Siedlinghausen war vor 1895 die Familie Weinberg ansässig. In Wiemeringhausen wohnten 1828 drei, 1839 zwei Juden und 1852 einer; für 1846 ist der Händler Baruch Blumenthal als selbstständiger Jude belegt.

Im heutigen Ortsteil Wulmeringhausen hat zwischen 1874 und 1894 der Luxemburger Jude Michael Cahen einen regelrechten Bergbauboom ausgelöst. Cahen hat zu keiner Zeit in Wulmeringhausen gewohnt, seine wirtschaftlichen Aktivitäten ließen ihn vor Ort aber sehr bekannt werden. Die antisemitische Propaganda nahm immer wieder Bezug auf seine Person.

2.1.3 Zu Beginn der NS-Zeit wohnten im gesamten Amtsbezirk Bigge 80 Juden, die in der Regel Metzger, Viehhändler oder Kaufleute waren. Repressalien begannen unmittelbar nach der Machtübernahme. 1935 wird eine RjF-Ortsgruppe ‚Oberes Sauerland‘ erwähnt, der auch Mitglieder aus Bigge und Olsberg angehörten. In den 1930er Jahren zogen etwa 20 Mitglieder der jüd. Gemeinde Bigge in andere Orte, nur wenige konnten sich dadurch vor der Verfolgung retten. In Bigge hoffte Siegfried (Fritz) Frankenberg als Teilnehmer des Ersten Weltkriegs auf ein Ehestandsdarlehn, das ‚Nichtariern‘ aber nicht zustand. Sein Gesuch wurde am 23. Okt. 1933 vom Landrat

in Brilon abgelehnt, sein Militärpass einbehalten. Obwohl die Geschäfte jüd. Frontkämpfer nach dem Willen des Regierungspräsidenten vom Boykott im April 1933 ausgenommen werden sollten, ließ die örtliche NSDAP auch an dem Textilgeschäft von Frankenberg ein Schild mit einem Boykottaufruf anbringen. Im Nov. 1933 wurden die Plakate wieder entfernt. Am 27. Mai 1935 ordnete der Amtsbürgermeister in Bigge die polizeiliche Beobachtung von Albert Stern und Max Löwenstein an. Albert Stern, der dem RjF angehörte und mit seinem Bruder Julius eine Metzgerei betrieb, wurde vorgeworfen, ‚Hetzereien‘ verbreitet zu haben; Max Löwenstein, der einen Hausierhandel mit Stoffen unterhielt, wurde vorgeworfen mit der KPD zu sympathisieren und gegen die Regierung zu hetzen, beide Vorwürfe ließen sich aber nicht bestätigen. Der Briloner Landrat berichtete im Sept. 1935: „Der Jude Weinberg aus Bigge, welcher in Schutzhaft saß, ist auf dortige Anweisung entlassen.“ Im Sept. 1936 wohnten in Bigge die Familien Frankenberg, Löwenstein und Weinberg, außerdem Albert Stern, der Hausierer Simon (Semmi) ter Berg, ferner eine Einzelperson und die Verkäuferin Ilse Bloch. Den gesamten Besitz der Brüder Albert und Julius Stern (Metzgerei, Wohn- und Schlachthaus) kaufte im Okt. 1937 ein nichtjüd. Metzgermeister, Arthur Weinberg gab gezwungenermaßen im Juni 1938 seinen Viehhandel auf. In der Pogromnacht 1938 kam es zu Plünderungen des Geschäfts von Siegfried (Fritz) Frankenberg (Hauptstr. 41) und zur Verwüstung des Synagogengebäudes. Den Versuch, die Synagoge anzuzünden, wehrten Nachbarn ab. Im Schulgebäude wurde eine dort wohnende jüd. Bewohnerin mit Steinen beworfen. David Löwenstein und sein Sohn Albert, Simon ter Berg und Arthur Weinberg wurden im KZ Sachsenhausen interniert. Drei Wochen nach der Pogromnacht verhaftete die Gestapo Berta Frankenberg, die Ehefrau von Siegfried (Fritz) Frankenberg, und nahm sie in Dortmund bis zum 2. Dez. in ‚politische Schutzhaft‘; ihr Ehemann gab sein zerstörtes Geschäft unter Androhung von KZ-Haft auf. Julius Stern, der bereits 1938 fast drei Monate wegen Devisenvergehens im Duisburger Untersuchungsgefängnis inhaftiert gewesen war, gelang mit seiner Ehefrau Erna geb. Jacobsohn nach dem Pogrom die Auswanderung zu seiner Schwester Ida in die USA, wohin bereits sein Sohn Ludwig und seine Mutter emigriert waren. Alfred Jacobsohn, der 1937 von Barenburg (Kr. Diepholz) nach Bigge gezogen war, fand 1939 Zuflucht in England. Vor Kriegsausbruch emigrierte Siegfried (Fritz) Frankenberg mit seiner Frau und seinem Sohn Werner nach Chile. Der zweite, geistig behinderte Sohn Alfred war zuvor für 23 000 RM in Wertpapieren in der Landesheilanstalt Weilmünster (Landkreis Limburg-Weilburg) untergebracht worden, er kam vermutlich im Rahmen der NS-Euthanasiemorde um. Der Manufakturwarenhändler Simon ter Berg musste seit Febr. 1939 im Tief- und Straßenbau arbeiten. Er verfügte über ein so geringes Einkommen, dass ihm die Einrichtung eines ‚Sicherheitskontos‘ seitens der Sparkasse nicht genehmigt wurde. Mit seiner Frau durfte er mietfrei im Synagogengebäude wohnen. Aus Bigge deportiert wurden Benjamin und Sara Löwenstein im Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt, Edith und Max Löwenstein, Simon und Selma ter Berg sowie Arthur Weinberg mit Frau und drei Töchtern 1943 über Paderborn ins KZ Auschwitz. Die Familie Weinberg hatte im Aug. 1941 vergeblich versucht, nach Argentinien zu entkommen.

Aus Olsberg berichtete ein jüd. Kaufmann im April 1934, dass die Bevölkerung laufend in NSDAP-Versammlungen, von der Frauenschaft, der Bauernschaft bzw. der NS-Hago (Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation) vor Einkäufen in jüd. Geschäften gewarnt werde. Bei Zuwiderhandlungen wurde Arbeitern mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes gedroht, Rentnern mit dem Verlust ihrer Renten. Im Lagebericht des Bürgermeisters des Amtes Altenrütten heißt es im Juni 1935, in der Metzgerei von Max Schild seien „schlimme Zustände entdeckt“ worden, die Bevölkerung erwarte deshalb schärfere Kontrollen. Die zwangsweise Auflösung von Arbeitsverhältnissen als Folge der ‚Nürnberger Gesetze‘ 1935 führte in Olsberg

zu dem paradoxen Fall, dass die christl. Hausangestellte Max Schilds vergeblich versuchte, ihre Entlassung zu verhindern, indem sie behauptete, ihre Mutter sei Jüdin. Ein Arbeiter versuchte im Febr. 1936 einen Mann bei der örtlichen Polizeidienststelle zu denunzieren, der das am Ortseingang Olsberg aufgestellte Schild mit der Aufschrift: „Juden ohne Aufenthalt durchfahren“ fotografiert hatte; angeblich habe dieser „Material für jüdische Hetze im Ausland“ sammeln wollen. 1936 wohnten in Olsberg die drei Familien des Viehhändlers Löwenstein, des Metzgers Max Schild und des Kaufmanns Benjamin Stern. Nichtjuden, die weiterhin Geschäfte mit Juden tätigten, wurden öffentlich angeprangert. So diffamierte im Sept. 1936 die NS-Zeitung ‚Der Stürmer‘ die Ehefrau von Joseph Schuhmacher aus Olsberg, weil sie Juden mit Gemüse und anderen Produkten beliefert sowie Fleisch und Vieh bei Max Schild und anderen jüd. Händlern gekauft hatte. Sie erhielt daraufhin von der Kreisleiterin der NS-Frauensschaft eine Verwarnung und wurde aus dem Verband ausgeschlossen. Weil im Sept. 1938 Julius Stern und Ehefrau dabei beobachtet wurden, wie sie Kleidungsstücke zum Ändern in das Haus von Heinrich Saalfelder gebracht hatten, wurde dessen Hauswand anschließend mit ‚Judenknecht‘ beschmiert. Der Viehhändler David Löwenstein gab unter Zwang im Febr. 1938 sein Geschäft auf, Hugo Löwenstein emigrierte in die USA. Im Nov. 1938 kam es zu Plünderungen des Geschäfts von Benjamin und Julius Stern, Max Schild wurde bis Dez. 1938 im KZ Sachsenhausen inhaftiert, vor der Entlassung musste er seine baldige Auswanderung zusichern. Seine Metzgerei (Sachsenecke 77) hatte er 1937 an einen nichtjüd. Metzgermeister verpachtet, nun musste er sie verkaufen. Im Juli 1939 floh er gemeinsam mit seiner Ehefrau nach London, ihr Sohn Walter (seit 1937 verheiratet mit Herta Emanuel aus Olpe) war über Italien nach Südafrika emigriert. Die Familien Benjamin und Julius Stern zogen 1939 von Olsberg nach Köln und wurden von dort deportiert. David Löwenstein gehörte zum Transport vom 29. Juli 1942 über Dortmund ins Ghetto Theresienstadt.

In Assinghausen wohnte im Sept. 1936 die Metzgerfamilie Löwenstein. Noch im Nov. 1935 erklärte der Amtsbürgermeister gegenüber dem Landrat, die jüd. Viehhändler und Metzger in seinem Amtsbezirk würden (anders als die nichtjüd.) keine überhöhten Preise fordern und Außenstände unverzüglich begleichen. Dennoch musste der Assinghauser Viehhändler und Metzger Heinemann Löwenstein (mit seinen Söhnen Siegfried und Julius) aufgrund der Repressalien ab Mai 1937 den Viehhandel einstellen. Während des Pogroms wurde Siegfried Löwenstein verhaftet und bis Ende Febr. 1939 im KZ Sachsenhausen inhaftiert; er wurde am 2. März 1943 über Paderborn ins KZ Auschwitz verschleppt. Aus Assinghausen deportiert wurde auch Lea Löwenstein, die am 29. Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt verbracht wurde.

Insgesamt fiel etwa die Hälfte der rund 80 im Jahr 1933 zur jüd. Gemeinde Bigge gehörenden Mitglieder dem Holocaust zum Opfer.

2.1.4 In Bigge stellte Berta Frankenberg, die Witwe von Siegfried (Fritz) Frankenberg, der 1944 in Chile gestorben war, einen Antrag auf Rückerstattung ihres Immobilien- und Grundbesitzes, 1950 schloss sie mit dem Eigentümer ihres ehem. Geschäftslokals einen Vergleich. Weitere Besitzungen, darunter die von Arthur Weinberg (Bigge) oder von Max Schild und Benjamin Stern (Olsberg), wurden an die JTC zurückerstattet bzw. Vergleiche ausgehandelt. Auch das ehem. Synagogengrundstück und das Schulhaus in Bigge gingen 1952 in den Besitz der JTC über. 1995 wurde am Standort der Synagoge eine Gedenktafel angebracht, zugleich wurden auf dem städtischen Friedhof Bigge in der Nähe des Soldatenfriedhofs Bronzetafeln mit 38 Namen von während des Holocaust ermordeten Mitgliedern der jüd. Gemeinde Bigge aufgestellt. Nach 1945 kamen einige Juden zu Besuch und hielten Kontakt zu Freunden und Bekannten, so kam Ludwig Stern 1945 und 1987 aus den USA nach Bigge.

Nach Olsberg kehrte 1948 Albert Löwenstein aus Belgien zurück. Er war nach der Freilassung aus dem KZ Sachsenhausen Anfang 1939 dorthin emigriert und während

des Krieges erneut ins KZ verschleppt worden. Seit 1950 kämpfte er um die Rückerstattung des Vermögens seines in Theresienstadt umgekommenen Vaters David Löwenstein; dabei ging es u. a. um das Haus Bahnhofstr. 163, das nun dem ehemaligen NSDAP-Ortsgruppenleiter gehörte. 1951 kam es zu einem Vergleich vor der Wiedergutmachungskammer. Löwenstein lebte bis zu seinem Tod 1972 in Olsberg.

Im Rahmen der Aktion ‚Stolpersteine‘ wurden ab August 2015 insgesamt 52 Erinnerungssteine in Bigge, Olsberg und Assinghausen verlegt.

2.2.1 In Bigge lebten 1843 insgesamt 27 Juden, im Jahr 1858 waren es 31. Im Jahr 1871 waren von 923 Einwohnern 853 kath., 41 ev. und 29 jüd. Glaubens; 1895 waren von 876 Einwohnern 799 kath., 37 ev. und 40 jüd. Glaubens; 1925 waren von 1505 [!] Einwohnern 1396 kath., 57 ev. und 41 jüd. Glaubens. 1932/33 lebten dort 35 Juden. In Olsberg waren 1871 von 988 Einwohnern 910 kath., 67 ev. und elf jüd. Glaubens; 1895 waren von 1237 Einwohnern 1210 kath., 20 ev. und sieben jüd. Glaubens; 1925 waren von 1663 [!] Einwohnern 1574 kath., 67 ev., 19 jüd. Glaubens und zwei bekenntnislos. 1932/33 lebten dort 16 Juden.

Für folgende Ortsteile liegen statistische Angaben vor: In Antfeld lebten 1843 vier Juden, 1858 waren es 18; 1871 waren von 536 Einwohnern 527 kath., sieben ev. und zwei jüd. Glaubens; 1895 waren von 560 Einwohnern 558 kath., einer ev. und einer jüd. Glaubens. In Assinghausen lebten 1843 acht und 1858 fünf Juden; 1871 waren von 593 Einwohnern 577 kath., sechs ev. und zehn jüd. Glaubens; 1895 waren von 596 Einwohnern 584 kath., einer ev. und elf jüd. Glaubens; 1925 waren von 620 [!] Einwohnern 614 kath. und sechs jüd. Glaubens; 1932/33 lebten dort sieben Juden. In Bruns-kappel lebten 1843 acht Juden. In Wiemeringhausen lebten 1843 zwei Juden, 1847 ein Jude. In Eßhoff und in Grimlinghausen lebten in der ersten Hälfte des 19. Jh. kurzfristig Juden.

Nach dem vom Obervorsteher Hellwitz 1847 bei der Regierung in Arnsberg eingereichten ‚Vorschlag über die Bildung von Synagogen-Gemeinden‘ sollte dem Synagogenbezirk Bigge neben Bigge, Antfeld, Altenbüren, Assinghausen, Bruns-kappel und Wiemeringhausen (wie schon von der Arnsberger Regierung 1842 empfohlen) auch Nuttlar aus dem Kr. Meschede angeschlossen werden. Bei der 1855 in Kraft getretenen Neuregelung wurde Nuttlar jedoch dem Synagogenbezirk Meschede zugeteilt. Auch Bigge wurde kein eigenständiger Synagogenbezirk, sondern Brilon als Untergemeinde angeschlossen. Zur Synagogenuntergemeinde Bigge gehörten neben Bigge und Olsberg nun die Orte Antfeld, Assinghausen, Bruns-kappel und Wiemeringhausen (alle heute Stadt Olsberg), ferner Altenbüren und Eßhoff (heute Stadt Brilon), Siedlinghausen (heute Stadt Winterberg) und Grimlinghausen (heute Gemeinde Bestwig). Die Untergemeinde pflegte zur Hauptgemeinde Brilon keine näheren Beziehungen, agierte unabhängig und stellte deshalb mehrfach den Antrag auf Bildung eines eigenständigen Synagogenbezirks. 1905 entsprach die Regierung Arnsberg diesem Anliegen unter der Bedingung, dass der neue Synagogenbezirk nur das Amt Bigge umfassen dürfe. Dem seit 1890/91 in Nuttlar lebenden Händler Meyer Jacobs wurde zwar erlaubt, aufgrund der örtlichen Nähe weiterhin an den Gottesdiensten in Bigge teilzunehmen, juristisch zählte er jedoch zur jüd. Gemeinde Meschede; 1909 wurde sein Gesuch, ihm in Bigge gleiches Stimmrecht und gleiche Rechte zuzusprechen, von der Regierung abgelehnt. Das seit 1855 geltende Statut des Synagogenbezirks Brilon wurde abgelöst durch das von dem Lehrer Max Gottheimer verfasste und 1906 vom Oberpräsidenten von Westfalen genehmigte Statut für die nun als eigenständig anerkannte Synagogen-gemeinde Bigge. Sie umfasste 1905 Antfeld, Altenbüren, Assinghausen, Bigge, Bruchhausen, Bruns-kappel, Elleringhausen, Elpe, Eßhoff, Grimlinghausen, Helmeringhausen, Olsberg, Siedlinghausen, Wiemeringhausen und Wulmeringhausen, wobei nicht in allen genannten Orten Juden wohnten.

Bigge war mindestens in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jh. Mitglied im DIGB. Zu Beginn des 20. Jh. war Bigge eine von fünf jüd. Gemeinden in ganz Westfalen, in denen täglich Gottesdienste abgehalten wurden (neben Ahaus, Borken, Gelsenkirchen und Recklinghausen), was auf eine religiös orthodoxe Ausrichtung schließen lässt. Die Synagogenordnung von 1911 enthielt vor allem Regeln zur Gewährleistung von Ruhe und Ordnung während des Gottesdienstes, Unterhaltungen und „ausfallende Gebärden“ waren strengstens untersagt.

Für den Unterhalt der jüd. Schule war die jüd. Gemeinde auf Unterstützung angewiesen. 1907 musste sie ein Darlehen in Höhe von 6000 M aufnehmen, das sie langfristig belastete. 1930 betrug der Gemeindeetat 1258 Reichsmark.

2.2.2 Die Synagoge in Bigge soll nach einem Bericht des Amtmanns Martini von 1843 im Jahre 1808 an der Ecke der heutigen Bruchstr./Schulstr. errichtet worden sein. Aus einer anderen Quelle geht hervor, dass noch bis 1818 die Gottesdienste in einem Betraum im Haus der Erben Lilienfeld stattgefunden haben und die Errichtung einer Synagoge zu dieser Zeit erst geplant war. Wahrscheinlich wurde erst nach 1818 mit dem Bau eines eigenständigen Synagogengebäudes begonnen. Als Eigentümer – da die Gemeinde noch nicht über Korporationsrechte verfügte – waren acht jüd. Familien eingetragen: Moses Stern, Bendix Lilienfeld, Meyer Stern, Abraham Ebbinghausen und Alexander Marburger aus Bigge, Levy Kamp aus Antfeld, Jakob Stern aus Altenbüren und Nathan Löwenstein aus Assinghausen. Im 19. Jh. kamen auch Juden aus Altenbüren, Antfeld, Assinghausen, Brunskappel und Olsberg sowie die Familie Jacobs aus Nuttlar (Synagogenbezirk Meschede) zum Gottesdienst in die Bigger Synagoge. Im 20. Jh. kamen an hohen Feiertagen auch die letzten beiden in Winterberg ansässigen Familien nach Bigge. In der Pogromnacht 1938 wurde die Synagoge verwüstet. SA-Männer brachen vom wenige Meter entfernten Gasthof Canisius auf, um das Gebäude anzuzünden. Sie wurden jedoch offenbar von Nachbarn davon abgehalten, die um ihre umliegenden Häuser fürchteten. Daraufhin plünderten und verwüsteten sie den Innenraum, zerschlugen die Fenster, holten den Davidstern vom Dach und zertrümmerten die Inneneinrichtung auf die Straße. Der Abriss des Gebäudes erfolgte vermutlich 1939.

2.2.3 In Bigge lebte 1706 bei der Familie des Juden Joseph ein Schulmeister, ebenso 1738 bei Pinnes (Bendit) Bacharach. Für Assinghausen wird 1738 ein jüd. Schulmeister bei der Familie Moyses David erwähnt. Die jüd. Kinder des Amtsbezirks Bigge gingen in die örtlichen christl. Schulen. In Religion wurden sie von einem jüd. Lehrer unterrichtet, so in Bigge in den 1840er Jahren von Gabriel Hirsch Unger aus Grätz bei Grüneberg, aber auch von Lehrern der Hauptgemeinde Brilon. Von 1826 bis 1831 ist für den Amtsbezirk Bigge ein unterrichtspflichtiges jüd. Kind erwähnt, zwischen 1835 und 1850 gab es zwischen zwei und 15 jüd. Schüler. Aus Velmede schickte der Händler Ernst Straus 1821 seine Kinder nach Bigge. Zwischen 1837 und 1846 kamen ein bis vier schulpflichtige jüd. Kinder aus Altenbüren, 1846 bis 1853 ein bis sieben Kinder aus Antfeld, 1838 und 1853 ein bzw. drei Kinder aus Assinghausen, 1840 bis 1851 ein Kind aus Brunskappel, in manchen Jahren auch keines. 1879 wurde in Bigge eine private jüd. Elementarschule eingerichtet, die bis etwa 1886 bestand. Als Lehrer wurde zunächst Arnold Rosenthal aus Kassel engagiert, nach seinem Weggang erteilten der Lehrer Spier und vermutlich auch andere aus Brilon oder Umgebung stammende jüd. Lehrer den Religionsunterricht. 1899 konnte die Schule erneut eröffnet werden. Calmann Weinberg stellte einen Schulraum zur Verfügung, der aus Hannover stammende Bernhard Isaak erhielt eine Anstellung als Lehrer. 1901 wurde in Bigge an der Ecke Schulstr./Bruchstr. eine jüd. Schule an das Synagogengebäude angebaut, darin befand sich neben dem Unterrichtsraum auch eine Wohnung für den Lehrer. 1907 ging das bis dahin im Grundbuch auf Levi Marburger (Bigge), Gottschalk Eppinghausen (Dortmund) und Meier Stern (Olsberg) eingetragene Gebäude in das Eigentum

der neu etablierten Synagogengemeinde Bigge über. Im selben Jahr lehnte der Regierungspräsident in Arnsberg die Umwandlung der jüd. Privatschule in eine öffentliche Einrichtung ab, da die Schülerzahl (13 Kinder) zu gering sei. Zwischen 1899 und 1906 besuchten insgesamt etwa 16 Kinder die jüd. Schule. Vier davon stammten aus Nuttlar, drei aus Olsberg. Aus Bigge kamen neun Kinder aus den Familien Levy Marburger, Jacob Stern, Adolf Frankenberg und L. Löwenstein. Zwischen 1908 und 1925 wurden zwischen 14 und 23 Kindern unterrichtet, mit abnehmender Tendenz. Auf dem Wochenstundenplan standen Deutsch (Lesen, Rechtschreiben, Aufsatz, Handschrift), Rechnen und Raumlehre, Vaterlandskunde, Naturkunde, Gesang, Turnen und Handarbeit. Zeitweise besuchten auch die Kinder der Familie Jacobs aus Nuttlar den Religionsunterricht der jüd. Schule in Bigge, ansonsten die kath. Elementarschule in Nuttlar. Auch jüd. Kinder aus Winterberg kamen am Sonntagmittag zum Religionsunterricht (Biblische Geschichte, Katechismus, Gebete, Sprüche, Lieder) nach Bigge. Der Unterhalt der Schule wurde durch Beiträge der Gemeindemitglieder, aufgrund ihrer schwachen Finanzkraft aber auch durch staatliche Zuschüsse und Zuwendungen der politischen Gemeinde, gesichert. Der Religionslehrer wurde seit 1894 mit Unterstützung des ‚Verbandes der Synagogengemeinden Westfalens‘ in Bielefeld und des DIGB in Berlin besoldet. Dies reichte für eine angemessene Vergütung offenbar aber nicht aus, so dass die Lehrer häufig wechselten.

Als Bernhard Isaak 1903 seine Lehrerstelle in Bigge nach vier Jahren aufgab, wurde im ‚Israelitischen Familienblatt‘ für ein Gehalt von 1100 M zuzüglich Nebenverdienst ein Elementarlehrer und Kantor gesucht; den Zuschlag erhielt Max Gottheimer, der aber nicht lange blieb. Ab 1906 unterrichtete Max Jaffé aus Bödefeld, 1908 bis 1910 Max Fritzler aus Anröchte, ab 1910 Karl Weinberg aus Kassel, von 1912 an Walter Bacher aus Hannover, ab 1914 Artur Kasel aus Trier, ab 1916 Max Gruschka. Als dieser Ende 1916 zum Militärdienst eingezogen wurde, mussten die jüd. Kinder die kath. Elementarschule besuchen. Mit der Anstellung von Leo Singer im Nov. 1919 wurde der Schulbetrieb wieder aufgenommen. 1921 übernahm Jakob Prag aus Posen den Unterricht. Im Jahr 1928, als sechs jüd. Schulkinder gezählt wurden, nahm er eine Stelle im Rheinland an. Mit Ausnahme von Max Fritzler und Arthur Kasel, die Absolventen des Haindorfschen Lehrerseminars in Münster waren, hatten die Elementarlehrer fast ausschließlich das jüd. Lehrerseminar in Hannover besucht. Nach dem Weggang von Jacob Prag, dem letzten Lehrer der jüd. Volksschule in Bigge, wurden nur noch Religionslehrer engagiert, so 1929 Lehrer Wagschal aus Meschede, 1930 der zuvor in Brilon tätige Manfred Höxter, danach Lehrer Jankelowitz aus Bad Kreuznach. 1934 unterrichtete der Lehrer aus Meschede in Bigge.

2.2.4 Der ‚Israelitische Frauenverein‘ Bigge feierte 1903 sein erstes Stiftungsfest. Zum Vorstand gehörten 1907 bis 1911 die Ehefrauen der Gemeindevorsitzenden Adolf Frankenberg und Calmann Weinberg sowie der Lehrer Jaffé. Für die ‚Marks-Haindorf-Stiftung‘ in Münster brachte die jüd. Gemeinde Bigge sporadisch von den 1840er bis in die 1880er Jahre geringe Beiträge auf. 1914 zahlte sie einen Jahresbeitrag von 90 M an den DIGB in Berlin. Der 1930 gest. Abraham Stern aus Olsberg vererbte dem ‚Jüdischen Waisenhaus‘ in Paderborn 300 Mark.

2.3.1 Im Jahr 1800 fand der Landtag der Judenschaft des Hztm. Westfalen in Bigge statt, daran nahmen auch die Ortsansässigen Joseph Katz, Abraham Meyer und Liffmann Michel teil. Zuständig für die Regelung der Kultusangelegenheiten im 19. Jh. war der in Brilon ansässige und als vehementer Reformier bekannte Landrabbiner Joseph Abraham Friedländer.

1844 war Bendix Lilienfeld Vorsteher der jüd. Gemeinde Bigge, 1869 A. Heinemann aus Nuttlar. Von 1899 bis mindestens 1906 hatte Levy Marburger aus Bigge das Vorsteheramt in Meschede inne. 1909 stellten Calmann Weinberg, Adolf Frankenberg und

Alex Marburger, alle aus Bigge, den Vorstand der Synagogengemeinde Bigge, 1920 waren es Alex Marburger und Jakob Stern (beide Bigge) sowie Levi Löwenstein (Olsberg). Dem 1924 gewählten Vorstand gehörten Benjamin Löwenstein, Max Weinberg und Fritz Frankenberg (alle Bigge) an, die noch 1932 diese Funktionen ausübten. 1935 ist Max Weinberg als Vorsteher nachgewiesen. Als Kultusbeamte waren die jeweiligen Lehrer tätig.

2.3.3 Die Brüder Albert und Julius Stern gehörten dem Schützenverein in Bigge an. Julius Stern war außerdem Mitglied eines Kegelclubs sowie des Gesangsvereins.

3.1 Bei dem 1808 oder 1818 erbauten Synagogengebäude (an der Ecke der heutigen Bruchstr./Schulstr.) handelte es sich um ein schlichtes dreistöckiges Bauwerk mit Satteldach und Davidstern auf dem kleinen Türmchen. 1901 wurde ein Schulgebäude angebaut. 1905 ging die Synagoge in das Eigentum der Synagogengemeinde über. 1906 wurde der Betraum vergrößert und die Schule mit einem separaten Eingang versehen. Der Anbau belastete den Etat der Gemeinde offensichtlich langfristig, denn die durch die Baukosten entstandene Darlehensschuld betrug 1938 noch immer 1070 RM. Nach der Zerstörung im Nov. 1938 wurde die Synagoge vermutlich 1939 abgebrochen. Das angrenzende Schulhaus wurde danach von einigen Gemeindemitgliedern noch als Wohnhaus genutzt, nach deren Deportation zogen christl. Bewohner ein. 1951 verließen die letzten Bewohner das Schulhaus, 1972 wurde es abgerissen.

3.2 Ende des 18. Jh. sind zwei jüd. Familien in Assinghausen als Bewohner eines ‚Judenhauses‘ belegt. 1818 verfügten vier von sechs jüd. Haushalten im Amtsbezirk Bigge über Hausbesitz. Die Juden in Bigge und Olsberg wohnten im 19. und 20. Jh. in allen Teilen des Ortes, einige besaßen Häuser in exponierten Geschäftslagen wie der heutigen Hauptstraße und Mittelstraße.

3.3 Vor Anlegung eines eigenen Begräbnisplatzes nutzten die in Assinghausen, Altenbüren, Bigge und Olsberg lebenden Juden (eventuell auch weitere des Amtes Bigge) den jüd. Friedhof in Brilon. 1873 genehmigte die Arnberger Regierung die Einrichtung eines jüd. Begräbnisplatzes in Bigge. Als Eigentümer waren zwischen 1903 und 1906 Levi Marburger aus Bigge, der ehemals in Bigge ansässige Gottschalk Eppinghausen aus Dortmund und Meier Stern aus Olsberg eingetragen, 1907 die Synagogengemeinde Bigge. Für den 1604 m² großen Friedhof ‚Am Grümmeckeberge‘ (Prowinkel), an einem Hang in Richtung Gevelinghausen gelegen, ist eine Belegungszeit von 1873 bis 1935 nachgewiesen. Der älteste Grabstein stammt von 1889, der letzte aus dem Jahr 1935 (Minna Stern). Auch der 1918 verst. Meyer Jacobs aus Nuttlar wurde hier begraben. Die Bestattung seiner Ehefrau Emma wurde 1941 nicht genehmigt, sie musste in Recklinghausen erfolgen, dem Wohnort ihres Sohnes Erich. 1938 wurden Grabsteine umgeworfen, die Anlage verwüstet. Erhalten sind etwa 20 Grabmale mit größtenteils hebr. Inschriften, die sich im hinteren Teil des Grundstücks befinden. 1993 wurde das Areal vorläufig unter Denkmalschutz gestellt. Eine endgültige Eintragung in die Denkmalliste erfolgte jedoch nicht, da im Bereich des Friedhofs der Bau der Umgehungsstraße Richtung Steinhelle geplant war. Beim Bau des Losenberg-tunnels ab 2008 wurde der Friedhof gesperrt, die Grabsteine gesichert. Nach Fertigstellung der Straße Ende 2010 wurde ein neuer Zuweg geschaffen und der Friedhof damit wieder für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

4.1 CJA Berlin, Gesamtarchiv der deutschen Juden, 1,75 C (Deutsch-Israelitischer Gemeindebund). – LAV NRW Abt. W (Münster), Amtsgericht Bigge; Amtsgericht Brilon; Dep. Franz Wilhelm von Spiegel; Landratsamt Kr. Brilon (u.a. Nr. 1659); Oberfinanzdirektion Münster; Reg. Arnberg, Rückerstattungen. – StadtA Olsberg, Altarchiv.

4.2 Fotos des Hauses Weinberg (heute Hauptstr.), der Synagoge und der jüd. Schule im Dokumentenanhang bei FRENZL, Jüdische Kindheit im Altkreis Brilon zur Zeit des Nationalsozialismus; Foto von Synagoge und Schulgebäude bei BIRKMANN/STRATMANN, Bedenke vor wem du stehst 93 und bei BROCKE, Feuer an Dein Heiligtum gelegt 46, ebenso PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 393f., dort auch Fotos von Schule, Gedenkstein am Standort der ehem. Synagoge und Friedhof. Fotos der erhaltenen Grabsteine in: Strunzerdaal. Heimatblatt für die Stadt Olsberg 14 <1995> 72–76 und in der Sammlung der LWL-Denkmalpflege, Münster.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 13/14–41 <1842–1901/03>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 66, <1909> 70, <1911> 79, <1913> 90, <1924/25> 60. – Israelitisches Familienblatt <1903, 1914–1918, 1920, 1925, 1928, 1931–1932>. – Der Schild <12.4.1935>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 159. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 51. – Der Stürmer 39 <Sept. 1936>, 46 <Nov. 1938>. – Westfalenpost <28.7.1987, 10.11.1988>.

4.4 FÖRSTER Karl-Heinz/HÜTTEMANN Wolfgang (Hg.), Bigge im Strom der Zeit, Bd. 2 <Olsberg 2005> 39–42. – FRENZL Katrin, Jüdische Kindheit im Altkreis Brilon zur Zeit des Nationalsozialismus. Schriftliche Hausarbeit, vorgelegt im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt Primarstufe. Gedruckt als Anhang zu: Jüdisches Leben im Hochsauerland <Fredeburg 1994>. – JACOBS Erich, „Wunder geschehen doch noch!“ Geschichte und Schicksal der jüdischen Familie Jacobs aus dem Sauerland <Olsberg 2004>. – LETTERMANN Heinz, Jüdischer Friedhof in Bigge wieder zugänglich. In: Strunzerdaal. Heimatblatt für die Stadt Olsberg 30 <2011> 14. – REININGHAUS Wilfried, Bergbau in Wulmeringhausen 1553–1915. Mit einem Exkurs zum jüdischen Montanunternehmer Michael Cahen aus Luxemburg. In: SüdWestfalenArchiv 15 <2016> 67–81. – SCHIKORA Paul, Jüdische Lehrer und Religionslehrer an der Judenschule in Bigge. Ebd. 14 <1995> 70. – DERS./LETTERMANN Heinz, Der jüdische Friedhof „Am Grümmeckeberge“ in Bigge. Eine Dokumentation. Ebd. 71–76. – SCHIKORA Paul, Die Juden im Amt Bigge <Olsberg 1998>, online: http://www.olsberg-live.de/wiki/images/2/27/Schikora_Paul_-_Die_Juden_im_Amt_Bigge.pdf [letzter Zugriff 27.05.2015]. – DERS., Abstammungsnachweise der Juden der Stadt Olsberg <Olsberg 2000>. – TÖNNE Ferdinand, Die Juden im früheren Amtsbezirk Bigge. In: Strunzerdaal. Heimatblatt für die Stadt Olsberg 14 <1995> 57–69.

Susanne Freund

PLETTENBERG

1.1 Stadt Plettenberg, Märkischer Kreis

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen). Nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1397 Stadtrechtsverleihung.

Die Juden in Stadt und Amt Plettenberg gehörten als Untergemeinde dem 1853/54 gegründeten Kreissynagogen-Verband für den Kreis Altena an.

2.1.1 Salomon von Plettenberg wurde 1596 erlaubt, Vieh für den Eigenbedarf zu kaufen und zu schlachten. Neben dem im selben Jahr ausgestellten Schutzbrief für

Plettenberg besaß er auch einen für Brilon; 1600 suchte er von Plettenberg aus um einen Schutzbrief für die Gft. Hanau nach. In einem Bericht über die Juden im Hztm. Westfalen heißt es 1704, dass „ein frömbder armer jude mit weib und 4 kinder“, der aus Plettenberg vertrieben worden sei, in Anröchte im Haus eines Christen wohne. Die Ansiedlung blieb sporadisch, für 1660 und 1711 nennt die Statistik für die Gft. Mark für Plettenberg keine Juden. Im weiteren Verlauf des 18. Jh. bestand die jüd. Gemeinschaft in Plettenberg in der Regel aus weniger als zehn Personen, die mit Glaseri, Schlachtereien und Kramhandel ein bescheidenes Auskommen fanden. 1722 stellten Bürgermeister und Rat der Stadt Neuenrade einen Geburtsbrief für Levi Marcus aus, der Götte, die Tochter des Juden Jacob Israel aus Plettenberg heiratete und sich in Berleburg niederließ. In einer Liste der beim Plettenberger Stadtbrand von 1725 zerstörten Häuser wird auch ein ‚Judenhäuschen‘ erwähnt; 1728 wird Jacob Israel erneut genannt. 1737 bestand die Judenschaft am Ort aus mindestens acht Personen: dem Glaser Jacob Israel, seiner Frau, zwei jüngeren Kindern, einer Magd oder einem Knecht sowie drei im selben Haus wohnenden Söhnen, die eigene Handlungsgeschäfte betrieben. Von diesen war der verheiratete Hertz Jacob als Schlachter und Kramhändler tätig, während der alleinstehende Mordechai Jacob einen Handel mit ‚kurtzen Waaren‘ betrieb. 1748 findet sich in den Akten nur noch Hertz Jacob, der seine beiden Töchter Gutrath und Edel sowie seine 85-jährige Mutter und einen Knecht bei sich hatte. Zwei Jahre später ist von zwei Knechten die Rede, deren Namen 1752 mit Isaac Levi und Salomon angegeben werden. Hertz Jacob muss kurze Zeit darauf gestorben sein, denn 1756 vermerkt die Generaltabelle der Märkischen Judenschaft für Plettenberg den Schlachter (und späteren Pfandleiher) Gumpertz David als neuen Haushaltsvorstand, der eine der Töchter des Hertz Jacob geheiratet hatte und 1754 als ordentlicher Schutzjude etabliert worden war. Im Haushalt Davids, dessen Vermögen auf 1200 Rtlr. geschätzt wurde, lebten neben seiner Frau, einer kleinen Tochter und seiner verwitweten Schwiegermutter noch die beiden Knechte Isaac Levy und Michel Nathan sowie eine Magd namens Süssen Lehman; die Plettenberger Judenschaft bestand 1756 also aus sieben Personen. 1765 hatte sich die Zahl auf neun erhöht: Als Kinder werden nun drei Söhne namens David, Jacob und Isaac genannt, für deren religiöse Unterweisung Gumpertz David einen Schulmeister namens Levi engagiert hatte. Das Dienstpersonal des mit 19 Rtlr. zur Schutzgeldrepartition herangezogenen Haushalts bestand aus dem Knecht Hertz Salomon sowie einer Magd. Ein Jahr später ist neben dieser Familie die Witwe Hendel Hertz nachgewiesen. Während Gumpertz David ein Vermögen von 500 Rtlr. besaß, galt die Witwe als verarmt. 1774 erhielt Gumpertz David die Konzession, in zweiter Ehe eine aus Kurköln zugewanderte Jüdin zu heiraten. Zu seinem Sohn David findet sich für die 1790er Jahre der Vermerk: „ist Christ geworden“. Möglicherweise erlosch damit um 1800 jene Familie, die für rund ein Jh. die Plettenberger Judenschaft gebildet hatte, denn von einer Schutzbrieferteilung für die beiden jüngeren Brüder Davids ist keine Rede. 1799 erhielt Joseph Herz die Konzession zur Ansetzung als Extraordinarius in der Stadt. Ende des 18. Jh. lebte eine aus sechs Personen bestehende jüd. Familie in der Stadt.

2.1.2 Seit Beginn des 19. Jh. stieg die Zahl der Juden in Plettenberg kontinuierlich, 1819 waren es 20, im Jahr 1832 bereits 31. Sie waren als Händler, Metzger, Schlachter oder Hausierer tätig, in den Berichten der Bürgermeister ist immer wieder die Rede von den „drückenden“ oder „dürftigen Umständen“, in denen sie lebten. 1828 unterstützte der Haindorfsche Verein Moritz Marcus aus Plettenberg, der in Münster die ‚medizinisch-chirurgische Lehr-Anstalt‘ besuchte, „um sich zum Chirurgen auszubilden“. Im Vereinsbericht heißt es, auch wenn das nicht mit den Statuten des Vereins in Einklang stünde, glaube man doch, ihm und einigen anderen bei ihrer Ausbildung „behülflich sein zu dürfen, da doch Mitzweck der Anstalt ist, wissenschaftliche Bildung unter den Juden allgemeiner zu verbreiten“. Etwa zwei Jahre später brach er sei-

ne Ausbildung aus Krankheitsgründen ab und starb kurz danach. Auch der Schlachter Simon Isaak, der 1837 seinen ältesten Sohn Isaak bei Lazarus Levy in Neuenrade in die Lehre schickte, um ihn den Beruf des Glasers und Anstreichers erlernen zu lassen, erhielt vom Haindorfschen Verein finanzielle Unterstützung. Das Lehrgeld von 40 Tlr. überstieg nach Ansicht des Plettenberger Bürgermeisters die finanziellen Möglichkeiten des Vaters: „Sein Gewerbe“, so heißt es, „wirft ihm kaum so viel ab, als zur Unterhaltung seiner aus Frau und noch 5 unerzogenen Kindern bestehenden Familie erforderlich ist“. Simon Isaak erhielt für seinen Sohn, der die Lehre erfolgreich beendete, 25 Tlr., den Rest musste er selbst aufbringen. 1832 werden Jakob Schwarz sowie die Brüder Abraham und Markus Isaac als Winkeliers in Ellenwaren genannt, 1834 Michel Isaac und Simon Isaac als Ellenwarenhändler. Der Handelsmann Jacob Schwarz zählte in der ersten Hälfte des 19. Jh. mit einem jährlichen Einkommen von mindestens 200 Tlr. zu den wohlhabenderen Einwohnern. Er besaß das aktive Wahlrecht und nahm 1836 an der ersten Stadtverordnetenwahl in Plettenberg teil.

1845 mussten die in Plettenberg wohnenden Juden feste Familiennamen annehmen. Die Metzger Jacob Isaac und Simon Isaak (Söhne des verstorbenen Michael Isaak) wählten für ihre Familien den Namen Lennhoff („nach dem Fluße Lenne gewählt“), Abraham Michael, Bertha Michael, Markus Michael und die Witwe Michael Isaac wählten den Namen ‚Lion‘, Ansel Leeser entschied sich für ‚Sternberg‘; Rosalie Markus behielt den bereits geführten Familiennamen bei. 1853 zahlten die Kaufleute Abraham und Marcus Lion die höchsten Steuern. Etwa 1863 sind für Plettenberg der Fabrikant Falk Lewin, der Kaufmann Abraham Lion, ferner die Metzger Leeser, Jacob und Simon Lennhoff sowie Isaac Sternberg belegt. 1890 waren der Fabrikant Adolf Lion, die Metzger Moritz Heilbronn, Leeser Lennhoff, Levy Lennhoff, Isaak Lennhoff sen. und jr. sowie die Kaufleute Nathan Neufeld und Herz Sternberg wahlberechtigt. Mit 54 Personen war um 1900 die höchste Anzahl an Juden in Plettenberg erreicht.

Mit dem Bevölkerungszuwachs ging ein gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Aufstieg einher. Seit Mitte der 1860er Jahre war Falk Lewin Papierfabrikant, 1888 eröffnete Adolf Sternberg eine Gesenkschmiede. Fast zeitgleich entstanden im Stadtzentrum die Kaufhäuser für Manufaktur- und Kurzwaren von Sternberg, Neufeld und Löwenthal. Julius Bachrach leistete von 1899 bis 1901 Militärdienst, Sally Lennhoff und Hugo Neufeld nahmen als Soldaten am Ersten Weltkrieg teil. Max Lennhoff, Sohn des Metzgermeisters Levy Lennhoff, erhielt 1916 das EK II. 1926 wurde in Plettenberg eine Untergruppe der RjF-Schild-Ortsgruppe Lüdenscheid gegründet, ihr Vorsitzender war Hugo Neufeld.

In den 1920er Jahren ging die Anzahl der Juden auf 35 zurück. Anfang der 1930er Jahre gab es folgende jüd. Gewerbebetriebe: die Textilgeschäfte Louis Löwenthal, Max Sternberg, die Kaufhäuser von Hugo Neufeld, Julius Bachrach und Sally Sternberg, die Gesenkschmiede von Adolf Sternberg, die Metzger Alex Heilbronn und Julius Lennhoff, die Viehhändler Alfred Heldenmuth und Leo Hesse. Bis in die 1930er Jahre wohnte auch die Familie des Dipl.-Ing. Max Sakom mit Tochter in Plettenberg.

Im Ortsteil Eiringhausen (Amt Plettenberg, ab 1941 Stadt Plettenberg) eröffnete Adolf Lion 1883 eine Drahtzieherei. Sally Lennhoff betrieb dort eine Metzgerei. In seinem Haushalt lebten außer seiner Frau und seinen beiden Töchtern auch sein Vater Moses und sein Bruder Alfred Lennhoff. Außerdem wird für diesen Zeitraum Max Nußbaum mit Frau und Sohn erwähnt. In Eiringhausen betrieb auch Louis Heilbronn eine Metzgerei.

2.1.3 Ab 1933 nahmen Provokationen und Ausgrenzungen zu, Juden wurden öffentlich diskriminiert. In seinem politischen Lagebericht von Nov. 1933 stellte der Amtsbürgermeister fest, dass in seinem Amtsbezirk die Forderungen des Nationalsozialismus „in Hinsicht auf rassisches Bekenntnis“ gesellschaftlich vielfach ignoriert

und „Juden, Judenmischlinge, jüdische Versippte nach wie vor zur Gesellschaft gerechnet“ würden, sofern sie „nur Geld, Besitz oder Titel“ hätten. In der Pogromnacht im Nov. 1938 wurden die Fensterscheiben jüd. Geschäfte sowie Wohnungseinrichtungen Plettenberger Juden zerstört. Betroffen waren die drei Konfektionsgeschäfte Witwe Sternberg, Gebr. Sternberg und Gebr. Löwenthal (mit Schäden bis zu 3000 M pro Geschäft), ferner die beiden Metzgereien Alex Heilbronn (ca. 300 M Schaden) und Julius Lennhoff (ca. 1500 M). Die Bretterverschläge vor den zerstörten Schaufenstern wurden mit Aufschriften wie „Raus nach Palästina“ beschmiert. Die Gestapo beschlagnahmte neben Kultusgegenständen auch Archivmaterial, das im Mai 1939 dem Staatsarchiv Münster übersandt wurde. Am 10. Nov. wurden Julius Bachrach, Hugo Neufeld, Egon Heilbronn, Leo Hesse, Julius Lennhoff, Eugen Löwenthal und Hugo Neufeld festgenommen und ins Gestapo-Gefängnis nach Dortmund gebracht, von dort ins KZ Sachsenhausen. Ebenfalls inhaftiert wurden Adolf Sternberg und Alex Heilbronn, da sie älter als 70 Jahre waren, wurden sie am nächsten Tag aber wieder freigelassen. Den KZ-Häftlingen wurde eine Haftentlassung in Aussicht gestellt, wenn sie den Nachweis erbringen konnten, dass die Auswanderung ihrer Familien unmittelbar bevorstand. In Plettenberg fanden sich zahlreiche Interessenten für die ‚Arisierungsobjekte‘, darunter die Stadtsparkasse. Bereits vor dem Pogrom wurden die Metzgerei und Grundstücke von Sally Lennhoff ‚arisiert‘, ebenso das Wohn- und Geschäftshaus sowie Grundstücke von Erich Sternberg. Nach dem Pogrom folgten das Geschäftshaus und das Gartengrundstück der Witwe Dina Sternberg, die Fabrik, das Wohnhaus und die Grundstücke von Adolf Sternberg, das Wohn- und Geschäftshaus der Familie Löwenthal, ferner das Haus und Grundstücke von Alex Heilbronn, des Viehhändlers Alfred Heldenmuth sowie die Besitzung von Hugo Neufeld und Julius Bachrach. Ebenfalls in neue Hände gelangten die Grundstücke von Witwe Selma Sternberg und Hans Sternberg (beide damals in Dortmund) sowie von Walter Sternberg (bereits in Kapstadt). Im Juli 1938 wurde eine ‚Ortssatzung über den Ausschluß der Juden von dem Besuch der Freibadeanstalt der Stadtgemeinde Plettenberg‘ erlassen, seit 1939 waren für Juden die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen und der Kinobesuch verboten. Einer Reihe von Juden aus Plettenberg gelang die Flucht nach England, in die USA, nach Südamerika und nach Palästina.

Die in der Stadt verbliebenen Juden wurden in wenigen Wohnungen zusammengelegt. So mussten Leo Hesse und seine Frau im Juni 1939 in das Haus von Julius Lennhoff ziehen. Egon Heilbronn teilte Mitte Juni 1939 dem Bürgermeister auf dessen Anfrage mit, dass er mit seiner 29-jährigen Ehefrau Jenny, der 18 Monate alten Tochter Hannelore und seinem Vater Alex einen Wohnraum, zwei Schlafzimmer und eine Kammer bewohne. Egon, Hannelore und Jenny Heilbronn sowie Eugen und Käte Löwenthal wurden im April 1942 ins Ghetto Zamość deportiert, Alex und Helene Heilbronn sowie Emma Löwenthal im Juli 1942 zunächst nach Theresienstadt und im Sept. 1942 ins Vernichtungslager Treblinka. Das Mobiliar der Familien Heilbronn und Löwenthal wurde im Sommer 1942 öffentlich verkauft.

Im Ortsteil Eiringhausen veröffentlichte der NSDAP-Ortsgruppenführer Josef Zimmermann 1935 einen Aufruf zum Boykott der Metzgerei Sally Lennhoff, der aber offensichtlich nicht den gewünschten Erfolg hatte. Im Juli 1935 sollte ein Schaukasten für die Zeitschrift ‚Der Stürmer‘ aufgestellt werden, aus diesem Anlass veranstaltete die NSDAP-Ortsgruppe Eiringhausen in unmittelbarer Nähe der Metzgerei von Sally Lennhoff eine antisemitische Kundgebung. Der Bruder des Metzgers, Alfred Lennhoff, sah sich die Kundgebung von der Eingangstreppe des elterlichen Hauses aus an. HJ-Mitglieder nahmen Anstoß daran, dass er „herausfordernd vor der Haustür“ gestanden habe, eine teilweise alkoholisierte Menschenmenge beschimpfte ihn. Um Tötlichkeiten zu vermeiden, wurde er aufgefordert, ins Haus zu gehen, was er jedoch verweigerte. Ein Polizist drohte ihm daraufhin ‚Schutzhaft‘ an. Der drohenden

Verhaftung entzog er sich durch Flucht in den Laden, wo er sich angeblich ein Fleischermesser griff. Nach einem erneuten Fluchtversuch kam er in Untersuchungshaft, wurde angeklagt und zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Sein Auftreten in der Öffentlichkeit wurde als provozierend gewertet, sein Fluchtversuch als Widerstand und der Griff nach einem Fleischmesser als tätlicher Angriff gegen den Polizeibeamten. Die ‚Kairoer Zeitung‘ erwähnte den Vorfall in einem Artikel: „Eine neue Woge Antisemitismus kündigt sich augenblicklich in ganz Deutschland an. ... In Plettenberg-Eiringhausen ... haben die Nazis eine mächtige Kundgebung gegen den Metzger Lennhoff veranstaltet, der bei der Ortsbehörde das Verbot einer antisemitischen Kampagne hatte durchsetzen wollen“. Den Juden in Plettenberg wurde unterstellt, die Pressemeldung lanciert zu haben. Die Gestapo nahm das zum Anlass, für zwölf Juden und ihre Familien das Brief- und Postgeheimnis aufzuheben. Alfred Lennhoff fand nach seiner Haftentlassung keine Arbeit mehr, 1936 floh er in die Niederlande und emigrierte 1937 nach Argentinien. Sein Bruder Sally verlor seine Kundschaft und musste die Metzgerei vermieten, er arbeitete fortan als Hilfsarbeiter in der Fabrik des jüd. Fabrikanten Sternberg.

2.1.4 In den 1950er Jahren stellten mehrere Emigranten oder Nachkommen von Opfern des Holocaust Anträge auf ‚Wiedergutmachung‘. Die Geschichte der Plettenberger Juden, vor allem in der NS-Zeit, drang 1988 ins lokale öffentliche Bewusstsein, als das Stadtarchiv zur Erinnerung an den Pogrom 1938 eine Ausstellung zum Thema zeigte. 1994 veröffentlichte die Lokalpresse eine Serie ‚Erinnerungen an jüdische Mitbürger‘. 1997 erschien aus Anlass des Stadtjubiläums ein Band der Plettenberger Stadtgeschichte, der sich ausschließlich mit der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigt. Am jüd. Friedhof sowie an dem Haus, in dem sich der Betsaal der jüd. Gemeinde befunden hatte, wurden Tafeln des Plettenberger Geschichtspfades angebracht. 2000 wurde eine Straße in ‚Hugo-Neufeld-Straße‘ umbenannt. Seit 2003 finden thematische Stadtrundgänge statt. Seit 2008 beteiligt sich Plettenberg an der Aktion ‚Stolpersteine‘. Jedes Jahr findet am 27. Januar auf dem jüd. Friedhof eine Gedenkveranstaltung statt.

2.2.1 1843 lebten 26 Juden in Plettenberg, 1858 waren es 44. Im Jahr 1871 waren von 1976 Einwohnern der Stadt 213 kath., 1718 ev. und 45 jüd. Glaubens, in der Landgemeinde Plettenberg (u.a. in Böddinghausen und Eiringhausen) waren von 2910 Einwohnern acht jüd. Glaubens. 1895 waren von 4134 Einwohnern der Stadt 774 kath., 3305 ev., 54 jüd. Glaubens, einer gehörte einer anderen christl. Gemeinde an, während in der Landgemeinde von 4331 Einwohnern drei jüd. Glaubens waren. Im Jahr 1925 waren in der Stadt von 7031 [!] Einwohnern 1402 kath., 5520 ev., 35 jüd. Glaubens und 28 bekenntnislos, in der Landgemeinde von 7248 Einwohnern 14 jüd. Glaubens. 1932/33 lebten 43 Juden in der Stadt.

Bei der Planung der künftig einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnberg 1842 für die Juden aus Plettenberg einen eigenen Synagogenbezirk. Dazu kam es allerdings nicht. 1853/54 wurde der Kreissynagogenverband Altena mit Altena als Hauptort konstituiert. Plettenberg wurde dem Kreissynagogenbezirk (ebenso wie Lüdenscheid, Neuenrade und Meinerzhagen) als Untergemeinde zugeordnet. Das 1858 genehmigte Statut regelte die Verwaltung der Synagogengemeinde des Kreises, der jeweiligen Untergemeinden sowie das Verhältnis der Untergemeinden zur Hauptgemeinde. Jede Untergemeinde wählte einen eigenständigen Vorstand, der für die Hauptgemeinde als Ansprechpartner diente.

2.2.2 1827 heißt es, seit einem Jahr hielten die Juden in einem Zimmer in Plettenberg ihre Andacht ab. Ende der 1890er Jahre richtete die jüd. Gemeinde in der ersten Etage des 1893 von Heinrich Knepper, Inhaber einer Kistenfabrik und Fasshandlung, gebauten Wohnhauses am Lindengraben 10 einen Betsaal ein. Vermutlich fanden dort

bereits vor dem 9. Nov. 1938 keine Gottesdienste mehr statt, Verwüstungen sind nicht bezeugt.

2.2.3 1765 beschäftigte der Schlachter Gumpertz David zur Unterweisung seiner drei Söhne einen Schulmeister namens Levi. Zwar wollte die jüd. Gemeinde seit den 1820er Jahren einen eigenen jüd. Lehrer für Plettenberg, konnte das jedoch nicht finanzieren, denn die Familien waren laut Bürgermeister „alle arm“. Um den religiösen Unterricht sicherzustellen, baten sie 1827 darum, ihnen den Blaufärber Caspar Liebmann Ballind „zu belassen“, gegen Kost wolle er ihre Kinder „in den jüdischen Gebeten, Übersetzungen“ unterrichten. Der Vorschlag wurde nicht realisiert. Die jüd. Kinder besuchten weiterhin die luth. Schule und wurden, wie der christl. Lehrer 1832 berichtete, „in allen Gegenständen, wie sie der Schulplan vorgibt“, unterrichtet, ausgenommen diejenigen, „welche sich auf die Religion beziehen“; den jüd. Religionsunterricht erteilten die Eltern. 1857 unternahm der Vorsteher der Plettenberger jüd. Gemeinde, Markus Lion, den erneuten Versuch, einen eigenen Lehrer zu verpflichten. Er schlug dem Vorsitzenden der Kreissynagogengemeinde, Meyer Herzberg in Altena, den Lehrer H. Morsbach aus Limburg vor, der gleichzeitig als Vorsänger tätig werden sollte. Allerdings waren nicht alle Gemeindemitglieder bereit, dessen Jahreslohn von 170 Tlr. mitzutragen. Auch die Versicherung von Markus Lion und dem Kaufmann Abraham Lion, einen doppelten Beitrag zahlen zu wollen, änderte daran nichts. Max Levi, Abraham Lion und Isaac Lennhoff drängten weiterhin auf die Einstellung eines Lehrers, aus Sicht des Landrats war das wegen fehlender Finanzierungsmöglichkeiten aber nicht zu realisieren. Für 1909 und 1911 ist belegt, dass Lehrer Wolff aus Altena ‚Wanderunterricht‘ erteilte.

2.2.4 Trotz ihrer mäßigen wirtschaftlichen Lage spendete die jüd. Bevölkerung – teilweise auch Christen – seit den 1830er Jahren sieben Jahrzehnte lang sporadisch (außer in den 1880/90er Jahren) für die Haindorfsche Stiftung. So beteiligten sich 1833 die Witwe Michel, Anschel Leser und Simon Isaak jeweils mit 2 Sgr. 6 Pfennig. Der Handelsmann Jacob Schwarz gab 5 Silbergroschen; er verfügte 1837, dass nach seinem Ableben ein Legat von jeweils 10 Tlr. an die Armen der christl. und der jüd. Gemeinde bezahlt werden solle. Einige jüd. Familien spendeten für karitative Zwecke und unterstützten ärmere Familien in der Stadt. Mitte Sept. 1914 stiftete die jüd. Gemeinde dem Roten Kreuz und dem Vaterländischen Frauenverein je 100 Mark. Für die Verbesserung der städtischen Infrastruktur engagierte sich 1934 der Kaufhausbesitzer Hugo Neufeld mit seiner Belegschaft und beteiligte sich an der Finanzierung des neuen Freibads.

2.3.1 Seit Gründung der Synagogengemeinde des Kreises Altena finden sich auch Vertreter der jüd. Gemeinde Plettenberg in den Gremien der Hauptgemeinde. So wurde 1854 der Kaufmann Marcus Lion als Stellvertreter in den Vorstand gewählt, weitere Vorstandsmitglieder aus Plettenberg waren Herz Sternberg (1875 bis 1881), der Fabrikant Adolf Lion (1887 bis 1899) und Abraham Lion (1890). Der Repräsentantenversammlung des Kreissynagogenverbandes Altena gehörten die Plettenberger Abraham Lion (1854 bis 1884), Isaak Lennhoff (1854 bis 1862), Moritz Heilbronn (1887 bis 1890) und Nathan Neufeld (seit 1890) an.

Zum Vorsteher der Untergemeinde Plettenberg wurde 1890 der Kaufmann Adolf Levi, zu seinem Vertreter der Metzger Moritz Heilbronn gewählt. Mitte der 1920er Jahre und 1932 stellten Adolf Sternberg und Louis Löwenthal (bzw. Julius Bachrach) den Vorstand. Leeser Lennhoff, 1905 mit 83 Jahren gestorben, hatte vier Jahrzehnte lang das Amt des Vorbeters inne.

2.3.3 Der Fabrikant und Gemeindevorsteher Adolf Lion war der einzige jüd. politische Mandatsträger in Plettenberg; 1903 wurde er erstmals zum Stadtverordneten gewählt und blieb es bis 1918. Ab 1904 wurde Lion außerdem Mitglied der Wasserkommission und 1916 kurzfristig auch der Kassen- und Rechnungskommission.

Ferner gehörte er dem ‚Freisinnigen Wahlverein für Plettenberg und Umgebung‘ an. Lion förderte in den 1860er Jahren die Gründung des Plettenberger Turnvereins und forcierte als Vereinsmitglied und Leiter der Baukommission Mitte der 1890er Jahre den Bau einer vereinseigenen Turnhalle. Eugen Löwenthal, Inhaber eines Textilgeschäftes, war Pianist im städtischen Orchesterverein; Max Lennhoff war zeitweise Vorsitzender des Plettenberger Fußballvereins ‚Fußballklub Hohenzollern 1911‘. Erich Sternberg war in den 1920er Jahren aktiver Fußballer der ‚Sportvereinigung Plettenberg‘ und Leichtathlet. Werner Jacob, 1920 in Lenhausen geboren, spielte ebenfalls in einem Plettenberger Fußballverein.

3.1 Der seit Ende der 1890er Jahre genutzte Betsaal in der ersten Etage des Wohnhauses von Heinrich Knepper (Lindengraben 10) befand sich im linken Teil des Gebäudes und war über eine Treppe in der Mitte des Hauses zu erreichen. Der Eingang lag vorn, nahe der Westseite, wo zwei Fenster zur Straße hinwiesen. Das Gebäude wird heute als Wohnhaus genutzt.

3.2 Details zu Wohn- und Geschäftshäusern jüd. Familien in Plettenberg in den 1930er Jahren vgl. PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 437.

3.3 Der jüd. Friedhof in Plettenberg an der Freiligrathstraße ist auf einer 1787 angefertigten Karte bereits als ‚Juden-Kirchhof‘ eingezeichnet. Auf dem 729 m² großen Areal sind 34 Grabsteine im klassizistischen Stil mit deutschen und teilweise hebr. Inschriften in verschiedenem Zustand erhalten. Der älteste stammt aus dem Jahr 1866 und wurde für Bernhardine Lion gesetzt, zuletzt wurde dort 1937 Sally Sternberg beerdigt. Acht Grabmale stehen seit 1986 unter Denkmalschutz. Seit 1997 befindet sich neben dem Friedhofseingang eine Informationstafel des vom Plettenberger Gymnasium und Stadtarchiv initiierten Plettenberger Geschichtspfades. Im Jahr 2001 wurde auf Initiative des Künstlers Dan Richter-Levin dessen Skulptur ‚Diaspora‘ aufgestellt. 2002 stiftete Marianne Luedeking, Tochter von Olga und Julius Bachrach, zwei Gedenksteine, die an Hugo und Hanna Neufeld, Julius und Olga Bachrach sowie an Meta Lievendag erinnern. Sie stiftete zudem im Jahr 2010 eine Gedenkstele für die ermordeten jüd. Bürgerinnen und Bürger Plettenbergs, die ebenfalls auf dem jüd. Friedhof steht. Der Friedhof, im Eigentum des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe, wird von der Stadt Plettenberg gepflegt.

4.1 CAHJP, Jerusalem, D/Pl 2 (1890–1938). – Geh. StaatA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA, Rep. 104 (Generalfiskalat); II. HA (Generaldirektorium). – KreisA des Märkischen Kreises, Altena, LA Altena Nr. 323, 325. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), Personenstandsarchiv P 5 Plettenberg. – LAV NRW Abt. W (Münster), Testamente, Land- und Stadtgerichte Plettenberg II, Nr. 83, 163, 167 und 212; Kreisgericht Plettenberg II Nr. 162; Wiedergutmachungsakten. – StadtA Plettenberg, Bestand Jüd. Familien Plettenberg.

4.2 Fotos von jüd. Personen und deren Häusern (z. T. veröffentlicht in VÖLLMECKE, Von Mitläufern, 147ff.), ein Lageplan des jüd. Friedhofs von 1787, Fotos vom jüd. Friedhof und einzelnen Grabmalen befinden sich im StadtA Plettenberg. Kartenmaterial von Stadt und Amt Plettenberg aus den 1920er Jahren, in dem jüd. Besitz eingezeichnet ist und Akte des Hauses Lindengraben 10 im Planungsamt der Stadt Plettenberg. Fotos des jüd. Friedhofs, des Hauses mit Betstube und zweier Geschäftshäuser bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 456f.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 2–46 <1828–1911/13>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1909> 70, <1911> 79, <1924/25> 62. – Israelitiches Familienblatt <17.8.1905, 17.9.1914, 15.6.1916>. – SCHWARTZEN Albrecht

von, Die Bevölkerung von Stadt und Amt Plettenberg sowie der Landgemeinde Ohle vom Kirchenbuchbeginn bis zum Jahre 1874 <Plettenberg o. J.>.

4.4 MASER Karl, Die Juden der Frei- und Reichsstadt Dortmund und der Grafschaft Mark. In: Jahrbuch des Vereins für Orts- und Heimatkunde in der Grafschaft Mark 26 <1911/12> 1–103, hier 94–103. – Stadt gefunden. Begleitschrift zum Plettenberger Geschichtspfad <Plettenberg 1998>. – VÖLLMECKE Detlef (Bearb.), Von Menschen, Mitläufern und Machthabern. Plettenberg in der Zeit des Nationalsozialismus (= Plettenberger Stadtgeschichte 6) <Plettenberg 1997> 145–206. – ZIMMER Martin, Erinnerungen an jüdische Mitbürger der Stadt Plettenberg. Vortrag in Plettenberg gehalten am 9. und 16.11.1988 (Ms im StA Plettenberg).

Martina Wittkopp-Beine

RÜTHEN

1.1 Stadt Rüthen, Kr. Soest

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – 1200 Stadtrechtsverleihung.

Zum 1854 gebildeten Synagogenbezirk Rüthen-Anröchte gehörten die Stadt Rüthen, die Gemeinden des Amtes Altenrüthen (u. a. Altenrüthen, Effeln, Heddinghausen, Hoinkhausen, Kneblinghausen, Langenstraße, Suttrop und Oestereiden) und des Amtes Anröchte (u. a. Anröchte, Altengeseke und Mellrich), jedoch ohne das Kirchspiel Horn.

2.1.1 1279 wird ‚Salomo von Ruda‘ in Köln genannt, der als ‚Samuel von Rüthen‘ identifiziert wurde; die neuere Literatur geht jedoch davon aus, dass Düren gemeint ist. 1447 entschädigte die Stadt Rüthen einen offenbar singulären Juden für dessen vor Lippstadt erlittenen, nicht näher bezeichneten Verlust. Von 1587 bis 1611 ist Jacob e tribu Ruben (Jacob aus dem Stamme Ruben) als einziger Jude in Rüthen erwähnt, er zahlte an die Stadt 6 bzw. (ab 1588) 4 Rtlr. jährliches Geleitgeld. 1601 betrieb er Pfandleihgeschäfte. Seine überregionalen Verbindungen werden aus den Prozessakten über eine 1607 in Bonn verhandelte mutmaßliche Beteiligung an der ‚Frankfurter Rabbinerverschwörung‘ deutlich.

1596 stimmten Brilon, Geseke und Rüthen die rechtliche Behandlung der in den drei Städten lebenden Juden miteinander ab. Ab 1608 wurde Ezechia (mit seiner Tochter Guda) als zweiter Jude in Rüthen geduldet, 1612 folgte Cumpell; für beide halbierte der Rat aufgrund ihres geringen Einkommens aus der Pfandleihe das übliche Geleitgeld. Diese Regelung galt ab 1620 für alle aufgenommenen Juden sowie für den bereits seit 1617 geduldeten Philipp, der für die städtischen Gebäude Fenster und das Nachthorn reparierte. Im Dreißigjährigen Krieg lieferten Juden aus Rüthen Blei an die hessische Besatzungsmacht, damit wurden die ansonsten schatzungsfreien Juden der Stadt auch zu Kontributionen herangezogen. Die Juden trieben fortan Handel mit Schaffellen und Metallwaren, u. a. mit Zinngefäßen. Die städtische Schlachtakzise von 1636 weist unter den sechs Metzgern drei jüd. Fleischhauer aus, die das aus religiösen Gründen nicht zu verwendende Fleisch verkaufen durften. Ab 1637 betrug das Geleitgeld 2 Reichstaler. Ab 1639 wurden in Rüthen fünf Juden geduldet, zu ihnen gehörte

ein Josephus, der u. a. Tabakhandel betrieb. Die zeitweise der Stadt verwiesene Jüdin Guda, bei der die Stadt 1645 einen Kredit aufgenommen hatte, zahlte 1649, als sie ins Hochstift Paderborn auswanderte, aufgrund ihres Vermögens die übliche Ausfuhrsteuer. 1647 waren von sieben örtlichen Fleischhauern sechs Juden, von denen Moyses z. B. das Fleisch zum Gastmahl des Rates für den Dechanten des Stiftes Meschede lieferte, ebenso 1652 für die Ehrentafel anlässlich des Aufenthaltes von Kurfürst Maximilian Heinrich in Rüthen. 1650 erließ die Stadt den sechs vergeleiteten Juden das Schutzgeld, da sie zeitgleich durch eine landesweite Kopfsteuer zu den schwedischen Satisfaktionsgeldern beigetragen hatten. Zu Beginn des 18. Jh. betätigten sich sieben oder acht Juden als gewerbliche Fleischhauer, hinzu kam der 1677 konvertierte Jude Cumpel Moyses, der anlässlich seiner Taufe und der anschließenden Aufnahme in die Bürgerschaft seitens des Rates demonstrativ geehrt wurde. Die in der landesherrlichen Judenordnung von 1700 festgelegte Zahl von fünf Juden wurde oft überschritten: Ab 1704 wurden auf städtischem Gebiet sieben, 1710 acht und 1711 neun Juden, darunter zeitweise auch unvergeleitete, geduldet, während die Aufnahme oder Beherbergung von fremden oder durchwandernden Juden strikt verboten war. 1727 werden sieben jüd. Familienvorstände in Rüthen genannt: Leiffman Samuel, Leiffman Junior, Moyses Levi, Abraham Itzig, Meyer Itzig, Wolff Katz und Heschgen. 1728/29 führte der Handel der Juden mit eingeführten Wollprodukten zu Protesten der Wollweberzunft, woraufhin der Bürgermeister die Waren der Juden pfänden ließ, was wiederum die westfälische Judenschaft zur Beschwerde veranlasste. Die wichtige Funktion der Rütthener Juden im städtischen Wirtschaftsleben zeigen ihr Handel mit ortsunüblichen Waren und Produkten (z. B. Fischen, Arzneien, Aniswasser, Wein, Ölen, Öfen und Knöpfen) sowie die Lieferungen und Reparaturen von Metallgegenständen (z. B. Gefäßen, Emblemen, Drähten, Waffen und Bleiverglasungen). Aufgrund ihrer überörtlichen Beziehungen betrieben Rütthener Juden auch den Wechsel fremder Geldsorten. Das dominierende Gewerbe blieb jedoch die Fleischhauerei, die ab 1766 von ihnen allein betrieben wurde. Die Erwerbschancen blieben indes wechselhaft – so für Leiser Leiffmann, der nach mehr als 20 Jahren Aufenthalt 1769 die Stadt verließ, um betteln zu gehen.

1712 zahlte die Rütthener Judenschaft zusätzlich eine Summe von 9 Rtlr. als Beteiligung an Einquartierungslasten durch sächsische Truppen, 1744 noch einmal 24 Rtlr. im Zusammenhang mit dem Durchmarsch Hannoverscher Truppen. 1731 klagte Leiffmann Samuel gegen die anlässlich des Begräbnisses seiner Ehefrau erhobene Sonderabgabe von eineinhalb Rtlr. – der Rat begründete dies mit dem notwendigen ‚Schutz vor dem Pöbel‘ bei jüd. Beerdigungen. Ab 1738 vereinheitlichte der Rat das individuelle Schutzgeld auf einen Reichstaler. In diesem Jahr lebten sieben jüd. Familien mit insgesamt 47 Personen in der Stadt. Die hohe Beteiligung der Juden an den Kosten des Siebenjährigen Krieges wie auch die nachfolgende schwierige Finanzlage der Stadt waren 1765 Anlass für einen Vertrag zwischen der Stadt und der örtlichen Judenschaft, nach dem die städtischen Lasten und Dienstbarkeiten für die Juden mit einer jährlich zu zahlenden Sonderpauschale von 40 Rtlr. abgegolten werden sollten. Die Stadt erhielt dadurch eine kalkulierbare Festeinnahme, die Judenschaft eine dauerhafte Basis fiskalischer Solidität. Fremden Juden war nun der befristete und kontrollierte Aufenthalt in Rüthen erlaubt, so 1775 beim ‚Judenwirt‘ Melchior Müller in der Nähe des Hachtors. 1795 wurde – gegen erhebliche Bürgerproteste – der seit 1788 in Altenrüthen geduldete Bendix Meyer (später Ruthenburg) in Rüthen aufgenommen.

Angriffe von Christen gegen Juden wurden vom Rat ebenso konsequent geahndet wie Rechtsvergehen der Juden oder Konflikte zwischen jüd. Glaubensgenossen. Empfund man die Gerichtsstrafen oder Verbote des Rates als ungerecht oder als Missachtung des jüd. Rechtsstatus, appellierte man an die zuständigen kurfürstlichen Behörden (Hofrat bzw. Hofkammer) in Bonn. Auch bei nicht zurückgezahlten Krediten

erhielten jüd. Gläubiger Rechtsbeistand. So nahm 1750 der kurfürstliche Richter Dr. Berg für Leiser Leiffmann den diesem gegenüber verschuldeten Hahnenhof und den Schäfershof in Kneblinghausen in Besitz. Verstießen Juden gegen die nach der Judenordnung zu achtenden christl. Feiertage, ahndete dies der Rat – so etwa 1772 anlässlich eines jüd. Tanzvergnügens, 1777 wegen des Ausmessens eines auf dem Markt stehenden, gepfändeten Braukessels durch den Knecht des Jacob Leyser an Weihnachten, 1778 wegen eines Eisenverkaufs an Mariä Himmelfahrt durch Jacob Leyser.

In Altenrüthen wurde ab 1686 der Jude Laitzar aus Geseke, der mit Aniswein handelte und sich als Fleischhauer betätigte, geduldet. Damit erweiterte die Stadt Rüthen zunächst die Anzahl der in ihrem Zuständigkeitsbereich geduldeten Juden, 1710 verweigerte der Rat der Witwe des Laitzar jedoch die unentgeltliche Übertragung des Geleits ihres verstorbenen Mannes. 1714 erhielt der Fleischhauer Joseph Itzig als zweiter Jude die Genehmigung zur Ansiedlung in Altenrüthen. Seit 1710 kam es dort zu judenfeindlichen Aktivitäten wie Körperverletzungen und Hausbeschädigungen. Diese sporadischen Angriffe, stets vom Rat mit hohen Strafen geahndet, eskalierten 1727/28 aufgrund des Gerüchts, Juden seien an einem ungeklärten Todesfall in „des Mesmachers Haus“ beteiligt gewesen. Sämtliche Rüthener Juden wurden daraufhin in Haft genommen. Das Haus des vorrangig beschuldigten Laitzar zu Altenrüthen wurde abgebrochen, die nutzbaren Bestandteile wurden öffentlich verkauft, Laitzar Herzog und seine Familie – als rechtlose Personen ohne Verhandlung – aus dem Rüthener Stadtgebiet vertrieben. Hart bestraft wurden auch der Notar Hermes, der Laitzar heimlich vorab einen Pass ausgestellt hatte, und auch Meyer Itzig, der mit dem Inhaftierten Kontakt aufgenommen hatte. Erst 1754 wurde in Altenrüthen wieder einem zweiten Juden Aufenthalt gewährt. Seit 1788 war dort Bendix Meyer (später Ruthenburg) geduldet.

Seit 1800 fand auch in Heddinghausen – im Bereich des Gogerichts, wo die Landwirtschaft die alleinige ökonomische Grundlage bildete – ein Jude Aufnahme: Nathan Ahron wurde „von der gemeinde gegen eine gewisse summe geldes“ aufgenommen und vergeleitet; 1801 lebte er mit Frau und Kind dort. So war um 1800 mit 13 jüd. Familien im Bereich Rüthen die Zahl der ansässigen Juden höher als je zuvor.

2.1.2 Die neue hessische Regierung und die Stadt achteten streng darauf, dass pro jüd. Haushalt nur ein jüd. Knecht beschäftigt wurde, wozu Bendix (Meyer) Ruthenburg, Vorsteher der westfälischen Judenschaft, genaue Aufstellungen abzuliefern hatte. Vergelich machte er Eingaben bzgl. der Gleichbehandlung bei örtlichen Sonderzahlungen und zur Anerkennung als vollwertige Mitbewohner hinsichtlich der Waldnutzung. Im Winter 1812/13 wurde Juden das allen Bürgern kostenlos zustehende Brennholz versagt. Ruthenburg verwies bei seiner Beschwerde an die Regierung darauf, dass die Rüthener Juden die allgemeinen staatlichen Lasten mittrügen, dennoch lehnte die hessische Regierung unter Verweis auf den Bericht des Rüthener Schultheißen Förstige und den Vertrag von 1765 die Eingabe ab. Auch 1819 genehmigte die Stadt dem Juden Hirsch Stern in Altenrüthen 30 Fuß Holz zum Brunnenbau nur, weil das Vorhaben im Sinne der örtlichen Brandverhütungsordnung war. Noch 1822 beglichen die Rüthener Juden ihre Anteile an der 1765 vertraglich festgesetzten städtischen Pauschalsumme, weiterhin waren Zahlungen für Hochzeitspatente und Geleiterteilungen zu leisten. Auch nach Einführung der Revidierten Städteordnung 1837 blieben die Rüthener Juden vom Erwerb des neugeordneten Bürgerrechts ausgeschlossen. Erst mit dem preuß. Gesetz von 1847 wurden der Vertrag von 1765 und die darin geregelten Zahlungen gegenstandslos.

Ab 1809 mussten Juden feste Familiennamen führen. Sie wählten z. T. Namen mit Lokalbezug, so Bendix (Meyer) den Namen ‚Ruthenburg‘, Emanuel (Katz) nannte sich ‚Rodenberg‘. Joseph (Levi) hieß fortan ‚Löwenstein‘, Joseph (Isack) ‚Wulf‘, Moses (Hertz) ‚Herzheim‘, Moses (Jacob) ‚Engländer‘. Meyer Goldenberg, Meyer

Rosenfeld und Hirsch (Michel) hießen ‚Stern‘. In preuß. Zeit nahm 1846 zusätzlich Samuel Joseph den Namen ‚Grünbach‘ an. Abraham Pollack, in den 1780er Jahren als Sohn des Rüthener Kantors Nathan Pollack geboren, behielt den von seinen Vorfahren ererbten Namen. Er war – wie seine Eltern, aber im Gegensatz zu seinen Großeltern – in Rüthen nicht wohnberechtigt und durfte kein Gewerbe ausüben, er verdingte sich deshalb zunächst als Knecht. Später schlachtete er für einen Rüthener Schankwirt, wofür er Kost und Logis erhielt und die Eingeweide verkaufen durfte. Dadurch geriet Pollack in Konkurrenz zu den örtlichen Metzgern. 1818 versuchte der christl. Metzger Thomas Petrasch beim Magistrat – unter Verweis auf Pollacks mindere Rechtsstellung, sein angeblich illegitimes Handwerks- und Geschäftsgebaren und die sonstige Lebensführung – gegen den Konkurrenten vorzugehen.

Von den 1824 im Bereich der Landbürgermeisterei Rüthen wohnenden 104 jüd. Personen waren 17 Hausierer; 13 Juden ernährten sich vom Handel, drei vom Handwerk, zwei von Kunst und Wissenschaft, einer betrieb Landbau. 1831 nutzten drei jüd. Familien neben sieben christl. Rüthener Honoratioren die Möglichkeit, einer neu gegründeten allgemeinen Choleraversicherung beizutreten. 1834 handelten sechs jüd. Krämer mit Branntwein, 1835 waren von den fünf ansässigen Kaufleuten vier Juden. 1846 lebten in Rüthen drei jüd. Kaufleute, fünf Metzger und ein Lehrer; die 62 jüd. Einwohner gehörten zu den Familien Meier Goldenberg, Joseph Grünbach, Abraham Herzheim, Abraham Pollack, Herz Rosenfeld, Markus Ruthenburg, Meier Ruthenburg, Emanuel Salzkötter (Lehrer) und Samuel Steinberg. Damit übertraf die Zahl der jüd. Einwohner die der evangelischen bei weitem, ging dann durch Abwanderung in größere Städte mit besseren Berufs- und Bildungsmöglichkeiten aber langsam zurück. So war etwa 1825 der aus Rüthen stammende Levi Herzheim nach Paderborn gezogen und hatte ein Geschäft am Marienplatz eröffnet, das sich zu einem bekannten Kaufhaus entwickeln sollte. Bürgersinn bewiesen 1842 fünf jüd. Hausbesitzer, die anlässlich des in Rüthen stattfindenden überregionalen Lehrerengesangsfestes ihre Wohnstätten als Quartier zur Verfügung stellten. 1848 demonstrierten die Juden Herzheim und Ruthenburg aus Rüthen sowie Stern aus Altenrüthen ihre Heimatverbundenheit als Subskribenten der von Joseph Bender verfassten Stadtgeschichte. Während die meisten Juden vom Handel mit Leder-, Ellen-, Spezerei- und Eisenwaren oder Pferden lebten, setzten die Familien Abraham Pollack und Herz Rosenfeld die Tradition des jüd. Metzgerhandwerks in Rüthen fort. Seit 1847 betrieb Abraham Herzheim im Rüthener Reißneital eine Papiermühle, die Stroh verarbeitete – der erste Rüthener Betrieb mit Maschineneinsatz, der in Familienbesitz bis 1888 existierte und zeitweise neun Arbeiter beschäftigte. An dem durch verkehrstechnische Verbesserungen (Straßen- und Eisenbahnbau) begründeten Neuaufschwung der Sandsteinindustrie um 1900 hatte auch ein jüd. Unternehmen Anteil, der in Altenrüthen von 1900 bis 1905 von Heinrich Stern geführte Natursteinbetrieb (ab 1901 ‚Rüthener Steinbruchgesellschaft mbH‘). In der Stadt Rüthen gehörten von den sieben selbständigen Juden zwei der Steuer- und Wählerklasse I, zwei der Klasse II und drei der Klasse III an. Moses Pollack, der nach dem Tod seines Vaters Abraham 1857 die Metzgerei übernommen hatte, ließ sich 1875 im Haus von Meyer Ruthenburg (1792–1864), Sohn des Rüthener ‚Judenvorstehers‘ Bendix (Meyer) Ruthenburg, in der Hachtorstr. 19 nieder und baute dort 1899 ein Schlachthaus; nach dem Ersten Weltkrieg zog er nach Hombruch bei Dortmund. Heinrich Stern (gest. 1920), Enkel des Altenrüthener Kaufmanns Hirsch Michael Stern, betrieb in der Hochstr. 23 ein Geschäftshaus. Jacob und Albert Stern waren Eisenwaren-, Leo und Willi Alexander Pferdehändler, Sally Pollack Metzger. Viehhändler waren Abraham gen. Albert und Hermann Pollack. Außerdem lebten Carl Ruthenberg und seine beiden Schwestern im Ort.

Nach Zeitzeugenberichten betätigten sich jüd. Jugendliche um 1900 als Läuter und Orgelgehilfen in den kath. Kirchen, einige Erwachsene gehörten örtlichen Stamm-

tischrunden an. Jüd. Laienspieler traten auf der Bühne des kath. Gesellenvereins auf, wobei die Erlöse dem örtlichen kath. Krankenhaus gestiftet wurden. Die christl. Bevölkerung beteiligte sich rege an den Bestattungen des Kaufmanns Heinrich Stern (1920) und des Metzgers Moses Pollack (1929). Die Metzgerfamilie S. Pollack nahm 1927 am festlichen Handwerkerumzug anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Kolpingfamilie teil. Antisemitische Äußerungen auswärtiger Redner im Rahmen einer örtlichen Agitationsveranstaltung gegen den Young-Plan 1929 fanden keinen Anklang, wie das ‚Rüthener Volksblatt‘ vermerkte. In öffentlichen Parteiveranstaltungen allerdings wurden Juden als ‚Schmarotzer des Volkes‘ diffamiert. Erste konkrete Auswirkungen der zunehmenden Hetze der Nationalsozialisten waren Beschädigungen der Schaufensterscheiben des Geschäftshauses Herzheim & Stern Ende 1932.

In Altenrüthen lebten 1846 als selbständige Juden Heinemann Friedmann, die Witwe Dina Baruch sowie Herz, Jeremias, Isaac und Salomon Stern. Die genannten erblichen Familiennamen haben sie – mit Ausnahme von Dina Baruch, die erst 1845/46 den festen Familiennamen ‚Friedmann‘ wählte, – 1808/09 angenommen bzw. bereits zuvor geführt. 1854 sind für Altenrüthen zwei Handelsleute, zwei Kaufleute und ein Metzger verzeichnet. Für Heddinghausen sind 1845 die Witwe Rebecka Oppenheim sowie Meier und Aron Sax nachgewiesen. 1854 lebte „Meier Sachs“ (geänderte Schreibweise) noch in Heddinghausen, während Aron Sax in Langenstraße wohnte. Für Hoinkhausen ist 1854 Abraham Rosenthal genannt.

2.1.3 Ende März 1933 wurde der Viehhändler Nobert Pollack unter dem Vorwand der „Beteiligung an kommunistischen Umtrieben“ in ‚Schutzhaft‘ genommen und neun Monate in die KZ Papenburg bzw. Sonnenburg (bei Küstrin) verschleppt. Boykottaufrufe gegen jüd. Geschäfte und Betriebe 1933/34 zeigten nur begrenzte Wirkung, da die Bevölkerung ihre Kaufgewohnheiten zunächst beibehielt. Dies bewog die örtliche NSDAP im Sept. 1934, jüd. Geschäftsleute als „Parasiten des Deutschtums“ zu verleumden, 126 ‚Boykottbrecher‘ (z. B. Kunden der Metzgerei Sally Pollack) anzuprangern und sie mit Zettelanschlagen an ihren Häusern oder Wohnungen als ‚Volksverräter‘ zu brandmarken. Als Ende 1934 ein auswärtiger Metzger eine Filiale in Rüthen eröffnen wollte, bemerkte der Bürgermeister, dieser müsse „ein erstklassiger“ sein, da er sonst der Konkurrenz durch Sally Pollack, der „geschäftstüchtig und kapitalkräftig“ sei, nicht gewachsen sei. Durch behördliche Willkürmaßnahmen – wie rigide Kontrollen und Hygieneauflagen – versuchte man, den Ruf des alteingesessenen Fachbetriebs zu schädigen; Kunden und Geschäftspartner wurden bedroht und zur Aufgabe der Beziehungen genötigt. Am Schaufenster der Metzgerei fanden sich Schmierereien, Familienangehörige wurden unter Vorwänden in ‚Schutzhaft‘ genommen. Wegen der Boykottaktionen konnte Sally Pollack 1936 nur noch einen (statt bisher zwei) Gesellen beschäftigen. Der Terror trieb ihn 1937 in den Selbstmord und führte zur ‚Arisierung‘ seines Betriebes. Das Setzen eines Grabsteins auf dem Rüthener Friedhof wurde der Familie – vermutlich auf Druck örtlicher NS-Organisationen – verwehrt. Seit Anfang 1935 häuften sich Beschädigungen. Außer bei Sally Pollack wurden mehrfach auch bei Kaufmann Stern sowie dem Viehhändler Albert Pollack und in der Synagoge Fensterscheiben eingeworfen oder Hetsprüche angeschmiert. Bei den Geschwistern Ruthenburg wurden mehrere Male Gartenpfähle umgeworfen. Dem Manufakturwarengeschäft Herzheim & Stern galt im Dez. 1935 der Vorwurf, Woll- und Baumwollwaren „zu außergewöhnlich niedrigen Preisen“ verkauft zu haben; nach Eingreifen des Syndikus des Handelsamtes Lippstadt stellte das Geschäft den Verkauf der Artikel ein. Vor dem Pogrom mussten Josef und Albert Stern ihre Eisenwarenhandlung und Erich Stern seine Manufakturwarenhandlung ‚Herzheim & Stern‘ aufgeben.

Während des Pogroms 1938 wurden an sechs Geschäften jüd. Inhaber Fensterscheiben zerschlagen, Mobiliar demoliert, Bewohner auf die Straße gezerzt und geschlagen,

die Tochter von Albert Pollack die Treppe hinuntergestoßen, die Synagoge verwüstet. Im Rahmen des Pogroms kam es zu Ermittlungen gegen Albert und Helene Pollack sowie Albert und Joseph Stern wegen ‚provokanten‘ Benehmens gegenüber der Bevölkerung und Beleidigung von SS-Leuten. Die beiden Vieh- und Pferdehändler Willi und Leo Alexander wurden bis Dez. 1938 ins KZ Sachsenhausen verschleppt. Es gelang ihnen nicht, wie angeordnet innerhalb von drei Wochen mit ihren Familien auszuwandern. Nachdem Leo Alexander Anfang 1939 gedrängt worden war, sein Handelsgeschäft aufzugeben, arbeitete er zunächst in der Nähe von Bielefeld, während sein Bruder Willi Erdarbeiten bei der Gemeinde Anröchte erledigte; zuletzt verrichteten beide Straßenbauarbeiten in Brilon. Die Familie Stern musste ihr Textilhandelshaus als letztes jüd. Geschäft in Rüthen verkaufen.

Elf Mitgliedern der Familien Pollack und acht der Familien Stern gelang zwischen 1937 und 1939 die Emigration. Im Dez. 1938 und im Jan. 1939 schloss die Stadt Rüthen acht Kaufverträge mit Mitgliedern der Familien Ruthenburg, Stern, Pollack und Herzheim sowie mit der Synagogengemeinde, dabei erwarb sie zu günstigen Preisen sämtlichen unbebauten Grundbesitz der emigrierten Juden. Nachdem die Eigentümer deportiert worden waren, erhielt die Stadt nach längerer Auseinandersetzung mit dem Fiskus 1944 zudem unentgeltlich das Haus von Albert Stern (Königstr. 8) sowie die Villa Waldfrieden im Rißneital von Klara Weiß geb. Herzheim. Beide Gebäude hatten zuvor als ‚Judenhäuser‘ gedient, u. a. für sieben Juden aus Lippstadt. Am 27./28. April 1942 wurden Leo und Willi Alexander ins Ghetto Zamość deportiert. Mathilde Ruthenburg, Albert Stern und Klara Weiß, denen zuvor ‚Heimeinkaufsverträge‘ und ‚Spenden‘ in Höhe von einem Viertel ihres Bar-, Spar- und Bankguthabens (zwischen 4000 und 15 000 M) abgepresst worden waren, wurden mit einem Sonderzug der Westfälischen Landes-Eisenbahn nach Soest und von dort weiter mit der Reichsbahn nach Dortmund gebracht, am 29. Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert und später in einem KZ ermordet.

2.1.4 Einige Rüthener Emigranten forderten in den Nachkriegsjahren Entschädigung für den zwangsweise verkauften Haus- und Grundbesitz. Der jüd. Friedhof, der als Schuttabladeplatz und Viehweide missbraucht worden war, wurde instandgesetzt und wird seitdem von der Amtsverwaltung gepflegt. Seit 1988 erscheinen Veröffentlichungen zur Geschichte der Rüthener Juden während der NS-Zeit, die aus Anlass des 50. Gedenktages zum Pogrom von 1938 auch in einer Ausstellung thematisiert wurde. Ein Nachfahre des Altenrüthener Kaufmanns Hirsch Michael Stern, Henry J. Stern aus den USA, übergab dem Rüthener Stadtarchiv 1994 die um 1942 verfassten Jugenderinnerungen seines Vaters, des Landgerichtsdirektors Dr. Hugo Herz Stern (1889–1958). An der Fassade des ehem. Synagogengebäudes in der Königstr. wurde 1988 eine Gedenktafel angebracht. Im Rahmen der Aktion ‚Stolpersteine‘ wurden 2015 Gedenksteine in Rüthen verlegt.

2.2.1 1818 lebten in Rüthen 41 Juden, 1839 waren es 47, 1846 waren es 62, 1858 dann 43 Juden. 1871 waren von 1700 Einwohnern 1635 kath., 22 ev. und 43 jüd. Glaubens; 1895 waren von 2018 Einwohnern 1950 kath., 31 ev. und 37 jüd. Glaubens; 1925 waren von 2239 Einwohnern 2156 kath., 54 ev. und 29 jüd. Glaubens; 1933 lebten in Rüthen 29 Juden. In Altenrüthen lebten 1802 drei jüd. Familien, 1818 waren es 25 Juden, 21 im Jahr 1843 und 16 im Jahr 1858; 1871 waren von 333 Einwohnern 315 kath., einer ev., 17 jüd. Glaubens; 1895 waren von 323 Einwohnern 317 kath., einer ev. und fünf jüd. Glaubens. In Heddinghausen lebte 1802 eine jüd. Familie, 1843 lebten dort sechs Juden; 1871 waren von 169 Einwohnern 165 kath. und vier jüd. Glaubens. In (Langenstraße-)Heddinghausen lebten 1858 acht Juden. 1871 waren in Langenstraße von 188 Einwohnern 184 kath. und vier jüd. Glaubens. In Hoinkhausen waren im selben Jahr von 193 Einwohnern 192 kath. und einer jüd. Glaubens. In Kneblinghausen waren

1925 von 280 Einwohnern 279 kath. und einer jüd. Glaubens, im heute zu Warstein gehörenden Suttrop im selben Jahr von 2973 Einwohnern 2561 kath., 391 ev., 13 jüd. und fünf bekenntnislos.

1842 wurde seitens der Regierung Arnsberg die Einrichtung eines eigenen Synagogenbezirks Rüthen angedacht, zu dem auch die Juden aus Altenrüthen und Heddinghausen gehören sollten. Die Judenschaft Rüthen-Altenrüthen verfügte 1843 über eigene Statuten. Nach der 1854 erfolgten Bildung eines Synagogenbezirks Rüthen-Anröchte – zu dem die Stadt Rüthen, die Gemeinden des Amtes Altenrüthen (u. a. Altenrüthen, Effeln, Heddinghausen, Hoinkhausen, Kneblinghausen, Langenstraße und Oestereiden) und des Amtes Anröchte (u. a. Anröchte, Altengeseke und Mellrich, jedoch ohne das Kirchspiel Horn) gehörten – kam es zwischen Rüthen und Anröchte zu Streitigkeiten, u. a. wegen der Wahlberechtigung und wegen des Hauptsitzes der Vereinigung. Da über ein gemeinsames Statut keine Einigung erzielt werden konnte, erließ die Arnsberger Regierung 1858 ein Reglement für den Synagogenbezirk, wonach u. a. zwei der drei Vorstandsmitglieder aus Rüthen kommen mussten. Ein erster Nachtrag zum Statut stammt von 1871, ein zweiter von 1904. Da die Wahlvorgänge immer in Rüthen stattfanden und der Vorstandspräses hier wohnte, entwickelte sich die Stadt zum Hauptsitz; im Repräsentantenkollegium dominierten dagegen durchweg Juden aus Anröchte. Für die Kassenführung und Etataufstellung wurde ein christl. Rendant gewählt.

Das Vermögen der Rütthener Gemeinde bestand um 1875 aus der Synagoge (mit Schullokal und Lehrerwohnung), dem Friedhof sowie Zinsen aus kleineren Legaten und ‚Gelübdegeldern‘. Für den Gemeindeetat von 880 M hatten die Mitglieder (je nach Steueraufkommen) insgesamt 862 M aufzubringen. Die größten Ausgabenposten bildeten das Jahresgehalt des Lehrers/Kantors (600 M), die Schuldzinsen für den Bau der Synagoge (102 M) und deren Unterhalt (102 M).

2.2.2 Eine Synagoge in Rüthen wird 1798 von der Judenschaft Rüthen-Altenrüthen südöstlich der Kreuzung Königstr./Hochstr. (hinter dem Wohnhaus von Meyer Goldenberg) erwähnt. 1818 führte der Vorsteher Bendix (Meyer) Ruthenburg beim preuß. Landrat erfolgreich Beschwerde gegen die Abhaltung von jüd. Privatgottesdiensten in Altenrüthen, da die Altenrütthener und Rütthener Juden eine Religionskorporation für die Synagoge gebildet hätten und einen gemeinsamen Vorsänger unterhielten. Die 1798 erwähnte Synagoge wurde durch den Stadtbrand 1834 zerstört. 1835/36 baute man in direkter Nähe (nordöstlich der Kreuzung Königstr./Hochstr. auf dem Grundstück von Alfred Herzheim) ein neues Gotteshaus, das ein Schulzimmer und eine Wohnung für den Lehrer besaß. 1905 fanden Gottesdienste in der Synagoge nur noch an Feiertagen statt. Das Erdgeschoss des Vorderhauses (die ehem. Wohnung für den jüd. Lehrer) war seit 1926 an den christl. Gemüschändler Franz Harnacke vermietet. Nachdem bereits 1935 die Synagogenfenster zerstört worden waren, wurden am 10. Nov. 1938 auch der Kultusbereich und das Inventar im Schulraum verwüstet. Nach der Pogromnacht fand ein Bürger die Thorarollen in einem Trümmerberg auf der Straße und brachte sie dem kath. Pfarrer Schulte, 1959 wurden sie der jüd. Kultusgemeinde Paderborn übergeben. Am 10. Jan. 1939 erwarb die Stadt Rüthen zu einem ‚begünstigten‘ Preis von 1500 RM das Synagogengebäude. Diese erlaubte dem alten Mieter, den bisherigen Kultusraum mit einer Balkendecke abzuteilen und für Lagerzwecke zu nutzen. Die ehem. Synagoge verblieb in diesem Zustand bis 1952, als die Stadt das Gebäude im Rahmen der ‚Wiedergutmachung‘ an die JTC zurückgab. Diese veräußerte es an den bisherigen Mieter, der es zu Wohn- und Geschäftszwecken um- und ausbaute.

2.2.3 1718 war Aaron Hirsch Vorsänger und Schulmeister in Rüthen, 1756 wird ein Schullokal erwähnt. Vor 1825 ist der jüd. Privatlehrer Simon Nau(e)nburger belegt, der 1830 im Alter von 85 Jahren starb. 1825 besuchten von den 13 schulpflichtigen jüd. Kindern aus Rüthen, Altenrüthen und Heddinghausen neun die christl. Schulen, vier

erhielten jüd. Privatunterricht. In diesem Jahr stellte die Gemeinde den Lehrer Isaak Wolf als Vorsänger, Schächter und ‚Kinderlehrer‘ mit 50 Tlr. Jahresgehalt und Kost mit staatlicher Genehmigung an, nachdem ihn der örtliche Schulinspektor (der kath. Pfarrer) und ein überregionaler Vizerabbiner geprüft hatten. Isaak Wolf konnte nur noch durch die staatliche Schulaufsicht entlassen werden. Von einigen jüd. Familien mussten die entsprechenden Gehaltsanteile durch kommunalen Zwang eingetrieben werden. 1827 besuchten von 21 jüd. Kindern 14, vorwiegend aus Rüthen und Altenrüthen, den Unterricht in der Privatschule, der in wechselnden jüd. Privathäusern erteilt wurde. 1836, als Moses Rothschild 23 jüd. Kinder unterrichtete, wurden in der neuen Rüthener Synagoge die Lehrerwohnung und ein Schullokal eingerichtet. Der Unterricht umfasste nach einer Verfügung der Regierung 26 Stunden pro Woche. Hier durfte nur „in den Gegenständen der Elementarschule und nicht in hebr. unterrichtet werden“. Ein weiterer Lehrer der Privatschule war 1842 Selig Louis Liepmannsohn aus Horn, der sich später für gottesdienstliche Reformen einsetzte und zahlreiche religiöse Schriften veröffentlichte. Für 1843 sind 18 schulpflichtige Kinder in Rüthen, vier in Altenrüthen und zwei in Heddinghausen verzeichnet. 1844 gab es 19 jüd. Kinder, zwischen 1850 und 1883 jeweils neun bzw. zwölf Schulkinder. Weitere Lehrer waren 1845 Emanuel Salzkötter aus Warstein, 1849 Jacob Meier aus Telgte, 1849 und 1851 Julius Eichwald, 1850 Isaac Hochfeld, Joseph Kaufmann, 1852 Philipp Freudenberg aus Burgsteinfurt, 1853 Ph. Stern, 1854 Philipp Leser aus Kerpen, 1857 Samuel Löwenstein, 1867 Salomon Schindler aus Dortmund, 1875 B. Wertheim und 1881 sowie 1884 Levy Kleestadt aus Geske. Nach 1885 wurde die jüd. Privatschule Rüthen aufgegeben. Auswärtige jüd. Lehrer erteilten danach bis zur NS-Zeit an zwei Tagen in der Woche privaten Religionsunterricht, wozu die Stadt einen Zuschuss leistete. Nach Zeitzeugenberichten besuchten die jüd. Kinder um 1900 den kath. Kindergarten, die kath. Volksschule (einschließlich des kath. Religionsunterrichts bis zum 10. Lebensjahr), dann die unter geistlicher Leitung stehende Rektoratschule in Rüthen oder das christl. geprägte Briloner Gymnasium.

2.2.4 Der 1794 verstorbene und auf dem Rüthener Friedhof beerdigte Naftali ben Mosche Awraham hinterließ eine wohltätige Stiftung, wie seiner Grabinschrift zu entnehmen ist. Zu Beginn des 19. Jh. führten Rüthener und Altenrüthener Juden gemeinsam Sammlungen für die jüd. Armen durch. Von 1828 an unterstützten Juden aus Rüthen mit ihren Spenden acht Jahrzehnte, Christen aus dem Ort vier Jahrzehnte die Haindorfische Stiftung. Mit deren Unterstützung begann Heinemann Rosenfeld in den 1850er Jahren eine Buchbinderlehre, Isaac Rosenfeld besuchte Ende der 1860er Jahre die Lehrerbildungsanstalt.

2.3.1 Der Rabbinersohn Meir Awraham (gest. 1735), vermutlich mit dem 1727 in Rüthen genannten Meyer Itzig identisch, war laut Protokollen der Kurkölnener Hofkammer Vorsteher der westfälischen Landjudenschaft. 1796 wurde in der Stadt erstmals wieder seit 1783 ein Landtag der westfälischen Judenschaft veranstaltet, wobei der seit 1788 in Altenrüthen geduldete und 1795 gegen erhebliche Bürgerproteste in Rüthen aufgenommene Bendix/Benedikt Meyer (ab 1809 Ruthenburg, gest. 1825) zu ihrem Vorsteher gewählt wurde. Dieser hatte 1801 die Reste der für den Reichskrieg gegen Frankreich von den westfälischen Juden aufzubringenden Kopfsteuer einzutreiben. 1802 leistete er in Arnsberg den Huldigungseid gegenüber der neuen Landesherrschaft Hessen-Darmstadt, 1803 war er einer von mehreren Judenschaftsvorstehern.

Vorsteher der Synagogengemeinde Rüthen-Anröchte waren aus Rüthen: Moses Herzheim (1860), Abraham Friedemann (1864) und Moses Pollack (1885–1890, gest. 1929). Von etwa 1900 bis ca. 1913 war Heinrich Stern Gemeindevorsitzender. 1924 fungierten Paul Frank und Albert Stern als Vorsteher; 1932 war Albert Stern Gemeindevorsitzender, Joseph Stern und Joseph Alexander waren Repräsentanten.

Als Vorsänger findet 1718 der Schulmeister Aaron Hirsch Erwähnung, in den 1780er Jahren versah Nathan Pollack das Kantorenamt. Seit Beginn des 19. Jh. waren in Rüthen die Ämter des privaten Schullehrers mit dem des Kantors, zeitweise auch mit dem des Schächters vereint. Nach Aufgabe der Privatschule Ende des 19. Jh. betätigten sich jüd. Gemeindemitglieder als Kantoren, Vorbeter und Schächter.

2.3.2 Der 1855 in Rüthen geborene Berliner Fabrikant Alfred Herzheim machte sich durch intensive private Forschungen auf dem Gebiet der Phrenologie (der pseudowissenschaftliche Versuch, geistige Eigenschaften äußeren Gehirnnarealen zuzuordnen) einen Namen.

2.3.3 Seit Ende des 19. Jh. wurden in Rüthen Juden verstärkt Mitglieder in gesellschaftlichen Vereinigungen. So traten die jüd. Kaufleute Alfred Herzheim und Carl Ruthenburg 1878 dem neu gegründeten Gesellschaftsverein ‚Casino‘ bei, später auch Heinrich Stern. 1887 trugen sich Carl Ruthenburg und Heinrich Stern in die Gründungsliste des Männergesangvereins ‚Arion‘ ein. Zum 1888 gegründeten 13-köpfigen ‚Orchester-Verein Rüthen‘ gehörten die jüd. Mitglieder Alexander, Ruthenburg, Stern, Rosenfeld und A. Herzheim. Nach 1885 waren Felix Stern, Carl Ruthenburg und Josef Alexander gewählte Deputierte der St. Hubertus-Schützenbruderschaft, in der Josef Alexander 1896, 1913 und 1926 die Königswürde errang. 1898 zählten zu den elf Förderern des Ausbaus der Schützenhalle Alfred Herzheim, Paul Frank, Felix und Heinrich Stern. 1902 waren Josef Alexander und Albert Pollack Gründungsmitglieder der Freizeitgesellschaft ‚Ruthenia‘; 1914 gehörte Carl Ruthenburg deren Vorstand an. 1886 hatten sich Benjamin Rosenfeld, Carl Ruthenburg und Heinrich Stern nebst 24 weiteren Bürgern um die erste, allerdings erfolglose Einrichtung einer freiwilligen Feuerwehr bemüht; bei der Gründung 1911 traten ihr Heinrich Stern, Paul Frank, Carl Ruthenburg und Sally Pollack als passive Mitglieder und Förderer bei. Fritz und Heinrich Stern, Veteranen des Krieges 1870/71, gehörten 1908 dem örtlichen Kriegerverein an. Heinrich Stern war 1908–1916 Vorstandsmitglied der Rütthener Sparkasse. Von 1899 bis 1924 führte Carl Ruthenburg die Kasse der Rütthener Abteilung im Sauerländer Gebirgsverein und wurde dafür zum ersten Ehrenmitglied des Vereins ernannt. Der Verein bemühte sich zu dieser Zeit besonders um die Verschönerung des Stadtbildes und die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Zu den aktiven Sängern im MGV ‚Cäcilia‘ von 1898 gehörten 1923 die Brüder Leo und Willy Alexander, Erich Stern war passives Mitglied. 1926 wurde Helene Pollack Königin im St. Sebastianus Junggesellen-Schützenverein, in dem ihr Vetter Hermann Pollack 1928 das Amt des ersten Hauptmanns bekleidete. Norbert Pollack war 1930 als Kassierer Vorstandsmitglied im ‚Verein für Rasensport Rüthen‘ (VfR).

3.1 Die Synagoge von 1798 südöstlich der Kreuzung Königstr./Hochstr. war schiefergedeckt und hatte einen Taxwert von 600 Rtlr. (die jüd. Wohnhäuser 300 bis 700 Rtlr.). Wenige Meter östlich des Gebäudes befand sich vermutlich eine Mikwe, worauf ein im Urkataster von 1829 eingezeichnetes kleines Gebäude hindeutet. Während des großen Stadtbrandes von 1834 wurde diese Synagoge zerstört. Das 1835/36 in direkter Nähe (nordöstlich der Kreuzung Königstr./Hochstr.) auf dem Grundstück von Alfred Herzheim errichtete neue Gotteshaus war ca. 70 m² groß. Den über zwei Stockwerke reichenden Betraum (mit Frauenempore) betrat man von der Königstr. aus. Im westlichen Teil (Vorderhaus) befand sich ein Schulzimmer und die Wohnung für den Lehrer. Der schieferverkleidete Fachwerkbau hatte ein Walmdach. Auf die Einrichtung einer Mikwe hat man beim Neubau verzichtet. 1988 wurde an der Fassade des ehem. Synagogengebäudes (Königstr.) eine Gedenktafel angebracht.

3.2 Der in den 1870er Jahren nach Berlin verzogene Papiermühleneinhaber Alfred Herzheim baute um 1900 im Rißneital die ‚Villa Waldfrieden‘ als Sommersitz. Seine

Tochter, Klara Weiß, lebte dort bis zu ihrer Deportation. In jüd. Besitz befanden sich 1935 Gebäude in der Hachtorstr. (Sally Pollack), Niedere Str. (Geschwister Ruthenberg), Mittlere Str. (Albert Pollack), Hochstr. (Erich Stern), Königstr. (Josef Stern und Albert Stern). Erhalten sind die ehemals jüd. Bürgern gehörenden Häuser Hachtorstr. 7, 19 und 50, Hochstr. 8 und 24, Königstr. 8, Mittlere Str. 7, Niedere Str. 2, Rißneital 1; bis auf zwei haben sie durch Umbauten ihr Erscheinungsbild jedoch verändert. Bei der Renovierung des Geschäftshauses ‚Herzheim & Stern‘ 1931 ließ der damalige Inhaber Erich Stern auf dem Mittelbalken des Giebeltrapezes zur Hochstraße die deutsche Inschrift anbringen: „Mit Gott und seinem Beistand fing ich den Handel an“. Bei dem in einem Torpfeiler eingemauerten Fragment einer hebr. Inschrift an der Hausecke des Fachwerkgebäudes Burgstr. 1 (Fassadenseite zur Hachtorstr.) handelt es sich vermutlich um den Rest einer Widmungsinschrift für das Ehepaar Schönnche und Jeremija ben Naftali (gest. 1847 bzw. 1846).

3.3 1625 – in Zusammenhang mit einer Pestwelle – gestand die Stadt der jüd. Gemeinde dauerhaft den Begräbnisplatz ‚Judenhagen‘ östlich des historischen Hachtores „allerneigst der alten begrebnuß“ in einem mittelalterlichen Befestigungsgraben zu. Da dort schon vorher Juden bestattet worden waren, gilt er als der älteste, in seinem spätmittelalterlichen Urzustand erhalten gebliebene jüd. Friedhof des kurkölnischen Sauerlandes. Dort wurden auch die Juden aus Altenrüthen beerdigt. 1889 erließ die Stadt eine Nutzungsordnung für den jüd. Totenhof. Der von der Synagogengemeinde angestellte Totengräber hatte das Belegverzeichnis zu führen. Während des Zweiten Weltkrieges wurde der Friedhof durch Bombeneinwirkungen beschädigt. Auf einer Gesamtfläche von 1821 m² befinden sich dort von ehemals mehr als 200 noch 80, vorwiegend an den Grabenhängen und – im älteren Bereich – unregelmäßig aufgereichte Grabstätten mit Steinen aus Rüthener Grünsandstein. Sie stammen aus dem 17. und 18. Jh., der älteste von 1654. Der Grabinschrift des 1794 beerdigten Naftali ben Mosche Awraham ist der Hinweis auf eine von diesem begründete wohltätige Stiftung zu entnehmen. Außerdem finden sich eine Gruftanlage der Familie Ruthenburg sowie einige weitere mit Ziegelsteinen ausgemauerte Grabstellen, die mit Betonplatten abgedeckt wurden. Die Grabdenkmäler des von der Stadt Rüthen seit 1952 gepflegten und im Eigentum des ‚Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe‘ befindlichen Friedhofes zeigen seit der Mitte des 19. Jh. in Anlage, Stil, Beschriftung und Ornamentik aufkommende liberale Tendenzen. Der an der Stadtmauer entlangführende Fußpfad wurde 1952 mit Zustimmung der jüd. Gemeinden der Kreise Soest und Lippstadt vom Begräbnisplatz abgetrennt. Als Letzter wurde 1958 Dr. Hugo Stern, der in die USA emigriert und nach dem Krieg Richter am Düsseldorfer Landgericht gewesen war, dort bestattet. 1983 wurde das Areal in die Denkmalliste der Stadt eingetragen. 1996 wurde an der Stadtmauer in Eingangsnähe zum Friedhof auf Initiative der Stadt Rüthen nach einer Spendenaktion eine Gedenktafel für die zehn ermordeten Mitglieder der Synagogengemeinde angebracht. Die noch vorhandenen Grabstätten wurden seit 2009 von Mitarbeitern des ‚Steinheim-Instituts‘ digital verzeichnet. 2013 wurde am nordwestlichen Rand des ältesten Friedhofsbereichs (Nähe Hachtor) eine Ausblicksplattform mit Informationstafeln errichtet.

1884 ließ sich der 1855 in Rüthen geborene Berliner Papierfabrikant Alfred Herzheim nordöstlich von Rüthen im Rißneital einen Privatfriedhof (nahe seiner 1901 errichteten ‚Villa Waldfrieden‘) für seine Familie genehmigen, der jedoch nicht genutzt wurde.

1879 richtete die Gemeinde (Langenstraße-)Heddinghausen für die jüd. Bewohner am Ort in der damaligen Flur III Nr. 145 einen Begräbnisplatz ein. Im Rahmen einer Bestandsaufnahme des ‚Steinheim Instituts‘ wurde die Lage dieses Friedhofs ermittelt, die bis dahin unbekannt gewesen war. Grabsteine sind nicht erhalten.

4.1 KreisA Soest, Landratsamt Lippstadt Nr. 633–636, 639, 641, 644. – LAV NRW Abt. R (Duisburg), Kurköln IV, Hofkammer (Judenangelegenheiten). – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), P 5 Nr. 42, 101–104, 246, 285. – LAV NRW Abt. W (Münster), Hztm. Westf., Landesarchiv, 1725; Amtsgericht Rüthen I 29, V 17, V 22, II.; Politische Polizei III. Reich Nr. 212, 215, 290, 292. – StadtA Rüthen, B 774–776, 782–784, 998–1002; Amt Rüthen A 260–262, 264, 274, 289; Amt Rüthen B 260; Separationsrezess Langenstraße-Heddinghausen, § 9 Gemeinschaftliche Anlagen, Nr. 17; Nachlass Dr. Hugo Stern (Kopien).

4.2 Lagepläne der ersten und zweiten Synagoge sind im Katasteramt des Kr. Soest und im StadtA Rüthen erhalten; Lagepläne der jüd. Friedhöfe im städtischen Friedhofsamt Rüthen; Fotos der zweiten Synagoge, von Gebäuden und Personen im Archiv des Heimatgeschichtlichen Arbeitskreises Rüthen; Abb. in BOCKHORST/MARON, Geschichte der Stadt Rüthen 819, 823; Heimatgeschichtlicher Arbeitskreis Rüthen (Hg.), Rüthen. Bilder aus vergangenen Tagen <Horb a. N. 1988> 21, 50f., 56. Fotos bzw. Zeichnungen der Synagoge in BIRKMANN/STRATMANN, Bedenke vor wem Du stehst 118 u. in BROCKE, Feuer an Dein Heiligtum gelegt 468. Fotos der Synagoge, des Friedhofs und des Wohnhauses Herzheim in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 607–609. Die in der Pogromnacht geretteten Thorarollen aus der Rühener Synagoge befinden sich im Besitz der Kultusgemeinde Paderborn.

4.3 Dokumentation des Friedhofs auf <http://www.steinheim-institut.de/cgi-bin/epidat?function=Inf&sel=rth> [letzter Zugriff 21.09.2016]. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 2–43 <1828–1907/09>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1909> 72, <1911> 81, <1913> 92, <1924/25> 62. – HOENIGER Robert (Hg.), Das Judenschreibsbuch der Laurenzpfarre zu Köln (= Quellen zur Geschichte der Juden in Deutschland I) <Berlin 1888> 38. – KOSCHE, Studien zur Geschichte der Juden 27f. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 166. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53. – Westfalia Judaica I, 50.

4.4 BALRAK Jale u. a. (Kl. 10 Städt. Gymnasium Rüthen), Als die Synagogen brannten. In: Rühener Hefte 20 <1987/88> 70–74. – BOCKHORST Wolfgang/MARON Wolfgang (Hg.), Geschichte der Stadt Rüthen (= Studien und Quellen zur westfälischen Geschichte 37) <Paderborn 2000> 681f. und 818–828. – BRACHT Hans-Günther, „Flaggen für Euch, Hemd aus der Hose“. Aus Polizeiakten der NS-Zeit. In: Rühener Hefte 23 <1991> 77–79. – DERS., Familie Pollack. Ein Beitrag zur Erinnerung an die Vertreibung und Ermordung der Rühener Juden. In: Lippstädter Heimatblätter 81 <2001> 161–168. – GRUN Ulrich, Der „Judenhagen“ in Rüthen. In: Heimatkalender des Kreises Soest <2002> 76f. – DERS., Der „Judenhagen“ in Rüthen. „Wichtiger als eine Synagoge“. Seit 1625 Begräbnisstätte. In: Heimatkalender des Kreises Soest <2003> 76–78. – KRÄMER Hermann J., Die jüdischen Friedhöfe in der Stadt Rüthen. Wege und Anmerkungen zu ihrer wissenschaftlichen Erschließung. In: Heimatblätter. Geschichte, Kultur und Brauchtum im Kreis Soest und in Westfalen, Folgen 446 <Sept. 2010> u. 448 <Okt. 2010>. – MÜHLE Eduard, Bildung der Synagogenbezirke im Kreis Lippstadt (1847–1855). In: Lippstädter Heimatblätter 64 <1984> 119–124.

Friedhelm Sommer

RÜTHEN-Oestereiden

1.1 Stadt Rüthen, Ortsteil Oestereiden, Kr. Soest

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Stadt Rüthen.

Oestereiden gehörte dem 1854 gebildeten Synagogenbezirk Rüthen-Anröchte an.

2.1.1 Die landesherrliche Judenordnung von 1700 und der Bericht des kurfürstlichen Richters Dr. Franz Joachim Berg über die Juden im Hztm. Westfalen von 1703 nennen für Eyden (Oestereiden) den vergeleiteten Haushaltsvorstand Moises. 1718 wohnte Nathan Ruben, der einen Geleitbrief besaß, im Ort; 1722 ist für ‚Eyen‘ der vergeleitete Jude Ruben Nathan (möglicherweise der Sohn von Nathan Ruben) nachgewiesen. 1738 war weiterhin ein jüd. Haushaltsvorstand ansässig. 1774 heiratete Schaena Raphael aus Oestereiden in Horn (bei Erwitte) den dort wohnenden Jacob Calmen. 1776 hatte Hesse Ruben für sich, seine beiden Knechte und eine Magd 1 Rtlr. 9 Gr., ferner Salomon Levy mit einem Knecht 18 Gr. an Kopfschatz zu entrichten. 1790 lebten im Gogerichtsbezirk Rüthen zwei vergeleitete Juden, und zwar die in Oestereiden ansässigen Jacob Moses und Leifmann Moses; Letzterer war 1801 mit Frau und Kindern im Besitz eines Armengeleits. Im selben Jahr hatte Jeremias Hertz 41 Rtlr. 24 Gr. an Abgaben und Kriegsbeiträgen zu entrichten; er hatte ein stehendes Geleit inne. Leifmann Moses und Jeremias Hertz beschäftigten Knechte.

2.1.2 1846 waren der Metzger Asser Löwenstein, der Kaufmann Heinemann Stern und der Tagelöhner Samuel Wolf als in Oestereiden ansässige Juden verzeichnet. Sie führten die Familiennamen, die sie infolge der Anordnung der hessischen Regierung vom 15. Dez. 1808 gewählt hatten. Für Oestereiden sind in der zweiten Hälfte des 19. Jh. der Handelsmann Heinemann Stern (gest. 1867) sowie die Kaufleute Aron, Jacob, Moses und Philipp Stern, vermutlich seine Söhne, nachgewiesen. Der Handelsmann Moses Freund stammte aus Rhoden im Fürstentum Waldeck und starb 1901 in Oestereiden; aus seiner Ehe mit Hanna Löwenstein (gest. 1870) gingen die Kinder Carl und Pauline hervor. Nach dem Tod seiner Frau heiratete Moses Freund 1871 Emilie Löb aus Wrexen, mit der er die Kinder Johanna und Louis hatte. Johanna Freund, verh. Mannheimer, lebte 1938 in Bad Pyrmont; Louis Freund war Anfang des 20. Jh. Geschäftsführer in Berlin, wo er sich 1938 das Leben nahm. In Oestereiden wurden in den 1870er/1880er Jahren ferner Jette (Jenny), Caroline und Abraham Freund geboren. In diesem Zeitraum wird außerdem die Familie Wolff für Oestereiden erwähnt.

2.2.1 In Oestereiden lebten 1802 drei jüd. Familien. Für 1818 sind 15 Juden verzeichnet, 24 waren es 1843 und 17 im Jahr 1858. 1861 waren von 696 Einwohnern 673 kath., fünf ev. und 18 jüd. Glaubens, 1871 von 651 Einwohnern 632 kath., acht ev. und elf jüd. Glaubens, 1895 von 582 Einwohnern 572 kath., sieben ev. und drei jüd. Glaubens.

1842 plante die Regierung Arnsberg die Einrichtung eines Synagogenbezirks Anröchte, zu dem auch die Juden aus Oestereiden gehören sollten. 1854 wurde allerdings der Synagogenbezirk Rüthen-Anröchte eingerichtet, zu dem auch Oestereiden zählte.

2.2.2 1843 verfügte die jüd. Gemeinschaft Oestereiden mit 24 Personen über ein eigenes ‚Betlokal‘, das von einem Gemeindemitglied unentgeltlich zur Verfügung gestellt und auch von den Juden aus (Langenstraße-) Heddinghausen aufgesucht wurde.

2.2.3 1843 gab es acht jüd. schulpflichtige Kinder im Ort, 1848 besuchten einige davon die jüd. Schule in Erwitte.

3.1 Mitte des 19. Jh. ist für Ostereiden ein Betsaal belegt.

3.3 Der um 1700 am südwestlichen Ortsrand (nahe der Kreuzung Ringer Str./Im Rosengarten) eingerichtete Begräbnisplatz diente auch den Juden aus Heddinghausen, Langenstraße und Effeln als Begräbnisplatz. Das zeitweise 745 m² große Grundstück war immer im Besitz der Zivilgemeinde. 1910 fand die letzte Beerdigung statt. Die Nationalsozialisten ließen das Gräberfeld 1944 abräumen. Einige Grabsteine wurden nach dem Zweiten Weltkrieg als Fundamente zum Bau von Behelfsheimen verwendet und beim Abriss der Gebäude Ende der 1950er Jahre beseitigt. 1958 setzte sich der Vorsitzende der jüd. Kultusgemeinde Paderborn, Karl Theodor Herzheim, für die Instandsetzung des Friedhofs ein. In diesem Zusammenhang stellte die Zivilgemeinde u. a. fest, dass der Begräbnisplatz im Grundbuch der Ortsgemeinde als Gartenland ‚Hinter’m Beisen‘ eingetragen und das ursprünglich aus zwei Parzellen bestehende Flurstück 1938 zusammengelegt worden war. Auf dem mit einer Hecke eingefriedeten Grundstück befanden sich 1958 noch vier Grabsteine und zwei Baracken. Die Bezirksregierung sprach sich für eine Instandsetzung aus. Die vier Grabsteine aus der Zeit von 1866 bis 1910 (für Adelheid und Heinemann Stern sowie Moses und Towa Freund) wurden im Rahmen der seit 1960 durch die Gemeinde Oestereiden vorgenommenen Pflegearbeiten am Rand des eingefriedeten Begräbnisplatzes wieder aufgestellt. 1986 wurde das noch etwa 50 m² große Areal in die Denkmalliste der Stadt Rütten eingetragen. Eine wissenschaftliche Erschließung des im Eigentum des Landesverbandes der jüd. Kultusgemeinden stehenden Begräbnisplatzes erfolgte zu Beginn des 21. Jh. durch das Steinheim-Institut.

4.1 LAV NRW Abt. W (Münster), Hztm. Westfalen Landesarchiv Nr. 1697, 1701, 1706, 1718 u. 1723; Landstände Nr. 258, 259 u. 3172; Amtsgericht Rütten V Nr. 22. – StadtA Rütten, B 782; Altregistratur 8/37/3.

4.2 Aufnahmen des jüd. Friedhofs in der Sammlung der LWL-Denkmalpflege, Münster. Fotos und Inschriften unter <http://www.steinheim-institut.de/cgi-bin/epi-dat?id=oes-o&lang=de> [letzter Zugriff 19.08.2015].

4.3 Beiblatt zum 41. Stück des Amtsblattes der Königl. Regierung vom 10. Oktober 1846 <Arnsberg 1846> 1–50, hier 38. – Statistische Darstellung des Kreises Lippstadt 1861.

4.4 KRÄMER Hermann J., Die jüdischen Friedhöfe in der Stadt Rütten. Wege und Anmerkungen zu ihrer wissenschaftlichen Erschließung. In: Heimatblätter. Geschichte, Kultur und Brauchtum im Kreis Soest und in Westfalen, Folgen 446 <Sept. 2010> u. 448 <Okt. 2010>.

Ursula Olschewski

SCHMALLENBERG

1.1 Stadt Schmallenberg, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – 1243/44 oppidum genannt;

1841 nach Landgemeindeordnung verwaltete Titularstadt; infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der neuen Stadt Schmallenberg.

Laut Statut von 1855 gehörten die Juden der Ämter Schmallenberg (u. a. mit den Orten Menkhausen und Wormbach) und Fredeburg (ohne Rarbach und Bödefeld) dem Synagogenbezirk Lenhausen an, wobei die jüd. Gemeinde Schmallenberg eine organisatorisch selbständige Untergemeinde bildete.

2.1.1 Der kurkölnische Bergmeister Christoph Frantze berichtet 1681/82, dass Juden aus Schmallenberg Gebote für Blei in Ramsbeck abgaben. Nach einem Schatzungsregister von 1685 lebte in Schmallenberg ein jüd. Haushaltsvorstand mit Frau, Knecht, Magd und einem Sohn – bei Letzterem dürfte es sich um den etwa 1670 geborenen Michael Beifuß gehandelt haben, der vor 1720 nach Berleburg zog. 1691 wurde der Stadt gestattet, von durchziehenden Juden Wegegeld zu erheben. Zuvor hatte sich der Bürgermeister darüber beklagt, dass fremde Juden mit ihren auf den Märkten der Umgebung gekauften Pferden ohne Wegegeld durch Schmallenberg gezogen seien. 1703 und 1704 sind mit Michael (Michael Kahan) und Mayer zwei vergeleitete Juden bezeugt, beide sind für 1712 erneut nachzuweisen. 1711 beschloss Bürgermeister und Rat, künftig keine ‚Pack- und Betteljuden‘ mehr aufzunehmen, die „öfters in ihren Kleidern höchst gefährliche Krankheiten mit sich bringen“ würden, wodurch „Stadt und Flecken unersetzlicher Schade durch vieler Menschen Hinsterben zugefügt“ worden sei. 1722 lebten die Juden Michael Beyfuß und Meyer in der Stadt; 1726 musste ‚Judt Michael‘ eine Strafe zahlen. 1738 lebten zwei vergeleitete Familien in Schmallenberg: die des Feidel und des Michel Beyfuß, beide ernährten sich vom Handel mit Kramwaren und vom Schlachten. Zur Familie des Feidel gehörten die Ehefrau, vier Söhne und zwei Knechte; 1759 wird eine Witwe Feidel mit den Kindern Mendel und Jacob erwähnt. Zur Familie des Michel Beiyfus gehörte 1738 neben seiner Frau auch sein verheirateter Sohn Marcus mit unmündigen Kindern. Letzterer treibe „handel und wandel mit allerhand waren“, sowohl Handel im Haus mit Unterstützung des „packtragenden“ Knechts Heyman als auch außerhalb des Hauses mit Fleischhauern, wobei ihn der Metzgerjunge Jecuf unterstützte. Insgesamt lebten damals rund 20 Juden in Schmallenberg. 1738 heiratete Feist Marcus Beyfuß, Sohn des Michel Beyfuß, in die Familie des Branntweinmonopolisten Liebmann Salomon in Berleburg ein. Zur Familie des Marcus Beyfuß gehörten laut Schatzungsregister von 1759 seine Frau Rosa, vier Kinder und der Knecht Samuel. Während des Siebenjährigen Krieges organisierten Schmallenberger und Berleburger Juden Getreidelieferungen für die Kaiserliche Verpflegungskommission im Hztm. Westfalen. In den 1760er Jahren zahlten die drei in Schmallenberg wohnenden jüd. Familien ein jährliches Beiwohnergeld von je 2 Rtlr. und ein Schlachtgeld von je 36 Petermännchen an die Stadtkasse. Darüber kam es 1769/70 zum Rechtsstreit. Der Stadtrat forderte weitere Gelder ein, da die Juden von Dienstleistungen wie Wegebau, Nachtwachen und Botengängen befreit seien; für den Handel mit Tuchen forderte man zudem eine zusätzliche jährliche Gebühr. Im Verlauf dieses Streites ließ die Stadt gewaltsam Geschäftsräume öffnen, Tuch konfiszieren und bei Mendel Philipp einen kupfernen Kessel pfänden. Die Betroffenen wandten sich an den Kurfürst, der den Streit in ihrem Sinne entschied. Eingezogene Gelder und konfiszierte Waren mussten zurückerstattet werden, die Stadt hatte Schadenersatz zu leisten und die Gerichtskosten zu tragen. 1775 musste sich Judas Philip vor dem Magistratsgericht verantworten, weil er im städtischen Teich Eingeweide ausgewaschen hatte. 1776 entrichteten die vergeleiteten Juden Pheis Beyfuß und Mendel Philipp an Kopfschatzsteuer je 3 Rtlr. und 21 Groschen. Sie waren kinderlos verheiratet, beschäftigten jedoch jeder zwei Knechte und eine Magd. Bis zum Ende des Jh. lebten die Juden in Schmallenberg überwiegend vom Handel mit Kramwaren, Vieh und Tuchen sowie vom Schlachten. Mendel Philipp war im 18. Jh. zudem in Geldgeschäften tätig; er han-

delte u. a. mit Schuldbriefen Schmallenberger Bürger aus dem Siebenjährigen Krieg. Nachdem er städtische Schuldbriefe einzelner Bürger aufgekauft hatte, tauschte er sie 1776 beim Bürgermeister – ohne Wissen von Stadt und Gemeinheitsvorsteher – gegen einen städtischen Schuldbrief in Höhe von 225 Reichstalern. Mendel verkaufte 1778 diese Schuldforderung an einen Mann in Obringhausen, der in der Folgezeit einen Rechtsstreit gegen die Stadt anstrebte, da diese Zweifel an der Rechtsgültigkeit der vorgelegten Papiere hatte. 1787 musste Pheis Beyfuß Konkurs anmelden. Die Stadt, die seit 1746 mit ihm Geldhandel getrieben hatte, büßte in diesem Zusammenhang das ‚Viperling-Haus‘ ein, das sich in städtischem Besitz befand und von Beyfuß bewohnt wurde. 1790 berichtete der Stadtsekretär in Schmallenberg, dass für die Stadt zwar drei Geleite (Simon Michel, Mendel Philipp und Isaak Samuel) ausgegeben seien, eines davon aber nicht weitergegeben worden sei, nachdem der Inhaber drei Jahre zuvor verstorben sei. Dahingegen hielten sich bei Mendel Philipp, der vier erwachsene und Handel treibende Söhne habe, drei weitere Juden auf: sein Bruder Jäckel sowie Huhnen und Isaak, die als Mendels Knechte ebenfalls Handel trieben. 1796 lieferten – in Zusammenhang mit dem ersten Koalitionskrieg – Isaak Samuel u. a. Heu, Mosken Leinentuch, Isaak Tuch und Pheidel (Feidel) Philipp Hafer an die Stadt. Um 1800 bestand die jüd. Gemeinde Schmallenbergs aus den Familien der drei Schutzjuden Simon Michel, Isaak Samuel und Mendel Philipp, der seinem ältesten und verheirateten Sohn Feidel sein Geleit übertragen hatte. Diese wohnten in einem Haus, führten aber getrennte Haushalte. Für die Zeit zwischen 1796 und 1800 sind für Schmallenberg acht männliche jüd. Knechte bezeugt, so dass von mehr als 20 dort lebenden Juden auszugehen ist.

In Fredeburg waren nur zeitweise Juden ansässig, im 18. Jh. lebte dort eine jüd. Familie. Für die Jahre 1703 und 1704 ist Melchior nachgewiesen, dessen Geleitbrief wegen Armut aber nicht verlängert wurde. 1790 lebte der nicht vergeleitete Koppel Katz in Fredeburg, der als arm bezeichnet wurde. 1801 lebten in Fredeburg keine Juden.

2.1.2 In der Stadt Schmallenberg waren 1801 Mendel Philipp, Simon Michel und Isaak Samuel mit ihren Familien und ihrem Gesinde ansässig. 1807 verpfändeten die Eheleute Störmann ein Stück Land im Lennighoffe für 14 Jahre für 80 Rtlr. an den Schutzjuden Isaak Samuel, später verkauften sie es an ihn; 1833 veräußerte er es weiter. 1819 finden sich im Ort Philipp Adler (bis zur Annahme fester Familiennamen 1808/09 Feidel Mendel), Salomon Stern (Sohn des Simon Michel), Isaak Bamberger (zuvor Isaak Samuel) und Moses Stern. Levi Mendel war 1817 nach Ovenstädt (bei Petershagen) gezogen. Die Schmallenberger Juden gingen weiterhin ihren Tätigkeiten als Fleischer und Handelsleute nach. Ihre ohnehin nicht sehr gute wirtschaftliche Lage – wie häufige Steuerrückstände vermuten lassen – verschlechterte sich noch durch den großen Stadtbrand 1822, durch den sie, wie auch fast alle ihre Nachbarn, ihre Häuser verloren. Besonders schwierig gestalteten sich die Verhältnisse für Philipp Adler, der neben seinem Haus und seiner Habe auch seinen Geleitbrief verloren hatte, er lebte künftig von Almosen. Beim planmäßigen Wiederaufbau wurden den Juden Eckgrundstücke an den Kreuzungen von Haupt- und Verbindungsstraßen zugeteilt; die Wohnsituation wurde dadurch wesentlich gebessert. Gleichwohl blieb die wirtschaftliche Lage der Juden schwierig, sie waren Schlachter oder lebten vom Handel mit Vieh und Häuten, mit Kram-, Kurz- und Tuchwaren. Anfang der 1830er Jahre erlernte Lazarus Bamberger mit Vermittlung der Haindorfischen Stiftung in Arnshaus das Sattlerhandwerk. Handel in ‚einem offenen Laden‘ und ‚Schächtereie‘ betrieben 1843: Salomon Stern (Ellenwaren), Moses Stern (Ellen- und Kurzwaren, Vieh, rohe Häute) sowie Emanuel Bamberger (Ellen- und Kurzwaren). Auch drei Jahre später waren diese drei als selbständig tätige Juden in Schmallenberg verzeichnet. Nach der Mitte des Jh. vollzogen sie den Wandel vom Handelsmann zum Geschäftsinhaber mit entsprechend höherem Ansehen; als Viehhändler, Schlachter und Fleischer eröffneten sie Metzgereien.

Am Aufstieg der Schmallenberger Textilindustrie waren die Brüder Michael, Simon und Levi Stern maßgeblich beteiligt. Sie bauten den vom Vater Salomon Stern mindestens seit den 1820er Jahren betriebenen Textilhandel aus, bis Mitte der 1860er Jahre gliederten sie eine eigene Produktion (Handstrickerei, Färberei, Spinnerei) an, so dass eines der größten Unternehmen Schmallenbergs entstand. Es zählte über 100 Mitarbeiter und blieb unter dem Namen ‚Salomon Stern‘ bis 1938 in Familienbesitz. Die positive soziale und wirtschaftliche Entwicklung führte in der zweiten Hälfte des 19. Jh. zum Zuzug weiterer Juden, die zumeist im Viehhandel und Metzgerhandwerk tätig wurden. 1880 finden sich in der Stadt die Metzger David Frankenthal und Salomon Schönewald, die Viehhändler Emil und Abraham Stern, der Metzger und Viehhändler Heinemann Stern, die Kurzwarenhandlung der Witwe A. Funke sowie die erwähnte Färberei, Wollspinnerei und Jackenfabrik Salomon Stern. Für 1927 sind verzeichnet die Viehhandlungen von Emil, Julius, Max und Sally Frankenthal (Unterm Hagen 10), Albert Stern (Weststr. 44), Emil und Max Stern (Weststr. 1) sowie Samuel Stern (Weststr. 30), weiterhin der Metzger und Viehhändler Heinemann Goldschmidt (Oststr. 79), der Metzgermeister Julius Goldschmidt (Oststr. 79), die Kaufleute Heinemann Funke (Oststr. 18) und Otto Herz (Weststr. 30), der Manufaktur- und Textilwarenhändler Salomon Schönewald (Weststr. 15) sowie die Strickwarenfabrik Salomon Stern KG (Ohlgasse).

Schon in der ersten Hälfte des 19. Jh. hatten mit Samuel, Leser und Meier Adler sowie Samuel Bamberger Schmallenberger Juden beim Militär gedient. Salomon Schönewald nahm am Feldzug von 1866 teil. Im Ersten Weltkrieg waren elf Schmallenberger Juden Soldaten, Max Stern sowie Max und Emil Frankenthal (Söhne des David Frankenthal) wurden mit dem EK ausgezeichnet. Für die jüd. Gefallenen wurde 1929 in der Synagoge unter Teilnahme von Bürgermeister, Geistlichkeit, Vertretern der Stadt und Mitgliedern des Kriegervereins sowie des Bezirksverbands Ostwestfalen des RjF eine Gedenktafel eingeweiht. Von christl. Seite wurde auf „das gute und herzliche Verhältnis zwischen den Konfessionen“ verwiesen. 1929 gehörte die RjF-Ortsgruppe Schmallenberg mit 44 weiteren zum ‚Landesverband Kurhessen-Waldeck mit Ostwestfalen und Südhannover‘.

In Fredeburg lebte spätestens seit 1823 mit der Familie des Handelsmannes und Fleischers Jacob Hesse wieder eine jüd. Familie. Dieser war 1814/15 als Handelsknecht bei Isaak Bamberger in Schmallenberg tätig, 1821 wohnte er unverheiratet im benachbarten Wormbach. Nach seinem Tod 1842 wurde die Familie 1843 steuerlich als arm eingestuft. Seine zweite Frau Betta heiratete 1844 den Metzger Meier Adler, mit dem sie das bestehende Geschäft fortführte; die Familie bewohnte ein gekauftes Bürgerhaus. 1846 war in Fredeburg nur Meier Adler als selbständig tätiger Jude verzeichnet, den Namen hatte er bereits 1808/09 angenommen. 1849 starb Betta Adler an Pocken, der Witwer heiratete 1853 Amalia Freudenberg aus Bödefeld (gest. 1867). 1854 zog der Handelsmann Moses Steinberg (gest. 1863) aus Kirchrarbach mit seiner Familie nach Fredeburg; 1856 wird er als ehemaliger Repräsentant der Synagogengemeinde Meschede bezeichnet. Sein Sohn, der Kaufmann Markus Steinberg, wird 1907 für Fredeburg erwähnt. 1910 lebten sieben jüd. Personen in Fredeburg, nach Mitte der 1920er Jahre keine mehr.

2.1.3 Im Jahr 1933 lebten 51 Juden in Schmallenberg. Im Juni des Jahres wurden die Hinweise auf die Gottesdienste in der Synagoge aus der Lokalzeitung gestrichen; Ende 1933 begann die systematische Bespitzelung und Überwachung der Juden, ihrer Gemeinde und ihrer Gottesdienste. Juden wurden aus dem Gesangsverein, der Schützengesellschaft und dem Sauerländischen Gebirgsverein (SGV) ausgeschlossen. Vom Aufruf zum Boykott jüd. Geschäfte am 1. April 1933 waren u. a. die Metzgereien von Emil Frankenthal und Julius Goldschmidt sowie die Geschäfte von Greta Schönewald und Heinemann Funke betroffen; jüd. Viehhändler durften für Elberfeld und Dort-

mund bestimmte Tiere nicht in Eisenbahnwaggons verladen. Der Erfolg der Boykottaufrufe war eher gering. In der nationalsozialistisch geprägten Westfälischen Landeszeitung ‚Rote Erde‘ wurde deshalb im Aug. 1935 angedroht, die Namen von Kunden jüd. Geschäfte zu veröffentlichen. Im Jan. 1938 machte der ‚Stürmer‘ diese Drohung wahr und veröffentlichte die Namen von Schmallenbergern, die nach wie vor bei Juden einkauften und mit ihnen verkehrten. Der Firma Sophie Stecker warf man vor, ihre Erzeugnisse durch den jüd. Handelsvertreter Alfred Funke vertreiben zu lassen; dieser war ungeachtet der Warnungen von Verwandten, Freunden und Nachbarn im Aug. 1937 von einem Amerikabesuch – wohl einem Auswanderungsversuch – zurückgekehrt. 1936 wurde Julius Frankenthal unter großer Anteilnahme der Bevölkerung beigesetzt, was die Verbundenheit vieler Schmallenberger mit ihren jüd. Nachbarn verdeutlichte. Bereits 1934 bzw. 1936 wurden die Textilgeschäfte Funke und Schönewald an ‚arische‘ Mitarbeiterinnen verpachtet, nach dem 10. Nov. 1938 an diese verkauft. Julius Goldschmidt verpachtete seinen Betrieb im April 1938 an einen christl. Metzgermeister und verkaufte an diesen im Sept. 1939. Vier von sieben Viehhändlern verloren zwischen Febr. 1936 und April 1938 ihre wirtschaftliche Existenz, die übrigen nach dem Pogrom. Im Bericht des Gauwirtschaftsberaters für das Frühjahr 1938 wird unter den jüd. Firmen, die noch florierten, ausdrücklich die Strickwarenfabrik Stern in Schmallenberg genannt; im Sept. 1938 ging diese mit etwa 120 Beschäftigten dann in ‚arische Hände‘ über. 1936 gaben die ersten Schmallenberger Juden dem wachsenden Auswanderungsdruck und den zunehmenden Zwangsmaßnahmen nach und emigrierten, in diesem Jahr verließ Max Schönewald das Land. Seine Schwester Grete, die 1935 nach Berlin geheiratet hatte, folgte 1938 mit ihrem Mann in die USA, ebenso im Sept. 1938 Leo Goldschmidt und Margot Frankenthal. Kurz vor dem Pogrom zogen Otto und Paula Herz mit ihren Kindern in die Niederlande; von dort wurden sie später deportiert. Auffällig viele Schmallenberger Juden zögerten zunächst, ihre Heimat zu verlassen; als sie sich dazu entschlossen, verhinderte der Kriegsbeginn die Auswanderungsbemühungen.

In der Pogromnacht wurde das Schaufenster der Metzgerei Emil Frankenthal eingeschlagen, die Privatwohnung von Sally Frankenthal verwüstet. SA- und SS-Leute aus Neheim steckten die Synagoge in Brand, deren Dach abbrannte; die Feuerwehr durfte nur die Nachbarhäuser schützen. Der neben der Synagoge wohnende Vorsteher der jüd. Gemeinde, Alfred Funke, wurde im Schlafanzug auf die Straße getrieben und verhaftet, außer ihm wurden sechs weitere Schmallenberger Juden zunächst im Obdachlosenasyll (beim heutigen Rathaus) inhaftiert. Zwei von ihnen wurden wegen ihres hohen Alters noch am selben Tag wieder entlassen. Vier weitere (Max und Emil Stern, Max Gonsenhäuser und Ernst Frankenthal) wurden am Folgetag in der Polizeizelle im Keller des Amtshauses arretiert; von diesen wurde Ernst Frankenthal wegen seines jugendlichen Alters am 15. Nov. entlassen, Max und Emil Stern sowie Max Gonsenhäuser am 18. Nov. mit der Auflage der Einleitung von ‚Arisierungsverfahren‘. Die restlichen fünf Festgenommenen (Alfred Funke, Max, Emil und Sally Frankenthal sowie Georg Stern) wurden über Dortmund ins KZ Sachsenhausen gebracht. Im Nov. 1938 wurden die jüd. Ehefrauen vom Amtsbürgermeister, Amtsinspektor und NSDAP-Ortsgruppenleiter einbestellt und gezwungen, als Bedingung zur Freilassung ihrer Männer die vorläufigen Kaufverträge für ihren Haus- und Grundbesitz zu unterschreiben. Aus der christl. Mehrheitsbevölkerung ist nur eine Frau bezeugt, die beim Synagogenbrand „öffentlich laut protestierte“: Dina Falke, die Mutter des Fabrikanten und damaligen Stadtverordneten. Auch wenn öffentlicher Protest unterblieb, gab es doch Versuche der Hilfe auf nachbarschaftlicher Basis. Zum Weihnachtsfest 1938 etwa brachten Bewohner der Stadt und der umliegenden Dörfer Lebensmittel, die sie entweder persönlich übergaben, heimlich auf die Haustreppe oder in ein Versteck legten. Bereits Mitte Sept. 1938 – sieben Monate vor Erlass des ‚Gesetzes

über Mietverhältnisse mit Juden⁴ – wurden den Familien Emil Frankenthal und Max Gonsenhäuser je drei Zimmer im Haus der Witwe von Samuel Stern (Weststr. 30) zugewiesen, das diese eigentlich 1938 hatte verkaufen wollen. Hermine Stern konnte 1939 zu ihren Töchtern in die Niederlande fliehen und überlebte im Versteck. Die in Schmallenberg verbliebenen Juden mussten ab 1939 in ‚Judenhäusern‘ wohnen. In der Weststr. 1 kamen der Lehrer Albert Stern und seine Tochter Grete zu den übrigen Bewohnern hinzu, weil dort die jüdische Schule eingerichtet wurde. Die Familie Albert Stern war nach ‚Arisierung‘ ihres Hauses Weststr. 44 Mieter im ehemals eigenen Haus. Die bereits zuvor im Haus der Familie Frankenthal (Unterm Hagen 10) lebenden Personen blieben auch weiterhin dort wohnen. In das Haus Weststraße 30 wurden die Familien Max Gonsenhäuser und Emil Frankenthal eingewiesen, denen die Mietwohnung gekündigt worden war, ferner die Familie Max Frankenthal, die ihr Haus im Aug. 1939 verlassen musste. Alfred Funke sowie die Familie seiner Schwester Hedwig Goldschmidt, die 1938 ihr Haus verkaufen musste, lebten im Haus Oststr. 18. Die Ausreise von Alfred Funke (zusammen mit seiner Schwester und deren Töchtern) scheiterte im Sept. 1939 am geschlossenen Grenzübergang nach Belgien. Sie zogen zu Verwandten nach Duisburg, mit denen sie 1941 deportiert wurden. Einige Juden wurden zur Zwangsarbeit verpflichtet, darunter auch Erdarbeiten für die Stadt Schmallenberg, Max Frankenthal musste in einer Fabrik arbeiten. Ab Mai 1941 mussten 13 jüd. Männer aus Schmallenberg und Brilon Zwangsarbeit bei der Straßenbaufirma Lahrmann in Meschede leisten, untergebracht waren sie in zwei Wohnwagen. Ab Frühjahr 1942 wurden die noch in Schmallenberg verbliebenen Juden in ein Sammellager nach Dortmund und von dort in Vernichtungslager gebracht. Im März 1942 wurden über Dortmund Selma und Paula Frankenthal mit ihren Töchtern sowie Sally Frankenthal mit vier Töchtern ins Ghetto Zamość deportiert, ebenso Edith Stern, im Juli 1942 weitere Juden aus Schmallenberg ins Ghetto Theresienstadt. Anfang März 1943 wurden Max und Adele Frankenthal sowie ihre im ‚Arbeitseinsatz‘ befindlichen Söhne Ernst und Hans über Dortmund ins KZ Auschwitz verbracht. Ums Leben kamen aus Schmallenberg Angehörige der Familien Frankenthal (10 Personen), Goldschmidt (4), Gonsenhäuser (4), Herz (6), Stern, Weststr. 1 (7) und Stern, Weststr. 44 (3), außerdem der Gemeindevorsteher Alfred Funke.

2.1.4 Fünf Holocaustüberlebende kehrten nach Schmallenberg zurück: Helene Meyer geb. Funke, Hedwig Goldschmidt geb. Funke sowie die beiden Brüder Ernst und Hans Frankenthal. Auch die mit einem Christen verheiratete Selma Friedrich geb. Frankenthal überlebte. Ihre beiden Söhne hatten sich noch vor Erlass der Nürnberger Gesetze taufen lassen, waren als Halbjuden aber dennoch verfolgt worden. Karl erlebte das Kriegsende in einem Arbeitslager in Hagen-Haspe, Emil im Versteck. Hans Frankenthal betrieb nach seiner Rückkehr zunächst einen Viehhandel sowie eine Schlachtereier in Schmallenberg. Später gehörte er dem Vorstand des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden Westfalen-Lippe an, war Mitglied des Zentralrates der Juden in Deutschland und stellvertretender Vorsitzender des Auschwitz-Komitees der Bundesrepublik Deutschland. Bis zu seinem Tod 1999 setzte er sich u. a. im Rahmen zahlreicher Vortragsreisen, insbesondere in Schulen, und in Veröffentlichungen aktiv gegen das Vergessen ein. In seinem letzten Lebensjahr erschien seine Autobiographie „Verweigerte Rückkehr. Erfahrungen nach dem Judenmord“. Hermine Stern erhielt 1951 in einem Rückerstattungsverfahren das Verfügungsrecht über das seit 1928 in ihrem Eigentum befindliche Grundstück Weststr. 30 zurück, sie verkaufte es anschließend an die örtliche Sparkasse. Kontakte zu vor dem Zweiten Weltkrieg emigrierten Juden, die wiederholt ihre Heimatstadt besuchten, blieben bestehen. 1980 ließ die Stadt auf dem Synagogengelände eine Erinnerungstafel anbringen, nachdem die Nordstraße 1970 wieder in Synagogenstraße umbenannt worden war. 1988 wurde dort eine Gedenkstätte für die Schmallenberger Holocaust-Opfer eingerichtet. 2012 wurden in

der Altstadt von Schmallenberg 36 ‚Stolpersteine‘ verlegt, 2015 erschien dazu eine umfangreiche Dokumentation.

2.2.1 Zu Beginn des 18. Jh. wohnten zwei, ab dem zweiten Drittel des Jh. drei jüd. Familien in Schmallenberg. Gegen Ende des 18. Jh. haben etwa 20 Juden im Ort gelebt. Im Jahr 1818 lebten 23 Juden in Schmallenberg, 1823 waren es 28, 1830 dann 27, für 1843 sind 24 Juden verzeichnet, 25 für 1858. Im Jahr 1871 waren von 1244 Einwohnern 1173 kath., 35 ev. und 36 jüd. Glaubens, 1895 von 1608 Einwohnern 1524 kath., 41 ev. und 43 jüd. Glaubens, 1925 von 2137 Einwohnern 2031 kath., 62 ev., 42 jüd. Glaubens und zwei bekenntnislos. 1932 lebten in Schmallenberg und den umliegenden Orten 52 Juden.

In mehreren heutigen Ortsteilen von Schmallenberg sind jüd. Einwohner nachgewiesen. In Fredeburg lebten 1843 vier und 1858 sieben Juden. 1871 waren von 872 Einwohnern 829 kath., 34 ev. und neun jüd. Glaubens, 1895 von 1020 Einwohnern 952 kath., 59 ev. und neun jüd. Glaubens, 1925 von 1620 Einwohnern 1568 kath., 51 ev. und einer jüd. Glaubens. In Menkhausen lebte 1790 für ein Jahr ein verheirateter, nicht verleiteter Jude. Für Wormbach ist um 1821 ein jüd. Einwohner belegt; 1925 waren von 1347 Einwohnern 1311 kath., 35 ev. und einer jüd. Glaubens.

1842 war seitens der Regierung Arnshagen die Einrichtung eines eigenen Synagogenbezirks Schmallenberg vorgesehen, zu dem auch die Juden aus Fredeburg, Bödefeld und Rarbach – insgesamt 55 Juden – gehören sollten. Nach Anhörung jüd. Haushaltsvorstände – aus Schmallenberg Emmanuel Bamberger, Moses Stern und Salomon Stern – wurden dann jedoch die beiden Synagogenbezirke Meschede und Lenhausen eingerichtet. Die jüd. Gemeinde Schmallenberg wurde 1854 als organisatorisch selbständige Untergemeinde dem Synagogenbezirk Lenhausen zugeteilt. Die Juden aus Fredeburg (heute Bad Fredeburg, Stadt Schmallenberg) wurden ebenfalls dem Synagogenbezirk Lenhausen zugewiesen, die beiden heute ebenfalls zur Stadt Schmallenberg gehörenden Orte Bödefeld und Rarbach (mit dem Dorf Kirchrarbach) dagegen dem Synagogenbezirk Meschede. Die jüd. Gemeinde Schmallenberg befand sich in loser Abhängigkeit von der Hauptgemeinde Lenhausen, da man anfallende Kultus- und Unterrichtskosten selbst trug. Von Anfang an waren Schmallenberger Juden jedoch im Vorstand der Hauptgemeinde vertreten. Die Juden in Fredeburg unterstanden zwar Lenhausen, waren der Untergemeinde Schmallenberg aber eng verbunden. 1924/25 wird im Handbuch der jüd. Gemeindeverwaltung die Synagogengemeinde als ‚Lenhausen-Attendorn-Schmallenberg-Olpe‘ mit Geschäftsstelle und Betsaal in Attendorn erwähnt; darin zusammengefasst waren fünf Juden aus Lenhausen, 31 aus Attendorn, zwölf aus Olpe und 39 aus Schmallenberg. 1932/33 wird nur noch die Gemeinde Schmallenberg erwähnt. Die jüd. Gemeinde Schmallenberg galt zunächst als traditionell orientiert. In der zweiten Hälfte des 19. Jh. setzte parallel zur wirtschaftlichen Emanzipation eine Liberalisierung ein, zu Beginn des 20. Jh. galt die Gemeinde als liberal.

2.2.2 Zunächst wurden die Gottesdienste, die auch von den Fredeburger Juden besucht wurden, in einem privaten Gebetsraum abgehalten, nachweislich 1821 im Haus des Isaak Bamberger, das ein Jahr später abbrannte. 1843 hatten die Schmallenberger Juden einen Betraum gemietet, der ebenfalls von den Juden aus Fredeburg und Altenhundem besucht wurde. 1857 errichtete man eine eigene Synagoge in zentraler Lage. Das Grundstück (Nordstr. 2, bis 1933 und ab 1970 Synagogenstraße) stellte Isaak Bamberger zur Verfügung, es grenzte an seinen Besitz Weststr. 15. Zu Beginn des 20. Jh. wurde in der Synagoge an Sabbat noch regelmäßig Gottesdienst gefeiert; Mitte der 1920er Jahre nutzte die Gemeinde dann vor allem den Betsaal in Attendorn, die Synagoge in Schmallenberg nur noch an Feiertagen. Im Nov. 1938 wurde die Synagoge niedergebrannt, das noch stehende Mauerwerk anschließend abgerissen; für die Abrisskosten musste die jüd. Gemeinde aufkommen. Am 12. Nov. 1938 sollte Albert

Stern im Namen der jüd. Gemeinde Schmallenberg unterschreiben, dass diese auf „die fernere Benutzung“ der zerstörten Synagoge verzichte und das Grundstück der Stadt für „gemeinnützige Zwecke zur Verfügung“ stelle. Stern verweigerte die Unterschrift, das Grundstück ging dennoch in das Eigentum der Stadt über. Nach Zerstörung der Synagoge fanden Gottesdienste im Haus der Familie Max Frankenthal (Obringhauser Str. 10) statt. Das Synagogengrundstück ging 1952 zunächst in den Besitz der JTC und dann in private Hände über. Der 1936 in die USA emigrierte Max Schönewald, Nachfahre der Stifter des Synagogengrundstückes, kaufte es 1976 zurück. Anschließend schenkte er es mit der notariell festgehaltenen Auflage, dass es nie wieder bebaut werden dürfe, der Erwerberin seines Elternhauses in der Weststraße 15. Seit 1988 befindet sich hier eine Gedenkstätte für die Schmallenberger Holocaust-Opfer.

2.2.3 Der Unterricht wurde in Privaträumen abgehalten, 1823 im Haus des Moses Stern. Erster Lehrer der Gemeinde war offenbar der in diesem Jahr erwähnte David Stern, der aus dem Darmstädtischen stammte; 1844 ist in dieser Funktion Levi Wolf bezeugt. 1843 waren in Schmallenberg fünf jüd. Kinder im schulpflichtigen Alter. Später besuchten die Kinder die örtliche Volksschule. Die religiöse Unterweisung der Schmallenberger und Fredeburger Kinder erfolgte in Privaträumen, da die 1857 erbaute Synagoge über keinen entsprechenden Raum verfügte. Die Aufgabe übernahm zunächst ein Lehrer aus Siegen, um 1913 Georg Rosenthal aus Meschede, Mitte der 1920er Jahre Leopold Hartmann aus Iserlohn, in den 1930er Jahren Albert Stern aus Berleburg. Die Lehrer reisten jeden Sonntag an, um die Kinder zwischen ein und fünf Uhr nachmittags in hebr. Sprache und Schrift sowie in Biblischer Geschichte zu unterweisen. 1905 und 1913 nahmen sieben Kinder an diesem ‚Wanderunterricht‘ teil, 1932 sechs. Im Jahr 1935 besuchten zehn jüd. Kinder in Schmallenberg eine öffentliche Schule, neun davon die Volksschule und eines die Rektoratsschule. Nach der Pogromnacht wurde den nunmehr elf Schülern der Besuch der Volksschule untersagt, ebenso der des Kindergartens. Die Kinder wurden im Haus von Anna Stern (Weststr. 1) vom Lehrer Stern auch in anderen Fächern unterrichtet. Am Unterricht nahmen auch drei Schüler aus Berleburg und einer aus Siegen teil, die bei jüd. Familien in Schmallenberg wohnten. Ab 1941 mussten die schulpflichtigen Kinder die jüd. Schule in Münster besuchen, die Familien hatten für die Unterbringung aufzukommen.

2.2.4 Die in London lebenden Söhne der 1919 verstorbenen Witwe Helene Stern spendeten nach dem Ersten Weltkrieg 300 000 M für den Bau eines Krankenhauses in Schmallenberg. Seit 1834 unterstützten Schmallenberger Juden sieben Jahrzehnte lang regelmäßig die Haindorfsche Stiftung.

2.3.1 Trauungen nahmen 1820 der Rabbiner Hirsch Cohen aus Geseke, 1835 der Rabbiner aus Hanau und 1839 Rabbiner Rothschild vor. Die Aufgaben des Kantors übernahmen zu Beginn des 20. Jh. Heinemann Goldschmidt bzw. Heinemann Funke. Vorsteher der Gemeinde waren 1920 Heinemann Funke (seit etwa 1900) und Albert Stern, nach Funkes Tod 1935 übernahm sein Sohn Alfred das Amt. Moses Stern war 1855 im Vorstand der Hauptgemeinde Lenhausen vertreten, Anfang des 20. Jh. Albert Stern, 1913 dann Heinemann Funke. Bei der letzten Vorstandswahl für Lenhausen im Febr. 1934 wurden Stern und Funke zum Vorsitzenden bzw. zum Stellvertreter des Synagogenbezirks gewählt.

2.3.3 Die Goldene Hochzeit des Ehepaares Moses Stern wurde 1869 in Anwesenheit der örtlichen Honoratioren unter Mitwirkung der Musikkapelle und des Gesangsvereins der Stadt gefeiert. Beim Begräbnis von Salomon Schönewald, „einem der ältesten Kriegsveteranen aus den letzten deutschen Kriegen“, gaben ihm 1910 seine Kameraden mit Fahnen und Musik die letzte Ehre. Vor 1933 waren die Juden in Schmallenberg in allen – außer den ausgewiesenen kath. – Vereinen aktiv, darunter dem SVG, den Gesangs-, Turn- und Sportvereinen. Michael Stern ließ sich 1867 in den Vorstand der

Fabrikarbeiter-Krankenkasse des Amtes Schmallenberg wählen und übernahm den Vorsitz. Ebenfalls 1867 wurde einem von ihm und seinem Bruder Simon gestellten Antrag auf Mitgliedschaft in der Schmallenberger Schützengesellschaft stattgegeben, 1849 war dieser Antrag noch mehrheitlich abgelehnt worden. 1910 wurde mit Max Frankenthal zum ersten Mal ein Jude Vizekönig der Gesellschaft, 1920/21 war Karl Friedrich, der eine Jüdin zur Frau hatte, Schützenkönig. Emil Frankenthal war in der Zwischenkriegszeit langjähriger Schützenoffizier, nahm auch an den Schützenhochämtern in der kath. Pfarrkirche teil. Zu den Gründungsmitgliedern des Spar- und Darlehnskassenvereins Schmallenberg gehörten 1891 vier Juden.

3.1 Die Synagoge, 1857 mit klassizistischen Stilelementen an der Nordstr. 2 (heute Synagogenstraße) in zentraler Lage errichtet, hatte einen quadratischen Grundriss und konnte etwa 30 Männer und 30 Frauen aufnehmen. Für Frauen war eine Empore vorhanden, die Bima befand sich etwa in der Mitte des Saales. Zur Straße hin befand sich ein Eingangsvorbau; nähere Beschreibung bei Pracht-Jörns, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 347f.

3.2 Schon vor dem großen Stadtbrand von 1822 besaßen die Schmallenberger Juden Häuser und Grundstücke in der Stadt. Nach dem Brand wurden ihnen im planmäßig angelegten Stadtgrundriss Grundstücke an den Kreuzungen der neuen Haupt- und Verbindungsstraßen zugewiesen. Moses Stern baute 1823 das Haus Weststr. 30, in dem zeitweise der Schulraum untergebracht war. Aufstellung der jüd. Familien und deren Wohnstätten im 19. und 20. Jh. bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 347 u. 349; OTTO u. a., „Stolpersteine“. Ein Teil der Wohnhäuser ist bis heute erhalten, auch das Fabrikgebäude der Firma Stern.

3.3 Spätestens seit Beginn des 19. Jh. besaß die jüd. Gemeinde einen eigenen Friedhof unterhalb der Straße ‚Selbend‘, der auch von Fredeburger Juden genutzt wurde. 1937 warfen Jugendliche eine Bank auf dem Friedhof um und beschmutzten Grabsteine, wurden allerdings von Polizei und Schule verwarnt. Die letzte Bestattung vor Auflösung der Gemeinde fand 1941 statt, nach dem Krieg wurden dort die beiden Holocaust-überlebenden Hedwig Goldschmidt (1947) und Selma Friedrich (1961) begraben. Auf dem 458 m² großen Areal sind 48 Gräber und 46 Grabsteine mit deutschen und hebr. Inschriften erhalten, der älteste von 1857 (Julie Bamberger). Der Friedhof wird von der Stadt Schmallenberg unterhalten und ist in die Denkmalliste eingetragen. 2012 wurden rund 20 Grabsteine von Unbekannten umgeworfen, einige sind dabei zerbrochen.

4.1 CAHJP Jerusalem, G5/2747. – StadtA Schmallenberg, Bestände A, B und D (Amt Fredeburg).

4.2 Fotos und Lagepläne der ehem. Synagoge, des Mahnmals am Standort der ehem. Synagoge, des jüd. Friedhofs sowie ehem. jüd. Wohn- und Geschäftshäuser in: OTTO u. a., „Stolpersteine“; PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 394–398 sowie in: BROCKE, Feuer an Dein Heiligtum gelegt 482. Verschiedene Fotos in BRUNS, Schmallenberger Juden 129–140; OTTO, Synagoge in Schmallenberg.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 7–46 <1834–1911/1913>. – Israelitisches Familienblatt <8.9.1910, 13.9.1917, 15.1.1920, 14.3.1929, 7.7.1932>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1911> 81, <1913> 92, <1924/25> 62. – Der Schild <8.3.1929>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 166. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53.

4.4 ARNOLDS Wolfgang, Die ‚Reichskristallnacht‘ in Schmallenberg. In: DERS. (Hg.), Die ‚Kristallnacht‘ im Sauerland <Brilon 1988> 41–43. – BECKER Horst, Die

Situation der Juden in Schmallenberg zwischen dem Novemberpogrom und der sogenannten „Endlösung der Judenfrage“ seit Juli 1941. In: Schmallenberger Sauerländer Almanach <2004> 81–84. – BRUNS Alfred, Gericht und Kirchspiel Oberkirchen <Schmallenberg 1981>. – DERS. (Bearb.), Die Juden im Altkreis Meschede. Dokumentation 1814–1874, hg. v. Sauerländer Heimatbund (= Landeskundliche Schriftenreihe für das kurkölnische Sauerland 6) <Brilon 1987>. – DERS., Die Schmallenberger Juden 1934–1943. Ebd. 127–153. – BRÜSCHKE Rudolf/FÖCKELER Norbert (Red.), Jüdisches Leben im Hochsauerland (= Hochsauerlandkreis Schriftenreihe III) <Schmallenberg-Fredeburg 1994>. – FRANKENTHAL Hans, Verweigerte Rückkehr. Erfahrungen nach dem Judenmord, 2. Aufl. <Frankfurt a. M. 2012>. – DERS., Von Schmallenberg nach Auschwitz und zurück – Erinnerungen. In: Westfälisches Schieferbergbau- und Heimatmuseum Schmallenberg-Holthausen (Hg.), Das Hakenkreuz im Sauerland <Schmallenberg-Holthausen 1988> 155–163. – GROETKEN Friedrich Albert, Geschichte der Stadt und des Amtes Fredeburg <Bigge 1928>. – JUNGBLUT-BERGENTHAL Hedwig, Geschichtliche Notizen über die Juden in Schmallenberg. In: Schmallenberger Heimatblätter 29/30 <Juli 1972> 4–7. – KEMPER Thomas, „In größter Nähe, so fern! In größter Ferne, so nah!“ In: Sauerland. Zeitschrift des Sauerländer Heimatbundes 4 <2002> 212–215. – KLAUKE Eduard, Geschichtliches über das Judenhaus in Kirchrarbach. In: Der Bumbacher 1 <1989> 31–33. – OTTO Norbert, Die Synagoge in Schmallenberg und was davon übrig blieb. 75. Jahrestag des Novemberpogroms. In: Schmallenberger Almanach <2014> 93–118. – DERS./VOSS Helmut/KNAPPSTEIN Andreas, „Stolpersteine“. Ein Stadtrundgang auf den Spuren der ehemaligen jüdischen Gemeinde in Schmallenberg, hg. vom Heimat- und Geschichtsverein Schmallenberger Sauerland e. V. <Schmallenberg 2015>. – SCHENK Hannelore, Der Weg in den Holocaust. Mit Bildern aus dem Leben der Jüdischen Gemeinde in Schmallenberg. Texte zur Ausstellung im November 1994 anlässlich des 750jährigen Bestehens der Stadt Schmallenberg <Schmallenberg 1994>. – TRÖSTER Helga, Geschichte und Schicksal der Juden in Schmallenberg. In: Schmallenberger Heimatblätter 55 <1983–1985> 51–106. – WIEGEL Josef, „Kristallnacht“-Häftling nach 49 Jahren in London wiederentdeckt. In: Schmallenberger Sauerland Almanach <1988> 171–173. – DERS., „Kristallnacht“ vor 50 Jahren – Der Novemberpogrom 1938 und die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben, dargestellt am Beispiel der Schmallenberger Juden. In: Jahrbuch Hochsauerlandkreis 4 <1988> 30–35. – DERS., 1938 – Das Schicksalsjahr der deutschen Juden: ‚Arisierung‘ und Novemberpogrom in Schmallenberg. In: Das Hakenkreuz im Sauerland 119–134. – DERS., Hermine Stern geb. Morgenthau. In: Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Schmallenberg/Heimat- und Geschichtsverein Schmallenberger Sauerland e. V. (Hg.), Lebensbilder Schmallenberger Frauen <Schmallenberg 1998> 149–161.

Günter Schulte

SCHMALLEMBERG-Bödefeld

1.1 Stadt Schmallenberg, Ortsteil Bödefeld, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – 1342 zur Freiheit erhoben; infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der neuen Stadt Schmallenberg.

Die Gemeinden Bödefeld (u.a. mit dem Ort Gellinghausen) und Rarbach (u.a. mit dem Ort Kirchrarbach) wurden dem 1854/55 konstituierten Synagogenbezirk Meschede zugeordnet.

2.1.1 Die Bödefelder Gemeinderechnung für 1695 verzeichnet die Gebühreuzahlung eines Juden. 1703 lebte in der Freiheit Bödefeld der aus Polen stammende, nicht vergeleitete Jude Meyer mit Frau und sechs Kindern, der Wert seines Besitzes wurde auf 20 Rtlr. geschätzt. Ein Jahr später wird für Bödefeld ein seit 1700 vergeleiteter, „armer, alter jude“ registriert. 1719 ist in einer Liste verarmter und zur Steuerzahlung unfähiger, aber trotzdem geduldeter Juden für Bödefeld der Name Meyer eingetragen. Für 1722 ist ein Benedict (Bendit) bezeugt. 1738 werden für die Freiheit Bödefeld zwei Familien genannt, die des Bendit und die des Pinnes. Für den Ort wurde zu dieser Zeit nur ein Geleitbrief vergeben, den zunächst Pinnes Vater besessen hatte; nachdem dieser ihn aus Armut abgetreten hatte, ging er an Bendit über. Pinnes lebte weiterhin mit seiner Mutter im Ort, da Bürgermeister David Gercken keine Antwort auf seine Frage erhalten hatte, „wie es mit selbigen sollte gehalten werden“. Beide Familien lebten vom Kleinhandel und vom Schlachten. Die Geschwister des Pinnes hatten Bödefeld verlassen: David hatte eine Frau in Brilon geheiratet, Itzig lebte vom Hausierhandel, eine zum Katholizismus konvertierte Schwester war auswärts verheiratet. Auch Bendit war wenig vermögend („von geringen mitteln“), zu seinem Haushalt gehörten seine Frau, vier Töchter und ein schulpflichtiger Sohn. Beide Familien hatten ergänzend zu ihrer Wohnung einen Speicher angemietet. Ab Mitte des 18. Jh. wurden zwei Geleitbriefe für den Ort ausgestellt. Als sich daraufhin 1754 ein Jude in Welkers Spieker (heute Burgweg) eine Wohnung einrichtete, protestierte der adlige Herr v. Dersch dagegen. 1790 wohnten drei jüd. Familien in Bödefeld, von denen zwei – Feidel Levi und Itzig Isack (Isac) – ein Geleit besaßen, zudem lebte dort der arme Jude Meier Leser. Ein Jahr später galt Meyer Leyser weiterhin als arm, wurde aber zu den Vergeleiteten gezählt. Drei Juden zahlten 1800 Beiliegergeld: Pfeus Abraham (3 Rtlr. 7 Gr.), Itzig (3 Rtlr. 16 Gr.) und die Witwe Hitzel (3 Rtlr.); Meyer als Armer musste nichts zahlen. Für 1802 werden in der Freiheit Bödefeld zwei vergeleitete Juden erwähnt, einer davon Itzig, der sein Geleit schon seit 14 Jahren besaß. Für das 18. Jh. sind zwei Familien und mehrere Einzelpersonen bezeugt, die sich vom Bödefelder Pastor taufen ließen.

In Kirchrarbach verpachtete 1785 die Benediktinerabtei Grafschaft dem vergeleiteten Juden Zadick Heinemann ein dem Pastorat gegenüber liegendes, zum Pfarrvermögen gehörendes wüstes Grundstück für 40 Jahre. Vereinbarung wurden eine einmalige Zahlung von 120 Rtlr. und 4 Rtlr. jährlicher Pachtzins. Zadick Heinemann erhielt das Recht, auf dem Grundstück ein Haus zu errichten, womit er offenbar sofort begann. Auch für 1801 ist er erwähnt. Die jüd. Familie in Rarbach stand in enger Verbindung zu den Juden in Bödefeld.

2.1.2 Aufgrund der hessischen Anordnung zur Annahme fester Familiennamen 1808/09 nannten sich die drei in Bödefeld ansässigen Familien künftig Guttman, Freudenberg und Eppenstein. 1814/15 sind in Bödefeld nachzuweisen Isaac Gudemann (55 Jahre alt, mit Frau, drei Kindern, Vermögen 400 Rtlr.), Joseph Hohlenstein, der sich vom Schlachten ernährte (36 Jahre alt, ledig), sein Bruder Benedikt (Bendix) Hohlenstein, der Lumpen sammelte (39 Jahre, ledig) sowie der Schlachter und Händler Heinemann Freudenberg (48 Jahre, mit Frau und acht Kindern, Vermögen 400 Rtlr.). Freudenberg kaufte 1816 einen Bauplatz auf dem ehemaligen Burggelände, zugleich erwarb er die Erlaubnis zur Errichtung eines Hauses und das Bürgerrecht; das 1820 erbaute Haus brannte 1945 nieder. Anfang des 19. Jh. ließ sich auch der aus Assinghausen kommende Handelsmann Joseph Maybaum in Bödefeld nieder und errichtete ebenfalls ein Haus; zuvor hatten die Juden in Bödefeld zumeist in Speichern oder in

ähnlichen Nebengebäuden gewohnt. 1821 lebten in Bödefeld die Familie Heinemann Freudenberg (Schlachter mit eigenem Haus, Frau und sechs Kinder, drei erwachsene Söhne oder Knechte), der nicht ‚angesessene‘ Schlachter Joseph Holenstein und der Lumpensammler Benedict Holenstein, ebenfalls nicht angesessen. Heinemann Freudenberg ist für 1834 auch als Händler belegt. Für 1843 sind in Bödefeld Simon Freudenberg (41 Jahre) und Joseph Maybaum (50 Jahre) bezeugt, beide betrieben Handel mit Ellenwaren und Schlachtereier. Zum Haushalt von Simon Freudenberg gehörten seine Frau, seine Mutter, seine Söhne Itzig und Philipp, zwei Töchter und die Magd Mina Gutmann. Im Haus Maybaums lebten seine Frau (Pinchen Eppenstein), zwei Söhne und drei Töchter. Im Ort lebte ferner der 70-jährige Lumpensammler Bendit Holenstein, zu dessen Haushalt seine Frau und ein Sohn gehörten; eine Tochter war Magd in Lichtenau. 1846 waren in Bödefeld Isaac und Simon Freudenberg sowie Joseph Maibaum als selbständige Juden verzeichnet. Anfang der 1850er Jahre absolvierte Meier Maybaum aus Bödefeld eine Ausbildung an der Haindorfischen Lehrerbildungsanstalt und trat seine erste Stelle 1854 in Sendenhorst an. 1867 eröffnete Simon Freudenberg ein Manufaktur- und Modewarengeschäft. Gegen Ende des 19. Jh. haben die jüd. Familien Bödefeld verlassen und sind, soweit erkennbar, in Großstädte gezogen. Philipp Freudenberg (gest. 1919) wurde Kommerzienrat in Berlin, zwei seiner Schwestern heirateten nach Duisburg und Brüssel.

In Rarbach (Kirchrarbach) lebte 1814/15 der 30-jährige Familienvater Alexander Steinberg, sein Vermögen wurde mit 654 Rtlr. angegeben. Steinberg war um 1810 aus Frankfurt a. M. zugezogen und heiratete offenbar in die Familie des Zadick Heinemann ein. Vermutlich ist Alexander Steinberg identisch mit dem 1821 für Gellinghausen im Kirchspiel Bödefeld bezeugten Schlachter gleichen Namens. 1825 lief die 40-jährige Pachtzeit für das Grundstück aus, auf dem Zadick sein Haus errichtet hatte. Gegen Rückzahlung der 120 Rtlr. und eine Abfindung für das Haus stand der Pfarrei das Recht zu, das Grundstück zurückzufordern. Da der örtliche Pfarrer die Summe nicht aufbringen konnte, zogen sich die Verhandlungen hin. Schließlich wurde 1829 mit Alexander Steinberg ein neuer Pachtvertrag zu gleichen Bedingungen wie mit Zadick abgeschlossen. 1834 führte Alexander Steinberg einen offenen Laden und handelte mit Ellenwaren, zudem schlachtete er. In seinem Haushalt wohnten seine Frau, eine erwachsene Tochter und drei erwachsene Söhne, die ebenfalls mit Ellenwaren handelten. 1846 war in Rarbach nur Alexander Steinberg als selbständiger Jude verzeichnet. 1860 erwarb Zander (Alexander) Steinberg das gepachtete Grundstück von der Kirche. Nach dessen Tod führte sein Sohn Heinemann den väterlichen Betrieb weiter. Seine Brüder verließen den Ort: Moses zog 1854 nach Fredeburg, Baruch 1845 ins benachbarte Reiste, wo er ein Haus kaufte, 1857 von dort nach Meschede. Heinemann Steinbergs jüngster Sohn und Erbe, Isaak Steinberg, verkaufte nach dem Tod seines Vaters 1895 das noch heute bestehende Haus an den örtlichen Lehrer, dann verließ er – wie zuvor schon seine älteren Geschwister – den Ort.

2.2.1 Für die Freiheit Bödefeld ist für die Jahre 1704 und 1722 jeweils eine jüd. Familie nachgewiesen, für 1738, 1776 und 1802 sind jeweils zwei, um 1780 drei jüd. Familien bekannt. 1818 lebten in Bödefeld 17 Juden, 16 im Jahr 1829, 17 im Jahr 1843, 19 im Jahr 1852 und 17 im Jahr 1858. In der Freiheit Bödefeld waren 1871 von 816 Einwohnern 798 kath., sechs ev. und zwölf jüd. Glaubens, in der Landgemeinde Bödefeld 1895 von 871 Einwohnern 855 kath., fünf ev. und elf jüd. Glaubens. 1893 und 1899 wohnten in Bödefeld zehn bzw. elf Juden.

In Kirchrarbach (Rarbach) wohnten 1819 fünf Juden, 1843 und 1858 je sechs. 1871 waren von 802 Einwohnern 789 kath., fünf ev. und acht jüd. Glaubens. 1893 und 1899 lebten dort drei Juden. In Gellinghausen (bei Bödefeld, Stadt Schmallenberg) lebten 1821 vier Juden.

Im Zuge der geplanten ‚Regulierung der Verhältnisse der Juden‘ wurde 1842 die Einrichtung eines Synagogenbezirks Schmallenberg erwogen, zu dem auch die Juden aus Fredeburg, Bödefeld und Rarbach – insgesamt 55 Juden – gehören sollten. 1854 wurden die Juden in Schmallenberg und Fredeburg dann aber dem Synagogenbezirk Lenhausen zugeteilt, Bödefeld und Rarbach dagegen der Synagogengemeinde Meschede. Als zur Vorbereitung 1854 ein Wahltermin in Meschede anberaumt wurde, waren aus Bödefeld Joseph und David Maybaum, Philipp Köster, Simon Freudenberg und Bendix Holenstein geladen, aus Rarbach die Brüder Moses und Heinemann Steinberg. 1911 stellte der Bürgermeister in Meschede fest, dass in Rarbach und Bödefeld „schon seit Jahren“ keine Juden mehr lebten.

2.2.2 Der Betraum der jüd. Gemeinschaft Bödefeld befand sich in Privaträumen. 1817 wurde ein Raum im Haus der Familie Freudenberg genutzt, deren Grundstück zuvor zur Burg Bödefeld gehört hatte. 1843 stand der Gemeinschaft ein angemieteter Raum für gottesdienstliche und unterrichtliche Zwecke zur Verfügung, der auch von Juden aus Rarbach besucht wurde. Mitte des 19. Jh. befand sich der Gebetsraum im Haus Freudenberg.

2.2.3 Die Kinder aus Bödefeld und Rarbach erhielten zunächst Unterricht von einem jüd. Hauslehrer oder privat vom Ortslehrer, später besuchten sie die örtliche Schule. Religionsunterricht und Unterricht in hebr. Sprache wurde vornehmlich von den Eltern erteilt. 1829 gab es drei schulpflichtige Kinder in Bödefeld, 1843 waren es fünf, 1852 sechs. Für das letzte Drittel des 19. Jh. ist Meier Maybaum aus Bödefeld als Lehrer bezeugt, der nach seiner Ausbildung in Münster zunächst in Sendenhorst tätig gewesen war.

2.2.4 Philipp Freudenberg (ca. 1833–1919), der Ende des 19. Jh. nach Berlin zog und als Inhaber eines Modewarengeschäftes dort den Titel eines Kommerzienrats erwarb, hielt Verbindung zu seinem Heimatort. Er spendete für die dortigen Armen und für den Neubau der kath. Kirche. Bödefelder Juden unterstützten den Haindorfischen Verein regelmäßig zwischen 1835 bis 1880.

2.3.1 Moses Steinberg, der 1854 nach Fredeburg zog, wurde 1856 als ehemaliger Repräsentant der Synagogengemeinde Meschede bezeichnet.

2.3.3 David Maybaum gehörte zeitweilig dem örtlichen Gemeinde- und Sparkassenrat an.

3.1 Eine Betstube befand sich im Haus der Familie Freudenberg.

3.2 Zadick Heinemann errichtete auf einem 1785 in Kirchrarbach von der Benediktinerabtei Grafschaft gepachteten Grundstück ein Haus. Heinemann Freudenberg erwarb 1816 einen Bauplatz auf dem ehemaligen Burggelände in Bödefeld und erhielt die Erlaubnis zum Hausbau. Auch der Anfang des 19. Jh. zugezogene Joseph Maybaum errichtete ein Haus. 1860 erwarb Zander (Alexander) Steinberg ein Grundstück, das er zuvor von der Kirche gepachtet hatte, das darauf gebaute Haus verkaufte sein Enkel 1895.

3.3 Für ihre Bestattungen nutzte die jüd. Gemeinschaft ein in Gemeindebesitz befindliches Grundstück. Bei jedem Begräbnis war eine Gebühr an die Gemeindekasse zu entrichten, so 1721 „wegen der Begräbnuss von dem Juden Benedick“. Wohl schon seit dieser Zeit lag der Friedhof an der Straße zur Lermecke, seit Ende des 18. Jh. wurde er auch von Juden aus Rarbach genutzt. 1830 erhielt die jüd. Gemeinschaft das Recht, die Begräbnisstätte einzufrieden. Nach einem kontroversen Schriftwechsel mit der Zivilgemeinde und dem Landrat in Meschede konnten die Bödefelder und Kirchrarbacher Juden schließlich 1869 das Grundstück für 30 Tlr. erwerben; dabei engagierte sich vor allem David Maybaum, ein Sohn Joseph Maybaums. Das Grund-

stück wurde auf seinen Namen ins Grundbuch eingetragen, da die jüd. Gemeinde keine Körperschaftsrechte besaß. Die letzten Beisetzungen waren die von Berta und Heinemann Steinberg (1892 und 1894, beide aus Rarbach), als letzter Bödefelder wurde 1880 der Lehrer Meier Maybaum beigesetzt. 1941 ging der Platz in das Eigentum der Zivilgemeinde über, im Krieg wurde das Grundstück von Granaten getroffen und verwilderte, nach 1945 diente es zeitweilig als Garten. Mitte der 1960er Jahre wurde die Begräbnisstätte hergerichtet und mit einem Gedenkstein versehen. Heute wird der 1417 m² große Friedhof von der Stadt Schmallenberg unterhalten und gepflegt.

4.1 LAV NRW Abt. W (Münster), Kreis Meschede Landratsamt 1148, 1289, 2466, 3623.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 8–29 <1835–1880>.

4.4 BRUNS Alfred, Die Juden im Altkreis Meschede. Dokumentation 1814–1874. Die Schmallenberger Juden 1934–1943 (= Landeskundliche Schriften für das kurkölnische Sauerland 6) <Brilon 1987> 17f., 23, 45, 76–81, 88, 99–101. – Heimat- und Förderverein Bödefeld e. V. (Bearb.), Israelitische Bewohner in Bödefeld. In: OERTEL Wilfried (Hg.), Jüdisches Leben im Synagogenbezirk Meschede, Orte – Familien – Einrichtungen <Meschede 2004> 20–29. – MARX Heinrich, Ist meine traute Heimat. Chronik des Kirchspiels Bödefeld <Bödefeld 1958> 163ff. – DERS., Israelitische Bewohner in Bödefeld. In: Heimatblätter für das Kirchspiel Bödefeld 5 <1967> 1–3. – OERTEL Wilfried, Kirchrarbach und Reiste. Familie Steinberg. In: DERS., (Hg.), Jüdisches Leben im Synagogenbezirk Meschede 59–65. – DERS., Der jüdische Friedhof in Bödefeld. Ebd. 30. – RICHTER Erika, Wie Meschede Synagogenbezirk wurde. Ebd. 6–13.

Günter Schulte

SCHWELM

1.1 Stadt Schwelm, Ennepe-Ruhr-Kreis

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1496 Stadtrechtsverleihung, 1501 Aberkennung der Stadtprivilegien, 1590 erneute Stadtrechtsverleihung.

Seit 1855 gehörten die Schwelmer Juden zusammen mit denjenigen aus Langerfeld (Gemeinde im Kr. Schwelm, seit 1922 Stadt Barmen, heute Stadt Wuppertal) und Voerde (Gemeinde im Kr. Schwelm, ab 1929 Ennepe-Ruhr-Kreis, seit 1949 Teil der Stadt Ennepetal) als organisatorisch selbständige Untergemeinde zum Synagogenbezirk Hagen.

2.1.1 1593/95 entrichteten Jacob und sein Sohn fast zwölf Prozent der Schwelmer Steuern: Der Sohn zahlte den höchsten Betrag, Jacob den dritthöchsten von insgesamt 87 genannten Steuerzahlern. 1607 wird Levi von Schwelm in einem Frankfurter Verhörprotokoll im Zusammenhang mit der ‚Rabbinerverschwörung‘ von 1603 aufgeführt. In einer 1661 erstellten Geleitsliste für die Gft. Mark finden sich unter den aufgeführten 47 jüd. Familien zwei aus ‚Schwellem‘. 1664 wurden Simon aus Schwelm und sein Begleiter in Detmold gewaltsam attackiert. 1675 verfügte der Metzger Herz

Joas über ein Geleit für Schwelm, das 1682 verlängert wurde. Als ‚Betteler‘ in Schwelm wird 1682 Gottschalk Joseph erwähnt; ein Nichtjude beschuldigte ihn, eine kranke Kuh geschlachtet zu haben, was Gottschalk aber bestritt. In den 1680er Jahren war der Metzger Jacob Levi im Besitz eines Schutzbriefs. Simon Jacob erhielt 1682 das Recht, mit Ehefrau und Gesinde in Schwelm zu wohnen; er betrieb einen Krämerladen. 1688 bat die Stadt die kurfürstliche Regierung, die Anzahl der Juden zu beschränken, weil die durch den Dreißigjährigen Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Einwohner unter der „Vielheit der Juden“ und „deren tag- und nachtlichen fleiß“ litten. 1709 merkte die Stadt an, dass die Juden der Bürgerschaft „gantz beschwerlich“ fielen. Im selben Jahr wurden die Schutzbriefe von Simon Jacob auf seinen Sohn Abraham und von Gottschalk Joseph, der gestorben war, auf dessen Schwiegersohn Heymann Isaak übertragen. 1722 lebten in Schwelm vier jüd. Familien, „die schlachten und Wucher treiben“, wie die Steuerräte anmerkten. In dem gepachteten, gegenüber dem Rathaus gelegenen Haus des Abraham Simon, wo er eine Schlachterei und einen Krämerladen betrieb, brach 1722 ein Feuer aus, das zur Ursache des verheerenden Schwelmer Stadtbrandes wurde. Abraham Simon beteuerte seine Unschuld und setzte sich gegen Vorwürfe der Stadt zur Wehr. Er floh ins Hztm. Berg, kehrte aber eineinhalb Jahre später zurück und lebte bis zu seinem Tod 1776 in Schwelm. Für 1729 sind außer Abraham Simon noch sein Bruder Meyer Simon, Herz Joas und Gottlieb Joas bezeugt. 1730 erhielt Ansel Herz (Herz) das Geleit von seinem Vater Herz Joas; der Schwelmer Magistrat hatte ihm Wohlverhalten bescheinigt. 1736 wohnten weiterhin vier jüd. Familien in der Stadt. Die in Schwelm ansässigen Juden waren bis zur Mitte des 18. Jh. vorwiegend als Schlachter und Krämer tätig. Die Situation veränderte sich, nun bescheinigte man den Juden, „sich besser zu Betragen“. Außer den beiden jüd. Brüdern Herz gab es nur einen christl. Schlachter, der jedoch den Bedarf, besonders zur Kursaison, nicht decken konnte. So zog die Bevölkerung ihre Klage über die zu große Anzahl der Juden zurück. 1738 sind fünf jüd. Haushalte aufgelistet: Ansel Herz, seine Mutter, die Witwe Frommet, sein Bruder Gottlieb Herz, bei dem 1755 Joseph Meyer als Knecht diente, sowie Meyer Simon und sein Bruder Abraham Simon, insgesamt 23 Personen. Weil Meyer Simon 1743 gestohlene Waren verkauft hatte, erlosch sein Geleit und er musste die Stadt verlassen. 1750 starb Ansel Herz und hinterließ seine Frau, die sich fortan mit Spinnen und dem Verkauf von Kurzwaren sowie Schlachten ernähren musste, und die drei minderjährigen Söhne Herz, Feist – 1788 als ‚armer Jude‘ in Schwelm gestorben – und Moses, der 1816 starb. Der Älteste, Herz, musste im Fürstentum Münster als Knecht seinen Lebensunterhalt verdienen, die beiden jüngeren blieben in Schwelm.

1768 lebten in insgesamt 15 Städten in der Gft. Mark Schutzjudenfamilien mit einem Vermögen von mehr als 300 Rtlr., jeweils vier wohnten in Schwelm und Kamen, nur in Bochum (5) und Hamm (7) war die Anzahl dieser Familien höher. Marcus Juda aus dem Dorf Fischelbach in der Gft. Wittgenstein war zwölf Jahre lang Handlungsgehilfe des Schwelmer Schutzjuden Joseph Meyer, später wurde er dessen Schwiegersohn. 1772 erhielt er gegen Zahlung von 100 Dukaten an die Chargenkasse und den Erwerb von Porzellan zum selben Wert eine Konzession als Extraordinarius. In seinem Geschäft hatte er hervorgehoben, sich um den Absatz von Schwelmer Textilprodukten ins kurkölnische Sauerland bemühen zu wollen, von wo er im Gegenzug Pottasche für die Bleichen im Bergischen Land beziehe. Er gab an, zusammen mit seinen Handelspartnern in Amsterdam einen Jahresumsatz von 60 000 Rtlr. zu erwirtschaften. Ansel Jacob wurde 1780 als erstes Kind auf den Schutzbrief seines verstorbenen Vaters Jacob Marcus angesetzt. 1791 ließ sich Herz Joseph als Extraordinarius in Schwelm nieder, von ihm wurden 50 Rtlr. ‚Antrittsgeld‘ gefordert; im selben Jahr erhielt er eine Heiratserlaubnis. Abgaben in Höhe von 50 Rtlr. mussten auch der Ordinarius Moses Bernhard und der Extraordinarius David Meyer leisten. Moses Meyer arbeitete vier

Jahre bei David Meyer als Knecht, 1797 hatte er wegen des hohen Eintrittsgeldes (u. a. ‚Porcellainegelder‘) nur in der Unterherrschaft Hardenberg die Möglichkeit zu Heirat und Niederlassung. 1792 führte die Stadt eine Pfändung bei der Witwe des Schlachters Calm Abraham durch, deren finanzielle Mittel es nach der langen Krankheit ihres Mannes nicht erlaubten, das Geld für den Schutzbrief aufzubringen. 1793 finden sich in den Verkaufsrechnungen für Kühe des Baumeisters auf Schloss Nordkirchen, J. B. Weischer, die Namen Herz Abraham und Anschel Jacob aus Schwelm. 1794 wohnten die Witwen von Calm Abraham und Joseph Meyer, ferner die ordentlichen Schutzjuden Anschel Jakob und Moses Bernhard in Schwelm sowie als außerordentliche Schutzjuden Marcus Juda, David Meyer und Herz Joseph. Bis 1796 war die Zahl der Juden in Schwelm auf 38 gestiegen.

2.1.2 Unter französischer Herrschaft erfolgte nach 1808 der Zuzug zweier weiterer jüd. Familien: Anschel Moses und Lambertus Behr, der Regenschirme herstellte – eine Tätigkeit, die Juden vor 1808 untersagt gewesen war. 1817 lebten in Schwelm neun jüd. Familien. 1822 wird Herz Josephson mit Ehefrau Bela Melchior erwähnt. 1846 waren die Kaufleute David Meyer und Herz Meyer, die Handelsleute Aron Anschel, Joseph Anschel, Joseph Herzsohn, Meier Herzsohn und Moses Herzsohn, die Metzger Calm Markus (künftiger Familienname: Calmann), Markus Calm (Calmann), Joseph Herz, Markus Herz und Jordan/Juda Markus (Markes), die Fleischer Michael Rosendahl und Bernhard Isaac (Seligmann) sowie die Witwe von Lambertus Behr und die Witwe Esther Joseph, ferner Rosa Meyer, Julie Herz, Frommet Herz, der Lehrer Joseph Levy sowie Meyer Meyer (Markes) und Selig Isaac (Seligmann) als selbständige Juden verzeichnet. In den 1850/60er Jahren wird zusätzlich Marcus Rosendahl erwähnt. 1856 wandte sich der Vorsteher der jüd. Gemeinde im Namen seiner Glaubensgenossen an den Abgeordneten Pilgrim, um gegen die von dem Abgeordneten Wagener angestrebte Streichung des Gleichstellungsartikels aus der preuß. Verfassung zu protestieren.

David und Herz Meyer avancierten in der zweiten Hälfte des 19. Jh. von Vieh- und Manufakturwarenhändlern zu Inhabern eines Bankhauses mit einer Filiale in Gevelsberg. 1907 zahlte das Bankhaus ‚David Meyer Söhne‘ rund 2000 M Einkommensteuer. Trotz guter Umsätze wurde es im Ersten Weltkrieg liquidiert, weil es insbesondere Kapitalanlagegeschäfte im Ausland betrieben hatte. Letzte Inhaber waren die Brüder Hermann und Willy Meyer, die Mitglieder dieser Bankiersfamilie starben vor 1933 oder zogen fort. Moses Herz (gest. 1927) betrieb eine Papierwaren- und Tütenfabrik. Hugo Wolf, seit 1909 in Schwelm ansässig, ließ seit Ende der 1920er Jahre Handarbeiten und Spitzendecken herstellen. Aus den Viehhändlerfamilien Herz und Herzsohn gingen Akademiker hervor: der Arzt Dr. Joseph Herz (1850–1931) und Dr. Isaak Paul Herzsohn (1842–1931), der sich schließlich als Privatgelehrter in Düsseldorf niederließ. In den 1880er Jahren sind u. a. der Handelsmann Herz Marcus und der Händler Moses Rosendahl erwähnt, 1910 die Familie Holstein und 1918 die Familie Bach.

Juden waren in Schwelm hauptsächlich im Textil- und Schuhhandel tätig, ihre Geschäfte befanden sich zumeist in der Bahnhof-, Neu- oder Kirchstraße. Die Manufakturwarengeschäfte von Bernhard Rosendahl und Bernhard Stern sind seit 1873 bis um 1900 in den Adressbüchern nachgewiesen, seit dem ersten Jahrzehnt des 20. Jh. werden Adolf Neuhoof, M. & E. Calmann, Hugo Wolf (mit Filiale in Barmen-Rittershausen), S. Rosenbaum (mit Filialen in Gevelsberg, Langerfeld und Menden), ferner Max Hohenstein sowie Max Blumenfeld aufgeführt. Seit den 1920er Jahren finden sich dort Ludwig Heinemann, die Gebr. Kaufmann, Joseph und Alfred Marczak sowie Moritz Marczak und Mosek Seibert. Die höchsten Einkommensteuerbeträge unter den Mitgliedern der jüd. Gemeinde zahlten 1907 die Bankiers Joseph Meyer (720 M), Otto Meyer und die Witwe von Emil Meyer (je 540 M); es folgten Dr. med. Joseph Herz (300 M) und der Bankier Hermann Meyer (212 M). Vor dem Ersten Weltkrieg gab es insgesamt sechs zionistische Gruppierungen in Westfalen, eine davon in Schwelm.

Bereits am Befreiungskrieg 1813/14 hatte ein Schwelmer Jude als Freiwilliger teilgenommen. Melchior Calmann und Bernhard Rosendahl waren Soldaten im Feldzug 1866. Zwei Söhne des Sanitätsrats Dr. Joseph Herz dienten im Ersten Weltkrieg: Der älteste Sohn Alfred fiel; der andere, Oberarzt der Reserve Dr. Kurt Herz, erhielt 1915 den ‚Bayerischen Militärverdienstorden mit Schwertern‘ und wurde zum Stabsarzt befördert. Otto Marcus und Hermann Meyer starben 1918 bzw. 1922 an den Folgen ihrer Kriegsverletzungen.

Um 1930 sind für Schwelm belegt: der Metzger David Callman, die Papier- und Tütenfabrik des Moritz Herz (fortgeführt von seiner Tochter Berta), der Handlungsgehilfe Moritz Callman, der Kaufmann Max Callman, die Ärzte Dr. Josef Herz und Dr. Kurt Herz, die Manufaktur- und Konfektionsfirma Gebr. Kaufmann (das Geschäft musste 1932 aufgegeben werden, der Inhaber Adolf Kaufmann verließ den Ort 1934), die Witwe Frieda Meyer, die Familie Löwenstein, das Herrenbekleidungsgeschäft Ludwig Heinemann, die Dentistin Selma Löwenstein, die Zahnärztin Fanny Löwenstein, der Viehhändler Moritz Marcus, der Kaufmann Erich Marcus, die Witwe von Otto Marcus, der Kaufmann Max Rosendahl, das Herrengeschäft von Hugo Wolf sowie der Metzger Adolf Rosendahl. Moritz (Mosek) Seibert, zuvor polnischer Kriegsgefangener, war 1921 nach Schwelm gekommen. Er heiratete die 1891 in Schwelm geborene Helene (Idyssa) Weinberg und betrieb am Neumarkt ein Herrenkonfektionsgeschäft; 1922 wurde Sohn Kurt geboren.

Für Langerfeld sind 1846 die Metzger David Barne(n), Carl Coppel Frankenberg und Lazarus Ulmer sowie der Metzgergeselle Leopold Auerbach als selbständige Juden verzeichnet. 1907 zahlte Karl Barne 104 M an Einkommensteuer. 1915 wird Fanny Herz, Witwe des Simon Leuser, in Langerfeld genannt. Um 1930 lebten 14 Juden in Langerfeld, sie gehörten zu den Familien Simon Auerbach, Bernhard Barne und Albert Frankenberg.

In Voerde lebte 1853 der Kaufmann Gabriel Levy, Mitte der 1880er Jahre ist dort die Familie Seligmann nachgewiesen. In Milspe lebten um 1930 drei Juden.

2.1.3 Moritz Marcus war bis zu seinem Tod 1933 als Metzger in Schwelm tätig, der 1935 verstorbene David Samuel Calmann als Viehhändler. Bereits am Tag vor dem reichsweiten Boykott vom 1. April 1933 kam es zu antisemitischen Schmierereien. Am Boykotttag selbst versuchten SA-Posten vor den jüd. Geschäften Kunden vom Betreten der Läden abzuhalten. Danach suchten mehrere jüd. Familien Schutz in der Anonymität größerer Städte, u. a. im benachbarten Wuppertal. 1935 wurden in den Adressbüchern noch das Schuhkaufhaus S. Rosenbaum sowie die Bekleidungsgeschäfte Ludwig Heinemann, Joseph und Alfred Marczak, Moritz Seibert sowie Moritz Marczak aufgeführt. Mitte 1938 nahm die NSDAP-Kreisleitung in Zusammenarbeit mit kommunalen Behörden und der IHK Hagen das Schuhgeschäft S. Rosenbaum ins Visier, dessen Totalausverkauf bereits begonnen hatte. Sie empfahl zudem die Übernahme der Papierwarenfabrik Herz durch ‚Arier‘. Die Geschwister Kurt und Johanna Löwenstein gaben ihr ‚Schuhgeschäft Rosenbaum‘ auf und zogen 1939 nach Köln.

Von der ‚Polenaktion‘ war in Schwelm die Familie Moritz Seibert (Zajbert) betroffen, die in der Alleestr. (heute Hauptstr.) ein Textilgeschäft betrieb. Im Okt. 1938 wurde Helene Seibert mit dem 16-jährigen Sohn Kurt an die deutsch-polnische Grenze abgeschoben, Moses Seibert im Juli 1939; Helene Seibert war zeitweise im Ghetto Lodz untergebracht und wurde im KZ Auschwitz ermordet. Der 1913 in Lodz geborene Max Ichok Zajbert emigrierte von Schwelm nach Frankreich und wurde von dort aus ins KZ Auschwitz deportiert.

Während des Novemberpogroms 1938 wurde die letzte verbliebene jüd. Textilhandlung Heinemann (Hauptstr.) zerstört. Auch die Wohnung des Fabrikanten Joseph Wassertrüdiger (Villa Limberg, Wilhelmstr. 25) wurde verwüstet, Wertgegenstände gestohlen, aus der Wohnung des Arztes Dr. Herz wurde Hausgerät hinausgeworfen.

Obwohl die Synagoge und das Grundstück bereits am Tag zuvor für 2500 RM in den Besitz der Stadt übergegangen waren, wurde die Tür aufgebrochen und die Inneneinrichtung zerstört. Von der ursprünglichen Absicht, das Gotteshaus in Brand zu stecken, sah man im letzten Moment ab, da die benachbarten Fachwerkhäuser nicht gefährdet werden sollten. Auch der jüd. Friedhof wurde geschändet. Die ‚Schwelmer Zeitung‘ schrieb am 10. Nov. 1938: „Trotz ihrer hellen Empörung hielt sich die Bevölkerung so weit zurück, daß es zu keinen Ausschreitungen kam.“ Im Rahmen des Pogroms wurden Schwelmer Juden ins KZ Sachsenhausen verschleppt: Der 1889 in Altena geborene Ladenbesitzer Ludwig Heinemann, der dort am 1. Dez. 1938 starb, der Fabrikant Joseph Wassertrüdiger, Dr. Kurt Herz und der Lehrer Immanuel Ehrlich. Ende Nov. 1938 ging das Textilgeschäft Heinemann in ‚arischen‘ Besitz über. Im Jan. 1939 überschrieb Joseph Wassertrüdiger (er starb im selben Jahr), Geschäftsführer und Inhaber der ‚Gummiband-Weberei Thoren, Reichert & Co.‘ (Hofgasse), die Fabrik seinem nichtjüd. Schwiegersohn Leopold Richmann.

Die meisten Emigranten aus Schwelm gelangten – manche über Zwischenstationen – in die USA: Bertha Herz, Theodore Marcus, Jeanette Marcus sowie Albert und Edith Wachsner. Dr. Kurt Herz, der in den Niederlanden im Versteck überlebte, ging nach Kriegsende in die USA zu seiner Tochter Ruth, die dort Ärztin war. In andere deutsche Städte verzogen 1939 Charlotte Herz sowie die Geschwister Johanna und Leopold Löwenstein (Köln) und Helene Ehrlich (Bad Neuenahr).

1940 war das ehem. Wohnhaus der Familie Marcus (Bahnhofstr. 21) zum ‚Judenhaus‘ erklärt worden: Dort lebten das Ehepaar Arthur und Erna Cohn, der Lehrer Immanuel Ehrlich sowie die Witwe Betty Wassertrüdiger; die beiden Letztgenannten wurden am 29. Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert. 1943 starben in Schwelm eine in ‚Mischehe‘ lebende Jüdin und der 1906 geborene Arthur Cohn, Letzterer an Tuberkulose. Seine Witwe, die 1908 in Schwelm geborene Erna (geb. Marcus), wurde am 17. Mai 1943 nach Theresienstadt verbracht. Sie hatte vor ihrer Deportation Unterstützung von der Nichtjüdin Marta Kronenberg erfahren, die ihr u.a. Lebensmittel zukommen ließ; auch ins Ghetto Theresienstadt schickte sie ihr Päckchen. Der 1936 in die Niederlande emigrierte Hugo Wolf wurde von dort 1943 deportiert. Am 29. Sept. 1944 wurden die letzten beiden in Schwelm in ‚Mischehe‘ lebenden Jüdinnen ins Arbeitslager Kassel-Bettenhausen verschleppt.

In Milpe wohnten die in den 1870er Jahren geborenen Moses Moritz und Hedwig Frankenhaus. Sie emigrierten in die Niederlande und wurden von dort 1943 ins Vernichtungslager Sobibor deportiert.

2.1.4 Erna Cohn überlebte das Ghetto Theresienstadt und zog 1945 in die USA. Die beiden mit Christen verheirateten jüd. Frauen und ihre Kinder kehrten aus den Zwangsarbeitslagern nach Schwelm zurück. Dr. Kurt Herz kam aus den USA 1947 erstmals zu Besuch, 1956 folgte er einer Einladung des Verkehrsvereins. Am früheren Standort der Synagoge wurde 1980, initiiert von Schülern des Märkischen Gymnasiums, ein Gedenkstein aufgestellt. Anlässlich des 50. Jahrestags der Pogromnacht erschien 1988 eine Publikation zur Geschichte der Juden in Schwelm. Ebenfalls auf Initiative von Schülern des Märkischen Gymnasiums Schwelm wurden seit 2006 ‚Stolpersteine‘ verlegt.

2.2.1 In Schwelm waren 1817 neun, um 1830 dann 13 jüd. Familien (insgesamt 70 Personen) ansässig. 1843 lebten 74 Juden in der Stadt, 1858 waren es 58. Im Jahr 1871 waren von 5991 Einwohnern 1122 kath., 4788 ev., 74 jüd. Glaubens, sieben gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 14 716 Einwohnern 2712 kath., 11 828 ev., 55 jüd. Glaubens, 117 gehörten anderen christl. Gemeinden an, vier hatten ein anderes oder kein Bekenntnis. 1925 waren von 21 692 (!) Einwohnern 4655 kath., 14 948 ev., 64 jüd. Glaubens und 1182 ohne Bekenntnis.

In Langerfeld (Gemeinde im Kreis Schwelm, seit 1922 Stadt Barmen, heute Stadt Wuppertal) lebten 1843 zehn Juden, 1858 waren es 27. Im Jahr 1871 waren von 5379 Einwohnern 394 kath., 4956 ev., 25 jüd. Glaubens, vier gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 8333 Einwohnern 957 kath., 7185 ev., 22 jüd. Glaubens und 169 gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1907 lebten in Langerfeld 24 Juden, 1913 waren es 25 und 1924 noch 13. In Voerde (Gemeinde im Kreis Schwelm, ab 1929 Ennepe-Ruhr-Kreis, seit 1949 Teil der Stadt Ennepetal) lebte 1843 ein Jude, 1858 waren es drei. 1871 waren von 4646 Einwohnern 96 kath., 4512 ev., zehn jüd. Glaubens, 28 gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 5866 Einwohnern 187 kath., 5608 ev., sechs jüd. Glaubens, 65 gehörten anderen christl. Gemeinden an.

In Milspe (Kreis Schwelm, heute Stadt Ennepetal) lebten 1911 sieben Juden, 1913 waren es elf und 1924 drei. 1925 waren von 11 291 (!) Einwohnern 894 kath., 9353 ev., zwei jüd. Glaubens und 512 bekenntnislos. In Niedersprockhövel (Kreis Schwelm, heute Stadt Sprockhövel) lebten 1858 sechs Juden; 1895 waren von 2470 Einwohnern 87 kath., 2376 ev., sechs jüd. Glaubens, einer gehörte anderen christl. Gemeinden an; 1925 waren von 3829 Einwohnern 252 kath., 3509 ev., fünf jüd. Glaubens und 39 bekenntnislos. In Linderhausen (heute Teil der Stadt Schwelm) waren 1925 von 1239 (!) Einwohnern 94 kath., 1078 ev., zwei jüd. Glaubens und 58 bekenntnislos.

Schwelm wurde dem 1855 eingerichteten Synagogenbezirk Hagen zugeordnet und bildete eine Untergemeinde, zu der auch die Juden in den Orten Langerfeld (heute Stadt Wuppertal) und Voerde (heute Stadt Ennepetal) gehörten. 1892 wurde die Untergemeinde Schwelm auf den ganzen Landkreis Schwelm ausgeweitet, damit wurden auch die Orte Gevelsberg, Langerfeld, Voerde, Sprockhövel und Milspe einbezogen. Das Amt Sprockhövel wurde 1894 der Synagogengemeinde Hattingen zugeordnet, Juden lebten dort aber nur im Ort Niedersprockhövel. 1913 wird erstmals erwähnt, dass Schwelm eine Mitgliedsgemeinde des DIGB war. 1925 lautete die Bezeichnung ‚Synagogengemeinde Schwelm-Gevelsberg-Langerfeld‘. Um 1930 gehörten 39 Juden aus den Familien Albert Abt, Alex Bouscher, Max Bouscher und Albert Steuer sowie die Brüder Feodor und Josef Rosenthal aus Gevelsberg bzw. Milspe (drei Juden) zur Synagogengemeinde Schwelm, ferner 14 Juden aus Langerfeld.

1827 bemängelte der münsterische Landrabbiner Abraham Sutro ‚Ordnungslosigkeiten‘ in der jüd. Gemeinde Schwelm. Die Schwelmer Gemeinde war religiös orthodox ausgerichtet, wie die Anordnung der Bima in der Mitte des Raumes vermuten lässt. Die Gottesdienste im 19. Jh. wurden nach „altherkömmlichen Gebräuchen“ und in „altgläubiger Weise“ gefeiert, in der Liturgie wurde die deutsche Sprache nicht verwendet. Zur 100-Jahr-Feier der Synagoge 1919 engagierte die Gemeinde den Rabbiner des ‚Vereins zur Wahrung der religiösen Interessen des Judentums in Westfalen‘. 1930 betrug der Gemeindeetat 6500 Mark.

2.2.2 Im Haus Kirchstr. 13 – seit 1698 in jüd. Besitz, seit 1792 im Eigentum des Gemeindevorstehers David Meyer – fanden seit dem 18. Jh. die Gottesdienste statt. 1816 fiel der Beschluss, ein eigenständiges Synagogengebäude zu bauen. Zu diesem Zweck erwarben die Gemeindemitglieder Anschel und Josephson im Auftrag der Gemeinde ein Wohnhaus mit Garten im Bereich des früheren Fronhofes, heute Fronhofstr. 15. Die Synagoge wurde hinter dem Haus errichtet und seit 1819 genutzt. 1843 war die jüd. Gemeinde als Eigentümerin des Gebäudes eingetragen. Bis zur Einweihung der Synagoge in Hagen 1859 war Schwelm der einzige Synagogenstandort im Kreis Hagen; zum Gottesdienst kamen auch jüd. Familien aus Barmen, Gevelsberg, Langerfeld, Milspe, Sprockhövel und Voerde. 1919 feierte man das 100-jährige Bestehen des Synagogenbaus, die Feier gestalteten der Schwelmer Lehrer Immanuel Ehrlich und der Rabbiner Dr. Gerson Lange vom ‚Verein zur Wahrung der religiösen Interessen des Judentums in Westfalen‘. Wegen der sinkenden Zahl der Gemeindemitglieder gab es seit Nov. 1937 Überlegungen, Grundstück und Synagogengebäude an die Stadt zu

veräußern. Der Eintrag ins Grundbuch erfolgte am 8. Nov. 1938. Die Innenausstattung, die nicht mitverkauft worden war, wurde während des Pogroms zerstört. Die Thorarollen rettete Erna Cohn, die sie zu einer befreundeten Familie nach Gevelsberg brachte. Kurz nach dem Pogrom wurde das Synagogengebäude abgebrochen. Auch das Grundstück mit der ehemaligen, seit 1892 nicht mehr genutzten jüd. Schule ging in den Besitz der Stadt über.

2.2.3 Zwischen 1770 und 1772 ist ein Lehrer für Schwelm erwähnt. In einem Schieferhaus an der Fronhofstr. neben der 1819 eingeweihten Synagoge befand sich die jüd. Schule. Den Lehrer Schlesinger hielten einige Familien 1825 für ungeeignet und kündigten ihm. Marcus Calm und Juda Marcus beschäftigten ihn für ihre Kinder jedoch weiter, die zerstrittenen Parteien beschimpften sich öffentlich. Beide Gruppen stellten daraufhin einen eigenen Lehrer an und stritten um die Benutzung des Schulraums. Zwischen 1828 und 1846 unterrichteten sieben jüd. Lehrer in Schwelm: Hirsch Heilbronn (1828–1830), W. Drucker (1831/32), Jacob Ginsberger (1834), Isaak Freundlich (1835–1839), Wolf Wolfssohn (1840), Henoch Cohn (1841) und Joseph Levy (1842–1846). 1831 hatten von 16 schulpflichtigen Kindern zehn die jüd. Schule, sechs die christl. besucht. 1843 waren zehn jüd. Kinder in Schwelm und eines in Langerfeld schulpflichtig. 1847 erteilte die Regierung Carl Herzfeld die Genehmigung zur Eröffnung einer privaten Elementarschule, seither besuchte die Mehrheit der jüd. Kinder diese Schule. Der Unterricht umfasste 26 Wochenstunden, die hebr. Sprache wurde gesondert unterrichtet. Isaak Paul Herzsohn besuchte ab 1853 die Höhere Bürgerschule in Schwelm. Lehrer Herzfeld blieb bis 1858 in Schwelm. Von 1858 bis 1866 war David Bondy aus Doberzisch, zuvor in Altena tätig, Lehrer der Privatelementarschule, sein Nachfolger wurde 1866 der Schulamtskandidat Abraham Dahl aus Gelsdorf, der nach dem Besuch des Haindorfischen Seminars seine Prüfung in Soest ablegte. Dahl wird mit seiner Ehefrau Rosetta (geb. Marcus) auch 1873 erwähnt. Ab 1879 unterrichtete Feist Sondtheimer aus Beerfelden in Schwelm, 1883 trat er eine Stelle in Frankfurt a. M. an. Interimistisch wurde 1883 dem Seminaristen David Würzburger die Lehrtätigkeit übertragen. In diesem Jahr besuchten 14 Schüler die Schule, darunter auch je ein Kind aus Annen und Langerfeld. An weiterführenden Schulen erhielten acht Kinder jüd. Religionsunterricht, an dem auch Kinder aus Gevelsberg teilnahmen. 1883 bis 1891 wird als Lehrer Aron Oppenheimer genannt, 1891/92 Löb (Leopold) Goldschmidt. Wegen abnehmender Schülerzahl wurde die jüd. Schule 1892 geschlossen; Goldschmidt war noch bis 1893 als Lehrer tätig. Der Unterricht hatte bis 1892 in dem der Synagoge vorgelagerten Haus stattgefunden, danach in einem angemieteten Raum in einem Privathaus des Zimmerers Hundt am Kaiser-Friedrich-Platz (heute Neumarkt). Kinder aufstiegsorientierter Eltern besuchten die öffentlichen Schulen. Der 1873 in Edelfingen/Mergentheim geborene Immanuel Ehrlich, der seine Ausbildung am jüd. Seminar in Burgpreppach in Unterfanken erhalten hatte, wurde 1893 von der Gemeinde als Kantor und Religionslehrer angestellt. Am Religionsunterricht nahmen zwischen 1907 und Mitte der 1920er Jahre jeweils zehn bis 16 Kinder teil; 1932 waren es acht. Ehrlich beging 1919 sein 25. Amtsjubiläum in Schwelm. Er wurde 1942 von Schwelm aus deportiert und kam um.

2.2.4 Albert Anschel aus Schwelm und sein Schwager Philipp Gompertz aus Wesel brachten im 19. Jh. ein Wohnhaus in Schwelm, einen Kotten in Langerfeld und ein Waldstück bei Schwelm in die bis 1935 in Wesel bestehende ‚Gompertz-Anschel-Blindenstiftung‘ ein, die Blinden in Schwelm und Wesel zugutekam. 1911 wird für Schwelm eine Armenkasse mit einem Etat von 450 M erwähnt, die J. Meyer verwaltete. Dem 1913 erwähnten jüd. Frauenverein stand in diesem Jahr die Ehefrau von Josef Meyer vor.

Von 1911 bis 1918 existierte in Schwelm (Steinhauser Berg 34) das ‚Israelitische Landheim‘. Initiiert hatte es der Direktor der jüd. Gartenbauschule in Ahlem bei Han-

nover, Albert Silberberg; der Schwelmer Bankier Wilhelm Meyer hatte das Grundstück zur Verfügung gestellt. Die ärztliche Leitung oblag dem Neurologen Sanitätsrat Dr. Wertheim aus Barmen. Anstaltsleiter war 1914 der ‚Erziehungsinspektor‘ Alfred Gordon. In der Einrichtung wurden nicht mehr schulpflichtige, überwiegend geistig bzw. körperlich behinderte Jungen im Gartenbau ausgebildet. „Das Institut ist das einzige jüdische dieser Art in Deutschland und ist dazu berufen, eine fühlbare Lücke auf dem Gebiete der Heilpädagogik auszufüllen“, heißt es in der AZJ. 1913 betrug die Anzahl der ‚Zöglinge‘ vierzehn. Zum Landheim gehörten Treib- und Gewächshäuser, Gemüse- und Sträucherplantagen sowie Schulgarten, Schreinerwerkstatt und Gartenschule. Im Okt. 1915 wurde mit Zustimmung der Arnberger Regierung eine Privatschule „mit den Zielen einer Volksschule“ eröffnet und als Lehrerin Bella Freudenberger aus Butzbach (Hessen) eingestellt; nun konnte die Anstalt auch schulpflichtige Kinder aufnehmen. Einige der Lehrer waren Soldaten im Ersten Weltkrieg. Mehrere Zöglinge meldeten sich freiwillig zum Militärdienst, sie wurden u. a. als Krankenträger eingesetzt. Das Gebäude wurde für einige Zeit verwundet. jüd. Soldaten als ‚Genesungsheim‘ zur Verfügung gestellt, diente dann aber wieder seinem ursprünglichen Zweck. Die Hälfte der Plätze stand Personen zur Verfügung, „deren Erziehung durch die kriegerischen Ereignisse besonders gefährdet erschien“. Bevorzugt wurden Kinder, deren Väter im Krieg waren. Dort wohnende russische Jungen, die „wegen plötzlicher Schließung der Grenzen“ nicht zu ihren Angehörigen zurück konnten, durften unentgeltlich bleiben. Als das ‚Bankhaus David Meyer Söhne‘ im Ersten Weltkrieg liquidiert wurde, bedeutete das auch das Ende des ‚Israelitisches Landheims‘.

2.3.1 1830 war David Meyer Gemeindevorsteher. Etwa bis 1911 war Josef Meyer Vorsitzender, 1913 Hermann Meyer und B. Löwenstein. 1924 bildeten Bernhard Löwenstein (gest. 1925), Adolf Kaufmann, Moritz Calmann sowie Albert Steuer und Albert Abt aus Gevelsberg, ferner Carl Barne und Albert Frankenberg aus Langerfeld den Vorstand. 1932/33 bestand er aus Adolf Kaufmann, Moritz Calmann und Hugo Wolf. Das Kantorenamt übten die jeweiligen Lehrer aus. Als Schächter fungierte u. a. der Lehrer Immanuel Ehrlich.

2.3.2 Der in Schwelm 1842 als Sohn eines Viehhändlers und Gastwirts geborene Isaak Paul Herzsohn, der zunächst als Kaufmannsgehilfe arbeitete, legte nach dem Tod seiner Eltern mit 34 Jahren 1876 das Abitur am Gymnasium in Hamm ab. Dann studierte er in Bonn Philologie, Philosophie und Geschichte, wurde er dort 1886 mit einem orientalistischen Thema promoviert. Bis 1907 lebte er in Leiden/Niederlande, danach bis zu seinem Tod 1931 in Düsseldorf. 1891 veröffentlichte er den Gedichtband ‚Schlehdorn und Rosen‘.

2.3.3 David und Herz Meyer wurden im Zusammenhang mit der 1848er Revolution Mitglieder der Bürgerversammlung, einem politischer Verein, der sich für ein parlamentarisch gebundenes Königtum in Preußen einsetzte. Seit den 1860er Jahren gehörte David Meyer dem Stadtverordnetenkollegium an. Dr. Joseph Herz, die Bankiers Emil und Joseph Meyer sowie Lehrer Aron Oppenheimer waren Gründungsmitglieder des Vereins für Heimatkunde (1890), der Schwelmer Wohnungsgenossenschaft (1889) und des Verschönerungsvereins (1896); Joseph Meyer war 15 Jahre lang bis zu seinem Tod 1911 Vorstandsmitglied des Verschönerungsvereins. Dem Kriegerverein gehörte der 1899 gestorbene Melchior Calmann an. Kurt Marcus war um 1930 Mitglied im ‚Schwelmer Fußballclub 06‘.

3.1 Die 1819 eingeweihte Synagoge (heute Fronhofstr. 15) war ein schlichter Fachwerkbau. Es gab Platz für etwa 80 Personen, die Frauen saßen auf einer Empore. Das Krüppelwalmdach zierte eine Wetterfahne mit Davidstern. Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 220–222.

3.2 1698 hatte Simon Jacob im Rahmen des anachoretischen Pfandbesitzes das Haus Ostenstr. (heute Kirchstr. 13) in Schwelm erworben. Er vererbte es seinem Sohn Meyer Simon, der aber verarmte. 1738 wurde Gottlieb Herz der Besitzer; 1764 erbte es dessen Sohn Herz Gottlieb. Der schenkte es 1792 seiner Adoptivtochter und ihrem Mann, dem Viehhändler David Meyer, in deren Besitz das Haus bis 1898 blieb. Der Metzger Michael Rosendahl erbte 1828 von seinem Schwiegervater Moses Bernhard einen Bauplatz in der heutigen Bahnhofstr., den er mit einem Wohnhaus bebaute. Der Viehhändler und Metzger Marcus Herz erwarb 1835 das Haus Hauptstr. 66, wo seine Witwe in den 1870er Jahren eine Metzgerei mit Viehhandel und ein Leinengeschäft betrieb. In der heutigen Kirchstr. waren 1836 vier Wohnhäuser (Nr. 10, 11, 12 u. 13) in jüd. Besitz. Über Grundbesitz verfügten auch die 1873 bzw. 1866 gest. Brüder Joseph und Aron Anschel.

3.3 Zunächst diente den Juden ein Areal im Norden außerhalb der Stadtmauer als Friedhof. Als 1776 Abraham Simon starb, konnte er dort aber nicht mehr beerdigt werden, weil der Platz vollständig belegt war. Stattdessen begrub man ihn an dem nicht mehr lokalisierbaren Ort ‚Kerstgens Steinbreche‘, musste die Leiche nach einem Einspruch der Stadtverwaltung jedoch wieder ausgraben. Der alte Friedhof wurde 1829 gegen den Widerstand der Juden, vorgebracht vom Vorsteher David Meyer und zehn weiteren Personen, überbaut.

Ende des 18. Jh. wurde ein ca. 2500 m² großer Begräbnisplatz etwa zwei Kilometer südlich der Stadt an der ‚Delle‘ angelegt. Mit der 1892 erfolgten Ausweitung der Synagogenuntergemeinde Schwelm auf den gesamten Landkreis wurden dort auch Juden aus Langerfeld, Milspe, Voerde und Sprockhövel beigesetzt sowie (bis in die 1920er Jahre) Juden aus Gevelsberg. 1894 bis 1899 gab es Diskussionen, den Friedhof zu verlegen, weil man befürchtete, dass bei starken Regenfällen das Grundwasser mit Schadstoffen belastet werden könne; die Pläne wurden aber nicht umgesetzt. Die älteren Grabsteine sind in hebr. Sprache beschriftet, ab Mitte des 19. Jh. kommen deutschsprachige Erläuterungen auf der Rückseite der Steine hinzu, die jüngsten Steine weisen ausschließlich deutsche Inschriften auf. Das älteste heute noch lesbare Sterbejahr, auf dem Grabstein von Anschel Jacob, ist 1817. Als Letzter wurde 1943 Arthur Cohn dort begraben. Während der NS-Zeit wurden schmiedeeiserne Grabeinfassungen entfernt. Zwei Grabsteine von 1933 und 1940 fertigte der bekannte Düsseldorfer jüd. Bildhauer Leopold Fleischhacker an. Auf dem Grab der Familie Auerbach wird an den 1946 in New York gestorbenen Simon Auerbach erinnert. Den jüd. Friedhof, der 1942 zerstört worden war und auf dem noch 1945 Grabsteine mit NS-Emblemen beschmiert wurden, ließ die Stadt nach dem Krieg wieder herrichten. Rund 75 Grabstätten sind heute vorhanden. 1992 erfolgte die Eintragung des Areals in die städtische Denkmalliste.

4.1 LAV NRW Abt. W (Münster), Kleve-Märkische Regierung Landessachen 1638, Kriegs- und Domänenkammer Hamm 1084. – StadtA Schwelm, diverse Akten, derzeit ungeordnet.

4.2 Ein Lacksiegel des ‚Synagogen- und Schulvorstandes der israelitischen Gemeinde zu Schwelm‘ von 1834 wird im Stadtarchiv Schwelm verwahrt. Ein Holzmodell der Schwelmer Synagoge befindet sich in der ‚Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal‘. Abb. des Kantors und Religionslehrers Immanuel Ehrlich in: Wollmerstädt, Aus der Geschichte der Juden in Schwelm 31. Fotos von Synagoge, Schulhaus, Friedhof und ehem. jüd. Wohnhäusern in Pracht-Jörns, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 257–261.

4.3 AZJ <16.6.1911>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 3–34 <1829–1888>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 66, <1909>

71, <1911> 80, <1913> 91, <1924/25> 61. – Israelitisches Familienblatt <1914–1915, 1916, 1919, 1925>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 166. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 52.

4.4 ASCHOFF Diethard, „Levi zue Schwelm“ in Nöten. Zur Frühgeschichte der Juden in Schwelm. In: Beiträge zur Heimatkunde der Stadt Schwelm und ihrer Umgebung N. F. 52 <2003> 49–60. – BÖNING Adalbert, Hebräische Inschriften auf dem jüdischen Friedhof in Schwelm (1. Teil). In: Beiträge zur Heimatkunde der Stadt Schwelm und ihrer Umgebung 38 <1988> 131–144. – DERS., Was Steine erzählen ... Hebräische Inschriften auf dem jüdischen Friedhof in Schwelm (2. Teil). Ebd. 39 <1989> 39–46. – FENNER Wolfgang, „Schlehdorn und Rosen“ (1891): Ein Gedichtband von Paul Herzsohn. In: Beiträge zur Heimatkunde der Stadt Schwelm und ihrer Umgebung N. F. 42 <1982> 145–150. – HACKLER Cornelia, Der jüdische Friedhof an der Delle in Schwelm. In: Martfeld-Kurier 20 (= Schriftenreihe des Vereins für Heimatkunde Schwelm e. V.) <1996>. – DIES., Der Judenfriedhof an der Delle. In: ‚Denkmal‘ in Schwelm. Denkmalwanderweg zu Bau- u. Bodendenkmälern in Schwelm <Gelsenkirchen/Schwelm 1996> 30f. – HELBECK Gerd, Juden in Schwelm. Geschichte einer Minderheit von den Anfängen im 17. Jahrhundert bis zum Nationalsozialismus <Schwelm 1988>. – DERS., Schwelm. Geschichte einer Stadt und ihres Umlandes, Bd. 1 <Schwelm 1995> 70ff. – HERZ Joas, Anschels, Rosendahls. Besonderheiten in der jüdischen Geschichte Schwelms. In: Martfeld-Kurier 34 (= Schriftenreihe des Vereins für Heimatkunde Schwelm e. V.) <2011>. – WOLLMERSTÄDT Kurt, Aus der Geschichte der Juden in Schwelm. In: Beiträge zur Heimatkunde der Stadt Schwelm und ihrer Umgebung N. F. 30 <1980> 21–47.

Wolfgang Fenner †

SCHWERTE

1.1 Stadt Schwerte, Kr. Unna

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHztm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1397 Stadtrechtsverleihung.

Laut Statut von 1857 gehörten zum Synagogenbezirk Schwerte die Juden in Schwerte und Westhofen.

2.1.1 Die Juden Johel und Hupert aus Schwerte werden 1448 in einer Liste von Geschädigten aufgeführt, ihnen wurden während der Soester Fehde Ziegen geraubt. 1570/71 zahlten zwei namentlich nicht genannte Juden 8 Rtlr. Geleitgeld in die Stadtkasse. Nach 1610 ließ sich Nathan in einem Haus in der achten ‚Schicht‘ (Nachbarschaft) nieder, für 1636 ist ein Jude ohne Besitz im Ort nachgewiesen. Die Stadtrechnung 1641/42 erwähnt einen Juden, der Aufträge des Rates in Dortmund ausführte. 1660 lebten zwei jüd. Familien in der Stadt. 1672 wird Leser Moses genannt, der zwei Morgen Ackerland und einen Erbgarten bebaute.

Im 18. Jh. sind in Schwerte regelmäßig mehrere jüd. Familien nachzuweisen. Für 1738 sind fünf jüd. Familien im Ort aufgeführt: die Witwe Elias, David Behrend, Isaak Sander, Jacob Simon und Joseph Meyer; 1752 zählte man vier jüd. Haushalte. Von 1766 bis 1786 lebten in Schwerte die jüd. Familien Jacob Simon bzw. sein Sohn Joseph Jacob, ferner Levi Rosenthal, Wolf Sternberg sowie Salomon Weinberg. Im Handel

deckten die Schwerter Juden einen weiten Bereich ab. Er reichte vom Niederrhein bis ins Sauerland, ein zentraler Ort ihrer Tätigkeiten war der Viehmarkt in Dortmund. Die Handelskontakte waren familiär geprägt – Berend David hatte Verwandte in Hamm, Meyer Zander in London. Joseph Jacob vermittelte 1759 Waren zwischen Emmerich und Wesel einerseits und Iserlohn andererseits. Ein Teil der jüd. Familien lebte direkt oder indirekt von der in Schwerte ausgeprägten Lederverarbeitung. Aus dem Handel mit Vieh und anderen Waren entstanden auch Kreditgeschäfte, da beim Kauf und Verkauf selten der volle Preis bezahlt wurde. Von Juden betrieben wurde auch der verbreitete bargeldlose Tauschhandel, beispielsweise Hasenfell gegen Rübensaat oder Bier und Branntwein gegen Kaffee und Bohnen. Der Schlachter Marcus Elias belieferte 1747 bis 1753 Schwerter Bürger mit Leingarn, Rind-, Kalb- und Lammfleisch sowie mit weißem Zucker. Der im Viehhandel übliche Kauf per Handschlag zwischen Käufer und Verkäufer wurde 1753 bei Sander Isaak nicht angewandt. Häufig war der Viehhandel verbunden mit dem Beruf des Schlachters, den 1766 Joseph Jacob und Marcus Elias ausübten. 1711 war ein Jude namens Elias als Glasmacher tätig. Mehrere jüd. Frauen arbeiteten als Mägde: Beele, die Tochter des Westhofener Juden Isaak Gottschalk, hatte sich 1715 auf Haus Steinhausen bei der Witwe von Wrede verdingt, die Jüdin Rösecke arbeitete 1751 in einem Schwerter Haushalt.

Hin und wieder wurden Angelegenheiten jüd. Familien vor Gericht behandelt, die Prozessakten geben für die Zeit zwischen 1700 und 1770 Einblicke in ihre wirtschaftlichen Betätigungen. 1718 beschuldigte Beele den David Bernd aus Schwerte der Beleidigung. Zunächst war es um den Einkauf rituell zugelassener Lebensmittel gegangen, der Vorgang eskalierte dann zum Beleidigungsprozess. Der Schwerter Richter musste entscheiden, ob dieser Streitfall nach Zivilrecht oder nach jüd. Recht vor dem Rabbiner entschieden werden sollte; vor dem Rabbiner sollte nur über jüd. Riten und Zeremonien verhandelt werden, über Geld- und Schuldsachen dagegen vor dem Richter. 1722 ging es um den Kauf einer Kuh durch Sander Isaak im Wert von 20 Rtlr., der Käufer hatte ein Drittel des Preises angezahlt. 1736 bot Meyer Zander in Dellwig anscheinend inakzeptable kleine Scheidemünzen beim Einkauf einer Kuh an, die den Kaufpreis von 8 Rtlr. nicht abdeckten. 1742 ging es vor dem Richter in Schwerte um einen Tauschhandel des Bernd David. Dieser ging nach Angaben aus dem Jahr 1748 der Glasmacherei nach, die bis 1777 in der Gft. Mark zünftig nicht gebunden war und insofern auch Juden offenstand, zudem ist er als Koller (Schächter) nachgewiesen. Joseph Jacob verklagte 1759 einen nichtjüd. Fuhrmann aus Schwerte, weil dieser Kaufmannsware von ihm verspätet nach Iserlohn geliefert hatte. Die Generaltabelle von 1737 zeigt deutliche antijüd. Stereotypen. So werde die durch drei Stadtbrände schwer in Mitleidenschaft gezogene Bürgerschaft Schwertes durch die Juden geschädigt, indem Letztere „en general denen Christen auf mancherley art und weise die nahrung benehmen“. Dennoch vertrügen sich David Berndt und Elia Mordochay mit ihren Nachbarn „ziemlich wohl“, lediglich Sander Isaac sei „wegen seiner unartigen natur überall verhasst“. Schon in der ersten Hälfte des 18. Jh. wurden Juden von den Schwerter ‚Schichten‘ als vollwertige Mitglieder aufgenommen. Nach den Protokollbüchern der Schichte zahlten Juden seit 1730 Aufnahmegebühren, wenn sie das ‚Erbnachbarrecht‘ gewinnen wollten.

Die bedeutendste Person innerhalb der jüd. Gemeinde Schwertes während der ersten Hälfte des 18. Jh. war Jacob Simon, der bis 1760 Vorsteher der märkischen Judentenschaft war. Er wurde um 1690 in Schwelm geboren, vor 1720 muss er sich in Schwerte niedergelassen haben, wo er 1762 starb. In Kreisen des niederen Adels war er vermutlich durch Kreditgeschäfte bekannt. 1737 heißt es, er befinde sich „in solchem bemittelten Stande, daß wann bey Christen das Baar Geldt mangelt, sie es bey ihm gegen Juden Wucher erlangen können, und wegen seiner Conduite seindt bishero keine Klagen bey dem Magistrat entstanden“. Simon war der einzige jüd. Haushaltsvor-

stand, für den 1748 in den Berliner Quellen Immobilienbesitz (Schätzwert 500 Rtlr.) belegt ist. Auch bei ihm hatte sich das Kreditgeschäft aus dem Viehhandel entwickelt. Er vergab kleine und große Darlehen, an Schwerter Bürger ebenso wie an märkische Beamte. Gottfried Caspar Haver verpfändete 1737 Jacob Simon Grundstücke in den Ruhrweiden. Für den kurzfristig benötigten Betrag von 5 Rtlr. musste Johann Dietrich Wever 1739 zwölf Prozent Zinsen pro Jahr zahlen. Dem Steuerrezeptor von Neuenrade, Caspar Adrian Rentrop, ermöglichte Jacob Simon 1742, zwei Höfe aus dem überschuldeten Besitz des Hauses Pungelscheid bei Werdohl im Wert von 1430 Rtlr. zu kaufen. Nicht zu allen Bürgern der Stadt war das Verhältnis ungetrübt. Ratsherr Johann Diedrich Stangefeld überzog Jacob Simon 1742 mit übler Nachrede, die mehrere Zeugen bestätigten; Jacob Simon verklagte Stangefeld daraufhin wegen Kreditbeschädigung. In anderen Verfahren trat Jacob Simon vor Gericht als Übersetzer auf, der die Korrespondenz seiner Glaubensbrüder erläuterte. Mit elf Kindern bildete er den größten, zunächst aber nicht den wohlhabendsten Haushalt unter den Schwerter Juden. Bei den nach Vermögen gestaffelten Schutzgeldzahlungen rangierte er 1740 mit 21 Rtlr. hinter der Witwe Elias (25 Rtlr.) und Berend David (35 Rtlr.). 1756 nahm er die Witwe des Cosman Hertz auf, die aus dem Klevischen zuzog; ihr Sohn heiratete seine Tochter. Mitte der 1750er Jahre konnte unter den Schwerter Juden nur Jacob Simon mit einem Vermögen von 3000 Rtlr. als wohlhabend gelten. Sein 1751 etablierter Sohn Joseph Jacob verfügte ebenso wie Meyer Sander lediglich über 1000 Rtlr., Mardachaeus Elias schätzte man auf 1100 Rtlr., die Witwe von Bernd David galt als arm. 1760 zählten die Schlachter Marcus Elias und Joseph Jacob sowie der Pferdehändler Meyer Sander zu den Wohlhabenden. 1766 besaß Joseph Jacob mit 1100 Rtlr. das größte geschätzte Vermögen unter den Schwerter Juden, der Vieh- und Pferdehändler Meyer Sander verfügte über 1000 Reichstaler. Im Gegensatz zur Familie des Simon Jacob konnte Meyer Sander das Vermögen nicht halten, 1782 lebte er nach eigenen Worten in Armut und musste um Hilfe bei Verwandten in London nachsuchen.

Um 1770 vermerkte der Berliner Generalfiskal, dass zwei Schutzjuden in der Stadt als ‚Ordinarii‘ über einen vererbbaaren Rechtstitel verfügten: Mardachaeus Elias und Meyer Sander. Obwohl zumindest Sander einen Sohn und zwei Töchter hatte, lässt sich bis 1806 keine Ansetzung eines Kindes in der Stadt nachweisen; beide Familien verarmten oder verließen den Ort. Um 1800 lebten stattdessen jüd. ‚Extraordinarii‘ in Schwerte, die lediglich über einen minderen, nicht vererbbaaren Rechtstitel verfügten. Nachweisbar sind Jacob Hertz (Schutzbrief von 1771), der aus Büderich stammte und die Witwe Joseph Jacobs geheiratet hatte, der 1822 gestorbene Simon Jacob, ein weiterer Sohn Jacob Simons (Schutzbrief 1773), Isaac Joseph (1786), Moses Hertz (1789) und Benjamin Abraham (1795). Im Rahmen der 1793 festgelegten, von der märkischen Judenschaft zu zahlenden Schutz-, Rekruten-, Münz-, Silberlieferungs- usw. Gelder hatten aus Schwerte Isaac Joseph 22 Rtlr., Moses Hertz 25 Rtlr. und B. Abraham 23 Rtlr. jährlich zu zahlen. Vor 1790 wohnte Aron Samuel etwa zehn Jahre in Schwerte. Er stammte aus Heisenstein (Gft. Schönborn) und heiratete 1791 eine Witwe in Lipperode. Isaak Joseph handelte mit Eisen und war Kunde der Wocklumer Hütte bei Balve; 1804 prozessierte er gegen einen Schmied wegen Eintragung einer Obligation. 1801 wurde in Schwerte ein Kornmarkt eingerichtet, der zahlreiche jüd. Kaufleute anzog.

In der Titularstadt Westhofen (heute Teil der Stadt Schwerte) lebte 1711 eine jüd. Familie. 1718 klagte Beele, Tochter des Isaak Gottschalk aus Westhofen, gegen David Bernd aus Schwerte, weil dieser sie als Hure, Diebin bzw. ‚eine canalie‘ bezeichnet hatte. 1787 stellte Juda Bernd von Hörde aus den Antrag, in Westhofen als Schlachter arbeiten und sich als außerordentlicher Schutzjude niederlassen zu dürfen. 1796 lebten in Westhofen vier Juden. Um 1800 ist dort der Trödler Israel Moses erwähnt.

2.1.2 Im frühen 19. Jh. zogen mehrere jüd. Familien nach Schwerte, einige von ihnen konnten einen deutlichen sozialen Aufstieg verzeichnen. Abraham Samuel, 1780 als limburgischer Landjude in Ergste geboren, durfte seit 1803 in der Gft. Mark Viehhandel treiben; sein Hauptberuf war Metzger. Nach 1808 siedelte er nach Schwerte über und erwarb dort einen Gewerbeschein. Der bergischen Gesetzgebung entsprechend nahm er den Namen Blumenfeld an. Als Metzger und Viehhändler Abraham Samuel Blumenfeld erwarb er 1813 von Bürgermeister Wucke eines der größten Bürgerhäuser in Schwerte (Haus Nr. 2, heute Brückstraße 24), den größten Teil des Kaufpreises von 640 Rtlr. konnte er aus der Mitgift seiner Frau Herzchen Dyckop aus Geseke bestreiten. Bis zu seinem Tod 1849 war er einer der wichtigsten Steuerzahler in Schwerte; noch im 20. Jh. sind Mitglieder seiner Familie in Schwerte nachzuweisen.

Für 1822 werden zehn jüd. Hauseigentümer aufgeführt; weitere fünf wohnten zur Miete. Der Zuzug jüd. Familien – in den 1820er Jahren verdoppelte sich die jüd. Bevölkerung – blieb nicht ohne Probleme. 1818 weigerte sich der Maire, einen Nachfolger für den zurückgetretenen jüd. Gemeindevorsteher Abraham Wolff zu benennen. Er denunzierte Wolffs ‚Schacherhandel‘ und verweigerte weiteren jüd. Kaufleuten nach Möglichkeit die Ansiedlung. Pfarrer Bährens notierte in der Ortschronik, die Zahl der eingebürgerten Juden schade dem Handel. 1834 werden für Schwerte Abraham Samuel Blumenfeld mit einer Ellenwarenhandlung und Joseph Geldmacher mit einem Viehhandel aufgeführt. Die Mehrzahl der 1846 in Schwerte verzeichneten Juden hatte bereits einen festen Namen angenommen: Moses Bienemann (Metzger), Abraham Blumenfeld (Metzger und Händler), Moses Frankfurter, Joseph Geldmacher (Viehhändler), Isaac Hecht (Metzger und Händler), Herz Raffenberg, Levi Rosenthal, Simon Moses Rothschild, Samuel Abraham Steinberg (Handlungsgehilfe), Levi Stern (Tagelöhner), die Witwe des Moses Stern, Jacob Weinberg (Metzger) und Salomon Jacob Weinberg (1820–1878, Metzger und Händler). Einen neuen Namen nahmen zu diesem Zeitpunkt an: die Witwe von Herz Ruben und der Metzger Herz Ruben (künftiger Nachname ‚Dieckhoff‘), Jacob Ruben (künftig ‚Löwenstein‘), die Krämerin Susanna Herz und der Krämergehilfe Joseph Herz (‚Ostwald‘), die Witwe Moses (‚Rothschild‘) und der Metzger Israel Moses (‚Sternberg‘). Eine Ausbildung am Haindorfischen Lehrerseminar erhielten aus Schwerte Moses Blumenfeld seit Mitte der 1830er Jahre (erste Stelle ca. 1840 in Viersen), Levi Weinberg ab Anfang der 1840er Jahre und Abraham Bienemann seit Ende der 1860er Jahre. David Stern aus Schwerte wurde 1911 Lehrer in Nieheim. Zu Schneidern ausgebildet wurden Marcus Levi (ab 1832), Samuel Frankfurter (ab ca. 1836) und Marcus Rosenthal.

Nach Beginn der Industrialisierung in Schwerte in den 1860er Jahren verdreifachte sich zwischen 1871 und 1905 die Einwohnerzahl, die Zahl der Juden stieg im gleichen Zeitraum nur mäßig. Der kaum getrübe ökonomische Aufschwung bis 1914 kam auch den jüd. Geschäftsleuten zugute, von denen einige in den 1870er Jahren noch in erbärmlichen Verhältnissen gelebt hatten. Über die Mietwohnung des Moses Stern am Südwall hieß es 1877, sie sei „derart feucht und ungesund“, dass sie aus medizinischer Sicht geräumt werden müsse; Stern lebte mit seiner Familie direkt über einem Stall. Um die Jahrhundertwende wurden an der Hüsing-, Osten- und Brückstraße sowie am Markt neue Häuser erbaut, die Straßen erhielten ein urbanes Gesicht. Die wichtigsten Handelshäuser in diesen Straßen gehörten Juden: In der Hüsingstr. 26 betrieb Leeser Weinberg ein großes Warenhaus, gegenüber Max Strauß (Herz Nachf.) einen Schuhwarenhandel. Ebenfalls in der Hüsingstraße befanden sich die vier mittleren bis größeren Textilwarengeschäfte der Gebr. Mosbach, Gebr. Stein, von Hermann Levi und von Sally Elias, zwei weitere am Markt (Ruhr & Co., Bernhard Stein). Der Vieh- und Pferdehandel verlagerte sich in die neuen Viertel vor den Stadtmauern, vor allem in die heutige Friedens-, Eintracht- und Wilhelmstraße, wo drei Geschäfte der Familie Sternberg lagen. Die Zahl der jüd. Händler übertraf auch weiterhin die der Handwer-

ker, drei jüd. Metzger waren im Ort tätig. Die wenigen berufstätigen Frauen arbeiteten vor allem im Textilgewerbe, als Hutmacherinnen (Lina und Bertha Liebreich), Putzmacherin (Elise Lorig) oder Damenschneiderin (Helene Rosenthal). Der dritten Gewerbesteuerklasse zugeordnet war 1910 Leeser Weinberg, bis 1907 Vorsteher der Synagogengemeinde Schwerte-Westhofen. Als Inhaber eines Warenhauses leistete er den höchsten Beitrag aller Steuerzahler, gleichauf mit dem Gaswerk und dem Messingwerk Klewitz. Mit neun von 40 Veranlagten war der Anteil der jüd. Geschäfte unter den Betrieben dieser Klasse relativ groß, allerdings wurden sie, wenn man von Weinberg absieht, eher mit unterdurchschnittlichen Beträgen veranlagt. Dagegen war in der vierten Gewerbesteuerklasse, die Kleinhändler und Handwerker umfasste, die Zahl der jüd. Geschäfte mit 16 von 254 gering, ihre mittlere Steuerleistung mit 20 M dagegen vergleichsweise hoch. In den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jh. sind in Schwerte elf jüd. Kaufleute, vier Metzger, drei Viehhändler und zwei Pferdehändler belegt. Ferner wohnten in der Stadt zwei Rentner, zwei Lehrer, zwei Lehrlinge sowie ein Landwirt, ein Handelsmann, eine Schneiderin, ein Student, ein Geschäftsführer, ein Zahnarzt, ein Handlungsgehilfe, ein Rechtsanwalt, ein Schuhmacher und ein Bücherrevisor. Gegenüber dem späten Kaiserreich änderte sich bis 1933 wenig an der Erwerbsstruktur der jüd. Bevölkerung Schwertes, an erster Stelle standen immer noch Konfektionshäuser, Schuhgeschäfte und Viehhandlungen.

Am Krieg gegen Frankreich 1870/71 nahmen Soldaten jüd. Glaubens aus Schwerte teil. Unter den 353 Kriegsgefallenen des Ersten Weltkriegs aus Schwerte waren fünf Juden, einer von ihnen war der 1890 geborene Otto Heimann, der im August 1914 fiel. Mit dem EK ausgezeichnet wurden 13 Juden aus Schwerte und Westhofen, darunter Oberarzt Dr. Alfred Weinberg. Das EK II erhielten drei Söhne des Isidor Heimann: Max, Willi und Ernst Heimann (Vizefeldwebel u. Offiziersaspirant), ferner Jakob Kaufmann, Walter Mosbach und Max Sternberg. Ein innerjüd. Vereinsleben existierte seit etwa 1890, als ein Synagogenchor gegründet wurde. Ferner initiierten Leeser Weinberg, S. Hirschfeld und Lehrer Katz 1896 einen ‚Verein für jüdische Geschichte und Literatur‘.

In Westhofen (heute Schwerte) lebte um 1827 Benjamin Moses. Erst in den 1839/40er Jahren etablierte sich dort eine größere Anzahl von Juden. Für 1834 werden Mendel Cain mit einer Ellenwarenhandlung und Baruch Seligmann mit einem Viehhandel genannt. Im Zusammenhang mit der Annahme fester Familiennamen werden aufgeführt die Witwe von Markus Levi (künftig ‚Eichwald‘) und Mendel Cain (‚Tannenbaum‘). Bereits feste Namen hatten der Wundarzt erster Klasse Moses Heinemann, die Witwe Baruch Seligmann und Benjamin Stern. Für die 1840er Jahre werden außerdem erwähnt die Fleischer Joseph Eichwald und Abraham Stern, der Metzger Marcus Eichwald, der Pferdehändler Elias Seligmann sowie die Handelsleute Bernhard Feldmann und Michel Stern, ferner der Hausierer Joseph Ostwald und der Fabrikant Isaak Seligmann. 1848 lebten acht jüd. Familien in Westhofen. Isaak Stern führte das Fleischergeschäft seines Vaters Abraham bis 1916. In den 1870er und 1880er Jahren waren dort ferner die Familien Cahn, Debre, und Zander ansässig, zwischen 1887 und 1909 ging die Zahl der in Westhofen lebenden Juden von 13 auf drei zurück. Minna Giesberg, 1888 im hessischen Trendelburg geboren und seit etwa 1911 Hausangestellte bei den Geschwistern Stern in Westhofen, erbte beim Tod von Nette Stern (1845–1912) 1000 M – dafür zeichnete sie während des Ersten Weltkriegs Kriegsanleihen, die nach dem Krieg verloren waren; es blieb ihr das ebenfalls geerbte Wohnhaus der Sterns. Seit etwa 1923 führte Minna Giesberg einen Manufakturwarenladen in der Bahnhofstr. 42, sie heiratete den Viehhändler Alex Marcus. Seit den 1920er Jahren handelte in Westhofen Max Neugarten mit Alteisen und Fellen. Adolf Philippsborn war Vorsitzender der Westhofener SPD-Ortsgruppe. Er wurde 1924 von einer völkischen Gruppe wegen Landesverrats während des Ruhrkampfes angezeigt und deswegen vorübergehend

verhaftet. Philippsborn verteidigte sich öffentlich: „Der Jude und Sozialdemokrat besitzt viel zu viel deutsches Nationalgefühl und eine viel zu anständige Gesinnung, als dass er Verrat an seinen deutschen Landsleuten übt; er überlässt es getrost denen, die zu Teut und Wodan beten und im Hakenkreuz ihr Ideal sehen.“ Philippsborn betrieb zusammen mit der Familie Giesberg in den 1920er Jahren einen Manufakturwarenhandel. 1933 lebte in Westhofen neben dem Viehhändlerhepaar Marcus noch der jüd. Kaufmann und Alteisenhändler Max Neugarten (Markt 4).

2.1.3 Am 29. März 1933 begannen in Schwerte die ‚Aktionen‘ gegen jüd. Geschäfte. Glaubt man dem Bericht der ‚Schwerter Zeitung‘, bildete sich am Vorabend spontan „ein Aktionskomitee zur planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte“, nachdem die Reichsregierung diesen telegraphisch befohlen hatte. Die Schau- fenster der jüd. Geschäfte und die Synagoge wurden mit Teer schwarz gestrichen, bis zum 1. April standen SA- und SS-Mitglieder Wache vor den Geschäften. Treibende Kraft war der Leiter des ‚Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes‘, Erich Nagel. Gemeinsam mit dem NSDAP-Ortsgruppenleiter Köhne begründete er die Aktion damit, dass die Schwerter Juden Kommunisten unterstützt hätten. Gegen die Schändung der Synagoge protestierten christl. Schwerter Bürger. Die NSDAP antwortete mit einer Erklärung, jeder Deutsche habe die Aufgabe, „alles, was gegen Deutschland ist, zu brandmarken und zu ächten“. Im Rahmen des Boykotts wurden der Zahnarzt Dr. Herbert Sternberg, Abraham Galonska, Hermann Giesberg, Siegmund Levy, Max Strauß und Erich Ruhr für einen Tag inhaftiert. Am 1. April 1933 wurde gegen Sternberg ein Berufsverbot ausgesprochen, was auch auf die der SPD nahestehende ‚Allgemeine Ortskrankenkasse‘ zielte. Der ‚Halbjude‘ Gremler, Leiter des Reichsbahnausbesserungswerks, wurde bald darauf ebenfalls seines Amtes enthoben. Der Boykott der jüd. Geschäfte in Schwerte hatte erhebliche Auswirkungen, da die meisten Einzelhändler der Innenstadt Juden waren. Ende April 1933 wurde vorgeschlagen, die ‚deutschen‘ Geschäfte besonders zu kennzeichnen. Aufrufe, dass es Mitgliedern der NSDAP verboten sei, bei Juden zu kaufen, mussten bis Mitte 1934 einige Male erneuert werden. Polizei und Stadtverwaltung untersagten dem NSDAP-Propagandaleiter Rau 1934 mehrfach, an Schwerter Marktständen und an weiteren Stellen Plakate mit der Aufschrift „Die Juden sind unser Unglück“ aufzustellen. Hans Weinkauff, einer der führenden Nationalsozialisten in Schwerte, lief dagegen Sturm und forderte die Juden zum Verlassen der Stadt auf. Bürgermeister Dr. Guttman, 1932 als Mitglied der Staatspartei gewählt, wirkte 1933 zunächst bei der örtlichen Gleichschaltung mit, distanzierte sich aber immer mehr von der NSDAP. Im Aug. 1934 beantragte er seine vorzeitige Pensionierung, nachdem kolportiert wurde, er sei Jude.

Bereits 1933/34 kam es zu einer ersten Auswanderungswelle. Die Gebrüder Stein verpachteten ihr Geschäft (Hüsingstr.) und verließen den Ort. Die Söhne des Schuhwarenhändlers Strauß (Hohenzollernstr.) zogen in die Niederlande und weiter nach Amerika; Zahnarzt Sternberg emigrierte 1934 nach Brasilien. Die Familie Ruhr gab ihr Geschäft am Markt auf und zog nach Dortmund, Essen und Köln. Im Rahmen der ‚Polenaktion‘ wurden der Seifenhändler Abraham Bernhard Galonska, seine Frau Elfriede und Tochter Cilly Ende Okt. 1938 nach Polen abgeschoben; das Ehepaar Galonska kam 1942 in Treblinka um; die Tochter überlebte. Während des Pogroms im Nov. 1938 wurden in Schwerte mehrere Juden vorübergehend festgenommen und misshandelt; u. a. wurden Heinrich Heinz Neuhaus und Siegfried Neuwahl bis Ende 1938 im KZ Sachsenhausen interniert. Die Synagoge erlitt starke Beschädigungen und wurde später dem DRK übergeben; die noch geöffneten jüd. Geschäfte wurden demoliert. Das letzte Geschäft mit einem jüd. Inhaber schloss Weihnachten 1938. Insgesamt 26 Häuser wurden 1938/39 zwangsveräußert. Als die Familie Weinberg zwei Geschäftshäuser verkaufen wollte, drückte der Landrat 1938/39 den taxierten Preis von 58 000 auf 40 000 RM. Ihr Rechtsanwalt, Göckmann, musste sich einen „ty-

pischen Judenvertreter“ nennen lassen und wurde aus der NSDAP ausgeschlossen. Weitere jüd. Gemeindemitglieder wanderten Ende der 1930er Jahre aus. Die Witwe des 1938 verstorbenen letzten Vorstehers der jüd. Gemeinde, Ludwig Weinberg, ging nach Südafrika. Ihr Sohn Siegfried Heinz emigrierte 1937 in die Niederlande, wurde 1942 verhaftet und über Bergen-Belsen nach Tröbnitz (Niederlausitz) deportiert; er starb im Mai 1945 an den Folgen der Haft; sein Bruder Gerhard wanderte über Palästina nach New York aus. Die Familie Mosbach zog erst nach Frankreich und dann nach Schweden, Julius Mildenberg und seine Schwester emigrierten nach Brasilien. Noch 1941 konnte der Viehhändler Hugo Sternberg nach Shanghai fliehen. Sieben Juden aus Schwerte wurden während der NS-Zeit aus dem Deutschen Reich ausgebürgert.

Die in Schwerte verbliebenen Juden mussten ihre Wohnungen aufgeben und in eine Baracke (Liethstr. 37) ziehen. Im April 1942 wurden Siegfried und Wilhelmine Neuwahl sowie Grete Sternberg über Dortmund ins Ghetto Zamość deportiert, im Juli 1942 u. a. Emil, Rieke, Emmy und Hermann Sternberg ins Ghetto Theresienstadt.

Aus Westhofen wurden im Rahmen des Pogroms Alex Marcus und Max Neugarten verhaftet und bis Ende 1938 im KZ Sachsenhausen interniert. Im Febr. 1942 forderte die Polizei Minna Marcus auf, ihr Haus an der Westhofener Bahnhofstr. innerhalb einer Woche zu räumen. Bis zu ihrer Deportation wohnte sie mit ihrem Mann Alex im Haus ihrer Schwester Johanna Neugarten an der Marktstr. in Westhofen, das zum ‚Judenhaus‘ erklärt worden war. Im April 1942 wurden die Ehepaare Minna und Alex Marcus sowie Johanna und Max Neugarten (mit Tochter Hildegard) über Dortmund ins Ghetto Zamość deportiert. Flora Jacob (geb. Cahn), Pauline Dreher und Clemence Wolff (beide aus der Familie Debre) flohen nach Frankreich, von wo aus sie in Vernichtungslager verschleppt wurden.

2.1.4 Nach 1945 kehrten einige Juden nach Schwerte zurück, sie schlossen sich der jüd. Gemeinde Dortmund an. Max Stern starb 1950 in Schwerte und wurde in Dortmund bestattet. Seine Kinder zogen nach Ludwigsburg, wohin ihnen ihre Mutter Wally später folgte. Hermann Giesberg, der nach Theresienstadt deportiert worden war, lebte bis zu seinem Tod 1960 in Schwerte. Der Berufsmusiker Alfred Alexander kehrte ebenfalls zurück und arbeitete bis zu seinem Tod 1957 als städtischer Angestellter. Lehrer Max Steinberg, Sohn aus einer christl.-jüd. Ehe und seit 1939 mit Berufsverbot belegt, leitete nach 1945 die Wittekindschule und gehörte dem Stadtrat an.

An der Stelle der ehemaligen Synagoge (Große Marktstr. 8) befindet sich seit 1995 ein Mahnmal. 2010 wurde vergeblich die Umbenennung des ‚Kleinen Marktes‘ in ‚Dr. Werner van der Zyl-Platz‘ beantragt. Mehr als 30 ‚Stolpersteine‘ wurden in Schwerte verlegt, u. a. 2010 für Angehörige der Familien Cohen, Galonska, Heimann, Katzenstein, Kölling, Kugelmann, Mosbach, Neuwahl, Sternberg, Sternheim, Spiegel, Strauß und Weinberg. In Westhofen erinnern in der Straße Alte Freiheit 11 (früher Marktstr. 11) Stolpersteine an die Familie Neugarten, vor der Reichshofstr. 115 (früher Bahnhofstr. 42) an die Familie Marcus.

2.2.1 1737 lebten in Schwerte 18 Juden in vier Familien, 1796 waren es 23 Personen, 1798 dann 26. 1843 wurden für Schwerte 77 Juden verzeichnet, 76 für 1858. Im Jahr 1871 waren von 4067 Einwohnern 1010 kath., 2925 ev., 129 jüd. Glaubens, drei gehörten anderen christl. Gemeinden an, 1895 waren von 9892 Einwohnern 3243 kath., 6484 ev., 156 jüd. Glaubens, neun gehörten anderen christl. Gemeinden an. Nach der Volkszählung von 1925 waren in der Stadt Schwerte (Gebietsstand 1931) von 16 465 [!] Einwohnern 5640 kath., 10 122 ev., 73 jüd. Glaubens und 213 bekenntnislos. 1932/33 lebten in Schwerte 63 Juden. In Westhofen (seit 1975 Teil der Stadt Schwerte) lebten 1796 und 1798 jeweils vier Juden, 1843 waren es 22, 1858 dann 40. Im Jahr 1871 waren von 1437 Einwohnern 111 kath., 1305 ev., 16 jüd. Glaubens und fünf Anhänger ande-

rer christl. Gemeinden; 1925 waren von 2398 [!] Einwohnern 246 kath., 2081 ev., zwei jüd. Glaubens und 42 bekenntnislos. 1932/33 lebten in Westhofen drei Juden.

Zum 1854 eingerichteten Synagogenbezirk Schwerte gehörten die Juden aus Schwerte und Westhofen. 1886 gab es Bemühungen der Juden in Ergste, aus dem Synagogenverband Hohenlimburg auszuscheiden und Schwerte beizutreten, was von Schwerte jedoch abgelehnt wurde. 1907/08 bildeten die Juden in Ergste und Hennen dann eine eigene Gemeinde, die sich 1908 Schwerte anschloss. Mitte der 1920er Jahre firmierte die Gemeinde als Synagogengemeinde Schwerte-Westhofen. 1932/33 gab es in der Gemeinde noch 20 Steuerzahler.

2.2.2 Im Haus des Vorstehers Jacob Simon im Hellpoth, Haus Nr. 279 (heute Hellpothstr. 7), dessen Besitzer 1767 Jacob Joseph und 1786 sein Sohn Simon Joseph waren, befand sich seit etwa 1750 eine Stubensynagoge. Diesen Standort bestätigten 1804 auf Nachfrage der Domänenkammer in Hamm u. a. Moses Herz, die Schutzjuden Isaak Joseph und Benjamin Abraham sowie die Witwe Elias. Nach 1820 reichte der Betraum im Hellpoth nicht mehr aus. Um 1825 mietete die Gemeinde einen Betsaal am Kirchhof bei Wortmann an. Für die Konzession hatte sie 52 Tlr. zu zahlen, zeitweise übernahm Abraham Blumenfeld (Vater des späteren Gemeindevorsitzenden Herz Blumenfeld) diese Pachtsumme. 1854 gelang es, das Küsterhaus der ref. Gemeinde (Haus Nr. 192, Große Marktstr. 9) zu kaufen. Josef Reifenberg und Isaak Hecht streckten Mittel vor, um die erforderlichen 950 Tlr. aufzubringen. Das Gebäude wurde zur Synagoge und Schule umgebaut. Zum Einweihungsgottesdienst 1854 wurden Thora und andere Kultusgegenstände von der alten zur neuen Synagoge gebracht. Vor seinem Tod 1880 vermachte Joseph Reifenberg das Synagogengebäude den Vorstehern der jüd. Gemeinde, Herz Blumenfeld und Emil Felsenthal. Während des Pogroms wurde das Gebäude verwüstet, ein Brand wurde wegen der Gefahr für die benachbarte Druckerei schnell gelöscht.

2.2.3 In der ersten Hälfte des 19. Jh. gingen die jüd. Kinder in die ev. Elementarschule, jüd. Religionsunterricht erhielten sie in dem Gebäude, in dem auch der Betsaal untergebracht war. 1836 gab es 19 jüd. Schulkinder. 1837/38 unterrichtete Lehrer Wolf Beetsfeld, der mit 48 Jahren starb und der auf dem jüd. Friedhof Schwerte begraben ist. 1843 waren in Schwerte 20 und in Westhofen drei jüd. Kinder schulpflichtig. Wegen der schlechten finanziellen Lage der Gemeindeglieder konnte zunächst kein Nachfolger für Beetsfeld gefunden werden. Schließlich erklärte sich Julius Friedländer bereit, das Lehr- und Kantorenamt für drei Jahre zu übernehmen. Seine eigenwillige Art – so ließ er etwa zu spät kommende Kinder lange vor der Tür warten – stieß bei den Vorstandsmitgliedern Hecht und Geldmacher auf Widerstand. Friedländer wollte zudem auch an Weihnachten unterrichten, da christl. Feiertage ihm irrelevant erschienen. 1849 ging Friedländer nach Neheim. Der zu diesem Zeitpunkt schon gebrechliche Vorsänger und Thoraschreiber Moses Frankfurter (1785–1862) übernahm bis 1852 den hebr. Unterricht. Bis 1856 nahmen die jüd. Kinder am christl. Religionsunterricht teil, da sich ein Nachfolger trotz eines höheren Gehaltsangebots nicht finden ließ. Die Gemeinde wollte einen Lehrer einstellen, „welcher den Elementarunterricht, den Religionsunterricht und den Gesang in der Synagoge leitet“. Das 1854 bezogene Synagogengebäude bot Räumlichkeiten für den Unterricht der jüd. Kinder. Der Wunsch der Gemeinde nach einer eigenen Schule ließ sich 1855 erfüllen, als Salomon Sängers, der 1845 seine Ausbildung im Seminar in Münster beendet hatte und danach in verschiedenen Gemeinden Westfalens tätig gewesen war, eingestellt werden konnte. Er blieb bis zu seiner Pensionierung 1895 in Schwerte, bis zu seinem Tod 1905 half er weiterhin als Kantor an Feiertagen aus. Die Einrichtung galt als Privatschule und wurde durch eine Umlage der Gemeinde finanziert, seit 1874 zahlte die Stadt einen Zuschuss. Bis zu 30 Schüler besuchten Sängers Klasse. So plante die jüd. Gemeinde in den 1890er Jahren den Neubau einer Schule, der auch eine Lehrerwohnung enthalten sollte. 1898 konn-

te die neue Schule am Nordwall 7 eingeweiht werden, sie lag direkt neben dem jüd. Friedhof. Das Grundstück hatte Bertha Marx geb. Hecht, Frau eines ehem. Stadtverordneten, der Gemeinde geschenkt. Für die Baukosten hatte die jüd. Gemeinde eine Hypothek von 9000 M auf das Synagogengebäude aufgenommen, die Stadt Schwerte stellte ein Darlehen von 4000 M zur Verfügung. Seit 1895 unterrichtete in Schwerte Moritz Katz aus Göttingen, er heiratete Selma Weinberg aus Schwerte und nahm 1903 eine Stelle in Kleve an. Nachfolger – auch als Kantor und Prediger – wurde Simon Grünewald. 1905 besuchten 15 Kinder die private jüd. Volksschule, 1907 waren es 23 und 1909 dann 19 Kinder. Nach Gründung der selbständigen Synagogengemeinde Hennen 1907, die sich 1908 Schwerte anschloss, war Grünewald auch in Ergste und Hennen für Seelsorge und Religionsunterricht zuständig. 1909 und 1911 suchte die jüd. Gemeinde einen neuen Lehrer und Kantor, als Anfangsgehalt wurden 1200 M und 150 M Wohnungsgeldzuschuss angeboten. Seit 1912 unterrichtete J. Heilbronn, der 1917 Soldat wurde, so dass Lehrer Willi Abt aus Hagen den Religionsunterricht übernahm. Zwischen 1905 und 1915 besuchten jeweils zwischen zwei und fünf jüd. Kinder das Städtische Progymnasium. 1924/25 wird Max Jankelowitz als Lehrer und Kantor erwähnt, drei Kinder erhielten Religionsunterricht in der Privatschule. Wegen der abnehmenden Bevölkerungs- und Kinderzahl musste 1925 die jüd. Schule am Nordwall schließen, mindestens bis 1932 wurde der Religionsunterricht durch den Kantor und Lehrer Leopold Hartmann aus Iserlohn betreut. 1937 besuchte die 1923 geborene Hildegard Neugarten aus Westhofen die Volksschule im Ort. Als im März 1939 die öffentliche jüd. Schule in Hagen aufgehoben und in eine Privatschule überführt wurde, waren unter den 18 Schülern zwei aus Schwerte. Ein Jude aus Schwerte besuchte Ende 1938 zur Vorbereitung der Auswanderung die Jüdische Handwerkerschule in Dortmund.

2.2.4 Unter den mehr als 251 „schwächlichen und erholungsbedürftigen Kindern“, die von Juni bis Sept. 1911 im ‚Israelitischen Kinderheim für Westfalen‘ in Bad Sassendorf untergebracht waren, befanden sich auch Kinder aus Westhofen. 1923 beteiligte sich die Schwerter Gemeinde an einer Wohltätigkeitsveranstaltung zugunsten des jüd. Altersheims in Unna. Anfang des 20. Jh. bestand in Schwerte eine ‚Kasse gegen Wanderbettelei‘. Den ‚Israelitischen Frauenverein‘ leitete 1907 Pauline Weinberg, 1909 Elfriede Weinberg (1880–1911, Frau von Salomon Weinberg), 1914 Johanna Reifenberg (1857–1935) und 1932 Rika Sternberg. Vorsitzender des ‚Israelitischen Männervereins‘ war 1907 Salli Weinberg, 1932 Ludwig Weinberg. Beim DRK und bei der Mütterberatung organisierte 1914 u. a. Johanna Reifenberg Spenden und praktische Hilfen. Mitte Sept. 1914 stellte der ‚Israelitische Frauenbund‘ Schwerte der Stadt 300 M „für Unterstützungszwecke“ zur Verfügung. Schwerter Juden unterstützten seit 1835 fast sieben Jahrzehnte lang mit ihren Spenden die Haindorfsche Stiftung.

2.3.1 Gemeindevorsteher um 1740 war Jacob Simon, 1818 Abraham Wolf. Den Vorstand der Synagogengemeinde bildeten 1854 Isaak Hecht (1802–1890), Joseph Reifenberg (gest. 1872) und Moses Heinemann, 1860 Joseph Geldmacher, Levi Rosenthal und Herz Blumenfeld (1816–1892), 1880 Herz Blumenfeld und Emil Felsenthal. Von 1883 bis 1907 war Leiser Weinberg Vorsteher, danach gehörte zumindest bis 1914 Salli Weinberg (1872–1922) dem Vorstand an. Mitte der 1920er Jahre bildeten Moritz Mosbach, Max Strauß und Moses Sternberg den Vorstand. Der letzte Gemeindevorsitzende war seit Beginn der 1930er Jahre Ludwig Weinberg, der 1938 starb.

Die Tätigkeit eines Kollers (Schächters) ist in Schwerte seit 1751 belegt, als Bernd David diese Tätigkeit ausübte. Simon Jacob wird 1773 in den Verkaufsbüchern der Königlichen Porzellanmanufaktur Berlin ebenfalls als ‚Juden Colerer‘ bezeichnet. Vorsänger war vor 1849 Julius Friedländer, nach 1849 der Thoraschreiber Moses

Frankfurter. Als Prediger und Kantor fungierten später die jeweiligen Lehrer. Der ‚Synagogenbeamte‘ Isaac Neugarten feierte 1905 sein 25. Dienstjubiläum.

2.3.2 Der 1821 in Schwerte als Sohn des aus Ergste zugewanderten Kaufmanns Abraham Blumenfeld geborene Moses Blumenfeld besuchte mit 13 Jahren das Haindorfische Lehrerseminar, 1837 bestand er die Lehrerprüfung in Bochum. Nach Zwischenstationen in Viersen und (Lippetal-)Oestinghausen kam er 1841 als Lehrer und Prediger nach Essen. Während der Revolution 1848/49 gründete er den Essener Arbeiterverein, wurde im Nov. 1848 verhaftet, später freigelassen. Er starb 1902 in Essen.

Werner van der Zyl wurde 1902 in Schwerte geboren, wo sich sein Vater Magnus als Viehhändler niedergelassen hatte. Van der Zyl besuchte das jüd. Lehrerseminar in Münster, danach das Philantropin in Frankfurt a. M. und die jüd. Hochschule in Berlin. In Gießen wurde er 1932 zum Dr. phil. promoviert. 1935 wurde van der Zyl, der seit 1933 Prediger und Religionslehrer in Berlin-Weißensee war, zum Rabbiner an die Neue Synagoge in Berlin berufen. 1938 emigrierte er nach England, wo er ein Rabbiner-Seminar gründete, das 1956 nach dem Tod seines Freundes Leo Baeck als College nach diesem benannt wurde. Van der Zyl zog sich 1968 nach Mallorca zurück, wo er eine Synagogengemeinde gründete und 1984 starb.

Der Industrielle und Unternehmer Salomon Marx (1866–1936), Sohn des Schwerter Ratsherrn Eduard Marx, verließ Schwerte 1877, um eine Schule in Höxter zu besuchen. Nach der Konversion zum Protestantismus war er 1896 bis 1905 Direktor der Norddeutschen Elektrizitäts- und Stahlwerke in Danzig; 1918 gründete er ein eigenes Bankhaus. Er gehörte zahlreichen Aufsichtsräten deutscher Aktiengesellschaften an, u. a. der UFA. 1918/19 initiierte er nach der Novemberrevolution eine Gegenbewegung zu den Arbeiter- und Soldatenräten. Aus dem Hauptvorstand der DNVP zog er sich 1919 zurück, weil sich die Partei nicht klar genug vom Antisemitismus distanzierte. 1915 spendete Salomon Marx für das Kriegswahrzeichen am Schwerter Rathaus. Seine Mutter Bertha, geb. Hecht (1836–1911) zog später nach Berlin, wurde aber in Schwerte an der Seite ihres Mannes begraben.

Hans Rudolf Rodenberg (eigentlich Rosenberg, 1895–1978) lebte von 1896 bis 1908 in Schwerte, bevor er nach dem Tod seines Vaters Nathan Rosenberg (1861–1907) nach Berlin zog. Dort wurde er Schauspieler und Regisseur, trat der KPD bei und ging 1932 in die UdSSR. In der DDR leitete er u. a. das DEFA-Studio in Babelsberg und war 1960 bis 1963 stellvertretender Kulturminister. In seinem posthum 1980 veröffentlichten Lebensbericht erinnerte er sich an die Schulzeit und an das Manufakturwarengeschäft seines Vaters.

2.3.3 1845 gehörten die Handelsleute Moses Bienemann und Joseph Geldmacher der Stadtverordnetenversammlung an, von 1885 bis 1906 Leiser Weinberg. Weitere Mitglieder waren bis 1914 Jakob Reifenberg, Eduard Marx, Isaak Hecht und Bernhard Stern. 1919 wurde Luise Elias, Frau des Textilhändlers Sally Elias, als erste und einzige Jüdin in die Schwerter Stadtverordnetenversammlung gewählt; sie engagierte sich als Schriftstellerin für die SPD. Vor den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 propagierte sie in ihren Schriften nicht nur das Frauenwahlrecht, sondern prangerte auch antisemitische Äußerungen von rechtsgerichteten Kandidaten an. Aus gesundheitlichen Gründen musste sie sich bald aus der Stadtverordnetenversammlung zurückziehen, 1923 starb sie. Diesem Gremium gehörten in der Weimarer Zeit ferner Bernhard Stern und Ludwig Weinberg an. Weinberg war seit 1920 Mitglied im ‚Verein der Münzfreunde für Westfalen und Nachbargebiete‘ und besaß eine bedeutende Sammlung, die er 1927 in Schwerte ausstellte. Weinberg war führend an der Gründung des Ruhrtalmuseums in Schwerte beteiligt. 1937 strich ihn der Verein der Münzfreunde aus der Mitgliederliste. Nach 1945 gehörte Lehrer Max Steinberg dem Stadtrat

an. Seit dem 18. Jh. gehörten Juden den Nachbarschaften („Schichten“) an. An den Nachbarschaftsfeiern der Schichten nahm die jüd. Bevölkerung aktiv teil. 1857 wurde Joseph Reifenberg Schichtmeister in Schicht 10, ihm folgten andere in gleicher Funktion. 1885 schloss der Arzt Dr. Friedrich Theodor Tütel in seinem Nachbarschaftslied die „Nachbars-Judenleut“ ein. Leeser Weinberg wurde 1892 als einziger Jude in die Schlachthaus-Kommission berufen.

In Westhofen war Adolf Philippsborn Vorsitzender der SPD-Ortsgruppe, Stadtverordneter und Amtsvertreter sowie Leiter des dortigen Reichsbanners. Er setzte sich für den Sozialismus und die Republik ein. Philippsborn emigrierte früh nach England und soll dem deutschsprachigen Dienst der BBC angehört haben.

3.1 Betstuben („Stubensynagogen“) befanden sich seit etwa 1750 im Haus des Vorstehers Jacob Simon im Hellpoth (heute Hellpothstraße 7), seit den 1820er Jahren am Kirchhof bei Wortmann. Zum Aussehen der 1854 durch Umbau eines bestehenden Hauses eingerichteten Synagoge (Große Marktstr. 8) siehe PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 646f. 1928 wurde das Gebäude nach einem Entwurf des Schwerter Architekten Carl H. J. Schmitz umgebaut und neu gestaltet. Während des Pogroms 1938 wurde das Innere durch Brandstiftung beschädigt. Das ramponierte Gebäude wurde u. a. vom DRK genutzt, 1983 wurde es abgerissen. 1993 wurde ein Wettbewerb zur Umgestaltung des Synagogengrundstücks als Gedenkstätte ausgeschrieben. 1995 erfolgte die Einweihung des nach einem Entwurf der Künstler Klaus Martin und Andreas Madlowski aus Hannover neu gestalteten Geländes. Die erhaltenen Grundmauern der Synagoge wurden in das Mahnmal einbezogen.

3.2 1766 bis 1786 verfügten über Hauseigentum: Jacob Simon bzw. sein Sohn Joseph Jacob (Hellpothstr. 7, Haus Nr. 279 mit Betraum, 1804 gehörte es Moses Hertz), Levi Rosenthal (Ostenstr. 27, Haus Nr. 289), Wolf Sternberg (Hinterm Graben, Haus Nr. 298) sowie Salomon Weinberg (Am Südwall 2, Haus Nr. 290). Etwa 1820 gehörten zu den Hauseigentümern Abraham Samuel Blumenfeld (er hatte 1813 das Haus Nr. 2, Brückstr. 24 gekauft), Benjamin Bienemann, Moses Samuel, Abraham Steinberg, Isaak Geldmacher, Nathan Jacob Mickenheimer, Witwe Moses Hertz, Levy Rosenthal, Salomon Weinberg und Wolf Steinberg. In der Hüsingstraße befanden sich das Warenhaus von Leeser Weinberg (Nr. 26), der Schuhwarenhandel von Max Strauß sowie vier Textilwarengeschäfte (Gebr. Mosbach, Hermann Levi, Gebr. Stein, Sally Elias), ferner lagen am Markt zwei Textilwarengeschäfte (Ruhr & Co., Bernhard Stein).

3.3 Der jüd. Friedhof von Schwerte wurde außerhalb der Stadtmauern am Nordwall angelegt. Der älteste erhaltene Grabstein ist aus dem Jahr 1762, er könnte aber auch von einem anderen Standort stammen. 1796 verständigte sich der neue Eigentümer mit der jüd. Gemeinde über die Nutzungsbedingungen, für jede Beisetzung hatte sie ihm einen Silberlöffel zu geben. 1822 wurde dort der Handelsmann Isaac Geldmacher beerdigt. 1828 ist das Areal im Urkataster verzeichnet. Noch 1854 erklärte die nichtjüd. Besitzerin, der „Totenhof der israelitischen Gemeinde“ sei ihr Eigentum, für jedes Grab stehe ihr ein Silberlöffel oder 1 Tlr. 16 Sgr. zu. Für die beiden in diesem Jahr gestorbenen Kinder der unverheirateten Fanny Frankfurter müsse die Armenkasse aufkommen. Im 19. Jh. kaufte die jüd. Gemeinde ein Teilgrundstück hinzu, eine Parzelle des älteren Teils wurde eingeebnet und zum Bau eines kath. Kindergartens verwendet. Für den Zeitraum 1887 bis 1939 sind 97 Bestattungen belegt, zuletzt wurde 1939 Siegmund Levy dort beerdigt. Die Grabsteininschriften sind bis zur Mitte des 19. Jh. nur in hebr. Sprache gehalten, danach wurden sie durch deutsche Übersetzungen ergänzt. Nach dem Pogrom 1938 wurden Grabsteine umgeworfen. Nach 1945 wurde der Friedhof für eine Straßenverbreiterung verkleinert, einige Grabsteine mussten umgesetzt werden. 2008 wurden die Inschriften des Friedhofs dokumentiert.

In Westhofen befand sich vermutlich schon vor der Mitte des 18. Jh. ein eigener Friedhof im Bereich des stillgelegten Steinbruchs an der Reichshofstraße. Von einem um 1750 angelegten Begräbnisplatz hinter dem Haus Reichshofstr. 158 existiert noch ein Grabstein mit hebr. Inschrift. Seit dem späten 19. Jh. wurden die Westhofener Juden auf dem kommunalen Friedhof in der Mesenbecke bestattet. Dort befindet sich ein jüd. Gräberfeld mit vier Obelisk für Angehörige der Familie Stern.

4.1 Archiv der Königlichen Porzellanmanufaktur Berlin, Abt. I (Etablierung und Einrichtung der Manufaktur). – Geh. StaatA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA, Rep. 104 (Generalfiskalat); II. HA (Generaldirektorium). – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), P 10 Nr. 351821. – LAV NRW Abt. W (Münster), Rückerstattungen; Kr. Dortmund LRA; Amtsgericht Schwerte; Gauwirtschaftskammer Westfalen-Süd; Kriegs- und Domänenkammer Hamm. – StadtA Schwerte, Bestände B, C, E, P; Adressbücher der Stadt Schwerte. – Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Dortmund, Bestand K 1 (IHK Dortmund).

4.2 Am Gebäude der 1898 am Nordwall 7 eingeweihten Schule hat sich die Inschrift: „Für unsere Kinder – 1898“ erhalten. Zeichnung und Foto der Synagoge, Fotos des Schulgebäudes und des Friedhofs bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 682–687.

4.3 AZJ <30.12.1898>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 8–46 <1835–1911/13>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 67, <1909> 72, <1913> 92, <1924/25> 62. – Israelitisches Familienblatt <1903–1905, 1907, 1909, 1911, 1914, 1916, 1918, 1923–1924>. – REININGHAUS Wilfried (Bearb.), Die Akten des Schwerter Richters (17./18. Jahrhundert). StadtA Schwerte Bestand P (= Inventare der nichtstaatlichen Archive Westfalens NF 12) <Münster 1992>. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53.

4.4 BEE Reinhard/MÖLLE Frank-Ulrich (Red.), Schwerte unterm Hakenkreuz. Eine Studie zur Erforschung des nationalsozialistischen Alltags in einer Kleinstadt <Schwerte 1983> 274–287. – COHEN Carl, Moses Blumenfeld, Prediger und Lehrer in Essen. In: Das Münster am Hellweg 20,3 <1967> 25–29. – HAGENAH Liselotte, Geschichte der Juden in Schwerte <Schwerte 1988>. – HINTZ Alfred, Ohne Meldung unbekannt verzogen. Schwerte unter der NS-Herrschaft (= Schriftenreihe des Roland zu Dortmund e. V. NF, 2) <Norderstedt 2008>. – DERS., Salomon Marx (1866–1936). Industrieller, Bankier und Politiker. In: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin <2011> 101–130. – Schwerte 1397–1997. Eine Stadt im mittleren Ruhrtal und ihr Umland, hg. von der Stadt Schwerte <Essen 1997>. – WAIS Mathias, Jüdische Grabinschriften in Schwerte <Schwerte 2008>.

Wilfried Reininghaus

SCHWERTE-Ergste

1.1 Stadt Schwerte, Ortsteil Ergste, Kr. Unna.

1.2 Bis 1808 Gft. Limburg; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHztm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Stadt Schwerte.

Ergste gehörte zum 1856 eingerichteten Synagogenbezirk Limburg (ab 1879 Hohenlimburg).

2.1.1 Unter den jüd. Familien der Gft. Limburg werden 1709 noch keine tributpflichtigen aus Ergste erwähnt. Wenige Jahre später stritten sich 1717 vor dem Schwerter Richter Abraham Levi und Jacob Simons, die beide ausdrücklich als Juden aus Ergste bezeichnet werden. Es ging um die Bezahlung von Wacholderbeeren, vermutlich belieferten sie eine der Schwerter Brennereien. 1740 erhielten Jacob Abraham und die Witwe des Levi Abraham einen Geleitbrief, 1742 Joseph Jacob. 1759 zahlten Jacob Abraham und Joseph Jacob je 6 Rtlr. ‚Judentribut‘, die Witwe des Levi Abraham 4 Reichstaler. Das Verzeichnis der Abgaben an das gräfl. Haus Limburg 1775/76 nennt vier Juden für Ergste: Joseph auf dem Hof von Schultze, Jacob Abraham als Einwohner im Haus von Storck, Samuel Moses im Haus des Grove sowie Wolff Levi als Einwohner bei Westerfeld. Samuel Moses, der zwischen 1776 und 1782 mit schwarzem Kattun, Sarge und silbernen Knöpfen handelte sowie Kalb- und Rindfleisch verkaufte, trug zahlreiche Prozesse vor dem Gericht in Schwerte aus. Die Juden in Ergste lebten zunächst fast ausschließlich vom Handel; ihre Ausrichtung auf Schwerte und Westhofen blieb noch lange erhalten. Im späteren 18. Jh. dominierte der Vieh- und Textilhandel. 1791 bemerkte die gräfliche Kanzlei, dass „die hiesige Judenschaft, eine in Hennen, eine in Ergste und drei in Limburg ausgenommen, in sehr ärmlichen Vermögensverhältnissen“ lebe. Der 1780 in Ergste geborene Metzger Abraham Samuel (später Blumenfeld) durfte seit 1803 in der Gft. Mark Viehhandel treiben, nach 1808 zog er nach Schwerte.

2.1.2 1807 sind für Ergste acht vergeleitete Familien genannt: Isaac Jacob, Wolf Levi, Samuel Moses, Michel Cain, Marcus Michel, Joseph Moses, Salomon Joseph und Nathan Joseph. Im selben Jahr wurde Levi Michael Cain auf dem Weg von Berchum nach Ergste erschlagen, er hatte neben einfacher ‚Manchesterware‘ Schals, Mützen und Tuch aus Baumwolle mit sich geführt. Am Raubmörder, einem Ergster Tagelöhner, wurde später letztmalig in der Gft. Limburg die Räderung vollzogen. Den höchsten Betrag an Kopf- und Viehschatz leistete Wolf Levi, den niedrigsten die Witwen von Cain und von Samuel. Alle lebten zur Miete auf den Höfen oder in deren Nebengebäuden. 1830 überprüfte die Regierung Arnsberg die Aufenthaltsberechtigung der Juden im Amt Ergste und stellte fest, dass nach der Verfügung vom 22. Febr. 1825 zehn Familien hätten ausgewiesen werden müssen; die Zuwanderung während der ‚Franzosenzeit‘ sollte offenbar rückgängig gemacht werden. Nach längeren Verhandlungen erlaubte die Bezirksregierung Juden den Aufenthalt im Amt Ergste, nur eine Witwe wurde ausgewiesen, die Zuwanderung weiterer fremder Juden untersagt. 1834 wird Abraham Isaac mit einer Spezerei- und Getränkehandlung erwähnt, Neheim Levi als Metzger und Betreiber einer Ellenwarenhandlung. 1846 nahm der überwiegende Teil der Ergster Juden feste Familiennamen an. Die seit mehr als hundert Jahren in Ergste ansässige Familie Levi bzw. Levy (Bertha, die Witwe Gebert, Herz, Neheim und Salomon), wählte den Namen Sternheim, wohl beeinflusst durch den damals viel gelesenen Roman „Das Fräulein von Sternheim“ von Sophie von La Roche. Weiterhin entschied sich Levi Samuel für den Nachnamen ‚Blumenfeld‘, Isaac Jonas für ‚Jonassohn‘, Samuel Löser für ‚Löwenthal‘ sowie Marcus Joseph für ‚Weinberg‘. Feste Namen führten bereits Meier Schönbach und Abraham Isaac Bergenthal. Die Kommunalbehörden sträubten sich lange, der Schwester von Abraham Isaac Bergenthal, der Witwe Rebecca Marcus, ebenfalls den Familiennamen ‚Bergenthal‘ zuzugestehen. Von den 1846 in Ergste ansässigen 43 Juden verließen bis 1855 elf Personen den Ort. Das Sammeln von Lumpen, das Ergster Juden zeitweilig betrieben, war eine wichtige Zulieferung für die Hagener Papiermühlen. Zu Beginn des 19. Jh. kamen handwerkliche Berufe sowie Arbeit als Tagelöhner hinzu: David Leser war 1825 Glaser, David Jonas betätigte sich

1864 als Kettenschmied. 1842 trat Manchen Abraham aus Lengerich eine Lehre als Glaser und Anstreicher in Ergste an. Nach 1870 konzentrierten sich die Ergster Juden einerseits auf den Viehhandel – sie betrieben außerdem Metzgereien –, andererseits auf den Einzelhandel. Abraham Sternheim ist von 1859 bis 1886 in Ergste nachgewiesen. Der Kaufmann Isaak Silberberg, der zwölf Kinder (das zehnte wurde 1866 geboren) hatte, baute um die Jahrhundertwende ein Haus in der Kirchstraße.

Für seinen Einsatz im Ersten Weltkrieg wurde der Metzger Leopold Sternheim, 1882 als erstes von zehn Kindern von Robert und Auguste Sternheim geboren, mit dem EK I ausgezeichnet. 1923 sind für Ergste sieben jüd. Händler und Gewerbetreibende verzeichnet. In den 1920er und 1930er Jahren gehörten die Metzgerei von Leopold Sternheim sowie die Kolonialwarengeschäfte der Geschwister Silberberg und Sternheim zu den wichtigsten Geschäften im Ort. Die Familie Jonas bzw. Jonassohn blieb handwerklich orientiert, aus ihr gingen Maler und Bäcker hervor. Der Viehhändler Philipp Baum, der aus Dortmund stammte, kaufte in Ergste einen großen Hof (Schwerter Str. 1), übte seinen Beruf nach 1930 aber offenbar nicht mehr aus.

2.1.3 Juda Oppenheim, Schwiegervater von Leopold Sternheim (Offenbachstr. 20) galt Ende 1935 als „völlig mittellos“. Er beantragte im Sept. 1941 die Mitnahme von Umzugsgut – u.a. „ein Sterbekleid“ –, um nach Argentinien auszuwandern; sein Schicksal ist ungeklärt. Rosalie Sternheim, die mit ihren Schwestern an der Unterdorfstr. ein Kolonialwarengeschäft betrieb, versuchte über Hamburg zu emigrieren, wurde aber nach Ergste zurückgeschickt. Das NS-Regime zwang Philipp Baum zum Verkauf seines Gutes Beckhausen, er wanderte daraufhin mit seiner Frau nach Chicago aus. Hauptkäufer war die Siedlungsgesellschaft Rote Erde in Münster. Einen Teil der Grundstücke trat die Siedlungsgesellschaft an die Gemeinde Ergste ab, die darauf ab 1938 das Elsebad errichtete. Als im Dez. 1944 Ergste von Bomben getroffen wurde, wurde kolportiert: „Der Jude Baum ... kommt noch von Amerika und wirft alles bei uns in Trümmer“. Frieda Jonassohn zog nach dem Verkauf ihres Hauses (Deiter Nr. 7) etwa 1935 nach Köln, von wo aus sie später deportiert wurde. Ihren Kindern Herbert, Erika und Hans gelang über England die Emigration in die USA. Der Metzger Leopold Sternheim betrieb bis etwa 1938 seine Schlachtereier in dem Fachwerkhaus am Ende des Kirchhofwegs.

Nach dem Pogrom 1938 wurden aus Ergste Hans und Leopold Sternheim im KZ Sachsenhausen interniert. Im April 1942 wurden Ella, Emma, Hans, Johanna, Ursula und Leopold Sternheim über Dortmund ins Ghetto Zamość deportiert, im Juli 1942 Julie, Lucie und Meta Silberberg sowie Henriette und Rosalie Sternheim ins Ghetto Theresienstadt. Else de Vries geb. Sternheim war in die Niederlande ausgewandert, sie wurde von dort deportiert.

2.1.4 Philipp Baum erhielt nach 1945 eine Entschädigung für seine Grundstücke und für Gut Beckhausen. Herbert und Hans Jonassohn besuchten nach dem Zweiten Weltkrieg mehrmals ihre frühere Heimat. Seit einigen Jahren nimmt die Stadt Schwerte an der Aktion ‚Stolpersteine‘ teil, auch im Ortsteil Ergste erinnern sie an frühere jüd. Bewohner.

2.2.1 1759 wurden drei jüd. Familien gezählt, 1776 vier. 1843 lebten 47 Juden in Ergste, 1858 waren es 29. 1871 waren von 1439 Einwohnern 75 kath., 1320 ev. und 44 jüd. Glaubens, 1895 von 1714 Einwohnern 68 kath., 1588 ev. und 58 jüd. Glaubens, 1925 von 1795 Einwohnern 158 kath., 1615 ev., 21 jüd. Glaubens und einer bekenntnislos. 1933 waren in Ergste von 1775 Einwohnern 14 jüd. Glaubens, 1938 von 1887 Einwohnern zwölf.

Der vom Obervorsteher Hellwitz 1847 eingereichte Vorschlag über die Bildung von Synagogen-Gemeinden sah eine eigene Gemeinde Ergste vor, zu der auch Berchum, Hennen und Rheinen gehören sollten. 1848 wollten die Ergster Juden eine eigene

Gemeinde bilden, was von der Bezirksregierung aber abgelehnt wurde, weil nur 22 selbständige Juden dort lebten. Die Regierung schlug die Vereinigung von Ergste mit Schwerte vor, was wegen der unterschiedlichen Kreiszugehörigkeit aber verworfen wurde. 1856 wurde Ergste dann dem Synagogenbezirk Limburg (ab 1879 Hohenlimburg) zugeordnet. 1907/08 schied Ergste aus dem Bezirk aus und bildete mit Hennen eine eigene Gemeinde, die sich Schwerte anschloss.

1843 antwortete die Behörde bei einer landesweiten Umfrage, in Ergste gebe es keine Spaltungen zwischen Reformanhängern und -gegnern, sondern „bloß Altgläubige“. Es finde „keine Konfirmation“ statt, die deutsche Sprache werde während des Gottesdienstes nicht angewandt.

2.2.2 Die Ergster Juden sollen im 19. Jh. einen Raum im Haus Deiter Nr. 7 (Jonassohn) zum Beten genutzt haben. Für 1843 ist die Anmietung eines Betraumes durch die Ergster Gemeinde belegt.

2.2.3 1818 verfügte die Ergster Gemeinde über einen Religionslehrer, für den Elementarunterricht besuchten die jüd. Kinder die ev. Schule im Ort. 1843 waren 14 jüd. Kinder schulpflichtig. Vor 1908 erhielten Kinder aus Ergste Religionsunterricht in der jüd. Schule in Hohenlimburg, zu dessen Synagogenbezirk Ergste gehörte. Nach dem Ausscheiden von Ergste und Hennen aus dem Synagogenverbund Hohenlimburg 1908 übernahm Lehrer und Prediger Simon Grünewald aus Schwerte Seelsorge und Religionsunterricht. 1919 besuchten vier jüd. Kinder aus Ergste die christl. Volksschule, zehn Jungen das Schwerter Gymnasium, fünf Mädchen die Töcherschule.

2.2.4 Ergster Juden unterstützten seit 1830 mehr als acht Jahrzehnte lang mit ihren Spenden die Haindorfsche Stiftung.

2.3.1 Als Vorsteher der Ergster Gemeinde wird 1825 David Leser (Löser) genannt. In der Synagogengemeinde (Hohen-)Limburg wurden die Ergster Juden zwischen 1859 und 1886 vertreten durch die Vorstandsmitglieder J. Jonas, Herz Sternheim und D. Jonas sowie durch Isaac Silberberg und Abraham Sternheim als Repräsentanten.

2.3.3 Leopold Sternheim und der Anstreichermeister Isaak Jonassohn (gest. 1937) waren 1909 Mitbegründer der Freiwilligen Feuerwehr in Ergste. Jonassohn war außerdem im Vorstand der Turngemeinde Ergste. Hans Sternheim gab an, sein Großvater Abraham sei Mitglied der Feuerwehrrkapelle gewesen. Philipp Baum aus Ergste wurde 1906 von der Handelskammer dem Oberpräsidenten für den Vorstand des Westfälischen Viehhandelsverbandes vorgeschlagen.

3.1 Als Betraum wurde im 19. Jh. in Ergste ein Raum in einem Privathaus angemietet.

3.2 Von 1807 bis 1809 wohnte Marcus Levi bei Althof (Nr. 2) bzw. bei Schulte (Nr. 1), Isaac Marcus wohnte bei Storck (Nr. 3), Isaac Jacob bei Hellmann (Nr. 33), Wolf Levi bei Westerfeld (Nr. 36), Abraham Wolf und Witwe Cain bei Kage (Nr. 53), ferner die Witwe Samuel bei Grove (Nr. 59). Der Kaufmann Isaak Silberberg baute um die Wende zum 20. Jh. das Haus Nr. 15 in der Kirchstraße. Drei Häuser in Ergste gehörten der Familie Sternheim: Eines in der Offenbachstr., in dem Leopold Sternheim wohnte, das Haus Unterdorfstr. 24, in dem sich der Kolonialwarenladen befand, und das frühere Haus Ruhtalstr. 5.

3.3 Ein erster jüd. Friedhof lag in der Nähe von Bierhoffs Hof im Südwesten des Dorfes (heute Bierstr.), Bestattungen fanden dort vom Ende des 18. Jh. bis 1893 statt. Das Gelände wurde um 1938 von einem Ergster Bauern gekauft und in eine Ackerfläche umgewandelt. Als 1872 ein Kommunalfriedhof am Sembergweg entstand, erhielten die Ergster Juden einen etwa 800 m² großen abgetrennten Teil mit separatem Zugang. Erhalten sind zwölf Grabsteine aus der Zeit von 1873 bis 1934. Ein jugendlicher Skinhead warf 1987 mehrere Grabsteine um und beschmierte sie mit NS-Parolen.

4.1 Fürstlich zu Bentheim-Tecklenburgisches Archiv Rheda in Rheda, Best. Limburg, insbes. J 60, 64, 66, L 299, 300, 305. – LAV NRW Abt. W (Münster), Kr. Iserlohn, LRA Nr. 643–650 Kr. Iserlohn, Ämter Nr. 7f. – LBI, New York, MM 75, STERNHEIM Hans, Ein Gedenkblatt für meine Eltern und alle Opfer der Tyrannei 1933–1945 (Ms.). – StadtA Schwerte, Best. P.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 4–46 <1830–1911/13>. – Israelitisches Familienblatt <28.11.1907>. – REININGHAUS Wilfried (Bearb.), Die Akten des Schwerter Richters (17./18. Jahrhundert). StadtA Schwerte Bestand P (= Inventare der nichtstaatlichen Archive Westfalens NF 12) <Münster 1992>.

4.4 HAGENAH Liselotte, Geschichte der Juden in Schwerte <Schwerte 1988>. – MÖLLER Herbert (Bearb.), Ergste <Dortmund 1968>.

Wilfried Reininghaus

SELM-BORK

1.1 Stadt Selm, Ortsteil Bork, Kr. Unna

1.2 Bis 1802/03 FBtm. Münster; nach mehrfachem Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeiten in den folgenden Jahren des Umbruchs (Kgr. Preußen, GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – Bis 1974 Kreis Lüdinghausen (Regierungsbezirk Münster), infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Eingemeindung nach Selm (Kreis Unna, Regierungsbezirk Arnsberg).

Laut Statut von 1856 bildeten die Juden der Gemeinde Bork zusammen mit denen der Gemeinde Selm eine Untergemeinde im Synagogenbezirk Olfen.

2.1.1 Juda ben David Halewi (1107/08–1170) konvertierte zum christl. Glauben und trat 1129/30 als Mönch Hermann in das Prämonstratenserkloster Cappenberg (heute Stadt Selm) ein, 1137/38 wurde er zum Priester geweiht. Erste Hinweise auf Juden in Bork finden sich in zwei Geleitbriefen aus dem Jahr 1773 für Melcher Moyses und Moyses Levi. Melcher (Melchior) Moyses kam als ‚Packjude‘ ins Dorf und wohnte zunächst zur Miete „in einem Kämmerchen“ bei einem Christen, später übernahm er ein zuvor von ihm angemietetes Haus an der Hauptstraße. Von 1777 bis 1782 datieren Briefe von ihm, in denen es um Eisenlieferungen geht; er gehörte in den 1770er Jahren zu den Abnehmern von Erzeugnissen der Eisenhütte im kurkölnischen Wocklum. Aus den Jahren 1784, 1787 und 1792 ist ein Schriftwechsel über Grundstücksangelegenheiten zwischen Melchior Moyses und Nikolaus Lackmann in Bork erhalten. 1788/89 werden in Getreiderechnungen des Baumeisters auf Schloss Nordkirchen, J. B. Weischer, „Jud Levy Meyer aus Bork“ und „Jud Melchers in Bork“ als Käufer genannt. Zu dieser Zeit wohnte in Bork außerdem Moses Jacob.

Erste Erwähnungen von Juden in Selm finden sich in Rechnungen aus den Jahren 1786, 1788 und 1789 über den Kauf von Weizen.

2.1.2 Moyses Levi kaufte etwa 1803 ein Haus in Bork, in dem noch Mitte des 19. Jh. sein Sohn Jakob Moyses das Metzgerhandwerk betrieb. Zwischen 1802 und 1804 erwarb Levy Meyer eine größere Anzahl von Kühen. Melchior Moyses (gest. etwa 1813) und seine Frau hatten sieben Kinder, wie aus dem Testament von 1827 hervorgeht; davon lebten 1835 die Söhne Abraham und Salomon noch in Bork. Juda Herz aus Bork saß 1817 wegen Diebstahls in Untersuchungshaft im Zuchthaus Münster, ihm konnte

aber nichts nachgewiesen werden. 1819 musste er sich wegen des Verkaufs von verdorbenem Kalbfleisch vor dem Borker Bürgermeister verantworten, zahlreiche Zeugen belasteten ihn. Der Vorstand der zivilen Gemeinde heftete folgende Anordnung an die Kirchentür zu Bork: Da Juda Herz sich „einer großen Betrügerei schuldig gemacht“ habe, müsse er „von heute an binnen 24 Stunden das hiesige Dorf“ verlassen, widrigenfalls werde er „mit Sack und Pack hinausgeworfen“. 1821–1823 zahlten Abraham und Salomon Melchior nach der Schatzungsliste die höchsten Beträge mit je 31 Rtlr., Aaron Hirsch zahlte 13 Rtlr., Melchior Moses 10 Rtlr., gefolgt von Levi Meyer, Moses Jacob und Moses Jacob (Deutz/Denz) mit jeweils 7 Rtlr., am Ende der Tabelle findet sich mit 2 Rtlr. Salomon Moses. Gegen die Höhe der Festsetzung klagten Melchior Moses und Aaron Hirsch, der Beitrag von Aaron Hirsch an die ‚Judenschaft-Kasse‘ wurde daraufhin um ein Drittel reduziert. Die säumigen Juden erhielten Ordnungsstrafen bzw. wurden gepfändet, was zu weiteren Reklamationen führte. 1826 wurden Aaron Hirsch 5 Tlr. erlassen. Auf eine erneute Reklamation 1828 antwortete der Landrat, nach Rücksprache mit dem Ortsvorsteher und anderen Deputierten seien die angesetzten Beträge Hirschs Erwerbs- und Vermögensverhältnissen entsprechend angemessen geschätzt worden. Die beigebrachten Atteste bewiesen nur, „dass er es verstanden habe, seine Ortsbehörde zu hintergehen“. Auch in den folgenden Jahren war Aaron Hirsch unter den Säumigen zu finden. 1832 verweigerte er die Zahlung, weil er als ‚Ausländer‘ nicht für die Schulden der hiesigen Juden zuständig sei.

1834 werden für Bork Herz Goldberg, Salomon Moyses und die Gebrüder Melchers mit Ellenwarenhandlungen aufgeführt, ferner Isaac Levy mit einem Viehhandel. Zwischen 1835 und 1865 ging der Besitz von etwa zehn nichtjüd. Familien durch Pfandnutzung an die Brüder Abraham und Salomon Melchior über. Bis 1845 stieg die Anzahl der Juden in Bork an, danach nahm sie ab. 1846 waren in Bork als selbständige Juden verzeichnet die Manufakturwarenhändler Abraham Melchior und Herz Goldberg sowie die Händler Meyer, Isaak und Salomon Rosenberg, Daniel Stern, Marcus Strauß sowie Moses, Jacob und David Weinberg, der Kaufmann Salomon Melchior, ferner der Lehrer Isaak Kaufmann. Die Genannten hatten ihre Familiennamen schon zuvor geführt, dagegen nahm die Witwe und Handelsfrau Friederike Deutz den Namen Dillenberg an. Ohne Gewerbe verzeichnet sind für 1846 Emanuel Salomon (künftiger Name Stolzenfels) und Janette Dillenberg (Name unverändert). Als Viehhändler waren ausschließlich Juden verzeichnet: David und Jakob Moyses, Daniel Stern und Isaac Levy. Alle Juden seien Handelsleute oder Metzger, hieß es. Sie handelten „mit allerhand Gegenständen“, einer davon handele „sogar mit Korn und treibt wichtige Oekonomie“.

Im Revolutionsjahr 1848 brachen antisemitische Unruhen aus, am 25./26. März entstanden bei Tumulten Schäden an vier Häusern jüd. Kauflleute in Bork. Wegen Beteiligung an den Unruhen wurden drei Nichtjuden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Der Borker Lehrer Didon berichtete 1852 positiv über seine jüd. Mitbürger: „Übrigens kann nach meiner Meinung und nach Meinung vieler die hiesige Judenschaft als eine ruhige und friedliebende Körperschaft betrachtet werden, wenn auch hier und da eine Ausnahme stattfindet. Die Mäßigkeit im Trinken des hitzigen Getränks, als Wein, Bier und Brantwein ist auffallend. Ich habe wenigstens von meiner Kindheit an nie einen betrunkenen Israeliten gesehen. Auch besondere Feierlichkeiten, Beschneidung und Hochzeiten sowie andere Feste, nichts kann sie bewegen sich zu berauschen oder zu betrinken.“ 1888 werden für Bork genannt: J. Rosenberg, Bertha Jacobs, Marcus Strauß, Moritz Strauß, Jordan Goldberg, Levy Weinberg, Herz Levin, Moses Block, Bendix Rosenberg, Levi Stern, Fanny Rotschild und Salomon Weinberg.

Isaak Rosenberg und Sohn Joseph handelten u.a. mit Vieh. Friederika Rosenberg heiratete den Schneider Isaak Heumann, der im Haus seiner Schwiegereltern um 1900 ein großes Manufakturwarengeschäft eröffnete. Die Tochter Jettchen des Handels-

manns Marcus Strauß ehelichte den Makler Moritz Strauß, deren Tochter Selma den Metzger Carl Frankenberg, der 1908 eine Metzgerei eröffnete. Der Handelsmann Jordan Goldberg hatte mit seiner Frau Bertha sieben Kinder. Die Tochter Rebekka heiratete den Metzger Moritz Wollenberger und richtete mit ihm eine Metzgerei mit Ladengeschäft ein. Der ledige Leonhard Lewin, der mit Zeitschriften, Papierwaren und Tabakwaren handelte, wohnte Dorf 46a. Seine Geschwister Melchior und Hermann Lewin vertrieben Manufakturwaren. Über Jahrzehnte lebten die Viehhändler Levy Stern, sein Sohn Jacob Stern und Schwager Salomon Weinberg im Ort. Die CV-Zeitung veröffentlichte 1924 folgende Erklärung des Alfons Grüner: „Ich habe Herrn Albert Weinberg in Bork im Zuge Dortmund-Lünen durch antisemitische Ausdrücke und Drohungen beleidigt, die ich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme.“ Der Tabakhändler Nikolaus Zilch wohnte 1925 bis 1930 mit seiner Familie in Haus Nr. 53. Als die Zeche 1926 geschlossen und Bork zur Notstandsgemeinde erklärt wurde, hatten auch jüd. Kaufleute darunter zu leiden. In der Bauerschaft Altenbork Nr. 130 (Bahnhofstr. 37) ließ sich Gustav Weinberg ein Haus errichten, das er 1912 bezog. Er handelte mit Nutz- und Schlachtvieh.

Für Selm findet sich auf Stoffrechnungen seit 1805 der Händler und Metzger Abraham Alexander. Er geriet häufiger mit seinen Zahlungen in Verzug; einige Male wurden sie ihm erlassen. Als 1813 ohne Genehmigung ein jüd. Knecht, „aus dem Französischen“ kommend, bei ihm arbeitete, verwies der Landrat mehrmals auf das Verbot, Knechte und Mägde aus nichtpreuß. Gebieten aufzunehmen. Abraham Alexanders Sohn Levy erlernte die Strumpfwirkerei und blieb nach Erfüllung seiner Militärpflicht in Selm. Der Sohn Marcus heiratete 1842 eine Witwe in Bork und eröffnete dort eine selbständige Handlung. 1838 wird Abraham Alexander in Zusammenhang mit dem Kauf von Kühen erwähnt. Bei der Annahme fester Familiennahmen entschied er sich für den Nachnamen Strauß, 1846 wird er als einziger selbständiger Händler in Selm genannt. Um die Jahrhundertmitte wohnte zudem der Junggeselle Alexander Goldberg in Selm. Im Revolutionsjahr 1848 musste die Familie Strauß wegen antisemitischer Unruhen den Ort für kurze Zeit verlassen. Abraham Strauß starb 1848, seine Frau Täubchen 1866. Levy Strauß verzog nach dem Tod seiner Mutter, so dass seit 1867 keine Juden mehr in Selm wohnten. Erst 1910 sind wieder Juden nachweisbar: die jüd. Kaufleute Moses Heumann und Friedrich Schild hatten ihre Niederlassungen in zentraler Lage an der Dorfstraße. Friedrich (gest. 1929) und Bella Schild – ihre Mutter stammte aus Selm – führten zwei Haushalts- bzw. Lebensmittelgeschäfte. Seit 1921 wohnte zudem die Familie Portje in Selm. 1932 erschienen in der ‚Roten Post‘, dem örtlichen Mitteilungsblatt der KPD Selm, Anzeigen von jüd. Geschäftsleuten (Schild und Portje).

Seit dem Ersten Weltkrieg wohnten auch in Beifang (heute Selm) Juden, die Viehhändler Moritz Rosenberg und Louis Frank. 1922 erwarben sie in Bork das Haus Nr. 76 (Auf der Schlucht 7) und zogen dorthin.

2.1.3 In den 1930er Jahren lebten in Bork mit ihren Familien Herbert Heumann (der ein Manufakturwaren-Kaufhaus betrieb), der Kaufmann Isaak Heumann, die Metzger Karl Frankenberg und sein Sohn Kurt sowie der Metzgerlehrling Amschel Günter, ferner die Witwen Rebecka Wollenberger und Helene Weinberg sowie Cäcilie Lewin, die Brüder Hermann und Melchior Lewin, Jeanette Westheimer geb. Lewin, der Invalide Leonhard Lewin und die Viehhändler Jakob Stern, Louis Frank und Albert Weinberg. In Altenbork lebten Mitte der 1930er Jahre Paula Ruthenberg, der Viehhändler Gustav Weinberg mit Ehefrau Rosa, ein Invalide namens Weinberg und der Kaufmann Leo Weinberg. Das Protokollbuch der Gemeindevertretung Bork vermerkt unter dem 15. Aug. 1935, dass der Zuzug von Juden nicht erwünscht sei und das Kaufen bei Juden als „Verrat am Volke“ angesehen werde. Wer Kontakte zu Juden pflegte, wurde von Lieferungen für die Gemeinde sowie Gemeindefarbeiten ausgeschlossen. Der

‚Stürmer-Kasten‘ befand sich direkt an der Synagoge. 1935 mussten die Familien Rosenberg und Heumann ihr Eigentum verkaufen, 1937 die Familien Frankenberg und Wollenberger, 1938 Familie Lewin und Helene Weinberg und ihr Schwager (sie zogen daraufhin nach Altenbork) sowie die Familie Stern; Letztere verließ Bork 1939. Bereits im Okt. 1938 war die Borker Synagoge an einen Nichtjuden verkauft worden, wie die ‚Lüdinghauser Zeitung‘ berichtet. Mit Hinweis darauf, dass die Dortmunder Synagoge „aus verkehrstechnischen Gründen abgebrochen“ worden sei, wurde festgestellt, dass auch die Borker Synagoge nun „ihr Ende erreicht“ habe. Trotz des Verkaufs wurde die Synagoge in der Pogromnacht 1938 geplündert. Frau Weinberg und ihr Schwager wurden von SA-Leuten zusammengeschlagen. Zwei Tage später verweigerte die Gemeindeverwaltung den Viehhändlern Jakob Stern und Albert Weinberg die Verlängerung ihrer Legitimationskarten; damit waren sie als selbständige Viehhändler ruiniert. Im Mai 1940 waren in Bork noch elf Juden ansässig. Sie wurden im Haus von Gustav Weinberg (Altenbork 130) zusammengelegt, das als ‚Judenhaus‘ ausgewiesen war. Im Aug. 1941 wurde Juden das Betreten des Wochenmarktes verboten. Ab Okt. 1941 durften sie nur zu bestimmten Zeiten in besonderen Geschäften einkaufen: Am Montag und Donnerstag Back- und Kolonialwaren, dienstags und donnerstags Fleisch von 9 bis 10.30 Uhr. Im Juni 1942 zeigte ein Wachtmeister Hermann Levin an, weil er an einem nicht erlaubten Wochentag ohne Marken Brot gekauft habe. Die Geschäftsfrau musste 50 RM Ordnungsstrafe zahlen, Levin wurde verhaftet. Seit 1940 leisteten Louis Frank und Albert Weinberg in der Ziegelei in Altlünen (Wethmar) Zwangsarbeit, sie erhielten einen Stundenlohn von 60 Reichspfennig. Am 11. Dez. 1941 wurden Albert Weinberg und Helene Weinberg nach Münster gebracht und von dort aus zwei Tage später ins Ghetto Riga deportiert. Der zweite Transport, ebenfalls nach Riga, wurde am 27. Jan. 1942 von Gelsenkirchen aus durchgeführt, Rebecka Wollenberger, Jeanette Westheimer und Leonard Lewin waren in Lüdinghausen abgeholt und mit dem Bus dorthin gebracht worden. Die in Bork verbliebenen Juden wurden bis zur Deportation im Haus Dorf 76 von Louis Frank einquartiert, das zum ‚Judenhaus‘ erklärt wurde. Am 31. Juli 1942 wurden sechs Personen (Melchior Lewin, Hermann Lewin, Louis Frank und Ehefrau Fanny, Gustav Weinberg und Ehefrau Rosa) ins Ghetto Theresienstadt verbracht. Borker Bürger wandten sich mit der Bitte an den Amtsbürgermeister, die jüd. Besitzungen, die sie erworben hatten, umbauen zu dürfen.

Als in Selm am 21. März 1933 mit einem Fackelzug die Eröffnung des neuen Reichstags begangen wurde, blockierten HJ-Mitglieder das Textilgeschäft der Familie Schild. Dort und beim Fahrradhändler Rottmann in Selm, ferner in der Filiale des Metzgers Frankenberg in Selm-Beifang seien die Schaufenster eingeschlagen worden, berichtete die Lüdinghauser Zeitung am 23. März 1933, „ruchlose Hände“ hätten sich „an toten Gegenständen vergriffen“; die Täter wurden ermittelt. In Selm und Bork meldeten SA-Posten der Parteileitung Kunden, die in Geschäften mit jüd. Inhabern einkauften. In Selm-Beifang lebten etwa Mitte der 1930er Jahre drei jüd. Familien, die des Metzgers Moses Heumann, die des Viehhändlers Berthold Weiss und die des Kaufmanns Leopold Portje (Manufakturwarengeschäft). Im Aug. 1935 beschwerten sich jüd. Metzger aus Selm beim CV, weil ihnen auf dem Markt in Beifang ein besonderer Platz mit dem Schild „Stand für Juden“ zugewiesen worden war. Da die Verkäufer später behindert wurden, erfolgte die „einstweilige Aufgabe der Verkaufstätigkeit“. Im selben Monat erfolgte die Bekanntmachung, dass Wohlfahrtsempfänger keine Unterstützung mehr erhalten würden, sofern sie „in jüdischen Geschäften“ einkauften. Der von der Familie Portje darüber informierte CV gab zu bedenken, dass diese Maßnahme verheerende Auswirkungen haben würde, da die Geschäfte „infolge der Zusammensetzung der Bevölkerung in überwiegendem Maße auf Unterstützungsempfänger als Kunden angewiesen“ seien. Von Ende Juni 1936 bis Januar 1938 wurde eine Liste geführt, in der 139 Selmer genannt werden, die in diesem Zeitraum „Käufer beim Juden

Portje auf Gutscheinen des Wohlfahrtsamtes“ waren. In der Pogromnacht raubten SA-Leute den Laden Portje aus und steckten ihn in Brand, auch die darüberliegende Wohnung wurde zerstört. Danach mussten sowohl der Metzgermeister Moses Heumann als auch Leopold Portje ihre Wohn- und Geschäftshäuser verkaufen. Die Witwe Schild musste aufgrund des ‚Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden‘ vom 30. April 1939 ihr Anwesen mit Garten, Ludgeristr., an einen Selmer Bürger vermieten. Im Mai 1940 lebten in Selm und Beifang keine Juden mehr. Moses Heumann aus Selm war in die Niederlande geflüchtet und wurde ebenso wie Kurt Frankenberg von dort deportiert; die Familie Portje überlebte die NS-Zeit in den Niederlanden.

2.1.4 1945 schlossen sich die beiden in Selm und Bork lebenden Juden der jüd. Gemeinde Groß-Dortmund an. 1990 publizierte die Gruppe ‚Arbeitsplatz KUNST Selm‘ eine Dokumentation über die jüd. Bevölkerung in Selm, Bork und Cappenberg; der Künstler Heinz Cymontkowski konzipierte dazu im selben Jahr in Zusammenarbeit mit dem jüd. Museum Dorsten eine Ausstellung. Ein Teil der Hauptstraße erhielt 1999 die Bezeichnung ‚Synagogenweg‘. Von 2000 bis 2010 trafen sich Jüdinnen und Juden aus dem Ruhrgebiet und dem Münsterland einmal im Monat in der Borker Synagoge, um Gottesdienste nach liberalem Ritus zu feiern. 2004 wurde der Verein ‚Etz Ami – Jüdische Liberale Vereinigung e. V. Ruhrgebiet und Münsterland‘ gegründet, Mirjam Lübke wurde Kantorin. Seit 2010 nutzen VHS und Musikschule der Stadt Selm die Räumlichkeiten in der Synagoge für Veranstaltungen. Die 2011 auf Initiative der VHS gegründete Arbeitsgruppe ‚Bürgergarten‘ gestaltete den Garten auf dem von der Stadt erworbenen Nachbargrundstück der Synagoge neu. Seit 2007 nimmt Selm an der Aktion ‚Stolpersteine‘ teil, die auch in Bork verlegt wurden.

2.2.1 In Bork wohnten 1805 elf Juden, 1827 und 1843 waren es jeweils 49, 1858 dann 48. Im Jahr 1871 waren von 2374 Einwohnern 2282 kath., 59 ev. und 33 jüd. Glaubens; 1895 von 2526 Einwohnern 2433 kath., 47 ev. und 46 jüd. Glaubens; 1925 von 3834 [!] Einwohnern 3476 kath., 317 ev., 29 jüd. Glaubens und vier bekenntnislos. In Selm wohnten 1805 drei, 1827 neun, 1843 und 1858 jeweils fünf Juden. 1925 waren von 10 842 [!] Einwohnern 7382 kath., 3135 ev., 16 jüd. Glaubens und 165 bekenntnislos. 1933 gab es neun Juden in Selm. In Beifang, wo seit dem Ersten Weltkrieg Juden ansässig waren, lebten 1933 zehn Juden.

1854 wurde die Einrichtung von zwei Synagogenbezirken im Kr. Lüdinghausen mit den Hauptgemeinden Werne und Olfen beschlossen. Laut Statut von 1856 bildeten die Juden aus den Gemeinden Bork und Selm die ‚Untergemeinde Bork‘ im Synagogenbezirk Olfen. Später gehörten auch die Juden aus Beifang und Altlünen (damals Amt Bork, heute Stadt Lünen) zur Untergemeinde Bork. Laut Statut wählten die Untergemeinden eigene Vorsteher und Stellvertreter, sie trugen die Kultuskosten selbst. 1920 wurde der Hauptsitz von Olfen nach Lüdinghausen verlegt. Das Vermögen der Borker Gemeinde bestand 1843 aus der Synagoge mit Schulraum und einer kleinen Lehrerwohnung, außerdem aus 250 Rtlr., die vom Vorsteher verwaltet wurden.

2.2.2 Für die Errichtung des Synagogenneubaus bzw. den Umbau eines bereits vorhandenen Gebäudes an der Hauptstraße in Bork (Dorf 59) wandte die jüd. Gemeinde 500 Sgr. auf. Im Häuserverzeichnis von 1818 und im Urkataster des Dorfes Bork von 1822 ist das Gebäude vermerkt. Mitte des 19. Jh. gingen laut Ortschronik die in Selm ansässigen Juden zum Gottesdienst nach Bork. Anfang Okt. 1938 war Isaak Heumann gezwungen, das Synagogengebäude im Namen der jüd. Gemeinde Bork zu verkaufen. Während der Pogromnacht wurde der Innenraum zerstört und geplündert, wegen der engen Dorfbebauung aber nicht in Brand gesteckt. Das Gebäude konnte später renoviert werden.

2.2.3 Seit 1818 besaß die jüd. Gemeinde eine eigene Schule; der Unterricht fand im Synagogengebäude statt. Der erste Lehrer (und gleichzeitig Kantor) war David Isaak,

der 1822 starb; ihm folgte bis 1824 Lehrer Lion. Wenn die Lehrerstelle vakant war, besuchten die jüd. Kinder die kath. Schule. Benjamin Wolf aus Dülmen war seit 1827 Lehrer in Bork, 1831 war er Privatlehrer der Familie Melchior, 1832 ging er nach Lengerich. Anschließend war der in der Haindorfschen Lehrerbildungsanstalt ausgebildete Jakob (Isaak) Kaufmann aus Wolbeck Lehrer, 1844 half er den Brüdern Melchior und dem Handelsmann Meyer Rosenberg bei ihren Geschäften, indem er Verhandlungen schriftlich niederlegte. Wegen der Vernachlässigung des Unterrichts warf man ihm „wucherisches Treiben“ vor. 1848 verließ er Bork, um an die Schule in Westerkappeln zu wechseln. In den 1840er und 1850er Jahren besuchten etwa zwölf Kinder die jüd. Schule in Bork, 1856 gingen zwei jüd. Kinder aus Selm in die christl. Schule. Jacob Weinberg, zugleich Kantor, ist 1851 als Lehrer genannt. Sein Nachfolger sollte Isaak Zimmermann werden, dem jedoch vor dem Amtsgericht in Werne der Prozess wegen Majestätsbeleidigung und „demokratischer Gesinnung“ gemacht wurde. Das Verfahren wurde zwar eingestellt, wegen Zweifeln an seiner „sittlichen Befähigung“ erhielt er die Lehrerstelle in Bork jedoch nicht und ging nach Soest. Nach ihm wurde Salomon Sanger aus Peckelsheim, Absolvent des Haindorfschen Seminars, als Kantor und Lehrer eingestellt. In der ersten Hälfte der 1860er Jahre ist Moses Rosenwald aus Schötmar als Lehrer in Bork nachgewiesen; er nahm dann eine Stelle in Oestrich an. Weiterhin werden die Lehrer Kann, Schürmann und Grünwald für Bork erwähnt. 1899 wurde die jüd. Schule geschlossen, die Kinder besuchten in der Folgezeit christl. Schulen. Eric Schild aus Selm fuhr nach dem Ersten Weltkrieg zweimal in der Woche mit dem Fahrrad von Selm zur Synagoge nach Bork zum Vorbereitungsunterricht anlässlich seiner Bar Mitzwa. Er war der einzige Schüler des Lehrers, der mit dem Zug aus Dülmen dorthin kam.

2.2.4 Geschäftsführer der Marks-Haindorf-Stiftung für Selm und Bork war 1827 Selig Melchior aus Bork. Ab 1840 sammelte Lehrer Kaufmann zusammen mit dem Polizeidiener Beiträge und Spenden für den Verein ein; 1854 sind Beiträge von 15 Personen aus Bork verzeichnet. Jordan Goldberg (1846) und Herz Strauß (1863) wurden von Haindorfs Stiftung gefördert. In den 1920er Jahren zeichnete sich die Familie Portje aus Selm durch karitative Spenden aus.

2.3.1 Bis Mitte des 19. Jh. war Jakob Moyses Vorsteher der Judenschaft in Bork. 1856 gehörten aus Bork Jacob Weinberg, Isaac Rosenberg und Daniel Stern zum Repräsentantenkollegium der Synagogengemeinde Olfen. 1905 war B. Rosenberg Gemeindevorsitzender.

2.3.2 Der in Fröndenberg geborene Schauspieler und Sportler Eric Schildkraut (1906–1999) wuchs ab 1908 in Selm auf. Vom Dortmunder Theater wurde er 1933 entlassen und ging in die Niederlande, kehrte jedoch nach Deutschland zurück. 1936 bekam er eine Einladung zum Olympia-Schulungslager in Ettlingen bei Karlsruhe und bestand das Sportlehrerexamen. Als drei Tage vor Beginn der Olympischen Spiele alle jüd. Sportler zurückgezogen wurden, verließ Schildkraut Deutschland erneut. Als Schauspieler hatte er Gastspiele in Frankreich, Belgien und in der Schweiz, 1949–1951 ein Engagement in Tel Aviv, 1951–1958 in Frankfurt a. M. und ab 1961 in Hamburg, wo er am Thalia-Theater bis ins hohe Alter tätig war. Seine Jugenderinnerungen sind in dem Buch „Theaterleben – jüdische Schauspieler erzählen“ veröffentlicht worden.

3.1 Bei dem im Häuserverzeichnis von 1818 und im Urkataster des Dorfes Bork von 1822 aufgeführten Synagogengebäude handelt es sich um eine Landsynagoge in einfacher Bauweise. Sie steht an der Hauptstraße in Bork (Dorf Nr. 59), etwa zehn Meter von der Straßenflucht entfernt. Der Fachwerkbau mit Walmdach und Rundbogenfenstern hat eine Grundfläche von 11,6 x 6,6 m, der Betsaal misst 49 m². Die gesamte Decke bis zur Hohlkehle war blau mit goldenen Sternen als Himmel gestaltet. An der

Westseite befand sich die Frauenempore. Der Zugang erfolgte über den Vorraum, der über einen separaten Eingang verfügte. Der Schulraum lag im rückwärtigen, zweigeschossigen Teil des Gebäudes; zu Details siehe PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 652f. Um 1900 wurde das Gebäude renoviert. Pläne von 1910, die Straßenführung zu ändern und die Synagoge abzureißen, wurden nicht umgesetzt. Die Synagoge ging im Okt. 1938 in den Besitz des Borker Gastwirts und Kohlenhändlers Forck über. Während des Pogroms 1938 wurde das Innere verwüstet, das Gebäude diente fortan als Lagerraum für Brennstoffe. 1981 beschloss der Stadtrat den Abriss. Gleichwohl konnte das Gebäude 1983 gegen den Willen des Eigentümers unter Denkmalschutz gestellt und die vorhandene Bausubstanz gesichert werden, 1988 erwarb es die Stadt Selm. 1991 bewilligte die Bezirksregierung Mittel für eine umfangreiche Sanierung. Nach der Entfernung der für das Brennstofflager eingezeichneten Zwischendecke wurde an der Ostwand zwischen den beiden Rundbogenfenstern der Standort des Thoraschreins wieder sichtbar. Im Zuge der Renovierungsarbeiten trat 1992 zwischen Dach und Sternengewölbe ein Genisa-Fund zutage: Fragmente hebr. Gebetbücher aus dem 18. und 19. Jh., die aus religiösen Gründen nicht weggeworfen werden durften. Vermutungen, wonach sich im Synagogengebäude eine Mikwe befunden haben soll, bestätigten sich nicht. Die Borker Synagoge ist eine der wenigen Landsynagogen in Westfalen, die unverändert in ihrer äußeren Gestalt erhalten geblieben ist. Seit 1994 dient die ‚Alte Synagoge Bork‘ als „Kulturstätte mit erinnerndem und mahnendem Charakter“.

3.2 Zu den Pächtern von Ländereien gehörten 1812 Abraham Alexander aus Selm und Moises aus Bork. Über Landbesitz verfügten in den 1860er Jahren Melchior Abraham (160 Morgen, später auf Herz Lewin übergegangen), Salomon Melchior (ca. 24 Morgen) und Daniel Stern (drei Morgen). Der Ortschronik zufolge hatten Mitte des 19. Jh. die meisten Juden in Bork eigene Wohnhäuser. Das Wohnhaus Dorf 57 gehörte mindestens 1817 bis 1838 Salomon Moyses, Nr. 5 war seit 1818 in jüd. Besitz. Eigentümer des Hauses Nr. 39 war seit 1817 Jacob Moses. Im 20. Jh. waren im Besitz jüd. Bürger Dorf 2 und 3 (Hauptstr. 7, Isaak Rosenberg), Dorf 25 (Jordan Goldberg), Dorf 46 (Hermann und Melchior Lewin), Dorf 46a (Leonard Lewin), Dorf 53 (Rosenberg), Dorf 66 (Levy Stern; mit Stallungen hinter dem Wohnhaus), Dorf 76 (ab 1921 Moritz Rosenberg und Louis Frank), Dorf 96 (Salomon Rosenberg) sowie Altenbork 130 (Gustav Weinberg). In Selm besaß die Familie Schild ein Haus in der Ludgeristr., in der Kreisstr. die Familien Heumann und Portje. Die Südkirchener Str. hieß bis in die 1930er Jahre im Volksmund ‚Judenstraße‘, weil der Verbindungsweg von Selm nach Südkirchen ursprünglich über den Friedhof an der alten Kirche führte. Da Juden das Betreten christl. Friedhöfe aus religiösen Gründen vermieden, wählten sie den Weg über die Südkirchener Straße.

3.3 Der jüd. Friedhof an der B 236 zwischen den Stadtteilen Selm und Bork hat eine Größe von 600 m². In seiner Chronik schreibt Lehrer Didon 1852: „Eine viertel Stunde vom Dorfe Bork, an der Landstraße nach Selm, haben die Juden ihren eigenen Ruheplatz für die Toten mit einigen Monumenten.“ 1941 plante das Gesundheitsamt des Kr. Lüdinghausen die Umbettung der in den letzten 20 Jahren in Lüdinghausen bestatteten Juden nach Bork, der Borker Amtsbürgermeister lehnte das Vorhaben Ende 1941 allerdings ab. 1945 wiesen die Alliierten den Bürgermeister der Gemeinde Bork an, den seit Jahren vernachlässigten jüd. Friedhof wieder herzustellen. Die Auseinandersetzungen um die Instandhaltung des Friedhofs durch die Gemeinde zogen sich bis 1965 hin. Nach einer Mitteilung des ‚Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in Westfalen und Lippe‘ gilt er seit 1949 als geschlossen. 1965 stellte Carl Heumann aus Peru bei einem Besuch fest, dass die Grabstelle seiner Mutter (die 1936

gestorbene Rika Heumann) nicht mehr vorhanden war, 1966 wurde ein neuer Grabstein aufgestellt. 1959 und 2002 wurden Grabmonumente umgeworfen. 39 Grabsteine sind erhalten, der älteste aus den 1830er Jahren für Sara Melchior geb. Alexander, die ursprüngliche Platzierung wurde nicht beibehalten. Seit 1985 steht der Begräbnisplatz in der Denkmalschutzliste der Stadt Selm.

4.1 LAV NRW Abt. W (Münster), Landsberg-Velen (Dep.) Botzlar, Gemeinde Selm, Kr. Unna 21663, 10964, 1664, II 117, II 337, II 1147, 17145. – StadtA Selm, Amt Bork 302–308, 308a, 309–312, 670, 2566, 2623, 2778, 2864, 2882, 2920, AB-2, 1523 u. AB-3, 5286; Dep. und Literaturarchiv Heinz Cymontkowski, Selm (u. a. Briefwechsel mit Zeitzeugen); Zeitzeugenberichte aus Selm und Bork (D-C-387, D-C-592).

4.2 Der Genisa-Fund aus der Synagoge Bork wird in der Kulturstätte alte Synagoge präsentiert. Im StadtA Selm Lage- und Umbaupläne der Synagoge, Pläne des jüd. Friedhofs, Grundrisse von Häusern in ehem. jüd. Besitz. Fotos der Synagoge, der Genisa-Fragmente, des Friedhofs und von Wohnhäusern bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 687–693.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 1–46 <1827–1911/1913>. – CV-Zeitung <5.6.1924>. – KAISER Udo (Bearb.), Das Feuer-Societäts-Cataster der Bürgermeisterei Bork. Ein Beitrag zur Siedlungs-, Familien- und Sozialgeschichte des ehemaligen Amtes Bork (= Schriftenreihe des Stadtarchivs Selm 3) <Selm 1997>. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 48.

4.4 DIDON Christian (Bearb.), Chronic des Amtes Bork bestehend aus den 4 Pfarren: Bork, Selm, Cappenberg und Altlünen (= Schriftenreihe des Stadtarchivs Selm 1) <1843–1852, ND Selm 1994>. – Juden in Selm, Bork, Cappenberg, hg. von Arbeitsplatz Kunst Selm und Stadt Selm, [Teil I:] Ausstellung „Juden in Selm, Bork, Cappenberg“ von Heinz CYMONTKOWSKI u. a. <Dorsten 1990>. – Juden in Selm, Bork, Cappenberg, Teil II/III, hg. von Arbeitsplatz Kunst Selm <Selm 1993>. – KERTELGE Michael, Die Bergarbeitergemeinde St. Josef in Selm-Beifang. Ein lokales katholisches Milieu 1933–1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Nationalsozialismus in Selm (= Schriftenreihe des Stadtarchivs Selm 2) <Selm 1995> 60–62. – SCHILDKRAUT Eric, Eric Schildkraut. In: LAUSE Beate/WIENS Renate, Theaterleben. Schauspieler erzählen von Exil und Rückkehr <Frankfurt a. M. 1991> 11–33. – SCHNIEDER Franz-Josef, Handwerk, Handel und Gewerbe in Bork an der Lippe. Ein Beitrag zur Ortsgeschichte von 1815 bis 1980 (= Schriftenreihe des Stadtarchivs Selm 6) <Selm 1999>. – WALTER Fritz, Das Judentum im Amte Bork. Heimatgeschichtliche Untersuchung <Bork 1937>. Erneut abgedruckt in: Juden in Selm, Bork, Cappenberg, Teil II/III, hg. von Arbeitsplatz Kunst Selm <SELM 1993> 137–187.

Heinz Cymontkowski

SIEGEN

1.1 Stadt Siegen, Kr. Siegen-Wittgenstein

1.2 Bis 1742/43 Fstm. Siegen; bis 1806/07 Fstm. Nassau-Oranien; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – Um 1170 als ‚civitas‘ bezeichnet; 1303 Stadtrechtsverleihung; 1607–1743 Residenz des Hauses Nassau-Siegen, 1652 gefürstet.

Aufgrund der geringen jüd. Bevölkerung konnte in den 1850er Jahren kein Synagogenbezirk in Siegen eingerichtet werden. Ein solcher wurde erst 1884 konstituiert und umfasste laut Statut den gesamten Kreis Siegen, noch im selben Jahr trennten sich jedoch die in Hilchenbach, Krombach und Littfeld lebenden Juden vom Synagogenbezirk Siegen.

2.1.1 Zwei Urkunden aus dem 13. Jh. belegen den Aufenthalt von Juden in der Stadt Siegen. 1253 übertrug der Kölner Erzbischof den Grafen von Nassau anstelle eines Geldlehens seine Einkünfte u. a. aus dem Judenschutzgeld in Siegen. 1279 wird „Jutta, die Tochter des verstorbenen Kölner Judenbischofs Samuel von Ruda und seiner Frau Genanna“ erwähnt, die ihren Anteil an einem ererbten Haus in Köln an „Sara, Witwe des Rabbiners Salomon Hakohen“ aus Siegen verkaufte. Siegen gehört damit zu den acht Orten in Westfalen, in denen bereits vor 1300 Juden lebten.

Von 1568 stammt die Nachricht, dass zwei Juden – Benedictus und Mosius aus Attendorn – in Siegen übernachteten. Die restriktive Judenpolitik der nassauischen Regierung verhinderte jedoch eine dauerhafte Niederlassung. Im letzten Viertel des 17. Jh. war jüd. Händlern lediglich an Markttagen der Besuch der Stadt erlaubt, so Seckel von Herborn (1673) und seinem Sohn (1677), Daniel von Breidenbach (1677), je einem Juden von Burbach und von Marburg (1689), Feist von Caub (1690), zwei Juden von Westerbürg (1691) und einem Juden aus Liebenscheid (1691). 1682 ließ sich Jacob Levi aus Volmarshausen (Hessen) in Siegen taufen; Paten waren der reformierte Fürst, die Hofbedienten, der Magistrat und die Zünfte. Im 17. Jh. erhielten Siegener Kaufleute ein Privileg (das 1695 beim Stadtbrand verloren ging), in dem „Juden die Niederlassung und die Gründung von Geschäften untersagt“ wurde. Zu Beginn des 18. Jh. wollten die Landesherren mit Verordnungen den Handel der Juden nochmals reduzieren. 1701 befahl der kath. Fürst Wilhelm Hyazinth für seinen Teil des Fürstentums, „außerhalb der ordentlichen Jahrmärkte“ keine Hausierer, Juden, ‚Quacksalber‘, Landstreicher usw. in den Gemeinden zu dulden und zu beherbergen, „da sonst die allhiesige Krämerschaft Schaden“ erleide. 1706 bestätigte der ev. Fürst Friedrich Wilhelm Adolf zu Nassau das von seinem Vater Wilhelm Moritz der Stadt erteilte (1695 verbrannte) Privileg, das u. a. Juden „bei Strafe der Konfiskation“ das öffentliche Hausieren, heimliche Handeln und Verkaufen untersagte, da hierdurch den Bürgern „die Nahrung entzogen und das Geld aus dem Lande getragen“ werde. Das Verbot galt in der Stadt wie „auf den Hütten“, in Wirts- und Privathäusern, nicht jedoch auf „den ordentlich befreiten Jahrmärkten“. Im selben Jahr wiederholte auch Fürst Wilhelm Hyazinth seinen Kanzleibefehl von 1701, auf dessen Grundlage die Stadt Siegen Juden das Bürger- und Niederlassungsrecht versagte. Erst mit der preuß. Gewerbe-Ordnung von 1845 wurden diese Einschränkungen offiziell aufgehoben.

2.1.2 Während der franz. Zeit ab 1806 ließen sich wieder Juden in der Stadt nieder, so Isaac Rosenberg aus dem hessischen Ober-Seemen und David Schweitzer. Nach dem Übergang an Preußen 1815 traten zunächst die vor der franz. Herrschaft gültigen Gesetze wieder in Kraft, darunter auch die 1770 von Prinz Wilhelm von Oranien für die nassauisch-oranischen Lande erlassene Juden-Ordnung. Danach erhielten Juden kein Bürgerrecht und durften keinen Haus- oder Grundbesitz erwerben. 1817/18

suchten Juden aus benachbarten Orten um Konzessionen zum Hausieren für Siegen nach: Michel Beifuß aus Berleburg, Jacob Deuker (Deucker) und Meyer Isaac Speyer aus Battenberg, Moses Levy aus Marburg, Joel Heinemann und Liebmann Heller aus Staudenheim im Großherzogtum Hessen und Raphael Rosenthal aus Kroppach (Hztm. Nassau), ferner Samuel Bürla Dönnbach aus Württemberg und Meyer Zadeck aus Eschbach, wohnhaft in Weilburg. Der Siegener Bürgermeister erteilte die Handelskonzessionen sehr zögerlich, da christl. Kaufleute den Juden vorwarfen, ihnen „das gesamte Geschäft“ zu verderben.

Der während der französischen Zeit in die Stadt gekommene Isaac Rosenberg bemühte sich mehrere Jahrzehnte – gegen den Widerstand von Stadt und Bevölkerung – um ein dauerhaftes Niederlassungsrecht, um das Bürgerrecht und den Erwerb von Grundbesitz. Mehrfach stifteten die Kaufleute Personen an, ihm und seiner Familie das Leben schwer zu machen. So wurde Rosenberg 1817 beschuldigt, Falschgeld zu verbreiten; die Vorwürfe erwiesen sich jedoch als haltlos. Im selben Jahr wurden bei ihm mehrmals Fensterscheiben eingeschlagen, das Gartenhaus in seinem gepachteten Garten brannte ab. Der Landrat fürchtete, dass die Vorfälle ein schlechtes Licht „auf alle rechtschaffenen Bürger der Stadt“ werfen würden, er forderte den Bürgermeister deshalb auf, das Haus des Juden auf Kosten der Stadt besser zu bewachen. Trotz aller Anfeindungen blieben Rosenberg und seine Frau in der Stadt und kauften ein Haus. Noch 1845 verweigerte ihnen der Magistrat mit Verweis auf das fürstliche Privileg aus dem 17. Jh. das Niederlassungs- und Bürgerrecht, der preuß. Innenminister erteilte jedoch die Genehmigung. 1846 wurde der Handelsmann Isaac Rosenberg als einziger selbständig tätiger Jude in Siegen verzeichnet; das Ehepaar Rosenberg bekam in zehn Jahren sieben Kinder.

1848 gestand die Stadtverordnetenversammlung Siegen dem aus dem Sauerland stammenden Isaac Lenneberg (verheiratet mit Isaac Rosenbergs Tochter Sara) das Bürgerrecht zu. Lenneberg betrieb ein Manufaktur- und Kolonialwarengeschäft und erwarb dafür ein Haus in der Marburger Straße. Als Sara Lenneberg 1853 auf dem jüd. Friedhof in Burgholdinghausen bestattet werden sollte, stellte die Stadt Siegen ihren Totenwagen zur Verfügung. In einer Zeitungsanzeige lobten „mehrere evangelische Christen“ diese Entscheidung „in einer Zeit, wo die Intolleranz im Allgemeinen an der Tagesordnung ist“. Nach dem Konkurs seines Geschäftes ging Isaac Lenneberg 1855 ins Ausland. Im Jahr darauf starb Isaac Rosenberg, seine Witwe zog zu einer ihrer Töchter. Die anderen Kinder wanderten alle nach Amerika aus, so dass 1859 zunächst keine Juden mehr in Siegen lebten.

1867 zog David Berg aus Schwarzenau in die Stadt. In den folgenden Jahren wuchs die jüd. Bevölkerung stark an, ihre Zahl stieg von drei im Jahr 1858 auf 111 im Jahr 1880. Nach dem Bau der Eisenbahnlinien Siegen–Köln und Siegen–Hagen 1861 erlebte die Stadt einen wirtschaftlichen Aufschwung und zog Menschen vor allem aus dem ländlichen Umland an; jüd. Familien kamen aus dem nahen Hessen, dem Sauerland oder aus Wittgenstein. 1870 lebten in Siegen neben David Berg sechs weitere jüd. Familien: Abraham Meyerhoff aus Nieheim, Liebmann (Levi) Frank aus Lenhausen und sein Schwager Meier Cahn aus Alsfeld (Hessen), Meier Leser Stern, Heinrich Ferber, Israel Goslar und Simon Löwenstein; zu diesen Familien zählten insgesamt 16 Personen. Ferner werden genannt: Abraham, Samuel und Sophie Frank aus Lenhausen, Moses Rosenberg aus Laasphe, Gerson Eisenstein aus Annen bei Witten sowie Adolph Fränkel. Das Ehepaar Meyerhoff bekam bis 1882 zehn Kinder, das Ehepaar Stern sieben, die Familien Goslar und Eisenstein hatten je sechs Kinder. 1884 wurde für die wachsende jüd. Bevölkerung eine eigene Gemeinde eingerichtet. Vor allem in den 1880er Jahren fanden in Siegen – dem Wahlkreis von Adolf Stoecker – zahlreiche antisemitische Agitationsveranstaltungen der Stoeckerschen Bewegung statt.

Ihren Lebensunterhalt verdienten die ab 1867 zugezogenen Siegener Juden zunächst vor allem als Händler, Metzger oder Viehhändler. Neben den reisenden Handelsleuten kamen gegen Ende des 19. Jh. auch wohlhabendere Textilkaufleute nach Siegen, die im Zentrum Geschäfte eröffneten. Über lange Jahre prägten jüd. Manufakturwarengeschäfte in Siegen das Stadtbild am Markt: Neheimer (später Plaut & Daniel) von 1873 bis 1927, Adolph Fränkel (einer derjenigen Mitglieder der jüd. Gemeinde, die die höchsten Steuern zahlten) von 1873 bis etwa 1900. Beide Unternehmen fusionierten und wurden 1910 an die Kaufhauskette Tietz verkauft, die 1928 an Stelle der übernommenen Gebäude ein großes Warenhaus errichten ließ. Weiter sind zu nennen ‚Meyerhoff & Goslar‘ (von Hugo Herrmann weitergeführt) und das Woll- u. Weißwarengeschäft ‚M. Schiff & Söhne‘ seit 1880 (Nikolas Schiff stand auf der Steuerliste lange an dritter Stelle), 1901 ging das letztgenannte Geschäft an Julius Heymann über, es existierte bis in die 1930er Jahre. Mehr als drei Jahrzehnte bestanden am Markt auch das Herren- und Knabenbekleidungsgeschäft Ferber sowie die Glas-, Porzellan- und Emaillewarenhandlung von Louis Tobias; Letzterer verkaufte ebenfalls an Tietz. Das 1902 gegründete Konfektionsgeschäft Michel Marx in der Kölner Straße wurde 1935 von Neumann & Co. ‚arisiert‘. Im heutigen Siegener Ortsteil Weidenau bestanden die ‚Specerei- und Manufacturwaarenhandlung‘ der Witwe von Samuel Frank (von 1879–1938) sowie das ‚Manufactur- und Garderobe-Geschäft‘ von Siegmund Levi seit 1895.

Am Preußisch-Österreichischen Krieg 1866 nahmen J. Alexander, Benjamin Meyer, Joseph Hony, Hony Hony und Koppel Hony teil. Für den Krieg gegen Frankreich wurden fünf Juden aus Siegen eingezogen, einer von ihnen wurde mit dem EK ausgezeichnet. Für ihre Teilnahme am Ersten Weltkrieg wurden Moritz Levy, Matrose Siegmund Ferber, die Brüder Herbert und Erich Schatzki sowie Heinrich Grünewald mit dem EK II ausgezeichnet, der Lehrer Simon Grünewald mit dem ‚Verdienstkreuz für Kriegshilfe‘. In seinem 1915 veröffentlichten Gedichtbändchen ‚Die große Zeit‘ pries Grünewald die Siegerländer als Kriegshelden. 1920, in der Nacht vor der Einweihung einer Gedenktafel für die im Ersten Weltkrieg gefallenen jüd. Siegerländer, wurde der Eingang der Synagoge mit antisemitischen Schmierereien überzogen. 1921 kam es bei gewalttätigen Protesten – Anlass waren zu hohe Preise und zu niedrige Löhne – zur Plünderung zahlreicher Geschäfte, darunter waren auch Betriebe jüd. Inhaber.

1920 wurde die Bezirksgruppe Südwestfalen des CV gegründet. Zum Vorsitzenden wurde der Publizist Arthur Schweriner aus Lüdenscheid gewählt (der 1920 nach Berlin ging und dort für den CV tätig war), zum Stellvertreter der Siegener Lehrer Simon Grünewald. Dem Ortsverein Siegen schlossen sich auch Juden aus den heutigen Siegener Ortsteilen Weidenau, Eiserfeld, Klafeld und Geisweid an; 1922 waren von 29 Mitgliedern vier Frauen. 1923 wurde der Repräsentantenvorsteher Michel Marx (gest. 1934) Vorsitzender der Ortsgruppe Siegen, Simon Grünewald wurde 1935 sein Nachfolger. Mitte der 1920er Jahre fand in Siegen die Bezirkstagung des CV mit 60 Teilnehmern aus Siegen, Betzdorf, Klafeld, Weidenau, Kirchen (Sieg), Eiserfeld und Hilchenbach statt. Auch Zionisten waren aktiv: So gründeten 1923 Hugo Hermann und Juden polnischer Herkunft eine zionistische Ortsgruppe. Nach 1933 wanderten einige Mitglieder (u. a. Heinz Ferber) nach einer vorherigen landwirtschaftlichen Schulung im hessischen Grüsen nach Palästina aus. Anfang der 1930er Jahre wird ein jüd. Jugend-Bund für Siegen erwähnt. Anlässlich des Siegener Schützenfestes 1923 war das Haus des Textilkaufmanns und Vorstandsmitglieds Theodor Ferber schwarz-rot-gold beflaggt, alle anderen schwarz-weiß-rot. Von angetrunkenen Festteilnehmern wurde Ferber gezwungen, das ‚Symbol der Judenrepublik‘ zu entfernen.

Während der Zeit der Weimarer Republik waren in Siegen folgende jüd. Geschäftsleute im Textilbereich tätig: Saul und Benno Hausmann, Eduard Herrmann, Hugo Hermann (‚Meyerhoff & Goslar‘), Siegfried Löwenstein, Hermann Windecker, Karl

Hess, Meyer Leser Stern und sein Sohn Julius, Theodor Ferber und Sohn Paul, Michel Marx, Hugo Rauh, Sigmund Hochmann, Julius Heymann sowie A. und H. Freund (Damenputzgeschäft). Kurzwaren vertrieben Philipp Rosenthal sowie Fritz Wolff, Schuhe Sigismund Jacobi, Sally Nathan (Geschäftsführer des Schuhhauses ‚Metropol‘) und Lazar Reches, der außerdem vom Tauschhandel lebte. Louis Tobias hatte eine Glas-, Porzellan- u. Emailwarenhandlung, Herbert Stern ein Obst- und Gemüsegeschäft, Max Landesmann eine Lebensmittelhandlung und Melanie Klefeld eine Weinvertretung. Ferner waren die Kaufleute Bernhard Cossen, Joseph Häcker, Arthur Marx, Hermann Lewinsohn, Sigmund Neheimer, Paul Lange, Julius Löwenstein, Markus Landesmann, Siegfried Weinberg, Paul Schönberg, Albert Hochheimer und Julius Rosenberg am Ort ansässig. Fritz Oettinger war Volontär, Otto Ferber Geschäftsführer, J. Adler jun. betrieb einen Schrotthandel. Zu nennen sind außerdem die Händler Sally Levy und Nathan Sarschewski, die Viehhändler Emil Meyer und Gustav Jacobi, der Darmhändler Hermann Meyer, die Darmschleimerei Richard Meyer und der Pferdemetzger Louis Kessler.

In den heutigen Siegener Ortsteil Weidenau zog die Witwe Frank mit ihrem Sohn Selig und der Schwiegertochter Frommet, nachdem ihr Mann Samuel Frank 1852 gestorben war. Dort gründeten sie vor der Haardt das Manufakturwarengeschäft Frank, das nach der Jahrhundertwende das größte im Ort war. Selig Frank war 1870/71 Soldat im Krieg gegen Frankreich und wurde mit dem EK ausgezeichnet. Das Ehepaar Frank hatte neun Kinder, drei davon (Samuel, Hermann und Max) kämpften im Ersten Weltkrieg. Von Erndtebrück in den Weidenauer Ortsteil Fickenhütten zog Anfang der 1880er Jahre der 1813 geborene Vieh- und Fellhändler Gottlieb Levi; seine Neffen Siegmund und Michael Levi kamen ebenfalls nach Weidenau. Ein weiterer Zuzügler war der Viehhändler Salomon Kahn mit Familie. Auch in Weidenau kam es 1921 zu Straßenunruhen mit Plünderungen, von denen u. a. jüd. Geschäfte betroffen waren.

Im heute ebenfalls zu Siegen gehörenden Geisweid lebte in den 1880er Jahren die Familie Hony, in den 1920er Jahren die Familie Salomon. In Klafeld wohnte der im russischen Bialystock geborene Ferdinand Schatzki (1857–1910), der als Oberingenieur bei der Siegener Verzinkerei AG arbeitete. 1893 wohnte er mit seiner aus Schmallenberg stammenden Frau und fünf Söhnen in der Schulstraße. Später verzog die Familie nach Weidenau, dann nach Siegen. 1907 zog Max Frenkel, der eine Tochter des Selig Frank aus Weidenau geheiratet hatte, nach Klafeld; in der Neuen Königstr. eröffneten sie ein Textilgeschäft. Max Frenkel fiel im Ersten Weltkrieg, seine Witwe führte mit ihrem zweiten Mann, dem Kaufmann David Salomon, das Geschäft fort. Von Attendorn zog die Familie Levy Winterberger nach Klafeld, 1892 siedelte sie nach Berlin über.

Nach Eiserfeld (heute Siegen) kam in den 1870er Jahren u. a. der Metzger Joel Alexander aus Ehringshausen. Mit seinem Sohn Siegmund führte er 60 Jahre lang eine Metzgerei in der Freiengründer Str. 11/1. Vor 1891 zog die Familie Hermann Reis/Reiß nach Eiserfeld (Bahnhofstr. 32), zwischen den 1880er Jahren und dem Ersten Weltkrieg betrieb die Familie Robert Moses eine Manufakturwarenhandlung in der Bahnhofstr. 24. Im benachbarten Niederschelden (heute Siegen) sind zu Beginn des 20. Jh. für wenige Jahre die Händlerin Helene Seligmann und der Kaufmann Robert Neuwald als Mitglieder der Synagogengemeinde Siegen nachgewiesen. Aus dem heutigen Ortsteil Kaan-Marienborn gehörte 1870 die sechsköpfige Familie Herz Frank zur Siegener jüd. Gemeinde.

Einige weitere im Kreis Siegen ansässige Juden sind zu erwähnen. In Niedernetphen (heute Stadt Netphen) lebten 1817 vier Juden. 1840 zog der Metzger Meier Hony mit seiner Frau von Laasphe nach Niedernetphen, zwei ihrer Söhne übten dort das Metzgerhandwerk aus. Eine Enkelin führte mit ihrem Mann Gustav Faber eine Metzgerei. Die Familie lebte während der Zeit der Weimarer Republik in der Sieg-Lahn-Str. 4. Nach Werthenbach (Stadt Netphen) zog 1930 Ludwig Rosenstein, ein getaufter Jude.

Nach KZ-Haft in Buchenwald emigrierte er mit Frau und vier Kindern in die USA. In Burbach lebte seit etwa 1850 für rund zehn Jahre Abraham Meyer mit seiner Familie. Meyer übte den für einen Juden ungewöhnlichen Beruf des Grubenverwalters aus. Die Familie scheint sich kultisch nach Westerbürg (Hzt. Nassau) orientiert zu haben.

2.1.3 Anfang 1933 lebten in Siegen mehr als 120 Juden. Für den Tag des Boykotts sprachen sich die Siegener jüd. Geschäftsleute ab und hielten ihre Geschäfte geschlossen. Der Medizinalrat und Kreisarzt Dr. Artur Sueßmann (1871–1942), der mit seiner Frau vor der Hochzeit zum ev. Glauben konvertiert war, wurde 1933 aufgrund des ‚Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‘ entlassen. Der Kaufhausbesitzer Michel Marx starb 1934, seine Frau und seine Söhne Berthold und Artur führten das Geschäft mit rund 100 Angestellten in der Kölner Str. weiter. 1935 protestierte der Landesverband des CV, weil Kunden des Kaufhauses fotografiert und ihre Fotos in der ‚Nationalzeitung‘ und im ‚Stürmer-Kasten‘ veröffentlicht worden waren. Im selben Jahr mussten die Inhaber aufgeben, sie flohen in die Niederlande, von wo sie später in Vernichtungslager deportiert wurden.

1937 stellte der Bauernführer fest, dass der Siegener Markt inzwischen „frei von Juden“ sei. Vier Wochen vor dem Pogrom bemängelte die IHK, dass sich die beiden Eigentümer des Textilkaufhauses, Eduard und Hugo Herrmann, ‚hartnäckig‘ weigerten, ihr Geschäft zu verkaufen. Nach dem Pogrom wurden sie im KZ inhaftiert, anschließend stimmten sie dem Verkauf von Grundstück, Wohn- und Geschäftshaus samt Inventar und Warenvorrat zu. Unter mehreren Bewerbern erhielt ein auswärtiger Parteigenosse den Zuschlag, die Kaufsumme wurde auf ein Sperrkonto überwiesen. ‚Arisiert‘ wurde bis 1939 auch die Fa. ‚S. Löwenstein u. H. Windecker‘; insgesamt waren in Siegen 20 Geschäfte von der ‚Arisierung‘ betroffen. Rosa Marx, die 1935 in die Niederlande emigrierte Witwe des Kaufhausbesitzers Michel Marx, wurde 1938 wie ihr Sohn Arthur wegen „Vergehens gegen die Reichsfluchtsteuervorschrift“ zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, ferner zu einer Geldstrafe von 150 000 Reichsmark. Robert Jagusch, der im Juni 1938 ins KZ Sachsenhausen verbracht worden war, starb dort kurze Zeit später. Marcus, Ruth und Sophie Landesmann aus Siegen wurden im Rahmen der reichsweiten ‚Polenaktion‘ 1938 nach Zbąszyń an die polnische Grenze abgeschoben; alle kamen später um.

Am 10. Nov. 1938 verwüstete mittags ein SS-Kommando die Inneneinrichtung der Synagoge, warf die Bänke von der Empore und stürzte das Harmonium von seinem Standplatz. Türen und Fenster wurden eingeschlagen, die Thorarollen gestohlen. Vor zahlreichen Zuschauern wurde aus zertrümmerten Einrichtungsgegenständen ein Scheiterhaufen errichtet und mit Benzin entzündet, Polizei und Feuerwehr verhinderten ein Übergreifen des Brandes auf die Nachbarschaft; die Synagoge brannte aus. Der im Gebäude wohnende Synagogendiener Richard Meyer konnte sich mit seiner Frau retten und flüchtete im Dez. 1938 in die USA. Am Abend des 10. Nov. flogen Steine durch die Fenster des Hauses der Familie Hugo Herrmann. Alle jüd. Männer der Stadt zwischen 16 und 70 Jahren wurden verhaftet – anders als in anderen Orten fand ihre Verhaftung schon vor der Brandstiftung der Synagoge statt. Sie wurden am folgenden Tag ins KZ Sachsenhausen deportiert. Nach der Verschleppung ihrer Ehemänner begingen Frieda Löwenstein und ihre Tochter Hilde Windecker Suizid, ebenso Siegfried Löwenstein nach seiner Haftentlassung. Der letzte Vorsitzende der jüd. Gemeinde, Eduard Herrmann, gehörte zu den Auswanderern, die an Bord der ‚Patria‘ illegal nach Palästina wollten. Sie kamen ums Leben, als das Schiff vor Haifa durch die jüd. Untergrundorganisation ‚Haganah‘ gesprengt wurde. Die Brüder Albert, Richard und Siegfried Stern wurden Opfer der Euthanasie: Albert und Siegfried wurden von der Provinzial-Heilanstalt Warstein im Sept. 1940 über die Heil- und Pflegenstalt Wunstorf in die Tötungsanstalt Brandenburg a. d. Havel verlegt und dort ermordet.

Im April 1942 fand eine erste Deportation ins Ghetto Zamość statt, der mindestens 20 Mitglieder der Siegener Familien Buchthal, Freund, Hochmann, Holzhauser, Kahn, Keßler, Levi, Neumann, Reches und Stern angehörten. Die zweite Deportation mit etwa zehn Betroffenen aus Siegen (u. a. aus den Familien Jacobi, Meyer, Rauh und Rosenberg) erfolgte im Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt. In Erwartung ihrer Deportation begingen Dr. Arthur Sueßmann und seine Frau Elsa sowie Hirsch (Hugo) Herrmann und seine Frau Ida Selbstmord. Einem Sammeltransport über Dortmund ins KZ Auschwitz wurden im Febr. 1943 etwa fünf Personen aus Siegen (u. a. Fanny Rosenthal und Siegfried Salomon) zugeordnet. Im Sept. und Okt. 1944 wurden mit Christen Verheiratete sowie ‚Mischlinge‘ in das Außenlager des KZ Buchenwald nach Kassel-Bettenhausen gebracht, sie kehrten nach Ende der NS-Zeit ins Siegerland zurück.

Das in Geisweid lebende Ehepaar Estera und Abraham Rosenblum wurde im Rahmen der ‚Polenaktion‘ Ende 1938 nach Zbąszyń (Bentschen) abgeschoben und später ermordet. Im April 1942 wurden aus Klafeld die in Bochum geborenen Schwestern Meta und Hulda Löwenstein sowie Doris Salomon ins Ghetto Zamość deportiert. In Weidenau betrieb Samuel Frank ein Manufakturwarengeschäft (Untere Friedrichstr. 8/1). In der Nacht 9./10. Nov. 1938 besetzten örtliche SA-Leute das Wohn- und Geschäftshaus der Familie Frank, vernagelten die Eingänge mit Brettern und versperrten sie mit Stacheldraht; Samuel und Manfred Frank wurden im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Schon zuvor hatte Samuel Frank die Übergabe seines Geschäftes an seinen Buchhalter und zwei weitere Interessenten geplant, schließlich musste er 25 Prozent unter dem von der IHK vorgeschlagenen Preis verkaufen; ein weiteres Wohnrecht wurde der Familie Frank verweigert. Die Kinder Ruth und Manfred konnten emigrieren, Samuel und Paula Frank wurden mit ihrer Tochter Inge im April 1942 nach Zamość deportiert.

Die Eiserfelder Familie Kogut stammte aus Polen und gehörte einer ev.-freikirchl. Gemeinde an, aufgrund ihrer jüd. Herkunft wurde sie dennoch verfolgt. David und Debora Kogut wurden mit Tochter Hedwig Ende Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert und kamen dort um; vier Kinder entkamen durch Flucht ins Ausland. Aus Eiserfeld wurden weiterhin Sally Reiß mit seiner Frau Betty und die Kinder Eva, Margot und Hermann 1942 nach Zamość deportiert; der ältesten Tochter Gerda war noch die Flucht in die USA gelungen.

In Netphen (Niedernetphen) geriet der Metzger Gustav Faber 1936 ins Visier lokaler Parteistellen. In einer NS-Zeitung wurden die hygienischen Verhältnisse seiner Metzgerei als „ekelerregend“ beschrieben, im Interesse der ‚Volksgesundheit‘ sei eine Schließung erforderlich. Ende Juli 1942 wurde aus Netphen das Ehepaar Gustav Faber mit Tochter Anita nach Theresienstadt deportiert; von dort gelangten sie später nach Auschwitz. Julius Lennhoff mit Ehefrau Berta und Sohn Heinz wurden mit dem dritten Deportationstransport aus der Region im Febr. 1943 nach Auschwitz gebracht, niemand überlebte.

2.1.4 1945 bat die Überlebende Jenny Juncker darum, die beiden Siegener Friedhöfe wieder „in einen würdigen Zustand“ zu versetzen. Zu diesen Arbeiten sollten mehrere Männer, die Trupp- oder Scharführer der SA gewesen waren, herangezogen werden. Etwa 1946 wurde die jüd. Gemeinde Siegen neu gegründet, 1950 war Julius Löwenstein Gemeindevorsitzender. Die Gemeinde hatte allerdings aufgrund ihrer wenigen Mitglieder keinen Bestand, 1952/53 schloss sie sich der Gemeinde Dortmund an. Löwenstein war 1942 nach Theresienstadt deportiert worden, überlebte und wohnte von 1947 bis zu seinem Tod 1951 erneut in Klafeld (Untere Kaiserstr. 52). Hugo Herrmann kehrte 1951 aus Israel nach Siegen zurück, wo er 1993 starb.

Nachdem bereits 1945 die britische Militärregierung den Oberbürgermeister ohne Ergebnis zu Ermittlungen wegen der Synagogenbrandstiftung aufgefordert hatte, erfolgte 1947 ein erneuter britischer Vorstoß: 1948 fand schließlich vor dem Landgericht

Siegen ein Schwurgerichtsprozess gegen sechs Männer statt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen, die anderen drei zu Freiheitsstrafen verurteilt, die gegen Geldbußen auf Bewährung ausgesetzt wurden. Nur ein Angeklagter verbrachte einige Monate in Haft in einem Häftlingskrankenhaus.

1951 wurde auf dem jüd. Friedhof Hermelsbach ein Gedenkstein an die Holocaustopfer installiert. Zu den Gründern der ‚Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Siegerland‘ gehörte 1959 der letzte noch in Siegen lebende Jude, Hugo Herrmann. Am 9. Nov. 1965 wurde auf Initiative der Gesellschaft eine Gedenktafel an der Stelle aufgestellt, an der sich von 1904 bis 1938 die Synagoge befunden hatte. Die Stadt Siegen legte 1963 ein Gedenkbuch an, das etwa 3600 Namen enthält. Neben Kriegstoten und Ostvertriebenen finden sich darin auch die Namen von Angehörigen der Wehrmacht, der Organisation Todt, der Waffen-SS sowie von 73 jüd. Einwohnern der Stadt Siegen. 1975 beschloss der Rat der Stadt Siegen, die Giersbergstr. in Weidenau in ‚Samuel-Frank-Straße‘ umzubenennen. 1978 wurde am ehem. Standort der Synagoge in Siegen eine Menora aufgestellt, 1988 eine Tafel mit den Namen der in der NS-Zeit ermordeten Juden aus Siegen angebracht. Am 47. Jahrestag der ersten Deportation aus Siegen wurde 1989 zur Erinnerung eine Gedenktafel am Gleis 4 des Siegener Hauptbahnhofs angebracht. Im Luftschutzbunker am Obergraben befindet sich auf dem ehem. Synagogengrundstück seit 1996 das ‚Aktive Museum Südwestfalen‘, ein Dokumentations- und Lernort für regionale Zeitgeschichte. 2007 wurden im Rahmen eines Projekts des Stadtjugendrings in Siegen ‚Stolpersteine‘ vor den ehemaligen Wohnungen von drei jüd. Familien verlegt. Bis 2015 wurden 96 Stolpersteine für die Opfer des Nationalsozialismus in Siegen verlegt.

2.2.1 In Siegen lebten 1817 drei, 1843 acht, 1852 siebzehn und 1858 drei Juden. Zwischen 1859 und 1867 lebten keine Juden in der Stadt. 1871 waren von 11 067 Einwohnern 2506 kath., 8488 ev., 39 jüd. Glaubens, 34 gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 19 303 Einwohnern 4676 kath., 14 186 ev., 97 jüd. Glaubens, 340 gehörten anderen christl. Gemeinden an, vier gehörten anderen oder keiner Religion an. 1925 waren in der Gemeinde Siegen von 31 205 Einwohnern 8019 kath., 21 565 ev., 130 jüd. Glaubens, 949 gehörten anderen christl. Gemeinden an, 542 hatten ein anderes oder kein Bekenntnis. 1933 lebten in Siegen 122 Juden.

Im preuß. Kreis Siegen hat es außerhalb der Stadt Siegen vereinzelt, meist jedoch nur vorübergehend jüd. Ansiedlungen gegeben. Im heute zu Siegen gehörenden Ort Eiserne lebte 1883 ein Jude, in Seelbach lebten zur selben Zeit sechs Juden. Im heutigen Ortsteil Eiserfeld lebten 1883 neun Juden, 1895 waren von 3602 Einwohnern 568 kath., 2683 ev., 16 jüd. Glaubens, 335 gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1925 waren von 5922 Einwohnern 978 kath., 4233 ev., 16 jüd. Glaubens und 65 bekenntnislos. Im heutigen Ortsteil Kaan-Marienborn waren 1871 von 916 Einwohnern 135 kath., 771 ev. und zehn jüd. Glaubens, 1895 von 1061 Einwohnern 169 kath., 886 ev. und sechs jüd. Glaubens. Im 1937 zum Teil nach Siegen eingemeindeten Ort Buschgotthardshütten lebten 1883 vier Juden. Im heutigen Ortsteil Weidenau (einschließlich Fickenhütten) lebten 1883 zwölf Juden; 1895 waren von 6212 Einwohnern 949 kath., 5000 ev., 20 jüd. Glaubens, 241 gehörten anderen christl. Gemeinden, zwei waren bekenntnislos; 1925 waren von 10 913 Einwohnern 1860 kath., 8418 ev., 19 jüd. Glaubens und 120 bekenntnislos. Im heutigen Ortsteil Niederschelden lebten zu Beginn des 20. Jh. Juden, Zahlen liegen nicht vor. Im heutigen Ortsteil Klafeld lebten 1883 elf Juden. 1895 waren von 3546 Einwohnern 507 kath., 2962 ev., drei jüd. Glaubens und 74 gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1925 waren von 7506 Einwohnern 1232 kath., 5619 ev., 15 jüd. Glaubens und 144 bekenntnislos.

Auch in Orten, die heute zur Stadt Netphen (mit den Gemarkungen Nieder- und Obernetphen) gehören, lebten Juden. In Niedernetphen lebten 1817 und 1843 vier,

1858 sechs Juden; 1871 waren von 726 Einwohnern 539 kath., 183 ev. und vier jüd. Glaubens; 1895 waren von 791 Einwohnern 610 kath., 176 ev. und fünf jüd. Glaubens; 1925 waren von 1344 Einwohnern 1002 kath., 337 ev. und fünf jüd. Glaubens. In Obernetphen waren 1895 von 443 Einwohnern 342 kath., 96 ev. und fünf jüd. Glaubens. In Brauersdorf lebten 1883 zwei Juden, in Grissenbach wohnte 1925 ein Jude. In Hainchen lebten 1864 sechs Juden; 1871 waren von 284 Einwohnern 277 kath., drei ev. und vier jüd. Glaubens. In der bis heute eigenständigen Gemeinde Burbach ist bereits für 1689 ein Jude nachgewiesen. 1853 lebte dort eine jüd. Familie mit fünf Personen, 1864 waren dort drei Juden ansässig. 1925 waren von 1238 Einwohnern zehn kath., 1182 ev., einer jüd. Glaubens und 20 bekenntnislos. In dem heute zu Burbach gehörenden Ort Gilsbach lebten 1864 drei Juden, in Holzhausen 1925 zwei Juden. In der auch heute noch eigenständigen Siegerländer Gemeinde Neunkirchen lebte 1883 ein Jude. In Büschergrund und Mausbach (beide heute zu Freudenberg gehörend) lebte 1925 je ein Jude, ebenso in Wilden (heute Wilnsdorf).

Im Zuge der geplanten ‚Regulierung der Verhältnisse der Juden‘ wurde 1842 von der Regierung Arnsberg die Einrichtung des Synagogenbezirks Siegen mit 27 Juden aus Siegen, Littfeld, Burgholdinghausen und Netphen erwogen. Als nach dem Gesetz von 1847 die Synagogenbezirke gebildet werden sollten, konnte es in Siegen wegen der geringen Zahl der Juden nicht umgesetzt werden. Ein weiterer Versuch zur Bildung einer Synagogengemeinde scheiterte 1878. Erst 1884 trat das ‚Statut für die Synagogengemeinde Siegen‘ in Kraft, der Synagogenbezirk umfasste den Kreis Siegen. Der Gemeinde angehörende Juden lebten in der Stadt Siegen, im Amt Burbach (u. a. mit den Orten Burbach, Gilsbach, Holzhausen, Neunkirchen und Wilden), im Amt Wilnsdorf (u. a. mit dem Ort Eisern), im Amt Netphen (u. a. mit den Orten Brauersdorf, Hainchen, Grissenbach, Niedernetphen und Obernetphen), im Amt Freudenberg (u. a. mit den Orten Büschergrund und Mausbach), im Amt Weidenau (u. a. mit den Orten Buschgotthardshütten, Eiserfeld, Kaan inkl. Marienborn), Klafeld (inkl. Geisweid), Niederschelden, Seelbach und Weidenau (inkl. Fickenhütten). Zum Bezirk gehörten auch die Juden aus den Ämtern Ferndorf und Hilchenbach sowie der Stadt Hilchenbach, doch trennten sich die in Hilchenbach, Krombach und Littfeld lebenden Juden noch im Jahr 1884 vom Synagogenbezirk Siegen. Sie bildeten auch weiterhin eine eigene, staatlich jedoch nicht anerkannte Gemeinde. Im ersten Viertel des 20. Jh. gehörten die Juden aus Eiserfeld, Geisweid, Netphen und Weidenau zur Synagogengemeinde Siegen, die Mitglied im DIGB war. Die Gemeinde gab sich 1884 eine Synagogengemeinde-Ordnung sowie eine Friedhofs-Ordnung. Beide Texte wurden bei der Grundsteinlegung zur neuen Synagoge 1904 in einer Kassette eingemauert. In der neuen Synagoge gab es ein Harmonium, es existierte ein gemischter Chor. Ende 1939 musste sich die ‚Jüdische Kultusvereinigung, Synagogengemeinde Siegen‘ ins Vereinsregister eintragen lassen.

2.2.2 Die in Burbach lebende Familie des Abraham Meyer hat sich Mitte des 19. Jh. kultisch offensichtlich nach Westerbürg (Hzt. Nassau) orientiert. Die Siegener Juden hatten 1842 keine eigene Betstube, sie gingen zum Gottesdienst nach Neuenkleusheim. Seit 1870 hielten sie ihre Gottesdienste in verschiedenen angemieteten Räumen ab: 1870 bis 1873 in einem Raum des Gastwirts Jüngst (Poststr.), 1873 bis 1889 im Hintergebäude des Hauses von Montanus und Drey (Hinterstr., früher Lindenstr.), dann bis 1904 im Haus der Firma Johann Philipp Schuß (Hinterstr. 19). Der Anstieg der Gemeindemitglieder im 19. Jh. legte den Bau einer eigenen Synagoge nahe. 1903 erfolgte die Grundsteinlegung, das Grundstück am Obergraben 10 hatte der Gemeindevorsteher Meyer Leser Stern 1891 für 8000 M erworben. Die Pläne für den Bau erstellte der Kgl. Regierungs-Bauinspektor Eduard Fürstenau in Berlin, der auch die Synagogen in Dortmund und Bielefeld entworfen hatte, an deren Architektur sich die

Sieger Synagoge anlehnte. Ein Architekt aus Siegen übernahm die Bauleitung, auch Bauunternehmer und Handwerker kamen aus Siegen. Das ‚Israelitische Familienblatt‘ und die AZJ kommentierten 1903: „Daß es aber der Synagogengemeinde in Siegen, dem Hauptorte im Wahlkreise Stöckers, wo das Judenthum ohnehin gegen Vorurtheile und falsche Vorstellungen genug zu kämpfen hat, besonders daran gelegen sein muß, auch nach außen würdig aufzutreten, bedarf Glaubensgenossen gegenüber wohl kaum einer näheren Erörterung.“ Die Baukosten wurden auf 27 000 M veranschlagt. Zur Einweihung der Synagoge 1904 erschienen u. a. Rabbiner Dr. Felix Coblenz (ehemals Lehrer in Siegen), der Hamburger Pädagoge und Schriftsteller Dr. Jakob Loewenberg (Schwiegersohn des Gemeindegründers Meyer Leser Stern), der ein Gedicht auf das Gebäude verfasst hatte, sowie der Architekt Eduard Fürstenau aus Berlin. Im Synagogegebäude befanden sich die jüd. Schule sowie eine Hausmeisterwohnung.

Während des Novemberpogroms 1938 drangen am Mittag des 10. Nov. stadtbekannte SS-Männer in Zivil in das Gebäude ein. Sie errichteten durch Aufschichten des Mobiliars einen Scheiterhaufen, übergossen diesen mit Benzin und entzündeten ein Feuer. Hunderte von Schaulustigen beobachteten den Brand, zahlreiche Fotos dokumentieren das Geschehen. Die Gottesdienste der Gemeinde fanden ab 1938 im Haus des Vorstandsvorsitzenden Eduard Herrmann (Giersbergstr. 33) statt.

2.2.3 1871 gründeten die im Stadtbezirk lebenden Juden – ausgenommen die Familien Frank und Neheimer – eine jüd. Schule, die 1886 als öffentliche jüd. Volksschule anerkannt wurde. Der Unterricht fand bis zum Bau des Synagogegebäudes 1904 in einem Saal im Nebenhaus des Schlossermeisters Leonhard Munker (Hinterstr.) statt. Der geschichtliche Überblick des Lehrers und Kantors Simon Grünewald zur Sieger Synagoge wurde 1903 im Grundstein der Synagoge eingemauert. Zum Schulvorstand gehörten neben dem Bürgermeister als Vorsitzendem noch Meyer Leser Stern und Israel Goslar; Schulrepräsentanten waren Salomon Sondermann, Julius Stern, Arnold Plaut und Artur Wildau. 1905 besuchten zehn Kinder die jüd. Volksschule, 1913 waren es 16. 1915 wurde die Schule geschlossen, die Schüler gingen fortan in ev. bzw. kath. öffentliche Schulen. Mitte der 1920er Jahre erhielten 19 Kinder Religionsunterricht, 1932/33 zehn.

Als Lehrer war ab 1882 Felix Coblenz aus Ottweiler an der jüd. Schule tätig, er wurde 1889 Prediger in Bielefeld und später Rabbiner in Berlin. Auf ihn folgte Max Meyer Lilienfeld, der 1897 nach Essen-Steele wechselte. Sein Nachfolger wurde Simon Grünewald aus Pömben (Bad Driburg), der nach seiner Ausbildung am Haindorfschen Seminar in Enger und Geseke tätig gewesen war. Er versah zugleich das Vorbeter- und Predigeramt. Während des Ersten Weltkriegs übernahm er eine ev. Volksschulklasse und blieb bis zur Pensionierung 1930 im städtischen Schuldienst, daneben war er weiterhin Kultusbeamter der jüd. Gemeinde. Um die Jugend „mehr an den Gottesdienst in der Synagoge heranzubringen“, veranlasste er Ende 1932, dass jüd. Schüler aktiv bei den Gottesdiensten mitwirkten. Nach dem Pogrom flüchtete Grünewald zu seinen Kindern in die USA. Dort verfasste er das Gedicht ‚Protest‘, in dem er die Gründe der Judenverachtung der Nationalsozialisten reflektierte. Grünewald starb 1939. Nach dem Pogrom besuchte ein jüd. Kind aus Siegen, das bei einer Schmallenberger Familie wohnte, den privat organisierten dortigen Unterricht für jüd. Kinder. Die Kinder der Familie Frank in Weidenau besuchten in den 1920er Jahren örtliche christl. Schulen.

2.2.4 Ein ‚Israelitischer Frauenverein im Synagogenbezirk Siegen‘ wurde 1898 gegründet, die Statuten wurden 1900 verfasst. Vorsitzende war J. Heymann, H. Freund ihre Stellvertreterin, als Kassiererin fungierte J. Grünewald, die Frau des Lehrers Simon Grünewald. Vereinsleiter war Lehrer Grünewald. 1932/33 gehörten dem Verein 30 Mitglieder an. 1836–1845 sowie 1882–1901 unterstützten Sieger Juden die Haindorfsche Stiftung.

2.3.1 In einer Urkunde von 1278 wird ein Rabbiner Salomon Hakohen aus Siegen erwähnt. Nach Gründung der Gemeinde 1884 war Meyer Leser Stern Vorsteher, weiteres Vorstandsmitglied war der Textileinzelhändler Salomon Sondermann. Repräsentanten waren 1884 die Textileinzelhändler Adolph Fränkel, Hermann Neheimer und Israel Goslar sowie der Fellhändler David Berg, Samuel Löwenstein und der Metzger Heinrich Ferber. In den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jh. gehörte auch Selig Frank aus Weidenau zum Vorstand. 1921 legte Stern nach 39 Jahren sein Amt nieder, ihm folgte der Textilkaufmann Eduard Herrmann. Der 1934 verst. Michel Marx war lange Jahre Vorsitzender des Repräsentantenkollegiums. Ende 1939 bestand der Vorstand aus den Siegenern Eduard Herrmann, Sigismund Jakoby, Julius Rosenberg und Hirsch Hugo Herrmann sowie dem Weidenauer Samuel Frank. Vorsitzender der Nachkriegsgemeinde war 1950 Julius Löwenstein aus Geisweid.

2.3.2 Emma Goslar, Ehefrau des Tuch- und Kleiderhändlers Israel Goslar (1848–1923, ursprünglich Eva Bernthal), war Klavier- und Gesangslehrerin, Vortragskünstlerin sowie Autorin von Texten oft deutschnationalen Inhalts. Ihr 1883 in Siegen geborener Sohn Julio zog um 1900 nach Köln, ließ sich 1914 taufen und war als Komponist, Organist und Kirchenmusiker tätig. Während der NS-Zeit musste er Zwangsarbeit leisten, er überlebte in einem Kölner Versteck. 1945 erkämpfte er – mit Unterstützung der alliierten Militärregierung – seine Wiedereinstellung bei der ev. Kirchengemeinde Köln-Nippes. Goslar starb 1976.

2.3.3 In Siegen gründete „der Jude Alfred Balzer“ 1914 eine Unterabteilung des ‚Deutschen Jugendwehr-Bundes‘ (dem Mitglieder aller Gesellschaftsschichten und Konfessionen angehörten) und wurde zum Oberleiter ernannt; Paul Ferber war Kassierer. Kreisarzt war bis 1933 der zum Christentum konvertierte Dr. Artur Sueßmann (1871–1942). In Eisfeld war Siegmund Alexander 1918 Mitglied im kurzlebigen Arbeiter- und Soldatenrat. In Weidenau gehörte Selig Frank in den 1870er Jahren zu den Mitbegründern des Kriegervereins ‚Auf den Hütten‘, außerdem war er Mitglied des örtlichen Heimat- und Schützenvereins.

3.1 Der von 1873 bis 1889 genutzte Betraum in der Lindenstr. 21 war ein 9 mal 7 Meter großer Raum mit sechs Fenstern. Ab 1889 fanden die Gottesdienste im Haus Hinterster. 19 statt. Der Kultusraum der 1904 eingeweihten Siegener Synagoge (Obergraben 10) bestand aus dem „zentralen Vierungsquadrat, über dem sich der achteckige Kuppelturm erhob, und dem östlichen Kreuzarm“. Unter den Nord- und Südeporen waren Räumlichkeiten für den Unterricht. Hammer-Schenk bemerkte zum Baustil, das Gebäude wirke „mit der tief in die Giebelwände heruntergezogenen Verschieferung und der hölzernen Kuppellaterne noch lokalgebundener als der Bau in Dortmund“. Der Stil unterscheide sich „von dem monumentalen Historismus der anderen jüdischen Kultbauten der Zeit“. Weitere Details bei Pracht-Jörns, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 504–508. Nach der Zerstörung wurden die Gebäudereste 1939 beseitigt, 1940 ging das Grundstück für 5500 RM in das Eigentum der Stadt über. 1941 wurde auf dem Gelände ein Luftschutzbunker für Patienten und Angestellte des benachbarten Krankenhauses errichtet. Anlässlich der jährlichen Gedenkveranstaltung am 9. Nov. wurde 1992 in drei Bunkerräumen eine Installation zur regionalen jüd. Geschichte gezeigt. Vier Jahre später wurde das ‚Aktive Museum Südwestfalen‘ im Bunker eröffnet. Es wurde 2001 um die Darstellung weiterer regionaler Opfergruppen des NS-Regimes erweitert.

3.2 Isaac Rosenberg erwarb in der ersten Hälfte des 19. Jh. ein Haus in Siegen, um 1850 kaufte Isaac Lenneberg ein Haus in der Marburger Straße. Details zu den jüd. Wohn- und Geschäftshäusern in den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. siehe PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 510f. Die Grabenstraße wurde zeitweise auch als ‚Judengasse‘ bezeichnet.

3.3 Zwei Anträgen auf Errichtung eines jüd. Friedhofs wurde 1852 nicht stattgegeben. 1871 war der plötzliche Tod eines ortsfremden Juden im Warteraum des Siegener Bahnhofs Anlass für einen neuen Vorstoß: Siegener Glaubensgenossen bemühten sich telegrafisch bei der Regierung in Arnshagen um die Genehmigung zu seiner Bestattung oberhalb des kommunalen Lindenbergfriedhofs. Der Handelsmann David Berg aus Siegen erhielt die Erlaubnis, auf dem ihm gehörenden Grundstück Am Lindenberg (1 Morgen 12 Ruthen) einen Begräbnisplatz für die Juden aus dem Stadtbezirk Siegen und dem Amtsbezirk Netphen anzulegen. 1886 ging das Areal in den Besitz der zwei Jahre zuvor konstituierten jüd. Gemeinde über, die 1887 zusätzlich ein Nachbargrundstück erwarb (zusammen ca. 4000 m²). 1899 gab sich die Gemeinde eine ‚Friedhofs-Ordnung für den jüdischen Begräbnisplatz zu Siegen‘, die u. a. Details zur Anlage der Gräber enthielt. Anfang 1905 wurde der Friedhof geschändet, 14 Grabsteine wurden teilweise vollständig zerstört. Etwa 60 Personen wurden auf diesem Friedhof bestattet, zuletzt 1921. Der älteste erhaltene Grabstein ist von 1871, der jüngste von 1918. Die 528 m² große Fläche oberhalb des kommunalen Friedhofs ist mit einer Backsteinmauer bzw. einem Zaun eingefasst. 1941 gelangte die RV in den Besitz des Friedhofes, nach 1945 wurde er dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe übereignet.

Als absehbar war, dass der Friedhof am Lindenberg – „auf steiler Bergeshöhe“ gelegen und im Winter schwer zu erreichen – nicht ausreichen werde, stimmte der Magistrat zu, den Juden einen Teil des neu anzulegenden kommunalen Friedhofs Hermelsbach „gegen mäßige Vergütung“ zu überlassen. 1910 erwarb die Gemeinde das Gelände mit einer Fläche von etwa 500 m². Beerdigt wurde dort seit 1912; erhalten sind 49 Grabsteine. Auf einem Teil des Areals wurden während der NS-Zeit polnische und russische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter beerdigt. Nach dem Krieg sorgte die Stadtverwaltung für eine Instandsetzung des Begräbnisplatzes. Eine Stele mit den Namen der Toten steht am Rande des Friedhofs. 1951 wurde dort ein Denkmal für die Holocaustopfer errichtet.

4.1 Hessisches HauptstaatsA Wiesbaden, Hofbedienten-Buch. – LAV NRW Abt. W (Münster), Reg. Koblenz. – StadtA Siegen, Bürgerbuch 1667.

4.2 Porträt des langjährigen Gemeindevorstehers Meyer Leser Stern in: Israelitisches Familienblatt <28.3.1914>. Fotos der Synagoge, des Friedhofs und von Geschäftshäusern in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 523–530. Die Grundsteinurkunde der Siegener Synagoge im StadtA Siegen. Im ‚Aktiven Museum Südwestfalen‘ in Siegen werden Kultusgegenstände verwahrt, u. a. ein Kidduschbecher der Familie Goslar.

4.3 AZJ <1897, 1903, 1904, 1909>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 9, 15/16–41 <1836, 1845–1901/03>. – CV-Zeitung <1.1.1926>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1909> 72, <1911> 82, <1913> 92, <1924/25> 63. – Israelitisches Familienblatt <1903, 1909, 1910, 1914, 1916–1918, 1920–1922, 1930, 1932, 1934>. – MENK Friedhelm, Die nachmittelalterlichen Pergamenturkunden im Stadtarchiv Siegen (Regesten) <Siegen 1968>. – PHILIPPI Friedrich, Siegener Urkundenbuch, Bd. 1 <Siegen 1887>. – Siegener Zeitung <28.7.1904>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 167. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 53. – Westfalia Judaica I, Bd. 1, 38f, 50f.

4.4 BARTOLOSC Thomas A., Zur „Endlösung der Judenfrage“ im Siegerland. In: Diagonal. Zeitschrift der Universität-Gesamthochschule-Siegen <1996> H. 2, 105–114. – DIETERMANN Klaus, Jüdisches Leben in Stadt und Land Siegen <Siegen 1998>. – DERS., Untersuchungen zur Geschichte der Juden des Siegerlandes zur Zeit des Nationalsozialismus <Ms. Siegen 1973>. – DERS., Ein Siegener Judenschicksal im

Jahre 1817. In: Siegerländer Heimat-Kalender für 1975 <1974> 117–123. – DERS., Siegen – eine Stadt unterm Hakenkreuz. Eine alternative Stadtrundfahrt <Siegen 1990>. – DERS., Jüdische Begräbnisplätze im Siegerland. Vom Zerfall bedroht – Denkmalschutz gefordert. In: Siegerland 68 <1991>, H. 3–4, 59–69. – DERS., Die Siegener Synagoge. Vom Bau und der Zerstörung eines Gotteshauses, 2. Aufl. <Siegen 1996>. – DERS., Auschwitz – Auf den Spuren Siegerländer und Wittgensteiner Juden <Siegen 1997>. – DERS., Familie Frank aus Weidenau. Zur Geschichte einer jüdischen Familie, 2. Aufl. <Siegen 1998>. – DERS., Jüdische Soldaten des Ersten Weltkriegs aus der Synagogengemeinde Siegen <Siegen 2016>. – DERS./MORGENSTERN-WULFF Johanna/RÖCHER Ruth, Die jüdischen Friedhöfe im Kreis Siegen-Wittgenstein <Siegen 1991>. – DERS./ÜBACH Gerd/WELKERT Hans-Joachim, Die Juden im Siegerland zur Zeit des Nationalsozialismus. Eine Handreichung für Geschichts- und Deutschlehrer <Siegen 1981>. – FRIES Traute/PRANGE Hartmut, „Hier geschieht niemandem Unrecht!“ Zur Geschichte von Dr. Artur und Else Sueßmann und der Familie ihrer Tochter Annemarie Meyer <Siegen 2010>. – FÜRSTENAU Gesche, Architekt im Preußischen Staatsdienst. Eduard Fürstenau (1862–1938) und seine Sakralbauten <Magisterarbeit Frankfurt a. M. 1988>, 66 [Exemplar im Geh. StaatsA. Preuß. Kulturbesitz Berlin]. – Gedenkblatt-Sammlung für die Opfer des Nationalsozialismus in Siegen und Hilchenbach. Stolpersteine zur Erinnerung, hg. vom Verein Aktives Museum Südwestfalen <Siegen 2012>. – HERRMANN Hugo, Meinem Lehrer Simon Grünewald zum Gedächtnis. In: THIEMANN, Von den Juden im Siegerland 20–25. – MÖRSTEDT Regina, Die Judenfrage im Spiegel der Siegener Zeitung <Ms. Siegen 1976>. – OFFERMANN Ulrich Friedrich, „Mit Scheibeklirren und Johlen“. Juden und Volksgemeinschaft im Siegerland und in Wittgenstein im 19. und 20. Jahrhundert (= Siegener Beiträge. Jahrbuch für regionale Geschichte, Sonderband) <Siegen 2009>. – DERS., „Im Volksleib schlimmer als der Tuberkulosen-Bazillus“. Zu Verbreitung und Rezeption des christlich-sozialen Antisemitismus 1881–1914. In: Siegener Beiträge 11 <2006> 109–146; 12 <2007> 81–113. – DERS., „Es kann hier keinerlei Rücksichten geben“. Enteignung und Deportation am Beispiel einer kleinstädtischen Familie. In: Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten (Hg.), Gewalt in der Region. Der Novemberpogrom in Rheinland und Westfalen <Düsseldorf/Münster/Wuppertal 2008> 92–97. – DERS., Paula Fechenbach und Robert Jagusch. Jüdische Lebensgeschichten im 20. Jahrhundert. In: Siegener Beiträge 17 <2012> 223–246. – PAWLITTA Norbert, Die Juden im Siegerland zur Zeit des Nationalsozialismus. In: Arbeitsgruppe Regionalgeschichte an der Gesamthochschule Siegen (Hg.), (dis-)harmonien. fotos und dokumente zur siegelerde gesellschaftsgeschichte. 1830–1945 [Ausstellungskatalog] <O. O. 1980> XI, 1–11. – PRANGE Hartmut, Simon Grünewald. Lehrer, Prediger und Kantor in Siegen (= Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Siegerland, Dokumentation 17) <Siegen 2012>. – SCHILDE Kurt, „Ankauf von Synagogengemeinde Siegen“. Üblicher Liegenschaftsvorgang oder „Arisierung“? In: Siegener Beiträge 8 <2003> 217–228. – DERS., „... beschuldigt, ... die Synagoge in Siegen in Brand gesetzt zu haben“. Das 1948 gesprochene Urteil des Landgerichts Siegen gegen die Brandstifter und ein Kommentar. In: Siegener Beiträge 8 <2003> 229–252. – DERS., Der Strafprozess zum Pogrom in Siegen vom 10. November 1938 und das Aussageverhalten des Hauptangeklagten im Oktober 1948. In: WF 61 <2011> 471–484. – STETTNER Heiner, 23. Juli 1903. Grundsteinlegung für die Synagoge in Siegen. Eine erläuternde Dokumentation. In: Siegener Beiträge 8 <2003> 169–175. – THIEMANN Walter, Von den Juden im Siegerland <Siegen 1968>.

Klaus Dietermann und Ulrich Friedrich Opfermann

SOEST

1.1 Stadt Soest, Kr. Soest

1.2 Bis 1444/49 Kurfürstentum Köln, bis 1605 Hztm. Kleve, bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg/Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHztm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – Kodifizierung des Stadtrechts spätestens in den 1220er Jahren.

Laut Statut von 1855 umfasste der Synagogenbezirk Soest den Magistratsbezirk Soest, das Amt Lohne (u. a. mit den Orten Lohne und Sassendorf), einen Teil des Amtes Borgeln (u. a. mit den Orten Meckingsen und Dorfwelver), einen Teil des Amtes Schwefe (u. a. mit Ampen) sowie die Untergemeinde Körbecke. Der heutige Soester Stadtteil Ostönnen war dem Synagogenbezirk Werl zugeordnet.

2.1.1 Zwischen 1247 und 1255 starb der Jude Meyer de Susato (Soest). Um das von ihm in Köln hinterlassene Haus gab es 1255 bis 1260 Auseinandersetzungen, die in den dortigen Judenschreibsbüchern Niederschlag fanden. Seine Frau Bezzeline, Tochter des Vivus Westfalus (Jakar b. Meir halewi) aus Soest, verkaufte um 1270 das ihr gehörende Viertel des Hauses an Verwandte. Der Mindener Dominikaner Heinrich von Herford berichtete von der Konversion des – 1298 in Frankfurt gestorbenen – Soester Kanonikers und Scholasters Robert zum Judentum. Die Konversion legt eine in Soest bestehende jüd. Gemeinde nahe. Nach einer 1306 bis 1308 angelegten Aufzeichnung über erzbischöfliche Besitzungen und Einkünfte in Westfalen hatten die Soester Juden acht Mark an die erzbischöfliche Kasse zu entrichten. 1310/35 verbrannte ein jüd. Frommer ketzerische Bücher in einer Stadt, die als Soest identifiziert worden ist. Im Anhang des ältesten Soester Bürgerbuches für 1329 sind die Jüdin Brun und ihre Töchter Gude und Genanna sowie die Juden Josebel und Vivus mit jährlichen Zahlungen von insgesamt 52 Schilling aufgeführt. Aus der Judentributliste im Soester Stadtbuch kann für die Zeit zwischen 1330 und 1350 auf eine bis zu 60 Personen umfassende jüd. Gemeinschaft geschlossen werden. Überliefert sind für Soest zwei mittelalterliche Judeneide, von denen einer aus der zweiten Hälfte des 13. Jh. stammt, der andere aus der zweiten Hälfte des 14. Jh. – für Westfalen ist nur ein weiterer mittelalterlicher Judeneid aus Dortmund bekannt. In der ersten Hälfte des 14. Jh. wird im Zusammenhang mit einer weiteren Konversion erstmals für Westfalen das Tragen eines Judenhutes erwähnt. Die Abgaben der Juden an die Stadt lagen zwischen 6 Schilling und 6 M (96 Schilling) jährlich. Einer von ihnen wird ‚carpentarius‘ genannt (Stellmacher). Im 13. und frühen 14. Jh. kann Soest als jüd. Zentralort im Hztm. Westfalen angesehen werden. 1350 wurden die Soester Juden Opfer des Pestpogroms, die Gemeinde erlosch.

1434 wurden Boten des Reichserbkämmerers u. a. in Soest vorstellig „der ungehorsamen Juden wegen“, die offensichtlich Zahlungen verweigert hatten, sie konnten in Soest aber keine Gelder eintreiben. In den Soester Kammereirechnungen findet sich 1507 der Hinweis auf einen Juden in Sassendorf. 1510 ließ der Rat der Stadt vier Juden verhaften, die sich ohne Geleit in der Stadt aufhielten. Auf Bitten des in Soest lebenden jüd. Arztes Salomon wurden sie freigelassen und leisteten Urfehde – der in diesem Zusammenhang aufgezeichnete Urfehdeeid ist der einzige, der aus diesem Zeitraum für Westfalen überliefert ist. Einer der Freigelassenen, der zuvor in Wunstorf bei Hannover unter dem Namen Saulus gewohnt hatte, wurde unter Beteiligung von Soester Honoratioren auf den Namen Paulus getauft. Auch die erhalten gebliebene, detaillierte Beschreibung der Zeremonie ist für die vorreformatorische Zeit in Westfalen einzigartig. Der Konvertit heiratete eine christl. Frau und verließ die Stadt. Dem Arzt Salomon, seiner Tochter und seinem Knecht wurde auferlegt, einen gelben Ring

an ihrer Kleidung zu tragen; gleiches sollte für fremde Juden gelten, auch wenn sie nur durch die Stadt zögen oder eine Nacht blieben.

Als der Soester Rat 1541 Nathan und Bernd zum ersten Mal Wohnrecht und Schutz für zehn Jahre bot, garantierte er ihnen, während dieser Zeit keine weiteren Juden in der Stadt zu dulden. Dasselbe versprach er, als er 1554 den Schutz für beide um zehn Jahre verlängerte. Für das Wohnrecht mussten sie sofort 100 Goldgulden und für jedes Jahr weitere 10 Goldgulden bezahlen. Außerdem wurden sie verpflichtet, alle Bürgerdienste zu leisten, darunter auch den Wachdienst an den Toren und auf den Wällen sowie die Zahlung der vom Rat geforderten regelmäßigen und außergewöhnlichen Steuern. Nathan und Bernd mussten mit ihren Familien und ihrem Gesinde die Stadt 1564 endgültig verlassen. Dennoch hielt sich Nathan 1566 in Soest auf und wurde inhaftiert; der Vorwurf lautete, er habe ‚schlechte Münzen‘ eingeführt. Noch 1570 versuchte Bernd von Dortmund aus, verliehene Gelder in Soest einzutreiben und Pfänder einzulösen. 1591 hielt sich Lazarus aus Oestinghausen mit einem abgelaufenen Geleit in der Stadt auf, wegen der unsicheren Verhältnisse durfte er bis 1592 in Soest wohnen bleiben.

Das Bedürfnis der Bürger an Kleinkrediten bewog den Rat gegen Ende des Dreißigjährigen Krieges, Isaak und Salomon Pluto (Vater und Sohn) 1647 einen Schutzbrief für zehn Jahre auszustellen – es war der letzte von der Stadt ausgestellte Schutzbrief und damit auch das Ende des städtischen Judenschutzrechts. Das Schutzgeld für beide Haushalte betrug jährlich 50 Reichstaler; der Betrag für die ersten vier Jahre mussten sofort, gewissermaßen als zinsloser Kredit, an die Stadt gezahlt werden. Trotz dieser Zahlung zogen die beiden zunächst nicht nach Soest, sondern blieben im benachbarten kurkölnischen Werl. Erst 1652/53 zog Salomon Pluto, dessen Vater Isaak wohl inzwischen verstorben war, nach Soest. Salomon starb um 1659, seine Witwe trat daraufhin als selbständig Handelnde auf. 1650 ließ sich Abraham Selke in Soest nieder, dem der Rat 1652 bestätigte, dass er den Schutzbrief des Isaak Pluto übernommen habe. Ein Sohn von Abraham Selke, Meyer (Matthias) Abraham, war seit 1658 selbständig Handelnder. 1661 zahlten Vater und Sohn mit je 10 Rtlr. den höchsten Tribut in der Gft. Mark, 1662 verlängerte der Soester Rat Vater und Sohn den Schutzbrief für fünf Jahre. 1665 ging das Judenregal an den neuen Landesherrn über, den brandenburgischen Kurfürsten. In einem zwischen Kurfürst und Stadt geschlossenen Vergleich zum Wohnrecht der Juden garantierte Friedrich Wilhelm den Soestern auch weiterhin die Beschränkung auf zwei Familien. Dementsprechend lehnte der Rat 1670 das vom Hofjuden Elias Gumpertz beim Kurfürsten eingereichte Gesuch um einen Schutzbrief für seinen Sohn Ruben ab. 1667 erhielt Abraham Selke vom Kurfürsten Wohnrecht in Soest für weitere 15 Jahre, nach seinem Tod 1673 übernahm sein Sohn Alexander Abraham (Bruder des bereits vergleiteten Meyer Abraham) seine Schutzrechte. Meyer Abraham hatte einen Sohn namens Abraham Meyer sowie zwei Töchter. 1671 bat Meyer Abraham die Stadt um Aufhebung des städtischen Schutzgeldes, das neben dem kurfürstlichen zu zahlen war. In den 1670/80er Jahren stimmte der Soester Rat der Aufnahme des Mordechai (Enkels des Meyer Abraham) zu, er erhielt Rechte wie ein städtischer Schutzjude. Sein Bruder Dr. Salomon Gumperts ist spätestens in den 1680er Jahren in Soest nachweisbar. Wenig später erhielt dann auch Samson Jakob, Schwiegersohn des Meyer Abraham, eine Niederlassungserlaubnis für Soest. Damit gab es 1689 – nach dem Tod von Meyer Abraham – in Soest vier jüd. Haushalte.

In der Folgezeit kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen um die Vergeleitung von Juden nach Soest. So bestanden Stadt und Zünfte auf Einhaltung der Quote von zwei jüd. Familien. Kurfürst Friedrich III. musste deshalb den von ihm ausgestellten Schutzbrief für Samson Jakob 1692 wieder zurücknehmen, Samson Jakob musste die Stadt verlassen. Gleiches galt für Caspar Herz aus Lünen, gegen dessen Vergeleitung die Stadt 1696 erfolgreich protestierte. Anfang des 18. Jh. wurden die Einwände

der Soester von König Friederich I. ignoriert. Spätestens 1704 zog die Witwe des Hofjuden Jost Liebmann mit ihrem Sohn Benjamin Wolff Liebmann und dessen Teilhaber Jakob Stern aus Frankfurt a. M. nach Soest. In mehreren Schreiben, zuletzt 1705, wies Friedrich I. die Stadt an, Liebmann und ‚Consorten‘ dort wohnen zu lassen. Die Teilhaber kauften ein Haus in der Stadt und mieteten ein weiteres. Liebmann verließ um 1710 die Stadt wieder, sein Privileg von 1705 ging an seinen Partner Jakob Stern über. Stern hatte eine Tochter, Gudel, sowie einen Sohn, Philip Uri (genannt Feist Stern, 1719–1787); die beiden waren Stiefgeschwister. 1728 heiratete Gudel mit Genehmigung durch König Friedrich Wilhelm I. Abraham Cosman Lewy, der daraufhin nach Soest zog; Lewys Zuzug führte zu heftigen Auseinandersetzungen und Gewalttätigkeiten gegen ihn. In den 1720er Jahren gab es somit drei jüd. Familien in Soest: Die von Abraham Meyer, Jakob Stern sowie Abraham Cosman Lewy; 1731 hatten diese Familien 20 Mitglieder. Die lange in Soest ansässige Familie Alexander Abrahams war dagegen nicht mehr im Ort vertreten, denn nach dem Tod der Witwe Alexander Abrahams 1720 gelang es ihrem Schwiegersohn Josef Alexander nicht, in ihre Rechte einzutreten – stattdessen mussten er und sein Bruder Isaak 1721 wegen des Vorwurfs der Hehlerei die Stadt verlassen. Beide kehrten aber noch mehrmals zurück, um ihren Besitz zu verkaufen und Erbangelegenheiten zu regeln. 1722 wurde ihre Ausweisung in einem königlichen Befehl wiederholt, 1724 kehrten sie wegen einer Schuldeintreibung mit einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung noch einmal zurück, ab 1728 sind sie in Soest nicht mehr nachweisbar. Abraham Cosman Lewy und seine Frau Gudel hatten zwei Töchter, Jachobet (gest. 1787) und Eva (gest. 1801). Lewy übernahm das Geschäft seines Schwiegervaters Jacob Stern, der in Soest blieb und hochbetagt 1746/47 starb. Noch vor 1750 starb auch Lewy, denn in diesem Jahr sind wieder nur zwei Schutzjuden verzeichnet: die Witwe Gudel Lewy (geb. Stern) und ein Abraham Meyer; diese beiden werden auch 1754 in der klevisch-märkischen Judenliste geführt. 1756 sind als Haushaltsvorstände die Witwe Lewy und ihr Stiefbruder Philip/Feist Stern genannt. Dieser heiratete 1760 die Tochter seiner Stiefschwester, Jachobet; wohl auch, um den Schutzbrief für die Familie zu erhalten. 1761/62 wird lediglich Philip aufgeführt, insgesamt wohnten acht Juden in Soest. Philip und Jachobet hatten eine Tochter, die später Jakob Herz heiratete, dieser übernahm das Geleit von Philip. Gudels Tochter Eva (die Schwester von Jachobet) heiratete Elias Simon aus Hamm, der 1764 das Geleit von Meyer Abraham erhielt, das 1788 wiederum ihr Sohn Markus Elias übernahm. 1774 gehörten zu den beiden Soester Schutzjudenfamilien Stern und Simon 15 Personen. 1796 wohnten mit den Familien der Witwe Eva Simon geb. Lewy und dem Schulmeister Suessmann insgesamt 18 Juden in Soest.

2.1.2 1807 wohnten in Soest die Familien Jakob Herz (später Stern) und Marcus Elias mit je zehn Personen. 1809 zog David Löwenstein nach Soest, 1810 Lewy Meyer. 1811 lebten Samuel Michelsberg und Israel Josef Wolff, 1813 David Lichtenfels und Jakob Gerson in Soest, 1812 war die Gemeinde auf 37 Juden angewachsen. Der Zuzug wurde bis zum Erlass des Gesetzes 1847 streng kontrolliert und geschah bis in die 1850er Jahre nur auf Antrag, die Zuwanderer zahlten ein Einzugsgehalt an die Stadtkasse. Für 1819 wird als Gewerbe der ansässigen elf jüd. Familien genannt: drei Kaufleute, drei Handelsmänner, zwei Krämer sowie je ein Pferdehändler, Seifensieder und Lehrer. 1846 wurden als Familienvorstände verzeichnet: sieben Kaufleute (Eduard Gerson, David Lichtenfels, Georg Lichtenfels, Abraham Löwenstein, Herz Gabriel ‚Meyer‘, Philipp Stern, Aaron Ursell), drei Handelsleute (Salomon Bilstein, Isaac Rosenbaum, Salomon Ruhstädt), fünf Pferdehändler (Meyer Levi ‚Meyer‘, Meyer Moses ‚Meyer‘, Moses Levi ‚Meyer‘, Joseph Stern, Meyer Stern) sowie je zwei Kaufhändler (Samuel Spiegel, Israel Wolff), Metzger (Michel Michelsberg, Jacob Rosenberg), Ärzte (Simon Aronstein und Dr. Robert Marcus) und Putzmacherinnen (Emilie Wallach, Emma Wallach), ferner ein Handelsknecht (Levi Stern), ein Synagogendiener (David

Löwenstein), der Obervorsteher Levi Hellwitz, der Kantor und Lehrer Leopold Lehmann sowie die Witwen von Gabriel Levi ‚Meyer‘, Samuel Michelsberg und Herz Stern, die Witwe Helene Gerson sowie drei Personen ohne Berufsangabe (Leser Jacob, Elias Marcus sen., Fanny Levy). Die genannten erblichen Familiennamen haben sie – mit Ausnahme der Familie ‚Meyer‘ – bereits 1808/09 angenommen bzw. bereits zuvor geführt. Verhältnismäßig viele junge Juden aus Soest absolvierten am Haindorfischen Seminar eine Ausbildung als Lehrer: August Bilstein (in den 1860er Jahren, er unterrichtete u. a. in Olfen), Arthur Sternberg (ab 1905), Abraham Meyer Ende der 1820er Jahre (in den 1830er Jahren arbeitete er in Bocholt, 1836 ging er als Privatlehrer in die Rheinprovinz), Eduard Gerson ab 1830 und Herz Löwenstein Mitte der 1830er Jahre – er unterrichtete u. a. in Stromberg bei Oelde.

1914 waren von den wahlberechtigten Mitgliedern der Soester Gemeinde fünf Fabrikanten, 27 Kaufleute, sechs Viehhändler, zwei Pferdehändler, je vier Reisende und Handlungsgehilfen sowie je ein Rohproduktenhändler, Hutmacher, Apotheker, Lohgerber, Händler, Verkäufer, Anstreicher, Synagogendiener, Sanitätsrat, Rentner, Buchhalter, Metzger und Monteur. Ziegeleibesitzer war Albert Neuwahl (Mitbesitzer Felix Neuwahl), eine Brennerei zur Herstellung u. a. von Korn und Essig betrieb Adolf Neukamp, eine Kölnisch-Wasser Fabrik Siegfried Ruhstadt, Inhaber des Glühlampenwerks ‚Merkur‘ waren Siegmund und Julius Rosenthal, eine Hutfabrik betrieben Viktor und Bernhard Stern und eine Papiergroßhandlung Max Oppenheimer (weitergeführt von Simon Block). In den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. gab es sieben Manufakturwaren- bzw. Bekleidungsgeschäfte in Soest mit jüd. Eigentümern: Jacob Stern (Inhaber Simon Stern, 1890 von Körbecke nach Soest gezogen), Siegmund und Sally Goldschmidt, Josef Albesheim (er betrieb auch eine Getreidehandlung), Sally Eichwald (fortgeführt von Eugen Eichwald), Paul Burin, Meyer und Sabin (Sara) Rosenbaum und Willy Lilienfeldt, ein Kommissionsgeschäft (Ruhstadt), drei Möbelhandlungen (Hermann Löwenstein, Berthold Cohen und Louis Löwenstein) und die Getreidehandlung Moses Speyer (fortgeführt von Sohn Ernst). Ferner werden vier Viehhändler (Jacob Rosenberg, Nathan Löwenstein, David Meyerhoff, Moritz Schürmann) erwähnt, die Kaufleute Albert Neukamp und Ernst Wallach, der Malermeister Max Lewy, das Anstreichergeschäft Siegfried Zilversmit, die Putzhandlung Julius Meyer, die Lohgerberei Max Meyer, der Händler Anselm Sommer, der Arzt Dr. Rudolf Löwenstein und der Rechtsanwalt Dr. Julius Oppenheimer. Mit der Entwicklung des Ruhrgebiets verlagerte sich der Vieh- und Kornhandel jüd. Händler zunächst u. a. nach Soest, seit 1888 jedoch bildete Dortmund das Zentrum des westfälischen Kornhandels.

Als Freiwilliger kämpfte Herz Stern 1815 gegen Napoleon. Teilnehmer am Krieg gegen Dänemark 1864 und gegen Österreich 1866 sowie am Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 war Bernhard Cohen. Heinemann Schürmann, ebenfalls Teilnehmer am Krieg 1870/71, war Träger verschiedener Kriegsverdienstorden. Im Ersten Weltkrieg wurden 57 Soester Juden eingezogen, 19 davon hatten sich freiwillig gemeldet. 28 von ihnen wurden mit dem EK ausgezeichnet, acht fielen. Ihre Namen waren auf einer Ehrentafel in der Synagoge vermerkt. 1919 trat der Antisemitismus aggressiv in Soest zu Tage, als der Direktor der Soester Provinzialblindenanstalt auf Parteiversammlungen und in Leserbriefen die Juden als „Fremdkörper im Staate“ bezeichnete. Er gehörte dem Vorstand der DVP und dem antisemitischen ‚Deutschen Schutz- und Trutzbund‘ an. Die Soester Ortsgruppe dieses Bundes klebte 1919 an die Schaufensterscheiben jüd. Geschäfte Zettel mit antisemitischen Parolen. Die Mehrheit der Stadtverordneten verwahrte sich gegen diese Hetze, an der sich auch die DNVP, Vertreter des Jungdeutschen Ordens (Ortsgruppe Soest), der Stahlhelm, die Deutsch-Völkische Freipartei und weitere Tarnorganisationen der NSDAP beteiligten. Gegen die antisemitischen Äußerungen wehrten sich in der Lokalpresse der Lehrer Selig Lucas, Rechtsanwalt

Dr. Julius Oppenheimer und Bernhard Cohen. Lehrer Sally Katzenstein äußerte noch 1930 die Zuversicht, die antisemitische Ära zu überstehen, als man gerichtlich gegen den Soester Bürgermeister Friedrich Kleim vorging, den das ‚Israelitische Familienblatt‘ als „eine antisemitische Lokalgröße“ beschrieb. Kleim hatte ohne Rechtsgrundlage das Schächten im städtischen Soester Schlachthof verboten.

1932 gab es eine Ortsgruppe des CV, Vorsitzender war Jacob Stern. 1925 wurde eine RjF-Ortsgruppe Soest gegründet, der etwa 30 Juden aus Soest und Umgebung beitraten, u. a. aus Werl. Längjähriger Vorsitzender der RjF-Ortsgruppe war Albert Neukamp, dem Vorstand des Bezirksverbands Ostwestfalen gehörten 1926 aus Soest Leopold Löwenstein, Max Levy und Isidor Kleinschmidt an. Ende der 1920er Jahre trat die RjF-Ortsgruppe dem Ortsverband des ‚Volksbundes für Kriegsgräberfürsorge‘ bei. Anlässlich der ‚Kriegerehrung‘ am Volkstrauertag hielten Geistliche aller drei Konfessionen abwechselnd eine Gedenkrede, 1929 war die Reihe an dem Prediger der Synagogengemeinde Soest.

Für den heutigen Soester Ortsteil Ampen wird 1832 Isaak Cohen als Winkelier und Gastwirt genannt, 1834 hatte er dort einen Fruchthandel. 1846 waren Isaac Cohn und der Kaufmann Gabriel Moses als selbständig tätige Juden verzeichnet. Beide hatten noch keinen erblichen Familiennamen angenommen, Ersterer nannte sich fortan ‚Cohn‘, letzterer ‚Meyer‘. In Ostönnen war 1846 der Wirt und Handelsmann Bendix Neugarten als selbständig tätiger Jude verzeichnet; den erblichen Familiennamen hatte er bereits zuvor geführt.

2.1.3 Am 9. März 1933 brachten SA-Leute am Kaufhaus Rosenbaum und am Kaufhaus ‚Schäfer & Co.‘ Schilder mit der Aufschrift „Deutsche kauft nicht bei Juden“ an. Der reichsweite Boykott am 1. April 1933 betraf die Liga-Schuhfabrik, das Glühlampenwerk Merkur, die Kaufhäuser Rosenbaum sowie Schäfer & Co., das Einheitspreisgeschäft S. Ruhstadt (Kölnisch-Wasser Marke Farina), die Getreidehandlungen Albesheim und Speyer sowie die Geschäfte Löwenstein, Cohen, Neukamp, Lilienfeldt, Weingarten, Neuwahl, Eichwald und Stern. Der Arzt Dr. Löwenstein und Rechtsanwalt Dr. Oppenheimer schlossen ihre Praxen. Im April untersagte der Magistrat allen städtischen Ämtern, Einkäufe für die Stadt „bei jüdischen Geschäften zu tätigen“ und führte im ‚Verzeichnis der jüdischen Firmen und ortsfremden Großfilialgeschäfte‘ 39 Namen auf. Aufgeführt wurden darüber hinaus Geschäfte, die nachweislich oder vermutlich jüd. Anteilseigner hatten. Nach den Boykottmaßnahmen erklärte Rechtsanwalt Dr. Julius Oppenheimer, Mitglied der Zionistischen Partei, im April seinen Austritt aus dem Soester Geschichtsverein, Else Albesheim legte ihr Vorstandsamt beim Vaterländischen Frauenverein nieder. Das jüd. Vereinswesen verstärkte sich dagegen: 1933 wird erstmals die jüd. Theatergruppe in Soest genannt, Ende 1934 fand die erste Veranstaltung des ‚Jüdischen Kulturbundes‘ in Soest statt. Unter dem Dach des RjF unterhielten die Soester Juden seit Ende 1933 den Fußballverein ‚Schild Soest‘, der noch 1937 aktiv war. Im Sept. 1937 formierte sich der Verein „infolge Tod und Auswanderung“ neu, Leopold Löwenstein wurde Vorsitzender.

Aufgrund des ‚Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‘ vom 7. April 1933 wurden die Angestellten Ernst und Karl Helling bei der Stadtverwaltung bzw. der Stadtparkasse beurlaubt und im Juni entlassen, weil sie eine jüd. Mutter hatten. Ebenfalls in der Folge jenes Gesetzes wurde der Lehrer Sally Katzenstein, der 1924 nach Soest gekommen war, 1934 zwangspensioniert; die jüd. Schule wurde aufgelöst. Sabine Rosenbaum, die 66-jährige Mitinhaberin des Kaufhauses Rosenbaum, wurde am 4. März 1934 von SA-Männern mit diskriminierenden Schildern durch die Stadt getrieben; man warf ihr ‚abfällige‘ Äußerungen über Nationalsozialisten vor. Fotos von Kunden vor jüd. Geschäften wurden publiziert, Hotels und Gaststätten wurde untersagt, jüd. Gäste zu bedienen. 1936/37 wurden zwei Soester Juden aufgrund des ‚Heimtückegesetzes‘ verurteilt, ein weiterer wegen ‚Rassenschande‘. Ein Schild verbot

Juden 1938 den Zutritt zum Wochenmarkt. Bis 1937 hatte ein Drittel der Juden Soest verlassen, 1938 wohnten noch 65 Juden in der Stadt. In der Pogromnacht 1938 wurden die Synagoge und die jüd. Schule niedergebrannt. Der SS-Obersturmführer und Führer des Soester SS-Sturms 5/II/69 leitete die Brandstiftung und verbot der Feuerwehr zu löschen. Beteiligt waren weitere SS-Leute; zwei wurden später als Plünderer der Geschäfte Eichwald, Goldschmidt und Rosenbaum benannt. Mehrere Juden wurden nach dem Pogrom ins KZ Sachsenhausen verschleppt, darunter Sally Goldschmidt und Max Sternberg; Ersterer wurde nach einem Monat entlassen, weil die Stadt Soest sein Haus Thomästr. 34 für die Unterbringung der Polizei und des Einwohnermeldeamtes erwerben wollte. Der Schuhgroßhändler Leopold Löwenstein wurde bis Mitte Nov. 1938 in Hamm in ‚Schutzhäft‘ genommen, der Pferdehändler Julius Eisenberg bis Dez. 1938 in Soest und Hamm. Ende Nov. 1938 wurde die jüd. Gemeinde gezwungen, das Grundstück der Synagoge und der Schule (Osthofenstr. 50 und 52) an die Stadt zu verkaufen. Zur selben Zeit beschlagnahmte die Gestapo das 1908 gegründete Glühlampenwerk Merkur (Besitzer Julius Rosenthal), auch der Brennereibesitzer Adolf Neukamp musste Fabrik, Geschäft, Brennrecht und Haus veräußern. Das Landesfinanzamt kassierte das Bankguthaben, die Versicherungspolicen und die Aktien, das Firmenauto sicherte sich die Soester Polizei. Insgesamt wurden etwa 25 Soester Firmen und Geschäfte ‚arisiert‘.

Es gab Proteste und Hilfe von Nichtjuden: So protestierte Dr. Paul Girkon, Pfarrer der Wiesenkirche, seit 1934 wiederholt schriftlich bei staatlichen und Stellen der NS-Organisationen gegen die Judenhetze und konnte dafür auch seine Amtsbrüder Heinrich Seidenstücker von St. Petri und Johannes Meßner von St. Pauli gewinnen. 1942 bis Anfang 1944 schickte Wilhelm Jansen, ev. Pfarrer aus dem Bördekirchdorf Schwefe, dem letzten Soester Synagogenvorsteher Siegfried Ruhstadt und dessen Angehörigen Pakete nach Theresienstadt. Jansen rettete auch die Kultusgegenstände der jüd. Gemeinde, die er von Ruhstadt erhalten hatte. Neben den ev. Pfarrern setzten sich auch Soester Anwälte für die Rechte jüd. Bürger ein: Dr. Heinrich ten Doornkaat Koolman, bis 1919 Soester Bürgermeister, der Anwalt und Notar Wilhelm Höpker sowie Dr. Artur Sträter, der selbst als ‚Vierteljude‘ galt.

Rudolph Cohn aus Hovestadt wurde etwa 1939 als offiziell obdachlos Gemeldeter zwangsweise mit seiner Familie in das Haus der ehem. Hovestädter Familie Albesheim (Waisenhausstr.) in Soest eingewiesen. 1939/40 wurden die noch in Soest lebenden Juden gezwungen, in Häuser mit jüd. Besitzern zu ziehen: Niedergasse 2 (Familie Viktor Stern) und Thomästr. 20 (Familie Max Meyer). Nach dem Pogrom hatte sich die Zahl der Juden in Soest bis 1941 auf 44 vermindert. Die in der Niedergasse zusammengepferchten Personen wurden im April 1942 nach Zamość deportiert, die etwa 20 Personen im Haus Thomästr. 20 Anfang Juli in eine Baracke am Weslarner Weg umgesiedelt. Von dort wurden sie in einem Lkw unter Bewachung von Polizei und SS über Welter und Werl, wo weitere Personen eingeladen wurden, nach Dortmund verbracht, im Zentral-Viehhof untergebracht und am 28. Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Das bei einer Spedition untergestellte Hab und Gut des Ehepaares Adolf und Adele Neukamp sowie die im Haus Thomästr. 20 befindlichen Gegenstände wurden teils vom Finanzamt verkauft, teils von der ‚Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt‘ übernommen. 1944 lebten noch eine Jüdin, die mit einem ev. Kaufmann verheiratet war, ihre Tochter und eine weitere junge Frau, deren Mutter Jüdin war, in der Stadt.

2.1.4 Karoline Schürmann, 1942 nach Theresienstadt deportiert, kehrte 1945 nach Soest zurück; sie wanderte später in die USA aus. Zurück aus Theresienstadt kam auch Julius Eisenberg, er starb 1950. Aus England kehrte 1946 Anna Stern zurück (gest. 1970); beide sind auf dem jüd. Friedhof Soest begraben. Simon Block war im Juli 1942 ebenso ins Ghetto Theresienstadt deportiert worden wie seine Schwester

Johanne Block, die ihm den Haushalt geführt hatte. Während sie in Auschwitz ermordet wurde, konnte er mit 1200 anderen aus Theresienstadt freigekauften Juden 1945 in die Schweiz ausreisen; 1946 wollte er nach Palästina auswandern. Die ‚Halbjüdin‘ Ilse Schmidt überlebte verschiedene Gefängnisse (Soest, Hamm, Dortmund) und die KZ Auschwitz, Ravensbrück, Bergen-Belsen und Neuengamme. Sie war im März 1943 verhaftet worden, weil sie keinen ‚Judenstern‘ trug; Anfang 1945 wurde sie bei der ‚Graf-Bernadotte-Aktion‘ vom Schwedischen Roten Kreuz gerettet. Ihre Mutter Henriette Schmidt, verheiratet mit dem ev. Kaufmann Otto Schmidt, war 1944 in das Arbeitslager Kassel-Bettenhausen verbracht worden, ebenso bald darauf ihr Mann, weil er sich nicht von ihr trennen wollte; beide überlebten und kamen 1945 wieder nach Soest. Der nach Palästina geflüchtete Kurt Julius Rosenthal erhielt 1952 die Fabrik seines Vaters zurück (‚Glühlampenfabrik Merkur‘). Mit ihm nach Soest kam Trude Schmidt, eine weitere Tochter von Henriette und Otto Schmidt, die er 1952 in London geheiratet hatte. Anträge auf Rückerstattung wurden in den 1950er Jahren für mehrere 1938 zwangsweise aufgegebene Betriebe gestellt, darunter das Möbelgeschäft von Hermann Löwenstein, den Schuhgroßhandel von Leopold Löwenstein und das Textilkaufhaus Meyer Rosenbaum. Die nach Soest zurückgekehrten Juden schlossen sich der 1953 gegründeten jüd. Kultusgemeinde Paderborn an. 2005 wohnte rund ein Fünftel der 87 Gemeindemitglieder in Soest.

1952 übergab Pastor Jansen die Kultusgegenstände, die in der Pogromnacht gerettet worden waren, an die Kölner jüd. Gemeinde. An die Niederbrennung von Synagoge und Schule erinnert seit 1979 eine Bronzetafel am Nachfolgebau Osthofenstr. 50. Jedes Jahr organisiert der ‚Rat christlicher Gemeinden Soest‘ eine Andacht vor dieser Tafel und einen Gang zum jüd. Friedhof am Nottebohmweg. 1988 wurde auf dem Friedhof ein Gedenkstein enthüllt, im selben Jahr wurde eine kleine Ausstellung zur NS-Zeit gezeigt. 1991 nahmen die Stadt bzw. das Stadtarchiv Kontakt mit emigrierten Soester Juden auf, seit 1992 kamen mehrere auf Einladung der Stadtverwaltung nach Soest. Nach dem 1839 in Soest geborenen Journalisten Dr. Josef Stern wurde ein Weg benannt, 1999 in einem Neubaugebiet im Süden der Stadt eine Straße nach Sabine Rosenbaum, die als Mitinhaberin des Kaufhauses Rosenbaum 1934 mit einem diffamierenden Schild durch die Stadt getrieben worden war. Luise Meier, die von 1909 bis 1930 und von 1945 bis zu ihrem Tod in Soest lebte, wurde von der Gedenkstätte ‚Yad Vashem‘ 2001 als ‚Gerechte unter den Völkern‘ geehrt, weil sie während der NS-Zeit in Berlin ihr Leben riskiert hatte, um Juden zu verstecken. Mit anderen zusammen gelang es ihr, 28 Verfolgten die Flucht in die Schweiz zu ermöglichen, dafür war sie 1944/45 elf Monate inhaftiert. 2008 wurde eine Straße nach ihr benannt. 2005 wurden die ersten zwölf ‚Stolpersteine‘ in Soest verlegt, bis 2016 wurden 34 Steine an 21 Standorten im Stadtgebiet angebracht. 2016 beschloss der Kulturausschuss der Stadt Soest, eine Straße nach dem Reformier Levi Lazarus Hellwitz zu benennen.

2.2.1 1812 lebten in Soest 37 Juden, 1816 zwölf jüd. Familien mit 56 Personen bei insgesamt 7500 Einwohnern. 1839 lebten in den Stadtteilen von Soest insgesamt 114 Juden, davon 45 in der Jakobihofe, zwölf in der Brüderhofe, vier in der Walburghofe, 21 in der Osthofe, 30 in der Thomähofe und zwei in der Paulihofe. 1843 lebten 114 Juden in Soest, 1858 waren es 165. 1871 waren von 12 404 Einwohnern 5582 kath., 6571 ev., 240 jüd. Glaubens, elf gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1895 waren von 15 407 Einwohnern 6463 kath., 8643 ev., 292 jüd. Glaubens, acht gehörten anderen christl. Gemeinden an, einer war bekenntnislos. 1925 waren von 20 995 [!] Einwohnern 9047 kath., 11 504 ev., 192 jüd. Glaubens und 65 bekenntnislos, 1932 lebten 156 Juden in der Stadt. Seit 1960 weist die Statistik zehn bis zwölf jüd. Einwohner in Soest aus, für 2005 sechs israelische Staatsbürger und zehn jüd. Deutsche. In folgenden heutigen Soester Ortsteilen lebten Juden. In Ampen waren 1840 und 1843 jeweils vier

Juden verzeichnet. In Meckingsen waren 1925 von 173 (!) Einwohnern sechs kath., 163 ev. und einer war jüd. Glaubens. In Ostönnen lebten 14 Juden im Jahr 1843, 1858 waren es sechs; 1871 waren von 729 Einwohnern 32 kath., 694 ev. und drei jüd. Glaubens.

Die ersten schriftlich fixierten Statuten von 1822 sind nicht erhalten, sie waren vor allem eine Bänke- oder Sitzordnung für die neue Synagoge. Satzungsentwürfe stammen von 1828 und 1835. Im Zuge der geplanten ‚Regulierung der Verhältnisse der Juden‘ war 1842 die Einrichtung eines Synagogenbezirks Soest vorgesehen, zu dem auch die Juden aus Sassendorf, Ostönnen und Ampen gehören sollten. Die Juden aus Ostönnen gehörten laut Gemeindeordnung von 1817 jedoch bereits zur Synagogengemeinde Werl, der sie mit dem Statut von 1855 auch zugewiesen wurden. 1846 schloss sich der größte Teil der Soester Gemeinde auf Betreiben von Hellwitz der Berliner Reformgenossenschaft an. Ein Statut, das 1835 von der Mehrheit der Gemeindemitglieder akzeptiert wurde, genehmigte die Regierung 1846. Es trat nach einer Anpassung an die neue Gesetzeslage 1855 in Kraft. Demnach umfasste der Synagogenbezirk Soest den Magistratsbezirk Soest, das Amt Lohne (u. a. mit den Orten Lohne und Sassendorf), einen Teil des Amtes Borgeln (u. a. mit den Orten Meckingsen und Dorfswelver), einen Teil des Amtes Schwefe (u. a. mit Ampen) sowie die Untergemeinde Körbecke. 1871 wurden – nach Auflösung des Synagogenbezirks Hovestadt – die Orte Hovestadt (mit Ostinghausen und Herzfeld) sowie Oestinghausen dem Synagogenbezirk Soest als Untergemeinden angegliedert. 1932/33 waren der Soester Gemeinde Juden aus Bad Sassendorf (9 Personen), Oestinghausen (3), Hovestadt (5) und Körbecke (3) angeschlossen. Angesichts der gesunkenen Mitgliederzahlen genehmigte der Regierungspräsident 1937 auf Antrag des Vorstehers Adolf Neukamp die Reduzierung der Anzahl der Repräsentanten.

Der Verband der Synagogengemeinden Westfalens, dem die Soester Gemeinde offenbar angehörte, tagte 1894 in Soest. Zu Beginn des 20. Jh. war Soest Mitglied im DIGB. Der in Soest langjährig tätige Prediger Levi Lazarus Hellwitz vertrat eine radikal-reformerische Glaubensrichtung und brach mit vielen Traditionen. Er entwarf Statuten, die sich an der Ordnung der Soester ev. Kirchen orientierten, in der die Pfarrer zugleich Vorstände ihrer Gemeinden waren. In den 1840er Jahren stellte er den Gemeindemitgliedern frei, ob sie im Gottesdienst mit oder ohne Kopfbedeckung beten wollten. Auch die zentrale Position des Almemor in der Synagoge verweist auf die reformerische Ausrichtung der Gemeinde. Bereits in den 1830er Jahren werden ‚Konfirmationen‘ erwähnt. Im Anhang ihrer Statuten sagte sich die jüd. Gemeinde Soest 1835 vom Münsteraner Landrabbiner Abraham Sutro los, zu dem sie „kein Zutrauen“ habe. Damit Sutro das nicht als „Rachegeist für sein bisheriges Betragen“ interpretieren konnte, sollte ihm sein Gehalt als Pension weitergezahlt werden. Seit etwa 1847 befand sich in der Soester Synagoge eine von Hellwitz gestiftete Orgel. Ende der 1870er Jahre, als Seligmann Neukamp Vorsteher war, wurden die religiösen Gegensätze innerhalb der Gemeinde überwunden, die durch die Reformen von Hellwitz entstanden waren.

Schon vor dem 19. Jh. unterhielten die Soester Juden eine Kasse u. a. zur Ausgestaltung des Betraumes. Der Gemeindeetat umfasste 1854 Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 449 Tlr., darunter 387 Tlr. aus der ‚Synagogensteuer‘. Für den Lehrer und Kantor standen 200 Tlr. zur Verfügung, der Organist erhielt 40 und der Synagogendiener 18 Taler. 1896 besaß die Gemeinde die Synagoge mit Hofraum, das Schulgebäude, den Friedhof mit einem angrenzenden Garten, ein Stiftungskapital von 246 M und einen Armenfonds in Höhe von 3600 M. 1930 umfasste der Etat 9072 Reichsmark. Eingenommen wurden 300 M für die Synagogensitze und 130 M an ‚Kasualgebühren‘. Die übrigen 8622 M sollten durch Beiträge der Gemeindemitglieder gedeckt werden, die sich an der Höhe der jeweiligen Einkommen- und Vermögenssteuer orientierte.

An Ausgaben waren u. a. vorgesehen: 1200 M für den Kantor, 400 M für den Organisten, 360 M für den Synagogendiener, 200 M für den Rendanten, 150 M für den Hilfsvorbeter, 2400 M Zuschuss zur Schule, 500 M Rückstellungen für Bausachen, 840 M Zinsen für Anleihen und 200 M fürs Schächten. Im Haushaltsplan 1933/34 gingen von den 6567 M Ausgaben u. a. 975 M an den Kultusbeamten und 1800 M an die Schule. Der letzte vorliegende Haushaltsplan von 1936/37 hatte ein Volumen von 7155 Mark.

2.2.2 Vermutlich schon im frühen 18. Jh. befand sich im Haus von Jakob Stern, der 1704 von Frankfurt a. M. nach Soest übergesiedelt war, in der Thomästr. 22 eine Betstube. Anfang des 19. Jh. wurden die Räume für die wachsende Gemeinde zu klein. Auf dem von Marcus Elias 1818 erworbenen Grundstück Osthofenstr. 50 und 52 entstanden nach dem Abbruch des alten Gebäudes Neubauten für Synagoge und Schule mit Lehrerwohnung, Landrabbiner Abraham Sutro aus Münster weihte die Gebäude 1822 ein. 1843 kamen Juden aus Sassendorf und Ampen zum Gottesdienst nach Soest. 1877 brachen justizbekannte Einbrecher in die Synagoge ein, beim zweiten Mal wurden sie auf frischer Tat ertappt. 1922 feierte die jüd. Gemeinde das 100-jährige Bestehen ihrer Synagoge. 1903 wurde die Armenbüchse aus der Synagoge gestohlen. Am 10. Nov. 1938 wurden Synagoge und Schule von Soester SS-Leuten niedergebrannt, die Feuerwehr schützte lediglich die Nachbarhäuser. Am 23. Nov. 1938 musste der Vorstand der Gemeinde einen Vorvertrag mit der Stadt Soest zum Verkauf der Grundstücke Osthofenstr. 50 und 52 schließen. Vom Kaufpreis in Höhe von 4000 RM wurden noch die Kosten für die Beseitigung der Trümmer und der Einfriedigungsmauer abgezogen.

2.2.3 Von 1796 bis 1805 ist Lehrer Suessmann in Soest nachgewiesen. Sein Nachfolger war 1805 Elias Salomon (Canter), ein gelernter Schlachter. Vom Landrabbiner hatte er 1791 in Warendorf die Erlaubnis erhalten, Eheschließungen zu vollziehen und Beschneidungen vorzunehmen. Er wirkte auch als Lehrer, wurde aber 1807 wegen seiner ‚Kintlichkeit‘ entlassen. Ihm folgte Nathan Elias Unger, der 1807 von der Stadtverwaltung die Erlaubnis erhielt, die jüd. Kinder zu unterrichten; er starb nach wenigen Monaten. Vorsänger und Lehrer wurde spätestens 1818 David Lichtenfels (alias David Götz), der seit 1813 in Soest ansässig war; er leitete 1822 den ersten Gottesdienst in der neuen Synagoge. 1828 erhielt Lehrer J. Braunsfeld von der Arnberger Regierung die Konzession zur Eröffnung einer privaten Elementarschule. Die Gemeinde trennte sich ein Jahr später von ihm, weil er Schüler geschlagen hatte. Ihm folgte David Rosenberg, der 1832 als „gewesener Schullehrer“ bezeichnet wird. 1835 schlossen einige jüd. Hausväter einen Vertrag mit dem Lehrer Juda Gerson Gans, der seinen Unterhalt – abgesehen von Naturalleistungen und Logis – komplett aus Schulgeldern bestreiten sollte, bei Zahlung eines Gehalts sollten die Vergünstigungen wegfallen. 1836 wird Cosman Jonas aus Recklinghausen, der gerade seine Ausbildung am Haindorfischen Lehrerseminar beendet hatte, als Lehrer für Soest erwähnt. 1843 waren in Soest 24, in Ampen ein und in Ostönnen drei jüd. Kinder schulpflichtig. 1845 kam es zur Konfrontation zwischen Lehrer Lehmann und der jüd. Gemeinde, nachdem sich Lehmann per Anzeige von der orthodoxen Tradition losgesagt hatte. 1846 setzte er sich für eine Verbesserung der Stellung jüd. Lehrer ein, u. a. forderte er eine Stellung auf Lebenszeit. 1850 war Isaak Zimmermann aus Xanten Lehrer, zog aber noch im selben Jahr nach Paderborn. Sein Nachfolger, Aron Kronenberg, blieb von 1851 bis 1860 im Amt. Mit seinen Kollegen Salomon Leffmann aus Lippstadt und Abraham Treu aus Ahlen gehörte er zu den Initiatoren eines gemeinsamen Lehrervereins von Westfalen und Rheinland, der sich 1856 konstituierte. 1852 ließ die Gemeinde an der Stelle, wo vorher die Lehrerwohnung und ein Unterrichtsraum gewesen waren, einen Schulsaal errichten. Der Vorsitzende der Schulkommission – viele Jahre der Direktor des staatlichen Soester Lehrerseminars – nahm jedes Jahr die Prüfung der Schulkinder vor. Heinemann Meisler war von 1860 bis 1887 festangestellter Lehrer und Kantor.

1889 erfolgte durch die Arnberger Regierung die Erhebung der Schule zu einer öffentlichen Volksschule. Selig Lucas, Absolvent des Haindorfschen Lehrerseminars, war nach vorherigen Tätigkeiten in Padberg, Korbach und Geseke seit 1888 für mehr als drei Jahrzehnte Lehrer in Soest. Die Schülerzahlen schwankten von 1829 bis 1871 zwischen 21 und 27; 1889 wurde mit 33 die Höchstzahl erreicht. 1905 besuchten 23 Kinder die jüd. Volksschule, 1909 waren es 17, 1913 dann 20. 1924/25 gingen 13 Kinder in die jüd. Volksschule, 13 erhielten jüd. Religionsunterricht an Höheren Schulen. 1904 bis 1934 erteilten an der jüd. Schule christl. Lehrerinnen Handarbeitsunterricht. 1925 wechselten sechs Kinder auf höhere Schulen, von 1929 bis 1932 jeweils ein Kind. 1921 trat Sally Katzenstein als Lehrer in den Dienst der jüd. Gemeinde. Er betätigte sich als Religionslehrer auch in Anröchte und Werl, als Seelsorger in den zum Synagogenbezirk Soest gehörenden Orten Bad Sassendorf, Hovestadt, Oestinghausen und Körbecke. 1932/33 erhielten 19 Kinder an weiterführenden Schulen jüd. Religionsunterricht, sieben Kinder unterrichtete Katzenstein in der jüd. Volksschule. 1934 wurde Katzenstein aufgrund des ‚Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‘ von 1933 zwangspensioniert, die Schule wurde geschlossen. Im Mai 1934 erhielt Katzenstein die Erlaubnis, die Schule weiter privat zu betreiben; im Sept. 1934 fand er jedoch eine Stelle in Minden und verließ Soest. Der in Meschede entlassene Lehrer Osias Bernstein unterrichtete danach von 1935 bis zur Zerstörung der Synagoge und Schule im Nov. 1938 privat die grundschulpflichtigen jüd. Kinder. Bis 1942 besuchten jüd. Kinder aus Soest die Privatschule in Hamm.

2.2.4 Schon im 18. Jh. unterhielten die Soester Juden eine gemeinsame Kasse u. a. zur Unterstützung Armer und Kranker sowie für Beerdigungen. Kassenverwalter waren Elias Simon (ab 1763 in Soest) und sein Sohn Marcus Elias (ab 1793). Auch der Etat 1930 sah Ausgaben von 200 M für durchreisende Arme vor. Juden aus Soest, zeitweise auch Christen, unterstützten ein Jh. lang durch Spenden die Haindorfsche Stiftung. Anlässlich seines 25-jährigen Amtsjubiläums als Prediger an der Soester Synagoge stiftete Levi Lazarus Hellwitz 1851 ein Kapital von 720 Tlr. der Stadt, „die ihn mit Liebe und Güte aufgenommen“ hatte. Der Zinsertrag sollte zur Pflege und Unterhaltung eines armen kranken Einwohners, welcher Konfession auch immer, in der Krankenanstalt des Soester Waisenhauses verwendet werden. Philipp Stern stiftete 1869 der Soester Armen- und Waisenanstalt 1800 Taler. Der Zinsertrag sollte zu je einem Drittel bedürftigen kath., ev. und jüd. Bürgern ausgezahlt werden; die Familie Stern stockte das Stiftungskapital bis 1908 auf. Noch 1921 wurden bedürftige Soester aller drei Konfessionen bedacht, die folgende Inflation vernichtete dann das Kapital. Heinemann Meisler aus Beckum, der 28 Jahre Lehrer in Soest war und 1896 in Münster starb, bestimmte die Soester Synagogengemeinde als Universalerbin. Sein Vermächtnis sollte für wohltätige Zwecke, speziell für „hiesige verschämte und unbescholtene Arme“ verwendet werden. 1929 wurden der Stadt fast 98 000 M überwiesen, die aus der Erbmasse des in Soest geborenen und nach Schweden übergesiedelten Bernhard Ursell stammten; die jährlichen Zinsen sollten für das städtische Krankenhaus verwendet werden. Einen Betrag in gleicher Höhe erhielt die Synagogengemeinde.

Eine Satzung des Soester ‚Frauen- und Jungfrauen Vereins zur Unterstützung der Armen‘ von 1847 ist ebenso überliefert wie Schriftverkehr der Chewra Kaddischa von 1829 bis 1845. Die Vereine unterstützten hilfsbedürftige Ortsansässige – so auch zu Beginn des Ersten Weltkriegs mit der Überweisung von 2000 M an den Soester Kriegsfonds. Dorthin ging auch die Synagogenkollekte vom Aug. 1914 in Höhe von 89 Mark. Im Vorstand des 1925 gegründeten ‚Israelitischen Frauenvereins‘ (Frauenchewra) waren 1925 die Damen Goldschmidt, Lucas, Rath, Ruhstadt und Neuwahl. 1932 hatte der Verein 57 Mitglieder. Vorsitzender des 1890 gegründeten Israelitischen Männervereins (‚Chewra-Gemilus-chasodim‘) war 1903 Prediger Lucas, 1932 Jacob Stern. Am Ende der Weimarer Republik hatte der Verein 45 Mitglieder, 1931 feierte er

sein 40-jähriges Bestehen. Karitativ engagierte sich auch die Ortsgruppe Soest des ‚Jüdischen Frauenbundes‘ unter Vorsitz der Ehefrau des Rechtsanwaltes Oppenheimer. Sie entwickelte sich „immer mehr zum Mittelpunkt des jüdischen Vereinslebens in unserer Gemeinde“, wie das ‚Israelitische Familienblatt‘ 1930 schrieb. Dr. Felix Sommer war Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Israelitischen Kinderheimes in Bad Sasendorf. Als er 1926 starb, nahmen an seiner Beerdigung neben dem Ärzteverein auch der Krieger- und Landwehrverein Soest teil. Der langjährige Vorsteher der Gemeinde, Siegmund Goldschmidt, war Bezirksarmenpfleger beim städtischen Wohlfahrtsamt, zudem war er Vorstandsmitglied des Israelitischen Altersheimes in Unna.

2.3.1 1736 engagierte sich Jacob Stern für die Belange der Soester Gemeinde. Auf dem Judenlandtag 1793 wurde der Soester Schutzjude Marcus Elias zum zweiten Vorsteher gewählt, nahm die Wahl aber nicht an. Vorsteher der Gemeinde in Soest waren: 1818 bis 1824 Marcus Elias, der 1793 das Amt des Kassenwartes von seinem Vater Elias Simon übernommen hatte, 1825/26 Georg Gerson, 1826 bis 1832 Herz, 1833 Levi Lazarus Hellwitz, 1834/35 Philipp Stern, 1835 bis 1853 Levi Lazarus Hellwitz, 1854 bis 1859 Abraham Löwenstein, 1859/60 Herz Meyer, 1860 bis 1876 Aaron Urzell, 1876 bis 1879 Moses Spiegel, 1879 bis 1904 Seligmann Neukamp, 1904 bis etwa 1926 Moses Speyer, etwa 1926 bis 1937 Siegmund Goldschmidt. Bei der letzten Gemeindewahl 1937 wurden Adolf Neukamp, Siegfried Ruhstadt und Julius Rosenthal in den Vorstand der jüd. Gemeinde Soest gewählt. Prediger war 1903 Lehrer Lucas, 1932/33 Lehrer Sally Katzenstein. Als Schochet, teilweise auch als Synagogendiener werden erwähnt 1833 Löwenstein, 1846 David Löwenstein, 1851/52 Kantor Eltzbacher, 1895 Joseph Hergershausen (Mitglied des ‚Kriegervereins‘), zu Beginn des 20. Jh. Bilstein und Siegfried Zilversmit sowie 1932/33 Lehrer Dahl aus Hamm

2.3.2 Levi Lazarus Hellwitz (1786–1860) aus Beverungen war Prediger und Obervorsteher der Juden im Hztm. Westfalen und der Gft. Wittgenstein. 1813 zog er nach Werl, von 1827 bis 1857 lebte er in Soest. 1827 autorisierte ihn der orthodoxe Landrabbiner Abraham Sutro aus Münster als Prediger für Soest. Hellwitz gehörte der radikalen Reformbewegung an und agierte westfalenweit. Auch an einer Konferenz der bedeutendsten Vertreter des westfälischen Judentums zur Vorbereitung des Gesetzes von 1847, die 1846 nach Münster einberufen wurde, nahm er teil. Als Prediger – und zeitweise auch als Gemeindevorsteher in Soest – führte er gottesdienstliche Reformen ein, darunter die Installation einer Orgel, deutsche Gebete und rief zum Verzicht der Kopfbedeckung in der Synagoge auf. 1838 richtete Hellwitz mit anderen eine Eingabe an die ‚Preußische Großloge‘ und bat um Zulassung „zu den maurischen Sitzungen“. 1842 richtete sich eine Immediatseingabe von Hellwitz und dem Briloner Landrabbiner Josef-Abraham Friedländer gegen die Rücknahme der Emanzipationsgesetzgebung. Hellwitz war wohlhabend, 1856 zahlte er den mit Abstand größten Beitrag von 120 Tlr. zur Synagogensteuer. Er veröffentlichte mehrere Schriften, u. a. zur ‚Organisation der Israeliten in Deutschland‘ (1819), zur ‚Verbesserung der sittlichen und bürgerlichen Verhältnisse der Israeliten‘ (1826), zu den Folgen der Kabinetts-Ordre vom 20. September 1836 und zur ‚Ansiedlung der Juden auf dem platten Lande‘ (1837); ferner publizierte er Predigten. Hellwitz starb 1860 in seiner Heimatstadt Beverungen.

Der 1873 in Soest geborene Julius Cohen, Sohn des Bernhard Cohen und Urenkel des Geseker Rabbiners Hirsch Cohen, legte nach dem Besuch der jüd. Volksschule 1893 am Archigymnasium in Soest sein Abitur ab. Er studierte Philosophie und ‚Orientalia‘ in Berlin, zugleich Theologie an der ‚Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums‘. Nachdem er als Rabbinatskandidat 1896 eine Predigt in der Soester Synagoge gehalten hatte, schrieb die AZJ: „Derselbe ist der erste Rabbiner, welcher aus unserer Gemeinde hervorgeht.“ Ab 1897 war er Hilfsprediger und seit 1900 Re-

ligionslehrer der jüd. Gemeinde Berlin. 1912 wurde seine Dissertation (Universität Tübingen) publiziert.

Dr. phil. Josef Stern (geb. 1839 in Soest, gest. 1902 Frankfurt a. M.), Sohn von Herz Stern, entstammte einer seit 1700 in Soest ansässigen jüd. Familie. Nach Besuch des Soester Archigymnasiums 1848 bis 1857 sowie einem Studium mit Promotion in Bonn und Münster qualifizierte er sich zum Gymnasial-Oberlehrer in klassischer Philologie und Geschichte. Zunächst war er als Privatlehrer tätig, weil er keine staatliche Anstellung fand. Er arbeitete u. a. als Redakteur bei der ‚Neuen Badischen Landeszeitung‘ in Mannheim und als Redakteur der ‚Frankfurter Zeitung‘ in Frankfurt. 1882 bis 1885 war er Mitglied des preuß. Landtags und als Gegner Bismarcks mehrfach inhaftiert, im Kulturkampf unterstützte er die kath. Seite.

Dr. rer. pol. Ernst F. Sommer, 1903 in Soest geboren, legte 1922 am Archigymnasium das Abitur ab und wurde in Hamburg promoviert. Bis 1933 arbeitete er für den ‚Hamburger Anzeiger‘. Er emigrierte 1939 über Kuba in die USA, wo er in den 1960er Jahren ein Schmelzwerk zur Rückgewinnung von Rohstoffen aus alten Flugzeugen gründete.

2.3.3 Mitglieder der Soester Stadtverordnetenversammlung waren: 1841 bis 1843 und 1856 Levi Lazarus Hellwitz, 1847/48 Meyer Stern, 1859 und 1861 bis 1870 Dr. med. Robert Marcus, 1869 bis 1871 Philipp Stern, 1873 bis 1879 Eduard Stern, 1882 bis 1919 Bernhard Stern und 1919 bis 1921 Sally Neukamp (DDP). Für die Kommunalwahlen am 12. März 1933 kandidierten Dr. Rudolf Löwenstein und Dr. Julius Oppenheimer für die ‚Überparteiliche Bürgervereinigung‘ bzw. für die ‚Nationale Bürgervereinigung‘. Lotte Cohen (1910–2001) war 1926 aktiv beteiligt am Reichstreffen des rechtsgerichteten ‚Vereins für das Deutschtum im Ausland‘ (VDA) gemeinsam u. a. mit Hanna Le Platoni, Tochter eines aktiven Antisemiten. Als die Ortsgruppe Soest des VDA 1928 eine Werbewoche veranstaltete, warb neben den jüd. Geschäften Albesheim, Kaufhaus Schäfer & Co. und dem Kaufhaus Rosenbaum auch ihr Vater, Berthold Cohen, in den Schaufenstern seines Möbelgeschäftes für den Verein. Elsa (auch Else/Ilse) Albesheim (geb. 1883) war Vorstandsmitglied im ‚Vaterländischen Frauenverein‘ vom Roten Kreuz, sie legte ihr Amt im April 1933 nieder. Im selben Jahr trat Dr. Julius Oppenheimer aus dem Soester Geschichtsverein aus. Als Teilnehmer der Feldzüge von 1864, 1866 und 1871 war Bernhard Cohen jahrzehntelang im Vorstand des Soester Kriegervereins. Mitglied war auch der Metzger und Synagogendiener Joseph Hergershausen. Der langjährige Vorsteher der jüd. Gemeinde, Vorstandsmitglied des ‚Israelitischen Altersheims‘ in Unna und des ‚Verbandes der Synagogengemeinden Westfalens‘, Siegmund Goldschmidt (gest. 1937), war nach einem Bericht im ‚Israelitischen Familienblatt‘ 1929 „seit langem ... als Bezirksarmenpfleger im Dienste des städtischen Wohlfahrtsamtes tätig“.

3.1 Die Betstube aus dem 18. Jh. im Haus von Jakob Stern (Thomästr. 22) war nach einer Beschreibung von 1819 etwa 16 m² groß. Darin befanden sich elf Pulte und zwei Bänke, der Betraum der Frauen maß ungefähr 4 m². Der 1821/22 errichtete Synagogenneubau (Osthofenstr. 50 und 52), war nach einer Beschreibung im ‚Israelitischen Familienblatt‘ von 1929 im „vorwestfälischen Stile“ erbaut. Das schlichte Massivhaus mit Satteldach lag zurückgesetzt hinter einem Vorgarten und bot Platz für rund 200 Personen. 1882 wurde die Synagoge renoviert und durch einen Anbau auf etwa die doppelte Fläche erweitert. Hinter dem schlichten Äußeren des Gebäudes verbarg sich ein aufwendig gestalteter Innenraum mit zahlreichen Verzierungen; Beschreibung bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 576. 1929 wurde die Synagoge unter Leitung des Architekten Schultze aus Dortmund erneut renoviert. An die 1938 niedergebrannte Synagoge erinnert eine Gedenktafel am Nachfolgebau.

Zusammen mit der Synagoge wurde 1822 eine Schule mit Lehrerwohnung errichtet, sie war Mitte des 19. Jh. bereits zu klein und auch baufällig. Das Schulhaus wurde 1858

durch einen ca. 10 mal 7 m großen Massivbau mit einem 42 m² großen Schulzimmer ersetzt. Eine zunächst darin untergebrachte Lehrerwohnung bestand 1913 nicht mehr. Das Schulgebäude wurde 1938 mit der Synagoge niedergebrannt.

3.2 Das Haus Thomaestr. 22 mit der Betstube befand sich seit 1701 im Besitz der Familie Stern. Im 18. Jh. wohnten Juden in Soest überwiegend in den Stadtvierteln Osthofe und Thomähofe. Details zu Wohn- und Geschäftshäusern jüd. Familien zu Beginn des 20. Jh. bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 579f.

3.3 Ein jüd. Friedhof in Soest wird erstmals 1586 im Ratsprotokoll erwähnt. Als Soester Juden 1652 um einen Begräbnisplatz baten, beschloss der Rat, ihnen als Bewohner und Schutzbefohlene der Stadt einen Platz vor dem Grandweger Tor, von alters her „Judden kerckhoff“ genannt, zuzuweisen. Dieser ungefähr 580 m² große jüd. Friedhof bestand wahrscheinlich schon im 14. Jh. und lag nach dem Urkataster von 1827 etwa 600 Meter südöstlich der Altstadt nahe der heutigen Kreuzung Niederbergheimer Straße/Rigaring. 1798 wurde das Areal durch Ankauf eines benachbarten Grundstückes auf 800 m² erweitert, das der Soester Schutzjude Marcus Elias erworben hatte. Seit 1820 plante die Gemeinde den Ankauf eines größeren und ruhiger gelegenen Grundstückes, war dazu aber finanziell nicht in der Lage. Die Situation der Gemeinde besserte sich, als 1827 der wohlhabende Prediger und Obervorsteher Levi Lazarus Hellwitz nach Soest zog. 1832 erwarb er einen ca. 2000 m² großen Garten vor dem Osthofentor, ein Jahr später beantragte die Gemeinde die Nutzung als Friedhof. 1833 weihte der Briloner Landrabbiner Josef Abraham Friedländer den neuen Begräbnisplatz anlässlich einer Bestattung ein. Der alte Friedhof musste zur Verbreiterung und Befestigung des Weges nach Niederbergheim aufgegeben werden, 1854 verkaufte ihn die Synagogengemeinde an die Stadt Soest. Das Gelände wurde mit Erde aufgefüllt und verschwand unter der Trasse, obwohl der in Soest geborene Marcus Elias, dessen Eltern dort begraben waren, mehrmals – zusammen mit Hellwitz und Wolff – dagegen protestiert hatte. Die von Marcus vorgeschlagene Übertragung der Grabsteine auf den neuen Friedhof kam offenbar nicht zustande. Der neue jüd. Friedhof am Nottebohmweg 35, gegenüber dem städtischen Osthofenfriedhof, umfasst heute 3157 m². Bei einem Großangriff auf Soest 1944 wurde er durch Bomben schwer beschädigt. Nach 1945 wurde zweimal versucht, den Friedhof wiederherzustellen. Inwieweit die Aufstellung der noch vorhandenen 182 Grabmale dem ursprünglichen Zustand entspricht, ist ungewiss. Zwischen 1988 und 1992 erfolgte eine Fotodokumentation aller Grabsteine durch Andreas Hemstege. Nur ein Teil der Fläche ist belegt, auf einem nicht genutzten Teil wurde 1988 von der Stadt ein Gedenkstein aufgestellt. Seit 2005 erfolgen dort wieder Bestattungen. 1996 wurde der Friedhof in die Denkmalliste der Stadt Soest aufgenommen. 2015 wurde vom Soester Geschichtsverein ein Gedenkstein für die unbestattet gebliebenen Soester Juden auf dem jüd. Friedhof aufgestellt.

4.1 CAHJP, Jerusalem D/So2, Nr. 1–14; G5/2873 u. G5/2872 (Mikrofilm im StadtA Soest). – CJA Berlin, 1,75 A Jüdische Gemeinden. – Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz, Berlin, Rep. 34, 203/3076; 203/3077, Pakete 1, 2, 3 und 7. – KreisA Soest, Landratsamt Soest 132, 133; B 50; Altkreis Soest 327–906, 3034, 3817, 4590. Ohne Nr.: 206 Kennkarten von im Altkreis Soest geborenen Personen; Kreisausschuss Soest 40. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), P 10, Nr. 36, 37, 50. – StadtA Soest, u. a. A 1199–1209, 3945–3962; B X g, Nr. 1–11, B XX i 70 Nr. 1–3; C 1155, 1664–1666, 1887, 1889, 2116, 4420, 4513; D 458–468, 778, 1283, 1698; Ea 6040; Abt. P 51, 153. – Standesamt der Stadt Soest, Personenstandsunterlagen.

4.2 Judendarstellungen von etwa 1225 finden sich auf Fresken im Chor sowie auf einem Medaillon in der Soester Hohnkirche (St. Maria zur Höhe). Fotos im Israeli-

tischen Familienblatt von: Ilse Albesheim <1.8.1929>, Bernhard Cohen <15.10.1925> und Sanitätsrat Dr. Felix Sommer <25.3.1926> sowie des Ordensträgers Bernhard Cohen in: Der Schild <15.5.1925>. StadtA Soest, Bildarchiv: Soester jüd. Personen und Familien. Dort befindet sich auch die Fotodokumentation aller Grabsteine durch Andreas Hemstege, die in BROCKE, Der jüdische Friedhof, abgedruckt wurden. Fotos von Synagoge, Friedhof und Häusern bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 610–614; weiteres Foto der Synagoge in BROCKE, Feuer an dein Heiligtum, 501. Siegel der Synagogengemeinde von 1841 im StadtA Soest, abgedruckt in EHBRECHT/SIEKMANN/TIPPACH, Soest, 17. Ein Heidenheimsches und ein Vogelsteinsches Gebetbuch (vor seiner Deportation übergab Siegfried Ruhstadt sie Pastor Wilhelm Jansen) von 1842 bzw. 1894 mit handschriftl. Personenstandsanmerkungen verwahrt das StadtA Soest; abgebildet in: BROCKE, Der jüdische Friedhof in Soest 228ff.

4.3 AZJ <7.7.1851, 16.10.1877, 6.9.1895, 24.4.1896, 2.6.1899>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 2–46 <1829–1911/1913>. – BRILLING, Bernhard, Urkundliche Nachweise über die ersten Ansiedlungen der Juden in den westfälischen Städten des Mittelalters (bis 1350). In: WF 12 <1959> 142–161. – CV-Zeitung <1.1.1926>. – Der Schild <1925, 1926, 1927, 1929, 1932, 1937>. – Führer durch die jüd. Wohlstandspflege <1928> 89. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1909> 72, <1911> 82, <1913> 92, <1924/25> 63, 1932/33> 167. – Inventar des Stadtarchivs Soest. Bestand A: 1166 bis Ende des 18. Jahrhunderts bearb. von Wilhelm KOHL mit einem Beitrag von Gerhard KÖHN (= Inventare der nichtstaatlichen Archive Westfalens, NF 9) <Münster 1983>. – Inventar des Stadtarchivs Soest. Bestand B: Akten der Stadtverwaltung Soest ca. 1750 bis ca. 1870 [Ms. im StadtA Soest]. – Inventarverzeichnisse des Stadtarchivs Soest. Abt. C: Akten der Stadtverwaltung Soest ca. 1870 bis ca. 1933, bearb. von Gerhard KÖHN (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Soest 9) <Soest 1980>. – Inventarverzeichnisse des Stadtarchivs Soest. Abt. D: Akten der Stadtverwaltung Soest ca. 1933 bis ca. 1950, bearb. von Gerhard KÖHN (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Soest 10) <Soest 1980>. – Israelitisches Familienblatt <1903, 1924, 1929, 1930, 1932, 1934>. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 54. – TÄUBLER Eugen, Akteninventar der Synagogen-Gemeinde Soest. In: Mitteilungen des Gesamtarchivs der Deutschen Juden 3 <1911/12> 26–54.

4.4 ASCHOFF Diethard, Neues zur Geschichte der Soester Juden im Mittelalter. In: KÖHN Gerhard (Hg.), Soest – Stadt, Territorium, Reich. Festschrift zum 100jährigen Bestehen des Vereins für Geschichte und Heimatpflege Soest <Soest 1981> 501–518. – ASCHOFF Diethard, Die Juden im Herzogtum Westfalen im Mittelalter mit besonderer Berücksichtigung ihres Vororts Soest. In: Soester Zeitschrift 121 <2009> 35–58. – BROCKE Michael unter Mitarbeit von SCHORZMANN Regina, HÜTTENMEISTER Nathanja und HEMSTEGE Andreas, Der jüdische Friedhof in Soest. Eine Dokumentation in Text und Bild (= Soester Beiträge 50) <Soest 1993>. – BUSS Wilfried, Sosatia Judaica. Ein Beitrag zur Geschichte der Juden in Soest. Staatsexamensarbeit <PH Dortmund 1971> [im StadtA Soest]. – DERS.: Der alte Soester Judenfriedhof. In: Soester Zeitschrift 84 <1972> 111–114. – EHBRECHT Wilfried/SIEKMANN Mechthild/TIPPACH Thomas, Historischer Atlas westfälischer Städte. Band 7: Soest (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, NF 30) <Münster 2016>. – KATZENSTEIN Sally, Die Synagogengemeinde zu Soest. In: Soester Heimatkalender <1930> 60–62. – KÖHN Gerhard, Die Verfolgung der jüdischen Mitbürger in Soest während des Dritten Reiches. Eine Dokumentation (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Soest 8) <Soest 1979>. – DERS., Fragen an unsere Soester Geschichte. In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Heimatpflege Soest 11 <1985> 5–12. – DERS., Juden in Soest. 9. November 1938. Informationen zu einer Ausstellung im Stadtarchiv

Soest vom 1. Juli 1988 bis zum 20. Mai 1989 zur Erinnerung an die Zerstörung der Synagoge und der jüdischen Schule durch die Nazis in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938. <Soest 1988> [im StadtA Soest]. – DERS., Die Soester Opfer der Judenverfolgung im Dritten Reich. Zur Erinnerung an die Deportationen vor 50 Jahren. In: Soester Zeitschrift 104 <1992> 84–139. – DERS., In Soest geborene Juden zu Gast in unserer Stadt. In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Heimatpflege Soest 22 <1992> 12–15. – DERS. unter Mitarbeit von ELBERT Dirk, Die jüdische Gemeinde Soest. Ihre Mitglieder von 1700 bis zur Vertreibung und Ermordung im Dritten Reich. In: BROCKE, Der jüdische Friedhof in Soest, 221–288. – KÖHN Gerhard, Soest in alten Bildern 4. Soest 1919–1939, Teilbd. 1 <Soest 2003> Teilbd. 2 <Soest 2006>. – DERS., Wiedergutmachung für Verfolgte des Nationalsozialismus, aufgezeigt an einigen Beispielen aus Soest. In: MAAS-STEINHOFF Ilse, Nachkriegszeit in Soest (= Soester Beiträge 60) <Soest 2011> 227–267, bes. 230–237. – KÖHN Gerhard/SASSE-VOSWINCKEL Ulrike, Jüdische Nachbarn in Soest bis 1942. Ein Stadtrundgang <Stadtarchiv Soest 2001>. – LAURENCE Alfred E., Zwei alte Soester Portraits [Süßkind Stern (1610–1687) und Jonathan Eybeschütz (1690–1764)]. In: Soester Zeitschrift 83 <1971> 101–108. – DERS., Dr. Josef Stern (1839–1902). Ein vergessener Soester „Berufsverbrecher“. In: Soester Zeitschrift 85 <1973> 105–111. – MAAS-STEINHOFF Ilse, Zur Solidarität mit verfolgten Juden während der NS-Zeit. Das Flüchtlingsnetzwerk um die Soesterin Luise Meier. In: Soester Zeitschrift 116 <2004> 169–189. – RIES Rotraud, Ein ambivalentes Verhältnis: Soest und seine Juden in der frühen Neuzeit. In: WIDDER Ellen in Verbindung mit EHBRECHT Wilfried und KÖHN Gerhard (Hg.), Soest. Geschichte der Stadt 3: Zwischen Bürgerstolz und Fürstenstaat. Soest in der frühen Neuzeit (= Soester Beiträge 54) <Soest 1995> 549–635. – VOGELER Eduard, Einiges über die rechtliche und soziale Stellung der Soester Juden in alter Zeit. In: Zeitschrift des Vereins für die Geschichte von Soest und der Börde 1 <1881/82> 69–77.

Gerhard Köhn †

SUNDERN-Stockum

1.1 Stadt Sundern, Ortsteil Stockum, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der neuen Stadt Sundern.

1855 wurde ein Synagogenzirkel für die im Kr. Arnsberg lebenden Juden eingerichtet. Dazu gehörten neben den Städten Arnsberg, Neheim und Warstein auch die Ämter Balve, Freienohl (mit Grevenstein, beide heute Stadt Meschede), Hüsten (mit dem heute zu Sundern gehörenden Hachen) und Allendorf bzw. Sundern (mit Allendorf, Endorf, Enkhausen, Hagen, Hellefeld, Stockum, Sundern). Der Hauptgemeinde Arnsberg waren Neheim, Hüsten (mit Hachen) und Warstein als eigenständige Untergemeinden zugeordnet. Balve und Stockum gehörten zur Hauptgemeinde, verfügten aber zeitweise über eigene Betstuben.

2.1.1 Für die Freiheit Sundern wird 1691 ein nicht vergeleiteter Jude erwähnt, der dort Handel trieb. 1704 wird die seit neun Jahren in der Freiheit lebende Familie des unvergeleiteten Händlers Isaac Aaron genannt. Bei einer Prüfung konnte er 1703 ledig-

lich ein Interimsgeleit von 1695 vorweisen, er zahlte aber jährlich seinen Anteil von 2 bis 3 Rtlr. an den landesherrlichen Tributen. Sein Vermögen wurde auf 20 bis 30 Rtlr. geschätzt, es galt damit als ‚gering‘. Im südlich von Sundern gelegenen Stockum wurden vor 1800 offenbar alle Ansiedlungsversuche erfolgreich verhindert. Zwar erschien 1735 vor dem Stockumer Richter Friedrich Ferdinand Stellingwerff ein Jude aus Hallenberg, der eine landesherrliche Erlaubnis zum Zuzug präsentierte, zwei Jahre später hatte er aber immer noch keine Unterkunft finden können. In Hachen – nördlich von Sundern an der Röhr gelegen – lebte 1715 zeitweise ein Jude namens Grüneberg mit seiner Familie. 1737/38 wohnten keine Juden in Hachen, gleichwohl gab es Beschwerden, dass Juden aus Hüsten mit ihren Knechten „zum verderb der wollenwebers“ in Hachen hausieren würden.

2.1.2 Nach 1836 kam es in Stockum zu einer dauerhafteren Ansiedlung einzelner jüd. Familien. Zunächst ließ sich der Handelsmann Markus Schnellenberg aus Padberg (heute ein Ortsteil von Marsberg) mit seiner Ehefrau Bertha (Bernardine) geb. Steinberg, seinem Bruder Joseph und seinem Cousin Philipp Rosenbaum nieder; Joseph siedelte 1841 nach Hellefeld über. 1838 weigerte sich Markus Schnellenberg aus religiösen Gründen, seinen Anteil an der Beköstigung des Dorfschweinehirten zu übernehmen. Der Landrat ließ den Einwand nicht gelten, da der Schweinehirt zugleich Nachtwächter war und so auch Schnellenberg von seiner Arbeit profitierte. Um 1840 kamen der jüd. Handelsmann Leser Neheimer aus Lenhausen, seine aus Meinerzhagen stammende Frau sowie deren Vater Alexander Keller (1775–1859) nach Stockum. Neheimer mietete zunächst das Haus Nr. 10 (heute Stockumer Str. 24), 1852 zog er ins Haus Nr. 5 (heute Bachstr. 6). 1846 wurden Leser Neheimer und Markus Schnellenberg als selbständig tätige Juden in Stockum verzeichnet. Markus Schnellenberg wohnte bis 1845 im Haus Nr. 27 (heute Markt 8) zur Miete, 1845 kaufte er das Gebäude Nr. 8 (heute Stockumer Str. 21); 1848 wohnte dort auch sein Cousin Philipp Rosenbaum. 1855/56 zog Schnellenberg mit seiner Frau und sieben Kindern nach Neheim. Herz Neheimer, der Sohn von Leser, heiratete Anfang der 1870er Jahre Julie Caroline Frank aus Allendorf, aus der Ehe gingen drei Kinder hervor. Nachdem die Familie zunächst im Haus des Vaters gewohnt hatte, zog sie 1872/73 nach Siegen. Mit dem Tod von Leser Neheimer 1888 erlosch die jüd. Gemeinschaft in Stockum.

In Hachen lebten Anfang des 19. Jh. zwei Familien namens Grüneberg, zum einen die des Krämers Moses Grüneberg (geb. um 1775, Parzelle 329, heute Bahnhofstr. 2), dessen Söhne Levi und Bernhard dort ebenfalls Familien gründeten, zum anderen die des Moises Grüneberg, dessen Sohn Jacob mit Frau und elf Kindern bis etwa 1900 dort ansässig blieb (Parzelle 215, heute Hachener Str. 49). Auch Moses, der Sohn von Jacob, lebte mit seiner Familie auf diesem Areal. 1846 waren in Hachen Levi Grüneberg und die Witwe von Moses Grüneberg als selbständig tätige Juden verzeichnet; die erblichen Familiennamen hatten sie bereits zuvor geführt. Zwischen 1880/81 und 1907 lebte auf der Parzelle 205 (Hachener Str. 44) die Familie David Grüneberg, deren Kinder (vier Söhne und eine Tochter) später fortzogen. Der Metzger Sally Grüneberg bewohnte seit 1908 die Parzelle 307 (Hachener Str. 61), in einem Anbau am Wohnhaus schlachtete er; die Familie war noch in der NS-Zeit dort ansässig. Außerdem lebte in Hachen seit 1851 der Spezereienhändler Herz Stern mit Familie, seit 1878 war dessen Sohn Bernhard Eigentümer der Parzelle 148 (Hachener Str. 39). 1897 wurden bei Moses Grüneberg Fensterscheiben eingeschlagen.

In der Freiheit Sundern wurde 1846 Abraham Amant als selbständig tätiger Jude verzeichnet, den erblichen Familiennamen hat er 1808/09 angenommen oder bereits zuvor geführt. Seit 1852 wohnte der Jude Heinemann Neheimer mit seiner Frau Jette Rosengarten und Sohn in Sundern im Haus Nr. 85 bzw. 54 (heute Hauptstraße), der Schlachter Levi Stern seit Mitte der 1850er Jahre im Haus Nr. 55 (heute Bergstr. 3). 1864 zog der Metzger Moses Klein von (Sundern-) Hagen nach Sundern und baute

mit seinem Sohn Levi eine gutgehende Metzgerei auf. Dafür erwarben sie ein Haus, in dem sie Verkaufsraum und Wurstküche einrichteten, zudem bauten sie ein Kühl- und Schlachthaus. Die jüd. Familie Klein flaggte wie ihre christl. Mitbewohner an kath. Feiertagen. Die Familie des Salomon Katz lebte von 1870 bis 1872 in Sundern, dann zog sie nach Allendorf.

In weiteren Ortsteilen der heutigen Stadt Sundern wohnten seit dem 19. Jh. Juden. In Allendorf versuchte sich 1828 vergeblich Levi Klein aus Lenhausen anzusiedeln. Seinen Antrag auf „Anlegung eines Handels Etablißements zu Allendorf“ lehnte der Landrat mit der Begründung ab, dass dies nur im jeweiligen Wohnort erlaubt sei, er müsse deshalb zunächst in Allendorf das Bürgerrecht erwerben. 1837 gab sein Sohn, Joseph Klein aus Lenhausen, als Grund für den erneut erwogenen Umzug nach Allendorf an, in Lenhausen gebe es bereits viele Juden, die sich zumeist vom Handel ernährten und denen das Hausieren verboten sei. Joseph Klein (verheiratet mit Friederica Steinberg) ist mit seiner Familie von 1840 bis 1873 in Allendorf nachweisbar, dann zog er nach Neheim. In Allendorf lebten ferner die Familien des jüd. Handelsmannes Heinemann Klein von 1862 bis zu ihrem Umzug nach (Sundern-) Hagen 1864 und die des Metzgers Julius Stern von 1891 bis 1938. Der Krämer Samuel Frank aus Lenhausen lebte mit seiner Familie seit 1847 in Allendorf (Allendorfer Str. 15), 1867 zog er nach Siegen. Die Familie des Salomon Katz (zuvor in Sundern) lässt sich von 1872 bis 1882 in Allendorf nachweisen. Für den heutigen Ortsteil Hellefeld erhielt 1842 Joseph Schnellenberg einen Toleranzschein, obwohl der Bürgermeister die Niederlassung eines Juden für „nicht wünschenswerth“ erachtete. Er betrieb eine Manufakturwarenhandlung und nebenbei das Metzgerhandwerk. Aus seiner 1843 geschlossenen Ehe gingen sieben Kinder hervor, 1856 zog er mit seiner Familie nach Neheim. In Hagen (südlich von Stockum) lebten von 1857 bis 1859 die Familie des aus Lenhausen stammenden Sattlers Liefmann Löwenthal sowie von 1864 bis 1875 die des zuvor in Allendorf ansässigen, ebenfalls aus Lenhausen gebürtigen Handelsmannes Heinemann Klein, der später in Schwerte wohnte; ferner dessen Halbbruder Moses Klein mit Familie, der 1864 nach Sundern zog. Im heute ebenfalls zu Sundern gehörenden Endorf wohnte zwischen 1906 und 1909 Sally Rosenthal.

2.1.3 Zu Beginn der NS-Zeit lebte in Sundern die Familie Levi Klein, deren Söhne Hugo, Julius und Fritz teilweise in anderen Orten arbeiteten. Am 1. April 1933 versuchten SA-Mitglieder in Sundern, Kunden der Metzgerei Klein vom Einkauf abzuhalten, daraufhin erstatteten Levy Klein und seine Schwester Rika Anzeige bei der Ortspolizei. Während der in den folgenden Wochen fortgesetzten Boykott-Aktion wurden Kunden, die trotzdem dort einkauften, als ‚Judenknechte‘ beschimpft und ihre Namen an einem ‚schwarzen Brett‘ veröffentlicht. Von dem im April 1933 erlassenen Verbot des Schlachtens nach jüd. Ritus waren die Metzger Klein in Sundern und Stern in Allendorf betroffen. Fritz Klein kehrte nach Sundern zurück, nachdem er infolge von ‚Arisierungsmaßnahmen‘ seinen Arbeitsplatz verloren hatte. Nach Erlass der ‚Nürnberger Gesetze‘ musste die Familie ihre christl. Hausangestellte entlassen, an ihrer Stelle wurde Emma Löwenstein aus Assinghausen engagiert. Nach dem Tod von Rika Klein im April 1938 durfte ihr Leichnam nicht mit dem Totenwagen transportiert werden, er musste auf einem Leiterwagen zum jüd. Friedhof nach Stockum gebracht werden. Am 10. Nov. 1938 richteten sich die Ausschreitungen Sunderner Parteimitglieder gegen Levi Klein, seine Söhne Hugo und Fritz sowie gegen die Hausangestellte. Fensterscheiben und Mobiliar wurden zerstört, die Metzgerei verwüstet. Die verhafteten Levi Klein und Emma Löwenstein wurden am Abend aus der Sunderner Polizeiwache entlassen, konfiszierte Wertsachen erhielt Levi Klein einen Tag später gegen Quittung zurück. Seine ebenfalls verhafteten Söhne Hugo und Fritz wurden am 28. Nov. 1938 aus dem KZ Sachsenhausen freigelassen, weil ihr Bruder Julius Ausreisepapiere für sie vorlegen konnte. Levi Klein wurde im Okt. 1939 und erneut im Aug.

1941 vom Regierungspräsidenten aufgefordert, seinen „gewerblichen Betrieb“ samt Grundstück „zu veräußern“. Eine im Sept. 1939 durchgeführte Durchsuchung seiner Wohnung nach ‚Hamsterwaren‘ blieb ergebnislos. Das Kraftfahrzeug von Bernhard Funke wurde stillgelegt, weil er Hugo Klein von Schmallenberg nach Sundern mitgenommen hatte. Hugo Klein leistete von 1939 bis 1941 Zwangsarbeit in einer Fabrik in Neheim. Im Juni 1942 mussten Levi Klein (nach Abschluss eines ‚Heimeinkaufvertrags‘), Hugo Klein und dessen Frau Emma in ein Barackenlager in Neheim-Hüsten (Im Ohl 79) ziehen. Levi Klein wurde im Juli 1942 über Dortmund ins Ghetto Theresienstadt verbracht, Hugo und Emma Klein Anfang März 1943 ins KZ Auschwitz, Fritz Klein wurde von Frankreich aus deportiert. Lediglich Julius Klein konnte durch die Emigration in die USA sein Leben retten.

In Hachen lebte 1933 Sally Grüneberg (gest. 1940) mit seiner Familie. Er betrieb mit seinem Sohn Arthur im Wohn- und Geschäftshaus an der Hachener Hauptstraße eine Metzgerei. 1937 nahmen die Schwestern Ruth, Helene und Else Grüneberg noch am Erntedankumzug in Hachen teil. Im selben Jahr emigrierte Arthur Grüneberg in die USA, Irene und Helene Grüneberg gingen 1938 nach England. Am 10. Nov. 1938 zerstörte die SA die Wohn- und Geschäftsräume der Familie Grüneberg. 1942/43 wurden die letzten Juden aus Hachen deportiert, darunter die Witwe Emma Grüneberg mit ihren Kindern Ruth und Herbert sowie zwei bei ihr lebenden Neffen. In Allendorf wohnte 1933 die Witwe Adele Stern mit ihrer Tochter Hilde. Adele hatte von ihrem Stiefsohn Louis die Metzgerei übernommen (Allendorf Nr. 40, heute Allendorfer Str. 67). 1938 schloss die Metzgerei nach Androhung des Entzugs des Fleischkontingents. Adele Stern zog zu ihrer Tochter, die nach Arnsberg-Oeventrop geheiratet hatte.

2.1.4 Zum Gedenken an die während des NS-Regimes umgekommenen Mitglieder der Sunderner Familie Klein wurde 1982 auf dem Stockumer Friedhof ein Gedenkstein errichtet, der von Julius Klein aus Los Angeles gestiftet worden war. Im selben Jahr ließ die Stadt Sundern eine Gedenktafel am Haus der Familie Klein, (Hauptstr. 58, heute Nr. 108) anbringen, die kurz darauf gestohlen wurde, von der Stadt aber ersetzt wurde. Hinter der Türverkleidung des Hauses von Metzger Sally Grüneberg wurde nach 1945 eine Mesusa gefunden.

2.2.1 In der Freiheit Sundern lebte 1704 eine jüd. Familie, eine weitere 1780 in Stockum. 1858 lebten in Sundern sechs Juden. 1871 waren von 1038 Einwohnern 1023 kath., zwei ev. und neun jüd. Glaubens, vier gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 1269 Einwohnern 1258 kath., sechs ev. und fünf jüd. Glaubens; 1925 waren von 2684 Einwohnern 2565 kath., 115 ev. und vier jüd. Glaubens. In Stockum lebten 1843 acht und 1858 vier Juden; 1871 waren von 615 Einwohnern 611 kath. und vier jüd. Glaubens; 1932/33 lebte dort eine jüd. Familie.

In folgenden heutigen Ortsteilen von Sundern sind jüd. Einwohner nachgewiesen: In Hachen lebten 1843 zehn Juden, 1858 waren es 24. Im Jahr 1871 waren von 662 Einwohnern 633 kath. und 29 jüd. Glaubens, 1895 von 648 Einwohnern 632 kath., einer ev. und 15 jüd. Glaubens. 1925 waren von 965 Einwohnern 927 kath., 30 ev. und acht jüd. Glaubens. In Allendorf lebten 1843 fünf Juden, 1858 waren es 15. Im Jahr 1871 waren von 732 Einwohnern 716 kath., sechs ev. und zehn jüd. Glaubens; 1895 waren von 660 Einwohnern 648 kath., sieben ev. und fünf jüd. Glaubens; 1925 waren von 660 Einwohnern 633 kath., 25 ev. und zwei jüd. Glaubens. Für Endorf lässt sich zwischen 1906 und 1909 eine Jüdin nachweisen. Für Enkhausen ist 1840 ein jüd. Einwohner nachgewiesen. In Hagen lebten 1858 sechs Juden; 1871 waren von 445 Einwohnern 441 kath. und vier jüd. Glaubens. In Hellefeld lebten 1843 zwei Juden.

Für die Neuordnung der Synagogenbezirke wurde 1842 seitens der Regierung Arnsberg die Einrichtung des Synagogenbezirks Allendorf mit insgesamt zehn Juden erwogen, zu dem auch die Juden aus Stockum gehören sollten; für die elf Hachener

Juden war eine Zuordnung zum Synagogenbezirk Neheim vorgesehen. 1847 schlug der Obervorsteher Hellwitz vor, jeweils eigene Synagogenbezirke für Stockum (mit Allendorf) und Hachen (mit Enkhausen) einzurichten. 1855 wurde eine einheitliche Synagogengemeinde für den ganzen Kreis Arnsberg eingerichtet, in der nur Neheim, Hüsten (mit Hachen) und Warstein eigenständige Untergemeinden bildeten. Ein zuvor von den jüd. Gemeinden eingebrachter Vorschlag zur Bildung eines kreisübergreifenden Synagogenbezirks (Neuenrade, Werdohl und Plettenberg aus dem Kr. Altena, Lenhausen aus dem Kr. Meschede sowie Allendorf, Stockum, Hellefeld, Sundern und Hachen aus dem Kr. Arnsberg) wurde nicht umgesetzt.

2.2.2 Im Haus Nr. 22 in Stockum (heute: Zum Hafen 1) wurde in der ersten Hälfte der 1840er Jahre eine Betstube eingerichtet, die auch von den Juden der benachbarten Orte Sundern, Allendorf, Hachen, Hagen und Hellefeld besucht wurde. Dafür wurden zwei Räume in einem Anbau hinter dem Anwesen des Ackerwirts Schulte gen. Huermann angemietet. Die Betstube wurde 1843 durch den Landrat des Kreises Arnsberg, Felix von Lilien, unter der Bedingung genehmigt, dass sie nicht zu einem eigenständigen Gotteshaus ausgebaut werde. In der Betstube wurden mindestens zehn Jahre lang regelmäßig Gottesdienste gefeiert. Nach Schließung der Betstube in Stockum gingen die Juden aus Hachen in der Regel zum Gottesdienst nach Hüsten, ein Teil der Bewohner auf dem Gebiet der heutigen Stadt Sundern orientierte sich zeitweise zur Betstube in Balve.

2.2.3 Die jüd. Familien in den Orten der heutigen Stadt Sundern schickten ihre Kinder zum Unterricht in die kath. Elementarschule. Religionsunterricht und Unterweisung in hebr. Sprache wurde von den Eltern erteilt. 1843 waren in Hachen zwei jüd. Kinder im schulpflichtigen Alter. 1902 beschloss die jüd. Gemeinde Hüsten die Einrichtung einer jüd. Volksschule, die auch von Kindern aus Hachen, Sundern und Allendorf besucht wurde.

2.2.4 Vereinzelt spendeten Juden aus Stockum zwischen 1842 und 1871 für die Haindorfsche Stiftung. Der Metzger Grüneberg aus Hachen trug in den 1890er Jahren mit Spenden zum Bau der kath. Kirche in Enkhausen bei. In der Kirche findet sich deshalb in einem der Fenster ein Davidstern.

2.3.1 Als Beschneider fungierte 1844 David Aaron aus Hohenlimburg.

2.3.3 Moses Klein war 1869 Mitglied der St. Hubertus Schützenbruderschaft in Sundern. Levy, Fritz und Hugo Klein waren Mitglieder im Sportverein ‚Wacker Sundern‘ und bis zu ihrem Ausschluss 1935 auch im Schützenverein in Sundern. 1908 wurde Moses Grüneberg in den Gemeinderat von Hachen gewählt.

3.1 Die ab etwa 1843 für einige Jahre genutzte Betstube im Haus des Ackerwirts Schulte genannt Huermann in Stockum (Am Hafen 1) lag in einem hinteren Anbau des Hauptgebäudes. Bei Umbauarbeiten in den 1980er Jahren konnten Teile der einstigen Ausmalung nachgewiesen werden.

3.3 Bis 1847 wurden Juden aus Hachen auf dem jüd. Friedhof in Hüsten beigesetzt. 1846 beantragten Leser Neheimer, Markus Schnellenberg und Josef Klein aus Allendorf die Einrichtung eines Begräbnisplatzes in Stockum, da die Mitgliederzahl in der Gemeinde gestiegen sei und ein Friedhof in der näheren Umgebung fehle. Der 1847 eingerichtete jüd. Friedhof ‚Am Wenne‘ in Stockum liegt am Waldrand oberhalb der Schule und des Kommunalfriedhofs, die Grundfläche beträgt 676 m². Im März 1847 wurde der kurz nach seiner Geburt verstorbene Joseph Schnellenberg aus Stockum dort beigesetzt. 1852 wurde das Friedhofsareal von Leser Neheimer erworben, nach dem Fortzug seiner Familie 1873 verwilderte der Friedhof. Die örtliche Verwaltung ermittelte 1931 den Kaufmann Leser Neheimer in Siegen und seine Erben als Eigentümer. Während der Pogromnacht 1938 wurde die Einfriedung zerstört, Grabsteine

wurden umgestürzt. Die Spuren dieser Schändungen ließ die Gemeinde nach 1945 auf Drängen von Jettchen Grüneberg und der jüd. Gemeinde in Hagen beseitigen. Fünf Grabsteine sind erhalten, neben denen seit 1982 ein Gedenkstein für die Familie Klein steht.

4.1 LAV NRW Abt. W (Münster), Reg. Arnsberg, Schulregistratur II D Nr. 384; Kr. Brilon, Landratsamt Nr. 1651. – StadtA Sundern, Az. 38/1 und 38/4.

4.2 Fotos der Betstube und des Friedhofs in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 398f., Foto des Friedhofs in HARMANN-SCHÜTZ/BLOME-DRES, Geschichte der Juden in Sundern 99; Foto des Gedenksteins für die Familie Klein ebd. 100. Karte von Stockum mit Lage der Wohngebäude in: SENGER, Spurensuche, 352f., Lageskizze des Friedhofs ebd. 374. Fotos von Wohnhäusern jüd. Familien aus Sundern und Stockum in: Jüdisches Leben im Hochsauerlandkreis 314, 318 u. 320.

4.3 Beiblatt zum 41. Stück des Amtsblattes der Königl. Regierung <Arnsberg 1846> 6. – BRUNS, Juden im Herzogtum Westfalen 108, 117, 198, 235f., 291, 342 u. 344. – RADE Hans Jürgen, Jüdische Personenstandseinträge und Familienregister in katholischen Kirchenbüchern des Herzogtums Westfalen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. In: Beiträge zur Westfälischen Familienforschung 67 <2009>, 7–144, hier 39, 130. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 158 u. 163.

4.4 BRÜSCHKE Rudolf/FÖCKELER Norbert (Red.), Jüdisches Leben im Hochsauerland (= Hochsauerland-Schriftenreihe 3) <Schmallenberg-Fredeburg 1994>. – HARMANN-SCHÜTZ Irmgard, Der Pogrom gegen die jüdischen Familien in der Stadt Sundern. In: ARNOLDS Wolfgang (Hg.), Die „Kristallnacht“ im Sauerland, <Brilon 1988> 27–32. – HARMANN-SCHÜTZ Irmgard/BLOME-DRES Franz, Die Geschichte der Juden in Sundern. Eine geschuldete Erinnerung an die Familie Klein <Sundern 1988>. – SENGER Michael, Die Schnellenbergs – Landjuden im Sauerland. In: Rund um Röhre und Sorpe. Heimatblätter der Stadt Sundern 5 <1991> 63–68. – DERS., Spurensuche. In: BRÜSCHKE/FÖCKELER, Jüdisches Leben im Hochsauerland 289–385.

Joachim Rüffer

UNNA

1.1 Stadt Unna, Kr. Unna

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHztm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1243 Weichbild genannt, Verleihung der Stadtrechte um 1290.

Zum Synagogenbezirk Unna gehörten laut Statut von 1854/55 die Juden in der Stadt Unna, in den heute zu Unna gehörenden Gemeinden Hemmerde und Lünern, in den heute zu Fröndenberg gehörenden Gemeinden Dellwig und Langschede sowie in den später nach Dortmund eingemeindeten Gemeinden Wickede und Asseln.

2.1.1 Im späten 13. Jh. siedelten sich Juden in Unna an. Für 1304 ist im Bürgerbuch der Stadt Dortmund („Liber Civium“) ein Thilemanus eingetragen, der zuvor als Jude in Unna gelebt hatte und nach der Taufe Bürger in Dortmund geworden war. Der erste überlieferte Geleitbrief eines Juden in Unna stammt von 1336, darin erlaubte Graf

Adolf II. von der Mark dem Samuel und seiner Frau Soete sowie seinen verheirateten und unverheirateten Kindern, für acht Jahre in Unna oder anderswo in der Gft. zu wohnen, dafür war eine jährliche Abgabe von 6 Schillingen zu zahlen. Während dieser Zeit standen ihnen alle Rechte und Freiheiten zu, die auch andere in der Gft. Mark wohnende Juden hatten. Beim Geldverleih durfte er von jeder Mark wöchentlich drei Pf. Zinsen nehmen. Samuels Schutzbrief wurde 1348 erneuert. 1347 erhielt der Jude Saul samt Familie gegen die jährliche Abgabe von 4 Schillingen einen Schutzbrief. 1400 wohnte Moyses Peperkorn in Unna. Auf Intervention des Amtmanns von Witten erhielt er ein Geleit der Stadt Köln, um Angelegenheiten mit dem dortigen Juden Joel regeln zu können. In der ‚Schoßordnung‘ der Stadt Unna von 1419 werden in Unna lebende Juden erwähnt. Sie waren wie die anderen Einwohner verpflichtet, ihr Hab und Gut zu versteuern, die Vermögenssteuer betrug von jeder Mark ein Pfennig. 1431 zahlte Jacob 80 Gulden (zu 11 Schilling) für die Erlaubnis, fünf Jahre in Unna zu leben. Dann versiegen für mehr als ein Jh. Nachrichten über Juden in Unna.

1564 bat der in Unna lebende Nathan den Rat der Stadt Soest, nach Soest zurückkehren zu dürfen, wo er zuvor ansässig gewesen sei. 1580 wurde Salomon, der von Unna nach Kamen reisen wollte, innerhalb der Friedpfähle der Stadt Kamen vom Frohen festgesetzt. 1601 heißt es, der Rat der Stadt Unna habe einem Juden „in gleicher Weise“ ein Geleit erteilt, wie dies dem Jacob 1431 gewährt worden sei. Als 1607 Führungspersönlichkeiten der westfälischen Judenschaft wegen der angeblichen Rabbinerverschwörung von 1603 verhört wurden, werden in diesem Zusammenhang auch Levi und Isaac aus Unna erwähnt. Für die Zeit um 1630 ist ein ‚Rabbiner‘ namens Elieser Feibisch Philipp für Unna nachgewiesen, dessen Sohn wanderte gegen Ende des Jh. nach Hamburg aus.

In der zweiten Hälfte des 17. Jh. lebten in Unna sieben jüd. Familien. In einem Geleitbrief teilte Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg 1659 Rat und Bürgermeister der Stadt mit, dass er den Juden Isaac Hertigs (Hertz) unter seinen Schutz genommen habe. Hertigs erhielt die Erlaubnis, sich mindestens zehn Jahre in Unna aufzuhalten und zu „schlachten, kaufen und verkaufen, wie es anderer Orten“ im Herrschaftsbereich des Kurfürsten üblich sei, zudem dürfe er als Glasmacher tätig sein. Auch der Zinssatz bei etwaigen Geldgeschäften war festgelegt, pro Taler und Woche durfte er drei Heller verlangen. Bei Geburten, Hochzeiten und Todesfällen in seinem Haushalt war ein Goldtaler fällig. 1661 vergeleitete der Kurfürst insgesamt 47 jüd. Familien in der Gft. Mark, darunter waren aus Unna Philipp Salomons, Isaac Hertz, Meyer Salomon und ein namentlich nicht genannter Jude, die jeweils 6 Rtlr. Tribut zu zahlen hatten, ferner Moyses, „ein alter mann“. Der Rat der Stadt Unna führte mehrmals Beschwerde gegen die Ansiedlung von Juden, 1696 wehrte er sich gegen die Niederlassung von mehr als fünf bzw. sechs jüd. Familien. Nach Meinung des Rates verursachten Juden Schäden in Handel und Gewerbe; das Gemeinwesen sei durch ihre Anwesenheit „sehr erschwert“, der Handel „ruiniert“ und „ausgemergelt“. Moses Jakob, der Sohn des etwa seit den 1660er Jahren in Unna ansässigen Jakob Berndt, erhielt 1698 trotz der Einwände des Rates eine Zulassung; 1705 vergeleitete die Regierung in Kleve Jacob Jordan und 1707 Arndt Isaak Philipp für Unna. Als 1705 die Tochter des Isaac Philip beabsichtigte, mit ihrem nicht aus Unna stammenden Mann eine eigene Haushaltung zu gründen, wandte sich der Magistrat der Stadt gegen die damit verbundene Etablierung einer sechsten Familie und berief sich auf ein älteres Privileg, wonach nur vier jüd. Familien in Unna erlaubt seien. Der Beschwerde wurde jedoch erneut nicht entsprochen, die Anzahl der in Unna zu dulddenden Judenfamilien blieb unverändert bei sieben.

1730 sind für Unna die Hausväter Isaac Philip, Jacob Jordan, Arnd Isaac, Hertzog Leiffmann, Benedix und David verzeichnet. Sofern man aus der Höhe der geleisteten Beiträge auf das Vermögen schließen kann, ragte Jacob Jordan mit einer Zahlung von

40 Rtlr. deutlich heraus; zwei Jahrzehnte später hieß es über ihn, er treibe „keine Nahrung, sondern gibt andern Juden in allerhand Sachen Rath, weil er ein in denen jüdischen Gesetzen erfahrener Mann ist“. Die Generaltabelle der märkischen Judenschaft verzeichnet 1737 für Unna acht Haushalte mit insgesamt 40 Personen, wovon elf auf den Haushalt von Jacob Jordan entfielen. Die Berufsstruktur war vornehmlich durch den Geldverleih sowie durch Fell- und Textilhandel geprägt. Darüber hinaus betrieb Hertz Leiffmann eine ‚Judenherberge‘, die Söhne der Witwe David Isaac betätigten sich als Glasmacher und Moses Jacob arbeitete nicht nur im Kramhandel, sondern auch als ‚Judenpedell‘. Gesinde beschäftigten neben Jordan Moses Benedict auch Benedict Moses und Simon Horn. Ungewöhnlich erscheinen die – im Vergleich zu anderen Städten der Gft. Mark – kritischen Beurteilungen zum Verhalten der einzelnen Hausväter, die der Steuerrat nach Berlin weitergab: Bei Moses Jacob und Hertz Leiffmann wird es rundweg als „schlecht“ bezeichnet und auch Leibmann Aschar „passiret nicht zum besten“; vermutlich gab es also Spannungen zwischen diesen Juden und dem Magistrat der Stadt. Eine Tabelle vergeleiteter und unvergeleiteter Juden der Gft. Mark von 1748 verzeichnet für Unna sieben Haushalte, darin ist die Schlachtereier als häufigstes Gewerbe angegeben. Vier Jahre später registrierte die Obrigkeit 30 Juden, die sich auf sechs Haushalte verteilten. Die Vermögenswerte der Juden in Unna waren 1756 vergleichsweise bescheiden und reichten von 500 Rtlr. (Jacob Jordan) über 1200 Rtlr. (Witwe Jacob Moses) und 1300 Rtlr. (Emanuel Alexander) bis hin zu 1600 Rtlr. (Simon Marcus Horn). „Nichts im Vermögen“ hatten hingegen die beiden Gemeinbedienten, der Totengräber Moses Bendix sowie der Vorsänger Hertz Leiffmann. Da Letzterer, der über keine Konzession verfügte, allein von seinem Amt nicht leben konnte, handelte er zudem „mit Kleinigkeiten“ – obwohl den Gemeindeangestellten nach den geltenden Reglements eigene Geschäfte strikt verboten waren. In der General-Judentabelle für 1764 werden sieben Juden in Unna aufgelistet, von denen fünf ‚ordinaire Schutzjuden‘ waren: Emanuel Alexander (Schlachter und Händler), Isaac Philip (Glasmacher und seit 1740 mit der Witwe des Jacob Moses verheiratet), Moses Bendix (Schlachter und Fellhändler), Leiffmann Jordan (Pferdehändler) sowie Wulf Levi (Schlachter und Händler, mit der Witwe des Isaac Bendix verheiratet). Die Juden Cohsel Philip (Glasmacher, Schlachter und Fellhändler) und Meyer Bendix (Schlachter und Händler) waren ‚extraordinaire Schutzjuden‘. Die jeweiligen Vermögen wurden auf 700 bis 1000 Rtlr. taxiert.

Für die weiteren Jahrzehnte des 18. Jh. verzeichnete das Berliner Generalfiskalat jeweils fünf ordentliche und außerordentliche Schutzjudenfamilien. Bis 1806 erlosch ein Teil dieser Geleite – so lässt sich etwa im Haushalt des Ordinarius Leiffman Jacob Jordans keine Ansetzung eines Kindes nachweisen. Unter den Hausv Vätern, die über erbliche Rechtstitel verfügten, wurden ferner genannt: Abraham Katz (Schutzbrief von 1775), Moses Bendix (1731), Abraham Hohna (1792) und Simon Josephsohn (1796). Zur Gruppe der Extraordinarii zählten Wulff Levi (1776), der aus Hessen zugewanderte Leiffmann Salomon (1782), Bendix Jacob (1794), Meyer Simon (1797) und Aaron Josephsohn, ein Bruder Simon Josephsohns (1802). Bei Wulff Levi wurden 1779, drei Jahre nach seiner Etablierung als außerordentlicher Schutzjude, die Ansetzungsbedingungen durch den König rückwirkend geändert, auch von ihm wurde nun ein Export von Waren der Königlichen Porzellanmanufaktur Berlin im Wert von 300 Rtlr. gefordert. Da diese Summe Levis finanzielle Möglichkeiten offenbar überschritt, galt er als ‚Porcellainerestant‘, dem in der ersten Hälfte der 1780er Jahre der Schutzbrief abgenommen wurde; zur geplanten „Fortschaffung aus dem Lande“ kam es bis zum Tod Friedrichs des Großen 1786 nicht.

Leeser Jonas hielt sich Ende des 18. Jh. eineinhalb Jahre mit Wissen des Magistrats, aber ohne Aufenthaltsgenehmigung der Regierung in Unna auf. Als dies die Domänenkammer in Hamm rügte, antwortete der Magistrat 1794, seiner Meinung nach gelte

das Verbot, „fremde Juden“ ins Land zu holen, nicht für „Künstler und Professionisten“; Leeser Jonas übe das Handwerk eines Uhrmachers aus, das für Unna von großem Nutzen sei, zudem habe er ein ansehnliches Vermögen von seiner in der Nähe von Frankfurt lebenden Mutter zu erwarten. 1796 waren 31 Juden, darunter vier Ordinarii, drei Extraordinarii und ein ‚publiquer Bedienter‘ in Unna ansässig. 1801 lebten in Unna einschließlich der Hausangestellten und Kinder etwa 40 Juden, die insgesamt 152 Rtlr. jährlich an Schutzgeld zu zahlen hatten.

2.1.2 1805 ließen sich die Unnaer Juden Simon Gustav Josephson und Carl Aron Josephson (Söhne des Joseph Meyer in Hennen) mit ihren Frauen und den insgesamt sieben Kindern ev. taufen, beide legten anschließend den Bürgereid ab. Aus diesen Familien gingen mehrere ev. Pfarrer sowie der Greifswalder Theologieprofessor Hermann Cremer hervor. 1815 wurden die neun jüd. Familienvorstände erneut aufgefordert, feste Familiennamen anzunehmen. Ihre Namen behielten Jachael Dreyfus, Salomon Leiffmann, Simon Rosenberg, Samuel Salomon und Meyer Simon, neue Namen wurden angenommen von Baruch Wolf (künftig Baruch Sternberg), Bendix Jacob (Bendix Kauffmann), Moises Herz (Moses Hirsch) und Abraham Hohna (Abraham Löhnberg). 1818 heißt es in der Antwort der städtischen Verwaltung auf eine Umfrage, es seien zehn jüd. Familien sowie zwei unverheiratete Juden ansässig. Fünf Familien wohnten seit zwei bis drei Jahrzehnten in Unna, die übrigen seien „während der Fremdherrschaft“ zugezogen. Den meisten Geschäftsverkehr mit Christen hätten der Pferdehändler Meier Simon sowie Leifmann Salomon, das Benehmen beider sei untadelig. Mit wenigen Ausnahmen seien die Juden „eher arm als reich zu nennen“, und das Vermögen der meisten „nicht einmal mittelmäßig“. 1821 lebten zwölf jüd. Familien in der Stadt. In den 1830er Jahren sind Moses Meier, Simon Meier, Simon Rosenberg und Salomon Samuel als Pferdehändler aufgeführt, ferner Jachiel Dreifuss, Jakob Steinweg und David Meyer mit einer Spezereiwarenhandlung. Mit dem Gesetz von 1845 wurden die Juden ein drittes Mal zur Annahme fester Namen aufgefordert. Von den 18 Familienvorständen wählten 1846 drei einen neuen Namen: die Handelsmänner Meyer David (fortan Rosenhoff), Salomon Samuel (Salomon Samson) und Joseph Markus (Weinberg). Von den 18 Familienvorständen waren Jachiel Dreifuß, Jacob Falkenstein, Samuel Kerb und Simon Kronenberg als Kaufmänner tätig, als Handelsmann geführt wurden David Kaufmann, Leeser Kronach, Moses Meyer, Meyer David (Rosenhoff), Jacob Steinweg und Joseph Markus (Weinberg), als Metzger David Löhnberg und Wolf Sternfeld, als Pferdehändler Isaac Rosenberg, Simon Rosenberg und Salomon Samson, als Sattlermeister Levi Leifmann, als Hauderer (Lohnkutscher) Aron Meyer und als Lehrer Bernhard Alsbach. In der zweiten Hälfte des 19. Jh. sind u. a. die Kaufleute Simon Marcus (1862), Abraham Reifenberg (1857) und Michael Selig (1872) nachgewiesen, ferner der Handelsmann Falk Mayberg (1873 u. 1890), der Pferdehändler Isaac Neugarten, die Viehhändler Bernhard Neubeck und Max Rosenthal, die Metzger David und Max Löhnberg, Wolf Sternfeld und Nathan Windesheim. Drei junge Männer aus Unna absolvierten im Haindorfschen Lehrerseminar eine Ausbildung zum Elementarlehrer: Moses Steinweg in der zweiten Hälfte der 1830er Jahre (seine erste Stelle trat er in Herdecke an), Isaac Steinweg Ende der 1840er Jahre (erste Stelle in Wattenscheid, 1855 in Hamm) und August Meyer bis Anfang der 1850er Jahre (anschließend in Altena).

1865 meldete die AZJ, dass der Vorstand der jüd. Gemeinde Unna den in Dellwig tätigen Pastor Friedrich v. Bodelschwingh (1831–1910) wegen seines ‚Judenaustreibungs-Artikels‘ in der Zeitschrift ‚Hausfreund‘ bei der Staatsanwaltschaft Hamm angezeigt habe. In den 1880er Jahren entfaltete ein ‚Patriotischer Verein‘ in Unna antisemitische Aktivitäten. Auf dessen Einladung hielt der Antisemit Max Liebermann von Sonnenberg aus Berlin 1884 einen Vortrag über die ‚Judenfrage‘, zu dem nur Christen Zutritt hatten. 1895 wurde der ‚Deutsche Verein‘ gegründet, der sich zum Ziel setzte,

den „überhand nehmenden Einfluss des Judentums“ zu bekämpfen. Bereits 1901 kam es zu Grabschändungen auf dem jüd. Friedhof an der Massener Straße.

Aus Unna nahmen Gustav Rosenbach und Bernard Meier am Feldzug von 1866 teil. Von den acht jüd. Soldaten im Krieg gegen Frankreich 1870/71 wurde einer zum Unteroffizier befördert und einer verwundet. Wegen ihrer Verdienste im Ersten Weltkrieg wurden der Diplomingenieur Fritz Grünewald sowie Moritz Hergershausen mit dem EK I ausgezeichnet, das EK II erhielten die beiden Unteroffiziere und Brüder Fritz und Walter Rosenberg. Zu den Kriegsgefallenen zählen Moritz Leven, Herbert Marx, Max Meyer, Ernst Rosenbaum und Otto Windesheim. Als es im Juli 1919 in Unna – wie in Dortmund, Hamm und Kamen – im Zusammenhang mit Lebensmittelunruhen zu Plünderungen kam, gingen u. a. im Geschäft des Armin Holländer eine Scheibe und ein Schaukasten zu Bruch. Holländer forderte Entschädigung von der Stadt, die seiner Meinung nach Militär zum Schutz hätte einsetzen müssen, das Gericht gab dem Kläger Recht.

Nach der Jahrhundertwende entstanden mehrere jüd. Vereine. Dem 1902 gegründeten Ortsverein ‚für jüdische Geschichte und Literatur‘ gehörten durchschnittlich 20 Mitglieder an. Geleitet wurde er von den Lehrern Mendel bzw. Buchdahl; 1911 wird er nicht mehr aufgeführt. 1909 entstand eine Ortsgruppe der noch Anfang 1936 aktiven ‚Vereinigung für das liberale Judentum‘, Mitte der 1920er Jahre ein Ableger der ‚Zionistischen Vereinigung für Deutschland‘, deren Vertrauensmann in Unna Sally Kupferschlag war.

In Hemmerde (heute Stadt Unna) lebte im letzten Jahrzehnt des 19. Jh. und auch noch 1914 die Familie des Metzgers Stern. Im benachbarten Lünern (heute ebenfalls Unna) war 1847 der Kramer und Schlachter Gumpel Hergershausen als selbstständig tätiger Jude verzeichnet; auch Ende der 1870er Jahre war diese Familie dort ansässig.

2.1.3 Anfang 1933 wohnten 156 Juden in Unna, das entsprach etwa einem Prozent der Einwohnerschaft. Bereits am 28. März 1933 gab es in Unna – wie überall im Ruhrgebiet noch vor dem reichsweiten Boykott-Tag – antisemitische Aktivitäten. Betroffen waren die Geschäfte von Armin Holländer (Massener Str.) und Otto Marx (Bahnhofstr.), potentielle Kunden wurden durch ‚Ermahnungen‘ vom Kauf abgehalten. Junge Nationalsozialisten bemalten die Schaufenster mit schwarzer Farbe, mit roter Farbe wurden Inschriften und Zeichnungen auf den Fenstern angebracht. Die ‚Aktion‘ wurde von einer Menschenmenge begleitet, insgesamt verlief sie laut ‚Hellweger Anzeiger‘ in „planmäßiger Disziplin und störungslos“. Im Juni 1933 wurden Hugo Rosenberg und Karl Marx – u. a. wegen ihrer sozialdemokratischen Tätigkeit – im KZ Bergkamen-Schönhausen inhaftiert. Nach seiner Freilassung aus dem Lager Papenburg stand Karl Marx weiterhin unter staatspolizeilicher Überwachung. Nach der ‚Arisierung‘ des väterlichen Geschäfts 1936 emigrierte er nach Brüssel, 1943 wurde er von dort nach Auschwitz deportiert. Als Folge des ‚Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‘ (7. April 1933) wurden Justizoberinspektor Emil Marcus und seine Tochter, die Referendarin Elsbeth Marcus, aus dem Justizdienst entlassen. In der ‚Übersicht über die politische Lage‘ ist für Febr. 1936 festgehalten, dass Dr. Max Mond in Unna festgenommen worden sei, da er „unter Umgehung“ der ‚Nürnberger Gesetze‘ eine arische Hausangestellte beschäftigt habe.

In ‚arischen Besitz‘ überführt wurden u. a. die Geschäfte und Immobilien von Armin Holländer, David Löhnberg, Max Löwenstein (Inh. Hedwig Löwenstein), Emil Marcus, Otto Marx, Dr. Max Mond, Clementine Rosenbaum, Margarete Weisner und Grete Weinberg, außerdem die Phönix-Elektro-Gesellschaft (Inh. Sally Kupferschlag & Julius Weinberg), der Ölhandel Josef Stiefel und die ‚Hellweger Kornbranntwein-Brennerei‘ von Julius Caspary. Als im Okt. 1938 Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit nach Polen abgeschoben wurden, gehörten zu ihnen aus Unna die Familien Birnbach, Lindenbaum, Penner und Saal (insgesamt 18 Personen) sowie

Heinrich Stegmann; ihr Eigentum wurde zwangsenteignet. Den Holocaust überlebten Manfred und Siegfried Lindenbaum, weil sie mit einem Kindertransport im Aug. 1939 von Polen nach England ausreisen durften, ferner Hannchen Penner, Josef und Leonore Saal.

In der Nacht vom 9. auf den 10. Nov. 1938 wurde in Unna die Wohnung der Familie Kupferschlag demoliert, Fenster an jüd. Wohnhäusern sowie an den verbliebenen drei jüd. Geschäften Reifenberg (Inh. Julius Brandenstein), Rosenberg und Rosenbaum wurden eingeworfen, fünf Angestellte wurden daraufhin arbeitslos. Bewohner des jüd. Altersheims wurden in Schlafanzug und Nachthemd zum Rathaus gejagt. Im Polizeigefängnis inhaftiert wurden 25 jüd. Männer, die bis zum 18. Nov. aber fast alle wieder entlassen waren. Im jüd. Altersheim wurden 15 Frauen festgesetzt, 20 Männern blieb die Inhaftierung wegen Alters oder Krankheit erspart. Ins Polizeigefängnis Dortmund überstellt wurden Fritz Weinberg, Armin Holländer, Sigmund Elkan, Edmund Müller und Arthur Schömann. Wegen laufender ‚Arisierungsverhandlungen‘ entlassen wurden Julius Brandenstein und Julius Caspary. Auch der ins KZ Sachsenhausen verbrachte Fritz Weinberg wurde – wie der Bürgermeister am 19. Nov. schrieb – „zur Abwicklung“ der Verhandlungen „dringend benötigt“. Die Synagoge in der Klosterstr. brannte als Folge einer Brandstiftung teilweise nieder, die Stadt ließ den Gebäuderest einige Tage später abreißen. Am 13. Nov. 1938 begingen unter dem Eindruck des Pogroms Justiz-Oberinspektor Emil Marcus, seine Frau und seine Tochter Selbstmord.

Mehr als 40 Juden aus Unna gelang die Flucht ins rettende Ausland. Sally Kupferschlag und die Familie Weinberg emigrierten über die Niederlande nach Großbritannien. Die Familien Löhnberg und Hanauer sowie Ruth Selig wanderten nach Palästina aus, Gerda und Werner Holländer, die Familie Dr. Max Mond, Lotte und Kurt Brandenstein in die USA, Familie Eichenwald nach Kolumbien, Rudi Isaac nach Südafrika, Edith Selig nach Australien und Georg Cohen nach Schweden. Acht Juden aus Unna wurden aus dem Deutschen Reich ausgebürgert. Die Gebäude Königstr. 8/10 (Inhaberin Margarete Weisner) und Klosterstr. 45/47 (Eigentum der Synagogengemeinde Unna) wurden zu ‚Judenhäusern‘ erklärt. Im jüd. Altersheim lebten 1941 etwa 80 Personen. Im April 1942 wurden 19 Unnaer Juden – darunter vier aus dem Altersheim sowie u. a. die Familien Elkan, Katz, Müller, Selig und Weinberg – über Dortmund ins Ghetto Zamość deportiert. Im Juli 1942 wurden mehr als 60 Bewohner des ‚Israelitischen Altersheims‘ sowie fünf weitere Personen ins Ghetto Theresienstadt transportiert. Bettlägerige Altersheimbewohner verbrachte man im Aug. 1942 in das ‚Sonderlager Schloßhofstraße‘ in Bielefeld. Dorthin kam wenige Tage später auch Margarete Weisner mit ihren Töchtern Ruth und Ellen, im Mai 1943 wurden sie nach Theresienstadt deportiert.

2.1.4 Das Ghetto Theresienstadt überlebten die Eheleute Bernhard und Sophie Isaac sowie Johanna Stern. Die Isaacs waren – wie etwa 2000 weitere Häftlinge – kurz vor Kriegsende auf Initiative der Schweiz ‚freigekauft‘ worden; Sophie Isaac starb 1945 in Zürich, ihr Mann Bernhard reiste zu seinem Sohn nach Südafrika aus. Johanna Stern (vormals Bewohnerin des Israelitischen Altersheims) ging zu ihrem Sohn nach Palästina. 1946 war in Unna die dreiköpfige jüd. Familie Handelsmann gemeldet, die vermutlich nur vorübergehend in der Stadt lebte.

1985 ließ die Stadt einen Gedenkstein für die jüd. Opfer der NS-Gewaltherrschaft am Verkehrsring (Ecke Massener Str.) in unmittelbarer Nähe zum alten jüd. Friedhof anbringen. Aus Anlass des 50. Jahrestages des Pogroms wurden 1988 zwei Gedenktafeln mit den Namen der Opfer enthüllt. Weitere Gedenktafeln wurden in den 1980er Jahren auf Initiative von Klaas Schulte-Bertschik am Gebäude der ehemaligen Synagoge und am früheren jüd. Altersheim angebracht. Mehr als 200 ‚Stolpersteine‘ sind in Unna verlegt worden, viele davon vor dem ehemaligen jüd. Altersheim, dem heutigen Bonifatius-Heim.

Jüd. Zuwanderer aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die in Unna-Massen ein neues Zuhause gefunden haben, gehörten 2003 zu den Mitbegründern des Vereins ‚Stern‘, der sich u. a. die Förderung jüd. Identität zum Ziel setzt. Die ‚Jüdische Gemeinde haKochaw für den Kreis Unna e. V.‘ ist seit etwa 2007 Mitglied der ‚Union Progressiver Juden in Deutschland‘, einem 1997 gegründeten Zusammenschluss von 22 liberalen Kultusgemeinden in der Bundesrepublik.

2.2.1 Im Jahr 1839 lebten 47 Juden in Unna, 1843 waren es 69, 1858 dann 146. 1871 waren von 6915 Einwohnern 1678 kath., 5100 ev., 131 jüd. Glaubens, sechs gehörten anderen christl. Gemeinden an, 1895 von 12 355 Einwohnern 3812 kath., 8329 ev., 213 jüd. Glaubens, einer gehörte einer anderen christl. Gemeinde an, 1925 waren von 18 594 [!] Einwohnern 5992 kath., 11 996 ev., 186 jüd. Glaubens und 111 bekenntnislos. Um 1933 lebten in Unna 156 Juden. In folgenden heutigen Stadtteilen von Unna sind Juden nachgewiesen: In Hemmerde lebten 1858 fünf Juden. 1871 waren von 1406 Einwohnern 506 kath., 899 ev. und einer jüd. Glaubens, 1895 von 1363 Einwohnern 537 kath., 819 ev. und sieben jüd. Glaubens, 1925 von 1508 [!] Einwohnern 567 kath., 837 ev., einer jüd. Glaubens und sieben bekenntnislos. In Lünern lebten 1843 sieben und 1858 vier Juden. 1871 waren von 797 Einwohnern 31 kath., 763 ev., drei jüd. Glaubens, 1895 von 986 Einwohnern 83 kath., 901 ev. und zwei jüd. Glaubens. In Massen waren 1925 von 5934 Einwohnern 1461 kath., 4266 ev., einer jüd. Glaubens und 94 bekenntnislos.

Der 1854 eingerichtete Synagogenbezirk Unna umfasste den Magistratsbezirk Unna, zu dem laut Statut von 1855 u. a. die Gemeinden Lünern und Hemmerde gehörten, die beiden heute zu Fröndenberg gehörenden Gemeinden Dellwig und Langschede sowie die heute zu Dortmund zählenden Gemeinden Wickede und Asseln. In einigen im Statut ausdrücklich genannten Orten (Billmerich, Stockum) sind keine Juden nachweisbar. Im zuvor nach Unna orientierten Frömern (heute Stadt Fröndenberg) lebten bei Einrichtung der Synagogenbezirke keine Juden mehr. Für die ersten drei Jahrzehnte des 20. Jh. werden in den ‚Handbüchern der jüdischen Gemeindeverwaltung‘ als Untergemeinden aufgeführt: Langschede (1907–1911), Asseln (1905: 21 Juden, 1924/25: 15 und 1932: 16), Dellwig (1905: 14 Juden, 1924/25: 14 und 1932: acht) und Hemmerde (1905: sieben Juden) sowie bis etwa zum Ersten Weltkrieg auch Holzwickede (1905: 15 Juden).

1890 traten die Unnaer Juden dem im selben Jahr gegründeten ‚Verband der Synagogengemeinden Westfalens‘ bei, 1905 bildeten sie eine Mitgliedsgemeinde des DIGB. 1843 hieß es, in Unna werde weder die deutsche Sprache im jüd. Gottesdienst verwendet noch werde gepredigt. Allerdings würden die Kinder nach christl. Vorbild „auf eine dem jüdischen Ritus und dem jetzigen Zeitgeiste angemessene Weise confirmirt“. 1852 wird der „schon früher durch Gesänge und deutsche Gebete ... verbesserte Gottesdienst“ erwähnt. 1930 betrug der Gemeindeetat 8000 M, der Kultusetat 4000 M und der Wohlfahrtsetat 250 Mark.

2.2.2 Ende des 18. Jh. besaß die Unnaer Judenschaft eine Betstube im Haus eines Gemeindemitglieds mit unbekannter Adresse. 1805 erwarb sie ein Gebäude am Stadtwall zwischen Hertinger Straße und Wassertor (heute Südwall 77) und richtete darin eine Synagoge ein, doch schon 1808 verkaufte sie es wieder wegen Baufälligkeit. In den folgenden Jahren wurde der Gottesdienst im Haus des Meyer Simon (heute Gürtelstr. 23) abgehalten. 1822 kam es zur Spaltung der Gemeinde: Meyer Simon kündigte der jüd. Gemeinschaft den Betraum, die Kultusgeräte reklamierten er und Simon Rosenberg jedoch für sich. Gemeinsam mit Jacob Steinweg, Samuel Salomon und einem Mann namens Lilienthal schlossen sie sich zu einer separaten – wohl liberalen – Gemeinde zusammen, die sich weiterhin im bisherigen Betsaal traf. Die restliche – vermutlich eher orthodox ausgerichtete – Judenschaft nutzte für ihre Gottesdienste

angemietete Räumlichkeiten im Haus des Bürgers Bothe. Städtische Behörden und ev. Geistliche trugen dazu bei, den Zwist unter den Juden zu beenden. 1829 kaufte die jüd. Gemeinde einen Teil des ehem. Wiegerschen Hauses an der Hertinger Str., das der Kaufmann Samuel Salomon zwei Jahre zuvor erworben hatte. 1834 ging nachträglich die Genehmigung der Berliner Behörde ein, dort Gottesdienste abhalten zu dürfen. Als die kath. Kirchengemeinde 1849 die Kapelle des ehem. St. Katharinen-Klosters in der Klosterstr. wegen eines Neubaus aufgab, kaufte die jüd. Gemeinde, die zu dem Zeitpunkt etwa 18 jüd. Familien umfasste, die Kapelle für 540 Tlr. über einen Mittelemann. Die AZJ vermutete, diese Form der Umnutzung sei ein „erstes Beispiel dieser Art“ in Westfalen. Nachdem das Generalvikariat erfahren hatte, dass die jüd. Gemeinde die neue Eigentümerin war, versuchte es, die Übergabe hinauszuzögern, willigte schließlich aber ein. Die Umbaukosten von insgesamt 2319 Tlr. brachten die Gemeindemitglieder, gestaffelt nach Vermögenslage, auf. Die jüd. Gemeinde habe bisher ihren „zeitgemäßen, theilweise deutschen Gottesdienst in dem unzeitgemäßen Lokale [Betsaal]“ verrichtet, heißt es 1849 in der AZJ. Ende 1851 wurde die neue Synagoge unter Beteiligung zahlreicher Christen eingeweiht. Den Festgottesdienst gestaltete nicht der orthodoxe Landrabbiner Sutro in Münster, zu dessen Rabbinatsbezirk Unna gehörte, sondern Rabbiner Dr. David Rothschild aus Aachen. Deutsche Gebete und Gesänge unter Posaunenbegleitung sowie Chorgesang wurden dargeboten. Noch Mitte 1935 feierte man die Einweihung einer neuen Thorarolle in der Unnaer Synagoge. In der Pogromnacht 1938 zerschlugen SA-Leute mit Eisenstangen, Äxten und Vorschlagshämmern die Inneneinrichtung der Synagoge und legten Feuer, die Feuerwehr verhinderte dessen Übergreifen auf die Nachbarhäuser. Das Innere brannte völlig aus, die Bausubstanz blieb jedoch erhalten. Anschließend fanden die Gottesdienste im Betsaal des ‚Israelitischen Altersheims für Westfalen‘ (Düppelstr. 7) statt. Dieser Raum fasste 50 Personen und wurde bis zur Deportation der letzten Unnaer Juden 1942 genutzt.

2.2.3 Privatlehrer bei Abraham Hohna waren 1801 Meier David, 1802 Jonas Levi und 1803 Samuel Meyer. Meyer Simon ließ seine Kinder 1806 von Joseph Meyer und 1808 von Samuel Perlemann privat unterrichten. 1818 heißt es noch, die Judenschaft könne einen Lehrer nicht „ordentlich saliren“. Um 1821 stellte sie dann doch einen Lehrer ein, der den Unterricht reihum in den Häusern der Gemeindemitglieder abhielt und auch dort verköstigt wurde; zudem nahm er das Amt eines Schächters und Vorsängers wahr. 1825 waren elf jüd. Kinder schulpflichtig. Seit Ende 1827 war Philipp Lichtenfels Lehrer in Unna, ab 1831 Elias Rosenberg und 1833/34 Wolff Bretzfeld. Mit Moses Rintels erhielt die jüd. Gemeinde 1839 erstmals einen im Haindorfischen Lehrerseminar in Münster ausgebildeten Lehrer, er unterrichtete in der privaten jüd. Elementarschule in Unna von 8 bis 11 und von 13 bis 15 Uhr. 1840 war – offenbar nur kurzzeitig – Jacob Mahn Kantor und Lehrer, anschließend ging er nach Körbecke. Noch im selben Jahr wurde Talon Goldberg neuer Lehrer, ihm folgte 1842 der Warendorfer Moses Hertz, der gerade seine Ausbildung beendet hatte. Ein Jahr später – in Unna gab es acht jüd. Schulkinder und in Lünern fünf – kam Wolff Cohn nach Unna. Ab 1844 war Bernhard Alsbach tätig, der 1848 noch im Amt war, ab 1857 aber in Kamen nachgewiesen ist. Mit dem Umbau der kath. Klosterkapelle zur Synagoge (1850/51) wurde in diesem Gebäude auch die jüd. private Volksschule untergebracht, die Namen der Lehrer der folgenden Jahrzehnte sind nicht bekannt. Ab 1888 war Emanuel Mendel Leiter der Schule, die der ev. Lokalschulinspektion unterstand. Dorthin kamen Kinder aus dem gesamten Synagogenbezirk Unna, u. a. aus Wickede; 1887 zählte die Schule 29 Kinder. Nach mehreren Versuchen gelang es der jüd. Gemeinde in den 1890er Jahren, als öffentliche Schule anerkannt zu werden. Um 1900 besuchten 23 Schulkinder die jüd. Volksschule, zwischen 1905 und 1913 waren es jeweils zwischen neun und zwölf. 1902 erkrankte Lehrer Emanuel Mendel, 1904 wurde

er pensioniert. Vertretungsweise übernahm Lehrer Gössel aus Kamen den Religionsunterricht, die Zusammenlegung der beiden Schulen wurde erwogen. Per Annonce suchte die jüd. Gemeinde dann doch einen neuen Lehrer für ein Anfangsgehalt von 1200 M und Wohnungsgeldzuschuss. 1905 übernahm der zuvor in Volkmarsen tätige Lehrer Felix Buchdahl die Schule, er blieb bis 1913. 1914 beschwerte sich Metzger Stern aus Hemmerde wegen der Kosten für den Religionsunterricht seines Sohnes Hugo, der zur ‚Konfirmation‘ vorbereitet wurde. 1913/14 wird Julius Buchdahl als Lehrer aufgeführt, S. Reifenberg als Handarbeitslehrerin. Als Buchdahl 1924 in den Ruhestand trat, wurde die Schule wegen Schülermangels aufgelöst. Die Kinder gingen fortan in die ev. Schulen in Unna und erhielten Religionsunterricht durch jüd. Lehrer aus anderen Gemeinden, 1924/25 unterrichtete Hugo Hermann aus Kamen zwölf Kinder. Anfang der 1930er Jahre war Siegmund Nußbaum aus Dortmund als Kultusbeamter und Religionslehrer in Unna tätig. Zum 1. Mai 1933 trat der 1908 in Nuttlar geborene und in einem religiösen Haushalt aufgewachsene Erich Jacobs seine Stelle als Kantor und Prediger in Unna an, gepflegt wurde er bei einer orthodoxen Familie, die aus Polen zugezogen war. Religionsunterricht erteilte er nicht nur in Unna, sondern auch in Schwerte, Kamen, Werl und Menden. Jacobs betreute auch die jüd. Gefangenen im Werler Gefängnis, den wegen seiner politischen Orientierung inhaftierten Karl Marx durfte er im KZ Papenburg besuchen. 1937 ging Jacobs nach Recklinghausen und gelangte 1942 nach Kuba. Am 15. Nov. 1938 wurde Ruth Weisner von der ev. Mädchenschule (heute Nicolaischule) verwiesen, bis zu deren Auflösung Mitte 1942 konnte sie die jüd. Schule in Dortmund besuchen.

2.2.4 Initiiert vom liberalen ‚Verband der Synagogengemeinden Westfalens‘ in Bielefeld, wurde 1900 in Witten der Verein ‚Israelitisches Altersheim für Westfalen‘ mit Sitz in Dortmund gegründet, dem Mitglieder aus 31 westfälischen und rheinischen Gemeinden angehörten. Der Verein beauftragte 1904 den Architekten Heinrich Robert aus Bochum mit dem Bau eines entsprechenden Gebäudes. In der Düppelstr. 7 (heute Mühlenstr.) in Unna in der Nähe des jüd. Friedhofs wurde 1905 das ‚Israelitische Altersheim für Westfalen‘ „zur Verpflegung altersschwacher und erwerbsunfähiger Glaubensgenossen, vornehmlich aus Westfalen und angrenzenden Bezirken der Rheinprovinz“ eingeweiht; die Feier gestaltete Rabbiner Dr. Coblenz aus Bielefeld mit Unterstützung des Synagogenchors. Anfänglich lebten neun Bewohner dort, 1907 waren es 16. 1911 war die Zahl auf 32, 1917 auf 37 Pflegebedürftige gestiegen. 1906 berichtete das ‚Israelitische Familienblatt‘, die Führung des Haushalts geschehe „satzungsgemäß nach ritueller Vorschrift“, überwacht werde sie von Rabbiner Dr. David aus Bochum. Die Gottesdienste in der ‚Anstalts-Synagoge‘ leitete der pensionierte Lehrer Mendel aus Unna. In den ersten zehn Jahren seines Bestehens hatte das Altersheim bereits etwa 100 Jahrzeitstiftungen – Stiftungen Verstorbener mit Auflagen – zu verzeichnen. Auf dem nahe gelegenen jüd. Friedhof war ein eigenes Gräberfeld mit einheitlich gestalteten Grabsteinen für Bewohner des Altenheims reserviert. 1930 wurde das 25-jährige Bestehen mit einem Festgottesdienst (Predigt von Rabbiner Dr. Samuel aus Essen, Rede von Rabbiner Dr. David aus Bochum) gefeiert, eine Erweiterung war geplant. Nach 1933 stieg die Zahl der Bewohner an, weil viele auswärtige Juden glaubten, dort eine sichere Zufluchtsstätte zu finden. Mitte 1936 sorgte sich der ‚Verein des Israelitischen Altersheims‘ um die weitere Finanzierung des Heims. Alle 42 Plätze waren belegt, wegen der zahlreichen Anmeldungen wurde die Aufstellung einer Baracke erwogen. 1937 gründete Emanuel Goldschmidt, Ehrenmitglied im ‚Verein israelitischer Lehrer der Rheinprovinz und Westfalen‘, anlässlich seines 70. Geburtstages einen Fonds, mit dessen Ertrag Unbemittelte im Heim gepflegt werden sollten. In der Pogromnacht 1938 wurde das Altersheim nicht zerstört, stattdessen diente es vorübergehend als Unterkunft für weibliche jüd. ‚Schutzhäftlinge‘. Mit dem Erlös aus dem Verkauf des Synagogengebäudes wurde die Ausreise eini-

ger Heimbewohner in die Niederlande organisiert, das Heim war jedoch schon bald wieder belegt. Zwei Wochen nach dem Novemberpogrom wandte sich die Oberin an das ‚Comitee voor Bejzondere Joodsche Belangen‘ in Amsterdam mit der Bitte, dieses möge sich der 42 Alten annehmen, da in Unna „binnen kurzem fast gar keine Juden mehr wohnen werden“. 1939 wurde der Trägerverein aufgelöst, das Heim unterstand nun der ‚Reichsvereinigung der Juden in Deutschland‘. Im Frühjahr 1939 wurde erwogen, die Bewohner in Baracken auf dem umgebenden Gelände unterzubringen, um eine Lehrerbildungsanstalt im Hauptgebäude unterzubringen, der Plan wurde jedoch nicht verwirklicht. Die seelsorgerische Betreuung übernahm 1941 der Dortmunder Lehrer Emanuel Goldschmidt, der selbst im Altersheim lebte, gemeinsam mit dem Dortmunder Lehrer Siegmund Nußbaum. Ende Juli 1942 wurden mehr als 60 Bewohner über Dortmund ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Im Aug. 1942 wurden die letzten sechs bettlägerigen Senioren (Abraham Baer, Henriette Baer, Helene Goldschmidt, Jakob Jakobsohn, Carl Landau und Jonas Samuel) in das ‚Alters- und Siechenheim Wickenkamp‘ in Bielefeld gebracht, das zum ‚Arbeitslager Schloßhof‘ gehörte; sie starben dort bis zum 15. Nov. durch systematische Mangelversorgung.

Geleitet wurde das Altersheim in Unna von der Eröffnung bis 1932 von der Oberin Henriette Karpes vom Berliner ‚Verein für jüdische Krankenpflegerinnen‘. Seit 1930 war sie Ehrenmitglied des Vorstandes, sie starb etwa 1935 mit 72 Jahren. Nachfolgerin war die in Emden geborene Charlotte (Lotte) Pukowsky, sie zog später nach Hamburg und wurde von dort deportiert. Nachfolgerin wurde Anfang 1941 die amerikanische Staatsangehörige Irene Kaufmann, nach Auflösung des Heims arbeitete sie für die RV in Bielefeld. 1944 konnte sie über Lissabon nach San Francisco ausreisen.

Juden in Unna unterstützten seit 1829 mehr als acht Jahrzehnte lang mit Spenden die Haindorfsche Stiftung. Laut einer Mitte des 19. Jh. eingerichteten Stiftung des Christen Rahlenbeck sollten jährlich abwechselnd die kath., ev. und jüd. Geistlichen für ein Gebet an seinem Todestag 10 Tlr. sowie einen weiteren Betrag zur Verteilung an die Armen erhalten. 1845 spendete der jüd. Geistliche den ihm ausgezahlten Betrag für die christl. Armen in der Stadt.

In der Unnaer jüd. Gemeinde wirkten ein ‚Männer-Hilfs-Verein‘, ein Frauenverein und eine um 1875 gegründete Chewra Kaddischa. Vorsteher des Männervereins war 1907 bis 1911 L. Rosenberg, er war 1907 bis 1909 auch Vorsitzender des Frauenvereins. 1911 leitete L. Calmsohn den Frauenverein, 1928 hatte er unter Vorsitz von Frau Reifenberg 18 Mitglieder. Vorsitzender der Chewra Kaddischa waren 1928 M. Wolff und 1932 Sally Kupferschlag. 1932 werden für diesen in den 1930er Jahren durchschnittlich 35 Mitglieder umfassenden Verein die Wanderfürsorge und die Bestattung als Ziele genannt. Um dem Gemeindeleben neue Impulse zur gegenseitigen Hilfe zu geben, um die Wohlfahrt, Wanderfürsorge, Jugendpflege, aber auch die „Abwehr von Angriffen gegen die jüdische Gesamtheit“ zu konzentrieren, gründete die Synagogengemeinde Unna 1930 den ‚Gemeindeverein‘. Diese Zentralisation der in Unna bestehenden jüd. Vereine gehörte zu den Aufgaben des Lehrers Siegmund Nußbaum aus Dortmund. Die Statuten sahen Kommissionen für Wohlfahrt, Jugendpflege, Friedhof, Abwehr, Kultus und für Geistiges (als Fortsetzung des vor dem Ersten Weltkrieg bestehenden Literaturvereins) vor. 1932/33 leitete der Gemeindevorsteher Kupferschlag den ‚Gemeindeverein‘.

2.3.1 Auf dem jüd. Landtag 1772 in Hamm wurde Leiffman Jordan zu einem der Assessoren (Vertreter des Landrabbiners) bestimmt. Als Bevollmächtigter des Rabbiners wird etwa für 1823 bis 1829 Nathan Lilienthal genannt. Die Gemeinde Unna gehörte in der ersten Hälfte des 19. Jh. zum Rabbinatsbezirk Münster. Nachdem sie sich dem Bezirksrabbinat Recklinghausen angeschlossen hatte, wurde Anfang 1938 dessen Rabbiner Dr. Auerbach in der Unnaer Synagoge feierlich eingeführt.

Vertreter der Unnaer Juden war seit 1714 Isaac Philips, in den 1760er Jahren Leiffmann Jordan, um 1821 Jachiel Dreyfus, 1825 und 1832/33 Simon Rosenberg, bis 1827 Meyer Simon, dann Baruch Sternfeld, 1843 Levi Leiffmann, 1844 und 1856 der Sattlermeister Leser Leiffmann. Mindestens 1905 bis 1913 bildeten S. Steinweg, L. Rosenberg und M. Löhnberg in Unna den Vorstand, Mitte der 1920er Jahre Otto Marx, Joseph Reifenberg, Moses Grünwald und Moses Sternfeld. Von 1933 bis zu seiner Emigration 1939 war Sally Kupferschlag Gemeindevorsitzender. Repräsentantenvorsteher war Mitte der 1920er Jahre Moritz Windesheim.

Als Vorsänger in Unna ist 1748 und 1751 Hertz Lieffmann dokumentiert. 1772 wurde Meyer Bendix vom Generaldirektorium als Koller bestätigt. Nach dessen Tod versah Hertz Moses dieses Amt, der jedoch über keine gültige Niederlassungserlaubnis verfügte und deshalb nach dem Willen des Berliner Generalfiskals 1785 binnen sechs Wochen „aus dem Lande geschafft“ werden sollte. Zwei Jahre später heißt es: „Ist bey der armee in holland und soll dessen retour abgewendet werden.“ 1789 hielt sich Moses wiederum in Unna auf. Schächter war um 1827 Philipp Lichtenfels. ‚Judenpedell‘ war 1737 Moses Jacob, Moses Bendix 1748 Totengräber. 1796 wird ein ‚publiquer Bedienter‘ der jüd. Gemeinde erwähnt. Synagogendiener war 1907 Heymann, 1909 bis mindestens 1913 Stegmann. Im 19. und 20. Jh. übernahmen die jeweiligen Lehrer das Kantorenamt.

2.3.2 Der 1888 in Unna geborene Wilhelm Sternfeld absolvierte nach dem Besuch der jüd. Volksschule und der Oberrealschule in Unna eine Ausbildung zum Kaufmann, 1916 trat er der SPD bei. Am Ersten Weltkrieg nahm er als Freiwilliger teil, danach arbeitete er als Journalist. 1931 zog er nach Berlin, wo er Sekretär des Soziologen und Zionisten Prof. Franz Oppenheimer wurde. Nach der Entlassung aus dem Staatsdienst im Okt. 1933 emigrierte er nach Frankreich und schrieb u. a. für die deutsche Emigrantenzeitung ‚Pariser Tageblatt‘. 1935 floh er nach Prag, wo er als Redakteur bei verschiedenen deutschsprachigen Exilzeitungen arbeitete, 1939 weiter über Polen nach England. 1940 wurde er als ‚enemy alien‘ interniert, nach der Freilassung engagierte er sich für die Unterstützung deutscher Flüchtlinge, nach Kriegsende für in Not geratene Literaten und Künstler. In den 1950er Jahren schrieb er u. a. für die in New York erscheinende jüd. Emigrantenzeitung ‚Aufbau‘. Von der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung 1955 beauftragt, arbeitete er an der Erstellung einer Bibliographie der deutschen Exilliteratur mit, die als ‚Handbuch Sternfeld-Tiedemann‘ bekannt wurde. 1973 starb Sternfeld in London.

2.3.3 1848 gelang es einem Unnaer Juden erstmals, in eine städtische Vertretung gewählt zu werden, der Gemeindevorsteher Levi Leiffmann wurde mit 35 von 42 Stimmen in der I. Wahlabteilung zum zweiten Stellvertreter bestimmt. 1872 wurde der Pferdehändler Isaac Neugarten in der III. Abteilung zum Stadtverordneten berufen. Dem langjährigen Vorstandsmitglied der Synagogengemeinde Unna, dem in den Magistrat (bis 1917) berufenen Simon Steinweg, verlieh Kaiser Wilhelm 1909 zum 80. Geburtstag den Kronenorden. Auch im 1898 gegründeten ‚Bürgerverein‘ gab es jüd. Mitglieder. Mit Moses Sternfeld wurde 1886 erstmals ein Jude Hilfsschöffe beim Amtsgericht. 1911 gehörte Siegmund Elkan dem Bürgerschützen-Verein an. Der Bankkaufmann Sally Steinweg aus Unna war Kassierer des Vereins ‚Israelitisches Altersheim für Westfalen‘ mit Sitz in Dortmund, Vorstandsmitglied seit 1905 der Textilkaufmann Otto Marx.

3.1 Der 1829 bis 1851 als Synagoge genutzte, der jüd. Gemeinde gehörende Gebäudeteil an der Hertinger Str. befand sich auf der Hofseite des ‚Wieggerschen Hauses‘, das Samuel Salomon 1827 erworben hatte. Zur Synagoge gehörten auch ein Obergeschoss und ein Dachboden. Für die kath. Klosterkirche (Klosterstr. 45/47), die 1850/51 zur Synagoge umgebaut wurde, werden rund 17 m äußere Länge, 7,50 m innere Breite und

6,30 m innere Höhe angegeben. Die gotischen Spitzbogenfenster wurden entfernt. Vermutlich handelte es sich um einen auf rechteckigem Grundriss errichteten freistehenden Bau mit Satteldach, der mit der nach Osten weisenden Giebelseite um einige Meter von der Straße zurückversetzt stand. Ein aus der Mitte des 19. Jh. überlieferter Grundriss zeigt, dass man durch den Eingang zunächst in einen Flur trat. Eine Treppe führte zur Frauenempore und zum Schulzimmer. Im Erdgeschoss gelangte man durch einen Mittelgang zwischen zwei Bankreihen zu einem großzügig angelegten Bereich, in dem Bima und Toraschrein zu einer Einheit zusammengefasst waren, was auf eine eher liberal eingestellte Gemeinde hinweist. Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 660. 1938 ging das Gebäude in den Besitz eines Privatmanns über, Mitte der 1950er Jahre wurde es zu einer Druckerei umgebaut.

Beim Israelitischen Altersheim in der Düppelstr. 7 (heute Mühlenstr.) handelte es sich um einen zweigeschossigen verputzten Ziegelbau mit Architekturteilen aus Sandstein und Fachwerk, in dem sieben Einbettzimmer, zwölf Zweibettzimmer und drei Dreibettzimmer untergebracht waren. Es gab ein Krankenzimmer, einen Speisesaal, einen Tagesraum und ein Spielzimmer. Der Betsaal für 50 Personen befand sich im Obergeschoss, Koch- und Spülküche waren im Keller untergebracht. Baubeschreibung in: Israelitisches Familienblatt <20.7.1905> und bei Pracht-Jörns, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 662f. An dem nach den Deportationen leerstehenden Gebäude zeigte das ev. Krankenhaus 1942 Interesse, doch im selben Jahr verkaufte die RV das Altenheim für 116 220 RM an die Stadt Unna, die darin das Wehrmeldeamt unterbrachte. Nach 1945 gab die Stadt das Gebäude an die JTC zurück, die es 1956 an die kath. Pfarrgemeinde Unna verkaufte. Seit 1959 wird das Bauwerk als Seniorenheim genutzt. Der in seiner ursprünglichen Form erhaltene ehemalige Betraum dient als Hauskapelle.

3.2 1723 verfügten fünf Juden (Jacob Jordan, Aaron Isaac, Benedict Moses, Ascher Philips und Isaac Philips) über Hauseigentum. Das Haus des Gemeindevorstehers Isaac Philips gehörte mit einem geschätzten Wert von 200 Rtlr. zu den wertvolleren Gebäuden der Stadt. Über Hausbesitz im Schätzwert von 350 bzw. 220 Rtlr. verfügten 1748 Jacob Jordan und Simon Horn.

3.3 1751 ist für Unna der Totengräber Moses Benedix genannt. Gegen Ende des 18. Jh. wird ein jüd. Friedhof erwähnt, der sich auf einem Teilstück des alten Stadtgrabens zwischen Morgen- und Viehtor befand und als ‚Judengraben‘ bezeichnet wurde. Grabsteine von diesem Friedhof wurden im 20. Jh. entdeckt, der Stein für die 1829 gestorbene Rahel Dreifuß wurde zum Begräbnisplatz an der Massener Str. gebracht. 1854 erwarb die jüd. Gemeinde an der Massener Str. (Ecke Beethovenring) ein Grundstück zur Anlage eines Friedhofs, die erste Bestattung erfolgte noch im selben Jahr (Helene Culp). 1887 wurde eine Begräbnisordnung erlassen. 1901 beschädigte ein 25-jähriger Handlanger 26 Grabsteine zum Teil erheblich, er wurde dafür zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Nach 1934 gab es nur noch Urnenbegräbnisse. Das ‚Israelitische Altersheim für Westfalen‘ besaß auf dem Areal ein eigenes Begräbnisfeld. Als Letzter wurde 1960 Bernhard Isaac beigesetzt, der 1959 in Südafrika gestorben war. Er hatte verfügt, die Urne mit seiner Asche im Grab seines Sohnes Erhard beizusetzen. Auf einer Fläche von 1376 m² sind 198 Gräber erhalten, 147 davon mit teilweise zweisprachigen Grabsteinen. Vor dem Friedhof wurde 1985 ein Gedenkstein aufgestellt.

4.1 Archiv der Königlichen Porzellanmanufaktur Berlin, Land Berlin, Abt. I (Etablirung und Einrichtung der Manufaktur). – CAHJP Jesrusalem, Unna G5/3091. – Geh. StaatsA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA, Rep. 104 (Generalfiskalat); II. HA (Generaldirektorium). – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), P 10 Nr. 38. – LAV NRW Abt. W (Münster), LG Dortmund 287; Provinzialschulkollegium Nr. 3; Kr. Unna LRA Hamm 550, 575 u. 1358. – StadtA Unna, Bestand A, Abt. I u. Abt. IX; Bestand B.

4.2 Zeichnungen der Synagoge, Zeichnungen und Fotos des israelitischen Altenheims, Fotos von Kultusgegenständen, ehem. jüd. Geschäftshäusern und des Friedhofs in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 693–701. Zeichnung des Israelitischen Altenheims in: Israelitisches Familienblatt <22.12.1904>. Porträts der mit dem EK I ausgezeichneten Fritz Grünewald und Moritz Hergershausen in: Israelitisches Familienblatt <21.6.1917 u. 8.8.1918>.

4.3 AZJ <1845, 1849, 1852, 1865, 1903, 1905>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 3–46 <1829–1911/13>. – Führer durch die Jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland <1928> 88. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 68, <1909> 72, <1911> 82, <1913> 92, <1924/25> 63. – Israelitisches Familienblatt <1901–1902, 1904–1906, 1912, 1915–1917, 1930>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 167f. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 54.

4.4 ANTEPOTH Andreas, Zur Geschichte der Juden in Unna vom Mittelalter bis zum Ende des 19. Jahrhunderts <Staatsexamensarbeit, Ms. Unna 1981> [Exemplar in der Bibliothek des Hellweg-Museums]. – BASNER Klaus, Zur Geschichte der Juden in Unna. In: KELLER Manfred/MURKEN Jens (Hg.), Jüdische Vielfalt zwischen Ruhr und Weser. Erträge der dritten Biennale Musik & Kultur der Synagoge (= Zeitansage 7), 2. Aufl. <Berlin u. a. 2014> 143–159. – BRILLING Bernhard, Aus alten Archiven – Unna: Über die Namensannahme der Juden in Unna. In: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland 13,6 <9.5.1958>. – FÖLSTER Dieter, „Entjudung“ der deutschen Wirtschaft – „Arisierung“ jüdischen Eigentums: das Beispiel Unna. In: Jahrbuch des Kreises Unna <2004> 93–100. – DERS./FLICK Walter/CNYRIM Bernt (Bearb.), Juden in Unna. Spuren ihrer Geschichte – eine historische Dokumentation (= Analysen und Meinungen 25) <Unna 1993>. – HENKELMANN Heinrich, Zur Geschichte der Juden in der Stadt Unna. In: Der Märker 11 <1962> 249. – Landschaftsverband Westfalen-Lippe und Hellweg-Museum (Hg.), Juden in Unna – eine Spurensuche. Stadtrundgang für Schüler der Sekundarstufe <Unna 1993/1998>. – REDEL Mike, Der jüdische Friedhof in Unna. In: Roland. Zeitschrift der genealogisch-heraldischen Arbeitsgemeinschaft 35 <2001> H. 2, 36–42; H. 3, 51–58, H. 4, 80–87. – SCHULTE-BERTSCHIK Klaas, Liste Unnaer Bürger jüdischen Glaubens, die in den Jahren 1938–1942 deportiert wurden und umgekommen sind. In: Erinnerung und Mahnung 42–47. – Stadt Unna (Hg.), Erinnerung und Mahnung. Gedenken an die jüdischen Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft in Unna. Dokumentation zur Gedenkfeier am 1. Dezember 1985 <Unna 1986>. – Stadt Unna (Hg.), „Daß Auschwitz nicht noch einmal sei“. Zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht in Unna. Rückblick und Gedenken <Unna 1989>. – TIMM Willy, Zur Geschichte der Juden in der Stadt Unna. In: Der Märker 11 <1962> 152–156. – DERS., Zur Geschichte der Juden in Unna. Hellweg-Museum, Themenführer zur Unnaer Geschichte Heft 3 <Unna 1973>. – DERS., Das Israelitische Altersheim für Westfalen in Unna – Werden, Weg und Untergang. In: Jahrbuch Westfalen 1987 <Münster 1987> 16–21. – DERS., Unnaer Judentaufen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. In: Jahrbuch für westfälische Kirchengeschichte 84 <1990> 227–233.

Dieter Fölster

WARSTEIN

1.1 Stadt Warstein, Kr. Soest

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Vermutlich 1297 Stadtrechtsverleihung; infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der neuen Stadt Warstein.

1855 wurde ein Synagogenbezirk für alle im Kr. Arnsberg lebenden Juden eingerichtet, dem die Warsteiner Synagogengemeinde (mit Beleck, Hirschberg, Sichtigvor und Allagen) als Untergemeinde angegliedert wurde.

2.1.1 Im Rauchsteuerregister der Stadt für das Jahr 1664 sind Zahlungen von ‚Moses dem Juden‘ und ‚Seligmann Jude‘ verzeichnet. 1672 trug aus Warstein nur Moises (Moses) zur Umlage der Kosten des Generalgeleits bei, sein Beitrag war mit 7 Rtlr. vergleichsweise gering; im selben Jahr beantragte er ein erneutes kurfürstliches Geleit. 1703 verfügten zwei in Warstein lebende Juden über ein landesherrliches Geleit, Itzig (auch Isaac) und Leyser (1700 und 1704 als Meyer erwähnt). Zwei weitere in der Stadt wohnende Juden, Heynemann (auch Heymann) und Matthias (Matheis) Joseph, hatten zuvor Geleite besessen, wurden vom Judenvorgänger inzwischen aber als arm geführt. 1704 wurde der westfälische Rat Dr. Berg vom Kölner Domkapitel beauftragt, Heymann zusammen mit den anderen unbemittelten und unvergeleiteten Juden binnen drei Wochen aus dem Hztm. Westfalen auszuweisen; ob es dazu kam, ist nicht überliefert. Der nicht vergeleitete Matheis Joseph sollte innerhalb dieses Zeitraums 50 Goldgulden aufbringen, um seinen – gemäß der Judenordnung von 1700 – widerrechtlichen Aufenthalt im Hztm. zu legalisieren. Im Generalgeleit für die Judenschaft im Herzogtum Westfalen von 1712 werden für Warstein Isac (Itzig) und Lazarus (Leyser) aufgeführt. 1719 sollten Juden, die „in den letzten Jahren den dünnsten heller in der gewöhnlichen taxa nicht abgetragen und folglich keiner verglydung mehr gaudieren“, aus dem Hztm. Westfalen ausgewiesen werden. Während Isack zahlte („contribuierte“), wurde Laiser weiter geduldet. 1722 wird für Warstein lediglich Isaac (mit seinem Vater Joseph) als vergeleiteter Jude genannt, während sich 1723 Matthias Meyer und Laiser Hese (wohl aus Beleck) „über der zahl“ in der Stadt aufhielten. 1738 meldete eine erzbischöfliche Kommission für Warstein zwei jüd. Familien. 1776 lebten in Warstein keine Juden. 1777 wurde der aus Warstein stammende Calmen Levi kath. getauft. Aus den Jahren 1796 bis 1800 sind weitere Geleite für Gerson, Meyer und Samuel Moyses (Sabel) aufgeführt. Als Knechte werden Nathan (bei Samuel Moyses) und Wolff (Wulff) genannt. 1801 gab der Stadtsekretär Seissenschmid an, dass sich drei jüd. Familien – Sabel (Samuel), Wulff und Meyer – bereits seit 20 bis 30 Jahren dort aufhielten; drei bis vier Jahre zuvor sei Gerson hinzugekommen, der aber nur ein eingeschränktes Geleit besitze. Vor einem Jahr sei zudem Gumpel in das Haus von Sabel eingezogen, nachdem er eine seiner Töchter geheiratet hatte; ob das Ehepaar dafür Schutzgeld entrichtet hätte, war dem Stadtsekretär unbekannt.

In Allagen (heute Stadt Warstein) lebten 1738 die Handelsleute Matthias und Calman. Matthias trieb Handel mit Höckerwaren und Wolltüchern, zu seinem Haushalt gehörten seine Frau (eine Tochter des Philip aus Körbecke), drei eigene Söhne, ein Waisenkind, ein Knecht und ein Kindermädchen. 1776 lebte in Allagen der Jude Meyer mit Frau und Knecht; er galt als arm und trug nur 1 Rtlr. 27 Gr. zur Kopfschatzsteuer der Juden im Hztm. Westfalen bei. Um 1780 lebte dort eine jüd. Familie. 1801 konnte Meyer (Juda Meyer) ein Attestatgeleit vorweisen, von 1796 bis 1800 ist Hertz als sein Knecht belegt.

2.1.2 Für 1808 sind drei jüd. Familien in Warstein verzeichnet (Wolff, Gumpel und Meyer); 1813 waren es vier Familien (Wolf Bilstein, Amsel Salzkötter, Kumpel Goldschmidt mit acht Kindern und Meyer Stern) sowie zwei Einzelpersonen (darunter Wolf Salzkötter); sie waren als Krämer und Metzger tätig. Ab 1836 absolvierte Samuel Goldschmidt mit Vermittlung der Marks-Haindorfischen Stiftung eine Ausbildung als Sattler. Emanuel Salzkötter und Markus Weinstein wurden Mitte des 19. Jh. im Haindorfischen Seminar als Lehrer ausgebildet und traten ihre ersten Stellen 1845 in Rüthen bzw. 1850 in Brilon an. Als selbständig tätige Juden waren 1846 in Warstein verzeichnet: Witwe Goldschmidt, Joseph Hergershausen, Jacob Meimberg, Abraham Ostwald, Benjamin Rosenbaum, Witwe Hanna Salzkötter, Behr Stern sowie Jacob Weinstein. Die genannten erblichen Familiennamen hatten sie ohne Ausnahme bereits 1808/09 angenommen oder schon zuvor geführt. Ende des 19. Jh. verkleinerte sich die jüd. Gemeinde Warsteins durch Wegzug auf die drei Familien Kaufmann, Cohn und Arensberg; 1906 lebten noch zwei jüd. Familien in Warstein. Im Ersten Weltkrieg wurde Julius Kaufmann mit dem EK II ausgezeichnet.

Im Kirchdorf Allagen lebten 1839 drei Juden. 1846 ist die Witwe Hanna Meyerhoff als selbständige Gewerbetreibende aufgeführt. In Hirschberg (wie Allagen heute Teil der Stadt Warstein) lebten 1839 fünf Juden; für 1846 ist Philipp Rothschild dort als selbständiger Gewerbetreibender aufgeführt. Auch die jüd. Familie Goldschmidt muss Mitte des 19. Jh. dort gewohnt haben, denn der aus Hirschberg stammende Marcus Goldschmidt war ab 1851 Lehrer in Oerlinghausen.

Für den heutigen Ortsteil Sichtigvor ist 1846 Menke Ostwald (geb. 1810 in Beleck) als selbständiger Gewerbetreibender aufgeführt; bereits 1837 hatte er im Ort ein Haus gekauft. Nach 1847 zog Salomon Ostwald mit seiner Familie von Beleck nach Sichtigvor. In den 1870er und 1880er Jahren lebten dort die jüd. Familien Klein (auch noch 1906) und Ostwald. Menke Ostwald starb 1895, sein Sohn Markus 1914.

2.1.3 Zu Beginn der NS-Zeit lebten in Warstein der Kaufmann Walter Cohn, der Viehhändler Willi Cohn (beide Auf'm Bruch 17), der Kaufmann Julius Gonsenhäuser, der in die Familie Arensberg eingeheiratet hatte (Hauptstr. 33) sowie Meyer (Moritz) Kaufmann, der in der Hauptstr. 94 ein Textilgeschäft betrieb. Während der Pogromnacht 1938 wurden in der Warsteiner Synagoge die Inneneinrichtung, Türen, Fenster und Fußböden mit Äxten und Beilen komplett zerstört, ein Brand wurde nicht gelegt. Das Fragment einer Thorarolle konnte gerettet werden. Weitere Ausschreitungen gab es gegen die Wohn- und Geschäftshäuser der Familien Kaufmann, Cohn und Arensberg. Der unmittelbar nach dem Pogrom inhaftierte Julius Gonsenhäuser kam im Dez. 1938 im KZ Buchenwald um, seine Urne wurde auf dem jüd. Friedhof in Warstein beigesetzt. 1939 wanderten die Familien Cohn und Kaufmann nach Argentinien aus. Die beiden in Warstein geborenen, zuletzt in Essen bzw. Aschaffenburg wohnenden Irma Gonsenhäuser und Berta Kaufmann wurden 1941 über Düsseldorf nach Minsk bzw. 1942 über Nürnberg nach Theresienstadt deportiert. Aus der Provinzialheilanstalt Warstein wurden zwölf Juden über die Provinzialheilanstalt Wunstorf im Sept. 1940 in die Tötungsanstalt Brandenburg verlegt und dort ermordet.

In Sichtigvor lebte bis zu ihrem Tod 1934 Philippina Ostwald, die Ehefrau des 1914 gest. Markus Ostwald. Ihr gehörte ein Haus in der Hammerbergerstraße.

2.1.4 In der Nähe der ehem. Synagoge wurde eine Informationstafel angebracht, ebenso am Eingang des Friedhofs. Ein Weg nahe des früheren Gotteshauses wurde in ‚Synagogengasse‘ umbenannt, ein weiterer nach dem Vorsteher der Warsteiner Synagogengemeinde in Moritz-Kaufmann-Gasse. Der in Dortmund geborene Martin Ostwald (1922–2010), Enkel von Philippina Ostwald aus Sichtigvor und Professor für Klassische Geschichte an der University of Pennsylvania, besuchte mehrmals den Heimatort seiner Großeltern, zuletzt 2001.

2.2.1 1843 lebten in Warstein 38 Juden, 1858 waren es 35. 1871 waren von 2659 Einwohnern 2523 kath., 112 ev. und 24 jüd. Glaubens; 1895 von 3265 Einwohnern 3064 kath., 168 ev. und 33 jüd. Glaubens; 1925 von 4565 (!) Einwohnern 4283 kath., 225 ev. und 16 jüd. Glaubens. Für folgende heutige Ortsteile Warsteins sind jüd. Einwohner nachgewiesen: In Allagen lebten 1843 drei, 1858 sechs Juden; 1895 waren von 1340 Einwohnern 1290 kath., 49 ev. und einer jüd. Glaubens. In Hirschberg lebten 1843 vier, 1858 acht Juden. In Sichtigvor lebten 1843 vier, 1858 acht Juden; 1871 waren von 536 Einwohnern 516 kath., 15 ev. und fünf jüd. Glaubens; 1895 von 595 Einwohnern 572 kath., 18 ev. und fünf jüd. Glaubens; 1925 von 905 Einwohnern 892 kath., elf ev. und zwei jüd. Glaubens.

1842 wurde von der Regierung Arnsberg die Einrichtung eines Synagogenbezirks Warstein erwogen, zu dem auch die Juden aus Belecke, Hirschberg, Sichtigvor und Allagen gehören sollten. 1855 wurde dann allerdings ein Synagogenbezirk für den gesamten Kreis Arnsberg gebildet, dem die Juden des Amtes Warstein (u. a. mit den Orten Allagen, Belecke, Hirschberg, Sichtigvor und Warstein) als Untergemeinde zugeordnet wurden. Die Einstufung als Filialgemeinde führte zu Protesten: Synagogenvorsteher Menke Ostwald, wohnhaft in Sichtigvor, verlangte 1856 eine eigene Synagogengemeinde, da Warstein seit über 200 Jahren eine selbständige Gemeinde gewesen sei. Der Einspruch blieb ohne Folgen. Zu Beginn des 20. Jh. war Warstein Mitgliedsgemeinde des DIGB. 1932 bestand die Synagogengemeinde Warstein aus insgesamt 15 Personen, von denen drei Kultussteuer zu entrichten hatten. 1938/39 wurde die Untergemeinde Warstein aufgelöst.

2.2.2 Da 1780 ein Vorsänger genannt wurde, ist davon auszugehen, dass es schon vor dem großen Brand in der Warsteiner Altstadt 1802 eine Synagoge bzw. einen Betraum gegeben hat, der mutmaßlich durch das Feuer vernichtet wurde. Um 1825 wurde auf dem Grundstück des damaligen Synagogenvorstehers zwischen Rangestraße und Salzbörnchen eine Synagoge errichtet (heute Rangestr. 18). 1843 befand sie sich im Eigentum der jüd. Gemeinde. Zu Beginn des 20. Jh. fanden Gottesdienste in Warstein nur noch an Feiertagen statt. In der Pogromnacht wurde die Einrichtung der Synagoge verwüstet, wegen der Nähe der umstehenden Gebäude wurde sie aber nicht in Brand gesetzt. Das beschädigte Gebäude wurde 1939 an einen Landwirt verkauft, der es als Scheune und Viehstall nutzte, 1970/71 wurde es abgebrochen.

2.2.3 Der 1780 erwähnte Vorsänger fungierte gleichzeitig als Lehrer. Als Haus- und Privatlehrer für jüd. Unterricht ist Joseph Elsbacher überliefert, der 1839 im Alter von 77 Jahren in Warstein verstarb. 1843 war in Allagen ein jüd. Kind, in Hirschberg waren zwei und in Warstein neun Kinder im schulpflichtigen Alter. 1887 wurde eine jüd. Schule in Warstein eröffnet. Es wurden zunächst Räumlichkeiten im Hause Cohn genutzt, dann im Haus der Familie Löhnberg und zuletzt im Haus von Wilhelm Nüse. Als Lehrer wirkten Bonevit Coblenz, Benjamin Katz, Sally Becker und Abraham Grünebaum. 1897 musste die Schule ihren Betrieb einstellen, da es nur noch drei jüd. Familien in Warstein gab. 1932 nahmen drei Kinder am jüd. Religionsunterricht teil.

2.2.4 Juden und zeitweise auch Christen aus Warstein unterstützten von 1833 bis zum Beginn des 20. Jh. mit Spenden die Marks-Haindorfsche Stiftung.

2.3.1 Menke Ostwald aus Sichtigvor war 1856 Gemeindevorsteher. 1913 starb Moritz Kaufmann, der 25 Jahre lang Vorsteher der Warsteiner Untergemeinde gewesen war. Für 1905 und 1921 ist Jacob Cohen als Rendant der Gemeinde erwähnt. 1932 war M. Kaufmann Vorsitzender der Untergemeinde.

2.3.3 Die jüd. Familien waren um 1900 fest in das kleinstädtische Leben integriert. So wurde dem Gemeindevorsteher Moritz Kaufmann alljährlich auf dem Schützenfest ein Ständchen gebracht. Willi Cohn war 1888 Vorsitzender des Warsteiner Turnvereins.

3.1 Die um 1825 an der oberen Rangestraße errichtete Synagoge war ein zweigeschossiger Fachwerkbau mit Krüppelwalm-Schieferdach. An ihrer Schmalseite befand sich ein kleiner Anbau für den Thoraschrein. Einschließlich der Frauenempore bot sie etwa 40 Personen Platz, der Innenraum war farbig ausgemalt; Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 581f.

3.2 Nach dem Stadtbrand von 1802 erbaute Meyer Stern an der Rangestr. 29 ein Fachwerkwohnhaus für seine Familie, das seit 1996 in die Denkmalliste der Stadt eingetragen ist. Als weitere Wohn- und Geschäftshäuser jüd. Familien sind bekannt: Auf'm Bruch 17 (Kaufmann Walter Cohn und Viehhändler Willi Cohn), Hauptstr. 33 (1906 erbaut, Familie Arensberg, später Kaufmann Julius Gonsenhäuser) sowie Hauptstr. 94 (Meyer/Moritz Kaufmann, Manufakturwaren und Textilien). In Sichtigvor hatte Menke Ostwald 1837 ein Haus in der Hammerbergerstr. gekauft.

3.3 Der jüd. Friedhof liegt auf dem Nordhang der ehem. Warsteiner Altstadt an der Straße ‚Zur Alten Kirche‘ (zwischen den Kreuzungen ‚Am Mühlenbach‘ und ‚Unterm Hagen‘). Er hat eine Fläche von rund 1000 m² und ist dreiseitig von einer Bruchsteinmauer umgeben. Grabsteine sind heute konzentriert auf etwa einem Drittel der Fläche zu sehen, einige sind offenkundig versetzt worden. Es sind 18 Grabmale aus der Zeit vom frühen 19. Jh. bis 1938 vorhanden. Zuletzt wurde die Urne des im Dez. 1938 im KZ Buchenwald umgekommenen Julius Gonsenhäuser beigesetzt. 1856 behauptete der Synagogenvorsteher Menke Ostwald in einer Auseinandersetzung mit der Regierung Arnsberg, der Friedhof sei „notorisch über 200 Jahre alt“. 2002 wurde das Gelände in die Denkmalliste der Stadt Warstein eingetragen.

Auf dem jüd. Friedhof in Allagen hat ein ‚Rabbi‘ (vermutlich ein Lehrer) aus Körbecke 1829 die Tochter der Sophia Meyerhoff aus Körbecke bestattet. Der Friedhof befand sich im Bereich der heutigen Straße Eilmecke und ist nicht erhalten, in den 1960er Jahren diente das Gelände dem Landwirt Risse als Viehweide.

4.1 CAHJP, Jerusalem, Warstein G5/3106. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), Personenstandsarchiv Westfalen-Lippe P 10 Nr. 39. – StadtA Warstein, A 480, 527–530; B 309–316, 460; C 1082–1085.

4.2 Ein im Nov. 1938 gerettetes Fragment einer Thorarolle aus der Warsteiner Synagoge ist erhalten. Fotos von Synagoge, Friedhof u. Wohnhaus Cohn in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 614–616. Fotodokumentation von Grabinschriften des jüd. Friedhofs in: HESSE Reinhard, Hausinschriften. Überlegungen zur Begründung und Methodik einer geschichtswissenschaftlichen Beschäftigung mit Bürger- und Bauernhausinschriften. Erläutert an den Inschriften des Amtes Warstein <Warstein 1970> 56–62.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 7–46 <1834–1911/1913>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 65, <1911> 79, <1913> 89. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 169. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 51.

4.4 FRÖHLICH Helmut, Sichtigvor ist wohl der einzige Platz in Deutschland, der mir noch was bedeutet. Briefe des Martin Ostwald. In: Arbeitskreis Sichtigvor (Hg.), Sichtigvorer Geschichten <Sichtigvor/Belecke 2006> 129–139. – KRAFT Bernhard, Geschichte des Kirchspiels Allagen. Ein Heimatbuch <Allagen/Arnsberg 1967> 43. – LANGE Dietmar, Die Geschichte der Juden in Warstein. In: Ecclesia Warsteinensis, hg. von der Kirchengemeinde St. Pankratius <Warstein 1987> 105–111. – DERS./SPOHN Thomas, Trennung von Küche und Deel, Feuer und Stroh. Vor 200 Jahren Großbrand in Warstein. In: Denkmalpflege in Westfalen-Lippe <2003>, H. 2, 59–67. – RADE Hans

Jürgen, Konversionen von Jüdinnen und Juden zur katholischen Kirche im ehemaligen Kreis Lippstadt vom 17. bis 19. Jahrhundert. In: Südwestfalen Archiv <2003> 79–112.

Stefan Enste

WARSTEIN-Belecke

1.1 Stadt Warstein, Kr. Soest

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – 1296 Stadtrechtsverleihung; 1858 nach Landgemeindeordnung verwaltete Titularstadt; infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der neuen Stadt Warstein.

Seit 1855 gehörte Belecke dem Synagogenbezirk Arnsberg, Untergemeinde Warstein an.

2.1.1 Mit einem landesherrlichen Geleit erreichte um 1690 Lazar Hese (in den Quellen auch sicher unzutreffend als ‚Lothar‘ bezeichnet) die Aufnahme in die Stadt. Mit ihm kamen seine Frau, seine Kinder, seine Schwester Sara und deren Ehemann Abraham. Unter den 1700 im Hztm. Westfalen mit einem Geleit ausgestatteten Juden wird für Belecke Israhel Lazarus – wohl identisch mit dem genannten ‚Lothar‘ Hese – aufgeführt. 1703/04 wird derselbe als Witwer Hesse Leyser oder Laetzer genannt; er beschäftigte seine Schwester als Magd und deren Ehemann Abraham als Knecht. Da Abraham nicht vergeleitet war, sollte er 1704 mit seiner Frau ausgewiesen werden. 1712 erhielt Leifmann Hesse (Leysers Sohn) für zehn Jahre einen Geleitbrief für sich und seinen Vater; noch 1718 lebte Leifman mit seinem Vater in einem Haushalt. Leifmann Hesse gab 1718 (vermutlich unzutreffend) zu Protokoll, dass der in Belecke ansässige Jude Abraham Isack – der Schwager seines Vaters – noch vor seinem Vater vom damaligen Landdrosten vergeleitet wurde, jedoch kein landesherrliches Geleit bekommen habe und ausgewiesen worden sei. 1719 stellte die Stadt Warstein dem Juden Joseph Moyses ein Attest für die Niederlassung in Belecke aus. Etwa 1737/38 beschwerten sich die Belecker ‚Wollenweber‘, dass Juden nicht nur zu Hause mit Tuchen handelten, sondern dass sie vielmehr ihre Knechte „täglic und das ganze jahr hindurch“ damit hausieren und auf offenem Markt in Erscheinung treten ließen. Das bringe sowohl die Bauern als auch die Wollenweber „in solchen miserabilen stand“, dass sie „kaum das tägliche brodt“ hätten; sie baten daher, den Juden den „handel mit wand“ (Gewebe) zu untersagen. Auch 1738 lebte Leifmann Hesse in Belecke, jetzt als Handelsmann mit Frau und acht Söhnen. Er betrieb Kleinhandel u. a. mit Öl, Katun, ‚sarße‘ (Sersche, eine Stoffsorte), Band und Fellen. Sein Sohn Schlaum, den er als Knecht beschäftigte, führte ebenfalls einen kleinen Handel. Bei der Erhebung der Kopfschatzsteuer der Juden im Hztm. Westfalen 1776 lebten in Belecke keine Juden, auch 1790 sind keine belegt. 1801 werden hingegen Leiffman bzw. Leffman Israel mit Attestatgeleit für Belecke sowie Löw Benjamin und der Knecht Nathan aufgeführt.

2.1.2 Ab 1815 lebte der 1784 in Horn geborene Salomon, Sohn des Jacob Calmen, in Belecke im Haus Böttcherstr. 4, in dem sich auch ein Betraum befand. Er hatte die aus Belecke stammende Bele Weinberg geheiratet und nahm den Namen Salomon Ostwald an. 1846 waren in Belecke Jacob Heilmann, Jacob Löwenstein und Jacob

Ostwald als selbständige Juden verzeichnet; die erblichen Familiennamen hatten sie 1808/09 angenommen oder bereits zuvor geführt. 1847 findet sich Salomon Ostwald für Belecke, er zog mit seiner Familie später nach Sichtigvor. In den 1870er Jahren lebte Jacob Löwenstein mit seiner Familie im Haus Külbe Nr. 30 in der Nachbarschaft der Posthaltere, er hatte aus drei Ehen 26 Kinder. In den 1870er und 1880er Jahren war neben der Familie Löwenstein auch Schönnchen Ostwald (Witwe des Herz Ostwald) in Belecke ansässig. Die Kinder der Familien Ostwald und Löwenstein verließen den Ort. Letzte jüd. Einwohnerin war Johanna Löwenstein, die 1900 starb und auf dem Belecker jüd. Friedhof begraben wurde.

2.2.1 1843 lebten in Belecke elf Juden, 1858 waren es 19. Im Jahr 1871 waren von 1066 Einwohnern 1009 kath., 33 ev. und 24 jüd. Glaubens; 1895 waren von 1189 Einwohnern 1161 kath., 20 ev. und acht jüd. Glaubens.

1842 wurde seitens der Regierung Arnsberg die Einrichtung eines Synagogenbezirks Warstein erwogen, zu dem auch die Juden aus Belecke, Hirschberg, Sichtigvor und Allagen gehören sollten. 1855 wurde ein Synagogenbezirk für den gesamten Kreis Arnsberg gebildet, zu dem auch die Juden des Amtes Warstein gehörten, Belecke gehörte zur Untergemeinde Warstein des Synagogenbezirks Arnsberg.

2.2.2 Hinter dem Haus Böttcherstr. 4 in Belecke, 1805 erbaut und 1815 von Salomon Ostwald bewohnt, lag ein Betraum. 1830 wurde das Gebäude an Clemens Störmann verkauft, 1970 abgerissen.

2.2.3 1843 war in Belecke ein jüd. Kind schulpflichtig.

2.3.3 Salomon Ostwald beantragte nach seinem Zuzug 1815 und dem Erhalt der Bürgerrechte im selben Jahr die Aufnahme in die Schützenbruderschaft, die auch gewährt wurde.

3.1 Für das frühe 19. Jh. ist ein Betraum nachweisbar.

3.3 Dem etwa drei Jahre zuvor zugezogenen ‚Lothar‘ Hese wurde 1693 ein Platz vor dem unteren Stadttor als Begräbnisstätte für seine Familie, seine Schwester und seine Nachkommen in gerader Linie verkauft. Für das 20 mal 10 Schritt große Gelände musste Hese neuneinhalb Reichstaler zahlen; später wurden dort auch Angehörige anderer Familien bestattet. Seit etwa 1900, nachdem mit Johanna Löwenstein die letzte jüd. Einwohnerin gestorben und auf dem Belecker Friedhof begraben worden war, wurde der Begräbnisplatz der Synagogengemeinde Warstein unterstellt. Der Friedhof befindet sich unterhalb der ehem. Stadtmauer auf dem nordwestlichen Spornabhang der Belecker Altstadt (Nähe Wilkestr.). Die Fläche umfasst etwa 100 m², fünf Grabmale des 19. und frühen 20. Jh. – sämtlich von Angehörigen der Familien Löwenstein und Ostwald – sind erhalten. Das Areal gehört dem Landesverband der jüd. Gemeinden von Westfalen-Lippe, die Pflege obliegt der Stadt Warstein. 2002 wurde der Friedhof in die Denkmalliste der Stadt Warstein eingetragen.

4.1 LAV NRW Abt. OWL (Detmold), Personenstandsarchiv. – StadtA Warstein, A 527, B 460.

4.2 Foto des Friedhofs in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 616. – Fotos der Wohnhäuser der Familien Ostwald und Löwenstein in: Haus- und Hofnamen in Belecke. Eine Dokumentation <Belecke/Brilon 1989> 12, 144.

4.4 RUBARTH Josef (Hg.), Praesidium Baduliki – Belecke. Monographie der Stadt Belecke <Belecke 1970> 158. – SCHÖNE Thomas, Schützenwesen in Belecke. Geschichte, Brauchtum, Gegenwart <Belecke 2000> 53.

Stefan Enste

WELVER-Scheidungen

1.1 Gemeinde Welter, Ortsteil Scheidungen, Kr. Soest

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – Infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Gemeinde Welter.

Laut Statut von 1856 gehörte Scheidungen zur Synagogengemeinde Welter.

2.1.1 Nach den Verzeichnissen der im Hztm. Westfalen ansässigen Juden ist für Scheidungen 1700 und 1712 der vergeleitete Haushaltsvorstand Heyman/Heynemann belegt. Zum dreiköpfigen Haushalt eines namentlich nicht genannten vergeleiteten Juden gehörte 1738 ein Knecht, der ebenso wie der Familienvorstand Handel betrieb. Das Kopfschatzregister 1776 führt die Witwe des Moyses Heimann auf. Zu ihrem Haushalt zählten drei Kinder über zwölf Jahren, zwei Knechte und zwei Mägde, sie hatte 7 Rtlr. 33 Gr. Steuern zu entrichten. Die amtliche Liste der vergeleiteten Juden von 1791 verzeichnet neben der Witwe des Moyses den Haushaltsvorstand Heimann. Für die letzten Jahre des 18. Jh. werden Herz Moyses (Hertz Cohn) und Heinemann Moyses (Heinemann Cohn) genannt.

2.1.2 1803/04 führte die zivile Gemeinde Scheidungen einen Prozess gegen den Scheidinger Juden Heimann Moses wegen eines verweigerten Botendienstes. Ende der 1820er Jahre erlernte Heinemann Schürmann aus Scheidungen die Baumwollweberei in Welter. 1835 war in Scheidungen die Familie Ratheim(er) ansässig. 1840 lebten dort die Familien der Handelsleute Nathan Neuhaus (mit Ehefrau und vier Söhnen), Moses Schürmann (mit Ehefrau, seinem Vater, drei Söhnen, einer Tochter und einer kath. Magd), Meyer Ratheimer (mit Ehefrau, seinem Bruder, einer Tochter und einem Sohn) und Philipp Nordheim (mit Ehefrau, einem Sohn, zwei Töchtern, einer Magd und dem Lehrer Jacob Schiff). 1846 waren als selbständige Juden im Ort verzeichnet: der Lumpensammler Nathan Neuhaus, die Handelsleute Philipp Nordheim, Meier Rathheimer sowie Moses Schürmann. Die genannten erblichen Familiennamen haben sie 1808/09 angenommen oder bereits zuvor geführt. In den 1850er und 1860er Jahren wohnte die Familie Weinberg in Scheidungen, Bendix Weinberg war 1854 und 1867 stellv. Vorsteher des Synagogenbezirks Welter. 1852 und 1855 war in Scheidungen die Familie Frank ansässig. Im letzten Drittel des 19. Jh. sind dort die Familien Neuhaus und Schürmann nachgewiesen.

In Welter, wo laut seiner Aussage vor ihm „noch nie ein Israelit“ gewohnt habe, lebte 1851 Moses Berliner mit seiner Familie; er betrieb dort ein „offenes Geschäft“. Im heute zur Gemeinde Welter gehörenden Ortsteil Dinker wohnte in den 1860/70er Jahren der Handelsmann Philipp Rathheimer, er war 1871–75 Mitglied der Repräsentantenversammlung der Synagogengemeinde Hovestadt; von ihm hat sich ein 1894 verfasstes Testament erhalten. In den heute ebenfalls zu Welter gehörenden Ortsteilen Meyerich und Dorfwelter lebten vor, teilweise auch nach der Wende zum 20. Jh. vereinzelt Juden.

2.1.3 Die in den 1870er Jahren in Scheidungen geborenen Albert, Emil und Selma Schürmann sowie die 1891 dort geborene Eva Jenny Halle geb. Schürmann, allesamt in den 1940er Jahren in Welter (vermutlich in den dortigen „Judenhäusern“) untergebracht, wurden 1942 in die Ghettos Zamość (Eva Halle) bzw. Theresienstadt und von dort aus in das KZ Treblinka deportiert.

2.1.4 Für die 1877 bzw. 1882 in Scheidungen geborenen Töchter Rosa und Sophia des Händlers Abraham Neuhaus und seiner Frau Mina wurden in ihrem letzten Wohnort Minden Stolpersteine verlegt: Rosa, seit 1919 mit Isidor Simon verheiratet, war

stellvertretender Vorsitzende des Israelitischen Frauenvereins in Minden. Im Juli 1942 wurden beide ins Ghetto Theresienstadt deportiert, wo Rosa am 3. Juni 1944 zu Tode kam; ihr Mann überlebte. Ihre unverheiratete Schwester Sophia Neuhaus wurde im Dez. 1941 ins Ghetto Riga deportiert.

2.2.1 1843 lebten in Scheidingen 25 Juden, 1858 waren es 18 und 1864 elf. 1871 waren von 728 Einwohnern 701 kath., elf ev. und 16 jüd. Glaubens; 1895 von 706 Einwohnern 682 kath., zwölf ev. und zwölf jüd. Glaubens; 1925 von 688 Einwohnern 672 kath., sechs ev. und zwei jüd. Glaubens. In Dinker (heute Ortsteil von Werl) lebten 1858 sechs Juden; 1871 waren von 600 Einwohnern 48 kath., 551 ev. und einer jüd. Glaubens. In der Gemeinde Meyerich (1957 mit Kirchwerl zu Werl verschmolzen) waren 1895 von 672 Einwohnern 247 kath., 424 ev. und einer jüd. Glaubens; 1925 von 918 Einwohnern 347 kath., 552 ev. und zwei jüd. Glaubens. Im heutigen Ortsteil Dorfwelver waren 1925 von 190 Einwohnern 91 kath., 95 ev. und einer jüd. Glaubens.

Juden aus Scheidingen hatten sich 1817 gemeinsam mit den jüd. Einwohnern der Stadt Werl sowie denjenigen aus Büderich, Ostönnen und Wickede eine eigene (nicht erhaltene) Gottesdienstordnung gegeben. Im Zuge der geplanten ‚Regulierung der Verhältnisse der Juden‘ war 1842 die Einrichtung des Synagogenbezirks Werl vorgesehen, zu dem auch die Juden aus den Kirchspielen (Werl-)Büderich und Scheidingen sowie aus Wickede gehören sollten. Mit dem Statut von 1856 wurde die Zuordnung Scheidingens zum Synagogenbezirk Werl festgelegt. Zwei heutige Ortssteile von Werl waren anderen Synagogengemeinden zugeordnet: Die Juden aus Dinker gehörten dem 1855 eingerichteten Synagogenbezirk Hovestadt an, die Juden aus Dorfwelver dem Synagogenbezirk Soest.

2.2.2 1843 besuchten die in Scheidingen lebenden Juden die Gottesdienste in Werl. 1851 gab der in Werl lebende Moses Berliner allerdings an, zur ‚Synagoge‘ nach Scheidingen zu gehen.

2.2.3 Zwei Kinder aus Scheidingen nahmen 1825 am Unterricht in der jüd. Privatschule in Werl teil. 1840 besuchten die jüd. Kinder den Unterricht des örtlichen kath. Lehrers Ammermann. 1841 erhielt der aus dem Kgr. Hannover stammende jüd. Lehrer Jacob Schiff, Absolvent des Lehrerseminars in Büren, von der Königlichen Regierung in Arnsberg die Erlaubnis zur Errichtung einer jüd. Privatschule in Scheidingen. Schiff blieb jedoch nur für kurze Zeit. Bald darauf unterrichtete er in Weisweiler und Wesel, 1851 kehrte er nach Arnsberg zurück.

2.3.1 Scheidingen gehörte Mitte des 19. Jh. zum Rabbinatsbezirk des reformorientierten Joseph Friedländer in Brilon. Der in Werl lebende Moses Berliner wehrte sich 1851 vergeblich beim Kultusministerium gegen den Bescheid der Regierung Arnsberg, Beiträge zur Besoldung des orthodoxen Landrabbiners Sutro in Münster zu leisten. Der Kaufmann Bendix Weinberg aus Scheidingen war 1854 und 1867 stellv. Vorsteher des Synagogenbezirks Werl, Herz Nordheim aus Scheidingen wurde 1862 zum Repräsentanten bestimmt. Philipp Rathheimer aus Dinker war 1871–75 Mitglied der Repräsentantenversammlung der Synagogengemeinde Hovestadt, zuvor seit 1867 stellv. Mitglied.

3.1 Eine Betstube ist für Scheidingen nicht nachweisbar.

3.3 Ihre letzte Ruhe fanden die Scheidinger Juden auf dem jüd. Friedhof in Werl.

4.1 Geh. StaatsA Merseburg, 76 III, Sekt. 27, Abt. XVI, Vol. II, fol. 278. – LAV NRW Abt. W (Münster), Herzogtum Westfalen Landesarchiv Nr. 1697, 1706, 1707, XI Nr. 12; Herzogtum Westfalen Landstände Nr. 440–441; Amtsgericht Soest Nr. II 1053; Regierung Arnsberg II B Nr. 1013. – StadtA Werl, Amtsarchiv Werl A VII 55.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 3 u. 5 <1829 u. 1831>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 68, <1909> 72, <1911> 82, <1913> 92.

4.4 KAISER Hubert, Das Dorf Scheidingen im Kreise Soest. Ein Bauerndorf des Kreises Soest in Strukturkrise und Strukturwandel (1. Staatsprüfung für das Lehramt an der Grund- und Hauptschule) <Welter-Scheidingen 1972>. – PREISING Rudolf, Scheidingen. Geschichte eines Kirchspiels und seiner Höfe im kurkölnischen Amte Werl (= Schriften der Stadt Werl A 14) <Münster 1979>.

Ursula Olschewski

WERL

1.1 Stadt Werl, Kr. Soest

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – 1272 Stadtrechtsverleihung.

Seit 1855/56 war Werl Hauptort des neu gegründeten Synagogenbezirks. Dieser umfasste den Magistratsbezirk Werl, die Orte des Amtes Werl (u. a. mit den Gemeinden Westönnen, Scheidingen, Ostbüderich, Westbüderich, Ostholtum, Westholtum und Wickede), die zum Amt Schwefe gehörenden Ortschaften (u. a. Ostönnen, Meyerich und Welter) sowie ein Teil der zum Amt Körbecke gehörenden Ortschaften (u. a. Bremen, nicht jedoch Körbecke, das zur Synagogengemeinde Soest gehörte). Das heute zu Werl gehörende Hilbeck (Amt Rhynern) gehörte zur Synagogengemeinde Hamm.

2.1.1 Aus den Einnahmeregistern der städtischen Kämmerei für 1565 ist ersichtlich, dass der Jude Jost 12 Rtlr. für seinen Aufenthalt in der Stadt (seit 1563) entrichtete. 1566/67 ist neben dem als Geldverleiher tätigen Jost (Joist) noch Nathan in der Stadt nachweisbar. 1569 findet sich in den Akten der Jude Jacob von Korbach – wahrscheinlich identisch mit dem Wundarzt des Bischofs von Münster, Franz von Waldeck, der nach dessen Tod 1553 aus der Stadt Münster ausgewiesen worden war – und 1572 ‚Cumpan Judde‘. In den 1570er Jahren versuchte Jacob einen Geleitbrief für Münster oder Soest zu bekommen, dagegen bemühte sich Herz, Sohn des Jost, um einen Geleitbrief für Warendorf. Heymann (Heinemann), der 1554 einen Schutzbrief für Büren erhalten hatte, wurden 1574 Güter im Wert von 300 Rtlr. aus seinem Haus in Büren gestohlen; 1575 versuchte er von seinem neuen Wohnsitz Werl aus eine Entschädigung dafür zu erhalten. Um 1596 wohnte die Frau des Gottschalk in Werl. Ihr zuvor in Menden ansässiger Mann (geb. um 1547, gest. nach 1613) wohnte zu dieser Zeit in Deutz. Erst 1609 erhielt auch er die Erlaubnis zur Niederlassung in Werl, für seinen Geleitbrief musste er 25 Rtlr. aufbringen. Für 1598, 1602 und 1608 sind in Werl tätliche Angriffe auf den Juden Bernd bzw. seine Familienangehörigen belegt; 1615 teilte er dem Rat mit, er wolle fortziehen.

Aus den Jahren 1590 bis 1614 sind Anweisungen des Kurfürsten an den Landdrosten und an die Räte u. a. zur Münzregelung und zum Judengeleit der Stadt Werl überliefert. 1597 versuchten Bürgermeister und Rat, trotz der landesherrlichen Schutzherrschaft einen stärkeren Einfluss auf die Regelung der Aufenthaltsrechte und -dauer von Juden zu gewinnen, um mit den dann fälligen Abgaben die städtische Kasse aufzubessern und die jüd. Handelsgeschäfte besser überwachen zu können. Dem Rat wurde

schließlich das Privileg eingeräumt, ein Einzugsgeld von den Juden zu erheben. In den Werler Brüchtenregistern (überliefert für 1597 bis 1671) finden sich bis 1650 insgesamt 48 Fälle mit jüd. Beteiligung, darunter war 1584 der Jude Mannes aus Werl. Vier Jahre nach der angeblichen Rabbinerverschwörung gegen Kaiser und Reich in Frankfurt a. M. wurde 1607 auch Man(nes) aus Werl in seiner Funktion als ‚Obrist‘ im ‚Westfälischen Kreis‘ verhört. Darüber hinaus war auch Schmolle (Schmoll, Schmul, Samuel) aus Werl nach Frankfurt entsandt worden. Ebenfalls wiederholt erwähnt wird der zu diesem Zeitpunkt noch in Menden und seit 1609 in Werl lebende lebende Gottschalk, in dessen Haus in Menden Gespräche über die bevorstehende Synode geführt worden waren.

Aus dem Jahr 1609 ist für Werl ein Judeneid überliefert. Samuel (Schmuel) klagte in diesem Jahr erfolgreich gegen zwei Nichtjuden aus Hamm wegen ausstehender Schulden. Später wurde er vom Rat inhaftiert, nachdem er sich in einem Streit um eine Bürgerschaft geweigert hatte, diese zu übernehmen. Damit griff die Stadt aber in die Zuständigkeit der Landesherrschaft ein, wogegen der kurfürstliche Richter Caspar Rham protestierte. Um 1611 – im Jahr zuvor lebten vier jüd. Familien in Werl – schuldete der Münzmeister einem namentlich nicht genannten Juden Geld; 1612 hatte die Jüdin Mette Außenstände. Auch die Frau des Levi sowie die Frau des Isaac traten 1624 bzw. in den 1660er Jahren als Geldverleiherinnen in Erscheinung. Gegen die Konkurrenz des Gottschalk, der dem städtischen Rat 1609 bei seinem Gesuch um eine Aufenthaltserlaubnis hatte versichern müssen, keine bürgerlichen Handelsgeschäfte zu betreiben, klagte 1613 der städtische Waagemeister, zudem bemängelte er dessen angeblich falschen Gewichte. Gottschalk wurde untersagt, Fleisch abzuwiegen, allein die Stadtwaage sei dafür zuständig. Levi, einer der Söhne des Bernd, wurde nach der Teilnahme an einer Hochzeit in Dülmen 1618 wegen angeblich nicht ordnungsgemäßer Geleitpapiere verhaftet. 1639 verbot das Amt der Kaufleute dem Jost (Jobst), Sohn des Levi Bernd sen., „anießwaßer zu brennen“. Anfang der 1640er Jahre versuchte die Stadt Werl, den Juden das Schlachten zu verbieten und förderte den Zuzug christl. Schlachter, wie 1639 den des Hermann Troclus aus Soest. Gegen die Beschränkung protestierten die Juden erfolgreich beim Landesherrn, auch das Verbot des Fleischverkaufs konnte die Stadt 1643 nicht durchsetzen. 1647 warf man den Juden Herzig und Bernt vor, ohne vorherige Besichtigung durch den Rat Fleisch bzw. gegen den Ratsbeschluss Kalbfleisch überteuert verkauft zu haben. 1643 wohnten in Werl die jüd. Familien von Bernt, Isaak (der in seinem Haus Räumlichkeiten für den Gottesdienst zur Verfügung stellte), Arnt (Aaron), Hertzogh (Hertz) und Jost (Jobst, Josue). 1647 stellte der Rat der Stadt Soest den Werler Juden Isaak und Salomon Pluto (Vater und Sohn) einen Schutzbrief für zehn Jahre aus. Obwohl sie die Jahresraten im Voraus gezahlt hatten, zogen sie doch nicht nach Soest, sondern blieben in Werl. Der Judenvorgänger Isaak wurde 1648 u. a. beauftragt, die Juden in Klassen einzuteilen, um schwedische und hessische ‚Satisfikationsgelder‘ mit Hilfe der Ortsbeamten einzutreiben.

Als sich 1657 Herzig gegen den Spott von Schuljungen zur Wehr setzte, wurde er zu Haft und Strafgeld verurteilt; die Höhe der Strafe rührte daher, dass die Kinder den Honoratioren- und Ratsfamilien der Stadt entstammten. 1659 nahmen Bürgermeister und Rat einen Juden namens Matthias (auch Meyer genannt), Sohn des Isaac und Inhaber eines kurfürstlichen Geleits, gegen Zahlung von 7 Rtlr. plus Weingeld in der Stadt auf. 1661 unterschrieben auf der Schatzungsliste Isaac, Bernt, Abraham, Hertzog und Mattheis; Letzterer handelte 1664 mit Öl. 1668 erreichte der Rat von Werl eine landesherrliche Bestätigung der Privilegien des Kaufmannsamtes. Trotzdem waren die Kaufleute unzufrieden, weil darin den Juden zugestanden wurde, mit Waren bis zu einem Wert von 100 Rtlr. Handel zu treiben: Christoph Rübing beklagte, dass Levi 1668 am Freitag vor Pfingsten Rindfleisch zum Kauf angeboten habe. 1669 ließ sich der Werler Pfarrer Thomas Creutzkamp bei den jüd. Eheleuten Berndt und Sophia

100 Rtlr. (bei einer Verzinsung von 12 Rtlr. pro Jahr). 1670 versuchten sich die Werler Brüder Hertzogh und Mattheißen Lazarus in Arnsberg als Beiwohner in einem Bürgerhaus niederzulassen.

1672 hatten in Werl folgende Juden einen vermögensabhängigen Anteil zu den 1000 Rtlr. zu leisten, die der Kurfürst für die Erteilung eines neuen Generalgeleites forderte: Berndt (der Vermögendste) zahlte 47 Rtlr., Isaac 35 Rtlr., Meyer/Matthias 32 Rtlr., Jacob maior 27 Rtlr., Jordan 16 Rtlr., außerdem Hertz/Herzog Lazarus und Abraham (auch ein Sohn des Isaac) jeweils 7 Reichstaler. Insgesamt waren die Juden aus Werl neben denen aus Geseke (jeweils sieben Haushalte) überdurchschnittlich vermögend. Abraham Salomon aus Polen, ein Hersteller von Glasfenstern, verließ Werl 1683 und zog nach Hovestadt. Die Frau des Levi kaufte 1695 einen Becher, der aus der Budericher Pfarrkirche St. Kunibert gestohlen worden war. Nachgewiesen sind Ende 17. Jh. für Werl die sieben jüd. Familienoberhäupter Levi, Abraham, Nathan, Sellichmann (Sohn der ebenfalls dort wohnenden Witwe des Matthias), Jacob minor, Jacob maior und Salomon David. Für 1703 sind bekannt: Jacob Abrahams, Witwe des Prins, Meyer Abraham, Levi und dessen Vater Jacob Isaac; ferner werden der „zimblich bemittelte“ Nathan Hertzogh genannt sowie Salomon David und Levi Berndt. Zusätzlich genannt wird Benjamin, der die vergeleitete Witwe des Seligman geheiratet hatte. Die beiden Bürgermeister von Werl betonten im selben Jahr, dass alle vorherigen Landesherren ihnen eine Begrenzung auf sieben jüd. Familien zugesichert hätten. Nach Kriegen und Feuersbrünsten sei man nicht in der Lage, mehr als die genannte Anzahl zu dulden. Es befänden sich aber bereits 50 oder mehr Juden in der Stadt, einige lebten von der Bettelei. Der aus dem Stift Münster gebürtige Moyses Joseph habe sich länger als zwei Jahre bei seinem vermögenden Schwiegervater Jacob Isaac aufgehalten. Zwei seiner Kinder seien bereits in Werl verheiratet, er sei „mit force und trotz sich mit hinein zu tringen bereits im werk begriffen“, zudem habe er „die ganze statt dieserhalb in unruhe versetzt“. Anfang des 18. Jh. bürgten die Werler Jacob Isack und Nathan Hertzog mit ihrem Vermögen für den Juden Levi in Buderich, der so arm war, dass sie für alles aufkommen wollten, „was ihm von Rechtswegen aufgebürdet oder an Strafgeldern auferlegt werden sollte“. Der Werler Rat und die Kaufleute bemühten sich weiterhin, die Zahl der jüd. Familien in der Stadt so gering wie möglich zu halten. 1723 wurde die Anzahl der Juden im Hztm. Westfalen auf 107 Familien festgesetzt. Daraufhin bezeichnete die Stadt Werl den Juden Meyer als „überzählig“ und forderte seine Ausweisung. Immer wieder wurde seitens der Stadt auf die ökonomische und soziale ‚Schädigung‘ der Bürgerschaft durch den umfangreichen Handel der Juden und die stete Zunahme ihrer Zahl verwiesen. Doch die landesherrliche Verwaltung setzte ihre Position – Erteilung von Geleiten, Genehmigung des Handels für Juden – notfalls auch mit Strafandrohung gegen die Stadt durch. In Notzeiten wie dem Siebenjährigen Krieg war die Verwaltung auf die Werler Juden angewiesen, um Kontributionen und Lebensmittellieferungen aufbringen zu können. Als 1761/62 englische Soldaten zu verpflegen waren, sorgten Simon Levi und Meyer Bacharach für das Fleisch, Bendix Levi lieferte Waren von 1758 bis 1763. Der wohlhabende Bendix Levi war 1755 nach Werl gezogen und wohnte in der Bäckerstraße. Seine Witwe Freidel Ruben, die 1808 starb, gründete eine nach ihm benannte Stiftung für Bedürftige aller Konfessionen.

Sowohl im 17. als auch im 18. Jh. sind Juden zum christl. Glauben konvertiert, Tausen sind belegt für 1618, vor 1647, 1715 und 1725 (der ca. 1702 geborene Salomon Nathan). Der 1745 getaufte Isaac Meyer, der sich in Werl niederließ, ging in den 1750er Jahren zwei Ehen mit kath. Frauen ein und ließ 1757 und 1760 zwei seiner Kinder taufen. 1790 lebten in Werl sieben vergeleitete jüd. Familien. 1796/98 sind Jacob Moyses und Jacob Aron (bzw. Jacob maior und vidua Jacob minor), Levi Jacob, Nathan Hirtz, Aron, Seligman (Salomon) David sowie Abraham und dessen Sohn, Meyer Ab-

raham, nachgewiesen. Um 1800 lassen sich die fünf jüd. Familienvorstände Bendix Levi, Meyer Bacharach, Joseph Hertz, Simon Wulff und Lehman Hertz belegen.

Für den heutigen Werler Ortsteil Westönnen wird zwischen 1489 und 1492 anlässlich von Grundstücksverkäufen mehrmals eine Judengasse erwähnt; weitere Hinweise auf dort im Mittelalter ansässige Juden fehlen. Der 1745 getaufte Isaac Meyer, der später nach Werl zog, ließ ein Jahr später seine uneheliche Tochter in Westönnen taufen. In den 1750er Jahren lebte dort die Familie des Levi, die als arm galt. Zwischen den 1770er Jahren und der Jahrhundertwende lebte als einzige jüd. Familie in Westönnen die des Abraham Levi gen. Raphael. Dessen Sohn war der 1774 dort geborene Philipp Abraham Rosenthal, der 1811 nach Werl verzog und dort eine Tuch- und Kolonialwarenhandlung eröffnete. 1801 sind die Witwe des Abraham sowie die Knechte Feist und Philip in Westönnen nachgewiesen.

2.1.2 Von den sieben zu Beginn des 19. Jh. in Werl lebenden jüd. Familien galt lediglich die des Jeßel mit einem Vermögen von 16 Rtlr. als verarmt. Vermögend waren hingegen die Familien von Lehmann Hertz (6300 Rtlr.), Israel Alexander (3191 Rtlr.) und Moises Samson (2488 Rtlr.). Begütert waren Abraham Simon Katz (1253 Rtlr.), Abraham Levi gen. Raphael (938 Rtlr.) und Jacob Salomon (639 Rtlr.). 1825 trat der Reformier und Obervorsteher Levi Lazarus Hellwitz, seit 1813 in Werl ansässig, dem 1820 gegründeten Schützenverein bei. Da laut Satzung nur Christen Mitglieder werden konnten, entstand eine starke Gegenpartei. Der Unmut entlud sich beim Schützenfest 1826, als Hellwitz den Vereinsplatz als neues Mitglied besuchte. Es brachen heftige Streitigkeiten aus, in deren Verlauf ein Mensch zu Tode kam. Die preuß. Regierung hob daraufhin die Vereinszugehörigkeit von Hellwitz wieder auf und löste gleichzeitig den Schützenverein auf. 1835 werden folgende Familien für Werl genannt: Philipp Abraham Rosenthal (von Westönnen zugezogen), Moses Samson, David und Salomon Grünewald, Lewy Löwenstein und David Stern. Salomon Mastbaum – später nach Sendenhorst verzogen – absolvierte Ende der 1820er Jahre eine Lehre als Sattler. In der zweiten Hälfte der 1830er Jahre begannen Isaac Feldheim und Naphtali Rosenberg auf Kosten des Haindorfischen Vereins eine Lehre als Klemptner bzw. Sattler. Der im Haindorfischen Seminar ausgebildete Ruben Ephraim Gumbrich aus Werl erhielt seine erste Anstellung als Elementarlehrer Anfang der 1840er Jahre in Kerpen. Als selbständig tätige Juden sind 1846 aufgeführt: die Kaufleute Hirsch Calmann, Levi Löwenstein, Salomon Löwenstein und Abraham Rosenthal, der Viehhändler und Kaufmann Aron Hesse, die Pferdehändler Calmann Stern und Joseph Neubeck, ferner die Metzger Honi Cohen und Salomon Lengsfeld sowie die Krämer bzw. Trödler Simon Gumbrich, Philipp Katz und David Seligmann. Ebenfalls als Krämer bzw. Trödler tätig waren die Witwen des Alexander Feldheim, des Herz Gumbrich, des Levi Neubeck und des Moses Samson. Bis Mitte des 19. Jh. verdoppelte sich die Zahl der im Werler Stadtgebiet ansässigen Juden. 1850 berichtete Lehrer Alexander Cahn in der AZJ, dass Juden in Werl bisher „ganz isolirt“ gewesen, nun aber „mehrere jüdische Hausväter durch den Bürgereid in die Reihe der Bürger aufgenommen“ worden seien. 1854 finden sich unter den Werler Juden acht Kaufleute, fünf Pferdehändler, vier Metzger, drei Trödler, ein Handelsmann, ein Goldarbeiter und ein Buchbinder (A. Rose). 1897 gründeten Heymann Michael (Lehrer), M. Schwarz, J. Nathan, Abraham Rosenthal (1843–1911), Herz (Hony) Daniel Mosbach, Louis Zacharias, Julius Mosbach, Albert Rosenthal, Josef Halle, Beate Rosenthal, Fanny Hesse und Toni Mosbach den ‚Israelitischen Gesangsverein‘. Bei der Hundertjahrfeier der Synagoge 1911 trug der kath. Gesangsverein ‚Concordia‘ zum Gelingen der Feierlichkeiten bei. Juden zeigten ihre Verbundenheit mit ihren christl. Nachbarn, indem sie z. B. bei Prozessionen Fahnen aufhängten.

Abraham Steinfeld und David Cohn waren 1866 Soldaten der Infanterie. Am Feldzug 1870/71 nahmen drei Juden aus Werl teil, u.a. Lehmann Mond, zwei von ihnen

wurden zu Unteroffizieren befördert. Im Ersten Weltkrieg erhielten Willy Mosbach, Josef Halle und die Brüder Leo und Josef Zacharias sowie der Medizinstudent Max Mond das EK II; der 1925 gegründeten RjF-Ortsgruppe Soest traten auch Juden aus Werl bei. 1919 waren in Werl ein jüd. Kaufmann, 20 Pferde- bzw. Viehhändler, zwei Metzger, ein Techniker und ein Rentner ansässig. Vor 1933 lebten in Werl als jüd. Haushaltsvorstände der Geschäftsführer Jakob Ernst Cahn, der Geschäftsinhaber Julius Feldheim, die beiden Inhaber von Manufakturwaren- und Textilgeschäften Heinrich Neukircher (Fa. Kalmann) und Richard Feldheim, die Pferdehändler Albert und Emil Schürmann, die Viehhändler Ludwig Cohn, Max Halle und Richard Hesse, der Metzger Hugo Cohn, Max Mosbach, der das Kino im Germaniasaal betrieb, die Händlerinnen Elise (Else) und Hedwig Katz sowie Beate Rosenthal, der Buchdrucker Heinrich Feldheim, ferner ohne Berufsangabe Hermann, Lehmann, Ludwig und Robert Mond, Hermann und Louis Zacharias, die Brüder Hesse und mehrere Einzelpersonen.

Der aus Westönnen stammende Philipp Abraham Rosenthal konnte den Umsatz seiner Tuch- und Kolonialwarenhandlung in der ersten Hälfte des 19. Jh. stetig steigern, so dass er bald zu den wohlhabendsten Einwohnern Werls gehörte; sein Sohn Abraham (1821–1902) stellte das Warensortiment auf Porzellan- und Glasartikel um. Die Tochter Emilie (geb. 1827) heiratete 1847 den vermögenden Goldarbeiter Michael Speyer aus Hovestadt, der 1846 nach Werl gezogen war. Der 1855 in Werl geborene Philipp Rosenthal (Enkel von Philipp Abraham) gründete 1879 die bekannte Porzellanmanufaktur ‚Philipp Rosenthal & Co.‘ in Erkersreuth bei Selb.

Im heutigen Ortsteil Westönnen wohnte zu Beginn des 20. Jh. eine jüd. Familie. In Hilbeck (Amt Rhynern, seit 1968 Werl) betrieb Nathan Lilienthal 1834 einen Speze-reiladen. In der südlich von Werl gelegenen, heute selbständigen Gemeinde Wickede (Ruhr) lebten seit der Mitte des 19. Jh. Juden. 1846 war der Metzger und Handelsmann Abraham Stern als selbständig tätiger Jude verzeichnet, seine Metzgerei befand sich im Haus Nr. 69 (später Hauptstr. 28). In seinem Haushalt lebte neben Ehefrau und Tochter auch seine unverh. Schwester Esther Stern. Ferner ist seit den 1850er Jahren der Handelsmann und Metzger Joseph Bendix nachgewiesen; er übernahm vermutlich die Metzgerei Stern. Sein 1868 geborener Sohn Gustav Bendix wird 1893 als Handelsmann in Wickede genannt. 1897 erlaubte ihm der Gemeinderat, ein neues Wohnhaus mit Stallung zu errichten, 1900 wurde seine Tochter Erna in Wickede geboren; noch vor 1914 zog Gustav Bendix mit seiner Familie nach Dortmund. Nach dem Tod des Joseph Bendix heiratete seine Witwe 1875 Heinemann Wissbrun (geb. 1843 in Brockhagen/Kr. Halle, gest. 1897 in Wickede). Wissbrun erhielt 1891 für 123 M den Zuschlag zur Grasnutzung auf einem gemeindeeigenen Grundstück; 1893 erlaubte man ihm, sein Wohnhaus umzubauen und die Stallung zu vergrößern. Die Familie Löhnberg ist zwischen 1852 und 1878 in Wickede nachweisbar; der Krämer Louis Löhnberg musste 1866 den Konkurs seiner Handlung anmelden. Salomon Sternheim und seine Frau Clara geb. Strauß finden sich um 1877 in Wickede, als dort ihr Sohn Louis geboren wurde. Dieser lebte noch 1897 als Handlungsgehilfe im Ort, während seine Eltern nach Westhofen verzogen waren. Der Metzger und Krämer Levy Strauß und seine Frau Jette geb. Wolff zogen 1866 von Selm nach Wickede, wo Jette Strauß 1877 starb. Der 1887 in Schlesien geborene Bernhard Pollack, Facharbeiter der Glasindustrie, wohnte ohne Familie in Wickede. Vermutlich verließ er den Ort nach Schließung der Glaswerke 1915.

2.1.3 In der Nacht zum 29. März 1933 wurden die Fensterscheiben mehrerer jüd. Geschäfte eingeschlagen. In der ersten Jahreshälfte 1938 wurde auf dem Marktplatz eine ‚Schandsäule‘ errichtet, auf der die Adressen aller jüd. Familien und Geschäfte aufgelistet wurden – ein Foto der ‚Schandsäule‘ wurde nach dem Krieg als Zeichen für den NS-Antisemitismus u. a. in Zeitungen in den USA, Kanada und Australien

publiziert. Kurz nach Aufstellung der Säule musste das größte jüd. Geschäft in Werl schließen, das seit 1810 existierende Manufakturwarengeschäft Kalmann (Inh. Heinrich Neukircher); die Inhaber zogen nach Köln. Über den Straßen und an den Häusern von Juden wurden Aufschriften wie „Juden und Judenknechte sind hier nicht erwünscht“ angebracht. Jüd. Familien wurden öffentlich zur Auswanderung aufgefordert: „Juden! 24 gastfreie Staaten warten auf Euch und freuen sich auf Euer Kommen. Macht euch auf die Socken!“ Am Morgen des 10. Nov. 1938 wurde die Werler Synagoge mit Hilfe von Holzwolle und Holzspänen angezündet und völlig zerstört. Ein Polizist namens Hochstuhl alarmierte zwar die Feuerwehr, diese schützte jedoch nur die Nachbargebäude, darunter die ehem. jüd. Schule. Die im Schulgebäude wohnende christl. Familie Krüger rettete einige Kultusgegenstände aus der Synagoge. Geschäfte und Wohnungen von Juden wurden am selben Tag verwüstet, u. a. das Geschäft der Familie Feldheim. Bei der Familie Schürmann wurde das Treppengeländer niedergerrissen. Jüd. Männer – u. a. Gemeindevorsteher Max Halle – wurden nach vorliegenden Listen ausfindig gemacht und verhaftet. Joseph Zacharias war bis zum 7. Dez. 1938 im KZ Sachsenhausen interniert, Erich Cohn bis zum 6. Febr. 1939 im KZ Dachau. Im Dez. 1938 kaufte die Stadt Werl für 8000 RM das Synagogen- und das Friedhofsgrundstück von der jüd. Gemeinde. 1939 wurden weitere Privat- und Geschäftshäuser ‚arisiert‘. Nur wenigen Werler Juden gelang die Flucht, so u. a. Werner Halle, Sohn des letzten Gemeindevorsitzenden, der mit einem Kindertransport im Dez. 1938 in die Niederlande geschickt werden konnte. Die in der Stadt verbliebenen Juden wurden in ‚Judenhäusern‘ (Familie Schürmann, Hindenburgstr. 11, heute Grafenstr., und Familie Halle, Buntekuhstr. 5) sowie im Gebäude der ehem. jüd. Elementarschule (Bäckerstr. 20) konzentriert. 1940 kam Louis Zacharias, der Mitte 1938 zunächst im KZ Dachau inhaftiert gewesen war, im KZ Buchenwald um. Zwangsarbeit leisten musste der 20-jährige Erich Cohn, der 1941 in einem Werler Steinbruch zu Tode kam. Von Werl aus wurden mehr als 20 Personen aus den Familien Cahn, Cohn, Halle, Hesse, Katz, Meyer, Mond, Schönebaum, Stern und Zacharias Ende April 1942 ins Ghetto Zamość deportiert. Drei Monate später wurden weitere Angehörige der Werler Familien Feldheim und Schürmann in einen unter Bewachung von Polizei und SS stehenden Lkw-Transport eingereiht, der vor allem Juden aus Soest beförderte und Ende Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt aufbrach; Hermann und Paula Zacharias brachte man im Mai 1943 ebenfalls dorthin. Selma Cohn geb. Hesse, die 1940 versucht hatte, auf dem Wochenmarkt einen Blumenkohl zu stehlen und deshalb in ‚Schutzhaft‘ genommen worden war, sowie Lina Hesse wurden im Aug. 1942 ins KZ Ravensbrück eingeliefert. Bei ihnen handelte es sich vermutlich um die beiden jüd. Frauen, die einem Zeitungsbericht zufolge im Juni 1942 festgenommen worden waren, weil sie „ohne Bezugsberechtigung der Zwangsbewirtschaftung unterliegende Lebensmittel“ beim Erzeuger gekauft hatten. Beide wurden wenige Wochen später im KZ Auschwitz umgebracht.

2.1.4 Die Stadt Werl bemühte sich nach 1945, an die jüd. Gemeinde zu erinnern. 1953 wurde auf dem jüd. Friedhof ein erster Gedenkstein errichtet. An die Zerstörung der Synagoge erinnert seit 1979 eine Gedenktafel am ehemaligen Standort. Die von der ‚Friedensinitiative Werl‘ 1985 als Mahnung an die ‚Schandsäule‘ von 1938 aufgestellte ‚Werler Friedenssäule‘ wurde bereits zwei Tagen später erheblich beschädigt. 50 Jahre nach der Pogromnacht errichtete dieselbe Initiative ein verkleinertes Modell der zerstörten Synagoge. 1987 wurde ein zweiter Gedenkstein auf dem jüd. Friedhof errichtet, der den vertriebenen und ermordeten Juden Werls gewidmet ist. Im selben Jahr fand eine Ausstellung zur jüd. Geschichte Werls statt. Eine Straße trägt seit 1991 den Namen des letzten Gemeindevorstehers Max Halle. Der Platz vor der ehem. Synagoge erhielt vor 1979 den Namen ‚Synagogenplatz‘. Seit 1991 erinnert in der Nähe seines Geburtshauses in der Engelhardstr. eine Tafel an Philipp Rosenthal, den Gründer der

Porzellanfabrik. 1987 fand man unter Bauschutt in der Steinerstr. Fragmente der Synagogenkapitelle. Nach 1945 zog die in Bochum geborene Jüdin Irma Chamoin, die die Verfolgungszeit in Frankreich überstanden hatte, nach Werl und unterrichtete dort an der VHS; sie starb 1991. Überlebende der Shoa nahmen brieflichen Kontakt zu ihren Freunden auf, die sie unterstützt hatten. Andere besuchten ihre ehem. Heimatstadt. 1995 lud der Stadtrat Angehörige früherer Werler jüd. Familien ein, es kamen Gäste aus Israel, Argentinien und Bayern.

2.2.1 Zwischen 1672 und 1802 lebten in Werl jeweils sieben bis acht jüd. Familien, um 1780 waren es für einige Jahre nur sechs. Bis zum Ende des 19. Jh. lag der Anteil der Juden an der städtischen Gesamtbevölkerung bei knapp drei Prozent. 1819 lebten in Werl 68 Juden, 1843 waren es 91, 1858 dann 114. Im Jahr 1871 waren von 4680 Einwohnern 4287 kath., 281 ev., 110 jüd. Glaubens, zwei gehörten anderen christl. Gemeinden an; 1895 waren von 5496 Einwohnern 5039 kath., 334 ev., 122 jüd. Glaubens, einer war bekenntnislos; 1925 waren von 8259 [!] Einwohnern 7300 kath., 848 ev., 73 jüd. Glaubens und 25 bekenntnislos. 1933 lebten in Werl 41 Juden, 1939 waren es 38.

In dem heutigen Werler Ortsteil Holtum waren 1925 von 566 Einwohnern 540 kath., 25 ev. und einer war jüd. Glaubens. Im Ortsteil Westönnen lässt sich eine jüd. Familie für die zweite Hälfte des 18. Jh. nachweisen, im ersten Jahrzehnt des 20. Jh. lebten dort sieben Juden. Im heutigen Ortsteil Hilbeck lebten 1839 zwei Juden, 1843 war dort ein Jude ansässig. In Bremen (heute Gemeinde Ense) waren 1871 von 417 Einwohnern 410 kath., sechs ev. und einer war jüd. Glaubens. In Wickede (heute eigenständige Gemeinde mit dem Zusatz ‚Ruhr‘) lebte 1843 ein Jude, 1858 waren es sechs; 1871 waren von 1047 Einwohnern 949 kath., 88 ev. und zehn jüd. Glaubens; 1895 waren von 1568 Einwohnern 1232 kath., 333 ev. und drei jüd. Glaubens.

Der 1855/56 eingerichtete Synagogenbezirk umfasste den Magistratsbezirk Werl, das Amt Werl (u. a. mit den Gemeinden Westönnen, Scheidingen, Ostbüderich, Westbüderich, Ostholtum, Westholtum und Wickede), die zum Amt Körbecke gehörenden Ortschaften (u. a. Bremen, nicht jedoch Körbecke, das zur Synagogengemeinde Soest gehörte) und die zum Amt Schwefe gehörenden Ortschaften (u. a. Ostönnen, Meyerich und Welper). Das heute zu Werl gehörende Hilbeck (Amt Rhynern) war der Synagogengemeinde Hamm zugeordnet. Anfang des 20. Jh. wurden als ‚Filialorte‘ der Synagogengemeinde Werl die Orte Scheidingen, Werl-Büderich und Westönnen genannt, Mitte der 1920er Jahre nur Büderich und Meyerich (Welper). Anfang des 20. Jh. war Werl Mitgliedsgemeinde des DIGB. 1817 gaben sich die jüd. Einwohner aus Werl, Büderich, Ostönnen, Scheidingen und Wickede eine eigene (nicht erhaltene) Gottesdienstordnung, in der es vor allem um den Aufruf der Gemeindemitglieder zur Thoralesung ging. Darin war geregelt, wer die Gebete und Segenssprüche bei den Gottesdiensten vortragen durfte, ferner die liturgischen und gemeindlichen Verpflichtungen des Kantors. Reformkräfte innerhalb der Gemeinde setzten sich im Laufe der Zeit durch, die deutsche Sprache fand in den 1840er Jahren Eingang in den Gottesdienst. 1867 wurde eine neue Gottesdienstordnung für den Synagogenbezirk Werl erlassen, die der Reform in der Liturgie Rechnung trug, seit 1868 stand eine Orgel in der Synagoge. Seit 1897 durften Frauen – wenn auch getrennt von den Männern – im Hauptraum der Synagoge den Gottesdiensten folgen. Drei Jahre später wählten die Repräsentanten, zu denen auch Salomon Katz gehörte, dessen Frau Jenni Katz geb. Löwenberg in die Baukommission – eine Besonderheit in Westfalen.

2.2.2 Der Betsaal befand sich 1651 im Haus der Erbsälzerfamilie Schöler in der Nähe des Kapuzinerklosters, in dem der Vorsteher der Judenschaft des Hztm. Westfalen, der 1643 für Werl nachgewiesene und als Rabbiner bezeichnete Isaac gen. Gutplute (geb. vor 1607) wohnte. Um dieses Haus gab es Streit zwischen der Stadt und den Kapuzinern; es hieß, Isaak betreibe darin außer einer ‚Synagoga Judaeorum‘ auch seine

‚Wuchergeschäfte‘. Schließlich musste er das von den Kapuzinern beanspruchte Haus verlassen, da die Ausübung der jüd. Religion in der Nähe einer christl. Institution nicht gestattet war. Seit Anfang der 1690er Jahre wurden Gottesdienste in Werl im Haus Steinerstr. 28 – vermutlich das heutige ‚Haus Rinsche‘, das schon im 17. Jh. von Juden bewohnt war – abgehalten. 1737 brannte das Gebäude bei einem Stadtbrand bis auf den Grund nieder, kurz danach wurde es wieder aufgebaut.

Anfang des 19. Jh. plante die wachsende jüd. Gemeinschaft, die Betstube an der Steinerstraße durch eine eigenständige Synagoge zu ersetzen, dafür nahm sie 1808 die Summe von 600 Rtlr. auf. 1811 wurde in der Bäckerstr. 20 ein Neubau errichtet, in dem auch ein Schulraum untergebracht war. Einige Jahre später wurde das Gebäude auf Betreiben des Levi Lazarus Hellwitz erweitert. Hellwitz hielt darin 1816 eine Predigt anlässlich der „Vereinigung des Herzogthums Westphalen mit der Krone Preussens“. 1826 wurde Werl als ein Beispiel für die Bemühungen der jüd. Gemeinden angeführt, „ihre Tempel zu verschönern und ihnen jene Einrichtung zu geben, die die wahre Andacht befördert und Einfluß auf das innere Gemüth des Betenden“ habe. Auch die Juden aus Büderich, Scheidingen, Wickede, Westönnen und Ostönnen kamen zur Synagoge nach Werl. 1897 wurde das Gebäude umgebaut und der Innenraum nach reformorientierten Grundsätzen neu gestaltet. 1911 feierte man im Beisein zahlreicher Nichtjuden das hundertjährige Bestehen der Synagoge. Am Morgen des 10. Nov. 1938 wurde sie durch Brandstiftung völlig zerstört. Die Kultusgegenstände hatte man schon vor dem Pogrom der zu dieser Zeit im Schulgebäude wohnenden nichtjüd. Familie Krüger übergeben.

2.2.3 1742 ist der jüd. Lehrer Nathan in Werl nachweisbar, 1799 hatte Herz Samuel seine Lehrtätigkeit bereits wieder aufgegeben. Vermutlich waren die Kantoren Ansbacher (1816) und Friedländer (1818) auch als Lehrer tätig. Weitere Lehrer waren Nathan Lilienthal (1818–1821), Alexander Salomon (gest. 1822), seit 1823 Hirsch Heinemann aus Zehdenick bei Berlin, der auch Kantor und Schächter war (Suizid 1825), ferner M. Mayer (1825–1827) und Jontarius Schönlanxe (1828). Der um 1782 in Bretzfeld/Baden-Württemberg geborene Simon Naphtali (Siegmond) Bretzfeld unterrichtete von 1829 bis 1836 in Werl und ging 1837 nach Paderborn. Sein Nachfolger wurde von 1837 bis 1841 David Steinberg aus Rheda; er erteilte Religionsunterricht auch in Büderich. Für 1842 bis 1847 sind Isaak Falkenstein und bis 1849 Julius Eichwald als Lehrer in Werl nachgewiesen. In der zweiten Hälfte des 19. Jh. waren in Werl als Lehrer tätig: Alexander Cahn (1849–1855), Ari Weinberg (1858), Jacob (Isaak) Wolff, 1859 am Seminar in Büren examiniert und aus Kerpen im Kr. Bergheim stammend (1861), ferner der im Haindorfschen Lehrerseminar ausgebildete Meyer Silberberg aus Oestinghausen (1864, 1867), Simon Servas aus Anrath (1871), Lehmann Oppenheimer (1872–1876), Lion Scheuer (1876), Isaak Rosenfeldt aus Rüthen (1878), Moritz Neumark aus Windecken (spätestens 1883 bis 1890/91), Samuel Rosenthal aus Schlockau (1891), Robert Hirschfeld aus Wulfen (1895–1897) und Siegmund Samuel aus Schublin (1897). In den darauffolgenden Jahren unterrichteten Heymann Michael aus Rogonow (1897–1899), Max Frank aus Chemnitz (1899–1900) und Leopold Weil. Der Unterricht erfolgte zunächst in Privathäusern, ab 1811 stand in der neuen Synagoge ein Schulraum zur Verfügung. Zeitweise besuchten auch Schüler aus Büderich, Ostönnen, Scheidingen (1825 zwei Kinder) und Wickede diese Schule; von 1825 bis 1899 betrug die Schülerzahl zwischen 13 und 33 Kinder. Anfang der 1880er Jahre wurden größere Schülergruppen geteilt, so dass der Unterricht vormittags und nachmittags stattfand. Als 1891 kein Lehrer zur Verfügung stand, bemühte sich Nettchen Cohn, ihre Kinder in der ev. Schule unterzubringen, was ihr der Bürgermeister aber aus Platzgründen verweigerte. 1892 beschloss die jüd. Gemeinde, ein eigenständiges Schulgebäude neben der Synagoge in der Bäckerstraße zu errichten, zu dem ein Spiel- und Turnplatz gehörte; der ehem. Schulraum diente fortan als Erweiterung für die Synagoge. Die

Kosten mussten allein die Gemeindemitglieder tragen, weil für Privatschulen keine öffentlichen Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Im Obergeschoss wurde eine Wohnung für den Lehrer eingerichtet. In der Werler Privatschule wurden die Fächer Religion, Hebräisch, Deutsch, Rechnen, Naturkunde, Geschichte und Geographie unterrichtet. Anfang des 20. Jh. nahm die Schülerzahl kontinuierlich ab, von 15 im Schuljahr 1900/01 auf sieben im Jahr 1905.

Anfang des 20. Jh. waren Otto Kaiser aus Hamm (1900–1902), Gottfried Sender (1902–1904) und Samuel Schaumberg aus Schweinsberg/Kr. Kirchhain (1904–1906) Lehrer in Werl. Neben den Hauptlehrern waren zeitweise Handarbeitslehrerinnen angestellt; nachweisen lässt sich zwischen 1895 und 1906 Regina Nordheim. Von 1906 bis 1908 erteilte der am Haindorfschen Seminar frisch examinierte Siegfried Braun den Unterricht (1885 in Brauneberg a. d. Mosel geboren, 1969 in Israel gestorben). Er legte später die Rektorenprüfung ab und beschloss sein Studium 1923 mit der Promotion; von Köln aus, wo er etwa drei Jahrzehnte tätig war, emigrierte er nach Palästina. Von etwa 1908 bis 1913 – als neun bzw. fünf Kinder schulpflichtig waren – ist in Werl Justus Frank als Lehrer und Kantor nachgewiesen, 1913/14 Friedrich Nathan aus Meisenheim und 1914/15 Walter Bacher, der zum Militärdienst eingezogen wurde. Der seit 1919 in Werl tätige Lehrer, Kantor und Prediger Max Fritzler (1888 in Anröchte geboren), hatte bis 1922 ein Gesamteinkommen (nicht Jahreseinkommen) von 59 000 Mark. 1922 erhöhte die aus etwa 25 Familien bestehende „noble Gemeinde“ das Gehalt inflationsbedingt auf monatlich 5000 Mark, Fritzler trat jedoch im selben Jahr „in den Kaufmannsstand über“. Wenn nicht „liebevolle Brüder und Anverwandte“ sich seiner angenommen hätten, wäre er mit seiner Frau und den zwei kleinen Kindern „dem Hungertode überliefert“ gewesen, schrieb S. Katzenstein aus Soest im ‚Israelitischen Familienblatt‘. Auf Fritzler folgte Leopold Stern aus (Bad) Zwesten im Bezirk Kassel, der für 1924/25 belegt ist. Die Schule wurde aufgrund der wenigen Schüler 1925 endgültig geschlossen. Die drei verbliebenen schulpflichtigen jüd. Kinder besuchten die kath. Volksschule in Werl, Religionsunterricht erhielten sie von dem Soester Lehrer Sally Katzenstein. 1933 gingen sieben jüd. Kinder in die kath. Volksschule. 1938 wohnten im ehem. Schulgebäude außer der christl. Familie Krüger noch die jüd. Familien Cahn und Cohn. 1938 wurde den jüd. Schulkindern (den Geschwistern Werner Moritz und Inge Ruth Cahn sowie Werner Halle und Resi Stern) die Unterrichtsteilnahme in christl. Schulen untersagt. Einige von ihnen besuchten anschließend die jüd. Schule in Hamm.

2.2.4 1799 ließ die Witwe des Bendix Levi, Freidel Ruben (gest. 1808), ein Grundkapital von insgesamt 6512 Rtlr. in eine Armenstiftung fließen, deren Aufsicht der Magistrat der Stadt Werl übernehmen sollte. Bis zur Inflation in den 1920er Jahren wurden daraus über ein Jh. lang mittellose Bürger Werls, unabhängig von ihrer konfessionellen Zugehörigkeit, bedacht. In einem Dokument aus dem Jahr 1844 wird die Verteilung der Zinsen der ‚Witwe Lehmannschen Stiftung‘ geregelt. Der Vorsitz der nun als ‚Benedict Lehmann-Armenstiftung‘ bezeichneten Einrichtung lag mindestens in den Jahren 1907 bis 1913 in den Händen der städtischen Verwaltung.

1817 wurde eine ‚Fromme Wohltätigkeits-Gesellschaft‘ (Chewra Kaddischa), gegründet. Chewra-Direktor war 1821 Levi Lazarus Hellwitz – unterstützt von den Herren Rosenthal und Feldheim –, der mit zwei anderen Mitgliedern bis 1825/26 die höchsten Beiträge zahlte. Zwischen 1907 bis 1924/25 saß der Chewra Kaddischa Hermann Mond vor, die Organisation bestand bis in die 1930er Jahre. 1825 unterstützte Hellwitz die Gründung der späteren Marks-Haindorf-Stiftung und äußerte 1827, dass er davon ausgehe, dass „jeder Menschenfreund zur Erhaltung dieser Anstalt gerne nach Kräften beitrage“. Juden – anfangs auch Christen – aus Werl unterstützten die Stiftung mehr als acht Jahrzehnte lang. Zumindest im ersten Jahrzehnt des 20. Jh. bestand in Werl eine ‚Kasse gegen Wanderbettelei‘, die sich aus freiwilligen

Beiträgen speiste. Für 1907 bis 1913 werden ferner ein Israelitischer Frauenverein, den die Ehefrau von S. Katz leitete, und die ‚Herz Lehmann-Talmud-Thora-Stiftung‘ mit J. Neukircher als Vorsitzendem erwähnt. Die Familie Neukircher, Eigentümerin eines der größten Manufakturgeschäfte Werls, unterstützte finanziell schwache Familien und schenkte etwa Kommunionkindern Festanzüge und -kleider.

2.3.1 Seit dem ausgehenden 16. Jh. war Werl ein zentraler Ort der Judenschaft des Hztm. Westfalen. Bereits im frühen 17. Jh. lassen sich deshalb in der jüd. Gemeinschaft Werls Vorsteher der westfälischen Judenschaft nachweisen – ein Amt, das eine solide wirtschaftliche Basis voraussetzte. 1603 war dies Mannes (gest. vor 1609), der zur Rabbinersynode in Frankfurt entsandt wurde, 1607 und 1609 Schmoll von Werl (Schmolle, Schmucl, Samuel, gest. nach 1612/13). Als er anlässlich des Vorwurfs der Rabbinerverschwörung 1607 befragt wurde, gab er an, kein Rabbiner zu sein, die Juden in Westfalen hätten keine Rabbiner. Dagegen wird der 1637–1690 als Vorgänger belegte Isaac gen. Gutplute (geb. vor 1607) im Jahr 1651 ausdrücklich als Rabbiner bezeichnet. Ein weiterer – zunächst zweiter, schon vor 1737 erster – Vorsteher war von vor 1714 bis nach 1740 Heyman(n) Nathan (geb. um 1680, gest. vor 1744).

Vorsitzender der Werler Judenschaft war 1760–1796 Lehman(n) Hertz, Stiefsohn des Heyman(n) Nathan. 1816 bildeten Levi Lazarus Hellwitz und P. Rosenthal den Werler Synagogenvorstand, Gemeinsekretär war der Jude Feldheim. 1854 wurden die Kaufleute Samson Moses Samson (1854, 1861, 1872) und Abraham Rosenthal (1854, 1858, 1867) sowie der Pferdehändler Joseph Neubeck (1854, 1861, 1872) in den Vorstand der Synagogengemeinde Werl gewählt. Dem seit 1867 amtierenden Kaufmann Joseph Neukircher verlieh der Kaiser 1916 „in Anerkennung seiner fünfzigjährigen verdienstvollen Tätigkeit“ für die jüd. Gemeinde den Königlichen Kronenorden 4. Klasse. Ebenfalls Mitglied des Vorstandes waren in der zweiten Hälfte des 19. Jh. die Kaufleute Ari Weinberg, Abraham Steinfeld, Michael Speier, der Metzger Levy Elsoffer und der Pferdehändler Benjamin Neubeck. In den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jh. finden sich in diesem Amt der Viehhändler Lehmann Mond (er führte die Gemeinde mehr als 25 Jahre, gest. 1929), Hermann Mond, Sally Zacharias, Albert Rosenthal, Hugo Cohn, Isaak Stern, Albert Schürmann und Heinrich Neukircher. Für die Wahl in den Vorstand erhielt 1923 eine Frau (Rosa Feldheim) nicht die genügende Mehrheit, obwohl sich der in den Vorstand gewählte Heinrich Neukircher für sie eingesetzt hatte; er verzichtete danach auf sein Amt. Letzte Vorsteher der jüd. Gemeinde Werl vor den Deportationen waren Emil Schürmann und Max Halle.

Aus Wickede findet sich der Kaufmann Heinemann Wisbrun 1893 im Vorstand der Synagogengemeinde Werl, aus Büderich der Kaufmann Joseph Mond (1871 und 1887), im Repräsentantenkollegium der Handelsmann Abraham Stern 1854 aus Wickede, aus Büderich der Metzger Joseph Mond (1854), der Handelsmann und Metzger Israel Stern (1895, 1901, 1907, 1913) sowie Lehmann Stern 1923 und 1927, ferner Gabriel Goldberg (1861) und der Handelsmann Israel Stern (1884, 1890).

Als Kantoren lassen sich in Werl die Juden Ansbacher (1816) und Friedländer (1818) nachweisen. Der Geseker Rabbiner Hirsch Cohen attestierte 1825 dem ‚Obervorsteher‘ und Prediger der Werler Gemeinde Hellwitz, dass er 1811 „bei Gelegenheit der Synagogen Weihe zu Werl von mir als Prediger dieser Synagoge ordinirt worden [ist], und ich ihm nach israelitischen Gebrauche als oberste geistliche Behörde das Recht ertheilt habe, überall als geistlicher Lehrer auftreten zu dürfen“. Synagogendiener war 1816 David Seligmann, Anfang des 20. Jh. Fr. Himmelreich, später der Nichtjude Krüger.

2.3.2 Zu den über Werl hinaus bekannten Persönlichkeiten zählte im 19. Jh. der aus Beverungen stammende Levi Lazarus Hellwitz (1786–1860). Der Sohn eines Kaufmanns war Premier-Leutnant der Beverunger Bürgergarde, Syndikatssekretär des

„Königlich Westfälischen Konsistoriums der Israeliten zu Kassel“ im Sprengel Warburg sowie designierter Adjunkt eines Rabbiners. 1813 heiratete er in Werl und verlegte bis 1827 seinen Wohnsitz dorthin. Hellwitz, Obervorsteher der Juden im Hzt. Westfalen und der Gft. Wittgenstein, zeigte sich aufgrund seines vehementen Eintretens für die Gleichstellung von Juden und Christen als liberaler Freigeist. Einige seiner in der Werler Synagoge gehaltenen Vorträge ließ er drucken. Dazu gehörte 1816 die „Predigt, die glückliche Vereinigung des Herzogthums Westphalen mit der Krone Preussens und die Feier des 18. Octobers betreffend, geh. am desselbigen Dankfeste in der Synagoge von Werl“. 1825 beantragte er erfolgreich, in den Werler Schützenverein aufgenommen zu werden. 1826 kam es aber zu einer Konfrontation mit konservativen Kräften im Verein, bekannt als „Hellwitz-Tumult“, weshalb Hellwitz 1827 nach Soest zog. Sein fortschrittliches Denken zeigte sich auch in seinen religiösen Vorstellungen: Er setzte sich für die Reform des Gottesdienstes ein und befürwortete frühzeitig die Verwendung der deutschen Sprache in der Liturgie. So waren die Abschaffung überkommener Traditionen sowie die musikalische Untermalung durch eine Orgel in seinem Interesse. In seiner Werler Zeit veröffentlichte Hellwitz Schriften zur „Verbesserung der sittlichen und bürgerlichen Verhältnisse der Israeliten“ sowie zur Organisation „der Israeliten in Deutschland“. 1847 gab Hellwitz an, sein Vermögen hauptsächlich von einer Tante in Werl geerbt zu haben.

Der 1908 in Dortmund geborene Heinz Dietrich Feldheim studierte nach dem Abitur an der Dortmunder Oberrealschule in München, nach 1933 wurde dem promovierten Versicherungsmathematiker die Doktorwürde aberkannt. 1935 zog Feldheim nach Werl, wo sein Vater Julius mit seinen beiden unverh. Schwestern Rosa und Ida ein Manufakturwarengeschäft führte, das der Großvater Mitte des 19. Jh. gegründet hatte. Wegen des Verdachts der Vorbereitung eines Hochverrats wurde Feldheim 1936 in den KZ Dachau und Buchenwald inhaftiert. 1939 flüchtete er nach England, wo sich bereits sein Vater und seine Schwester befanden. Nach seiner Internierung als „enemy alien“ auf der Isle of Man schloss er sich der englischen Armee an. Nach 1945 unterrichtete er am College in London Mathematik für Ingenieure, seit 1966 am Polytechnikum in München. Er starb 1997.

Der Industrielle und Porzellanfabrikant Dr. ing. h. c. Philipp Rosenthal wurde 1855 in Werl geboren. Er war der Enkel von Philipp Abraham Rosenthal aus Westönnen, seit 1811 in Werl mit einer Tuch- und Kolonialwarenhandlung ansässig, und Sohn des Abraham Rosenthal, der das Geschäft zu einem Porzellan- und Glaswarenhandel erweitert hatte. Philipp Rosenthal ging 1871 in die USA und gründete nach seiner Rückkehr 1879 in Erkersreuth bei Selb die Porzellanfabrik Philipp Rosenthal & Co. Wegen seiner jüd. Abstammung wurde der kath. getaufte Rosenthal 1934 aus dem Unternehmen verdrängt und musste den Vorstandsvorsitz niederlegen. 1936 wurde er entmündigt und starb 1937. 1950 trat sein Sohn Philip Rosenthal (1916–2001) nach seiner Rückkehr aus England in die Rosenthal AG ein, die internationale Bedeutung erlangte; zudem war er als Politiker für die SPD aktiv.

2.3.3 Der seit 1813 in Werl ansässige Obervorsteher Levi Lazarus Hellwitz stellte 1825 den Antrag auf Mitgliedschaft in der St. Sebastianus-Bruderschaft – möglicherweise hatte ihm eine liberale Gruppierung des Vereins diese auch angetragen – sowie auf Teilnahme am Schützenfest. Laut Satzung konnten jedoch nur Christen Mitglieder werden. Aufgrund des Tumults beim Schützenfest 1826 mit einem Toten hob die preuß. Regierung nicht nur seine Vereinszugehörigkeit auf, sondern löste auch den Schützenverein auf. Der Verein wurde 1850 wiedergegründet; der Mitte der 1840er Jahre entstandene Junggesellen-Verein ging darin auf. Zu dessen Gründungsmitgliedern zählten Abraham Leuser, David Nordheim, Abraham Rosenthal (1821–1902) und Samson Moses Samson, die auch im Schützenverein waren. In die Prüfungskommission für das Metzgerhandwerk wurde 1849 der Fleischer Honi Cohen gewählt.

Dem Werler Turnverein (Jugendturnriege) gehörten um 1930 Lothar Cohn und Heinz Zacharias an. 1933 wurden die aktiven Sportler Günter und Lothar Cohn von Wettkämpfen ausgeschlossen. Im Musikverein wirkten 1920 Alice und Julius Feldheim mit.

In Wickede war Gustav Bendix, der vor 1914 nach Dortmund zog, einige Jahre lang Vorsitzender des Turnvereins.

3.1 Das heutige ‚Haus Rinsche‘ (so genannt nach seinem Besitzer zu Anfang des 20. Jh.) in der Steinerstr. 28, in dem sich seit den 1690er Jahren der Betsaal befand, wurde schon im 17. Jh. von Juden bewohnt. Der Erbsälzer Detmar Josef von Mellin bezeichnete es allgemein als „das Juden hauß“. Einige Quellen machen wahrscheinlich, dass es spätestens seit 1679 im Besitz des Juden Nathan (Hertzog/Hertzig) war. 1716 vererbte er es seinem Sohn, Heyman(n) Nathan (Vorsteher der Juden im Hztm. Westfalen); in den Jahren 1716, 1736 und 1739 entrichtete dieser den Schatzungsbeitrag an die Stadt. 1737 brannte das Gebäude bei einem Stadtbrand bis auf die Grundmauern nieder, dabei wurden auch die darin befindlichen, vom Vorsteher der westfälischen Judenschaft verwalteten Geleitbriefe der Bonner Hofkammer für viele westfälische Juden vernichtet. Das Gebäude wurde kurz danach wieder aufgebaut. Eine in Stein gemeißelte Inschrift über dem Portal verwies seit 1740 auf die Besitzer. Als Eigentümerin wird Eva Hertz, in erster Ehe verh. mit Hertz Lehmann, genannt. Der Name Heyman Nathan – ihr zweiter Ehemann – wurde nachträglich über ihrem Namen hinzugefügt. Damit es keinem erneuten Brand zum Opfer fiel, wurde eine ‚Amsterdamer Feuerschlange‘ (Feuerspritze) angeschafft. In den 1740er Jahren ging das Haus im Erbgang an Lehmann Hertz über, vermutlich ein Sohn der Eva Hertz aus erster Ehe. Als Vorsteher der Werler Judenschaft vererbte er die ‚Synagoge‘ über seine Ehefrau schließlich dem Obervorsteher in Westfalen Levi Lazarus Hellwitz. Nach dessen Tod 1860 wurde das Haus als Teil der Konkursmasse an eine christl. Familie verkauft. Fragmente des Eingangsportals dieses Hauses sind erhalten geblieben, ebenso die hebr.-deutsche Inschrift. Die hebr. Buchstaben ergeben ein Chronogramm mit der jüd. Jahreszahl 5500 (1740).

Die 1811 in der Bäckerstr. 20 errichtete Synagoge, die auf Betreiben des Levi Lazarus Hellwitz erweitert und ausgeschmückt wurde, war ein massiver Bau mit rechteckigem Grundriss von ungefähr 14,7 mal 7,3 Metern. Vom Eingangsraum führte eine Treppe zur Frauenempore und zu dem im östlichen Bereich gelegenen Andachtsraum. Ein ‚Verzeichnis der Eigentümer und freien Stätten in der Synagoge‘ von 1816/18 ist erhalten. Im Südwesten lag der Schulraum. 1897 wurde das Gebäude umgebaut, der Hammer Architekt D. Vogt fertigte die Bauzeichnungen an. Der Betraum wurde auf die gesamte Fläche erweitert, da auch die Frauen in ihm Platz finden sollten. Der Eingang wurde nach dem Abriss des großen Kamins auf die Westseite verlegt, wobei das Obergeschoss und das Schulzimmer entfernt wurden. Das Portal erhielt ein eigenes Giebelvordach und zwei seitliche Säulen, die mit Kapitellen gekrönt waren. Der Innenraum wurde nach reformorientierten Grundsätzen neu gestaltet: Der Almemor wurde von der Mitte des Raums in Richtung des Aron hakodesch verlagert (Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 585f.). Die Kosten für den Umbau, ungefähr 11 000 M, wurden durch eine Kollekte der jüd. Gemeinden in der Provinz Westfalen aufgebracht. Nachdem die Synagoge 1938 zerstört worden war, kaufte die Stadt Werl das Grundstück. Ruinenteile wurden auf eine Müllkippe gebracht oder zum Auffüllen von Grundstücken verwendet; Fragmente der Kapitelle des Synagogenportals wurden 1987 unter Bauschutt in der Steinerstraße wiederentdeckt. Die Kultusgegenstände aus der Synagoge befanden sich während der Zerstörung im angrenzenden Schulgebäude, die dort wohnende Familie Krüger hängigte sie 1950 der jüd. Gemeinde Dortmund aus. Dazu gehörten zwei Thoraschilde aus den Jahren 1775 und 1807, als die Andachten noch im späteren Haus Rinsche abgehalten wurden. Auf

dem Schild von 1807 steht der hebr. Text mit der deutschen Bedeutung: „Dies schenkte der Synagoge in Werl ... 5. Adar [5]567 [13. Febr. 1807] Natan Bachen“. Auf einem Zepter aus dem Jahr 1830 ist der hebr. Text eingraviert: „Dies schenkte (seine Wenigkeit) Mosche, der Sohn von Schimon Katz, mit seiner Frau Sercha, der Tochter des Naftali, (möge der Schöpfer ihn behüten und leben lassen) als unwiderrufliches Geschenk der Synagoge in Werl 590 (nach der kleinen Zahl)“, d. h. 1790.

Ein eigenes Schulgebäude entstand Anfang der 1890er Jahre neben der Synagoge. Es handelte sich um einen rechtwinkligen, massiven zweigeschossigen Backsteinbau (ca. 8 x 6,6 und 5 x 8 m). Der Schulraum war mit zwölf Tischen und Bänken möbliert. Das Haus wurde Mitte der 1950er Jahre abgebrochen.

Für Westönnen ist anlässlich von Grundstücksverkäufen zwischen 1489 und 1492 mehrmals eine ‚Joden strate‘ erwähnt. Ob daraus auf die Ansiedlung von Juden geschlossen werden kann, ist unsicher.

3.2 Jo(b)st hatte vor 1577 ein Haus in der Fürstenberger Gasse in unmittelbarer Nähe zur kath. Pfarrkirche gemietet. Die Erben des Peter Nottebaum verkauften 1687 ihr ererbtes Haus an den Juden Jacob maior. Natan pachtete um 1720 Land außerhalb der Stadt vom Kloster Paradiese in der benachbarten Soester Börde. In der ersten Hälfte des 19. Jh. bewohnten Juden Häuser sowohl in bevorzugten Stadtteilen (Steinerstr., Kletterpoth und Marktstr.) als auch in wenig favorisierten Wohnlagen auf dem Guldenpoth und an der Küttelbeke. Für 1864 lassen sich folgende Häuser in jüd. Besitz nachweisen: Buntekuhstr. 5 (Familie Elsoffer), Neuerstr. 28 (Cohn), Steinerstr. 3 (Feldheim), Steinerstr. 13, später Nr. 6 (Weinberg), Steinerstr. 17 (Kalmann). Der aus Westönnen stammende Philipp Abraham Rosenthal, der auch vier Lagerhäuser besaß, erbaute 1843 am Kletterpoth die Rosenthal-Villa. 1907 wurde das Gebäude an den Orden der Franziskaner verkauft und später darin ein Exerzitienhaus eingerichtet. Details zu jüd. Wohnhäusern und Geschäften bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 590f. In Wickede ist 1893 der Jude Heinemann Wissbrun als Eigentümer eines Wohnhauses und eines Stalls belegt.

3.3 Kurz nach dem Zuzug der ersten Juden wurde in Werl ein jüd. Friedhof angelegt: 1566 und 1567 zahlten die Juden Nathan und Jo(i)st Begräbnisgebühren an die Stadtkämmerei. Zwei Kinder des Jost und eine Magd des Nathan wurden beigesetzt. Bei dem 1669 im Ratsprotokoll erwähnten jüd. Begräbnisplatz – als der Totengräber Jörgen Spissing Gebeine, die im Garten des Johann Lilien gefunden worden waren, begrub – könnte es sich um dasselbe Areal handeln. Vor 1815 wurden vermutlich auch verstorbene Juden aus Körbecke in Werl beigesetzt, ihre letzte Ruhestätte fanden dort auch die Scheidinger Juden. Mit dem heutigen an der Ecke Melsterstr./Grafenstr. gelegenen jüd. Friedhof, im Urkataster von 1829 als ‚Juden Kirchhof‘ bezeichnet, scheint der vorherige nicht identisch zu sein. Als die Stadtbefestigung um die Wende zum 19. Jh. ihre Funktion verlor, dürfte der Friedhof an die Stadtmauer verlegt worden sein. Die älteste Datierung, die sich auf einem Grabstein findet, weist auf das Jahr 1807 hin. Für Werl sind zwischen 1816 und 1875 insgesamt 95 Sterbefälle verzeichnet. 1874 und 1894 wurde der Friedhof geschändet. Bis in die 1930er Jahre unterhielt die Synagogengemeinde einen eigenen Friedhofsgärtner. Der 1941 gest. Robert Mosbach wurde als letzter auf dem Friedhof bestattet. In den letzten Jahren des Zweiten Weltkriegs wurde der Begräbnisplatz als Splitterschutzgraben missbraucht, viele Grabsteine wurden durch Erdbewegungen zerstört. Personen, die sich im Sinne der NS-Herrschaft betätigt hatten, mussten nach Kriegsende den Friedhof wieder herrichten. Insgesamt 17 Grabsteine aus den Jahren 1807 bis 1901 haben sich auf der 1871 m² großen Fläche erhalten, u. a. gesetzt für Fruma Bar Mordechai, die mit David Bar Ehoschua verheiratet war, und Chaim David. Ein Gedenkstein aus dem Jahr 1953 stammt von dem

Bildhauer Josef Wäscher, ein zweiter von 1987 (den Opfern der NS-Gewaltherrschaft gewidmet) von dem Bildhauer Hans Schütte, beide aus Werl. Als die letzte in der Stadt wohnende, 1902 in Bochum geborene Jüdin Irma Chamoin 1991 in Werl starb, konnte ihr letzter Wunsch, auf dem dortigen jüd. Friedhof begraben zu werden, nicht erfüllt werden, da es keine freie Grabstelle gab. So wurde sie auf dem jüd. Friedhof in Werl-Büderich bestattet.

4.1 AdelsA Hovestadt (von Plettenberg-Lenhausen), DQ 149, 326, H 29. – CAHJP, Jerusalem, Werl G5/3150; NWD 286/1–6; S 340. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), PersonenstandsA, P 5, Nr. 175–177, P 10, Nr. 40. – LAV NRW Abt. W (Münster), Kloster Paradiese, 22a; Gesamtarchiv v. Romberg, Urkunde 1577-08-08; Kr. Soest, Landratsamt 133, 319, 453; Regierung Arnsberg, Schulregistratur II D 384, II H 2701. – PropsteiA St. Walburga, Werl, Kirchenbücher. – StadtA Werl, B 37 IV 10, C I Nr. 5, 5a, 6–11, E 19 Nr. 16–17, 20, 25–29, E 29 Nr. 1, 4–6, 8–9, E 32 Nr. 19, E 56 Nr. 35; F 21 Nr. 7–10, 12, F 34 Nr. 3; Of Nr. 1–4; Dep. Amtsarchiv Werl, A III/6 Nr. 1, A VII Nr. 8, 17, 20–21, 27–28, 45; Jüngerer AktenA 4664–4667; Dienstregistratur, Sammlung II. Weltkrieg, Akte 13/9; Nachlass Preisling 51; Teilnachlass Irma Chamoin; Sammlung Wendelin Leidinger 6, 129 u. weitere unerschlossene Akten.

4.2 Kultusgegenstände aus der Werler Synagoge (darunter zwei Thoraschilde und ein Zepter) befinden sich im Besitz der jüd. Gemeinde Dortmund. Porträt Lehmann Mond zum 80. Geburtstag in: Israelitisches Familienblatt <1.10.1925>. Fotos von Wohn- und Geschäftshäusern, Friedhof, Aufrisse der Bauzeichnungen für den Synagogenumbau, Lageskizzen u. a. in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 616–622. Im StadtA Werl: Konstruktionsauf- und Grundrisse der jüd. Privatschule 1892 (Dep. AmtsA, A VII Nr. 27), Siegel und Petschaft der Synagogengemeinde Werl 1911 (F 21 Nr. 10), Petschaft mit Davidstern und Palmbaum (undatiert, 19. Jh.), Siegelabdruck der Bendix-Levyschen-Armenstiftung von 1850 (E 32 Nr. 19), Rußstempel des Rabbinats für Westfalen und Wittgenstein (Sammlung Wendelin Leidinger Nr. 6). Lacksiegel des Synagogenvorstandes (um 1820) in Briefsammlung Josef Doert, Werl (StadtA Werl).

4.3 Amtsblatt der königlichen Regierung Arnsberg <Arnsberg 1816ff.> bes. Beiblatt zum 41. Stück <Arnsberg 1846> 46. – AZJ <14.1.1850>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 3–46 <1829–1911/1913>. – Israelitisches Familienblatt <1904, 1915–1918, 1923, 1925, 1929, 1935>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 68, <1909> 72, <1911> 82, <1913> 92, <1924/25> 63. – Judengeleit in Werl, Arnsberg und Brilon. In: Blätter zur näheren Kunde Westfalens 13 <1875> 69–71, <http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/hd/periodical/pageview/1397781> [letzter Zugriff 05.01.2016]. – KOHN Werner/DEISTING Heinrich Josef (Bearb.), Brüchtenregister der Stadt Werl von 1597 bis 1671. In: Beiträge zur westfälischen Familienforschung 50 <1992> 99–318. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung <1932/33> 168. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 54.

4.4 BERNSTEIN Mordechai, Die „Synagogenordnung“ in Werl (vom Jahre 1817). In: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland <1952>. – BEST Gerhard, Die Familie Rosenthal in Werl <Ms. Werl 1979> (StadtA Werl Oa 21). – DALHOFF Albert, Der Weg ins Grauen. Auch Werler jüdische Mitbürger mussten ihn gehen. In: Soester Heimatkalender <1981> 61–64. – DEISTING Heinrich Josef, Als Juden zu Christen wurden. Judentaufen des 17. und 18. Jahrhunderts in Werl und Büderich und eine Türkentaufe in Werl. In: Heimatblätter Geschichte, Kultur und Brauchtum im Kreis Soest und in Westfalen, Folgen 252, 254, 256 <2002>. – DERS., Die Entwicklung der Bruderschaft bis zum frühen 19. Jahrhundert. In: SCHULTE, 500 Jahre Schützen in Werl

69–91. – DEISTING Heinrich Josef/KARSTEN Annegret, Zur Geschichte der Juden vom 16. Jahrhundert bis um 1850. In: ROHRER/ZACHER, Werl. Geschichte einer westfälischen Stadt, Bd. 1, 341–350. – DREWKE Lothar, Die Bemühungen der Werler Friedensinitiative zum Gedenken an die Synagoge <Ms. Werl 1991> (StadtA Werl Sa 244). – DERS., Der jüdische Friedhof Werls und sein steinernes Zeugnis. In: Werl gestern – heute – morgen <Werl 1996> 92–94. – GELDMACHER Linda, Arisierung jüdischer Geschäfte in Werl <Ms. Werl 2005> (StadtA Werl D 105). – HEIM Roland u. a., Werler Alltag im Nationalsozialismus <Ms. Werl 1981> (StadtA Werl D 31). – HEINEMANN Claus, Die jüdische Familie Cohen aus Werl und ihre Verbreitung im Herzogtum Westfalen (Neheim, Erwitte, Anröchte, Rüthen, Brilon) im 17. und 18. Jahrhundert. In: SüdWestfalen Archiv 12 <2012> 50–111. – DERS., Der jüdische Arzt Jsaak Pluto (ca. 1605–ca. 1690) in Werl. Ebd. 14 <2014> 95–133. – KOHN Werner, Deine Rechte ist ausgestreckt. Ehemalige jüdische Mitbürger zu Gast in Werl. In: Werl gestern – heute – morgen <1996> 87–91. – NATHUSIUS Jochen von, Jüdische Bürgerinnen und Bürger lebten auch in Wickede (Ruhr) – eine erste Annäherung. In: SüdWestfalen Archiv 13 <2013> 319–332. – PASVOS Willi, Die Mitglieder des Schützenvereins. In: SCHULTE (Hg.), 500 Jahre Schützen in Werl 92–99. – DERS., Die Mitglieder des Junggesellen-Vereins 1845 (1844)–1849. Ebd. 129–141. – DERS., Die ersten Mitglieder des Allgemeinen Bürgerschützenvereins 1850. Ebd. 154–158. – PLATO Astrid, Spuren jüdischen Lebens in Werl. Ein Stadtrundgang für SchülerInnen der Sekundarstufe <Münster 1996>. – PREISING Rudolf, Zur Geschichte der Juden in Werl (= Nachrichten aus dem Werler Stadtarchiv 1) <Werl 1971>. – ROHRER Amalie/ZACHER Hans-Jürgen (Hg.) Werl. Geschichte einer westfälischen Stadt, 2 Bde. <Paderborn 1994>. – ROSENTHAL Philip, Mein Vater fuhr vierspännig zum Erfolg. In: POERTNER Rudolf (Hg.), Mein Elternhaus. Ein deutsches Familienalbum, 2. Aufl. <München 1986> 187–199. – RUEDEN Wilfried von, „Man muß auch vergeben können“. Das Schicksal des jüdischen Mitbürgers und Emigranten Heinz Zacharias. In: Werl – gestern – heute – morgen <1988> 12–14. – DERS., Ehrung eines berühmten Werlers. Philip Rosenthal enthüllte Gedenktafel für seinen Vater Philipp. Ebd. <1992> 118ff. – SCHAD Robert, Faszination des Weißen Goldes, Geheimrat Dr. Ing. h. c. Philipp Rosenthal gründete die weltbekannte Porzellan-Manufaktur. Seine Wiege stand in Werl. Ebd. <1991> 19–28. – SCHULTE Bernhard (Hg.), 500 Jahre Schützen in Werl 1494–1994. Geschichte der über 500 Jahre alten St.-Sebastianus-Schützenbruderschaft <Werl 1994>. – ZACHER Hans-Jürgen, Die Synagogengemeinde Werl in der Zeit von 1847–1941 (Diss. Dortmund 1988) <Werl 1988>. – DERS., Die Werler Synagoge. In: Werl – gestern – heute – morgen <1988> 10–11. – DERS., „Synagogen sind sofort in Brand zu stecken ...“. Die Pogromnacht in Werl. Ebd. 6–9. – DERS., Steine der Werler Synagoge. Ebd. <1989> 13–14. – DERS., Mit Max Halles Tod erlosch das Leben der jüdischen Gemeinde. Erinnerung an den letzten Vorsteher der Synagogengemeinde Werl. Ebd. <1991> 76–77. – DERS., Zur Geschichte der Juden von 1850 bis 1933. In: ROHRER/ZACHER, Werl. Geschichte einer westfälischen Stadt, Bd. 1, 351–362. – ZACHER Hans-Jürgen, Die jüdische Gemeinde in der Zeit des Nationalsozialismus. Ebd. Bd. 2, 867–894. – DERS., Vern. Ich suchte einen Zeitzeugen und fand einen Freund <3. Aufl. Paderborn 2014>. – DERS., Lebens- und Leidensweg des Dr. Heinz Dietrich Feldheim. In: Werl gestern – heute – morgen <1993> 59–62.

Joachim Rüffer und Heinrich Josef Deisting

WERL-Büderich

1.1 Stadt Werl, Ortsteil Büderich, Kr. Soest

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – 1964 Zusammenschluss der Gemeinden Ost- und Westbüderich zur neuen Gemeinde Büderich; infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Stadt Werl.

Seit 1855/56 gehörten die Juden Büderichs zum Synagogenbezirk Werl.

2.1.1 1690 setzte ein namentlich nicht genannter Jude ein Glasfenster in der Büdericher Pfarrkirche St. Kunibert ein. 1700 wohnte der Jude Jacob im Ort, 1703 lassen sich für Büderich der Geleitinhaber Jacob Davids sowie ein armer Jude namens Levi nachweisen, in dessen Behausung Betten, Eisentöpfe, ein Schöpfglas, eine Pfanne, Zinnschüsseln, ein halber Scheffel Weizen und ein Schrank mit Leinenzeug inventarisiert wurden. Weil er keinen Geleitbrief vorweisen konnte, bürgten für ihn die in Werl wohnenden Juden Jacob Isack und Nathan Hertzog mit ihrem Vermögen für alles, „was ihm von Rechtswegen aufgebürdet oder an Strafgeldern auferlegt werden sollte“. 1704 werden Jacob Davids und der arme Abraham für Büderich erwähnt. Weil Abraham unvermögend war, ordnete das Kölner Domkapitel seine Ausweisung aus dem Hztm. Westfalen innerhalb von drei Wochen an. 1712 wird Moyses mit einem Generalgeleit in den landesherrlichen Listen für Büderich aufgeführt, 1719 und 1722 werden die Familien von Moises und Heyman genannt. Beide werden als verarmt bezeichnet, besaßen aber Geleitbriefe. Im Raum Büderich hielt sich zu diesem Zeitpunkt bereits seit mehr als drei Jahren ein weiterer Jude namens Jacob auf. Dieser ließ sich 1726 auf den Namen Johann Caspar Christian taufen.

1737 wohnten in Büderich die beiden Familien von Hertz Meyer und Itzig – der Wohnort lässt sich erstmals mit Westbüderich konkretisieren, die Orte West- und Ostbüderich gingen jedoch ineinander über. Zum Haushalt von Hertz Meyer gehörten zwei Knechte, von denen einer zusammen mit dem Haushaltsvorstand Handel treibe, wie seine Frau angab. Itzigs Frau zeigte an, dass bei ihr und ihrem Mann noch ein Junge von ungefähr 14 Jahren aus ihrer Verwandtschaft lebe. Die beiden Frauen waren vor dem Werler Gericht an Stelle ihrer Ehemänner erschienen, da diese wegen des jüd. Festtages Sukkot die Aussage verweigerten. Sie waren vorgeladen worden, weil Werler Kaufleute sich beschwert hatten, dass u. a. Hertz im Amt Werl mit allerlei Kramwaren zu ihrem und „ihrer Privilegien höchsten Nachteil“ hausierte. Die Schatzungsliste von 1759 führt die Familie des Juden Joseph auf, der steuerlich sehr gering veranschlagt wurde; neben seiner Ehefrau wohnte auch noch ein Knecht bei ihm. Laut dem genannten Verzeichnis hatte Meyer Hertz (gest. vor 1776) drei erwachsene Söhne, drei minderjährige Söhne und eine Tochter; zu seinem Haushalt gehörte ferner eine Magd. Die Tochter Sophie (Vogel) Hertz (1734–1828) heiratete in Hamm Joseph Gerson, einer der Söhne (Jacob, 1753–1835) wurde Metzger und Viehhändler in Soest. In der Kopfschatzungsliste des Hztm. Westfalen 1776 wird Heymann Herz aufgeführt, wohl ein Sohn des Meyer Hertz. Zu seinem Haushalt gehörten je zwei Knechte und Mägde sowie drei Verwandte, er zahlte 5 Rtlr. 33 Gr. an Kopfschatz. Die Witwe des Joseph (mit einem Knecht) galt als arm und zahlte einen Reichstaler. 1790 zählten Heiman Hertz, Abraham Herz und Nathan (Moises) Ruben zu den vergeleiteten Juden im Ort. Auf dem westfälischen Landtag beschlossen die Landstände 1793, dass die im Land wohnenden Juden sich jährlich mit 1000 Rtlr. an den Kosten des Koalitionskrieges gegen Frankreich beteiligen sollten. Der Vorsteher der Judenschaft im Hztm. Westfalen, der diese Summe einzutreiben hatte, musste 1795 gegen die Knechte Salomon Samuel (bei Abraham Herz), David Calmen (Callman) und Zander (Alexander) Isaac (bei Nat-

han Ruben) Klage erheben, weil diese sich nicht an der Kontribution beteiligen wollten; sie mussten sich schließlich der landesherrlichen Anordnung fügen. Die Klagen der Knechte von Abraham Herz (Leif Michel und Salomon Samuel) wegen zu hoher Beiträge waren erfolglos geblieben. Am Ende des 18. Jh. hielten sich in Büderich die drei vergeleiteten jüd. Familien von Heineman Herz (Naphtale), Abraham Herz und Nathan sowie die Knechte Moyses Jüdel, Löb Abraham, Salmon (bei Abraham Herz), David und Xander (beide bei Nathan) sowie Löw/Löb (bei Heineman Herz) auf. Um 1800 lebte in Schwerte der ‚Extraordinarius‘ Jacob Hertz aus Büderich, der die Witwe des Joseph Jacob (Inhaberin eines Schutzbriefs von 1771) geheiratet hatte.

2.1.2 Für Westbüderich wird 1821 der Handelsmann Isaak Arens genannt. Aus Büderich stammte der 1827 bis 1829 in Körbecke tätige Lehrer Bendix Dannheim(er). 1846 wurden in Büderich die Witwen des Benedict Dannheimer (Jette/Lisette geb. Hesse) und des Simon Katz (Julie geb. Leser), die Handelsleute Isaac Frohelm (für die erste Hälfte des 19. Jh. wird auch Herz Frohelm erwähnt), Emanuel Katz, der Lohgerber August Löhnberg und der Metzger Elieser (Joseph) Mond als selbständig tätige Juden verzeichnet. Die genannten erblichen Familiennamen hatten sie ohne Ausnahme 1808/09 angenommen oder bereits zuvor geführt. Ihren Lebensunterhalt bestritten sie durch Handelsgeschäfte, Pferdehandel, Metzgerhandwerk, Lohgerberei, Weberei, Malerarbeiten und Lumpensammeln. Einige Familien erzielten ein Einkommen am Rande des Existenzminimums. August Löhnberg wanderte Anfang der 1850er Jahre nach Amerika aus; seine Familie lässt sich noch 1864 in Büderich nachweisen. Karl Stern zog Anfang der 1850er Jahre nach Westbüderich und betrieb dort eine Metzgerei, die später von seinem Sohn Israel und nach dem Ersten Weltkrieg von seinem Enkel Israel gen. Lehmann Stern weitergeführt wurde. 1911/12 errichtete Israel Stern ein Wohn- und Geschäftshaus gegenüber der kath. Pfarrkirche St. Kunibert.

2.1.3 In den 1930er Jahren wohnte der Metzgermeister und Viehhändler Israel gen. Lehmann Stern (geb. 1881) mit seiner Ehefrau Paula und den beiden 1921 bzw. 1930 geborenen Töchtern Henny und Theresa (Resi) in Büderich. Nach 1933 wurden sie von allen Aktivitäten im Dorf ausgeschlossen, befreundete christl. Familien standen der Familie jedoch zur Seite. Lehmann Stern war in den 1930er Jahren zeitweise in einem KZ inhaftiert. 1942 wurde die gesamte Familie mit einem Viehwagen zum Bahnhof Werl gebracht, von Dortmund aus wurde sie mit unbekanntem Ziel deportiert. Tochter Henny gelang es noch, sich mit Hilfe eines Soldaten aus Polen schriftlich mit der Bitte um Unterstützung an die befreundete Familie Poggel zu wenden; dies war ihr letztes Lebenszeichen.

2.1.4 Der letzten im Dorf ansässigen jüd. Familie wurde gegenüber der kath. Pfarrkirche St. Kunibert die ‚Sternsgasse‘ gewidmet. Ein vom Hellweg (heute B 1) abzweigender Feldweg zum jüd. Friedhof trägt den Namen ‚Am jüdischen Friedhof‘.

2.2.1 In Büderich (Ost- und Westbüderich) – lebten zwischen 1700 und 1776 jeweils ein bis zwei jüd. Familien (1759 mit 13 Personen), 1780 bis 1801 jeweils drei, 1843 lebten dort 27 Juden. 1858 lebten in Westbüderich 29 Juden; 1871 waren von 883 Einwohnern 862 kath., fünf ev. und 16 jüd. Glaubens; 1895 von 933 Einwohnern 920 kath., sechs ev. und sieben jüd. Glaubens; 1925 von 929 Einwohnern 893 kath., 31 ev. und fünf jüd. Glaubens. In Ostbüderich waren 1839 von 332 Einwohnern 329 kath., zwei ev., einer war jüd. Glaubens.

Seit 1855/56 und auch noch im 20. Jh. gehörten die jüd. Einwohner Büderichs zum Synagogenbezirk Werl. Bereits 1817 hatten sich Juden aus Büderich mit denen aus der Stadt Werl sowie aus Ostönnen, Scheidingen und Wickede eine eigene (nicht erhaltene) Gottesdienstordnung gegeben.

2.2.2 Die Juden aus Büderich besuchten seit ihrer Ansiedlung Anfang des 18. Jh. bis ins 19. Jh. die Gottesdienste in Werl.

2.2.3 Jüd. Kinder aus Büderich gingen in der Regel in die jüd. Privatschule in Werl. Zwischen 1838 und 1854 sind zwischen einem und sechs Schülern belegt. Je ein schulpflichtiges jüd. Kind nahm außerdem zwischen 1848 und 1850 sowie 1852 am Unterricht der kath. Elementarschule in Büderich teil. Als Religionslehrer lassen sich 1837–1841 David Steinberg aus Rheda, 1842–1847 Isaak Falkenstein, 1848 Julius Eichwald und 1849–1854 Alexander Cahn nachweisen.

2.2.4 Der Metzger Israel gen. Lehmann Stern gehörte dem Vorstand der Freiwilligen Feuerwehr in Büderich an, 1931 wurde er zum Schriftwart gewählt. Dieses Amt musste er nach 1933 niederlegen.

2.3.1 Aus Büderich gehörten der Kaufmann Joseph Mond (1871, 1887) und der Metzger Israel Stern (1920er Jahre) zum Vorstand der Synagogengemeinde Werl. Repräsentanten aus Büderich waren der Metzger Joseph Mond (1854), der Handelsmann und Metzger Israel Stern (1895, 1901, 1907, 1913) sowie Israel gen. Lehmann Stern 1923 und 1927.

2.3.3 Der Metzger Israel Stern war seit dem frühen 20. Jh. Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr, des Schützenvereins Büderich (so 1913) sowie des Kriegervereins. Nach seinem Tod wurde er unter Mitwirkung der örtlichen Musikkapelle zu Grabe getragen. Auch sein Sohn Israel gen. Lehmann Stern gehörte dem Schützenverein an, seine Familie nahm auch an den damit verbundenen kath. Gottesdiensten teil. 1933 wurde Lehmann Stern die Mitgliedschaft aufgekündigt.

3.1 Eine jüd. Bestube ist für Büderich nicht nachgewiesen.

3.2 Das 1911/12 erbaute Wohn- und Geschäftshaus der ehem. Metzgerei Stern gegenüber der kath. Pfarrkirche St. Kunibert (Kunibertstr. 8) ist erhalten geblieben. Über der Eingangstür verweist eine Inschrift auf den Erbauer.

3.3 1748 wird in den Intradendenregistern des Gutsarchivs der Familie Papen ein ‚Juden Kerckhof‘ erwähnt. Wann die Büdericher Juden das an die Ländereien des adeligen Gutes Papen-Westrich grenzende Areal erwarben, ist unbekannt. Der heutige, 605 m² große jüd. Friedhof – ob er mit dem Vorläufer identisch ist, lässt sich nicht nachweisen – liegt in der Feldflur zwischen Westbüderich und Holtum an dem Feldweg ‚Am jüdischen Friedhof‘, der hinter Büderich in Richtung Unna vom Hellweg (B 1) abzweigt. Die erste nachweisbare Beisetzung war die von Isaac Arens 1840, die vorerst letzte fand 1925 statt. Nach 1945 ließ die Verwaltung des Amtes Werl den Friedhof wieder herrichten. 1984 wurde er in die Denkmalliste der Stadt Werl aufgenommen. Der Landesverband der jüdischen Kultusgemeinden von Westfalen-Lippe hatte der Unterschutzstellung unter der Bedingung zugestimmt, keine Kosten für den Unterhalt aufbringen zu müssen. 1990 beschloss der Werler Stadtrat, mit einer Tafel auf den Friedhof hinzuweisen. Es haben sich fünf Grabsteine mit vornehmlich hebr. Schriftzeichen erhalten; das Grabmal der Familie Stern zierte eine lateinische Inschrift. 1991 wurde dort Irma Chamoin (geb. 1902 in Bochum, zuletzt wohnhaft in Werl) beigesetzt.

4.1 LAV NRW Abt. W (Münster), Regierung Arnsberg, Schulregistratur II D 384. – LAV NRW, Abt. OWL (Detmold), PersonenstandsA P 5, Nr. 175, 176, 177; P 10, Nr. 40. – PfarrA St. Kunibert, Büderich, Lager- und Rechnungsbuch des 17./18. Jh., Kirchenbücher. – StadtA Arnsberg, Landständisches Archiv IV A 10/2. – StadtA Werl, C I Nr. 11; Dep. AmtsA Werl, A V/1 Nr. 12, A VII Nr. 27, 56, A VIII/3 Nr. 5; Dienstregistratur, Sammlung II. Weltkrieg, Akten 13/1/I u. 13/10; laufende Registratur der unteren Denkmalbehörde, Az. A/82; Dep. ErbsälzerA, St (von Papen-Westrich), B X Nr. 5.

4.2 Fotos des jüd. Friedhofs in der lfd. Registratur der unteren Denkmalbehörde Az. A/82. Abb. eines Portraits von Sophie (Vogel) Gerson geb. Hertz (1734–1828), einer Tochter von Hertz Meyer in: DEISTING/KARSTEN, Zur Geschichte der Juden vom 16. Jahrhundert bis um 1850, 346.

4.3 Beiblatt zum 41. Stück des Amtsblattes der Königl. Regierung <Arnsberg 1846> 42f. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 68, <1909> 72, <1911> 82, <1913> 92, <1924/25> 63. – RADE, Jüdische Personenstandseinträge und Familienregister in katholischen Kirchenbüchern des Herzogtums Westfalen 65f.

4.4 DEISTING Heinrich Josef, Als Juden zu Christen wurden. Judentaufen des 17. und 18. Jahrhunderts in Werl und Büderich und eine Türkentaufe in Werl. In: Heimatblätter Geschichte, Kultur und Brauchtum im Kreis Soest und in Westfalen, Folgen 252, 254, 256 <2002>. – DERS./KARSTEN Annegret, Zur Geschichte der Juden vom 16. Jahrhundert bis um 1850. In: ROHRER/ZACHER, Werl. Geschichte einer westfälischen Stadt, Bd. 1, S. 341–350. – ROHRER Amalie/ZACHER Hans-Jürgen (Hg.), Werl. Geschichte einer westfälischen Stadt, 2 Bde. <Paderborn 1994>. – ZACHER Hans-Jürgen, Die Synagogengemeinde Werl in der Zeit von 1847–1941 (Diss. Dortmund 1988) <Werl 1988> bes. 55f., 86, 122 u. 140. – DERS., Zur Geschichte der Juden von 1850 bis 1933. In: ROHRER/ZACHER, Werl. Geschichte einer westfälischen Stadt, Bd. 1, 351–362. – DERS., Die jüdische Gemeinde in der Zeit des Nationalsozialismus. Ebd., Bd. 2, 867–894.

Joachim Rüffer und Heinrich Josef Deisting

WERNE

1.1 Stadt Werne, Kr. Unna.

1.2 Bis 1802/03 FBtm. Münster; nach mehrfachem Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (Kgr. Preußen, GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1385 Wigboldrecht. Bis 1974 Kreis Lüdinghausen im Regierungsbezirk Münster, seit 1975 Kreis Unna im Regierungsbezirk Arnsberg.

Laut Statut von 1856 gehörten zum Synagogenbezirk Werne die Juden der Stadt Werne sowie aus den Gemeinden Herbern, Hövel, Bockum, Walstedde und der Stadt Drensteinfurt.

2.1.1 Joist ‚Judde te werne‘ wird 1554 in einer Urkunde erwähnt, für sein Geleit musste er 1 Rtlr. zahlen. 1560 lebte außer ihm auch der Jude Jordan in der Stadt. 1566 erlaubten Bürgermeister und Rat einem Verwandten des Jordan sowie seinem Schwiegervater die Niederlassung mit Gesinde in Werne. Zu zahlen hatten sie einen Jahrestribut von 6 Rtlr.; sollte der Schwiegervater nicht mitkommen, waren noch 4 Rtlr. zu entrichten. Geregelt waren die Höhe der Zinsen, die sie als Geldverleiher nehmen durften, die Schuldverbriefung, das Schlachten und der Verkauf von Fleisch. Ohne Zustimmung des Rates durften sie ihr Vieh nicht auf den Wiesen der Feldmark weiden. Wenn sie sich an diese Vorschriften hielten, sich „ehrlich, aufrecht, geleidlich und fromm“ verhielten und jedes Jahr pünktlich ihren Jahrestribut zahlten, durften sie zehn Jahre in Werne wohnen. 1574 wollte die Regierung in Münster die beiden Juden, die zwar von der Stadt toleriert wurden, aber über kein Geleit des Landesherrn

verfügten, verhaften lassen. Aus der Bürgerschaft erhielten die beiden eine Warnung, so dass sie sich der Festsetzung entziehen konnten. 1579 gewährte der Rat der Stadt Werne zwei jüd. Familien (Hertz und Marx) wiederum ohne Zustimmung der Stiftsregierung eine Vergeleitung und riskierte damit – wie andere Stiftsorte – eine Konfrontation mit dem Bischof von Münster. In den Werner Ratsprotokollen finden sich aus den Jahren 1584 bis 1625 Klagen der Bevölkerung über Juden, die die Auflagen des Rates missachteten, beispielsweise ihre Kühe und Ziegen auf der städtischen Feldmark weiden ließen. Zur Beteiligung an der Aufstellung von Wachen waren Juden 1584 – wie Geistliche – nur „auff den notfall“ verpflichtet, dennoch werden Juden zwischen 1584 und 1651 als Mitglieder von Wachen 16 Mal erwähnt. Auch Frauen waren davon betroffen: 1599 wurde die Jüdin Clara von der Rottwacht befreit und wie andere Frauen, die in Gademen wohnten, der Nachtwache zugeteilt.

Erzbischof Ernst von Bayern erteilte 1598 Marrus und seinem Sohn Magnus die Genehmigung für einen zwölfjährigen Aufenthalt in Werne, im selben Jahr trugen drei in der Burgstr. wohnende Juden zur städtischen Feuerstättenschätzung bei. Der Drost des Amtes Werne berichtete 1607, dass Marrus inzwischen gestorben und Magnus „mit vieler Leute Geld ausgerissen“ sei. In das Geleit von Marrus und Magnus traten Soete (ein weiterer Sohn des Marrus) und dessen Schwager Abraham ein. Klagen über Soete und Abraham seien nicht eingegangen, höchstens über die Höhe der von ihnen genommenen Zinsen (6 Heller in der Woche). Darauf angesprochen, hätten die beiden auf den Währungsverfall verwiesen und darauf, dass die Zinsen andernorts ähnlich hoch seien. Abraham habe vier Kinder und sei „geringen Vermögens“, Soete hatte ein Kind. 1617 wird Nathan erwähnt, der zu einer zur Stadtverteidigung ausgeschriebenen Kirchspielschätzung herangezogen wurde. 1643 erhielten seine Söhne, Salomon und Simon Nathan, das Aufenthaltsrecht für Hamm, 1644 zog Nathan Simon zu ihnen. Im Zusammenhang mit einer jüd. Hochzeit in Dülmen kam es 1618 zur Gefangennahme von Juden, angeblich weil die Geleitpapiere nicht in Ordnung waren; unter den Festgesetzten waren auch Juden aus Werne. 1618 mussten Juden zu einer Schätzung mit der Begründung beitragen, dass sie städtische Leistungen wie das Geläute der Glocken „gebrauchen ebenso wohl als ein anderer“. 1622 baten die beiden in Werne lebenden Juden, von der Einquartierung durch Besatzungstruppen befreit zu werden. Als zehn Jahre später 25 Reiter unkontrolliert in die Stadt gelangten, wurden die vier Wächter verhaftet, darunter „der alte Jude“. 1639 wird Isaak von Werne erwähnt, der sehr wohlhabend war, zu den Vorstehern der Landjudenschaft des Stifts Münster gehörte und in diesem Jahr erstmals Tribut an die Stiftsregierung entrichtete. 1648 schlug ein Werner Bürger auf offener Straße einen Juden nieder, weil dieser ihn an seine Schulden erinnert hatte. 1667 und 1678 waren vier jüd. Familien in Werne ansässig. Sie zahlten ungefähr ein Fünftel der von Juden geforderten Steuern im gesamten Oberstift, mehr als 80 Prozent davon (4000 Rtlr.) brachte allein Isaak auf, er war der höchste Einzelzahler im ganzen Stift. Abraham zahlte 400 Rtlr., Godtschalk 300 und Jacob 100 Reichstaler. Isaak erwirkte 1684 einen Vergleich zwischen der Stadt Werne und den vier dort lebenden Familien, danach mussten sie künftig statt 16 nur noch 12 Rtlr. jährlich an die Stadt zahlen.

Mitte des 18. Jh. ist der jüd. Händler Philipp Levi aus Werne als Gläubiger des großbäuerlichen Hofbesitzers Johann Hermann Schulte Froning im Kirchspiel Werne belegt. Zwischen 1755 und 1759 lieferte er Textilien und Kurzwaren, aber auch textile Fertigprodukte und Konsumgüter wie Kalbfleisch, Kaffee, Tee und Haushaltsbedarf (Tran und Seife), ferner Holz und Roggen sowie lebende Kälber und Schafe. Im Gegenzug erhielt Philipp Levi vom Schultenhof Heu, gedroschenen Roggen und Weizen, Schafe und Kuhfelle, zwischen 1754 und 1761 auch Wiesen zur Pacht. 1778 stellte Heumann (Heymann) Levi, der für seinen Rinderhandel vom Werner Amtsdrosten einige Fettweiden angepachtet hatte, das Gesuch, sein Geleit auf seine Tochter und

deren künftigen Ehemann zu übertragen. In seinem Testament von 1793 wird sein Sohn Philipp Heymann erwähnt. Seit Mitte des 18. Jh. lebte in Werne nachweislich auch die Familie des Viehhändlers und Metzgers Salomon. Als es im letzten Drittel des 18. Jh. an einigen Orten im Stift Münster zu antijüd. Exzessen kam, war auch Werne 1768 davon betroffen.

2.1.2 1815/16 wohnten in Werne jeweils elf jüd. Männer und Frauen, 27 Kinder, vier davon im schulpflichtigen Alter, ein Knecht und sechs Mägde. Familienvorstände waren Melchert Moses, Isaac Hertz, Philip Heimann, Joseph Bendix, David Heimann, Salmon Philip, Gottfried Salomon, Marcus Philip und Jonas Lehman. 1815 zog der Kaufmann Meyer Philipp aus Werne mit seiner Frau nach Freckenhorst, ebenso der aus Werne gebürtige ledige Kleinhändler Levi Isaak. 1824 zog das Ehepaar Cohen von Werne nach Erle bei Raesfeld, wo es unter dem Namen Cahn wohnte. Die Familie Salomon ist noch in den 1820er Jahren für Werne nachgewiesen, die Familie Lehmann in den 1820er und 1830er Jahren, die Familie Gottfried in den 1830er und 1840er Jahren sowie die Familie Benjamin in den 1840er Jahren. In der ersten Hälfte der 1830er Jahre werden ferner erwähnt der Ellenwaren- und Spezereiwarenhandel von Philipp Heimann, die Ellenwarenhändler Joseph Bendix und Philipp Levi sowie der Trödler Levi Herz. Als 1848 Bürgerwehren eingerichtet wurden, schlossen sich fast alle in Werne ansässigen Juden der Bürgergarde an. Bei den Wahlen zur ersten Kammer des preuß. Landtags 1849 war unter den 25 Urwählern im Amt Werne in der Gruppe der Wahlberechtigten, die die meisten Steuern zahlten, auch ein Jude. Der 1824 in Werne geborene Dr. med. Louis (Leeser) Lehmann war Burschenschaftler und beteiligte sich an der 1848er Revolution – von 1855 bis 1899 war er Badearzt in Oeynhausen, um 1870 ließ er sich taufen. 1854 ist für Werne der Handelsmann Moses Salomon nachgewiesen, der in diesem Jahr die aus Amelsbüren stammende Malchen/Amalie Miltenberg heiratete. Mitte des 19. Jh. eröffnete Isaac Heimann eine koschere Metzgerei, die sein Sohn Hermann und schließlich sein Enkel Albert fortführten; Letzterer übernahm 1925 den Betrieb in der Steinstr. und erweiterte die Schlachterei zu einer kleinen Fleischfabrik.

Mitte des 19. Jh. gab es elf jüd. Familien in Werne, für die folgende Gewerbe genannt sind: Fünf Kaufleute mit eigenem kleinen Laden, vier Handelsleute und Krämer, zwei Lebensmittelhändler, zwei Handwerker mit eigenem Handwerksbetrieb (Kürschner und Drechsler), ein Goldarbeiter und neun Handwerksgesellen, davon sechs Metzger, ein Glaser, ein Färber und ein Klempner. Mehrere Juden aus Werne wurden in Haindorfs Lehrerbildungsanstalt ausgebildet. Gottfried Salomon begann seine Ausbildung Ende der 1820er Jahre. In den 1830er Jahren beendeten die Ausbildung Leopold Herz Lehmann (erste Stelle in Warendorf), Philipp Gottfried (danach in Lüdinghausen) und David Lehmann II. (danach in Dortmund), in den 1850er Jahren Herz Heimann (danach in Rheine). Eine Handwerkerlehre absolvierten in den 1840er Jahren Leser Gottfried (Klempner) und Jacob Benjamin (Glaser/Anstreicher). Bis 1889, als er sein Handelsunternehmen seinem Sohn Julius (bis ca. 1911 in Werne) übergab und nach Bielefeld zog, gehörte der in Werne geborene Kaufmann Isaak Bendix (1815–1890) zu den wenigen Wählern in der ersten Wählerklasse, 1908 zählte dazu auch der Metzger Moses Salomon. In den 1920er Jahren zog Alwin Lippmann nach Werne. In dieser Zeit finden sich in der Stadt ferner die Viehhändlerfamilie Simons sowie die Inhaberinnen eines Weißwarengeschäfts an der Ecke Bonenstr., Cäcilie und Helena Gumpert. Nachgewiesen sind auch die Kaufleute Wilhelm Blumenthal und Louis Herz, die Metzger Sigmund Salomon, Albert Heimann und Simon Herz, der Viehhändler Leo Marcus sowie das Modewarengeschäft Gumpert. Der in Essen geborene und in Herne aufgewachsene Herbert Kaufmann ließ sich 1932 unmittelbar nach seiner Hochzeit in Werne nieder und eröffnete in der Bonenstr. 9 auf den Namen seiner Frau ein Geschäft für Arbeiterbekleidung.

Mehrere Männer aus den Familien Heimann und Salomon meldeten sich im Ersten Weltkrieg als Freiwillige. Mit dem EK ausgezeichnet wurden Grenadier Albert Heimann, der 1917 zum Unteroffizier befördert wurde, ferner Musketier Joseph Heimann. Ende 1922 ist die Existenz einer Ortsgruppe des CV belegt; in einem SD-Bericht wird sie noch für Mitte 1936 erwähnt. Anfang 1940 berichtete der Bürgermeister in Werne, sie existiere nicht mehr.

2.1.3 1935 wohnten in Werne Rosel Lippmann mit zwei Töchtern (Bonenstr. 5), Wilhelm Blumenthal mit Ehefrau sowie Walter Blumenthal (Bonenstr. 17), die Witwe Amalie Marcus mit der Familie ihres Sohnes Leo Marcus (Viehhändler, Bonenstr. 19), die Modistinnen Cäcilie und Helene Gumpert sowie der Kaufmann Louis Gumpert (Bonenstr. 20), die Witwe Sara Herz und Lena Herz (Manufakturwaren, Bonenstr. 21), der Kaufmann Herbert Kaufmann mit Frau und Kind (Burgstr. 13), ferner Siegmund Salomon, der Fleischer Heinrich Salomon, die Haustochter Herta Salomon und Emma Salomon (Burgstr. 15), der Viehhändler Ernst Heimann mit Frau und Kind (Burgstr. 22), die Witwe Julie Simons, Rosa Simons, der Viehhändler Paul Simons mit Jenny Simons (Roggenmarkt 17), der Fleischermeister Albert Heimann mit Frau und vier Kindern (Steinstr. 33), der Rentner Isaak Simons (Steinstr. 40) und der Verkäufer Abraham Frankenhuis (Steinstr. 33). Der reichsweit ausgerufenen Boykott zum 1. April 1933 fand in Werne nur geringe Resonanz, wohl auch weil die Tochter des Ortsgruppenleiters in einem Geschäft mit jüd. Inhaber angestellt war. Im Febr. 1938 ließ der Werner Bürgermeister in einer Gemeinderatssitzung verlauten, dass „Handwerker und Geschäftsleute, die mit Juden in Beziehung“ stehen, künftig von städtischen Aufträgen ausgeschlossen seien. Mitte der 1930er Jahre wurde das Haus der Familie Marcus abgerissen, um Platz zu schaffen für den Ausbau der ‚Straße der SA‘. In der Pogromnacht 1938 drangen etwa 20 SS-Angehörige sowie weitere Personen in Wohnungen und Geschäfte jüd. Einwohner ein, zerstörten Fensterscheiben, brachen Türen auf, zerstörten Einrichtungen und verwüsteten das Innere. In der Metzgerei Simon am Roggenmarkt zerschlug die SA mit Spitzhacke und Vorschlaghammer die Marmorthke, Wäsche und Einmachgläser wurden aus den Fenstern geworfen; die Familie konnte sich bei Nachbarn in Sicherheit bringen. Aus dem Schuhgeschäft Blumenthal wurden sämtliche Schuhe auf die Straße geworfen, Fensterscheiben am Haus Salomon (Marktgasse) zerstört und eine Verwandte im Nachthemd über die Scherben auf der Straße getrieben. Leo Marcus, der bei seiner Mutter zu Besuch war, wurde misshandelt. Louis Gumpert versuchte auf der Flucht vor den Nationalsozialisten von Dach zu Dach zu springen und fiel dabei in eine Gasse; er starb kurze Zeit später an seinen Verletzungen. Nach Augenzeugenberichten wurden alle jüd. Männer in der Nacht zum Marktplatz gebracht. Ihnen wurde befohlen, die Thora-Rolle zu bespuken und zu zertreten; dem jüd. Gemeindevorsteher Albert Heimann gelang es jedoch, sie zu retten. Aus Angst vor einem Übergreifen der Flammen auf angrenzende Gebäude fiel die nur wenige Meter vom Rathaus in einer eng bebauten Gasse liegende Synagoge nicht dem Feuer zum Opfer, obwohl im Inneren das Mobiliar angezündet worden war. Im Geschäft von Gumpert wurden Hüte sichergestellt, die sich dort zur Umarbeitung befanden, die Eigentümer wurden später in der Zeitung aufgefordert, sie sich in der Geschäftsstelle der NSDAP abzuholen. Wenige Tage nach dem Pogrom forderte der Bürgermeister von den städtischen Beamten und Angestellten die schriftliche Versicherung, dass weder sie noch ihre Ehefrauen in den drei Jahren zuvor in jüd. Geschäften eingekauft hätten; Anlass war die Meldung, ein städtischer Angestellter sei bis Okt. 1938 „Kunde des Juden Gumpert“ gewesen. Der Landwirt August Klosterschulte wurde verhaftet, weil er bis 1939 Geschäfte mit den jüd. Viehhändlern Heimann, Marcus und Simon abgeschlossen hatte, er wurde zunächst in Werne und dann im KZ Sachsenhausen inhaftiert, wo er umkam.

Bis 1939 mussten vier Werner Juden ihre Immobilien zwangsweise verkaufen, u. a. der Gemeindevorsitzende Albert Heimann. Ab Okt. 1939 war Werner Juden der Ein-

kauf nur in vier Lebensmittelgeschäften erlaubt. Herbert Kaufmann, der im Rahmen des Pogroms bis Jan. 1939 im KZ Sachsenhausen inhaftiert gewesen war, musste mit seiner Frau und den beiden Kindern 1939 zwangsweise in das der jüd. Gemeinde gehörende Gebäude Marktstr. 12 umsiedeln, er verdiente seinen Lebensunterhalt als Hilfsarbeiter im Tief- und Straßenbau. 1940 zog die Familie in ein ‚Judenhaus‘ in Hamm (Stiftsstr. 6), noch im selben Jahr gelang ihr die Flucht über Berlin und Russland nach Shanghai. 1939/40 emigrierten Heinrich Salomon sowie der Gemeindevorsitzende Albert Heimann mit Ehefrau und vier Kindern in die USA. Leo Marcus flüchtete nach England, er versuchte vergeblich, seine Frau Anni und den Sohn Hans Gustav nachzuholen. Im Aug. 1941 verbot der Bürgermeister „aus Gründen des Volksempfindens“ den Juden das Betreten der Wochenmärkte.

Zur ersten Deportation aus Westfalen im Dez. 1941 ins Ghetto Riga gehörten aus Werne Paul Simons, Amalie Elkan sowie Hildegard und Siegfried Arensberg, die zunächst ins Sammellager ‚Gertrudenhof‘ in Münster gebracht wurden. Im Jan. 1942 wurden die in Werne verbliebenen Juden, die bis dahin in drei Häusern gewohnt hatten, in einem Haus zusammengelegt. Das Haus von Lena Herz, in dem die Familie Herz und Amalie Marcus gewohnt hatten, wurde komplett geräumt, um darin obdachlose Familien unterzubringen. Die Familie Herz wurde in die Wohnung des bereits deportierten Paul Simons eingewiesen, wo dessen Mutter und die kranke Schwester noch lebten, Amalie Marcus in die der deportierten Familie Arensberg im Gebäude der Synagogengemeinde. Zum Transport im März 1942 über Gelsenkirchen ins Ghetto Warschau gehörten Ewald Schleimer mit Frau Hertha und Tochter Mathel, eventuell auch Rosa Simons. Ende Juli 1942 wurden Amalie Marcus sowie Emma und Julius Salomon über Münster ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Selma Frankenhuis geb. Heimann war in die Niederlande ausgewandert und wurde von dort deportiert. Während des Krieges versteckten Bernhard und Johanna Sickmann aus Werne zeitweise Siegmund Spiegel aus Ahlen, Ehemann der in Herbern versteckten Jüdin Marga Spiegel.

2.1.4 Anni Marcus kehrte Mitte 1945 nach Werne zurück. Nachdem ihr Sohn Hans Gustav, zusammen mit ihr nach Riga verschleppt, für tot erklärt worden war, kam sie in die Nervenheilanstalt Dortmund-Aplerbeck, wo sie 1949 starb. Vierzehn aus Werne stammende Personen, von denen zehn der SS angehört hatten, hatten sich 1948 bis 1950 wegen ihrer Mitwirkung an den Vorgängen in der Pogromnacht in Werne und Drensteinfurt vor dem Landgericht Münster zu verantworten.

1979 und 1981 wurden Gedenktafeln am Platz der früheren Synagoge und am Eingang des jüd. Friedhofs angebracht. Das Werner Stadtmuseum zeigte 1981 eine Ausstellung zum Thema ‚Juden in Werne‘. 1988 und 2002 wurden weitere Gedenktafeln am Marktplatz und am jüd. Friedhof aufgestellt. Nachkommen der jüd. Familien Heimann und Salomon besuchten in den 1980er und 1990er Jahren ihre Heimatstadt. 2006/07 wurden in Werne ‚Stolpersteine‘ für zehn Deportierte und sieben Emigranten gelegt (Burgstr., Roggenmarkt, Bonenstr., Steinstr.), weitere Steine folgten 2013 (Burgstr.).

2.2.1 1667 lebten in Werne vier jüd. Familien, 1739 waren es sechs, 1763 sieben und 1784 neun. 1816 lebten in der Stadt 56 Juden, 1843 waren es 69 und 1858 dann 72. Im Jahr 1871 waren von 2084 Einwohnern 1982 kath., 21 ev., 80 jüd. Glaubens, einer gehörte einer anderen christl. Gemeinde an, 1895 von 2214 Einwohnern 2145 kath., 31 ev. und 38 jüd. Glaubens, 1925 von 11 627 (!) Einwohnern 9431 kath., 1906 ev., 33 jüd. Glaubens und 117 bekenntnislos.

1847 fand im Kr. Lüdinghausen eine Anhörung zur Bildung der Synagogenbezirke statt. Während sich die Juden aus Lüdinghausen, Olfen und Seppenrade für Lüdinghausen als Hauptort des Synagogenverbandes aussprachen, schlugen die Juden

aus Bork und Werne ihre Städte als Sitz vor. Da in Werne die meisten jüd. Einwohner im Kreisgebiet (79 von 312) wohnten, befürwortete der Landrat 1848, in Werne den einzigen Synagogenbezirk im Kreisgebiet zu bilden; die Regierung in Münster übernahm diese Empfehlung zunächst. 1853 sprachen sich die Lüdinghausener Juden erneut gegen Werne als Hauptort aus, so dass der Kreis 1854 in die beiden Bezirke Werne und Olfen geteilt wurde. Die Juden in Herbern schlossen sich 1856 der Synagogengemeinde Werne als Untergemeinde an. Laut Statut von 1856 gehörten zur Synagogengemeinde Werne die Juden in der Stadt Werne sowie – als weitgehend unabhängige Untergemeinde – diejenigen in Drensteinfurt mit den Gemeinden Bockum und Walstedde (beide Amt Drensteinfurt). In einer neuen Fassung erschien das Statut 1889. Um 1900 schlossen sich die wenigen verbliebenen Juden in Drensteinfurt und Walstedde (nicht zuletzt wegen der von Werne geforderten Beteiligung an der Besoldung des Lehrers) der Gemeinde in Sendenhorst an. 1911 bestand die Gemeinde noch aus Werne und Herbern, von 1933 bis 1935 waren auch Bockum und Hövel der jüd. Gemeinde Werne angeschlossen.

2.2.2 Zu Beginn des 19. Jh. erbaute die Werner Judenschaft eine eigene Synagoge am Markt. In der Pogromnacht wurde zwar das Mobiliar im Inneren angezündet, das Gebäude selbst verbrannte jedoch nicht. Paul Simons musste das Synagogengrundstück im Sept. 1939 für die jüd. Gemeinde zwangsweise an einen Werner Bürger verkaufen, der auch das Vorkaufsrecht für das ebenfalls der jüd. Gemeinschaft gehörende benachbarte Grundstück Markt 12 erhielt.

2.2.3 Lehrer in Werne war von 1808 bis 1813 Joseph Bendix. Philipp Heimann – 1815 von einem Rabbiner „als Schullehrer der jüdischen Kinder zu Werne examiniert und approbiert“ – unterrichtete 1815/16 in seiner Wohnung Religion und Hebräisch; schulpflichtig waren zu dieser Zeit vier Kinder. Von etwa 1818 bis 1858 betrieb Lehrer Gottfried Ruben eine private Religionsschule; die wenigen jüd. Kinder im schulpflichtigen Alter besuchten ansonsten die kath. Knaben- bzw. Mädchenschule. 1860 wurde ein Antrag auf Errichtung einer jüd. Privatschule bewilligt, erster Lehrer war Philipp Gumpert aus Haltern. Laut Stundenplan von 1860 fand der Elementarunterricht der ‚Israelitischen Schule‘ zu Werne von Sonntag bis Freitag statt; am Mittwoch- und Freitagnachmittag sowie der Sabbat war unterrichtsfrei. Neben Lesen, Schreiben und Übersetzen von Hebräisch und Deutsch standen Religion, biblische, vaterländische und Natur-Geschichte, Kopf- und Tafelrechnen, Zeichnen, Gesang und Schönschreiben auf dem Unterrichtsplan. Wegen der Misshandlung von Schulkindern wurde Gumpert angeklagt und 1866 entlassen. 1868 gab es bei elf jüd. Familien 22 schulpflichtige Kinder. Zu dieser Zeit kam es wegen der Finanzierung einer Lehrerstelle zum Streit zwischen dem Gemeindevorsitzenden Isaac Bendix sowie den Familienvätern Isaak Heimann, Simon Markus und J. Benjamin. 1869 wird ein Lehrer Meyer, 1871 Jacob Mansbacher genannt. Nach 1900 erhielten etwa fünf Kinder ‚Wanderunterricht‘ durch Lehrer Louis Meyer aus Lünen. Auf Antrag der Synagogengemeinde bewilligte der Magistrat 1932 einen Zuschuss zum jüd. Religionsunterricht. In der NS-Zeit waren die vier Kinder des Albert Heimann und die beiden des Alwin Lippmann die einzigen jüd. Kinder in Werne. Nach dem Besuch des Kindergartens im kath. Waisenhaus gingen sie in die kath. Grundschule, dann in die Höhere Stadtschule. Ende 1937 nahmen auch Schüler aus Werne an dem von Lehrer Tint nach Ahlen einberufenen Bezirksschülertag teil, den Rabbiner Steinthal aus Münster leitete.

2.2.4 Juden, teilweise auch Christen aus Werne unterstützten mit Spenden fast neun Jahrzehnte lang die Haindorfische Stiftung. Jonas Lehmann aus Werne gehörte 1827 zu den Geschäftsführern, die für einzelne Regionen zuständig waren.

2.3.1 Als Vorsteher der Stiftsjuden wird 1678 Abraham zu Werne genannt. 1815/16 war Jonas Lehmann Vorsteher der jüd. Gemeinde Werne. 1856 bildeten Isaak Bendix

(der dieses Amt auch 1868 versah) aus Werne sowie Leser Reinhaus aus Drensteinfurt und Joel Samson aus Herbern den Vorstand der Synagogengemeinde Werne. 1858 war Isaak Benjamin Vorsteher. 1889 bestand der Vorstand aus Joseph Samson (Herbern), Isaak Heimann und Philipp Simons. Zu Beginn des 20. Jh. stand Philip Herz der Synagogengemeinde Werne vor. 1911 bildeten Hermann Heimann und Wilhelm Blumenthal den Vorstand, 1914 Louis Hertz, 1922 Hermann Heimann und Isaak Simon, 1928 Ernst Samson aus Herbern, 1938/39 Albert Heimann. 1815/16 fungierte Beer Heimann als Kantor, sein jährliches Gehalt betrug bei freier Kost 50 Reichstaler. Vor 1870 vollzogen ‚Religionsdiener‘ aus Werne jüd. Trauungen u. a. in Waltrop. Zu Beginn des 20. Jh. wird Gumpert als Kantor genannt.

2.3.3 Laut Statut von 1828 waren Juden von der Mitgliedschaft im Werner Schützenverein und von der Teilnahme am Schützenfest ausgeschlossen. Seit 1833 durften sie – wie die Gesellen – an den Schützenfesten teilnehmen, blieben vom Scheiben- oder Vogelschießen (und damit von der Königswürde) aber ausgeschlossen. Auch der Junggesellen-Schützenverein hielt in seinem Statut von 1845 daran fest, „dass es nicht zugegeben werden könne, dass ein Israelit König würde, wenngleich ihnen alle übrigen Rechte der Christen in diesem Feste zugestanden“ würden. Am Junggesellen-Schützenfest 1926 beteiligten sich u. a. Leo Heimann, Leo Marcus und Julius Gumpert. In der 1848 gegründeten exklusiven ‚Club-Gesellschaft‘ waren auch zwei jüd. Kaufleute Mitglied. Juden fanden sich auch im Turnverein von 1903; der Kaufmann Louis Gumpert war im Vorstand des Kleinpacht- und Gartenvereins. 1919 setzte die Zentrumspartei den jüd. Kaufmann Louis Herz auf ihren Wahlvorschlag für die Kommunalwahl. Politische Gegner sahen darin eine „christlich-jüdische Zentrumsliste“. 1929 berief der Magistrat einen Vertreter der jüd. Gemeinde in den Ausschuss zur Errichtung eines Kriegerdenkmals.

3.1 Zu Beginn des 19. Jh. heißt es: „Die hiesige Synagoge ist neu erbaut, und in gutem Zustande und im Eigenthum der sämtlichen Judenschaft“. Einige Stufen führten zur Holztür des am Markt gelegenen, schlichten Fachwerk-Gebäudes mit einer Grundfläche von 78m². Im Erdgeschoss befanden sich Schul- und Betraum, im Obergeschoss eine Wohnung. Die weiblichen Gemeindemitglieder saßen im Betraum an der Nordseite in acht Bankreihen, für eine Empore war kein Platz. In der Mitte zur westlichen Wand befanden sich drei Bankreihen für Männer, rechts und links vom Eingang drei weitere. 1944 wurde das Gebäude abgerissen. Bei der Errichtung eines Neubaus Ende der 1970er Jahre kamen Fundamente des Bethauses zutage.

3.2 Folgende Geschäfte mit jüd. Inhabern befanden sich in den 1920er Jahren in der Bonenstrasse: Nr. 17 (Schuhgeschäft Blumenthal), Nr. 19 (Viehhandel und Manufakturwaren von Leo u. Amalie Marcus), Nr. 20 (Hutladen u. Manufakturwaren von Cäcilie u. Louis Gumpert) und Nr. 21 (Manufakturwaren Louis Herz). Eine Metzgerei bzw. einen Viehhandel betrieben in der Steinstr. 33 Albert und Ernst Heimann, am Roggenmarkt 17 Herz Simons sowie in der Burgstr. 15 Heinrich Salomon.

3.3 Im Ratsprotokoll heißt es 1698, die vergeleitete Judenschaft habe „von altersher ihre Begräbnisse auf besagtem Schüttenwall gehabt“. 1741 kauften die Werner Juden ohne Wissen der Stadt einen Garten in der Nähe, weil ihr alter Friedhof an der Stadtmauer nicht mehr genügend Platz bot. Weil sie der Stadt dafür nicht mehr wie zuvor 1 Rtlr. für jede Beerdigung zahlten, klagte die Stadt. Die Hofkammer forderte die Stadt auf, der Judenschaft entweder einen anderen Friedhof zuzuweisen und ihr die Auslagen für den Kauf des Begräbnisplatzes zu ersetzen oder sich mit den ihr jährlich zustehenden 3 Schillingen zufriedenzugeben und der Judenschaft den neuen Begräbnisplatz zu belassen. Wie der Streit ausging, ist nicht überliefert. 1779 erwarb die jüd. Gemeinde für 25 Rtlr. das Gelände zwischen der Stadtmauer und dem Schüt-

tenwall, vermutlich also den älteren Friedhofsteil. Zu Beginn des 19. Jh. wurde den Juden gestattet, ihren Begräbnisplatz erheblich zu vergrößern. Zwischen 1822 und 1875 sind 87 Bestattungen belegt. Im rückwärtigen Teil des Friedhofgeländes finden sich heute noch 37 Grabstellen und 35 Grabsteine. Ein nur hebr. beschrifteter Grabstein von 1702 befindet sich in einer separaten Ecke des Friedhofs, abseits von den übrigen Grabreihen. Er wurde gesetzt für Matchen, Tochter des verstorbenen Abraham von Werne (Vorsteher der Judenschaft im Oberstift Münster). Der zweitälteste Grabstein stammt von 1874. Sophie Herz, Witwe des 1917 gest. Kaufmanns Philipp Herz, wurde noch 1942 in der Familiengruft beigesetzt. 1940 kaufte die Stadt Werne den 668 m² großen Friedhof von der RV, Bezirksstelle Bielefeld. Als Ersatz stellte sie ein Areal auf dem kath. Friedhof sowie Umbettungen in Aussicht, die Kriegerereignisse verhinderten jedoch die Umsetzung dieses Plans. Die jüd. Begräbnisstätte, mittlerweile im Stadtzentrum gelegen, wird von Mitarbeitern der Stadt Werne gepflegt. Sie steht unter der Obhut des ‚Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe‘, 1985 wurde das Areal (zwischen Südmauer und Auf dem Berg) in die Denkmalliste der Stadt eingetragen.

4.1 LAV NRW Abt. W (Münster), Fstm. Münster, Hofkammer, VIII h, Nr. 1, Bd. 1; Kr. Lüdinghausen, LRA Nr. 200, 1133–1135; Reg. Münster Nr. 13672; Rückerstattungen Nr. 15595; Wiedergutmachungen Nr. 424972, 424973, 424977. – LBI New York, Memoir Collection, Joseph Heiman, Inge Joseph (1897–1996), Karo Heiman (u.a. Childhood memories of Werne; experiences at schools in Werne). – StadtA Werne, u.a. C II/693, 694a, 697, 704; Melderegister. – Stadtmuseum Werne, Schriftverkehr mit den Familien Heimann und Salomon, Aufzeichnungen und Fotos.

4.2 Die in der Pogromnacht vom Gemeindevorsteher Albert Heimann gerettete Thora-Rolle befindet sich in der jüd. Reformgemeinde ‚Hebrew Tabernacle‘ in New York City. Fotos des jüd. Friedhofs und ehem. jüd. Geschäftshäuser in PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 702f. In den 1990er Jahren wurden die Grabsteine auf dem jüd. Friedhof für das Stadtmuseum Werne fotografisch dokumentiert.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 1–46 <1827–1911/13>. – CV-Zeitung <9.11.1922>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 68, <1909> 72, <1911> 82, <1913> 93, <1924/25> 63. – Israelitisches Familienblatt <1917, 1918, 1937>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 169. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 48.

4.4 ASCHOFF Diethard, Geschichte der Juden in Werne bis 1800. Eine für das gesamte Hochstift Münster kennzeichnende Entwicklung. In: Auf roter Erde. Heimatbeilage der Westfälischen Nachrichten 38 <1982> 6–8. – BÖRSTE Josef/KRÖGER Bernd, Eine jüdische Familie aus Werne findet Zuflucht im Ghetto von Shanghai. In: Jahrbuch des Kreises Unna 34 <2013> 139–142. – FERTIG-MÖLLER Heidelore, Bin nicht ein Jud umsonst genannt. Das Schicksal der Juden in Werne und im Oberstift Münster. In: Westfalen 83. Westfälischer Heimatkalender NF 37 <Münster 1982> 38–43. – DIES., Juden in Werne (= Westfälische Kulturgeschichte 4) <Münster 1985>. – DIES., Die jüdische Gemeinde in Werne. Nur die Toten außerhalb der Stadtmauer? In: STRIEPENS Birgit (Red.), 1200 Jahre Christen in Werne <Werne 2003> 294–303. – DIES., „Stätten des Lebens“ unter Schatten spendendem Grün. Der jüdische Friedhof in Werne. In: Jahrbuch des Kreises Unna 23 <2002> 58–61. – FOHRMANN Marcus/RATH Thomas, Werne 1933–1945 <Werne 1988>. – HEIMANN Joseph/HEIMANN-KARO Inge, „Joseph and his daughter from 1890 to 1980“ <Ms. 1982> [im Stadtmuseum Werne].

Heidelore Fertig-Möller

WINTERBERG

1.1 Stadt Winterberg, Hochsauerlandkreis

1.2 Bis 1802/03 Hztm. Westfalen; nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (LGft. Hessen-Darmstadt, GHztm. Hessen-Darmstadt) seit 1816 Kgr. Preußen. – 1357 Stadtrechtsverleihung.

Laut Statut von 1856 war Winterberg (zusammen mit dem heutigen Ortsteil Siedlinghausen) Teil der Synagogengemeinde Brilon, nahm am dortigen Gemeindeleben aber nicht teil.

2.1.1 Die landesherrlichen Verzeichnisse erwähnen seit dem 17. Jh. jüd. Familien in Winterberg, eine kontinuierliche Niederlassung in der Stadt ist aber nicht zu erkennen. In den Jahren 1672, 1704, 1744, 1801 und 1802 lebte jeweils eine vergeleitete Familie in der Stadt, in den Jahren 1700, 1712, 1722, 1776, 1780, 1796 und 1799 ist dagegen keine jüd. Familie aufgeführt. Für 1672 ist Moises nachgewiesen, dessen wirtschaftliche Verhältnisse vermutlich bescheiden waren; mit 7 Rtlr. lagen die jährlichen Abgaben für sein Geleit deutlich unter dem Durchschnitt. 1704 wohnte in der Stadt „ohne gleydt der alte arme jude Moyses“, der 1700 sein Geleit aus Geldmangel nicht hatte erneuern können, aber weiterhin geduldet wurde; möglicherweise ist er mit dem 1672 erwähnten Moises identisch. 1716 waren Abraham, Isaak und Meyer, „die drei Juden zu Winterberg“, in eine Schlägerei verwickelt und mussten Strafe zahlen. 1738 ist der aus Medebach stammende Jakob Moyses, Schwiegersohn des verstorbenen Abraham Moyses, als Inhaber eines Geleits in Winterberg nachzuweisen. Zusammen mit seinem Bruder bestritt er durch Schlachten und einen Handel mit Kleinwaren den Unterhalt für seine Frau, deren Mutter und seine Tochter. 1751 war Jakob Moyses verstorben, seine Witwe wurde als verarmt bezeichnet. Ein aus Winterberg gebürtiger Knecht arbeitete Ende der 1730er Jahre in Medebach bei Philip Levi. 1752 ist Salomon für Winterberg nachweisbar. Er scheint weitgehend besitzlos gewesen zu sein, da von landesherrlicher Seite nicht festgestellt werden konnte, wie er ‚taxmäßig‘ zum Tribut zu veranschlagen sei. 1796 besaß Meyer Salomon – möglicherweise ein Nachfahre des Salomon – ein Geleit für seine Familie und den Knecht Gumpel. Um 1750 hielt sich außerdem Natan Feist offenbar ohne Geleit in der Gegend um Winterberg auf; mit seiner Frau Clara Jacob hatte er zwei Söhne. Er führte intensive Gespräche mit dem Winterberger Pfarrer, die ihn und seine Familie schließlich bewogen, zum Katholizismus zu konvertieren. Bei der Taufe 1755 in Winterberg standen Pate der Prokonsul Henricus Deimel und die Ehefrau des Konsuls Wahlen, Maria Catharina geb. Honcamp. Mit der Konversion erhielt die Familie ein unbefristetes Aufenthaltsrecht in der Stadt.

In Grönebach (heute ein Ortsteil von Winterberg) wohnte 1703 kurzfristig Salomon Moyses mit einem Interimsg eleit für drei Monate. Bis zum Erwerb eines landesherrlichen Schutzbriefes sollte er im Ort geduldet werden.

2.1.2 Die Juden des Amtes Medebach (wozu auch Winterberg gehörte) erklärten sich 1814 mit einem Vorschlag der hessischen Regierung einverstanden, gegen Zahlung eines Abschlags an die Kriegskasse vom Militärdienst befreit zu werden. Der Stammvater der Familie Winterberger, die bis in die 1940er Jahre im Ort wohnte, war Meyer Salomon, der 1801 ein Attestatgeleit besaß. Entsprechend der hessischen Verfügung über das Führen fester Familiennamen von 1808 entschied er sich für den Namen Winterberger. Als er 1808 starb, hinterließ er seine Witwe Rachel, fünf Söhne sowie die Tochter Schaffera. Die vier Brüder Salomon, Moses, David und Isaak blieben in Winterberg und kamen durch den Handel mit Vieh, die Schlachtereie und Landwirtschaft zu einigem Wohlstand, sie erwarben Häuser und teilweise beträchtlichen Grundbesitz. Salomon konnte 1825 ein Haus in der Hauptstr. (Nr. 24) erwerben. Moses und Isaak (verheiratet mit Jette Blumenthal aus Berleburg) betrieben eine Metzgerei, die

später von den Söhnen von Moses (Meyer und Abraham) kurzfristig mit dem Onkel weitergeführt wurde. David wurde Kaufmann und erwarb umfangreichen landwirtschaftlichen Besitz und Gärten, er heiratete 1823 Lisette Meyerhof aus Medebach und wohnte zeitweise auch in Hallenberg. In der folgenden Generation gelang es den Kindern von David und Isaak, sich in Winterberg wirtschaftlich zu etablieren. Die Nachkommen von Salomon und Moses zogen in andere Städte, wanderten nach Amerika aus oder starben frühzeitig. 1839 lebten im Stadtviertel ‚Obere Straße‘ zehn und im Stadtviertel ‚Mittlere Straße‘ 14 Juden, während sich im Stadtviertel ‚Niedere Straße‘ keine Juden angesiedelt hatten. 1846 wurden in Winterberg David, Isaac, Moses und Salomon Winterberger sowie Levi Meyerhof als selbständige Juden verzeichnet. Ende der 1840er Jahre lernte Meier Winterberger aus Winterberg mit Unterstützung der Marks-Haindorfschen Stiftung in Ahlen das Handwerk des Kappenmachers.

Meyer Winterberger (Sohn des David Winterberger) erlangte in der zweiten Hälfte des 19. Jh. als Kaufmann ein ansehnliches Vermögen; jedem seiner neun Kinder konnte er 10000 M zukommen lassen, als 1891 sein Testament eröffnet wurde. Sein Sohn Emil führte ein Textilgeschäft in Winterberg, 1923 wurde es seinem zweiten Sohn Josef als Alleinerben übertragen. Isaaks Söhne Salomon und Moses betrieben eine Branntwein- und Likörbrennerei. Ab 1909 führten die Söhne von Moses, Julius und Paul Winterberger die Gesellschaft als ‚A & M Winterberger – Branntwein- und Liquörfabrik mit Dampfbetrieb – Getreide en gros‘ weiter. Der 1913 geborene Horst Winterberger (Sohn von Paul) trat in der nächsten Generation in die Firma ein. Ihr Geschäft umfasste nun den ‚Handel mit Saatgut, Futter- und Düngemitteln sowie Kohlen, Produkthandel, Salzhandel, Spirituosenhandel sowie -fabrikation‘. Vor dem Ersten Weltkrieg lebten Josef, Julius und Paul Winterberger sowie Minna Schnorbusch mit ihren Familien in Winterberg.

Im heutigen Ortsteil Siedlinghausen lebten ab 1855 zwei jüd. Familien, die vermutlich aus Brunskappel hierher gezogen waren. Die Familie Weinberg blieb bis 1895 und zog dann nach Bigge; die Familie Stessmann blieb bis 1874 und zog nach Hallenberg.

2.1.3 Nach einem Bericht des Lehrers Klaus Hamper kam es in Winterberg schon kurz nach der Regierungsübernahme durch die NSDAP besonders seitens der Jugend zu Diffamierungen und Hetze gegenüber jüd. Bürgern. Als im Febr. 1935 einige Mitglieder des Sauerländischen Gebirgsvereins am Begräbnis ihres Mitglieds Julius Winterberger teilnahmen, fotografierte und denunzierte sie ein Hitlerjunge. Zudem klebte er einen Zettel mit einer Schmähung an das Fenster eines Lehrers, der Ortsvorsteher des Vereins war. Die Familie von Paul Winterberger musste 1937 die Häuser Hauptstr. 22 und 24 samt Inventar verkaufen; die ‚Bäuerliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft GmbH Winterberg‘ bezahlte dafür 33 000 RM. Unter Androhung von ‚Schutzhaft‘ übernahm die Stadt Winterberg auch den umfangreichen Landbesitz. Die Familie verließ den Ort und wurde teilweise von Hamburg aus deportiert. Das Textilgeschäft Winterberger konnten Josef Winterberger und seine Frau Erna Friedberg bis zur Pogromnacht 1938 führen. Zwar kam es in Winterberg zu keinen Ausschreitungen, doch die allgemeinen Anordnungen führten am 11. Nov. zur Verhaftung von Josef Winterberger. Am 18. Nov. wurde er mit der Auflage wieder entlassen, seinen Besitz zu veräußern und auszureisen. Den Verkauf nahm Winterberger mit einer Vollmacht seines inzwischen in den Niederlanden lebenden Vaters Emil vor. Der Landbesitz ging an die Stadt Winterberg; das bewegliche Inventar des Hauses Marktstr. 19 wurde vom Finanzamt Brilon versteigert. Josef Winterberger wurde in Bestwig im Straßenbau eingesetzt, im März 1942 wurde das Ehepaar deportiert und ein Jahr später im KZ Auschwitz ermordet. Die Söhne überlebten: Der 1927 geborene Gert konnte mit seinem Onkel Max in die Schweiz flüchten; der 1929 geborene Fred Ernst gelangte mit einem Kindertransport noch vor Kriegsbeginn nach England. In Siedlinghausen lebte in den 1930er Jahren ein weibliches Mitglied der Hallenberger Familie Bachenheimer.

2.2.1 1843 lebten in Winterberg 34 Juden, 1858 waren es 28. Im Jahr 1871 waren von 1105 Einwohnern 1063 kath., zehn ev. und 32 jüd. Glaubens; 1895 waren von 1265 Einwohnern 1201 kath., 44 ev. und 20 jüd. Glaubens; 1925 waren von 1900 (!) Einwohnern 1765 kath., 125 ev. und neun jüd. Glaubens. Im heutigen Ortsteil Siedlinghausen lebten 1858 sechs Juden; 1871 waren von 785 Einwohnern 768 kath., fünf ev. und zwölf jüd. Glaubens. In Niedersfeld waren 1925 von 769 Einwohnern 755 kath., zwölf ev. und einer war jüd. Glaubens.

Die jüd. Einwohner von Winterberg besuchten im 18. und 19. Jh. die Synagoge in Medebach. 1842 wurde seitens der Regierung Arnberg die Einrichtung eines Synagogenbezirks Winterberg für insgesamt 28 Juden geplant. Winterberg wurde laut Statut von 1856 dann aber in den Synagogenbezirk Brilon eingegliedert, der auch die Zuständigkeit für die Orte des Amtes Niedersfeld (Altastenberg, Elkeringhausen, Grönebach, Hildfeld, Niedersfeld und Silbach) übernahm, in denen überwiegend aber keine Juden lebten. Auch die Juden aus dem heute zu Winterberg gehörenden Siedlinghausen wurden dem Synagogenbezirk Brilon zugewiesen, allerdings der Untergemeinde Bigge zugeordnet (1905 verselbständigt). Wie schon zuvor orientierten sich die Winterberger Juden jedoch auch weiterhin nach Medebach und blieben der Gemeinde in Brilon fern. 1931 stellte S. Stahl aus Medebach den Antrag zur Loslösung der Stadt Winterberg und der Ämter Hallenberg, Medebach und Niedersfeld von der Synagogengemeinde Brilon. Der Antrag wurde abgelehnt, da sich die Juden in Hallenberg und Winterberg für den Erhalt des bestehenden Zustandes ausgesprochen hatten.

2.2.2 Die jüd. Familien in Winterberg orientierten sich vornehmlich, zumindest bis in die 1850er Jahre, zur Synagoge in Medebach. Der dortige Bürgermeister stellte aber in den 1840er Jahren fest, dass die Juden aus Winterberg „seit mehreren Jahren nicht mehr zum Gottesdienst gekommen“ seien, weil sie den Bau einer eigenen Synagoge planten. Eine eigene Winterberger Betstube kann nur in einem der Privathäuser bestanden haben. Zu Beginn des 20. Jh. fanden in Winterberg an Festtagen Gottesdienste statt.

2.2.3 Schulpflichtige jüd. Kinder aus Winterberg besuchten in der Regel die christl. Schule, die Eltern kümmerten sich um die religiöse Bildung und den Unterricht in hebr. Sprache; jüd. Kinder aus Winterberg nahmen zeitweise auch am sonntäglichen Religionsunterricht in Bigge teil. Lehrer wurden nur zeitweise angestellt, nachgewiesen sind Samson Simon (1844) und Moses Beck (1845/46). 1843 gab es zehn schulpflichtige Kinder. Von 1893 bis 1897 wurden die Kinder von Salomon und Moses Winterberger von einer Privatlehrerin namens Feldheim unterrichtet.

2.2.4 Juden aus Winterberg unterstützten seit den 1830er Jahren fast acht Jahrzehnte lang die Haindorfsche Stiftung.

2.3.1 Meyer Winterberger wurde 1854 als Stellvertreter in den Vorstand der Synagogengemeinde Brilon gewählt. In den Jahren 1905, 1913 und 1924/25 war Salomon Winterberger Gemeindevorsteher.

2.3.3 Julius Winterberger war bis zu seinem Tod 1935 Mitglied des Sauerländischen Gebirgsvereins. In den 1920er Jahren waren Paul und nach ihm sein Bruder Julius Winterberger Stellvertreter im Sparkassenvorstand.

3.1 Eine Betstube war Mitte des 19. Jh. offenbar zeitweise in einem der Privathäuser vorhanden.

3.2 In der ersten Hälfte des 19. Jh. erwarben die Brüder Salomon, Moses, Isaak und David Winterberger Häuser, Letzterer erwarb auch landwirtschaftliche Flächen und Gärten. Das Gebäude des Manufaktur- und Textilgeschäftes von Josef Winterberger wurde um 1845 erbaut (Marktstr. 19). Das Wohnhaus von Julius und Paul Winterber-

ger in der Hauptstr. 21 (früher 22) aus dem Jahr 1792 blieb erhalten, das Geschäftshaus der Firma ‚S & M Winterberger‘ wurde nach 1945 abgerissen.

3.3 Bis Mitte oder Ende der 1830er Jahre wurden Juden aus Winterberg auf dem jüd. Friedhof in Medebach beigesetzt; 1808 wurde dort Meyer Salomon (Winterberger) beerdigt. Anschließend wurde ein 707 m² großer Begräbnisplatz an der Wernsdorfer Straße in Winterberg genutzt, der zum Besitz der Familie Winterberger gehörte. Im Grundbuch waren die Brüder Julius und Paul Winterberger verzeichnet; letzter Eigentümer war Paul Winterberger. Als er 1938 zum Verkauf des unbelegten Grundstücksteils für 200 RM gezwungen wurde, stimmte er diesem unter der Bedingung zu, dass der verbleibende Bereich durch ein Eingangstor und eine Einfahrt zur Straße erschlossen werden sollte. In den folgenden Jahren verwaahrloste der Friedhof, wurde nach 1945 aber wieder hergerichtet. Acht Grabsteine sind erhalten, zwei weisen keine Inschriften mehr auf. Als Letzter wurde dort 1935 Julius Winterberger bestattet.

4.1 ErzbistumsA Paderborn, Generalvikariatsakten, Bd. 417 blau. – LAV NRW Abt. W (Münster), Herzogtum Westfalen, Landesarchiv Nr. 1718; Regierung Arnsherg, Präsidialregistratur Nr. 327, 328, Schulregistratur II D Nr. 384; Kreis Brilon Landratsamt 1643 u. 1651.

4.2 Fotos des Textilgeschäfts Marktstr. 19 von Josef Winterberger, des Wohnhauses Hauptstr. 21 von Julius und Paul Winterberger und des Friedhofs in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 400. Ausschnitt aus dem Stückvermessungshandriß der Steuergemeinde Winterberg von 1831 (Blatt 3, Flur 9) mit Lage der Wohngebäude von David, Salomon und Moses Winterberger in: SENER, Spurensuche 384; Lageskizze des jüd. Friedhofs ebd. 383.

4.3 Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 10–46 <1837–1911/1913>. – Handbuch jüdischer Gemeindeverwaltung <1907> 68, <1911> 82, <1913> 92, <1925> 63. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 51.

4.4 AUST Paul, Bußen und Abschwefungen. Aus Brüchten-Registern des 18. Jahrhunderts. In: De Fitterkiste. Geschichtliches aus Winterberg und seinen Dörfern 3 <1992> 92–107, bes. 98. – BRÜSCHKE Rudolf, Fremdlinge – Mitbürger – Verfolgte. In: DERS./FÖCKELER Norbert (Red.), Jüdisches Leben im Hochsauerland (= Hochsauerland-Schriftenreihe 3) <Schmallenberg-Fredenburg 1994> 21–288, hier 21–42, 177–192, 267–288. – FÖCKELER Norbert, Juden aus dem Hochsauerland als Opfer der Verfolgung unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933–1945. Ebd. 252–266, hier 266. – FRENZEL Katrin, Jüdische Kindheit im Altkreis Brilon zur Zeit des Nationalsozialismus (Schriftliche Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt für die Primarstufe. Münster 1994). Als Anhang in: Ebd. 1–96, bes. 57. – SCHÄFER Nikolaus, Juden in Winterberg. In: De Fitterkiste. Geschichtliches aus Winterberg und seinen Dörfern 4 <1992> 81–88. – SENER Michael, Spurensuche. In: BRÜSCHKE/FÖCKELER, Jüdisches Leben im Hochsauerland 289–385, hier 383f.

Joachim Rüffer

WITTEN

1.1 Stadt Witten, Ennepe-Ruhr-Kreis

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – Seit 1675 Marktrecht, 1825 Stadtrechte.

Laut Statut von 1855 bildete Witten seit 1854 den dritten Synagogenbezirk des Land- und Stadtkreises Bochum. Dazu gehörten die Juden in der Stadt Witten, im Amt Blankenstein (u. a. mit den Gemeinden Blankenstein, Stiepel, West- und Ostherbede, ab 1926 Herbede) und im Amt Langendreer (u. a. mit den Gemeinden Langendreer, Stockum und Werne). Die heute zu Witten gehörenden Stadtteile Annen und Rüdighausen wurden der Untergemeinde Lütgendortmund im Synagogenbezirk Dortmund zugeordnet, die Juden in Bommern der Untergemeinde Herdecke im Synagogenbezirk Hagen. Bis 1869 war Ostherbede Hauptort der Synagogengemeinde Witten.

2.1.2 Vor 1810 habe in Witten kein Jude gewohnt, berichtete der Chronist anlässlich der Grundsteinlegung der Synagoge 1885. Gemäß der im Grundstein eingemauerten ‚Urkunde über die Geschichte der jüdischen Gemeinde zu Witten und den Bau ihres neuen Tempels‘ ließ sich um 1810 Abraham Abraham in Witten nieder, der später den Namen Hirsch annahm. Für 1812 wird eine in Witten ansässige vierköpfige jüd. Familie erwähnt. 1820 beantragte der 1792 geborene Samuel Mildenberg die Genehmigung zur Niederlassung in Witten, er konnte ein Leumundszeugnis aus Herdecke vorweisen. 1829 war er als einziger Wittener Jude in der Lage, zur Besoldung des Landrabbiners einen überdurchschnittlichen Beitrag zu leisten. Den ersten Ansiedlern folgten der Metzger Abraham Weinberg sowie Joseph Spiegel und der Viehhändler Levy Cahn. In den Jahren 1829 und 1838 lebten vier bzw. sechs jüd. Familien in Witten. 1832 werden für Witten die Juden Joseph Abraham und Samuel Mildenberg als Metzger bzw. Ellenwarenhändler aufgeführt. 1835 etablierte sich der jüd. Metzger Samuel Stern, bald danach folgte der Händler Herz Sternfeld. 1846 waren für Witten Levi Cahn, Martin Cahn, Abraham Abraham Hirsch sowie Philipp, Nathan, Nettchen und Emanuel Mildenberg, ferner Isaac Moses Spiegel und Philipp Moses Spiegel (Pflegekinder des Levi Cahn), Samuel Joel Stern, Esther Markus Sternfeld sowie Abraham und Joseph Weinberg als erwerbstätige Juden verzeichnet. Nur die Familien Cahn und Mildenberg hatten ihre erblichen Familiennamen schon zuvor geführt, die anderen Familien nahmen die Namen neu an. In der 1885 für den Grundstein der Synagoge verfassten Urkunde zur Geschichte der jüd. Gemeinde werden folgende, vornehmlich männliche Mitglieder erwähnt: Leffmann Rosenthal (1842), Salomon und Elias Hanf (1848), Meier Adler und Josef Neustädter (1852), Philipp Stern (1854), Leser Klein (1855), Samuel Buchthal, Samson Stein und Moritz Lindenbaum (1862), Markus Rosenthal und Jakob Ostwald (1863), Samuel und Siegmund Wolfstein (1864), Markus Grünebaum (1865), Ascher Löwenstein, Simon Herz und Jakob Heilbronn (1866), Samuel Grünebaum und Nathan Mildenberg (1867), Emanuel Rosenbaum (1871), Georg Levy, Samuel Lindenbaum und van Pels (1873), Georg und Julius Blank, Louis Leiser, Salomon Elsbach, Simon und Moritz Rosenberg, Louis Müller, J. Stern (1874), Levy Schartenberg, Hermann Lilienfeld und Baruch Blank (1875), Jakob Klein (1876), Salomon Klein (1877), Isaac Rosenbaum (1878), Abraham Rosenbaum (1879), Thekla und Pauline Lilienthal, Johann Würzweiler, Joseph Jompen (1880), Albert Neugarten (1881), Isidor Herzstein, Joseph Rosenstein, Coppel Dessauer, Emanuel Katz (1882), M. Bär (1884), Witwe Henriette Rosenthal, Moses Haase, Bernhardine Rosenthal, Jakob Rosenberg (1885). Nach dem Gemeindestatut gehörten 1885 ferner die Familien Josef Weidenbaum und Moritz Block aus Langendreer, M. Jungbluth aus Stockum

und Julius Weinberg aus Heven zur jüd. Gemeinde Witten. Zwischen 1878 und 1885 traten die Familien Jacob und Isaak Rosenthal, Bernhardt und Joseph Rosenbaum, Isaak Kadden aus Annen freiwillig der Gemeinde bei.

Mit der Hochphase der Industrialisierung stieg seit Mitte des 19. Jh. die Zuwanderung von Juden in die protestantisch geprägte Ruhrstadt. Vor allem Kleinhändler aus ländlichen Gebieten Preußens zogen ins Ruhrgebiet und damit auch nach Witten, den meisten von ihnen gelang der wirtschaftliche Aufstieg in die Kaufmannsschicht. 1875 machte der Anteil der Juden an der Wittener Gesamtbevölkerung mit 379 Personen etwa zwei Prozent aus, 1885 wohnten 67 jüd. Familien in der Stadt. In den 1880er Jahren zogen zunehmend auch Ostjuden nach Witten, die von Lehrer Ostwald als arm und ungebildet beschrieben wurden. Der Antisemitismus dieser Zeit richtete sich jedoch insbesondere gegen das emanzipierte Judentum. Der als „Führer der Antisemiten im Rheinland und in Westfalen“ geltende Arzt Dr. Adolf König, Mitglied der Wittener Stadtverordnetenversammlung, gründete 1886 den ‚Deutschen Verein für Witten und Umgegend‘. Schon zuvor hatte es antisemitische Übergriffe auf Wittener Juden durch Anhänger Königs gegeben, über die u. a. in der überregionalen jüd. Presse berichtet wurde. Die AZJ meldete Ende 1886, in Witten könne ein Jude kaum auf die Straße gehen, ohne verhöhnt zu werden. Auf Einladung des ‚Deutschen Vereins‘ hielt der bekannte antisemitische Propagandist, der Berliner Hofprediger Adolf Stöcker, in Witten eine Rede „Über die Judenfrage“, die in der ‚Wittener Zeitung‘ abgedruckt wurde. In derselben Ausgabe erschien ein von 87 nichtjüd. Wittenern unterschriebener Aufruf zu einer Bürgerversammlung mit dem Zweck, eine „Resolution betreffs der antisemitischen Bewegung in Witten“ zu verfassen. Diese richtete sich entschieden gegen die Agitation der Antisemiten. Bei den Reichstagswahlen 1890 erhielt die antisemitische Bewegung in Witten 14 Prozent der Stimmen.

Zahlreiche jüd. Vereine bestanden in Witten. 1865 wurde der jüdische Frauenverein gegründet, von 1872 bis 1882 existierte ein Chewro. Ein gemischter Synagogenchor fand sich 1879 zusammen, 1885 zählte er 25 aktive und 46 passive Mitglieder. Sein Vorstand bestand aus dem Kultusbeamten als ständigem Mitglied sowie fünf wechselnden Mitgliedern; 1932/33 leitete ihn Siegmund Rosenthal. Um 1880 wurde innerhalb der Gemeinde eine Lesegruppe „zwecks Bildung der Jugend“ ins Leben gerufen. 1894 gründete die Synagogengemeinde einen jüd. Literaturverein, der mit Dortmund, Hörde, Elberfeld und Bochum einen Provinzialverband („Rheinisch-westfälischer Verband jüdischer Literaturvereine“) bildete, der sich dem ‚Centralverband der Literaturvereine Deutschlands‘ anschloss. Es gab eine jüd. Pfadfindergruppe, die dem ‚Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands‘ angehörte. Vorsitzender des jüd. Jugendvereins war 1932/33 Alfred Wolf. Neben einer Ortsgruppe des CV, vertreten durch Max Blank, existierte in den 1920er Jahren eine Ortsgruppe des RjF; seit 1927 war Siegfried Rosenberg ihr Vorsitzender. 1932 wird ‚Ehrenkamerad Isaak Rosenbaum‘, Kriegsveteran von 1870/71, erwähnt. Der RjF unterhielt verschiedene Sportgruppen, u. a. eine Fußballmannschaft (noch 1934), eine Ringer- und Boxergruppe sowie eine Tischtennismannschaft, die Ende 1937 gegen Dortmund antrat. Anfang 1938 trafen sich die Boxkämpfrichter und der Boxobleute des Landesverbandes Westdeutschland des ‚Schild‘ zu einer Tagung in Witten. Das ‚Schildheim‘ befand sich im Lokal Günther, Röhrchenstr. 32, und hatte Platz für etwa 200 Zuschauer.

Soldat im Preuß.-Österreichischen Krieg von 1866 war Jacob Klein. Neun Wittener Juden kämpften 1870/71 gegen Frankreich. Auch die Teilnahme von Wittener Juden am Ersten Weltkrieg ist belegt: Das EK II erhielten Max Eichengrün, Wehrmann Schacher, Emil Ernst, Referendar Dr. Arthur Eichengrün, Herbert Klein, Emil Landau sowie Otto Eichengrün und Siegfried Rosenberg. Auf den Grabsteinen des jüd. Friedhofs im Ledderken sind Inschriften mit militärischen Dienstgraden und Sterbeorten gefallener Soldaten vermerkt. 1920 berichtete das ‚Wittener Tageblatt‘ über die Weihe

der Gedenktafel in der Wittener Synagoge für die „auf dem Felde der Ehre gefallenen Gemeindemitglieder“, die Rede hielt der Prediger und Lehrer Max Mayer im Beisein auch von nichtjüd. Gästen. Zu den im Kriegsverlauf getöteten Juden aus Witten gehörten Arthur Cahn, Salomon Hanf, Emil Landau und Willy Levi. Auf der ersten von der Ortsgruppe des ‚Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge‘ veranstalteten öffentlichen Gedenkfeier zum Volkstrauertag 1928 sprach auch Max Mayer. 1923 wurde Max Blank – später Mitinhaber des Kaufhauses ‚Alsberg & Blank‘ – vom franz. Kriegsgericht zu acht Tagen Gefängnis und einer Million Mark Geldstrafe verurteilt, weil er „die Hergabe von Waren an die Besatzung“ verweigert hatte. Nachdem 1930 der Nationalsozialist und Geschäftsführer der AOK Witten Flugblätter mit „schweren Beleidigungen gegen die jüdischen Kaufleute Wittens“ in der Stadt verteilt hatte, erhielt er eine Geldstrafe.

Für Bommern (im 19. Jh. Amt Volmarstein im Kreis Hagen, heute ein Stadtteil von Witten) wird 1832 der Jude Samuel Schlesinger als Winkelier in Spezereiwaren genannt. 1846 wird Schlesinger als Metzger erwähnt, den genannten erblichen Familiennamen hatte er bereits zuvor geführt. 1843 besuchte ein schulpflichtiges jüd. Kind aus Bommern die jüd. Schule in Witten. In Bommern wohnte das jüd. Ehepaar Jacob und Nettchen Klein, in den 1870er Jahren wurden dort die Töchter Paula und Dina geboren. Ebenfalls heute ein Teil von Witten ist Heven (ehemals Amt Herbede, Landkreis Hattingen), wo in den 1880er Jahren der jüd. Metzger Julius Weinberg lebte. Er besuchte regelmäßig den Herbeder Viehmarkt. Zwischen 1867 und 1905 sind ein bis drei Juden für Heven belegt. Aus Stockum (im 19. Jh. Amt Langendreer im Kreis Bochum bzw. Hattingen, heute Teil der Stadt Witten) ist das Testament des jüd. Handelsmanns Leser Neheimer von 1866 überliefert. 1885 wohnte im Ort die Familie Jungbluth, Hermann Jungbluth gehörte zu den im Ersten Weltkrieg getöteten Mitgliedern der Synagogengemeinde Witten. Für die Jahre 1906 bis 1928 ist eine Handelsregisterakte des Manufaktur- und Modewarenbetriebs ‚Heinrich Grünwald Nachf.‘ aus Stockum überliefert. Seit 1906 führten Hugo und Laura Rosenthal die Lebensmittel- und Gemischtwarenhandlung ‚Gebrüder Rosenthal‘ (Provinzialstr., heute Hörder Str. 326).

2.1.3 In Witten lebten 1933 bei einer Gesamtbevölkerung von 72 580 Personen 297 Juden. In der Nacht vom 27. auf den 28. Febr. 1933 zertrümmerten Unbekannte etwa 135 Schaufenster- und 20 Fensterscheiben von Geschäften mit jüd. Inhabern. In der Stadtverordnetenversammlung vom 11. April 1933 forderte das Ratsmitglied Vogelbein (Zentrum), die Namen der Täter zu ermitteln. Von diesem ‚Vernichtungswerk‘ seien nicht nur Juden betroffen, auch die christl.-nationale Arbeiterbewegung sei Ziel der Aktion gewesen. Oberbürgermeister Laue verwies auf die Zuständigkeit der Polizei. Am reichsweit organisierten Boykott-Tag (1. April 1933) bezogen auch in Witten SA-Männer vor jüd. Geschäften Posten und kennzeichneten diese. Das ‚Wittener Tageblatt‘ berichtete von leeren jüd. Ladenlokalen auf der zentralen Einkaufsstraße und von zahlreichen Neugierigen, die eine Sperrung der Straße für den Verkehr notwendig machten. Dem in Witten geborenen und am Amtsgericht Witten sowie beim Landgericht Bochum zugelassenen Rechtsanwalt Dr. Leo Stern wurde im Mai 1933 aufgrund seiner ‚nichtarischen‘ Abstammung und wegen angeblich kommunistischer Betätigung die Zulassung entzogen. Dr. Heinz Keller, Vorsitzender der Wittener Ortsgruppe des ‚Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen‘ und SA-Standartenführer Carlau drangen im Juni 1933 in Sterns Büro (Bahnhofstr. 16) ein, wo sie ihn im Gespräch mit einem Mandanten antrafen. Sie durchsuchten seine Akten, entwendeten die Schreibmaschine und konfiszierten 500 RM und 40 Gulden. Stern zog Ende 1933 nach Neuss und emigrierte 1936 in die USA. Dem ebenfalls beim Amtsgericht Witten und beim Landgericht Bochum zugelassenen und seit 1929 in Witten tätigen Rechtsanwalt Dr. Arthur Steinberg (Bahnhofstr. 64) wurde zum selben Zeitpunkt die Zulas-

sung entzogen, nachdem wenige Wochen zuvor bereits seine Ernennung zum Notar abgelehnt worden war. Nach diesem Entzug seiner beruflichen Existenz meldete er sich im Juli 1933 aus Witten ab. Der Regierungspräsident in Arnsberg berichtete für Aug. 1934, man habe sich in Witten dagegen aufgelehnt, dass Juden „beim Ableben des Herrn Reichspräsidenten“ die schwarz-weiß-rote Flagge zeigten. Ende Juli 1935 erfolgte eine Beschwerde des jüd. Kaufhauses ‚Alsberg & Blank‘ wegen des Fotografierens von Kunden. Als die Entlassung von nichtjüd. Mitarbeitern – als Auswirkung des Boykotts – drohte, wurden jüd. Unternehmer gezwungen, diese Personen weiter zu beschäftigen. In der Gemeinderatssitzung vom 6. Aug. 1935 erhielt der NSDAP-Ratsherr Bauske Zustimmung für seine Forderungen, Juden das Betreten des Naherholungsgebietes Hohenstein zu verbieten, Bedarfsdeckungsscheine des Fürsorgeamtes von ihnen nicht mehr in Zahlung zu nehmen sowie ihnen den Kauf von Häusern und Grundstücken zu untersagen. Zehn Tage später erhielt das Stadtbauamt die Anweisung, am Aufgang zum Hohenstein ein Schild anzubringen: „Juden sind auf dem Hohenstein nicht erwünscht“. Die Aufenthaltsbescheinigung für Adolf Goldblum, dessen Lebensmittelgeschäft (Bahnhofstr. 25) 1935 an einen Nichtjuden übergegangen war, wurde nicht verlängert; Goldblum meldete sich im Mai 1936 ab, er starb im selben Jahr in Gelsenkirchen. Seine Ehefrau Lina, die mit der Tochter Liselotte 1936 nach Wattenscheid und ein Jahr später nach Berlin zog, nahm sich dort 1937 das Leben. Die Forderung eines NSDAP-Ratsherrn, die in der Lesehalle ausliegenden Zeitungen auf „vereinzelte Anzeigen von Juden“ zu überprüfen, erwies sich als sehr aufwendig, doch der Oberbürgermeister beharrte darauf, die Inserenten „namhaft zu machen“. Der in Witten geborene Jacob Schacher starb im Aug. 1937 im Polizeigefängnis Witten.

Im Zuge der ‚Polenaktion‘ wurden im Okt. 1938 auch jüd. Geschäftsinhaber mit ihren Familien nach Polen verschleppt, darunter Jakob Goldmann (Restekaufhaus ‚Reka‘, Hauptstr. 6), Hersch Mühlbauer, Sara Sager (Altwarenhandlung Bahnhofstr. 45, bereits Ende 1933 verkauft), Salomon Schlosser und Moritz Teichmann (Papiergroßhandlung, Freiligrathstr. 9). In der Nacht des 9./10. Nov. 1938 wurden jüd. Familien in ihren Wohnhäusern überfallen, drangsaliert (u.a. die Familie Hanf, Parkweg 14), ihr Mobiliar zerschlagen (u.a. bei der Familie Sommer, Ruhrstr. 49), Geschäfte wurden demoliert und geplündert. Die Synagoge wurde zerstört und in Brand gesetzt, die Feuerwehr schützte lediglich die Nachbarhäuser. An der Eingangspforte zum ev. Krankenhaus wurden schwerverletzte Jüdinnen und Juden zurückgewiesen. Die Mehrzahl der in Witten wohnenden jüd. Männer wurde am Vormittag des 10. Nov. über die Polizeireviere Witten und Bochum in das KZ Sachsenhausen verbracht. Inhaftiert wurden u.a. Karl Becker, Ernst und Fritz Grünebaum, Herbert Klein, Alex Landau, Hugo Liebenthal, Aron Safirstein (geboren in Warschau, letzter Synagogendiener der Gemeinde), Isidor Singer (aus Galizien), Josef Singer, Theodor Schacher, Moritz Sucher, Hermann Stern sowie Adolf, Herbert und Samuel (gen. Hans) Wilzig. Bereits seit Juni 1938 war Jacob Wilzig in Sachsenhausen inhaftiert, er starb dort im Jan. 1939.

Im Dez. 1938 beantragte der Gemeinderat, sämtliche Firmen, deren Inhaber bei Juden gekauft hätten oder die mit jüd. Firmen in Verbindung stünden, von Aufträgen seitens der Stadt auszunehmen. Der Arzt Dr. Julius Böheimer durfte seit Ende 1938 in seiner Praxis Nordstr. 16 nur noch Juden behandeln; seiner nichtjüd. Frau wurde die Mitgliedschaft im Kirchenchor der Gemeinde der Gedächtniskirche entzogen. Die zunehmenden Zwangsverkäufe jüd. Eigentums wurden auf der Grundlage der ‚Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben‘ vom 12. Nov. 1938 zum Abschluss gebracht; Denunziationen durch Parteiangehörige und spätere Begünstigte, Ankäufe unter Ausnutzung der Notsituation der Verfolgten begleiteten die Ausgrenzung. Der damalige Stadtchronist, Stadtinspektor Freund, verkündete 1938 in den Annalen der Stadt, dass seit 1933 die „jüdische Vorherrschaft ge-

brochen“ sei. 73 Juden, darunter mehrere Kaufleute, hätten den Ort bereits verlassen, die Geschäfte seien teilweise von „arischen“ Geschäftsinhabern übernommen worden. Insgesamt wurden bis 1938 in Witten 14 Geschäfte „arisiert“, 53 Immobilien wechselten bis 1943 den Besitzer, hinzu kam eine nicht bekannte Anzahl an Geschäftsliquidationen. Betroffen waren u. a. das Putz- und Modewarengeschäft Franziska Singer, das Kolonialwarengeschäft Buchthal (Gerberstr. 5), die Schrotthandlung Louis Schacher (Ardeystr. 70), die Metzgerei Moritz Stern (Johannisstr. 7), das Schuhwarenhaus Siegfried Rosenberg (Bahnhofstr. 17), das Herrenbekleidungsgeschäft Brahm's (Bahnhofstr. 16) sowie die Lebensmittelhandlung Ludwig und Fritz Sängner (Bahnhofstr. 14). Aufmerksamkeit erregte die „Arisierung“ des einzigen und größten Kaufhauses Alsberg & Blank (A & B) in der Wittener Innenstadt, weil dessen Inhaber Max Blank und Max Eichengrün sich dem Zwangsverkauf widersetzen. Beide wurden im Okt. 1938 wegen „Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen der Arisierung“ von der Gestapo festgenommen, um ihnen die Zustimmung zum Verkauf abzapressen. Bei einer Geschäftsinspektion erhielten die anwesenden 18 jüd. (von mehr als 200) Beschäftigten Arbeitsverbot. Die beiden Geschäftsinhaber wurden wenige Tage später aus der Haft entlassen. Aus dem Kreis der Bewerber für das attraktive Kaufobjekt erhielt die Kommanditgesellschaft „Neumann & Cropp“ die Zustimmung der Partei, der Kaufvertrag wurde am 2. Nov. 1938 geschlossen. Erstmals am 9. Nov. waren im „Wittener Tageblatt“, in der „Wittener Volkszeitung“ und in der „Westfälischen Landeszeitung Rote Erde“ Anzeigen geschaltet. Darin hieß es u. a.: „Ein neuer Name für ein bekanntes Haus! Eine bewährte Einkaufsstätte in starker Hand! Eine rein arische Firma in neuem Geist geführt!“ Die Neueröffnung wurde am 12. Nov. mit Kreisleiter, Standartenführer, Kreispropagandaführer etc. und Gefolgschaftsmitgliedern gefeiert. Die „Rote Erde“ kommentierte das Ereignis mit der Überschrift „Witten atmet auf“ und betonte, dass 20 jüd. Angestellte mit den Inhabern das Geschäft verlassen hätten, sodass deren Stellen für nichtjüd. Angestellte frei seien. Am 14. Nov. 1938 dokumentierte eine große Anzeige in der „Rote Erde“ und im „Wittener Tageblatt“ mit grafischer Darstellung des ehemaligen Warenhauses „Alsberg und Blank“ die Zwangsübergabe mit den Worten „Der Weg ist frei ...“.

Nach Kriegsbeginn mussten die Wittener Juden in die „Judenhäuser“ Hauptstr. 63 und 73 ziehen, die Organisation lag in den Händen des letzten verbliebenden Vorstandsmitglieds der jüd. Gemeinde, Hermann Strauss, der selbst seit Herbst 1941 im Haus Hauptstr. 63 wohnte. Zwei Drittel der 1942 noch in Witten lebenden 125 Juden wurden deportiert. Der erste Transport erfolgte im Jan. 1942 ins Ghetto Riga, darunter waren zwölf Personen aus Witten. Elf Juden (Hilde Becker; Betty, Herbert, Juliane und Ruth Klein; Helene und Leo Meyer; Thekla Neugarten; Alfred, Helene und Josef Singer) wurden im April 1942 ins Ghetto Zamość verbracht. Ins Ghetto Theresienstadt gelangten von Witten aus im Juli 1942 mindestens 14 Juden, weitere Personen wurden im zweiten Halbjahr 1942 deportiert. Der letzte Transport – mit den bis dahin in „privilegierten Mischehen“ Lebenden – erfolgte im Febr. 1945 nach Theresienstadt. Das Mobiliar „abgeschobener“ Juden verkaufte das Finanzamt Witten an die Stadtverwaltung, die für die abschließende Räumung der Wohnungen sorgte.

Im Ortsteil Stockum betrieb Laura Rosenthal mit ihrem aus Annen stammenden Mann Hugo das Lebensmittelgeschäft Gebrüder Rosenthal. Hugo Rosenthal und der Sohn Hans wurden nach dem Pogrom 1938 in das KZ Sachsenhausen verschleppt. Hans Rosenthal und seine Schwester Hanna konnten nach Palästina entkommen. Das Haus der Familie (Hörder Str. 326) wurde „arisiert“, das Ehepaar Rosenthal zog 1940 nach Dortmund, wurde 1942 ins Ghetto Riga deportiert und kam dort um.

2.1.4 Nach dem Ende der NS-Zeit kehrten nur wenige Juden nach Witten zurück. Die Familie Wilzig veröffentlichte in den „Amtlichen Bekanntmachungen“ 1945 die Mitteilung, dass sie in der NS-Zeit 24 Angehörige verloren habe. 1949 zählte die

jüd. Gemeinde Witten 21 Mitglieder. Weil die nach jüd. Brauch notwendige Zahl von Männern zur Durchführung eines Gottesdienstes nicht mehr zustande kam, schlossen sich 1952/53 die Wittener Juden mit denen aus Hamm und Siegen der jüd. Gemeinde Dortmund an, die aufgrund des vergrößerten Einzugsbereichs ihren Namen in ‚Jüdische Kultusgemeinde Groß-Dortmund‘ änderte. Fritz Grünebaum, Überlebender des Ghettos Theresienstadt, war in den ersten Nachkriegsjahren Sprecher der Wittener Juden und vertrat in diesem Verbund deren Interessen. 1966 förderte die Stadt Witten eine erste Besuchsreise von Wittener Schülern nach Israel. Aus dieser Initiative entstand der ‚Freundeskreis der Israelfahrer‘, seit den 1980er Jahren ein eingetragener Verein. Es entwickelte sich eine Partnerschaft zwischen Witten und dem israelischen Lev Hasharon, die 1979 in eine Städtepartnerschaft mündete. Im selben Jahr beschloss der Rat der Stadt Witten Richtlinien zur Förderung der Besuchsreisen von zwischen 1933 und 1945 „aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen ins Ausland vertriebenen oder geflüchteten“ Bürgern Wittens. Erste kirchliche Gedenkveranstaltungen fanden in den frühen 1970er Jahren statt. 1972 hielt Titularbischof Bernhard Schilling aus Anlass des 30. Todestages von ‚Bruder Wolfgang‘ – 1915 als Fritz Rosenbaum in Witten geboren, 1933 getauft, 1939 in den Franziskanerorden eingetreten – in der St. Franziskuskirche eine Bischofsmesse. Aus dem Kloster Woerden bei Utrecht war Fritz Rosenbaum 1942 ins KZ Auschwitz deportiert worden, wo er ermordet wurde. 1972 legte die kath. Gemeinde St. Franziskus ein Steinkreuz in Gedenken an ihr ehem. Gemeindemitglied auf einer Priestergruft des kath. Friedhofs Oberkrone/Trantenrother Weg nieder. Die ‚Kurze Straße‘ wurde 1979 in ‚Synagogenstraße‘ umbenannt, anschließend eine erste Gedenkplakette am Standort der ehem. Synagoge angebracht. Ab 1981 folgten Gedenksteine auf den jüd. Friedhöfen und Mahnwachen zum 9. November. 1986 wurde die ‚Deutsch-Israelische Gesellschaft‘ (DIG), Arbeitsgemeinschaft Witten, gegründet. Sie fördert lokale und regionale Projekte zur jüd. Geschichte und Besuche von Nachkommen ehem. jüd. Bürger der zweiten und dritten Generation. Seit 1988 wurden die Schicksale der Juden in Witten unter dem Nationalsozialismus wissenschaftlich erforscht, 1991 ein Gedenkbuch anlässlich einer Begegnungswoche mit Überlebenden vorgestellt. 1992 schrieb die Stadt Witten in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Dortmund (Fachbereich Design) einen Ideenwettbewerb zur Gestaltung eines Erinnerungsortes in direkter Nähe zum ehem. Standort der zerstörten Synagoge, Breite Straße/Ecke Synagogenstraße aus. Der Entwurf des damaligen Kunst- und Design-Studenten Wolfgang Schmidt erhielt den ersten Preis und wurde 1993 realisiert; die ältere Gedenktafel am Wohnhaus Breite-/Ecke Synagogenstraße blieb zu dokumentarischen Zwecken erhalten. Seit 1996 finden Gedenkveranstaltungen am 27. Jan. (Holocaust-Gedenktag) statt, themenbezogene Stadtrundgänge werden angeboten. Nach den Wittener Jüdinnen Rebecca Hanf und Rosi Wolfstein wurden 1996 Straßen benannt. Seit 2010 erinnert in Stockum im Neubaugebiet Wellershoff der Rosenthalring an die mehr als 30 Jahre dort ansässigen Geschäftsleute Laura und Hugo Rosenthal. Im Ortsteil Vormholz folgte 2007 die Benennung des Rosa-Stern-Wegs in einem Neubaugebiet in Erinnerung an Rosa Stern geb. Rosenbaum, die die Deportation nach Theresienstadt und Verschleppung in das KZ Auschwitz nicht überlebte. Seit 2014 werden in Witten ‚Stolpersteine‘ verlegt.

2.2.1 1839 lebten 45 Juden in Witten, 1843 waren es 53 und 1858 bereits 83. Im Jahr 1871 waren von 15 161 Einwohnern 4482 kath., 10 394 ev., 264 jüd. Glaubens, 21 gehörten anderen christl. Gemeinden an. 1895 waren von 28 769 Einwohnern 7949 kath., 20 339 ev., 394 jüd. Glaubens, 86 gehörten anderen christl. Gemeinden, einer war ohne Bekenntnis. Laut der Volkszählung von 1925 lebten im Stadtkreis Witten (nach dem Gebietsstand des Jahres 1926) 45 295 [!] Einwohner, von denen 12 903 kath., 30 092

ev. Glaubens, 311 Juden und 190 sonstige Christen waren. Nach dem Gebietsstand des Jahres 1931 waren im Jahr 1925 von 73 288 Einwohnern 19 076 kath., 46 834 ev. und 358 jüd. Glaubens, 3016 gehörten anderen christl. Gemeinden an und 4004 waren bekenntnislos oder Bekenner anderer Religionen.

Für folgende heutige Ortsteile von Witten liegen statistische Angaben zur jüd. Bevölkerung vor. In Bommern lebten 1839 drei, 1843 fünf und 1858 zwölf Juden. 1871 waren von 2580 Einwohnern 208 kath., 2363 ev., neun jüd. Glaubens, 1895 von 3570 Einwohnern 293 kath., 3267 ev., einer war jüd. Glaubens, neun gehörten anderen christl. Gemeinden an. In Heven lebte 1867, 1885 und 1890 je eine Person jüd. Glaubens, 1900 und 1905 waren es je drei Juden. In Stockum waren 1871 von 1149 Einwohnern 99 kath., 1045 ev. und fünf jüd. Glaubens, 1895 von 2738 Einwohnern 371 kath., 2363 ev. und vier jüd. Glaubens. Das Gemeindehandbuch 1924/25 nennt für Stockum: „5 Seelen“.

Bei den Vorarbeiten zu den einzurichtenden Synagogenbezirken plante die Regierung in Arnshagen 1842, für die Juden der Stadt Witten einen eigenen Synagogenbezirk einzurichten. Der vom Obervorsteher Hellwitz 1847 eingereichte Vorschlag sah vor, dem Bezirk Witten noch Langendreer, Annen und Rüdighausen anzuschließen. Nach dem Statut von 1855 (abgeändert 1871, 1899 und 1925) gehörten zum Synagogenbezirk Witten die Juden aus der Stadt Witten, aus dem Amt Blankenstein (u. a. mit der heute zu Hattingen gehörenden Gemeinde Blankenstein, der heute zu Bochum gehörenden Gemeinde Stiepel und den heute zu Witten gehörenden Gemeinden Heven, Obsterbede und Westherbede) sowie aus dem Amt Langendreer (u. a. mit dem heute zu Witten gehörenden Stockum und den heute zu Bochum zählenden Gemeinden Langendreer und Werne). Der Hauptsitz der Synagogengemeinde Witten befand sich bis 1869 in (Ost-) Herbede, wo die meisten Gemeindemitglieder wohnten; Ost- und Westherbede wurden 1926 vereint. Das heute zu Witten gehörende Bommern (Amt Volmarstein im Landkreis Hagen) war der Synagogenuntergemeinde Herdecke im Synagogenbezirk Hagen zugeordnet, die wenigen dort wohnenden Juden waren aber nach Witten orientiert.

1870 stellten die Familien Blume und Friedenberg aus Blankenstein den Antrag, aufgrund der großen Entfernung zur Wittener Synagoge der Synagogengemeinde Hattingen zugeordnet zu werden, was auch genehmigt wurde. Seit 1871 bemühten sich die Juden in Herbede, nicht zuletzt wegen der hohen Beiträge zum geplanten Bau der Synagoge, um eine Trennung von Witten. Der entsprechende Antrag wurde vom Bürgermeister unterstützt, von der Regierung in Arnshagen jedoch abgelehnt; ähnliche Gesuche 1880 und 1887 wurden ebenfalls zurückgewiesen. 1889 verfolgte der Sprecher der Herbeder Juden, Joseph Rosenbaum, erneut den Austritt aus der Synagogengemeinde Witten und den Anschluss als Filialgemeinde an Hattingen, was dort aber nicht gewünscht wurde. Anfang der 1890er Jahre trat dann die Hälfte der Herbeder Juden aus der Wittener Gemeinde aus und bildete einen selbständigen Synagogenverein, eine der kleinsten eigenständigen Synagogengemeinden in Westfalen. Anfang der 1930er Jahre löste sich die durch Abwanderung geschrumpfte Gemeinde Herbede auf, die verbliebenen Mitglieder schlossen sich Witten oder Hattingen an. Aus Annen (heute ein Stadtteil von Witten) traten in den 1870er bzw. 1880er Jahren fünf Familien der Synagogengemeinde Witten bei, nachdem sie aus der Synagogenuntergemeinde Dorstfeld ausgetreten waren. 1885 gehörten zur Synagogengemeinde Witten auch die Familien Josef Weidenbaum und Moritz Block in Langendreer (heute Teil der Stadt Bochum), ferner die Familie Jungbluth aus Stockum und Julius Weinberg in Heven. Zu Beginn des 20. Jh. werden als Wittener Untergemeinden Annen-Wullen, Langendreer, Stockum und Werne aufgeführt. 1932 waren der Wittener Synagogengemeinde nur noch Juden aus Langendreer und Werne angeschlossen. Seit Beginn der 1950er Jahre gehören die Wittener Juden zur jüd. Gemeinde Dortmund.

Eine Wittener Synagogenordnung von 1857 ist erhalten. Der nach Assimilation strebende Wittener Lehrer Jacob Ostwald änderte als Nachfolger des Simon Rosenbaum nach seinem Dienstantritt 1863 die Begräbniszeremonie, seit 1879 sang ein gemischter Synagogenchor und seit 1880 begleitete ein Harmonium (später eine Orgel) die Gottesdienste. 1881 folgte die Reform des Gottesdienstes, in dem mehr und mehr die deutsche Sprache verwendet wurde, bald wurde auch das Gebetbuch des religiös liberal eingestellten Stettiner Rabbiners Dr. Heinemann Vogelstein verwendet. Mit diesen Reformen setzten sich die mehrheitlich in der Gemeinde vertretenen Westjuden mit ihren liberalen Vorstellungen gegenüber den traditionellen Lebensformen der Ostjuden durch. Daraufhin initiierte der Kaufmann Samuel Kahn eine eigenständige orthodoxe Gemeinschaft. In seinem Haus (Hauptstr. 58) fanden jüd. Handelsreisende Unterkunft, die Wert auf koschere Verpflegung legten. Kahn war in den 1890er Jahren Initiator und Mitbegründer des ‚Vereins zur Wahrung der religiösen Interessen des Judentums in Westfalen‘. Lehrer Ostwald schildert in seiner Autobiographie Konflikte zwischen Gemeindemitgliedern. Nach der Erinnerung von Isi Kahn, Sohn des Samuel Kahn, bestimmte Ostwald den 9. Aw zum Freudentag und fuhr mit dem gemischten Synagogenchor auf einem Leiterwagen ins Freie, was die Orthodoxen missbilligten.

2.2.2 Die 1829 in Witten wohnenden Juden besuchten die Synagoge in Bochum. 1843 hatte die Gemeinde in Witten einen Betraum angemietet, in dem Gottesdienste in hebr. Sprache abgehalten wurden. 1848 teilte der Vorstand der jüd. Gemeinde Witten im ‚Wittekind oder der Sprecher an der Ruhr‘ der Bevölkerung mit, dass noch im Laufe des Monats die neue Synagoge (angemietete Räume im Haus Weidengasse 6) mit einem Gottesdienst eingeweiht werde. Die Bewohner Wittens wurden gebeten, „zur Ausschmückung und Erhaltung auch dieses Tempels der Gottesverehrung ihr Scherflein gütigst beitragen“ zu wollen. 1860 wurde das Haus Weidengasse 6 angekauft und als Gemeindehaus genutzt (Synagoge, Schule und Lehrerwohnung). Schon bald erwies es sich als unzureichend, zudem störte ein benachbarter Schmied die Ruhe. 1870 wurde das baufällige Haus für 3025 Tlr. an den Gastwirt Borgmann verkauft, die Regierung genehmigte den Kaufvertrag 1871. Bis ein neues Gemeindehaus eingerichtet war, nutzte die Gemeinde die bisherigen Räume jedoch weiter. Die Regierung in Arnberg sah den Bau eines Schulhauses als vordringlich an. Folglich entschied den Vorstand und Repräsentanten, das 1871 erworbene Grundstück Nordstr. 19 an die Schulgemeinde abzutreten unter der Maßgabe, im Gebäude einen Betsaal einzurichten, den die Synagogengemeinde anmieten konnte. 1873 weihte Kantor Jacob Ostwald das neu errichtete Schulhaus mit einer Synagoge im Obergeschoss ein. Er begrüßte die deutliche Verbesserung, denn auch an hohen Feiertagen sei der Platz nun ausreichend. Die fehlende Frauengalerie störte Ostwald nicht, anders jedoch die orthodoxen Gemeindemitglieder. 1878 wurde das Schulgebäude an die Stadt verkauft, nach einem Vertrag von 1881 mietete die Gemeinde den Betsaal weiter an. Wenige Jahre später kündigte die Stadt diesen Vertrag, was Ostwald dem seit 1883 amtierenden Bürgermeister Max Bürkner ankreidete, der den zunehmenden Antisemitismus – anders als sein Vorgänger – aus seiner Sicht nicht genügend bekämpfte. Unter dem Druck des auslaufenden Mietvertrages gründete die Synagogengemeinde eine Baukommission, die sich aus den Vorstandsmitgliedern Ascher Löwenstein, Elias Hanf und Moritz Lindenbaum und den Repräsentanten Sally Buchthal und Philipp Stern zusammensetzte. 1884 erfolgte der Kauf eines 871 m² großen Grundstücks (Breite Str. 52, Ecke Kurze Str.) für 13 600 M vom Kaufmann August Fischer. Die kalkulierten Baukosten in Höhe von 65 000 M wurden deutlich überschritten und betragen einschließlich Grunderwerb und Orgel 80 500 M, die vornehmlich durch Anleihen finanziert wurden. Die Grundsteinlegung fand am 20. März 1885 (nicht zufällig der Geburtstag Kaiser Wilhelms I.) u. a. unter Beteiligung des Bürgermeisters, des Architekten Franz Xaver Radema-

cher und der beteiligten Unternehmer statt. Aus Anlass des Umzugs aus dem alten Gemeindehaus, das für die Höhere Mädchenschule geräumt werden musste, in die neue Synagoge hielt Ostwald 1885 eine Abschiedspredigt mit dem Titel: „Gerechtigkeit, Liebe, Demut“, die im selben Jahr im Druck erschien. Der Vorsitzende der Synagogengemeinde Witten, Ascher Löwenstein, äußerte für den Neubau den Wunsch: „Möge dieser Bau, in so edler Absicht begonnen, auch den spätesten Geschlechtern zum Segen gereichen.“ Der Festgottesdienst, geleitet vom liberalen Rabbiner Dr. Jaulus aus Aachen (als Vertretung für den erkrankten Rabbiner Dr. Frank aus Köln), fand unter Teilnahme auswärtiger Gäste, Vertretern des Magistrats und des Stadtverordnetenkollegiums sowie zahlreicher Bürger beider Religionen statt. Der gemischte Chor hatte Verstärkung aus Bochum bekommen. Am 5. Nov. 1938 brachen Nationalsozialisten die Synagoge auf und demolierten Kultusgegenstände und Mobiliar. In der Pogromnacht wurde das Gebäude in Brand gesetzt. Am Morgen des 10. Nov. 1938 besichtigten Schaulustige das im Inneren komplett verwüstete Gotteshaus. Im Aug. 1939 erfolgte der Abriss. Hermann Strauss, letztes verbliebendes Vorstandsmitglied, vertrat bei der Zwangsversteigerung des Grundstücks die jüd. Gemeinde.

Im Haus des Samuel Kahn (Hauptstr. 58) befand sich der Betsaal der seit 1883 eigenständigen orthodoxen Gemeinde. Kahn ließ dafür von Künstlern im Ausland Thoraschmuck herstellen. 1949 diente den 21 Gemeindemitgliedern ein Raum in der Breddeschule für Gottesdienste.

2.2.3 Wittener jüd. Schulkinder – 1829 und 1838 zwei bzw. sechs – besuchten die ev. Schule im Ort; Religionsunterricht erteilten die Eltern, Privatlehrer oder häufig wechselnde Kultusbeamte. Von 1839 bis 1854 sind zwischen sieben und 17 jüd. Schulkinder in Witten nachgewiesen; 1843 kam eines davon aus Bommern. Ab 1840 war Moses (Moritz) Westheim jüd. Religionslehrer, 1844 Nachum Baruch aus Huckarde, der zugleich als Schächter fungierte. Nach Baruchs Fortzug wollte wegen des niedrigen Gehalts niemand die Stelle übernehmen. Erwähnt wird danach Lehrer Lazarus Cohn. 1852 argumentierte die Gemeinde, ohne einen Schächter die religiösen Bedürfnisse nicht befriedigen zu können, und bat um Genehmigung der Anstellung des nicht aus Preußen stammenden Wolf Katzenstein, der 1851 bis 1854 in Witten nachgewiesen ist. 1855 wird Abraham Löwenstein genannt, dem Landrabbiner Abraham Sutro die Befähigung als Religionslehrer bescheinigt hatte. 1860 gründete die jüd. Gemeinde eine Privatschule. Bis 1863 unterrichtete Simon Rosenbaum 26 Stunden pro Woche im Gemeindehaus Weidengasse 6. Nachdem Rosenbaum gekündigt hatte, wurde Jacob Ostwald 1863 sein Nachfolger. Dieser bemerkte zum Schulwesen vor seiner Amtszeit, dass nur wenige Juden ihre Kinder in die öffentlichen protestantischen Schulen geschickt hätten, der religiöse Unterricht sei vor allem von den Polen mit „sehr niedrigen Maßstäben“ durchgeführt worden. Lehrer Ostwald war 1864 Gründungsmitglied des jüd. Frauenvereins und 1866 des Bildungsvereins in Witten, 1904 ernannten beide Vereine ihn zum Ehrenmitglied. Er gehörte dem ‚Verein israelitischer Lehrer der Rheinprovinz und Westfalens‘ an und war Mitbegründer des ‚Verbands der Synagogengemeinden Westfalens‘; zudem engagierte er sich im ‚Verein für jüdische Krankenpflege in Westfalen‘, unterstützte dessen Vorhaben, ein jüd. Altersheim zu bauen und war Vorstandsmitglied des Vereins ‚Israelitisches Altersheim für Westfalen‘. 1870 konnte die jüd. Schule in eine öffentliche umgewandelt werden. Mit dem Beschluss des Schulvorstands und der Schulrepräsentanten 1872 zur Auflösung der Schulgemeinde gingen die Schule sowie alle Aktiva und Passiva an die Stadtgemeinde über. 1873 wurde ein Neubau in der Nordstr. 19 eingeweiht, in dem auch der Betraum untergebracht war; die Grunderwerbs- und Baukosten in Höhe von 47040 M wurden zum Teil durch eine Anleihe bei der städtischen Sparkasse aufgebracht. Lehrer Ostwald empfand das neue Gebäude im Vergleich zum alten als ‚Märchenschloss‘. Das Schuldefizit wurde 1876 in den Etat der Stadt übernommen, 1878 wurde das Gebäude an die Stadt ver-

kauft und von der jüd. Gemeinde angemietet. Da die Stadtverwaltung es Anfang der 1880er Jahre für die Unterbringung der Höheren Mädchenschule beanspruchte, zog die jüd. Schule 1885 in einen Klassenraum der zentral gelegenen Breddeschule, dann in die 1884 errichtete Bachschule; weitere Standortwechsel folgten. Die seit 1883 eigenständige orthodoxe Gemeinde betrieb eine Religionsschule mit Privatlehrer (u. a. Naphtalie Bamberger) im Haus des Samuel Kahn (Hauptstr. 58), wo sich auch der Betraum befand. 1871 besuchten 42 Kinder die einklassige jüd. Volksschule in Witten, 1874 bis 1877 wurden 60 Kinder unterrichtet, in den 1880er und 1890er Jahren zwischen 30 und 53. Von 1900 bis 1920 besuchten zwischen 24 und 42 Kinder die jüd. Lehranstalt. Ostwald wurde anlässlich seiner Pensionierung 1903 der ‚Adler der Inhaber des Königlichen Hausordens von Hohenzollern‘ verliehen. 1918 lebte der inzwischen 80-jährige Ostwald in Berlin. Sein Nachfolger wurde 1903 Max Mayer, der zuvor in Arnsberg tätig gewesen war. Er fungierte in den folgenden drei Jahrzehnten als Lehrer, Kantor und Prediger und wirkte in zahlreichen sozialen und kulturellen Einrichtungen der Stadt mit. Mayer hielt 1910 bei der ‚Königin-Luise-Gedächtnisfeier‘ des ‚Vereins der Nationalliberalen Jugend‘ die Festrede. Sowohl Ostwald als auch Mayer erteilten auswärtigen Schülern Religionsunterricht. 1900 besuchten drei jüd. Kinder aus Annen sonntags Ostwalds Religionsunterricht, 1911 erhielten Kinder aus Langendreer, Werne und Annen von Lehrer Mayer ‚Wanderunterricht‘.

1913 schlug die Kreisschulinspektion vor, die jüd. Schule in Witten aufzulösen, die Kinder zur ev. Schule zu schicken und den jüd. Lehrer dort anzustellen. Die jüd. Gemeinde lehnte den Vorschlag ab. 4000 M wurden 1915 im städtischen Haushalt für die jüd. Volksschule bereitgestellt. Seit 1926 kämpfte die Synagogengemeinde wegen abnehmender Schülerzahlen um den Erhalt ihrer Volksschule. Nach längeren Verhandlungen einigte man sich 1927 auf einen jährlichen Zuschuss der jüd. Gemeinde von 2000 M und auf eine halbjährliche Prüfung der Schülerzahlen. 1932 lehnte die Stadtverwaltung die von der jüd. Gemeinde beantragte Reduzierung des Zuschusses ab. Daraufhin kündigte der Vorstand den Vertrag, bat aber erneut um den Erhalt der Einrichtung. Die Schließung der städtischen jüd. Volksschule erfolgte wegen der geringen Schülerzahl im Frühjahr 1933. Lehrer Mayer war „nahe der Altersgrenze“ und wurde in den Ruhestand versetzt, die 15 Kinder anderen Schulen zugeteilt, insbesondere der kath. Breddeschule. Mayer erhielt 1935 vom früheren Seelsorger der Gemeinde Witten, Rabbiner Dr. Leopold Neuhaus, Frankfurt a. M., den Chower-Titel, einen Ehrentitel u. a. für verdiente Lehrer. Mayer floh 1939 in die Niederlande und wurde von dort aus nach Auschwitz deportiert. Im März 1935 beschloss der Gemeindevorstand, den pensionierten Lehrer Andorn aus Essen mit dem Religionsunterricht zu betrauen. Im Zuge der NS-Bestimmungen zur ‚Rassentrennung‘ an öffentlichen Schulen erwog man im Sept. 1935 auch für Witten die Einrichtung von ‚Judenklassen‘. Der Oberbürgermeister meldete, dass mit voraussichtlich 17 Schülern die Klassenstärke dafür zu gering sei. Er schlug vor, die Kinder der Gemeinden Herbede und Bochum-Langendreer nach Witten zu überweisen. Noch im selben Monat wurden zwölf ‚Volljuden‘, sieben ‚Halbjuden‘ und sieben Schüler mit einem jüd. Großelternteil an Wittener Volksschulen ermittelt, die bis zu ihrem Zwangsausschluss im Nov. 1938 in ihren Klassen verblieben.

Die Kreisschulinspektion Witten entschied 1939, dass von den beiden Schwestern Irene und Regine Hille, deren jüd. Mutter gestorben war, die ältere die christl. Schule weiter besuchen könne, die jüngere dagegen nicht. Letztere habe durch den Besuch eines jüd. Gottesdienstes erkennen lassen, wo sie „sich hingezogen“ fühle. Das Reichsinnenministerium entschied, dass beide Kinder als ‚Mischlinge 1. Grades‘ gleich zu behandeln seien und auf der christl. Schule verbleiben könnten. Die zehnjährige Gisela Baumbach, ebenfalls ‚Mischling 1. Grades‘, musste die christl. Schule in Witten im Mai 1939 dagegen verlassen, nachdem der ‚arische‘ Vater, ein Bergmann, auf polizeilichen

Druck den Zwangsvornamen ‚Sara‘ hatte eintragen lassen; 1940 besuchte sie die jüd. Schule in Dortmund. Ende 1944 wurde sie zur Zwangsarbeit in den Klöckner-Werken in Hagen-Haspe verpflichtet. Sie kehrte nach Kriegsende nach Witten zurück und zog 1956 in die USA.

Auch an der Höheren Bürgerschule (Realgymnasium) für Jungen bzw. der Höheren Mädchenschule (Lyzeum) finden sich jüd. Schülerinnen und Schüler; sie erhielten Religionsunterricht von den jeweils angestellten Kultusbeamten der Synagogengemeinde. 1867 bis 1877 lag der Anteil jüd. Schüler an der Höheren Bürgerschule bei drei bis 15 Schülern (zwei bis fünf Prozent), 1880 bis 1895 zwischen sechs und acht Prozent, 1896 bis 1928 zwischen zwei und vier Prozent mit abnehmender Tendenz. 1936 besuchten vier, 1937 und 1938 noch zwei Jungen das Realgymnasium. An der Höheren Mädchenschule machten 15 Schülerinnen 1883/84 einen Anteil von rund 16 Prozent aus, 1885 bis 1908 lag der Anteil bei sechs bis zwölf Prozent, 1909 bis 1926 zwischen zwei und fünf Prozent. 1927 bis 1929 besuchten sechs Jüdinnen die Höhere Mädchenschule, 1930 bis 1932 zwei bis fünf. Hannelore Leiser wurde 1937 am Lyzeum aufgenommen, sie war bis zu ihrem Ausschluss 1938 die einzige Jüdin der Schule. Nach dem Umzug mit ihren Eltern nach Köln gelang ihr die Flucht in die USA.

2.2.4 Wittener Juden, anfangs auch Christen, unterstützten mit ihren Spenden kontinuierlich seit Mitte der 1830er Jahre mehr als acht Jahrzehnte lang die Haindorfsche Stiftung. Bankier Moritz Hanf aus Witten fungierte seit den 1890er Jahren etwa ein Jahrzehnt lang als stellvertretender Kurator. Mitte der 1890er Jahre regten Juden u. a. aus Witten (Lehrer Jacob Ostwald und L. Hanf, Mitinhaber der Fa. S. Hanf) die Gründung eines ‚Jüdischen Asyls für arme Kranke und Altersschwache‘ für ganz Westfalen an; 1898 wurde dessen Aufbau beschlossen. 1865 wurde der jüd. Frauenverein in Witten gegründet; der Initiator Jacob Ostwald war 40 Jahre dessen Vorsitzender und Schriftführer. 1885 hatte der Frauenverein 28 Mitglieder. 1907 gehörten dem Vorstand außer Ostwald noch Frau Rosenberg, Frau Scharenberg und Helene Löwenstein an; 1910 zog sich Ostwald zurück. Mitte der 1920er und Anfang der 1930er Jahre war Rebecca Hanf geb. Löwenstein – nach Kriegsausbruch 1914 Mitbegründerin des ‚Nationalen Frauendienstes‘ und der Nachbarschaftshilfe für Kriegshinterbliebene – Vorsitzende des Frauenvereins mit (1932/33) 97 Mitgliedern.

Die 1872 gegründete Chewra diente sozialen Zwecken. 1881 gründete die Synagogengemeinde Witten einen Allgemeinen Armen-Unterstützungsverein und schloss sich dem Central-Armenverband an; die Chewra löste sich 1882 auf und überwies ihr Vermögen dem neuen Verein (1885: 43 Mitglieder). Der Vorstand bestand aus dem Kultusbeamten als ständigem Mitglied und aus vier jährlich neu zu wählenden Mitgliedern. Die Einnahmen (1933 waren das 280 M) wurden für Arme der Synagogengemeinde Witten verausgabt oder dem Centralverband überwiesen. 1884 wurde eine Institution zur Hilfeleistung in Krankheits- und Sterbefällen gegründet, geleitet durch eine Kommission von drei Gemeindemitgliedern, dem Kultusbeamten als Vorsitzenden, einem Vorstandsmitglied und einem Repräsentanten. In den 1930er Jahren wird eine Männer-Chewra genannt, der Joseph Kaufmann (Steinstr. 25) vorstand. Ehrenmitglied und Mitbegründer der Chewra Kaddischa, Isaak Rosenbaum, starb 1938 mit 92 Jahren. Die Synagogengemeinde Witten war korporatives Mitglied im Hilfsverein der Deutschen Juden, Vertrauensmann war 1910 Josef Lindenbaum.

2.3.1 Bis 1821 war der Soester Gemeindevorsteher Markus Elias für die Aufsicht religiöser Angelegenheiten in Witten zuständig, danach der Landrabbiner Abraham Sutro in Münster. Die Wittener Juden, die sich bis zur Gründung eines eigenen Gemeindebezirks nach Bochum orientiert hatten, wurden zunächst von dort betreut, so etwa 1829 bei Beschneidungen. Zu Beginn des 20. Jh. gehörte die jüd. Gemeinde Witten zeitweise dem Bezirksrabbinat Recklinghausen des vom Wittener Samuel Kahn

mitbegründeten, orthodox ausgerichteten ‚Vereins zur Wahrung der religiösen Interessen des Judentums in der Provinz Westfalen‘ an, 1936 dem liberalen Bezirksrabbinat Bochum.

Bis 1869 wurden die Gemeindewahlen in Osterbede abgehalten, erst danach in Witten. Als Vorstandsmitglieder wurden 1854 Meier Blume aus Blankenstein, Herz Rosenbaum aus Herbede und Levy Cahn aus Witten gewählt. In der zweiten Hälfte des 19. Jh. führten die Kaufleute Samuel Buchthal (Vorsteher) und Simon Rosenberg in mehreren Amtsperioden die Gemeinde, abgelöst von den Kaufleuten Ascher Löwenstein (seit 1881 Vorsteher) und Moritz Lindenbaum, die ebenfalls wiedergewählt wurden. Nach dem Tod Löwensteins 1908 amtierte der Geschäftsmann Georg Blank fast 20 Jahre als Gemeindevorsteher, bis zu seinem Tod 1931 war er Ehrenpräses. Auch der 1925 gestorbene Sally Eichengrün, Seniorchef der Fa. Gebr. Alsbeg, hatte mehr als zwei Jahrzehnte dem Gemeindevorstand angehört. Mitte der 1920er Jahre zählte neben David Harff aus Langendreer noch Selmar Löwenstein zum Vorstand. Von 1928 bis 1936 war der Kaufmann Alfred Rosenberg erster Vorsitzender; den letzten Vorstand bildeten die Kaufleute Siegfried Rosenberg, Max Eichengrün und Hermann Strauss. Als Repräsentanten sind 1932/33 Josef Lindenbaum und Siegmund Samson aus Langendreer belegt. Als Vorsänger fungierten die jeweiligen Lehrer.

2.3.2 Salomon Hanf, 1823 in Altena geboren und langjähriges Vorstandsmitglied der jüd. Gemeinde Witten, war Gründer des Bankhauses Hanf und gilt als ein Pionier des Ruhrbergbaus. Ob er selbst Zechenbesitzer war, kann nicht eindeutig belegt werden. Es ist davon auszugehen, dass Hanf eher aufgrund seines Bankgeschäfts und seiner damit etablierten wirtschaftlichen Stellung den Bergbau in der Region förderte. Salomon Hanf starb 1881 in Witten. Sein Sohn Moritz wird 1913 als einer von elf Juden im ‚Jahrbuch der Millionäre in Westfalen‘ aufgeführt. Seine Frau Rebecca Hanf geb. Löwenstein, Frauenrechtlerin und Philosophin, geboren 1863 in Iserlohn und seit 1885 in Witten ansässig, entwickelte in den 1920er Jahren ihr Wohnhaus (Parkweg 14) zu einem kulturellen Zentrum, in dem sich Kunstschaffende und Philosophen zum Gedankenaustausch, zu Lesungen und Musikveranstaltungen trafen. Sie zählte zu den führenden Mitgliedern in örtlichen karitativen Vereinigungen, Bildungs- und Kunstvereinen. Sie schrieb Essays und philosophische Fachartikel, korrespondierte mit namhaften deutschen Philosophen, unterstützte den Philosophen Salomon Friedländer (gen. Mynona) in seinem Exil in Frankreich und redigierte die zahlreichen Veröffentlichungen des Kantianers Ernst Marcus aus Essen. 1939 flüchteten Moritz und Rebecca Hanf in die Niederlande. Moritz Hanf starb dort 1943, Rebecca Hanf wurde 1944 über das Sammellager Westerbork nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Luise Charlotte (‚Ise‘) Hanf, 1893 in Witten als Tochter von Moritz und Rebecca Hanf geboren, war Schülerin des niederländischen Malers Johan (Jan) Thorn-Prikker in Hagen. 1919 heiratete sie den aus Bocholt stammenden Arzt Philipp Isaak Weinhold und zog zu ihm ins hessische Limburg. Ise Hanf-Weinhold präsentierte Arbeiten u. a. 1926 im Städtischen Museum Mülheim und 1934 in der Chanukka-Kunstschau des ‚Kulturbundes Deutscher Juden‘ Rhein-Main in Frankfurt. In ihrer ersten Schaffensperiode entstanden Wandbehänge und Batiken mit vornehmlich religiösen Motiven, danach folgten Skulpturen, Linolschnitte und Ölmalereien; sie starb 1937 mit 44 Jahren in Frankfurt. Einige ihrer Werke wurden in der Pogromnacht beim Überfall auf die Villa Hanf zerstört. Erhalten gebliebene Arbeiten befinden sich in Privatbesitz und in der Bibliotheca Rosenthaliana in Amsterdam.

Alma Rosali (gen. Rosi) Wolfstein, 1888 als Tochter einer Kaufmannsfamilie in Witten geboren, war nach ihrer Schul- und Berufsausbildung in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung aktiv. 1907 trat sie in Hagen in die SPD ein, wo sie sich u. a. für das Frauenwahlrecht und gegen den Militarismus einsetzte, später setzte sie dieses Engagement in Duisburg fort. Als Mitglied im Spartakusbund wurde sie mehrfach

inhaftiert. Sie war Mitbegründerin der KPD und seit 1921 Abgeordnete im preuß. Landtag, bis sie ihr Mandat 1924 aufgrund innerparteilicher Auseinandersetzungen niederlegte; 1929 erfolgte ihr Parteiausschluss. Zu dieser Zeit arbeitete sie als Lektorin des Malik-Verlages an der Herausgabe des Nachlasses von Rosa Luxemburg. 1932 wurde Wolfstein Mitglied in der Sozialistischen Arbeiterpartei, 1933 flüchtete sie nach Belgien und von dort 1936 nach Paris. Nach der Internierung in den Frauenlagern Rieucros und Bompard bei Marseille im Sept. 1939 konnte sie sich mit ihrem späteren Ehemann, Paul Frölich, in die USA retten. Rosi Wolfstein-Frölich kehrte Anfang der 1950er Jahre nach Deutschland zurück und lebte in Frankfurt; 1951 trat sie in die SPD ein und wurde erneut gewerkschaftlich aktiv, 1987 starb sie in Frankfurt.

Lotte Sommer verw. Joseph verh. Nivelli, 1906 in Witten geborene Tochter von Adolph und Sybilla Sommer, absolvierte nach dem Abitur 1930 am Wittener Gymnasium ein Klavier- und Gesangsstudium am Dortmunder Konservatorium. Sie war bis 1933 Konzertsängerin, dann engagierte die jüd. Gemeinde Witten sie als Organistin und Chorleiterin. Mit ihrem ersten Ehemann, Felix Joseph, zog sie 1939 nach Köln. Sie überlebte mehrere KZ und emigrierte 1947 in die USA. Dort setzte sie ihre Karriere als Sängerin in gemeinsamen Auftritten mit ihrem damaligen Ehemann, dem ‚Magier‘ und Überlebenden der Shoa, Herbert Nivelli, fort, und war später als Filmproduzentin tätig, sie starb 1995 in den USA.

2.3.3 Juden waren in Witten im 19. und beginnenden 20. Jh. nahezu in allen gesellschaftlichen Vereinen vertreten. Samuel Buchthal war Mitglied in der ‚Gesellschaft Casino‘ und gehörte 1886 zu den Gründungsmitgliedern des ‚Vereins für Orts- und Heimatkunde in der Grafschaft Mark‘, dem auch der Bankier Moritz Hanf und der Kaufmann Ascher Löwenstein angehörten. Siegfried Neufeld, Josef Kaufmann und Max Hochheimer gehörten 1923 zu den Mitbegründern des ‚Vereins gewerbetreibender Mieter e. V. Witten‘, Neufeld war erster Vorsitzender, Kaufmann Schriftführer und Hochheimer Kassierer. 1931 schieden alle drei aus, ein Jahr später löste sich der Verein auf. Adolf Wilzig war seit 1926 aktiver Ringer im Kraftsportverein (KSV) Witten. 1928 lud der KSV Witten den Hakoah aus Wien ein, was auch in einer Magistratssitzung bekannt gegeben wurde. Noch 1934 wurde Adolf Wilzig für einen Turniersieg in der Wittener Presse gefeiert, nach den Nürnberger Gesetzen von 1935 kämpfte er nur noch in der zweiten Mannschaft. Rebecca Hanf, jahrzehntelang Vorsitzende des jüd. Frauenvereins in Witten, war mehrere Jahre stellvertretende Vorsitzende des 1902 gegründeten überkonfessionellen Vereins ‚Frauenwohl‘, dem weitere Jüdinnen angehörten. Für den Verein war sie u. a. als Beraterin in der 1911 eingerichteten Auskunftsstelle für die Berufswahl und Ausbildungsangelegenheiten von Frauen tätig. Gemeinsam mit ihrem Ehemann Moritz Hanf war sie Mitglied in bürgerlichen Kulturvereinen, zu dem auch die beiden Kultusbeamten Jacob Ostwald und Max Mayer zählten. Lehrer Ostwald war Mitglied der 1896 gegründeten Wittener Freimaurerloge ‚Friedrich Leopold zur Markanertreue‘. Er initiierte 1866 die Gründung des von der Synagogengemeinde getragenen Bildungsvereins, der später Mitglied im Verband der Rheinisch-Westfälischen Bildungsvereine wurde, und zählte sich zu den Parteiführern der Wittener Liberalen. Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung waren Samuel Buchthal (1870er Jahre), der Bankier Salomon Hanf (verst. 1881), sein Sohn Moritz Hanf (1898–1924) und der Kaufmann Josef Lindenbaum (1909–1933). Bei den Kommunalwahlen 1919 vertrat Hanf die Deutschnationalen, Lindenbaum die DDP.

3.1 Im 1860 als Gemeindehaus angekauften Fachwerkhhaus in der Weidengasse 6 war neben dem Betraum und der Schule auch die Lehrerwohnung untergebracht; einige Räume im vorderen Teil waren an die ‚Kinderverwahrnalt‘ vermietet. Bei seinem Dienstantritt als Lehrer und Kultusbeamter bemängelte Jacob Ostwald 1863 die Lage des Gebäudes in einer düsteren Straße und das Fehlen von Bänken im Betraum. Eine

Frauengalerie mit niedriger Decke war vorhanden, zu der eine steile Treppe führte, zudem gab es eine Kanzel und einen eigenen, aber verschmutzten Brunnen. Das Gebäude wurde 1870 wieder verkauft, in ein Lagerhaus mit Werkstatt umgebaut und Anfang der 1930er Jahre wegen Baufälligkeit abgerissen. Von 1873 bis 1885 erfolgten die Gottesdienste im Obergeschoss des 1873 erbauten Schulhauses (Nordstr. 19), in dem sich auch eine Wohnung für den Lehrer befand. Das Schulhaus wurde 1937/1938 für die Kreisleitung der NSDAP umgebaut, die dort wenig später ihren Sitz nahm. Nach dem Krieg befand es sich weiterhin in städtischem Besitz, 1963 erfolgte der Abbruch.

Auf dem 1884 angekauften, 871 m² großen Grundstück Breite Straße 52 (Ecke Kurze Straße) plante Baumeister Wienecke ursprünglich ein in neoromanischer Form gehaltenes Synagogengebäude mit neoislamischen Versatzstücken, in dem zwei Schulräume und eine Lehrerwohnung untergebracht werden sollten. Bei der nach den Plänen des Wittener Architekten Xaver Rademacher letztlich realisierten Synagoge handelte es sich um ein freistehendes Gebäude in unmittelbarer Nähe zum Realgymnasium. Der etwa 320 m² große, zweigeschossige, zweifarbige Backsteinbau war in einem schlichten, romanisierenden Rundbogenstil mit einer Dachkuppel über dem Eingang gehalten, die mit drei Achsen gegliederte Eingangsfassade war zur Breiten Straße ausgerichtet (Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 232f.). Die ‚Wittener Zeitung‘ wertete das Gotteshaus bei der Einweihung 1885 als „neue imposante Zierde unter den öffentlichen Gebäuden“ der Stadt. In den 1920er Jahren wurden Kredite für Erneuerungsarbeiten aufgenommen; bis 1929 hatte das Haus weder elektrisches Licht noch eine Heizung. 1937/38 waren von 84 nummerierten, vermieteten Plätzen noch 42 namentlich durch Männer belegt, von den 96 ‚Mittelplätzen der Damen‘ waren 48 belegt, zudem noch fünf der 13 nummerierten Seitenplätze für Frauen. Nach der Zerstörung 1938 waren im Haushalt der Stadt Witten 3500 RM für den Abriss der Synagoge 1939 vorgesehen. In einem Polizeibericht wurde beanstandet, dass der das Grundstück umgebende Zaun das Straßenbild „gröblich verunstalte“; der Eigentümer des Grundstücks, Winkelmann, wurde aufgefordert, den ‚Missstand‘ zu beseitigen. Die verbliebenen Grundmauern sollten für einen Neubau genutzt werden, zunächst wurde auf dem Gelände ein Feuerlöschteich angelegt. 1955 verkaufte die JTC das Grundstück zum Preis von 17 420 DM an den Bauunternehmer Wilhelm Roth, der dort ein Mehrfamilienhaus errichtete. Bei den Ausschachtungsarbeiten fand man den bei der Grundsteinlegung 1885 versenkten Behälter, die darin enthaltene Urkunde befindet sich im Stadtarchiv Witten. Eine Gedenktafel am Haus, der Straßennamen und eine Stele aus Cortenstahl mit Inschriften erinnern an die Synagoge.

3.2 Einige der von jüd. Bauherren errichteten Wohnhäuser (Details bei PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 240f.) stehen seit den 1980er Jahren unter Denkmalschutz. Dazu gehört das im Volksmund ‚Villa Hanf‘ genannte Wohnhaus des Bankiers Moritz Hanf (Parkweg 14, ehemals Johannisweg 12), 1903 in großbürgerlichen, historistischen Formen mit Anklängen an den Jugendstil vom Wittener Architekten Otto Brenscheidt errichtet. Die Anfang der 1920er Jahre für den Kaufmann Sally Eichengrün vom Architekturbüro Feldmann & Müller aus Dortmund errichtete Villa Blücherstr. 17 (heute Husemannstr. 17) zeigt einen reduzierten Historismus und Formen des Neobarock. Das einschließlich Grundstück auf knapp 80 000 RM geschätzte Haus ging im Frühjahr 1939 für 43 000 RM in das Eigentum der NSDAP Gauleitung Westfalen-Süd über. 1941 wurde dort die zweite Gauschule Westfalen-Süd der NS-Frauensschaft eröffnet.

3.3 Für 1807 sind Verhandlungen zur Anlage eines Begräbnisplatzes belegt. 1830 erwarb die jüd. Gemeinde in Erbpacht für jährlich einen Kronentaler ein 1021 m²

großes Areal auf dem Helenenberg/Ardeyhöhe an der Straße ‚Egge‘. 1867 erfolgte der Ankauf des Friedhofs mit einem angrenzenden Stück Land für rund 80 Taler. Da einige Stellen wegen des harten Gesteins nicht nutzbar waren, war der Gottesacker 1891 belegt. In der Begründung für die Suche nach einem neuen Friedhof wurde auch auf die abgelegene Lage hingewiesen, die den Besuch vor allem im Winter schwierig mache. Um 1900 wurde der Friedhof geschlossen, 1903 ein dahinter liegender Geländestreifen für 100 M an den Wittener Feilenhauer Friedrich Ulm verkauft. Anfang 1920 war das Areal mit einer Mauer umschlossen. Im Bebauungsplan von 1936 war es als Grünfläche ausgewiesen, eine Bebauung damit ausgeschlossen. Die meisten Grabsteine wurden im Nov. 1938 zerstört. Im Juli 1939 stimmte der Stadtrat dem Ankauf des Grundstücks für 2000 RM zu, die Mauer wurde abgetragen, die Fläche eingeebnet. Einzelne Grabsteine verbrachte man (möglicherweise erst nach Kriegsende) zum neuen Friedhof im ‚Ledderken‘. In den 1950er Jahren verzichtete die zuständige jüd. Gemeinde in Dortmund auf die Wiederherstellung des Begräbnisplatzes, wünschte aber die ständige Pflege und die Beseitigung auftretender Schäden durch die Stadt. 1981 beauftragte die Stadt Witten den Steinmetz Karl-Heinz Wiegold mit der Gestaltung eines Gedenksteins.

Zur Anlage eines neuen Friedhofs erwarb die Synagogengemeinde Witten 1891 vom Landwirt und Stadtverordneten Theodor Gerling für 4000 M ein näher an der Stadt gelegenes Grundstück neben dem alten ev. Kirchhof (‚Ledderken‘); aufgrund seiner Lage trug es die Bezeichnung ‚Bormanns-Winkel Acker‘. 1893 wurde Philipp Lilienthal als Erster bestattet. Das Friedhofsgelände war von einer Hecke umgeben und zur Straßenfront mit einer Mauer und einem Eingangstor versehen. 1929 erklärte sich die Synagogengemeinde mit einem Teilgrundstückstausch einverstanden, um der Stadt den Ausbau der Straße ‚Ledderken‘ zu ermöglichen; der Tausch wurde jedoch nicht vollzogen. 1931 teilte die Synagogengemeinde der Stadt auf Anfrage mit, dass der Friedhof etwa zur Hälfte belegt sei. Bis 1941 wurden 209 Verstorbene dort begraben, als vermutlich letzter David Wilzig, der sich auf dem Hohenstein erhängt hatte. Der Rat der Stadt beschloss 1944 den Erwerb des Friedhofs – mittlerweile im Besitz der Reichsfinanzverwaltung – für knapp 4000 RM, um ihn „zu einer allen Volksgenossen zugänglichen Grünanlage“ umzugestalten. Durch Bomben wurden bis 1945 zahlreiche Grabsteine zerstört. Die Stadtverwaltung veranlasste nach Kriegsende Wiederherstellungsarbeiten, die größtenteils ehemalige Parteianghörige ausführten. 1946 wurden erneut sämtliche Grabsteine umgeworfen; die Instandsetzungsarbeiten erfolgten zögerlich und gaben bis zu ihrem Abschluss 1948 immer wieder Anlass zu Kritik seitens der jüd. Gemeinde. 1962 gingen beide Friedhöfe in den Besitz des ‚Landesverbandes jüdischer Kultusgemeinden von Westfalen‘ über, die Instandhaltung übernahm die Stadt Witten. 1971 wurde die vierstufige Treppenanlage am Eingang auf Antrag der Jüdischen Kultusgemeinde Groß-Dortmund mit städtischen Mitteln erneuert. 1972 genehmigte der Regierungspräsident in Arnsberg die Schließung des Begräbnisplatzes, einzelne Gemeindemitglieder konnten auf Wunsch noch bis in die 1990er Jahren dort beigesetzt werden. 1973 wurden 31 Grabsteine umgeworfen und 1976 erneut acht. Seit 1992 erläutert eine Messingtafel an der Mauer neben dem Eingangstor die Geschichte des Friedhofs. Auf Initiative der Stadt Witten wurde 1993 eine Gedenkstele im vorderen Teil enthüllt. Sie nennt die Namen der bis zu diesem Zeitpunkt ermittelten NS-Lager, in denen Wittener Juden ermordet worden sind. Im hinteren rechten Teil befinden sich die älteren Gräber und Grabsteine des Friedhofs Helenenberg. Im hinteren linken Teil sind Kindergräber angelegt. Eine Reihenbepflanzung sorgt für eine räumliche Trennung zu Gräbern nichtjüd. Ehepartner. Mehrere Grabsteininschriften erinnern an Familienmitglieder, die als Soldaten im Ersten Weltkrieg ihr Leben ließen oder in der NS-Zeit ermordet wurden.

4.1 Bundesarchiv Berlin (chem. Berlin Document Center), Dr. Heinz Keller an Carlau (1934). – Bundesarchiv Koblenz, NS1, Nr. 1517, KV-39-3 NSF. – LAV NRW Abt. OWL (Detmold), Personenstandsarchiv P 10, Nr. 41, 42. – LAV NRW Abt. W (Münster), NSDAP Gauleitung Westfalen-Süd, Gauwirtschaftsberater Nr. 31, 275, 338, 362, 367, 444, 449, 611, 642, 708, R 12 814; Oberpräsidium Nr. 122 b, 2627, Bd. 3; Reg. Arnsberg, II H Nr. 174. – Stadt Witten, Amt für Wirtschaftsförderung (Liegenschaftsakte Synagogengemeinde Witten und Ledderken); Bauordnungsamt (Bauakten Weidengasse 6, Nordstr. 19); Planungsamt (Denkmalunterlagen Parkweg 14, Husemannstr. 17); Tiefbauamt (Straßenbenennungen). – StadtA Bochum, LA 1725. – StadtA Witten, Adressbücher 1875–1936; Erhebung über Friedhöfe; Gewerbekartei; Jüdische Friedhöfe im Stadtgebiet 1977–1981; KLINER-FRUCK Martina, DASHAUS-DIEMENSCHENDERKRIEG: Skizzen und Einblicke zur ‚Villa Hanf‘, Parkweg 14, eine Ausstellung zum Tag des Denkmals 2005; DIES./PAPE Siegfried, Studentischer Ideenwettbewerb, Einweihung der Gedenkstätte „Zerstörte Synagoge“ am 9. November 1994. (Ms.); Meldekartei; Satzung des Freundeskreises der Israelfahrer e. V.; Urkunde über die Geschichte der jüd. Gemeinde zu Witten und den Bau ihres neuen Tempels; Verwaltungsberichte 1867–1938/1939; Akten: 1.11b.45 (Bd. 3 u. 4), 2.23.48 (Bd. 1, 4, 5 u. 7), 2.23.18 (Bd. 32), 5.50c.3, 5.55.g.3, 8.80.Ia.1, 8.80.Ia.2 (Bd. 6), 8.80.Ia.3 (Bd. 3), 8.80.Ia.4, (Bd. 1 u. 2), 8.80.Ia.7 (Bd. 1 u. 2), 8.80.Ia.8 (Bd. 1a, 1b, 2b, 3, 5 u. 6), 8.80.Ia.9, 8.80.IIb, 8.80.I3, 8.81.dd.1, 8.81.2.1, 8.81.zz.200, 9.90a.35, 100.2004.1.370, 140.2.1991.6 u. 7, 141.6.1991.6.

4.2 Ein von der in Witten geborenen Ise Hanf-Weinholt gefertigtes Stillleben in Öl erhielt das Märkische Museum der Stadt Witten 2003 als Schenkung. Fotos von Wittener Jüdinnen und Juden, Selbstzeugnisse, die Urkunde aus dem Grundstein der Synagoge von 1885 u. a. im StadtA Witten. Bauzeichnungen, Außen- und Innenaufnahmen der Synagoge, Fotos der Friedhöfe u. Häuser in ehemals jüd. Besitz in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 262–270. Porträt des Vorstandsehrenvorsitzenden Georg Blank anlässlich seines 80. Geburtstags in: Israelitisches Familienblatt <17.1.1929>. Porträt des Kriegsveteranen Isaak Rosenbaum in: Der Schild <2.5.1927>.

4.3 AZJ <1885, 1886, 1888, 1889, 1894, 1895, 1899, 1903, 1906, 1908, 1915, 1920>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 8–46 <1835–1911/13>. – Blätter des Jüdischen Frauenbundes VIII <Sept. 1932>. – CV-Zeitung <1922–1923>. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1907> 68, <1909> 72, <1911> 82, <1913> 93, <1924/25> 63. – Israelitisches Familienblatt <1902–1904, 1906, 1910, 1913–1918, 1920, 1923, 1925–1931, 1933–1938>. – Märkisches Tageblatt <30.12.1886>. – Der Schild <1926–1927, 1930, 1932, 1934, 1937>. – OSTWALD J[acob], Gerechtigkeit, Liebe, Demut. Rede gehalten beim Abschiede vom alten Gotteshause am 27. Juni 1885 <Witten 1885>. – SCHLESINGER, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung 168. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 54. – WAZ, Lokalteil Witten <23.05.1979>. – Wittekind oder der Sprecher an der Ruhr 33 <18.10.1848>. – Wittener Nachrichten. Amtliche Bekanntmachungen <20.10.1945>. – Wittener Tageblatt <7.7.1902, 6.11.1908, 19.1.1920, 6.3.1928, 17.12.1931, 3.4.1933>. – Wittener Zeitung <25.9.1873, 1.12.1885, 20.11.1886>.

4.4 AHLAND Frank, „... weit weg vom Antisemitismus, obgleich nicht weit vom Kohlenstaub“. Probleme der Integration der Wittener Juden im Kaiserreich. In: Jahrbuch des Vereins für Orts- und Heimatkunde in der Grafschaft Mark 100 <2000> 149–183. – BRUNNER Beate, „Alles kritisch nachprüfen ...“. Rosi Wolfstein, eine der bedeutendsten Frauen der Arbeiterbewegung. In: BRUNNER Beate/KLINER-LINTZEN Martina (Red.), Wittener Frauengeschichte(n). Dokumentation anlässlich einer frauengeschichtlichen Stadtrundfahrt, 2. verb. Aufl. <Witten 1992> 39–41. – CHATTO-

PADHYAYA Harindranath/NIVELLI Mickey, Lotte – the power of love: The life story of Lotte Nivelli [geb. Sommer] <Delhi 1991>. – DAHLMANN Hans-Christian, „Arisierung“ und Gesellschaft in Witten. Wie die Bevölkerung einer Ruhrgebietsstadt das Eigentum ihrer Jüdinnen und Juden übernahm (= Politische Soziologie 14) <Münster 2001>. – DERS., „Arisierung“ und Gesellschaft in Witten. In: PRINZ Michael (Hg.), Gesellschaftlicher Wandel im Jahrhundert der Politik. Nordwestdeutschland im internationalen Vergleich 1920–1960 (= Forschungen zur Regionalgeschichte 58) <Paderborn 2007> 385–393. – DRESSEL Karlheinz, Ein Wered – Lev Hasharon – Witten. Die Geschichte einer Freundschaft, die durch Jugend- und Bürgeraustausch zur Städtepartnerschaft wurde. Freundeskreis der Israelfahrer in Zusammenarbeit mit der Stadt Witten (Hg.) <Witten 1999> [im StA Witten]. – HAREN Gerrit, Geschichte der Stadt Witten von der Urzeit bis zur Gegenwart nebst Anhang Bommern, Steinhausen und Hardenstein <Witten 1924>. – KAHN Isi, Streiflichter aus der Geschichte der Juden Westfalens. In: MEYER (Hg.), Aus Geschichte und Leben der Juden in Westfalen 59–66. – KLINER-LINTZEN Martina, „Leise hoffe ich, daß meine philosophischen Dinge erhalten blieben ...“. Nachruf auf Rebecca Hanf. In: BRUNNER/KLINER-LINTZEN, Wittener Frauengeschichte(n) 36–38. – KLINER-LINTZEN Martina/PAPE Siegfried (Red.), Jüdische Begegnungswoche der Stadt Witten vom 1. bis 8. Mai 1991. Eine Dokumentation <Bochum 1991>. – DIES., „... vergessen kann man das nicht“. Wittener Jüdinnen und Juden unter dem Nationalsozialismus <Bochum 1991>. – OSTWALD Jacob, „Um Spott und Hohn der Wittener loszuwerden ...“. Erinnerungen des jüdischen Lehrers und Kantors Jacob Ostwald 1863–1910 <Witten 1994>. – SCHOPPMAYER Heinrich, Witten. Geschichte von Dorf, Stadt und Vororten <Witten 2012>, u. a. Bd. 1, 284ff., 286, 297f., 347f., 430–434, Bd. 2, 131–138.

Martina Kliner-Fruck

WITTEN-Annen

1.1 Stadt Witten, Ortsteil Annen, Ennepe-Ruhr-Kreis

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHZtm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1907 wurde die Landgemeinde Annen-Wullen (Kreis Hörde) in Annen umbenannt, 1922 Eingemeindung von Rüdinghausen nach Annen. 1929 Eingemeindung des Amtes Annen in die kreisfreie Stadt Witten, seit 1975 Ennepe-Ruhr-Kreis.

Laut Statut der Synagogengemeinde Dortmund von 1858 gehörten die Juden der Landgemeinde Annen-Wullen zur Untergemeinde Lütgendortmund des Synagogenbezirks Dortmund.

2.1.2 Die beiden in den 1840er Jahren in Annen ansässigen jüd. Haushaltsvorstände nahmen auf Grund der preuß. Kabinettsordre vom 31. Okt. 1845 feste Familiennamen an: der Fleischer Jacob Gerson den Namen Eisenstein und der Handlungsgehilfe Moses Joseph den Namen Spiegel. Um 1850 zog Joseph Rosenthal, ein weiterer im Ort ansässiger Jude, von Annen nach Gevelsberg. Nach 1867 zogen die Juden Gerson Eisenstein, Israel Goslar und Heinrich Ferber von Annen nach Siegen. In den 1870er Jahren sind die jüd. Familien Jacob und Isaak Rosenthal, Bernhardt und Joseph Rosenbaum sowie Isaak Kadden für Annen belegt. Mitte der 1920er Jahre lebten in

Annen die jüd. Kaufleute Alfred Ruben, Emil Ernst, Oskar Löwenstein (Haushalts- und Spielwaren) und Albert Schreiber, ferner der Gehilfe Berthold Löwenstein, die Witwe Settchen Perl, die Familie von Siegmund Rosenthal, gemeinsam mit seinem Vetter Joseph Rosenthal, Inhaber der Fa. Gebr. Rosenthal. Auch die Gründer der Fa. Gebr. Rosenthal (Albert Rosenthal und sein Vetter Hermann Rosenthal) lebten noch in Annen, ebenso die Familien des Hausierers und Händlers Josef Rosenbaum sowie des Anstreichermeisters Paul Stern. Sie wohnten vorwiegend in der Bebel- bzw. Witterener Straße. Der Ortsgruppe ‚Brith Haolim‘ (ehemals Jung-Jüdischer Wanderbund) in Witten-Annen stand 1932 Paul Rosenthal vor.

In Rüdinghausen lebte in den 1870er und 1880er Jahren die jüd. Familie Neugarten. In der Brunebeckerstr. 53 betrieb der dort 1876 geborene Louis Neugarten ein Lebensmittel- und Textilgeschäft. Im Ortsteil Schnee war 1846 der Trödler ‚Isaac Rieder‘ gewöhnlich gnt. Ritter² als selbständig tätiger Jude verzeichnet, den erblichen Familiennamen hatte er bereits zuvor geführt.

2.1.3 Die Vettern Sigmund und Josef Rosenthal waren 1933 Inhaber des größten Kaufhauses am Ort (Bebelstr. 9–11). In der Nacht vom 9. auf den 10. Nov. 1938 wurden jüd. Familien in ihren Wohnhäusern überfallen und drangsaliert. Angehörige der SS jagten Siegmund Rosenthal und seine Frau Elise aus deren Wohnung auf ein nahe gelegenes Feld, wo sich beide entkleiden mussten und mit Stöcken geschlagen wurden. Das Ehepaar konnte sich in ein Wohnhaus retten und wurde schwer verletzt in das kath. Marien-Hospital gebracht. Nach dem Pogrom mussten die Fa. Gebrüder Rosenthal und die Papiergroßhandlung Moritz Teichmann ihr Eigentum zwangsweise verkaufen.

In Rüdinghausen zertrümmerten Angehörige der SS während des Pogroms 1938 das Lebensmittel- und Textilwarengeschäft sowie die Wohnung von Louis Neugarten; die Familie versteckte sich auf dem Dachboden. Neugarten wurde wenige Tage später ins Bochumer Gefängnis gesperrt, die Kinder Ilse und Rolf konnten 1939 nach England entkommen. Das Ehepaar Neugarten wurde 1942 von Köln ins Ghetto Theresienstadt deportiert.

2.1.4 Seit 2014 nimmt Witten an der Aktion ‚Stolpersteine‘ teil, im Ortsteil Annen wurden 2015 die ersten Steine verlegt.

2.2.1 In Annen lebten 1843 sieben und 1858 elf Juden. Im Amt Annen-Wullen (Landkreis Dortmund) waren 1871 von 4449 Einwohnern 3676 ev., 762 kath. und elf jüd. Glaubens; 1895 waren in Annen-Wullen (ab 1887 Landkreis Hörde) von 9171 Einwohnern 6765 ev., 2354 kath., 51 jüd. Glaubens, einer gehörte einer anderen christl. Gemeinde an. 1925 waren in der Landgemeinde Annen (nach dem Gebietsstand von 1926) von 17 822 (!) Einwohnern 4289 kath., 11 780 ev., 32 jüd. Glauben und 29 sonstige Christen. In Rüdinghausen lebten 1839 vier und 1858 acht Juden; 1871 waren von 1618 Einwohnern 1441 ev., 171 kath. und sechs jüd. Glaubens, 1895 von 2754 Einwohnern 2312 ev., 437 kath. und fünf jüd. Glaubens; 1922 wurde Rüdinghausen nach Annen eingemeindet.

Bei der Planung der künftig einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnsberg 1842 die Bildung eines Bezirkes Hörde, zu dem auch die Juden aus Annen gehören sollten. Der vom Obervorsteher Hellwitz 1847 eingereichte Vorschlag sah einen Synagogenbezirk Witten mit den Orten Witten, Langendreer, Annen und Rüdinghausen vor. Mit dem Statut von 1858 wurde Annen dann jedoch der Untergemeinde Lütgendortmund des Synagogenbezirks Dortmund zugewiesen. 1865/66 schlossen sich die im Amt Lütgendortmund ansässigen Juden dem Synagogenbezirk Dorstfeld an. In den 1870er/1880er Jahren erklärten die Familien Jacob und Isaak Rosenthal, Bernhardt und Joseph Rosenbaum sowie Isaak Kadden aus Annen ihren Austritt aus der Synagogengemeinde Dorstfeld, um sich Witten anzuschließen; 1898 wur-

de der Anschluss vom Regierungspräsidenten genehmigt. Bis mindestens Mitte der 1920er Jahre wird Annen als Untergemeinde der Synagogengemeinde Witten geführt.

2.2.2 Die Juden aus Annen nahmen seit 1865 an den Gottesdiensten in Dorstfeld, seit 1877 in Witten teil.

2.2.3 Die schulpflichtigen Kinder in Annen (für 1901 sind vier nachweisbar) besuchten die ev. Ortsschule. 1882 genehmigte die kgl. Regierung zu Arnberg den Brüdern Isaac und Jacob Rosenthal die Anstellung des Schulamtsbewerbers Simon Eichengrün aus Martfeld (heute Gemeinde Bruchhausen-Vilsen) als Hauslehrer. 1883 ist ein jüd. Kind aus Annen in der jüd. Schule in Schwelm nachgewiesen. 1900 besuchten drei jüd. Kinder die ev. Mittelschule in Annen. Den Religionsunterricht erhielten sie sonntags durch Lehrer Ostwald aus Witten, nach dessen Pensionierung 1903 von seinem Nachfolger Max Mayer (erwähnt für 1911).

2.2.4 Für Annen wird 1911 ein Israelitischer Frauenverein erwähnt, dem Frau Rosenthal vorstand.

2.3.3 Paul Gottschalk und Siegmund Rosenthal vertraten in den 1920er Jahren als erster und zweiter Vorsitzender den Annener Männer-Gesang-Verein.

3.1 Eine Betstube ist für Annen nicht belegt.

3.2 In Rüdinghausen war Louis Neugarten Besitzer des Hauses Brunebeckerstr. 53.

3.3 Nach ihrem Austritt aus der Synagogengemeinde Dorstfeld beantragten die Juden 1897 bei der zivilen Gemeinde Annen, ihnen auf dem Kommunalfriedhof am Südhang des Berges zwischen den damaligen Dörfern Annen und Wullen (Stockumer Str.) ein Areal in der Größe von 20 Ruten zu überlassen. Der Antrag wurde abgelehnt. Die jüd. Friedhofskommission schlug daraufhin den Ankauf eines Geländes zur Einrichtung eines eigenen Totenhofes vor, vom Landwirt Hummelbeck aus Wullen wurde dazu ein 741 m² großes Grundstück erworben, das sich unmittelbar an den kommunalen Friedhof (heute Diesterwegstraße) anschloss. 1898 genehmigte die Regierung in Arnberg die Nutzung als jüd. Begräbnisplatz, nach Erfüllung behördlicher Auflagen konnte 1902 die erste Beerdigung erfolgen. Wegen der Abtrennung zum Kommunalfriedhof gab es in den Folgejahren mehrfach Auseinandersetzungen zwischen den Behörden und den Verwaltern des jüd. Friedhofs (Albert Schreiber, Siegmund Rosenthal und Josef Rosenbaum). In den 1920er Jahren war das Gelände von Hecken umrahmt und im östlichen Teil mit einem Holztor versehen. Dieser Zugang sollte auf Wunsch der behördlichen Friedhofskommission verschlossen gehalten werden, damit keine Personen vom jüd. Friedhof auf den Gemeindefriedhof gelangen konnten. Die letzte Bestattung war die des 1939 verstorbenen Oskar Löwenstein. Zuvor waren im Nov. 1938 Grabsteine umgeworfen und zerstört worden. Im Dez. 1942 stand die Stadt Witten wegen eines Ankaufs des Friedhofs in Verhandlung mit der RV, dann wurde das auf Joseph Rosenthal und zwei weitere Eigentümer eingetragene Grundstück beschlagnahmt. Die Grabsteine waren zu dieser Zeit offenbar schon abgeräumt worden. Seit 1942 wurde das Areal für Massengräber umgekommener Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter genutzt. Nach Umbettungsarbeiten ab 1946 und zögerlichen Planungen für einen „Ehrenfriedhof für die Angehörigen der Vereinten Nationen“ wurde 1959 ein Gedenkstein mit der irreführenden Inschrift: „Ruhestätte Kriegstote der Alliierten 1939–1945“ gesetzt und 1990 wieder entfernt. Seit 1962 untersteht der Friedhof dem „Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe“. 1981 wurde ein Gedenkstein für die hier beigesetzten Juden aufgestellt. Ein weiterer Gedenkstein, den die Stadt Witten 1992 errichtete, führt die Namen der 15 dort nachweislich bestatteten Juden auf. 1993 enthüllte der Bürgermeister der Stadt Witten im oberen Teil des jüd. Friedhofs mit Zustimmung des Landesverbandes ein Ehrenmal

zum Gedenken an die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen und Häftlinge des KZ-Außenlagers Buchenwald in Annen, die 1942–1945 ihr Leben verloren hatten. Auf drei Stahlplatten sind Namen, Geburts- und Sterbejahre von 287 Toten aufgeführt.

4.1 LAV NRW Abt. W (Münster), Amtsgericht Witten Nr. 1, 22/83, 30/09, 37/19, 40/17, 54/14. – StadtA Witten, Jüdischer Friedhof Annen 1897–1955.

4.2 Lageplan des jüd. Friedhofs von 1898 in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 268.

4.3 Beiblatt zum 41. Stück des Amtsblattes der Königl. Regierung vom 10. Oktober 1846 <Arnsberg 1846> 1–50, hier 18. – Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung <1895> 36. – Statistisches Jahrbuch deutscher Juden <1905> 54.

4.4 KLINER-LINTZEN Martina/PAPE Siegfried, „... vergessen kann man das nicht“. Wittener Jüdinnen und Juden unter dem Nationalsozialismus <Bochum 1991>. – VÖLKEL Klaus, „Hier ruhen 22 Genossen zu Tode gequält ...“. Gedenkschrift für die Opfer der Zwangsarbeit in Witten, 1941–1945 <Bochum 1992>.

Martina Kliner-Fruck

WITTEN-Herbede

1.1 Stadt Witten, Ortsteil Herbede, Ennepe-Ruhr-Kreis

1.2 Bis 1806/07 Gft. Mark (Brandenburg-Preußen); nach Wechsel der Territorial- und Verwaltungszugehörigkeit in den folgenden Jahren des Umbruchs (GHztm. Berg) seit 1815 Kgr. Preußen. – 1926 Bildung der Großgemeinde Herbede (u.a. aus den Gemeinden Ost- und Westherbede), 1951 Stadtrechtsverleihung; infolge der 1975 abgeschlossenen Gebietsreform Teil der Stadt Witten.

Die Juden aus Ost- und Westherbede gehörten laut Statut von 1855 zur Synagogengemeinde Witten, dessen Hauptort bis 1869 Ostherbede war.

2.1.1 Unter dem Schutz der Freiherren von Elverfeldt auf Haus Herbede ließ sich spätestens 1718 die Familie des Levi David im Gericht Herbede nieder. Die Generaltabelle von 1748 listet zwei jüd. Haushalte mit insgesamt acht Personen auf. Einen Haushalt bildeten Isaac Levi und Aron Levi, die beiden unverheirateten Söhne des verstorbenen Levi David. Beide arbeiteten als Pferdehändler und Schlachter, sie beschäftigten eine Magd und einen Jungen, die Konzession zur Niederlassung hatten sie 1746 erhalten. Den zweiten Haushalt bildete der 1747 mit einem Schutzprivileg versehene Atkleiderhändler Salomon Isaac mit seinen Kindern Abraham, Hendel und Ester. Beide Familien besaßen keine Immobilien. Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Vertreibung der märkischen Juden vom platten Land wurde in Berlin 1750/51 das Recht der Freiherren von Elverfeldt zur Erteilung von Schutzbriefen bestritten, dennoch blieben bis zum Ende des Alten Reiches jüd. Familien im Gericht Herbede wohnen. 1751 lebten dort drei jüd. Familienvorstände, die ausdrücklich als unvergeleitet bezeichnet wurden. Fünf Jahre später findet sich nur noch Isaac Levi mit einer Magd und einem Jungen in Herbede, wobei anheimgestellt wurde, auch Levi, der nur über ein geringes Vermögen verfügte, „ex rationibus adductis aus dem Lande zu schaffen“. Ob es tatsächlich zu dieser Vertreibung kam, ist unklar. Nach den Akten des

preuß. Generalfiskalats hielt sich 1783 der unvergeleitete Levi Hertz in Herbede auf, der auf Antrag des Generalfiskals Johann Friedrich Benjamin d'Anières vertrieben werden sollte, schließlich aber doch einen auf sechs Jahre befristeten Toleranzschein erhielt, der 1789 um weitere sechs Jahre und schließlich 1796 auf Lebenszeit verlängert wurde.

2.1.2 Aufgrund des Steinkohlenbergbaus stieg die Einwohnerzahl im Gebiet des ehemaligen Gerichts bzw. des Amts Herbede im 19. Jh. stark an, zur Versorgung der bergmännischen Bevölkerung zogen auch jüd. Geschäftsleute zu. Als einziges Geschäft ist 1835 der Ellenwarenladen von Peretz Salomon in Osterbede nachgewiesen. 1846 waren als selbständige Juden für Herbede – ohne Unterscheidung zwischen Ost- und Westherbede – verzeichnet: Levi Abraham, Meyer Abraham und der Metzger Joseph Abraham (sie führten künftig den Familiennamen ‚Grünbaum‘), Bernhard Salomon, der Glaser und Anstreicher Daniel Salomon, der Anstreicher Herz Salomon, der Handelsmann Moses Salomon und Salomon Peretz (alle künftig ‚Rosenbaum‘), Moses Markus sowie die beiden Metzger Bernhard Markus und Markus Isaac (künftig ‚Rosengarten‘). Keiner von ihnen hatte zuvor schon einen erblichen Familiennamen geführt. Auf Vermittlung des Haindorfischen Vereins absolvierte Herz Salomon aus Herbede in der ersten Hälfte der 1830er Jahre eine Ausbildung zum Glaser und Anstreicher.

Seit den 1880er/1890er Jahren konzentrierte sich die jüd. Bevölkerung auf die Gemeinde Osterbede und gliederte sich in zwei Berufsgruppen. Die Gruppe der Selbständigen findet sich vor allem im Viehhandel sowie im Textil- und Schuheinzelhandel. 1910 besaßen alle jüd. Viehhändler in Osterbede in der Nähe des Marktplatzes eigene Wohnhäuser mit Stallanbauten; Simon Grünebaum war Handelsmann. Die zweite Berufsgruppe bildeten Arbeiter in den Bergwerken (für 1862 belegt: Daniel Rosenbaum) und in den Metallfabriken (für 1866 belegt: Bernhard Rosenbaum). Die Familien schickten ihre Söhne vielfach unter Tage, die Töchter arbeiteten als Mägde und Schneiderinnen; nebenher betrieben die Familienväter oft Kleinhandel. In Osterbede lebten vor dem Ersten Weltkrieg der Viehhändler und Metzger Moses Grünebaum (er nahm am Herbeder Viehmarkt teil, der zwischen der Mitte des 19. Jh. und 1920 zweimal jährlich stattfand), der Anstreichermeister Abraham Rosenbaum (Betreiber eines Schuhgeschäfts) sowie die Viehhändler Jakob Eichenwald, Abraham Grünebaum und Meyer Grünebaum (dessen Schwiegersohn Siegfried Rosenberg das Geschäft fortführte). Für Westherbede sind für die Zeit vor 1914 Max Eichenwald mit einem Kleinhandel und Herz Rosenbaum als Inhaber eines Kurzwarengeschäfts belegt. 1915 erfolgte das Begräbnis des „im Felde der Ehre gefallenen Leutnants“ Joseph Rosenbaum, der mit dem EK II ausgezeichnet und für das EK I vorgeschlagen worden war. Zu seiner Beerdigung kamen sämtliche Kriegervereine des Amtsverbandes Herbede, die Grabrede auf seinen ehemaligen Schüler hielt Lehrer Andorn aus Hattungen. 1925 sind für Herbede eine Metzgerei (Witwe Grünebaum), zwei Viehhändler (Gustav Eichenwald und Siegfried Rosenberg) und drei Kaufleute nachgewiesen: Max Eichenwald (Schuhwaren), Gebr. Kaufmann (Manufakturwaren) und Abraham Rosenbaum (Schuhwaren).

2.1.3 1933 gab es in Herbede nur noch zwei jüd. Viehhändler. Gustav Eichenwald besuchte die kleineren Viehmärkte, während Siegfried Rosenberg auf den Dortmunder Großmarkt ausgerichtet war, von dem im April 1933 die jüd. Händler ausgeschlossen wurden. Weiterhin sind für die 1930er Jahre belegt: der Bergmann Isaak Rosengarten, der Angestellte Sally Grünebaum sowie Alma Grünebaum, Mathilde Bier, Selma Grünebaum und Rosa Stern, ferner Herta Rosengarten, Alma Kilfitt, Ilse Stern, Hermann Rosengarten, Hedwig und Walter Wandelt, Moritz und Emma Rosengarten, außerdem Albert und Frieda Rosenbaum sowie David Stern, Betreiber eines Schuhgeschäftes. Von antisemitischer Hetze war wegen seines in der Nähe des Marktplatzes gelegenen

Wohnsitzes 1935 besonders der Viehhändler Gustav Eichenwald betroffen. Zwischen 1935 und 1939 wanderten mindestens fünf junge Herbeder Juden (Grete Meier geb. Eichenwald, Ilse Stern, Leni Rosengarten, Leo Rosengarten und die bis 1935 im Ort selbständige Schneiderin Betty Grünebaum) aus, größtenteils in die USA.

Während des Pogroms 1938 wurde der jüd. Friedhof zerstört, die Häuser von Gustav Eichenwald (Hauptstr. 35) und Hermann Rosengarten (Kirchstr. 33) wurden demoliert. Gustav Eichenwald, Sally Grünebaum, Isaak Rosengarten und David Stern waren im KZ Sachsenhausen interniert. Anfang 1939 fanden Verkaufsverhandlungen zum Zweck der ‚Arisierung‘ statt, betroffen waren Sally Grünebaum (Am Berge 3), der nicht mehr in Herbede wohnhafte Siegfried Rosenberg (Gerberstr. 6), Selma Grünebaum (Gerberstr. 15) und Gustav Eichenwald (Hauptstr. 35). Zwei Wohnhäuser erwarb die Kommune. 1941 trat der Bergmann Walter Wandelt aus der jüd. Religionsgemeinschaft aus, weil er hoffte, so der Verfolgung zu entgehen. 1942 waren von den 16 in Herbede verbliebenen Juden 13 in drei in jüd. Besitz befindlichen Häusern konzentriert: Hauptstr. 35 (ehemals im Besitz von Gustav Eichenwald), Am Berge 3 (Sally Grünebaum) und Gerberstr. 9 (Selma Grünebaum); zwei Personen waren in den Gebäuden Kirchstr. 27 und eine in der Hauptstr. 56 untergebracht. Zwangsarbeit leisten mussten Sally Grünebaum (bis zu seiner Deportation Ende Febr. 1943 beim kriegswichtigen Federnhersteller ‚Dittmann & Neuhaus‘) und Gustav Eichenwald, der 1941/42 Weichen im Herbeder Bahnhof von Eis und Schnee zu befreien hatte. Im April 1942 wurden Mathilde Bier, Alma Grünebaum und Herta Rosengarten ins Ghetto Zamość deportiert. Dem Transport ins Ghetto Theresienstadt im Juli 1942 gehörten Isaak Rosengarten, Max Rosengarten, David Stern und Rosa Stern an. 1943 und 1944 wurden Emma Eichenwald, Sally und Berta Grünebaum, Alma Kilfitt, Emma Rosengarten und Walter Wandelt nach Theresienstadt bzw. Auschwitz gebracht.

2.1.4 Ida Rosengarten, Alma Kilfitt und Hedwig Wandelt überlebten und kehrten Mitte 1945 nach Herbede zurück. 2007 wurde ein Weg nach Rosa Stern benannt. 2015 wurden in Herbede ‚Stolpersteine‘ verlegt.

2.2.1 1818 lebten 18 Juden im Gerichtsbezirk Herbede. In der Gemeinde Osterbede lebten 25 Juden Ende 1840, 40 Juden 1858; 1871 waren von 911 Einwohnern 47 kath., 824 ev. und 40 jüd. Glaubens, 1895 von 1178 Einwohnern 119 kath., 983 ev. und 76 jüd. Glaubens. In der Gemeinde Westherbede lebten Ende 1840 zwei Juden; 1858 waren es 31; 1871 waren von 1658 Einwohnern 143 kath., 1474 ev., 38 jüd. Glaubens, drei gehörten anderen christl. Gemeinden an, 1895 waren von 2088 Einwohnern 295 kath., 1775 ev., elf jüd. Glaubens und sieben gehörten anderen christl. Gemeinden an. In der 1926 u. a. aus Ost- und Westherbede gebildeten Großgemeinde Herbede lebten nach der Volkszählung von 1925 (beruhend auf dem Gebietsstand von 1931) 6891 [1] Einwohner, von denen 988 kath., 5729 ev., 58 jüd. Glaubens und 62 bekenntnislos waren. 1932/33 lebten in Herbede 37 Juden.

Bei der Planung der einzurichtenden Synagogenbezirke erwog die Regierung in Arnsberg 1842, die Juden aus Ost- und Westherbede einem zu bildenden Bezirk Hattingen zuzuordnen. Der vom Obervorsteher Hellwitz 1847 eingereichte Vorschlag sah für Osterbede eine eigenständige Synagogengemeinde vor, der die Juden aus Westherbede und Mittelstiepel angeschlossen werden sollten. 1855 wurden die Juden aus Ost- und Westherbede dann jedoch der Synagogengemeinde Witten zugeordnet. Bis 1869 war Herbede Hauptsitz der Synagogengemeinde Witten, dann wurde er nach Witten verlegt. Wegen der hohen Beiträge, die sie zur Finanzierung des Synagogenneubaus in Witten zahlen sollten, beantragten die Herbeder Juden 1871, aus der Synagogengemeinde Witten auszuscheiden. Das vom Bürgermeister in Witten befürwortete, von der Regierung aber abgelehnte Gesuch wurde 1880 und 1887 erneuert; 1887 wurde als Begründung für die Ablehnung angeführt, eine Gemeinde mit 67 Personen

und einem Steueraufkommen von 135 M sei nicht leistungsfähig genug. 1889 beabsichtigte Joseph Rosenbaum – Sprecher der Herbeder Juden – erneut den Austritt aus der Synagogengemeinde Witten und den Anschluss als Filialgemeinde an Hattingen, was die Hattinger Gemeinde jedoch ablehnte. Nach einer Änderung der Rechtslage war die Abspaltung nicht mehr zu verhindern, Anfang der 1890er Jahre trat die Hälfte der Herbeder Juden aus der Wittener Gemeinde aus, sie bildeten danach einen selbständigen Synagogenverein. 1920 war Herbede eine der kleinsten eigenständigen Synagogengemeinden in Westfalen. Als ein großer Teil der Juden abgewandert war, löste sie sich Anfang der 1930er Jahre auf, die verbliebenen Mitglieder schlossen sich Witten bzw. Hattingen an.

2.2.2 Die drei jüd. Familien aus Herbede feierten 1816 gemeinsam mit denen aus Blankenstein ihre Gottesdienste in Herbede im Haus des Abraham Joseph. 1843 hatte die Gemeinde einen Betraum angemietet. Als die 15 in Herbede lebenden Juden sich 1871 um die Loslösung von der Synagogengemeinde Witten bemühten, gaben sie an, „seit Menschengedenken“ ihren eigenen Gottesdienst in Herbede zu organisieren; sie verfügten zu dieser Zeit über zwei angemietete Räume in der Thiestr. 12, die sie durch den Berginvaliden Moses Rosengarten betreuen ließen. 1926 erwarb die jüd. Gemeinde Herbede das Haus, der Betsaal wurde bis Anfang der 1930er Jahre genutzt.

2.2.3 Bereits 1816 wird von einem ‚Lehrer und Kirchendiner‘ in Herbede berichtet. 1843 gab es ein schulpflichtiges Kind. Im Antrag zur Loslösung von der Gemeinde Witten gaben die Herbeder Juden 1871 an, für die Schulbildung ihrer Kinder sei vor Ort gesorgt. In den 1880er Jahren gingen die Kinder in die ev. Volksschule, die Hattinger Lehrer Salomon Katz bzw. später Meier Andorn erteilten wöchentlich zwei Stunden Religionsunterricht in Herbede.

2.3.1 Die Repräsentantenwahlen für den Synagogenbezirk Witten fanden in den 1850er Jahren aufgrund einer Verfügung des Landrates mit Rücksicht auf die Entfernungen in Osterbede statt, 1854 wurde Herz Rosenbaum aus Herbede zum Vorstandsmitglied gewählt. 1889/90 war Joseph Rosenbaum Sprecher der Herbeder Juden. 1932 war der Textilwarenhändler Max Eichenwald Vorsitzender der selbständigen Synagogengemeinde Herbede, David Stern war Schriftführer und Gustav Eichenwald Vorsitzender des Friedhofsausschusses.

2.3.3 Zwischen 1870 und 1920 gehörten zehn Herbeder Juden dem 1870 gegründeten Krieger- und Landwehrverein an. Von ihnen wurde Meinhold Grünebaum im Ersten Weltkrieg mit dem EK II ausgezeichnet.

3.1 Das von der jüd. Gemeinde 1926 für 3000 RM erworbene Gebäude Thiestr. 12, in dem bereits zuvor Gottesdienste stattgefunden hatten, wurde bis in die 1930er Jahre als Synagoge genutzt. Anschließend wurde es zu Wohnzwecken umgebaut, 1961 abgerissen.

3.2 Meyer Grünebaum besaß 1910 die drei Wohnhäuser Gerberstr. 6 (mit Stallanbau, errichtet 1890/94), Schweerstr. 10 (mit Stall) und Vormholzer Str. 30 sowie ein Grundstück in Westerbede. Abraham Grünebaum besaß die beiden Häuser Gerberstr. 15 (mit Stallanbau, 1890/94 gebaut) und Am Berge 3 (mit Stall); Letzteres vererbte er an seinen Sohn Sally. Moses Grünebaum war Eigentümer eines Wohnhauses mit Stallgebäude in der Thiestr. 5. Jacob Eichenwald erwarb zwischen 1900 und 1910 ein Fachwerkhaus am Marktplatz (Hauptstr. 35). Wohnhäuser von Juden lagen 1911 in der Thie-, Gerber-, Haupt-, Bahnhof- und Sprockhöveler Straße, nach 1933 auch in der Kirchstraße und Am Berge.

3.3 1874 erwarb die Synagogengemeinde Witten, zu der Herbede zu dem Zeitpunkt noch gehörte, für 300 M ein zu dieser Zeit bereits als Friedhof genutztes Grundstück

in Herbede ‚Auf der Stennert‘. Das Areal ist etwa 1400 m² groß und liegt neben dem ev. Friedhof; zu betreten ist es von der Straße ‚An der Wabeck‘ aus. 1915 erfolgte dort die Beisetzung des in Polen seinen Verletzungen erlegenen Leutnants Joseph Rosenbaum unter Beteiligung sämtlicher Kriegervereine des Amtsverbandes Herbede. Nach einer Aktennotiz aus der Nachkriegszeit kam es im Rahmen des Pogroms 1938 zur „Zerstörung des Judenfriedhofs“. Als Letzte wurde 1947 die 1878 geborene Hedwig Wandelt dort begraben. In der Nachkriegszeit war Herz Moses Rosengarten Besitzer des Grundstücks, seit 1962 gehört der Friedhof dem ‚Landesverband Jüdischer Gemeinden von Westfalen-Lippe‘, große Teile des Areals sind nicht belegt. 22 Gräber mit Grabsteinen und sechs ohne sind erhalten, der älteste Grabstein stammt von 1886. An die dort bestatteten russischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter erinnert seit 1992 ein Gedenkstein.

4.1 Geh. StaatA Preuß. Kulturbesitz Berlin, I. HA Rep. 34 Nr. 64g 2. Fasc. 23, 46, 64 h Paket 5; Rep. 104 (Generalfiskalat); II. HA (Generaldirektorium); Cleve Tit. CLXVI Sect. I Nr. 7, Bd. 1 u. Bd. 3. – Heimat- und Verkehrsverein Herbede, Sammlungsgut. – LAV NRW Abt. W (Münster), Kleve-Mark Landessachen 1638; Kr. Hattingen Landratsamt 522; Reg. Arnsberg Nr. 390. – StadtA Hattingen, Amt Blankenstein, ABA 362. – StadtA Witten.

4.2 Fotos des Gebäudes, in dem sich der Betsaal befand, und des jüd. Friedhofs in: PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V, 270f.

4.3 AZJ <21.5.1915>. – Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung 6–8 <1832–1835>. – Israelitisches Familienblatt <27.5.1915, 11.10.1917>.

4.4 DÄRMANN Jürgen/SCHIEBE Axel, „Unser Dorf ist judenrein.“ Die Geschichte der jüdischen Gemeinde Herbede im 20. Jahrhundert. In: Jahrbuch des Vereins für Orts- und Heimatkunde in der Grafschaft Mark 87 <1989> 167–212. – HAAREN Gerit, Geschichte der Stadt Witten von der Urzeit bis zur Gegenwart nebst Anhang <Witten 1924> 418–423. – KLINER-LINTZEN Martina/PAPE Siegfried, „... vergessen kann man das nicht“. Wittener Jüdinnen und Juden unter dem Nationalsozialismus <Bochum 1991>. – VÖLKE Klaus, „Hier ruhen 22 Genossen zu Tode gequält ...“. Gedenkschrift für die Opfer der Zwangsarbeit in Witten, 1941–1945 <Bochum 1992>.

Wilfried Reininghaus

Glossar

Aufgenommen wurden nur Begriffe mit jüdischen Belangen, sowohl aus dem kultisch-religiösen als auch dem politisch-rechtlichen Bereich. Die Schreibweise orientiert sich an BIN GORION Emanuel (Hg. u. Red.), Philo-Lexikon. Handbuch des jüdischen Wissens, ND der 3. Aufl. 1936 <Frankfurt 1992>, dem zumeist auch die Erläuterungen entnommen sind. Daneben wurde auch herangezogen: ‚Historisches Glossar‘ (CD-Rom) in: KULKA Otto Dov/JÄCKEL Eberhard (Hg.), Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945 (= Schriften des Bundesarchivs 62) <Düsseldorf 2004>; HERLITZ, Georg (Begr.) und ELBOGEN, Ismar (Red.), Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens, 4 Bde., ND der Aufl. 1927 <Berlin 1982>.

Adjunkt hier: Person zur Unterstützung des → Rabbiners

Almemor → Bima

Ansetzung (Etablissement) frühneuzeitlicher Begriff für den Erwerb bzw. die Erteilung eines → Schutzbriefes

Aron hakodesch Thoraschrein; Wandschrank zur Aufbewahrung der Thorarollen in der Synagoge

Aschkenasim ost- und mitteleuropäische Juden – im Gegensatz zu den spanisch-portugiesischen Juden (Sefardim)

Außerordentlicher Schutzjude → Extraordinarius

Bar Kochba Führer des Aufstandes der Juden gegen die römische Besatzung Judäas (132–135 n. Chr.), nach dem sich u. a. jüdische Sport- und Studentenvereine benannten

Bar/Bat Mizwa Religionsmündigkeit jüdischer Jungen mit 13 bzw. Mädchen mit 12 Jahren; erster Aufruf zur Lesung aus der Thora

Bima Podest zur Thoralesung, entweder in der Mitte der Synagoge (in traditionell religiös ausgerichteten Gemeinden im 19. Jahrhundert) oder nahe vor dem → Aron hakodesch (in religiös liberalen Gemeinden)

Bne Briss (Brith) 1843 in den USA gegründete jüdische Loge

Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) 1893 gegründeter Verein zur Wahrung der staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung der deutschen Juden ‚und zur Pflege deutscher Gesinnung‘

Chanukka achttägiges Lichterfest (nach jüdischem Kalender am 25. Kislew beginnend, nach christlichem Kalender zumeist im Dezember) zur Erinnerung an die Neuweihe des Tempels in Jerusalem unter Judas Makkabäus im Jahre 164 v. Chr.; auch zum Andenken an das Öl-Wunder im Tempel

Chasan (Plural: Chasonim) Kantor, Vorbeter

Chewra (Plural: Chewroth) **Kaddischa** Kranken- und Beerdigungs-Bruderschaft oder -Gesellschaft

Dekalog(-tafeln) die zehn Gebote, hier: meist im Zusammenhang mit den an bzw. in den Synagogen angebrachten ‚Gesetzestafeln‘

Etablissement → Ansetzung

Extraordinarius (auch: außerordentlicher Schutzjude) Inhaber eines nicht vererbbaaren → Schutzbriefes gemäß preuß. Generalreglement von 1750, der seinen Rechtstitel an seine Kinder nicht weitergeben konnte

Geleitbrief → Schutzbrief

- Genisa** Aufbewahrungsort z. B. für unbrauchbar gewordene Kultusgeräte und religiöse Dokumente
- Hechaluz** Organisation zur Vorbereitung und zur beruflichen Ausbildung junger Juden für ein Leben in Palästina
- Heimeinkaufsvertrag** Zur Deportation nach Theresienstadt vorgesehene Juden wurden ab 1942 gezwungen, einen solchen ‚Vertrag‘ mit der dem Reichssicherheitshauptamt unterstehenden ‚Reichsvereinigung der Juden in Deutschland‘ abzuschließen. Dadurch wurde der Eindruck erweckt, das Recht auf Unterkunft und Verpflegung in einem Altersheim erworben zu haben.
- Jeschiwa** Talmudhochschule
- Jom Kippur** Versöhnungstag (nach jüdischem Kalender am 10. Tischri, nach christlichem Kalender zumeist im September/Oktobre), strenger Fast- und Bußtag, höchster Feiertag
- Judenhaus** Während der nationalsozialistischen Diktatur Haus in jüdischem Besitz, in das nach dem ‚Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden‘ vom 30. April 1939 Juden zwangseingewiesen wurden
- Judenvermögensabgabe** Zwangsabgabe (auch als ‚Sühneleistung‘ bezeichnet) für Juden mit mehr als 5000 RM Vermögen, zu zahlen nach dem Attentat auf den deutschen Legationsrat vom Rath bzw. nach dem Pogrom 1938
- Kaddisch** Gebet im Gottesdienst als Glaubensbekenntnis an den einen Gott; Trauergebet für das Seelenheil Verstorbener
- Kehilla** jüdische Gemeinde(versammlung)
- Koscher** den jüdischen Religions- und Ritualvorschriften genügend (u. a. Speise- und Schlachtvorschriften)
- Laubhüttenfest** → Sukkot
- Makkabi** zionistisch orientierter Sportverband, 1895 in verschiedenen Ländern, 1898 in Deutschland zur Erinnerung an Judas Makkabäus (2. vorchristliches Jahrhundert) gegründet
- Marks-Haindorf-Stiftung** 1825 von dem jüdischen Arzt Alexander Haindorf in Münster initiiert Verein (seit 1866 Stiftung) zur Ausbildung jüdischer Lehrer (bis 1928) – mit angeschlossener jüdischer Volksschule – und zur Vermittlung von Juden in Handwerksberufe. Nach Ausschluss der Juden aus öffentlichen Schulen (nach dem Pogrom 1938) einzige jüdische Schule im weiten Umkreis
- Mazza (Mazze)** ungesäuertes Brot, das während der → Pessach-Feiertage zur Erinnerung an den Auszug der Juden aus Ägypten gegessen wird
- Memorbuch** Gedenkbuch; u. a. Verzeichnis der Märtyrer (Opfer von Verfolgungen im Mittelalter)
- Mesusa** Schriftkapsel mit Auszügen aus dem 5. Buch Mose am rechten Türpfosten am und im Haus
- Mikwe** Tauchbecken zur rituellen Reinigung
- Minjan** nötige Mindestzahl von zehn religionsmündigen jüdischen Männern zur Abhaltung eines gemeinsamen Gottesdienstes
- Mitzwa** (Plural: Mitzwot) Gebot, religiöse Pflicht
- Mohel** Beschneider
- Ordentlicher Schutzjude** → Ordinarius
- Ordinarius** (Ordentlicher Schutzjude) Inhaber eines vererbbaaren → Schutzbriefes gemäß preußischem Generalreglement von 1750, der seinen Rechtstitel (bei Aufbringung der geforderten Abgaben) zwischen 1750 und 1763 an eines bzw. nach 1763 an zwei seiner Kinder weitergeben konnte
- Pessach** Fest zur Erinnerung u. a. an die Befreiung des Volkes Israel aus ägyptischer Gefangenschaft (nach jüdischem Kalender vom 14. bis 21. Nissan, zumeist in zeitlicher Nähe zum christlichen Osterfest)

- Polenaktion** Abschiebung von ca. 15 000 bis 17 000 Juden polnischer Nationalität seit dem 27./28. Oktober 1938 über die deutsch-polnische Grenze nach Zbąszyń/Bentschen
- Rabbi** („Rebbe“) wird in den Quellen oft synonym für Lehrer oder Vorbeter verwendet; nicht gleichbedeutend mit → Rabbiner
- Rabbiner** Schriftgelehrter; geistiger Führer einer Gemeinde; Lehrer, Prediger, Seelsorger und Ausleger der Thora, entscheidet Fragen auf der Basis des jüdischen Religionsgesetzes. Er hat keine priesterlichen Aufgaben oder Rechte, sondern ist gleichberechtigtes Mitglied seiner Gemeinde.
- Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF)** 1919 gegründete Organisation zur Wahrung soldatischer Tradition, für den Kampf gegen den Antisemitismus, zur Betreuung jüdischer Kriessopfer und zur sportlichen Ertüchtigung; in den 1930er Jahren auch Förderung von Siedlungsbestrebungen, z. B. in Argentinien; Publikationsorgan „Der Schild“ (1921–1938)
- Reichsfluchtsteuer** ursprünglich befristete Notverordnung der Regierung Brüning vom 8. Dezember 1931 gegen Kapital- und Steuerflucht ins Ausland (gültig für alle Deutschen); von jüdischen Emigranten erzwungene Abgabe während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft
- Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (RV)** Repräsentationsorgan der jüdischen Gemeinden und Vereine in Deutschland (1932/33). Änderung des ursprünglichen Namens („Reichsvertretung der deutschen Juden“) auf Anweisung der Behörden 1935 in „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“, im Februar 1939 in „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“, die alle „Rassejuden“ im Sinne der „Nürnberger Gesetze“ umfasste; unterstand seit 1939 dem Reichssicherheitshauptamt
- Rosch ha-Schana** jüdisches Neujahrsfest; nach jüdischem Kalender am 1. (und 2.) Tischri, nach christlichem Kalender zumeist im September/Oktober
- Sabbat (Schabbat)** Ruhetag, beginnt am Freitagabend kurz vor Sonnenuntergang und endet bei Anbruch der Dunkelheit am Samstagabend
- Schächten** Schlachten nach ritueller Vorschrift, durchgeführt von einem diplomierten Schächter → Schochet
- Schochet** (Plural: Schochtim) Schächter → Schächten
- Schofar** Widderhorn, das vor allem im Synagogengottesdienst an → Rosch ha-Schana und an → Jom Kippur geblasen wird
- Schutzbrief** (Geleitbrief) obrigkeitliches Dokument, das seinem Empfänger, einem → Schutzjuden bzw. vergeleiteten Juden, unter Vorbehalt der Einhaltung fiskalischer, religiöser und ökonomischer Bedingungen die Niederlassung gestattete und obrigkeitlichen Schutz in Aussicht stellte
- Schutzjude** jüdischer Haushaltsvorstand, der sich im Besitz eines → Schutzbriefes befand
- Shoa** Bezeichnung für den an Juden durch die Nationalsozialisten verübten Völkermord
- Sicherungsanordnung** zur Sicherung der → Reichsfluchtsteuer wurde während der nationalsozialistischen Herrschaft bei vermeintlicher oder tatsächlicher Auswanderungsabsicht das Konto gesperrt; Geld konnte nur mit Genehmigung der Finanzbehörde für Sonderausgaben abgehoben werden
- Simchat Thora** Fest der Thorafreude zum Abschluss und Neubeginn der jährlichen Thoralesung; letzter Tag des Laubhüttenfestes → Sukkot
- Sofer** hier: Schreiber u. a. von Thorarollen
- Stolpersteine** vor dem letzten Wohnort von Juden in den Boden eingelassene Gedenktafeln aus Messing, mit denen der Künstler Gunter Demnig seit 1992 an NS-Opfer erinnert

Sukka Laubhütte unter freiem Himmel aus Zweigen und Flechtwerk, in der die Familie an → Sukkot ihre Mahlzeiten einnimmt

Sukkot Laubhüttenfest (u. a. Erntedankfest; nach jüdischem Kalender 15.–23. Tischri, nach christlichem Kalender zumeist im Oktober); sieben Tage, an denen sich die Familie überwiegend in der → Sukka aufhält

Talmud Zusammenstellung (Gesetzeskodex) verschiedener Auslegungen der → Thora

Thora die fünf Bücher Mose

Thoranische/Thora(wand)schrank → Aron hakodesch

Thorarolle Pergamentrolle mit der handgeschrieben → Thora

Vorgänger in der Frühen Neuzeit Fürsprecher der Judenschaft auf Landesebene, verantwortlich gegenüber der Landesherrschaft

Quellen und Literatur

Aufgenommen sind Literatur und Quellenpublikationen, die in den Ortsartikeln verkürzt zitiert werden, sowie Werke mit ortsübergreifendem Bezug, auf die in den Ortsartikeln keine gesonderten Hinweise erfolgen.

- ALICKE Klaus-Dieter, Lexikon der jüdischen Gemeinden im deutschen Sprachraum, 3 Bde. <Gütersloh 2008>.
- Allgemeine Zeitung des Judenthums. Ein unparteiisches Organ für alles jüdische Interesse; Beilage, Der Gemeindebote, hg. von PHILIPPSON Ludwig u. a. <Leipzig/Berlin 1837–1922>.
- ARNOLDS Wolfgang (Hg.), Die „Kristallnacht“ im Sauerland <Brilon 1988>.
- ASCHOFF Diethard, Unveröffentlichte westfälisch-jüdische Erinnerungen. In: WF 38 <1988> 257–265.
- DERS., Die Feme und die Juden. In: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 72 <1980> 31–47.
- DERS., Geschichte der Juden in Westfalen im Mittelalter (= Geschichte und Leben der Juden in Westfalen 5) <Berlin u. a. 2006>.
- DERS., Zur Geschichte der Juden in Westfalen. Anmerkungen zum Forschungsstand. In: WF 36 <1986> 136–146.
- DERS., Holocaust in Augenzeugenberichten westfälischer Juden. In: WF 38 <1988> 244–256.
- DERS., Die Juden im kurkölnischen Herzogtum Westfalen. In: KLUETING Harm (Hg.), Das Herzogtum Westfalen, Bd. 1: Das kurkölnische Westfalen von den Anfängen bis zur Säkularisation 1803 <Münster 2009> 669–703.
- DERS., Die Juden in Westfalen zwischen Schwarzem Tod und Reformation (1350–1530). Studien zur Geschichte der Juden in Westfalen. In: WF 30 <1980> 78–106.
- DERS., Kölnische Juden in Westfalen. In: BERGHAUS Peter/KESSEMEIER Siegfried (Hg.), Köln – Westfalen 1180–1980. Landesgeschichte zwischen Rhein und Weser, Bd. 1 <Münster 1980> 276–280.
- DERS., Judenkennzeichnung und Judendiskriminierung in Westfalen bis zum Ende des Alten Reiches. In: Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden 3 <1993> 15–47.
- DERS., Ein schwerer Neubeginn – Westfälische Juden zwischen Reformation und Dreißigjährigem Krieg. In: MENNEKEN/ZUPANCIC, Jüdisches Leben in Westfalen 38–47.
- DERS., Das Pestjahr 1350 und die Juden in Westfalen. In: WZ 129 <1979> 57–67.
- DERS., Quellen und Regesten zur Geschichte der Juden in der Stadt Hamm. Von den Anfängen bis zur Zeit des Großen Kurfürsten 1287–1664 (= Westfalia Judaica 3,2) <Münster 2005>.
- DERS., Die westfälischen Vereine für jüdische Geschichte und Literatur im Spiegel ihrer Jahrbücher (1899–1920). In: FREIMARK Peter/RICHTERING Helmut (Hg.), Gedenkschrift für Bernhard Brilling (= Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden 14) <Hamburg 1988> 218–245.
- DERS., Zum jüdischen Vereinswesen in Westfalen. In: WF 39 <1989> 127–157.
- DERS., Autobiographische Zeugnisse westfälischer Juden über ihre Deportation und KZ-Haft. In: HERZIG/TEPPE/DETERMANN, Verdrängung und Vernichtung 169–214.

- Berichte über die Marks-Haindorf'sche Stiftung zur Bildung von Elementarlehrern und Beförderung von Handwerken und Künsten unter den Juden, hg. von dem Kuratorium der gedachten Stiftung 1–46 <Münster 1827–1911/13>.
- Biographisches Handbuch der Rabbiner, T. 1: Rabbiner der Emanzipationszeit in den deutschen, böhmischen und großpolnischen Ländern 1781–1871, 2 Bde., bearb. von WILKE Carsten <München 2004>; T. 2: Die Rabbiner im Deutschen Reich 1871–1945, 2 Bde., bearb. von JANSEN Katrin Nele <München 2009>.
- BIRKMANN Günter/STRATMANN Hartmut, Bedenke vor wem du stehst. 300 Synagogen und ihre Geschichte in Westfalen und Lippe <Essen 1998>.
- BRILLING Bernhard, Alexander Haindorf in seinen Bemühungen um eine Anstellung als Universitätsprofessor und seine Tätigkeit als Dozent in Münster. In: WZ 131/132 <1982> 69–125.
- DERS., Archivgut und Dokumentation der Judenverfolgung unter Berücksichtigung von Nordrhein-Westfalen. In: Der Archivar 22 <1969> 157–168.
- DERS., Die Familiennamen der Juden in Westfalen. In: Rheinisch-Westfälische Zeitschrift für Volkskunde 5 <1958> 133–162 u. Nachtrag ebd. 6 <1959> 91–99.
- DERS., Das Judentum in der Provinz Westfalen 1815–1945. In: HEGEL Eduard/STUPPERICH Robert/BRILLING Bernhard, Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Provinz Westfalen (= Beiträge zur Geschichte der Preussischen Provinz Westfalen 2) <Münster 1978> 105–143.
- DERS., Urkundliche Nachweise über die ersten Ansiedlungen der Juden in den westfälischen Städten des Mittelalters (bis 1350). In: WF 12 <1959> 142–161.
- DERS., Das jüdische Schulwesen in Westfalen im 19. Jahrhundert (Ein Kapitel aus dem Kampf um die Gleichberechtigung der jüdischen Religion). In: Udim. Zeitschrift der Rabbinerkonferenz in der Bundesrepublik Deutschland 5 <1974/75> 11–45.
- DERS./RICHTER Helmut (Hg.), Westfalia Judaica. Urkunden und Regesten zur Geschichte der Juden in Westfalen und Lippe, Bd. 1: 1005–1350 [→ Westfalia Judaica].
- BROCKE Michael (Hg.), Feuer an Dein Heiligtum gelegt. Zerstörte Synagogen 1938 Nordrhein-Westfalen, erarbeitet vom Salomon Ludwig Steinheim-Institut für Deutsch-Jüdische Geschichte (= Gedenkbuch der Synagogen Deutschland 1938) <Bochum 1999>.
- DERS./MÜLLER Christiane E., Haus des Lebens. Jüdische Friedhöfe in Deutschland <Leipzig 2001>.
- BRÜSCHKE Rudolf/FÖCKELER Norbert (Bearb.), Jüdisches Leben im Hochsauerland (= Hochsauerlandkreis-Schriftenreihe 3) <Fredeburg 1994>.
- BRUNS Alfred, Die Juden im Altkreis Meschede. Dokumentation 1814–1874. Die Schmallenberger Juden 1934–1943 (= Landeskundliche Schriften für das kurkölnische Sauerland 6) <Brilon 1987>.
- DERS. (Bearb.) [Red. BRÜSCHKE Rudolf], Die Juden im Herzogtum Westfalen. Dokumentation der zentralen Quellen (= Hochsauerlandkreis-Schriftenreihe 2) <Fredeburg 1994>.
- DERS. (Hg.), Westfalenlexikon 1832–1835 (= Nachdrucke zur westfälischen Archivpflege 3) <Münster 1978>.
- C[entral]-V[erein]-Zeitung. Blätter für Deutschtum und Judentum. Organ des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens <Berlin 1922–1938>.
- DEVENTER Jörg, Das westfälische Land- und Kleinstadtjudentum in der Frühen Neuzeit. In: MENNEKEN/ZUPANCIC, Jüdisches Leben in Westfalen 48–56.
- DIAMANT Adolf, Geschändete jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945–1980. Anlage zur Dokumentation Jüdische Friedhöfe in Deutschland – eine Bestandsaufnahme <Frankfurt 1982>.
- DERS., Geschändete jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945 bis 1999 (mit einem Nachwort v. Julius H. Schoeps) <Potsdam 2000>.

- DERS., Jüdische Friedhöfe in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme <Frankfurt a. M. 1982>.
- DERS., Zerstörte Synagogen im November 1938. Eine Bestandsaufnahme <Frankfurt a. M. 1978>.
- Die Gemeinden und Gutsbezirke der Provinz Westfalen und ihre Bevölkerung. Nach den Urmaterialien der allgemeinen Volkszählung vom 1. December 1871 (= Die Gemeinden und Gutsbezirke des Preußischen Staates und ihre Bevölkerung 9) <Berlin 1874>.
- ESSER Hermann, Die Limburger Juden. In: Hohenlimburger Heimatblätter 4 <1930> 161–176.
- ESSER Joseph Ignatz, Über den Zustand der Israeliten insbesondere im Regierungs-Bezirk Arnsberg <Bonn 1820>, <http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/urn:nb-n:de:hbz:6:1-23938> [letzter Zugriff 28.1.2016].
- FÖCKELER Norbert, Juden aus dem Hochsauerland als Opfer der Verfolgung unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933–1945. In: BRÜSCHKE/FÖCKELER (Bearb.), Jüdisches Leben im Hochsauerland 252–266.
- Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, bearb. vom Bundesarchiv Koblenz und dem Internationalen Suchdienst, Arolsen, <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/> [letzter Zugriff 28.1.2016].
- Gedenkbuch an den deutsch-französischen Krieg von 1870–71 für die deutschen Israeliten, hg. von der Redaktion der Allgemeinen Zeitung des Judenthums <Bonn 1871>.
- Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen. Nach dem endgültigen Ergebnis der Volkszählung vom 16. Juni 1925 und anderen amtlichen Quellen unter Zugrundelegung des Gebietsstandes vom 1. März 1931, bearb. vom Preußischen Statistischen Landesamt, Bd. 11: Provinz Westfalen <Berlin 1931>.
- Gemeindelexikon für die Provinz Westfalen. Auf Grund der Materialien der Volkszählung vom 2. Dezember 1895 und anderer amtlicher Quellen ..., bearb. vom Königlichen statistischen Bureau (= Gemeindelexikon für das Königreich Preußen 10) <Berlin 1897>.
- Die Gemeinden und Gutsbezirke der Provinz Westfalen und ihre Bevölkerung. Nach den Urmaterialien der allgemeinen Volkszählung vom 1. December 1871, bearb. vom Königlichen Statistischen Bureau (= Die Gemeinden und Gutsbezirke des Preussischen Staates und ihre Bevölkerung 9) <Berlin 1874>.
- Germania Judaica 1: Von den ältesten Zeiten bis 1238, hg. von ELBOGEN Ismar/FREIMANN Aron/TYKOCINSKI Haim <Breslau 1934, ND Tübingen 1963>; 2.1: Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. Aachen – Luzern, hg. von AVNERI Zvi <Tübingen 1968>; 2.2: Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. Maastricht – Zwolle, hg. von AVNERI Zvi <Tübingen 1968>; 3.1: 1350–1519. Ortschaftsartikel Aach – Lychen, hg. von MAIMON Arye <Tübingen 1987>; 3.2: 1350–1519. Ortschaftsartikel Mährisch-Budwitz – Zwolle, hg. von MAIMON Arye u. a. <Tübingen 1995> u. 3.3: Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices, hg. von MAIMON Arye u. a. <Tübingen 2003>.
- GÖDDEN Walter/NÖLLE-HORNKAMP Iris (Hg.), Westfälisches Autorenlexikon, Bd. 1 (1750–1800) <Paderborn 1993>; Bd. 2 (1800–1850) <Paderborn 1994>; Bd. 3 (1850–1900) <Paderborn 1997> u. Bd. 4 (1900–1950) <Paderborn 2002>, online: <http://www.lwl.org/literaturkommission/alex/index.php> [letzter Zugriff 28.1.2016].
- GRUNWALD Max, Altjüdisches Gemeindeleben. In: Mitteilungen zur jüdischen Volkskunde 15 <1912> H. 1, S. 1–4 u. 74–88 sowie 20 <1918> H. 3, S. 55–64.
- HAMMER-SCHENK Harold, Synagogen in Deutschland. Geschichte einer Baugattung im 19. und 20. Jahrhundert (1780–1933), 2 Bde. (= Hamburger Beiträge zur Geschichte der Deutschen Juden 8) <Hamburg 1981>.

- Handbuch der Historischen Stätten Deutschlands: Nordrhein-Westfalen (Neubearbeitung), hg. von GROTEN Manfred/JOHANEK Peter/REININGHAUS Wilfried/WENSKY Margret <Münster 2006>.
- Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung (bzw. Wohlfahrtspflege), hg. vom Bureau des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes (und von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden) <Berlin 1907; 1909; 1911; 1913; 1924/25>.
- HAVERKAMP Alfred (Hg.), Geschichte der Juden im Mittelalter von der Nordsee bis zu den Südalpen. Kommentiertes Kartenwerk (= Forschungen zur Geschichte der Juden, Abt. A: Abhandlungen 14), T. 1: Kommentarband; T. 2: Ortskatalog; T. 3: Karten <Hannover 2002>.
- HEPP Michael (Hg.), Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933–45 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen, 3 Bde. <München u. a. 1985, 1988>.
- HERZIG Arno, Von der Aufklärung zur Emanzipation. In: MENNEKEN/ZUPANCIC, Jüdisches Leben in Westfalen 75–90.
- DERS., Berührungspunkte und Konfliktzonen von jüdischer Minderheit und christlicher Gesellschaft im 18. Jahrhundert am Beispiel der beiden westfälischen Kleinstaaten Paderborn und Limburg. In: FREIMARK Peter/RICHTERING Helmut (Hg.), Gedenkschrift für Bernhard Brilling (= Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden 14) <Hamburg 1988> 150–189.
- DERS., Die westfälischen Juden im Modernisierungsprozeß. In: VOLKOV Shulamit (Hg.), Deutsche Juden und die Moderne (= Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien 25) <München 1994> 95–118.
- DERS., Judentum und Emanzipation in Westfalen (= Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für Westfälische Landes- und Volkskunde, Reihe 1: Wirtschafts- und Verkehrswissenschaftliche Arbeiten 17) <Münster 1973>.
- DERS. (Bearb.), Jüdische Quellen zur Reform und Akkulturation der Juden in Westfalen (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, XLV: Quellen und Forschungen zur jüdischen Geschichte in Westfalen 1) <Münster 2005>.
- DERS./TEPPE Karl/DETERMANN Andreas (Hg.), Verdrängung und Vernichtung der Juden in Westfalen (= Forum Regionalgeschichte 3) <Münster 1994>.
- HESSE Ursula, Jüdisches Leben in Alme, Altenbüren, Brilon, Madfeld, Messinghausen, Rösenbeck, Thülen <Brilon 1991>.
- HOLTHAUSEN Maria, Die Juden im kurkölnischen Herzogtum Westfalen. In: WZ 96 <1940> 48–152.
- HONSELMANN Wilhelm, Die Juden der Grafschaft Limburg 1775/1776. In: Hohenlimburger Heimatblätter 24 <1963> 127–128.
- Israelitisches Familienblatt <Hamburg 1898–1938>.
- JEHLE Manfred (Hg.), Die Juden und die jüdischen Gemeinden Preußens in amtlichen Enquêtes des Vormärz, 4 Teile (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 82), T. 3: Enquête des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten über die Kultus-, Schul- und Rechtsverhältnisse der jüdischen Gemeinden in den preußischen Provinzen 1843–1845: Provinzen Posen, Schlesien, Sachsen, Westfalen <München 1998>.
- Die Juden als Soldaten, hg. von dem Comité zur Abwehr antisemitischer Angriffe in Berlin (= Die Juden in Deutschland 2) <Berlin 1896>.
- Judengeleit in Werl, Arnsberg und Brilon (Text des Arnsberger Judenprivilegs vom 26.05.1671). In: Blätter zur näheren Kunde Westfalens 13 <1875>, H. 4, S. 69–71, <http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/hd/periodical/structure/1397699> [letzter Zugriff 15.1.2016].
- Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen 1914–1918. Ein Gedenkbuch, hg. vom Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten <Berlin 1932; ND Moers 1979>.

- KLATT Marlene, Unbequeme Vergangenheit. Antisemitismus, Judenverfolgung und Wiedergutmachung in Westfalen 1925–1965 (= Forschungen zur Regionalgeschichte 61) <Paderborn 2009>.
- KOESTER Ludewig Albert Wilhelm, Systematisches Repertorium über die für das Herzogthum Westphalen von alten Zeiten her, bis zu Ende des Jahrs 1812 erlassenen Gesetze, Verfügungen, Generalien, Regulative, Instruktionen und andere Gegenstände <Arnsberg 1813>, <http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/urn/urn:nbn:de:hbz:6:1-98915> [letzter Zugriff 15.1.2016].
- KOHNKE (Bearb.), Quellen → Quellen zur Geschichte der Juden in den Archiven der neuen Bundesländer
- KOLLATZ Thomas, Westfälisches Judentum zwischen Reform und Orthodoxie im 19. Jahrhundert. In: MENNEKEN/ZUPANCIC, Jüdisches Leben in Westfalen 98–108.
- KOSCHE Rosemarie, Studien zur Geschichte der Juden zwischen Rhein und Weser im Mittelalter (= Forschungen zur Geschichte der Juden, Abt. A: Abhandlungen 15) <Hannover 2002>.
- KRATZSCH Gerhard, Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP. Menschenführung – „Arisierung“ – Wehrwirtschaft im Gau Westfalen-Süd. Eine Studie zur Herrschaftspraxis im totalitären Staat <Münster 1989>.
- DERS., Die „Entjudung“ der mittelständischen Wirtschaft im Regierungsbezirk Arnsberg. In: HERZIG/TEPPE/DETERMANN (Hg.), Verdrängung und Vernichtung 91–114.
- KULKA Otto Dov/JÄCKEL Eberhard (Hg.), Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945 (= Schriften des Bundesarchivs 62), mit CD-Rom <Düsseldorf 2004>.
- LAZARUS Félix, Das Königlich Westphälische Konsistorium der Israeliten, nach meist unbenützten Quellen <Pressburg 1914>.
- LOOS Wolfgang, Die Namensführung der Juden im Hochsauerland. In: BRÜSCHKE/FÖCKELER (Bearb.), Jüdisches Leben im Hochsauerland 75–128.
- MASER Werner, Die Juden in der Frei- und Reichsstadt Dortmund und der Grafschaft Mark <Witten 1912>.
- MENNEKEN Kirsten/ZUPANCIC Andrea (Hg.), Jüdisches Leben in Westfalen. Eine Ausstellung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dortmund in Kooperation mit dem Museum für Kunst und Kulturgeschichte Dortmund ... <Essen 1998>.
- MEYER Hans Chanoch (Hg.), Aus Geschichte und Leben der Juden in Westfalen. Eine Sammelschrift <Frankfurt a. M. 1962>.
- MÜLLER Helmut (Bearb.), Herzogtum Westfalen. Das Territorialarchiv des Herzogtums Westfalen, Bd. 1 (= Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen 4) <Münster 2006>.
- PHILIPPSON Martin, Der Anteil der jüdischen Freiwilligen an dem Befreiungskriege 1813 und 1814. In: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums NF 13 <1906> 1–21.
- PIORR Ralf (Hg.), Ohne Rückkehr. Die Deportation der Juden aus dem Regierungsbezirk Arnsberg nach Zamość im April 1942 (= Schriftenreihe der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund 1) <Essen 2012>.
- PLUM Marlene, Judentum zwischen Emanzipation und Restauration. Die Gutachten über das Judenwesen im Regierungsbezirk Arnsberg 1818–1847 <Hausarbeit zur Erlangung des Magistergrades, Masch. Münster 1991>.
- PRACHT-JÖRNS Elfi, Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen, Bd. V: Regierungsbezirk Arnsberg (= Beiträge zu den Bau- und Kunstdenkmälern von Westfalen 1.3) <Köln 2005>.
- DIES., Zierde der Stadt – Schandfleck – Denkmal. Synagogen als Teil des jüdischen Kulturerbes in Nordrhein-Westfalen. In: Westfalen. Hefte für Geschichte, Kunst und Volkskunde 84 <(2006) 2009> 141–158.

- PUVOGEL Ulrike/STANKOWSKI Martin, Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Bd. 1: Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 245) <Bonn 1987>, 2., überarb. und erw. Aufl. (= Reihe deutsche Vergangenheit, Stätten der Geschichte Berlins 125) <Bonn 1995>.
- Quellen zur Geschichte der Juden in den Archiven der neuen Bundesländer, hg. von JERSCH-WENZEL Stefi/RÜRUP Reinhard, Bd. 2: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, T. 1: Ältere Zentralbehörden bis 1808/10 und Brandenburg-Preußisches Hausarchiv, bearb. von KOHNKE Meta <München 1999>; Bd. 5: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, T. 2: Sonderverwaltungen der Übergangszeit 1806–1850 ..., bearb. von METSCHIES Kurt u. a. <München 2000>; Bd. 6: Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“, 2 Teile, bearb. von WELKER Barbara u. a. <München 2001>.
- RADE Hans Jürgen, Jüdische Personenstandseinträge und Familienregister in katholischen Kirchenbüchern des Herzogtums Westfalen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. In: Beiträge zur Westfälischen Familienforschung 67 <2009> 7–144.
- REEKERS Stephanie/SCHULZ Johanna, Die Bevölkerung in den Gemeinden Westfalens 1818–1950 <Dortmund 1952>.
- REININGHAUS Wilfried, Quellen zur Geschichte der Juden im Westfälischen Wirtschaftsarchiv Dortmund. In: WF 39 <1989> 359–366.
- ROHDE Saskia, Zwischen Verfolgung und Shoah. Die Zerstörung der Synagogen in Westfalen. In: HERZIG/TEPPE/DETERMANN (Hg.), Verdrängung und Vernichtung 76–90.
- SCHEFFLER Wolfgang/SCHULLE Diana (Bearb.), Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden, Bd. 1 u. 2 <München 2003>.
- SCHENK Tobias, „... dienen oder fort“? Soziale, rechtliche und demographische Auswirkungen friderizianischer Judenpolitik in Westfalen (1763–1806). In: Westfalen 84 <(2006) 2009> 27–64.
- DERS., Das „Judenporzellan“ – eine kommentierte Tabellenpräsentation zur Rechts- und Sozialgeschichte der Juden im friderizianischen Preußen (1769–1788), <http://www.perspectivia.net/content/publikationen/friedrich300-quellen> [letzter Zugriff 28.1.2016].
- Der Schild. Zeitschrift des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten <Berlin 1922–1938>.
- SCHLESINGER Bella (Bearb.), Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege in Deutschland, 1932–1933, hg. von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden <Berlin 1932>; Nachdruck der Seiten 143–185 unter dem Titel „Jüdische Gemeinden und Institutionen in der Provinz Westfalen 1932“. In: MEYER, Aus Geschichte und Leben der Juden in Westfalen 159–185.
- SCHNEE Heinrich, Die Hoffinanz und der moderne Staat. Geschichte und System der Hoffaktoren an deutschen Fürstenhöfen im Zeitalter des Absolutismus, Bd. 1: Die Institution des Hoffaktorentums in Brandenburg-Preußen <Berlin 1953>; Bd. 3: Die Institution des Hoffaktorentums in den geistlichen Staaten Norddeutschlands, an kleinen norddeutschen Fürstenhöfen, im System des absoluten Fürstenstaates <Berlin 1955>.
- SCHNORBUS Ursula (Bearb.), Quellen zur Geschichte der Juden in Westfalen. Spezialinventar zu den Akten des Nordrhein-Westfälischen Staatsarchivs Münster <Münster 1983>.
- SCOTTI Johann Josef, Sammlung der Gesetze und Verordnungen, welche in dem vormaligen Churfürstentum Cöln, im Herzogthum Westphalen und im Veste Reck-

- linghausen ... ergangen sind vom Jahr 1463 bis zum Eintritt der Königl. Preußischen Regierungen im Jahre 1816, 4 Bde. <Düsseldorf 1830>.
- SEIBERTZ Johann Suibert (Hg.), Urkundenbuch zur Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogtums Westfalen, 3 Bde. <Arnsberg 1839–1854>, <http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/urn/urn:nbn:de:hbz:6:1-1402> [letzter Zugriff 15.1.2016].
- SPECTOR Shmuel (Hg.), The Encyclopedia of Jewish Life before and during the Holocaust, 3 Bde. <New York 2001>.
- Statistisches Jahrbuch deutscher Juden, im Auftrag des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes hg. vom Bureau für Statistik der Juden, Jg. 17 <Berlin 1905>.
- STRATMANN Hartmut/BIRKMANN Günter, Jüdische Friedhöfe in Westfalen und Lippe <Düsseldorf 1987>.
- Westfalia Judaica. Urkunden und Regesten zur Geschichte der Juden in Westfalen und Lippe, Bd. 1: 1005–1350 hg. von BRILLING Bernhard/RICHTERING Helmut (= Studia Delitzschiana 11) <Stuttgart 1967>, 2. Aufl. mit Nachträgen von ASCHOFF Diethard u. d. Titel: Westfalia Judaica. Quellen und Regesten zur Geschichte der Juden in Westfalen und Lippe <Münster 1992>.
- WILKE Carsten L., Die ungeliebte Tradition. Rabbiner in Westfalen 1619–1943. In: Westfalen 84 <(2006) 2009> 9–25.
- ZACHARIAS Sylvia, Synagogen-Gemeinden 1933. Ein Wegweiser zu ihren Spuren in der Bundesrepublik Deutschland, T. 1 <Berlin 1988>.
- ZIMMERMANN Michael (Hg.), Die Geschichte der Juden im Rheinland und in Westfalen (= Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens 11) <Köln 1998>.

Abkürzungen

A	Archiv	Gft.	Grafschaft
Abb.	Abbildung(en)	GHztm.	Großherzogtum
Abt.	Abteilung	GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
AG	Aktiengesellschaft	Gr.	Groschen
AZJ	Allgemeine Zeitung des Judent(h)ums	HA	Hauptabteilung
BDM	Bund Deutscher Mädel	hebr.	hebräisch
Best.	Bestand, Bestände	HJ	Hitlerjugend
CAHJP	Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem	Hztm.	Herzogtum
CJA	Centrum Judaicum, Archiv (Stiftung Neue Synagoge Berlin)	IHK	Industrie- und Handels- kammer
CV	Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens	Jh.	Jahrhundert(s)
d. J.	des Jahres	JTC	Jewish Trust Corporation
DDP	Deutsche Demokratische Partei	jüd.	jüdisch
DDR	Deutsche Demokratische Republik	jun.	junior
Dep.	Depositem	kath.	katholisch
DIGB	Deutsch-Israelitischer Gemeinde-Bund	KDK	Kriegs- und Domänen- kammer
DM	Deutsche Mark	kgl.	königlich
DNVP	Deutschnationale Volkspartei	Kgr.	Königreich
DRK	Deutsches Rotes Kreuz	KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
ehem.	ehemalig	Kr.	Kreis
EK I, II	Eisernes Kreuz I. und II. Klasse	KZ	Konzentrationslager
e. V.	eingetragener Verein	LAV	Landesarchiv
ev.	evangelisch	LBI	Leo Baeck Institute, New York
FA	Fürstliches Archiv	LGft.	Landgrafschaft
FBtm.	Fürstbistum	LRA	Landratsamt
fl.	Florin/Gulden	LWL	Landschaftsverband Westfalen-Lippe
fol.	folio	M	Mark
franz.	französisch	MGV	Männergesangsverein
Fstm.	Fürstentum	Ms.	Manuskript
geb.	geboren	ND	Nachdruck/Neudruck
Gebr.	Gebrüder	NF	Neue Folge
gegr.	gegründet	NRW	Nordrhein-Westfalen
Geh. StaatsA	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz	NS	Nationalsozialismus/ nationalsozialistisch(e)
gest.	gestorben	NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Gestapo	Geheime Staatspolizei	OFD	Oberfinanzdirektion
		OWL	Ostwestfalen-Lippe
		Pf.	Pfennig
		preuß.	preußisch(e, er, es)
		prot.	protestantisch
		ref.	reformiert

Reg.-Bez.	Regierungsbezirk	SS	Schutzstaffel der NSDAP
Rep.	Repositur	T.	Teil
RjF	Reichsbund jüdischer Frontsoldaten	Tlr.	Taler (für die Zeit nach 1824)
RKG	Reichskammergericht	v.	von
RM	Reichsmark	verb.	verbessert
Rtlr.	Reichstaler (für die Zeit bis 1823)	verh.	verheiratet
		verst.	verstorben
RV	Reichsvereinigung der Juden in Deutschland	VHS	Volkshochschule
		Vors.	Vorsitzende(r)
SA	Sturmabteilung der NSDAP	VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers SS	VSGW	Verband der Synagogengemeinden
sen.	senior		Westfalens
Sgr.	Silbergroschen	WF	Westfälische
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	WZ	Forschungen Westfälische Zeitschrift

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- ARENS Gerhard (†): Ortsartikel *Lennestadt-Oedingen*
- ASCHOFF Prof. Dr. Diethard, Detmold: Ortsartikel *Hamm*
- BANKE Gudrun, Marsberg, zusammen mit Sturmius BARTHOLMÉ, Wilhelm CRAMER, Bernd FOLLMANN und Siegfried STOLZ: Ortsartikel *Marsberg-Beringhausen, Marsberg-Essentho, Marsberg-Giershagen, Marsberg-Heddinghausen, Marsberg-Niedermarsberg, Marsberg-Obermarsberg, Marsberg-Padberg* und *Marsberg-Udorf*
- BARTHOLMÉ Sturmius, Marsberg, zusammen mit Gudrun BANKE, Wilhelm CRAMER, Bernd FOLLMANN und Siegfried STOLZ: Ortsartikel *Marsberg-Beringhausen, Marsberg-Essentho, Marsberg-Giershagen, Marsberg-Heddinghausen, Marsberg-Niedermarsberg, Marsberg-Obermarsberg, Marsberg-Padberg* und *Marsberg-Udorf*
- BAUSEN Harald, Wetter-Todenhausen: Ortsartikel *Medebach*
- BLANK Ralf M. A., Hagen, zusammen mit Stephanie MARRA: Ortsartikel *Hagen* und *Hagen-Hohenlimburg*
- BRUNS Dr. Alfred, Münster: Ortsartikel *Brilon, Brilon-Alme, Brilon-Madfeld, Eslohe* und *Eslohe-Wenholthausen*
- BURKARDT Dr. Johannes, Münster: Ortsartikel *Bad Berleburg, Bad Berleburg-Elsoff, Bad Berleburg-Schwarzenau* und *Bad Laasphe* sowie zusammen mit Wilfried REININGHAUS Überblicksartikel *Die Juden in den Grafschaften Wittgenstein*
- CRAMER Wilhelm, Marsberg, zusammen mit Gudrun BANKE, Sturmius BARTHOLMÉ, Bernd FOLLMANN und Siegfried STOLZ: Ortsartikel *Marsberg-Beringhausen, Marsberg-Essentho, Marsberg-Giershagen, Marsberg-Heddinghausen, Marsberg-Niedermarsberg, Marsberg-Obermarsberg, Marsberg-Padberg* und *Marsberg-Udorf*
- CYMONTKOWSKI Heinz, Selm: Ortsartikel *Selm-Bork*
- DEISTING Heinrich-Josef, Werl, zusammen mit Joachim RÜFFER: Ortsartikel *Werl* und *Werl-Büderich*
- DIETERMANN Klaus, Netphen, zusammen mit Ulrich Friedrich OPFERMANN: Ortsartikel *Siegen* und Überblicksartikel *Die Juden im Fürstentum Siegen*; zusammen mit Joachim RÜFFER: Ortsartikel *Hilchenbach* und *Kreuztal-Burgholdinghausen*
- ENSTE Stefan, Dipl. theol., Warstein: Ortsartikel *Warstein* und *Warstein-Belecke*
- FENNENKÖTTER Hans-Christoph, Lippstadt, zusammen mit Joachim RÜFFER: Ortsartikel *Lippstadt* und *Lippstadt-Lipperode*
- FENNER Dr. Wolfgang (†): Ortsartikel *Schwelm*
- FERTIG-MÖLLER Heide, Werne: Ortsartikel *Werne*
- FOLLMANN Bernd, Marsberg, zusammen mit Gudrun BANKE, Sturmius BARTHOLMÉ, Wilhelm CRAMER und Siegfried STOLZ: Ortsartikel *Marsberg-Beringhausen, Marsberg-Essentho, Marsberg-Giershagen, Marsberg-Heddinghausen, Marsberg-Niedermarsberg, Marsberg-Obermarsberg, Marsberg-Padberg* und *Marsberg-Udorf*
- FÖLSTER Dieter, Unna: Ortsartikel *Unna*
- FREUND Prof. Dr. Susanne, Potsdam: Ortsartikel *Olsberg-Bigge*
- GLADE Georg, Hallenberg: Ortsartikel *Hallenberg*
- GOSMANN Michael M. A., Arnsberg: Ortsartikel *Arnsberg, Arnsberg-Hüsten* und *Arnsberg-Neheim*
- GRÜN Wolf-Dieter, Finnentrop: Ortsartikel *Finnentrop-Lenhausen*

- HALWER Andreas, Bochum: Ortsartikel *Bochum-Wattenscheid*
- HEINEMANN Dr. Claus, Werl-Hilbeck: Ortsartikel *Olpe-Neuenkleusheim*
- HERZIG Prof. Dr. Arno, Hamburg: Ortsartikel *Iserlohn* und *Iserlohn-Oestrich* sowie Überblicksartikel *Die Juden in der Grafschaft Limburg*
- HESS Wilfried, Lünen, zusammen mit Fredy NIKLOWITZ: Ortsartikel *Lünen* und *Lünen-Brambauer*
- HILDEBRANDT Manfred, Herne: Ortsartikel *Herne* und *Herne-Wanne-Eickel*
- HÖGL Dr. Günther, Selm: Ortsartikel *Dortmund-Aplerbeck*, *Dortmund-Dorstfeld*, *Dortmund-Mengede* und *Dortmund-Wickede* sowie zusammen mit Thomas SCHILP: Ortsartikel *Dortmund* und *Dortmund-Hörde*
- HOSENFELD Hartmut, Attendorn: Ortsartikel *Attendorn*
- HOSTERT Dr. Walter (†): Ortsartikel *Lüdenscheid*
- HÜTTENMEISTER Nathanja M. A., Duisburg: Überblicksartikel *Die Juden im Herzogtum Westfalen bis um 1700*
- KISTNER Hans-Jürgen, Kamen: Ortsartikel *Kamen*
- KLINER-FRUCK Dr. Martina, Witten: Ortsartikel *Witten* und *Witten-Annen*
- KNACKSTEDT Dr. Wolfgang, Münster: Ortsartikel *Anröchte*
- KOHL Dr. Rolf Dieter, Neuenrade: Ortsartikel *Altena*, *Balve* und *Neuenrade*
- KÖHN Dr. Gerhard (†): Ortsartikel *Soest*
- LUTTER Walter, Körbecke: Ortsartikel *Möhnesee-Körbecke*
- MARRA Dr. Stephanie, Dortmund, zusammen mit Ralf BLANK: Ortsartikel *Hagen* und *Hagen-Hohenlimburg*
- MARX Reinhard, Geseke: Ortsartikel *Geseke*
- NIKLOWITZ Fredy, Lünen, zusammen mit Wilfried HESS: Ortsartikel *Lünen* und *Lünen-Brambauer*
- OLSCHEWSKI Dr. Ursula, Paderborn: Ortsartikel *Fröndenberg*, *Menden*, *Olpe*, *Olpe-Rhode*, *Rüthen-Oestereiden* und *Welver-Scheidungen*
- OPFERMANN Ulrich Friedrich, Siegen, zusammen mit Klaus DIETERMANN: Ortsartikel *Siegen* und Überblicksartikel *Die Juden im Fürstentum Siegen*
- PETERS Maria, Bad Westernkotten: Ortsartikel *Erwitte-Bad Westernkotten*
- REININGHAUS Prof. Dr. Wilfried, Senden: Ortsartikel *Iserlohn-Hennen*, *Schwerte*, *Schwerte-Ergste* und *Witten-Herbede* sowie Überblicksartikel *Die Juden in der Grafschaft Mark (1648–1806)* und *Die Juden im Herzogtum Westfalen im 18. Jahrhundert* sowie zusammen mit Johannes BURKARDT Überblicksartikel *Die Juden in den Grafschaften Wittgenstein*
- RICHTER Dr. Erika, Meschede: Ortsartikel *Meschede*
- RÜFFER Dr. Joachim, Soest: Ortsartikel *Bad Sassendorf-Ostinghausen*, *Erwitte*, *Erwitte-Horn*, *Gevelsberg*, *Kreuztal-Littfeld*, *Lennestadt-Langenei*, *Lippetal-Herzfeld*, *Lippetal-Hovestadt*, *Lippetal-Oestinghausen*, *Lippstadt-Eickelborn*, *Sundern-Stockum* und *Winterberg*, zusammen mit Heinrich Josef DEISTING: Ortsartikel *Werl* und *Werl-Büderich*, zusammen mit Hans-Christoph FENNENKÖTTER: Ortsartikel *Lippstadt* und *Lippstadt-Lipperode* sowie zusammen mit Klaus DIETERMANN: Ortsartikel *Hilchenbach* und *Kreuztal-Burgholdinghausen*
- SCHILP Prof. Dr. Thomas, Herdecke, zusammen mit Günther HÖGL: Ortsartikel *Dortmund* und *Dortmund-Hörde*
- SCHULTE Dr. Günter, Schmallenberg: Ortsartikel *Schmallenberg* und *Schmallenberg-Bödefeld*
- SOLLBACH Prof. Dr. Gerhard E., Herdecke: Ortsartikel *Herdecke*
- SOMMER Friedhelm, Rüthen: Ortsartikel *Rüthen*
- STOLZ Siegfried, Marsberg, zusammen mit Gudrun BANKE, Sturmhus BARTHOLMÉ, Wilhelm CRAMER und Bernd FOLLMANN: Ortsartikel *Marsberg-Beringhausen*,

- Marsberg-Essentho, Marsberg-Giershagen, Marsberg-Heddinghausen, Marsberg-Niedermarsberg, Marsberg-Obermarsberg, Marsberg-Padberg und Marsberg-Udorf*
STOPSACK Hans-Hermann, Hemer, mit Eberhard THOMAS: Ortsartikel *Hemer*
THOMAS Eberhard, Hemer, zusammen mit Hans-Hermann STOPSACK: Ortsartikel *Hemer*
WEISS Thomas, Hattingen: Ortsartikel *Hattingen* und *Hattingen-Blankenstein*
WITTKOPP-BEINE Martina M. A., Plettenberg: Ortsartikel *Plettenberg*
WÖLK Dr. Ingrid, Bochum: Ortsartikel *Bochum*
ZEZULAK-HÖLZER Ira M. A., Meinerzhagen: Ortsartikel *Meinerzhagen*

Erläuterung der Karte

Wie in der Einführung dargelegt, war dem Herausgeber und der Redaktion von Anfang an das methodische Grundsatzproblem bewusst, das sich aus der Strukturierung des Handbuchs nach den gegenwärtigen Verwaltungseinheiten und Ortschaften ergibt. Um angesichts dieser Problematik eine schnelle Orientierung über die Schwerpunkte, Zeiträume und Organisationsformen jüdischen Lebens in den erfassten geographischen Räumen zu ermöglichen, ist den einzelnen Bänden jeweils eine Übersichtskarte beigegeben. Eine Gesamtkarte aller drei Regierungsbezirke wird nach Abschluss des Gesamtwerks auf der Homepage der Historischen Kommission zum kostenlosen Download bereitgestellt.

Während die Karte die Verwaltungsgrenzen der 1850er Jahre aufzeigt, sind die Ortsartikel nach heutiger Verwaltungsstruktur geordnet. Die weiß dargestellte Fläche zeigt den gegenwärtigen Regierungsbezirk Arnsberg. In dieses Grundraster wurden die Orte eingetragen, für die im Handbuch jüdisches Leben nachgewiesen wird.¹ Grundlage bildete die flächendeckende Erfassung jüdischer Gemeinschaften und Gemeinden zwecks Bildung von Synagogenbezirken, nach Möglichkeit eine Synagogengemeinde pro Landkreis,² laut preußischem ‚Gesetz über die Verhältnisse der Juden‘ vom 23. Juli 1847.³ Mit diesem intendierte der preußische Staat die Vereinheitlichung der Organisationsform der jüdischen Gemeinden in formaler und juristischer Hinsicht, vor allem eine gleichmäßige Verwaltung des jüdischen Gemeinwesens. Oft führten die Juden auf dem Lande jedoch auch nach der neuen staatlichen Zuordnung ihr eigenständiges Gemeindeleben fort. Sie holten, um einen Minjan für den Gottesdienst zu erreichen, Männer aus anderen kleinen Orten oder schlossen sich Gemeinden an, die nicht im selben – neu eingerichteten – Synagogenbezirk lagen, denen sie sich aber schon zuvor zugehörig gefühlt hatten. Diese Besonderheiten im Detail aufzuzeigen, wäre nur mit Hilfe eines mehrgliedrigen Kartenwerks möglich, das unterschiedlichste (Verwaltungs-)Bereiche und Zeiträume berücksichtigen müsste. Bei den für Westfalen und Lippe noch nie dargestellten Synagogenbezirksgrenzen handelt es sich um vom Gesetzgeber intendierte Abgrenzungen, die dem heutigen Kenntnisstand entsprechend modifiziert bzw. ergänzt⁴ worden sind. Da die Umsetzung der preußischen Gesetzes- und Verwaltungsvorschriften von 1847 wegen der revolutionären Ereignisse der Jahre

1 Gemeinden aus dem Untersuchungsgebiet des Historischen Handbuchs der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe (Regierungsbezirke Arnsberg und Münster) sind auch in den Karten bei REUTER Ursula, Jüdische Gemeinden vom frühen 19. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Geschichtlicher Atlas der Rheinlande, Beiheft VIII,8 (= Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, XII. Abteilung 1b, NF, 10. Lieferung) <Bonn 2007> und ZIWES Franz-Josef, Jüdische Niederlassungen im Mittelalter. In: Geschichtlicher Atlas der Rheinlande, Beiheft VIII/7 (= Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, XII. Abteilung 1b, NF, 8. Lieferung) <Köln 2002> dargestellt.

2 Vgl. ‚Vorbemerkungen‘ in: Jahrbuch für die jüdischen Gemeinden Preußens auf das Jahr 5617 [1856] 78.

3 Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten 1847 Nr. 30 <Berlin 1847> 263–278. http://books.google.de/books?id=ALgNAAAAIAAJ&printsec=frontcover&hl=de&source=gbs_v2_summary_r&redir_esc=y#v=onepage&q&f=false [letzter Zugriff 17.05.2016].

4 Zur Vervollständigung wurde PRACHT-JÖRNS Elfi, Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen. Teil V: Regierungsbezirk Arnsberg (= Beiträge zu den Bau- und Kunstdenkmälern von Westfalen 1,3) <Köln 2005> herangezogen, die für ihr Werk alle überlieferten Statuten auswertete und die jeweiligen Haupt- und Untergemeinden aufführt. Im Verlauf der Bearbeitung des Arnsberg-Bandes ergaben sich – besonders im Gebiet der Regierungsbezirks-

1848/49 und nachdem das Gesetz vorübergehend als aufgehoben gegolten hatte, erst in den 1850er Jahren erfolgte, wurde dieser Zeitschnitt als Grundlage der Karte gewählt. In Lippe erließ die Regierung, ähnlich wie in Preußen, 1858 ein Gesetz, das u. a. die Einrichtung von Synagogengemeinden vorschrieb.⁵ Diese Regelungen betreffen im Regierungsbezirk Arnsberg nur die beiden heute zu Lippstadt gehörenden Exklaven Lipperode und Cappel. Basis der kartographischen Umsetzung sind das ‚Verzeichnis der im Preußischen Staate aufgrund des Gesetzes vom 23. Juli 1847 gebildeten Synagogen-Gemeinden, nach Provinzen, Regierungs-Bezirken und Kreisen geordnet‘ sowie die in den Statuten der jeweiligen Synagogengemeinden aufgeführten Haupt- und Untergemeinden.⁶ Die Grenzziehung folgt in der Regel den damaligen Kreis- bzw. den Amts- und Gemeindegrenzen.

Während die Synagogenbezirksgrenzen ausschließlich auf die Einteilung der 1850er Jahre festgeschrieben sind,⁷ bildet die Karte bezüglich der Darstellung der Orte mit jüdischen Einwohnern Veränderungen ab und zwar in vier Zeiträumen: Erstens Orte mit jüdischen Einwohnern vor 1850, zweitens Orte mit jüdischen Einwohnern vor 1850 und zur Zeit der Synagogenbezirkseinteilung um 1850⁸, wobei Hauptorte eines Bezirks⁹ besonders gekennzeichnet sind, drittens Orte mit nach 1850 nachgewiesenen jüdischen Einwohnern und viertens die jüdischen Gemeinden im Jahr 2016.¹⁰ Die im Laufe der Zeit erfolgten Veränderungen bzw. die von den staatlichen Vorgaben abweichenden Verhältnisse werden in den Ortsartikeln referiert. In einigen Fällen wurden die behördlichen Vorgaben in der Praxis weitgehend ignoriert (z.B. Medebach, Fröndenberg oder Bommern), die dafür ausschlaggebenden Umstände werden im Text erläutert.

grenzen –neue Erkenntnisse, die zu Abweichungen von der 2008 publizierten Karte des Münster-Bandes führten.

- 5 ‚Gesetz, die Feststellung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Verhältnisse, der gottesdienstlichen Einrichtungen und des Schulwesens der Juden betreffend‘ vom 30. Juni 1858, abgedruckt in: POHLMANN Klaus, Vom Schutzjuden zum Staatsbürger jüdischen Glaubens. Quellensammlung zur Geschichte der Juden in einem deutschen Kleinstaat (1650–1900) (= Lippische Geschichtsquellen. Veröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe e. V. und des Lippischen Heimatbundes 18) <Lemgo 1990> 313–317, hier 315: §§ 14, 15.
- 6 Vgl. Verzeichnis der im Preußischen Staate auf Grund des Gesetzes vom 23. Juli 1847 gebildeten Synagogen-Gemeinden, nach Provinzen, Regierungs-Bezirken und Kreisen geordnet. In: Jahrbuch für die jüdischen Gemeinden Preußens (wie Anm. 1), hier Provinz Westphalen: 140–150, ergänzt durch die Auswertungen von PRACHT-JÖRNS, Jüdisches Kulturerbe, Bd. V (wie Anm. 4). Für Lippe wurde auf Archivmaterial und ebenfalls auf PRACHT-JÖRNS zurückgegriffen. – Die Zusammensetzung der Untergemeinden ist aus der vorliegenden Karte nicht ersichtlich.
- 7 In wenigen Fällen hat sich der staatlich angeordnete Prozess der Synagogenbezirksbildung verzögert, dies ist mit einer gesonderten Signatur in der Legende ausgewiesen. Im Kreis Siegen z. B. erfolgte die Einrichtung eines Synagogenbezirks erst 1884, näheres dazu im Ortsartikel Siegen.
- 8 Der Synagogenbezirk Lünen schloss erst 1874 die umliegenden Landgemeinden mit ein. Der Synagogenbezirk Siegen wurde erst 1884 gebildet.
- 9 Bei der Doppelgemeinde Rüthen-Anröchte sind beide Orte als (Teil der) Hauptgemeinde gekennzeichnet. Im 1855 eingerichteten Synagogenbezirk Witten wurde Witten erst 1869 Hauptort, zuvor war es Osterbede.
- 10 Grundlage bildeten die Angaben des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe, <http://www.zentralratjuden.de/de/topic/59.html?landesverband=19> [letzter Zugriff 17.05.2016] und: <http://www.liberal-juden.de/Gemeinden/unna/> [letzter Zugriff 17.5.2016].

Verzeichnis der Ortsartikel des Gesamtwerks

Die kursiv gesetzten Buchstaben *A*, *D*, *M* stehen für die Zugehörigkeit zu den Regierungsbezirken Arnsberg, Detmold oder Münster und geben damit die Aufnahme in den jeweiligen Teilband des Werkes an.

- AHAUS *M*
 AHLEN *M*
 Ahsen s. DATTELN-Ahsen *M*
 Albaxen s. HÖXTER-Albaxen *D*
 Alme s. BRILON-Alme *A*
 ALTENA *A*
 Alverdissen s. BARNTRUP-Alverdissen *D*
 Amelsbüren s. MÜNSTER-Amelsbüren *M*
 Amelunxen s. BEVERUNGEN-Amelunxen *D*
 Annen s. WITTEN-Annen *A*
 Anholt s. ISSELBURG-Anholt *M*
 ANRÖCHTE *A*
 Aplerbeck s. DORTMUND-Aplerbeck *A*
 ARNSBERG *A*
 ARNSBERG-Hüsten *A*
 ARNSBERG-Neheim *A*
 ASCHEBERG-Herbern *M*
 ATTENDORN *A*
 BAD BERLEBURG *A*
 BAD BERLEBURG-Elsoff *A*
 BAD BERLEBURG-Schwarzenau *A*
 BAD DRIBURG *D*
 BAD DRIBURG-Dringenberg *D*
 BAD DRIBURG-Pömbsen *D*
 BAD LAASPHE *A*
 BAD LIPPSPRINGE *D*
 BAD OEYNHAUSEN *D*
 BAD SALZUFLEN *D*
 BAD SALZUFLEN-Schötmar *D*
 BAD SASSENDORF-Ostinghausen *A*
 Bad Westernkotten s. ERWITTE-
 Bad Westernkotten *A*
 BAD WÜNNENBERG *D*
 BAD WÜNNENBERG-Haaren *D*
 BALVE *A*
 BARNTRUP *D*
 BARNTRUP-Alverdissen *D*
 BECKUM *M*
 BEELEN *M*
 Bega s. DÖRENTROP-Bega *D*
 Belle s. HORN-BAD MEINBERG-Belle *D*
 Belecke s. WARSTEIN-Belecke *A*
 Beringhausen s. MARSBERG-Beringhausen *A*
 Berleburg s. BAD BERLEBURG *A*
 BEVERUNGEN *D*
 BEVERUNGEN-Amelunxen *D*
 BEVERUNGEN-Herstelle *D*
 BIELEFELD *D*
 BIELEFELD-Schildesche *D*
 Bigge s. OLSBERG-Bigge *A*
 BILLERBECK *M*
 Blankenstein s. HATTINGEN-Blankenstein *A*
 BLOMBERG *D*
 BLOMBERG-Cappel *D*
 BLOMBERG-Reelkirchen *D*
 BOCHOLT *M*
 BOCHUM *A*
 BOCHUM-Wattenscheid *A*
 Bödefeld s. SCHMALLENBERG-Bödefeld *A*
 Bösensell s. SENDEN-Bösensell *M*
 Bösingfeld s. EXTERTAL-Bösingfeld *D*
 BORGENTREICH *D*
 BORGENTREICH-Borgholz *D*
 BORGENTREICH-Bühne *D*
 BORGENTREICH-Großeneder *D*
 BORGENTREICH-Körbecke *D*
 BORGENTREICH-Natzungen *D*
 BORGENTREICH-Rösebeck *D*
 Borgholz s. BORGENTREICH-Borgholz *D*
 BORGHOLZHAUSEN *D*
 Borghorst s. STEINFURT-Borghorst *M*
 Bork s. SELM-Bork *A*
 BORKEN *M*
 BORKEN-Gemen *M*
 BOTTROP *M*
 Brake s. LEMGO-Brake *D*
 BRAKEL *D*
 Brambauer s. LÜNEN-Brambauer *A*
 BRILON *A*
 BRILON-Alme *A*
 BRILON-Madfeld *A*
 Bruchhausen s. HÖXTER-Bruchhausen *D*
 Büderich s. WERL-Büderich *A*
 Bühne s. BORGENTREICH-Bühne *D*
 BÜNDE *D*
 Buer s. GELSENKIRCHEN-Buer *M*
 BÜREN *D*
 Burgholdinghausen s. KREUZTAL-
 Burgholdinghausen *A*
 Burgsteinfurt s. STEINFURT-Burgsteinfurt *M*
 Cappel s. BLOMBERG-Cappel *D*
 Cappeln s. WESTERKAPPELN *M*
 CASTROP-RAUXEL *M*
 COESFELD *M*
 Darfeld s. ROSENDAHL-Darfeld *M*
 Darup s. NOTTULN-Darup *M*
 Daseburg s. WARBURG-Daseburg *D*
 DATTELN *M*

- DATTELN-Ahsen *M*
 DETMOLD *D*
 Dingden s. HAMMINKELN-Dingden *M*
 DÖRENTROP-Bega *D*
 DORSTEN *M*
 DORSTEN-Lembeck *M*
 DORSTEN-Wulfen *M*
 Dorstfeld s. DORTMUND-Dorstfeld *A*
 DORTMUND *A*
 DORTMUND-Aplerbeck *A*
 DORTMUND-Dorstfeld *A*
 DORTMUND-Hörde *A*
 DORTMUND-Mengede *A*
 DORTMUND-Wickede *A*
 DRENSTEINFURT *M*
 Driburg s. BAD DRIBURG *D*
 Dringenberg s. BAD DRIBURG-
 Dringenberg *D*
 DÜLMEN *M*
 DÜLMEN-Rorup *M*
 Eickelborn s. LIPPSTADT-Eickelborn *A*
 Elbrinxen s. LÜGDE-Elbrinxen *D*
 Elsoff s. BAD BERLEBURG-Elsoff *A*
 ENGER *D*
 Enniger s. ENNIGERLOH-Enniger *M*
 ENNIGERLOH-Enniger *M*
 ENNIGERLOH-Ostenfelde *M*
 Epe s. GRONAU *M*
 Ergste s. SCHWERTE-Ergste *A*
 ERWITTE *A*
 ERWITTE-Bad Westernkotten *A*
 ERWITTE-Horn *A*
 ESLOHE *A*
 ESLOHE-Wenholthausen *A*
 Essentho s. MARSBERG-Essentho *A*
 EXTERTAL-Bösingfeld *D*
 EXTERTAL-Silixen *D*
 FINNENTROP-Lenhausen *A*
 Freckenhorst s. WARENDORF-
 Freckenhorst *M*
 Frille s. PETERSHAGEN-Frille *D*
 FRÖNDENBERG *A*
 Fürstenau s. HÖXTER-Fürstenau *D*
 GELSENKIRCHEN *M*
 GELSENKIRCHEN-Buer *M*
 GELSENKIRCHEN-Horst *M*
 Gemen s. BORKEN-Gemen *M*
 GESCHER *M*
 GESEKE *A*
 GEVELSBERG *A*
 Giershagen s. MARSBERG-Giershagen *A*
 GLADBECK *M*
 GRONAU und GRONAU-Epe *M*
 Großeneder s. BORGENTREICH-
 Großeneder *D*
 Groß Reken s. REKEN *M*
 GÜTERSLOH *D*
 Haaren s. BAD WÜNNENBERG-Haaren *D*
 HAGEN *A*
 HAGEN-Hohenlimburg *A*
 HALLE *D*
 HALLENBERG *A*
 HALTERN am See *M*
 HAMM *A*
 HAMMINKELN-Dingden *M*
 HARSEWINKEL *D*
 HATTINGEN *A*
 HATTINGEN-Blankenstein *A*
 Hausberge s. PORTA WESTFALICA-
 Hausberge *D*
 HAVIXBECK *M*
 Heddinghausen s. MARSBERG-
 Heddinghausen *A*
 HECK-Nienborg *M*
 Heiden s. LAGE-Heiden *D*
 HEMER *A*
 Hennen s. ISERLOHN-Hennen *A*
 Herbede s. WITTEN-Herbede *A*
 Herbern s. ASCHEBERG-Herbern *M*
 HERDECKE *A*
 HERFORD *D*
 Herlinghausen s. WARBURG-
 Herlinghausen *D*
 HERNE *A*
 HERNE-Wanne-Eickel *A*
 Herstelle s. BEVERUNGEN-Herstelle *D*
 Herzfeld s. LIPPETAL-Herzfeld *A*
 HILCHENBACH *A*
 Hörde s. DORTMUND-Hörde *A*
 HÖXTER *D*
 HÖXTER-Albaxen *D*
 HÖXTER-Bruchhausen *D*
 HÖXTER-Fürstenau *D*
 HÖXTER-Lüchtringen *D*
 HÖXTER-Ottbergen *D*
 HÖXTER-Ovenhausen *D*
 HÖXTER-Stahle *D*
 Hohenhausen s. KALLETAL-Hohenhausen *D*
 Hohenlimburg s. HAGEN-Hohenlimburg *A*
 Hohenwepel s. WARBURG-Hohenwepel *D*
 HOPSTEN *M*
 Horn s. ERWITTE-Horn *A*
 Horn s. HORN-BAD MEINBERG-Horn *D*
 HORN-BAD MEINBERG-Belle *D*
 HORN-BAD MEINBERG-Horn *D*
 Horst s. GELSENKIRCHEN-Horst *M*
 HORSTMAR *M*
 Hovestadt s. LIPPETAL-Hovestadt *A*
 Hüsten s. ARNSBERG-Hüsten *A*
 IBBENBÜREN *M*
 ISERLOHN *A*
 ISERLOHN-Hennen *A*
 ISERLOHN-Oestrich *A*
 ISSELBURG-Anholt *M*
 ISSELBURG-Werth *M*
 KALLETAL-Hohenhausen *D*

- KALLETAL-Langenholzhausen *D*
 KALLETAL-Lüdenhausen *D*
 KALLETAL-Talle *D*
 KALLETAL-Varenholz *D*
 KAMEN *A*
 Klein Reken s. REKEN *M*
 Körbecke s. MÖHNESEE-Körbecke *A*
 Körbecke s. BORGENTREICH-Körbecke *D*
 KREUZTAL-Burgholdinghausen *A*
 KREUZTAL-Littfeld *A*
 LAER *M*
 LAGE *D*
 LAGE-Heiden *D*
 Langenei s. LENNESTADT-Langenei *A*
 Langenholzhausen s. KALLETAL-Langenholzhausen *D*
 Laasphe s. BAD LAASPHE *A*
 LEGDEN *M*
 Lembeck s. DORSTEN-Lembeck *M*
 LEMGO *D*
 LEMGO-Brake *D*
 LENGERICH *M*
 Lenhausen s. FINNENTROP-Lenhausen *A*
 LENNESTADT-Langenei *A*
 LENNESTADT-Oedingen *A*
 Lavern s. STEMWEDE-Lavern *D*
 LICHTENAU *D*
 Lipperode s. LIPPSTADT-Lipperode *A*
 LIPPETAL-Herzfeld *A*
 LIPPETAL-Hovestadt *A*
 LIPPETAL-Oestinghausen *A*
 Lippspringe s. BAD LIPPSPRINGE *D*
 LIPPSTADT *A*
 LIPPSTADT-Eickelborn *A*
 LIPPSTADT-Lipperode *A*
 Littfeld s. KREUZTAL-Littfeld *A*
 Löwen s. WILLEBADESSEN-Löwen *D*
 Löwendorf s. MARIENMÜNSTER-Löwendorf *D*
 LÜBBECKE *D*
 Lüchtringen s. HÖXTER-Lüchtringen *D*
 Lüdenhausen s. KALLETAL-Lüdenhausen *D*
 LÜDENSCHIED *A*
 LÜDINGHAUSEN *M*
 LÜGDE *D*
 LÜGDE-Elbrinxen *D*
 LÜGDE-Rischenau *D*
 LÜNEN *A*
 LÜNEN-Brambauer *A*
 Madfeld s. BRILON-Madfeld *A*
 MARIENMÜNSTER-Löwendorf *D*
 MARIENMÜNSTER-Vörden *D*
 MARSBERG-Beringhausen *A*
 MARSBERG-Essentho *A*
 MARSBERG-Giershagen *A*
 MARSBERG-Heddinghausen *A*
 MARSBERG-Niedermarsberg *A*
 MARSBERG-Obermarsberg *A*
 MARSBERG-Padberg *A*
 MARSBERG-Udorf *A*
 MEDEBACH *A*
 MEINERZHAGEN *A*
 MENDEN *A*
 Mengede s. DORTMUND-Mengede *A*
 MESCHEDE *A*
 METELEN *M*
 MINDEN *D*
 MÖHNESEE-Körbecke *A*
 MÜNSTER *M*
 MÜNSTER-Amelsbüren *M*
 MÜNSTER-Wolbeck *M*
 Nutzungen s. BORGENTREICH-Nutzungen *D*
 Neheim s. ARNSBERG-Neheim *A*
 Neuenkirchen s. RIETBERG-Neuenkirchen *D*
 Neuenkleusheim s. OLPE-Neuenkleusheim *A*
 NEUENRADE *A*
 Niedermarsberg s. MARSBERG-Niedermarsberg *A*
 Niederntudorf s. SALZKOTTEN-Niederntudorf *D*
 NIEHEIM *D*
 Nienborg s. HEEK-Nienborg *M*
 NOTTULN *M*
 NOTTULN-Darup *M*
 Obermarsberg s. MARSBERG-Obermarsberg *A*
 OCHTRUP *M*
 Oedingen s. LENNESTADT-Oedingen *A*
 OELDE *M*
 OELDE-Stromberg *M*
 OERLINGHAUSEN *D*
 Oestereiden s. RÜTHEN-Oestereiden *A*
 Oestinghausen s. LIPPETAL-Oestinghausen *A*
 Oestrich s. ISERLOHN-Oestrich *A*
 Oeynhausen s. BAD OEYNHAUSEN *D*
 OLFEN *M*
 OLPE *A*
 OLPE-Neuenkleusheim *A*
 OLPE-Rhode *A*
 OLSBERG-Bigge *A*
 Ossendorf s. WARBURG-Ossendorf *D*
 Ostenfelde s. ENNIGERLOH-Ostenfelde *M*
 Osterwick s. ROSENDAHL *M*
 Ostringhausen s. BAD SASSENDORF-Ostringhausen *A*
 Ottbergen s. HÖXTER-Ottbergen *D*
 Ovenhausen s. HÖXTER-Ovenhausen *D*
 Padberg s. MARSBERG-Padberg *A*
 PADERBORN *D*
 Peckelsheim s. WILLEBADESSEN-Peckelsheim *D*
 PETERSHAGEN *D*
 PETERSHAGEN-Frille *D*
 PETERSHAGEN-Schlüsselburg *D*
 PETERSHAGEN-Windheim *D*

- PLETTENBERG *A*
 Pömben s. BAD DRIBURG-Pömben *D*
 PORTA WESTFALICA-Hausberge *D*
 PREUSSISCH OLDENDORF *D*
 RAESFELD *M*
 RAHDEN *D*
 RECKLINGHAUSEN *M*
 Reelkirchen s. BLOMBERG-Reelkirchen *D*
 REKEN Ortsteile Groß und Klein Reken *M*
 RHEDA-WIEDENBRÜCK-Rheda *D*
 RHEDA-WIEDENBRÜCK-Wiedenbrück *D*
 RHEDE *M*
 RHEINE *M*
 Rhode s. OLPE-Rhode *A*
 RIETBERG *D*
 RIETBERG-Neuenkirchen *D*
 Rimbeck s. WARBURG-Rimbeck *D*
 Rischenau s. LÜGDE-Rischenau *D*
 Rösebeck s. BORGENTREICH-Rösebeck *D*
 Rorup s. DÜLMEN-Rorup *M*
 ROSENDAHL Ortsteile Osterwick und
 Darfeld *M*
 RÜTHEN *A*
 RÜTHEN-Oestereiden *A*
 SALZKOTTEN *D*
 SALZKOTTEN-Niederntudorf *D*
 Salzuflen s. BAD SALZUFLEN *D*
 Scheidingen s. WELVER-Scheidingen *A*
 SCHIEDER-SCHWALENBERG-
 Schwalenberg *D*
 SCHIEDER-SCHWALENBERG-Wöbbel *D*
 Schildesche s. BIELEFELD-Schildesche *D*
 SCHLANGEN *D*
 Schlüsselburg s. PETERSHAGEN-
 Schlüsselburg *D*
 SCHMALLENBERG *A*
 SCHMALLENBERG-Bödefeld *A*
 SCHÖPPINGEN *M*
 Schötmar s. BAD SALZUFLEN-Schötmar *D*
 Schwalenberg s. SCHIEDER-SCHWALEN-
 BERG-Schwalenberg *D*
 Schwarzenau s. BAD BERLE-
 BURG-Schwarzenau *A*
 SCHWELM *A*
 SCHWERTE *A*
 SCHWERTE-Ergste *A*
 SELM-Bork *A*
 SENDEN-Bösensell *M*
 SENDENHORST *M*
 SIEGEN *A*
 Silixen s. EXTERTAL-Silixen *D*
 SOEST *A*
 STADTLOHN *M*
 Stahle s. HÖXTER-Stahle *D*
 STEINFURT-Borghorst *M*
 STEINFURT-Burgsteinfurt *M*
 STEINHEIM *D*
 STEMWEDE-Levern *D*
 Stockum s. SUNDERN-Stockum *A*
 Stromberg s. OELDE-Stromberg *M*
 SÜDLOHN *M*
 SUNDERN-Stockum *A*
 Talle s. KALLETAL-Talle *D*
 TECKLENBURG *M*
 TELGTE *M*
 Udorf s. MARSBERG-Udorf *A*
 UNNA *A*
 Varenholz s. KALLETAL-Varenholz *D*
 Verl *D*
 VERSMOLD *D*
 VLOTHO *D*
 Vörden s. MARIENMÜNSTER-Vörden *D*
 VREDEN *M*
 WADERSLOH *M*
 WALTROP *M*
 Wanne-Eickel s. HERNE-Wanne-Eickel *A*
 WARBURG *D*
 WARBURG-Daseburg *D*
 WARBURG-Herlinghausen *D*
 WARBURG-Hohenwepel *D*
 WARBURG-Ossendorf *D*
 WARBURG-Rimbeck *D*
 WARENDORF *M*
 WARENDORF-Freckenhorst *M*
 WARSTEIN *A*
 WARSTEIN-Belecke *A*
 Wattenscheid s. BOCHUM-
 Wattenscheid *A*
 WELVER-Scheidingen *A*
 Wenholthausen s. ESLOHE-Wenholthausen *A*
 WERL *A*
 WERL-Büderich *A*
 WERNE *A*
 Werth s. ISSELBURG-Werth *M*
 WERTHER *D*
 WESTERKAPPELN *M*
 Wickede s. DORTMUND-Wickede *A*
 Wiedenbrück s. RHEDA-WIEDEN-
 BRÜCK-Wiedenbrück *D*
 WILLEBADESSEN *D*
 WILLEBADESSEN-Löwen *D*
 WILLEBADESSEN-Peckelsheim *D*
 Windheim s. PETERSHAGEN-Windheim *D*
 WINTERBERG *A*
 WITTEN *A*
 WITTEN-Annen *A*
 WITTEN-Herbode *A*
 Wöbbel s. SCHIEDER-SCHWALEN-
 BERG-Wöbbel *D*
 Wolbeck s. MÜNSTER-Wolbeck *M*
 Wünnenberg s. BAD WÜNNENBERG *D*
 Wulfen s. DORSTEN-Wulfen *M*

Die Bände des Gesamtwerks

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Münster. Hrsg. von Susanne Freund, Franz-Josef Jakobi und Peter Johanek, Redaktion Anna-Therese Grabkowsky, Franz-Josef Jakobi und Rita Schlautmann-Overmeyer. Münster 2008, 780 Seiten, eine Karte und Gliederungsschema in Tasche (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XLV, Quellen und Forschungen zur jüdischen Geschichte in Westfalen, Band 2)

Ardey-Verlag, ISBN 978-3-87023-282-5

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Detmold. Hrsg. von Karl Hengst in Zusammenarbeit mit Ursula Olschewski, Redaktion Anna-Therese Grabkowsky, Franz-Josef Jakobi und Rita Schlautmann-Overmeyer in Kooperation mit Bernd-Wilhelm Linnemeier. Münster 2013, 832 Seiten, eine Karte und Gliederungsschema in Tasche (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 10).

Ardey-Verlag, ISBN 978-3-87023-283-2

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Arnsberg. Hrsg. von Frank Göttmann, Redaktion Burkhard Beyer, Wilfried Reininghaus und Rita Schlautmann-Overmeyer. Münster 2016, 863 Seiten, eine Karte und Gliederungsschema in Tasche (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 12).

Ardey-Verlag, ISBN 978-3-87023-284-9.

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Grundlagen – Erträge – Perspektiven. Hrsg. von Susanne Freund, Redaktion Anna-Therese Grabkowsky, Franz-Josef Jakobi und Rita Schlautmann-Overmeyer. Münster 2013, 415 Seiten, Festeinband, zwei Karten in Tasche (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 11).

Ardey-Verlag, ISBN 978-3-87023-285-6

Das Gesamtwerk ist beim Ardey-Verlag unter der ISBN 978-3-87023-394-5 zum vergünstigten Preis zu beziehen. Ein passender Schubser wird dabei mitgeliefert. Der Schubser aus stabiler Pappe ist unter der ISBN 978-3-87023-395-2 auch einzeln zu beziehen.

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Register der Orte und Territorien. Bearb. von Florian Steinfals. Münster 2016, ca. 100 Seiten (Materialien der Historischen Kommission für Westfalen, Band 12).

Kostenloser Download unter:

[http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_012_\(2016\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Materialien_012_(2016).pdf)

Weitere ergänzende Materialien werden nach Bedarf auf der Homepage der Historischen Kommission für Westfalen veröffentlicht, siehe dazu:

<http://www.lwl.org/LWL/Kultur/HistorischeKommission>

